Nr. 105.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,
1. Januar 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Bayerische Staats-Bibliothek München

Erscheint jeden Sonntag.
Bestellpreis
vorauszahlbar, monatlich:
am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr
6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.
Die Redaction.

☛ Die **Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung**, welche in ihren dritten Jahrgang eintritt, beginnt mit dem 1. Januar ein neues **Monats-** und **Quartal-Abonnement**, zu dessen baldiger Erneuerung wir hiermit freundlichst einladen.

Abonnementsbedingungen wie bisher. Regelmäßiger Bezug durch den Buchhandel; ausnahmsweise directe Expedition ab hier (bei Bestellung von 25 Exemplaren und mehr franco), wobei überdies auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare und 15 Procent Provision dem Besteller gewährt werden. Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1½ Sgr. Für Arbeitsgesuche und Angebote, von Arbeitern und Arbeitgebern, die Hälfte. Annoncen der **Arbeitervereine gratis.** Inseratensammlern 15 Procent Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags ist schon seit Gründung des Blattes für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Keine Sicherheit des politischen Fortschritts ohne den socialen. Kein socialer Fortschritt, so lange statt humaner, verständigender Ausgleichung der beiderseitigen Interessen ein feindlicher Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Arbeit und Kapital besteht und von beiden Seiten erhalten wird. Die Arbeit an der inhaltschweren socialen Aufgabe der Gegenwart, die Vertretung der Arbeiterinteressen in diesem Sinne, auf Grund der Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit, hat unser Blatt sich als Ziel seiner Wirksamkeit gesetzt. Durch eine regelmäßige politische Umschau ist dasselbe bemüht, auch das Verständniß für die großen politischen Fragen, welche unsere Gegenwart bewegen, in seinen Kreisen zu fördern. Allen, auch den Besitzenden und Arbeitgebern, welche die Bedeutung der hier vertretenen ernsten socialen Interessen erkennen und denen ein gesunder, entschiedener, allseitig gesicherter Fortschritt im Vaterland am Herzen liegt, sei darum die Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung mit allem Grund warm empfohlen.

Coburg, Ende December 1864.

Die Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.
(F. Streit's Verlagsbuchhandlung.)

Inhaltsverzeichniß.

Abonnementseinladung. — An unsere Freunde. — I. **Vereinsangelegenheiten:** Leipzig. Chemnitz. II. **Politischer Theil:** Deutschland besinne dich! III. — **Politische Umschau:** Preußen: Siegeslärm. Polenprozeß. — Schleswig-Holstein: Fest, wie immer. Ein Gutachten der englischen Presse und der Berliner Volkszeitung. Keine Anlehnung an den Neffen. — Bayern: Schulreform. — Baden: Ein rebellischer Erzbischof. — Kurhessen: Sie wollen ihn nicht haben. — Mecklenburg: Es wird fortgehetzt. — Breslau: Die Communalverwaltung und die Steuerreform. — Berichtigungen. — Arbeitsvermittelung. — **Beiblatt:** III. **Socialer Theil:** Ueber englische Benefiz-Baugesellschaften. — Mithülfe zur Selbsthülfe. — Verschiedene Anzeigen.

An unsere Freunde.

Unser Blatt beginnt seinen dritten Jahrgang. Wie lange es noch bestehen wird, hängt von der Theilnahme und Förderung seiner Freunde ab. Wir haben uns allerdings von Anfang an für liberale Halbheiten so wenig begeistern können, als für die Erhebung der preußischen Machttheorie zum leitenden Princip für Deutschland und für die Uebertragung der Führung Deutschlands an die Repräsentanten absolutistisch feudaler Corruption und Staatsfäulniß. Deshalb hat unser Blatt, mit welchem wir eine gesunde, aber freilich die Arbeiterinteressen auch wirklich und aufrichtig, nicht blos scheinbar, wahrende Arbeiterbewegung zu fördern uns bestreben, keinen Anklang gefunden in den Kreisen des liberalen Fortschritts, wohl aber Anfeindung und Gegenwirkung. So ist es gekommen, daß das Blatt, dem von anderer Seite eben so warme Anerkennung oft zu Theil geworden ist, doch noch nie seine Kosten gedeckt hat und daß unser Verleger für dasselbe bis jetzt nicht nur bereits über 3000 Thaler hat opfern müssen, sondern daß auch jetzt noch die Hoffnung einer endlichen Kostendeckung sich nicht erfüllt hat. Unserem Verleger, der von liberaler Seite wegen des Blattes und seiner Haltung vielfach angefeindet, von reactionärer verfolgt, überall im Stiche gelassen, unter der Last der seit Jahren nach allen Seiten hin für die Sache des Fortschritts gebrachten materiellen Opfer und aufreibender Mühen und Anstrengungen fast erliegt, können wir weitere Opfer nicht zumuthen. Verfolgungen und Anfeindungen haben unseren vielgeprüften Verleger in seinem politischbewegten Leben noch nie gebeugt; aber materielle Opfer haben selbst bei der größten Opferwilligkeit und der angestrengtesten Thätigkeit ihre endliche Grenze. — Gelingt es im Laufe des neuen Quartals, die Ausgleichung der Kosten mit den Einnahmen des Blattes endlich zu erreichen, so wird dasselbe auch ferner fortbestehen. Andernfalls wird die Arbeiterbewegung in der von uns vertretenen Richtung ihr Organ verlieren. Daß dies in jetziger Zeit einem politischen Selbstmord gleichkommen würde, kann nicht in Abrede gestellt, dann aber auch nicht geändert werden. Die Folgen der politischen Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit aber, der es dann unterliegen müßte, würden nicht lange auf sich warten lassen.

Die Herausgeber.

Vereinsangelegenheiten.

B. Leipzig. Von der reichen Tagesordnung, die der Monatsversammlung des gewerblichen Bildungsvereins am 18. December vorlag, betrafen verschiedene Punkte innere Angelegenheiten oder solche, die noch nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt worden sind und daher einem späteren Berichte vorbehalten bleiben müssen. Erwähnen wollen wir nur, daß es nöthig war, einige Kapitel aus der neuesten Auflage von Alberti's Komplimentirbuch in Erinnerung zu bringen, oder vielmehr aus den Grundrechten, nicht jenen, die uns das deutsche Parlament als „schätzbares Material" hinterlassen hat, sondern aus denen, die weit älter sind und von Rechtswegen in der Brust eines jeden vernünftigen Menschen lebendig sein sollen.

Der nächste Gegenstand von Bedeutung betraf die Verschmelzung der hier bestehenden zahlreichen Arbeiter-Vereine. Wir müssen zwar nicht mit Kosciuszko sagen: „Meine Hoffnung ist Wahrheit geworden," aber in Anbetracht der Begeisterung, die am 18. November in der Versammlung der Vorstände der verschiedenen Vereine herrschte und des hier **einstimmig** gefaßten Beschlusses, daß eine Verschmelzung sämmtlicher Vereine wünschenswerth sei, ist der thatsächliche Erfolg doch nur ein geringer zu nennen. Den Reigen der Abtrünnigen eröffneten die Zimmergesellen, dann folg-

ten die Buchdrucker, die sich als die Aristokratie des deutschen Arbeiterstandes zu betrachten scheinen und fast überall eine Sonderstellung einnehmen. Letztere haben zwar die bittere Pille versilbert, indem der Schluß ihres Schreibens den Wunsch ausspricht, daß auch in der Folge das gute Einvernehmen beider Vereine erhalten bleiben möge, aber dadurch wird die Schroffheit, die sich bei den Verhandlungen über diese ernste und wichtige Angelegenheit in dem Buchdrucker-Vereine selbst zu erkennen gegeben hat, nicht im Geringsten gemildert. Die Maurergesellen haben es gar nicht einmal für werth gehalten, den gewerblichen Bildungsverein einer Antwort zu würdigen, obgleich gerade unter ihren Vertretern einzelne für die Vereinigung sehr begeistert waren. Wir können nicht umhin, jenen das Studium des oben genannten Komplimentirbuchs dringend zu empfehlen.

So ist denn der Verein „Vorwärts“ der einzige, von dem man nicht sagen kann: „der Spiritus ist verflogen, das Phlegma ist geblieben.“ Hier allein hat man gezeigt, daß man Einsicht von dem hat, was Noth thut und zugleich auch den heutiges Tages sehr seltenen Muth gehabt, das liebe Ich dem großen Ganzen unterzuordnen und zu opfern. Daß der Verein die Erhaltung seiner Einrichtungen — der Spar- und Creditkasse und des Consums-Vereins — zur Bedingung gemacht, ist selbstverständlich; sonst läßt er die Satzungen und die Verwaltung des gewerblichen Bildungsvereins gelten und fordert nur die Aenderung des Namens des letzteren. Allerdings ist dies für einen Theil der alten Garde unseres Vereines ein schweres Opfer; denn ohne Widerrede hat sich dieser Name von allen hier bestehenden Arbeiter-Vereinen die größte Anerkennung und Achtung erworben. Andererseits aber ist dieser Name ein sprachliches Ungeheuer und ächtes Kind seiner Zeit, ebenso unter Schmerzen geboren, wie der Verein selbst. Zu jener Zeit legte unser großer Staatsmann noch keinen Werth auf den liberalen Heiligenschein, den heute seine Reden um sein Haupt gewoben haben, und deshalb war es eine schwere Aufgabe, einen Namen ausfindig zu machen, der keinen Anstoß erregte. Daher diese Mißgeburt. Trotz alledem aber hat sich unser Verein dennoch gedeihlich entwickelt und wenn auch fest steht, daß durch die Beschränktheit dieser Bezeichnung mancher Arbeiter von dem Eintritt in den Verein abgehalten worden ist, so waren doch viele der älteren Mitglieder, die selbst die Stürme, die in der Jugendzeit über unseren Verein hereinbrachen, mit durchgemacht haben, in den Namen, eben wegen des guten Klanges, dessen er sich in der Oeffentlichkeit erfreute, so verliebt, daß, als der Verein die Aufhebung des Bannes der Vormundschaft, der auf ihm lastete, beantragte und, da hier doch einmal neue Satzungen gemacht werden mußten, zugleich auch der Name verändert werden sollte, eine große Ueberzahl für die Beibehaltung des alten Namens stimmte.

Ein gleiches Schicksal ließen auch die Privatbesprechungen in den Tagen vorher für die Monatsversammlung befürchten. Indessen ließ sich doch nicht verkennen, daß die Forderung des Vereins „Vorwärts“ nicht aus dem kindischen Grunde entsprungen war, daß, weil er seinen Namen aufgebe, ein Gleiches auch von uns geschehen müsse, sondern daß er nach dem Vorstehenden wohl einen triftigen Grund für dieses Verlangen hat, und zudem mußte ja die Namensänderung über kurz oder lang doch einmal eintreten. Sehr schwer wäre auch die Schuld gewesen, die unser Verein auf sich geladen hätte, wenn seine Halsstarrigkeit das Scheitern der Vereinigung verursacht hätte. Allerdings war es auf die Vereinigung aller Vereine abgesehen, aber da dieser Versuch gescheitert ist, kann man sich nicht für berechtigt halten, auch die einzige Hand, die willig dargeboten wird, zurückzustoßen.

So war denn die Erörterung dieser Angelegenheit eine sehr lebhafte und erregte, jedoch war der Widerspruch nicht so allgemein, als man erwartet hatte; denn viele Mitglieder der alten Garde raisonnirten nur inwendig, wenn schon nicht minder ingrimmig und verbissen. Jedoch trug die gute Sache den Sieg davon und zwar war die Ueberzahl bedeutend. Der vorgeschlagene Name „Arbeiter-Verein“ wurde jedoch wegen der leichten Verwechselung mit den Lassalleanern und weil hier bereits ein Verein von Packträgern unter demselben Namen besteht, abgeworfen und die Bezeichnung „Arbeiterbildungs-Verein“ beliebt. Natürlich kann diese Aenderung erst eintreten, wenn die Verbindlichkeiten, die unser Verein auf seinen alten Namen eingegangen hat, auf den neuen übertragen worden sind. Noch einen weiteren Stein des An... hat man in den Weg geworfen. Man hob ...h hervor, daß dieser Beschluß als eine Aende... der Satzungen anzusehen sei und dazu ist eine ...versammlung nicht berechtigt, sondern nur eine Generalversammlung und zwar muß der Beschluß mindestens von zwei Dritteln der Anwesenden gefaßt werden. Hier ist jedoch eine „Lücke“ in unseren Satzungen zum Vorschein gekommen; denn des Namens wegen darf kein einziger Paragraph unserer Satzungen geändert werden. Indessen wird diese Lücke hoffentlich unserem Vereine nicht so gefährlich werden, wie jene der preußischen Verfassung.

Auf Grund des vorstehenden Beschlusses ist der Verein „Vorwärts“ eingeladen worden, an unserer Weihnachtsfeier unter denselben Bedingungen wie unsere Mitglieder selbst Theil zu nehmen.

Weiter kam zur Verhandlung eine Petition an den Rath unserer Stadt wegen Errichtung einer allgemeinen Krankenkasse. Das neue Gewerbegesetz schreibt vor, daß ein jeder Gewerbsgehülfe an einer Krankenkasse betheiligt sein muß, aber die Innungen versagen den Gewerbtreibenden, die ihnen nicht beigetreten sind, die Aufnahme ihrer Arbeiter in die Krankenkasse, und die Sätze in den Privatvereinen sind zu hoch. Der Rath hat zwar bereits selbst gefühlt, daß hier Abhülfe geschaffen werden müsse, aber mit dieser Erkenntniß allein ist es nicht gethan. Schon seit zwei Jahren hat er z. B. die Seifensieder auf das Ordnen dieser Angelegenheit vertröstet, aber bis heute mangelt die That immer noch, obschon bereits die Stadtverordneten eine Mahnung dieserhalb an den Rath haben ergehen lassen. Ob der Rath sich den hohen Bundestag zum Muster genommen hat, oder ob es ihm geht wie dem Hofmeister in tausend Aengsten, d. h. ob er nicht weiß, wie er die Sache anfassen soll, ist hier gleichgültig, — genug die Noth besteht und wird namentlich von den Geschäftstreibenden, die in Folge des neuen Gewerbegesetzes selbstständig geworden sind, ohne sich den Zunftzopf anbinden zu müssen, sehr gefühlt. Dies eben sucht die Petition, die allgemeine Billigung fand, dem Rath begreiflich zu machen.

So war denn Mitternacht bereits vorüber, als die Versammlung geschlossen wurde.

Wie die in Leipzig erscheinende „Deutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, fand in **Chemnitz** am 4. December eine Versammlung von Abgeordneten sächsischer Arbeitervereine statt. Vertreten waren: Dresden, Frankenberg, Chemnitz, Crimmitzschau, Glauchau 2 Vereine (Gewerbeverein und Arbeiter-Leseverein), Zwickau, Thum im Mülsengrunde, Altenburg, Leipzig 2 Vereine (Gewerbl. Bild.-Ver. und Vorwärts). Durch Vollmacht vertreten waren: Großenhain und Löbau. Im Ganzen beriethen 18 Vereine. Rabius aus Chemnitz eröffnete die Versammlung. Bei der Wahl des Bureaus wurde Bebel von Leipzig zum Vorsitzenden, Fritzsch aus Chemnitz zum Schriftführer ernannt. Das von Germann aus Leipzig vorgelegte Gesuch an die Regierung, die Genehmigung der Vereinigung sächsischer Arbeitervereine zu einem Gauverbande betreffend, wurde ohne Verhandlung einstimmig genehmigt. Die Vorlage für die Satzungen erfuhr einige geringe Abänderungen, indem man vorzog, statt „Gauverband Sachsen“ „Sächsischer Gauverband“ zu sagen. Der Vorschlag, daß der Vorsitzende das Recht habe, Kassirer und Schriftführer selbstständig zu ernennen, wurde dahin abgeändert, daß derselbe das Recht haben solle, den Schriftführer zu ernennen. Den Kassirer wählt der Ausschuß. Nachdem die Berathung der Satzungen beendigt, beschloß man, noch eine Statistik der sächsischen Arbeitervereine auszuarbeiten, welche bis zum Februar 1865 fertig sein soll.

Politischer Theil.

|| Deutschland besinne dich!

III.

Die September-Convention oder der Vertrag zwischen dem Kaiser Napoleon III. und Victor Emanuel von Italien ist die Angel, um welche sich die deutschen Geschicke drehen. In jenem Vertrage steht Nichts und eben deßhalb Alles; man kann ihn lesen wie man will, und das gerade hat sich der Franzosenkaiser auch für sich vorbehalten. Er ist die Demüthigung Italiens, dem er seine Hauptstadt vorschreibt und Rom zu nehmen verbietet, und er legt Oesterreich an die Kette des Aufpassens und der beständigen Kriegsbereitschaft. Geschieht Bonaparte's Willen in Deutschland, so mögen die Italiener zappeln und ihr Land an die europäischen Bankhalter verzetteln; die Actionspartei mag sich in Verzweiflung erheben und der soldatische Doktrinarismus mit der Actionspartei zugleich den Nationalgeist erwürgen: es handelt sich nicht um Italien, sondern um Frankreichs Macht und Einfluß, um die Thronfolge des Kindes der Eugenie Montijo. Gebietet derselbe Zweck ein Anderes, so wird das italienische Defizit auf das österreichische gehetzt und Genua oder Sardinien oder Elba zahlen die Kriegskosten.

Daher die Regungslosigkeit der Wiener Politik, die Starrheit der Augäpfel des Grafen Mensdorff, die Unerbittlichkeit für alles mittelstaatliche Bitten und Flehen, Drängen und Drohen, die Vergeblichkeit der bayrischen Bemühungen. Hr. v. Bismarck sieht in diesen Dingen so klar als wir; nur braucht er nicht zu combiniren wie wir, er weiß was wir folgern und schließen müssen. Aber er ist gesonnen, das zu thun, was kein preußisches Cabinet seit 1818 wagte; er gedenkt die Lage Oesterreichs auszunutzen, er streicht die „Moral“ vor den preußischen „Eroberungen.“ Bonaparte ist mit ihm, Bonaparte wäre mit ihm, ob einverstanden oder nicht, ob auch niemals ein Wort zwischen dem preußischen Gesandten und dem Kaiser der Franzosen gefallen wäre. Bonaparte hat die Armee abgesteckt, jeden andern Factor ausgesperrt: das reactionäre Preußen sieht der Würzburgerei ganz allein Aug' in Auge. Die Gelegenheit ist günstig, die Verführung groß. Es handelt sich lediglich darum, daß Preußen sich engagire, daß es einen Schritt thue, der nicht zurückgethan werden kann. Die preußischen Truppen brauchten jüngst blos nach Hannover und nach Leipzig zu marschiren, so war der Augenblick gekommen, wo unsere Geschicke uns aus der Hand gewunden wurden, wo deutsche Einheit und Integrität in die Hände des Fremden geriethen, wo wir uns in ein Objekt, in eine Sache verwandelten. So stehen die Dinge, dahin sind wir gekommen. Tiefer zu sinken ist unmöglich; was Aergeres kommen kann, die vollzogene Thatsache, ist nur die Folge der Lage selbst. Der ganze Unterschied ist nur das Haar, an welchem das Schwert über Damokles Haupte festgebunden war!

Thut Preußen noch den Einen Schritt, so liegt es in Bonaparte's Hand, wie theuer es ihn bezahlen muß. Er stellt die Bedingungen: werden sie angenommen, so ist sein Zweck erreicht, Preußen bekommt den Zuwachs im Norden, den Er ihm zumißt, und gibt im Westen ab, was Er verlangt. „Was Er ihm zumißt“, kein Haar breit mehr; denn mit seinem Willen entsteht in Deutschland keine Militärmacht, welche Frankreich die Arme bände und es nöthigte, 300,000 Mann für die Ostgrenze bereit zu halten. 24 oder gar 30 Millionen Deutscher unter Einem Hut: mit seinem Willen, nimmermehr! Und da man nicht wissen kann, was Alles in dem schlafsüchtigen Michel steckt, wenn er sich einmal die Augen ausreibt, oder vielmehr, da Bonaparte sehr gut weiß, daß die Deutschen ihr letztes Wort noch nicht gesagt haben, und daß sie tausendfach stärker sein würden, wenn ein paar Dutzend Deutscher weniger im Lande wären: so möchte er seine Nordostgrenze bei Zeiten verschanzen und ein anderes starkes Vorlegeschloß an seiner Hausthüre anbringen, grade da wo einst der Herzog von Braunschweig ruhmredigen Andenkens einbrach.

Vor allen Stücken handelt es sich in dem gegenwärtigen Frankreich um eine dynastische Frage, um das Gesellenstück der Napoleoniden, welches ihnen das Meister- und Bürgerrecht in Frankreich einbringen soll. Der alte Napoleon war zu viel Soldat, zu heißblütig, rachgierig, gewaltthätig. Er brachte Frankreich bis nach Moskau und begrub dort das Kaiserreich mit allen Triumphen der Republik. Als der Exkaiser sich nach Elba eingeschifft hatte, erhielt Frankreich unter Ludwig XVIII. die Grenzen von 1792. So behielten die Bourbonen im ersten Pariser Frieden Saarlouis und Saarbrücken, das linke Lauterufer mit Landau, das Herzogthum Bouillon mit Philippeville und Marienbourg und Savoyen. Als Napoleon I. nach den Hundert-Tagen auf dem Bellerophon über den Ocean schwamm, nahmen die siegreichen Verbündeten dem unterworfenen Frankreich jene im Vorjahre noch gelassenen Gebietstheile ab, und die Bourbonen konnten sagen: „Wir haben nichts vom französischen Gebiete verloren; 1792 war Ludwig XVI. noch König; das Gebiet von 1792 hat Ludwig XVIII. wieder angetreten; Napoleons Rückkehr von Elba trägt die einzige Schuld an der Zurückführung der Grenzen von 1792 auf die von 1790. Ist Frankreich unzufrieden, so mag es sich an die Napoleoniden halten!“

1851 bemächtigte sich der Sohn der Hortense Frankreichs. La France ne périra par entre mes mains, hatte er kurz vorher friedlich erklärt. Als die Schlacht an der Alma, drei Jahre nachher, geschlagen war, schrieb der Haupt-Acteur vom 2. Dezember, in unverkennbarer Erinnerung an seinen früheren Schauspielerstand, nach Paris: Le canon de votre majesté a parlé. Als Rußland lahmgelegt war, kam die Reihe an Oesterreich und im festen Vertrauen auf Preußens Antagonismus wider Oesterreich blieb die Rheingrenze eigentlich wehrlos, ward Savoyen u. Nizza annectirt.

Das war der erste Akt der Wiederherstellung, die erste Correctur des zweiten Pariser Friedens, der erste thatsächliche Beweis, daß die „vierte Dynastie“ auch Mehrerin des Reiches sein könne und die Bourbonen nicht zu beneiden habe. Zugleich war es ein redendes Zeugniß von der Erbärmlichkeit der Julydynastie oder der Orleans, die Frankreich 18 Jahre lang beherrscht hatten, ohne einen Finger für die natürlichen Grenzen zu rühren. Die Orleans, durch die große Confiscation ihrer Güter im Anfang des Jahres 1852 schon finanziell so empfindlich getroffen, wurden durch die Annexion von Savoyen und Nizza moralisch-politisch geschlagen; denn die Zahl der Franzosen, welche für Nationalruhm und Landesvergrößerung schwärmt, ist der Zahl derer, welche der Freiheit und Menschenwürde huldigen, noch immer stark überlegen.

Alles kam jetzt darauf an, wie sich Deutschland dem wiedererhöhten Bonapartismus gegenüber stellen würde; die ganze Frage war, ob Bonaparte sich in die innern deutschen Händel einmischen könnte, wie er sich in Oesterreichs Händel auf der apenninischen Halbinsel gemischt hatte. Der Tod des Königs von Danemark rief die feierliche Probe herbei; ganz Deutschland fuhr im patriotischen Eifer auf, das Volk war zu den größten Opfern bereit, der größten Thaten fähig, zum europäischen Kriege entschlossen. Kein Bonaparte hätte sich gemeldet, würde sich jemals melden, wenn Deutschland Besitz von Schleswig-Holstein genommen hätte. Ein Volk, das in nationaler Aufregung begriffen ist, das für Einheit und Freiheit in den Kampf geht, ein Volk, das sich selbst genug ist, ein solches Volk ist vor allen Bonaparte's sicher. Da legte sich Preußen als Sondermacht hinein, stieß Deutschland von sich, bethörte Oesterreich mit reactionären Vorspiegelungen und machte die große deutsche Nationalsache zu einer Cabinetsangelegenheit. Kein deutscher Fürst war an seinem Platze, keiner erhob die Fahne der Nation, das Palladium unserer Sicherheit; selbst die Gegner Preußens dachten nur an sich, an ihre locale Souveränität; der Hader in Deutschland ward zur Katzbalgerei unter lauter Partikularisten; das Volk war bei Seite gedrückt, wurde unmuthig, matt, pessimistisch, wo es nicht gar, wie theilweise in Preußen, Partei für vaterlandsverrätherische Sonderinteressen ergriff.

Dies ist der Augenblick, wo Napoleon III. die Sichel zur Ernte schleift. Preußen ist von Deutschland, ist von jeder patriotischen Sympathie losgelöst. Menschen sind Menschen, der Zorn und der Haß sind das bestangelegte Kapital: treibt Hr. v. Bismarck die Dinge bis zu einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen, so steht er allein auf der weiten Welt, kein Armeecorps und kein Freiwilliger südlich vom Main regt sich; die Düppelstürmer und die Krupp'schen Kanonen mögen es mit der französischen Armee versuchen! Und keine offiziöse Stimme in Preußen darf den Mund aufthun, um die übrigen Deutschen des Unpatriotismus, des Egoismus zu bezüchtigen. „Ihr habt es gewollt“. Kein Preuße darf den Namen „deutsch“ mehr im Munde führen; denn jetzt, wo der Moment der entschiedensten Opposition gekommen ist, jetzt, wo die sog. „Fortschrittspartei“ zeigen könnte und müßte, daß sie Verstand und Muth besitzt, jetzt, wo die preußische Reaction den allerschlimmsten Streich im Schilde führt, jetzt schweigt sie. Gerade jetzt muß man lesen, Hr. v. Bismarck habe alle Aussicht, sich mit der Opposition hinsichtlich der auswärtigen Politik zu verständigen, wenn nur der Zwiespalt in Betreff der inneren Politik beizulegen wäre, wenn er nur die 3jährige Dienstzeit zum Opfer bringen wollte, um dafür das Militärbudget einzustreichen. Und wir sagen, und die Geschichte nach uns wird sagen: Wenn die Opposition in Preußen mit Hrn. v. Bismarck pactirt, wenn sie sich mit der 2jährigen Dienstzeit zufrieden erklärt und dafür auch nur Lauenburg, geschweige denn Schleswig-Holstein einzustreichen gedenkt: so hat sie Deutschland zerreißen helfen, den vaterländischen Boden verrathen und ihre geistige Unfähigkeit wie ihre moralische Verderbtheit für ewige Zeiten documentirt. Sie ist dann werth, daß ihr die Aufmerksamkeit, welche ihr vier Jahre lang gezollt wurde, mit Gassenliedern vergolten werde, so weit die deutsche Zunge klingt, daß der Genius Deutschlands, ehe ihm der Arm am Leibe heruntersinkt, noch die letzte Kraft anwende, um der preußischen Fortschrittspartei ein Brandmal aufzudrücken.

Friedrich der Große aber, der nicht immer deutsch handelte, dachte wenigstens sehr oft gründlich deutsch und gründlich politisch. Mit 24 Jahren schrieb er seine Considérations sur l'état du corps politique de l'Europe. Nicht allzulange vorher hatten die Franzosen das Vorhängeschloß Straßburg an ihre Thüre gelegt, Lothringen gestohlen und dachten nun auf Luxemburg, Trier und Flandern. Da erklärte der feurige Kronprinz von Preußen: „Ich will die verborgenen Ursachen dieses Uebels aufdecken. Haben meine Betrachtungen das Glück, an das Ohr der Fürsten zu dringen, so sollen diese hier Wahrheiten finden, welche sie niemals aus dem Munde ihrer Höflinge und Schmeichler gehört haben, und vielleicht werden sie noch zu ihrem Erstaunen erfahren, daß diese Wahrheiten sich noch dereinst neben sie auf den Thron setzen werden. Die Fürsten sollen wissen, daß ihre falschen Grundsätze die Giftquelle aller Leiden Europa's sind. Die meisten Fürsten sind der Meinung, daß Gott lediglich aus einer ganz besondern Rücksicht auf ihre eigene Größe, Glückseligkeit und Eitelkeit jene Menschenmassen geschaffen habe, deren Heil ihnen anvertraut ist, und daß ihre Unterthanen nur dazu bestimmt seien, die Werkzeuge und Diener der fürstlichen Leidenschaften zu werden. Daraus entspringt jene Sucht nach falschem Ruhm, die heftige Gier, Alles an sich zu reißen, die Härte der Auflagen, mit denen sie das Volk belasten, ihre Trägheit, ihr Hochmuth, ihre Ungerechtigkeit. Wollten die Fürsten sich dieses ersten Irrthums entschlagen, und mit Ernst auf den Zweck ihrer Einsetzung zurückgehen, so würden sie sehen, daß ihr Rang, auf welchen sie so eifersüchtig sind, daß ihre Erhebung nur das Werk der Völker ist, daß diese Tausende von Menschen, die ihnen anvertraut sind, sich keineswegs zum Sclaven eines Einzelnen gemacht haben, daß sie sich nicht Einem ihrer Mitbürger unterwarfen, um das Opfer seiner Launen und der Spielball seiner Willkur zu werden. Stände dieser Grundsatz fest, so würden die Fürsten sicherlich jene beiden Klippen umschiffen, die noch jederzeit den Sturz der Reiche und die Verwirrung der Weltlage herbeigeführt haben, den maßlosen Ehrgeiz und die träge Vernachlässigung der Geschäfte. Anstatt unaufhörlich auf Eroberungen zu sinnen, würden diese Erdengötter bemüht sein, für das Glück ihrer Völker zu sorgen. Sie würden dann auch die Wohlfahrt ihres Volkes nicht blind einem Minister überlassen, welcher vielleicht unfähig ist und welchem es jedenfalls gleichgültiger als dem Fürsten selbst sein kann, ob das Volk fortschreite und gedeihe“.

Politische Umschau.

Preußen. Das am 7. Dez. und folgenden Tagen in der preußischen Hauptstadt aufgeführte Siegesgepränge über die Heldenthaten von Missunde, Düppel und Alsen streifte doch stellenweise allzusehr ans Gebiet des Lächerlichen. Es war eben eins von jenen Stücken, in welchen die Dekorationen die Hauptrolle spielen. Orden über Orden — ein wohlassortirtes Lager aller möglichen Gattungen von Blech und Band. Mit Recht hat man in jenen heißen Festesjubel und Siegestrubel die kühle Frage hineingeworfen: Wie viel Orden und Kreuze hätten denn wohl nach vollbrachten Freiheitskriegen gestiftet werden müssen, wenn man damals nach diesem jüngsten Maaßstabe für jede Schlacht und jedes Gefecht eine besondere Auszeichnung hätte ersinnen wollen? Fürwahr, die Brust der Krieger würde nicht ausgereicht haben für all den Ehrenputz, man hätte ein Stück Magengegend mit zu Hülfe nehmen müssen. — Eine andere Frage ist: Hat man etwa mit all diesem Siegeslärm die öffentliche Meinung theils kaufen, theils betäuben, oder die mehrfachen Verfassungsbrüche überkleistern wollen? Umsonst ihr Herren, ist euer Bemühen, das preußische Volk wird sich nicht abwendig machen lassen von seinem bisherigen Denken und Wollen, wie denn auch fast sämmtliche Neuwahlen, die in jüngster Zeit zu vollziehen waren, trotz Landräthen und Alledem, in liberalem Sinne ausgefallen sind. Und die Abgeordneten, welche — wenn es im unerforschlichen Rathe des Ministerjunkers nicht anders beschlossen ist — in der Mitte Januars zusammen treten müssen, werden eingedenk sein, daß rückständige Verfassungsschulden sich nicht mit militärischen Schaustücken abtragen lassen.

Der kostbare Polenprozeß ist vorläufig geschlossen. Gegen 11 Angeklagte, die zum Glück abwesend sind, lautet das Urtheil auf Tod, gegen 27 auf Einsperrung, und zwar gegen die überwiegende Mehrzahl auf 1 Jahr. Alle übrigen Angeklagten sind nichtschuldig befunden worden; doch ist gegen eine Anzahl der freigesprochenen Angeklagten die Erhebung einer Anklage wegen anderer Vergehen vorbehalten. Auf Antrag der Vertheidigung beschloß der Gerichtshof die Freilassung fast sämmtlicher Angeklagten.

Schleswig-Holstein. Die Stadt Preetz (zwischen Kiel und Lübeck), deren Bürgerversammlung erklärt hatte, daß sie keine preußische Einquartierung wünsche, hat sofort eine Schwadron Dragoner in Garnison erhalten. Moralische Einquartierung zu Pferde. — Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ sagt's den Annexionsfünternen gerade ins Gesicht, daß sie das schleswig-holsteinische Volk nicht kennen, und daß sie in demselben sich arg verrechnen. „Sie werden's erfahren“, heißt es, „welch zähe Widerstandskraft in diesem spröden Erz steckt. Vergewaltigt können wir eine Weile werden, zum ruhigen und gesicherten Besitz der Herzogthümer kann Preußen nicht gelangen.“ — Auch ermüdet das Volk der Herzogthümer nicht, bei jeder neuen Gelegenheit den alten wohlbekannten Trumpf seines Willens auszuspielen. In mehrfachen Adressen wird zum hundertsten Mal erklärt, daß man Herzog Friedrich VIII. allein wolle und allein fordere; zu ihm stehe das Volk noch heute unerschüttert, alle sonstige Willkür weise es zurück; das Land sei keine eroberte Provinz, welche schweigend das Loos hinnehmen müsse, das ihm beschieden werden möchte.

Eins der angesehensten englischen Blätter sagt über die preußische Politik: „Die Berliner Presse ist sehr ärgerlich über uns, weil wir uns einer Vergrößerung Preußens widersetzen. Wir sind der Art und Weise, in welcher es geschehen soll, allerdings entgegen. Die Junker, welche ihre hungrigen Söhne in den neuen Provinzen zu versorgen gedenken, wollen die Herzogthümer annectiren; es ist die Gier der alten Normannen, die weniger auf Eroberung als auf Beute und Raub ausgingen. Preußen ist ein Rußland in verjüngtem Maßstabe, frech, barbarisch, falsch und herausfordernd; es führt Krieg mit dem eigenen Volk und betrachtet Deutschland als eine Weide für seinen hungrigen Adel. Darum wünschen wir nicht Deutschland in Preußen aufgehen zu sehen, hoffen vielmehr, daß durch den Fortschritt der Freiheit und des Rechts das feudale und reactionäre Preußen einst in einem freien Deutschland verschwinden werde.“

Wie die „Volkszeitung“ über die Sache denkt, geht klar genug aus folgender Aeußerung hervor: „Wenn heute das allerdemokratischste Ministerium an der Spitze der preußischen Regierung stände und dieses es wagte, von Annexion irgend eines Staates zu sprechen, dessen Bevölkerung nicht annectirt sein will, würden wir es für ein Barbaren-Ministerium erklären, das unter allen Umständen gestürzt werden müsse.“ Sehr bezeichnend bemerkt dazu die Kölnerin: „Die Volkszeitung gehört aber augenblicklich zur Minderheit.“

Das Gerücht, daß der Erbprinz von Augustenburg im Verein mit einigen der mittelstaatlichen Regierungen die Hülfe Frankreichs in Anspruch genommen habe, um seine Erbansprüche auf die Herzogthümer durchzusetzen, wird durch wohlunterrichtete Gewährsmänner, soweit eine solche Beschuldigung den Erbprinzen selbst betrifft, als ein nichtssagendes Tagesgeschwätz bezeichnet. Nichts aber, meint die Weser-Zeitung, müsse von der öffentlichen Meinung in Deutschland so nachdrücklich gebrandmarkt werden, als jeder Versuch deutscher Regierungen, sich an das Ausland anzulehnen. Welch ein Aufschrei des Unwillens erhob sich vor Jahren durch ganz Deutschland, als der Hannoversche Junker von Borries auf Frankreich als Stütze der Selbstherrlichkeit der deutschen Welfen hinwinkte! Ein deutscher Patriot sprach damals das kräftige Wort vom Schleifen auf der Kuhhaut nach dem Richtplatze. Es war der Geist von 1813, der aus solchen Worten sprach, und wir hoffen, daß er in Deutschland nicht erloschen ist und nimmer erlöschen wird.

In **Bayern** ist das Kultusministerium zu der Einsicht gelangt, daß ein rechtschaffenes Haus von unten aufgebaut werden müsse. Deshalb will es zum gerechten Aerger der Pfaffen und Römlinge die Frage der Volksschulbildung mit demjenigen Ernst ins Auge fassen, welchen die hochwichtige Sache verdient. Wie man aber, um lohnende und blühende Gärten zu bekommen, vor allen Dingen kunstverständige und fleißige Gärtner haben muß, so soll auch zunächst die Bildung und Erziehung der Schullehrer gehoben werden. Bisher genossen dieselben bei einem Lehrer oder Geistlichen 3 Jahre Vorunterricht und waren sodann in einem von einem Geistlichen geleiteten Seminar internirt, um später alsdann als hinlänglich eingepaukte kirchliche Maschinisten deutsche Jugend für deutsches Leben zu bilden. Es ist mit gebührendem Danke anzuerkennen, daß ein bayrisches Kultusministerium in dem bisher eingeschlagenen Wege endlich einen argen Holzweg erkannt hat.

In **Baden** hat der Streit zwischen Regierung und katholischer Geistlichkeit eine neue Wendung genommen. Kaum hat die Regierung die Wahlen für die Ortsschulräthe vornehmen lassen und die Bezirksschulräthe ernannt, so ist der alte Erzbischof von Freiburg nicht faul und läßt ein Gebot ausgehen, in welchem er seinen Geistlichen jeden Verkehr mit diesem Regierungsorgane untersagt und besondere Schulinspektoren einsetzt. Außerdem verordnet der Hohepriester von Freiburg, daß jeder katholische Lehrer, der den Meßnerdienst nicht nach Anforderung des Pfarrers erfülle, abgesetzt werden solle. Es ist ein Glück, daß die Sache,

endlich einmal so weit gediehen, und daß dieses böse Geschwür am badischen Staatskörper endlich einmal zum Platzen gekommen ist. Für die Badische Landesregierung gibt es jetzt außer dem „Entweder — Oder" kein Drittes. Es ist hohe und die höchste Zeit, daß endlich einmal jede Brücke, ja jeder Steg, wodurch noch eine Verbindung mit Rom unterhalten wird, gründlichst abgebrochen werde, damit die Rebellion nicht fortwährende Rückstärkung bekomme.

Kurhessen. Nach einigen Nachrichten hätten denn die Herren Volksvertreter endlich gethan, was schon längst gethan zu haben, ihre verfluchte Schuldigkeit war, nämlich sie hätten endlich beschlossen, ein hohes Ministerium, diesen Hehler und Gelegenheitsmacher so mancher allerhöchsten Verfassungswidrigkeit, in Anklagestand zu versetzen. Nach anderen Nachrichten freilich wäre der betreffende Ausschuß erst beauftragt worden, darüber zu berichten, ob die Anklage jetzt begründet sei. — Schon seit längerer Zeit hat das Gerücht erzählt, daß die kurhessischen Thronverwandten nicht abgeneigt wären, den Bundestag zu veranlassen, den jetzigen Throninhaber für regierungsunfähig zu erklären. Gefährliches, herausforderndes Beispiel! Denn wie leicht kann, beim Volke wenigstens, dieser Vorgang der kurhessischen Agnaten in X deutschen Bundesstaaten ein wohlberechtigtes Echo erwecken! — Bereits in der vorigen Nummer ist darauf hingewiesen worden, wie die kurhessische Staatsmaschine in's Stocken und wie das ganze Land in eine Aera des Stillstands gerathen ist, weil an höchster Stelle die unvermeidlichen Unterschriften verweigert werden. Auf eine Deputation kurzentschlossener Männer, wie eine solche im schönen Frühling 48 von Hanau her mit gutem und raschem Erfolge vor den Leib Sr. Königl. Hoheit rückte, ist bei der jetzt trichinenhaft grassirenden Schlafheit der Gemüther leider nicht zu rechnen. Hülfe vom Bundestage! „Liest man auch Trauben von den Disteln und Feigen von den Dornen?" Hülfe vom Bundestage, der sich selber nicht helfen kann, der vielmehr schon seit Jahr und Tag die Rolle des kranken Mannes gespielt hat! — Und welche Hülfe könnte denn im allergünstigsten Falle vom Bundestage kommen? Der allernächste kurhessische Thronverwandte ist ein gewisser Landgraf Wilhelm, der bereits 77 Sommer zählt, und dessen Schultern zu schwach geworden sein dürften. Der Sohn des alten Herrn ist ein gewisser Prinz Friedrich, 44 Jahre alt, aber Gemahl einer Prinzessin aus dem Hause Hohenzollern. Von weiteren hervorragenden Eigenschaften schweigt die Geschichte.

Mecklenburg. Dem letzten Landtage darf wenigstens ein Lob nachgesagt werden: er ist wieder nach Hause gegangen.. Ein komischer Auftritt entspann sich, als ein von der Regierung eingebrachter Entwurf wegen Thierquälerei diesem närrischen gesetzgebenden Körper zur Genehmigung kundgegeben ward. Ein mit feinster Nase versehener Ritter fühlte sich sofort zu der Frage gedrungen, ob denn auch wohl Hetzjagden unter das erwähnte Gesetz fallen könnten. Donner und Doria! als wäre Halali geblasen, so schwangen sich Alle, des ritterlichen Lebens theuerstes Kleinod zu retten, auf sämmtliche Rednerbühnen des Saals, auch Stühle genannt, eifernd und geifernd gegen den vielleicht von der Regierung beabsichtigten Umsturz altehrwürdiger Hetzjagd. (Allgemeines Durcheinander, Mehrere von altem Adel machen angestrengte Versuche, aus der Haut zu fahren). Das Resultat der babylonischen Beredtsamkeit ist der Beschluß, daß das fragliche Gesetz höchstens auf gemeine Hausthiere Anwendung finden dürfe.

△ **Breslau,** Anfang Dec. (Die Communalverwaltung und die Steuerreform.) Trotz des noch immer herrschenden, weder vor der gesunden Vernunft, noch vor den ja leicht biegsamen Zweckmäßigkeitsrücksichten zu rechtfertigenden Wahlgesetzes, welches die Volks- wie die Gemeindevertretung nach dem Dreiklassensystem und mit öffentlicher Stimmgebung zu wählen verordnet, ist unsere Communalvertretung seit einigen Jahren durch die Neuwahlen allmälig liberalisirt und salva venia demokratisirt worden. Warf man ihr doch schon im Jahre 1860 vor, weil einige Wortführer der ehemalig demokratischen Partei *) hineingewählt waren, daß sie, wie die städtische Ressource einen Theil der Einnahme des Garibaldifestes, den Stadtsäckel nach Italien schicken wollte! — Schlagenderer Beweis des in ihr waltenden besseren Geistes war die Wahl des neuen — oder vielmehr die Nichtwiederwahl des früheren Oberbürgermeisters, Hrn. Geh. Rath Elwanger. Das kommt aber davon, wenn so viel „literarische Bummler und verfehlte Existenzen" in einer Stadtvertretung sind! Und da verdenkt man es der preußischen Regierung noch, daß sie einen „heilsamen Druck" durch Nichtbestätigung der demokratelnden Stadträthe, Bürgermeister ꝛc. ausübt! Sie muß in Zukunft sämmtliche Stadtverordnete nicht nur bestätigen, sondern ernennen können! Wohin soll das kommen, wenn z. B. sogar mehrere „Freigemeindler" schon darin sitzen, und sogar — davon später! „Ist es gethan, wird es auch zur Rede kommen!" — sagt Tell. — „Wess' das Herz voll ist, dess' geht der Mund über!" sagt ein biblisches Wort, und die neuen Stadtverordnetenvorlagen bestätigen es, wenn es als „biblisch" überhaupt noch einer Bestätigung bedürfen sollte! Diese besagten Vorlagen aber bezwecken: 1) Aufhebung des Einzugs- und Bürgerrechtsgeldes; 2) der Brennmaterialiensteuer; 3) Herabsetzung (leider nur Herabsetzung!) des Schulgeldes in den städtischen Elementarschulen. Die Vertreter der guten alten Zeit sagen freilich und haben auch in den Debatten in der gestern gehaltenen „Stadtverordnetensitzung" behauptet: Nr. 1 würde ein Zuströmen des Proletariats in die Stadt veranlassen, welches binnen Kurzem die städtische Armenverwaltung mit einem unerschwinglichen Ausgabe-Etat belasten würde! Gegen diese Einwände wurden indeß nicht nur die allgemeinen Vortheile der Freizügigkeit geltend gemacht, sondern speciell für Breslau darauf hingewiesen, daß der Zuzügler ebenso den bemittelten, ja den höchstbesteuerten Klassen als denen angehöre, von denen man die Last der städtischen Armenpflege vermehrt zu sehen fürchte, wenn überhaupt augenblicklicher Besitz eine Bürgschaft gegen Verarmung gewähre. Der zuziehende Arbeiter bringe der Stadt nicht blos etwa viele Kinder zu und wenig Geld — sondern ein Arbeitscapital an Kraft, er werde dem sich empfindlichst geltend machenden Mangel an Arbeitskräften abhelfen. Das Einzugsgeld könne aber gerade ein Anlaß künftiger Verarmung sein, wenn der Anziehende sein geringes Anfangscapital, wenn er solches in Geld besitze, auf das Einzugsgeld hingeben müsse, statt es in seinem Geschäft nutzbar anzulegen, oder wenn er keines besitze, sofort mit Borgen zu beginnen gezwungen sei. Ferner wurde nachgewiesen, daß das Proletariat, welches man als Gespenst den Vertheidigern der neuen Vorlagen entgegenhalte, gar nicht aus den Zuzüglern seine größte Vermehrung erhalte, sondern aus den hier ansässigen ärmeren Klassen. — Auch die Aufhebung der Brennmaterialiensteuer wurde bekämpft, da sie der Stadt eine erhebliche Einnahme entziehe, ohne der ärmeren Bevölkerung irgend fühlbare Erleichterung zu gewähren, da sie den Unterschied von 1 Sgr. Steuer pro Tonne Kohlen gar nicht empfinden könne, weil sie nur metzenweise kaufe. Diese Erleichterung komme nur den Fabriken zu gut, kurz der großen Industrie. Indem der Vortheil, der letzterer aus dieser Maßregel erwachse, zugegeben und als billige Ausgleichung für die aus den anderen Theilen der Reform entspringende Mehrbelastung der Höherbesteuerten bezeichnet wurde, zeigte man indeß auch, daß auch die ärmere Bevölkerung dadurch einen Vortheil erlange, daß die Mehrausgabe für Kohlen und Holz, welche für die einzelne Metze vom Kohlenhändler doch nicht mit ⅙ Thlr., sondern beträchtlich höher als die veranlagte Steuer erhoben werde, falle, und die Concurrenz der Kleinhändler um des zu erlangenden Mehrabsatzes willen zwingen werde, ihnen mehr Kohlen zu gewähren. — Bei dem dritten Punkte der Aufhebung des **halben** Schulgeldes wurde die Befolgung des verfassungsmäßigen Grundsatzes, unentgeltlichen Volksunterrichts, wohl allgemein anerkannt, wenn auch ein Stadtverordneter und Sanitätsrath sich nicht scheute, bezahlten Unterricht als besser zu bezeichnen, als unentgeltlich erhaltenen, aber die Gegner dieser Reform hielten auch diese Verbesserung theilweise als den Armen nicht thatsächlich vortheilhaft, weil diese den Erlaß der Hälfte des Schulgeldes nicht fühlen würden, theilweise als verfrüht, ehe die katholischen Pfarrschulen nicht städtisch geworden seien und daran Antheil nehmen könnten. Für die Aufhebung des halben Schulgeldes, die freilich nur eine **Abschlagszahlung** sei, aber wurde geltend gemacht, daß eine solche Steuer, welche die **Bildung** vertheuere, dem Volke besonders schädlich und auch volkswirthschaftlich zu verwerfen sei, indem der schlecht unterrichtete Arbeiter um so mehr der Stadt zur Last falle, wenn das Geschäft, das er gelernt, ihn nicht nähre und er nicht im Stande sei, ein anderes zu ergreifen. Ferner würden die Lehrer eine viel geachtetere Stellung zum Volke einnehmen, wenn sie nicht mehr gezwungen sein würden, den Eltern ihrer Schüler als Steuereinforderer das Schulgeld nöthigenfalls abzupressen, wenn diese nicht bezahlen könnten. Endlich sei es zwar zu bedauern, daß die kathol. Pfarrschulen noch von dieser Wohlthat ausgeschlossen seien, doch sei dies kein hinreichender Grund zur Ablehnung oder Verschiebung der Reform. (Vielleicht wirkt sie auch dadurch, daß ein Theil der Eltern ihre Kinder an die Communalschulen übersiedelt, förderlich auf Abschwächung ultramontaner Einflüsse. D. Red.) Der durch Wegfall dieser Steuer verursachte Ausfall in der städtischen Einnahme wird durch Erhöhung der Einkommensteuer gedeckt werden. Wir sagen: er wird, denn die Vorlage ist in der Sitzung am 17. d. M. mit überwiegender Majorität angenommen, und zwar in progressiver Weise. Die mindest Besteuerten zahlen monatlich 6 Pf., 1 Sgr., 1½ — 2 Sgr. mehr und so fort, so daß also ein Arbeiter, der als Vater, monatlich bei nur 3 Kindern 1 Thlr. Schulgeld gezahlt hatte, jetzt nur 15 Sgr. und von seinem Einkommen vielleicht 1 — 2 Sgr. mehr zahlt, d. h. im Ganzen 3 Sgr. — 6 Sgr. Als **Abschlagszahlung** begrüßen denn nun auch wir die Reform mit Freuden und wünschen nur, daß die Kgl. Regierung die ganze Freude durch Versagung der Genehmigung nicht zu Wasser mache?

*) Diese harrt, obwohl es noch viel Demokraten geben soll, immer noch ihrer Auferstehung aus den Armen der etwas euphemistisch „Fortschrittspartei" genannten, confusionellen Dekla! **Baldige Urständ!**

Berichtigungen.

Nr. 102 Seite 502 2. Sp. Z. 4 v. u. lese man Dr. Lindner statt Dr. Linderer. Ebendas. S. 503. 1. Sp. lese man Bebel und German statt Bibel und Hermann. Ebendas. S 503 1 Sp. Z. 49 v. o. soll heißen: Allerdings ist dies zunächst nur ein frommer Wunsch.

Nr. 103 S 509 2 Sp. Z. 23 v. u. lese man: Großmogul statt Großmaul, Z. 3 v. u. lese man: von Nachzüglern statt von Neujahr an.

Nr. 104 S. 520 1 Sp., Artikel: „Deutschland besinne dich!" lies: „daß Preußen von Rußland gegängelt wird" statt „geprügelt." Das Gängeln kommt vor dem Prügeln! Gleich darauf lies: „daß Hauser Preußen die Absolution für die zweite Theilung ertheilt", statt „die zweite Theilung Preußens." So weit sind wir noch nicht.

Arbeitsvermittelung.

Stellen-Gesuche arbeitsloser Polen.

1. Ein gelernter Grobschmied.

2. Ein gelernter Papierfabrikant.

3 Mehrere junge Leute, welche die Galanteriearbeit zu erlernen wünschen und aus eigenen Mitteln sich zu unterhalten im Stande sind.

4. Mehrere junge unbemittelte Leute, die irgend ein Handwerk zu erlernen wünschen.

5. Zwei gelernte Apotheker, von denen der eine vorläufig selbst ohne Gehalt zu conditioniren wünscht.

6. Ingenieure, Geometer und Zeichner.

7. Ein der deutschen und französischen Sprache mächtiger junger Mann als Buchhalter.

Zürich, den 21. December 1864.

Für das Polen-Comité:

Die Central-Commission
zur Unterbringung der arbeitsuchenden Polen.

Der Sekretär: Wilhelm Habicht.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 106.
Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Sonntag, 8. Januar 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.
Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Berichte aus Coburg, Fulda, Mainz, Stuttgart, Berlin. — II. **Politischer Theil.** Nur wenn Ihr von der Freiheit abfallt und dem Recht, seid Ihr uneins. — Deutschland besinne dich! IV. — **Politische Umschau.** Schleswig-Holstein: Jahrestag des Privataufenthalts des Herzogs Friedrich in Holstein; Scheel-Plessen mit 16 Junkern für die Annexion; die Richtung des Nordostseekanal entschieden. Preußen: achtbarer Abonnentenverlust der Volkszeitung; Einberufung der Kammern, Präsidium des Abgeordnetenhauses; zwischen Hrn. von Bismarck und Grafen Cavour ein ganz kleiner Unterschied; Stralsund, Maßregelungen, wegen Ueberzeugungstreue; Düsseldorf, preußische Offiziersexcesse. Würtemberg, lenkt in die liberale Bahn ein. Kurhessen: wie die Nachthessenzeitung die Dinge ansieht. Thüringen: Scheinparlamentarismus. Bayern: Regungen der Fortschrittler. Mecklenburg: wie sich das System in Zahlen ausnimmt. Wien: der Unterschied zwischen Oesterreich und Coburg. Nordamerika: Siege der Unionsheere. — Botschaft und Bulle. — **Beiblatt:** III. **Socialer Theil.** Gefängnißgedanken zur socialen Frage. — IV. **Vom Büchertisch.** Friedrich Kapp, der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika. Gesundheitspflege für das Volk, von Dr. Eduard Friedrich. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Coburg. Am Abend des ersten Weihnachtstages war das Versammlungslokal des hiesigen Arbeiterbildungsvereins der Schauplatz einer einfachen und sinnigen Festfeier. Musik, Gesang und Rede thaten das Ihrige. Herr Arnold Schloenbach entwickelte in einem gedankenvollen, mit größter Spannung von der zahlreichen Versammlung angehörten Vortrage den schönen heidnischen Ursprung des Festes und wie sich dasselbe auf den Kultus des alten, später von der christlichen Kirche abgesetzten Gottes Rabegast zurückführen lasse. Dem geschichtlichen Theile seines Vortrags ließ der Redner alsdann manch schönes Wort folgen über des lichtergeschmückten Christbaums freiheitliche und humane Bedeutung. — Zahlreiche von Mitgliedern gespendete Gaben wurden theils verloost, theils zu guten Zwecken versteigert. Das Gesammtergebniß der Versteigerung betrug 26 Gulden, von welchen 11 fl. dem hiesigen Hülfsverein für Blinde, 9 fl. den armen Kindern, die alljährlich auf hiesigem Rathhause ihren Christbaum bekommen, 6 fl. endlich einer mit dem 1. Januar dahier ins Leben tretenden Krankenunterstützungs-Kasse gewidmet wurden.

X. **Fulda.** Am 4. December feierte der hiesige Arbeiter-Fortbildungsverein sein Stiftungsfest und am 26. fand eine Wiederholung desselben Statt. — Beide Feste erfreuten sich eines zahlreichen Besuches und lieferten dieselben wieder den Beweis, daß es dem zeitigen Vorstande blos auf den Glanz nach Außen zu thun ist, dagegen die innere Ausbildung ganz aus dem Auge gelassen wird. — Bis jetzt sind blos drei Vorträge gehalten worden und die Unterrichtsstunden haben bis jetzt noch nicht begonnen. — Es steht nun die Neuwahl des Vorstandes bevor und wir möchten nicht unterlassen, den Mitgliedern doch sehr zu empfehlen, auf gediegene, wissenschaftlich gebildete Mitglieder ihr Augenmerk zu lenken, damit der rechte Zweck des Vereins nicht verfehlt werde.

Mainz, 27. Dec. Auch der hiesige Arbeiterbildungsverein hatte auf den 26. d. M. eine Christbescheerung für seine Mitglieder veranstaltet, die unter zahlreicher Betheiligung auch von Freunden und Freundinnen des Vereins in der That ganz wunderschön und auf das Ehrenvollste für diese Gesellschaft verlief. Insbesondere verfehlte die schwungvoll, von wahrhaft vaterländischem Geiste durchdrungene, einleitende Festrede des Herrn Dunkel, Vorsitzenden des Vereins, ihres Eindrucks nicht.

Stuttgart. (Arbeiterbildungsverein.) Am Montag Abend fand im Paul Kold'schen Saale die Weihnachtsfeier statt, die so stark besucht war, daß nicht einmal alle, welche den weiten Weg gemacht hatten, Platz finden konnten. Die um den schön verzierten Christbaum versammelte freudige Schaar gewährte einen wahrhaft wohlthuenden Anblick. Gesang und andere Musikproductionen wechselten mit einander ab und zum Schlusse ging die Ziehung der Lotterie vor sich, die zu Gunsten des Vereins veranstaltet worden war und zu der die Mitglieder und Freunde des Vereins die Gewinnste, zum großen Theil aus eigenen Handarbeiten bestehend, geliefert hatten. Der Ertrag von über 100 fl. wird zur Vervollständigung der Vereinsbibliothek sehr gute Dienste leisten. In neuerer Zeit erhielt der Verein mehrfach sehr werthvolle und nützliche Geschenke an Büchern. Wir sind überzeugt, daß es nur einer Anregung bedarf, um Viele zur Nachahmung dieser Beispiele zu bestimmen, wodurch sie eine so nützliche Anstalt fördern helfen können; besonders den zahlreichen hiesigen Verlegern dürfte es leicht werden, das eine oder andere gute Buch der Vereinsbibliothek zukommen zu lassen. (Beobachter.)

Berlin. Am 28. Dez. feierte der berliner Arbeiterverein in den glänzend und geschmackvoll geschmückten Räumen des Lokals des berliner Handwerkervereins sein zweites Stiftungsfest. Nach der Festouvertüre des Zimmermann'schen Musikkorps begrüßte der Vorsitzende Herr Bandow die eingeladenen Gäste und die äußerst zahlreiche Versammlung und sprach sein Bedauern aus, daß Herr Schulze-Delitzsch abgehalten sei, Theilnehmer des Festes zu sein. Dem Bericht über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre entnehmen wir Folgendes. Es wurden von Gönnern und Freunden des Vereins belehrende Vorträge gehalten. Eine eingehende Besprechung über die Lohnverhältnisse hatte die Einreichung einer Petition an die Staatsregierung zur Folge zur Erlangung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und zur Aufhebung der freien Arbeit entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen. Nach einer weiteren Besprechung ist eine Petition an die Stadtbehörden gerichtet worden um Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Gewerks-Krankenkassen. Aus der Mitte des Vereins hat sich eine Sparkasse gebildet, die bei 63 Mitgliedern ein Einlagekapital von 1230 Thalern besitzt. Neuerdings haben sich einige 20 Mitglieder zur Bildung eines Gesangvereins zusammengethan. Die Bibliothek enthält bereits einige 100 Nummern. Auch zur Förderung gemeinnütziger Zwecke außerhalb des Vereis hat sich derselbe pekuniär betheiligt. — Herr Meyer hielt die Festrede, in der er ausführte, daß wohl die Lage der Arbeiter bei ihren Bestrebungen keine sichtlich bessere geworden sei; dieses Schicksal theilen sie aber auch mit anderen Ständen, deren jeder zu einer bestimmten Art von Entsagung gezwungen ist; warnen müsse er, wie er dies schon früher ausgesprochen, vor denen, die den Arbeitern vorreden, daß sie das Arkanum zur sofortigen Lösung der socialen Frage gefunden, die noch nichts sind und die Arbeiter gebrauchen wollen, um etwas zu werden und wenn sie etwas geworden, sich nur um ihre eignen Interessen und nicht um die der Arbeiter bekümmern. Dagegen können die Arbeiter getrost solchen Leuten vertrauen, die schon etwas sind und durch den Arbeiter nicht erst etwas werden können, die durch ihr ganzes Handeln zeigen, daß ihnen das Wohl des Arbeiters am Herzen liegt; ein solcher Mann sei Schulze-Delitzsch, dessen Lehren langsam aber sicher zum Ziele führen, der es ausgesprochen, daß man ein Gebäude mit einem guten Fundamente und nicht mit dem Giebel beginnen müsse. — Von den eingeladenen Gästen sprach zunächst, im Namen derselben dankend, Herr Abgeord. Eberty. Anschließend an die trefflich ausgeführten Quartettgesänge des Gesangvereins „Konfidenzia", unter Direktion des Herrn Wittinghausen, hob er hervor, wie die Pflege des Volksgesanges und die Achtung vor den Frauen ein wesentlicher, vor anderen Nationen auszeichnender Charakter des deutschen Volkes sei. Einer Nation, die auf solche Weise, wie die deutsche, Kunst und Bildung sich zu eigen gemacht hat, müsse noch eine schöne Zukunft bevorstehen, denn vor Kunst und Bildung müssen alle Söldnerschaaren der Feinde der Freiheit weichen. (B. Z.)

Politischer Theil.

Nur wenn Ihr von der Freiheit abfallt und dem Recht, seid Ihr uneins.

Unter dieser Ueberschrift bringt das, jetzt in erweitertem Format, als „Volkszeitung für Thüringen" erscheinende „Coburger Tagblatt" folgenden Artikel.

„Wer in den ernsten Stunden des Jahreswechsels, statt sich rauschendem Vergnügen

hinzugeben, bei sich selbst eingekehrt ist und einen Rückblick gewendet hat auf das verflossene Jahr, der wird bei dem Gedanken an das gemeinsame Vaterland sich einer schmerzlichen Vergleichung nicht haben erwehren können. Wie ganz anders war es doch vor einem Jahr und heute. Damals zum erstenmal seit einem halben Jahrhundert, zum Staunen von Europa, nein von der ganzen civilisirten Welt, in diesem vielgespaltenen und zerrissenen Deutschland Eine einige Nation. Es war wieder einer jener heiligen Augenblicke gekommen, in welchen der Glaube an eine große Zukunft unseres Volks und Vaterlandes sich neu belebt, in welchen der Genius Deutschlands mit verklärtem Antlitz herabblickt auf das geliebte Land, und zu den vielen dunklen Blättern seiner wechselvollen Geschichte wieder ein neues, lichtes, glänzendes Blatt hinzufügt. Wie mit einem Zauberschlage war die Eigensucht, waren alle die niederen Leidenschaften, welche die Quellen unserer Zwietracht und Zerrissenheit sind, gebändigt, untergeordnet dem einen heiligen Gefühl, der Liebe zum Vaterland; und mit ihm gleichsam zu einem mächtigen Accord vereinigt. Ein Stück vaterländischer Boden war gefährdet, ein treuer, trefflicher Bruderstamm war in seinem guten Recht, in seiner Unabhängigkeit, in seiner freien Selbstbestimmung bedroht, sollte wie ein Stück Waare verkauft und den Fremden preis gegeben werden. Da erwachte das alte Rechts- und Freiheitsgefühl der deutschen Nation, dem sie so manche glänzende Episode ihrer Geschichte verdankt. Das noch immer vorenthaltene Parlament für diesen Fall thatsächlich ersetzend, traten die Landesvertretungen aller deutschen Staaten für das gute Recht der Nation in die Schranken, eilten fünfhundert wirkliche, active Vertreter des Volks aus allen Theilen Deutschlands nach Frankfurt, gaben dem einmüthigen Willen der Nation einen unzweideutigen Ausdruck und forderten die Nation zum Einstehen für das Recht und die Freiheit des bedrängten Bruderstammes auf. Und die Nation hörte den Ruf und befolgte ihn. Scheu und betroffen zog sich das eifersüchtige Ausland zurück. Vor der kleinlichen und ohnmächtigen Politik der deutschen Cabinete hatte es weder Achtung noch Furcht, vor der in ihrer Einmüthigkeit unwiderstehlichen Macht der deutschen Nation aber trat es zurück; vor ihr verstummten einen Augenblick die Intriguen und die Selbstsucht der einheimischen Cabinetspolitik und beugte sich der üble Wille der Machthaber. Die Truppen, welche ausgesandt waren, mit neuen Fesseln das deutsche Land an das Ausland zu schmieden, wurden zu Befreiern, in ihnen selbst, die bisher nur blinde Werkzeuge geschienen, war der Geist der Nation lebendig geworden und man wagte es nicht, sie von Neuem zu Diensten der Volkesknechtung und zu Schändung des deutschen Namens zu mißbrauchen.

Das ist die glänzende und freudenvolle Seite der Geschichte des abgelaufenen Jahres, die dem deutschen Namen zum erstenmale wieder Achtung gewonnen hat unter den Völkern der Gegenwart, und ein bleibendes Andenken behalten wird in der Geschichte unseres Volkes. Nun aber beginnt die Wendung. Zur Seite der mächtigen Impulse einer wahrhaft freiheitlichen, wahrhaft nationalen Volkspolitik, gerichtet auf die großen Interessen der Nation, laufen nebenher die Fäden einer davon losgelösten Cabinetspolitik, der kleinlichsten Selbstsucht der Dynastien. Das deutsche Land und sein Volk war befreit von den Fremden, aber nun begann das während der Volksbewegung vorbereitete Spiel der Habsucht der heimischen Machthaber und wußte gleichzeitig unter allerhand gleißnerischen Vorspiegelungen die Gemüther des Volkes zu beirren und die kaum gewonnene Einmüthigkeit des nationalen Willens wieder zu vernichten. Unter dem Vorwand der Förderung der Einheit und der Stärkung der Macht der Nation ist eine der Freiheit und dem Recht feindliche dynastische und Junkerpolitik darauf aus, auf Kosten der Freiheit und des Rechts die eigene Macht zu verstärken. Es ist ihr gelungen, die Gemüther Vieler zu bethören und in demselben Maße, als der Abfall von den einfachen Grundsätzen des Rechts und der Freiheit um sich greift, welche leitend gewesen sind bei Beginn der Bewegung, hat sich die kaum geschlossene Pandorabüchse der Meinungsverschiedenheiten und Parteileidenschaften wieder geöffnet, und so liegt am Schlusse des so herrlich begonnenen Jahres vor unseren trauernden Blicken das deutsche Vaterland abermals in Hader und Zwietracht, mehr zerspalten als je zuvor. Es ist ein verhängnißvoller Irrthum, von dem die Gemüther vieler Freunde des Vaterlands sich haben bethören lassen, die da meinen, daß die Einheit und die Macht in Wahrheit höher stehe, als die Freiheit und das Recht. Nur dadurch ist die siegreich gewordene Sache der Nation den Intriguen der Dynastien und ihrer Sonderpolitik wieder unterlegen und die Einmüthigkeit des nationalen Willens wieder gebrochen. Wie die Staaten und ihre Lenker nur um des Volkes, seiner Interessen, seiner freien Entwicklung willen da sind, so hat die Einheit nur als das schützende Kleid der Freiheit und die Macht nur als die starke Schutzwehr des Rechts ihre Bedeutung. Nehmt ihnen diese Bedeutung und ihr habt das Chaos. Und so gibt uns das abgeschlossene Jahr von Neuem die Lehre: **nur wenn wir von der Freiheit abfallen und dem Recht — sind wir uneins.**"

|| Deutschland besinne dich!

IV.

Unsere Behauptung ist: Preußen isolirt sich und zahlt die Einrichtungskosten der vierten Dynastie in Frankreich, nachdem es unter demselben Ministerium die russische Anwartschaft auf den Panslavismus unterstützt und dafür einen Hochverrathsprozeß vor dem Richterstuhl des „Kladderadatsch" verdient hatte. Leider ist „Kladderadatsch" längst nicht mehr competent.

In der preußischen Einbildung stehen freilich die Dinge ganz anders; da ist alles Tüppel-Rosa und Atlas-Blaa; da athmet eine Zuversicht wie im Gemüthe des Helden von la Mancha, der die Welt in ihre Fugen einzurichten hatte und der zum speziellen Nachschöpfer für etliche Lücken des Weltenbaues bestimmt war. Die Berliner offiziösen Correspondenten sind gradezu toll vor nachtwandlerischen Machträumen. Betrachten wir uns einen dieser bornirten Hellseher etwas näher!

„In der orientalischen Frage kann Preußen möglicherweise den Ausschlag geben und hierin liegt der Schlüssel der Situation." So weit gehen die Illusionen der Annectirungssucht, von so weit her verschreibt sich das Bismarckthum seine Trostgründe! Als ob die orientalische Frage grade jetzt, von wegen der preußischen Ländersucht, um dem preußischen Premier aus Verlegenheiten zu helfen, auf den Plan gebracht würde; als ob Rußland oder Frankreich sich beeilen müßten, grade jetzt dieses Register zu ziehen! Die orientalische Frage, liebes Kind! das sind tempi passati von 1854 und 55. Damals, ja damals konnte Preußen sich ermannen, konnte es mit Frankreich und England wider Rußland gehen, England als Landmacht wider das Uebergewicht Frankreichs stützen, die polnische Theilung aufheben, das Slaventhum zurückdrängen und — um Alles mit Einem Worte zu sagen — seinen cäsarischen Prinzen, dem es zu eng wird in dem bürgerlich, municipalen Deutschland, in Warschau krönen lassen. Damals aber lauerte Hr. v. Manteuffel, der Vorläufer des Hrn. v. Bismarck, in feigster Neutralität, setzte die westmächtliche Presse in Verlegenheit, ob Preußen eine Macht dritten, vierten oder fünften Ranges sei, und ließ sich durch den speculativen Louis Napoleon in der zwölften Stunde durch ein Hinterpförtchen in den Pariser Congreß einschmuggeln, wo Orloff und Bonaparte bereits das Floß von Tilsit zum andern Male aufführten. Schon war Preußen zum Handlanger für die dritte „Napoleonische Idee", zum Haderstifter in Deutschland selbst gnädigst ausersehen, es fehlte nur noch der preußische „Staatsmann", der sich zu dieser Komödie dressiren ließe. Bekanntlich hat er sich zur rechten Zeit gestellt.

Der Offiziöse: „Preußens Feinde sind innerhalb der Grenzen des deutschen Bundes zu suchen." Bravo, man sieht, die Lection wird vorschriftsmäßig abgebrüllt. Preußens Feinde sind in Deutschland, d. h. Preußen führt nur Krieg mit Deutschland; die Russen, gegen die Preußen vom Leder zieht, sind Deutsche; auf dem Rücken der Dänen schlug es Deutsche; seine Franzosen wohnen diesseits des Rheins. „Ein zweiter Rheinbund, den Hr. v. Dalwigk schon lange vor Hrn. v. Borries, and zwar im Sommer des Jahres 1860, der Hegemonie Preußens vorzog." Das also sind die Feinde Preußens, ein hannoverscher Minister, der sich im eigenen Lande nicht halten konnte; ein darmstädtischer Minister, der lange gesprungen wäre, wenn Preußen in Verfolgung deutscher Zwecke nur den kleinen Finger gehoben hätte! Brüder in der Reaction, Genossen in der Verkümmerung jeglicher Freiheit, Kumpane des Junkerthums und der Jesuiten, die erst dann befehdet werden, wenn sie nicht durch Dick und Dünn mit der preußischen Anmaßung und Vergewaltigung laufen, wenn sie den Versuch machen, der preußischen Militär-Hegemonie einen Stein in den Weg zu rollen!

„Es wird sich auch jetzt bestätigen, was wir vor Monaten gesagt, daß die Elbherzogthümerfrage nothwendig die deutsche Bundesreformfrage herbeiführen muß. Die Wege und Ziele der preußischen Politik sind genau und seit langer Zeit vorgezeichnet; und es kann sich nur darum handeln, daß nach den Verhältnissen, oft auch je nach den Staatsmännern, welche an der Spitze stehen, ein langsameres oder lebhafteres Tempo im Verfolgen dieser Ziele eingehalten wird." Die Frage der Bundesreform ist seit 1848 auf der Tagesordnung und an großen und sichern Gelegenheiten, diese Frage im vollen Einverständniß mit der Nation, bei vollständiger Ohnmacht aller Borries und Dalwigks, durchzuführen, hat es wahrlich nicht gefehlt. Wer aber hat sich allen noch so günstigen Situationen, allen patriotischen Aufforderungen hartnäckig und böswillig entzogen? Wer hat die Patrioten schnöde von der Hand gewiesen, gemeinsame Sache mit allen Borries und Dalwigks gemacht, den Beusts und Hassenpflugs die Wege geebnet, preußisches Blut für deren Reactionen vergossen? Wer anders als dieselbe Politik, deren „Wege genau und seit langer Zeit vorgezeichnet sind?"

Die preußische Hegemonie sollte also auf dem Wege der schnödesten Reaction angebahnt, die preußische Bundesreform mußte durch die Borries, Dalwigk, Beust und Hassenpflug vorbereitet werden; die preußische Stellung der Zukunft war, nach der Versicherung dieses Offiziösen, stets und von langer Hand her auf die Erniedrigung Deutschlands, auf die militärische Gewalt angelegt. Als Gleicher unter Gleichen, als Reactionär unter Reactionären, verließ sich Preußen stets nur auf die größere Zahl seiner Bajonette, auf die Ohnmacht seiner Spießgesellen. Das war das Angebinde, welches man dem deutschen Volke bereit hielt, und die Bundesreform, so schlau in petto gehalten, war von jeher nichts als der Cäsarismus, der Belagerungszustand, der Preßknebel, die Suspension jeglichen Rechtes, die Verherrlichung der Armee, die Betäubung aller bürgerlichen Gefühle durch Triumphzüge und Kanonengerassel.

Wir wissen nicht, was im Augenblick Alles möglich ist, wie Vieles der Hochmuth und die Verblendung, die totale Unkenntniß des deutschen Charakters und der deutschen Geschichte momentan durchsetzen mögen; aber darauf darf man mit Recht neugierig sein, wie sich der französische Staatsstreich auf deutschem Boden ausnehmen, welchen Anblick diese Initiative und Importation innerhalb deutscher Sitte und deutscher Gewöhnung gewähren wird. Neugierig darf man besonders darauf sein, wie lange die Religion des Erfolgs, die verwegene Unmoral in Deutschland Anbeter findet, und ganz besonders darauf, welche Hedschra unter den augenblicklichen Schleppträgern der Afterpolitik einreißt, wenn das System Bankerott macht, wenn das Unhaltbare rettungslos zusammenbricht.

So viel aber sieht Jeder schon jetzt, Mancher mit tiefer Reue, welcher Leichtsinn, welche politische Unmündigkeit dazu gehörte, einer Politik zu schmeicheln, deren „Wege und Ziele seit langer Zeit vorgezeichnet" waren, deren „Tempo" nur von den „Staatsmännern" an der Spitze abhing, die aber eingestandenermaßen niemals etwas Anderes wollte, als die Hegemonie über Deutschland gegen den Willen Deutschlands, als die Bundesreform auf Grund des Militärdespotismus, als die Vergewaltigung des zur Föderation berufenen Volkes. Preußen hat niemals etwas Anderes in den Anerbietungen des Nationalvereins gesehen, als die Bestätigung seiner Gelüste, die Ausdehnung seiner spe-

zifischen Souveränetät, die Erweiterung des Preußenthums. Die „Neue Aera“ klebte dieser preußischen Eroberungssucht das Schamläppchen: „Moralisch“ vor; sie war oder that verschämt, jetzt kommt das Gegentheil heraus. Und Niemand darf mehr bestreiten, daß dieses Preußen im Nationalverein selbst nie etwas Anderes als einen preußischen Verein, eine Assekuranz für spezifisches Preußenthum erblickt hat. Es handelt sich nicht mehr von Intentionen, von den Absichten der Gründer; es handelt sich vom historischen Verlauf, von der Unerbittlichkeit des Ganges der Dinge. Hr. v. Bismarck annectirte öffentlich die Tendenzen des Nationalvereins und die Verschämtheit der „Neuen Aera“ durch „Blut und Eisen.“ Er erklärte sich für den Erben der gutmüthigen Illusionen von „Centralgewalt und Parlament“; er confiscirte die gemachte Propaganda zum Besten seiner spezifischen Plane. Er läßt den Optimisten das Zusehen, hohnlächelnd sagt er: Ich will dasselbe was Ihr wolltet, Preußen an der Spitze Deutschlands; aber ich will es auf meine Weise, laßt mich nur machen!

Einer der Führer der Fortschrittspartei erklärte im vorigen Jahre auf einer feierlichen Versammlung in Mitteldeutschland: die preußische Regierung habe die Anwartschaft auf die deutsche Spitze eingebüßt. Die Zuhörer jubelten, sie dachten, die Centralgewalt sei vakant und das Nachdenken über die Natur dieser Centralgewalt sei jetzt freigegeben. Nach Berlin zurückgekehrt, äußerte derselbe Fortschrittsmann in einer zahlreichen Versammlung: Wenn auch die preußische Regierung nicht mehr an der Spitze Deutschlands zu stehen verdiene, so gebühre doch diese Stelle dem preußischen Volke! — Ganz wohl, erklärt Hr. v. Bismarck, das preußische Volk, das bin ich für den Augenblick. Beweist mir das Gegentheil! — Jener Fortschrittsmann hatte sich in die Spitze festgerannt, er war nicht Politiker genug, die Spitze überhaupt abzuhauen. Er beleidigte alle nichtpreußischen Deutschen, grade wie sein Antagonist an der Regierung; er trieb in dieselbe Krise hinein, die Deutschland jetzt ergriffen hat. Diese Krise wird sich mit Nothwendigkeit vollziehen, Deutschland wird namenloses Elend zu bestehen haben wenn das Volksbewußtsein in Preußen nicht selbst Kehrt macht.

Politische Umschau.

Schleswig-Holstein. Am 30. Dec. ist es ein rundes Jahr gewesen, daß der Herzog von Augustenburg sich als Privatmann und unter polizeilicher Aufsicht von Seiten Preußens in Holstein aufgehalten hat. Wie viel weitere Zeit noch verlaufen wird, bis dies schleswig-holsteinische Protokoll zum Abschluß gediehen sein wird, das mögen selbst die Götter nicht wissen. Ein halbes Jahr allermindestens wird noch dazu gehören, um den Nachwuchs der hohenzollerschen Erbansprüche in angemessene Beleuchtung zu bringen. — Neuerdings haben 17 holsteinische Junker, der Stockaristokrat Scheel-Plessen an der Spitze, in Berlin an höchster Stelle eine Schrift eingereicht, in welcher der Anschluß an Preußen gefordert wird. Wenn diese 17 Junker, wie sehr zu vermuthen ist, sich mit der Hoffnung geschmeichelt haben, ihre Adresse werde wie ein Lockvogel wirken und noch andere Adressen des nämlichen Kalibers nach sich ziehen, so dürften sie sich verrechnet haben; wie denn ja auch dies Schriftstück vom Kaiser von Oesterreich, an den es gleichfalls gerichtet war, kurzer Hand zurückgewiesen ist. In den höchsten Kreisen Berlins hat besagte Adresse natürlich nicht verfehlt, einen herzerwärmenden Eindruck zu machen; ja, man ist sogar nicht abgeneigt, in dieser durch preußische Gelüste irregeleiteten Handvoll Junker die Wortführer und Dolmetscher ihres Volksstammes zu erblicken. Was hat denn aber das Volk in Holstein, wie anderswo, mit den Junkern gemein? Und ist man denn plötzlich taub und blind geworden gegen die hundert und aber hundert Kundgebungen entgegengesetzten Inhalts? —

Unter den verschiedenen Linien, welche für den Nord- und Ostsee-Kanal in Vorschlag gebracht worden sind, hat man sich jetzt für die Linie von Eckernförde auf Husum entschieden, indem dieselbe die geringsten Bodenschwierigkeiten zu überwinden, nur eine einzige Schleuse nöthig haben und im Winter frei von Eise sein wird.

Preußen. Für ein bedeutsames, wenn auch gerade nicht erfreuliches Zeichen kann die Thatsache gelten, daß die Berliner Volkszeitung, welche von Anfang an treu und beharrlich für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer gekämpft hat, in jüngster Zeit eine bedeutende Zahl ihrer Abonnenten (man spricht sogar von 11,000) eingebüßt hat. Eine solche Niederlage indeß, wenn man's so nennen will, gereicht der Volkszeitung wahrlich nicht zur Unehre; die Unehre ist ganz auf Seiten der abtrünnigen und falschen Brüder. — Am 14. dieses Monats treten die **preußischen Kammern** wieder zusammen. Der König wird die Kammern mit einer versöhnlich gehaltenen Thronrede in Person eröffnen. Für den Fall, daß der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, wie verlautet ablehnen sollte, soll Herr von Unruh das Präsidium übertragen erhalten. — Es ist zu hoffen, sagt das „Coburger Tagblatt“, daß die bisherige Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich überzeugt haben wird, daß trotz all' des beutegierigen, widerlichen Geschreis der Bismarck'schen Presse die öffentliche Meinung in Deutschland am Recht festhält und daß zwischen dem beliebten Beispiel der Politik Cavours in Italien und der Bismarcks der ganz kleine Unterschied besteht, daß in allen den von Piemont annectirten Provinzen das Volk sich annectiren lassen **wollte**, daß von Hrn. v. Bismarck aber in Deutschland Niemand annectirt sein will; daß überhaupt, wer Deutschland Eins machen will — reine Hände haben muß.

Aus **Stralsund** wird der „Rhein. Ztg.“ berichtet: „Am Weihnachtsabend ist hier an den Rath der Stadt wie an den Gymnasial-Direktor Nizze vom Ministerium die Anzeige eingegangen, daß der genannte Director vom 1. April ab zu pensioniren sei. — Vor einem Jahr, gleichfalls am Weihnachtsabend, erhielten der Direktor Nizze und drei andere hiesige Lehrer die Einladung, sich nach Stettin zu verfügen, um dort wegen ihres Verhaltens bei den Wahlen einen Verweis in Empfang zu nehmen. Seitdem sind mehrfache vergebliche Versuche gemacht, den Direktor zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Der Veteran aus den Freiheitskriegen und um unser Gymnasium hochverdiente Schulmann hielt es nicht für angemessen, unter diesen Umständen jenen Schritt zu thun, der ihm sonst nach langem thätigen Leben ein ruhiges Alter gewährt hätte. Jetzt hat man sich aber zum Aeußersten entschlossen; wir sind auf das Verhalten des Raths in dieser Krisis sehr gespannt. Das Gymnasium ist ein städtisches und die hier noch zu Recht bestehende Verfassung von 1616 verleiht dem Rathe eine sehr selbstständige Stellung.“

Aus **Düsseldorf** wird unterm 24. Dec. der „Neuen Frankf. Ztg.“ geschrieben: „Unter dem hiesigen zum Theil hochadeligen Offiziercorps der Kavallerie ist viel junges, leichtsinniges Volk, das gern nach jeder Richtung hin über die Schnur haut. So hatten wir gestern wieder einen militärischen Frevel zu beklagen; einige angetrunkene Offiziere versuchten Abends 11 Uhr die Offizin der Rheinischen Zeitung zu stürmen, in welcher am selbigen Tage ein Bericht über den Einzug der hiesigen Garde gedruckt war. Darin war geschildert, wie der hiesige „conservativ constitutionelle Verein“ bei der Einzugsfeier gern eine besondere Rolle gespielt hätte, davon aber durch die Masse des Volkes, welche durch ihr stürmisches Andrängen an die heimkehrenden Krieger jeden besonderen Empfang zu nichte machte, verhindert worden. Der Angriff der Offiziere, welche auf die geschlossenen Fensterläden der Druckerei unter den gemeinsten Schimpfreden einhieben, erscheint in so grellerem Lichte, als fast gegenüber der Druckerei, nicht 50 Schritte entfernt davon, sich die Hauptwache der Kaserne befindet. Bevor von letzterer eine Patrouille herbeikam, hatten indessen die noch in der Druckerei anwesenden Setzer sich mit eisernen Stangen bewaffnet und die Tumultuanten verjagt. Später wollen die Setzer bemerkt haben, daß dieselben an der Hauptwache um Einlaß nachsuchten, um in ihre respektiven Wohnungen in der Kaserne zu gelangen. Die Namen der tapferen Streiter, welche jedenfalls nicht unter der heimgekehrten Garde, sondern den übermüthigen Paradesoldaten zu suchen sind die noch kein Pulver gerochen, müssen sich also leicht ermitteln lassen.

Die „liberale Correspondenz“ stellt am Schlusse des Jahres über die innere Lage Preußens eine im Allgemeinen nicht sehr erbauliche Betrachtung an. „Es ist eine trübe Zeit“, sagt sie, „in welcher das alte Jahr abschließt und das neue beginnt. Dunkel und verwirrt sind die Verhältnisse geblieben, die im vergangenen Jahre hinter uns liegen; dunkel und verwirrt sind die, in welche wir mit dem neuen Jahre eintreten. Im Innern der Streit um die große Vermehrung des stehenden Heeres, die ohne Zustimmung und entsprechende Geldbewilligung des Landtags eingeführt ist. Darum budgetlose Regierung und Stillstand der ganzen Gesetzgebung. Im Aeußeren Auflösung des einzigen, wenn auch schlechten Bandes, das die deutschen Staaten seit 1815 verknüpft hat, ohne daß es vorher durch ein anderes besseres ersetzt ist. Nur ein lichter Punkt leuchtet uns aus dem Dunkel des vergangenen Jahres, und das ist die Befreiung Schleswig-Holsteins von der Fremdherrschaft. Und dieser Punkt leuchtet uns um so heller, als es Preußen gewesen ist, das den besten Theil bei dieser Befreiung gethan hat. Die Junker freilich und Genossen geben darauf aus, den Sieg unserer Waffen in der rücksichtslosesten Weise für die Zwecke und Ziele ihrer Parteipolitik auszubeuten. Sie benehmen sich gerade, als wenn die Siege der Armee Triumphe ihrer eigenen Partei seien, als ob die Armee nicht mehr ein Theil des Volkes, „das Volk in Waffen“, sondern nur noch ein mächtiges Glied ihrer eigenen Partei, „die Partei in Waffen“ sei. Der Sieg der Armee ist ihr eigener Sieg, und sie verlangen darum vom Volke nach diesem Siege die volle und unbedingte Unterwerfung unter ihre Parteipolitik. Das Blut aber, das auf den Schlachtfeldern Schleswigs vergossen ist, das ist für Preußens und Deutschlands Ehre und Recht vergossen und nicht für eine Partei oder für irgend eine Maßregel der inneren Politik. Es ist eine Erniedrigung der Kämpfer selbst, wenn man ihre That für eine einzelne Partei in Anspruch nimmt. — Die Berufung des Landtags steht nahe bevor; Pflicht der Abgeordneten wird es sein, der Regierung über den vielgerühmten Umschwung der öffentlichen Meinung reinen Wein einzuschenken und das Denken und Wollen des Volks furchtlos auszusprechen. Die Hauptaufgabe ist, daß die Verfassung endlich zur vollen Geltung komme, daß wir aus der Anarchie budgetloser Zustände endlich in verfassungsmäßige Zustände eintreten.

In **Würtemberg** hat die Regierung einen sehr anerkennungswerthen Schritt gethan: sie hat die Ausnahmegesetze über Vereinswesen und Presse außer Kraft gesetzt und den Rechtszustand, welcher durch den Bundestag beseitigt war, wiederhergestellt. Jedenfalls ein Schritt, volksthümlicher und zeitgemäßer als der kürzlich erfolgte allerhöchste Erlaß, nach welchem die Großkreuze des Ordens der würtembergischen Krone nicht mehr an einem karminrothen, sondern (vernimm es, 19. Jahrhundert!) an einem scharlachrothen Bande getragen werden sollen.

Kurhessen. Aus Kassel wurde unterm 26. Dec. der „National-Zeitung“ geschrieben: „Mit welcher hoffnungsvollen Keckheit und Verblendung unsere Mucker und die ihnen zugethanen wenigen Feudalritter die Lage der Dinge betrachten, ersieht man aus den neuesten Nummern ihres Organs, der in Marburg erscheinenden „Hessenzeitung“. Da heißt es z. B.:

„Naseweise Schnäbel und kecke Finger verdienen Wischer und Klopfer. Sie haben sie (durch die Adreßantwort) bekommen zu des Landes Wohl — — Unter der Fahne unseres Fürsten können und werden mit Gott Hessens Tage sich wieder klären, die der preußisch-österreichische bundestägige jammervolle Fortschritt in die düstere Nacht des wüsten Fortschritts geworfen und die drohende Vergewaltigung im Juni 1862 weiter verdunkelt und im November zur vollen Verfinsterung gebracht hatte. Unser Fürst hat dem unheilvollen Fortschrittswagen Halt geboten — — Die Herzen der treuen Hessen sind deshalb mit neuem Muthe und Vertrauen erfüllt und bitten Gott, daß er ihren standhaften Kurfürsten erhalte, alle Schwindler und Verräther nach Verdienst züchtige und schwachen und halben Hessenfreunden das Maß der Fülle und Ganzheit in Stärkung gebe.“

Es ist schade, daß nicht einmal durch Abstimmung festgestellt werden kann, wie viel „treue Hessen“ diese Anschauung theilen.

Aus **Thüringen** bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Folgendes: So human und liberal das Regierungssystem der kleinen thüringischen Staaten auch ist, so scheinen sie doch hinsichtlich der Einberufung und Beschäftigung der Landesvertreter sich Preußen zum Muster nehmen zu wollen. Die Kammern werden selten und dann nur auf kurze Zeit einberufen. Man will dem Constitutionalismus nur ein kleinstes Maaß einräumen, die Volksvertreter sollen bei der Gesetzgebung nur selten ein Wort mitsprechen. Doch genießen die Bewohner dieser Ländchen in anderer Hinsicht manche Vortheile. Es herrscht hier kein preußisches Polizeisystem, und Zeitungsconfiscationen oder Nichtbestätigungen der Wahlen zu Gemeindeämtern kommen fast gar nicht vor. Das größte Glück ist aber, daß hier die Klassensteuer zwölfmal, ja bei gewissen Klassen zwanzigmal geringer ist als in Preußen. Dort ist die niedrigste Klassensteuer 10 Sgr. monatlich, in Schwarzburg-Sondershausen aber jährlich. Hier zahlt also der arme Mann kaum in einem Jahre so viel als der Preuße in einem Monat. In Schwarzburg-Rudolstadt hat man seit vielen Jahren gar keine Klassensteuer gezahlt.

In **Bayern** entwickelt die Fortschrittspartei ein neues, reges Leben. Die bayerische Fortschrittspartei verdammt eine Politik, die mit Arglist und Gewalt den Willen und das Recht des Volkes mißachtend,

selbstsüchtige Zwecke verfolgt, und betrachtet es als selbstverständlich, daß das schwere Werk der Einigung Deutschlands nur dann gelingen kann, wenn durch die freie und freudige Zustimmung der in ihrem freigewählten Parlament vertretenen Nation die Kraft zur Ueberwindung aller Hindernisse gewonnen wird.

Mecklenburg. Eine um Martini aufgenommene Bevölkerungsstatistik hat wieder ein klägliches Ergebniß geliefert. Das Verhältniß der unehelich gebornen Kinder zu den ehelich gebornen verhält sich in manchen Gemeinden wie 1 : 3, in anderen gar wie 1 : 2. Mecklenburg würde demnach ein bedeutendes Ammenexportgeschäft gründen können. Von 1850 bis 1863 hat sich die Bevölkerung auf den ritterschaftlichen Gütern um fast 5000 vermindert. Man schätzt die diesjährige Auswanderung auf 10,000 Seelen.

Die „Volkszeitung“ läßt sich unter'm 28. Dec. aus Mecklenburg-Schwerin schreiben: Fortschrittlicher Erlaß unseres Ministeriums des Innern in Sachen der Zünfte in den Landstädten: 1) die einwandernden Gesellen haben die Wahl, bei welchem der im Schaubuche eingetragenen Meister sie in Arbeit treten wollen — früher mußten sie den nächsten an die Reihe kommenden Meister nehmen, falls sie nicht per Schub aus dem Thor gebracht sein wollten. 2) Vom 1. Januar fällt die rollenmäßige Verpflichtung der Gesellen zur Wanderung im Auslande fort, ausgenommen werden — Maurer- und Zimmergesellen, welche Meister werden wollen, Eisen- und Metallarbeiter und Tuchmachergesellen. 3) Jeder Amtsmeister kann ohne Rücksicht auf die Zeit, wann der erste Lehrling eingeschrieben, noch einen zweiten Lehrling annehmen, auch, wenn er mehr als sechs Gesellen hält, auf je drei weitere Gesellen noch einen Lehrling, aber nie mehr als sechs Lehrlinge einschreiben — falls der Herr Amtspatron es gestattet. — So wunderbar dieser Fortschrittserlaß dem übrigen Deutschland erscheinen mag und so gemäßigt dieser Fortschritt auch ist, so wird er doch im Lager des Handwerkerbundes, welcher unsern Großherzog als den Schutz- und Schirmherren des alten „Handwerkerrechts“ und der „Handwerkerfreiheit“, wie unsere Zünftler ihre Zunftprivilegien nennen, ansieht, als ein völlig unerwartetes Attentat wider die alten Zunftrollen betrachtet. Der Erlaß beweist übrigens, daß selbst unser feudales Ministerium einsieht, daß etwas geschehen muß, um den hier herrschenden Arbeitermangel zu beseitigen; die nächste Veranlassung dazu ist wahrscheinlich die Furcht vor der bevorstehenden Einführung der Gewerbefreiheit in Hamburg, welche selbstverständlich einen noch größeren Arbeitermangel hier hervorrufen wird.

In **Wien** ist der Redacteur des „Wanderer“, Dr. Nordmann wegen Beleidigung des Königs von Preußen zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Das Appellationsgericht in Gotha hat dagegen in dem bekannten Preßprozeß der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“ wegen Beleidigung unbenannter deutscher Fürsten den Redacteur und Verfasser (Streit und Struve) zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Das ist der Unterschied zwischen Oesterreich und Coburg.

Aus **Nordamerika** bringen die neuesten Posten die günstigsten Nachrichten. Schermann hat nicht nur die Meeresküste auf seinem kühnen Zug erreicht, sondern auch bereits ein Fort von Savannah, das Fort M'Allister, genommen und hält Savannah eingeschlossen. Ebenso hat der Unionsgeneral Thomas bei Nashville den Rebellengeneral Thomas auf das Haupt geschlagen und gegen 5000 Gefangene gemacht und 40 Kanonen erbeutet. Bei Richmond selbst bereiten sich neue umfassende Bewegungen der Belagerungsarmee unter Grant vor. — Zwischen der Unionsregierung und England drohen sehr ernste Conflicte. Die englischen Behörden in Canada haben eine Rebellenbande, welche von Canada aus auf Unionsgebiet einen Raubzug gemacht, nach kurzer Haft freigelassen. Der Unionsgeneral Dix hat dagegen sofort die Befehlshaber an der Grenze beordert, bei wiederholten solchen Einfällen auf Unionsgebiet die Räuber auch auf das englische Gebiet zu verfolgen. — Die Stimmung des Volkes in der ganzen Union ist seit der Präsidentenwahl eine sehr gehobene, es hat in diesem großen, feierlichen Staatsact sich selbst wieder gefunden; indem es mit dieser Wahl sich für die völlige Beseitigung der Sklaverei ausgesprochen, hat es von allen untergeordneten Parteirücksichten sich wieder hinauf zu den großen Grundsätzen der Freiheit erhoben, auf denen die Union beruht, in deren Vollführung ihre weltgeschichtliche Aufgabe liegt und deren Nichtbeachtung in der Sklavereifrage durch die Entfesselung der niedrigen Leidenschaften die Quelle alles Parteihaders und Unfriedens in der Union gewesen ist. Mögen alle Völker, vor allen aber das deutsche, sich dies zum Beispiel dienen lassen.

Botschaft und Bulle.

Abgesehen von der kläglichen Ernte, welche dem deutschen Volke aus der blutigen Saat der sogenannten Freiheitskriege erwuchs; abgesehen ferner von den hundert Verheißungen des März 1848 und dem bald hinterher ausbrechenden Bankerott deutscher Hoffnungen — hat unser Jahrhundert wohl schwerlich schroffere Gegensätze aufzuweisen als die jüngste Botschaft Abraham Lincoln's einerseits und das jüngste Rundschreiben des heil. Vaters andrerseits. Durch die Botschaft des amerikanischen Präsidenten weht der frische Odem der Gegenwart; im Vollgefühl bewußter Kraft blickt sie den großen Weltverhältnissen in's Auge und rechnet ab mit lebendigen Thatsachen; großherzig verkündigt sie den großen Gedanken: Keine Sklaverei mehr im weiten Gebiete der Union! Ausrottung der Sklaverei mit Stumpf und Stiel ohne jedes Wenn und Aber! Die Botschaft Lincoln's bedeutet die Wiedergeburt der amerikanischen Republik; dies Stück bedeutet zugleich ein granitenes Fundament, auf welchem ein hoffnungsreicher Neubau sich erheben wird.

Die Thronreden europäischer Monarchen schleichen sich gern um Alles weg, was eine brennende Frage ist; außerdem sind sie meist nur die Stilübung eines Ministers, der seine persönlichen Ansichten, oder höchstens die Ansichten der Hofpartei wiederkäut; — die Botschaft Lincoln's ist zugleich das vor aller Welt abgelegte Glaubensbekenntniß der einmüthigen und geschlossenen republikanischen Partei. Die Geschichte wird diese Botschaft ihren werthvollsten Denkmälern einreihen, sie ist ein Aktenstück der Menschheit.

Und das päpstliche Rundschreiben? Allerdings auch ein Aktenstück und was für eins! Aus diesem an sämmtliche römisch-katholische Bischöfe erlassenen Schreibebrief vom 8. Dez. tönt es heraus wie Aechzen eines Fallsüchtigen, wie wirres Durcheinander eines Irrsinnigen. Se. Heiligkeit wirft der gesammten, aus den Banden des Mittelalters freigeworbenen Geisteskultur den Fehdehandschuh in's Gesicht; Se. wunderliche Heiligkeit verdammt und verflucht in 80 Sätzen alle Errungenschaften des staatsbürgerlichen Fortschritts, der Wissenschaft, der Philosophie, **das kostbare Vermächtniß** vieler Jahrhunderte, die Reichskleinodien des Menschengeistes.

Wenn der erste Napoleon dekretirte: Dies oder jenes angestammte deutsche Fürstenhaus hat aufgehört zu regieren, so erlaubten seine Mittel ihm solche Sprache; denn hinter ihm stand ein tapferes Heer, standen jene Garden, „die Schooßkinder des Sieges“; wenn aber Pio Nono wähnt, mit seinen 80 Sätzen einen Pestcardon um die Menschheit zu ziehen gegen Alles, was Idee heißt, so macht er sich höchstens zum Kinderspott. Denn die Blitze des Vatikans verbreiten, wie die Theaterblitze, höchstens noch den Geruch von Kalaphonium und die Scheiterhaufen sind schon längst aus der Mode. Immerhin aber ist es ein betäubender Anblick, wenn ein silberhaariger Greis an der Rolle eines Mopses Wohlgefallen findet, der den Mond anbellt.

Schon oft freilich hat das Papstthum sich lächerlich gemacht und den Spöttern reichen Stoff gespendet, mit dem Rundschreiben jedoch vom 8. Dez. hat es sich selbst übertroffen. Wem wären jene Jahr aus Jahr ein erneuerten Bücherverbote unbekannt, jene Verbote, durch welche die Menschheit gerade um ihre besten und edelsten Geisteswerke betrogen werden soll? Und was haben alle Verbote genützt? Rom mag verdammen nach Herzenslust, die Druckerpressen setzen ihre Arbeit unverdrossen fort, und am Riesenbaum der Wissenschaft brechen fort und fort neue prächtige Blüthen auf. „Wie“, fragt mit Recht die „Neue Freie Presse“, also ein Blatt des konkordatgesegneten Oesterreich, „wie sähe es in der Welt auch aus, wenn diese Gebote und Verbote mehr erschüttern könnten als die Luft und mitunter auch das Zwerchfell der Zeitgenossen? Die Literatur aller Zeiten würde auf die lateinische Bibel und eine Bibliothek von Katechismen und Gebetbüchern zusammenschrumpfen, und eine undurchdringliche Finsterniß würde die gesammte Menschheit umgeben.“

Hören wir noch Einiges aus dem Gutachten, welches die „Neue Frankf. Zeitung“ abgegeben hat. „Ueber den Glauben von zwei Drittheilen aller auf der Erde lebenden Menschen ist in dem Rundschreiben der Stab gebrochen. Von dem letzten Drittel gehört aber wieder die größere Hälfte nicht der katholischen Kirche an. Aber wie steht es selbst mit dem Reste, den der römisch-katholischen Kirche Angehörenden? Sind wenigstens sie alle rechtgläubig? Weit gefehlt! Die Unzahl von Irrthümern, über welche Se. Heiligkeit klagt, ist gerade vorzugsweise in dieser Klasse verbreitet. Was bleibt also? . . . . Die Freiheit des Glaubens, die Freiheit des Kultus, die Freiheit der Meinung, die Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der geistlichen, sind als verabscheuungswürdige und verderbliche Neuerungen verdammt. Die hier entwickelte Theorie beruht auf folgender Grundlage: die Völker müssen in der Gewalt ihrer Fürsten sein; die Fürsten unter der Autorität des Papstes stehen; der Papst kann als einziger Richter auch in weltlichen Dingen einschreiten; die Fürsten aber dürfen sich niemals in geistliche Angelegenheiten mengen. Die katholische Religion ist die einzige, welche ein Recht besitzt, öffentlichen Kultus zu üben; die Fürsten sind verpflichtet, sie zu beschützen und die Feier jedes anderen Kultus zu unterdrücken. Die Kirche besitzt das Recht, Diejenigen auch mit weltlichen Strafen zu treffen, welche ihre Gesetze verletzen; das Verbrechen der Ketzerei, ausgelöscht in allen modernen Strafgesetzbüchern, muß wiederhergestellt werden. . . . . So erblicken wir denn einen neuen Versuch, die krassesten Zustände des Mittelalters in unsere Zeit zurückzuverpflanzen. Glücklicherweise braucht Niemand darüber zu erschrecken; eine solche Zeitwidrigkeit kann nur Erstaunen hervorrufen und die Satire reizen.“

Verschiedene Anzeigen.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die weltliche Herrschaft der Päpste.

Beurtheilt von der französischen Diplomatie.

Eine Sammlung von Actenstücken.

Von **M. E. Hubaine,**

Privatsecretär des Prinzen Napoleon.

Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.

Preis 12½ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung vom officiellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Verurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums Indem wir noch auf einen am Schluß der Brochüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

Abonnements-Einladung

auf die bei **C. W. Leske** in **Darmstadt** erscheinende

Hessische Landes-Zeitung.

Organ der Fortschrittspartei.

Dieses Blatt, welches in allen Theilen des Großherzogthums stark verbreitet ist, kämpft für die Einigung Deutschlands durch ein deutsches Parlament mit kräftiger Centralgewalt, für die Begründung eines wahrhaft verfassungsmäßigen Lebens nach allen Richtungen hin, insbesondere in Hessen. Es liefert während der Sitzungen des Landtags schnellste und, je nach der Wichtigkeit, ausführliche Berichte über denselben und vertritt die Interessen der Industrie sowohl, wie die des Handels und der Landwirthschaft. Es gibt eine vollständige, mit der größten Sorgfalt aus bester Quelle geschöpfte Uebersicht der

Gerichts- und Verwaltungsanzeigen

und sucht gleichzeitig in dem mit ihm verbundenen Feuilleton durch Novellen, Skizzen und Lebensbilder aus den verschiedensten Kreisen, sowie durch Kritiken literarischer Erzeugnisse, durch Theaterberichte rc., den Wünschen seiner Leser zu entsprechen.

Ausgabe: Täglich (außer Montags). Abonnementspreis hier am Orte für das Vierteljahr: 2 fl. Bei allen Postämtern fl. 2. 12 kr. **Anzeigengebühr:** Die vierspaltige Petitzeile 3 kr., bei mehr als dreimaliger Aufnahme nur 2 kr.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 107.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.
Bestellpreis
vorauszahlbar, monatlich:
am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Sonntag,
15. Januar 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr
6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.
Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten.** Correspondenzen und Mittheilungen aus: Leipzig, Offenbach, Berlin, Zürich und Furtwangen. II. **Politischer Theil.** Deutschland besinne dich! V. **Politische Umschau.** Rückblicke auf Europa im Jahre 1864: Rußland, Oesterreich, Frankreich, Italien, England, Spanien, Portugal, Belgien, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Griechenland, Türkei. — Schleswig-Holstein: nichts mit dem engeren Anschluß. Bayern: die Wochenschrift der bayerischen Fortschrittspartei. — Zur Charakteristik. — Zu Neujahr 1865. — Briefkasten. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

B. **Leipzig.** Mit dem alten Jahre zugleich hat auch die hier in Leipzig bestandene „Deutsche Arbeiter-Zeitung" ihr junges Leben geendet; der Athem ist ihr so urplötzlich ausgegangen, daß sie nicht einmal Abschied von ihren Lesern genommen hat. Ebenso hat uns auch diese Zeitung mit der nicht erbaulichen, aber erklärlichen Botschaft überrascht, daß auch ihre Tage gezählt seien. Allerdings handelt es sich hier noch um „wenn" und „aber", indessen ist unsere Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren nur schwach. Bei allledem wäre es sehr zu beklagen, wenn sich das Schicksal erfüllen sollte. Um so mehr wird es die Pflicht des ständigen Ausschusses sein, sich den Neujahrsgruß unserer Zeitung zu Herzen zu nehmen und zu berathschlagen, wie hier eine Wandlung zum Besseren herbeizuführen und die seiner Pflegebefohlenen drohende Verwaisung abzuwenden sei *).

„Der Leipziger katholische Gesellen-Verein (zur Fortbildung Gewerbtreibender) veranstaltet, wie in früheren Jahren, auch am diesjährigen 2. Weihnachtsfeiertage eine dramatische Aufführung, verbunden mit Darstellung lebender Bilder. Ein Lustspiel (der Geheimnißvolle) von Dr. Lang mit Einlagen und Musik von F. W. Wendt soll zur Darstellung kommen. Das Stück ist reich an heiteren wie an ernsten Momenten und entlehnt seinen Stoff dem gemüthlichen, jovialen Leben der Kaiserstadt Wien. Die zahlreichen Gönner des Vereins werden hoffentlich auch bei dieser Aufführung einige heitere Stunden verleben." — So berichtete unser Tageblatt acht Tage vorher. Eine solche Aufmerksamkeit wird außer dem christlichen Jünglingsbunde den übrigen Arbeitervereinen Seitens unserer Presse nicht zu Theil. Sorgen die Vereine nicht selbst dafür, so nimmt man keine Notiz von ihnen. So findet z. B. der schon Jahre lang andauernde muthige Kampf der Buchdruckergehülfen gegen die Bevormundung der Genossenschaft, der Selbstständigen, bei den Kranken- und Unterstützungskasse, außer hin und wieder in der mitteldeutschen Volkszeitung und im Telegraph, in unseren zahlreichen Tagesblättern nicht die geringste Beachtung. Das Tageblatt steht ihnen nur gegen klingende Münze offen, ja es verweigert selbst die Aufnahme ganz. Die Deutsche allgemeine Zeitung, die das stolze Motto: „Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!" an der Stirne trägt und über alle „Moritaten" auf dem ganzen Erdball ellenlange Artikel bringt, enthält noch nicht ein einziges Wort über diesen Kampf, der eben um der Freiheit willen geführt wird und dem Gesetz Achtung und Anerkennung verschaffen soll.

Ueber unsere Festlichkeiten am 2. Weihnachtsfeiertage und am Sylvester habe ich wenig zu berichten, da sie nur der Freude und Erholung nach der schweren Arbeit gewidmet und gleichsam reine Familienfeste waren. Zu der ersteren waren nur die Lehrer unseres Vereins und die Mitglieder des Vereins „Vorwärts" geladen. Hoffentlich hat sich den Letzteren die Ueberzeugung aufgedrungen, daß es sich unter uns gut leben läßt und sie ihren Beschluß, sich mit uns zu vereinigen, nicht zu bereuen haben. Beim Scheiden des Jahres warf Hartwig mit kurzen Worten einen Rückblick auf dasselbe und machte auf den Ernst der Zeit aufmerksam.

Zu der am 4. Januar vom Verein zur Förderung geistiger Interessen im Judenthum veranstalteten Gedächtnißfeier des Todestages Moses Mendelsohns waren auch die Vorstände der Arbeiter-Vereine eingeladen. Wie sich die Anwesenheit Fritzsche's, zur Zeit das Haupt der hiesigen Lassalle'schen Gemeinde hier, mit „jenem glühenden Ingrimm, der Rache heischt" und der innigen Freundschaft mit dem Junker- und Pfaffenthum, den Todfeinden der hier repräsentirten Interessen, reimt, ist uns unfindbar, zumal ja der allgemeine deutsche Arbeiter-Verein von der Bildung Nichts erwartet und seine ganze Hoffnung nur auf die „Faust" setzt. Wahrscheinlich war seine Anwesenheit nur ein Opfer, das er den Manen Lassalle's brachte; denn unser bekannter Volksredner Würtert hatte, um auch seinerseits ein Scherflein zu der Todtenfeier des letzteren beizutragen, am 7. September einen Vortrag unter dem Titel: „ein Geburtstag und ein Todestag — oder zwei große Juden (Mos. Mendelssohn und Ferd. Lassalle)" gehalten, wobei er zum großen Erstaunen der gesammten Einwohnerschaft Leipzigs seine Bekehrung zu der Lehre des sozialen Apostels offenbarte. Wie Fritzsche Gelegenheit hatte, hier Bekanntschaft zu machen mit der Macht des verhaßten Kapitals, so mußte er auch hören, daß nicht der Wahlspruch des Blut- und Eisenmannes, der in den Augen der Lassalleaner der „Größeste der Teutschen" ist und vor dem sie, als ihrem Herrn und Meister, in Anbetung niederfallen, wie einst die Juden vor dem goldenen Kalbe, — der Wahlspruch: „Macht geht vor Recht", zum Siege führe, sondern allein der Geist, die Bildung.

Offenbach, im Januar. Folgende Gegenstände wurden während des verflossenen Jahres in unserem Verein gelehrt: Schönschreiben, gewerbliche Buchführung und Stilübung, Arithmetik, freies Handzeichnen und technisches Zeichnen in Verbindung mit der darstellenden Geometrie, endlich Gesang. Vorlesungen wurden gehalten über deutsche Geschichte, Chemie und über die Heroen der Astronomie, die Besieger des Aberglaubens; Kopernikus, Kepler und Galilei. Eine Unterrichtsstunde über Geographie, Länder- und Völkerkunde beginnt in diesem Monate. Außerdem wurde monatlich ein geselliger Abend veranstaltet, wozu auch Frauen Zutritt hatten. Ernste und heitere Vorträge sowie Musik erheiterten an solchen Abenden die Mitglieder, deren Zahl bis jetzt 240 ist. Vorsitzender des Vereins ist W. Kopp, Metzgermeister, Kassier H. Müller, Spenglermeister, Schriftführer C. J. Herold, Buchbinder. Vereinslokal: Frankfurter Straße, Bavaria; Zusammenkunftsabende Montag und Sonnabend.

In der Sitzung des **Berliner Arbeitervereins** am 2. d. M. fand die Vorwahl zur Wahl der Vorstandsmitglieder statt. Es wurden als Kandidaten aufgestellt für die Stelle des Vorsitzenden: Herr Vandow, für dessen Stellvertreter die Herren Hörig und Lehmann; für den Schriftführer Herr Noupel, für dessen Stellvertreter die Herren Lünenschloß und Lehmann, für den Rendanten Herr Stladanowski, für dessen Stellvertreter die Herren Guderley und Krebs. Für Beisitzer die Herren: Thenlich, Krebs, Guderley, Wolter, Greth, Hoff, Liebscher, Lünenschloß, Lehmann, Hörig, Pabst, Müller, Andrée, Beyersdorf. Nächsten Montag findet die Wahl statt. — Die Mitglieder der Sparkasse wurden aufgefordert, ihre Quittungsbücher zum Behufe des Gutschreibens der Zinsen dem Rendanten zu übergeben. — Nachdem noch Grüße von den **Köpenicker**, **Bernauer** und **Moabiter** Handwerkervereinen überbracht und zu deren Stiftungsfesten, resp. Vergnügungen, eingeladen war, wurde nach Beantwortung einiger eingegangenen Fragen die Sitzung geschlossen. B.-Ztg.

---

*) Der Herr Correspondent, der unserem Blatte, wie es scheint, noch immer zum Vorwurf macht, daß es aus den offen ausgesprochenen Bedenken gegen das in Sachsen herrschende Regierungssystem auch gegen die Abhaltung des Arbeitervereinstags in Leipzig sich ausgesprochen hat, hat zu seinem Artikel noch bemerkt, daß die Hoffnung auf Fortdauer der Arbeiterzeitung auch um deswillen doppelt schwach sei, weil sie ihr Schicksal selbst verschuldet, sie habe „sich selbst ihr Grab gegraben", es werde mit Grund gegen sie eingewendet, „sie entspreche ihrem Namen nicht". Leider hat der Herr Verfasser die **Gründe** dafür nicht angegeben. Wir wünschten sehr, daß dies noch so offen und rückhaltslos wie möglich geschähe. Wir werden in gleicher Weise unsere Meinung dagegen aussprechen. Wir halten dies von beiden Seiten im Interesse der Sache für Pflicht.
Die Redaktion.

Erklärung und Verwahrung.

Der Herausgeber mehrerer Flugschriften über die Schleswig-Holstein'sche Frage, Herr C. Winterhoff *), war während seines Hierseins Mitglied unseres Vereins, in welchem er eine ehrenvolle Stellung einnahm.

Nach der Herausgabe seiner ersten Schrift: „Demokratenstimme aus der Schweiz", verlor er jedoch das Vertrauen der großen Mehrheit wegen seiner undeutschen Kundgebungen in derselben, und fand sich deshalb gedrungen, seine Stellung als Centralpräsident niederzulegen. In seiner letzten Schrift: „Die Taktik der Liberalen, im Kampfe gegen die Demokratie!" greift er nun in höchst verletzender Weise Mitglieder unseres Vereins, wegen ihrer, den seinigen widersprechenden Gesinnungen an, insbesondere unser mehrjähriges Ehrenmitglied, Herrn G. A. Wislicenus, den er beschimpft und verleumdet. Obwohl die Ehre dieses Mannes in der Schweiz wie in Deutschland unangetastet feststeht, sehen wir uns doch veranlaßt, gegen dieses ungebührliche Gebahren entschieden Verwahrung einzulegen. Ebenso erklären wir, daß auch der sonstige Inhalt der Winterhoff'schen Schriften bei der großen Mehrheit unseres Vereins weder Anklang noch Billigung findet.

Zürich, im Dezember 1864.

Im Auftrage
des deutschen Arbeiter-Bildungsvereins Eintracht
Die Kommission:
Eddecke. Hitzschold. Leonhard.

± **Berliner Handwerkerverein.** Im vorigen Monat (Dezember) ging es in unserem Verein wieder sehr matt her. Die Lehrerschaft, ist seitdem Herr Franz Dunder durch Unklugheit der Repräsentanten nicht mehr Vorsitzender ist, im Ganzen nicht mehr so thätig als früher. — Herr Dir. Mohr hielt am 12. Dezember einen Vortrag über den deutschen Volksgesang vom nationalen Standpunkte aus, dem sich dann Quartett und Solovorträge von Volksliedern anreihten. — Am 19. Dezember nahm der Abg. Herr Professor Dr. Virchow Gelegenheit, der Jahreszeit angemessen, wo viele Erkältungen vorkommen über die Ableitung (Disentrie) zu sprechen.

Das Weihnachts- und Neujahrsfest (Sylvester) wurden in entsprechender Weise begangen. Der Plan für die Vorträge des laufenden Vierteljahrs enthält folgende Vorträge. **Januar**, am 2.: Chemiker Arends: Chemie. Am 7.: Baum. Keßler: Kupfer. Am 8.: Herr Steinitz. Am 9.: Dr. Angerstein. Am 14.: Dr. Seemann: Medicinisches. Am 15.: Literat Roth. Am 16.: Dirigent Mohr: Musikalisches. Am 21.: Assessor Weber. Am 22.: Assessor Fischer. Am 23.: Dr. Löwenberg: Ueber Friedrich II. Am 28.: Dr. Rosenthal: Physiologie. Am 29.: Dr. Ranoth. Am 30.: Dr. Schelska (neues Mitglied der Lehrerschaft).

Februar, am 4.: Assessor Lasker. Am 5.: Dr. Löwenstein. Am 6.: Professor Lohde: Baukunst. Am 11.: Assessor Lasker. Am 12.: H. Jakoby. Am 13.: Literat E. Roth: Lebende Zeitgenossen. Am 18.: Dr. Rosenthal: Physiologie. Am 19.: Dr. Ravoth. Am 20.: Chemiker Arends: Chemie. Am 25.: Lit. E. Roth: Lebende Zeitgenossen. Am 26.: Dr. Behrend. Am 27.: Dr. Hermann (neues Mitglied der Lehrerschaft).

März, am 4.: Dr. Seemann: Medicinisches. Am 5.: Dr. Löwenstein. Am 6.: Herr Steinitz. Am 11.: Baum. Keßler: Mechanik. Am 12.: Vorsitzender Steinert. Am 13.: Dr. Cohn: Chemie. Am 18.: Lit. E. Roth: Lebende Zeitgenossen. Am 19.: Dr. Behrend. Am 20.: Abg. Herr Franz Dunder. Am 25.: Abg. Prof. Dr. Virchow: Physiologie. Am 26.: H. Jakoby. Am 27.: Abg. Präsident Dr. Lette.

Laufende Vorträge werden gehalten: Dienstags: Physik. Ueber das Gleichgewicht und die Bewegung der Körper (Statikum, Dynamik) von Dr. Bernstein. Mittwochs: Von Dr. J. Löwenberg: Ueber Deutschlands wichtige Gewerbe- und Industrie-Stätten. Donnerstags: Ueber Gesundheitspflege von Herrn Dr. Scaret (neues Mitglied der Lehrerschaft).

Zur Aufklärung.

Unter dieser Ueberschrift bringen die Berliner Blätter nachstehende Erklärung des Berliner Buchdruckergehülfenvereins.

„Der Verleger des „Berliner Intelligenz-Blattes", Herr Kommerzienrath A. W. Hayn, rechtfertigt eine Steigerung des Abonnementspreises durch die Zahlung des höchsten Stempelsteuersatzes, so wie durch eine eingetretene Erhöhung des Setzerlohns. — Herr A. W. Hayn hat ohne Zweifel das Recht, die reichen Erträge des „Intelligenz-Blattes" nach Möglichkeit noch zu steigern; zur Berichtigung der dem Publikum beigebrachten Vorstellungen wird indessen hierdurch bemerkt, daß das „Intelligenz-Blatt" nicht etwa jetzt erst in die höchste Steuerstufe gerückt ist, sondern 18 Sgr. 9 Pf. Steuer pro Quartal schon seit mehreren Jahren zahlt. Was die Erhöhung des Setzerlohns betrifft, welche hiernach als Grund für die Steigerung des Abonnementspreises um fast 100 pCt. bestehen bleibt, so verursacht dieser höhere Setzerlohn (übrigens im „Intelligenz-Blatt" auch bereits seit 1½ Jahren bestehend) eine Mehrausgabe von vierteljährlich 300 Thalern, die Mehreinnahme durch den in Folge des „höheren Setzerlohns" gesteigerten Abonnementspreis beträgt dagegen bei einer Auflage von circa 8000 Exemplaren etwa 2500 Thaler vierteljährlich. — Herrn Kommerzienrath A. W. Hayn den größeren Gewinn von Herzen gönnend, wollen wir das Publikum durch diese Darlegung blos vor dem möglichen Irrthum bewahren, als wären die Schriftsetzer an dem großen Preisaufschlage Schuld; die „erhöhten Kosten des Schriftsatzes" würden einen Aufschlag von höchstens vierteljährlich 1¼ Sgr. rechtfertigen.

Für den „Publicist", der den Wunsch des Herrn Verlegers des Intelligenz-Blattes, seinen Unternehmer-Gewinn noch um jährlich 6000 bis 8000 Thaler zu vermehren, dazu benutzt, um auf der Basis seiner früheren, von uns in einem Flugblatt beleuchteten, beschränkten Anschauungen seine Angriffe auf die Bestrebungen unseres Vereins zu wiederholen, hegen wir eine, aus der Vergangenheit und Gegenwart des Blattes geschöpfte, gerechte Verachtung.

Berlin, den 3. Januar 1865.

Der Berliner Buchdruckergehülfen-Verein."

*) Die Winterhoff'schen Schriften predigen bekanntlich die Annexion im Sinne des Herrn Schramm und kennzeichnen sich damit von selbst zur Genüge. D. Red.

Berichtigung.

Furtwangen, 8. Jan. Der Vorstand unseres Arbeiterbildungsvereins ist nicht, wie in Nr. 94 der Arbeiterzeitung irrthümlich bemerkt ist, Hr. Fräßle, sondern Hr. **Ch. Haller**, Bürger und Schildmaler hier. Hr. Fräßle war Vorstand der hier bestandenen großherzoglichen Uhrmacherschule und ist Lehrer in unserem Verein.

Politischer Theil.

Deutschland, besinne dich!

V.

Ein Theil unseres großen unzertrennlichen Vaterlandes trinkt sich augenblicklich einen Zopf. Im Taumel eines leichterrungenen Sieges, den man doch schon der Nachbarn und der Zukunft wegen nicht überschätzen sollte, wird von einer Einheit phantasirt, der jede Lebensbedingung fehlt. Es liegt ein französisches Recept vor, während wir doch nur deutsche Apotheken haben. Frankreich konnte von der Isle de France aus, von den Krongütern der Capetinger her, zusammenerobert werden; die wachsende Macht des größten Feudalherrn verschluckte Provinz nach Provinz, stahl oder raubte oder erkaufte eine Baronie, ein deutsches Reichsgebiet nach dem andern, weil eine eigentliche Nationalität fehlte. Deshalb ist denn auch der französische Staatsgeist auf Herrschaft angelegt, die Freiheit heißt dort Macht, Befehl, Unterordnung unter ein Gemeinsames. Forscht man nach den physiologischen Gründen dieses Hergangs, so stellt sich bald heraus, daß Frankreich gar nicht auf der breiten Grundlage Eines Volksthums im Sinne Deutschlands und Italiens ruht, sondern eine Ansammlung von Nationalitäten oder Stammesbestimmtheiten bildet. Wir haben in Deutschland zwei Idiome, das Oberdeutsche und das Niederdeutsche, die bei Weitem nicht so verschieden sind wie weiland die Langue d'Ouï und die Langue d'Oc, und deren Einheit im jetzigen Hochdeutsch durch den großen Akt der Gewissenstrennung, durch eine sittliche Revolution, vor 350 Jahren ohne besondere Schwierigkeit erzielt ward.

Nun vergleiche man den so oft aufgestochenen Unterschied zwischen den Holsten oder Diethmarschen und dem Tyroler oder Oberbayern, mit der Kluft, welche den celtischen Bretagner von dem romanischen Provenzalen trennt! Man setze auf der einen Seite den westlichen Pfälzer gegen den östlichen Schlesier, auf der andern den Basken in den Pyrenäen wider den germanischen Vlaemen! Vergleicht sich das auch nur? In Frankreich vier wirklich spezifische Volksstämme gegen etliche dialektische Verschiedenheiten eines und desselben Volksthums!

Dort war offenbar Alles auf Zusammeneroberung, auf Zusammenhalt durch Gewalt angelegt: hier ist Alles blos Nüance und auf Gleichstellung und Vertrag angewiesen. Dort war ein privilegirtes Centrum, das seine Sprache zur Staatssprache erhob, hier ist Coordination, gleiche Berechtigung Aller, die sich in der Reformation um eine dritte Sprachniedersetzung gruppirten. Wollte man boshaft sein, so müßte man sagen, gerade der Theil Deutschlands, der sich augenblicklich zum Primat drängt, ist der einzige, der mit fremden, slavischen Elementen reichlich gesättigt worden, dessen nationale Beschaffenheit am Allerersten beanstandet werden müßte. Die Marken, Pommern, Westpreußen — von Posen ganz abzusehen — Schlesien, die Lausitz, kurz das Land vom Meere bis zur Elbe trägt historisch, ethnographisch, physiognomisch den Stempel des Mischcharakters an der Stirn, und die Junker, deren Namen jetzt plötzlich an der Spitze der deutschen Einheitsbestrebungen figuriren, verdanken ihren ominösen Klang zumeist slavischen Gütern, deren sie sich aus dem Stegreif bemächtigten. Die deutsche Einheit wird in diesem Leben nicht auf die „Witze" und „Itze" gegründet!

Aber ganz abgesehen davon, es entsteht kein Deutschland durch Unterordnung, durch Vergewaltigung; Deutschland ist auf freies Zusammentreten, auf Bündniß von Gleichen angelegt, und unsere erbärmliche Vielköpfigkeit, unser vermaledeiter Partikularismus hat wenigstens den Vortheil, daß er uns an dieses große Gesetz, an diese Nothwendigkeit auf Tritt und Schritt erinnert. Wehe dem, der die Natur der Dinge vergißt! Würden selbst die letzten Dinge in Deutschland morgen durch einen besseren Wallenstein erledigt, würde der territoriale Eigensinn durch eine Armee niedergeworfen: übermorgen käme jene Nothwendigkeit dennoch zum Vorschein und der Föderalismus bliebe bei uns Herr, gerade wie er in Frankreich guillotinirt wurde.

Die das beklagen, die darob toben, auf die Lippen beißen, sich verschwören, kennen entweder Deutschland nicht, oder wollen es nicht kennen oder sind durch französische Schablonen rein verblendet. Sie können namenloses Unglück über Deutschland heraufführen, je nachdem die Würfel fallen; sie können die aktiven Elemente der Nation irre führen, sie können sogar die Nation zerreißen, wenn ihnen nicht zeitig Halt geboten wird: nimmermehr gelangen sie an ihr Ziel, denn die Natur der Dinge, das Wesen der Freiheit, lagern sich ihnen berghoch in den Weg.

Daher die Verderblichkeit dreier Richtungen, die Augenblicks das große Wort führen, sich in lautem Geschrei überbieten, sich verstohlen die Hand drücken und sich noch verstohlener auflauern, indem jede die andere über den Löffel zu balbiren gedenkt: die spezifische, die ultramontane und die social-demokratische Richtung.

Die Spezifischen erstreben ein großes Preußenreich, eine schwarz-weiß angestrichene Borussia. Ihnen sind alle Mittel recht, jedes Bündniß ist ihnen genehm, da sie überhaupt kein Prinzip kennen, als das der rohen äußeren Gewalt, da sie ihre Aufgabe so gestellt haben: zu versuchen, wie weit man durch eigene Impertinenz und die Verblüfftheit der Andern kommt. Ueber die Mittel sind sie nicht verlegen, da sie durch die Bank waghalsige Abenteurer sind; auf ein Bündniß mit dem Teufel kommt es ihnen nicht an, da sie schon im Voraus entschlossen sind, den Bundesgenossen seiner Zeit als Feind zu behandeln. Als die richtigen Affen der französischen Staatsstreicher werfen sie das Bild der Einheit eines größeren Staatsganzen auf jede willige Netzhaut; als dieselben Affen suchen sie an ihre Ferse zu heften, was irgend mit der normalen Entwicklung des Volkes unzufrieden ist und hoffen mag, im Trüben Unerhofftes zu fischen.

Zwei solcher Gesellen stehen grade am Markte, ein älterer, in der Wolle der Ruchlosigkeit gefärbter, und ein jüngerer, der in kurzer Zeit schon recht viel Talent entwickelt hat. Der Aeltere ist der Samen Ignaz Loyola's, der Jesuitismus, der auch auf den Namen Ultramontanismus hört, jene heilige Hermandad, die volks- und staatlos, ohne Sippschaft, Familie, Empfindung und Gefühl, sich über die Welt ausdehnt, mit dem hohen Berufe, die Menschheit zum passiven Werkzeuge ihrer Herrschaft zu machen, ihr das Gewissen auszutreiben und sie zu behandeln perinde ac cadaver esset, gleichsam als wäre sie ein Leichnam! Diese wohlverbundene, meisterhaft organisirte Bande treibt jetzt grade 300 Jahre lang ihr Spiel, war aber niemals frecher, mächtiger, selbstgewisser als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts,

ein Jahrhundert nach der Revolution, mitten im philosophischen und naturwissenschaftlichen Erkenntniß-Jubel! Napoleon III. hat sie benutzt, um ihr im italienischen Kriege ein Schnippchen zu schlagen, ihr darauf wieder zu schmeicheln, sie dann wieder knapp zu halten: zu dieser Seiltänzerei ist er verdammt. Er will ihr Knecht nicht werden wie Philipp II., und er kann sie nicht entbehren. Läßt er sie gewähren, so wird er ihre Drahtpuppe und der alte Voltaire könnte im Grabe erwachen; tritt er ihr auf's Haupt, so sticht sie ihn in die Ferse.

Weßhalb sollten die Neupreußen dieses Manöver nicht nachmachen, weßhalb sollten sie den Loyola dem John Hampden nicht auf den Hals hetzen? An die moralische Gewalt glauben sie nicht, nicht einmal an die der Jesuiten; behalten sie nicht die Polizei und den Staatsanwalt und Moabit? Immerhin können die Jesuiten das niedere Volk in Rheinland und Westfalen im Zaume halten, immerhin können sie die Spannkraft des Bürgers und des Bauern lähmen, durch die Weiber die Wahlmänner regieren und als Mohren ihre Schuldigkeit thun. Ob diese Mohren sich nachher auch trollen werden? Alberne Frage für den, der Düppel und Alsen genommen hat!

In einem Grundsatz stimmen allerdings Neupreußen und Jesuiten brüderlich zusammen, in der Anbetung der widerspruchslosen Einheit, des compacten Ganzen, das von Einem Punkt aus regiert wird und das jedem Gliede der Masse den leidenden Gehorsam als ausschließliches Grundrecht zuerkennt. Eben so un- und antinational, ebenso centralistisch herrsch- und dictaturwüthig gebärdet sich der junge soziale Demokratismus, dessen wahre Vollendung bekanntlich im Paraguay der Jesuiten zu suchen ist. Er gehört logisch ganz in dieselbe Reihe mit dem Neupreußenthum und dem Ultramontanismus; er verkennt eben so sehr jedes Recht der Persönlichkeit und der Gruppe. Es war daher durchaus nicht zu verwundern, daß der Stifter der Sekte Hrn. v. Bismarck die Hand reichte und sein gehorsames Compliment vor dem „auf den Knauf des Schwertes gestützten" Preußenkönige machte. Nicht minder war es ganz in der Ordnung, daß Hr. v. Kettler zu Mainz schier in dasselbe soziale Horn stieß, indem er wenigstens die kritischen Voraussetzungen der neuen Heilande adoptirte und, grade wie sie, seinen schlimmsten Feind in der Selbstaufklärung und Selbstentwicklung des Bürgerthums erblickt.

Nur Eines hat uns gewundert, daß nämlich Viele unter den Gläubigen der preußischen Machterweiterung unter den Anhängern der Borussia nicht tief erschraken ob der bedenklichen Nachbarschaft, daß diese Leute nicht entsetzt wurden, als sie gewahrten, mit Wem sie an Einer Leine zogen, daß ihnen die Centralisation nicht von dem Augenblick an ein Gräuel wurde, wo sie merken mußten, zu was dieselbe möglicherweise einmal dienen könnte. Der große Einheitsstaat ist ja doch die einzige Möglichkeit für eine sozialistische Dictatur, für die Dekretirung von 100 Millionen, für die polizeiliche Herstellung von Productivgenossenschaften, d. h. Staats-Arbeitshäusern.

Jesuitismus, Sozial-Demokratismus und Neupreußenthum haben nur Einen resoluten, weil grundsätzlichen Gegner; das ist der Föderalismus oder das System der freien Gruppe. Hier wird Alles auf das Prinzip der Freiheit gegründet, wie dort Alles auf Zwang beruht; hier gilt der Mensch und der Bürger, dort der Unterthan, der zum Zweck der Staatsmaschine herabgedrückt wird.

Und nun erneuern wir unsern Appell an alle unabhängigen Männer in Preußen, an jeden frischen Herzschlag im Gebiete des Complexes, den man die „preußische Monarchie" nennt: wollt Ihr nicht bei Euch selbst einkehren, wollt Ihr Euch nicht besinnen, Träume und Schäume — Schäume und Träume sein lassen, wollt Ihr nicht zu dem großen civilisatorischen, sittlich erhebenden Grundgedanken unserer gemeinsam germanischen Idee zurücklenken und die Abenteurer jeder Gattung dem Geschick der Vereinsamung überliefern?

Habt Ihr dann noch Zeit übrig, so fragt Euch: Ist Euer Preußen, anstatt zu klein zu sein, nicht vielmehr zu groß?

Politische Umschau.

Europa im Jahre 1864.

Die „Köln. Ztg." brachte vor Kurzem eine lange Reihe von Artikeln, in welchen theils Deutschland, theils die anderen europäischen Staaten einer über das verflossene Jahr sich erstreckenden Musterung unterzogen wurden. Soweit es der beschränkte Raum gestattet, möge der zweite Theil jener Musterung, wenn auch in verkürzter und theilweise veränderter Gestalt, hiernach einmal vor den Augen des Lesers vorübergehen.

Rußland.

Wie ein blutgetränkter Strom zieht sich der polnische Krieg durch die Geschichte des vorigen Jahres. Und wiederum hat das Volk der Polen der russischen Uebermacht erliegen müssen. Rußlands Rache schwelgte, die Sieger wurden zu Henkern. Der Galgen und die Kugel, Kerker und Verbannung haben den Siegen Alexanders „des Gütigen" die Krone aufgesetzt. Adel und Geistlichkeit wurden am schwersten getroffen. Der polnische Adel freilich, um kein Haar besser als die Junkerschaft anderer Länder, mußte büßen, was seine Väter verschuldet hatten, welche Jahrhunderte lang Bauern und Bürger unbarmherzig unterdrückt und Freiheit nur für sich verlangt hatten. Durch kaiserliche Verordnung ward den Bauern ihr bisheriger Besitz als freies Eigenthum gegeben und das Band zerschnitten, das sonst den Bauer an den Edelmann geknüpft hatte. Achtzig Klöster, die in Verdacht standen, es mit den Aufständischen gehalten zu haben, wurden aufgehoben und damit ein unheilbarer Riß zwischen Petersburg und Rom vollzogen. Europa sah dem mörderischen Kampfe zu. Die 3 Großmächte England, Frankreich und Oesterreich legten sich allerdings mit einer Note in's Mittel, welche unter viel Geräusch 6 Forderungen zu Gunsten der Polen an Rußland stellte und dabei blieb es; die Note wanderte in den Papierkorb des Petersburger Kabinets. In Preußen war sogar eine feindselige Stimmung gegen die Sache der Polen vorherrschend, nicht allein in den Kreisen der Regierung, sondern auch in Kreisen des Volks. Man haßt eben den, wie ein altes Sprichwort sich ausdrückt, welchem man wehgethan hat. Polen ist augenblicklich vernichtet; Rußland, das ausdehnungssüchtige, ist der unmittelbare Nachbar Deutschlands geworden. Was das bedeutet, begreift jeder Denkende in Deutschland, mit Ausnahme der leitenden und tonangebenden „Staatsmänner."

Nicht minder glücklich als in Polen war das heilige Rußland im Kaukasus. Jenen wilden, kriegerischen Gebirgsvölkern hat nach vieljährigen Kriegen ihre letzte Stunde geschlagen. Tausende wanderten aus, um in der Türkei eine Zuflucht zu suchen; Hunger und Krankheit räumten schrecklich auf unter diesen Unglücklichen. Auch im übrigen Asien breitet die russische Macht sich weiter und weiter aus, so daß John Bull bereits anfängt, für seine indischen Besitzungen ernstliche Besorgnisse zu hegen.

Alexander II., den Polen gegenüber ein Wütherich wie Tiberius, waltet im eigentlichen Rußland mit der Menschlichkeit des guten Kaisers Titus. Die Befreiung der russischen Bauern, eine der bedeutungsvollsten Thatsachen des Jahrhunderts, ist so gut wie vollendet. Der Adel sieht ein, daß eine Maßregel, gegen welche er sich lange ängstlich gesträubt, Hand in Hand mit seinem eigenen Vortheil geht. Man würde sagen können: „Rußland und sein Glück", wenn nicht die Finanznoth auch in Rußland, wie in allen großen Militärstaaten, im Steigen wäre und alle Entwicklung hemmte.

Oesterreich

verlängert in dem durch Raub gewonnenen Galizien die Schreckensherrschaft des Belagerungszustandes. Im Innern haben höchstens die Formen gewechselt; sonst ist halter Alles beim Alten geblieben: ein ohnmächtiger Reichsrath, eine stillstehende Gesetzgebung, jämmerliche Finanzen, während eines kurzen Jahres 3 Anleihen. Ungarn wie Italien möchte vom Kaiserstaate los sein, lieber heute als Morgen. Von Hrn. v. Schmerling, dem großen Staatsminister, welcher für Oesterreich das constitutionelle Pulver erfunden haben sollte, wird bereits öffentlich gesprochen wie von einem verbrauchten Manne, der höchstens noch Ansprüche habe auf Invalidenversorgung. Man hat freilich in Wien vom Frieden gesprochen und von Entwaffnung, aber von dem einzigen Mittel dazu, d. h. von dem völligen Aufgeben der italienischen Ansprüche hat man bisher immer noch nichts wissen wollen. Oesterreich ist nicht in die Aera der Verjüngung eingetreten, sondern es befindet sich in der unabwendbaren des unheilbaren Marasmus der Altersverdorrung.

Frankreich.

Der Vertrag zwischen Frankreich und Italien vom 15. Sept. ist nächst dem dänischen Kriege das merkwürdigste Ereigniß des Jahres, eine Pandorabüchse von künftigen Verwicklungen, muthmaßlich der Sarg der weltlichen Herrschaft des Papstthums. — Die alte, angestammte Spannung mit England ist geblieben und eher im Zunehmen als im Abnehmen gewesen. Ein dankenswerthes, wenn auch sehr selbstsüchtig schlau berechnetes, Verdienst um Deutschland hat jedenfalls die kaiserliche Regierung sich dadurch erworben, daß sie den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 für ein ohnmächtiges Werk erklärt, und daß sie für das mit den Völkern geborne Recht der Nationalität in die Schranken trat. — Was die Finanzen betrifft, so ist wiederum in dem glänzenden Kaiserreiche trotz des möglichst erweiterten freien Verkehrs mehr ausgegeben als eingenommen, was jedenfalls von schlechter Wirthschaft zeugt. Zur Vermehrung der Staatsschuld trugen nicht wenig auch die abenteuerlichen überseeischen Kriege bei. Erzherzog Maximilian ist allerdings mexikanischer Kaiser von Napoleons Gnaden, aber seine Dynastie ist vorläufig noch ein Baum mit einer Krone von Flittergold und ohne Wurzeln. — Ein Aufstand in Algier bewies auf's Neue, daß die Franzosen während eines ganzen Menschenalters nicht gelernt haben, Algier zu colonisiren. — Im Inneren müht sich der Kaiser fruchtlos ab, durch gute und kräftige Verwaltung den höher gebildeten Theil des Volkes, der den Mangel politischer Freiheit nicht verschmerzen kann, mit sich auszusöhnen. Die Gedankenfreiheit in Frankreich trägt Ketten, die Wahlfreiheit ist eine Lüge, die staatsbürgerlichen Rechte sind verkümmert, das schöne Frankreich ist eine Galeere der Geister. Nur die großen Massen, die gedankenlosen, die Alles für Gold nehmen, was glänzt, sind dem klugen Despoten anhänglich und ergeben. — Frankreichs Ansehen nach außen jedoch ist ungeschwächter denn je, wie sich das bei Gelegenheit des italienischen Vertrags glänzend bewährt hat. Ungeheuer war das Aufsehen, das dieser Vertrag erregte; in der Wiener Hofburg zitterte man sogar bei dem allerdings nahe liegenden Gedanken, daß die Spitze des Vertrags weniger gegen Rom als gegen Venetien gerichtet sein könnte. Gleichwohl steht das heutige Kaiserthum in Frankreich im Zenith seiner Macht oder hat ihn bereits überschritten.

Das Königreich Italien

ist die wichtigste Schöpfung unserer Tage. Der junge Staat würde jedoch rascher zum Ziele kommen, wenn er langsamer gehen könnte. Ein unverhältnißmäßig starkes Kriegsheer hat die Finanzen erschöpft und die Kräftigung des neuen Reiches in seinem Innern sehr erschwert. Doch gelang es endlich, die Räuber und Banditen Unteritaliens, Sr. Exmajestät von Neapel und Sr. Heiligkeit treue Verbündete, lahm zu legen. Auch wurde Manches angebahnt für Eisenbahnen, Schulen u. s. w. Seinen bedeutendsten Schritt vorwärts für seine Einheit, wie durch die Aufhebung der Klöster für seine Freiheit, hat Italien indeß durch den Vertrag vom 15. Sept. gethan, sowie ihm auch das selbstmörderische Rundschreiben des Papstes vom 8. Dec. nicht anders als förderlich sein wird. Die Einigung und Befreiung Italiens ist die Vollendung der Reformation.

Englands

Handel wies trotz des amerikanischen Krieges bei Einfuhr und Ausfuhr größere Zahlen auf als je zuvor. Englands Wohlstand war im Steigen, seine Staatseinnahmen betragen nach wie vor 70 Millionen Pfd. Sterling. Die Drohungen englischer Staatsmänner, als werde sich England zu Gunsten Dänemarks am Kriege betheiligen, lösten sich auf in dem Wohlgefallen des englischen Volks am Frieden und im Mißtrauen gegen Frankreich. Der Grundsatz der Nichteinmischung siegte in der schleswig-holsteinischen Sache nicht minder als in der polnischen, allen vorausgegangenen Großsprechereien zum Trotz. — Irland bildet noch immer die Schattenseite Großbritanniens, Auswanderung und Entvölkerung dauern fort. Auswärts gerieth England mit den Eingebornen Neu-Seelands an einander und mit japanischen Großen, die auf eigne Hand dem verhaßten Fremdenverkehr entgegentreten wollten. Das britische Weltreich hat niemals in größeren Flor gestanden als gegenwärtig. Und dennoch wird England es sein, welches der Welt noch das furchtbare Schauspiel der größten aller Revolutionen, einer wirklich sozialen, wenn auch schwerlich noch in diesem Jahrhundert, darbieten wird. Nirgends sind die Vorbedingungen dazu mehr gehäuft als dort.

Spanien.

Die Königin Isabella, die dicke Freundin des heil. Vaters, versagt dem jungen Königreich Italien noch immer ihre Anerkennung — und es bewegt sich doch. Frau Isabella hat freilich mit sich selber genug zu thun, daß der Thron nicht unter ihr selbst weggleite. Das Parteiwesen in Spanien leidet noch an der alten Zerklüftung. Drei Ministerwechsel in einem einzigen Jahre. Kaum indeß fühlt Spanien bei seinen reichen Hülfsquellen sich wieder etwas gestärkt, so bricht auch der alte Hochmuth wieder aus. Spanien suchte sich Domingo's zu bemächtigen und fing Händel mit Peru an. Spanische Kriegsschiffe bemächtigten sich der durch den Vogelmist wichtigen Chinchas-Inseln, wogegen die Länder Südamerika's, die früher unter spanischer Herrschaft standen, von England ermuthigt, sich über gemeinschaftliche Schritte beriethen. Spanien hat alle Ursache, sich nicht mit fernen, kostspieligen Kriegen zu befassen; denn obgleich der Staat nicht bloß die Kirchen-

und Klostergüter, sondern auch die der Gemeinden und milden Stiftungen verklopft, herrscht die größte Finanzverlegenheit. Die spanische Bank befindet sich in den kläglichsten Umständen.

Portugal

ist während des Jahres 1864 der großen Politik fern geblieben. Allmälig beginnt es auch in Portugal zu tagen.

Belgien

war der Schauplatz eines heftigen Kampfes der Parteien, der liberalen, die in den Städten, und der katholischen Partei, die unter dem Landvolk ihre Stärke hat. Am heftigsten entbrannte die Fehde in der Kammer, als die Liberalen verlangten, daß gemäß der Zunahme der Bevölkerung, wie das verfassungsmäßig alle 10 Jahre geschehen muß, die Zahl der Abgeordneten vermehrt werden solle. Da die neuen Abgeordneten voraussichtlich die liberale Partei verstärkt haben würden, so widersetzten sich die Katholischen auf's Aeußerste und suchten das Haus durch ihr Wegbleiben beschlußunfähig zu machen. König Leopold ist indeß der gute Geist Belgiens und versteht allen Haber auszugleichen.

Holland

erfreute sich eines gemessenen, aber steten Fortschritts auf den Gebieten der Gesetzgebung und der Volkswirthschaft. Mutterland und Kolonieen befinden sich wohl. Die Lage der Finanzen ist eine durchaus günstige. Was die Regierung an der einen Seite zu ersparen verstand, wußte sie an der andern zur Beförderung des Verkehes und zur Tilgung der Staatsschulden zweckmäßig zu verwenden, so daß sie für öffentliche Bauten 20 Millionen und zur Schuldentilgung 12 Millionen Gulden auf das Budget für 1865 bringen und außerdem noch die Steuerlast erleichtern konnte. Während des schleswig-holsteinischen Krieges fand bei unsern stammverwandten Nachbarn die Sache der Dänen mehr Anklang als die Sache der Herzogthümer. Man ist in Holland zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Vertheidigungssystem des Landes für den Fall eines Krieges wenig oder gar nichts tauge. Die solide Kraft der holländischen Finanz- und Handelswelt ward durch die Geldkrisis nicht erschüttert.

Die Schweiz

schloß einen Handelsvertrag mit Frankreich ab und ist augenblicklich, da sie seit lange den Grundsatz des Freihandels angenommen hat und dabei sich sehr wohl befindet, im Begriff, auch mit Deutschland einen Handelsvertrag abzuschließen. In Genf kam es bei den Wahlen zu blutigen Unruhen, die zu einer Besetzung der Stadt durch Bundestruppen führten. Eine Menge Personen wurden verhaftet und ein großer Prozeß eingeleitet, der aber mit allgemeiner Freisprechung endigte.

Dänemark

ist damit beschäftigt, seine Verfassung den neuen Verhältnissen, nach der selbstverschuldeten Einbuße dreier Provinzen, anzupassen, was bei der erbitterten Stimmung der Parteien, die sich gegenseitig die Schuld für den unglücklichen Krieg beimessen, zu vielen Streitigkeiten führt.

Schweden

würde sicherlich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn der Parteihader Dänemark dahin führte, sich dem schwedischen Königshause in die Arme zu werfen. Es würde Schleswig-Holstein gern Preußen überlassen, wenn letzteres ihm den dänischen Theil von Schleswig herausgäbe. Ohne eine solche Ausgleichung betrachten die Völker skandinavischer Zunge fortan Deutschland als ihren geborenen Erbfeind.

Griechenland.

König Georg hat einen harten Stand mit seinen unruhigen, zuchtlosen Unterthanen. Ministerwechsel ohne Ende. Die 7 ionischen Inseln, so lange unter Englands Schutzherrlichkeit, sind an Griechenland gekommen und befinden sich den Umständen nach sehr unwohl.

Die Türkei

erfreute sich ausnahmsweise eines tiefen Friedens. Nicht einmal ein Ministerwechsel fand Statt. Der Sultan ist rastlos dabei beschäftigt, Heer und Flotte zu vervollkommnen. Leider bessern sich die schlechten Finanzen nicht bei der Baulust und Verschwendung des Großherrn und dem Mangel an wirthschaftlicher Tüchtigkeit, der im Wesen des „kranken Mannes" liegt. Die Hülfsquellen der gesegneten türkischen Länder liegen größtentheils unbenutzt. Die Einziehung und Veräußerung des ungeheuren, aber todten Kirchenvermögens zum Vortheil des Staates ist angekündigt. In der Türkei liegt nach wie vor der Schlüssel zu einer europäischen Politik von unabsehbarer Tragweite für wahrhaft große Staatsmänner — sobald erst Europa diese wird gefunden haben. — In Tunis brach im April wegen Erhöhung der Kopfsteuer ein Aufstand aus, der bis jetzt noch immer nicht ganz gedämpft ist.

Dies der flüchtige Rückblick auf den Verlauf der politischen Dinge in Europa im letzten Jahr. Beim Schlusse des Jahres war die Hoffnung allgemein, daß der europäische Friede zunächst ungestört bleiben werde; doch, welcher Sterbliche vermäße sich, vorauszusehen, welche Wechselfälle im Laufe eines Jahres eintreten können.

Schleswig-Holstein. Durch die ganze Presse läuft die Nachricht, der Erbprinz Friedrich v. Augustenburg sei zu den weitgehendsten Concessionen an Preußen bereit, doch habe Herr v. Bismark, Namens der pr. Regierung Alles von der Hand gewiesen. Wenn wir die Landespresse zu Rathe ziehen, so beständen diese Concessionen wesentlich in folgenden: 1) Militärconvention mit Preußen; 2) Ueberlassung der Häfen als Stationen für die preußische Marine; 3) in dem Recht der Conscription für die pr. Marine; 4) in der diplomatischen Vertretung durch Preußen.

Für die Herzogthümer resultirte aus diesen, für den Standpunkt eines selbstständigen Staatswesens allerdings „weitgehenden Concessionen" folgendes: Zu 1) Mit einer pr. Militärconvention wäre die Einführung des preußischen Wehrsystems unzertrennlich verbunden, indem eine solche Convention für den Militärstaat Preußen sonst werthlos wäre. — Zu 2) Die Ueberlassung der Häfen zieht nothwendig das Recht nach sich, Territorien zur Disposition zu haben, behufs Anlegung von Arsenalen, Communicationen zu Wasser und zu Lande ꝛc. ꝛc. — Zu 3) Die Marineconscription gibt Preußen das Dispositionsrecht über einen Theil der Schleswig-Holsteinischen Landeskinder je nach Maaßgabe der preuß. Marinebestimmungen. — Zu 4) Durch die diplomatische Vertretung nach Außen hin, werden der künftige Herrscher und seine Regierung politisch unmündig. —

Es bleiben mithin bei einem solchen Abkommen für Schleswig-Holstein nur die dem Lande zuerkannten Schulden, die, wenn wir nicht irren, innerhalb 2 Jahre zu liquidiren sind, die herzogliche Landesregierung sänke (und zwar auf Kosten des Landes) zu einem Vasallenthum herab. Die Herzogthümer hätten daher die vierfachen Nachtheile, aber nicht einen Vortheil einer preuß. Provinz. Dagegen hätte Preußen die undankbare Aufgabe, aus einem verschuldeten Lande Nutzen zu ziehen und von vornherein mit einer ganz natürlichen Mißvergnügtheit zu kämpfen. Durch die Militär- und Marineconvention schwächte es die ohnehin überangestrengte Steuerkraft des Landes noch mehr, indem es ihm Steuerkräfte entzöge. Die Schulden der Herzogthümer aber übersteigen, nach der Kopfzahl vertheilt, die preußische Staatsschuld um das fast 3fache. Die Steuerkraft der Herzogthümer müßte also in demselben Verhältniß angestrengt werden und wir glauben, die preuß. Regierung mag ein solches Odium nicht auf sich laden.

Diese Fragen werden jetzt in allen Kreisen lebhaft erörtert.

Bayern. Die Nr. 1 der „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern" ist am 7. Januar in Erlangen erschienen. Der erste Satz des Programms der Partei lautet: „Wir verlangen für Deutschland die Machtstellung nach Außen und die gesicherte Freiheit im Innern, worauf eine große gebildete Nation nicht verzichten kann. Wir verlangen deshalb die bundesstaatliche Einigung Deutschlands und vor allem die Wiederherstellung des deutschen Parlaments." Wir werden auf die sehr wichtige Fortschrittsbewegung in Bayern und auf deren Organ noch öfter zurückkommen.

Zur Characteristik.

Das Programm des, von Herrn v. Schweizer herausgegebenen, „Socialdemokraten" war in unserer Nr. 000 einer durchweg sachlich gehaltenen kurzen Besprechung unterzogen, an deren Schluß die folgende Frage gestellt war: „Wenn wirklich der „freie Volksstaat", die „Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze civilisirte Welt" — das Ziel des „Socialdemokraten" ist, wenn derselbe nichts mit den Braß, den Edgar und Bruno Bauer u. a. gemein hat, **wie ist es möglich, daß ein Blatt mit so erhabenen Zielen am Sitz ihrer vollsten Negation, am Sitz der Herrschaft** ihrer todtfeindlichen Gegensätze erscheint, — **erscheinen kann?"** —

Es war damit der längst laut gewordene dringende Verdacht des Bündnisses dieses angeblichen Organs des radikalsten Fortschritts mit den beiden falschen Freunden der Arbeiter, den Ultramontanen und mit dem in Berlin herrschenden feudalen Junkerthum, allerdings offen zum Ausdruck gebracht. Eine Widerlegung war diesen Thatsachen gegenüber nicht möglich. Herr von Schweizer aber weiß sich zu helfen. Er spricht in der Nummer 4 des „Socialdemokraten" seine tiefste moralische Entrüstung aus: — daß die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung" mit ihrem Artikel den „Socialdemokraten" und dessen Richtung der Berliner Polizei denuncirt habe, die natürlich bis dahin von der Existenz dieses Blattes und seiner Richtung gar keine Ahnung gehabt hat. Und um die Sache noch plausibler zu machen, wird gleichzeitig mitgetheilt, daß die Polizei in Berlin die Gefälligkeit gehabt hat, das ihr bis dahin so ganz unbekannt gebliebene Blatt zu confisciren! Natürlich ist damit der unwiderleglichste Beweis geliefert, daß das verdächtige Bündniß — nicht besteht. Für den Denkenden genug!

Zu Neujahr 1865.

Mit allen seinen Stunden,
Die es der Welt gebar
Ist wiederum verschwunden
Ein ganzes, volles Jahr!

Wohl hat man manche Klage
Im alten Jahr verspürt,
Weil's unbequeme Tage
Uns Deutschen zugeführt.

Doch Dank für jede Wolke,
Die es uns hergebracht,
Wodurch vielleicht im Volke
Der Geist erstarkt, erwacht.

Noch liegt in engen Schranken
Der deutsche Geist gebannt,
Hat Worte nur, Gedanken
Für Freiheit, Vaterland.

Hat Worte nur, nicht Thaten
Und wartet träg und faul
Ob ihm vielleicht gebraten
Die Freiheit fliegt in's Maul.

Soll uns die Freiheit leben,
Geht's nur durch Kampf und Streit,
Durch muth'ges Vorwärtsstreben,
Gepaart mit Einigkeit.

Wollt ihr nach Freiheit ringen,
Nach ihrem Strahlenkranz,
Dann laßt die Halbheit springen,
Und was ihr seid, seid ganz.

Dann wird, wie aus dem alten
Ein neues Jahr ersteht,
Sich neu und frisch entfalten
Des Volkes Majestät!

Hameln. Chr. Rüdiger.

Briefkasten.

Hrn. H. Beierlein in Glauchau. Warum haben Sie die Annahme der mit Brief vom 25. Dezember bestellten und unter der von Ihnen aufgegebenen Adresse gesendeten Allgem. deutschen Arbeiterzeitung verweigert? — Arbeiterbildungsverein in Furtwangen. Wie kommt es, daß die Post Sendungen an Ihren Verein (wie die Nr. 102 unseres Blattes) hartnäckig mit dem Bemerken zurückgehen läßt, daß ein Arbeiterbildungsverein dort nicht existire? — Arbeiterbildungsverein in Gotha. Eben bei Schluß der Nummer und darum leider zu spät eingetroffen. In nächster Nummer.

Die Expedition.

Verschiedene Anzeigen.

Wichtig für Bruchleidende!

Wer sich von der überraschenden Wirksamkeit des berühmten Bruchheilmittels, von dem Bruch-Arzt Krüsi-Altherr in Gais, Kanton Appenzell in der Schweiz, überzeugen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit vielen hundert Zeugnissen unentgeltlich in Empfang nehmen.

☞ Es kommen uns häufig direkte Bestellungen zu, mit dem Bemerken, daß das Blatt unter Kreuzband expedirt und der Abonnementsbetrag für ein Quartal nachgenommen werden möge. Da die Nachnahme das Abonnement unnöthig vertheuert, so ist zu rathen, den Abonnementsbetrag, der bei direkter Expedition unter Band 42 kr. + 13 kr. (für Porto) pro Quartal beträgt, entweder sofort beizulegen oder zur Vermeidung wiederholter Nachnahmegebühr die Bestellung immer auf ¼ Jahr zu erstrecken.

Die Expedition
der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 108.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,

22. Januar 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten. Aufruf an die Arbeiterbildungsvereine und Arbeiter Deutschlands. Eßlingen. Stuttgart. München. Radolfzell. Oppenheim. Danzig. Gotha. II. Politischer Theil. Politische Umschau. Berlin, 14. Januar. Preußen (Johann Jacoby). Preußen (Neupreußische Logik). Dresden (51 fromme Wünsche). Kurhessen. Schleswig-Holstein. — Schopfheim. — Briefkasten. — Beiblatt: Politische Umschau (Fortsetzung). Schleswig-Holsteinische Correspondenz. Würtemberg. Aus der Schweiz. III. Socialer Theil. Herr Dollfus hier, Herr Wagner dort. London. — IV. Vom Büchertisch. Der Schulze Schuknecht. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Aufruf an die Arbeiterbildungsvereine und Arbeiter Deutschlands.

Deutsche Brüder!

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Menschen überrascht, — so überraschte mich die Nachricht, daß, wenn unser Organ die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung" nicht besser gefördert wir, wir dieselbe, die schon über 3000 Thlr. zugesetzt, verlieren sollen. — Ist diese Hiobspost, wie nach allem angenommen werden muß, ernstlich gemeint, — dann, deutsche Brüder, ist es an uns, diesem empfindlichen Schlage für unsere Sache vorzubeugen. Denn ließen wir es zu, daß die Männer, welche für unsere Sache, die eine große und ebenso gerechte ist, neben Aufbietung ihrer geistigen Kräfte, auch noch fort und fort materielle Opfer bringen sollen, während wir die Hände in den Schooß legen, — dann wäre der Grundsatz der „Selbsthülfe", den wir auf unsere Fahne geschrieben, eine hohle Phrase, und unser ganzes Streben blos ein Gebilde erhitzter Phantasie. Ich lebe aber schon über 16 Jahre der Ueberzeugung, daß die immer wieder auftauchende Arbeiterbewegung tiefere Wurzeln geschlagen, und immer weitere Kreise ziehen wird und ziehen muß; dazu aber ist unser Organ unumgänglich nöthig, das eine geistige Vermittlung zwischen den Arbeitern und Arbeiterfreunden im Süden und Norden, im Osten und Westen des deutschen Vaterlandes längst angebahnt hat. —

Bestellt jeder Verein, wie es der Eßlinger Verein gethan, durchschnittlich 25 Exemplare unseres Organs auf Rechnung seiner Kasse, und zugleich als Bildungsmittel für die Mitglieder; und sucht diese Exemplare des Blattes dann wieder an Vereinsmitglieder und Arbeiterfreunde abzusetzen oder auch nur zu geringerem Preis, hie und da selbst unentgeldlich zu verbreiten, namentlich in geeigneten öffentlichen Lokalen auszulegen, so wird der doppelte Zweck erreicht, daß wir unser Blatt erhalten, und für die durch dasselbe vertretenen Arbeiterinteressen immer mehr Eingang finden. —

Darum, Freunde und Brüder, wenn ein Kämpfer für Eure Sache, der selbst 12 Jahre lang Arbeiter unter drückenden Verhältnissen war, — und heute noch in den Arbeitern seine verwandten Brüder erkennt, — an Euch diese aus dem Innersten kommenden Worte richtet; — hofft er nicht mißverstanden zu werden, — hofft er vielmehr, daß diese im Interesse unserer Arbeiterbewegung an Euch gerichteten Worte Eingang und Beherzigung bei Euch finden werden.

Mit brüderlichem Gruß

Eßlingen den 16. Jan. 1865.

August Hochberger.

Eßlingen, Mitte Januar. Wenn Ihr geschätztes Blatt durch Berichte über unseren Verein nicht so frequentirt wird, als dieses von manchem andern geschieht, so betrachten Sie dieses nicht als ein auffallendes Symptom der Thatenlosigkeit, sondern mehr als ein solches der Schüchternheit, mit den Erfolgen, die bis jetzt errungen wurden. — Zwar könnten wir ebenfalls mit einem gewissen Stolz auf die erreichten Erfolge des abgelaufenen Jahres blicken, wenn wir dieselben nicht als Anfänge dessen betrachten würden, was noch Großes und Gewichtiges zu erreichen wäre. — Unser Verein ist im abgelaufenen Jahr auf die Zahl von 254 Mitgliedern angewachsen und es ist anzunehmen, daß nachdem der vielfach verkannte Zweck der Arbeiterbestrebungen überhaupt sich immer mehr Bahn bricht, auch der Zudrang immer größer werden wird. Wir haben wie dieses in andern Vereinen ebenfalls der Fall ist, Vorträge, Unterricht, Gesang &c., daneben eine Krankenunterstützungskasse, die sehr viel Gutes schon gewirkt hat. — Ein harmonisches Verhältniß der Mitglieder unter einander trägt sehr zur Förderung der Sache bei, wie unter den württ. Vereinen überhaupt freundschaftliche Beziehungen in immer schönerer Weise zum Ausdruck kommen. —

Mit dem neuen Jahre hat der seitherige Vorstand unseres Vereins, der denselben in's Leben rief, August Hochberger, seine Stelle aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt, obgleich er seine fernere Thätigkeit der Sache widmen wird. Einen würdigen Nachfolger erhielt der Verein in der Person des Maschinenarbeiters Carl Meerboth, so daß auch hierin nöthige Fürsorge für die gedeihliche Weiterentwicklung getroffen ist. —

Daß unser Verein Alles aufbietet, damit unser tüchtiges Organ die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung" die schon so viele Opfer gebracht und so Schätzenswerthes leistete, nicht eingehen soll, davon können wir dadurch Zeugniß ablegen, daß wir seit 1. Januar 25 Exemplare kommen lassen. Mögen andere Vereine ebenfalls in dieser Richtung ihre Schuldigkeit thun.

E. P. **Stuttgart**, 11. Jan. Letzten Sonntag feierten wir das Stiftungsfest des hiesigen Arbeiterbildungs-Vereins. Das Fest war ein in jeder Beziehung gelungenes und machte auf alle Anwesende den besten Eindruck.

Ueber 600 Personen hatten sich in dem mit deutschen Farben geschmückten Festsaale eingefundnn; mehrere kleinere Sängergesellschaften von hier waren von uns eingeladen worden. Auch von den übrigen württembergischen Vereinen waren zahlreiche Vertreter erschienen, namentlich aus Eßlingen, Zuffenhausen, Kirchheim, Ravensburg und Schorndorf.

Von einzelnen hervorragenden Gästen erwähne ich nur den hiesigen Oberbürgermeister v. Sick, Herrn Leopold Sonnemann aus Frankfurt, Herrn Pfarrer Albrecht aus Ulm, sowie die Vertreter der hiesigen Presse, die nachgerade anfängt, die Bedeutung unseres Vereinslebens einzusehen.

Nach kurzer Begrüßung der Gäste von Seite unseres Vorstandes, Herrn Mayer, hielt Herr Wittmann eine mit vielem Beifall begleitete Festrede, in welcher er sich ausführlich über den Zweck und die Bestrebungen der Arbeitervereine aussprach. Hierauf folgten die Berichte über die Thätigkeit des Vereines im verflossenen Jahre, gegeben von dem Schriftführer Herrn Beck, von dem Kassier Herrn Pfeiffer, dem Vorstand des Vergnügungscomité Hern Notz, dem Kassier der Krankenkasse Herrn Römerer, und dem Kassier des Consumvereines Herrn Mabaus. Aus diesen verschiedenen Berichten geht hervor, daß der Verein gegenwärtig 3—400 Mitglieder zählt. Die Einnahmen im verflossenen Jahre beliefen sich auf 792 fl., etwa 330 fl. davon wurden für Miethe, Heizung und Beleuchtung des Lokales ausgegeben, so daß nur etwa 400 fl. für die eigentlichen Zwecke des Vereines übrig blieben.

Dennoch ist es möglich gemacht, daß nun 22 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften in unserem Vereine aufliegen, daß die Bibliothek einen Zuwachs von 44 Bänden — allerdings zum größeren Theile Geschenke erhielt, wodurch sie auf 452 Bände angewachsen ist, endlich wurden im Verlaufe des Jahres 40 Vorträge über rechtswissenschaftliche, historische, technische und volkswirthschaftliche Gegenstände gehalten, und Unterricht im Rechnen, Singen, Zeichnen, in Geographie und Geschichte und im Zuschneiden für Schneider ertheilt. Auf die Resultate der kurzen Thätigkeit des Consumvereins werde ich in den nächsten Tagen ausführlich zurückkommen, da diese Ergebnisse für weitere Kreise nicht ohne Interesse sein dürften. Die Krankenkasse konnte während des Jahres an 40 Mitglieder Unterstützungen verabreichen.

Alle diese Berichte, die von der schönen Thätigkeit des Vereines Zeugniß gaben, wurden mit reger Theilnahme entgegengenommen.

Hierauf nahm Herr Sonnemann das Wort und gab in seiner Rede einen Ueberblick über die gesammte Arbeiterbewegung. — Freiheit der Füße und der Hände — d. h. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit — sei nun in den meisten deutschen Ländern endlich erlangt, nur handle es sich hauptsächlich noch darum, auch die Arbeit zu organisiren, damit sie durch einheitliches Zusammenwirken auch wirklich die ihnen gebührende Macht im Staate erlangten; dann könnten die Arbeiter erst hoffen, alle diejenigen Hindernisse hinwegzuräumen, die ihnen jetzt noch im Wege stehen, so namentlich die Coalitionsgesetze, die ungerechte Besteuerung durch indirecte Steuern, das stehende Heerwesen u. s. w. Hieran anschließend sprach sich der Redner mit logischer Schärfe gegen jene bekannte Theorie aus, die den Arbeiter, statt ihn frei zu machen, nothwendiger Weise in eine unwürdige Abhängigkeit vom Staate und von der jeweiligen Regierung bringen müßte.

Herrn Sonnemann folgten der Vorstand des Eßlinger und der des Ravensburger Vereines auf die Rednerbühne, und als Schluß dieser Vorträge, mit denen schöne Gesangproductionen abwechselten, brachte Herr Carl Mayer noch ein Hoch auf diejenigen tüchtigen deutschen Arbeiter aus, die auch im Auslande dem deutschen Namen Achtung zu verschaffen gewußt haben, und besonders auf diejenigen, welche jetzt jenseits des Oceans ihre Handwerkszeuge mit dem Schwert vertauscht haben und ihr Blut einsetzen, um die große Republik in ihrem alten Glanze wiederherstellen zu helfen.

München, 8. Jan. Es ist das erstemal, daß wir Ihnen einen Jahresbericht einsenden; — es liegt ein Jahr manichfacher Erfahrungen hinter uns. Wie beim Individuum recht benützte Erfahrungen auf Besserwerden hoffen lassen; so ist es auch im Staats-, Völker- und Vereinsleben; werden aber Erfahrungen unbeachtet gelassen, so kann an ein Fortschreiten nicht wohl gedacht werden. Wie weit nun dieser Satz auf uns Anwendung finden wird, soll nachstehende Jahresübersicht darthun. Das Jahr 1864 trat nicht günstig für den hiesigen Verein seine Wanderung an: die Herren Sänger empörten sich gegen einen Schiedsgerichtsspruch, welcher gegen einen der Ihrigen gefallen war und versuchten durch allerlei Intriguen dies durchzusetzen. Eines vermochten sie, nämlich die Wahlen zu durchkreuzen, sie trieben ihr Unwesen so offen und schamlos, daß den Mitgliedern die Augen hätten aufgehen müssen, wenn nicht die leidige Vertrauensseligkeit in dieselben eingezogen wäre. Die Wahlen fielen in der Hauptperson des ersten Vorstandes sehr unglücklich aus. Derselbe, von den Sängern getragen, benützte natürlich die kurz zuvor gemachte Erfahrung nicht, sondern im Gegentheil fischte er im Trüben, bettelte die schon ausgetretenen Sänger förmlich zurück und praktizirte ganz geschickt (soviel bis jetzt bekannt geworden) einmal 5 fl. aus der Vereinskasse, gegen 24 fl. aus der Vereinskrankenkasse, trieb den Verein aus einem Lokale in das andere, und als er sich bei seinen Schwindeleien ertappt sah, versuchte er noch in Verbindung mit einem Miethgeber dem Vereine alle Lokale, die in Vorschlag gekommen waren, zu versperren durch gemeine Verdächtigungen. Dieser Ehrenmann ist August Hendorf*), Tapezierer aus Hannover. (Es werden hiemit alle Vereine gewarnt, jenen Hendorf als Mitglied aufzunehmen, er ist hier bei Nacht verschwunden). Der nachfolgende, wohl von gutem Willen beseelte, aber dieser Krisis nicht gewachsene Vorstand, aus den Sängern hervorgegangen, war nicht im Stande, trotz Unterstützung von andrer Seite den Verein in gesundes Fahrwasser zu leiten. — Durch Bemühungen einiger Herren, vornehmlich aber des Herrn Dr. Rückert, kam ein Lehrercollegium zusammen. Von hier an beginnt auf kurze Zeit ein regeres Leben. Jedoch waren die Herren Sänger noch nicht im vollen Besitze der Macht, welche sie zu erlangen strebten. Die Vorträge waren ihnen ein Gräuel und von ihnen gar nicht oder nur hin und wieder besucht; so kam die neue Ausschußwahl heran, sie hatten die Rollen vertheilt, aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Der Verein hatte frische junge Kräfte an sich gezogen, namentlich solche aus dem Norden und der Schweiz, welche im Verein mit den besser Denkenden das ungeschickte Manöver erkannten und bloslegten. Der jetzige Ausschuß ist angethan, dem Vereine zur festen Stütze zu dienen. Kutzer, erster Vorstand, Strohbach, zweiter Vorstand, Braumüller, Kassier, Schubert und Schommer, Schriftführer, hängen mit Lust und Liebe an ihrer Aufgabe. Der Verein zählt gegenwärtig wieder über 300 Mitglieder. Seine Lehrstunden sind folgende:

Dienstag: Gesangsunterricht (neugebildet, weil die früheren Sänger in Folge Scheiterns ihrer Plane ausgetreten sind). Mittwoch: Stenographie von Herrn Schultes. Donnerstag: gewerbliche Buchhaltung von Herrn Strohbach. Freitag: französische Sprache von Hrn. Prof. Dr. Feustle. — Allgemeiner Gesang. Samstag: regelmäßig Vortrag über ein volksthümliches Thema, dann Diskussionsstunde. Sonntag: deutsche Sprache und Rechtschreibweise von Strohbach.

Vorträge wurden folgende gehalten: Chemie: 7 Vorträge von Herrn Kippniller. Anatomie: 2 von Hrn. Dr. Zechmeister und 2 von Hrn. Dr. Rubner (davon einer im anthropologischen Museum des Herrn Zeiller). Genossenschaftswesen: 6 von Herrn Dr. Rückert. Dann einzelne abgeschlossene Vorträge: Herr Literat Weber, Vorstand des Münchner Männerturnvereins, 2 über das Theater der Griechen und Römer, 1 über die Helden der Reformation. Hr. Dr. Knorr, 1 über Magnetismus und 1 über das Auge. — Herr Redakteur Kreuzmayer über Verfassungsleben der alten und neuen Völker. — Hr. Schröder über Meistersänger. Hr. Julius Knorr über Verkehrswege. — Hr. Prof. Dr. Feustle über Wärmemesser. — Hr. Vecchioni über Sterblichkeitsverhältnisse. — Hr. Lehrer Scherer über Entstehung der Oper. — Hr. Kipniller über Anilinfarben und moderne Farbstoffe. — Hr. Weber über Deklamation. — Strohbach über Volksgesang und Volksmelodien. — Wenn nun über die Thätigkeit nach außen nichts zu berichten ist, so liegt dies in der eigenthümlichen Vereinsgesetzgebung Bayerns. (Der politische Charakter wurde uns wieder genommen).

Zweifeln Sie aber ja nicht an der warmen Theilnahme, welche uns beseelt in allen Fragen, welche die sozialen Verhältnisse des Arbeiters im großen Vaterlande berühren. Anregung zur Gründung des hiesigen, über 1000 Mitglieder zählenden Consumvereins (nebenbei gesagt ist derselbe in fortwährendem Steigen begriffen) ging von uns aus. Eine Krankenkasse wurde im Vereine neuerdings in Angriff genommen. — Auch ein Baufond wurde gegründet. Die Bibliothek besteht aus über 500 Bänden, wie überhaupt das Vereins-Inventar mit 1100 fl. im deutschen Phönix versichert ist. — 14 Durchreisende wurden mit 24—30 kr. unterstützt.

Einer erhebenden Feier lassen Sie mich noch gedenken — des Weihnachtsfestes! — Durch freiwillige Gaben der Arbeiter wurde ein Betrag zusammengebracht, welcher gestattete, 3 arme Kinder mit Winterkleidern zu versehen, zwei davon vollständig zu kleiden, das dritte, weil zu spät angemeldet, bekam nur einige Stücke. — Sie hätten diesen Augenblick bei uns sein müssen, um zu sehen, welche Rührung bei Uebergabe der Kleider an jene Unglücklichen sich der Versammlung bemächtigte und vollends, als sie einen durch Thränen unterbrochenen Versuch machten, zu danken. Der im Schweiße seines Angesichts sein kärgliches Brod verdienende Arbeiter hatte genug übrig, um ärmeren Arbeiterkindern einen Weihnachtsbaum anzuzünden. Hoffen wir, daß das nächste Jahr weniger Kampf bringt — und ist er nicht zu umgehen, so mögen ihn die Mitglieder im Vertrauen auf die gute Sache ernst und würdig durchfechten. — —

Radolfzell, im Januar. Die Feiertage des letzten Jahres waren für den noch jungen hiesigen Arbeiterbildungsverein schöne Tage. Die jungen Leute hatten einen schön beleuchteten und dekorirten Christbaum von Gaben, welche unter die Theilnehmer am 2. Feiertag verloost wurden, was manchen Scherz bereitete. Gut vorgetragene Lieder und Deklamationen erheiterten alle anwesenden Gäste und geben den Vereinsmitgliedern ein schönes Zeugniß. Mögen sie so vorwärts schreiten, aber auch undeschadet der Unterhaltungen auch für Belehrung ein offenes Ohr haben! Dann läßt sich von dem Verein, der keine Confession ausschließt, nur Gutes erwarten.

Oppenheim, im Januar. Unser Verein bewegt sich in gewohnter Rüstigkeit vorwärts. An der geselligen Unterhaltung, die am zweiten Weihnachtstage hier stattfand, betheiligten sich gegen 600 Personen. Der praktische Unterricht fängt an Früchte zu tragen. Die geschichtlichen Vorträge des Herrn Pfarrers Kerbler aus Offenbach, sowie ein gleichfalls geschichtlicher Vortrag des Herrn Karl Wörle aus Mainz, erfreuten sich einer aufmerksamen und dankbaren Zuhörerschaft. Die Gründung eines Vorschußvereins ist im Werk.

Die Einnahmen des Arbeiter-Krankenvereins in Biel betrugen im Jahre 1864 laut geprüfter Rechnung Fr. 1983. 65 (inbegriffen Fr. 350 aus der Ersparnißkasse). Dafür wurden verpflegt im Vereinskrankenzimmer 54 Kranke mit zusammen 604 Krankheitstagen, was eine Ausgabe von Fr. 852. 35 verursachte; ferner erhielten obige Kranke jeder per Tag 15 Ct. oder per Woche Fr. 1, zusammen Fr. 61. 30. Ebenso betrugen die Kosten für 41 kranke Mitglieder, die entweder aus Mangel an Platz zu Hause verpflegt oder ihrer Krankheit wegen nach Bern gesandt wurden, Fr. 435. 35. Für neue Anschaffungen (ein ganz neues Bett) und Reparaturen verausgabte der Verein Fr. 244. 4. Die Kosten für Apotheke und Heizungsmaterial Fr. 185. 60. Für einen Separat-Conto der Apotheke Stern und für verordnete Mineralwasser mußte bezahlt werden Fr. 39. 10, und die Verwaltungskosten nebst Inseraten, Reinschrift der neuen Statuten, Schreibmaterialien rc. belaufen sich auf Fr. 102. 80. Mithin betragen sämmtliche Ausgaben im abgelaufenen Jahre . . Fr. 1919. 55.
Und die Einnahmen . . . . „ 1983. 65.
Bleibt also ein Kassensaldo von . Fr. 64. 10.

Danzig, 16. Jan. (Handwerkerverein.) An dem vergangenen Sonnabend im Vereinslocale gefeierten Stiftungsfeste nahmen ca. 80 Mitglieder Theil. Dank den Bemühungen des Vergnügungscomité's war aus dem sonst nicht sonderlich freundlichen Saale eine würdige Festhalle geschaffen worden, reich drapirt mit Flaggen und geschmückt mit Tannenzweigen und Blumen. Nach einem von den Sängern des Vereins vorgetragenen Liede und einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Herrn Dr. Brandt, gab Herr Dr. Hein, der im vorigen Jahre den Vorsitz führte, eine gedrängte Uebersicht der Thätigkeit des Vereins während der Dauer seiner Amtsführung. Danach wurden von 16 Vortragenden 31 größere Vorträge gehalten, 7 aus der Naturgeschichte, 6 aus der Geschichte, die anderen aus dem Gebiete der Literatur, Kunst, Baukunde, Technik u. dgl. Mehrere Sitzungen wurden mit Verhandlungen über sociale Fragen ausgefüllt, die zu sichtlichen Erfolgen führten, so z. B. das Arrangement in Betreff der Lebensversicherung, ferner der Consumverein, der jetzt vom Handwerkerverein abgezweigt ist und unter eigener Verwaltung erfreuliche Resultate erzielt. In Betreff der inneren Organisation sind mehrere zweckmäßige Reformen vorgenommen worden. Wenn aber, schloß Herr Dr. Hein sein Resumé, auch Manches geleistet ist, so bleibt doch noch viel mehr zu thun, namentlich für Vergrößerung des Vereins. Auf Ausbreitung nach Außen und Kräftigung nach Innen ist zuversichtlich zu hoffen, denn der Verein ruht auf gesunder Grundlage und verfolgt die schönen und edlen Zwecke, Bildung und Humanität in allen Klassen des Volkes zu verbreiten. Der Kastengeist soll fallen, der die einzelnen Klassen der Gesellschaft von einander scheidet; wir sollen Menschen unter Menschen sein, nicht gesondert Handwerker, Arbeiter, Gelehrte und Künstler. Dazu ist die Mußestunde dem Verein gewidmet. Das Band, welches die Mitglieder vereint, ist das Streben nach Bildung und die Mittel dazu geben Wissenschaft und Kunst. Diesen Gedanken drückt auch die Inschrift über der Thüre des Lokals aus: „Nicht rohe Kraft hilft uns zum Vorwärtsschreiten, die Kunst, die Wissenschaft muß uns zum Ziele leiten.“ Ernste und heitere Lieder würzten das frugale Mahl und die allgemeine fröhliche Stimmung gab sich bald in einer Reihe von den Herren Dr. Hein, Dr. Brandt, Wichmann, Schützmann, Dahms, Ahrens, Schultze, Bürger rc. ausgebrachten Toasten auf den Stifter des Vereins Dr. Liévin und die ersten Mitglieder, auf die Vorstandsmitglieder, auf Deutschland, die Frauen, die Sänger rc. rc. kund. Ein Vorschlag, an Schulze-Delitzsch einen telegraphischen Gruß zu senden, wurde dahin modifizirt, dies wegen der späten Stunde auf schriftlichem Wege zu thun. Um zur Verwirklichung des schon lange allseitig gehegten Wunsches zu gelangen, daß der Handwerkerverein sich ein eigenes Haus erwerbe, schlug H. Rickert vor, schon in nächster Zeit Schritte zur Ansammlung eines Hausfonds durch Zeichnung von Actien, Veranstaltung von Vorlesungen rc. zu thun. Auf einem durch Herrn Dr. Hein in Circulation gesetzten Bogen wurden von den Anwesenden ca. 400 Thlr. à 5 Thlr. gezeichnet, außerdem 5 Vorträge und eine Anzahl von Billeten dazu. Der Vorstand wird die Angelegenheit weiter in die Hand nehmen. Das ganze Fest war ein schönes und in allen Arrangements höchst gelungenes, durch das der Verein bewiesen hat, wie rüstig er auf dem Wege zur Vervollkommnung vorwärts schreitet.

Gotha, 27. Dec. Heute wurde im Saale des Clubs ein Arbeitertag abgehalten. Es waren aus Gotha ca. 100 Arbeiter erschienen; aus Ohrdruff 2 Vertreter des dortigen Fortbildungsvereins.

Nach Wahl des Vorsitzenden Herrn Sauerteig von hier und dessen Stellvertreters Herrn Müller aus Ohrdruff wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Herr Dr. Reinhardt aus Ohrdruff sprach zuerst über Consumvereine und empfahl das Lagersystem; er stellte auch einen dahin gehenden Antrag, nach welchem

---

*) Wurde durch Vereinsbeschluß ausgeschlossen und bestimmt, daß dieser Beschluß 6 Monate lang an der schwarzen Tafel angeschlagen werde, welche Zeit am 14. Jan d. J. abgelaufen ist.

ein Comité Statuten zu einem Consumverein ausarbeiten sollte.

Herr Bockerodt bespricht die Nachtheile, welche das Lagersystem habe. Das Lagersystem erfordere Kapital und die Solidarhaft der Mitglieder, welche letztere aft gar keinen Werth habe, wenn sie von Mitgliedern übernommen werde, die ihre Verbindlichkeiten gar nicht, oder sehr schwer erfüllen könnten. In größeren Städten sei der Kostenaufwand für Lagermiethe, Gehalt für Lagerhalter sehr bedeutend. Der Verein in Köln habe 1863 für 10,750 Thlr. umgesetzt; zahlte für Gehalte, Miethe u. s. w. 1159 Thlr. Unkosten und schloß nach Abschreibung eines Verlustes durch den Lagerhalter von ca. 200 Thlr. mit 29 Thlr. Reingewinn ab. Das Verderben der Waaren sowie die Preisschwankungen seien ebenfalls noch zu berücksichtigen.

Er empfehle für größere Städte das Markensystem, bei welchem alle diese Nachtheile nicht in Betracht kämen. Man habe in Gotha schon zweimal den Versuch mit Consumvereinen nach Lagersystem gemacht ohne günstigen Erfolg und der Arbeiterverein habe daher einen Arbeiterconsumverein nach Markensystem in's Leben gerufen, welcher nächster Tage seine Thätigkeit beginne.

Der Verein schließe mit Bäckern, Fleischern, Kaufleuten u. s. w. Verträge ab, wonach die Mitglieder des Vereins die Waare zum Tagespreis geliefert erhalten; wogegen die betreffenden Lieferanten auf die durch den Verein bewirkten Umsätze einen Rabatt gegewähren. Die Mitglieder erhalten vom Cassier Marken zu einem bestimmten Geldwerth gegen Baarzahlung und entnehmen nach Convenienz ihren Bedarf an Mehl, Brod, Fleisch, Kaffee u. s. w. von den betreffenden Lieferanten gegen Aushändigung der Marken, welche dann vom Cassier unter Abzug des verabredeten Rabatts wieder eingelöst werden. Am Jahresschluß wird dann der Gewinn an die Mitglieder je nach Verhältniß ihres Markenumsatzes vertheilt.

Herr Sauerteig. Er wolle noch zu den vorstehenden Mittheilungen ergänzen, daß der mit 7 Mitgliedern im vorigen Jahre begonnene Markenconsumverein in Berlin in diesem Jahre 6500 Thlr. umsetzte und am Jahresschluß ca. 450 Thlr. gewonnen haben werde, wovon es einzelnen Mitgliedern, welche von Anfang dabei gewesen, schon über 30 Thlr. Guthaben trage, ohne einen Pfennig eingezahlt zu haben. Der Offenbacher Markenconsumverein habe vom 1. Januar bis 11. Oktober 1864 5165 Thlr. mit einem Gewinn van 297 Thlr. umgesetzt.

Er glaube übrigens, daß in kleinen Orten das Markensystem nicht ausführbar sei, daß dort vielmehr das Lagersystem Platz greifen müsse.

Herr Dr. Reinhardt zieht seinen Antrag zurück und schlägt vor, die Vereine möchten nach den örtlichen Verhältnissen entweder Marken- oder Lagerconsumvereine hervorrufen und ein späterer Arbeitertag möchte die gemachten Erfahrungen erörtern.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Hierauf verliest der Vorsitzende einen von Herrn Seebach eingebrachten Antrag dahin lautend:

Der Arbeitertag wolle erklären:

daß der am 19. December in Frankfurt a. M. abgehaltene freie Arbeitertag nicht berechtigt war, die bisherigen Führer der Arbeitertage Schulze-Delitzsch, Faucher, L. Sonnemann, Max Wirth und Andere als unfähig zu jeder Führerschaft zu erklären.

Herr Müller aus Ohrdruff hält den heutigen Arbeitertag für zu schwach, um eine solche Erklärung abzugeben. Gegen diese Ansicht sprechen Hr. Dr. Reinhardt und Hr. Tschacke. Der Antrag erhält Unterstützung und soll nach Erledigung der Tagesordnung zur Verhandlung kommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung war die Wohnungsfrage.

Herr Hirschfeld legte in seinem Bericht vorerst die Verhältnisse anderer Länder dar und kam dann auf unsere Wohnungsverhältnisse zu sprechen, welche er ebenfalls derart findet, daß für Beschaffung von Arbeiterwahnungen etwas gethan werden müsse. Schließlich stellte er den Antrag:

Der Arbeitertag wolle eine Commission wählen, welche 1. eine Actienbaugesellschaft nach Muster von Mühlhausen — in Gotha in's Leben zu rufen versuchen solle; 2. die städtische Behörde, deren Pflicht es ist, der Wohnungsfrage Aufmerksamkeit zu schenken, aufzufordern, thätig mit an der Gründung obenerwähnter Baugesellschaft zu helfen; 3. die Volksvertretung aufzufordern, bei ihrem nächsten Zusammensein der Staatsregierung die Wohnungsnoth der Arbeiter darzulegen und dahin zu wirken, daß das Baugewerbe vollständig freigegeben werde, damit sich die Arbeiter selbst helfen können.

Herr Müller aus Ohrdruff hält den gestellten Antrag zum Theil zu speziell für Gotha's Verhältnisse berechnet; zum Theil scheine es ihm besser, wenn eine Commission diesen Gegenstand erst berathe.

Herr Dr. Reinhardt wendet sich gegen den dritten Punkt des Hirschfeld'schen Antrages, indem er es für sehr bedenklich hält, das Baugewerbe vollständig frei zu geben.

Herr Bockerodt. In der Wohnungsfrage müsse etwas geschehen; denn wer wissen wolle, wie es in Gotha mit Arbeiterwohnungen stehe, der brauche nur beim Gericht nachzufragen, wo man Prozesse in Masse um die Räumung von kleinen Wohnungen führe. Ehe der Eine ausgezogen, stehe schon der Andere mit Sack und Pack da, um einzuziehen. Frage der Arbeiter nach einer Wohnung, so erhalte er vom Wirth die Gegenfrage, ob er auch Kinder habe? und müsse er diese bejahen, so werde gewöhnlich mit den Achseln gezuckt, wozu dann die Antwort laute, daß das Logis für einen einzelnen Herrn oder eine einzelne Dame sei. Er müsse aber fragen: werde denn der Staat von den Familien erhalten, welche aussterben? oder von denen, welche mit Kindern gesegnet seien? (Der Redner wird mit anhaltenden stürmischen Bravo's unterbrochen, so daß seine ferneren Worte undeutlich werden, er schließt seine Rede): Für diese baue man doch lieber gleich Leichenhäuser (Bravo).

Nachdem sich noch Herr Müller (Tischler aus Gotha) und Sauerteig an der Debatte betheiligt haben, wird der von Herrn Müller aus Ohrdruff eingebrachte Antrag — Herr Hirschfeld hatte den seinigen zurückgezogen — angenommen:

Der Arbeitertag beschließt, daß die bei demselben vertretenen Vereine in Bezug auf die Abhülse des Mangels an Arbeiterwohnungen unter sich eine Commission wählen, welche die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit vorzubereiten resp. zur weiteren Ausführung zu bringen hat.

Ueber den nächsten Gegenstand der Tagesordnung: Darf in den Arbeitervereinen der Autoritätsglaube herrschen? hielt Herr Raspe einen langen Vortrag, an welchen er einen diese Frage verneinenden Antrag richtete, der aber keine Annahme fand.

Wegen vorgerückter Zeit konnte der übrige Theil der Tagesordnung nicht erledigt werden.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Berlin, 14. Januar.

Mittags um 1 Uhr erfolgte im Weißen Saale des königl. Schlosses die Eröffnung des Landtags mit Thronrede und dem stürmisch begeisterten Ausruf: Es lebe Se. Majestät der König. Die Thronrede, gehalten in der großen Generalsuniform, spricht von der deutschen Gesinnung des preußischen und österreichischen Hofes und Heeres, und daß Deutschland seine Nordmarken zurückerhalten habe. Wer oder was unter Deutschland zu verstehen sei, wird jedoch verschwiegen. Aufgabe Preußens sei es, diese Errungenschaften sicherzustellen, d. h. mit anderen Worten, — noch ferner die Herzogthümer in der bisherigen Unmündigkeit zu erhalten. Der König spricht von seiner eigenen rechtlichen Ueberzeugung und von seinen Pflichten dem Lande gegenüber. Nun, die Männer des Landtags werden ihrerseits auch nicht ohne eigene rechtliche Ueberzeugung und nicht ohne Bewußtsein ihrer Pflichten nach Berlin gekommen sein. Mit Oesterreich wie mit dem Auslande sei eine erfreuliche Verständigung erreicht, sagt der König. Es fehlt also nur noch die erfreuliche Verständigung mit dem eigenen Volke. Der König sagt, er sei entschlossen, das verfassungsmäßige Recht des Landtags zu wahren. Nun, mit dieser Erklärung, da man bekanntlich an eines Königs Wort nicht drehen und deuteln soll, würde ja auf einmal der alte Hader zum längstersehnten Abschluß gebracht und Artikel 99 eine Wahrheit geworden sein; denn Artikel 99 der Verfassung, bisher ein Spielzeug unverantwortlicher Minister, besagt ausdrücklich, daß unter allen Umständen jedes Jahr das Staatshaushaltsgesetz mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu Stande kommen muß.

Seit dem 25. Januar 1864 ist dem preußischen Volke nicht vergönnt gewesen, durch den Mund seiner Vertreter ein Wort mitzureden; eine Presse, die frei und frank die Dinge bei ihrem rechten Namen hätte nennen dürfen, hat es gleichfalls nicht gegeben. Maßregelei, Verfolgung ohne Ende; das Wahlrecht der Gemeinden auf Null herabgedrückt: Majestätsbeleidigungsprozesse fast so alltäglich wie Entbindungsanzeigen — welcher besonnene Mann wollte nach solcher Vergangenheit in preußischen Zukunftsaktien spekuliren? „Ich traue den Spuren nicht," sagte der Fuchs, als die Thiere gekommen waren, um bei dem kranken Löwen sich nach dem allerhöchsten Befinden zu erkundigen; denn es waren vor der Hohle Sr. Majestät nur solche Spuren zu entdecken, welche nach Innen führten. Die Spuren der preußischen Staatslenker sind während des letzten Jahres beharrlich **abwärts** von der Verfassung gekehrt gewesen.

Der Wahlspruch des Coburger Arbeitervereins möge auch dem hohen Hause der preußischen Abgeordneten hiemit bestens empfohlen sein: „Einig im Ziel, beharrlich im Streben, treu im Verein!" — Das Volk Schleswig-Holsteins hat sich bereits das ehrenvolle Prädikat „Sprödes Erz" verdient, möge die preußische Volksvertretung ein Gleiches thun!

Preußen. In einer Rede, welche Dr. Johann Jacoby (Hut ab!) seiner Zeit im zweiten Berliner Wahlbezirk gehalten hatte, war bekanntlich von der Spurnase der Staatsanwaltschaft Majestätsbeleidigung gewittert worden. Sonderbar! weder von den tausend Zuhörern, noch von den anwesenden Polizeibeamten war derartiges bemerkt worden. Erst dann, als die gesprochenen Worte **gedruckt** erschienen, nahmen sie ihren verbrecherischen Charakter an. Bei den jüngsten Verhandlungen nun über diesen Fall ist wiederum, wie das bereits zur Gewohnheit geworden ist, wo es sich um Majestätsbeleidigungen handelt, auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Oeffentlichkeit ausgeschlossen gewesen. Warum? Warum soll über eine Sache, die öffentlich geschehen ist, nicht auch öffentlich verhandelt werden? Christlich germanische Rücksichten auf Anstandsgefühl und keusche Ohren waren in dem gegebenen Falle nicht am Platz. Das Anstandsgefühl, das bei den tausend Hörern des Jacoby'schen Vortrags billigerweise vorausgesetzt werden darf, hat sich **nicht** verletzt gefühlt. Wenigstens pflegt ein verletztes Anstandsgefühl sich anders zu äußern als durch rauschenden Beifall. Wozu also das heimliche Verfahren? Ueber ein Kleines werden wir ja doch Alles erfahren. Aber schon jetzt laufen Gerüchte um, daß bei Gelegenheit dieser Verhandlungen ein gewisser Verfall aus dem November 1848, und ein unvergessenes Wort Jacoby's durch den Staatsanwalt wieder heraufbeschworen worden sei. Im November 1848 erschien in Sanssouci vor König Friedrich Wilhem IV. eine Deputation der National-Versammlung. Nachdem die Adresse durch den Präsidenten, Herrn v. Unruh, vorgelesen war, hatte der König für die Vertreter der Nation nichts als die barschen Worte: „Ich will nicht!" und verließ das Zimmer. Damals war es, daß Jacoby Sr. Majestät die unsterblichen Worte nachrief: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" — Jacoby's Prozeß geht jetzt seinen dritten und letzten Gang. An eine Aenderung des Urtheils ist nicht zu denken. „Wir werden also wahrscheinlich," meint die Rhein. Ztg., „nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses das Schauspiel erleben, den ältesten und berühmtesten Vorkämpfer für die preußische Volksfreiheit, der unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. dreimal glänzend freigesprochen wurde, jetzt wegen einer Rede, in der kein Liberaler eine Schuld finden kann, in das Gefängniß wandern zu sehen.

Preußen. (Neupreußische Logik.) Also die „vorzüglichen Häfen und die tüchtige mit dem Meer vertraute **Bevölkerung** der Elbherzogthümer muß für Preußen **nutzbar** gemacht" werden. So hat der ostpreußische Volksverein erklärt. Wenn dann erst diese Herzogthümer für Preußen „nutzbar" **gemacht** sind, so wird man auch das übrige Deutschland — bis an den Main — für die nämliche Großmacht „nutzbar" zu machen, nicht ermangeln. — Da aber weder die Schleswig-Holsteiner noch die übrigen Norddeutschen, mit wenigen Ausnahmen sich für hohenzollern'schen Partikularismus „nutzbar" machen lassen wollen, obwohl sie gerne bereit sind, für **Deutschland** jeden erforderlichen Theil ihrer Selbständigkeit aufzuopfern, so erklären die Berliner Officiösen: „die Feinde des Vaterlandes seien **innerhalb** des Deutschen Bundes zu suchen." (N. Frkf. Ztg.)

Dresden. In der am 28. Dec. v. Js. vorgenommenen **Wahlmännerwahl** hat die liberale Partei glänzend gesiegt. Was die Stadt Dresden seit dem Jahre 1851 nicht erlebt hat, dürfte ihr demnach für das Jahr 1865 beschieden sein: eine liberale Bürgervertretung. — Die kürzlich fertiggewordenen Volkszählungslisten ergeben für die letztverflossenen 3 Jahre eine Bevölkerungszunahme von fast 17,000 Seelen.

Ueber die frommen Wünsche der Sachsen, welche diese seit Jahr und Tag vergeblich aussprachen, bringt die „Voss. Ztg." das folgende wenig erbauliche Register:

1) Endliche Beobachtung und Ausführung der Verfassung, namentlich der §§ 51, 53, 26, 27, 37, 47, 86 u. 87 der Verfassungsurkunde. 2) Aufhebung der Polizeigerichtsbarkeit und der Verwaltungsrechtspflege. 3) Ein Gesetz zum besseren Schutz der persönlichen Freiheit. 4) Ein Gesetz zum Schutz der Unverletzlichkeit der Wohnung. 5) Ein Gesetz zum Schutz des Briefgeheimnisses. 6) Reform des Strafgesetzes und Einführung eines Polizeistrafgesetzbuches. 7) Consequente Durchführung des Prinzips der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafprozesse. 8) Endliche Einführung der Schwurgerichte im Strafverfahren. 9) Gesetzliche Beschränkung des lebenslänglichen Verlustes der gemeinen bürgerlichen, politischen, Amts-, Dienst- und Ehrenrechte. 10) Gänzliche Abschaffung der Prügelstrafe. 11) Bessere Besetzung und Besoldung der Gerichte. 12) Unabhängigkeit der Gerichtsbeamten vom Einfluß der Regierung. 13) Verpflichtung der Gerichte, nur verfassungsmäßige Gesetze und Verordnungen anzuwenden. 14) Endliche Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung. 15) Reform der Städte- und Landgemeinde-Ordnung im Geist der Selbstverwaltung. 16) Rückgabe der Polizei an die Städte. 17) Aufhebung der die Preßfreiheit weit über das Maß des Nothwendigen beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen. 19) Aufhebung der Vorrechte der Rittergutsbesitzer den Gemeinden gegenüber. 20) Aufhebung des Patronatsrechts. 21) Gesetzliche Durchführung der Freiheit und Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften. 22) Reform der evangelischen Kirchenverfassung durch die Gemeinden selbst. 23) Größere Unabhängigkeit der Schule von der Kirche. 24) Aufhebung der durch das Gesetz vom 3. Mai 1851 neu vermehrten Gründe der Entsetzung der Volksschullehrer. 25) Reform des sächsischen Wahlgesetzes: namentlich Aufhebung des Bezirkszwanges und des Prinzips der ständischen Vertretung und Abkürzung der Wahlperioden. 26) Revision des Grundsteuersystems. 27) Reform der Gewerbesteuer. 28) Reform der Branntweinsteuer. 29) Reform der Stempelsteuer. 30) Beseitigung des Briefbestellgeldes. 31) Aufhebung der Besteuerung des Arbeiterlohns bei den niedrigen Lohnarbeitern. 32) Beseitigung des Paß- und Paßkarten-Zwangs. 33) Beseitigung des Zwangs zum Visiren der Wander- und Arbeitsbücher. 34) Beseitigung der in der Gewerbe-Ordnung von 1861 beibehaltenen Concessionspflicht mancher Gewerbe. 35) Verbesserung der Gesinde-Ordnung vom 10. Januar 1835. 36) Beförderung des Hypothekarkredits durch Beseitigung aller Hemmnisse, welche der Uebertragbarkeit und Realisirbarkeit hypothekarischer Forderungen entgegenstehen. 37) Beförderung der Entstehung von Kreditinstituten sowohl für den Grundbesitz als den gewerblichen Verkehr, unter Wahrung des Grundsatzes: daß die betreffenden Concessionen, nicht nach administrativem Ermessen, sondern nach allgemeinen Normativ-Bestimmungen ertheilt werden. 38) Revision des Privilegs der Leipziger Bank. 39) Rücknahme des der Leipzig-Dresdener Eisenbahn ertheilten Privilegs zur Ausgabe von unverzinslichem Papiergeld. 40) Erleichterung der Errichtung von öffentlichen Sparkassen. 41) Revision der gesetzlichen Bestimmungen sowohl über Immobiliar- als Mobiliar-Versicherung. 42) Beseitigung aller Erschwerungen der Erwerbsthätigkeit. 43) Namentlich Beseitigung der Hindernisse und Beschränkungen der Freizügigkeit. 44) Reform der öffentlichen Armenpflege. 45) Reform des Staatsdiener-Pensionswesens. 46) Zweckentsprechende Bestimmungen über die Zulassung fremden Papiergeldes. 47) Herabsetzung der Telegraphengebühren. 48) Herabsetzung des Packettarifs und des Tarifs für Geldsendungen. 49) Herabsetzung des Fracht- und Personen-Tarifs auf den Staatseisenbahnen. 50) Vermehrung der Chausseen und Erlaß eines neuen Weg- und Straßenbaugesetzes. 51) Erleichterung des Elbverkehrs durch Instandhaltung des Flußbetts und der Ufer.

Die Stände Sachsens mögen es nun mit denen Kurhessens ausmachen, wo eigentlich die „dickste" Nacht herrscht — in Kurhessen oder in Sachsen. Jedenfalls aber wird man in Sachsen gut thun, statt sich mit Ausfällen auf Preußen ein scheinbares Genüge zu thun, mit dem „deutschen" Staatsmanne Herrn v. Beust in Abrechnung zu treten. Hiernach wird man gern oder ungern das Geständniß ablegen, daß nicht Alles Gold ist, was Sachsen heißt.

Kurhessen. Von allerhöchsten Unterzeichnungen ist auch heute nichts zu melden. Morgen, morgen, nur nicht heute! — Dagegen hat der Abgeordnete Wiegand nachgewiesen, daß es im Musterstaate Kurhessen noch nicht einmal ein kurhessisches Bürgerrecht gibt. Der Neuen Frankfurter Zeitung werden über diesen Zustand der Erniedrigung gar wundersame Dinge geschrieben. Man lese und wundere sich! Es gibt für uns keine Kurhessen, sondern nur Angehörige Kurhessischer Gemeinden. Wenn der Rothenditmolder auch nur drei Tage in Kirchditmold wohnen will, so bedarf er dazu, nach der Strenge des Gesetzes und sofern die Behörde das Gesetz nur anwenden will, erst der polizeilichen Erlaubniß, während jeder Franzose demnächst kraft des Handelsvertrags willkürlich, ohne alle besondere Erlaubniß, überall in Kurhessen seinen Wohnsitz nehmen darf. Der Rothenditmolder, der in Kirchditmold sich aufhalten will, bedarf der obrigkeitlichen Gestattung, natürlich in nur noch höherem Grade, wenn er sich längere Zeit oder gar bleibend daselbst niederlassen will. Die Stempel für die Gestattung kommen dann auch noch dazu! Das ist also das formelle Recht, für welches trotzdem Einige von unseren Abgeordneten, wenn auch vergeblich, in die Schranken traten, das formelle Recht, nach welchem der Rothenditmolder allerdings aus Kirchditmold ausgewiesen werden kann, und dann natürlich noch mehr der Deutsche Ausländer aus ganz Kurhessen, während der Franzose nicht mehr wird ausgewiesen werden können! Mit Recht aber wurde auf diese Anwendungsbefugniß des formellen Rechtes entgegnet, daß es auch so, wie es bestehe, nur mit guten Gründen angewendet werden dürfe, und daß die politische Pflicht, es überall da, wo die guten Gründe nicht vorliegen, unangewendet zu lassen, über dem formellen Rechte stehe. Die Anwendung des formellen Rechtes ohne die rechtfertigenden guten Gründe sei ein „Mißbrauch", gegen den einzuschreiten die Stände nicht blos ebenfalls „berechtigt", sondern sogar verpflichtet seien.

Schleswig-Holstein. Die bekannte Junkeradresse ist in Berlin zu Gnaden aufgenommen. Herr von Bismarck hat dem Herrn Baron v. Plessen folgende Eröffnung zugehen lassen: Der König habe die Adresse gerne entgegengenommen und lege hohen Werth auf die Stimme von Männern, welche in ihrem Vaterlande so große und wohlverdiente Achtung genießen, und durch die langjährige Vertrautheit mit den Verhältnissen des Landes zur Würdigung seiner wahren Interessen berufen sind. In den ausgedrückten Wünschen erkennt Se. Majestät mit Befriedigung den Ausdruck eines richtigen Verständnisses der Verhältnisse und einer ernsten und redlichen Achtung vor dem Recht und einer eingehenden Würdigung der Bedürfnisse der Herzogthümer, welche, die Nordmarken Deutschlands bildend und durch eine lange ehrenvolle Geschichte zu reicher Blüthe entwickelt, ebensosehr auf den vollen und ausreichenden Schutz nach außen wie auf die Beachtung ihrer inneren Eigenthümlichkeiten Anspruch haben. In allen diesen Beziehungen sei das Bestreben des Königs, den Herzogthümern eine ihrer Wohlfahrt wie dem Recht entsprechende Stellung zu sichern. Indem die Adresse den König in der Gewißheit bestärkt, daß der König dabei auf das vertrauensvolle Entgegenkommen des Landes rechnen darf, kann der König mit um so größerer Zuversicht das Gelingen des Bestrebens erwarten, als der König sich mit seinem hohen Verbündeten und gegenwärtigen Mitinhaber der höchsten Gewalt in den Herzogthümern in einer warmen und herzlichen Theilnahme und Fürsorge für dieselben begegnet.

Da hätten wir also eine abermalige Verlängerung der ohnehin schon verzweifelt langen Bank.

Das „Deutsche Wochenblatt" hat neuerdings wieder an jenen allein berechtigten Standpunkt erinnert, von welchem aus die schwebende Frage entschieden werden muß. Seit den Tagen der Londoner Conferenz hat man diesen Standpunkt mehr und mehr aus dem Gesicht verloren. Das Deutsche Wochenblatt sagt:

Unsere Meinung über die Legitimität des Augustenburgers ist nun die, daß die tausend alten Pergamente, auf welche man dieselben gründen will, nicht die Tinte und Druckerschwärze werth seien, die man bisher um sie verschwendet hat. Bei allen diesen Rezessen, Verordnungen, Erbtheilungen rc., die jetzt nach Hunderten von Jahren das Evangelium des schleswig-holsteinischen Glückes abgeben sollten, haben nicht etwa die Ehrlichkeit der Erbtheiler, die Volksfreundlichkeit der Fürsten, der Muth der Landstände den Ausschlag gegeben, sondern Gewalt, Schlauheit, Habsucht, Servilismus. Bald hat ein Zweig des oldenburgischen Hauses dem andern ein Stück Land abgerissen, bald hat ein Erbe die andern betrogen, bald sind die Landstände zu nabgiebig gewesen, bald hat das Ausland sich eingemischt. Was sind das für Rechtsansprüche, die sich auf das Treiben der kleinen Despotien vom 15. bis 18. Jahrhundert stützen, deren bloße Existenz jedem Recht Hohn sprach!

Reiner und aller Welt verständlicher ist das Recht, welches der Augustenburger aus dem Volkswillen herleiten kann. Dieser muß als Rechtsquelle geltend gemacht werden, damit die beiden Großmächte jede Möglichkeit eines Einwandes gegen die schleunige Lösung der Erbfolgefrage verlieren, sofern sie bei derselben sich nicht ausschließlich auf die offene Gewalt berufen wollen.

Mögen die Pergamente der augustenburgischen Familie ungestört bei denjenigen der Dynastien Wasa und Bourbon ruhen. Ist ein Fürst von Volkes Gnaden auch nicht nothwendig ein guter, treuer, freisinniger, so ist er doch immerhin genöthigt, sich einigermaßen auf die Ideen der Zeit, statt auf die verrotteten Reste des Mittelalters zu stützen. —

Eine aus den Herzogthümern an den preußischen Landtag erlassene Ansprache schließt mit den Worten: Vertreter des preußischen Volks! Erhebt unablässig eure Stimme für unser Recht, daß nicht über einen deutschen Stamm wie über eine Heerde verfügt werde. Wir bitten nicht, wir fordern dieses unser Recht. Wir verlangen, daß die provisorischen Zustände aufhören, daß die Vertretung des Landes gehört werde und bei den Geschicken des Landes mitentscheide. Deutsche Männer, wir verlangen nichts als Gerechtigkeit.

(Fortsetzung der Politischen Umschau s. Beilage.)

Schopfheim.

Außer den in den Nrn. 95, 97 und 98 bescheinigten Beträgen von in Summa	fl. 140. 50 kr.
ist nun auch von dem Schopfheimer Arbeiterverein eine Quittung über die weiteren Sendungen von . . . . . . eingegangen.	„ 62. 29 „
An Porto ist im Ganzen von der Expedition verlegt worden	„ 1. 13 „
Summa:	fl. 204. 32 kr.

(Vergl. Nr. 104 der Allg. deutschen Arbeiter-Zeitung.)

Coburg, den 16. Januar 1865.

Die Expedition der Allg. deutschen Arbeiter-Zeitung.

Briefkasten.

Vom Arbeiterverein in Chaux de fonds am 14. Januar erhalten fl. 5. 36 kr., dafür 39 kr. Porto bezahlt, welche Rest bleiben. — Vom Arbeiterbildungsverein in Radolfszell am 13. Januar fl. 2. 38 kr. erhalten und sind demselben fl. 1. 23 kr. für's 1. Semester 1865 gutgeschrieben.

☛ Es kommen uns häufig direkte Bestellungen zu, mit dem Bemerken, daß das Blatt unter Kreuzband expedirt und der Abonnementsbetrag für ein Quartal nachgenommen werden möge. Da die Nachnahme das Abonnement unnöthig vertheuert, so ist zu rathen, den Abonnementsbetrag, der bei direkter Expedition unter Band 42 kr. + 13 kr. = 55 kr. für Deutschland, für die Sendungen nach Frankreich und der Schweiz 42 kr. + 26 kr. = 1 fl. 8 kr. und nach England 42 kr. + 39 kr. = 1 fl. 21 kr. (für Porto) pro Quartal beträgt, entweder sofort beizulegen oder zur Vermeidung wiederholter Nachnahmegebühr die Bestellung immer auf ½ Jahr zu erstrecken.

Die Expedition der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Digitized by Google

Nr. 109.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 29. Januar 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Der gewerbliche Bildungsverein in Leipzig an die Arbeitervereine Sachsens. — Aufruf des Arbeiterbildungsvereins in Hameln an die Arbeiterbildungsvereine. — Berichte aus Gotha, Offenbach, Leipzig, Lüchow. — Zur Vereinsstatistik. II. **Politischer Theil.** Ein Rückblick. Politische Umschau. Preußen: Die Thronrede und die Präsidialrede Grabow's, zwei Kieselsteine, die Funken geben können; das Volkshaus hält fest am Recht. Die preußische Budgetseuche nach Oesterreich eingeschleppt. — Die Arbeitervereine von Berlin und Hannover angeblich vom Kaiser Napoleon nach Paris zum französischen Arbeitervereinstag eingeladen; trau, schau, wem. — III. **Nekrolog:** H. F. G. Flinsch in Frankfurt a. M. — **Beiblatt:** IV. **Socialer Theil:** Proudhon's Tod und Leichenbegängniß. — Die Invaliden der Arbeit von Hermann Semmig. — Consul Sturz, ein deutscher Patriot und Volkswächter.

Vereinsangelegenheiten.

An die Arbeitervereine Sachsens.

Dem uns am 4. December v. J. in Chemnitz gewordenen Auftrage gemäß, haben wir das Gesuch wegen Gründung eines **sächsischen Gauverbandes** beim Ministerium des Innern eingebracht; worauf unserem Vorsitzenden Herrn Dr. Reyher am 16. d. M. vom hiesigen Polizeiamt eröffnet wurde:

> daß das Ministerium des Innern die Gründung eines Gauverbandes um deswillen nicht genehmigen könne, weil der § 23 des Vereinsgesetzes entgegenstehe.

So vertrauensvoll wir uns in dieser, die Arbeiterlage geistig und materiell födernden Angelegenheit an unsere Regierung gewandt, um so betrübender ist es uns, Ihnen dieses ungünstige Resultat mittheilen zu müssen.

Wir werden jedoch bestrebt sein, auch unter den gegebenen Verhältnissen an der gestellten Aufgabe weiter zu arbeiten und unter Berücksichtigung der bestehenden Gesetze für die gedeihliche Fortentwicklung unserer sächsischen Vereinsverhältnisse Sorge zu tragen.

Dafür dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, daß auch jeder einzelne Verein in diesem Sinne thätig ist und es sich ernstlich angelegen sein läßt, für seine eigene Vervollkommnung und dafür zu sorgen, daß er eine immer mehr achtunggebietende Stellung einnehme und dazu beitrage, daß die den Vereinen leider immer noch gegenüberstehenden Vorurtheile vollends verschwinden.

Leipzig, den 20. Januar 1865.

Mit bestem Gruß

Der Vorstand des gewerbl. Bildungsvereins.

Aug. Bebel, II. Vorsitzender. Moritz Germann, I. Schriftführer.

Dresden. Unser Verein (Arbeiterbildungs-Verein), der größtentheils aus Gewerbegehülfen besteht, erfreut sich stets im Winter einer bedeutenderen Theilnahme als im Sommer. Fabrikarbeiter besuchen uns höchst selten, eher betheiligen sich mehrere Mitglieder der hiesigen Garnison, die fleißig an den Lehrstunden theilnehmen. Ebenso bleiben uns die selbstständigen Arbeiter (Bürger) fast gänzlich fern, wenn sie nicht gar uns feindselig gegenüber stehen. Leider müssen wir bemerken, daß gerade diejenigen Männer, deren politische Ansicht mit dem Endzwecke unseres Vereins übereinstimmt, uns in moralischer Beziehung nicht so unterstützen, als wir es von einer Stadt, wie Dresden, wo Kunst und Wissenschaft in Blüthe stehen, zu erwarten berechtigt sind.

Dieser Winter führte uns über ein Drittel neuer Mitglieder und Schüler zu, so daß bei den regelmäßig Sonnabends stattfindenden Vorträgen der Saal fast nicht mehr ausreichen will, weshalb der Wunsch nach einem größeren Vereinslocale immer lauter wird. Die Betheiligung an den Lehrstunden ist eine überaus rege; wir sehen uns genöthigt, einige Unterrichtsfächer zu verdoppeln, so wie einige neue (Physik, Redeübung) in's Leben treten zu lassen. Eine Einrichtung, die wir Vereinen, wo sie noch nicht bestehen sollte, dringend empfehlen, ist die Abhaltung einer **allmonatlichen Lehrerconferenz**. Bisher wurde der Unterricht nach dem Gutdünken jedes einzelnen Lehrers in Einigung mit dem Vorstande ertheilt; seit Einführung genannter Conferenzen, wobei manchmal die Geister ganz gehörig auf einander platzen, hat sich die Art und Weise des Unterrichts und der Lehrmittel so gestaltet, wie es für einen **Arbeiter sein muß**. Wir haben den Unterschied erst jetzt kennen gelernt und die Zusammenkünfte der Lehrer wirken segensreich.

Unsere Abendunterhaltungen und Vergnügen sind immer zahlreich besucht und werfen für die Kasse einen hübschen Ueberschuß ab, ohne den wir aber auch nicht bestehen könnten. Einen Theil desselben verdanken wir wohl unserem Sängerchore, dessen Leistungen höchst zufriedenstellend genannt werden müssen.

Sonntag, den 5. Februar feiern wir unser Stiftungsfest im Belvedere (Brühl'sche Terrasse) durch Festactus, Tafel und Ball. Indem wir nun hierdurch alle Vereinsgenossen in Nähe und Ferne brüderlichst zur Theilnahme einladen, sehen wir einem zahlreichen Besuche entgegen.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins zu Dresden.

M. Hendel, d. Z. Vorsitzender.

Aufruf an die Arbeiterbildungsvereine.

Mit tief innigstem, schmerzlichem Gefühle haben wir die einfachen Worte der Herausgeber der Arbeiterzeitung in Nr. 104 derselben gelesen. Wahrlich, in den paar Zeilen liegt das ganze Märtyrerthum der Wahrheit und der Freiheit in unserem deutschen Vaterlande. Bei der gefahrvollen und aufopfernden Stellung, die der Verleger und verantwortliche Herausgeber dieses treuen Organs unserer Arbeitersache übernimmt, einer Stellung, die schon durch bittere Verfolgungen ihre Weihe erhalten, ist trotzdem die fernere Existenz der Zeitung durch Mangel an hinreichender Förderung in Frage gestellt, nachdem der Herausgeber selbst schon schwere Opfer dafür gebracht hat. Wir zweifeln nicht, daß alle Gleichstrebenden, die den Artikel gelesen, auch unsere Gefühle theilen; und bitten Alle, denen das wirkliche Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, durch Förderung unseres Organs dem Herausgeber zu beweisen, daß unter unseren corrumpirten Verhältnissen es dennoch Männer und Herzen gibt, die ein segenreiches Streben für die Arbeiter anerkennen, und für die Zukunft möglich zu machen suchen. An alle Vereine aber geht die dringende Bitte, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften darnach hinzuwirken, daß durch gehörige Verbreitung des Blattes, wie wir sie unserem Organ schuldig sind, wenn unser Streben wirklich ernst gemeint ist, endlich der fernere Kostenausfall, der das Forterscheinen gefährdet, beseitigt wird.

Diesem Beispiel geht unser, der Arbeiterbildungsverein in Hameln voran, indem derselbe 25 Exemplare, nach dem Vorschlage des Herrn Hochberger in Eßlingen, acceptirt und wieder unter das Publikum abzusetzen sucht. Sollten nun aber einem Vereine die Mittel nicht zu Gebote stehen, auf 25 Exemplare zu abonniren, so muß derselbe doch nach allen seinen Kräften in seinem Wirkungskreise für die Verbreitung bei den aufrichtigen, wohlmeinenden Arbeiterfreunden zu wirken suchen, und auf diese Weise das Seinige zur Erhaltung des so mühsam erlangten Arbeiterorgans beizutragen sich bemühen.

Hameln, im Januar 1865.

Im Namen des hiesigen Arbeiterbildungsvereins.

Der Vorsitzende:

Chr. Rüdiger.

Gotha, 16. Jan. In der heutigen Versammlung des Arbeitervereins war Herr Dr. Schlönbach aus Coburg, welcher den Verein mit gegründet hat und Mitglied unseres Vereins ist, wieder anwesend. Der Vorsitzende Sauerteig hieß ihn im Namen des ganzen Vereins herzlich willkommen, worauf Herr Schlönbach dankte und einen Gruß des Coburger Arbeitervereins ausrichtete. Derselbe spricht seine Freude darüber aus, daß der Arbeiterverein ein so reges Leben zeige, auch zahlreich besucht sei, habe sich auch darüber gefreut, daß die Vereinigung mit dem Bildungs- und Gewerbeverein nicht zu Stande gekommen, da der Arbeiter dann an seiner Selbstständigkeit verloren hätte.

Es wurde sodann vom Vorsitzenden die Frage angeregt, ob die „Allgem. deutsche Arbeiterzeitung", welche einzugehen drohe, nicht zu erhalten sei.

Herr Schlönbach weist darauf hin, daß dieselbe unvermeidlich werde eingehen müssen, wenn nicht endlich die Kosten sich decken; und meint nur, daß die-

selbe noch in vielen Theilen zu theoretisch für die Arbeiter gehalten sei.*)

Herr Boderodt. Es bestehe ein besseres Organ für die Arbeiter nicht (ist einmal untergegangen, auch so leicht nicht wieder zu schaffen) und er halte es für die Pflicht der Arbeitervereine resp. der Arbeiter, zu thun, um dieses Organ zu erhalten. Habe der Verleger schon so bedeutende Opfer gebracht, so wäre es jetzt an der Reihe der Arbeiter, Opfer zu bringen, daher er den Antrag stelle:

Der Arbeiterverein wolle beschließen:

außer den schon gehaltenen 2 Exemplaren noch 5 Exemplare der Arbeiterzeitung zu halten, auch diesen Beschluß in der Arbeiterzeitung bekannt zu machen und den übrigen Arbeitervereinen Deutschlands ein gleiches Verfahren dringend zu empfehlen.

Herr Raspe. Er sei vollständig mit dem Antragsteller einverstanden, wünschenswerth scheine es aber auch ihm, daß die Arbeiterzeitung mehr für den Arbeiter verständliche Artikel bringe. Die ersten Nummern hätten für den Arbeiter so gediegene Artikel z. B. über Arbeit enthalten. Es könnten auch über Erziehung ꝛc. Artikel geschrieben werden. Der Artikel von F. Streit in Nr. 106 im socialen Theil, das sei ein Artikel, welcher den Arbeiter fessele, und kämen dergleichen mehr, würden die Arbeiter die Zeitung auch mehr lesen.

Der obige Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Offenbach, 19. Jan. Am 8. Januar d. J. veranstaltete das Central-Comité der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues in Offenbach einen sehr zahlreich besuchten Gauverbandstag. Dank der Gegenpartei, daß durch ihre prahlerische Absetzung dem obengenannten Comité es heute möglich war, einmal wieder einen Tag unter keinen Tumultuanten zu halten, sondern in gediegener Weise mit vernünftigen Arbeitern. Im Januar 1864 hatte die Wahl obigen Comité's stattgefunden und mußte deshalb für 1865 neu gewählt werden. Um Ruhestörungen von der Gegenpartei auch ferner zu meiden, wurden einige Paragraphen in Betreff der dem Verband angehörigen Vereine getroffen, welche seinerzeit in Ihrem Blatte bekannt gemacht werden. Eine nochmalige Annäherung an die Gegenpartei wurde entschieden abgelehnt. Der Offenbacher Verein wurde als derjenige gewählt, welcher aus seinen Mitgliedern für 1865 das Central-Comité ernennt; ihm wurde auch in Folge dessen der Kassenbestand von 13 fl. 54 kr. sowie sämmtliche Aktenstücke überwiesen. Dem Verband angehörend sind bis jetzt die Arbeiterbildungsvereine zu Darmstadt, Offenbach, Hanau, Bockenheim und Rüsselsheim. Der Frankfurter Arbeiterbildungsverein hat sich von der Sache zurückgezogen. Die Stimmung der Anwesenden war eine sehr gute und wurde manches ernste Wort ausgetauscht. Nachdem der Präsident (Lachmann) für das seitherige Vertrauen gedankt und zum ferneren Zusammenhalten ermahnt, schloß er nach 3½stündiger Dauer die Versammlung.

Göttingen, 21. Jan. Die Einnahme des hiesigen Arbeitervereins betrug im verflossenen Jahre 190 Thlr., die Ausgabe 196 Thlr. Das durch Ankauf eines Flügels und andere außerordentliche Ausgaben entstandene Deficit wird in diesem Jahre leicht gedeckt werden. Der Verein beabsichtigt, sich so bald als möglich ein eigenes Gebäude zu bauen oder zu kaufen. In der zu diesem Zwecke am 20. Juni v. J. fondirten Baucasse befinden sich freilich bis jetzt erst 28 Thlr., die aus freiwilligen Beiträgen und Ueberschüssen der von den Vereinsmitgliedern veranstalteten Abendunterhaltungen zusammengekommen sind. — Zum Präsidenten für 1865 wurde der Stellmacher Jahns, zum Vicepräsidenten der Lehrer Riebecker gewählt.

B. Leipzig. Obgleich nach einer Erkundigung bei der Polizei die Umänderung des Namens des gewerblichen Bildungsvereins nicht als eine Statuten-Aenderung anzusehen ist, so war dennoch, weil einmal vom Vorstande zugesagt, eine außerordentliche General-Versammlung auf den 15. Januar ordnungsmäßig berufen, um diese Angelegenheit endgültig zu ordnen. Der Saal war dermaßen gefüllt, daß dem Berichterstatter, der zur Aushülfe den Schriftführer machen mußte, als Entgeld für seine Bemühungen auf dem hohen Olymp ein ächtes russisches Schwitzbad verabreicht wurde. Zugleich wurden an diesem Tage auch die Geschäfte der regelmäßigen Monatsversammlung abgemacht.

Der Vorsitzende (Bebel) theilte mit, daß die Seitens der Stadt für das laufende Jahr bewilligte Unterstützung von 500 Thlr. in baarem Gelde eingegangen sei und forderte die Versammlung auf, ihren Dank dafür abzustatten. Ueber diese Angelegenheit hätten wir viel auf dem Herzen, aber da sie mit einer anderen, unserem Hausbau, die noch nicht zum Abschluß gediehen ist, in innigem Zusammenhange steht, wollen wir eine Besprechung bis dahin verschieben.

In Folge dieser Mittel wird es die nächste Aufgabe des Vereins sein, denjenigen Lehrern, die bis jetzt unentgeldlich Unterricht ertheilten, eine Entschädigung für ihre Bemühungen zukommen zu lassen. Dieser Beschluß wird dem Verein reiche Früchte tragen, da es sich nicht leugnen läßt, daß die frühere Unzulänglichkeit unserer Mittel mancherlei Uebelstände im Gefolge hatte. Auch für eine Hebung und Erweiterung des Unterrichtes wird Sorge getragen werden und in erster Linie steht hier der Zeichnenunterricht, der in vielen Vereinen in hoher Blüthe steht, während wir mit demselben nie auf einen grünen Zweig haben kommen können. Freilich in der nächsten Zeit ist der Saal Sonntags wegen der Uebungen zum Stiftungsfeste von den Sängern besetzt und nach Beendigung derselben bereits wieder von der zweiten Abtheilung der Sänger, die sich sehr eifrig zeigen, in Anspruch genommen.

So macht sich denn die Beschränktheit unserer Räumlichkeiten an allen Ecken und Enden geltend. Auch diesem Uebelstande muß abgeholfen werden und hat sich der Wirth auf das Bereitwilligste erklärt, uns weitere Räume zu überlassen, während es gleich am ersten Tage nach unserem Einzuge den Anschein hatte, als wäre es ihm sehr lieb, wenn wir sofort wieder unser Bündel schnürten. Ob diese Umwandlung durch die 500 Thlr. hervorgebracht ist, wollen wir dahin gestellt sein lassen.

Leider mußten einige Anstandsregeln, auf die schon in der letzten Monatsversammlung aufmerksam gemacht worden war, wiederholt eingeschärft werden. Während der Vorträge ist nämlich die Unterhaltung im Lesezimmer so laut, daß sie stört. Erinnerungen Seitens der Ordner und selbst der Vorstandsmitglieder haben nichts gefruchtet. Zunächst sollen diejenigen Mitglieder, denen die Unterhaltung höher steht, als die Belehrung, in das weiter entfernte Zimmer verwiesen werden und wenn dadurch keine Abhülfe erzielt werden kann, hat der Vorstand ganz energische Maßregeln angekündigt.

Ein Mitglied, das den Verhandlungen des Vorstandes hierüber beigewohnt und sich durch das, was hierbei vorgekommen, wahrscheinlich getroffen gefühlt hatte, fragte bei der Versammlung an, ob der Vorsitzende das Recht gehabt habe, den Ausdruck „Ziegelei" zu gebrauchen. Bei der ziemlich langen Erörterung stand die überwiegende Mehrzahl ganz entschieden auf Seite des Vorsitzenden, namentlich wurde seine Erklärung, daß er für den gebrauchten Ausdruck keinen anderen wisse und denselben auch nicht zurücknehmen werde, zumal ein Vorstandsmitglied, das zur Ruhe ermahnt, verlacht worden sei, — mit lautem Bravo begleitet. Ein Mitglied, das zwar auch keinen Widerruf verlangte, meinte aber doch, daß der Verein nicht aus Kindern, sondern aus Jünglingen bestehe, und deshalb sei es wünschenswerth, daß man sich in Zukunft, wenn man seine Entrüstung ausspräche, besserer Ausdrücke bedienen möge. Dem wurde aber von einem Anderen erwidert, daß das Erstere allerdings richtig sei, aber eben so gut müsse man wissen, daß sich wohl Schulbuben zweimal etwas sagen ließen, Männer aber stets nur einmal. Der Vorsitzende habe die Wahrheit in ächt deutscher, ungeschminkter Weise gesagt. Dafür erntete der Redner lautes Bravo und Klatschen. Germann's Antrag: daß dem Vorstande bis zur nächsten Monatsversammlung Zeit zur Berathung gegeben werde, ob er für den Vorsitzenden eintreten wolle oder nicht, wurde abgeworfen und damit war diese unerquickliche Angelegenheit erledigt.

Auf einen in Folge dieses Vorfalles Seitens des Vorstandes gefaßten Beschluß komme ich ehestens zurück.

Beim Eintritt in den Hauptpunkt der Tagesordnung, die Aenderung des Vereins-Namens, meinte der Vorsitzende, daß lange Erörterungen überflüssig seien, da bereits Alles beim vorigen Male genügend erschöpft sei, und werde daher das Verlesen des Protokolles genügen. Damit waren aber die Verehrer des alten Namens nicht zufrieden, denn als Germann forderte: einfach zu erklären, daß der frühere Beschluß aufrecht erhalten werde, ertönte ein vielstimmiges: Nein! Nein! Für den guten, ehrlichen, alten Namen, der sich so große Achtung erworben habe, traten besonders und wiederholt Weisle und Wüstefeld in die Schranken. Bei diesen Erörterungen ging es ziemlich unruhig her, auch mußte zweimal auf das Unpassende der Ausdrücke aufmerksam gemacht werden. Das Fortspinnen ins Unendliche wurde durch den Antrag auf Schluß abgeschnitten und die Aenderung mit großer Majorität angenommen.

Dieser Beschluß erregte unter den Widersachern desselben, die sich am Ausgange des Saales zusammengeschaart hatten, große Bewegung und lebhafte Erörterungen im Nebenzimmer, so daß der Unruhe nur durch Schließen der Saalthüren ein Ende gemacht werden konnte.

So hat denn der gewerbl. Bild.-Ver. wenigstens den guten Willen gezeigt, das Hinderniß der Vereinigung zu beseitigen und nun ist es an dem Verein Vorwärts, zu zeigen, ob es ihm mit der Vereinigung Ernst ist oder nicht. Die wirkliche Aenderung des Namens steht allerdings noch in einem weiten Felde, denn bevor diese eintreten kann, müssen erst die Verbindlichkeiten, die der gewerbl. Bild.-Ver. eingegangen ist, geordnet und auf den neuen Namen übertragen werden. Es handelt sich hier um Geldangelegenheiten, und da hört, wie bekannt, die Gemüthlichkeit auf. Dem gewerbl. Bild.-Ver. sind nämlich zum Bauen des Hauses von verschiedenen Bürgern Gelder geliehen worden, aber da er selbst keine juristische Person ist, so sind Privatpersonen für ihn eingestanden und diesen kann natürlich der Verein nicht vorschreiben, in welcher Frist sie die Angelegenheit ordnen sollen.

Das zähe Festhalten gerade eines großen Theiles der ältesten Mitglieder an dem ursprünglichen Namen hat seinen Grund in der frühern Geschichte des Vereins. Es ist die Frucht der bösen That, die fortzeugend Böses muß gebären. Die unerquicklichen Tage, die dem Austritt eines Theiles der Mitglieder und der Gründung des Vereins Vorwärts vorausgingen, sind nicht vergessen und ebenso wenig verspürt man Lust nach einer Wiederholung derselben. Allerdings ist der heutige Verein Vorwärts ein anderer als der damalige, denn in ihm hat dasselbe Stück und durch dieselben Urheber, die Häupter der Lassalleaner, gespielt, wie bei uns, nur mit dem Unterschiede, daß ihm noch weit übler mitgespielt worden ist, als uns; aber dennoch traut man dem Frieden nicht recht, da mit dem Austritt der Lassalleaner nicht alle Steine des Anstoßes entfernt sind. Jene Tage des Unfriedens sind von Keinem vergessen, der sie mit durchgelebt hat; aber zum Theil ist man der Ansicht, daß man auf jener Seite seitdem Manches gelernt habe; ja man verhehlt sich selbst nicht, daß ein wenig frischer Sauerteig unserem Vereine gar nicht schaden kann.

Während bei einem Theile der alten Mitglieder die Ansicht vorwaltet, daß bei nur einigermaßen guten Willen auf beiden Seiten eine Wiederkehr jener unseligen Zeit unmöglich ist, herrscht bei dem anderen die Furcht, daß mit dem obigen Beschluß die schönen Tage von Aranjuez für unseren Verein unwiederbringlich verloren seien, dermaßen vor, daß man sogar bereits von einem Ausscheiden spricht, wodurch unser Verein eben so viel verlieren, als der Verein Vorwärts ihm zubringen würde. Indessen wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich dieses „innere Düppel", das dem Verein zu drohen scheint, wird überwinden und ein Verständniß herbeiführen lassen.

Der Vorschlag, bei dem nächsten Stiftungsfeste den offiziellen Theil von dem Vergnügen zu trennen, fand vielseitigen Anklang, weil man sich davon eine stärkere Betheiligung der eingeladenen Ehrengäste, der städtischen Behörden und angesehenen Einwohner der Stadt, versprach. Diesem Wunsche konnte aber nicht stattgegeben werden, weil der Festsaal am Sonntag Vormittag wegen der Vorbereitungen zum Nachmittag stattfindenden öffentlichen Tanze unter keiner Bedingung zu haben ist und eben so wenig ein anderer Saal blos zu diesem Zweck, wenn wir den Ball wo anders halten wollen. Die auffallend geringe Betheiligung Seitens der eingeladenen Gäste hatte beim letzten Male allerdings seinen Grund darin, daß gleichzeitig auch noch wo anders etwas los war und man vorzog, dorthin zu gehen. Uebrigens ist auch in den anderen Jahren von einem bedeutenden Mehr wenig zu verspüren gewesen. Wir bezweifeln überhaupt, daß durch das vorgeschlagene Mittel eine auffällig merkliche Aenderung herbeizuführen ist. Man hört zwar viel von dem großen Beifall, den die Bestrebungen der Arbeiter bei allen Verständigen in der Bürgerschaft unserer Stadt finden, aber wie die Erfahrung lehrt, scheint man zu glauben, daß es übergenug sei, diesen Beifall durch Worte zu bekunden. Uebrigens ist es ja den Gästen unbenommen, sich nach dem Schlusse des offiziellen Theiles zu entfernen, und das ist meistens auch geschehen, während es uns bedünken will, daß gerade ein Verbleiben auch während des zweiten Theiles sehr wünschenswerth wäre, damit man sich einmal mit eigenen Augen überzeuge, wie es in Arbeiterkreisen eigentlich zugeht. Wie schiefe Ansichten hierüber noch in unserer Stadt herrschen, davon hat die letzte Ge-

---

*) Die gegenseitige Verständigung hierüber wird practisch am meisten gefördert werden, wenn man beispielsweise diejenigen Artikel des Blattes näher bezeichnet, welche, als zu theoretisch und für die Arbeiter nicht verständlich, künftig wegbleiben sollen. D. Red.

neral-Versammlung der Turner einen schlagenden Beweis geliefert.

Für die Festrede bei der Stiftungsfeier ist für die Mitglieder eine Bewerbung ausgeschrieben.

Wegen Ihrer Randglossen in Nr. 107: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben." (Wir erwarten das! Es handelt sich hier um ernstliches Interesse der Sache, deren Förderung uns am Herzen liegt, durchaus nicht um unerquicklichen Hader und nutzlose persönliche Polemik. Die Red.).

Lüchow, 18. Jan. So wie jeder Einzelne, welchem nicht durch seine Geburt oder sonstige Glücksfälle, die Gründung einer nachhaltigen Existenz erleichtert wird, meistentheils auf Selbsthülfe angewiesen ist, so sind auch häufig die Vereine, insbesondere aber die kleineren Arbeitervereine genöthigt auf Mittel zu sinnen, durch welche ihre Existenz befestigt, namentlich das intelligente Fortschreiten gefördert werden kann.

Von allen sonstigen Mitteln bleibt freilich auch da immer das beste, die Selbsthülfe.

Einen Anfang mit dieser Selbsthülfe hat vor kurzer Zeit der Lüchow'er Handwerker-Bildungsverein gemacht. —

Schon seit Jahren laborirte derselbe an finanzieller Schwäche; diese war eben der Grund, weshalb die wissenschaftliche Ausbildung der Vereinsmitglieder durch entsprechenden Unterricht, (denn Männer, welche aus Liebe zur Sache es thun, haben wir hier leider nicht) nicht in erwünschter Weise vorschreiten konnte.

Es fehlten die Mittel zur Bestreitung tüchtiger Lehrkräfte, und somit konnte der Verein nie das Ziel erreichen, welches er sich vorgesteckt.

Vor einigen Jahren wollte man durch theatralische Vorstellungen der Casse nützen; dieses wurde aber in den höheren Kreisen, als für den Arbeiter nicht passende Unterhaltung angenommen, obgleich es doch für die Mitwirkenden auch bildend war und mußte, da es vielseitig angefeindet wurde, unterbleiben. Da tauchte bei einem Vorstandsmitgliede die Idee auf, zum Besten der Vereins-Casse eine Ausstellung von gewerblichen Erzeugnissen der Vereinsmitglieder zu veranstalten.

Diese Idee wurde in der letzten Hauptversammlung vor Weihnachten ausgesprochen und fand einen ungetheilten Beifall.

Die Vereinsmitglieder erhielten die Rohstoffe bezahlt, die Arbeit wurde von ihnen mit sehr wenig Ausnahme gratis und mit großem Fleiß verrichtet; und so entstand eine Ausstellung von Gewerbserzeugnissen aller Art, die sich der vollkommensten Anerkennung eines jeden Besuchers erfreute.

Es lag im Plane mit der Ausstellung eine Verloosung der Gegenstände zu verbinden und dieser Plan konnte durch das wohlwollende Entgegenkommen der Königlichen Landdrostei zu Lüneburg, welche zu der Verloosung die erforderliche Erlaubniß ertheilte, zu Aller Freude ausgeführt werden.

Achtundsechzig Gewinne waren zur Ausstellung gebracht, — darunter auch die schönen Dichtungen C. Weiser, Familienleben — und zur Verloosung gestellt.

Die Theilnahme an Letzterer, sowie der Besuch der Ausstellung war sehr lebhaft; 515 Loose à 5 Sgr. wurden größtentheils von den Mitgliedern selbst untergebracht.

Die Ausstellung und Verloosung geschah am 8. Jan. d. J. Die vorhandenen 68 Gewinne hatten einen Werth von 85 Thlr. 25 Sgr.; der Vereinskasse verbleibt ein Reinertrag von etwa 40 Thlr.

Auf diese Weise ist der Verein durch seine Selbsthülfe in den Stand gesetzt, auch für die wissenschaftliche Ausbildung seiner Mitglieder zu sorgen und dadurch den Grundzweck desselben erfüllen zu können.

Mögen andere kleine Arbeitervereine durch Nachahmung der oben geschilderten Selbsthülfe diejenigen Lücken füllen, welche dem Gedeihen der Vereine hinderlich sind, dann wird die vollständige Erreichung des großen und schönen Zweckes nicht fehlen.

(Zur Vereinsstatistik.) Der Vorsitzende des Berliner Arbeiter-Vereins, Herr Bandow, ist mit einer Statistik sämmtlicher preußischer Arbeiter-, Handwerker- und ähnlicher, wenngleich einen andern Namen führenden Vereine in der Art beschäftigt, daß die Vorstände der Vereine selbst den Stoff dazu liefern. Der Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat dem Unternehmen seine Unterstützung zugesagt und diese zunächst dadurch bethätigt, daß ein vollständiges Formular zur Ausfüllung an die bekannt gewordenen Vereine versandt worden ist. Bisher sind überhaupt 158 Vereine ermittelt — in der Provinz Preußen 27, Posen 8, Pommern 19, Brandenburg 43, Schlesien 28, Sachsen 26, Rheinland (Reg.-Bez. Düsseldorf) 7, aus Westphalen fehlen Nachrichten gänzlich — es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Zahl derselben eine viel größere ist. Der Werth der Statistik für jede Richtung des gesellschaftlichen Lebens ist längst allgemein anerkannt, auch die Arbeiter- und Handwerker-Vereine können von ihr lernen und für eine nähere Verbindung, die in manchem Betreff wünschenswerth sein kann, scheint keine Vorbereitung so geeignet, als die zusammenfassende Darstellung der Einrichtung und Erfolge jedes einzelnen von ihnen. Im allgemeinsten Interesse möchte es daher wohl liegen, wenn die in Rede stehende Arbeit so vollständig wie möglich ausgeführt wird. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die Ausfüllung der versandten Formulare recht ausführlich erfolgt und wenn die Vereine, denen solche bisher nicht zugegangen, die Uebersendung bei dem Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen (Berlin, Eichhornstraße 6) beantragen. Der Verein genießt in seinem Verkehr mit Vereinen Portofreiheit, wenn auf der Adresse: „Allgemeine Angelegenheiten für das Wohl der arbeitenden Klassen" und der Name des Absenders verzeichnet wird. Den Vereinen erwachsen also keinerlei Kosten und im Interesse der Sache müßte, meinen wir, Jeder der kleinen Mühewaltung sich gern unterziehen. — Nach erfolgter Zusammenstellung wird dieselbe, je nach ihrem Umfange, entweder ganz oder zum Theil in dem „Arbeiterfreund", der Zeitschrift des Central-Vereins, aufgenommen und außerdem jedenfalls durch besonderen Abdruck der allgemeinen Benutzung zugänglich gemacht werden. Wir hegen die Hoffnung, daß die Vorstände der Vereine dem Unternehmen bereitwilligst ihre Unterstützung angedeihen lassen werden. (Berl. Reform.)

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Wer nach den dürftigen, unergiebigen, kraft- und saftlosen Thatsachen der Politik unsere Zeit beurtheilen wollte, würde eine sehr unzureichende Vorstellung von der Fülle und dem Reichthum der gewaltigen Kräfte und der riesenhaften Thätigkeiten gewinnen, welche in den Völkern Europa's wirken und schaffen. Die Industrie schafft einen Reichthum von Erzeugnissen, der genügt, um selbst das Leben des Aermeren mit Annehmlichkeiten auszustatten, die eine frühere Zeit kaum dem Wohlhabenden gönnte. Der Handel wetteifert darin mit der Industrie, indem er in allen Ländern und Welttheilen die Stoffe des Bedürfnisses und des Luxus aufsucht und die kolossalen Verkehrsmittel ihm die Möglichkeit gewähren, dieselben massenhaft nach allen Richtungen hin zu vertheilen. Während die Mittel der Befriedigung sich mehren, steigert sich auch bei den Einzelnen die Befähigung, dieselben zu erwerben. Die Arbeit wurde nie höher geschätzt und höher verwerthet. So ist die Zahl derer, welche auf ein menschenwürdiges Dasein Anspruch machen und ein solches sich erringen, in keiner Zeit verhältnißmäßig auch nur annähernd so groß gewesen, wie in unsern Tagen. Mit dem Anwachsen des materiellen Reichthums werden die geistigen und sittlichen Kräfte freier und streben nach Bethätigung und Befriedigung. Die Kunst schafft auf allen ihren Gebieten zahllose Werke und findet in immer weiteren Kreisen Anerkennung und Verständniß. Die Wissenschaft bebt vor keiner Frage mehr zurück, deren Lösung des Menschengeistes würdig ist. Das Kleinste und Geringste durchforscht, beobachtet, zergliedert sie, um seinen Zusammenhang mit dem Größten und Höchsten aufzuweisen. Und ihren schönsten Triumph findet sie darin, ihre Errungenschaften zu einem Gemeingut der Menschheit zu machen. — Die Völker, welche so besitzreich, so geistesmächtig geworden, können und wollen nicht mehr wie Kinder behandelt werden. Sie fordern das sittliche Recht des freien Urtheils und der freien That. Die Preß- und Vereinsfreiheit, das Wahl- und Versammlungsrecht, die Glaubensfreiheit und die confessionelle Gleichberechtigung sind sittliche Forderungen, welche sich aus den materiellen und geistigen Fortschritten der Neuzeit mit Nothwendigkeit ergeben. Das Bewußtsein der selbsteigenen Kraft der Völker hat in ihrer Vorstellung den Menschen zu der sittlichen Würde erhoben, daß er nicht nur berechtigt erscheint, sein eigenes Wohl und Wehe zu schaffen, sondern auch berufen, an den Geschicken engerer und weiterer Kreise, nach Maßgabe seiner Befähigung, mitzuwirken. Auf dem sittlichen Gebiet liegen in Wahrheit die meisten Streitfragen, die den Frieden unserer Tage trüben. Der Staat will über den Mann nicht der väterlichen Vormundschaft, die Kirche nicht der mütterlichen Obhut entsagen, welche über das Kind zu üben, sie einst berechtigt waren. Und Staat wie Kirche wollen nicht einmal auf die Höhe steigen, von welcher aus sie die Völker überragen und diesen als Leitsterne dienen könnten. Sie halten sich vielmehr auf den wichtigsten Gebieten mit voller Absichtlichkeit unter dieser Höhe. Die Diplomatie ordnet die Verhältnisse der Völker zu einander mit alten, verbrauchten, vielfach schlechten Künsten, gegen welche das Rechts- und Wahrheits-Bewußtsein der Völker sich empört. Ihr Ehrgeiz facht Streitigkeiten an und entzündet Kriege, während die Völker den Arbeiten des Friedens leben wollen. — Die Verwaltung nimmt den Menschen von seiner Geburt an unter ihre Controle und entläßt ihn aus derselben erst, wenn er ins Grab gesenkt worden. Die wichtigsten Lebensschritte macht sie von ihrer Erlaubniß abhängig. Die Familie überwacht, die Gemeinde regelt oder maßregelt sie wohl gar, wie ein herrschaftliches Gut. Das Volk aber glaubt seine Interessen am besten gewahrt, wenn jeder Einzelne und jeder Lebenskreis in voller Selbstständigkeit sich seine Geschicke selbst bereitet. — Die Justiz übt die Gerechtigkeit nach einem Rechtssystem und dessen Consequenzen, zuweilen wohl gar nach den Wünschen und Interessen einer jeweiligen Regierung; das Volk aber schöpft sein Urtheil lediglich aus den thatsächlichen Verhältnissen und mißt diese mit seinem sittlichen Bewußtsein. — Die stehenden Heere werden zur steten Bedrohung der Staaten unter einander gehalten und nehmen ungeheure Mittel und Kräfte in Anspruch; die Völker aber wollen einander nicht bedrohen, sondern mit einander in Frieden leben. Als eine maßlose Verschwendung auf Kosten der productiven Arbeit erschienen ihnen deßhalb die Opfer für die stehenden Heere. — Die Kirche fordert Glauben, das Volk aber fordert Erkenntniß. Die Kirche will Zucht üben; das Volk verlangt geistige und sittliche Bildung. Die Kirche will den Geistlichen zum Hirten der Gemeinde setzen; das Volk will in ihm nur den in religiösen Dingen Unterrichteteren achten. Die Kirche betrachtet die Schule als ihr Eigenthum und als eine Anstalt zur Anleitung der Jugend für ihre Zwecke; dem Volke gilt die Schule als eine weltliche und staatliche Anstalt, welche nur um des Kindes willen da ist, damit sie diesem die geistige und sittliche Anregung und Entwickelung gebe, deren der Mensch zur Erfüllung seiner realen und idealen Aufgaben für sich, für die Gesellschaft, für den Staat und für die Kirche bedarf.

Genug, um die gewaltige Kluft zu bezeichnen, die überbrückt werden muß. Daß dies geschieht und wahrscheinlich ohne gewaltige, furchtbare Erschütterungen geschieht: die Ueberzeugung knüpfen wir an den ruhigen, stetigen Fortschritt, den wir auf allen Gebieten der Volksthätigkeit wahrnehmen. Nicht Eroberung, sondern Erwerbung; nicht Streit, sondern Arbeit — ist die Parole unserer Tage. Erstreben und erarbeiten werden sich die Völker die politischen und kirchlichen Zustände, welche ihrem materiellen Reichthum, ihren geistigen und sittlichen Kräften entsprechen. Die Erwartung darf man vor Allem hegen von dem deutschen Volke mit seinem besonnenen Muthe, mit seiner geistigen Macht und seinem sittlichen Ernste.

(Nach der „Zeitung für Norddeutschland".)

Preußen. So wie die Sachen bisher gegangen sind, darf man schon seine Freude haben an der strammen Haltung des Abgeordnetenhauses. Ob der nun schon Jahre lang geführte Kampf zwischen einer privilegirten Minderheit und einer vollberechtigten Mehrheit dieses Mal zu einem gedeihlichen Abschluß gelangen wird, ist eine Frage zweiten Ranges; die Hauptsache ist und bleibt, daß die Volksvertreter keinen Finger breit abweichen vom Wege der Ehre und des Gesetzes, damit endlich dem Volke werde, was des Volkes ist, das Recht der Controle, das Budgetrecht. Dieses Recht, ohne welches alles Verfassungsleben nur ein Scheinleben ist, hat bisher wirkungslos auf dem Papier gestanden und Sr. Majestät Regierung hat mit dem Gelde des Volkes geschaltet nach Lust und Belieben. Das Allerwenigste aber, was ein Volk verlangen kann, ist doch jedenfalls, daß es darüber aufgeklärt werde, wo sein Geld bleibt, jenes Geld, an welchem der Schweiß der Arbeit hängt und manch bitteres Entsagen. Einer ehrliebenden Regierung wird es schon um Erhaltung des eigenen guten Namens willen ein zwingendes Bedürfniß sein, Rechnung bis auf Heller und Pfennig abzulegen und das Licht der Prüfung nicht zu scheuen. Ist das Halten hinter'm Berge und das heimliche Verfahren irgendwo am unrechten Ort, so ist es im Staatshaushalt. Die unvermeidliche Frucht aller lichtscheuen Heimlichkeit ist Mißtrauen und Argwohn, der die Seele des Volks vergiftet.

Feindlichere Gegensätze kann es nicht leicht geben als die Thronrede König Wilhelms und die Antrittsrede des Präsidenten Grabow. Herr Grabow hat durch sein tapferes Wort sich ein Denkmal gesetzt in

unzähligen Herzen. Die Thronrede hingegen hat, und zwar weniger durch ihre Form als durch ihren Inhalt, entweder stummes Achselzucken oder laute Entrüstung erregt. Abgesehen von dem verkappten Auftreten derselben tritt auch stellenweise ihre Unwahrheit mit ächt Bismarckischer Dreistigkeit zu Tage. Das „Coburger Tagblatt" bemerkt dazu: Folgende Stelle der Thronrede grenzt fast an's Unbegreifliche: „Es ist der jetzigen Organisation des Heeres zu verdanken, daß der Krieg geführt werden konnte, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen". — So, wörtlich so hat der oder haben die Verfasser der Thronrede den König sagen lassen. Der Satz enthält eine Unwahrheit, eine Entstellung der Thatsachen, eine Fälschung der Tagesgeschichte. Ganz Preußenland, ganz Deutschland weiß es, daß zu den auf dem Kriegsschauplatz verwendeten, sowie zu den zum Ersatz bestimmten Bataillonen 2800 Landwehrmänner einberufen worden sind. Nächstdem sind noch 316 Landwehr-Offiziere eingezogen gewesen. Sechs von diesen Letzteren sind vor dem Feinde geblieben oder an ihren Wunden gestorben. Wenn also die Thronrede von nicht aufgebotener Landwehr spricht, so ist sie in einem gelinden Irrthum befangen. Außerdem erinnert sich jeder Zeitungsleser der anerkennenden Worte, welche bei feierlicher Gelegenheit Prinz Friedrich Karl an die heimgekehrten Landwehrmänner gerichtet hat. „Wenn aber der König", meint die „Neue Frankf. Ztg.", „in solchen Dingen, die sich so leicht controliren lassen, getäuscht werden kann, — was ist da in allen jenen Fällen zu gewärtigen, welche sich jeder Controle des Publikums entziehen?"

In Oesterreich bereitet sich derselbe Conflict zwischen Reichsrath und Regierung wie in Preußen vor. Darüber das nächste Mal mehr.

Was zur Zeit im übrigen officiellen Deutschland vorgeht, ist nicht der Rede werth. Die Politik der Mittel- und Kleinstaaten setzt ihren Winterschlaf fort.

(Die Arbeitervereine in Hannover und in Berlin) sind angeblich vom Kaiser Napoleon eingeladen, zum Arbeitervereinstag am 5. Februar nach Paris einige Abgeordnete zu senden, welchen von Straßburg ab freie Fahrt und Bewirthung zugesagt ist. Vorsicht ist zu allen Dingen nütze!

Nekrolog.

Frankfurt, 20. Jan. Heute früh 5 Uhr starb nach kurzem Leiden in einem Alter von fast 63 Jahren Herr Heinrich Friedrich Gottlob Flinsch, Chef der hier seit 1828 bestehenden Papierhandlung Ferdinand Flinsch. Die Persönlichkeit des Dahingegangenen verdient einen Rückblick auf sein wirkungsreiches Leben.

Heinrich Flinsch war der jüngste der vier Brüder, welche durch Gründung und Geschäftsausbreitung der genannten Firma sich in den merkantilischen Kreisen nicht nur Europa's, sondern der ganzen Welt einen bedeutenden Namen gemacht haben. Er stammt aus Blankenberg an der Saale, wo sein Vater eine bescheidene Papiermühle besaß.

Die rastlose Thätigkeit und Umsicht der Gebrüder Flinsch bewirkte einen raschen Aufschwung der Firma, von deren namhaftesten Etablissements jetzt zu nennen sind: die Blankenberger große mechanische Papierfabrik, hervorgegangen aus der älteren, unbedeutenden des Vaters; die große mechanische Papierfabrik zu Penig, die vermöge der Einrichtung und Leistungsfähigkeit ihrer Maschinen einzig in ihrer Art auf dem Continent dasteht; die Handpapierfabrik zu Cosbuden.

Ausgestattet mit einem seltenen Maß von Unternehmungsgeist und Ausdauer, wurde der Verstorbene nach und nach: 1) Gründer und Eigenthümer zweier durch Umfang und zweckmäßige Einrichtungen hervorragender Papierfabriken zu Freiburg i. Br.; 2) Eigenthümer der Dresler'schen Schriftgießerei und mechanischen Werkstätte; 3) Eigenthümer der ehemals de Bary'schen Maschinenbaufabrik zu Offenbach; 4) Verleger des berühmten Werkes von Schlosser, seiner Weltgeschichte.

Mehr wie 1000 Arbeiter finden in den obengedachten ausgedehnten Etablissements des Hauses Flinsch fortwährend Beschäftigung.

Der Verstorbene war keine gewöhnliche Natur. Von seinem Beruf mehr auf das Kleine und Reale verwiesen, hat er doch bis an sein Ende sich ein klares Auge für das Größere und das Geistige bewahrt. Bei ihm ging der berechnende Geschäftsmann häufig im fühlenden und theilnehmenden Menschen auf, nicht umgekehrt, er dachte gern auch an Andere. Viele Beispiele beweisen es. Im gewöhnlichen Leben liebenswürdig, voll Humor, biederherzig, und geneigt, selbst Gegnern noch wohlzuthun, vergessend, daß Mancher ihm einst mit Undank gelohnt: so hat er durch sein langjähriges, stilles, bescheidenes Wirken eine ehrenvolle Stellung bis ans Ende behauptet.

(Aus Nr. 39 der Frankfurter Postzeitung.)

Briefkasten.

Von Hrn. W. F. in K. am 18. v. M. 2 fl. erhalten. — Von dem Arbeiterverein in Locle am 21. d. M. 2 fl. 16 kr. erhalten. — Von dem Arbeiterverein in Stein am 21. d. M. 1 fl. 52 kr. erhalten. — Arbeiterverein in Chaux-de-fonds: Briefkasten in Nr. 108 besagt bereits das Nähere. — Herrn L. Schulze in Lüchow: 9 sgr. erhalten und Ihrem Verein gutgeschrieben. — Hrn. M. G. in L. Die Unterlagen zu weiterer Besprechung erwünscht. — Hrn. B. in L.: Etwas kürzer für den von so vielen Seiten in Anspruch genommenen Raum des Blattes. — Auf verschiedene Anfragen: Die rascheste und bequemste Vertriebsweise für unser Blatt wäre allerdings der gewöhnliche Postdebit; allein es ist besser auf ein Beförderungsmittel des Vertriebs von vornherein ganz zu verzichten, als es sich nachträglich, mit viel größerem Nachtheil willkürlich entziehen zu lassen. Würde unser Blatt freilich mit den Ultramontanen und Feudalen liebäugeln, so würde es dieser Gefahr nicht ausgesetzt sein. Ein Arbeiterorgan aber, dem es mit der Freiheit ernst ist, hat von dem herrschenden System jederzeit Alles zu gewärtigen. Bleibt uns für den Vertrieb nur der Buchhandel, der für die Abonnenten der billigste, wenn auch der langsamere Weg ist; oder der direkte Bezug unter Kreuzband. Im letzteren Fall tragen wir innerhalb Deutschlands das Porto bei größeren Bestellungen unter einem Packet, und zwar für weitere Entfernungen bei 25 Exemplaren, für nähere Entfernungen selbst von 10 Exemplaren an; bei kleineren Bestellungen müssen wir den Portobetrag für jede Kreuzbandsendung (also für 13 im Quartal) dem Abonnement zuschlagen. Herrn M. M. in P. Mittheilung recht bedauerlich. Die gewünschten Unterlagen haben wir leider gar nicht. Hrn. H. in E. u. Hrn. H. in N. Briefe an Sie unterwegs. Wir warten noch einige Mittheilungen ab, um danach, vielleicht schon in nächster Nr., unsere Vorschläge zu machen. — Hrn. St. in M. Nur nicht nachlassen. — Den Freunden in G. Da wir das Blatt nicht für uns schreiben, kann uns nichts erwünschter sein, als die Aeußerung der Ansichten über die an unserem Blatt und in dessen Redaction wahrgenommenen Mängel. Wir werden unsere Ansichten über die Aufgabe des Blattes demnächst ausführlicher entwickeln. Die beste Probe für die Richtigkeit der einzelnen Ausstellungen kann übrigens jeder immer selbst machen, durch den Versuch eines praktischen Gegenvorschlags. Manche Verbesserungen sind aber auch nur möglich bei vermehrten Einnahmen des Blattes. Andere Mängel sind beim Lichte besehen mehr vermeintlich als wirklich. Die gefährlichste Klippe ist die sogenannte populäre Schreibweise, die in neun Fällen von 10 trivial und langweilig wird. Gemeinfaßlichkeit ist unbedingtes Erforderniß, im Uebrigen aber bei der Redaction, wenn wirklich genützt werden soll, Festhalten an dem Grundsatz: „für den Arbeiter ist selbst das Beste noch nicht gut genug." Niemand erkennt mehr, wie sehr unser Blatt sich noch zu vervollkommnen hat, um der schwierigen Aufgabe auch nur einigermaßen zu genügen. Niemand kann aber auch von gewissenhafterem Streben dazu erfüllt sein. Vollkommnes wird aber auch nur durch das Zusammenwirken vieler vereinter Kräfte erreicht, nicht aber, wenn die anderen, rund umstehend, — der Arbeit Einiger Weniger mit verschränkten Armen zusehen. Jeder Leser der Arbeiterzeitung, Jeder Freund der Bestrebungen, die sie vertritt, soll nicht bloß Mitleser, sondern auch Mitverbreiter und, — soweit es seine Kräfte irgend erlauben, auch Mitarbeiter sein.

Die Red.

Unserer Zusammenstellung bezüglich der eingegangenen Beiträge für die Abgebrannten in Schopfheim lassen wir noch die Notiz folgen, daß inzwischen noch Beiträge

1) von dem Arbeiterbildungsverein zu Bielefeld . . . . fl. 3. 30 kr.
2) von dem Arbeiterbildungsverein zu Göttingen . . . . „ 2. 2 „

an die unterzeichnete Expedition gelangt, von derselben jedoch sofort an den Vorstand des Arbeiterbildungsvereins zu Schopfheim weiter befördert worden sind, welcher den freundlichen Gebern direct den Empfang bescheinigen wird.

Coburg, den 23. Januar 1865.

Die Expedition
der Allg. deutschen Arbeiter-Zeitung.

Am 15. Mai dieses Jahres wird in **Köln** in den grossen Anlagen der Gartenbau-Actien-Gesellschaft „Flora" eine **Allgemeine Internationale Ausstellung von Erzeugnissen, Geräthen und Maschinen der Land- und Forstwirthschaft, sowie des Gartenbaues,** verbunden mit einer **Ausstellung von Gegenständen der häuslichen Oekonomie des Land- und Forstwirthes** stattfinden, deren Programm demnächst versendet werden wird.

Arbeitsvermittelung.

Stellen-Gesuche arbeitsloser Polen.

1. Mehrere der deutschen und französischen Sprache mächtige, mit der Buchführung vollkommen vertraute junge Männer.

2. Mehrere Ingenieure, Geometer und Zeichner, theilweise der deutschen oder französischen Sprache mächtig.

3. Einige gelernte Apotheker, theilweise der deutschen Sprache etwas mächtig.

4. Einige Uhrmacherlehrlinge, theilweise der deutschen Sprache etwas mächtig.

5. Ueberhaupt viele junge Leute, die gerne als Lehrlinge gegen Kost und Logis in ein jedes Handwerk oder Geschäft eintreten würden.

Zürich.

Im Auftrage
des Präsidenten-Commandanten Walder.
Der Sekretär: Wilhelm Habicht.

Verschiedene Anzeigen.

Wichtig für Bruchleidende!

Wer sich von der überraschenden Wirksamkeit des berühmten Bruchheilmittels, von dem Bruch-Arzt Krüsi-Altherr in Gais, Kanton Appenzell in der Schweiz, überzeugen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit vielen hundert Zeugnissen unentgeltlich in Empfang nehmen.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris
von
Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Im Verlage der Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Weltgeschichte
von
Gustav Struve.
VII. Originalausgabe.

In 62 wöchentlichen Heften (255 Bogen) in gr. 8. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, von welchem **400,000** Hefte unter den Deutschen in Amerika verbreitet sind, welches in seinen verschiedenen Abtheilungen in wenigen Jahren bereits die 6te Stereotyp-Auflage jenseits des Oceans erlebt, und unter Engländern und Amerikanern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen hat, darf wohl auch im alten Vaterlande des Verfassers und unter seinen deutschen Landsleuten diesseits des Oceans auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 110. Dritter Jahrgang. Sonntag,

Coburg. 5. Februar 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gunde, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Der Vorort Zürich an die sämmtlichen Schweizer Arbeitervereine. — Der Arbeiterverein in Celle an die deutschen Arbeitervereine. — Mittheilungen aus Leipzig, Berlin. — II. **Politischer Theil.** Politische Umschau. Einer der Edelsten von Frankreichs Verbannten, Oberstlieutenant Charras todt; die Schweiz, das Pantheon der Freiheitskämpfer aller Nachbarvölker. — Preußen: wie dem Hrn. Minister Grafen Eulenburg die Uhr stehen bleibt; fatale Erinnerungen aus Englands und Frankreichs Königsgeschichte; der tapfere John Reitenbach verweigert consequent die nicht bewilligten Steuern. — Oesterreich: Geldnoth, Krebsgang, Firma Schmerling & Comp. steht nicht mehr fest. — Baden: Die heilige Pantoffelpartei noch immer wider die Schulreform; der Seminardirector Schenkel und seine 11 Vernunftsätze von der unheiligen Muckerpartei in den Bann gethan. — Hannover: Die Petition der Gewerbtreibenden in Lüchow für Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. — Italien: Nutzbarmachung der Kirchengüter und Aufhebung sämmtlicher religiöser Orden; die Studenten in Florenz verbrennen die Encyclica. — III. **Socialer Theil:** Streiflichter auf das Jahr 1864. I. — Zur socialen Bilanz Englands beim Jahreswechsel. — Die englischen Näherinnen. — Nothstand der österreichischen Arbeiter in der Baumwoll-Industrie. — Die Leibeigenschaft in Rußland. — IV. **Vom Büchertisch:** Der „Morning Advertiser“ über Gustav Struve's Weltgeschichte; die elfte Auflage von Brockhaus Conversationslexikon; die „deutsche Frauenzeitung“. — V. **Vermischtes:** Was sich im Mittelalter das Sprichwort von den Pfaffen erzählt hat. — Briefkasten. — Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Der Vorort Zürich an sämmtliche Schweizer Arbeiter-Vereine.

Freunde! Mitbürger!

Nachdem schon in mehreren Blättern unseres Vereinsorgans (Felleisen) der Ausschluß des Bürgers Reusche*) in Genf besprochen worden, und wir deshalb an das Rechtsgefühl unserer Vereine appellirt hatten, in der Hoffnung, die Sache werde einen günstigen Abschluß finden, theilen wir Euch das Resultat der Abstimmung mit. Obwohl von einem Bürger des Vereins Genf in anonymen Briefen angeregt wurde, daß genannter Bürger Reusche nicht ausgeschlossen werden solle, blieb es ohne Erfolg und wirkte sogar im Gegentheile auf die Vereine. Wir theilen Euch nun das Resultat der Abstimmung mit. Es stimmten von 38 Vereinen (221 Stimmen von 12 Vereinen stillschweigend) 1248 Mitglieder für Ausschluß und 588 dagegen. Freunde, Brüder! Wir haben stets die ruhige Entwicklung dieser Sache den Vereinen anheimgestellt und können nun nicht umhin zu wünschen, es möge, nachdem der Antrag erledigt, die Eintracht und Bruderliebe wieder um so mehr hergestellt sein und dadurch das Wohl unseres Gesammtvereins gefördert werden. —

Ferner sind für den Verein Schopfheim eingegangen: 15 Fr. von Luzern; sämmtliche eingegangene Beiträge betragen demnach die Summe von 144 Fr. 30 Ct., welche der Verein Schopfheim in zweimaliger Zusendung erhalten hat. Der Vorort spricht im Namen des Vereins den Dank aus, Letzterer wird jedoch seinen Dank im Felleisen später selbst aussprechen.

Da gegen die Aufnahme des Vereins Sitten, Kanton Wallis, keine Reklamationen eingegangen, so ist derselbe aufgenommen und wird allen Brudervereinen angelegentlichst empfohlen.

Wir fordern diejenigen Vereine auf, welche „Felleisen“ auf Lager haben und solche nicht mit dem Vierteljahrsbericht eingesendet haben, sie ungesäumt uns zuzusenden, indem wir sonst dieselben nicht in Anrechnung bringen können. Die Herren Abonnenten des „Felleisens“ in Deutschland werden höflichst ersucht, den Betrag dafür einzusenden, indem durch die Nachnahme die Kosten bedeutend erhöht werden, und zwar für eine Nummer 12 Ct. (5 Ct. für Expl., 7 Ct. für Porto); für 2 Nummern oder mehr à Stück 5 Ct. und 25 Ct. Porto.

Der Vorort.

---

*) Schweizer Mitarbeiter am „Socialdemokrat“ in Berlin. D. H.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unterlassen, das gut redigirte Organ unserer Schweizer Freunde, das „Felleisen“, unseren deutschen Brudervereinen angelegentlichst zu empfehlen.

Die Herausgeber
der A. d. Arbeiterzeitung.

An die deutschen Arbeitervereine.

Freunde! Brüder!

In Nr. 104 der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung lesen wir mit tiefem Bedauern, daß diese Zeitung aufhören muß, wenn nicht eine lebendigere Theilnahme für dieselbe eintritt.

Das Blatt bis so lang zu erhalten, hat dem geehrten Herrn Verleger schon Tausende gekostet, die er der Arbeitersache, der das Blatt dient, zum Opfer gebracht hat.

Und nun neben jenen materiellen Opfern die geistigen! —

Daneben sind Anfeindung, Verkennung, Verfolgung die Folgen gewesen; was um so mehr schmerzen muß, wenn selbst die eigene Partei in ihrer theilweisen Gleichgültigkeit dazu beiträgt.

Lieben Brüder, es ist mit unserer eigenen Sache noch recht schlecht bestellt, wenn wir nicht im Stande sind, uns ein Organ zu erhalten, welches unsere Bestrebungen in so aufrichtiger und männlicher Weise vertritt, wie dieses Blatt es von seiner ersten Nummer bis heute gethan.

Wir haben die verschiedensten Personen über dasselbe urtheilen hören, aber nie anders als mit Achtung, und dem stimmen wir aus vollster Ueberzeugung bei. — Lieben Brüder, sollte es uns vielen Tausenden, die wir in den Arbeitervereinen den gleichen Zielen nach Bildung und einer besseren Zukunft entgegenstreben, nicht möglich sein, uns ein so solches Blatt zu erhalten? — Es wäre ein Schandfleck in der Geschichte der Arbeitervereine, wenn dem nicht so wäre!

Seht Euch doch nur eine Partei an, die in aller Herren Ländern ihr Wesen treibt; seht, wie sie Tausende um Tausende für ihre Zwecke durch die Presse opfert.

Betrachtet die Mucker und Finsterlinge in aller Herren Ländern, wie sie unermüdlich fleißig sind in der Presse; wie sie ihre Organe zu Spottpreisen in die Welt senden und ihre lieben Traktätlein den Leuten auf der Straße in die Hand drücken.

Können wir von Jenen nicht recht viel lernen? Und wie? Wir streben großen, edlen Zielen nach, aber unser bescheidenes Organ, welches alle acht Tage einmal erscheint und einen so geringen Preis kostet, lassen wir zu Grunde gehen!

Doch vielleicht irren wir, und es bedurfte nur der Mittheilung der Sachlage durch dieses Blatt, um thatkräftig in allen Brudervereinen sofort Hand an's Werk zu legen und uns das liebgewordene Blatt nicht nur zu erhalten, sondern es noch zu heben.

Die Vertreter der Vereine haben auf dem zweiten deutschen Arbeitertag zu Leipzig die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung“ zu ihrem Organ erwählt, um so mehr lasset uns nicht zum Spott unserer Gegner werden!

Nun noch ein Wort an Euch, die Ihr Sprache und Geist des Blattes getadelt habt, oder demselben entgegengewirkt.

Glaubt Ihr denn mit einem zierlichen Uhrmacherhammer jene kalten, unempfindlichen Menschen kräftigen und gleichsam umschmieden zu können? — Wir meinen, auf solch Material gehört ein entsprechender Schmiedehammer mit wuchtigem Schlag.

Wollte Gott, Deutschlands Phrasenzeit wäre endlich vorüber; dann würde es um unser liebes Vaterland und Deutschlands Arbeiter bald besser stehen.

Somit, lieben Brüder, bitten wir Euch, unsere schlichten aber wohlgemeinten Worte in Euren Versammlungen zu besprechen und dem die That folgen zu lassen. Gönnt unsern Gegnern nicht den Triumph, über uns zu spotten.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Celle, 22. Januar 1865.

Namens des Arbeiterbildungsvereins.

August Reuter, Vorsitzender. Hoffmann, I. Schriftführer.

B. Leipzig. Meine Bemerkung in Nr. 103, daß der Gauverband zunächst nur ein frommer Wunsch sei, hat, wie ich gehört, Anstoß erregt; jedoch bin ich durch den Erfolg vollständig gerechtfertigt, denn jetzt haben wir die Bescheerung. Das von dem gewerbl. Bild.-Ver. Namens der in Nr. 105 aufgeführten 18 Vereine an das Ministerium des Innern eingereichte Gesuch ist abfällig beschieden worden. Seitdem man wußte, von wem der Bescheid abhänge, war allerdings durchaus nichts anderes zu erwarten. Man beruft sich auf die bekannte Bestimmung des Vereinsgesetzes,

wonach ein Verkehr unter den Vereinen verboten ist. Diese Plecke hat jedoch bereits ein Loch und zwar ein so groszes, daß auch wir ganz gut hätten hindurchschlüpfen können. Den Sänger-Vereinen ist nämlich der Zusammentritt längst gestattet. Allerdings haben die Sänger schon lange vor dem großartigen Ständchen und der bekannten, dem biderben Sängerherzen entquollenen Rede, die das Hohngelächter von ganz Europia erregt und von der der Kladderadatsch länger als vier Wochen gezehrt hat, vollgültig bewiesen, daß sie mit der Milch der frommen Denkungsart großgesäugt worden sind und daß sie nur dem „Hörnchen" leben, d. h. singen, um sich zu amüsiren und Feste zu feiern. Stimmen sie auch einmal an: „der Gott, der Eisen wachsen ließ", so darf man ihnen das doch nicht zurechnen, denn 1) wissen sie davon ebensowenig wie die Drehorgel, was auf ihr heruntergeleiert wird, und dann folgt 2) unmittelbar darauf eine Motette, wodurch die Sünde so vollständig wieder abgewaschen wird, wie durch einen hundertjährigen Ablaß.

Von dem „gährenden Drachengift" ist aber auch in den Arbeitervereinen keine Spur zu finden. Was der Gauverband anstreben wollte, hat durchaus das Licht nicht zu scheuen; es ist so unschuldiger Natur, daß es gegen kein einziges Gesetz verstößt und darum lassen wir uns auch dieses ungnädigen Bescheides willen keine grauen Haare wachsen. Damit ist die Sache noch lange nicht — gestorben, verdorben. Der Weg, auf dem man vorgehen wollte, ist allerdings vernagelt und mit einer Warnungstafel, die ja die Arbeiter aus ihren Wanderjahren her hinlänglich kennen, versehen, aber, wie bekannt, führen nach Rom viele Wege und was wir hier zu thun haben, dafür gibt der allgem. deutsche Arb.-Ver. ja hinlänglich Fingerzeige. Auch der Gauverband wird seiner Zeit hoffentlich wieder aufleben und bei der nächsten Ständeversammlung unseren großen Staatsmann an seine Lobreden auf die Selbstregierung mahnen.

Die Angelegenheit wegen Errichtung einer allgemeinen Herberge (Nr. 95 und 102) ist endlich in Fluß gekommen. Bereits hat eine Berathung von Vertretern der sämmtlichen mit dem gewerbl. Bild.-Ver. in freundschaftlicher Verbindung stehenden Vereine stattgefunden und ist ein guter Erfolg mit Sicherheit zu erwarten. Eine andere wichtigere Arbeit liegt den Vereinen für die nächste Zeit ob, denn auf die Petition wegen Errichtung einer Krankencasse (Nr. 105) ist von dem Rath die Antwort eingegangen, daß es ihm nie eingefallen sei, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Darüber wird nun freilich Niemand böse sein, aber diesen Entschluß hätte man bereits vor Jahren kundgeben können und dann wäre dem Uebelstande schon längst abgeholfen gewesen.

Dieselbe Angelegenheit ist noch am 5. Januar in der Sitzung der Leipziger Handels- und Gewerbe-Kammer zur Verhandlung gekommen. Die Gewerbe-Kammer in Chemnitz hat nämlich den Antrag an das Ministerium des Innern gestellt, daß dasselbe die Communalbehörden zu Bildung von allgemeinen Krankenkassen veranlassen wolle, und die hiesige Kammer aufgefordert, desselbigen gleichen zu thun. Der dieserhalb bestellt gewesene Ausschuß hatte den Beitritt zu diesem Antrage nicht zu empfehlen vermocht, schlug vielmehr vor: 1) das Einverständniß mit folgenden Grundsätzen auszusprechen: a) die Krankenkassen bedürfen zu ihrer gedeihlichen Entwicklung der eigenen Verwaltung der Betheiligten; obrigkeitliche Verwaltung soll nur ausnahmsweise in kleineren Städten Platz greifen. b) Allgemeine Krankenkassen sind in großen Städten in Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder unzweckmäßig; die Kassen haben sich in ihrem Interesse in der Grenze von 400 bis 1000 Mitgliedern zu halten; kleinere Kassen sind zu veranlassen, daß sie sich größeren anschließen. c) Die in § 97 des Gewerbegesetzes enthaltene Verpflichtung zum Eintritt in eine Krankenkasse ist nicht an die Voraussetzung einer allgemeinen, mit obrigkeitlich entworfenen und bekannt gemachten Regulative versehenen Krankenkasse zu knüpfen, sondern kann schon Platz greifen, wenn nur eine bestätigte Krankenkasse für Arbeiter, die nicht einer Fabrik- oder Innungskasse angehören, vorhanden ist. 2) Die Regierung zu ersuchen, daß dieselbe die Ausführungs-Verordnung zum Gewerbegesetze, insonderheit §§ 73 und 77 einer diesen Grundsätzen entsprechenden Revision und Aenderung unterziehe.

Die Anträge des Ausschusses fanden einstimmige Annahme, aber gerade diese Einstimmigkeit läßt den Antrag unter 1) a), die eigene Verwaltung der Betheiligten, die für das Gedeihen der Krankenkassen so nothwendig ist, in einem nicht erfreulichen Lichte erscheinen. Unter den Mitgliedern der Kammer befindet sich nämlich einer der hartnäckigsten Gegner dieser Forderung, wegen der unsere Buchdruckergehülfen schon seit Jahren mit ihren Arbeitgebern einen hartnäckigen Krieg führen. Ist daher mit jener Selbstverwaltung eine solche gemeint, wie sie die Buchdrucker besitzen, die eben thatsächlich durchaus das Gegentheil ist, so werden sich unsere Arbeiter schön dafür bedanken. In der Verwaltung sitzen allerdings von den Buchdruckergehülfen eine größere Zahl als von den Arbeitgebern, aber Stimmen stehen jenen nur genau so viel zu, als von diesen anwesend sind, und bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende, natürlich ein Arbeitgeber, den Entscheid, obgleich letztere, wie sie selbst zugestehen, nur ⅛ im Vergleich zu den Beiträgen der Gehülfen steuern. Ist das nicht ein so schönes Muster der Selbstverwaltung, daß es eine öffentliche Belobigung verdient?

Auf Ansuchen des gewerbl. Bild.-Ver. sind demselben von sämmtlichen sächsischen Handels- und Gewerbe-Kammern die mit großer Sorgfalt ausgeführten Jahresberichte, die ein höchst interessantes Bild von der Industrie des Landes geben, zugegangen. Mögen dieselben daher von unseren Mitgliedern recht fleißig gelesen werden.

Bei der „gelben Suppe", einem Zweckessen, wozu ein deutscher Fortschrittsmann von echtem Schrot und Korn keine Gelegenheit vorübergehen läßt, also auch nicht das Ausscheiden der alten und die Einführung der neuen Stadtverordneten, wurde unter den 28 Toasten — heißt das nicht die Schleusen der Beredtsamkeit gehörig aufgezogen? — auch einer auf den „volkswirthschaftlichen Geist der Stadt Leipzig" ausgebracht. Wessen Geistes Kind aber dieser Geist ist, davon legte die eben besprochene Sitzung der Handels- und Gewerbe-Kammern ein beredtes Zeugniß ab. In derselben glänzten nämlich die beiden und einzigen Vertreter des Gewerbestandes unserer Stadt, zugleich zwei der ersten Sterne der Stadtverordneten und Vorsitzender und Vice-Vorsitzender der Gewerbe-Kammer, welche wohl vor allen Anderen zur Theilnahme an der Versammlung verpflichtet waren, — durch ihre Abwesenheit.

Ein noch glänzenderes Zeugniß von dem „volkswirthschaftlichen Geiste", der die Stadt Leipzig beseelt, bieten die „populären Vorträge über Volkserziehung und Heranbildung weiblicher Talente zu den verschiedenen Branchen des öffentlichen Wirkens und Schaffens", die ein Hauptmann a. D., P. A. Korn, Redakteur der Allgem. Frauen-Zeitung und der Zeitschrift für Volkserziehung, hier angekündigt hat. Der erste Vortrag wurde am 25. Januar gehalten und waren noch nicht 50 Personen, darunter ungefähr die Hälfte Frauen und Jungfrauen, also von je 1700 Einwohnern der Stadt einer und wie viele darunter mögen wohl bloße Statisten, d. h. Freibillets, gewesen sein? Daß Leipzig bereits für Kinder der Leute, die Geld haben, eine Schule, in der, wie es hier verlangt wird, neben dem Unterricht die Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit hergeht, besitzt, ist ebenso wenig eine Entschuldigung für den über alle Maßen spärlichen Besuch dieser Vorlesung als der Tattersall*) zu jenem Toast auf den „volkswirthschaftlichen Geist" unserer Stadt berechtigt.

Die Kehrseite zu dieser wahrlich betrübenden Thatsache und die hellste Beleuchtung des wahren Geistes, der in unserer Stadt herrscht, bietet der Andrang zu den religiösen Vorlesungen des Dr. Luthardt; dieser ist so groß, daß der um vieles geräumigere Saal lange nicht im Stande ist, die gläubige Heerde zu fassen. Welcher dichte Nebel in diesem Saale herrscht, geben wenige Worte kund. „Die Wunder sind Thatsachen, die keine Kritik wegschaffen kann" und „Ist Jesus im Grabe geblieben? Wunderliche Frage, da er seit 18 Jahrhunderten in der Menschheit lebendig ist." Daß man in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch die Dreistigkeit besitzt, mit so armseligen Redensarten öffentlich aufzutreten, darüber kann man sich weniger wundern, als daß es noch eine so große Zahl von Menschen gibt, die solches Gefasel als hohe Weisheit hinnehmen. Gar nicht zu verwundern ist es, daß dieses Publikum genau dasselbe ist, welches der Patti Hosianna zujauchzte. Frömmigkeit und raffinirter Sinnenkitzel sind ja, wie bekannt, Zwillingsgeschwister; mit dem Grade der gedankenlosen Frömmigkeit wächst überall die Zahl der Wirthshäuser in der Nähe der Kirchen.

Daß unter solchen Umständen der gewerbl. Bild.-Ver. nicht auf Rosen wandelt, ist klar; aber gerade darum heißt es: „fest stehen!"

Aus Leipzig wird der Volkszeitung geschrieben: „Die Nichtbestätigung des von den sächsischen Arbeitervereinen gefaßten Projektes eines Gauverbandes hat einigermaßen überrascht, da die Regierung ihre vor fünf Jahren geäußerten Bedenken gegen eine gleiche Verbindung der Gewerbevereine untereinander, welche sich bis auf deren gegenseitige Korrespondenz erstreckte, gegenwärtig fallen gelassen hat. Die Angelegenheit des Gauverbandes der Arbeitervereine ist von dem Regierungsrathe Dr. Häpe erledigt worden.

† Celle, 25. Jan. Bei der im Anfange dieses Monats stattgehabten Neuwahl der Vorstandsmitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins wurde für den abgetretenen Präsidenten Hildebrandt der Wachsbleicher A. Reuter gewählt. Letzterer hat schon früher eine Reihe von Jahren den Verein geleitet und wir dürfen hoffen, daß derselbe seine nicht gewöhnliche Begabung dazu verwerthen wird, den Verein aus seinem Halbschlummer zu wecken. Viel ist noch zu thun! Bisher hat man, so viel wir wissen, noch nicht einmal nachgesehen, welche Beschlüsse auf der Wanderversammlung in Göttingen gefaßt sind, und sollen solche Beschlüsse in allen Vereinen ausgeführt werden.

± **Berliner Handwerker-Verein.** In Abwesenheit eines Vortragenden wurde am 9. Januar in eine Debatte über Wanderunterstützungskassen eingetreten. Herr Bolle (Vorstandsmitglied) theilte zunächst mit, daß zufolge Aufforderung eines süddeutschen Vereins, welcher eine Nummer der „Allgem. deutsch. Arbeiter-Zeitung", worin ein Artikel über diesen Gegenstand abgedruckt war, beigelegen, der Vorstand diese Frage der Wanderunterstützungskassen durch eine Commission (bestehend aus Hausknecht, Dr. Seemann und ihn) in Erwägung habe ziehen lassen. Diese Commission, deren Ansicht er nachher sagen werde, habe gemeint, daß es rathsam sei, auch die Versammlung darüber zu hören. Hr. Borowsky will zunächst, daß man sich darüber klar werde, ob man jetzt das Wandern durch solche Kassen unterstütze, da die Zeiten doch andere geworden. Hr. Hahn (mit den deutschen Verhältnissen nicht recht vertraut, wie er selbst nachher sagt), ist gegen die Kassen, weil der Arbeiter schon genug Lasten zu tragen habe und überhaupt der Arbeiter auf der Reise besser daran sei, wie der Arbeiter zu Hause (?). Nach Widerlegung des von Hrn. Hahn Gesagten und Hervorhebung, daß der Arbeiter immer noch so gestellt sei, daß er diese Paar Pfennige Beitrag zahlen könne, sprechen sich sämmtliche Redner für das Wandern sowohl als auch für die Wanderunterstützungskassen aus, und für 5 Sgr. Unterstützung in Berlin und ward der Wunsch ausgesprochen, daß von Berlin aus eine Wanderunterstützungskasse errichtet werde, da dies an anderen Orten viel Nachahmung finden werde. Herr Bolle: Die Ansicht der Commission war, daß das Reisen heute anders sei wie früher, wo man nicht zu Fuß, sondern per Eisenbahn reise und da hierzu 5 Sgr. nicht genügen, so mußte sich die Commission gegen die Kassen aussprechen. Der Abg. Präs. Dr. Lette, welcher während der Debatte erschienen war, nahm hierauf das Wort: Er sei für das Wandern, besonders der Handwerker, die in kleinen Städten wohnen. Der Handwerker lerne andere Sitten, andere Verhältnisse kennen und bekomme dadurch andere Anschauungen und scheinen ihn deßhalb auch die Wanderunterstützungskassen gut; es werde nur der unterstützt werden, der es wirklich bedürftig. Der Gewerbeverein einer schlesischen Stadt habe erst in neuerer Zeit eine solche Kasse eingerichtet. Er wisse nicht ob die Commission sich Kenntniß verschafft von den neueren Statuten dieser Kassen und schlage er deßhalb vor, eine Commission zu wählen, die diese Statuten prüft und dann Bericht erstattet. Herr Bolle schließt die Debatte mit der Bemerkung, daß hier eine Commission zu wählen nicht statthaft sei (?) und die Mitglieder sich in dieser Angelegenheit an den Vorstand zu wenden hätten. — Wenn ein Volkswirth, wie der Präsident Lette im Einklange mit der Versammlung sich gegen die Ansicht der Commission ausspreche, so würde es wohl nichts schaden, wenn die Commission von selbst ohne auf die Petition von Mitgliedern zu warten, diesen Gegenstand noch einmal in Berathung zöge. — Der Sitzung am 23. Januar wohnte als Gast, Hr. Lasker aus London, Vorf. des deutschen Rechtsschutzvereins daselbst bei, welcher er Mittheilung über den Verein machte und wobei er sein Bedauern aussprach, daß der Verein so wenig Sympathie in Deutschland gefunden habe, die er von den Arbeitern, für die er doch wesentlich sei, doch erwartet hätte, was aber nur aus Süddeutschland geschehen sei. Wenn da ein solcher Verein nicht in der Heimath unterstützt werde, könne er da nicht Achtung gewinnen, wo er wirken solle. (Vgl. Nr. 101 unseres Bl. S. 500 Sp. 3. D. Red.) — Am 28. Januar sprach Dr. J. Löwenberg über Friedrich II.

(**Berliner Arbeiterverein.**) In einer von dem Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klasse berufenen Arbeiter-Versammlung war, so schreibt die „Vossische Zeitung", eine Resolution in Bezug auf das Coalitionsrecht angenommen worden,

*) Was das für ein Ding ist, wollen wir nicht verrathen. Wer es wissen will, mag diese Frage selbst an das Schicksal richten.

welche wegen der darin enthaltenen Beschränkungen des Vereinigungsrechts von den Arbeitern als eine Bevormundung aufgefaßt wurde und von welcher sie annehmen, daß dieselbe ihnen eine Ausnahmestellung geben würde. In Folge dessen entstand in den Arbeitervereinen eine Agitation, die in einer am Sonntag, den 22. Januar, in der „Tonhalle" anberaumten Versammlung des Berliner Arbeitervereins, zu welcher die Mitglieder des Abgeordnetenhauses eingeladen waren, zum Austrage gebracht werden sollte. Die Versammlung war zahlreich besucht und mehrere Abgeordnete erschienen, u. A. die Herren Groate, Dr. Kasch, v. Kirchmann, Frenzel, Bost, Laswitz, Dr. Ziegert.

An der Debatte betheiligten sich die Herren Dittmann als Referent, Preuß, Arndt, Metzner u. A. Herr Arndt, Mitglied des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins", griff in seiner Rede mehrere Abgeordnete, namentlich die Herren Leanar Reichenheim und Faucher, sowohl wegen ihres Verhaltens in Bezug auf die Arbeiterfrage als wegen ihrer politischen Stellung überhaupt an und führte dadurch ein längeres Zwischengefecht zwischen den Herren Müller, Preuß, Hörich, Dittmann und dem Abgeordneten Laswitz (Breslau) herbei, welcher Letztere seine Collegen in Schutz nahm. Schließlich wurde folgende von Herrn Dittmann vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 22. Januar 1865 in der Tonhalle tagende Arbeiterversammlung erklärt mit Bezug auf diejenigen Beschlüsse, welche in der am 26. Oktober v. J. vom Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen veranstalteten Versammlung gefaßt wurden:

1) die in dem Vorbericht enthaltene Auffassung, als solle das Recht der Arbeiter-Coalition nur Behufs der Arbeitseinstellung dienen, für eine irrthümliche, durch nichts erwiesene Annahme, und protestirt
2) im Falle der Gewährung des Coalitionsrechtes gegen jede nicht durch allgemeine Landesgesetze bedingte Beschränkung."

Herr Dittmann als Referent kam noch einmal auf die Angriffe gegen Hrn. Leonor Reichenheim zurück, indem er darauf aufmerksam machte, daß es nicht die, von Hrn. Arndt behaupteten, Weberverhältnisse seien, welche die Opposition der Arbeiter gegen ihn hervorgerufen, sondern der mit Beihülfe des Hrn. Dr. Faucher ausgearbeitete Entwurf zu einem Gewerbegesetz. So im Wesentlichen das Referat der „Vossischen Zeitung."

Die Befürwortung einer Beschränkung des Coalitionsrechts, also einer gesetzlichen Ausnahmestellung der Arbeiter, war eine Halbheit, die eine scharfe Kritik verdient hat; sie war zugleich ein politischer Fehler der liberalen Partei, der es in ihrer Mehrzahl in diesen Dingen nur zu oft an Weit- und Scharfblick zu fehlen scheint. Es könnte dieser Fehler leicht sehr empfindlich dadurch bestraft werden, daß die so heftig bekämpfte reactionäre Regierung in diesem, ihr selbst ungefährlichen, Punkte ein geschicktes Parteimanöver ausführte und, über den Liberalismus der Fortschrittspartei hinausgehend, das voll gewährte, was die letztere früher nur beschränkt gewähren wollte. Es war daher gewiß sehr an der Zeit, wenn die Fortschrittspartei diesen früheren Fehler mindestens jetzt noch durch den aus ihrer Mitte eingebrachten neuesten, auf Aufhebung der Beschränkungen des Coalitionsrechts gerichteten Antrag wieder gut zu machen gesucht hat. Leider aber scheint, wenn die Zeitungsnachrichten recht berichten, auch dieser Antrag noch nicht von aller Halbheit frei zu sein, in welchem Fall er besser ganz unterblieben wäre. Auf der anderen Seite ist es klar, daß wenn die Organe der Pfaffen- und Junkerpartei sich des Coalitionsrechts der Arbeiter annehmen, dies wahrlich nicht um der Arbeiter willen geschieht, sondern ganz allein zu dem Zweck, um in dem vor allem wichtigen Verfassungskampf der Verfassungspartei des preußischen Abgeordnetenhauses einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Es wäre unendlich kurzsichtig und thöricht, wenn die Arbeiter sich dazu mißbrauchen und so von der Reaction sich ins Schlepptau nehmen ließen, statt nach allen Seiten hin die ihren Interessen allein entsprechende, selbstständige Stellung zu behaupten.

In der Sitzung des Berliner Arbeitervereins am 23. d. M. fand eine Diskussion über das allgemeine gleiche Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe statt, nachdem vom Vorsitzenden Herrn Bandow der vom Abgeordneten Schaeffle in der würtembergischen Kammer erstattete Bericht über die Einführung der geheimen Stimmabgabe vorgetragen war. Die Diskussion war eine sehr lebhafte. Im Allgemeinen sprach man sich für geheime Stimmabgabe aus, doch trugen auch Einzelne dem Werth der öffentlichen Stimmabgabe bei idealen Verhältnissen Rechnung. — Die Besprechung über eine Petition in dieser Richtung wird in einer noch zu bestimmenden allgemeinen Arbeiterversammlung stattfinden. — Nach Beantwortung einiger eingegangenen Fragen theilte der Vorsitzende mit, daß die Uebungen der Sängerschaft des Vereins Dienstags in der Annenstr. 44, die freie Zusammenkunft Sonnabends bei Streich, Neue Friedrichstr. 44, und die Sitzung des Kuratoriums der Sparkasse am Mittwoch den 1. Februar Thorstraße 2 bei Sasse stattfinden. Für die nächsten Montagssitzungen sind Besprechungen über das Salzmonopol und die Mahl- und Schlachtsteuer in Aussicht genommen.

Die Petition des Berliner Arbeitervereins, betreffend die Genehmigung des Koalitionsrechts für Arbeiter, ist bereits beim Abgeordnetenhause eingereicht worden.

Ueber die Arbeiterkoalitionsfrage äußerte jüngst das bekannte englische Parlamentsmitglied, Bright sich wie folgt: „Ich gehöre nicht zu Denjenigen, welche der Ansicht sind, daß das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jemals in unumstößlicher Weise seine Festsetzung erhalten werde; und ich erkenne es nicht als absolut wünschenswerth an, daß die Idee der Arbeiter-Koalitionen gänzlich aufgegeben werden soll. In den Koalitionen liegt eine Reservemacht der arbeitenden Klasse, die sie unter Umständen vielleicht verpflichtet ist, auszuüben. Zugleich aber muß ich einräumen, daß in neunzehn Fällen unter zwanzigen die Zweckmäßigkeit der Ausübung jener Macht sehr zweifelhaft erscheint, und daß sie oft denen, die sie ausüben, zum Fluche wird. Ein gutes Zeichen für die socialen Fortschritte der arbeitenden Klassen liegt in der Thatsache, daß jetzt eine Koalition nicht den zwanzigsten Theil der Bitterkeit und zugleich des Elends in sich birgt, wie in früheren Jahren; und steigende Bildung der Arbeiter, vereint mit steigender Einsicht der Arbeitgeber würde ein Großes zur Wegräumung der häufigsten Ursachen und der schlimmsten Folgen der Arbeitseinstellungen beitragen."

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Aus der **Schweiz** ist der Tod eines Ehrenmannes zu melden, und es ist die volle Wahrheit, wenn der „Bund" diese Trauerbotschaft mit den Worten einleitet: die Sache der Freiheit hat einen unerwarteten und deßhalb um so härteren Schlag erlitten. Am 23. Jan. starb zu Basel in ehrenvoller Selbstverbannung Oberst Charras, trotz aller angewandten ärztlichen Geschicklichkeit und liebevollsten Pflege, nach kaum angetretenem 55. Altersjahre. Charras, früher hervorragender Offizier in Algerien und ein Liebling der französischen Armee, avancirte bloß deßhalb unter Louis Philipp nicht zum General, weil er aus seinen republikanischen Gesinnungen kein Hehl machte. Die Zeit der Republik wußte jedoch die Tüchtigkeit dieser Kraft zu schätzen und er nahm alsbald eine bedeutende Stellung im Staate ein. Als Sekretär des Kriegsministers ward er die Seele des französischen Militärwesens unter der Republik und glänzte in der Nationalversammlung als einer der entschiedensten Führer der Linken, bis ihn der Staatsstreich vom 2. Dezember aus seinem Vaterlande vertrieb, aus seinem Vaterlande, das er stets mit vorurtheilsfreiem Herzen liebte. Während einiger Jahre lebte er in Zürich und siedelte bald nach seiner Heirath mit Fräulein Kestner, der edlen Tochter des menschenfreundlichen, bekannten Fabrikanten von Thann (im Elsaß) nach Basel über. Hier lebte er still und zurückgezogen, mit seinen vielen auswärtigen Gesinnungsgenossen in ununterbrochener Verbindung. Auf die sog. Amnestie des Kaisers erklärte er in einem männlich-trotzigen Schreiben, daß er genug Geduld besitze, um in freiwilliger Verbannung eine bessere Zeit zu erwarten. Seine Muße benutzte er zu gründlichen Studien als Militärschriftsteller. Ueber alles Lob erhaben ist seine kritische Behandlung des „Feldzugs 1815"; das Werk wurde wegen seines freimüthigen Urtheils über Bonaparte selbstverständlich in Frankreich verfolgt und verboten, dennoch aber viel gelesen und erlebte mehrere Auflagen und Uebersetzungen. Eine der Vollendung nahe Bearbeitung des sog. deutschen Freiheitskrieges wird hoffentlich noch nach seinem Tode erscheinen. Charras bewahrte seine Gesinnungstüchtigkeit bis zu seinem Ende. Ein priesterliches Begräbniß verbat er sich. Von seiner werkthätigen Menschenliebe wüßte Mancher zu erzählen. Er war elegant und doch einfach, freundlich im Umgange; ein liebenswürdiger Mensch, aber unbeugsamer Republikaner, ein Freund der Freiheit aller Nationen und besonders anhänglich an sein schweizerisches Adoptiv-Vaterland, — ein Mann vom Scheitel bis zur Fußsohle.

Der „Beobachter" sagt in seinem Nachruf: Mit Oberst Charras ist der letzte und beste der großen Freiheits-Offiziere heimgegangen, auf welche die französische Nation wie die französische Armee mit gleichem Vertrauen blickten. Der schöne große Mann mit der klaren Stirne und den milden Zügen liegt nun im Tode gestreckt, ohne den Sturz der „Bande" erlebt zu haben, welche sein theures Frankreich „unterdrückt und schändet." Napoleon hat in der letzten Zeit manchen Freund durch den Tod verloren. Aber kein Feind hat ihm gelebt, der seiner Dynastie gefährlicher werden konnte, als dieser Charras.

Aus dem obenerwähnten trotzigen Schreiben, in welchem Charras die Zumuthung zurückweist, dem durch den geglückten Staatsstreich zur Herrschaft gelangten Napoleon den Eid der Treue zu leisten, möge wenigstens der Schluß hier eine Stelle finden. Derselbe lautet: „Der Mann des 2. Dezember, der Mann, der das anstößige Beispiel der Verletzung des beschworenen Eides gegeben — der fordert einen Eid? Wahrlich, ein solcher Zug fehlte noch den Annalen unserer Zeit! Ich habe hier nicht zu erinnern an die Gewaltthätigkeiten, die man gegen die Volksrepräsentanten begangen, nicht an die Beraubung, die man über die Offiziere des Heeres verhängt, was ist das Alles, den Leiden des Vaterlandes gegenüber, bei den Ruinen, welche die Bonapartistische Schreckenszeit zusammengehäuft? — Die Liebe zu meinem Vaterlande und der Freiheit, das Gefühl der Nationalehre spricht laut zu meinem Herzen und gibt mir die Antwort ein. Für eine Regierung, für die es keinen Namen gibt, für eine Regierung ohne Treue, ohne Ehre, ohne Redlichkeit, hat ein Mann von Charakter nur Verachtung und Haß! Darum verweigere ich den Eid. Den Republikanern bleibt nur ein Entschluß übrig und ich habe ihn schon gefaßt, nämlich der, daß sie mit aller Anstrengung den Moment herbeiführen, wo Frankreich das Joch abschüttelt, welches ihm an einem Tage der Ueberrumpelung und der Ohnmacht von einer Handvoll Banditen aufgezwungen worden, die den Schatz plündern, die Fahne und selbst den Namen des Vaterlandes entehren."

Der „Schweizer Handelskourier" beschreibt das einfache, aber würdige Begräbniß des edlen Todten und sagt dabei am Schluß: „Die wenigsten Franzosen kennen wohl den ganzen hohen Manneswerth des Dahingegangenen und kaum dürfte ein Blatt des Kaiserreichs sich finden, das den großen Todten würdig feiern wollte und dürfte. Es wird aber die Zeit kommen, auch für Frankreich, wo ächte Mannhaftigkeit wieder ihre Geltung findet und laut gepriesen werden darf. Dannzumal wird der edle Todte seinen Landsleuten als ein hellleuchtendes Vorbild aufgestellt und sein Grab wird zum Wallfahrtsorte werden, an dem kein Franzose vorübereilt, ohne dem Andenken an den glorreichen Dahingegangenen einen patriotischen Tribut gezollt zu haben."

„So mehren sich die Gräber großer Männer des Auslandes in der Schweiz. Auf der grünen Ufnau ruht der deutsche Ulrich Hutten, der Degen und Feder so mannhaft zu führen wußte; an den Ufern des Wallenstattersees schläft Heinrich Simon, einer der entschiedensten und besten deutschen Männer vom Jahr 1848; in Zuchwil erhebt sich das Grabmal Kosciusco's, des edelsten und besten polnischen Patrioten; auf dem St. Elisabethen-Friedhofe in Basel hat Charras, der große französische Republikaner, eine letzte Ruhestätte gefunden. So wird die Schweiz, welche

schon oft als ein Hochaltar der Freiheit gepriesen wurde, das würdige **Pantheon der edelsten Freiheitskämpfe aller Nachbarvölker.**"

Preußen. Mit dankenswerther Offenheit hat der Minister des Innern, Graf **Eulenburg**, dem versammelten Hause der Abgeordneten noch einmal den Standpunkt und das Ziel derjenigen Partei, die jetzt in Preußen obenauf ist, klar gemacht. Herr Graf hat freilich weder dem preußischen, noch dem nichtpreußischen Publikum nur eine Silbe Neues gesagt; aber seine Rede hat das Verdienst, auch die letzten Hoffnungsnebel und Versöhnungsträume gründlich verscheucht zu haben. Die preußische Geschichte wird die Rede des Grafen Eulenburg als eine Art Scheidebrief und Nichtversöhnungsprotokoll zu den Akten nehmen. In Ländern jedoch, die bereits eine lebendige Verfassung haben, wird die Sprache, die der Herr Graf geführt hat, eine geradezu unverständliche sein. Man höre, bis zu welchen staatsmännischen Kindlichkeiten der Verstand eines Ministers sich verirren kann. Der Herr Minister des Innern hat gesagt: „Denken Sie sich einen Monarchen, der, durch und durch Soldat, die Bedeutung seines Heeres für sich und sein Vaterland in tiefster Tiefe erfaßt hat, dessen Sinnen von frühester Jugend gewesen ist, diesem Institute eine solche Einrichtung zu geben, welche seine bisherige Kraft und Sicherheit verbürgt und es zu einer weiteren Ausbildung führt, die es auf der ersten Stufe in Europa erhält — einen Monarchen, der endlich dieses Mittel gefunden zu haben glaubt, der, auf welchem Wege es auch sei, provisorisch diesen Zustand herbeiführte und seine Durchführung für so wichtig und so nothwendig hält, daß er selbst die Gefahr nicht scheute, das Land einem budgetlosen Zustande entgegenzuführen; denken Sie sich einen darauf folgenden siegreich geführten Krieg, den das Heer unter der Herrschaft dieser Reorganisation gekämpft und die sehr natürlich daran sich knüpfende Schlußfolgerung, daß man zwar auch ohne sie hätte siegen können, jedoch nicht so sicher, nicht so, wenn ich sagen darf, „elegant" gesiegt hätte, als in diesem Kriege; denken Sie sich dazu, daß die Gefahr, welche man an einen budgetlosen Zustand geknüpft glaubte, als vorhanden sich nicht erwies: und einem solchen Monarchen muthen Sie zu, von diesem seinem Werke, zu dessen Gunsten alle Thatsachen sprechen, zurückzutreten und zu sagen: „Ich und Meine Regierung wollen die Verständigung in der Weise suchen, daß Ich einen Theil desjenigen Werkes zerstöre, welches Preußen groß gemacht." Das ist ganz unmöglich! Weder der jetzige preußische Monarch, noch irgend ein König Preußens wird von den Prinzipien dieser Armee-Reorganisation und von den gesetzlichen Bestimmungen, von welchen er glaubt, daß sie nothwendige Zuthaten zu derselben sind, nur einen Funken hergeben. Und die Könige von Preußen werden länger bestehen, als die dreijährigen Sitzungs-Perioden des Abgeordnetenhauses. Meine Herren, wenn Sie zugeben, daß ich aufrichtig und wahr und so, wie es vor aller Augen liegt, spreche, wenn Sie selbst der Ueberzeugung sich nicht verschließen können, daß die Krone nicht zum Nachgeben zu bewegen ist, so thun Sie das Beste: machen Sie die Militär-Frage nicht zum Probirsteine des **Budgetrechts!**"

Was ist das, oder wie verstehest du das? Der Herr Minister wollte die Hörer damit locken, daß sie glauben sollte, Alles was der König thue, sei wohlgethan. Niemand jedoch, der noch 5 unversehrte Sinne hat, glaubt heutzutage solcher Predigt. Der Wahn von unfehlbaren Königen ist in alle Winde zerstoben. Es gehört indeß eine vollständig ausgewachsene Dreistigkeit dazu, noch im Jahre 1864 kosakische Anschauungen für Staatsweisheit auszugeben. Der langen Rede kurzer Sinn würde lauten: Der König pfeift, darum tanze, Volk! Nach der Meinung des Herrn Ministers gibt es keine passendere Rolle für das preußische Volk als die Rolle Fridolins, jenes frommen Knechtes, der auch der allerhöchsten Launen Uebermuth sich beeifern muß zu erfüllen — mit Freudigkeit, um Gottes willen. — Graf Eulenburg, Eure Uhr ist stehen geblieben. Doch noch Eins. Auch ein gewisser Karl aus dem Hause der Stuarts, ein gewisser Ludwig XVI., ein Karl der X., ein Louis Philipp aus dem Hause der Bourbonen, haben auch geglaubt, daß ihre Throne von dauerhafterem Stoffe seien, als die Sitze der Vertreter des Volks, es hat sich das aber bei allen als ein Irrthum und bei einzelnen sogar als ein recht kopfloser Irrthum erwiesen.

— Der charakterfeste Rittergutsbesitzer, Herr **John Reitenbach** zu Plicken, welcher consequent die Steuern verweigert, weil dieselben vom preußischen Abgeordnetenhaus in Folge des fortgesetzten Scheiterns des Budgetgesetzes bis zur Stunde der Regierung nicht bewilligt sind und dessen Siegelring deshalb bis jetzt fortwährend abgepfändet und von seinem Kutscher wieder erstanden worden ist, hat an das Königl. Landrathsamt zu **Gumbinnen** nachfolgendes Schreiben gerichtet.

Ein Kgl. Landrathsamt hat mich unterm 14. d. M., gestern präsentirt, aufgefordert, in den ersten 8 Tagen jeden Monats die Gebäudesteuer mit 1 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. für Plicken und 4 Sgr. 4 Pf. für Marienthal zu bezahlen. Letztere Aufforderung habe ich dem Pächter von Marienthal, Hrn. Jantzon, zur Erledigung zugehen lassen. Was die von mir verlangte neue Abgabe betrifft, muß ich erklären, daß ich mich jetzt nicht für verpflichtet halte, dieselbe zu bezahlen, auf Art. 109 der Verfassung fußend. Wenn dieser Artikel auch die Bedeutung hätte, welche ihm die Staatsregierung beilegt, dahin, daß die bereits bestehenden Steuern **forterhoben** werden dürfen, auch wenn kein Budgetgesetz zu Stande kommt, so kann die Gebäudesteuer doch als eine **fortzuerhebende** nicht betrachtet werden, **da sie noch nie erhoben**, wenngleich sie durch das Gesetz vom 21. Mai 1861 rechtlich besteht. Anerkennen und bezahlen werde ich die Steuer, sobald ein Staatshaushalts-Gesetz pro 65 verfassungsmäßig zu Stande gekommen, und dadurch die Aufnahme dieser Steuer in dem Etatsgesetz pro 65 von den drei Faktoren der Gesetzgebung genehmigt worden ist.

Plicken, 23. Januar 1865.

John Reitenbach.

Einem Kgl. Landrathsamt zu Gumbinnen.

In **Oesterreich** die alte Geldnoth, Krebsgang der Staatswirthschaft, abnehmender Wohlstand. Das Einzige, was im Wachsen begriffen ist, sind rückständige Steuern. Die Firma Schmerling u. Comp. verliert von Woche zu Woche an Kredit. Belagerungszustand in Galizien während tiefsten Friedens. Ungarn noch immer unversöhnt. Regierung und Reichsrath in feindlicher Stellung gegen einander. Der Finanzminister will sich nicht in die Karten sehen lassen und möchte der Landesvertretung gern das verbriefte Recht der Controle abwendig machen. Wie Oesterreich über Schleswig-Holstein denkt und über den preußischen Appetit, darüber sind die Gelehrten noch uneinig. Gleichfalls schweigt die Geschichte darüber, wer jene vielgenannten Dezemberdepeschen, die so unzeitig aus der Schule schwatzten, aus ihrem diplomatischen Schlupfwinkel an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen habe. Zum bösen Spiel der päpstlichen Bannbulle hat man in Wien gute Miene gemacht. Leider hat der gegenwärtige Inhaber der Hofburg keine Idee von Philipp dem Schönen, König von Frankreich. Papst Bonifacius VIII. schrieb einmal an Philipp den Schönen von Frankreich: „Du sollst hiermit wissen, daß du uns im Weltlichen wie im Geistlichen unterworfen bist. Wer anders denkt, den erklären wir für einen Ketzer." Auf dieses Schreiben erwiederte der König: „Philipp von Gottes Gnaden, König von Frankreich an Bonifaz, der sich als Oberpapst gerirt, wenig oder gar keinen Gruß. Wisse, Du Erznarr, daß wir in weltlichen Dingen unter Niemandem stehen. Wer anders denkt, den halten wir für einen Pinsel."

In **Baden** fährt jene Partei, die des Papstes Pantoffel auf der Standarte trägt, in alter Hartköpfigkeit fort, durch geheime Sendboten und sonstige geheime Mittel wider die junge Schulreform zu wühlen. Rebellischen Priestern gegenüber scheint indeß eine christliche Regierung weniger ungern ein Auge zuzudrücken, als gegen Demokraten und Genossen. — Auch im protestantischen Lager platzen die Geister vielfältig auf einander. Der Seminardirector Schenkel zu Heidelberg hatte nämlich kaum sein „Charakterbild Jesu" in die Welt geschickt, als die Nachtwächter des alten Kirchenglaubens in's Horn stießen und im Chor einen Vers dazu sangen: Hört, ihr Herren und laßt euch sagen, der Schenkel muß abgesetzt werden. Die badische Regierung indeß war weise genug, sich nicht in das Gezänk der Theologen zu mischen; sie schützte sogar den rings bedrohten Mann mit ihrem Schilde, auf welchem geschrieben stand: Die freie Forschung ist unverletzlich. Auch von Berlin her, aus Pommern, Mecklenburg und sonstigen lichtarmen Gegenden kamen Steine der Verdammung geflogen gegen das Haupt Schenkel's. Was sind es denn aber eigentlich für ungeheuerliche Dinge, über welche ein so anhaltendes Gebell erhoben wurde. Nicht weniger als 11 Ketzereien sind es, derentwegen der Stab des rechten Glaubens über Schenkel gebrochen wurde. Der geneigte Leser wolle seine Gedanken zusammennehmen und kaltblütig prüfen, ob er vielleicht selber gar in der nämlichen Verdammniß ist wie der Leugner Schenkel. Hört! Schenkel leugnet: 1. Die Menschwerdung des Sohnes Gottes, 2. die übernatürliche Geburt Jesu, 3. die Sündlosigkeit Jesu, 4. die Wunder Jesu, da ihm (dem Schenkel) das Naturgesetz der höchste Maßstab ist, nach welchem die Thatsachen der göttlichen Weltregierung und Erlösung bemessen werden müssen. Schenkel leugnet ferner 5. die versöhnende Kraft des Kreuzestodes Jesu, 6. die Thatsächlichkeit der Auferstehung Jesu, 7. die Himmelfahrt Jesu, 8. die Wiederkunft Christi. 9. Anstatt der Regierungsgewalt, die sich Christus durch Leiden und Sterben, durch Auferstehung und Himmelfahrt erworben hat, kennt Schenkel nur den **Geist** Christi, der in der Gemeinde lebt. Er weiß nichts von einer Einsetzung der heil. Taufe durch Christum und spricht dem heil. Abendmahl nur die Bedeutung zu, welche ihm die Gemeinde geben will. 11. Er erkennt in der heil. Schrift nicht mehr eine göttliche Offenbarung, vielmehr stellt er dieses Buch in eine Reihe mit den übrigen menschlichen Schriftwerken.

Aus **Lüchow** (Königreich Hannover) ist eine von 74 Handwerkern unterzeichnete Petition um **Gewerbefreiheit und Freizügigkeit** an das Ministerium des Innern abgegangen. Die Petition spricht sich unumwunden dahin aus, daß der städtische Gewerbebetrieb nothwendig zu Grunde gehen müsse, wenn nicht überall die Fesseln des Zunftzwanges gelöst und einem Jeden eine freie Bewegung und Wahl in Erwerbung seines Unterhalts, und zwar an jedem Orte des Landes, welchen er zur Ausübung seines Geschäfts am zweckmäßigsten halte, gestattet werde. — Nachdem in wenigen raschen Umrissen an die sogenannte „gute alte Zeit" Lüchow's erinnert worden, geht die sehr beachtenswerthe Schrift über auf die gegenwärtige Lage und auf die von Jahr zu Jahr zunehmende Rückgängigkeit der Stadt. Nur durch die Einführung der Gewerbefreiheit könne den beklagenswerthen Zuständen abgeholfen werden; sie allein öffne den Gewerbtreibenden alle erdenklichen Erwerbsquellen, die ihnen bei dem gegenwärtigen Zunftwesen verschlossen bleiben. Eine freie Bewegung im Gewerbbetriebe und eine freie Wahl des Wohnorts, das seien die Grundpfeiler der Lebenssubsistenz der Unterthanen und folgeweise der Landeswohlfahrt.

Italien. Während Frankreich durch die päpstliche Bannbulle in nicht gewöhnliche Aufregung versetzt worden ist, hat der Italiener die Rolle eines stummen oder lachenden Zuschauers vorgezogen. Der Papst hat von je her das Schicksal der Propheten getheilt und im eignen Vaterlande am wenigsten gegolten. Nirgends gedeihen Pasquille auf den heil. Stuhl so vortrefflich, wie in Rom selbst. Der Italiener hat sich wenig darum gekümmert, ob ein päpstliches Ketzerurtheil, das bereits in allen Zeitungen abgedruckt, in allen Volksversammlungen besprochen wurde, nun auch noch aus dem Munde eines Geistlichen von der Kanzel herab poltern oder nicht. Die einzige kirchliche Frage, für welche der Italiener von Mailand bis Palermo gegenwärtig ein offenes Ohr hat, ist die Frage der Nutzbarmachung der Kirchengüter und der Aufhebung sämmtlicher religiöser Orden. Die Lösung dieser Frage wird eine der ersten Aufgaben der nach Florenz übergesiedelten Regierung sein. Die heißblütigen Studenten Palermo's haben unter dem Ruf: „Es lebe Italien!" das päpstliche Machwerk den Flammen übergeben.

Socialer Theil.

Streiflichter auf das Jahr 1864.

I.

Alle Bewegung in der Menschheit ist im Grunde eine **soziale** oder gesellschaftliche; denn der Mensch ist nur in der Verbindung mit Andern wichtig und interessant, er ist ein Gesellschaftsthier, wie der griechische Philosoph schon wußte. Die ganze Geschichte der Menschheit und aller ihrer Völker ist daher in letzter Instanz nur die Geschichte der **Arbeit**, der Hervorbringung, der Vertheilung, des Verzehrs derjenigen Güter, die man zum Leben braucht oder zu brauchen glaubt. Streng genommen gibt es gar keine **Politik an und für sich**, keine politischen Verhältnisse, die einen Anspruch auf Selbstständigkeit erheben könnten; diese politischen Verhältnisse sind nur der **Ausdruck** gesellschaftlicher Grundzustände, die erst Alles erklären, deren Kenntniß daher das Wichtigste für den selbstbewußten, d. h. wahrhaft gebildeten Menschen ist.

Die neuere Zeit, indem sie die soziale Frage aufwarf, entdeckte wahrlich nichts Neues, schuf nichts aus dem Nichts, sondern bekundete blos das redliche Verständniß der oben aufgestellten Wahrheit, gab dieser Wahrheit die Ehre. Nicht jedoch zufrieden damit, sich an den Folgen und äußeren Erscheinungen des sozia-

len Kerns abzuarbeiten, drang sie durch die Schale, faßte sie den Kern selbst in's Auge, und wie radikal oder wie oberflächlich, ja wie heuchlerisch sie diesen Kern auch behandelte: sie erkannte ihn an! Das thut z. B. auch die preußische Junkerpartei, die mit dem Communismus liebäugelt, aus Haß gegen jede Entwicklung zur Freiheit den Teufel an die Wand malt und sich nicht scheut, den „ureigenen Geist“ in der „Sozialen Revue“ eben so vollständig an das wälsche Ausland zu verrathen, wie der jüngste „Sozialdemokrat.“

Aber selbst dieses Verdienst der neueren Zeit, den Dingen auf den Grund zu gehen, ist nur ein theilweises, ein durch die Entwicklung selbst ihr aufgedrungenes. Seit dem letzten großen europäischen Frieden haben sich Production und Handel im ungeheuersten Maße entwickelt; die Industrie hat die Weltbühne dermaßen erfüllt, daß alle andern Interessen in ein abhängiges Verhältniß zu jener herabgedrückt wurden; die Arbeit hat sich zur Königin der Welt emporgeschwungen, die Arbeiter nehmen den ersten Platz ein; sie haben die Könige, die Minister, die Staatsmänner, Abgeordneten, Schriftsteller, Geistlichen, die Künstler und selbst die Schöngeister und Müssiggänger gezwungen, Notiz von ihnen zu nehmen. Endlich, nachdem die ganze Presse mehr oder weniger sozial geworden, hat die soziale Bewegung ihre eigenen Organe, die Arbeiterzeitungen aufgebracht, und für uns wenigstens besteht kein Zweifel, daß diese Organe die wichtigsten sind und die entscheidenden sein werden.

Die beiden civilisirten Erbtheile, Europa und Amerika gehen voran, sie sind mit vollem Bewußtsein in sozialer Bewegung begriffen; die drei übrigen, bis jetzt noch Anhängsel der beiden ersten, müssen folgen und sich durch die Resultate jener vorläufig bestimmen lassen. Rußland, die ungeheure Steppenbrücke von Europa nach Asien, ist ganz europäisch geworden. Das Jahr 1864 ist das Datum, von welchem an das unendliche Czarenreich grundsätzlich in unsere Reihen getreten ist, indem es aufgehört hat, den Menschen als ein Ding, als seelenlose „Seele“, zu betrachten. Was in Flandern und Brabant seit dem 11. Jahrhundert in Angriff genommen war, was England im 16. Jahrhundert vollendete, was die französische Revolution mit der Schärfe des Fallbeiles in's Fleisch von Mitteleuropa schnitt, die Aufhebung der Hörigkeit, der Frohnden und Zehnten: das heißt in Rußland die Bauern-Emanzipation.

Wir unterlassen es, von den Bedingungen zu reden, unter welchen die 40 Millionen „Seelen“ in Rußland für Menschen erklärt worden sind: genug, der russische Mensch gehört fortan sich selbst, er nennt Etwas sein eigen, er sucht aus diesem Eigenen seine Wohlfahrt zu schmieden, er ist der großen Göttin des Jahrhunderts, der Concurrenz, überantwortet. Ein Gebiet, das die Hälfte von Europa umfaßt, beinahe die doppelte Fläche von Europa in Asien sein nennt, in Amerika so viel Land hat als zweimal Frankreich beträgt, im Ganzen der siebente Theil des Erdbodens: ein solches Gebiet, mit 70 Millionen Seelen, wird in Zukunft gleichfalls für den Weltmarkt arbeiten und die Preise der Dinge mit bestimmen helfen!

Die politischen Folgen dieser riesenhaftesten Neuerung des 19. Jahrhunderts werden nicht auf sich warten lassen; aus der socialen Befreiung aller der Millionen wird sich ein ungeahntes Kraftgefühl entwickeln; neue Bedürfnisse, heftige Verlangen, kaum geträumte Ansprüche werden verlauten, und das schlimmste Abkommen, welches der russische Bojar mit dem arbeitenden Volke zu treffen hat, wird nicht die Freigebung des kleinen Eigenthums sein, sondern die Befriedigung der Rechtsansprüche, die der frei gewordene Arbeiter erheben wird und muß.

Auch lesen wir bereits, daß der russische Adel plötzlich liberal — geworden ist, daß er eine Verfassung für das ganze Reich verlangt, daß er zwei berathende und beschließende Kammern fordert. Das ist nicht mehr zu verstehen wie die Verschwörung von 1825, wo der Militäradel auf die Republik spekulirte und, angesteckt von den Ideen des westlichen Europa, Ideale verwirklichen wollte, die der Czar Nikolaus I. mit der ehernen Zuchtruthe abstrafen konnte; das ist ganz prosaisch richtig, durchaus der Noth der Verhältnisse entsprechend, das ist die Bürgschaft, welche die Bevorrechteten gegen den Sturm und Drang der Freigewordenen begehren. Die Freilassung der Bauern führt ein russisches Verfassungsleben unabweisbar in ihrem Gefolge.

Die Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika, jenes mächtigste Erzeugniß des 18. Jahrhunderts, jenes Palladium, das seit den 70er Jahren ermuthigend nach dem alten Europa herüberwinkte, die nordamerikanische Republik hatte aus ihrer Colonialzeit ein böses Angebinde verwahrt, das, noch schlimmer als die russische Leibeigenschaft, den freiesten Staat der Welt noch unter das Czarenreich stellte. Die Sclaverei, in welcher die weiße Race die schwarze hielt, war ein Schandflecken im Angesichte der Menschheit und der Wissenschaft, eine Barbarei mitten in der Civilisation, ein Fluch auf dem Herzen des modernen Reichthums. Durch die frevelhafte Widerspenstigkeit der Südwest-Staaten gegen die Mehrheit des souveränen Volkes ist die Sclavenfrage in Amerika auf die Tagesordnung gerückt worden und seit dem Jahre 1864 haben wir die fröhliche Aussicht auf endgültige Tilgung dieser Schuld, auf Buße für diesen Frevel. Die Sclaverei wird vom Erdboden verschwinden und erst dann, dann aber auch mit aller Macht eines Prinzips, wird Nordamerika ein nur auf freie Arbeit gegründetes Gemeinwesen mit der Gleichheit Aller vor dem Gesetz, ohne jegliches Vorrecht der Geburt und der Willkür sein. Diejenigen irren sich freilich nicht mehr als völlig, welche glauben und schreiben, Amerika werde alsdann socialistisch in ihrem Sinne auftreten, irgend ein künstliches System von Staatsarbeit einführen und die Milliarden, welche der Krieg jetzt verschlingt, auf Förderung großer Nationalwerkstätten verwenden. Nein, Amerika hat noch Jahrhunderte vor sich, ehe es auf solche Dinge und Experimente verfällt; Amerika wird in ungeschmälerter persönlicher Freiheit fortschaffen und fortleben; aber Amerka wird uns einen ganz anderen Dienst erweisen. Es wird der europäischen Reaction ihren schwarzen Hintergrund nehmen, es wird die Mauer einreißen, welche unseren Junkern und Staatsstreichern als schattengebendes Schirmdach diente, es wird die Parole zu einem kolossalen Eisgang in Europa ausgeben. Und das bedeutet unendlich mehr als selbst eine unmittelbare, wirkliche Beihülfe, als Schiffe und Truppen, wie sie weiland die Königin Elisabeth von England zur Unterstützung der Hugenotten in Frankreich und der Geusen in den Niederlanden über das Meer sandte. Was wir nachher aus unserer Freiheit von den „letzten Resten des Mittelalters“ machen wollen, das ist unsere Sache.

Werfen wir jetzt einen Blick auf die sozialen Fortschritte im eigentlichen, heimischen Europa. Bei allen Widerwärtigkeiten, mit denen das junge Italien zu kämpfen hat, bei allen Stöcken, die ihm der Protector an der Seine in die Speichen wirft, bei aller Beeinträchtigung von Seiten der mittelalterlichen Mumie, die man den „heil. Vater“ nennt, darf sich doch Italien mit Recht eines grundsätzlichen Fortschrittes rühmen. Mit den Klöstern, den Brutstätten der Faulheit, des Bettelns und der Volksverdummung, ist aufgeräumt worden; ihre Insassen werden der Freiheit, dem Gnadenbrot und der Thätigkeit überliefert; ihre Gebäulichkeiten sind zu nützlichen, öffentlichen Zwecken bestimmt; der wachsende Volksunterricht ist darauf aus, die Dumpfheit und Stumpfheit der Geister weg zu klären. Wenn Italien ein freier Einheitsstaat wird, so verdankt es dieses Glück nur zur kleinern Hälfte den siegreichen Schlachten und der patriotischen Hingebung; das Beste und Meiste muß die Arbeit, die Entfaltung der schaffenden und erwerbenden Thätigkeit leisten. Man vergleiche nur das jetzige Neapel mit dem Pfaffen- und Lazzoroninest der Bourbonen! Welche Thätigkeit im Hafen, welche Regsamkeit auf den Eisenbahnen, welcher Zudrang von Arbeitskräften von fern und nah! Nicht die piemontesischen Generale roden das Brigantenthum aus, sondern die einträgliche, ehrenvolle Thätigkeit, die jedem winkt. Anständig sein Brot verdienen, das erscheint mit der Zeit auch dem Bewohner der Abruzzen vortheilhafter als mit der Büchse in der Waldesschlucht zu lauern und sein Leben für Eine fette Mahlzeit preiszugeben.

Und bereits kommt auch der italienische Arbeiter zum Bewußtsein der sozialen Frage, bereits gibt es auf der schönen Halbinsel Arbeiter-Blätter, welche die Arbeiter als solidarisch in ihren Bestrebungen hinstellen, welche die Kraft der Vereinigung predigen und an praktischen Beispielen lehren; bereits rückt uns das interessante Volk, dessen politische Befreiung uns mit so großer Sympathie erfüllte, auch auf dem Gebiete der neuern Gesellschafts-Wissenschaft näher.

Noch ein Ruck in Spanien und Portugal, und die Arbeiterwelt versteht sich von der Spitze Schottlands bis zu den Säulen des Herkules, vom atlantischen Ocean bis zum Ural. Hunderte von Millionen wissen es alsdann, daß die Arbeit die Grundlage unseres Lebens und Wohlseins bildet, daß das Interesse des Arbeiters das Interesse der Welt und der Cultur ist.

Zur socialen Bilanz Englands beim Jahreswechsel.

E. O. **London**, im Jan. 1865. Viele sind, die mit Befriedigung von der gegenwärtigen Lage reden; Manche wahrscheinlich, welche solche Befriedigung fühlen. Wenn nichts besonders Gutes, so sei doch auch nichts besonders Uebles zu melden. Das Volk, so sagt man uns, sei im Ganzen behäbig und zufrieden.

Fassen wir diese Behauptungen in's Auge.

Allerdings haben weder Pestilenz, noch Mißernte das Land befallen, obwohl der Futtermangel, in Folge langdauernder Dürre, als ein ernstes Uebel bezeichnet werden muß, und in den Preisen gefühlt wird. Eisenbahnwesen und Handelsgesellschaften haben große Fortschritte gemacht, die ersten besonders in Bezug auf den innern Verkehr Londons und die Verbindung der Eisenbahnhöfe. Englisches Kapital hat vielfach seine Thätigkeit nach Außen gerichtet, die Eisenbahnen anderer Länder gebaut, ihre Städte mit Gas erleuchtet, oder mit Wasser versehen, ihr Bergöl und ihre Metalle zu Tage gefördert. Eine drohende Handelskrisis ist vorübergegangen, und der panische Schrecken noch zu rechter Zeit zurückgedrängt worden. Die Erhöhung des Bankdisconto war gewiß vielfach hindernd, hat aber doch höchst wahrscheinlich mehr Uebel verhütet als angestiftet. Das Staatseinkommen ist aus den regelmäßigen Quellen gestiegen, und einige, wenn auch für das große Publikum wenig fühlbare, Steuerermäßigung ist eingetreten. Mehrere Maßregeln sind ergriffen, oder beschlossen worden, welche leidenden Klassen und der allgemeinen Moralität zu Gute kommen mögen, worunter Herrn Gladstone's Annuitätenbill, durch welche dem Wenigbemittelten ein neuer Weg eröffnet wird, seine Ersparnisse unter Gewährschaft des Staats vortheilhaft anzulegen, freilich nicht ohne bedenkliche Ausdehnung der Staatsgewalt auf Kosten vieler bestehenden Arbeitergesellschaften. Die lange schwebende Frage der Transportation und Strafarbeit hat in dem Sinne eine theilweise Lösung erhalten, daß den protestirenden Australiern die fernere Zusendung von Sträflingen erspart wird, — daß man sich bestrebt, den Rechtsschutz im Inland zu vermehren, indem man auf der einen Seite die kurzen, als unwirksam erkannten, Strafarbeitsperioden abgeschafft, fünf Jahre als ein Minimum angenommen, und die entlassenen Sträflinge einer vorher mangelnden Aufsicht unterworfen hat; — alles Maßregeln, deren Bewährung im Geiste der allseitigen Humanität und Gerechtigkeit noch abzuwarten ist. Der Schutz welchen frühere Gesetzgebung den in gewissen Fabriken beschäftigten Kindern im Interesse ihrer menschlichen Existenz und Entwicklung gegen übergroße Ausbeutung gewährt hat, ist durch ein weiteres legislatorisches Stückwerk auf einige feinere Industriezweige ausgedehnt worden. Wenn wir die, allerdings sehr hoffnungsvolle, Fortentwicklung der cooperativen Gesellschaften erwähnen, welche mit den Schulze-Delitzsch-Vereinen in Deutschland verglichen werden können, insofern sie aus ähnlichem Gefühl der Gedrücktheit entsprungen, denen sie aber an Bedeutung überlegen scheinen, so sind wir etwa am Ende der günstigen Seite der socialen Bilanz. — Alle Das hat viele bleibende und vorübergehende Uebel nicht berührt. Wir bezahlen nur in England (Schottland und Irland nicht gerechnet) immer noch vier Millionen Pfund Sterling jährlich, um in den Werkhäusern eine halbe Million Armer, das heißt den zwanzigsten Theil der Bevölkerung als weiße Sklaven zu erhalten. Noch immer sind, trotz dieser ungeheuern Unterstützung durch die Armensteuer, und trotz aller reichen Stiftungen, unsere Zeitungen mit wehmüthigen Aufrufen zu Privatunterstützung gefüllt, bieten unsere Straßen das Schauspiel entmenschter Frauen und Männer, nie mensch-werdender Kinder an der Seite so vielen Glanzes und so vieler Behäbigkeit. Viele Arme können noch keine Aufnahme in die Werkhäuser finden, obwohl in dieser Beziehung im ebenverflossenen Jahre einige anerkennenswerthe Verbesserung stattgefunden; Andere weigern sich in diese Häuser einzutreten, wo sie allzu oft mißhandelt werden, und machen sich lieber eines Polizeivergehens schuldig, mit der ausgesprochenen Absicht, im menschlicheren Gefängniß unterzukommen*). Die Zahl der Bettelkinder in London wird auf zehntausend berechnet, und was von diesen aufwächst, findet meistens sehr rasch seinen Platz in den Reihen der Verbrecherbevölkerung. Noch immer zeigt uns die Todtenliste Londons jede Woche mindestens Eine Person, die am Hungertode gestorben; und dies sind nur die Gipfel von Pyramiden, deren Grundlage sich aus so Vielen zusammen-

*) Die Form, welche man nimmt, ist gewöhnlich, daß die betreffende Person irgendwo absichtlich ein Fenster einschlägt.

Digitized by Google

setzt, die durch unzureichende Nahrung allmählig dem Tode entgegengeführt, dürre Reiser dem Windstoß der nächsten Krankheit erliegen. Noch immer ist der Kindermord eines der gewöhnlichen Verbrechen, und es ist keinerlei Grund anzunehmen, daß, wenn die Liste für das eben verflossene Jahr aufgestellt sein wird, sie weniger als die des Jahres 1863 betragen werde, die sich auf dreitausend belief. Das Laster viehischer oder zu vielfachen Verbrechen führender Trunkenheit ist immer vor unsern Augen. Und wenn auch hier und da die Anstrengungen der Mäßigkeitsvereine Erfolg gehabt haben, so hat auf der andern Seite, statt des Bier- und Schnapstrinkens, das Opiumessen zugenommen. Mit Opium stillen die armen Fabrikarbeiterinnen ihre Kinder, — wenn sie zur Arbeit gehen. Freilich fällt dieser Grund allzu oft weg. In den Seidenmanufacturorten, wie Coventy, die man am Altar des französischen Handelsvertrags geopfert *), und in den Baumwollenbezirken des Nordens, welche unter dem amerikanischen Kriege leiden, ist das Elend neuerdings wieder gesteigert. In den Kohlenbezirken und anderwärts haben zahlreiche Arbeitseinstellungen wenigstens das erwiesen, daß Zufriedenheit, Behäbigkeit und gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern fromme Wünsche sind. An schwindelhaften oder großartig leichtsinnigen Bankerotten, an grausamen Verbrechen und schmachvollen Eheprozessen war das Jahr, wie die letztvergangenen, reich; und die moralische Erziehung, welche die Zeitungen ihren Lesern insbesondere durch die Mittheilungen aus dem Ehescheidungshof geben, ist sehr fraglicher Natur. Sehr in's Einzelne gehende Berichte über den Zustand der Ackerbaubevölkerung in Schottland enthüllen die traurigsten Bilder. Die Bevölkerung von Irland leidet, und verschwindet. Während fünfzehn Jahren, nach der großen Hungersnoth und Auswanderung von 1847 und den folgenden Jahren hatten englische Journalisten und Staatsmänner sich bemüht, der Welt und vielleicht sich selbst glauben zu machen, daß Irland aus tiefem Elend sich rasch zu neuer Blüthe erhebe. Das Trugbild ist zerflossen. Seit zwei Jahren sind jedem Unbefangenen, trotz der frivolen Gegenreden des jungen Sir Robert Peel, mehr und mehr die Schuppen von den Augen gefallen. Die Auswanderung hat wieder ihre alten Dimensionen der Flucht von einem undankbaren Vaterlande angenommen; und es ist thöricht oder perfid, dessen die Werber für das nordamerikanische Heer anzuklagen. Nicht einmal das ist wahr, daß an die Stelle der verkümmerten Celten eine kräftige angelsächsische Bevölkerung getreten wäre; daß ergiebige Viehweiden die Stellen der verlassenen Kornfelder eingenommen hätten. Die Bevölkerung nimmt stätig ab: vier Millionen Seelen wohnen, wo mindestens sieben erwartet werden dürften, und wo, wenn die Volkszahl seit 1841 wie in England fortgeschritten wäre, zwölf Millionen wohnen würden **). Aber diese geringe Zahl, die unter Umständen noch ein Art Glück für das Land sein könnte, hat unter sich ein geringeres Maß von Gütern zu vertheilen. Das Korn verschwindet und das Wiesenland und Vieh ersetzt es nicht. Nicht einmal das haben die Irländer erlangt, daß dem abgehenden Pächter eine Vergütung für wesentliche Verbesserungen zugestanden würde (Tenant Right), und da die Mehrheit der Landbevölkerung aus Pächtern besteht, so sieht man leicht ein, wie eine solche kopflose Einrichtung zum Nachtheil Aller und des Landes ausschlagen muß. Grausame und massenhafte Austreibungen von Haus und Hof haben stattgefunden, und scheinen wieder auf die Tagesordnung kommen zu sollen. Großbrittanien rühmt sich seines Heeres von Freiwilligen; aber, außer seinen Polizeibeamten und Soldaten, kann es Niemandem in Irland ein Gewehr anvertrauen. In manchen Gegenden des Landes ist es dahin gekommen, daß ein Verbrecher durch die allgemeine Stimmung der Bevölkerung geschützt wird: ist er doch im Gegensatz zu den herrschenden Gewalten! In Belfast haben im Spätsommer die streitenden Katholiken und Protestanten die gewerbreichste Stadt der Insel während zehn Tagen mit Schrecken erfüllt, dem die Behörden zu steuern sich unfähig sahen. Eine Summe von 580,000 Pfund Sterling wird in einem (den Nordwesten ausgenommen) beinahe gänzlich katholischen Lande für Kirchenzwecke erhoben — und dieser beträchtliche Theil der Landeseinkünfte wird bis auf den letzten Pfennig der protestantischen Staatskirche zugewiesen, die weniger als 700,000 Mitglieder zählt, — in manchen Orten nur den Geistlichen und seine Dienerschaft, — und die wohl als politisches Fortschrittsmittel dienen soll, jedenfalls als Mittel der Reizung dient. Die Katholiken sind auf freiwillige Sammlungen angewiesen, und die verhältnißmäßig gleiche Summe, welche ihnen für eine Erziehungsanstalt (Margareth College) vom Parlamente bewilligt worden, ist alljährlich Gegenstand lebhafter und liebloser Angriffe Seitens protestantischer Zeloten im Parlament. Zwei Tage vor dem Jahresschluß hat in Dublin eine imposante Versammlung stattgefunden, welcher englischer Seits auch John Bright seine Sympathie aussprach, und die einen irischen Nationalverein (National-Association) zur Abhülfe der irischen Beschwerden gegründet hat.

Mit diesen und ähnlichen Beschränkungen ist das Zeugniß aufzunehmen, das Volk sei im Ganzen behäbig und zufrieden.

Das englische Blatt „Standard" hat kürzlich wieder die öffentliche Aufmerksamkeit auf das unglückliche Loos der **englischen Näherinnen** gelenkt, dieser Sklavinnen der Modehändler und Kleidermacher. Nach der letzten Zählung gibt es dieser beklagenswerthen Geschöpfe in London allein nicht viel weniger als 65,000, und davon 1200 im Dienste der 45 Hofmodistinnen. Für geringen Lohn haben diese Unglücklichen von früh Morgens 8 bis 11 Uhr Nachts zu arbeiten, und wenn ein Damenempfang bei Hof bevorsteht, manchmal 20 Stunden des Tages in übelgelüfteten, überfüllten Stuben, bei Gaslicht und bei hastiger geringer Mahlzeit, worauf ein kurzer Schlaf in schlechten Betten und armseligen Zimmern folgt. Die Folge ist, daß sie zu Hunderten dahinsiechen, erblinden und oft frühzeitig in's Grab sinken, was noch nicht einmal ihr schlimmstes Loos ist. Indessen soll, scheint es, diese brennende Angelegenheit in der nächsten Parlamentssitzung ernstlicher in Angriff genommen werden, so daß vielleicht eine Gesetzesakte gegeben wird, welche die Zahl der Nähstunden beschränkt. Die wohldenkenderen unter den bezüglichen Arbeitgebern sollen das selbst wünschen, indem sie bemerken, daß sie von selbst die Arbeitszeit nicht kürzen können, um von ihren Geschäftsgenossen nicht überholt zu werden. Eine andere Frage ist aber: wird bei kürzerer Arbeitszeit nicht der Arbeitslohn noch kürzer ausfallen? Negersklaven in Carolina, sagt der „Standard", seien jedenfalls besser daran als Londoner Nähermädchen.

Nothstand der österreichischen Arbeiter in der Baumwoll-Industrie.

Wien, 23. Jan. Die niederösterreichischen Baumwoll-Industriellen haben im Interesse der nothleidenden Arbeiter an die niederösterreichische Statthalterei eine Petition gerichtet, welche im hohen Grade die öffentliche Aufmerksamkeit verdient. Man hat uns den Wortlaut dieser interessanten Petition mitgetheilt und wir skizziren hier ihren Inhalt.

Nach einer kurzen einleitenden Schilderung der bedrängnißvollen Lage der gesammten österreichischen Industrie wird die Baumwoll-Industrie als die hoffnungsloseste, und dies hauptsächlich als Folge des amerikanischen Krieges bezeichnet. Durch die schweren Verluste in den letzten drei Jahren ist der Erwerb von vorangegangenen anerkannt guten Jahren wieder verschlungen, und so wird der Zeitpunkt als eingetreten hingestellt, der für Alle entscheidend werden muß, denen bei dem großen Bedarf an Betriebsfond nicht bedeutende Mittel zur Verfügung stehen.

Angesichts der allgemeinen Nothlage der österreichischen Industrie weisen die Petenten den Gedanken an einen Ruf um Unterstützung für sich selbst von sich ab, aber empfehlen ihre hülflos gewordenen Arbeiter und deren Angehörigen der Fürsorge der Regierung. Als Motivirung hiefur bringt die Petition die Auseinandersetzung der Unmöglichkeit für die Industriellen bei dem sozusagen patriarchalischen Verhältnisse zu ihren Arbeitern, ihrer unter den jetzigen Umständen los zu werden, wo nirgends für sie ein Verdienst zu finden ist, ihnen aber von den Fabriken wenn auch kein Geld, so doch kostenfreie Wohnung gegeben wird — ferner den Umstand, daß die Industriellen trotz ihrer eigenen Verluste bisher ihre Arbeiter mit schweren Opfern selbst erhalten haben, daß sie zwei Jahre hindurch ihre Fabriken in Betrieb erhalten, und ihrer Arbeiter wegen mit Verlust gearbeitet, oder sogar andere Arbeiten haben ausführen lassen, die unter anderen Umständen gewiß unterblieben wären, und dies alles nur, um den unbeschäftigten Arbeitern Verdienst zu geben und sie vor Demoralisation zu bewahren, endlich die Thatsache, daß unverkennbare Anzeichen bestätigen, wie bald schon die Industriellen, durch die Macht der Umstände gezwungen, den bisher verfolgten Weg verlassen müssen, wodurch die immer tiefer ins Elend kommende Arbeiter-Bevölkerung ganz ihrem Schicksal preisgegeben wird.

Nach dieser Motivirung der Bitte um Unterstützung der Unglücklichen, die ohne ihr Verschulden brodlos geworden, folgt eine kurze Schilderung der Lage, in der die Arbeiter-Bevölkerung sich theilweise jetzt schon befindet, bekräftigt durch eine in Zahlen gemachte Zusammenstellung aus den Jahren 1861—65, die kurz zusammengefaßt Folgendes ergibt:

Im Jahre 1861 beschäftigten die niederösterreichischen Baumwollspinnereien mit 580,000 Spindeln 12,000 Arbeiter und gaben für circa 20,000 Individuen (die nichtbeschäftigten Familienglieder der in Arbeit stehenden eingerechnet) einen wöchentlichen Verdienst von circa 36,000 fl. ö. W. Die Zahl der in Betrieb stehenden Spindeln hat sich bis Anfang des Jahres 1865 auf 100,000 vermindert, zu deren Betrieb nur noch 2000 Arbeiter erforderlich wären, die auf einen wöchentlichen Verdienst von 6000 fl. zu rechnen hätten; durch Verminderung der Arbeitszeit und Beibehaltung eines größeren Personals, als erforderlich wäre, haben die Fabriken damals noch bei 5000 Arbeiter beschäftigt und circa 9000 fl. per Woche ausgezahlt; davon mußten aber wenigstens 16,000 Individuen, die von den 20,000 übriggeblieben waren, leben. Wenn schließlich, worauf Alles hindeutet, die Zahl der in Betrieb stehenden Spindeln im Laufe der nächsten Wochen auf 20,000 reducirt sein wird und die Industriellen nur die erforderlichen Arbeiter behalten, so ist die Zahl der letzteren auf 400 zu setzen, der ihnen zukommende Erwerb auf 1200 fl., die Zahl der Individuen aber, deren Existenz auf diesen Verdienst von 1200 fl. per Woche begründet ist, würde sich noch immer auf 16,000 beziffern.

Nach der kurzen Wiederholung des Umstandes, daß in der nächsten Zeit unter den so bewandten Umständen bei 4000 arbeitsfähige Menschen aus der Arbeit entlassen und nahezu 16,000 Menschen in Nieder-Oesterreich auf die Mildthätigkeit ihrer Nebenmenschen angewiesen werden, schließt die Petition mit der Bitte: „Die hohe k. k. Statthalterei wolle durch schleunige Inangriffnahme der bereits projectirten und zur Ausführung vorbereiteten Straßen und anderer Bauobjecte der sonst unfehlbar hereinbrechenden Noth rechtzeitig entgegentreten." (N. Fr. Presse.)

Die Leibeigenschaft in Rußland.

Im November v. J. brachte die „Weser-Zeitung" einen Artikel, der das in der Ueberschrift genannte Thema besprach. Das Folgende ist jenem Artikel entnommen.

„Die Leibeigenschaft in Rußland ist jünger als die Leibeigenschaft in den übrigen Staaten Europa's. Denn die alten Herrscherhäuser, die Romanoffs, hielten den Adel in Schranken und gewährten dem Volke Freiheit. Erst im Jahre 1592 erließ ein Usurpator, Boris Godunow, der durch Hülfe des niederen Adels zur Herrschaft gelangt war, die abscheuliche Verordnung, daß jeder Bauer, der an einem gewissen Tage auf dem Gute eines Landeigenthümers arbeitete, und jeder Diener, der länger als sechs Monate bei einem Herrn gewesen sei, für die Zukunft mit Person und Vermögen dem Herrn untergeben sein solle. Das Uebel wuchs schnell; fünf Jahre später wurde den Bauern die Möglichkeit abgeschnitten, sich durch Geld frei zu kaufen; die Besitzer wurden noch einmal ermächtigt, alle häuslichen Diener, die sie länger als sechs Monate im Hause hatten, als Leibeigene zu behalten. Gesetze, welche erlassen wurden, um die Leibeigenen vor Grausamkeiten, vor Trennung ihrer Familien zu bewahren, blieben unausgeführt; es entstand das bekannte Sprichwort: Gott ist hoch und der Czar ist weit.

Peter der Große dehnte seine Reformbestrebungen auf die Leibeigenschaft nicht aus; eine Verordnung von ihm, die den Verkauf von Leibeigenen beschränkte, ließ der Senat unausgeführt. Katharina II., die durch die russische Akademie einen Preis für die beste Abhandlung über Sklavenemancipation aussetzen ließ, dehnte gleichwohl die Leibeigenschaft auch auf Kleinrußland aus. Den ersten ernsten Versuch, die bessernde Hand anzulegen, machte Alexander I. bei seiner Thronbesteigung; er ordnete an, daß jährlich eine Million Rubel für Erwerb von Ländereien angelegt werde, auf denen man Leibeigene unter Bedingungen ansiedeln sollte, die der Emanzipation günstig seien. So suchte Alexander eine Klasse von grundbesitzenden Bauern zu schaffen, aber der Adel und das Beamtenthum hinderten die Durchführung dieser Maßregel. Er hatte verboten, Bauern ohne Land zu verkaufen und unter den Fenstern seines Palastes verkaufte man eine alte Frau für 3 Thaler. Ein Ukas vom Jahre 1803, der

---

*) Die Schüler **Adam Smiths** haben in diesem Punkt die Lehre ihres Meisters schlecht verstanden, oder angewandt. Siehe wealth of Nations, Bk. IV, Ch. II. in fine.

**) 1841: 8,175,238; 1851: 6,550,319; 1861: 5,764,543; 1864: etwa 4,300,000.

die Grundbesitzer aufforderte, ihre Bauern zu emancipiren, blieb ein todter Buchstabe. Der Einfall Napoleons in Rußland nöthigte dazu, die Leibeigenen zur Landesvertheidigung aufzurufen. Dies und der Umstand, daß die im Auslande kämpfenden Armeen liberalere Ansichten über Menschenwürde mit nach Hause brachten, rief innerhalb der Bauernbevölkerung eine geistige Bewegung hervor, welche die Emancipationsfrage nie wieder einschlafen ließ. Alexander kämpfte um dieselbe einen fortdauernden Kampf mit seiner Umgebung, und als ihn 1825 der Tod abrief, war er damit beschäftigt, seine Pläne zur Abschaffung der Leibeigenschaft in das Werk zu setzen. Sein Nachfolger Nikolaus hatte für diese Frage kein Herz.

Alexander II. jedoch ordnete, dem Adel zum Trotz und im Bunde mit wenigen erleuchteten Männern, am 20. November 1857 an, daß in jedem Gouvernement eine Commission gebildet werden sollte, die einen Emancipationsplan auszuarbeiten hätte. Das Grundeigenthum sollte den bisherigen Besitzern bleiben, die Bauern aber das Recht erhalten, es gegen einen festen Betrag zu erwerben. Die Bauern sollten in Landgemeinden geordnet werden, die auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhten. Diese Commissionen wurden in der Hauptstadt jedes Gouvernements theils aus Erwählten, theils aus Beamten niedergesetzt, die, meist unter den heftigsten Debatten, ihre Arbeiten in sechs Monaten zu vollenden hatten. Im Frühjahr 1859 waren aus allen Theilen des Reiches die ausgearbeiteten Pläne eingegangen und wurden nun einer Centralcommission überwiesen, die dieselben verarbeiten sollte. General Rostoftof erhielt den Vorsitz. Dieser starb zwar nach einem Jahre, allein er hatte mit dem größten Eifer und bis zum letzten Athemzuge sein Werk gefördert. Zu seinem Nachfolger wählte der Kaiser den Justizminister Grafen Panin, der als Besitzer von 25,000 Leibeigenen einer der heftigsten Gegner der Emancipation war. Der Kaiser wählte ihn, um der öffentlichen Meinung eine Concession zu machen, da der Adel hoffen durfte, unter diesem Leiter würde die Frage eingeschläfert werden, während der Kaiser sich auf den persönlichen Gehorsam seines Ministers verließ. In der That konnte im Januar 1861 die große Maßregel dem Staatsrath vorgelegt werden, der allerdings mit einer Majorität von vierzig gegen sechs seine Stimme gegen die Emancipation abgab. Allein der Kaiser billigte den Plan der Minorität, und die großartige Maßregel wurde durch die Macht des unumschränkten Selbstherrschers allein durchgesetzt. Der 5. März 1861 war der denkwürdige Tag, an welchem die Verkündigung der Freiheit in den Kirchen verlesen wurde. Sie schloß mit den Worten: „Mache das heilige Zeichen des Kreuzes und erbitte mit uns Gottes Segen auf deine freie Arbeit!" Tausende von Händen beantworteten diese Aufforderung, und unter dem Zeichen des Kreuzes fielen die Ketten der Leibeigenschaft in Rußland zu Boden. Es gab nur noch persönlich freie Männer in diesem Lande von diesem Tage ab; für die Auseinandersetzung in Betreff des Vermögens wurden zwei Jahre Zeit gelassen. Dieser Zeitraum verlief in Friede und Ruhe, ohne Aufstand, ohne Blutvergießen. Wäre die Maßregel noch länger aufgeschoben worden, so wäre wahrscheinlich in Rußland eine Revolution losgebrochen, die dieses Land um Jahrhunderte zurückversetzt hätte. Dadurch, daß der Weg der Reform mit solcher Festigkeit eingeschlagen wurde, ist es den civilisirten Ländern Europa's näher gerückt; es ist die Möglichkeit, ja die Nothwendigkeit gegeben, daß es durch den Abschluß von Handelsverträgen den Verkehr mit denselben erleichtere."

Vom Büchertisch.

Wie G. Struve's Weltgeschichte schon bei ihrem ersten Erscheinen in Amerika von der dortigen Presse überall die günstigste Beurtheilung gefunden hat, so ist ihr gleich günstige Beurtheilung auch diesseits des Oceans zu Theil geworden.

So brachte das bekannte Londoner Blatt, der „Morning Advertiser", schon zu der ersten Auflage des Werks eine Besprechung, welche sich durchgängig den günstigen Urtheilen der amerikanischen Presse anschließt und in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

„Wenn der Zweck der Geschichtschreibung ein höherer ist, als von geschlagenen Schlachten und umgestürzten Reichen zu berichten, wenn der Darsteller der Ereignisse der Vergangenheit einen edleren Beruf hat, als den, außerordentliche Ereignisse niederzuschreiben, — kurz, wenn der Fortschritt im Gebiete des Wissens, der Hauch der Freiheitsliebe, der Ausdruck der Bewunderung für alles Große und Gute innerhalb des Kreises liegt, den der Erzähler der vergangenen Zeiten auszufüllen hat, dann ist Gustav Struve ein wahrer und verdienstlicher Geschichtschreiber. In der Einleitung zu Buch III (Reformationszeitalter) sagt der Verfasser: „Es ist die Aufgabe des Geschichtschreibers nicht blos, Thatsachen der Vergangenheit mitzutheilen. Sein Beruf ist ein viel höherer. Er soll die Menschheit auf einen Standpunkt heben, welcher das Alltagsleben hoch überragt. Er soll Abscheu vor dem Laster, Haß gegen den Despotismus, Liebe zur Tugend und begeistertes Streben nach Freiheit erregen. Indem der Geschichtschreiber die Fortschritte der Menschheit schildert, fordert er zugleich zu weiterer Entwicklung auf. Dadurch allein wird sein Wort zur That und seine Stimme lebendig."

Diese kurze Darstellung der Ansichten des Verfassers bildet die beste Einleitung zu einer Besprechung dieses Werkes. Der Verfasser entspricht vollkommen den Worten, mit welchen er diesen Theil seiner Weltgeschichte einleitet. Während seiner Darstellung hält er immer fest an dem Faden jener großen Ideen, welcher ihn durch die bunten Scenen menschlicher Leiden und Freuden, durch die glühende Darstellung der Siege der Völker und durch die traurige Geschichte nationaler Niederlagen führt.

Struve hat immer die edle Absicht im Auge behalten, in dem Herzen seiner Mitmenschen das heilige Feuer der Freiheit zu nähren. In diesem Gedanken ruft er einen nach dem andern die Märtyrer, welche für ihre Hingebung litten und die erfolgreichen Verbrecher, welche sich in „Purpur und feines Linnen", die Früchte ihrer bösen Thaten, kleideten, vor den Richterstuhl der Geschichte. Mit gleicher Waage läßt er ihnen allen Recht angedeihen, sei es, daß sie vor ihn treten, beschmutzt mit den Verleumdungen der Höflinge, oder daß sie einhergehen in dem Gewande gewissenloser Schmeichelei. Geschichtliche Gerechtigkeit ist das Ziel und der Gegenstand der Bemühungen Struve's. Obgleich er selbst ein Anhänger der Sache des Volkes ist, verdeckt er eben so wenig die von deren Vertheidigern begangenen Fehler, als die Schandthaten, welche weltliche und geistliche Feinde der Freiheit unaufhörlich sich erlaubten. So haben die Bücher Struve's das Gute, von dem breiten und umfassenden Standpunkte des wahren Geschichtschreibers aus geschrieben zu sein. Darin übertrifft er bei weitem seine Landsleute Rotteck und Schlosser, welche mit aller Gelehrsamkeit, deren sich der Letztere wenigstens rühmen kann — die engen Vorurtheile nicht abgeschüttelt hatten, in deren Mitte sie ihre Werke schrieben.

Ein anderes, nicht zu hoch zu würdigendes Verdienst dieser Weltgeschichte ist deren klarer Styl. Jeder Satz ist voll von schlagenden Gedanken. Keine Spuren von Unsicherheit und Unbestimmtheit sind in deren Blättern zu finden. Dieses ist ein unschätzbarer Vortheil, denn nur zu viele geschichtliche Werke sind für das große Publikum versiegelte Bücher, wegen ihrer gespreizten Ausdrucksweise und unnöthigen Paradirens mit Gelehrsamkeit. Wahre Tiefe des Gedankens kleidet sich gewöhnlich in scheinbar einfache Sprache, während ein gesuchter Ausdruck oft gebraucht wird, um die Hohlheit des Gedankens zu verbergen. Struve's bezeichnende Eigenthümlichkeit besteht in einem für die große Masse der Leser leicht verständlichen Style, welcher in der leichtesten Form die Resultate ernster und mühsamer Forschungen niederlegt. Dieses genügt, dem Werke Struves den Vorzug vor den meisten Büchern ähnlichen Inhalts zu geben.

Auch können wir hinzufügen, daß der Verfasser durch sein ganzes Leben die Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen bekundet hat. Er hat die guten Dinge weggeworfen, Verzicht geleistet auf jeglichen Gewinn und alle Vortheile, um sich der Förderung erhabener Ideen und politischer und socialer Freiheit zu widmen; und als die Sache, der er sich ergeben, zur Zeit niedergeworfen worden war, hat er die Feder des Geschichtschreibers ergriffen, und damit diejenigen Ideale menschlicher Vervollkommnung bezeichnet, nach welchem wir immer streben sollten. Die Früchte seiner langen eifrigen Forschung liegen nun vor uns in der Geschichte des Menschengeschlechts von der fernen Zeit des Alterthums bis auf unsere Tage. Ihr wahrhaft menschlicher und kosmopolitischer Geist ist besonders geeignet, sie zu „einem Buch für das Volk" in der ganzen Welt zu machen."

, Der dritte Band der elften Auflage des in den weitesten Kreisen verbreiteten Brockhaus'schen Conversations-Lexikon ist vor kurzem vollständig geworden und reicht bis zu den ersten Artikeln aus dem Buchstaben E. Um einen Einblick in das viele Neue und allgemein Interessante zu geben, das auch dieser dritte Band wiederum enthält, führen wir nachstehend die wichtigsten Artikel desselben auf; sie werden am besten darthun in wie trefflicher Weise die Redaction auch diesmal ihre Aufgabe zu lösen bestrebt gewesen.

Aus den verschiedenen Gebieten des menschlichen Wissens sind in dem dritten Bande unter andern folgende Artikel enthalten. Geschichte und Statistik der neuern Staaten: Böhmen, Braunschweig; die außereuropäischen Länder Birma, Bolivia, Brasilien; die Familie Bonaparte; die politischen Persönlichkeiten Rudolf von Bennigsen, Beust, Bismarck-Schönhausen, Borries, Bruck, Buchanan. Geographie, Topographie, Ethnographie: die Artikel Bengalen, Bogos, Bosporus, Brandenburg; die Städte Berlin, Bremen, Breslau, Brünn, Brüssel, Bukarest. Literaturgeschichte: Bibliographie, Bibliotheken, Britisches Museum, Buchdruckerkunst, Buchhandel; Uebersichten über Böhmische Literatur, Brasilische Literatur; von neuern Dichtern und Schriftstellern: die Franzosen Belmontet, Béranger; die Engländer Boucicault, Braddon, Bulwer-Lytton; der Amerikaner Bryant; die Schweden Bellmann, Frederike Bremer; der Niederländer Bilderdijk; die Spanierin Böhl von Faber (Fernan Caballero). Naturwissenschaften, Physiologie: Bewegung, Beulen; Zoologie: Beutelthiere, Bienen; Botanik: Blatt, Blüte, Birke, Botanik, Botanische Gärten, Buche; Heilkunde: Blattern, Bleivergiftung. Landwirthschaft und Technologie: Bier und Bierbrauerei, Branntwein, Brennmaterialien. Militärwesen: die Schlachten Bomarsund, Bull-Runn; die deutschen Feldherren Benedek, Blücher, Bonin; die amerikanischen Generale Blenker, Burnside, Butler. Politische und wirthschaftliche Disciplinen: Bundesstaat, Bureaukratie, Cabinet; Betriebskapital, Bodenrente, Budget; Bevölkerung. Religionswissenschaft und Theologie: Bibel, Bibelübersetzungen, Bischof, Brüdergemeine, Buße. Schöne Künste: Bildgießerei, Bildhauerkunst; die Maler Bendemann, Rosa Bonheur. Musik und Theater: die Musiker Bellini, Bériot, Berlioz, Boieldieu; die Schauspielerin Brohan; die Tänze Bolero und Cachucha.

Das Werk schreitet rüstig vorwärts und das allmähliche Erscheinen in Heften (zu 5 Ngr.) ermöglicht jedermann die Anschaffung dieser neuesten Auflage des berühmten Werks.

Coburg, 22. Jan. Das „Frankf. Journal" hat jüngst von hier aus die Mittheilung gebracht, daß vom Neujahr ab in F. Streit's Verlag eine „Deutsche Frauenzeitung" erscheinen werde. Diese Notiz beruht vollständig auf Irrthum und verdankt ihre Entstehung wohl nur dem Umstand, daß F. Streit's Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung hier den Druck und Commissionsverlag für eine bereits zu Anfang vorigen Jahres in Berlin in's Leben getretene, dann aber durch Verlust ihres Verlegers wieder unterbrochene Zeitung dieses Titels, deren Herausgeber die in Preußen erforderliche Caution nicht sofort hatte aufbringen können, aushülfsweise übernommen hatte. Das Blatt, mit einem Beiblatt, „Zeitschrift für Volkserziehung", hat, wie wir hören, jetzt in Leipzig einen Verleger gefunden und wird von dort aus dann weiter fortgesetzt werden.

Vermischtes.

Was sich das Sprichwort von den Pfaffen erzählt.

(Aus den Sammlungen von Simrock, Körte und Höser.)

Die nachstehenden Sprichwörter enthalten nur die derben, für die damalige Zeit aber leider nicht unwahren Auffassungen des Mittelalters. Daß man aber in gewissen Kreisen in mancher Hinsicht starke Sehnsucht nach jenen Zeiten zu haben scheint, dafür ist ein redender Beweis die — Encyclica. Doch lassen wir jetzt den Volkswitz des Mittelalters reden.

1. Mit den Pfaffen hat der Teufel zu schaffen.
2. Was Pfaffen beißen und Wölfe, ist schwer zu heilen.
3. Pfaffen segnen sich zuerst.
4. In jedem Pfäfflein steckt ein Päpstlein.
5. Es ist nicht Noth, daß die Pfaffen heirathen, so lange die Bauern Weiber haben.
6. Pfaffen, Mönche und Hühner werden nimmer satt.
7. Er schlägt's aus, wie der Pfaff das Opfer und der Bettler den Batzen.
8. Pfaffen im Rath, Säue im Bad, Hund' in der Kirche haben nie was getaugt.
9. Pfaffengierigkeit und Gottes Barmherzigkeit dauern in Ewigkeit.
10. Bodenlos wie des Pfarrers Sack, lang wie ein Hungerjahr.
11. Pfaffengut Raffgut.
12. Pfaffenkappen und Kalk verdecken manchen Schalk.
13. Pfaffenköchin sagt zuerst: „Des Herrn Küche"; dann: „Unsere Küche"; zuletzt: „Meine Küche".
14. Pfaffenschnitzel sind die besten.
15. Pfaffentrug und Weiberlist geht über Alles, wie ihr wißt.
16. Wenn es wahr wäre, was der Pfaff redet, lebte er nicht so üppig.
17. Wer einmal will gut leben, der nehme ein gebraten Huhn oder ein hübsches Maidlein; wer zwei-

mal, der nehme eine Gans, am Abend hat er noch Kräglemäale; wer eine Woche, der stech eine Sau, so hat er Schinken und Würste zu essen; wer einen Monat, der schlacht einen Ochsen; wer ein Jahr, der nehm ein Weib — wenn es so longe noch vorhält —; wer aber allezeit gut leben will, der werd ein Pfaff.

18. Kein Pfaff gibt ein Opfer wieder.

19. Der Winter ward noch nie so kalt, der Pfaffe ward noch nie so alt, daß er des Feuers begehrte, dieweil das Opfer währte.

20. Der Pfaff liebt seine Heerde, doch die Schaofe mehr als die Widder.

21. Also hat Gott die Welt geliebt, und der Pfaff seine Köchin.

22. „Was zu viel ist, ist zu viel", sogte der Pfoff als ihm der Bauer eine große Wurst auf dem Karren brachte, „doch schieb sie nur hinein."

23. „Das ist eine treue Magd!" sprach der Pfaffe, da sie ihm zwei Knäblein geboren und eins hätt' unterschlagen können.

Briefkasten.

Arb.-Bild.-Ver. in Großenhain, in nächster Nr.; für diesmal war der Raum bereits überfüllt. Die nachbestellten Exemplare sind expedirt. Mit der Förderung der Verbreitung des Blattes wird, wir wiederholen es, beides erreicht: die Verbreitung der Ideen, deren Vertretung die Aufgabe des Blattes ist, und die Sicherung seiner Existenz. Für die Vervollkommnung des Blattes sind neue geistige Kräfte herangezogen. Werden nur die Freunde des Blattes aller Orten einigermoßen für die umfassendere Verbreitung sich rühren, so wird das gemeinsome Organ nicht nur erhalten, sondern mit verdoppelten Kräften aus der Krisis hervorgehen. — Hrn. A. S. erhalten. Wir dachten uns gleich, daß der Zusammenhang unmöglich ganz genau sein könne. — Hrn. H. H. Das Programm thuts nicht, das Papier ist geduldig und der glanzendste Schein trügt. Die Ehrlichkeit in der Ausführung ist allein entscheidend. Dazu aber sind die gewählten Bundesgenossen der sicherste Anhaltspunkt für die richtige Beurtheilung. Wir bitten nur Nr. 104 S. 522 Sp. 3 der Arbeiterzeitung zu vergleichen. Wer sich die Junker und Pfaffen zu Bundesgenossen wählt, kann nie ein wahrer Freund der Arbeiter sein. Wohl ist es wahr, die Freiheit ist noch kein Brod. Welchen Werth für den Menschen hat aber das reichlichste Brod — in den Banden weltlicher und geistlicher Knechtschaft? Das bedenket wohl und dann fußt Euer Urtheil.

Arbeitsvermittelung.

Stellen-Gesuche arbeitsloser Polen.

1. Mehrere der deutschen und französischen Sprache mächtige, mit der Buchführung vollkommen vertraute junge Männer.

2. Mehrere Ingenieure, Geometer und Zeichner, theilweise der deutschen oder französischen Sprache mächtig.

3. Einige gelernte Apotheker, theilweise der deutschen Sprache etwas mächtig.

4. Einige Uhrmacherlehrlinge, theilweise der deutschen Sprache etwas mächtig.

5. Ueberhaupt viele junge Leute, die gerne als Lehrlinge gegen Kost und Logis in ein jedes Handwerk oder Geschäft eintreten würden.

Zürich.

Im Auftrage
des Präsidenten-Commandanten Wolder.
Der Sekretär: Wilhelm Hobicht.

Verschiedene Anzeigen.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris
von
Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Keller der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Weltgeschichte
von
Gustav Struve.
VII. Originalausgabe.

In 62 wöchentlichen Heften (255 Bogen) in gr. 8. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, von welchem 400,000 Hefte unter den Deutschen in Amerika verbreitet sind, welches in seinen verschiedenen Abtheilungen in wenigen Jahren bereits die 6te Stereotyp-Auflage jenseits des Oceans erlebt, und unter Engländern und Amerikanern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen hat, darf wohl auch im alten Vaterlande des Verfassers und unter seinen deutschen Landsleuten diesseits des Oceans auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Die weltliche Herrschaft der Päpste.
Beurtheilt von der französischen Diplomatie.
Eine Sammlung von Actenstücken.
Von M. E. Hubaine,
Privatsecretär des Prinzen Napoleon.
Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.
Preis 12½ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Beurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE
von
Dr. Eduard Reich,
Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.
Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volks und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

Für die italienische Sache
an die katholischen Bischöfe.
Vertheidigungsschrift eines katholischen Priesters.
Von P. Passaglia.
Deutsche vom Verfasser autorisirte Ausgabe.
In 8. Preis 7½ Sgr. oder 27 kr.

Der erste Kirchenlehrer Italiens, der Stolz der katholischen Theologie, eines der bedeutendsten Mitglieder der Gesellschaft Jesu, der er angehört hat, läßt hier, sich selbst jeder Meinungsäußerung begebend, lediglich nur die höchsten kirchlichen Autoritäten, die heilige Schrift, die Kirchenväter und die Päpste selbst, das Urtheil sprechen in der großen Streitfrage über (und gegen) die weltliche Herrschaft des Papstes, die jetzt Italien und die ganze katholische Welt so tief erregt.

Deutschlands Erb- und Erzfeind.
Mahnruf an das deutsche Volk
von einem alten Patrioten.
In 8. Preis 10 Sgr. oder 36 kr.

Ein gelungener Versuch populärer Geschichtsdarstellung in Anwendung auf eine der brennendsten Fragen der Gegenwart, — die weltliche Herrschaft des Papstthums, in ihrem Einfluß auf unser deutsches Vaterland und dessen nationale Entwicklung.

Die Wiedereinführung
der
Leibeigenschaft in Mecklenburg.
Zweite Auflage.
Preis 5 Ngr. oder 18 kr.

Die feudale Aera in Mecklenburg.
Ein Beitrag
zur
Geschichte des Junkerthums der Neuzeit und seiner Bestrebungen.
Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

An die Bürger Rostock's.
Ein Wort der Mahnung.
Preis 1 Sgr. oder 4 kr.

Religiös politische Enthüllungen
von
Johannes Hoppe,
vormals katholischen Priester und Caplan zu Hambach in der bayer. R. einpfalz.
Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Großbrittaniens Männer aus dem Volke.
(Aus der Allg. d. Arbeiterzeitung.)
1863. In 8. Preis 10 Sgr. oder 36 kr.

In anziehender Darstellung eine Reihe von aus dem Leben bedeutender, aus dem Volke emporgestiegener Männer Großbrittaniens gegriffener Belege für die tiefsittliche Wahrheit des Satzes „hilf Dir selbst, so wird Gott Dir helfen", den die Schrift als Motto an der Spitze trägt. Darunter insbesondere eine kurzzusammengefaßte, echt volksthümlich geschriebene Biographie des großen Erfinders der Eisenbahnen, **Georg Stephenson.**

Wichtig für Bruchleidende!

Wer sich von der überraschenden Wirksamkeit des berühmten Bruchheilmittels, von dem Bruch-Arzt Krüsi-Altherr in Gais, Kanton Appenzell in der Schweiz, überzeugen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit vielen hundert Zeugnissen unentgeltlich in Empfang nehmen.

Von der in unserem Verlag erscheinenden „Deutschen Wehrzeitung" ist Nr. 54 ausgegeben.

Inhaltsverzeichniß:

Stehendes Heer und Milizwesen. Ein Wort für die Abgeordneten in Würtemberg. II. — Die Militär-Gesetzgebung des Großherzogthums Weimar. — Die preußische Thronrede in Betreff der Reorganisation. — Der Berufs- und der Milizoffizier. — Landeswehr und Landesgesetz. Das Gesetz der Armee. Blinder Gehorsam. I. — Sanitätliches. — Correspondenz: Aus der Schweiz. — † Eine Todtenfeier. — Anzeigen.

☛ Es kommen uns häufig direkte Bestellungen zu, mit dem Bemerken, daß das Blatt unter Kreuzband expedirt und der Abonnementsbetrag für ein Quartal nachgenommen werden möge. Da die Nachnahme das Abonnement unnöthig vertheuert, so ist zu rathen, den Abonnementsbetrag, der bei direkter Expedition unter Band 42 kr. + 13 kr. = 55 kr. für Deutschland, für die Sendungen nach Frankreich und der Schweiz 42 kr. + 26 kr. = 1 fl. 8 kr. und nach England 42 kr. + 39 kr. = 1 fl. 21 kr (für Porto) pro Quartal beträgt, entweder sofort beizulegen oder zur Vermeidung wiederholter Nachnahmegebühr die Bestellung immer auf ½ Jahr zu erstrecken.

Die Expedition
der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung.

Hierzu eine Beilage: Zur Charakteristik der „conservativen" Presse.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 111.
Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,
12. Februar 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Erscheint jeden Sonntag.
Bestellpreis
vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr
6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.
Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Erlasse des ständigen Ausschusses des Vereinstags, die Berichterstattungen der einzelnen Vereine an den ständigen Ausschuß, sowie die Versendung des Berichts über den zweiten Vereinstag deutscher Arbeitervereine und über die Arbeiterbibliothek von Fr. Weithmann. — Berichtigung vom Arbeiterbildungsverein in Stade. — Beschluß des Arbeiterbildungsvereins in Großenhain in Betreff der Allg. d. Arbeiterzeitung. — Desgleichen des Arbeiterbildungsvereins in Gotha. — Berichte aus München; aus dem badischen Oberland; Celle; Gotha; Magdeburg. Das Arbeiterfest in Paris. II. **Politischer Theil.** Politische Umschau. Die letzte preußische Depesche nach Wien. Preußen, Junkerlogik. Blinder Eifer schadet nur. Ein Platzmajor im Sturm gegen Verwundete. Pensionen für Civil und Militär. Mücken seigen und Kameele verschlucken. Schleswig-Holstein. 40,000 gegen 17. Rendsburg, Feier des 1. Februar. Kiel. Gleichfalls. Oesterreich. Die Brigittenau verkauft. Lemberg. Mit dem Ausnahmezustand ist's endlich aus. Würtemberg. Liebhaber der Todesstrafe. Baden. Schule. Frankreich. Proudhon. Pillen für den Kaiser. Paris. Wozu es gut ist, wenn nicht Jedermann lesen kann. Griechenland. Angekommene Fremde. III. **Socialer Theil:** Streiflichter auf das Jahr 1864. II. — Zur Agitation in Betreff des Coalitionsrechts. — Berlin: Die Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses und der Regierungscommissar über das Coalitionsrecht. — Zwistigkeiten im Schooße des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins", Ausstoßungen. — Die Verwendung von Kinderarbeit in den großen rhein. Fabriken. — Die Frauen und die sociale Frage. — Die Coalition der Bauarbeiter in Birmingham. IV. **Sprechsaal:** Entgegnung aus Großenhain. — Internationale landwirthschaftliche Ausstellung in Köln. — Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Der ständige Ausschuß des Vereinstags an die deutschen Arbeitervereine.*)

Auf dem letzten Vereinstag in Leipzig wurde der Beschluß gefaßt, daß der ständige Ausschuß sich von den einzelnen Vereinen von Zeit zu Zeit Bericht erstatten lassen möge, über die Ausbreitung, welche das Genossenschaftswesen innerhalb oder auf Anregung der Vereine, in weiteren Kreisen genommen hat.

Bei Fassung dieses Beschlusses hatte man hauptsächlich im Auge:

1) das Material zu einer gründlichen Berichterstattung über Stand, Fortschritt und Entwicklung des Genossenschaftswesens zu sammeln,
2) zu konstatiren, ob und welchen Erfolg die auf dem letzten Vereinstag so vielfach gegebenen Anregungen zur Gründung von Genossenschaften gehabt haben,
3) die Erfahrungen zu sammeln, welche von einzelnen Genossenschaften gemacht und oftmals auch theuer bezahlt worden sind, damit dieselben nicht verloren gehen, sondern im Interesse der Gesammtheit verwerthet werden können,
4) den Vereinen Gelegenheit zu geben, sich bei Gründung von Genossenschaften Auskunft und Unterstützung bei dem ständigen Ausschuß zu holen, welcher bemüht sein wird, soviel in seinen Kräften steht in diesen Fällen den Vereinen mit Rath und That zur Seite zu stehen.

In Ausführung dieses Beschlusses laden wir Sie ein uns zu berichten:

1) welche Genossenschaften innerhalb Ihres Vereins bestehen oder aus demselben hervorgegangen sind,
2) ob die von Leipzig aus gegebenen Anregungen in Ihrem Verein auf fruchtbaren Boden gefallen sind und Veranlassung zur Gründung von Spar-, Consum-, Häuserbau- oder Productivvereinen gegeben haben; oder ob man im Begriffe steht eine derartige Genossenschaft zu gründen,
3) mit welchem Erfolg solche Vereine in's Werk gesetzt sind und welche besonderen Erfahrungen von allgemeinem Interesse Sie bei Gründung, Leitung und Geschäftsführung derselben gewonnen haben.

Ferner ersuchen wir Sie, in allen Fällen, wo Sie einer besonderen Aufklärung bedürfen, sich an uns wenden zu wollen und werden wir gerne bereit sein, Ihnen unsere Erfahrungen mitzutheilen und Ihnen unsere Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

Wir erwarten von Ihnen Nachricht, so oft sich in Ihrem Verein oder in Kreisen, die demselben nahe stehen, etwas in der hier vorgezeichneten Richtung ereignen sollte und indem wir Sie auffordern den Beschlüssen des Leipziger Vereinstags so viel in Ihren Kräften steht Rechnung zu tragen und namentlich für Ausbreitung des Genossenschaftswesens, welches wir mit Recht als den Haupthebel zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes betrachten, zu wirken, sprechen wir den Wunsch aus, von Ihnen in dieser Beziehung recht bald Erfreuliches zu hören.

Mit Gruß und Handschlag.

Frankfurt a. M., im Januar 1865.

Der ständige Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine.

Ferd. Stuttmann, Schriftführer. Leopold Sonnemann, Vorsitzender.

*) Beide hier zur Kenntniß der Vereine gebrachte Zirkulare werden zur Kostenersparung, da die „Allg. deutsche Arbeiterzeitung" zur Kenntniß aller betheiligten Vereine kommt, nicht besonders versendet.

Der ständige Ausschuß des Vereinstags an die deutschen Arbeitervereine.

Wir benachrichtigen Sie hierdurch, daß wir in diesen Tagen mit der Versendung des ausführlichen Berichts über den zweiten Vereinstag deutscher Arbeitervereine beginnen werden. Diejenigen Vereine, welche noch keine größeren Bestellungen gemacht haben, werden ein Exemplar des Berichts erhalten und es werden dieselben hiermit ersucht, ihre Bestellungen so rasch als möglich an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Die festbestellten Exemplare werden den Vereinen in Packeten zugesendet und der Betrag um die Abrechnung zu vereinfachen, mittelst Nachnahme erhoben.

Jedem Packete sind einige Probehefte der von Herrn F. Weithmann, Mitglied des ständigen Ausschusses, herausgegebenen Arbeiterbibliothek gratis beigefügt, die wir Ihrer Einsicht und Berücksichtigung empfehlen.

Mit Gruß und Handschlag.

Frankfurt a. M., den 27. Januar 1865.

Leopold Sonnemann, Vorsitzender.

Berichtigung.

Die „Allg. deutsche Arbeiterzeitung" bringt in Nr. 98 S. 486 ein Verzeichniß derjenigen Arbeitervereine, welche unter Leitung und Einfluß von Geistlichen stehen sollen. Darunter befindet sich auch der Arbeiterbildungsverein zu Stade, K. Hannover. Diese Angabe ist sowohl in Bezug auf die Vergangenheit als auch für die Gegenwart eine durchaus unrichtige, und dürfen wir von der verehrlichen Redaction eine baldgefällige Berichtigung, durch Aufnahme dieser Reclamation erwarten.

Stade, im December 1864.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.
Für dens.: W. H. Zobelmann.

Großenhain, 29. Jan. In der gestrigen Hauptversammlung wurde die Frage: wie und wodurch die bedrohte Existenz unseres Vereinsorgans gesichert werden solle und könne, einer eingehenden Erörterung unterworfen.

Nach lebhafter Debatte wurde ein Antrag des Vorsitzenden einstimmig zum Beschluß erhoben:

„An den ständigen Ausschuß, sowie an alle Brudervereine das Ersuchen zu stellen, dem Verleger unseres Organs, falls ferner noch Defizits vorkommen, diese aus Vereinsmitteln zu ersetzen und die Höhe der Umlage, welche solchen Falls ein jeder Verein zu zahlen hat, nach der Mitgliederzahl zu berechnen."

Indem wir Obiges der Oeffentlichkeit übergeben, hoffen wir auf rege Theilnahme und Unterstützung unserer werthen Brudervereine.

Der Vorstand des Arbeiter-Bildungs-Vereins.
Gustav Ringpfeil, d. Z. Vorsitzender.
Hermann Kaiser, d. Z. Cassirer.

Gotha, 30. Jan. Der Arbeiterverein in Gotha erklärt in seiner heutigen Versammlung vom 30. Jan. der Wahrheit gemäß und zur Berichtigung und Ergänzung des in der „Allg. d. Arbeiterzeitung" in Nr. 109 enthaltenen theilweise ungenauen und darum zu irriger Auffassung Raum gebenden Berichts, Folgendes:

In der Sitzung vom 16. Januar hat Herr Arnold Schlönbach aus Coburg mit dem wärmsten Eifer, unter Anerkennung der Verdienste, welche sich die Redaction der „Allg. d. Arbeiterzeitung“ um diese Zeitung, um die Sache der Arbeiter und überhaupt um die Sache der Freiheit erworben,

1) die Nothwendigkeit dargelegt, genannte Zeitung zumal jetzt um jeden Preis zu erhalten; —

2) es als Pflicht und Schuldigkeit der Arbeitervereine und jedes einzelnen Freundes der Partei aufgestellt, diese Erhaltung mit zu bewirken;

3) den Antrag des Herrn Bockerodt: der Arbeiterverein in Gotha möge zu den zwei schon abonnirten Exemplaren noch fünf weitere Exemplare abonniren, dahin erweitert: daß die Annahme dieses Antrags allen andern Arbeitervereinen Deutschlands als ehrenwerthes Beispiel dringend an's Herz gelegt werden möge,

4) den Antrag begründet: daß die verschiedenartig ausgesprochenen Wünsche nach größerer Popularität der Arbeiterzeitung dem Herrn Herausgeber privatim und nicht öffentlich dargelegt werden möchten.

Der Arbeiter-Verein.

Emil Sauerteig, Vorsitzender. **Julius Wagner**, Schriftführer.

München, im Januar. Am 5. Januar versammelte sich das Lehrercollegium, um für das nächste Quartal den Stundenplan sowie die Vorträge zu regeln. Es ist erfreulich, zu sehen, wie sehr die Herren sich Mühe geben, in populärer Weise ihr Wissen den Arbeitern mitzutheilen. Vorträge werden 13 gehalten werden. Herr Dr. M. Knorr über die Haut; Strohbach über die Entwicklung der deutschen Sprache 2; Herr Nipeiller über Gewinnung und Anwendung der Anilinfarben in Färbereien und Conditoreien; Herr Prof. Dr. Feustle, Geographie und Geometrie 2; Herr Redakteur Kreuzmeier über Sprichwörter und Redensarten; Herr Redakteur J. Knorr, deutsche Geschichte; Herr Dr. Zechmeister, Gesundheitslehre; Herr Dr. Knorr über Elektricität; Herr Glaskünstler Greiner über Mechanik und Herr Heß, Gastechniker, über Mechanik. Außerdem haben noch Herr Dr. Rubner, Herr Lehrer Scherer, Nipeiller und Herr Professor Dr. Feustle übernommen, irgend ein dem Arbeiter nützliches Thema zu behandeln. Der Stundenplan ist derselbe geblieben und wird auch von denselben Herren durchgeführt. Dies wäre nun wohl der erfreulichste Theil der Thätigkeit des Vereins und würde bei dem strebsamen Arbeiter die Lust zur Theilnahme reizen, wenn nicht fortwährend das Gespenst der Lokalfrage sich drohend zeigte. Man hat wohl versucht, dasselbe zu verscheuchen, aber die eigenen Mittel sind zu gering bei aller Aufopferung, zudem muß ein großer Theil dieser Mittel verwendet werden, um ein Privatlokal zu beschaffen, da es sich gezeigt hat, wie unmöglich es ist, bei Gastwirthen zu wohnen. Wenn unsere Fortschrittspartei sich an dieser Frage betheiligen wollte, würden gewiß jene niederdrückenden Verhältnisse gehoben werden; ein Einzelner freilich ist nicht im Stande, da einzugreifen, aber als Partei wäre es möglich, die Anzahlung für ein Haus zu beschaffen, welche ja nicht verloren und ein mächtiger Hebel zur Hebung der Arbeiterklasse sein würde. —

Nun noch ein Wort, oder wenn Sie wollen Mahnruf an alle Vereine (nicht blos Arbeitervereine) sowie Privatleute, welche dem Fortschritt zugethan sind. Unser Organ bildet den Vermittler zwischen den Vereinen und wie viel Gutes durch den Austausch des Erlebten, der Vorkommnisse u. s. w. es schon gestiftet, wird sich jeder ohne Vorurtheil Denkende selbst gestehen, aber es ist nicht genug, daß die Vereine eins oder mehrere Exemplare halten, es muß Propaganda gemacht werden von Seite der Mitglieder in ihren Privatkreisen, Werkstätten, Familien ꝛc., denn es bedarf erfahrungsgemäß oft nur der Anregung, der Hinweisung auf etwas, um Theilnahme und zuletzt werkthätige Mithülfe hervorzurufen. Also Freunde, macht Propaganda nach allen Seiten! Wir müßten ja vor uns selbst erröthen, wenn wir nach jahrelanger Aufopferung eines Einzelnen ein Organ eingehen ließen, das uns der Belehrung und des Guten schon so viel geboten hat, das oft mit nackten Worten die Gebrechen und Krebsschäden bloßgelegt hat; sagt alle: „Wir wollen unsere Arbeiterzeitung erhalten wissen“, und Freunde, wer etwas nicht Unmögliches bestimmt will, der kann es.

St. **Aus dem badischen Oberland.** Bekanntlich bilden die Arbeiterbildungsvereine des badischen Oberlandes einen Gauverband mit dem Vororte Freiburg. — Daselbst hielten diese Vereine am 26. Dezbr. v. J. eine Gauversammlung, bei der elf Vereine vertreten waren, und nebstdem nahm eine beträchtliche Zahl von Freiburger Industriellen und Kaufleuten daran Theil. Als erster Gegenstand auf der Tagesordnung stund die Berichterstattung über den 2. deutschen Arbeitertag vom Abgeordneten Stückler. — Dem folgte die Frage über Beibehaltung der bisher von den Lokalvereinen des Gauverbandes gereichten Wanderunterstützung, nachdem in Leipzig die Frage als nicht zweckmäßig verworfen worden. Aber trotz dieses Leipziger Beschlusses ging der Beschluß dieser Versammlung einstimmig dahin, die Wanderunterstützung auch ferner zu verabfolgen und diejenigen Vereine, welche in Leipzig für dieselbe waren, zum Beitritt einzuladen. Zu bemerken hiebei ist, daß sämmtliche Abgeordnete nicht, wie in Leipzig, dem Gelehrtenstande, sondern dem in dieser Frage praktischen Handwerkerstande angehören. Wesentlich zu diesem Beschlusse trug auch ein Bericht bei, der diese Frage ausführlich und gründlich behandelte, und namentlich auf die Reiseunterstützung hinwies, welche die gesammte deutsche und schweizerische Buchdruckerwelt ihren reisenden Kollegen, die 300 kathol. Gesellenvereine ihren Mitgliedern ertheilen, die so manche deutsche Stadt als „Stadtgeschenk“ verabreicht (also auch zu verabreichen für nützlich findet) und die jetzt noch unter einigen Berufsarten, z. B. den Hutmachergesellen gebräuchlich ist und es schließlich „nicht begreifen kann, wie trotz so gewichtigen Beispielen so viele studirte und gescheidte Männer diese Frage als unpraktisch in Leipzig verwerfen konnten.“

Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Frage über Errichtung von Herbergen, verbunden mit Arbeitsvermittlung. Nach lebhafter Diskussion, an welcher sich auch einige Bürger Freiburgs betheiligten, erfolgte der einstimmige Beschluß: es sei dringendes Bedürfniß, daß von den einzelnen Vereinen für Errichtung von Herbergen für wandernde Arbeiter gesorgt werde. — Vierter Gegenstand: „Blaumontagmachen.“ Beschluß: Die Versammlung spricht sich dahin aus, daß das sog. „Blaumachen“ als eines Arbeiterbildungsvereinsmitgliedes unwürdig und entehrend sei und bei wiederholtem Vorkommen ein solches Mitglied aus dem Verein auszuschließen sei. — Fünfter Gegenstand: Sparkassen. Beschluß: Es soll in jedem Lokalverein unsers Gauverbandes die Errichtung von Sparkassen angeordnet und sollen die Mitglieder zu Einlagen dringend ermahnt werden. — Sechster Gegenstand: Bessere Organisation unsers Gauverbandes. Ein vorgelegter revidirter Statuten-Entwurf wurde einstimmig angenommen; wir lassen ihn unten folgen, da unser Gauverband der größte (er zählt 13 Vereine) und wohl auch der älteste ist. — Die Versammlung selbst wurde vom ersten Vorsteher des Freiburger Vereins, Herrn Hofgerichtsrath Eimer eröffnet und geleitet, und vom zweiten Vorsteher, Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach, mit einer warmen Ansprache an die zahlreich anwesenden Arbeiter geschlossen. — Ihr folgte dann eine äußerst gemüthliche Christbaumfeier, welche einen trefflichen Eindruck auf die anwesenden Abgeordneten machte. — Vorfälle, wie sie vom Leipziger B.-Correspondenten in seinen Berichten und namentlich in seinem jüngsten (Diskussion, ob der Präsident das Recht habe, „Flegel“ auszutheilen) uns Lesern der Arbeiterzeitung vorgemalt werden, haben nicht stattgefunden; wenn sie übrigens vorkämen, hielten wir es eineßtheils für sehr unpassend, solche Fraubasereien in die Welt zu senden und ganze Spalten einer Zeitung zu füllen, die wahrlich für besseres geschaffen ist; anderntheils haben solche Diskussionen selbst für den Verein, wo sie vorkommen, gewöhnlich wenig Werth, wie sollen sie nun gar von Interesse für auswärtige Vereine sein? Und daß unser Organ nur die Interessen unserer Sache im Auge behält, wird auch der Leipziger B.-Correspondent zugeben. So viel sine ira et studio und deßhalb nichts für ungut! — Lassen wir hier noch die Statuten unsers Gauverbandes folgen.

§ 1. Der Gauverein ist die Verbindung einer Anzahl Arbeiterbildungsvereine des badischen Oberlandes mit einem Vorort an der Spitze.

§ 2. Ein Lokalverein eignet sich zur Aufnahme in den Gauverein nur dann, wenn seine Satzungen dem allgemeinen Zwecke der Arbeiterbildungsvereine entsprechen, die Mitglieder geistig-sittlich auszubilden, in allen für das bürgerliche Leben überhaupt und insbesondere für den Arbeiter nützlichen Zweigen des Wissens zu unterrichten und sich gegenseitig zu unterstützen.

§ 3. Die Anmeldung eines Vereins zum Beitritt in den Gauverband geschieht beim Vorort, dem die betr. Statuten vorzulegen sind und welcher die Anmeldung den Lokalvereinen zur Kenntniß bringt. Die Aufnahme geschieht durch Abstimmung der Vereine binnen 4 Wochen.

§ 4. Bei Verhandlungen von Gauvereins-Angelegenheiten haben die Vereine verschiedene Stimmberechtigung, je nach ihrer Mitgliederzahl, und zwar haben

Vereine	von	10—25	Mitgliedern	1 Stimme
„	„	26—55	„	2 „
„	„	56—95	„	3 „
„	„	96—155	„	4 „
„	„	156—255	„	5 „
„	„	256—433	„	6 „

Alle Vereine von mehr als 433 Mitglieder haben 7 Stimmen.

§ 5. Jeder Lokalverein stattet dem Vorort vierteljährlich einen Bericht ab, in welchem anzugeben ist: 1) Mitgliederzahl am letzten Tage des abgelaufenen Quartals; 2) Rechnungsablage über Einnahmen und Ausgaben der Wanderkasse; 3) Namen der Vereinsschuldner oder solcher Mitglieder, welche wegen Zuwiderhandlung gegen die Statuten aus einem Lokalverein ausgeschlossen worden (solche Mitglieder können ohne vorherige Rehabilitation in einen andern Lokalverein nicht wieder aufgenommen werden); 4) alle übrigen während des abgelaufenen Vierteljahres stattgehabten Vorfälle oder Ereignisse im Vereinsleben überhaupt; 5) den Stand der Sparkasse; 6) welche Unterrichtszweige gelehrt wurden u. s. w. Diese Berichte werden vom Vorort zusammengestellt und als Ganzes den einzelnen Vereinen zur Kenntniß gebracht.

§ 6. Zu diesem Zwecke, sowie überhaupt zur Besorgung der Gauvereins-Angelegenheiten wählt der Vorort alljährlich in einer Generalversammlung einen Ausschuß (Gau-Ausschuß) von 5 Mitgliedern, welche außerdem kein Amt im Vorort bekleiden dürfen.

§ 7. Der Gauverein versammelt sich alljährlich einmal, zu welcher Versammlung, wenn möglich, jeder Lokalverein einen Abgeordneten zu senden hat, an einem durch die Lokalvereine auf den Vorschlag des Vororts zu bestimmenden Orte, in welcher Versammlung vom Gau-Ausschuß Rechenschaft über seine Thätigkeit während des abgelaufenen Jahres, sowie Bericht über den Stand der Wanderkasse und über den Stand des gesammten Gauverbandes zu erstatten ist und die Wahl des Vorortes für 1 Jahr vorgenommen wird. Einzelne Anträge auf die Tagesordnung zu dieser Versammlung müssen dem Vorort spätestens 6 Wochen vorher mitgetheilt werden, welcher die Tagesordnung den Lokalvereinen wieder 3 Wochen vor der Gauversammlung mitzutheilen hat.

§ 8. Der Gauverein errichtet eine auf Gegenseitigkeit beruhende Wanderunterstützungskasse, für welche eigene Statuten aufgestellt sind.

§ 9. Diese Statuten, genehmigt in der Gauversammlung zu Freiburg am 26. Dez. 1864 von den Vertretern der Lokalvereine in Lahr, Freiburg, Staufen, Sulzburg, Neustadt, Furtwangen, Müllheim, Lörrach, Schopfheim, Zell und Waldshut, treten mit 1. Januar 1865 in Kraft und sollen in jedem Lokalverein angeschlagen werden.

Zum Vorort für das laufende Jahr wurde wieder Freiburg gewählt.

†† **Celle.** (Consumvereine und Arbeitgeber.) Im Nov. v. J. brachten wir im Anschlusse an die auf dem Arbeitertage in Leipzig gefaßten Beschlüsse, in diesem Blatte einen Artikel über Consumvereine, in welchem wir uns dahin aussprachen, daß wir in kleinen Orten die Begründung von Consumvereinen, mit offenem Laden, nicht empfehlen könnten, weil solche Vereine beim Mangel an Theilnehmern, namentlich unabhängigen Fabrikarbeitern, nicht weit genug ausgedehnt werden könnten, sich daher nur auf Colonialwaaren u. dgl. beschränken müßten, und diese selbst nur unbedeutend billiger wie Kaufleute lieferten; auf die Lieferung der Hauptverbrauchsgegenstände, wie Fleisch, Brod, Feuerungsmaterial, Handwerkererzeugnisse u. s. w. aber ihre Thätigkeit, weil die Mittel dazu fehlten, nicht ausdehnen könnten, und das Schlußresultat gewöhnlich dahin gehe, daß nur die Vereinsbeamten, Lagerhalter, Cassirer ꝛc., nicht aber auch die Vereinsmitglieder, wesentlichen Nutzen hätten. Aus diesen Gründen müßten wir für kleine Orte die s. g. Marken-Consumvereine empfehlen, weil diese sich auf alle Verbrauchsgegenstände ausdehnen könnten, und da dieselben wenig oder gar keine Verwaltungskosten verursachten, einen reinen Ueberschuß lieferten; wogegen wir zugaben, daß in größern Städten Vereine mit offenen Läden immerhin gute Geschäfte machen möchten.

Von diesem Artikel nahm der „Arbeitgeber“ Notiz, und indem derselbe unsern Artikel zuvörderst als offenbar von einem Bäcker oder Krämer ausgehend charakterisirt hatte, behauptete derselbe ferner, daß unserer Behauptung jede Logik fehle, indem in einem Orte, wo ein Krämer existire, auch ein Consumverein mit offenem Laden existiren könne; da die kiel-

nen Krämer immer die theuersten und schlechtesten Waaren hätten, auch dem Consumverein ganz andere Mittel und Bezugsquellen zu Gebote stünden, wie den Krämern u. s. w., und wurde auch schließlich ebenfalls angerathen, wenigstens vorläufig Vereine nach dem Markensysteme zu gründen.

Wir können nun dem Arbeitgeber zuvörderst die Versicherung geben, daß wir sowenig Bäcker, wie Krämer sind, sondern unserer Lebensstellung nach dem Arbeiter am nächsten stehen, uns auch nur als solchen betrachten, und unsere Ansicht auch nur im Interesse des Arbeiterstandes, und nicht im eigenen Interesse, wie der „Arbeitgeber" ohne Grund annimmt, ausgesprochen haben.

Was die Sache selbst betrifft, so haben wir selbst solche Erfahrungen gemacht, welche uns zur Mittheilung unserer Ansicht Veranlassung geben konnten, und sind wir der Meinung, daß auch unsere Erfahrung im vorliegenden Falle, wo es, was auch der „Arbeitgeber" nicht wird bestreiten wollen, an hinreichender Erfahrung, um darauf ein festes unumstößliches Princip zu bauen, noch mangelt, wohl einigen Werth hat und einige Berücksichtigung verdient.

Richtig mag es sein, daß in einem Orte, wo ein Krämer existirt, auch ein Consumverein existiren kann, man muß aber dabei annehmen, daß die größere Mehrzahl der Einwohner solchen Vereinen beitrete, was aber nicht geschieht und nicht geschehen kann. Bessere Bezugsquellen und größere Mittel stehen den Vereinen aber auch durchweg in kleinen Orten nicht zu Gebote, wie den Krämern, sondern im Gegentheile ist nicht wegzuleugnen, daß den Mitgliedern die bessere Waarenkenntniß und die Kenntniß, Conjuncturen für sich zu benutzen, oftmals abgeht und in mancher Beziehung auch der Verwaltungsapparat viel zu schwerfällig zum nöthigen schleunigen Handeln ist.

Unsere Behauptung, daß in solchen Vereinen eigentlich nur die Verwaltungsmitglieder, welche Gehalte beziehen, Vortheil haben, hat der „Arbeitgeber" ohne Widerspruch gelassen.

Wenn wir nun auch keineswegs behaupten können und wollen, daß die Vereine mit offenen Läden für kleine Städte nicht durchführbar sind, so können wir doch das behaupten, was wir selbst erfahren haben und sind dabei der Ansicht, daß wir doch am Besten thun, wenn wir das Weiße weiß, und das Schwarze schwarz nennen.

Hier in Celle bildete sich im Herbst 1863 ein Consumverein mit offenem Laden, welcher bald 400 Mitglieder zählte, eine für unsere Stadt bedeutende Zahl. Wir glauben nun nichts weniger, als daß ein Kapital von gegen 30,000 Thlr. jährlich umgesetzt werden müsse, allein wir haben uns sehr geirrt, das ganze Umsatzkapital kommt mit 12- bis 1300 Thlr. und wird bei durchgängig 5% Aufschlag nur ein Reingewinn von circa 600 Thlr. erzielt. Daß mit diesem Gelde 100 Thlr. Lagermiethe, Gehalte für den Lagerhalter, dessen Gehülfen, Cassirer, Vereinsboten, Feuerversicherungsprämien, Gewerbesteuer, Zinsen rc. nicht gedeckt werden können, mithin keine Dividenden gegeben und keine, doch nothwendigen Reservefonds, gebildet werden können, liegt auf der Hand. Dabei sind, wie wir aus eigener Erfahrung wissen, die Waaren ganz unbedeutend, theils nicht billiger, wie bei Kaufleuten; und rücksichtlich der Qualität haben wir auch keinen Unterschied entdecken können.

Nehmen wir noch hinzu, daß der Lagerhalter gar nicht controlirt werden kann und sich nicht controliren läßt, auch die Vereinsmitglieder der Mehrzahl nach der Meinung sind, daß solches nicht nöthig ist, weil sie das innere Wesen des Vereins nicht kennen, Lagerhalter und Cassierer aber, wie sich von selbst versteht, keine Arbeiter sind, und die Posten nur auf Grund zugesicherten guten Gehalts angenommen haben, wir also noch gar nicht wissen, welche Consequenzen den solidarisch haftenden Mitgliedern noch drohen, so wird jeder Leser zugeben, daß wir uns nicht für Vereine mit offenen Läden begeistert zeigen können, sondern die Marken-Consumvereine vorziehen, und zwar auf die Gefahr hin, für einen Bäcker oder Krämer gehalten zu werden.

Man wird uns entgegenhalten können, daß der hiesige Verein solche Maßregeln treffen könnte, welche ihn doch wenigstens vor letzterer Befürchtung sicher stellten, allein wir müssen bemerken, daß solche Versuche deshalb scheitern, weil der größere Theil der Mitglieder von der ganzen Organisation des Vereins nichts versteht, und deshalb auch sich diesen Versuchen entgegenstellt, den Versicherungen des Lagerhalters und dessen Freunden, daß auch ohne Controle Alles gut gehe, Glauben schenkt und es beim Alten läßt.

Solche Vereine können daher auch erst dann in Wahrheit segensreich wirken, wenn der Arbeiter- und Gewerbestand so weit durchgebildet ist, daß er die Verwaltung selbst in die Hand nehmen, oder doch gehörig überwachen kann, und somit solche Institute nicht mehr von einzelnen gewinnsüchtigen Männern ausgebeutet werden können. Daß unserem Arbeiterstande solche Bildung im Großen und Ganzen aber noch mangelt, kann leider nicht bestritten werden.

* **Gotha**, 1. Febr. Die Arbeiterbewegung hat in den letzten Wochen auch auf dem Lande Platz gegriffen. In drei Dörfern haben sich die ländlichen Arbeiter zu Vereinen constituirt; hauptsächlich um die Löhne zu verbessern. Es ist bisher für einen Taglöhner täglich 2½ Sgr. und Kost — welche meist sehr gering — oder 5 Sgr. ohne Kost gegeben worden. Dabei hat die Frau um die Hälfte Taglohn mitarbeiten müssen, wodurch die Kinder ohne Aufsicht und ohne nahrhafte Kost waren. Die neu gegründeten Arbeitervereine wollen nun diese Lohnfrage zuerst in die Hand nehmen und eine gerechte Ausgleichung herbeizuführen suchen, zu der die Gutsbesitzer im recht verstandenen eigenen Interesse vielmehr die Hand bieten, statt entgegenwirken sollten.

Der hiesige Arbeiterverein steht diesen Vereinen mit Rath zur Seite. Demnächst soll auch ein Arbeitertag zur Berathung über das Coalitionsrecht hier abgehalten werden.

, **Magdeburg**, 1. Febr. Heute Abends beging der hiesige Arbeiter-Bildungs-Verein in den weiten schönen Räumen des Robert'schen Gesellschaftshauses sein zweijähriges Stiftungsfest. Der Saal, mit der dreifarbigen Vereinsfahne und den Büsten von Dr. Meitzendorf, dem verstorbenen, in hoher Achtung und Liebe stehenden Begründer des Vereins, und von Schulze-Delitzsch geschmückt, bot bis auf die obersten Gallerien den Anblick einer dichtgedrängten Schaar, mit 1500 eher zu niedrig als zu hoch angegeben. Auch Gäste aus allen Berufskreisen waren zahlreich geladen und erschienen. Liedervorträge der Vereins-Sänger, unter Leitung des Organisten Herrn Schwarz, eröffneten die Feier; ihnen schloß sich die Deklamation des Schiller'schen Hymnus „An die Freude" an, und endlich die Festrede von Herrn Dr. Hirsch, derzeitig erstem Vorsteher. Der Sprecher hob in kurzen drastischen Sätzen die Prinzipien des Vereins hervor, welche von socialer und politischer Aufhetzerei weit entfernt, ebenso wenig den Vorwurf berechneter Beugung des Arbeiterstandes unter den Willen einer bevorzugten Bürgerklasse, verdienten, wie seitens der Anhänger Lassalle's so oft behauptet worden; sie wollen die volle Emancipation der Arbeiter durch Bildung, Gesittung, Selbsthülfe. — Die Mitgliederrolle zählt jetzt die Nummer 3176, doch sind nach den letzten Ermittelungen nur 1187 regelmäßige Beitragszahler verzeichnet. Dem Vorstande von 14 Mitgliedern steht eine Ordnerschaft von etwa 50 zur Seite; von den Vereinslehrern wurden im vergangenen Jahre 75 größere Vorträge wissenschaftlichen Inhalts gehalten: aus der Physik und Chemie 14, der Naturbeschreibung 21, der populären Medizin 6, der Geschichte 11, der Rechtskunde 4, Erziehungskunde 2 und Volkswirthschaft 17. Außerdem fanden 12 größere Debatten statt, unter andern über Lebensversicherung, Mahl- und Schlachtsteuer, das Malthus'sche System (gegen welches man sich erklärte) über Alter-Unterstützungskassen (worüber man das definitive Urtheil verschob) u. s. w. Die regelmäßige Beantwortung des Fragekastens und andere kürzere Vorträge und Debatten übergehen wir. — Der eigentliche Unterricht in besonderen Vereinigungen und Stunden hat nach dem Referate des Redners kein recht erfreuliches Resultat erzielt, die anfängliche Begeisterung und Theilnahme ist in den meisten Fächern bedeutend gesunken: von den hierher gehörigen Vereinen besteht nur noch der Rechnen-, der stenographische, der Gesang- und der dellamatorische Verein. (Die Neueröffnung des Unterrichts im Deutschen ward im Laufe des Abends noch angezeigt.) — Desto erfreulicher sind die Erfolge des Vereinslebens rücksichtlich der materiellen Hebung durch wirthschaftliche Genossenschaften: der Spar- und Vorschußverein konnte in der jüngst abgehaltenen Generalversammlung aus seinem ersten Verwaltungsjahre einen Reingewinn von beinahe hundert Thalern aufweisen — es besteht ferner, angeregt vom großen Verbande, ein Lebens-Versicherungs- und ein Consum-Verein. Die Mitglieder des letzteren übersteigen die Zahl von 300.

Nach Beendigung dieser nach allen Seiten hin wohl orientirenden Rede kamen wieder Gesang-Vorträge an die Reihe, Grüße von Mitgliedern auswärtiger Vereine wurden verkündet und von einem als Gast anwesenden Stadtverordneten auf das frische, reich sich entfaltende Leben des „Arbeiter-Bildungs-Vereins" ein begeistertes Hoch ausgebracht.

Den zweiten Theil des Festabends füllte ein Vortrag von Herrn Uhlich über das Leben von Schulze-Delitzsch, dem berühmten Gründer und Anwalt der wirthschaftlichen Genossenschaften, die jetzt auch über die Grenzen des Deutschen Landes hinaus Anerkennung und Verbreitung finden. Er schilderte das Leben dieses Mannes von seiner Geburt (1808) an, durch Auszüge aus dem 1838 von ihm herausgegebenen poetischen Wanderbuche und sonstigen Schriftstücken, wie nach persönlicher Bekanntschaft und Umgang im parlamentarischen und Privat-Verkehr, als Staatsbeamten, Menschen und Volksmann; er entrollte, indem er das Aehnliche und Verschiedene im Leben dieses Mannes und in dem des großen Lessing hervorhob, ein gemüthvolles Bild von den Kämpfen und Siegen dieses anerkannten Anwalts der Arbeit und der Arbeiter, und schloß mit einem begeisterungsvoll aufgenommenen Hoch auf Schulze-Delitzsch.

Aus dem Kassenberichte, den der Kassirer Herr Jordan wegen Zeitmangel nicht vortragen konnte, heben wir die hauptsächlichen Positionen hervor. Die Jahreseinnahme betrug: für Beiträge der Mitglieder (monatlich 1 Sgr.), Antrittsgelder (2½ Sgr.) und Statuten 595 Thlr., für zufällige Einnahmen 16 Thlr., zusammen also 611 Thlr., dazu Kassenbestand pro 1863: 191 Thlr., Summa der Einnahme 801 Thlr. — Die Jahresausgaben dagegen betrugen: laufende (Saalmiethe rc.) 101 Thlr., außerordentliche (an vortragende auswärtige Herren, die Abgeordneten nach Leipzig, für neues Inventar u. s. w. 120 Thlr., kleine 27 Thlr. zusammen also 251 Thlr.; so daß ein Kassenbestand pro 1864 von 550 Thlr. bleibt. Dazu kommt noch der Bestand der Baucasse mit ca. 300 Thlr.; Gesammtvermögen des Vereines nach zweijährigem Bestehen also ca. 850 Thlr.

Sehr interessant und dankenswerth war noch die von dem früheren Vorsteher der Ordnerschaft mit großem Müheaufwand vollendete Statistik der Vereinsmitglieder nach ihren Berufsbeschäftigungen; das Resultat ergab die überraschend hohe Zahl von 214 derselben, welche im Verein vertreten sind. Als Probe geben wir nur ein Verzeichniß derjenigen Berufsarten, von welchen 10 und mehr Mitglieder sich eingeschrieben. Buchdrucker, Maschinisten, Photographen und Zeugschmiede waren je 10, Bäcker, Conditoren und Korbmacher je 11, Gärtner 12, Hausknechte, Schiffbauer und Weber je 13, Bürstenmacher und Tabacksarbeiter je 14, Barbiere und Steindrucker je 15, Handschuhmacher, Instrumentenmacher und Müller je 16, Drechsler 17, Stuhlmacher 18, Dachdecker und Metalldreher je 19, Töpfer und Tapezierer je 20, Kutscher 21, Handelsleute 23, Buchbinder 26, Kaufleute 27, Maschinenbauer 31, Klempner 36, Maler 40, Schmiede 50, Böttcher 57, Zimmerleute 83, Schlosser 98, Maurer 118, Cigarrenmacher 195, Schneider 232, Tischler 249, Schuhmacher 257, endlich Arbeiter ohne besondere Bezeichnung 620.

Nach Verlesung dieser Statistik und Einladung zum fröhlichen Stiftungsfest am Sonnabend bei Quindardt's schloß gegen 11 Uhr diese ernste Stiftungsfeier, welche auf alle Anwesende, Mitglieder und Gäste, einen wahrhaft befriedigenden, ja erhebenden Eindruck gemacht hat.

Magdeburg, 5. Febr. Auf unsere Einladung sind am 29. v. M. die Vorstände der Arbeiterbildungs- und Handwerkervereine von Magdeburg-Sudenburg und Neustadt-Magdeburg, Buckau, Gr. Ottersleben, Schönebeck, Calbe a/S. und Burg zu einer Besprechung über die gemeinsamen Angelegenheiten und Bestrebungen zusammen gewesen und haben den vorläufigen Beschluß gefaßt, einen „Magdeburger Gauverband" zu begründen, mit wenigstens halbjährlicher Zusammenkunft der Vorstandsmitglieder. Diese acht Vereine, die in nächster Nähe bei einander wohnen, repräsentiren eine ständige Mitgliederzahl von mindestens 3000, und bilden daher bei großer Strebsamkeit einen der wichtigsten Knotenpunkte des Netzes deutscher Arbeitervereine.

Das Arbeiterfest in Paris. In unserer Nr. 109 (S. 544 Spalte 1) haben wir, mit der Mahnung zur Vorsicht, die Mittheilung gebracht, daß zu dem Arbeiterfest in Paris, der Arbeiterverein von Hannover und von Berlin vom Kaiser Napoleon Einladungen erhalten hätten. Die von uns damals noch bezweifelte Nachricht hat sich bestätigt und wie das „hannover'sche Tageblatt" berichtet, hat der dortige Arbeiterverein zwei seiner Mitglieder, Schuhmachermeister Leisemann jun. und Bahnhofstischler Krüger als Deputirte zu dem Arbeiterfest nach Paris gesendet.

Wir hoffen in unserer nächsten Nummer schon Näheres über das Fest selbst zu bringen. Was die freundlichen Beziehungen zu den Pariser Arbeitern betrifft, unter denen ja viele deutsche Landsleute sind, so ist dagegen gar nichts einzuwenden. Was aber die Zuvorkommenheit des Kaisers Napoleon gegen die deutschen Arbeiter betrifft, so können wir das

„Trau! schau! wem?“ doch nur wiederholen. Wir zweifeln zwar nicht, daß die Deputirten sehr befriedigt, ja entzückt zurückkommen werden, nicht nur was die Aufnahme bei den Pariser Arbeitern, sondern auch — was die Herablassung des Kaisers betrifft. Allein das kann unsere Bedenken durchaus nicht beschwichtigen.

Wolle nur Niemand vergessen, daß auch die ganze Lassalle'sche Agitation nach der französischen, kaiserlichen Musterschablone thatsächlich, und wie Andere sehr hartnäckig behaupten, auch mit Unterhaltung gewisser Einverständnisse in Lyon und Paris arbeitet!

Laßt Euch von den Manen von Charras mahnen, und vergeßt nicht, daß auch Hr. v. Bismarck nach der kaiserlichen Musterschablone arbeitet und daß man dabei — die Arbeiter als Werkzeuge braucht!

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Die letzte preußische Depesche nach Wien.

soll netto 15 Seiten Text haben. Verdächtig genug! denn, sagt das Sprichwort, wer viel schwatzt, der — doch es möchte unangemessen sein, den schriftlichen Verkehr zwischen großen Staatsmännern nach dem Maaßstab des gemeinen Volksverstandes zu messen. Das Schlimmste aber bei der Sache ist jedenfalls, daß dieses lange Schriftstück bei Weitem noch nicht das letzte Ende von dem unsterblichen Bandwurm sein wird, der in der Bismarck'schen Politik sein Wesen treibt.

Die Depesche weiß natürlicherweise nicht Worte genug zu finden, um die unerschütterliche Seelenfreundschaft auszudrücken, in welcher Hohenzollern zu Habsburg verharren wird bis zum Schall der letzten Posaune. Es wäre für Preußen eine Unmöglichkeit, in der schwebenden Angelegenheit anders als Hand in Hand mit Oesterreich zu wandeln. Nachdem dann diese kleinen Schäkereien der Liebe abgehaspelt sind, kommt das Kapitel der „Wenn“ und „Aber“ daher. Oesterreich möge Preußen nicht hinderlich sein, wenn dasselbe in nördlicher Staatenbildung mache. Preußen werde zur schuldigen Danksagung auch Oesterreich gewähren lassen, wenn dieses an seiner Ostgränze Staatenbildung treibe. Das preußische Kabinet sei leider noch immer nicht mit sich einig geworden über die Frage, auf wessen Namen das Haus Schleswig-Holstein in das Buch der Geschichte einzutragen sei. Auch sei leider das betreffende Material noch nicht herbeigeschafft, um ein Urtheil in dieser verwickelten Sache gewinnen zu können. Die mit Aufhellung der Besitzfrage betrauten Kronjuristen seien noch mitten in ihrer Arbeit u. s. w. Die Diplomatie ist noch niemals in Verlegenheit gewesen, wenn es sich um ausweichende Wendungen, um Seitensprünge und Ausflüchte handelte.

Noten hin, Noten her! Die Sache der Herzogthümer rührt sich nicht von der Stelle. Die Federn der Diplomaten verderben gründlich wieder, was Spitzkugel und Bajonnett gut gemacht haben. Die großmächtige Londoner Conferenz ist eine vergessene Sache; über den Wiener Friedensschluß ist Gras gewachsen; das Wort von Selbstbestimmung und Volksabstimmung ist wie eine prächtig aufsteigende Rakete in schnell verlöschende Funken zerplatzt. In den Herzogthümern hat man bereits den Jahrestag gefeiert, an welchem die deutschen Truppen mit klingendem Spiel die Eider überschritten. Oeversee, Düppel und Alsen krönten das Werk. Und heute? Heute steckt die Zukunft eines deutschen Bruderstammes im Dintenfaß der Diplomatie!

Preußen. Die Junkerpartei denkt nach folgender Schablone: Die neuzuschaffende Armee ist das eigenste Werk des Königs und deshalb unantastbar; König Wilhelm ist in militärischen Dingen der erste Sachverständige; die preußischen Siege in Schleswig sind Thaten des Königs, weil sie Thaten sind des durch den König geschaffenen Heeres; folglich wäre es Landesverrath, dem Könige in dieser Angelegenheit nicht zu Willen zu sein. Solche Ansichten trägt die Junkerpartei vor mit dem ganzen Aufwand der ihr zu Gebote stehenden königstreuen Beredtsamkeit und mit verschämten Blicken auf die Hunderttausende von Thalern, welche durch die beabsichtigte Aenderung ihrem selbsteignen Säckel zufließen würden. Ob die Landwehr, vormals die Retterin Preußens aus schwerer Noth, bei Seite geschoben; ob das Land mit übermäßigen Militärausgaben, die zugleich anderswo nützlicher verwandt werden könnten, belastet wird; ob Tausende von jungen Männern der schaffenden Arbeit entzogen werden — was kümmert's diese Junker, deren Vaterland nicht weiter reicht als der Schatten ihres Stammbaums.

Wie leicht aber der blinde Eifer sich selber eine Grube gräbt, beweisen die neuerdings wieder sehr beliebt gewordenen Hinweise auf die Niederlagen der Dänen. Diese Niederlagen sollen eine Folge der demokratischen Einrichtungen im dänischen Heere sein und der seit 1848 eingeführten kurzen Dienstzeit. Wie stimmt denn solche Sprache mit dem ohrenbetäubenden Siegesgeschrei, das von der nämlichen Partei dem preußischen Heldenruhme gespendet wird?

Der Stuttgarter „Beobachter“ bringt folgende wohlangebrachte Erinnerung: Wir haben auch nicht gelesen, daß der Lieutenant gestraft wäre, der den Trainsoldaten in Wesel, als er sich krank meldete, so an den Schädel schlug, daß er starb. Der arme Mensch ist mit Musik und Ehrengeleit begraben. Der Lieutenant aber lebt und regiert. — Man soll sich einmal vorstellen, so was passire in Frankreich! Oder man lese z. B. folgenden Artikel der „Rheinischen Zeitung“ aus Minden, vom 21. Juli vorigen Jahres: „(Unsere verwundeten Landeskinder und ein preußischer Platzmajor.) Wir haben hier einen Platzmajor, Namens Eichstedt, welcher sich durch seine eigenthümlichen Autoritätsansichten schon allerlei Beinamen erworben hat. Derselbe ist natürlich beauftragt, die hier ankommenden Verwundeten und Invaliden aus Schleswig zu empfangen und weiter zu dirigiren. Bei diesem Geschäfte — und wir verbürgen es mit 100 Zeugen — fährt er die armen kranken Leute an, welche glauben ihr Blut für's Vaterland vergossen zu haben, welche von dem Publikum stets mit Liebe empfangen, begrüßt und erquickt werden, nicht, als ob es „Brave“ seien, wie Prinz Friedrich Karl sich ausdrückte, sondern wie Jungen, die eben nur Ordre zu pariren haben. Am Sonntag war es aber wieder so arg, daß Passagiere aus dem Zuge ausstiegen, um den Namen dieses Mannes zu notiren. Es war ein Transport von theilweise Schwerverwundeten, die, den Arm in der Binde oder auf Krücken gehend, in die Waggons steigen sollten. In Front mußten die Leute stehen, ihr Gepäck auf- und abschnallen, und als sie nicht rasch genug in den Wagen kommen konnten, schalt er sie „Lümmel“, die aus Rand und Band seien! und ähnlich so. Es fehlte wenig daran, so wäre der Mann vom Publikum rektificirt worden. Trotz dessen, daß ein Wagen leer mitfuhr und die Schaffner die Kranken bequem setzen wollten, und trotz dessen, daß er förmlich ersucht wurde, die Leute nicht so zu behandeln, befahl er: Je 10 und 10 Mann — theilweise mit zerschossenen Armen und Beinen — in ein Coupé! mit Sack und Pack, wie die Pökelhäringe. Auf die halblaute Aeußerung eines Soldaten gegen den Schaffner: „Na, bis Porta!“ ließ er sofort den Feldwebel aussteigen und befahl diesem, auf jeder Station nachzusehen, ob die Leute auch noch Alle so säßen, wie er selbst befohlen; jedem Contravenienten sollte er sofort Arrest androhen. So geschehen 1864 nach dem schleswig-holsteinischen Kriege und nach den bombastischen Proklamationen u. s. w. von der Fürsorge hoher, höchster und allerhöchster Personen für kranke und verwundete Soldaten! Einen Unteroffizier, der den hier gereichten Wein nicht rasch genug austrinken konnte, herrschte er an: „Scheer Er sich mal her, ich will Ihm Zucht beibringen!“ Er wurde darauf allerdings gefragt, ob dies jetzt ein neu eingeführtes Commando sei. Gestern Abend bei einem Transporte Verwundeter herrschte Hr. v. Eichstedt die Leute entsetzlich darüber an, daß sie bei seinem Erscheinen so schlecht Front machten. Ein Unteroffizier übergab den Rapport, ohne sich zu besinnen, daß er bei der langen Tour seinen Säbel abgelegt hätte. Natürlich mußte er sofort zurück, den Säbel umschnallen und dann erst rapportiren und dergleichen. Wir wissen, daß kein einziger Offizier solches Verfahren billigen kann, wir haben leider die Aeußerung hören müssen: „Ach, wäre er doch mit bei Düppel gewesen!“ Besagte Nummer der „Rh. Ztg.“ wurde damals konfiscirt, ist aber jetzt endlich freigegeben. Und was glaubt der Leser, daß dem Offizier geschehen sei? 24 Stunden Hausarrest hat er erhalten, wegen solcher Behandlung heimkehrender Sieger.

Im Militärstaate Preußen werden nach dem Voranschlag der Staatsausgaben für 1865 für Civilpensionen 1,930,000 Thlr. verausgabt, für Militärpensionen — 3,385,973 Thlr. Und trotz dieser enormen Summe sind nicht nur die Veteranen aus den Freiheitskriegen, sondern auch die „armen Krüppel“ aus dem schleswig'schen Feldzuge zum größeren Theile auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen; ja es kommen, wie noch kurzlich berichtet wurde, Fälle vor, daß einem Veteranen die bisher genossene Unterstützung „wegen Erschöpfung der betreffenden Fonds“ entzogen wird.

Wer über die biblische Redensart: „Mücken seigen und Kameele verschlucken“ noch nicht in's Klare gekommen ist, der sehe sich ein wenig um in den kürzlich (1865) veröffentlichten Bemerkungen der Oberrechnungskammer für 1861. Hier einige Proben von der ängstlichen Gewissenhaftigkeit, mit welcher man den Heller zu ehren weiß: Bei der Verwaltungsrechnung der Regierungshauptkasse zu Frankfurt an der Oder war „der Erlös für die Pappeln unrichtig bei laufenden Gefällen mit 3 Thlr. vereinnahmt;“ diese sind nachträglich dem Veräußerungsgelderfonds“ zugeflossen. Bei der entsprechenden Kasse für Magdeburg handelt es sich um die Buchung von 4 Thlr. 17 Sgr. Bekanntmachungskosten für verkaufte Weidenbäume; bei einer Forstkasse um die Buchung von 9 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf. „für das Legen von Fangbündeln gegen den Rüsselkäfer.“ Bei der Militärverwaltung sind „für die polnische Uebersetzung des Sr. Maj. dem König von der Garnison in Thorn zu leistenden Eides“ 20 Sgr. beim Tit. III. Nr. 1 des Militäretats verausgabt, statt auf Tit. X. Bei der Marine sind auf der „Grille“ für Blumenschmuck, Malen, Vergolden, Parfümiren und Räuchern 26 Thlr. 25 Sgr. verausgabt, „deren Uebernahme auf Staatsfonds nicht gerechtfertigt erscheint.“ Ferner: „Aus den Liquidationen über die Kosten der Entsendung des Dampf-Transportschiffes „Ida“ nach Neapel (im J. 1859) ist Seitens der Oberrechnungskammer ersehen worden, daß sich fast fortgesetzt Passagiere, z. B. die Familie des Generals Cordova, verschiedene fremde Gesandte nebst ihren Gemahlinnen und Kammerdienern u. s. w., der päpstliche Nuntius Erzbischof von Gaeta nebst Bruder, 2 Sekretären und 4 Kanonici, sowie noch verschiedene andere nicht zur Schiffsbesatzung gehörige Personen am Bord der „Ida“ befunden haben und für Rechnung des preußischen Marinefonds zum Theil in der Offiziers-, zum Theil in der Mannschaftsmasse verpflegt worden sind.

Schleswig-Holstein. Gegen die „Siebenzehner-Adresse“ ist eine Erklärung erschienen, die schon in den ersten Tagen des Februar über 40,000 Unterschriften trug. Die Erklärung lautet: „Wir unterzeichnete Bewohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein erklären hiermit, gegenüber der Adresse des Baron Scheel-Plessen und Genossen, wie folgt: „Im Bewußtsein der Uebereinstimmung mit dem Willen und der Rechtsüberzeugung der Gesammtbevölkerung unseres Landes, und in der Ueberzeugung zum Besten unseres Vaterlandes zu handeln, halten wir fest an der auf Grund des Rechts unserm Herzog Friedrich VIII. gelobten Treue; halten wir fest an der Forderung, daß bei der zu beschleunigenden Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse sowohl im Innern als in Beziehung zu Deutschland dem Herzog und der gesetzlichen Landesvertretung eine entscheidende Stimme zusteht.“ —

Rendsburg, 1. Febr. In Veranlassung des für die Befreiung Schleswig-Holsteins durch die alliirte Armee so denkwürdigen 1. Februars — an welchem vor einem Jahre 50,000 Mann Preußen und Oesterreicher die Eider an sieben Punkten überschritten und den so siegreich beendeten Feldzug gegen Dänemark eröffneten — prangt unsere Stadt in ihrem festlichen Flaggenschmuck. Die Gräber der tapferen Kämpfer, welche in den ersten Tagen des Februars 1864 in den Gefechten von Jagel, Selk, am Königshügel 2c. verwundet in die hiesigen Lazarethe gebracht, daselbst ihren Wunden erlegen sind und auf unserm Friedhofe ruhen, waren heute Vormittag von dem früheren Damencomité zur Pflege der Verwundeten recht sinnig geschmückt worden. Heute Abend wird ein Festzug sämmtlicher Vereine und Gewerke sich zu der Stelle am westlichen Ende der Stadt begeben, von wo am 1. Februar Morgens von Seiten österreichischer Jäger die ersten Schüsse

auf die jenseits der Eider sich noch zeigenden dänischen Husaren-Vedetten abgegeben wurden, und wird an diesem Orte in einer Rede des für unsere Stadt und unser Land so folgenreichen Ereignisses in entsprechender Weise gedacht werden.

Kiel, 1. Febr. Zur Erinnerung an den Uebergang über die Eider, den heute vor einem Jahr die österreichisch-preußischen Truppen ausführten, hat heute die Stadt, voran die herzogliche Wohnung, das Rathhaus, die Hauptkirche u. s. w., ihren Flaggenschmuck angelegt. In Eckernförde, der ersten damals befreiten Stadt Schleswigs, findet eine größere Festlichkeit unter Betheiligung der Spitzen des hier garnisonirenden preußischen Militärs statt.

Oesterreich. Die Brigitten-Au, bekannt als der Platz, auf dem Robert Blum 1848 standrechtlich erschossen wurde, ist an eine englische Gesellschaft für den Preis von 1,280,000 Gulden verkauft worden.

Man schreibt aus *Lemberg*, 29. Jan.: „Durch einen Erlaß des Statthalters vom 26. d. M. ist der über die hiesige Universität verhängte Ausnahmezustand endlich gänzlich beseitigt worden. In Folge dessen treten die allgemeinen Studiengesetze wieder in volle Kraft.“

Würtemberg. Unter der Ueberschrift „Pietisten-Umtriebe“ erstattet der Stuttgarter „Beobachter“ Bericht über eine bei der Kammer eingelaufene Eingabe wider die Abschaffung der Todesstrafe. Der Beobachter schreibt: Eine freundliche Hand hat uns die Abschrift einer der pietistischen Eingaben auf die Gallerie geschickt, wie sie jetzt so zahlreich für die Todesstrafe bei der Kammer einlaufen. Das Original ist lithographirt, kommt von Stetten im Remsthal, trägt an der Spitze die Unterschrift des Pfarrers, dann kommen rangordnungsmäßig der Schultheiß, der Stiftungspfleger, die Gemeinderäthe und dann das übrige Volk, etwa 50 Unterschriften. Das Schriftstück selbst lautet: „Hohe Ständeversammlung! Dem Vernehmen nach beantragt die Justizgesetzgebungskommission in der Kammer der Abgeordneten die Bitte um Abschaffung der Todesstrafe. Wir bitten, es möge diesem Antrag keine Folge gegeben, sondern die Todesstrafe für das Verbrechen des Mords festgehalten werden. Ehrerbietigst.“

Auf Gründe, wie man sieht, läßt sich diese Partei nicht ein, und wenn sie so zahlreich wären, wie Brombeeren. Während die Demokratie ihre Forderungen in größeren und kleineren Versammlungen und Vereinen diskutirt und sie, nachdem der Boden der Ueberzeugung mit Gründen und Erwägungen tüchtig durchgeackert ist, als das Ergebniß freier Uebereinstimmung den Behörden vorzulegen pflegt, läßt sich diese gewaltthätige geistliche Demagogie auf Erörterungen weder in öffentlichen Versammlungen, noch in ihren Aktenstücken ein. Ist die Parole von den Zionswächtern ausgegeben, so wird sie einfach von der gläubigen Menge in schweigendem Gehorsam befolgt und die Masse der Unterschriften soll's dann thun.

Wir erblicken in diesem wilden und finsteren, auf Blutvergießen gerichteten Sinn noch einen Rest jenes altalemannischen Volkscharakters, von dem uns die Geschichte spricht. Kein deutscher Stamm ist in seinen Zerstörungs- und Ausrottungszügen so unbarmherzig aufgetreten, keiner hat sich in die deutsche Vor- und Urgeschichte so mit Blut eingeschrieben, wie der Alemanne. Fast zwei Jahrtausende sind über ihn hingegangen, das Christenthum, die Reformation schienen ihn um- und umgewandelt zu haben, aus der rohen Gaugenossenschaft ist ein Herzogthum Schwaben und aus diesem ein modernes, polizeilich über- und überregiertes Königreich Würtemberg geworden, aber der alte blutige Sinn ist im Herzen der Race geblieben. Durch so viele Religions- und Kulturgeschichten hindurch züngelt er noch heute da und dort aus dem deutschen Volksboden hervor. Wie unsere Bauernburschen stets bereit sind, beim geringsten Anlaß eines bösen Wortes und Blickes, bei den gewöhnlichsten Raufhändeln, welche die Angelsachsen durch Boxen und die norddeutschen Brüder durch „derbe Keile“ abmachen, das Messer zu zücken und „Blut zu lassen“, so zuckt nun dieselbe mystische Lust am rothen Sühneblut auch aus diesen Pietisten-Adressen hervor, zum Schrecken einer ringsum gesitteten und veredelten Welt. Wie viele Jahrhunderte noch wird die Civilisation, und welche Erziehungsmittel wird sie brauchen müssen, um den letzten Tropfen indianischer Wildheit aus diesen gemüthlichen Schwabenherzen zu vertreiben!

Baden. Erfreulich lauten bereits die Berichte aus Baden über die segensreichen Folgen des neuen Volksschulgesetzes. So wird dem Frankf. Journal von dort geschrieben: „Es ist erstaunlich und erhebend, wahrzunehmen, was für ein lebendiges Interesse für die große Sache der Volkserziehung unter den besten Bürgern in aufopferndem Eifer sich offenbart. In den Städten vorab sind es die angesehensten Bürger, die Wissen und Kraft in anerkennenswerther Weise dieser so lange vernachlässigten Seite des Volkslebens zuwenden, und die Lehrer rühmen es laut, daß für ihre Schulbedürfnisse nie so gesorgt und den Kindern nie eine solche Achtung vor den Ordnungen der Schule eingeflößt worden sei, wie eben jetzt. Aber auch auf dem Lande, wo die Verwirklichung des Gesetzes an dem weitreichenden Mangel an Bildung und Selbstständigkeit ihre eigenthümlichen Schwierigkeiten findet, werden, wenn auch in geringerem Maße, segensreiche Erfolge sichtbar. Wenn der einfache Landmann aus eigenem Antriebe regelmäßig die Schule besucht und den Lehrer in der Handhabung der Zucht unterstützt, so ist gewiß schon nicht wenig erreicht; kommt dazu noch die Anweisung eines gebildeten Schulfreundes, so wird auch hier das Möglichste für die Schule geleistet werden; sollte letztere fehlen, so müßte doch unausbleiblich die schöne Arbeit der Städte nach und nach von dem Lande erkannt und nachgeahmt werden.“

Frankreich. Seit dem Tode *Proudhon's* hatte man sich über das Schicksal seiner Wittwe und seiner Kinder große Besorgnisse gemacht, und es waren hierüber bereits mehrere Gerüchte im Umlauf. Heute wird erzählt, daß am Abende vor seinem Tode Proudhon, der sein Ende herannahen fühlte, seine älteste Tochter zu sich berief, und ihr die Namen von 31 seiner ergebensten Freunde dictirte, welchen er die Sorge für seine Familie anvertraute. Der Wunsch des berühmten Schriftstellers ist erfüllt worden und die bezeichneten Personen haben sich eine Pflicht daraus gemacht, die ihnen von ihrem verstorbenen Freunde anvertraute Mission zu erfüllen. Dank ihnen, ist jetzt eine öffentliche Subscription, wovon die Rede war, überflüssig geworden. Bei dieser Gelegenheit drängt sich die Betrachtung auf, daß alle berühmten Männer von 1848, die bisher gestorben sind, und ihre Zahl ist nicht unerheblich, durchaus kein Vermögen hinterlassen haben. Einige derselben waren sogar so arm, daß ihre Freunde ihre Begräbnißkosten tragen mußten.

Der Franzosenkaiser büßt jetzt die Begünstigung, die er dem Pfaffenthum während einer Reihe von Jahren angedeihen ließ. Kein Schriftsteller irgend einer der alten Parteien konnte dem Kaiser empfindlichere Dinge sagen, als sie in dem gegenwärtigen Kampfe mit den Bischöfen zu Tage gefördert werden. Wie widrig muß es dem vormaligen Präsidenten der Republik klingen, wenn der Bischof von Orleans von der Unverletzbarkeit des Eides spricht? Wie ungern muß es der Erwählte von sieben Millionen hören, daß die Zahl kein Beweis für das Recht ist, zumal wenn Fälschungen der Wahlkomités das allgemeine Stimmrecht zur bloßen Spiegelfechterei machen? Und welche Gedanken müssen sich dem Manne aufdrängen, der der Gründer einer Dynastie sein will und der in so Vielem schon dem Klerus zu Willen gewesen, wenn ihm zugerufen wird, daß die Kirche sich mit keiner politischen Regierungsform verschmelze, oder mit andern Worten, daß sie sich bei einem etwaigen, durch politische Ereignisse herbeigeführten Wechsel der Dynastie theilnahmlos verhalten würde? — Erscheint das nicht wie eine Illustration zu dem Witzworte, das man neulich aus Rom berichtete, daß Napoleon III. ohne Soldaten in Paris noch schwächer wäre, als der Papst in Rom ohne französische Truppen? (Bund.)

Paris, 2. Febr. Die von dem Prinzen Napoleon und dem Unterrichtsminister befürwortete Einführung des *obligatorischen Elementarunterrichts* dürfte die Zustimmung des Geheimraths, der sich nächster Tage damit beschäftigen wird, nicht erhalten. Die Regierung will, wie es heißt, nur so weit gehen, daß sie den Unterricht für alle Kinder mittelloser Eltern unentgeltlich macht. Also der Einfluß des Prinzen Napoleon und des Unterrichtsministers zusammen genommen ist nicht stark genug, um einer Maßregel zur Verwirklichung zu verhelfen, welche allein im Stande wäre, den Verdummungs-Bestrebungen entgegen zu wirken, welche in Frankreich im größten Maße betrieben werden. Hr. Emil Augier scheint den geheimsten Gedanken der Regierung errathen zu haben, indem er seinen Maître Guérin ausrufen läßt: „Es wäre unmöglich zu regieren, wenn Jedermann lesen könnte.“ —

Griechenland. Ein athenisches Witzblatt hat den Zustand der Dinge in Griechenland auf eine eigenthümliche Weise dargestellt. Unter der Rubrik *Angekommen* führt es folgende sinnbildliche Persönlichkeiten an: „Aus verschiedenen Gegenden her: Frau Verschwendung und Hoffahrt ohne Gatten; die Wittwe Zahlungsunfähigkeit, abgestiegen im Gasthof zur Armuth Nr. 99 im siebenten Stockwerk. Frau Schmeichelei mit der kleinen Schwester Lüge in Familienangelegenheiten; die Reisende, Frau Faulheit, leidend, um das Klima zu verändern.

Socialer Theil.

Streiflichter auf das Jahr 1864.

II.

In Deutschland hat das Jahr 1864 den Riß vollendet, der schon vorher zwischen Arbeitern und Arbeitern, eigentlich zwischen zwei Theorieen der Volkswirthschaft vorhanden war. Diese beiden Theorieen oder Systeme sind schwer zu bezeichnen, sofern wenigstens wir uns auf die eine oder die andere Seite stellen sollen. *Umsturzpartei* und *Entwicklungspartei*, das wäre wohl das Bezeichnendste, wenn wir nicht hinzufügen müßten, daß jede vernünftige Entwicklung mit dem Umsturz gewisser Dinge verbunden ist, und jeder Umsturz zu einer neuen Entwicklung sich anheischig macht. *Partei der Gewaltthätigkeit* und *Partei der moralischen Ueberzeugung* wäre ein zweiter Vorschlag, aber mit einer Clausel; denn die Gewaltthätigen behaupten, alle Sittlichkeit in Erbpacht genommen zu haben, ja einen Großhandel mit „Menschen- und Bruderliebe“ zu treiben, während die moralische Ueberzeugung doch auch ihr Gartenmesser in der Hand führt, um gewisse Pflanzen mit der Wurzel auszustechen.

Worauf wir aber in keiner Weise eingehen, das ist die Einschwörung auf Eigennamen, und um den neuen Propheten des „Social-Demokraten“ alle derartige Polemik abzuschneiden, erklären wir ein für allemal: ihnen steht es frei, sich bis ans Ende der Tage oder bis irgend eine von der Eitelkeit gestochene

Persönlichkeit es müde wird, Aristides immerfort den Gerechten nennen zu hören, ihnen steht es frei, sich Lassalleaner zu nennen, was ganz gut zu „Social-Demokrat", „Sociale Revue" und anderer Lyoner Einfuhr paßt; wir sind keine „Schulzeaner", so Vieles diese Blätter auch über die auf Anregung von Schulze-Delitzsch entstandenen Vorschuß- und Creditvereine schon gebracht haben und ferner bringen werden.

Schulze-Delitzsch, Abgeordneter zur preußischen Nationalversammlung, hat sich als treuer Patriot zur Zeit der großen Krise von 1848/49 erwiesen; er gehört zu den beredtesten Mitgliedern der jetzigen preußischen zweiten Kammer, und insbesondere der „Fortschrittspartei"; Schulze hat das nicht genug zu schätzende Verdienst, mitten in der erbärmlichen Reaction der Manteuffel und Schwarzenberg die Fahne der Arbeiter erhoben und geschwungen zu haben; er hat Tausende und aber Tausende zum Nachdenken gebracht und ihnen die ersten Begriffe von Wirthschaft, die Elemente der Oekonomik beigebracht; er ist als wohlthätiger, aufopfernder Freund der enterbten Klassen aufgetreten und hat allererst eine Erörterung über die Grundlagen der Gesellschaft, über die Mittel der Besserung und die Ziele alles Strebens ermöglicht. Wo waren unterdessen die „Lassalleaner", welche Leistungen setzen sie den Schulze'schen entgegen?

Aber nach unserer Ansicht ist Schulze nicht der Vater eines abgerundeten Systems, ist er nicht und will nicht sein im Besitz aller Kenntnisse und Erkenntnisse, die Deutschland gebraucht, um sich zur politischen Einheit und Größe und zur gesellschaftlichen Wohlfahrt als Nation zu erheben. Er ist einer jener Meister, von denen Göthe sagt, daß sie sich „in der Beschränkung zeigen", in der Beschränkung nämlich auf gewisse nächstliegende, praktische Zwecke, auf Dinge, die im Raume eines Manneslebens zu erreichen sind. Wir sind auch keineswegs, wie sich der „Social-Demokrat" ausdrückt, der uns eingestandenermaßen nicht liest, — die „Leiter der Schulze'schen Arbeitervereine", die sich im Gegentheil selbst leiten müssen, wie es ihnen auch obliegt zu wissen, was an ihnen Schulz'isch ist, was nicht.

Wir sind der Meinung, die Arbeitersache ist viel zu groß, viel zu bedeutsam und weitgreifend, als daß sie in die Enge eines menschlichen Namens zusammen zu zwängen wäre; wir halten es für kindisch und größtentheils „gemacht", von dem „Dahingegangenen", „Unsterblichen", von der „Größe" zu reden, der „tief in die Arbeiterwelt eingedrungen" sei, über dem Grabe dessen, der dem „unabweislichen Verhängnisse anheimgefallen", die „geballte Faust" zum Symbol der Arbeiterinteressen zu machen, gleichsam als hinge das Wohl von Millionen von der Rache ab, und zwar — von der Rache für das Unglück eines Duellanten! Gründlicher konnten die Apostel ihre Sache gar nicht verfahren, als durch die Verherrlichung ihres Messias, der mit Anerkennung des gröbsten Vorurtheils aus der Welt gegangen ist, welches die privilegirte Adelskaste den „besitzenden Klassen" als Erbtheil vermacht hat!

Was der verstorbene Lassalle Gutes und Gediegenes an sich hatte, die eigentliche Bedeutung dieses talentvollen Demagogen, das im Zusammenhange mit der Zeitgeschichte darzustellen, wird Sache der Literaturgeschichte sein. Seine Apostel und Lobhudler, der ganze Schweif, der sich an ihn gehängt hat, machen es zur Unmöglichkeit, vor der Hand ein Wort der Anerkennung über ihn auszusprechen. Uebertreibung und Charlatanismus stopfen der ruhigen Ueberzeugung den Mund. Wo man uns im 19. Jahrhundert ein Evangelium, eine göttliche Botschaft aufdringen will, da werden wir kopfscheu, zucken die Achseln und gerathen in Verstimmung. Und wir sind fest überzeugt, es denken schon manche „Lassalleaner" gerade so, die jetzt gezwungen sind, die Schleppe des Bahrtuches des „großen Todten" zu tragen, der bekanntlich ein „Gott" war, da er durch einen Blitzstrahl weggenommen wurde — als ob Götter verbrannten!

Am Besten scheiden sich vielleicht die beiden Parteien durch den Begriff des Klassenbewußtseins und der Machtherrlichkeit des vierten Standes. Die Radicalen oder Communisten predigen den Arbeitern ein Klassenbewußtsein, d. h. sie trennen sie von der ganzen übrigen Welt, sie lehren sie jeden Menschen hassen, der bereits, sei es auch durch Arbeit, etwas vor sich gebracht hat und somit „Kapitalist" geworden ist; sie setzen den Arbeiter in unversöhnlichen Gegensatz zu Wohlstand und Reichthum des Bürgerthums; sie hantiren nach französischer Schablone mit den Wörtern: Bourgeoisie und Ouvriers. Als ob der wohlhabende Bürgerstand etwas Festes, Ererbtes oder Abgeschlossenes wäre, wie weiland Adel und Clerus in Frankreich! Als ob der heutige Besitz von irgend einem Staate garantirt würde! Als ob nicht tagtäglich aus der Welt der Arbeiter Kapitalisten hervorgingen, die demnach als Abtrünnige zu hassen und zu vernichten wären! Als ob das Talent und die Kenntnisse der socialistischen Schriftsteller nicht ebenfalls Kapital bedeuteten, ganz abgesehen davon, daß der „Dahingegangene" in lächerlichster Weise mit seinem und seiner Freunde „Besitz" zu prahlen pflegte!

Wir sind weit entfernt, die gegenwärtigen Bedingungen der Production, den Modus der Vertheilung der erzeugten Güter für normal und endgültig zu erklären. Unsere Aufgabe, die Aufgabe aller Hellersehenden und Begreifenden, besteht vielmehr darin, die Nothwendigkeit einer Reform zu beweisen und deren Durchführung bei jeder Gelegenheit zu beantragen: aber die Idee eines „Arbeiterstaates", etwa von ein paar Literaten dictatorisch regiert, erinnert uns denn doch allzusehr an die „Utopia" des Thomas Morus oder andere Gesellschaftsromane, welche nur mit einem ganz anders gearteten Menschengeschlecht in Scene gesetzt werden könnten. Der Versuch, solche Romane aufzuführen, ist natürlich völlig geeignet, dem Gedrückten, Nothleidenden, Uebervortheilten in die Seele hinein zu lächeln; und deshalb erheben wir unsere Warnungsstimme und werden sie lauter und lauter erheben, je schwindelnder gewisse Programme auftreten, je verführerischer die Sirenen der „Socialdemokraten" das Paradies ausrufen!

In England ist die sociale Frage durch geistige Unduldsamkeit, durch Gedankenlosigkeit der Politiker, durch die bekannte englische Vernarrtheit in's Herkömmliche auf eine sehr gefährliche Spitze getrieben worden; England scheint einer Katastrophe entgegen zu treiben. Daraus folgern gewisse Fanatiker der Logik, daß ganz Europa in ähnlichen Heften steckt wie England, daß alle Völker des Erdtheils das Loos Englands zu theilen bestimmt sind, daß alle Staatsgesellschaften sich nur deshalb bis hierhin entwickelt haben, um in Verzweiflung abgebrochen und nivellirt zu werden. Unglück prophezeihen, scheint eine angenehme Beschäftigung zu sein und die Spitzfindigkeit hat solches Vergnügen an sich selbst, daß ihr der Untergang der Welt erwünscht ist, damit sie nur recht behalte. Edler und vernünftiger aber wäre es, die Welt auf die rechte Bahn zu bringen, Unglück abzuwehren und den Bevorzugten die Opfer vorzuzählen, welche sie zu bringen haben, um der Sündfluth einen Damm vorzubauen.

Zu solchen Betrachtungen wichtigster Natur veranlassen die Begebenheiten des Jahres 1864; wir hielten für gut, sie in ihrer ganzen Nacktheit, ohne Hülle und Schminke, darzulegen und meinen, die Arbeiterwelt wird es uns Dank wissen.

Zur Agitation in Betreff des Coalitionsrechts.

„Das Coalitionsrecht der Arbeiter, schreibt die „Berliner Volkszeitung", wird hoffentlich in der diesjährigen Legislatur einen Triumph feiern, den es seit vielen Jahren vergeblich angestrebt hat. Wir glauben hinzufügen zu können, daß es auch ohne beschränkende Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln wegen Mißbrauchs des Rechtes gewährt werden wird, wie wir dies in unserer Zeitung öfter als unsere Ansicht dargelegt haben.

„Wie wir indessen aus den Zeitungen ersehen, wird der in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag von Schulze-Delitzsch und Faucher wegen Aufhebung der §§. 181 und 182 der Gewerbeordnung von 1845 zum Gegenstande einer gehässigen Agitation gemacht, weil nicht zugleich beantragt worden ist, die folgenden §§. 183 und 184 aufzuheben, welche angeblich den Interessen der Arbeiter am allerfeindlichsten entgegen sein sollen."

Zur rechten Beleuchtung dieser Agitation und zur Charakteristik derjenigen vermeintlichen Arbeiterfreunde, welche diese persönlich zugespitzte Agitation betreiben, druckt die „Volkszeitung" die einschlagenden Artikel der preußischen Gewerbeordnung ab. Es sind die folgenden:

„§. 181. Gewerbetreibende, welche ihre Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter, oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie sich mit einander verabreden, die Ausübung des Gewerbes einzustellen, oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter zu entlassen oder zurückzuweisen, ingleichen diejenigen, welche zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, sollen mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.

§. 182. Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst, oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden oder zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, sollen mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.

Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstraßen, Eisenbahnen, Festungsbauten und anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind.

§. 183. Die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehülfen oder Lehrlingen ohne polizeiliche Erlaubniß ist, sofern nach den Criminalgesetzen keine härtere Strafe eintritt, an den Stiftern und Vorstehern mit Geldbuße bis zu 50 Thlrn. oder Gefängniß bis zu vier Wochen, an den übrigen Theilnehmern mit Geldbuße bis zu 20 Thlrn. oder Gefängniß bis zu vierzehn Tagen zu ahnden.

§. 184. Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter, welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen, oder ihren Verrichtungen sich entziehen, oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen, sind mit Geldbuße bis zu 20 Thalern oder Gefängniß bis zu vierzehn Tagen zu bestrafen."

Daran knüpft dasselbe Blatt nun noch folgende Bemerkungen:

„Wie man sich durch Einblick in diese Gesetzesbestimmungen leicht überzeugen kann, handeln die zwei ersteren Paragraphen von der Arbeitseinstellung auf gemeinsame Verabredung. Eine solche gemeinsame Einstellung der Arbeit wird sowohl den Arbeitgebern, wie den Arbeitern bei schwerer Strafe verboten. Die Paragraphen 183 und 184 dagegen handeln von ganz anderen Dingen und liegen auf einem ganz anderen Gebiet der sogenannten Ordnung der gewerblichen Verhältnisse.

„Der Paragraph 183 verbietet jede Art von Verbindung unter Fabrikarbeitern, Gesellen und Gehülfen ohne polizeiliche Erlaubniß, gleichviel welchen Zweck die Verbindung auch haben mag. Daß hierunter keine Verbindung zur Arbeitseinstellung gemeint sein kann, geht schon daraus hervor, daß der §. 182 dergleichen und sogar die „Aufforderung" dazu schon mit Gefängniß bis zu Einem Jahr bestraft, während der §. 183 eine Gefängnißstrafe von höchstens vier Wochen verhängt. — In der That spricht und meint der §. 183 etwas ganz anderes. Er verbietet jede Art von Verbindung der Arbeiter unter einander und wäre ihr Zweck noch so unschuldiger Natur, wie Gedichte vorlesen, Spazierfahrten veranstalten u. dgl. Auch zu solchen Vereinigungen hatte das Gesetz von 1856 die vorherige Erlaubniß der Polizei für erforderlich erachtet.

„Dieser Paragraph — so sagen nun die vorgeblichen wahren Freunde der Arbeiter — solle aufgehoben werden! und weil die Abgeordneten Schulze und Faucher dessen Aufhebung nicht beantragt haben, so sei das ein offenkundiger Beweis, daß sie und die ganze Fortschritts- und liberale Partei blos ihren Spott mit dem Arbeiter treiben!

„Dieser Aufhetzung liegt eine Unwissenheit zu Grunde, welche wir uns fast schämen, dem schlichten Arbeiter erst deutlich machen zu müssen.

„Der unselige Paragraph 183, der aus dem Jahre 1845 herrührt, ist nämlich schon seit vollen fünfzehn Jahren durch die Verfassung aufgehoben. Der Artikel 30 der Verfassung, der bereits ein halbes Menschenleben hinter sich hat, bestimmt: „Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen." Zu diesen Gesellschaften, Vereinen, Verbindungen ist eine vorherige polizeiliche Erlaubniß nicht erforderlich. Im ganzen Lande bestehen auch bereits nicht minder wie in Berlin zahlreiche Vereine dieser Art unangefochten. Die Handwerkervereine, die Arbeitervereine sind sprechende Zeugnisse dafür, daß die Arbeiter, Gesellen und Gehülfen ihre verfassungsmäßige Berechtigung nicht bloß kennen, sondern auch ungestört und unbehelligt ausüben. Da treten diese Hetzer, die sich als die erleuchteten Freunde der Arbeiterwelt geberden, auf und fordern: die Aufhebung des § 183! — Diese Lächerlichkeit charakterisirt die Herren sehr deutlich!" —

„Freilich könnte Mancher meinen, wenn der § 183 wirklich nicht mehr gilt, so hätten ja die Arbeiter schon das erwünschte Coalitionsrecht und da wäre die Aufhebung des § 182 überflüssig.

„Das ist aber ein Irrthum.

„Der Artikel 30 der Verfassung sammt dem Vereinsgesetz gewährt nur das Recht zu solchen Verbindungen, „deren Zwecke den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen." So lange nun der § 182 in Kraft ist, können sich zwar die Arbeiter zu Gesellschaften verbinden; allein der Zweck der Verbindung darf nie die Verabredung, zur Arbeitseinstel-

lung sein, da diese Verabredung, ja sogar schon die Aufforderung, mit Gefängnißstrafe belegt ist. Erst wenn der § 182 aufgehoben sein wird, werden die Arbeiter auch das Recht erhalten, das sie unter Coalitionsrecht verstehen; und darum konnte der Antrag von Schulze und Faucher nur dahin gehen, den § 182 außer Kraft zu setzen.

„Nicht minder wie mit dem § 183 blamiren sich die Hetzer mit dem § 184.

„Der § 184 steht nämlich in gar keiner Beziehung zu dem Coalitionsrecht. — Dieser Paragraph verbietet nur jedem einzelnen Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter ohne gesetzlichen Grund mitten in der Woche oder mitten in der Stückarbeit auf und davon zu gehen, und die begonnene Arbeit liegen zu lassen. Auch grober Ungehorsam oder beharrliche Widerspenstigkeit eines einzelnen Gesellen, Gehilfen oder Fabrikarbeiters soll laut diesem Paragraphen bestraft werden. Da auch hier die Strafe höchstens bis auf vierzehn Tage Gefängniß lautet, so kann damit nicht jene gemeinsame Arbeitseinstellung auf Verabredung Vieler verstanden sein, die ja bereits im § 182 mit Gefängniß bis zu Einem Jahr bedroht ist. — Nun mag wohl dieser § 184 an sich einer Verbesserung fähig sein und einer Abänderung in milderem Sinne bedürfen; allein mit dem Coalitionsrecht hat er nicht das Allergeringste zu thun. Ihn damit in eine Verbindung zu bringen, ist reine Unwissenheit."

Indem die „Volkszeitung" nun hieran anknüpfend die Arbeiter auffordert, eine Parallele zu ziehen zwischen denen, die in solcher Weise hetzen und den Männern, gegen welche sich diese Verhetzungsversuche richten, schließt sie mit den Worten:

„Jetzt sollte es wohl allen klar werden, warum die Kreuzzeitung das Hetzen und Treiben dieser Leute öffentlich bejubelt und heimlich belächelt!"

So die „Volkszeitung". Allein wenn auch darin mancher Hieb gegen die Literaten des „Socialdemokraten", die sich als die eigentlichen „Volksfreunde" geriren, wohl verdient sein mag, so begreifen wir darum doch nicht, warum der die Arbeiter einem Ausnahmegesetz unterwerfende § 184 nur „gemildert" und nicht ganz aufgehoben werden soll.

Berlin. Bei der sehr bedeutsamen Erörterung, welche in der Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses über den Antrag Schulze-Faucher stattfand, haben sich gegen den ursprünglichen Antrag nur zwei Abgeordnete, die Herren Hammacher und Deutz und weniger aus prinzipiellen, als aus Zweckmäßigkeitsgründen erklärt. Der erstere fürchtete nachtheilige Wirkungen auf die Rheinischen Arbeiter-Verhältnisse. Die vorsichtig ausweichende Erklärung des Reg.-Kommissars wurde keineswegs beifällig aufgenommen. Abg. Becker fand diese Unschlüssigkeit auffallend im Vergleich mit den sehr positiven, in Form und Inhalt übereinstimmenden Artikeln, denen man in den Organen der äußersten Rechten und der äußersten Linken begegne.

— Im Schooße des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins sind Zwistigkeiten entstanden, welche, wie der „Soc.-Demok." meldet, dazu genöthigt haben, in Leipzig wie in Solingen „Ausstoßungen" zu beschließen. Die letztere betrifft den frühern Sekretär Lassalle's, Wilms.

Die Verwendung von Kinderarbeit in den großen rheinischen Fabriken.

Die großen Fabrikanten zu Aachen und Burtscheid jammern in dem neuesten Jahresberichte ihrer Handelskammer sehr darüber, daß die Arbeiter vom Staate die Erlaubniß erhalten haben, nicht schon im Kindesalter sich zum Industriekrüppel machen zu lassen. Es ist wahrhaft widerlich, wie diese Klagen sich breit machen. „Von den Hemmnissen," sagt der Bericht, „welche durch das Gesetz über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für die hiesige Industrie entstanden sind, haben wir Seite 15, 17, 21, 22 und 27 berichtet. Im Durchschnitt waren während des Jahres 1863 jugendliche Arbeiter beschäftigt: 432 von 12—14 und 1475 von 14—16 Jahren, im Ganzen also 1907 jugendliche Arbeiter." Auf S. 15 ff. wird sodann gesagt: „Tuchfabrikation: Die Fabrikation dieser Artikel ist trotz Vermehrung der mechanischen Webestühle durch den großen Mangel an Webern sehr gehemmt, welchen Uebelstand wir hauptsächlich dem gesteigerten Schulzwange zuschreiben müssen, indem sehr wenige jugendliche Arbeiter nach dem 14. Lebensjahre noch Lust zeigen, als Lehrlinge zur Weberei überzugehen. — Streichgarn-Spinnereien: Auch hier zeigt sich wiederum in sehr störender Weise, wie nachtheilig die gesetzlich beschränkte Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter auf diesen Fabrikationszweig einwirkt, indem die leichteren Verrichtungen, die früher den jungen Arbeitern zufielen, jetzt von Erwachsenen übernommen und daher höher bezahlt werden müssen. Der Schulzwang ist demnach ein wesentlicher Grund, weshalb unsere Fabrikanten mit den Englischen und Belgischen Spinnereien, die derartigen Beschränkungen nicht unterworfen sind, so schwer concurriren können. — Nähnadelfabrikation: Die Hindernisse, welche das Gesetz über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter den Nähnadelfabrikanten bereitet, müssen wir wiederholt in Erinnerung bringen. — Stecknadeln mit Glas- und Stahlköpfen: Der gesetzlich vorgeschriebene Schulzwang und die damit verbundene Beschränkung der Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter treten einem raschern Aufschwung dieser Industrie hindernd entgegen und geben, wie in vielen anderen Fällen, zu begründeten Klagen Veranlassung. — Cigarrenfabriken: In unseren Berichten pro 1861 und 1862 haben wir gesagt, daß das Gesetz über Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ganz besonders der Ausdehnung der hiesigen Cigarrenfabrikation hindernd entgegenstehe. Die immer mehr zu Tage tretende nachtheilige Einwirkung auf die Fabrikation selbst kann nur bei einem genauern Eingehen auf die Art des Betriebes, was wir nicht für angemessen erachten, dargelegt werden. Nach den mit Errichtung der Fabrikstatuten getroffenen Bestimmungen wegen des Schulbesuchs konnte ein Theil der Kinder unter 14 Jahren auch nicht mehr während der gesetzlich erlaubten Zeit von 6 Stunden beschäftigt werden." — Selbst der „Elberfelder Ztg." ist das ein Bischen zu arg und sie öffnet, obwohl unter schüchternen Entschuldigungen, ihre Spalten folgender, den Egoismus mit der eigenen Waffe bekämpfenden Gegenbetrachtung: „Die Handelskammern sind allerdings Institute, deren Bestimmung es ist, Handel und Gewerbe ihres Bezirks zu fördern. Sie werden also ihr beschränkteres Interesse zu befürworten haben, selbst wenn es mit dem allgemeinen collidirte. Sie dürfen aber damit nicht verstoßen gegen allgemein gültige Gesetze der Humanität und der Volkswirthschaft, die immer Hand in Hand gehen. Das thut aber im vorliegenden Falle die Handelskammer von Aachen und Burtscheid, denn indem sie klagt über eine von ihr als mangelhaft erkannte Einrichtung, wünscht sie deren Abänderung, und eine Erfüllung dieses Wunsches würde ein Rückschritt in der Humanität und Volkswirthschaft sein. Darüber brauchen wir wohl kein Wort zu verlieren, daß die Humanität eine möglichst freie und ungehemmte Entwicklung des heranwachsenden Menschen verlangt. Gerade in den Jahren, in denen die Pubertät eintritt, die für das ganze fernere Leben von der allergrößten Bedeutung sind, wird der Grund zu so mancher Krankheit gelegt, die langes Siechthum und frühzeitigen Tod im Gefolge hat. Gerade in den Jahren, in denen die Eindrücke der Außenwelt anfangen nachhaltig auf die geistige Entwicklung einzuwirken und zu selbstbewußten klaren Reflexionen zu veranlassen, ist der Zwang der Fabrikarbeit fast der Sklaverei gleich zu achten, ist dem Einfluß des Fabriklebens auf die Moralität Thür und Thor geöffnet. Eben so einleuchtend ist die volkswirthschaftliche Seite der Sache. Ein gesunder und kräftiger Arbeiter schafft in jedem Industriezweige mehr als ein kränklicher und schwächlicher, und seine Arbeitskraft dauert länger. Das für die Erziehung und Heranbildung eines Menschen aufzuwendende Kapital fängt freilich früher an, sich zu verzinsen, je früher der Mensch zur produktiven Arbeit verwandt wird, aber es verzinst sich weit höher, wenn diese Arbeit erst mit einer gewissen körperlichen und geistigen Reife begonnen wird, und die Verzinsung dauert länger. Der große Factor ökonomischen Fortschrittes ist bekanntlich das Eigeninteresse. Wenn die Gewerbtreibenden nur ihr eigenes Interesse berücksichtigen wollen, so müssen sie sich sagen, daß ein reiches Angebot von Arbeit ihr Vortheil ist. Das Angebot von Arbeit steigt mit dem Wachsen der Bevölkerung und die Bevölkerung wächst mit Besserung des Gesundheitszustandes. Das alles ist so klar und längst bekannt, daß man Anstand nehmen müßte, es noch einmal zu sagen, wenn nicht, wie vorstehender Auszug beweist, Manche absichtlich die Augen dagegen verschlössen. Diese scheuen sich nicht, um eines augenblicklichen Vortheils halber, der in der größeren Billigkeit und besseren Verwendbarkeit von Kindern für manche Industriezweige gefunden wird, den größeren Vortheil eines zahlreicheren und gesunderen Arbeitergeschlechts daran zu geben. Was Kinder arbeiten, werden z. B. überall Weiber ebenso wohl leisten können, und Weiberarbeit ist bekanntlich auch billiger als Männerarbeit. Vorstehende Erwägungen würden zu einem gänzlichen Verbote der Beschäftigung jugendlicher, noch nicht zu einer gewissen Reife gediehener Arbeiter führen. So weit ist aber unsere Gesetzgebung bei Weitem nicht gegangen. Sie verbietet nur die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in Fabriken, Berg-, Hütten- und Pochwerken und beschränkt die Arbeitszeit für Kinder von 12—14 Jahren auf 6 Stunden täglich excl. eines mindestens dreistündigen Schulunterrichts. Wenn man auch auf dem freiesten wirthschaftlichen Standpunkt steht, der im Prinzip ein völliges Schweigen der staatlichen Gesetzgebung in solchen Dingen verlangt, der Umstand, daß gegen ein so wenig beschränkendes Gesetz noch Klage erhoben wird, beweist klar, daß unsere Bildung noch lange nicht weit genug fortgeschritten ist, um ein freies Walten des Prinzips für förderlich zu halten. Wir bedürfen des Schulzwanges, damit das heranwachsende Geschlecht nicht verwildert, wir bedürfen eines solchen Zwanges, damit es nicht verkommt, gegen die Indolenz unwissender Eltern, gegen den Egoismus der Fabrikherren. Zwingen aber kann nur die Staatsgewalt. (Berl. Reform.)

Die Frauen und die sociale Frage.

In **Pforzheim** hat der unermüdet thätige Hr. Moritz Müller einleitende Schritte gethan zur Gründung eines auf Selbsthülfe und Association basirenden Frauenvereins. Derselbe äußert sich darüber in dem „Pforzheimer Beobachter" in vorläufiger Andeutung wie folgt: „Meine Betrachtung führte mich zuerst auf die Frage, ob für die Arbeiterinnen nicht etwas Aehnliches angestrebt werden sollte? Bei weiterem Nachdenken frug ich mich jedoch: tauscht wohl manches Bauernmädchen oder manche Arbeiterin mit mancher Beamtentochter? Ist die Einrichtung der sogenannten „höheren" Töchterschulen oder die mit Phrasen ausgeschmückte und angepriesene Pensionserziehung eine genügende und befriedigende? Ist in den mittleren, höchsten und allerhöchsten Ständen in der Frauenwelt Alles Gold was glänzt? — Und indem ich nun die Aussprüche edler Mütter und Frauen durchging, kam ich auf eine Stelle von Frau Rath Göthe, der Mutter unseres großen Dichters, und bei Lesung derselben durchblitzte mich der Gedanke, mich auf einen höhern Standpunkt zu schwingen und die große sociale Frage des Weibes überhaupt in's Auge zu fassen. Und von dieser Seite aus werde ich die Sache zu behandeln suchen, nicht allein die Arbeiterinnen berücksichtigen. Es existirt auch kein derartiger Frauenverein in Deutschland und hat auch noch kein Mann in der Weise öffentlich zu den Frauen gesprochen. Ich soll Wahrheiten sagen ohne zu verletzen und ohne wehe zu thun. Bei der Aufgabe hat mich, ich muß es gestehen, einigemal Angst erfaßt, doch habe ich's überwunden — ein Nichtgelingen und Alleinstehen würde mir nichts an der Ehre rauben und mir nichts an meinem Verdienste schmälern, das Treffliche gewollt und durchschaut zu haben. Auch verlange ich nichts Unmögliches. Eine weitere Erläuterung behalte ich mir für meinen nächsten Vortrag vor." ꝛc.

Wer nur einigermaßen dem Gegenstand seine Aufmerksamkeit zuwendet, wird zwar die unendliche Schwierigkeit, aber auch die hohe Zeitgemäßheit und Verdienstlichkeit des Unternehmens nicht verkennen. Möge der gute Anfang von gutem Erfolge begleitet sein.

Die Coalition der Bauarbeiter in Birmingham.

(Aus der National-Zeitung.)

In England sind Arbeits-Einstellungen zum Zweck einer Erhöhung des Lohns etwas Gewöhnliches; sie haben dort stets in kleinem wie in größtem Maßstabe stattgefunden, ohne die öffentliche Ruhe bedenklich zu gefährden. Die letzte Einstellung der Bauarbeiter in Birmingham schien aber einen drohenden Charakter anzunehmen, da von beiden streitenden Parteien die unerbittlichsten Maßregeln getroffen wurden, die das Gesetz nur zuläßt. Glücklicher Weise ist dieser erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein durch den verständigen Beschluß der Meister in einem am 21. d. M. gehaltenen Meeting zur Versöhnung gekommen. Diese beschlossen die Forderung der „Entlassungsnote" bei Annahme der Arbeiter aufzugeben, in streitigen Fällen über den Arbeitslohn sich mit den Arbeitern zu verständigen, und wo dies erfolglos, selbst ein Schiedsgericht anzuerkennen. Die Nachricht von diesem Beschluß ging wie ein „Wildfeuer" durch die Stadt und erregte den höchsten Enthusiasmus der Arbeiter, die sofort zu ihrer Arbeit zurückkehrten. Nicht blos das constitutionelle Leben, auch die socialen und volkswirthschaftlichen Verhältnisse sind in England reifer entwickelt als in Deutschland, und so mag es auch in Bezug auf die letzteren für Deutschland lehrreich sein, die bewegenden Triebfedern dieses Kampfes zu erkennen. Arbeitgeber und Arbeiter standen sich hier in

zwei geschlossenen, über das ganze Königreich verzweigten Organisationen gegenüber, die ersteren in der Gesellschaft der „Vereinigten Baumeister", die letzteren in der der „Handwerkervereinigung". Die Initiative des Kampfes, wie der Mechanismus der Taktik gingen von den Arbeitern aus. Die „Handwerkervereinigung" war vollkommen organisirt und ihre Einstellungen meist erfolgreich. Jede Werkstätte der Arbeitgeber war gezeichnet; es war fest bestimmt, für welchen Meister gearbeitet werden durfte, für welchen nicht. Handelte ein Meister gegen die Bestimmungen dieser Association, so wurde er in Bann gethan, seine Arbeiter wurden abgerufen, und er konnte keine neuen erhalten. Dieser mächtigen Verbindung gegenüber gab die Gesellschaft der „Vereinigten Baumeister" ihrer Organisation eine gleiche Ausdehnung, adoptirte den Arbeitern gegenüber dasselbe rücksichtslose System, und beschloß, ihre Arbeiter ebenso zu wählen und abzuweisen, wie die Meister von den Arbeitern gewählt oder verfehmt wurden. Zu diesem Zwecke verlangten sie von jedem Arbeitsuchenden die verhaßte „Entlassungsnote", einen Art von Paß, ein einfaches Zeugniß, das der Meister dem Arbeiter ausstellte, der seine Werkstatt verließ. Der Arbeiter, der den Meister verließ, um an einer Einstellung Theil zu nehmen, erhielt dies Zeugniß nicht. Kam er zu einem andern Meister und konnte die „Entlassungsnote" nicht aufweisen, so war er durch diesen Mangel schon gezeichnet und wurde abgewiesen. Obgleich die Arbeiter selbst jeden Meister „billetirt und gestempelt", „schwarz oder weiß angestrichen" hatten, und das ganze Verfahren der Meister nur „ein Blatt aus ihrem eigenen Buch" war, zeigten sie doch dieser Maßregel gegenüber die wildeste Empörung und schrieen über „Leibeigenschaft" und „unenglisches Verfahren". Vom einseitigen Standpunkte des Rechts, bei der herrschenden Rechtsgleichheit und Associationsfreiheit beider Theile in England, läßt sich gegen das Verfahren der Arbeitgeber gewiß nichts einwenden. Aber unklug war es doch, denn es ging über die feine Linie der Vertheidigung hinaus und war schon Vergeltung. „Mein ist die Rache, spricht der Herr", oder will man vom rein humanen wie vom Nützlichkeits-Standpunkt ausgehen, so hätten die Meister bedenken sollen, daß sie auf einem Plan mit den Arbeitern schaffen müssen; daß eine abstrakt auch rechtsgültige Vergeltungsmaßregel vom Socialbessergestellten gegen den Aermeren immer einen tiefen Haß erzeugen und den allem modernen Fortschritt so schnurgerade widersprechenden Klassenkampf entzünden muß. Es ist gut, daß sie zu dieser Erkenntniß gekommen sind. Wer die deutschen Verhältnisse aber kennt, muß sich doch wundern, daß bei der langjährigen guten Organisation englischer Handwerker-Vereine, der guten Durchschnittsbildung und der staatlichen Rechtsgleichheit der Arbeiter mit den Arbeitgebern in England noch nicht jene Harmonie unter Beiden, wie in Deutschland an vielen Orten, erreicht worden ist, wo die Interessen beider Theile sich fruchtbar in die Hände arbeiten. Es läßt sich dem Arbeiter leicht sagen: die Höhe des Lohns hängt nicht von dem guten Willen des Arbeitgebers ab, sondern von der unerbittlichen Nothwendigkeit des Marktes, von den natürlichen Gesetzen des Verkehrs; es läßt sich dem Arbeitgeber leicht sagen: Gib Deinen Arbeitern den höchstmöglichen Lohn, denn das ist nicht blos human, sondern es liegt auch, wenn Du dagegen verknöchert bist, doch jedenfalls in Deinem wohlverstandenen Interesse; denn Du ermöglichst damit ihre bessere Ernährung, erhöhst ihre Arbeitskraft, ihre Intelligenz; und das wird Dir wieder in Deinen Büchern zurückkommen, wie es in großen Etablissements, wo die Arbeitgeber freiwillig den Lohn erhöht haben, bewiesen worden ist. — Aber um diese Resultate volkswirthschaftlicher Wissenschaft recht zu verstehen und zur vollen Ueberzeugung zu bringen, wäre in England vor Allem nöthig, daß die schroffen socialen Schranken zwischen Arbeiter und Arbeitgeber fallen, daß die letzteren den ersteren freundlich die Hand reichten und ihnen mit Rath und That, vor Allem mit Belehrung zur Seite ständen, daß die Arbeitgeber in England für die dauernd werthvolle bessere Klasse einmal den Versuch machten, der in Massachusetts in den Vereinigten Staaten, wie in Lowe, vollkommen gelungen ist, diese durch eine Tantième an das Interesse des Geschäfts zu binden. Der grimme Streit der Interessen dagegen, der „Auge um Auge", „Zahn um Zahn" geführt wird, endet für die Arbeitgeber mit Verlusten an Vermögen, für die Arbeiter mit Noth und Elend und entspricht wenig der Humanität, dem bürgerlichen Gemeinsinn und der volkswirthschaftlichen Erkenntniß unserer Tage.

Sprechsaal.

(Eingesandt.) G.R. **Großenhain.** Durch Zufall bekamen wir Nr. 8 des „Social-Demokrat" in die Hände, in welcher, außer einem langen Artikel aus der Kreuzzeitung, worin aus erklärlichen Gründen gegen die Anhänger der von Schulze vertretenen Prinzipien weidlich losgezogen wird, — unter anderen Ausfällen und Uebertreibungen, auch ein angeblich gefundener Fragezettel aus unserem Verein abgedruckt war. Recht gut können wir uns erinnern, daß vor ohngefähr 8 Wochen ein Fragezettel erledigt wurde, in welchem wegen verzögerter Einführung einer Unterrichtsstunde Klage geführt wurde; aber wir brauchen wohl nicht noch zum Ueberfluß zu bemerken, daß der angeblich „gefundene" von lügenhaften Phrasen und Zusätzen so überhäuft ist, daß nur die Person, welche unserer Gegenpartei vorsteht, nämlich ein Mucker, welcher wenn auch vielleicht jetzt nicht mehr, so doch noch bestimmt vor kurzer Zeit Mitglied des hiesigen Gesellenvereins war, solch einer Verunglimpfung fähig gewesen sein kann. Uebrigens muß das Lesematerial des „Social-Demokrat" doch sehr spärlich sein, da er sich aus anderen Vereinen mit verunstalteten Fragezetteln, welche etwa verloren oder durch ein räudiges Schaf, welches noch in unserer Mitte weilt, entwendet worden sind, behelfen muß. Wenn das der Weg zur Lösung der socialen Frage ist, — so ist das ein recht armseliger.

Internationale

Landwirthschaftliche Ausstellung zu Köln

im Jahre 1865,

unter dem Allerhöchsten Protectorate

Sr. Kgl. Hoheit des Kronprinzen von Preussen.

Das unterzeichnete Comité ist zusammengetreten zur Veranstaltung einer **Internationalen Ausstellung von Maschinen, Geräthen und Erzeugnissen des Gartenbaues, der Land- und Forstwirthschaft,** sowie von Gegenständen der **häuslichen Oekonomie** des Land- und Forstwirthes. Sie wird hier am **15. Mai** dieses Jahres in den Anlagen der Gartenbau-Actien-Gesellschaft **„Flora"** beginnen.

Die Stadt Köln, am belebtesten Strome Deutschlands, im Knotenpunkte des ausgedehntesten Eisenbahn-Netzes und im Mittelpunkte reicher Fabrikbezirke, empfiehlt sich von selbst durch ihre ausgezeichnete Lage, wie durch ununterbrochene Verbindung mit dem ganzen In- und Auslande.

Die von Herrn General-Garten-Direktor Lenné zu Potsdam, dem Meister und Nestor der Gartenbaukunst, geschaffenen Anlagen der „Flora" bieten bei ihrer Ausdehnung und glücklichen Umgebung den zweckmässigsten kostenfreien Raum zur Aufnahme der reichsten Auswahl von Gegenständen der gedachten Art.

An alle Fabrikanten und Besitzer solcher Gegenstände im In- und Auslande richten wir daher die Einladung zur Beschickung der Ausstellung, welche mit Hülfe von Special-Commissionen durch das unterzeichnete General-Comité nach dessen näheren Anordnungen geleitet werden soll.

Indem wir bemerken, dass Gegenstände, die nicht mehr in den Händen der Producenten sind, keineswegs ausgeschlossen sein sollen, wird nur der Wunsch um Angabe des Namens und Wohnortes derselben ausgesprochen.

Die Ausstellung soll folgende Haupt-Abtheilungen umfassen:

1) Erzeugnisse der Landwirthschaft, einschliesslich derjenigen der landwirthschaftlichen Gewerbe, sowie aller auf das Landleben Bezug habenden Sammlungen der verschiedensten Art;
2) Geräthe und Maschinen für die Landwirthschaft;
3) alle auf das Landleben, sowie die Forstwirthschaft bezügliche Gewerbe-Erzeugnisse, z. B. Pläne und Modelle von Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden und deren Bestandtheilen, Hausrath, Arbeitsgeräthe, Nahrungsmittel und Geräthschaften zu deren Bereitung und Benutzung;
4) Produkte und Geräthe der Forstwirthschaft und der Jagd, sowie dahin gehörige Sammlungen;
5) Produkte und Geräthe des Gartenbaues und der Garten-Architektur, sowie Gartenmöbel, Statuen, Volièren, Fontainen, Zelte etc. etc.

Es wird Vorsorge getroffen werden, dass die eingesandten Maschinen während der Ausstellung in Betrieb gesetzt werden.

Zu Preisrichtern werden die bewährtesten Sachverständigen Deutschlands und der Staaten, denen die Aussteller angehören, berufen werden.

Zum Zwecke der Verloosung werden Ausstellungs-Gegenstände angekauft, wozu wenigstens 10,000 Thaler verwandt werden sollen. Die Aussteller werden daher ersucht, bei Anmeldung der Gegenstände anzugeben, ob solche angekauft werden können, ausserdem aber folgende Bedingungen zu beachten:

1) Die Ausstellung beginnt am 15. Mai und ist mit dem 1. Juni 1865 geschlossen. Es wird jedoch deren Verlängerung für weitere vierzehn Tage vorbehalten;
2) Aussteller verpflichten sich durch die Einsendung, die Gegenstände der Ausstellung für deren Dauer zu belassen und sie binnen acht Tagen nach deren Beendigung zurück zu nehmen;
3) alle Gegenstände, deren Beschaffenheit es erfordert, werden in bedeckten Räumen aufgestellt, so weit solche beschafft werden können;
4) die Anmeldung der Ausstellungs-Gegenstände hat bis spätestens **den 30. März,** die Uebernahme **vom 15. April bis 5. Mai** Statt zu finden;
5) ausgezeichnete und gute Leistungen werden nach dem Urtheile von Richter-Commissionen mit Preis-Medaillen von Gold, Silber und Bronce, sowie mit ehrenden Anerkennungen prämiirt;
6) eine kostenfreie Versteigerung der dazu von den Ausstellern bestimmten Gegenstände soll nach dem Schlusse der Ausstellung Statt finden;
7) freier Transport, resp. Transport-Ermässigung steht auf den meisten in- und ausländischen Eisenbahnen in Aussicht. Ebenso sind Verhandlungen wegen Zoll- und Steuer-Erleichterungen eingeleitet, deren Resultat später veröffentlicht werden wird.

Alle Anfragen und Briefe sind franco an die Actien-Gesellschaft „Flora" in Köln zu richten.

Die Herren Geh. Reg.-Rath **Dr. Hartstein,** Direktor der Landwirthschaftlichen Akademie, und **v. Rath,** Präsident des Landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreussen, beide zu Bonn, sind gern bereit, technische Fragen zu beantworten.

Das General-Comité

für die

Internationale Landwirthschaftliche Ausstellung in Köln.

Bachem, erster Vorsitzender, Ober-Bürgermeister. Ed. Oppenheim, zweiter Vorsitzender, Präsident des Verw.-Rathes der Gesellschaft „Flora". Esser II. jr., Advocat. H. Garenfeld, Inspector d. Gesellschaft „Agrippina". Dr. Hartstein, Geh. Reg.-R. u. Dir. d. Landw. Akad. in Poppelsdorf. Frz. Heuser, Stadtverordneter. Rob. Heuser, Kaufmann. Jac. Horst, Stadtverordneter. Aug. Joest, Fabrikbesitzer. Jac. Haufmann-Asser, Kaufm. u. Gutsbesitzer. Gust. Lucbtenberg, Kaufmann. Jul. Marcus, Kaufm. v. Möller, Regier.-Präsident. Mathieu Neven, Vorstand d. Köln. Gartenbau-Vereins. J. Niepraschk, Garten-Dir. d. Gesellschaft „Flora". W. A. Nierstras, Präsident der Handelskammer. Abrah. Oppenheim, Geh. Commercienrath. Dag. Oppenheim, Präs. d. Verw.-R. d. Köln. Dampfsch.-Gesellsch. Raschdorf, Stadtbaumeister. v. Rath, Präsident des landw. Vereins für Rheinpreussen. Ad. vom Rath, Banquier. Ad. Rautenstrauch, Kaufmann. J. Seydlitz, Banquier. Voigtel, Dom-Baumeister. H. v. Wittgenstein, Reg.-Präs. a. D. & Präs. d. Dir. d. Köln-M. Eisenb. C. v. Wittgenstein, Regier.-Referendar. F. W. Grube, Secretär, Gerant der permanenten Industrie-Ausstellung.

Verschiedene Anzeigen.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streil's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
edigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 112. Dritter Jahrgang. Sonntag, 19. Februar 1865.

Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 25 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Der Stuttgarter Arbeiter-Bildungs-Verein an die übrigen Vereine, die Abhaltung des 3. Vereinstags in Stuttgart betreffend. — Einladungen des gewerblichen Bildungsvereins in Leipzig und der Arbeiterbildungsvereine in Oldenburg und Hildesheim zu ihrem Stiftungsfeste. — Auch die Arbeitervereine in Hildesheim, Zwickau, Pösneck und der Vorort des Oberbadischen Gauverbandes in Freiburg im Breisgau für Erhaltung der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung"; nur der Berliner Arbeiterverein gegen dieselbe. — Sonstige Berichte aus Offenbach und Celle. II. **Politischer Theil.** Politische Umschau: Vom Babylonischen Thurmbau in Deutschland; Souveränetätsbegriffe der Kreuzzeitung und ihre Gottesgnadentheorie in rechter Beleuchtung; Vater Bonaparte liest seinen Franzosen den Cäsar vor und Mutter Eugenie correspondirt mit ihren fürstlichen Mitschwestern über die Wiederherstellung des heiligen Grabes; Parlamentseröffnung in England; die Hoffnungen der Sklavenzüchterfreunde im Sinken. Preußen: Herr von Roon drischt noch immer den alten Haber; wie viele preußische Rekruten nicht lesen und nicht schreiben können oder mit der berühmten preußischen Schulbildung hat's doch noch einen Haken; die vielbeschäftigte politische Polizei muß auch noch stenographieren lernen; wenn ein Jude im Kriege für „Gott, König und Vaterland" fällt, wird er nicht mitgezählt. — Ein anderes Bild, Oesterreich: „Die geheimen Fonds" oder das Volk will nicht eine halbe Million für bestelltes aber ungültiges Lob der Regierung zahlen. Die Spannung zwischen Mamma Volksvertretung und Papa Schmerling im Steigen; Interpellation, warum die Interpellationen nicht beantwortet werden. Bayern: Eine Zählung der erwachsenen Kinder in Bayern, so noch mit Orden spielen. Frankreich: Die Gemeinderathswahlen im ganzen Reiche bevorstehend; das Wachsen der Opposition. Schweiz: Graubünden, Selbstmord eines Polen aus politischer Verzweiflung. Nordamerika thut seinen Feinden den Gefallen nicht, banterott zu werden. III. **Socialer Theil:** Feudale Theorie und Praxis ist zweierlei. — Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht. — Briefkasten.

Vereinsangelegenheiten.

An die deutschen Arbeitervereine.

Freunde! Brüder!

Die Zeit rückt heran wo der Ort bestimmt werden muß, an dem dieses Jahr der allgemeine deutsche Arbeitervereinstag gehalten werden soll. Da es uns die größte Freude bereiten würde, unsere Brüder zu diesem Zwecke hier begrüßen zu können, so bitten wir schon jetzt Euch Alle, Eure Stimme bei der Wahl des Ortes doch Stuttgart geben zu wollen. Wir werden gewiß Alles aufbieten, um die Aufgabe auch recht zu erfüllen, die derjenigen Stadt zufällt, in deren Mauern der Vereinstag abgehalten wird.

Es ist aber nicht blos der natürliche Wunsch den Besuch unserer Brüder aus den verschiedenen Gauen des Vaterlandes zu empfangen — und den gewiß auch jede andere Stadt mit uns theilen wird, der uns antreibt um Eure Stimme zu bitten, sondern haben wir noch andere gewichtige Gründe anzuführen, die für Stuttgart sprechen.

Der neue Aufschwung, welchen das Vereinsleben in letzter Zeit in Süddeutschland genommen hat, läßt es überhaupt für wünschenswerth erscheinen, dieses Jahr den Vereinstag nach einer süddeutschen Stadt zu verlegen, wo gewiß die Betheiligung eine sehr rege werden wird. In Schwaben besonders sind im Verlaufe der letzten zwei Jahre sehr zahlreiche Arbeiterbildungsvereine erstanden, zu deren Erstarkung es gewiß nicht wenig beitragen würde, wenn vielen ihrer Mitglieder durch nicht allzuweite Entfernung des Ortes die Möglichkeit würde, dem Vereinstage beizuwohnen. Ueberhaupt würde in unserem ganzen Lande das Interesse für das Arbeitervereinswesen und überhaupt für die Sache der Arbeiter, das nun eben etwas in Fluß zu gerathen beginnt, neu erweckt und gesteigert, wodurch unserer gemeinschaftlichen Sache gewiß nur gedient sein kann.

Endlich dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß wir weder von der Regierung noch von den hiesigen städtischen Behörde irgend welches Hinderniß zu erwarten haben, da diese unseren Bestrebungen günstig gestimmt sind und dieselben so viel wie möglich zu unterstützen suchen. Es könnte hier also auch jede Frage ohne Anstand zur Discussion gelangen.

Wir haben unser Gesuch bereits dem ständigen Ausschusse des Vereinstages mitgetheilt, wir können jedoch nicht umhin, uns direct auch an Euch, Deutsche Brüder von nah und fern zu wenden, um Euch alle dringend zu bitten, bei der Wahl des Ortes für den nächsten allgemeinen deutschen Vereinstag, Eure Stimme unserer schwäbischen Hauptstadt zuzuwenden.

Mit Brudergruß und Handschlag

Stuttgart, den 10. Febr. 1865.

Im Namen des Arbeiterbildungsvereins.

Der Vorstand: Mayer.

Die Gründe, welche die Genossen in Stuttgart anführen, scheinen uns sehr beachtenswerth und möchten wir den Vorschlag allen Brudervereinen zur ernstlichen Erwägung empfehlen. D. Red.

Leipzig, 10. Febr. Der Gewerbl. Bildungsverein zu Leipzig feiert den 25. d. M. sein viertes Stiftungsfest und ladet hierzu seine Brudervereine freundschaftlichst ein. Bei rechtzeitiger Anmeldung wird für Quartier gesorgt.

Der Vorstand:

Dr. Reyher, Vorsitzender. Germann, Schriftführer.

Oldenburg, 11. Febr. Am 26. Februar d. J. feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein II. Stiftungsfest, zu welchem wir die Brudervereine hiemit freundlichst einladen.

Der Vorstand:

E. Pollmann, I. Vorsitzender. Carl Thorade, II. Vorsitzender.

Hildesheim, 7. Februar*). Schon mehrfach ist auch hier in unserem Verein von einigen Mitgliedern der Wunsch geäußert, daß man mehrere Exemplare der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung" beziehen möge. Um nun diesen Wunsch zu entsprechen, wurde in der am 6. d. M. abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, daß statt ein Exemplar von jetzt an drei derselben bezogen werden sollen, damit auch wir, wenn auch nicht in dem Umfange wie andere Vereine, so doch nach unseren Mitteln, das fernere Bestehen dieses für den Arbeiter so vortrefflichen Blattes ermöglichen. Unser Verein erfreut sich diesen Winter eines recht zahlreichen Besuchs. Derselbe zählt jetzt gegen 80 Mitglieder, fast alle aus dem Handwerkerstande. Diese Zahl ist freilich, wenn man nach der Einwohnerzahl unserer Stadt rechnet, noch immer geringer; aber wenn man nun andererseits die vielen Vereine z. B. Gesangvereine, zwei Turnvereine, welche hier bestehen, in Betracht nimmt, so ist dieselbe doch noch immer zufriedenstellend. Die Unterrichtsstunden werden immer ziemlich besucht; namentlich die Vorträge des Herrn Dr. Kirchner und die Singstunden. Unsere Abendunterhaltungen, deren wir alle Winter mehrere abhalten, werden vom Publikum immer gern und zahlreich besucht. Diese Unterhaltungen haben für den Verein einen doppelten Zweck, denn erstens bilden sich die Mitglieder durch den Vortrag aus und zweitens wird unsere Casse dadurch sehr unterstützt. Unser diesjähriges Stiftungsfest feiern wir am 19. Februar d. J. im Saale des Goldenen Engel hierselbst und verfehlen wir nicht, alle Vereinsmitglieder von Nah und Fern freundlichst dazu einzuladen. Mit Vergnügen sehen wir von auswärts zahlreichem Besuch entgegen und sichern denjenigen, die uns mit ihrem Besuch erfreuen und sich als Mitglieder eines Brudervereins legitimiren, freien Zutritt zur Vorfeier und zum Balle zu.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsverein zu Hildesheim.

F. Reineke, I. Vorsitzender. H. Jastrum, II. Schriftführer.

F. **Zwickau**, 7. Febr. In der gestrigen Versammlung des hiesigen Arbeitervereins kam u. A. auch die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung" zur Sprache. Der Vorstand des Vereins, Buchhalter

*) Ist uns am 9. d. M. zugegangen und konnte daher nicht mehr in Nr. 111 unseres Blattes aufgenommen werden, die bereits am 8. dieses zur Versendung gelangt ist. Einsendungen für die nächste Sonntagsnummer müssen immer am Montag vorher hier sein, spätestens am Dienstag Mittag. D. Red.

Kraft, wies zunächst darauf hin, daß dem einzigen Organ des deutschen Arbeiterstandes der Untergang bevorstehe und zwar wegen zu geringer Förderung von Seiten der Arbeiter selbst, wie auch bereits ihr zweites Organ, in dem engeren Vaterlande Sachsen, die Arbeiter-Zeitung von Badewitz in Leipzig, dasselbe Schicksal gehabt habe. Er schilderte dann in warmen Worten die Verdienste, welche die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung“ um den Arbeiterstand sich erworben, die Opfer, welche sie ihm gebracht, die Anfechtungen, denen sie um seinetwegen ausgesetzt gewesen. Es sei Ehrensache jedes deutschen Arbeiters, das einzige Organ nach Kräften zu unterstützen; dies werde Jedem auch leicht sein, wenn je zehn oder zwölf Mann zusammenträten und ein Exemplar hielten, das sie unter sich circuliren lassen könnten. Es würde das dem Einzelnen nicht mehr als ein Opfer von höchstens 15 Pfennigen vierteljährlich kosten, und wenn alle Arbeitervereine in Deutschland dieses Beispiel nachahmten, so wäre ihr Organ gerettet; ließen sie es aber durch ihre Gleichgültigkeit zu Grunde gehen, so würde ihnen sicherlich nicht sobald wieder ein zweites erstehen. — Schließlich forderte der Sprecher die Versammlung auf, sogleich darüber Beschluß zu fassen und sich zum Halten der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“ zu unterzeichnen. Dies geschah auch sofort mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit — und in weniger als 10 Minuten waren 20 Exemplare gezeichnet, während bisher der ganze, aus etwa 400 Mitgliedern bestehende Verein, gleichwie so viele andere Vereine, nur ein einziges Exemplar hielt. Da der Versammlung nur etwa der dritte Theil der Vereinsmitglieder beiwohnte, so steht zu erwarten, daß mindestens noch weitere 20 Exemplare werden gezeichnet werden. — Man sieht hieraus, es bedarf nur einer kleinen Anregung, um den deutschen Arbeiter für einen guten Zweck zu entzünden. Einsender dieses aber ruft allen deutschen Arbeitervereinen zu: Gehet hin und thuet desgleichen! Macht es Euch zur Ehrensache, Euer würdiges Organ zu unterstützen, das Eure wahren Interessen wirksam vertritt, das für Euch kämpft und schwere Opfer bringt. Ihr wahret Eure Interessen am besten, wenn Ihr Eurem Organ durch Eure Theilnahme zu einem fröhlichen Gedeihen verhelft.

S. **Vom badischen Oberland**, Anfangs Februar. So sehr es jedem Arbeiterfreunde daran gelegen sein muß, alle Mittel zu benützen, den Arbeiter zu bilden und so erfreulich es ist, den Arbeiter die dargebotenen Mittel benützen zu sehen, so müssen wir andererseits doch darauf aufmerksam machen, daß namentlich in jüngster Zeit die einzelnen Vereine mit einer wahren Fluth von Zeitschriften, Bücheranpreisungen u. s. w. überschwemmt werden, die zwar in ihren Prospekten voll von Patriotismus strotzen, denen Volksbildung und Volksaufklärung nur der einzige Zweck ist, um zu schreiben, aber zwischen den Zeilen läßt sich recht gut lesen, daß neben all dem Patriotismus auch viel Spekulation auf den Geldbeutel des Arbeiters vorherrscht, und das ist denn doch wahrlich eine Sünde. In dieser Beziehung haben wir den Beschluß des zweiten deutschen Arbeitertages mit Freuden begrüßt, welcher die von Weithmann in Stuttgart angeregte Herausgabe einer deutschen Arbeiterbibliothek gutgeheißen, die herauszugebenden Hefte aber erst der Einsicht des ständigen Ausschusses überwies, der unter seinen Mitgliedern der tüchtigen Kräfte genug besitzt, welche das Werk gut oder auch nicht gut zu heißen im Stande sind. — Nehmen wir nun ersteres an, so möchten wir allen Jenen, die aus Patriotismus und Liebe zum Arbeiterstande demselben ihre Schriften anpreisen, anrathen, aus der gleichen Liebe sich nun an der Herausgabe dieser Arbeiterbibliothek zu betheiligen, damit der deutsche Arbeiter einmal etwas Gutes bekommt und daß es etwas Gutes gibt, davon wird uns erst der ständige Ausschuß Nachricht geben. Denn alle Werke und Schriften zu halten, die uns zugeschickt werden, ist uns Arbeitern eine reine Unmöglichkeit, dazu reichte unser ganzer Verdienst nicht hin, wohl aber wird jeder Arbeiter darnach streben, wenigstens das Beste zu wählen, und das Beste müssen wir für Das halten, das uns von unserem ständigen Ausschuß empfohlen wird. Wer sich seines Guten bewußt ist, mag es daher immerhin der deutschen Arbeiter-Bibliothek einverleiben, auf die übrigen Anpreisungen aber auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen, halten wir gar nicht für nöthig. —

Mit Bedauern haben auch wir die Nachricht gelesen daß unsere „allgemeine Arbeiterzeitung“ einzugehen drohe, wenn ihr nicht mehr Förderung zu Theil werde. Der Vorort Freiburg hat an sämmtliche Lokalvereine des oberbadischen Gauverbandes in einem Rundschreiben sie zur Unterstützung unseres Organs aufgefordert. Besser noch wäre es gewesen, wenn in Leipzig am 24. Oktober vorigen Jahres statt ein halber ein ganzer Beschluß gefaßt, wenn die Arbeiterzeitung zum wirklichen offiziellen Organ unserer Arbeitervereine in Deutschland ernannt worden wäre. So wollte man nicht links und nicht rechts, man fürchtete dies und fürchtete das, man erwog dies und überlegte das und kam zu dem halben Beschlusse, wenigstens die „Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses in die Arbeiterzeitung, so weit thunlich“, einrücken zu lassen. Diese Bekanntmachungen hätte die Redaktion wahrscheinlich so wie so im Interesse ihrer Leser aufgenommen. Und erst jetzt, nachdem wir unsern Gegnern unsere Blöße gezeigt und wir theilweise dadurch zum Gespötte ultramontaner Blätter geworden, jetzt kommt der praktische Arbeiter und zeigt, was er will, daß er ein Organ will, daß er ein solches Organ für ein dringendes Bedürfniß hält und keine Opfer scheut, sich dies Organ zu erhalten. Ein kleiner Wink für Manchen der Leipziger Versammlung! —

Pösneck, 11. Febr. Auch unser Verein hat, im Interesse der Erhaltung unseres Organs, der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung“, beschlossen, vom nächsten Monat ab, statt der bisherigen geringeren Anzahl, nun 25 Exemplare derselben zu halten und wünschen wir, daß dies auch andere Vereine zur Nachfolge veranlassen möge.

r. **Berlin**, 6. Febr. Der Redaction der Arbeiterzeitung zur gefälligen Notiz, daß der hiesige Arbeiterverein in seiner Sitzung vom 30. v. Mts. sich nicht veranlaßt fühlte, etwas zur weiteren Verbreitung der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“ zu thun. Vom Vorsitzenden Herrn Bandow wurde ausgeführt: daß die Arbeiterzeitung sich nicht als Organ der Arbeitervereine bewährt habe, indem er in seiner Art darauf hinwies, daß die Zeitung sich „zu viel mit Politik“ beschäftige (? bei 12 und oft 24 Spalten in der Regel 3—4 Spalten politische Umschau! D. Red.), weiter wurde angeführt, die oft wiederholte Confiscation (??), die umständliche Besorgung durch den Buchhandel, da das Blatt keinen Postdebit habe (aber direct auf das Schnellste und bei mindestens 20 Exemplaren franko geliefert wird! D. Red.). Weiter meinte der Vorsitzende, die Redaction müßte ja die Wege zu den einzelnen Arbeitervereinen, um direct mit ihnen in Verbindung zu treten, wo dann möglicherweise aus den Vereinskassen Zuschüsse für das Blatt erfolgen könnten. (Als ob es sich statt um die Verbreitung im Interesse der Arbeitersache, gewissermaßen um Almosen für das Blatt handelte! D. Red.) Schließlich wurde dann noch darauf hingewiesen, daß (zur thatsächlichen Verhinderung der Verbreitung des Gesammtorgans hier) in Berlin ein kleines Blatt gegründet werden müßte, welches sich lediglich nur mit Arbeiterangelegenheiten befassen müßte. —

(Es ist das die alte Erfahrung, die wir von Anfang an mit den Wortführern in Berlin zu machen gehabt haben und die bei allen Bestrebungen von allgemein deutscher Richtung dort, wie es scheint, gemacht werden muß. Schon in unserer Nr. 11 vom 15. März 1863 (S. 55) haben wir ein Referat über eine im Berliner Arbeiterverein, damals unter dem Vorsitz des Herrn Dittmann, stattgefundene Berathung gebracht, in welcher man ganz ähnliche Gründe, namentlich eine angeblich zweimal (seitdem kaum wieder) stattgehabte Confiscation als entscheidend gegen eine Verbindung des Vereins mit unserer Arbeiterzeitung angeführt, und die Verbindung mit derselben deßhalb abgelehnt hat. Die wirklichen Gründe der Gegnerschaft gegen das Unternehmen, schon nachdem es kaum geboren war, haben wir nie erfahren, sie scheinen aber heute noch fortzubestehen. Falls nicht etwa überhaupt nichts Werth hat, was außerhalb Berlin besteht, ist von den folgenden beiden Gründen nur der eine oder andere denkbar. Entweder die Arbeiterzeitung ist den Leitern zu entschieden oder zu wenig entschieden. Das letztere kann der Grund nicht sein, weil man ja sogar vor der Confiscation sich fürchtet! Also wird der erstere Grund, der der zu großer Entschiedenheit unseres Blattes, maßgebend sein. Allein der würde sich doch wieder zu sonderbar ausnehmen im Munde von Männern, wie Herr Dittmann, welche immer über Mangel an Entschiedenheit, z. B. der Fortschrittspartei, klagen, — Klagen, denen zuweilen wir selbst beigepflichtet haben. Kurz die Thatsache des Entgegenwirkens gegen unser Blatt, steht wohl fest, aber die Gründe sind dunkel. Jedenfalls ist handgreiflich, daß die ausdrücklich angeführten nicht die wirklichen, sondern nur die vorgeschobenen sind. Oder sollte der wahre Grund darin liegen, daß die politische Richtung unseres Blattes eine entschieden deutsche und keine specifisch preußische, und am wenigsten eine preußisch ministerielle ist? — Wer löst uns das Räthsel? Die dortigen Führer jedenfalls nicht, die auch im letzten Vereinstag gegen die Arbeiterzeitung operirt haben sollen, — wohl aber können es die Arbeiter, die von ihnen geführt werden und von denen wir die feste Ueberzeugung haben, daß sie eben so entschieden der Freiheit zugethan und so gut deutsch sind, wie nur irgend einer von allen, welche an unserem Blatt und für dasselbe mitwirken. Warten wir also ab, ob uns nicht von diesen der rechte Aufschluß zukommt. D. Red.).

Offenbach, 4. Febr. Der hier bestehende Arbeiterbildungsverein erfreut sich fortwährend einer regen Theilnahme. Es scheint, daß es den Bemühungen der Lassalle'schen Partei, deren Hauptsitz sich in Frankfurt a. M. befindet, unter den obwaltenden Verhältnissen schwer halten dürfte, hier Propaganda zu machen, um so mehr, da sich die Leitung des Arbeiterbildungsvereins fortwährend in guten Händen befindet. Die Unterrichtsstunden werden fleißig besucht, und sind bereits sehr gute Resultate erzielt worden. Den Glanzpunkt der Thätigkeit des Vereins bilden jedoch die Vorträge, zu welchen der Vorstand mehrere tüchtige Männer der Wissenschaft gewonnen hat. So spricht Herr Dr. Nägler über deutsche Geschichte, Herr Pfarrer Kerbler über hervorragende Männer des Volkes, Herr Dr. Grimm über Länder- und Völkerkunde. Sämmtliche Herren sind bemüht, ihre Vorträge dem schlichten Arbeitsmanne verständlich zu machen, und erfreuen sich dafür aber auch einer aufmerksamen Zuhörerschaft. Es ist wirklich eine Freude, zu sehen, wie die Blicke sämmtlicher Anwesenden an den Lippen des Vortragenden hängen, mit welcher Hochachtung man von diesen Männern spricht, die ohne Anspruch auf irgend einen Lohn die Schätze der Wissenschaft mit dem theilen, dessen Beruf und Stellung ihm nicht gestatten, sich dieselben selbstständig anzueignen. — Obwohl die Zahl der Zuhörer im Verhältniß zu der Arbeitermasse unserer Stadt eine kleine ist, so ist auf der andern Seite doch die Hoffnung vorhanden, daß die Zukunft wohl mehr Leute bringen wird. Das Gute bricht sich nur langsam Bahn, aber es geht um so sicherer seinen Weg. — Es ist Aussicht vorhanden, daß auch noch weitere Kräfte gewonnen werden, so daß die Vorträge auch auf andern Gebieten des Wissens fortdauern werden. Welchen Einfluß dieselben auf Moral und Intelligenz der Zuhörer ausüben müssen, ist leicht zu ermessen und möchten diese wenigen Zeilen das Ihrige beitragen, recht Viele dem sich hier darbietenden Genusse zuzuführen.

Offenbach. (Markenconsumverein „Providentia“.) In der am 27. Januar abgehaltenen Generalversammlung zeigte sich der günstige Verlauf, welchen der Verein während seines nun einjährigen Bestandes genommen, und er darf, gestützt auf dies Resultat, getrost einem Fortschreiten entgegensehen. Waren auch im Anfang vielseitige Hindernisse zu bekämpfen, so sind sie doch im Laufe der Zeit sowohl zum Besten der Mitglieder als Contrahenten ziemlich überwunden, und wenn Zahlen sprechen, so werden die Contrahenten jetzt wohl mehr als früher ihren Vortheil einsehen und ihren Abnehmern durch gute Waare und freundliches Benehmen entgegenkommen, die Mitglieder aber auch einzelnen Vorkommnissen Rechnung tragen. Den mitunter in dieser Beziehung vorgekommenen Mißverständnissen ist es daher wohl zuzuschreiben, daß, obgleich der Verein 85 Mitglieder zählte, doch nur ca. 50 den Anforderungen und dem Zweck entsprachen, den sie sich selbst gestellt. Wenn aber 50 Mitglieder ein solches Resultat erzielten, wie viel mehr wird bei einer größeren Theilnahme erreicht werden. Der Verein hat im Laufe eines Jahres für ca. 12000 fl. Marken umgesetzt, und hieran 670 fl. verdient und zwar wurden entnommen bei den Herren Leopold Berg für 23 fl. — H. Bopp 127 fl. — Ed. Buß 25 fl. — Cahn, Halberstadt und Comp. 450 fl. — J. Mc Garde 244 fl. — M. Geh 33 fl. — G. Hamann 2512 fl. — W. Heil 3570 fl. — Tob. Hertsch 10 fl. — Conr. Kieselstein 24 fl. — C. J. König 2575 fl. — Wilh. Kopp 1611 fl. — G. Lembach 13 fl. — C. Merz 6 fl. — W. Meyer 31 fl. — Julius Rehfuß 55 fl. — G. Weber 110 fl. — H. C. Weißenburg 21 fl. — zusammen 11500 fl. — während noch für ca. 500 fl. Marken in Umlauf waren. Wenn nun auch die Kosten im ersten Jahre 175 fl., die Anschaffung der Marken 220 fl. betrugen, so fallen diese Ausgaben nunmehr zum größten Theil. Es konnte daher den Mitgliedern eine Dividende von 5% zugeschrieben werden. Es haben sich einzelne Mitglieder dadurch 25 fl. bis 45 fl. erspart, wer demnach wöchentlich für nur fünf Gulden Bedürfnisse hat, kann sich damit jährlich 12 fl. ersparen, und dies jetzt um so mehr, als der Abschluß mit einer so großen Zahl Contrahenten Gelegenheit genug gibt, Waare zu

entnehmen. Laut § 7 wird nun der vierte Theil denen, welche es wünschen, baar ausbezahlt und zwar vom 1. bis 15. Februar bei dem Rechner Herrn Jos. Bieger, in welchem Zeitraum gleichzeitig der Abschluß der Bücher stattfindet. Der Grund zu einem Capital ist gelegt, derselbe wird sich mehren und das Ziel, welches damit erreicht werden kann, gewiß den Mitgliedern als unserer Stadt zur Zierde gereichen, und dürfen wir daher eine zahlreiche Betheiligung erwarten.

Celle, 6. Febr. (Arbeiter-, Kranken- und Sterbekasse.) Die Krankenkasse für die Wollenwaaren-Fabrik von Capelle u. Sohn hierselbst hat ihre vorigjährige Rechnung mit einem Nettoüberschusse von 44 Thlr. 6 Gr. 2 Pf. abgeschlossen. In Folge dessen haben die Fabrikinhaber jetzt mit Genehmigung der königl. Landdrostei Lüneburg neben der Krankenkasse auch noch eine Sterbekasse eingerichtet. Die Krankenkasse, welche jetzt seit 4 Jahren besteht, hat in dieser Zeit überaus segensreich gewirkt und 335 Thlr. 27 Gr. an Krankenunterstützungen gezahlt. Da die Herren Capelle u. Sohn die Bezahlung der Aerzte und Medicamente auf eigene Kosten übernommen haben, so ist der von den Mitgliedern der Kasse zu zahlende Beitrag nur ein verhältnißmäßig geringer zu nennen. Es haben statutenmäßig zu zahlen der Mann wöchentlich 12 Pf., die Frauen, das Mädchen oder der Knabe wöchentlich 6 Pf., dagegen im Erkrankungsfalle zu empfangen: der Mann wöchentlich 1 Thlr. 15 Gr., die Frau ꝛc. 22½ Gr. Es sind von den Mitgliedern seit dem Bestehen der Kasse eingezahlt 481 Thlr. 22 Gr. 6 Pf., dagegen von den Herren Capelle u. Sohn für ärztliche Behandlung aus eigenen Mitteln zugeschossen 331 Thlr. 2 Pf. Das Activvermögen der Kasse beläuft sich gegenwärtig auf 145 Thlr. 26 Gr. 6 Pf. Durch die neuerdings eingerichtete Sterbekasse wird der Beitrag der Mitglieder nicht erhöht; aus den Ueberschüssen der Krankenkasse an die Hinterbliebenen wird gezahlt beim Tode eines Mannes 20 Thlr. und beim Tode einer Frau, eines Mädchens oder eines Knaben 10 Thlr. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ergab im letzten Jahre ein für eine derartige Fabrik überaus günstiges Resultat: es erkrankten nur 1½ pCt. der Arbeiter, und sind seit dem Bestehen der Fabrik, während 14 Jahren, nur drei Todesfälle vorgekommen.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Die „Tribüne" meint, durch den Zustand des jetzigen Deutschlands werde man lebhaft an die Sprachverwirrung beim babylonischen Thurmbau erinnert.

— Die „Kreuzzeitung" erklärt den Begriff der „Souveränität" dahin, daß dieselbe keinen höheren Richter über sich erkenne, und daß ihr die Allgewalt in Betreff der militärischen und finanziellen Verhältnisse zustehe. Die Macht aber, welche der Souveränität dauernd inne wohne, sei zugleich das Recht.

Damit wäre denn eine Verfassung noch werthloser als ein Stück Maculatur und der Sultan in Konstantinopel oder gar der König von Dahomey wäre der eigentliche „Souverän". Denn warum sollen blos die militärischen und finanziellen, warum nicht auch die richterlichen Verhältnisse nach subjectiver souveräner Allgewalt entschieden werden? Warum schließlich nicht alle Verhältnisse überhaupt? War ja doch in früheren Zeiten der Landesherr auch berechtigt, die Religion seiner Unterthanen zu bestimmen?

Doch mit der „Kreuzzeitung" über Verfassungsfragen streiten, heißt einen Mohren weiß waschen wollen. Recht lächerlich und verächtlich macht sie sich aber, wenn sie auf die Schleswig-Holsteiner zu sprechen kommt. Anstatt von ihrem eigenen Gottesgnadenstandpunkt aus deren enorme Loyalität für ihren angestammten, souveränen, erbrechtmäßigen Herrscher in den Himmel zu erheben, nennt sie die Aeußerungen derselben „Terrorismus" und denuncirt die Herzogthümer als die Heerde der Agitation.

Da ist, Deutschland gegenüber, Frankreich wirklich in der beneidenswerthesten Lage von der Welt! Nachdem der Sturm, den die Encyclica erregt, sich mit Hülfe der Regierung bald gelegt hat und die glaubenseifrigsten Heißsporne in ihre Schranken zurückgewiesen sind, setzt Louis Napoleon sich gewissermaßen, wie nach gethanem Tagewerk der Vater zu seinen Kindern hin und liest Frankreich das Werk seiner Mußestunden, das Leben Julius Cäsars, vor.

Und die große Nation hört mit Entzücken, daß sie in Napoleon I. einen Julius Cäsar II. und einen Carl den Großen dazu besessen hat und in Napoleon III. einen Augustus noch besitzt, dessen Leben sie demnächst von demselben geistreichen Verfasser geschildert erhalten wird. Eugenie aber, um ihrerseits nicht zurückzubleiben, schreibt an alle ihre fürstlichen Mitschwestern und bittet um Wiederherstellung des heiligen Grabes. Und in diesem idyllischen Gemälde kann es nicht als Schatten gelten, daß Frankreich auf dem Friedensfuße 404,195 Soldaten und 86,367 Pferde besitzt, und daß wegen Mangel an Fonds der unentgeltliche pflichtschuldige Schulunterricht nicht eingeführt werden wird.

Auch wird die französische Regierung nicht wie die österreichische von dem Geschrei einer unverbesserlichen Opposition geärgert und es werden ihr nicht wie dem armen, im Verdacht des Liberalismus stehenden Schmerling einige hunderttausend Gulden zu offiziösen Preßzwecken, eine wahre Lumperei, vom Budget gestrichen.

Und wandern wir über den Kanal nach England, so finden wir auch dort trotz der parlamentarischen Regierung, die von unseren offiziellen Stimmen zu einer wahren Vogelscheuche ausgeputzt wird, einen Zustand, welcher dem armen Deutschen Stoff zu den trübseligsten Vergleichen bietet.

So eben hat die Königin das Parlament eröffnet. Sie erklärt sich mit aller Welt in Frieden, spricht ihre Zufriedenheit über die Lage des Landes und die Finanzen aus und freut sich der Zustände in Canada und in Indien, dieser ungeheuren Eroberungen des britischen Nationalgeistes, welcher einst die Fesseln einer tyrannischen Souveränität von sich abgestreift und verfassungsmäßiges Leben sich unter blutigen Kämpfen und Stürmen erobert hat.

Die englische Thronrede spricht die wohlbegründete Hoffnung aus, daß keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten sei, und den festen Vorsatz, die neutrale Haltung zwischen den kämpfenden Partheien in Amerika zu bewahren.

Auf letzteren Punkt ist um so größeres Gewicht zu legen, als die Freunde der Sklavenhalter bereits eifrig die Nachricht verbreiteten, Frankreich und England seien im Geheimen einverstanden, nach dem 4. März, dem neuen Amtsantritt des Präsidenten Lincoln, die Conföderirten anzuerkennen.

Eine solche Anerkennung hätte jedenfalls Folgen gehabt, die für die Menschheit höchst unheilvoll gewesen wären, während jetzt zu hoffen ist, daß die Rebellion der Sklavenhalter niedergeschmettert und jenseits des Oceans ein freier gesellschaftlicher Zustand geschaffen wird, der seine Rückwirkung auf Europa nicht verfehlen kann.

Hat ja doch jetzt schon die Emancipation der Leibeigenen in Rußland es factisch unmöglich gemacht, das Ideal unserer Feudalen, die heilige Allianz, in ihrer alten Glorie wieder herzustellen, so sehr auch der Wunsch dazu vorhanden ist, so sehr man auch Verfassung und Volksrechte auf dieser Seite haßt und zu vernichten strebt.

Preußen. Der Kriegsminister hat für die einfache und unveränderte Beibehaltung der bestehenden Heereseinrichtung die Erfahrungen angeführt, die der schleswigsche Krieg geliefert hat. Wohl hundertmal ist gegen diesen abgedroschenen Grund schon bemerkt worden, daß gerade der letzte Krieg es gewesen ist, der wider den Minister und seinen Kriegsherrn das unverwerflichste Zeugniß ablegt. Alles, was vom Feldzuge bekannt geworden ist, von den offiziellen Armeebefehlen und Berichten bis zu den Privatbriefen der Soldaten in der heimischen wie in der fremden Presse, rühmt die Tüchtigkeit unserer jungen Soldaten. Es steht aber fest, daß viele eben ausexerzirte Rekruten den Feldzug mitgemacht haben, daß überhaupt ein sehr großer Theil im ersten und zweiten Dienstjahre sich befunden hat. Beweist das nicht, daß wir einer dreijährigen Dienstzeit für unsere jungen Leute nicht bedürfen, um sie zu tüchtigen Soldaten zu machen? Und doch ist die dreijährige Dienstzeit mit der vierjährigen Reservezeit beibehalten. Diese unglückliche Armeereorganisation (1860) hat den Betrag der Militärkosten plötzlich von 32½ Millionen Thaler auf 40½ Millionen Thaler gebracht. Was unter solchen Umständen noch für Kulturzwecke, für Aufbesserung der kläglichen Lehrerbesoldungen, für Erleichterung des Verkehrs u. s. w. geschehen kann, mag sich Jeder an seinen 5 Fingern abzählen. Der thatsächliche Stand der preußischen Armee beträgt augenblicklich 211,701 Köpfe und 43,307 Pferde. An Offizieren sind vorhanden 8518, an Unteroffizieren 23,814, an Hautboisten 6530, an Gefreiten und Gemeinen 166,073, an Handwerkern 4926, an Büchsenmachern 668, an Roßärzten 335. Trotz der gestiegenen Unkosten für die Armee sind im Jahre 1863 noch 2,841,397 Thlr. über den Etat mehr ausgegeben worden. In der Thronrede wird angedeutet, daß nicht blos die Reorganisation festgehalten, sondern auch ihre Fortbildung angestrebt werden solle. Was diese Fortbildung bedeutet, wird dadurch verständlich, daß es u. a. im Plane liegt, im Ganzen 8 neue Kavallerie-Regimenter, zu deren Aufbringung bisher nur 8 Schwadronen vorhanden sind, zu errichten, so daß hiernach noch 24 Schwadronen in Aussicht genommen sind. Obwohl von militärischen Fachmännern den ausgebildeten Schußwaffen der Gegenwart gegenüber die Bedeutung der Kavallerie als eine untergeordnete betrachtet, namentlich aber der Werth der schweren Kavallerie vollständig bezweifelt wird, die Leistung derselben im letzten schleswig-holsteinischen Feldzuge auch nur sehr gering gewesen ist, so wird doch in Regierungsblättern über die Nothwendigkeit dieser Waffe nicht der geringste Zweifel geäußert.

— Nicht ohne Interesse sind die Ergebnisse über die Bildung der im Ersatzjahre 1863 zu 64 eingestellten Ersatzmannschaften. Von 66,700 Mann waren 3800 ohne alle Schulbildung. Am ungünstigsten trat die Provinz Preußen hervor; von 5358 Mann konnten 1314 weder lesen noch schreiben, dagegen zeichnete sich die Provinz Sachsen unter allen vortheilhaft aus, indem von 11,763 Eingestellten nur 86 ohne jede Schulbildung waren. In der Provinz Pommern konnten von 6137 eingestellten Personen 381 weder lesen noch schreiben. Obwohl in Preußen Schulzwang herrscht, so folgt aus diesen Zahlen, daß sich ein nicht unbedeutender Theil der schulpflichtigen Jugend dem Schulunterrichte zu entziehen weiß.

In Königsberg i. Pr. ist der Anfang damit gemacht, Polizeioffizianten das Stenographiren lernen zu lassen, damit sie die politischen Versammlungen besser überwachen und strafwürdige Aeußerungen feststellen können. Den stenographischen Berichten der Polizei gegenüber wird sich die regelmäßige Zuziehung von Stenographen durch die Leiter der Versammlungen empfehlen, um „Mißverständnissen" begegnen zu können.

In der Provinz Posen hat die Rede, welche ein Rabbiner Braun in Schneidemühl bei Gelegenheit des in der dortigen Synagoge gefeierten Friedensfestes hielt, einiges Aufsehen erregt, da er in derselben beklagte, daß an die israelitischen Gotteshäuser die Aufforderung der Be-

hörden, ein kirchliches Friedensfest zu feiern, nicht ergangen sei, obwohl doch jüdische Soldaten eben so gut wie die andern ihre Pflicht im Felde gethan hätten. Die „P. Z." erzählt bei der Gelegenheit, in Prenzlau habe ein christlicher Prediger bei Verlesung der gefallenen Krieger den Namen eines Juden nicht passiren lassen. Beitrag zu den Kulturzuständen der preußischen Hof- und Kirchengeschichte. (H. C.)

Oesterreich. Die sogenannten Dispositionsfonds der österreichischen Regierung sind nichts anders als Fonds für geheime politische Zwecke. Sie waren im Budget mit 500,000 fl. angesetzt, die der Berichterstatter im Abgeordnetenhause vollständig zu streichen beantragte. Doch wurden noch in Gnaden 200,000 fl. bewilligt. Bei der Verhandlung fielen scharfe Kritiken gegen die Regierung und die Verwendung der geheimen Fonds für Regierungsblätter. Der Abgeordnete Schindler äußerte: „Die Regierung braucht kein Geld, sie hat die oberste Exekutivgewalt, sie hat ein Heer offizieller Zeitungen, sie hat ein Preßgesetz, das sie sich nach eigenem Belieben auslegt in einer Weise, die alle Welt in Entrüstung versetzt, sie hat sehr ergebene Gerichtshöfe und noch ergebenere Staatsanwälte. Die Zeitungen, welche die Regierung bezahlt, werden wenig beachtet und noch weniger gelesen. Das Volk will nicht eine halbe Million für ein Lob der Regierung zahlen, das nichts gilt; besser wär's, man verwendete dieses Geld für Volksschulen ...." Eine eindringliche Sprache der Wahrheit.

Die Spannung zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhause ist noch immer im Steigen. Das Ministerium betheiligt sich so gut als gar nicht an den Verhandlungen der Finanzcommission, die mit der Reduktion der Staatsausgaben beschäftigt ist, um dieselben mit den Einnahmen in's Gleichgewicht zu bringen. Es wird auch als ein übles Zeichen in dieser Beziehung angesehen, daß die Minister die zahlreichen, die wichtigsten Gegenstände betreffenden Interpellationen, die schon vor längerer Zeit gestellt sind, noch immer nicht beantwortet haben. Der Abg. Berger hat nun interpellirt: warum die früheren Interpellationen nicht beantwortet werden? hat aber auch darauf keine Antwort erhalten. Die eigentliche Natur des Constitutionalismus, wie ihn die Regierungen in Deutschland verstehen, wird nach und nach für jeden klar, der nicht auf beiden Augen blind ist.

Bayern. Aus der „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern" ersieht man mit freudigem Erstaunen, daß die Zahl der Besitzer von bayerischen Orden, die im Jahre 1858 noch auf etwa 2500 beschränkt war, sich auf beiläufig **3000** gesteigert hat, wovon 1700 von bayerischen Patrioten, die übrigen von Oesterreichern, Russen, Preußen und anderen Ausländern mit Stolz getragen werden. Auch die Zahl der importirten ausländischen Orden ist um etwa 200, von 1400 auf 1600 gestiegen. Eine nicht unansehnliche Rolle spielen unter den letzteren die Orden von, mit Erlaubniß zu reden, Lucca, Modena, Toskana nebst dem Königreich beider Sicilien, und es ergibt sich hier die ergreifende Beobachtung, daß auch Staaten, die nicht mehr sind, in fortgesetzten Ordensverleihungen noch ein letztes Lebenszeichen äußern, ähnlich wie angeblich auf der Leiche verstorbener Menschen noch geraume Zeit hindurch die Haare des Bartes nachkeimen.

Frankreich. In nächster Zeit werden die Gemeinderathswahlen der sämmtlichen 40,000 Gemeinden, mit Ausnahme der Städte Lyon und Paris, stattfinden, und ist man auf deren Resultat sehr begierig.

Der „Schweizer Handels-Courier" sagt: Nach Außen behauptet Napoleon III. bis jetzt wirklich eine Machtstellung, daß er mit Recht sagen darf, er habe seinem Volke den im Jahre 1815 eingebüßten Rang wieder verschafft.

Hierfür entzog er aber der „großen Nation" jede Befugniß, seine Regierung irgendwie zu kontrolliren. Er gab ihr eine Scheinverfassung, die aller Bürgschaften einer wahren Volksvertretung baar ist. Die Macht behielt er für sich allein und ließ dem Volke nur die Befriedigung seiner Eitelkeit. Für Verkümmerung der Freiheit sollte es durch die Glorie entschädigt werden.

Also die gleiche innere und auswärtige Politik, wie sie der kaiserliche Oheim einst verfolgt hat.

Es ist nun selbstverständlich, daß der Alleinherrscher von Frankreich durch seine Taktik immer mehr in das Verhältniß eines Mannes gerieth, dem man allgemein mißtraut. Bis jetzt gelang es ihm wohl, einer Koalition zu entgehen, denn er wußte gar vortrefflich bei jedem einzelnen Staate die kranke Seite herauszufinden, an der man ihn nöthigenfalls packen kann. Ob ihm sein Glücksstern in dieser Richtung treu bleiben wird, muß die Zukunft lehren.

Ganz anders verhält es sich jedoch mit der Stimmung im Innern. Hier offenbart sich seit einiger Zeit eine Gährung, deren bedenklicher Charakter nicht in Abrede zu stellen ist. Das Volk scheint seiner immerwährenden Bevogtung müde zu sein und endlich nach freien Institutionen zu verlangen, für die wenigstens ein großer Theil der Franzosen den Nimbus eines eitlen und kostspieligen Ruhms gerne aufopfern würde. Das Nationalgefühl sieht die Ehre Frankreichs wiederhergestellt und sehnt sich nunmehr nach Bürgschaften, auf welchen eine erfolgreiche und segenbringende Vertretung des Landes beruhen soll.

Und wir sind überzeugt, daß dieses Verlangen des französischen Volkes nach freisinnigen Reformen schon einen Aufschwung genommen hat, der sich kaum mehr von blauen Dünsten aus der kaiserlichen Küche einschüchtern lassen wird. Ein Beleg hiefür ist der steigende Zuwachs der parlamentarischen Opposition — selbst aus Wahlbezirken, die bisher regierungsfreundlich gesinnt waren. Will Napoleon III. dieser Mahnung an ein kluges Einlenken nicht Rechnung tragen, so dürfte er in Bälde erfahren, daß die Gesetze der natürlichen Rückwirkung sich ewig wiederholen und die Macht einzelner Sterblicher gegen Ansprüche, welche die öffentliche Meinung genehmigt hat, nichts ausrichten kann. Mit andern Worten: will er sein System der Willkür nicht aufgeben, so wird es eines Tages die Revolution wegfegen und seinem Hause das Loos der vertriebenen Bourbonen und Orleanisten bereiten.

Graubündten. Am 30. Januar wurde auf dem Bernhardin die Leiche eines polnischen Flüchtlings gefunden, der, wie aus einem in polnischer Sprache geschriebenen Billet hervorging, seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht hatte. „Ohne Hoffnung auf Rückkehr, schreibt er, ein schweres Leben ohne Zukunft, das ihm zur Last sei," haben ihn zu dem Entschluß getrieben. Er bittet die Kantonsbehörde um ein ehrliches Begräbniß.

Amerika. Bei den sich von Tag zu Tag steigernden Aussichten auf baldige Herstellung des Friedens in Nordamerika werden einige aus guter Quelle geschöpfte Mittheilungen über die Finanzen der Union nicht uninteressant sein. Nehmen wir an, daß der Frieden am Ende des Jahres 1865 abgeschlossen werde, so wird sich die Schuldenlast der Vereinigten Staaten bis dahin auf 600 Mill. Dollars belaufen.

Denen, die noch fortwährend an der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, diese Schuld zu tragen, zweifeln, läßt sich nur mit der Aufstellung eines Budgets antworten, wie es nach dem Kriege wahrscheinlich sein wird. Wir legen zu diesem Zwecke das Budget von 1859 zu Grunde und finden:

für die Civilliste, d. h. für die Executive, die Legislatur, die Gerichte, die Regierung der Territorien, die Münze u. s. w. . .	8,000,000 Doll.
für die auswärtigen Angelegenheiten	1,500,000 „
für verschiedene Dienste .	20,000,000 „

Bei der Schätzung des Armee-Budgets wird eine Armee von nicht mehr als 60,000 Mann vorausgesetzt, was bei der bis dahin eingetretenen Ermüdung und Erschöpfung gewiß nicht zu wenig ist. Indem man weiter das Marine-Budget als um dreimal höher denn vor dem Kriege annimmt, gelangt man zu einem Budget von dreißig Millionen, was mit den übrigen, bereits erwähnten Posten eine Total-Summe von 295,000,000 Dollars ergibt.

Die Einnahmen, berechnet nach denen von 1859 bis 1863, ergeben:

für die Douanen . .	70,000,000 Dollars
für die inneren Taxen	249,000,000 „
Zusammen	319,000,000 Dollars.

Da kein Grund vorliegt, um anzunehmen, daß die Einnahmen nach dem Frieden sinken, so werden also die Einnahmen die Ausgaben überdecken.

Socialer Theil.

Feudale Theorie und Praxis ist zweierlei*).

„Es ist bekannt", — so schreibt dee „Arbeitgeber" in seiner Nr. 412, — „wie in den letzten Jahren die Junkerpartei in den östlichen Provinzen Preußens sich so eifrig um das Interesse der Arbeiter bemühte. Der „Preußische Volksverein", das „Preußische Volksblatt", wie die „Kreuzzeitung" hatten in den Jahren 1861 und 1862 ihr Augenmerk fortwährend auf die Arbeiter gerichtet: in unzähligen Versammlungen, durch Reden und Flugblätter waed stets eine Sympathie für die Lage dee Arbeiter zur Schau getragen. Selbst als Lassalle auftrat, hatte man nichts Eiligeres zu thun, als Agenten und Rundschreiben in alle Provinzen zu schicken, um für diesen neuen „Freund der Arbeiter" Propaganda zu machen. Die Absicht war klar: es galt zunächst eine große Masse von Leuten im Staat zu gewinnen, die man (nach der frivolen Ansicht der Junkerpartei) für unzurechnungsfähig hielt, die aber durch ihr bloßes Ja und Neinsagen Einfluß genug üben konnten. Die Stimmen für die Kammer-Wahlen zu gewinnen, war der nächste Zweck; weil man aber die Leute nicht von der Reinheit der eigenen Zwecke überzeugen konnte, mußte die Gegenpartei verdächtigt werden. Und hier fielen die Reden auf guten Boden. Der Fabrikarbeiter, der ohnedies geneigt ist, seine üble Lage dem Fabrikherrn zuzuschreiben, ließ sich gar bald von dem bereden, der Wasser auf seine Mühle führte. Dem Junker zwar mißtraute er, als dem geborenen Menschenfeind; als er aber aus dem Mund eines vermeintlichen Volksmannes dasselbe hörte, was die Führer der Feudalpartei ihm vorgeredet, ward er übeezeugt. Lassalle mochte vielleicht andere Absichten haben, als die Junker; beide aber hatten einen Gegner, die Großindustrie, deshalb ward jenee natürlicher Bundesgenosse der Junker.

„Wir wollen hier nicht den damaligen Parteikampf zum wiederholten Mal schildeen; wir wollen nur ein Beispiel varführen, wie die Reden der feudalen Partei, ihre Versprechungen und Verdächtigungen sich zu den Thatsachen verhielten. Wie bekannt, hat Lassalle unzählige Mal die 96 Peocent Proletariat aufgezählt; wer aber die unglücklichsten dieser Armen sind, hat er nie gesagt. Die städtischen Arbeiter waren seine Zuhörer; deren Lage mußte also auch am mitleidwürdigsten hingestellt werden. Von den ländlichen Arbeiteen sprach er nie, oder er sagte:

*) Wegen Mangels an Raum, veranlaßt durch Aufnahme des unseee Leser doch wohl besanders inteeessirenden Referats aus den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Coalitionsfrage müssen wir die Fortsetzung der „socialen Streiflichter auf das Jahr 1864", sa unlieb es uns ist, für die nächste Nummer zurückstellen. D. Red.

sie sind für meine Lehre noch nicht reif, sie verstehen mich nicht. Zu ihnen ist er auch wohlweislich nie gegangen. Die feudalen Herren machten es gerade so: sie wühlten gegen die Industrie, die ihnen ein gefährlicher Nebenbuhler geworden war; sie bearbeiteten die Fabrikarbeiter, **zu ihren eigenen ländlichen Arbeitern gingen sie aber nicht.** Diesen ließen sie nur die geeigneten Ordres zugehen. Dem Fabrikarbeiter ward die Dürftigkeit seiner Lage vorgestellt, seine Noth ärger geschildert, als er sie wirklich empfand; **bei den Taglöhnern in den elenden Hütten ward aber nie von Noth gesprochen.** Hätten sie diesen auch noch von Noth reden können, deren tägliches Gebet ein Nothgebet oder — ein Fluch ist!?

„Herr Justizrath **Wagener** war einer der gleißnerischsten Redner und Schriftsteller der feudalen Partei. In Volksversammlungen, wie in dem von ihm geleiteten Organ, der „Kreuzzeitung", hat er unzählige Mal in diesem Geist gewirkt. Die „Rheinische Zeitung" erzählte dieser Tage von einem Artikel der Kreuzzeitung, in dem das Treiben der „Fortschrittler" in Pommern gegeißelt wurde. Sie habe erzählt, wie ein Demagoge die ländlichen Arbeiter beschwindelte. Dieser hätte ihnen vorgespiegelt: „wenn die Fortschrittspartei siege, würden sie's einmal bis zu einem **Taglohn von zehn Silbergroschen** (!) bringen". Auf solchen Köder habe dann das arme Volk angebissen und fortschrittlich gewählt, obgleich es doch auf der flachen Hand liege, daß „**solche Löhne von den Gutsbesitzern niemals** gezahlt werden könnten, wenn der Grundbesitz nicht ruinirt werden sollte (Soso!)".

„Welch goldene Aussichten: **zehn Silbergroschen in Einem Tag!** Und zehn Silbergroschen waren für Lassalle noch ein Lumpengeld. Denn 300mal 10 Silbergroschen sind erst **Hundert** Thaler und in Lassalle's Augen mußte Einer mit **Vier Hundert** noch am Hungertuch nagen! Doch hören wir auch wie Herr **Justizrath Wagener** den Spruch: „Nicht nach meinen Worten . . ." in die **Praxis** übersetzt. Von der feudalen Partei ward ihm seinerzeit bekanntlich zur Belohnung für seine treffliche Redaktion der Kreuzzeitung das Gut „**Dummerwitz**" in Hinterpommern geschenkt. Auf diesem Gut wirthschaftet er. Betrachten wir nun, wie er dort seine Taglöhner traktirt. Der „Rhein. Ztg." schreibt ein Correspondent folgenden genauen Bericht:

„Auf dem, zum Gute **Dummerwitz** des Herrn Justizrath **Wagener** gehörigen Vorwerke **Calenburg** in Hinterpommern bekommt ein **Taglöhner** außer einer Wohnstelle, die aus Stube, Kammer, Stall und einem Stückchen Garten besteht, als „Deputat": Weide für 1 Kuh, 2 Schafe und 2 Gänse, 1 Morgen gedüngtes Saatland für Winterfrucht, 1 Stück Kartoffelland, so viel als er mit dem Dünger 1 Kuh bestellen kann, 1 Fuhre Heu, 2 Fuhren Reisholz, 2 Metzen Leinsamen und die Erlaubniß 3 Tage lang Torf zu stechen. Hierfür muß er das ganze Jahr täglich auf seine **eigene** Kost für 2½ Sgr. Taglohn und ebenso ein erwachsenes Kind desselben für 2 Sgr. auf dem Vorwerke arbeiten, außerdem aber muß die Frau des Taglöhners von Johannis bis Michaelis jeden Nachmittag für 15 Pfennige Lohn arbeiten. Hat der Taglöhner keine gesunde Frau oder noch kein erwachsenes Kind, so muß er dafür Stellvertretung auf eigene Kosten stellen. Wenn gedroschen wird, bekommt er keinen baaren Lohn, sondern statt dessen den achtzehnten Scheffel, was aber ungefähr einen Taglohn von 5 Sgr. ausmacht. Diejenigen, welche bei der Herrschaft auf dem Gute selbst als Dienstboten u. s. w. arbeiten, stehen sich etwas besser. Ein Pferdeknecht bekommt z. B. **20 Thlr. Jahreslohn** und als Kost Morgens Mehlsuppe, Mittags Gemüse, dabei wöchentlich **3 Mal** Fleisch, Abends Suppe und außerdem wöchentlich 8 Pfd. Brod und 4 **Loth** Butter und ¼ oder ½ (?) Quart Branntwein. Eine Magd bekommt jährlich **12 Thlr.** Lohn und ähnliche Beköstigung."

Wenn wir, sagt die „Rhein. Ztg.", die Leistungen der Gutsherrschaft an den Taglöhner nach den mittleren Preisen im Rheinland berechnen wollten, so würden sie sich belaufen auf:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
1 Morgen Land für Winterfrucht (wenn der Ertrag eines Morgens 600 Pfd. Roggen gibt, das Stroh aber durch die Kosten des Erntens und Dreschens aufgewogen wird)	15	—	—
Wohnung und Garten	30	—	—
1 Fuhre Heu	8	—	—
2 Fuhren Reisholz	2	—	—
3 Tage Erlaubniß Torf zu stechen (vielleicht!?)	4	—	—
Kartoffelland wird bei gehöriger Düngung einem ländlichen Arbeiter auch hier umsonst überlassen	—	—	—
200 Arbeitstage zu 2½ Sgr.	16	20	—
100 Dreschtage zu 5 Sgr.	16	20	—
300 Arbeitstage für das erwachsene Kind zu 2 Sgr.	20	—	—
90 halbe Arbeitstage für die Frau zu 15 Pf.	3	22	6
zusammen	116	2	6

Ein Hundert sechszehn Thaler, das ist also der ganze Verdienst einer **Familie**, wenn **zwei** Personen ihre ganze Arbeitskraft aufwenden und die Hausfrau noch einen großen Theil mithilft. Das sind in der That die **Zehn Silbergroschen** für einen Tag. Wie mag den Armen freilich das Herz im Leibe lachen, wenn sie hören: jeder Einzelne zehn Silbergroschen! — Wir wollen einmal eine Berechnung vom Rhein jener entgegenstellen. Am **Niederrhein** würde diese **Arbeiterfamilie** beziehen für:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
300 Arbeitstage des Mannes zu 12 Sgr.	120	—	—
300 Arbeitstage einer Taglöhnerin zu 8 Sgr.	80	—	—
90 halbe Arbeitstage einer Taglöhnerin zu 4 Sgr.	12	—	—
	212	—	—

Am **mittleren Rhein**, in der Pfalz, in der Gegend von Frankfurt sind die Löhne noch höher. Ein Knecht auf dem Land verdient jetzt nebst Kost 50—60 Thaler, eine Magd 30 Thaler, selbst im Odenwald. Von den Fabrikarbeitern gar nicht zu reden; deren Löhne stehen noch in solchem höheren Verhältniß, daß die Arbeiter vom Land fortwährend in die Stadt wandern.

Doch es gilt uns heute nicht, die besseren Verhältnisse der Arbeiter an anderen Orten nachzuweisen; wir könnten sonst aus den allerärmsten Gegenden Deutschlands, aus dem Spessart, der Rhön, dem Vogelsberg ꝛc. darlegen, daß die Leute **allerwärts noch mehr verdienen als bei pommerischen Rittergutsbesitzern.** Es gilt uns heute nur zu zeigen, wie die **feudale Theorie in der Praxis aussieht.** Man könnte aber, sagt die „Rhein. Ztg." sehr richtig am Schluß ihres Artikels, die feudale Partei nicht besser bekämpfen, als wenn man ihren Taglöhnern von dem Lohn erzählte, den ein Arbeiter am Rhein erhält; auch wenn man ihnen die Möglichkeit hinstellte, ein kleines Stück Land und Häuschen als Eigenthum zu erwerben; vielleicht auch, wenn man ihnen sagt, daß bei uns der Gutsherr keine Polizeigewalt mehr hat, und daß die Leute wenigstens Sonntags einmal Gelegenheit haben, eine Zeitung zu lesen, die sie über ihre Sachen aufklärt!"

Es ist unbedingt nothwendig, daß die ländlichen Arbeiter der Herren Junker mit der Ansicht Lassalle's bekannt gemacht werden, wonach die Arbeiterfamilie auch bei 400 Thaler jährlichem Arbeitslohn noch am Hungertuche nagt. Im Uebrigen aber möchten wir noch weiter empfehlen, daß die vielen Güter der Klöster und der Geistlichkeit in den katholischen Provinzen Deutschlands im Interesse der Arbeiter und namentlich des ländlichen Proletariats vereinzelt und veräußert werden, was vom Hrn. Bischof **Ketteler** und Genossen gewiß mit der größten Bereitwilligkeit befürwortet werden wird.

Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht.

= **Berlin**, 12. Febr. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht haben begonnen. Sie werden manche gute Folgen haben. Nicht nur, weil nach der Lage der Verhältnisse alle Aussicht vorhanden ist, daß das Coalitionsrecht diesmal einen Sieg feiern wird, also der Rechtsgleichheit im Staate ein weiteres Stück Boden in der Gesetzgebung erobert, sondern auch, weil durch diese Verhandlungen eine Klärung der Stellung der Parteien gewonnen werden wird. Es ist schon längst für jeden Unbefangenen mit Händen greifbar, daß man sich von Seiten der reactionären, oder wie sie selbst sich lieber nennt, der „conservativen" Partei der Arbeiter als Werkzeuge, gleichsam als Schachfiguren zu bedienen sucht, um die bürgerliche Verfassungspartei, die Partei der freiheitlichen Entwicklung, lahm zu legen und womöglich matt zu setzen. Dieses Spiel, welches man mit den Arbeitern treibt, muß durch diese Verhandlungen noch klarer zu Tage treten. Die Sachlage und Parteistellung ist einfach. Die Partei des Rückschritts, auf politischem wie auf socialem Gebiet hat in Preußen zur Zeit das Heft in Händen; ihr Streben ist, dieses Heft nicht nur so lange als möglich zu behalten, sondern auch, wo möglich, durch allerlei staatliche Einrichtungen bleibend zu befestigen. Dazu gehört namentlich die beliebte Armeereorganisation, mit deren Hülfe das letzte Stück volksthümlichen Geistes aus dem preußischen Heer entfernt und dieses letztere zum blinden Werkzeug der Regierung gemacht werden soll, um mit seiner Hülfe wieder die Verfassung und alle freiheitlichen Einrichtungen im Staate im Sinne der Gottesgnadentheorie nach rückwärts zu schrauben. Es ist das dieselbe Partei, welche für die Sklaverei in Nordamerika schwärmt, in Mecklenburg u. s. w. das Haselrohr schwingt und auf ihren Rittergütern den **ländlichen Arbeiter elend verkommen** läßt; dieselbe Partei, welche so lange bis es nicht mehr möglich war, für die **Steuerfreiheit der Rittergüter** gekämpft hat und die sich überhaupt aus besserem Stoff gemacht glaubt, wie alles übrige Volk im Staate; jene Partei, die aus dem Staate eine große Zuchtanstalt „mit Gott für König und Vaterland" machen möchte, in welcher die Wissenschaft zur „Umkehr" und der Gewerbfleiß wieder in die Banden des Zunftwesens gezwungen wird und in der **sie selbst**, mit allen Vorrechten und allen Vortheilen einer herrschenden Kaste ausgestattet, die Zuchtpeitsche und das Schwert führt über alles übrige Volk, welches dafür gegen sie, um mit Heine zu reden, „im Herzen tragen soll die Treu und auf dem Hintern das herrschaftliche Wappen." Daß die Herrschaft dieser Partei das Gegentheil aller freien menschlichen Entwicklung, insbesondere das Gegentheil alles dessen ist, was der freie Arbeiter erstrebt und in seinem eigensten Interesse erstreben muß, — liegt auf der Hand. Nur zu lange hat das übrige Volk, hat insbesondere das aus dem Arbeiterstand heraus sich fortwährend entwickelnde, mit diesem darum eng verwachsene, von demselben nie zu trennende, zu Besitz, Macht und Einfluß gelangte Bürgerthum die Herrschaft und das übermüthige Gebahren dieser Partei im deutschen Vaterland und zumal in Preußen sich gefallen lassen, statt sie mit Feuer und Schwert bis auf den letzten Mann auszurotten. Endlich, nachdem dieselbe Partei die Bewegung von 1848 wieder niedergeworfen und dabei Tausende braver Arbeiter niederkartätscht oder in ihren Waldheims und in anderen Orten auf der „trocknen Guillotine" langsam vom Leben zum Tode gebracht hatte, endlich hat das Bürgerthum sich mit Anfang dieses Jahrzehnts aus dem langen Starrkrampf wieder ermannt, in welchen die Reaction dieser Partei es versenkt hatte. Ueberall werden mit wachsendem Nachdruck in den Kammern der Einzelstaaten die freiheitlichen Forderungen, durch deren Erfüllung die Herrschaft der Junkerpartei dauernd gebrochen wird, wieder gestellt, wird verlangt, daß die zu unwirksamen Fetzen Papier herabgewürdigten Verfassungen endlich zur Wahrheit gemacht werden.

Die Männer des Vorrechts und der Willkür-Herrschaft, unter dem Wahrzeichen des Wappenschilds, fühlen, so gut wie die lichtauslöschenden Römlinge und Pfaffenknechte, daß diese freiheitliche Bewegung ihnen endlich über den Kopf wächst und wachsen muß, weil der Geist des Jahrhunderts für sie und gegen die Hemmschuhe ist. Als gute Kriegsleute, die sie sind, suchen sie nun in dem Kampfe sich mit einem Schachzug zu helfen im Rücken der Gegner. Dieser Schachzug besteht darin, daß sie den Arbeitern, für die sie sonst nur die Peitsche, das Zuchthaus und „blaue Bohnen" haben, plötzlich schmeicheln, sie gegen das Bürgerthum hetzen und ihnen weiß zu machen suchen: seht, wir, die Junker, die von anderem Blut sind, wie ihr und das übrige Volk, wir die Männer des Vorrechts der Geburt, die Feinde aller Freiheit, die Verfechter von Stock und Fallbeil, von Hörigkeit und Sklaverei, die Freunde der Volksverdummung, — wir haben plötzlich unsere ganze Natur geändert, wir sind im Besitze von unfehlbaren Mitteln für alle eure Leiden und möchten gern Euch Hülfe bringen, — nur die elenden Freiheitsmänner, deren wir schon so viele, aber noch lange nicht genug, hingerichtet haben, sie hindern uns daran, das sind **auch eure** Feinde, helft uns nur vorerst, diese und ihren jetzigen Nachwuchs zu bekämpfen und wieder in Fesseln zu legen, dann wird auch euch geholfen werden.

Das ist der Schachzug, den die Junkerpartei gegen die Freiheits- und Verfassungspartei macht und an dem sie nun schon ein paar Jahre mit Hülfe ihrer Soldschreiber in der Presse arbeitet. Gelänge es ihr, die große Masse der Arbeiter auf ihre Seite zu bringen, wie es ihr bis jetzt nur erst mit einzelnen gelungen ist, so könnte allerdings die ganze Freiheits- und Verfassungsbewegung wieder auf eine lange Zeit niedergehalten werden, denn eben nur in der Einmüthigkeit dieser ganzen Bewegung liegt die Bürgschaft des Erfolgs, der den Arbeitern so gut wie dem Bürgerthum zu Gute kommt. Daß dagegen das Gelingen dieses Planes der Reaction im Erfolg für die Arbeiter selbst am empfindlichsten sein würde, begreift sich; aber mit den Mohren, die ihre Dienste gethan, würde man dann wie früher schon leicht fertig werden. Die Herren Literaten dagegen,

die jetzt, als „Socialdemokraten“ die Arbeiter einhetzen helfen, um den Junkern diese Mohrendienste zu thun, die hätten dann von der herrschenden Partei ihre fetten Stellen als Consuln, Legationsräthe, u. s. w. weg und könnten die armen Arbeiter, wenn sie wieder mit Kartätschen zur Ruhe gebracht würden, von Herzen dafür auslachen, daß sie so thörigt waren, sich anführen zu lassen. Hiernach ist es erklärlich, wenn der Führer der Junker, und Reactionspartei, Herr Justizrath Wagner auf Dummerwitz, und wenn Hr. Erzbischof Kettler plötzlich so warme Arbeiterfreunde geworden sind und diesen die Hülfe des Staats in Aussicht stellen; wenn die Wantrups, die Jagows, die Strachwitze und wie die „ows“ und „itz“ alle heißen, plötzlich Anträge zu Gunsten der Arbeiter eindringen, über die sie früher vornehm die Nasen gerümpft haben. Dies alles ist hiernach begreiflich, und ebenso wenn das Ministerium Bismarck selbst sich den Anschein der Bereitwilligkeit zu gründlicher Hülfe gibt. Indessen die Maskerade wird bald zu Ende sein, schon fängt die Regierung an, hie und da gegen die ihr unbequem werdenden Arbeiterversammlungen einzuschreiten und der Junkerpartei werden die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bald, trotz aller gleißenden Worte der Herren, die Masken vollends lüften

Damit ist übrigens nicht gesagt: weil die Herren Junker und ihre Soldschreiber nur zum Schein die Arbeiterfreunde spielen, sollen nun etwa die Arbeiter von ihren berechtigten Forderungen ablassen. Nein! Erst recht nicht! Es kann keine günstigere Lage dafür kommen, als die jetzige. Denn, während die Freiheits- und Verfassungspartei schon grundsätzlich nicht dagegen sein kann und nicht dagegen ist, müssen die Herren Junker und Reactionäre, wenn sie sich nicht voreilig selbst entlarven wollen, ebenfalls dafür sein und so können eine Reihe von Gesetzen durchgebracht werden, die im gerechten Interesse der Arbeiter längst nothwendig gewesen, von diesen vermeintlichen Arbeiterfreunden aber früher immer verhindert worden sind. Dabei gilt es aber, und das wird die richtige Probe für die Herren Junker sein, die Abhülfe überall auch auf die ländlichen Arbeiter mit auszudehnen, die thatsächlich noch halb und halb die Hörigen der Herren Junker sind.

Doch hören wir zuletzt die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Dabei wollen unsere Leser jedoch noch auf Eins ihr besonderes Augenmerk richten. Ganz genau dem falschen Spiel entsprechend, welches man von rechts her mit den Arbeitern treibt, geht das Bestreben dieser Partei dahin: durch möglichst weitgehende Anträge und umfassende Berathungen, die man dazu vorschlägt, die Verbesserungen zu Gunsten der Arbeiter möglichst weit hinaus zu ziehen, um so den Schein zu wahren und doch freie Hand zu behalten; während die Verfassungspartei auf sofortigen Beschlüssen besteht. Es wird die richtigste Tactik der letzteren sein, den Herren Junkern keinerlei solchen Aufschub zu gewähren und sie so zu nöthigen, die Reformen zu Gunsten der Arbeiter ohne Verzug mit durchführen zu helfen, oder — das falsche Spiel aufzugeben und die Masken fallen zu lassen. Wenden wir uns nun zu den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses selbst. —

Sltzung vom 11. Febr. Nach Erledigung anderer Gegenstände geht man zum zweiten Theil der Tagesordnung über: — Berathung des Schulze-Faucher-schen Antrags auf Aufhebung der § 182 und 183 der Gewerbeordnung, (das Verbot der Arbeitercoalitionen betreff:nd).

Vom Abg. Twesten und Genossen ist ein Verbesserungsantrag eingegangen, welcher nur die §§ 181, 182 und 184 aufgehoben wissen will, weil § 183 schon durch die Verfassung aufgehoben sei. *)

Von dem Abg. Wagener ist folgender Verschleppungsantrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) Den Antrag des Abg. Schulze-Delitzsch, Faucher und Genossen zu Zeit abzulehnen; gleichzeitig aber 2) die Königl. Staatsregierung aufzufordern, baldmöglichst den beiden Häusern des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen nicht allein sämmtliche, das Vereinsrecht der Arbeiter bisher beschränkende Ausnahmebestimmungen der Allg. Gew.-Ordn. vom 17. Januar 1845 aufgehoben, sondern in Verbindung damit auch solche Organisationen angebahnt, resp. zur Ausführung gebracht werden, welche es ermöglichen, daß der Arbeiterstand als solcher die ihm gebührende Stellung innerhalb des Staatsverbandes einzunehmen und seine eigenen Interessen selbstständig zu handhaben und zu vertreten vermag. Motive: Bei der tiefgreifenden Bedeutung des Gegenstandes und bei dessen Verzweigung mit anderen Materien der Gesetzgebung, sowie mit der Lösung der „Arbeiterfrage“ überhaupt, muß die Initiative, sowie die Formulirung der betreffenden Gesetzvorlage der Kgl. Staatsregierung anheimgegeben werden. — Wagener als Antragsteller. Unterstützt durch: v. Riebelschütz, v. Aulock, v. Jagow, Graf v. Strachwitz, Freiherr v. Richthofen, v. Mitschke-Collande, Graf Sierstorpff, Woepke, v. Blanckenburg, v. Busse, Romahn, Dr. Wantrup, Graf zu Eulenburg, v. Waldaw, Kunde, v. Weiher, Hübner, Graf Finckenstein. (Der Name des Abgeordneten v. d. Heydt fehlt unter den Unterzeichnern des Antrags.)

Vor dem Beginn der Debatte verlangt der Herr Handelsminister von Itzenplitz das Wort, um eine Erklärung der Staatsregierung folgenden Inhalts zu verlesen: „Die Kgl. Staatsregierung hat sich mit der vorliegenden Frage bereits vor Einbringung des Antrages eingehend beschäftigt. Sie hat dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Coalitionsrecht der Arbeiter einer Aenderung im Sinne des Gesetzentwurfes bedürfen. Sie hat sich aber auch nicht verbergen können, daß eine Modifikation dieser Bestimmung in einen Zusammenhang des Systems der Gewerbegesetze eingreife, und daß die Frage nicht abzuweisen sei, in wie weit die Consequenz und das praktische Bedürfniß einer Abänderung auch anderer Vorschriften dieser Gesetze bedürfen. Ihre Erwägungen haben sie ferner zu der Ueberzeugung geführt, daß die Wegräumung der Schranken, welche der Coalitionsfreiheit gezogen sind, allein nicht den Erfolg haben werde, die Lage der arbeitenden Klassen materiell im erheblichen Belange zu verbessern, daß vielmehr in den Kreis der Erörterungen die Frage zu ziehen sein werde, in wie weit durch positive Mittel, insbesondere durch Förderung des Genossenschaftswesens, jener Erfolg anzustreben sei. Zu einer Aenderung der Gesetzgebung auf dieser Grundlage reichen die Vorberathungen, welche dem vorliegenden Gesetzentwurfe vorausgegangen sind, nicht aus. Bei der hohen Bedeutung der Sache und der unverkennbaren Wichtigkeit der praktischen Folgen hält die Kgl. Staatsregierung es für Pflicht, durch eine gründliche und allseitige Prüfung die von ihr zu ergreifenden legislativen Maßnahmen vorzubereiten. Sie wird daher eine Erörterung der einschlagenden Fragen, außer durch eine Anfrage bei den Provinzialbehörden und den Organen des Handelsstandes, auch durch eine besondere Kommission veranlassen, zu welcher Mitglieder beider Häuser des Landtages und Sachverständige aus den Kreisen der Betheiligten, sowohl der Arbeitgeber als Arbeiter, zugezogen werden sollen. Auf diesem Wege hofft sie der Lösung eines Problems näher zu treten, welches zu den bedeutendsten der Zeit gehört und von dessen Wichtigkeit für das gesammte Staatsleben sie durchdrungen ist. Ich erlaube mir nun noch eine Bemerkung hinzuzufügen, der es kaum bedarf, nämlich die, daß mit dem Genossenschaftswesen, wovon hier die Rede ist, die Genossenschaft der Neuzeit gemeint ist — die Consumvereine, Vorschußvereine, Produktivvereine. Ich beehre mich, diese Erklärung hier niederzulegen. (Sehr schön, — wenn wahr!)

Abg. Schulze. Weil ich mit den Ausführungen der Commission nicht in allen Stücken übereinstimme, werde ich für das Amendement Twesten stimmen. Ich schließe mich den Ansichten des Herrn Handelsministers an, daß das Coalitionsrecht allein den Arbeitern nicht helfen wird, sondern ich bin der Ueberzeugung, daß es in Zusammenhang gebracht werden muß mit der Aufhebung jenes Netzes von Bestimmungen, welche den Erwerbsverkehr überhaupt einschränken. Unsere Partei hat sich daher auch früher nicht mit Meinungsäußerungen begnügt, sie hat vielmehr die Initiative durch Einbringung eines vollständigen Gewerbegesetzentwurfs ergriffen, der alle jene Momente in's Auge faßte. Die jetzige Situation hat den Antrag hervorgerufen. Bisher hatte sich diejenige Fraktion, welche in diesem Hause die Minderheit, in dem andern Faktor der Gesetzgebung dagegen die Majorität bildet, gegen eine Beseitigung der beschränkenden Bestimmungen der Gewerbegesetze gestemmt; jetzt aber ist von dieser Seite her eine Agitation in's Leben gerufen, welche die Aussicht eröffnet, einzelne jener Bestimmungen zu beseitigen. Wir müssen daher die Gelegenheit wahrnehmen, um eine Bresche in jenen Wall von Einschränkungen zu schießen; die Folge wird sein, daß die übrigen Einschränkungen ebenfalls fallen müssen. Ich begrüße es mit Freuden, daß der Regierung, welche früher die Dringlichkeit des Bedürfnisses von Aenderungen nicht anerkennen wollte, durch jene Agitationen dies Motiv abgeschnitten worden ist, sowie, daß die Auffassung der Regierung wesentlich von der der conservativen Partei abweicht, indem sie erklärt hat, daß die von ihr zu ergreifende Initiative sich nicht etwa nur auf corporative Genossenschaften erstrecken werde. Die Anträge der Kommission enthalten indessen Dinge, die der Koalitionsfreiheit fremd sind. Insbesondere bezieht sich dies auf die Aufhebung des § 183, der schon durch die Verfassung aufgehoben ist, weil er sich nicht auf die Koalitionen, sondern auf das Vereinsrecht der Arbeiter bezieht. Der Artikel 73 der Verfassungsurkunde gehört zu den klarsten; er erlaubt alle Vereine, deren Tendenz nicht den Strafbestimmungen zuwiderläuft. Auch das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel haben wir in dem Vereinsgesetz. Dies sichert den Arbeitern dieselben Rechte, welche die übrigen Staatsbürger haben, indem es nur die Lehrlinge von politischen Vereinen ausschließt. Ich gebe nun dem Hause zu bedenken, was es mit Aufhebung eines solchen Paragraphen beschließen würde. Wir alle kennen den Werth des Versammlungsrechtes für den einzelnen Arbeiter und für die Genossenschaften. Sollen wir die Basis dieses Rechtes anzweifeln? Wenn wir das im einzelnen Falle thun, so zweifeln wir die Rechtsbeständigkeit der Verfassung an, tasten wir an die heiligsten Grundrechte des Volks. Ich bitte daher das Haus, dem Antrage der Kommission auf Aufhebung des § 183 sich nicht anzuschließen. Auch in Betreff des § 184 habe ich bedeutende Bedenken, obgleich ich seine Bestimmungen für gehässig halte, obgleich ich die Rechtsungleichheit, in welche durch ihn der Arbeiter gesetzt ist, beseitigt wissen will. Wenn schon der § 184 deshalb gehässig ist, weil er auf den Kontraktsbruch des Arbeiters eine Kriminalstrafe setzt, so wird er dadurch noch gehässiger, daß der Arbeitgeber nicht auch derselben Strafe unterliegt. Aber ein solches Gesetz kann nicht gelegentlich aufgehoben werden, es muß die Aufhebung zugleich alle diejenigen Beschränkungen umfassen, welche sonst noch der persönlichen Freiheit entgegen stehen. Daß zu all diesen Konsequenzen die Conservativen ihre Zustimmung geben würden, ist nicht wahrscheinlich; sie werden sich daher der Aufhebung des § 184 widersetzen. Wir müssen uns in Folge dessen der Besorgniß hingeben, daß wir durch das Anstreben des Mehreren, welches in der Aufhebung des § 184 liegt, die Erreichung des Wenigen zerstören. Darum bitte ich das Haus, davon abzustehen. Die Koalitionsfreiheit zu fordern, haben die Arbeiter das vollständigste Recht. Wenn der einzelne Arbeiter seine Arbeit aufgibt, weil er mit dem Lohne nicht zufrieden ist, belegt dies kein Gesetz mit Strafe. Aber das, was für den Einzelnen nicht strafbar ist, soll der Allgemeinheit verboten werden. Darin liegt ein Hohn, denn man hebt die Wirksamkeit der Arbeitseinstellungen auf, wenn man dieselben, sobald sie gemeinschaftlich geschehen, verbietet. Durch das Verbot der Arbeitseinstellungen wird der Arbeiter dem natürlichen Boden der wirthschaftlichen Erziehung entzogen. Durch die Aufhebung des Verbots der Koalitionen werden sie den krankhaften Boden in einen gesunden umwandeln. Nur auf gesundem Boden ist die Selbsterziehung des Arbeiters möglich. Die Anführung der englischen Verhältnisse zur Bekämpfung des Koalitionsrechts beruht auf einseitiger Auffassung. Es ist sehr natürlich, daß der Gebrauch des Koalitionsrechts in vielen Fällen zum Schaden der Arbeiter gereicht hat, weil sie nicht den rechten Moment erfaßt hatten. Darum aber darf man die Größe der allgemeinen Wirkung des Koalitionsrechts nicht unterschätzen; denn schon das Vorhandensein der Möglichkeit, daß die Arbeiter von ihrem Rechte Gebrauch machen könnten, hat die Folge, daß sich die Arbeitgeber bedenken werden, es dahin kommen zu lassen. Dieser Segen zeigt sich in England in der fortdauernden ruhigen Erhöhung der Löhne. Nicht das Naturgesetz, meine Herren, vermag das Koalitionsrecht zu ändern, nicht die Konjunkturen des Marktes wird es schaffen, aber es wird die Arbeiter in die Lage setzen, eine günstige Konjunktur des Marktes zu benutzen. (Zustimmung.) Geben Sie den Arbeitern diese Schule der Freiheit. Wer möchte leugnen, daß man auch mit der Freiheit Mißbrauch treiben kann; Freiheit ohne die Möglichkeit des Mißbrauchs ist ein Unding. Darum darf uns aber die Besorgniß vor dem Mißbrauch nicht zurückschrecken. Schaffen wir daher den Arbeitern die Gelegenheit, sich in offenen Versammlungen zu orientiren über die Bedingungen ihrer Lage. Auch jetzt schon sind trotz des Verbots der Arbeitseinstellung solche oft genug zu Tage getreten. Aber sie haben sich in's Geheim verbreitet und zu ungesetzlichen Ausschreitungen geführt. Legalisiren Sie die Ausübung des natürlichen Rechts der Arbeiter, so werden Sie ungesetzliche Ausschreitungen verhindern. Wo das volle Coalitionsrecht besteht, haben die Arbeiter Gelegenheit, ihre Forderungen aufzustellen, und es ist den Arbeitgebern möglich, ihre Gegengründe anzugeben,

---

*) Den Wortlaut aller dieser §§ siehe in Nr. 111 S. 568 unseres Blattes. D. Red.

und durch mäßige Konzessionen große Schäden abzuwenden. — So wandelt sich das schroffe Sonderinteresse in die wahren Interessen der Allgemeinheit, nur so werden wir den Boden der Versöhnung im Klassenkampf gewinnen. — Das beste Mittel, das Ansehen der Arbeitgeber zu wahren, wird sein, daß wir die Ueberzeugung der gleichen und gerechten Stellung beider Theile erwecken. — In politischer Beziehung ist die Beseitigung der bisherigen Ungleichheit vom höchsten Interesse für die Gesundheit des Arbeiterlebens. Die wirthschaftliche Bildung ist die Grundlage des materiellen Wohlseins; Einsehen und Selbsterkenntniß stellen den Mann auf eigene Füße. Damit muß man beginnen, wenn man Boden gewinnen will für die politische Einsicht der Arbeiter. Bevor man mit Fragen des Staats an sie herantritt, muß diese Grundlage der Bildung vorhanden sein. Die Erreichung der vollen Gleichheit vor dem Gesetz wird noch schwere Kämpfe kosten, in denen die ganze Volkskraft wird eingesetzt werden müssen für das ganze ungetrennte Volksrecht. Bereiten wir die Stärkung für diese Kämpfe vor; ziehen wir die Konsequenz der bürgerlichen Freiheit auch auf die Freiheit des Erwerbs! Dann werden wir erreichen, daß die freie Anwendung der Arbeiterkraft die Basis des Staatslebens wird. Ich betrachte daher diese Frage nicht vom Gesichtspunkte der Opportunität; die Frage leidet keinen Aufschub. Es liegt uns eben so fern, diese Frage als Agitationsmittel zu benutzen, wie dies von Seiten der konservativen Partei geschehen ist. Die Frage gehört zu unserm **Programm**. Von Seiten der Feudalen habe ich, wie ich gestehen muß, mehr Entgegenkommen erwartet. Diese Partei hat nicht nur die Initiative der Regierung verlangt, sondern sie hat auch angegeben, wie die Regierung diese Initiative benutzen soll. Es läßt sich leicht erkennen, daß die Initiative, in diesem Sinne ausgeübt, nicht etwa zur Beseitigung der Beschränkungen, sondern zu noch Schlimmerem führen wird, als die Beschränkungen waren. Aus früheren Erklärungen des Herrn Abg. **Wagener** wissen wir, daß die conservative Partei nach **korporativen Associationen** strebt; das hieße dann nach Aufhebung des § 183 denselben durch eine Hinterthür wieder einschieben, indem man die **unmittelbare Aufsicht** der Regierung eintreten ließe. Ich beschränke mich vorläufig auf diese Andeutungen, indem ich die Ausführungen des Herrn Antragstellers auf conservativer Seite erwarte, um dieselben zu widerlegen. (Bravo links.)

Der **Präsident** theilt mit, daß ein Antrag des Abg. v. **Bonin** (Genthin) eingegangen ist: den Antrag der Abg. Schulze (Berlin), Dr. Faucher und Genossen der königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung bei den durch ihre Erklärung in Aussicht gestellten Schritten zu überweisen.

Abg. **Reichensperger** (kathol. Fraktion). Wenn ich auch augenblicklich die Gesammtausführung der Kommissionsvorlagen für unmöglich halte, so meine ich doch, daß wir unseren Standpunkt in dieser Frage fixiren und uns in diesem Sinne den Kommissionsanträgen anschließen müssen. Die bekämpften Paragraphen der Gewerbeordnung sind eine natürliche Consequenz des vormärzlichen Polizeistaates, der leider bis jetzt nur theoretisch gebrochen ist. Hier handelt es sich darum, ihn an einem Punkt praktisch zu beseitigen. Die Beschränkungen der Arbeiter-Coalitionen müssen gänzlich, nicht nur theilweise, aufgehoben werden. Wenn das Gesetz auch von Coalitionen der Arbeitgeber spricht, so ist dies eine Höflichkeit gegen die Arbeiter, die der Bedeutung entbehrt, da jeder größere Unternehmer in sich selbst eine Coalition bildet. Ungefährlich ist die Aufhebung der Bestimmungen freilich nicht; nicht nur, daß die Arbeiter zwei Drittel der durch Arbeitseinstellung entstehenden Verluste selbst tragen, sie können auch benachtheiligend auf ihnen fern liegende Erwerbsgebiete wirken; dennoch müssen wir das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern haben, daß sie auf Grund des Coalitionsrechtes vielmehr großartige moralische Associationen gründen werden. Wir müssen die Arbeiter durch das Bewußtsein vollständiger Rechtsgleichheit aller Stände heben. Zu sehr betont man die Macht der physischen Gesetze des Marktes; der Wille, nur zu einem bestimmten Preise zu arbeiten, ist ein wesentliches Moment, das gewaltig auf die Fixirung der Preise einwirkt. Der Irländer, der sich mit seiner Kartoffel begnügt, fordert und erhält darum weniger als der Engländer, der Brot und Fleisch als unumgängliches Bedürfniß ansieht. Der Arbeiter muß nur arbeiten wollen, wenn der Lohn für seine Bedürfnisse hinreicht. Die durch Coalitionen faktisch herbeigeführten Erfolge beweisen die Richtigkeit dieser Ansicht. Man streiche deshalb die Paragraphen der Gewerbeordnung, welche dem allgemeinen Vereinsrecht widersprechen. **Beizubehalten** ist nur der § 184, welcher das eigenmächtige Verlassen der Arbeit verbietet, denn auf der Festigkeit der Kontrakte beruht ja auch für die Arbeiter selbst die einzige Sicherheit. Zum Schluß müssen wir aber auch noch von dieser Stelle es aussprechen, daß es ein Verbrechen ist, den Arbeitern chimärische Hoffnungen zu erwecken, als ob durch irgend welche Gesetzgebung Etwas erreicht werden könnte, wenn nicht vielmehr als eigentlich schaffende Kraft **ihr** Fleiß und **ihre** Geschicklichkeit zur Geltung kommen. Ein großer Schriftsteller hat gesagt: die Arbeit hat eine doppelte Beziehung, hinter sich her schleppt sie die Sklavenkette der Nothwendigkeit, aber auf ihrer Stirn trägt sie das Flammenzeichen der Freiheit!

Abg. **Wagener** auf **Dummerwitz** (Neustettin, Führer der conservativen, d. h. Junkerfraction): Vor einem Jahre habe er prophezeiht, daß die Dinge kommen würden, wie sie eben gekommen seien. Die Arbeiter seien von den Herren zur Linken abgefallen, wie dürres Laub (Heiterkeit). Jene Herren würden sich vergebens bemühen, sich durch ihre heutigen Reden bei demjenigen Theile der Bevölkerung zu retabliren, dessen Führer sie bis jetzt zu sein vermeinten. Es sei zu constatiren, daß das Mitglied für Berlin in diesem Hause noch niemals eine so schwächliche und allen Schwunges entbehrende Rede gehalten habe, wie heute (Heiterkeit). Es scheine jenem Abgeordneten der Boden unter den Füßen zu schwanken, seitdem ihn seine bisherigen Anhänger nicht mehr wie sonst mit Jubel und Weihrauch überschütteten. Redner gibt nunmehr eine Uebersicht über die bisherige Behandlung der Frage innerhalb des Hauses und in der Presse. Der Antrag **Schulze-Faucher** sei lediglich als Folge des Beschlusses der Arbeiter-Vereine zu betrachten, allein der Antrag könne und werde jenen Vereinen nicht genügen und die Anträge der Commission scheinen diese Lücke ausfüllen zu wollen. Redner und seine Freunde wollten diesen Antrag behandelt wissen als einen integrirenden Theil der Arbeiterfrage, sie hätten, was sie gewollt und erstrebt, schon lange vor den Berathungen der Arbeitervereine festgestellt. Sei der Redner und seine Freunde auch mit dem Sinne des Antrages einverstanden, so seien sie es doch nicht mit seiner Form und seinen Zielpunkten. Herr Schulze könne nicht verlangen, daß Redner und seine Freunde sich unter seine Führung begeben, zumal sie sich nicht begeistern können für seine Anschauungen für Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, welche in dieser Anschauung antiquirte Begriffe seien. (Widerspruch links!) Lassalle's Prinzipien hätten die Schwärmerei dafür lahm gelegt und die Arbeiter beginnen dies einzusehen. Schulze selbst habe in sein System Bresche geschossen und zwar heute von der Tribüne herab, indem er gegen die wüste Concurrenz kämpfe. Von der Lösung dieser Frage hänge das Schicksal der europäischen Gesellschaft und der europäischen Civilisation ab. Daher möge man nicht wähnen, diese Frage vom Parteistandpunkt, als Parteifrage lösen zu können, sie sei nur zu beantworten vom Standpunkte der Praxis und Zweckmäßigkeit. Redner erkennt die Nothwendigkeit von Associationen an, will aber ihre Bildung auf dem natürlichen Entwicklungswege, wie sich früher die Zünfte gebildet und als Nothwendigkeit herausgestellt hätten. Vereinsrecht und Coalitionsfreiheit halte er für unbedingt geboten, geboten durch die Verfassung, geboten durch die Praxis (der Minister-Präsident tritt in den Saal und nimmt seinen Platz am Ministertische ein, ohne das Haus in üblicher Weise zu begrüßen). Die Nothwendigkeit der Gewährung des Coalitionsrechts erhelle aus der Gleichberechtigung Aller vor dem Gesetz, als unentbehrlich zur Mitwirkung an der Herstellung der Selbstständigkeit des Arbeiters. Nicht die Erkenntniß des Einzelnen, sondern die Gesammtheit der Arbeiter könne dem bestehenden Mangel Abhilfe bringen. Redner und seine Freunde wollen moralische Selbstzucht des Arbeiters, sie wollen Besserung und Hebung der Arbeiterlage, sie wollen es nach dem Vorbilde Englands. Die Strafen gegen die Coalition seien für große Bewegungen doch gänzlich unerheblich, der Wegfall der Strafen werde in ruhigen Zeiten Verbindungen begünstigen, welche sich für die Zukunft bewahren würden. Es sei eine Arbeiteragitation im Werden, man mache diese am besten unschädlich, wenn man den billigen Ansprüchen dieser Agitation bei Zeiten zu entsprechen suche. Die politischen Agitationen der Gegenwart, welche an den Grundsäulen des Staates rütteln, mögen sich vorsehen, daß ihnen die herabfallenden Stücke nicht selbst auf den Kopf schlagen. Es ständen sich jetzt zwei Systeme zur Lösung der Arbeiterfrage gegenüber, das parlamentarische in England, das imperialistische in Frankreich; beide Wege hätten etwas Richtiges, getrennt seien sie beide falsch. In Frankreich steigern sich Stadt- und Staats-Schulden. Die Arbeiter seien unersättlich, zuletzt bleibe nichts übrig als, wie Kaiser Nero es gethan, die fertigen Städte anzuzünden und nachher wieder aufzubauen. In Frankreich wolle man nur die Macht des Imperialismus und die Präfectenwirthschaft befestigen. In England drohe die Frage auch einen unerwünschten Ausgang zu nehmen, nächstens werde man einen Ruf aus England nach allgemeinem Stimmrecht hören, der junge Lord Russell scheine sich als englischer Lassalle etabliren zu wollen. (Gelächter.) Die conservative Partei wolle von beiden Systemen das Richtige entnehmen. Die Regierung solle dem Bestreben der Arbeiter nach Selbstständigkeit entgegen kommen, und Productiv-Associationen eben so mit Zinsgarantien unterstützen, wie Eisenbahnen. (Links Ah! hört! hört!) Man möge bei Zeiten vom „allgemeinen Stimmrechte" das „Nützliche" und „Nothwendige" acceptiren, damit man es später nicht mit allen seinen Ausschreitungen annehmen müsse. Redner zweifelt, ob in unruhigen Zeiten sich Staatsmänner finden möchten, welche dem Schritt der Bataillone von Arbeitern Einhalt zu thun vermöchten. Redner und seine Freunde meinen, daß nur die **Regierung** jetzt Abhülfe bringen könne, sie wollten von der Regierung auch den leisesten Schein eines Druckes fern halten und derselben in vollem Vertrauen freie Entschließung erhalten. Außerdem aber bezweifelt Redner, daß der andere Faktor der Gesetzgebung einen Antrag Schulze-Faucher ohne Geleitbrief der Regierung Zustimmung ertheilen würde. Redner ersucht daher um Annahme seines Antrages. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. **Osterrath** schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Reichensperger an und betont, daß die Thätigkeit seiner Fraction auch für die Freiheit der Arbeiter principieller Natur sei und nicht etwa durch die letzten Agitationen hervorgerufen.

Abg. **Faucher** (vom Platze gegen den Kommissionsantrag. Bei den ersten Worten des Redners ertönt der Ruf: „Tribüne!") Der **Präsident** erklärt, daß der Redner das Recht habe, vom Platze zu sprechen, und Abg. **Faucher** erwidert, daß er vom Platze besser verstanden werde; auf der Tribüne drehe der Redner außerdem dem Präsidenten den Rücken zu und spreche zu dem Ministerium, dem er in dieser Sache nichts zu sagen habe. (Heiterkeit.) Demnächst fährt der Redner fort: Der gestellte Antrag sei nicht so jung, wie der Abg. Wagener ihn geschildert habe. Bei den schon seit 1862 stattgefundenen Kommissions-Berathungen neuer Gesetzentwürfe habe der Regierungskommissar geäußert, daß die Coalitionsfreiheit von den Arbeitern ja noch gar nicht gefordert worden sei. Er (der Redner) habe sich deshalb damals an den hiesigen Arbeiterverein mit der Aufforderung, eine Petition zu veranlassen, gewendet, indem er dort erzählt habe, wie günstige Erfolge die volle Coalitionsfreiheit in England seit 1855, seit Beseitigung der Verschwörungsbill, gehabt habe. Erst **nachher** hätten die Socialisten angefangen, Capital aus der Coalitionsfrage zu machen. Doch würde auch jetzt mit dem Antrage auf Beseitigung blos der §§ 181 und 182 nicht vorgegangen sein, denn in Verbindung mit diesen §§ müßten noch manche andere, wie z. B. 47 und 48, dann 31 und 32 fallen — wenn die Bewegung nicht eine so bedenkliche Höhe angenommen, und man diesseits nicht hätte zeigen wollen, daß es an dem guten Willen dazu hier nicht fehle. Wenn er sich also gleichwohl mit Aufhebung der §§ 181 und 182 als einzelner ohne Verbindung mit den übrigen einschlägigen §§ schon jetzt einverstanden erkläre, so geschehe es, damit der Arbeiterstand den Glauben verliere, daß an dem Lohnsatze irgend etwas durch den Willen und die Bestimmung der Menschen geändert werden könne. Redner weist dann nach, daß zwar momentan eine willkürliche Erhöhung oder Erniedrigung der Löhne eintreten könne, daß jede Willkür aber durch den Schaden, den sie sowohl Arbeitgebern als Arbeitnehmern bringe, sich sehr bald wieder selbst vernichten müsse und so das natürliche Verhältniß wiederhergestellt werde; daß endlich Produktiv-Associationen die letzte Frucht einer gesunden und normalen Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse sein würden. Die Mittheilung der Regierung, daß sie eine Kommission aus Mitgliedern des Landtages und interessirten Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aussicht genommen, habe ihn außerordentlich überrascht; er halte es fast für unmöglich, daß Kommissionen der legislativen Körperschaften mit den Interessenten in Berathung treten könnten, zumal man nicht wisse, welche Stellung die Häuser dabei einnehmen sollten. Er verstehe dies Anerbieten nicht. Jedenfalls dürfe das Haus durch diese Mittheilung sich in seiner Thätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung nicht aufhalten lassen. Auf die Absichten der conservativen Partei bei Aufhebung der in Frage stehenden §§ eingehend, bemerkt Redner, daß die „trades unions"

in England, die der Abgeordnete Wagner im Sinne gehabt zu haben scheine, keine Korporationen wären, die alle Arbeiter aller Produktionszweige umfaßten, und daß diejenigen Arbeiter, die sich in ihnen befänden, sich einen Regierungskommissar zur Beaufsichtigung sehr verbitten würden. (Hört, hört!) Ueberhaupt seien die „trades unions" in England nicht Genossenschaften, welche die Gewerbefreiheit vertreten, sondern sie ständen ihr gewissermaßen als Zunftgenossenschaft entgegen. Falls schließlich die Regierung bei den Konzessionen, welche sie gemacht, moderne Genossenschaften im Auge habe, dann würde man ihr Entgegenkommen mit Freuden begrüßen. (Bravo).

Abg. Meibauer beantragt, in einer besondern Resolution auszusprechen, daß § 183 der Gewerbeordnung durch die Verfassung aufgehoben sei.

Abg. Becker (Dortmund): Die Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen dürfe sich nicht nur auf die industriellen Arbeiter beziehen, sie müsse auch auf ländliche Arbeiter und das Gesetz vom 24. April 1854 ausgedehnt werden. Redner beleuchtet die Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes durch eine Kritik seiner einzelnen Bestimmungen und bringt schließlich den Antrag ein: das Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflicht der ländlichen Arbeiter, aufzuheben, eventuell den § 3 dieses Gesetzes in Fortfall zu bringen. Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

(Vicepräsident v. Unruh übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Twesten für sein Amendement. (Nachdem der erste Theil seiner Rede, welche die juristische Deduktion enthielt, durch Unruhe im Saale fast verloren gegangen, wird die Ruhe endlich hergestellt und die Stimme des Redners bringt allmählich bis zur Verständlichkeit durch. Er führt seinen Vortrag so zu Ende): Als ich in dem Antrage der Hrn. Wagener und Genossen Worte las, die in den vierziger Jahren die Welt bewegt haben, die Worte von „Organisationen", welche es ermöglichen, daß der Arbeiterstand als solcher die gebührende Stellung im Staatsverbande einnehme, und als ich in den Motiven die „Arbeiterfrage" erblickte, da konnte ich nicht umhin mich an ein Wort zu erinnern, welches ein früherer, fast fanatischer Anhänger dieser Partei gesprochen, nämlich der Professor Huber, der bekanntlich noch jetzt zu den reaktionärsten Männern in Deutschland zählt, aber um die Verbesserung des Arbeiterstandes im Einzelnen und im Genossenschaftswesen große Verdienste hat. Huber sagt: „Diese Partei ist nicht eine Stütze, sondern ein Stein am Halse jeder Macht, der sie anhängt, vom Königthum bis zur Zunft." (Hört! Hört!) Und wenn der Hr. Abg. Wagener hier die Arbeiter organisiren will nach Art der „Innungen und Zünfte", so meine ich, haben wir alle Ursache zu denken, daß die Arbeiter diese Freundschaft einmal theuer bezahlen könnten. Der Herr Handelsminister hat von „positiven Mitteln" gesprochen. Er sagt zwar: „insbesondere durch Förderung des Genossenschaftswesens"; ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß diese positiven Mittel ein sehr zweideutiger Ausdruck sind. Es können dadurch Illusionen angeregt werden, die der Herr Minister gewiß nicht anregen will, die aber ein politischer Charlatanismus in neuerer Zeit hin und wider in Scene gesetzt hat. Der Herr Abg. Wagener hat von Staatsunterstützung gesprochen, von Produktions-Genossenschaften mit Staatsunterstützung. In den gedruckten Motiven steht das freilich nicht, aber auch in einer bloßen Rede ist es, glaube ich, das erste Mal, daß in diesem Hause in dieser Weise auf Staatsunterstützung hingewiesen worden ist. Und ich meine, wir haben alle Ursache, Illusionen, die in solcher Weise bei den Arbeitern angeregt werden, entgegenzutreten. (Sehr wahr!) Herr Wagener meint bereits, er habe mit uns schon nicht mehr zu verhandeln, sondern mit unsern Hintermännern, und weist auf den verstorbenen Lassalle hin. Meine Herren, Lassalle hat darin die Wahrheit ausgesprochen, daß den Arbeitern allein mit politischen Rechten schwerlich gedient ist, daß unter den Arbeitern auf eine nachhaltige Agitation, etwa zu revolutionären Zwecken, nicht zu rechnen ist, wenn man ihnen blos von politischen Zielen, vom allgemeinen Wahlrecht u. dergl. spricht. Lassalle meinte, um die Arbeiter in Bewegung zu bringen, müsse etwas Anderes hinzutreten: es müsse ihnen Geld in Aussicht gestellt werden, Staatsunterstützungen in weiterem Umfange. Geldunterstützungen, die den Arbeiterstand als solchen heben, in größerer Menge verwendet ihn auf eine andere Stufe fördern könnten, halten wir Alle für etwas vollkommen Unmögliches. (Laute und vielseitige Zustimmung.) Es ist das eine neue Art Communismus (Sehr richtig!) mit der wir in den 40er Jahren fertig zu sein glaubten. (Der Redner wird durch lauten Zuruf der Beistimmenden fast unterbrochen). Agitationen haben auch jetzt keine Gefahr. Es hat sich gezeigt, daß die Lassalle'sche Agitation außerordentlich wenig Boden gefunden hat, daß sie nur auf einen außerordentlich kleinen Kreis von Arbeitern Einfluß geübt hat. (Bewegung. Eine Stimme: „O doch!") Meine Herren, ich will zugeben, auf manchen Einzelnen. Einzelnen kann man sogar mit Geldunterstützungen unter die Arme greifen, man kann Literaten kaufen und auch einzelne Arbeiter kaufen (Bravo! Sehr gut!), daran zweifle ich nicht im Mindesten. Und wenn Sie sogar ohne alle bösen Absichten einzelnen Arbeitern unter die Arme greifen und ihnen dabei sagen: Das thun wir, das thut die „konservative" Partei oder die Königl. Staatsregierung, so wird die Folge unzweifelhaft sein, daß diese Arbeiter für Sie stimmen, aber weiter wird die Sache auch nicht gehen, mehr werden Sie nicht erreichen. (Heiterkeit). Von großer Bedeutung scheint es mir allerdings, wenn wir seit den letzten zwei Jahren plötzlich Kreise sich mit der Arbeiterfrage beschäftigen sehen, die bisher nichts dafür gethan, es sei denn nach dem biblischen Spruch: „Verschließe Dich in Dein Kämmerlein." Als aber im v. J. die Lassalle'sche Agitation eine Agitation von der äußersten Linken herbeiführte, die geeignet schien, der liberalen Partei den Boden abzugewinnen, da wagten sich auf einmal andere Kreise hinein, Bischof Kettler in Mainz und Herr Wagener in Berlin. (Heiterkeit). Und um dieselbe Zeit, als von den Lassalle'schen Bestrebungen aus Agitationen in den Kreisen, die ich hier zu vertreten die Ehre habe, Waldenburg und Reichenbach, gegen die Fabrikherren angeregt wurden, da nahm sich auch die K. Staatsregierung derselben an (hört!). Da wueden Untersuchungskommissionen ernannt, von deren Erfolge ich weiter nichts gehört habe. Es soll auch einigen Webern, die an der Spitze der Agitation standen, Staatsunterstützung gewährt worden sein, um eine Productiv-Association zu versuchen (hört!). Ihren Erfolg kenne ich nicht. Im Kleinen ist ein solcher Versuch jederzeit bedenklich, im Großen natürlich unmöglich. Aber folgern dürfen wir wohl, ohne zu verdächtigen, aus alledem, daß die konservative Partei die Lassalle'sche Agitation für ein gutes Mittel hält, die liberale Partei zu zerquetschen (hört!). Den Versuch mögen sie machen, sie werden uns damit nicht schrecken. Ich erinnere Sie an das Wort eines Mannes, der selbst als armer Handwerksbursche begann und es zu einem reichen und berühmten Manne brachte, der seinen Namen in die Geschichte der Wissenschaften und seines Vaterlandes eingezeichnet hat. Er sagte einmal: „Wer den Arbeitern sagt, daß sie auf andere Weise als durch Arbeit und Sparsamkeit ihre Lage verbessern können, der ist ein Verführer des Volkes!" (Lauter Beifall.) M. H.! Wir werden uns nicht fürchten, jede Maßregel zu unterstützen — und wir zeigen es auch hier — durch welche der Staat die Rechtsgleichheit gewährt. Thatsächliche Gleichheit wird und kann der Staat niemals gewähren, aber vor der Rechtsgleichheit haben wir keine Furcht, wir werden solche Maßregeln unterstützen. Wird aber der Versuch gemacht, aus thörichter Verbesserungssucht oder um boshaft zu hetzen, durch communistische oder sozialistische Hetzerei die Arbeiter in Bewegung zu bringen und die niederen Klassen gegen die höheren aufzuhetzen, dann werden wir mit Franklin sagen: Wer das thut, ist ein Verführer des Volks! (Lauter und anhaltender Beifall).

Abg. Waldeck: Man will von Seiten der Regierung Kommissionen einsetzen, zur Abgedung eines Urtheils in dieser Sache. M. H.! im Jahre 1848 hat man von jener Seite das auch allemal so gehört. War von positiven Rechten die Rede, vom Versammlungsrecht, von der Freiheit der Presse, von der Selbstverwaltung der Gemeinden, wurden alle diese Freiheiten verlangt, dann sagten sie, die Freiheit ist ja richtig, aber es muß die wahre Freiheit sein. Der Ausdruck war damals sehr beliebt „die wahre Freiheit", (Heiterkeit.) Unter der wahren Freiheit verstand man die Freiheit, die sich unter irgend einen Polizeidruck bequemen und zwängen muß, die Freiheit mit anderen Worten, die darin besteht, daß man nach gewissen positiven Bestimmungen allenfalls in's Gefängniß gesetzt wird. (Große Heiterkeit), allenfalls dies und das nicht thun kann, allenfalls eine Conzession zu diesem und jenem nöthig hat; daß eine Gemeinde, wenn sie ein Grundstück kaufen will, dazu der Genehmigung der Regierung bedarf, oder wenn sie einen Stadtrath anstellen will, dazu die Genehmigung der Regierung einholen muß. (Große Heiterkeit). Das ist alles die wahre Freiheit, wie sie die conservative Partei versteht! In dem Wagener'-Lexicon ist von einer ländlichen „Organisation" die Rede und da heißt es: „Die Leibeigenschaft war eine Organisation der landwirthschaftlichen Arbeiter" (Heiterkeit); an einer anderen Stelle desselben Werkes werde Unterstellung der Arbeite unter obrigkeitliche Aufsicht verlangt. Die Massen, heiße es da, müßten discipliniert werden, wobei man verzichten müsse auf die Freiheit des Nomaden und des Affen" (Heiterkeit). Was hier unter Freiheit des Nomaden und Affen verstanden wird, ist die Freiheit des Menschen, und auf diese Freiheit wollen wir eben darum nicht verzichten. Der Abg. Wagener kennt zwei Wege, den imperalistischen und den parlamentarischen. Nun wohl, den letzteren wollen wir gehen. Wir wollen, wie sie in England besteht und auch bei uns gesetzlich existirt, die einfache Gewerbe- und Associationsfreiheit erhalten, zumal, wenn diese einfachen Sätze bestritten werden und von jener Seite mit dem heiligen Namen der Demokratie coquettirt wird, um den Arbeiter irre zu führen (Bravo!) Dazu, daß das allgemeine Wahlrecht, an dem ich und meine Freunde festhalten, verlangt wird, um den Arbeitern „Staatshülfe" zu verschaffen, dazu wird nicht ein einziger wahrer Demokrat, nicht ein Preußischer Demokrat von 1848 seine Zustimmung geben (Bravo links).

Auf den Vorschlag des Präsidenten Grabow wird die Diskussion bis zur nächsten Sitzung veetagt, da die Rednerliste noch bei Weitem nicht erschöpft ist.

Schließlich erhält noch der Ministerpräsident von Bismarck das Wort, der während Wageners Rede eingetreten war, aber zeitweise den Saal verlassen hatte. Er theilt mit, daß die Beschwerden, welche die Arbeiter in Schlesien gegen einzelne Fabrikanten erhoben, sich größtentheils als grundlos erwiesen haben, (Hört!) namentlich sei in der Reichenheim'schen Fabrik für die Arbeiter in wohlwollendster Weise gesorgt, und daß die Unterstützungen, welche versuchsweise einigen Webern gewährt sind, um eine Produktiv-Assoziation zu gründen, aus Sr. Majestät des Königs eigenen Mitteln herrühren.

Briefkasten. Hrn. Fr. Str. in M. Von Ihrer Zahlung an Hrn. J. K. Notiz genommen und das Nöthige der Expedition aufgegeben. — Hrn. Dr. M. H. in M. Bereits in vorziger Nr. enthalten. Gruß und Dank. Ihr Gauverband kann bei seiner großen Mitgliederzahl allerdings viel Vorschub leisten und wo der ernste Wille vorhanden ist, ist auch das Schwierigste möglich. Wenn das Beispiel der Freunde in Zwickau (s. heutige Nr.) überall Nachfolge findet, wird nicht nur die Schwierigkeit bald überwunden, sondern es wird dann auch endlich die Möglichkeit eines Reinertrags herbeigeführt, der nach den bereits getroffenen Bestimmungen und unseren weiteren Vorschlägen den betheiligten Vereinen zur Förderung ihrer gemeinsamen Ziele selbst wieder zu Gute kommt. — Hrn. Kr. u. Hrn. H. Fr. in Z. In heutiger Nr., für die vorige Nr. zu spät. Einsendungen für die nächste Sonntagsnummer müssen immer schon am Montag, spätestens Dienstag Mittag, vorher hier eintreffen, wegen der Beförderung im Wege des Buchhandels, für den zu der jeden Freitag in Leipzig erfolgenden Expedition die Nummer für den nächsten Sonntag schon am Mittwoch vorher, früh mit dem Eilzug hier abgehen muß. Dank übrigens für Ihre kräftige Anregung. Das Beispiel Ihres Vereins wird, so hoffen wir, bald als der praktisch richtige Weg anerkannt und befolgt werden. Es kommt allerdings meist nur auf die Anregung an. — Hrn. A.'s Buchhandlung in Offenbach. Wir gewähren Abonnentensammlern auf 25 Exemplare 15 Proc. Beovision und zwei Freiexemplare und liefern bei dieser Höhe der Bestellung, für den Fall directen Bezugs der Besteller ab hier auch franco. Bei dem Bezug im Wege des Buchhandels aber diese Provision noch neben dem Buchhändler Rabatt zu gewähren, ist rein unmöglich; denn dann würden wir für ein Exemplar des Blattes pro Quartal, nach Abzug aller dieser Procente, statt 12 Sgr. nur etwa — 5 Sgr. erhalten! Allzuviel ist ungesund, allzuwenig aber auch! — Hrn. R. in B. Bestellung der Expedition aufgegeben. Besten Dank für die Mittheilung. Wir sind dies von dort leider von Anfang an so gewöhnt. — Hrn. W. Br. in Wr. Wir werden, sobald der Raum es gestattet, die Aufrufe veröffentlichen, überhaupt die Angelegenheit des „Weisefond" gern fördern. Das Verzeichniß wird in einer der nächsten Nrn. veröffentlicht und werden Sie dasselbe dann unserem Blatt entnehmen können. — Hrn. J. R. in Offenbach. Wie Sie sehen, bereits besorgt. Freundlichen Gruß. — Hrn. M. N. in P. Die Nrn. vom 1. Januar an unter Kreuzband gesendet. Die Antwort schon im Briefkasten von Nr. 100, „Frauenzeitung" ist nicht unser Verlag. — Hrn. C. A. F. Walther in Pößneck. Bestellung und Adresse vorgemerkt. Besten Gruß und Dank.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 113. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 26. Februar 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos. Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt. Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 8 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Stiftungsfest in Hamburg. Der ständige Ausschuß des Vereinstags an die deutschen Arbeitervereine. Heidelberg. Stuttgart. Berlin. Wien (ein anderes Bild). — II. **Politischer Theil.** Politische Umschau: Ein Spiegel für Stadtvolk und Landvolk. Preußen. (Antrag, einen vernünftigen Staatshaushalt betreffend). Berlin. (Johann Jacoby). Neu-Isenburg (Soldaten als Holzhauer). Wiesbaden. (Noch immer keine Besserung). Württemberg. (Des 5. Gebots Anerkennung von Staats wegen). Frankfurt. (Hülfe für Sonderburg). Paris. (Wenn ER die Augen zuthun sollte. Es munkelt von unheimlichen Dingen. Adieu Wahlfreiheit. Was die Pariser Polizei kostet). Rom. (Bemooste Häuser). Rußland. (Fortschritt). — III. **Socialer Theil:** Streiflichter auf das Jahr 1864. III. Sociale Briefe aus England. (An den Herausgeber der Allg. deutschen Arbeiterzeitung). Aus der Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern. Die Frauen und ihre Stellung zu der socialen Bewegung. Arbeitslosigkeit in Paris. Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht. Briefkasten. Verschiedene Anzeigen. — **Beiblatt:** Schluß der Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht. Druckfehlerberichtigung. Arbeitsvermittelung.

Vereinsangelegenheiten.

Der Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg wird am 25. d. M. sein 21. Stiftungsfest begehen, und ladet derselbe hierdurch alle Vereinsgenossen aus Nah und Fern, sowie alle Freunde des Vereins, herzlich zu dieser Feier ein.

Der Verein gibt sich der frohen Hoffnung hin, auch in diesem Jahre keinen der alten bewährten Freunde zu vermissen und durch die Anwesenheit neuer Gäste in die angenehme Lage versetzt zu werden, neue Freundschaftsbande schließen zu können.

Mit Gruß und Handschlag.

Der Vorstand des Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg.

Der ständige Ausschuß des Vereinstags an die deutschen Arbeitervereine.

Von Herrn **Franz Wirth** dahier, welchem der ständige Ausschuß die weitere Ausführung des in Bezug auf die

Regulirung des Arbeitmarktes

gefaßten Beschlusses übertragen hat, ist folgender Bericht eingegangen:

In Ausführung des Beschlusses, welcher vom Arbeitertag in Leipzig gefaßt worden ist, machen wir den Vereinen folgende Vorschläge:

Die Veränderungen, welche durch die Eisenbahnen, den großen fabrikmäßigen Betrieb der Gewerbe und neuerdings durch die Gewerbefreiheit in den Gewerben vor sich gegangen sind, haben eine Umgestaltung des Arbeitsmarktes dringend nöthig gemacht. Es sind deshalb schon vor Jahren da und dort sog. Arbeitnachweisanstalten entstanden, welche jedoch zu wenig geschäftsmäßig angelegt waren und deshalb nicht die Ausdehnung erlangten, welche sie hätten nehmen müssen, sondern sich jetzt noch meist auf die Vermittelung gewöhnlicher Handarbeiten beschränken, auf diesem Felde aber eine sehr segensreiche Thätigkeit entwickeln. Die schwindelhaften Stellenbureaux, welche in großer Anzahl überall entstanden sind, wollen wir nur als einen Beweis für das Bedürfniß in Rechnung ziehen; gewiß ist, daß dieses Letztere, vermehrt durch den seit 8 Jahren wachsenden Mangel an Arbeitskräften, immer größer wurde und ein eigenes Organ zur Regulirung des Arbeitmarktes, den seit 1856 in Frankfurt erscheinenden „**Arbeitgeber**" hervorrief. Die seit 3 Jahren sich überall ausbreitenden Arbeitervereine gaben der Bewegung mehr Halt und veranlaßten die Redaktion des eben genannten Blattes einen Aufruf zu erlassen, worin die Arbeiter- und Gewerbe-Vereine, Innungen u. s. w. aufgefordert werden, zu einer Regulirung des Arbeitmarktes und Centralisation der Arbeitgesuche die Hand zu bieten. In Folge desselben bildeten sich in vielen Städten im Schooße der Vereine besondere Arbeit-Bureaux, welche die Vermittelung von Arbeit, die früher durch die Herbergen geschah, übernahmen und durch Veröffentlichung der bei ihnen eingelaufenen Meldungen im „**Arbeitgeber**" dieselben centralisirten und in weiteren Kreisen bekannt machten. Solche Arbeitbureaux und Arbeitnachweisanstalten bestehen u. A. in Leipzig, Dresden, Oldenburg, Karlsruhe, Konstanz, Würzburg, Aschaffenburg, Hamburg, Osnabrück, Hildesheim, Arnstadt u. a. St. — Die Frage wurde auch in den Vereinen besprochen und zum Theil ungünstig beurtheilt, weil Viele sich keinen Erfolg davon versprachen, andern Theils die Arbeitgeber ihre Arbeiter zu verlieren fürchteten. Da ein Unterschied zwischen Handwerkern und Kaufleuten nicht überall zu machen ist, erstere vielmehr nach der Art ihres Geschäfts oft ebenso gut Kaufleute sind, als diese mechanische Kenntnisse haben müssen, so konnte auch der Arbeitmarkt nicht blos auf das Handwerk beschränkt werden, sondern mußte alle Berufe umfassen.

Der Arbeitertag in Leipzig hat die Sache von Neuem aufgegriffen und beschlossen:

> der ständige Ausschuß solle die Arbeitervereine beauftragen, daß sie ihm Nachricht geben, wo viele stellenlose Arbeiter sind oder wo Mangel an Arbeitskräften ist.

In Ausführung dieses Beschlusses richten wir an die Arbeitervereine die Aufforderung:

1) die Frage der Regulirung des Arbeitmarktes auf ihre Tagesordnung zu setzen und im Schooß der Vereine zu besprechen, um sich über die Mittel und Wege klar zu werden, welche zur Erreichung des gedachten Zweckes die geeignetsten sind;
2) um praktische Versuche dazu zu machen, eine Liste im Vereinslokal aufzulegen, in welche sowohl die Arbeiter als die Arbeitgeber ihren Bedarf einzeichnen. In der einen Rubrik würden sich mit Angabe des Gewerbes alle Arbeiter einschreiben, die Stellen suchen, und in die andere alle Meister, die Arbeiter brauchen.
3) In größeren Städten empfiehlt es sich, unter Controle des Vereins ein besonderer Arbeitbureau zu errichten, entweder im Vereins-Lokal oder bei einem Geschäftsmanne, der in passender, frequenter Lage ein Comptoir hat und gegen Entrichtung einer kleinen Gebühr von 1—2 Groschen alle Meldungen entgegennähme, sowie den Nachfragenden Auskunft ertheilte.
4) Alle diese Meldungen würden monatlich gesammelt und auf einem gedruckten Formular (wovon ein Muster am Fuß dieses folgt) an die Redaktion des „Arbeitgeber" eingeschickt, welche sich bereit erklärt hat, dieselben unentgeldlich zu veröffentlichen. Bei förmlichen Offerten, denen am besten eine **Abschrift** der Zeugnisse beigefügt wird, ist nur das zur Frankirung derselben nöthige Porto beizufügen.

Durch diese aus ganz Deutschland einlaufenden Gesuche, welche im „Arbeitgeber" in systematischer Ordnung veröffentlicht würden, hätte jeder Arbeiter Gelegenheit, zu sehen, ob Arbeit für ihn zu haben ist und an welchem ihm am meisten zusagenden Ort; und ebenso wäre den Arbeitern Gelegenheit geboten, ihre Dienste den Meistern anzubieten.

5) Für den Lokal-Verkehr empfiehlt es sich ferner auf dem Paßbureau oder (in dem glücklichen Lande) wo ein solches nicht mehr existirt, an einem andern passend gelegenen Orte, an den Bahnhöfen und in den besuchtesten Wirthshäusern wo Arbeiter und Arbeitgeber verkehren, eine Abschrift der Arbeit-Liste anzuheften, damit ankommende Arbeiter sich sofort orientiren können.
6) An alle Meister und an die Gewerbvereine oder Innungen, wo solche noch bestehen, wäre von Zeit zu Zeit die Aufforderung zu richten, offen werdende Stellen anzumelden.

7) Wünschenswerth wäre es, wenn auf den Arbeitslisten auch der ungefähre oder durchschnittliche Lohn bemerkt würde, damit man auch die Güte der Stellen beurtheilen könnte.

8) Die Lokalblätter müßte man zu bestimmen suchen, unter der Rubrik „Arbeitmarkt" nicht blos die Arbeits-Anzeigen systematisch geordnet (wie im „Arbeitgeber") zusammenzustellen, sondern auch die Meldungen der Vereine (Arbeitslisten) aufzunehmen.

Arbeitmarkt.

Ort . . . . Datum . . . .

Gesucht.	Berufsart.	Angeboten.
Anzahl.		Anzahl.
	Anstreicher	
	Bäcker	
	Bandagenmacher	
	Barbiere und Friseure	
	Bierbrauer	
	Bildhauer und Schnitzer	
	Brunnenmacher	
	Buchbinder	
	Buchdrucker	
	„ Setzer	
	Büchsenmacher	
	Bürstenbinder	
	Drechsler, Horn- und Holz-, Metall-Dreher	
	Elfenbeinschnitzer	
	Färber	
	Feilenhauer	
	Fleischer (Metzger)	
	Former und Gießer	
	Gärtner	
	Gerber: Weißgerber	
	„ Roth „	
	Gelbgießer	
	Glaser	
	Goldschläger	
	Goldschmiede	
	„ (Juweliere)	
	Graveure	
	Hafner (Töpfer)	
	Handschuhmacher	
	Holzschnitzer	
	Hutmacher	
	Instrumentenmacher	
	Kappenmacher	
	Kellner	
	Knopfmacher	
	Korbflechter	
	Küfer	
	Kupferschmiede	
	Kupferstecher	
	Kürschner	
	Lithographen	
	Maler, Vergolder, Lackirer	
	Maurer	
	Mechaniker	
	Metzger, s. Fleischer	
	Mühlenbauer	
	Müller	
	Ofenmacher	
	Optiker	
	Orgelbauer	
	Pergamentmacher	
	Pflasterer	
	Portefeuillearbeiter	
	Posamentierer	
	Sackler	
	Saitenmacher	
	Sattler	
	Scheerenschleifer	
	Schieferdecker	
	Schiffbauer	
	Schirmmacher	
	Schlosser	
	Schmiede: Hufschmiede	
	Messer- „	
	Nagel- „	
	Waffen- „	
	Zeug- „	
	Schneider	
	Schornsteinfeger	
	Schreiner (Tischler)	
	Schriftgießer	
	Schuhmacher	
	Seifensieder	
	Seiler	
	Siebmacher	
	Spengler, Klempner	
	Spinner	
	Steinmetzen	
	Steinbrecher	
	Strohflechter, —innen	
	Strumpfwirker	
	Taglöhner	
	Tapezierer	
	Töpfer	
	Tuchmacher	
	Tuchscheerer	
	Tüncher	
	Uhrmacher	
	Wagner	
	Weber	
	Weißbinder, s. Anstreicher	
	Ziegelbrenner	
	Zimmerleute	
	Zinngießer	
	Zuckerbäcker	

In die Reihe links bitten wir die Zahl der offenen Stellen, in die rechts der Stellensuchenden zu setzen und die Liste dann an die **Expedition des „Arbeitgeber" in Frankfurt a. M.** unter Kreuzband zu senden.

(gez.) **Franz Wirth.**

Wir ersuchen Sie, über die von Herrn Wirth gemachten Vorschläge in den Vereinen zu berathen und dem Ausschusse über das Ergedniß dieser Berathungen so bald als möglich Mittheilung zu machen.

Frankfurt a. M., Ende Januar 1865.

Leopold Sonnemann, Vorsitzender.

Heidelberg. In der am 30. Januar abgehaltenen Versammlung des Arbeiterbildungsvereins hielt Herr Dr. Jannasch einen eingehenden Vortrag über Arbeit, und zahlreiche Besucher — auch viele aus den Kreisen der Studirenden — bezeugten das Interesse, das man für die Behandlung dieses Themas hegte. — Der Redner, der schon anderweitig durch öffentliche national-ökonomische Vorträge Proben eines gründlichen wissenschaftlichen Studiums ablegte, suchte in allgemein verständlicher und ansprechender Weise den Grundsatz klar zu machen, daß das Grundkapital für Staat und Bürger die Arbeitskraft sei, und der allgemeine Beifall am Schluß seiner Rede bewies, daß ihm sein Versuch gelungen. Endlich wies er nachdrücklich auf die bedeutsame Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft hin und bestimmte in kurzen, aber klaren Umrissen die Wichtigkeit und Aufgabe der Arbeiterbildungsvereine. — Wir wünschen, daß Herr Dr. Jannasch uns noch recht oft Gelegenheit gebe, ihm für diese humane praktische Verwerthung seiner Studien unsern Dank und unsere Anerkennung zu zollen!

E. P. **Stuttgart**, den 16. Febr. Am 20. Nov. v. J. berichtete ich Ihnen von der Gründung des hiesigen Consum-Vereins. Schon jetzt zeigt es sich, daß die günstigen Erwartungen, die ich damals aussprach, von der Wirklichkeit noch übertroffen werden. In nicht ganz 3 Monaten ist schon ein Umsatz von 3140 fl. erzielt worden, und der Nutzen welcher sich für den Verein ergab beläuft sich auf 258 fl.; die Mitgliederzahl, die anfänglich kaum 20 überstieg, ist bereits auf 136 angewachsen und es steht zu erwarten, daß, je mehr die schönen bis jetzt gewonnenen Resultate bekannt werden, die Betheiligung immer mehr zunehmen werde.

Bis jetzt haben wir mit Kaufleuten und Gewerbetreibenden hiesiger Stadt Verträge abgeschlossen, nach denen diese — worunter Wirth, Bäcker, Metzger, Spezerei- und Victualienhändler sich verpflichten, die Marken des Vereins wie baares Geld anzunehmen, und dagegen einen bestimmten Rabatt zu gewähren. Nur ein kleines Cigarrengeschäft betreiben wir auf eigene Rechnung und haben in der kurzen Zeit fast 7000 Stück Cigarren abgesetzt, die einen reinen Nutzen von 37 fl. übrig ließen. Sobald uns noch etwas mehr Gelder zur Verfügung stehen werden, beabsichtigen wir die eigenen Geschäfte noch weiter auszudehnen und dürfte sich in hiesiger Stadt zunächst eine Bäckerei zum eigenen Betriebe am besten eignen.

Gestern fand eine Generalversammlung statt, in welcher unsere Statuten nicht unwesentliche Aenderungen erfuhren. Indem wir uns die Erfahrungen älterer Vereine zu Nutzen zogen, und verschiedene Bestimmungen aus ihren Statuten (besonders auch aus denen der englischen Vereine) entlehnten, konnten wir an der Hand selbstgesammelter Erfahrungen Statuten abfassen, wie sie eben für unsere deutschen Verhältnisse am geeignetsten erscheinen.

So dürften sich unsere jetzigen Statuten für andere neuzugründende Vereine sehr zur Nachahmung empfehlen, indem nur die wenigsten bei ihren Statutenberathungen so gutes Material zur Verfügung haben werden, als wir uns durch besonders günstige Umstände verschaffen konnten.

Wenn Sie den Gegenstand interessant genug für die große Zahl Ihrer Leser finden, sind wir gerne bereit, Ihnen unsere Statuten zur Veröffentlichung zu übergeben*).

Berlin, 18. Febr. Die hier seit dem Jahre 1862 bestehende Produktivassociation der Shawlweber feierte am 15. in dem Lokale der „Thalia" ihr drittes Stiftungsfest. Der „Rhein. Z." wird darüber berichtet: Die Mitglieder waren mit Frauen und Kindern im Festkleide versammelt. Instrumentalmusik wechselte mit Reden und Gesängen ab. Ein vierstimmiger Gesang „das ist der Tag des Herrn" leitete die Feier ein; deren Glanzpunkt die treffliche Rede des Vorstehers der Genossenschaft, Herrn Petri, war. Sie gab eine Uebersicht über die Geschichte des Beeeins, der bei seinem Anfange 12 Genossen zählte. Zwei und ein halbes Jahr vergingen fast, ehe die nach und nach bis auf ungefähr 100 Personen angewachsene Genossenschaft so viel erspart hatte, um zwei Webstühle in Betrieb zu setzen; nun sind schon 17 Stühle in Thätigkeit. Das eigene Kapital beträgt auch jetzt noch nicht über 2000 Thlr., aber die Genossenschaft genießt bei Geschäftsleuten wie bei Privaten so viel Kredit, daß, wie Herr Petri hervorhob, das mißgünstige Benehmen der bisherigen Arbeitgeber nur noch als Haupthinderniß für ein rascheres Aufblühen zu erwähnen ist. „An Staatshülfe, sagte der Redner, haben wir nie gedacht, denn wir wissen, daß so schwere Prozente dahinter lauern, daß wir sie um Alles in der Welt nicht haben möchten." Nach einer ergreifenden Ansprache an die Frauen, die durch Sparsamkeit und Erziehung der Kinder den wesentlichsten Einfluß auf das Gedeihen der Genossenschaft üben, faßte Herr Petri das Programm der Genossenschaft in die Worte zusammen: „Menschenwürdigeres Dasein und Achtung in der bürgerlichen Gesellschaft." Nachher hielt Schulze-Delitzsch, der mit v. Ronne, Dr. Becker, Faucher, Duncker, Parrisius und verschiedenen andern Mitgliedern des Abgeordnetenhauses eingeladen war, eine Rede über den Unsinn, einen „vierten Stand" entdecken zu wollen. Unter den Gästen bemerkte man u. A. auch die Herren H. Bürgers aus Köln, Assessor Richter aus Düsseldorf, Advokat und Mitglied der nassauischen Ständekammer Siewers aus Wiesbaden. An die Verhandlungen des deutschen Genossenschaftstages zu Mainz anknüpfend und mit ausführlicher Bezugnahme auf die Bedeutung der sich selbstständig entwickelnden und sich selbst leitenden Produktivassociationen brachte Herr Bürgers dem Herrn Petri ein Hoch aus. Herr Petri erwiderte, er könne für sich kein besonderes Lob annehmen; was irgend von der Genossenschaft erreicht sei, sei das gemeinsame Werk Aller. Herr Siewers brachte Grüße der Genossenschaften aus Nassau und gedachte der Einheit des deutschen Volks und der berechtigten Forderungen desselben. Der Abg. v. Rönne erinnerte an die Unverwüstlichkeit des deutschen Stammes, die sich in Amerika wie in Europa glänzend bewähre und charakterisirte die deutsche Demokratie dahin, daß sie nicht strebe, die höheren Stände herabzuziehen, sondern die unteren Stände zu heben. In der einfachsten, aber herzlichsten Weise dankte ein Weber, Herr Mitscherlich, für die freundschaftliche Gesinnung, mit welcher die Gäste die Einladung zum heutigen Tage angenommen hätten. Mit einem Hoch, welches der Abg. Faucher den Frauen brachte, schloß der erste Theil des Festes, deren zweiter Theil der Geselligkeit gewidmet war.

Wien. Zur Vergleichung hier noch eine Feier eines Vereins anderer Richtung. Der katholische Gesellenverein (Leopoldstädter Abtheilung) feierte am 2. Febr. sein neuntes Gründungsfest. Der Festfeier, welche im Vereinshause in der Vereinsgasse abgehalten wurde, wohnten der Bezirksvorstand und mehrere Geistliche bei. Der große Saal des Vereinshauses, dessen Wände mit Bildnissen der Schutzpatrone der Handwerker und mit Inschriften größtentheils frommen Inhalts geziert sind, war zu zwei Drittheilen für die Gäste und Mitglieder reservirt, während das letzte Drittheil durch ein kleines Theater verstellt war. Auf ein um 7 Uhr vom Präses gegebenes Glockenzeichen erschienen die Mitglieder des Vereins und stimmten ein kirchliches Abendlied an; nach Absingung desselben wurde laut gebetet, und endlich wurde der Vorhang des Miniatur-Theaters aufgezogen und ein aus sechszehn Mitgliedern des Vereins bestehender Chor trug ein „Marienlied" vor. Nachdem die letzte Note verklungen war, las der Präses Pater A. Rosan den Rechenschaftsbericht vor. Wir entnehmen demselben nachstehende Daten: Es wurden

---

*) Es wird uns sehr lieb sein, davon Einsicht nehmen zu können, um davon für unser Blatt Gebrauch zu machen, sobald der Raum es gestattet. Die Red.

in der Leopoldstädter Abtheilung des Vereins seit der Gründung desselben 880 Mitglieder aufgenommen, im verflossenen Jahre sind 160 neu eingetreten, 43 abgereist u. s. w.; unentgeltlichen Unterricht erhielten die Mitglieder im gewerblichen Zeichnen, in der Sprachlehre, Geographie, „Geschichte“, im Rechnen, Gesang und Declamation; in den zuletzt angeführten Gegenständen war der Pfarrmeßner — Professor. Der Verein hatte 1306 fl. 30 kr. Einnahmen und 1292 fl. 46 kr. Ausgaben. Die auf dem Hause lastende Schuld beträgt 19,300 fl. Nach Mittheilung des Berichtes hielt der Central-Präses des katholischen Gesellenvereins, Pater Gruscha, eine Ansprache, in welcher er unter Anderm erzählte, daß er eben gestern einen „Hirtenbrief“ empfangen habe, welcher die Encyclica erkläre, die vielbesprochene und von Menschen, welche sie gar nicht gelesen haben — verleumdete. (!) Die Feier schloß mit Productionen auf dem Theater; es wurden declamirt: „Der Bauer im Concertsaal“ und „Zigeuner und Wanderbursche“, ein Gedicht, in welchem zu Anfang der „Wanderbursche“ von der Sehnsucht nach seinem Liebchen geplagt wird, in Folge dessen erkrankt und schließlich bei Zigeunern in einer Höhle Pflege findet. Präses Pater Rosan verwahrt sich auf's entschiedenste, mit der Tendenz des ersten Theiles dieses Gedichtchens einverstanden zu sein, und wälzt diesfalls jede Schuld von sich; den zweiten Theil dagegen, in welchem von der christlichen Liebe der Zigeuner die Rede ist, müsse er anerkennen. Um halb 9 Uhr war Alles vorüber. (N. Fr. Pr.)

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Ein Spiegel für Stadtvolk und Landvolk.

Der „Beobachter“ stellt aus Veranlassung des letzten Ellwanger Marktes eine Betrachtung an, durch welche auch manch andrer Ort des deutschen Vaterlandes sich getroffen fühlen möchte. Der „Beobachter“ sagt: „Es kommen hier eine Menge Leute zusammen, die dem Gewerb- und Bauernstand aus verschiedenen Gegenden angehören. Man sollte meinen, in einer so wichtigen Zeit wie die gegenwärtige, fühle jeder das Bedürfniß zu hören, wie man da und dort über die Zeitfragen denkt. Hört man aber Abends in der Herberge, von was unter den Leuten die Rede ist, so findet man nichts, als was sich auf das Futter für Menschen und Vieh bezieht und das ist traurig. Man wende nicht ein, so sei es immer gewesen. Wenn in England oder Amerika Ereignisse einträten, wie sie in Deutschland sind, sie wären gewiß auch auf einem Roßmarkt der Gegenstand der Abendunterhaltung gewesen. Aber auch in Deutschland war nicht immer eine solche Gleichgültigkeit. Einsender erinnert sich z. B. des Inhalts einiger Briefe, die in einem Geschichts-Collegium vorgelesen wurden, wonach Leipziger Meßgäste zu Anfang des 16. Jahrhunderts ihren Angehörigen schrieben, daß jeder Meßgast, welcher Abends in die Herberge gekommen sei, sogleich etwas Gedrucktes vorgezeigt und gefragt habe: wißt Ihr was Neues? Da les't. Es waren die Schriften über die Reformation, und dann habe man nicht über die Messe, sondern über die Begebenheiten in Deutschland, über den Kaiser, den Adel, die Reformation, den Bauernkrieg u. dgl. gesprochen. Jeder habe Theil genommen und auch die Müden seien wach geblieben. Damals lag die Presse noch gewissermaßen in der Wiege, es gab keine Zeitungen, nicht so viel Schriften und Schulen. Jetzt aber, wo wir überall Schulen, auch eine Masse Zeitschriften haben, dieser Materialismus unter dem Landvolk! Trifft nicht auch die Demokratie eine Mitschuld, indem sie nicht Alles thut, was sie thun sollte? Man tröstet sich immer damit, wenn nur die intelligenten Männer belehrt seien, die nicht intelligenten werden diesen von selbst zufallen. Allein dieses ist grundfalsch. Der nur von materiellen Motiven getriebene Mensch wird allerdings auch der Gegenpartei nichts nützen, aber der empfängliche und opferfähige Theil des Volkes fällt dem zu, der ihn als empfänglich vermuthend aufsucht und ihm die Belehrung in die Hand gibt, auch wenn er sie zuerst nicht zahlen will, sie ihm schenkt und ihm die Ueberzeugung aufdrängt, daß man es gut mit ihm meint. Die Pietisten und die Ultramontanen verschmähen es nicht, durch Mühe in Reden und Schriften, sowie durch Geldopfer für diese Mittel das Volk an sich zu ziehen; es gelingt ihnen aber auch, die Geköderten wie mit einem Netz von den Versammlungen der Demokratie wegzuziehen, eben weil diese versäumen die Maschen rechtzeitig mit der Scheere eines an Mutterwitz und Volkspoesie geschärften Geistes zu durchschneiden.“

Preußen. Am 16. Februar begannen in der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses die für den allgemeinen Bericht über den Staatshaushalts-Etat 1865 bestellten Referenten (Forckenbeck, Hoverbeck, Reichenheim, Michaelis, Twesten) ihren Vortrag. Der von denselben gestellte Antrag lautet: das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, der Staatsregierung zu erklären:

1) In dem vorgelegten Staatshaushalts-Etat ist eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht zu erkennen. 2) Der Militär-Etat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung. 3) Für productive Zwecke, Strom-Regulirungen, Wegebauten, Landes-Meliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, desgleichen für Verbesserung der Lehrer, der Subaltern- und Unterbeamten sind größere Summen wie bisher zu verwenden. 4) Der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet, eine Reform und Ermäßigung drückender oder zweckwidrig angelegter Staatslasten, namentlich die Herabsetzung der Gerichtskosten und des Briefporto's und die Aufhebung des Salzmonopols in Angriff zu nehmen. 5) Die Gebäudesteuer ist unter Ueberlassung des Ueberschusses an die Gemeinden auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,260 Thlr. jährlich festzustellen. 6) Es ist eine gesetzliche Umwandlung der Classen- und Einkommensteuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl von Monatsraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von zwölf Monatsraten jährlich durch das Budget festgestellt wird.

Berlin. Die Vertheidigungsrede Johann Jacoby's vor dem Kammergerichte ist, wie bekannt, bei O. Wiegand in Leipzig erschienen und hat hier, vor oder trotz dem Verbote desselben, eine große Verbreitung gefunden.

— Was man hier und da unter Staatshülfe versteht, davon gibt die „Hess. Ldsztg.“ ein gutes Beispiel. Sie schreibt aus **Neu-Isenburg**, 7. Febr.: Als diesen Winter das Holzfällen im Frankfurter Stadtwald seinen Anfang nahm, hielten die Holzhauer um eine Zulage an, da sie pro Woche durchschnittlich nicht mehr verdienen könnten als 3 fl. 30 kr., und dieser Lohn in der Gegend von Frankfurt nicht mehr ausreiche, um eine Familie damit zu ernähren. Auch hörten Einige, die schon angefangen hatten Holz zu fällen, wieder auf, in der Hoffnung, ihren Wunsch vielleicht eher zu erreichen. Aber sie wurden sehr unangenehm enttäuscht. Denn die Frankfurter Forstbehörde kam auf den Gedanken, die entstandenen Lücken mit preußischem Militär auszufüllen. Der Plan gelang, und so kann man denn jetzt jeden Tag 30—40 Mann preußischer Soldaten vom 30. Regiment in den Frankfurter Stadtwald ausrücken sehen, um dort Holz zu fällen und den Arbeitslohn in Schach zu halten.

Wiesbaden, 11. Febr. Daß die von der offiziellen Presse in sichere Aussicht gestellte „Besserung der Gesinnung“ der Bevölkerung trotz aller Maßregelungen ꝛc. immer noch nicht eingetreten ist, beweisen die eben beendeten Gemeinderathswahlen. Diesesmal hatte die erste Klasse der Wähler, die Hochbesteuerten, das eigentliche conservative Element der Bevölkerung, zu wählen. Gleichwohl ist das fortschrittliche Element durchweg siegreich aus den Wahlkämpfen hervorgegangen und die Bevölkerung hat, wo sie nicht vom Amtmann, Bürgermeister und Gensdarm gewaltsam „zur besseren Gesinnung“ gebracht wurde, in ihrer oppositionellen Haltung gegen das gegenwärtige System beharrt.

Württemberg. Die zweite Kammer hat den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe angenommen. Bemerkenswerth ist bei der Agitation, die in Württemberg gegen diesen Antrag in Gang gesetzt ist, daß sie besonders von den dort stark vertretenen pietistischen Kreisen ausgegangen ist. Die pietistischen Prediger dort haben bei dieser Gelegenheit das Christenthum um den Grundsatz bereichert, daß das Menschentödten durch die Todesstrafe ein von Gott gegebenes Gesetz sei. Es hat sich aber bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß der Pietismus nicht mehr so mächtig im Lande ist als früher, wo Württemberg das einzige Land in Deutschland war, in welchem der Pietismus im Volke auch einen wirklichen Boden besaß. In allen andern deutschen Ländern ist er bekanntlich nur an den Höfen, in den Ministerien und zum Theil in den von ihnen abhängigen Beamtenkreisen stark vertreten.

Frankfurt, 17. Febr. Die geschäftsleitende Commission des Sechsunddreißiger-Ausschusses hat zur Unterstützung der in Folge der Kriegsereignisse noch in großer Noth befindlichen Bewohner der Stadt Sonderburg und Umgebung (deren Habe größtentheils verbrannte) neuerdings 28,000 fl. bewilligt, womit die Gesammtgabe des Ausschusses auf die volle Summe von 100,000 fl. gebracht ist. Gleichzeitig werden aber auch die Schleswig-Holstein-Vereine zu weiterer Einsendung von Gaben aufgefordert.

Paris, 12. Febr. Es ist merkwürdig, mit welcher Unbefangenheit hier in offiziellen Kreisen die Eventualität, daß der gegenwärtige Beherrscher Frankreichs die Augen schließe, in Betracht gezogen und ventilirt wird. In den Tuilerien, im Palais Royal, im Palais Bourbon kommt der Gegenstand gar nicht mehr vom Tapet. Freunde und Gegner, Bewunderer und Neider des Kaisers verhehlen sich nicht länger, daß Napoleon III. in der letzten Zeit ungemein gealtert ist und daß seine sich immer häufiger wiederholenden „Unpäßlichkeiten“ der Art sind, daß man sehr wohl einen ganz plötzlichen Tod des Imperators in's Auge fassen kann. Aeußerlich ist der Kaiser thätig wie in seinen besten Zeiten; seine Tagesordnung hat in keinem Stücke gewechselt, die Vielseitigkeit seiner Beschäftigungen ist die gleiche geblieben; aber die sich ihm regelmäßig nähern, erkennen wohl, daß die Frische seines Geistes geschwunden, die Initiative seines Urtheils gewichen und eine Abneigung gegen große Actionen und entscheidende spontane Maßnahmen in ihm vorherrschend geworden ist. Darüber sind die politischen Räthe des Kaisers mit den Hofleuten, die Marschälle mit den Kirchenfürsten, der Prinz Napoleon mit der Kaiserin einig. Um die Unsicherheit des Hofes in Betreff der Zukunft noch zu vermehren, hat das Gouvernement sichere Beweismittel in die Hand bekommen, daß eine weitverzweigte orleanistische Conspiration, die namentlich in der Armee schon höchst bedenkliche Wurzeln gefaßt hat, existirt. Man begreift die enorme Sensation, welche diese Entdeckungen hervorrufen mußten, denn es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Dynastie für den Fall einer Katastrophe ihre besten Hoffnungen auf die Armee zu setzen gewohnt ist. Es scheint, daß diese Erfahrungen, welche keineswegs aus den letzten Tagen datiren, der neuerdings bemerkbaren Annäherung zwischen den hervorragendsten Mitgliedern der

kaiserlichen Familie nicht fremd gewesen sind. Wenn es sich um Dynastie-Interessen handelt, dann sind Kaiserin Eugenie und Prinz Napoleon Eines Sinnes und im häuslichen Kreise hängt der letztere wohl auch die demokratische Maske ganz an den Nagel. Ueber die spätere Zukunft mag er seine eigenen Ansichten haben; aber dem gemeinsamen Feinde gegenüber würde er im entscheidenden Momente dem Thronerben gewiß als loyalster Bundesgenosse zur Seite stehen. Die Rolle Louis Philipp's wäre niemals die seinige.

— Der Kassationshof hat gestern das Kassationsgesuch der Dreizehn verworfen. Damit ist so ziemlich der letzte Rest der Wahlfreiheit zu Grabe getragen.

Seitdem Louis Napoleon an der Regierung ist, haben sich die jährlichen Ausgaben allein für die Pariser Polizei bis zur schwindelhaften Höhe von etwa 15 Millionen Franken gesteigert, während die betreffenden Kosten vor der Errichtung des neuen Kaiserreichs nur eine Million betrugen.

Rom. Der heil. Vater, auch „Knecht der Knechte" sich nennend, führt folgende Titel: Statthalter Jesu Christi, Nachfolger des Fürsten der Apostel, oberster Priester der katholischen Kirche, Patriarch des Westens, Primas von Italien, Metropolitan von Rom und Souverän des Kirchenstaats. Der gegenwärtig regierende Papst ist geboren am 13. Mai 1792, erwählt am 16. Juni 1846. Kardinäle gibt es gegenwärtig 61; es würden also, um die übliche Zahl 70 voll zu machen, noch 9 geeignete Köpfe für ebensoviel Kardinalshüte aufzutreiben sein. Von den 61 Kardinälen haben ihrer 5 bereits das doppelte Schwabenalter hinter sich, ihrer 13 sind über 70, ihrer 28 über 60 Jahre alt. Sodann zählt die römische Kirche 12 Patriarchalsitze, 154 Erzbisthümer, 689 Bisthümer — zusammen 855. Pius IX. allein hat 4 Erzbisthümer und 94 Bisthümer errichtet. Daß Alter nicht vor Thorheit schütze, davon hat Pio Nono, der unglückliche Vater einer ungerathenen Tochter, genannt Encyclica, einen unsterblichen Beweis geliefert.

Rußland. Was in so manchem deutschen Lande noch bis auf den heutigen Tag ein frommer Wunsch geblieben ist, das hat die russische Regierung ihrem Volke freiwillig verliehen; das Institut der Schwurgerichte ist gesetzlich zugesichert. Außerdem darf sich die russische Presse über öffentliche Dinge mit beneidenswerthem Freimuth äußern. Die „Petersburger Zeitung" schreibt: „Das bisher übliche Gerichtsverfahren, — heimlich, einseitig, langwierig, bestechlich, wie es ist, muß wohl nicht nur als die Hauptursache der eingerissenen sittlichen Fäulniß, sondern auch als einer der Gründe für die ökonomischen Schwierigkeiten, unter denen das Land augenblicklich leidet, angesehen werden. Wenn die Willkür sich so breit machen, jedes Unrecht so dreist das Haupt erheben kann, wie es leider jetzt noch geschieht; wenn der Arme, mag seine Sache auch noch so gerecht sein, voraus weiß, daß er gegen den Reichen und Mächtigen nichts auszurichten vermag; wenn die gebildete Gesellschaft den mächtigen Unterdrücker, mögen dessen Thaten auch noch so laut zum Himmel schreien, geduldig neben sich leidet und ihm seines Erfolges in der Welt wegen den Tribut einer gewissen Achtung zollt und der geringere Mann sich ihm, den er im innersten Herzen tief verachtet, beugen muß: dann muß wohl jeder Sinn für Wahrheit und Recht, jedes Gefühl der Menschen- und Bürgerehre allmählig ersterben. Mit dem Rechtsgefühl schwindet aber auch das gegenseitige Vertrauen, diese unumgängliche Grundlage jedes geordneten Gesellschaftslebens, jeder gesunden Thätigkeit und somit auch des Volkswohles. — Alles das soll nun anders werden! Gleichheit vor dem Gesetz, Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, . . Geschwornengerichte im Civilproceß, Advokatur, Unabsetzbarkeit der Richter, Abschaffung des lästigen Instanzenzwanges, von den untern Gerichtsbehörden bis hinauf in den Reichsrath oder in die Bittschriften-Kommission, die Umgestaltung des Senats in einen obersten Kassationshof, der eben keine Gerichtsinstanz mehr ist, sondern nur ein richtiges Verfahren, die Aufrechterhaltung und gleichmäßige Anwendung der Gesetze zu überwachen hat, die Einführung der Friedensrichterjustiz — alles das sind Neuerungen, die dem ganzen russischen Volke ein neues Dasein, ein von unantastbaren gesetzlichen Bürgschaften umgebenes Leben, einen ungetrübten Besitz seines Eigenthums sichern. Nächst der Bauernbefreiung ist die Umgestaltung des Gerichtswesens entschieden der größte geschichtliche Akt im Leben des russischen Volkes im Laufe der letzten 150 Jahre. Freilich liegt das Ganze erst als Gesetz vor; aber eine Reform von so ungeheuerer Dimension ist nicht von heute auf morgen in's Leben zu rufen. Die Schnelligkeit, mit welcher Arbeiten, die sich in früheren Zeiten durch mehrere Jahrzehnte schleppten, heute durchgeführt werden, bürgt uns dafür, daß kein Augenblick nutzlos verloren wird. Der erste Versuch zur praktischen Einführung des mündlichen Gerichtsverfahrens ist übrigens bereits gemacht worden, und zwar im Kaukasus, wo am 28. Oktober in Wladikawkas das neue Provinzialgericht mit zwei Instanzen und Prokuratoreneinrichtung feierlich eröffnet wurde. Es ist dies eine um so zweckmäßigere Neuerung, als die kaukasischen Stämme, von Urzeiten her an eine öffentliche und mündliche Schlichtung ihrer Streitigkeiten gewöhnt, zu unserem heimlichen Gerichtsverfahren noch weniger Vertrauen fassen konnten, als wir. Bei Völkern, welche erst der Civilisation gewonnen werden sollen, ist aber eine gute Rechtspflege eine Hauptbedingung für jeden weiteren Erfolg."

Socialer Theil.

Streiflichter auf das Jahr 1864.

III.

Wenn wir bis dahin die socialen Entwicklungen und Vorfälle des Jahres 1864 in ruhigem Tone besprochen, wenn wir bemüht waren, selbst dem Standpunkt der Gegner eine Berechtigung einzuräumen: so wird uns diese Haltung sehr schwer gemacht durch ein Aktenstück aus dem Schlusse des Jahres, welches den hochmüthigen Titel führt: „Botschaft des Präsidenten an die Generalversammlung des Allgem. deutschen Arbeitervereins" (Düsseldorf, 27. Dez. 1864). In dieser sog. Botschaft sind etliche Dinge enthalten, welche die die moralische Zuchtruthe der Kritik verdienen, Dinge, welche so recht deutlich zeigen, in welche Hände Arbeiter und Arbeiterinteressen überantwortet werden sollen.

Der Herr Präsident sitzt auf dem Stuhle des Propheten, er ist der erste Kalif; was Wunder, wenn er den Mund recht voll nimmt, um seinen Herrn und Meister zu preisen, wär's auch nur, um seine eigene Erhöhung dadurch in rechte Beleuchtung zu setzen. Um seinen Muhamed also als Sonne des Firmaments zu preisen, thut Abu Beker seinen Mund auf und spricht: „Während die fortschrittlichen Helden des Constitutionalismus den Segen des Dreiklassensystems und der Verfassung schon an allen vier Zipfeln gepackt zu haben glaubten —" Von der Lasterhaftigkeit solcher Phrasen, von dem elenden Schimpfton, von dem „Segen" mit den „vier Zipfeln" ganz abgesehen, — was sind das für Leute, was ist das für eine Partei, welche das jetzige preußische Wahlsystem als vorzüglich betrachtet, welche am Ende gar für ein Manteuffel'sches Octroi schwärmt? Selbst die Ministeriellen von damals existiren heute nicht mehr; die Demokraten aber haben lange genug bewiesen, daß sie jenes Octroi gar nicht anerkannten, indem sie sich der Wahl völlig enthielten. Wer „packt" also den „Segen" eines gekünstelten Wahlsystems „bei allen vier Zipfeln"?

Diejenigen, welche für Freiheit des Handels und der Gewerbe sind und selbst die eigentlichen Doctrinäre unter ihnen, die wahren Gegner des „Socialdemokraten", können schon als Anhänger der freiesten Concurrenz nicht gegen das allgemeine Stimmrecht aller großjährigen Männer sein, weil sie sich sonst selber ins Gesicht schlügen. Freier Wettbetrieb in Produktion der Güter, freier Wettbetrieb in der Meinung über Staat und Staatswohl; das wohlverstandene Interesse der Einzelnen ist das wahre Interesse der Allgemeinheit. Wer das in Einem Punkte leugnet, ist kein Freihändler; man halte sie also beim Worte!

Was aber bedeutet nun von Seiten des Nachfolgers des Propheten eine Anklage, die Niemanden trifft, wenigstens die rechten Leute nicht treffen kann? Was bedeutet eine Behauptung, der wir die einfache Frage entgegensetzen: In welcher Nummer der Arbeiterzeitung, mit welchem Worte, mit welcher Sylbe haben wir uns gegen das allerallgemeinste Stimmrecht erhoben; mit welcher Andeutung haben wir irgend ein Klassensystem befürwortet oder vertheidigt? — Der Herr Präsident Abu Beker möchte für seine Agitation und Stellung etwas Apartes haben, ein Stückchen Eigenthum, auf das er die Arbeiterwelt verweisen könnte, von dem er sagen dürfte: das gibts nur in unserer Apotheke! Und da kommt es ihm denn auf strenge Wahrheit, auf richtige Darstellung der Zustände und Parteien nicht sonderlich an, da wird frisch in den Tag hinein Radulisterei getrieben! Das allgemeine Wahlrecht von 1848 ist Eigenthum der Nation, nicht Privatbesitz einer Clique.

Zweitens kommt der Nachfolger des Propheten zu einer Darstellung der Parteien in Deutschland, die reizend genannt werden müßte, steckte nicht der Jesuitismus seine Fuchsnase widerlich pfiffig daraus hervor. Die Partei der Wahrheit, des absoluten Rechtes, das ist natürlich die Partei Lassalle's und Abu Beker's. „Außer dieser gibt es noch zwei Parteien: die feudale und die Fortschritts- oder liberale Partei, die den Geldbesitz als die Bedingung für die Mit- oder auch Alleinherrschaft, theils offen verkündet, theils still bei ihren Bestrebungen voraussetzt." — „Mit- oder auch Alleinherrschaft?" Da würden sich ja schon zwei Schattirungen oder Unterparteien in der liberalen Partei herausstellen; darnach ließe sich am Ende noch ein gutes Haar an dem abscheulichen „Fortschritt" entdecken? Denn wenn das „Geld", welches doch wohl Kapital bedeuten soll, welches Kapital „vorgethane Arbeit" bedeutet, blos mitherrschen soll, mit der Arbeit nämlich: so käme es nur darauf an, wie viel, wie weit soll das Kapital mitreden? Zunächst etwa bis zur Hälfte, dann ein Drittel, darauf ein Viertel, sodann ein Fünftel, ein Sechstel, ein Zehntel? Vortrefflich, das wäre ein socialer Compromiß, eine absteigende Progression, die durchaus im Interesse des Arbeiters läge und die ganz zuverlässig das einzige Mittel abgäbe, aus den heutigen Zuständen einen Uebergang zu finden. Wir wollen uns das merken, in dieser „Mitherrschaft" des Geldes ist vielleicht eine große Wahrheit gelassen ausgesprochen.

Das aber will Abu Beker gewiß nicht sagen, ein solches Wort ist ihm aus Unvorsichtigkeit entschlüpft; in keinem Wörterbuch des Fanatismus und der Schablone steht: Alleinherrschaft, Alleinherrschaft! — Wörter.

„Beide Parteien wollen folglich nicht den Arbeiterstaat, in welchem der vierte Stand Gleichberechtigung mit den übrigen Klassen der Gesellschaft hat". Blos „Gleichberechtigung", Herr Präsident? Gleichberechtigung mit Adel, Geistlichkeit und Geldbürgerthum? Das Nationalprodukt in vier gleiche Theile getheilt, „mir ein Viertel, dir ein Viertel"? Mehr nicht, Abu Beker, Nachfolger des Propheten? Da sind wir viel radikaler, viel socialdemokratischer; wir verlangen, daß eine Zeit komme, wo nichts mehr bezahlt wird, außer wirklich geleisteten gesellschaftlichen Diensten; wir versprechen den Millionen von Arbeitern etwas mehr als 25%. Geben Sie Acht, Herr Präsident, Sie werden ehestens abgesetzt, ausgestoßen wie der Secretär Wilms; die Ordre wird in London bereits ausgefertigt.

Im Folgenden haben Sie besser aufgepaßt, aber desto täppischer nachgebetet. „Indem sich diese beiden Parteien bekämpfen, muß unsere Taktik darin bestehen, in jedem einzelnen Falle diejenige von ihnen zu unterstützen, welche eine der Gleichberechtigung des vierten Standes günstige Parole ausgegeben hat." — O wie täppisch und wie — unmoralisch! Das hat in irgend einer geheimen Instruktion gestanden, zur Nachachtung für die Lieutenants und Corporale, und das schreit Abu Beker auf offenem Markte vor allem Volke aus. Da stehen die Massen der braven Arbeiter, hungrig und durstig nach Wahrheit und Einsicht in die Verhältnisse der Welt, verlangend nach Aufklärung über ihr Recht und ihre Ansprüche, — und

da kommt ein Rottenführer und ruft ihnen zu: Freunde, Mitbürger, Römer! Ihr müßt zuerst Pfaffen und Jesuiten werden, mit den Junkern schön thun, die Radikalen streicheln, im Grunde beide hassen und verfluchen, aber das Messer nicht eher zucken, als bis es Zeit ist! Ihr müßt fromm und sanft nach beiden Seiten auftreten, Katzenbuckel machen, Fuchsschwanz streicheln, immer aber mit scheelem Seitenblick, immer anders denken als handeln, immer lauern, listen, lächeln, wie die Katze, wie der Tiger, wie der Pfaff — seht das ist die sociale Frage! Von dieser socialen Frage bin ich, Abu Beker, der Präsident!

Darauf erhebt sich der Nachfolger des Propheten zu folgender, wohl zu beherzigender Lehre, die jedes Mitglied des „Allgem. deutschen Arbeitervereins" in goldenen großen Buchstaben an die Wand über seine Lagerstätte schreiben sollte, um sie Abends vor Auslöschung des Lichtes und Morgens bei der Musik des Hahnes zu überdenken: „der Arbeiterstand nimmt gern jedes Zugeständniß, welches ihm nicht wie ein Danaergeschenk oder wie eine Mausefalle dargebracht wird („Danaergeschenk" ist gut, „Mausefalle" — in der Hand — ist sehr schlecht) bis auf Weiteres auf Abschlagszahlung an."

Arbeiter, hütet Euch vor Danaergeschenken, vor hölzernen Pferden, in denen bewaffnete cäsarische Mannschaft steckt, die nächstens ihr Futteral verlassen und Belagerungszustand proklamiren könnte, Belagerungszustand über die liberalen Fortschrittler und — über Euch selbst!

Diese goldene Warnung ist um so nöthiger, als „die feudale Partei uns im Allgemeinen etwa eben so sehr nützen kann, wie die Fortschrittspartei". „Im Allgemeinen" ist die Natur bekanntlich sehr schön, und der etwaige Nutzen erscheint gerade nicht wie baares Geld!

Acht gegeben! denn „es erscheint uns nicht Alles als reaktionär, was der Fortschrittspartei als solches erscheint". Es könnten, meint die „Botschaft", Maßregeln von Oben herab kommen, die wir loben müßten, sollte auch das Rechtsbewußtsein des gesammten Volkes darob jammern und winseln!

Acht gegeben! denn „die Fortschrittspartei hat sich uns gegenüber viel feindlicher benommen als die feudale Partei". Die feudale Partei sieht mit Vergnügen, daß sich die Socialen und die Fortschrittlichen bekämpfen und „unterstützt in jedem einzelnen Falle diejenige, welche eine ihren Vorrechten günstige Parole ausgibt".

Arbeiter, „verliert Euch nicht in den Windungen der Parteitaktik des Kalifen Abu Beker"!

Abu Beker aber wird es nicht auf die zwei Jahre bringen, die sein muhamedanischer Vorfahr am Ruder blieb. Auf ihn folgt Omar, der sich immer für mehr hielt als den Propheten selbst.

Sociale Briefe aus England. *)

An den Herausgeber der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

London im Febr. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir in Ihrem Blatte einen Raum für die Schilderung der englischen Arbeiter-Zustände gönnen wollen. Man beschäftigt sich mit einem der wichtigsten Factoren der zukünftigen geschichtlichen Entwicklung der Menschheit, wenn man die Arbeiterklasse, welche Jahrhunderte hindurch als ein blindes, stummes, geduldiges und beherrschtes Element bestand und erst seit dem Beginne dieses Jahrhunderts nach ihrer Emancipation strebt, in Betrachtung zieht. Wenn man die Welt der Arbeit speciell in England betrachtet, so nimmt man das sociale Problem mehr als irgendwo in einer schrill klingenden Formel und in einem grellen Ausdrucke wahr.

Der Arbeiter ist auch in England erst seit einer sehr kurzen Zeit zum Bewußtsein seiner Kraft und seines Rechtes gelangt. Noch am Ende des vorigen Jahrhunderts besaßen die Arbeiter Großbritanniens nicht einmal das Recht, ihre Arbeit zu dem höchsten Preise zu verkaufen. Man wundert sich nicht darüber, daß im sechzehnten Jahrhundert in England jeder Arbeiter mit dem Buchstaben V. (Vagabund) gebrandmarkt wurde und während zwei Jahren Sklave blieb, wenn er sich weigerte, nach den vom Gesetze bestimmten Tarife zu arbeiten. Man begreift es, daß damals die Arbeiter, die sich dem zu geringen Lohn durch die Flucht entziehen wollten, den Buchstaben S. (Sklave) eingebrannt erhielten und lebenslänglich Sklaven blieben. Aber man verwundert sich, daß das englische Parlament noch bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts durch eine Reihe von Acten den Arbeitslohn niedrig zu erhalten trachtete. Wir müssen daran glauben, daß der Fortschritt jetzt die Massen ergriffen hat und daß der Rahmen der Weltgeschichte unendlich weiter geworden ist, wenn wir lesen, daß noch im Jahre 1768 eine Parlaments-Acte durchdringen konnte, durch welche die Zeit der Arbeit von sechs Uhr früh bis sieben Uhr Abends mit einem Intervall von bloß einer Stunde für Mahlzeiten bestimmt wurde. Man muß darüber staunen, daß dieselbe Acte die Meister mit hohen Geldstrafen bedrohte, falls dieselben ihre Arbeiter besser bezahlen wollten, als der vom Parlamente bestimmte Arbeiterlohn betrug. Konnte doch bis 1795 kein englischer Arbeiter seine Gemeinde verlassen, um außerhalb derselben Arbeit zu suchen, und wurden doch noch am Ende des vorigen Jahrhunderts Londoner Meister mit einer Geldstrafe von fünfhundert Pfund Sterling bedroht, falls sie Arbeiter beschäftigten, welche auch nur fünf Meilen von London wohnten! Wir nehmen mit Erstaunen wahr, wie wir erst seit Kurzem die Wiege verlassen und auf einmal Groß geworden, und die Zimmerdecke erreicht und dieselbe durchbrochen haben, und nun die freie, unendliche Welt vor uns sehen, wenn wir uns solche Zustände, die selbst in dem freien England noch vor einer Generation möglich waren, ins Gedächtniß zurückrufen. Wurde doch die Acte Elisabeth, welche für ein jedes Handwerk eine Lehrzeit von sieben Jahren anordnete, erst im Jahre 1814 abgeschafft und mußten doch noch vor vier oder fünf Jahren gewisse alte Beschränkungen der Arbeit aufgehoben werden! Welcher Schneider in England würde jetzt daran glauben, daß im vorigen Jahrhundert jene Kleidermacher, welche die Knopflöcher nicht nach der Vorschrift einer Parlaments-Acte machten, bestraft wurden! Wie viele Menschen leben noch jetzt in England, welche sich der Zeit erinnern, in der Arbeiter-Coalitionen und Arbeitseinstellungen als Verbrechen bestraft wurden. Ja es mag Arbeiter in England geben, die noch von ihren Vätern gehört haben, daß dieselben dem Gesetze verfallen waren, weil sie von einem Meister ihrer Gemeinde aufgefordert worden waren, für ihn zu arbeiten, und sich geweigert hatten, es zu thun.

Man begreift diese Gesetzgebung, wenn man bedenkt, daß bis auf die neueste Zeit die „landed interests", nämlich die Aristokratie, die englische Gesetzgebung dictirt hat. Wer weiß nicht, daß die Manufakturstädte Manchester, Birmingham, Sheffield, Wolverhampton, Bolton, Blackburn, Oldham, Halifax, Macclesfield, Stockport und dreißig andere industrielle Gemeinden noch vor 33 Jahren im Parlamente gänzlich unvertreten waren, während mehr als fünfzig Flecken mit wenigen oder gar keinen Einwohnern und Häusern oder vielmehr deren aristokratische Eigenthümer die Majorität der Parlamentsmitglieder wählten. Bis 1832 wurden 487 Mitglieder der Unterhäuser von weniger als 487 Individuen gewählt oder vielmehr ernannt, während blos die übrigen 171 Mitglieder ihren Eintritt in das Parlament wirklichen Volkswahlen verdankten. Bis auf die neueste Zeit gingen daher alle Gesetze über die Arbeit von jener Klasse aus, welche die Arbeiter mit Mißtrauen und Verachtung betrachtete.

Trotz allen diesen Monstrositäten wird doch Niemand verkennen, welche große Verdienste sich England für die Realisation der Freiheitsbegriffe erworben hat. Man kann den philosophischen Gedanken, ja sogar den Gang der politischen Freiheit leicht durch das Mittelalter verfolgen, aber England hat das unsterbliche Verdienst zuerst abstracte Gedanken in eine Realität verwandelt und vereinzelte Freiheits-Phänomene in ein ganzes Gebäude gebracht zu haben. Aber dessen ungeachtet sind die Widersprüche nirgends auf eine so verwirrende Weise neben einander gereiht, als in England, und was speciell den englischen Arbeiter betrifft, so kann man noch jetzt ebenso leicht seine unbegrenzte Freiheit als seine große Unfreiheit, seine hohe Bedeutung und seine völlige Bedeutungslosigkeit nachweisen. Es ist überhaupt unmöglich, die englischen Arbeiterzustände zu verstehen, wenn man sie nicht im Zusammenhange mit allen gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes betrachtet.

Ein Tanz der Todten, in den sich Gestalten des blühenden Lebens mengen, ein Ring, in dem das Mittelalter sich mit dem Höhepunkte des neunzehnten Jahrhunderts berührt, Monarchie, Oligarchie und Demokratie vereinigt, Freiheit mit Unfreiheit verbrüdert; das ist England. Das Räthsel England findet nur darin seine Erklärung, daß es allen socialen Interessen daselbst ermöglicht wurde, neben einander zur höchsten Entwicklung zu gelangen. England ist noch nie durch eine Krisis dazu genöthigt worden, daß Adel, Geistlichkeit und Bürgerstand in einen Saal sich vereinigen mußten, um ihre Privilegien zur Rettung der Gesellschaft zu opfern. England ist durch keine Nacht des vierten August gegangen. Alle Egoismen sind in England ungehindert neben einander zu der Höhe emporgewuchert, welche sie jetzt einnehmen. Die Nation ist noch nicht durch ihren großen politischen Läuterungs-Prozeß gegangen und alle Reformen kommen durch gegenseitige Compromisse der berechtigten Interessen auf eine nüchterne Weise zu Stande. Jede Klasse hat in England Unrecht auf ihre eigene Art. England ist eine Art Insel Robinsons, in welche sich die verschiedenen Klassen vertheilt haben. Der Adel nimmt den größten Theil der Insel ein, der Bürgerstand hat sich eines großen übrigen Theiles bemächtigt, das **Volk** ist in einen Winkel derselben gedrängt und Alle respectiren die gegenseitige Grenzlinie. Aus Nützlichkeits-Rücksichten macht mitunter eine Klasse der anderen Raum und dieß ist dann ein nationaler Fortschritt, obschon in den einzelnen Kreisen des Staates und der Gesellschaft die mittelalterliche Grundlage fortbesteht. Der stufenweise ruhige Fortschritt und die Mäßigkeit der Forderungen machte in England stets Compromisse zwischen den Parteien und Klassen möglich.

Die sociale Geschichte Frankreichs bewegt sich in dem blutigen Kreise des Hasses einer Klasse gegen die andere. Seit 1789 gibt es in Frankreich bloß gewaltsame Kämpfe und Waffenstillstände. Besitzende und Nichtbesitzende stehen sich mit fortwährendem Mißtrauen gegenüber, und man ist in einem steten Abwarten einer Revolution oder einer Contre-Revolution. In England gibt es gar keine revolutionäre oder auch nur republikanische Partei. Der Egoismus einer jeden Klasse hat die Welt offen vor sich und sociale Kämpfe sind unmöglich, weil es für Niemanden auf seiner eigenen geraden Linie ein Hinderniß gibt. Es fiele in England dem Volke nicht ein, die Rechte des Adels zu beschränken, obschon derselbe Herr der politischen Macht und des Grundbesitzes ist; und der Adel hat schon längst darauf verzichtet, an eine Beschränkung der Volksfreiheiten zu denken. Dieß beruht auf keiner Heuchelei, sondern es ist eine aufrichtige Anerkennung der „invested reights". Es handelt sich für jede Klasse darum, ihre eigenen Interessen und Rechte zu entwickeln, aber nicht darum, die Rechte einer anderen Klasse anzugreifen. Eine abstracte Vertheidigung der Menschenrechte, eine Vertheidigung der allgemeinen Gleichheit, eine Tendenz nach Uniformität oder nach einer communistischen Nivellirung hat sich in England selbst in den Momenten der höchsten Aufregung nie offenbart. Die engliche Freiheit hat nie das Wort Gleichheit auf ihre Fahne geschrieben. Die Freiheit in England ist bloß der neutrale Boden auf dem alle Parteien unbeirrt ihre egoistischen Tendenzen verfolgen. Deßhalb besteht in England eine Art Staatslosigkeit, Königslosigkeit, und trotz der Unmasse von Gesetzen, eine Art Gesetzlosigkeit. Es ist England unmöglich zu einer Verfassungsurkunde oder auch nur zu einem Gesetzbuche zu gelangen und je gelehrter ein Engländer ist, desto weniger würde er es wagen zu behaupten, daß er die Verfassung oder die bürgerlichen Gesetze des Landes genau kenne. Die Fäden des nationalen

*) Der Herr Verfasser der „Socialen Briefe aus England", welche wir von nun an monatlich zweimal bringen werden, ist unseren Lesern bereits bekannt durch seine in unseren Nrn. 61, 68, 92, 94, 98 und 102 besprochene, vortreffliche „Geschichte der französischen Arbeiterassociationen". Selbst und seit Jahren in England lebend und ein scharfer Beobachter der englischen Zustände und Verhältnisse, wird er uns nach und nach ein treues Bild dieser Zustände von ihrer socialen Seite, insbesondere was die englischen Arbeiterzustände betrifft, und immer mit Vergleichung der französischen Arbeiterverhältnisse, bringen. Wir glauben im Interesse unserer Leser zu handeln, wenn wir so deren Bekanntschaft mit den englischen Arbeiterverhältnissen fördern. Das Wort des Dichters: „willst du dich selber erkennen, sieh wie die andern es treiben," hat nicht bloß für den Einzelnen Bedeutung. Das Verständniß unserer deutschen Arbeiterverhältnisse, unserer Aufgaben, und der Mittel und Wege zum Ziel wird wesentlich gefördert durch die Kenntniß der gleichen Verhältnisse in den anderen Kulturstaaten, durch die Benutzung der dort gemachten Erfahrungen. Wir werden deßhalb bemüht sein, den Inhalt unseres Blattes auch in dieser Hinsicht immer reichhaltiger zu machen. Aber wenn solche Berichte Werth haben sollen, so dürfen die Dinge nicht mit gefärbter Brille angeschaut und geschildert, sondern sie müssen gegeben werden in treuer, wenn auch oft nicht angenehm klingender Wahrheit, so wie sie sind. Solche sind es, die wir von dem Hrn. Verfasser der „Socialen Briefe aus Englang" zu erwarten haben. Wenn es uns gelingt, wie wir bemüht sind, wie über England und Frankreich, so auch noch über die einschlagenden Verhältnisse und Zustände Amerika's treue solche Berichte zu erhalten, so hoffen wir dadurch ein gutes Theil zur Förderung des rechten Verständnisses unserer heimischen Zustände und unserer socialen Aufgaben beizutragen. D. Red.

Lebens sind dessenungeachtet nicht zu einem gordischen Knoten verwirrt, den bloß ein Schwerthieb trennen könnte und nur oberflächliche Beobachter glauben an eine bevorstehende sociale Revolution in England. Der Individualismus geht in diesem Lande so weit, daß jeder Mann zum Einsiedler wird und sogar das Elend vor sich allein hinbrütet. Die einzige Katastrophe des Elends ist der Hungertod und seine einzige revolutionäre That ist der Selbstmord. Diese kastenmäßigen Zustände Englands an die Niemand zu rütteln denkt, können allein erklären, wie solche tiefe Gegensätze, wie unberechenbarer Reichthum und tiefstes Elend, hohe Civilisation und Barbarei neben einander bestehen können. Es liegt nun einmal im englischen Nationalcharakter der merkwürdige Grundzug, daß eine Schichte der Gesellschaft die andere, wie ein Planet den anderen respectirt und jede in ihrer eigenen Sphäre sich bewegt. Auch die radicalste politische Sekte denkt in England nicht daran, die allgemeine Bevölkerung und die numerischen Factoren als Grundlage der parlamentarischen Vertretung zu nehmen, sondern durch ein jedes Reformprojekt geht der Grundgedanke der Vertretung der **Klassen**, ja der einzelnen Corporationen. Diese gegenseitige Achtung der Klassen beruht auf der Achtung des **Individuums**, die selbst in unfreien Zeiten und in den älteren Epochen der Geschichte Englands sich bemerkbar macht. In den ersten Parlamenten Englands war Stimmeneinheit für jeden Beschluß nothwendig und bei Steuern waren jene Grafschaften, deren Vertreter gegen dieselben gestimmt hatten, zu deren Bezahlung nicht verpflichtet. Die englische Jury kann noch heutzutage ihr Verdict bloß mit Einstimmigkeit abgeben. Die Minoritäten haben nirgends die Macht, welche sie in England besitzen; so daß Lord John Russell in seinem Reformprojekte dieselben beeinträchtigen zu müssen glaubte. Die Minorität, ja jedes einzelne Mitglied kann durch fortwährende Amendements, Anträge auf Vertagung der Debatte und das Recht eines jeden Mitgliedes, gehört zu werden, beanspruchen — den Fortgang einer jeden Debatte unmöglich machen. Die Achtung vor dem Individuum ist so groß in England, daß jeder Engländer es natürlich fände, wenn die Regierung wegen einer Beleidigung die einem einzelnen Unterthanen irgendwo zu Theil geworden wäre, einen Krieg anfinge. Schon als Voltaire von England zurückkehrte, hatte er in seinem Enthusiasmus den Ausdruck citoyen anglais gefunden, wie man 2000 Jahre zuvor vom civis Romanus gesprochen hatte.

Das große Geheimniß des Nationallebens Englands besteht also darin, daß nicht bloß Klassen, sondern auch Individuen neben einander selbstständig bestehen und Alles auf Selbsthülfe und populärer Initiative beruht. Es ist dieser nationale Egoismus, welcher die Größe und Schwäche Englands ausmacht. Während der französische Arbeiterstand in seinen großen bewußten und unbewußten Tendenzen stets nicht bloß die allgemeinen Interessen der Nation, sondern sogar das Interesse der Menschheit vor Augen hat, hat sich die englische Arbeiterklasse in ihren eigenen, engen, egoistischen Kreis barrikadirt und nimmt auf diese Weise nicht nur an dem großen Verdienste, sondern auch an dem großen Unrecht Theil, das England der Menschheit gegenüber zugeschrieben werden muß.

Sigmund Engländer.

Aus der Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern.

Unter der Ueberschrift „Die Arbeiter“ schreibt die „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern“ Folgendes: „Weit hinter uns liegen die Tage, wo Standesvorurtheile und bureaukratischer Hochmuth vornehm auf den Arbeiter herabsahen, welcher im Schweiß seines Angesichts durch seiner Hände Werk sein tägliches Brod verdiente. Schleppen wie auch noch an einigen Resten, in dem Wanderbuchunwesen sowohl als einzelnen Narretheien der Gewerbe selber, die Erinnerung an jene schlimme Zeit des Handwerks und der Fabrikarbeit in unsere aufgeklärte Gegenwart hinüber, so ist doch der Stand der Arbeiter, welche vorwiegend der Kraft der Arme und der Geschicklichkeit der fleißigen Hände ihren Unterhalt verdanken, gesellschaftlich und rechtlich zu wohlverdientem Ansehen gekommen. Kein verständiger Mann, wenn er den großartigen Aufschwung unserer Industrie, das ungeheuere Wachsthum des Nationalvermögens sich vergegenwärtigt, vergißt des Antheils welcher daran der technischen Ausbildung, dem eifrigen Vereinsbestreben, dem ehrenvollen Wetteifer der Arbeiter selber zukommt. Manche Staaten — und so auch unser Bayern — haben vertrauensvoll, einem gerechten Anspruche nachkommend, auch der Arbeiterbevölkerung, wenn sie nur irgend will, das Recht der Theilnahme an der so ehrenhaften Pflicht der Abgeordnetenwahl zugesichert. Gewiß wird auch unsere neue Gesetzgebung über Gemeindewesen und Ansässigkeit dem strebsamen Arbeiter eine rege Betheiligung am Gemeindeleben ermöglichen.

Ueber jeden Fortschritt auf dieser Bahn, über Alles was die ökonomische und geistige Selbstständigkeit und ein gerechtfertigtes Selbstgefühl derjenigen Klassen stärkt, welche für den deutschen Bürgerstand — das Rückgrat und das Mark des heutigen Staates — für alle Zeit den lebendigen Boden abgeben, können Alle nur ein ungetrübtes Gefühl der Freude empfinden. Wie der schottische Volksdichter sagt:

Der Rang ist nur der Münze Gepräg',
Der Mann ist das Gold trotz alledem!

Erkennen wir es deshalb freudig an, wenn sich unsere Brüder mit schwieliger Faust und eisernem Arm, aber dazu auch mit gesundem Urtheil, männlichem Charakter und wohlgeschultem Geiste durch eigene Kraft und Dank einer gerechten Gesetzgebung auf die Stufe voller staatlicher Gleichheit erheben; aber lassen wir auch nicht auf der anderen Seite den Irrthum aufkommen, als ob **nur das** Arbeit sei, was mit Hammer und Zange, mit Axt und Säge ins Werk gerichtet wird. Auch das **geistige** Schaffen, sei es der staatlichen Berufsstände oder der freien wissenschaftlichen Thätigkeit, verlangt sein volles Bürgerrecht in der öffentlichen Meinung, und ganz besonders von Denen, deren socialer Aufschwung ohne die rastlosen Versuche, Vorarbeiten und Erfindungen, ohne die von überzeugenden Gründen gestützten tausendfachen Forderungen der Männer der Wissenschaft, noch lange nicht eingetreten wäre. Die ruhelosen Nächte nach voller Tagesarbeit des Naturforschers, welcher eine weitere Art der Menschenherrschaft über die unerschöpfliche Natur aussinnt und mühsam Schritt vor Schritt vorwärts geht, der geistig und körperlich aufreibende Beruf des Arztes, des beschäftigten Anwalts, des Staatsbeamten, der meist um kärglichen Lohn die schwierigsten, verantwortungsvollsten Pflichten des öffentlichen Dienstes erfüllt — überall treffen wir auf **Arbeit**, die den Mann ehrt und das Leben erst lebenswürdig macht. Und auf den stolzen Namen „Arbeiter“ hat auch Der vollen Anspruch, welcher in treuer Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten, was ihm an Einsicht und Geschick zugetheilt ist, in Wort oder Schrift dem Vaterlande widmet, ohne einen anderen Lohn als das Gefühl seine Schuldigkeit zu thun, und vielleicht einmal ein freundliches Wort seiner Mitbürger. In Werkstatt und Fabrik, im Schreibzimmer wie im Landtagssaal, in Stadt und Land — zu **ächter treuer Arbeit** ist allenthalben Raum: So laßt uns denn uns Alle als ächte treue Arbeiter bewähren!“

Die Frauen und ihre Stellung in der socialen Bewegung.

Pforzheim, 10. Febr. „Der reiche Inhalt des Vortrags von Hrn. **M. Müller** über die Nothwendigkeit der Gründung „deutscher Frauenvereine“ wäre“, schreibt der „Pforzheimer Beobachter“, „in Kürze wiedergegeben, ist etwa folgender: Es ist Thatsache, daß große sociale Uebel in der Frauenwelt existiren, welche auf das Ganze von verderblichstem Einfluß sind, und daß es an der Zeit ist, daß die Frauen diese persönlichen und gesellschaftlichen schlimmen Zustände besser in's Auge fassen. — Ferner: Es ist Thatsache, daß den Frauen das Recht und die Befähigung nicht abgesprochen werden kann, mitzuwirken, um diesen Auswüchsen der Menschheit, welche sie selbst am meisten betreffen, kräftiger entgegen zu treten, sowie die Verbesserung der Stellung ihres eigenen Geschlechts mitanzubahnen und daß das einfache Wohlthätigkeitssystem, welches sie bis jetzt in Vereinen pflegten, bei Weitem nicht genügend ist. — Ferner: Es ist Thatsache, daß außer der Aufklärung in dieser Frage nur „**Selbsthülfe**“ und „**Association**“ der Frauen die socialen Uebel besser an der Wurzel angreifen und den Fortschritt mitanbahnen können. — Ferner: Es ist Thatsache, daß das Familienleben nicht leidet, wenn die Frauen gebildeter, einsichtsvoller, berufsfähiger und geschickter werden und sich mehr um die großen Fragen der Menschheit und des Vaterlandes interessiren, abgesehen davon, daß ja das Familienleben und die Familienerziehung im Volksleben noch gar nicht in der Vollkommenheit bestehen, als es wohl sein könnte: im Gegentheil wenn durch die bessere Fortbildung des weiblichen Geschlechts und seine gemeinschaftliche Thätigkeit der Werth des Weibes erhöht wird, so daß sie mehr wissen, mehr können und mehr sind, so wird die immer mehr hereinbrechende Wildniß zurückgedrängt, die Einehe gefördert und der bessere Ausbau der Familien gewonnen. Und schließlich: Es wird um so ehrenvoller sein, wenn in Pforzheim ein Anfang mit der Gründung eines solchen Vereines gemacht wird. Die speciellen Ziele solcher Vereine sind in den verschiedenen Städten besondere und die Erfolge für den Hauptzweck können erst mit der Zeit hervortreten, wenn sich ein Netz solcher Vereine über das Vaterland ausbreitet und eine Organisation derselben unter sich beginnt. Dem Eifer der Mitglieder der verschiedenen Vereine, mit dem die Bewegung gefördert wird, muß es überlassen bleiben, den Zeitpunkt festzustellen, an dem es geboten scheint, die bis zu einem gewissen Punkt herangereifte Thätigkeit mit **weitergehenden** Forderungen auftreten zu lassen. —

Aufnahmskarten zu diesem Verein sind im Hause des Herrn **Moritz Müller** zu beziehen.“

Es wird bei der Neuheit der Sache, trotz der Zeitgemäßheit und Richtigkeit des Versuchs schwer genug halten, nur zu einem nennenswerthen Anfang zu kommen. Bis jetzt hat der gegründete Frauenverein — fünf Mitglieder!*) — In **Pforzheim** scheint überhaupt der Boden trotz aller bereits darauf gewandten Mühe noch sehr der Bearbeitung zu bedürfen. So schreibt man uns von dort unter anderem Folgendes. „Die „Arbeiterzeitung“ wollen die Arbeiter hier eben nicht haben, was man auch dafür sagen mag, sie lesen das eine Exemplar, welches bezogen wird, wenig genug. Oft werden die besten Nummern gerade gar nicht aufgeschnitten.“ Man könnte fragen, sind sie denn etwa mit der Tendenz des Blattes nicht einverstanden, lesen sie andere Blätter, die ihre Interessen behandeln, eifriger? Nein! Auch das nicht. „Novellen“, heißt es in der Correspondenz weiter, Lumpereien, Bilderchen, das ist ihre liebste Speise. Es geht eben langsam voran.“ So die Correspondenz. Ob unser Correspondent zu schwarz sieht oder nicht, so viel steht fest, daß die Bildung nicht nur, sondern durch lange Vernachlässigung auch die **Bildungsempfänglichkeit** im Volke vieler Orten in Deutschland noch eine **sehr** geringe und daß das eine Thatsache ist, die man bei allem mit in Berechnung ziehen muß.

Der „N. Fr. Pr.“ wird aus **Paris** geschrieben: „Die Arbeitslosigkeit so vieler Arbeiter in Paris während des langen und strengen Winters legt die Nothwendigkeit einer Verbesserung der französischen Gesetzgebung über die Arbeiter-Vereinigungen doppelt nahe. Horn, der rastlose Agitator, sprach gestern unter größtem Beifall in der Straße Cadet über diese Frage. Thatsache ist, daß viele Arbeiter ihren beschäftigungslosen Genossen beistehen möchten, daß sie aber durch das Gesetz verhindert sind, über die Mittel hiezu sich zu vereinbaren. Es wird von liberaler Seite bemerkt, daß zwar Millionen verausgabt werden zur Unterstützung von Armen und Kranken, daß aber gegenseitige Hilfeleistung mehr ausrichtet, als Staatsunterstützungen. Uebrigens theilt der Ausschuß für Arbeitervereine, der sich im vorigen November gebildet hat, mit, daß er das Ergebniß seiner seitherigen Berathungen in der Zeitschrift „Association“ veröffentlichen werde. Er hält es für möglich, daß jetzt schon neue Arbeitervereine sich mit Aussicht auf Erfolg bilden, auch bei der gegenwärtigen Gesetzgebung und in Uebereinstimmung mit den demokratischen Grundsätzen.“

Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht.

(Vgl. hierzu Nr. 112, S. 565 der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung“.)

= **Berlin**, 15. Febr. (**Abgeordnetenhaus, neunte Sitzung: Dienstag, den 14. Februar.**) Präsident **Grabow** eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Die Tribünen sind dicht besetzt. Am Ministertisch befinden sich: der Handelsminister Graf **Itzenplitz**, der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. **Selchow** und mehrere Regierungskommissarien.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der Berathung des Berichts über den von den Abgeordneten Schulze-Delitzsch, Dr. Faucher und Genossen vorgelegten Gesetzentwurf, das Coalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter betreffend.

Der erste Redner ist der Abg. **Parisius** (Gardelegen). Er befürwortet das Amendement **Twesten** event. das des Abg. Becker und wendet sich insbesondere gegen die Auslassungen des Abg. Wagener, in denen ihm Vieles auffallend bekannt vorgekommen sei. In der That habe sich bei näherem Nachsuchen denn auch eine merkwürdige Verwandtschaft zwischen der Rede jenes und zwei Artikeln des „Neuen Allgemeinen Volksblattes“ herausgestellt. Trotzdem lasse der Inhalt der Rede des Abg. für Neustettin Plan und Ansichten seiner Partei, besonders bezüglich des

*) Nach einer uns soeben zugehenden Mittheilung, die wir für nächste Nr. zurücklegen müssen, ist die Mitgliederzahl inzwischen auf 16 gestiegen. D. Red.

Digitized by Google

ländlichen Arbeiterstandes durchaus unklar. Redner geht auf den historischen Verlauf des Verhaltens der konservativen Partei zu dieser Frage ein und zeigt, wie im Jahre 1855, als eine große conservative Majorität sich im Abgeordnetenhause befand, Petitionen und Anträge auf Wiedereinführung der Prügelstrafe, Einschränkungen der Ehe, Beschränkungen des freien Niederlassungsrechtes sich gejagt hätten, wie ferner nach einem beliebten, aber allerdings unklaren Ausdruck jener Partei jene Herren die Stellung des Fabrikarbeiters zu „feudalisiren" gewünscht hätten. Alle diese Petitionen und Anträge verschwanden sehr bald, seit die Fortschrittspartei die Majorität im Hause erlangte und es müsse somit eine ganz auffallend schnelle Wandelung im Lande vor sich gegangen sein. Trotz aller Versicherungen des jetzigen Ministeriums aber von seinem Wohlwollen gegen das Associationswesen hatten die Vexationen gegen dasselbe in den letzten Jahren sich sehr gehäuft und er fürchte, daß die von dem Ministerium in Aussicht gestellte Kommission von Mitgliedern des Landtages und Sachverständigen aus den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammenlaufe mit den Bestrebungen der konservativen Partei und ihren Feudalisirungsgelüsten des Arbeiterstandes, darum halte er den Antrag von Bonin für gefährlich und bitte das Haus um Annahme des Amendement Twesten ev. Becker.

Abg. Dr. Loewe (Bochum) für den Kommissionsantrag. Schon deshalb bin ich mit dem Antrage des Abg. Schulze nicht ganz einverstanden, weil ich der Meinung bin, daß man sich nach keiner Seite hin durch Nebenpunkte ableiten lassen darf von dem Vertheidigungsstandpunkte gegenüber der Regierung. Von dem „Fels des Recht", den der Präsident als den Standpunkt des preußischen Volkes so treffend bezeichnet, der jetzt von allen Seiten von den Fluthen umstürmt wird, werden wir keinen Schritt breit abweichen. Es naht sich jetzt dem Schulze'schen Antrage ein bedenklicher Bundesgenosse in der Partei des Hrn. Wagener. Auch das muß uns bedenklich machen. Die Haltung der konservativen Partei zur socialen Frage seit 15 Jahren läßt wenig Gutes von ihrer Annäherung hoffen. Wir haben nun dieselbe Erfahrung gemacht wie in Betreff der Vorschußkassen, wo das Ministerium auch stets sagte, es würde sich freuen, noch mehr Informationen über diese zu erhalten. Ich glaube, daß dies der richtigste Weg in diesem Falle ist, die beiden §§ 181 und 182 ganz isolirt in's Auge zu fassen. — Der Arbeitgeber kann sich auf sein Kapital zurückziehen, nicht so der Arbeiter, denn für jenen ist der möglichst schnelle Umsatz des Kapitals ein Vortheil, während das Zusammendrängen der Arbeit für den Arbeiter gerade eine Gefahr birgt. Er kann sich nicht in der Zeit der Arbeit ein Kapital zurücklegen, welches ihm bei etwaiger Unterbrechung der Arbeit seine Existenz sichern könnte, während für den Arbeitgeber der größere Vortheil und das Kapital einen Rückhalt bei Arbeitseinstellung sichert. Für mich ist die Frage schon gelöst, das Coalitionsrecht bringt höhere Löhne, aber nicht immer für den, der sich dafür opfert, nicht immer für die, welche durch Arbeitseinstellung vielleicht in eine klägliche Lage kommen. Der Eine arbeitet für etwas, davon der Andere die Vortheile genießt. So arbeiten wir für die Verfassung, ohne unter ihrem schützenden Dach zu leben, während wir nur die Hoffnung hegen können, daß ihre Segnungen einst unseren Nachkommen zu Theil werden (Hört, hört!). Vor Allem aber ist gerade hierbei die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit eine unabweisbare Bedingung. Nie habe ich mit so wahrer Begeisterung und mit so vollem ganzen Herzen für etwas geworben und gestritten, als vor 17 Jahren für Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Was waren die großen Fragen des Kaiserthums, der Republik und alle die andern, die damit zusammenhingen, was waren sie gegen diese große und tiefbedeutende Frage des persönlichen Rechts und der persönlichen Freiheit (Bravo). Ungeheuer ist oft das Elend der Auswanderer in Amerika, namentlich während der ersten Jahre; doch trotz aller Klagen über ihre trostlose Lage wird man doch immer jenen Vorzug hervorheben zu hören: ich kann gehen, wohin ich will, ich kann thun und anfangen, was ich will, ohne Belästigung durch die Polizei (hört! hört!). Den Freunden des Herrn Wagener kann ich nur bemerken, daß ihre „Organisation" nur ein anderes Wort für die „Feudalisirung" der Arbeit ist (Heiterkeit). Hr. Wagener und seine Freunde sind aber auch von den alten Traditionen abgefallen, die ich erst vor Kurzem in den Auseinandersetzungen des alten Rundschauers wiedergefunden habe. Der alte Mann findet, daß die Budgetlosigkeit, der Mangel an Verständigung mit dem Abgeordnetenhause eine schlimme Seite habe, aber er dankt Gott dafür, daß nun doch wenigstens keine organischen Gesetze zu Stande kommen, und darin stimme ich mit ihm überein; es ist gut, daß wir aus der leidigen Gesetzmacherei heraus kommen, und wenn Sie für unsere Anträge stimmen, dann ist profit ouvert vorhanden, wir sind zwei Gesetze los, und haben kein neues gemacht (Heiterkeit). Die Herren sind aber auch in anderer Beziehung von ihrem früheren Standpunkte abgewichen: früher schwärmten sie noch für die Germanische Freiheit, im Gegensatz zur Romanischen und ich habe mit Freuden auf diesem gemeinsamen Boden der Germanischen Freiheit uns zusammengefunden. Die Germanische Freiheitsentwickelung bringt es mit sich, daß wir dem Staat mit seinen Gesetzen und Reglementirungen immer seltener begegnen, daß man das „Staatsungeheuer" auf immer engere Kreise des socialen Lebens beschränkt, welches seinerseits immer größere Dimensionen annimmt (Beifall). Lassen Sie nur Ihre Arbeiter-Bataillone marschiren. Sie könnten aber leicht das Schicksal des Göthe'schen Zaubrerlehrlings erfahren. Sie haben sich auf französische Studien geworfen und die Geschichte Ihres Vaterlandes, ja gerade die Geschichte Preußens ganz bei Seite gelegt. Sie denken nicht mehr daran, daß der Germanische Freiheitsgeist im Jahre 1808 die Romanische Bewegung mit ihren revolutionären Elementen zurückdrängte. Erst später kamen die realtionären Phantasmen auf, die Gewerbeordnung u. s. w. Die Reaktion erst hat die Revolution nicht nur möglich gemacht; sie hat sie in der That gemacht. Die Verkümmerung der Reformen von 1808 hat die Revolution hervorgerufen. (Lebhafter Beifall.) Sie sagen: Der aktive und energische Theil der Arbeiter betrachte die sociale Frage nicht als Freiheits-, sondern lediglich als Brodfrage; die sociale Frage existire erst seit 1848, und beweisen dadurch nur, daß Sie eben auf französischen Studien fußen. Die sogen. Arbeiterfrage hat seit Erschaffung der Welt existirt und hat sich nur in verschiedenen Zeitaltern anders dargestellt. Dieselbe hat sich aber zu jeder Zeit gegen die sogen. „Organisation" der Arbeit gerichtet, das ist die Ausbeutung der einen Klasse gegen die andere. Sie wollen Staatshilfe für den Arbeiter, aber fragen Sie nur den Hrn. Handelsminister oder, wenn der Ihnen nicht antworten will, seinen Portier (Heiterkeit), wie viele Millionen täglich von ihm zur Unterstützung der verschiedensten Interessen verlangt werden und Sie wollen noch neue Millionen herbeischaffen! — Ich komme noch einmal, auf die Gefahr hin, eine neue persönliche Bemerkung des Hrn. Wagener zu provociren, auf Lassalle zurück. Lassalle war viel zu klug und zu gebildet, um nicht zu wissen, daß Minoritäten Bewegungen wohl machen, Majoritäten aber sie entscheiden. Ihn hat die conservative Partei nur vorgeschoben, um politisches Kapital zu machen. Mit Ihrer „Staatshilfe" würden Sie weiter nichts thun, als den Beamtenstand vermehren. Dieser Weg ist unmöglich und ich beklage es tief, daß die Regierung sich auf diesen Weg eingelassen hat, wenn auch der Hr. Minister sagt, daß es sich nicht um die alten Zünfte, sondern um die modernen Genossenschaften handele. Aus dem Mistbeete der Staatshilfe die Lösung der Arbeiterfrage holen zu wollen, ist ein ganz erbärmlicher pessimistischer Ausweg, der zu den schlimmsten Katastrophen führen kann. (Lebhafter Beifall). Nur die selbstständige Arbeit mit dem Gefühl der Selbstverantwortlichkeit vermag die Arbeiterfrage zu lösen. Wir wollen den Arbeiterstand nicht organisiren, weil wir überhaupt keine besonderen Stände wollen. Der Weg, den Schulze eingeschlagen, beweist, daß die Demokratie bestehen kann bei freier selbstständiger Arbeit; er konnte nur auf unserem, auf deutschem Boden entstehen und ist das beste Experiment der neueren Zeit auf diesem Gebiete; er führt die Arbeiter in das deutsche Bürgerthum ein, wovon Sie ihn gerade absondern wollen und ist so bedeutend, daß er sogar in solchen Ländern Eingang gefunden hat, wo die größte Freiheit herrscht, z. B. in England, Schottland und Irland. Das ist der deutsche Gedanke der Lösung der socialen Frage, dem einzelnen Arbeiter aus seiner hilflosen Lage zum Besitz emporzuhelfen. Mit diesem Gedanken und dem der persönlichen Freiheit lassen wir getrost Ihre Bataillone heranmarschiren; wir kämpfen für die Civilisation und für die Freiheit. (Lebhaftes Bravo).

Abg. Harkort (auf der Journalistentribüne fast ganz unverständlich) führt aus, man habe bis jetzt nur die Lichtseiten des Coalitionsrechts hervorgehoben, die Schattenseiten verschwiegen. Er müsse seine Ansicht dahin aussprechen, daß man in dieser Sache nichts Unvollständiges schaffen dürfe und widerspreche daher dem Schulze'schen Antrage.

Abg. Reichenheim wendet sich zunächst gegen den Vorredner, weil dieser sich gegen den Kommissions-Entwurf erklärt habe, insofern er Stückwerk enthalte; Vollendetes könne die Gesetzgebung nie schaffen, deshalb müsse man den Blick immer auf das Nothwendigste richten. Wenn der Vorredner ferner behaupte, daß die Englischen Strikes immer zum Nachtheil der Arbeiter ausgeschlagen seien, so behaupte er das Gegentheil, weil durch sie in weiterem Gefolge immer die Differenzen und Mißhelligkeiten zwischen Arbeitgebern, und Arbeitnehmern, die zum Schaden der Industrie da wären, ausgeglichen würden. Im Uebrigen stimme er dem Kommissions-Entwurfe, mit Ausnahme des zur Streichung vorgeschlagenen § 183 bei, der schon durch die Verfassung aufgehoben sei. Die §§ 181, 182 und 184 seien gefährlich, weil die Arbeiter dadurch erbittert würden und Gelegenheit zu Aufhetzereien gegeben werde. Volle Gleichheit vor dem Gesetz, wie sie die Verfassung fordere, würde am besten dazu beitragen, die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einander verschmelzen. Früher habe er geglaubt, daß als Correlate mit diesen §§ zugleich auch andere Gewerbebeschränkungen beseitigt werden müßten, doch glaube er jetzt vielmehr, daß, wenn erst die beantragten §§ gefallen seien, auch Gewerbefreiheit und Freizügigkeit nicht mehr zurückgehalten werden könnten. Gegen die vom Ministerium in Aussicht gestellte Kommission bemerkt Redner, daß nicht gesagt sei, wie und aus welchen Personen die Kommission zusammen gesetzt sein solle, denn darin liege auch die Entscheidung der Frage; solche Kommissionen würden außerdem häufig nur eingesetzt, damit aus den in Frage stehenden Sachen nichts werde. Die conservative Partei wolle „Arbeitercorporationen", um die Arbeiterbataillone dann an die Wahlurnen treiben zu lassen, und wenn diese erst geschaffen, dann sei auch Herr Wagener, wie er gesagt, ganz einverstanden mit dem „allgemeinen gleichen Wahlrecht". Doch würde dieser Köder von dem gesunden Sinne unserer Arbeiter verschmäht werden. Wenn sich übrigens Herr Wagener überführen wolle, ob in England Arbeiter-Inspectoren, die dort allerdings für jugendliche Arbeiter in Anwendung kommen, auch für Erwachsene möglich seien, so empfehle er ihm einen Besuch mit einem solchen Vorschlage in die Brauerei von Barclay; doch erinnere er dabei an das Schicksal des General Haynau. (Allgemeine Heiterkeit.) Vom Herrn Ministerpräsidenten sei gesagt worden, daß die Beschwerden jener Weber-Deputation bei Sr. Majestät dem Könige sich „größtentheils" als unbegründet erwiesen hätten; also doch nicht allenthalben als unbegründet. Er behaupte aber, daß alle seine Berufsgenossen in Schlesien mit demselben Wohlwollen für ihre Arbeiter gesorgt hätten, als er. Die Anerkennung, die darin von Seiten der Königl. Staatsregierung liege, lehne er ab, denn darauf sei es seinem Handlungshause nicht angekommen, als alle Handlungsbücher und alle Verhältnisse, wie sie in seinen Fabriken da wären, offen gelegt seien; sondern nur um wahrheitswidrige Behauptungen, die in Umlauf gesetzt seien, zu entkräften, darauf sei es angekommen. Die bekannte Weber-Deputation habe sich vielfach vergebens bemüht, durch den Minister des Innern Sr. Majestät vorgestellt zu werden, jedoch immer vergebens, und trotzdem ihre Vorstellung entschieden vom Hrn. Minister des Innern von der Hand gewiesen war, sei sie doch, drei Tage nach ertheilter abschläglicher Antwort, — durch den Minister-Präsidenten bei Sr. Majestät vorgestellt worden. Und den Mitgliedern dieser Deputation — im Ganzen 12 Arbeiter — denselben, welche jene Unwahrheit gesagt hätten, seien aus der Schatulle Sr. Maj. zuerst 6000 Thlr. und dann noch einmal 6000 Thlr. gegeben worden. Alle Rechnungen für diese Productiv-Association gingen durch das Landrathsamt: wie, frage er, dürfe sich das Landrathsamt zu dergleichen Dingen mißbrauchen lassen? Dadurch erwachse eher Volksunterdrückung als Volksbeglückung. Als Sühne für diesen Fehlschritt möge das Staatsministerium dem Kommissionsantrage mit dem Amendement Twesten einen guten Geleitbrief in das andere Haus mitgeben. (Bravo.) — (Während dieser Rede hat der Vicepräsident v. Unruh den Vorsitz übernommen.)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich bedaure, daß der Herr Vorredner nicht den allgemeinen parlamentarischen Usus berücksichtigt hat, nach welchem man nur Jemanden angreift, der im Hause anwesend ist. (Widerspruch). Wäre der Herr Ministerpräsident anwesend, so würde dieser selbst die gegen ihn gerichteten Angriffe zurückweisen. Ich selbst will nur bemerken, daß ich nicht zu ermessen weiß, wie die Audienzen bei Sr. Majestät und Unterstützungen, die der König aus seiner Schatulle gibt, in den Bereich der Verhandlungen dieses Hauses kommen. Die ganze Sache wird übrigens durch die vom Ministerpräsidenten verheißenen Berichte über die Thätigkeit der Kommission ganz klar werden. Ein Mitglied hat gefragt, wie sich meine

Rede zu der des Abg. Wagener verhalte. Ich glaube aber, daß meine Rede ganz unzweideutig, und bitte zur Aufklärung den stenographischen Bericht einsehen zu wollen, an welchem ich nichts geändert habe. Der Abg. Harkort meint, daß die von der Regierung beabsichtigte Kommission nur eine Blumenlese unerfreulicher Thatsachen geben werde. Wir wollen uns aber durch manchen hervortretenden Uebelstand nicht von einer Thätigkeit abschrecken lassen, welche darauf gerichtet ist, dem Lande zu nützen. Es ist besser, daß die Regierung vom bureaukratischen Wege abweiche, und, statt sich durch Alleinwissen zu decken, die Interessenten höre, welche am besten wissen, wo sie der Schuh drückt. Die Frage ist von solcher Wichtigkeit, daß die Regierung alle Informationen zur Vorberathung einziehen will; fern liegt es ihr, die Sache hinziehen zu wollen (?) was ein Redner behauptete. (Bravo rechts).

Der Vicepräsident v. Unruh bemerkt, daß nach seiner Ansicht der Abg. Reichenheim die parlamentarische Form nicht überschritten habe.

Abg. Jung spricht (unter großer Unruhe des Hauses) für das Amendement Meibauer, durch welches der dauernde Beweis für künftige Zeiten gegeben werden solle, welche Rechtsunsicherheit durch die Interpretationen dieses Ministeriums geschaffen worden sei. § 184 der Gewerbeordnung sei mit aufzuheben, das Becker'sche Amendement abzulehnen. Herr Wagener habe höhnisch davon gesprochen, daß eine hiesige Arbeiterversammlung die Fortschrittspartei bekämpft habe. Diese aber theile die Arbeiter nicht in artige und unartige, welche Letzteren Nichts zu geben sei, sondern wolle im eigenen und im Interesse der Arbeiter die vorliegenden Anträge annehmen. Von der Regierungs-Kommission könne er sich Nichts versprechen; denn wenn das Handelsministerium auch hier die Ergebnisse der Wissenschaft und die Praxis der civilisirten Welt anerkenne, so werde doch in Amtsblättern gegen das Kapital, ja gegen die eigene Praxis des Ministeriums Krieg geführt. Redner bezieht sich hier als Beleg auf eine Petition vom vorigen Jahre. Nur die Conservativen benutzen die sociale Agitation zu politischen Machinationen. Einem, dem verstorbenen Lassalle von Wagener entlehnten Sophismus müsse er entgegentreten. Lassalle sagt: den Arbeitern müssen Staatsmittel gewährt werden, so gut wie zu Eisenbahnbauten Zinsgarantieen gewährt werden; bei diesen aber handle es sich nicht um Unterstützung, sondern um Bezahlung einer im Staatsinteresse geleisteten Arbeit. Die vorjährige Petition erwähne, daß die hiesige Kommune 1858 sich gegen den obligatorischen Schulzwang erklärt habe, vergesse aber, daß die Kommune damals in der Majorität aus Konservativen bestand. Die Konservativen wollen „Organisation" mit Aufhebung der Verkehrs- und Gewerbefreiheit. Aber nicht eine einzelne Klasse solle herrschen, sondern Alle seien gleichberechtigt.

Abg. v. Hennig. Ich habe allerdings den lebhaften Wunsch gehabt, mich an dieser Debatte zu betheiligen, denn als im Jahre 1854 das Verbot der Coalitionen auch auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt wurde, sagte ich vorher, daß dieses Gesetz im Großen und Ganzen ein vollständig todter Entwurf bleiben, daß er nicht in's Leben übergehen werde, weil ihm die natürlichen Bedingungen dazu fehlen; demnach werde er aber auch keine nachtheiligen Folgen haben und hunderte unglücklich machen können. So bin ich allerdings an diesem Gesetz zum Propheten geworden, denn es ist ein todter Buchstabe geblieben. Es hat Coalitionen geben, aber es ist Niemand bestraft worden. — Ich bin vollkommen einverstanden mit dem Antrage der Herren Schulze-Delitzsch und Faucher, aber ebensowenig kann ich mit dem Herrn Handelsminister übereinstimmen, daß wir es mit einem ohne Ueberlegung in's Haus geschleuderten Antrage zu thun haben sollen. Schon im Jahre 1861 ist von Schulze-Delitzsch derselbe Antrag gestellt worden, damals unter einem Ministerium, von dem man hoffen konnte, daß es den Antrag nicht zurückweisen werde. In den Jahren 1862 und 63 wurden die Versuche erneuert, die Gewerbeordnung von diesen lästigen Paragraphen zu befreien. Heute, nach vierjähriger Ueberlegung sehen wir endlich, daß ein Versuch mit der von der Regierung in Aussicht gestellten Kommission gemacht werden soll. Ich bin damit einverstanden, auch damit, daß in dieser Kommission alle bei der Frage interessirten Klassen vertreten sein sollen, ich hätte indessen gewünscht, daß der Herr Minister über die Aufgabe der Kommission sich ausführlicher ausgesprochen hätte. Fabrikbesitzer und Arbeiter, Handwerker und ländliche Arbeiter müssen ihre Vertretung in der Kommission haben, aber dieselbe müßte dann auch mit den entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden. Man darf dagegen nicht einwenden, daß in England solche Kommissionen vom Parlamente niedergesetzt werden. Das Abgeordnetenhaus, meine Herren, hat die Erfahrung gemacht, wie eine von ihm zur Untersuchung niedergesetzte Kommission geachtet worden ist. Die Beamten, welche der Aufforderung der Volksvertretung nachkamen, wurden in Strafe genommen. — Doch genug, ein Antrag, der seit 4 Jahren vorbereitet war, darf wohl kein unüberlegter genannt werden. Daß dieser Antrag nur auf Streichung der §§ 181 und 182 der Gewerbe-Ordnung gestellt worden ist, hat seinen sehr berechtigten Grund darin, daß der Fortfall der beiden andern Paragraphen schwerlich die Zustimmung des anderen Faktors der Gesetzgebung gefunden haben würde. Im Uebrigen halte ich es für einen Vorzug, daß er hervorgegangen ist aus einer Agitation, die im Lande großen Anklang gefunden hat. Lassalle hat über Theorie und Praxis in der Agitation einmal ein bemerkenswerthes Wort geschrieben und mit Bezug darauf muß ich behaupten, daß der Antrag der Herren Schulze-Delitzsch und Faucher theoretisch genommen vielleicht ausgedehnter hätte sein müssen, daß er aber in der Praxis sich als der beste bewähren wird. Nehmen Sie die Beschränkung der Coalitionsfreiheit weg und Gewerbezwang und alles Andere stürzt hinterher. — Gestatten Sie mir nun noch einige Worte gegen die Ausführungen des Abgeordneten für Neustettin. (Große Unruhe zur Rechten.) Oh, ich bitte, meine Herren, es dürfte vielleicht doch nicht so ganz uninteressant sein. Herr Wagener hat also gesagt, daß der Staat die Produktiv-Associationen organisiren müsse, leider hat er uns aber nicht darüber aufgeklärt, wie er sich diese Organisation gedacht hat. Indessen werden wir uns ein Bild davon machen können, wenn wir das, worüber er schweigt, aus den Schriften Lassalles uns ergänzen. Ich gebe zu, daß, wie einmal die königliche Bank autorisirt werden konnte, Gutsbesitzern, die sie für sicher halte, Kredit zu geben, ebenso gut der Handelsminister die Anweisung hätte ertheilen können, die Produktiv-Associationen, die für sicher zu halten seien, mit dem entsprechenden Kredit zu unterstützen. Aber, meine Herren, Lassalle hat noch ein Anderes vorgeschlagen, dessen Ausführung, wie schon der Abgeordnete Twesten nachgewiesen hat, komplett unmöglich ist. Lassalle wollte, daß der Staat auch Fabriken anlegen, oder das eigentliche Anlagekapital einsetzen sollte. Daß dies nicht geht, ist sonnenklar; aber auch die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, machen das ganze Projekt zur Unmöglichkeit. Wenn solche Fabriken angelegt würden, so könnte doch für jede Stadt nur eine bestehen und diese eine mit der ausgesprochenen Aufgabe, die Nichtstaatsfabriken todt zu machen. Da nun unsere Städte nicht so sehr weit von einander entfernt liegen und da jedenfalls die Eisenbahnverbindungen auch entferntere einander näher rücken, so würde man schließlich sehen, daß die Staatsinstitute einander selbst Konkurrenz machen, also völlig ihren Zweck verfehlen. — Meine Herren! Ich darf mein Bedauern aussprechen, daß Lassalle früh heimgegangen ist; er wenigstens hatte Geist genug, um mit den Jahren seine Irrthümer einzusehen und zu verbessern. Was haben wir nun? Faust-Lassalle ist dahingegangen und übrig geblieben ist nur der Famulus (Wagener). (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Blanckenburg: (Bekannt als eines der verbohrtesten Mitglieder der reactionären Fraction des Abgeordnetenhauses.) Meine Herren, ich wollte eigentlich nicht sprechen, aber da Sie mich noch hören wollen, so werde ich mich dem nicht entziehen und kurz, aber hoffentlich auch gut sprechen (Heiterkeit). Meine Herren, ich glaube nicht, daß die konservative Partei mit Hrn. Reichenheim und seiner Fabrik sich viel beschäftigt hat. Meiner Partei wird nachgesagt, daß ihr die Agitation gegen Hrn. Reichenheim geschadet habe, davon weiß ich nichts. Die conservative Partei hat sich meines Wissens weder mit der Person noch mit der Fabrik des Hrn. Reichenheim beschäftigt. An sich ist eine Agitation nichts Schlechtes; ich selbst werde immer für etwas Gutes agitiren. Im Jahre 1854 habe ich für den Coalitionsparagraphen des Gesetzes über die ländlichen Arbeiter gestimmt, ich habe mich aber überzeugt, daß ich Unrecht habe. Ich würde nun auch für die Aufhebung, sowohl der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung, als auch für die des § 183 des Gesetzes von 1854 stimmen können, wenn — mich nicht die von Herrn Wagener ausgeführten Gründe abhielten. Sie dürfen sich nicht darüber wundern, daß ich früher eine abweichende Ansicht gehabt, hat doch auch einmal Hr. Lette die Zwangsinnungen in einer Schrift befürwortet. (Abg. Lette eilt auf das Büreau zu, um sich zu melden.) Hr. Löwe hat auf die Schulze'schen Genossenschaften hingewiesen, die Consumvereine u. s. w. haben aber schon hier vor dem Rosenthaler Thore existirt, als Schulze und ich noch Jura studirten; man machte nur damals nicht so viel Geschrei davon. Wenn Franklin, wie Herr Twesten citirt, sagt, daß der ein Verführer des Volkes sei, der den Arbeitern sagt, daß ihnen auf andere Weise als durch Fleiß und Sparsamkeit geholfen werden könne, so halte ich den für einen Verführer des Volks, der den Arbeitern sagt, daß ihnen ohne Fleiß und Sparsamkeit geholfen werden könne (Heiterkeit); oder vielmehr allein durch Fleiß und Sparsamkeit. Nur durch die Staatshilfe kann etwas Ersprießliches für die Arbeiter erzielt werden. (Links: Aha!) Wenn wir die Staatshilfe nicht gehabt hätten, würden wir noch jetzt die Leibeigenschaft haben (Gelächter). Was sind denn die Provinzialhilfskassen anderes als Staatshilfe? Durch die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit wird die sociale Frage nicht gelöst. Ich begreife nicht — wie bei der vollen Freizügigkeit die christliche Ehe noch bestehen kann (Gelächter). Der „christliche Staat" und die „christliche Kirche" sind die alleinigen Fundamente, auf welchen die Arbeiterfrage gelöst werden kann. Fahren Sie fort, den christlichen Staat zu unterwühlen, dann gelangen Sie zu einer Freiheit, gegen die als einziges Schutzmittel der Säbel übrig bleibt (Bravo von den Conservativen).

Abg. Duncker weist den Kommissionsantrag insofern ab, als er gegen die Hineinziehung des § 183 ist, der schon durch das Sechsparagraphengesetz vom April 1848 aufgehoben worden sei und bezieht sich in dieser Beziehung auf die Ausführungen des Abg. Twesten, dessen Amendement er empfiehlt.

Der Vicepräsident v. Unruh theilt mit, daß von dem Abg. Parrisius (Brandenburg) ein Antrag auf Vertagung, von dem Abg. Meibauer ein Antrag auf Schluß der Discussion eingegangen sei. Der Schluß der Generaldiskussion wird abgelehnt und dagegen der Vertagungsantrag angenommen. Auf der Rednerliste befinden sich noch gegen den Kommissionsantrag die Abgg. Frhr. v. d. Heydt, Auffermann, v. Bonin, Grothe; für denselben der Abg. Dr. Krebs.

(Schluß der Verhandlungen im Beiblatt.)

Briefkasten.

Hrn. C. P., Stuttgart. So eben (21. d. M., Abends 5 Uhr), nachdem unser Blatt für diesmal bereits geschlossen ist, geht uns Ihr Bericht vom 20. d. zu. Wir müssen denselben für die nächste Nr. zurücklegen. Die erwähnte frühere Sendung muß verloren gegangen sein; uns ist dieselbe nicht zu Gesicht gekommen. Freundschaftl. Gruß. D. Red.

Verschiedene Anzeigen.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

VII. Originalausgabe.

In 62 wöchentlichen Heften (255 Bogen) in gr. 8. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, von welchem 400,000 Hefte unter den Deutschen in Amerika verbreitet sind, welches in seinen verschiedenen Abtheilungen in wenigen Jahren bereits die 6te Stereotyp-Auflage jenseits des Oceans erlebt, und unter Engländern und Amerikanern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen hat, darf wohl auch im alten Vaterlande des Verfassers und unter seinen deutschen Landsleuten diesseits des Oceans auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 114.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 5. März 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszuzahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 8 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse. Die übrige Eintheilung des Blattes bleibt dieselbe wie bisher.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Rechenschaftsbericht des „Spar- und Vorschußvereins" im Arbeiterverein zu Nürnberg. — Bekanntmachung in Betreff der „deutschen Arbeiterbibliothek". — Der Arbeiterverein Gotha über den Versammlungsort des nächsten Vereinstags. — Aus dem Arbeiterbildungsverein in Stuttgart. Berichte aus Heidelberg. Frankenberg, Ohrdruf. — II. **Politischer Theil**. Politische Umschau: Hannover soll Mexiko helfen. Der Erzbischof von München sieht Gestalten. Papistische Unruhen in Mannheim, Festigkeit des Großherzogs. Bruchsal. Berlin, Weichheit des Königs. Kurhessen, Schach dem Nationalverein. Meiningen, Mord. Frankfurt, Aufruf. Wien, Schulden über Schulden. Kiel, Tapferkeit bei Nacht. Frankreich, ein schönes, neues Lied auf Ihn. Turin, die Arbeiter an den König. England, Statistik über Trunkenboldigkeit. Konstantinopel. Zur Geschichte der Preßfreiheit in Coburg. I. — III. **Socialer Theil**: Streiflichter auf das Jahr 1864. IV. — Aus Köln: eine andere Art Staatshilfe. — Aus Berlin: die Stellung der Arbeiterbewegung zur Regierung: die Erfolge der Neu-Socialisten. — Eine Universität für Volksbildung. Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiter und die Glarner Volksgemeinde. — Deutscher Frauenverein. — Die Preisvertheilung der polytechnischen Gesellschaft in Paris. — IV. **Büchertisch**: „Die weltliche Herrschaft der Päpste". — Sachsens Erhebung und das Zuchthaus in Waldheim. — V. **Vermischtes**: Aus Proudhon. — Briefkasten. — Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Arbeiterverein Nürnberg. Der innerhalb des Arbeitervereins bestehende Spar- und Vorschußverein, welcher unter der Firma „Kreuzerverein" vor ca. einem Jahre gegründet wurde, erzielte im ersten Verwaltungsjahr laut Rechnungsablage vom vorigen Monat folgendes Resultat:

Einnahmen:

An Einlagen von 122 Mitgliedern	fl.	1222.	25	kr.
An Zinsen von ausgegebenen Darlehen	„	27.	44½	„
An 122 Quittungsbüchlein à 6 kr.	„	12.	12	„
	fl.	1262.	21½	kr.

Ausgaben:

Als Darlehen an Mitglieder	fl.	627.	—	kr.
Im Creditverein verzinslich angelegt	„	75.	—	„
An abgereiste Mitglieder zurückbezahlt	„	397.	33	„
Unkosten für Bücher und Quittungsbüchlein 2c.	„	29.	11	„
Cassabestand	„	133.	37½	„
	fl.	1262.	21½	kr.

Bilance:

Vermögen	fl.	835.	37½	kr.
Guthaben der Mitglieder	„	828.	16	„
Reines Vermögen	fl.	7.	21½	kr.

welches nach § 7 der Statuten den Grundstock des Reserve-Fonds zu bilden hat.

Die Verwaltung:

Hetzner, Vorstand. Wohlgschaft, Cassier. Weinhart, Schriftführer.

Stuttgart. Da man außer allem Zweifel annehmen muß, daß nunmehr die „Allg. deutsche Arbeiterzeitung" von allen deutschen Arbeitervereinen als gemeinsames Organ gehalten und gelesen wird, so dürften einige Mittheilungen, durch welche ich etwaigen weiteren Anfragen bezüglich der „Deutschen Arbeiter-Bibliothek" begegnen will, in den Spalten dieses Blattes die geeignetste Verbreitung finden.

1) Die Bestellungen auf die „Deutsche Arbeiter-Bibliothek" geschehen bei der „Expedition der deutschen Arbeiter-Bibliothek" in Stuttgart.

2) Bei Bestellung von je fünf Exemplaren erhalten die Vereine ein Freiexemplar.

3) Die Sendungen geschehen nach dem Wunsche der meisten bisher angemeldeten Vereine gegen Postnachnahme.

4) Einzelne Vereine, wie Eßlingen, Pforzheim, Neustadt-Magdeburg u. a. haben sich in bedeutender Anzahl an der Subscription betheiligt, und wenn die sämmtlichen Brudervereine in ganz Deutschland in dem Verhältnisse der bis jetzt angemeldeten dieses so nützliche Unternehmen unterstützen, so kann dieses heute schon als vollständig gesichert angesehen werden.

5) Billige Wünsche wird der Herausgeber stets mit Dank entgegennehmen und nach Möglichkeit zu befriedigen bemüht sein.

6) Um die Auflage doch annäherungsweise berechnen zu können, werden die noch nicht angemeldeten Vereine dringend gebeten, ihre Bestellungen so bald als möglich machen zu wollen.

7) Sobald die Größe der Auflage es gestattet, wird die Versendung von der Expedition an alle Vereine Deutschlands franco geschehen.

8) Die verehrlichen Herren Vorstände namentlich von größeren Vereinen werden hiermit freundlichst um der guten Sache willen gebeten, bei Vorträgen von besonderem Interesse eifrigst dahin wirken zu wollen, daß das Manuscript derselben an den Herausgeber der „Deutschen Arbeiter-Bibliothek" gefälligst eingesendet werde. (Wegen der Honorar-Bedingungen wollen sich die Herren Verfasser an Unterzeichneten gütigst wenden).

Nur auf diese Weise wird es gelingen, wie kürzlich ein Artikel dieses Blattes „vom badischen Oberland" so richtig bemerkte, alles Gute und Beste, was den Arbeitervereinen bisher zerstreut geboten wurde, durch Einverleibung in die Arbeiter-Bibliothek zum Gemeingute aller deutschen Arbeiter zu machen. Mit deutschem Gruß und Handschlag.

Fr. Weithmann,
Mitglied des ständigen Ausschusses und Herausgeber der „Deutschen Arbeiter-Bibliothek".

Gotha, 21. Febr. Der Arbeiterverein verhandelte heute über die Abhaltung des Arbeitertages in Stuttgart. Man konnte den Gründen des Stuttgarter Vereins nicht beipflichten, indem man sich dahin aussprach, daß es nothwendiger sei, gerade in Gegenden, wo das Vereinsleben nicht aufgeblüht, den Arbeitertag abzuhalten, um in solchen Gegenden das Interesse an der Arbeiterfrage zu wecken und weil zweitens bei der Abhaltung in Stuttgart die mittel- und norddeutschen Arbeitervereine wegen der bedeutenden Kosten wenig Vertreter schicken würden. Der Arbeiterverein schlage eine Stadt an der Eisenbahn in Thüringen vor.

E. P. **Stuttgart.** Der hiesige Arbeiterbildungsverein hat vor einigen Wochen folgende Erklärung in Bezug auf die Wehrfrage einstimmig angenommen. Dieselbe macht allgemein einen sehr guten Eindruck auf die hiesige Bevölkerung und nun fangen auch an vom Lande her Zustimmungsschreiben zu derselben einzulaufen. So haben namentlich die Arbeitervereine von Eßlingen, Heidenheim und Tuttlingen ihren Beitritt zu der Stuttgarter Resolution öffentlich erklärt.

Der Wortlaut der Erklärung ist folgender:

„Der Antrag, welchen der Abgeordnete Fetzer auf Beseitigung des gegenwärtig bestehenden Conscriptionssystems und Anbahnung einer allgemeinen Volksbewaffnung gestellt hat, berührt die Interessen des Volkes und besonders die des Arbeiter- und Handwerkerstandes in so naher Weise, daß wir nicht umhin können, uns öffentlich darüber auszusprechen.

Kein Stand, nicht einmal der Landmann und Taglöhner, wird von der bestehenden Militärlast so hart betroffen, wie wir, die gerade zu einer Zeit zu den Waffen gerufen werden, wo wir die für unseren Beruf nothwendigen Kenntnisse noch nicht einmal vollständig gesammelt haben oder vielleicht eben im Begriffe stehen, selbstständig in das bürgerliche Leben einzutreten, um dann — wenn uns das Loos trifft — auf unbestimmte, jedenfalls längere Zeit unserem Berufe, unserer gewohnten Thätigkeit entzogen zu werden.

Im Garnisonsdienste büßen wir dann nothwendigerweise einen großen Theil der vorher mühsam erworbenen Berufsfertigkeit wieder ein, so daß wir nach überstandener Präsenzzeit häufig Monate langer Anstrengung bedürfen, um die alte Fertigkeit und Uebung wieder zu erlangen.

Wir sind weit entfernt davon, uns der allgemeinen Pflicht entziehen zu wollen, im Gegentheile: wo die Noth des Vaterlandes, deutsche Ehre und deutsches Recht zum Kampfe rufen, werden wir gewiß nicht die Letzten sein, um diesem Rufe zu folgen.

Aber wenn eine Heereseinrichtung, wie sie in der Schweiz besteht, dem Vaterlande einen weit grösseren Schutz und höhere politische Bedeutung gewähren kann, während sie auf dem ganzen Volke und auf dem Einzelnen weit weniger drückend lastet, so wird es natürlich erscheinen, daß wir, die durch das jetzt bestehende Conscriptionssystem am allerschwersten belastet sind, den Fetzer'schen Antrag mit Freuden begrüßen und laut die Hoffnung aussprechen: daß die Zeit bald kommen möge, wo auch wir, wie unsere schweizer Nachbarn ein auf allgemeiner Wehrpflicht und Volksbewaffnung fußendes Wehrsystem haben werden."

Es ist gewiß nicht gleichgültig, daß auf solche Weise die öffentliche Meinung wenigstens darüber aufgeklärt werde, wie die Militärlast in den am meisten betheiligten Kreisen empfunden wird. —

In unserem Vereine hier erregt es allgemeine Freude, daß sich nun doch überall ein regeres Interesse für unser gemeinschaftliches Organ, die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung", zu zeigen scheint. Von hier aus wird gewiß der Werth nicht verkannt, den ein solches allgemeines Organ für sämmtliche deutsche Brudervereine hat und ein Eingehen desselben wäre schwer zu beklagen. Diese Erkenntniß bestimmte uns schon seit Oktober v. J. 25 Exemplare dieses Blattes zu halten. Wenn in ähnlicher Weise alle Vereine ihre Schuldigkeit thun, so kann es gewiß nicht fehlen, daß uns das gemeinschaftliche Organ — ein so gutes Binde- und Verkehrsmittel für alle, — erhalten bleibe.

— Herr Dr. Lind, der schon mehrere Male den Verein mit Vorträgen erfreut hat, unterhielt die letzte Montagsversammlung (20. Febr.) auf sehr ansprechende und zugleich lehrreiche Weise. Als Gegenstand seines Vortrages hatte der Redner die Vorurtheile gewählt, die noch gegen so viele Thiere herrschen, und führte eine ganze Reihe von verkannten Thieren, namentlich Amphibien, an, die in ihren Beziehungen zu den Menschen gar häufig noch die Opfer des thörichtsten Aberglaubens werden.

Sehr erfreulich für den Verein ist die Vielseitigkeit, die diesen Winter in den Vorträgen herrscht, so daß den Mitgliedern schöne Blicke in die verschiedensten Zweige des menschlichen Wissens geboten werden. Auch in den Unterrichtsstunden wird dieses Jahr Vielseitiges geleistet. Durch sehr anerkennenswerthes Entgegenkommen, dessen sich der Verein von verschiedenen Seiten namentlich von den städtischen Behörden zu erfreuen hat, ist es möglich gemacht, diesen Winter regelmäßige Lehrstunden im Zeichnen, Schönschreiben, Rechnen, in Geschichte und Geographie, in der Buchführung, im Zuschneiden für Schneider und im Singen zu halten. Viele dieser Stunden werden von nahezu hundert Mitgliedern pünktlich besucht, der Arbeiterbildungsverein kommt also recht tüchtig seiner Aufgabe nach, die sein Namen schon bezeichnet. (St. B.)

Heidelberg, im Februar. Unser „Handwerkerverein" hat beschlossen, zu dem bereits von Vereinswegen gehaltenen Exemplar der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung" vorerst noch ein zweites nachzubestellen. Man ging von der Ansicht aus, daß überhaupt von den Vereinen als solchen, unbeschadet der sonstigen Einzelbestellungen, in verhältnißmäßiger, etwa vom ständigen Ausschuß auszuschlagender Vertheilung eine feste Garantie des zur Sicherung der Existenz des Blattes unbedingt erforderlichen Absatzes übernommen werden sollte. Diese feste Garantie habe sich dann auf das Minimum des unbedingt erforderlichen Absatzes zu beschränken und werde in dieser Beschränkung dann um so zuverlässiger und sicherer sein.

Frankenberg, 22. Febr. Der hiesige Arbeiterverein feierte am 12. d. M. sein zweites Stiftungsfest, an dem auch Freundinnen der Arbeiter und der Arbeitersache sich betheiligten. Der Vorsitzende wies in seiner Festrede hin auf den mehrfachen Nutzen, den der Verein bereits gestiftet habe, und forderte zu treuem Ausharren auf. Hierauf Gesangsvorträge, die von erfreulichem Fortschritte zeugten. Aus dem Jahresbericht des Schriftführers verdient bemerkt zu werden, daß 21 Versammlungen und 31 verschiedene Vorträge gehalten wurden. So regelmäßig die Gesangübungen vor sich gingen, so lau und flau war leider die Betheiligung an dem Unterrichte im Schönschreiben und Rechtschreiben. Desto eifriger ward die aus 68 Bänden bestehende Büchersammlung des Vereins benutzt. Ein aus unserem Vereine hervorgegangener Konsumverein hatte am Jahresschluß einen Reingewinn von 172 Proc. der Mitgliedereinlage aufzuweisen. Außer Materialwaarenhandel betreibt der Verein seit einiger Zeit auch Schlächterei mit gutem Erfolg. Der Handel mit den Bäckern wird durch das Markensystem vermittelt.

Ohrdruf, 16. Febr. Auf gegebene Anregung von verschiedenen Personen des hiesigen Arbeiterstandes, wurden im Laufe Oktobers vor. J. durch Herrn Grubenbesitzer Feodor Eckert hier, mehrere wissenschaftlich gebildete Männer hiesiger Stadt zu einer Versammlung, behufs Besprechung über die Gründung eines allgemeinen Fortbildungsvereins für Ohrdruf eingeladen, und erklärten sich sämmtliche Theilnehmer dieser Versammlung bereit, als Mitglieder dem zu gründenden Verein beitreten oder doch darin Vorträge halten zu wollen.

In einer hierauf abgehaltenen allgemeinen Versammlung wurden die provisorisch verfaßten Statuten berathen — angenommen und auch sofort von 150 Personen als Mitglieder unterzeichnet.

Ueber die seit Gründung des Vereins bis jetzt nun innerhalb desselben entwickelte Thätigkeit läßt sich nur äußerst Erfreuliches berichten, denn neben der anerkennenswerthen Bereitwilligkeit, womit ebenso reichhaltige als nützliche Vorträge gehalten werden, ist es ganz besonders Freude erweckend, zu sehen, wie zahlreich und aufmerksam die Mitglieder diesen Vorträgen beiwohnen. Vor 2 Monaten wurde der Anfang gemacht, auch für die Angehörigen, besonders für die Frauen der Vereinsmitglieder, zweckentsprechende Vorträge zu halten.

Nach wiederholten eingehenden Vorträgen und Besprechungen über Lebensversicherungswesen wurde ein Lebens- und Sterbegeldversicherungs-Verein für Ohrdruf und Umgegend, im Anschluß an die Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha ins Leben gerufen, welcher Verein sich einer immer größeren Betheiligung zu erfreuen hat. Ferner wurde durch den Fortbildungsverein Anregung zur Gründung eines Consumvereins für Ohrdruf gegeben, welcher sich vor einigen Tagen in einer dazu einberufenen allgemeinen Versammlung constituirt hat, und zwar in folgender Weise.

Durch wöchentliche oder monatliche Spareinlagen der Mitglieder wird ein Capital geschaffen, wofür im Laufe des Sommers oder Herbstes die Winterbedürfnisse als Holz, Steinkohlen, Oel, Kartoffeln, Hülsenfrüchte u. s. w. im Großen und Ganzen eingekauft, und dann sofort in kleineren Partien an die einzelnen Mitglieder abgelassen werden.

Von der Einführung des Markensystems — wonach die Geschäftsleute, mit denen desfallsige Verträge abgeschlossen, den Mitgliedern beim Einkauf von Waaren gegen Baarzahlung einen entsprechenden Rabatt gewähren — wurde vor der Hand abgesehen, um bei Gründung des Vereins die Organisation desselben nicht zu sehr zu compliciren.

Indem Schreiber dieses schließlich nicht umhin kann, seinen herzlichen Dank allen jenen Männern hierdurch öffentlich auszusprechen, die mit so redlichem Herzen, wie anerkennenswerther Opferbereitwilligkeit, durch Mittheilungen aus dem reichen Schatze ihres Wissens, an unseren gewiß zeitgemäßen Vereinsbestrebungen Antheil nehmen, gibt er sich zugleich der Hoffnung hin, daß der verbundene Wellenschlag solcher Bestrebungen wie bei einem ins Wasser geworfenen Steine, wenn auch Anfangs nur mit kleinen Ringen, so doch allmälig mehr und mehr sich ausbreiten möge bis dahin, wo die Kette geistigen wie materiellen Fortschritts als ein harmonisch zusammengefügtes Ganze die gesammte Menschheit umfaßt. (Goth. Tgbl.)

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Hannover, 19. Febr. Mexiko, dem es an bergmännischen Arbeitskräften fehlt, hat auf Hülfe aus unseren Harzer Bergleuten angetragen und das Bergamt ist bereit, Denen, die auf fünf Jahre in's neue Kaiserreich wandern wollen, zu Hülfe zu kommen. Silbererze, die in Mexiko gewonnen waren, wurden schon bisher auf der Andreasberger Silberhütte mit nicht unbedeutendem Gewinn trotz des weiten kostspieligen Transports verhüttet.

Der Erzbischof von **München** hat einen Hirtenbrief und das übliche Fastenmandat erlassen; der Hirtenbrief handelt von den Volksschulen, die den Seelsorgern insbesondere an's Herz gelegt werden, und indem dies der Herr Erzbischof thut, „wünscht er hierbei mit den Zungen jener Engel reden zu können, die den Kindern als Beschützer von Gott beigegeben sind, und allezeit das Angesicht des Vaters sehen, der im Himmel ist". Der Geist der Zeit wird als ein „sehr arglistiger" bezeichnet, der die Volksschule sich ausersehen, um sie dem Christenthum zu entfremden, weil dann der christliche Glaube bald aus den Herzen, die christliche Sitte bald aus dem Leben geschwunden sein werde. Am Schlusse des Hirtenbriefs findet sich eine Warnung vor der bösen Presse. „Kommt, staunt und —!" (Schiller.)

Mannheim, 23. Febr. Nachdem gestern hier eine aus etwa 3000 Theilnehmern bestehende Volksversammlung als Gegenmanifestation gegen einen der Stadt zugedachten Besuch des sogen. wandernden Kasino's abgehalten und von derselben eine Adresse an den Großherzog beschlossen war, in welcher die Versammlung die Wühlereien der papistischen Partei gegen das Schulgesetz, insbesondere den Versuch, dasselbe durch unmittelbare Pression auf den Großherzog zu beseitigen, in schärfster Weise mißbilligt, und dem Großherzog ihren Dank für sein constitutionelles Verhalten ausspricht, hat heute gleichwohl das wandernde Kasino den Versuch zu einer Versammlung gemacht, zu der etwa 3000 (?) Auswärtige erschienen sein sollen. Dieselben wurden jedoch, wie dem „Fr. J." telegraphirt wird, vom Volke tumultuarisch empfangen und zersprengt. Es kam zu gewaltsamen Auftritten, in Folge deren die Papisten nach Ludwigshafen flüchteten, wohin sie verfolgt wurden; bei Einzelnen sollen scharfe Messer vorgefunden worden sein, mit denen sie auch tapfer um sich gestochen haben sollen. — Die Ruhe wurde später wieder hergestellt.

— Die fortgesetzte papistische Wühlerei gegen das neue badische Schulgesetz hat den Großherzog veranlaßt, sich in einem Schreiben an den Minister des Innern gegen die von jener Partei verbreitete Meinung auszusprechen, als könnte bei ihm irgendwie eine Entschließung hervorgerufen werden, welche dessen Aufhebung einseitig, wenn auch nur auf dem Wege des provisorischen Gesetzes, verfügte. Bezügliche Petitionen seien auf den constitutionellen Weg zu weisen, indem er, der Großherzog, nicht dulden könne, daß von den Leidenschaften des Tages ein unmittelbares Dazwischentreten der Krone für einseitige Parteizwecke in Anspruch genommen werde.

Die Zahl der Zuchthausgefangenen in **Bruchsal** betrug im letzten Jahre 309, der Arbeitshausgefangenen 88, im Ganzen demnach 397, darunter 23 Procent, also nahezu der vierte Theil, Nichtbadener. Die Zahl der unehelich Geborenen unter den Gefangenen beträgt etwa 22 Procent.

Berlin. Eine ergreifende Scene, so wird in Berlin erzählt, trug sich bei dem letzten Lazareth-Besuche des Königs zu. Der König erblickte einen Mann, der beide Arme und Beine verloren hatte, und fragte ihn, ob er irgend einen Wunsch habe. Der Verstümmelte antwortete: „Majestät, lassen Sie mich erschießen". Tief erschüttert sagte der König, daß er diesen unchristlichen Wunsch nicht erfüllen könne. Hierauf brach der Unglückliche in Verwünschungen gegen den Arzt aus, der ihn geheilt hatte. Der König wandte sich ab und weinte. — Weiter nichts?

Kurhessen. Aus Kurhessen vom 16. Febr. wird der „Hessischen Landes-Zeitung" nachfolgendes Rescript, wonach gewissen Mitgliedern des Nationalvereins der Aufenthalt in Kurhessen ꝛc. verboten ist, mitgetheilt:

An den Herrn Stadtvorstand zu N. N.

Nachdem in Gemäßheit höherer Verfügung dahier Anordnung getroffen werden soll, daß den bekannten hervorragenden Mitgliedern des Nationalvereins v. Bennigsen, Metz ꝛc., wenn sich solche zu politischen Versammlungen, Besprechungen, Zweckessen oder sonstigen Demonstrationen im Lande einfinden sollten, der Aufenthalt nicht gestattet wird, so werden Sie

hiervon zur Nachachtung benachrichtigt. N. N. am . . ten . . 1865. Kurfürstl. Landrathsamt N. N.

Aus **Meiningen** geht uns folgende Privatcorrespondenz zu. Am 19. Februar früh 3 Uhr ist der Sohn des Oeconomen Bär beim Rotheuler Wirthshaus erstochen worden. Der Stich, nach stattgefundener ärztlicher Obduction mit einem Schlachtmesser ausgeführt, hat, weil 5 Zoll 10 Linien in die Lunge eingedrungen, den augenblicklichen Tod des Opfers zur Folge gehabt. Obgleich 3 Personen der That dringend verdächtig sind, ist man dem eigentlichen Mörder bisjetzt noch nicht auf die Spur gekommen.

Frankfurt a. M., 20. Febr. Die geschäftsleitende Commission des Ausschusses der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen (Dr. S. Müller, G. F. Kolb) hat an die schleswig-holsteinischen Vereine und Hülfsausschüsse folgendes Rundschreiben erlassen:

„Von dem Sonderburger Unterstützungscomité sind der unterzeichneten Commission in diesen Tagen Mittheilungen zugegangen, denen zufolge für den Ersatz der dortigen Kriegsbeschädigungen noch immer ein sehr beträchtlicher Bedarf vorhanden ist. Die von der Regierung ohnedies nur vorschußweise bewilligten Gelder sind nur für den Wiederaufbau der zerstörten Immobilien bestimmt gewesen, für die Vergütung ihrer Einbußen an Mobiliarwerthen dagegen sind die Betroffenen ausschließlich auf die freiwilligen Beiträge angewiesen. — Nun berechnen sich die Verluste an beweglichem Vermögen, welche die Einwohner Sonderburgs und dessen nächster Umgegend erlitten haben, auf beiläufig 420,000 Fl. (600,000 M. C.); die Summe der bisher eingelaufenen Hülfsgelder aber beträgt nicht mehr als 193,835 fl. (276,548 M. C.), so daß die größere Hälfte dieses Schadens zur Zeit noch ungedeckt ist. Dazu kommt die Stockung des Gewerbebetriebs, herbeigeführt zuerst durch die Kriegsereignisse vor Alsen, und sodann durch die Zerstörung einer so großen Anzahl von Häusern (von den 500 Häusern Sonderburgs sind 104 ganz abgebrannt und 376 mehr oder weniger zerschossen), womit bei nicht Wenigen der Verlust ihres gesammten Haus- und Arbeitsgeräthes verbunden war. Daß durch dies Alles ein dringender und nachhaltig fühlbarer Nothstand erzeugt werden mußte, läßt sich unschwer ermessen. Das Sonderburger Comité hat sich deshalb an die unterzeichnete Commission um erneuerte Hülfe gewendet, und dieselbe hat denn auch beschlossen, eine weitere Summe von 28,000 fl. dorthin zu senden, womit die für Alsen von ihr bewilligten Gelder nunmehr die Höhe von 100,000 fl. erreichen. Hiermit wird indeß nur eine geringe Quote des noch übrigen Geldbedarfs gedeckt werden können; wollte die Commission aber ihren gesammten Cassarest für Sonderburg hingeben, so würde damit immer noch nicht die Hälfte dieses Betrags erreicht sein. Die Commission glaubt es aber auch, so lange die Angelegenheit Schleswig-Holsteins nicht endgültig und im Sinne des Beschlusses der Versammlung vom 21. December 1863 geordnet ist, mit ihrem auf das Ganze dieser Angelegenheit gerichteten Mandat nicht vereinigen zu können, für jene einzelne, wenn auch noch so dringende Aufgabe ihre gesammten Mittel zu erschöpfen. Ueberdies hat sie für Nothleidende und Kriegsbeschädigte längst eine bei weitem höhere Summe verausgabt, als die speziell für diesen Zweck ihr anvertrauten Gelder ausmachen.

Unter diesen Umständen hat es die Commission für angemessen gehalten, wiederum die befreundeten Vereine und Comité's zur Mitwirkung anzurufen. Sie thut dies mit dem doppelten Ersuchen: 1) die noch in den Kassen der Vereine befindlichen Gelder behufs der Uebermittelung nach Alsen baldmöglichst hierher abzuführen, so wie die etwa noch rückständigen Beiträge unverweilt für diesen Zweck einzuziehen; 2) Sammlungen zur Unterstützung der Alsener Kriegsbeschädigten zu veranstalten. Was die Sammlungen betrifft, so ist es der Commission wohl bekannt, daß die Stimmung und Zeitlage für Wiederaufnahme derselben durchaus nicht günstig ist. Aber doch nur darum sind sie so völlig in's Stocken gerathen, weil es nach Beendigung des Krieges mehr und mehr an einem bestimmten, greifbaren Zwecke gebrach, für welchen die patriotische Opferwilligkeit in Anspruch genommen werden konnte. Ein solcher Zweck liegt nun aber hier in der That vor; zudem ist in Bezug auf ihn die allgemeinste und vollkommenste Einmüthigkeit aller patriotisch: Kreise außer Zweifel, während über die sonstigen an die Sache Schleswig-Holsteins geknüpften noch ungelösten Aufgaben die Meinungen vielfach auseinandergehen. Sicher bedarf es nicht erst einer ausdrücklichen Erinnerung weder an die Verpflichtung, noch an das Interesse der Nation, dafür zu sorgen, daß den Kriegsbeschädigten Alsens ein ausgiebiger, ja ein vollständiger Ersatz zu Theil werde. Durch deutsche Kugeln ist Sonderburg in Brand geschossen; die schwere Einbuße, welche es erlitten, bildet einen Theil des Preises der Befreiung der Herzogthümer von der Fremdherrschaft und ihrer Zurückeroberung für Deutschland. Sodann aber gibt es nicht leicht ein stärkeres Bindemittel, um diesen entlegensten und dem deutschen Leben bis jetzt noch vielfach fremden Bezirk Nordschleswigs innerlich mit uns zu verknüpfen, als wenn seine Bewohner in ihren nächsten und dringendsten Lebensanliegen gerade von Deutschland aus Hülfe und Förderung erhalten. Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Vereine und Comité's in diesem Allen durchaus mit uns einverstanden sein und hiernach das Möglichste aufbieten werden, damit die Absicht des gegenwärtigen Rundschreibens vollständig erreicht werde.

Wien. Bereits jetzt ist für das Deficit von 1866 die Summe von 74 Millionen angeschlagen. Daß indessen diese Summe sich noch höher stellen werde, gilt als ausgemacht, da allein einundsechzig Millionen zur Schuldentilgung im kommenden Jahre nöthig werden. Außerdem ist das neue Budget unter der Voraussetzung gearbeitet, daß in den nächsten beiden Jahren Europa vollkommenster Ruhe genießen werde, — eine Voraussetzung, zu welcher allerdings die übereinstimmenden Berichte unserer Staatskünstler berechtigen. Besonders soll Fürst Metternich, dessen Stimme neuerdings hier eine ganz besondere Bedeutung erhalten hat, die unumstößlichsten Zusicherungen in jenem Sinne gegeben haben.

In **Kiel** hat man jüngst versucht, nächtlicher Weile Plakate an die Straßenecken zu heften, welche Schmähungen gegen den Herzog Friedrich enthielten. Die nächtliche Polizei hat diese jämmerlichen Machwerke sofort entfernt, und man hat über den Inhalt Genaues nicht erfahren. Jedenfalls könnten die preußischen geheimen Fonds für bessere Zwecke verwendet werden.

Frankreich. Was ist nicht alles schon besungen worden. Sogar die letzte französische Thronrede hat einen armen Teufel zu einem Gedicht begeistert. Die „Allg. Ztg." bringt von diesem poetischen Erzeugniß folgende sinngetreue vortreffliche Verdeutschung:

Er spricht! und sieh, Sein Wort beginnt ein neu's Jahrhundert,
Der Horizont wird weit, und Frankreich merkt verwundert,
Und auch das Ausland merkt's, daß Gott Sein Herz regiert
Und mitten durch Gellipp zu ew'gem Ruhme führt.

Der Fortschritt und der Ruhm erwächset allzumalen,
In China und in Rom und bei den Kannibalen.
Auf einmal wird es hell wo Er etwas beschleußt,
Daß ganz Europa froh des Kaisers Meinung preist.

Vergebens suchest Du in allen Königreichen
Bis zu Nimrod hinauf ein Reich wie seinesgleichen.
Er spricht!... Sein Wort ist gleich dem guldnen Licht der Sonnen,
Sie steigt herauf, und stracks ist Wolk und Sturm zerronnen!

Weniger begeistert klingt die Sprache eines Turiner Blattes, welches sich darüber lustig macht, daß es Leute, und sogar sehr gescheidte Leute gebe, die sich über einer Rede Napoleons den Kopf zerbrechen, und zu gleicher Zeit eingestehen, daß dieser Mann stets das Gegentheil von dem sagt, was er zu thun gedenkt. „Ihr wißt doch", sagt das Blatt, „daß Napoleon zu Bordeaux die Worte sprach: Das Kaiserreich ist der Friede." Nun, wie hat er sein Wort gehalten? So hat er's gehalten, daß er heute mit dem Ruhm der Siege prahlt, die seine Soldaten in Europa, Asien, Afrika und Amerika davon getragen haben.

Turin, 20. Febr. Die allgemeine Gesellschaft der Arbeiter von Turin hat gestern eine Adresse an den König votirt, welche ihm Gefühle der Ergebenheit für die Dynastie Savoyen ausspricht.

England. Unter der Ueberschrift: „Trunkenheit in Glasgow", macht gegenwärtig folgende statistische Angabe die Runde in der Tagespresse. Glasgow hat 3—400,000 Einwohner; von diesen sind im vergangenen Jahre nicht weniger denn 27,181 als hülflos oder gefährlich betrunken in die Polizeigefängnisse gebracht worden, also ein Individuum unter je 17½ der Bevölkerung, 1 von je 7 Erwachsenen, 1 von je 3 Männern. Das Verhältniß stellt sich jedoch nicht so ungünstig für die männliche Bevölkerung, denn ein beträchtlicher Theil dieser Vergehen gegen die Mäßigkeit ist auf Rechnung des schönen Geschlechts zu setzen. Die Anzahl der als betrunken aufgegriffenen Weiber beläuft sich auf 9755, und die der Männer auf 17,426. Nach Abrechnung der Kinder stellt sich demnach heraus, daß im vergangenen Jahr von je 10 Frauen 1, und von je 5½ Männern 1, so betrunken waren, daß die Polizei einschreiten mußte. Solche Thatsachen bedürfen keines Commentars. Die Schotten sind leidenschaftlichere Säufer, als die Engländer; aber viel günstiger stellt sich das Verhältniß auch diesseits des Tweed nicht heraus, wenigstens nicht für das weibliche Geschlecht. Die Trunkenheit des Weibes kennt hier keine Standesunterschiede. Neulich wurden hier ein Gentleman und eine Lady aufgegriffen, welche vor einem gemeinen Wirthshaus wüthend betrunken waren und sich thätlich an der Polizei vergingen. Vor dem Polizei vergingen. Vor dem Polizeigericht stellte es sich heraus, daß der Gentleman ein Oberst in der Armee und die Lady die Gattin eines geachteten Geistlichen war. Beide hatten sich einen lustigen Tag gemacht, indem sie zusammen von Wirthshaus zu Wirthshaus gingen, 10 Flaschen Champagner ausleerten und schließlich ihrer gehobenen Stimmung durch eine Prügelei mit der Polizei, bei welcher die Dame besonders activ war, die Krone aufsetzten. In welchem andern Land der Welt gehören solche Fälle zu den täglichen Vorkommnissen des Lebens? (N. F. Z.)

Konstantinopel, 11. Febr. Der Sultan hat der orientalischen literarischen Gesellschaft 100,000 Piaster jährlich bewilligt, um Uebersetzungen der besten Werke aus den verschiedenen europäischen Sprachen zu veranstalten.

Zur Geschichte der Preßfreiheit in Coburg.

I.

Der Uebergang aus der Aera der Censur in diejenige der Preßfreiheit mit Hindernissen.

Wir könnten demjenigen, welcher die Geschichte der Preßfreiheit in Deutschland zu schreiben unternähme, auch aus unserem Kleinstaat aus den letzten zwei Jahrzehnten ein zielmich reiches Material mit mancherlei Illustrationen dazu liefern. Wir beschränken uns auf unserem engen Raum hier nur auf einen Rückblick in einigen allgemeinen Zügen, die immerhin genügend sein mögen, um zu zeigen, wie schwer es auch bei uns hält, für dieses Stück verfassungsmäßiger Freiheit über das Papier, auf welchem sie geschrieben steht, hinaus zu kommen, in das Leben und die Wirklichkeit, für welche sie bestimmt ist und wie mancherlei Mittel und Wege möglich sind, dies zu verhindern. Es sind mancherlei Stadien, welche die Geschichte der Preßfreiheit auch bei uns durchlaufen hat, und alle liefern mehr oder weniger den Beweis, den das Verfassungsleben überhaupt bis jetzt in ganz Deutschland noch überall geliefert hat: wie schwer es ist, den Schein in baare Münze umzusetzen. Nachdem bis zum Jahre 1848 die Censur auch bei uns alle großen und kleinen Gedanken, welche etwa durch die Presse hier das Licht der Welt erblicken wollten, mit ihrem Rothstift unbarmherzig in der Wiege umgebracht hatte, sobald sie über die Minimalgrenze offizieller Anschauungen hinausgingen, erblickte die staunende Bevölkerung Coburgs gerade am 1. April 1848 zum erstenmal ein censurfrei, in der Herzogl. Hofbuchdruckerei, der einzigen damals hier bestehenden Druckerei, gedrucktes Blatt, die „Land- und Stadtzeitung", welches, wie sich später herausstellte, sogar, und zwar aus sehr praktischen Gründen, offiziösen Ursprungs war, d. h. das seine Entstehung im Herzogl. Kabinet gefunden hatte und dessen Redakteur aus der Herzogl. Privatkasse seinen Gehalt (beiläufig von 83 fl. 20 kr. monatlich) bezog, was jedoch Alles dem Publikum damals vollständig verborgen blieb. Indessen machte dieses Blatt, klug der herrschenden Zeitströmung momentan nachgebend, in seinem, freilich nicht lange dauernden, ersten Entwicklungsstadium, sehr stark in Liberalismus und brachte in seiner ersten Nummer, zum Entsetzen des bisherigen, nun außer Cours gesetzten Censors, sogar folgenden Entwurf zu einem Preßgesetz und Preßpolizeigesetz, den es als vollkommen zeitgemäß und dem praktischen Bedürfniß genügend der Gesetzgebung zur Annahme empfahl. Der Entwurf lautete:

„**Preßgesetz** §. 1. Die Presse ist frei. §. 2. Vergehen oder Verbrechen, mittelst der Presse verübt, werden nach den bestehenden Gesetzen geahndet. Verantwortlich sind die Redacteure und beziehungsweise Verleger für den Inhalt der Zeitschriften oder sonstigen Druckschriften. §. 3. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Verordnungen oder gesetzlichen Bestimmungen treten mit Publikation desselben außer Kraft."

„**Preßpolizeigesetz**. §. 1. Die Ausübung der Presse (Preßgewerbe) ist weder an eine polizeiliche Erlaubniß, noch an sonstige polizeiliche Bedingungen gebunden.*) §. 2. Jede Zeitschrift muß mit dem Namen des Druckers und Redacteurs, jede Druckschrift mit dem Namen des Druckers und Verlegers versehen sein. Im Fall des Zuwiderhandelns gegen diese Vorschrift tritt Confiscation der betreffenden Druckschrift ein und werden Verleger, Redacteur und Drucker mit einer Strafe von 20 bis 1000 Gulden, oder einer Gefängnißstrafe von 1 bis 6 Monaten belegt. Das Verfahren und die Entscheidung steht den betreffenden Gerichten zu."

Im Sinne dieser damals in dem offiziösen Organ vertretenen Ansichten über die Preßfreiheit erschien am 8. April 1848 ein zwar etwas längeres, aber doch auf freisinnigen Grundsätzen beruhendes, dem seiner Zeit vielbesprochenen badischen Preßgesetz von 1831 nachgebildetes Preßgesetz, durch welches die Preßfreiheit allerdings nun auch gesetzlich sicher gestellt war. Indessen riskirte man bei diesem offiziellen Fortschritt selbst thatsächlich nicht viel, nachdem, wie wir schon bemerkt, zuvor neben dem offiziellen Regierungsblatt noch dieses offiziöse Preßorgan in's Leben gerufen und damit von dem Preßgebiete thatsächlich so vollständig Besitz ergriffen war, daß es nach den hiesigen Verhältnissen nicht wahrscheinlich erschien, es werde daneben eine nicht offizielle oder nicht offiziöse Tagespresse hier noch Raum finden. Man hätte also Preßfreiheit und den moralischen Gewinn an liberalem Ruf dafür gehabt, während thatsächlich die Bevölkerung des Landes ihre Anschauungen durch die offizielle und offiziöse Lokalpresse zu beziehen gehabt hätte. Als indessen dies anders kam, als eine unabhängige Presse, freilich noch sehr unvollkommen, sich zu entwickeln begann, änderten sich damit auch jene Ansichten über die Preßfreiheit, und als endlich mit dem Rücktritt des wirklich freisinnigen coburgischen Staatsraths Bröhmer, zu Ende des Jahres 1849, ein vollständiger Wechsel in der Oberleitung des Ministeriums eintrat, welche in die Hände des sächsischen Appellationsgerichtsraths Freiherrn von Seebach überging, wurden auch jene, mehr sächsischen als freisinnigen, Grundsätze über die Presse maßgebend, welche in unserer Preßgesetzgebung auch heute noch nicht überwunden sind. Es begann nun die erste Preßprozeß-Aera für Coburg. Allerdings nur gegen einen einzigen Mann (Streit). Kaum war aber die unabhängige Presse Coburgs durch dieses Läuterungsfeuer von nahe an zwei Dutzend Preßprozessen hindurchgegangen, so wurde dieselbe auch schon von den Flammen eines zweiten beleckt, dem der directen Zwangsmaßregeln. Die, wie bekannt, auch heute noch nicht überwundene offizielle Ansicht von der Nothwendigkeit der Concessionspflichtigkeit der Preßgewerbe hatte inzwischen an maßgebender Stelle wieder Platz gegriffen und führte damals (1850/51) z. B. dazu, daß die Ausübung des Druckereigewerbes, ohne die ausdrückliche, ganz nach Belieben zu gewährende, oder zu versagende und wieder zurückzuziehende Regierungserlaubniß ganz unmöglich, die polizeiliche Schließung einer zweiten Druckerei hier und die härteste Vermögensschädigung ihres Besitzers (Streit) dagegen möglich wurde*). Als die unabhängige hiesige Lokalpresse gleichwohl auch durch dieses zweite Fegfeuer lebend hindurchgegangen war, begann für dieselbe das dritte, dem sie erlag. Das, in seinem ersten Entwurf noch viel härtere, vom damaligen Landtag noch vielfach gemilderte, immer aber noch drakonische, und bei rigoroser Handhabung die Preßfreiheit vollständig vernichtende Preßgesetz vom 6. October 1851, welches heute noch besteht, und dessen Beseitigung der Landtag bis jetzt und namentlich im vorigen Jahr vergeblich angestrebt hat, trat an die Stelle des Preßgesetzes vom 8. April 1848. Die andere hiesige Druckerei wich den Einflüssen, die auf sie geübt wurden und druckte die betreffenden Blätter nicht mehr, diese mußten — in Nürnberg gedruckt werden.

Gleichzeitig aber wurde mit der offiziellen Presse eine eingreifende Aenderung vorgenommen. Das Regierungsblatt, welches bis dahin nur einmal wöchentlich erschienen war, erschien jetzt dreimal wöchentlich und zog so in einer für die beschränkten hiesigen Verhältnisse so eingreifenden Weise auch die Privatanzeigen an sich (die amtlichen Anzeigen waren ohnehin lediglich dem Regierungsblatt gesichert), daß daneben die unabhängige Lokalpresse nicht mehr sich halten konnte. Von da an, seit Anfang October 1851 besaß Coburg wieder nur das Regierungsblatt und war damit die Presse im Lande thatsächlich wieder in die vormärzlichen Schranken zurückgeführt. Die Kabinetszeitung war schon Ende 1850 ihrem verdienten Schicksal, der Abonnentenschwindsucht erlegen. Dieser Zustand dauerte, wie sehr sich auch das Bedürfniß nach der Wiederbelebung der Lokalpresse praktisch geltend machte, gerade 10 Jahre, bis zum Jahre 1861, in welchem bekanntlich die neue Aera in Deutschland in ihrem Zenith stand. Damit beginnt der zweite Abschnitt in der Geschichte der Preßfreiheit in Coburg. Darüber in einem folgenden Artikel.

*) In der Hoffnung, daß das Preßgewerbe, außer der Hofbuchdruckerei und außer der Hofbuchhandlung eine weitere Ausdehnung hier nicht finden werde, konnte man schon die Concessionsfreiheit der Preßgewerbe damals befürworten.

*) Es hat seine besondere Bedeutung, eine Druckerei in der Hand eines unzugänglichen Besitzers nicht aufkommen zu lassen. Von diesem Standpunkt aus war es ohne Zweifel zweckentsprechend, neben der Hofbuchdruckerei keine zweite Druckerei zu dulden. Durch einen ängstlichen oder von der Regierung abhängigen Druckereibesitzer kann selbst bei dem liberalsten Preßgesetz mittelbar doch die wirksamste Censur geübt werden.

Socialer Theil.

Streiflichter auf das Jahr 1864.

IV.

Uebersieht man mit Einem Blicke die Vorfälle auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik und der socialen Frage, die sich im Jahre 1864 ereignet haben, so wird man, bei aller beklagenswerthen Lau- und Flauheit der Zeiten, nicht verkennen können, daß sich ein großer Läuterungs- und Klärungs-Prozeß vollzogen hat. Die gar zu doctrinäre und fachgemäße Art und Weise, in welcher das Genossenschaftswesen und das corporative Aufleben des Arbeiterstandes gefesselt zu werden drohte, ist unangenehm aber heilsam von dem Höllenlärm unterbrochen worden, den ein redefertiger Demagoge durch ganz Deutschland zu machen verstand. Der tollbreiste Versuch, auf den Namen desselben ein Evangelium zu gründen und eine jesuitische Kirche zu bauen ist gleichfalls schon jetzt als gescheitert zu betrachten, obwohl es ein paar Heißspornen hier und da gelingt, in täppischer Nachahmung des großen amerikanischen Lebens auf unserem furchtsamen deutschen Boden Versammlungen zu halten, welche „Resolutionen" fassen und „einstimmig" in die Welt schleudern, wie: „die Herren Schulze-Delitzsch, Faucher, M. Wirth ꝛc. sind in den Bann gethan", oder: „das Berliner Abgeordnetenhaus und namentlich die Fortschrittspartei ist dem höllischen Feuer überantwortet."

Solche Dinge sind die offenbaren Sargnägel für jedes Bestreben, wie bombastig und hochtrabend es auch auftrete. Kein gesunder Verstand, und solchen gibt es immer doch massenhaft, selbst bei Widersachern und Feinden, hält es mehr für der Mühe werth, sich ernstlich um eine Agitation zu bekümmern, die so knabenhaft schauspielernd auftritt; das heißt dem klaren Sinn des 19. Jahrhunderts gar zu viel zumuthen. Man ließ sich die geniale Schauspielerei bei dem „Dahingegangenen" noch gefallen; wird die Gaukelei aber knabenhaft, so ist man fertig mit ihr.

Das Aergste aber ist der Partei der „Staatshülfe" und des politischen Jesuitenthums erst ganz kürzlich passirt. Wir lesen nämlich, daß Herr Marx in London öffentlich die zwei Haupt-Glaubenssätze des „Socialdemokraten" von sich weist*). Da Herr Marx immer die Rolle des socialen „Gottvater" gespielt hat, dessen Sonnenwagen sich der junge Phaeton nur auf kurze Zeit geborgt hatte, so steht jetzt offenbar der radikal-socialistischen Partei eine grimme Spaltung bevor. Herr Marx soll nämlich die berühmte „Staatshülfe" für Unsinn erklären, weil diese nur bei einem Staate in Anwendung kommen könne, in welchem die Proletarier die Oberhand hätten, was in Deutschland, trotz der berühmten 95%, doch noch nicht der Fall zu sein scheint. Zweitens soll Herr Marx behaupten, es passe sich doch nicht recht, sich dem Ministerium Bismarck zu verlaufen, Deutschland sei vor allen Dingen zu befreien und dazu sei der „Sturz Preußens sowie die Herstellung Polens" nöthig.

O weh! Was bleibt jetzt noch an dem ganzen Socialdemokraten? „Staatshülfe" war ja die goldene Brücke, welche der Feudalpartei und dem Freiherrn von Dummerwitz gebaut wurde, auf welcher die Junker in's social-demokratische Lager hinüberzogen, eine Constituirung des Arbeiterstandes als solchen procla-

*) Ist das etwa der „Kalif Omar"? Frage des Setzers.

mirend, und von organischen Institutionen à la Mehemed Ali fabelnd. Womit will man die feurige aber vielfach unwissende Arbeiterwelt künftig noch fanatisiren, wenn die 100 Millionen Staatsgelder in's Wasser fallen, wenn diese Fleischsuppentöpfe Aegyptenlandes von der Bühne verschwinden?

Wie wird jetzt die Haltung des preußischen Ministeriums in der Coalitionsdebatte heißen, wenn es den Socialdemokraten verboten ist, die Jesuiten zwischen Junkern und Fortschrittlern zu spielen, wenn es Hochverrath heißt, die feudale Partei als nützlicher zu preisen denn die liberale? Wird der „Socialdemokrat" den Rock wenden und Polen auf seine Fahne schreiben, wird Herr v. Schweizer die Zerschlagung Preußens vorschlagen, für die er als demokratischer Republikaner seiner Zeit einmal schwärmte? Oder wird die ganze Gesellschaft trotzig auseinanderfahren und der Socialdemokrat künftig den **königl. preußischen Socialismus** vorstellen? Mit Herrn v. Bismarck können die Aufrichtigen ferner nicht mehr kolettiren; denn Herr v. Bismarck ist der Hauptstein, welcher der Befreiung Deutschlands im Wege liegt, Herr v. Bismarck hat die letzte polnische Erhebung von jedem Gelingen abgesperrt und sich die russische Nachgiebigkeit in Schleswig-Holstein theuer genug erkauft!

Da wir nun unsererseits die verkehrte Auffassung der „Selbsthülfe" hinlänglich scharf kritisirt und uns von jeder Vernarrtheit in praktische Hausmittel genügend reingewaschen haben; da wir ferner mit Wissen noch niemals ein gutes Wort von Herrn v. Bismarck und der preußischen Junkerpolitik äußerten, im Gegentheil Buße für unsere freie Meinung über den Kamaschenkrieg jenseits der Elbe zahlen mußten: so wäre eine Möglichkeit gegeben, die sociale oder die Arbeiterpartei zu einer **einheitlichen** zu gestalten und inskünftige aus Einem Punkte heraus und auf Einen Punkt hin zu arbeiten. Wir schlügen zu dem Ende vor: in politisch socialer Beziehung — denn auch wir vermögen die **Freiheit** des Vaterlandes nicht vom **Wohlsein** der einzelnen Bürger zu trennen — eine **Partei der ehrlichen Leute** zu gründen, mit dem Programm, gegen jede Knechtschaft in den einzelnen Staaten, im Gesammtvaterlande und in allen gesellschaftlichen Verhältnissen Schanzen aufzuwerfen und Sturm zu laufen, bis alle Düppel, welchen Namen sie immer tragen mögen, gleich Maulwurfshaufen in Einer großen Ebne daliegen.

Gleichzeitig würden und müßten wir aber vorschlagen, Jeden für einen falschen Bruder und Verräther zu erklären, der Einen Fuß breit von der geraden Linie abwiche, mit den gemeinsamen Feinden der Bürger wie der Arbeiter, mit den Junkern und Pfaffen im vertraulichen Zwiegespräch betroffen würde, Verdächtigungen und Verleumdungen gegen erprobte Freiheitskämpfer ausstieße, weil sie sich nicht zu Zweideutigkeiten und Erbärmlichkeiten mißbrauchen lassen wollen, elende Privatbosheiten an die Stelle der Prinzipienfragen setzte, und die Mannhaftigkeit mit der Buberei verwechselte. Anathema über den, der dem Arbeiter einredet, er habe mit der Befreiung Deutschlands nichts zu schaffen, wir Anathema über den, der den Geldsäcken vorspricht, der Arbeiter sei im Durchschnitt in beneidenswerther Lage und es sei leeres Gerede, sich wider die Leiden des Proletariats, wider die Unsicherheit der Lebensstellung der Mehrzahl, wider unzureichende Löhne zu ereifern!

Anathema über Diejenigen, die ein Compliment von pfäffischer Seite mit verbindlicher Miene registriren, oder es groß abdrucken, wenn ein Erzpfaff irgend ein Freiheitsstreben verlästert. Anathema über alle unehrlichen Leute und doppelt Anathema, wenn sich diese Leute damit abgeben, eine Partei zu bilden und diese Partei auf jesuitische Moral zu vereidigen!

Nichtwahr, Arbeiter von Schrot und Korn, das Licht hat die Wahrheit der Dinge hin und wieder **gestreift**.

Schließlich für heute noch eine **Druckfehlerberichtigung** aus Nr. III. der Streiflichter in Nr. 113 der Arbeiterzeitung S. 572 Spalte 3 Zeile 32 von unten ist zu lesen: „in **seinem** Wörterbuch" statt: „in **keinem** Wörterbuch" und in derselben Spalte Zeile 33 von unten ist zu lesen: „Weiter!" statt: „Wörter."

Eine andere Art Staatshilfe.

Von Köln aus ist an das Abgeordnetenhaus eine **Arbeiterpetition** abgesandt worden, welche, von Rittinghausen verfaßt und in einer Versammlung von „Socialdemokraten" discutirt, einen Beitrag für eine nicht blos auf heroische Schimpferei concentrirte Erörterung der **Staatshilfe** giebt. Die „Rh. Ztg." berichtet darüber: Von der Idee ausgehend, daß es nicht genügt, von „Organisation der Arbeit" und von „Staatshilfe" beständig zu sprechen, sondern daß es nothwendig ist, die Arbeiterfrage an irgend einem Punkte thatsächlich anzufassen und von dem Errungenen dann weiter vorzuschreiten, hat sich eine Anzahl Kölnischer Socialdemokraten an das Haus der Abgeordneten gewandt, um bei Gelegenheit der von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe über den Bau mehrerer Eisenbahnen folgendes Gesuch zu stellen: „Was wir vorschlagen wollen," sagen sie, „ist allerdings „Staatshilfe", aber solche Staatshilfe, welche weder den Säckel des steuerzahlenden Bürgers angreift, noch auf irgend eine Weise der besitzenden Klasse schädlich sein kann. Wir beabsichtigen dadurch zu zeigen, wie leicht es ist, die Arbeiterfrage mit Erfolg und Glück anzugreifen, wenn man sich nicht durch Standesvorurtheile oder Aengstlichkeit davon abhalten läßt. Als Einleitung zu unserm Anliegen erlauben wir uns, in Bezug auf Eisenbahnwesen den unumstößlichen Satz aufzustellen, daß dasselbe durchaus in den Bereich der Staatsindustrie fällt. Wir heißen nämlich **Staatsindustrie** jede Industrie, zu deren Ermöglichung die Ausübung von Rechten nothwendig ist, welche **allein** dem Staate zukommen und deshalb **nicht** in die Hände von Privatpersonen oder Privat-Gesellschaften gelegt werden dürfen. Ein solches dem Staate allein zustehendes Recht ist das der **Expropriation**. Da, wo zur Durchführung von Arbeiten die Expropriation stattfinden muß, wie bei Eisenbahnen, Kanälen u. s. w. stoßen wir mithin auf eine Staatsindustrie, welche nur irrthümlich und zum Nachtheile des allgemeinen Wohles in eine Privat-Industrie umgewandelt werden kann. So hat der Eisenbahnbau durch Aktien-Gesellschaften den Nutzen, welchen diese großartige Umgestaltung der Verkehrsmittel für die Gesammtheit hervorgebracht hat, in reichlich überwiegendem Maße durch schwere Dividenden in die Taschen des höheren Bürgerstandes geführt, während der Antheil der Arbeit an diesem Nutzen in demselben Maße vermindert worden ist. Unser Anliegen erheischt indessen nicht die vollständige Anwendung des von uns aufgestellten Princips, wir wissen, daß eine solche **jetzt noch** schwer zu erlangen sein würde, und machen deshalb nur äußerst bescheidene Ansprüche." Die Gesuchvorsteller verlangen dann, der Staat solle sich in Zukunft bei Eisenbahnbauten mit einem Kapitale betheiligen, welches der Höhe des voraussichtlich bei den Bahnarbeiten unmittelbar auszuzahlenden Lohnes gleichkomme. „Wir schlagen vor," sagen sie, „zu diesem Zwecke ein Staatspapiergeld zu schaffen, welches der Staat zur Bestreitung des auf ihn fallenden Betrags der Baukosten aus seinen Kassen dergestalt fließen läßt, daß dessen correspondirender wirklicher Werth in ausgeführten, ertragsfähigen und von Jahr zu Jahr der Werthsteigerung unterworfenen Arbeiten auf den Bahnlinien vorhanden sein würde. Ein solches Eisenbahnpapier würde auf dem öffentlichen Verkehr weit weniger lasten, als eine in gleicher Höhe umlaufende Zahl von Aktien; es würde schon wirklich vorhandene Reichthümer in einem höheren Grade repräsentiren, als eine ebenso beträchtliche Summe in Wechseln des Handelsstandes. Aus dem Ertrage der auf diese Weise vollendeten Bahnen würde der Staat die auf seinen Kapitalantheil fallende Dividende beziehen und die größere Hälfte derselben zur Amortisation der ausgegebenen Kassenscheine benutzen können. Wir sagen: „die größere Hälfte", denn wir glauben mit Recht vorschlagen zu dürfen, daß man bei Ausführung unserer Idee **der jetzt wirkenden Arbeit** außer dem Lohne einen dauernden Gewinn-Antheil ebenso gut zuerkennen kann, als dies für die aufgehäufte Arbeit der Vergangenheit, das Kapital, geschieht; ist doch dem letztern durch die Ueberlassung der Eisenbahnen vom Staate eine unermeßliche Begünstigung zugestanden worden. Der Staat wolle mithin einen Theil seiner Dividende, z. B. soviel, daß derselbe zwei Prozent Zinsen von seinem betreffenden Aktien-Kapital beträgt, an jene Arbeiter abtreten, welche die Eisenbahnbauten ausgeführt haben. Diese zwei Prozent würden dann zwei Prozent der für letztere ausgezahlten Lohnbeträge gleichstehen und müßten im Verhältniß des von jedem Arbeiter bezogenen Lohnes zur Vertheilung kommen, was sich auf eine höchst einfache Weise bewerkstelligen ließe. Jedem an der Bahn beschäftigten Arbeiter würde nämlich ein Büchelchen ausgestellt, in welchem der verdiente Lohn regelmäßig und genau zu verzeichnen wäre. Beliefe sich der so eingeschriebene Lohn auf 200 Thlr. im ersten Jahre, so würde die daraus herzuleitende lebenslängliche Rente 4 Thlr. betragen. Nach dem zweiten Jahre würde sich diese Jahresrente bei gleichem Lohnbezuge auf 8 Thlr., nach dem dritten auf 12 Thlr., dem vierten auf 16 Thlr. steigern ꝛc. Die Auszahlung selbst könnte auf Vorzeigung des Arbeitsbüchelchens und einer Lebensbescheinigung durch die Steuerkasse oder den Bürgermeister des betreffenden Wohnorts geschehen." Die Gesuchsteller sind der Meinung, durch die Anwendung dieses Systems werde die materielle Lage einer bedeutenden Zahl von Arbeiter-Familien dauernd und reichlich verbessert werden; der Staat werde sich eine Einnahmequelle eröffnen, welche ihm ermöglichen würde, die Steuerkraft des Landes zu schonen; und endlich würden dem öffentlichen Verkehre durch den Bau der Eisenbahnen und Kanäle nicht so bedeutende Kapitalien entrissen werden, als dies nach dem gegenwärtigen Verfahren der Beschaffung des vollen Aktienkapitals durch Privatgesellschaften der Fall ist. Schließlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß in früheren Jahren bei einer weit geringeren Bevölkerung und bei einem hinter dem jetzigen National-Reichthume sehr zurückbleibenden Nationalvermögen der Umlauf unverzinslicher Kassenanweisungen in Preußen die heutige Circulation dieses Papiergeldes um das Doppelte überstieg, ohne daß eine Entwerthung dieses Geldzeichens stattgefunden hätte.

Die Stellung der Arbeiterbewegung zur Regierung in Preußen.

Die **Berliner** „Reform" schreibt über die Stellung der „Arbeiterbewegung zur Regierung": Es kommt uns etwas ungeschickt vor, wenn aus der Arbeiterbewegung jetzt schon hier und da die Aufforderung laut wird, nun auch eine **Regierung zu unterstützen**, welche **verspricht**, zur Erleichterung des auf den Arbeitern lastenden Drucks die Hand bieten zu **wollen**. Die geistige Kraft dieser großen Bewegung liegt im **Mißtrauen**, der Scharfsinn seines Instinctes ist dem Arbeiter der einzige Ersatz für all die Mittel, welche den begünstigteren Klassen anderweit zu Gebote stehen. Darum heißt es dieses Streben entmannen, wenn als Bedingung für Fördern und Erfüllen desselben die **Gläubigkeit** verlangt wird. Man weist schweigend die Bundesgenossenschaft zurück, welche die **Kirche**, sei es aus dem Munde des Bischofs Ketteler, sei es aus demjenigen des Hrn. v. Blanckenburg, anbietet; denn wäre es der letzte Bissen Brot, man will ihn nicht mit der Freiheit seines Gewissens erkaufen. Wenn aber die Bundesgenossenschaft einer **Regierung** um den Preis dieser Gläubigkeit in Aussicht gestellt wird, da will man unbesehen zugreifen? Darum also haben die schärfsten Denker des Jahrhunderts unter Entbehrung und Verfolgung sich der Sache des Volkes und seiner Arbeit gewidmet, darum ist das Blut stromweise geflossen in fast allen Hauptstädten Europa's, daß jetzt vor ein paar wohlwollenden Worten eines wohlwollenden Mannes sich das schwere, tiefhängende Ungewitter in eitel Maienregen, daß sich alle Energie der ihres Zieles und ihrer Kraft bewußten Männer auflöse in lauter Vertrauen, Gläubigkeit und Unterstützung? Man spottete einst über den Berliner Bourgeoisphilister, daß ein Jeder seinen Gensdarmen in der Brust trüge — und jetzt sollte sich die sociale Frage so leicht, so harmlos dadurch lösen, daß ein jeder Arbeiter seinen Minister in der Brust trüge?

Hat man wohl über den **Preis** dieses Vertrauens nachgedacht? Die „Regierung unterstützen", das hat heutzutage in Preußen seinen sehr bestimmten Sinn. Die Regierungsblätter selbst bekennen den gespannten Gegensatz, der durch das ganze Land geht, mit dem Feldruf: Königlich oder Parlamentarisch. Das Zweite verneinen: das heißt die Regierung unterstützen. Mit dem Parlamentarischen aber ist nicht blos die eine oder andere Persönlichkeit des Abgeordnetenhauses, mit der man vielleicht grollen möchte, gemeint; nicht blos die Fortschrittsfraction, über die vielleicht die Ungeduld einer entschiedneren Partei gern hinaus möchte: damit ist das verfassungsmäßige Recht des Landes selbst, die eng damit verbundene Sache der demokratischen Freiheit ist damit gemeint, und ihr entsagen Diejenigen, welche jetzt jenes Vertrauen verlangen. Darüber darf man sich selbst, darüber soll man Andere nicht täuschen.

Die Erfolge der Neu-Socialisten.

Berlin, 20. Febr. Die Erfolge der Neu-Socialisten sind bis dato nicht sehr glänzend. Die feudale Partei ist aufgebracht, weil die Regierung sie in der Debatte über das Coalitions-Gesetz im Stich gelassen und ihre socialistischen Bestrebungen nicht unterstützt hat. — Die ministerielle „Prov. Corresp." gibt den Arbeitern auf dem Lande den Rath, sich um Gottes willen keine zu thörichten Hoffnungen auf die Staatshülfe zu machen; sie ging dabei sogar so weit über Lassalle sich sehr mißbilligend zu äußern. Sein eigenes politisches Streben ging, wie es da heißt, in revolu-

tionärer Gewaltsamkeit noch weit über die bisherigen Absichten der Fortschrittspartei hinaus und hätte zu einem völligen Umsturz aller bürgerlichen und gesellschaftlichen Zustände führen müssen. Ganz andere Saiten schlägt heute das Blatt des Hrn. v. Bismarck an. Der Arbeiterstaat, predigt dasselbe, wird den Anschluß an irgend welche politische Partei niemals für sich nutzbar machen können, da er nie sicher ist, von dieser nur zu ihren politischen Zwecken ausgenützt zu werden, sondern er lehne sich an die Gewalt an, die über den Parteien steht, an das Königthum. „Der Arbeiterstand hat daher vor Allem nöthig, royalistisch zu sein.“ Die Arbeiter wollen aber nichts von der feudalen und der ministeriellen Partei wissen. Der „Nordstern“, eines der schärfsten Organe der Socialdemokraten sagt: „Auf unserem Banner steht: Gleichberechtigung und allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht; wer kann ernstlich glauben, die Reaktion werde uns diese Forderung bewilligen, selbst wenn wir uns zu ihrer Lobhudlerin herbeilassen, ja selbst wenn wir uns als ihre Verbündete zur Niederwerfung ihrer augenblicklich unbequemen Gegner (Fortschrittspartei) hergeben könnten? oder sollten wir etwa jene Forderungen fallen lassen? Diese Frage bedarf wahrlich keiner Antwort. Mag mit der Reaktion liebäugeln, wem dies zusagt, wir aber, die Männer des Volkes, werden uns nie dazu verstehen, und können uns auch nie dazu verstehen, ohne unserem Streben untreu zu werden und uns in eine schiefe Stellung zu bringen.“

Eine Universität für Volksbildung.

Mehr als ein Besuch der Theater, Museen oder Concerte lohnt sich in Berlin für den Fremden, der Herz und Sinn für das allgemeine Volkswohl besitzt, ein Abendbesuch im Berliner Handwerkerverein. Das neue eigens für die Zwecke des Vereins erbaute Lokal befindet sich in der Königstadt, Sophienstraße 15 in der Nähe des Haack'schen Marktes. Es ist ein stattliches zweistöckiges Gebäude, das jeder Stadt zur Zierde gereichen würde. Durch das von zwei Gaslaternen erhellte Portal folgen wir einem Trupp von Leuten, die offenbar die gleiche Absicht hierher führt. Auf die Vorzeigung der Mitgliedkarte eines rheinischen Arbeiter-Bildungsvereins gestattet uns der zwischen Flur und Garderobe aufgestellte, durch eine Schleife im Knopfloch kenntliche Ordner des Vereins gern den Eintritt. Aus der Garderobe treten wir in eine die ganze Mitte des Gebäudes einnehmende Vorhalle, angefüllt mit Männern jedes Alters und Standes, die in lebhafter Unterhaltung gruppenweise zusammenstehen. An den Wänden lesen wir hier das Verzeichniß der Vorträge, die im laufenden Quartal jeden Montag, Samstag und Sonntag-Abend um 8½ Uhr von der Lehrerschaft des Vereins bald aus diesem bald aus jenem Gebiet des Wissenswerthen gehalten werden. Wir finden da z. B. Vorträge angekündigt über Chemie, Geschichte, Physiologie, Mechanik, Volkswirthschaft, Rechtsstunde u. s. w. Die Lehrerschaft des Vereins zählt nach dem gleichfalls in der Vorhalle angehefteten Verzeichniß sechszig Mitglieder, darunter Männer wie Präsident Lette, Bürgermeister Hedemann, Prof. v. Holtzendorf, Dr. Löwe, Assessor Lasker, Geh. Oberregierungsrath Dr. Engel, Prof. Virchow u. s. w. Im Studium dieser Anschläge vertieft gewahren wir nicht, daß allmälig die Vorhalle sich geleert hat, bis der aus den Räumen nebenan aus tausend Kehlen herüberklingende Gesang „Stimmt an mit hellem hohem Klang“ uns verkündet, daß dort der für heute Abend angekündigte Vortrag sogleich seinen Anfang nehmen wird. Die Vorträge werden nämlich hier stets durch einen von der ganzen Versammlung aus dem Liederbuch des Vereins gesungenen Vers eines Volksliedes eingeleitet und geschlossen. Wir folgen dem Gesang und kommen in einen großen kirchenähnlichen Raum, der unten und auf den drei Seiten umfassenden Gallerieen mit mehr als tausend Männern aus dem Volke gefüllt ist. Dieses Versammlungslokal faßt nahezu 1500 Sitzplätze, und reicht trotzdem nicht hin die sämmtlichen Mitglieder des Vereins, — durchschnittlich 3500 — zu fassen. Nur auf und unter den Gallerieen sind zwischen den Stühlen kleine Tische angebracht, auf denen man Erfrischungen genießen kann. Doch noch nicht der zwanzigste Theil der Versammlung macht von dieser Gelegenheit Gebrauch — das beste Zeugniß, daß die Versammlung nicht um leiblichen Genusses willen sich hier einfindet.

Nachdem einige Verse des erwähnten Liedes gesungen worden, betritt Herr Musiklehrer Mohr die Rednerbühne und entwirft in längerem Vortrage eine Reihe biographischer Skizzen von Dichtern und Componisten deutscher Volkslieder, mit Luther beginnend und mit Schumann, Abt u. A. schließend. Mehr noch als die eingestreuten Anekdoten aus dem Künstlerleben wird die zahlreiche Zuhörerschaft durch die musikalischen Proben unterhalten, welche Solisten und Quartettsänger des Vereins zwischendurch aus den Werken der biographisch vorgeführten Componisten zum Besten geben. So hörten wir: „Ich grolle nicht und wenn das Herz auch bricht“, „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, „Ach wie wär's möglich denn“ u. s. w.

So war es, ehe man sich versah, 11 Uhr geworden, und die Beantwortung einiger auf den Vortrag Bezug nehmender Fragen aus dem „Fragekasten“ schloß den Abend. Eine Pause, zwischen dem Vortrage, in welcher eine Sonate auf dem Klavier mit Flötenbegleitung vorgetragen wurde, hatten wir benutzt, um ein Vorstandsmitglied noch um einige nähere Auskunft über einzelne Einrichtungen des Vereins zu bitten. Der gedachte Herr führte uns mit großer Bereitwilligkeit zunächst in das auf der anderen Seite der Vorhalle gelegene Lesezimmer, wo über 60 Zeitungen und Wochenschriften auflagen und alle Plätze von eifrigen Lesern besetzt waren. Im selben Saale nahmen zwei Vorstandsmitglieder den ganzen Abend hindurch Meldungen neuer Mitglieder und Beitrags-Zahlungen entgegen. Im Zimmer nebenan wurden aus der mehrere Tausende von Bänden zählenden Vereinsbibliothek Bücher verliehen. Ueber diesen Räumen zeigte uns unser freundlicher Führer fünf Zimmer, in welchen theils an Werktags-Abenden von 8—10 Uhr, theils Sonntags Morgens von 8—12 Uhr Unterricht mit je zwei Stunden wöchentlich in Gesang, Geometrie, Rechnen, deutscher Grammatik, Englisch, deutschem Briefstyl, Literatur, Gesang, Französisch, Schön- und Rechtschreiben, Projectionslehre, Algebra, Zeichnen, Musterausnehmen, Buchführung und Wechselkunde ertheilt wird. Ueber zwölfhundert Personen nehmen gegenwärtig an diesen verschiedenen Cursen Theil; nur die beschränkte Zahl von Unterrichtssälen verhindert eine noch stärkere Betheiligung. Die Schüler bezahlen ein sehr mäßiges Schulgeld, welches in den Elementarfächern den Betrag von zwei und einem halben Silbergroschen monatlich nicht übersteigt, in die Vereinskasse fließt, aus der die Lehrer dann anständig honorirt werden. (Elberf. Ztg.)

Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiter und die Glarner Landgemeinde*).

Die in den civilisirten Staaten Europa's immer mehr anschwellende Bewegung für die Erleichterung des Looses der Fabrikarbeiter, welche in England begonnen, in Frankreich, Belgien und Italien fortgesetzt, in Deutschland durch die einsichtsvolle, parlamentarische Behandlung, welche die Vertreter der Arbeiter ihr angedeihen lassen, zu prinzipienwürdiger Höhe gebracht worden ist und auf die Versammlungen von Arbeitern und deren Vertretern zu Leipzig und Berlin im Oktober vorigen Jahres die Augen aller Freunde volkswirthschaftlichen Fortschrittes gelenkt hat, — diese Bewegung hat, bemerkt der „Arbeitgeber“, im verflossenen Jahre im Canton Glarus eine so beachtenswerthe Stütze gefunden, daß wir um so mehr auf sie zurückkommen dürfen, als die öffentliche Aufmerksamkeit zu sehr von der Politik in Anspruch genommen war, um sie gebührend zu würdigen.

Am 22. Mai v. J. versammelte sich die Glarner Landgemeinde, d. h. das gesammte stimmfähige Volk von Glarus zu Füßen des schneebedeckten Glärnisch, um u. A. über eine Gesetzvorlage abzustimmen, durch welche die Arbeitszeit in den Fabriken für Weiber und Kinder auf 12 Stunden herabgesetzt werden sollte. Wir haben schon in einer unserer früheren Nummern darauf hingewiesen, welch' harte gesetzliche Bestimmungen in der freien Schweiz hinsichtlich der Arbeitszeit gegenüber den Arbeitern noch bestehen; so daß diesen Bestimmungen gegenüber die zwölfstündige Arbeitszeit schon als ein bedeutender Fortschritt anzusehen ist. Zugleich ist aber die hier geschilderte Versammlung doch ein erquickendes Beispiel, wie ruhig und sicher in einem wahrhaft freien Staate sich tiefeingreifende Reformen vollziehen. Die Landgemeinde war das Abbild einer altgermanischen Gauversammlung, die sich aber blos in einigen Cantonen der Schweiz in ursprünglicher Reinheit erhalten haben. Da bestieg der Landammann, „eine hohe blonde Alemannengestalt, auf das gewaltige Landesschwert gestützt“, welches seit alten Zeiten bei der Eröffnung der Landgemeinde feierlich vorangetragen wird, die Rednerbühne, um die aus 5000—6000 unter freiem Himmel im Kreise umhersitzenden Männern bestehende Landesgemeinde zu eröffnen.

„Wohl selten“, — hub der Landammann an — „war die Zahl der Geschäfte der Landesgemeinde und auch die Wichtigkeit einzelner derselben so bedeutend, wie die an diesem Tage zu behandelnden. Vorerst erscheint auf dem Gebiete des politischen Lebens die Revision unserer Landesverfassung als das wichtigste Geschäft, — daneben ist die Regelung der Verhältnisse zwischen Fabrikherrn und Fabrikarbeitern ebenfalls eine Frage von eingreifender Wichtigkeit in socialer Beziehung, besonders in einem Canton, der in seiner raschen Fortschreitung mehr und mehr der Industrie in ihren Licht- und Schattenseiten verfallen ist.“

„Es ist eine eigene Erscheinung, daß eine große Volksversammlung, wo die Fabrikherren und die Fabrikarbeiter sich befinden, Verhältnisse ordnen soll, die im Grunde einem Vertrage gleich kommen. Doch ist dieses Einschreiten des Staates gerechtfertigt. Die bei uns vorherrschende Industrie umfaßt so zu sagen die ganze Bevölkerung und übt auf deren Gedeihen in wohlthuender oder übler Weise den tiefgehendsten Einfluß. Da kommt es dem Staate zu, Schranken zu ziehen, auf daß das Volk nicht Noth leide, wie auch die Zukunft berechtigt ist, von der Gegenwart zu verlangen, daß sie ihr nicht ein entnervtes, ausgenütztes Geschlecht überliefere. Schon um die Erhaltung unserer politischen Freiheit willen, ist es unsere höchste Pflicht, zu verhindern, daß nicht eine verkommene Generation, die allen Sinn für die höheren Güter des Lebens hat, entstehe.“

„In allen anderen Staaten sind es ausschließlich die wohlhabenden Klassen, unter besonderer Betheiligung der Fabrikherren, die in solchen Fragen zu entscheiden haben. Weder in England, noch in Belgien, noch in denjenigen schweizerischen Cantonen, die derartige Gesetze erlassen, hat das Volk selbst und unmittelbar das Recht der Theilnahme an derartigen gesetzlichen Erlassen. Bei uns ist das Verhältniß gerade umgekehrt. Eine Versammlung, in der einige Tausend Arbeiter und vielleicht ein Paar Dutzend Fabrikherrn sich befinden und in der jeder Arm gleich viel zählt, soll das Schiedsamt in diesen hochwichtigen Beziehungen üben! Liegt darin nicht etwas Bedenkliches? — Ja, wenn sie sich wie feindselige Mächte gegenüberstehen; nein, wenn die Erkenntniß Alle durchdringt, daß sie Alle zusammengehören, und im Grunde gemeinsame Interessen sie verbinden, daß der Schlag, den die Einen gegen die Anderen führen wollten, auf sie selbst zurückfallen würde. Kann ja doch der Fabrikherr als Mensch nicht wünschen, daß seine Mitmenschen im Dienste für seine materiellen Interessen Schaden nehmen, und ist er doch in seiner Stellung als Industrieller auf die Erwägung angewiesen, daß die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte der Industrie selbst das Mark voraus entzieht! Aber auch der Fabrikarbeiter soll sich hüten, die Bedingungen zu untergraben, auf denen das Gedeihen der Industrie ruht, und vielmehr die Einsicht üben, daß das Wohl derselben auch ihm zu Gute kommt, daß ihr Siechthum auch ihn vernichtet. Wenn dieser Geist überall herrscht und Fabrikherr und Arbeiter in freundlicher Gesinnung die Hand sich bieten, dann wird daraus ein Gesetz hervorgehen, das die Arbeiter schützt und gleichzeitig die Industrie schont.“

So der Landammann. Es ging wie ein tiefgeholter Athemzug durch die ganze Versammlung, als die Eröffnung der Discussion angekündigt wurde. Obgleich es nicht an Rednern fehlte, welche den Untergang der Industrie aus der Annahme des Gesetzvorschlages weissagten, so ging die Landesgemeinde doch noch weiter und beschloß fast einstimmig einem während der Verhandlung eingebrachten Antrag ihre Zustimmung zu geben, welche das Gesetz auch auf die Männer ausdehnte. In Glarus besteht seitdem für sämmtliche Fabrikarbeiter die 12stündige Arbeitszeit als das höchste zulässige Maß. In der großen Kattunfabrik von Jenny u. Comp. brauchen die Leute im Sommer nur 11 Stunden, im Winter nur so lange es Tag ist zu arbeiten.

*) Unter der obigen Ueberschrift bringt der „Arbeitgeber“ auszugsweise eine interessante Schilderung aus den „Aphorismen über demokratisches Staatsrecht von Gengel, Redakteur des „Bund“ [Verlag von Jent u. Reinert in Bern], einer mit Geist und klarem Urtheil geschriebenen Kritik der Schweizerischen Verfassungszustände, deren Lektüre vom „Arbeitgeber“ mit Recht dringend empfohlen wird. D. Red.

Nach dem Vorgang des Hrn. Dolfus in Mühlhausen hat die Fabrik Wolff, Schlafhorst und Bruel, in M. Gladbach gleichfalls verordnet: „Verehelichte Fabrikarbeiterinnen sind verpflichtet, nach ihrer Niederkunft für die Dauer von 6 Wochen zu ihrer und des Kindes Pflege von der Arbeit zurückzubleiben; es wird ihnen für diese Zeit die Hälfte ihres bisherigen Lohnes von den Fabrikherren, die andere Hälfte gleich den erkrankten Arbeitern aus der Krankenkasse der Fabrik gezahlt. Für diesen Zeitraum ist ihnen nur die leichte

häusliche Arbeit gestattet und sind sie jeden Anspruchs auf fernere Unterstützung verlustig, sobald sie mit andern, z. B. Gartenarbeiten, betroffen werden.

(Arbeitgeber.)

Deutscher Frauenverein.

Wenn ich behaupte, daß das alte einseitige Wohlthätigkeitssystem nicht genügt und den großen socialen Uebeln gegenüber günstigen Falls nur ein Linderungsmittel ist, so ist natürlich nicht gesagt, daß das Wohlthätigsein aufgehoben werden soll, denn Waisen, Greise und besonders Unglückliche kann man nicht hülflos verlassen, aber wir haben vier große Wahrheiten zu erwägen, welche unumstößlich sind. Und zwar 1) daß das Wohlthätigsein eine der schwersten Künste ist, so daß, wer an der unrechten Stelle gibt, eine ebenso schwere Verantwortung auf sich ladet, als der, welcher versäumt zur rechten Zeit Hand und Herz zu öffnen; 2) daß dieses letztere hauptsächlich da geschehen muß, wo auf dem langen aber sicheren Wege guter Einrichtungen, die wahren Wohlthaten geschaffen werden, nämlich solche, welche nicht den verzehrten Früchten gleichen, sondern solche, aus deren Saat immer neue Erndten von Wohlthaten hervorsprießen; 3) daß wir Männer unsere gröbere Kraft von jeher mißbraucht haben um die feinere Hälfte der Menschheit auszuschließen, ihnen um 50 Proz. weniger Erziehung zuzumuthen und sie nebenbei für ihre Arbeit noch schlechter zu bezahlen, wodurch eine Menge Uebel und Schäden in der menschlichen Gesellschaft entstanden sind; 4) daß ohne die allgemeine eigene Thätigkeit des weiblichen Geschlechts weder ihnen selbst geholfen wird, noch für die Menschheit die wahren Segnungen des Fortschritts erzielt werden können. Das beste Mittel hierfür sind Vereine nach den Principien der Selbsthülfe, in solchen können die Frauen aus allen Ständen ihre Kräfte kennen lernen und üben. Den Zweck solcher Vereine habe ich angedeutet in der Aufgabe: über die Stellung der Frauen im Allgemeinen; über den ihnen mangelnden Rechtsschutz; über ihre ökonomische Abhängigkeit; über bessere Schulen und professionelle Bildung 2c. .. in der Frauenwelt klarere Anschauungen zu gewinnen und zu verbreiten, — ferner Notiz zu nehmen von den in kleineren Kreisen gemachten Anstrengungen für erhöhte Bildung und Selbstständigkeit der Frauen; ferner die auf diesem Gebiete schon gemachten und bewährten Versuche kennen zu lernen, zu unterstützen und nachzuahmen, und endlich mit der Zeit eine Menge specielle Ziele den Ortsverhältnissen angemessen ins Auge zu fassen und zu verfolgen.

Eine Aufgabe für viele Jahrhunderte liegt vor uns. Ich habe das Vertrauen gehabt, Pforzheim könne mit der Gründung eines solchen Vereins vorausgehen und ein gutes Beispiel geben. Die Schwierigkeiten der Aufgabe habe ich mir nicht verhehlt. Ein guter Freund, der mit Männern schon Großes ausführte, schrieb mir, als ich ihm mein Vorhaben mittheilte: „Wenn Sie mit den Frauen so etwas durchführen wollen, müssen Sie die Kräfte Simsons und die Geduld Hiobs haben und das Alter Methusalems erreichen. Dann wenn Sie fünfzig Jahre im Grabe liegen und in der Sache ein kleiner Anfang gewonnen ist, werden einige edle Frauen Ihrer freundlich gedenken, weil Sie jetzt das Richtige und Wahre wollten. Einstweilen sei Ihnen Gott gnädig!" Nun so schlimm ist es doch nicht. Kaum sind acht Tage vorbei, habe ich schon sechszehn Mitglieder*) für den Verein gewonnen und vier freundliche Briefe von Frauen hier und auswärts erhalten. Die Eine schreibt unter anderem: „Sie besitzen vielleicht nicht die Gabe, sich bei den Damen liebenswürdig zu machen, aber die deutschen Frauen sollen bedenken, daß solche Männer, welche dies können, wohl selten die Gabe besitzen, solche Vereine zu gründen. Ueben Sie dem Neid, der Theilnahmlosigkeit und den bösen Mäulern gegenüber Ihre ganze Milde und Geduld, selbst wenn Ihnen wegen der fl. 2, die Sie erhalten von den Mitgliedern, Dinge aufstoßen sollten, welche Ihnen in der Arbeiterwelt nicht begegneten." — Dies will ich denn auch zu thun versuchen. Ich weiß es wohl, daß ich für meinen Beitrag, den ich jetzt dem Verein beisteure, auf andere Weise einen allgemeinen Beifall hätte erringen können und zwar ohne viele Mühe, z. B. mit der Arrangirung eines Konzerts; während ich jetzt mit beschwerlicher Arbeit vielleicht nur Teufelsdank habe, ohne selbst große Erfolge zu erleben. Dennoch ziehe ich den bezeichneten Weg vor. Doch ich wollte von einigen speciellen Zielen reden und komme nun nach langer Vorrede erst dazu und sage da nur sehr Weniges, weil es die meisten Menschen gar nicht vertragen können, daß man sie weit blicken läßt.

Außer der Aufgabe im Betreff des Hauptzieles könnte in den „Deutschen Frauenvereinen" noch gearbeitet werden für Schaffung von 1) Krankenkassen, 2) Aussteuerkassen, 3) Altersversorgungskassen, 4) Wochenbettunterstützungskassen, 5) Sparkassen an sich, und für besondere Zwecke, sogar für Vergnügungen edlerer Art, 6) Lokale gleich der Arbeiterhalle für die Arbeiterinnen und Dienstboten 2c. 2c. Eine Menge Einrichtungen können erst mit Erfolg in Stand gesetzt werden, wenn eine Organisation mehrerer solcher Vereine unter sich stattfindet. Krankenkassen bestehen für die Frauen schon in Frankreich. Man kann die Beitragsätze wie bei der männlichen Krankenkasse einführen, man bekommt dann schon einen Ueberschuß, der zu einem guten Zwecke verwendet werden könnte. Die Statistik der Krankenkassen Frankreichs erwies für das letzte Jahr, daß die Krankentage über die Gesammtzahl der Mitglieder ergab: Männer 5, 29; Weiber 4, 67, also die Weiber um 1/8 weniger krank als die Männer.

Aussteuer ist das Nächste. Ohne die Mithülfe reicher Frauen und Männer ist natürlich nur auf langsame Erfolge zu rechnen. Jede sich Verheirathende hat einen Beitrag zur Aussteuer zu empfangen. Der Empfang solcher Gaben ist keine Erniedrigung, wenn die Unbemittelte ihren Beitrag für solche Zwecke mitbezahlte.

Altersversorgung liegt gewöhnlich fern den Jüngeren, welche aufs Heirathen hoffen, bekümmert aber desto mehr die ledig bleibenden Hoffnungslosen. Da sie keiner Aussteuer bedürfen, so kommt ihnen schon dafür ein Ersatz zu. Wer zwanzig Jahre lang Mitglied war, sollte eine kleine Pension empfangen, am besten freie Wohnung. Daß die Wohnungsfrage selber eine sehr bedeutende ist, ist selbstverständlich.

Ueber Wochenbett-Unterstützung muß man die Aerzte hören! Nach den Principien der Selbsthülfe könnte es dahin gebracht werden, daß jede Wöchnerin 4 — 6 Wochen Pflege verlangen könnte.

Ueber die nöthigen Sparkassen und die Lokale verliere ich jetzt kein Wort. Wie könnten in den letzteren edle Frauen wirken! Sie sind ja die wahren Professoren der Sittlichkeit!

Ich sagte, Aufgaben für Jahrhunderte liegen in den „Deutschen Frauenvereinen" vor uns. Der Stand des ersten hiesigen ist auf meine Aufforderung vor 8 Tagen folgender, (ähnlich dem Arbeiterverein vor 3 Jahren, aber mit tausendmal mehr Schwierigkeiten verknüpft.)

Einlage von mir, dem Gründer des Vereins, als Geschenk:		
1 badisch. 35-fl.-Loos, Serie 4698, Nr. 234,876	fl. 53.	
baar	„ 50.	
Beiträge v. 16 Mitgliedern à 30 kr.	„ 8.	
Auslagen: Anzeigen u. Aufsätze zur Einladung für meinen Vortrag:		
Hrn. Behrens im Beobachter . .	fl. 14.	
„ Schwarz im Tagblatt gratis	„ —	
100 Aufnahmskarten	„ 10.	
Adlersaal	„ 5.	
Vermögensbestand		fl. 82.

Gott gebe seinen Segen dazu!

Ich wiederhole hiermit meine Aufforderung zum Eintritt in den Verein an die Frauen und Jungfrauen Pforzheims für alle Stände. Aufnahmskarten sind um 30 kr. in meinem Hause zu haben, doch wäre es mir aus mehrerlei Gründen lieber, wenn diejenigen Frauen, welche besonders für den Verein wirken wollen, solche Karten in Empfang nähmen, um in ihren Kreisen Mitglieder zu gewinnen. Dabei bemerke ich noch, daß bei Einsendung der 30 kr. der ganze Name besonders notirt werden muß, nebst den etwa nöthigen Bemerkungen, wenn den Mitgliedern später etwas zugesendet werden soll. Die anderen 30 kr. sollen bis 1. Juli erhoben werden, und so fort alle Vierteljahre. Eine erste Zusammenberufung der Mitglieder kann nur stattfinden, wenn die Zahl derselben 100 stark ist. Im Nothfall, wenn der Verein wirklich nicht zu Stande kommt, garantire ich für die Zurückgabe der empfangenen Gelder, wenn das, was ich in geistiger Beziehung darbieten will, nicht genügen sollte.

Fernere Aufrufe werde ich nicht erlassen, da ich erstens weder aufdringlich sein will, noch Geld für dergleichen Ausgaben übrig habe.

Pforzheim, den 15. Februar 1865.

Moritz Müller.

*) Diese Zahl ist seitdem auf 33 gewachsen. Wie vorauszusehen, macht sich aber der Kastengeist hierbei besonders geltend und die Frauen aus den sog. gebildeten Ständen halten sich spröde zurück; sie halten sich für zu gut, um mit der schlichten Bürgersfrau an einer erhabenen menschlichen Kulturaufgabe zu wirken.

Die Red.

Die Preisvertheilung der polytechnischen Gesellschaft in Paris.

Paris, 20. Febr. Der „Moniteur" theilt heute die Rede mit, welche der Unterrichts-Minister bei der gestrigen Preisvertheilung der polytechnischen Gesellschaft gehalten hat. Diese Gesellschaft hat sich die Ausbildung der erwachsenen Arbeiter zur Aufgabe gestellt und sucht dieselbe durch Unterrichtsstunden und Lehrvorträge während der Abendstunden im Winter möglichst zu fördern. Herr Duruy hat über die Geschichte des Arbeiters gesprochen. Er beginnt mit der Stellung des Arbeiters unter den Pharaonen und führt der Reihe nach die Sclavenzustände der antiken Welt, die Emancipation des Individuums durch das Christenthum, die Leibeigenschaft des Mittelalters, den erstickenden Zwang des Zunftwesens und die Erlösung durch die Revolution von 1789 vor, deren hohe Aufgabe in Bezug auf das materielle Wohl der arbeitenden Klassen von keiner nachfolgenden Regierung in so umfassender und befriedigender Weise gelöst worden sei, wie von der gegenwärtigen in Frankreich. Es bietet sich dem Redner dabei die beste Gelegenheit, auf die vielen wohlthätigen Maßregeln hinzuweisen, welche das Kaiserreich seither im Interesse der großen Masse in Angriff genommen und zum großen Theile auch erfolgreich durchgeführt hat. Zum Schlusse kommt eine warme Aufforderung, die Vortheile der Schulbildung, welche die an 5000 Köpfe starke Versammlung in späteren Jahren sich zu erwerben oder zu vervollständigen veranlaßt sieht, dem heranwachsenden Geschlechte schon in der Jugendzeit zu Theil werden zu lassen. „Manche von Ihnen", schließt der Minister seine Rede, „erinnern sich wohl der unseligen Junitage von 1848. Während einer kurzen Unterbrechung des brudermörderischen Kampfes näherte sich ein Parlamentär einer Barrikade und fragte deren Vertheidiger, was sie denn eigentlich erlangen wollten. Erstaunt über diese Frage, benahmen sie sich untereinander und waren lange Zeit unschlüssig, was sie antworten sollten. Endlich sagte ihr Anführer zu dem Parlamentär: „Nun, wir wollen Unterricht für unsere Kinder; wir, wir schlagen uns, ohne zu wissen, warum. Sie sollen sich wenigstens nicht so wie wir von Anderen am Leitseil nehmen lassen." Diese Worte habe ich vernommen und sie sind mir stets in Erinnerung geblieben. Und heute sage ich Ihnen meinerseits als Minister des Kaisers: „Unterrichten Sie Ihre Kinder, unterrichten Sie sich selbst, damit wie, dem Wunsche des Herrschers dieses freien, glorreichen Landes entsprechend, Jeder in dem ihm angewiesenen Kreise ihm helfen können, den Körper der Nation zu stärken und ihren Geist zu heben."

Die Preisvertheilung zeichnete sich auch durch den Empfang aus, der den Delegirten der deutschen Arbeitervereine zu Theil ward. Perdonnet, der Präsident der Gesellschaft, begrüßte sie in einer warmen Anrede, und hob namentlich den Charakter der Brüderlichkeit hervor, der sich in ihrem Erscheinen kundgebe, und der gewissermaßen als ein Vorzeichen der großen Vereinigung der Völker zu betrachten sei. „Die ganze Versammlung", schreibt C. Sauvestre in der Opinion nationale, „erhob sich auf seine Stimme, um mit Begeisterung die Friedensboten, die in ihrer Mitte erschienen waren, zu begrüßen. Der blinde Haß, rief Perdonnet aus, wird durch die Unwissenheit unterhalten, durch die Bildung wird er zerstört." Herr Rühlmann, Prof. aus Hannover, dankte im Namen der Repräsentanten Deutschlands. Seit langer Zeit habe er gelernt, Frankreich zu achten, das der Welt seine Gelehrten, seine Ingenieure und Maschinenbauer liefere; er werde wiederkehren, um jene brüderliche Allianz zu befestigen, die ihn so glücklich mache. Herr Duruy hat dem deutschen Gelehrten für die schönen Worte, die er gesprochen, gedankt. „„Sie hatten die Gewogenheit, drückte er sich aus, uns zu sagen, daß Deutschland sich glücklich schätzt, Frankreich seine gelehrten Mechaniker und seine Maschinenbauer zu entlehnen; gestatten Sie dem Minister des öffentlichen Unterrichts von Frankreich, Ihnen zu erklären, daß sein lebhaftester Wunsch der ist, Deutschland das Wissen und das Talent seiner Lehrer, und namentlich jene wohlthätige Gesetzgebung zu entlehnen, kraft welcher Ihr Land mit Stolz sagen kann, daß keines seiner Kinder in der Unwissenheit verbleibt." Der Eindruck dieser Worte war ein unbeschreiblicher, und erst nach geraumer Weile konnte der Minister wieder zu Worte kommen, um Herrn Rühlmann öffentlich die Insignien

eines Offiziers des öffentlichen Unterrichts (ein höherer Grad in der Universitätshierarchie Frankreichs, bestehend in einem am Rockkragen anzubringenden goldgestickten Palmzweig) zu überreichen. „Nehmen Sie", sprach der Minister, „diese goldene Palme mit über den Rhein zurück, Herr Doctor, und zeigen Sie dieselbe Ihren Landsleuten als einen Beweis der brüderlichen Gesinnung, von der Frankreich für Ihr großes Vaterland beseelt ist." (Es ist gewiß höchst erfreulich, wenn der ebenso thörichte als verderbliche Nationalhaß zwischen zwei großen Kulturvölkern ein Ende nimmt. Aber des guten deutschen Sprichworts werden die deutschen Delegirten hoffentlich eingedenk geblieben sein: „es ist nicht alles Gold, was glänzt." Uebrigens darf von denselben doch wohl ein eigener Bericht über ihre Sendung erwartet werden. D. Red.)

Vom Büchertisch.

Die weltliche Herrschaft der Päpste

hat Niemand schärfer verurtheilt als die französische Diplomatie. Prinz Napoleon, der jetzt wieder besonders viel genannte, hat eine sehr verdienstliche Zusammenstellung der Berichte gegeben, welche zu verschiedenen Zeiten die Vertreter Frankreichs beim „heiligen Stuhl" an ihre Regierung über die päpstliche Mißregierung gegeben haben. Der Secretär des Prinzen, Herr Hubaine, hat unter dem obigen Titel diese Schrift veröffentlicht und es ist dieselbe nun auch in deutscher Uebersetzung erschienen. Wir entnehmen daraus u. a. folgende Stellen.

„Herr v. Lamartine hat gesagt: Man hat sich wohl selten von dem wunderlichen, vielseitigen und verworrenen Getriebe des Papstthums in Rom, als weltliche Regierung betrachtet, Rechenschaft gegeben. Die Fehler aller Arten von Regierungen in einer einzigen vereinigt, aber ohne ihre Vortheile, mit diesen wenigen Worten ist Alles gesagt. Die Regierung des Papstthums in weltlicher Hinsicht ist zu gleicher Zeit eine Theokratie oder Priesterherrschaft, eine Oligarchie oder die Herrschaft einiger bevorzugten Stände, eine Monarchie mit dem Papst als König, eine Republik (die Häupter der bevorzugten Stände erwählen ihn), eine Aristokratie (die römischen Fürsten sind Vasallen des Papstes und die Oberlehensherren des Volkes), eine Demokratie (die Souveränetät geht aus der Wahl hervor), endlich eine Fremdherrschaft; denn die Großwähler dieser Wahlmonarchie gehören allen italienischen Mächten, ob Freunde oder Feinde Roms, und allen katholischen Nationen des Erdballs an, wie fremd sie auch den römischen Interessen seien.

So hat also diese Regierungsform die Nachtheile, Schwachheiten, Tyranneien, Unordnungen und Gebrechen der Theokratie, der Oligarchie, der Aristokratie, der Demokratie, der Monarchie, der Republik und der Fremdherrschaft in sich vereinigt. Aber von ihren Vorzügen hat sie keine, weil sie all diesen Mängeln und Fehlern das Gebrechen aller Gebrechen in Bezug auf Regierungsformen — den Unbestand — hinzufügt. Sie ist zeitweilig, sie ist von kurzer Dauer, sie ist unsicher, sie ist flüchtig. Die wählenden Kardinäle wählen einen Greis, legen die Macht in eine hinfällige Hand, in der Hoffnung, sie ihr bald wieder entfallen zu sehen. Zuweilen irren sie; im besten Falle sterben die Gedanken eines kräftigen Papstes mit ihm; es gibt kein Vererben, noch ein Ueberleben des Systems, noch eine die Zukunft sicherstellende Verfassung bei einer solchen Regierung; der heutige Papst übernimmt keine Verbindlichkeit vom gestrigen, die Thaten sind persönlich, die Tugend ist nur auf Lebensdauer.

Die Kardinäle, den mit Italien wetteifernden oder ihm feindlichen Mächten angehörend, verständigen sich über die Wahl eines Papstes, der ihnen folgsam, oder an sie verkauft sein muß; die Reaktion gegen das vorhergegangene Regiment beginnt mit dem neuen. Der Papst, im Interesse der Kirche als Kirchenhaupt von den Mächten abhängend, ist auch als italienischer Fürst gezwungen, von ihnen abzuhängen."

„Herr v. Chateaubriand ergeht sich in folgenden Betrachtungen: Das Hauptgebrechen der politischen Verfassung des Kirchenstaats ist leicht zu erfassen. Da sind lauter Greise, die zum Monarchen wieder einen Greis wählen; dieser nun Herrscher gewordene Greis ernennt jetzt seinerseits Greise zu Kardinälen. Sich in diesem unnatürlichen Kreise unaufhörlich drehend, steht die oberste Macht stets am Rande des Grabes. Der Herrscher nimmt den Thron nie lange genug ein, um die Pläne zur Verbesserung der Zustände ausführen zu können, die er etwa entworfen hat. Es bedürfte eines Papstes, der Entschlossenheit genug besäße, um plötzlich eine zahlreiche Ernennung junger Kardinäle vorzunehmen, so daß er für die nächste Wahl einem jungen Papste die Mehrheit sicherte."

Der uns zugemessene Raum gestattet uns leider nicht, unsere Auszüge noch weiter auszudehnen. Aber die obigen Stellen sind noch nicht die schärfsten.

Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim

von August Röckel (Frankfurt 1865).

K. Wir genügen nur einer patriotischen Pflicht, wenn wir vor dem Schlusse dieses Blattes noch ganz kurz und vorläufig das Erscheinen eines Buches ankündigen, welches die ganze Aufmerksamkeit der patriotischen Arbeiterwelt wie aller ernsthaften Männer des Fortschritts verdient. August Röckel, früher königl. sächsischer Musikdirektor zu Dresden, dann Vertheidiger des Rechts und der deutschen Reichsverfassung in dem berühmten Dresdner Maikampfe 1849, hierauf Gefangener auf dem Königstein, zum Tode verurtheilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt" und endlich elf Jahre lang Bewohner der in diesem Blatt mehrfach geschilderten Anstalt Waldheim, gibt unter obenstehendem Titel gar interessante Aufschlüsse über das Unrecht, welches die deutsche Nation erlitten und über die Schmach, welche ihren Vorkämpfern, also ihr selber, mit nachsichtsloser Rachsucht angethan worden ist.

In kurzem Ueberblick berichtet der Verfasser über die Betheiligung des Königreichs Sachsen an der großen Erhebung Deutschlands im Jahre 1848, so wie über die Reaction, welche sich für Sachsen in dem Namen des Hrn. v. Beust verkörpert und bei jedem Leser des Buches ihr verdientes Urtheil finden wird. Sodann erzählt er in der zweiten Hälfte seines Werkes von den namenlosen Rohheiten, welche die Männer der Ueberzeugung und der Aufopferung zu ertragen hatten, und welche damit endigten, daß gebildete und vorwurfsfreie Bürger unter die gemeinsten Diebe und Mörder gestoßen und wie Diebe und Mörder behandelt wurden. Die Enthüllungen Röckels über das Zuchthaus zu Waldheim werden jeden Leser im höchsten Grade interessiren, namentlich da sie aufs Klarste darthun, wie mit der Abschaffung der Todesstrafe unser Criminalgesetz keineswegs reformirt sein würde, da man ohne das Fallbeil ganz wohl Männer und Weiber tödten kann, und zwar nicht nur moralisch und bürgerlich, sondern auch physisch. Die Beweise liegen mit Namen und Datum vor.

Wir kommen auf diese populäre und in alle Lebensverhältnisse des deutschen Volks tiefeinschneidende Schrift zurück.

Aus Proudhon.

(Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche. Thl. I. S. 489 u. 492.)

Wer seid ihr denn ihr Priester, Soldaten Christi, um meine Ehe zu weihen? Was hat die eheliche Gesellschaft mit eurer Ehelosigkeit gemein? Zu was brauche ich euren Segen und euren Glauben, um der Gefährte, der Beschützer und Berather eines Weibes und ihrer Kinder zu werden? Der Ehe-Vertrag ist der vorzugsweise gesellschaftliche Vertrag; was braucht's mehr als die Sanction der Familie und der Gesellschaft? Ihr wollt mein Weib zur Beichte anhalten? das ist hinreichend für mich, um sie als treulos fortzuschicken. Ihr wollt meine Kinder katechisiren? das ist hinreichend für mich, um ihre Anerkennung zu verweigern. Wenn die Politik die Eintracht, die Gesundheit, sogar eine Kreuzung der Sprachen, der Ideen, der Charaktere, der Gottesdienste so gut als der Racen verlangt, wollt ihr dieselbe im kirchlichen Interesse verhindern! Jede Einmischung der Autorität zwischen Gatten und Gattin, zwischen Familienvater und Kindern ist eine Auflösung. Was die häusliche Gerechtigkeit verbunden hat, das werdet ihr nicht trennen.

Die Thatsache wurde mir von vielen Personen bestätigt, daß in einem einzigen Departement die Polizei auf Ansuchen der Kirche mehr als 300 Wirthschaften unter dem Vorwande der Trunksucht und der Störung des Gottesdienstes geschlossen hat. — Was hat die Moral mit der Kneipe zu schaffen, fragt ihr? — Eine Schenke ist erstlich ein Eigenthum, und ich habe nie gehört, daß die Polizei oder die Kirchenfabrik die Eigenthümer entschädigt hätte, wenn sie den Schenkstrauß wegnahm. Aber ich will die Sache nur von ihrer unbedeutendsten Seite, in Beziehung auf das Vergnügen des Consumenten betrachten. Seit 30 Jahren besuche ich die Café's, Schenken und Speisewirthschaften; das Casino, wo sich die vornehme Welt versammelt, übersteigt meine Mittel. Als lediger Mann hatte ich keinen anderen Salon als das Café; verheirathet finde ich dort von Zeit zu Zeit eine Gesellschaft, der ich anderswo nicht begegnen würde, und die mir eine angenehme Unterhaltung gewährt. Seit der Revolution hat sich das Wirthshaus auch in die Sitten des Bauern mehr und mehr eingebürgert. Man lehre ihn, sich dort nicht zu betrinken und die Existenzmittel von Frau und Kindern nicht zu vergeuden, sogar, wenn's möglich ist, nicht auf Kirche und Staat zu schimpfen — das laß ich mir gefallen. Aber ich behaupte, daß das Wirthshaus mehr werth ist für die Civilisation als das Bethaus, und daß eine inteligente Polizei sich bestreben würde, den Gebrauch desselben zu vervollkommnen, statt dieselben zu zerstören. Es ist wahr, man lernt dort weniger die Anbetung als die Freiheit; aber gerade deshalb sind sie der Kirche, der Aristokratie und der Gewalt verhaßt, deren Sicherheit verlangt, daß die Bürger vereinzelt in ihren Wohnungen leben und zum Zellen-System verurtheilt seien.

Briefkasten.

Aus Celle in nächster Nr. Für diesmal reicht der Raum nicht. Aus Leipzig: Wegen Mangels an Raum für nächste Nummer zurückgelegt.

Arbeitsvermittelung.

Ein geübter Schriftlithograph findet sofort dauerndes Engagement bei

Rudolph & Buschendorf

in Gera.

Briefe und Muster franco gegen franco.

Verschiedene Anzeigen.

Zum augenblicklichen Stillen jeder Art von

Zahnschmerzen

ist F. Schott's neuerfundener „Extract Radix" als sicherstes Mittel zu empfehlen.
Depot bei: H. Borneff, Chirurg in Coburg.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die weltliche Herrschaft der Päpste.

Beurtheilt von der französischen Diplomatie.

Eine Sammlung von Actenstücken.

Von M. E. Hubaine,

Privatsecretär des Prinzen Napoleon.

Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.

Preis 12½ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Beurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 115.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszuzahlen, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 8, Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag,

12. März 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Alle Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem eine größere Anzahl von Arbeitervereinen, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Aus Leipzig: eine Kritik und deren Beantwortung; Celle, Beschluß des Arbeitervereins zu Gunsten der Allg. deutschen Arbeiterzeitung; Glauchau, Beschlüsse dreier dortiger Vereine in gleichem Sinn. Berichte aus Augsburg, Pösneck, Hamburg, Bremen, Pforzheim, Offenbach, Hannover, Breslau. — II. **Politischer Theil.** Aus Mitteldeutschland, die Gedenktage des Jahres 1848. — Preußen: die neueste Gestalt der preußischen Forderungen in Betreff Schleswig Holsteins und die Gegenforderung Oesterreichs. — Nürnberg, für die confessionsfreie Volksschule. — Mecklenburg, kein Geist aber Gespenster. — Aus dem Hannover'schen, die Titelnarren; Erklärung Professor Rühlmanns. — Straubing, L. Wittmann freigesprochen. — Berlin, wie es sich mit der Arbeiterdeputation nach Paris verhält. — Schweiz, ein edler Menschenfreund, Pater Theodosius Florentini, todt; Schweizer Reformzustände. — Leipzig, eine Volksversammlung und eine Bubenkomödie. — III. **Socialer Theil**: Die Arbeitseinstellung in Burg. Berlin: ein Vortrag über die Stellung der Arbeiterklasse zur Regierung; der „Socialdemokrat“ und seine Mitarbeiter. — IV. **Vermischtes**: Preisfragen für die Schneider-Akademie in Dresden. — Briefkasten.

Vereinsangelegenheiten.

Aus **Leipzig** ist uns der nachstehende Bericht von dem regelmäßigen Berichterstatter des dortigen „gewerblichen Bildungsvereins“ zugegangen. Wegen Mangels an Raum konnten wir denselben in der vorigen Nummer nicht bringen. Nach Fassung und Inhalt würde es uns vielleicht nicht zu verdenken sein, wenn wir den Bericht gar nicht brächten. Allein wir sind uns unseres gewissenstreuen Strebens bei Führung der Redaction des Blattes so bewußt, daß wir keinen Grund haben, die Kritik, selbst wenn sie in gehässiger Form auftritt, irgendwie zu fürchten und ihr die Spalten unseres Blattes zu verschließen. Indem wir daher den nachstehenden Bericht geben, verweisen wir lediglich auf unsere Bemerkungen zu den einzelnen Stellen. Hier der Bericht.

B. Leipzig. In der Monatsversammlung am 12. Februar kam der Schmerzensschrei unserer Zeitung zur Erörterung. Der Vorstand beantragte die Anschaffung von 25 Exemplaren aus der Vereinskasse; was nicht durch die regelmäßigen Abnehmer beansprucht wird, soll in einzelnen Nummern an die Mitglieder vertrieben werden, um die Anschaffung zu erleichtern. Man hofft, daß dadurch die Vereinskasse wieder zu ihrem Gelde kommen werde.

Dieser Antrag gab Veranlassung, die verschiedenen Ansichten über die Zeitung zu hören und damit hielt man auch nicht hinter dem Berge. So intime Freunde hatte die A.-Z. nicht, daß sie mit ihr durch Dick und Dünn gegangen wären, wenn auch denen, die so großen Anstoß an den „geharnischten“ politischen Artikeln nahmen und, wie es hieß, die Wahrheit nicht hören wollten, das „katholische Sonntagsblatt“ zur Lectüre empfohlen wurde. Ueberhaupt überwog die Zahl der Gegner die der Vertheidiger weit; selbst die, so sich an den „pikanten“ Artikeln höchlichst ergötzt hatten, wollten nicht unbedingt für die A.-Z. eintreten. Die Ansichten gingen durch die ganze Tonleiter hindurch, von den schroffsten bis zu den vermittelnden und versöhnenden.

Das Hauptärgerniß waren die „geharnischten“ politischen Artikel oder die vorwiegende Beschäftigung mit der Politik, während die eigentlichen Arbeiterfragen sehr stiefmütterlich behandelt worden seien. [1]) Besondere Einzelheiten kamen nicht sonderlich zur Sprache, man hatte mehr die „Gesammthaltung“ im Auge, doch fragte man, was denn z. B. die A.-Z. in der so hochwichtigen Coalitionsfrage zur Aufklärung gebracht habe. [2]) Man ging sogar so weit, zu behaupten, daß die A.-Z. gar kein Recht auf diesen Namen und die schöne Firma, die sie führe, habe und der Unterstützung nicht werth sei. Man gab zwar zu, daß die Leiter der A.-Z. ehrliche Leute seien, aber es seien eben Politiker und deshalb nicht im Stande, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. [3])

In Nr. 110 steht zwar wieder zu lesen, daß unsere Zeitung vom Arb.-Bild.-Ver. in Coburg ins Leben gerufen sei, aber soviel steht auch wohl fest, daß das Verhältniß zwischen unserer Zeitung und diesem Vereine ein ganz anderes ist als das, in welchem das „Felleisen“ zu den schweizerischen Arb.-Ver. und der hier erscheinende „Correspondent“ zu dem Buchdrucker-Verein steht. Beide sind, wie unsere Zeitung, in das dritte Jahr eingetreten, aber sie haben nicht nöthig gehabt, einen Schmerzensschrei auszustoßen, im Gegentheil haben sie gute Geschäfte gemacht. Der Correspondent hat z. B. bereits schon, wie wir gehört, seine Caution verdient. Beide Blätter treiben zwar keine hohe Politik, aber eben darin ist wohl die Ursache für den mangelnden Schmerzensschrei zu suchen. [4]) Was die Mittheilung aus der liberalen coburgischen Preßproceß-Aera, der Steckbrief hinter die Junker Mecklenburgs und so noch manches Andere den Arbeitern frommen soll, vermögen wir nicht einzusehen. [5]) Die „Hahnischen“ hätte man getrost dem Kladderadatsch überlassen können, der überdies den Arbeitern nicht fremd ist. Der Steckbrief gehört übrigens zu den sogenannten „brodlosen Künsten“, zumal es hier auch heißt: „die Berge haben gekreißt und — eine Maus geboren“. Seit Erlaß desselben ist mehr als ein halbes Jahr verflossen, aber von der angekündigten zeitweisen Wiederholung haben wir nichts verspürt. (Und doch war er dem Herrn Correspondenten schon das erstemal zu viel! D. Red.) Es ist dem Steckbrief gegangen, wie der Vereinsstatistik; sie haben sich im Sand verlaufen. (Daran, daß wir dabei nur sehr unvollkommen gefördert worden sind, tragen wir nicht die Schuld. D. Red.) Was die mit so großer Vorliebe gepflegten „pikanten“ Artikel unserer Zeitung eingebracht haben, wird die Redaktion am Besten daraus ersehen, daß gerade die „Feinschmecker“, die sich höchlichst daran geletzt haben, es nicht für werth gehalten haben, auf die Zeitung zu abonniren.

Andererseits bedauert man den Titel unserer Zeitung in sofern, als dadurch ein besonderer Stand geschaffen und englische und französische Zustände, wahrlich nicht zum Frommen der Arbeiter, nach Deutschland übertragen worden sind. [6]) Auch die Kosten der Zeitung kamen zur Sprache und fand man die Angabe von 3000 Thlr. für das Jahr über die Maßen hoch. Und in der That, wenn man bedenkt, daß der ganze Jahrgang 1864 nur 37 Bogen (?) umfaßt, also die Herstellungskosten für den Bogen über 81 Thlr. betragen, so ist dies auch schwer glaublich, zumal bei der Honorarberechnung für die Mitarbeiter die doch unter den Ausgaben keine kleine Rolle spielt, jene Bogenzahl noch bedeutend zusammenschrumpft. ([7])

Was die Zeitung Gutes geleistet, wurde keineswegs verkannt. Man dürfe daher das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Der Name wurde in Schutz genommen, weil kein anderer dafür als Ersatz dienen könne. Ein politischer Theil sei nothwendig, namentlich der Vereine in kleineren Städten wegen, wo sonst keine anderen Zeitungen gelesen würden. Die A.-Z. habe Alles gethan, was in ihren Kräften gestanden, um den Anforderungen gerecht zu werden; wenn man nicht befriedigt sei, so trage man selbst die Schuld, da man sie zu wenig unterstützt habe. Werde sich die Zahl der Abnehmer mehren, so werde die Zeitung auch interessanter werden. [8]) Schon in der letzten Zeit sei eine Aenderung merklich. Großes Gewicht wurde darauf gelegt, daß unsere Zeitung, wie keine andere, eben in ganz Deutschland gelesen werde und deshalb sei es auch nicht thunlich, daß irgend ein anderes schon bestehendes Blatt zum Organ der Arbeitervereine erwählt werde.

Von verschiedenen Seiten wurde bezweifelt, ob die Betheiligung der Vereine in Folge des Schmerzensschreies so groß sein werde, um das Bestehen der Zeitung zu sichern. Eine radikale Heilung des Uebels sah man nur darin, daß sich der ständige Ausschuß der Sache annehme; der werde dann auch ein wachsames Auge auf die Haltung der Zeitung haben.

Zum Schluß wurde die Resolution gefaßt, daß die Erhaltung unserer Zeitung durchaus nothwendig sei, ebenso aber auch, daß in Zukunft von ihr das wirthschaftliche und sociale Gebiet mehr berücksichtigt werde. Namentlich sei eine Aufforderung an die Vereine wün-

schenswerth, mehr Berichte einzusenden. Eine regere Betheiligung der Vereine läßt sich allerdings nicht erzwingen, jedoch dürfte hier zeitweise ein „Steckbrief" wirksamer sein, als der hinter die Junker Mecklenburgs erlassene.*)

Der vom ständigen Ausschuß veröffentlichte Bericht über die Verhandlungen des zweiten Vereinstags deutscher Arbeitervereine ist ein getreues Spiegelbild unseres alten Erbübels. Der Bericht über den ersten Vereinstag ist in Octav, der des zweiten in Quart erschienen und sicher wird der des dritten in Folio angestiegen kommen, damit ja die Großmächte auch neben den Klein- und Mittelstaaten vertreten sind. Es ist dies allerdings nur eine Kleinigkeit, die aber mit tausend Zungen predigt.

Bemerkungen der Redaktion zu vorstehendem Bericht.

1) Es will uns fast scheinen, als herrschte wenn auch vielleicht nicht in dem gewerblichen Bildungsverein als solchen, so doch bei einzelnen Elementen desselben eine politische Richtung vor, welche viel conservativer ist, als mit den Interessen der Arbeiter und deren dadurch bedingtem socialen und politischen Vorwärtsstreben irgendwie vereinbar ist. Es kann nur Vorwand sein, von einer „vorwiegenden Beschäftigung mit der Politik" zu sprechen, wenn ein Blatt bei 12 bis 18 ja 24 Spalten regelmäßig 3 bis höchstens 5 Spalten Politik bringt!

2) Z. B. in Nr. 112 und 113 nur 21 Spalten allein über das Coalitionsrecht.

3) Also doch wenigstens ein Verdienst, das der Ehrlichkeit. Es könnte übrigens zweifelhaft sein, ob die Arbeiter bei einer Art von Gerechtigkeit, wie sie in Obigem geübt wird, viel „ehrliche Leute" finden werden, welche für die Arbeiterinteressen unermüdet in jeder Hinsicht soviel Opfer bringen, wie Redaction und Verleger der Allg. deutschen Arbeiterzeitung.

4) Das heißt, der „Correspondent" und das „Felleisen", die übrigens beide unsere Arbeiterzeitung wiederholt viel gerechter beurtheilt haben, als in obigem Bericht geschieht, werden aus den Mitteln der betreffenden Vereinigungen selbst bestritten, während die Kosten und das Risiko der „Allg. deutschen Arbeiterzeitung", da die Mittel des hiesigen Vereins hierzu nicht hinreichten, vom Verleger übernommen worden sind, und dadurch das Unternehmen überhaupt ermöglicht worden ist. Daß dies gut und nützlich war, wird nach Obigem freilich bestritten. Wir und mit uns viele sind indessen anderer Meinung. Unser Blatt, in der von uns genommenen Fassung der Aufgabe, ist allerdings wohl das erste Unternehmen dieser Art in Deutschland gewesen. Wir bestreiten aber, daß es unzeitgemäß und unnöthig war. Ohne einen solchen geistigen Sammelpunkt, wie er durch unser Blatt geschaffen worden, ist keinerlei gemeinsame Verständigung, geschweige eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen möglich. Der Mangel desselben war es, in Folge dessen die früheren derartigen Bestrebungen entweder im Sande verlaufen, oder auf Abwege gerathen und so oder so erfolglos geblieben sind. Ein solches Preßorgan, welches mit innerer Nothwendigkeit und im eigensten Interesse der Fragen, die es zu behandeln hat, als Arbeiterblatt hervortreten muß, hat dann freilich nach allen Seiten im wahren Sinne des Wortes eine Art geistiger Pionirthätigkeit zur Aufgabe. Es soll unter den Arbeitern selbst das Verständniß und die Klarheit über die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe und über die rechten Mittel zum Ziel herbeiführen und fördern, die eben nicht in bequemem und leichtem Schimpfen, Toben und blindem Dreinfahren, sondern in ausdauernder, wohlberechneter socialer wie politischer Anstrengung und Arbeit beruhen; es soll andrerseits den Besitzenden und Arbeitgebern klar machen, daß die Gebote der Gerechtigkeit und Menschenliebe, im vollsten Sinne des Wortes sittliche Gebote sind, die über dem Erwerbstrieb und seinen Errungenschaften, dem Mammon, stehen und daß in dem Gehorsam gegen diese Gebote die Versöhnung und Ausgleichung der scheinbar feindlichen beiderseitigen Interessen und darum ein Akt vorsorglicher Weisheit liegt, welche die Klügeleien des herzlosen Egoismus weit überragt; es soll endlich beiden Theilen zeigen, daß die Arbeiterfrage nur ein Theil der socialen Frage überhaupt und daß diese der eigentliche Kern alles Ringens und Strebens ist, da der Mensch eben nicht um der Gesellschaft und um des Staats, um irgend welcher Gesellschafts- und Staatsformen, sondern lediglich um sein selbstwillen da ist, und daß jene um seinetwillen da sind, damit er unter ihren schützenden und fördernden Formen und Einrichtungen seine menschliche Bestimmung erreiche.

Es begreift sich hiernach, daß eine Arbeiterzeitung, wenn sie wirken soll und will, nicht auf Berichte von Festen und Versammlungen und von gehaltenen Reden oder auf leichte Unterhaltung sich beschränken darf, sondern daß sie eine unendlich höhere Aufgabe hat. Eine solche ist auch die unseres Blattes. Wir wissen nur zu wohl, wie weit wir bis jetzt und bei unseren Mitteln von der Erfüllung dieser Aufgabe entfernt sind, wir sind uns aber auch bewußt, daß wir mit redlichstem Willen und mit allen Kräften sie zu erfüllen streben und daß unser Blatt, wenn es uns gelingt, die gesetzte Aufgabe einigermaßen zu erfüllen, keine nur vorübergehenden Erfolge für die Sache des socialen Fortschritts erringen wird.

5) Mit anderen Worten, das Blatt soll in Fragen, in denen es mit der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland sich im Einklang befunden hat, sich auf sächsische Reclamationen hin Preßprozesse machen und sich still und ruhig abthun lassen. Das würde allerdings ganz nach dem Sinn der Väter von Waldheim sein, ist aber nicht unsere Meinung.

Was Mecklenburg betrifft, so kann und soll es, nach der obigen Auffassung einer Arbeiterzeitung natürlich ganz gleichgültig sein, wenn dort die Arbeiter geprügelt und ihrer Menschenwürde und Menschenrechte von einem übermüthigen Junkerthum beraubt werden.

Ueberhaupt aber, da die socialen Fragen und unter ihnen die Arbeiterfrage nur im politisch freien Staate gelöst werden können, so verräth es ein sonderbares Verständniß der Aufgabe, wenn man verlangt, daß eine „Arbeiterzeitung" die Politik von ihren Erörterungen ausschließen oder nur vernachlässigen soll. Wer das verlangt, wem es mißfällt, daß ein Arbeiterblatt in Fragen der Politik dem verletzten Volksgewissen überall den schärfsten Ausdruck gebe, der ist eben kein wahrer Arbeiterfreund, sondern, bewußt oder unbewußt, ein Reaktionär oder mindestens einer von denjenigen, die ihre Meinung lediglich nach den Winken von oben reguliren. Allerdings wird es hohen und höchsten Orts in der Regel sehr gewünscht, daß der „gemeine Mann", daß der Arbeiter um Politik sich gar nicht bekümmere, von ihr gar keine, am wenigsten aber richtige Vorstellungen habe; weil dann die Herren ihrerseits viel leichtere Arbeit haben und namentlich in geeigneten Fällen die Arbeiter als blinde Werkzeuge des „Regierungs-Socialismus" benutzen können. Daß dies aber nicht im Interesse der Arbeiter liegt, ist unsere bescheidene Meinung und danach werden wir noch wie vor unbeirrt handeln.

6) Warum der Name Arbeiterzeitung nothwendig war, haben wir oben in unserer Anmerkung 4) schon angedeutet. Wer den Namen „Arbeiterzeitung" bedauert, beweist abermals, daß er weder Verständniß für die Aufgabe, noch das berechtigte Selbstbewußtsein eines Arbeiters hat.

7) Wie über die Aufgabe der „Arbeiterzeitung", so scheint man auch über den Kostenpunkt sich sonderbare Vorstellungen zu machen. Man vergleicht das Blatt mit dem „Correspondent" und mit dem „Felleisen", ohne zu bedenken, daß beide einen viel enger umgrenzten Wirkungskreis und Aufgabe, und in Folge dessen viel günstigere Chancen des materiellen Gedeihens haben, während überdies das „Felleisen" monatlich nur einmal einen halben Bogen stark und in viel kleinerem Format erscheint. Ebenso sonderbar ist die Vorstellung, daß Druckkosten und Schriftstellerhonorar die einzigen Kosten für ein Blatt seien, und noch sonderbarer ist es, bei einem Blatt, welches mit so viel Schwierigkeiten und Hindernissen zu kämpfen hat, und für einen Zeitraum von zwei Jahren, in welchen zugleich die Kosten der Gründung und ersten Ausbreitung des Blattes, darunter allein mit mehreren hundert Thalern für Ankündigungen des Blattes in den Zeitungen in allen Theilen Deutschlands, fallen und bei einem so unverhältnißmäßig niedrig gestellten Preis, gegenüber von Vertriebs-Provisionen und Rabattsätzen, welche, zumal bei dem Vertrieb im Buchhandel den Nettopreis auf 28 kr. und selbst auf 25 kr. pro Quartal reduciren, — sich über ein zweijähriges Gesammtdeficit von 3000 Thlr. und nicht vielmehr darüber zu verwundern, daß das letztere bei der unvermeidlichen Beschränkung auf dem Vertrieb im Buchhandel und auf den durch das Porto so kostspieligen directen Versandt nicht viel höher ausgefallen ist!

Nach der Rechnung des Herrn Berichterstatters sind im Jahr nur 37 Bogen geliefert worden. Dabei ist übersehen, daß nur die wenigsten Nummern ½ Bogen, die meisten dagegen ¾ und sehr viele einen ganzen Bogen stark waren. Es sind hiernach durchschnittlich in den beiden Jahrgängen jährlich 40½ Bogen, nämlich im Jahrgang 1863 volle 45¼ Bogen, im Jahrgang 1864 dagegen allerdings nur 35¾ Bogen, zusammen also in beiden Jahrgängen 81 Bogen geliefert worden. Dann mußten im ersten Jahre, im Interesse möglichst allgemeiner Verbreitung, Behufs vielfacher Gratisversendung, Beilage zu anderen Zeitungen u. s. w. sehr bedeutende Auflagen gemacht werden, wodurch allein das allgemeine Bekanntwerden und eine gleichmäßige, feste, wenn auch noch lange nicht ausreichende Verbreitung des Abonnements durch ganz Deutschland und selbst weithin nach dem Ausland und bis nach den überseeischen Ländern erzielt worden ist. In Folge dieser, im Interesse der größeren Verbreitung den festen Bedarf häufig weit übersteigenden Auflagen ist es gekommen, daß das Blatt im ersten Jahrgang im Ganzen in 196,350 Exemplaren und im zweiten im Ganzen in 85,010 Exemplaren, in Summa also in 2 Jahrgängen in 282,360 Exemplaren gedruckt und verbreitet worden ist.

8) Wodurch eigentlich das Blatt „interessant" werden soll, ist freilich schwer zu fassen, wenn es nicht nur nicht „pikant" und nicht „geharnischt" schreiben, sondern sich auch mit „Politik" sich nicht befassen und überhaupt nicht mißliebig, also nur etwa nach Bismarck'scher oder Beust'scher Musterschablone arbeiten soll!

9) Steht freilich in fetten Lettern an der Spitze jeder Nummer!

Celle. In letzter beschlußfähiger Versammlung unseres Vereins, wurde der vom Vorstande gestellte Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben:

„den ständigen Ausschuß der deutschen Arbeitervereine zu ersuchen, eine Befragung aller Brudervereine, dahin zielend, vornehmen zu wollen, ob sie geneigt seien, das vorhandene Deficit, welches dem Verleger der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" erwachsen, durch Uebernahme der einzelnen Vereine nach Mitgliederzahl zu decken."

Außerdem wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, ein geeignetes Vereinsmitglied zu wählen, welches bei den Ehren- und außerordentlichen Mitgliedern des Vereins zum Halten der „Allg. d. Arbeiterzeitung" anregen sollte. Gewählt wurde Herr Reuter von hier.

Nachdem vom Vorsitzenden die Lage des Blattes den Mitgliedern dargelegt, betonte derselbe als bestes Hülfsmittel, wenn die Mitglieder einzelne Gruppen bildeten, etwa die in einer Werkstatt vereinigten, oder sonst specieller befreundeten, um für sich Exemplare der Zeitung zu halten.

Es sind auf diese Weise bereits 10 Exemplare gezeichnet worden. (Wenn so in der rechten Weise für die erforderliche größere Verbreitung des Blattes gesorgt wird, kann das Deficit durch das Blatt selbst gedeckt werden. Es sind darüber bereits einläßliche Vorschläge von uns dem ständigen Ausschuß vorgelegt. Wir haben schon früher auf den Vorschlag des Vereins in Zwickau hingewiesen, (Nr. 112 unseres Blattes). In dieser und der oben von dem Vereine in Celle vorgeschlagenen Weise können die sämmtlichen Brudervereine jeder zu seinem Theil nach Verhältniß seiner Mitgliederzahl die Garantie des festen Absatzes einer bestimmten Anzahl von Exemplaren ein- für allemal, ohne Risiko übernehmen. D. Red.)

Glauchau, 5. März. (Aus dem Gewerbeverein.) Wir übersenden Ihnen inliegend einen Auszug aus dem Jahresbericht unseres Vereins und hoffen, daß Sie dasjenige, was Sie darin von allgemeinem Interesse halten, zum Abdruck bringen werden. (Wird in nächster Nummer geschehen. D. Red.)

In hiesiger Stadt hat die Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung eine große Ausdehnung gewonnen; denn außer unserem Gewerbeverein bestehen noch mehre Vereine ähnlicher Tendenz, als: „Arbeiterleseverein", welcher hauptsächlich Bildungszwecke verfolgt, der „Arbeiterstern", ein Consumverein. Außerdem bestehen noch mehre ältere Associationen zur Beschaffung billiger Lebensmittel.

Die erstgedachten 3 Vereine haben, um auch ihrerseits etwas dazu beizutragen, daß ihr geschätztes Blatt den Arbeitern erhalten bleibt, je 10 Exemplare bestellt, die sie wieder unter ihren Mitgliedern absetzen.

Daß die Gründung eines Gauverbandes von Seiten der Regierung nicht erlaubt wurde, beklagen wir um so tiefer, als die Betheiligung eine sehr lebhafte und zahlreiche zu werden versprach. Der aus 13 Vereinen bestehende niedererzgebirgische Lesebund hatte nämlich in einer am 6. Dec. v. J. abgehaltenen Conferenz beschlossen, sich aufzulösen und dem zu begründenden Gauverbande beizutreten, so daß die Theilnahme von 26 Vereinen an demselben gesichert war.

Neuerdings ist jedoch Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß das Vereinsgesetz abgeändert und dadurch die Errichtung eines Gauverbandes möglich werden wird.

Der Arbeiter-Fortbildungsverein in Augsburg*) hat mit lebhaftem Interesse die Fortschritte aller Bruder-Vereine in Deutschland verfolgt, mit redlichem Eifer gestrebt, all' den Momenten, welche zur Hebung der geistigen und materiellen Vervollkommnung des Arbeiterstandes beitragen, Geltung zu verschaffen. Anregung und Bedürfniß hiezu ist nicht leicht in einer Stadt unseres Vaterlandes mehr gegeben, als gerade hier; es bedingt dies die Größe und Ausdehnung ihrer Industrie, somit die Festigung der sittlichen und materiellen Grundlage eines zahlreichen Arbeiterstandes. Leider war das unablässige und mühevolle Streben der Vereinsmitglieder geschwächt, da eine Einigung sämmtlicher Kräfte, eine Verkennung der wahren Interessen, durch die confessionelle Scheidung in „evangelische" und „katholische" Gesellenvereine gehindert war, unserem Vereine die nöthige Mitgliederzahl geraubt und somit die Mittel zu den Vereinszwecken auf das niederste Maß gedrückt waren.

Mit den geringen Beiträgen war es schwer, allen an den Verein gestellten Anforderungen, für Vereins-

---

*) Leider verspätet. Nach wochenlangem Ruhen in verschiedenen dortigen Taschen, endlich auch an uns gelangt. D. Red.

lokal und Unterricht zu genügen und es hat eiserner Ausdauer bedurft, um dem Vereine unter so schweren Verhältnissen das Leben zu fristen. Dank den Bestrebungen Einzelner, hat der liberale Theil hiesiger Bevölkerung die Wichtigkeit der Aufgabe erkannt, dem Streben nach Bildung des Arbeiters seine Theilnahme und Beihülfe zuzuwenden und er hat dies in praktischer Weise gelöst. Um unseeem Vereine die nöthigen Mittel in nicht verletzendee Weise zu sichern, ist eine große Anzahl Bürger dem Vereine als Ehrenmitglieder mit der Verpflichtung beigetreten, als Minimum den Jahresbeitrag eines ordentlichen Mitgliedes von 2 fl. 36 kr. zu zahlen, ein guter Theil zahlt höhere Beiträge. Es ist zweifellos, daß sich die Betheiligung in dieser Weise bedeutend noch mehrt, gleichwohl sind jetzt schon die Mittel geboten, um den Unterricht in allen benöthigten Fächern, durch treffliche Lehrkräfte zu besetzen und Lehrer haben sich zum unentgeltlichen Untereicht mit höchst anerkennenswerther Uneigennützigkeit bereit erklärt. Der geregelte Unterricht wird unserem Vereine ein erhöhtes Inteeesse verschaffen und ihm eine größere Theilnahme von Seite der Arbeiter sichern. Wir freuen uns daher, daß die Grundlage für ein kräftiges Erblühen unseres Vereins gegeben, der Wetteifer seiner Mitglieder sichert den Erfolg. Wir halten den Wahlspruch hoch:

„Bildung macht frei, Bildung macht stark!"

Pößneck, 3. März. In unserer gestrigen Versammlung wurde über „Regulirung des Arbeitmarktes" verhandelt und verfehle ich nicht Mittheilung davon zu machen.

Der Vorschlag, behufs Arbeitgesuche eine Tafel im Vereinslokale und den besuchtesten Gasthöfen rc. auszuhängen, fand keinen Anklang, indem unter den mancherlei Gründen die dagegen sprechen, ich nur den einen derselben anführe:

„Durch Veröffentlichung der Arbeitsuchenden erfährt ein Meister sofort, ob sich sein Geselle nach anderer Arbeit umgesehen hat und wird sich mancher Meister nicht geniren, den Gesellen sofort aus der Arbeit zu schicken, sofern er Letzteren nicht ganz nöthig braucht. Der Geselle findet nicht sogleich wieder Arbeit und müßte wohl Tage lang feiern, und ohne Verdienst herumschleudern.

Es wuede daher die Geündung eines Arbeit-Nachweisbureaus für das Beste gehalten und wurde zur Führung eines solchen unsrer Cassirer Herr **Adam Straßburger** beaufteagt, welcher sich gerne, unter Beziehung einer Gebühr von 2 kr. vom Nachsuchenden, dazu verstand.

Da jedoch die jeden Monat unerledigt gebliebenen Stellen im „Arbeitgeber" veröffentlicht werden sollen und das Porto zur Einsendung der Listen der Bureauhalter zu tragen hat, so wurde demselben gestattet, von jedem Arbeitgeber welcher Aebeiter sucht 4 kr. zu erheben. Für Arbeitsucher jedoch die Gebühr bei 2 kr. zu lassen.

Schließlich erwähne, daß sich aus Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins seit 1. Jan. d. J. ein Marken-Consumverein gebildet hat, der bei nur 40 Mitgliedern, im Laufe der beiden vergangnen Monate 540 fl. umgesetzt hat.

Der Schriftführer des Arbeiterbildungsvereins
in Stellv. d. Vorsitzende **Feod. Walther.**

G. **Hamburg**, 26. Febr. Der „Bildungsverein für Arbeiter" in Hambueg (Böhmkenstraße 4) feierte am 25. Febr. nach 20jährigem Bestehen sein Stiftungsfest, in dem Lokal des Herrn Wörman im Conventgarten. Zahlreich war die Versammlung, die sich zu demselben eingefunden hatte, und verlief dasselbe in folgender Weise.

Um 9 Uhr ward durch ein vom Sängerchor des Vereins vorgetragenes Lied die Feier eröffnet, worauf der derzeitige Präsident G. N. Richter das Wort nahm und in folgendem Jahresbericht Rechenschaft gab von der Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre.

„Verehrte Anwesende! So wie seit mehreren Jahren schon, habe ich auch heute die Pflicht, diese festliche Feier unseres Vereins einzuleiten, und zu berichten über das was im vergangenen Jahre erwähnenswerthes geschah. — Zuerst will ich mich aber der Pflicht entledigen, daß ich Ihnen im Auftrage des Vereins und des Festcomité's meinen herzlichsten Dank ausspreche, für Ihre Anwesenheit bei heutigem Feste, viele von Ihnen sind wir gewohnt Jahr für Jahr zu sehen, der beste Beweis, daß die Theilnahme nicht erlischt, hiermit heiße ich sie sämmtlich im Namen des Vereins herzlich: Willkommen.

Indem ich nun auf die Verhältnisse des Vereins und seine Leistungen näher eingehen will, habe ich die Bemerkung vorauszuschicken, daß ich wenig Neues bringen werde, und daß mein Bericht verglichen mit den Berichten früheeer Jahre möglicherweise bei Ihnen den Eindruck der Monotonie hervorrufen wird. Man hat ein altes Sprüchwort: Die beste Frau ist die, von der man am wenigsten hört, weil bei ihr alles in gewohnter Ordnung fortgeht, so möchte ich dies Sprüchwort auch auf den Verein anwenden, und daraus folgenden Schluß ziehen: Weil vom Verein wenig Neues zu berichten ist, so liegt darin der beste Beweis, daß er seinen ruhigen, geordneten Gang, wie er Ihnen seit Jahren bekannt ist, in erfreulicher Weise verfolgt und erfreuliche Resultate erzielt.

Wenden wir nun zuerst unseren Blick auf die Lehrverhältnisse des Vereins, so wird es nicht nöthig sein, daß ich die einzelnen Fächer, in denen unterrichtet wird, Ihnen nenne, unser Stundenplan besagt dies ausführlich und ist gewiß dem größten Theile von Ihnen bekannt, die Unterrichtszweige sind dieselben geblieben, der Unterricht, jetzt von 18 Lehrern ertheilt, erfreut sich zahlreichen Besuches und sind mit ganz wenigen Ausnahmen noch dieselben Lehrkräfte angestellt wie voriges Jahr. Zugleich will ich hier bemerken, daß ebenso wie in früheren Jaheen, die in den verschiedenen Zeichnenstunden angefertigten Arbeiten im Vereinslokal Sonntag und Montag von Morgens 10 bis Abends 6 ausgestellt sein werden. Als neu werden bei dieser Ausstellung dies Jahr auch die Arbeiten aus dem stenographischen Unterricht mit ausgelegt werden. Es ist der Besuch dieser Ausstellung Jedermann gestattet und spreche ich die Bitte aus, daß sie durch recht zahlreichen Besuch sich von den Leistungen unserer Mitglieder überzeugen mögen.

Wohl habe ich nicht nöthig, sie ausführlich darauf hinzuweisen, daß durch eine reichhaltige Bibliothek, ein Lesezimmer von über 20 ausgelegten Zeitschriften und durch wissenschaftliche Vorträge die Bildung der Mitglieder befördert und von denselben in erfreulicher Weise benutzt wird; ebenso bedarf es keiner weiteren Ausführung, daß durch Concerte, Abendunterhaltungen und im Sommer durch Vergnügungstouren für Erheiterung und Zerstreuung der Mitglieder gesorgt wied; aber über unsere Cassenverhältnisse will ich nicht unterlassen, Ihnen in den bedeutenderen Zahlen Auskunft zu geben. Die Gesammteinnahme betrug 10,462 Mark 6 Schilling, die Ausgabe 10,174 Mk. 10 Sch., verblieb mithin in der Hauptkasse ein Ueberschuß von 287 Mk. 10 Sch. Wir schlossen den Cassenbestand von 1863 hinzugeechnet mit einem Saldo von 848 Mk. 8 Sch. Auch unser Reservefond hatte sich auf 774 Mk. 12 Sch. gehoben, diesen zum Cassensaldo hinzugezogen ergibt einen Bestand von 1623 Mk. 4 Sch. gegen 987 Mk. 13 Sch. am Schluß des Jahres 1863. Das Resultat ist also derart, daß wir alle Ursache haben, mit unseren pekuniären Verhältnissen zufrieden zu sein, indem uns im veegangenen Jahre ein Ueberschuß der Hauptkasse und des Reservefonds zusammen von 635 Mk. 7 Sch. verbleibt. Die bedeutenderen Ausgaben waren 1642 Mk. an Zinsen, 3122 Mk. 12 Sch. Lehrerhonorare, 319 Mk. 8 Sch. für Vorträge und Schaustellungen, 491 Mk. 9 Sch. für Bibliothek und Lesezimmer und 1269 Mk. für Gas. Die Durchschnittszahl der Mitglieder betrug per Monat 683, der Besuch war am stärksten im Januar, wir zählten 769 Mitglieder, am schwächsten im August mit 579 Mitgliedern.

Eine Hauptaufgabe für uns ist zugleich auch dahin zu streben, daß die Schuldenlast unseres Vereins eine geringere werde, leider haben wir im veegangenen Jahre aber blos 20 Aktien à 10 Mk. auslosen und tilgen können. Andererseits verringerte sich dieselbe durch einige gütige Geschenke, indem uns von einer Seite 2 Aktien à 100 Mk. Bco. und von anderer 1 Aktie à 50 Mk. Bco. zurückgegeben wurden. Auch unsere Bibliothek erhielt durch ein Geschenk von ca. 80 Büchern einen erfreulichen Zuwachs, neben diesen Bedeutenderen gingen auch mehrere kleinere Schenkungen dem Vereine zu, und ich entledige mich hier der angenehmen Pflicht sämmtlichen Gebern den Dank des Vereins in wärmster Weise auszusprechen.

Eine Veränderung in der inneren Einrichtung des Vereins hat in diesem Jahre stattgefunden. Seit Begründung desselben lag dem Vorstande auch die Ueberwachung der Lehrstunden ob, sowie derselbe auch über Anstellung und Entlassung der Lehrer zu entscheiden hatte. Mehr und mehr hatte sich in den letzten Jahren die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es nicht zweckmäßig sei, derartige wichtige Entscheidungen in den Händen von Laien zu lassen, so ward denn im verflossenen Jahre die Ernennung einer Unterrichtscommission beschlossen und ausgeführt, zusammengesetzt aus dem Lehrfach angehörenden Mitgliedern und einigen Mitgliedern des Vorstandes. Seit einem halben Jahre ist diese nun in Thätigkeit und wir haben alle Ursache mit dieser neuen Einrichtung zufrieden zu sein, indem die Resultate schon sehr erfreulichee Natur sind.

Eine andeee, nun nach Einführung der Gewerbefreiheit eingeführte, im Laufe des vergangenen Jahres schon vorbeeeitete Einrichtung, ist dee Versuch die Vermittlung der Arbeit durch den Verein zu beschaffen, da bei der starken Mitgliederzahl wir uns wohl der Hoffnung hingeben können, daß bei gegenseitigem Bedarf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sich eine Verständigung im Verein leicht würde erzielen lassen. Wünschenswerth ist es jedenfalls, daß dieser Versuch ebenfalls günstige Resultate liefern möge, die Zukunft wird es uns zeigen, ob dies der Fall ist.

Mit meinem Bericht über die inneren Verhältnisse des Vereins wäre ich nun am Ende. Werfen wir nun einen Blick darauf, ob der Verein auch andere Bestrebungen in den Kreis seiner Thätigkeit zieht und sich mit Gegenständen beschäftigt, die von allgemeiner Bedeutung sind, so finden wir, daß dee Verein auch hierin seinen Grundsätzen getreu geblieben ist und Interesse an der Behandlung socialer Fragen nimmt, er hat dies bewiesen duech seine Beschickung des Leipziger Arbeitertages, er hat gezeigt, daß ihm die Förderung der dort zur Discussion gestellten Fragen der Zeit noch eben so warm am Herzen liegt, wie sie vom Vereine dies stets gewohnt waren. Im Verein sind die Gegenstände der Leipziger Tagesordnung schon vorher discutirt worden und in jeder einzelnen Frage ist durch Majoritätsbeschluß seinen Vertretern die Stellung bezeichnet, die sie dort einzunehmen hatten. Zu weit würde es führen, wollte ich hier auf die einzelnen Fragen und die Stellung des Veeeins zu denselben näher eingehen, aber eines Umstandes muß ich gedenken, weil der Verein die Veranlassung dazu war. Bei der Beeathung der verschiedenen Gegenstände ward für den Leipzigee Arbeitertag auch die Frage der **Abkürzung der Arbeitszeit** als vom Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg angeregt, demselben zur Inbetrachtnahme empfohlen; diejenigen, welche den damaligen Verhandlungen in der Tagesliteratur gefolgt sind, werden sich dessen erinnern. Erwartet konnte bei der tief einschneidenden Bedeutung der Frage nicht werden, daß irgend welche Beschlüsse darüber gefaßt weeden würden, aber wenn etwas, was als recht anerkannt werden muß, in die öffentliche Discussion gezogen wird, immer und immer darüber gesprochen und auf die Nothwendigkeit hingewiesen wird, so wird auch allmälig in dieser Feage die Wirkung auf die öffentliche Meinung nicht ausbleiben *). Vorläufig ist die Frage zu weiterer und eingehender Berichterstattung vom Arbeitertage überwiesen und wird jedenfalls auf einem späteren Arbeitertage einen Gegenstand der festgestellten Tagesordnung bilden.

Wenden wir nun noch unsere Aufmerksamkeit auf die Betheiligung der Arbeiter an den Bildungsvereinen und auf das Steeben derselben, sich mehr und mehr auszubilden und ihr Wissen zu bereichern, so möchte man fast muthlos werden, wenn man sieht, wie gering im Verhältniß zur Zahl der Aebeiter die Zahl derer ist, die das ihnen gebotene benutzen, obgleich unsere Zeit doch immer mehr und mehr Forderungen an den Einzelnen stellt. Um so erhebender sind dann aber Ereignisse, wie solche die Tagespresse der letzten Tage besprochen hat: die Anerkennung, welche der Unterrichtsminister in Frankreich über das Streben nach Bildung in deutschen Arbeiterkreisen ausgesprochen hat; in Frankreich, wo man doch nicht gern einem anderen Volke den Vorrang zugesteht, sucht man jetzt ebenfalls nach deutschem Vorbilde auf Ausbildung des Arbeitees hinzuwirken. — Nach solcher Anerkennung, selbst vom Ausland, hebt sich der Muth zu unseren Bestrebungen auf's Neue, mit Stolz blicken wir auf das, was trotz allem bereits erreicht ist, wir haben die Ueberzeugung, daß die Bildung als Gemeingut immer mehr und mehe das Resultat unserer Bestrebungen sein wird und die Folge davon ein kräftiger, gesinnungstüchtiger, wohlhabender Arbeiterstand.

Ich schließe mit der Hoffnung, daß Sie auf's Neue den Eindruck mit hinwegnehmen werden, daß die Bestrebungen des Vereins wie vor 20 Jahren so auch heute noch dieselben sind."

Abwechselnd mit Gesangvorträgen des Sängerchors des Vereins, sprachen noch folgende Mitglieder des Veeeins.

Herr Albers, über die Nothwendigkeit allgemeiner, gewerblicher und politischer Ausbildung, gedachte in seinem Vortrage zugleich mit dankender Anerkennung „der alten Garde", die seit 20 Jahren getreu zum Vereine gehalten habe.

*) Mit diesem bekannten, wahren Satz motivirt sich allein schon die Zeitgemäßheit und Nothwendigkeit eines Blattes wie das unsrige. Dies noch nachträglich zu unseren Bemerkungen zu dem Leipziger Artikel. D. Red.

Herr Necker, unter Erläuterung der Frage: Was wir wollen? sprach über die sittliche Hebung der Arbeiter, auch durch Pflege der Kunst und Wissenschaft, als Aufgabe des Bildungsvereins und hob besonders hervor, daß die Freiheit nur durch Bildung und in Folge dieser, der richtigen Erkenntniß dessen was Noth thue, zu erlangen sei.

Herr Dr. Piza, über die Stellung des Arbeiters zur Selbsthülfe oder Staatshülfe, bezeichnete selbständige Stellung des Arbeiters als die allein würdige und heilbringende, gegenüber den befremdenden imperialistischen Bestrebungen, zur Beglückung des Arbeiterstandes, wodurch derselbe in die für überwunden gehaltenen mittelalterlichen Verhältnisse zurückgeführt werde.

Hiermit schloß nach dem Vortrage eines Gesanges mit Hornmusik-Begleitung die Hauptfeier. — Das hierauf stattfindende Festmahl begann um 11½ Uhr und nahmen an demselben ungefähr 250 Personen Theil, im bunten Reihen füllte sich der Saal an 5 Tafeln, denn recht zahlreich waren auch die Damen vertreten. Frohsinn und Heiterkeit herrschte, noch erhöht durch erheiternde und ernste Gesänge, Tischreden und Toaste, von denen nach den 4 officiellen Toasten: dem Verein und den Vereinen, Hamburg, den Frauen, den Gästen; besonders humoristisch aufgefaßt und Heiterkeit anregend neben anderen ganz hauptsächlich wirkten: Herr J. F. Martens auf die seit dem 1. Februar eingeführte Gewerbefreiheit, Herr Luttermerel auf J. F. Martens, den Pionier von 1845, der schon vor 20 Jahren ganz allein die erste Axt an die Zünfte gelegt, Dr. Piza, nach Beschreibung dessen, was ein Philister sei, in Berücksichtigung, daß man bei einem Pereat nicht trinken könne, dies aber doch im Interesse des Wirthes liege, ein Hoch auf den letzten Philister. — An ein von J. F. Martens ausgebrachtes Hoch, sämmtlichen Lehrern geltend, knüpfte derselbe die Aufforderung eine Sammlung zu veranstalten, zur Unterstützung der Wittwe eines lange Jahre im Verein thätigen Lehrers und ergab dieselbe 74 Mk. 12 Sch.

Festgrüße waren eingegangen, neben mehreren Schreiben auswärtiger Vereine, von den Herren Streit und Reinhard in Coburg, telegraphisch von Herrn Fritz Reuter in Lübeck, G. Schirges in Mannheim und dem Verein Vorwärts in Bremen. — Mit Bedauern wurden 2 langjährige Festtheilnehmer vermißt, Herr Hofbaurath Demmler aus Schwerin war durch Krankheit verhindert und Herr Riepen aus Kiel, den seine politische Thätigkeit anderweitig in Anspruch nahm. Den beiden Herren ward bei Tisch ein Festgruß der versammelten Festgenossen votirt und telegraphisch zugesandt.

So verlief dies schöne Fest in ungetrübtem Frohsinn und zufrieden gestellt verließen wohl alle Theilnehmer bei dem um 2½ Uhr stattfindenden Schluß das mit den Vereinsfahnen geschmückte Lokal.

Bremen. Am Sonntag (26. Febr.) fand die 18-jährige Stiftungsfeier des Vereins „Vorwärts" statt. Die schön geschmückten Räume der „Union" sahen wie bei allen bisherigen Festen des Vereins, welche stets in erster Reihe aller Feste Bremens stehen, eine große Versammlung von Genossen und Freunden des „Vorwärts" zum Mahle vereint. Bis spät in die Nacht währte die Feier, Toaste, lebende Bilder, musikalische Aufführungen und Schattenbilder wechselten in bunter Reihe und machten den mitwirkenden Kräften, sowie der oft bewährten Oberleitung des Herrn Hufeland alle Ehre. Ebenso legen die musterhafte Ordnung und Haltung der Gesellschaft ein vortreffliches Zeugniß ab von dem Geiste, welcher im Vereine herrscht, und berechtigen zu der Hoffnung, daß auch fernerhin der „Vorwärts" eine segensreiche Pflanzschule für Bildung und Sitte sein wird. Aus dem Jahresberichte dieses 18. Stiftungsfestes verdient das Folgende hervorgehoben zu werden: Besuch des Vereinslokales und die Benutzung der daselbst gebotenen Bildungsmittel sind in dem abgelaufenen Vereinsjahre sehr erfreulich gewesen. Mitgliederbestand durchschnittlich 1040. Zur Förderung des inneren Vereinslebens haben besonders die Vorlesungen beigetragen, deren während des letzten Winters regelmäßig eine in der Woche gehalten wurde. Die Betheiligung an den Unterrichtsstunden war und ist eine ungewöhnlich lebhafte. Es betheiligen sich gegenwärtig am Schreibunterrichte 96, am Rechnenunterricht 58, am Unterricht in der deutschen Sprache 23, am Freihandzeichnen 80, am Baurißzeichnen 26, am Maschinenbauzeichnen 11, am Buchhalten 47 Mitglieder und sind die erzielten Resultate durchaus befriedigend zu nennen. Der Durchschnittsbestand unserer Turner während des letzten Jahres erreichte die Ziffer 90. Die Einrichtung einer Unterrichtsstunde in der Stenographie ist bereits im Werk. Die Lesezimmer enthalten eine Bibliothek von etwa 1750 Bänden und eine reiche Auswahl von Zeitschriften belehrenden, fachlichen und unterhaltenden Inhalts und finden fortwährend eine fleißige Benutzung. Bei unserer Sparkasse sind gegenwärtig 2,500 Thlr. belegt. — Von erfreulichem Einflusse auf das gesellige Leben im Vereine und auf den Verkehr der Mitglieder unter einander haben sich die sonntäglichen Abendunterhaltungen erwiesen, die an Gemüthlichkeit ganz entschieden gewonnen haben, ohne dem anständigen Ton zu beeinträchtigen, dem wir unter allen Verhältnissen die Herrschaft zuerkennen. — Auf dem jüngsten in Leipzig stattgehabten Vereinstage deutscher Arbeitervereine und auch auf dem vorhergehenden ist der Verein „Vorwärts" durch eines seiner Mitglieder, Herrn J. D. Bredehorst, vertreten gewesen. Wir sind demselben zu großem Danke verpflichtet, sowohl für die ehrenvolle Vertretung, die wir durch ihn gefunden, als auch für die von ihm zu diesem Zwecke gebrachten persönlichen Opfer. — Unsere letzte Weihnachtsverloosung hat einen Ueberschuß von 418 Thlr. ergeben, wovon 178 Thlr. der Vereinskasse und 240 Thlr. der Unterrichtskasse überwiesen sind. Für nothwendige bauliche Veränderungen ist die Vereinskasse im verflossenen Jahre stärker in Anspruch genommen worden als sonst, doch konnten wir nach Uebertragung von 415 Thlr. 32 Gr. an die Baukasse die Vereinskasse noch mit einem Saldo von 100 Thlrn. abschließen. Zu Unterrichtszwecken ist uns einstweilen noch ein Kassenbestand von 450 Thlrn. verblieben.

Der Verein „Vorwärts" findet die beste Gewähr seiner Existenz im eifrigen Streben nach der Erfüllung seiner Aufgabe: „die sittliche und geistige Bildung seiner Mitglieder zu fördern, im freundschaftlichen Verkehre den Sinn für Schönes und Edles zu wecken und jeden Einzelnen zu verpflichten, dem Stande, dem er angehört, Ehre zu machen." Der Verein wird auch ferner getreu bleiben seinem alten Wahlspruche: „In Eintracht vorwärts!"

Pforzheim, 5. Febr.*) Heute Nachmittag fand die jährliche Generalversammlung der Mitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins unter dem Vorsitze des Hrn. Prof. Provence statt. Nachdem der bisherige erste Vereinsvorstand, Hr. M. Müller, verschiedene Mittheilungen gemacht hatte, legten zunächst, den Statuten gemäß, der Vermögensverwalter Herr Kaufmann E. Becker, sowie der Kassier, Hr. Buchbinder Kunzelmann Rechnung über das Vereinsvermögen ab. Hiernach betrug die Einnahme des Vereins im letzten Jahre zusammen 3102 fl. 42 kr., welche größtentheils durch Beiträge der Mitglieder aufgebracht wurde. Die ganze Ausgabe betrug 3068 fl. 43 kr. Das gesammte Vereinsvermögen beläuft sich auf 27,620 fl., worauf 21,771 fl. Schulden haften, so daß ein reines Vermögen von 5848 fl. 46 kr. vorhanden ist. Die Zahl der Mitglieder beträgt nun 804.

Nach diesen Mittheilungen erstattete der Vorsitzende der Unterrichtscommission, Hr. Direktor Huber, Bericht über die Unterrichtsverhältnisse des Vereins. Es ergab sich hieraus ein sehr erfreulicher Stand dieses wichtigsten Theiles der Vereinsangelegenheiten. Nebenbei, und während noch einige Fragen betr. der Berathungen neuer Statuten &c. discutirt wurden, fanden die Wahlen eines neuen Vorstandes statt.

Der verdiente bisherige erste Vorsitzende Hr. M. Müller lehnte auch heute wieder eine Neuwahl entschieden ab. Die Wahl ergab:

Herr Professor Provence als 1. Vorstand,
„ Techniker Grosselfinger als 2. Vorstand,
„ Schriftsetzer A. Gödecke als 1. Schriftführer,
„ Kabinetmeister Ernst als 2. Schriftführer,
„ Kaufmann E. Becker als Vermögensverwalter,
„ Emailarbeiter Kunzelmann als Cassier.

Die HH. Grosselfinger und Ernst lehnten die auf sie gefallenen Wahlen, namentlich Ersterer sehr entschieden ab, mußten am Ende aber doch dem allgemeinen Wunsche um Annahme nachgeben.

Wir wollen unsern Bericht nicht schließen, ohne, wie auch der jetzige Vorsitzende es that, dem bisherigen ersten Vorsteher des Arbeiterbildungsvereins, Hrn. M. Müller, unsern Dank für seine warme Hingabe und für die großen Opfer, die er dem Vereine bis jetzt brachte, auszusprechen. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir beifügen, daß kein Anderer sich um den Verein, sein Entstehen und sein Gedeihen, in dem Maße verdient gemacht hat, wie Hr. Müller. Mögen dessen alle Vereinsmitglieder für immerdar gedenk sein! Möge aber auch Herr Müller in Zukunft nicht ablassen, seine Erfahrungen und sein reiches Wissen, sowie seine Stellung zum Besten des Vereines zu verwenden!

*) Pforzheimer Blättern entnommen. Es scheint fast, als sei unter der dermaligen Leitung des dortigen Arbeitervereins die Nichtberücksichtigung unseres Blattes eine nicht ganz unabsichtliche. D. Red.

L. Offenbach, am 28. Febr. Unter den wissenschaftlichen Vorträgen, die im Lokale des Arbeiterbildungsvereins gegeben werden, ist namentlich der am 20. d. M. von Herrn Pfarrer Kerbler gehaltene Vortrag über das Leben „Spinoza's" für die geistige Entwicklung der Arbeiter, sowie zur Erweiterung deren Anschauungsweise über das Weltall besonders hervorzuheben.

Mit diesem Vortrage wurde zugleich der Todestag dieses berühmten Denkers und Weltweisen*) auf eine ebenso sinnige als würdige Weise gefeiert.

Das Leben, die Kämpfe und Ueberzeugungstreue dieses Mannes, dessen Ideen noch heute in der philosophischen Welt hochgeachtet werden, und welchen selbst Schelling — als unerreichbares Muster bezeichnete, dürften hinlänglich bekannt sein.

In der That finden wir es, in der jetzt so hochgehaltenen materiellen Strömung, beachtenswerth, wenn man anfängt, den Gedächtnißtag eines berühmten Mannes auch auf rein geistige Weise zu feiern.

Abgesehen davon, welchen hohen unberechenbaren Nutzen es nach sich zieht, wenn die Gedanken eines Weisen auch im Volke durch allgemein verständliche Vorträge Eingang finden, ist die Idee, den Manen eines solchen unsterblichen Genius durch möglichste Bekanntmachung seiner Biographie zu huldigen, wegen der mächtigen Anregung, welche dadurch gegeben wird, eine so glücklich gewählte, daß wir dieser vor allen anderen den Vorzug geben müssen.

Es sind überhaupt, wenn der Arbeiterbildungsverein hier die von ihm betretene Bahn consequent verfolgt, nur gute Erfolge für das gestellte Ziel zu erwarten und ist nur noch zu wünschen, daß sämmtliche Arbeiter die Gelegenheit benützen mögen, die sich ihnen zur Erlangung eines geistigen Aufschwungs darbietet, und demnach die für Vereinsmitglieder unentgeltlichen Unterrichtsstunden eben so fleißig frequentiren als dies bei den Vorlesungen der Fall ist.

Auch wollen wir hier nicht unerwähnt lassen, daß im Vereine die namhaftesten volkswirthschaftlichen und belletristischen Zeitschriften aufliegen, wodurch es den Mitgliedern leicht ist, sich über alle stehenden Fragen genau zu informiren.

Außerdem hält der Verein jeden Mittwoch bei Beobachtung aller parlamentarischen Regeln Sitzung, worin über die jeweilige Tagesordnung berathen und der freie Vortrag sehr gefördert wird.

Nach dem Gesagten wird es gerechtfertigt erscheinen, daß diese Männer, welche die Woche über (selbst mit Hinzuziehung der Sonntage) sich der inneren Ausbildung, sowie der Lösung der obwaltenden Fragen widmen, auch einmal sich einen Abend schaffen wollen, wo sie sich dem Humor ganz hingeben können. Dieses berücksichtigend, sowie um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, hat man von Zeit zu Zeit einen Abend bestimmt, an welchem Gesang, Vortrag und Declamation in bunter Abwechslung dargeboten, ebenso zur Erheiterung der Gesellschaft, als auch zum näheren Anschluß der Mitglieder aneinander nicht wenig beitragen.

Ein solcher Abend war die am 26. d. M. abgehaltene „Carnevalistische Abendunterhaltung", auf welcher man allseitig ein so erfreuliches Bild von dem in diesem Vereine herrschenden Takte, Artigkeit und Zuvorkommenheit wahrnehmen konnte, daß wir es gut begreiflich finden, wenn die Gesellschaft sich bei Gesang, Musik und Declamation bis 1 Uhr Nachts in heiterer und fröhlicher Weise bewegte.

Hervorheben müssen wir, daß auf Antrag des Präsidenten, Hrn. Lachmann, dem Bremer „Arbeiterbildungsverein" zu seinem an diesem Abende abgehaltenen Stiftungsfeste ein dreifaches donnerndes Hoch gebracht wurde; dieser Antrag fand umsomehr Beifall, als es wegen Schlusses des Telegraphenbureaus nicht mehr möglich war, den Brüdern im Norden auf telegraphischem Wege einen Gruß zuzusenden.

Eine wünschenswerthe Abwechslung dürften die in den nächsten Tagen im Arbeiterbildungsverein gehaltenen humoristischen Vorlesungen bieten, und läßt sich hoffen, daß der feine pikante Witz, die geistvolle Satyre auch bei den Arbeitern den Anklang finden werde, — welchen derartige Versuche zur Stählung des Geistes thatsächlich verdienen.

Hannover, 28. Febr. Im Arbeiter-Vereine erstattete Herr Leisemann jun. Bericht über die Pariser Reise. In Straßburg war schon Alles zu einem herz-

*) Spinoza ist am 24. November 1632 zu Amsterdam geboren und starb am 20. Februar 1677.

lichen Empfange vorbereitet. Deputirte aus dem Elsaß trafen mit den hiesigen in Straßburg zusammen. Ein eleganter Salon-Wagen stand zu ihrer Weiterbeförderung nach Paris bereit und knüpfte sich schon auf der Reise eine innige Freundschaft mit den Elsassern an. Um die Zeit zu verkürzen, wurde der Versuch gemacht, ein Quartett zu bilden, und bald erklangen die Lieder: „Wer hat dich du schöner Wald", „Die jungen Musikanten" rc. im vollständigen Doppelquartett; dann wurden die Reisekoffer aufeinander gestellt, mit den Plaids überhangen, und ein ambulantes Theater war hergerichtet. Der Vorhang fiel erst, als der Bahnhof von Paris erreicht war.

In Paris derselbe herzliche Empfang. Im Hotel de l'Europe wurde Jedem ein elegantes Zimmer angewiesen. Eine ganze Menge Notizen aller Sehenswürdigkeiten von Paris lag ihnen zur Ansicht bereit: sie wurden zu Allem, was sie zu sehen wünschten, hingefahren. Das größte Interesse unter den Sehenswürdigkeiten erregte für die Deputirten eine großartige Schuhfabrik, die sonst dem Besuch des Publikums nicht geöffnet ist, und eine Möbelfabrik, beide durch Dampfkraft getrieben. Die Lehrinstitute sind von denen der deutschen Arbeiterbildungsvereine ganz verschieden. Großartige Kräfte stehen dort an der Spitze; der Unterricht ist für alle Theilnehmer frei und werden alljährlich von der Regierung eine Anzahl Prämien an die besten Schüler vertheilt, — doch fehlt ihnen das Recht der Selbstbestimmung in allen Angelegenheiten.

(Ztg. f. Nordd.)

Breslau, 26. Febr. Die heutige große Arbeiter-Versammlung, welche der Vorstand der hiesigen Gesellschaften berufen hatte, war von mindestens 3000 Mitgliedern derselben, Gehülfen und Arbeitern, besucht. Obwohl die Verhandlungen bisweilen einen lebhaften und bewegten Charakter annahmen, war doch der Verlauf im Ganzen ruhig und der Bedeutung der Sache angemessen. Die später mit Ausnahme von nur drei Stimmen angenommene Petition lautet wie folgt:

Hohes Haus der Abgeordneten!

Durch die beschlossene Aufhebung der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 hat das Abgeordnetenhaus bewiesen, daß es die Gesellen, Gehülfen und Arbeiter den übrigen Staatsbürgern gleichstellen will. Wird der gedachte Beschluß durch die Zustimmung der hohen Staatsregierung und des Herrenhauses zum Gesetz erhoben, so hoffen die Unterzeichneten, daß auch der § 181 des erwähnten Gewerbegesetzes mit aufgehoben, und somit das volle und uneingeschränkte Coalitionsrecht gewährt wird. Indem die Unterzeichneten dem hohen Hause der Abgeordneten für die Sorgfalt, welche hochdasselbe dem Arbeiterstande bewiesen hat, ihren ergebensten Dank darbringen, bemerken sie, daß noch andere Beschränkungen bestehen, welche die volle Entfaltung der Gewerbe und die Freiheit der Arbeit zu hemmen geeignet sind. Hierzu gehören besonders der dritte und vierte Abschnitt der Gewerbeverordnung vom 9. Febr. 1849, vorzugsweise die die Prüfungen der Handwerker betreffenden Paragraphen. Die Unterzeichneten vermögen nicht einzusehen, warum die Handwerker besonderen Prüfungen unterworfen werden sollen, während die Mitglieder des Kaufmannsstandes, sowie auch die Fabrikanten ohne alle und jede Prüfung jedes Geschäft, das ihnen beliebt und so bald es ihnen beliebt, eröffnen können. Wir bitten daher das hohe Haus der Abgeordneten ergebenst, die hohe Staatsregierung ersuchen zu wollen, daß alle die Freiheit der Arbeit beschränkenden Bestimmungen der Gewerbegesetze vom 17. Februar 1845 und vom 9. Februar 1849, insbesondere die von den Prüfungen handelnden Paragraphen, in Wegfall kommen. Mit der Aufhebung der Prüfungen würden selbstredend auch die Prüfungsgelder aufgehoben werden. Die Unterzeichneten erlauben sich ferner, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses der Abgeordneten auf den Grundsatz der Freizügigkeit hinzulenken, und bitten Hochdasselbe, Anträge dahin stellen zu wollen, daß auch dieses für die Freiheit der Arbeit so wichtige Recht verwirklicht werde. Die Unterzeichneten wissen recht wohl, daß, wenn auch die volle Gewerbefreiheit und Freizügigkeit im Vereine mit dem Coalitionsrecht ins Leben tritt, dadurch der Noth des Arbeiterstandes nicht mit Einem Schlage ein Ende gemacht wird, aber sie glauben, daß dann eine Grundlage gewonnen ist, auf welche gestützt der Arbeiterstand im Wege der gesetzlichen Selbsthülfe seine Lage allmälig verbessern kann. Auch hegen die Unterzeichneten zu dem hohen Hause der Abgeordneten das feste Vertrauen, daß dasselbe fortgesetzt der Lage der arbeitenden Classen seine Aufmerksamkeit zuwenden wird.

Breslau, 26. Febr. 1865. (Br. Ztg.)

Politischer Theil.

Politische Umschau.

W. **Aus Mitteldeutschland**, 6. März. Die Gedenktage des Jahres 1848 sind wieder herangekommen. Von den verlorenen Errungenschaften haben sie noch nichts zurückgebracht. Sie können es auch nicht; das ist unsere, der Menschen Sache. Dennoch ziemt es sich, sie in Ehren zu halten und sie zu feiern, nicht mit lautem Halloh, das erlaubt die bittere Stimmung nicht, aber mit ernster Vorbereitung. Wir bedürfen der Stärkung, denn es stehen schwere Kämpfe bevor. Stärkung dürfen wir aber nicht erwarten von Außen; wir müssen sie suchen in uns selbst. Das gilt nicht blos von einzelnen Menschen, sondern auch von Völkern.

Es gibt keinen Schimpf- und Ekelnamen, der nicht auf dieses wunderbare Jahr wäre geworfen worden. Das Glimpflichste sollte noch sein, daß man es ein Narrenjahr nannte. Leider gab es in jenen Tagen Leute genug, die sich narren ließen: aber darunter waren nicht die entschiedenen Männer, nicht Jene, die im Kampfe voran waren und bis zum letzten aushielten: wohl aber die Leute, welche für eine große Sache nur Worte und Redensarten hatten, welche meinten, daß man auf dem halben Wege stehen bleiben könne; welche meinten, daß solche, die nur dem äußersten Drange gewichen waren, ihr gegebenes Wort halten würden, wenn wir nicht eine wesentliche Bürgschaft in Händen hatten. Und grade, die sich so narren ließen, sind es heute noch, die das große Jahr ein Narrenjahr nennen. Sie sagen heute noch, man sei damals zu weit gegangen, da doch die Wahrheit ist, daß wir selbst hinter dem bescheidensten Ziele zurückgeblieben sind. Das Ziel war nicht zu hoch, aber der Sprung wurde zu kurz genommen: daran sind aber auch wieder nur Schuld, die im Augenblick des Sprunges die Entschlossenen ängstlich beim Rockzipfel faßten.

Es gilt jetzt, die Fehler von damals zu vermeiden. Wir müssen erkennen, daß nur mit Verstand und Einsicht, nur im Vereine mit entschlossenem Handeln etwas auszurichten ist, daß es allen Schwankenden und Aengstlichen, allen, welche die Klugheit voranstellen, gerade am Verstande fehlt.

Das öffentliche Leben, ein volles Jahrzehnt lang erstarrt, ist in unserem Vaterlande endlich wieder in Fluß gekommen. Lassen wir es nicht wieder erstarren. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit hat das ganze deutsche Volk mächtig aufgeregt. Es ist wieder getäuscht worden, weil es noch immer nicht das Heft in seiner eigenen Hand hält. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Die großmächtlichen Sonderbestrebungen haben nicht einen festen Boden unter sich: allein wir dürfen nicht erwarten, daß sie von anderen als unseren eigenen Kräften überwunden werden. Weder von Jenen in Wien, noch von den Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten wird unseren Uebeln abgeholfen werden. Die Einen haben von vornherein das Zeug nicht dazu; die Anderen werden den Sieg über die preußischen Anmaßungen nur zu ihrem eigenen Vortheile ausbeuten; der Fürst endlich, der es redlich meint, wird machtlos sein, wenn das Volk nicht auf gleichem Fuße sich an seine Seite stellt. In der Geschichte der Gegenwart sind große Stufenjahre nicht zu verkennen; ebenso wenig, daß in jedem folgenden die Forderungen seines Vorgängers überstiegen wurden. Es sind alle Anzeigen vorhanden, daß das Jahr 1848 bald seinen Nachfolger erhalten wird. Seine Aufgabe wird sein, zu erfüllen, was damals unerfüllt geblieben und den Märzerrungenschaften neue hinzuzufügen. Was in Italien geschehen ist, was in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vor sich geht, was in Frankreich, wo der Despot zum Falle reif ist, nahe bevorsteht, weis't uns eine große Aufgabe an: wir dürfen nicht hinter andern Völkern zurückbleiben. Deren Blick über das Nächste hinaus geht, die mögen das Wächteramt versehen: vor Allem aber sollen sie uns bewahren vor der Vertrauensseligkeit!

Preußen. Neuerdings haben die preußischen Forderungen folgende Gestalt angenommen: „Die Kraft der Herzogthümer muß mit der Armee und der Flotte Preußens innig verbunden und verschmolzen werden, nicht etwa mittelst einer bloßen Militärconvention. Jene innige Verbindung, namentlich bezüglich der Flotte, ist von erheblicher Bedeutung. Vielfache Befestigungen werden nothwendig sein, dazu bedarf Preußen der vollen Verfügung über die in Betracht kommenden Gebiete, vornämlich einer militärischen Stellung an beiden Seiten des Alsen-Sundes, eines Kriegshafens in der Kieler Bucht, der Befestigungen und Kriegshäfen an den beiden Endpunkten des Nord-Ostsee-Kanals. Endlich ist es nothwendig, daß die Herzogthümer in den Zollverein treten und sich den großen preußischen Verkehrsanstalten anschließen. Nur nach völlig gesicherter Ausführung dieser unerläßlichen Voraussetzungen kann Preußen seine Aufgaben erfüllen und zur definitiven Regulirung der schleswig-holstein'schen Frage die Hand bieten."

Die Gegenforderung Oesterreichs soll nichts Geringeres enthalten, als Aufnahme Gesammt-Oesterreichs in den deutschen Bund, oder gegenseitige Garantie des Besitzstandes oder wie man sonst das Abkommen nennen mag, das Deutschland verpflichtet, italienische Schlachtfelder mit deutschem Blute für die habsburgische Hauspolitik zu düngen. Wir danken der Reaktion bestens für dieses Geschenk, selbst wenn sie auch Schleswig-Holstein mit Haut und Haar an Preußen überlassen will.

Der **Nürnberger** Volksverein hat seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen: „Die von der Kirche unabhängige confessionsfreie Volksschule ist ein unabweisbares Zeitbedürfniß. Der Religionsunterricht der Schulpflichtigen wird dem Ermessen der Aeltern oder der sonstigen gesetzlichen Vorgesetzten anheimgestellt."

Aus **Mecklenburg**. Wo es mit den Geistern schlecht steht, da steht es um so besser mit den Gespenstern. Wir rühmen uns in Deutschland hundertjähriger Jubiläen des letzten Hexenprozesses und inzwischen wuchert der alte Aberglauben ohne Prozeß fröhlich in unseren Tagen weiter. Wo gar noch von oben her, von Oberkirchenraths wegen, der Glauben an den Teufel und seine Werke eine dogmatische Grundlage zu dem Unsinn hergibt, da ist er des Schutzes aller Wohlgesinnten sicher und gedeiht unter glücklichen Umständen sogar zur Staatsangelegenheit. So in Mecklenburg, wo das „Rost. Tagebl." folgende erbauliche Geschichte aus Zarrentin vermeldet: „In Vallahn, einem Bauerndorfe bei Zarrentin, wurde schon im vorigen Sommer viel Unheil durch eine Hexe in einem Bauernhause angerichtet. Doch jedes Ding währt seine Zeit; oder auch, der Stärkste hat einen Stärkeren über sich. Welches von diesen beiden Sprüchwörtern sich hier bewahrheitete, wissen wir nicht, genug, die Hexe verschwand, oder stellte wenigstens ihre Beunruhigungen ein. Aber Schrecken! Vor etwa vier Wochen macht sie sich bemerkbar und treibt ihr altes Unwesen ärger denn zuvor. Man denke sich; es klopft des Abends und Morgens — wohl zu merken, Nachts nicht, denn die Hexe liebt die Ruhe, — an's Fenster; Milchsatten, die Abends in eine Ecke hingestellt werden, stehen am Morgen in einer anderen; Brode, welche im Keller auf ein Fach gelegt sind, liegen zerstreut auf den Kartoffeln umher; Säcke, die man auf der großen Diele aufrecht gestellt hat, liegen um, daß selbst der Bauer im Dunkeln darüber fällt. So geht's im Hause, aber im Stall

ist's auch nicht geheuer. Das Mädchen milcht, da bekommt es plötzlich einen Schlag auf den Kopf; auf ihren Hilferuf eilen der Knecht und der Junge, die in der Nähe beschäftigt sind, herbei, reißen die Thüren auf, damit Licht werde um sie, und sehen — nichts. Das arme Mädchen ist ganz steif, so daß mehrere Männer nicht im Stande sind, sie im Bette aufzurichten. Merkwürdigerweise haben nur die unschuldigen, leblosen Gegenstände, sowie das schwächere weibliche Geschlecht unter dieser Unbill zu leiden, und unter diesen Letzteren soll es hauptsächlich auf die Hausfrau abgesehen sein; die Männer gehen frei aus. Zur Sicherheit — ich glaube der Hausfrau — haben schon manche Nacht hindurch die ehrenfestesten Männer des Dorfes Wache gehalten, und ist es ihnen auch gelungen, die Bauerfrau zu schützen, so hat man aber damit doch nicht den Spuk vom Hause bannen können. Man denke sich die schreckliche Situation des Dorfes, des Hauses und vor Allem der armen Hausfrau! Einen berühmten Hexenbanner in der Gegend von Lübeck soll man befragt haben, dem aber soll diese Gegnerin zu stark gewesen sein. Aber wiederum, der Stärkste hat einen Stärkeren über sich, und so soll es endlich dem Bauer gelungen sein, einen Zarrentiner Tischler gegen 100 Thlr. Belohnung zu vermögen, ihn und sein Haus zu befreien. Dieser hat sich denn, mit einer Büchse auf dem Rücken, Erbsilber und Kugel in der Tasche, dorthin begeben. Glänzend hat er sein gegebenes Wort gelöst, siegreich hat er den Kampf bestanden. Nicht nur aus dem Hause, nicht nur aus dem Dorfe, sondern sogar von der Feldmark hat er die Hexe vertrieben. Zum großen Schrecken des nahen Dorfes Lüttow soll sie aber jetzt auf dessen Feldmark wimmern. Die arme Dorfschaft soll außer sich sein und allabendlich einen Ueberfall erwarten." Warum hat sich die Ehrengeistlichkeit noch nicht hineingemischt? Das wäre doch so etwas für sie.

R. **Aus dem Hannover'schen.** Als Seitenstück zu den neulich gebrachten Mittheilungen über die Ordensspielzeuge in Baiern gibt es bei uns eine andere Species.

Wenn so etwa Königsgeburtstag ist, dann wachsen im ganzen Lande in einer Nacht eine ganze Menge Hofschuhmacher, Hofschneider, Hofböttchermeister, Hofschornsteinfeger, Hofhandschuhmacher, Hofkürschner, Hofmaterialisten und so weiter und so weiter, wie Pilze aus der Erde. Denken Sie sich alle möglichen Geschäfte, sie bekommen das Prädicat „Hof". Wie man mir sagt, wird den Leuten, die man so beglücken will, gelegentlich auf den Weg geworfen, sie möchten nur darum nachsuchen, es würde ihnen schon gewährt werden.

Mit einem gewissen Instinkt weiß man seine Leute auszuwählen und erwartet dafür nur einige Gefälligkeiten bei Wahlen oder derartigen Angelegenheiten.

Was nun das Spaßigste bei der Sache ist, viele von diesen Beglückten haben vom „Hof" kaum Etwas gesehen und bekommen auch vielleicht nie davon zu sehen!

Dazu kostet jedem dieser Erkorenen der Witz ca. 50 Thaler! O, schlichter deutscher Bürger!

Dann noch eine Species, das sind die sogenannten Commerzienräthe. Sie gedeihen bei uns auch ganz vortrefflich und erscheinen zu Zeiten wie die Vorigen.

Da man bei dieser Gattung nur vorzugsweise einflußreiche Leute berücksichtigt, die als bedeutende Fabrikanten über viele Arbeiter gebieten, so erwartet man von ihnen auch nur bei Wahlen u. dgl. einige gefällige Einwirkung. Sie genießen dafür als Commerzienräthe die Annehmlichkeit — in eine höhere Steuerklasse zu kommen! Das und der Kitzel der Eitelkeit ist Alles. Der alte Oxenstierna behält doch für alle Zeiten recht.

Aus **Hannover** vom 28. Febr. erhält die „Allgemeine Zeitung" folgende Zuschrift: „Von meiner Ansprache an die Versammlung der Pariser polytechnischen Gesellschaft am 19. Febr. d. J. hat Ihre schätzbare Zeitung, nach dem Vorgang der meisten Pariser Journale, insofern eine unrichtige Mittheilung gebracht, als ich nicht gesagt habe, daß Deutschland seine Ingenieure und Mechaniker aus Frankreich hole, sondern daß Deutschland den Franzosen die Begründung der heutigen Maschinen- und Ingenieur-Mechanik verdanke, und daß uns deshalb Männer wie Navier, Coriolis und Poncelet unvergeßlich bleiben würden. Professor Dr. Rühlmann."

Straubing, 1. März. In heutiger Schwurgerichtssitzung wurde der Privatier Johann Ludwig Wittmann von Landshut von der Anschuldigung zweier durch die Presse verübter Vergehen der Störung des Religionsfriedens und staatsgefährlicher Aeußerungen freigesprochen. (Kurier f. Niederbayern.)

Berlin. Der Berliner „Volks-Zeitung" wird aus Paris, 27. Februar Folgendes geschrieben: „Die französische Regierung läßt erklären, daß sie nicht darum gebeten habe, daß der polytechnische Verein in Paris zu seiner Versammlung durch Berliner Arbeiter beschickt werde. Thatsache ist, daß man in Berlin, wo man weiß, einer wie großen Gunst sich dieser Verein Seitens der Regierung erfreut, abschlägig geantwortet hat." — Die Redaktion der „Volkszeitung" bemerkt dazu: Das Sachverhältniß ist, so viel uns bekannt, Folgendes: „Die Einladung des Berliner Handwerkervereins erfolgte zwar nicht durch die französische Regierung, wohl aber durch Herrn Perdonnet, den Direktor der Pariser école centrale, der denselben bei seiner Anwesenheit in Berlin im vorigen Jahr kennen und würdigen gelernt hat. Der Vorstand des Berliner Handwerkervereins trug aber Bedenken, der Einladung zu folgen, weil er bei der innigen Verbindung des Pariser polytechnischen Vereins mit der Regierung die Besorgniß hegte, das Ganze werde nur auf eine Art Reklame für die Regierung hinauslaufen. Die Vorgänge in Paris haben bewiesen, daß man sich hierin nicht getäuscht hat. Außer dem hiesigen Handwerkerverein war auch der Arbeiterbildungsverein in Hannover eingeladen und durch Hrn. Dr. Rühlmann vertreten, der sich durch die größten Schmeicheleien, die er Frankreich darbrachte, bei dieser Gelegenheit auszeichnete. Er erhielt bei seiner Abreise aus Paris den Orden der Ehrenlegion."

Schweiz. Der „Handels-Courier" schreibt: Jüngsthin ist der Sargdeckel über die irdischen Ueberreste eines Mannes gefallen, an dessen Leben und Wirken sich Erinnerungen knüpfen, die auf den Blättern der Geschichte verzeichnet zu werden verdienen. Wir haben mit innigem Bedauern neulich die Trauerkunde vernommen, daß der weit und breit rühmlichst bekannte Kapuzinerpater und bischöfliche Generalvikar der Diözese Chur, Theodosius Florentini, nach einigen Stunden des Unwohlseins in seinem 57. Altersjahre verstorben ist. Der Verstorbene war eine hervorragende Persönlichkeit, ein aufgeklärter Charakter und entschiedener Freund des Fortschritts. Das vorzüglichste Verdienst des Hingeschiedenen bildete unseres Erachtens die in ihrer Art einzig dastehende rastlose Thätigkeit, die er als Gründer von mehreren gemeinnützigen Unternehmungen an den Tag gelegt hat. Allerdings zeigen seine Werke in dieser Richtung ein durchschnittlich confessionelles Gepräge, doch verfolgte er hierbei nur wahrhaft humanistische Zwecke. All' sein Dichten und Trachten ging am Ende doch dahin, den unbemittelten Klassen die Möglichkeit zu verschaffen, sich durch Arbeit über ein gemeiniglich besseres Loos hinaus sogar jenen Wohlstand zu verschaffen, welcher die Strebsamen nicht allein mit Früchten ihres Fleißes lohnt, sondern sie auch in sittlicher Beziehung zu veredeln geeignet ist. Sein Wahlspruch war: Religion und Arbeit. Mit scharfem Geiste und tiefem Wissen, das sich auch in geringfügigen Dingen offenbarte, verband er eine außerordentliche Willenskraft. Ob seine mannigfachen, meistens in erster Entwicklung begriffenen Schöpfungen — Buchdruckereien, Spinnereien, Webereien, Schulen und Waisenanstalten — ihn überleben werden, ist noch eine große Frage; sollten sie indeß auch eingehen, das Verdienst und die redlichen Absichten des Meisters bleiben ungeschmälert und anerkannt. Der vielseitige Mann war unverdrossen thätig als Almosensammler, Fabrikant, Lehrer, Seelsorger und Kanzelredner. Unser verklärter Landsmann war ein warmer Freund des Volkes, Helfer und Tröster der Armen und Kranken, und er lebte als Mensch und Priester einzig seinen Pflichten; denn wo er es vermochte, da bewies er gewiß seine werkthätige Nächstenliebe mit aller Aufopferung. Nicht hoch genug anschlagen können wir die religiöse Duldsamkeit des seligen Paters. Freilich schwärmte und wirkte er jederzeit für den Glanz und Ruhm, für das Ansehen und die Macht der katholischen Kirche mit der ganzen Begeisterung seiner empfänglichen Seele, allein er gehörte durchaus nicht zu der Sorte der wüthigen Römlinge, die sämmtliche Andersgläubige als aussätzige Geschöpfe Gottes ansehen, und sie mit Feuer und Schwert ausrotten möchten. So verlebte er ja auch den letzten Abend vor seinem Tode — gelegentlich einer Geschäftsreise — in fröhlichem Kreise mit seinen dortigen protestantischen Miteidgenossen, die ihm zu Ehren ein Ständchen veranstaltet hatten. Auch als Patriot war der Verstorbene keine gewöhnliche Erscheinung, denn er liebte sein theures Vaterland aufrichtig. Eine Tugend, die man im Lager der Papisten nicht immer findet. Die Schweiz verlor jedenfalls in dem hochbegabten Pater einen ihrer treuen Söhne, welcher ihr zur Zierde gereicht hat. Und wenn wir dieses arbeitsame, dem Gemeinwohl geweihte Leben überschauen, wenn wir erwägen, daß auf die wenigen Menschen, die sich als wirklich nützliche Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft bewähren, Tausende wieder kommen, die von der Wiege bis zur Bahre für ihre Brüder nichts leisten; so betrachten wir es stets als einen sehr empfindlichen Verlust für das Ganze, wenn einer von diesen Wenigen unter Vielen seine Laufbahn hienieden beschließt. Pater Theodosius Florentini ist nicht mehr, doch wird er in der Erinnerung seiner Zeitgenossen und Nachkommen fortleben. Möge ihm die Erde leicht sein!

Schweiz. Der „Bund" behandelt in mehreren gehaltvollen Leitartikeln die „schweizerischen Reformzustände". Er tadelt mit Recht gewisse Revisionsbestrebungen, welche nicht auf Ideen beruhen, sondern bloße Personaländerung bezwecken. Der Gegensatz der „Jungen" und der „Alten" geht meistens nicht in die Tiefe. Ein Theil der Revisiönler fordert Dinge, die theils ohne Revision der Bundesverfassung zu erlangen, theils geradezu vom Uebel sind, wie: Abschaffung des Ohmgeldes und Einführung des Tabakmonopols (!), Centralisation des Infanterie-Unterrichts, absolute Freiheit der Mischehen, einheitliche Fünfcentimes-Brieftaxe. Der „Bund" dagegen hält zwar gleichfalls in Folge der zahlreichen Kantonalrevisionen im demokratischen Sinne eine Bundesrevision für räthlich und bevorstehend, fordert aber als Grundlage derselben wirkliche und bedeutsame Reformgedanken, als: Aufhebung aller Schranken, welche noch Handel und Wandel und das bürgerliche Leben, z. B. bei der Verehelichung, beengen, Trennung der Kirche vom Staate, Wegräumung der Ueberreste der Administrativjustiz und des Inquisitionsverfahrens, Aufhebung der Todesstrafe.

Leipzig, 4. März. Gestern fand hier unter dem Vorsitz Dr. Heyner's eine große Volksversammlung statt, wobei sich über 3000 Männer und Frauen betheiligten. Nach einem Tagesbefehl des hiesigen Vorsitzenden des Lassalle'schen Arbeitervereins, des Cigarrenarbeiters Fritzsche: daß alle Lassalleaner in dieser Versammlung erscheinen mußten, war ein stürmischer Ver-

lauf zu erwarten. Wir wollen nicht untersuchen, ob die Reaktion den Putsch zur Sprengung der Versammlung bestellt hatte, oder ob sich Fritzsche, der 2 Tage vorher zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung zur Besprechung des Coalitionsrechts und des allgemeinen Wahlrechts in hiesigen Blättern mit dem Bemerken eingeladen hatte, daß weder Gelehrten und Doctoren noch Arbeitgebern der Zutritt gestattet sei, an seinem Aerger über die geringe Theilnahme Seitens der Arbeiter (es waren höchstens 120 Arbeiter erschienen) von denen etwa die Hälfte nicht dem hiesigen Lassalleaner-Verein angehörten, erholen wollte. Der Präsident an der Spitze erschien nun mit seinem Lassalleanercorps im Saal der Versammlung und postirte seine Getreuen gruppenweise an verschiedenen Seiten des Saales. Kaufmann Lorenz eröffnete die Sitzung und wie er zur Wahl eines Vorsitzenden schreiten wollte, schrieen die Lassalleaner wie die wilden Thiere „Fritzsche".

Homerisches Gelächter im ganzen Saal, namentlich von Seiten der Arbeiter, welche den moralischen Werth des Fritzsche genau kennen, der eine natürliche Abneigung gegen das Arbeiten hat und deshalb, obgleich sehr geschickter Cigarrenarbeiter, noch vor Jahren mit Frau und Kindern in einem Stalle wohnte. Es kam zur Abstimmung und Dr. Heyner wurde gegen 17 Stimmen gewählt. Metz aus Darmstadt fesselte in einer langen Rede mit begeisterten Worten die Zuhörer und schilderte in lebhaften Farben unsere jetzigen deutschen Zustände.

Fritzsche sprach nun nach Metz Vorwürfe gegen die Fortschrittspartei, namentlich gegen Schulze-Delitzsch aus, die natürlich nicht so ein warmes Herz für den Arbeiterstand hätten, wie Fritzsche, der es über das Herz bringen kann, — sich von der Arbeitercasse erhalten zu lassen, da er schon seit längerer Zeit gar nicht mehr arbeitet und Frau und Kinder doch leben wollen.

Natürlich konnte Metz im Angesicht so vieler Arbeiter nichts gelegener kommen, als diese Herausforderung. Zuerst setzte er die Verhältnisse der Lassalleaner mit der Kreuzzeitungspartei mit logischer Schärfe auseinander. Er wies auf die Kreuzzeitung und ihre Ritter hin, die früher für den armen Arbeiter höchstens Verachtung und die Sclavenpeitsche gehabt, während sie jetzt nicht schlafen könnten aus Besorgniß um das Wohl derselben „armen Leute". Daß diese Herren Ritter sich über Nacht bekehrt hätten, sei sehr zu bezweifeln, gegründeter sei der Verdacht, daß dies Gebahren nur berechnet sei, Uneinigkeit in's fortschrittliche Lager zu säen, verschiedene Volksklassen gegen einander aufzuhetzen, um nach dem Grundsatz: „theile und herrsche", für sich zuletzt den Sieg auszubeuten.

Metz wünschte keine Scheidewand zwischen den Arbeitern und dem übrigen Volke, keinen neuen Stand. Wir wollten keinen privilegirten Stand von oben, aber auch keinen von unten. In Glauchau habe er gestern vor 1200 Menschen, großentheils Arbeitern, gesprochen, 180 und darunter unbemittelte Arbeiter wären dem Nationalverein bei getreten. Wenn Fritzsche den Nationalverein anklage, daß er von den Mitgliedern des Hannover'schen Arbeiterstandes keine Ratenzahlung gewähre, so könne das nur durch Ungefälligkeit einzelner Agenten zurückgewiesen worden sein. Was die Höhe des Beitrags anlange, so frage er Herrn Fritzsche, was der Arbeiter im Lassalle'schen Verein beitrage, zahle, worauf Fritzsche antwortete, ½ Sgr. pro Woche (also 26 Sgr., d. h. 4 Sgr. weniger als 1 Thlr. pro Jahr!). Dr. Heyner bestätigte auf die Beschuldigung des Lassalleaner Starke: daß eine Bitte von Arbeitern an den Nationalverein, monatliche Raten zu zahlen, abgeschlagen worden sei, — die Versicherung von Metz, daß für Leipzig er als Agent die Ratenzahlungen schon seit 2 Jahren eingeführt hätte *). Es läge den Herren, die auf Ordre ihre Anhänger hier hergerufen hatten, wohl auch nicht daran, sich als Mitglieder dem Nationalverein anzuschließen.

Man habe ja an anderen Orten ähnliche Erfahrung gemacht. Als nun der Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins Bebel, der an Gewandtheit und Rednergabe den Fritzsche bei weitem überragt und noch mehr an moralischem Gewicht, die Rednertribüne bestieg, um den Gesinnungen der anderen Arbeiter Ausdruck zu geben, so schrieen und tobten die an verschiedenen Orten des Saals geschickt vertheilten Lassalleaner so sehr, daß Ruf und Glocke des Präsidenten nichts half, bis endlich die Schreier sich ausgetobt hatten und Bebel es gelang, den Standpunkt der übrigen Arbeiter als solchen zu bezeichnen, der nicht der der Lassalleaner sei.

Es siegte in der Versammlung die Vernunft und die bessere Einsicht der übrigen Arbeiter, welche es verhinderten, daß es den Scandalmachern gelang, die Versammlung zu sprengen. Fritzsche zog mit seinen Schreihelden ab, dem Gelächter der Versammlung preisgegeben. Einer seiner untergebenen Knechten sprang noch auf die Tribüne und rief: „Im Namen Lassalle's erkläre ich die Versammlung für null und nichtig", die Antwort auf das Benehmen der Lassalleaner war, daß denselben Abend noch 50 Arbeiter Mitglieder des Nationalvereins wurden. (Ganz in ähnlicher Weise wie in dieser Correspondenz wird uns der Verlauf der Versammlung auch in brieflichen Mittheilungen im schnurgeraden Gegensatz zu dem Fritzsche'schen Schimpf-Bericht im „Socialdemokrat" geschildert. Man kann über das Ziel des Strebens, man kann über die Mittel und Wege zum Ziel anderer Meinung sein und man kann diese Meinungsverschiedenheit mit Entschiedenheit und Schärfe vertreten. Man kann aber dabei, bei ehrlicher Ueberzeugung, nicht in bubenhaftes Schimpfen verfallen, weil der überzeugungstreue Mann sich sagt, daß damit nur der eigenen Sache in den Augen aller Unbefangenen geschadet wird. Wo man in solches Gebahren verfällt, ist damit der sicherste thatsächliche Beweis geliefert, daß solche Agitation eine künstlich gemachte, bestellte ist. D. Red.)

*) Aus den Verhandlungen früherer Generalversammlungen des Nationalvereins ist ferner bekannt, daß die Annahme von Ratenzahlungen den Agenten vom Geschäftsführer des Nationalvereins längst empfohlen war und daß ebenso ganze Arbeitervereine an dem Nationalverein seit Jahren in der Weise sich betheiligt haben, daß sie durch den Eintritt ihrer Vorsitzenden die Betheiligung und so ihre Vertretung bewirkt haben. Die Red.

Socialer Theil.

Ueber die in Burg bei Magdeburg stattgehabte **allgemeine Arbeitseinstellung** der dortigen bedeutenden Tuchfabriken, schreibt die „Volkszig." vom 28. Februar: Dieselbe wurde hervorgerufen durch das Anheften einer wörtlich gleichlautenden Fabrikordnung in sämmtlichen Werkstätten. Nur zwei Fabrikanten, darunter Hr. W. Schmelz jun., schlossen sich von dieser Maßregel aus, und in diesen währte die Arbeit ruhig fort. Hervorgegangen ist die Fabrikordnung aus dem offen dort bestehenden Verein der Fabrikbesitzer. Die Arbeiter fühlen sich theils durch die darin angedrohten Geldstrafen verletzt, namentlich aber noch durch einige Bestimmungen, die ihrem Ehr- und Schicklichkeitsgefühle zu nahe treten. So lautet der § 7: „Der Fabrikdirektor und Aufseher sind ermächtigt, jeden in der Fabrik beschäftigten Arbeiter und Gesellen, wann und so oft sie es für zweckmäßig halten, visitiren zu lassen; die Arbeitnehmer müssen sich dieser Maßregel unterwerfen, weil es oft kein anderes Mittel gibt, hundert ehrliche Leute vor dem Verdachte zu schützen, in welchen sie ein einziger unehrlicher Mensch gesetzt hat. Bei Anzeigen von Betrug und Diebstahl, welche in der Fabrik verübt worden sind, soll der Name des Anzeigenden möglichst verschwiegen und diesem eine entsprechende Belohnung gewährt werden. Die Taschen in den Kleidern der Frauenzimmer sind unbedingt verboten." Und § 8: „Das Mitbringen von Mänteln und Körben ist untersagt." Diese Bestimmungen machen die Aufregung unter den Arbeitern begreiflich. Als sie nach dem Anheften dieser Ordnung Gegenvorstellungen machten, wurde von den Fabrikanten bemerkt: „Wer unter diesen Bedingungen nicht arbeiten will, kann gehen." In den meisten Fabriken sind in Folge dessen, da die Arbeiter erklärten, sich dieser Ordnung nicht unterwerfen zu wollen, dieselben abgelohnt und förmlich entlassen worden. Der Oberpräsident v. Witzleben hatte bereits am Sonnabend die Beschwerde der Arbeiter entgegengenommen, scheint jedoch eine Ausgleichung mit den Fabrikherren nicht haben bewirken zu können. Eine Deputation von Arbeitern aus Burg war nach Berlin geeilt, um mit einzelnen Abgeordneten Rücksprache zu nehmen und dem Herrn Minister des Innern ihre Beschwerde vorzutragen. Unter den Einwohnern von Burg erregte das plötzliche Erscheinen von Soldaten begreiflicher Weise Aufregung, und dieselben weigerten sich anfangs die Einquartierung aufzunehmen. Später aber sind die Truppen sämmtlich untergebracht und bestens aufgenommen worden. Die Arbeiter erklärten übrigens, daß sie sich einer in einzelnen Punkten abgeänderten Fabrikordnung unterwerfen wollten und sich jedenfalls von allen Excessen fern zu halten, aber ihr Recht mit allen gesetzlichen Mitteln zu verfolgen gedächten. So weit die Sache bis jetzt zu übersehen, lag hier allerdings thatsächlich eine Coalition der Arbeitgeber vor, und der § 181 der Gewerbeordnung erscheint verletzt. So lange eine Beschränkung der Coalitionsfreiheit besteht, ist eine gleichmäßige Anwendung des Gesetzes gegen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer geboten, und es wäre daher in diesem Falle eine entschiedene Einmischung der Behörden zu Gunsten der Arbeiter gerechtfertigt gewesen. Die Zahl der feiernden Arbeiter betrug ungefähr 1000. Der Bürgermeister von Burg hatte folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Einführung einer neuen Fabrikordnung in den hiesigen Tuchfabriken hat zu einer erheblichen Aufregung unter den darin beschäftigten Gesellen und Arbeitern Veranlassung gegeben. Es sind bereits strafbare Handlungen vorgekommen, wegen welcher die gerichtliche Verfolgung eingeleitet ist. Ferneren Ausschreitungen wird mit aller Entschiedenheit nach Maßgabe der Gesetze entgegen getreten werden. Der alleinige Weg, ein zufriedenstellendes Resultat für die Betheiligten herbeizuführen, besteht darin, daß die Arbeitsnehmer mit ihren Arbeitsherren wegen derjenigen Bestimmungen der Fabrikordnung, deren Abänderung sie wünschen, in Verhandlung treten, einstweilen aber ruhig ihre Arbeit fortsetzen, zumal die Fabrikordnung gesetzlich erst nach 14tägiger Frist in Kraft tritt. Ich fordere die Betheiligten auf, diesen Weg zu betreten, ungesetzliche Handlungen aber mit größter Vorsicht zu vermeiden.

Burg, 27. Febr. 1865. Der Bürgermstr.: Rethe."

Die Berliner „Reform" bemerkt dazu mit Recht: „Der Hr. Bürgermeister vergißt dabei vollständig, daß der von ihm belobte Versuch der Unterhandlungen Seitens der Arbeiter von den Fabrikherren mit dem Entlassungsanerbieten beantwortet worden ist, er würde also wohl seine Ermahnungen besser an die Arbeitgeber gerichtet haben." Inzwischen hat übrigens gegenseitige Verständigung wirklich stattgefunden.

Berlin, 3. März. Die „Reform" enthält unter der Rubrik „Arbeiterangelegenheiten" folgenden Artikel: „In der letzten Sitzung des Berliner Buchdruckergehilfenvereins (Dienstag, 28. Febr.) hielt Herr W. Liebknecht einen Vortrag über die Stellung der Arbeiterklasse zu den übrigen Parteien. In der gegenwärtigen Lage der Arbeiterbewegung und der in ihr sich gruppirenden Parteien ist diese Kundgebung eine, wie wir glauben, so belangreiche, daß die Bedenken, welche wir gegen die eine oder andere Ausführung, besonders gegen die nach unserer Meinung nicht gerechtfertigte und nicht zweckmäßige Heftigkeit hegen, mit welcher der Vortrag gegen die Fortschrittspartei sich wendet, uns nicht abhalten, ausführlichere Notiz davon zu nehmen. Der Vortrag begann mit einer kurzen Geschichte der Arbeiterbewegung in England und Frankreich und zeigte, wie in beiden Ländern die Arbeiter, nachdem sie anfänglich unter dem Banner des Bürgerthums marschirt, eine selbstständige Stellung eingenommen haben, und unter eigener Fahne ihre eigenen Zwecke verfolgen. Der Redner charakterisirte den französischen Cäsarismus und verglich ihn mit dem Parlamentarismus. Während letzterer die Herrschaft der besitzenden Klassen bedeute, was schon aus dem Umstande erhelle, daß er überall mit einer Beschränkung des Wahlrechts verknüpft ist (England, Belgien, Italien, das Frankreich des Louis Philipp), sei dagegen der Cäsarismus nichts anderes, als der nackteste Absolutismus, der sich eine demokratische Maske vorgenommen — der Absolutismus, der die hungernden Massen durch „Brod und Spiele", durch sozialistische Scheinconcessionen und Aktionen zu gewinnen und durch die bestochenen Massen die Freiheit zu unterdrücken strebe. Es liege auf der Hand, daß die Arbeiterklasse, welche Freiheit und Recht wolle, welche einen wirklich demokratischen Staat brauche, um ihre soziale Lage gründlich heben zu können, sowohl dem Cäsarismus als dem Parlamentarismus feindlich gegenüberstehen müsse. Die englischen Arbeiter suchen den Parlamentarismus zu stürzen (Chartismus), die französischen Arbeiter betrachten mit tiefem Ingrimm den Cäsarismus, dem sie sich einstweilen noch unterwerfen müssen, und drücken das Brandmal der Schande Demjenigen auf, der sich durch den Köder des imperialistischen Socialismus bethören läßt. — In Deutschland, wo Bürgerthum und Arbeiterklasse relativ wenig entwickelt sind, namentlich hier in Preußen, haben die Zustände das mit den französischen gemein, daß das Bürgerthum von der politischen Macht völlig ausgeschlossen ist. Die Situation ist in Preußen gegenwärtig die folgende: das Bürgerthum (die Fortschrittspartei) fordert politische Rechte; die Aristokratie verweigert diese Rechte. Was die Fortschrittspartei fordert, sind auch Forderungen der Arbeiterklasse, nur daß sie nicht weit genug gehen. Im Interesse des Arbeiters nicht minder, als in dem des Bürgers ist es, daß das Gesetz herrsche, statt der Willkür, daß die Volksvertretung eine Kontrole habe über die Finanzen, daß die Waffen in den Händen des Volkes sich befinden, statt in denen eines besonderen Standes, der sie jeden Augenblick gegen das Volk kehren kann. So weit stimmen die Arbeiter mit den Bürgern überein. Aber sie wollen mehr. Sie wollen, daß die Freiheit eine Wahrheit werde, sie wollen die Möglichkeit, sich körperlich und geistig zu Menschen in des Wortes höchstem Sinn auszubilden. Und hierzu ist es nothwendig, daß ihre sociale Lage gebessert werde, was nur auf politischem Wege geschehen kann. Die Fortschrittspartei hat den berechtigten Forderungen der Arbeiter keine Rechnung getragen, „sie hat die Wortführer der Arbeiter verleumdet und die Arbeiter durch die Schulze'schen Opiumpillen einzuschläfern gesucht. (??) In der Coalitionsfrage ist sie neuerdings den Arbeitern geradezu feindlich gegenübergetreten" (?). Mit einer solchen Partei kann die Arbeiterklasse natürlich nicht gehen; sie kann es um so weniger, da die Fortschrittspartei den Beweis geliefert hat, daß sie nicht fähig ist, ihr, wenn auch noch so dürftiges, Programm durchzuführen. (?) Soll das Proletariat sich an

einen Leichnam retten? Nimmermehr. Die Tage der Fortschrittspartei sind gezählt, die Regierung wird durch die Logik der Thatsachen auf den Cäsarismus hin gedrängt. Nur nennt sich das Ding bei uns „Volkskönigthum“. „Die Liberalen,“ so sagt man, „wollen blos die Vertretung Einer Klasse, der König vertritt das ganze Volk, in der Person des Königs herrscht das Volk.“ Ganz hübsch, meine Herren! Und genau dasselbe sagte Louis XIV., als er sein berühmtes „Ich bin der Staat“ aussprach. „Der König ist der Staat und der König ist das Volk“, das gleicht einander, wie ein Ei dem andern. Wie dem nun sei, die Apostel des „Volkskönigthums“ buhlen jetzt um die Gunst der Arbeiter, versprechen den Arbeitern Concessionen, thun socialistisch. Wohlan, meine Herren, wenn der Staat dieser Herren Ihnen Concessionen macht, so nehmen Sie sie an, aber nehmen Sie sie ohne Dank, denn es ist nur ein kleiner Bruchtheil Ihres Rechtes, was man Ihnen gewährt, und diesen kleinen Bruchtheil gewährt man nicht um Ihretwillen, nicht um Ihnen zu nützen, sondern um dieses Staates willen, um diesem Staat, den jene Herren wünschen, zu nützen. Solche Staatshilfe ist Hilfe für den Staat, nicht Hilfe von dem Staat, ist Hilfe, welche der Staat von den Arbeitern fordert, nicht Hilfe, welche er den Arbeitern leistet. Und hier habe ich jenes verhängnißvolle Wort ausgesprochen, das zu so vielen Mißverständnissen Anlaß gegeben hat: Staatshilfe. Meine Herren, nur der Staat kann dem Volke helfen, von dem das Volk sagen kann: „Ich bin der Staat.“ Der Volksstaat aber hilft nicht dem Volk, er ist das Volk, und in dem Volksstaat hilft das Volk sich selbst. So fallen Staats- und Selbsthilfe zusammen. In jeder andern Form ist die „Selbsthilfe“ eitel Blendwerk.*) Der Staat von heute kann den Arbeitern nicht helfen. Die Klasse, welche jetzt herrscht, weiß zwar viel zu erzählen von der Noth der städtischen Arbeiter und der Hartherzigkeit der Fabrikanten, aber sie schweigt von der Noth der Landarbeiter und von der schlechten Behandlung, die ihnen zu Theil wird. Natürlich — denn die Arbeitgeber dieser Volksklassen, deren Elend dem der städtischen Arbeiter völlig gleichkommt, und die allerdings doppelt so zahlreich sind — die Arbeitgeber dieser Bevölkerung gehören eben der jetzt herrschenden Klasse an. Und diese Herren, die den Splitter in des Nächsten Auge sehen und nicht den Balken im eignen, sie sollten den städtischen Arbeitern wirklich helfen wollen? Meine Herren, da paßt das Englische Sprichwort: Die Mildthätigkeit fängt zu Hause an, „Charity begins at home“. Allein auch wenn diese Männer sich durch ein Wunder über Nacht bekehrt hätten, sie können das Wohl der Arbeiterklasse nicht ernstlich fördern. Nur im freien Volksstaat ist dies möglich, und der Volksstaat duldet keine bevorrechteten Klassen. Materielle Besserung ohne Freiheit, das wäre Vertauschung der freien Lohnsklaverei mit der Negersklaverei. Der Negersklave steht sich durchschnittlich physisch besser, als die freien Lohnarbeiter, aber — er bekommt manchmal die Peitsche. Meine Herren! Der Umstand, daß die Fortschrittspartei ihre Pflicht nicht erfüllt hat, ist für die Arbeiterklasse kein Grund, sich Denen in die Arme zu werfen, welche nicht einmal die bescheidenen Forderungen der Fortschrittspartei gewähren wollen. Die Arbeiterklasse hat stets und in allen Ländern an der Spitze der freiheitlichen Bewegung gestanden, hat alle Schlachtfelder der Freiheit mit ihrem Blute gedüngt, sollte die Arbeiterklasse in Deutschland, in der Pflanzstätte der modernen Kultur, ihrer Freiheits-Mission untreu werden? Untreu werden in einem Augenblick, wo sie in Folge der Niederlage des Bürgerthums, die alleinige Trägerin der „liberalen Idee“ geworden ist? Unmöglich. Also nicht entweder mit der Fortschrittspartei oder mit der Regierung, sondern weder mit der Fortschrittspartei noch mit der Regierung. Weder, noch — die Arbeiter müssen eine selbstständige Partei bilden. Noch einmal, nehmen Sie jede Konzession, und benutzen Sie sie zu Ihren Zwecken, arbeiten Sie ruhig fort, organisiren Sie sich. Weisen Sie die Hand zurück, welche die Reaction Ihnen darreicht, wenden Sie sich von Denen ab, welche Sie zu dem Claquen-Chor des Bürgerthums degradiren wollen; marschiren Sie geradaus in dem stolzen Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse die Hüterin der heiligen Flamme der Freiheit, daß sie die wahre Fortschrittspartei ist; marschiren Sie vorwärts, weder nach rechts blickend noch nach links, und der Sieg ist Ihnen gewiß.*)

*) Man hüte sich nur zu glauben, daß etwa der reine Volksstaat für die jetzt so beliebten Productivassociationen die Staatshilfe gewähren könne, ohne sich zu Grunde zu richten und gleichwohl ohne Garantie für den erstrebten Zweck. D. Red.

*) Man kann über einzelne dieser Ansichten streiten, aber in dieser Auffassung ist doch wieder Sinn und Verstand, während in den gleißenden Phrasen des „Socialdemocraten“ solcher nirgends zu finden ist. Die „Allg. deutsche Arbeiterzeitung“ hat es immer und immer gesagt: die Arbeiter sollen sich ihre selbstständige Position wahren, sie sind zu gut dazu, um sich von irgend einer Partei als blinde Werkzeuge mißbrauchen zu lassen. Aber hat das nicht immer auch Schulze Delitzsch gesagt, hat nicht er selbst und haben nicht die Männer der Fortschrittspartei stets die Verbindung mit den Arbeitern in diesem Sinne abgelehnt? Daraus folgt aber doch nicht: daß wenn es den Kampf mit dem Absolutismus gilt, die Arbeiter nicht immer auf Seiten des Fortschritts und der Freiheit Partei nehmen sollten und in ihrem eigenen Interesse nehmen müßten. Der oben von dem Redner gegebene Wahlspruch: „weder mit der Fortschrittspartei noch mit der Regierung,“ muß also richtiger heißen: „nie gegen den Fortschritt, stets mit der Freiheit!“ Die Red.

Berlin, 3. März. Der „Socialdemocrat“ bringt folgende Mittheilung: „Wir haben unsern Lesern nachstehende Erklärung mitzutheilen, in Folge deren auch Hr. **Liebknecht** nicht weiter an unserm Blatte mitarbeiten wird:

An die Redaction des „Social-Democrat.“

Die Unterzeichneten versprachen ihre Mitarbeit am „Social-Democrat“ und gestatteten ihre Nennung als Mitarbeiter unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß das Blatt im Geist des ihnen mitgetheilten kurzen Programms redigirt werde. Sie verkannten keinen Augenblick die schwierige Stellung des „Social-Democrat“, und machten daher keine für den Meridian von Berlin unpassenden Ansprüche. Sie forderten aber wiederholt, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine wenigstens eben so kühne Sprache geführt werde, wie gegenüber den Fortschrittlern. Die von dem „Social-Democrat“ befolgte Taktik schließt ihre weitere Betheiligung an demselben aus. Die Ansicht der Unterzeichneten vom Königlich Preußischen Regierungs-Socialismus und von der richtigen Stellung der Arbeiterpartei zu solchem Blendwerk findet sich bereits ausführlich entwickelt in Nr. 43 der „Deutschen Brüsseler Ztg.“ vom 12. September 1847, in Antwort auf Nr. 206 des damals in Köln erscheinenden „Rheinischen Beobachters“, worin die Allianz des „Proletariats“ mit der „Regierung“ gegen die „liberale Bourgeoisie“ vorgeschlagen war. Jedes Wort unserer damaligen Erklärung unterschreiben wir noch heute.

London und Manchester, 23. Febr. 1865.

Friedrich Engels. Karl Marx.“

Die Redaktion des „Socialdemocrat“ bemerkt dazu, den vernichtenden Vorwurf stillschweigend bestätigend, lediglich Folgendes:

„Wir halten es für überflüssig, dieser Erklärung etwas beizufügen, müssen jedoch bemerken, daß die Zuziehung der genannten Herren zum „Social-Demokrat“ Privatsache der Redaktion war, nicht von der Partei ausging.“ So die Redaktion des „Social-Democrat“.

Nun möchten wir nur fragen, was von der „Partei“ übrig bleibt, wenn die Köpfe fehlen?

Die „Neue Frankfurter Zeitung“ bringt dagegen die Erklärung mit folgenden Bemerkungen: „Dies ist eine etwas spät gekommene Weisheit. Der „Social-Demokrat“ wurde im Namen und auf die Principien Lasalles, unter Mitwirkung der Hrn. Marx und Engels gegründet. Lassalles Worte standen im Prospektus als die maßgebenden; und die erste Nr. hatte einen besonderen, überschwänglichen Lobartikel auf Lassalle, der an der Spitze die Marx'schen Worte trug: „Er starb jung — im Triumph — als Achilles.“ Nun hat aber gerade Lasalle die Liebäugelei mit dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei begonnen, ja den Herrn v. Bismarck als preußischen „Robert Peel“ angesungen und die Hoffnung ausgesprochen, daß ein Tory-Ministerium, unter einem „auf den Knauf des Schwertes gestützten“ Königthum, die Verfassung umstürzen und allgemeines Stimmrecht „oktroyiren“ werde. Lassalle war es, der dem Königthume auf diese Weise „den einzig möglichen Ausweg eröffnen“ wollte, damit es aus dem „tödtlichen Kampf“, der zwischen der Monarchie von Gottes Gnaden und der Bourgeoisie sich erhoben habe, heil hervorgehe. Lassalle war es, der das „noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dastehende Königthum“ durch Verfassungsumsturz zu größerer Machtvollkommenheit erheben wollte; und Lassalle predigte dabei den Regierungs-Socialismus, der nach Lage der Dinge kein anderer sein konnte, als der königlich preußische. Trotzdem haben die Hrn. Marx und Engels seinen Namen auf die Fahne geschrieben.“ Die „Neue Frankfurter Zeitung“ weis't darauf hin, daß dergleichen wechselnde und zweideutige Politik bei den Arbeitern überhaupt nicht viel Vertrauen erwecken könne. —

Zu den bei Gründung des „Social-Demokraten“ an dessen Spitze genannten Mitarbeitern gehören übrigens außer dem dermaligen Präsidenten, und den Herren Johann Philipp Becker in Genf, M. Heß in Paris und Professor Wuttke in Leipzig, noch Georg Herwegh und Oberstbrigadier W. Rüstow. Wir sind in der That gespannt, zu hören, ob auch diese Beiden es wirklich über sich gewinnen sollten, an dem Staatswagen des Königl. Preußischen Regierungs-Socialismus mit ziehen zu helfen. Der Verfasser der „Gedichte eines Lebendigen“ und der unversöhnliche Gegner der Militärreorganisation, der schonungslose Kritiker des preuß. Militärbudgets, der consequente Verfechter des Milizsystems, mit dem politischen Glaubensbekenntniß: „Für die Freiheit der Völker gegen jede Art staatlicher Unterdrückung“ — und Königl. preußischer Regierungssocialismus, das sind doch wohl und bleiben unversöhnliche Gegensätze!

Vermischtes.

Preisfragen für die Schneider-Akademie in Dresden?

1) Was hat der Menschikoff'sche Paletot Europa gekostet? 2) Wie lange hält eine Wasserhose ohne Sprungriemen? 3) Warum geht die Sonne in Westen unter? 4) Warum haut man immer die Jacke durch und nicht den Frack? 5) Woher kommt es, daß so viele Knopflöcher roth werden? 6) Welcher Schneider fertigte die Welfenhose, die bis ans Ende aller Tage hält? 7) Warum hängt man den Mantel nach dem Winde und nicht Die, die das thun? 8) Warum machen Die am meisten Staat, die am wenigsten für ihn thun? 9) Ist es wahr, daß der Schneider Wagener die Blousen füttern will? 10) Wann wird der Mantel der christlichen Liebe endlich fertig?

(Fastnachtszeitung.)

Briefkasten.

Arbeiterverein Werthheim. Die gewünschten Nrn. sind unter Kreuzband bereits abgegangen. Fr. Gruß! — Hrn. A. R. in Celle. Alles besorgt; Briefe franco gegen franco. Fr. Gruß und Dank. — Lieber Conrad wo befinden wir uns? — Hrn. D. in L. Mit solchen Ansichten war eine unzweideutige Auseinandersetzung ein für allemal nothwendig. Besten Gruß und Dank. — Hrn. M. M. in Pf. Wir bitten um Sendung der Fortsetzung des Art. in Nr. 49 Ihres dortigen „Beobachters“. Wie steht's mit dem Fortgang Ihres verdienstlichen Unternehmens? Im Uebrigen haben wir viel ähnliche Erfahrungen gemacht. Das ist so der Welt Lauf. — Hrn. B. in L. H D. Rühmkorff demnächst. — Hrn. St. in O. Bereits besorgt. Unverändert und unermüdet vorwärts Jeder tapferer Mitstreiter ist willkommen. Allein so unerläßlich der politische Theil ist, so sind ihm doch im Interesse des übrigen Stoffs ganz bestimmte Grenzen fest zugemessen. Ihr Glaube an die Zukunft unseres Vaterlands und an den endlichen Sieg der Freiheit ist auch der unsrige. Wenn etwas uns darin noch mehr bestärken könnte, so wäre es der unaufhaltsame Sieg der Sache der Freiheit und Humanität in Amerika. So wie dort müssen und werden ihre Widersacher endlich aller Orten überwunden werden und die Wiederaufrichtung des großen Freiheitsreichs jenseits des Oceans wird dafür von noch unberechenbarer Rückwirkung sein. Aber vergessen wir nicht, daß alle Freiheit, daß aller politische Fortschritt nur das Mittel zur Erreichung der socialen Ziele sind, die den rein menschlichen Kern all dieses Ringens und Strebens bilden. — Hrn. G. Rap ...t und die Geschichte, schon in nächster Nummer. Ueber das Jahrbuch des Volks von A. Ruge wo möglich ebenfalls. — L. A. in F. Die Antwort auf die Encyklika werden wir jedenfalls bringen. Unseren hochachtungsvollen Gruß. — Hrn. E P. in B. Die fehlende Nummer soll nochmals expedirt werden. Die Berechnung kommt uns erwünscht, da einige Artikel nicht genau vorgemerkt waren. Die heutigen Artikel für diese Nummer zu spät, für nächste zurückgelegt. Der Bericht über den bevorstehenden anderen Vortrag ist uns bereits von anderer Seite in Aussicht gestellt. — Hrn. A. Sh. in A. 2 fl 45 kr. erhalten und der Expedition die Erledigung der Bestellung aufgegeben. Die Aufnahme bereits erfolgt Besten Gruß und Dank für ihre Anerkennung und unermüdete Bemühung. Die gegentheiligen Ansichten ersehen Sie in heutiger Nummer.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 116.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 19. März 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, monatlich: am Ort 12 kr., bei Lieferung ins Haus 14 kr.; auswärts: im Buchhandel oder bei directem Bezug durch die Expedition hier, 14 kr. oder 4 Sgr., in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche jedem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr unter einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. 6 Pf. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Der ständige Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine an die deutschen Arbeitervereine. Leipzig (Allgemeine Krankenkasse). München. Augsburg. Glauchau. Hanau (zweites Stiftungsfest). Leipzig (drittes Stiftungsfest). Konsum-Vereine. Berliner Handwerker-Verein (Dr. Eduard Abarbanell †). — II. **Politischer Theil. Politische Umschau:** Das Besitzrecht Preußens und Oesterreichs. Berlin (Beschwerden der Städte Breslau und Bromberg). Sachsen. (Keine Redefreiheit für Deutschkatholiken). Bayern. (Kostbares Spielzeug). Mannheimisches. England. (Zweiter Versuch). Schweiz. (Deutsches Ehrgefühl). — III. **Socialer Theil.** Zur Frage, wer die Partei des „Social-Demokraten“ ist? — IV. **Vom Büchertisch.** Jahrbuch des Volks (die „Harke“ von Arnold Ruge. 1. Heft. V. **Vermischtes.** Korbflechterei. Die feudalisirten Produktivassociationen in Schlesien. Sauer gewordener Malzextrakt. — Briefkasten. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Der ständige Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine an die deutschen Arbeitervereine.

Diejenigen Arbeitervereine, welche mit der Erledigung des ihnen bereits im Dezember zugesandten Formulars zur Vereinsstatistik noch rückständig sind, werden hiermit an dessen schleunigste Ausfüllung und demnächstige Rücksendung an den Unterzeichneten erinnert.

Frankfurt a. M., im März 1865.

Leopold Sonnemann, d. z. Vorsitzender.

B. **Leipzig.** Da die Gesuche des gewerbl. Bild.-Ver. wegen einer allgemeinen Krankenkasse (Nr. 110) und wegen des Gauverbandes (Nr. 110) abschläglich beschieden worden, so war auf den 15. Februar eine Besprechung dieser Angelegenheiten festgesetzt und dazu auch der Verein „Vorwärts“ eingeladen worden, dessen Mitglieder sich zahlreich eingefunden hatten. Bei Eröffnung der Versammlung hob Herr German hervor, daß selbige nicht als eine Demonstration anzusehen sei, sondern man wolle diese für die Arbeiter so wichtigen Angelegenheiten einfach nur besprechen, die verschiedenen Ansichten kennen lernen und erörtern, was weiter zu thun sei.

Man hätte erwarten sollen, daß sich wenigstens einige der Väter der Stadt und der Arbeitgeber einfinden würden, um gegenüber dem „seltsamen“ Beschluß der Handels- und Gewerbekammer (Nr. 110), die Ansichten der Arbeiter kennen zu lernen, zumal die Bedeutung dieser Angelegenheit weit über die Kreise unseres Vereines hinausgeht. Doch diese Hoffnung erwies sich — als eitel.

Darüber war man einig, daß die Ansicht der Handels- und Gewerbekammer vom volkswirthschaftlichen Standpunkte durchaus zu verwerfen und eine allgemeine Kasse wegen der Ersparnisse bei der Verwaltung vielen kleineren Kassen vorzuziehen sei und daß diese Kasse nur für die ledigen Arbeiter bestimmt sein solle, da für die verheiratheten durch Privat-Anstalten bereits hinreichend gesorgt sei. Hinsichtlich der Einrichtung dieser Kasse machten sich aber zwei Ansichten geltend; die eine glaubte ohne den Rath und die Polizei schlechterdings nicht fertig werden zu können, nicht weil man eine große Vorliebe für die Botmäßigkeit hegte, sondern weil man dies für den einzigen Weg hielt, auf die billigste Weise zum Ziele zu gelangen. Hauptsächlich glaubte man, daß ohne die Einmischung der Polizei sehr viele Arbeiter, die nicht die Aussicht hätten, hier lange beschäftigt zu werden, sich ihrer Verpflichtung entziehen würden.

Andererseits wollte man von einer Bevormundung nichts wissen; man bezweifelte, daß sich der Rath herbeilassen werde, die Sache in die Hand zu nehmen, denn in neuerer Zeit habe er bei der Bestätigung der Statuten stets die Verwaltung der Kasse den Betheiligten zugewiesen. Auch die Regierung scheine diesem Grundsatz zu huldigen, um den früher so häufigen Vorwürfen, daß ihre Beaufsichtigung den vielfachen Mißständen nicht gesteuert habe, zu entgehen.

Die Polizei sei an und für sich schon durch das Gewerbegesetz verpflichtet, Sorge zu tragen, daß jeder Arbeiter seinen Verpflichtungen nachkomme. Allerdings wurden selbst erlebte Beispiele angeführt, daß sich die Polizei nicht darum kümmere, sondern die Arbeiter ungehindert fortwandern lasse. Darauf wurde entgegnet, daß die Polizei in solchen Fällen einfach zur Rechenschaft zu ziehen sei, zumal sie gegen die Arbeiter gleich bei der Hand sei.

Von dieser Seite wurde entschieden darauf gedrungen, daß der Verein die Sache selbst in die Hand nehme. Sei auch der Anfang schwierig, so werde das Ende doch um so glänzender sein. Es liege im Interesse eines jeden Arbeiters, sich an dieser Kasse zu betheiligen, da wir von der Natur nicht mit einer Gesundheit wie die der amerikanischen Wilden ausgerüstet seien.

Herr Hauptmann Korn gab Aufschluß über die englischen Verhältnisse. Eine Controlle der Behörden sei hier ganz unbekannt; es sei ein Ehrenpunkt für jeden Arbeiter, der Krankenkasse anzugehören. In den Werkstätten fragen sich die Arbeiter untereinander, ob man Mitglied sei und wer eine verneinende Antwort gebe, werde allgemein als ein unanständiger Mensch betrachtet. Die Beiträge (1 Schilling oder 10 Ngr.) werden wöchentlich in den einzelnen Werkstätten eingesammelt und monatlich durch den von den Arbeitern erwählten Kassirer abgeholt oder diesem mit der Post übersendet. Bei Krankheitsfällen erhalte der Arbeiter wöchentlich 15 Sch. (5 Thlr.). So sei die Sache auch hier einzurichten; wer seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, bringe sich selbst in Schaden, die anderen hätten darunter nicht zu leiden.

In Anbetracht, daß unsere Arbeiter sich noch nicht zu der Höhe der Anschauungen ihrer englischen Genossen aufgeschwungen hätten und die geringe Betheiligung an den Vereinen hier (höchstens 600 von vielleicht 15,000 Arbeitern) hinlänglich bekunde, daß die Leipziger Arbeiter noch lange nicht zu einer richtigen Erkenntniß ihrer eigenen Interessen gelangt und somit eine Nöthigung geboten sei, schlägt Herr German folgende Resolution vor:

die Einrichtung einer allgemeinen Krankenkasse Seitens des Vereins ist wünschenswerth, und ebenso, daß

1) der Rath sich bereit erklärt, diejenigen Arbeiter, die keiner Innungskasse angehören, der allgemeinen Krankenkasse zuzuweisen; daß
2) man versucht, die billigen Sätze der Innungskassen im Krankenhause zu erlangen und

3) die Polizei dafür sorgt, daß kein Arbeiter Leipzig verlassen kann, ohne daß er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

In Folge der Debatte fand sich der Antragsteller veranlaßt, die Punkte 1) und 2) zurückzuziehen, wogegen der Rest einstimmig angenommen wurde.

Die Besprechung des zweiten Punktes der Tagesordnung mußte wegen der bereits weit vorgerückten Zeit aufgehoben werden. Möge sie damit nicht der Vergessenheit anheimgefallen sein.

Herr Hauptmann Korn lud die Mitglieder des gewerbl. Bild.-Ver., wie früher schon die des Vereins „Vorwärts", mit ihren Damen zu seinem Vortrage über Volkserziehung am 1. Januar ein. Diesem Rufe war man so zahlreich nachgekommen, daß der Saal gedrängt voll war, während man an den beiden früheren Abenden die spärlichen Zuhörer im Verhältniß zum Raume mit den Fettaugen auf einer Spitalsuppe vergleichen konnte.

München. Am 20. Februar fand eine Generalversammlung behufs Wahl eines ersten Vorstandes statt. Die Wahl fiel auf Friedrich Strohbach, bisherigen 2. Vorstand, an dessen Stelle Herr Rödl gewählt wurde. Der frühere Vorstand Kutzer reist ab und sei ihm hiermit der Dank des Vereins für seine unparteiische Leitung ausgedrückt; derselbe trug wesentlich zur Hebung des Vereins bei, vermöge seines consequenten Vorgehens in der schon früher erwähnten Sängerfrage und ist allen Brudervereinen hiermit bestens empfohlen. — Die Krankenunterstützungskasse zählt jetzt 32 Mitglieder und wird bei 3 Kreuzer wöchentlicher Steuer ein Krankengeld von 2 Gulden gewährt. — Als nächster Gegenstand wird uns die Errichtung einer Sparkasse beschäftigen. — Die Betheiligung am Waisenfonds von Seiten des Vereins ist durch Generalversammlungsbeschluß gesichert. — Eine Fragekastenordnung wurde festgestellt, sowohl bei den Montagsversammlungen als in den Diskussionsstunden die Geschäfte zu vereinfachen. — Die „Allgem. deutsche Arbeiterzeitung" wird jetzt in 28 Exemplaren gehalten und hoffentlich wird sich der Leserkreis noch erweitern. — In einer der nächsten Nummern müssen wir ein Verzeichniß der Herren bringen, welche die Bibliothek als ihr persönliches Eigenthum betrachten, Bücher schon 4 — 5 Monate haben und trotz aller Mühen des Bibliothekars nicht zur Abgabe zu bewegen waren. Ueber 30 solcher Leute sind es, die das wesentlichste Bildungsmittel so verschleudert haben. — Die Coalitionsfrage wird einer eingehenden gründlichen Erörterung unterworfen werden. Herr Dr. Adler, Bankbeamter, wird hierüber einen Vortrag halten. (Hierbei sei bemerkt, daß das Coalitionsrecht durch die baierischen Gesetze nirgends verboten ist.) Nächsten Monat können wir hoffentlich eine Vereinsstatistik liefern.

Augsburg. (Jahresbericht des Arbeiterfortbildungsvereins für das Jahr 1864.

Mitgliederzahl am 1. Januar 1864	45
Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres	85
	130
Abgereist und ausgetreten sind	50
Verbleibt bis zum Heutigen eine Mitgliederzahl von	80

Einnahmen:

An Aufnahmsgebühren und ordentlichen Beiträgen der Mitglieder	145 fl. 36 kr.
Einnahmen verschiedener Art	84 „ 17 „
Beiträge von Ehrenmitgliedern	193 „ 6 „
Summa:	422 fl. 59 kr.

Ausgaben:

An Schulden abbezahlt	93 fl. 26 kr.
Für Vereinszwecke	223 „ 52 „
Summa:	317 fl. 18 kr.
Cassa-Bestand:	105 „ 41 „
Reines Vermögen:	360 „ 14 „

Vereinsvermögen:

Schätzungswerth laut Inventar	127 fl. 54 kr.
Schätzungswerth der Bibliothek	126 „ 39 „
Summa:	254 fl. 33 kr.

Leistungen des Vereins.

In folgenden Gegenständen wurde Unterricht ertheilt:

Geometrie durch Hrn. Schlumberger. Schönschreiben und schriftliche Aufsätze durch Hrn. Landauer. Französische Sprache durch Hrn. Fronert. Buchführung und höhere Arithmetik durch Hrn. Fronert. Deutsche Sprache durch Hrn. Hofstätter. Gesang durch Hrn. Zuchtriegel und Hrn. Albert Keller, gegenwärtig durch Hrn. Hechtner. — .

Im Laufe des Jahres wurde mit der Lebensversicherungsgesellschaft Germania in Stettin ein Vertrag abgeschlossen, wodurch den Mitgliedern unseres Vereins verschiedene Vortheile eingeräumt wurden.

Ferner wurde von den Mitgliedern ein Sparkassen- und Vorschußverein gegründet und mit der geschäftlichen Leitung desselben einige aus unserem Vereine gewählte Mitglieder betraut.

Am 11. Dezember 1864 ist eine Krankenunterstützungskasse gegründet worden, aus welcher die Mitglieder gegen Entrichtung eines kleinen Beitrages von monatlich 3 kr. in Krankheitsfällen Unterstützung erhalten.

Diese Kasse tritt mit dem 1. Januar 1865 in Kraft.

Auch wurde, um möglichst vortheilhafte Anlage der Gelder zu erzielen, aus Mitteln der Spar- und Vorschußkasse der Anfang zu einem Consumverein gemacht, durch welchen den Mitgliedern vorläufig gute Cigarren verschafft und der dadurch erzielte Gewinn der Vereinskasse zu gute kommt.

Der Vorstand:
August Scharff.

Glauchau. Aus dem „Bericht über die Thätigkeit des Gewerbevereins zu Glauchau in dem abgelaufenen Vereinsjahre" ergibt sich Folgendes:

Die Liste des Vereins zählte im abgelaufenen Geschäftsjahre 361 wirkliche und 4 Ehrenmitglieder auf. Abgegangen sind in diesem Jahre zusammen 58 Mitglieder; davon sind 2 gestorben, nämlich die Herren Franz Reichenbach, Bäckermeister, einer der Gründer des Vereins, und Ed. Steinert, Maurermeister; 14 sind weggezogen und 43 abgegangen, so daß die wirkliche Mitgliederzahl 307 beträgt.

Es wurden vom 10. Februar 1864 bis 26. Januar 1865 nicht weniger als 41 belehrende Vorträge, zum Theil in wiederholten Fortsetzungen, gehalten.

Es fanden überhaupt 26 Versammlungen statt, darunter 6 Generalversammlungen. Der Vorstand und Ausschuß hielt 7 Sitzungen. Außerdem wurden noch eine Menge Auszüge aus gewerblichen Zeitschriften zur Kenntniß des Vereins gebracht, sowie verschiedene im Fragekasten vorgefundene Fragen von der technischen Deputation erledigt. Am öffentlichen Leben betheiligte sich der Verein auch im verflossenen Jahre, indem er zu dem am 23. und 24. Oktober vor. J. in Leipzig abgehaltenen Vereinstage deutscher Arbeitervereine zwei Deputirte abordnete. Diese Deputirten waren der Vorsitzende Herr B. Kuhn und der gegenwärtige Schriftführer Herr Weber Lippold. Dieselben vertraten auch den Verein bei der am 4. Dezember vor. J. in Chemnitz abgehaltenen Conferenz verschiedener Arbeitervereine Sachsens wegen Errichtung eines Gauverbandes sämmtlicher sächsischer Arbeitervereine.

Einer Aufforderung der Handels- und Gewerbekammer in Chemnitz nachkommend, hat sich der Ausschuß des Vereins im Auftrage derselben mit Anfertigung einer Lohnstatistik für Glauchau und Umgegend beschäftigt und wird dieselbe in den nächsten Tagen an ihren Bestimmungsort abgehen. Endlich schloß sich der Verein der Petition des Gew.-Bild.-Ver. zu Dresden, wegen Aufhebung der auf den Arbeitervereinen lastenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes, an.

Im Laufe des Sommers veranstaltete der Verein eine Excursion nach Zwickau, um die dortigen gewerblichen Etablissements zu besuchen. Auf diesem Ausfluge wurden die Porzellanfabrik des Herrn Fischer, die Fabriken des Herrn Fickentscher, die König-Marienhütte und die Brauerei und Actienbrodbäckerei zu Cainsdorf besucht. Den Besitzern genannter Etablissements, sowie dem Gewerbeverein zu Zwickau, sei auch hierdurch noch der schuldige Dank gebracht für freundliche Aufnahme.

Die Gründung eines Markenconsumvereins ist im Werke, ebenso die theilweise Wiedereröffnung der Fortbildungsschule, zunächst für gewerbliches Buchhalten.

Die Bibliothek des Vereins erhielt auch im verflossenen Jahre mehrere Geschenke.

Außerdem wurde in einer der letzten Vereinsversammlungen der Beschluß gefaßt, in dem kommenden Jahre 50 Thlr. für Anschaffung nützlicher Bücher aus der Vereinskasse zu bewilligen.

In der letzten Generalversammlung des Vereins wurde die Neuwahl des Vorstandes und die Ergänzungswahl des Ausschusses und der technischen Deputation vorgenommen und zum Vorsitzenden der seitherige Vorsteher, Herr B. Kuhn jun., zu dessen Stellvertreter Herr Dr. Friedrich, zum Schriftführer wiederum der seitherige Schriftführer Herr Weber Lippold, zu dessen Stellvertreter Herr Rich. Baumeyer, zum Kassirer Herr Kaufm. Lachmund in den Ausschuß die Herren Compt. Kapp, Fabrikant J. Kobes, Adv. Boericke, Kaufm. Weißkönig, Nadler A. Fischer und in die technische Deputation die Herren Gasinspector Schädlich, Chemiker Breuninger, Chemiker Mier, Schuldirektor Eckardt, Lehrer Dietrich und Fabrikant J. Kobes gewählt.

Hanau, 9. März. Am verflossenen Sonntag feierte der hiesige Arbeiterbildungsverein im Gauff'schen Saale sein zweites Stiftungsfest. Gesänge und Deklamationen wechselten auf's Angenehmste mit Tableaux und theatralischen Vorstellungen ab.

Aus dem Jahresbericht, den Herr J. König, der Vereins-Präsident, zu Anfang mittheilte, war die rührige Thätigkeit des Vereins ersichtlich, indem der früheren Gründung einer Bibliothek und einer Sparkasse, im verflossenen Jahre die Stiftung einer Krankenkasse und eines Consumvereins sich würdig zur Seite stellten.

Für den unermüdlichen Fleiß und Eifer, womit der Vorstand stets für des Vereins geistige und materielle Wohlfahrt Sorge trug, wurde ihm der Dank des Vereins beim Ueberreichen eines Geschenks ausgesprochen, und damit die Bitte verbunden, auch im kommenden Jahre in demselben Geiste zu wirken.

Ebenso wurde auch den Herren Lehrern durch den Vorstand der Dank des Vereins, denn auch sie waren im verflossenen Jahre wieder bemüht, wie durch Unterricht, so durch Vorträge die Summe des Wissens und Könnens der Mitglieder zu bereichern und so werden die Vorträge über deutsches Rechtsleben, deutsche Geschichte physikalische Geographie, Anthropologie u. a. die Erweiterung des geistigen Horizonts nicht verfehlt haben.

Leider mußte der Vorsteher auch sein Bedauern darüber äußern, daß dem Gedeihen des Vereins noch mancherlei Vorurtheile, innerhalb und außerhalb desselben, im Wege ständen, was im Hinblick auf seine Tendenz um so weniger zu erwarten wäre. Betrübend sei es indessen auch, wenn manche Mitglieder die Mittel, die der Verein zur Ausbildung bietet, so lässig benutzen und theils die Vorträge, theils die Unterrichtsstunden unregelmäßig besuchten, weil sie von dem Wahn befangen seien, das Maaß ihrer Kenntnisse reiche zu ihrem Bedarfe vollkommen aus.

Die Männer, welche so sprechen und handeln, bedenken indessen nicht, daß, wie immer, so ganz besonders in unserer Zeit, das Wort Geltung hat: Stillstand ist Rückschritt. Der Verein führt auf seiner Fahne die Devise: Bildung für Alle. Was ist denn der wahre

Kern derselben? Er ist Erhöhung der Kraft, Veredelung der Gesinnung, Vervollkommnung der ganzen Persönlichkeit. Das ist aber weder eine Gabe des Glücks, noch ein Geschenk der Geburt, noch weniger das Vorrecht eines gewissen Standes. Nein, Bildung ist und bleibt nur der wohlverdiente Lohn mühsamen Strebens. Und weil auch hier der Satz: Eintracht macht stark! volle Wahrheit enthält, so fühlt auch ein solch' strebsamer Mann das Bedürfniß, mit anderen gleichgesinnten Freunden dem gesteckten Ziele näher zu kommen.

Deshalb möge der Verein stets der ernsten und mahnenden Worte Schiller's eingedenk bleiben, die bei dem letzten herrlichen Tableaux uns Allen so freundlich entgegenwirkten: Seid einig, einig, einig!

Ist solches der Fall, nun, dann wird der Verein stets durch die That ein Vorurtheil nach dem andern besiegen und sich immer zahlreichere Freunde erwerben.

Leipzig, 6. März. Die vorgestern stattgehabte dritte Stiftungsfeier des „Fortbildungsvereins für Buchdrucker und Schriftgießer“ war wiederum eine jener selbstgeschaffenen Festlichkeiten, welche mächtig das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Gliedern beider Geschäftsbranchen erwecken und zu vollster Geltung bringen. In vollster Harmonie, nicht durch den geringsten Zwischenfall gestört, nahm das Fest seinen Verlauf. Einer vom Vorsitzenden zur Eröffnung der festlichen Versammlung vorgetragenen, im Laufe des Tages eingegangenen brieflichen Begrüßung Seitens der deutschen Kollegen in Prag folgte ein von Hrn. Hillmann verfaßter und von Hrn. Ernst Hessel gesprochener Prolog, der allgemeinen Beifall fand. Außer dem Jahresberichte waren es besonders die Vorträge des braven Breitkopf- une Härtel'schen Gesangvereins, welche das lebhafteste Interesse der Festtheilnehmer erregten, und nimmt Schreiber Dieses Gelegenheit, diesem verehrlichen Gesangvereine für seine allezeit fertige Bereitschaft, wenn es gilt, den Fortschrittsverein zu unterstützen, hiermit wiederholt den wärmsten Dank sowohl für seine Person als im Namen aller anderen Kollegen darzubringen. — Den Brenn- und Glanzpunkt des andern Programms bildete indeß die Festrede unseres Kollegen Karl Heinke. Selten wohl dürfte vor einer Versammlung von Kollegen etwas gleich Markiges und Kerniges gesprochen worden sein, und lassen wir dieselbe hier vollständig folgen. Der Redner sprach:

„Die von der Menschheit gefeierten Feste sind Zeugnisse ihrer Bildung, und die von einzelnen Völkern gefeierten Festtage sind die Marksteine ihres Fortschreitens.

„Von den alten Griechen und Römern an bis auf unsere Zeit waren es fast nur Kirchenfeiertage oder Feste zur Erinnerung an blutige Schlachten, welche von dem Volke begangen wurden; aber alle diese Feiertage sind keine wahren Festtage des Volkes; des Volkes, welches die breiteste Grundlage jedes Staates bildet; des Volkes, welches auf den Schlachtfeldern geblutet und Leben und Habe für Nichts als die Spitzen des Staates eingesetzt hatte. —

„Die wahren Festtage des Volkes sind die, wo für einander einstehende Männer sich die Hand reichen zum brüderlichen Bunde, zur Eroberung der Menschenrechte: Bildung und Freiheit! —

„Seit die drückende, über fast ganz Europa gleich einer bleiernen Wolke lagernde Atmosphäre der Reaktion und des Konkordats vor dem Kanonendonner in den Ebenen Oberitaliens zerstoben, seit die Tricolore in unserem Vaterlande sich erst schüchtern, dann beherzter und muthiger hervorgewagt, seit aber hauptsächlich die Gewerbefreiheit die aus dem Mittelalter herübergeschleppten Ketten zerriß, rafften auch die Buchdrucker Deutschlands sich aus ihrem conservativen Schlaf auf, und die Buchdrucker Leipzigs gingen ihnen voran. Sie gründeten einen Bund der Humanität, den Fortbildungs-Verein, welcher den im begonnenen Kampfe Wankenden ein Schutz, dem Recht und Fortschritt ein Bollwerk sein sollte, und welcher auch seinen Theil zu der sich durch solche Vereine vollziehenden Umgestaltung Europas beiträgt.

„Die Vereinigung der von der Arbeit lebenden Stände zu Geltendmachung ihres Rechts, die Verbreitung der Aufklärung in den untern Volksschichten, hauptsächlich aber das Gefühl der Zusammengehörigkeit, wachgerufen durch das an Millionen Männern begangene Unrecht, — dies Alles muß in einem Zeitalter, in welchem die Achtung vor allem Hergebrachten in den Grundfesten erschüttert, in welchem die Gottheit Industrie und die Majorität nach der Weltherrschaft greift, dazu beitragen, den industriellen Ständen eine Machtstellung zu erobern, welche Despotismus und Nationalhaß zur Chimäre machen wird.

„Ich habe behauptet, die Vereinigung der aufgeklärten unteren Volksstände wird Europa umgestalten. Und ist dem nicht so? — Blickt hinüber nach Italien, dem Lande des sonst finstersten Fanatismus, sind dort nicht die Zwingburgen der Freiheit, Klöster und Schlösser, die unbezwinglich schienen, despotische Throne, die Jahrhunderte gedrückt und getrotzt, zusammengestürzt vor lose vereinigten, aber aufgeklärten Volksschaaren? — Blicket hinüber nach Frankreich, zittert dort nicht ein Mann, der über eine Million Bayonnete verfügt, vor einem Auflaufe der Arbeiter, schickt er nicht einen Spion hin, wo sich zehn Männer versammeln, um über das Wohl des Vaterlandes, des Volks zu berathen? — Blickt hinüber nach England, wo die Geburts- und Geldaristokratie sich mit päpstlicher Hartnäckigkeit an verjährte, angemaßte Rechte klammert, die ihnen das vereinigte Volk, das Volk der Arbeiter, Stück für Stück entreißt — und auch Rußland hat die Arbeit frei, frei den Arbeiter von der Leibeigenschaft gemacht. — Wenn aber alle diese Millionen Männer der Geist belebt, den unser Fortbildungs-Verein pflegt, der Geist der Bildung und der Mannesmuth, unerschroden im Kampfe für das Recht und den Fortschritt, dann hat das demokratische Europa das sociale Problem gelöst! — Dann werden die vereinigten, solidarisch verbundenen Völker protestiren, sich auflehnen gegen — das Unrecht. Kriege und Schlachten werden unnöthig, werden unmöglich sein, und die Milliarden, welche stehende Heere und Ritterburgen verschlingen, die unsern Wohlstand verzehren, werden zum Wohle des armen, arbeitenden und kärglich bezahlten Volkes, zu freier Bildung verwendet werden können!

„Es ist eine merkwürdige Zeit, das neunzehnte Jahrhundert. — Während die Cabinete mißtrauisch gegen einander gerüstet sind, während das Volk diese Rüstungen bezahlt und Wache steht an den Reichsthoren, bilden wir Vereine, in welchen wir jeden Mann als Freund und Bruder willkommen heißen, ohne zu fragen: woher bist du! — Während man durch Telegraphen und Eisenbahnen die Völker inniger verkettet, durch hoch zum Himmel aufstrebende Berge Tunnel gräbt, über tiefe Schluchten und reißende Ströme Brücken baut, die Nationen einander näher zu bringen, verbietet man den Arbeitern kaum stundenweit entfernter Flecken, zu Verfolgung gemeinschaftlicher Zwecke sich zu vereinigen! — Die großartigen Unternehmungen der Neuzeit verkünden Reichthum und Fülle wie nie zuvor, und doch sind die Staaten tief verschuldet, und doch ist das Volk, die große Masse der Menschen, der Sorge um das Dasein, wohl auch dem Hunger, preisgeben. —

„Und wer soll diese grellen, aber wahren Gegensätze ausgleichen, als die Volksvereine? — Es ist eine Titanenarbeit, aber Aufklärung, Muth und Einigkeit kann sie vollbringen.

„Das düstere Bild, das ich entrollt, es contrastirt mit der Pracht und dem Glanze dieser, der Freude geweihten Hallen, mit Euren heiteren Mienen; aber ich, der ich mit Euch und unter Euch lebe, ich darf es an dieser Stelle aussprechen: Es ist nicht das Glück, was unter uns wohnt. — Denn wir Buchdrucker, die wir den edlen Beruf der Vermittelung des geistigen Lebens im Volke übernommen, wir sehen und fühlen doppelt unser gesellschaftliches Elend, weil unsere Kunst uns sehen, uns beurtheilen lehrt. — Wohl gibt es kaum einen Jünger Gutenbergs, in dessen Brust nicht ein edler Funke glüht, aber er mußte das Feuer in seinem Herzen ersticken, denn auch er wird zu den Proletariern gezählt, auch er ist stumm wie Millionen seiner Mitbürger. Doch auch der Stumme macht sich verständlich in seinem Kreise, und unser Fortbildungs-Verein ist der Kreis, wo man unsere Sprache versteht! Und diese Sprache fand in tausenden und abertausenden deutscher Buchdruckerherzen, und unsere Proteste fanden in allen für uns und mit dem Volke schlagenden Herzen ein gewaltiges Echo! — Und diese Sprache, schlicht und frei, sie möge fort ertönen in unserem Vereine, dann wird das Stiftungsfest nicht nur ein Zeugniß und Markstein unseres Fortschreitens, es wird ein Triumphtag der durch Bildung und Einigkeit errungenen Freiheit sein!“

Daß diese Worte gezündet, bewies der großartige Applaus am Schlusse derselben.

Begrüßungen gingen ein auf telegraphischem Wege vom „Gutenberg“ in Frankfurt a. M., vom Berliner Buchdruckergehülfen-Verein, vom Mittelrheinischen Verband in Würzburg und von der „Typographia“ in Zwickau, die zu gleichem Zwecke vereinigt war, weshalb letztere telegraphisch beantwortet wurde. Außer der obenerwähnten schriftlichen Begrüßung aus Prag wurde noch eine solche aus Riga verlesen. Ein freudig aufgenommenes dreimaliges Hoch der Versammlung dankte den Absendern.

Die Zahl der Festtheilnehmer war eine ungleich größere als in früheren Jahren, und ich irre wohl nicht, wenn ich dieselbe auf circa 1300 Personen veranschlage. Möge das schöne Fest seine Nachwirkung in unserem Sinne üben!

Konsum-Vereine.

Berlin. Der Vorstand der Konsum-Vereine der Provinz Brandenburg hatte am Freitag, den 3. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des hiesigen Handwerkervereins eine öffentliche Versammlung anderaumt, zu der Jedermann, auch die Frauen, welche, zahlreich vertreten waren, Zutritt hatten, um über das Wesen, die Bedeutung und die Wirkung dieser Vereine zu sprechen. Der große Saal war dicht gefüllt. Mehrere Abgeordnete, darunter auch einige Conservative, waren anwesend. Der Anwalt der deutschen Genossenschaften, Abg. Schulze-Delitzsch, hielt einen einleitenden Vortrag über die Aufgabe der Konsumvereine, welche einer großen Zahl Kreise das Bedürfniß der nöthigsten Lebensmittel billiger und besser schaffen sollen. Das Wesen der Konsumvereine bestehe hauptsächlich darin, die so natürlichen Unzuträglichkeiten des Einzelhandels zu verhindern und den Mitgliedern dieselben Vortheile als wie bei größeren Bezugsquellen zuzuwenden. Der Kleinhändler habe mit dem Verkauf kleiner Quantitäten mehr Mühe, als bei dem Verkauf großer und dies müsse natürlicherweise auf die Preise zugeschlagen werden. Hierzu komme noch das Kreditgeben, der Zins und Assekuranz-Prämie, die nicht mit Jedem zu verabreden sei, da jeder Kunde gleich behandelt werden müsse und

der solide Kunde die Verluste, die durch andere entstehen, mit tragen helfen müsse. Außerdem haben die Konsumvereine aber auch ihre festen Kunden und es werde da nicht so leicht vorkommen, daß Waaren, wie bei Schlächtern und Bäckern, verderben. Aus allen diesen Detailverhältnissen gehe hervor, daß der einzelne Kunde theuerer kauft und gerade sind es diejenigen Klassen der Bevölkerung, die am meisten Ursache haben, billig zu kaufen, weil ihnen die Mittel am knappsten zugemessen sind (Bravo). Dieses Alles läßt sich durch Konsumvereine, mögen sie Markensysteme oder Lagerhallen haben, beseitigen. Außer dieser einen Seite, den Mitgliedern billige und bessere Waare zu schaffen, haben die Vereine noch ein anderes großes Ziel im Auge. Wie alle Genossenschaften, so sind auch diese ein Uebergang der Anbahnung zur wirthschaftlichen Selbstständigkeit. Die Mitglieder sind nicht nur Kunden, sie sind auch Inhaber des Geschäfts, sie bekommen nicht nur billige und bessere Waare, sie bekommen auch noch Etwas heraus, sie haben den Gewinn für das Risiko, das sie übernehmen. So habe z. B. ein Verein in Rosdzin (Oberschlesien) seit seinem achtmonatlichen Bestehen bei 326 Mitgliedern 12,700 Thlr. Umsatz und einen Nettogewinn von 1,074 Thlrn. am Schlusse des Jahres 1864 gehabt. Das Standkapital durch Einlagen von 2½ Sgr. betrug 920 Thlr. Die Kapitalansammlung ist natürlich die eigentliche Grundbasis aller wirthschaftlichen Selbstständigkeit. Wenn daher gewisse Schreier rufen: „Nieder mit dem Kapital, weil es von der menschlichen Arbeit abhängig“, so kann man darauf nur erwidern, daß wir von vielen Dingen abhängig sind; wir brauchen zu unserer Existenz Nahrung, Wohnung und Kleidung und es ist dieses Auftreten daher gerade so, als wollte man sagen: „Was ist der Mensch abhängig von seinem Magen, nieder mit dem Magen“ (Gelächter. Bravo). Ohne Rohstoffe, Werkzeuge und andere Subsistenzmittel kann doch keiner arbeiten und das „nieder mit dem Kapital“ ist eine Redensart, wie ich sie noch auf keinem Felde je gehört habe. (Bravo.) Je reicher Rohstoffe und Subsistenzmittel da sind, desto besser lasse sich arbeiten, das wird Keiner bestreiten.

Die Konsumvereine und Genossenschaften sagen nicht „nieder“, sondern „her“ mit dem Kapital, mit dem Gewinn, den Gewinn wollen wir haben. Im Grunde genommen wollen diese Schreier aber auch das Kapital haben, sie wollen es nur nicht sich selbst schaffen, sondern von Anderen haben, was bequemer ist. Unsere Grundbasis ist Einer für Alle und Alle für Einen. Den Genossenschaften kann Jeder Geld anvertrauen, denn daß die Zufälle, die den Einzelnen treffen, Allen zukommen widerspricht allen Erfahrungen. Wir haben bei der Genossenschaft 15 Mill. Thlr.; doch dies ist nur ein kleiner Anfang, wir bedürfen noch mehr. Wenn die Associationen noch nicht den Zweck erfüllt haben, den sie erfüllen sollen, so liegt dies daran, daß Viele noch nicht den Weg eingeschlagen haben, der für sie zweckmäßig ist. Ich will schließen mit dem Spruche des Inhalts: „Selbst ist der Mann“. In dem auf eigenem Fuße stehen ist der Erwerb, ist die Wurzel aller Selbstständigkeit zu suchen. Wer seine Existenz fremdem guten Willen verdankt, entbehrt der Selbstständigkeit, die unserem Volke in wirthschaftlicher und politischer Beziehung Noth thut, um die großen Aufgaben unseres Jahrhunderts zu lösen. Denn nur die Massen machen die Geschichte und wir brauchen die bewußten Massen, wirthschaftlich wie politisch. (Anhaltender Beifall.) Die Vertreter der einzelnen Konsumvereine an der Zahl 7 (meist Lagerhalter) berichteten über ihren Bestand, die alle erfreuliche Resultate lieferten. Der Abg. Dr. Faucher, empfahl den Konsumvereinen, die [illegible] Mikroskope und andere ähnliche Sachen anzuschaffen, um sich von der Unschädlichkeit der Gegenstände, z. B. daß ein Fleisch keine Trichinen u. s. w. überzeugen zu können. Der Abg. Franz Duncker hebt in einem Vortrage die Vorzüge der Lagerhalter hervor, die schon darum zu empfehlen, weil die Gegenstände von den besten Bezugsquellen entnommen werden und geht dann auf die Bewegungen der Genossenschaften über. Durch die Vereinigung werde das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit erweckt. Der Arbeiter und Studirte wirke hier zusammen, alle von demselben Interesse belebt, was wieder zugleich auf die Erhöhung der Löhne einwirkt. (Hört! Hört!) Durch die Genossenschaften und Vereine lerne aber der Handwerker auch manches, was ihm bisher fremd gewesen. Sie haben gehört, wie der Handwerker, ohne ein Blatt nur zu haben, von Kapital, Unkostenkonto 2c. gesprochen hat. Bei solchen Fortschritten glaube ich, braucht uns für die Zukunft unseres Vaterlandes nicht bange zu sein. Die Konsumvereine sind die Vorstufen der Produktivassociationen. Sie haben gehört wie die Herren vom Budget gesprochen und wie sie verstehen, ähnlich ihr Budget aufzustellen. Vielleicht wird aus einem Konsumverein noch mal ein recht tüchtiger Finanzminister hervorgehen. (Lautes Bravo.) Es ist gesagt worden, die Leute rechnen mit Zahlen, ohne die Schweißtropfen zu berechnen, die es gekostet. Allerdings hat es Mühe gekostet und die wackeren Männer, die sie gegründet, haben ihre Feierstunden und Nachtstunden daran gesetzt, aber ich glaube, daß diese ihnen nie leid thun werden, denn diese Schweißstunden haben sie zur Erkenntniß für ihren eigenen Erwerb zu wirken, zusammengeführt, wonach die Brüderlichkeit auf der Zukunft unseres wirthschaftlichen und politischen Lebens beruht. Diese Einheit darf nicht erschüttert werden durch Wühlereien. Die verschiedenen Berufsklassen finden in diesen Vereinen ihre sicherste Stütze und mir und meinen Freunden wird keine Minute, keine Stunde leid thun, die wir dieser Bewegung geopfert haben. (Lautes Bravo.) Nachdem noch Red. Dr. Neumann die Vorzüge des Markensystems besprochen und aus der Mitte der Versammlung treffliche Ansichten im Sinne Schulze-Delitzsch' kund gegeben worden sind, welcher letztere noch einmal das Wort nimmt, um ein kurzes Resumé der Verhandlung zu geben, und einem vorhergehenden Redner seine Ansicht, daß die Produktiv-Association noch in weiter Ferne liege, zu widerlegen, wird die nachstehende von Franz Duncker, Dr. Neumann und Böttger eingebrachte Resolution ohne Debatte einstimmig angenommen:

„Durchdrungen von der Wichtigkeit der Konsumvereine für die Wirthschaft jeder Familie, welcher Berufsklasse sie immerhin angehören mögen, indem die Konsumvereine eines der wirksamst en Mittel sind, die Bedürfnisse des Lebens billiger zu beschaffen, möglichen Beschädigungen durch Fälschungen der Waaren und durch Kürzung im Maß und Gewicht entgegenzuwirken, die Redlichkeit des Hauspersonals zu befestigen, den Sinn für Sparsamkeit zu beleben und die Ordnung im Hausleben zu fördern, erklärt die heutige von dem Verbande der Konsumvereine für Provinz Brandenburg berufene Versammlung von Berliner Familienvätern und Hausfrauen: es ist die Pflicht eines Jeden dem das Volkswohl wahrhaft am Herzen liegt, die rechte Entwicklung von Konsumvereinen nach Kräften, namentlich durch eigene Theilnahme zu unterstützen.“

† **Berliner Handwerker-Verein.** Die Zeit des Carnevals ist vorüber und mit ihm die verschiedenen Vergnügungen, als Maskenbälle u. s. w., die in unserem Vereine im Monat Februar stattfanden, was das Einzige war, das noch Leben in den Verein brachte, denn von den stattgehabten Vorträgen wäre wenig oder gar nichts zu berichten; die Lehrerschaft betheiligte sich an den Sitzungen nur sehr kümmerlich. Leider ist am Ende dieser Zeit der Vergnügungen auch der Tod eines Mannes zu beklagen, dem der Verein seine jetzige Größe mit zu verdanken hat, ein Mann, der zu jeder Zeit, wo es galt, eintrat für Freiheit und Recht,

der **Dr. med. Eduard Abarbanell sen.**, ist am 28. Febr. 1865 gestorben.

Er war früher der zweite Vorsitzende des Vereins, welches Amt er aber aus Gesundheitsrücksichten vor wenigen Jahren niederlegen mußte. Erst wollte er den Verein in richtigen Gang bringen, wie er selbst gesagt, und dann erst sein Amt als Vorsitzender, denn er als Arzt wußte, wie es mit seiner Gesundheit stand, einem Andern überlassen. Sein Streben war darnach gerichtet, daß ebenso wie Preußen an der Spitze Deutschlands, auch dieser Verein an die Spitze der deutschen Bildungsvereine stehen müsse; als Muster sollte dieser Verein allen übrigen Deutschlands dienen und wahrhaftig, als Abarbanell neben Steinert und Duncker Vorsitzender war, da stand der Verein in der schönsten Blüthe. Abarbanell, der vielleicht auf den ersten Augenblick etwas Abstoßendes an sich hatte, den aber doch ein Jeder lieb gewonnen, wenn er nur einmal mit ihm gesprochen, war es gleich, mit wem er sprach, ob mit Schuhmacher, Schneider, Graf oder selbst Minister; wer es verdiente, dem sagte er die Wahrheit. Zum Stadtverordneten gewählt, konnte er auch dieses Amt seiner Gesundheit wegen nicht behalten. Was er aber in der kurzen Zeit als Stadtverordneter geleistet, beweist wohl hinlänglich, daß die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Dr. Cominsohn beschlossen, von dem Leichenreglement, obgleich er nicht mehr Stadtverordneter war, eine Ausnahme zu machen und eine Deputation zum Leichenbegängniß zu entsenden, auch die Versammlung zum Zeichen des Andenkens sich von ihren Plätzen erhob. Die Gesundheitspflegevereine verlieren in ihm ihren Gründer und eifrigen Beförderer derselben. Wie Abarbanell über die Aufgabe des Vereins und über Freiheit dachte, zeigt wohl der Schluß einer Rede, die er am Stiftungsfeste 1863 (das letzte, dem er beiwohnte), gehalten, in welcher er die Selbstentwicklung der Mitglieder, als die Hauptaufgabe des Vereins bezeichnet. „Und welches Streben ist's“, sagte er, „das hier gleichmäßig mit dem Streben draußen waltet? Meine Herren! Das Leben für Freiheit! — — Die Freiheit ist es, die das Vereinsmitglied in sich zur Entwicklung bringen soll, er soll im Vereine lernen, seine Kräfte flüssig zu machen, den Körper und den Geist zu kräftigen und eine Freiheit zu erringen in allem seinen Thun und Lassen; der Kern des Vereins ist also die Entwicklung der Freiheit in Ihnen, und so habe ich den Wunsch noch auszusprechen, daß Sie diese innere Freiheit im Vereine erringen mögen, damit Sie auch draußen außerhalb des Vereins in demselben Princip der Freiheit zusammenstehen können.“ Und so wie Abarbanell gesprochen, so hat er auch mit gehandelt bis zum letzten Augenblick seines Lebens, denn noch kurz vor seinem Tode fragte er, wie steht es mit dem Handwerkervereine, wie mit dem Unterricht? Am 3. März wurde er auf dem jüdischen Kirchhof begraben. Dem Leichenwagen folgte zu Fuß ein langer Zug von Mitgliedern verschiedener Vereins- und Bezirksgenossen. Obgleich der Vorstand aus Nachlässigkeit erst am Begräbnißtage seinen Mitgliedern Kunde von dem Tode des verehrten Mannes gegeben, während es sehr bequem hätte früher geschehen können und müssen, so folgte doch unaufgefordert eine große Zahl derselben. Alle Mitglieder, die Jahre lang nicht im Vereine zu sehen

waren, sie kamen, um dem treuen Freunde die letzte Ehre zu erweisen, das letzte Geleit zu geben. Auf dem Grabe wurden drei Immortellenkränze gelegt, deren mittelster mit Flor und schwarz-roth-goldnen Bändern versehen war, gleichsam als Zeichen, daß hier ein echter deutscher Mann begraben, der nach deutscher Einheit gestrebt. Sein Streben verwirklicht zu sehen, war ihm aber nicht vergönnt, und mußte zu früh von der Erde scheiden.

Am nächsten Tage, den 4. März, veranstaltete der Verein in seinem Lokale eine Gedächtnißfeier. Dieselbe wurde eröffnet mit einem Vortrage des Trauermarsches von Beethoven auf dem Flügel, ausgeführt von Herrn Mohr. Sodann folgte vom Sängerchor des Vereins unter der Leitung Mohr's „Was Gott thut, das ist wohl gethan", worauf Herr Dr. J. Löwenberg (H. D. Guido Weiß, der die Rede halten sollte, hatte für diesen Abend absagen lassen) mit einigen wenigen Worten des Verstorbenen gedachte. Nach einem Quartett „Das ist bestimmt in Gottes Rath", nahm Hr. Dr. med. Ruß das Wort, um der Zeit Abarbanells zu gedenken, wo er vor 20 Jahren (im April 1846) in den alten (früheren) Handwerkerverein trat und was er grade zu der Zeit geleistet. Mit dem Trauer-Vereinslied: „Manche Hoffnung, manche Wunde", was stehend von der Versammlung gesungen wurde, schloß die Feier. Obgleich bei derselben die eigentliche Gedächtnißrede fehlte, so verfehlte die schwarz drapirte Tribüne mit dem Bildnisse des Verstorbenen, der etwas tempelartig gebaute Saal, der dicht gefüllt war, doch nicht, einen feierlichen Eindruck auf die Anwesenden zu machen.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Das Besitzrecht Preußens und Oesterreichs.

„Fortgesetzte Gewalt wird Recht", nicht wahres, unbestreitbares, ewiges Recht, sondern was man bestehendes, positives Recht nennt, dieser Satz kommt, wie überhaupt in den Zeiten untergehender Reiche und Nationen, so besonders in unsern gegenwärtigen europäischen Verhältnissen zur Geltung. Daß aber die Gewalt so schnell als zu Recht bestehend anerkannt wird, wie jetzt in Deutschland, das kann nur in Deutschland geschehen. Als L. Napoleon die französische Verfassung umstieß, blieb das Rechtsgefühl Europa's doch noch einige Jahre lang so empört, daß es ihm den Kaiserthron streitig machte und behauptete, er müsse demnächst wieder stürzen; im Laufe eines Jahrzehnts war freilich dieses Rechtsgefühl abgestumpft; als 1849 die deutsche Nation durch Johann den „Biedern" verrathen wurde, gährte doch und gährt heute noch zum Theil der Zorn im deutschen Herzen über das erlittene Unrecht. Aber jetzt sind kaum 15 Monate verstrichen, seitdem Oesterreich und Preußen angefangen haben Deutschlands Recht mit Füßen zu treten, indem sie die Herzogthümer zu erobern begannen, kaum 3 Monate, seitdem sie Deutschland die Herzogthümer geraubt und an sich gerissen haben; und kaum widerspricht noch hie und da eine vereinzelte Stimme, wenn vom Besitzrecht Preußens, vom Mitbesitzrecht Oesterreichs die Rede ist. Auf dieses schwache Gedächtniß des deutschen Volkes für sein Recht, auf diese Anbequemung an einen rechtlosen Zustand, auf dieses Erlahmen und Absterben alles Rechts- und Ehrgefühls ist die Besitzergreifung der Herzogthümer durch Preußen berechnet. Da gehen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen hin und her, bald wird ausgesprengt: Oesterreich wird sich den preußischen Anforderungen fügen, bald: es wird sich nicht fügen; bald wird gemeldet: die in den Herzogthümern stehenden österreichischen Truppen werden in nicht gar langer Frist abberufen werden, da unter den obwaltenden Umständen ihre Anwesenheit „gegenstandslos" werde, bald wird behauptet, die Mehrheit des österreichischen Ministeriums sei der preußischen Allianz entgegen; bald wird gemeldet, Bayern und Sachsen, d. h. ihre Regierungen verlangen am Bundestag Anerkennung des Herzogs von Augustenburg, bald: sie seien von ihrem Verlangen zurückgetreten. Darüber vergeht die Zeit und inzwischen setzt sich die Gewalt in Besitz, Preußen, mit Verhöhnung nicht blos der übrigen deutschen Regierungen, welchen ihr Recht geschieht, weil sie es sich gefallen lassen, sondern auch der ganzen deutschen Nation, welcher gleichfalls ihr Recht geschieht, weil sie es sich gefallen läßt, besetzt die Herzogthümer, läßt die Offiziere und Soldaten der Herzogthümer dem Könige von Preußen den Fahneneid schwören, was so ganz als selbstverständlich eingeleitet wird: „aus der Thatsache (!), heißt es, daß die Schleswig-Holsteiner preußische Militärpflichtige werden sollen (aber woher denn? warum denn?) folgt, daß die Offiziere und Soldaten nur dem Könige von Preußen den Fahneneid schwören werden." Und was folgt nicht Alles noch mehr aus diesen und andern Thatsachen, d. h. Gewaltthaten? (Gradaus.)

Berlin. In der Sitzung vom 8. März begannen die Verhandlungen über die Beschwerden der Stadtverordneten von Breslau und des Magistrats von Bromberg. Durch Erlaß vom 6. Juni 1863 hatte der Minister des Innern den Körperschaften der Stadtverordneten untersagt, sich mit Petitionen gegen die am 1. Juni 1863 erlassene Preßverordnung zu beschäftigen. Die gedachten Beschwerden nun verlangen zugleich die Aufhebung jenes Erlasses, sowie die Anerkennung des Rechts der Gemeindebehörden, Adressen allgemein politischen Inhalts an die Krone richten zu dürfen. Die Regierung, meinen die Beschwerdeführer, sei zu einer derartigen Maßregelei über Gemeindebehörden durchaus nicht befugt. Der Minister des Innern versucht in längerer Rede zu rechtfertigen, was er gethan. In dem ganzen Streite dreht es sich wesentlich um die Frage, ob die Stadtverordneten einzig und allein auf reine Gemeindeangelegenheiten angewiesen seien. Der Minister behauptet das, muß dann aber den Einwurf hören, wie es denn mit dem Petitionsrecht stehe, das doch jedem Einwohner der Monarchie durch die Verfassung zugesagt sei. Auch habe man ja höheren Orts es gar nicht ungern gesehen, wenn städtische Gemeinden, vertreten durch ihre Bürgermeister und sonstige städtische Beamte, mit Bitten, Glückwünschen und Ergebenheitsadressen vor dem Könige erschienen seien. Schulze-Delitzsch macht noch besonders auf die Gefahren aufmerksam, welche dieses ganze System der Bevormundung und Entmannung in kriegerischen und sonst stürmischen Zeiten nach sich ziehen müsse. Und wahrlich, die Großmacht Preußen kann ein Lied davon singen, wohin es führt, wenn in den Gemeinden und einzelnen Bürgern der Geist der Selbstständigkeit geflissentlich getödtet wird. Der unerhörte Zusammenbruch des preußischen Staates im Jahre 1806 war nicht allein Folge der unglücklichen Schlacht bei Jena, sondern vielmehr der absoluten Unterwürfigkeit, welche auf ganzen Gemeinden und einzelnen Bürgern gelastet hatte. Der wunderbare Aufschwung desselben Volkes, das sich 1806 hatte unter die Füße treten lassen, ist lediglich dem durch die Gesetzgebung von 1808 geweckten Geiste der Unabhängigkeit und Selbstthätigkeit zu danken. Von einem Minister sollte man billig erwarten, daß er zugleich Staatsmann sei und als solcher ein Verständniß habe für die Grundbedingungen, durch welche allein ein Staat mächtig und geachtet wird.

Sachsen. Während selbst unter dem Regimente des Herrn v. Bismarck die Herren Ronge und Czerski unbehelligt öffentliche Vorträge halten dürfen, hat der sächsische Cultusminister v. Falkenstein beim Minister des Innern v. Beust den Antrag gestellt, den genannten beiden Deutschkatholiken fernerhin das Abhalten öffentlicher Vorträge zu verbieten. Die Deutschkatholiken sind in Sachsen als eine Kirchengemeinschaft staatlich anerkannt, — aber Das schadet nicht; der Herr Minister des Innern hat seinem Collegen die Gewährung seiner Bitte nicht abschlagen können. Und zu gleicher Zeit schreibt Herr v. Beust im „Dresdner Journal" Leitartikel über das Recht der Selbstbestimmung der Völker und das Freiheitsbedürfniß der deutschen Nation.

In **Bayern** hat man sich noch immer nicht von einem längst veralteten militärischen Spielzeuge, genannt Hartschiere, trennen können. Der „Nürnb. Anz." stellt über dies kostbare Spielzeug folgende Rechnung auf: Die Generale und Stabsoffiziere der 100 Hartschiere zu München kosten dem Staate alljährlich: 1 charg. General der Kavallerie 7000 fl., 1 charg. Generallieutenant 4000 fl., 1 charg. Generalmajor 3784 fl., 1 Oberst 3784 fl., 1 Major 2350 fl., 1 charg. Major 2050 fl., in Summa 22,968 fl. Dazu Jeder täglich zwei schwere Pferde-Fourage-Rationen, im durchschnittlichen Jahresanschlage beide zu 300 fl., zusammen 1800 fl. Jedoch nur die beiden Erstgenannten halten wirklich Pferde, die Andern beziehen den Geldbetrag dafür. Total-Summe 24,768 fl. jährlich.

Im Hinblick auf die wohlbekannten **Mannheimer Vorgänge** sagt die „Neue Frankf. Ztg.": „Von ultramontaner Seite wird immer die Freiheit betont, welche die Liberalen für sich in Anspruch nähmen, dagegen für Andere nicht gelten lassen wollten. Nun muß man doch fragen: Hat denn irgend Jemand die Casinoleute gehindert, in ihren Gemeinden oder überhaupt in solchen Orten, in denen ihre Meinungsgenossen vorwalten, beliebig zusammen zu treten? Unsers Wissens war dies nirgends der Fall. Was führte sie gerade nach Mannheim, von dessen Bevölkerung doch bekannt ist, daß dieselbe den pfäffischen Wühlereien gegen das Schulgesetz entschieden abhold ist? Warum ward diese Stadt ausgesucht, um eine solche Versammlung gerade dort abzuhalten? Lag darin nicht eine Verhöhnung der Gesinnung der Mannheimer und eine muthwillige Herausforderung derselben? Man kann noch so freisinnig sein, ist aber darum keineswegs verpflichtet, jedem Andern, der beliebig hergezogen kommt, das eigene Haus zum Aufführen einer widerlichen Komödie einzuräumen. Wenn sich ein ungebetener Gast gewaltsam aufdringen will, so mag er sich auch auf einen ihm nicht gerade angenehmen Empfang bereit halten. Dies scheinen uns so natürliche Dinge, daß man wirkliche Exzesse gar nicht zu vertheidigen braucht, um die stattgehabten Vorfälle als ein sehr begreifliches Ergebniß des muthwilligen Auftretens von Seiten der Schwarzen zu erkennen und diesen die wesentlichste Schuld beizumessen. — Waren jene vielen geistlichen Herren, von denen wir bei dieser Gelegenheit erfahren, so plötzlich von all der gerühmten und gepflegten „Pastoralklugheit" völlig verlassen, oder — war es auf ein Spektakelstück — wenn auch allerdings in anderer Richtung — von vornherein abgesehen?" (Trotz alledem und alledem müssen wir aus dem principiellen Gesichtspunkt wie aus dem der Klugheit diese Vorfälle ganz entschieden mißbilligen und beklagen. Wer die Freiheit will und sich klar ist über ihr Wesen, der darf sie nicht blos für sich wollen, der muß sie auch für den schlechtesten Gegner wollen, sonst schlägt er nicht den Gegner, sondern sich selbst und sein eigenes Princip. Das ist der principielle Gesichtspunkt. Dann aber gebietet auch die Klugheit, den

Gegner, der eine schlechte Sache vertritt, ausreden zu lassen. Die Widerlegung und vollständige moralische Vernichtung des Gegners ist dann um so leichter. Bequemer ist es freilich, den Gegner gar nicht zum Worte kommen zu lassen, aber wie es principiell verwerflich ist, so ist es unklug und thörigt, weil es auch eine schlechte Sache zum Märtyrerthum erhebt! Die schlechten, volks- und freiheitsfeindlichen Parteien haben von jeher ihre Gegner nicht zum Worte kommen lassen, weil sie wußten, daß sie dann unterliegen würden. Daher Preßzwang und Censur, daher Encyclica und Bannbullen, daher Inquisition, Ketzergerichte und Scheiterhaufen. Die Partei der Freiheit bedarf dessen Allen nicht und darf sich keinerlei solcher Mittel bedienen, wenn sie nicht sich selbst negiren will; sie siegt durch die innere, unüberwindliche Kraft der Wahrheit, die man freilich nicht zu bequem sein darf, auch wirklich geltend zu machen. Die freisinnige Partei Mannheims mußte darum den ultramontanen Carneval, den man dort vor ihr aufführen wollte, ruhig gewähren lassen, sie mußte aber im Voraus schon für den anderen Tag eine überwältigende Gegenäußerung organisiren, bei der die Gegner in ihrer ganzen Hohlheit und Nichtigkeit mit allen Waffen des Geistes widerlegt und vernichtet wurden. — Das wäre ein Sieg gewesen. D. Red.).

England. Seit dem 19. Januar d. J. ist man in England mit der Einschiffung des neuen Telegraphen-Kabels beschäftigt, welches die beiden Hemisphären auf dem kürzesten Wege in telegraphische Verbindung zu setzen bestimmt ist, nachdem der erste Versuch hierzu im Herbste des Jahres 1857 vollständig gescheitert. — Als Transportschiff wird der Great Eastern dienen, dessen innere Einrichtung dem Zwecke gemäß gänzlich umgeändert worden. Hier hat die Anfertigung durch die Herren Glass und Elliot in Abschnitten von zwei englischen Meilen Länge stattgefunden. Die Construction des neuen weicht wesentlich von derjenigen des älteren, verunglückten Taues ab, und wird die Hoffnung gehegt, daß die Aufgabe, dem Kabel eine möglichst große absolute Festigkeit bei einem möglichst geringen specifischen Gewichte zu geben, eine glückliche und dem Zwecke entsprechende Lösung gefunden hat. Um das ungeheure Gewicht des ganzen Kabels zu ertragen, ist das zur Aufnahme bestimmte Deck durch Balkenwerk angemessen verstärkt, während der Seitendruck, welchen das Kabel beim Rollen des Schiffes auf die Wandungen ausüben würde, durch ein Strebesystem auf die Mitte des Schiffes übertragen wird. Die drei Längen, in welchen das Kabel gleich bei der Verladung unter Anwendung einer vervollkommneten Art von Verbindungs- und Löthstellen aus den einzelnen Stücken hergestellt wird, werden beziehungsweise 633, 803 und 817, im Ganzen also 2253 Seemeilen betragen und voraussichtlich Ende Mai verladen sein. Bei der Legung wird man einen Punkt der irischen Küste (Valentia) mit einem in Neufundland (Bulls Bay) verbinden, und wird hierzu diese Länge völlig ausreichen, da sie etwa 520 Meilen schon als Reserve einschließt für Abweichungen aus der normalen Richtung und für Umwege, welche durch Strömungen, ungünstiges Wetter veranlaßt, oder um mißliche Tiefen zu vermeiden, gewählt werden könnten. — Die größte zu bewältigende Tiefe auf dem in Aussicht genommenen Course beträgt 2000—2500 Faden, während die absolute Festigkeit des Kabels so groß ist, daß dieses in ruhigem Wasser auf eine nahezu vierfache Länge das eigene Gewicht auszuhalten fähig sein soll. Schon der Umstand, daß sich trotz des gänzlichen Mißlingens des ersten Versuches die bedeutenden Geldmittel für die bevorstehende Wiederholung gefunden haben, was übrigens in gleichem Maße fast nur in England möglich ist, wo eine reiche Aristokratie sich verpflichtet fühlt, neue, dem allgemeinen Besten gewidmete Unternehmungen auch ohne sichere Aussicht auf Rentabilität zu unterstützen, also schon dieser Umstand bürgt dafür, daß das Werk mit allen möglichen Vorsichtsmaßregeln und unter Benutzung der inzwischen gesammelten Erfahrungen auf dem Gebiete der submarinen Telegraphie auf soliden Grundlagen verwirklicht werden soll. Findet es, was zu hoffen steht, eine glückliche Beendigung, dann ist ein neuer großer Schritt gethan zur Bewältigung der Fesseln und Hindernisse, welche Raum und Zeit dem Verkehre der Menschen unter einander bereiten. (K. Z.)

Schweiz. Ueber die deutschen Hülfsvereine in der Schweiz bringt die „Allg. Ztg." einen längeren Artikel, dem das Folgende entnommen ist. Es arbeiten gegenwärtig fünf: der in Zürich seit acht, die in Basel und Bern seit drei Jahren, der Genfer Verein seit einem Jahre, und endlich ein ganz neuer Verein im Kanton Aargau. In St. Gallen und Chur soll sich ähnliches vorbereiten. Alle diese Vereine haben gleichen Zweck, im wesentlichen gleich einfache Einrichtungen und stehen unter einander in Verbindung. Der Zweck ist: solche Deutsche, welche in der Schweiz ihr ehrliches Auskommen nicht mehr finden, mit Rath und That zu unterstützen und namentlich ihnen zur Heimreise behülflich zu sein. Monatliche Beiträge von einem halben Franken (damit auch der Unbemittelte sich betheiligen könne) sowie die sonst einlaufenden außerordentlichen Gaben werden von jährlich gewählten Ausschüssen verwendet. Zwischen sämmtlichen Vereinen findet ein monatlicher Austausch der Unterstützungslisten und sonst ein mitunter sehr lebhafter Geschäftsverkehr statt. Diese Vereine haben aber neben und vielleicht über dem menschenfreundlichen Zweck noch eine andere Seite: es ist das vaterländische Gefühl, das die Deutschen in der Schweiz hier zusammenführt. Sie wollen im Auslande sich mit Ehren als Deutsche fühlen; sie wollen, soweit ihre Hand reicht, verhüten, daß deutsche Landfahrer und Schwindler durch frechen Bettel und leider auch der deutsche Handwerksbursche durch den bösen allten Brauch des Fechtens vor schweizerischen Hausthüren dem deutschen Namen Schande mache; sie wollen da eintreten, wo die herbste Noth deutscher Landsleute oft vergebens nach einem deutschen Consulatsschild sucht, hinter dem Rath und Hülfe zu gewärtigen wäre; sie wollen endlich auf dem neutralen Boden der werkthätigen Menschenliebe sich zusammenfinden aus der Zersplitterung und Vereinzelung, die ja leider der Fluch der ganzen Nation war und noch ist.

Socialer Theil.

Zur Frage, wer die Partei des „Social-Demokraten" ist?

Unsere letzte Nr. hatte noch nicht vollständig die Presse verlassen, so ging uns, wenn auch diesmal etwas verspätet, die Nr. 31 des „Social-Demokraten" zu, in welcher bereits die folgende, unsere in voriger Nr. ausgesprochene Vermuthung thatsächlich bestätigende Mittheilung enthalten ist. Die Mittheilung des „Social-Demokraten" lautet:

„Der Erklärung der Herren Marx und Engels haben sich auch die Herren Rüstow und Herwegh angeschlossen. Dieselben schreiben:

„An die Red. des Social-Demokrat.

„Schon wiederholt haben wir gegen die sogenannte Taktik des „Social-Demokrat", das Gute zu nehmen, woher es komme", protestirt.

„Es ist Ihnen also bereits bekannt, daß wir die in der Erklärung der Herren Engels und Marx („Social-Demokrat" Nr. 29) ausgesprochenen Ansichten über die Taktik Ihres Blattes vollständig theilen.

„Obgleich zuerst entschlossen, unsere Mitarbeiterschaft an dem „Social-Demokrat" stillschweigend aufhören zu lassen, halten wir es doch nach der ausdrücklichen Erklärung der Herren Engels und Marx für zweckmäßig, uns derselben ebenso nachdrücklich anzuschließen.

Zürich, den 4. März 1865.

W. Rüstow. Georg Herwegh."

Diese Erklärung begleitet die Redaktion des „Social-Demokrat" mit folgender Bemerkung: „Wir würden den an sich gleichgültigen Rücktritt einzelner Mitarbeiter dieses Organs einer großen Partei nicht weiter zum Gegenstand einer Besprechung machen, wenn wir nicht verpflichtet zu sein glaubten, unsern Lesern das charakteristische Urtheil eines Blattes mitzutheilen, welches zu unsern erbittertsten Feinden gehört und auch in der That keinen Grund hat, uns besonders ans Herz zu schließen."

Die Redaktion des „Social-Demokrat" bringt dann den Artikel der „N. Frankfurter Ztg.", den wir in Nr. 115 der „Allg. d. Arbeiterztg." abgedruckt haben und sucht daraus für sich und gegen die von ihrem Blatte sich zurückziehenden Mitarbeiter Kapital zu machen. Für die Leute mit gesundem Menschenverstand freilich mit sehr wenig Glück, wie wir weiter unten ausführen werden. Die Redaktion fährt nun wörtlich weiter fort:

„Die Gründe, warum die gedachten Herren den „Social-Demokrat" „verläugnen", liegen übrigens — dächten wir — auf der Hand: man zog sich zurück, sobald man eingesehen hatte, daß man nicht — wie man nach dem Tode Lassalle's gehofft — die erste Rolle bei der Partei spielen könne."

Die Redaktion schließt dann mit folgender Bemerkung:

„Die Bedeutung unseres Blattes liegt nicht darin, daß dieser oder jener Name dabei figurirt, sondern darin, daß wir berechtigt sind, (?) im Namen von Tausenden (??) von Arbeitern in allen Gauen Deutschlands zu sprechen, daß wir in der Presse eine große Partei (???) vertreten, die durch eigenen männlichen Willen einer kräftigen Organisation und einer strengen Disciplin sich unterworfen hat.

„Der „Social-Demokrat" steht fest auf dem Boden der Partei, wie Ferdinand Lassalle sie gegründet, (?) und wird diesen Boden nach allen Seiten hin zu behaupten wissen. Wem dies nicht Recht ist, der mag sich zurückziehen. Die Dinge werden auch ohne ihn ihren Weg gehen.

„Im Uebrigen gedenken wir mit diesen persönlichen Geschichten uns nicht weiter zu befassen." — So die Redaktion des Königl. Preuß. Socialorgans.

Die letztere Bemerkung scheint uns aus guten Gründen sehr glaublich, auch wenn es die Redaktion nicht erst noch ausdrücklich versicherte.

Nachdem nun so die eigentlichen geistigen Träger der von Lassalle hervorgerufenen Bewegung den Pygmäen, welche dieselbe in die Hand genommen, den Rücken gewendet haben, bricht der „Social-Demokrat" in derselben Nr., in welcher er diese demüthigenden Thatsachen registrirt, im Leitartikel u. a. in folgende schwindelhafte Fanfaronade aus:

„Berlin, 6. März. Ein stolzes und erhebendes Gefühl erweckt es in unserer Brust, wenn wir sehen, wie die social-demokratische Partei und mit ihr die Volkssache in allen Theilen des Vaterlandes gedeihet und erstarkt." (!!)

Den Vorwürfen der Beziehung zur feudalen und ultramontanen Reaktion, die unter anderem

image
not
available

glaube ihn gegen die Geistesfreiheit und Wissenschaft der europäischen Civilisation aufrecht erhält.

„Was man auch von dem guten Willen der Königin Isabella und ihres Premierministers im Unterrock, der Nonne Patrocinio, denken mag, die wahren Verbündeten seiner Heiligkeit sind immer die drei nordischen absoluten Mächte, deren Sieg von 1813 und 1815 ihn ja auch schon einmal in seine Rechte wieder eingesetzt hat. Dabei ist aber zu bedenken, daß Italien einen raschen Fortschritt in der Ketzerei gemacht und in der kurzen Zeit seiner Befreiung 450 politische antipapistische Zeitungen hervorgebracht hat, denen Se. Heiligkeit nur 18 papistische entgegen zu setzen vermag, und daß Deutschland nicht weniger als 2224 periodische Veröffentlichungen zählt, unter denen 641 politische und gewiß nicht viele ausdrücklich papistisch sind, ja einige neue sogar den Parteien der Zukunft angehören, die lange Jahre keine Zeitungen gehabt haben.

„Noch vor vier Jahren waren Lincolns Wähler keine Abolitionisten, noch vor vier Jahren konnte Lincoln weder an seine Proclamation, noch an das Ausstreichen der Sklaverei aus der Verfassung der Vereinigten Staaten denken. Jetzt wird die Proclamation sogar im Herzen von Georgien ausgeführt und ist die Verbesserung der Verfassung unbestritten gesichert.

„Ein anderer großer Fortschritt ist die Einrichtung einer neuen Bundesregierung der Vereinigten Staaten von britisch Nordamerika, welche fast einer Freilassung der Kolonieen gleich kommt.

„Dagegen macht das Festland von Europa sichtbar keine Entwicklung zu weiterer Selbstregierung. Dies ist sehr natürlich. Die Staatsweisheit aller Despotien ist, dem Willen der Mehrheit nicht nachzugeben, sondern ihn womöglich 1) nicht zum Vorschein und 2) nicht zur Wirksamkeit gelangen zu lassen. Wenn aber doch ein solcher Wille wirksam und mächtig wird, alsdann ist ihre erste Frage, können wir ihn mit Soldaten brechen? und ihre zweite, wenn dies nicht gelingt, können wir die Bewegung nicht selbst in die Hand nehmen, und zu unseren Zwecken, d. h. zu ihrer eigenen Beseitigung ausbeuten?

„Die Russen antworten auf die halben Maßregeln der Civilisation mit einer Maßregel, die eben so barbarisch als extrem ist, mit der Ausrottung der besiegten Nationen.

„Sie erklären sich auf ihre, der Papst auf seine Weise gegen die Civilisation und das Völkerrecht unserer Zeit.

„Die Russen scheinen es darauf anzulegen, sich bei dem civilisirten Europa in einen Ruf zu bringen, der ihnen nach Ablauf dieser Reactionsperiode die Vertreibung aus Europa kosten wird."

Diese Auszüge genügen, den Geiste dieser Broschüre zu bezeichnen. Wer den Werth und die Bedeutung einer derartigen Behandlung der Zeitgeschichte zu würdigen versteht, der bereut nicht, das „Lehrbuch des Volks" von Arnold Ruge zu bestellen. Von der Zahl der eingehenden Bestellungen wird es abhängen, ob eine Fortsetzung desselben möglich ist, oder nicht.

Arnold Ruge hat im Kampfe gegen den Despotismus ein Vermögen von mehr als 100,000 Thlrn. zugesetzt. Natürlich denkt der deutsche Michel nicht daran, ihn dafür schadlos zu halten. Wird er wohl 6 Ngr. daran setzen, sich über seine Zustände zu belehren?

Vermischtes.

Korbflechterei. Daß auch mit einer unscheinbaren Beschäftigung viel erworben werden kann, davon gibt der „Fränk. Kurier" ein Zeugniß aus den Orten Michelau und Schney bei Lichtenfels am oberen Main. Beide Orte treiben außer der Landwirthschaft die Korbflechterei; Schney auch noch Porzellanfabrikation. Die Korbflechterei bringt ihnen aber so viel ein, daß Niemand als Dienstbote oder Taglöhner mehr arbeiten will. Michelau führt jährlich für 200,000 fl. Körbe aus; Schney für 100,000 fl., außerdem noch für 100,000 fl. Porzellan. Der fränkische Landwirth-Verein hat sich, um dieses Gewerbe mehr zu verbreiten, die Anpflanzung von Weiden sehr angelegen sein lassen. — Wir haben hier, bemerkt dazu der „Arbeitgeber", in unserer Nähe, im Ried (Starkenburg), in den alten Rhein- und Neckarbetten und im Niddathal eine ungeheure Menge von Weiden. Es sind zwar nicht alle tauglich zum Korbflechten; was aber auch gebraucht werden könnte, läßt man in's Holz wachsen und haut es später ab zu Gartenzäunen oder zum Verbrennen. Wenn ein Mannenmacher (Zigeuner) kommt und „Wid" kaufen will, jagt man ihn fort, und wenn er sich zur Almende rechnet und selber holt, sperrt man ihn ein. Natürlich, was braucht man dem Zigeuner-Pack auch noch Nahrung zu geben, daß es sich in der Gegend einnistet. Freilich im Herbst, wenn die Kartoffelmannen gebraucht werden, schreit man nach den Zigeunern. Den armen Menschen aber, die sonst kein Geschäft treiben dürfen, ein bischen fortzuhelfen und den Bauern selbst und der Gemeinde mit der Korbflechterei und Weidenzucht zu nützen, das fällt troß all dem keinem Menschen ein!

Die feudalisirten Productivassociationen in Schlesien.

Die „Aachener Ztg." schreibt: „Man weiß jetzt, daß die Petition der schlesischen Arbeiter ein Werk Lassalle's war, wir wissen aber auch, was aus der günstigen Aufnahme, die sie gefunden hat, geworden ist. Der König hat den Leuten in Nowawes mehrere hundert, denen in Schlesien mehrere tausend Thaler zur Bildung von selbstständigen Genossenschaften gegeben. Wo sind sie? Was ist daraus geworden? Die Mittheilungen darüber sind sehr traurig, wenn man traurig nennen kann, was das Scheitern eines solchen Princips bedeutet. Das empfangene Geld läuft den Empfängern durch die Finger, die Genossenschaft ist im Streit unter einander, der Vorstand mit den Theilnehmern, es wird nichts geschaffen, nichts für die Zukunft vorgesehen, item dieses Geschäft wird sich von selbst auflösen — in geradem Gegensatze zu den Schulze'schen Einrichtungen, die sich schon über die ganze Welt verbreitet haben und keine Wunder wirken, aber das Mögliche leisten, was überhaupt unsere Zeit zuläßt. Man hat sich über die gemachten Erfahrungen in so fern zu freuen, als dadurch die tendentiöse Bewegung, welche den Communismus auf den Absolutismus zu pfropfen suchte, ihr Urtheil im voraus erhalten hat, ehe es so weit kommen konnte, die Probe im Großen zu machen."

Das Organ des russischen Ministeriums des Innern, die „Nordd. Post", veröffentlicht die Protokolle der Sitzung der Gesellschaft russischer Aerzte in St. Petersburg, die das Publikum mit einigen Fällen bekannt machen, in denen sich die Schädlichkeit des sauer gewordenen Malzextraktes bis zur Tödtlichkeit herausgestellt habe. So ist der Arzt Alexandrow nach dem Genuß saueren Malzextraktes, von den Folgen der tödtlichen Vergiftung, welcher er nach heftigen Schmerzen erlag, nicht zu retten gewesen. In einem andern Falle der Vergiftung mit Malzextrakt wurde ein Kaufmann gerettet. Diese Fälle haben zu Forschungen Anlaß gegeben über den Zustand des Malzextraktes, in welchem er tödtliche Vergiftung nach sich zieht. Bis jetzt hat man nur gefunden, daß alter Malzextrakt sauer werden kann, doch ist noch unermittelt, welch' ein schädliches Prinzip in Folge der Säuerung sich entwickele, weil es an chemischen Analysen verdorbenen Malzextraktes fehlt. Dieselben sollen demnächst vorgenommen werden.

Briefkasten.

Hrn. St. in München: nur durch ein Versehen unseres Expedienten ist die Frankirung übersehen worden. Wir bitten zu entschuldigen und die 21 kr. bei der nächsten Zahlung abzuziehen. — Aus Ravensburg, Gießen und Cotlbus zu spät für diese Nr.; in nächster Nr. — Aus Gotha desgleichen. Vielleicht als Beilage zu nächster Nr. für die Thüringischen Abonnenten.

Verschiedene Anzeigen.

Das Comité
des polnischen Invalidenhauses in der Schweiz.

Nach dem neuen Mißgeschick Polens haben die Freunde dieses Landes sich besonders sorgsam mit dem Loos der Verwundeten beschäftigt, die einem noch größeren Unglück ausgesetzt sind, als ihre Landsleute.

Hochherzige Stimmen haben sich zu diesem Zweck auf dem eidgenössischen Sängerfest in Bern vernehmen lassen und ein warmer Aufruf ist zu Gunsten der polnischen Invaliden erlassen worden. Das Comité, welches sich zu Zürich zur Gründung eines Invalidenhauses gebildet, hat seine ganze Thätigkeit entwickelt, um einige materielle Hülfsmittel zu vereinigen, die seiner Propaganda als Basis dienen sollten. Sein Aufruf hat Wiederhall gefunden und bald sind ihm von verschiedenen Ländern Opfergaben zugekommen. Wir müssen darunter das Anerbieten eines sehr schönen, vollkommen für ein Invalidenhaus geeigneten Gebäudes anführen, welches für die Hälfte des Werthes dem Comité zur Verfügung steht.

Der großmüthige Schutz mehrerer hohen Notabilitäten ermuthigt uns in unseren Arbeiten und giebt uns die Hoffnung, ein Werk, welches in Betracht des permanenten Charakters der Institution und der großen Anzahl Verwundeter und Invaliden, denen ein Asyl geboten werden soll, ein beträchtliches Capital erfordert, zu gutem Ende zu führen.

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um den Künstlern, die schon die Produkte ihres Talents eingesandt haben, unsere Dankbarkeit zu bezeugen; große Meister haben uns ihre Mitwirkung angeboten. Ehre ihren hochherzigen Gefühlen!

Um die Vereinigung der Fonds zu erleichtern, haben wir geglaubt, in verschiedenen Ländern Subscriptionsbillets verbreiten zu sollen, die den unser Unternehmen beschützenden Damen und unsern Correspondenten anvertraut wurden. Die Opfergaben können in Paris an Herrn Martin Baron, Advokat, rue de Lille 82, oder direkt an den Banquier des Invaliden-Comités zu Zürich, G. Schultheß Erben, gerichtet werden.

Angesichts eines so großen Unglücks, wie das Polens ist, nimmt die Humanitätsfrage den ersten Rang ein: wir glauben also, daß unser Werk überall gewürdigt werden wird, wo es mitleidsvolle und großmüthige Herzen gibt.

Zürich, den 2. März 1865, im Sitzungslokal des Comité's: Vordere Schipfe 139.

Der Präsident: **Carl Walder**, Commandant.
Der Vicepräsident: **Graf Ladislaus Plater.**
Der Secretair: **Wilhelm Habicht.**

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 117.
Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszuzahlen, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 26. März 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

☞ Die **Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung** beginnt mit dem Ende dieses Monats ein neues **Quartal-Abonnement.** Wir bitten um zeitige Abonnementserneuerung. Monatsabonnement, welches überhaupt nur in seltenen Fällen benutzt worden ist, findet nicht mehr statt.

Die übrigen Abonnementsbedingungen sind aus den Notizen am Kopf des Blattes ersichtlich.

Wir werden die „Allgmeine deutsche Arbeiterzeitung", obschon die Schwierigkeiten, mit denen das Blatt zu kämpfen hat, noch keineswegs überwunden sind, zur Zeit dennoch fortführen. Wohl ist jetzt im Abonnement erst die Ziffer 1000 voll erreicht, während selbst bei der von vielen Seiten empfohlenen und mehrfach gewünschten Zurückführung des Blattes auf den regelmäßigen Umfang von nur einem halben Bogen und bei noch weiteren Einschränkungen in den Einrichtungen des Blattes erst bei mindestens 2000 Abonnenten dessen Fortbestand gesichert erscheint. Allein die in den Vereinen in erfreulichster Weise hervorgetretene Rührigkeit für das gemeinsame Organ ermuthigt uns, und legt uns die Verpflichtung auf, so lange auszuhalten, als irgend möglich. Indem wir so unsere Pflicht für die Sache in strengstem Maße erfüllen, halten wir uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die Arbeitervereine und alle aufrichtigen Freunde der Arbeitersache auch ihrerseits in ihren Anstrengungen nicht ermüden werden, den Fortbestand des Organs endlich zu sichern, welches den geistigen Sammelpunkt für die gemeinsamen Bestrebungen bildet. Wohl würden wir im Bewußtsein erfüllter Pflicht die Feder ruhig niederlegen können. Für das nach Jahre langen, mühe- und opfervollen Anstrengungen dennoch verlorene Organ aber würde dann schwerlich ein Ersatz wieder sich finden. Und so mögen denn unsere Leser mit uns dem Losungswort folgen: nur die Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Coburg, im März 1865.

Die Herausgeber und die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten.** Aus Dresden: Nachruf an Dr. Schlimper; Beschluß zu Gunsten der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung". Aus Bielefeld, Saalfeld und Cottbus desgleichen. Berichte aus Gießen und Ravensburg. — Aus dem Hannover'schen: über den „Socialdemokrat". Aus Celle: über Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. II. **Politischer Theil.** Politische Umschau: Preußen: die „Volkszeitung" über Napoleon und gegen Preußen; das Ministerium und das Coalitionsrecht; das Abgeordnetenhaus für das Petitionsrecht der Gemeinden; die Verständigung mit der Regierung immer unmöglicher; die Kreuzzeitung mit 12,000 Unterschriften für die Annexion; zweiter Act des Polenprozesses. Köln, die Stadtverordnetenversammlung lehnt jede Betheiligung an der 50jährigen „Jubelfeier" der Vereinigung mit der preußischen Monarchie ab, abweichende Ansicht des Herrn Oberbürgermeister von Köln. Sachsen, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus in Waldheim, oder wie man Nationalbelohnungen nicht verdient. Wien, vom Schadenen bis zum Staatsbankerott ist nur ein Schritt. Bern, republikanisches Budget, Ueberschuß statt Deficit. England, aus dem englischen Unterhaus; Reformassociation in London. Frankreich, der Kaiser und sein Buch. Italien, sinkendes Ansehen der fortschrittsfeindlichen Geistlichkeit; Rom, der heilige Vater lobpreist die Jesuiten und schmäht auf die Freiheit. — Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes Pius IX von Joseph Mazzini. — Napoleon III. und die Geschichte. — III. **Socialer Theil.** Virchow über die Erziehung des Weibes für seinen Beruf. — „Die Arbeitervereine, das, was sie wollen und um was sie sich streiten", vom Arbeiterverein in Gotha. — Der Verfasser der Schrift „die Arbeitervereine des Königreichs Hannover" an den Redacteur des „Socialdemokraten". **Vermischtes:** Schädlichkeit des Hoff'schen Malzextracts. — Briefkasten. — Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Dresden, 15. März. Zum ersten Male seit dem Bestehen unseres Arbeiterbildungsvereins fehlte bei unserem Stiftungsfeste ein Mann, den Jeder nur schmerzlich vermißte: unser geliebter Ehrenpräsident Dr. phil. Wilhelm Schlimper. Nur Krankheit konnte ihn verhindern, in unserer Mitte zu sein. Jetzt ist derselbe nicht mehr unter den Lebenden. Mitten in den Jahren männlicher Kraft ist er geschieden, seine unermüdliche Ausdauer, seine Charakterfestigkeit uns als Muster und Vorbild zurücklassend.

Wenn wir zurücksehen auf die Jahre, in denen er unter uns wirkte, mit begeisternden Worten den Sinn für alles Edle und Hohe in die Herzen seiner Arbeiter pflanzte, Allen mit gleicher Liebe zugethan, stets bereit zur Hülfe; wenn wir seiner Mühen und Sorgen um uns gedenken, dann müssen wir es sagen, daß wir an unserem Schlimper einen Freund verloren, der einen guten Theil seines Lebens uns geopfert hat.

In seinem Sinne und Geiste fortzuarbeiten, das sei unser Dank.

In unserer letzten regelmäßigen Hauptversammlung war auch ein Antrag betreffs der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" auf der Tagesordnung. Es wurde die Nothwendigkeit der Erhaltung dieser Zeitung hervorgehoben, und zahlreichere Betheiligung zugesagt. Der betreffende Beschluß lautet: Statt des bisherigen einen Exemplars hält der Verein vom nächsten Vierteljahr an deren 10—20 und läßt dieselben zum halben Abonnementspreis an seine Mitglieder ab.

Auf diese Weise glauben wir die Arbeiterzeitung nach unseren Kräften unterstützen zu können, indem dadurch weder der Hauptkasse noch den Einzelnen eine Last zufällt.

Der Vorstand des Arb.-Bild.-Ver. zu Dresden.

M. Hendel, d. Z. Vorsitzender. A. Blunk, d. Z. Schriftführer.

Saalfeld, im März. Durch den regen Eifer seiner Mitglieder ist unser Verein über manche Schwierigkeiten hinweggekommen, die sich ihm anfänglich entgegenstellten; wie wir denn auch bereits im Besitz einer kleinen Bibliothek sind. Unser Organ ist die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung", weil dieselbe sowohl das geistige wie das materielle Wohl der Arbeiter mannhaft vertritt. Wir wünschen diesem Organ eine feste und gesicherte Existenz und daß es nicht ermüden möge, das Recht und die Wahrheit, wie bisher, zu vertreten. — Ein Bericht über unser Stiftungsfest, das wir kurz nach Ostern begehen werden, sei hiemit vorläufig angemeldet.

Bielefeld, 19. März. Endlich ist es gelungen, auch im Kreise unseres Vereins der Allg. deutschen Arbeiterzeitung eine größere Ausbreitung zu verschaffen. Da die Mittel unseres Vereins selbst schwach sind, so haben sich einzelne Mitglieder ins Mittel geschlagen, und bin ich heute bereits in der Lage, 16 Exemplare für das neue Quartal zu bestellen.

Cottbus, im März. Unser Verein ist auf 180 Mitglieder gestiegen. Seit Januar besteht auch eine Vereins-Sparkasse; ein Consumverein mit Markensystem ist im Werk. Unterricht wird vorläufig ertheilt im Rechnen und Schrei-

ben, sowie in allgemeiner Geschichte. Das ist allerdings erst ein schwacher Anfang; das Schlimmste jedoch bei der Sache ist die Lauheit und theilweise Abneigung, die von Seiten der hiesigen Gelehrten und Fabrikanten unserem Vereine und der Arbeitersache gezeigt wird. Mit Neid blicken wir auf Görlitz, wo Gelehrte, Kaufleute und Fabrikanten in namhafter Zahl zusammengetreten sind und sich erboten haben, Unterricht zu geben und Vorträge zu halten. — Wenn wir als junger Verein auch nur Unerhebliches leisten können, um die fernere Existenz der Arbeiter-Zeitung zu sichern, so sind wir auf der anderen Seite mit der Richtung und dem Ziele dieses unseres Organs vollkommen einverstanden.

Gießen. Der hiesige Arbeiterbildungsverein feierte am 19. Febr. sein 2. Stiftungsfest. Einladungen waren ergangen an den Stadtvorstand, sowie Vorstände einzelner Vereine und an die Meister, um hauptsächlich letzteren Gelegenheit zu geben, sich von den Zielen unseres Vereins zu überzeugen und die theilweisen Vorurtheile gegen ein solches Institut zu beseitigen. Die Meisten der Eingeladenen waren erschienen. — Der Vorsitzende, Herr C. Nagel, eröffnete das Fest mit einer Ansprache, in welcher er das Wesen und die Bestrebungen der Arbeitervereine in klarer Weise darlegte und sodann die Pflichten und Rechte der Arbeiter überhaupt kennzeichnete. — An diese mit der größten Spannung von Seiten der Anwesenden verfolgte Ansprache reihte sich sodann ein Rechenschaftsbericht. Aus diesem ergab sich, daß die durchschnittliche Zahl der Mitglieder sich auf 150 beläuft und der Vermögensstand des Vereins circa 450 fl. beträgt. Die auch in diesem Jahre durch Geschenke und Ankauf ansehnlich gewachsene Bibliothek wurde stark benützt. Leider müssen wir bestätigen, daß der Besuch der Unterrichtsstunden (Gesang, Geographie, Schön- und Rechtschreiben, Rechnen, Stylübungen und Zeichnen) sich gegen voriges Jahr vermindert hat. Es ist diese Wahrnehmung sehr zu beklagen, da der Verein das Glück hat, ausgezeichnete Lehrkräfte zu besitzen, die sich mit der größten Liebe und Ausdauer dieser Sache widmen. Die Versammlungen in diesem Jahre boten viel Lehrreiches, da mehrere Docenten der hiesigen Universität Vorträge verschiedenen Inhalts hielten. — Im Laufe des Abends traten noch verschiedene Redner auf: Herr **Chr. Petri III.** bewegte sich auf dem socialen Gebiete des Arbeiterstandes und zog die traurige Lage des größten Theiles der Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben müssen und an eine Ersparung für das Alter oder Unglücksfälle nicht denken können, in Betrachtung. — Herr **Dr. Birnbaum** beleuchtete und würdigte das Princip von Schulze-Delitzsch. Herr Lehrer **Curschmann** legte einige Bücher der am Schreibunterricht Theilnehmenden vor und benutzte diese Gelegenheit, die Fortschritte der Einzelnen, welche mit Ausdauer den Unterricht besuchen, durch Vergleiche ihrer früheren und späteren Handschriften, zu beleuchten. — Herr Bürgermeister **Vogt** dankte im Namen der Eingeladenen und versprach seine fernere Unterstützung. — So verfloß der Abend in ernster, aber doch gemüthlicher Weise, wozu recht gelungene Vorträge einzelner Mitglieder und der unter der trefflichen Leitung des Lehrers Herrn **Feldhaus** dirigirte Gesang wesentlich beitrug.

Möge dieser Tag Allen, die am Feste Theil genommen, noch recht lange in freudiger Erinnerung bleiben. Mögen die anwesenden Arbeitgeber den guten Willen in den Bestrebungen der Arbeiter nicht ferner verkennen, mögen aber auch die Arbeiter sich immer eifriger zeigen, sich durch würdige Haltung die allgemeine Achtung und damit zugleich eine bessere sociale Stellung zu erringen.

Ravensburg, 11. März. Der seit dem 1. Januar d. J. hier bestehende Arbeiterbildungsverein Concordia, hat sich eines recht gedeihlichen Fortkommens zu erfreuen. Von 3 am hiesigen Lyceum angestellten Lehrern wurden folgende Vorträge gehalten:

1) über Telegraphie, verbunden mit Experimenten von Herrn Oberreallehrer Heß;
2) über die Grundrenten und deren Einfluß auf die Arbeit und Bevölkerung von Herrn Präceptor Her;
3) über das Eisen und dessen Gewinnung aus seinen Erzen von Herrn Reallehrer Welte.

Auch wird allwöchentlich von Herrn Maler Edinger den Mitgliedern des Vereins Unterricht im Zeichnen ertheilt.

Ferner gibt Herr Sprachlehrer **Kurtz** und Herr Fabrikant Schuchmann an den Sonntagen einer größeren Anzahl der Vereinsmitglieder Unterricht in der französischen Sprache, hauptsächlich um dieselben mit den vielen aus dem Französischen stammenden Fremdwörtern bekannt zu machen.

Sodann versammeln sich jeden Montag Abend sämmtliche Mitglieder des Vereins im Lokal, wo theils eigene Angelegenheiten besprochen oder interessante Zeitungsartikel vorgelesen, theils sogenannte Diskussionsstunden von obengenanntem Herrn Sprachlehrer geleitet werden. Der Nämliche hält auch Sonntags über die Geographie und Geschichte Deutschlands sehr belehrende und unterhaltende Vorträge. — Endlich findet regelmäßig Samstag Abends Gesangunterricht statt unter der Direktion des Herrn Lehrer Bergers.

Dank diesen edlen Männern, welche in höchst wohlwollender Weise unsern Arbeiterbildungsverein sowohl in intellektueller als in moralischer und socialer Beziehung zu vervollkommnen suchen.

Als ein erfreuliches Zeichen möge noch erwähnt werden, daß unser Verein seit seinem Bestehen um etwa 40 Mitglieder zugenommen hat.

Auch werden wir ehestens einen Consumverein (Markensystem) mit demselben verbinden.

Der Vorstand:
F. **Knöll**, Schneidermeister.

R. **Aus dem Hannover'schen.** Kürzlich hatten wir das Vergnügen den „Social-Demokraten“ etwas näher kennen zu lernen, da uns von zwei Seiten ein Exemplar per Post übersandt war. Die Zusender sind uns unbekannt.

Obgleich uns schon von verschiedenen Blättern Urtheile über den „Social-Demokrat“ bekannt waren, haben wir doch noch einen besseren Begriff von demselben gehabt.

Den curiosesten Eindruck machten auf uns die Namen „von Hofstetten und von Schweitzer“! „Social-Demokrat“ und zwei adliche Redacteure, wie reimt sich das?

Wo nun die Herren Social-Demokraten selbst im Blatte zu reden anfangen, da hört die sonst unter einigermaßen gesitteten Menschen übliche Sprache auf, artet in eine Form aus, die verächtlich wird und zwar so, daß man von dem Adel der Redaction keine Spur mehr findet.

In der fraglichen Nr. 30 kritisirt ein Social-Demokrat, Tischler York, die über die Hannover'schen Vereine erschienene Broschüre und meint, die von Vereinen verausgabten Gelder für Unterricht seien so winzig, daß es kaum nennenswerth sei, wie er überhaupt die ganze Wirksamkeit der Vereine auf Null reducirt. — Wir lesen überhaupt aus dem ganzen Aufsatz, daß der Herr „Social-Demokrat“ von dem Wesen der Arb.-Bild.-Vereine entweder gar keinen, oder einen sehr confusen Begriff hat. Wir unsererseits haben seit dem Gründungstage der Arb.-Bild.-Vereine geglaubt, daß ihre erste und wichtigste Aufgabe nur ein fortwährendes Fördern und Schaffen von Wissen sein müßte, damit für den Arbeiter die Gefahr beseitigt wird, die nach unserem Dafürhalten für die „Social-Demokraten“ augenblicklich vorhanden ist, um sie als Automaten für irgend welche Zwecke zu gebrauchen, nur nicht für ihr eigenes besseres Geschick.

Wir wissen recht wohl, unsere Wirksamkeit ist momentan nicht weitgehend, aber wir wissen auch, daß sie mit jedem Tage weitgehender wird. Wir wollen keine „Staatshülfe“, weil sie ein Unding ist, sondern unsere Selbsthülfe. — Die Mitglieder unserer seit 15 Jahren bestehenden Vereine üben als Bürgervorsteher, Gemeindevorsteher, als Schul- und Kirchenvorstand, eine Thätigkeit und zwar in freisinnigster Weise, von der sich die Herren Social-Demokraten keinen Begriff machen.

Daß nun diese Wirksamkeit nicht ohne Rückwirkung sein kann, scheint ihnen eben so fremd.

Ein kleines Seethier baut mächtige Korallenbänke, an der große Schiffe scheitern!

Glauben die „Social-Demokraten“ in Wirklichkeit an eine „Staatshülfe“, dann bedauern wir aufrichtig den „Staat“, der ihnen helfen soll!

Wer ist denn der „Staat“? Nicht wie ein Franzosen-König aufgebläht sagt: „der Staat bin ich; nein der Staat sind wir, das Volk, alle im „Staat“ lebenden Menschen; soll nun der Staat helfen, so kann das nur durch die eignen Steuern, die wir selbst zahlen, möglich sein. Da nun zu dieser „Staatshülfe“ unendlich viele Millionen gehören würden, so müßten wir sie doch durch unser doppelt oder dreifaches Steuerzahlen erst schaffen! Also Unsinn.

Nach dieser Theorie könnten alle Staatsangehörigen hundert andere Dinge mit dem gleichen Rechte vom Staate verlangen!

† **Celle,** 26. Febr. (Gewerbefreiheit und Freizügigkeit.) Wie nothwendig Gewerbefreiheit und Freizügigkeit bei uns sind, um den ewigen Plakereien, insbesondere der untern Verwaltungsbehörden, Magistraten und Aemter endlich überhoben zu sein, davon sprechen täglich Vorkommnisse der mannigfachsten und verschiedensten Art. Wir wollen einmal ein solches Beispiel aus einem großen Kranze herausreißen und Ihrem Lesern mittheilen.

Nach der Gewerbeordnung für das Königreich Hannover vom 1. August 1847 sollten bei der Nachsuchung um Gestattung eines selbstständigen Geschäftsbetriebes, bezüglich eines freien Gewerbes, d. h. nichtzünftiger Gewerbe, die Erbringung von Fähigkeitsnachweisen nicht weiter erforderlich sein, wogegen es bei den zünftigen Gewerben, mit der Anfertigung von Meisterstücken sein Bewenden behalten sollte, obgleich auch hier nicht unbedeutende Erleichterungen geschaffen waren.

Diese Gewerbeordnung war unseren Zünftlerzöpfen aber viel zu freisinnig und human und man benutzte die Bewegungen des Jahres 1848 in den Städten dazu, mehrere Abänderungen und Suspendirungen der Gewerbeordnung zu fordern und der damalige Märzminister Stüve, dessen sonstige organisatorische Thätigkeit wir hier besonders anerkennend erwähnen wollen, welcher aber durch und durch Zünftler war und geblieben ist, bis auf den heutigen Tag, ging bereitwillig darauf ein und gab unterm 15. Juli 1848 ein Gesetz betreffend mehrere Zusatzbestimmungen zur Gewerbeordnung heraus, in welchem auch die mit begriffen war, daß Derjenige, welcher ein sogen. freies Gewerbe treiben und sich selbstständig setzen wolle, auf Verlangen der betreffenden Gemeinde einen Fähigkeitsnachweis zu erbringen habe. Daß unsere Magistrate hiervon den umfangreichsten Gebrauch machen, ist selbstverständlich.

Vor Kurzem verlobte sich ein hiesiger sogen. französischer Handschuhmachergehülfe aus dem Preußischen, welcher hier längere Zeit in Arbeit stand, mit der einzigen Tochter eines nicht unbemittelten Handschuhmachermeisters und beantragte seine Zulassung zur Gewinnung des Bürgerrechts, indem es der Aufnahme in eine Zunft, da die französische Handschuhmacherei ein freies Gewerbe sei, nicht bedürfe. Da der Bittsteller allen Erfordernissen, namentlich hinsichtlich des Vermögensnachweises, Entlassung aus dem preußischen Unterthanenverbande, guter Aufführung rc. genügte, so wurde die Zulassung zur Gewinnung des Bürger-

rechts beschlossen, jedoch davon abhängig gemacht, daß er einen genügenden Fähigkeitsnachweis vorbringe, zu welchem Zwecke sich derselbe einer Prüfung zweier hiesiger Handschuhmachermeister und eines französischen Handschuhfabrikanten zu unterziehen habe.

Gegen diesen Bescheid des Magistrats wurde Berufung an die Landdrostei Lüneburg zur Hand genommen und geltend gemacht, daß es der Erbringung eines Fähigkeitsnachweises nicht bedürfe, sondern solcher durch den Lehrbrief und dergleichen hinlänglich erbracht erscheine, dann aber auch die Prüfungsmeister ihm als neuen Concurrenten feindselig gesinnt seien und sich bereits berühmt hätten, ihn durchfallen lassen zu wollen, dieses auch um so mehr könnten, als es kein Gesetz für solche Prüfung gäbe und der Magistrat sich dem Ausspruche der Meister werde unterwerfen müssen. Uebrigens verständen auch zwei der Prüfungsmeister nichts von seinem Geschäfte und endlich sei außerdem schon ziemlich klar, daß er sich hier andauernd werde ernähren können, zur Feststellung des letzten Punktes aber die Prüfung nur angeordnet sei. Es wurde Aufhebung des Magistratsbeschlusses, eventuell zu gestatten beantragt, daß die Prüfung in einer andern Stadt geschehen könne.

Diese Berufung wurde verworfen, weil dieselbe im Allgemeinen unbegründet sei und Bittsteller nachher, wenn seine Prüfung nicht ordnungsmäßig geschehe, immerhin noch Beschwerde führen könne, und der eine Prüfungsmeister, mit welchem Bittsteller im Prozesse befangen, wurde verworfen.

Da der Magistrat eine nochmalige Bitte, die Anfertigung eines Prüfungsstückes in einer andern Stadt zu gestatten, ebenfalls verworfen hat, so muß der Antragsteller sich der Prüfung unterziehen und fällt er, wie zu erwarten steht, durch, so geht der kostspielige Instanzenweg noch einmal los und erfordert mehrere Monate Zeit.

Es ergibt sich aus solchen Thatumständen, wie nothwendig unser Arbeiter- und Gewerbestand für endliche Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zu arbeiten hat.

Bemerken wollen wir übrigens schließlich noch, daß unser Bürgervorsteher-Collegium in seiner letzten Sitzung, wo es ein Aufnahmegesuch eines Uhrmachergesellen, ebenfalls ein freies Gewerbe, zu berathen hatte, sich dahin aussprach: der Magistrat möge in solchen Fällen für die Zukunft von Erbringung eines Fähigkeitsnachweises abstrahiren.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Berlin. Die „Volkszeitung" bespricht in einem Leitartikel das vom Kaiser Napoleon beabsichtigte „Unterrichtsgesetz", welches an dem Widerstand der verschiedenen Träger des reactionären Systems scheitert, durch die er seine Macht erlangt hat. Sie erinnert dabei an den alten Satz: „Man gießt nicht jungen Wein in alte Schläuche" und bemerkt: „Nachdem er (der Kaiser) die alten Schläuche des romanischen Staatswesens bei Gründung des Kaiserthums recht weit geöffnet, nachdem er das ketzerische Pantheon zum Jubel der allein selig machenden Gläubigkeit gesäubert und Gott gegeben, was Gottes, um durch die Beichtväter aller Franzosen zu empfangen, was des Kaisers ist; nachdem Centralisation, Abenteurerthum und Kirchlichkeit sich vereinigten, um im allgemeinen Wahlrecht den Selbstherrscher auf den Thron zu erheben und Präfekten, Stellenjäger und Geistlichkeit das Kaiserreich befestigt haben, versucht er es jetzt, den jungen Wein des Fortschritts in die alten Schläuche der nimmersatten Nationalbevormundung zu gießen, und erwartet von Senat und Mairie, von Glücksjägerei und Kirchenthum, sie sollen Jugendunterricht und Volksbildung fördern und zugeben, daß die künftigen Urwähler in Jacke und Höschen auch schreiben und lesen — das heißt: selbstdenken lernen.

„Da müssen wir denn sagen: Sehet, er will den jungen Wein des civilisirenden Fortschritts gegen alle Wahrheiten der Natur, der Geschichte und der Religion in die alten Schläuche gießen, die er selber aufgesucht und aufgefrischt, nachdem sie bereits in die alte Rumpelkammer der Geschichte geworfen waren. Was Wunder, daß dergleichen nicht gelingt.

„Das Unterrichtsgesetz, das Louis Napoleon dem Volke wohl geben möchte, um aus der für die Dauer nicht haltbaren Rolle des Gewalthabers in die Rolle des Wohlthäters zu gelangen, nimmt jetzt eine Wendung, wo es ein Unterrichtsgesetz für ihn selber wird. Dieses Unterrichtsgesetz lautet: **wie eine Macht entsteht, so muß sie fortwirken!**"

Wenn man nun dieses allerdings unabänderliche geschichtliche Gesetz auch auf den gegen das deutsche Reich entstandenen Staat Preußen anwendet, was folgt daraus für die „preußische Führung" und für die „deutsche Mission" Preußens? Hat die „Volkszeitung" diese Frage wohl bedacht, als sie dieses bekannte und unumstößliche geschichtliche Gesetz angerufen hat?

Preußen. Das Ministerium hat auch die Königl. Regierungen aufgefordert, sich gutachtlich über das Coalitionsrecht zu äußern. Es heißt in dem Reskripte: Die einem solchen Urtheil vorangehende Erörterung wird sich vornehmlich darauf zu richten haben: 1) in welchem Umfange die bestehenden Verbotsbestimmungen praktisch zur Anwendung gekommen sind; hierbei sind die Fälle zu trennen, je nachdem sie Handwerker, oder Fabrikarbeiter, oder Arbeiter der im § 182 der Allg. Gewerbe-Ordnung, Absatz 2, erwähnten Art, oder endlich solche Arbeiter, welche im § 3 des Gesetzes vom 24. April 1864 genannt sind, betroffen haben; 2) ob nach den Erfahrungen über das bisherige Verhältniß zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern anzunehmen sein wird, daß die unbedingte Freiheit der Coalition zu Ausschreitungen führen werde; 3) ob es nothwendig erscheint, restriktive Bestimmungen zum Schutze der Einzelnen gegen Anwendung von Zwang oder Drohungen zur Theilnahme an der Coalition oder zur Befolgung der von solchen Coalitionen erlassenen Gebote oder Verbote vorzusehen; 4) inwieweit die Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen eine Aenderung auch anderer Vorschriften der bestehenden Gewerbegesetze bedingen würde. Um für die, nach Inhalt der Anlage in Aussicht genommene commissarische Berathung eine umfassende Grundlage zu gewinnen, wünsche ich ferner, daß die Königl. Regierung sich darüber äußere, welchen Fortgang die auf Selbsthülfe beruhenden Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, über welche in Folge des Circular-Erlasses vom 13. Juni 1863 Bericht erstattet worden ist, genommen, ob die in dem Bericht ausgesprochenen Ansichten über die Wirksamkeit dieser Genossenschaften durch weitere Erfahrungen eine Aenderung erlitten und ob gleichartige Associationen auch unter den Fabrikarbeitern Eingang gefunden haben. (Berl. Ref.)

Preußen. Die jüngsten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Petitionsrecht und die Forderungen der freien Gemeinden waren sehr nützlich und sehr erbaulich. Aus ihnen hat man das Denken und Wollen, das Dichten und Trachten der Feudalpartei wieder einmal recht gründlich kennen gelernt, und es ist dadurch die Nothwendigkeit auf's Neue dargethan, jeden Friedensschluß mit diesem Ministerium abzulehnen. Der Kampf mit ihm muß sich endlos erneuen und jede Entwicklung unserer Gesetzgebung abgeschnitten werden, wenn nicht ein Systemwechsel durchgesetzt oder durch Ereignisse der Zukunft herbeigeführt wird. Mit der Auslegung der Verfassung, welche der Minister des Innern in Bezug auf die Städteordnung, sowie mit der, welche Hr. v. Mühler den Bestimmungen der Verfassung über die Rechte der Religionsgesellschaften gegeben hat, ist ein neuer Verfassungsconflikt gegeben, welcher das Land in lebhafte Aufregung versetzen und zu einer Zerklüftung des Staatslebens führen muß. Eine solche trägt immer gute Frucht für die Zukunft, denn die einzelnen Elemente des Staates lernen dadurch gründlich erkennen, was ihnen zusteht und was sie zu erkämpfen haben. — Noch tiefer und schärfer wird dies Verhältniß werden, wenn die Vorberathung des Budgets alle Schichten des Volkes über ihre materiellen Rechte aufklärt. Die Militärfrage ist nur noch ein Theil dieses großen allgemeinen Interesses. Die Vermittlungsversuche für diese verschwinden und werden werthlos, so lange das Budgetrecht der Volksvertretung in Frage steht. (Rh. Ztg.)

— Im Hause der Abgeordneten ist man in der Budgetfrage noch um keinen Schritt vorwärts gekommen. Der Finanzminister hat freilich sehr milde und sanftmüthig und in völlig gemäßigten Formen gesprochen. Aber was nützt der Mantel, wenn er nicht gerollt ist? Der Finanzminister sprach zugleich auch von dem sogenannten Budgetrecht des Hauses; ja, er sagte: Wenn auch beide Häuser sich über ein Staatshaushaltsgesetz einigen, so behält die Regierung doch die verfassungsmäßige Freiheit, dasselbe abzulehnen, behält also das Recht, sich selbst hundert und einige Millionen zu verweigern. Ob solcher Sprache des Finanzministers erklärte selbst Graf Schwerin, der als Altliberaler doch gern mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen würde, jede Verständigung für unmöglich.

— Die „Kreuzzeitung" veröffentlicht eine von etwa 12,000 Personen unterzeichnete Adresse mit dem Datum Berlin, 12. Jan., an den König, an deren Schluß es heißt: „Deutschland ist um ein beträchtliches Gebiet mit einer seekundigen Bevölkerung vergrößert worden. Wenn wir an den Stufen des Thrones unsere Hoffnungen für die Zukunft aussprechen dürfen, so gehen sie dahin, daß es Ew. Maj. gelingen werde, diese Thatsache für Preußens und damit auch für Deutschlands Größe durch den engsten Anschluß der Herzogthümer an Preußen, welchem begründete Erbrechte nicht entgegenstehen, zu verwerthen. Ist doch überdies die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer durch die Eroberung, deren Rechte so alt sind wie die Geschichte, vorzugsweise zu einer Frage der Politik geworden. Preußen ist bis jetzt das Schwert Deutschlands im Norden und Westen gewesen; möge es von jetzt ab auch Deutschlands starker Arm zur See werden, und somit der große Gedanke zur Ausführung gelangen, den der große Kurfürst auf dem Herzen trug, und der seitdem als Erbschaft von dem erlauchten Herrschergeschlechte der Hohenzollern treu bewahrt worden ist."

— Am 16. März begann vor dem Staatsgerichtshofe der zweite Akt des Polenprozesses. Sämmtliche Angeklagte, 33 an der Zahl, befinden sich in Haft. Es sind dies diejenigen bei dem früheren Prozeß verurtheilten Angeklagten, die sich inzwischen gestellt haben.

Köln, 15. März. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, jede communale Betheiligung an der fünfzigjährigen Jubelfeier der Vereinigung mit der preußischen Monarchie abzulehnen, hat einen Aufruf des Oberbürgermeisters Bachem „an die Bürger Kölns" veranlaßt. Nachdem darin aufgeführt ist, welche Förderung die Rheinprovinz, und insbesondere Köln, unter der preußischen Herrschaft erfahren habe, heißt es zum Schluß: „Die Bürger des strebsamen Köln können nicht den Schein auf sich laden, daß sie den klaren Blick auf die Vergangenheit und in die Zukunft verloren haben; sie können nicht stumm und mit scheinbarer Gleichgültigkeit den Tag dieses Jahres hingehen lassen, der sie erinnert, seit wann Köln etwas geworden, seit wann die Provinz aufgeblüht, seit wann sie sich erfreut der Angehörigkeit an den mächtigsten deutschen Staat und an das ruhmreiche Herrscherhaus, dessen

Mitglieder mit dem Schwerte auf der Wacht stehen für Deutschlands Grenzen. Im Einverständnisse mit vielen Gesinnungsgenossen lade ich meine Mitbürger, die wünschen, daß Köln mit der Feier des fünfzigjährigen Gedächtnisses an die Vereinigung mit Preußen nicht zurückstehen möge, ein, sich hierzu mit freiwillig gebotenen Mitteln zu vereinigen und ihre Zustimmung mir kund zu geben." So muß es sich bald zeigen, ob die Bürger Kölns die Auffassung des Oberbürgermeisters oder der Stadtverordneten theilen. (Pr. Bl.)

Sachsen. Das Buch von August Röckel „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim" ward, wie bereits gemeldet, in Berlin mit Beschlag belegt, was bei allen Kennern der gegenwärtigen Zustände dem Werkchen nur zur Empfehlung gereichen kann. Die in Waldheim, der Schöpfung des Herrn v. Beust üblichen und fleißig geübten Strafen beliefen sich auf folgende dreizehn Arten: „Kostentziehung, einfacher Arrest, enger Arrest, Dunkelarrest, hartes Lager, Krankenkost dritter Klasse, Springer, Krummschließen, Klotztragen, Latten-Arrest, Ruthenstreiche, Stockhiebe, Kantschuhiebe." Die Kostentziehung bestand einfach darin, daß der Bestrafte statt der warmen Speisen täglich ein Pfund Brod mit Wasser erhielt; diese leichteste Strafe war zugleich die stete Begleiterin aller anderen, mit Ausnahme nur der „Krankenkost dritter Klasse", unter welcher harmlosen Bezeichnung sechs Loth Semmel täglich in warmem Wasser, auf dem einige Fettaugen schwammen, verstanden wurden. Diese sechs Loth Semmel bekam der Bestrafte in drei Abtheilungen, Morgens, Mittags und Abends, jedesmal 2 Loth. Die Wirkung einer vierwöchentlichen Kur dieser Art war im günstigsten Falle ein jahrelang währender Heißhunger, Vielen jedoch ward sie zur Todesstrafe. Zur Verbüßung des Latten-Arrestes hatte man eigene Zellen sehr kunstvoll hergerichtet. Sowohl der Boden, als die Wände derselben waren mit Latten aus hartem Holze bedeckt. Der zu dieser Strafe Verurtheilte mußte auch noch ein eigenes dünnes Gewand ohne Ledersohlen anziehen, damit, wo immer er stehen oder sich anlehnen wollte, die scharfen Kanten leichter einschneiden konnten. Röckel spricht von zehntägigen Verurtheilungen zu dieser Strafe, die übrigens auch gegen weibliche Gefangene verhängt wurde.

Wien. Der Bericht, welcher kürzlich vom Berichterstatter des Finanzausschusses über das Budget von 1865 erstattet ist, gewährt allerdings keinen rosigen Blick in die Zukunft. Eine Gesammtstaatsschuld (Ende 1864) von weit über 2½ Milliarden — sage Milliarden — eine Vermehrung der Staatsschuld seit 1861, trotz erhöhter Steuern und trotz einer Schuldentilgung von 94 Millionen, um mehr als 233 Millionen — das sind Zustände, von denen bis zum Staatsbankerott kaum noch ein Schritt ist.

Bern, 18. März. Dem Vernehmen nach zeigt die eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1864, für welches ein Deficit von 1,700,000 Fr. in Aussicht genommen war, statt dessen noch einen Ueberschuß von etwa 200,000 Fr. Es rührt derselbe wesentlich daher, daß einige Arbeiten auf das Jahr 1865 verschoben und Gewehrankäufe noch nicht in vorgesehener Weise ausgeführt worden sind.

Im **englischen Unterhaus** ward kürzlich die Aufmerksamkeit — freilich ohne weiteres Ergebniß — auf einen abschreckenden Uebelstand gelenkt, an dem das stolze England leidet. Dieser Uebelstand ist die Verunreinigung der Flußgewässer. Es befinden sich nämlich heutzutage fast alle Flüsse und Flüßchen Englands und Schottlands in einem Zustande, auf welchen sich das bekannte Wort Rückert's von der Berliner Spree, daß sie als Schwan hereinkomme und als Schwein wieder hinausgehe, anwenden läßt. Und was die Kloaken den englischen Gewässern bescheeren, ist noch nicht einmal das Schlimmste, auch aller Schmutz und alles Gift der Fabriken wird in die Ströme und Bäche abgelassen, von deren anmuthiger Krystallhelle einst englische Dichter Lieder sangen. In vielen Gewässern sind die Fische bereits ausgestorben oder werden es bald sein. Am schlimmsten steht es begreiflicherweise mit den fabrikreichen Gegenden. Ein Gesetz, welches dieser maßlosen Wasserverunreinigung Einhalt thut, ist dringende Nothwendigkeit. Wasser, worin Fische nicht leben können, auf dessen Abschaum die Vögel spazieren gehen können, und das den Hineinfallenden blau färbt, ist begreiflich auch für Menschen nicht gefahrlos zu trinken. (Nach der Allg. Ztg.)

London. Am 23. Februar Abend hielten die Vertreter der Arbeiterklassen Londons ein Meeting, um eine neue „Reformassociation" zu gründen. Es wurden Reden gehalten und Beschlußfassungen angenommen, dahin lautend, daß sowohl die Mitglieder des Ministeriums Palmerston wie viele von den Liberalen im Hause der Gemeinen das Vertrauen der arbeitenden Klassen verscherzt hätten durch ihre Vernachlässigung der Reformsache und ihre Abneigung, eine Reformbill einzubringen. Herr Edmund Beales und Herr Mason Jones — bekannte Agitatoren — erboten sich, den Anwesenden behülflich zu sein. Es wurde darauf eine aus 21 der anwesenden Arbeiter bestehende Deputation ernannt, die mit den beiden Herren über die Gründung einer neuen „Reformassociation" in Berathung treten soll.

Frankreich. Der Kaiser hat an alle Fürsten Europa's ein Exemplar der unter seinem Namen erschienenen Lebensbeschreibung Cäsars geschickt. Manche französischen Blätter sind auf dem besten Wege, über die Vorzüglichkeit des kaiserlichen Werkes, von dem übrigens außer der Vorrede erst wenig in die Oeffentlichkeit gekommen ist, vollständig außer sich zu gerathen. Die englische und deutsche Kritik hingegen bespricht diesen geschichtschreiberischen Versuch mit jener philosophischen Kaltblütigkeit, vor welcher es kein Ansehen der Person gibt. Julius Cäsar, Karl der Große und Napoleon I. sind bekanntlich die drei hervorragendsten Größen, welche nach Ansicht des dritten Napoleon die Geschichte aufzuweisen hat. Nun, das sind Geschmacksachen, über die nicht zu streiten ist. — Ein englischer Beurtheiler rückt ohne Umschweife dem Grundgedanken des Werkes zu Leibe und sagt: Der Verfasser zieht aus dem Charakter, den Thaten, den Schicksalen seines Helden nicht eine Lehre der Freiheit, sondern das Evangelium der Unterwerfung. Wir sollen einsehen lernen, daß nicht nur die Römer sich geduldig unter Cäsars Herrschaft hätten fügen müssen, sondern daß es auch den Hispaniern, den Galliern, den Britten zum Wohle gereicht hätte, sich dem cäsarischen Streben nach einem allgemeinen Weltreiche zu beugen. Und wohl zu bedenken, was von Julius Cäsar gesagt wird, soll auch von Napoleon Bonaparte gelten.

Ein anderer, gleichfalls englischer Beurtheiler meint, Louis Napoleon werde es nicht durchsetzen, sei es den römischen, sei es den corsischen Eroberer dem Urtheile, welches die Welt über beide gefällt habe, wieder zu entziehen; diese Aufgabe gehe über seine Kräfte. Ob der Kaiser seinen andern Zweck erreichen werde, sich einen großen Namen in der Literatur zu gewinnen, sei eine Frage, welche wenige Wochen entscheiden würden. Sollte das Leben Cäsars bemerkenswerthe Eigenthümlichkeiten und Stellen von hoher Schönheit in sich bergen, so sei es unmöglich, den Gedanken zu unterdrücken, daß dem Träger einer Krone der Beistand der ersten Talente zu Gebote stehe, und daß es ihm leicht sei, mit fremden Federn den Paradiesvogel darzustellen.

Die „Köln. Ztg." erklärt die vielbesprochene Vorrede zum Leben Cäsar's für eine schülerhafte Arbeit, die vielleicht schon in Augsburg entworfen sei. Ein Berliner Kritiker sagt: Nach Ansicht des kaiserl. Verfassers sind es die sogenannten Herren, die Alles machen, und denen die Menschheit Alles verdankt; die mühsame Arbeit der Millionen denkender, arbeitender, strebender Menschen ist ihm ein Nichts. Nichts mehr. Und was für Herren sind es, die er sich zum Kultus auswählt? Nicht die Weisen der Menschheit, nicht die großen Lehrer und Religionsstifter, nicht die Moses, Plato, Christus sind es, die seine Bewunderung fesseln, sondern die Kriegshelden sind es, die den Schauplatz ihrer Thätigkeit mit Trümmern bedeckt verlassen. Cäsar und Napoleon sind es, die er uns zur Verehrung mit der gotteslästerlichen Mahnung bietet, daß das Verwerfen dieser Männer wegen ihrer Missethaten gleich sei mit dem Kreuzigen des Messias durch die Juden, die dafür auch von der Verdammniß getroffen seien!! Hört es Ihr Franzosen und beugt Euch nicht allein vor dem Mann des zweiten Dezembers, der das Werk des Messias Napoleon vollenden wird, sondern betet ihn an, opfert Euch für ihn, wenn er etwa in Gefahr kommen sollte. Stoßt Euch nicht an solche Kleinigkeiten, Ihr Franzosen, wie Meineid, Treubruch, Verrath des Vertrauens einer ganzen Nation, Mord von Tausenden zur Erlangung der Macht! Das sind die Wege der göttlichen Vorsehung zum Wohle der Völker!! Wenn das Volk einem solchen Verbrecher den Genuß der Früchte seiner Verbrechen durch einen vorzeitigen Tod entzieht, wie es dem Cäsar durch Brutus passirt ist, so begreift doch, daß das einen Messias kreuzigen heißt. Erkennt doch endlich, daß das eine schlechte Praxis ist, damit endlich — — ein ruhiger Schlaf die schreckhaften Träume in den Tuillerien banne.

Das ist es. Nichts weiter. Er möchte ein neues sittliches Band zwischen sich und der unterjochten Nation knüpfen, um unter den Schutz des allgemeinen Sittengesetzes wieder ruhig leben zu können, nachdem er jedes Band, das den Menschen mit dem Menschen und mit der Gesellschaft verknüpft, um der Macht willen, zerstört hat. Darum dieser sonderbare Widerspruch und darum die Verherrlichung in kriegerischen Gewaltthaten, die sich an die schlechtesten Eigenschaften der französischen Nation wendet.

Italien. Ein neuer Beweis dafür, wie das Ansehen der Geistlichkeit, infolge des trotzigen Widerstandes, welchen dieselbe in jeder Weise den Verordnungen der Regierung, den Regungen der Freiheit und den Ideen des Fortschritts entgegensetzt, hier zu Lande mit jedem Tage mehr sinkt, ist die Thatsache, daß bei Ankündigung des Todes des Bischofs Melini von Modigliana (Toscana) die Einwohner eines Orts seines Sprengels die Klöpfel aller Glocken hinwegnahmen, damit man nicht ein Trauergeläute für denselben veranstalte! Der verstorbene Bischof war einer der heftigsten Feinde des Fortschritts und der Freiheit. —

Rom. Jüngst hat Pius IX. zu seinen Lieblingen, den Jesuiten, folgende Rede geredet: „Ihr, ehrwürdige Väter, seid die hauptsächlichste Stütze des Glaubens, indem ihr unverdrossen arbeitet, die gesunden Grundsätze der Philosophie aufrecht zu erhalten, ebenso die von der Vorsehung eingesetzte Ordnung der Dinge, indem ihr die heiligen Lehren Roms durch die Welt verbreitet. Wie dieses aber auch unserem väterlichen Herzen zum Troste gereichen mag, so betrübt es aber uns ebenso sehr, sehen zu müssen, wie die revolutionäre Treulosigkeit eure gemeinschaftlichen Bestrebungen aufs Grimmigste be-

kämpft. Eine hochherzige Nation ist es, welche diesen heiligen Stuhl auf's Erbittertste und Nachhaltigste bekämpft; aber was sage ich eine hochherzige Nation! Nein, der Fürst, welcher an ihrer Spitze steht, ist der Urheber aller Aufstände Europas, der sich vorgenommen hat, die Kirche Gottes aller ihrer weltlichen Güter zu berauben, die ihr die Vorsehung verlieh, um die getreuen Völker besser führen und regieren zu können. Er hat sich vorgesetzt, die gegenwärtige Ordnung der Dinge, auf welcher Gesellschaft und Kirche beruhen, umzustoßen und nach und nach wieder das Heidenthum einzuführen." Diese mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit gesprochenen und sichtlich an Napoleon gerichteten Worte machten alle Umstehenden, den Ordensgeneral nicht ausgeschlossen, erblassen, da die gescheidten Väter nur zu gut wissen, daß schon seit sechszehn Jahren es nur noch Dank Napoleon und seinen Bataillonen eine römische Regierung gibt. (S. H. C.)

Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes Pius des Neunten,

von Joseph Mazzini.

In Italien erregt gegenwärtig ein Brief Mazzini's an den Papst großes und allgemeines Aufsehen. Der große, noch so vielfach verkannte Freiheitsapostel beantwortet mit glänzender Beredtsamkeit, mit der ergreifenden Kraft der Wahrheit die letzte Encyclica Pius des Neunten, indem er das Papstthum moralisch vernichtet, und den gewissen Sieg der neuen Ideen verheißt. Dieser merkwürdige Brief hat auch in vielen Kreisen Zustimmung und Sympathie gefunden, die sonst nicht zu den Anhängern Mazzini's gehören. Wir theilen ihn unseren Lesern mit:

I.

„An den Papst Pius den Neunten.

Sie haben mit Ihrer letzten Encyclica ein Anathema gegen die ganze civilisirte Welt geschleudert, gegen ihre Bewegung, gegen das Leben, das in ihr athmet, wie wenn Welt und Bewegung und Leben nicht von Gott kämen. So wie der Schiffbrüchige, welcher fühlt, daß ihm die Wellen bis an den Hals gehen, sich entkleidet, um mit Todesverachtung sein Heil zu suchen, so haben Sie, erfüllt vom Schrecken der Agonie des Ungerechten, ohne Hoffnung, sich des Geistes der Liebe, der Idee des Fortschritts, welchen das Christenthum gelehrt oder angedeutet hat, der Tradition, welche seit acht Jahrhunderten das Recht des Papstthums begründete, alles dessen was der Macht Verehrung erweckt, entkleidet. Ihre Stimme klingt aus diesen unheilvollen Blättern schmerzlich und erbittert; aber es ist der dürre, unfruchtbare Schmerz, welcher aus dem Egoismus entspringt, der seine eigene Macht angegriffen, bedroht, verurtheilt sieht: es ist die unwürdige Wuth des Mannes, der sich gegen die Angreifer mit dem Scheiterhaufen wehren möchte und es nicht kann. Verurtheilt von dem ganzen intellectuellen Theil der Menschheit, unfähig, sich einen einzigen Tag ohne Bajonette aufrecht zu erhalten, verlassen von der Welt, die in Ihnen keine Lebensquelle mehr findet, verstehen Sie weder sich umzuwandeln, noch sich zu resigniren. Sie sterben — und dies ist der traurigste Tod — mit einem Fluch.

Ich, der ich meiner Natur nach, Neigung habe, die großen Trümmer, ehe ich sie aufgebe, mit liebender Verehrung zu begrüßen; verehrend gerade deshalb, weil ich in die Zukunft vertraue und auf die Traditionen der Menschheit, ich hatte einen anderen Tod der Institutionen geträumt, welche Sie heute vernichten. Vor siebzehn Jahren waren Sie von dem Beifall ganz Europa's umgeben, welches Ihnen Vorwärts! zurief, und von einem Volk, welches sich zum Bewußtsein einer großen Bestimmung erhob, dem italienischen Volk, welches Ihnen zum Arm und zur Stütze beim ungeheuren Werk der Umgestaltung dienen konnte. Ein einziges Wort der Liebe von Ihnen, eine Segnung Italiens hätten hingereicht — weil dergleichen Niemand mehr von einem Papst erwartete — daß Tausende von Seelen, der Verfolgungen, der Verderbniß, der Profanationen von vier Jahrhunderten vergessend, sich Ihnen mit blindem Zutrauen angeschlossen hätten. Damals schrieb ich Ihnen, mißverstanden von der Masse, freilich mißtrauisch gegen die Neuerungen, aber mit dem Gedanken, daß wenn die Lippen des Sterbenden, segnend, das Wort des neuen Lebens aussprächen, dadurch lange Uebergangszeiten der Anarchie und der maßlosen Aufstände verhindert werden könnten: „Seien Sie gläubig und geben Sie Italien die Einheit. Wenn Gott will, daß der Glaube sich umwandle, daß, vom Fuße des Kreuzes ausgehend, Dogma und Kultus sich reinigen, dann können Sie sich zwischen die beiden Epochen stellen und die Welt zur Eroberung und Ausübung der religiösen Wahrheit führen." (Den 8. September 1847).

Ich hätte gewünscht, daß eingedenk der Worte von Christus: „Wenn aber jener, der Geist der Wahrheit, kommen wird, der wird Euch in alle Wahrheit leiten. Denn er wird nicht von sich selbst reden, sondern was er hören wird, das wird er reden, und was zukünftig ist, wird er Euch verkündigen", und begreifend wie jenes erhabene Vorgefühl, daß auf die unmittelbare Erleuchtung des Individuums, die fortwährende allgemeine Erleuchtung der Menschheit folgen müsse, Sie den Völkern gesagt hätten: „Der Geist der Wahrheit ist heute unter Euch, wenn Ihr ihn nur suchen und anhören wollt; er ist da, wo die allgemeine Tradition und das Gewissen des Individuums übereinstimmen, da am glänzendsten, wo Genius und Tugend sich verbinden; und ich bin nur ein Gläubiger unter den Millionen". Ich hätte gewünscht, daß eine in der Vergangenheit große und heilsame lebensvolle Institution, in ihrem Verlöschen die Emanzipation der Seelen gesegnet hätte, daß die Menschen, durch Ihr Werk, mit feierlicher und ehrfurchtsvoller Liebe den Untergang der Vergangenheit begrüßt hätten, wie sie sich beugen bei dem Tode des Genius und sich poetischen Gefühlen hingeben bei dem langsamen Untergang der Sonne in die unsichtbare Unendlichkeit.

Es war eine Täuschung. Es steht geschrieben, daß, vielleicht weil die Menschen unsicher im Verständniß des Lebens, Gefahr laufen würden, sich in der Anbetung des Todes zu verlieren, daß die letzten Erben der großen abgezehrten Institutionen den widrigen Anblick darbieten: die Heiligkeit des Todes zu profaniren und sich convulsivisch an das Leben anklammernd, mit ohnmächtigen Flüchen das von Gott gegebene Umwandlungsgesetz zurückzuweisen.

So stirbt das Papstthum. So sterben Sie. Ohne Macht, das Leben zu erwecken: ohne die Heiligkeit der Grabstätte zu begreifen.

(Fortsetzung folgt.)

Napoleon III. und die Geschichte.

Die Vorrede, welche Napoleon III. zum Leben Cäsars schrieb, findet sich in allen Zeitungen abgedruckt. Sie enthält die Grundansichten des kaiserlichen Schriftstellers über die Geschichtschreibung.

Es dürfte nicht uninteressant sein, der Anschauungsweise des Kaisers diejenige gegenüberzustellen, welche ein Mann ohne allen Titel und ohne Rang von einem ganz entgegengesetzten Standpunkte aus in einem Werke niedergelegt hat, welches nicht blos das Leben eines Menschen, sondern die Entwicklung der gesammten Menschheit zum Gegenstande hat.

Wir meinen **Gustav Struve's Weltgeschichte.** Wir entnehmen derselben folgende Stellen über Geschichtschreibung.

„Die Geschichte ist nicht eine Mehrzahl an einander gereihter Thatsachen. Sie wird nur dadurch zur Wissenschaft, daß sie den ihr gebotenen Stoff bewältigt, in das Licht der Wahrheit stellt, ordnet und durch die ganze Fülle reiner Empfindungen, deren das Menschenherz fähig ist, belebt. Es ist die Aufgabe des Geschichtschreibers nicht blos, die Ereignisse der Vergangenheit mitzutheilen. Sein Beruf ist ein weit höherer. Er soll die Menschheit auf einen Standpunkt heben, welcher das Alltagsleben hoch überragt. Er soll Abscheu vor dem Laster, Haß gegen den Despotismus, Liebe zur Tugend und begeistertes Streben nach Freiheit anregen. Indem der Geschichtschreiber die Fortschritte der Menschheit schildert, fordert er zugleich zu weiteren Entwicklungen auf. Dadurch allein wird sein Wort zur That und seine Stimme lebendig.

Die Entwicklung der Menschheit ist kein Werk des Zufalls. Die Geschichte hat ebenso wohl ihre festen Grundsätze als jede andere Wissenschaft. Vor diesen Grundsätzen müssen sich Kaiser und Könige, Päpste und Prälaten, hoher und niederer Pöbel beugen.

Vergeblich suchen die Feinde der Wahrheit und der Freiheit, den Gesetzen menschheitlicher Entwicklung Hohn zu sprechen. Sie können das rollende Rad nicht hemmen und werden von dessen Speichen zermalmt, oder doch langsam zurückgedrängt.

Die Menschheit hat auch ihre Richter, doch sind es nicht die von den Machthabern der Erde da und dort angestellten Leute, welche ihre Urtheile nach den Gesetzen der Tyrannen der Welt abgeben, sondern jene kühnen Geister, welche im Kampfe gegen die Tyrannei sich auf den Thron der Vernunft hinangeschwungen haben, und über Fürsten und Völker von diesem aus ihre Urtheile fällen. Nur allmälig und langsam dringen aber die von diesen Richtern der Menschheit gesprochenen Entscheidungen in die Herzen und in das Bewußtsein der Völker ein. Oft müssen Jahrhunderte vergehen, bevor ihre Stimme in der öffentlichen Meinung einen kräftigen Wiederhall findet. Es gibt, mögen die Tyrannen sie auch noch so sehr verfolgen, eine unbestechliche Richterin auf dieser Erde, die Geschichte.

Zur Wissenschaft schwingt sich diese aber nur insofern auf, als sie die allgemeinen Gesetze der Natur zu ihrer Grundlage hat. Sie bildet genau genommen, einen Theil der Naturwissenschaft und hat zur Aufgabe, die Entwicklung der Menschen-Natur darzustellen.

Die Geschichtschreibung setzt, um ihrem Zwecke zu genügen, das Streben voraus, jeden Irrthum und jedes Unrecht rücksichtslos zu rügen. Dazu ist ein Grad von Muth erforderlich, der sich unter den Gelehrten und Schöngeistern selten findet.

Der Muth bildet den Hauptbestandtheil jeder frischen Lebens-Aeußerung. Nur ein Mensch, welcher Muth besitzt und ein reines Gewissen in sich trägt, kann Geschichte schreiben.

Nur der Mensch, welcher mit Entschlossenheit forscht und welcher ernstlich nach Wahrheit strebt, wird jemals Geschichte im eigentlichen Sinne des Wortes sich aneignen. Die Massen kennen die Geschichte nicht, weder diejenige der Vergangenheit noch der Gegenwart. Sie machen sich daher deren Lehren nicht zu nutze. Die Gebildeten sind gewöhnlich mit den Thatsachen der Vorzeit bekannt. Sie fassen dieselben aber oft unter sehr irrigen Gesichtspunkten auf."

Socialer Theil.

Virchow: über die Erziehung des Weibes für seinen Beruf *).

Den vom Verein für Familien- und Volkserziehung zum Besten einer zu errichtenden Musterbewahranstalt veranstalteten Cyclus von Vorträgen hat Hr. Prof. Virchow mit einem Vortrag eröffnet, über die „Erziehung des Weibes für seinen Beruf". Der Redner berührte im Eingange, wie schon die preußische Verfassung den Volksunterricht als Grundpfeiler des Staatslebens hinstelle. Seit der Reformation sei die deutsche Erziehung überhaupt der aller übrigen Völker weit überlegen und es lasse sich nicht leugnen, daß, wie einst das Christenthum über die Grenzen seiner Herrschaft hinaus Humanität und Aufklärung verbreitet habe, so auch die Reformation anregend und befruchtend auf das Erziehungswesen auch der katholischen Länder eingewirkt habe. Die Freude über die erreichten Erfolge — führte der Vortragende weiter aus — darf uns aber nicht vergessen machen, daß noch viel fehlt und daß mit den Fortschritten der Zeit unsere Aufgaben wachsen. Was wir bis jetzt erreicht haben, ist mehr der allgemeine Unterricht als die allgemeine Erziehung. Wenn der Staat den allgemeinen Unterricht durchführt, so hat er Alles geleistet, was man von ihm fordern kann, die Erziehung gehört der Familie, gehört der Gemeinde an. Der Staat ist eine Vereinigung der Gesellschaft für gewisse, aber nicht für alle Aufgaben.

Der moderne Staat hat der Familie den Unterricht abgenommen und treibt die Kinder in die Schule. Die Schule aber kann sie nur für bestimmte allgemeine Forderungen heranbilden, sie erhebt die Massen auf Kosten der hervorragenden Individualität, welche auf das allgemeine Niveau heruntergedrückt wird, wie auf großen Gütern der Werth des einzelnen Ackers gegenüber der Masse nicht zur Geltung kommt. Das Leben des Volkes dagegen fordert die Ausbildung der Individualität, die Volkserziehung hat höhere Aufgaben als die Staatserziehung, sie fördert die freie Entfaltung des geistigen Lebens gegenüber der Schablone einer allgemeinen gesetzlich geregelten Kulturstufe.

Die Aufgabe der Volkserziehung ist schwer zu lösen, den einzigen Weg gibt uns die Förderung des Familienlebens, und dieses kann sich nur durch die Hebung des Weibes, als seines natürlichen Mittelpunktes, veredeln.

Im hellenischen Alterthum war die Erziehung Sache der Familie oder der Gemeinde, denn der antike Staat ist nur eine Gemeinde. Sparta zeigt am besten, was eine solche in geschlossener Gliederung vermag, aber es zeigt auch, daß die Kultur der Massen auf einer bestimmten Höhe eben nur einem bestimmten Zeitpunkt entspricht und ohne Fortentwicklung zur Rohheit wird. Immer bleibt die Familie der eigentliche Sitz der Bildung und der Gesittung, des praktischen Verständnisses für alle Lebensfragen. Hier finden Ueberlieferung und Fortschritt ihren gleichberechtigten Platz. Die höchsten Leistungen der Familie ohne Anlehnung an den Staat finden wir bei den Juden und daher war es diesen vorbehalten, durch ihr feines Gefühl für jeden Fortschritt bis in die neueste Zeit hinein nach allen Richtungen hin anregend zu wirken. Es ist ein Glück für die Menschheit, daß das Christenthum aus dem Judenthum hervorgegangen und so die Heiligkeit der Familie mit in die Welt hinübergebracht hat. Das Griechenthum konnte diese nie ganz herausbilden, denn es kannte die Mutter nicht. Die Mutter aber ist der Mittelpunkt und die Vertreterin des Hauses. Deshalb darf nur eine Hausfrau sein, deshalb muß sie frei sein, darum muß sie nicht ausgeschlossen bleiben von der allgemeinen Bildung, darum muß sie aber auch weiblich erzogen werden und nicht männlich.

Die römische Kultur ging einen Schritt weiter, als die griechische und proklamirte die volle Hoheit des Weibes. Die matrona aber blieb trotzdem unmündig, weil das römische Wesen nur auf das Aeußere gerichtet, die Familie nur ein Theil des Staates war. In den Verfall des römischen Staates tritt zersetzend das Christenthum, in dem allgemeinen Chaos bemächtigt es sich der Familie und bildet die Gemeinde. Da treten die deutschen Stämme in die Geschichte ein und werden Träger der christlichen Idee. Sie haben bereits Stammeseinheit und Gemeindeleben, auferbaut auf der Grundlage der Familie, die bei ihnen so mächtig ist, daß sie oft die Fügung des Staates hindert. Die christliche Kirche sollte ein Mittel sein, um aus diesen selbstständigen Elementen einen Staat zusammenzuschmieden. Was sie erreichte, war das heilige römische Reich, fremde Bande, welche die Nation zerbrach, um ein eigentliches Deutsches Reich zu schaffen. Der äußere Schein einer geschlossenen Einheit ist darüber verloren gegangen, die deutsche Familie aber, die Gemeinde ist gerettet worden. Die Idee eines christlichen Reiches ist todt, das Christenthum wird nur noch die Grundlage abgeben. In diesem Bewußtsein wird das nachwachsende Geschlecht erzogen werden, wenn auch die officielle Schule vergebliche Anstrengungen nach der andern Seite hin macht. Es wäre traurig, wenn die officielle Schablone des Staatsunterrichtes allein über das Geschick der nachfolgenden Generationen zu entscheiden vermöchte. Aber alle angelegten Hemmschuhe werden nichts auszurichten vermögen, denn der Unterricht ist noch nicht die Erziehung. Hier tritt die Familie als mächtigster Faktor ein. Ihr Einfluß ist der früheste und deshalb der stärkste. Wenn auch unbewußt, immer wird er sich im höchsten Grade geltend machen. — Aber die Wirkung des Vaters ist heute geringer, als früher, wo schon der Stand des Vaters bestimmend auf die künftige Lebensstellung des Kindes einwirkte. Jetzt sind Kasten und Zunftwesen gebrochen und jedem steht die Wahl seines Berufes frei. Auch die fortschreitende Arbeitstheilung, das Fabrikwesen, entführt den Vater für die Dauer des Tages immer mehr und mehr dem häuslichen Heerde. Desto größer wird der Einfluß, aber zugleich auch die Verantwortlichkeit der Mutter. Sie ist dem Kinde Ernährerin und Gespielin, sie erfüllt es mit ihren Ideen und steht mit ihrer Unbefangenheit seinen Anschauungen näher. Sie kennt das Kind besser, als der weniger erfahrene Vater, ihr gab die Natur den Instinkt für das Besondere. Wie oft wirkt die Mutter bestimmend auf späterhin bedeutende Männer ein! Der höchste Gewinn der Gesellschaft ist es daher, wenn die Mutter nicht blos die erste, sondern auch die beste Erzieherin ist. Da sie oft über Geistes- und Körperausbildung entscheidet, so muß sie es auch verstehen. Der Versuch, die Emancipation des Weibes durchzuführen, kann nur auf Kosten der Familie geschehen. Emanzipation des Weibes, Auflösung der Familie, Massenerziehung der Kinder, dies ist eine nothwendige Stufenfolge.

Es ist ein schwerer Irrthum in der Emanzipation des Weibes, die höchste Entwicklung der Freiheit zu suchen, denn was das Weib an Willkür gewinnt, verliert das auf die schablonenmäßige Massen-Erziehung angewiesene Kind an Charakterausbildung, auf der denn doch zuletzt alle wahre Freiheit eines Volkes beruht. Das Weib hat es nicht nöthig, Frau und Mutter zu werden, mag sie schaffen und leisten was sie will, mag sie sich einen weiteren Wirkungskreis erschließen; aber natürlich ist für das Weib der Markt des öffentlichen Lebens keineswegs. Der Beruf des Weibes beruht auf ihrer Organisation, die der des Kindes näher steht. Sie ist für feinere leichtere Arbeiten bestimmt, sie muß sich an den Heerd halten und den Frieden des Hauses bewahren, wie die Vestalinnen Rom's. Während für diese freilich die Reinheit genügte, fordern wir heute von dem Weibe mehr. Sie soll erziehen können und deshalb muß sie erzogen werden. Das Alterthum that nichts für die Erziehung des Weibes, das Mittelalter erzog es nur religiös, nicht intellektuell. Die ersten Orden, die sich damit befaßten, die Beguinen, traf der Bannstrahl der alleinseligmachenden Kirche. Als aber der Protestantismus die Mädchenschule erschuf, machten sich die Rückwirkungen auch auf den Katholizismus geltend, die Ursulinerinnen und andere Orden begannen zu erziehen, die Mädchenschule erhielt ihr Recht.

Aber bis heutigen Tages erziehen die Töchterschulen noch nicht für das Leben, und Fénélons Entwürfe sind noch heute fromme Wünsche. Die Mädchenschulen geben Anregung zu Wissenschaft und Kunst, aber sie erziehen keine Hausfrauen, die mit Bewußtsein das Hauswesen leiten können. Man kann sagen, dies sei nichts für die Schule, aber diese Aufgabe existirt: Küche und Keller, Kinder- und Krankenstube, Kost und Kleidung wollen mit klarem Bewußtsein behandelt sein. Was sich theoretisch hierin erlernen läßt, fällt unbedingt der Schule zu. Der naturwissenschaftliche Unterricht muß eintreten, um den Wust von Aberglauben und Vorurtheilen bei Krankheitsfällen zu zerstören. Man hält die Anatomie für unanständig, als ob die Verhüllung anständiger sei als die Natur, wir fordern ja übrigens auch nur Kenntniß, nicht etwa einen Kursus derselben. Die Frauen dürfen nicht erst am verdorbenen Magen ihrer Familie lernen, was verdaulich ist; die Nahrung der kleinen Kinder ist oft sehr falsch, die übrige meist nicht so zubereitet, wie sie sein sollte. Ebensowenig dürften die Grundsätze der Erwärmung, Kleidung, Lüftung 2c. einem Mädchen fremd sein.

Und nun gar erst die Geisteserziehung. Während aus der Naturalwirthschaft sich die Wissenschaft der National-Oekonomie herausentwickelt hat, steht die Familien-Erziehung noch immer auf dem Standpunkt der Naturalwirthschaft, das erste Kind ist das Versuchskind nach wie vor. Zur Abhülfe dieser Uebelstände wird der theoretische Unterricht wenig, die Familie immer nur Zufälliges leisten können. Die Erziehungspraxis ist nothwendig und die Gemeinde schafft in der Kinderschule, was in der Familie vielleicht das Vorhandensein kleiner Geschwister vermag. Die Kinderbewahranstalten sind für die künftigen Mütter, was die Klinik für den angehenden Arzt. Sie sind nicht blos für die Kinder, sondern sie bilden auch Seminarien für die Hausfrauen. In

*) Der „Nationalzeitung" entnommen. Wir halten dieses fast unerschöpflich zu nennende Thema für so wichtig, daß wir den von der Nationalzeitung in ihrem Feuilleton gegebenen Auszug dieses Vortrags auch hier wiedergeben und auf dieses Thema überhaupt noch öfter zurückkommen werden. Sind wir erst in die rechte Bahn für die Erziehung des Weibes eingelenkt, so ist in Rückwirkung hiervon auch die sociale Frage zu einem guten Theil ihrer Lösung näher gerückt. Ueberdies, vier Fünftheile, wenn nicht mehr, von all' dem Leid, welches die Menschheit heimsucht, von dem Familienunglück der einen, von dem wirthschaftlichen Ruin der andern, von verfehltem Lebensberuf, von Wahnsinn und Verbrechen führen sich in ihren letzten Ursachen zurück auf die mangelhafte oder verkehrte Erziehung des Weibes, das in die Ehe tritt, ohne irgend einen klaren Begriff zu haben von dem großen, inhaltsschweren Beruf: Gattin und Mutter zu sein. Es frage sich jeder, dem der Segen zu Theil ward, eine Mutter im wahren Sinne des Wortes besessen zu haben, was er sein würde, wenn ihm dieser Segen nicht zu Theil geworden wäre. Und wieder frage sich jeder, dem das Glück nicht zu Theil ward, daß eine Mutter im Vollgefühl ihrer erhabenen Pflichten über seiner ersten Jugend wachte, was aus ihm hätte werden können, wenn er dieses Glückes theilhaftig gewesen wäre. D. Red.

ihnen kommt das Können zum Wissen. Man weckt in dem kleinen Kinde durch die Puppe den Hang zur Berufsthätigkeit, nun aber kommt die Zeit der Schule, dann die der Bälle und erst bei dem eigenen Kinde tritt an die Mutter die Frage der Erziehung wieder heran. Unsere heutigen Mütter haben nur an der Puppenstube gelernt und diesen müssen wir unsere Kinder anvertrauen. Unwissend und unerfahren greifen sie nach allen abergläubischen Lehren des ersten besten alten Weibes und darnach ziehen sie die Kinder auf. — Zwischen der Puppenstube und dem Wochenbett ist eine furchtbare Lücke in der Erziehung des Weibes für ihren Beruf, und diese muß ausgefüllt werden, theoretisch durch die Mädchenschulen, praktisch durch die Kindergärten.

In der Kinderbewahranstalt wird auch die vom Leben unbefriedigte Frau oder Jungfrau ein reiches Feld zu würdiger Thätigkeit finden, und wenn sie erst mit sich klar ist, daß der sittliche Verzicht mehr gewährt an innerem Frieden und Glückseligkeit, als der Genuß: so wird sie im Kindergarten die Befriedigung finden, die sie vergebens im Kloster hofft, denn das Opfer, das sie bringt, lohnt ihr mit dem schönsten Geschenk, dem der Mutterfreude.

Die Arbeiter-Vereine.

Das, was sie wollen und um was sie sich streiten.

(Vom Arbeiterverein in Gotha.)

Wir haben bemerkt, daß man im großen Publikum über die wichtigste Erscheinung unserer Zeit: über die große Bewegung im Arbeiterstande noch sehr unklar ist; daß man sie einerseits gleichgültig und oberflächlich, andererseits mit furchtsamer Abneigung betrachtet. Wir halten es deshalb für nothwendig, aus dem Kreise der Arbeiter selbst die richtige Aufklärung zu geben, und zwar so deutlich und wahrhaftig, daß ein Jeder ebenso die große Wichtigkeit als die Gerechtigkeit und Ungefährlichkeit unserer Sache erkennen kann. Wir wollen dies thun, indem wir die Fragen wiederholen, die wir im großen Publikum oft aufstellen, aber niemals richtig beantworten hörten.

1. Frage. Was versteht man unter dem Namen „Arbeiter"?

Antwort. Im Allgemeinen genommen, alle Diejenigen, die im Dienste Anderer von ihrer Hände Arbeit leben.

2. Fr. Sind denn alle Diese in den Arbeiter-Vereinen vertreten?

Antw. Bis jetzt durchaus nicht; denn eigentlich, oder speciell genommen, verstehen wir unter dem Namen „Arbeiter" nur Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter; dann aber auch noch solche kleine, arme Meister, die im Dienste eines andern Meisters stehen.

3. Fr. Was wollen denn die Arbeiter?

Antw. Sie wollen (vorläufig noch mit Hülfe wahrhaftiger Volksfreunde) nunmehr selbst in die Hand nehmen und praktisch ausführen, was in der Theorie schon seit vielen Jahrhunderten die größten Denker, die weisesten Staatsmänner und die edelsten Menschenfreunde beschäftigte.

4. Fr. Und was wäre das?

Antw. Die Arbeiter wollen so viel Wohlstand und Bildung, Recht und Geltung haben, als nach ewigen Natur- und Menschheits-Gesetzen ein jeder vernünftige und rechtschaffene Mensch beanspruchen darf und soll; d. h. als er befähigt ist, sich erwerben zu können, wenn keine unnatürlichen Schranken ihn hindern.

5. Fr. Und wie will der Arbeiter dies erringen?

Antw. Durch Hinwegräumung aller Schranken, die seiner persönlichen, wie einer gemeinsamen Entwicklung und Thätigkeit hinderlich sind.

6. Fr. Was also verlangt der Arbeiter?

Antw. Zunächst Freiheit der Gewerbe, Niederlassung und Verehelichung; Freiheit der Versammlung und Vereinigung. Zuletzt allgemeine und directe Wahl für den Landtag.

7. Fr. Verlangt er denn keine Staatshülfe?

Antw. Nein! Er würde sie vielleicht verlangen oder annehmen von einem Staate, der der wirkliche Ausdruck der Nation wäre. Nicht aber von dem Staate, wie er jetzt noch besteht.

8. Fr. Hat denn der Arbeiter die Staatshülfe nicht nöthig?

Antw. Wenn ihm die genannten Freiheiten gewährt werden, durchaus nicht! Er hat dann in der frei gegebenen Anwendung seiner eigenen Kraft weit mehr, als der Staat ihm geben kann.

9. Fr. Aber wenn der Staat ihm diese Freiheiten nicht gewährt?

Antw. Dann darf der Arbeiter um so weniger eine Hülfe von ihm annehmen, weil er dann sicher überzeugt sein muß, daß der Staat es nicht gut und redlich mit ihm meint und ihm statt seines Rechtes nur ein Almosen geben will.

10. Fr. Aber was dann?

Antw. Dann müssen die Landstände oder Kammern für des Arbeiters Forderungen energisch einschreiten.

11. Fr. Wenn dieselben aber nicht gewillt oder nicht befähigt sind, dies zu thun?

Antw. Dann muß das allgemeine und direkte Wahlrecht sofort beansprucht werden, damit der Arbeiter sich selbst in der Kammer vertreten kann.

12. Fr. Warum verlangt der Arbeiter dies nicht schon jetzt?

Antw. Im Princip verlangen wir es Alle. In der Frage der augenblicklichen Praxis aber sind die Stimmen bei uns noch getheilt. Die Einen sagen: „Ohne solches Wahlrecht werden wir nie zu jenen nothwendigen Freiheiten kommen." Die Andern sagen: „Bei dem Staat, wie er jetzt noch ist, und bei dem armseligen und abhängigen Zustand, worin wir uns noch befinden, kann und wird der Staat solches Wahlrecht nur gegen die Fortschrittsmänner, nicht aber zu unserm eigenen Nutzen anwenden."

13. Fr. Wer aber hat nun von Beiden recht?

Antw. Ja, wer das sagen könnte! Jeder hat eine gewisse Wahrheit für sich. Das ist eben eine der Fragen, die unter uns ausgetragen und mit ehrlichen Waffen ausgekämpft werden müssen. Zeit und Ereignisse müssen dazu mitwirken, und schließlich wird dann doch die Majorität entscheiden; wird die Minorität deren Entscheidung sich fügen.

14. Fr. Wird aber dieser Zwiespalt in den Reihen der Arbeiter ihren Bestrebungen nicht schaden?

Antw. Im Ganzen und Großen nicht; höchstens sie etwas aufhalten. Da wir in den Hauptsachen und im eigentlichen Ziele einig sind, so ist jene Zeitfrage nur eine nebensächliche.

15. Fr. Aber man hört doch noch von andern sehr heftigen und erbitterten Kämpfen in den Reihen der Arbeiter?

Antw. Das ist freilich schon viel ernster und trauriger, als jene Zeitfrage, aber doch auch nicht so schlimm als es aussieht. Das sind Erscheinungen und Kämpfe, die mit jeder großen Bewegung, mit jeder Reformation verbunden sind. Auch wohl verbunden sein müssen, um die Bewegung frisch und lebendig zu erhalten; sie nicht einseitig werden zu lassen und alle verschiedenartigen Kräfte für sie wach zu rufen und in Fluß zu bringen. Bei uns thun das die Lassallianer.

16. Fr. Wer sind denn und was wollen die Lassallianer?

Antw. Das ist nicht so kurz zu sagen; denn sie bestehen aus den mannigfachsten Arten. Hauptsächlich giebt es deren fünf: 1) die kleinste, aber schlimmste: die absolut Schlechten; die Verräther, die den eigentlichen Namen der Lassallianer nur mißbrauchen; die von der Reaktion geradezu bezahlt sind, um die ganze Arbeiter-Bewegung in ihr Fahrwasser zu leiten.

17. Fr. Aber es sollen mit der Reaktion doch auch solche Lassallianer gehen, die sonst ihre entschiedensten Gegner sind?

Antw. Ja wohl! Dies aber nur aus Berechnung, aus weiter gehender Absicht. Sie verbinden sich mit der Reaktion zu dem gemeinschaftlichen Zweck: die Fortschrittsmänner und Nationalvereinler zu unterdrücken, lächerlich, verdächtig zu machen.

18. Fr. Warum das?

Antw. Bei der Reaktion liegt das natürlich klar auf der Hand; bei den Andern beruht es in der Art ihrer Anschauungen und Bestrebungen; denn wir finden bei ihnen nun 2) die Ehrgeizigen, die durchaus eine bedeutende Rolle spielen wollen, aber nicht gewillt oder nicht befähigt sind, dies in Gemeinschaft mit den Fortschrittsmännern zu versuchen; 3) solche, die durch eigenes oder fremdes Elend und Unglück, durch die Unnatur unserer Verhältnisse, durch empfangene und angeschaute Schmach und Ungerechtigkeit (man erinnere sich aus jüngster Zeit nur an die versuchte Fabrikordnung in Burg) so verdüstert, verbittert und verwildert wurden, daß sie gegen Alles, was Bürgerthum und Besitzthum, Fabrikant und Kapitalist heißt, einen ingrimmigen und zum Theil unsinnigen Haß empfinden, einen Vernichtungskampf dagegen begehen möchten, daß sie verblendet übersehen, wie wir selbst ja bestrebt sind, auf rechtlichem Wege Bürgerthum und Besitzthum erwerben, Fabrikant und Kapitalist werden zu können; blindlings übersehen, wie der Arbeiter allein nicht im Stande ist, das was er verlangt, voll zu erringen und dauernd zu befestigen; daß er dazu durchaus des freisinnigen Bürgerthums, der echten Fortschrittsmänner mit bedarf und daß es also ein Wahnsinn ist, solches Bürgerthum durch Haß und Drohung von uns abzustoßen oder gar gegen uns zu bewaffnen; 4) die idealen Schwärmer und Helden für Zustände einer Gleichheit, die entweder ein Utopien, d. h. eine nicht zu verwirklichende Idee, ist oder ein furchtbarer Despotismus in neuer Form, eine Aufhebung jeder persönlichen Freiheit zu Gunsten einer Gemeinschaft, die ein wahrhaft freier und strebsamer Mensch unmöglich lange ertragen kann; 5) diejenigen Radikalen, die aus theilweise sehr berechtigtem Unmuth gegen das Halbe und Falbe, Hoffen und Harren, Zaudern und Vermitteln vieler Fortschrittsmänner sich den Lassallianern anschlossen, ohne eigentlich deren socialistische und communistische Ideen zu theilen. Sie aber werden sich uns — den entschiedenen Vertretern der Selbsthülfe — auch gerne anschließen, wenn wir, neben den zuerst aufgestellten Forderungen, auch zugleich die praktische Durchführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts anstrebe; wenn wir treu, fest und entschieden bei unserer reformatorischen Fahne bleiben. Die Uebrigen sind dann gegen uns eine immermehr verschwindende Minderheit; werden sich unter sich selbst immer eifriger bekämpfen und aufreiben und in ihren besten und gesundesten Theilen zu uns zurückkehren.

19. Fr. Nun giebt es aber auch noch Handwerker-, Gesellen-, Gewerbe-, Bildungs-Vereine u. dgl. mehr. Wie verstehen denn die zu den eigentlichen Arbeitereinen?

Antw. In gar keiner oder nur in sehr loser Beziehung. Die besten von ihnen haben nur allgemeine Humanitäts- und Bildungsbestrebungen, ohne sich um das, was wir — die Arbeiter — hauptsächlich wollen, sonderlich zu kümmern. Bei Einigen handelt es sich vorzugsweise um gesellige Vergnügungen. Viele werden, und oft ohne daß sie es wissen und wollen, von conservativen Elementen geleitet und Manche stehen offen unter dem Schilde des Muckerthums und damit auch unter der Reaktion.

20. Fr. Wäre es aber für die Arbeiter nicht gut, würde es ihnen nicht mehr Genuß und Ansehen geben, wenn sie mit den besseren und besten jener anderen Vereine sich verbänden?

Antw. Gut? — keinenfalls! Auf mehr Genuß wollen wir deshalb gern verzichten und Ansehen wollen wir nicht durch Andere, sondern nur durch uns selbst haben.

21. Fr. Aber warum wäre es nicht gut?

Antw. Eine solche Verschmelzung würde die Andern nicht stärken und nicht weiter treiben, uns aber abschwächen und lähmen. Wir dürfen nichts anderes sein, als die unverfälschten Arbeitervereine, und wir dürfen nichts anderes anstreben, als die Freiheiten, die uns nöthig sind zu dem, was wir als Arbeiter wollen.

22. Fr. Aber werden diese verlangten Freiheiten nicht die Rechte Anderer beeinträchtigen?

Antw. Niemals! Wir wollen ja Niemandem etwas nehmen, was er besitzt. Niemand von da verdrängen, wo sein Recht ihn hinstellte. Wir wollen unsere freien Kräfte nur dazu benützen, um Neues zu schaffen, neuen Boden zu bekommen, um wirken und gewinnen zu können wie Andere, ohne daß ein Anderer dadurch zu leiden hat.

23. Fr. Aber man sieht doch von so vielen Seiten her den Bestrebungen der Arbeiter mit Furcht und Abneigung entgegen?

Antw. Das geschieht aus Unkenntniß und Beschränktheit, aus Furcht und Abneigung vor jeder neuen großen Idee und reformatorischen Bewegung; endlich auch aus Hochmuth, Neid und Mißgunst. Der fühlende Mensch hat längst eingesehen, daß dem Arbeiter endlich ein besseres Loos werden muß. Der denkende Mensch erkennt, daß der gebildete, zufriedene, sorglos wirkende und geachtete Arbeiter dem Staate und der Gesellschaft zu weit höherer Nützlichkeit und Sicherheit dient, als der bisherige. Der praktisch-gesunde Geschäftsmann weiß recht gut, daß aus der freien Bewegung aller Kräfte auch für ihn selbst nur Vortheil entsteht.

24. Fr. Es würde also Niemand die Forderungen der Arbeiter zu fürchten haben?

Antw. Niemand anders als Diejenigen, die sie zu unterdrücken streben.

25. Fr. Aber wenn nun die Reaktion im Bunde mit dem Muckerthum und den Vertretern der Unkenntniß und Beschränktheit, des Hochmuths und Neides die Forderungen des Arbeiters gewaltsam unterdrücken will?

Antw. Dann, dann stehen wir für nichts.

Diese 25 Sätze hat der Arbeiterverein zu Gotha in seiner Sitzung vom 13. März c. einstimmig als die Seinigen anerkannt und er glaubt damit, — im Allgemeinen genommen, — nicht allein die Anschauungen aller derjenigen Arbeitervereine auszusprechen, die im Prinzip der Selbsthülfe ihm verbrüdert sind: sondern auch vielen bisherigen Gegnern derselben, die brüderliche Hand zu bieten. Er glaubt, daß es im Interesse der Arbeiter durchaus geboten sei, das große Publikum über ihre Bestrebungen endlich einmal eines Besseren zu belehren als bisher und er hält es daher für nothwendig, die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung" aufzufordern: diese Sätze unverkürzt und unverändert abzudrucken: die betreffenden Abdrücke an alle freisinnigen Provinzial- und Lokal-Blätter mit dringender Bitte um genauen Nachdruck einzusenden und außerdem alle Vereine und einzelnen Mitglieder im Namen der guten Sache zu ersuchen: zur Verbreitung unserer 25 Sätze nach allen Kräften mitzuwirken *).

Der Arbeiterverein in Gotha.

*) Wir sind dem Ersuchen des Arbeitervereins um unverkürzten Abdruck durch Aufnahme in unsere heutige Nr. nachgekommen. Was aber den gewünschten Separatabdruck und die Versendung an alle freisinnigen Provinzial- und Lokalblätter und an die Vereine betrifft, so wurden wir das jedenfalls nicht auf das Budget der Arbeiterzeitung nehmen können. Zur Versendung an alle die bezeichneten Blätter allein würde eine Auflage von etwa 3000 erforderlich sein. Die Kosten des Separatabdrucks in dieser Auflage würden etwa

7 Thlr. — Sgr. betragen; dazu das Porto für 3000 Kreuzbandsendungen à 1 kr., welche

28 „ 17 „ betragen, also

35 Thlr. 17 Sgr. in Sa. Nach Gotha gehen, und zwar lediglich im Wege des Buchhandels 16 Exemplare Arbeiterzeitung, was uns nach Abzug des dem Buchhandel gewährten Rabatts einen Nettobetrag von

4 Thlr. 8 Sgr.

pro Quartal einbringt. Daß wir dagegen, bei dem zur Zeit noch bestehenden großen Deficit im Budget der Arbeiterzeitung allein bei einer Nummer eine Mehrausgabe von

35 Thlr. 17 Sgr.

machen sollten, ist doch bei allem Interesse für die Arbeitersache umsoweniger zuzumuthen, als wir gleiche Ansprüche anderer Vereine dann ebenso wenig ablehnen könnten. D. Red.

An den Herrn Redakteur des „Social-Demokraten."

In der Nr. 30 Ihres geschätzten Blattes finde ich eine Besprechung einer vor Jahresfrist erschienenen kleinen Brochüre: „Die Arbeitervereine des Königreichs Hannover", die mich zu einigen Auslassungen verpflichtet. Der erste Satz jener Besprechung, der den Inhalt Ihres ganzen Aufsatzes einleitend kurz zusammenfaßt, beruht Wort für Wort auf Irrthum und Mißverständniß. Es ist darin gesagt:

„Die Arbeiter-Vereine des Königreichs Hannover"

ist der Titel einer unter dem Druck der Lassalle'schen Agitation aus dem Fortschrittslager — freilich in anonymer Zeugung — hervorgegangenen Brochüre. Der Umstand, daß die „Zeitung für Norddeutschland" durch wirklichen Abdruck des so geistreichen (!) Inhalts derselben zu weiterer Verbreitung beitrug, beweist es. Der Inhalt selbst, das getreuliche Ebenbild der im vergangenen Jahre vom Nationalverein kolportirten Schleswig-Holstein-Traktätchen, kennzeichnet den (oder die?) Verfasser als Nachtreter der Schulze-Delitzsch'schen Bildungs-Theorie."

Die kleine Brochüre ist eine einfache statistische Zusammenstellung von Bestrebungen der hannoverschen Arbeiter-Vereine auf dem Gebiete der Volksbildung.

Sie ist hervorgegangen aus den steten Klagen der Vereine über die Unzulänglichkeit der Bildungsmittel, über die geringe Anerkennung dieser Arbeiter-Angelegenheit abseiten der bemittelten Volksklassen. Sie beabsichtigte durch eine einfache Darstellung für das Streben der Arbeiter-Vereine als Bildungsinstitut allgemeines Interesse zu erwecken. Um diesen einzigen Zweck zu erreichen, mußte die Schrift Alles, was die Arbeiterfrage in den Augen der Bourgeoisie bedenklich macht, bei Seite gelassen und nur die Summe der fraglichen Thatsachen gebracht werden. Daher ist denn die Schrift keineswegs „geistreich" zu nennen; im Gegentheil, sie ist nüchtern gehalten und daher auch der Mantel der Anonymität benutzt. Daß die Schrift in irgend einer Beziehung zur „Fortschrittspartei" stehe, nehme ich in Abrede, sie ist ohne Mitwissen irgend Eines Mitglieds dieser Partei erschienen; eine „Nachtreterei der Schulze-Delitzsch'schen Bildungstheorie" kann darin nicht wohl befunden werden, da der Verfasser, — die Verdienste Schultze's gegenüber dem selbstständigen Handwerkerstande anerkennend, — wesentliche Verdienste dieses Mannes, wie überhaupt der Fortschrittspartei um die Arbeiterfrage mit Ihnen nicht kennt. Daß aber geistige und sittliche Bildung des Arbeiters eine Forderung ist, die an jedes Programm der Lösung der Arbeiterfrage gestellt werden muß, werden Sie mir Recht geben. Zu Gunsten dieser speciellen Forderung der vorhandenen Bildungsstätten ist aber die kleine Brochüre geschrieben; über die Lösung der großen Arbeiterfrage im Allgemeinen wollte ich meine Ansichten dort nicht aussprechen, und wenn ich mich dennoch gelegentlich über Lassalle äußerte, so habe ich es gethan, um der Bourgeoisie ihre durch Lassalle — wie ich allerdings glaube — unzeitig erregte Angst vor dem Arbeiter zu benehmen.

Daß „die Arbeiterfrage, die Riesenaufgabe des Jahrhunderts, durch die Bildungsvereine gelöst worden," dies anzunehmen, davon ist der Verfasser der Brochüre weit entfernt. Er sieht in den Arbeitervereinen nur Pflanzstätten der Bildung und Träger der Ideen jener Frage. Diese Frage selbst aber hält er nur lösbar im Wege **internationaler** Verständigung der Arbeiter. Ehe diese nicht erfolgt ist, ist jedes einseitige Vorgehen einzelner Persönlichkeiten zu einzelnen Nationen eitel Freischärlerei.

Der Verfasser.

Vermischtes.

Das Organ des russischen Ministeriums des Innern, die „Nordd. Post", veröffentlicht die Protokolle der Sitzung der Gesellschaft russischer Aerzte in St. Petersburg, die das Publikum mit einigen Fällen bekannt machen, in denen sich die Schädlichkeit des sauer gewordenen Malzextraktes bis zur Tödtlichkeit herausgestellt habe. So ist der Arzt Alexandrow nach dem Genuß saueren Malzextraktes, von den Folgen der tödtlichen Vergiftung, welcher er nach heftigen Schmerzen erlag, nicht zu retten gewesen. In einem andern Falle der Vergiftung mit Malzextrakt wurde ein Kaufmann gerettet. Diese Fälle haben zu Forschungen Anlaß gegeben über den Zustand des Malzextraktes, in welchem er tödtliche Vergiftung nach sich zieht. Bis jetzt hat man nur gefunden, daß alter Malzextrakt sauer werden kann, doch ist noch unermittelt, welch' ein schädliches Prinzip in Folge der Säuerung sich entwickele, weil es an chemischen Analysen verdorbenen Malzextraktes fehlt. Dieselben sollen demnächst vorgenommen werden.

Briefkasten. Aus Zürich, aus Frankfurt: leider zu spät für diese Nr. Aus Bielefeld, bereits expedirt.

Verschiedene Anzeigen.

Einladung zum Abonnement

auf den

Praktischen Stenographen.

Organ des Gabelsberger'schen Stenographen-Fortbildungs-Vereins zu Coburg, des Stenographen-Vereins zu Neustadt a/H. und der Stenographen-Vereine zu Sonneberg und Heidelberg.

Herausgegeben und redigirt

von **Dr. C. Beyer** in Coburg.

Der neue, **dritte Jahrgang** des praktischen Stenographen erscheint innerhalb des deutschen Postvereins in 12 Nummern. Tendenz desselben bekannt. Nach wie vor wird es unsere Aufgabe und unser ernstes Bestreben sein, systematische Erörterungen zu bringen, die einzelnen Regeln aus dem Gebiete der Wortbildung und Wortkürzung praktisch vorzuführen, schwierige Fragen lösen zu helfen, Mittheilungen aus dem Vereinsleben zu geben u. s. w. u. s. w. Auch werden wir fortan in Ausgleichung des bisherigen, durchgängig ernsten Charakters unseres Blattes unsern Lesern eine erheiternde und unterhaltende Lektüre zugleich mit bieten. **Trotz der dadurch nöthig gewordenen Vergrößerung des Blattes um das Doppelte seines bisherigen Umfanges** wird jedoch der bisherige Preis eine Aenderung nicht erleiden, um dadurch den Besitz der Zeitschrift für jedes einzelne Mitglied der betr. Vereine behufs gemeinschaftlicher Leseübungen leichter zu ermöglichen. Derselbe beträgt also wie bisher für die Mitglieder der Vereine, welche das Blatt zu ihrem Organe erhoben, ganzjährig 10 Ngr. exclusive des geringen Portos, für die übrigen Abonnenten kostet dasselbe im Buchhandel 15 Silbergroschen. Zum Abonnement auf den neuen Jahrgang nehmen alle Buchhandlungen Bestellungen entgegen.

E. Riemann jun.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Digitized by Google

Nr. 118.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,

2. April 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

☞ Die **Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung** beginnt mit dem Ende dieses Monats ein neues **Quartal-Abonnement.** Wir bitten um zeitige Abonnementserneuerung. Monatsabonnement, welches überhaupt nur in seltenen Fällen benutzt worden ist, findet nicht mehr statt.

Die übrigen Abonnementsbedingungen sind aus den Notizen am Kopf des Blattes ersichtlich.

Wir werden die „Allgmeine deutsche Arbeiterzeitung", obschon die Schwierigkeiten, mit denen das Blatt zu kämpfen hat, noch keineswegs überwunden sind, zur Zeit dennoch fortführen. Wohl ist jetzt im Abonnement erst die Ziffer 1000 voll erreicht, während selbst bei der von vielen Seiten empfohlenen und mehrfach gewünschten Zurückführung des Blattes auf den regelmäßigen Umfang von nur einem halben Bogen und bei noch weiteren Einschränkungen in den Einrichtungen des Blattes erst bei mindestens 2000 Abonnenten dessen Fortbestand gesichert erscheint. Allein die in den Vereinen in erfreulichster Weise hervorgetretene Rührigkeit für das gemeinsame Organ ermuthigt uns, und legt uns die Verpflichtung auf, so lange auszuhalten, als irgend möglich. Indem wir so unsere Pflicht für die Sache in strengstem Maße erfüllen, halten wir uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die Arbeitervereine und alle aufrichtigen Freunde der Arbeitersache auch ihrerseits in ihren Anstrengungen nicht ermüden werden, den Fortbestand des Organs endlich zu sichern, welches den geistigen Sammelpunkt für die gemeinsamen Bestrebungen bildet. Wohl würden wir im Bewußtsein erfüllter Pflicht die Feder ruhig niederlegen können. Für das nach Jahre langen, mühe- und opfervollen Anstrengungen dennoch verlorene Organ aber würde dann schwerlich ein Ersatz wieder sich finden. Und so mögen denn unsere Leser mit uns dem Losungswort folgen: nur die Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Coburg, im März 1865.

Die Herausgeber und die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Frankfurt a. M. (Vereinstag deutscher Arbeitervereine. Der ständige Ausschuß in Betreff der Fortführung der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung".) Leipzig an die deutschen Brudervereine und Arbeitervereine Sachsens. Zürich. Pforzheim. — II. **Politischer Theil:** Politische Umschau: Standrede des armen Konrad an den Kriegsminister Herrn von Roon zu Berlin. Berlin, der Kriegsminister als Bangemachungskünstler. Simson über den Philister. Die „N. Fr. Ztg." über die preußischen Junker. Der König und Grabow, dunkle Häuser in Berlin. Coblenz, Spiele nicht mit Seitengewehr. Königstreuer Kaffee. Die Bürgerschaft Kölns wird nicht jubeln. Der Nürnberger Volksverein spricht ein Wort zu seiner Zeit. Schleswig-Holstein. (Umschlag der Stimmung). — Schreiben aus Magdeburg über die Vorgänge in Burg. — Herr M. Heß bleibt Mitarbeiter des Königl. Preuß. Social-Demokraten. — Briefkasten. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Frankfurt a. M., 23. März. Am letzten Sonntage hat dahier eine Sitzung des vom Vereinstage der deutschen Arbeitervereine eingesetzten größeren Ausschusses stattgefunden. Unter den mannigfachen Gegenständen der Berathung sind folgende hervorzuheben: der dritte allgemeine Vereinstag der deutschen Arbeitervereine wird in den Tagen des 26.—28. August zu **Stuttgart** stattfinden. Obwohl die Tagesordnung noch nicht definitiv festgestellt ist, so sind wir doch im Stande, Ihnen auf Grund der vertheilten Referate einige der wichtigsten Verhandlungsgegenstände anzugeben, als da sind: das Coalitionsrecht, Verkürzung der Arbeitszeit, Bau- und Speise-Genossenschaften, Alter-Versorgungskassen u. s. w. — Die weiteren Verhandlungen betrafen zum großen Theil die Coburger Allg. d. Arbeiterzeitung, deren Fortbestehen bekanntlich in Frage gestellt war. Die entstandenen Schwierigkeiten scheinen indessen beseitigt zu sein, indem der Herausgeber in der uns eben zugehenden Nummer das Weitererscheinen des Blattes ankündigt*). Schließlich ist noch hervorzuheben, daß der Ausschuß beschlossen hat, zwei seiner Mitglieder nach Burg zur Untersuchung der dortigen Arbeiterangelegenheiten abzuordnen.

Für den Ausschuß:
Leopold Sonnemann, d. Z. Vorsitzender.

*) Wie aus der am Kopf der heutigen, wie der vorigen, am 22 vor. Mts an das Präsidium des ständigen Ausschusses eingesendeten Nummer unseres Blattes ersichtlich ist, sind die Schwierigkeiten, welche dem Forterscheinen des Blattes entgegenstehen, noch keineswegs beseitigt. Daß und warum wir gleichwohl die Flinte nicht ins Korn werfen, ist oben bereits ausgesprochen. Wir hatten dem ständigen Ausschuß eine ausführliche Darlegung gegeben und demselben verschiedene Vorschläge gemacht, durch welche das Forterscheinen des Blattes vollständig gesichert sein würde. Der wesentliche und entscheidende Inhalt dieser Vorschläge ging dahin: 1) daß der zum Forterscheinen des Blattes nöthige Absatz von den Vereinen in so weit garantirt werde, daß die erforderliche Abonnentenzahl auf sämmtliche befreundete Vereine nach Verhältniß ihrer Mitgliederzahl ausgeschlagen werde, daß jeder Verein die hiernach auf ihn kommenden Exemplare durch eines seiner Mitglieder direkt von uns gegen Zahlung des Abonnementsbetrags beziehe und unter den Vereinsmitgliedern und Freunden der Arbeitersache für eigene Rechnung wieder absetze. 2) Der Rabatt im Buchhandel, wie die Vergütung für diejenigen, welche den direkten Bezug für die Vereine und den Vertrieb für diese besorgen, sollte von nun an von den Abonnenten durch entsprechenden Zuschlag getragen und so der feststehende Abonnementspreis von 12 Sgr. oder 42 kr. pro Quartal dem Blatt voll gesichert bleiben, während dieser Rabatt jetzt den Nettopreis des Blattes bis auf 28 und 25 kr. pro Quartal kürzt. 3) Der dann entstehende Reinertrag des Blattes sollte, wie von Anfang an bestimmt ist, zu ¼ dem herausgebenden hiesigen Arbeiterbildungsverein, zu ¼ für die allgemeinen Zwecke der Arbeitersache zu Handen des ständigen Ausschusses vertheilt, der Rest aber zur Deckung der bisherigen Verluste und dann zur weiteren Vervollkommnung des Blattes verwendet werden. 4) Die oben unter 1. erwähnte Garantie würde bei Beibehaltung eines ganzen Bogens für jede Nummer einen festen Absatz von 3000, bei Reduktion des Blattes auf einen halben Bogen, immer noch einen festen Absatz von mindestens 2000 Exemplaren vierteljährlich erfordern. Dieser Absatz würde sich unter die Gesammtheit der befreundeten Vereine, welche eine Mitgliederzahl von etwa 30,000 repräsentiren, wie bemerkt, nach Verhältniß der Stärke jedes Vereins vertheilt haben. 5) Als wünschenswerth zur Erleichterung des Fortbetriebs wurde von uns noch bezeichnet, daß der Gesammtbetrag der bisherigen Verluste gemeinsam aufgenommen werde, zu allmäligem Abtrag aus den Erträgnissen des Blattes, und erforderlichen Falls unter persönlicher Haftung des Verlegers.

Der ständige Ausschuß des Arbeitervereinstags hat indessen Bedenken getragen, irgend einen dieser Vorschläge den Vereinen zur Berücksichtigung zu empfehlen, sondern hat unter Ablehnung derselben beschlossen:

„1) die Arbeiterzeitung auch für den Fall selbst fortzuführen, falls dieselbe eingehen sollte;

2) dem Verleger für den Fall des Eingehens der Zeitung folgende Vorschläge zu machen: „in so fern derselbe in der letzten Nummer zur Anzeige bringt, daß die Zeitung in den Verlag des Aus-

schusses übergeht und auch sonst alle zur Erhaltung der Abonnenten und Mitarbeiter erforderlichen speciellen Nachweise liefert, demselben so lange die Hälfte des Reingewinns aus der Arbeiterzeitung zuzuwenden, bis die Summe von 3000 Thaler bezahlt ist.

Frankfurt a. M., den 19. März 1865.
Im Auftrag des Ausschusses
Leopold Sonnemann, d. Z. Vorsitzender."

Wir verkennen nun zwar nicht, daß bei Annahme dieser Vorschläge unsere und unseres Verlegers Mühen, Anstrengungen und Opfer für die Gründung und bisherige Ausbreitung des Blattes in keiner Hinsicht umsonst aufgewendet sein und mindestens dem neuen Verlag des Blattes zu Gute gekommen sein würden; allein da der Ersatz seiner Opfer und überhaupt die pecuniäre Seite des Unternehmens für den bisherigen Verleger des Blattes von Anfang an und bis zur Stunde nicht der maßgebende und entscheidende Gesichtspunkt war und ist, wenn sie auch für die **Erhaltung** des Blattes nicht außer Augen gelassen werden darf, und da ferner der unterzeichnete Verein als Herausgeber der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" sowie deren Gründer und bisheriger Verleger in bestimmtem, hierbei in Frage kommendem Vertragsverhältniß zu einander stehen, so hat der Verleger die von dem Herrn Vorsitzenden des ständigen Ausschusses in dessen Auftrag gemachten Vorschläge abgelehnt.

Um aber bei dem von den meisten Vereinen für das Forterscheinen des Blattes an den Tag gelegten warmen Interesse denselben die Möglichkeit nicht abzuschneiden, die Erhaltung des Blattes durch thätige Förderung noch möglich zu machen, läßt der Verleger dasselbe zunächst für dieses Quartal noch forterscheinen.

Der Coburger Arbeiterfortbildungsverein als Herausgeber und die Redaction der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung".

An unsere deutschen Bruder-Vereine

die erfreuliche Mittheilung, daß sich der seiner Zeit hier bestandene „Gewerbl. Bildungsverein" und „Verein Vorwärts" unter dem Namen

„Arbeiterbildungsverein zu Leipzig"

vereinigt haben.

Wir bitten daher, von jetzt ab alle Zusendungen an den unterzeichneten Vorstand gelangen zu lassen.

Leipzig, den 20. März 1865.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.
Dr. Reyher, Vorsitzender. M. Germann, Schriftführer.

Die Arbeitervereine Sachsens

sind hiermit freundschaftlichst ersucht, die ihnen zugesandten Fragebogen zur Aufstellung der Vereinsstatistik für Sachsen **recht bald** einzusenden.

Gleichzeitig wollen die Vereine Sachsens, welche in Ermangelung einer genauen Adresse Fragebogen nicht erhalten konnten, mir gefälligst briefliche Nachricht geben, damit sie noch berücksichtigt werden können.

Mit freundschaftlichster Hochachtung.
Moritz Germann,
Schriftführer des Arbeiterbildungsvereins zu Leipzig.

Zürich, 17. März. Die deutschen **Arbeitervereine** in der Schweiz halten noch fest und treu zu dem Prinzipe, nach dem sie existiren wollen und müssen und das sie vor 1½ Jahren bestimmt und ausdrücklich in ihren Satzungen anerkannt haben. Zürich, das den Wühlereien in Genf für den Lassalleanismus so energisch und einmüthig widerstanden, ist trotz der Bemühungen letzteren Vereins für das laufende Jahr mit 1355 Stimmen (von 45 Vereinen) wieder als Vorort gewählt worden. Die Sonderbündler am Genfer See (5 Vereine) brachten es für Genf auf nur 170 Stimmen, andere Gegenfüßler ohne jenes feindselige Prinzip auf 96 (von 3 Vereinen). Der Sieg der guten, gerechten und vernünftigen Sache ist also ein glänzender.

Ebenso wählte der Vorort Zürich fast alle seine alten und bewährten Beamten wieder in das Centralcomité und bildete seinen Ortsvorstand auch aus Männern des entschiedenen, aber besonnenen Fortschritts. Erst [illegible] des Redakteurs [illegible] eisen, kam es zu Meinungsverschiedenheiten und sogar heftigen Scenen. Dieselben gingen aber nicht **von** Arbeitern, sondern von zwei hier nur zu wohl bekannten Persönlichkeiten aus, einem gewissen Dr. Ladendorff und einem F. v. Beust, beide aus Preußen. Noch nie hat eine öffentliche Zusammenkunft der hiesigen Deutschen stattgefunden, ohne daß sich diese Beiden dabei laut und unliebsam gemacht hätten. Ihnen geht Niemand „weit genug", sie tadeln Alles, was in Deutschland geschieht, Alles, was hier angeregt wird, träumen stets von „baldigen Umwälzungen" und scheinen stets mit sich und aller Welt zerfallen. Ladendorf, früher Gymnasiallehrer und mehrere Jahre wegen jener mysteriösen sog. Verschwörung in Berlin in Haft, lebt seit einigen Jahren hier als Privatlehrer, nachdem er sich kurze Zeit mit der Redaktion eines hiesigen Blattes versucht hatte, und v. Beust, früher Offizier, war in den Jahren 1848/49 in Köln und der Pfalz so stark in die politischen Ereignisse verwickelt, daß er nach der Schweiz flüchten mußte. Er hat hier ein Privatinstitut errichtet. Ladendorf hält im Arbeiterverein, in dem Beide wiederholt eine äußerste Linke bilden wollten, längere Zeit schon Vorträge, in denen er sich zwar ebenso schlau als schwankend, aber doch dahin ausspricht, „daß in Lassalle's Lehren manches Gute, in denen Schulze-Delitzsch's dagegen viel Mangelhaftes enthalten sei."

Uebrigens leidet er, wie v. Beust, an einem heftigen Hasse und Ingrimm gegen die ihnen zu gemäßigte liberale Partei in und außerhalb Deutschlands. Ladendorf's Auftreten ist giftig und verbissen, das v. Beust's heftig und roh.

Neulich nun traten diese beiden Herren plötzlich gegen den Redakteur des Felleisens, A. Hitzschold, auf, der früher Advokat und Stadtrath in Dresden, seit 1849 ebenfalls gezwungen hier lebt und jetzt als Wirth etablirt ist. Sie empfahlen dem Arbeiterverein, an dessen Stelle einen Arbeiter zu wählen, der die Interessen von seines Gleichen besser kenne. Sie motivirten diesen Vorschlag noch damit, daß das Blatt nach ihrer Ansicht jetzt übel redigirt sei, einer gewissen Partei diene und die Arbeiter bevormunden wolle. Die Hauptsache aber ist, daß den Herren das sichere Auftreten des „Felleisens" gegen die „Social-Demokraten" und die Warnungen höchlich mißfallen hatten, welche vor einer gewissen Sorte „Literaten", Aposteln und Unruhstiftern, wiederholt ausgesprochen worden waren. Die Mehrheit des Vereins erkannte jedoch bald, wie lediglich persönliche Gehässigkeit die Sprecher leitete und ahnte, wie sie, wenn auch versteckt, ihre eigenen Hände bei der Herausgabe des Vereinsorgans mit im Spiele haben wollten. Dennoch wählte man keinen der offenbar zum Schein vorgeschobenen „Arbeiter", sondern mit der Mehrheit von 99 gegen 33 Stimmen wieder den zeitherigen Redakteur, der übrigens in allen Beziehungen auf das Einverständniß des Centralcomité's angewiesen ist. Herr v. Beust hatte noch die Stirn, den Social-Demokraten hervorzuziehen, dessen Begünstigung seitens der Ultramontanen rühmend zu erwähnen und ihn sehr heiß zur Anschaffung zu empfehlen, obwohl der Rücktritt von Marx, Rüstow und Herwegh u. A. hier schon bekannt war! — Wir bezweifeln, daß sich diese zwei „Nicht-Arbeiter" länger in unserem Vereine halten können, der gegenwärtig nur wenige unklare Köpfe und lärmsüchtige Burschen in seiner Mitte zählt. Die Indignation der meisten intelligenteren und besonnenen Mitglieder gegen diese zwei „gebildeten Männer" ist groß.

Pforzheim, 27. März. Der von Herrn **Moriz Müller** gegründete „Deutsche Frauenverein" schreitet, wenn auch langsam, vorwärts. Bereits besteht derselbe aus 114 Mitgliedern und 14 ähnliche Vereine sind ins Leben gerufen. Gestern hielt **Herr Müller** seinen zweiten Vortrag.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Standrede des armen Konrad an den Kriegsminister Herrn von Roon zu Berlin.

Herr Kriegsminister! Ich gehöre nicht zu Denjenigen, welche nach dreijährigem Nachdenken endlich herausbringen, daß Sie eigentlich der „leitende Minister" in Preußen sind; diesen Ruhm überlasse ich bereitwillig dem Patowlogen Virchow. Im Gegentheil, ich hatte noch kein Sterbenswörtchen von Ihnen gelesen, noch nichts Gedrucktes von Ihnen gesehen, außer Ihrer recht braven Geographie; ich hatte nur gehört, daß Sie Kriegsminister geworden — als ich auch schon wußte, daß Sie das Hauptrad in der preußischen Maschine, die Angel des ganzen Ministeriums seien. Das ist so in Preußen und kann nicht anders sein, so lange Preußen Preußen bleibt: der Kriegsminister ist der leitende, der tonangebende, der barometrische Minister in diesem Lande.

Was mich aber besonders an Ihnen interessirt, das ist die Gabe, die Sie in der gegenwärtigen Kammersession so glänzend an den Tag legen: nie dasjenige zu sagen, was Sie eigentlich sagen wollen, und grade deshalb stets das zu äußern, was Sie im Grunde Ihres Herzens meinen. In dieser Beziehung sind Sie nicht nur der „leitende Minister", sondern auch die **leidende** Nachtwandlerin des Ministeriums, die traumredende Seele, das geständige Gewissen Ihres ganzen Kabinets. Denken Sie sich, wie aufmerksam ich Ihnen zuhöre, wie genau ich jedes Wort von Ihnen studire. Vielleicht überzeuge ich Sie heute noch, wie wichtig Sie für uns Arbeiter sind, für uns nicht gekaufte, und nicht bethörte nämlich.

Beginnen wir mit dem 20. März, dem Tage wo der berühmte Kastanienbaum in den Tuilerien nicht geblüht hat, obgleich Herr v. Morny kurz vorher abgewelkt war. Es war ein seltsames Geschick, daß Sie gerade an jenem Tage über die preußische Armee und den Kaiser Augustus Napoleon zu sprechen kamen. Sie suchten, wie sich von selbst versteht, nach neuen Brombeeren, wollt' ich sagen nach neuen Gründen für Ihr Steckenpferd, für die Reorganisation der Armee, und waren so glücklich Folgendes zu finden:

Rußland, Frankreich und Oesterreich sind uns **numerisch** überlegen, und Preußen muß es sich angelegen sein lassen, ein Heer zu bilden, den Gegnern ebenbürtig. Spricht man von Kriegsaussichten, so denkt man in der Regel an Frankreich. Ich glaube nicht, daß der **gegenwärtige weise Beherrscher Frankreichs** uns morgen oder übermorgen mit Krieg überziehen wird; **aber thun wird er es ohne Zweifel, sobald es ihm seine Kräfte erlauben.** Wann dieser Moment eintrifft, wer weiß es?

Herr Minister, wenn Sie die preußische Armee der russischen, französischen oder österreichischen **numerisch ebenbürtig** machen wollen, so müssen Sie über ein Land von 37, 38 oder 70 Millionen verfügen, oder Sie müßten das **Milizsystem** einführen. Wollen Sie bis zur Größe von 37 Millionen **annectiren**, so müssen Sie noch ein Dutzend Schleswig-Holstein-Lauenburg „befreien" und Sie haben Nr. 1 noch nicht einmal. Herr Geograph, um Frankreich und Oesterreich an Seelenzahl zu erreichen, dazu genügt die **Mainlinie** nicht, nicht einmal die Murglinie, landwehrlichen Angedenkens; dazu müßten Sie erst neue Landkarten erfinden. Herr Generallieutenant, soll das Milizsystem in Preußen eingeführt werden, so

sind Sie dabei völlig überflüssig; so lassen Sie den Redaktionsausschuß der deutschen Wehrzeitung an Ihre Stelle treten!

Was den „gegenwärtigen weisen Beherrscher Frankreichs" betrifft, so erinnern wir uns nicht, in der „Arbeiterzeitung" jemals etwas Schmeichelhaftes über ihn gelesen zu haben. Im Gegentheil läuft der Mann hier regelmäßig Spießruthen. Am allerärgsten spielt ihm freilich ein gewisser Labienus, ein alter, ächter Römer mit, den der Augustus aus Sanftmuth auf die Galeeren oder ins Tretrad der Arbeitsmühle schicken möchte, während seine Zeitgenossen der Ansicht waren, er gehöre als „Messias" eigentlich an's Kreuz. Aber was sind die „Arbeiterzeitung" und der Labienus gegen Sie, Herr Kriegsminister, der Sie von Napoleon III. behaupten, er würde Preußen anfallen, sobald er die Kraft dazu habe?! Sie haben mit diesem Manne einen Handels- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen, Sie lassen ihm durch Ihre Gesandten beständig Guten Morgen und Prosit die Mahlzeit wünschen, Sie schicken den Fürsten Hohenzollern zu seinen Manövern, und dann sagen Sie in öffentlicher Kammer von ihm: Seine Weisheit ist eitel Klugheit und Vorsicht, seine Freundschaft hängt von seiner Macht ab; er greift uns nur so lange nicht an, als er es nicht mit Sicherheit thun zu können glaubt; er gleicht dem Wolfe mit dem Knochen im Halse, und dieser Knochen heißt Mexico!

Das wollen Sie nun freilich nicht sagen, sondern Sie wollen bange machen, obgleich Sie in Berlin leben, wo das bekanntlich nicht gilt. Sie möchten die Kammer auf den Tod erschrecken, damit sie Ihnen 400,000 Mann statt 200,000 anbiete, damit das Militärbudget Ihrer Willkür überlassen bliebe und Sie sich dann ins Fäustchen lachen können. Sie leben der gottseligen Ansicht, daß Sie, auf die reorganisirte Armee gestützt, Abrechnungen mit dem „gegenwärtigen weisen Beherrscher Frankreichs" vornehmen könnten, daß, sobald Preußen gutwillig sich in eine Kaserne verwandelt hat, Frankreich zufrieden zu stellen und aller Hader durch eine „Gränzberichtigung" zu schlichten sei, das haben Sie nicht gesagt, aber das habe ich verstanden.

Gewährt Ihnen die Kammer der Abgeordneten die Mittel zu dieser Politik, so nennen Sie die Volksvertretung „versöhnlich", und die Bereitwilligkeit der Regierung, 40—50 Millionen Thaler jährlich für das stehende Heer einzustreichen, diese Bereitwilligkeit der Regierung nennen Sie die „Versöhnlichkeit" der Regierung. Da die Kammer keine Miene macht, die gefüllte Hand der Versöhnung darzureichen, — so erklärten Sie am 23. März — als der Kastanienbaum immer noch nicht blühte — das Haus wolle lediglich seine Macht erweitern und die Rechte des Königs (auf Hab' und Gut, Leib und Leben der Unterthanen) beschränken. Man schlage Ihnen zwar vor, die Kammer aufzulösen, dem müßten Sie als guter Taktiker widersprechen; die Mehrheit der Kammer habe gerade so gut ihre „Organisation" im Lande, wie Sie selbst die „Organisation" des Heeres. Ein Kampf wider jene Organisation sei zweifelhaft, obgleich Sie stark damit beschäftigt seien, die Mittel aufzufinden, diese Organisation zu zerstören. Dann fahren Sie etwa so fort: Hier ist unsere Organisation, sie ist zu nehmen oder zu lassen; nehmen Sie sie, so bleibt die Regierung der Verfassung getreu; verweigern Sie sie, so ist es keine Rechtsfrage, sondern eine Existenzfrage, um die es sich handelt. Wählen Sie!

Sie wollen sagen, Herr leitender Minister, der Bestand der Verfassung hängt an der Reorganisation des Heeres; Preußen kann nur existiren mit einer großen Armee zu Cabinetskriegen und Tauschcombinationen. Das Preußen, welches Sie, meine HH. von der Opposition im Kopfe tragen, ist nicht, ist Schaum und Traum, Hirngespinnst — fragen Sie doch den Abgeordneten Faucher, der wird Ihnen sagen: Preußen ist nicht um des Bürgerglückes willen da, sondern wegen des jedesmaligen großjährigen Hohenzollerns.

Sie sagen das aber nicht, sondern Sie drohen nur der Kammer, daß man nöthigenfalls auch ohne sie regieren könne; Sie sagen, es sei gleichgültig, ob eine Versammlung, deren Beschlüsse seit drei Jahren ohnehin nicht beachtet würden, überhaupt zusammen komme. Und darob erhebt sich der Abg. Virchow und redet von einem „kommenden Geschlechte, welches physiologisch so beschaffen sein werde, daß es sich andere und bessere Garantieen für seine Rechte fordern könne." Darob erhebt sich Hr. Simson von Königsberg und erklärt, solche Reden seien „nicht das Thun einer Regierung, sondern das Thun einer Fraction, einer Secte, die den Staat als Mittel für ihre Zwecke betrachte."

Die Herren verstanden Sie offenbar nicht, Herr Minister; und doch hatten Sie zum Voraus, nämlich am 21. März — der Kastanienbaum blühte erst recht nicht — dasjenige gesagt, was Sie in Wahrheit meinten, was Sie aber freilich durchaus nicht sagen wollten, als Sie die wahre Bedeutung Ihres Steckenpferdes erörterten: Landwehrrekruten taugten nichts; bewillige man die nöthigen Mittel zur Drillarmee nicht, so zerstöre man die Heeresverfassung und Preußen würde es dann unmöglich sein, seine Aufgabe als Hort Deutschlands zu erfüllen — d. h. etliche Lappen von Deutschland zum Großpreußenreich zu schlagen. Preußen bleibe dann nur eine Aussicht: die Aussicht auf das Ende! das sei die Ueberzeugung des Herrn v. Roon.

Lassen Sie sich, Herr Minister und Generallieutenant, durch das „Murren von links" nicht beirren; diese Herren verstehen blos was Sie sogar wollen, haben aber keine Ahnung davon, daß Sie auf dem Dreifuß sitzen und Worte der Prophezeihung reden, daß aus Ihrem Munde die fröhliche Botschaft der Zukunft, Ihnen selbst unbewußt, ertönt. Ja, Hr. leitender Minister, Sie haben Recht, allein Recht in der ganzen Kammer, allein mit wenigen Scharfsichtigen in ganz Preußen; wenn sich diese Kammer nicht fügt, wenn sie nicht 50 Millionen zur Einkasernung des Landes hergiebt, wenn Sie nicht im Innern wie nach Außen absolut freie Hand bekommen, so ist es mit Großpreußen aus und vorbei, und was dann aus dem jetzigen Preußen „von Memel bis Saarbrücken" wird, das ahnen Sie, Hr. v. Roon und das weiß ich, der ich Sie verstehe.

Dann kommt die Zeit, Hr. v. Roon, wo die Arbeiterwelt, im Verein mit allen thatkräftigen Elementen der Fortschrittspartei zur Tagesordnung über Sie und Ihre Organisation gehen, wo das Parlamentsheer eine Wahrheit und wo dafür gesorgt werden wird, daß an die Stelle des Unhaltbaren etwas Haltbares trete, dem weder Oesterreich noch Frankreich „numerisch überlegen" sind, wo wir dem „gegenwärtigen Beherrscher Frankreichs" zur vollendeten Weisheit verhelfen.

So hat es vor sich hingemurmelt, Ihre Reden in der Hand, in seinem Schlafzimmer auf- und abwandelnd

der arme Konrad.

Berlin, 23. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab der Kriegsminister v. Roon eine Erklärung folgenden Inhalts: Die dreijährige Dienstzeit war stets Gesetz und wird auch Gesetz bleiben, bis eine Vereinbarung der Factoren der Gesetzgebung sie abändert. Sie ist keine Besonderheit der Reorganisation; sie ist nöthig für die Ausbildung der preußischen Armee. Wir vernichten die Landwehr nicht, sondern wir wollen dieselbe ausbilden. Man wirft uns Mangel an Vertrauen vor, aber der Mangel ist begründet genug. Die Regierung legt ein entscheidendes Gewicht auf das Votum des Hauses über die Anträge des Generalberichts. Wenn dieselben angenommen werden, so weiß die Regierung, wohin das Haus zielt, nämlich auf Erweiterung der Macht des Hauses und auf Verringerung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone. Es ist uns gerathen worden, unser Porteseuille abzugeben; aber der König hat kein Vertrauen zu der Partei der Majorität, und ein Ministerium aus einer andern Partei hätte nicht das Vertrauen des Hauses. Wenn das Ministerium bleibt, so geschieht dies nur aus Pflichtgefühl. Sie fordern die Kammerauflösung. Die Regierung kennt und schätzt die Parteiorganisation des Hauses und weiß, daß die gegenwärtige Sachlage nur geringe Aussicht auf einen Erfolg gegenüber dieser Organisation bietet. Der Zukunft mag es vorbehalten bleiben, ob die Regierung Mittel findet, in die Parteiorganisation einzugreifen. Sie versuchen, wie weit Sie mit der Erweiterung der Ansprüche des Hauses gelangen. Die Regierung hat bis zu diesem Augenblick an der Verfassung festgehalten, und hält noch fest daran. Wir haben die feste Absicht, den gestörten Zustand zu retabliren, sowie derselbe alterirt ist. Dazu müssen Sie die Hand bieten; verschmähen Sie dies, dann handelt es sich nicht mehr um eine Rechtsfrage, sondern um eine Existenzfrage. Nun wählen Sie! (Große Bewegung.)

— Die Aufregung über die Drohungen, welche in dieser Sitzung der Kriegsminister dem Hause in's Gesicht schleuderte, wird als eine ungeheure beschrieben. Sie erhielt ihren würdigsten Ausdruck in der Erwiderung des Abg. Ed. Simson. Die lautloseste Stille herrschte im Hause, als derselbe sich erhob, um in Worten, wie sie kräftiger und schlagender in dieser Session noch nicht gehört worden, die gegenwärtige Regierungsweise zu kennzeichnen. Simson gab zugleich seinen tiefsten Abscheu gegen die Politik kund, welche die preußische Regierung in der Herzogthümerfrage befolge.

— Es gibt kein Mittel, schreibt die „N. Fr. Ztg.", das dem regierenden Junkerthum nicht recht wäre, um die Aneignung Schleswig-Holstein's mehr und mehr in's Gebiet der vollendeten Thatsachen hinüberzuspielen. Dazu gehört die Einstellung der dienstpflichtigen Jünglinge in's preußische Heer; eine Maßregel, die man für's Erste noch in das freie Belieben der jungen Leute stellt, weil man für jetzt nicht anders kann, die aber bei erster Gelegenheit zur zwingenden Vorschrift umgewandelt wird. Preußische Regierungsmänner gehen schon so weit, zu behaupten, daß Preußen einen Selbstmord begehen würde, wenn es die Herzogthümer nicht in die Tasche steckte.

— Der König nahm am 22. die Gratulationen der Präsidenten beider Häuser des Landtags entgegen; seine Erwiderungen waren ohne politische Bedeutung und beschränkten sich Grabow gegenüber auf die Bemerkung, er habe viele und schwere Regierungssorgen, welche mit ihm zu tragen die Aufgabe des Landtags sei. Die Haltung der Bevölkerung am gestrigen Tage läßt über die Stimmung derselben keinen Zweifel übrig; die übliche Illumination ist noch in keinem Jahre so kläglich ausgefallen. Es waren außer den großen Gasthöfen nur die Hoflieferanten und fremden Gesandtschaften, welche ihre Fenster erhellt hatten.

An dem Festessen in **Coblenz** am 22. d. Mts. betheiligten sich nur Beamte und Offiziere. Die Soldaten wurden in den Kasernen bewirthet. Die Garde-Bataillone feierten durch zwei Festbälle. Leider kam es unter dem Militär zu blutigen Schlägereien; es wurde von der Waffe Gebrauch gemacht und, wie erzählt

wird, einem Soldaten sogar die Hand abgeschlagen, ein neuer Beleg für die Berechtigung der Forderung, daß das Tragen der Waffen außerhalb des Dienstes untersagt werde.

Aus Wülfrath, Regierungsbezirk Düsseldorf, wird gemeldet: „Das Geburtstagsfest Sr. Majestät unseres lieben Königs wurde hier durch ein vom hiesigen Jünglingsverein veranstaltetes Kaffeetrinken in einer feierlichen, zugleich gemüthlichen Stimmung begangen.“

Köln, 25. März. Die gestrige Bürgerversammlung, betreffend den Beschluß der Stadtverordneten über die Feier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen war so zahlreich besucht, daß das große Lokal des Gertrudenhofes vollständig gefüllt war. Herr Classen-Kappelmann berichtete ausführlich über die Verhandlungen, welche in geheimer Sitzung der Stadtverordneten gepflogen waren; Herr H. Bürgers beleuchtete in einer längeren Rede die Bedeutung des Beschlusses, „unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei dem bestehenden Verfassungsconflikt, eine Feier nicht zu begehen, welche von der herrschenden Partei als eine Zustimmung zu dem herrschenden Systeme gedeutet werden würde.“ Der Vorsitzende forderte zweimal, Herr Bürgers viermal die Versammlung auf, etwa entgegenstehende Ansichten kundzugeben, es meldete sich Niemand. Einstimmig, constatirt durch eine Gegenprobe, erklärte sich darauf die ganze Versammlung für den Beschluß der Stadtverordneten.

Im **Nürnberger Volksverein**, der schon wiederholt die Schulfrage in Berathung genommen hat, wies kürzlich ein Redner auf die Nothwendigkeit hin, daß die Jugend in der Gesetzeskunde unterrichtet werden müsse, damit die Achtung vor den Gesetzen und entsprechende Rechtsbegriffe schon in das heranwachsende Volk gebracht würden. Es sei die Pflege dieses Rechtsgefühls keineswegs unwichtig, da bekanntlich Verletzung und Mißachtung der Gesetze nicht gerade immer auf Seite des Volks zu finden, sondern gar oft Uebergriffen, die von oben ausgehen, ein Damm gesetzt werden müsse.

Schleswig-Holstein. (Der Umschlag der Stimmung in Schleswig-Holstein.) Der geschäftsführende Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine in den Herzogthümern sagt in einem Rundschreiben, mit welchem er sein neuestes Flugblatt an die Vereine versendet, Folgendes:

„Der Ausschuß hat es für geboten erachtet, in demselben das durch die Erhebung von 1848 geltend gemachte und seitdem unveräußerlich gewahrte Recht des Schleswig-Holsteinischen Volkes auf Mitbestimmung bei der Ordnung seiner staatlichen Verhältnisse in nachdrücklicher Weise zu betonen. Es erscheint dies vor Allem nothwendig in einer Zeit, wo in unserem eigenen Lande ein Programm aufgestellt worden ist, des Inhalts:

1) Die nationale Pflicht und das Interesse Schleswig-Holsteins fordern, daß dem Staate Preußen die seiner Aufgabe als Schutzmacht der Herzogthümer entsprechenden Rechte voll und für alle Zeit zu Theil werden.
2) Wir verstehen unter diesen Rechten die volle Militärhoheit zu Wasser und zu Lande, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung.
3) Diese Rechte sind vor der definitiven Ordnung unserer inneren Verhältnisse sicher zu stellen.

Sofern dieses Programm im Gegensatze zu der von 60,000 Männern unterzeichneten Erklärung darauf hinzielt, dem Herzoge und der Landesvertretung eine entscheidende Stimme bei der Feststellung unserer Beziehungen zu Deutschland resp. Preußen abzusprechen, kann der Ausschuß einen solchen Versuch, eine etwaige Vergewaltigung im Vorwege gutzuheißen, wenn nicht gar anzurufen, nur als ein Preisgeben nicht minder der Ehre wie der Rechte und Interessen des Schleswig-Holsteinischen Volkes ansehen; und da man nicht Anstand genommen hat, in der Presse mit der Behauptung hervorzutreten, daß das angeführte Programm in der Bevölkerung der Herzogthümer Boden gewinne, so findet der Ausschuß sich veranlaßt, auszusprechen, daß er es für angebracht erachten würde, wenn die Vereine am Tage der Feier unserer Erhebung constatiren wollten, daß die beregte Behauptung nur aus einer gröblichen Mißachtung der Wahrheit hervorgegangen ist und daß das Volk nun und nimmer eine solche Mißachtung seiner Rechte in Ruhe über sich ergehen zu lassen gewillt ist.

Altona, den 21. März 1865.

Der geschäftsführende Ausschuß.

P. Jessen. M. May.
Vorsitzender. Schriftführer.

An die Redaktion der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung zu Coburg.

Magdeburg, 27. März 1865.

Im Auftrag des ständigen Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine war ich gestern den ganzen Tag in unserer Nachbarstadt Burg, um die Ursachen und Umstände der dortigen großartigen Arbeitseinstellung zu untersuchen. Das zweite zu diesem Zwecke abgeordnete Ausschußmitglied war leider durch Berufsgeschäfte verhindert; um so mehr hielt ich es für meine Aufgabe, ohne Vorurtheil und Parteinahme möglichst objectiv die Verhältnisse zu erforschen, und wandte mich daher ebensowohl an Fabrikanten und Unbetheiligte, als an Arbeiter. Ueberall fand ich auch die dankenswertheste Offenheit und Bereitwilligkeit, meine eingehendsten Fragen zu beantworten, und darf deshalb wohl hoffen, einen richtigen und ziemlich vollständigen Einblick in die Verhältnisse gewonnen zu haben.

Wegen Zeitmangels muß ich zu meinem Bedauern den ausführlichen Bericht bis zu Ihrer nächsten Nr. verschieben, indem ich heute nur das augenblicklich Interessanteste in gedrängter Kürze voranschicke. Zur Orientirung für entferntere Leser bemerke ich noch, daß Burg eine weitläufige Landstadt, 4 Meilen nordöstlich von Magdeburg ist, und ca. 15,000 Einwohner zählt. Die Zahl der Tuchfabriken beträgt über 20, von denen mindestens 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden.

Von diesen 1500 Arbeitern hat der weitaus größte Theil am 11. März zum zweiten Male die Arbeit eingestellt, weil ihre Gesuche um weitere Abänderung der neuen Fabrikordnung von den Fabrikanten nicht bewilligt wurden. Die Arbeiter wollen sich den übrigen, zum Theil recht weit gehenden Vorschriften der Fabrikordnung fügen, sie wollen aber erstens nicht für „schlechte Arbeit vollen Ersatz leisten“, weil die schlechte Beschaffenheit sehr häufig nicht Schuld des betreffenden Arbeiters, sondern des ihnen gelieferten Materials ist — und zweitens wollen die Accord-Arbeiter keine Strafe wegen Zuspätekommens zahlen, so lange die Fabrikanten ihrerseits ihnen keine Entschädigung für verlorene Arbeitszeit gewähren, welche durch fehlendes oder untaugliches Material, also durch Versäumniß des Fabrikanten, häufig veranlaßt wird. Wegen dieser anscheinend sehr mäßigen Forderungen ist trotz wiederholter Versuche von Seiten der Arbeiter noch immer keine Einigung erzielt, und beide Theile scheinen fest entschlossen, auf ihrem Willen zu beharren. Mit Ausnahme einer größeren und mehrerer kleinen Fabriken, welche die Fabrikordnung gar nicht angenommen, stehen alle Tuchfabriken Burg's mit ihrer Spinnerei und Weberei vollständig still.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Alex. Hirsch.

Die von uns aus der „Deutschen Allgem. Zeitung“ entlehnte Notiz, daß außer den schon genannten Mitarbeitern des „Social-Demokraten“, welche sich von demselben zurückgezogen haben, auch Hr. M. Heß in Paris zurückgetreten sei, hat sich nicht bestätigt. Herr M. Heß hat der „Rh. Ztg.“ folgende Erklärung eingesandt:

„Geehrter Herr Redakteur!

Soeben erhalte ich die „Rh. Ztg.“ vom 11. d. M., in welcher ich zu meiner großen Verwunderung die Nachricht lese, daß auch ich von dem „Social-Demokrat“ zurückgetreten sei. — Sie werden mir erlauben, diese Mittheilung dahin zu berichtigen, daß ich durchaus keinen Grund habe, meine fernere Mitwirkung dem Organe des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu entziehen. Dieselben Motive, die mich vom Beginne der Lassalle'schen Agitation an veranlaßt hatten, mich derselben anzuschließen, bestimmen mich auch jetzt, trotz aller Verdächtigungen einer Partei treu zu bleiben, die heute ist, was sie immer war. Daß ein Herr aus London, der es bei Lebzeiten Lassalle's für's Klügste hielt, weder für noch gegen ihn aufzutreten, nach dem Tode dieses Parteichefs aus bekannten „internationalen“ Gründen der Lassalle'schen Partei und ihrem Organe den Hof machte, sodann aber, als er sich in seinen Erwartungen getäuscht sah, mit seinem Sekretär und Generalstabe ohne Armee wieder zum Rückzuge blies, ist für mich kein Grund, dieser lächerlichen Demonstration zu folgen.

Indem ich von Ihrer Gerechtigkeits- und Wahrheitsliebe die Aufnahme dieser Erklärung in der nächsten Nr. Ihres geschätzten Blattes erwarte, habe ich die Ehre mit aller Achtung zu zeichnen

Paris, 14. März 1865. M. Heß.“

Auf Hrn. Heß werden wir wohl Gelegenheit haben, noch besonders zurückzukommen. Dagegen wird uns wiederholt bestimmt versichert, obschon uns die betreffende Notiz in den Zeitungen bis daher entgangen ist, daß Johann Philipp Becker von Genf (nicht zu verwechseln mit Abubeckr dem Kalifen) gleichfalls vom „Social-Demokrat“ sich losgesagt habe.

Briefkasten.

Aus Pforzheim, wir bitten um Sendung des Bewußten.

Verschiedene Anzeigen.

Einladung zum Abonnement
auf die

Deutsche Wehrzeitung.

Herausgegeben
von einer Anzahl von Offizieren in und außer Dienst.

Die **Deutsche Wehrzeitung, Organ des deutschen Offiziertags** und des Centralbureaus für die freiwilligen Wehrvereine, erscheint wöchentlich ein Mal. Bestimmt, in gemeinfaßlicher Darstellung die Nothwendigkeit der Reform unseres Heerwesens und die volksthümliche Entwicklung unserer nationalen Wehrkraft als eine unserer brennendsten nationalen Angelegenheiten zum allgemeinen Verständniß zu bringen, darf diese Zeitschrift der Förderung aller thatkräftigen Freunde des Vaterlandes sich wohl empfohlen halten.

Die **Deutsche Wehrzeitung** (nicht zu verwechseln mit der in Gotha erscheinenden Deutschen „Schützen- und Wehrzeitung“) ist nur durch den Buchhandel oder direct bei uns zu beziehen und wird in diesem Fall (je nach Verlangen unter Kreuzband oder Couvert) unter Zuschlag des Porto's, — bei Bestellungen von mindestens 25 Exemplaren unter einem Packet aber franco, — von uns geliefert. Bezug durch die Post findet nicht statt. Preis vierteljährlich 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr. Einzelne Nummern 2 Sgr. oder 7 kr. Inserate 2½ Sgr. oder 9 kr. die gespaltene Zeile.

Coburg.

Die Expedition der deutschen Wehrzeitung.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
ortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 119.
Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,
9. April 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.
Bestellpreis
vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr
4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.
Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

1. **Vereinsangelegenheiten:** Bekanntmachung des Arbeiterbildungsvereins, des Buchdruckerfortbildungsvereins und der Fortbildungsvereine für Maurer und Zimmerleute in Leipzig, die Gründung eines „allgem. Arbeiterverkehrs" in Leipzig betreffend. — Aus Celle, die Versammlung der Delegirten der hannöverschen Vorschuß-Vereine und die hannöversche Regierung. — Aus Landshut, bevorstehende Bannbulle gegen L. Wittmann, den Vorsitzenden des aufgelösten Arbeiterbildungsvereins, der ein Christ, statt ein Katholik oder Protestant sein will. — Magdeburg, Fortsetzung des Berichts des Delegirten des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstags über die Arbeitseinstellung in Burg. — Weitere Arbeitseinstellungen in Leipzig, Brandenburg, Altona u. s. w. Was dazu zu bemerken ist. II. **Politischer Theil:** Politische Umschau: Deutschland besinne dich. VI. — Coburg, Rücktritt des Geschäftsführers des Nationalvereins F. Streit und Verlegung der Geschäftsführung nach Frankfurt a. M. — Schleswig Holstein, borussische Regierungsweise; Kiel, ein Schuß, der polit. Folgen haben kann. — Hannover, die Arbeiterdeputation in Paris hat die Augen offen gehalten. — Wie in Preußen die technische Fähigkeit nach der politischen Rechtgläubigkeit abgemessen wird. — Frankreich, allerlei Vorboten kommender Stürme. — Schweiz, die Früchte des Cäsarismus und der Selbstregierung. — Aus Newyork, nehmt Euch ein Beispiel dran — Düsseldorf, Soldatenübermuth — Eine Antwort Joseph Mazzinis auf die Encyclica des Papstes Pius IX. Fortsetzung II. — III. **Socialer Theil.** Sociale Briefe aus England II. — Der „Socialdemocrat," seine Leiter und die social-democratische Partei. — Berlin, der Lassalle'sche Arbeiterverein in Berlin verurtheilt die Politik des „Socialdemocrat" und schließt den „Präsidenten" Bernhard Becker in nicht wiederzugebenden Ausdrücken aus. — Karl Marx gegen Hrn. von Schweizer. — Georg Herwegh gegen den Socialdemocrat. — Auch ein Zeichen der Zeit. — Die Feier zur Fertigstellung der tausendsten Schnellpresse von König und Bauer in Kloster Zell bei Würzburg. — IV. **Vom Büchertisch,** der Hackenverein. — V. **Druckfehlerberichtigung.** — VI. **Anzeigen.**

Vereinsangelegenheiten.

Unsern Brudervereinen

hiermit zur Nachricht, daß wir in Ausführung des Beschlusses vom 2. Arbeitervereinstage einen „allgemeinen Arbeiter-Verkehr", verbunden mit unentgeldlichem Arbeitsnachweis, gegründet haben, den wir allen wandernden Arbeitern bestens empfehlen.

Derselbe befindet sich in der Schüttel'schen Restauration, Gerichtsweg Nr. 7, und steht unter Controlle der unterzeichneten Vereine.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein, Buchdrucker-Fortbildungsverein und die Fortbildungsvereine für Maurer und Zimmerleute zu Leipzig.

Celle. Am 11. März war in unseren Mauern der erste Vereinstag von Delegirten der Vorschußvereine des Königreichs Hannover versammelt. Es waren im Ganzen 13 Vereine durch 36 Delegirte vertreten. Folgende Resolution und Petition erhielt die einstimmige Genehmigung der Versammlung:

Die Resolution lautet:

„Der Vereinstag ist der Ansicht, daß die Vorschußvereine sich als nützliche und lebensfähige Institute bewährt haben und daß sie deshalb gegen den Staat den Anspruch haben, daß derselbe diejenigen Hindernisse, welche eine gedeihliche Entwicklung derselben hemmen, so viel an ihn liegt, beseitige. Als ein Hemmniß in seiner Entwicklung betrachtet der Vereinstag die Schwerfälligkeit seiner Vertretung nach Außen, namentlich vor Gericht. Dies zu beseitigen ist Sache der Regierung. Sie kann es durch Verleihung der juristischen Persönlichkeit, und beschließt deshalb der Vereinstag, eine Petition um Verleihung von Corporationsrechten an die königl. Regierung zu richten".

Die Petition lautet:

„Die unterzeichneten, zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten in Celle anwesenden Vertreter hannover'scher Vorschußvereine richten an das hohe Ministerium des Innern die unterthänigste Bitte

„den hannover'schen Vorschußvereinen die Rechte juristischer Persönlichkeit zu verleihen."

Diese Bitte, bereits wiederholt von verschiedenen Vereinen des Landes ausgesprochen, ist hervorgegangen aus dem in allen Vereinen sich geltend machenden dringenden Bedürfnisse. Alle empfinden die Rechtsunsicherheit, die mit dem jetzigen Zustande verbunden ist, und Alle sehen in der Gewährung der Bitte einen weiteren Schritt zur Kräftigung und Förderung der Vereinsangelegenheiten.

Die Unterzeichneten dürfen hoffen, daß das hohe königl. Ministerium selbst in die Nothwendigkeit der Corporationsrechte für die Vorschußvereine keinen Zweifel setzt und verzichten darauf, die so nahe liegenden Gründe hier zu erörtern. Sie glauben aber hervorheben zu dürfen, daß das Vorschußvereinswesen auch in unserem Lande sich bewährt hat, daß namentlich trotz der an manchem Orte so ungünstig wirkenden Zeitverhältnisse die Vereine unseres Landes sich eine solide Basis und einen segensreichen Wirkungskreis errungen haben, daß sie ferner bei der zunehmenden Macht der Capitale und der großen Industrie kaum für den mittleren und kleinen Gewerbestand noch entbehrt werden können.

Die Mitglieder der Vorschußvereine zählen in unserem Lande schon nach vielen Tausenden; das Interesse Aller knüpft sich an die Gewährung unserer Bitte; die Unterzeichneten haben übereinstimmend von ihren Committenten den Auftrag erhalten, ihr bei dem hohen königl. Ministerium gemeinsamen Ausdruck zu geben.

Sich dieser Pflicht entledigend, sehen die Unterzeichneten einer baldigen Entschließung des hohen königl. Ministeriums zu Händen des Vorstandes des Vorschußvereins zu Celle vertrauensvoll entgegen."

Celle, den 11. März 1865.

(Folgen die Unterschriften sämmtlicher Delegirten.)

(Zusatz der Redaction: Ueber den Erfolg der vorstehenden Petition haben die Zeitungen bereits berichtet. Dem „Frankf. Journal" wird aus Hannover vom 28. März geschrieben: Den Vorschußvereinen des Landes ist im Auftrage des Ministeriums des Innern eröffnet worden, daß die Veranstaltung von Vereinstagen und größeren Versammlungen kein geeignetes Mittel sei, die Interessen der Vereine zu fördern, und daß auf den Anschluß der hannover'schen Vorschußvereine an einen Centralverein für ganz Deutschland abzweckende Schritte, wie solche den öffentlichen Blättern zufolge in einer Versammlung von Delegirten verschiedener Vorschußvereine in Celle beschlossen worden, die Regierung veranlassen würden, eine Auflösung der betreffenden Vereine in Erwägung zu ziehen.

Landshut. Man erzählt sich hier, daß die Schwarzen gegen L. Wittmann, den vormaligen Vorsitzenden des aufgelösten Arbeiterbildungsvereins hier, wegen der von ihm gebrauchten Aeußerung am Schwurgerichtshof, „er sei weder Katholik noch Protestant, sondern — Christ" in der Weise vorgehen wollen, daß sie dem Bischof von München Bericht erstatten wollen, um eine Ausschließung aus der katholischen Kirche zu bewirken. Wie weit die Sache reif, kann ich Ihnen nicht mittheilen, so viel erfuhr ich aber von ziemlich verläßiger Quelle, daß der Erzbischof von München die Sache bereits in Händen hat und demnächst eine Entscheidung zu erwarten ist. Man will sich für die große Niederlage in Straubing entschädigen. Arme Menschen!

An die Redaktion der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung zu Coburg.

(Fortsetzung aus voriger Nummer.)

Magdeburg, 27. März 1865.

— Der eigentliche Grund des Conflicts liegt weit tiefer; der Streit um die beiden Strafbestimmungen ist nur ein Symptom, und es bedarf daher einer ausführlicheren Untersuchung, um die Wurzel des Uebels aufzudecken. Für heute nur so viel, daß nach meiner innersten Ueberzeugung die Arbeiter in Burg im Rechte sind. Nicht nur, daß sie das langjährig Bestehende vertheidigen, während gerade die conservativen Fabrikherren die Neuerer sind — so liegt der Beweis ihres überwiegenden Rechts schon in dem Umstand, daß die tüchtigsten Werkführer und fast die ganze unbetheiligte Bevölkerung von Burg auf Seite der Arbeiter steht. Auch die Tucharbeiter der benachbarten Fabrikstädte sprechen ihre innigste Sympathie aus und senden unaufgefordert reichliche Spenden für die unbemittelten Familienväter. Und allerdings wird dies immer nöthiger. „Die Elemente sind gegen uns, wie anno 1812 gegen Napoleon", sagen die Arbeiter selbst mit düsterem Humor. Die beabsichtigten Feld- und Chausseearbeiten mußten des Wetters wegen aufgegeben werden. Aber der deutsche Arbeiterstand wird die Vorkämpfer seiner Rechte nicht im Stiche lassen. — Die Fabrikanten machen die energischsten Anstrengungen, auswärtige Spinner und Weber heranzuziehen, und wirklich sollen schon 30 Weber eingetroffen sein. Ich wollte es nicht glauben, da hörte ich, sie seien von — **Nowaweß**, der bekannten feudal-unterstützten Webercolonie bei Potsdam (den Affiliirten des „Social-Demokrat". D. Red.). Ich hoffe, nur solche Leute lassen sich dazu gebrauchen, eine ganze eingeborene Arbeiterbevölkerung zu verdrängen oder gegen ihre Ueberzeugung zur Unterwerfung zu zwingen. Ihr aber, deutsche Arbeiter der Freiheit und Selbsthülfe, Ihr lasset Euch nicht nach Burg verdingen und wenn jeder Arbeitstag mit einem Goldstück aufgewogen würde. Darum ertöne die Parole durch alle deutschen Arbeitervereine: Nicht nach Burg, nicht gegen unsere Brüder! (Fortsetzung folgt.) (Es wäre wünschenswerth, wenn die Adresse des Arbeitercomité's in Burg in der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" mitgetheilt würde, damit den unter dem Conflikt Nothleidenden Unterstützung zufließen kann. Ebenso werden wir für weitere ausführlichere Mittheilungen über den Conflikt dankbar sein, da die Kenntniß der eigentlichen Gründe dieses ersten größeren friedlichen Conflicts nach allen Seiten hin sehr lehrreich ist. Haben die Arbeiter in Burg, wie nach Obigem nicht wohl zu bezweifeln ist, Recht, so ist es die Pflicht aller Arbeiter in Deutschland, ihre Brüder in ihrem Recht und bei diesem Versuch eines friedlichen, die Schranken des Gesetzes einhaltenden Austrags des Streites, soweit immer dies gesetzlich möglich, also mindestens durch Hülfsspenden an ihre nothleidenden Familien, zu unterstützen. D. Red.).

(Weitere Arbeitseinstellungen.) Wir entnehmen den Zeitungen noch folgende weitere Arbeitseinstellungen, ohne daß wir jedoch nähere Anhaltspunkte darüber gefunden haben, auf welcher Seite in diesen Fällen das Recht liegt. Im Allgemeinen möchten wir aber an die beherzigenswerthen Worte des Landammans der Glarner Landesgemeinde erinnern, die wir in unserer Nummer 114 bei dem Bericht über diese Versammlung mitgetheilt haben und die zum Theil hier nochmals ihre Stelle finden mögen: „Der Fabrikherr kann als Mensch nicht wünschen, daß seine Mitmenschen im Dienste für seine materiellen Interessen Schaden nehmen und er ist in seiner Stellung als Industrieller auf die Erwägung angewiesen, daß die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte der Industrie selbst vorab das Mark entzieht! Aber auch der Arbeiter soll sich hüten, die Bedingungen zu untergraben, auf denen das Gedeihen der Industrie ruht, und vielmehr die Einsicht üben, daß das Wohl derselben auch ihnen zu Gute kommt, daß ihr Siechthum auch ihn vernichtet."

Leipzig. Die Buchdruckergehülfen haben in einer Generalversammlung vom 21. März beschlossen, bei ihren Prinzipalen auf eine Lohnerhöhung anzutragen. Sie stützen sich darauf, daß Berlin und Stuttgart mit einer Erhöhung vorangegangen, und werden in diesen Tagen den Buchdruckerherren den neuen erhöhten Tarif für Setzer und Drucker zur Annahme vorlegen. — Vom 26. März schreiben die „Leipziger Nachrichten": Welchen bedeutenden Umfang die Bewegung in unseren Druckereien angenommen hat, ist aus der Thatsache ersichtlich, daß von den hier beschäftigten 800 Setzern etwa 600 gekündigt haben, und wenn in der bevorstehenden Woche eine Einigung, welche gewiß beide Theile wünschen, nicht erzielt wird, so wird die Arbeitseinstellung auch eine beträchtliche Rückwirkung auf das geschäftliche Leben unserer Stadt äußern. Der Druck der Bücher würde auf eine Zeit lang gewiß vollständig stillstehen — was am Ende zu ertragen ist —, der unendliche Bedarf an Nebenarbeiten aber müßte äußerst beschränkt werden; doch werden hoffentlich die dann noch vorhandenen Kräfte ausreichen, um wenigstens die Zeitschriften und die Tagesblätter, wenn auch vielleicht in verringertem Umfange, forterscheinen zu lassen. (Besondere Berichte fehlen uns bis heute. D. Red.)

Aus **Brandenburg** wird der „Volksztg." von einer Anzahl von Arbeitern der Pintus'schen Maschinen-Fabrik mitgetheilt, daß sie am 27. d. Mts. die Arbeit eingestellt haben. Als Grund werden Abzüge von den Akkord-Preisen bezeichnet.

Auch in den Herzogthümern beginnen die Arbeitseinstellungen ihren Anfang zu nehmen. Die „Alt. Nachr." melden aus **Altona** vom 27. vor. Mts.: „Heute haben die Gesellen zweier hiesiger Gewerke, die Reepschläger und die Korbmacher, die Arbeit niedergelegt. Erstere verlangten eine Verkürzung ihrer im Sommer von Morgens 5 bis Abends 7 Uhr dauernden Arbeitszeit um eine Stunde beim Beginn derselben, wie solche kürzlich ihren Hamburger Berufsgenossen bewilligt wurde. Eine, wenn auch nicht bedeutende, Lohnerhöhung wurde ihnen bereits vor drei Wochen von den Arbeitgebern (den Baasen) zugestanden; auf die neue Forderung weigerten sich dieselben einzugehen. In Folge der Arbeitseinstellung ist den auswärts gebürtigen, nicht verheiratheten Gesellen von der Polizei aufgegeben worden, die Stadt morgen zu verlassen. Von den Korbmachergesellen wird ebenfalls eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitig Lohnerhöhung verlangt; auch bei ihnen war keine Einigung mit den Meistern zu erzielen."

Schweiz. In Lausanne haben die Bauarbeiter als Maurer, Zimmerleute ꝛc. die Arbeit eingestellt, weil die Bauunternehmer gegen angemessene Erhöhung des Taglohns die Stunde von 4 bis 5 Uhr, welche die Arbeiter bisher für das Abendessen frei hatten, nicht mehr gewähren wollten. Am 27. März zogen mehrere hundert Arbeiter mit Fahne und Trommeln, schreiend durch die Straßen. Es wurden alsdann im Laufe des Nachmittags Vermittlungsversuche gemacht, die aber schein's ohne Resultat blieben. Nachts hielten die Arbeiter wieder eine Versammlung bei Fackelschein ab und zogen dann wieder in Prozession durch die Stadt. Diejenigen Arbeiter, welche fortarbeiteten, wurden von den Andern abgeprügelt, ohne daß die tapfern Sicherheitsbeschirmer, die sonst jeden, der Nachts nur laut in den Straßen niest, anschnauzen und auf die Wache schleppen, eingeschritten wären.

Frankreich. In Bordeaux haben die Arbeiterinnen der Tabakmanufaktur gegen ihren Direktor revoltirt und durchziehen 1100 Weiber stark die Straßen dieser Stadt. Militär ist ausgerückt.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Deutschland, besinne dich!

VI.

Es freut uns recht sehr, daß wir unsere politischen Betrachtungen unter obiger Ueberschrift **noch** nicht abgeschlossen haben; auch nehmen wir uns vor, diesen Rahmen noch ferner offen zu halten und hin und wieder ein paar Striche an dem Bilde hinzuzumalen. Denn Deutschland hat sich in der That noch nicht besonnen, wenn auch zuweilen von ganz kurioser Seite Geständnisse laut werden, die den Charakter lehrreicher Offenherzigkeit an sich tragen.

Wer die „Allgem. deutsche Arbeiterzeitung" im Kopfe hat oder sich die Mühe des Nachschlagens nicht verdrießen lassen will, der wird wissen oder erfahren, daß wir zuletzt die Frage aufwarfen, ob Preußen nicht eher zu groß als zu klein genannt werden müsse. Die Stellung dieser Frage hatte ihren guten Grund, und zur Erwägung derselben, zum Versuch sie zu beantworten, hat der Leser hinlänglich Zeit gehabt.

Da trifft es sich nun ganz charmant, daß das Berliner Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 15. März, freilich von hinten herein, auf dieselbe Frage zu reden kommt und daß der Abg. Faucher in der großen Budgetdebatte Dinge sagen muß, die uns die Feder wieder in die Hand drücken. Da das Wort „Versöhnung" in Berlin einmal auf der Tagesordnung steht, da die Krone wie die Minister von „Versöhnung überströmen" — was Wunder, daß auch die Abgeordneten den Schlachtruf: „Versöhnung" erheben und daß die Fortschrittspartei selbst „militärfromm" wird! Man höre den Abgeordneten Faucher, den unerbittlichen Freihandelsapostel:

„Eine Versöhnung wollen wir Alle, denn in Preußen ist das Volk mit der Krone Eins. Trennte man beide, so würde der preußische Staat nicht mehr bestehen. Von Memel bis nach Saarbrücken (diese Reise machte bekanntlich Friedrich Wilhelm IV. „gerade" in 2 Monaten und 2 Tagen!) weiß man, daß die Krone der Kitt ist, der Alles zusammenhält, und der Schild und Schutz für das Recht des Einzelnen. (Bravo, von Seiten der Kammer.)"

Der Abg. Faucher hat sich offenbar als guter Preuße erweisen wollen, und das ganze Haus, mit Inbegriff der Feudalen, gibt ihm durch seinen Beifall das laute Zeugniß: Du bist ein guter Preuße! Auch wir enthalten dem Abg. Faucher diese Anerkennung nicht vor; er hat eine neue schwunghafte Variation auf das klassische Lied gemacht: „Ich bin ein Preuße, kennt Ihr meine Farben?" Nur nehmen wir uns die Freiheit zu fragen: Kann ein guter Preuße auch ein guter Deutscher und zweitens kann er ein Demokrat sein? Mit Verlaub der sämmtlichen entzückten Bravorufer wollen wir das ein wenig untersuchen.

Da ist also ein Staat, der ohne die monarchische Form gar nicht gedacht werden kann, der nur Sinn und Verstand hat, wenn ein Dynast an der Spitze steht, bei dem die erste Nothwendigkeit, das erste Lebensbedürfniß die Person des Fürsten ist. Memel und Saarbrücken fallen auseinander, wenn der König sie nicht zusammenhält. Ist das eine gesunde Grundbedingung für einen Staat, bietet eine solche Nothwendigkeit irgend eine Bürgschaft für die gedeihliche Entwicklung des Volksthums? Ist das Volk nach dieser Anschauung überhaupt noch Selbstzweck, oder heißt das nicht mit andern Worten: der Zweck des preußischen Staates ist sein Bestehen, sein Bestehen ist das Wichtigste an ihm; daß Preußen über-

haupt existirt, das ist die Hauptsache — „weiter hat es sonst keinen Zweck!"

Herr Faucher erhärtet diese seine Staatstheorie noch durch Hinweisung auf andere Länder; er erklärt im höchsten Pathos: Frankreich bliebe am Leben, auch ohne monarchische Spitze; England sei England, mit oder ohne König; nur Preußen könne das nicht von sich sagen, in Preußen sei die Krone das Eine was Noth thue. Das heißt doch, ins Deutliche übersetzt: England und Frankreich sind geographische und nationale Wesenheiten, Territorien und Nationen, die sich politisch beliebig einrichten können, je nach Bedürfniß, Bildung und gesellschaftlicher Möglichkeit; diese territorialen und nationalen Bedingungen gehen dem Complex von Provinzen ab, den man das Königreich Preußen nennt; Preußen ist nur denkbar unter Einer einzigen Regierungsform, der Monarchie; Preußen ist keine geographisch-nationale Wesenheit!

Denkt man sich nun ein einziges und einheitliches Deutschland allmälig entstehend durch Anschluß, Annexion, Verschluckung eines Herzogthums oder Fürstenthums nach dem andern, — und wäre zuletzt ganz Deutschland an Preußen angeschlossen und angeschossen: so folgt, daß, da Preußen das Wesen Deutschlands nothwendig bestimmen würde, da Preußen dem ganzen deutschen Gebiete den Ton gäbe, auch Deutschland von Meer, zu Meer von den Alpen bis zur Königsau, nur monarchisch gedacht werden könnte, ohne diese speziellen Hohenzollern auseinanderfiele und selbst dann nicht einmal den Vorzug Englands und Frankreichs theilte, seine Verfassung nach Bedürfniß und Bildung einzurichten! Für ein solches einiges Deutschland danken wir und sicher drei Viertel aller Deutschen, dafür werden wir nie einen Finger regen, im Gegentheil!

Es liegt aber in der Versöhnungsrede des Herrn Faucher, die jedenfalls etliche Tage zu früh gekommen ist, noch etwas ganz Anderes, viel tiefer Gehendes. Ein Staat, der nur in Einer Person gipfelt, der von dieser Einzigen Person abhängt, ohne sie ins Nichts stürzt, — ein solcher Staat ist im höchsten und äußersten Grade hülfsbedürftig; sehnend und verlangend streckt er die Arme nach festerem Anhalt, nach soliderem Ankergrund aus; seine ganze Existenz ist gleichsam nur ein fortwährender Schrei: Gib mir, wo ich stehe! Wie heilsam müßte es einem solchen Staate nicht sein, sich an ein größeres, anders beschaffenes Ganze zu lehnen, in einem Wesen aufzugehen, das auf anderen Lebensbedingungen beruhte, das unabhängig von Personen, blos auf Sachen und Grundsätze zu rücksichtigen hätte!

Nun, wir übrigen Deutschen erklären hiermit, daß wir unsere Existenz unabhängig von Personen und Familien glauben, daß wir im Staate die höchste freie Genossenschaft erblicken, welche durch Vernunft zu regeln, durch vernünftige Männer zu leiten ist, daß unser Zukunftsstaat eine Schöpfung des Gemeinwillens sein soll, und daß vom Herkömmlichen und Ererbten nicht mehr darin bleiben soll und darf, als sich mit der Vernunft verträgt oder wenigstens ihr nicht damit wider die Haare läuft. Mit Solchen also, welche ihren Staat auf Personen gründen, welche vor lauter Person den Staat gar nicht sehen, können wir, wenigstens vor der Hand, keine Gemeinschaft, keine gemeinsame Sache haben. Es wäre dies die Verbindung von Feuer und Wasser, die im besten Falle Dampf gibt.

Und Herr Faucher nebst Gesinnungs- oder Redegenossen mögen uns nur nicht mit dem Einwande der constitutionellen Monarchie herankommen, um mit papiernen Kanonen einen leichten Sieg davonzutragen. In der constitutionellen Monarchie, sofern sie nicht aus einem „Blatt Papier" besteht, ist nicht die Person des Monarchen die Hauptsache, sondern der Vertrag, das Gesetz, und zwar bis zu dem eminenten Grade, daß, wenn ein constitutioneller König Gesetz und Vertrag bricht, ein mündiges Volk ihn ohne Weiteres durch eine andere Person ersetzt, wie die Engländer 1688 Jacob II. durch Wilhelm III. ersetzten, die Franzosen 1830 Karl X. durch Louis Philipp. Daß die Person des Königs den Staat ausmache, daß ein Parlament ohne diese Person keine Souveränität besitze, war der Irrthum Karls I. und Ludwigs XVI., und scheint nach Herrn Faucher der Grundirrthum und Grundfehler des preußischen Staates zu sein.

Es ist mithin auch für das geeinigte Deutschland, welches sich selbst einzurichten hätte, eine offene Frage, ob es eine constitutionelle Monarchie oder eine Republik einführen will, so wie es ihm durchaus freistehen muß, welche Person, im Falle der constitutionellen Monarchie, mit der Executive zu betrauen wäre, das Haupt irgend einer Dynastie oder Herr Faucher oder wer sonst. Die constitutionelle Verfassung und ein deutscher König oder Kaiser sind durchaus bei den Möglichkeiten der Zukunft nicht ausgeschlossen; es ist möglich, daß sie eine starke Majorität erhalten. Nur das bleibt ausgeschlossen, daß das deutsche Volk in einem solchen Falle keine andere Wahl habe, daß es diese Form wählen müsse und daß es gar auf eine Einzige bestimmte Person für alle Fälle angewiesen wäre, daß endlich diese Person, wie sie jetzt Memel und Saarbrücken zusammenhält, der unvermeidliche „Kitt" des schönsten und mächtigsten europäischen Reiches würde.

Wir kommen doch nach und nach dahinter, daß die Erscheinung des Hrn. v. Bismarck ihr Gutes gehabt hat, weil sie den sämmtlichen preußischen Krankheitsstoff auf die Haut heraustreibt.

Coburg, 31. März. In einer der letzten Nummern der Wochenschrift des Nationalvereins war mitgetheilt, daß der bisherige Geschäftsführer des Vereins, Herr Rechtsanwalt F. Streit, von der seit fünf Jahren geführten Geschäftsführung für den Nationalverein zurückgetreten ist und daß die letztere, unbeschadet des für den Verein beibehaltenen Domicils in Coburg, nach Frankfurt a/M. übersiedelt, woselbst auch anstatt der mit Ende d. Mts. eingehenden Wochenschrift des Nationalvereins vom Vereinsausschuß ein neues Vereinsorgan vom Anfang April ab herausgegeben werden wird. Die so eben erschienene letzte Nummer der Vereinswochenschrift bringt nun die Notiz, daß die Uebergabe der Geschäftsführung an den neuen Geschäftsführer, Herrn L. Nagel in Frankfurt a/M., in diesen Tagen bereits erfolgt ist. Gleichzeitig ist nach der Mittheilung des Vereinsorgans von der in der letzten Generalversammlung erwählten Revisionscommission die jährliche Revision der Bücher und zwar des der letzten Generalversammlung vorgelegenen wie des diesjährigen Rechnungsabschlusses der bisherigen Geschäftsführung vorgenommen und ist dem Herrn Streit nach durchweg erfolgtem Richtigbefund Decharge ertheilt worden. Der Vereinsvorstand, welcher Behufs der Ueberleitung der geschäftlichen und Preßthätigkeit nach Frankfurt a/M. hier versammelt gewesen ist, besteht zur Zeit noch aus den Ausschußmitgliedern: v. Bennigsen, Fries, Streit, Metz, Siegmund Müller, L. Nagel, v. Rochau und Schulze-Delitzsch.

Schleswig-Holstein. Aus Kiel wird berichtet, daß zwischen den unteren Klassen der dortigen Bevölkerung und der preußischen Garnison seit dem 24. März eine sehr gereizte Stimmung herrsche. Am 24. März hatte der commandirende General Herwarth von Bittenfeld eine Fahne mit der Aufschrift „Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein" confisciren lassen. Die „preußischen Behörden" in Kiel verfahren überhaupt, wie aus übereinstimmenden Berichten der holsteinischen Blätter hervorgeht, mit einer Rücksichtslosigkeit und Anmaßung, die wohl alles Andere, aber sicherlich nicht eine warme Sympathie der Schleswig-Holsteiner für preußisches Wesen hervorzurufen geeignet sind. So wurde noch ganz vor Kurzem in Kiel ein Mitglied des Turnvereins ausgewiesen, weil es gewagt hatte, in einer zur Festfeier vom 24. März gehaltenen Rede die Behauptung aufzustellen, daß das preußische Volk die Bestrebungen des Hrn. v. Bismarck bezüglich der Herzogthümer keineswegs theile, vielmehr den letzteren das volle Selbstbestimmungsrecht gewahrt wissen wolle.

In Kiel hat, — was in den 13 Jahren der dänischen Unterdrückung nicht geschehen ist — am 29. März ein preußischer Militärposten auf einen Vorübergehenden, von dem er sich thätlich beleidigt glaubte, geschossen. Der „Nordd. Allg. Ztg." wird darüber aus Kiel vom 30. März geschrieben: „Gestern Abend wurde von dem in der dänischen Straße vor der Wohnung des Commandeurs des pommerischen 61. Infanterie-Regiments stehenden Posten auf einen jungen Menschen, der denselben in gröblicher Weise durch Anspeien des mit preußischen Farben versehenen Schilderhauses insultirt haben soll und sich dann durch die Flucht der Arretirung entzog, geschossen. Größeres Unglück wurde glücklicherweise verhütet, da weder der Fliehende noch einer der anderweitig auf der Straße Gehenden von der Kugel getroffen wurde. Von demselben Posten wurden gestern Abend noch mehrfache Arretirungen wegen Insultirung desselben vorgenommen. Die Polizeibehörde hat sofort eine energische Untersuchung angeordnet, und die Arrestanten sehen einer strengen Bestrafung entgegen." Der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" entnehmen wir folgende Mittheilung über den Hergang nebst den daran geknüpften Betrachtungen: „In der neuen dänischen Straße wohnt der preußische Oberst vom 61. Regiment, Herr von Michaelis; vor dem Hause steht ein Posten; natürlich fehlt das schwarz-weiß angestrichene Schilderhaus nicht. Der Soldat, welcher gestern Abend von 6—8 Uhr schilderte, glaubte bemerkt zu haben, daß Vorübergehende, Männer „mit weißen Beinkleidern", die er für „Maurer" erklärte, vor ihm oder dem Schilderhause ausspieen. Als dieß seiner Meinung nach wieder geschehen war, rannte er einem der Betreffenden nach, und als dieser in die neue Burgstraße einbog, feuerte er sein Gewehr hinter ihm drein ab. Herbeigeeilte Offiziere haben das Verfahren des Postens zwar gemißbilligt, indem sie ihm sagten, er dürfe bei dergleichen Beleidigungen nicht gleich schießen, sondern müsse erst versuchen, allein oder mit herbeigerufener militärischer Hülfe den Frevler zu arretiren; wir aber fragen: was soll es heißen, daß die preußischen Posten überhaupt mit geladenen Gewehren aufziehen, als ob sie sich in Feindesland oder wir uns im Belagerungszustand befänden? Eine eigenthümliche Erscheinung ist es auch, daß ein Soldat, dem man den Posten vor seines Obersten Haus anvertrauen zu können glaubt, erst, nachdem er von seiner Feuerwaffe Gebrauch gemacht hat, instruirt wird, wann er sie zu gebrauchen habe! Wir fügen bei dieser Gelegenheit noch Folgendes hinzu: Es ist Thatsache, daß sich in den unteren Schichten der Kieler Bevölkerung eine große Gereiztheit gegen die preußische Regierung, ihre Repräsentanten und Agenten in unserem Lande ausspricht, während die andern einstweilen sie noch zu bemeistern suchen; es mögen auch Reibungen mit den Soldaten in Folge dieser Stimmung stattgefunden haben. Aber man wird diese Verhältnisse nicht dadurch bessern, daß man auf das Volk schießt, sondern lediglich dadurch, daß man von preußischer Seite die Einverleibungsgelüste bezähmt, und daß man aufhört, durch Eingriffe in die Kundgebungen der Rechtsüberzeugung des schleswig-holsteinischen Volkes zu Feindseligkeiten aufzureizen.

λ. **Hannover.** Man hat es hie und da getadelt, daß der Hannover'sche Arbeiterverein das

Pariser Arbeiterfest durch 2 Deputirte beschickt hat. Der Arbeiterverein hat es keinen Augenblick bereut. — Als vor Jahresfrist eine zur Prüfung der deutschen Volksschulen und andern Bildungsinstitute der unteren Volksklassen von Paris abgeordnete Commission auch den hiesigen Arbeiterverein in seinen Lokalen besuchte und daselbst gastlich aufgenommen wurde, versicherten die Mitglieder jener Commission, unter Abgabe ihrer Adressen, jeder Hannover'sche Arbeiter solle ihnen in Paris herzlich willkommen sein. Die Herstellung eines solchen freundschaftlichen Verhältnisses erschien dem hiesigen Arbeiter um so werther, als von hier aus nicht wenige junge Leute (Schuhmacher, Schneider, Galanteriearbeiter ꝛc.) in Paris einige Zeit in ihrer Branche sich zu vervollkommnen pflegen, und damit ihnen ein sehr schätzenswerther Anhaltspunkt gegeben war.

Nun erfolgte die Einladung zu dem vielbesprochenen Arbeiterfeste zu Paris, unter Bezugnahme auf die angeknüpfte und gelegentlich erneuerte Verbindung in den freundlichsten Ausdrücken verfaßte. Sollte da der hiesige Arbeiterverein die Gelegenheit wahrnehmen, diesen internationalen Verkehr abzubrechen — wie es die superklugen Berliner gethan haben?

Die Redaktion dieses Blattes fügte der ersten Mittheilung, daß von Hannover Deputirte nach Paris gehen würden, warnend die Worte hinzu: „Trau, schau, wem!" Wir können versichern, daß unsere Deputirten Augen und Ohren offen zu halten, das Herz auf dem rechten Flecke zu tragen und keine Wechsel zu unterschreiben pflegen, die zu Hause nicht honorirt würden.

Die hiesige Zeitung für Norddeutschland meinte, unsere Deputirten hätten sich zu einer „Verherrlichung des napoleonischen Imperialismus brauchen lassen."

Wenn aus Besorgniß vor einem solchen möglichen Mißbrauche ein doktrinärer Professor, der den Kampf gegen den Napoleonismus sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, nicht nach Paris gegangen wäre, so möchte man eine Ablehnung der ergangenen Einladung gerechtfertigt haben halten können. In der Brust des Arbeiters aber entstehen solche Bedenklichkeiten nicht, wenn die Gelegenheit gegeben ist, den Brüdern jenseits des Rheins im Bewußtsein gemeinsamen Berufs, gemeinsamer Leiden, gemeinsamer Lebensaufgaben, die Hand zu reichen.

In der Beilage zu Nr. 207 der „Neuen Freien Presse", Dienstag, 28. März 1865 steht Wort für Wort Folgendes zu lesen: „In der Bauschule des eidgenössischen Polytechnicums in Zürich zeichnete sich ein junger Mann, ein Deutscher, besonders vortheilhaft aus. Mit seinen guten Zeugnissen versehen, konnte es ihm nach Vollendung seiner Studien nicht schwer werden, in Deutschland ein Unterkommen zu finden. Ein Regierungsbaubeamter in **Preußen** gab ihm Beschäftigung, verwendete ihn zu schwierigen Arbeiten, war ganz vorzüglich mit ihm zufrieden. Nach einiger Zeit kommt ein höherer Baubeamter aus Berlin in die Provinz, hat Geschäfte mit dem Provinzialbaubeamten, läßt sich dessen Bureau vorstellen, namentlich auch den jungen Züricher Polytechniker, den der Beamte so besonders gelobt hatte. Ihr Name? fragt ihn der Berliner Beamte. — Blum. — Ihr Vater hieß? — Robert Blum. — Nach acht Tagen kam aus Berlin der Befehl, den jungen Mann sofort zu entlassen!

Frankreich. In der französischen Deputirtenkammer sind einmal wieder Aeußerungen gefallen, in denen Manche eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Geschrei der Sturmvögel zu erkennen glauben. Der Abgeordnete Picard **hatte den tugendhaften Muth gehabt, den 2. Dezember ein Verbrechen zu nennen.** Als darauf der kaiserliche Staatsminister darauf hinwies, daß jenes Datum in aller seiner Energie noch einmal wiederkehren könne, warf Jules Favre dem kaiserlichen Diener das Wort zurück: Wagt es! — Der nämliche Abgeordnete nannte den Staatsstreich ein Verbrechen gegen Gesetz, Gewissen und Menschlichkeit. Es versteht sich von selbst, daß französische Blätter den wahren Sachverhalt nicht wiedergeben dürfen; denn das Kaiserreich ist das Stillschweigen.

Schweiz. Der „Bund" stellt zwischen Frankreich und der Schweiz einen Vergleich auf, welcher keineswegs zum Vortheil des gepriesenen Kaiserstaates ausfällt. Der „Bund" sagt: Die Schweiz hat Einheit wie Frankreich und Besonderheit wie Deutschland, das Volk ist Herr und der Einzelne frei. Man schneide einen Streifen Landes so groß wie die Schweiz beliebig aus Frankreich heraus und vergleiche, ob man darin so gebildete, wohlhabende Bürger, so wohlgestellte Gemeinden, so viele wohlthätige und bildende Anstalten finde, von dem politischen Rechte und Leben gar nicht zu reden. Woher kommt nun dies, von Kaisern, Königen, von großen Männern? Nein, es kommt vom Volke selbst, das Volk hat es gewollt und gethan. Es ist die Macht der Selbstregierung, welche dies Alles gethan und welche noch viel mehr thun, welche die Schweiz gerade um so viel noch ferner erhöhen wird, als sie die letzten Reste der Bevormundung austilgen und die Selbstregierung zur vollsten und allseitigsten Wahrheit machen wird.

Woher nun dieses merkwürdige Ergebniß, daß in den Kaiserreichen mit aller Macht des Befehlens, mit allem Glanz und aller Kraft des Genie's, mit der Energie selbst liberaler Herrscherideen doch nur kurzdauernde Erfolge erzielt werden? Woher dagegen das Wunder, daß freie, ja selbst nur augenblicklich befreite Völker eine ganze Welt der Ideen und des Schaffens entwickeln? Das Geheimniß ist leicht erklärt. Der Cäsar wirkt durch das System der Bevormundung, das freie Volk durch die Selbstregierung.

Im Reiche der Bevormundung ist Alles aufgezwungen, die Finsterniß, wie das Licht. Vorherrschend liebt die Bevormundung die Finsterniß, denn sie haßt die Freiheit des Gedankens und der That, die stets zum Sturze der Autokraten und zur Selbstregierung drängt. Daher sehen wir auch die Cäsaren nie verbündet mit der freien Aeußerung des Volkswillens, sondern im Gegentheil mit allen Mächten der Autorität, entweder mit der rechtgläubigen Priesterherrschaft, oder wenigstens mit einem erdrückenden und wohlgeschulten Beamtenthum, und ganz sicher und überall mit einer schlagfertigen Armee, welche nichts gewöhnt ist, als blind zu gehorchen. Vor Allem aber will der Selbstherrscher einziger, absoluter Wille sein, daher leidet er kein Raisonniren, er verlangt reine Unterwürfigkeit.

Wo der Cäsar ein Tiberius ist oder ein Philipp II., da herrscht in seinem Reiche Einheit, gute Ordnung, aber auch ein athemloser Schrecken und athemlose Stille, die Seele des Volkes ist gebunden und regt sich nicht. Allein auch wo der Cäsar liberal ist, sehen wir keine Bewegung, kein fruchtbares Leben. Die liberalen Ideen kommen als Machtgebot von oben, sie werden einem Volke angeworfen, das sie noch nicht kennt, noch nicht begreift, das sie als Befehl der Macht hinnimmt, ganz gleich, als ob sie die ärgste Finsterniß enthielten. Ja, der Cäsar will sogar, daß das Volk die Ideen nicht begreife, denn so wie es von ihrem Inhalt Schlüsse ziehen, Anwendungen machen will, schlägt er ihm auf die Finger, setzt seine Marschälle als Regenten ein, knebelt die Presse, und wo drei Mann zusammenstehen, werden sie „aufgelöst". Man gibt dem Volke das allgemeine Stimmrecht und sorgt dafür, daß immer das **Gegentheil von dem herauskommt, was das Volk will, wohl aber immer das, was der Selbstherrscher will. Es ist die Komödie von Kammern und Volksabstimmungen auf Bestellung.** Daher kommt es, daß man stets an der Spitze des europäischen Liberalismus marschirt, aber daß jedes Blatt Papier, das die Wahrheit sagt, verwarnt, suspendirt, unterdrückt wird, daß, wenn 13 Leute besten Namens Verabredungen für eine Wahl treffen wollen, man in ihre Häuser dringt, ihre Papiere durchsucht, sie verurtheilt, daß keine Vorlesung im ganzen Reiche gehalten werden kann, ohne daß der Präfekt Ja und Amen dazu gesagt hat. Man verbietet die Encyclica, aber man hält den Papst als kostbares Pfand für die Gewissen in seinen Händen aufrecht, man würde sogar den gesetzlich vorgeschriebenen Volksunterricht einführen, aber zugleich sicher dafür sorgen, daß die Kinder vom 4. Jahre in Uniform gesteckt und cäsarisch zurechtgedrillt würden.

New-York, 8. März. (Nehmt Euch ein Beispiel dran). Es fand gestern hier eine öffentliche Feier des zweiten Regierungsantrittes Lincoln's statt. Von den vielen Dutzend Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, zeichnete sich eine von Prof. Lieber aus, welche das werthvollste Resultat des vierjährigen Krieges in gebührender Weise feierte. Daß der geborene Amerikaner es fast ganz übersieht, so daß der Deutsche es ihm nachweisen muß, ist im Grunde genommen ein erfreuliches Kennzeichen, denn es beweist, daß dem Amerikaner gar nicht die Möglichkeit, als ob es anders hätte sein können, in den Sinn kommt. Was Lieber mit besonderem Nachdruck hervorhebt, ist, daß ein nun fast 5 Jahre währender Krieg die unbeschränkteste, bürgerliche Freiheit auch nicht im Geringsten verkümmert und nicht eine Spur von freiheitswidrigem militärischem Korpsgeist herausgebildet hat. „Wir haben seit vier Jahren 500,000 Soldaten im Felde, meist aus Leuten bestehend, die wenig an die Reize des Waffenhandwerks gewöhnt waren und von denen man daher um so eher soldatischen Dünkel und Selbstüberhebung hätte erwarten dürfen. Aber habt ihr nur ein einziges Mal ein Zeichen unheimlichen Grollens gehört? Hat sich irgend ein Mißmuth gegen den Kongreß gezeigt? Haben jemals unsere Soldaten Grant aufgefordert, nach Washington zu marschiren, um mit dem Präsidenten und Kongreß Kehraus zu machen? Hat unser Militär jemals der bürgerlichen Gewalt gegenüber jene unleidliche Anmaßung gezeigt, welche die Offiziere Napoleons in Frankreich selbst gegen die höchsten bürgerlichen Würdenträger an den Tag legen? Gott sei Dank, Nichts der Art ist geschehen. Wir alle fühlen uns vollkommen sicher in unsern bürgerlichen Freiheiten. Und warum? Weil unsere Landeseinrichtungen uns allen schon von Kindesbeinen an einen unzerstörbaren Bürgersinn einflößen. Unsere Heere sind und werden bleiben unzertrennliche Theile des Volks. General Grant ist heute noch ein ebenso guter Bürger wie da, als er nur einen Stern auf seiner Epaulette hatte, oder gar keinen." — So ist es in der That. Wer in der ganzen Geschichte der Neuzeit nur einen Krieg von dem Umfange und der Zeitdauer unseres Bürgerkrieges aufweisen kann, der nicht die bürgerliche Freiheit durch Erweckung militärischen Ehrgeizes geschädigt hat, der mag in Abrede stellen, daß dieser Krieg eine große unschätzbare Lehre für alle übrigen Völker enthalte. Doch nur gemach. Das großartigste Schauspiel steht noch bevor. Wenn der gewaltige Krieg zu Ende ist und die aus hunderttausenden kampfgeübter Veteranen bestehenden Heere wie Schnee unter der Frühlingssonne zerfließen; wenn die Helden von Feldzügen und Siegen ganz still wieder den schwarzen Bürgerrock anziehen, um sich als Feldmesser, Eisenbahndirektoren, Baumeister, Bergwerksdirekto-

ren ꝛc. einen anständigen Lebensunterhalt zu erwerben; wenn die Soldaten, die hunderte von Schlachten und Treffen ruhmvoll bestanden haben, allen Soldatenruhm abschüttelnd, zum Karst, zum Spaten, zur Axt, Säge oder Hobel greifen und binnen wenigen Jahren die dem Wohlstand des Landes geschlagenen Wunden vernarben, — dann erst wird man es vollkommen begreifen, daß die vollste Volksfreiheit auch die größte nationale Stärke schafft, aber eine Stärke, die der Freiheit selbst niemals gefährlich wird.

Unter anderen in den letzten Sitzungen des Kongresses zu Stande gekommenen Beschlußnahmen ist eine, welche die Pension für Soldaten, die einen Arm, ein Bein oder auch nur eine Hand verloren haben, auf 20 Dollars per Monat erhöht. Es wird nicht gar zu lange währen, bis der Dollar wieder seinen ursprünglichen Werth hat und dann wird die Pension eines verstümmelten Invaliden 350 Thaler preuß. betragen. So sorgt ein freies Volk für Diejenigen, die „für Gott, Freiheit und Vaterland" ihre gesunden Gliedmaßen hingegeben haben. — In diesem Augenblicke repräsentiren die 240 Dollars Pension nur 175 Thlr. preußisch. Wie steht es mit den Invaliden in — Preußen?

In **Düsseldorf** haben, wie die „Rh. Ztg." erzählt, mehrere Soldaten Nachts versucht, mit Gewalt in ein Haus zu dringen, Fensterläden und Scheiben dabei mit Säbelhieben traktirt und sollen schließlich sogar einige hinzugekommene Offiziere mißverständlich empfangen haben. Es ist merkwürdig, daß alle diese Helden, von denen in diesen Tagen wieder so viel zu erzählen ist, nicht zu den Düppelstürmern gehört haben.

Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes Pius des Neunten,

von Joseph Mazzini.

(Fortsetzung.)

II.

Blicken Sie umher. Zu wem sprechen Sie? Wo ist heutzutage der Glaube in Ihren Worten? Fremde Soldaten beschützen Sie vor der Wuth Ihrer Unterthanen; und diese Soldaten sind die Söhne Voltaire's: ungläubig, materialistisch wie ihr Herr, und beschützen Sie als ein Werkzeug für ihre herrschsüchtige Politik, indem sie suchen, sich den Beifall des französischen Clerus zu verdienen und sich einen Weg zu eröffnen, Italien in drei Theile zu theilen. Wenn sie sich entfernten, würden Sie sich mit einer Abenteurerschaar zu vertheidigen suchen, die aus allen Ländern Europa's zusammengekauft ist, und mit dieser sich entfernen. Ihre Verbündeten sind die neapolitanischen Räuber; sie tragen auf der Brust Ihre Medaille und Ihren Ablaß; aber versäumen Sie nur einen einzigen Monat sie zu bezahlen, und setzen Sie den Fall, daß wir so tief sinken könnten, sie auch unsererseits zu bezahlen, so würden sie gegen Sie kämpfen. Die Leute, welche Sie umgeben und Ihnen schmeicheln und Sie zum Papst und König und Vater der Seelen proklamiren, würden Sie verlassen, Sie und Ihren Glauben verleugnen, an demselben Tage, an welchem Sie allein und ohne den Schutz der fürstlichen Waffen den Völkern gegenüber blieben, welche Sie die Ihrigen nennen: ich hörte sie Sie verfluchen und unsinnig nennen, vor sechszehn Jahren, als wir in Rom Ihre Zimmer bewohnten; und einer, der, während die französischen Waffen uns einschlossen, heimlich für Sie conspirirte und später als ein Dieb von Ihren Richtern verurtheilt wurde, kam selbst, erschrocken über die Leere ringsumher, mir die drei oder vier seiner Mitschuldigen zu nennen; und ich lächelte und ließ ihn frei. Von solchem Gepräge waren damals und sind heute die Gläubigen an Sie; die Unserigen starben heiter mit dem Namen Gottes und des Volkes auf den Lippen. Einige von den regierenden Häuptern, die auch von unzufriedenen Massen bedroht sind, senden ihre Gesandten, um heuchlerisch den Statthalter Christi zu verehren, weil ihre Macht sich durch die Einheit der Basis mit der Ihrigen verbindet; aber sobald der Statthalter Christi, wenn auch nur schüchtern und gefällig, sich in ihre Macht einzumischen versucht, hört ihre Heuchelei auf und sie verbieten den Bischöfen Ihre Encyclica zu verkündigen. Viele von denjenigen, die eine Zeitlang in Europa Katholiken aus Ueberzeugung waren, bewahren die alten Gewohnheiten und befolgen die Gebräuche und Gesetze Ihrer Kirche: theilweise weil die Reliquien einer großen Religion auf die Seele Einfluß ausüben, dann auch weil die Menschen, die unwillkürlich die Dürre des Skeptizismus verabscheuend, immer und ewig des Glaubens bedürfen, sich lieber an die Erinnerungen von dem, was war, anlehnen, als in Negationen leben. Aber als wir sie in Italien im Jahre 1849 aufriefen, sich ihrer Würde als freie Menschen bewußt zu werden und zur Wahl für die Bildung einer Versammlung, die sie verträte und über Sie abstimme, da sandten sie uns nach Rom eine republikanische Versammlung, welche einstimmig Ihre Macht abschaffte; und als Sie und die Ihrigen von Gaëta aus alles Mögliche versuchten, um im Namen des christlichen Glaubens unser Volk gegen die Versammlung aufzuregen, da fanden Sie, außer für wenige Tage an den äußersten ascolanischen Grenzen, wo die Flucht auf neapolitanischen Boden sicher war, niemand der sein Leben wagen wollte, um für Sie zu kämpfen. Dennoch lebt in den Gemüthern ein Echo der katholischen Tradition, aber der Glauben ist erloschen, erloschen für immer. Sie selbst können ihn nicht mehr in Ihrem Herzen anzünden. Die Tugend der Aufopferung hat Sie verlassen. Ihre Kirche hat die Kraft zu leiden verloren, zu sterben, wenn es sein muß, für das Heil Aller. Vor den Gefahren einer von Ihnen selbst hervorgerufenen schwierigen Lage, wußten die Ihrigen kein anderes Mittel als sich zu verstecken: Sie entflohen; entflohen verkleidet. Wer würde jetzt wohl für einen als Diener der Gräfin von Spaur verkleideten Papst sterben wollen!

Der Glaube ist erloschen. Ihre Macht ist nur noch das Hirngespinnst einer Macht. Und die Furcht vor dem Hirngespinnst vermindert sich beständig seit vier Jahrhunderten. Wir können jetzt, über jeden Zweifel hinaus, stark durch die unwiderrufliche Zustimmung der Menschheit, Ihren Handschuh aufheben, sicher des Sieges.

Und wenn ich **wir** sage, so verstehe ich darunter alle diejenigen, welche mit mir ebensowohl die dürren Negationen der oberflächlichen Aufklärer zurückweisen, die, weil eine Religionsform sich überlebt hat, das ewige religiöse Leben der Menschheit für zerstört halten, als sie die unfruchtbaren Ansprüche einer Kirche, die kraftlos geworden, zurückweisen. Ich verstehe unter **wir** alle diejenigen, die mit mir den verhaßten Materialismus verabscheuen, und, bereit im Namen des Idealen, ihn zu bekämpfen, ehrfurchtsvoll die **künftige Stadt** suchen, einen neuen Himmel und eine neue Erde, welche in der Liebe zu Gott und den Menschen, und im Glauben an ein gemeinschaftliches Ziel, die durch Sie Irrenden, die zwischen der Furcht vor der Gegenwart und dem Zweifel über die Zukunft schwanken, in Eins vereinigen, — alle diejenigen, die wissen, daß Gott von Epoche zu Epoche eine neue Silbe der ewigen Wahrheit zu der Menschheit spricht; daß jede Religion eine neue vorbereitet; daß die erziehende Offenbarung ewig auf verschiedenen Wegen und je nach den Zeiten die Nationen erleuchtet; daß es die größte Gottesleugnung wäre, diese Offenbarung willkürlich nur in einem bestimmten Zeitraum erkennen zu wollen, nur in Einem Volk, in Einem Individuum — alle diejenigen, die mit Besorgniß die Zeichen der Zeit betrachtend, auf der einen Seite in dem immer mehr wachsenden Egoismus, in der Auflösung jeder Macht, in der Unfähigkeit jeder alten Autorität, auf der andern Seite in der allgemeinen Bewegung der Völker, in den gährenden, zunehmenden Bestrebungen der Geister, in der Erscheinung neuer Elemente, welche Einlaß in das sociale Gebäude verlangen, in neuen Worten, welche die Macht besitzen, die Massen aufzuregen, aus neuen moralischen Tendenzen, die großartiger sind, als die alten, die Indizien einer neuen Epoche und folglich einer religiösen Umgestaltung erkennen — alle diejenigen, die mit mir den Gedanken festhalten, daß aus einem Volke, welches heute zum ersten Male zur nationalen Einheit aufgerufen worden, die Initiative, wie sie auch sein möge, dieser unvermeidlichen Umgestaltung hervorgehen könne. Wir heben den Handschuh auf, welchen Sie mit Ihrer Encyclica der Welt hingeworfen haben — nicht im Namen einer blinden, verirrten Analyse, welche den Gedanken mit seinen Kundgebungen verwechselt, das Leben mit den Organen, die es bekunden — nicht im Namen einer Philosophie, die sich bestrebt, sich an die Stelle der religiösen Synthese zu setzen, während ihr geschichtliches Amt doch nur darin besteht, sich der Auflösung eines Glaubens zu vergewissern, und den Weg vorzubereiten für einen andern — sondern im Namen einer Religion, welche Sie tödten, indem Sie ihr die freie Bewegung nehmen; im Namen der Moral, die sich von Epoche zu Epoche erweitern muß, und die Ihre Kirche verliert, indem Sie sie an ein Dogma ketten, welches vier Jahrhunderte der Entdeckungen als engherzig und unvollkommen erwiesen; der Tradition, die uns lehrt, daß der religiöse Gedanke in jedem Stadium der Erziehung der Menschheit verschiedene Formen und verschiedene Gebräuche annimmt; im Namen von Christus, der in seinem eigenen Ende den künftigen Triumph des Geistes darstellt, und den Sie verurtheilen, nicht der Herrscher, sondern der Tyrann der Menschen zu sein; des Lebens, welches es nöthig hat, harmonisch vereinigt und geheiligt durch die Religion zu sein, und welches Sie aus ihr verbannen, indem Sie seine wiederholten Kundgebungen verurtheilen und es in einen unheilvollen Dualismus zwischen Himmel und Erde zertheilen.

Die Religion ist mit uns, nicht mit Ihnen. Sie machen sie materialistisch, indem Sie ausschließlich ihre Form anbeten, wie wenn der lebendige Gott sich in eine Form fesseln ließe; wie wenn eine Form jemals etwas anderes sein könnte, als ein endliches Symbol jener Wahrheit, welche Er in das Maß gelegt, welches die Zeit verlangt; wie wenn, nachdem eine Form abgenutzt, Gott sterben oder sich aus der Welt zurückziehen müßte, die doch nichts anderes ist, als sein manifestirter Gedanke; wie wenn der Gedanke Gottes Grenzen haben könnte; wie wenn ein Volk, eine Epoche, eine Religion behaupten könnte, ihn ganz zu kennen; wie wenn die Menschheit nicht beständig schwitzen, arbeiten, aufsteigen mußte, um jenen Theil des göttlichen Gedankens, dessen die Erde fähig ist, sich zu erobern und mit sich eins zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Socialer Theil.

Sociale Briefe aus England.

II.

An den Herausgeber der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung".

London, im März. Um die Stellung zu begreifen, welche der Arbeiter noch am Ende des vorigen Jahrhunderts in der englischen Gesellschaft einnahm, muß man diese Gesellschaft selbst kennen. Die politische Geschichte Englands zeigt allerdings die socialen Höhepunkte von Wichtigkeit. Es ist aber einer socialen Geschichte vorbehalten, den Boden zu zeigen, auf dem der Arbeiter, dieses köstliche Aschenbrödel, in einem verachteten, schmutzigen, dunklen Winkel stand, bis ihn die Fee der Industrie des 19. Jahrhunderts an der Hand nahm und ihn in die Mitte des Thronsaales führte. Die Industrie war es, welche das gegenwärtige England begründet hat, die Industrie hat England vor dem Verfalle gerettet, seinen Bürgerstand geschaffen, ihm Macht und Ansehen gegeben und den Grad und die Tüchtigkeit begründet, welche jetzt den Kern seiner nationalen Existenz ausmachen.

Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse des jetzigen Englands kennt, muß sich von Allem, was jetzt in dieser Gesellschaft gang und gäbe ist, das Gegentheil vorstellen, um die bizarre Welt zu begreifen, welche das England des 18. Jahrhunderts bildete. Besehen wir uns die seltsame Scenerie, die unglaubliche Decoration, den verwirrenden Hintergrund, die Welt der Monopole und der Unfreiheit, die noch am Ende des vorigen Jahrhunderts in England bestand. Sehen wir, wie diese bizarre, kleinliche Gesellschaft nach und nach trüber wird, blos dadurch, daß der Arbeiter in seiner strahlenden Kraft auf der Bühne der Geschichte erscheint. Beobachten wir, wie der Arbeiter alle die mittelalterlichen, verkümmerten Traditionen verdunkelte, wie er die Presse befreite, die Allmacht des Adels brach, die Bedeutung des Bürgerstandes schuf, mit einem Worte das jetzige freie England in etwas mehr als fünfzig Jahren in's Leben rief. Staunen wir über diese riesige Entwicklung des Freiheitsgedankens in England und fragen wir uns, auf welche Art der englische Arbeiter sein Land befreit hat, so werden wir uns antworten müssen: Nicht durch Revolutionen, nicht durch Theorien, blos durch seine Arbeit. Die Industrie hat England frei gemacht, sowie sie jede Nation unmerklich befreit. Das Bild des Barbiers Richard Arkwright und des Instrumentenmachers James Watt sollten zu beiden Seiten des Bildes Oliver Cromwells stehen.

Allerdings ist der Samen der englischen Freiheit schon vor vielen Jahrhunderten gelegt worden und die Rechte der Krone und des Adels wurden in jedem Jahrhundert mehr und mehr eingeengt. Die erste Milderung des feudalen Systems durch William Rufus, die Einführung der Jury durch Heinrich II., die Charters, welche nach und nach den Städten gewährt wurden, die Magna Charta, welche König John unterschreiben mußte, die Einführung des Unterhauses im 13. Jahrhunderte, wodurch auch der Handelsstand eine Vertretung fand, während bis dahin blos der Adel vertreten war, die Reformation, die Petition of Rights, die Herrschaft Cromwells, die Habeas Corpus-Acte und die Revolution von 1688 sind ewige Sterne in der Geschichte Englands. Aber diese Sterne beleuchten nur besser die allgemeine Nacht und sie haben jedenfalls blos die Macht und Freiheit einzelner Klassen und die Bedeutung von Sonderinteressen begründet. Es war dem Arbeiter Englands vorbehalten, die Freiheit zum Gesammteigenthume zu machen; die Geltendmachung des Individuums [illegible] und der Aristokratie zuzurufen: Du hast deine große geschichtliche Mission beendigt, und ich, der arme Arbeiter, werde dich nun am Steuerruder der Zeit ablösen!

Als der Arbeiter von dem Kusse der Neuzeit aus seinem Schlummer geweckt wurde, fand er gewaltige Freiheitserscheinungen, aber keine Freiheit, riesige Elemente, aber keine Schöpfung. Der monarchische und aristokratische Gedanke stand unbeweglich und trotzig vor ihm und das Individuum hatte noch keine Geltung.

Nicht blos die Presse war bis zum Beginne dieses Jahrhunderts in England unfrei, sondern auch das Wort war gefesselt. Seit den ältesten Zeiten bis zu den Hochverrathsprozessen im Jahre 1794 war es ein Grundsatz des englischen Rechtes, daß zum Hochverrath nicht eine Handlung erforderlich sei und das bloße Aussprechen eines Wortes konnte zum Verbrechen des Hochverraths construirt werden.

Die Rechtsgeschichte Englands führt an, daß unter Edward IV. ein Mann hingerichtet wurde, weil er gesagt hatte: „er wolle seinen Sohn zum Erben der Krone machen", womit er sagen wollte, daß er ihm seine Herberge, welche das Zeichen einer Krone trug, hinterlassen wollte. Ein anderer Mann wurde hingerichtet, weil er, nachdem der König seinen Lieblings-Bock erschossen hatte, ausrief: er wünsche, daß der Bock mit seinen Hörnern in den Eingeweiden des Mannes wäre, der dem König gerathen hätte, ihn zu tödten. Der Gerichtshof entschied, daß der König den Bock durch seinen eigenen Entschluß getödtet habe, mithin sein eigener Rathgeber gewesen sei, und daß jener Ausspruch demnach einem Wunsche des Todes des Königs gleichkomme. Wurde doch Peachum des Hochverraths schuldig befunden wegen einiger Stellen in einer Predigt, die er gar nicht gehalten hatte, und der unsterbliche Algernon Sidney wegen des Manuscripts einer philosophischen Schrift, das bei ihm entdeckt wurde, hingerichtet!

Das finstere Auge dieser Gesetzgebung blickte noch mit einem letzten Strahle am Ende des vorigen Jahrhunderts auf England und dann verröchelte die alte Zeit. Je drohender die revolutionäre Fluth in Frankreich anschwoll, desto unheimlicher wurde der herrschenden Klasse zu Muthe und politische Verfolgungen von Seiten des Staates waren in dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts eine ganz gewöhnliche Thatsache. Jedes gesprochene oder gedruckte Wort, durch welches der König, die Minister oder irgend ein Zweig der Verwaltung, oder die Kirche angegriffen wurde, war Hochverrath. Die Jury wurde nicht darüber befragt, ob eine gewisse Schrift oder gewisse Worte hochverrätherisch seien, sondern blos, ob der Angeklagte dieselbe geschrieben oder gesprochen habe. Muir, ein Advokat von gemäßigt liberalen Grundsätzen und Palmer, ein Priester, wurden der Erste zu 14 und der Zweite zu 7 Jahren Transportation verurtheilt, weil dieselben in Glasgow und Edinburg Reden zu Besten einer parlamentarischen Reform gehalten hatten. Sowohl sie als andere Personen, welche man wegen ähnlicher Reden verurtheilte, wurden in Gemeinschaft von gemeinen Verbrechern nach Botany Bay transportirt. Erskine, der größte Advokat, den England erzeugt hat, und ein wahrhaft freier Mann, war der glänzende Vertheidiger in den meisten dieser Staats-Prozesse. Als er Horne Tooke, Hardy, Kyd, Holcroft, Joyce, Thelwall u. s. w., die Alle in einen großen Hochverrathsprozeß verknüpft waren, dessen Kette das ganze englische, nach Rede- und Preßfreiheit lechzende Volk geistig fühlte, durch seine allgewaltige Beredsamkeit frei brachte, da erschien die Morgenröthe des 19. Jahrhunderts über England. Lord Castlereagh konnte noch sagen: „das Volk habe nichts mit den Gesetzen zu thun, außer ihnen zu gehorchen", aber er war der letzte englische Staatsmann, der den schweren herannahenden Fußtritt des Volkes überhörte.

Als in England das gewaltige Kind der Neuzeit, die moderne Industrie, welche berufen ist, die Welt geistig und materiell zu reformiren, zuerst erschien, hatte die politische Macht Englands nach Außen ihren Höhepunkt erreicht. Aber dieselbe Welt, welche nach Außen riesig und übermächtig dastand, war im Inneren besehen, alt, schwächlich, verfault und absterbend.

Um mit dem oberflächlichsten Symptom, mit den Moden zu beginnen, so ist es gewiß, daß schon die Trachten so verrückt waren, daß sie eine absterbende Zeit bezeichneten. Während arme Arbeiter hungerten wurden ungeheuere Summen für das Pudern der Haare ausgegeben. Alexander Andrews hat berechnet, daß die englische Armee im vorigen Jahrhundert in allen Theilen des Reiches sich auf 250,000 Mann belief, und da jeder Mann wöchentlich ein Pfund Mehl für seine Haare verbrauchte, so machte dies einen Totalverbrauch von 6500 Tonnen Mehls des Jahres, womit man 3,059,353 Laib Brod backen und 50,000 Personen hätte ernähren können. Die Weiber trugen ihre Haare so hoch, daß in einem „Magazin" des vorigen Jahrhunderts ein Mann sich beklagen konnte, daß er sich mit einem groß gewachsenen Mädchen verheirathet habe und später entdeckte, daß sie ganz klein war. Eine Dame von Fashion trug ein leichtes elastisches Gerüste, das auf ihrem Kopfe festhielt und auf welches man ihre Haare hinaufbrachte nachdem dieselben gehörig gekämmt, durch Puder und Pomade in Zusammenhang gebracht und nöthigenfalls durch falsche Haare ergänzt worden waren. Andrews bemerkt hierüber in seiner Sittengeschichte des 18. Jahrhunderts: „Alle neun Monate war es nothwendig, diesen Kopfschmuck zu öffnen, und der Schmutz, der dann zum Vorschein kam, war ekelhaft". Viele Damen trugen Perrücken, die auf diese Art arrangirt waren und im Jahre 1780, als sie am Meisten *en vogue* waren, gegen 40 Doll. per Stück kosteten. Alle humoristischen Romane des vorigen Jahrhunderts, von Fielding, Smollet, Richardson u. s. w. verspotten diese lächerlichen Moden. In der „Old Maid" heißt es: „Lady Lazy macht ihre Haare blos einmal alle drei Monate zurecht; es ist wahr, daß wir durch diese Mode genöthigt werden, im Bette blos in einer Position zu liegen. Gestern Abend ging ich etwas zeitlicher als gewöhnlich zu Bette und war deshalb etwas aufgeregt, so daß ich die rechte Seite etwas in Unordnung brachte, aber Betty hatte es ziemlich gut wieder hergestellt". Noch ärger war die allgemeine Mode des Schminkens; alle Mädchen und Weiber schminkten sich und für die Mode-Damen der höheren Welt verkaufte man einen sehr feinen „Stucco" oder „Plaster of Paris", „welches nicht jeden Tag erneuert zu werden brauchte, so lang dauern konnte, als ihr Haarputz und die Berührung der Lippen eines Mannes vertragen konnte." Eine Ankündigung der „Crême de la Crême" geht noch weiter und es heißt von einem Ingredienz derselben wörtlich: „the transcendent and divine pearl powder with an exquisite varnish superinduced to fix it".

Es genügt, diese einzelnen Züge anzuführen, um einen Begriff der geschminkten, unnatürlichen schwächlichen Welt zu geben, in welche der arme Arbeiter mit seinen schmutzigen, harten Händen erstaunt trat, als die moderne Epoche der Industrie in England begann und er auf der Bühne erschien.

Die Gesellschaft, repräsentirt durch die Männer, war noch kläglicher. Die einzige Tugend der gebildeten Klasse war der Skepticismus, der so weit getrieben wurde, als von den Encyclopädisten in Frankreich. Schon als Montesquieu im Jahre 1729 nach England kam, fiel ihm der Mangel jedes monarchischen und

religiösen Gefühles auf. Er sagte: „Jeden Tag verliert man in England mehr die Achtung vor dem Königthum" und ferner: „In Frankreich gelte ich dafür, zu wenig Religion zu haben, in England sagt man mir nach, daß ich zu religiös sei. Wenn Jemand hier von Religion spricht, beginnt man zu lachen." — Obschon Niemand die englische Constitution mehr bewundern konnte als Montesquieu, so fand er doch die ganze Nation bestechlich und sagte wörtlich: „Les Anglais ne sont plus dignes de la liberté: ils la vendraient au Roi et si le Roi la redonnait, ils la lui revendraient encore." Er erkannte, daß die ganze Gesellschaft das goldene Kalb anbete und schrieb: „L'argent est ici souverainement éstimé et la vertu peu." Die Bestechlichkeit war allgemein. Selbst Lord Macclesfield, der Lord Chancellor, verkaufte die richterlichen Aemter und eignete sich die Depositengelder des obersten Gerichtshofes an, wofür er zu einer ungeheueren Geldstrafe verurtheilt wurde. Drei andere Minister Georgs I.: Craggs, Aislabie und Sunderland wurden auf das Schmählichste in einer der vielen betrügerischen Speculationen compromittirt, welche damals in England gang und gäbe waren. Selbst der König und der Prinz von Wales wurden der Agiotage beschuldigt und Robert Walpole gewann Millionen durch Speculationen und machte die Corruption zum Staatsprinzip.

Die Sitten und Gebräuche waren im Allgemeinen roh und beinahe barbarisch. Hahnenkämpfe, Stiergefechte und vor Allem die prize-fights der professionellen Boxer bildeten die fashionablen Unterhaltungen der Epoche. Die barbarische Unterhaltung des Boxens ist noch jetzt in England Sitte, aber es gibt mindestens nicht mehr halbnackte Weiber, die vor Zuschauern mit einander boxen, was noch vor 80 Jahren öffentlich in London geschah. Nicht blos in Spielhöllen, sondern in jedem Privathause, ja sogar auf der Straße spielte man Karten und Würfel. Das Wetten wurde ein wahres nationales Laster. Horace Walpole erzählt, daß er einen Mann sah, der in einem Club von einem Schlaganfall getroffen wurde. Alle Mitglieder des Clubs umringten ihn und wetteten, ob er zu sich kommen oder sterben werde. Als ein Arzt kam und ihm zur Ader lassen wollte, verhinderte man ihn daran, weil dies die Wette beeinträchtigen würde. Lord Rockingham und Lord Orford wetteten öffentlich 500 Guineen, ob 5 Gänser oder 5 Gänse in der kürzesten Frist die Reise von Norwich nach London machen würden!

Diese wenigen Farbenstriche genügen nicht, um ein Bild der Gesellschaft zu geben, welche den Arbeiter verjüngen und in ein neues Jahrhundert führen sollte. Bevor wir den Arbeiter selbst auf der Bühne erscheinen lassen, müssen wir noch in einem folgenden Bilde die Scenerie vervollständigen.

Sigmund Engländer.

Der „Socialdemokrat", seine Leiter und die socialdemokratische Partei.

Während der „Socialdemokrat" von täglich sich mehrenden Zustimmungserklärungen fabelt, deren Namen er aus reiner Bescheidenheit nicht veröffentlicht, schießen die Erklärungen gegen ihn und gegen den „Präsidenten des allgemeinen deutschen Arbeitervereins", Bernhard Becker, wie Pilze aus der Erde. Vor uns liegt eine Nummer des „Nordstern", einst eines warmen Verfechters Bernhard Beckers, welche lediglich von solchen Erklärungen und Erörterungen angefüllt ist. Bald wird von diesen Erklärungen, wenn dieselben in diesem Verhältniß sich mehren, ein stattlicher Band gefüllt sein, und der Dampf und Qualm, den Meister Urian Becker aller Orten hinterläßt, bald den Himmel verfinstern. Das ist die gerechte Strafe der gesunden Elemente der Socialpartei dafür, daß sie sich in solche Gesellschaft begeben haben. Es wird noch geraumer Zeit und der kräftigsten Fußtritte bedürfen, bis sie diese moralischen Schmutzklumpen von den Füßen bekommen. Die uns vorliegende Nr. 303 des „Nordstern" beginnt mit einer, von der Altonaer Gemeinde des Lasalleschen allgemeinen Arbeitervereins einstimmig angenommenen, offenen Erklärung, in welcher dieselbe die vom „Socialdemokrat" vertretene Politik entschieden mißbilligt, diesem Blatt ihre Anerkennung als Vereinsorgan entzieht, den seitherigen Präsidenten Bernhard Becker für „im höchsten Grad unfähig und ebenso unwürdig" erklärt, diesem Amt ferner vorzustehen und ihn auffordert, sofort sein Amt niederzulegen. Dann folgt eine Widerlegung der von ꝛc. Becker in seiner Hamburger Rede aufgestellten Behauptung, daß die Politik des „Socialdemokrat" diejenige Lasalle's sei. Die lange, Abubeckr ziemlich vernichtende Auseinandersetzung schließt mit den Worten: „Nicht die Sache wird durch das von uns Gesagte verlassen, wohl aber jener Mensch wird von uns gemieden werden, der jetzt das socialdemokratische Panier des deutschen Arbeiter-Vereins beschmutzt und das ist der „Literat" Bernhard Becker, genannt Präsident des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins."

Darauf folgt eine, Becker der Lüge bezüchtigende Erklärung G. Herweghs in Betreff der Broschüre über den Tod Lasalle's. Dann eine Erklärung W. Rüstow's, welche Bernhard Becker ohne alle Umschweife als „Spitzel" bezeichnet. Endlich in der Beilage ein „unumwundenes Wort an die socialdemokratische Partei über den Socialdemokrat, dessen Tactik, Stifter und Beschirmer" von Johann Philipp Becker, das an wünschenswerther Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Aus dem übrigen Inhalt heben wir nur Folgendes noch als besonders characteristisch hervor. Bekanntlich hat Bernhard Becker in der von seiner Natur unzertrennlichen, mild ausgedrückt „infernalen Roheit" neuerdings auch die Gräfin Hatzfeld in einer Weise mit in die öffentliche Discussion gezogen, die ohne Unterschied jeden Mann von Bildung und Anstand, auch bei der schärfsten Gegnerschaft indigniren mußte. Zur vollen Würdigung des Charakters dieses „Präsidenten des allgemeinen deutschen Arbeitervereins" dient nun folgender Auszug aus einem Briefe Bernhard Beckers an die Gräfin: „Gute Frau Gräfin, Ihnen allein habe ich diesen Erfolg, (nämlich die Präsidentenwahl) zu verdanken; als Sieger lege ich mich, um Ihnen meinen Dank auszudrücken, Ihnen zu Füßen. Was hätte ich ohne Sie vermocht?! Der Verein wäre ohne Ihre mir geleistete Hülfe aus den Fugen gegangen." —

Wir lassen nun noch einige Notizen und Erklärungen folgen, zur Beleuchtung der Situation, in welcher sich der „Socialdemokrat" und dessen Leiter, sowie der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in diesem Augenblick befinden. So viel werden die denkenden Köpfe unter der social-demokratischen Partei sich wohl selbst sagen, daß für eine Partei, welche irgendwie leitend und bestimmend auftreten will, Reinheit und Lauterkeit mindestens ihrer leitenden Elemente unerläßlich ist, daß es aber an dieser Reinheit und Lauterkeit und folgeweise an der Möglichkeit des zu gewinnenden Einflusses noch in bedauerlichstem Maße mangelt, wenn noch soviel schmutzige Wäsche zu waschen ist, deren Unsauberkeit von der Entschiedenheit des politischen und socialen Standpunkts nimmermehr überdeckt werden kann. Vor allem also ein gewaltiges Fegefeuer, zur Ausscheidung aller Schlacken in der Partei. Ist diese Ausscheidung nicht möglich, dann Verzicht auf jeden bestimmenden Einfluß. Doch das ist der Herren eigene Sache, in die wir uns nicht zu mischen haben.

Berlin, Anfang April. In der letzten Sitzung der Berliner Gemeinde des Allgemeinen deutschen (Lassalle'schen) Arbeitervereins sind mit allen gegen eine Stimme folgende Beschlüsse gefaßt: „1) Der „Sozial-Demokrat" ist nicht im Sinne und nach den Prinzipien der Arbeiterpartei redigirt; dagegen haben die jüngst ausgetretenen Mitarbeiter desselben im Sinne und nach den Prinzipien der Arbeiterpartei gehandelt. 2) Bernh. Becker ist — — aus dem Vereine auszuschließen. 3) Die Gemeinde erklärt sich mit der Handlungsweise des bisherigen Bevollmächtigten Metzner einverstanden und beschließt, den von Bernh. Becker oktroyirten „Bevollmächtigten" Roller (Expedient des Social-Demokrat) nicht anzuerkennen." Aus diesen Beschlüssen dürfte die Zerfahrenheit, in der sich die Lassalle'sche Arbeiterpartei befindet, zur Genüge hervorgehen. Die eine Stimme, welche gegen obige Beschlüsse erhoben worden, ist von dem bekannten „Arbeiter" Preuß abgegeben, welcher zu der vom Ministerium berufenen Arbeiter-Commission zur gutachtlichen Aeußerung über das Coalitionsrecht gehört oder in Vorschlag gebracht worden ist. Der „Sozial-Demokrat" scheint nach den in dieser Versammlung laut gewordenen Aeußerungen seine Rolle so ziemlich ausgespielt zu haben, wenigstens sind die Arbeiter über seinen wahren Charakter keinen Augenblick mehr im Zweifel. Ueber die Versammlung selbst einen eingehenderen Bericht zu geben, dürfte, obgleich derselbe vielleicht nicht uninteressant wäre, kaum möglich sein, da die in derselben vorgekommenen Bezeichnungen für bekannte Persönlichkeiten, namentlich für Abubeker den Kalifen, d. h. für den „Präsidenten" des allgemeinen Arbeitervereins Herrn Bernh. Becker*), der Art waren, daß man sie in der Presse nicht wiedergeben kann. Die Anträge zu diesen Beschlüssen waren übrigens bereits in einer Versammlung am letzten Montag gestellt, dort kamen die Anwesenden jedoch zu keinem Resultat und setzten deßwegen eine zweite Zusammenkunft auf vorgestern Abend fest. Dieser letzteren versuchte der „oktroyirte Bevollmächtigte" entgegenzuarbeiten, indem er durch die Volkszeitung bekannt machte, die Sitzung sei aufgeschoben. Dies ist indessen nicht gelungen, die Versammlung ist abgehalten und mit den genannten Beschlüssen ist eigentlich die Sprengung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" in seiner dermaligen Zusammensetzung angebahnt.

An die Redaction der Reform.

Aus den hierhin mir nachgeschickten Nr. 68 der „Reform" und Nr. 37 des „Social-Democrat" ersehe ich, daß Hr. v. Schweitzer verlegen und verlogen Versuche macht, um sich aus selbstbereiteten „holden Hindernissen" herauszuwinden. Habeat sibi! Ich erlaube ihm jedoch nicht, meine Erklärung vom 15. März, worin ich ihn einfach sich selbst schildern lasse, in eine Erklärung über Lassalle zu verdrehen. Die ungefähr 15 Jahre umfassende und in meinem Besitz befindliche Correspondenz Lassalle's mit mir entzieht es ganz und gar der Macht der Schweitzer und Consorten, unser

*) Wir sind in neuester Zeit mehrfach gefragt worden, wer eigentlich Abubekr sei. Bernhard Becker aus Camburg im Herzogthum Meiningen, nennt sich „Literat", und ist, wie der moralische Duft beweist, der überall sofort sich entwickelt, wo er sich einmischt, fast buchstäblich ein Stück „von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft." Wir kommen vielleicht noch einmal auf ihn zurück. Wir waren von Anfang an keinen Augenblick im Zweifel über diesen Ausgang, unbegreiflich war uns nur, wie so helle Köpfe, Lassalle mit inbegriffen, einen so heillosen Mißgriff haben begehen können, einen solchen Menschen an die Spitze einer Partei zu stellen! D. Red.

persönliches Verhältniß zu entstellen, oder die Motive meiner neutralen Haltung zur Lassalle'schen Agitation zu verdächtigen. Was andererseits das Verhältniß der theoretischen Arbeiten Lassalle's zu den meinigen betrifft, so ist das Sache wissenschaftlicher Kritik. Zur Erörterung über den einen oder den andern Punkt bietet sich später vielleicht die Gelegenheit. Unter allen Umständen aber verbietet mir die Pietät, Derartiges zum Gegenstand der Zeitungspolemik mit Sykophanten zu machen.

Zalt-Bommel, 28. März 1865.

Karl Marx.

Seit einiger Zeit schon haben der „Social-Demokrat" und der Präsident des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" die neue „Taktik" angenommen, fortwährend von „Marx und Consorten" zu reden, und den Glauben zu erwecken, die Angriffe auf das genannte Blatt erfolgen nur von Einer Seite her und unter Einem gemeinschaftlichen Commando. Seit dem Hamburger Arbeitertag wird nun auch von mancherlei „Netzen" gefabelt, in denen sich die dem „Social-Demokrat" abtrünnig Gewordenen haben fangen lassen. Darauf habe ich die Ehre zu erwidern: das einzige „Netz", in welchem ich, nach langem Widerstreben, Einer der Letzten, gefangen wurde, ist das heuchlerische Programm des „Social-Demokrat" gewesen. Denn abgesehen davon, daß ich mit dem schönen Geschlecht nie Politik getrieben habe, noch jemals solche zu treiben gedenke, stehen auch die Ansichten der so ungehörig in die Polemik hineingezogenen Frau über „den großen preußischen Minister" meinen bekannten Anschauungen von dieser Ministergröße diametral entgegen.

Was Karl Marx betrifft, so bekenne ich unumwunden, daß ich denselben allerdings und Trotz alles Geschwätzes für unseren eminentesten Nationalökonomen halte, auf dessen Autorität gerade Lassalle sich mit dem stärksten Nachdruck berufen hat. Ich bin aber seit Jahren in keinerlei Berührung mit Marx gekommen, was mir derselbe Trotz des in Hamburg zwischen uns geworfenen „Galgenholzes" vielleicht gern bezeugen wird. Rüstow und ich haben unsere Erklärung abgegeben, ohne von irgend Jemanden in der Welt „beeinflußt" worden zu sein, und die Erklärung von Marx und Engels war uns nur eine äußere Veranlassung, der keinerlei Verabredung mit irgend Jemand vorangegangen. Ich wollte dieser unterirdischen Politik von Maulwürfen, welche sich als die Adler der Partei geberden, nicht länger in ihre Schlupfwinkel folgen und ließ mich, statt von ihrer hintergedankenvollen „Taktik" einfach von meinem sittlichen Takte leiten, indem ich meine Karte aus einem Spiele zurückzog, bei dem der letzte Einsatz leicht die politische Ehre der ganzen Partei hätte sein können. Das neuste Auftreten des Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, für welches sich in dem mir zu Gebot stehenden Wortvorrath keine passende Bezeichnung findet, veranlaßt mich nun auch aus diesem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, dessen Bevollmächtigter ich nur auf dringendes Zureden Lassalle's geworden bin, für so lange auszuscheiden, als der gegenwärtige Präsident Präsident und der „Social-Demokrat" Organ des Vereins bleiben werden. Wenn der Allgemeine deutsche Arbeiterverein jede nicht in seinen Statuten begründete Einmischung dritter, wer sie auch seien, unerbittlich zurückweist, so hat der Verein meine vollständigste Billigung; wenn er aber eine solche Zurückweisung ungestraft in der Art vollstrecken läßt, in welcher es auf dem Hamburger Arbeitertage geschah, und zwar an Jemandem, dem Lassalle bei Lebzeiten nicht ein Haar hätte krümmen lassen, so weiß ich nicht mehr, was ich von der angeblichen Verehrung des Vereins für den Verstorbenen denken soll und kann diesem Verein auch aus diesem Grunde bis auf Weiteres nicht mehr angehören. Ich scheide mit schwerem Herzen aus und möchte nur noch zum Schluß die Arbeiter vor dem Sirenengesange warnen, von der preußischen Regierung Vorschläge für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen abzuwarten. Auch rathe ich ihnen, keine zu großen Hoffnungen zu setzen auf ein von Herrn von Bismarck, aber schwerlich „zur radikalen Umgestaltung der heutigen Gesellschaft" — zu octroyirendes allgemeines Wahlrecht, natürlich ohne irgend eine Garantie, welche dasselbe vor dem Mißbrauch zu napoleonischen Experimenten schützen könnte.

Freilich wohne ich nicht „im Centrum der Bewegung", wo man Alles viel besser weiß und wo man nach der Bemerkung eines geistreichen Mannes, von jeher midi à quatorze heures zu suchen pflegte.

Zürich, den 29. März 1865.

Georg Herwegh.

(Auch ein Zeichen der Zeit.) Schon vor zwei Jahren ward dem preußischen Abgeordnetenhause von Schulze-Delitzsch und Genossen ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Regelung des Genossenschaftswesens bezweckte. Angesichts des ungestillten Haders zwischen Regierung und Volk ist es nicht zu verwundern, wenn eine Sache, die mit dem Soldatenthum nicht in Verbindung steht, bis heute liegen geblieben ist. Gerechte Verwunderung aber muß es erregen, wenn unter allen übrigen deutschen Regierungen auch nicht eine einzige ist, die sich diese brennendste Tagesfrage zu Herzen nimmt. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, wie wenig von Seiten fast sämmtlicher deutschen Regierungen die allerdringlichsten materiellen Fragen beachtet werden, so wäre er durch die Anführung Einer Thatsache geliefert. In dem kaiserlichen Frankreich versteht man es besser, den volkswirthschaftlichen Interessen Rechnung zu tragen und die Arbeiten unserer Nationalökonomen zu verwerthen. Das in diesen Tagen an den gesetzgebenden Körper gelangende Gesetz über die corporativen Gesellschaften hat im Wesentlichen den Schulze'schen Entwurf zur Grundlage genommen.

Bei der Feier, welche zur Fertigstellung der tausendsten Schnellpresse in der Maschinenbauanstalt von König und Bauer in Neuzelle bei Würzburg stattfand, übergab der Besitzer seinen Arbeitern die Summe von 10,000 Gulden als Grundstock zu einer Sparkasse. Zu gleicher Zeit wurde in dem Maschinensaal die 1001ste Schnellpresse in Bewegung gesetzt, die überdies die erste ist, die zwei Farben, an diesem Tage schwarz und roth, zugleich druckt.

(Berl. Ref.)

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 118 unseres Blattes lese man: Seite 611, 1. Spalte, 11. Zeile: „der den" Augustus statt „den der"; S. 611, 1. Sp., Mitte: „Abmachungen" statt „Abrechnungen"; S. 611, 2. Sp., Mitte: „sagen wollen" statt „sogar wollen".

Verschiedene Anzeigen.

Abonnementseinladung.

Die Deutsche Wehrzeitung, welche wöchentlich einmal in einem halben oder ganzen Bogen erscheint, ist nur durch den Buchhandel oder direkt bei uns zu beziehen und wird in diesem Fall (je nach Verlangen unter Kreuzband oder Couvert) unter Zuschlag des Porto's von uns geliefert. Bezug durch die Post findet nicht statt. Preis vierteljährlich 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr. Einzelne Nummern 2 Sgr. oder 7 kr. Inserate 2½ Sgr. oder 9 kr. die gespaltene Zeile. Zu dem beginnenden neuen Abonnement laden wir hiermit freundlichst ein und bitten um möglichst zeitige und zahlreiche Bestellungen.

☛ Zur Vermeidung von Verwechslungen mit der in Gotha erscheinenden „deutschen Schützen- und Wehrzeitung", ist bei Bestellungen die Bezeichnung: „deutsche Wehrzeitung in Coburg" immer genau zu bemerken.

Coburg im März 1865.

F. Streit's Verlagsbuchhandlung.

Ein weiteres Quartal liegt den Lesern unseres Blattes vor. Wir sind uns bewußt, die Pflichten, welche die inhaltschwere vaterländische Sache, der unser Blatt dient, uns auflegt, nach bestem Willen und Gewissen erfüllt zu haben. Wir haben, der Erfolg lehrt es, manche fruchtbare Anregung gegeben, die Ideen, welche wir vertreten und in deren Verwirklichung die feste Bürgschaft und Vorbedingung für den Erfolg jeder anderen Reformbestrebung liegt, beginnen bereits in manchen Theilen des Vaterlandes Wurzel zu schlagen im Volk. Selbst das reaktionäre Junkerthum hat die tiefe vaterländische Bedeutung unserer Bestrebungen erkannt; es beginnt eben deßhalb bereits mit blinder Wuth seine Verfolgungen gegen jeden, den es irgendwie der Sympathien für die von uns vertretenen Reformideen verdächtig hält und schon sind ohne Verschulden brave Kameraden von diesen Verfolgungen getroffen. Gleichwohl müssen wir sagen, hat unser Streben in den Kreisen, in welchen wir dies zu erwarten berechtigt wären, noch entfernt nicht die nothwendige Förderung gefunden, um eine nachhaltige Wirksamkeit zu sichern. Wir halten diese Kurzsichtigkeit und Schlaffheit derer nicht würdig, welche sich vaterländischen Sinn und vaterländisches Streben beimessen. Wohl werden wir ausharren, so lange als irgend eine Möglichkeit dazu uns gewährt ist. Müßten aber die Männer des Fortschritts im Heer sich überzeugen, daß sie bei denen im Volk auf keine Beachtung und Förderung zu rechnen hätten, — so lehnen wir für die Folgen dieser Erfahrung die Verantwortung ab.

Der Redaktionsausschuß
der deutschen Wehrzeitung.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE

von

Dr. Eduard Reich,

Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.

Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volks und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes detenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 230 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
… unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 120. Dritter Jahrgang. Sonntag, 16. April 1865.

Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorausbezahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinsstrebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Bekanntmachung des Hamburger Bildungsvereins, Arbeitsnachweisung betreffend. — Einladung des Arbeiterbildungsvereins in Schopfheim. — Aus dem Berliner Handwerkerverein. — Vereinstag im Herzogthum Gotha. — Leipzig, die Arbeitseinstellung der Buchdrucker und Schriftsetzer. — Magdeburg, die Arbeitseinstellung der Tuchweber. (Schluß aus Nr. 119.) — II. Politischer Theil: Politische Umschau: Ein großes Wort, gelassen ausgesprochen. — Schleswig-Holstein, der Sechsunddreißiger Ausschuß u. der engere Ausschuß der Vereine in Schleswig-Holstein. — Aus Darmstadt, Herr Römer u. Graf Reventlow oder die nationale Farbe ist nicht immer probehaltig. — Der deutsche Journalistentag und die Presse in Nassau. — Preußen, Herr von Bismarck am Eingang der Sackgasse. — Aus Gotha, der Landtag gibt nichts mehr für den Bundestag. — Aus Oels, nicht Oesterreich allein, auch Preußen fürchtet sich vor politischen Kindern. — Aus Lörrach, Friedrich Hecker als Consul der Vereinigten Staaten in Zürich. — Weimar, Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit, vom Landtag beschlossen, von der Regierung abgelehnt. — Frankreich, der Volksvertreter und der Kaiser L. Napoleon; Paris, Industriepalast für die Weltausstellung von 1867. — Spanien in militärischem Vorsprung vor Preußen. — Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes von Joseph Mazzini. III. — III. Socialer Theil. Burg und Staffordshire. — Richard Cobden. — IV. Vermischtes. Vom Büchertisch. — Der Hackenverein. — Erklärung von F. Beust und Dr. A. Ladendorf. — Zustimmung des Arbeiter-Vereins in Zwickau zu den Sätzen des Arbeiter Vereins in Gotha. (Nr. 117.) — Sammlung zu Gunsten der nothleidenden Arbeiter in Burg. — Rundschreiben des ständigen Ausschusses des Vereinstags deutscher Arbeitervereine an die deutschen Arbeitervereine zu Gunsten der Arbeiter in Burg. — Briefkasten. — Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

☞ **Abends spät, nachdem die innere Form unseres Blattes bereits ausgedruckt ist, geht uns noch das Zirkular des ständigen Ausschusses zu Gunsten der Arbeiter in Burg zu, welches wir deshalb für diesmal nicht mehr an der Spitze sondern nur noch am Ende der heutigen Nummer bringen können. D. Red.**

Der **Hamburger „Bildungsverein für Arbeiter"** hat die Veranstaltung getroffen, daß in seinem Lokale (Böhmkenstr. 4)

Arbeitsnachweisung

jeder Art vermittelt wird.

In Folge der Aufhebung der Zünfte wird sich in Hamburg kaum eine andere Vereinigung für den Zweck eines allgemeinen Arbeitsmarkts geeigneter erweisen.

Es ist daher die Benutzung dieser Einrichtung insbesondere den Mitgliedern aller deutschen Brudervereine zu empfehlen. Dieselben finden beim Oeconomen des Vereins die erwünschte Auskunft sowohl über die Arbeits-Nachfrage, wie über alle Verhältnisse, deren Kenntniß dem fremden Arbeiter bei seiner Ankunft in Hamburg von Wichtigkeit ist.

Der Vorstand des Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg.

Billiges Logis finden die Arbeiter, die die Herberge nicht besuchen wollen, bei Herrn **Grupe**, Schaarmarkt 36, in der Nähe des Vereins.

Der **Arbeiterbildungsverein Schopfheim** hat durch die freudige Beihülfe der Brudervereine in Nah und Fern, sowie durch eigenes eifriges Bemühen und treues Zusammenwirken seiner Mitglieder bereits alles wieder erworben, was ihm seiner Zeit durch die Flammen zerstört wurde.

Damit auch das letzte nicht fehle, ist nun auch dem Verein das ihm so theuer gewesene Symbol der Eintracht und Bruderliebe, die Fahne, neu erstanden und soll ihm hinfort wieder voranleuchten in Lust und Leid zu gutem redlichen Streben.

Am 2. Osterfeiertag halten wir unsere Fahnenweihe.

Indem wir allen unsern Brudervereinen in Deutschland und in der nachbarlichen Schweiz für die freundlich geleistete Hülfe in der Noth innigst danken, laden wir sie zugleich herzlich ein, das Fest der Auferstehung unserer Fahne und ihrer Weihe mit uns zu feiern und sich recht zahlreich bei uns einzufinden.

Der Arbeiterbildungsverein Schopfheim.

† **Berliner Handwerkerverein.** Die letzte Woche des März brachte wieder Leben in den Verein. Der Abg. Franz Duncker hielt am 20. März einen interessanten Vortrag über die Staatsentwicklung Griechenlands. — Am 25. März hielt der Abg. Prof. Dr. Virchow einen Vortrag über das Gehirn und Phrenologie mit Bezug auf die Gall'sche Lehre. — Am 27. März sprach der Abgeordnete Präs. Dr. Lette über die Zeit der unfreien und freien Arbeit. Dr. Seemann berichtete über die Lage des Vereins, wobei er hervorhob, daß der Unterricht sich gehoben. Ein Weiteres wird der in diesem Jahre erscheinende Jahresbericht bringen. Obgleich der neue Plan für die Vorträge des laufenden Vierteljahrs sehr interessante Vorträge nachweist, als wie von den Abg. Schulze (Delitzsch), Lasker, Franz Duncker, Präs. Dr. Lette, Prof. Dr. Virchow, Hrn. Dr. Fischer, Prof. Spiller u. A., so kam es doch am 3. April wieder vor, daß weder ein Vortragender, noch ein Vorsitzender anwesend war, was die Versammlung veranlaßte, laut ihren Unwillen darüber kund zu geben. Die Unterrichts-Commission des Vereins, deren Vorsitzender der Abg. Assessor Lasker ist, hat den Unterrichtsplan veröffentlicht, wonach in 16 verschiedenen Zweigen Unterricht ertheilt wird. Die Unterrichtsgelder betragen vierteljährlich im Schön- und Rechtschreiben, Deutschen, Rechnen, Geometerie, Algebra, Proportionslehre, Gesang und Turnen — 7½ Sgr., in der Literatur, dem Zeichnen und Freizeichnen, Musterzeichnen — 15 Sgr., in der Projectionslehre und mit den Uebungen, einfache Buchführung und Wechselkunde (einschließlich der zu liefernden Bücher, im Französischen und Englischen — 22½ Sgr., im Maschinenzeichnen und der Stenographie (Arends'sches System) — 1 Thlr., in der doppelten Buchführung 1½ Thlr. Monatliche Zahlung ist nur im Zeichnen, Französischen und Englischen gestattet.

Ballstädt, 26. März. Der vom Arbeiterverein zu Gotha heute hier abgehaltene Arbeitertag war trotz der ungünstigen Witterung von weit über 200 Arbeitern besucht. Vertreten waren die Arbeitervereine von Ballstädt, Bienstädt, Burgtonna, Eschenbergen, Friemar, Gotha, Hausen, Herbsleben, Körner, Molschleben und Westhausen.

Nachdem der Vorsitzende des Ballstädter Vereins, Herr Heß, die Versammlung willkommen geheißen, wählte diese Herrn Sauerteig aus Gotha zum Vorsitzenden und Herrn Hirschfeld zum Schriftführer. Der Vorsitzende eröffnete den Arbeitertag mit einer Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung der Arbeiterfrage, welche sich über ganz Europa ausbreite, auch für die ländlichen Arbeiter aufmerksam machte, aber dabei betonte, daß die Ziele der Arbeiterbewegung nur unter schwerer, andauernder Arbeit erreicht werden könnten.

Hierauf ertheilte er Herrn Hugo Heyn aus Gotha das Wort, welcher über den Zweck der Arbeitervereine und die Ziele der Arbeiterbewegung eingehender sprach. Er definirte die Worte „Arbeiter" und „Arbeitervereine" und beantwortete die Fragen: „Was wollen die Arbeiter?" „sind ihre Forderungen gerecht?" und „auf welchem Wege erreichen sie dieselben?"

Bei dieser Gelegenheit führte der Redner unter Anderem aus, daß die geistig-sittliche Hebung des Arbeiterstandes zum Wohle des Ganzen, welche eine Aufgabe unseres Jahrhunderts sei, nur durch Erfüllung zweier Vorbedingungen zu erreichen sei: dadurch, daß der fleißige Arbeiter einen angemessenen Lohn erhalte, der nicht blos zur Bestreitung der nothwendigsten Bedürf-

nisse ausreiche und daß ihm des Tages ein bestimmtes Quantum freie Zeit übrig bleibe — da Bildung bekanntlich vor Allem Geld und Zeit koste. Er widerlegt die Ansicht derer, die da meinen, daß der Arbeiterstand von Gott dazu bestimmt sei, nur zu arbeiten und kümmerlich das Leben zu fristen, ohne an den Wohlthaten, welche Bildung und Wohlstand dem Menschen gewähren, Theil zu nehmen. Eine solche Meinung könne nur einem kranken Pharisäer- oder Schriftgelehrten-Herzen entstammen, nimmermehr aber dem eines vernünftigen, in Wahrheit christlich liebenden Menschen. — Herr Heyn wies wiederholt darauf hin, daß die Arbeiterfrage eine Europäische sei, und daß sie nicht im Einzelnen, sondern nur im Ganzen und Großen endgültig und befriedigend gelöst werden könne und daß es deshalb auf einheitliches Auftreten des gesammten Arbeiterstandes ankomme. Nachdem er die Verdächtigungen der Reaction als unbegründet zurückgewiesen und hervorgehoben, daß man ja Niemand etwas nehmen, nicht Haß und Zwietracht säen, sondern nur die feindlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit miteinander aussöhnen wolle, forderte er die Versammelten auf, nach Kräften auf die Bildung neuer Vereine auf dem Lande hinzuwirken.

Nachdem Herr Hirschfeld diesen Antrag mit herzlichen Worten begründet, wurde letzterer von der Versammlung einstimmig angenommen.

Hierauf sprach Herr Sauerteig über die Lohnfrage im Allgemeinen, worauf sich über diesen Gegenstand eine sehr lebhafte Debatte erhob, an welcher auch ländliche Arbeiter als Herr Henning aus Herbsleben, Herr Keil und Heß aus Ballstädt &c. Theil nahmen. Hierbei stellte es sich heraus, daß die Lohnverhältnisse an verschiedenen Orten verschieden, und so verwickelt sind, daß auf der Stelle ein klarer Ueberblick nicht gewonnen werden konnte. Um dies zu ermöglichen, stellte Herr Hugo Heyn den Antrag: „Jeder Verein wolle die Lohnverhältnisse seines Ortes genau und vollständig zu Papier bringen und sie dem Verein zu Gotha mittheilen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf stattete Herr Hirschfeld einen kurzen Bericht über Krankenkassen ab, er forderte die Versammlung auf, womöglich an allen Orten dergleichen zu gründen und sich dabei die Statuten des Gothaischen Vereins zum Muster zu nehmen.

Herr Heyn entgegnete, die Gründung solcher Kassen auf dem Lande sei vorläufig unausführbar, da zu diesem Zwecke erst die Lohnfrage geregelt werden müsse, welche Bemerkung allgemeine Zustimmung fand.

Nachdem Herr Hirschfeld den Versammelten nochmals ans Herz gelegt, vor Allem in den Vereinen Einigkeit und Bruderliebe zu pflegen, da nur durch ein einiges, festes, treues Zusammenhalten das große Ziel erreicht werden könnte, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 7 Uhr Abends, nachdem er den Vereinen die Coburger Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung und die Stuttgarter Arbeiterbibliothek angelegentlichst empfohlen und von letzterer die vorhandenen Probehefte vertheilt hatte.

Die Arbeiter beobachteten während der ganzen Verhandlung eine durchweg ehrenhafte, maßvolle Haltung.

E. Leipzig, 9. April.*) Ueber die Arbeitseinstellung der Buchdrucker und Schriftsetzer unserer Stadt ist Folgendes zu berichten: Nach dem letzten Jahresbericht der hiesigen Handels- und Gewerbekammer giebt es bei uns 39 Buchdruckerfirmen, von denen 36 Mitglieder der Innung sind und ca. 826 Setzer und Drucker neben ca. 500 anderen Arbeitern beschäftigen. Ueber 700 Setzer, Drucker und Schriftgießer bildeten schon vor mehreren Jahren einen Fortbildungsverein, über dessen Thätigkeit sich nur Gutes sagen läßt. Derselbe Verein giebt ein Wochenblatt heraus, welches den Titel führt „Der Correspondent“ und ganz besonders im Sinne freierer Verhältnisse in den Druckereien zwischen Prinzipalen und Gehülfen sowie für eine der Neuzeit entsprechende Lohnerhöhung wirkt. Die Tendenz des Blattes wie die jenes Vereins ist eine dem Lassallianerthum à la Bernhard Becker von Grund aus abholde und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß mit größter Entschiedenheit alle Anerbieten von dieser Seite zurückgewiesen worden sind, welche Vorträge oder sonstige Unterstützungen verhießen. Der Verein nun richtete sein Augenmerk betreffs unserer lokalen Verhältnisse auf das Kassenwesen und suchte ganz mit Recht hier den alten Zopf abzuschneiden, vermöge dessen eine ganze Anzahl von Kassen und Kässchen existirten, die im Wesentlichen vom Gelde der Gehülfen zusammengebracht aber nach dem ältesten Usus eingerichtet sind. Sie würden in dieser Wittwen- und Waisenkasse z. B. vergeblich nach jener Wahrscheinlichkeitsrechnung gesucht haben, welche man heute dergleichen Kassen zu Grunde legt. Stimmte die Ausgabe und Einnahme in schlechten Jahren nicht, so waren wohl auch die Prinzipale so opferwillig und legten sich (wie auch noch jetzt geschieht) für jeden Gehülfen eine freiwillige Steuer auf, um das Geschäft glatt zu machen. So kam es sehr leicht erklärlicher Weise dahin, daß sich die Herren Prinzipale als die Wohlthäter und Protectoren ihrer Gehülfen in den Kassenangelegenheiten fühlten und nichts davon wissen wollten, daß eine vollständige **Selbstverwaltung** incl. Reorganisation der Kassen durch die Gehülfen hergestellt werden sollte. In dieser Angelegenheit kam es zum ersten Male im vorigen Sommer zwischen den Gehülfen, resp. ihrem Vereine und ihren Prinzipalen zu einem kleinen moralischen Conflikt, dessen Folgen heute großentheils noch sichtbar sind, in der Arbeitseinstellung. Beiläufig gesagt, betragen die Kassengelder mehr als 20,000 Thlr. Wichtig ist es, hier bereits darauf hinzuweisen, daß die Sitzungen des Vereins, wo man über die Kassenfrage und später über Lohnerhöhung debattirte und über gemeinsam zu unternehmende Beschlüsse faßte, sämmtlich **öffentliche** waren, daß man die Prinzipale mehr denn einmal freundlich einlud, doch gefälligst an den Berathungen theilzunehmen und daß diese dies jederzeit verschmäheten. Nach dem Vorgange von Berlin, Stuttgart, Frankfurt u. a. O. wollte man auch hier Seitens der Gehülfen den 8 Groschenlohnsatz (für 1000 n, Borgis, Corpus und Petit) und entsprechende weitere Tarifsätze herbeiführen, setzte eine Commission ein, zur Berathung eines Tarifentwurfes, berief eine Generalversammlung und beschloß nun, mit diesem Tarifentwurfe einheitlich vorzugehen. Dieser Tarifentwurf besteht aus zwei Theilen: aus einem für die Setzer und einem für die Drucker, und sind beide von getrennten Commissionen aus Fachleuten aufgestellt worden. Als man den Tarifentwurf nun den Prinzipalen mit einem vollkommen höflichen Schreiben übersandte, wiesen diese den ganzen Tarif kurz und bündig mit wenigen bei allen gleichlautenden Worten zurück und erklärten: Auf Grund eines Tarifentwurfs, bei dessen Abfassung sie nicht betheiligt gewesen waren, würden sie mit keinem Worte unterhandeln. War es die Schuld der Gehülfen, daß die Herren Prinzipale nicht auf die wiederholte Einladung hin in die **öffentlichen Sitzungen** des Vereins ihrer Gehülfen gekommen waren? — Und jetzt erst, nachdem jedes friedfertige Unterhandeln rund und nett abgeschnitten war, stellte man die Arbeit ein. 500 Setzer und Drucker, doch von letzteren nur wenige (da der sie betreffende Tarifentwurf allerdings zu hoch gegriffen und von den Gehülfen selbst so zu sagen schon aufgegeben worden war) 600 Arbeiter, wo nicht mehr, stellten 8 Tage später die Arbeit ein. Die O. Wigand'sche Druckerei und zwei kleinere Druckereien nahmen den Tarif an, und arbeiteten ruhig fort. Dies geschah gestern vor 8 Tagen. Seitdem haben sich die arbeitslosen Leute musterhaft betragen, etwa 100 sind abgereist, die übrigen verbringen in größter Ruhe ihre unfreiwilligen Feiertage und haben gleich für die erste Woche mehr als 1000 Thlr. Unterstützungen durch deutsche Collegen erhalten. Die Vertheilung des Geldes ging im Vereinslokale vor sich, wo am Freitag, dem üblichen Lohnungstage, sie alle sich eingefunden und nach den Druckereien geordnet aufgestellt hatten. — Die Prinzipale sind in größter Verlegenheit, einer von ihnen, der Baron von Tauchnitz, will, wie ich höre, die Rolle eines Vermittlers übernehmen, auch erzählt man sich viele komische Geschichten, die sich bei dem Unternehmen, nun durch die Lehrlinge die unaufschieblichsten Arbeiten ausführen zu wollen, zugetragen haben sollen. Aus Dresden hat man angeblich ganze Wagenladungen mit Lehrlingen kommen lassen, denn mit bewunderungswürdiger Disziplin hat aller Zuzug von Setzergehülfen nach Leipzig aufgehört; ja im hiesigen Tageblatt erklären auswärtige öffentlich, den Aufforderungen, welche ihre resp. Localblätter enthielten, hierher kommen zu sollen, unter keiner Bedingung Folge leisten zu wollen. — Die hiesigen Polizeiordnungen geben dem Stadtrathe die Macht, zu jeder Stunde die Arbeitslosen ausweisen zu lassen, wenn sie auch weder vagabundiren, noch betteln, noch revoltiren — ganz nach eigenem Ermessen. Sollte man aus gewissen Gründen den ruhigen Verlauf der Arbeitseinstellung in unserer Stadt durch Polizeimaßregeln zu stören suchen, so werde ich nicht verfehlen, Ihnen sofort einen „Geharnischten“ zukommen zu lassen. Möglich, daß die Forderung unserer Gehülfen eine unbillige ist — in Berlin, Stuttgart hat es sich freilich anders gezeigt — der Erfolg allein entscheidet bei einem strike über dessen Berechtigung.*) Warten wir diesen ruhig ab, und wachen wir darüber, daß auf keine Weise künstlich auf die Entscheidung eingewirkt wird. — Die hiesige liberale resp. **gemäßigt**-fortschrittliche Partei hat sich bei der ganzen Geschichte bei verschiedenen Gelegenheiten auf eine sehr zweideutige Weise benommen, so daß unsere Arbeiter die Köpfe schütteln und fragen: Sind denn das die Leute, die uns so viel vom **Coalitionsrecht** vorgesprochen haben und geht es denn aus ihrer Tasche, wenn wir bei unserer Arbeitseinstellung **nicht verhungern**?

*) Wir danken dem Herrn Correspondenten für diese Mittheilungen um so mehr, als wir über diese Vorgänge unbegreiflicher Weise bis jetzt aller Correspondenzen entbehrt haben. D. Red.

*) Die Beantwortung der Frage wird von der Antwort auf die andere abhängen: können die Prinzipale bei den bestehenden, zumal von den Herren Verlegern durch Benutzung der starken Concurrenz sehr herabgedrückten Preisen für die aus ihren Officinen hervorgehenden Druckarbeiten bestehen, wenn der von ihren Setzern und Druckern beanspruchte höhere Arbeitslohn eingeführt wird? Ist dies nicht der Fall, so kann die Arbeitseinstellung zu keinem Erfolg führen und wenn sie zum Erfolg führte, so würde derselbe sich schließlich wieder gegen die Arbeiter richten. Denn so und so viel, namentlich kleinere Druckereien müßten dabei zu Grunde gehen zum Nutzen der Capitalmacht einiger größeren, die ihrerseits wieder durch andere Einrichtungen die nach dem neuen Tarif höher zu bezahlenden Arbeitskräfte möglichst zu vermindern und durch mechanische Kräfte zu ersetzen suchen würden. Der nächste allgemeine deutsche Buchdruckercongreß erhält in diesen Fragen eine Aufgabe, durch deren rechte, aufrichtig befriedigende Lösung er sich großes Verdienst erwerben kann. D. Red.

An die Redaktion der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung zu Coburg.

(Schluß von Nr. 119 d. Arb.-Ztg.)

Magdeburg, 27. März 1865.

Die Fabrikanten erklären, daß die angefochtenen Bestimmungen den **guten** Arbeiter nicht treffen, und überhaupt mit größter Milde gehandhabt werden sollen; die Arbeiter hingegen betrachten dieselben als ungerecht und ehrenrührig, in ihrer willkürlichen Anwendung die Arbeiter unter einander entzweiend, und verlangen die formelle Streichung um so mehr, als sie kein Vertrauen zu den Versprechungen der Fabrikherren haben. — In dem letzten Motiv liegt nun überhaupt der Kernpunkt des ganzen Streites und die Erklärung, weshalb derselbe so großartige Dimensionen angenommen. **Die dortigen Arbeiter sind von tiefem Mißtrauen gegen ihre Arbeitgeber beseelt**, sie hegen die Ueberzeugung, daß der ganze Fabrikantenstand in Burg auf ihre Unterdrückung ausgeht. Der wahre Beginn des Conflikts wird auch von allen Eingeweihten nicht in der willkürlichen Einführung der neuen Fabrikordnung gefunden, sondern vielmehr in gewissen Vorgängen, welche schon im vorigen Frühjahr sich ereigneten, ohne damals die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen.

Nachdem nämlich viele Jahre hindurch ein gutes Einvernehmen zwischen Fabrikanten und Arbeitern, wenigstens äußerlich, bestanden hatte, begehrten Anfangs Juni 1864 die Tuchmacher, der zahlreichste und wichtigste Theil der Arbeiter, eine bedeutende Lohnerhöhung, und stellten, als ihnen dieselbe ganz abgeschlagen wurde, in mehreren Fabriken die Arbeit ein. Sie stützten ihr Verlangen einerseits auf die Preissteigerung vieler Lebensbedürfnisse, mit welcher ihr Lohn keineswegs Schritt gehalten, andererseits auf die großen Aufträge und den erhöhten Verdienst der Fabrikanten. Wirklich bewilligten letztere auch nach mehrtägigen Verhandlungen wenigstens eine kleine Lohnerhöhung, nämlich 6 Pfennige vom Haspel Garn, statt der geforderten 20 Pf. Die Weber begnügten sich und nahmen überall die Arbeiten wieder auf. Bald darauf führten die Fabrikanten „Arbeitsscheine“ ein, die bis dahin in Burg ebenso unbekannt waren, wie Fabrikordnungen — beiläufig der beste Beweis von dem guten Verhalten der Arbeiter —, und wenn ein Arbeiter kündigte, so hieß es auf seinem Arbeitsschein: „**auf seinen Wunsch entlassen**“ — und kein anderer Fabrikant nahm den so Gekennzeichneten an, derselbe mochte noch so geschickt, fleißig und gesittet sein! Als sich solche Fälle mehrmals wiederholt, hielten sich die Arbeiter überzeugt, daß dem eine allgemein bindende Verabredung unter den „Herren“ zu Grunde liege, mit dem Zwecke, sie gleichsam an die Scholle zu fesseln und dadurch erhöhten Lohnforderungen am wirksamsten zu begegnen. Die Arbeiter wurden so erbittert, daß sie das Unerhörte wagten und ihre Brodherren zweimal wegen verbotener Coalition, Verletzung des § 181 der Preuß. Gewerbeordnung, beim Staatsanwalt denuncirten — natürlich ohne Erfolg; der Herr Staatsanwalt wies die Denunciation als zu unbestimmt zurück. Wann ließe sich denn überhaupt die sträfliche Verabredung zwischen Arbeitgebern beweisen, zumal wenn diese Arbeitgeber, wie die Fabrikanten in Burg, seit Jahrzehnten fast täglich in einer geselligen „Ressource“ mehrere Stunden beisammen sind?!

Wollte nun ein Arbeiter aus irgend welchem Grunde seine bisherige Fabrik mit einer anderen vertauschen, so blieb ihm nichts übrig, als durch schlechtes Betragen eine Kündigung von Seiten des Fabrikanten herbeizuführen; in diesem Falle war er sicher, anderswo Arbeit zu finden; **nur wenn er sich gut aufführte, wurde er brodlos!** So haben also die Fabrikanten Burgs durch ihre tyrannische und dabei höchst unkluge Verabredung großentheils selbst die Unordnungen verschuldet, gegen welche sie schließlich nur durch das Octroyiren einer strengen Fabrikordnung ankämpfen zu können glaubten. — Daß Unordnungen in höherem Grade, als früher stattgefunden haben, besonders wüstes Trinken in den Fabrikräumen am Montage, bestreiten die Arbeiter selbst keineswegs; aber andererseits geben die Fabrikanten zu, daß solche tadelnswerthen Auftritte nur in **wenigen** Fabriken stattfanden, deren Besitzer nicht verstanden oder nicht in der Lage waren, sich Respekt zu verschaffen. Unsere Gewerbeordnung ist wahrlich nicht im Interesse der Lohnarbeiter abgefaßt, sondern gewährt vielmehr den Arbeitgebern ein entschiedenes Uebergewicht und mannigfache Zwangsmittel gegenüber ungehorsamen und mißliebigen Arbeitern. Genügten ihre Paragraphen dennoch nicht in einer Stadt, wo fast sämmtliche Arbeiter ansässige, verheirathete Leute und wie

alle Weberbevölkerungen, in hohem Grade stabil und von ihren Beschäftigern abhängig sind?

Die Burg'schen Fabrikherren waren und sind anderer Ansicht; um einigen ihrer Standesgenossen aufzuhelfen, verbanden sie sich sämmtlich — mit wenigen Ausnahmen — zum gleichzeitigen Erlaß einer Fabrikordnung, der sich alle Arbeiter beugen sollten, wie vor Geßlers Hut die Schweizer. Daß die Bestimmungen der ursprünglichen Fabrikordnung wirklich mehr dem finstersten Mittelalter, als dem 19. Jahrhundert entsprechen, hat die öffentliche Meinung in ganz Deutschland entrüstet anerkannt und selbst die Staatsregierung mußte hier auf Seite der Arbeiter treten. Man denke nur an das Verbot der Körbe, der Mäntel, ja der Taschen in den Kleidern der Arbeiterinnen! Die Arbeitszeit ist in Burg 14stündig und dauert im Sommer wie im Winter von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends, mit Einer Stunde Mittagspause — und da verbietet man dem schwachen Geschlecht sogar die Mäntel zu nothdürftiger Erwärmung bei eisiger Kälte und die Kleidertaschen, um ein Sacktuch und ein Stück Brod beizustecken?! Ich glaube, nicht den Negersklaven ist solche Entwürdigung jemals zugemuthet worden!

Allerdings sind diese Bestimmungen, wie eine Menge andere kaum weniger harte, unbillige und ehrverletzende beseitigt — aber kann man wohl verlangen, daß freie deutsche Arbeiter Achtung und Vertrauen hegen gegen Herren, die eben noch solche Ukase schwarz auf weiß gegen sie erlassen haben? Kann man es jenen verdenken, wenn sie nun auch die letzten Ungerechtigkeiten ausdrücklich gestrichen haben wollen und sich nicht verlassen auf unbestimmte mündliche Zusicherungen? — Das ist das Schöne, echt Deutsche an dieser Arbeiterbewegung, daß sie nicht dem Geldpunkt, sondern dem Ehrenpunkt entsprungen ist: wahrlich das muß ihr die warme Sympathie aller deutschen Arbeiter sichern, welche diesen Ehrennamen verdienen!

— Seit meiner Anwesenheit in Burg bis Sonntag den 2. d. Mts. hat sich dort leider nichts zum Bessern verändert. Sowohl die Kgl. Regierung durch den Landrath des Kreises und einen Magdeburger Regierungsrath, als auch ein früherer Fabrikant, jetzt Rentier und bewährter Arbeiterfreund, haben erneute Versuche gemacht, die schroff gegenüberstehenden Parteien zu versöhnen — allein vergeblich! Trotz der abermals verminderten Forderungen der Arbeiter sind die Fabrikanten hartnäckig geblieben. Und nun scheint leider die Staatsregierung mit Drohungen und Maßregelungen gegen die Arbeiter vorgehen zu wollen; es haben Haussuchungen — resultatlos — stattgefunden und sind überall gerichtliche Termin-Aufforderungen ausgegeben worden; auch die Geldunterstützungen von auswärts sollen als gesetzwidrig bestraft werden — mit welchem Rechte, ist schwer einzusehen. Trotz alledem, trotz steigender Noth und Drangsal, beharren die wackeren Arbeiter Burgs in Festigkeit und Einmüthigkeit; selbst die Frauen und Mädchen sind weit von Nachgiebigkeit entfernt.

Kein geringer Trost für unsere Freunde ist die Wahrnehmung, daß die Versuche der Fabrikanten, fremde Arbeiter heranzuziehen, gänzlich gescheitert sind. Am vorigen Montag hatten fremde Webergesellen, auf der Berliner Herberge durch große Lohnversprechungen gewonnen, in zwei Fabriken die Arbeit angefangen — allein schon den zweiten Tag verlangten sie wieder ihre Pässe, da sie das Tuchweben gar nicht verstanden, auch in ihren Erwartungen sich getäuscht fanden. Trotz mehrfacher Versuche der armen Fabrikanten, die Fremden zu halten, mußten sie schließlich die Entlassung fast sämmtlicher Zugewanderter bewilligen. — Schließlich muß ich noch eine rührend-komische Scene berichten: Sechs von den Fremden brachen Sonnabend Morgen unter Begleitung von vielen feiernden Burgensern zur Rückkehr nach Berlin auf; hierbei wurde bemerkt, daß mehrere von den Wandernden nur ein paar Tuchsocken über den nackten Füßen hatten. Schnell wurden von den Burg'schen Strümpfe und Stiefel herbeigeschafft, die fremden Brüder damit bekleidet und so auf's Freundschaftlichste aus der Stadt geleitet! Ein schöner Zug der Brüderlichkeit, die unter deutschen Arbeitern immer stärker Wurzel fassen möge!

Dr. Max Hirsch.

Schließlich noch die Nachricht, daß ca. 40 Burgenser Tuchmachergesellen bereits auswärts lohnende Arbeit gefunden haben, und dasselbe für die doppelte Anzahl in sicherer Aussicht steht. Den Fabrikanten dagegen ist es noch immer nicht gelungen, sich fremde Tuchmacher zu verschaffen.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Ein großes Wort, gelassen ausgesprochen.

Die Politiker von Fach oder von Geschmack sind vor Kurzem mit einem Artikel der „Augsb. Allg. Ztg." regalirt worden, der vor der Hand als bloßes Schaugericht die Runde um die Tafel gemacht hat, der aber zuverlässig manchem Kostgänger das Wasser in den Mund getrieben. Die Mittelstaatler oder die Würzburger sehen nämlich mit Schrecken den preußischen Länderappetit von Weitem und fragen sich ganz verblüfft, was am Ende aus ihnen selbst, aus ihrer Souveränität und obersten Machtfülle werden soll. Wenn das Bismarck'sche Preußen vom 1. Febr. 1864 bis zum März 1865 drei Herzogthümer schluckt, wie viel Jahresrenten darf eine vorsichtige Assekuranz für die Kronen von Sachsen und Hannover, wie viel für den Kurhut von Hessen zahlen?

Die Augsburger Zeitung spricht auch geradezu davon, nicht mehr blos gegen Preußen zu räsonniren, sondern etwas zu thun, dem eroberungslustigen Junkerthum an der Spree einen positiven Damm entgegen zu werfen und im Namen des „deutschen Volks" irgendwo feste Position zu fassen. Das letzte Räsonniren wird allerdings soeben in der Gr. Eschenheimer Gasse zu Frankfurt verübt, und am 6. April ist ausräsonnirt; an diesem Tage stimmt die „hohe" Bundesversammlung über den sächsisch-baierisch-darmstädtischen Antrag ab, Preußen und Oesterreich um sofortige Einsetzung des Herzogs Friedrich in die Regierung des Herzogthums Holstein zu ersuchen und die beiden Großmächte zugleich um eine Erklärung hinsichtlich Lauenburgs zu bitten. Der Antrag wurde in einer ersten Sitzung mit 9 gegen 6 Stimmen für dringend erklärt und zur Schlußberathung auf künftigen Donnerstag angesetzt. Die sechs Stimmen der Minorität waren kostbar genug zusammengesetzt: Preußen, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, Kurhessen und die freien Städte, d. h. Hamburg und Lübeck mit präsentirender Stimme gegen Bremen und Frankfurt. Alles was anrüchig ist durch Adelsherrschaft, Junkertrotz und sprichwörtliche Reaktion, im Bunde mit schnödem Patrizier- und Rhedergelüst, das über jede Ruhe in Warschau triumphirt: das widersetzte sich der sofortigen Entscheidung über die definitive Gestaltung der holsteinischen Regierungsverhältnisse, und das führte der preußische Gesandte, Herr v. Sydow, in den Kampf gegen die Freunde des allgemein anerkannten Erbrechtes, das die holsteinische Bevölkerung so lebhaft bestätigt hat.

Der 6. April ist vorüber, das Stimmverhältniß ist geblieben, Preußen ist „niedergestimmt" und hat bereits erklärt, daß es den „vertrauensvollen Erwartungen"*), die der Antrag ausspricht, nicht entsprechen wird. Was nun? Die „Augsb. Allg. Zeitung", die sehr genau eingeweiht ist, hat der Welt bereits das eröffnet, was so die Idee der Herren v. Beust, v. d. Pfordten und v. Dalwigk wäre. Damit hat, so viel ist gewiß, der deutsche Bund zu existiren aufgehört, Preußen stützt sich einfach auf seine Macht und wird sie geltend machen.

Was thun wir? so fragen die Herren v. Beust, v. d. Pfordten und v. Dalwigk, und sie antworten sich selbst in der Augsburger Ztg.: Das einzige Mittel, welches uns noch helfen könnte, wäre der Patriotismus unserer Bevölkerungen; wir müßten den Muth haben, die Gesinnung anzurufen, welche in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit das Wunder aller Wunder bewirkt hat, uns noch einmal vor Thorschluß populär zu machen, Hrn. v. d. Pfordten als Berichterstatter zu Frankfurt, Hrn. v. Beust als Gesandten zu London, Hrn. v. Dalwigk als Secundanten beider. Die Frage ist nur, ob wir diesen Muth haben werden, ob wir dem Volke diejenige Garantie zu geben wagen, ohne welche es sicherlich keinen Finger rührt.

Und worin bestände denn diese Garantie? In der Bildung einer Union und in der Zusammenberufung eines Unions-Parlaments aus sämmtlichen Staaten der Majorität am Bunde, mit Ausnahme Oesterreichs, welches sich vor der Hand freie Hand bewahren und Preußen gegenüber in neutraler Stellung verharren würde.

Die Union ist ein alter Gedanke, die schon der alte Fritz in Betracht zog, um einen Theil Deutschlands an sich heranzuziehen. 1849 hieß die Union das Dreikönigsbündniß, welches in Erfurt parlamentarische Redeübungen hielt. Auch der Nationalverein kam im Wesentlichen auf eine Union hinaus. Den Satz, daß die Bildung eines engeren Bündnisses kein Bundesbruch, kein Verrath an den Institutionen von 1815 sei, hat gerade Preußen bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck vertheidigt; die jetzt projektirte Union könnte daher alle ihre Rechtsgründe aus preußischen Staatsschriften und offiziellen Behauptungen entnehmen.

Wenn nun aber Preußen sein Bundesverhältniß kündigt, wenn es die Frage, ob solches nach der Congreßakte möglich ist, mit Gewalt entscheidet, wenn es die Gewalt, die jetzt seine höchste Devise ist, auch dem Bundesrecht entgegensetzt, nachdem es sie gegen sein eigenes Verfassungsrecht längst vollzogen hat: so müßte die neue Union doch auch Hand und Fuß bekommen und die Gewehre dürften nicht „beim Fuß" stehen bleiben, sondern müßten „in die Hand" genommen werden. Dann entstände neben dem Parlamente der Union auch ein Heer, und Parlament und Heer bilden zusammen so etwas wie ein Parlamentsheer! Das Commando aber über ein solches Heer könnte natürlich nur ein einheitliches sein, weil es aller Energie gegen 200,000 Preußen bedürfte, eben so wie die Unionsregierung aus einem Stücke sein müßte, um den Prinzipienkampf gegen den gefahrvollsten Partikularismus, der Deutschland noch bedroht hat, mit Entschiedenheit und Erfolg durchzuführen.

Die Frage an die Herren v. Beust, v. d. Pfordten und v. Dalwigk wird immer ernster und spitzer. Wollen die Herren es darauf ankommen lassen, sind die Herren auch auf dieses Aeußerste gefaßt, zu diesem Aeußersten entschlossen? Denn, dafern sie nicht zum Voraus genügende Bürgschaft geben, daß sie bis zu diesem Punkte mitgehen, wird sich zuverlässig der Volksgeist, der das Arsenal der kriegerischen Kraft Deutschlands ist, nicht rühren; er wird vielmehr die Oberprofoße der Würzburger Reaktion sich selbst und ihren Schicksalen überlassen und einen ganz andern Moment für seine Erhebung und Bethätigung abwarten.

So stehen also die Sachen, und das wollen wir im Namen der tausende von Freiwilligen erklären, die sich unbedingt und auf jede Gefahr hin einem Parlamentsheere anschließen würden: der Gedanke läßt sich hören, es liegt Verstand in ihm; einmal kommt er zur Ausführung, jetzt oder später. Wer ihn im Ernst ergreift, wer ihm zur Wirklichkeit verhilft, der rettet Deutschland und erwirbt sich

*) Der Antrag lautet: „Hohe Bundesversammlung wolle unter Vorbehalt weiterer Beschlußfassung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung nunmehr zu übergeben, bezüglich der wegen des Herzogthums Lauenburg aber unter ihnen getroffenen Vereinbarungen der Bundesversammlung Eröffnung zugehen zu lassen."

die Unsterblichkeit, sein Standbild wird sich neben dem Hermanns des Cheruskers, neben dem des Freiherrn von Stein erheben. Dagegen, wer immer die Miene annimmt, ihn zu verwirklichen, der mache sich auf die strengste Beaufsichtigung, auf die unerbittlichste Kritik gefaßt; denn verzetteln und verunstalten läßt sich das deutsche Volk diesen Gedanken nicht. Er ist unsere ganze Zukunft, all' unsere Hoffnung, unsere politische Erlösung. Er ist das Dogma des neuen Deutschlands, die Bürgschaft unserer Einheit und Freiheit. Er scheidet die Besten der Nation, die Opferfähigen, die Thatkräftigen von dem ganzen Troß der „Patrioten", die mit ein paar Phrasen, vom Lotterbette erworbener Positionen aus gesprochen, die schwierigste Aufgabe der Weltgeschichte zu vollbringen wähnen. Er hat alle Diejenigen zu den feurigsten Bekennern, die in die bisherigen Unionsversuche noch kein Wort hineingeredet haben, die dem Einheitsgestammel mit stummer Verachtung zusahen, deren Zahl aber mit dem ersten Schimmer der Morgenröthe Legion sein wird.

Entscheiden Sie sich, meine Herren v. Beust, v. d. Pfordten und v. Dalwigk! Wollen Sie die großartigste Blamage, die Ihre Politik noch je erlebt hat und damit den Sieg der Annexionspolitik des Herrn v. Bismarck und zwar nicht blos für Schleswig-Holstein? Oder — gehören Sie zu uns?

Schleswig-Holstein. Am 26. März hat, wie wir früher mitgetheilt haben, der 36er Ausschuß eine Sitzung in Berlin gehalten, an welcher 12 Mitglieder desselben, aus Bayern, Baden, Frankfurt, Hannover, Großherzogthum Hessen, Holstein, Sachsen und Preußen, nämlich die Abgeordneten: Barth, Bluntschli, Sigmund Müller, v. Bennigsen, Metz, M. E. Wiggers aus Rendsburg, sowie der engere Ausschuß der Vereine in Schleswig-Holstein, verstärkt durch einige Vertrauensmänner, Theil nahmen. Bekanntlich ist der engere Ausschuß der Vereine in den Herzogthümern durch Wahl ohnlängst erneuert und sind die vorwiegend preußisch gesinnten Mitglieder aus demselben ausgeschieden. In dieser Sitzung des 36er Ausschusses ist nun mit dem neuen engeren Ausschuß jener Vereine die nachstehende Erklärung vereinbart worden.

Der engere Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine erklärt unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, hiedurch nicht der Gesammtheit der Vereine und noch weniger der Landesvertretung vorgreifen zu wollen, jedoch mit der Zusicherung, für den Inhalt dieser Erklärung seinerseits nach Kräften eintreten zu wollen, Folgendes:

1) Unantastbar ist das Recht der Herzogthümer Schleswig-Holstein, sich zu constituiren als selbstständiger und unabhängiger Staat mit dem Erbrecht des Mannesstammes, also unter Herzog Friedrich VIII. als Landesherr, und mit dem Recht, alle innere Angelegenheiten unabhängig zu ordnen, gleich jedem anderen deutschen Bundesstaate.
2) Eine rechtsbeständige Verfügung über das Schicksal der Herzogthümer ist nur möglich unter Zustimmung des schleswig-holsteinischen Volkes oder seiner nach dem Staatsgrundgesetz von 1848 berufenen Vertretung. — Das mit dem Interesse wie mit dem Rechte des Landes unverträgliche Provisorium muß schleunigst ein Ende nehmen.
3) Die Rechtssphäre der Herzogthümer ist begrenzt durch das Wohl und das Interesse Deutschlands; daher wahren sich die Mitglieder des engeren Ausschusses auf das entschiedenste gegen die Anschuldigung eines vermeintlichen Partikularismus. Sie sind vielmehr überzeugt, daß Herzog und Landesversammlung bereit sein werden, an Deutschland und, weil dieses zur Zeit in seinem Norden einen anderweiten hinlänglich mächtigen Repräsentanten seiner Interessen nicht hat, an Preußen die zur Sicherheit Deutschlands und zur Förderung seines materiellen Gesammtwohls erforderlichen Zugeständnisse zu machen.

Als solchergestalt im Interesse Deutschlands nützliche und mit Preußen zu vereinbarende Einrichtungen bezeichnen sie:

1a) die gleichartige Formirung, Ausbildung und Bewaffnung des schleswig-holsteinischen Heeres mit der preußischen Armee, etwa auch unter Vorbehalt einer wirklichen Inspektion Seitens Preußens,
1b) die Verfügung Preußens über die militairischen Kräfte Schleswig-Holsteins im Kriegsfalle,
1c) die Anlegung der zur Sicherung der deutschen Grenzen etwa nöthigen Festungen, befestigten Kriegshäfen rc. in Schleswig-Holstein durch Preußen.
2) Verfügung Preußens über die seedienstpflichtige Mannschaft der Herzogthümer nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen und Leistung eines verhältnißmäßigen Geldbeitrages Seitens der Herzogthümer zur Unterhaltung der preußischen Marine bis zur Gründung einer deutschen Flotte.
3) Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund und der Herzogthümer in den Zollverein, sowie Einräumung der in Bezug auf Anlage und Benutzung eines Nord-Ostsee-Canals erforderlichen Rechte an Preußen.

Dagegen erachtet der engere Ausschuß als durchaus unverträglich mit der Selbstständigkeit der Herzogthümer:

1) Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen.
2) Aushebung der Mannschaften für das Landheer Seitens Preußens und einseitige Uebertragung der preußischen Armee-Organisation, Militair-Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit auf Schleswig-Holstein ohne Mitwirkung der schleswig-holsteinischen Staatsgewalten.
3) Verwaltung des Post-, Zoll- und Telegraphenwesens durch andere als die eigenen Landesbehörden.

Der engere Ausschuß erklärt schließlich, daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins jeder Vergewaltigung den zähesten Widerstand entgegensetzen wird und im Kampfe gegen solche von dem Rechts- und Ehrgefühl der gesammten deutschen Nation Schutz und Beihülfe erwartet.

Berlin, 26. März 1865.

P. Jessen, Advokat, Altona. Graf Baudissin zu Friedrichshof in Dänischwohld. Dr. C. F. Heiberg in Schleswig, Appellationsgerichts-Advokat. J. C. Brokelmann auf Müssen, Gutsbesitzer. M. Schichling, Lehrer in Kiel. C. Reeder in Büllsbüll, Hofbesitzer. H. Hanken in Tönning, Hofbesitzer. R. v. Neergaard, Advokat in Kiel. Martin May, Redacteur.

Vertrauensmänner:

Dr. C. F. Lutteroth, Gutsbesitzer auf Klinken.
Cl. Mahlstadt, Gutsbesitzer in Kleinkempen.
Wilster Marsch. Chr. Heinsen, Hofbesitzer zu Julianen Mariencoog.

Darmstadt, 31. März. Die Führer der sogenannten „nationalen" Partei, welche aber in der That dem Nationalverein und seinen Beschlüssen auf der letzten Generalversammlung entgegentraten, und welche eher den Namen der „vaterlandsfeindlichen" verdienen, sind die Herren Römer und Graf Reventlow. Ersterer hatte schon früher gewisse, der geschäftsleitenden Commission in Frankfurt gemachte Zusagen über Haltung seines Blattes, der „Flensburger Norddeutschen Zeitung", nicht erfüllt. Graf Reventlow zählte dagegen zu den wichtigsten Anhängern des Herzogs Friedrich VIII. und vertrat längere Zeit dessen Interessen als diplomatischer Agent in Hamburg. Reventlow war einst Ausschußmitglied des deutschen Nationalvereins, trat aber nach der letzten Generalversammlung wegen der angeblich anti-preußischen (!?) Beschlüsse derselben, nicht allein vom Ausschuß, sondern auch vom Verein zurück. Ja, hiermit nicht genug, forderte der Hr. Graf sogar in Kiel zum Austritt aus dem Nationalverein auf und erwirkte in der That 14 Austritte. Jetzt ist Reventlow, der frühere Verfechter des Herzogs, von den österreichisch-preußischen Civil-Commissären als Amtmann in Fehmarn angestellt! Nach den neuesten Erfahrungen stehen aber hinter diesem Herrn nur winzig Wenige und werden die neuesten Beschlüsse des Sechsunddreißiger-Ausschusses in Berlin sie auf ein oder zwei Dutzend reduciren. (Hess. Lds.-Ztg.)

— Bekanntlich hat im vorigen Jahre der deutsche „Journalistentag" eine Geschichte der Maßregelungen der Presse in Nassau herauszugeben beschlossen, die Herr Lammers zu schreiben übernommen hat. Seitdem hat aber nichts darüber verlautet. Die „Hessische Landes-Zeitung" bringt nun darüber folgende Anfrage:

„Wo bleibt die Thätigkeit des vom deutschen Journalistentag in Eisenach eingesetzten Preßausschusses für Nassau?

Ein deutscher Abgeordneter."

(Der Vorstand des deutschen Journalistentags wird wohl darauf die Antwort nicht schuldig bleiben; insbesondere warum trotz der zunehmenden Preßmaßregelungen in Nassau die Ausführung jenes Beschlusses bis jetzt unterblieben ist. D. Red.)

Preußen. Die „kühne" Politik des Herrn v. Bismarck hat glücklich das Ziel erreicht, daß das preußische Kabinet heutigen Tages im Innern und Aeußern nur Feinde hat, und die schroffe Verachtung, die der pommerische Junker dem Abgeordnetenhause gezeigt, und die Verhöhnung, mit der er dessen Beschlüsse in den Staub getreten, führt jetzt dahin, daß das preußische Abgeordnetenhaus Herr der Lage geworden. Der Kammer, der man auf ihrem eigensten Rechtsgebiete, der Steuerbewilligung, Alles verweigert, was die Verfassung ihr gewährt, ist es nun in die Hand gegeben, den größten Theil der Entscheidung auf einem Gebiete an sich zu nehmen, das sie bisher noch nicht einmal zu betreten wagte, auf dem der auswärtigen Politik. Herr v. Roon braucht eine Anleihe, um eine Flotte für jene „guten Häfen" zu schaffen, welche nach seiner Aeußerung im Abgeordnetenhaus Preußen in der Ostsee bereits „hat". Bewilligt sie das Abgeordnetenhaus, so erklärt sie damit den Kampf der Fortschrittspartei gegen Bismarck für einen blöden Mißverstand der wahren Interessen Preußens; verwirft es sie, so spricht es aus, daß das Volk nichts wissen will von der Rechtlosmachung der Schleswig-Holsteiner, nichts von dem kühnen Griff nach fremdem Recht und Gut, nichts von dem Eintauschen neupreußischer Gloire gegen innere Knechtschaft, nichts vom ungeheuren Steuerdruck, der die armen Klassen auspreßt, um die Staatskasse für unverwilligte Kriegsausgaben zu füllen. Ein Nein des Abgeordnetenhauses als Antwort auf die Rede des Eroberers Roon wird bedeuten, daß die Annexion ohne Idee, die Nachahmung Sardiniens ohne den Muth, für ein Italien etwas zu wagen, das preußische Volk nicht hinter sich hat. Wird das Abgeordnetenhaus dieses Nein aussprechen? Die bisherige Mehrheit ist im Auseinanderfallen; Kirchthurmsinteressen haben bereits in einem und dem andern Falle über die Macht der berechtigten Grundsätze gesiegt. Wenn jetzt noch das „politische Diebsgelüste" des Großpreußenthums die Obmacht über das Verfassungsrecht und die Idee der Freiheit gewinnt, wenn das Abgeordnetenhaus um der Möglichkeit eines schnöden Vortheils willen das Selbstbestimmungsrecht des nordelbischen Volkes vernichten helfen will, so ist das gerade so viel, als verzichte es für immer auf die Rechte des preußischen Volkes, und als betrachte es die Dienstbarkeit deutscher Brüder als genügende Vergütung für eigene Dienstbarkeit. Wir werden es bald sehen, ob im preußischen Abgeordnetenhause Männer mit großem freien Blick oder engherzige Leute, die einen unsicheren Gewinn mit der Ehre ihres Landes erkaufen wollen, die Mehrheit bilden. Es handelt sich in der schleswig-holsteinischen Frage um noch weit mehr, als bisher die Philosophie der Annexionisten sich träumen ließ. (N. Fr. Z.)

Gotha, 5. April. In der heutigen Sitzung des gemeinschaftlichen Landtags entspann sich, wie die „Gothaische Zeitung" mittheilt, gelegentlich einer Mehrforderung von 253 Thlrn. für die Besoldung des coburg-gothaischen Bundestagsgesandten eine sehr lebhafte Debatte, in deren Verlaufe von Seiten mehrerer Abgeordneten dem Bundestage alle seine Schwäche und Kraftlosigkeit vorgeworfen wurde; der Bundestag habe sich überlebt, er sei ein morscher Stamm, der seinem Ende über lang oder kurz entgegengehe; derselbe sei schon mehrfach mit einer Leiche verglichen worden, eine Leiche statte man nicht aus wie eine lebende Person;

für die Erhaltung des Bundestags werde man nicht einen Pfennig mehr verwilligen, als man müsse; der Bundestag habe keine Sympathien im deutschen Volke; man unterstütze den Bundestag gewissermaßen, wenn man den Gehalt des bei demselben beglaubigten Gesandten erhöhe.

Aus Oels berichtet man: Unsere Stadt befindet sich in einer gewissen Aufregung wegen eines Vorfalls im hiesigen Gymnasium. Ein Sekundaner hielt am 22. des vergangenen Monats in der Zwischenstunde eine scherzhafte Rede, in die er auch einige an sich harmlose Unbesonnenheiten hineinverwebt haben soll, welche an das politische Gebiet streiften. Ein Mitschüler, v. P., denuncirte dies — nicht etwa dem Direktor — sondern dem Landrathe, der darüber an das Provinzial-Schulcollegium berichtete. In Folge dessen kam ein königl. Commissarius hierher, welcher über die Angelegenheit eine umfassende Untersuchung eröffnet hat. Zuvörderst ist der betreffende Sekundaner von der Schule entfernt worden, doch soll auch die von einer andern Seite kommende Nothwendigkeit sich als unabweisbar herausstellen, daß der Denunciant in Folge der gegen ihn herrschenden Aufregung die Oelser Schule mit einer anderen vertauscht.

Lörrach, 7. April. Es ist die sichere Nachricht hierher gelangt, daß Friedrich Hecker, zur Zeit im Staat Illinois wohnhaft, von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Consul in Zürich ernannt worden ist und wohl noch dieses Jahr nach Zürich übersiedeln wird.

Weimar, 6. April. Der Landtag hat mit 22 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Regierung um die Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, wonach die Militärgerichtsbarkeit nur auf militärische Vergehen und Disciplinarmaßregeln beschränkt werde. Die Regierung sprach sich durch den Minister v. Watzdorf gegen den Antrag aus, da diese Angelegenheit für ein kleines Contingent nicht allein geregelt werden könne. Warum denn nicht?

Frankreich. Der Industriepalast zu Paris, der die Weltausstellung von 1867 beherbergen soll, ist auf zwölf Millionen Franken veranschlagt und wird wohl noch ein Sümmchen mehr kosten. Das Geld wird zum größeren Theile von der Stadt Paris und der Staatskasse bezahlt. In England ist es bei den beiden Weltausstellungen von 1851 und 1862 Niemandem eingefallen, den Beutel der Stadt oder des Staates in Anspruch zu nehmen; die Männer der Industrie sorgten selbst für sich und wagten etwas an ihre Zwecke. In Frankreich soll bei jedem Anlaß die Regierung einschreiten, sie soll Alles thun und zu Allem helfen. Und ein Land, wo solche Ideen eingewurzelt sind in den Anschauungen der großen Masse, wird von den Regierungsblättern das freieste Land der Welt genannt.

Der „Volksvertreter" **L. N. Bonaparte** über die römische Expedition. Die „Opinion Nationale" frischt einen Brief auf, der bei Gelegenheit des Votums über die römische Expedition im Jahre 1849 geschrieben wurde. Er lautet: „An den Redacteur des Constitutionnel. Herr Redacteur, da ich vernehme, daß man meine Stimmenthaltung bei dem Votum bezüglich der Expedition nach Civita-Vecchia bemerkt hat, so glaube ich erklären zu sollen, daß, obwohl entschlossen, alle Maßregeln zu unterstützen, die geeignet sind, wirksam die Fahrt und Autorität des heiligen Vaters zu gewährleisten, ich doch nicht durch meine Zustimmung eine militärische Demonstration habe billigen können, die mir gefährlich schien selbst für die heiligen Interessen, die man schützen wollte, und geeignet, den Frieden Europa's zu compromittiren: L. N. Bonaparte, Volksvertreter." Der Kaiser L. Napoleon urtheilt freilich anders. So trübt der Besitz der Macht das gesunde Urtheil.

— **Spanien.** Die Regierung hat den Cortes Militärvorlagen gemacht, aus denen hervorgeht, daß Spanien bei fast gleicher Bevölkerung wie Preußen nur 100,000 Mann Truppen unterhält.

Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes Pius des Neunten,

von Joseph Mazzini.

(Fortsetzung.)

III.

Wir glauben in Gott, Geist und Liebe, Herr und Erzieher.

Wir glauben ferner in ein höchstes moralisches Gesetz, Ausdruck seines Geistes und seiner Liebe.

Wir glauben in ein Gesetz der Pflicht für uns Alle, die wir berufen sind, sie zu erfassen und zu lieben, und soviel wie möglich in unseren Handlungen zu verwirklichen.

Wir halten das Leben für die einzige sichtbare Kundgebung Gottes; und in ihm suchen wir die Anzeichen des göttlichen Gesetzes.

Wir glauben, daß so wie Gott einer ist, so auch das Leben eines sei, eines das Gesetz des Lebens, inmitten seiner doppelten Kundgebung, im Individuum und in der collectiven Menschheit.

Wir glauben an das Gewissen, Offenbarung des Lebens im Individuum und in der Tradition, Offenbarung des Lebens in der Menschheit, als der beiden einzigen Mittel, welche Gott uns gegeben hat, um seinen Willen zu verstehen; und daß, wenn die Stimme des Gewissens und die der Tradition miteinander übereinstimmen in einer Bejahung, diese Bejahung die Wahrheit enthält oder einen Theil der Wahrheit.

Wir glauben, daß die eine und die andere Stimme, getreulich von uns befragt, uns offenbaren, daß das Gesetz des Lebens der Fortschritt sei; unbegränzter Fortschritt in allen Kundgebungen des Seins, dessen Lebenskeime sich in allen ihren Phasen fortwährend entwickeln.

Wir glauben, daß, da das Leben eines ist und eines sein Gesetz, derselbe Fortschritt, der sich in der gesammten Menschheit vollzieht, und uns zugleich durch die Tradition offenbart ist, sich ebensowohl im Individuum vollziehen muß, und weil der unbegränzte, von dem Gewissen vorausgesehene und begriffene, von der Tradition verkündete Fortschritt sich nicht verwirklichen kann in dem kurzen weltlichen Dasein des Individuums, glauben wir, daß er sich anderswo vollziehen wird; und wir glauben an die Fortdauer des Lebens, welches sich in jedem von uns kund gibt, und von dem das irdische Dasein nur ein Bruchstück ist.

Wir glauben, daß wie in der collectiven Menschheit jedes Streben nach Verbesserung, jedes Vorgefühl eines größeren und reineren Ideals, jede mächtige Aufstrebung zum Guten, sich, zuweilen nach Jahrhunderten, in Wirklichkeit verwandelt, so im Individuum jeder Begriff des Wahren, jedes, heute vergebliche, Streben zum Ideal und zum Guten, das Versprechen einer künftigen Entwicklung ist, ein Keim, der sich in der Folge der Existenzen, aus denen das Leben besteht, enthüllt; wir glauben, daß, sowie die collective Menschheit allmälig vorwärtsschreitend das Verständniß der eigenen Vergangenheit sich erobert, so auch das Individuum, vorwärtsschreitend auf dem Wege des Fortschrittes und im Verhältniß zu seiner moralischen Erziehung, das Bewußtsein und die Erinnerung seines vergangenen Daseins sich erobert.

Wir glauben nicht nur an den Fortschritt, sondern an die Solidarität der Menschen in ihm; wir glauben, daß, wie in der collectiven Menschheit die Generationen sich an Generationen anreihen, und das Leben der einen die andere stärkt und befördert und ihnen hilft, so auch die Individuen sich an die Individuen anreihen und das Leben der einen hier und dort dem Leben der anderen nütze; wir glauben, daß die reinen, tugendhaften und beständigen Zuneigungen das Versprechen einer Gemeinschaft in der Zukunft, und ein unsichtbares, aber an Handlungen fruchtbares Band sind zwischen den Dahingeschiedenen und Lebenden.

Wir glauben, daß der Fortschritt, das Gesetz Gottes, unfehlbar sich für Alle vollziehen muß; aber wir glauben, daß, da wir uns das Bewußtsein erobern und durch unser Werk verdienen müssen, Zeit und Raum uns von Gott überlassen sind, als eine Sphäre der Freiheit, in welcher wir, es beeilend oder verzögernd, sie verdienen oder nicht verdienen können.

Wir glauben ferner an die menschliche Freiheit, Bedingung der menschlichen Verantwortlichkeit.

Wir glauben an die menschliche Gleichheit, d. h., daß Allen die nöthige Fähigkeit und Kraft zu einem gleichen Fortschritte gegeben ist; wir glauben, daß Alle berufen und erwählt sind, ihn in verschiedener Zeit zu vollziehen und je nach dem Werk eines Jeden.

Wir glauben, daß, sowie das Böse dem Fortschritt, der Freiheit, der Gleichheit, der menschlichen Solidarität entgegengesetzt ist, so das Gute ihrer Entwicklung nützt.

Wir glauben an die Pflicht für uns Alle und für Jeden von uns, ohne Rast zu kämpfen gegen das Böse, mit dem Gedanken und der That, und das Gute zu fördern; wir glauben, daß in der Bekämpfung des Bösen und der Beförderung des Guten in Jedem von uns es nöthig sei, das Böse in dem Andern zu überwinden und das Gute in ihnen und für sie zu befördern; wir glauben, daß Niemand sich Heil erwerben kann, als wer arbeitet, die eigenen Brüder zu retten; wir glauben, daß der Egoismus das Zeichen des Bösen ist, die Aufopferung das der Tugend.

Wir glauben, daß das gegenwärtige Dasein eine Stufe für ein künftiges sei, die Erde ein Ort der Prüfung, wo, das Böse bekämpfend und das Gute befördernd, wir uns das Aufsteigen verdienen müssen; wir glauben, daß es eine Pflicht für Alle und Jeden sei, zu arbeiten, um sie zu heiligen, auf ihr so viel wie möglich das Gesetz Gottes verwirklichend, und aus diesem Glauben schöpfen wir unsere Moral.

Wir glauben, daß der seit dem Beginne der Menschheit uns eingeborene und heute ein Streben des Geistes gewordene Instinkt des Fortschrittes die einzige Offenbarung Gottes den Menschen gegenüber sei, eine fortwährende Offenbarung und für Alle zugänglich; wir glauben, daß durch die Kraft dieser Offenbarung die Menschheit von Epoche zu Epoche, von Religion zu Religion, auf dem ihr angewiesenen Weg der Verbesserung fortschreitet; wir glauben, daß, wer auch heute sich anmaßte, in sich den Mittelpunkt der Offenbarung darzustellen und sich für den privilegirten Vermittler zwischen Gott und Menschen auszugeben, eine Gotteslästerung beginge; wir glauben, daß die Macht heilig ist, wenn sie vom Genius und der Tugend geweiht werden, den einzigen Priestern der Zukunft, und sich durch die höchste Kraft des Opfers manifestirt, das Gute predigt, und, freiwillig angenommen, sichtlich zu ihm führt; aber wir glauben, daß es Pflicht sei, jede Macht, die nicht mit diesen

Eigenschaften begabt ist, als Tochter der Lüge und Mutter der Tyrannei zu bekämpfen und aus der Welt zu schaffen; wir glauben, daß Gott Gott ist und die Menschheit sein Prophet.

Dies ist in den Hauptsachen unser Glaube, in ihm umfassen wir ehrfurchtsvoll, als Stadien des gemachten Fortschritts, alle die vergangenen religiösen Kundgebungen und als Symptome und Vorgefühle des künftigen Fortschrittes alle die strengen und tugendhaften gegenwärtigen Kundgebungen des Gedankens; in ihm fühlen wir Gott als den Vater Aller, die ganze **Menschheit** in der Gemeinschaft ihres Ursprungs, ihres Gesetzes und ihres Zieles verbunden, die Erde von Grad zu Grad der Erfüllung des göttlichen Willens in ihr, geheiligt; das Individuum mit Unsterblichkeit, Freiheit und Macht begnadigt, und verantwortlicher Arbeiter am eigenen Fortschritt; in ihr leben wir, in ihr sterben wir; in ihr lieben und arbeiten, beten und hoffen wir. In ihrem Namen sagen wir Ihnen: Steigen Sie von dem Sitz herab, den Sie heute usurpiren; und in Wahrheit, ehe das Jahrhundert sich vollendet, werden Sie herabsteigen.

Der Glaube, den Sie in der Encyclica vom 8. December 1864 aussprechen, verleugnet Himmel und Erde, Menschheit und Individuum zu gleicher Zeit. Gott ist das Wesen, das bejaht, und Sie geben vor, durch Negationen zu leben. Die Irrthümer, gegen welche Sie im ersten, zweiten und dritten der, der Encyclica beigefügten Artikel, Ihr Anathema schleudern, berühren uns nicht, wir glauben, daß die Quelle jeder Herrschaft in Gott und seinem Gesetze beruht, und deshalb verneinen wir ebenso den Pantheismus, der Gott mit seiner Manifestation verwechselt, wie jede Autorität, die nicht das Gesetz Gottes auf der Erde verwirklicht. Ebensowenig treffen uns die lange Reihe der von Ihnen veröffentlichten Artikel, welche die alte Frage, die Consequenz des christlichen Dualismus zwischen der geistlichen und weltlichen Macht, behandeln; wir glauben an eine einzige Macht, an die Herrschaft des moralischen Gesetzes und aus diesem folgern wir die Legitimität oder Illegitimität einer jeden weltlichen Macht. Wir glauben an die Kirche, an die wachsende, erhaltende und jenes Gesetz entdeckende Brüderschaft der Gläubigen. Aber ist das Ihre Kirche? Sind Sie der Verwalter dieser Macht, die wir Alle als über jeder Macht erhaben anrufen?

Socialer Theil.

Burg und Staffordshire.

(Nach der „Neuen Frankfurter Zeitung.")

In der preußischen Fabrikstadt Burg und in dem englischen Staffordshire ist fast gleichzeitig ein Krieg zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ausgebrochen. Kein Krieg mit den Waffen der Gewalt, nur ein Wettstreit, ob Hunger oder Geld mehr Beharrlichkeit beweisen werde.

In Burg steht zweifellos auf Seiten der Arbeiter das volle Recht, während in England und Schottland die Arbeiter von der Schuld an der bedenklichen Wendung nicht ganz freizusprechen sind. Dennoch ist in dem Inselreiche der Sieg der Arbeiter, wenn nicht wahrscheinlich, so doch möglich; in Burg aber wird nach kurzer Frist den Armen nur die Wahl zwischen dem Verhungern und der Unterwerfung unter den Willen der Fabrikanten bleiben. Die Ursache liegt in dem Umstande, daß in England Wind und Sonnenschein gleich vertheilt sind auf Fabrikanten und Arbeiter; in Preußen aber wie in ganz Deutschland die arbeitende Klasse durch zahlreiche bevormundende Gesetze eingeengt und geschädigt wird. Unsere fürsorglichen deutschen Regierungen erblicken in jeder Arbeiterverbrüderung das Gespenst der Revolution, springen herbei und strafen die Rädelsführer. Sie werden auch aus den jetzigen Vorgängen in den englischen Eisendistrikten nicht einsehen, daß die gewaltthätige Einmischung der Obrigkeit dieselbe socialistische Sünde ist, wie gewaltsame Schritte der Arbeiter zur Erzielung höherer Löhne. Das Verhältniß von Angebot und Nachfrage duldet eine Störung so wenig von oben, wie von unten. Es ist noch nie durch Strikes eine dauernde Steigerung der Arbeitslöhne erzielt worden, vielmehr hat jeder gelungene Strike einen Rückschlag zum Nachtheil der Arbeiter zur Folge gehabt. Andererseits haben beschränkende Gesetze und polizeiliches Eingreifen das naturgemäße Steigen des Arbeitslohnes nur vorübergehend aufhalten können.

Der Hauptgewinn aus der Koalitionsfreiheit besteht in dem gesteigerten sittlichen Bewußtsein der Arbeiter, das zuletzt auch den Fabrikanten zu Gute kommt. Wir dürfen es mit Genugthuung betrachten, daß die deutschen Arbeiter, auch ehe sie in Besitz des Rechtes gelangt sind, ein so lebhaftes Bewußtsein ihres Menschenrechtes und ihrer Menschenwürde zeigen, daß sie lieber das schwerste Elend ertragen, als sich einer allem Ehrgefühl Hohn sprechenden, ihnen aufgezwungenen Fabrikordnung unterwerfen. Es widerstrebt schon den Menschenrechten, daß — mit zwei Ausnahmen — die Fabrikbesitzer von Burg einseitig die Fabrikordnungen erlassen haben; nur dann können die letzteren auf gewissenhafte, eifrige Befolgung rechnen, wenn sie zwischen beiden Parteien vereinbart und ein zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer rechtlich geschlossener Kontrakt sind. Die ehrenrührigsten Bestimmungen, das Verbot des Mitbringens von Mänteln, sowie von Kleidern mit Taschen, und die Einführung der Visitation, sind allerdings in Folge der ersten Arbeitseinstellung aus den Fabrikordnungen entfernt worden; dagegen halten die Fabrikanten noch immer daran fest, für die Accordarbeiter eine täglich vierzehnstündige Arbeitszeit festzusetzen und das Zuspätkommen mit Geldbußen zu rügen. Vierzehn Stunden täglich! Wozu denn dieser polizeiliche Zwang? Gegen träge Arbeiter schützt das Kündigungsrecht; fleißige Arbeiter werden ohnedies nach Kräften thätig sein. Ueberdies wird ein Handarbeiter, wenn er zwölf Stunden fast ohne Unterbrechung arbeitet, eben so viel leisten, als wenn er vierzehn Stunden am Webstuhle sitzt, aber aus Uebermüdung während der letzten Stunden entweder nur langsam arbeiten kann, oder jede Viertelstunde pausiren muß. Nur Uebermuth und böser Wille kann deshalb die Ursache sein, daß die Fabrikbesitzer in Burg an der Festsetzung der Arbeitszeit für Accordarbeiten festhalten; und die Arbeiter sind in vollem Rechte, sie geben einen Beweis ihrer Bildung und Sittlichkeit, daß sie sich dem Uebermuthe der Fabrikanten nicht fügen wollen.

Aber trotzdem sie Recht haben, werden sie leider schwerlich Recht behalten. Ihnen fehlt die Freiheit, welche die englischen Arbeiter mächtig macht gegen jede ungerechtfertigte Zumuthung. Was den preußischen Arbeitern vornehmlich mangelt, ist die Gewerbefreiheit, die ihnen gestatten würde, einen anderen Erwerbszweig, zu dem sie Fähigkeit besitzen, zu ergreifen; ferner die Freizügigkeit, ohne welche sie immer in den Händen des Fabrikbesitzers bleiben. Für Preußen besteht allerdings die Freizügigkeit gesetzlich, aber sie ist eingeschränkt durch die Willkür der Polizei. Unserem deutschen Arbeiter im Allgemeinen fehlt ferner das Auswanderungsrecht, wenigstens ist dasselbe durch Militärpflicht und Paßplackerei eingeschränkt. Vor Allem aber ist zur Besserung der Lage des Arbeiterstandes das Vereinsrecht nöthig, welches in der Mehrzahl der deutschen Länder allerdings besteht, aber durch das Verbot der Verbindung der Vereine untereinander beeinträchtigt wird. Nicht minder dringend ist eine gesetzliche Regelung des Genossenschaftswesens, ohne welche es dem mittellosen Arbeiter geradezu unmöglich gemacht ist, zu wirthschaftlicher Selbstständigkeit zu gelangen.

Die Arbeiter Großbritanniens sind durch große Gesellschaften mit einander verbunden; in dieser Organisation liegt ihre Macht. Dennoch haben sie auf die Festsetzung des Arbeitslohnes nie einen dauernden Einfluß üben können; denn entweder wird der künstlichen Verminderung des Angebots durch Hinzuströmen fremder Arbeitskräfte ein Ende gemacht, oder aber die Fabrikanten müssen nachgeben und können dann mit der auswärtigen Industrie nicht mehr Schritt halten. In beiden Fällen schlägt die Arbeitseinstellung zum Nachtheile der Arbeiter aus. Dagegen steigen die Arbeitslöhne von Jahr zu Jahr nicht in Folge der Furcht der Arbeitgeber vor der Arbeiterverbrüderung, sondern in Folge des steigenden Arbeitsbedarfs.

Wenn aber die Arbeitervereine auch nicht auf die Höhe der Löhne einwirken können, so sind sie doch im Stande, jede ehrenrührige, eines freien Mannes unwürdige Zumuthung der Arbeitgeber durch dauernde Arbeitseinstellung zur Zeit großen Arbeitsbedarfs unmöglich zu machen. Die Arbeiter können gemeinsam, in geschlossener Masse auftreten, und darum sind sie mächtig. Den Tuchmachern in Burg fehlt dieses Recht, sie können gegen den Willen oder den Eigensinn der Fabrikanten nichts ausrichten. Darum aber erwächst allen deutschen Arbeitern und Arbeiterfreunden die Pflicht, die Unglücklichen nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Arbeitervereine ganz Deutschlands müssen ihnen mit Geldspenden zu Hilfe kommen, und die vernünftigen Fabrikanten ihnen Arbeit geben. Männer, denen die Ehre höher steht, als das materielle Interesse, gehören gewiß zu den Besten, Fleißigsten, Ehrenhaftesten ihres Standes.

Richard Cobden,

einer der Führer der englischen Friedens- und Freihandelspartei, bekannter unter dem Namen Manchesterpartei nach dem Mittelpunkte ihrer Thätigkeit, ist im Jahr 1804 in Midhurst in Sussex geboren. Sein Vater war Pächter einer kleinen Farm, und das zukünftige Parlamentsmitglied mußte in seiner Jugend die Schafe hüten, verließ aber frühzeitig das väterliche Haus, um in London sein Glück zu suchen. Bei einem Verwandten, der eine Kattunfabrik hatte, fand er Verwendung in einer untergeordneten Stelle. Sein Fleiß und seine Thätigkeit brachten ihn bald empor, bis er sich eine gründliche Kenntniß des Geschäfts und Beifall und Achtung seines Prinzipals erworben hatte. Er wurde auswärtiger Agent für sein Haus und bereiste als solcher die Vereinigten Staaten und einen großen Theil von Europa. Dabei schenkte er seine Aufmerksamkeit nicht blos seinen Geschäftsinteressen, sondern machte sich auch mit den politischen und socialen Zuständen der Länder, die er bereiste, vertraut.

Fleiß und Thätigkeit setzten ihn bald in Stand, sich, und zwar in Manchester, selbstständig zu machen. Energie und Umsicht bleibt selten vom Glück unbelohnt, und Cobden sah sich nach Verlauf kurzer Zeit im Besitz eines blühenden Geschäfts, das er selbst durch Fabrikation von Kattun mit geschmackvolleren Dessins, als seine Concurrenten erzeugten, in Schwung brachte. Dabei fand er Zeit zu schriftstellerischer Thätigkeit und zog die Aufmerksamkeit des Publikums in nicht geringem Maße durch zwei politische Flugschriften „England, Irland und Amerika" und „Rußland"

Digitized by Google

auf sich. Die letztgenannte Schrift war bestimmt, den Glauben an die unermeßlichen Hülfsquellen des Czaaren zu beseitigen und die öffentliche Meinung von der Furcht vor dieser Macht zu befreien, welche andere Publizisten und Redner zu erregen liebten. Cobden bemühte sich zu zeigen, daß das beste und in der That einzige Mittel, die große nordische Macht zur Freundin Englands zu machen, die Herstellung eines gewinnreichen, auf Freihandelsgrundsätzen beruhenden Verkehrs zwischen beiden Ländern sei. Die von ihm aufgestellten Grundsätze wurden von der schutzzöllnerischen Presse auf das heftigste angegriffen, und bald darauf begann der Kampf, der nach langem Ringen mit der Aufhebung der Korngesetze endigte. Die Agitation aber, welche bis zu diesem Ziele führte, fand in Cobden einen Hauptführer. Die erste Stadt, welche den Agitator ins Parlament schickte, war Stockport, das ihm 1841 seine Stimmen gab. Seine einfache, ungeschminkte Rede, die geschäftsmäßige Weise, mit der er seine Thatsachen zu benutzen und zu ordnen verstand, und der Muth, mit dem er seine Ansichten aussprach, gewannen ihm bald die Beachtung des Hauses, die er sich immer zu bewahren gewußt hat. Nachdem durch die Aufhebung der Korn-Zölle der Sieg erfochten war, belohnten ihn seine politischen Freunde durch Eröffnung einer Subscription für ihn, die ihm, gewissermaßen als Nationalbelohnung, eine Summe von mehr als 70,000 Pfd. eintrug.

Cobden gab nunmehr sein Geschäft als Kattundrucker auf und widmete sich ganz der Politik. Da das bisher verfolgte Ziel erreicht war, so wendete er seine Unterstützung der Partei zu, die in dem Friedensvereine ihren Mittelpunkt findet und für das Aufhören des Krieges wirkt. Er ist außerdem für die geheime Abstimmung, für die Ausdehnung des Stimmrechts, kurze Parlamente, Finanzreform und die Aufhebung aller die Verbreitung von Kenntnissen hindernden Abgaben thätig. In den letzten Jahren hat er durch seinen Widerstand gegen die Verstärkung der Landesvertheidigung und gegen den Krieg mit Rußland viel von seiner Popularität eingebüßt.

Zu den großen Verdiensten, die sich der am 2. April Morgens 11 Uhr Verstorbene um sein Vaterland erworben hat, ist noch der 1860 abgeschlossene französisch-englische Handelsvertrag zu rechnen, wozu er sehr wesentlich beigetragen hat. Die Londoner und die Pariser Blätter vom 2. April widmen dem Manne, welcher sich ganz durch eigene Kraft eine so hervorragende Stellung in seinem Vaterlande erkämpfte, ohne Ausnahme einen ehrenden Nachruf und sie beklagen seinen Verlust als einen sehr großen für sein Vaterland und die Menschheit. Es ist unleugbar, daß der Mann Großes geleistet hat und daher wird sein Andenken auch im Segen bleiben.

Vermischtes.

In einem Bericht über den Spar- und Consumverein „Selbsthülfe" in Berlin, bemerkt die „Innung der Zukunft" über das Tischlergewerbe in Berlin: „Berlin behauptet in der Tischlerei, wenigstens in einigen Zweigen derselben, die erste Stelle nicht blos in ganz Deutschland, sondern vielleicht in der ganzen Welt. Berliner Möbel werden nach allen Welttheilen ausgeführt. Demgemäß gibt es hier mehrere tausend selbstständige Tischlermeister und zur Zeit über 8000 Tischlergesellen. In der Berliner Tischlerei ist die größte Arbeitstheilung durchgeführt; es wird, soweit es überhaupt möglich ist, nur auf Stück gearbeitet. Die Gesellen verdienen je nach ihren Leistungen und der Art der Arbeit einen wöchentlichen Accordlohn von 3 bis 12 Thlr., bei Instrumenten (Pianofortes und Pianinos), einzelne sogar bis 15 Thlr. Durchschnittlich kann man 5 Thlr. rechnen. Bei Arbeiten, die nicht gut auf Stück zu machen sind, namentlich Arbeiten der Bautischlerei, wird im Sommer ein Wochenlohn von 5 bis 6 Thlr. gezahlt. Die Berliner Tischler, Meister wie Gesellen, haben sich übrigens seit langen Jahren durch ihr Streben für unbeschränkte Gewerbefreiheit vor manchen andern Handwerken hervorgethan."

Vom Büchertisch.

Das päpstliche Rundschreiben und die 80 verdammten Sätze, erläutert durch Kernsprüche von Männern der Neuzeit, sowie durch geschichtliche und statistische Notizen. Duisburg 1865.

Eine sehr verdienstliche Arbeit, die allem deutschen Volke, katholischem wie protestantischem, bestens empfohlen sei. Vorangeschickt ist in unverkürzter Gestalt das päpstliche Rundschreiben vom 8. Decbr. 1864 nebst jenen 80 Sätzen, durch welche die kostbarsten Errungenschaften europäischer Geisteskultur in Acht und Bann gethan werden; alsdann folgen Schritt auf Schritt die Erläuterungen in der auf dem Titel angegebenen Weise. Es werden nämlich den päpstlichen Behauptungen die Gedanken und Worte von Männern gegenüber gestellt, durch deren rastlose Arbeit unser Volk geworden ist, was es ist. Unter solcher Beleuchtung freilich erscheinen diese römischen Satzungen in traurigster Gestalt, etwa wie mühseliges Flackern einer Thranlampe im Glanze der Mittagssonne, und der Text des Rundschreibens nebst Zubehör stellt sich heraus wie ein mottenzerfressenes Stück Gewebe, das reif geworden ist für den Kehrichthaufen. So hat denn auch die päpstliche Encyclica ihr Schicksal erfüllt; sie ist, um an ein Wort Goethe's zu erinnern, ein Theil jener Kraft geworden, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Als ein Gutes dieser Art begrüßen wir mit Recht die vorliegende kleine Schrift mit ihrem großen Inhalt und vielfältig anregenden Stoff, eine Schrift, um es kurz zu sagen, die allen freien, d. h. denkenden Menschen als ein Handbuch zu täglichem Gebrauch empfohlen zu werden verdient.

Der Harkenverein.

In Nr. 116 haben wir einen Bericht über das von Arnold Ruge herausgegebene Volks-Jahrbuch „Die Harke" gebracht. Mittlerweile ist uns folgendes, diese Veröffentlichung betreffendes Circular von Arnold Ruge zugegangen:

7, Park Crescent, Brighton,
den 19. März 1865.

Der Harkenverein.

P. P.

Ich habe es versucht, in dem Jahrbuch des Volks, „der Harke", die gegenwärtige Geschichte ganz objectiv darzustellen, die Prinzipien jedes Volks darzulegen, und daran seine weitere Entwicklung zu knüpfen.

Sogleich das 1. Heft, das Sie kennen, ist in Berlin, der Metropole der nämlichen Principien, die ich angewendet, mit Beschlag belegt worden.

Wir brauchen aber eine politisch und historisch-begründete Oppositionspresse — wir brauchen jetzt endlich wieder Preßfreiheit; und ich schlage daher vor, sie in diesem Falle sofort einzuführen, d. h. der Polizei die Macht über unsere Veröffentlichungen zu nehmen, und dem, der sich beklagen will, nichts übrig zu lassen, als unsere zuständigen Richter und — die Presse.

Dies läßt sich auf folgende Weise machen: Wir stiften einen Harkenverein.

1) Jedes Mitglied zahlt $1\frac{1}{3}$ Thlr. für den Jahrgang „der Harke" im Voraus und nimmt alle Verluste an weggenommenen Heften auf sich.

2) Die Harke wird direct vom Herausgeber bezogen in Ballen, per Eisenbahn oder per Post.

3) Ja, es wäre rationell, wenn jeder Abonnent für weggenommene Nummern doppelt zahlte, um alle Wegnahme, womit man die Herausgeber schädigen will, in das Gegentheil zu verkehren. Aber es ist genug, wenn der Verein nur das ganze ökonomische Risico auf sich nimmt, wobei jeder Einzelne immer nur einige Silbergroschen in der Form irgend eines weggenommenen Heftes wagt, den Herausgebern aber die Möglichkeit der Beschädigung durch Beschlagnahme gänzlich abnimmt.

Es ist von der höchsten Wichtigkeit, daß man sich in Deutschland an dieselbe Sprache gewöhne, die in England Jedermann führt und Jedermann hören kann.

Es ist aber auch wichtig, daß die, welche so reden und denken, sich in unbefangener Weise zusammenfinden und sich Gehör verschaffen.

Ich biete Euch zu diesem Zweck die Harke an, wie die Probe des ersten Hefts sie gibt. Stiftet Ihr den Harkenverein, und haltet sie, so lange sie Euch gefällt, frei und unabhängig empor!

Es sind mindestens 3000 Mitglieder nöthig, um den Zweck des Vereins zu erreichen und die Arbeit, die das Unternehmen erfordert, zu bezahlen. Arnold Ruge.

An die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung in Coburg.

Erklärung. In Nr. 118 dieses Blattes befindet sich eine Correspondenz aus Zürich 17. März, die — abgesehen von den Entstellungen der Thatsachen — mit Verdächtigungen und Verläumdungen der Unterzeichneten angefüllt ist. Indem wir in Betreff der allgemein politischen Seite jenes saubern Machwerks auf das verweisen, was der hiesige Centralausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine in der Schweiz zur Abwehr der lügnerischen Verunglimpfungen seiner beiden Mitglieder kundzugeben unternommen hat, erklären wir den korrespondirenden Denunzianten sowohl in Betreff der allgemein politischen Seite als auch namentlich in Betreff der Arbeiterfrage hiermit öffentlich für einen boshaften und ehrlosen Verleumder.

Dieselbe Erklärung haben wir dem in jenem Schmähartikel genannten A. Hitzschold, Redakteur des Felleisens, auf privatem Wege zukommen lassen, nachdem derselbe schon in der betreffenden Arbeiter-Versammlung einerseits von Beust umsonst aufgefordert worden war, ähnliche Verdächtigungen und Schmähungen zu beweisen oder — sich fortan den ehrlosen Titel eines Verleumders gefallen zu lassen, andererseits von Ladendorf keiner andern Antwort gewürdigt worden war, als daß derselbe dergleichen Verleumdungen mit Verachtung zurückweise. A. Hitzschold häufte und steigerte — statt der freilich unmöglichen Beweisführung — seine persönlichen Schmähungen, wie er denn auf einen Brief von Beust vom 16. März, worin es u. A. heißt: „wie ich Ihre Taktik, den Gegner in Prinzipienfragen durch **persönliche Angriffe und Verleumdungen zu bekämpfen**, von Grund der Seele **verachte**," statt jeder persönlichen Rückäußerung mit der bezeichneten lügnerisch boshaften Denunziation vom 17. März charakteristisch genug antwortet. — Zum Schluß müssen wir noch bemerken, daß wir bei dem hiesigen sog. Arbeiterbildungsverein unsern Austritt angezeigt haben, im Interesse der Sache und der zu uns stehenden Minderheit der Arbeiter uns weitere Schritte vorbehaltend.

Zürich, 7. April 1865

F. Beust. Aug. Ladendorf.

Mit den dortigen Verhältnissen näher nicht bekannt, und in den Differenzen, um die es sich hier handelt, unsere vollkommen neutrale Stellung wahrend, halten wir uns der Gerechtigkeit zu Ehren verpflichtet, der vorstehenden Erklärung ebenso die Spalten zu öffnen, wie dies hinsichtlich der bezüglichen Correspondenz aus Zürich geschehen ist. Ueber den Verfasser der letzteren und darüber, ob man sich in der Person desselben irrt oder nicht, uns auszusprechen, ist unsere Sache nicht. Was aber die Züricher Correspondenz in Nr. 118 unseres Blattes anlangt, so ist dieselbe in einem Moment hier eingetroffen, in welchem wir mit anderen Geschäften so überladen waren, daß die Correspondenz unserer genauen Durchsicht um so mehr entging, als dieselbe in dem Eingang des Begleitschreibens als eine allgemeine Correspondenz über die Gesammtlage der Schweizerischen Arbeitervereine und als fern von persönlichem Interesse, lediglich im Interesse der Sache

liegend sich einführte, so daß wir auf die thatsächliche Richtigkeit und Treue derselben uns glaubten verlassen zu dürfen, zumal da wir in solchen Fällen auch bei den befreundeten Vereinen der Schweiz, gleichwie bei allen übrigen, in solchem Vertrauen uns bisher nie getäuscht gesehen haben. Bei vorgängiger Durchsicht würde die Correspondenz allerdings mindestens nicht ohne Redaktionsbemerkung geblieben sein. Die beiden Angegriffenen sind uns als treue Patrioten bekannt und was Dr. Ladendorf anlangt, so ist derselbe überdies ein Opfer der nichtswürdigsten Reaction, dem selbst ein starker Grad der Verbitterung sehr nachzusehen sein würde. Wenn derselbe in seinen Vorträgen geäußert haben soll, daß in Lassalle's Lehren manches Gute enthalten sei, so ist dies ein Zugeständniß, welches ihm nach unserem Dafürhalten nichts weniger als zum Vorwurf gereicht. Daß manches gute Korn Wahrheit, nur leider nach unserer Meinung mit äußerlich glänzenden Irrthümern und Trugschlüssen allzusehr vermischt, in den Lehren Lassalle's sich findet, wird von jedem Unbefangenen anerkannt und ist auch von unserem Blatt mehr als einmal anerkannt worden, ohne daß uns dies abgehalten hat, um so energischer die Irrthümer zu bekämpfen; wie wir denn überhaupt es im Interesse der Arbeiter halten und von Anfang an gehalten haben, in dem theoretischen Meinungsstreit nicht blind leidenschaftlich Partei zu ergreifen, sondern sich zu bemühen, über das Wahre in beiden einander gegenüberstehenden Ansichten sich klar zu werden und das Beste, ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt, von dem aus es vertreten wird, praktisch sich zu Nutz zu machen.

Auffallend war uns nur, als die Correspondenz gedruckt uns zu Gesicht kam, die in obiger Erklärung freilich nunmehr als Verleumdung bezeichnete Behauptung, einer stattgefundenen neueren Empfehlung des „Socialdemokrat“, — des Organs, welches dazu bestimmt zu sein scheint, auch das Wahre und Gute in den Ideen Lassalles im Dienste der Reaction in einer Weise zu verhunzen, daß, wie wir glauben, Lassalle sich noch im Grabe umwenden würde, wenn er davon wüßte.

Diese Redaktionsbemerkungen wollten wir wenigstens für heute hier noch nachholen. Im Uebrigen aber mag diese Angelegenheit in Rede und Gegenrede hiermit ihren Abschluß finden, da die Masse des uns regelmäßig vorliegenden Stoffes und das Interesse der Arbeitersache uns nicht gestatten, Differenzen mehr persönlicher Natur in den Spalten unseres Blattes über das Nothwendige und Unvermeidliche hinaus Raum zu geben.

Die Redaktion.

Zwickau. Der unterzeichnete Arbeiterverein spricht dem geehrten Arbeiterverein zu Gotha für die von ihm aufgestellten Sätze über das Wesen und den Zweck der Arbeitervereine (vgl. Nr. 117 der „Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung) seinen wärmsten Dank und seine volle Zustimmung zu denselben hiermit aus.

Der Arbeiterverein zu Zwickau
durch seinen Vorstand
Kraft.

Sammlung zu Gunsten der nothleidenden Arbeiter in Burg.

Leider bestätigt sich, wie uns mitgetheilt wird, das polizeiliche Einschreiten gegen die Arbeiter in Burg und es wird selbst mit Wegnahme von Unterstützungen vorgegangen. Es kann deshalb eine Adresse, an welche die Hülfsspenden für die nothleidenden Familien nach Burg zu senden wären, und um welche wir in unserer Nr. 119 ersucht haben, nicht veröffentlicht werden.

Wie aber, nachdem wir uns von der Möglichkeit, die Spenden in die rechten Hände gelangen zu lassen, überzeugt haben, sind zur Entgegennahme von Hülfsspenden für die nothleidenden Arbeiter-Familien bereit und glauben auch keine Einsprache befürchten zu müssen, wenn wir aus dem seiner Zeit gesammelten, aber nicht mehr erforderlich gewordenen kleinen Fonds für die in Folge der Baumwollenkrisis nothleidenden Arbeiter (vgl. Nr. 23 S. 144 und Nr. 91 S. 44½ der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung) einen Theil ebenfalls für die Nothleidenden in Burg verwenden

und zwar 40 Thlr. oder	70 fl. — kr.
Hierzu von uns selbst	10 „ — „
Summe	80 fl. — kr.

Diesen Betrag von 80 fl. rhn. haben wir bereits eingesendet.

Die Redaktion.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine an die deutschen Arbeitervereine.

Frankfurt a. M., 10. April. Der ständige Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zwei seiner Mitglieder nach Burg zu senden zur Kenntnißnahme der dortigen Vorgänge und Berichterstattung darüber. Einer derselben, Bebel in Leipzig, war leider verhindert, so daß Dr. Max Hirsch die Sendung allein übernommen hat.

Aus den Berichten, welche unser Abgeordneter in der Allg. d. Arb.-Zeitung veröffentlicht hat, werdet Ihr Euch überzeugt haben, daß in dem zu Burg nunmehr seit vier Wochen währenden Conflikte zwischen Fabrikanten und Arbeitern die Letzteren in ihrem vollen Rechte sind. „Die Haltung der Arbeiter“, so schreibt unser Ausschußmitglied, „ist eine musterhafte. Die Führer sind höchst verständige, gemäßigte aber entschlossene Männer, und der ganze Vorgang gereicht dem deutschen Arbeiterstande zur Ehre. Nicht um Geldinteressen, sondern um persönliche Freiheit und Unabhängigkeit sind die Burgenser Arbeiter einmüthig in den Kampf getreten, und wollen lieber darben als sich schmachvoll unterwerfen.“ Es handelt sich in Burg nicht um höhere oder niedere Löhnung, es handelt sich um die Frage: Sollen die Arbeiter sich den ihnen aufgezwungenen, zum Theil entwürdigenden Bestimmungen einer neuen Fabrikordnung fügen, oder sollen sie als selbstständige Männer auftreten und kein Mittel unversucht lassen, um sich aus dem von ihnen verlangten Frohndienste zu befreien?

Noch in manchen andern deutschen Werkstätten werden dem Arbeiter derartige mit dem Geiste unserer Zeit in grellem Widerspruche stehende Zumuthungen gemacht; die Arbeiter in Burg sind die Ersten, welche unter den härtesten Entbehrungen den Kampf mit ihren Fabrikherrn innerhalb der gesetzlichen Schranken aufgenommen haben. Sie sind daher die Vorkämpfer des gesammten deutschen Arbeiterstandes, und diese seine Vorkämpfer darf der Arbeiterstand nicht im Stiche lassen.

Zunächst ist es die dringende Aufgabe der Arbeiter, ihren für eine so gerechte Sache mannhaft einstehenden Brüdern mit Unterstützungen soviel als möglich an die Hand zu gehen. Aus den benachbarten Fabrikstädten sind, wie unser Delegirter berichtet, bereits Geldspenden nach Burg abgesendet worden. Der ständige Ausschuß hat aus den beschränkten Mitteln der Verbandskasse sofort den Betrag von Hundert Gulden den Burgern übermittelt. An Euch ist es nun, Eure Sympathie mit den nothleidenden Brüdern soweit als nur irgend möglich durch Geldsammlungen zu bethätigen. Wir fordern Euch dringend auf, dieselben sofort ins Werk zu setzen und während der Dauer der Arbeitseinstellung in Burg regelmäßig fortzusetzen.

Die eingehenden Beträge sind an Dr. Max Hirsch in Magdeburg zu übersenden, welcher über die Verwendung in der Arbeiterzeitung Rechnung ablegen wird.

Aber noch Eins thut Noth! Es muß alles aufgeboten werden, damit nicht durch Zuzug anderer Arbeitskräfte der Sieg der Arbeiter in Burg erschwert, ja gerade unmöglich gemacht werde. Darum rufen wir Euch mit den Worten unseres Vertreters zu: Nicht nach Burg, nicht gegen unsere Brüder! Mit Gruß und Handschlag der ständige Ausschuß des Vereinstags der deutschen Arbeitervereine. **Leopold Sonnemann**, d. Z. Vorsitzender.

Bemerkung der Redaction.

Aus der Notiz an der Spitze unserer heutigen Nummer ersehen unsere Leser, warum wir das obige Rundschreiben des ständigen Ausschusses zu unserm Bedauern nicht mehr an der Spitze der Vereinsangelegenheiten haben bringen können. In den folgenden Nummern und so lange der Conflikt in Burg dauert, wird es an der ihm gebührenden Stelle, an der Spitze des Blattes zu finden sein. — Was aber die Sammlung selbst betrifft, so versteht es sich nach der obigen Veröffentlichung des ständigen Ausschusses von selbst, daß alle Spenden nunmehr nicht an uns, sondern an die vom ständigen Ausschuß bezeichnete Adresse zu senden sind. Beiläufig bemerken wir, daß auch unsere Sendung von 80 fl. an dieselbe Adresse gesendet ist und daß wir uns nur zur Zeit nicht ermächtigt hielten, die Adresse zu veröffentlichen. D. Red.

Briefkasten.

Von dem Arbeiterfortbildungsverein in Föhrenbach 3 fl. 40 kr. am 5. April erhalten für 2 Exemplar Arbeiterzeitung pro II und III. Quartal 1865. — Aus Magdeburg brieflich beantwortet. — Aus Schirnding: Auskunft aus Nr. 119 zu entnehmen. Abonnementsbeitrag für 2 Exemplare unseres Blattes erhalten und Expedition beauftragt. — Aus Augsburg: die 5 Exemplare sind expedirt; im Uebrigen über die noch schwebende Angelegenheit auf Ihre Anfrage brieflich Näheres. — Hrn E. P. in B.: Brieflich beantwortet — Aus Berlin, Warnung, für diese Nr. zu spät. Brieflich das Weitere. — Einladung aus Oppenheim erhalten. Unseren herzlichsten Dank. Leider aber ist die Zeit, um unter der Ueberlast der Arbeit aufzuathmen, für uns heute und in den nächsten Wochen noch nicht gekommen und so ist eine auch noch so kurze Entfernung von hier für uns zur Zeit noch ein Ding der Unmöglichkeit. Da dem Circular eine Bemerkung wegen Aufnahme in das Blatt nicht beigefügt war, so sind wir im Zweifel, ob Sie dieselbe wünschen und unterlassen dieselbe daher. Für die Nr. 121 würde freilich die Anzeige zu spät kommen, wenn sie dafür erst bestimmt sein sollte. — Aus Frankfurt, ein vertrauliches Circular des ständ. A. ist uns bis zur Stunde nicht zugekommen. — Aus Köln: Ein Wort an das preußische Volk zur Jubelfeier der Wiedergeburt Deutschlands; gegen die Kölner Loyalitäts-Deputation. Soeben bei Schluß der heutigen Nr. erhalten. In nächster Nr.

Verschiedene Anzeigen.

Abonnementseinladung.

Die **Deutsche Wehrzeitung**, welche wöchentlich einmal in einem halben oder ganzen Bogen erscheint, ist nur durch den Buchhandel oder direkt bei uns zu beziehen und wird in diesem Fall (je nach Verlangen unter Kreuzband oder Couvert) unter Zuschlag des Porto's von uns geliefert. Bezug durch die Post findet nicht statt. Preis vierteljährlich 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr. Einzelne Nummern 2 Sgr. oder 7 kr. Inserate $2\frac{1}{2}$ Sgr. oder 9 kr. die gespaltene Zeile. Zu dem beginnenden neuen Abonnement laden wir hiermit freundlichst ein und bitten um möglichst zeitige und zahlreiche Bestellungen.

☞ Zur Vermeidung von Verwechslungen mit der in Gotha erscheinenden „deutschen Schützen- und Wehrzeitung“, ist bei Bestellungen die Bezeichnung: „deutsche Wehrzeitung in Coburg“ immer genau zu bemerken.

Coburg im März 1865.

F. Streit's Verlagsbuchhandlung.

Ein weiteres Quartal liegt den Lesern unseres Blattes vor. Wir sind uns bewußt, die Pflichten, welche die inhaltschwere vaterländische Sache, der unser Blatt dient, uns auflegt, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben. Wir haben, der Erfolg lehrt es, manche fruchtbare Anregung gegeben, die Ideen, welche wir vertreten und in deren Verwirklichung die feste Bürgschaft und Vorbedingung für den Erfolg jeder anderen Reformbestrebung liegt, beginnen bereits in manchen Theilen des Vaterlandes Wurzel zu schlagen im Volk. Selbst das reaktionäre Junkerthum hat die tiefe vaterländische Bedeutung unserer Bestrebungen erkannt; es beginnt eben deßhalb bereits mit blinder Wuth seine Verfolgungen gegen jeden, den es irgendwie der Sympathien für die von uns vertretenen Reformideen verdächtig hält und schon sind ohne Verschulden brave Kameraden von diesen Verfolgungen getroffen. Gleichwohl müssen wir sagen, hat unser Streben in den Kreisen, in welchen wir dies zu erwarten berechtigt wären, noch entfernt nicht die nothwendige Förderung gefunden, um eine nachhaltige Wirksamkeit zu sichern. Wir halten diese Kurzsichtigkeit und Schlaffheit derer nicht würdig, welche sich vaterländischen Sinn und vaterländisches Streben beimessen. Wohl werden wir ausharren, so lange als irgend eine Möglichkeit dazu uns gewährt ist. Müßten aber die Männer des Fortschritts im Heer sich überzeugen, daß sie bei denen im Volk auf keine Beachtung und Förderung zu rechnen hätten, — so lehnen wir für die Folgen dieser Erfahrung die Verantwortung ab.

Der Redaktionsausschuß
der deutschen Wehrzeitung.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 121.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 23. April 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Weitere Mittheilungen aus Burg; Baareingänge für die Burgenser bei dem Bevollmächtigten des st. A. des Vereinstags. — Einladungen der Vereine in Gotha und Hameln. — Erklärung des Centralcomités der Arb.-B.-Vereine in der Schweiz. — Aus Stettin, Leipzig, Augsburg, Celle. — II. **Politischer Theil:** Ein Auferstehungstag der Freiheit. — Preußen: die Steuern und die Steuerverweigerungen mehren sich. — Schleswig-Holstein: Herzog Friedrich richtet sich häuslich ein; Kiel: Herzog Friedrich wird von Hrn. v. Zedlitz confiscirt, zum Glück nur bildlich. — Arbeitseinstellung der Schneider in Leipzig und von Cigarrenarbeitern in Offenbach. — Paris: Der Vertreter der kaiserlichen Regierung im gesetzgebenden Körper erklärt die geistliche Oberherrschaft Roms über die Kirche für überflüssig. — Amerika: Die Zwingburg der Sklaverei, Richmond gefallen. — III. **Vorbilder aus dem Arbeiterstand:** David Heinrich Rühmkorff. — Arbeitsvermittlung. — Anzeigen.

☞ **Da unsere Setzer die Osterfeiertage zwar hinter sich, heute am s. g. dritten Osterfeiertage aber einen zeitigen Feierabend vor sich haben wollen, so haben wir alle, zumal längeren Correspondenzen nicht unbedingt eiliger Natur für die nächste Nummer zurückgelegt und bitten daher unsere Leser wie unsere Correspondenten, dies unserem Setzerpersonal zu gönnen. Die Red.**

Vereinsangelegenheiten.

An die Redaction der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung in Coburg.

Magdeburg, 16. April. Nachstehend noch folgende weiteren Mittheilungen aus Burg, bei denen ich der „Magdeburger Presse" folge. In dem großen Conflict zwischen den Tuchfabrikanten und ihren Arbeitern dort stellt sich die Sache für die letzteren immer günstiger. Seit der endlichen Einkehr des Frühlings kann man von Arbeitslosigkeit nicht mehr sprechen; ungefähr 80 Tuchmacher haben in der Lausitz, im Hannöverschen und Braunschweigischen willkommene Aufnahme bei den dortigen Wollenfabrikanten gefunden, und die übrigen, die sich fürs erste nicht von ihrer Heimath lossagen wollen, nähren sich durch die ungewohnte Feld- und Chausseearbeit, und widerlegen dadurch am besten den ganz ungerechtfertigten [illegible] der diese Leute, die von Kindheit auf an Webstuhl und Spinnmaschine gefesselt waren, jetzt in fleißigen Gruppen die Rübenfelder der hiesigen Umgegend für 2⅓ Thlr. Wochenlohn bestellen sieht, wird ihrer männlichen Ausdauer seine Achtung nicht versagen können. Nur eine ganz geringe Minderzahl (wie ich höre 8 von über 400) haben sich in der letzten Zeit bewegen lassen, vor Abänderung der octroyirten Fabrikordnung wieder einzutreten; und die Zahl der angeworbenen auswärtigen Arbeiter dürfte sich kaum höher belaufen. Demnach ist wenig Aussicht für die vereinigten Fabrikanten, ihre Absicht durchzusetzen, und ihre Verluste, die sich jetzt schon auf 30,000 Thlr. belaufen sollen, dürften mit der Zeit so enorm werden, daß sie wohl ihre falsche Scham überwinden und den billigen Forderungen der Arbeiter nachgeben werden. Es kann hierzu nicht oft genug wiederholt werden, daß die Burgenser Arbeiter weder Lohnerhöhung, noch erweiterte Rechte für sich beanspruchen, sondern einzig und allein theilweise Erhaltung des seit Jahrzehnten Bestehenden, wobei ja doch die Burg'sche Wollen-Industrie blühend, und die Fabrikanten reich geworden sind: können „conservative" Männer das verdammen? Wahrlich, die Tuchfabriken hier werden auch ferner gute Geschäfte machen, selbst wenn ein geringes Zuspätkommen der Accordarbeiter nicht bestraft wird — hat es ja doch der Fabrikherr stets in der Hand, säumige Arbeiter zu entlassen! — Verlangt man sein althergebrachtes Recht, so ist es schön und rühmlich, trotz aller Schwierigkeiten zu beharren; fordert man aber etwas Neues und kann damit nicht durchdringen, so ist das Nachgeben keine Schande, sondern Klugheit und Mäßigung. Die Arbeiter ihrerseits wollen sich ja den allermeisten Bestimmungen der Fabrikordnung unterwerfen, obgleich ihnen gar manche nicht gefallen — warum stemmen sich die Fabrikanten gegen jede Concession? Weit besser, als bei unserm Verfassungsconflict, paßt hier der Ausspruch Faucher's: „der Compromiß ist der Sieg der Bescheidenheit über die Eitelkeit!

Die Arbeiter hatten dieser Tage die große Genugthuung, daß ein polizeiliches Strafmandat, welches die Gesellen der Fabrik von L. Ermisch wegen Verlassen der Arbeit ohne Kündigung zu je 2 Thlr. Geldbuße verurtheilte, vom königlichen Kreisgericht aufgehoben wurde. Obige Strafe sollte alle Arbeiter treffen, welche bei Octroyirung der neuen Fabrikordnung die Arbeit eingestellt hatten, weil ihre Herren die ungesetzliche Forderung aufstellten, daß die Fabrikordnung sofort in Kraft trete, und jeder weitere Arbeitende sich ihr sonach unterwerfe. Da nun in fast allen Fabriken dieselben Umstände vorlagen, wie in der des Hrn. Ermisch, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß auch alle übrigen Arbeiter freigesprochen werden.

Große Freude unter den hiesigen Arbeitern und ihren Freunden erregt begreiflicherweise der Aufruf, welchen der ständige Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine dieser Tage an alle Vereine erlassen hat, und in welchem er, gestützt auf den ausführlichen Bericht seines Abgesandten, sich warm und energisch für das Recht der Tuchmachergesellen ausspricht; eine namhafte Unterstützung für die Nothleidenden begleitete diesen Aufruf. — Uebrigens beschränken sich die [illegible] in Folge der Arbeitseinstellung [illegible] erleiden fast Tuchfabrikanten [illegible] Gewerbtreibende beträchtliche Einbuße, am meisten natürlich diejenigen, welche bisher den Bedarf der Arbeiter versorgten. Die Mißstimmung gegen die hartnäckigen Fabrikanten und ihre Gönner wächst daher mit jedem Tage, und mehrere bisher prosperirende Gewerbtreibende sollen um Erlaß ihrer Gewerbe- und Einkommensteuer petitioniren wollen, da sie nachweisen können, daß ihr ganzer Erwerb nahezu aufgehört hat.

Den Burgenser Arbeitern sind bis jetzt von verschiedenen Orten im ganzen 203 Thlr. 20 Sgr. zugegangen. Dazu sind neuerdings durch den Unterzeichneten noch 143 Thlr. 25½ Sgr. gekommen, nämlich:

41 Thlr.	— Sgr.	aus Magdeburg,
57 „	4 „	(= 100 fl. rhn.) vom ständigen Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine,
45 „	21½ „	(= 80 fl. rhn.) von der Redaction der „Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung", (vgl. Nr. 120 S. 628 des Bl.)
143 Thlr.	25½ Sgr.	Summa.

Dr. Max Hirsch.

Einladung.

Am 30. April Nachmittags 3 Uhr begeht der hiesige Arbeiterverein in Kaltwassers Restauration sein zweites Stiftungsfest. Wir laden alle Brudervereine hierzu freundlichst ein.

Gotha, den 10. April 1865.

Der Vorstand des Arbeitervereins:
Emil Sauerteig, Vorsitzender. Jul. Wagner, Schriftführer.

Hameln, 15. April. Allen Freunden und Brüdern der Arbeitervereine zeigen wir damit an, daß wir am 30. April d. J. unser Stiftungsfest feiern und laden wir solche auf diesem Wege freundlichst dazu ein.

Im Auftrage des Arbeiterbildungsvereins.
Otto Kruse, Schriftführer.

Das Centralcomité der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz an die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung in Coburg.

Das Centralcomité der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz sieht sich veranlaßt, nachdem in Nr. 118 der Allg. deutschen Arbeiterzeitung ein Artikel von Zürich erschien, welcher die im Januar stattgehabte Vorortswahl erwähnt, folgende Erklärung abzugeben, da ohne Zweifel der Correspondent [illegible] von dem wirklichen [illegible]niß hatte. Laut [illegible] Central-Satzungen findet je am Ende des Jahres die Wahl des Vororts statt. Zur Ehre der 3 nach freiem Ermessen und ohne jeglichen Vorschlag von dieser oder jener Seite auf der Wahl gestandenen Vereine, Zürich, Genf und Basel, müssen wir bemerken, daß keine Agitation von irgend einem Vereine ausging. Was ferner die Stimmenangaben betrifft, so sind dieselben laut Auszug richtig, jedoch ist von „Sonderbündlern" hier die Rede nämlich von 5 Vereinen am Genfer See,

Gegen diesen Ausdruck müssen wir uns verwahren, indem von den 5 Vereinen, welche für Genf stimmten, nur 2 kleine mit 34 Stimmen, der welschen Schweiz, die anderen 3 Vereine aber mit 146 Stimmen der Ostschweiz angehören, keiner am Genfer See liegt. Was ferner die „Gegenfüßler" betrifft, so erkennen wir ebenfalls keine an, indem selbst der Verein Basel sich für Zürich einstimmig erklärt. Dies zur wahrheitsgetreuen Aufklärung in dieser Angelegenheit.

Zürich, den 9. April 1865.

Der Präsident: Der Vice-Präsident:
Adolph Borst. J. Sährig.
Der Schriftführer:
F. Sulzbach.

H **Stettin**, im April. Am 1. April hat der Stettiner Arbeiterverein sein neues Vereins-Lokal bezogen; der Aufschwung, welchen derselbe nimmt und der auch um deswillen so erfreulich ist, weil er den Beweis gibt, daß die Erkenntniß dessen, was ihm Noth thut, in dem Arbeiterstande immer mehr Eingang findet, hatte es schon seit längerer Zeit wünschenswerth gemacht, ein größeres Vereinslokal zu gewinnen. Dies ist denn auch gelungen und konnte in demselben ein Lese-, Bibliothek- und Versammlungszimmer eingerichtet werden, in welchem letzteren zugleich die Gesangsübungen der Sänger des Arbeitervereins stattfinden. Das Lesezimmer ist täglich geöffnet und bieten die Bibliothek, welche gegen 500 Bände umfaßt, sowie verschiedene vom Verein gehaltene Zeitschriften (Allgem. deutsche Arbeiter-Zeitung, Berliner Reform, Bürger- und Bauernfreund, Gartenlaube 2c.) den Mitgliedern Gelegenheit zur Belehrung, wie zur Unterhaltung.

Bei der Einweihung des neuen Lokals, welches mit grünen Kränzen decorirt war und in welchem die uns vom Berliner Arbeiterverein geschenkte Büste von Schulze, sowie die Votivtafel aufgestellt sind, sprach der Vorsitzende des Vereins, Herr Leuschner, über die Bedeutung, Aufgabe und Pflicht der Arbeitervereine und seiner Mitglieder. Er knüpfte dabei an folgende Denksprüche an:

1. Der Stärkste, stände er allein, ist schwach,
   Vereint sind selbst die Schwachen stark.
2. Entwicklungs-Freiheit, voll und ganz,
   Die ganze Freiheit fordern wir!
3. Wer Dir das Gut der Freiheit schenken will
   Ihm folge nicht — er ist voll Falsch!
4. Nur was durch eigene freie That Du schaffst,
   Ist bleibend Dein für alle Zeit.
5. Der Bildung und Gesittung vollstes Maaß
   Erstrebe als Dein erstes Ziel;
   Es ist der goldne Boden Deines Glücks,
   Was Du an geist'gem Gut erringst.
6. Drum muthig Brüder, vorwärts und vereint,
   Wer's anders meint, er ist uns Feind.

In dem Geiste dieser Sprüche hat auch in diesem Winter der Verein gearbeitet und namentlich die geistige Weiterbildung seiner Mitglieder im Auge gehabt; für dies Streben zeugen eine Reihe wissenschaftlicher Vorträge, welche mit den geselligen Zusammenkünften abwechselten und aus denen wir namentlich einen Cyclus von Vorträgen des Hrn. Dr. Ide über Volksgesundheitslehre, verschiedene Vorträge des Hrn. Lenschuer über die Associations-Frage,

Zwei Zimmer[illegible] in Leipzig 2c. nennen.

den Consumverein vermiethet, der [illegible] sind an Zeit an Ausdehnung, sowohl was die Zahl der Mitglieder, als auch was den Consum selbst betrifft, bedeutend gewonnen hat; von ihm aus ist die Gründung einer Sparkasse im Consum- und Arbeiterverein angeregt worden und verspricht dies Projekt, so weit sich solches bis jetzt übersehen läßt, guten Erfolg.

Leipzig. Der hiesige gewerbliche Bildungsverein hat einen gedruckten Bericht über seine Thätigkeit im Jahre 1864 erstattet. Aus demselben ist zu ersehen, daß im Laufe des genannten Jahres 87 Vorträge (darunter 38 aus dem Gebiete der Geschichte) von 14 Lehrern gehalten wurden. Unterricht ward ertheilt in Stenographie, Buchhalten, Rechnen, Zuschneidekunst, Gesang, Französisch, Zeichnen, Orthographie und Stilistik, Turnen wöchentlich je eine Stunde. Am stärksten war die Betheiligung am Gesang und am Buchhalten, indem der erstere 150, das letztere 80 Theilnehmer aufwies. Die Bibliothek zählte am Schlusse des Jahres 617 Bände, sowie eine Anzahl Broschüren und Karten. Außerdem lagen zur täglichen Benutzung 30 Zeitschriften im Lesezimmer aus. Versammlungen fanden regelmäßig allmonatlich statt, außerdem so oft Material vorhanden war. Die Mitgliederzahl hatte von Ende 1863 bis Ende 1864 um 125 zugenommen, indem sie von 236 auf 361 angewachsen war. Unter den Verwaltungsangelegenheiten war die wichtigste die Anschaffung eines Flügels für 190 Thlr. Rath wie Stadtverordnetencollegium gewähren dem Verein eine jährliche Beihülfe von 500 Thlr. Außerdem haben die Stadtverordneten beim Stadtrath beantragt, daß derselbe fortwährend sein Augenmerk darauf richte, den hiesigen Bildungsvereinen bei geeigneter Gelegenheit angemessene und gemeinsame Räume zu beschaffen und zu überlassen. — Der erste Schritt, welchen der Verein auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens gethan, ist die Gründung einer Sparkasse, welche Einlagen von einem Groschen ab und nur in abgerundeten Groschen annimmt, dieselben vom vollen Thaler und Kalendermonat an verzinst und innerhalb 8 Tagen, und wenn erforderlich und möglich, sofort zurückzahlt. An Spareinlagen ergaben sich 675 Thlr. 1 Gr. — Das Vereinslokal befindet sich seit dem 1. April d. J. im Hôtel de Bavière. — Seit dem 25. Febr. d. J. sind der gewerbl. Bildungsverein und der Verein Vorwärts unter dem Namen „Arbeiter-Bildungs-Verein" vereinigt. Die Genehmigung zur Bildung eines sächsischen Gauverbandes ward von der Staatsregierung versagt. — Die Activa des Vereins belaufen sich auf 8120 Thlr. 15 Gr. 2 Pf., die Passiva auf 6645 Thlr. 15 Gr., bleibt mithin ein Vereinsvermögen von 1475 Thlr. — Gr. 2 Pf.

Augsburg, im April. Bei einer Arbeiterbevölkerung von 10 bis 12,000 Köpfen, wie Augsburg sie aufzuweisen hat, ist es gewiß keine erfreuliche Erscheinung, wenn der hiesige Fortbildungsverein durchschnittlich nur 80 bis 100 Mitglieder zählt, während unserem katholischen Gesellenverein deren gegen 200 angehören. Außerdem hat sich hier auch noch auf Lassalle'scher Grundlage ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein aufgethan, der etwa 80 Mitglieder zählen mag. An sonstigen Vereinen ist gleichfalls kein Mangel; dieselben sind theils zur Hülfeleistung in Krankheitsfällen, Unglück und Alter bestimmt, theils haben sie religiöse oder vielmehr confessionelle Zwecke im Auge, theils ist es dabei nur auf Vergnügtsein und Unterhaltung abgesehen. Unser Arbeiterfortbildungsverein veranstaltet in jedem Monat nur eine Abendunterhaltung. An jedem Montag ist Besprechung. Augenblicklich steht auf unserer Tagesordnung die Regulirung des Arbeitsmarktes. Herr Reeser, Buchdruckereibesitzer hierselbst, hat uns seine Hülfe freund[illegible]sagt, um diese wichtige Frage zum [illegible] terricht umfaßt [illegible] Der eigentliche Unchentage: Physik, Geographie [illegible] Bokunde, deutsche Sprache und deutsche Geschichte, Gesang (wöchentlich an 2 Abenden). Am Sonntag wird Buchführung und französische Sprache geboten. Für Zeichnen und niedere Arithmetik hat es bisher noch an entsprechender Betheiligung gefehlt. Dürfen wir auch, was die Mitgliederzahl betrifft, auf unsern Verein nicht besonders stolz sein, so lebt dafür in der kleinen Schaar der Unserigen ein frischer und gesunder Geist, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Mögen auch Hindernisse aller Art uns umringen, ein muthiges und aufrichtiges Wollen überwindet Alles.

†† **Celle**, 14. April. (Genossenschaften.) Im Jahre 1853 wurde hier unter den Schuhmachern eine Association zum gemeinschaftlichen Ankauf von Rohstoffen errichtet und Statuten nach einem von Schulze-Delitzsch eingesandten Formulare aufgestellt. Die Association machte gute Geschäfte und wurde vielfach, bei Gründung ähnlicher Genossenschaften, als Muster hingestellt.

Um eine ordnungsmäßige Buch- und Cassenführung hatte man sich jedoch eben so wenig, wie um eine ordentliche und eingehende Controle und Revision bekümmert. Cassirer und Controleur wurden alle halbe Jahr wieder gewählt, wie dieses hier gebräuchlich ist.

Vor circa einem Jahre starb nun der Cassirer der Schuhmacher-Association und nachdem nach einigen Monaten der bisherige Controleur sich zum Cassirer hatte wählen lassen, trat derselbe mit der Behauptung auf, daß ein Deficit von 1754 Thlr. 26 Sgr. vorhanden sei, welcher Betrag von dem verstorbenen Cassirer unterschlagen sein müsse, weshalb dessen Erben diesen Betrag zu erstatten hätten. Die Erben des Cassirers bestritten dieses jedoch und behaupteten, daß kein Deficit vorhanden sein könne, da ihr Erblasser alles aufgenommene Geld an den Controleur zum Ankauf von Waaren abgeliefert, bez. Schulden der Genossenschaft damit bezahlt habe. Die Association beauftragte nun einen Anwalt mit Erhebung der Klage, welcher es jedoch aus leicht begreiflichen Gründen für gerathen fand, einen Termin zum Versuche der Güte vor hiesigem Amtsgerichte anberaumen zu lassen. In diesem Termin ist nun ein Vergleich dahin abgeschlossen, daß die Sache von einem aus drei sachverständigen Personen bestehenden Schiedsgerichte entschieden werden soll. Das Resultat, worauf wir gespannt sind, werden wir demnächst mittheilen.

Die erste im Jahre 1853 gegründete Schneider-Association mußte vor einigen Jahren wegen ähnlicher Calamitäten aufgelöst werden und die zweite hierauf auf's Neue begründete liegt in den letzten Zügen.

Der Cassirer der vor 11 Jahren gegründeten Schneider-Association hat noch gar oder doch seit langen Jahren keine Abrechnung abgelegt und weiß daher Niemand, wie es damit steht.

Im Consumverein, in welchen der Cassirer der Schneider-Association Lagerhalter ist, hat man sich in Veranlassung mehrerer im hiesigen Lokalblatte veröffentlichten Artikel zur Controlirung des Lagerhalters entschlossen und scheint durch diese Maßregel, falls sie ausgeführt wird, jeder Befürchtung vorgebeugt zu sein. Uebrigens setzt der Verein nur gegen 12—13,000 Thlr. um und somit ist wenig Profit zu machen.

Von allen Instituten hat sich hier bisher nur der Vorschußverein bewährt, da hier eine ordnungsmäßige Rechnungsablage, Controle und Revision gehandhabt wird.

Wir haben nicht unterlassen wollen, diese warnenden Beispiele mitzutheilen, damit sie Andern als Mittel dienen mögen, die strenge Pflichterfüllung der Vereinsbeamten zu fordern.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Ein Auferstehungstag der Freiheit.

Arbeiter! Das sind fröhliche Ostern für alle Freunde der Freiheit und des Menschenrechtes, also

in erster Linie für uns Arbeiter, die gebornen und grundsätzlichen Gegner jeder Sklaverei. Soeben trifft die frohe Botschaft ein, daß der General **Grant** am Morgen des 3. April in **Richmond** und in **Petersburg** eingezogen ist! Drei blutige, aber siegreiche Schlachten mußten geschlagen werden und sind geschlagen worden, damit die stahlharte Armee der freien Nordstaaten das Nest der Sklaverei, des separatistischen Eigensinns und der verstockten Plantagen-Regierung ausheben konnte. Hurrah, General Grant steht im Herzen Shylocks, er hat ihm das Herz ausgeschnitten. Es lebe General Grant, es lebe seine unbezwingliche Armee, es leben alle Deutschen, die mit in Richmond und Petersburg eingezogen sind!

Dieser schöne Monat April 1865 hatte also doch etwas zu bedeuten; nicht umsonst verfuhr er so radikal mit dem alten Tyrannen, dem Winter, der sich auf ewig bei uns festgesetzt zu haben schien. Wie mit dem Rasirmesser hat er ihm den Lebensfaden abgeschnitten; als gälte es alle Sümpfe und Moräste der Erde auszutrocknen, so haben die Sonnenstrahlen getroffen und gezündet. In Amerika muß es gerade so gewesen sein, in Amerika war es sogar wahrscheinlich noch viel heißer; denn drei Apriltage haben einem vierjährigen Winter den Garaus gemacht und den böisesten aller Fröste mit den ekelhaftesten aller Beulen in Wohlgefallen aufgelöst. Hurrah einem solchen April, der Maienwonne verbreitet; der blos die Sklavenzüchter und Reactionäre in den April schickt und einen ganzen Welttheil auf einmal befreit!

Wo ist jetzt die Prahlerei der Rebellen, wo die Spekulation unserer schwarzen Geldlüchse, deren Papierchen auf den Leichen der Freiheitskämpfer emporsteigen sollten, wo die erbärmliche Ungläubigkeit der englischen Baumwollen-Könige mit ihrer Schand-Times als Herold? — Wo sind sie hingerathen, die achselzuckenden Vermittlungsversuche des französischen Cäsars, der nirgends an die Freiheit glauben kann, seit er sie zu Hause gemordet? Wo sie hingekommen sind? Auf den Weg nach **Lynchburg**, wohin sich der Rebellenhäuptling Lee nach den letzten Nachrichten zurückzog, mit den braven Truppen Grants an seinen Fersen. Nach **Lynchburg**, dahin gehören sie Alle, die der Freiheit Fußangeln anlegen, die die Menschheit zu den Zeiten des Königs Xerxes zurückschrauben wollen. **Gelyncht** müssen sie werden und **gelyncht** werden sie eben in Nordamerika. Hoch die Lyncher des Despotenthums, hoch die Beamten der Volksjustiz, hoch die Bajonette, die hinter Lee's Flüchtlingen hersausen!

„Wißt Ihr auch, wo Lynchburg liegt?" wie das Lied lautet. Lynchburg liegt am Abhange der **Apalachen** oder des **Alleghanen**-Gebirges. Ins Gebirge wollen die Trümmer von Lee's Armee, die schönen Reste des rebellischen Heeres. Das Gebirge heißt auf Italienisch die **Abruzzen**, und die Ueberbleibsel einer rettungslos verlornen Sache heißen im Neapolitanischen **Briganten**, **Strolche**, **Räuber**. Ein Brigantenthum ist Alles, was von den amerikanischen Bourbonen übrig bleibt; Wegelagerei ist die einzige Großthat, die das Prinzip des Präsidenten Davis und seines Aballino Lee noch zu verrichten vermag. Gebirgspolizei zu üben, das ist die ganze Aufgabe, welche den Helden Graut, Sherman und Sheridan noch obliegt — Einer von ihnen reicht vollkommen dazu aus.

Die Republik der Vereinigten Staaten, dieser Schrecken aller Despoten und Feinde als je taucht dieser Stern des Abendlandes aus dem atlantischen Ocean auf. Der Flecken der Sklaverei haftet nicht mehr an dem Gestirn; Menschenwürde bedeutet fortan ihr ganzes Wesen. Jeder ist seiner Arbeit Herr, Jeder seines Glückes Schmied, die Thätigkeit jedes Bürgers ist sein Eigenthum; keine Farben mehr auf der Landkarte, keine trennende Farbe mehr auf den Gesichtern der Menschen. Kein schwarzweißer Doppelstaat, da wo Washington und Franklin gegründet und gebaut, wo die Deutschen Kalb und Steuben gekämpft haben. Die letzte Möglichkeit der Monarchie auf dem ganzen amerikanischen Festland ist in drei furchtbaren Schlachttagen feierlich begraben worden.

Meint Ihr, Arbeiter, das ginge uns nichts an, oder doch nur so viel, als wir uneigennützige Freude über jede Befreiung irgend eines Volkes der Erde empfinden, wohnte es auch mitten im Eise des Nordpols? O bewahre, wir dürfen viel eigennütziger sein, wir wollen es sein, denn das ist unser Recht. Mit dem Siege der guten Sache in Amerika hat die schmachvolle Reaktion auch in Europa aufgehört; seit dem 3. April sind wir auf der Umkehr begriffen, jählings gehts nächstens mit Junkern und Pfaffen bergab — gebt nur Acht!

Die Menschheit ist Eins und durch den Dampf und die Elektricität ist sie wie ein einziger Körper, der jeden Schmerz in jedem Gliede in allen seinen Theilen fühlt, jedes Wohlgefühl nach allen Extremitäten hin verbreitet, entweder überhaupt krank oder durchaus gesund ist. Hurrah, wir sind auf der Besserung, es ist Frühling in Amerika wie in Europa; seit dem 3. April 1865 ist die Krise unserer Schwindsucht überstanden und frische Säfte laufen in unsern Adern um.

Arbeiter, das sind Ostern! Vor 1865 Jahren erstand ein einzelner Mann aus dem Grabe, von dem man uns versichert, er habe die Menschheit **bedeutet**; diese Ostern steht die **Menschheit selbst** auf, Alle, Jeder, vom Aufgang bis zum Niedergang; sie sonnt ihre erstarrten Glieder im sonnigen Lichte der Freiheit; der April ist Mai geworden!

Es ist mir zu Muthe, Brüder, als müßte ich mich heute anders nennen, als wäre ich heute der „reiche Konrad". Will's aber doch nicht thun, sondern bleiben wie ich war,

Euer allergetreuester
armer Konrad.

Preußen. Die Weigerungen, die Gebäudesteuer zu zahlen, mehren sich, und zwar beschränken sie sich nicht bloß auf die Provinz Preußen, sondern zeigen sich jetzt auch in der Provinz Sachsen und in den westlichen Provinzen. An mehreren Stellen ist unter Protest der Betheiligten die Exekution deswegen vollstreckt. In der Provinz Preußen ist außerdem eine starke Bewegung, besonders unter den ländlichen Grundbesitzern, gegen die Höhe der bestehenden Steuern überhaupt und gegen die Belastung, die ihnen die neue Gebäudesteuer auferlegt, insbesondere. Diese Bewegung beschränkt sich durchaus nicht auf die liberalen Grundbesitzer, sondern auch viele sehr streng Konservative betheiligen sich an derselben. Die Steuerlast ist immer hart empfunden, aber seit dem Sinken der Getreidepreise ist sie für die Ackerbau treibende Bevölkerung, besonders in den östlichen Provinzen, deren Wohlstand wesentlich von dem Ertrag des Getreidebaues abhängt, ganz außerordentlich drückend geworden. Der Zuwachs durch die Gebäudesteuer hat eben nur das schon volle Gefäß zum Ueberlaufen gebracht.

Schleswig-Holstein. Der Herzog von Augustenburg scheint so wenig, [illegible] wie Anken, den [illegible] preußischen Drohungen nachzugeben und das Land zu verlassen, daß jetzt sogar Einrichtungen zur Uebersiedelung seines Vaters, der bis jetzt in Prinkenau gewohnt hat, getroffen werden.

Aus Kiel vom 9. April berichtet die Wochen-Chronik: Aus den Schaufenstern der Buchhändler wurden auf Anordnung des Herrn v. Zedlitz **die Bildnisse des Herzogs von Augustenburg polizeilich entfernt.**

Leipzig, 10. April. Heute Abend versammelten sich die Schneidergesellen, 600 an der Zahl, „behufs Besprechung verschiedener Mißstände". Auch die Herren Meister hatten sie dazu eingeladen, es waren aber nur deren wenige erschienen. Nach längerer Debatte wurde eine Resolution angenommen, welche lautet: 1) die hiesigen Schneidergesellen fordern eine Lohnerhöhung um 25 pCt.; 2) sie bedingen sich aus, daß die Zuthat, bestehend in Seide, Baumwolle &c. fernerhin lediglich von den Meistern beschafft wird; 3) sie richten an ihre Meister die Aufforderung, morgen eine Versammlung unter Zuziehung von Gehülfen behufs gemeinschaftlicher Berathung und schleuniger Gewährung dieser ihrer Forderungen abzuhalten, und 4) wenn bis Freitag Abend keine zustimmende Antwort erfolgt ist, so kündigen sie sammt und sonders am nächsten Sonnabend und stellen 8 Tage später die Arbeit ein.

Offenbach, 11. April. Auch in unserer Stadt beginnen die Bewegungen gegen die Arbeitgeber. Gestern haben in einer Fabrik 70 Cigarrenmacher ihre Arbeit eingestellt, weil der Principal sich zu dem verlangten höheren Arbeitslohn nicht verstehen wollte.

Paris. In der Versammlung des gesetzgebenden Körpers vom 10. April hat ein Bevollmächtigter der Regierung sich dahin geäußert, daß die weltliche Gesellschaft mündig geworden sei und der Leitung der Kirche nicht mehr bedürfe. Der Erzbischof von Paris wohnte der Verhandlung bei.

Amerika. Jubel über Jubel! Richmond, dieser Hauptherd des Sonderbunds, ist am 3. April gefallen. Fünfundzwanzigtausend Gefangene, 100 bis 200 Kanonen sowie eine ungeheure Masse von Kriegsvorräthen wurden eine Beute des Siegers. Drei Tage lang mußte hartnäckig und blutig gekämpft werden, ehe der Sieg sich für die gute Sache der Union entschied. Die Namen Schermann, Grant und Sheridan werden in den Hallen des Ruhmes fortan leuchten mit unvergänglichem Glanze.

Der „Schweizer Handels-Courier" feiert die große Siegesbotschaft, indem er hinzufügt: Die Einnahme von Savannah war Weihnachtsbescheerung für die Union und die Menschheit. Die Eroberung von Richmond folgt als Ostergabe. Die Herzen der Gerechten athmen freier. Es ist ein Sieg über die Verächter der ewigen moralischen Weltordnung, ein Triumph der Freiheit über die schmählichste Selbstsucht. Ein erfrischender Luftzug über den Ocean in die Sumpfluft der Monarchien Europa's. Ein Herzstoß für die geheimen und offenen Reaktionärs, die mit den Menschenquälern geliebäugelt. Ein Morgenstern und Vorläufer einer neuen Zeit. Ein Donner Jehovah's von unermeßlichen Folgen. Wer, den ein freier Sinn belebt, theilt nicht den Enthusiasmus, den, nach so langen Prüfungen, diese große Nachricht erregen muß!

[illegible] Arbeiterstand.

Heinrich David Rühmkorff.

Ein Vorbild für die deutschen Arbeiter.

Unsere Zeitung hat uns in ihren ersten Nummern eine große Reihe von Großbritanniens Männern vorgeführt, die aus dem Volke hervorgegangen sind und die es in den verschiedensten Zweigen der menschlichen Thätigkeit zu einem großen Ansehen gebracht haben.

Unserem Vaterlande hat es zu allen Zeiten nicht an solchen Männern gefehlt, die aus eigener Kraft aus den untersten Schichten der Gesellschaft bis zu den höchsten aufgestiegen sind. Auch heute gehören solche Männer nicht zu den Seltenheiten. Wir halten es für eine Pflicht unserer Zeitung, die deutschen Arbeiter mit diesen Vorbildern, die aus ihren Reihen hervorgegangen sind, bekannt zu machen, zumal heute als Evangelium gepredigt wird, daß den Söhnen der Arbeit das irdische Paradies unerbittlich verschlossen ist, sie für alle Ewigkeit zur Noth und Entbehrung verdammt sind und es durch eigene Anstrengung und Thätigkeit zu nichts weiter bringen können, als weniger langsam zu verhungern.

Ein solcher Mann der Arbeit, der es rein durch sich selbst bis zu den höchsten Ehren gebracht hat, ist unser H. D. Rühmkorff. Wir glauben die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter um so mehr auf denselben lenken zu müssen, als er bei dem jüngsten großen Arbeiterfeste in Paris (Nr. 109 und 111), über das unsere Zeitung den versprochenen Bericht, (der ihr nicht erstattet worden ist und der ausführlich auch sonst in den uns zu Gebote stehenden Zeitungen sich nicht gefunden hat. D. Red.) noch schuldig ist, eine sehr hervorragende Rolle gespielt hat. Hierbei stellte der Unterrichtsminister Duruy, der es liebt, solchen Versammlungen beizuwohnen, weil sie ihm die beste Veranlassung geben, wie wir zu sagen pflegen, die Gelegenheit vom Zaune zu brechen, um die großen Verdienste zu schildern, die sich Louis Napoleon, die Vorsehung Frankreichs, um das Land erworben hat, der 5000 Köpfe starken Versammlung, der auch die vom Kaiser besonders eingeladenen Abgeordneten des Arb.-Ver. in Hannover beiwohnten, unseren gleichfalls anwesenden Rühmkorff, den früheren einfachen Arbeiter, als Beispiel zur Nacheiferung auf und diese Stelle seiner Rede wurde mit dem größten Beifall von den Anwesenden aufgenommen*).

Unser in Frankreich so hoch geehrter Apostel der deutschen Arbeit ist im Jahre 1803 in Hannover geboren. Als er seine Lehrzeit bei einem dortigen Mechaniker beendet hatte, nahm er, wie es einem ehrsamen Handwerksmann geziemt, den Wanderstab zur Hand, um sich in der Fremde weiter auszubilden. Zwei Jahre lang durchwanderte er Deutschland und arbeitete in verschiedenen Werkstätten. Dann lenkte er seine Schritte über den Rhein der Hauptstadt Frankreichs zu. Nach zwei Jahren ging er über den Kanal und ebenso lange hielt er sich in London auf. Doch mußte es ihm in Paris besser gefallen haben als bei unserem stammverwandten Vetter, denn er kehrte dahin wieder zurück und lebt noch heute da.

Bis 1839 arbeitete er in verschiedenen Pariser Werkstätten, besonders aber bei Charles Chevalier, dem berühmten Verfertiger von Mikroskopen, die lange Zeit als die vorzüglichsten angesehen wurden. Nun aber glaubte Rühmkorff, der es bis zum Werkmeister gebracht hatte, daß es besser sei, für sich selbst zu arbeiten als für Andere. Das war ein kühnes Unternehmen, da Paris keinen Mangel hatte an mechanischen Werkstätten mit großem Ruf, und unserem Rühmkorff nur seine geringen Ersparnisse zu Gebote standen. Sein Kopf und [illegible] waren aber, wie die Folge gelehrt hat, ausreichend, um das fehlende Kapital, das Gespenst, womit man unsere Arbeiter schreckt, aufzuwiegen. Der Anfang war sehr bescheiden; die Werkstätte war zugleich die Wohnstube. Aber schon bei der französischen Industrie-Ausstellung von 1844 zog Rühmkorff die allgemeine Aufmerksamkeit durch die außerordentliche Genauigkeit und Eleganz, mit der alle seine Apparate ausgeführt waren, auf sich. Wie hier erhielt Rühmkorff auch auf der Ausstellung von 1849 die silberne Medaille.

In dieser kurzen Zeit von 3 Jahren hatte Rühmkorff beträchtliche Fortschritte in allen seinen Arbeiten gemacht. Es gab keinen Zweig der Physik, der ihm nicht besser durchdachte, eleganter und genauer angefertigte Apparate verdankte. Es wurde ihm leicht, die Bedingungen zu erkennen, die irgend ein Instrument oder Apparat, dessen Ausführung ihm übertragen wurde, zu erfüllen hätte; mit dieser Einsicht war er sofort auch über die Anordnung der einzelnen Theile und ebenso wußte er diese auf die leichteste und sicherste Weise auszuführen. So geschickt wie seine Hand, so einfach und rein war auch sein Geschmack. War er über irgend ein Instrument, das in der Fremde erfunden worden war, nicht ganz genau unterrichtet, so scheute er keine Kosten, um in den Besitz desselben zu gelangen. Wurde es gefordert, so copirte er es genau, ließ man ihm aber freie Hand, so gab er demselben ein ganz anderes, gefälligeres Ansehen und zugleich brachte er aber auch wesentliche Verbesserungen daran an. An alle Arbeiten, die aus seiner Werkstätte hervorgingen, stellte Rühmkorff die strengsten Anforderungen. Mittelmäßiges ließ er durchaus nicht durchgehen. Namentlich durch zwei wesentliche Eigenschaften unterschieden sich seine Apparate auf das Vortheilhafteste: durch einen mäßigen Preis und eine überlegene Ausführung.

So lautete schon damals das Urtheil der Ausstellungs-Jury und das fällt um so mehr ins Gewicht, als Jedermann die Eigenliebe der Franzosen kennt, und wie schwer es ihnen fällt, die Leistungen Fremder anzuerkennen.

Der große industrielle Wettkampf aller Völker im Jahre 1855 brachte unserem Rühmkorff neue Ehren: eine Medaille erster Klasse und den Orden der Ehrenlegion und kurze Zeit darauf verlieh ihm eine industrielle Gesellschaft eine werthvolle goldene Medaille.

Durch seine hervorragenden Leistungen hatte sich Rühmkorff längst die Anerkennung der französischen Gelehrten erworben und um dieser einen Ausdruck zu geben, erkannte ihm die Akademie der Wissenschaften in Paris 1859 auf fünf auf einander folgende Jahre einen Preis von 5500 Frcs. (1466⅔ Thlr.) zu.

Eine noch größere Auszeichnung wurde Rühmkorff dadurch zu Theil, daß ihm im vorigen Jahre der große kaiserliche Preis von 50.000 Frcs. (13,333⅓ Thlr.) zugesprochen wurde und in Folge dessen erhielt er auch von seinem Landesvater, dem Welfenkönig, die große Medaille für Kunst und Wissenschaft.

Nach dem Vorgange seines großen Onkels hat Napoleon III. durch Decret vom 23. Febr. 1852 jenen Preis gestiftet, der nach 5 Jahren für die wichtigste neue Anwendung der Electricität ausgezahlt werden sollte. Als diese Zeit herannahte, lag aber keine so wichtige neue Entdeckung vor und deshalb wurde bei dem Kaiser eine neue Frist von 5 Jahren beantragt. Bei dieser Gelegenheit wurden Rühmkorff zwei [illegible]

Nach Ablauf [illegible] Commission unter Mehreren zu wählen, [illegible] die Preises wohl würdig gewesen wären, aber sie erkannte einstimmig, daß unser Landsmann der Würdigste unter Allen sei.

Trotz der vielen Auszeichnungen, die Rühmkorff zu Theil geworden sind, wobei er selbst den Sieg über Gelehrte davongetragen hat, und trotzdem sich der Ruf seiner Werkstätte mit jedem Tage vergrößert, hat er doch die schlichte Einfachheit des Arbeiters treu bewahrt. Wenn auch bereits weißes Haar sein Haupt bedeckt, so ist doch sein Antlitz noch so frisch, ja fast blühend, daß er noch lange thätig wirken kann. Für alle Zeiten aber wird er ein Musterbild und eine belebende Hoffnung für den strebsamen Arbeiter bleiben. Er hat gezeigt, wie der Arbeiter des „Herrn" Gesetz, das Blatt Papier, das sich zwischen den Arbeiter und die übrige Gesellschaft drängt, zerreißen und im reiferen Alter die wohl verdiente Belohnung für die Opfer und die Entbehrungen in der Jugend ernten und genießen kann. Denn was Rühmkorff heute ist, hat er allein sich selbst zu verdanken, seinem regen Fleiß, seiner unermüdlichen Ausdauer und einer Selbstverleugnung, welche die größte Achtung verdient. Sein Wissen — und das ist nicht geringe anzuschlagen — hat er nicht in der Schule, sondern erst viel später und nach und nach erworben, durch eigenes Nachdenken, durch das fleißige Studium von guten Büchern und durch die Vorlesungen von einigen Professoren. Die Zeit dazu war ihm sehr knapp zugemessen, aber sie mußte sich doch bei aller Arbeit finden. Zugleich aber zeigen Rühmkorff's Erfolge, wie segensreich die Aufgabe unserer Arbeiter-Bildungs-Vereine ist.

*) Diesem Vorgange ge[illegible] königl. welfischer Diener, den man den [illegible] des Arb.-Ver. als Hofmeister mitgegeben zu haben scheint, sagen: „daß Frankreich der Welt seine Gelehrten, seine Ingenieure und Maschinenbauer liefere". Diese Worte übersetzte der Unterrichtsminister dahin, daß Deutschland sich glücklich schätzt, Frankreich seine Gelehrten, Mechaniker und Maschinenbauer zu entlehnen. — Was meint Ihr dazu, deutsche Arbeiter?

Arbeitsvermittelung.

Zwei **Buchbindergehülfen**, welche in der Brochenarbeit bewandert sind, werden auf Stückarbeit gesucht und ist das Nähere bei **Friedrich Arnold** in Coburg zu erfahren.

Verschiedene Anzeigen.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE

von

Dr. Eduard Reich,

Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.

Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volks und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charen- Die Conciergerie. — [illegible] sers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt, Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 122.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 30. April 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnementsammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 84 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 8. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Ansprache des ständigen Ausschusses zu Gunsten der Arbeiter in Burg — Weiterer Bericht aus Burg und über die ferneren Sammlungsergebnisse. — Berichte aus Hameln, Dietlingen und Schwäbisch Hall. — Herr W. Bär in Leipzig, der ständige Ausschuß und die Arbeiterzeitung. — Verhandlungen des ständigen Ausschusses mit dem Verleger der Arbeiterzeitung. II. **Politischer Theil:** Berlin, die verzuckerte Annexion. Wiesbaden, guter Rath bei Allerwerthestem theuer. Bayern, reichsräthliche Mädchen für alles. — Schleswig-Holstein, unverzuckerte Stimmen aus dem Lande. Rendsburg, die Beschlüsse der Delegirtenversammlung. Straubing, L. Willmann freigesprochen; worin sich Bayern und Coburg unterscheiden. Newyork, die Capitulation Lees. Frankfurt a. M., Gerücht von der angeblichen Ermordung Lincolns. — Wie Coburg noch im April eine weltgeschichtliche Auszeichnung erhält. — Cassel, was man unter Niederträchtigkeit zu verstehen hat. III. **Socialer Theil:** Ein Agent des Socialdemokraten. Berichte aus Leipzig und Berlin über die Arbeitseinstellungen — Berlin, der Socialdemokrat unter der Beleuchtung des Nordstern, endliches Farbbekenntniß. John Stuart Mill über das allgemeine Stimmrecht — IV. **Vermischtes:** Hülferuf zu Gunsten der nothleidenden Polen von A. Schlörbach und L. Wölfel. Poetische Gedankenspähne aus der Werkstatt von Rüdiger. — Erklärung des Vereins in Genf. — Erklärung von A. Hitzschold. — Vereins-Anzeigen. — Arbeitsvermittlung. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine an die deutschen Arbeitervereine.

Frankfurt a. M., 10. April. Der ständige Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zwei seiner Mitglieder nach **Burg** zu senden zur Kenntnißnahme der dortigen Vorgänge und Berichterstattung darüber. Einer derselben, Bebel in Leipzig, war leider verhindert, so daß Dr. Max Hirsch die Sendung allein übernommen hat.

Aus den Berichten, welche unser Abgeordneter in der Allg. d. Arb.-Zeitung veröffentlicht hat, werdet Ihr Euch überzeugt haben, daß in dem zu Burg nunmehr seit vier Wochen währenden Conflikte zwischen Fabrikanten und Arbeitern die Letzteren in ihrem vollen Rechte sind. „Die Haltung der Arbeiter", so schreibt unser Ausschußmitglied, „ist eine musterhafte. Die Führer sind höchst verständige, gemäßigte aber entschlossene Männer, und der ganze Vorgang gereicht dem deutschen Arbeiterstande zur Ehre. Nicht um Geldinteressen, sondern um persönliche Freiheit und Unabhängigkeit sind die Burgenser Arbeiter einmüthig in den Kampf getreten, und wollen lieber darben als sich schmachvoll unterwerfen." Es handelt sich in Burg nicht um höhere oder niedere Löhnung, es handelt sich um die Frage: Sollen die Arbeiter den ihnen aufgezwungenen, zum Theil entwürdigenden Bestimmungen einer neuen Fabrikordnung sich fügen, oder sollen sie als selbstständige Männer auftreten und kein Mittel unversucht lassen, um sich aus dem von ihnen verlangten Frohndienste zu befreien?

Noch in manchen anderen deutschen Werkstätten werden dem Arbeiter derartige mit dem Geiste unserer Zeit in grellem Widerspruche stehende Zumuthungen gemacht; die Arbeiter in Burg sind die Ersten, welche unter den härtesten Entbehrungen den Kampf mit ihren Fabrikherren innerhalb der gesetzlichen Schranken aufgenommen haben. Sie sind daher die Vorkämpfer des gesammten deutschen Arbeiterstandes, und diese seine Vorkämpfer darf der Arbeiterstand nicht im Stiche lassen.

Zunächst ist es die dringende Aufgabe der Arbeiter, ihren für eine so gerechte Sache mannhaft einstehenden Brüdern mit Unterstützungen soviel als möglich an die Hand zu gehen. Aus den benachbarten Fabrikstädten sind, wie unser Delegirter berichtet, bereits Geldspenden nach Burg abgesendet worden. Der ständige Ausschuß hat aus den beschränkten Mitteln der Verbandskasse sofort den Betrag von Hundert Gulden den Burgern übermittelt. An Euch ist es nun, Eure Sympathie mit den nothleidenden Brüdern soweit als nur irgend möglich durch Geldsammlungen zu bethätigen. Wir fordern Euch dringend auf, dieselben sofort ins Werk zu setzen und während der Dauer der Arbeitseinstellung in Burg regelmäßig fortzusetzen.

Die eingehenden Beträge sind an Dr. Max Hirsch in Magdeburg zu übersenden, welcher über die Verwendung in der Arbeiterzeitung Rechnung ablegen wird.

Aber noch Eins thut Noth! Es muß alles aufgeboten werden, damit nicht durch Zuzug anderer Arbeitskräfte der Sieg der Arbeiter in Burg erschwert, ja gerade unmöglich gemacht werde. Darum rufen wir Euch mit den Worten unseres Vertreters zu: Nicht nach Burg, nicht gegen unsere Brüder! Mit Gruß und Handschlag der ständige Ausschuß des Vereintags der deutschen Arbeitervereine. **Leopold Sonnemann**, d. V. Vorsitzender.

An die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung zu Coburg.

Magdeburg, 23. April. Soeben von Burg zurückgekehrt, kann ich Ihnen nur in aller Kürze berichten, daß die meisten Fabrikanten sich zu Concessionen bereit erklärt haben, und daher gegründete Aussicht ist, den langen Streit in den nächsten Tagen beendet zu sehen. Sobald ein endgültiges Resultat erzielt ist, berichte ich Ihnen ausführlich.

Bei dem Unterzeichneten fand gestern Nachmittag, auf Grund einer Requisition des Burg'schen Staatsanwalts, eine Haussuchung statt, welche die Beschlagnahme mehrerer auf die Arbeitseinstellung in Bueg bezüglicher Briefe zur Folge hatte. Ferner wurde mir in Burg mitgetheilt, daß die dortige Polizei von oben her den bestimmten Befehl erhalten habe, mich, sobald ich doet betroffen würde, sofort auszuweisen. Glücklicherweise ist mir heute nichts derartiges widerfahren. Ein Brief, den ich vor mehreren Tagen nach Burg absandte, ist bis heute nicht an seine Adresse gelangt, obgleich die Entfernung nur 4 Meilen beträgt. Ueberhaupt wurde mir versichert, daß in der letzten Zeit alle Briefe und Sendungen an feiernde Aebeiter von der Post dem Staatsanwalt vorgelegt werden. Was man eigentlich mit allen diesen Maßregeln bezweckt, und auf welchem Gesetzesparagraphen dieselben begründet sind, ist schwer begreiflich.

Fernere Beiträge für die Nothleidenden in Burg sind bei mir eingegangen:

143 Thlr.	25 1/2 Sgr.	Transport aus Nr 121 S. 629,	
2 „	17 „	vom Arbeiterbildungsverein zu München (irrthümlich mit 3 Thlr. 4 Sgr. 2 Pf. deklarirt, bei Eröffnung fanden sich aber nur zwei 1 Thlr.-Scheine und ein 1 fl.-Schein vor) und	
5 „	— „	von Schwerin in Mecklenburg.	
151 Thlr.	12 1/2 Sgr.	Summa.	

Dr. **Max Hirsch**.

Hameln, 15. April. (Aus den an der Spitze der letzten Nummer angeführten Gründen verspätet.) Wir haben mit Bedauern gelesen, daß es bis jetzt immer noch nicht gewiß ist, ob die Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung uns erhalten bleibt. Würde jeder Verein nach Kräften für das Blatt wirken, dann würde die zur Erhaltung nöthige Abonnentenzahl bald vorhanden und alle Schwierigkeiten überwunden sein.

Unser Verein bestellte der Zeit, als von der Redaktion das Eingehen der Zeitung in Aussicht gestellt wurde, 25 Exemplare mit der gewissen Voraussetzung, daß die größere Zahl der Exemplare für den Verein übrig bleiben würde; nachdem aber mit Mühe und Umsicht die qualificirten Elemente zum Abonniren der Zeitung ausgesucht, zeigte sich die erfreuliche Erscheinung, daß **sämmtliche Exemplare an Privatabonnenten abgesetzt wurden,** und der Verein wie früher nur ein Exemplar zu halten nöthig hatte. Ist dieses nun in unserem bescheidenen Wirkungskreise, wo bisher nur 5 Exemplare gelesen, möglich, so zweifeln wir nicht daran, daß bei einem warmen Interesse für die Zeitung größeren Vereinen es leicht sein wird, die Abonnentenzahl auf das drei- bis vierfache zu erhöhen. —

Unser Verein ist darüber, eine Krankenunterstützungskasse in's Leben zu rufen, wodurch bezweckt werden soll, kranke Mitglieder durch baares Geld zu unterstützen und sind bereits die Statuten entworfen. Hier, in unserer Stadt, ist eine Gesellenkrankenkasse, welche unter der Controle der Stadtverwaltung steht und der jeder hier in Arbeit stehende Gesell beitreten muß. Letzterer erhält aber im Erkrankungsfalle nur Arzt, Verpflegung und Medicin frei. Da nun aber nicht in Abrede zu stellen ist, daß bei manchem Kranken sich kleinere Bedürfnisse einstellen, wozu Geld erforderlich ist und es leicht geschehen kann, daß dem Einen oder Anderen solches fehlt und er zu Veräußerungen seiner Effekten sich schließlich gezwungen sieht, so glauben wir, daß mit dem Entstehen der fraglichen Kasse einem längst empfundenen Bedürfnisse Rechnung getragen wird. —

Vierzehn Tage nach Ostern feiert unser Verein sein Stiftungsfest. Wir sind entschieden gegen solche öffentliche Feste und glauben, daß das nicht damit erreicht wird, was man zu erreichen beabsichtigt. Kleinere Vereine, die auf sich selbst hingewiesen sind, haben selten Mitglieder in ihrer Mitte, die durch gediegene Vorträge im Stande sind, das Publikum, das zu solchem Feste eingeladen, und bei welchem vielleicht mancher aus Mitleid erschienen ist, Gutes, Entsprechendes zu bieten. Ein Ableiern von Gedichten, Gesangvorträgen, die auch nicht immer zu den besten gehören, ist Alles was man den Zuhörern verabreichen kann. Wahrlich, der Handwerkerstand, dem so schon von der sogenannten „gebildeten" Classe alle Intelligenz abgesprochen wird, sollte ja derartige Aufzüge meiden, um sich nicht noch mehr herabzusetzen. Freilich wir verkennen es nicht, daß wohl solche Feste im Stande sind, Vereine zu heben, sobald die dazu nöthigen Kräfte vorhanden sind, Persönlichkeiten, die durch ihre Vorträge es vermögen, der Feier den würdigen Glanz zu verleihen; im anderen Falle aber, glauben wir, ist es besser, davon abzulassen und in der Stille, unter sich selbst, Stiftungsfeste 2c. zu begehen. — Wünschenswerth wäre es, wenn der Vereinstag diesen Punkt auf die Tagesordnung setzte und in ihm zum Beschluß erhoben würde, kleinere Vereine bei ihren Stiftungsfesten 2c. durch geeignete befähigte Männer aus befreundeten Vereinen zu unterstützen. Jedenfalls würde viel damit gewonnen! —

Vor 14 Tagen verließ uns der Schriftsetzer Herr Carl Holzberg, der seit 10 Monaten Schriftführer unseres Vereins gewesen. Es war ein tüchtiges und strebsames Mitglied, dem unser Verein manche Verbesserungen zu verdanken hat. Sollten ihm diese Zeilen zu Gesicht kommen, dann möge er dieselben als einen dankbaren Gruß unseres Vereins hinnehmen. Möge Herr Holzberg immer der großen, schönen Sache seine Kräfte widmen! — R—r.

Dietlingen bei Pforzheim, April 1865. In unserem 400 Einwohner zählenden Dorfe ist, und zwar mit dem 1. Januar, ein Arbeiterverein in's Leben getreten, der freilich zur Zeit erst 24 Mitglieder, meist Goldarbeiter, zählt und gegen den benachbarten innerlich und äußerlich starken Pforzheimer Verein allerdings eine sehr untergeordnete Stellung einnimmt; doch hoffen wir, daß auch unser Verein, gleich anderen Brudervereinen, die von einem kleinen Anfange ausgingen, durch den ausdauernden Eifer seiner Mitglieder wachsen und gedeihen werde.

Schwäbisch Hall, 23. April. Der hiesige Arbeiterbildungs-Verein feierte am Ostermontag sein erstes Stiftungsfest im Vereinslokal mit musikalischer und deklamatorischer Unterhaltung. Die Stimmung sämmtlicher Mitglieder wurde erhöht durch die Anwesenheit eines vom Vorort Stuttgart abgesandten Abgeordneten, welcher eine Rede über die Arbeiterbewegungen hielt, die uns in segensreichem Andenken bleiben wird.

Herr Professor Moll von hier gab dann in seiner Rede eine kurze Uebersicht über die gedeihliche Entwicklung unseres Vereines.

Wir hatten im Lauf des Jahres verschiedene belehrende Vorträge von hiesigen Lehrern, auch übten wir einen Curs in gewerblicher Buchführung und Correspondenz. Der Gesang wird fleißig besucht und gut gepflegt. Eine Krankenunterstützungskasse haben wir seit 1. April, welche obligatorisch eingeführt ist. Auch ein Consumverein ist ins Leben getreten, der sich jedoch bis jetzt blos auf Cigarren beschränkt, in möglichster Bälde aber ausgedehnt werden wird.

B. Leipzig.*) Was wir von Herrn Bebel, Mitglied des vom Vereinstage der deutschen Arbeitervereine eingesetzten Ausschusses und 2. Vorsitzenden unseres Arb.-Bild.-Ver., bei seinem Berichte über die jüngst stattgefundene Sitzung jenes Ausschusses u. über die Verhandlungen wegen des Fortbestehens unserer Zeitung gehört haben, zeigte ein ganz anderes Gesicht als die überaus zahme und nichtssagende Mittheilung des Vorsitzenden jenes Ausschusses und die Bemerkungen dazu Seitens der Herausgeber und der Redaktion in Nr. 118. (Für das, was Herr Bebel seinem Verein berichtet haben mag, sind wir nicht verantwortlich. Ueber den wahren Sachverhalt aber werden unsere Leser aus den untenfolgenden thatsächlichen Nachweisungen sich selbst ein Urtheil bilden können. D. Red.) Die geforderte Abonnentenzahl habe der Ausschuß nicht gewährleisten können, da er überhaupt den Vereinen nichts octroyiren könne und eine bloße Empfehlung noch nicht ausreichend gewesen wäre. Ebenso wenig habe er sich für befugt gehalten, die Anleihe auf sich zu nehmen. Die vorgelegte Berechnung habe, zumal der Vertreter der Zeitung stillschweigend habe zugeben müssen, daß eine Menge namentlich politischer Artikel aus andern Blättern desselben Verlegers in unsere Zeitung hinübergenommen(?!), also wesentliche Kosten daraus nicht erwachsen seien, in dem Ausschuß dieselbe Verwunderung erregt, als seiner Zeit in unserem Verein. (Unten folgt diese Berechnung! D. Red.). Der vorletzte Satz der Erklärung in Nr. 117, die also nach der Ausschußsitzung erschienen sei, enthalte eine thatsächliche Unwahrheit. Der Ersatz unseres Organs sei durch den Ausschuß gesichert gewesen. (?) Der Vertreter unserer Zeitung habe keine Vollmacht gehabt, auf andere Bedingungen als die gestellten einzugehen. (Diese Gegenbemerkung scheint nur auf einem wissentlichen Irrthum zu beruhen, wie die unten folgende Zuschrift des Vorsitzenden des ständigen Ausschusses an unseren Verleger vom 19. März d. J. ergibt. D. Red.)

Ich schieße wohl nicht fehl, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß die Verhandlungen im Ausschuß einen ganz anderen Verlauf genommen haben würden, wenn nicht die Ansichten in Coburg und Frankfurt „himmelweit" auseinander gegangen wären und wenn in dem Ausschuß dieselbe „Vertrauensseligkeit", wie sie so viele Vereine, die über den wahren Stand der Dinge nicht unterrichtet sind, in Zuschriften an unsere Zeitung an den Tag gelegt haben, Platz gegriffen hätte. Es wäre daher wohl die Pflicht des Ausschusses gewesen, in dieser Angelegenheit klarer und deutlicher zu reden. (Nach diesen Provocationen bindet uns keine Rücksicht mehr, dieser Pflicht in möglichster Deutlichkeit nachzukommen. D. Red.).

Die obigen Mittheilungen erregten in der Versammlung den größten Unwillen und diesen bekundeten alle Redner ohne Ausnahme; selbst die, welche bei der früheren Verhandlung für unsere Zeitung eingetreten waren, zeigten sich jetzt ganz umgewandelt. Man meinte, daß die Zeitung alles Vertrauen verloren habe; daß es sich hier um eine reine Buchhändlerspeculation handle; nicht das Wohl der Arbeiter habe dem Verleger am Herzen gelegen, sondern einzig sein Geldbeutel. (Seit ohngefähr dreißig Jahren wird unserem Verleger von allen, die ihn und sein Wirken **kennen,** ausnahmslos der Vorwurf gemacht, daß er bei Allem an sich selbst **zuletzt** denke, immer nur die Sache und das Wohl anderer und nie sein eigenes im Auge habe. Es würde gewiß sehr zur Beruhigung seiner Freunde dienen, wenn der obige Vorwurf gegründet wäre. Leider aber beruht auch dieser Vorwurf nur auf einem — wissentlichen Irrthum. D. Red.). Die Arbeiter hätten ihr Möglichstes gethan, seitdem der Nothschrei ergangen und doch sei man damit nicht zufrieden. Es sei unbillig, von den Arbeitern, die schwer und mühsam ihre paar Groschen aufbrächten, Entschädigung für die Verluste zu fordern, da man diese selbst verschuldet habe. Man solle sich nicht düpiren lassen; dazu sei die Sache ganz angethan. (Der Abonnentenstand am Jahresschluß 1864 war nach Abzug der remittirten und nicht eingelösten Exemplare im Buchhandel: 481, im directen Versandt 372, im Ganzen 853 Exemplare; jetzt beträgt derselbe im Buchhandel: 551 und im directen Versandt 556, im Ganzen also: 1107 Exemplare, mithin — 254 Exemplare mehr. Von **Niemandem** ist „Entschädigung" verlangt worden! Auch das ist einer der wissentlichen „Irrthümer". Die materiellen wie die geistigen Opfer, und die am Arbeitstisch für die Arbeiterzeitung durchwachten Nächte sind allerdings von unserem Verleger lediglich selbst verschuldet und er verdient mit vollem Recht von den Arbeitern diese Vorwürfe dafür, daß er ihnen ein Organ geschaffen hat. Sein **persönliches** Interesse hätte es längst erheischt, das Blatt eingehen zu lassen. D. Red.).

Von mehreren Seiten wurde die Ansicht ausgesprochen, daß es trotz alledem die Pflicht des Ausschusses

*) Auf die Philippika in Nr. 115 habe ich hier nur sehr wenig zu erwidern. Schon die große Länge der „Rede für das Haus" (?) u. das seltsame Reizzeug, welches die Red. herbeischleppt, deuten genugsam an, daß mein Bericht doch nicht so ganz haltlos gewesen ist, wie er hier hingestellt wird. Es ist ein altes wahres Wort: „Je trotziger die Arzenei, desto bitterer schmeckt sie" und um so mehr sperrt man sich, sie hinunter zu schlucken. Hier bemerke ich nur, daß die Einleitung, die meinem Berichte vorangeht, mit den Aufforderungen und Versicherungen der Red. in Nr. 107 und 109 wenig in Einklang steht. (Correspondenzen, denen die **Absicht** der Verdächtigung und des **Hämelsuchens** so deutlich an der Stirne geschrieben steht, wie denen des Herrn Lehrer W. **Baer,** galt unsere Bemerkung in Nr. 107 und 109 allerdings nicht. Gleichwohl haben wir sie aufgenommen, weil wir keinen Grund haben, sie zu fürchten und weil wir den offenen wie den verkappten politischen wie persönlichen Gegnern nie aus dem Wege gehen. Die sonderbare Drohung, welche Herr W. Baer bei Uebersendung des Artikels privatim beifügte: daß im Fall der Nichtaufnahme obiger Correspondenz dieselbe anderweit werde veröffentlicht werden — war daher mindestens sehr überflüssig, wenn es auch ein handgreiflicher Beweis für das besondere Interesse ist, welches für Hrn. **Baer** gerade bei **dieser** Correspondenz leitend gewesen ist. D. Red.). — Zugleich rufe ich der Red. ins Gedächtniß zurück, daß gerade unser Verein wohl der erste gewesen ist, der die „Arb.-Zeit." als sein Organ öffentlich anerkannt hat (Nr. 9). Ebenso hat er sich von Anfang an nicht damit begnügt, wie es sonst vielfach der Fall gewesen zu sein scheint, nur ein einziges Exemplar anzuschaffen, sondern sofort und wiederholt das Halten der Arbeiterzeitung seinen Mitgliedern dringend anempfohlen. Noch will ich der Red. den Trost geben, daß sie sich wegen der „viel conservativeren Elemente" keine grauen Haare braucht wachsen zu lassen; damit wird man hier schon allein fertig werden. Gibt doch mein heutiger Bericht wiederum den Beweis, daß man sich hier so leicht kein X für ein U machen läßt. Der Einsender: **W. Baer.**

(Die Feindschaft gegen unser Blatt, von Seiten des Herrn W. Baer datirt allerdings genau erst von der Zeit an, da unser Blatt auch gegen den Beustianismus in Sachsen Front gemacht und erklärt hat, daß Sachsen kein zuverlässiger Boden für die Arbeiterbewegung sei, solange Herr v. Beust, der Verantwortliche für Waldheim, dort am Ruder sei; während Herr Lehrer **W. Baer** gerade die gegentheilige Ansicht fortwährend vertreten hat. Eine Meinungsverschiedenheit, die allerdings „himmelweit" auseinander geht, seit welcher aber die Stänkereien des Hrn. **W. Baer** und seiner politischen Gesinnungsgenossen dort gegen unser Blatt kein Ende nehmen. Es wäre doch gar zu schön gewesen, wenn in dem Lande, in welchem so hinterhaltige Politik am Ruder ist, in welchem die Jesuiten in Dresden an hoher Stelle Beichtväter sind, in dem Lande der Octroyirungen und des vollendetsten Scheinconstitutionalismus, — die **deutsche Arbeiterbewegung** hätte centralisirt u. auch das Preßorgan für dieselbe dort, unter der bekannten Musterpreßherrschaft des Hrn. **Häpe,** hätte concentrirt werden können. Der Plan war der Politik des bekannten „großen Staatsmannes" würdig. Leider haben wir denselben eben deshalb zu zerstören für eine Pflicht gehalten, im Interesse der Arbeiter und der Freiheit. Daß seitdem die Hetzereien gegen unser Blatt gerade von dorther nicht enden, finden wir sehr begreiflich. Wie die Thugs in Indien, um kein Blut zu vergießen, weil das unangenehmes Aufsehen macht, ihre Opfer nur mit der Schlinge erdrosseln, so befolgt man in gewissen Staaten das System, daß man gegen die mißliebige Presse, wo irgend möglich, nicht gewaltsam vorgeht, sondern sie entweder corrumpirt, oder wenn dies nicht gelingt, sie zu untergraben und ihren Vertretern durch allerhand Verfolgungen hinterrücks beizukommen sucht. Indessen theilen wir die Hoffnung des Hrn. Baer vollständig, daß die Arbeiter auf die Dauer sich kein X für ein U werden machen lassen. Schließlich noch eine letzte Frage an Hrn. W. Baer: **warum war derselbe so unendlich schweigsam über die brennendste Frage im Interesse der Arbeiter, über die Arbeitseinstellung in Leipzig?** Es ist doch in der That sonderbar, daß er Zeit findet für die Colportage „wissentlicher Irrthümer" über unser Blatt und über die **nächstliegenden** Vorkommnisse im **praktischen** Interesse der Arbeiter uns nichts zu berichten weiß! Daß unter solchen Umtrieben auch die beste Sache zu Grunde gehen muß, unterliegt keinem Zweifel. Indessen ist es uns lieb, daß die Gegner endlich die Maske gelüftet haben. Wir wissen nun, mit wem wir es zu thun haben und werden uns darnach zu richten wissen. Für Hrn. Lehrer **W. Baer** dieß unser letztes Wort. Als Organ für Händel und Intriguen dieser Parteirichtung soll unser Blatt allerdings nicht dienen. Wir empfehlen dem Hrn. W. Baer hierzu den „Socialdemokrat", in Ermangelung der leider erloschenen „Fackel" des Hrn. H. Häpe. D. Red.).

sei, ein **eigenes** Organ erscheinen zu lassen, denn ein Ausschuß ohne ein solches sei eine Person ohne Mund. Man wies auf den „Socialdemokrat" hin, der viel öfter und in einem größeren Umfange erscheine; dem gegenüber habe man es den Arb.-Bild.-Ver., die doch ohne Zweifel die größere Mehrheit ausmachen, bereits schon übel gedeutet, daß sie nicht ein eigenes Organ hätten. Dem Ausschuß ständen viel mehr Mittel zu Gebote, sein Blatt interessanter zu machen, es billiger zu geben und dadurch mehr zu verbreiten, sodaß man — in Coburg selbst sa king sein werde, die Arbeiterzeitung aufzugeben, denn die Abonnenten würden ebenso schnell abnehmen, als sie jetzt zugenommen hätten. (Die wohlmeinende Absicht, es dahin zu bringen, ist uns nach dem Allen, nach der ganzen Correspondenz gerade dieses uns octroyirten Correspondenten und bei dem verdienstlichen Bestreben der geflissentlichen Verbreitung wissentlicher Irrthümer, gar nicht mehr zweifelhaft. Ob sie erreicht wird, ist eine andere Frage. D. Red.).

Man beklagt, daß der Gauverband nicht zu Stande gekommen sei, denn sonst hätte man die Vereine mittelst Rundschreiben über die wahre (?) Lage der Dinge unterrichten können. Man beantragte einen Dank für den Vorsitzenden, daß er uns reinen (?) Wein eingeschenkt habe und eine Vertrauensadresse an den Ausschuß.

Da die Arbeiterzeitung in unserem Verein nur 8 Abnehmer gefunden hat, so sind in Folge der vorstehenden Verhandlungen die weiteren 17 Exemplare wieder abbestellt worden.

Die Verhandlungen unseres Verlegers mit dem ständigen Ausschuß.

Die obige Correspondenz, die darin erwähnte angebliche Berichterstattung eines Mitglieds des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstags, sowie ein erst nachträglich uns zur Kenntniß gekommenes vertrauliches Cirkular des Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses an die Vereine, welches sehr wesentlicher thatsächlicher Berichtigung bedarf, veranlaßt uns, die oben bezeichneten Verhandlungen in ihrem thatsächlichen Zusammenhang hier mitzutheilen. — Mit Hinweis auf die Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterzeitung und auf die im Interesse der Sache liegende Nothwendigkeit der Erhaltung dieses Arbeiterorgans fragte unser Verleger unter dem 22. Januar d. Js. bei dem Vorsitzenden des ständigen Ausschusses an, ob für die Erhaltung des Blattes von Seiten des ständigen Ausschusses etwas geschehen werde; zugleich schlug unser Verleger, im Interesse kürzerer und leichterer Verständigung den Weg **mündlicher** Verhandlung mit dem Ausschuß vor, zu welcher er bereit sei, sich zu der betreffenden Ausschußsitzung persönlich zu begeben. Am 24. Januar schrieb Herr Sonnemann unserem Verleger: daß er „nach vielseitigen Erwägungen" den Fortbestand des Blattes allerdings auch für höchst wünschenswerth halte, daß er den Gegenstand in der am 26. Januar stattfindenden Sitzung des engeren Ausschusses zur Vorlage bringen werde und daß in dieser Beziehung „alles wohl erwogen und aufgeboten werden solle". Unseren Verleger persönlich zu dieser Sitzung einzuladen, halte er noch für „verfrüht", er werde demselben erst von dem Ergebniß dieser Sitzung in Kenntniß setzen und dann sich vorbehalten, ihn **oder** das Mitglied des ständigen Ausschusses, Hrn. Reinhardt, (der allerdings Mitredacteur des Blattes, aber mit dessen finanziellen und technischen Verhältnissen begreiflich nicht so vertraut ist wie der Verleger selbst) — zu einer weiteren Sitzung einzuladen. Unter dem 31. Jan. schrieb dann Herr Sonnemann Namens des ständigen Ausschusses gelegentlich einer Mittheilung für die Redaction Folgendes: „Demnächst benachrichtigen wir Sie im Anschlusse an unsere neuliche Mittheilung (vom 24. Januar), daß in Ausführung des gestern gefaßten Beschlusses eine Berufung des Zwölfer-Ausschusses auf Ende Februar bevorsteht, um wegen Fortbestands der Arbeiterzeitung definitiv zu berathen. Um die geeigneten Unterlagen hierfür vorbereiten zu können, ersuchen wir Sie um genaueste Angabe über den jeweiligen Status des Blattes, insbesondere um Angabe der Abonnentenzahl, der Unkosten, des erforderlichen Zuschusses, sowie überhaupt um Alles, was auf die Berathung dieses wichtigen Gegenstands von Einfluß sein könnte." — Unter dem 21. Februar schickte unser Verleger dann an den ständigen Ausschuß, zu Handen des Hrn. Sonnemann, eine ausführliche Zuschrift, welche sowohl über die Bedeutung und Aufgabe des Blattes sich verbreitete, als die nöthige finanzielle Uebersicht gab. Diese Zuschrift liegt im Abklatsch vor uns und wir entnehmen derselben die folgenden hier entscheidenden Stellen. Daß die Arbeiterzeitung, zumal jetzt, erhalten werden müsse, darüber seien alle darüber gehörten Stimmen einig; die Schwierigkeit sei nur das „Wie." Unter Bezugnahme auf die zur Beurtheilung des Standes des Blattes, dessen was ferner erforderlich und der möglichen Auswege zur Beseitigung des Deficits beigefügten Unterlagen fährt unser Verleger in der Zuschrift dann wörtlich weiter fort: „Die Arbeiterzeitung würde wohl eine viel günstigere Bilanz haben, wenn sie vorzugsweise den Gesichtspunkt geschäftlichen Gewinns für sich hätte maßgebend sein lassen. Das hat sie von Anfang an nicht gethan, konnte es nicht und darf es nicht, wenn sie nicht ihre ganze Bedeutung und Wirksamkeit verlieren will. Sie ist ein Blatt, welches seiner ganzen Natur und Bestimmung und der Natur der Sache nach, die sie vertritt, im eminentesten Sinne des Wortes der **Idee** dient und dienen muß. Die geschäftlichen Rücksichten können dabei nur insofern in Betracht kommen, als man das thun muß, was im Interesse des materiellen Fortbestandes des Blattes nothwendig und ohne Beeinträchtigung der idealen Aufgabe des Blattes möglich ist."

„Die sociale Frage, von der die Arbeiterfrage ein Theil ist, besteht unter allen Umständen, sie läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Es ist aber nicht gleichgültig, welchen Verlauf sie nimmt, ob sie zu dem alten Zwiespalt führt, zwischen Arbeit und Capital, zu dem Kampf zwischen Besitz und Nichtbesitz, in dessen Toben alle Errungenschaften des Jahrhunderts Gefahr laufen wieder unterzugehen, oder ob sie zu einer verständigen Erwägung und friedlichen Ausgleichung der beiderseitigen Interessen führt, wobei der natürliche Egoismus der Besitzenden freilich auch manche bittere, aber wahre Lehre nicht blos hören, sondern sich auch zu Herzen nehmen muß. Es ist ein großer Fehler, den die politischen Parteien nur zu häufig machen, daß sie bei ihren politisch-freiheitlichen Bestrebungen die sociale Frage ganz außer Acht lassen, während die politischen Formen nur die Schale, die socialen Bestrebungen dagegen der Kern, der Angelpunkt sind, um den sich das ganze Ringen der Menschheit dreht." — Mit Hinweis darauf, daß dies Alles zwar bekannte Dinge, leider aber wenig beachtet seien, daß jedoch die Gegner der freiheitlichen und nationalen Bewegung, um diese zu lähmen, eben jetzt der eine Zeit lang in den Hintergrund getretenen socialen Fragen, insbesondere der Arbeiterfrage, sich bemächtigt hatten und daß diese deshalb um so schärfer ins Auge gefaßt werden müsse, — heißt es dann wörtlich weiter: „Die gegenwärtige Epoche ruhiger, von tiefgehenden Leidenschaften nicht berührter Entwicklung muß benutzt werden, das vielfach Versäumte nachzuholen. Allein mit Erfolg kann nur gewirkt werden dadurch, daß man die Massen nicht etwa durch den blauen Dunst der Phrase zu täuschen und nur zu beschwichtigen sucht, sondern daß man mit der **strengsten Gewissenhaftigkeit, mit unerschütterlicher Ausdauer auf die berechtigten socialen Forderungen eingeht** und mit zäher Energie die Hand anlegt an die Riesenarbeit ihrer Lösung. Dazu ist die Vorbedingung, daß nach allen Seiten hin Klarheit geschaffen wird. Denn nicht bloß bei den sog. Ungebildeten, sondern oft ebenso, oft noch mehr herrscht bei den „Gebildeten", herrscht bei den an den fraglichen socialen Reformen direct Interessirten die größte Unklarheit, gepaart mit zähen Vorurtheilen in Betreff der hier zu lösenden Aufgaben Nach beiden Seiten hin muß Licht gebracht, muß die Indolenz aufgerüttelt werden. Es ist dabei nothwendig, nicht blos über die vaterländischen socialen Zustände Licht zu verbreiten, sondern ebenso auch die Kenntniß von den socialen Zuständen der anderen Kulturstaaten zu fördern, mit deren Hülfe man nur zum rechten Verständniß der eigenen Aufgaben und der rechten Mittel und Wege zu ihrer Lösung gelangt. Die Arbeiterfrage insbesondere ist nur ein Theil der gesammten socialen Frage, die Arbeiter selbst sind nur ein Glied in der großen socialen Kette Das muß ihnen zum Verständniß gebracht werden, dadurch werden sie am sichersten bewahrt gegen gewissenlose Verführung und Mißbrauchung. Aber dieses Verständniß bringt man ihnen nicht bei durch Declamationen, sondern an der Hand der Thatsachen und der dieselben beherrschenden, inneren Bedingungen und Gesetze, mit denen man sie bekannt machen muß. Alles dies kann nicht in zerstreuter, vereinzelter, es kann nur in concentrirter Wirksamkeit mit Erfolg geschehen, es ist nöthig, dazu bei Zeiten, und ehe die Leidenschaften die Massen aufwühlen und für gewissenhafte Aufklärung über ihre eigentlichen Interessen unzugänglich machen, einen geistigen Sammelpunkt, ein Organ zu schaffen. Dies in demselben Moment gethan zu haben, als die ersten Anzeichen von der jetzt sich abspielenden gewissenlosen **feudal**-socialen Agitation sich bemerkbar machten, ist das Verdienst der Arbeiterzeitung „Damit bezeichnet sich aber auch ihre bedeutungsvolle Aufgabe, in deren Richtung sie sich immer mehr zu vervollkommnen hat. Es begreift sich hiernach, daß die Arbeiterzeitung nicht etwa blos ein Organ sein kann zur Mittheilung über Feste der Arbeitervereine, über ihre Versammlungen, sondern sie muß, im vollsten Sinne, politisch und social auf der Höhe der Zeit stehend, ein Hebel werden zum Verständniß wie für die Lösung der socialen Frage, nach unten wie nach oben. Für diese ihre Aufgabe hat sie sich noch unendlich zu vervollkommnen, aber was nach den beschränkten Mitteln, die ihr bisher zu Gebote standen, möglich war, hat sie redlich geleistet und in denselben Maße als ihre Mittel wachsen, wird sie weiter sich vervollkommnen und in denselben Verhältniß mächtiger wirken. In ihrer selbstgesetzten Aufgabe sich beschränken kann sie nicht, wenn sie nicht ihrer Wirksamkeit verlustig werden will. Das haben auch die denkenden Köpfe unter den Arbeitern selbst erkannt. Und es ist dies auch um so weniger möglich, nachdem die Gegner in ihrer Art sich ein gleiches Organ geschaffen haben" — „Wie das Blatt erhalten und zugleich auf der Höhe seiner Aufgabe erhalten werden kann, mit der Möglichkeit der Vervollkommnung, für die ich, persönlich interesselos, **jeden** mir etwa entstehenden Reinertrag wieder verwenden werde, darüber einige Andeutungen."

Es folgen nun in der Zuschrift die Vorschläge unseres Verlegers und in einer besonderen Beilage die Aufstellung des Etats für die fernere Fortführung des Blattes in erweitertem Umfang, von **durchweg einem Bogen**, unter Vermehrung der honorirten Redactionskräfte, und Heranziehung von weiteren honorirten Mitarbeitern, namentlich für den socialen Theil. Die Aufstellung des Etats enthielt folgende Ziffern in runden Zahlen.

I. Ausgabe pro Quartal.

114 Thlr.	Schriftstellerhonorare, nach dem Durchschnittssatz der ersten beiden Jahre; bei weiterer Heranziehung von literarischen Kräften aber schwerlich ausreichend;
250 „	Redactionshonorare; berechnet für zwei Redacteure. Während der ersten 1½ Jahre waren zwei Redacteure angestellt und besorgte unser Verleger nur die Chefredaction und schrieb hie und da Leitartikel Dann mußte, zur Verminderung des regelmäßigen Deficits, die eine Redacteurstelle eingezogen und von unserem Verleger dieser Theil der Arbeit für das Blatt mit übernommen werden. Da dies neben seinen Berufsgeschäften als Anwalt und bei dem dadurch in diesen ihm erwachsenden Schaden auf die Dauer nicht möglich, so kann die Wiederanstellung einer weiteren Hülfskraft, zumal wenn das Blatt weiter vervollkommnet werden soll, nicht umgangen werden. So lange ein solcher nicht wieder angestellt ist, reducirt sich dieser Ausgabeposten um die Hälfte;
52 „	für Porti, nach dem bisherigen Durchschnitt;
6 „	Frachtantheil für die Wochensendungen nach Leipzig;
23 „	für Zeitungsabonnement;
39 „	Honorare für das Expeditionspersonal;
12 „	durchschnittlicher Betrag der Accidenzdruckarbeiten für die Redaction und Expedition der Arbeiterzeitung;
6 „	antheilige Miethe für das Expeditionslocal.
	Dazu die Druckkosten, verschieden je nach der Stärke der Auflage und nach der Schriftgattung und dem Umfang des Blattes. Der hier zu Grunde gelegte Voranschlag war auf eine Auflage von 1250 Exemplaren, in Garmond, zu einem ganzen Bogen für jede Nummer, berechnet, und entzifferte 21 Thlr 20 Sgr. für Satz, Druck, Papier und Falzen, also von
281 „	20 Sgr. pro Quartal Im Lauf der letzten Jahre ist diese Auflage wegen vielfacher Probe- und Gratisvertheilungen im Interesse der Verbreitung fast regelmäßig und oft sehr bedeutend überschritten worden; dann mußte der Raumersparniß wegen fast regelmäßig Borgis- und Petitschrift gewählt und wegen erforderlicher Aufnahme spät einlaufender Mittheilungen im Interesse der Vereine meist Nachtarbeit an dem Tage, an welchem das Blatt in die Presse geht, verwendet werden, wodurch alles in allem der obige Druckpreis meist sehr bedeutend überschritten wurde.

780 Thlr. 20 Sgr. Sa. der **Ausgabe**. Diese mindert sich, so lange ein zweiter Redakteur nicht wieder angestellt wird, um die Hälfte des für Redaktionshonorare ausgeworfenen Ausgabepostens, also um 125 Thlr, mithin von 780 Thlr. 20 Sgr. Gesammtausgabe auf 655 Thlr. 20 Sgr.

II. Einnahme pro Quartal.

In der Aufstellung v. 21. Febr. war der wirkliche Absatz an bezahlten Exemplaren auf 900 von unserem Verleger veranschlagt. Wie schon oben zu Eingang mitgetheilt worden, hat sich diese Ziffer inzwischen anders gestellt und zwar zu Ende des Jahres 1864, nach Abzug der remittirten und nicht eingelösten Exemplare auf 481 Exemplare im Buchhandel und 372 im directen Versandt, 853 Sa., und für das laufende Quartal in diesem Augenblick auf 551 im Buchhandel und 556 im directen Versandt, 1107 in Summa, also 254 mehr. Die Einnahme berechnete sich daraus nach Abzug des Rabatts im Buchhandel damals auf 8 Sgr. pro Exemplar, jetzt, seit Beginn dieses Quartals, nachdem unser Verleger den Rabatt im Buchhandel auf den niedrigsten zulässigen Procentsatz gekürzt hat, auf 9 Sgr. und im directen Versandt auf 10 Sgr. pro Exemplar. Es ergibt sich demnach selbst in diesem Augenblick, bei dem um — 254 Exemplare vermehrten Abonnentenstand eine Einnahme von nur:

165 Thlr.	9 Sgr.	für 551 Exemplare im Buchhandel und von
185 „	10 „	für 556 Exemplare im directen Versandt.

350 Thlr. 19 Sgr. Sa der Einnahme. Gegenüber einer Ausgabe von 655 Thlr Also jedenfalls eine glänzende „Buchhändlerspeculation", die hiernach zu Anfang dieses Jahres noch glänzender war und deshalb zu der Erklärung „an unsere Leser" zu Anfang des vorigen Quartals geführt hat.

Im Hinweis auf diesen Stand des Blattes und darauf daß, wenn dasselbe auf der Höhe seiner Aufgabe erhalten werden solle, ein Abonnentenstand von mindestens 3000 Exemplaren nothwendig sei und daß der Rabatt des Sortimentsbuchhandels und der einzelnen Vertriebsagenten, da derselbe nicht aufgehoben werden könne, zu dem Abonnementspreis geschlagen werden müsse, daß dann aber eine Ausgleichung der Einnahme und Ausgabe und selbst ein Einnahmeüberschuß möglich sei, — machte unser Verleger in seiner Zuschrift vom 21 Febr. d. Js. dem ständigen Ausschuß folgende Vorschläge

1) Der erforderliche Absatz von 3000 Exemplaren solle fest von den Vereinen garantirt werden. Diese Garantie solle nach Verhältniß der Mitgliederzahl auf die einzelnen Vereine ausgeschlagen und es könnten hierzu außer den eigentlichen Arbeiterbildungsvereinen auch noch manche Handwerker- und Gewerbevereine sowie Genossenschaften herangezogen werden; ebenso auch gar manche Private und Industrielle. Diese Garantie sei in Wirklichkeit ohne Risiko und erfordere nur einige Rührigkeit der Vereine für den Absatz.

2) Für die so in Garantie übernommenen Exemplare solle jeder Verein ein hierfür besonders thätiges und geeignetes Mitglied aus seiner Mitte zum Vertrieb aufstellen, an welchen die Exemplare direct zu senden seien und welcher hier für einen Rabatt von 15% zu erhalten habe.

3) Dieser Rabatt, wie der des Buchhandels, solle dem Abonnementspreis zugeschlagen und dieser hiernach von 12 auf 16 Sgr. erhöht werden.

4) Der unter dieser Voraussetzung sich ergebende Reinertrag solle dem mit dem hiesigen Verein bestehenden Contrakt gemäß zu ¾ diesem und zu ¼ dem ständigen Ausschuß für die Verbandscasse zufließen und der Rest desselben dann in erster Linie zur Deckung der bisherigen, für das Blatt gehabten Verluste des Verlegers und eventuell zur weiteren Vervollkommnung und Erweiterung des Blattes selbst verwendet werden.

5) Alljährlich solle, mit einer Abrechnung über die Betriebsergebnisse, der betreffende Antheil am Reinertrag solchenfalls, wie dem hiesigen Verein so auch dem ständigen Ausschuß, von unserem Verleger übermittelt werden; das Blatt aber unter diesen Umständen nach wie vor im Verlagsrecht des bisherigen Verlegers bleiben.

6) Die bisherigen Verluste des Verlegers für das Blatt sollten **nicht** etwa von den Vereinen übernommen werden, wie dies von verschiedenen Vereinen wohlmeinend angeboten worden ist, sondern es solle dem Verleger nur ein seinem bisherigen Verluste gleichkommender Vorschuß von 3000 Thalern im Interesse der besseren und vervollkommneten Fortführung des Blattes vom ständigen Ausschuß vermittelt und dieser Vorschuß vom Verleger als seine eigene Schuld übernommen, von ihm zu einem mäßigen Zinsfuß verzinst und unter allen Umständen in fünf Jahresraten von Ostermesse zu Ostermesse zurückgezahlt und vom Verleger dazu die Verpflichtung mit übernommen werden, das Blatt **jedenfalls, auch wenn die Garantie von 3000 Abonnenten nicht erlangt würde,** dieses Jahr hindurch fortzuführen; da wohl anzunehmen war, daß bei solchen Anstrengungen das Blatt in Jahresfrist fest auf eigne Füße kommen werde. Da unter den Mitgliedern des „ständigen Ausschusses" sich ein für die Arbeitersache lebhaft interessirender Banquier befindet, den man als Millionär schätzt, so durfte allerdings angenommen werden, daß dieser Vorschlag keine besonderen Schwierigkeiten verursachen werde.

Dies waren die, noch in Abschrift uns vorliegenden, Vorschläge, welche, wie in der Leipziger Correspondenz behauptet wird, auf den Bericht des Ausschußmitgliedes, Hrn. Bebel hin, den tiefsten Unwillen des Leipziger Vereins und angeblich den sofortigen Abfall von 17 dortigen Abonnenten verursacht haben.

Auf diese Vorschläge, zu deren persönlicher Vertretung unser Verleger für die betreffende Ausschußsitzung keine Einladung von dem Herrn Vorsitzenden des ständigen Ausschusses erhalten hatte, wurde demselben unter dem 19 März folgende Resolution: „Protokollauszug, betreffend den Fortbestand der Arbeiterzeitung: 1) Es wird beschlossen, die Zeitung auch für den Fall fortzuführen, falls Herr Streit dieselbe eingehen lassen sollte; 2) jede Garantie sowohl hinsichtlich der Abonnenten, als hinsichtlich des verlangten Vorschusses von 3000 Thlrn. — wird abgelehnt; 3) es wird beschlossen, Herrn Streit für den Fall des Eingehens der Zeitung folgende Vorschläge zu machen: insofern Herr Streit in der letzten Nummer zur Anzeige bringt, daß die Zeitung in den Verlag des Ausschusses übergeht und auch sonst alle zur Erhaltung der Abonnenten und Mitarbeiter erforderlichen speciellen Nachweise liefert, demselben so lange die Hälfte des Reingewinnes aus der Arbeiterzeitung zuzuwenden, bis die Summe von 3000 Thlr. bezahlt ist. Frankfurt a. M., den 19. März 1865. Im Auftrag des Ausschusses: Leopold Sonnemann, d. Z. Vorsitzender."

Da unserem Verleger hiernach die Wahl gelassen war: entweder ohne jegliche Garantie der Tendenz des Blattes und seiner Fortführung und Vervollkommnung im Geiste der Aufgabe für die es gegründet worden, ohne Garantie der ferneren wirklichen, und energischen, nicht blos in schöne Worte gekleideten, scheinbaren Wahrung der Arbeiterinteressen, das Blatt bedingungslos auszuliefern, — oder aber jede Aussicht auf Wiederersatz der für dasselbe gehabten Verluste zu verlieren, so zog er den persönlichen Verlust der Preisgebung der Sache vor und lehnte die obigen Vorschläge unbedingt ab.

Nachdem derselbe seine Ablehnung dem Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses mitgetheilt und dieselbe auch in unserer Nr. 118 veröffentlicht hatte, ist von dem Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses ein vertrauliches Cirkular an die Vereine des Vereinsverbands ergangen, in welchem sich u. a. der Irrthum eingeschlichen hat, daß im direkten Widerspruch mit Nr. 6 der schriftlich dem Hrn. Vorsitzenden vorliegenden Vorschläge unseres Verlegers vom 21. Febr. d. Js. in dem Cirkular gesagt ist: der letztere habe selbst für den Fall der Leistung des Vorschusses von 3000 Thaler und der Uebernahme einer Garantie für 3000 Exemplare — sich nur verbindlich machen wollen, das Blatt bis Ende dieses Jahres fortzuführen, während er, (vergl. oben Ziffer 6) zur Fortführung des Blattes auf diesen Zeitraum **„jedenfalls"** und auch dann sich verpflichtet hatte, wenn die Garantie für den Absatz von 3000 Abonnenten **nicht** gewährt würde. — Dies der thatsächliche Verlauf der Verhandlungen unseres Verlegers mit dem ständigen Ausschuß und der Inhalt der beiderseitigen Vorschläge. Sollte unser Verleger nach solchen Erfahrungen die Lust verlieren, das Blatt ferner zu erhalten, so wird denselben dafür sicher kein Vorwurf treffen. Ausliefern aber wird er das Blatt nicht.

Die Redaction.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Berlin, 19. April. Die „Neue Frankf. Ztg." spottet über die schlechten Künste, welche die „Nordd. Allg. Ztg.", bekanntlich ein Organ, das sich mit Haut und Haar dem Hrn. v. Bismarck verkauft hat, unermüdlich spielen läßt, um den Schleswig-Holsteinern den Mund nach der preußischen Herrlichkeit wässern zu machen. Die „N. Frankf. Ztg." sagt:

Es ist wirklich ein Vergnügen, das schöne Bild der preußisch-holsteinisch-schleswigischen Zukunft im tugendreichen Spiegel des Bismarck'schen Blattes zu betrachten. Die Vortheile werden maßlos, der Lohn überschwänglich, die Ehre schwindelerregend, das Glück ein wahrhaft beneidenswerthes sein in diesem Garten Eden, in diesem kleinen Nebenparadies; — denn das Hauptparadies muß Preußen selbst sein. Die biedere „Norddeutsche Allgemeine" wendet sich, um ihren Zweck zu erreichen, an die niedere Selbstsucht der Einzelnen, da das Volk im Ganzen doch leider nicht zu verführen ist; sie verkündigt ihnen den Lotteriegewinnst, wie ihn Jeder am liebsten aus dem großen Glückstopf des Lebens ziehen wolle. Den Juristen, den Studirten zeigt sie hohe Beamtenposten im hohenzollern'schen Weitreich, das bekanntlich großen Mangel an Bewerbern um Richter- und Rathstellen hat; den Rekruten malt sie Epauletten auf die Schultern, weil es in Preußen nicht genug soldsüchtige Junkerkinder gibt; den Kaufleuten schreibt sie ungeheure Erwerbsziffern in's Hauptbuch, der Industrie schildert sie die großartige Aufschließung aller Gold- und Silberquellen in der Neu- und Altmark, in Posen und der Wasserpolakei. Das Eldorado liegt weit ausgedehnt zwischen Elbe, Oder und Weichsel, und wartet nur auf die Schleswig-Holsteiner, um es aufzuschließen. Aber wir meinen, es muß doch schlimm um die preußischen Sympathien in Schleswig-Holstein stehen, wenn sie erst durch die verheißenen „glänzenden Aussichten im Staatsdienst, in der Armee" u. s. w. vom Schlafe erweckt werden müssen. Eine Sache, die sich solcher unwürdigen Mittel bedient, ist gerichtet; eine Politik, die so auf die Gemeinheit der Menschen speculirt, verliert sogar die Berechtigung vom „deutschen Vaterland" — — zu lügen. Es wäre wahrlich viel klüger und viel nutzbringender, statt der ewigen Redensarten, die Niemand glaubt, offenherzig zu gestehen, was Jeder weiß. Wiederholt uns doch nicht mehr die hergebrachten Worte vom Schutze, den ihr ungebeten uns großgünstigst offerirt oder aufzwingt, von Deutschland, dem ihr zur Befriedigung eures Deutschthums ein Stück aus dem Leibe reißen wollt; sagt offen, daß ihr was Halbes seid und was Ganzes werden wollt. Bis jetzt weiß Deutschland nur, daß ihr nicht sagt, was ihr denkt, und nicht denkt, was ihr sagt; und diese Ueberzeugung des gesammten deutschen Volkes dünkt uns nicht die beste Empfehlung für die deutsche Rolle, die ihr auf dem preußischen Hoftheater aufführt, ohne sie richtig einstudirt zu haben.

Der Nassauer hat alle seine geheimen Räthe aus dem Lande in **Wiesbaden** versammelt, um zu vernehmen, wie man die widerspänstigen Abgeordneten bändigen könne. Es wird wohl ein Rathschlag herauskommen, wie derjenige, den Ahitophel dem Absalon gab. Der König von Bayern hat, scheint's, bereits gemerkt, was von dem Rath solcher Getreuen zu halten ist. „Was sagen Sie zu der zweijährigen Finanzperiode?" fragte er einen seiner Reichsräthe. „Vortrefflich, Ew. Majestät!" war die Antwort. „Sie haben ja früher so eifrig für die sechsjährige Finanzperiode gesprochen!" — „Ja, es war eben die Ansicht von ihrem h. Vater selig." — „Wofür seid ihr denn eigentlich da, wenn ihr euch nur nach der Meinung des Regenten richtet?" (Schw. H.-C.)

Schleswig-Holstein. Der „Nürnberger Correspondent" theilt zwei Briefe mit — der eine kommt aus Schleswig, der andere aus Holstein — die neuerdings wieder ein lautsprechendes Zeugniß ablegen von jenem entschlossenen Mannesmuth und jenem treuen Festhalten am Recht, worin auch heute noch die beste Bürgschaft dafür zu erblicken ist, daß diese Sache durch alle Hindernisse, Wirren, Gewaltthaten und Ränke hindurch, schließlich zu einem guten, dem Recht entsprechenden Ziele gelangen wird. Im ersten Briefe (Husum, 2. April) heißt es: „Der 24. März, der Jahrestag unserer Erhebung liegt wieder hinter uns, — zum zweiten Male, nachdem unsere Unterdrücker, die Dänen, der heldenmüthigen Tapferkeit der alliirten Armee weichen mußten. Als wir im vorigen Jahre an diesem bedeutungsvollen Tage die Gräber der in den Kriegen von 1848—50 für Schleswig-Holstein, ja für ganz Deutschland gefallenen Brüder umstanden, als zum ersten Male nach langer schmachvoller Knechtschaft zarte Frauenhände dieselben schmücken und Worte der Dankbarkeit das Andenken der Gefallenen preisen und zum Festhalten an Deutschland und an unserem Rechte mahnen durften, da zog der Frühling mit all' seinem Hoffen auch in unsere Herzen. Wir fühlten, daß wir an einem entscheidenden Wendepunkte unseres Geschickes standen, wir ahnten, daß wir für immer dem großen, schönen Vaterlande wiedergewonnen seien. Und unsere Ahnung hat nicht getrogen. Dank dem allmächtigen Gott, Dank dem unwiderstehlichen Drängen des ganzen deutschen Volkes, Dank der Tapferkeit der alliirten Armee, Dank der verblendeten, kindischen Halsstarrigkeit der Dänen, Dank der Macht der Ereignisse, — Schleswig-Holstein ist dem großen, schönen Vaterlande wieder gewonnen. Wir sind „los von Dänemark" und Das für immer. Wir haben am 24. März d. J. wieder die Gräber unserer gefallenen Brüder umstanden; wir weihten ihrem Andenken ein einfaches, würdiges Denkmal, und wieder schmückten zarte, lebenswarme Frauenhände die Stätte des Todes, und der Geistliche segnete und weihte sie mit warmen, ergreifenden Worten als geheiligt für uns und unsere Nachkommen. Aber aus dem Frühling in unseren Herzen ist kein Sommer geworden. Auf die Blumen und Blüthen der Dankbarkeit, des jubelnden Entzückens über unsere Befreiung, die vor einem Jahre so üppig keimten

und sproßten, ist ein kalter, ertödtender Thau gefallen. Wir sind frei geworden von der Dänenherrschaft, aber nicht wie Männer, die, in der harten Schule der Drangsale gestählt, bereit sind, Gut und Blut für's Vaterland, für ihr Theuerstes einzusetzen, nein, wie unmündige Kinder! Wir sind nur befreit, um — die Herren zu wechseln! Aber es gibt noch eine Vorsehung . . . . .

Der Erlanger Verein hatte am 16. Febr. einmüthig sich für die Resolution entschieden: nicht die Herzogthümer, Deutschlands Mittelstaaten sollten die Kosten der Befreiung tragen. Dagegen legt das zweite Schreiben (Rendsburg, 6. April) Protest ein, indem es sagt: Nein, liebe Herren! Euch ehrt der Vorschlag wie die Annahme und setzt uns von Eurer Seite kaum in groß Erstaunen; wir aber können ihn nicht annehmen, müssen Eure Großherzigkeit im tiefsten Dankgefühle ablehnen. Unsere Ehre verlangt es, daß wir Herrn v. Bismarck beweisen, er habe sich verrechnet, als er unseren Patriotismus, unser Männerwort nach Thalern abwog. Wohl mögen einige Wenige unter uns sein — ihre Namen finden sich wohl meist unter der Scheel-Plessen'schen Adresse —, die an Stelle eines warmen, treuen Holstenherzens ein kaltes Einmaleins in der Brust tragen. Uns dauern diese Mißgeburten, aber irre machen können sie uns nicht. Es muß dabei bleiben: laßt uns freie Deutsche sein, und nennt uns den Preis; er ist bewilligt und wird gezahlt werden.

— Die Resolution, welche die **Rendsburger** Versammlung der Delegirten von 117 schleswig-holst. Vereinen am 18. und 19. April d. Js. gegen eine verneinende Stimme gefaßt hat, lautet: 1) Die Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine tritt der am 26. März d. J. zu Berlin zwischen dem engeren Ausschusse der Vereine, dem 36er-Ausschusse deutscher Abgeordneter und hervorragenden Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses in Betreff der schleswig-holsteinischen Verständigung hiermit bei. 2) In Erwägung, daß das Provisorium das Volk der Herzogthümer in seinen wesentlichsten materiellen und sittlichen Interessen auf das Aeußerste gefährdet und unverträglich mit der Ehre Deutschlands ist, fordert die Delegirtenversammlung in Uebereinstimmung mit der gesammten Bevölkerung die endliche Constituirung Schleswig-Holsteins unter seinem allein berechtigten und von seinem Volke längst anerkannten Herzoge Friedrich VIII.

Straubing, 1. März. Gestern fand hier Verhandlung statt gegen Ludwig Wittmann von Landshut, welcher bekanntlich der Störung des Religionsfriedens und staatsgefährlicher Aeußerungen angeklagt war. Militär, Beamte und namentlich der Klerus von Straubing und Umgebung waren äußerst zahlreich vertreten, letztere, was aus den Gesichtszügen zu entnehmen war, sich schon freuend, das „kreuziget ihn" über den Erzdemokraten und irrgläubigen Angeklagten aussprechen zu hören. Nach der Rede des Staatsanwaltes zu schließen, welche von einem gewissen religiösen Anstrich durchzogen war, schien dies auch der Fall zu sein. Der Kampf wurde gegenseitig mit allem Aufgebot von Geist und Beredsamkeit geführt, allein Dr. Gotthelf wußte Hand in Hand mit der Geschichte und anderweitigen zahlreichen Beweismitteln, den Geschworenen*) in glänzender 1½stündiger Rede die Ueberzeugung beizubringen, daß die Anklage nach beiden Richtungen hin unbegründet sei, und die in der Wittmann'schen Schrift aufgestellten Sätze und Schilderungen des Kirchenstaates leider nur traurige Wahrheiten seien; er bewies überdies noch, daß die in der Wittmann'schen Schrift enthaltenen Thatsachen im mildesten Lichte geschildert seien. Mit männlicher Würde und Entschiedenheit erklärte Wittmann den Geschworenen gegenüber „er habe aus innerster Ueberzeugung seine Schrift geschrieben, werde zu jeder Zeit gegen Pfaffenwillkühr und Umtriebe kämpfen, er sei überzeugt, nur die „Wahrheit" gesagt zu haben, und verlange deßhalb von den Geschworenen keine Gnade und Milde, sondern sein Recht. Er sei weder Katholik noch Protestant, sondern Christ, und in politischer Beziehung Demokrat und huldige der republikanischen Verfassung." Die Geschworenen verneinten nach kaum 5 Minuten langer Berathung unter ihrem Obmann Kaufmann Haider von Abensberg sämmtliche an sie gestellte Fragen, worauf der Gerichtshof ein freisprechendes Erkenntniß erließ. Die konfiscirte Schrift wird demnach wieder hinausgegeben werden.

Die Verhandlung bot in ihrem ganzen Verlauf außergewöhnliches Interesse, denn es war wohl das erste Mal in Niederbayern, daß ein Israelit über katholische Zustände vor den Schranken des Gerichts mit solchem Erfolg sprach, und wir hörten selbst, wie ein eingefleischter Ultramontaner sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß ein Israelite (Dr. Gotthelf) in den Grundsätzen der katholischen Kirche so gut bewandert sei. Die Freisprechung erregte allgemeine Befriedigung, nur die schwarzen Herren zogen mit langer Nase ab. — Gewiß für Niederbayern ein Zeichen der Zeit.

*) In dem hinter unserem liberal regierten Coburg „weit zurückstehenden" Bayern sind bekanntlich die Bestimmungen der Grundrechte, wonach Preßvergehen durch Geschworene abgeurtheilt werden sollen, — weder auf dem Papier stehen geblieben, noch aufgehoben, sondern einfach zur Ausführung gebracht worden. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und — Coburg. D. Red.

New-York, 13. April. (Mit dem Dampfer „Asia".) Der Rebellenoberanführer Lee hat am 9. mit seiner ganzen Armee kapitulirt. Lee hat Erlaubniß erhalten, Weldon zu besuchen. Es geht das Gerücht, Raleigh sei geräumt, Selma und Montgomery seien eingenommen, Mobile dagegen wolle nicht kapituliren. Die Regierung hat die Werbungen eingestellt, um die Militärkosten zu vermindern. Eine Proklamation des Präsidenten Lincoln verkündigt die Schließung aller Südhäfen. Fremde Schiffe werden in den Unionshäfen denselben Nachtheilen unterworfen wie Unionsschiffe in fremden Häfen.

Eine uns von **Frankfurt a/M.** von guter Hand zugegangene telegraphische Depesche lautet: „**Präsident Lincoln ist ermordet.**" Wir geben diese Nachricht nur mit allem Vorbehalt. Wenn dieselbe vor einem Jahr uns zugekommen wäre, würden wir wenig Zweifel darein gesetzt haben. Denn damals hätte der Tod Lincolns eine solche Bedeutung gehabt, daß sich daran eine vollständige Wendung zu Gunsten des Südens hätte knüpfen können. Damals hätte also die Ermordung des Befreiers von Amerika einen Sinn gehabt und den Anstiftern der Rebellion, den „Rittern vom goldenen Zirkel", deren Geheimverbindung auch heute noch besteht, wäre diese Unthat wohl zuzutrauen. Heute aber, wo der Norden mächtiger ist und besser organisirt ist als je, wo mindestens eine viertel Million nordstaatlicher, sieggewohnter Veteranen im Felde stehen, geführt von den trefflichsten Generalen, die eine neue Rebellion im Entstehen erdrücken würden, heute hat dieser feige Mord keinen Sinn mehr. An Lincolns Stelle würde der unversöhnliche Vicepräsident Johnson treten und mit allen von dem milden, edlen Lincoln eingeleiteten Versöhnungsmaßregeln wäre es vorbei. Die Sache der Freiheit wäre um einen der edelsten Märtyrer reicher, aber unerschüttert würde sie auch jetzt ihren Sieg vollenden. Es wäre unter diesen Umständen die äußerste Kopflosigkeit, durch einen Akt feiger Rachsucht über den ohnehin am Boden liegenden Süden auch noch die blutige Vergeltung heraufzubeschwören, von der die durch diesen Mord in die furchtbarste Aufregung versetzten Armeen des Nordens nicht abzuhalten sein würden. Nur eine Politik könnte ein sehr naheliegendes, machiavellistisches Interesse an diesem die ganze civilisirte Welt erschütternden Ereigniß haben —. Noch aber kann die Nachricht auch auf einer Börsenspeculation, auf das Niederdrücken des Courses der amerikanischen Papiere berechnet, beruhen. Die nächsten Tage werden das Nähere bringen.

Ein neuester Preßprozeß in Coburg, zu Gunsten des mecklenburgischen Junkerthums.

Die Zeitungen bringen unter obiger Ueberschrift folgende Notizen aus **Coburg**, dem Lande der Preßprozesse: „Im Laufe des vorigen Jahres ist bekanntlich in F. Streit's Verlag hier eine Brochüre erschienen, unter dem Titel: „Die feudale Aera in Mecklenburg. Ein Beitrag zur Geschichte des Junkerthums der Neuzeit und seiner Bestrebungen". Durch diese Brochüre finden sich die ehrenwerthen, dermaligen Großherzogl. Schwerin'schen Minister beleidigt und auf Antrag des Großherzogl. Ministers des Auswärtigen, Herr v. Oertzen, hat daher unsere Staatsanwaltschaft gegen den Chef der Streit'schen Buchhandlung, Rechtsanwalt F. Streit hier, Anklage erhoben. Streit ist bereits vom Untersuchungsrichter vernommen und hat die verantwortliche Vertretung der Brochüre mit folgender, schriftlichen Erklärung auf sich genommen: „Im Uebrigen (die Eingabe war auf Mittheilung der speciell incriminirten Stellen gerichtet) will ich schon jetzt mit der Erklärung nicht zurückhalten, daß ich von der mir (nach dem Preßgesetz) zustehenden Berechtigung, den Verfasser zu nennen, keinen Gebrauch mache, und daß ich gegenüber einem Regierungssystem, wie das in Mecklenburg herrschende, welches in Europa nicht nur, sondern in der ganzen civilisirten Welt sich die traurigste Berühmtheit erworben hat, meinem Verlag es zur Ehre und als ein patriotisches Verdienst anrechne, durch die jetzt verfolgte Schrift einen weiteren Beitrag zur Charakteristik dieses Regierungssystems geliefert und dadurch mittelbar für dessen, zur Ehre des 19. Jahrhunderts erforderlichen, Sturz mitgewirkt zu haben. Der Rechtsanwalt F. Streit." Mündlich soll derselbe dazu noch bemerkt haben, daß er die beleidigende Natur der incriminirten Stellen der Schrift bestreite, daß er dieselben eventuell aber als verdient bezeichne und in der öffentlichen Verhandlung die Einrede der Wahrheit begründen werde.

So mehrt sich das eigenthümliche Musterlager von Preßprozessen in dem in dieser Hinsicht gesegneten Coburg. Es verlohnt der Mühe, einen flüchtigen Ueberblick über die Sammlung zu geben. Der erste Preßprozeß, gegen Streit und Struve, wurde zu Gunsten der Unterzeichner des Londoner Protokolls unternommen. Derselbe schwebt jetzt in der Nichtigkeitsinstanz vor dem Appellationsgericht in Jena und wird am 17. Mai dort zur öffentlichen Verhandlung kommen, zu welcher sich auch die beiden Angeklagten persönlich einfinden werden. Die lebhaften Verhandlungen dieses Preßprozesses vor dem Herzogl. Appellationsgericht in Gotha, welches auf Antrag des Oberstaatsanwalts v. Holzendorf das auf 4 Wochen Gefängniß lautende erstinstanzliche Erkenntniß auf drei Monate Gefängniß verschärfte, — sind, wie wir hören, in diesen Tagen, (als II. Heft der Verhandlungen dieses Prozesses überhaupt) im Druck erschienen. An diesen Prozeß reihten sich damals noch zwei andere Preßprozesse: einmal gegen ein Heft des „Diesseits und Jenseits des Oceans" von G. Struve, in welchem der incriminirte Artikel ebenfalls erschienen war, der indessen wieder fallen gelassen worden ist, und dann ein anderer gegen die Brochüre, in welcher die stenographisch verzeichnete, erstinstanzliche Verhandlung dieses ersten Preßprozesses mitgetheilt worden war. Dieser Prozeß schwebt noch. Der zweite Preßprozeß wurde zu Gunsten der preußischen Junkerpartei gegen F. Streit, als verantwortlichen Redacteur der „deutschen Wehrzeitung" anhängig gemacht und endigte in erster Instanz mit mit Freisprechung des Angeklagten. Dagegen ist jedoch von der Staatsanwaltschaft, wie seiner Zeit verlautet hat auf Befehl des Hrn. Staatsministers von Seebach, Appellation eingelegt worden, und kommt dieser Prozeß am 19. Mai vor dem Herzoglichen Appellationsgericht in Gotha zur öffentlichen Verhandlung. Da das Appellationsgericht sich in der Voruntersuchung in dieser Sache bereits wiederholt vorgreiflich für das Schuldig ausgesprochen hatte, so hatte der Angeklagte dasselbe abgelehnt, ist indessen nach den sehr eigenthümlichen Bestimmungen unserer Strafprozeßordnung mit seinem Ablehnungsgesuch nicht durchgedrungen. Ein dritter Preßprozeß, neueren Datums, ist zu Gunsten des „heiligen Vaters" gegen das „Coburger Tagblatt" erhoben worden, wegen eines, aus Anlaß der Encyclika, gegen das Pabstthum gerichteten Inserats in diesem Blatt. Hierzu hat sich der hier lebende Schriftsteller Hr. L. Reinhardt aus Mecklenburg als Einsender benannt (der nach dem hiesigen Preßgesetz bei s. g. Inseraten überhaupt in erster Linie verantwortlich ist) und hat die Vertretung selbst übernommen. Dieser Preßproceß schwebt im Augenblick in der Nichtigkeitsinstanz vor dem Appellationsgericht in Jena, weil der Vertheidiger des Angeklagten gegen das Verweisungserkenntniß, sowohl wegen der Verweisung überhaupt, als wegen Verweisung an ein nicht competentes Gericht (das Kreisgericht statt das Schwurgericht) insbesondere die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben hat. Der neueste, diesen allen passend sich anreihende Preßproceß ist nun der Eingangs erwähnte gegen F. Streit, zu Gunsten des Mecklenburgischen Junkerthums; und insofern läßt sich mit Recht sagen, daß der schöne Monat April, welcher aus Amerika uns Nach-

richten von so weltgeschichtlicher Bedeutung gebracht hat, auch unser liberales Coburg mit einer — weltgeschichtlichen Auszeichnung gesegnet hat.

Aus Kassel schreibt die „Berliner Reform“: „In Schlesien nennt das Volk einen freundlichen, entgegenkommenden Mann ohne Arg recht „niederträchtig“. Und so mag als Beweis recht herzlicher deutscher Niederträchtigkeit gegen den Kaiser Napoleon hier constatirt sein, daß der Lablenus nun auch in Kurhessen verboten worden ist.“

Socialer Theil.

Ein Agent der Social-Demokraten.

Einer der thätigsten Wühler für das Junkerblatt des Herren von Schweitzer und von Hofstetten und gleichzeitig eines der gefährlichsten Werkzeuge der Feudalen und des absoluten Bismarck'schen Systems ist der in Berlin wohnhafte Baron Heinrich von Fircks. Dieser Mann, der aus Breslau gebürtig ist, von Hause aus Lieutenant im schlesischen Jägerbataillon war, nach achtjährigem Dienste diese Stellung nicht mehr bekleidete, dann nach Amerika reiste und einige Zeit in New York lebte unter Verrichtungen, welche sich bis jetzt noch nicht genau ermitteln ließen, nächstdem als „vollständiger Republikaner“ wiederkehrte, hierauf das Gut seines Vaters, des verstorbenen Generals und Mitgliedes des Herrenhauses, einige Jahre unter erheblicher Einbuße bewirthschaftete, um es schließlich in die Hände seines Bruders übergehen zu lassen, „reiste“ dann in der Provinz Posen umher, besonders eifrig kurz vor dem Ausbruche der letzten polnischen Erhebung. Auffälligerweise nahm damals schon eine Berliner Zeitung Veranlassung, in mysteriöser Art und ohne den Mann zu nennen, ein so täuschend ähnliches Portrait von ihm zu entwerfen, wie dies nur mit der Feder gezeichnet werden kann, wobei sie zugleich angab, daß er unter der Maske der rothen Demokratie in jener Provinz eine feudal-absolutistische Mission erfülle, nachdem er vorher in anderen Provinzen seine Schuldigkeit gethan habe. Daß diese erste Warnung von polnischer Seite ausging, wollen wir gern glauben. Im Jahre 1863 nahm er nicht blos in Berlin Wohnung, sondern figurirte plötzlich im Wohnungsanzeiger als Eigenthümer des Hauses Potsdamerstraße 48, im Westende der Hauptstadt. Dieser rasche Erwerb erregte besonders in den Kreisen Verwunderung, die den Herrn „Baron“ in früheren Lagen gekannt hatten. Das Hypothekenbuch gab indessen bald genügenden Aufschluß über den wirklichen, eigenen Antheil des aristokratischen Republikaners an einem Hause, dessen Werth Kenner auf 40,000 Thlr. schätzen. Der angebliche Besitz eines derartigen Hauses war dem Agitator durchaus nöthig, denn er verbreitete um ihn den Schein des Reichthums und damit der Unbestechlichkeit, er machte ihn überhaupt in besitzenden Kreisen courfähig und in nichtbesitzenden respectabel sowie unverdächtig. Zur weiteren Charakteristik dieses ahnenstolzen Junkers, der sich sogar im Beisein von Demokraten rühmte, von den Wirs oder Firs, d. h. von den alten esthländischen Königen abzustammen, müssen wir noch hinzufügen, daß er nur eine ganz oberflächliche Bildung besitzt, wie dies auch von einem junkerlichen Lieutenant einer entschwundenen Periode nicht anders zu verlangen ist. Er besitzt aber die glückliche Gabe, sich leicht von fremdem Wissen einige Brocken anzueignen und diese dann möglichst geschickt anzubringen. So ist es ihm gelungen, durch häufigen Umgang mit gelehrten Reisenden und anderen Männern der Wissenschaft sich einen gewissen Grad von Kenntniß mancher dem großen Theile des Publikums weniger bekannten Punkte der Welt anzueignen und darauf hin wagt er es, mit Hülfe seines imponirenden „Barons“ und seines „Hauses“, aller Welt zu erzählen, er habe Amerika von Norden bis Süden bereist, sei in China und Japan, in Indien und Afrika und Gott weiß wo sonst noch gewesen, ja er geht so weit, zu behaupten, daß er, um seine Zukunft vor dem europäischen Absolutismus und der Hierarchie sicher zu stellen, sich in Kalifornien eine Farm gekauft habe — die er, beiläufig gesagt, jetzt von einem Berliner Maler in Oel malen läßt, aus Gründen, die wohl auf der Hand liegen. Natürlich findet ein solcher, in jeder Hinsicht interessanter „Baron“ Zugang selbst bei solchen Männern, die ihm andernfalls die Thür vor der Nase zuschlügen. Leider steckt im deutschen Volke immer noch so viel Kanaille, daß der Titel „Graf“, „Baron“ oder auch das bloße „von“ hinreicht, um über den eigenen Werth des Trägers ein Auge zuzudrücken. Die Taktik des Herrn Baron von Firks ist nun die folgende: Er erzählt jedem, der es hören will, daß er sich das ideale Ziel gesteckt habe, alle bedeutenden Geister der Nation (innerhalb der Stadt und des zweimeiligen Umkreises) mit einander in Berührung zu bringen, damit sie sich an einander reiben und Funken sprühen — und er natürlich selber mit ihnen bekannt wird und nach allen Seiten hin horchen kann. Selbstverständlich müssen die „bedeutenden Geister“ der liberalen Richtung angehören, womöglich durch einen Preßprozeß compromittirt sein oder zu den Exilirten gehört haben, oder im Abgeordnetenhause resp. im Vereinsleben eine hervorragende Rolle spielen, oder Mitglieder einer liberalen Zeitungsredaktion oder ehemalige Militärs sein; sonst genügt auch leidenschaftlicher Charakter, besonders wenn derselbe mit beschränkten Vermögensverhältnissen und großen Kenntnissen oder Fähigkeiten verbunden ist. Jeder gewonnene Bekannte muß dem Herrn Baron als Folie oder als Introductionsmittel zur Gewinnung eines anderen auf der Liste Stehenden dienen und nur im Nothfalle entschließt er sich, bloß mit seiner Karte bewaffnet, einem oder dem anderen Landtagsabgeordneten die Aufwartung behufs Anknüpfung der Bekanntschaft zu machen. Mit seiner Agitation für die angeblich „Lassalle'schen Principien“ und für den „Social-Demokraten“ nimmt er sich wohlweislich in Acht, aufgeklärte Fortschrittsmänner zu behelligen, um so eifriger wirft er sich hingegen auf Arbeiterkreise und auf solche exaltirte, unklare Köpfe unter den Literaten und Vereinsmännern, die nicht recht wissen, was sie eigentlich wollen. Diesen letzteren führte er die Herren von Schweitzer und von Hofstetten vor der Herausgabe der Probenummer des „Social-Demokraten“ förmlich vor, um sie zur Mitarbeiterschaft zu verleiten, unseres Wissens jedoch auch da ohne allen Erfolg. Auch jetzt agitirt er noch für das gebrandmarkte Blatt fleißig fort und bedient sich dabei hauptsächlich des Schuhmachermeisters Arndt, der gleichzeitig von ihm zur Beobachtung der „abtrünnigen“, aber ehrlichen Socialisten verwendet wird; außerdem unterhält er innigen Verkehr mit dem „Präsidenten der Menschheit“, dem bekannten Bernhard Becker. — Diese Thätigkeit ist aber, streng genommen, nur eine harmlose im Vergleich zu dem, was er sonst noch im Auftrage seiner Brodherren verrichtet oder wenigstens auszuüben versucht, nämlich: Fabrikation eines schwarzen Buches mit Androhung von Strick und Dolch gegen alle Conservativen und gemäßigten Liberalen, sowie Anknüpfung einer Militärverschwörung. Zur Einleitung des letzteren Unternehmens, das sehr einfältig sein würde, wenn nicht die Berechnung des bestellten agent provocateur überall durchblickte, suchte er einen sehr exaltirten und leichtgläubigen, aber ehrlichen Mann zu gewinnen und stellte diesem zur Bestreitung der möglichen Auslagen für Bier, Wein, Bücher 2c. einen ihm angeblich von amerikanischen Flüchtlingen überwiesenen Fonds zur Disposition. Dies öffnete dem seither Getäuschten die Augen. Die Fabrikation des schwarzen Buches trug er, unter Anerbieten eines großen Honorars und unter Hinweis auf seine Mitwirkung, nach einander vier moralisch unbescholtenen, aber allerdings etwas exaltirten Literaten an. Natürlich wiesen ihn die vier nicht blos entschieden ab, sondern hüteten sich seitdem vor dem Wolf im Schafspelz und warnten gleichzeitig andere. — Es liegt übrigens der dringende Verdacht vor, daß er sich wegen des schwarzen Buches auch an die Herren Literaten Dr. Bernhard H—, Dr. M—, Dr. Jö— und H. von We—*) gewandt hat, was wir durch besondere Nachfrage wohl noch erfahren wollen, vorläufig aber die Betreffenden sowie Jedermann vor dem Herrn Baron von Fircks und seinen Anträgen warnen. — Da das jetzt in Preußen herrschende System wahrscheinlich in nächster Zeit zur Behauptung der Heeresreorganisation und des Absolutismus eine neue Auflage von Gödsche-Ohm-Stieber'schen Enthüllungen veranstalten wird, so soll es uns nicht wundern, wenn die Herren Criminalpolizisten die Memoiren des Herrn Baron von Fircks, über deren Vorhandensein und Weiterführung sich der genannte „Hauswirth“ schon zu mehreren Personen geäußert hat, die aber wohl keinen anderen Zweck haben, als den, gefunden zu werden, eines schönen Tages mit großem Halloh wirklich auffinden, nachdem der Herr Baron in Folge socialer Verdrießlichkeiten „sein“ schönes Berliner Haus verlassen und seine reizende „Farm in Kalifornien“ aufgesucht haben wird.

†† **Leipzig**, den 21. April. Durch Vermittlung eines Buchdruckereibesitzers, v. Tauchnitz, ist der Ausschuß der hiesigen Genossenschaft der Buchdrucker und der der Gehülfen gemeinschaftlich in Verhandlung getreten. Diese Commission hat den Geheimrath von Wächter zum Schiedsrichter gewählt und man hofft, daß zu aller Zufriedenheit diese Angelegenheit sich ausgleichen wird. Wenn sich die hiesigen Lassalleaner bemühen, bei dieser Arbeitseinstellungsfrage eine Rolle zu spielen, so möchten diese vollständig Fiasco machen. Die Genossenschaft der Buchdruckergehülfen u. s. w. hat ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß sie von diesen nichts wissen wolle. Daß hier unter den Lassalleanern eine tiefe Spaltung entstanden ist, daran ist die von Seiten des Präsidenten Becker ausgeübte Dictatur schuld, der mehrere, gerade die hervorragenden, Mitglieder von dem Vereine ausschloß und einen Petitionssturm hervorrief. Sie kennen ja schon den Zusammenhang des Lassalleanerthums mit der preußischen Junkerpartei. Bei uns gibt es im wahren Sinne des Wortes nicht solche Junker wie in Preußen, und die wenigen haben keinen Einfluß. Nur ein Mann, noch dazu unserem blutjungen sächsischen Adel angehörig, neigt sich ganz und gar den reactionären Bestrebungen hin und dessen höchster Einfluß in Leipzig verfolgt die Presse, das Vereinsrecht, und macht den Unterbehörden und dem Staatsanwalt das Leben sehr sauer. Eine Ausnahme macht man bei den guten Freunden der Lassalleaner, diesen gewährt man vollständige Freiheit, die diesen Verein bewachenden Polizeicommissäre sind mündlich von dem Lassalleanerverehrer instruirt, diesen durch die Finger zu sehen. Noch Ihnen die Nachricht, daß der Führer der hiesigen Lassalleaner „Fritzsche“ seit einiger Zeit das Parterre der hiesigen Aristokratie betritt. So hat sich der Herr Kreisdirektor von Burgsdorf stets seines Besuchs zu erfreuen und das Gerücht in der Stadt sagt: Herr von Burgsdorf und Fritzsche sind Busenfreunde, „zum Schreck der Liberalen“! Nach dem Spektakel in der Versammlung des Nationalvereins, von den Lassalleanern hervorgerufen, hat der gnädige Herr die — reine Hand Fritzsche's warm gedrückt.

*) Nicht zu verwechseln mit dem bejahrteren Lieutenant a. D. von We—, der gegenwärtig in einer besonders demokratischen Berliner Vorstadt das Amt des Ephoren zu verrichten scheint, vielleicht gar als agent provocateur dient, sich aber gern „Literat“ nennt und die Arbeiter „protegirt“.

— Ueber die Arbeitseinstellungen in Leipzig berichtet man: Die Schneidergesellen haben in ihrer am Freitag Abend im Hotel de Saxe abgehaltenen, von 5—600 Personen besuchten Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Da durch die bisherigen Verhandlungen (mit den Meistern) nur wenig günstige Resultate erzielt worden sind, so beschließt die heutige Versammlung: Indem Punkt 3 unserer Forderungen (die Lieferung des sämmtlichen Materials betreffend) als einer der wesentlichsten zu betrachten ist, welchen die Herren Meister für unbequem erachtet und daher außer Acht gelassen haben, die Gesellen aber von der Ueberzeugung ausgehen, daß nur dieser Punkt ein für die Zukunft feststehender sein wird und daher unter allen Umständen beibehalten werden muß, so sehen sich dieselben genöthigt, die Arbeit vorläufig einzustellen, wenn er nicht bis Sonnabend, den 22. April Abends, bewilligt ist.“ — Das provisorische Comité hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher es die Herren Meister ersucht, bis Sonntag Vormittag ihre resp. Entschließungen mitzutheilen. — Die Buchbinder bereiten Aehnliches vor; da für sie speziell jedoch die gegenwärtige Zeit wenig günstig für Erreichung ihrer Ziele erscheint, so gedenken sie den entscheidenden Schritt bis zum Herbst zu verschieben, wo die Arbeit häufiger und pressanter zu sein pflegt. Mittlerweile haben sie einen Ausschuß von 14 Mann beauftragt, sich mit allen größeren Arbeitsplätzen Deutschlands in Einvernehmen zu setzen und ihre sämmtlichen Berufsgenossen zu veranlassen, daß dieselben in der Zeit bis zum Herbst die nöthigen Unterstützungsgelder zur Durchführung des projektirten Strike sammeln und den Zuzug fremder Buchbindergesellen nach Leipzig verhindern. — Außerdem haben auch noch die Arbeiter auf der im Bau begriffenen Wasserleitung durch die ganze Stadt, welche ein sehr ansehnliches Contingent stellen, eine Erhöhung ihres Tagelohnes von 15 auf 20 Sgr. verlangend, ihre Arbeit niedergelegt.

— Auch im Erzgebirge bereitet sich eine Arbeiterbewegung unter den Bergleuten vor. Sie haben am 16. eine Versammlung in Mittelsaida gehalten, in der sie 1) Aufbesserung des Lohnes; 2) Abschaffung des willkürlichen, dreiwöchentlichen Lohntages, und 3) Beibehaltung der in Wegfall kommen sollenden Sonn- und Festtageschichten. Diese Forderungen will man zunächst der Ständekammer als Petition vorlegen.

Der Leipziger Strike, schreibt die „Berliner Reform“, dauert guten Muthes fort. Am 21. fand eine allgemeine Versammlung der Feiernden statt, welche auf Veranlassung des Obmannes der Vermittlungscommission, des Geh. Raths v. Wächter, berufen war, um in Gesammtheit zu entscheiden, ob sie das Angebot der Prinzipale, 28 Pf., annehmen oder auf dem von ihrem eigenen Ausschusse festgehaltenen Satze von 30 Pf. bestehen wollten. Das Letztere ward nach kurzer und sehr einheitlicher Diskussion bei geheimer Abstimmung mit 386 gegen 2 Stimmen beschlossen. In Folge dessen sind die Verhandlungen der Vermittlungscommission abgebrochen worden. Die letztere hat, nachdem die Genossenschaft der Prinzipale für unmöglich erklärt hat, die volle Forderung der Gehülfen zu bewilligen, ihre Aufgabe für beendigt erklärt. Die Prinzipale sollen beschlossen haben, mit einer motivirten Erklärung an die Oeffentlichkeit zu treten. Die Gehülfen werden die Antwort darauf nicht schuldig bleiben und so wird die öffentliche Meinung wohl bald das Material vorliegen haben, um

zu entscheiden, wer von beiden Theilen das Recht und die Billigkeit auf seiner Seite hat.

Berlin. (Aus der „Berl. Reform".) Die hiesigen Schneidergesellen haben, wie man weiß, ebenfalls Berathungen wegen Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse begonnen. Eine Versammlung, welche die Gesellen zu diesem Zwecke auf der Herberge gehalten, wurde von der Polizei aufgelöst, worauf sich die meisten nach dem sogenannten Pfefferberge, vor dem Schönhauser Thore, begaben und dort weiter tagten. Sollte — so schreibt die „Voss. Ztg." — „eine Arbeitseinstellung erfolgen, so hat, wie man hört, die Polizei beschlossen, jeden arbeitslosen Gesellen, der hier nicht ortsangehörig oder nicht das Niederlassungsrecht erlangt hat, innerhalb 24 Stunden aus Berlin fortzuweisen." Diese Prophezeihung wird, wie es scheint, vorläufig keinen Anlaß zur Erfüllung finden, da die Agitation in der allergesetzlichsten Weise vorschreitet. Die „St.-B. Ztg." berichtet: In der auf den 23. April angekündigten Versammlung der Schneidergesellen im Mundt'schen Lokale, die von ca. 1200 bis 1500 Personen besucht war, kam es zunächst seitens des Vorsitzenden zur Sprache, daß in dem Inserat zur Einladung insofern eine Unrichtigkeit vorgekommen sei, als die Versammlung nicht zusammenberufen worden zum Zweck der Lohnerhöhung, sondern nur aus dem Grunde, um die Wünsche der Arbeiter zu Gehör zu bringen, damit in Folge dessen eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern erzielt werde. Weiter wurde ein Tarif verlesen, wonach etwa 16 Prinzipale, worunter die Herren Wilke, Witzke, Lassalle und Eduard Cohn, den Wünschen ihrer Gesellen durch eine bedeutende Lohnerhöhung bereits nachgekommen sind, was denn überhaupt den Impuls dazu gab, im Allgemeinen die Richtung der Verständigung einzuschlagen, in welchem Sinne die sich durchaus in jeder Beziehung eines deutschen Arbeiters würdige Debatte bewegte, die schließlich zur einstimmigen Annahme nachstehender Resolution führte: „In Erwägung, daß die nothdürftigsten Lebensmittel wie die unentbehrlichsten Bedürfnisse, Wohnung und Arbeitsmaterial u. s. w. bedeutend im Preise gestiegen, hingegen der Arbeitslohn sich nicht progressiv gesteigert, sondern auf derselben Stufe stehen geblieben; in Erwägung ferner, daß höchstens 5 Monate im Jahre Arbeit vollauf vorhanden, 7 Monate dagegen der Verdienst kaum zum Lebensunterhalt ausreichend ist, daher die in den genannten 7 Monaten angesammelten reellen Bedürfnisse in den 5 Monaten, wo Arbeit genügend vorhanden, nicht befriedigt werden können, erkennt die Versammlung eine Erhöhung des bisherigen Arbeitslohnes durchschnittlich um 20 Procent als gerechtfertigt an und ersucht sowohl Publikum als Arbeitgeber in Anbetracht obiger Thatsachen dem hiermit ausgesprochenem Bedürfniß die gebührende Berücksichtigung schenken zu wollen."

∓ **Berlin,** im April. Der „Nordstern" fährt in seiner verdienstlichen Thätigkeit fort, die Leiter des Social-Demokraten, die Herren von Schweizer, von Hofstetten und den „Präsidenten der Menschheit", „Abubekr", in die richtige, ebenso drastische als ergötzliche Beleuchtung zu bringen. Abubekr von Camburg wüthet gegen die Abtrünnigen, und würde das gerne mit Feuer und Schwert thun, wenn nicht das Holz zu theuer und die Schwerter zu kostspielig wären, zumal da der combinirte Präsidial- und Secretariatsgehalt für den Hunger und noch mehr für den Durst Abubekrs, der lange Jahre als „Flüchtling", (nicht aus Nothwendigkeit — sondern aus Neigung) viel hungrige und durstige Tage verlebt hat, noch lange nicht zufriedenstellend ist. Sein edler Freund, Herr Baron von Schweizer, setzt sich dagegen bald auf das hohe Pferd der Moral, in der er seiner Zeit in Mannheim schon, wenn auch nicht Großes, doch Unvergleichliches geleistet hat, bald bricht er in elegische Klagen aus. Die letzteren haben unzweifelhaft ihre handgreifliche Begründung, wenn er z. B. in einer der letzten Nummern (47) des „Socialdemocrat" sein tiefes Bedauern darüber ausspricht, „daß die langjährige, treue Freundin Lassalles ihre reichen Geldmittel gegen die Schöpfung Lassalles (!) richte", d. h. dieselben an die Herren von Schweizer, von Hofstetten und Abubeker nicht zur Verfügung stelle. Ueber die wahre Richtung des Blattes und dessen eigentliche Bundesgenossenschaft lassen übrigens die Herren Abubekr und Genossen in derselben Nummer die Maske fallen, indem dort gegen die Herren Marx und Engels, Herwegh, Joh. Philipp Becker und Rüstow ganz offen der Vorwurf ausgesprochen wird, daß sie den „allgemeinen deutschen Arbeiterverein" „vom Boden des Gesetzes weg" auf die „Bahn wahnsinniger Ueberstürzung" (?) hätten fortreißen wollen! Das wird für den Denkenden wohl so ziemlich genug sein, um weitere Kennzeichnung unnöthig zu machen.

John Stuart Mill über das allgemeine Stimmrecht.

In einem an Herrn G. Potter gerichteten Schreiben vom 16. März d. J. erklärt J. St. Mill auf eine Anfrage des Genannten, daß es ihm nicht möglich sei, sich bei der projectirten Reformconferenz in London thätig zu betheiligen. „Ich bin schon lange zu dem Entschlusse gekommen" — schreibt er — „an keiner Agitation für das Stimmrecht aller Männer theilzunehmen. Das Stimmrecht aller Erwachsenen ist es, wofür ich aufstehe. Es läßt sich kein Grund weder des Rechts noch der Zweckmäßigkeit anführen, daß nur Männern und nicht Frauen das Stimmrecht zustehen sollte; und das für den guten alten Ausdruck allgemeines Stimmrecht substituirte Wort Männerstimmrecht würde schon die Ausschließung der Frauen in sich begreifen. Anderseits halte ich eine Bildungsqualificirung, die Lesen und Schreiben und etwa noch Rechnen in sich schließt, für unerläßlich. Hoffentlich wird durch eine solche Beschränkung bald Niemand mehr ausgeschlossen werden; und Erwachsene aus andern Gründen von dem Stimmrechte auszuschließen, halte ich für nicht gerechtfertigt. Das Stimmrecht der Erwachsenen aber ist nicht vollständig, wenn nicht die Minoritäten ihren angemessenen Theil an der Vertretung haben. Demokratie heißt nicht die ausschließliche Herrschaft der Mehrzahl und die Niederhaltung und Beraubung der Minderzahl, sondern die gleichmäßige Vertretung Aller. Majoritäten sollen die Majorität, Minoritäten die Minorität in's Parlament schicken . . ." Gegen das Ballot spricht Herr Mill sich unumwunden aus.

Vermischtes.

Ein Nothschrei an die deutschen Herzen!

Tausende von flüchtigen Polen sind in unbeschreibbarem Elend. Manche derselben starben im buchstäblichen Sinne des Wortes Hungers, viele Andere ohne Obdach und jegliche Pflege an ihren Wunden, an Fiebern und Herzkrämpfen, — Hunderte sehen solchem Untergang jetzt schon dicht entgegen. — viel hundert Andre sehen ihn naher und näher kommen und Manche von ihnen wissen daheim auch Weib und Kind, junge Geschwister und greise Eltern in tiefster Noth. — Dabei drangen noch vor kurzem fast täglich neue Schaaren dieser Unglückseligsten aller Menschen nach, entfliehend der ungeheuren Vernichtung, die ihr Vaterland entvölkert. — Und mit diesem Anwachsen der Flüchtlings-Schaaren und ihres Elends versiechen mehr und mehr die Hülfsquellen, die ihnen bisher flossen. Sie flossen in England und Frankreich, in Italien und Belgien, vor allem mit wahrhaft bewundernswerther Liebeskraft und Aufopferung im freien starken Volke der Schweiz. Nur Deutschland hat bisher für die Unglücklichen fast nichts, oder nur wenig gethan! Und dennoch ist das deutsche Volk eine so menschenfreundliche, herzensschöne, edle Nation. Darum wenden wir uns auch an sie, an ihr herrlichstes unwandelbarstes Eigenthum: an ihr Herz, damit dieses Herz endlich auch erwarme für das tausendfache Elend der Polen, wie es ja stets erwarmte, wo es Leid und Jammer sah.

Und wir sprechen hier nicht, wie wir früher thaten, für kämpfende Helden, sondern nur für leidende Menschen. Waren sie Rebellen oder Helden, Demokraten oder Aristokraten, Römlinge oder Vaterlandsvertheidiger, sind sie Märtyrer oder durch eigene Schuld verunglückt: o fragt jetzt nicht danach! denn jetzt bilden sie Alle, Alle nur die eine große Gemeinde des Unglücks und des Elends. Darum gilt unser Wort auch für Alle, Alle im deutschen Vaterlande, für die Eine große Gemeinde denkender, fühlender guter Menschen.

Und wir sprechen für viele Hunderte, die nicht mehr fähig sind zu arbeiten, und für viele Hunderte, die ihr Brod verdienen wollen mit ihrer Hände oder ihres Geistes Arbeit. Wir fordern Geld für Jene und Arbeit für Diese. Wir fordern es im Namen der Menschheit und der ewigen Liebe, im Namen des tragischen Schicksals und des ehrwürdigen Unglücks. Wir fordern es zur Ehre des Vaterlandes und der Nation. Wir fordern es von Alt und Jung, von Hoch und Niedrig, von Arm und Reich, von Mädchen und Frauen, von jeder Gesellschaft und Genossenschaft, von Allen, Allen, die fähig und würdig sind, jener großen Gemeinde wahrhaft guter Menschen anzugehören. Und wir fordern von allen großen und kleinen Zeitungen, die dem Guten und Rechtschaffenen dienen, daß sie diesen Aufruf nach allen Kräften unterstützen.

Es ist wahrlich nicht die Sucht, mit unsern Namen hervorzutreten, wenn wir als die Centralpunkte aller Sendungen aus Deutschland unsere eigenen Adressen bezeichnen. Wir werden davon nur Mühsal und mancherlei Mißdeutung zu gewärtigen haben. Es geschieht nur, — neben dem unbezwingbaren Drang unserer tieferschütterten Herzen — nach der traurigen Erfahrung, daß früher mannigfache Versuche ähnlicher Art an der Zersplitterung edler Kräfte und Bestrebungen zu Grunde gingen, und daß daher feste Centralpunkte mindestens für Nord- und Süddeutschland durchaus bestimmt werden müssen. Es geschieht dann auch nach dem Vertrauen, das uns schon früher von angesehenen und großherzigen Vertretern der Polensache geschenkt und jetzt auf's Neue uns übertragen wurde, und es geschieht in dem wohlberechtigten Gefühl, daß wir solches Vertrauen in jeder Beziehung verdienen. Möge also der Schmerzensschrei, den wir ertönen lassen, ein Mahnruf des Gewissens sein für Alle, die ein Gewissen haben.

Mit den erbetenen Gaben soll aber nicht allein die Noth des Augenblicks abgeholfen, sondern auch ein festes, dauerndes: soll in der Schweiz ein großes Kranken- und Invalidenhaus für die Polen gegründet werden. Alle wahrhaft gebildeten Nationen sollten dazu beitragen. Möge denn auch Deutschland an dieser wahren „Herberge der Gerechtigkeit", an diesem Bau der allgemeinen Liebe, der nationalen Verbrüderung mit bauen helfen und darin nicht nachstehen dem großen freien Brudervolke der Schweiz, welches auch hierbei mit bewundernswerther Kraft den andern Nationen vorangeht.

Was die ebenfalls erbetenen Angebote für arbeitsuchende Polen betrifft; so mögen dieselben direct an die betreffende Centralcommission in Zürich unter Präsidentschaft des Herrn Commandanten Waldee gerichtet werden.

Für alle Fächer des gewerblichen, industriellen, kaufmännischen, künstlerischen und praktisch wissenschaftlichen Lebens sind bewährte und verbürgte Kräfte zu gewinnen und ihre Verwendung und Verwerthung wird der Armuth noch wirkungsvoller steuern, wird noch fruchtbarer und dauernder wirken, als die Austheilung von Almosen. Sie ist eine der wichtigsten Aufgaben der Humanität. Viele jetzt noch Zweifelnde werden auch freudig überrascht erkennen, daß der Pole nicht allein tapfer zu kämpfen, sondern auch tüchtig und solid zu arbeiten weiß, und daß er eine größere Ehre darin sucht, ein fleißiger Arbeiter zu sein, als vom Mitleid Anderer zu leben.

Das ist unser Wort an die deutschen Herzen. Möge es zünden und fruchtbar wirken zum Trost des Unglücks, zur Ehre der Menschheit und der deutschen Nation.

Coburg und Stuttgart im April 1865.

Arnold Schlonbach in Coburg.
Louis Wölffel in Stuttgart.

Gedankenspähne aus der Werkstatt.

Frühlings-Sehnsucht.

Winters Herrschaft ging zur Neige,
Seine Macht umschlingt die Gruft,
Und durch blühendes Gezweige
Säuselt frische Lebensluft;
Welch' ein Keimen, Drängen, Streben,
Welch' ein Jubel dort und hie,
Das ist Wonne, das ist Leben,
Leben voller Harmonie.

Doch der Lenz mit seiner Blüthe,
Seinem sonnenhellen Tag,
Ruft und weckt mir im Gemüthe
Alte Sehnsucht wieder wach,
Nach dem Frühling, nach dem Lenze,
Der des Geistes Fesseln bricht,
Und der Freiheit gold'ne Kränze
Um beglückte Menschen flicht.

Steigt er nie, der Lenz, hernieder,
Bleibt er ewig uns verhüllt?
Schwebt er nur im Reich der Lieder
Blüht er nur im Wort, im Bild?
Flammen, die zum Himmel lohten,
Von der Wahrheit angeschürt,
Sind es des Ersehnten Boten
Oder Schein, der sich verliert?

Chr. Rüdiger.

Wie schön ist's doch, ein freier Mann zu sein.

Wie schön ist's doch, ein freier Mann zu sein.
Braucht um die Gunst der Großen nicht zu werben
Nicht seines Herzens Frieden zu verderben,
Kann seiner wahren Meinung Wort verleih'n.
Wie schön ist's doch, ein freier Mann zu sein.

Wer trägt das Lob, ein freier Mann zu sein?
Der es verschmäht, zu kriechen und zu schmeicheln,
Zu frömmeln aus Intresse und zu heucheln.
Der für die Wahrheit ficht, und haßt den Schein,
Der trägt das Lob, ein freier Mann zu sein.

Wie schön ist's doch, ein freier Mann zu sein,
Soll ich, um einen Vortheil zu erfassen,
Das Heiligste des Herzens fahren lassen,
Den Frieden mit mir selbst? O nein, o nein,
Wie schön ist's doch, ein freier Mann zu sein!

Hameln. Chr. Rüdiger.

Erklärung!

In Nr. 118 dieses Blattes ist unter der Correspondenz: Zürich, den 17. März ein Artikel enthalten, der in einer nicht zu rechtfertigenden Weise nicht allein den Verein Genf, sondern die gesammte Centralisation der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz angreift.

Wir wissen uns nicht zu entziffern, was der Verfasser mit den Prinzipien meint, von denen er in dem Artikel fabelt, denn uns in Genf ist durchaus nicht bekannt, daß Jemand beim Eintritt in unsern Verein ein politisch socialistisches Glaubensbekenntniß ablegen müsse; ebenso wenig wird der Eingetretene nach einer solchen bestimmten Richtung bearbeitet. Der Schreiber selbst ist überdies nicht schwer zu errathen, wenigstens für Jemand, der seit einem Jahre Mitglied im Vereine Genf oder Zürich gewesen. Derselbe verdreht die durch anderweitige Local-Angelegenheiten zwischen beiden Vereinen entstandenen Streitigkeiten, die hier nicht weiter erörtert werden können, zu „Lassallianismus" und „Schulze-Delitzschianismus". Daß der Einsender sehr genau in die Listen des Vorortes eingesehen hat, geht aus seinen bis in das Kleinste gehenden Angaben hervor; und einem Mitgliede ist ein Ausdruck wie „Sonderbündler am Genfer See" nicht zu verzeihen. Wir erwarten, daß der Vorort, sobald er den Schreiber weiß, denselben für eine derartige Beschimpfung der betreffenden Vereine zur Rechenschaft ziehen werde. Genf hat noch nie den Sonderbündler spielen wollen oder gespielt, außer vielleicht in dem Sinne, daß in Genf die Arbeiter sich allein regieren, während im Züricher Vereine einige sehr schläfrige Fortschrittsleute ihre Hand im Spiele haben.

Im Genfer Verein herrscht nicht die einseitige Ansicht, daß nur Schulze die Arbeiter beglücken könne, sondern wer bei uns Lassalle anhängt, dem wird nie der Mund verschlossen, dies auszusprechen. Der Verein als Gesammtheit tritt nicht einseitig für einen dieser beiden Männer ein, und steht es den einzelnen Mitgliedern zu jeder Zeit frei, sich mißbilligend über das Mangelhafte, oder zustimmend für das Gute des Einen oder Andern zu äußern.

Was die beiden in dem benannten Artikel angegriffenen Mitglieder des Vereins Zürich, Ladendorf und Beust betrifft, so müssen wir es selbstverständlich diesem Vereine überlassen, ob er für dieselben eintreten will, und bemerken nur, daß insbesondere der Name des Bürgers Ladendorf durch die Berliner Arbeiter Affaire einen zu reinen Klang hat, als daß ein Artikel wie der vorliegende, denselben zu trüben vermöchte.

Angenommen in der ordentlichen Vereinsversammlung am Samstag den 15. April 1865.

Im Auftrage des Vereins:
Der Präsident: M. Quick. Der Vice-Präsident: W. Medaw.

Gegen-Erklärung.

Die von den Herren F. van Beust und Dr. A. Ladendorf in Nr. 120 d. Bl. gegen mich, den Verfasser der Correspondenz aus Zürich in Nr. 118 d. Bl. ausgesprochenen Beschuldigungen, soweit sämmtlich unerwiesen, auch unerweisbar, gebe ich denselben hiermit zurück, sie müßten denn die versprochene öffentliche Erklärung des Ausschusses der Schleswig-Holstein-Vereine hierselbst zu ihren Gunsten in diesem Blatte wirklich beizubringen vermögen. Lesern und Redakteur dieser Zeitung zur vollen Würdigung der Sachlage nur noch die thatsächliche Mittheilung, daß der hiesige Arbeiterverein, nachdem ich ebenfalls unter dem 16. d. M. aus ihm ausgetreten bin, am 19. d. M. ebenfalls den von jener Herren Freunden gestellten Antrag, eine öffentliche Erklärung abzugeben, abgelehnt hat.

Zürich, den 20. April 1865.
August Hitzschold.

Wir haben die obigen beiden Einsendungen noch aufgenommen, weil wir uns dazu von unserem, in dieser Angelegenheit neutralen Standpunkt aus verpflichtet hielten. Aber wir konnten dabei auch nur den sachlich gehaltenen Theil dieser Erklärungen passiren lassen. Im Uebrigen können wir, was die Gegenerklärung des Herrn Hitzschold anlangt, unser tiefes Bedauern nicht unterdrücken, daß unter den Männern der Emigration, deren jeder, wie insbesondere auch die drei hier betheiligten Herren, wenn auch verschiedenen politischen Richtungen angehörend, seine unbestreitbaren Verdienste um die Sache des Rechts und der Freiheit hat und dafür gelitten und Opfer gebracht hat, — noch immer so bitter persönliche, gegenseitige Befehdung stattfindet. Lassen wir solche Fehden ruhen und vergessen wir nicht, wie sehr es der ganzen, ungeschwächten und unzersplitterten Kraft gegen die gemeinsamen Feinde des Rechts und der Freiheit bedarf. Die Morgenröthe einer schöneren Zukunft leuchtet über den fernen Ocean herüber. Fort mit dem persönlichen Hader und dafür ein ungetrübtes Hurrah dem Auferstehungsmorgen der Freiheit entgegen. **Die Redaktion.**

Das Organ des russischen Ministeriums des Innern, die „Nordd. Post", veröffentlicht die Protokolle der Sitzung der Gesellschaft russischer Aerzte in St. Petersburg, die das Publikum mit einigen Fällen bekannt machen, in denen sich die Schädlichkeit des sauer gewordenen Malzextraktes bis zur Tödtlichkeit herausgestellt habe. So ist der Arzt Alexandrow nach dem Genuß saueren Malzextraktes, von den Folgen der tödtlichen Vergiftung, welcher er nach heftigen Schmerzen erlag, nicht zu retten gewesen. In einem andern Falle der Vergiftung mit Malzextrakt wurde ein Kaufmann gerettet. Diese Fälle haben zu Forschungen Anlaß gegeben über den Zustand des Malzextraktes, in welchem er tödtliche Vergiftung nach sich zieht. Bis jetzt hat man nur gefunden, daß alter Malzextrakt sauer werden kann, doch ist noch unermittelt, welch' ein schädliches Prinzip in Folge der Säuerung sich entwickele, weil es an chemischen Analysen verdorbenen Malzextraktes fehlt. Dieselben sollen demnächst vorgenommen werden.

Vereins-Anzeigen.

Herr Schriftsetzer **Leopold Grandke aus Schweidnitz** wird hiermit aufgefordert, binnen 14 Tagen dem Arbeiterbildungsverein Waldshut seine Adresse einzusenden.

Arbeitsvermittelung.

Stellen-Gesuche arbeitsloser Polen.

1. Zwei junge Offiziere, der deutschen und französischen Sprache mächtig, als Büreauarbeiter oder Eisenbahnbeamte.
2. Ein älterer rüstiger Offizier (einer der Letzten vom 4. Regiment vom Jahre 1831) im Hüttenfache bewandert, ebenso als Büreauarbeiter, spricht deutsch, französisch, englisch, arabisch ꝛc.
3. Mehrere praktisch gebildete Oekonomen, sprechen nur wenig deutsch, als Aufseher bei der Landwirthschaft.
4. Geometer und technische Zeichner.
5. Ein Gießer.
6. Ein Buchbinder.
7. Ein Ingenieur.
8. Lehrlinge für Handwerker, namentlich Buchbinder, Uhrmacher und Tapezirer.
9. Arbeiter für Brauerei und Brennerei.

Zürich, Ende April 1865.
Für das Polen-Comité:
Die Central-Commission
zur Unterbringung der arbeitsuchenden Polen.
Der Sekretär: Wilhelm Habicht.

Zwei **Buchbindergehülfen**, welche in der Broschenarbeit bewandert sind, werden auf Stückarbeit gesucht und ist das Nähere bei **Friedrich Arnold** in Coburg zu erfahren.

Verschiedene Anzeigen.

Bei A. Stuber in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands zu beziehen:

Die Buchdruckerkunst

in ihrer Bedeutung für

Wissenschaft, Staat und Wirthschaft.

Festrede

zum fünfzigjährigen Jubiläum der Erfindung der Schnellpresse und zur Feier der Vollendung der 1000sten Druckmaschine in der Schnellpressenfabrik „König u. Bauer" zu Oberzell am 23. März 1865 gehalten von

Dr. L. J. Gerstner,
ord. Prof. d. Staatswirthschaft u. Politik an d. Univ. Würzburg.

Wir haben zur Empfehlung der Schrift nichts weiter beizufügen, als daß der gesammte Ertrag ausschließlich zur Unterstützung kranker Fabrikarbeiter und älterer treuergebener Dienstboten verwendet wird.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

VII. Originalausgabe.

In 62 wöchentlichen Heften (255 Bogen) in gr. 8. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, von welchem **400,000 Hefte** unter den Deutschen in Amerika verbreitet sind, welches in seinen verschiedenen Abtheilungen in wenigen Jahren bereits die 6te Stereotyp-Auflage jenseits des Oceans erlebt, und unter Engländern und Amerikanern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen hat, darf wohl auch im alten Vaterlande des Verfassers und unter seinen deutschen Landsleuten diesseits des Oceans auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Deutschlands Erb- und Erzfeind.

Mahnruf an das deutsche Volk
von einem alten Patrioten.

In 8. Preis 10 Sgr. oder 36 kr.

Ein gelungener Versuch populärer Geschichtsdarstellung in Anwendung auf eine der brennendsten Fragen der Gegenwart, — die weltliche Herrschaft des Papstthums, in ihrem Einfluß auf unser deutsches Vaterland und dessen nationale Entwicklung.

Die weltliche Herrschaft der Päpste.

Beurtheilt von der französischen Diplomatie.

Eine Sammlung von Actenstücken.

Von **M. E. Hubaine,**
Privatsecretair des Prinzen Napoleon.

Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.

Preis 12½ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Verurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

(Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche. Thl. 1. S. 489 u. 492.)

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 123. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 7. Mai 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Bericht aus Burg. (Conflikt beendet, Sammlungsergebnisse.) Einladung aus Rienburg. Berichte aus: Oppenheim (Arbeitertag). Hanau (Zweiter Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues). Dresden. Leipzig (Feier des Geburtstags Uhlands). Aus Berlin, vom Handwerkerverein u. vom Buchdruckergehülfenverein. II. **Politischer Theil:** Politische Umschau. Andrew Johnson, der neue Präsident, seine Rede beim Fall von Richmond. Leipzig, Herr v. Burgsdorf thut überall seine Schuldigkeit, wo's der Freiheit gilt. Berlin, Herr v. Bismarck wirft verliebte Blicke auf den Kieler Hafen. Berlin, Beileid über Lincoln. Wien, desgleichen. Telegraphensperre für den Herzog von Augustenburg. London, Beileidsadressen — wohl oder übel. Mexico, der Kaiser ist nicht auf Rosen gebettet. Amerika, Ehrenrettung Johnson's. Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes Pius des Neunten von Joseph Mazzini (Schluß) IV. u. V. III. **Socialer Theil:** Die Reformleague (Wahlreformverein) der Arbeiter in England. Leipzig, der Setzerstrike, die Rechtfertigungserklärung der Prinzipale, was dabei zu denken, und die Klippe, welche zu vermeiden. IV. **Vom Büchertisch:** Das Leben Julius Cäsars von Romulus Augustulus. Gewerbliches Leben, eine Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen für alle Freunde des Gewerbelebens von Dr. Carl Müller. V. **Vermischtes:** Lincolns Tod. — Druckfehlerberichtigung. — Verschiedene Anzeigen.

☞ Wenn unsere diesmalige Nummer unseren geehrten Abonnenten zu spät zugehen sollte, so bitten wir dies mit der Unterbrechung zu entschuldigen, welche die Redactions- und Setzerarbeit am Tage, als unser Blatt in die Presse gehen sollte, durch das große Brandunglück erlitten hat, von welchem unsere Stadt, wenn auch nicht wir selbst unmittelbar, heute heimgesucht worden.

Coburg, 2. Mai 1865.

Die Expedition.

Vereinsangelegenheiten.

An die Redaktion der Allg. deutschen Arbeiterzeitung zu Coburg.

Magdeburg, 30. April. Zu meiner großen Genugthuung kann ich Ihnen und den deutschen Brudervereinen heute die Kunde bringen, daß der große Conflikt in Burg endlich beigelegt ist, und zwar in einer für die dortigen Arbeiter und unsere ganze Arbeiterpartei durchaus ehrenvollen Weise. — Folgendes ist in kurzen Umrissen der Hergang der Sache. Bei meiner ersten Anwesenheit in Burg hatten mir die Einflußreichsten unter den Tuchmachern ernstlich erklärt, sie würden den § 4 der Fabrikordnung, welcher mäßige Strafen auf das wiederholte Zuspätkommen setzt, obwohl ungern, acceptiren, wenn dagegen die Fabrikanten sich bindend verpflichteten, die Accordarbeiter für Arbeitsversäumniß durch Mangel an Ketten u. dgl. angemessen zu entschädigen. Auf diese gewiß billige Forderung wollten damals die Fabrikherren durchaus nicht eingehen; die Arbeiter sollten sich der Fabrikordnung ohne jede Bedingung und Gegenconcession fügen.

Als nun aber mehrere Wochen verflossen waren, und die Arbeiter standhaft blieben, gelang es einigen unbetheiligten Bürgern, den größten Theil der Fabrikanten zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Sie erklärten, jene Concession machen zu wollen — jetzt aber waren die Arbeiter durch die Länge des Widerstandes zu sehr erbittert, um ohne Weiteres einzulenken.

Durch verständiges Nachgeben von beiden Seiten ist dieser Hader erledigt. Zur gründlichen Beseitigung von Bestimmungen, wie die in Burg Seitens der Fabrikanten getroffenen gibt es nur einen sicher zum Ziele führenden Weg: die Arbeiter müssen den Fabrikanten die von letzteren nur mit Widerstreben gehandhabte Polizei abnehmen, indem sie selbst auf Ordnung, Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit unter sich halten, schlechte Elemente selbst ausscheiden und durch Verachtung strafen und abschrecken. Eine solche sittliche Coalition wird Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ein würdigeres, den beiderseitigen Ansprüchen mehr zusagendes Verhältniß bringen, als alle Arbeitseinstellungen der Welt. Hätten die hiesigen Fabrikanten eine solche Bestimmung in die Fabrikordnung aufgenommen, so ist kein Zweifel, daß die Arbeiter sofort darauf eingegangen wären; und Gottlob! das solide und einsichtige Element ist unter ihnen so vorherrschend, daß den schlechten Gewohnheiten der Minorzahl bald ein Ende gemacht worden wäre. Was die Burg'schen Tuchmacher zur Arbeitseinstellung bewogen hat, waren nicht sowohl die einzelnen Bestimmungen der Fabrikordnung, sondern vielmehr die gleichzeitige und zwangsweise Octroyirung derselben, nicht nur in den wenigen Fabriken, wo Unordnungen vorgefallen, sondern auch in den vielen, deren Besitzer selbst erklären, daß sie keine Fabrikordnung nöthig hätten.

Für die Nothleidenden in Burg sind bis heute ferner bei mir eingegangen:

	Uebertrag	151 Thlr.	12½ Sgr.
vom	Arbeiterverein in Zwickau	25 „	— „
„	Arbeiterbildungsverein Eßlingen (20 fl.)	11 „	12 „
„	Arbeiterverein Hohenberg	5 „	— „
„	„ „ Fürth	2 „	— „
„	Consum- und Sparverein Barmen	10 „	— „
„	Arb.-Bild.-Verein Großenhayn	8 „	— „
	Sa.	218 Thlr.	24½ Sgr.

(Der Beitrag von 5 Thlr. aus Schwerin war von Herrn Hofbaurath Demmler.)

Indem ich im Namen der Burg'schen Arbeiter den verehrten Gebern für die Geldbeiträge sowohl als für die schönen, brüderlichen Gesinnungen, die sie in ihren Briefen ausdrücken, von Herzen danke, bemerke ich, daß der durch die im Ganzen achtwöchentliche Arbeitseinstellung bewirkte Schaden ein so großer ist, daß fernere Unterstützungen nur willkommen sein können.

Dr Max Hirsch.

Rienburg, 28. April. Allen Freunden und Brüdern der Arbeitervereine zeigen wir damit an, daß wir am 7. Mai d. J. unser Stiftungsfest feiern und laden wir solche auf diesem Wege freundlichst ein.

Im Auftrage des Arbeiterbildungsvereins.
Joh. Herm. Drewes, Schriftführer.

Oppenheim, 24. April. Gestern fand hier ein Arbeitertag statt, an welchem sich außer den Mitgliedern des hiesigen Bildungsvereins Gäste aus Mainz, Osthofen, Frankenthal, Worms, Offenbach und Frankfurt in großer Zahl betheiligten; namentlich Mainz war stark vertreten. Nach Verlesung einer Zuschrift von Schulze-Delitzsch erstattete Herr Sonnemann aus Frankfurt Bericht über die Thätigkeit des ständigen Ausschusses seit dem Leipziger Vereinstage. Die Aufgabe des Vereinstages sei gegenwärtig folgende: 1) geistige Hebung des Arbeiterstandes, 2) Wegräumung der Hindernisse, welche der freien Entfaltung der Kräfte entgegenstehen, 2) Förderung des Associationswesens in allen seinen Zweigen. In Bezug auf das Genossenschaftsgesetz sei uns wieder der französische Imperator zuvorgekommen, der seinem gesetzgebenden Körper einen auf deutschen Ideen und deutschen Erfahrungen beru-

henden Gesetzentwurf vorgelegt habe. Von Genossenschaften entwickelten sich die Consum- und Sparvereine, die Lebensversicherungsvereine am kräftigsten; ihnen würden sich bald die Bau-Genossenschaften anreihen. Vielmehr hätte allerdings geschehen können; allein leider sei bei vielen Arbeitern die Gleichgültigkeit gegen ihre eignen Interessen noch allzu groß; dann leisten auch die besitzenden Classen bei Weitem noch nicht diejenige materielle und geistige Beihülfe, die man von ihnen zu erwarten berechtigt ist. Die von conservativer und klerikaler Seite empfohlenen Maßregeln zur Hebung des Arbeiterstandes verglich er mit der japanesischen Feuerwehr, die bekanntlich rings um das Feuer einen Kreis bildet und betet; die Lassalleaner fassen während des Brandes Resolutionen, ob Dampfspritzen oder Handspritzen besser seien; und nur diejenigen, welche auf sich selbst vertrauen, suchen zu löschen ohne sich erst lange zu besinnen, ob ihre Werkzeuge besser oder schlechter sein mögen. Heute werde kein freiheitlich gesinnter Mann gegen das allgemeine Wahlrecht auftreten. Die volkswirthschaftlichen Vorschläge Lassalle's dagegen leiden an inneren Widersprüchen. Ueber ihre praktische Ausführbarkeit brauche sich derjenige nicht viel Kopfbrechens zu machen, der nicht auf viele Jahre hinaus jede Arbeit einstellen, sondern der selbst werkthätig eingreifen wolle zur Verbesserung seiner Lage und derjenigen seiner Arbeitsgenossen. Herr Bell aus Mainz, Lassalleaner, wiederholte die bekannten Phrasen von der Staatshülfe und der Unmöglichkeit des Sparens für den Arbeiter. Vom Präsidenten mehrfach befragt, welche praktischen jetzt ausführbaren Vorschläge er zu machen habe, wußte der Redner nichts zu erwidern, sondern erging sich in Ausfällen auf die Fortschrittspartei und das Genossenschaftswesen. Herr Wörle aus Mainz widerlegte in kräftigen Worten und unter großem Beifall der Versammlung den Vorredner, berührte das Auftreten der Lassalleaner in Mainz bei ihrem Arbeitertage, wo die besten Männer des Volkes als Schufte hingestellt worden seien und schlug folgende Resolution vor, welche von der Versammlung nahezu einstimmig angenommen und sofort an Schulze-Delitzsch abgesandt wurde: „Die Versammlung erklärt in Anbetracht der vielseitigen, zum Theil höchst empörenden Anschuldigungen gegen Herrn Schulze, daß sie die bedeutsamen Bestrebungen desselben für die Sache des Arbeiterstandes vollkommen erkennt und würdigt, und ihm nicht nur für seine seitherige Thätigkeit ihre gemeinsame Anerkennung und ihren Dank ausdrückt, sondern daß sie zugleich und nach bester Ueberzeugung bei jeder Gelegenheit hierfür einzutreten bereit ist." Hierauf schritt man zur Gründung eines Vorschußvereins. Es unterzeichneten sofort 50—60, die unter sich ein provisorisches Comité wählten.

Hanau, 30. April. Heute fand hier der zweite Vereinstag der **Arbeiterbildungsvereine** des Maingaues unter dem Vorsitze von Lachmann aus Offenbach statt. Es waren auf demselben die Vereine von Hanau, Darmstadt, Offenbach, Bockenheim durch 154 Theilnehmer vertreten. Der **Vorsitzende** forderte zunächst auf, des hingemordeten Präsidenten Lincoln „des Befreiers von Millionen Arbeitern" zu gedenken, worauf sich die Versammlung von ihren Sitzen erhoben. Dann berichtete der Vorsitzende über die in Burg in Folge der Bemühungen des Zwölfer-Ausschusses zu Stande gekommene für beide Theile ehrenvolle Verständigung. Diese Thatsache beweise mehr als alle Redensarten, daß die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine und ihre Führer nicht zu Denen gehören, welche die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufhetzen wollen. Ihre Aufgabe sei im Gegentheil das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aufrecht zu erhalten und zu fördern, da wo es ohne Verletzung eines Princips geschehen könne. Schließlich erwähnte Redner, daß die Noth in Burg in Folge der sechswöchentlichen Arbeitseinstellung noch sehr groß sei, und forderte die Vereine auf, die Sammlungen noch einige Zeit fortzusetzen. **König** aus Hanau erklärte, daß der Vorstand seines Vereins beschlossen habe, mehrere Monate hindurch den vierten Theil der Mitgliederbeiträge nach Burg zu senden. Der **Vorsitzende** verlas hierauf den Entwurf einer Geschäftsordnung für die Verbandstage des Maingaues, welcher mit einigen Aenderungen von der Versammlung genehmigt wurde. **Sonnemann** hielt sodann einen eingehenden Vortrag über die Beschaffung gesunder und billiger Wohnungen für Arbeiter, in welchem er den Bestrebungen der gemeinnützigen Baugesellschaften alle Anerkennung zollte und denselben einen wichtigen Platz in Bezug auf die Lösung der Wohnungsfrage einräumte. Eine durchgreifende und allgemeine Lösung aber könne die Wohnungsfrage nur auf dem genossenschaftlichen Wege erhalten; Redner legte einen vollständigen Plan zur Errichtung von Baugenossenschaften vor und erläuterte denselben in seinen Einzelnheiten. Der **Vorsitzende** reihte daran einige Bemerkungen in Bezug auf den in Offenbach von dem Markenkonsumverein beabsichtigten Bau von Arbeiterhäusern. **König** wünschte, daß der Vortrag Sonnemann's demnächst im Drucke erscheine und eine möglichst große Verbreitung erhalte, welchem Wunsche sich die Versammlung anschloß. Der nächste Verbandstag findet im Juli in Darmstadt statt.

Dresden, 24. April. (Arbeiterbildungsverein.) In unserer letzten Hauptversammlung waren die durch statutengemäßes Ausscheiden der Vorstandsmitglieder frei gewordenen Aemter, durch Neuwahl auszufüllen. In Bezug hierauf ist in unserem Verein die Einrichtung getroffen, Zeitersparnisse halber, diese Wahl stets vor der Hauptversammlung vorzunehmen und zwar so, daß acht Tage vorher von den Mitgliedern die betreffenden Wahlzettel bei den Ordnern zu entnehmen und im Laufe dieser Zeit auszufüllen sind. Es fand demnach blos die Bekanntmachung des Wahlergebnisses statt.

Mit Ausnahme Einiger traten die Gewählten ihre Aemter an.

Unter den austretenden Vorstandsmitgliedern befand sich auch unser bisheriger Vorsitzender, Herr Moritz Hendel, Tischler, welcher durch Verhältnisse gedrängt, seinen freiwilligen Austritt aus dem Vorstande erklärt hatte.

Den Eifer, mit welchem selbiger seinen Pflichten als Vorsitzender nachkam, die Energie und Umsicht, die er bei der Leitung unserer Versammlungen entfaltete, anerkennend, glauben wir, mit voller Zuversicht unsere Erwartung äußern zu dürfen, daß der an seiner Stelle gewählte zeitweilige Vorsitzende, Herr Carl Hamann, Hausbesitzer, mit nicht minderer Lust und Liebe seine Kräfte dem Vereine widmen werde.

Da neben der ernsten auch die heitere Seite des Lebens ihre Berechtigung hat und in Folge des eingetretenen schönen Wetters die Mehrzahl unserer Mitglieder es vorzieht, statt der dunstigen Stubenluft, die frische gesunde Frühlingsluft einzuathmen, so ist für uns die Zeit eingetreten, allmälig auch wieder den Ausflügen, Vergnügungsparthien und Sommerfesten, die uns gewöhnlich einen nicht geringen Ueberschuß gewähren, unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zum Arrangiren solcher Vergnügungen, welches seither lediglich dem Vorstande oblag, ist zu gleicher Zeit in obengenannter Hauptversammlung ein Vergnügungscomité, bestehend aus 5 Mitgliedern, gewählt worden. Es ist dadurch dem so schon sehr beschäftigten Vorstande eine gute Arbeit abgenommen und läßt uns wohl mit Recht auf noch günstigere Erfolge rechnen.

Leipzig. Der 26. April, der Geburtstag Ludwig Uhlands, gab dem Arbeiterbildungsverein Veranlassung zu einer einfachen Gedächtnißfeier. Die Festrede hielt der Dichter Max Moltke. Derselbe gab einen Abriß des Lebens des Gefeierten, wobei er zum besseren Verständniß des Gesagten verschiedene Gedichte Uhlands vortrug und hieran wieder erklärende Bemerkungen knüpfte. Am Eingange seiner Rede hob er hervor, daß gerade 50 Jahre seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe von Uhlands Gedichten verflossen seien und daß diese zu jener Zeit so wenig Verständniß und Theilnahme bei dem deutschen Volke gefunden hätten, daß weiter der größte Theil der Auflage von dem Verleger als Maculatur verwendet worden wäre. Die zweite Auflage sei 1820 und die vierte 1833 erschienen; seit dem aber seien alljährlich eine und mitunter noch zwei Auflagen vergriffen worden. Namentlich durch Kreuzers Compositionen und Varnhagen von Ense's Empfehlung sei das deutsche Volk mit Uhlands Gedichten bekannt geworden.

Nach dem Ende der Rede wurden einige Strophen eines von Moltke zur Uhlandfeier gedichteten Liedes von den Anwesenden gemeinschaftlich gesungen. Leider konnten die Damen zu dieser Feier nicht eingeladen werden, da wegen der Messe unsere Räumlichkeiten noch beschränkter sind, als sonst. Dagegen brachte uns die Messe einen sehr interessanten Gast, Herrn A. Petri, Mitglied und Vertreter der Association der Berliner Châles-Weber. Derselbe gab in einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage einen Abriß der Geschichte dieser Vereinigung, (vgl. Nr. 113, S. 570) die für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung ist. Auch unsere Messe hat Veranlassung zur Anknüpfung neuer Verbindungen und zur Erweiterung des Absatzes gegeben. Zum Schlusse wünschte Herr Petri, daß das Vorgehen der Berliner Weber bald recht zahlreiche Nachfolge unter den deutschen Arbeitern finden möge. Und das ist in der That sehr wünschenswerth, denn jene Männer haben nicht allein der großen Frage, die heute unsere gesammte Arbeiterwelt bewegt, eine, sondern auch die einzig mögliche und vernünftige Lösung gegeben; sie haben den Muth gehabt, sich auf ihre eigenen Füße zu stellen, um nicht nöthig zu haben, den Lohn der Arbeit mit anderen zu theilen, wobei, wie bekannt, der Löwenantheil stets nicht auf die Arbeiter fällt. Man hat also in der That gezeigt, daß es gar nicht so gefährlich ist, den Stier, so man das „eherne" Gesetz zu nennen beliebt, bei den Hörnern zu fassen und daß es wohl in der Hand des Arbeiters liegt, aus selbst eigener Kraft sein Loos zu verbessern. Hervorheben wollen wir noch, daß diese Vereinigung mehr darauf hält, ihren Mitgliedern einen möglichst hohen Arbeitslohn geben zu können als eine hohe Dividende. Letztere wird überhaupt nicht ausgezahlt, sondern nur gut geschrieben, da sie zur Erweiterung des Betriebskapitals dienen muß.

± Berliner Handwerker-Verein. Am 8. April hielt der Abgeordnete Franz Duncker anstatt des Abg. Schulze-Delitzsch, welcher erst am 13. Mai sprechen wird, einen Vortrag über die Entwicklung des freien Gewerbestandes. Derselbe gedachte sodann des dahingeschiedenen preußischen Abgeordneten von Rönne, von welchem er eine kurze Biographie gab und dabei darauf hinwies, daß auch die Stätte des Handwerkervereins der Ort sei, dieses Todten zu gedenken, der schon früh entschieden für die Fragen eingetreten, die jetzt auf der Tagesordnung ständen. Zum ehrenden Andenken des Verstorbenen erhob sich die Versammlung

Digitized by Google

von ihren Sitzen. — Am 22. sprach Herr Dr. **Grothe** über die Mittel zur Hebung der Industrie und das Volksleben in Paris. — Die große Theilnahme, welche der ruchlose Mord des Präsidenten der Verein. Staaten Amerika's **Abraham Lincoln** überall gefunden, ließ auch den Verein nicht ruhig über das traurige Begebniß hinweggehen. Der Abgeordnete Herr Assessor Dr. **Laskar** unternahm es daher am 29. April, dem ersten Vereinsabend nach dieser Nachricht, abweichend von seinen sonstigen Vorträgen juristischen Inhalts, über die amerikanischen Verhältnisse, welche die Geschichte der Sklaverei bildeten, zu sprechen und so die Umstände darzustellen, unter welchen Lincoln sein schwieriges Amt im Jahre 1861 angetreten. Nach einer kurz gegebenen Biographie Lincolns schloß der Redner: Was sein Nachfolger Johnson leisten wird, weiß man nicht, es ist der Zukunft vorbehalten; in Abraham Lincoln aber erblicken wir die höchste Vollendung bürgerlicher Tugend; **es giebt keinen Souverän, der in der Weise so bedeutend gewirkt hat**; sein bescheidenes Wesen war das eines einfachen Bürgers, der Fremde, der ihn besuchte, fand es bei ihm nicht anders eingerichtet, als bei jedem anderen Bürger, er liebte seinen schlechten Witz, wie man zu sagen pflegt, er hielt sich als einfacher Mann, man sah die Energie in seinem ganzen Wesen mit allgemein menschlicher Güte, die überall hervorleuchtete, gepaart, und so wie er war, wird Lincoln als der **bedeutendste Staatsmann** unserer Zeit in der Geschichte fortleben. (Lauter Beifall.) — In Bezug auf eine Frage wegen einer Beileidsadresse an den amerikanischen Gesandten bemerkte Herr Baum. **Keßler**, daß dies das Statut nicht zulasse, doch könne solches von einzelnen Mitgliedern geschehen und sei auch anderen Vereinen zu empfehlen. Im Andenken an die Verdienste des Verstorbenen ersuche **er** jedoch die Versammlung, sich von ihren Plätzen zu erheben (geschieht einhellig). Nachdem wie bei allen derartigen Gelegenheiten das Vereins-Trauerlied „Manche Hoffnung, manche Wunde" gesungen und Herr Keßler dem Dahingeschiedenen noch einige Worte gewidmet, schließt die Sitzung um 10½ Uhr. — Bei der am 6. Mai stattfindenden Gedächtnißfeier des Dr. Abarbanell wird Herr Dr. Guido **Weiß** die Rede halten.

± Der **Berliner Buchdrucker-Gehülfen-Verein** hat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, den Leipziger Buchdruckern 500 Thlr. zur Unterstützung zu senden und außerdem diejenigen Buchdrucker, welche die bekannte Decker'sche Hausordnung unterschrieben oder noch unterschreiben werden, auszustoßen und sie nicht zu dem alljährlich im Juni stattfindenden Johannisfeste, welches zu Ehren Guttenbergs begangen wird, zuzulassen.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Ueber Andrew Johnson,

den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und seine Politik schreibt die Wiener „Neue Freie Presse":

„Die Politik der Union wird ohne Frage unter Johnson's Präsidentschaft im Innern wie nach Außen hin einen energischeren Charakter erhalten, als Lincoln es nach der Wiederherstellung für angemessen halten mochte; aber es beruht auf vollständiger Verkennung der amerikanischen Verhältnisse, wenn man annimmt, Andrew Johnson könne nach Belieben Politik machen. Nach der Verfassung ist der Präsident nur während des Krieges mit außerordentlichen Gewalten ausgerüstet. Nun der Krieg vorüber ist, kann der Präsident keine wichtigen Beschlüsse ohne die Zustimmung des Congresses zur Ausführung bringen. Schon wird gemeldet, daß Andrew Johnson sein Amt angetreten und das Cabinet, mit welchem Lincoln regierte, beibehalten hat. Die Befürchtungen, mit welchen dem Amtsantritte Johnson's entgegengesehen wird, halten wir daher für übertrieben, und die Details, welche über die persönlichen Gewohnheiten des jetzigen Staatsoberhauptes der nordamerikanischen Republik verbreitet werden, sind sicher mehr das urtheilslose Nachplappern von Eingebungen transatlantischer Parteileidenschaft. Die „Times" veröffentlichte zur Zeit der jüngsten Präsidenten-Inauguration einen hämischen Bericht ihres Newyorker Correspondenten, der in seinem Verdrusse über Lincoln's Wiederwahl den Vicepräsidenten Johnson zum Trunkenbolde, stempelte, und nun ist dieser Mann für viele europäische Blätter ein verächtlicher Branntweinsäufer. Der perfiden Lügen und Entstellungen, welche sich die fanatisch südstaatliche „Times" seit Jahren zu Schulden kommen ließ, erinnerte man sich nicht, und selbst **liberale** Zeitungen schämen sich nicht, auf solche Autorität hin den großen Freistaat von Nordamerika einem Trunkenbolde zur Beute werden zu lassen. Das ist sicher nicht der Fall, und die majestätische Ruhe, mit welcher sich der Personenwechsel in der obersten Staatsgewalt nach einer so furchtbaren Katastrophe in Washington vollzogen hat, zeigt am besten, wie bedenklich es ist, amerikanische Zustände nach europäischen Standpunkten zu beurtheilen."

Am besten wird sich übrigens im Allgemeinen der Charakter der Politik des neuen Präsidenten beurtheilen lassen aus der Rede, welche er am 3. April in Washington an das Volk gehalten hat, bei Eintreffen der Siegesbotschaften von Petersburg und Richmond. Allerdings war diese Rede eine improvisirte, unter dem überwältigenden Eindruck der ersten Siegeskunde stehende, und man würde ungerecht sein, Alles buchstäblich zu nehmen; aber die politische Gesinnung und mächtige Energie des Mannes charakterisirt sie doch mit aller Schärfe. Und fast möchten wir sagen, ist es wie eine Fügung des Schicksals, daß gegenüber den großen Schwierigkeiten und der furchtbaren Verworfenheit der Gegner, die soeben in der Ermordung des milden, versöhnlichen Lincoln sich enthüllt hat, — daß gerade jetzt die eiserne Hand Johnson's die Zügel in die Hand bekommt. Die Rede Johnson's lautet:

„Wir sind jetzt, meine Freunde, daran, eine Rebellion zu Ende zu bringen, eine Rebellion, die von schlechten Menschen angezettelt wurde, um die Regierung der Vereinigten Staaten, welche auf den Principien der Freiheit gegründet wurde, und vom besten Blut der Revolution gekittet ist, zu stürzen. (Cheers.) Sie müssen mir eine einzige Bemerkung in Beziehung auf meine eigene Person erlauben. Zur Zeit, als die Verräther im Senate ihre Verschwörung, abscheulicher, häßlicher und verabscheuungswürdiger als jene Catalina's gegen Rom, begannen, war auch ich Mitglied jener Versammlung, und ich stand mit meiner Loyalität einsam und verlassen mitten in der Menge der Senatoren aus dem Süden. Damals wurde ich da und dort gefragt, was ich mit solchen Verräthern anfangen würde, und ich will heute meine Antwort von damals wiederholen. Ich sagte, wenn wir noch einen Andrew Jackson hätten, würde er sie so hoch als Haman hängen (Cheers); aber da Jackson nicht mehr lebt, da er in seinem geliebten Vaterlande im Sarge schlummert, wo Verrath und Verräther sein Grab und selbst die Erde, welche seine Ueberreste deckt, beschimpft haben, so muß ich, wenn Sie mich fragen, was ich thun würde, in aller Demuth antworten, daß ich die Verräther gefangen nehmen, daß ich sie verhören, daß ich sie überweisen und daß ich sie dann henken würde. (Andauernde Cheers.)

Demüthig wie ich bin und stets war, habe ich immer unabwendbar nur Ein Ziel verfolgt. Alles, was ich habe, Leben, Glieder und Eigenthum, war in dem großen Kampfe zur Verfügung des Landes. Ich war im Lager, ich war im Feld, ich war überall, wo die Rebellion war. Ich habe sie verfolgt, bis ich heute, allem Vermuthen nach, ihr Ende sehen kann. Seit die Welt steht, hat sie keine derartige Rebellion, von so riesigen Verhältnissen, so schändlich in ihrem Charakter, so teuflisch in ihren Motiven und so rücksichtslos gegen die Gesetze civilisirter Nationen gesehen. Sie hat die barbarischste Kriegführung eingeführt, die jemals auf der Erde gesehen wurde.

Ich will hier eine Bemerkung wiederholen, für welche ich nicht wenig getadelt wurde. Was ist es, erlaube ich mir Sie zu fragen, das die Nation in diesem großen Kampf aufrecht erhalten hat? Sie wissen, es wurde der Ruf gehört, daß unsere Regierung in Rebellionszeiten zu schwach sei, daß sie in einer solchen Zeit sowohl gegen ihre innere Schwäche als gegen innere Feinde zu kämpfen habe. Wir haben der Welt nun Beweise gegeben, daß dem nicht so sei, und wenn die Rebellion ganz niedergetreten sein wird, wenn die Nation sich wieder im Frieden befinden wird, dann wird unsere Regierung fester stehen als je zuvor. (Cheers.)

Aber meine Freunde, worin bestand die Stärke dieser Regierung? Bestand sie in der Alleinherrschaft eines Mannes, bestand sie in der Autokratie, oder in irgend einem Mann, der die absolute Macht in seinen Händen hielt? Nein! Gott sei Dank, ich bin im Stande, hier die Wahrheit zu verkünden, daß diese Regierung ihre Stärke aus dem Volke Amerikas geschöpft hat. Das Volk hat die Edicte erlassen, das Volk hat jene Macht ausgeübt, welche zur Niederwerfung der Rebellion geführt hat, und auf der ganzen Erdoberfläche gibt es keine zweite Regierung, die einem solchen Stoße widerstanden hätte. (Cheers). Wir können uns jetzt Glück wünschen, daß wir die stärkste, die freieste und beste Regierung besitzen, welche die Welt jemals gesehen. (Großer Beifall.) Dank sei Gott, wir haben die große Prüfung überstanden, und in Ihre intelligenten Gesichter blickend, kann ich Ihnen heute die große Thatsache verkünden, daß Petersburg, die Außenschanze der starken feindlichen Citadelle, von unseren braven, tapferen Offizieren und von unseren unermüdlichen, unüberwindlichen Soldaten besetzt ist. (Laute Zustimmung.) Und damit nicht zufrieden, haben sie die Citadelle selbst, die starke Veste der Verräther, genommen. Richmond ist unser und ist jetzt von unserer Armee besetzt. (Donnernde Cheers.) Die Thore der Stadt wurden überschritten, und die glorreichen Streifen und Sterne, das Symbol der Union der Stärke und der Herrschaft, flattern über dem Capitol des Feindes. (Großer Beifall.) Möge diese Flagge nach den Worten des Dichters immer höher und höher steigen, bis sie der Sonne und ihrem Aufgang begegnet; möge diese beim Scheiden zögernd in ihren weiten Falten verweilen. (Cheers.) Es ist die Flagge Ihres Landes, es ist Ihre Flagge, es ist meine Flagge, und sie bietet Troß allen Nationen der Erde und allen Complotten aller Mächte zusammen. (Erneuerte Cheers.) Es ist nicht meine Absicht, irgend eine unüberlegte Bemerkung oder Anspielung zu machen; aber die Stunde wird kommen, wo jene Nationen, die während unserer Unfälle und während unserer vermeintlichen Schwäche eine ungeziemende Einmischung gewagt haben, erfahren werden, daß unsere Regierung eine Regierung des Volkes ist, und daß sie genug Macht besitzt, um sich Achtung und Beachtung zu erzwingen. (Cheers.)

In unserer Freude dürfen wir nicht vergessen, Jenen eine Thräne zu weihen, die ihr Blut für den Triumph dieser Regierung vergossen haben. Wir können ihrer nicht vergessen, wenn wir die zahlreichen Schlachtfelder, die frischen Gräber und die große Zahl unserer verstümmelten Freunde und Verwandten überschauen, die ihre Glieder auf feindlichem Boden zurückgelassen haben, sowie Jener, die in ihrem engen, schmalen Hause untergebracht wurden, mit keiner andern Hülle, als mit ihren blutgetränkten Uniformen. Noch ein Wort, dann bin ich fertig. Es ist dieses: Ich bin ein Freund der Milde, aber meiner Meinung nach sollen Uebelthäter bestraft werden. (Rufe: Ja, das ist's!) Verrath ist aber das Höchste in der Liste der Verbrechen, und für Jenen, der dieses Verbrechens schuldig ist, für Jenen, der es wagt, seine frevlerische Hand gegen die Souveränetät der Nation zu erheben, für ihn, möchte ich behaupten, ist Tod eine zu leichte Strafe. (Laute Cheers.) Meiner Meinung nach muß der Verrath abschreckend gemacht werden, Verräther müssen bestraft werden, sie sollen verarmen, ihre sociale Macht muß gebrochen werden, und dann noch muß die Strafe für ihr Verbrechen ihnen fühlbar gemacht werden. Sie, meine Freunde, haben selbst in Ihrer Mitte Verräther. Aber der Verrath muß bekämpft und bestraft werden, hier sowohl wie anderwärts. Jene Männer im Felde sind nicht die größten Verräther. Diejenigen sind es, von denen sie ermuntert wurden, ihr Leben zu wagen, während sie

selbst zu Hause blieben, das Geld verschwendeten und alle ihre Kräfte anstrengten, unsere Regierung zu stürzen. Darum sage ich: „Den Strick den intelligenten einflußreichen Verräthern." (Laute Cheers.) Aber den ehrlichen Burschen, den verirrten Mann, der in die Reihen der Rebellen gelockt wurde, möchte ich milde behandeln. Ich würde ihm sagen: Kehre zu deiner Pflicht zurück, sei wieder eine Stütze der Regierung und werde ein guter Bürger. Aber die Führer würde ich henken. (Großer Beifall.) Ich halte auch dafür, daß von den reichen Verräthern Jene entschädigt werden sollten, die in Folge der Verbrechen Jener Schaden gelitten, daß die getreuen Unionsmänner entschädigt werden, welche ihr Vermögen verloren, aus ihrer Heimath vertrieben wurden und als Bettler und Flüchtlinge in der Fremde umherirren. Es ist gut, heute schon von diesen Dingen in einer Versammlung von so wohlunterrichteten Personen, wie ich sie vor mir habe, zu sprechen. Sie können Vieles beitragen, die öffentliche Meinung zu bilden und ihr die geeignete Richtung zu geben. Lassen Sie uns das Werk beginnen. Wir haben die Verräther mit den Waffen vernichtet, vernichten wir sie jetzt im Gesetz, in der öffentlichen Meinung und in der Achtung der Welt. Erlauben Sie mir nun, ein dreimaliges Hoch auf die Einnahme von Richmond vorzuschlagen. (Laute Cheers.)

Fast möchte das Wort von Johann Huß anwendbar erscheinen: daß sie „diesen Schwan werden ungebraten lan."

± **Leipzig.** Wenn auf der einen Seite seit unserer nationalen Bewegung Schleswig-Holstein betreffend, noch und nach Symptome hervortreten, daß das Ministerium Beust bedacht ist, durch allerlei Scheinconcessionen die Bedürfnisse der Zeit auf freiheitlichem Gebiete nicht zu befriedigen aber zu beschwichtigen und die alten Sünden mit neuer Schminke zu versehen, so ist eine Täuschung darüber doch nicht möglich, wenn treu ergebene Diener der Reaction bei ihrem alten Schlendrian beharren und mit verbissener Angst allen freien Regungen entgegentreten. Unsere Buchhändlerstadt Leipzig hat schwer an dem Drucke der Bevormundung des Kreisdirectors von Burgsdorf zu leiden. Derselbe ist selbst ein eifriger Arbeiter seines reactionären Wochenblattes und ist allen freisinnigen Blättern Feind. In Zeiten der Reaction war er der emsige Beförderer der Preßerzeugnisse des bekannten Herrn Häpe, Preßchef des Ministerii des Innern, (im vorigen Frühjahr bekanntlich von Herrn Prof. Biedermann dem deutschen Journalistentag als Vicepräsident octroyirt) dessen reactionäre Herzensergießungen Herr v. Burgsdorf in andere Blätter colportiren ließ. Seine Hauptthätigkeit besteht nun darin, alle Preßerzeugnisse liberalen Sinnes streng zu bewachen und jede Gelegenheit wahrzunehmen, freisinnige Blätter der Staatsanwaltschaft zur Bestrafung zu empfehlen. Von der Kreisdirection ist auch die Beschlagnahme der Schrift „Les propos de Labiénus" von Rogeard bei hiesigen Buchhändlern und zwar „wegen Beleidigung fremder Regenten", angeordnet worden, trotzdem, daß noch Art. 6 unseres Strafgesetzbuches die Untersuchungseinleitung von dem Justizministerium nicht beantragt worden ist. Auf Anzeige der Kreisdirection wurde Dr. Eras wegen zwei Artikeln in der Mitteldeutschen Volkszeitung der Prozeß gemacht, weshalb derselbe 11 Wochen Gefängniß hat verbüßen müssen. Damit war indessen der Freund der reactionären Presse nicht zufrieden. Hier wird allgemein erzählt, daß die Kreisdirection sich die über die Mitteldeutsche Volkszeitung ergangenen Acten hat kommen lassen und beabsichtigt habe, das Blatt zu unterdrücken und nur in der 11. Stunde habe Herr von Beust dem Herrn von Burgsdorf die Ordre gegeben, seine Razzia gegen dieses Blatt einzustellen.

(Tel. Dep. der „Weserztg.") **Berlin, 27. April.** In der gestrigen Sitzung der Marinecommission waren anwesend: v. Bismarck, v. Roon und Contreadmiral Jachmann. Herr v. Bismarck sagte im Wesentlichen: Laut der Verheißung der Thronrede werde bald die Vorlage über die Kriegskosten erscheinen, zugleich ein Nachweis über die Nothwendigkeit der Kriegführung ohne die Bewilligung der Kriegsmittel und eine Darstellung der völkerrechtlichen Sachlage. Die Regierung sei Mitbesitzer von Kiel. Die Erwerbung des Hafens sei eine unerläßliche Nothwendigkeit. Darüber sei Preußen mit Oesterreich in's Einvernehmen getreten. Er hoffe, es werde gelingen, den Kieler Hafen für die preußische Flotte und damit der deutschen Flotte zu gewinnen. Für die Forderung des Kieler Hafens sei der Landtag eine bedeutende Hülfe oder ein entschiedenes Hinderniß. Wenn die Kosten nicht bewilligt würden, so wäre der Hafen ein werthloser Besitz. Er hoffe, der Landtag werde erklären, daß Kiel gewonnen werden müsse. Die Regierung müsse wissen, wie weit die Landesvertretung hinter ihr stände, dann sei ihre Absicht, daß die Erwerbung des Kieler Hafens die Grundlage bilde zu jeder Verständigung. v. Saucken-Julienfelde erklärte sich wegen Mangels an Vertrauen zu diesem Ministerium gegen die Vorlage. Virchow fragte, ob die Regierung den ganzen oder einen Theil des Kieler Hafens erstrebe? Herr v. Bismarck erwiderte: Die Regierung verlange die Strecke zwischen Holtenau und Friedrichsort nebst den gegenüberliegenden Ortschaften. Ob die Forderung eventuell zwangsweise durchzuführen, sei mit Rücksicht auf die auswärtigen Mächte nicht zu beantworten. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Herr v. Bismarck: Die Marinevorlage sei eine innere Angelegenheit. Die Verlegung der Flottenstation sei eine Maßregel, welche nicht über das Mitbesitzerrecht hinausgehe; sie stütze sich auf die Hoffnung einer Verständigung mit Oesterreich. Die Regierung werde dabei stehen bleiben und sich durch keine Einsprache Zwang anthun lassen, anderseits aber auch gegen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen in keiner Weise anstoßen.

Berlin. Die Regierung hat dem nordamerikanischen Gesandten ihr tiefes Beileid über die Ermordung des Präsidenten Lincoln ausdrücken lassen und das Abgeordnetenhaus hat ohne Unterschied der Parteien, eine von dem Abgeordneten Löwe von Calbe angeregte, sehr würdig gehaltene Sympathie-Adresse, aus Anlaß der Ermordung des Präsidenten der Republik der Vereinigten Staaten an den Gesandten gerichtet.

Wien, 29. April, Mittags. In seiner heutigen Sitzung drückte das Abgeordnetenhaus auf den Antrag Berger's sein Mitgefühl mit dem Schicksale des Präsidenten Lincoln und seine Sympathie für die Union durch Erheben von den Sitzen aus.

Ueber den Herzog von **Augustenburg** scheint eine vollständige Telegraphensperre verhängt zu sein. Als am 23. der Kampfgenossenverein in Altona den Jahrestag von Schleswig und Kolding feierte, wollte er den Herzog Friedrich in Kiel telegraphisch begrüßen. Das Telegramm ward von der Altonaer Preußischen Telegraphenstation nicht befördert: „Sie sei nicht autorisirt dazu."

London, 27. April. Die Unterhausmitglieder aller Parteien überreichten dem nordamerikanischen Gesandten Adams Beileidsadressen. Es mag wohl manchem stillen Verehrer der Sklavenzüchter sauer geworden sein. Wir zweifeln nicht, daß mindestens eben so bereitwillig eine Glückwunschadresse an den Mordbrenner- und Meuchelmörder-Präsidenten Jefferson Davis, wenn derselbe siegreich in Richmond eingezogen wäre, von den höchst unparteiischen Gentlemen im englischen Parlament votirt worden wäre. Das ist die Macht des Erfolgs. Diese Macht ist uns aber auch eine Bürgschaft für den gewaltigen Einfluß, den die in verdoppelter Stärke wiederhergestellte transatlantische Republik auf die Entschließungen der europäischen Staatsmänner, auch der reactionärsten, hierfür ausüben wird. Mindestens die Hälfte der officiellen Sympathieerklärungen ist der blassen Furcht beizumessen. Dieser [illegible] der Freiheit zu [illegible] die Wirkung für Europa gewesen sein, wenn unter Jefferson Davis in Amerika eine große Aristokraten- und Sklavenhalterrepublik das letzte Asyl der Freiheit der Welt zertrümmert hätte? —

Mexico. Die Lage des Kaisers Maximilian ist nach Privatnachrichten aus Mexico eine keineswegs rosige und Se. mexicanische Majestät verhehlt das nicht. Mit dem Abzuge der Franzosen fiele das ganze Kaiserreich sammt Anleihen und Obligationen in's Wasser. Daher die offenbare Aengstlichkeit, mit welcher der französische Marschall Bazaine vom Kaiser zurückgehalten wird, dem man die Worte zuschreibt: „Wenn sie weggehen, Marschall, steige ich hinter Ihnen auf's Pferd."

Amerika. Die Berliner Reform bringt, aus Anlaß des von der secessionistisch gesinnten Presse und von der perfiden Londoner Times aufgebrachten Geredes, daß der neue Präsident Johnson ein dem Trunke ergebener Mann sei, ein unparteiisch kundiges, in diesem Augenblick sehr werthvolles Urtheil über den Charakter des Mannes, der die Erbschaft Abr. Lincoln's in schwerster Zeit anzutreten berufen worden ist. Das Schreiben kommt aus der Feder des in seiner Heimath wie in europäischen Kreisen hochgeachteten ehemaligen Kanzlers der Universität von Michigan, Ann-Arbour, Professor Henry P. Tappan und lautet:

„Theurer Herr!

Sie wünschen von mir eine Aufklärung über den Charakter von Andrew Johnson, den früheren Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten und in Folge des jetzt eingetretenen Todes des Präsidenten Lincoln, der durch die Hand eines Meuchelmörders gefallen ist, seinen gegenwärtigen Nachfolger in der Präsidentschaft. Sie erwähnen in Ihrem Schreiben des traurigen Vorfalls mit dem damaligen Vicepräsidenten und Sie geben der Thatsache Ausdruck, daß in Deutschland allgemein das Gefühl herrsche, daß er der Trunkenheit ergeben sei und sich deshalb für seine gegenwärtige Stellung durchaus nicht eigne.

„Ich habe das feste Vertrauen, daß die Zeit diesen Eindruck verwischen wird. Indessen mag es nicht unangemessen sein, schon jetzt den Vorfall auf dem Capitol zu erklären und zu gleicher Zeit einige Thatsachen mit Bezug auf die Laufbahn des Präsidenten Johnson anzuführen.

„Derselbe hat als Militärgouverneur von Tennessee eine ungeheure Arbeitslast getragen und zwar bis zu der Zeit, wo er sich nach Washington begab. Ehe er Tennessee verließ, hatte er die Ordnung hergestellt, allen treuen Bürgern Schutz angedeihen lassen und hatte in einer Versammlung des Volks die Abschaffung der Sklaverei durchgesetzt.

„In Washington langte er nach einer langen und beschwerlichen Reise in einem Zustande vollständiger nervöser Erschöpfung an. Er zog einen Arzt zu Rathe und dieser rieth ihm, ehe er den Saal des Senats betrete, etwas Wein mit Wasser zu trinken. Bei dem physischen Zustande, worin er sich befand, war der Erfolg davon eine plötzliche Betrunkenheit, gänzlich unerwartet für den, welcher ihm den Rath ertheilt hatte, wie für Johnson selbst, und zu gleicher Zeit erstaunenswerth und beschämend für seine Freunde. Wenn er die Gewohnheit des Trinkens gehabt hätte, so würde ihm seine Erfahrung gesagt haben, daß er in einem so kritischen Augenblicke seines Lebens auf seiner Hut sein müsse. Seine alten Freunde und Genossen im Congreß kennen ihn als einen mäßigen Mann. Die Welt wird nie mehr von einem Anfall von Trunkenheit bei Andrew Johnson etwas erfahren."

Johnson ist gleich Lincoln von niedriger Herkunft und hat sich selbst erzogen; er ist aus dem Volk hervorgegangen und hat sich durchaus den Interessen des Volks hingegeben. Als einen Mann von außerordentlichen Fähigkeiten zeigt ihn schon die Thatsache, daß er sich in dem Sklavenstaat von Tennessee, wo die Aristokratie der Sklavenhalter die Herrschaft hatte, von einem niedrigen Arbeiter zum ersten Gouverneur des Staates erhob und dann einen Sitz in dem Senat der Vereinigten Staaten einnahm.

Dort befand sich Johnson, als Davis und die übrigen Mitglieder der Südstaaten die Secession bewirkten, dort sprach er die Reden voll von glühender Vaterlandsliebe, welche als ein dauerndes Denkmal seiner Befähigung dastehen und Zeugniß geben von seinem Muth, von seiner unbestechlichen Treue und Ehre.

Seit dem Beginn des Krieges hat sich A. Johnson der großen Sache der Freiheit und der Menschheit voll-

ständig gewidmet. Niemand in Amerika hegt einen Zweifel an seiner Ehrenhaftigkeit und an seinem Patriotismus, der sich selbst zum Opfer bringt. Jetzt, da er berufen ist, den ehrenvollen Platz Abraham Lincolns einzunehmen, dürfen wir mit Recht voraussetzen, daß er muthig und gewissenhaft das Werk vollenden werde, welches sein großer und biederer Vorgänger seiner Hand überlassen hat.

Mögen die Freunde Amerika's ohne Furcht sein und hoffnungsvoll auf seine Zukunft blicken. — Ja u. s. w. Henry P. Tappan.

— Was dieser Gewährsmann von der Intelligenz Johnsons sagt, das bestätigt sich durch den gleichzeitig jetzt vorliegenden Wortlaut der Rede, welche der Vicepräsident bei Eintreffen der Siegesbotschaft von Richmond auf offener Straße in Washington und sichtlich durchaus improvisirend, erregt vor Erregten, hielt. Die englischen Blätter hatten in bekannter Parteilichkeit nichts als die Phrase von dem Galgen Haman's, an den Jefferson Davis gehöre, von der ganzen Ansprache mitgetheilt. Unsere Leser kennen aus Nr. 100 des Tagblatts bereits den Wortlaut dieser Rede.

Eine Antwort auf die Encyclica des Papstes Pius des Neunten,

von Joseph Mazzini.

(Schluß.)

IV.

Nein; Ihre Kirche versammelt um sich nur eine Partei von Menschen, eine Partei, die jeden Tag kleiner wird; Ihre Macht leitet nicht, erschafft nicht, befördert nicht mehr das Leben, seit sechs Jahrhunderten; Sie verleugnen die Kraft, die Sie leiten sollte; verleugnend die Arbeit, die auf der Erde gethan sein muß, verleugnen Sie die Werkzeuge, die Gott uns zu diesem Zwecke gab, Sie verleugnen die göttliche Absicht aller vergangenen und gegenwärtigen Arbeit der Menschheit; Sie verleugnen die Einführung des Guten, das im Christenthum enthalten ist; Sie verleugnen die freie Thätigkeit des Menschen, ohne welche weder Verdienst noch Unverdienst ist; Sie verleugnen (Artikel 87) Ihre Mission zum Besten der Civilisation und des Fortschrittes der Menschen: Sie verleugnen die uns Allen von Gott eingeflößten Gaben, indem Sie an ihre Stelle eine blos einigen verliehene Gnade setzen; Sie verleugnen die Unsterblichkeit des Lebens Gottes, indem Sie die Seele durch die Hölle entseelen; Sie leugnen den beständigen Verkehr Gottes mit seiner Schöpfung, indem Sie eine doppelte Menschheit annehmen, die gefallene Menschheit und die erlöste; Sie verleugnen die Moral, indem Sie unsere Pflicht zu arbeiten und, so weit wie es möglich ist, das Reich Gottes auf der Erde einzusetzen, negiren, und indem Sie unsere Brüder in der Gewalt der Tyrannei, im Elend, in der Unwissenheit, der Ungerechtigkeit, im Irrthum lassen; Sie bestreiten den Nationen das Recht, ihr eigenes freies Leben zu befestigen, sich zum Besten Aller mit den verschwisterten Nationen zu verbünden, sich ihres Vertrauens würdige Häupter zu wählen. Sie anerkennen nur ein Einziges: daß Sie Fürst sein müssen und daß Sie ohne irgend eine Pflicht gegen die Menschheit jene Macht und jene weltlichen Güter besitzen müssen, — die Sie uns lehren, zu verachten.

Es gab eine Zeit — und ich blicke auf sie mit Ehrfurcht — als das Papstthum seine Pflichten erkannte. Verwalter der Lehre von der Moral, überzeugt von einer Mission der Freiheit und Gerechtigkeit für Alle, unerschrocken jeder Ueberschreitung gegenüber, wie groß auch ihre Macht sei, bereit für ihren Glauben zu leiden, der der Glaube der Völker war, beförderten die Päpste — vom fünften bis zum dreizehnten Jahrhundert — jenen Fortschritt, den Sie heute verurtheilen. In Rom, welches zu achten sie die Barbaren gelehrt, stellten sie das Ideal jener Epoche dar, die Oberherrschaft des Geistes über die Materie, die Liebe gegenüber der Gewalt, die Gleichheit der Seelen, das Verdienst, gegenüber der Macht durch Eroberung, die Wahl gegenüber der Geburt, die Gerechtigkeit gegenüber der feudalen oder monarchischen Willkür; sie beschützten in den Klöstern die Reliquien der antiken Gelehrsamkeit, beschützten die Kunst, trösteten und linderten das Elend, und verbündeten im Namen Gottes die feindlichen Racen. Damals konnte Leo zu Rom, das der Mittelpunkt einer zweiten Kultur geworden war, sagen: „So viel Du auch, durch eine Reihe von Siegen, Dein Recht eines Kaiserreiches zu Land und Meer ausgedehnt hast, so hat die Tapferkeit im Kriege Dir doch nicht so viel erobert als der Geist des christlichen Friedens.“ Damals schrieb Nicolaus der Erste an die Bischöfe: „Untersuchet, ob die Könige und Fürsten wirklich solche sind, ob sie vor allen Dingen sich selbst beherrschen, dann die Völker; untersucht, ob sie mit Gerechtigkeit regieren, weil, wenn dies nicht der Fall wäre, wir sie dann nicht als Könige, sondern als Tyrannen betrachten müßten und ihnen widerstehen und uns gegen sie erheben und gegen die Laster, die sie demoralisiren.“ Damals wagte Innozenz der Dritte einem mächtigen Herrn zu sagen: „Wenn wir nur Deine Schuld betrachten wollten, so müßten wir nicht nur ein Anathema gegen Dich schleudern, sondern wir müßten auch Dein Volk aufrufen, sich gegen Dich zu waffnen.“ Und der vornehme Herr neigte bei der Drohung das Haupt. Damals stellten die Päpste eine Pflicht dar; damals sagte ein Bischof in Orleans: „Mögen die Reichen und Mächtigen erkennen, daß die Armen und Untergebenen von Natur ihnen gleich sind, und daß ein einziger Gott über Alle herrscht.“ Damals machte Gregor der Siebente, als Rechtfertigung seiner eigenen Kühnheit, das heilige Bekenntniß, „daß die Kirche im Fehle sei, weil sie mit der Welt und mit den weltlichen Menschen verbunden sei, weil ihre Priester gleichzeitig ihr und den weltlichen Dingen dienten; daß sie schuldig und unwürdig seien; daß sie sich bekehren und bessern müßten, daß die Umwandlung mit dem Haupt beginnen müsse, daß er dem Laster den Krieg erklären müsse, es aus der Welt verjagen, daß er alle um der Gerechtigkeit und Tugend willen Verfolgten beschützen müsse, daß alle, die der Kirche angehörten, vorwurfsfrei sein müßten und rein; und daß dem Papst die Ausführung jenes großen Werkes, der Einführung des Reiches des Friedens in der Welt, zugetheilt sei.“ Heute sind Sie ein Fürst und ein Diener der Fürsten; die Bajonette, welche Sie, in Blut getaucht, nach Rom zurückführten, gehören dem Manne des zweiten Dezember; Sie herrschen nicht durch den Glauben, sondern durch die Gewalt; die Ihrigen sind verdorben und verderben: die neapolitanischen Räuber umgeben das Heiligthum: Sie segnen sie und Sie haben kein Wort des Trostes für die Völker, welche Gott um Freiheit anflehen und um Gleichheit. Jedoch die Völker blicken nicht auf Sie, sondern auf uns; auf uns, die Vorgänger der neuen Kirche, auf uns, die wir mit Wort und Beispiel sie lehren, wie sie die Lehre Gottes auf Erden erfüllen können. Im Namen eines Glaubens der Freiheit des Geistes und der Gleichheit der Seelen, eroberten Ihre Vorgänger Nationen: Sie hingegen überreden von Zeit zu Zeit ein armes Mädchen, das sich nach Leben sehnt, zum Tode des Klosters, oder Sie rauben einen armen Judenknaben, um ihn halb bekehrt, triumphirend den Massen zu zeigen.

Ich weiß wohl, daß der erhabene Gedanke Gregors des Siebenten — der Triumph des Ideals über die Lüste — von ihm nicht auf der Welt in Ausführung gebracht werden konnte. Ich weiß, daß das Werkzeug, dessen er sich bedienen wollte, dem beabsichtigten Zwecke nicht entsprach. Das Dogma, auf das er sich stützte, führte zum Dualismus, zum Antagonismus zwischen Himmel und Erde; die menschliche Einheit konnte sich also darauf nicht gründen. Die Religion war nicht das Leben; sie war eine Entschädigung für das Leben; sie lehrte das Individuum, wie es sich unabhängig von der Erde retten könne; sie wies auf ein Ideal hin, welches unmöglich in den kurzen Jahren der individuellen irdischen Existenz zu erreichen war. Die Association allein kann dies allmälig; und das Dogma bekümmerte sich nicht um die Association, hatte keinen Begriff von dem Gesammtleben der Menschheit, kannte nicht die Lehre vom Fortschritt, die wir heute kennen. Deshalb konnte Gregor der Siebente nichts anderes, als zu despotischen Mitteln greifen, die ihm fehlschlugen; auch könnte kein Papst sie neu versuchen mit Erfolg. Aber wenn die Päpste auch verhindert waren, die Welt auf dem vom Dogma angegebenen Wege zu leiten, so konnten sie doch die Welt jenem Dogma nähern: so konnten und mußten sie doch wie Gregor der Siebente jenen wahren Theil des Dogma's, der heute gesiegt hat, indem er sich in uns verkörpert, eifrig und beständig zum Martyrium bereit darstellen. Das Christenthum befahl nicht die irdische Association, aber es legte dazu den Grund, als es sagte: „es gibt keine Juden noch Griechen mehr: weder Sclaven noch Freie: weder Mann noch Weib: Ihr Alle seid eins in Christus.“*) Christus gründete keine Regierung über die weltlichen Sachen, aber bezeichnete das Grundprinzip jeder legitimen Regierung, als er sagte: „So Jemand will unter euch gewaltig sein, der sei euer Diener. Und wer da will der Vornehmste sein, der sei euer Knecht.“**) Christus schrieb die Thätigkeit vor und suchte sie***), versprach alles für die Werke†), begriff und verehrte die Macht des Menschen††), fühlte die Zukunft voraus, die Epoche der Wahrheit, emancipirt von jedem Symbol auf Erden.†††) Sie konnten, Sie mußten, Ihre Vorgänger und Sie, uns lange Zeit auf dem Wege der Forschung und der Entdeckung begleiten; dann uns verlassen, wie Moses sein Volk verließ, an der Grenze des gelobten Landes, sterbend und segnend, wie der Vater sterbend seine ihn überlebenden Söhne segnet. Sie sterben, der Forschung, der Macht des Geistes, dem Glauben an die Entdeckung der Wahrheit fluchend, sowie den Völkern, die sich erheben, um sich zu befreien; Sie fluchen dem Leben, uns Allen. Abtrünnig von Christus und der Menschheit, verurtheilen Sie sich selbst einsam, und getrennt von jeder Gemeinschaft mit Ihren Brüdern zu verlöschen. Wir können, gezwungen und betrübt Ihnen das Anathema zurückgeben. Wir können, wie die Bischöfe Frankreichs und Gregor der Siebente Ihnen sagen: „Sie kamen, um uns zu excommuniciren, Sie werden excommunicirt fortgehen!“

Nein: die Religion ist nicht mehr mit Ihnen. Gott, vor Ihnen, vor Christus, ist mit uns; mit uns, den Jüngern seiner Lehre, die wir die Tradition, die ihre Absicht offenbart, fortsetzen. Seit Innozenz dem Dritten verleugnete das Papstthum Leben und Mission, um sich selbst anzubeten, die eigene Macht, die Materie. Seit Innozenz dem Dritten gehört uns die Wissenschaft, die Kunst, der Fortschritt in den besten Geistern, in der reinsten Anbetung Gottes, ist unser. Ihren Behauptungen entgegen und die Urtheile Ihrer Inquisition vernichtend, entdeckten wir den Lauf der Gestirne, die Jahrtausende auf Erden, die den biblischen Hypothesen vorausgingen, die fort-

---

*) Paulus, an die Galat. III. 28.
**) Matth. Ev. XX. 26. 27. 28.
***) Matth. Ev. VII., 7. X. 26. 27. 28.
†) Matth. XXI. 43.
††) Matth. XXI. 21. 22.
†††) Joh. Ev. XIV. 16. 17. &c.

währende Schöpfung, die Einheit des Gesetzes, welches die Erde an den Himmel knüpft, die ununterbrochene Fortschrittskette, die von den ersten Generationen bis zu der unsrigen reicht. Ohne Sie, trotz Ihnen, fanden wir, die Dunkelheit der Vergangenheit untersuchend, einen Theil der Offenbarung Gottes in allen Religionen, die Sie Betrug nannten, einen Theil der Absicht Gottes in den dem Kreuz vorangehenden Epochen, die Sie mit Ihrem Anathema verfolgten, einen Theil der Macht Gottes in Welten, die Sie nicht kannten; ohne ein Wort des Trostes von Ihnen, oft mit Ihrem Tadel haben wir, die Männer des Fortschrittes, den Mahomedanismus im Orient bekämpft, Griechenland zu neuem Leben angerufen, das Elend der Massen vermindert, die Fahne der Freiheit für die unterdrückten Nationen erhoben; heute emancipiren wir die Neger in Amerika und gründen, von Ihnen befeindet, Italien. Gott, nicht Sie, bitten die Völker um Muth zum Kämpfen, um Glauben zum Dulden und lächelnd zu sterben. Die Märtyrer der Pflicht sind unter denen, die Sie ungläubig nennen; die Tröster der Armen sind unter denen, die Sie, den Fürsten dienend, von denen Sie Schutz hoffen, verurtheilen. Ihnen bleibt nichts übrig, als unwürdig zu klagen, zu betteln um zu leben, und ungehört und mißachtet Ihre Flüche und Verdammungen in die Welt zu schleudern.

Steigen Sie also herab von einem Thron, auf dem Sie kein Papst mehr sind, sondern ein gewöhnlicher, und von den Soldaten anderer Tyrannen unterstützter Tyrann. Sie wissen, daß wenn jene Soldaten nicht Ihr Conclave umgäben, Sie der letzte Papst in Rom sind. Die Menschheit hatte die Religion des Vaters und des Sohnes. Geben Sie der Religion des Geistes Einlaß.

V.

Als Papst werden Sie angeklagt von der Ohnmacht von sechs Jahrhunderten, von dem Abfall von jeder Vorschrift von Christus, von dem Liebäugeln mit den traurigen Prinzipien der Erde, von der Idolatrie der Formen an die Stelle des Geistes der Religion gesetzt, von der Unsittlichkeit zum System erhoben unter den Männern, die Sie umgeben, von der Verleugnung jedes von Ihnen selbst als Bedingung des Lebens anerkannten Fortschrittes.

Als König werden Sie angeklagt von dem Blut von Rom und von der Unmöglichkeit, dort einen einzigen Tag bleiben zu können, ohne die rohe Gewalt.

Versöhnen Sie sich mit Gott. Mit der Menschheit können Sie es nicht.

Im Januar 1865.

Joseph Mazzini.

Socialer Theil.

Die Reform-League (Wahlreformverein) der Arbeiter in England.

London, 11. April. Wie alle großen Dinge hatte auch die Anti-Corn-law-League einen kleinen Anfang. Ihre erste Sitzung hielt sie in einem halben Zimmer, das durch einen extemporirten Vorhang von dem als Schlafgemach benutzten anderen Theile abgeschieden war. Und später war der stolze Prachtbau des Privilegiums, den eine reiche, übermüthige Aristokratie auf der festen Grundlage der britischen Staatsmacht und mit dem Tribute der arbeitenden Millionen errichtet hatte, nicht weit genug, um alle die Männer der League zu fassen und ihrem gewaltigen Andrange zu widerstehen. In der Wochenversammlung der von den hiesigen „Trades-Unions" gegründeten und noch in der Organisation begriffenen „Reform League" wies am Sonnabend ein Redner auf diesen bescheidenen Ursprung der Freihandelsleague hin, um daraus eine günstige Vorbedeutung für ihr eigenes Unternehmen zu folgern. Muth brauchte er übrigens den Arbeiterdelegirten nicht einzusprechen, denn diese zweifelten offenbar nicht am schließlichen Erfolge ihrer Agitation. Der Präsident des Executivcomite's, Mr. Edmund Beales, ist allerdings kein Richard Cobden, aber ein Mann, der seinen Enthusiasmus für die liberale Sache durch die aufopferndste Thätigkeit für Polen, Italien und die nordamerikanische Union bewährt hat und Vertrauen verdient. Als die Freihandelsleague ihre Thätigkeit begann, hatte sie eine unorganisirte, in dunkler Bewußtlosigkeit gährende Masse als Material vor sich und konnte nicht auf ein halbes Dutzend Parlamentsmitglieder zählen; während die Reformleague auf der ausgebildeten und mächtigen Organisation der Trades-unions ruht und selbst im gegenwärtigen Unterhause eine sehr respectable Minderheit ehrlicher Reformer zur Vertretung ihrer Ansprüche vorfindet. Ob diese Minorität bei den bevorstehenden Neuwahlen zur Majorität anschwellen wird, hängt vorzugsweise von der Ausdehnung und Energie ab, welche die neue League ihrer Agitation zu geben vermag. Die Organisation ist fix und fertig und hat sich schon in manchen Kämpfen bewährt; es handelt sich nur darum, die vorliegende Organisation, die bisher blos für specielle Arbeiterzwecke benutzt wurde, für die politische Reformfrage in Bewegung zu setzen, was bei der innigen Verbindung, in welcher die über das ganze Land verbreiteten Unions mit einander stehen, nicht schwer halten kann. Ist es den Unions in den Provinzen ebenso sehr Ernst mit der Sache, wie denen in London, so ist an dem Erfolge nicht zu zweifeln. An Fonds für die Agitation wird es nicht fehlen, auch ohne daß der Wochenlohn der Arbeiter in drückende Contribution gesetzt zu werden braucht. Die in der erwähnten Sitzung angekündigten Subscriptionen belaufen sich bereits auf einige hundert Pfund. Das ist gewiß noch ein kleiner Anfang. Da jedoch der eigentliche Feldzug der League erst nach der Parlamentsauflösung im Juli beginnen soll, so ist Geld genug vorhanden, um die vorbereitenden Ausgaben zu bestreiten. Von den Reformgegnern wird die beginnende Thätigkeit dieser League mit gerechter Besorgniß verfolgt. Man täuscht sich nicht über die ernsthafte Wendung, welche die so lange verspottete Reformagitation nehmen muß, sobald sich die organisirten Arbeitermassen für eine Ausdehnung des Wahlrechts in Bewegung setzen. So deutet Alles auf stürmische Neuwahlen. (Weserzeitung.)

Leipzig, 23. April. In einer besonderen Beilage zum „Leipziger Tageblatt" wird heute die Arbeitseinstellung der Leipziger Buchdruckergehülfen ausführlich besprochen. In dieser von der „Genossenschaft der Buchdrucker zu Leipzig" ausgehenden und in deren Auftrag von den Vorstehern derselben, den Herren R. Härtel, A. Th. Engelhardt und Dr. E. Brockhaus, unterzeichneten Darstellung setzt dieselbe zur Rechtfertigung ihres Verhaltens gegen die Forderungen der Gehülfen auseinander, daß in keiner deutschen Stadt, selbst nicht in Berlin und Stuttgart, so hohe Löhne bezahlt werden, als sie in Leipzig von den Gehülfen gefordert würden, und versichert, daß, wenn nicht das Druckereigeschäft selbst, wie der Buchhandel, die Buchbinderei und die übrigen einschlagenden Gewerbe leiden sollen, unmöglich in den Lohnsätzen weiter gegangen werden könne, als sie, die Genossenschaft, hierin entgegengekommen sei. Sie veröffentlicht zugleich den neuen Tarif (28 und 27 Pfennige für das Tausend n), nach welchem seit dem 12. April in den Druckereien, welche zur Genossenschaft gehören, gerechnet wird. Die Gehülfen sind bekanntlich auf ihrer ursprünglichen Forderung von 30 Pfennigen unverrückt stehen geblieben und darum dauert dort die Arbeitseinstellung immer noch fort. Nach einer Bemerkung des „Social-Demokraten" sollen jetzt Beisteuern zu Gunsten der Leipziger, die bisher sich streng auf die Fachgenossen selbst beschränkten, auch aus allgemeineren Arbeiterkreisen angenommen werden. — (Es wird nun auch die Rechtfertigung der Gehülfen abzuwarten sein. In derjenigen der Prinzipale hat es etwas sonderbar gelautet, daß man die Möglichkeit, die Concurrenz mit Berlin zu halten, als einen Grund angeführt hat, für die Ablehnung der Forderung der Gehülfen; vorausgesetzt nämlich, daß die Lohnforderung der letzteren wirklich gerecht ist, daß sie wirklich bei den von den Prinzipalen bewilligten Lohnsätzen nicht bestehen können. Allerdings können nicht an allen Orten in Deutschland dieselben Löhne gewährt werden und es wäre eine Lächerlichkeit, z. B. die Lohnsätze von Berlin auf die kleinen Städte der Provinz und von Mittel- und Süddeutschland übertragen zu wollen, wo eben durchgängig, und auch für die nothwendigen Lebensbedürfnisse niedrigere Preise bestehen, wie z. B. wenn in London ein Setzer 4—5 Pfund Sterling die Woche verdient, daraus nicht folgt, daß ihm dieses auch in Deutschland gewährt und von ihm beansprucht werden können. Die Frage nach der Berechtigung und Begründetheit der Lohnerhöhung beantwortet sich also nach den verschiedenen Orten verschieden. Aber der Unterschied der bedingenden örtlichen Verhältnisse zwischen Berlin und Leipzig, wird wohl nicht allzugroß und jedenfalls nicht schwer zu ermitteln sein. Danach wird sich die Frage auch für Leipzig wohl mit nicht so großer Schwierigkeit lösen lassen. Die Frage der Concurrenz mit Berlin kann also nicht als der entscheidende Gesichtspunkt aufgestellt werden. Damit soll noch nicht in Abrede gestellt werden, daß eine den örtlichen Verhältnissen nicht angemessene Lohnerhöhung, worüber wir hier freilich nicht urtheilen können, nicht eine allerdings tiefgreifende und erschütternde Rückwirkung auf die einschlagende Industrie haben könnte. Ein solches Mißverhältniß — als wirklich und nicht in der Einbildung der Gewinnsucht beruhend, vorausgesetzt, — würden die Buchdruckerei, der Buchhandel und alle damit im Zusammenhange stehenden Gewerbe Leipzigs einen erheblichen Rückgang erleiden und eine Uebersiedlung der großen Unternehmungen und Geschäfte dieser Art nach Berlin würde die Folge sein, wenn auch nicht auf einmal, doch nach und nach. Darüber aber kann nicht so vorweg geurtheilt werden und es ist sehr wohl zu prüfen, ob es sich bei dieser Darstellung um bloße Schreckschüsse der widerwilligen Prinzipale oder um haltbare thatsächliche Unterlagen für diese Behauptungen handelt.

Eines aber wird bei diesem ganzen Conflikt und für die Leichtigkeit oder Schwierigkeit seiner Lösung von besonderem Gewicht sein. Die gegenseitige Verständigung wird leicht sein, wenn nur von beiden Seiten in allem das Prinzip: „Leistung um Gegenleistung" consequent und mit aller Gerechtigkeit und Billigkeit im Auge behalten wird. Es besteht hie und da, allerdings nicht unter den tüchtigen und thätigen, sondern unter den untüchtigen und arbeitsunlustigen Elementen der Druckerwelt, auch eine häufig sich geltend machende Tendenz: für die möglichst geringste Leistung, ja oft in manchen Punkten für gar keine Leistung, die möglichst größte „Gegenleistung" an Lohn in Anspruch zu nehmen. Wo dergleichen Elemente vorhanden sind und Einfluß erlangen, da wird allerdings eine Ausgleichung sehr schwer sein, weil Ansprüche solcher Art nur reizen und den schärfsten Widerstand herausfordern, während gerechte Ansprüche den Widerstand, wenn nicht sofort, doch bald, durch die ihnen zur Seite stehende Macht der öffentlichen Meinung lähmen und entwaffnen. Wird diese Klippe, wie wir hoffen, von der Tarifcommission in Leipzig vermieden, — so wird der endliche Sieg ihrer Coalition sicher nicht ausbleiben. Von dem Personal unserer Officin sind übrigens aus der von ihrem Chef gestifteten Hauskasse, mit dessen Bewilligung 10 Thlr. an ihre feiernden Collegen nach Leipzig gesendet worden. D. Red.)

Paris, 24. April. Die Arbeitseinstellungen nehmen einen bedeutlichen Umfang an. Zu den wichtigsten Handwerkern, die in diesem Augenblick feiern, gehören die Wagenbauer und die damit zusammenhängenden Gewerke. Die Anzahl der feiernden Gesellen beträgt nicht weniger als 30,000! Sie verlangen Erhöhung des Lohnes um 40 Procent und — was im Auslande komisch klingen mag, hier aber leicht verständlich und begreiflich ist — die Erlaubniß, mit einem Besuch von auswärts „ein Glas Wein" trinken zu dürfen. Da das Vereinsgesetz Zusammenkünften von 20 Personen arge Hindernisse in den Weg legt, so

sind die Arbeiter darauf verfallen, den Buchstaben zu umgehen. Sie treffen sich in größeren Abtheilungen bei irgend einem Weinhändler in den Vorstädten und nehmen je 10 oder 12 an einem Tische Platz. Ein größerer Tisch bleibt frei; an ihm lassen sich die Delegirten der einzelnen Tische nieder, die nöthigenfalls an ihren früheren Platz zurückkehren, um mit den 11 Committenten Rücksprache zu nehmen. Alles geht ruhig und in bester Ordnung her, so daß die Polizei noch keine Veranlassung zum Einschreiten gefunden hat. Die Patrone haben sich an den Präfekten gewendet, um sich ebenfalls, aber gesetzlich, vereinigen zu können, sind aber abschläglich beschieden worden, sie mögen es machen wie die Arbeiter. Im Allgemeinen geht hieraus hervor, daß die Regierung sich der Sache der Gesellen annimmt, sie findet, daß die Arbeitgeber grade dieses Gewerkes einen übermäßig hohen Nutzen nehmen. Zu den größten Wagenbauanstalten hier gehörte die Fabrik der Gebrüder Binder; nun ist notorisch, daß diese bei einem Capital von nur 70,000 Frcs. jährlich für 500,000 Frcs. Wagen verkauften. Rechnet man das Minimum des Gewinnes auf 10 Procent, so ergibt sich ein Reinertrag von 50,000 Frcs.! Das Gouvernement dringt deshalb auf Nachgeben bei den Patronen, die dem doppelten Druck kaum lange widerstehen werden. Andere Gewerke machen geringere Ansprüche, so verlangen z. B. die Färber Verringerung der Arbeitszeit, die bisher auf 15 Stunden normirt war, um zwei Stunden. Von beiden Seiten ist guter Wille bemerkbar und die Einigung auf eine Stunde nahe bevorstehend.

Vom Büchertisch.

Das Leben Julius Cäsars
von
Romulus Augustulus.

I.

Der Kaiser aller Franzosen und Savoyarden hat die Muße, welche ihm noch neben den Staatsstreichen, den Expeditionen nach Lambessa und Cayenne, der Rettung des Großtürken und der „Befreiung Italiens“ übrig blieb, dazu benutzt, ein Buch zu schreiben, von dem er dem erwartungsvollen Europa so eben den ersten Band in 10 Sprachen präsentirt. Dieser Mann macht also nicht nur den Königen und Polizisten, den Generalen und Revolutionären, sondern auch den Schriftstellern Concurrenz; er ist durchaus ein „Männchen für Alles“.

Der Gegenstand dieses kaiserlichen Buches ist Niemand anders, als der römische General und Dictator Julius Cäsar, den man nur mit einem K zu schreiben braucht, wie das die Griechen thaten, um den Kaiser herauszubringen. Und so sind in der That aus diesem Cäsar Karl der Große, die deutschen Kaiser des Mittelalters, sammt den beiden französischen Kaisern, wie aus einem Ei die Küchlein, herausgeschlüpft. Wenn Cäsar nicht den Einfall bekam, sich Imperator oder Herrscher zu nennen, so hätten die armen Franzosen keinen Empereur erhalten, geschweige denn zwei. So hängt alles in der Welt zusammen, und nicht mehr als recht und billig ist es, daß der letzte des Geschlechts seinen Ahnherrn in die Wolken erhebt — nachher wird die Welt andere Dinge zu thun haben.

Sprechen wir indessen nicht allzuschlecht von dem Begründer der Race, die, wie das bei großen Männern stets der Fall ist, ausartet und in ihrem trübseligen Ausgang den glänzenden Anfang selten errathen läßt. Julius Cäsar war ein großer Mann im Felde wie im Staate, er war sogar ein großer Revolutionär, der sich ernstlich mit der socialen Frage seiner Zeit beschäftigte. Der reiche römische Adel hatte allen Grund und Boden weggenommen, den verschuldeten Bauern das Ihrige vielfach obendrein abgepreßt und abgeschachert; dazu verdrängte er die freie Arbeit von Jahr zu Jahr mehr durch die Sklaverei, gerade wie es die Plantagenbesitzer in den südwestlichen Staaten der amerikanischen Union bis jetzt getrieben haben. Cäsar schuf viele Tausende neuer kleiner Grundbesitzer und beseitigte die Sklaverei als Strafe der Verschuldung, ungefähr wie man heute die persönliche Schuldenhaft abzuschaffen sucht. Er bejahte, daß die bereits aufgelaufenen Zinsen bei der Bezahlung vom Kapital abgezogen würden und daß überhaupt keine Zinsrückstände gelten sollten, welche die Höhe des Darlehens erreicht hätten. Auch seine ausgedienten Soldaten versorgte er redlich, und zwar nicht mit einem Thaler monatlich und dem Freibrief auf das Drehorgelspiel, sondern mit Ländereien und Ackerwerkzeugen nebst Sämereien. Ein strenges Gericht ließ er ergehen über die römischen Statthalter und Bankiers, welche die Provinzen des Reiches aussogen und den römischen Namen in der weiten Welt zum Scandal machten.

So ein großer Feldherr er auch war — und das bewies er in Spanien, in Gallien (dem heutigen Frankreich), in Italien, Macedonien und Afrika — so ging er doch niemals in Epauletten in Rom umher, hatte keine Garde, welche für höhere Gage auf die Linientruppen herabblickte und den Bürger zusammenkartätschte; sondern sein höchster Stolz war, sich als Bürger zu fühlen, wenn er gleich der Erste aller Bürger sein wollte und keinen Zweiten neben sich duldete. Er nahm alle Italiener ins römische Bürgerrecht auf und dachte daran, das ganze Reich unter Ein Recht und Gesetz zu stellen.

Freilich betrieb er alle diese Dinge in seiner heroischen Weise; er warf die Verfassung um und bekleidete sich selbst mit allen Aemtern der Republik. Aber es muß gesagt werden, daß die damalige Republik conservativ und reactionär war, daß gerade die Republikaner dem Italiener kein Bürgerrecht, dem Proletarier und dem Soldaten kein Eigenthum geben wollten. Es muß ferner zugestanden werden, daß die Menschen und Sitten der Republik gänzlich verdorben und rettungslos faul geworden waren, daß die republikanischen Institutionen das Monopol der Patrizierfamilien bildeten und daß die Tribunen oder Anwälte des Volkes sich und der Masse nur noch mit beständigen Krawallen, mit Mord und Todtschlag zu helfen wußten. Dazu kam der gräßliche Uebelstand, daß der Pöbel der Stadt Rom, Lumpen, Freigelassene, Sklaven, lauter Leute, die nur Schätze rauben oder abgefüttert sein wollten, das ganze römische Volk vorzustellen sich anmaßten: kurz, es mußte Einer hineinfahren und den ganzen Krempel wegfegen. Und so wurde denn seit Cäsar Einer Herr und Meister; dieser Eine ward angebetet, nachher umgebracht, bis auf den letzten, den unsere Vorfahren, die Völkerwanderer von der Ostsee im Jahre 476 in ein Kloster steckten. Cäsar hatte also, trotz aller Gewaltthätigkeit, doch das gethan, was den Römern einzig noch gebührte; sie waren eben fertig.

Das gefällt nun dem Kaiser aller Franzosen und Savoyarden gar sehr, wenn ein Volk fertig ist und auf dem Mist der Geschichte liegt; denn dann kann man herzutreten, es schlagen und treten, plündern und ausziehen und sich Hände und Füße von ihm küssen lassen. Deshalb sucht er seit 13 Jahren den Franzosen weiß zu machen, sie seien zu seines Onkels Zeiten gerade wie die Römer zu Cäsars Zeiten gewesen, und hätten sich bis jetzt noch nicht um ein Härchen gebessert. Sein Onkel sei der Julius Cäsar Frankreichs, Er selbst aber der Neffe Cäsars oder der Augustus. Man kann kaum begreifen, wie ein Volk von 38 Millionen sich so etwas gefallen läßt, wie es solche schmähliche Beleidigung ganz ruhig einsteckt, wie es nicht gleich der Sonne des Galilei durch die That beweist, daß es sich dennoch bewegt. Gezuckt hat es freilich schon etliche Male.

Diesem großen geknechteten Volke, dem die europäische Freiheit schon zweimal den Anstoß verdankte, erzählt jetzt der Kaiser Augustus das Leben seines Onkels, um ihm immer begreiflicher zu machen, daß und warum es mit der Freiheit aus und vorbei sein muß, daß Frankreich in tausend Splitter auseinander fahren würde, wenn das Kaiserthum nicht die starke Hand drüber hielte, und daß sie jeden Abend und jeden Morgen Gott und dem Bonaparte zu danken haben, daß die böse Republik sie nicht alle mit Haut und Haare verschlingt. Da die Franzosen nicht allzuviel Geschichte studiren, so denkt er, sie werden ihm glauben, daß die Republikaner den Bauern wieder vor den Pflug spannen, dem Bürger Frohnden auflegen, alle Weiber für sich in Anspruch nehmen, die kriegswüthigen Belgier bis nach Paris vordringen lassen und die kleinen Kinder zum Frühstück mit Essig und Oel verzehren würden, sobald sie nur wieder an's Regiment kämen.

Julius Cäsar scheute persönlich kein Mittel, um die Aristokratie zu stürzen, die alten Geschlechter des Senats unschädlich zu machen und sich selbst in den Mund der neuerungssüchtigen Menge und an die Spitze des Staats zu bringen. Dabei ging es natürlich nicht immer sauber zu, besonders in einer Zeit, von welcher der würdige Cato sagte: „die politische Macht sei ein Schürzen-Stipendium geworden.“ Weiber wurden damals genommen und verstoßen, wie man heutzutage Staatspapiere oder Eisenbahnaktien kauft und verkauft; jede politische Neuerung, jeder gemeinschaftlich von Mehreren gefaßte politische Plan wurde gewissermaßen gefeiert und in Scene gesetzt durch ein allgemeines Heirathen der Genossen kreuzweise und überzwerch. Die Frauen waren mit wenigen Ausnahmen feil geworden; die Liebschaften und Ehebrüche waren politisch, man war unsittlich aus Absicht, mit Berechnung. Und gerade Julius Cäsar hat in diesem Punkte das Menschenmögliche geleistet, er war ebenso liederlich als genial, ein eben so geschickter Weiberjäger als raffinirter Kriegsmeister.

In Schulden steckte er stets bis über die Ohren; ein alter Geschichtschreiber meint sogar, er habe geborgt, um zu verleihen und Schuldner wie Gläubiger gleichmäßig an sein Glück zu fesseln. Aehnlich wie in neuester Zeit Staaten und Regierungen von den Inhabern der Papierchen gehalten werden, weil sie um ihre Zinsen bange sind, wenn die Revolution kommt.

Jeder, der die herrschende Aristokratie des Senats angriff, einerlei mit welchem Rechte, einerlei mit welchen Mitteln, war dem Gegner der bestehenden Verfassung recht; Cäsar hat die abscheulichsten Schufte, die erklärtesten Lumpe und Bösewichter gefördert und geschützt, wenn auch oft im Dunkeln und mit ungesehener Hand. Sie dienten ihm eben in seinen Kram, sie erschütterten vorläufig das Gebäude, welches er niederzureißen vorhatte. Zweimal verschwor er sich mit dem wüsten Catilina, 65 und 63 vor Chr., der den Senat morden, die Stadt anzünden und plündern, die Schulden und die Schuldgesetze abschaffen wollte. Gelang der Streich, den Cicero einmal vereitelte, so sollte Jul. Cäsar — das war zum Voraus bestimmt — Generalissimus der Reiterei werden, d. h. Marschall der römischen Armee. Die wüstesten Skandalmacher, z. B. Clodius, der mit einer Fechterbande umherzog, beständig Rom in Aufruhr erhielt, die Aufregung und Angst der Bürgerschaft verzweigte, waren Cä-

sars Günstlinge. Er schickte solche Cumpane als Spür- und Hetzhunde vor, sie sollten ihm das Wild, die Republik, in den Schuß liefern; nachher gedachte er sie abzulohnen und an die Leine zu legen.

Solche Mittel und Wege sind es, welche des französischen Cäsars volle Sympathie haben; das erzählt er mit besonderem Behagen, um die Ereignisse in Frankreich vom Juni 1848 bis zum Dezember 1851 in ein milderes Licht zu stellen, um durch Cäsars Beispiel Dinge zu rechtfertigen, welche das Grauen und den Abscheu der fühlenden Menschheit hervorgerufen haben. Wenn der unbestreitbar größte Staatsmann des Alterthums solche Dinge thun konnte, nun so sind sie eben doch nicht so unerhört! Cäsars Purpurkleid wird wohl die Blutlachen von Paris, die „trockene Guillotine" von Lambessa und Cayenne zudecken!

Cäsar zu sein, ist unerreichbar schwer, Cäsars Großthaten sind einmal in der Weltgeschichte geschehen, seitdem nicht wieder. Aber Cäsars wilde Demagogie und Rücksichtslosigkeit, die sind schon eher nachzuahmen; stellen wir uns also in den Schatten des großen Mannes!

Es hatte einmal Einer gehört, die großen griechischen Philosophen hätten alle lange Bärte getragen. Da ließ er sich den Bart wachsen und glaubte — ein Philosoph zu sein!

Gewerbliches Leben. Eine Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen für alle Freunde des Gewerbelebens, für Fabrikanten und Arbeiter, für Handwerker, Bildungs- und Gewerbevereine von Dr. Karl Müller von Halle, Mitherausgeber der „Natur", sowie Mitvorsteher des Halle'schen Handwerkerbildungs- und Gewerbvereins. Erstes Bändchen. 1. Heft. Halle 1865.

Diese Vorträge und Aufsätze sind, wie die Ankündigung mit vollem Rechte bemerkt, nicht aus der grauen Theorie, sondern aus dem vollen frischen Leben hervorgegangen, indem der Verfasser, welcher seit Jahren mit und unter den Arbeitern und ihren Arbeitgebern lebt, welcher zugleich die Pflicht hat, an der Spitze eines Handwerkerbildungsvereins und eines Gewerbevereins zu stehen, seit langer Zeit die Kreise gründlich kennen lernte, für welche diese Arbeiten bestimmt sind. Die Manier, in welcher diese Arbeiten gehalten sind, dürfte sie ebenso zur Unterhaltung, wie zur Belehrung geeignet machen. Sie setzen keine gelehrte Bildung, sondern nur ein warmes Herz für das gewerbliche Leben der Gegenwart voraus und empfehlen sich damit den Lesern aller Stände.

Die in dem vorliegenden ersten Heft auf 96 Seiten behandelten Gegenstände sind: 1. Der Geist der Industrie. 2. Einer für Alle und Alle für Einen oder das Gesetz der Association. 3. Die Natur im Handwerk. 4. Handwerk und Wissenschaft. 5. Handwerk und Kunst.

Damit der Leser sich ein Urtheil bilde über den Geist, der in diesen vortrefflichen Vorträgen waltet, stehe hier als Probe Einiges von Dem, wodurch der 4. Vortrag, gehalten im Handwerkermeistervereine und Handwerkerbildungsvereine zu Halle im Winterhalbjahre 1862/63 eingeleitet wird.

„Handwerk hat goldenen Boden, das ist ein goldenes Wort und werth, dasselbe einen Augenblick tiefer zu betrachten; um so mehr, als man behauptet hat, daß eben dieser goldene Boden vollständig verloren gegangen sei.

Wir sind Menschen, und es ist ja menschlich, daß wir uns in der Regel über den Kreis hinaussehnen, welchem wir eben angehören. Es ist uns gleichsam angeboren, das Glück mehr in der Ferne als in der Nähe zu suchen. Darum beneiden wir leicht Solche, denen es scheinbar besser als uns selbst ergeht. Darum kein Wunder, daß schon zu den verschiedensten Zeiten, neuerdings insbesondere, in Frankreich freilich mehr wie bei uns, die Neigung in dem Handwerkerstande auftauchte, die alte sociale Ordnung umzukehren. Freilich, wenn Sie im Schweiße Ihres Angesichtes für Ihr Dasein arbeiten, dann muß Ihnen der Spaziergänger im feinen Kleide, der sich von seiner Kopfarbeit erholt, wie ein ganz besonders bevorzugter Tagedieb erscheinen.

Wie sehr aber würden Sie bei solchem Urtheile irren! Ich mache Ihnen unverhohlen das Geständniß, daß ich Ihren Stand mehr als einmal als den glücklichsten gepriesen habe und mir ernstlich wünschte, Einer der Ihrigen sein zu können. Ja wahrlich, Sie sind ein beneidenswerther Stand. Ihre Beschäftigungen sind derart, daß Sie durch dieselben, wenn Sie nur wollen, gesunder und frischer erhalten werden als Andere, deren Beruf es ist, tagaus tagein nur mit dem Kopfe arbeiten zu müssen. Eine solche Welt der Staatshämorrhoidarier kennen Sie glücklicherweise nicht. Aber Sie kennen auch nicht die entsetzliche Abhängigkeit, in welcher ein Staatsbeamter im weitesten Sinne des Wortes lebt. Sie sind ein Volk der Freiheit, des unabhängigen Sinnes, das mehr wie ein anderes sich selbst bestimmen, am freiesten über sich verfügen darf. Darum leben Sie auch in einer Welt der Fröhlichkeit und Heiterkeit. Soweit das Menschen der Kultur gestattet ist, nähert sich Ihr Leben noch am meisten der Natur. Ihr Kreis legt Ihnen keinen Zwang auf; Sie brauchen Ihre Gefühle nicht gleisnerisch zu verstecken; Sie beurtheilt Niemand nach Glacéhandschuhen und Cravatte; Sie dürfen, kurz gesagt, als einfache Menschen mit Behaglichkeit sich Ihres Lebens ganz erfreuen. Sie lacht Niemand aus, wenn Sie Freude an der Natur, Freude an Ihrer Familie, Freude an einfachem Gesange, an einfachem Bier, überhaupt Freude am Einfachsten und Kleinsten empfinden, das unser Leben mehr als alles Andere frisch erhält. Sie entehrt keine Arbeit; mindestens folgt Ihnen kein Achselzucken nach, wenn Sie aus einer Sphäre in die andere übergehen. Die Gesellschaft stellt keine Ansprüche an Sie; wenn Sie sich ganz leben, nimmt Ihnen das Niemand übel, Niemand findet Stolz oder Geiz darin. Ihres Feierabends, Ihres Feiertages dürfen Sie sich ganz erfreuen, und ja werden Ihnen tausend Freuden, welche die feinere Gesellschaft niemals in dieser Ausdehnung, niemals in dieser Tiefe kennen lernt. Darum bleibt Ihr Gemüth das unverfälschteste; darum genießen Sie unmittelbarer, mit vollen Zügen, frisch, fröhlich, frei. Behagt es Einem der Ihrigen, in die sogenannte feinere Gesellschaft einzutreten, in die Gesellschaft Derer, die sich, ich weiß nicht warum, die Honoratioren oder die Ehrenwertheren nennen; nun, dann ist auch diese Welt nicht mit Brettern zugenagelt. Noch immer haben sich aus Ihren Reihen zahlreiche Talente zu den höchsten Ehrenstellen emporgeschwungen; aber es liegt für Sie und die Ihrigen keine zwingende Nothwendigkeit darin, sich in höhere Regionen zu verlieren, wie es zwingende Nothwendigkeit selbst für den Talentlosen der höheren Gesellschaft ist, mitten in ihr zu bleiben. So sind Sie nach jeder Richtung hin freie Menschen, beneidenswerthe Menschen; um so mehr, als Ihnen selbst im Verkehr mit der vornehmen Welt jeder Einsichtige diejenige Achtung zollt, welche dem vollendeten Meister gebührt. Sie sehen, meine Herren, wie viel Ursache Sie haben, mit Ihrer Stellung zufrieden zu sein. Ja, Handwerk hat goldenen Boden; denn Ihre Kraft wird zu allen Zeiten gesucht und gebraucht. Ihr Leben wickelt sich ruhig und friedlich ab, wenn Sie nur wollen, und was Ihnen auch das Leben Feindliches, Sorgenvolles bringen möge, Sie finden es in allen Stellungen des Lebens, wenn auch in veränderter Gestalt, wieder; denn jeder Stand hat seine Plage. Selbst den Mächtigsten der Erde wird das Leid nicht erspart; im Gegentheil erweitert sich mit der Lebensstellung auch die Welt der Leiden, und wenn der mächtigste Fürst der Erde jemals einen wirklichen Einblick in das einfache friedliche Getriebe Ihres Lebens gewinnen könnte: vielleicht würde Er sich für den armen, Sie für den reichen Mann halten.

Vermischtes.

Lincoln's Tod.

Das Wort verfliegt im Wirbelsturm der Thaten,
Es schweigt die Harfe im Zusammenschlagen
Der Glockenrufe, die aus jeder Stunde
Erzgleichem Mund vom fernen Ocean
Der neuen Zeit Titanennähe melden.
Wer wagt, schon jetzt die Fäden abzumessen
Des Netzes, das ein ungeheures Schicksal
Um ganzer Erden Riesenleiber flicht?
Richmond in Staub! Der Knechtschaft Wüstendämon
Wich knirschend heimwärts in Aethiopiens Gluthen,
Geblendet von dem Aetherlicht des Banners
Der Menschenliebe! Schauernd vor der Größe
Des eignen Amtes pflanzt der Bannerträger
Der Freiheit seine sternenhelle Fahne
Auf's Capitol — da, horch! ein letzter Schuß —
Er selber, Lincoln, fiel! — Was sind Millionen,
Vom Weltengeist in heil'ger Schlacht geopfert?
Doch dieses Blut, von eines Fingers Zucken
Dahingepeitscht, der einzugreifen meint
Frech in's Gewebe von Jahrhunderten,
Dies Blut fault nicht! Wo Erdenschoß es faßt,
Da nähren es der Tiefe dunkle Geister
Mit schwarzem Zauber zu gewalt'gem Saamen!
Es treibt und sprießt, bis Stamm und Zweig sich hebt
Und über Flur und Ackerfeld der Schatten
Des Riesenbaums die blut'gen Flügel hängt!
Die Furien sitzen murmelnd an der Wurzel
Und in Gefäße, schwarz und höllenkräftig,
So sammeln sie des Saftes roth Geträufel,
Das von den Zweigen, von den Blättern tropft.
Das ist die Saat für mehr als einen Acker,
Das ist der Fluch für mehr als ein Geschlecht!
Verberget nicht, Ihr Sklavenherrn der Erde,
Wo Ihr auch weilt, des freud'gen Hohnes Lächeln!
Ihr lacht umsonst! Der Freiheit Segen ist's,
Daß tausend Arme ihre Fahne schwingen.
Der Zukunft Genius beugt sein strahlend Haupt
Zu seines Lieblings bleich gebroch'nem Auge;
Doch eine Thräne nur und einen Kranz
Läßt er zurück, und schreitet — hoch die Fahne —
Fort über seiner Mörder Zwergenleiber, —
Die Erde jauchzt — des Sieges Sonnen strahlen!

(Berliner Montagszeitung.)

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 121 S 632, Sp. 3 Z. 13 von oben lese man: das „eherne" Gesetz.

Verschiedene Anzeigen.

Allen auswärtigen, mit mir in Correspondenz stehenden Arbeiter-Vereinen erlaube ich mir hierdurch anzuzeigen, daß ich nicht mehr Calenbergerstraße 41, sondern Brandstraße 3 wohne.

Hannover, den 1. Mai 1865.

Leopold Spengemann.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

VII. Originalausgabe.

In 62 wöchentlichen Heften (255 Bogen) in gr. 8. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, von welchem 400,000 Hefte unter den Deutschen in Amerika verbreitet sind, welches in seinen verschiedenen Abtheilungen in wenigen Jahren bereits die 6te Stereotyp-Auflage jenseits des Oceans erlebt, und unter Engländern und Amerikanern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen hat, darf wohl auch im alten Vaterlande des Verfassers und unter seinen deutschen Landsleuten diesseits des Oceans auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 124.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.
Bestellpreis
vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag,
14. Mai 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.
Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Ein Flugblatt des ständigen Ausschusses des Vereinstags an die deutschen Arbeitervereine, die Statistik, die Burger Arbeitseinstellung sowie die Allgem. deutsche Arbeiterzeitung betreffend. Bemerkung dazu; Cottbus; Göppingen. — II. **Politischer Theil.** Politische Umschau: Republikanische Staatsmänner; Deutschland, dem deutschen Bundeskontingent wäre eine Verbesserung durch Adam Ries dringend zu wünschen; Köln, Jubeln wofür?; Mailand; Amerika, der Mörder W. Booth erschossen. — **Beiblatt. III. Socialer Theil:** Gotha, Schneidergesellenbewegung; Gotha, Schuhmachergesellenbewegung; Celle, Gewerbefreiheitsfrage; Die englisch-deutsche Genossenschaftsbank. — IV. **Vom Büchertisch:** Das Leben Julius Cäsars von Romulus Augustulus. II. — IV. **Vermischtes:** Feuerwehrtag und Ausstellung in Leipzig. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

In einem an die deutschen Arbeitervereine gerichteten und auch unserem Verein hier, jedoch nicht der Redaktion der Arbeiterzeitung, zugegangenen neuesten

Flugblatt

bringt der Vorsitzende des ständigen Ausschusses des Vereinstags deutscher Arbeitervereine, Hr. Leopold Sonnemann, die nachstehenden Mittheilungen:

„Der ständige Ausschuß des Vereinstags an die deutschen Arbeitervereine.

„Wir ersuchen diejenigen Vereine, welche mit der Einsendung ihrer Vereinsstatistik noch im Rückstande sind, uns diese endlich zugehen zu lassen. Da wir die entsprechenden Formulare hierzu sämmtlichen Vereinen bereits im Monat Dezember v. J. zugesandt haben, so ist kein eigentlicher Grund für dieses Versäumniß aufzufinden. Wir bitten die Vereine, uns in unseren Bemühungen und Bestrebungen nach Ordnung und einheitlicher Organisation zu unterstützen und sprechen nunmehr die Erwartung aus, daß uns die noch fehlenden statistischen Ausweise ungesäumt zugehen werden. Für den Fall, daß dieser oder jener Verein das betreffende Formular verloren oder verlegt haben sollte, ersuchen wir, dasselbe hierher zu melden, damit wir alsdann ein zweites Formular sofort nachsenden können.

Frankfurt a. M., 6. Mai 1865.

Der ständige Ausschuß
Leop. Sonnemann,
d. Z. Vorsitzender.

Die Burger Arbeitseinstellung.

Wir haben Euch mitzutheilen, daß es den rastlosen Bemühungen unseres Delegirten im Vereine mit wohlgesinnten Männern gelungen ist, eine ehrenvolle Ausgleichung zwischen Fabrikanten und Arbeitern zu Stande zu bringen, obwohl von beiden Seiten viel Widerstand, besonders formeller Natur, zu überwinden gewesen.

Die Fabrikanten haben sämmtlich, bis auf zwei, folgende Scheine unterschrieben und den Arbeitern resp. dem Altgesellen der Tuchmacher eingehändigt, nämlich:

„Sobald meine Fabrik wieder in regel-
„mäßigen Betrieb gesetzt ist, halte ich
„mich verpflichtet, meinen Accordarbeitern
„für diejenige Arbeitszeit, welche sie ohne
„ihre Schuld unbeschäftigt bleiben, eine
„Entschädigung gemäß § 3. c. der Fabrik-
„ordnung zu gewähren."

(Das heißt: eine ihrem gewöhnlichen Verdienste entsprechende Entschädigung.)

In Folge dessen hat am Dienstag den 25. April nach über sechswöchentlichem Stillstand die Arbeit überall wieder begonnen. Die Aufgabe unseres Ausschußmitgliedes war, wie schon angedeutet, keine geringe. Ein großer Theil der Fabrikanten ist nur mit größter Mühe dahin gebracht worden, die obige Verpflichtung bindend und durch Unterschrift zu geben. Der Widerstand war groß und zwar im Wesentlichen noch stärker auf Seiten der Fabrikanten. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß durch obiges Abkommen Alles erreicht worden ist, was unter gegenwärtigen Verhältnissen möglich war, und daß es die höchste Zeit war, die Sache beizulegen, da die Desertionen unter den Arbeitern zunahmen, die Feldarbeiten ihrem Ende nahten, fremde Tuchmacher aus Mähren eintrafen und schon sehr viele mechanische Webstühle angeschafft wurden. Alles dies sahen die Führer der Arbeiter auch ein und es gelang unseren vereinten Bemühungen, den ganzen Stand zu überzeugen. Diese Thatsache beweist mehr als alle Redensarten, daß die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine und deren Führer nicht zu denen gehören, welche die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufhetzen wollen. Ihre Aufgabe ist im Gegentheil, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aufrecht zu erhalten und zu fördern, da wo es ohne Verletzung eines Princips geschehen kann. Unser Aufruf wegen Unterstützung der durch sechswöchentliche Arbeitseinstellung in Noth gerathenen Burger Arbeiter ist vom besten Erfolge begleitet gewesen. Aus allen Enden Deutschlands sind Beiträge eingelaufen, so unter Anderem aus München, Schwerin, Zwickau, Eßlingen, Hohenberg, Fürth, Barmen, Grossenhayn, Heidenheim, Offenbach, Hanau, und täglich gehen weitere Sendungen ein. Allein es ist dies auch dringend nöthig, weil die Noth in Burg, wie gesagt, noch groß ist und weil außerdem viele Arbeiter durch ziemlich bedeutende Polizeistrafen bedroht sind. Wir fordern Euch deshalb auf, die Sammlungen noch einige Zeit fortzusetzen.

Die Allgem. deutsche Arbeiterzeitung betr.

Auf unser vertrauliches Rundschreiben vom 10. April hat die Redaktion der Arbeiterzeitung mit einer fünf Spalten langen „Berichtigung" geantwortet.

Wir müssen im Interesse der Sache, welche der Ausschuß zu vertreten hat, jede Zeitungspolemik vermeiden, können daher nur wiederholt versichern, daß wir nichts versäumt haben, um die Zeitungsangelegenheit zu einem befriedigenden Austrag zu bringen.

Wäre es nöthig den Vereinen hiervon noch einen weiteren Beweis zu liefern, so soll es hiermit durch Abdruck des Briefes geschehen, welchen der ständige Ausschuß schon unterm 10. April an den Verleger der Arbeiterzeitung gerichtet hat, und welchen derselbe auffallenderweise in seiner langen Auseinandersetzung übergangen hat. Der Brief lautete:

„Ich habe sehr bedauert, daß Sie die
„Angelegenheit der Arbeiterzeitung noch-
„mals vor das Publikum gebracht haben.
„Der Ausschuß konnte nicht umhin, darauf

„Bezug nehmend den Vereinen eine vertrauliche Mittheilung zu machen, da sonst „sein Verfahren leicht hätte mißdeutet werden können. Ich werde Ihnen dieselbe „morgen zuschicken und bitte Sie recht „dringend, die Sache möglichst nicht weiter in der Arbeiterzeitung zu berühren, „da wir jede Polemik innerhalb der Partei „gerade in dem Augenblicke möglichst vermeiden müssen, in welchem unsere Gegner sich in den Haaren liegen. Das „beste, was wegen der Zeitung geschehen „könnte, wäre eine persönliche Besprechung „zwischen Ihnen und dem engeren Ausschuß, den ich jeden Augenblick einberufen „kann. Sollten Sie nicht während der „Feiertage einmal hierher kommen können?"

gez. **L. Sonnemann,**
d. Z. Vorsitzender.

Dieses Schreiben ging an die Redaktion der Arbeiterzeitung einen Tag vor der Absendung unseres vertraulichen Rundschreibens. Wir sind darauf bis heute noch ohne Antwort.

Die Vereine werden hieraus ersehen, in welchem Geiste der ständige Ausschuß die Angelegenheit der Arbeiterzeitung von Anfang an behandelt hat, und ermessen können, ob auf der andern Seite gleiches Entgegenkommen stattgefunden hat.

Frankfurt a. M., 6. Mai.

Der ständige Ausschuß
Leopold Sonnemann,
d. Z. Vorsitzender.

---

*Zu der obigen Mittheilung des Vorsitzenden, Herrn Sonnemann, über die Arbeiterzeitung ist nur Folgendes zu bemerken.

Es ist zunächst thatsächlich unrichtig, daß die Red. der Arb.-Ztg auf das „vertrauliche Rundschreiben" vom 10 April d Js. eine „5 Spalten lange Berichtigung" gebracht habe Die Mittheilungen der Redaktion in Nr 122 über die Verhandlungen unseres Verlegers mit dem ständigen Ausschuß, d. h mit Hrn. Sonnemann, waren gegen die auffallenden thatsächlichen Unwahrheiten gerichtet, mit welchen der dort abgedruckte Bericht aus Leipzig das ganze Unternehmen der Arbeiterzeitung geflissentlich bei den Vereinen zu verdächtigen bemüht war. Die Berichtigung des „vertraulichen Rundschreibens" des Hrn. Sonnemann vom 10. April d. Js. nimmt dagegen in dem letzten Absatz der Mittheilungen der Redaction in unserer Nr. 122 (Seite 636) ganze 17 Zeilen ein.

Richtig ist, daß unter dem 10. April d. Js. Herr Sonnemann, (nicht der ständige Ausschuß) an die Redaction der Arbeiterzeitung den in dem vorliegenden Flugblatt abgedruckten, vorstehend ersichtlichen Brief gerichtet hat; richtig ist auch, daß dieser Brief in Nr. 122 der Arbeiterzeitung nicht mitgetheilt worden ist. Unbegreiflich ist aber, daß der Redaction daraus ein Vorwurf gemacht wird; sie hat den Brief absichtlich mit Stillschweigen übergangen, weil sie mit dessen Abdruck genöthigt gewesen wäre, die ihr gerade durch diesen Brief, im Zusammenhalt mit den übrigen Thatsachen, verursachten sehr starken Zweifel an der Loyalität des ganzen gegen die Arbeiterzeitung eingehaltenen Verfahrens offen auszusprechen, was sie vermeiden wollte Nunmehr gezwungen, auch darüber sich auszusprechen, soll dies in Kurzem geschehen.

Die Arbeiterzeitung hat von Anfang an sich rasch Freunde erworben, die schon bei dem ersten Arbeitervereinstag sie zum Organ der Vereine bestimmt zu sehen wünschten Die darauf gerichteten Anträge begegneten schon damals einem, wenn auch nicht offen ausgesprochenen, aber thatsächlich unverkennbaren und um so weniger Vertrauen erweckenden Widerstreben von derselben Seite; die Anträge wurden glücklich bis ans Ende des Vereinstags verzogen. Im zweiten Vereinstag wurde gegen die Anträge zu Gunsten der Arbeiterzeitung der offene Widerstand von denjenigen Leipziger „Arbeiterfreunden" geführt, welche auf dem Standpunkt der Herren W. Baer, Bebel, Badewitz stehen; aus den viel erörterten Gründen, weil wir Sachsen, so lange es unter der Herrschaft des Beustianismus steht, nicht für einen geeigneten Boden für die Arbeitersache halten, während diese Herren das Sachsen unter Beust'schem Regiment hierzu gerade für vorzugsweise geeigenschaftet hatten. Von den Leipziger Arbeiterfreunden derselben Richtung wurde unserem Blatte dann für den dortigen gewerblichen Bildungsverein in der Person des Herrn W Baer ein Correspondent octroyirt, der fortwährend Stänkereien verübte und unser Blatt, dessen ganzes Streben und das seiner Gründer geflissentlich zu verdächtigen bemüht war. Das wurde geschickt in Referate über Verhandlungen des dortigen Vereins gekleidet, welche angeblich nur die Aeußerungen der dortigen „Arbeiter" mittheilten, diese Aeußerungen selbst aber waren von den „Arbeiterfreunden" der Richtung des uns octroyirten Correspondenten durch unrichtige Darstellungen und Entstellung der Wahrheit, wie wir in Nr. 122 gezeigt haben, künstlich hervorgerufen, um dann von eben diesem Correspondenten mit möglichster Ostentation in der Arbeiterzeitung „referirt" zu werden und als „Urtheile der Arbeiter" bei den übrigen Vereinen und in sonstigen Arbeiterkreisen Verstimmung gegen die Arbeiterzeitung hervorzurufen. Doch halten wir diese Freundlichkeiten lediglich für Eingebungen jener sächsischen Arbeiterfreunde, welche das Beust'sche Sachsen für ein Eldorado halten. Herrn Sonnemann machen wir daraus keinen Vorwurf.

Anders gestaltet sich die Sache durch die Verhandlungen über den Fortbestand der Arbeiterzeitung. Nachdem unser Verleger zu ausführlichen Mittheilungen und Vorschlägen aufgefordert worden war und er solche dem ständigen Ausschuß, zu Handen des Hrn. Sonnemann, vorgelegt hatte, wurde er von demselben zu der entscheidenden Ausschußsitzung nicht zugezogen; die sämmtlichen Vorschläge unseres Verlegers wurden darauf abgelehnt, wobei allerdings das Ausschußmitglied Herr Bebel von Leipzig besonders mitgewirkt haben soll. — Unser Verleger wurde dadurch mittelbar zum Aufgeben der Arbeiterzeitung aufgefordert und zugleich demselben die Uebergabe des Blattes zu Handen des „ständigen Ausschusses", d. h. des Hrn. Sonnemann, gegen die Aussicht auf Ersatz seiner Verluste, empfohlen. Unser Verleger lehnte dieses Ansinnen einer bedingungslosen, die Tendenz nicht sicherstellenden Preisgebung des Blattes rundweg ab, und was erfolgte nun? Herr Bebel erstattet den in unserer Nr. 122 beleuchteten, von „wissentlichen Irrthümern" strotzenden Bericht bei seinem Verein in Leipzig, und der uns octroyirte Correspondent für den dortigen Verein berichtet nun für die Arbeiterzeitung die durch den unwahren Bericht des Hrn. Bebel provocirten Aeußerungen aus dem Leipziger Verein, und bemüht sich danach, unser Blatt als eine „Buchhändlerspeculation" den Vereinen darzustellen, während er zugleich den „ständigen Ausschuß" zur Gründung eines neuen Organs auffordert. Diese Leipziger Operation wird thatsächlich durch einen maskirten Flankenangriff von Seiten des Hrn. Sonnemann unterstützt, welcher ein „vertrauliches Rundschreiben" Namens des „ständigen Ausschusses" an die Arbeitervereine erläßt, in welchem er einen angeblich sachlichen Bericht über die Verhandlungen im ständigen Ausschuß über den Fortbestand der Arbeiterzeitung erstattet, und hierbei und neben einer scheinbaren Aufforderung zum Halten der Arbeiterzeitung, die in Nr. 122 Seite 636 nachgewiesene, auffallende Unwahrheit über die — ihm schwarz auf weiß vorliegenden, entgegengesetzt lautenden Vorschläge unseres Verlegers berichtet, und die zufällig auf dieselbe Tendenz hinausläuft, wie die Verdächtigungen von Seiten der Herren Bebel und Baer. Gleichzeitig aber — richtet Hr. Sonnemann an unseren Verleger den jetzt auch von uns abgedruckten Brief, in welchem er im Interesse der Vermeidung von Zeitungspolemik unseren Verleger auffordert, die Sache möglichst weiter nicht in der Arbeiterzeitung zu berühren und stellte damit diesem wie der Redaktion die gleich mißliche Wahl: entweder das Gift der in dieser von Leipzig offen und da „vertraulich" ausgestreuten, sich gegenseitig ergänzenden Verdächtigungen unseres Blattes und seiner Unternehmer entweder in den Vereinen Wurzel schlagen zu lassen oder in das schiefe Licht einer herbeigeführten Zeitungspolemik sich zu stellen. Das ist die Bedeutung dieses Briefes, und eben deshalb, weil wir wenn irgend möglich, dessen Beleuchtung vermeiden wollten, haben wir denselben in den Mittheilungen in unserer Nr. 122 mit Stillschweigen übergangen. Nur gezwungen und mit Widerwillen haben wir endlich auch darüber uns geäußert, wobei wir indessen zugleich uns offen dahin aussprechen, daß nach unserer vollsten Ueberzeugung alle übrigen Mitglieder des ständigen Ausschusses, außer den beiden genannten, an diesem Verfahren nicht die entfernteste Schuld tragen, wie wir aufrichtig wünschten, daß über das Verfahren des Hrn. Sonnemann uns eine andere Auffassung möglich wäre. Jeder weiteren Kritik dieses ganzen Verfahrens gegen unser Blatt uns enthaltend, können wir nur mit schmerzlichem Bedauern wiederholen, daß unter dem Einfluß solcher Umtriebe auch die beste Sache zu Grunde gehen muß. Dies unser letztes Wort in dieser bedauerlichen Angelegenheit. D. Red.

Cottbus, 5. Mai. (Aus dem Arbeiterfortbildungsverein.) Auf die Tagesordnung für die Versammlung vom 26. April wurde die Besprechung der Burger Arbeiterangelegenheit gesetzt und schließlich folgende Resolution gefaßt:

1) wurde es ungerecht und den Menschenrechten zuwider erachtet, daß die betr. Fabrikanten einseitig die Fabrikordnung aufstellten und den Arbeitern aufdrängen,
2) wurde es zu hart befunden, wenn die Arbeiter für fehlerhafte Arbeit den vollen, einseitig abgeschätzten Schaden tragen sollen. (§ 3.) Fehlerhafte Waare kann durch dem Arbeiter übergebenes schlechtes Material zuweilen entstehen,
3) es ist zu hart, Bestrafungen und besonders für Accordarbeiter, für Zuspätekommen eintreten zu lassen, wenn die Arbeitszeit eine allzulange z. B. von 5—8 Uhr ist,
4) wird durch Ausführung des § 7 der Fabrikordnung der Arbeiter auf eine nie wieder gutzumachende Art an seiner Ehre gekränkt und wird durch das im betr. § begünstigte Denunciationswesen die Sittlichkeit untergraben,
5) wird durch die laut § 12 aufgedrungene 14tägige Kündigungsfrist der Arbeiter behindert, von seinem Rechte, als Privatperson, eine längere oder kürzere Kündigungsfrist einzugehen.

Es wurde beschlossen, eine Sammlung zu veranstalten und das Ergebniß Hrn. Dr. Hirsch zuzustellen. Da der Verein kein Vermögen besitzt, mußte von einer Unterstützung aus der Vereinscasse Abstand genommen werden.

In der Versammlung vom 3. c. wurde ferner beschlossen, trotz des beigelegten Burger Conflicts die Sammlungen fortzusetzen und eine von den Mitgliedern zu erhebende Steuer eintreten zu lassen.

Zu bemerken ist, daß der Altgeselle der hiesigen Tuchmacher dieselben vor einigen Wochen mit der Burger Lage bekannt machte, in Folge dessen die Tuchmacher dem Altgesellen Gelder zur Abführung überwiesen. Die städtische Polizei hat nun den Altgesellen zu einer Strafe von 2 Thlr. herangezogen und ihm durch 2 städtische Polizeidiener Schriftstücke wegnehmen lassen (ohne das Beisein des Betreffenden und mit Einschüchterung seiner Frau durch unwahre Angaben) und vorgefundene Briefe dem Burger Staatsanwalt übergeben.

Lohnerhöhungen seitens der Schneider und Schuhmacher wurden gefordert, aber wieder zurückgezogen.

In der Versammlung am 3. c. wurde der Bedeutung des Mordes an Lincoln gedacht und wurde Theilnahme durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt.

Göppingen, 25. April. Der hiesige Arbeiterbildungsverein, welcher nunmehr sein zweites Stiftungsfest hinter sich hat und ungefähr 150 Mitglieder zählt, bekennt sich zu den Schulze-Delitzsch'schen Grundsätzen und sucht hauptsächlich durch Verbreitung nützlicher Kenntnisse, verbunden mit geselligen Unterhaltungen, Concerten u. s. w. seine Zwecke zu erreichen. Im letzten Winterhalbjahr wurde Unterricht gegeben im Schreiben, Rechnen, in gewerblicher Buchhaltung u. s. w., theils unentgeltlich von Mitgliedern des Vereins, theils von dafür gewonnenen Lehrern. Anerkennung und Dank verdienen die von einigen hiesigen Gönnern gehaltenen naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Vorträge. Unsere Bibliothek zählt 200 Bände; unser Gesangverein belebt die allwöchentlichen Versammlungen. Ueber einen kürzlich gegründeten Consumverein bleibt nähere Mittheilung vorbehalten. Ein Vortrag eines unserer thätigsten Mitglieder ist beigelegt; derselbe dürfte einer weiteren Verbreitung nicht unwerth sein. (Wird baldmöglichst gebracht werden. D. Red.)

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Republikanische Staatsmänner.

Die Lehre, daß an die Spitze eines Staates, geschweige einer Großmacht, nur Männer von Gottes Gnaden, in Purpur geboren, geeignet

seien, hat von jeher durch die Weltgeschichte starke Erschütterungen erlitten. Nie aber gewaltiger, als in den wenigen letzten Jahren durch die Ereignisse in der Republik der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Dem armen Holzspalter und Flößer *Abraham Lincoln*, der unter den unheilvollsten Verhältnissen die Zügel der großen transatlantischen Republik in die Hand nahm und mit bewundernswerther Weisheit und unerschütterlicher Festigkeit durch die Stürme eines Weltkriegs hindurch leitete, ist jetzt der Schneidergeselle *Andrew Johnson* gefolgt. Nachstehend die Notizen, welche die Zeitungen über dessen Biographie bringen.

Andrew Johnson ist vor etwa 50 Jahren von armen Eltern im Sklavenstaate Tennessee geboren. Er erlernte das Schneiderhandwerk und fand als Geselle Arbeit in Nashville, der Hauptstadt dieses Staates. Johnson muß ein anziehender junger Mann gewesen sein, denn obwohl der Standesunterschied in den Sklavenstaaten mindestens so scharf markirt ist, wie bei uns hier, so gewann er sich doch die Zuneigung und Liebe einer gebildeten und wohlhabenden jungen Dame, in deren elterlichem Hause er gewohnt. Von der Geliebten und späteren Frau lernte der Schneider Lesen und Schreiben, holte aber dann mit seltener Energie die Mängel der Erziehung nach und studirte namentlich die Landesgesetze. So gelangte er zuerst in die Landesversammlung des Staates Tennessee, dann war er von 1843 bis 1853 Mitglied des Repräsentantenhauses in Washington. Hierauf kehrte er auf zwei Jahre als Gouverneur in seinen Heimathsstaat Tennessee zurück, der ihn 1857 in den Senat wählte, wo er dem späteren Rebellenpräsidenten Jefferson Davis und seinem, die Mehrheit bildenden Anhang eine ebenso unerschrockene und kühne als wirksame Opposition machte. In den früheren politischen Kämpfen gehörte er den Whigs gegenüber zur demokratischen Partei, und er soll gegen die ersteren namentlich die freihändlerischen Interessen des Südens verfochten haben. Noch im Jahre 1860 war er von der demokratischen Nationalconvention zu Charleston als Candidat für die Präsidentschaft aufgestellt. Er erhielt jedoch auf dieser Convention bei der Abstimmung nur 12 Stimmen, neben Douglas, der 152, und dem nachherigen Präsidenten der Conföderation Jefferson Davis, der 1½ Stimmen erhielt. Als die alten Grundsätze zerbröckelten, schloß er sich der republikanischen Partei an, zu deren entschiedensten und thatkräftigsten Mitgliedern im Senate er gehörte. Als Redner hat er in Washington nicht geglänzt, obwohl er in Volksversammlungen durch schlagkräftige Popularität Erfolge errang; doch gewann er in den Senatscommissionen durch seine praktische Auffassung der Verhältnisse und seine zähe Beharrlichkeit Anerkennung. Als der Süden sich zum Abfall anschickte, eilte Johnson aus Washington in seinen Staat zurück, in welchem die Wage hin und her schwankte; in Osttennessee, seiner Heimath, hat die Sklaverei nur sehr geringe Verbreitung, doch in anderen Theilen des Staates hatten die Secessionisten die Oberhand. Johnson wagte hier täglich sein Leben, indem er in den abgehaltenen Versammlungen mitten unter bewaffneten Gegnern in den feurigsten Reden das Festhalten an der Union empfahl. Das Schreckenssystem der Secessionisten entwickelte sich jedoch immer durchgreifender; der Bürgerkrieg trat in der greuelvollsten Gestalt auf, und man mordete die Unionisten, wo man ihrer habhaft werden konnte. Als nach der Eroberung von Nashville der Aufstand in Tennessee niedergeworfen war, wurde Johnson als Gouverneur eingesetzt, und die nachdrückliche Herstellung der Autorität der Union wird ihm als besonderes Verdienst angerechnet. Bei der Präsidentenwahl ist es in Nordamerika altes Herkommen, daß von den beiden zu besetzenden Stellen die eine dem Süden, die andere dem Norden zufällt. Lincoln stammte aus Illinois, und so war denn der Candidat für die Vicepräsidentenwahl im Süden aufzusuchen, dessen Notabilitäten sich meist der Rebellion zugewandt hatten. So fiel die Wahl auf Andrew Johnson, der unter den treu Gebliebenen an Beharrlichkeit, Tapferkeit und Hingebung hervorragte. Er besitzt das feurige Temperament des Südens, und seine Erfahrungen in Tennessee haben ihn zu einem rücksichtslosen Gegner der Secessionisten gemacht. Man nimmt daher allgemein an, daß er die versöhnliche Politik, welche der milde und vorsichtige Lincoln einzuschlagen begann, erheblich modificiren und die Axt an die Wurzel legen wird. Mit diesem Durchgreifen im Innern mag dann auch ein schärferes Auftreten nach außen Hand in Hand gehen.

Deutschland. Der unermüdliche und hochverdiente Statistiker Kolb hat wieder einmal das schwere Geschütz der Zahlen gegen die verkehrte Wirthschaft gerichtet, die nun schon ein halbes Jahrhundert hindurch unter dem Namen des bewaffneten Friedens in Deutschland getrieben wird, Fürsten und Junkern zur Lust, dem Volke zu unerträglicher Last. Der Verstand eines Kindes nämlich begreift, daß die Menschensteuerlast, d. h. die von einem Einzelstaate zu stellenden Bundestruppen in einem richtigen Verhältnisse stehen müssen zu der Volksmenge dieses Einzelstaates. Nun aber hat Kolb an der Hand der Statistik nachgewiesen, daß dies keineswegs der Fall sei, daß vielmehr hinsichtlich der Menschenbesteuerung in den deutschen Bundesstaaten ein ungleiches Maaß und ein schreiendes Mißverhältniß herrsche. Der militärische Musterstaat Preußen z. B. stellt von je 100,000 Einw. 1040 Mann Bundestruppen. Dieses Verhältniß zur Grundlage genommen, so ist Bayern in runder Zahl mit 16,500 Mann überbürdet; Würtemberg, Baden, beide Hessen und Nassau zusammen mit 17,600 Mann. In Bayern kostete nach Ausweis der letzten 2 Jahresrechnungen das streitbare Bundeskontingent von 72,800 Mann jedes Jahr durchschnittlich 16⅓ Millionen Gulden; macht für den einzelnen Mann (mit Einschluß des Offiziercorps) ungefähr 213 Gulden. Danach beträgt die Ueberbürdung Bayerns mit den genannten 16,500 Mann zugleich für die bayerische Staatskasse, d. h. für das steuernzahlende Volk, eine jährliche Ueberbürdung von 3⅓ Millionen Gulden. Würtemberg zahlt jährlich zu viel 1,400,000 fl., Baden 750,000, Kurhessen 520,000, Darmstadt 450,000, Nassau 150,000. Und neben dieser lästigsten aller Steuern, der Menschensteuer, und neben den Geldopfern ist die alljährlich brachgelegte Arbeitskraft, sind die gestörten Berufsverhältnisse und sonstige hundertnamige Schädigung noch gar nicht einmal in Anschlag gebracht.

Köln. Jubeln oder Nichtjubeln, nämlich ob des nun bald fünfzigjährigen Vereintseins mit dem Reich der Hohenzollern, das ist die Frage, über welche die Einwohnerschaft Kölns neuerdings in zwei sehr ungleiche Parteien sich gespalten hat. Der Körper der Stadtverordneten hatte sich bereits gegen jede derartige Jubelfeier, namentlich gegen jede Geldbewilligung zu genanntem Zweck entschieden. Darob entsatzte sich, im Hinblick auf Berlin, ein wohlgesinntes Oberbürgermeisterthum und sammelte ein Häuflein getreuer Knechte und sprach: Wir, der wahre Kern der Bürgerschaft, wollen jubeln darob und fröhlich sein, daß wir vor 50 Jahren an Preußen gekommen sind. Und sie sandten Boten gen Berlin, welche solches Dichten und Trachten verkünden mußten vor den Ohren des *Königs*. Auch ließen sie eine Schrift ausgehen an die Kölner Bürgerschaft und vermahnten selbige, daß sie dankbar sich erweise für die großen Dinge, so vor 50 Jahren geschehen. Gegen solche Schrift nun und gegen solches Zumuthen ist von der andern Seite her eine Beleuchtung erschienen unter dem Titel: *„Ein Wort an das preußische Volk zur Jubelfeier der Wiedergeburt Deutschlands“*. In schlagender und treffender Kürze wird nach den verschiedensten Richtungen hin dargethan, wie von einem *Danke*, den das Volk der preußischen Regierung schulde, überall nicht die Rede sein könne. Dankbarkeit gezieme allein dem Herrscherhause, dessen Thron durch Eisen und Blut des Volkes wieder aufgerichtet worden sei. Ferner heißt es: Man weist Euch hin auf den zunehmenden Wohlstand, den Ihr als eine Segnung Eurer Regierung schuldetet. Wir sind der Meinung, daß Ihr diesen trotz aller Hemmnisse von oben angesammelten Wohlstand *Eurem eigenen Fleiß, Eurer eigenen Sparsamkeit* verdankt. — Man weist Euch hin auf den *Kulturfortschritt*, auf die *kräftige Entwicklung Eurer Städte*, auf die *Entfaltung Eures Handels*. Wir denken, auch dieses Alles habt Ihr Euch selbst erarbeitet durch *eigene* Energie und Ausdauer — all den *Privilegien*, den *Monopolen* und den vielerlei Erschwernissen gegenüber, die man als ein Bleigewicht angehängt Eurer geistigen und leiblichen freien Bewegung. Man fordert Euren Dank also dafür, daß Euch gestattet worden zu arbeiten für Euch und für das Staatsbedürfniß zugleich. — Man verlangt Euren Dank dafür, daß Köln zum Mittelpunkt eines Schienenwesens geworden — d. h. Ihr sollt der Staatsregierung danken für die glückliche geographische Lage Kölns inmitten des handeltreibenden Europas. — — — — Man fordert Euern Dank für das geistige Leben, das sich in Kirche, Schule, Kunst und Wissenschaft entfaltet hat. Nun wohl, wir erkennen den *Thatbestand* gerne an; aber mehr noch als die materiellen Früchte Eurer Arbeit sind Eure geistigen und intellectuellen Errungenschaften die Produkte *eigenster Volksarbeit*. Wozu aber gerade jetzt erinnern an Das, was unter dem heutigen Regiment für *Kunst und Wissenschaft* geschieht? Für diese beiden Haupthebel der Volkserziehung ist an der reichbesetzten Staatstafel heute nicht viel übrig. Die Brosamen, welche Eure Vertretung dafür von Session zu Session erhandeln muß, sie erscheinen als eine Art Abfall von *Euren* Millionen und wieder Millionen, die für die Ernährung des Junkerthums im Militärstaate alljährlich aufgewandt werden.

C. **Mailand, 1. Mai.** Die Vertagung der Parlamentsberathungen in Beziehung der Klosteraufhebung begegnet einer ganz allgemeinen Opposition; ja selbst Journale, welche jede Handlung der Regierung mechanisch mit rosenfarbiger Brille betrachteten, erheben ihre Stimme gegen dies eben so unerwartete als unerklärliche Verfahren. Ministerielle Blätter fragen: Sollen wir uns abermals unter den Priesterdespotismus beugen; sollen wir ein Italien der Mönche, Geisterbeschwörer, Fanatiker und Verdummungspropheten annehmen, oder ein Italien, das an der Arbeit ein Vergnügen, in der Familie Frieden und Glück, in der Ausübung der Bürgerpflichten seine heiligste Aufgabe findet! Wollen wir Scheinheilige, deren Herz voll Gift und Galle, oder eine aufgeweckte, gesunde und kräftige Jugend, die allen Gefahren, die dem Vaterlande drohen, freudig die Stirne bietet? Dieser offenbare Rückschritt der Regierung ist ohne Zweifel nur das Vorspiel von anderen Kränkungen und Beeinträchtigungen, die das Land zu erwarten hat. Wohl erklärte Lamarmora im Parlamente, daß sich die Hände wäscht und alle Verantwortlichkeit auf das Ministerium wirft, daß keine politischen Unterhandlungen mit Rom im Gange seien. Wer aber glaubt es! Unsere liberalen Blätter ziehen die Wahrheit seiner Behauptung ohne Scheu in Zweifel. Gesetzt

aber auch, der von der Regierung abgesandte Kommenthur Vegezzi habe einzig und allein den Auftrag (wie Lamarmora sagt) mit dem Papste wegen vacanten Bisthümern im Königreiche Italien zu verkehren, welche Nothwendigkeit und Eile war vorhanden, für die Besetzung der vacanten Stellen zu sorgen. Ist es denn nicht in finanzieller und moralischer Beziehung viel besser, wenn die Hälfte der Bisthümer für immer und ewig unbesetzt bleibt. Welche Eile hatte es, die Soldaten des Todfeindes in das Innere der eigenen Wohnung zu führen, daß dieselben den niederen Clerus drücken, den Ungehorsam gegen die liberalen Institutionen lehren und das Militär zur Desertion verleiten! Italien kann sich mit dem Papste nicht vertragen; alle Vortheile würden auf die Seite des Priesters, alles Verderben auf die Seite Italiens kommen. Das ganze Land tritt gegen das dermalige Verfahren auf und im Parlamente herrscht die größte Aufregung. Am 28. April fand in dieser Stadt eine öffentliche Versammlung statt, welche folgende zwei Punkte einstimmig votirte: 1) Wir wollen die Aufhebung der Klöster. 2) Jede Unterhandlung mit dem Papste, die nicht die Abtretung Roms zur italienischen Hauptstadt zur Basis trägt, ist gegen das Programm der Nation. Auch für diesen Abend schrieb „Der Wahlverein für die Unabhängigen“ eine Versammlung in gleichem Sinne aus. Das einheitliche energische Auftreten der Gesammtnation möge dazu beitragen, das Ministerium von weiterem Uebel abzuhalten und das an der Nation begangene Unrecht so viel wie noch möglich zu verbessern.

Newyork, 27. April. Wilkes Booth, der Mörder des Präsidenten Lincoln, ist in Maryland bei seiner Gefangennahme, da er Widerstand leistete, erschossen worden. Ein Mitschuldiger von ihm, Namens Harrold, wurde lebendig gefangen genommen. Der Nordgeneral Sherman hatte (mit dem Südgeneral Johnston) einen Waffenstillstand abgeschlossen, um eine Amnestie für alle Armeen der Conföderirten zu erwirken. Präsident Johnson mißbilligte dies aber und befahl die sofortige Wiederaufnahme des Kampfes. General Grant ist in Raleigh eingetroffen und hat das Commando der Bewegungen gegen Johnston übernommen. Seward und sein Sohn befinden sich besser.

Leipzig, 3. Mai. Der Ausschuß des Deutschen Journalistentages erläßt hierdurch nachstehende Ankündigung und Aufforderung betreffs der diesjährigen Versammlung desselben:

Ort: **Leipzig**; Zeit: der 11. Juni (Sonntag nach Pfingsten); Tagesordnung: I. Geschäftsbericht und Rechnungsablage des Ausschusses; II. Berichterstattung über den Stand der Presse und der Preßgesetzgebung in Deutschland im letztverflossenen Jahre, nebst Entwurf eines Preßgesetzes, wie es unter Specialisirung der vom Journalistentag im vorigen Jahre aufgestellten allgemeinen Grundsätze als den Bedürfnissen und dem politischen Bildungsgrad unserer Zeit angemessen erscheint. (Referent Professor Biedermann in Leipzig, Correferent Dr. Braunfels in Frankfurt a. M.). III. Das Telegrammenwesen, seine gegenwärtigen Mängel und Vorschläge zu Reformen. (Referent Dr. H. Becker in Düsseldorf, Correferent Dr. E. Brockhaus in Leipzig). IV. Antrag des Hrn. Sonnemann in Frankfurt (Neue Frankfurter Zeitung) auf „gemeinschaftliche Beschaffung von Inseraten im Auslande“. V. Nachträgliches zu der beim vorigen Journalistentage gepflogenen Berathung über den Nachdruck in Zeitungen und Zeitschriften (Referent Dr. Braunfels). VI. Berichterstattungen über die beim vorigen Journalistentage beschlossenen Maßregeln und Einrichtungen und deren Ausführung, beziehentlich Vorbereitung, nämlich: a) über Errichtung einer Altersversorgung für Journalisten (Referent Herr Lades in Frankfurt a. M., Correferenten die Herren Leuschner in Stettin, Gibbe in Karlsruhe und Becker); b) über eine Eingabe an die Postconferenz wegen Ermäßigung des Postaufschlags auf Zeitungen ꝛc. (Referent Herr Engel in Frankfurt a. M.); c) über eine Vermittelung zur Regelung von Nachfrage und Angebot auf dem journalistischen Arbeitsmarkte (Referent Herr Franz Wirth in Frankfurt a. M.). VII. Neuwahl des Ausschusses.

Am 10. Juni von Nachmittag 6 Uhr an im Schützenhause hier Empfang der Theilnehmer, gesellige Zusammenkunft, beziehentlich geschäftliche Vorbesprechung; am 11. Juni früh 8 Uhr (ebenda) vertrauliche Vorversammlung, 10½ Uhr öffentliche Hauptversammlung.

Die Bedingungen der activen Betheiligung an der Versammlung sind durch folgende Bestimmungen des Statuts geregelt: „IV. Zur Mitgliedschaft sind die Redacteure, Mitarbeiter, Herausgeber und Verleger von Zeitungen und Zeitschriften berechtigt. V. Jede Zeitung oder Zeitschrift kann einen oder mehrere Vertreter senden, welche sich als solche zu legitimiren haben. Jeder Theilnehmer der Versammlung kann höchstens drei Zeitschriften vertreten. Die Legitimation hat der Ausschuß zu prüfen. Bei Abstimmungen haben die Vertreter einer und derselben Zeitschrift nur Eine Stimme. VI. Jede dem Journalistentag beigetretene Zeitschrift hat einen jährlichen Beitrag zu den Kosten zu bezahlen, welcher in drei Klassen — zu 10 Thlr., 5 Thlr. und 3 Thlr. — nach Selbsteinschätzung erhoben wird.“

Vorausanmeldungen wären sehr erwünscht; sie sind zu richten an die mitunterzeichnete Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig, ebenso Beitrittserklärungen, auch beim Verhindertsein am persönlichen Erscheinen, womöglich begleitet entweder von einer schriftlichen Meinungsäußerung über die Berathungsgegenstände, darauf bezüglichen Anträgen, Vorschlägen ꝛc., oder Uebertragung der Stimme der betreffenden Zeitschrift (nach § V. des Statuts) an eine bei der Versammlung anwesende Person, endlich auch die Bezeichnung etwaiger weiterer Berathungsgegenstände, deren Aufnahme in die Tagesordnung, wie überhaupt die definitive Feststellung dieser letztern, der Versammlung selbst vorbehalten bleibt.

Leipzig, 2. Mai 1865.

Der Ausschuß des Deutschen Journalistentags, bestehend aus den Redactionen folgender Zeitungen: Deutsche Allgemeine Zeitung, Frankfurter Journal, Arbeitgeber, Weser-Zeitung, Neue Frankfurter Zeitung, Nürnberger Correspondent, Rheinische Zeitung.

Alle Redactionen werden um freundlichst baldige und möglichst unverkürzte Weiterverbreitung der obigen Aufforderung im Interesse der gemeinsamen Sache dringend ersucht.

Bei dieser Gelegenheit erneuern wir die Anfrage, was aus der im vorigen Jahr vom Journalistentag beschlossenen, zur baldigen Veröffentlichung bestimmten Denkschrift über die Herzoglich Nassauische Preßwirthschaft geworden ist?

Sodann wäre ebenso nothwendig, wie die Berathung über „Ermäßigung des Postaufschlags auf Zeitungen“, — die Berathung über die willkürlichen „Postdebitsentziehungen“ und eine die öffentliche Meinung wirksam anregende öffentliche Erklärung darüber.

Der wichtigste Gegenstand ist unstreitig der „Musterpreßgesetzentwurf“, wie sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einem erläuternden Artikel ausspricht, welcher vom Journalistentag beschlossen und demnach als das non plus ultra (das bis hierher und nicht weiter) der Preßfreiheit dem deutschen Volke und seinen Regierungen vorgelegt werden soll. Das Referat darüber hat der Vorsitzende des deutschen Journalistentags, Herr Prof. Biedermann übernommen und es ist nicht zu verkennen, daß sich derselbe damit einer um so dornenvolleren Aufgabe unterzogen hat, als die königl. sächs. Regierung Hrn. Prof. Biedermann, den lange wegen seiner, wenn auch sehr gemäßigt liberalen Richtung in Ungnaden removirt gewesenen Universitätslehrer, eben erst in Gnaden wieder in seine Professur eingesetzt hat. Noch schwieriger aber gestalten sich die Chancen dieses deutschen „Musterpreßgesetzentwurfs“ dadurch, daß bekanntlich Herr Prof. Biedermann voriges Jahr den Chef des königl. sächs., von Beust'schen Preßbüreaus, den Regierungsrath und weiland Redacteur der königl. sächs. Fackel, Hrn. Häpe, — dem deutschen Journalistentag zum anderen Vorsitzenden quasi octroyirt hat. Die ganz besondere und eigenthümliche Schwierigkeit kann hiernach sicher nicht verkannt werden, wenn der diesjährige Journalistentag, dessen Hauptaufgabe es werden soll, für die Völker deutscher Zunge einen „Musterpreßgesetzentwurf“ aufzustellen, — unter den Auspicien, vielleicht auch in persönlicher Anwesenheit und unter mittelbarem Einfluß des Hrn. v. Beust, und unter unmittelbarer Leitung des Hrn. Häpe in Sachsen tagen soll! Die Gegend ist hiernach wohl nicht glücklich gewählt, wenn nicht ein gewisser temperirender Einfluß von vorneherein dabei intendirt ist. Der Ort ist dabei dann gleichgültig, am liebsten würden wir Waldheim gewählt haben, damit Hr. Röckel, der bekanntlich Sachsen bei Vermeidung der Wiedereinlieferung nach Waldheim nicht betreten darf, die Transportkosten ersparen könnte, wenn er sich beigehen lassen sollte, die Frankfurter Reform bei dem Journalistentag selbst zu vertreten! Der Ausschuß des Deutschen Journalistentags, der diese Wahl getroffen hat, besteht übrigens aus vier conservativ-liberalen und drei liberalen Zeitungsredactionen. Es wird sehr nöthig werden, daß die gesammte wirklich freiheitlich gesinnte Presse bei dem diesmaligen Journalistentag eine starke Vertretung finde, und daß sie sich erinnere, daß die **wirklich** freien Staaten gar kein Preßgesetz haben!

An die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung zu Coburg.

Magdeburg, 7. Mai 1865.

Für die Tucharbeiter in Burg sind beim Unterzeichneten ferner eingegangen:

Uebertrag	218 ⁊	24½	Sgr
Von versammelten Arbeitern durch Weithmann aus Stuttgart	6 „	—	„
Vom Arbeiterbildungs-Verein in Stuttgart	7 „	—	„
Vom Arbeiterbildungs-Verein zu Werden	7 „	—	„
Vom Arbeiterbildungs-Verein zu Pforzheim	12 „	—	„
Von Dr. F. A. Lange zu Duisburg	4 „	—	„
Sa.	254 ⁊	24½	Sgr

Dr. Max Hirsch.

Arbeitsvermittelung.

Stellen-Gesuche arbeitsloser Polen.

1 Zwei junge Offiziere, der deutschen und französischen Sprache mächtig, als Bureauarbeiter oder Eisenbahnbeamte.

2. Ein älterer rüstiger Offizier (einer der Letzten vom 4. Regiment vom Jahre 1831) im Hüttenfache bewandert, ebenso als Büreauarbeiter, spricht deutsch, französisch, englisch, arabisch ꝛc.

3. Mehrere praktisch gebildete Oekonomen, sprechen nur wenig deutsch, als Aufseher bei der Landwirthschaft.

4. Geometer und technische Zeichner.

5. Ein Gießer.

6. Ein Buchbinder.

7. Ein Ingenieur.

8. Lehrlinge für Handwerker, namentlich Buchbinder, Uhrmacher und Tapezirer.

9. Arbeiter für Brauerei und Brennerei.

Zürich, Ende April 1865.

Für das Polen-Comité:
Die Central-Commission
zur Unterbringung der arbeitsuchenden Polen.
Der Sekretär: Wilhelm Habicht.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Dritter Jahrgang.

Nr. 125.

Coburg.

Sonntag, 21. Mai 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 48 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 8 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Stuttgart, Tagesordnung für die Landesversammlung der würtembergischen Arbeitervereine. An die Redaktion der Allg. deutschen Arbeiterzeitung, Bericht über weitere Beiträge für die Arbeiter in Burg; Rede am zweiten Stiftungsfeste des Göppinger Arbeiter Bildungsvereins. — II **Politischer Theil.** Politische Umschau: Zum Willkomm! Hurrah Hecker!; Italien, Garibaldi über die Aufgabe des deutschen Volkes zu Gunsten der Freiheit Europa's; Die Pariser Studenten haben gesprochen, wie sie denken; Newyork, Lincoln, Sherman. III. **Socialer Theil:** Frankfurt, Arbeitseinstellung; Duisburg, Verein für Arbeiterwohnungen; Schwerin, gesetzliche Rechtswidrigkeiten; Hannover, Georg Egestorff; Connewitz gegen den „Socialdemokrat" IV. — **Vom Büchertisch:** der Weg zum Geiste von Roßmäßler. — Erklärung des Centralausschusses der Schleswig-Holstein-Vereine in der Schweiz — Briefkasten. — Arbeitsvermittelung. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Stuttgart, 10. Mai. Die würtembergischen Arbeitervereine halten am 21. d. Mts. in **Reutlingen** eine Landesversammlung. Für dieselbe ist folgende Tagesordnung festgestellt: 1) Bericht über die Thätigkeit des Vororts und Stand des Gauverbandes, 2) Bericht der einzelnen Vereine über ihre Fortschritte, 3) die Consumvereine und Produktiv-Associationen, 4) das Besteuerungswesen, 5) Feststellung eines allgemeinen Lehrplanes für die Arbeiterbildungsvereine, 6) Vereinbarung von Statuten für den schwäbischen Gauverband, 7) die Coalitionsfrage, 8) Berathung über eine zu errichtende Wanderbibliothek für die Arbeitervereine, 9) Wahl eines neuen Vororts.

Indem wir obiges zur Kenntniß aller Derer bringen, welche sich für die Arbeiterangelegenheiten interessiren, laden wir sie zugleich ein, unsere Versammlung in Reutlingen zu besuchen und hoffen, daß uns recht zahlreiche Vereinsmitglieder aus den Nachbarländern mit ihrem Besuche erfreuen werden.

Der Ausschuß des Vorortes Stuttgart.

An die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung zu Coburg.

Magdeburg, 14 Mai. Sie im Besitz meines Ergebenen vom 7. d. schätzend, gebe ich Ihnen nachfolgend das Verzeichniß der bis heute ferner bei mir eingelaufenen „Beiträge für die Nothleidenden in Burg". Wo ich die Adresse der Geber nicht mittheile, geschieht es auf ausdrücklichen Wunsch derselben.

	Thlr.	Sgr.
Uebertrag:	254	24½
Vom Arbeiterbildungsverein zu Heidelberg	5	—
Vom Arbeiterbildungsverein zu Offenbach	8	—
Sammlung auf dem Vereinstage des Maingaues zu Hanau 30/4. . . .	8	12
Vom Arbeiterbildungsverein zu Hanau	8	17
Vom Arbeiterverein zu Nürnberg . .	10	—
Vom Arbeiterbildungsverein zu Dresden	6	—
Von einem kleinen Arbeiterbildungsverein	2	—
L. H. B.	6	28
Von Hrn. Sp. (Hannover)	7	20
Sa.	312	11½

Weitere Beiträge nimmt entgegen

Dr. **Max Hirsch.**

Rede

am zweiten Stiftungsfeste des Göppinger Arbeiter-Bildungsvereins,

gehalten von Lehrer **Böhm,** den 26. März 1865.

Fortschritt ist die Parole des Tages, das Losungswort einer großen Partei, zu der auch wir uns zählen. Fortschritt, wirklicher Fortschritt zeigt sich auch in fast allen Beziehungen und Verhältnissen des Lebens. Zeichen des Fortschritts finden wir, wohin immer wir blicken, unter andern auch in der Entstehung von Arbeitervereinen, deren einer sogar, zur Beschämung vieler Städte, denen ein solcher Verein noch fehlt, in unserer Nähe auf dem Lande gegründet werden konnte (und dessen Glieder heute als werthe Gäste in unserer Mitte sich befinden). Fortschritte sollen aber auch die schon längere Zeit bestehenden Vereine zeigen, und darum habe ich, aufgefordert zu einer Rede für das 2. Stiftungsfest unseres hiesigen Arbeiterbildungsvereins, zum Thema derselben den Fortschritt gewählt, und werde in möglichster Kürze zeigen, worin der Fortschritt überhaupt besteht, wer sich ihm entgegenstemmt, wer ihn zu fördern sucht, und welches das Ziel desselben sein sollte, auch wenn es, da unsere Welt unvollkommen ist und bleibt, nicht ganz erreicht werden könnte. — Wer an der Hand der Geschichte die Vergangenheit denkend überschaut und sie mit der Gegenwart vergleicht, wird frohen und freudigen Muthes in die nähere und fernere Zukunft blicken können; denn es wird sich ihm die tröstliche Ueberzeugung aufdringen, daß die Menschheit in zwar langsamem, aber stätigem Fortschritt begriffen ist, daß, seit es eine Geschichte gibt, d. h. seit wir beglaubigte Urkunden über das Thun und Treiben einzelner hervorragender Menschen und ganzer Völker haben, ihre früher so traurigen und kläglichen Umstände und Zustände sich mit der Zeit zum Bessern gewendet haben, immer erträglicher geworden sind. Freilich läßt sich nicht leugnen, daß auch periodisch bedeutende Rückschritte eingetreten sind, z. B. nach dem 30jährigen Kriege; an dessen Nachwehen unser Deutschland über 100 Jahre zu leiden hatte; doch sind diese Rückschritte immer wieder hereingeholt und hereingebracht worden, auch waren sie oft nur scheinbar und dienten zuletzt wieder dem Fortschritte. Ein Beispiel hiervon liefern gerade auch die Arbeitervereine: sie bestanden schon früher, wurden aber von der Reaktion aufgelöst, und siehe da, jetzt blühen sie zahlreicher und freudiger auf, stehen auf festerem Grund, haben sich frühere, leidige Erfahrungen zu nutze gemacht, erfassen richtiger ihre Aufgabe und werden sie besser auszuführen wissen. Aehnlich verhält es sich mit den Turnern. In der Zeit von Deutschlands tiefster Erniedrigung gestattete man in Preußen das Turnen, von der Erwägung ausgehend, daß nur in einem gesunden Körper auch eine gesunde Seele wohnen könne und daß nur ein starkes, gewandtes Volk, getrieben von dem Geiste der Freiheit und Vaterlandsliebe mit Erfolg gegen den übermächtigen Feind kämpfen könne. Allein nach den Befreiungskriegen, in denen sich die jungen Turner und Freiwilligen besser geschlagen hatten, als die alten Berufssoldaten, wurde von der hereinbrechenden engherzigen Reaktion das Turnen wieder verboten, die Turner fast geächtet — und jetzt hat sich die edle Turnerei überall Bahn gebrochen, wird von den Regierungen sogar gefördert und muß später die Grundlage bilden zur Volkswehr, die, was ein bedeutender, aber erst noch zu erstrebender Fortschritt sein wird, an die Stelle der das Mark der Völker verzehrenden stehenden Heere treten soll.

Außer den Arbeiter- und Turnervereinen sehen wir aber in unseren Tagen der Vereine so viele, daß wir die Aufzählung derselben unterlassen müssen; alle aber, sie mögen Namen haben, welche sie wollen, basiren auf dem Grundsatz, daß mit vereinten Kräften erreicht werden kann, was den einzelnen zu schwer, ja unmöglich ist, und mit wenigen Ausnahmen

sind alle diese Associationen Zeichen des Fortschritts und fördern den Fortschritt. Sie bilden aber nicht das einzige, nicht einmal das wichtigste Kennzeichen des Fortschritts. In Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr, Wissenschaft und Kunst, im Kriegswesen, im Rechtsverfahren, im Finanzwesen, in socialer, politischer, selbst sittlicher Beziehung, welch ein Unterschied zum Bessern in früherer und jetziger Zeit. Dies darzulegen, brauchen wir nicht gerade in die fernsten Jahrhunderte zurückzuschauen; nein, große Gegensätze bilden schon ein oder einige Jahrhunderte, in manchen Dingen bloße Jahrzehnte. Solche Contraste bilden:

Die Hundehütte des leibeigenen Bauern früherer und der stattliche Hof des freien Oekonomen jetziger Zeit; — die stolzen Ritter- auch wohl Raubburgen der, Gewalt, Macht und Reichthum besitzenden Edeln, und die an ihre Stelle getretenen, Segen und Wohlstand weithin verbreitenden Fabriken, gegründet und erhalten durch Bürger und Arbeiter; — der schwere, durch Fürsten, Adel und Geistlichkeit geübte Druck und die jetzige freiere Bewegung und Verfassung; — die Folterkammern und Foltermaschinen nebst den schauerlichen Gefängnissen, und die Schwurgerichte, die humane Behandlung der Verbrecher; — die grauenhaften Schärfungen und die häufige Anwendung der Todesstrafe und die projektirte gänzliche Abschaffung derselben; — der frühere Wahn- und Aberglaube, nebst Hexenprozessen und die gründlichen Forschungen und Erfahrungen im Reiche der Natur; — die frühere Intoleranz, zu Judenverfolgungen, Religionskriegen, Ketzerverbrennungen führend und die heute, wenn auch noch nicht überall herrschende Toleranz, den Israeliten den Eintritt in den Gemeinderath, das Parlament, ja in das Ministerium öffnend; — der schroffe Kastengeist und die Vermischung der Stände; — das Zunftwesen und seine Fesseln und die Gewerbefreiheit nebst Freizügigkeit; — die zahllosen Zollschranken und der freie Verkehr; — die grundlosen Straßen und Wege, auf denen sich die lendenlahme Thurn- und Taxis'sche Post fortschleppte und die überall sich findenden Eisenbahnen und Telegraphen, die Ruralpost nicht zu vergessen; — die Strauchritter und Räuberbanden, und die jetzige öffentliche Sicherheit; — die elenden Winkelschulen und das heutige fortgeschrittene Unterrichtswesen; — die frühere Rohheit und Unwissenheit und die immer allgemeiner werdende Gesittung und Bildung; — die wenigen Bücher und Zeitschriften und die heutigen Riesenbibliotheken und zahllosen Zeitschriften, deren eine allein jetzt mehr Leser zählt als früher alle miteinander. Es ließen sich diesen Vergleichen noch viele anreihen, namentlich wenn wir noch mehr auf einzelnes eingehen wollten; solche Gegensätze wären z. B. die Haken- oder Luntenbüchse und das Zündnadelgewehr und der Revolver, — das Nürnberger Ei und der heutige Chronometer, — das Ruderschiff und das Dampfboot — allein es wäre das ermüdend und ist gewiß durch das Gesagte genügend bewiesen, daß die Menschheit im Laufe der Zeiten ungeheure Fortschritte gemacht hat. —

(Schluß folgt.)

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Zum Willkomm!

II. B. **Frankfurt**, 12. Mai. Ein frischer Frühlingshauch zieht durch das Land, ein Bote ist gekommen, seine Ankunft zu verkünden, ein Bote, gesandt von dem Volk, das vor wenig Tagen seine Freiheit neu besiegelt — Friedrich Hecker hat den deutschen Boden wieder betreten. Zwar ohne Sang und ohne Klang, nicht wie der hochgeachtete Führer der Nation zog er ein; — still und geräuschlos, fast von Niemand bemerkt, nur hier und da von einem befreundeten Blatt begrüßt, so betrat der Mann sein Vaterland, an dessen Thun einst der Blick des ganzen Volkes hing. Er war bei uns in Frankfurt; wir mußten erst aus der Presse erfahren, daß er durch unsere Straßen gewandert und alle Orte theurer Erinnerung aufgesucht. Nur hier und da hat ihn Einer wieder erkannt, den Mann, der den Pförtner der Paulskirche erfragte. Welch ein Gefühl muß ihn beschlichen haben, wie er diese Räume betrat! Vor siebzehn Jahren der hochgefeierte Held, dessen Rede, dessen Gang durch die Straßen stets von einem Triumphzug begleitet war, und heute der unerkannte Fremdling!

Unerkannt bist Du geblieben, aber nicht vergessen! All' unsere Tage vergessen wir den Tag nicht, an dem ihr Beide, Hecker und Struve, in Frankfurt einzoget! Es war am 28. März 1848, ein prächtiger Frühlingstag. Gegen Abend war auf bekränztem Schiff der alte Eisenmann von Würzburg gekommen und von der jubelnden Menge am Ufer empfangen worden. Dann gings hinaus vor das Taunusthor, Hecker und Struve zu begrüßen. Die Turner von Frankfurt, Offenbach, Hanau, Mainz, Darmstadt waren in Schaaren hier zusammen gekommen; in einem großen Fackelzug, begleitet von Tausenden und Tausenden, gings hinaus. „Auf ihr Brüder, laßt uns wallen!" erscholl der feierliche Chor, und dann als wir in die Nähe kamen „Allons enfants de la patrie!" Nie haben wir solch einen Sang wieder gehört! Es mochten 50—60,000 Menschen sein; doch nicht die Masse war's, die solche Töne hervorbrachte — es war Jeder, wie ein zum heiligen Kampf gerüsteter Krieger, eine hehre Begeisterung entströmte jeder Brust, wie ein brausendes Wetter mit Donnergetös, so scholl der Gesang durch die Straßen, als gält' es, die Stadt in ihren Grundfesten zu erschüttern.

So gings hinaus vor's Thor. Die Weserstraße war damals noch das äußerste Ende von Frankfurt, hinter ihr dehnte sich das weite Blachfeld nach Höchst hinaus. In Höchst' letztem Haus auf der rechten Seite wohnten die Männer. Die Menge drängte sich in der Straße bis in die Anlagen und das Thor; Tausende standen auf der andern Seite bis weit in das Feld; der Fackelglanz, durchzogen von dunklen Rauchwolken, gab der erregten Versammlung ein großartig, feierlich und wildes Gepräge. Zuerst begrüßte die Männer Einer aus der Turnerschaar. Dann sprach Hecker: „Vor drei hundert Jahren lebt' ein Mann im deutschen Land, der seines Volkes Wohl und Weh im Herzen trug, wie kein Anderer. Sein ganzes Leben hat er dem Heil der Nation geopfert; mit Wort und Schrift, mit der Faust stritt er, das Land von seinen Unterdrückern zu befreien, dem Bürger und Bauer seine Rechte zu erringen, die Nation durch Einigung zur Macht und Größe zu bringen. Es war — Ulrich von Hutten. Er kämpfte redlich und hielt aus bis zum letzten Mann; der Uebermacht aber mußte er weichen; das Volk, für das er kämpfte, erkannte nicht, was ihm frommte und ließ seine Männer im Stich. Ins ferne Land mußte der Edle fliehen; die gastliche Schweiz nahm ihn auf. Dort hauchte er, getrennt von der Heimath, sein Leben aus, dessen letzter Athemzug ein Wunsch fürs Vaterland war. — Wir leben jetzt in andern Zeiten; das Volk ist erwacht; es weiß, was ihm gebührt und fordert seine Rechte. Mit Vertrauen sind die Männer des Volks hierher gekommen, über die Forderungen der Nation zu beschließen; sie leben in der frohen Zuversicht, daß ihr Schaffen zum Ziel führen muß, wenn das Volk zu ihnen steht. Wir sind gewiß, daß wir den Wanderstab nicht in die Fremde zu setzen brauchen, daß wir ihn heften können in den deutschen Boden, damit er Wurzel schlage und empor wachse zur deutschen Eiche, zu dem Baum, in dessen Schatten sich die deutsche Jugend schaart!" — Wie Struve dann den von allen Dynastien befreiten Volksstaat, dessen Prinzipien heute nach 17 Jahren so glänzend die Feuerprobe bestanden haben, — als das alleinige Heil und den Sturz der Gegner als die einzige Rettung für das deutsche Volk gegen neuen Verrath und neue Knechtung bezeichnete — da braust' es durch die Luft wie Schlachtgetös, es war als führe der alte Hermann mit seinen Germanen einher und vor ihm flöhen die Römer. „Mit Gut und Blut wollen wir zu euch stehen! Führt uns an, wir stehen zu euch", so riefen tausend, tausend Männer. Es war ein Abend, einzig in der Geschichte dieses denkwürdigen Jahres, war wie ein Schwur auf dem Rütli! —

Niemand hätte geahnt, daß so bald sich Huttens Schicksal wiederholen sollte, und gerade an den Männern, die mit solchem Trost auf die Vergangenheit, mit so froher Hoffnung in die Zukunft geschaut haben. Es mußte geschehen. Die Männer waren um zwei, um drei Jahrzehnte dem Volk voraus geeilt; sie hofften im Sturm der Begeisterung mit Riesenschritten zu erreichen, was ein Volk nur nach Jahre langer, mühseliger Arbeit erringen kann — Bewußtsein seines eigenen Werthes. Beide Männer sind nun zurückgekehrt. Struve hat bereits den alten Kampf wieder begonnen. Ob Hecker ihn wieder aufnehme — wir glaubens für jetzt nicht. Er ist als Repräsentant eines großen, freien Volkes zu einem anderen freien Volk gesandt; er will seinem Vaterland nahe sein. Doch glauben wir den Fragern zur Antwort Schillers Worte geben zu dürfen:

„Was ihr thut, laßt mich aus eurem Rath!
Ich kann nicht lange prüfen oder wählen;
Bedürft ihr meiner zu bestimmter That,
Dann ruft den Tell, es soll an mir nicht fehlen!"—

Italien. Die Zeitungen veröffentlichen folgenden Brief Garibaldi's an Karl Blind:

„Caprera, 10. April 1865. Mein lieber Blind! Das Fortschreiten der Menschheit hat aufgehört und die Ursachen jenes Stillstehens sind Eurer überlegenen Einsicht gewiß nicht unbekannt.

„Es fehlt der Welt ein Hauptvolk, nicht etwa um sie zu beherrschen, aber um sie auf dem Pfade der Pflicht zu führen, der nichts anderes ist, als die „Brüderschaft der Nationen" und das „Umstoßen" gewisser Schranken, die der Egoismus errichtet hat: es fehlt der Welt ein Hauptvolk, welches gleich einem Ritter des Mittelalters sich dazu widmet, die Sache der Bedrückten zu verfechten, ihre Rechte geltend zu machen und der bereit ist, sein eigenes materielles Wohl ein Zeit lang dem edlen und befriedigenden Bewußtsein zu opfern, daß er die Leiden seiner Mitmenschen lindert.

„Nähme ein Volk die ersten Reihen muthig ein, es würde bald alle Nationen um sich versammeln, die leiden und sich sehnen — dem Unglücksabgrund zu entkommen, in welchen verschiedenartige Regierungen sie gestürzt haben. Jene ersten Posten, die das Ungemach der modernen Zeiten vacant gelassen, könnte das deutsche Volk füglich besetzen. Im ernsten, philosophischen Charakter seiner Söhne liegt schon eine Bürgschaft des Zeitraums und des Bestandes für die Zukunft aller Nationen.

„Schüttelt also mit Eurem kräftigen, germanischen Arme das wurmstichige Leichengerüst Eurer Tyrannen, — bildet im Herzen Deutschlands, welches Ihr bewohnt, die ehrfurchteinflößende Einheit Eurer fünfzig Millionen — und wir stürzen uns dann Alle mit Hast und Begeisterung in Eure brüderlichen Reihen.

Ich begrüße also mit Liebe und Dankbarkeit Euren „Eidgenossen“ als das Organ der Zukunft eines großen Volkes und der menschlichen Solidarität.

Ich verbleibe mit den freundlichsten Grüßen an Eure Familie und an die Freunde Euer ergebener **G. Garibaldi**.“

Der „Berliner Reform“ vom 9. Mai ist Folgendes entnommen: Aus der Adresse der Pariser Studenten an den Präsidenten Johnson, bei deren Ueberreichung an den nordamerikanischen Gesandten, Herrn Bigelow, es bekanntlich zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, wird uns folgende Hauptstelle mitgetheilt, die es erklärlich macht, daß die Pariser Blätter von dem Aktenstück keine Notiz nehmen: „Wir, die Jungen, welchen die Zukunft gehört, bedürfen für die Gründung einer wahren Demokratie der größten Energie. Wir wenden daher unsere Blicke jenseits des Oceans, um zu erlernen, wie ein Volk, das sich frei zu machen wußte, auch seine Freiheit zu erhalten weiß. Der von dem Schlage Getroffene war ein Bürger jener Republik, in der die großen Männer keine die Rechte und die Souveränetät der Völker verletzenden Eroberer, sondern die Gründer und Führer ihrer Unabhängigkeit sind, wie Washington und Lincoln. Rechtschaffenheit, Einfachheit, Energie während des Kampfes, Mäßigung nach dem Siege, Achtung vor der Freiheit, immer und überall, dies sind die Eigenschaften der Erwählten des amerikanischen Volkes ... Solche Männer tödten, heißt das Gesetz selbst vernichten. In einer Republik, in der die Gesetze frei angenommen, in der die Gesellschaft frei nach Gerechtigkeit strebt, sind diejenigen, welche der Ausdruck des Gesetzes sind, und niemals einen geleisteten Eid verletzt haben, geheiligte Personen. Ihnen das Leben nehmen, heißt das abscheuwürdigste aller Verbrechen begehen, und die Mörder sind Banditen, während die von ihnen Gemordeten, gleich Lincoln und Seward, Märtyrer der Gerechtigkeit und der Freiheit sind.“

Newyork, 24. April. Noch lastet die entsetzliche Bluthat vom 14. April wie ein schrecklicher Alpdruck auf dem ganzen Leben der Nation. Der Leichnam des Märtyrers hat am 20. seine langsame Reise nach Springfield (Illinois) angetreten. Von da machte sich vor funfzig Monaten unter dem gellenden Hohngeschrei und den frechen Drohungen einer Partei, welche damals noch eine beträchtliche Majorität des Landes bildete, der „ehemalige Holzhacker“, der „ungeschlachte Bauer“ auf den Weg, um eine große Republik zu retten, und dahin bringt man nun die sterbliche Hülle desselben Mannes unter den heißen Thränen von Millionen, die ihn voll Bewunderung und inniger Liebe den Großen und Guten, den zweiten Washington nennen. Eine Leichenfeier dieser Art, bei welcher die Trauer so aus der tiefsten Seele des Volkes gekommen ist und auch das großartigste äußere Schaugepränge nicht im entferntesten an die Höhe der Empfindungen reicht, denen es zum Ausdruck dient, hat wohl noch kein Oberhaupt einer Nation gehabt. Kein großer Eroberer und Kriegsheld, kein noch so weiser Gesetzgeber und Staatsbegründer der Neuzeit hat sich in dem Grade, wie Lincoln, einen Platz im innersten Heiligthum des Familienlebens erworben. Selbst auf die sonst den Vereinigten Staaten feindlich genug gesinnten Bewohner des benachbarten Britisch-Amerika erstreckt sich die Trauerstimmung und es sind dort an fast allen Orten am Tage der Bestattung des Freiheitsmärtyrers die Geschäfte eingestellt, die Kirchenglocken geläutet, die Flaggen gesenkt worden. Heute langte der Trauerzug hier an; morgen wird eine immense Prozession den Sarkophag zur Stadt hinausgeleiten. Hunderttausende von Menschen drängen sich herbei, um einen letzten Blick auf die Hülle „Vater Abrahams“ zu werfen und seinen Manen den Zoll ihrer Zähren darzubringen.

(Weser-Ztg.)

Am 18. April schloß General Sherman, dem vermuthlich sein militärischer Ruhm aufs Gehirn geschlagen war, mit dem ihm gegenüberstehenden südlichen General Johnston ein vorläufiges Abkommen, wie es die Rebellen nicht besser wünschen konnten. Zur Ehre Sherman's, der allerdings von südstaatlichen Junkergelüsten nicht ganz frei zu sprechen ist, muß man annehmen, daß es sich am 18. April mehr um den Mißgriff eines Haudegens, als um eine verrätherische Auflehnung eines Ehrgeizigen gehandelt habe. In dem Abkommen wird den Feinden sogar der ungestörte Fortbesitz ihres Eigenthums (also auch ihrer Sklaven) zugesichert. Was that nun aber die Regierung zu Washington Angesichts dieser Dinge, von denen sie am 21. April Nachricht erhielt? Erschrak sie etwa vor dem Unterfangen des kühnen Soldaten? Nein! So schwach ist die Republik nicht, die noch eben von dem segnenden Blute eines Märtyrers begossen ist. Da herrscht keinen Augenblick Ungewißheit, was zu thun! Sofort Ministerrath! Und glücklicherweise waren der ehemalige Schneider Johnson und der gewesene Lohgerber Grant, diese ehrlichen Plebejer, sogleich einig. Noch in der Nacht ging die Nachricht an Sherman ab, daß sein Vertrag null und nichtig sei, und daß er ungesäumt die Feindseligkeiten wieder zu eröffnen habe. Aber nicht blos diese Nachricht, sondern auch ein Verweis des Kriegsministers Stanton in den strengsten Ausdrücken, daß Schuster bei ihrem Leisten und Soldaten bei ihrem Säbel zu bleiben und sich nicht in große Politik zu mischen haben. Und die Mittheilung von diesem Verweis trugen gleichzeitig die Telegraphen und Staffeten an alle Generale der Bundesarmee, wie es scheint mit einem Beisatz, der sie in gewissen Fällen vom Gehorsam gegen Sherman entband. Aber die Hauptsache war, daß Grant, der bewährte Republikaner, der Held, in dessen Kopf der ganze Kriegsplan entstanden, und in dessen Hand auch Sherman nur ein Werkzeug gewesen ist, sofort nach dem Süden abging, um das Kommando in Nordkarolina persönlich zu übernehmen. Und was ist nun auf alle diese Maßregeln erfolgt? Am 24. ist Grant bei Sherman eingetroffen und hat ihm seinen Verweis ertheilt. Gleichzeitig hat er Johnston Nachricht gegeben, daß es nichts sei mit diesem heuchlerischen Waffenstillstand, mittelst dessen der Friede den Krieg um seine Früchte prellen wollte. Civil-Angelegenheiten, so ließ er auch diesem Säbelschlepper hinübersagen, werden nicht in Uebereinkünften zwischen Militärpersonen abgemacht. Das Weitere, was wir nun wissen, hat uns der Telegraph überbracht. Hier ist die neueste Nachricht: Newyork, 29. April. Grant rapportirt am 26. April, daß sich Johnston an Sherman mit allen Truppen zwischen Raleigh und Chatterhoche unter denselben Bedingungen wie Lee ergab. Davis ist in Südcarolina angekommen. Stanton ordnet bedeutende Verminderung der Militärausgaben an. Einem Gerücht zufolge wollten sich Dick und Taylor gleichfalls ergeben. Wir dürfen wohl Victoria rufen über diese Depesche. Denn abgesehen davon, daß sie die Uebergabe der letzten bedeutenden Armee des Sonderbundes, die noch im Felde stand, verkündigt, zeigt sie uns, daß Sherman den Verweis des Kriegsministers, den ihm Grant überbrachte, eingestrichen und sich wie Butler, Sigel, Weizel und so viele dieser republikanischen Generale vor ihm, ruhig den Befehlen und Anordnungen der Regierung unterworfen hat. Sonst hätte ihn Grant ohne Zweifel abgesetzt und in dem Telegramm stünde, daß Johnston sich an Grant übergeben habe, nicht an Sherman. Das macht ihm Ehre und sein Siegeslorbeer blüht noch herrlicher durch solche Selbstbezwingung. Die Republik aber hat wieder eine große Probe bestanden.

— Ein einziger Lobspruch aus Feindes Munde wiegt schwerer als die längsten Lobreden der Anhänger und Freunde. Bei der Nachricht von Lincoln's Ermordung hat General Lee, tief erschüttert, den Ausruf gethan: Lincoln's Güte war mächtiger als Grant's Artillerie.

— Es geht das Gerücht, daß Präsident Jefferson Davis 6 bis 13 Millionen in klingender Münze nach einem unbekannten Ort habe wegschaffen lassen.

Socialer Theil.

Frankfurt, im Mai. Nach dem Vorgang der Leipziger und Berliner haben auch die Frankfurter Schneidergesellen die Arbeit eingestellt. Sie verlangen 20% vom Gewinn des Meisters. 25 Meister haben eingewilligt, die übrigen wollen nicht. Es wird sie aber nichts helfen: die Gesellen haben Recht. Die Meister haben hier außerordentliche Geschäfte gemacht. Für einen gewöhnlichen Rock z. B. bezahlt man einem Schneider 13—14 fl. Macherlohn, wovon nur 2—3 fl. Auslagen sind; bei feineren Stücken entsprechend höher. Die ganze Arbeit kann auf der Nähmaschine in einem, längstens anderthalb Tagen gemacht werden. Schon vor zehn Jahren sagte ein Frankfurter Professor, als er mit 2400 fl. Gehalt angestellt wurde: „das ist erst so viel wie ein Schneider zweiten oder dritten Ranges verdient.“ Heut zu Tag gilt das noch in höherem Maßstab; denn trotz der Nähmaschine sind die Kleidungsstücke theurer geworden. Die Coalition der Gesellen muß die Meister nöthigen, einen Theil von ihrem Gewinn abzugeben. Die kleinen Meister werden freilich, wie schon von Leipzig berichtet wird, in üble Lage kommen. Das sind aber nur die Folgen ihrer Widerhaarigkeit; sie hätten sich schon längst zur gemeinsamen Beschaffung von Stoffen, Nähmaschinen u. dgl. vereinigen sollen. — Als ein Beispiel, wie schon jetzt durch eine verständige Associrung der Arbeiter zu höherem Lohn kommen kann, führen wir das an. Die größeren Meister haben meist ein Tuchgeschäft bei ihrem Gewerbe, d. h. sie liefern die fertigen Kleider. Einzelne von diesen haben sich mit kleineren Meistern so abgefunden, daß sie die Bestellungen übernehmen und von diesen die Arbeit ausführen lassen. Jene haben dann den Vortheil vom Tuchhandel und der Uebernahme der Arbeit, während diese ihren entsprechenden Stücklohn bekommen. (H. L.-Z.)

In **Duisburg** ist eine Anzahl von Fabrikanten zur Gründung einer Gesellschaft zusammengetreten, welche die Erbauung von Arbeiterwohnungen, beziehungsweise die Beförderung solcher Bauten behufs des Selbsterwerbs der Arbeiter, zum Zwecke hat. Die Gründer stellen folgende Grundsätze auf: 1) Die Gesellschaft baut womöglich nicht selbst, sondern gibt den Arbeitern die Möglichkeit, selbst Eigenthum von Wohnhäusern zu erwerben durch Ankauf von Bauplätzen und Hingabe von Darlehen zu Häuserbauten; 2) es darf kein Zwang irgend einer Art Seitens der Arbeitgeber angewendet werden, um ihre Arbeiter zu Häuserbauten zu veranlassen; vielmehr muß das lediglich Sache des freien Wunsches sein; 3) den Kaufpreis des Bauplatzes so wie das Baukapital hat der Arbeiter der Gesellschaft zu verzinsen und zu amortisiren. Bis zur vollständigen Amortisation wird das Kapital hypothekarisch eingetragen; 4) die Gesellschaft hat bei Verkäufen Seitens des Arbeiters das Recht des Vorkaufs;

ferner die Verpflichtung, das Haus zu den Selbstkosten — jedoch abzüglich eingetretener Werthverminderung — zu übernehmen, falls der Arbeiter Duisburg verläßt; 5) die Anlage von Kasernen und größeren Kolonien ist zu vermeiden; 6) die Häuser sind mit einem Gärtchen und für einzelne Familien anzulegen, aber doch der Art, daß der Arbeiter noch Miether aufnehmen kann, um möglichst durch die zu ziehende Miethe die Zinsen zu decken.

Schwerin, 24. April. Ein (reaktionärer) Rittergutsbesitzer theilt in den landwirthschaftlichen Annalen folgendes mit, um die großen Mißstände darzuthun, welche auch für den Gutsherrn aus den jetzigen mittelalterlichen Einrichtungen erwachsen: „Die Kinder der Handwerker (auf den ritterschaftlichen Gütern) lernen wieder ein Handwerk, sind aber durch die beschränkten Gewerbe- und Niederlassungsverhältnisse überall behindert und verursachen dem Gute oft bedeutende Kosten und Unannehmlichkeiten. So mußte das Gut des Einsenders für einen auf seiner Wanderung erkrankten Schustergesellen, der in städtischen Krankenhäusern verpflegt worden, 129 Thlr. bezahlen. Kommen die Gesellen nach Hause, so dürfen sie ihr Handwerk oft im Gute nicht ausüben. Ein Schneidergeselle, der tüchtiger in seinem Fach war als der im Gute wohnhafte, wollte sein Handwerk ausüben, wurde wiederholt verklagt und vom Gerichte verurtheilt, nach überstandener Strafe die Ausübung seines Handwerks auf dem Gute zu unterlassen. Einem Tischlergesellen, welcher von den Meistern der benachbarten Stadt besonders gesucht war, wurde von dem Magistrat die Niederlassung verweigert, auf dem Lande konnte er bei dem Mangel an Freizügigkeit keine Wohnung bekommen, auf dem Gute war schon ein Tischler, so daß nach dem Erbvergleiche von 1755 er nicht mehr als Tischler aufgenommen werden konnte, er verfiel dem Trunke und erhängte sich, nachdem der Gutsherr ihn längere Zeit auf dem Hofe hatte aufnehmen müssen. Ein anderer Handwerker, ein Büdner, verstand sein Geschäft nicht und kam zurück. Der Erbzinscontrakt besagte zwar, daß er die Stelle nicht eher verkaufen dürfte, als bis er anderweitig eine Heimath erworben, trotzdem mußte das Gut ihm den Verkauf gestatten, weil er durch den rechtzeitigen Verkauf sich noch einen Theil seines Vermögens erhielt, sonst aber auf der Stelle verarmt und dem Gute zur Last gefallen wäre. Obwohl er nun noch 600 Thlr. Vermögen behielt und dabei ein fleißiger Mensch war, so fand er anderswo kein Unterkommen, das Gut mußte ihn aufnehmen und hatte dauernd keine unbedeutende Last von ihm."

Hannover. Am 10. Mai kehrte Herr Georg Egestorff, nachdem er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit mehrere Monate in Nizza verweilt hatte, in seine Vaterstadt zurück. Am 11. Mai brachten dem verehrten Manne die Arbeiter seiner Maschinenfabrik und Eisengießerei eine Morgenmusik dar, begleitet von einem ansehnlichen Festzug. In der Mitte des Zuges, der vom Fabrikgebäude aus sich in Bewegung setzte, prangte auf einem großen Wagen, der von 20 Pferden gezogen ward, eine neue bekränzte Lokomotive. Ein Arbeiter beglückwünschte im Namen der Versammelten den Heimgekehrten und gedachte einerseits der hohen Verdienste, die Herr Egestorff sich um das leibliche wie geistige Wohl seiner Arbeiter erworben, und andererseits der Liebe und Dankbarkeit, mit welchem die Arbeiter dem seltenen Manne zugethan seien. Ein kräftiges Hoch beschloß die einfache Rede des Arbeiters. Herr Egestorff, gestützt von seinen beiden Schwiegersöhnen, trat in den Kreis der Seinigen, und jedes Wort des noch nicht völlig Genesenen traf tief in's Herz der Hörer. Der treffliche Mann, der seine Arbeiter nicht mehr nach Hunderten, sondern nach Tausenden zählt, hat nicht vergessen, daß er selbst dem Arbeiterstande entsprossen ist, es ist vielmehr sein Stolz und seine Freude, sich völlig eins zu fühlen mit dem Arbeiterstande. Herrn Egestorff gebührt unter den verdienstvollen Männern des deutschen Vaterlandes ein unbestrittener Ehrenplatz.

Connewitz bei Leipzig, im Mai. In einer hier stattgehabten Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde nach längerer Debatte über innere Vereinsangelegenheiten folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Durch das bisherige Auftreten des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und einiger anderer Consorten fühlt sich die Connewitzer Gemeinde verpflichtet, Folgendes zu erklären: 1) Daß Bernhard **Becker** unwürdig ist als Nachfolger unseres unvergeßlichen Stifters und Führers, Ferdinand Lassalle, indem er, B. Becker, der Einzige ist, welcher ihn seit seinem Tode der Feigheit beschuldigt hat, und erklären ferner, daß B. Becker unfähig ist, die Arbeiter führen zu können. 2) Daß der Social-Demokrat nicht als Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu betrachten ist, indem er an Lügen, Entstellung und Irreführungen **nicht einem** Blatte, und sei es das schlechteste, nachsteht. 3) Ferner, da der Leipziger Bevollmächtigte, Herr Fritzsche, mit Wissen hierzu hülfreiche Hand leistet, macht er sich zum Mitschuldigen und Verräther am Arbeiterstande, und verdient daher dessen vollste Verachtung.

Teubner, Bevollmächtigter.

Vom Büchertisch.

Der Weg zum Geiste. Ein Bild für die Gegenwart von E. A. Roßmäßler.

Ein echtes Volksbuch, belehrend und anregend. In anmuthigster Weise, gleichsam Arm in Arm mit dem Leser, durchwandelt der hochverdiente Verfasser den weiten Weg vom verachteten Kehrichthaufen an, welchen einsam und scheu das Proletarierkind nach Lumpen durchstöbert, bis hin zu dem verschlungenen Kreislauf des Buchhandels. Die Papierbereitung und die vieledle Kunst des Buchdrucks sind die Stationen, auf denen der Verfasser mit Recht am längsten und liebsten verweilt. Auf allen Seiten jedoch merkt man's an der braven Arbeit, daß unser trefflicher Roßmäßler mit ganzer, voller Seele dabei gewesen ist, als er „den Weg zum Geiste" schrieb. Die kleine Schrift ist zugleich eine Huldigung und Ehrengabe, die den edelsten Leistungen der Menschenkraft dargebracht wird; und dieser sittliche, wahrhaft erbauliche Werth des Buches dürfte noch höher anzuschlagen sein, als der künstlerische. Allen Arbeiterbildungsvereinen zumal sei „der Weg zum Geiste" bestens empfohlen.

Erklärung.

Von den Herren v. Beust und Labendorf, unseren Mitgliedern, einerseits und Herrn Hitzschold andererseits zu einer Erklärung aufgefordert, können wir nur unser lebhaftes Bedauern ausdrücken über die durch die Züricher Correspondenz in Nr. 118 der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" hervorgerufenen öffentlichen Zwistigkeiten und Bitterkeiten zwischen Männern, welche in gutem Glauben ihre verschiedenen Ansichten vertraten. Alle drei sind uns als Ehrenmänner und Patrioten bekannt.

Zürich, 8. Mai 1865.

Der Centralausschuß
der Schleswig-Holstein-Vereine in der Schweiz.
K. Nauwerk, Vorsitzender.

Aus Zürich ist uns ferner noch eine Erklärung des Arbeiterbildungsvereins „Eintracht" daselbst, beschlossen in dessen Sitzung vom 29. April d. J. zugegangen, nachdem eine solche früher (10. April) abgelehnt worden. Wir halten es aber im Interesse der Sache, diese Differenzen mit obiger Erklärung zum Abschluß zu bringen und hoffen demnach, unter Bezugnahme auf unsere Bemerkungen in Nr. 122, daß auch der Verein in Zürich, um der Eintracht willen, deren Namen er trägt, damit einverstanden sein wird, wenn wir zur Vermeidung jedes Anhaltspunkts zu neuen Erörterungen hiermit aus seiner Erklärung lediglich das Thatsächliche mittheilen. Die Erklärung stellt fest, daß die Züricher Correspondenz in Nr. 118 nicht alles thatsächlich richtig dargestellt habe; daß die Redaktionswahl für das Felleisen allerdings zu heftigen Debatten Anlaß gegeben, daß von einem näheren Eingehen darauf aber Umgang genommen werde, nachdem die drei Betheiligten aus dem Verein ausgeschieden seien; es wird endlich der Vorwurf jener Correspondenz zurückgewiesen, daß der Verein lärmsüchtige Bursche in seiner Mitte zähle; wenn auch die Meinungsverschiedenheiten in der Hitze der Debatte zuweilen einen scharfen Ausdruck gefunden, so habe der Verein selbst es sich doch stets angelegen sein lassen, den wahren Zweck und die Aufgabe der Arbeiterbildungsvereine nach Kräften zu fördern und innerhalb wie außerhalb des Vereins das Wohl der Arbeiter zu heben.

Briefkasten.

Die bei Schluß unseres Blattes noch eingegangenen Correspondenzen aus Augsburg, Großenhain und Leipzig mußten für die nächste Nummer zurückgelegt werden.

Arbeitsvermittelung.

Es werden in der Baufabrik von Faller & Kuß in Offenburg (Baden) 2—3 tüchtige solide Bauschreiner gesucht, und wird denjenigen, die schon an Maschinen gearbeitet haben, der Vorzug gegeben.

Ebenso würden wir einen in der Bauschreinerei ganz erfahrenen Mann zur Leitung der Werkstätte engagiren.

Verschiedene Anzeigen.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

VII. Originalausgabe.

In 62 wöchentlichen Heften (255 Bogen) in gr. 8. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, von welchem 400,000 Hefte unter den Deutschen in Amerika verbreitet sind, welches in seinen verschiedenen Abtheilungen in wenigen Jahren bereits die 6te Stereotyp-Auflage jenseits des Oceans erlebt, und unter Engländern und Amerikanern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen hat, darf wohl auch im alten Vaterlande des Verfassers und unter seinen deutschen Landsleuten diesseits des Oceans auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für **wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit** im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

…rlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
…chkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 126. Dritter Jahrgang. Sonntag, 28. Mai 1865.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 2spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.
Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Rede am zweiten Stiftungsfeste des Göppinger Arbeiter-Bildungsvereins, gehalten vom Lehrer Böhm, den 26. März (Schluß). Stellenbüreau für Arbeiter in Augsburg. Correspondenzen der Brudervereine von Augsburg, München und Großenhain in Betreff der Arbeiterzeitung. — Der Berliner Arbeiterverein über das Coalitionsrecht. — Der Berliner Buchdruckergehülfenverein über die regelmäßige Sonntagsarbeit. II. **Politischer Theil:** Die Erbweisheit von Gottes Gnaden in der Schule des plebejischen gesunden Menschenverstandes. **Politische Umschau:** Berlin (Aus dem Abgeordnetenhause. Vitriol auf die Fortschrittshäute). Coburg unter königl. sächsischem Einfluß. Nassauerei, Menschenhandel. Sachsenhausen in Waldeck, ein Gensdarm erschießt einen fechtenden Handwerksburschen. Kiel. Rettungsverein für Schiffbrüchige an den deutschen Küsten. Italien hat sich 425 Millionen gepumpt. Papst und König, des langen Haders müde, wollen Frieden schließen. Turin, das Volk Italiens denkt anders und möchte sein Haus rein halten von päpstlichen Kreaturen. Newyork, Proklamation des Präsidenten Johnson. Die Fäden des Mordcomplotts treten mehr und mehr zu Tage. Brasilien wird vielleicht bald erndten, was es gesäet hat. — III. **Vom Büchertisch:** Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika. Volkswirthschaftlicher Arbeiterkatechismus von Dr. B. Hetzlein. — IV. **Vermischtes:** Oesterreich entläßt die weiblichen Telegraphisten, obschon in der Schweiz, in England und Amerika die Erfahrung für deren Brauchbarkeit spricht. Das Berliner Polizeipräsidium gegen den Schwindel mit Geheimmitteln. — V. Druckfehlerberichtigung. — Arbeitsvermittlung. — Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Rede

am zweiten Stiftungsfeste des Göppinger Arbeiter-Bildungsvereins, gehalten von Lehrer Böhm, den 26. März 1865.
(Schluß.)

Nun sollte man freilich meinen, dieses Fortschritts sollte sich jeder freuen, jeder ihn begünstigen und zu fördern suchen, aber dem ist leider nicht so. Aus freilich sehr unlautern Motiven sind viele dem Fortschritt nicht gerade in materieller, aber um so mehr in geistiger Beziehung abgeneigt, viele wünschen die sogenannte gute, alte Zeit zurück, ja suchen das Rad der Zeit zurückzutreiben. Wie es eine Partei des Fortschritts gibt, so findet sich auch eine Partei des Rückschritts, und die Weltgeschichte zeigt uns den Kampf beider Parteien, der nicht nur auf Schlachtfeldern (derzeit in Nordamerika), sondern auch mit Rede und Schrift, in Parlamenten, Ständekammern, Kabinetten, Rathhäusern, Kanzeln rc. ausgefochten wird. — Unter den Feinden des Fortschritts steht oben an und hat sich erst neulich wieder als solcher gekennzeichnet, der Papst und seine Helfershelfer, die Ultramontanen, welche entgegengesetzt allen Bestrebungen der Neuzeit, in der Encyclica und dem Syllabus, Sätze der finstersten Bigotterie und des ungemessensten Rückschritts aufgestellt haben, die aller Vernunft Hohn sprechen, allein gottlob nur dann nachhaltigen Erfolg haben könnten, wenn es möglich wäre, 1000 Jahre aus der Geschichte auszutilgen. Diese schwarze Partei würde, wenn sie die Macht wie den Willen hätte, noch weiter gehen und z. B. gleich jenem Kalifen am liebsten alle Bücher verbrennen und nicht einmal mit der Bibel eine Ausnahme machen, wie jener doch mit dem Koran gethan. In ihrem Sinn freilich hat diese Partei Recht, denn ihr Reich kann blos bestehen da, wo Unwissenheit, Unverstand und Fanatismus in verderblichem Bunde keine freiere Regung aufkommen läßt.

Weitere Feinde des Fortschritts sind auch gewisse Regierungen, welche von dem gleichen Grundsatz ausgehen, wie die obengenannte Partei, und daher glauben, je ungebildeter, unwissender und herabgekommener ein Volk sei, desto leichter sei es zu regieren. Dabei wird aber nicht bedacht, daß die Throne elender, zusammenregierter Völker auch höchst unsicher stehen, so daß sie jeder Windstoß einstürzen kann; denn einem solchen Volke liegt dann auch nichts an seinem Fürsten, es ist ihm am Ende gleichgültig, wer sein Treiber ist. Andere Hauptgegner des Fortschritts sind die Junker, die leider nicht in Preußen und Mecklenburg allein großen Einfluß haben, sondern auch in andern Ländern Hemmschuhe des Fortschritts sind.

Sie können den theilweisen Verlust ihrer Vorrechte nicht verwinden, sehen mit Neid und Haß, daß andere Stände aufkommen; durch Industrie, Handel, Fabrikation reich werden, während sie ihres verschwenderischen Müßiggangs und Wohllebens wegen immer mehr herabkommen und nach und nach verarmen. Sie möchten nicht nur, wie der alte Kaiser Franz von Oesterreich, alles beim Alten lassen, sondern wo möglich die alten verrosteten Zustände wieder zurückbringen.

Aber nicht unter dem Adel allein, nein auch unter dem Bürgerstand sind viele dem Fortschritt abhold, die sogenannten Geldprotzen, Spieße, Philister wollen zwar an den materiellen Vortheilen theilhaben, scheuen aber die Unruhe, die Bewegung, die Mühen, welche den Eintritt neuer, wenn auch besserer Zustände begleiten. Sie haben ihr gutes Essen und Trinken rc., derentwegen wollen sie auch ihre Ruhe haben.

Endlich finden sich auch unter der Masse derer, die, wie neulich ein Abgeordneter sich ausdrückte, in Lederhosen durch das Leben wallen, viele wenn auch meist nur passiv sich verhaltende Feinde des Fortschritts. Auf dieser Klasse ruhte besonders nach dem Bauernkrieg, d. h. nach Niederschlagung des Aufstandes der Bauern gegen ihre Dränger, der härteste Druck, und sie scheint sich deshalb noch am wenigsten gehoben zu haben, meist trägen und stumpfen Geistes geblieben zu sein, was jedoch ehrenvolle Ausnahmen in ganzen Landesgegenden nicht ausschließt.

Selbst mit den Verbesserungen auf ihrem eigentlichen Felde, der Landwirthschaft, geht es trotz der Bemühungen unseres verewigten Königs, nur langsam voran, sie müssen gleichsam aufgezwungen werden; — nun — die Noth, der Mangel an Feldarbeitern und die deshalb übertriebenen Ansprüche derselben werden das Ihrige beitragen, den Saat-, Dreschmaschinen und andern Verbesserungen bei den Bauern Eingang zu verschaffen. Richten wir unseren Blick auf eine erfreulichere Seite unseres Gegenstandes, auf die Freunde des Fortschritts, die Förderer desselben.

Auch unsere Zeit hat erleuchtete Fürsten, edle Staatsmänner und unerschrockene Volkstribunen aufzuweisen, welche dem als gut und brauchbar bewährten Neuen Bahn brechen und mit der Zeit vorwärts schreiten. So hat der zur Zeit in Rußland regierende Kaiser Alexander II. der Leibeigenschaft seines Volkes ein Ende gemacht und ist dadurch der größte Wohlthäter desselben geworden; so arbeiten in unserem Nachbarlande Baden die trefflichen Minister Lamay und Roggenbach unverdrossen an staatlichen Verbesserungen, so erheben allenthalben in den deutschen Ständekammern muthige Volksvertreter das Banner des Fortschritts, um eine Schranke des Volkswohls nach der andern zu entfernen. Nicht minder fördern den Fortschritt die Redakteure freisinniger Blätter, welche das Volk über seine Rechte und Pflichten aufklären, die Schriftsteller, welche die Wahrheiten und Kenntnisse,

welche als Resultate des Forschens der Gelehrten sich ergeben haben, in einfacher, populärer Weise dem Volke darlegen, und so gleichsam das Gold der Wissenschaft in Scheidemünze ausprägen. Dasselbe Verdienst haben auch die Männer, welche in einzelnen Vereinen durch gediegene Vorträge wirken.

Vor allen aber sind als Förderer des Fortschritts zu nennen die großen Denker und Erfinder, denen wir z. B. die Buchdruckerkunst oder die vielen unsere Arbeit erleichternden und rascher fördernden Maschinen verdanken, die uns lehrten, mit den Sonnenstrahlen zu malen, mit dem Dampf zu fahren, mit dem Blitz zu schreiben, welche also die großen Hemmnisse des Verkehrs Zeit und Raum auf ein Minimum eingeschränkt haben.

Und nun das endliche Ziel des Fortschritts. Wie weit wird es die Menschheit noch bringen? Eine schwer zu beantwortende Frage. Wir können darüber nur Vermuthungen aufstellen. Gewiß aber dürfen wir hoffen, daß in dem Kampfe zwischen Nacht und Licht, zwischen Unrecht und Recht, zwischen Rückschritt und Fortschritt der letztere auch ferner, wie seither, siegen wird, und daß, weil jeder neuen Generation die Errungenschaften aller vorangegangenen zu Gute kommen, sie auch immer weiter und rascher vorwärts kommen kann und wird. Erlauben wir uns in dieser Beziehung einige Andeutungen.

Im Laufe der Zeit wird Gesittung und Bildung immer mehr auch die bis jetzt weniger davon berührten Massen durchdringen, schon darum, weil voraussichtlich durch immer neue Entdeckungen und Erfindungen oder durch allgemeine Einführung der bereits gemachten, die Kräfte der Natur immer mehr in unseren Dienst treten, und uns die schwersten, gröbsten, zeitraubendsten und geisttödtenden Arbeiten abnehmen werden, somit auch die Klassen, welche seither ihre ganze Kraft und Zeit zum Erwerb, d. h. zur Befriedigung ihrer leiblichen Bedürfnisse anwenden mußten, künftig mehr Muße haben werden, sich auch mit geistigen Dingen zu beschäftigen. Ferner wird durch die oben erwähnte häufigere Benützung der Naturkräfte, durch bessere Einrichtungen zc. die Produktion der Rohstoffe und Kunstprodukte zunehmen, und dadurch sowie durch völlige Wegräumung aller Hindernisse in Handel und Wandel, Abschaffung der stehenden Heere, aller Privilegien und Sinecuren, durch vereinfachte Staatsverwaltung, Minderung der Beamtenheere, Aufhebung der Steuern auf Lebensmittel zc., der Wohlstand im allgemeinen steigen, und wenn wir auch, wie Jesus sagt, allezeit Arme haben werden, so wird doch für diejenigen, die unverschuldet in Noth und Elend gerathen, besser als seither gesorgt werden können, es wird mehr Bildungsanstalten, Versorgungshäuser, Asyle, aber weniger Zuchthäuser, Klöster, Kasernen, Festungen zc. geben, es werden an den Bequemlichkeiten und Lebensgenüssen, namentlich geistigen, immer mehr Menschen theilhaben können. Selbst, um auch in Einzelnes einzugehen, die durchschnittliche Lebensdauer wird sich erhöhen, durch zweckmäßigere Lebensweise, gesundere Wohnungen, bessere Kost und Pflege, mehr Einsicht zur Vermeidung und Heilung von Krankheitsfällen, Turnübungen zc. Endlich wird auch einmal die Zeit kommen, in der die Duelle einzelner, sowie die Kriege ganzer Völker als das angesehen werden, was sie sind, d. h. als Barbarei, und einem wirklichen ewigen Frieden weichen müssen.

Eine Einigung der Länder Europa's zu einem Föderativstaat, der die Streitigkeiten der einzelnen Völker durch ein oberstes Schiedsgericht entscheiden würde, könnte jeden Krieg, diese grausamste Geißel der Menschheit, unmöglich machen und dann würde eintreten, was ein gottbegeisterter Seher weissagte, das tausendjährige Reich Christi auf Erden, das Reich des Friedens, in welchem die Schwerter sich in Pflugscharen umwandeln.

Es mag dies mancher für ideale Träumerei halten, es kann auch sein, daß die Menschheit zu ewigem Kampf und Ringen bestimmt, nie an einem ganz befriedigenden Ziele ankommt, dennoch wollen wir uns demselben wenigstens zu nähern suchen, und in unserem Theil und in unserem Verein, rastlos und unverdrossen wirken für die große und gute Sache des Fortschritts. Amen!

Stellen-Büreau für Arbeiter.

Vielseitig sich mehrende Klagen über Mangel an tüchtigen Arbeitskräften und das immer dringender sich geltend machende Bedürfniß einer zeitgemäß organisirten, für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich leichten, sichern, schnellen und kostenfreien Arbeits-Vermittlung haben den „Augsburger Arbeiterfortbildungsverein" veranlaßt, im Sinne des von Herrn Fr. Wirth zu Frankfurt a. M. auf dem zweiten Vereinstage deutscher Arbeiter zu Leipzig entwickelten Antrage, die **Regulirung des Arbeitsmarktes** auch in den Bereich seiner Thätigkeit zu ziehen. Bei Erörterung der, die Interessen des ganzen Gewerbsstandes tief berührenden Frage eines geregelten Arbeits-Nachweises mußte der Hinblick auf den gegenwärtigen Aufschwung und die erleichterte Belebtheit aller Verkehrsverhältnisse, — zumal aber auch der schon jetzt vielfach gelockerte Zunftzwang und die in nahe Aussicht gestellte Einführung völliger Gewerbsfreiheit es sofort klar erkennen lassen, daß das bisherige Herbergswesen unmöglich mehr genügen kann, dem Anerbieten und dem Aufsuchen von Arbeit zum wirksamen Mittelpunkte zu dienen. Weitaus die Mehrzahl der Arbeiter benützt schon jetzt das schnelle und deshalb verhältnißmäßig billige Eisenbahnreisen; die dadurch erzielte Ersparniß an Zeit und Geld will dann aber der verständige Arbeiter auch nicht wiederum aufopfern durch langes müßiges Herumlungern in den Stationsorten und dessen Wirthshäusern; er nimmt in einem, dem Bahnhofe zunächst gelegenen Gasthause vorübergehend seine Einkehr, sucht in möglichst schneller Weise sich über Gelegenheit zur Beschäftigung, oder Fehlen derselben Gewißheit zu verschaffen und tritt dann, wenn nicht besondere Anlässe zur sonstigen Belehrung in seinem Fache am Orte des augenblicklichen Aufenthaltes sich darbieten, in thunlichster Bälde seine Weiterreise an, oft sogar auf das übliche Wandergeschenk (Viaticum, Innungs- oder Stadtgeschenk) verzichtend. Ueberdies hat schon jetzt die Erfahrung ganz überzeugend gelehrt, daß es meist gerade die brauchbarsten, empfehlenswerthesten Arbeiter sind, welche, das Aufsuchen oft entlegener Herbergen verschmähend, gerade jene Weise des Reisens vorziehen; meist einem oder dem andern Gesellen- oder Arbeitervereine angehörend, finden sie auch im Falle der Mittellosigkeit im Lokale des entsprechenden hiesigen Vereines nebst freundlicher Ansprache ganz freie oder billige Unterkunft, oder erhalten doch dieselbe nachgewiesen. Dadurch wird erklärlich, daß einestheils Gewerbsmeister, welche nach alter Gewohnheit ihre einzustellenden Arbeiter nur auf den betreffenden Herbergen aufsuchen, die Arbeit bei ihnen lediglich dort ansagen lassen wollen, oft wochenlang ohne allen Erfolg ihre desfallsigen Bemühungen fortsetzen müssen, während andererseits manche tüchtige Arbeitskraft, die ebenso gern Verwendung erhalten als angenommen hätte, ungenützt hier vorübergeht.

In Erwägung all' dieser Verhältnisse, deren Nachtheile noch durch eine Menge von Einzelheiten weiter zu beleuchten wären, konnte der hiesige Arbeiterfortbildungsverein nur in Errichtung eines

Stellen-Büreau's für Arbeiter

die Möglichkeit finden zur Beseitigung jener obwaltenden Mißstände und zur Schaffung eines zeitgemäß geregelten, die Interessen des Arbeitgebers wie des Arbeitsuchenden gleichmäßig berücksichtigenden Arbeit-Nachweises. Demgemäß wurde die Etablirung und Unterhaltung eines solchen Stellen-Büreau's vom hiesigen Arbeiterfortbildungsverein in seiner Versammlung vom 10. April d. J. einmüthig beschlossen und sofort auch das unverweilte Inslebentreten dieser Arbeitsnachweisanstalt durch das Entgegenkommen eines Arbeiter-Freundes ermöglicht, und zwar liegen nunmehr, vom 9. Mai d. J. beginnend, sowohl

im Lokale des Arbeiterfortbildungsvereins bei Herrn Bierbräuer Herrle (ehemals Willich, am Milchberg),

als in der Expedition des „Augsburger Anzeigblattes", Ludwigsstraße, D. 211 nächst der königl. Post,

welche sich dem Betriebe des „Stellen-Büreaus" zu unterziehen die Gefälligkeit hatte, fortwährend Listen auf, deren eine Rubrik von den Arbeitgebern, und deren zweite von den Arbeitsuchenden mit ihren Namen und ihrer Adresse, sowie mit der Angabe des Gewerbes ausgefüllt wird, für welches entweder Arbeit angeboten, oder in welchem Beschäftigung gesucht wird; eine dritte Rubrik ist für nähere Bezeichnung des Geschäftszweiges oder der besonderen Fertigkeit bestimmt, welche als erforderlich oder als gewünscht ausdrücklich bemerkt werden will; also z. B. bei Schreinern: ob für Möbel- oder für Bauarbeit; bei Schlossern: ob für Kunst-, Fabrik- oder Bauarbeit zc. zc. Diese Listen werden dann, je nach Bedürfniß wöchentlich ein- oder zweimal durch das „Augsburger Anzeigblatt" (unter Weglassung der betreffenden Namen) in der Weise veröffentlicht, daß es z. B. heißt: „Für zwei Bauschreiner sind in Augsburg, für mehrere Buchbinder, die im Vergolden geübt sind, in Kempten Stellen offen" zc. zc.; oder im andern Falle: „Uhrmacher, in Reparaturarbeiten geübt, — Schlosser, in Fertigung feuerfester Geldschränke gewandt, suchen in Augsburg oder außerhalb binnen 14 Tagen Arbeit" zc. zc. — Außerdem werden diese Listen aber auch dem in Frankfurt a. M. erscheinenden „Arbeitgeber", einem über ganz Deutschland, ja selbst über den Ocean hin verbreiteten Organe für deutsche Arbeit, zur Aufnahme in seine monatlich erscheinenden Uebersichten der offenen und gesuchten Stellen zugesendet und endlich sollen die betr. Listen auch in den von Arbeitern vorzugsweise besuchten hiesigen Gasthäusern aufgelegt oder angeschlagen werden.

Es wird selbstverständlich durch solchen Betrieb eines „Stellen-Büreau's für Arbeiter" deren Interesse sowie das der Arbeitgeber in gleicher Weise gefördert, ohne daß nach irgend einer Richtung hin eine Benachtheiligung oder eine Beschränkung der Willensfreiheit geschaffen würde; zumal den Arbeitsuchenden aber erwächst dadurch, daß die Arbeitsvermittelung durchaus kostenlos geschieht — (es wird lediglich eine Anfrage-Gebühr von 2 kr. erhoben) — eine sehr wesentliche Ersparniß an Zeit und an Geld. Demnach ergeht nun aber nicht nur an die Arbeiter und Gewerbsgehülfen selbst, — sondern besonders auch an die Herren Gewerbsmeister und Geschäftsbesitzer, — sie mögen ihren Beruf fabrikmäßig oder durch Handarbeit betreiben, — die dringende Einladung zur allseitigen Benützung dieser neuen, zeitgemäßen Anstalt. Das „Augsburger Stellen-Büreau" für Arbeiter wird jedem angemessenen Wunsche nach Möglichkeit gern zu entsprechen und den das Institut benützenden

Arbeitgebern wie Arbeitsuchenden besonders auch durch Auflage je der neuesten Nummer des „Arbeitgebers" nützlich zu werden suchen, durch dessen Einsichtnahme dann auch die Verhältnisse und der Stand des auswärtigen Arbeitsmarktes zur Kenntniß der Betheiligten gelangen.

Augsburg, im Mai 1865.

A. Scharff.

Auf Vorstehendes bezugnehmend, zeigen wir hiemit die nunmehrige

Eröffnung des Augsburger Stellen-Büreau's für Arbeiter

mit dem Wunsche an, daß das Nützliche und Zweckgemäße dieser Einrichtung allseits anerkannt und benützt werden möge.

Augsburg, 8. Mai 1865.

Die Verlags-Expedition des „Augsburger Anzeigblattes."

Augsburg, 11. Mai. Aus der vorstehenden Mittheilung ersehen Sie, was bei uns in Betreff der „Regulirung des Arbeitsmarkts" geschehen ist. Was die uns lieb gewordene Arbeiterzeitung anbelangt, so würden wir deren Aufhören unendlich bedauert haben, und wenn es uns auch auf der anderen Seite etwas hätte beruhigen können, wenn der ständige Ausschuß im Fall des Eingehens sich um einen Ersatz angenommen haben würde, so hat es uns doch bei dem letzten Quartalwechsel um so mehr erfreut, daß Herausgeber und Verleger trotz der großen Opfer, trotz der vielfachen Verkennung und des gröbsten Undanks aus einzelnen Vereinen und von deren Wortführern doch nicht sich haben abhalten lassen, diese Zeitung vor der Hand noch fortzuführen und daß Sie selbst das Anerbieten des ständigen Ausschusses zurückgewiesen haben, so daß wir die bewährten Leiter noch länger an der Spitze unserer Zeitung sehen. Obschon wir gegen den ständigen Ausschuß selbst nicht das geringste Mißtrauen hegen, sondern im Gegentheil ihm eben so gut unser Vertrauen und unsere Hochachtung zuwenden, so glauben wir doch, daß er es schwerlich besser und Jedem recht machen könnte. Wir haben von Anfang an die Zeitung gehalten, gelesen, und gefunden, daß sie bisher mit eiserner Ausdauer, mit treuer Liebe und Hingebung für die Arbeitersache und mit rastlosem Eifer das wahre Wohl und die wahren Interessen des Arbeiterstandes zu fördern suchte, daß Herausgeber und Verleger wahrhaft aufrichtig und ernstlich es meinten und nicht im Entfernteren ihr eigenes Interesse oder eitle Ehre dabei suchten. Der Verleger hat die Mühseligkeiten des Anfangs nicht gescheut, hat willig bisher große Opfer dafür gebracht, wozu sich wohl nicht leicht ein Zweiter herbeigelassen hätte, warum sollten wir und gewiß die meisten Brudervereine solches nicht dankbar anerkennen und von Herzen wünschen: Derselbe möge noch recht lange, aber mit günstigerem Erfolge mit eben derselben aufrichtigen Liebe und unermüdlichem Eifer die Arbeitersache durch unser Organ vertreten, das echten deutschen Geist athmet, und unerschrocken Jedem, den Fürsten wie den Arbeitern, die Wahrheit sagt und selbst sie annimmt, die freilich nicht nur Fürsten und Gewaltige, sondern auch die Arbeiter selten gerne hören. — Möge derselbe freie Geist diese Zeitung auch ferner durchwehen. Wir wollen keineswegs sagen, daß die Zeitung nicht könne verbessert werden, daß sie nicht noch Unvollkommenheiten habe und der Verbesserung darum auch bedürfe, aber wir geben auch gerne zu, daß bei ausreichenderen Mitteln auch um so viel Ausreichenderes geboten werden kann. Wir müssen aber auch ebensogut anerkennen, daß bei den spärlich und unzureichend zugemessenen Mitteln sehr reichlicher, kräftiger und gesunder Stoff geboten wurde, und wir fühlen uns gedrungen für Alles dieses, das die Herausgeber und der Verleger auch für uns gethan haben, sowie für das treue mannhafte Festhalten an unseren Fortschrittsbestrebungen unsere herzliche Anerkennung und vollste Zufriedenheit auszusprechen.

Mit freundlichem Gruß und deutschem Handschlag

Der Arbeiterfortbildungs-Verein Augsburg.

Im Namen dessen

Aug. Scharff, I. Vorstand.

München, 3. Mai 1865. Der hiesige Verein beschäftigte sich in jüngster Zeit mit der hochwichtigen Frage über das Fortbestehen der Arbeiterzeitung und wurde im Allgemeinen ausgesprochen, daß die von den Verlegern proponirte Anzahl von 3000 Exemplaren viel zu gering sei für eine den Arbeitervereinen angehörende Mitgliederzahl von 37,000. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, den ständigen Ausschuß zu ersuchen, folgenden Antrag beim nächsten Arbeitertag zur Verhandlung bringen:

„Der Münchener Arbeiterbildungsverein beantragt beim ständigen Ausschuß, daß das Organ, die „Allg. deutsche Arbeiterzeitung" als obligatorisches Bildungsmittel nicht nur empfohlen wird, sondern daß dasselbe von jedem Mitglied gehalten werden muß."

Es scheint uns nun nothwendig, auszuführen, wie es möglich ist, daß diesem Antrage Folge gegeben werden kann. Wenn 37,000 Exemplare verbreitet werden à 6 kr. monatlich, ist es trotz dieser Preisermäßigung möglich, alle Kosten zu decken, die Zeitung an die betreffenden Orte in ganzen Packeten franco zu übersenden und nicht nur allmählich die Verluste abzutragen, welche der Verleger bisher hatte, sondern nach deren Deckung auch noch regelmäßige Ueberschüsse für die gemeinsamen Angelegenheiten zu erübrigen. Vorstehender Antrag ist unter gleichem Poststempel an den ständigen Ausschuß gelangt. — Die Ausschußwahl am 1. Mai ergab folgendes Resultat: Strohbach I. Vorstand, Braunmüller II. V., Schubert I., Tugendhat II. u. Oberarzbacher III. Schriftführer, Herold Cassier, und Reiter Rechnungsführer. — Das Local befindet sich wieder in den drei Rosen am Rindermarkt. — Stundenplan derselbe wie im verflossenen Vierteljahr. — Vorträge: Hr. Weber über deutsche Classiker; Hr. Dr. Dachauer über Blei und Bleivergiftungen; Hr. Heß über Gasbereitung; Hr. Dr. Knorr, Hr. Dr. Zechmeister, Hr. Dr. Meier über Gesundheitspflege; Hr. J. Korr über deutsche Geschichte; Hr. Dr. Adler über Coalitionsrecht und dessen Geschichte.

Wir stellen ferner das Ersuchen an die Redaktion, die Locale der Vereine am Schlusse des Blattes zu veröffentlichen.

Schließlich zeigen wir unseren Brudervereinen an, daß wir unser 3. Stiftungsfest am 1. und 2. Pfingsttag abhalten werden, wozu wir dieselben freundlichst einladen.

Der Ausschuß des Arbeiterbildungsvereins München.

Friedr. Strohbach, I. Vorstand,
Robert Schauer, I. Schriftführer.

Großenhain, den 13. Mai. An die geehrte Redaktion! Es ist in der That sehr bedauernswerth, daß die völlig unbegründeten Angriffe auf unser ehrenwerthes, unersetzliches Vereinsorgan sich trotzdem, daß mit wenigen Ausnahmen alle auf dem Princip der Selbsthülfe bestehenden Arbeitervereine sich für Erhaltung desselben, sowie mit der Tendenz des Blattes vollständig einverstanden erklärt haben, von gewissen Seiten her mehren. Die Einen sagen: so viel Politik. Daß Gott erbarm, fast zu wenig möchte man sagen. Die Arbeiterfrage hängt unstreitig mit der Politik eng zusammen und läßt sich durchaus nicht von ihr trennen, wenn man den Arbeitern nicht blauen Dunst vormachen will. Die Andern geben vor, die ganze Sache wäre Buchhändlerspeculation. Es scheint uns aber vielmehr wahrscheinlich, daß die ungerechten Angriffe auf Buchhändlerspeculation beruhen und aus derselben hervorgehen. Und wenn die Letzteren mit der Ausschließung der Politik nicht etwa in hohen Kreisen einen guten Willen und was damit zusammenhängt sich machen wollen, so gehören sie eben zu den Halben, Viertels und Achtels Leuten, von welchen der achtungswerthe Gustav Struve in seinem Werke „Diesseits und Jenseits des Oceans" spricht. Diese Leute sind stets der Ruin der Sache gewesen, der sie sich angeschlossen haben. Wir fordern daher alle Brudervereine von nah und fern auf, sich nicht in die gestellte Falle locken zu lassen und ihre Sympathie für unser bis jetzt mit Fähigkeit und großer Aufopferung von Seiten seiner Leiter fortgeführtes Vereinsorgan auszusprechen.

Es zeichnet sich mit Gruß und Handschlag

Der Vorstand des Arbeiterbildungs-Vereins.

Im Auftrag

Gustav Ringpfeil, Tallsortirer,
d. Z. Vorsitzender.

Der Berliner Arbeiterverein setzte vorigen Montag die Diskussion über Arbeiter-Coalitionen und Lohnerhöhungen fort und nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an: In Erwägung, daß Arbeiter-Coalitionen zur Herbeiführung höherer Arbeitslöhne gesetzlich nicht gestattet sind, daß die Frage der Lohnerhöhung also auch lediglich Sache der freien Vereinigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein kann; — in Erwägung ferner: daß die in verschiedenen Gewerken beantragten Lohnerhöhungen bereits zu Einigungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt haben, erklärt der Berliner Arbeiterverein: 1) daß die Anträge auf Lohnerhöhung zwar ihre Berechtigung haben, daß es aber nicht Sache des Vereins sein kann, darauf hinzuwirken, daß solche überall eintreten; 2) daß eine nachhaltige Verbesserung der Lage der Arbeiter auch nicht allein durch Lohnerhöhung bewirkt werden kann, vielmehr lediglich nur durch Erlangung höherer Bildung, politischer und wirthschaftlicher Freiheit, wie solche letztere in dem von Schulze-Delitzsch gelehrten Prinzip des Genossenschaftswesens zu erreichen ist. Dafür nach Kräften überall zu wirken, erkennt der Verein nach wie vor als seine Aufgabe. — Hiernach theilte Herr Bandow noch mit, daß Hoffnung vorhanden sei, einen Cyclus von Vorträgen hervorragender Freunde des Vereins zu ermöglichen, und legte danach, seiner sehr angegriffenen Gesundheit halber, für mehrere Monate sein Amt als Vorsitzender nieder.

(Berl. Ref.)

Der Berliner Buchdrucker-Gehülfen-Verein hat in seiner Versammlung am 16. d. M. einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Aus Veranlassung der Wiedereinführung der regelmäßigen Sonntagsarbeit in hiesigen Buchdruckereien hat der Berliner Buchdrucker-Gehülfen-Verein folgende Resolution angenommen: In Erwägung, 1) daß körperliche wie geistige Erholung nach angestrengter sechstägiger Arbeit für jeden Arbeiter dringendes Bedürfniß ist; 2) daß eine durch nichts, als den nothdürftigen Schlaf unterbrochene Berufsthätigkeit die zur Arbeit erforderliche Kraft schwächt und den Arbeiter von jedem höheren sittlichen Streben fernhält und zu demselben unfähig macht; 3) daß der Lohn der sechstägigen Arbeit dem Arbeiter ein Auskommen gewähren muß, und erfahrungsmäßig sich die Lage des Arbeiters bei siebentägiger um nichts besser gestaltet; 4) daß die Einführung der Sonntagsarbeit als Concurrenzmittel als durchaus verwerflich zu erachten; 5) daß der „freie" Arbeiter weder hinter den Sclaven der Völker des Alterthums, noch hinter denen der Jetztzeit zurückstehen kann und will, erklärt der Berliner Buchdrucker-Gehülfen-Verein die Einführung der Sonntagsarbeit für eine die materielle und geistige Wohlfahrt schädigende, vom sittlichen Standpunkte durchaus zu verwerfende Einrichtung, und fordert unter Berufung auf frühere in diesem Sinne stattgehabte Bestrebungen alle Arbeitervereine, sowie alle wohlwollenden Arbeitgeber auf, ähnliche Kundgebungen zu veröffentlichen und der Unsitte der Sonntagsarbeit in den Werkstätten nach Kräften entgegenzuwirken."

☞ Die Correspondenzen neueren Datums als die vorstehenden, mußten wegen Mangels an Raum für die nächste Nummer zurückgelegt werden.

Politischer Theil.

Die Erbweisheit von Gottes Gnaden in der Schule des plebejischen gesunden Menschenverstandes.

Das große Stück Weltgeschichte, das Amerika in dem kurzen Zeitraum weniger Jahre durchgemacht hat, schreibt die „Berliner Volkszeitung" in einem ihrer jüngsten Leitartikel, ist in seinen Einzelbegebenheiten lehrreicher, als wir es darzustellen vermögen und wird in seinen Erfolgen einflußreicher auf die Entwickelung der Menschengeschichte sein, als man es gegenwärtig zu bezeichnen im Stande ist.

Es sind in diesem Kriege Thatsachen hervorgetreten, die man ohne solche Erfahrungen für absolut unmöglich hätte halten müssen.

Eine demokratische Republik von einem Umfang, wie man ihn in der Regel selbst für eine Monarchie als viel zu groß hält, geräth in einen Bürgerkrieg, der Anfangs blos auf Trennung in zwei unabhängige Theile abzielt. Es ist nicht etwa ein Einheitsstaat, der in zwei Theile zerfallen will, sondern ein Bundesstaat, bestehend aus vielen Einzelstaaten, in welchem eine Gesammtgruppe von Staaten dahinstrebt, aus dem Bunde zu treten und einen gesonderten Bund zu bilden. Dem steht eine Verfassung entgegen, welche weder eine naturgemäße noch eine althistorische Nothwendigkeit in sich trägt, sondern einzig und allein eine ideale Autorität der einmal gesetzlich gewordenen Zustände beansprucht! Dieses Ideal eines Bundesstaates gewinnt ein so gewaltiges Uebergewicht, daß zu dessen Aufrechthaltung inmitten eines vollkommen freien Volkes ein Krieg siegreich zu Ende geführt wird, wie ihn die Weltgeschichte so groß an Opfern nicht noch einmal aufzuweisen hat!

Wenn man bisher des Glaubens war, daß Bundesstaaten nur ein lockeres Gefüge ihres Bestehens haben und leicht auseinanderfallen, sobald der Selbstständigkeitstrieb der Einzelstaaten bei ihrem Wachsthum erwacht, so lehrt die große Thatsache in Amerika, daß diese Theorie falsch sei. Ein Gebiet, in welchem sehr wohl zehn Staaten von großem Umfang neben einander hätten natürlich existiren können, wird durch nichts als eine Verfassung zu einem Bunde gestempelt, und diese allein, die man bei uns beliebt ein „Blatt Papier" zu nennen, hat so mächtige Wurzeln in einem in vollster Freiheit aufgezogenen Volke, daß zu ihrer Bewahrheitung und Aufrechthaltung ein Krieg von solchem Umfang geführt wird!

Ist diese Thatsache ausreichend darzuthun, daß in Bundesstaaten und in freien Völkern ein gewaltiges Gefüge des Bestehens obwalten kann, dessen sich viele Einheitsstaaten nicht rühmen können, so ist die Erfahrung noch viel wichtiger, daß es in solchen Fällen auch nicht der centralisirenden Form der Monarchie bedarf, um verschiedenartige Bundesgebiete in einer Einheit zusammenzuhalten. Was wir 1846 im Sonderbundskrieg der Schweiz im Kleinen gesehen haben, wo die Sonderbündler gleichfalls dem Bunde gewaltsam unterworfen wurden, hat die Welt in den letzten Jahren im größten Maßstab nochmals erlebt. Während die Niederlande unter einer monarchischen Verfassung in zwei Theile auseinanderfielen, während der österreichische Kaiserstaat trotz der sogenannten einigenden Kraft der Dynastie nur mühsam seine Theile zusammenhält, zeigt ein bei vollster Selbstständigkeit der Einzelstaaten bestehendes Staatenbündniß eine Kraft des Zusammenhanges unter republikanischer Form, die man im höchsten Grade anstaunen muß.

Eine weitere Lehre, die allen bisherigen Theorien widerspricht, ist die Thatsache der gewaltigen Kriegsfähigkeit eines völlig freien Gemeinwesens.

Bisher pflegt man immer aus der Geschichte des Alterthums den Beweis zu führen, daß Republiken nur kriegsfähig seien, so lange sie von einer Aristokratie geleitet werden, daß eine Demokratie stets bei ausbrechendem Kriege in einer Militär-Diktatur ihr Ende findet und daraus sich der Cäsarismus entwickeln müsse, an dessen Spitze Derjenige tritt, der das Heer in Händen hat.

Auch diese sogenannte geschichtliche „Wahrheit", für welche Louis Napoleon einen gleichen Respect der „Heiligkeit" fordert, „wie vor den Wahrheiten der Religion" — und wären es auch nur die des Korans, die er gegenwärtig den höchst glücklich gemachten Arabern in Algier offenbart — auch diese sogenannte geschichtliche Wahrheit hört auf, eine Wahrheit zu sein. Amerika ist kriegsfähig, und so sehr kriegsfähig, daß der kriegsfähigste Imperator, der Kaiserthrone in Mexico improvisirt, einen kleinen Schauder vor dem Gedanken empfindet, daß die Amerikaner ihm einen gewaltigen Strich durch die Rechnung machen könnten. Eine Republik ist kriegsfähig, und was noch mehr werth ist, sie fürchtet keinen Cäsarismus. Der Präsident der Republik, der nichts weiter für sich hat, als das Gesetz und die Stimme des Landes, stampft Heere aus dem Boden, entbietet tausend Millionen in Anleihen, stellt Generäle an die Spitze des Krieges, setzt sie ab, wenn sie seinen Erwartungen nicht entsprechen; streicht ihre Conventionen, wenn sie ihm widerstreben; ja er gebietet kaum acht Tage nach Beendigung des Krieges die Entlassung von 400,000 Soldaten, ohne auch nur einen Hauch einer Diktatur oder eine Anarchie zu fürchten!

Diesen ganz neuen Lehren einer neuen Geschichte, deren Wahrheit jedenfalls thatsächlicher ist, als manche andere, welche die sogenannte „Heiligkeit der Religion" im Sinne L. Napoleons für sich in Anspruch nimmt, schließt sich noch eine Reihe anderer Thatsachen von gleich großer Lebenskraft an.

Daß die Autorität etwas Anderes sein muß, als die Majorität, galt bisher in gar vielen Kreisen für ausgemacht. Daß die Autorität erst Autorität ist durch den freien Willen der Majorität, ist eine neue Lehre, die man sich fortan wird merken müssen! — In gewissen Kreisen waltet noch der Aberglaube, daß der Staat in Stücke zerfällt, sobald man einer Volksvertretung eine Macht einräumt; daß dem durchaus nicht so ist, lehrt Amerika in seinem gewaltigen Krieg und gewaltigen Sieg! — Daß Staatsmänner nur emporblühen in der höheren Region der diplomatischen Aristokratie, ist ein sehr verbreiteter guter Glaube; daß auch diese historische Wahrheit nicht wahr ist, davon gibt Amerika ein glänzendes Beispiel. — Daß Kriegshelden nur auf einem Boden gedeihen, der dicht mit Kadettenhäusern bepflanzt wird, ist ein Axiom, dessen Ableugnung nur Ketzern in den Sinn kommen konnte; Amerika jedoch hat in schwerer Ketzerei Helden an den Tag gebracht, die die Tageshelden aller Orten und aller Orden weit überstrahlen. Und merkwürdig: selbst so ausgemachte Dinge, wie Fortifikation und Flottenbau, die doch gewiß nur die sogenannten Autoritäten verstehen, haben in dem höchst ungeschichtlichen Amerika einen neuen Aufschwung erhalten.

Man studirt jetzt sehr ernstlich die außerordentlich schnell improvisirten Befestigungen, welche in Amerika in riesigem Maßstab ausgeführt worden sind; und die Autoritäten, die sehr entrüstet gegen die Majoritäten sind, verlangen Panzerfregatten, die erst dem amerikanischen Kriege ihr Entstehen verdanken.

Gewiß, das sind neue Lehren! Sie werden ihre Früchte auch der alten Welt bringen! Aber sie werden schwerlich dem Glauben an die Monarchie und der Anhänglichkeit an ihre Institutionen und an ihre legitimen Vertreter zu Gute kommen. Es wird gut sein, wenn man sich in diesen Kreisen allmählig einige Bescheidenheit angewöhnt und mit dem Gedanken sich vertraut macht, daß die Fortsetzung unlirdsamen Regiments der Ueberzeugung deutliche Verbreitung verschaffen könnte, daß gewisse Einrichtungen und deren Träger überhaupt nicht mehr zu den unbedingt nothwendigen Bedürfnissen der Völker gehören „möchten, könnten und dürften." Entsetzlich, aber gar nicht so unmöglich.

Politische Umschau.

Berlin. (Aus dem Abgeordnetenhause.) Aus einer Rede des Abgeordneten Ziegler von Brandenburg über den dem Hause vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Gerichtsbarkeit der preußischen Consuln, entnehmen wir Folgendes:

Nachdem der Abg. Dr. Waldeck ausgeführt hatte: die Vorlage sei ein Gelegenheitsgesetz, hervorgerufen durch die Anregung des Abgeordnetenhauses; das Gesetz stelle den Consul als einen vollständig allmächtigen Mann hin, dem jedoch in der Regel jede richterliche Erfahrung fehle; es sei nicht möglich, nach dem Princip des nationalen Rechtes, nach diesem Gesetz zu entscheiden und es sei in der That das Erstaunlichste, was ihm bisher in seiner gerichtlichen Praxis vorgekommen, — äußerte sich Abg. Ziegler wie folgt:

„Da unsere Handelsbeziehungen sehr erweitert sind, und da ich mich erinnerte, daß Chateaubriand schon auf dem Congreß zu Verona gesagt: „Die Zeit der Gesandtschaften ist vorüber und die der Consulate bricht an" — so erwartete ich eine etwaige Umarbeitung und Erweiterung dieses Gesetzes im Interesse des Handels und der Gewerbe. Da kommt mir vorgestern dieser Gesetzentwurf in die Hand und ich finde zu meinem Erstaunen, daß er sich um nichts Anderm beschäftigt, als mit der Erweiterung der Gerichtsbarkeit der Consuln. Es sollen danach diese Consuln nicht mehr blos die in Art. 5 A gedachte schiedsrichterliche Jurisdiction haben, vielmehr sollen alle Preußen im Orient und in Asien bei ihnen ihr Forum haben, in Civil- wie in Criminalsachen. Ein solcher Consul soll einen Preußen bis zu 15 Jahren Haft verurtheilen können. Ich habe dagegen mein Amendement zu § 1 gestellt, wonach ich die Sache beim Alten belassen und den Preußen berechtigen will, freiwillig beim Consul Recht zu nehmen oder aber sich den Gerichten des Landes, in denen er lebt, zu unterwerfen. Als ich nach den Gründen einer so exorbitanten Ausdehnung der Consularrechte suchte, fand ich in den Motiven zu § 1, daß man eine Lücke entdeckt habe, die man ausfüllen wolle. Bei diesem Worte überlief es mich, und es wurde mir nicht schwer, zu entdecken, wohin die Absicht der Regierung hinausgeht. Mein Herr Vorredner sagte, man müsse sich einigermaßen die Umgebung der Frage klar machen: nun, ich will ihm etwas von dieser Umgebung mittheilen. Vor etwa acht Jahren wurden auf russischen Antrieb und mit preußischer Hülfe und mit preußischen Beamten Polizeidirectionen in Kairo und Alexandrien errichtet, die der Vicekönig bezahlen mußte und die jetzt wieder aufgelöst sind. Ich frage, ob sie den Zweck hatten, etwa die Egypter vor Diebstahl, Raub und Mord zu sichern? Sie hatten keinen andern Zweck, als die armen Flüchtlinge, die unglücklichen Polen und Deutschen, zu überwachen, die dort Zuflucht gefunden hatten. Nun will man die Consuln Preußens mit der Gewalt bekleiden, alle Preußen vor ihr Forum zur Untersuchung zu ziehen, einzukerkern, zu 15 Jahre zu verurtheilen oder sie auszuliefern. Das, m. H., ist nichts Anderes als eine Mausefalle, zu deren Errichtung ich nicht beitragen will. Es werden Einige sagen: Dein Mißtrauen geht zu weit! Ich wünschte, m. H., Sie erfüllten sich alle mit diesem Mißtrauen. Ich habe meinen Freunden beim Beginn der neuen Aera vorausgesagt, wohin ihr Vertrauen führen wird, und sie erkennen jetzt alle an, daß ich richtig gesehen. Ich will nichts wissen von der Competenz der Consuln, wenn Sie mir auch sagen, man werde Ehrenmänner dahin setzen. Ich perhorrescire diese Art Richter, und ich glaube mit Recht. Ich habe schon einmal einen Gerichtshof perhorrescirt, aber der Justizminister Simons nahm darauf keine Rücksicht: ich wurde abgesondert von allen Steuerverweigerern vorgenommen und meine Richter setzten sich mit der Erklärung nieder, sie würden als „Ehrenmänner" ihre Schuldigkeit thun. Nun, sie haben auch ihre „Schuldigkeit" gethan, sie haben mich verurtheilt, ich habe auf der Festung gebüßt, der Einzige in Preußen, der Einzige unter 226 Steuerverweigerern. Der Abg. Gneist meint, unsere Consularbeamten würden weniger bestechlich sein als alle anderen: das weiß ich und davon kann bei preußischen Richtern überhaupt nicht die Rede sein. Aber, m. H., es gibt eine Bestechung durch sich selbst, durch den Mangel einer festbegründeten Charakterbildung und solcher Bestechung sind wir alle nach dem Maße der Schwäche unseres Charakters unterworfen. Darin gründet sich meine Furcht vor außerordentlicher, in eine Hand gelegter Gewalt. Es werden Einige sagen, vielleicht werde ich einsehen, wie wohl der Schutz des Vaterlandes thue, wenn ich in's Ausland käme. Nun, m. H., ich war vor 4 Jahren in Rom und traf dort am Tische unsern ersten Gesandtschaftssecretär, der den gerade abwesenden Gesandten vertrat. Wir sind aus einem Orte, und was war das Erste, was dieser Herr that? Er warnte vor mir den Bruder unseres Collegen, des Grafen Bethusy-Hur, mit dem ich umging, weil ich derselbe Ziegler sei, der 1848, von der Reaction gewählt, sich auf die Linke gesetzt habe. Der Herr war damals noch zu jung, um es aus eigener Kenntniß zu wissen, er hat es in gutem Glauben weiter gesagt, weil diese Geschichte zu den sogenannten „geflügelten Worten" gehört, die stehen bleiben, wenn auch kein wahres Wort daran ist. Meine Wähler waren zu einem Drittel Büdner, es waren keine Gutsbesitzer und keine Pastoren darunter; es ist die Geschichte ganz unmöglich, aber dennoch werde ich dies geflügelte Wort nicht los, und ebenso wird wohl Hr. Graf Renard seinen „Bürger" und Hr. Lette seine „einsame Pappel" mit sich umhertragen müssen. (Große Heiterkeit der Versammlung, die Anfangs unruhig war, allmählig aber dem Redner mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt.) Nun denken Sie, daß ich

in Rom des Schutzes unsrer Gesandtschaft bedurft hätte, eines Schutzes, der übrigens nicht nöthig ist, da wir dort einen ausgezeichneten, von allen Preußen verehrten Consul, Hrn. Marstaller, besitzen. Aber denken Sie, ich wäre auf ihn angewiesen: mit welchem Gefühl hätte ich wohl mich ihm anvertrauen sollen? Ich, ein Steuerverweigerer, ein Mensch ohne National Kokarde! (Anhaltende Heiterkeit.) Nicht besser ging es mir in Neapel. Dort war der Generalconsul abwesend und ich fand das ganze Consulat voll Ach! und Weh! über die italienische Einheit. Man fragte mich, ob Preußen Italien anerkennen würde, und als ich dies in Aussicht stellte, war man darüber in Verzweiflung. Ohne indiskret zu sein, kann ich behaupten, daß die Lage der Dinge 1861 der Art war, daß ich eher das Consulat, als das Consulat mich hätte beschützen können. (Bewegung und Heiterkeit.) In Sicilien gar, wo eben ein preußisches Schiff, aus Versehen vielleicht, eine Depesche Franz II. nach Messina gebracht hatte, war es ganz mit dem preußischen Schutze vorbei, und ich scheue mich nicht, zu gestehen, daß ich mich dort mit einem Empfehlungsschreiben des Obersten Rüstow an den General Garibaldi legitimiert habe, wobei ich mich sehr wohl befand. Noch mehr, meine Herren, im Jahre 1855 war es meine Pflicht, der Eröffnung der Ausstellung in Paris beizuwohnen. Um ein Billet zu erhalten, sollte ich mich an einen preußischen Geheimerath wenden. Nun, m. H., ich, der Steuerverweigerer, dem Orden und Kokarde aberkonnt, eine Gunst erlangen von einem preuß. Reg.-Rath! Das war ja in den letzten Jahrzehnten ganz unmöglich, und so habe ich es vorgezogen, mich an den Prinzen Napoleon zu wenden, von dem ich sehr liebenswürdig alles erhalten habe, was ich verlangte. Wundern Sie sich nicht darüber, m. H.! Auf Reisen und bei schlechter Zeit tritt man unter jedes schützende Dach und ist dankbar für den Schutz. Nun werden Einige sagen: komm aber nach dem Nichtculturstaate, nach dem Orient, nach den Ländern ohne Civilisation! Ich bin mit dem Erzieher und jetzigen Rathe des Vicekönigs von Aegypten gereist und muß gestehen, daß, wenn der Vicekönig von seinem Erzieher nur etwas abbekommen hat, derselbe ein hochgebildeter und sehr civilisirter Mann sein muß. Ich habe aus dem Gespräche mit ihm entnommen, daß die Einwirkung der europäischen Consuln auf dies Land, in welchem sie es nicht zur Territorial-Hoheit rücksichtlich der Justiz kommen lassen, eine unheilbringende ist und die Civilisation zurückhält. Und hier bin ich an einen zweiten Punkt gekommen, auf den das Gesetz ausgeht, nämlich die Wunden des kranken Mannes noch weiter zu reißen, um ihn dann auf europäische Manier zu heilen. Dazu will ich nicht beitragen. Ich will Ruhe haben vor der preußischen Justiz, ich wünsche mir ihre entferntere Bekanntschaft, wenigstens im Auslande, und ich will mir nicht den Besuch des Orients verkümmern lassen, wohin ich nur gehe, wenn Sie das Gesetz verwerfen. (Große Heiterkeit.) Ein Consul in Damascus oder sonst wo könnte mich einsperren und dann bliebe mir nichts als der verzweiflungsvolle russische Ausruf: „Der Kaiser ist weit und Gott ist hoch!“ Haben Sie Vertrauen, m. H., so viel Sie wollen, zu ihrem Consul oder meinetwegen zum Obertribunal — ich gehe zum Kadi. (Anhaltende Heiterkeit.) Und wie ich habe müssen die Unterschrift „von Rechts wegen“ hinunterwürgen, so will ich mir an der frommen Unterschrift genügen lassen: „Allah weiß es besser.“ (Heiterkeit.) Meine Herren, ich bin gezwungen, alles, was ich spreche, in ein gewisses heiteres Gewand zu kleiden. Ich bin dazu gezwungen, weil ich die Gefühle und die Aufregung, die ich in der Brust trage, nicht anders zu decken vermag. Denen aber, die mir nicht nachfühlen können und mir heiteren Gesichts zulächeln, rufe ich zu: „Der Narben lacht, wer Wunden nie gefühlt!“ Meine Herren, ich bin überhaupt erstaunt über die Naivetät, mit der wir uns hier alle im Hause zusammenfinden. Der Abg. Simson hat mir wohlgethan durch die Wärme, mit der er das Gesetz ganz ernstlich behandelt, als trieben wir hier ganz ernstlich parlamentarische Geschäfte. Aber wie steht denn die Sache? Da kommt das Ministerium und sagt: „wir werden ohne Euch die Armee reorganisiren, hier — bezahlt!“ Dann wieder: „wir werden ohne Euch Krieg führen und haben ohne Euch Krieg geführt, hier ist die Rechnung — bezahlt! rc. rc.“ Und das nehmen wir alles ganz ehrlich entgegen, ja wir berathen noch von Hrn Lette eingebrachte Kreis- und Gemeindeordnungen mit unglaublicher Naivetät, während ich der Ansicht bin, daß wir mit diesem Ministerium gar nichts zu schaffen haben, nichts zu schaffen haben dürfen, daß das Tischtuch zerschnitten ist zwischen ihm und uns. (Bewegung.) Der Abg. v. Hoverbeck hat neulich in Bezug auf die Waldauer Anstalt gesagt, er sehe die Sache an, wie Mäusefraß und Hagelschaden. Nun, m. H., wenn wir die jetzige Lage wie ein Naturereigniß ansehen, so sage ich: wie ist es möglich bei Gewitter und Regen nach neuen Gesetzen auf die Jagd zu gehen, statt unter dem nothwendigen Schutze der alten auszuhalten? Sie überblicken gar nicht das Ungeheure der Lage, in der wir uns befinden. Wir sind angekommen an der Stelle, an der eine vollständige Desorganisation der Geister eintritt, die Armand Marrast in einer Vertheidigung vor dem französischen Pairshofe ganz richtig bezeichnete, indem er ausrief: „Die Perversität ist Euch von dem Unterleibe in's Gehirn gestiegen, Ihr könnt nicht mehr denken!“ (Bewegung.) Ich habe mir in der kurzen Zeit, in der ich im Hause bin, mehrfalls an den Kopf gefaßt und mich gefragt: wer bin ich hier? Täglich geschieht Ungeheures vor unseren Augen, aber wir sehen es kaum vor lauter Abstumpfung durch die Wirthschaft in diesen langen schweren Jahren. So wird gestern früh der 31ste Bericht des Elisabethkrankenhauses bei mir abgegeben; was finde ich darin? (Redner verliest:) „Diesen schweren Tagen folgten noch schwerere durch das unheilvolle Jahr 1848. In den traurigen Märztagen wurden die Kranken von dem Kanonendonner erschreckt. Sie würden auch durch die 101 Kanonenschüsse bei der Geburt eines Prinzen erschreckt sein, — schaltet der Redner ein und liest weiter:) Sie wurden von den Unruhstiftern bedroht. Zu Schlimmerem ließ es der HErr nicht kommen, sondern sprach: bis hierher und nicht weiter. Die Weltbeglücker haben wohl viel verdorben, aber der Gott Himmels und der Erden macht doch alles gut und wohl. Haben gleich die Umtriebe der Umsturzpartei viele aus der Stadt vertrieben, daß uns ihre Beiträge entzogen wurden, so hat doch der HErr geholfen.“ Also, m. H., die Unruhstifter haben kranke Frauen (denn das Krankenhaus ist nur für kranke Frauen) im Bette bedroht; wir die Umsturzpartei — denn wir sind damit gemeint — haben Leute aus Berlin vertrieben: Hat man je dergleichen gehört? Und dieser Bericht ist unterschrieben vom Dr. Büchsel, General-Superintendenten, einem Kirchenfürsten der evangelischen Kirche, vom Staatsminister Uhden, dem höchsten Richter des Landes, dem Chef-Präsidenten des Ober-Tribunals! (Große Bewegung.) Ich sage, wir stehen vor der Desorganisation der Geister, wir müssen dahin gelangen, wo der Ausruf berechtigt ist: „die Perversität ist von dem Unterleibe in's Gehirn gestiegen, Ihr könnt nicht mehr denken!“ M. H., dahin ist es mit uns gekommen, daß wir vor 80 Jahren noch in den Kirchen sangen: „vor den Türken uns bewahre!“ und daß wir jetzt diese Türkei als eine Stätte der Freiheit ansehen müssen, auf welche der arme politisch Verfolgte noch seinen Fuß setzen und wo er sicher leben kann! (Bewegung.) Ich bitte Sie, verschließen Sie nicht diesen letzten Zufluchtsort durch Annahme des Gesetzentwurfs, verwerfen Sie ihn oder brechen Sie ihm wenigstens durch Annahme meines Amendements die Spitze ab! (Lauter Beifall von der Majorität.) Der Antrag Ziegler's wurde natürlich doch — verworfen.

Die Berliner Reform bemerkt dazu:

Wir glauben's unserm Kammerberichterstatter herzlich gern, wenn er in der Mitte ungefähr der Ziegler'schen Rede die Bemerkung einschiebt: „Große Heiterkeit der Versammlung, die Anfangs unruhig war, allmählich aber dem Redner mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt.“ Wir glaubens ihm, wenn ein paar Sätze weiterhin sogar die übliche „Heiterkeit“ plötzlich versiecht, nachdem diese Heroen der Naivetät noch eine Weile versucht, die Spitzen jenes mit dem bittersten Herzblut getränkten Humors mit ihrem stereotypen: „Was thun sie denn? Sie — lachen“ zu illustriren — und auf ihren Knien mögen sie dem milden Genius der Deutschen Sprache danken, wenn er allen Wirrwarr der Eindrücke und Empfindungen, welche die zweite Hälfte der Ziegler'schen Rede über sie ausgoß, mit dem Liebesmantel des Wortes „Bewegung“ zudeckt.

Ja, es ist die abscheulichste, die bitterste, die wahrste Rede gewesen, welche das preußische Abgeordnetenhaus seit dem Beginn des großen Streites zu hören bekommen hat. Harmlos beginnend, behaglich, wie es eben aus dem Munde eines alten Herren klingt, sich ergehend, selbst abschweifend, in den bunten Bildern des Erlebten, springt sie plötzlich auf und über den lächelnden Hörer her und schlägt ihm eine scharfe Klaue — wir wissen nicht, ob in die Brust oder nur in den Wanst.

„Ihr könnt nicht mehr denken“ — noch schlimmer: Ihr könnt nicht mehr erkennen, Ihr seid verparlamentirt! Und das Geklapper dieser Mühle, welche seit Jahren nur Windhafer noch zwischen ihren Steinen zerstäuben läßt, schläfert das Land ein, das Herz und Arm so gern, so bereit zur That erhoben hätte. Das ist keine freiwillige, elementare Erscheinung im Volksleben, wie man es hier und beschönigend nennt; das ist auch in zweiter Reihe erst Frucht des Systems, das Euch gegenübersteht; in erster Reihe ist das Eure Schuld!

Was Tausende im Lande als Unbehaglichkeit empfunden, was Hunderte als Unheil erkannt haben, das ist in wenigen lapidaren Sätzen im Abgeordnetenhause selbst nun ausgesprochen. Das wird, das kann fürder nicht todtgeschwiegen werden, denn diese Worte sind zugleich ein großer Akt der Befreiung für die Parteigenossen gewesen, welche, außerhalb der Kammer stehend, von der Rücksicht auf deren täglich hohler werdende Autorität sich mißmuthig und schweren Herzens zum Hoffen und Harren verurtheilt sahen. Die geharnischte Saat jener Worte wird nicht zögern aufzugehen! So das Berliner Blatt. Wenn wir das schrieben, würde es uns natürlich als „Preußenhaß“ oder als unstaatsmännische Abneigung gegen die hohenzollern'sche Hegemonie ausgelegt werden.

Coburg, im Mai. Der in Leipzig erscheinende „Correspondent“, das Organ des Buchdruckerfortbildungsvereins dort, ein uns im Uebrigen freundliches Blatt, hat in einer seiner letzten Nummern die Behauptung aufgestellt, daß der Arbeiterzeitung bei ihrer neulichen Besprechung der sächsischen Preßverhältnisse etwas menschliches begegnet sei; denn während die Arbeiterzeitung sich über die königl. sächs. sogenannte Preßfreiheit unliebsam äußere, habe sie gleichzeitig zu der Mittheilung sich genöthigt gesehen, daß sie in dem „liberalen Coburg“ bereits mit mehreren Preßprozessen bedacht sei. Allein der Irrthum ist ganz auf Seite des „Correspondent“; seine Redaktion weiß nicht oder hat ganz übersehen, daß der coburg-gothaische Kleinstaat unter dem Einfluß Sachsens steht und von einem mit Hrn. von Beust intimen, sächsischen Staatsmann geleitet wird, dem das Land seine erste, wie jetzt seine zweite Preßprozeß-Aera zu verdanken hat, wie dessen Politik überhaupt das äußerste Maß von „Liberalismus“ und Constitutionalismus zu sein scheint, auf welches das hiesige Land zu rechnen hat.

Nassau. Ueber die wirthschaftlichen Verhältnisse dieses Herzogthums hat der Abgeordnete Dr. Carl Braun einen Bericht veröffentlicht, der den schlagenden Beweis liefert, daß auch im Staate Nassau Vieles faul ist. Der Verfasser nennt seine Arbeit Schattenstriche zu dem Lichtbilde, das man von anderer Seite her ausgestellt hatte, und aus welchem nur gedeihliche Entwickelung, blühender Wohlstand und erfreulicher Segen herausschaute. Bei genauerer Prüfung ergibt sich indessen, daß die Grundsteuer in dem gepriesenen Nassau per Kopf der Bevölkerung 2 fl. 16 kr. beträgt, während in Preußen nur 39 kr. Grundsteuer auf den Kopf kommen. Beinahe die Hälfte des Herzogthums ist Wald, und das bei dichtgedrängter Bevölkerung. Die sogenannte Ablösungstaxe ist in Nassau höher als in der Mehrzahl der übrigen deutschen Staaten. Dazu vielfache neu eingeführte hohe Steuern und verderbliche Hemmungen des Verkehrs. Durch die Regierung verschuldeter Mangel an ländlichen Arbeitskräften. Die Regierung hat ganze Gemeinden auf Regimentsunkosten nach Amerika spedirt, weil sie sich vor Uebervölkerung fürchtete; als ob es eine Uebervölkerung an fleißigen Händen geben könnte. Der kleinere Bauernstand in fortwährender Gefahr, von der ebenso unwirthschaftlichen als gierigen todten Hand (Domäne, Fideicommisse, Klöster) bis auf den letzten Rest aufgezehrt zu werden. Dazu kommt noch die gemeinschädliche Jagd. Das Wild frißt viel und es verdirbt noch mehr als es frißt, und das Uebrige vertrampeln die Jäger und ihre Hunde. Gewöhnliche Hunde sind sehr hoch besteuert, dagegen die Hunde der Jagdeigenthümer und ihrer Jagdbediensteten um zwei Drittel geringer. — Handel und Industrie sind nicht begünstigt; die Gewerbesteuer sucht man zu vervierfachen. Ein Gasfabrikant, der von 5 fl. Steuer im Simpel auf 10 fl. erhöht wurde und darüber höheren Orts Beschwerde führte, bekam den Bescheid, daß er nunmehr 37 fl. 30 kr. bezahlen solle. Alles in Allem, so hat der Gang der wirthschaftlichen Dinge in Nassau unverkennbare Aehnlichkeit mit Dem, was man im gewöhnlichen Leben Krebsgang zu nennen pflegt.

Im vorigen Herbst brachte die Gartenlaube eine Schilderung jenes in **Nassau** und **Hessen** betriebenen Menschenhandels, durch welchen gewissenlose Unternehmer Minderjährige und Kinder nach London, St. Petersburg, Californien rc. führen, um sie dort als Bettelmusikanten, Fliegenwedelhändler, Tanzmamsells und zu Schlimmerem zu verwenden. Hiergegen erließ die Polizeidirection zu Wiesbaden eine Berichtigung, zu deren Aufnahme die Gartenlaube unter Androhung sofortigen Verbots gezwungen wurde. Die Polizei behauptete, je-

ner Menschenhandel habe aufgehört und gehöre einer seit Decennien hinter uns liegenden Vergangenheit an. Nun publicirt aber die neueste Gartenlaube den Bericht eines Herrn Theodor Kirchhoff in Dalles im Staate Oregon, wonach auch heute noch ganze Schiffsladungen junger Mädchen nach Californien, Oregon und Nevada importirt werden, um dort bei den Orgien der Goldsucher als „Tanzmamsells" oder „Hurdy-Gurdy's" zu dienen, die meisten derselben seien aus Nassau „from the Rhine" durch Menschenhändler aufgekauft. Welche beschönigende Lüge wird denn die landesväterliche Behörde in Nassau nun auf die Beine bringen?

Von einem unerhört brutalen Gewaltstreich berichtet die „Hessische Landeszeitung". In den Abendstunden des 11. Mai wurde von dem Gensdarmen Blum in dem Waldeck'schen Städtchen Sachsenhausen ein Handwerksbursch beim Betteln erwischt. Als dieser den Gensdarmen sah, lief er davon. Der Gensdarm rief ihm zu, stehen zu bleiben; der Handwerksbursch aber lief weiter. Da legte der Gensdarm sein Gewehr an und — schoß ihn zusammen! — Ist solches noch in unserem Jahrhundert vorgekommen! Gemahnt das nicht an Bürgers Raugraf? Wie ein Thier einen Menschen zusammen zu schießen, ganz ohne Anlaß, ohne Widersetzung, ohne Beleidigung, aus rein bureaukratischer Marotte!

In **Kiel** wird am 28. und 29. d. Mts. auf Veranlassung des bremischen Vereins zur Rettung Schiffbrüchiger eine Versammlung stattfinden, in der auf Grund eines vorliegenden Planes die Gründung eines großen deutschen Rettungsvereins besprochen werden soll. Nachdem an unseren Küsten bis vor wenigen Jahren absolut gar nichts zur Gründung von Rettungsanstalten für Schiffbrüchige geschehen war, trotzdem daß England seit langen Jahren in diesen humanen Bestrebungen mit einem glänzenden Beispiele vorangegangen war und die längs der deutschen Küste alljährlich vorkommenden 150 Strandungen größerer Schiffe dringend an die Pflichten mahnten, welche gegen die Seeschifffahrt — deutsche, sowohl wie fremde — zu erfüllen waren, sind 1861 zuerst in Ostfriesland Schritte gethan, um die gegen viele andere Nationen — z. B. die dänische — uns tief beschämende Vernachlässigung wieder gut zu machen. Es wurden acht Rettungsstationen, alle bis auf eine, auf den ostfriesischen Inseln gegründet; im selben Jahre folgte dann der Hamburger Verein, der vorläufig zwei Stationen errichtete. Im Jahre 1863 fügte der bremische Verein noch die Stationen zu Bremerhaven und Wangeroogе hinzu; damit aber ist, wenn man noch einige von der preußischen Regierung an der Ostsee errichtete Stationen erwähnt, Alles hergezählt, was in Deutschland für das Rettungswesen zur See geschehen ist: bei einer Küstenlänge von 180 Meilen etwa 18 Stationen. Seit 1861 sind durch diese Rettungsanstalten 70 Menschenleben den Wellen entrissen worden. Um aber in ausreichender Weise das Rettungswesen an den deutschen Küsten herzustellen, sind noch etwa 50 Stationen erforderlich. Nur wenn eine große centralisirte Institution sich des Rettungswesens annimmt, ist zu erwarten, daß das Interesse des Binnenlandes der Sache dauernd erhalten werden kann. Bei der geographischen Gliederung unseres Landes liegt der Schwerpunkt selbst unserer maritimen Interessen noch immer ziemlich weit von der See ab, und je näher wir dem Strande des Meeres kommen, desto dünner wird die Bevölkerung, desto unbedeutender die Städte. Das deutsche Rettungswesen kann nicht so unmittelbar unter den Augen der Nation, möchten wir sagen, seine Wirksamkeit entfalten, wie in vielen Theilen Englands; dazu ist das Interesse und das Verständniß für maritime Dinge in Deutschland begreiflicher Weise unendlich viel geringer als dort. Um so mehr thut also ein großer einheitlich organisirter Verein Noth, der vermittelnd zwischen den einzelnen Stationen und der Nation steht. Wir begrüßen deshalb mit Freuden die Bestrebungen, das deutsche Rettungswesen zu einer nationalen Angelegenheit zu machen. (Weser-Ztg.)

Italien hat es glücklich wieder zu einer Anleihe von 425 Millionen Franken gebracht, was den Neid Oesterreichs erregen muß. Doch hat dieses noch weiteren Grund, Italien zu beneiden, da der Papst Miene gemacht hat, sich mit Victor Emanuel zu verständigen, der seinerseits fromm geworden sein soll. Eine Verständigung des geistlichen und weltlichen Souveräns in Italien würde aber Oesterreich jede Aussicht rauben, Gewinn aus dem bisherigen Zwiespalt zu ziehen und würde den unsicheren Besitz Venedigs noch unsicherer machen.

Turin, 17. Mai. Ueberall walten die größten Besorgnisse wegen der mit Rom eingeleiteten Unterhandlungen. Namentlich in Ober-Italien spricht man sich entschieden gegen jede Transaction mit dem Papstthume selbst auf rein kirchlichem Gebiete aus, da die Bevölkerungen gar zu gut wissen, welche Anfeindungen die vielen einzusetzenden Bischöfe der neuen Ordnung der Dinge bereiten werden. Ja es ist vorauszusehen, daß, wenn Bischöfe in ihre Diözesen zurückkehren, die Behörden nicht Gewalt genug besitzen, mißliebige Demonstrationen zu verhindern. Die meisten der von ihren Diözesen abwesenden Bischöfe haben dieselben lediglich aus dem Grunde verlassen, weil sie sich nicht vor ihren eigenen Pfarrkindern sicher glaubten; da es nun nicht anzunehmen ist, daß Erstere in der Entfernung ihre Gesinnungen gegen die Regierung geändert haben, so dürften sich leicht die früheren Scenen wiederholen und der Scandal nur desto ärger werden. Weiterhin ist es eine höchst gefährliche Sache, die vom Papst im vergangenen Jahre gemachten Ernennungen von Bischöfen und Erzbischöfen für die Marken und Umbrien und die Romagna gutzuheißen, da die denselben ertheilten Instruktionen geradezu auf einen offenen politischen Kampf mit der Regierung abzielen. Im Ministerium fehlt es daher auch nicht an Stimmen, die diesen Einwänden der öffentlichen Meinung gebührend Rechnung tragen und wenn die Wiederaufnahme der Unterhandlungen mit Rom Schwierigkeiten erfahren hat, so ist dies in erster Linie obigem Umstande zuzuschreiben. Geradezu gefährlich dürften sich etwaige dem Papste zu machende weitgehende Concessionen für die Zustände in Neapel und Palermo gestalten, wo übereinstimmenden Berichten zufolge die Gemüther über die Sendung Vegezzi's im höchsten Grade erbittert sind. Ganz Italien würde heute laut der Nachricht zujubeln, daß die Unterhandlungen mit Pius IX. sich vollständig zerschlagen haben. Das Ministerium hat Angesichts der schwebenden Unterhandlungen eben so einen sehr schwierigen Standpunkt. Gelingen dieselben, so hat es innere Kämpfe und Schwierigkeiten zu überwinden, ohne die Aussicht zu haben, daß ihm auf politischem Felde irgend welche Vortheile daraus erwachsen; scheitern die Verhandlungen, so wird man von allen Seiten, wo man die Ansprüche Italiens als utopistisch und unpolitisch hinstellt, ihm allein die Schuld des Mißlingens zuschieben und Frankreich wird der Erste sein, der Italienischen Regierung ihre Hartnäckigkeit vorzuwerfen. Wer daher glaubt, daß der Papst aus rein religiösen Motiven den famosen Brief an Victor Emanuel gerichtet, der täuscht sich gewaltig. In Rom kennt man die Lage der Parteien in Italien ebenso genau als in Paris.

Newyork, 6. Mai. Präsident Johnson hat folgende Proclamation erlassen: „Da aus Beweisstücken, welche dem Kriegsministerium vorliegen, hervorgeht, daß Herrn Lincoln's Ermordung und der gegen Herrn Seward gerichtete Mordversuch angeregt, geplant und ins Werk gesetzt sind durch Jefferson Davis, Jacob Thompson, Clement, C. Clay, Beverley, Beverley Tucker, George N. Saunders, W. C. Cleary und andere verrätherische Rebellen gegen die Regierung der Vereinigten Staaten, die in Kanada Zuflucht gefunden haben, so werden die folgenden Belohnungen für die Verhaftung der genannten Personen innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten ausgesetzt: 100,000 Doll. für Davis, 10,000 Doll. für Cleary und 25,000 Doll. für jeden der übrigen."

— Immer enger schließt sich die Kette des Beweises, welcher das Mordcomplott auf die in Canada befindlichen Agenten der ehemaligen Rebellenregierung und auf Richmond selbst zurückführt. Aus den bisher angestellten Nachforschungen hat sich, wie der gewöhnlich gut informirte „Washington Republican" sagt, klar ergeben, daß die Booth'sche Verschwörung allerdings ihre Verzweigungen nach Montreal und nach der Hauptstadt von Virginien hin hatte. Der ursprüngliche Plan scheint der einer Entführung des Präsidenten und der anderen hervorragenden Mitglieder der Regierung gewesen zu sein; für den Nothfall war jedoch auch damals schon die Ermordung festgesetzt. Lincoln, der damalige Vicepräsident Hamlin, General Grant, der Sprecher des Repräsentantenhauses u. s. w. u. s. w., waren Alle zur Abfangung oder Hinschlachtung ausersehen. Die Verschwörer waren dabei mit einer umfassenden Klugheit und zugleich mit einer Teufelei zu Werke gegangen, wie man sie sonst nur in Schauderromanen geschildert findet. So unglaublich es scheint, so ist es, den oben erwähnten Angaben zufolge, doch vollkommen wahr, daß in der Stadt Washington selbst bereits ein Haus aufgefunden wurde, in dessen Kellerräumen man ein förmliches Gefängniß, mit dickstem Mauerwerk, eingerichtet fand — ein Gefängniß, in welchem auch Ketten, Handschellen, kurz alle Erforderniße eines Kerkers nicht fehlten. Dieser unterirdische, noch dazu minirte Raum, der jeden Augenblick in die Luft gesprengt werden konnte, war allen Anzeichen nach dazu bestimmt, im Falle der Noth die heimlich überfallenen, geknebelten und weggeführten Regierungsmitglieder zu beherbergen, bis zu dem Augenblick, wo man sie „nach dem Süden hinunter" schaffen könne! Die Eigenthümerin des Hauses ist eine gewisse Mrs. Greene.... Und man vermuthet, daß es in Washington noch mehr solcher Häuser gebe!... Dahin war die Chevalerie der Sklavenhalter-Partei gekommen, daß sie heimliche Verließe für ihre politischen Gegner hatte errichten lassen. — Aus der Untersuchung geht, wie bereits bekannt, ferner hervor, daß die Namen der Secessions-Agenten, mit denen Booth in Canada in Verbindung stand, die er persönlich dort sah, und von denen er ohne Zweifel Geld zog, die folgenden sind: Jacob Thompson, Larry Mac Donald und Clement Clary. Es sind dieselben, welche die Mordbrennereien und die Raubeinfälle in den nördlichen Grenzstädten organisirt hatten — dieselben, die Kennedy und Beale zu solchen Zwecken besoldeten, und zwar aus Mitteln, die ihnen von Jefferson Davis geliefert waren, wie sie auch von Jefferson Davis ihre politische Vollmacht hatten. — Von den erwähnten Rebellen-Agenten in Canada wurde dem Schauspieler Booth ein professioneller Mörder beigesellt, der an den St. Albans-Raubzügen Theil genommen hatte — ein gewisser Payne, der auch vielfach unter dem Namen Wood ging. Er ist derjenige, welcher im Seward'schen Hause eindrang und dort

die Metzelei veranstaltete. Nach vollzogener That flüchtete er sich zuerst nordwärts, wurde dabei vom Pferde geworfen, schlug dann, nachdem er sich unkenntlich zu machen gesucht hatte, den Weg südwärts ein, um sich bei Frau Surratt, einer Mitverschwornen, in der Nähe von Washington zu verbergen, und trat glücklicherweise in dem Surratt'schen Hause gerade in dem Augenblick ein, wo Polizeibeamte dort erschienen waren! Seine Arretirung hat vielfach auf andere Spuren geleitet. Zwei weitere Verschworene, die zur Ermordung von Regierungsmitgliedern bestimmt waren, sind bekanntlich Atzeroth und Harold, beide ebenfalls in Gewahrsam. Atzeroth, der als Kind mit seinen Eltern aus Deutschland nach Amerika gekommen sein soll, hatte den Vicepräsidenten Johnson übernommen. Er hatte sich zu diesem Zweck im gleichen Hotel einlogirt. Unter seinem Bett fand man einen Colt'schen Cavallerie-Revolver und ein großes Bowiemesser verborgen. Harold ist derjenige, welcher mit Booth flüchtete. Zwei andere gedungene Mörder, Samuel Arnold und Mac Laughin, waren im Augenblicke der Entscheidung muthlos geworden. Welche specielle Personen unter ihrer Mordwaffe hatten fallen sollen, ist noch nicht festgestellt. — Die grauenvoll dramatische Artistik, mit welcher dies Complott in allen seinen Einzelheiten angelegt war, ergibt sich unter Anderem aus dem jetzt erwiesenen Umstand, daß etwa eine Viertelstunde vor der Hinschlachtung Lincoln's eine Stimme im Theater gehört wurde, die mit vernehmlichem Tone sagte: „Neun Uhr fünfundvierzig Minuten!" Dies Wort wurde weiter getragen, und es entstand eine Bewegung. „Neun Uhr fünfzig Minuten!" sagte eine Stimme bald nachher, und wieder ging das Wort weiter. Wenige Augenblicke darauf ertönte ein Schuß — der Mörder sprang auf die Bühne, schwang das Messer unter dem Ruf: „Sic semper tyrannis!" und verschwand hinter den Coulissen ... Festgestellt ist jetzt auch, daß die Coulissen, durch welche Booth zum Ausgang gelangte, wo er sein Pferd bestieg, an jenem Abende so leicht arrangirt waren, daß er leicht hinauseilen konnte, während sonst auf jener Seite die Bühnenwände so ineinander verschoben sind, daß sie kaum einen Durchgang gestatten. — Fünfzehn Minuten nach der Mordthat im Ford'schen Theater fand man alle Telegraphendrähte um Washington durchschnitten! Ein einziger, nur der Regierung zu Gebote stehender geheimer Draht blieb unversehrt, mit Hilfe dieses konnte die Nachricht nach den Forts in der Nähe von Washington telegraphirt werden. Mit einem Worte, die Vorbereitungen waren so complet, als sie nur sein konnten. Auch wäre Booth selbst ohne Zweifel nach dem Süden entkommen, wenn er nicht durch Zufall sich mit dem Sporn in die vor der Präsidentenloge hängende Unionsflagge, in das Symbol der Freiheit, verwickelt und durch den Sturz den Fuß verletzt hätte, was ihn auf der Flucht zum Anhalten zwang. An die dreihundert Personen sind bereits, als der Mitschuld verdächtig, verhaftet. Oft war Präsident Lincoln wegen bevorstehender Mordanfälle gewarnt worden; unter seinen Briefen fand man ein ganzes Packet, überschrieben: „Assas sination Letters". Wenn die Nachricht sich bestätigt, daß Jefferson Davis eingebracht ist, so wird wohl bald das ganze Meuchelmordcomplott enthüllt sein und die Strafe nicht auf sich warten lassen. So die Junker in Amerika. — Um wie viel Procent sind wohl die Vollblut-Junker in Europa und insbesondere in Deutschland besser? In Amerika hat man sich überzeugt, daß nur das Schwert, daß nur die Ausrottung Heilung dieses Krebsübels der menschlichen Gesellschaft bringen kann. Wie lange wird man dagegen in Deutschland noch an die Heilkraft von Parlamentsreden glauben?

Auch **Brasilien** wird nicht ungestraft [illegible] so höchst fredelhafte und unverantwortliche [illegible] die Republik Uruguay mit Mord und Tyrannei heimgesucht haben. Dieses Land, jetzt das größte Sklavenland und nebst Spanien unter den christlichen Nationen das einzige, wird bald die Sklavenfrage in seinen Eingeweiden fühlen. Spanien, welches eine höchst schmachvolle Niederlage durch die freien Neger von Domingo erlitten und bei seinen zerrütteten Finanzen nutzlos Millionen vergeudet hat, steht dafür jetzt an der Schwelle innerer Zerrüttungen und bereits thut sich überall eine Gährung kund, welche möglicherweise in einer Revolution zum Ausbruch kommt.

Vom Büchertisch.

Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika.

Friedrich Kapp gehört zu den wackersten, ehrenwerthesten Vertretern deutscher Art und Bildung in seiner neuen Heimath Nordamerika. Mitten im praktischen Leben des praktischen Volkes, wie sich die Amerikaner so gern bezeichnen, stehend, als angesehener Rechtsbeistand in Newyork wirkend, hat er dem deutschen Vaterlande ein warmes Herz bewahrt und seit Jahren nach besten Kräften für das bessere Verständniß deutscher und amerikanischer Beziehungen durch Wort und Schrift rüstig gearbeitet. Wir müssen leider gestehen, daß so manche Elemente, welche der Sturm der Jahre 1848 und 1849 aus dem deutschen Schiffbruch ans jenseitige Ufer geworfen, dem deutschen Namen keine sonderliche Ehre in der neuen Welt gemacht haben. Um so höher aber soll man die Männer schätzen, welche, wie Kapp, Solger, Olshausen auf dem geistigen Felde, oder wie Sigel und so manche Andere mit den Waffen in der Hand für die freiheitliche Entwicklung ihrer neuen Heimath eingestanden sind. Von den vielen tüchtigen Männern, welche mit ernster wissenschaftlicher Bildung ausgestattet, eine der besten Seiten unseres nationalen Lebens in Amerika repräsentiren, hat sich Kapp mit besonderer Vorliebe die Aufklärung der früheren Beziehungen Deutschlands zu der jungen Republik angelegen sein lassen. Die oberflächliche Kenntniß, daß auch deutsche Männer an der Wiege der Union gestanden und neben dem Schwerte Washingtons die Kriegstüchtigkeit deutscher Generale, wenn auch zunächst als Angehörige der französischen Armee, dem neuen Staatswesen die Wege gebahnt hat, ist von Kapp in seinen Biographien der Generale v. Steuben und Kalb zu einer eingehenden Schilderung dieser beiden deutschen Helden des nordamerikanischen Befreiungskrieges erweitert worden. Namentlich das Leben Kalbs, des fränkischen Bauernsohnes aus Hüttendorf, hat in den weitesten Kreisen die verdiente Anerkennung gefunden.

In seinem so eben erschienenen Werke: Der Soldatenhandel deutscher Fürsten zeigt uns Kapp jetzt die Kehrseite der Medaille. Jener Menschenschacher sogenannter Landesväter, welchem unser Schiller in Kabale und Liebe ein ewiges Brandmal aufgedrückt hat, wird hier aktenmäßig meist aus den englischen Staatsarchiven in seiner völligen Elendigkeit dargestellt. Die devoten Bitten der kurhessischen, braunschweigischen, Zerbster und Ansbacher Landesherren, doch auch zur Ehre dieses Viehhandels, wie Friedrich der Große das Geschäft seiner fürstlichen Kollegen einmal nennt, zugelassen zu werden, die Feilscherei und Kniffe, wodurch in den Rechnungen für das gelieferte Menschenfleisch der möglichst große Profit herauszuschlagen versucht wird, die souveräne Verachtung, womit die englischen Staatsmänner unter sich von ihren Lieferanten von Gottes Gnaden reden, die ja „bezahlt" werden, hat

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
einen W[illegible]
auch in dieser [illegible]
ein Stern der [illegible]
amerikanische Freiheit [illegible]
seiner Bekämpfer [illegible]
große Zeit des „[illegible]
rauchenden Flammenzeichen" [illegible]

„— — Auch Frankreich [illegible] amerikanischen Kriege, allein mit [illegible] Opfern an Menschen und auf der [illegible] Fürsten entgegengesetzten Seite. Während [illegible] lediglich aus Rücksicht auf ihren Beutel als gefügige und willenlose Werkzeuge einer an sich schlechten und unglücklichen Politik keine politischen Zwecke und Interessen kannten, eroberte dagegen Frankreich mit den 6000 Mann, die es der jungen Republik zu Hülfe schickte, seine durch den siebenjährigen Krieg erschütterte Weltmachtstellung wieder. Frankreich ließ es sich zwar Millionen über Millionen kosten, es gewann dafür aber Ansehen, Ehre und Macht. Deutschland nahm Millionen und Millionen ein; es verlor aber dadurch den letzten Rest von politischer Bedeutung und sank zum Spott von Freund und Feind herab. Die paar tausend Franzosen, die unter Rochambeau die Taufpathen eines mächtigen Freistaates wurden, haben bewirkt, daß, so lange es Vereinigte Staaten von Amerika geben wird, die französischen Waffen und der französische Name hier jeder Zeit geehrt und gefeiert dastehen werden. Die 30,000 Deutschen dagegen haben als die bezahlten Schergen englischer Anmaßungen nicht allein sich den Haß zugezogen, der in erster Linie das Mutterland traf, sondern zu diesem Haß noch die Verachtung auf sich geladen, welcher sich Jeder aussetzt, der sich um ein schnödes Trinkgeld zur Unterdrückung der Freiheit mißbrauchen läßt. Noch heute ist im Munde eines Amerikaners der Name Hesse eines der verächtlichsten Schimpfworte, welches einen feilen verkäuflichen Menschen bezeichnet, und noch heute leidet unser Volk unter dem Fluche jenes nichtswürdigen Handels. Denn in dem internationalen Verkehr handelt es sich nicht um die Ansichten, Wünsche und Bestrebungen der ein Volk bildenden Individuen, sondern um den Ausdruck, den sein inneres nationales Leben in der Politik thatsächlich gewinnt. Darum können auch im vorliegenden Falle nicht Schiller, Lessing, noch Friedrich der Große unsere Vertheidigung übernehmen und unsere Nation von aller Schuld rein waschen, denn das Ausland wiegt uns nach dem, was die Fürsten gesündigt haben — —"

„Wenden wir uns von den Opfern, welche für eine ihnen aufgedrungene Sache fern von der Heimath gestorben oder ohne Gewinn für sich und Andere in's Vaterland zurückgekehrt sind, zu einem jungen Soldaten, der, unter Tausenden der einzige selbstständige und denkende Kopf, den amerikanischen Krieg in seiner ganzen Tragweite als einen Sieg des bewaffneten Volkes gegen ein durch Gewalt, List und Betrug geworbenes Heer erkannte, und welcher in Amerika zuerst aus eigener Anschauung lernte, ein wie mächtiger Verbündeter die Begeisterung zu werden vermag, wenn die rechten Mittel ergriffen werden, sie zu wecken, und wenn der zündende Gedanke da ist, für welchen die Masse sich erwärmen läßt. Jahrzehnte mußten vergehen, bis ihm im Verlaufe der deutschen Geschichte die Gelegenheit reifte, den Krieg nach amerikanischen Grundsätzen zu organisiren, und von den amerikanischen Milizen ausgehend, dieser Volksbewaffnung in der preußischen Landwehr den vollendetsten Aus-

druck schaffen zu helfen; aber dieser Krieg wurde durch diese Grundsätze und den Geist ihrer Ausführung, trotzdem daß die Fürsten sich hemmend und störend an ihn hingen, zum größten und edelsten, welchen die neuere Geschichte kennt.

In dem damals kaum drei und zwanzigjährigen anspach'schen Lieutenant Neithard von Gneisenau ahnte der englische General, der ihn zur Rückkehr einschiffte, wohl nicht den genialen Schlachtendenker, der kaum ein Menschenalter später über Wellington's ursprünglich engbegrenzten Plan einer Napoleon vor Brüssel zu liefernden Defensivschlacht hinausging, und diese durch seine Dispositionen für das Eingreifen der preußischen Truppen zur Vernichtungsschlacht bei Waterloo, zum Weltgericht über das brutale erste Kaiserreich erhob.

Und heute, durch einen neuen Rückschlag der Geschichte, stehen mehr als 100,000 wehrhafte Söhne Deutschlands für dieselbe Republik in Waffen, von welcher der erste große Volkskrieg des achtzehnten Jahrhunderts ausgegangen war, und tragen jene alte Schuld der Fürsten ab.

In dieser schlagenden Thatsache gewinnt die Idee der Völkersolidarität, welche die Welt fester als Eisenbahn und Telegraph umspannt, Kraft, Ausdruck und Gestalt."

(Wochenschrift d. Fortschrittspartei in Bayern.)

Volkswirthschaftlicher Arbeiter-Katechismus von Dr. Bernhard Heßlein. 3. Auflage. Leipzig. Verlag von Gustav J. Pursürst 1865 (96 Seiten. Preis 5 Ngr.)

Ein gediegenes Büchlein und größter Verbreitung werth. In ruhiger, leidenschaftsloser Weise tritt der kundige Verfasser an jene großen Fragen heran, die in gegenwärtiger Zeit den Mittelpunkt des öffentlichen Denkens bilden, und von deren Lösung man mit Recht die Gestaltung der Zukunft erwartet. Dem geistig strebsamen Arbeiter zumal ist unser Büchlein als Führer durch ein Gebiet zu empfehlen, über dessen wahre Bedeutung trotz Alledem und Alledem noch so viele Unklarheit und Begriffsverwirrung gerade in den Köpfen Derer herrscht, für welche jene Fragen der Zeit zugleich Existenzfragen sind. Der behandelte Stoff vertheilt sich auf folgende 6 Kapitel: Von der Arbeit, von dem Arbeiterstande, von den Zünften, vom Kapital, von der Industrie, von der Freiheit der Arbeit. Das Motto des Buches lautet: Die Freiheit ist der Schlüssel, durch welchen alle socialen Probleme ihre Lösung finden.

Vermischtes.

Die **weiblichen Telegraphisten** haben sich, wie man der „Ostd. Post" versichert, auf den österreichischen Eisenbahnen ebenso wenig bewährt, als die Frauen, welche zur Billetausgabe bei einigen Kassen der Raaber und Prager Bahn verwendet wurden, besonders aus dem Grunde, weil sie im Verkehr mit dem Publikum männlichen Geschlechts viel leichter in Conflikt geriethen, daher auf die Unterstützung ihrer Gatten stets angewiesen waren. Man hat demzufolge sämmtliche Beamtinnen dieser beiden Kategorien auf den österreichischen Bahnen wieder entlassen. — Aber warum geht es denn in der Schweiz, England und Amerika?

Das **Berliner Polizeipräsidium** hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Ungeachtet polizeilicher Verwarnungen und gerichtlicher Bestrafungen erscheinen täglich Ankündigungen von Geheimmitteln unter Anpreisung ihrer Heilkraft gegen Krankheit fast in sämmtlichen Zeitungen. Nach Lage der Gesetzgebung lassen sich derartige Anpreisungen, wenn sie auch nach der Polizeiverordnung vom 30. Sept. 1854 straffällig sind, nicht verhindern. Ein Theil des Publikums aber glaubt: weil die Anpreisungen unter den Augen der Behörden vor sich gehen, müssen diese ihre Genehmigung zur Ankündigung ertheilt haben und die Mittel doch nicht wirkungslos oder wenigstens nicht schädlich sein. Das Polizeipräsidium macht auf das Irrthümliche dieser Ansicht aufmerksam und erachtet es für Pflicht, rücksichts des Ankaufes und Gebrauches aller nicht concessionirten Geheimmittel, mögen dieselben unter den in der Arzneiwissenschaft üblichen Formen von Pillen, Salben, Pflastern, Tinkturen, Pulvern, Säften u. s. w., oder unter der Form von Genußmitteln, als Liqueure, Weine, Biere, Tränke u. s. w. feilgeboten werden, dem Publikum Vorsicht zu empfehlen. Denn diese Anpreisungen, welche oft genug der Wissenschaft und dem gesunden Menschenverstande Hohn sprechen, sind auf Täuschung des Publikums berechnet. Im günstigsten Falle wird dem Käufer Unschädliches in schlechter Qualität zu übermäßigen Preisen geboten. Weit häufiger aber erhält er statt eines Heilmittels stark wirkende Arzneisubstanzen, die für seinen Zustand nicht passen, sondern bei fortgesetztem Gebrauche die Gesundheit dauernd zu beschädigen geeignet sind und daher nach den bestehenden Gesetzen nur von Aerzten verordnet und in den vom Staate beaufsichtigten Apotheken zubereitet und verkauft werden dürfen. Beispielsweise ist dies der Fall mit der Aloë und ähnlichen Mitteln, welche dem Publikum in Liqueuren und Bieren gereicht werden, und wenn sie auch anfangs manche Beschwerden lindern, doch in Krankheiten, für die sie nicht passen, nie ohne Schaden genommen werden. Auch durch die solchen Anpreisungen beigedruckten Atteste lasse sich das Publikum nicht täuschen! Selbst von Aerzten ausgestellt, geben sie keine Bürgschaft für die tadellose Beschaffenheit des Mittels. Sind sie, wie gewöhnlich von Nichtärzten ausgestellt, so beweisen sie höchstens, daß das Mittel in einzelnen, nicht einmal wissenschaftlich festgestellten Fällen nützlich gewesen ist; die große Zahl der Fälle aber, wo sie geschadet haben, wird dem Publikum nicht mitgetheilt. Um hierin sicher zu gehen, haben sogar Verfertiger und Verbreiter von Geheimmitteln mit Redaktionen mancher Zeitungen, deren Spalten sie mit ihren Anpreisungen füllen, kontraktlich sich dahin geeinigt, daß die betreffenden Zeitungen niemals Artikel, welche gegen das in Rede stehende Mittel gerichtet sind, aufnehmen dürfen."

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 123, S. 645, 3. Sp. ist in dem letzten Bibelcitat statt: Joh. Ev. XIV. 16. 17. rc. zu lesen: Joh. Ev. IV. 24.

In Nr. 125, S. 654, 3. Sp., 9. Z. v. u. ist statt: Zeitraums zu lesen: Zutrauens.

Arbeitsvermittelung.

„Es werden in der **Baufabrik von Faller & Kuß in Offenburg** (Baden) 2—3 tüchtige solide Bauschreiner gesucht, und wird denjenigen, die schon an Maschinen gearbeitet haben, der Vorzug gegeben.

Ebenso wünschen wir einen in der Bauschreinerei ganz erfahrenen Mann zur Leitung der Werkstätte engagiren."

Verschiedene Anzeigen.

Einladung und Programm
zur achten
Versammlung des volkswirthschaftl. Congresses,
welche
in Nürnberg
vom 28. bis 31. August d. J. stattfindet und am 28. August, Vormittags 12 Uhr, eröffnet wird.

1. Die Anmeldung wie die Aushändigung der Eintrittskarten nebst etwaigen Schriften über die Berathungsgegenstände erfolgt gegen Erlegung von 3 Thalern oder 5¼ Gulden süddeutscher oder 4½ Gulden österreichischer Währung bei dem Lokalcomité am 27. und 28. August c. Vor- und Nachmittags in dem Anmeldebureau, Hôtel zum Würtemberger Hof in der Nähe des Bahnhofes, später während der Sitzungstage, am Eingange des Versammlungslokals, das bei der Anmeldung bekannt gemacht wird. Auf Anfragen wegen Wohnungen ertheilt das Lokalcomité Auskunft.

2. Der Zutritt zum Congreß und dessen Verhandlungen steht Jedermann frei, welcher sich dazu meldet und die Eintrittskarte löst. Staats- und Gemeindebehörden, Gesellschaften, Vereine und Geschäftshäuser können durch Bevollmächtigte vertreten werden.

3. Die Mitglieder früherer Congresse, wie neu hinzutretende Mitglieder, welche auf dem Congresse zu erscheinen verhindert sind, erhalten gegen Einsendung des oben gedachten Jahresbeitrages an das Lokalcomité oder an den Schatzmeister, **Finanzrath Hopf** in Gotha, ein Exemplar der Berichte nebst vorhandenen Schriften.

Tagesordnung des Congresses.

a) Jahresbericht der ständigen Deputation.

b) Wahl eines Präsidenten, seiner beiden Stellvertreter und von fünf Schriftführern für die Congreß-Verhandlungen.

c) Entgegennahme etwaiger neuer Anträge von Mitgliedern, dergleichen statutenmäßig nur vor oder bei Eröffnung des Congresses gestellt werden können, über deren Berathung und den Zeitpunkt derselben der Congreß entscheidet.

d) Berichterstattungen durch die von der Deputation bestellten Commissionen und Referenten und Berathungen, in der Regel sofort in Plenum.

I. Die Wohnungsfrage, insbesondere in Bezug auf die Arbeiter.
II. Die Bankfrage (privilegirte und freie Banken, Noten- und Depositen Banken).
III. Die Schuldhaft.
IV. Die Art der Beschaffung der Mittel für Gemeindezwecke in Stadt und Land. (Die Mitglieder des Congresses werden gebeten, über die Arten der Beschaffung der Mittel für Communalzwecke in den verschiedenen Ländern und Gemeinden Deutschlands kurze Berichte an die ständige Deputation, und zwar vor dem Congresse an deren Vorsitzenden einzusenden oder für den Congreß vorzubereiten.)
V. Die Staatsaufsicht über Waldwirthschaft.

e) Wahl der ständigen Deputation zur Geschäftsbesorgung für das folgende Jahr von 9 Mitgliedern durch die Versammlung, von mindestens 9 durch Cooptation.

Anfang und Zeit der Plenarsitzungen an den folgenden Tagen werden jedesmal bestimmt.

Berlin, den 29. April 1865.

Die ständige Deputation
des Congresses deutscher Volkswirthe.

Dr. Lette (Berlin) Vorsitzender. **Albrecht** (Hannover). Dr. **Braun** (Wiesbaden). Dr. **Böhmert** (Bremen). Dr. **Faucher** (Wachwitz bei Dresden). **G. Hopf** (Gotha) Schatzmeister. **Michaelis** (Berlin). **G. Müller** (Stuttgart). **Schulze-Delitzsch** (Potsdam). **Classen-Kappelmann** (Cöln). **Grumbrecht** (Harburg). **Knorr** (München). **Prince-Smith** (Berlin). Dr **Rentzsch** (Dresden). **Röpell** (Danzig) Dr. **Schröder** (Mannheim). **Sonnemann** (Frankfurt a. M.). **Stradecian** (Oldenburg). Dr. **Weigel** (Cassel). **Wichmann** (Hamburg). Dr. **Wolff** (Stettin).

So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Die
genossenschaftliche Selbsthülfe
der
arbeitenden Klassen.
Von V. A. Huber.
5 Bogen Octav Preis 6 Sgr.
Elberfeld Verlag von R. L. Friderichs.

Der Name des Verfassers deutet die Tendenz an, in der die brennende Frage der Gegenwart hier behandelt ist. Das Schriftchen dürfte einer allgemeinen Beachtung würdig sein.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 127.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszubezahlen, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franko an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Sonntag, 4. Juni 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Lahr, Einladung zum 3. Stiftungsfest. Zwickau, Einladung zum Stiftungsfest. Reutlingen, 4. Landesversammlung der würtemb. Arbeiterbildungsvereine. Magdeburg: Sitzung des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstags; Beiträge nach Burg. Leipzig, aus dem Arbeiterbildungsverein. Freiburg, Generalversammlung für die Kranken-, Alters- und Sterbekasse der Freiburger Fabrikarbeiter. Coburg, Erklärungen aus Leipzig und aus dem ständigen Ausschuß des Arbeitervereinstags. Stuttgart, Aufruf des Cigarrenarbeiter-Unterstützungs-Vereins an die gleichnamigen Vereine Süddeutschlands. II. **Politischer Theil:** Was man von der neupreußischen Justiz und von der Gerechtigkeit in politischen Prozessen zu halten hat. **Politische Umschau:** Dresden, Amnestie, zu spät. Leipzig, Staatsanwalt Heinze hat ein neues Verbrechen zur Welt gebracht; Illustration zur Königlich Sächsischen Redefreiheit. Coburg, das Herzogl. Sachsen-Coburg'sche Consulat in Newyork im Bunde mit den Rebellen. Oesterreich, Behandlung von Preßerzeugnissen bei den Zollämtern. Nordamerika: Oberst Gottfried Becker todt. Jefferson Davis gefangen. — **Beiblatt.** III. **Volkswirthschaftliches:** Das Leben Julius Cäsars von Romulus Augustulus. III. Die Consumvereine, ihr Wesen und Wirken. — IV. **Vermischtes:** Prolog zum Concert des Hamburger Arbeiterbildungsvereins, gegeben zum Besten der Burger Arbeiter. Danksagung des Polencomite's. — V. Verschiedene Anzeigen.

☞ Vom nächsten Quartal ab kann die Arbeiterzeitung auch durch alle **Postanstalten** bezogen werden. Zu dem gewöhnlichen Abonnementspreis kommt bei dem Bezug durch die Post der Postaufschlag hinzu. Indem wir dem Verlangen vieler Freunde des Blattes hiermit nachgeben, wollen wir abwarten, ob der Erfolg, wie wir wünschen, deren Erwartungen oder unsere von Anfang an hiergegen gehegten Bedenken rechtfertigt.

Coburg, im Juni 1865.

Die Expedition
der Allg. deutschen Arbeiter-Zeitung.

Vereinsangelegenheiten.

Lahr, 28. Mai. Der Arbeiterbildungsverein Lahr feiert den **25. Juni** sein drittes Stiftungsfest, wozu wir hiermit die Brudervereine freundschaftlichst einladen.

Mit Gruß und Handschlag.

Eduard Zellner, 1. Vorsteher. Ginzel, Schriftführer.

Zwickau, 28. Mai. Allen Freunden und Brüdern der Arbeitervereine Deutschlands zeigen wir damit an, daß wir am **14. Juni** dieses Jahres unser Stiftungsfest feiern, und laden wir solche auf diesem Wege freundlichst ein.

Der Bergknappen-Verein.

Ernst Dietze, Vorsitzender. Herrmann Petzold, Schriftführer.

Reutlingen. Am 21. fand im hiesigen Gasthof zum Kronprinzen die 4. Landesversammlung der württembergischen Arbeiterbildungsvereine statt. Mehr als 200 Männer betheiligten sich an derselben. Vertreten waren: Stuttgart, Eßlingen, Göppingen, Ulm, Reutlingen, Ravensburg, Heidenheim, Aalen, Metzingen, Blaubeuren, Biberach, Kirchheim, Tuttlingen. Als Gäste waren anwesend Herr Sonnemann aus Frankfurt, Präsident des ständigen Ausschusses und der Vorstand des Frankfurter Vereins. Mayer aus Stuttgart, welcher die Versammlung eröffnete, ermahnte die Versammlung, auch heute des Wahlspruchs eingedenk zu sein, welchen der Stuttgarter Verein seinen Statuten vorangesetzt:

„Im Nothwendigen Einheit,
Im Zweifelhaften Freiheit,
In Allem aber die Liebe!“

Zum Vorsitzenden wurde Hochberger aus Eßlingen gewählt, welcher zunächst der Manen A. Lincoln's gedachte, der sich vom einfachen Arbeiter zur höchsten Würde seines Vaterlandes emporschwang und dessen gewaltsam herbeigeführter Tod unlängst die ganze civilisirte Welt erschütterte. (Die Versammlung erhebt sich.)

Mayer aus Stuttgart erstattet alsdann Bericht über die Thätigkeit des Vororts. Derselbe schickte einen Abgeordneten zum Leipziger Vereinstag, veranlaßte Petitionen über das Ehegesetz, unterstützte den Fetzer'schen Antrag bezüglich der Wehrfrage durch eine öffentliche Erklärung, welcher die meisten Vereine beitraten, empfahl die Arbeiterbibliothek, führte die ziemlich bedeutende Vereinskorrespondenz, sandte Abgeordnete aus zur Gründung von Consumvereinen, sowie zur Hebung des Vereinslebens und steht gegenwärtig mit mehreren Städten des Landes wegen Gründung neuer Vereine in Unterhandlung.

Pfeiffer aus Stuttgart spricht über Consum- und Produktiv-Vereine. Er weist auf den bedeutsamen Umstand hin, daß in England und Frankreich die Arbeiter zunächst an die materielle, und erst später an die geistige Hebung und Bildung gedacht, während in Deutschland gerade der umgekehrte Fall stattgefunden. Speziell berichtete er noch über die Erfolge der Consumvereine Stuttgart und Eßlingen, sowie über die Stuttgarter Schuhmacherassociation.

Umfried aus Reutlingen gedenkt der Hindernisse, die namentlich in kleineren Städten dem Vereinsleben im Wege stehen.

Bosch aus Reutlingen macht die Nutzanwendung auf Reutlingen.

Meerboth und Stotz aus Eßlingen und Rotz aus Stuttgart ermahnen zur Ausdauer. Letzterer erinnerte an den Grundsatz der Selbsthülfe als den alleinigen Retter aus aller Noth.

Der Berichterstatter stellte als leuchtendes Vorbild die Rochdaler hin, welche ja auch jahrelang mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten. Was keinen Kampf koste, sei des Sieges nicht werth.

Hochberger: über die Besteuerungsfrage. (Der Vortrag wird demnächst ausführlich und wortgetreu der Oeffentlichkeit übergeben werden.)

Bossert aus Göppingen bringt eine Petition in Vorschlag, dahin gehend, daß erst von 400 fl. Einkommen an Steuer erhoben werden möge.

Umfried und Hochberger sprechen dagegen.

Als Vorort ward dann einstimmig Stuttgart wieder gewählt.

Mayer aus Stuttgart forderte dann die Vertreter der Vereine auf, die in Amerika verordnete Trauerfeier für A. Lincoln in ihren Vereinen mitzufeiern. (Angenommen).

Mit einem Hoch auf die anwesenden fremden Gäste schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Mitglieder des ständigen Ausschusses des Vereinstags Deutscher Arbeitervereine werden am 10. Juni zu einer Plenarsitzung in **Magdeburg** zusammentreffen, um u. A. die Vorbereitungen zu dem am 26. bis 28. August in Stuttgart stattfindenden dritten Vereinstage zu besprechen. (Berl. Ref.)

Magdeburg, 27. Mai. Für Burg sind noch bei mir eingegangen:

Uebertrag aus Nr. 125:	312 Thlr. 11½ Sgr.
Vom Arbeiterbildungsverein zu Großenhain zweite Sendung	5 „ — „
Vom gewerblichen Bildungsverein zu Leipzig durch Hrn. Bebel	7 „ — „
Summa	324 Thlr. 11½ Sgr.

Im vorletzten Verzeichniß muß es statt „Werden“ — „Werdau“ heißen.

Dr. Max Hirsch.

B. Leipzig.*) Am Ostersonntag veranstaltete der Arb.-Bild.-Ver. eine Abendunterhaltung im Odeon, wobei außer der Musik nur Mitglieder des Vereins thätig waren. Von dem Reinertrage sind zehn Thaler an die in dürftigen Umständen lebende Mutter des in Dresden verstorbenen Dr. Schlimper (Nr. 117**) und der Rest, sowie der Ertrag einer besonderen Sammlung, zusammen sieben Thaler nach Burg für die nothleidenden Arbeiter abgegangen.

Zum Abend des 6. Mai hatte der Arb.-Bild.-Ver. eine Volksversammlung in das Odeon berufen, zur Berathung einer Adresse an das Volk und die Regierung der nordamerikanischen Freistaaten, welche die Theilnahme, die der Verlust der Union durch die Ermordung ihres größten Bürgers, sowie der Sieg über die rebellischen Sklavenhalter auch hier gefunden, bekunden sollte. Den Entwurf, sowie die Begründung der Adresse hatte Professor Roßmäßler übernommen. Der Wortlaut der Adresse ist wohl sattsam durch die Zeitungen bekannt geworden. Mehr aber noch wird der Geist jener Versammlung durch eine Auslassung des Dresdener Journals gekennzeichnet. Hier heißt es nämlich: jene Versammlung habe hinreichend bekundet, daß das freie Wort aus Sachsen nicht verbannt sei. (Was nach den bekannten Weisungen an die Königl. Sächs. Gensdarmen, sogl. heutige Nr. der Arbeiterzeitung) und nach den Verurtheilungen der Mitteldeutschen Volkszeitung wohl keinem Zweifel unterliegt. D. Red.)

Am Himmelfahrtstage sah sich der Verein, zum ersten Male seit seinem Bestehen, genöthigt, über eines seiner Mitglieder, einem Schneidermeister, zu Gericht zu sitzen, weil er in der ersten Versammlung der Gesellen, in der die Erhöhung des Lohnes berathen wurde, gesagt: daß die Forderungen gerecht seien, aber Tags darauf in der Versammlung der Meister nicht allein das Gegentheil geäußert, sondern auch eine Maßregelung der Führer beantragt haben sollte. Der Angeklagte konnte sich trotz aller gebrauchten Redensarten in keiner Weise von dem gegen ihn Vorgebrachten reinigen, überdies war sein Verhalten so jämmerlich, daß nach einer langen und sehr erregten Debatte mit allen gegen 4 Stimmen der Ausschluß erkannt wurde. Die winzige Minorität hielt den Angeklagten keineswegs für gerechtfertigt, sondern sie würde für den zweiten vorliegenden Antrag: „das Benehmen des Angeklagten für eines Mannes unwürdig zu erklären“ gestimmt haben. Dieses mildere Urtheil, das dem Angeklagten gestattet haben würde, von selbst aus dem Verein auszuscheiden, war aber durch eigene Schuld verscherzt.

Freiburg i/Br. Die Kranken-, Alters- und Sterbekasse der Freiburger Fabrikarbeiter hielt am 6. Januar 1865 die alljährliche Generalversammlung.

Dieser Verein wurde am 26. Januar 1851 von 58 Arbeitern gegründet und am 4. Januar 1852 war die Zahl der Mitglieder schon auf 124 gestiegen.

In diesen Verein kann jeder solide und gesunde Arbeiter als Mitglied eintreten, wenn er sein 18. Jahr zurückgelegt hat, Arbeiter, die das 46. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Die Mitglieder dieses Vereins zahlen als Eintrittsgeld 1 fl. 12 kr., haben aber erst nach Umfluß von 6 Wochen Anspruch auf Unterstützung. Der wöchentliche Beitrag jedes Mitgliedes ist auf 6 kr. gestellt, jede Fabrik hat ihren eigenen Cassier, welcher alle Monat dem Vorstande Rechnung stellt. Dieser Krankenverein wird ferner durch freiwillige Beiträge der Herrn Fabrikanten unterstützt in jährlichen Beträgen von 25 fl.

Diese Vereinskasse zahlt jedem kranken Mitgliede täglich 40 kr. ein volles Jahr und bei längerer Krankheit beschließt der Ausschuß eine wöchentliche Unterstützung von mindestens 3 fl. so lange das Mitglied krank ist; bei Arbeitsunfähigkeit beschließt wieder der Ausschuß je nach seinem Alter im Vereine eine wöchentliche Unterstützung. Diese letztgenannte Unterstützung ist Gott sei Dank bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Ferner werden als Leichenkosten aus der Casse bezahlt 10 fl. Dann von jedem Mitgliede der sog. Sterbeschein, welcher von 380 Mitgliedern die Summe von 38 fl. ergibt. Der Verein hat seit 1858 einen eigenen Arzt, welchem in Anerkennung seiner Thätigkeit und Geschicklichkeit in diesem Jahre der Gehalt von 120 fl. auf 150 fl. erhöht wurde.

In dem Zeitraume von 14 Jahren wurde mit dem so mäßigen Beitrage von wöchentlich nur 6 kr. nebst Eintrittsgeldern 13,601 fl. 57 kr. einbezahlt, und als Gaben der Herren Fabrikanten . . 1442 „ — „ beigesteuert.

Also zusammen die Summe 15,043 fl. 57 kr.

Es wurden dagegen an kranke

Mitglieder	11,918 fl. 43 kr.
an Leichenkosten	270 „ — „
an den Vereinsarzt . . .	690 „ — „
zusammen die Summa	12,878 fl. 43 kr.

ausbezahlt und außerdem erhielten die Hinterlassenen von 28 Verstorbenen den Sterbeschein von jedem Mitgliede.

Es verbleibt nun noch ein Capital von 2433 fl. 42 kr. in Reserve, welches allen Eventualitäten Trotz bieten kann.

Man ersieht nun aus diesen Zahlen, wie nach und nach sich die 6 kr. zu Tausenden von Gulden vermehren, wie mit diesen 6 kr. schon sehr viel Gutes gewirkt, und manche Thräne getrocknet wurde.

Keine Stadt, kein Ort sollte ohne ein solches Institut sein. Kein Arbeiter, kein Taglöhner sollte darin fehlen. Es wird deshalb dies schöne Institut zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Herr Fabrikant Riesler, welcher seit Gründung dieses Vereins an der Spitze steht, genießt durch seine unermüdete Thätigkeit und umsichtige Leitung die vollste Hochachtung und Anerkennung von jedem einzelnen Mitgliede, wie ein Vater von seinen Kindern es nur verlangen kann; weshalb er öffentlich genannt zu werden verdient.

Am Schlusse dieser Generalversammlung wurde von Herrn Dr. Fehrenbach (II. Vorstand des Arbeiterbildungsvereins) und Herrn Fabrikant Carl Mez, Sohn, die Gründung eines Consumvereins den Mitgliedern dieses Vereins in einfacher und begreiflicher Weise dargestellt, demzufolge sich sogleich 30 Familienväter unterzeichneten. In der Generalversammlung vom 3. Februar d. J. wurde nun der von der Versammlung gewählte Verwaltungsrath mit der Leitung des Vereins betraut und die von dem provisorischen Comité gefaßten Satzungen genehmigt.

Die Mitgliederzahl ist bis zum 8. März schon auf 200 gestiegen und täglich werden Einzeichnungen von allen Ständen entgegengenommen.

Der Verein hat bis jetzt mit 3 Bäckern, 2 Spezerei- und Colonialhändlern und 2 Metzgern Verträge mit einem Durchschnittsrabatt von 9% abgeschlossen. Wir wünschen diesem Vereine, dem ersten in Baden, ein segensreiches gedeihliches Wirken.

Aufruf.

Der Cigarrenarbeiter-Unterstützungs-Verein zu Stuttgart

an die

Cigarrenarbeiter-Unterstützungs-Vereine Süddeutschlands.

Einheit, Einheit ist die Losung,
Sammlung der zerstreuten Glieder,
Die sich fühlen, sich erkennen,
Eines Bluts getrennte Brüder.

Liebe Collegen!

Schon längst fühlten wir es als ein dringendes Bedürfniß, zur Hebung und Kräftigung unseres Vereinslebens etwas zu thun, damit eine bessere Einigung und schönere Gestaltung desselben unter uns geschaffen würde, aber über die Mittel und Wege nicht ganz im Klaren, beschlossen wie im Jahre 1863, uns mit den nächstliegenden Vereinen wenigstens dahin zu einigen, daß zugereiste Mitglieder in gesundem, sowie solche im kranken Zustand dieselben Rechte genießen sollen, wie die anwesenden Mitglieder des betreffenden Vereins, ohne weiteres Eintrittsgeld oder Probezeit zu erstehen. Wir sahen dies damals als Anfangspunkt weiterer Verständigungen an, die aber bis heute ausgeblieben und selbst der angeregte Punkt nur theilweise erreicht wurde. Die Ursache, warum es so ging, liegt sehr nahe, es leiden alle Vereine daran, es fehlt uns an der Centralisation, an der Zusammenziehung zu einem großen Ganzen. Wir hatten zwar in den Bewegungsjahren von 48 bis 51 eine Association, eine Vereinigung durch ganz Deutschland, die es uns ermöglichte, Schönes und Weittragendes in's Werk zu setzen, was aber leider durch den kalten Hauch der Reaktion zerstört wurde, die ja überall in allen Vereinigungen revolutionäre Tendenzen witterte. Leider sind unsere Unterstützungsvereine noch vielfach unter polizeilicher Bevormundung, besonders in Preußen, wo es sogar vorkommt, daß die Mitglieder ihre Beiträge an die Polizei entrichten müssen. Daraus ist auch die Ursache zu schließen, daß wir uns zunächst an die Vereine Süddeutschlands wenden, von denen wir wissen, daß sie auf dem Vereinsrecht fußen, sich freier und selbstständiger bewegen können, als unsere Brüder im Norden. Wir hatten auch in den Bewegungsjahren ein gedrucktes Organ (Concordia) genannt, das den Zweck hatte, unsere Vereinsgenossen zu bilden, zu belehren und uns durch seine Correspondenzen stets auf dem laufenden zu erhalten, über die einzelnen Vereine und deren Gedeihen. Es war auch zugleich ein Steckbrief für leichtsinnige Betrüger und Schwindler, die da oder dort auftauchten, die Vereinen, sowie einzelnen Mitgliedern nachtheilig zu werden drohten.

Aber auch hier griff die Reaktion verderbend ein, und zerriß das schöne Band, das uns umschlungen, dadurch, daß sie dem Verleger die weitere Herausgabe verbot, und uns die Möglichkeit nahm, uns in unserem Vereinswesen weiter fortzubilden. Hätten wir unsere damaligen Einrichtungen (worunter wir auch die so schön bestandene Wittwen- und Invalidencasse rechnen) behalten dürfen, wahrlich es stünde heutzutage um Vieles besser mit unserem geistigen, sittlichen und materiellen Wohl. Aber nicht verzagt, eine gute Sache muß sich im Feuer erproben, und diese Feuerprobe haben wir glücklich überstanden. Wir haben bewiesen, daß unsere Vereine existenzfähig sind, indem wir uns (wenn auch kümmerlich) nur durch unsere Legitimationsbücher verbunden, doch bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Da nun unsere Zeit wieder eine günstigere ist für unsere Zwecke, was wir am deutlichsten an den Arbeiterbildungsvereinen sehen, bei denen auch mehrere von uns Mitglieder sind, so fordern wir Euch auf, mit uns die geeigneten Schritte zu berathen, welche zu thun sind, um genannte Zwecke zu erreichen. Wir würden als Berathungsgegenstände vorschlagen:

1) Die Wahl eines Centralorgans und Centralleitung.
2) Die bessere und kräftigere Gestaltung unseres Vereinslebens.
3) Die sittliche Hebung und Bildung unserer Mitglieder.
4) Die Lohnverhältnisse unserer Geschäftsgenossen, gegenüber den Zeitbedürfnissen.
5) Die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung“ als einstweiliges Organ.
6) Eine Landesversammlung von Vertretern der Vereine beschickt.
7) Weiter würden wir vorschlagen, schon jetzt so bald als möglich auf die in Coburg erscheinende „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung“ für jeden einzelnen Verein zu abonniren. Das Abonnement kostet 42 kr. per Vierteljahr, und bei Sendungen

*) Durch ein Versehen des Setzers ist in Nr. 123 versäumt worden, einer dort ersichtlichen Correspondenz aus Leipzig das obige Correspondenzzeichen vorzusetzen, was hiermit auf Reclamation des Hrn. Correspondenten unbedenklich nachgeholt wird. D. Red.

**) Gleich nach dem Bekanntwerden der Nachricht von dem Tode des Dr. Schlimper wurde von dem Arb.-Bild.-Ver. ein Lorbeerkranz nach Dresden abgeschickt, um auf das Grab des um die Sache der Arbeiter so hochverdienten Mannes niedergelegt zu werden. Als Anerkennung der Verdienste, die sich der Verstorbene auf dem politischen Gebiet erworben, war der Kranz mit einer schwarz-roth-goldenen Schleife verziert.

von mindestens zwanzig Exemplaren unter einem Pack:l, franco. Dieses Blatt ist so gut und frei für die Arbeiterverhältnisse geschrieben, daß wie es selbst einem jeden einzelnen Vereinsmitgliede empfehlen. Man kann direkt bei der Expedition in Coburg, sowie bei jeder Buchhandlung und (vom nächsten Quartal ab. D. Red.) auch bei jedem Postamt abonniren.

Dieses Blatt gibt uns theilweise einen Ersatz für unsere Concordia, darin kann auch jeder Einzelne uns über seinen Verein Bericht erstatten, wodurch die Schreibereien an die Vereine in Zukunft erspart wären. Vorliegenden Aufruf werden wir auch in dieser Arbeiterzeitung veröffentlichen, damit unsere Brüder im Norden von unseren Bestrebungen Kenntniß bekommen.

Vorerst sind wir bereit, die Ansichten der Vereine brieflich in Empfang zu nehmen, um sie zu einem Ganzen zu ordnen, worüber wir dann sobald als möglich in genannter Zeitung Bericht erstatten.

Indem wir uns der freudigen Hoffnung hingeben, daß unsere Sache nicht im Wind verhalle, sondern gedeihen möge, verbleiden wir mit

Deutschem Brudergruß und Handschlag
Euere Freunde und Collegen.
Im Auftrag des Vereins:
Der derzeitige Vorstand: Der Schriftführer:
F. Leib. K. Feey.
Beschlossen in der Vereinsversammlung,
den 8. April 1865 in Stuttgart.

Coburg, 29. Mai. Der Redaction sind über die aus Anlaß der Vorschläge und Gegenvorschläge hinsichtlich des Fortbestandes der Arbeiterzeitung mit einem Theil des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstages entstandenen Differenzen vier Erklärungen zugegangen. Zwei einander entgegengesetzte aus der Mitte des ständigen Ausschusses, von denen die zweite uns mit der Ermächtigung übersendet wurde, sie mit zu veröffentlichen, „wenn man uns die Veröffentlichung der anderen zumuthe; dann eine des Herrn Bebel, Vorsitzenden des gewerblichen Bildungsvereins in Leipzig, und endlich eine des Hrn. W. Baer in Leipzig, des von diesem Verein für die Arbeiterzeitung bestellten B Correspondenten. Was zunächst die beiden entgegengesetzten Erklärungen aus der Mitte des ständigen Ausschusses anlangt, so glauben wir, zumal da am 10 Juni ohnehin eine Sitzung des ständigen Ausschusses stattfindet, vollkommen im Interesse der Sache zu handeln, wenn wir beide Erklärungen nicht abdrucken. Hinsichtlich der Erklärungen der Herren Bebel und Baer sind wir gern bereit, das rein Thatsächliche daraus gewissenhaft zu referiren, und ist dies untenstehend ersichtlich. Die Erklärungen in der vorliegenden nicht durchweg objectiven Fassung abzudrucken und damit etwa zur Fortführung des unerquicklichen Federkriegs uns verleiten zu lassen, können wir, auch wenn diese Erklärungen kürzer und der Raum unseres Blattes größer wären, ebenso wenig für im Interesse der Sache halten. Wir sind der Sache und unsern Lesern schuldig, Besseres zu bringen, als persönliche Federkriege. Wie wir diesen nicht begonnen, sondern nur mit Widerwillen und gezwungen aufgenommen haben, da uns nicht zuzumuthen war, eine Reihe von ebenso gehässigen als ungegründeten Angriffen, wenn auch nur von wenigen Personen und nur von einem Orte aus, schweigend und damit bestätigend aufzunehmen, so wollen wir uns wenigstens die Freiheit wahren, dieser Fehde im Interesse der Sache ein Ziel zu setzen. Das thatsächliche Material von beiden Seiten liegt unsern Lesern in den Nummern dieses und des vorigen Quartals vollständig vor und Jeder kann daraus sein Urtheil von selbst sich bilden, ohne daß es eines weiteren Commentars von beiden Seiten bedürfte. Correspondenzen, deren Verfasser nicht an die Sache sich zu halten vermögen, werden wir ferner ebenso unberücksichtigt bei Seite legen, als solche, welche mit den Grundprinzipien des Blattes im Widerspruch stehen. Wir wollen die zum Schaffen nöthige Freudigkeit und Frische nicht durch unnöthige Fehden uns rauben lassen.

Was übrigens die Differenzen mit den beiden Wortführern des Leipziger Vereins anlangt, so ersehen wir aus der uns vorliegenden Erklärung des Hrn. Bebel, daß deren Entstehung auf so vollständig irrige Voraussetzungen Seitens dieser Herren sich zurückführen, daß dieselben bei nur etwas mehr Unbefangenheit und weniger Verbitterung von dieser Seite leicht hätten vermieden werden können.

Die Erklärung des Hrn. Bebel faßt sich in ihrem thatsächlichen Theil, unter Wiederholung der in dem Bericht des Hrn. Baer in Nr 124 enthaltenen Behauptungen, dahin zusammen: daß Hr. Bebel seit langen Jahren für den dortigen Verein, wie ihm nicht bestritten wird, nach bestem Wissen und Gewissen thätig sei, und daß er auch für die Verbreitung der Arbeiterzeitung bald nach deren Erscheinen und später thätig gewesen sei; daß er auf dem zweiten Vereinstage aber gegen dieselbe als allgemeines Vereinsorgan aufgetreten sei, weil dieselbe in „einseitiger Weise" für die Sache der Arbeiter wirkend namentlich gegen Leipzig als Ort des Vereinstags agitirt habe. Herr Bebel nennt dabei diese Agitation eine gehässige, die unter dem Vorwand, den Beustianismus anzugreifen, nur den Aerger verborgen habe, daß Coburg bei der Wahl des Vereinstags wiederholt übergangen worden sei. (Wer die bei der Leitung der Arbeiterzeitung und des hiesigen Vereins Betheiligten und deren Thätigkeitsbereich kennt, wird sich eines Lächelns über diesen Verdacht nicht erwehren können. Zu unserer mehr als genügend verzweigten und überbürdeten Wirksamkeit auch etwa noch die Geschäfte eines Vororts der Arbeitervereine oder eines Localcomité's für einen Vereinstag zu übernehmen, lag von Anfang an so wenig in unserer Absicht, daß wir selbst gegen den Gedanken eines Anerbietens dieser Art feierlich Verwahrung einlegen müßten. Wenn dieser unbegreifliche Verdacht der Schlüssel zu den von dort seit jener Zeit gegen die Arbeiterzeitung gerichteten localpatriotischen Anfeindungen ist, so können wir dieselben nur doppelt bedauern.) Der übrige Theil der Erklärung wiederholt, daß die Vorschläge unseres Verlegers für die Fortführung der Arbeiterzeitung unausführbar gewesen seien und daß Hr. Bebel lediglich aus materiellen und nicht aus politischen Gründen dagegen gestimmt habe, sowie daß dem Ausschuß aus der Uebernahme der Arbeiterzeitung ein bedeutender Vortheil erwachsen sein würde, da das Blatt bei dem Vertrieb durch die Post bei 1800 bis 2000 Abonnenten schon einen bedeutenden Reinertrag abgeworfen haben würde, während der Verleger, lediglich auf den direkten Vertrieb und dem durch den Buchhandel sich beschränkend, erst bei 3000 Abonnenten einen erheblichen Ueberschuß in Aussicht gestellt habe. (Das lautet allerdings anders, als der leicht hingeworfene Vorwurf buchhändlerischer Spekulation. Warum wir übrigens von Anfang an vom Postdebit ganz abgesehen haben, der allerdings mit erheblichen Erfordernissen für das Blatt verbunden sein würde, haben wir früher schon erörtert: wir bezweifeln, daß das Blatt denselben allenthalben erhalten und behalten werde. Indessen sind wir, wie unsere Leser aus der Notiz an der Spitze unserer diesmaligen Nummer ersehen, bereit, dem schon länger von Freunden des Blattes vielfach ausgesprochenen Verlangen nachzugeben und auch diesen Versuch zu machen. So sehr das persönliche wie das geschäftliche Interesse unseres Verlegers nach wie vor für das Ausgeben dieses Blattes spricht, so soll ihm doch der Vorwurf nicht gemacht werden können, daß er der vielfachen Aufforderungen und dem freundlichen Entgegenkommen aus den Arbeiterkreisen ungeachtet, nicht jeden möglichen Versuch zur Erhaltung dieses Arbeiter-Organs gemacht habe. Und so soll denn auch dieser Versuch nicht unterlassen werden.) Endlich unterlassen wir nicht, ausdrücklich hervorzuheben, daß Hr Bebel sich in seinen Erklärungen, wenn wir ihn recht verstehen, als einen entschiedenen, unerbittlichen Gegner der Beust'schen Musterwirthschaft bezeichnet. Das letztere ist auch der thatsächliche Inhalt der Erklärung des Herrn W Baer, der für diese seine eigene scharfe Gegnerschaft gegen das System Beust und dessen Träger noch auf hochgeachtete, von ihm namhaft gemachte Gesinnungsgenossen sich beruft, deren Zeugniß jederzeit eingeholt werden könne. Zugleich berichtigt Herr Baer die Redaction dahin, daß er auch nicht Lehrer, sondern ein durchaus freier und unabhängiger Mann sei.

Das ist der wesentliche, sachliche Inhalt der beiden Leipziger Erklärungen, mit welchen die unerquicklichen Erörterungen nach dieser Seite hin ihren vollständigen Abschluß finden. Bei gutem Willen auf beiden Seiten aber wird in der bevorstehenden Sitzung des ständigen Ausschusses die Differenz wohl überhaupt und nach allen Seiten hin die Ausgleichung finden, welche das Interesse der Sache nothwendig gebietet.

Die Redaction.

Politischer Theil.

Was man von der neupreußischen Justiz und von der „Gerechtigkeit" in politischen Processen zu halten hat.

Wir haben bereits der vernichtenden Rede des Abgeordneten Ziegler gedacht. Ein anderer zerschmetternder Keulenschlag gegen das herrschende System in Preußen ist die Rede des Abgeordneten Twesten, eines preußischen Richters, über die neupreußische Justiz. Wir lassen hier die, von den zahlreichen Juristen des Abgeordnetenhauses unwidersprochene, mit lautesten Beifall begrüßte Rede des ehrenwerthen Abgeordneten im wesentlichen Auszug, wie ihn die Berliner „Reform" bringt, folgen.

„Meine Herren, die Gerichtshöfe, auf welche ich Ihre Aufmerksamkeit jetzt mehr als auf die Staatsanwaltschaft lenken will, die Preußischen Gerichtshöfe wurden früher von der Tribüne nicht genannt, weil man die Abstraction, die Theorie festhielt, daß die legislative Gewalt in die rechtsprechende sich nicht einmischen solle. Diese Theorie ist jetzt aufgegeben, kürzlich sind oft harte Worte gegen die Gerichtshöfe hier gefallen. Meine Herren, wenn schon der einzelne Fall von uns nicht übersehen werden darf, sobald er entweder beachtenswerthes Material für die Gesetzgebung gibt, oder geeignet ist, ein Mißtrauen im Lande zu erwecken, so müssen wir in viel höherem Grade uns veranlaßt sehen, die Rechtsprechung zu unserer Cognition zu ziehen, wenn wir eine Menge von Fällen, ja eine konstante Praxis tiefgreifende Schäden im Rechtsleben dokumentiren sehen. Wenn eine Illusion, wie ich sie angedeutet habe, den offenbaren Mißbräuchen gegenüber festgehalten wird, so wird sie zur Heuchelei. Die Wendungen, wie „Es giebt ein Kammergericht in Berlin", „Die trefflichen Preußischen Richter" und dergleichen, haben ihren Werth verloren. Als der Justizminister Simons sein Amt niedergelegt hatte, sagte ein anderer ehemaliger Minister von ihm: Die unverzeihlichste seiner Sünden sei die, daß er systematisch das Obertribunal korrumpirt habe. (Hört!). Meine Herren! Der jetzige Kriegsminister dehnt dieses System auch auf andere Gerichtshöfe aus. (Sehr wahr!) Er setzt die Gerichtshöfe seinen Intentionen gemäß zusammen, er befördert die ihm dienlichen, setzt andere zurück. Das weiß das ganze Land, und wer aus loyaler Scheu es nicht öffentlich ausspricht, der sagt es doch unter vier Augen. Die „Kreuzzeitung" hat es offen ausgesprochen, daß die Sprüche des Obertribunals einen erfreulichen conservativen Charakter haben. Ich will eine Anzahl dieser konservativen Sprüche Ihnen vorführen. Der Redner trägt zunächst die bekannten Obertribunals-Entscheidungen, welche das Preßgesetz betreffen, vor, ferner die Entscheidung, welche den „Aufruhr gegen Rußland" unter das Preußische Strafgesetz bringt, und urtheilt, daß man es da nicht mit einer Auslegung, sondern mit einer Verdrehung, einem Mißbrauche zu thun habe. „Zweifel über den Sinn eines Gesetzes sind immer möglich, doch von denen ist hier nicht die Rede; gegen den bösen Willen hilft kein Gesetz." Die Verpflichtung des Zeitungsredakteurs, die Negative, daß er nicht einen incriminirten Artikel vor dem Druck gekannt, zu beweisen, bezeichnet der Redner als allen criminalrechtlichen Grundsätzen widersprechend, so lange es eine Wissenschaft des Strafrechts gebe. Noch frappanter sei es, daß man den Verleger zur Nennung des Verfassers eines Artikels im ersten Termin zu seiner Vernehmung anhalte, wenn er auch in der Vorladung gar nicht benachrichtigt worden sei, worüber er aussagen solle. „Das Ober-Tribunal, sagt der Redner, hat dafür ausgeführt, daß der Richter keinen Unterschied machen dürfe, wo das Gesetz keinen mache. Ja, meine Herren, aber der Richter soll auch keinen Blödsinn sprechen! (Bravo!) Ein Englischer Oberrichter hat gesagt: Der gesunde Menschenverstand ist das oberste Gesetz. Ein Spruch in Mecklenburg aber sagt: Hier fängt der gesunde Menschenverstand an, hier hört das Rostocker Stadtrecht auf. Meine Herren, ich befürchte, daß bei uns der Spruch auftauchen wird: Hier hört der gesunde Menschenverstand auf, hier fängt das Obertribunal an!" (Lebhafter Beifall. Große Heiterkeit.) Der Redner kritisirt weiter die Urtheile, welche wegen Erregung von Haß gegen die Feudalen ergangen, sogar wegen eines gegen einen politischen Artikel im Amtsblatte gerichteten Angriffs, indem man diesen Artikel als Anordnung und Einrichtung der Obrigkeit ausgegeben. (Gelächter.) Er resumirt, daß das Bestreben allgemein darauf gerichtet sei, mit Hülfe der Gerichtshöfe jede Opposition zum Schweigen zu bringen. Sodann vergleicht er die in Frankreich ergangenen Strafurtheile in Preßsachen mit den in Preußen ergangenen. Während dort 24 Verwarnungen, 4 Suspensionen auf 2 Monate und 40 Straferkenntnisse gegen Zeitungen im J. 1864 ergangen, seien in Berlin allein in derselben Zeit 175 Strafurtheile gefällt. (Hört!) Der Redner erwähnt weiterhin das Verfahren gegen den Magistrat von Gumbinnen, welcher nicht zur Klage gegen die „Nordd. Allgem. Zeitg.", von der er bei Gelegenheit des Brandes geschmäht worden war, gelangen konnte. Er kritisirt das mit den Worten: So wird das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft ein Instrument zur Unterdrückung der Gegner in Angriff wie in Abwehr, und gleichzeitig ein Instrument, um die vollkommene Straflosigkeit der Anhänger der herrschenden Partei zu sichern (Sehr wahr!). — Er geht hierauf zum Polenprozeß über und bemerkt: Als hier der Antrag gestellt wurde, drei unserer Collegen, welche verhaftet waren, aus der Untersuchungshaft zu befreien, da habe ich gegen ihn gestimmt, mit Rücksicht auf das Gerücht von verrätherischen Umtrieben gegen den preußischen Staat. Ich glaubte unter diesen Umständen vor dem Beschluß des Staatsgerichtshofes Achtung haben zu müssen, ich glaubte, durch die Freilassung dieser unserer Collegen könne das Staats-

Interesse gefährdet werden. Nach diesen Vorgängen werden wir künftig auf Beschlüsse des Staatsgerichtshofes zu Berlin wenig Rücksicht mehr nehmen dürfen (Sehr wahr!). Meine Herren, nicht Gegner der Regierung, sondern ein Organ der Regierungspartei hat das Verfahren in diesem Prozesse bezeichnet als „Präventiv-Justiz": dies eine Wort wird genügen, um noch in ferner Zeit diesen Prozeß vor einem preußischen Gerichtshofe und die Urheber dieses Prozesses zu brandmarken — Präventiv-Justiz! (Bewegung.) Der Hr. Ministerpräsident hat uns gesagt, er werde das Haus noch nicht auflösen, das Land solle uns erst kennen lernen. Ich glaube, das Land hat hinreichend Gelegenheit gehabt, uns kennen zu lernen; ich glaube aber, es ist unsere Pflicht und muß unsere Sorge sein, in dieser langen Session auch das Land diese Verwaltung kennen zu lehren und die Früchte, die sie ihm trägt. (Sehr richtig!) Und, m. H., an diesem traurigen Bilde der Justiz trägt ohne Zweifel einen großen, hervorragenden Theil der verantwortliche Minister, der Hr. Justizminister. (Sehr wahr!) Unter **seiner** Autorität, nach **seinen** Weisungen werden die Abtheilungen der Gerichte komponirt, an deren Verfahren der Regierung gelegen ist. (Hört!) Nach seinen Anweisungen werden diese Abtheilungen auch wieder gesäubert, wenn der Regierung mißfällige Erkenntnisse erfolgen. Er hat die Verfügung wieder hergestellt, nach welcher die Präsidenten der Gerichtshöfe Berichte erstatten sollen über das politische Wirken der richterlichen Beamten, über das für oder wider die Regierung. (Hört! Anhaltende Bewegung.) Er ertheilt die Anweisungen zur Handhabung der **Disciplinargesetze**, er **belohnt** auch die **Wohlgesinnten**. In der Reihe der Prozesse über die Stellvertretungskosten der Abgeordneten haben drei Gerichte in Berlin für den Fiscus erkannt. Das eine war eine Abtheilung beim hiesigen Stadtgericht, aus drei Mitgliedern bestehend: der Vorsitzende wurde, nachdem das Probestück geliefert war, wenige Wochen darauf zum Kammergerichts-Rath ernannt. In zweiter Instanz ging die Sache an das Appellationsgericht in Frankfurt; Referent war ein daselbst beschäftigter Hülfsarbeiter, der Kreisrichter Michaelis. Unmittelbar nach dem Erkenntniß wurde er zum Appellationsgerichtsrathe ernannt. Zum Dritten waren einige dieser Prozesse anhängig vor dem Bagatell-Commissar des hiesigen Stadtgerichts. Als solcher fungirte der Assessor Köhn mit einer Anciennetät aus dem Jahre 1862. Er wurde kurze Zeit darauf, trotz der Mitbewerbung älterer Collegen, vom Herrn Justizminister zum Rechtsanwalt ernannt. (Hört!) Die Schnelligkeit und Regelmäßigkeit dieser Belohnungen verstieß gegen den öffentlichen Anstand. (Sehr wahr!) Meine Herren! Ein Berufsbeamtenthum hat auf die Länge niemals die Kraft, dem konsequenten Druck der Regierungsgewalt zu widerstehen. Es ist eine Täuschung, zu glauben, daß Gerichte und gerichtliches Verfahren an sich schon eine Schutzwehr für das Recht des Landes und die persönliche Freiheit seien. Die Sternkammer der Stuart's war ein servilles Werkzeug der Unterdrückung. Ein wirklicher Schutz liegt nur in den Geschworenen-Gerichten für politische und Preßvergehen. An ihnen brachen sich in der traurigen Reaktionsperiode unter Georg III. die Reaktionsversuche. Das Grab eines liberalen Schriftstellers aus jener Zeit trägt noch heute die Inschrift: „Diesen Mann wünschte Pitt hängen zu lassen, aber der Versuch scheiterte an dem Wahrspruch einer ehrlichen englischen Jury." In dem Disciplinar-Senat des Obertribunals sitzen sich Mitglieder des Herrenhauses und sicher bewährte Anhänger der Regierung zu Gericht über die Mitglieder **dieses** Hauses, über uns und unsere Wähler. Wir werden in diesen Disciplinar-Erkenntnissen niemals einen Rechtsspruch achten (viele Stimmen: Nie! Nie!), sondern sie nur ansehen als Verfolgung einer politischen Partei gegen die andere. (Laute Zustimmung.) Nach dem Gesetze sind Beamte im Disciplinarwege strafbar, wenn sie sich des Vertrauens und des Ansehens, welche ihr Amt erfordere, unwürdig zeigen. Nach dieser Bestimmung stand in einem früheren Entwurf des Disciplinargesetzes gegen nichtrichterliche Beamte „die feindselige Parteinahme gegen die Regierung." Dieser Satz wurde gestrichen und nun, m. H., interpretirt man die gestrichene Bestimmung und die daneben stehende der „Unwürdigkeit" hinein. Da aber auch Beamte, die auf Seiten der Regierungspartei standen, sich häufig in die Agitation warfen, so genügte schroffes Auftreten in politischen Dingen als ein die Unparteilichkeit des Richterstandes gefährdendes Motiv nicht mehr und auf die Rechtsanwalte ließ es sich gar nicht anwenden. Da stellte man den Grundsatz hin, jede Opposition gegen die jeweilige regierende Partei verletze die Treue und den Gehorsam gegen die Krone, ähnlich dem Spruche Richelieu's: „Wer die Minister bekämpft, beleidigt Se. Majestät." Aber was sagte Montesquieu gegen diese Deduction? „Wenn die Knechtschaft in Person auf die Erde herabkäme, sie würde keine andere Sprache reden." M. H. ist es jemals erhört worden, daß man die Advokaten und freigewählten Communalbeamten straft wegen der Betheiligung an der politischen Bewegung des Landes, wegen Theilnahme an den Wahlen? Warum hat zwölf Jahre lang Niemand an diese Auslegung und Anwendung des Gesetzes gedacht? Die Gesetze haben sich nicht verändert, nur die Richter und die rechtswidrigen Zumuthungen der Regierung. (Zustimmung.) Wir können das Wort Camphausens wiederholen: „Das Unrecht hat alle Scham verloren." Als der König Ernst August von Hannover im J. 1837 das Staatsgrundgesetz seines Landes cassirte und eine zustimmende Erklärung seiner Beamten, der „Königl. Diener", wie man sie im Welfenlande nennt, verlangte, da erklärte ein Hannoverscher Beamter: „Ich unterschreibe Alles, Hunde sind wir ja doch!" (Heiterkeit.) Es wird Ihnen (gegen den Ministertisch gewendet) vielleicht gelingen, mit Ihren Strafen und Belohnungen den preußischen Beamtenstand in seinem Durchschnitt zu einem ähnlichen erhebenden Bewußtsein herabzudrücken: Hunde sind wir ja doch! (Zustimmung und Widerspruch.) Aber, wenn Sie es erreicht haben, werden Sie vielleicht nicht, aber **Andere** anerkennen, daß die alten Fundamente des preußischen Staates auseinandergewichen sind. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall, der sich wiederholt, während die Rechte zischt.)

Politische Umschau.

Aus **Dresden** wird von einer Amnestie berichtet, welche für alle politischen Vergehen von 1849 vom König ertheilt sei. Nach den Gräueln von Waldheim und nach dem Röckel'schen Buch, das sie enthüllt, „zu spät". Nachdem Hunderte zu Grunde gegangen, zu Grunde gerichtet worden, hat die Amnestie gerade in diesem Staate auf keinen Dank mehr zu rechnen bei denen, die das Denken nicht verlernt haben. **Sachsen** gehört wie **Kurhessen** und **Hannover**, wie **Mecklenburg** und **Nassau** und einige andere unbedeutendere zu den **vollreifen** Früchten, die der nächste frische politische Luftzug vor allen zuerst abschütteln wird zu Gunsten des Reichs.

Leipzig, 6. Mai, schreibt man der „Volksztg.": „Der Dresdener Staatsanwalt Heinze erfand vor einiger Zeit ein nagelneues Verbrechen, welches verdient, in der Chronik deutscher Rechtswissenschaft verewigt zu werden, es heißt: „Anticipation einer dereinstigen Aufforderung zum Ungehorsam." In Anerkennung solcher Leistungsfähigkeit ist der Mann nun zum Professor des Strafprozesses an hiesiger Universität ernannt worden." — Wir empfehlen den Mann den Gelehrten des „Figaro."

Zur Illustration der Redefreiheit in **Sachsen** mag noch die Notiz dienen, daß am 2. April d. J. vom Königl. Sächs. Ministerium des Innern, gezeichnet **Körner**, eine Verordnung an die Herren Kreisdirektoren ergangen ist, wonach die **Gensdarmen**, im Interesse besserer Ueberwachung der Versammlungen die **Stenographie** erlernen sollen!

(Das Herzogl. Sachsen-Coburg'sche Consulat in Newyork.)

Coburg. Die „Newyorker Criminalzeitung" schreibt darüber Folgendes: „Die Ermordung Lincolns hat überhaupt zu manchen Conflikten Anlaß gegeben, und namentlich sind zwei davon erwähnenswerth. Der Consul von **Sachsen-Coburg**, Herr **Hinrichs**, in der Nähe von Brooklyn wohnhaft, ein notorischer Rebellenfreund, welcher mehrere Mitglieder seiner Familie in der Rebellenarmee gehabt haben soll, hatte die hier nicht näher zu bezeichnende Rohheit begangen, seine Freude über den Tod Lincoln's auszudrücken. Als die Polizei ihn verhaften wollte, zeigte Herr Hinrichs statt aller Antwort sein Patent als Consul vor und entging dadurch einer längeren Haft, denn die Vereinigten Staaten beugen sich vor dem Völkerrechte, welches Consuln vor Verhaftung sichert, selbst wenn es Consuln der Großmacht Sachsen-Coburg-Gotha sind. Daß dem Consul indessen das Exequatur entzogen und er später zur Rechenschaft gezogen werden wird, ist unzweifelhaft." So das Newyorker Blatt. — Sehr wünschenswerth wäre es übrigens, wenn überhaupt dergleichen Consulatsernennungen von der Regierung bekannt gemacht würden und wenn man mit etwas mehr Auswahl dabei zu Werke ginge.

Oesterreich. (**Behandlung von Preßerzeugnissen bei den Zollämtern.**) Die Zollämter wurden vom Finanzministerium erinnert, daß sie bei der zollamtlichen Behandlung von Büchern oder anderen Preßerzeugnissen nicht berufen sind, in die Untersuchung einzugehen, ob sich darunter auch solche befinden, deren Verbreitung verboten ist; daß sie jedoch bei der Wahrnehmung einer verbotwidrigen Druckschrift oder einer Uebertretung des Preßgesetzes vom 17. Dez. 1862 von dieser Wahrnehmung ohne Beschlagnahme des Gegenstandes der Staatsanwaltschaft oder der Sicherheitsbehörde ihres Standortes oder Bezirks sogleich die Anzeige zur weiteren Verfügung zu machen haben.

Nordamerika.

† Ein Sohn des **Flüchtlingspatriarchen Joh. Phil. Becker***) zu Genf, **Gottfried Becker**, ist noch nachträglich Opfer des amerikanischen Krieges geworden. Der „Nat.-Ztg." schreibt man darüber: Gottfried Becker, dessen Vater in Genf wohnt, ist 1827 in Frankenthal (Rheinbayern) geboren, kam 1830 nach Biel mit seinem Vater, der mit Hrn. v. Greyerz eine Bürstenfabrik und dann mit Schüler eine Wanduhrenfabrik betrieb; besuchte später die polytechnische Schule in Aarau und machte im 12. Bernerbataillon (1847) den Sonderbundsfeldzug mit; 1851 betheiligte er sich als Redakteur an der Schweizer „National-Zeitung" und schrieb nebenbei mehrere Romane und Novellen. Zwei Jahre später sehen wir ihn als Redakteur der „Turnzeitung" in Philadelphia und dann des „Hochwächters" in Cincinnati. Bei Ausbruch des Krieges folgte er als Offizier dem Sternenbanner nach verschiedenen Gegenden des ausgedehnten Kriegsschauplatzes. Als die Ernennung zum General in Washington beschlossen war, erlag Oberst Becker im Spital seinen Blessuren und harten Strapazen. Friede der Asche des braven Patrioten.

Newyork, 17. Mai. **Jefferson Davis** ist **mit seiner Familie und seinem Generalstab bei Macon gefangen genommen und nach Washington gebracht worden.** Der Verschwörungsproceß nimmt seinen Fortgang. Bisher wurde nichts positives gegen Davis erwiesen. Der kais. französische Gesandte, Graf Montholon, ist vom Präsidenten Johnson empfangen worden, wobei ein Austausch freundschaftlicher Gesinnung stattfand. Die Auswanderungsagitation hat sich etwas vermindert. Die Ausgabe des Restes der Anleihe im Betrag von 230 Millionen hat begonnen. (Allg. Ztg.)

*) Nicht zu verwechseln mit Abubeke.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 128.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,
11. Juni 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal der **allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung**. Wir werden das Blatt **nicht** eingehen lassen, wenn die Arbeiter demselben ihre bisher, trotz der versuchten Anfeindungen, bewahrten Sympathien auch ferner bewahren. Um den Fortbestand des Organs den Arbeitern unter dieser Voraussetzung zu sichern, haben wir jede mögliche Ersparniß eintreten lassen. Der Rabatt der Buchhändler und Vertriebsagenten ist gekürzt, auf die Aufstellung eines zweiten Redakteurs ist verzichtet; der **Postdebit** ist vom neuen Quartal ab im Thurn- und Taxischen Postgebiet verlangt. Ob das Blatt von **allen** Abonnenten nunmehr durch die Post bezogen werden wird und werden kann, hängt theils von deren Entschließung, theils davon ab, ob wir in **allen** Staaten den Postdebit erlangen. Darüber demnächst das Weitere. Solchen Falls wird dann auch eine den Einsendungen förderliche Aenderung hinsichtlich der **Zeit des Drucks** eintreten.

Für die Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses des Vereinstags und für die zu dem letzteren vorbereiteten Referate sind nach wie vor die Spalten des Blattes geöffnet. Unsere bewährten Mitarbeiter bleiben dieselben, eine übel angebrachte Ersparniß in diesem Punkte haben unsere Leser nicht zu befürchten. Format und Erscheinungsweise wie bisher.

Der **Abonnementspreis** bleibt der **bisherige**, wozu nur der Postaufschlag hinzutritt, der übrigens in den verschiedenen Postgebieten verschieden und uns selbst noch nicht genau bekannt ist.

Alle übrigen Abonnements- und Inseratbedingungen bleiben wie bisher.

Directe Bestellungen bei uns bitten wir zeitig zu erneuern. Die Bestellungen bei den Postanstalten werden dagegen erst gegen Ende des Monats von den betreffenden Abonnenten gemacht werden können, da wohl erst bis dahin alle Postexpeditionen von den Postdirectoren über die Annahme der Bestellungen in Kenntniß gesetzt sein werden.

Coburg, Anfang Juni 1865.

Die Expedition der allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Zweites Flugblatt des ständigen Ausschusses. Ein namenloses Flugblatt aus Leipzig. Erklärung des Herrn Fr. Weilhmann, Mitglied des ständigen Ausschusses. Berliner Handwerkerverein, dem Andenken Abarbanell's. Der Berliner Allgesellenverein beim amerikanischen Gesandten. Stargard, Consumverein gegründet. Buckau, Stiftungsfest. Bielefeld, Votum über die Germania. — II. Politischer Theil: Wie die Gesinnungsgenossen unserer deutschen Junker in den nordamerikanischen Staaten ihre Kriegsgefangenen behandelt haben. Politische Umschau: Aus dem preußischen Abgeordnetenhause, zweierlei Maaß. Glogau, in Sachen des Ofenklappenprozesses. Wiesbaden, Braun und Leisler contra Werren. Rostock, Manecke-Duggenkappel erneuert seinen alten Antrag auf Einführung der widerrechtlich beseitigten Verfassung. Rostock, Arbeiter- und Dienstboten-Mangel auf dem Lande. Leipzig, turnerische Schweifwedelei. Sachsen, ein 6 Tage alter Bogenschütze und wozu kalte Küche gut ist. Zur Illustration der Redefreiheit in Sachsen, oder von dem Nutzen der Stenographie für die Gensdarmerie. Mailand, noch ist Italien nicht verloren. Das Dante-Fest. Nordamerika, Mordprozeß; Entlassung des Heeres und Entlastung des Landes. III. Socialer Theil: Ende des Leipziger Buchdruckerconflikts. Celle, Arbeiterentlassung. Bielefeld, Polensache. Augsburg, Lohnerhöhung. Pforzheim, ein Flugblatt über die deutschen Frauenvereine. — V. Verschiedene Anzeigen: Diesseits und Jenseits des Oceans von Gustav Struve.

Vereinsangelegenheiten.

Flugblätter des ständigen Ausschusses des Vereinstags deutscher Arbeitervereine.

Der Hr. Vorsitzende des ständigen Ausschusses hat ein Flugblatt Nr. 2 an die Vereine versendet, welches auch unserem Verein zugegangen ist. Dasselbe enthält folgende Artikel.

I. Drei Artikel über die „Lohnerhöhungen", zu denen in einer Anmerkung bemerkt ist, daß der, mit L. S. unterzeichnete, Artikel, nicht als eine Kundgebung des ständigen Ausschusses zu betrachten sei, sondern nur persönliche Ansichten des ungenannten Verfassers enthalte. Derselbe kommt am Schluß seiner Erörterungen zu folgenden Sätzen, die wir hier lediglich referiren.

1) „Eine Arbeitseinstellung sollte niemals versucht werden in einer Zeit der Handelsstockung und der sinkenden Waarenpreise, indem sie in solchen Zeitläuften den Arbeitgeber der schweren Sorge um Beschäftigung seiner Arbeiter in willkommener Weise enthebt; 2) diejenigen Arbeiter, welche mittelst Drohung von Strikes oder mittelst thatsächlicher Arbeitseinstellung Lohnerhöhungen erzielt haben, müssen es sich auch gefallen lassen, wenn in ungünstigen Perioden die Löhne einmal herabgesetzt werden, oder wenn die Arbeitgeber sich untereinander verbinden, um den auf sie geübten Druck abzuwehren; Organisationen, welche die gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu leiten und zu vertreten haben, können den Arbeitern in den Lohnfragen zwar erhebliche Dienste leisten, niemals aber sollte man derartigen Comité's zuweitgehende Befugnisse einräumen, sondern jedesmal ehe ein entscheidender Schritt geschieht, am Orte selbst die Zustände nach allen Seiten hin gewissenhaft prüfen; 4) bei dieser Prüfung sollten niemals die internationalen Verhältnisse außer Acht gelassen und wohl erwogen werden, ob die Lücke, welche durch die Arbeitseinstellung am Waarenmarkte entsteht, nicht durch Beziehungen vom Ausland oder durch Heranziehung ausländischer Arbeiter ausgefüllt werden kann."

II. Einen kurzen Bericht über die Landesversammlung der würtembergischen Arbeitervereine in Reutlingen, worüber wir schon in der vorigen Nummer der Arbeiterzeitung einen Bericht gebracht haben, mit einem kurzen Nachtrag über die in Folge Beschlusses der Reutlinger Versammlung in Stuttgart abgehaltene Todesfeier Lincolns, auf die wir in nächster Nummer zurückkommen werden.

III. Die nachstehenden Mittheilungen des ständigen Ausschusses.

„Mittheilungen des ständigen Ausschusses.

Der ständige Ausschuß hat eine Anzahl der auf seine Veranlassung von Herrn Dr. Eduard Pfeiffer verfaßten Schrift: Die Consumvereine ꝛc. erworben und sie zunächst an alle diejenigen Vereine versendet, welche ihren Jahresbeitrag an den ständigen Ausschuß bereits entrichtet haben. Da die Brochüre jedoch ein unentbehrliches Handbüchlein für alle diejenigen Vereine bildet, welche Consumvereine ins Leben rufen wollen, so hat sich der Ausschuß entschlossen, auch an die Vereine, welche mit ihrem Jahresbeitrag noch im Rückstande sind, je ein Exemplar unter Beilegung des folgenden Circulars zu versenden:

„Wir senden Ihnen anbei eine in unserem Auftrage von Herrn Eduard Pfeiffer in Stuttgart verfaßte Brochüre: Die Consumvereine ꝛc. Dieselbe enthält eine praktische Anleitung zur Errichtung und zum Betrieb von Consumvereinen, die wir Ihrer Beachtung dringend empfehlen. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir Sie wiederholt an die Einsendung des Jahresbeitrags von 2 Thlr., mit welcher Ihr Verein immer noch im Rückstande ist. Bis jetzt haben wir alle Brochüren und Schriftstücke gleichmäßig denjenigen Vereinen zugesendet, welche den statutgemäßen Beitrag bereits bezahlt haben, wie den Vereinen, welche denselben noch nicht entrichtet haben. Auf die Dauer kann aber nicht verlangt werden, daß ein Theil der Vereine alle Lasten für den gesammten Verband trägt. Für die Folgen werden wir daher wohl nicht umhin können, unsere Zusendungen ausschließlich an diejenigen Vereine zu richten, welche durch Bezahlung des

Jahresbeitrags mit dem ständigen Ausschuße in regelmäßiger Verbindung bleiben."

Weitere Exemplare können vom ständigen Ausschusse à 30 kr. oder 8½ Sgr. bezogen werden.

Der ständige Ausschuß hat an alle Vereine, welche mit der Einsendung ihrer statistischen Tabelle am 1. Juni noch im Rückstande waren, nochmals das hierzu erforderliche Formular versendet; es ergeht hiermit das dringliche Ersuchen, nunmehr unverweilt die Formulare auszufüllen und dieselben an den Vorsitzenden einzuschicken.

(Den Arbeiterbildungsverein zu Frankenberg betreffend). Auf das dem Ausschuß zugekommene Schreiben des Arbeiterbildungsvereins in Frankenberg vom 30. April erwiedern wir, daß es lediglich einem Versehen des Berichterstatters über die Verhandlungen des Leipziger Vereinstages beizumessen ist, wenn der Name des Vereins in den Bericht aufzunehmen vergessen wurde. Auf den ausdrücklichen Wunsch des Arbeitervereins zu Frankenberg unterlassen wir nicht, dies berichtigend zu constatiren und das Versäumte somit nachzuholen, während wir die bezügliche Reklamation hierdurch als erledigt betrachten.

Am 10. Juni findet eine Sitzung des Gesammtausschusses in **Magdeburg** statt, in welcher die Tagesordnung für den dritten Vereinstag festgesetzt werden soll. Diejenigen Vereine, welche hierauf bezügliche Anträge zu stellen oder sonstige Mittheilungen zu machen haben, werden aufgefordert, hiervon dem Vorsitzenden längstens bis zum 6 Juni Kenntniß zu geben, oder etwaige spätere Nachrichten noch rechtzeitig an Herrn Dr. Max Hirsch in Magdeburg gelangen zu lassen. (Wir bemerken noch dazu, daß auch die Angelegenheit der Arbeiterzeitung in dieser Sitzung besprochen werden soll).

In diesen Tagen versenden wir an sämmtliche Vereine je zwei Exemplare der uns vom Centralverein in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen zur Verfügung gestellten neuesten Broschüre von Schulze-Delitzsch über „Die nationale Bedeutung der deutschen Genossenschaften."

Bis zum 27 Mai waren in Folge unseres Aufrufs für die Burger Arbeiter bei Herrn Dr. Max Hirsch in Magdeburg 324 Thlr. 11⅓ Sgr. (569 fl. 40 kr.) eingegangen.

Der ständige Ausschuß
Leopold Sonnemann,
d. Z. Vorsitzender.

Allgemeiner Lehrplan für die deutschen Arbeitervereine.

Auf den Wunsch mehrer Vereine stellen wir die auf dem zweiten Vereinstage zu Leipzig gefaßten Beschlüsse bezüglich der Einführung eines möglichst gleichen Lehrplans hier nochmals zusammen. Es wurden als nothwendige Lehrgegenstände bezeichnet:

1) Die Deutsche Sprache;
2) Das Rechnen;
3) Das Zeichnen;
4) Die gewerbliche Buchführung;
5) Der Gesang und — wo kein passender Turnverein besteht
6) Das Turnen;
7) Die Geometrie.

Als empfehlenswerth: Französische und englische Sprache.

Als nothwendigste Gegenstände für Vorträge werden bezeichnet:

1) Geschichte, namentlich deutsche Geschichte;
2) Geographie;
3) Gesetzkunde.

Als fernere je nach den örtlichen Verhältnissen empfehlenswerthe Gegenstände wurden angegeben:

1) Volkswirthschaftslehre;
2) Naturwissenschaft;
3) Gesundheitslehre;
4) Erziehungskunde;
5) Stenographie.

IV. Am Schluß bringt das Flugblatt des Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses die schon in unserer vorigen Nr. erwähnte Erklärung aus Mitten des ständigen Ausschusses in Betreff der Differenzen, welche aus Anlaß der Vorschläge und Gegenvorschläge über den Fortbestand der Arbeiterzeitung entstanden sind. Die Erklärung ist von einem Theil der Mitglieder des ständigen Ausschusses unterschrieben und enthält vier Sätze: 1) daß in der Sitzung des ständigen Ausschusses vom 19. März d. Js. die Ablehnung der Vorschläge, welche unser Verleger in Folge ausdrücklicher Aufforderung des Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses in Betreff der Fortführung der Arbeiterzeitung gemacht hat von den anwesenden 9 Ausschußmitgliedern, nach eingehendster Berathung einstimmig beschlossen worden sei. (Eine Thatsache, über die wir überhaupt kein Urtheil ausgesprochen haben, da wir nicht zugegen waren. D. Red.). 2) Daß das „vertrauliche Rundschreiben" des Hrn. Vorsitzenden vom 10. April d. Js. den Sachverhalt über die Vorschläge und Erklärungen unseres Verlegers „vollkommen richtig" dargestellt habe. (Den guten Glauben der Herren Unterzeichner dieses Satzes der Erklärung bezweifeln wir nicht im Entferntesten, müssen den thatsächlichen Inhalt dieses Satzes ihrer Erklärung aber dennoch als einen irrthümlichen bezeichnen. Die Unrichtigkeit der Darstellung des „vertraulichen Rundschreibens" gerade in einem wesentlichen, der Mißdeutung vorzugsweise ausgesetzten Punkt ist in Nr. 122, der Arbeiterzeitung S. 636, erste Spalte Nr. 6 und zweite Spalte letztes alinea der dort ersichtlichen Redactionserklärung nachgewiesen. D. Red.). 3) Das der von Hrn. Bebel seinem Verein in Leipzig mündlich erstattete, in Nr. 123 der Arbeiterzeitung andeutungsweise erwähnte Bericht, wonach die Arbeiterzeitung als eine Buchhändlerspeculation bezeichnet wird, wahrheitsgetreu sei und daß die Unterzeichner der Erklärung die feste Ueberzeugung hegen, daß Hr. Bebel zu dem Beust'schen System in Sachsen in schärfster Opposition stehe. — (In letzterer Hinsicht können wir nicht in das Herz irgend Jemandes sehen. Wir glauben aber dem Hrn. Bebel, nachdem er sich selbst als unversöhnlichen Gegner des Beust'schen Systems offen bezeichnet hat, dies schon auf seine einfache Versicherung hin, so lange nicht Thatsachen das Gegentheil erhärten und es kann diese Versicherung, wie wir schon in voriger Nr. erwähnt haben, Niemand angenehmer zu hören sein, als uns; denn nur mit den offenen oder verkappten Anhängern dieses Systems ist uns keine Verständigung möglich. — Den Bericht, den Hr. Bebel seinem Verein erstattet hat, haben wir dagegen nicht mit angehört und kennen denselben daher so wenig aus eigener Wahrnehmung, wie die Herren Unterzeichner dieser Erklärung; daß aber die Arbeiterzeitung **keine** „Buchhändlerspeculation" ist und daß deren Gründer für ihre Mühen, Anstrengungen und Opfer, die sie aufgewendet haben, um den Arbeitern ein treues und zuverlässiges Organ zu schaffen, mindestens nicht fortwährende gehässige Anfeindungen verdienten, — das wissen wir und wissen alle, welche mit den hier einschlagenden persönlichen und thatsächlichen Verhältnissen genauer bekannt sind. D. Red.) 4) Der letzte Satz der Erklärung weist es als eine „den ganzen ständigen Ausschuß beleidigende Verläumdung" zurück, wenn der Vorwurf erhoben werde, daß die Herren Sonnemann und Bebel aus „persönlichen, der Sache fremden Beweggründen" gegen die Arbeiterzeitung conspirirt hätten. — (Eine derartige Behauptung ist in der Arbeiterzeitung nicht aufgestellt, sondern es hat dieselbe lediglich **Thatsachen** mitgetheilt, über welche die Redaction befriedigendere Aufklärung bis zur Stunde nicht erhalten hat; namentlich die Thatsache, daß von dem Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses die von unserem Verleger angebotene und im Interesse rascher Verständigung so wünschenswerth gewesene **mündliche** Verhandlung desselben mit dem Ausschuß **vereitelt** wurde; so wie die oben zu 2) erwähnte thatsächliche Unrichtigkeit. D. Red.)"

Die Erklärung ist auf Veranlassung des Herrn Dr. **Hirsch** noch von 6 an der Differenz unmittelbar nicht betheiligten Ausschußmitgliedern unterzeichnet, die wir sämmtlich hochachten, die aber, wie wir glauben und in unserer letzten Nr. schon bemerkt haben, mehr im Interesse der Sache gehandelt haben würden, wenn sie diese Erklärung unterlassen, oder doch mindestens bis nach der bevorstehenden Ausschußsitzung vertagt und somit den Rath befolgt hätten, den, von demselben Beweggrund wie wir in unserer vorigen Nr. ausgehend, der aufrichtige Arbeiterfreund Herr **Martens** von Hamburg ihnen gegeben hat; statt uns zu nöthigen nun auch die untenstehende andere Erklärung aus Mitten des Ausschusses von Seiten des ebenso unparteiisch und aufrichtig der Sache der Arbeiter zugethanen Herrn Fr. **Weithmann** von Stuttgart zu veröffentlichen, der **nicht** wie in einer Anmerkung zu der Erklärung der Sieben vermuthet wird, wegen „Krankheit oder Abwesenheit", sondern weil er anderer Meinung in der Sache ist, sich deren Erklärung nicht angeschlossen hat.

Wir hatten die bezügliche Mittheilung in unserer Nr. 127 mit der Bemerkung geschlossen, daß damit die leidige, von uns nicht herausgeforderte Differenz ihren definitiven Abschluß finde und daß bei gutem Willen auf **beiden** Seiten auch eine allerseits befriedigende Verständigung möglich sein werde. Es thut uns im Interesse der Sache leid, daß dieser Wunsch auf der andern Seite kein Gehör gefunden hat.

Nicht minder bedauern wir, daß auch zu sonstigen sachlichen Mittheilungen und Veröffentlichungen der Herr Vorsitzende des ständigen Ausschusses seit dem letzteren die Arbeiterzeitung nicht übergeben worden ist, sich des Wegs der Flugblätter bedient, während die von den Vereinen beizusteuernden Geldmittel von ihr selbst als nicht ausreichend bezeichnet werden, und die Arbeiterzeitung sich von Anfang an bereit erklärt hat, alle solche Mittheilungen aufzunehmen, so daß die Kosten der Flugblätter vollständig erspart werden könnten. Wir haben keine Kenntniß von den dabei obwaltenden Motiven, aber dem Interesse der Casse des Vereinstages dient die Maßregel gewiß ebenso wenig als zur Förderung des Vereinsorgans, der Arbeiterzeitung.

Während wir dieses schreiben, geht unserem Verein hier, trotz unserer versöhnlichen Aeußerungen in der vorigen Nummer eine neue Kundgebung von Leipzig zu, unter Kreuzband von der Hand des Herrn W. Barr adressirt, ein Flugblatt unter der Firma des „Arbeiterbildungsvereins Leipzig", aber von **keinem einzigen Namen** unterzeichnet. Dieses namenlose Flugblatt richtet sich „an unsere Brudervereine", tischt zunächst von neuem die alte, noch immer nicht verwundene Geschichte von der ketzerischen Opposition der Arbeiterzeitung gegen Sachsen auf, welches trotz der Verordnung an die Gensdarmerie zur Erlernung der Stenographie behufs der bessern Ueberwachung öffentlicher Versammlungen, trotz der Körner, Häpe, Burgsdorf und anderer trefflicher Regierungsmänner, trotz der ganzen Beust'schen Regierungswirthschaft überhaupt zur Zeit der geeignetste Boden für alle Fortschrittsbestrebungen, insbesondere auch für die Arbeiterbewegung sein soll, und läßt offen durchblicken, daß die Arbeiterzeitung, weil sie deshalb aus politischen Gründen selbst gegen die Abhaltung des vorigen Vereinstages in Leipzig opponirt habe, dafür bei den Vereinen discreditirt und dem hiesigen Verein und dem Verleger abgenommen werden müsse. Das ist zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber das kleinlich verbissene, fortwährende Zurückkommen auf jene Opposition verräth die Tendenz.

Dann bringt das namenlose Flugblatt über die Verhandlungen wegen des Fortbestands der Arbeiterzeitung die alten, in unseren Nrn. 115, 122 und 126 bereits beleuchteten Behauptungen und resumirt in leicht erkennbarer Absicht dieselben vollkommen verdreht dahin, es sei von unserem Verleger proponirt worden:

„Die Arbeitervereine sollen für ein Viertel des Gewinnes die Beschaffung eines Deckungsmittels bisheriger Verluste und das ganze Risiko übernehmen!"

Während im Gegentheil, wie in Nr. 122 aus den vorliegenden Correspondenzen **nachgewiesen** worden ist, unser Verleger, ohne daß er im Allerentferntesten dazu irgendwie verbindlich war, das Anerbieten gemacht hat:

von dem eintretenden Reinertrag des Blattes nicht nur ein Viertheil der Casse des Vereinstags zu überlassen, sondern überhaupt den **ganzen** Reinertrag, mit Ausnahme eines vertragemäßig dem hiesigen Verein zukommenden Viertheils desselben, lediglich im Interesse des Blattes selbst, nach Deckung seiner Verluste, zu dessen Vervollkommnung zu verwenden; wogegen der ständige Ausschuß des Vereinstags, dem über die ganze Einnahme und Ausgabe **jährlich Abrechnung vorgelegt werden sollte**, — als Gegenleistung dafür wirken sollte, daß die im Gesammtinteresse liegende, einen angemessenen Reinertrag gewährende Abonnentenzahl gesichert und der bisher von dem **Verleger** für das im Interesse der Arbeiter gegründete Organ seit drei Jahren **bereits geleistete** Vorschuß von 3000 Thalern unter **Fortbestand des alleinigen Risikos des Verlegers** und unter dessen **persönlicher Haftung** hierfür auf einige Jahre als Anlehen anderweit aufgenommen werde und daß wenn möglich der den Buchhandel und den Spediteuren an dem Abonnementspreis zu gewährende, diesen auf 8 Sgr. und weniger pro Quartal reducirende und bisher obendrein noch vom Verleger getragene Rabatt künftig von den Abonnenten getragen werde.

Dies nochmals im Resumé der **wahre**, von dem namenlosen Leipziger Flugblatt verdrehte Sachverhalt.

Das Flugblatt kommt dann mit folgenden harmlosen Wendungen auf des Pudels Kern:

„da nach den eigenen Angaben des Verlegers der Verlust noch fortlaufend; die Deckung des Deficits noch in weiter Ferne sei, weder der ständige Ausschuß noch die Vereine in der Lage seien, die bisherigen Vorschüsse des Verlegers für das Blatt ihrerseits eine Zeit lang vorzuschießen; eine Garantie der Abonnenten unausführbar sei; eine Arbeiterzeitung, deren Redaction in den Händen des ständigen Ausschusses sei, diesem **selbst von großem Vortheil** und den Arbeitervereinen selbst von weit höherem geistigen und materiellen Nutzen sei" und da

endlich (das ist der Sinn dieses Theils der Erwägungsgründe des Flugblatts) der definitive Verlust von 3—4000 Thaler an bisher für das Organ der Arbeiter geleisteten Vorschüssen des Verlegers, wenn man jetzt das Blatt statt es zu fördern zum Eingehen nöthige, oder richtiger in das gemachte Bett der Arbeiterzeitung sich selbst lege, — für den Verleger „ohne irgend welchen Nachtheil sei", mithin diese für alle opferwilligen Freunde der Arbeiter ermunternde neue Art von „Leistung und Gegenleistung", welche man hiermit gegen den ketzerischen Verleger der Arbeiterzeitung für dessen geleistete Mühen und Opfer erprobe, für die Brudervereine ohne alles Bedenken sei, so sollten dieselben den ständigen Ausschuß ersuchen: die Gründung einer Zeitung für die Arbeitervereine Deutschlands in die Hand zu nehmen und ihre Anträge schleunigst an den (am 10. Juni zusammentretenden) ständigen Ausschuß übermitteln, damit dieser noch in dieser Sitzung sich darüber einigen und jedenfalls vor dem Quartalwechsel das so bereitete Werk vollenden könne.

Nachdem dieses Flugblatt von Stapel gelassen worden, ist das ganze Getriebe so klar, daß wir die Kritik getrost jedem ehrlichen Arbeiterherzen überlassen können. Für dieses Ziel konnte es allem Anschein nach wohl ersprießlich sein, durch Monate lang fortgesetzte Anfeindungen und Herausforderungen dem Verleger und der Redaction das Leben sauer zu machen und die ganze Wirksamkeit für das Blatt, sowie dieses den Lesern zu verleiden. Das namenlose Flugblatt wäre hiernach der letzte Act des harmlosen Spiels. Ob nun die Arbeiter dem Blatt Papier trauen werden, dem Niemand seinen Namen beizusetzen den Muth gehabt hat — ist abzuwarten.

Das namenlose Leipziger Flugblatt kommt endlich am Schluß auf die Vertheidigung des Hrn. **Baer** zurück, von dem die nicht unterzeichneten Verfasser des Flugblatts sagen: „aus dem Jahre langen Umgang mit Herrn **Baer** haben wir denselben als einen grundehrlichen Charakter und nicht nur als einen „Liberalen", sondern als einen „Radikalen" kennen gelernt" — weshalb er z. B. auch in allen seinen Correspondenzen in der Arbeiterzeitung der Leipziger Buchdruckergehülfen in ihrem jüngsten Streit mit ihren Prinzipalen mit keinem Sterbenswörtchen gedacht, geschweige sich angenommen und so schwer sich alterirt hat, daß die Redaction der Arbeiterzeitung das Sachsen von heute als ein politisches Eldorado **nicht** ansehen will. — Für den Denkenden genug! Wenn wir bisher noch zweifeln konnten, jetzt **kennen** wir unsere Gegner, von denen dieser ganze sächsische Hader angezettelt ist. Nachdem wir so über Charakter und Tendenz der nur von einem Ort und auch da nur von wenigen Personen versuchten Anfeindungen und Gegenwirkungen vollkommen aufgeklärt sind, sind wir damit in der angenehmen Lage, unser Blatt von allen ferneren von dieser Seite kommenden Versuchen zum Unfriedenstiften frei zu halten.

D. Red.

An die Redaktion der Allg. deutschen Arbeiterzeitung zu Coburg.

Stuttgart, 29. Mai. Dr. Max **Hirsch** in Magdeburg, Mitglied des ständigen Ausschusses, hat seinen Collegen eine Erklärung zur Unterschrift zugesendet, welche die unliebsamen Mißhelligkeiten, die über das Sein oder Nichtsein der Arbeiterzeitung entstanden sind, zum Gegenstande macht. Mein Gewissen verbietet mir, jene Erklärung in allen ihren Punkten zur meinigen zu machen, weßhalb ich meine Unterschrift verweigere. Falls man Ihnen zumuthet, besagte Erklärung zu veröffentlichen, bevollmächtige ich Sie hiermit, dasselbe auch mit dieser meiner Erklärung zu thun. Ausführliche Begründung meines Verhaltens behalte ich mir vor. Hochachtungsvoll

Fr. **Weithmann,**
Mitglied des ständigen Ausschusses.

± **Berliner Handwerkerverein.** Der 6. Mai war, wie bereits gemeldet, für eine Gedächtnißfeier des verstorbenen Dr. **Abarbanell**, dessen Geburtstag auf den 5. Mai fiel, bestimmt. Der Saal war entsprechend geschmückt und die Angehörigen des Dahingeschiedenen eingeladen, auch viele Freunde und Bekannte waren gekommen, um der Feier beizuwohnen. Nach einem von Hrn. Fernbach vorgetragenen und verfaßten Prolog hielt Hr. Dr. **Guido Weiß** die Gedächtnißrede, die ein Lebensbild des Entschlafenen enthielt, aus der wir nur einzelne charakteristische Punkte hervorheben wollen. Am 5. Mai 1819 ward Abarbanell in Bojenowa von jüdischen Eltern geboren. Vom 18. Jahre ab schon mußte er sich ernähren durch Unterrichtgeben. Als er dabei auch einem Knaben christlichen Religionsunterricht gab und die Mutter wahrscheinlich durch das Klatschen der Nachbarin darauf aufmerksam gemacht, daß er ein Jude sei, antwortete er darum gefragt: „Nun was schadet's, wenn ich ein Jude bin, ich unterrichte in Allem was Noth thut, also auch in der christlichen Religion". Im Jahre 1847—48, wo in Schlesien arg der Typhus wüthete, der sich jetzt in Rußland selbst bis zu den Stufen des Throns gewagt, reiste er dorthin, nicht um Praxis zu bekommen, denn die begann sich ihm allmälig in Berlin zu bahnen, sondern um dem Volke zu helfen. Was er diesem Verein als zweiter Vorsitzender gewesen, werden die Mitglieder nicht vergessen. Als Wahlmann, wo er zuerst an den Wahltisch herantrat und seine Stimme für Johann Jakoby abgab, und als Stadtverordneter waren seine letzten öffentlichen Thätigkeiten. Ein sich bei ihm entwickeltes Brustleiden griff so schnell um sich, daß ihm nicht einmal der Trost der Täuschung blieb. Von Italien zurückgekehrt, verschied er unter großem Schmerzen am 28. Februar. Er war ein Mann der Arbeit, frei und tapfer, und so lebt er im Gedächtniß fort. Nach mehreren Gesängen nahm der zweite Vorsitzende, Herr Dr. **Seemann**, das Wort: Wenn ein Mann, der mit dem Dahingeschiedenen neben ihm im Verein gestanden, der erste Vorsitzende, Hr. **Steinert** nämlich, nicht anwesend sei, so müsse er diesen seiner Gesundheit wegen entschuldigen. Aus der vorigen Rede haben Sie gehört, sagte der Redner, daß es leicht ist für Kinder, gut zu sein, wenn der Vater gut gewesen; in dem Heimgegangenen erkennen wir unseren geistigen Vater, der diesen Verein mit begründet und in der schwersten Epoche, wo er noch in der Entwicklung begriffen, geleitet. Wenn wir heute sein Gedächtniß feiern, so geschieht es hauptsächlich darum, um feierlich zu bekennen, daß unser eifrigstes Bestreben sein wird, in seinem Geiste fortzuarbeiten, damit die Saat, die er ausgestreut, reife Früchte trage. Erfüllen wir diese Aufgabe, so setzen wir unserem Herzen ein Denkmal, was jedes andere Denkmal von Stein und Erz überdauern wird. Mit dem Vereinstrauerlied, was stehend gesungen wurde, schloß dann die ernste und würdige Feier. — In der Sitzung am 13. Mai verlas Hr. Baumeister **Keßler** eine von ihm an den amerikanischen Gesandten Judd gerichtete Adresse, worin er, da es dem Verein nicht gestattet, eine Adresse abzusenden, das mittheilt, was die Mitglieder bei der traurigen Nachricht der Ermordung Lincolns gefühlt und was im Verein geschehen, um das Andenken Lincolns zu ehren (siehe Nr. 123) und die darauf ergangene Antwort. — Am 15. Mai hielt Dr. J. **Löwenberg** einen Vortrag über den Nutzen des Wanderns, dem sich eine Beleuchtung des Fröhlich'schen Wanderbuchs anschloß, welches er durchaus nicht empfehlen könne, da es ganz unnütze Sachen für den Handwerker enthalte. „Wer es nicht glauben will", sagt der Redner, „daß das Buch recht herzlich schlecht ist, der kaufe es sich zu seiner eigenen Strafe". — Am 22. Mai hielt der Abgeordnete Hr **Schulze-Delitzsch** einen Vortrag über die sociale Seite der Arbeitstheilung, wobei er zum Schluß den Berliner Handwerkerverein als ein Muster für alle Vereine hinstellte. Nicht blos in Deutschland, sondern in ganz Europa blicke man auf ihn; deshalb solle man aber auch im **Bewußtsein dessen richtig fortarbeiten.**

± **Der Berliner Altgesellenverein** ließ durch eine Deputation am 2. Mai dem amerikanischen Gesandten eine Adresse zur Uebermittelung an den Präsidenten Johnson überreichen. Der Gesandte sprach seine Freude über die Theilnahme der Berliner Arbeiter an dem traurigen Ereigniß der Ermordung Lincolns aus und unterhielt sich gegen ¾ Stunde mit der Deputation, wobei er bemerkte, daß in Amerika eine Reaction nicht möglich, da nur mit dem Willen des Volkes nie gegen denselben Etwas durchgefochten sei.

Stargard in Pommern, Ende Mai. Angeregt durch einen Vortrag des Herrn R. **Leuschner**, Vorsitzenden des Stettiner Arbeitervereins, ist jetzt der hiesige **Handwerker-Verein** mit der Gründung eines **Consumvereins** vorgegangen. Folgendes dürfte aus dem Vortrag des Hrn. Leuschner dasjenige sein, was auch für weitere Kreise Interesse hat. Einleitend sprach Hr. Leuschner über die **Bedeutung der Genossenschaften** im Allgemeinen und sagt unter Andern:

„Der Starke, wenn allein, ist schwach,
Vereint sind selbst die Schwachen stark."

„Sie kennen die Erzählung von dem Vater, der sterbend seinen Söhnen nach der Reihe ein Bündel Stäbe gab, mit der Weisung, das Bündel zu zerbrechen. Keiner der Söhne vermochte dies. Da nahm der Vater die Stäbe auseinander und reichte dieselben einzeln zu gleichem Zweck seinen Söhnen, die nun mit Leichtigkeit des Vaters Begehr erfüllten. Hier haben Sie, meine Herren, die Antwort auf die Fragen über die **Bedeutung des genossenschaftlichen Prinzips, des Prinzips der freien Association**: „Vereint sind selbst die Schwachen stark" Was der Einzelne zu leisten zu schwach ist, ja, was weder der Staat noch die Gemeinde zu leisten vermögen, das leistet die Genossenschaft, die genossenschaftliche Selbsthülfe. Denken Sie nur an die Congresse und Vereinstage der Juristen, der Volkswirthe, der Handeltreibenden und Industriellen, der Handwerker und Arbeiter; an die Genossenschaftstage der Credit-, Consum- und Produktivvereine, denken Sie ferner an die vielen Bildungsvereine der verschiedenen Berufsklassen, — und denken Sie endlich auch an das auf dem Prinzip der Association und der Selbsthilfe ruhende Versicherungswesen — und erwägen Sie dabei, was Alles schon durch diese Vereinigungen erreicht und geleistet worden ist und was durch sie noch erreicht und geleistet werden kann; — so werden Sie mit mir in dem **Genossenschaftswesen**, wie es sich gegenwärtig in unserem Vaterlande entwickelt hat, den **Krystallisationspunkt** alles dessen finden, was der **Volksgeist** heute erstrebt, um den **Humanitätsstaat**, den Staat der **Gerechtigkeit und Gleichberechtigung**, den **Staat des gleichen Rechts und der freien Wirthschaft zu begründen.** — Freilich ist die Arbeit, die sich da von unten auf im Volke und von Volkswegen vollzieht, eine langsame und schwierige, und ein Bildungs- oder Wirthschaftsverein ist weder ein Wunderdoctor noch ein Goldmacher; aber m. H., wir Alle wissen es ja aus eigener Erfahrung: in allen Dingen des privaten und öffentlichen Lebens muß, was erworben werden soll, durch Schweiß, durch sauern Schweiß erworben werden, und da kommt der Segen nicht von irgend wem da oben her oder von selbst, sondern von unten, **aus dem Boden der Arbeit des Volkes, dem es nie an Hülfe fehlt, wenn es sich selber hilft**, und dem mit allen seinen Bestrebungen, sofern sie ernst und ernstlich gemeint sind, die Zukunft gehört, **trotz alledem**, mag man dagegen reagiren, soviel man will oder reorganisiren, soweit zurück man will.

Die **Vereinsthätigkeit** ist auch nicht napoleonischer Art, nicht geräuschvoll und voll leerer Phrase, weder schablonirend, noch die freie Bewegung hemmend; sie entspricht vielmehr der volksthümlichen stillen, von Ruhmredigkeit freien Weise eines Lincoln, indem sie nicht blos zuläßt und duldet, was sich frei gestalten will im Volke, sondern **zum freien Gestalten von innen heraus auffordert, ermuntert, anleitet. Die Vereinskraft ist so recht eine Kraft aus Volkes Gnaden**, und darum sind ihre Wirkungen so groß, so gewaltig, so unwiderstehlich. **Eins nämlich leistet in erster Reihe die Genossenschaft immer**, habe sie geistige oder wirthschaftliche Ziele: **sie weckt neues Leben, Leben, geboren aus der Allmacht des Geistes, der Selbstbestimmung und der Selbsthülfe.** Daher ihre hohe Bedeutung für die Förderung der Einzel- und Gesammt-Interessen in alle Richtungen hin, in privat-wirthschaftlicher Beziehung nicht minder, wie in volkswirthschaftlicher, in allgemeingeistiger und allgemeinsittlicher Hinsicht ebenso, wie in gesellschaftlicher, staatlicher und politischer.

Nach den Schulze-Delitzsch'schen Credit-Vereinen, die schon längst einen wichtigen Factor in der socialen Bewegung der Gegenwart bilden, sind es besonders die **Spargenossenschaften**, die **Consum-Vereine** und die **Lebensversicherungs-Vereine**, die sich in neuerer Zeit am kräftigsten entwickelt haben, und zwar hat sich das meistens so gemacht, daß diese 3 Vereinsarten aus Bildungsvereinen hervorgewachsen sind, so zwar, daß immer der **Bildungsverein**, der **geistige Sammelpunkt** für die Wirthschafts- oder Erwerbsvereine, die sich aus ihm gebildet haben, geblieben ist. **Die drei Vereine** sind gleich **drei fruchtreichen Zweigen an einem Baum**, als dessen Stamm der Bildungsverein anzusehen ist, fest wurzelnd in dem Boden des genossenschaftlichen ureignen Geistes unseres Volkes: der **Consum-Verein** hilft die Gegenwart erleichtern; der **Sparverein** deckt die Forderungen der Zukunft und der **Lebensversicherungsverein** macht es dem Familienvater leicht, dem bleibenden Drange zu genügen, bei einem plötzlichen Tode **noch über das Grab hinaus** das Loos von Weib und Kind sicher zu stellen." —

Hierauf ließ Hr. Leuschner einen Ueberblick über die **Geschichte des Genossenschaftswesens** folgen, woran sich dann ein kurzer Abriß der seitherigen Entwicklung und des jetzigen Standes der **Consumvereine** anschloß. Bezüglich der letzteren und deren Einrichtung theilte Hr. Leuschner weiter die Erfahrungen und Resultate mit, die sich in **Stettin** und **Berlin** bis jetzt ergeben, und erörterte dabei auch eingehend die Bedeutung und Tragweite des **Marken-** und des **Lagersystems**, indem er sich für das erstere, als das vorläufig vortheilhafteste, entschied. — Der Vortrag schloß dann mit folgenden Worten: „Ich schließe mit einem doppelten Wunsche: zuerst dem, daß es mir gelungen sein möge, Ihnen ein recht getreues und übersichtliches Bild von der Bedeutung des Genossenschaftswesens im Allgemeinen und insbesondere der Consumvereine zu liefern; dann mit dem anderen, daß, wenn Sie noch Ihre Absicht, einen Consumverein zu gründen, ausführen, derselbe gedeihe und Ihnen die Früchte trage, die Sie von ihm erwarten.

„**Vereint sind selbst die Schwachen stark!**"

In dem Zeichen dieses Wortes, **in dem Zeichen der freien Genossenschaft, die das Urbild deutschen Wesens, in diesem Zeichen wird die germanische Nation alle die hohen Ziele er-**

reichen, die ihr gesetzt sind für die Begründung des Staates der freien Arbeit und des gleichen Rechtes."

Gestatten Sie Ihrem Berichterstatter hierzu noch Folgendes hinzuzufügen. Der Vortrag des Herrn R. Leuschner fand statt am 15 Mai c. in der dazu anberaumten Generalversammlung des Handwerkervereins. Bereits am 18 Mai c. constituirte sich der Consumverein mit 20 Mitgliedern. Heute, am 1. Juni, dem Tage des Beginnes seiner Thätigkeit zählt der junge Verein nahe an 100 Mitglieder, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß diese Zahl sehr schnell wächst. Bei reinem Markensystem sind Verträge geschlossen für Fleisch, Brod, Materialwaaren, Mehl, Seife, Licht, Brennholz, Schreibmaterialien, Kurzwaaren, Eisenwaaren, sogar für Gold- und Silberwaaren. Der von den Verkäufern bewilligte Rabatt geht von 6 bis 10 pCt.

Buckau, im Mai. Am 8. April feierte der hiesige Arbeiterbildungsverein in seinem mit den deutschen Farben, grünen Laubgewinden und der Büste des größten Arbeiterfreundes Schulze-Delitzsch festlich geschmückten Vereinslokale sein erstes Stiftungsfest; die eingeladenen Nachbarvereine in Magdeburg, Neustadt und Sudenburg hatten Vertreter geschickt, welche mit der dem Arbeiterstande eigenen Herzlichkeit und Brüderlichkeit empfangen wurden. Die Sänger des Magdeburger Vereins, unter Leitung ihres würdigen Lehrers Schwarz, gaben durch passend gewählte und trefflich durchgeführte Gesangvorträge dem Feste die rechte Weihe, und erwarben sich den Dank des hiesigen Vereins in vollem Maße. — Nach einem sich auf statistische Mittheilungen beschränkenden Vortrage des Vorstehers, aus welchem erhellt, daß der Verein 178 Mitglieder zählt, allwöchentlich Versammlungen abhält, in welchen belehrende wissenschaftliche Vorträge aus allen Fächern gehalten werden, daß die Kassenverhältnisse befriedigend sind, daß ein Stenographenverein nach Ahrens'schen Prinzip aus dem Vereine heraus sich gebildet hat und eine Krankenunterstützungskasse in der Bildung begriffen ist — hielt das Ehrenmitglied des Vereins, Prediger Uhlich, die Festrede, in seiner gewohnten würdigen, klaren und populären Weise, die Rede wurde von den jungen Stenographen des Vereins stenographisch niedergeschrieben. Das Fest verlief in würdiger allseitig befriedigender Weise und lieferte einen neuen Beweis von dem höchst erfreulichen Bildungsgrad der deutschen Arbeiter.

Lampe, Vorsteher. Schesky, Cassirer.

Bielefeld, 28. Mai. Vor einiger Zeit erhielten wir von einem „Allgemeinen Lebensversicherungsverein" zu Pforzheim eine Zuschrift, mit der Bitte, ihm doch bald mitzutheilen, welchen Eindruck die in verschiedenen süddeutschen Blättern gegen die Lebensversicherungsgesellschaft Germania gerichteten anonymen Angriffe bei uns gemacht hätten.

Wir haben dieser Bitte genügen wollen, und richteten einen beantwortenden Brief an die oben angegebene Adresse nach Pforzheim. — Dieser Brief kam nach etwa 14 Tagen von der Postbehörde eröffnet an uns zurück, da er am Abgabeorte unbestellbar gewesen war. — Es war noch auf dem Couvert die Frage gestellt, „welcher von mehreren?" — woraus wir folgern mußten, daß dort in Pforzheim jedenfalls eine größere Anzahl Allgemeiner Lebensversicherungsvereine existiren müsse. —

Da wir unter den geschilderten Umständen vergebens bemüht gewesen sind, auf dem natürlichen, brieflichen Wege den wißbegierigen Pforzheimern die gewünschte Antwort zukommen zu lassen, so theilen wir denselben nunmehr durch Gegenwärtiges dieselbe mit — wie folgt:

1) Die in süddeutschen Blättern enthalten gewesenen Angriffe gegen die Germania sind hier nicht bekannt geworden.

2) Auf anonyme Angriffe in öffentlichen Blättern wird gemeinhin hier zu Lande und auch bei uns kein Werth gelegt.

3) Unser Vertrauen zu der Germania ist daher nicht erschüttert worden.

Der Arbeiterbildungsverein.

Politischer Theil.

Wie die Gesinnungsgenossen unserer deutschen Junker in den nordamerikanischen Südstaaten ihre Kriegsgefangenen behandelt haben.

(Aus der Newyorker Staatszeitung.)

Ein nordstaatlicher Krieger, welcher das Unglück hatte, in einem Gefecht von den Conföderirten gefangen genommen zu werden, erzählt die Leiden seiner Gefangenschaft in folgenden Zügen:

Am 2. Juni 1861 trat ich als Quartiermeister-Sergeant in's 39. (Garibaldi) Regiment ein. Am 14. Januar 1864 wurde ich bei Charlestown, Virginia, am Fuße verwundet und mit sieben oder acht Anderen gefangen genommen. Wir wurden nach Richmond gebracht, und auf dem Marsche durch die Stadt von fein gekleideten Damen auf's Gröbste beleidigt, angespuckt und mit Aepfeln und Steinen beworfen. Dasselbe geschah in dem Gefängnisse, wohin wir gebracht wurden, und wo Damen uns besuchten, um uns zu verhöhnen. Eine solche Dame zeigte mir ein Schnitzwerk, welches an ihrer Uhr hing, indem sie dabei bemerkte, dasselbe sei aus Yankeeknochen gemacht und so würde es auch meinen Knochen ergehen. Die anderen Damen trugen ähnliche Zierrathen; sie wurden in den Zeitungen zum Verkauf angezeigt. Meine Wunde wurde von einem Arzte, der uns überhaupt sehr anständig behandelte, verbunden. Nach drei Tagen wurde ich mit anderen nach Andersonville, Georgia, gebracht, wo ich zunächst meiner Wunde wegen drei Monate im Hospital blieb. Der dortige Arzt, Dr. Woodbridge, bekümmerte sich weder um mich, noch um andere gefangene Verwundete, und erklärte geradezu, die Yankee's sollten alle zur Hölle gehen, er hare genug mit seinen Leuten zu thun. Ich mußte meine Wunde während dieser Zeit selbst verbinden, und erhielt nicht einmal Wasser um sie auszuwaschen. Regelmäßige Verpflegung fand gar nicht statt, und wir erhielten nur, was die Wärter für gut fanden, uns zu geben.

Mitte Mai 1864 kam ich in's Lager der Gefangenen und blieb daselbst bis zu meiner Auswechselung am 17. Januar 1865. Dieses Lager war 40 Acker groß und mit Pfählen umzäunt. Die Gefangenen lagen in demselben ohne einen anderen Schutz über oder unter sich, als welchen die Bäume und das Gras gewährten. Etwa fünf Schritte innerhalb dieser Umzäunung war ein kleiner Graben, genannt die dead line, und fünf Schritte innerhalb dieser dead line waren die Abtrittsgruben. Das Lager war innerhalb und außerhalb mit Wachen besetzt, die etwa 10 Schritte von einander entfernt standen. Diese dead line durfte kein Gefangener überschreiten, und wenn er nur ein Glied an dieselbe brachte, so wurde er von den Wachen erschossen. Sehr häufig wurden aber auch Gefangene, die noch von der dead line entfernt waren, erschossen, und namentlich geschah dies häufig des Nachts, wenn die Gefangenen zu den Gruben gingen. Die Blutspuren zeigten deutlich, daß Mancher erschossen und dann zur dead line geschleppt worden war. Die Wachen wurden hierzu besonders angespornt, da jeder Soldat, welcher einen Gefangenen erschoß, ein bis zwei Monate Urlaub erhielt. Die Rebellen-Soldaten besuchten das Lager sehr häufig und verhöhnten uns bei diesen Gelegenheiten, namentlich wenn angebliche Rebellensiege stattgefunden. Kurze Zeit vor der Präsidentenwahl 1864 zündeten sie große Freudenfeuer an, weil, wie sie sagten, Newyork in Brand gesteckt worden und 15,000 Menschen dabei umgekommen seien.

Im Uebrigen benahmen sie sich ordentlich und schenkten uns so viel Tabak, als wir wollten. Nur die Offiziere waren durchgängig brutal, und einer der letzteren, der frühere preußische Garde-Lieutenant Graf Hans Lilienthal v. Adelstein (so nannte er sich auf seiner Karte), der häufig die Wache hatte, zeichnete sich durch seine Brutalität besonders aus. Briefe für uns wurden uns nicht gegeben, wenn wir nicht 10 Cents Porto bezahlen konnten, was selten der Fall war. Kleider, die für uns von Newyork oder Washington ankamen, was mehrere Male der Fall war, wurden uns nicht ausgeliefert. Kurz nachher erschienen die Rebellen-Soldaten stets in neuen Unions-Soldaten-Uniformen.

Der Arzt Dr. Woodbridge aus Neworleans besuchte das Lager täglich, um sich nach dem Gesundheitszustande der Gefangenen zu erkundigen, allein als Antwort auf Klagen pflegte er uns zu verhöhnen, und es wurde von Krankheiten gar keine Notiz genommen. Unsere Verpflegung bestand aus zwei Unzen schlechtem Speck, ein bis zwei Crackers (Zwieback) und vier bis fünf Aehren Maiskorn täglich. Nur höchst selten hatten wir Gelegenheit, zu kochen. Das Maiskorn, welches steinhart war, wurde dann mit Steinen zerschlagen und zu einem elenden Brei gekocht. In den letzten fünf Monaten erhielten wir anstatt des Specks ein ekelhaftes Fett, und in den letzten drei Wochen außer dem Maiskorn und dem Fett nur einen halben Cracker täglich. Mitten durch unser Lager floß ein kleines Wasser, in welchem wir uns und unsere Kleider waschen mußten. Ich hatte ein einziges Hemd, das mir von meiner Gefangennahme bis zu meiner Auswechselung aushalten mußte. Meine Stiefeln und Blankets wurden mir gleich nach meiner Ankunft in Richmond abgenommen. Meinen Mantel und meine goldene Uhr hatte man mir gelassen, letztere wahrscheinlich, weil man sie nicht bemerkt hatte. Ich verkaufte sie für ein Stück Brod, und meinen Mantel für 85 Dollars conföderirtes Geld, wofür ich ebenfalls ein Stück Brod kaufte. Ich hatte ein einziges Paar Strümpfe und sobald dieselben zerrissen waren, ging ich barfuß. Die Unreinlichkeit und der Gestank waren pestilenzialisch. Schon eine halbe Stunde, nachdem man sich gereinigt hatte, war man mit Ungeziefer wieder übersäet. In Folge dieser Behandlung starben während der elf Monate durchschnittlich täglich über hundert Gefangene, und diese Zahl steigerte sich in der letzteren Zeit zuweilen bis auf 300. Dieselben starben meistens am Hungerwahnsinn. Das erste Anzeichen davon war Scorbut, der auch mir vor meiner Auslieferung schon die Zunge angefressen hatte. Dann fing der Hals an zu faulen. Darauf entstand Blindheit und schließlich Delirium und Tobsucht, worauf in 12 bis 24 Stunden eine Ermattung eintrat, welcher der Tod in wenigen Stunden folgte.

Ich schätze die Zahl der Gefangenen, die sich während der elf Monate meiner Gefangenschaft in Andersonville für längere Zeit daselbst befanden, auf ungefähr 42,000. Hiervon wurden im Laufe dieser elf Monate etwa 3000 ausgelöst, und am 17., 18. und 19. Jan. 1865, als das Lager abgebrochen wurde, wurden noch etwa 4000 zum Zwecke der Auswechslung nach Richmond gebracht. Die übrigen 35,000 Gefangenen kamen während der angegebenen Zeit auf obige Art in Andersonville um. Von den zuletzt Ausgewechselten 4000 starben auf dem Marsche nach Richmond 300, und auf der Reise nach Annapolis, wohin wir nach der Auslösung gebracht wurden, starben wiederum 500. Wie Viele seitdem gestorben sind, weiß ich nicht. Wir kamen aber alle krank in Annapolis an, und der Oberarzt des Hospitals sagte mir, daß er nicht glaube, daß von den 3200, die nach Annapolis kamen, nach zehn Jahren noch 200 leben würden. Unter den 42,000 Gefangenen mögen sich 2000 bis 3000 Deutsche befunden haben. Von diesen waren bei der letzten Auswechselung noch 13 vorhanden, und es mögen wohl 70 bis 80 früher ausgewechselt worden sein. **Alle übrigen sind zu Grunde gegangen.**

Darum nicht Parlamentsreden, sondern Ausrottung. Jenseits des Oceans hat man das endlich nach unsäglichen Opfern begriffen. Auch diesseits des Oceans wird man's noch begreifen. Sie sind alle **dieselben**, diesseits wie jenseits des Oceans.

Politische Umschau.

Im preußischen Abgeordnetenhause haben kürzlich die Abgeordneten **Becker** und **Möller** Thatsachen von der Rednerbühne verkündigt, die unter der Herrschaft des gesunden Menschenverstandes nicht begreiflich wären. Die Gerichte geben in Preßangelegenheiten Urtheile ab, ungefähr folgender Art: Die Behauptung, daß die Schulgesetze schlecht seien, ist eine Schmähung der Staatseinrichtungen; der Ausspruch, daß die Verfassung der Regierung die Pflicht zur Herbeiführung eines Schulgesetzes auflege, ist eine Verhöhnung der Regierung. Die Kreuzzeitungspresse hingegen darf schmähen, die Verfassung angreifen, Behörden beleidigen wie sie will; sie wird nie verfolgt. In Fällen, wo eine reactionäre Zeitung und ein fortschrittliches Blatt am nämlichen Orte den nämlichen Artikel brachten, ward dieses angeklagt und jene nicht. Die Zahl der Preßprozesse ist fünfmal so hoch wie vor vier Jahren, obschon die freisinnigen Blätter die äußerste Vorsicht anwenden; gewisse Staatsanwälte wollen Beförderung, und sind sicher, sie durch Verfolgung der Presse zu erlangen. Rechtsanwälte, die Mitglieder eines freisinnigen Wahlcomité's waren, werden mit Geldstrafen belegt von Richtern, die Mitglieder eines Eulenburgischen Wahlcomité's waren. Der Abg. Eberty erklärte, kein Preuße sei jetzt seines Vermögens und seiner Freiheit sicher, wenn er es wage, den Ansichten des Ministeriums öffentlich zu widersprechen. Wo solche Darlegungen den besten Männern des Landes abgenöthigt werden, wo solche Thatsachen öffent-

lich ausgesprochen und nicht widerlegt werden, da kann man es wagen, den Schleswig-Holsteinern zuzumuthen, daß ihnen das Glück, Preußen zu werden, Entschädigung sei für das Aufgeben ihres Rechts und ihrer Selbstständigkeit?

Glogau, 31. Mai. In dem Ofenklappen-Prozeß vernichtete das Appellationsgericht das Erkenntniß der ersten Instanz, sprach die Angeklagten der Schmähung der Militärgerichte und der öffentlichen Verläumdung der beiden Offiziere frei, und verurtheilte wegen einfacher Beleidigung der Offiziere den Verfasser Michaelis zu 50 und den Verleger Flemming zu 30 Rthlrn.

Wiesbaden, 29. Mai. Der berühmte Nassauische Staatsprozeß Werren contra Braun und Leisler ist nun auch zu Ende. Wir wollen mit wenigen Worten seinen Verlauf recapituliren. Sobald der Direktor Werren an die Spitze der Verwaltung gelangt war, entfaltete die Regierung eine eigenthümliche und energische Thätigkeit darin, gegen liberale Deputirte Untersuchungen zu veranlassen und liberale Wähler wegen „Bescholtenheit" zu beanstanden. Kurz vor der letzten Wahl, December 1864, erschienen in benachbarten Blättern, namentlich in der „Hessischen Landeszeitung" und in dem (in Mainz erscheinenden) „Nassauischen Bürgerblatt" ausführliche Aktenauszüge über eine große Zinswucher-Untersuchung gegen ein Consortium von Personen, welche unter Benutzung von Noth und Unkenntniß auf Wechsel Geld zu 108 pCt. an Creditbedürftige (die fast alle später Bankerott machten) gewerbsmäßig ausgeliehen hatten, welche Untersuchung 1855 und 1856 anhängig war und in welcher eine Reihe eidlicher Zeugenaussagen auch Werren jener Creditgeschäfte beschuldigte, und da letzterer damals als Auditeur unter Militärgerichtsbarkeit stand, das die Sache aburtheilende Obergericht die Abgabe der Akten zum Zwecke der Verfolgung Werren's an das Militärgericht verfügte; was weiter geschehen, wisse man nicht, jedenfalls aber sei keine Freisprechung erfolgt. Die beiden genannten Blätter wurden damals verboten (und sind dies noch), ein Widerspruch gegen deren Angabe erfolgte aber nicht. Am 15. December 1864 fand hier die Urwahl zu den Deputirtenwahlen zur zweiten Kammer statt. Werren trat als Wähler zweiter Klasse vor den Wahltisch. Da beantragten Dr. Braun und Dr. Leisler, ihn von der Wahl auszuschließen, „weil er wegen Zinswucher in Untersuchung gestanden habe und nicht freigesprochen worden", also eben so gut, wie die von ihm (Werren) beanstandeten Personen „bescholten" sei. Werren widersprach, Braun und Leisler beantragten die Einziehung der Akten. Werren widersetzte sich diesem Verlangen und begehrte sofortige Abstimmung; und da jene Zinswuchergeschichte stadtkundig war, so schloß die Wahlversammlung Werren als bescholten aus mit 113 Stimmen gegen 89. Unter den 89 befanden sich sogar einige Offiziere, welche gar nicht in der zweiten, sondern nur in der dritten Klasse wahlberechtigt waren. Erst Ende Januar erhob Werren gegen Braun und Leisler eine Anklage auf Ehrenkränkung wegen jenes Antrags vom 15. December. Auf Verlangen der Beschuldigten wurden Beweise erhoben. Letztere ergaben den obigen Sachverhalt und noch weiter Folgendes: Als damals (1856) die Akten an die Militärbehörde gelangt waren, bat der damalige Auditeur, jetzige Regierungs-Direktor Werren, den Kriegsminister, sich bei dem Landesherrn um Niederschlagung der Sache zu verwenden. Dies geschah und demgemäß war im Oktober 1856 höchsten Orts verfügt worden, daß die Sache zu „beruhen habe". Das h. Appellationsgericht hat nun heute in Anbetracht, daß zwar Werren nicht bei der competenten Behörde, nämlich dem Militärgericht, in Untersuchung gestanden habe, wohl aber die Antragsteller, welche von jener höchsten Orts ertheilten Abolition keine Kenntniß hatten, berechtigt waren, den von ihnen vorausgesetzten Sachverhalt anzunehmen, erkannt, daß von einer Bestrafung derselben abzusehen und die Untersuchung einzustellen sei. Wie lange wird nun noch der „bescholtene" Mann am Ruder bleiben?

Rostock, 29. Mai. Heute ist nachfolgender Antrag in Bezug auf die Auswanderung beim Engern-Ausschuß von Ritter- und Landschaft eingegangen:

Die traurigen Folgen der Auswanderung aus unserem Vaterlande treten mit jedem Tage mehr hervor. Es ist bereits ein großer Mangel an Arbeitskräften sowohl beim Landbau als bei den Gewerben fühlbar geworden und die Nahrungslosigkeit des Gewerbestandes steigert sich durch den Verlust seiner Kunden, der Tausenden von Auswanderern, bis zum Erschrecklichsten! Fast Jedermann klagt über diesen Nothstand, und Mittel und Wege sollen und müssen aufgefunden werden, diesem großen Uebel zu steuern, wenn nicht das Land einer gänzlichen Entvölkerung und Entkräftung entgegen gehen soll. Waren es schon bisher hauptsächlich die Vereinigten Staaten Amerika's, die dem Arbeiter Dasjenige gewähren, was er jetzt fast in der ganzen Welt beansprucht: die freie Bewegung; und hielt ihn so wenig die Schwarzmalerei amerikanischer Zustände, als der 4 Jahre andauernde kolossale Krieg davon ab, in großer Anzahl das Vaterland zu verlassen, so wird jetzt, nachdem der Friede dort wieder hergestellt sein wird, die Auswanderung nach jenem gelobten Lande gewiß noch größere Dimensionen annehmen. Um dieser trübseligen Calamität zu begegnen, sind bisher zwei verschiedene Arten von Mitteln vorgeschlagen. Die eine geht dahin, den freien Willen, die freie Bewegung des Arbeiters noch mehr, wie bisher, einzuschränken und zwar gerade dem entgegen, wonach der Arbeiter unaufhaltsam strebt; solche Mittel sind aber utopisch und hat schon ihre versuchte Anwendung nicht allein die Lächerlichkeit hervorgerufen, sondern auch das Uebel noch vergrößert. Die zweite Art der vorgeschlagenen Mittel ist die allein richtige, indem sie dasjenige gewähren will, was der Arbeiter zu erlangen sucht: freie Bewegung und freien Willen! Um diesen Zweck zu erreichen, sollen geschaffen werden: Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die Möglichkeit, daß der Arbeiter von seinen Ersparnissen zum freien eigenen Besitz gelangen kann, und folglich vor Allem ein Ablösungsgesetz, wodurch nur allein freies Eigenthum geschaffen werden kann u. s. f.

Solche Einrichtungen können aber nur vollführt werden, wenn die Institutionen eines Landes gleichfalls das Prinzip der freien Bewegung zur Grundlage haben und kann daher auch nur eine wahre Repräsentativ-Verfassung eine solche Aufgabe lösen! Feudalverfassungen, selbst wenn sie durch die Zeit bis auf ein Minimum reducirt sind, wie die unserige, sind gar nicht im Stande, d. h. ohne sich aufzugeben, solche nothwendige Einrichtungen in's Werk zu setzen; denn sie beruhen auf dem Prinzip der Gebundenheit, der Stabilität, und stehen folglich dem Prinzipe der freien Bewegung schnurstracks entgegen.

Bei solchen unabänderlich feststehenden Verhältnissen, die Niemand ableugnen kann, bleibt mithin nur die Alternative übrig: entweder die vergebliche Mühe und Arbeit des Haschens nach Palliativen anzuzeigen, der Auswanderung ihren Gang und Alles beim Alten zu lassen, oder zur Aenderung unserer Verfassung zu schreiten. Nach einem ernsten Blick auf die Gegenwart und Zukunft liegt die Nothwendigkeit, die letzte Alternative schleunigst zu ergreifen, klar vor! Man kann es daher auch bei einem solchen aut-aut als ein Glück preisen, daß wir in unserer Repräsentativ-Verfassung vom 10. Oktober 1849, selbst wenn dieselbe auch, wie jedes Menschenwerk, der Verbesserung fähig und bedürftig ist, einen Anhaltspunkt, eine sichere Handhabe besitzen, um leicht aus dem vorliegenden Dilemma herauszukommen. Es bedarf blos des hochherzigen Entschlusses der jetzt factisch in Wirksamkeit stehenden alten Stände, dahin mit Ernst zu wirken, daß jene Verfassung vom 10. Oktober 1849 wieder in Ausübung kommt, und die nothwendige Grundlage der Mittel zur Besserung auch dieses Nothstandes ist gefunden; einen anderen Weg gibt es in Frieden aber nicht.

Daher fühle ich mich denn auch verpflichtet, meinen geh. Antrag vom 1. August 1862 hiermit wiederum zu erneuern, der dahin lautet:

Die hochansehnliche Landtags-Versammlung wolle erklären:

„Ritter- und Landschaft erkennen nach ruhiger Ueberlegung und genauer Prüfung der immer noch obschwebenden Verfassungsfrage und in Berücksichtigung des allgemeinen Wunsches der Bevölkerung Mecklenburgs die, zwischen dem Allerdurchlauchtigsten Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und den von der Bevölkerung des Landes gewählten Abgeordneten vereinbarte und am 10. Oktober 1849 publicirte Repräsentativ-Verfassung nunmehr als zu Recht bestehend an, und soll Se. K. H. der Allerd. Großherzog nicht allein von dieser Anerkennung in Kenntniß gesetzt, sondern auch das allerunt. Gesuch an Allerh. gerichtet werden, für die schleunigste Wiedereinführung der Verfassung vom 10. Oktober 1849 allerg. huldvolle Sorge zu tragen."

Der hochans. Landtags-Versammlung empfiehlt sich so hochachtungsvoll als gehorsamst

Manecke zu Duggenkoppel.

Schwerin, den 29. Mai 1865.

(Berl. Reform.)

Rostock, 16. Mai. Die „Rostocker Zeitung" entnimmt einem ihr „von kundiger und zuverlässiger Seite" zugegangenen Privatschreiben aus dem östlichen Mecklenburg eine Reihe interessanter Notizen über den gegenwärtigen Stand des Arbeiter- und Dienstboten-Mangels auf dem Lande. Der bezeichnete Correspondent schreibt: „Auf sehr vielen Höfen haben die Knechte und Dienstmädchen zahlreich aufgesagt, auf manchen Gütern haben sie sämmtlich gekündigt, und es melden sich nur wenige zum Ersatz. Die jungen kräftigen Burschen gehen (als sog. freie Arbeiter) auf Arbeit und verdienen, da die Arbeiter knapp sind, hohen Lohn. Ich habe diesen Winter eine größere Anzahl Arbeiter gehabt, die, wenn die Witterung nicht hinderlich war, durchschnittlich mindestens einen halben Thaler per Tag verdienten und anders auch nicht zu halten gewesen wären. Man hört, daß sie jetzt zu 32 Schill. (2/3 Thlr.) per Tag von Anfang bis Ende der Heuernte angenommen werden und noch obenein Kartoffelland, sowie während der ganzen Zeit freie Station (Essen und Trinken) erhalten. Bei solchem Verdienst der freien Arbeiter werden die Hoftagelöhner unwillig, da sie sich sonst besser standen als jene, jetzt aber weniger verdienen. Sie haben zahlreich gekündigt. In W. sollen jetzt 16 Familien, in D. gleichfalls 16, in W. 9, in S. 4 (von 11), in W. 3, in R. 2 gekündigt haben. In anderen Gütern sind so zahlreiche Auswanderer wie sonst noch nie. Wo die Leute nicht gut gehalten werden, da hält es schon schwer, daß die Herren deren wieder bekommen. Sie kündigen und ziehen nach anderen Gütern, wo sie es besser haben. Um diesen ansässigen Leuten es zu ermöglichen, daß sie Hofgänger bekommen, haben mehrere Gutsbesitzer sich veranlaßt gesehen, den Tagelohn der Hofgänger für den Sommer zu erhöhen, und zwar von 6 auf 8

Schill. (d. i. von 1/8 auf 1/6 Thlr.), was pro Familie ca. 5 Thlr. ausmacht und auf einem Gute von ca. 3 Hufen einer Erhöhung des Schuldenstandes um 3000 Thlr. gleichkommt. Den Männern hat man theilweise in der Art Zulage gewährt, daß sie mehr Accordarbeit bekommen. Diese Zulagen sind aber nicht aus persönlichem Wohlwollen, sondern zur Abwendung von Schaden gewährt worden. Wer hoch verschuldet ist oder hohe Pacht bezahlen muß, fühlt jetzt durch diese Verhältnisse schon einen gewissen Druck. Es ist aber gewiß, daß dieser Druck jetzt erst anfängt. Die Steigerung des Lohnes und die Ansprüche der Arbeiter werden rasch zunehmen und man kann sicher annehmen, daß wir binnen wenigen Jahren einen Arbeitslohn für die Knechte von 90 Thlr. haben werden. Zu der sich mehrenden Nachfrage und der Verminderung des Angebots tritt noch die Concurrenz von Amerika, wo der Knecht einen Jahreslohn von 150 bis 180 Thlr. erhält, und der Umstand, daß die Dienstboten hier mit jedem Jahre durch höheren Lohn die Mittel erhalten, in Amerika einen noch höheren verdienen zu können. Es ist nicht ohne Grund, wenn man behauptet, daß die höheren Arbeitslöhne manchen Gutsbesitzer und Pächter ruiniren können. Die Arbeiter gewinnen jetzt nicht allein durch höheren Lohn, sondern auch durch bessere Behandlung. Man muß jetzt viel freundlicher mit ihnen umgehen als früher, da dieselben, sowie sie sich durch Wort oder That verletzt fühlen, sicher kündigen. So wie man dem fremden Arbeiter ein Wort zuviel sagt, so geht er ab und findet willige Aufnahme auf jedem andern Hof."

E. **Leipzig**, 1. Juni. Unter Herrn von Bismarck's Regierung, so sagt man mit Recht, sei das preußische Volk in die Schule der Freiheit gegangen. Die preußische Kammeropposition hat durch das starre reactionäre Wesen der preußischen Junker erst recht den Boden im Volke gewonnen und die Ideen des Fortschritts sind mächtig angeregt worden gerade dadurch, daß die Herren Landräthe und Consorten auf das Eifrigste gegen jeden Fortschritt protestirten! — Wir in Sachsen können doch auch nicht sagen, daß wir unter einem freisinnigen Ministerium, wie es z. B. das badische ist, ruhig dahin lebten; der Herr Minister von Beust wird vielmehr sehr häufig neben dem Herrn von Bismarck genannt und inwiefern beide mit einander Aehnlichkeit haben, das, sollte ich meinen, müßten wir Sachsen doch am allerbesten wissen. Ja es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß Herr von Beust bereits manches möglich gemacht hat, darum ihn ein Herr von Bismarck wohl noch beneiden könnte. In Preußen, in dem Staate, dessen erster Minister Herr von Bismarck ist, gibt es z. B. zur Stunde noch kein solches Zuchthaus wie **Waldheim**, in dessen Garten, unter den Pflaumenbäumen, „politische Verbrecher", die zu Zuchthausstrafe verurtheilt worden und elendiglich gestorben sind, begraben liegen; rc. rc. — Dessen ungeachtet nun scheint das sächsische Volk von seinem Herrn v. Beust noch sehr wenig profitirt zu haben, wie ich Ihnen im Nachstehenden aus einem Ereigniß beweisen will, das wahrhaftig! ein höchst trauriges Zeichen der Zeit genannt werden muß. Am vorigen Sonntage nämlich wurde in dem benachbarten Dorfe Groß-Zschocher ein patriotisches, ländliches Fest begangen. Hier befindet sich das zu dem Rittergute, welches unser Cultusminister von Falkenstein besitzt, gehörige Gartenhaus, unter dessen Dache der Gärtner Häußer und seine Frau den verwundeten, jugendlichen Dichter und Helden, Theodor Körner wohlversteckt, mehrere Tage lang (den 8—26. Juni 1813) nach dem Ueberfall bei Kitzen vor den Feinden geborgen hielten und ihn verpflegten. Die Turnvereine Groß-Zschocher und Windorf haben nun zur Erinnerung dessen an dem Gartenhaus eine marmorne Gedenktafel anbringen lassen und luden für den bezeichneten Sonntag-Nachmittag die Turnvereine der Nachbarschaft, sowie Jedermann, der daran Interesse nähme, zur Enthüllungsfeierlichkeit ein. Demzufolge waren die Turnvereine von Klein-Zschocher, Leutzsch, Lindenau und Plagwitz, der Gesangverein Groß-Zschocher, sowie viele Fremde erschienen. Die jugendlichen, kräftigen Turnergestalten, welche mit ihren Fahnen, unter denen auch eine, welche die aufgestickte gewichtige Jahreszahl 1848 trug, herangezogen kamen an das Festhaus, machten einen prächtigen Eindruck, und man hatte wohl ein Recht dazu, sich der Hoffnung hinzugeben, daß diese deutsche Jugend in einer wahrhaft würdigen Weise an ihr Vorhaben, Körner und Körner'schen Geist zu ehren, herantreten würde. Die Feier begann, indem der mit anwesende Gesangverein das „Gebet vor der Schlacht" vortrug; sangen seine Mitglieder auch stellenweis' nach falscher Melodie, so konnte man doch annehmen, daß sie es mit richtigem Gefühle sangen und daher wohlzufrieden sein; hierauf wurde die Gedenktafel enthüllt und ein dazu längst auserkorner Turner nahm eine erhöhte Stellung ein, die officielle Festrede zu halten. Ueber den Eingang derselben Worte zu verlieren, kann ich mir ersparen. Es bestand derselbe in den üblichen Redensarten von „ächt deutscher Mann," „Sänger und Held" u. s. w. gut auswendig gelernt, und auf Körner bezogen. Der Redner theilte die Umstände mit, unter denen derselbe hierher gekommen, und wie es nun der Wunsch des Turnvereins Groß-Zschocher und Windorf gewesen sei, der bleibenden Erinnerung jene Gedenktafel zu weihen; „und nun, meine geehrten Anwesenden", so fuhr Redner fort, „habe ich Ihnen ein hocherfreuliches Ereigniß mitzutheilen; Se. Excellenz, der Herr Staats- und Cultusminister v. Falkenstein, dem das hiesige Rittergut und somit auch dieses Haus gehört, haben nämlich huldvollst geruht, zu gestatten, daß diese Tafel an demselben befestigt werde. Da sieht man, rief er begeistert aus, „daß an der Spitze der Regierung in Sachsen national gesinnte Männer stehen; möchten doch viele deutsche Länder eine Regierung wie wir besitzen, während sie sich jetzt ein Beispiel an der unsrigen nehmen müssen. Darum, ehe ich in meiner Rede weiter fort fahre, bitte ich Sie, mit mir in ein Hoch einzustimmen auf Se. Excellenz, den Herrn Staats- und Cultusminister v. Falkenstein." — Wahrhaftig, jubelnd stimmten die Anwesenden, und die Turner zuerst, in dieses Hoch ein. In dieses erste Hoch, das bei einer patriotischen Feier, die einem hervorragenden Todten der Nation gelten sollte, wem galt? dem Mitglied eines Ministeriums Beust, dem Cultusminister, der ein entschiedener Gegner des Prinzips der Trennung von Kirche und Schule, und in Sachsen Minister ist, wo wir bekanntermaßen so viele starrgläubige, pietistische, intolerante Geistliche haben, daß man wohl glauben muß, gerade diese Art von Seelsorgern werde von oben her besonders protegirt. — Doch wie fuhr der Festredner weiter fort? Er entwickelte nun, was derjenige, welcher Körner sich zum Muster nähme, alles thun und lassen würde. Das ceterum censeo seiner Expectorationen hierüber war, daß man dann stets in treuer Liebe zum angestammten Fürstenhause das Vaterland vor den Feinden vertheidigen werde! (Bravo!) Also deshalb ging Körner zu den Lutzowern und kämpfte gegen Napoleon und seinen Verbündeten? Wo war denn Körners angestammter Landesfürst? Wie jedes Kind weiß, beim Napoleon. Und solche Reden hört man in einer deutschen Turnerschaar, hört man von ihr beklatschen, am 28. Mai 1865. O tempora, o mores!

Das ist also Alles, was die deutsche Jugend seit Jahrzehnten gelernt hat, und wo die „Schule der Freiheit" unter Herrn von Beust's Regierung doch wahrlich leicht genug zu finden war, hat man nicht mehr gelernt. — Der Festredner, es war eine so jugendfrische Gestalt, daß man ordentlich traurig darüber hätte werden mögen, daß keine demokratische Seele in ihr wohne, schloß mit einem Hoch auf die anwesenden Gäste. — Hätte nicht zum Schluß noch Einer aus der Versammlung sich unsres armen deutschen Vaterlandes angenommen und ihm auch ein „Hoch" ausgebracht, es wäre ganz ungefeiert geblieben bei dieser „patriotischen" Feier.

Sachsen. Der Prinz Friedrich August von Sachsen — der Kleine war netto sechs Tage alt — hat mit gewohnter Huld das Gesuch der Dresdener Bogenschützen, ihn in ihre Mitte aufnehmen zu dürfen, gewährt. — Um bei dem bevorstehenden deutschen Sängerfeste allen mißliebigen Ausschreitungen der Redefreiheit am einfachsten den Hals abzudrehen, hat der Comitévorsitzende den genialen und auch anderwärts wohl zu verwendenden Einfall gehabt, man solle es bei diesem Feste immer nur zu kalter Küche, also niemals zu längeren gemeinsamen Tafelsitzungen, bei denen der Toastteufel seine Windeier auszubrüten pflege, kommen lassen. Der erfindungsreiche Mann ist sonst seines Zeichens ein — Staatsanwalt.

Zur Illustration der Redefreiheit in Sachsen,

oder von dem Nutzen der Stenographie für die Gensdarmerie.

Folgende Verordnung ist von dem Ministerium des Innern in Dresden an die Herren Kreisdirektoren ergangen.

„In Anerkennung des großen Nutzens, welchen die Kenntniß und der Gebrauch der Stenographie den Gensdarmen bei ihren dienstlichen Aufzeichnungen gewähren kann, hat das Ministerium des Innern beschlossen, der Stenographie beim Gensdarmencorps möglichst Eingang zu verschaffen und sich nicht blos mit dem Kriegsministerium in Vernehmen gesetzt, um diejenigen Unteroffiziere, welche sich nach beendigter Dienstzeit zur Anstellung im Gensdarmencorps melden wollen, darauf aufmerksam machen zu lassen, daß in Zukunft auf diejenigen Bewerber bei sonst gleicher Qualifikation vorzugsweise Rücksicht genommen werden soll, welche der Stenographie kundig sind, sondern hat auch Veranstaltungen getroffen, daß einer Anzahl von Mannschaften des hiesigen städtischen Gensdarmeriecorps durch ein Mitglied des hiesigen stenographischen Instituts Unterricht in der Stenographie nach Gabelsbergers System ertheilt werde. Das Ministerium wünscht nun auch denjenigen Gensdarmen des Landgensdarmeriecorps, welche Stenographie erlernen wollen, hierzu so weit thunlich Gelegenheit zu geben, und hat zu diesem Behuf dahin Veranstaltung getroffen, daß diesen Gensdarmen das zum Selbstunterricht besonders geeignete Lehrbuch: „Kurzer Lehrgang der Stenographie nach F. X. Gabelsbergers System von Heinrich Rätzsch" nebst einem zu den Schreibübungen erforderlichen Schreibheft verabfolgt werde. Auch ist der Gensdarmerieoberinspektor mit Anweisung versehen worden, sich mit dem stenographischen Institut zu Dresden in Vernehmen zu setzen und durch dessen Vermittlung denjenigen Gensdarmen, an deren Stationsort sich Lehrer der Stenographie befinden, Gelegenheit zur Erlernung dieser Kunst zu verschaffen, denjenigen Gensdarmen aber, bei denen dies nicht der Fall ist und welche die Stenographie nach dem oben genannten Lehrbuch durch Selbstunterricht erlernen wollen, weitere Anleitung darüber zu geben, wie sie mit Hülfe des stenographischen Instituts in Dresden ihren Zweck erreichen

können. Sie erhalten daher hiermit Verordnung, die Gensdarmen ihres Bezirks durch die betreffenden Amtshauptmannschaften hiervon in Kenntniß setzen und dieselben anweisen zu lassen, daß sie wegen des zur Erlernung der Stenographie von ihnen zu beschreitenden Weges sich an den Gensdarmerieoberinspektor zu wenden haben. Die etwaigen Kosten für den stenographischen Unterricht sind aus der Gensdarmeriekasse zu bestreiten und am Schluß des Jahres anher anzuzeigen.

Diejenigen Gensdarmen, welche sich zur Erlernung der Stenographie bereit erklären, sind dem Gensdarmerieoberinspektor durch die Bezirksamtshauptmannschaften namhaft zu machen. Dieselben haben, um dem Ministerium Gelegenheit zur Beurtheilung der in dieser Kunst von ihnen gemachten Fortschritte zu geben, alle Vierteljahr einen in stenographischer Schrift geschriebenen Rapport an die Oberinspektion einzusenden, bis sie die zu ihren dienstlichen Aufzeichnungen erforderliche Sicherheit und Geläufigkeit im Gebrauch dieser Schrift sich angeeignet haben.

Dresden, 2. April 1865.

Ministerium des Innern

für d. Minister: Körner."

Recht harmlos, wie das ganze Beust'sche System! Hr. Körner hat bekanntlich auch bei der Entstehung des bekannten „schwarzen Buches" große Verdienste sich erworben. Vielleicht überrascht er uns eines Morgens mit einer schönen Ausgabe stenographirter Reden von Männern des Fortschritts zum Nutzen der Polizei und zum abschreckenden Beispiel für gutgesinnte Bürger.

C. **Mailand**, Ende Mai. Das glänzende Resultat der Unterzeichnung für das italienische Anleihen von 450 Millionen Franken kam gerade zu rechter Zeit, um den Alpdruck, unter welchem die Nation wegen der Unterhandlungen mit Rom leidet, zu entfernen. Kein sprechenderer Protest konnte von der Nation, die Vertrauen in sich selbst hat und sich kampffähig fühlt, gegen die unerklärlichen und unheilvollen Transaktionen einer Politik erhoben werden, welche mit der Verleugnung der großen Prinzipien die großen nationalen Entwürfe verläßt. Während also die italienische Regierung sich vor dem reaktionären Priesterthum beugt, bereitet sich das Volk zu neuen großen und schweren Opfern vor, um das glorreich begonnene Werk der Revolution zum Ende zu führen. Nachrichten aus Rom, die die Nation mit Widerwillen und Abscheu von sich stoßen, bestätigen sich immer mehr; die Politik des non possumus fand einen Weg, um sich mit derjenigen der Revolution und des Plebiszit zu verbinden und ein Concordat wird indessen die Erstgeburt der Unterhandlungen sein. Die Bischöfe der annexirten Länder werden vom Papste ernannt und dieselben sind des Schwurs für die italienischen Institutionen überhoben; außerdem, daß dies ein Insult gegen das Prinzip der Gleichheit ist und theilweise schon die zeitliche Herrschaft des Papstes über italienische Provinzen anerkennt und somit dem vorgezeichneten Wege zuwiderhandelt, wird zugleich einem Elemente Kraft und Autorität zuerkannt, das seine ganze Thätigkeit nur dazu verwendet, jeder Freiheit, sei sie in Italien oder anderswo, entgegenzuhandeln. Alle Opfer also, die das jugendliche und kräftige Volk an Gut und Blut so bereitwillig und zuvorkommend darbrachte, sollen so schwächliche Früchte ernten? Ich denke, eine Nation, die bis heute so ruhmvoll sich gegen Druck, Zwang und Tyrannei anstemmte, wird die eigene Stimme, die nur zu lange unbeachtet blieb, an einem ganz anderen Orte hören lassen.

(Das Dante-Fest in Italien.) Zum 14. Mai waren aus allen Theilen Europa's Menschen nach Florenz zusammengeströmt, um einem großen Todten ihre Huldigung darzubringen. Es galt dem großen italienischen Dichter Dante und dessen 6 Jahrhunderte altem Ruhme. Italien war vor 600 Jahren durch wilde Bürgerkriege zerrissen; hie Kaiser, hie Papst. Der Dichter Dante, ein Florentiner, erwartete alles Heil für sein Vaterland von der starken Regierung eines weltlichen Fürsten, des Kaisers, und von der gänzlichen Beseitigung des Papstes als weltlichen Herrn. Ob solcher Ansichten und Lehren traf den Dichter die Strafe der Verbannung, in welcher er starb, erst 57 Jahre alt. Der Name Dante bedeutet für den Italiener nicht allein den Schöpfer der italienischen Sprache, sondern auch, was mehr bedeuten will, den Repräsentanten der italienischen Einheit. Weil nun gerade in jetziger Zeit alles Denken und Wollen des italienischen Volkes auf Dasjenige gerichtet ist, was schon vor 600 Jahren der große Dichter Dante als den einzigen Weg vaterländischen Heils verkündete; so ist diese Dantefeier in Italien eine großartige und allgemeine gewesen, großartiger noch als seiner Zeit die Schillerfeier in Deutschland. Die Stadt Florenz zumal prangte am 14. Mai zu Ehren ihres großen Sohnes im schönsten Schmucke. Mehr als 700 Fahnen wurden im Festzuge gezählt und umgaben das prächtige Standbild des Dichters, das am 14. Mai feierlich enthüllt ward.

Drei Tage waren dem hohen Feste gewidmet, und alle 3 Tage waren durch würdige und gesittete Haltung des Volkes ausgezeichnet. Von namhaften deutschen Gästen mögen Dr. Philipp Schwarzenberg (Parlamentsmitglied) und Hr. Heinr. Brockhaus genannt sein. Dr. Schwarzenberg hielt bei dem großen Festmahl, das den Fremden gegeben wurde, eine Rede, worin er in kräftiger Weise auf das Unheilvolle des französischen Einflusses hinwies. Die lebhaftesten Beifallsbezeugungen waren der Lohn des Redners.

Noch eines Umstandes sei gedacht, der für unsere deutsche Presse was Beschämendes hat. Man hatte nämlich dafür gesorgt, daß dem Volke sowohl das Leben als auch das Bildniß Dante's für wenige Kreuzer dargeboten werden konnte. Die italienische Presse ist in solchen Dingen überhaupt der deutschen bedeutend voraus, die bei ihren Erzeugnissen vorwiegend an ein geldhabendes Publikum denkt.

Leider hat auch der übel berufene politische Renegat Julius Schanz bei dem schönen Fest den deutschen Namen durch seine Gegenwart verunehrt.

Nordamerika. Privatberichte aus Washington melden über die Prozeßverhandlungen gegen Booth's Mitschuldige: Der Zeuge Welchman hat Aussagen gemacht, welche den Beweis liefern, daß Surrat, nachdem er Jefferson Davis und Benjamin gesprochen, von Richmond mit vielem Gelde versehen nach Canada reiste, von dort nach Washington zurückkehrte und Booth den Mordbefehl übergab, welchen letzterer noch am Abende desselben Tages zur Ausführung brachte. Wir haben bereits mitgetheilt, daß Arnold, einer der Mitverschwornen, auch eine Enthüllung über den ursprünglichen Plan, Lincoln gefangen zu nehmen, gemacht hat. Darüber liegen nun mehrere Details vor. Der Plan war darauf basirt, daß man wußte, Lincoln gehe Abend für Abend zu einer sehr vorgerückten Stunde aus dem Kriegsministerium in das Weiße Haus zu Fuß und allein. Bei einer solchen Gelegenheit sollte Lincoln aufgehoben und rückwärts durch den Garten des Weißen Hauses an einen Ort gebracht werden, welcher unter dem Namen Van Neß-House bekannt ist. Dieses Haus, im Jahre 1820 gebaut, ist ein wüster, weiter, zwei und einen halben Stock hoher Bau. Das Ganze ist ein fester, gegen die Straße zu ebenfalls durch eine Ziegelmauer abgeschlossener Bau. Er hat unterirdische Durchfallthüren, abgeschlossene Lokalitäten. Eine dieser unterirdischen Abtheilungen diente als Gefängniß für Sklaven, die andere als Eiskeller. In diesem Hause, welches übrigens durch die dichten Laubkronen mehrerer Baumreihen von der Außenwelt ganz abgeschlossen ist, sollte Lincoln gefangen gehalten werden. Man weiß, daß der Plan aufgegeben wurde, man weiß aber noch nicht, warum und unter welchen Verhältnissen er fallen gelassen wurde. Green, der Besitzer des Hauses, und seine Frau sind verhaftet; das Haus selbst steht unter militärischer Bewachung.

Nord-Amerika. Unsere Leser werden es wohl nicht als eine ungebührliche Bevorzugung Amerikas ansehen, wenn wir uns gegenwärtig mehr als sonst mit den Verhältnissen jenseits des Oceans beschäftigen; sie sind viel zu lehrreich, als daß sie nicht die eingehendste Beachtung verdienten. — Die Zeitungen berichten: Der Uebergang vom Kriegs- zum Friedenszustande erfolgt mit bewunderungswürdiger Geschwindigkeit. Die Regierung hat nicht nur alle Werbungen eingestellt, sondern auch die unter dem letzten Aufgebot Ausgehobenen, soweit sie noch in Sammelplätzen waren, entlassen, alle Einkäufe von Waffen und Munitionen eingestellt, in ihren eigenen Waffenwerkstätten Tausende von Arbeitern abgelohnt, die Anordnung getroffen, daß alle in Spitälern befindlichen Soldaten, sobald sie hergestellt sind, ihren ehrenvollen Abschied erhalten, alle Miethverträge in Bezug auf Transportschiffe gelöst, den Verkauf einer Anzahl zu Kriegsschiffen umgewandelter Kauffahrteischiffe verfügt rc. Von Sherman's Armee sind gleich nach Johnstone's Kapitulation zwei Drittel in Marsch nach dem Norden gesetzt worden, um aufgelöst zu werden. Nur das Schofield'sche (23.) und das Terry'sche (10.) Armeecorps, zusammen etwa 30,000 Mann, bleiben als Besatzungen für die strategisch wichtigsten Plätze zurück. Man erwartet, daß im Verlauf des Sommers das ganze Militär-Etablissement auf 100,000 Mann reducirt werden wird. Die Zahl der Ober-Offiziere soll auf 15 Divisions-Generale, 60 Brigade-Generale und 150 Obersten beschränkt werden, was, die Durchschnittsstärke der Regimenter zu 600 Mann gerechnet, den vorstehenden Truppen-Etat ergeben würde. Die ordentlichen Einnahmen der Regierung betragen jetzt in runder Schätzung 300 Millionen (Papierwährung) von inländischen Steuern und 60 Millionen (Gold) von Einfuhrzöllen. Wenn davon auf die Verzinsung der Bundesschuld 120, auf den Armee-Etat 100, auf die Flotte 50 Mill. kommen, bleiben immer noch 90 Millionen für Deckung aller übrigen Ausgaben, die vor dem Kriege kaum ein Drittel dieser Summe betrugen. Neben der Entlassung von nahe an 400,000 Mann werden auch an 400 Kriegsschiffe verkauft werden, von denen viele in Kauffahrteischiffe und Wallfischfänger umgewandelt werden. Von unsern stolzen schweren Ungethümen, deren wir als kriegsbewährt an 140 behalten, werden unverweilt ein volles Dutzend erst im Mittelländischen Meere und bald darauf im Kanal erscheinen, und 4 nach Brasilien und dem La Plata abgehen. Diese Expeditionen waren schon vier Tage vor dem Tode Lincolns beschlossen und werden vom Präsidenten Johnson sicherlich nicht zurückgenommen werden. Sie bezwecken nur eine freundliche Begrüßung nach so langer Entfremdung. Die nach Brasilien und am La Plata scheint allerdings mehr unmittelbare Zwecke im Auge zu haben, nämlich Reklamationen zum Belaufe von nahe an 400,000 Dollars Schadenersatz für die durch konföderirte Kreuzer an der Küste von Brasilien erlittenen Wegnahmen. Auch scheint der Entschluß festzustehen, keine Blokade Paraguay's durch brasilische Schiffe im argentinischen Flußgebiete zuzulassen, als den Traktaten zuwider, welche diese Gewässer auf alle Zeiten der Schifffahrt aller Nationen freigegeben haben. Als Präcedenz würde dieses ein hochwichtiger Dienst sein, den die Vereinigten Staaten dem Welthandel erweisen, für Brasilien aber dürfte er von verhängnißvollen Folgen sein. Die Vereinigten-Staaten-Regierung erkennt wohl das Recht Brasiliens an, den Hafen von Paraguay zu blokiren, aber nur in paraguay'schen Gewässern. Dieses aber kann ein brasilianisches Geschwader nur innerhalb des Schußbereichs des Forts Humaita thun, dessen Geschützen es sich ohne eine ziemlich bedeutende Panzerflotte nicht aussetzen kann.

Socialer Theil.

Leipzig, 3. Juni. Der Buchdruckerconflict darf als beigelegt betrachtet werden. Die Gehülfen haben sich unter Aufgebung des 30-Pfennig-Tarifs zur Annahme des 28-Pfennig-Tarifs erboten; dies ist von den Prinzipalen angenommen worden unter der Bedingung, daß mit dem 6. Juni die Arbeit wieder aufgenommen werde. Die Teubner'schen Gehülfen sind sämmtlich dem Abkommen beigetreten; bei den übrigen Druckereien ist die Annahme in sicherer Aussicht.

† **Celle**, 31. Mai. (Arbeiterentlassung.) Man sollte annehmen dürfen, daß die in neuerer Zeit so vielfach vorgekommenen Zerwürfnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern für beide Theile Veranlassung sein würden, derartigen Uebelständen aus dem Wege zu gehen. Dem ist aber nicht so. Der hiesige Senator Bruns (Firma J. H. Bruns) betreibt am hiesigen Orte ein nicht unbedeutendes Taback- und Cigarren-Geschäft. Vor Kurzem hat derselbe einige neuere Wickelmaschinen u. s. w. kommen lassen, durch welche, wie uns erzählt wird, einige nothwendige Aenderungen in den bisherigen Lohnverhältnissen herbeigeführt worden sind. Dieser Umstand und auch der, daß der Sohn des Geschäftsinhabers nicht eben auf eine humane Weise mit den Arbeitern umgehen soll, und daß namentlich auch die Familienmitglieder des Hrn. Bruns die Arbeiter mit dem Worte Pöbel tituliren sollen, mag schon bisher eine gereizte Stimmung zwischen den Betheiligten erregt haben, welche vor einigen Tagen zum Ausbruch gekommen ist.

Der bezeichnete Sohn des Geschäftsinhabers geräth mit einem Arbeiter in Streit, was eine nicht eben sanfte Entlassung des letzteren zur Folge hat. Wie man erzählt, hat Herr J. H. Bruns denselben eigenhändig aus dem Geschäftslokale entfernen wollen, was ein Dazwischentreten der übrigen Arbeiter zur Folge hatte, weshalb auch diese, 25 bis 30 an der Zahl, sofort entlassen wurden.

Vermittelungsversuche der Polizei sind an unbilligen Anforderungen gescheitert, und deshalb haben die unverheiratheten Arbeiter sich auswärts Arbeit suchen müssen, während die verheiratheten noch feiern, da die übrigen hiesigen Cigarrenfabrikanten denselben keine Arbeit geben wollen. Uebrigens soll es auch Herrn Bruns noch nicht geglückt sein, Ersatz zu finden.

Warum nicht etwas mehr Vernunft, vielleicht auf beiden Seiten, um sich gegenseitig vor Nachtheilen zu sichern? Daß der Arbeiter Mensch ist und als Mensch behandelt werden muß, sollten Arbeitgeber nie vergessen!

Bielefeld, im Mai. In Ihrem geschätzten Blatte war vor einiger Zeit ein sogenannter Nothschrei zu Gunsten hülfsbedürftiger Polen enthalten. — Derselbe ging von Zurich aus, und man empfahl, den jungen nothleidenden Polen Beschäftigung zu geben, sie, wenn möglich als Lehrlinge anzunehmen. — Ein Paar barmherzige Handwerksmeister, Mitglieder des Vorstandes unseres Vereins, gerührt von der Noth, wie sie vorzuwalten schien, erklärten sich sogleich bereit, jeder einen jungen Polen bei sich als Lehrling zu herbergen. Sie schrieben deshalb — wie dies empfohlen war — an den Präsidenten des Hülfs-Comité's, Herrn Commandanten Walder nach Zürich und theilten ihm ihre barmherzige Absicht mit; aber seit mehr als 4 Wochen warten sie vergebens auf eine Antwort oder auf ihren unglücklichen jungen Polen.

Wie erklärt sich das?

Augsburg, Ende Mai.

Lohnerhöhung ist eine allgemeine Forderung, welche jetzt allenthalben von den Arbeitern gestellt wird, und namentlich zuvörderst von solchen Gewerben, welche bisher ihren Leistungen gemäß fast den geringsten Lohn erhielten. Wie verhält sich aber nun die Presse diesen Arbeiterbewegungen gegenüber und wie urtheilt sie darüber? Wohl verfolgt sie den Gang derselben auf's eifrigste, aber mit wenigen ehrenden Ausnahmen, tritt fast kein Blatt offen und ehrlich für die Forderung stellenden Arbeiter in die Schranken,*) so daß es fast nothwendig erscheint, daß unparteiische Arbeiter selbst darüber urtheilen. Es wird sogar in einem entschieden liberalen Blatte die Behauptung aufgestellt, daß eine solche künstliche Vertheuerung der Löhne „allgemeine Theuerung“ hervorruft, indem davon der Schluß gezogen wird, wenn z. B. der Schneider, der Schuhmacher, der Gerber 2c. höhern Lohn fordert, alle Uebrigen das nämliche Verlangen stellen werden, und so das gleiche Verhältniß wieder eintreten wird, indem der Arbeiter alles das, was er zu seinem Lebensunterhalte gebraucht, auch theurer bezahlen muß, und am Ende haben sich Alle ohne Ausnahme das Leben selbst vertheuert, je weiter die Agitation um höhere Löhne vorgeschritten ist! — So der Nurnb. Anzeiger — Wenn nun diese Arbeiter, welche jetzt höhern Lohn fordern, zu dieser Einsicht kämen, so müßten sie wohl von ihren Forderungen absehen und eben auf dem alten Standpunkte ausharren, untersucht man aber die Verhältnisse, in denen sich diese Arbeiter befinden, so muß man sich nur wundern, daß diese Forderungen nicht schon längst gestellt wurden. Der Arbeitgeber oder Fabrikant kann den Preis seiner Waare bestimmen, je nach seinen Auslagen und seinen Ansprüchen, welche an ihn gestellt werden, der Beamte sucht von Zeit zu Zeit um Gehaltsaufbesserung nach, und erhält sie auch u. s. w. Was kann aber der Arbeiter thun? — Es heißt eben oft ganz einfach: besser sparen und mehr arbeiten. — Kann er dies aber? Wir antworten: Nein! — Gerade Schneider, Schuhmacher 2c, welche hier angeführt werden, und denen gleichsam der Muth genommen wird, können dies nicht, und darum fordern sie eben höhern Lohn und alle Andern, welche dies nicht können, werden ein Gleiches thun. Die zu lange Arbeitszeit werden sie wohl nicht noch verlängern können, und der Lohn war selbst bei sogenannter guter Zeit nicht so reichlich, um noch besser sparen zu können. Ueberhaupt muß man hier die Zeit ins Auge fassen und die Anforderungen, welche jetzt an den Arbeiter gestellt werden. Er soll sich versichern vor Arbeitsunfähigkeit, Krankheit, Alter u. dgl. damit er sich nicht auf fremde Hilfe verlassen muß, (dies ist Alles recht schön und gut,) er soll sich hauptsächlich auch in geistiger Beziehung emporschwingen, um dereinst ein tüchtiger Bürger zu werden. Dies alles sehen eben jetzt die Arbeiter nach und nach ein, daß es auch nothwendig ist, und um dies zu können, fordern sie eben höhern Lohn, denn Verkürzung der Arbeitszeit, welche doch von vielen Seiten gebilligt wird, nützt nichts ohne höhern Lohn.

Die Zeit bringt diese Forderungen, und an Euch hauptsächlich, Ihr Männer des Fortschritts, stellen wir die Bitte, diese gerechten Forderungen zu unterstützen, wenn Ihr wirklich dem Fortschritt in allen Punkten huldigt. Ein gedrückter Arbeiterstand wird nie das werden, was man eigentlich jetzt schon von ihm fordert.

Der fleißige Arbeiter soll sich auch bei angemessener Arbeitszeit so viel verdienen können, daß er sich Erholung vergönnen darf, für seine geistige Ausbildung und für Zeiten der Noth sorgen kann, dann wird sich auch der Arbeiterstand auf die Stufe emporschwingen, welche er erreichen will und soll, außerdem wird er aber immer nur das Mittel sein zu verschiedenen Parteizwecken, welche oft dem Arbeiter nur zum Verderben dienen.

Was hilft dem Arbeiter z. B. die Erleichterung zur Erlaubniß, sich verehelichen zu dürfen, wenn er allein schon mit der Noth zu kämpfen hat? Was hilft dem Arbeiter alles Nützliche und Schöne, welches ihm geboten wird, wenn er bei zu langer Arbeitszeit nicht einmal entsprechend belohnt wird?! — Wohl mag es einzelne Arbeiter geben, welche für ihre Mühe einen der jetzigen Zeit entsprechenden Lohn erhalten, wohl mag es auch Arbeiter geben, welche selbst bei kleinen Löhne nichts erübrigen und auch nicht für ihre geistige Ausbildung bedacht sind, solche Ausnahmen gibt es aber unter allen Ständen, dem ganzen Stand wird und kann man deshalb nicht den Vorwurf machen. Denjenigen aber, welche mit ihrem Lohn zufrieden sein können und unbillige Forderungen stellen, weise man zurück, den Andern aber lasse man Gerechtigkeit widerfahren. Auch der Fabrikant sah sich zur Zeit der Baumwollkrisis genöthigt, mit seiner Waare bedeutend aufzuschlagen, was auch wir Arbeiter empfinden und noch heute theurer bezahlen müssen, die Folge davon war aber nicht, daß alle andern Artikel und Lebensmittel theurer wurden, wir bekamen deßwegen keinen höhern Lohn, und nun da wir endlich auch einmal erwachen und unsere gedrückten Zustände verbessern wollen, nun wollte man uns unterdrücken und sogar verfolgen?! — Wie werden ausharren und die Zeit wird auch uns're gerechte Sache zum Siege führen.

*) Der sonst so lange B Correspondent der Arbeiterzeitung ist dadurch ausgefallen. Der Leipziger Buchdruckerstrike scheint ihm gar nicht zu behagen. Seine Abneigung gegen die „Arbeiterzeitung“ erhält dadurch die rechte Beleuchtung.

Pforzheim. Die Vereine werden aufmerksam gemacht auf ein so eben im Druck erschienenes Flugblatt: „Die deutschen Frauenvereine und das Junkerthum.“ Es ist dieses Flugblatt bereits das 349ste aus der Feder des unermüdlichen Förderers der Arbeitersache Moritz Müller. Ein Näheres in nächster Nummer.

Verschiedene Anzeigen.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Diesseits und Jenseits des Oceans

von Gustav Struve.

Zwanglose Hefte zur Vermittlung der Beziehungen zwischen Nordamerika und Deutschland. **Erster Jahrgang.** Mit den wohlgetroffenen Bildnissen von **Abraham Lincoln und Friedrich Hecker.** Ein starker Octavband. Preis 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl. 48 kr.

Die vier Hefte dieses ersten Jahrgangs bilden in ihrer Vereinigung ein Ganzes, welches die gegenwärtige sociale Lage der Vereinigten Staaten Nordamerika's und Deutschlands und deren gegenseitige Beziehungen darstellt, und umfassende Andeutungen gibt, in welcher Weise die Zustände unseres Vaterlandes nach dem Vorbilde der großen Republik im Westen des Oceans, in deren Schooße sieben Millionen Deutsche frei und glücklich leben, verbessert werden können, wie es andererseits vielfache Aufschlüsse und Fingerzeige zum Verständniß der amerikanischen Verhältnisse für Diejenigen enthält, welche sich drüben eine neue Heimath gründen wollen.

In unserem Vorwort zu dem Werk (1. Januar 1864) sagten wir: „Mögen die Freunde der Freiheit nicht übersehen, daß der legale Freiheitskampf, welcher jetzt in der neuen Welt gekämpft wird, in seiner Rückwirkung auf das alte Europa von noch ungleich höherer Bedeutung ist, als der Freiheits- und Unabhängigkeitskampf in Amerika, welcher im vorigen Jahrhundert gleichsam die Einleitung bildete zu den gewaltigen Freiheitsbewegungen, von denen bald darauf die alte Welt erschüttert wurde.

„In welchem elementaren Ausbruch die Gegensätze ihre Ausgleichung finden werden, welche auch in unserer Zeit wieder unversöhnlich einander gegenüberstehen, wer vermöchte das vorher zu sagen, Niemand aber, er möge radicalen oder gemäßigten Anschauungen huldigen, wird verkennen, daß es einer gesunden Entwicklung unserer Zustände zum großen Vortheil gereichen muß, wenn wir, statt mehr oder weniger heftiger theoretischer Meinungskämpfe, in immer ausgedehnterem Maße mit den praktischen Erfolgen der jenseits des Oceans durchgeführten freiheitlichen Institutionen, über welche diesseits noch die Meinungen auseinandergehen, uns besser als bisher bekannt machen und dadurch uns in den Stand setzen, das bewährt Gefundene um so viel leichter auch bei uns zur Geltung zu bringen.

„Wenn endlich allen denkenden Politikern in dem großen transatlantischen Freistaat aus der Haltung des alten Europa gegenüber dem drüben entbrannten Freiheitskampf die Erkenntniß aufgegangen sein muß, daß auch die Freiheit drüben so lange nicht gesichert ist, als die alte Welt von entgegengesetzten und feindlichen Principien beherrscht ist; so wird insbesondere unter unseren deutschen Landsleuten drüben immer klarer erkannt werden, daß jede Kräftigung der Beziehungen zu der alten Heimath ihre eigene Stellung in der neuen verstärkt, und daß der Sieg einer freiheitlichen und nationalen Politik in Deutschland dem deutschen Element in dem Freistaat jenseits des Oceans einen mächtigen Rückhalt geben wird.“

Die weise Kritik eines großen niederdeutschen Blattes hat deshalb und wegen der allerdings durch und durch den Prinzipien des freien Volksstaats jenseits des Oceans huldigenden Tendenz des Buches, dasselbe damals mit dem Urtheil geehrt: daß dergleichen „nur in dem Hirn eines completten Narren Raum finden könne.“ Damals war der transatlantische Freistaat schwer heimgesucht. Doch unser Urtheil hat nicht getäuscht. Inzwischen hat Deutschland in seiner nationalen Politik von neuem nicht minder bittere als lehrreiche Früchte der Erkenntniß vom Baume der dynastisch monarchischen Politik gesammelt und haben dagegen die Principien des freien Volksstaats jenseits des Oceans die furchtbarste Feuerprobe bestanden, der jede der heutigen Monarchien unterlegen sein würde. Die Lästerzungen schweigen, die Vertreter des dynastisch monarchischen Europa bringen den Plebejern der transatlantischen Republik ihre Huldigungen dar — und die Narrheit wird wohl anderswo zu suchen sein.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Digitized by Google

Nr. 129. Dritter Jahrgang. Sonntag,
Coburg. 18. Juni 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Erscheint jeden Sonntag.
Bestellpreis
vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.
Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.
Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.
Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.
Ankündigungsgebühr
4 kr. oder 1 Sgr. für die 2spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.
Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.
Die Redaction.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal der **allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung**. Wir werden das Blatt **nicht** eingehen lassen, wenn die Arbeiter demselben ihre bisher, trotz der versuchten Anfeindungen, bewahrten Sympathien auch ferner bewahren. Um den Fortbestand des Organs den Arbeitern unter dieser Voraussetzung zu sichern, haben wir jede mögliche Ersparniß eintreten lassen. Der Rabatt der Buchhändler und Vertriebsagenten ist gekürzt, auf die Anstellung eines zweiten Redakteurs ist verzichtet; der **Postdebit** ist vom neuen Quartal ab im Thurn- und Taxischen Postgebiet erlangt. Ob das Blatt von allen Abonnenten nunmehr durch die Post bezogen werden wird und werden kann, hängt theils von deren Entschließung, theils davon ab, ob wir in allen Staaten den Postdebit erlangen. Darüber demnächst das Weitere. Solchen Falls wird dann auch eine den Einsendungen förderliche Aenderung hinsichtlich der **Zeit des Drucks** eintreten.

Für die Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses des Vereinstags und für die zu dem letzteren vorbereiteten Referate sind nach wie vor die Spalten des Blattes geöffnet. Unsere bewährten Mitarbeiter bleiben dieselben, eine übel angebrachte Ersparniß in diesem Punkte haben unsere Leser nicht zu befürchten. Format und Erscheinungsweise wie bisher.

Der Abonnementspreis bleibt der bisherige, wozu nur der Postaufschlag hinzutritt, der übrigens in den verschiedenen Postgebieten verschieden und uns selbst noch nicht genau bekannt ist.

Alle übrigen Abonnements- und Inseratbedingungen bleiben wie bisher.

Directe Bestellungen bei uns bitten wir zeitig zu erneuern. Die Bestellungen bei den Postanstalten werden dagegen erst gegen Ende des Monats von den betreffenden Abonnenten gemacht werden können, da wohl erst bis dahin alle Postexpeditionen von den Postdirectoren über die Annahme der Bestellungen in Kenntniß gesetzt sein werden.

Coburg, Anfang Juni 1865.

Die Expedition der allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Beilegung der obschwebenden Differenzen. Bericht aus Reichenberg; Vortrag gehalten im dortigen Arb. Verein über die Grenze zwischen Werkzeug und Maschine. II. **Politischer Theil.** **Politische Umschau:** Berlin, Zustimmungsadresse an Virchow, polizeiliche Fürsorge für ihn. Zwei Millionen und darüber für pensionirte Generale und Stabsoffiziere; allerhöchste Wahlrede. — Leipzig, allgemeine deutsche Lehrerversammlung. — Eisenach, Burschentag; der deutsche Protestantentag. — Gotha, Bundesversammlung der freien, religiösen Gemeinden. — Hamburg, Beschaffung von Arbeiterwohnungen. — Schleswig-Holstein, eine Zärtlichkeit für Peter von Oldenburg. — Frankreich, der Kaiser will die unangenehmen Zeitungsberichte über Mexiko nur allein lesen. — Italien, die deutschen Bundesstaaten können über den eigenen Zopf nicht hinweg zur Anerkennung des Königreichs Italien kommen; Victor Emanuel macht weitere Fortschritte im Rückschritt. Spanien, eine sonderbare Begnadigung. — Schweiz, Bern, Antwort des nordamerikanischen Gesandten auf die Adresse der polnischen Emigration. III. **Socialer Theil:** M. Müller über die deutschen Frauenvereine und das Junkerthum. — Briefkasten. **Beiblatt.** Der zweite deutsche Journalistentag in Leipzig. — Zur Illustration der Sächs. Amnestie. — „Die Presse", Toast von R. Gottschall beim Festessen des Journalistentags. — Vereinsanzeigen. — Arbeitsvermittelung. — Sonstige Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Coburg, 13. Juni. Die Differenzen, welche aus Anlaß der früheren Erörterungen über den Fortbestand unseres Blattes entstanden waren, dürfen als beigelegt betrachtet werden. Gelegentlich der am 10. d. Mts. stattgehabten Sitzung des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstags in Magdeburg hat das Ausschußmitglied Herr **Weithmann** von Stuttgart im Interesse einer von ihm versuchten freundlichen Beilegung seine Reise nach Magdeburg über hier gerichtet. Aus seinen Mittheilungen und durch den mündlichen Meinungsaustausch hat sich ergeben, daß, — die aufrichtige Absicht der Verständigung, wie auch wohl nicht anders denkbar, auf Seiten der Leitung des Ausschusses von Anfang an vorausgesetzt, — die unerquicklichen Differenzen auf mehrfachen Mißverständnissen beruhen, die nur durch die mangelnde Möglichkeit mündlichen Meinungsaustausches und darauf beruhender verläßlicher Information möglich geworden sind und andernfalls sehr leicht hätten vermieden werden können. Unter diesen Umständen hat unser Verleger eine Zuschrift an Hrn. Weithmann mit der Ermächtigung gerichtet, davon seinerseits den dem Interesse der Sache entsprechenden Gebrauch zu machen, wie wir kein Bedenken tragen, nachstehend dieselbe wörtlich zu veröffentlichen. Sie lautet:

„Geehrter Herr! Indem ich Ihnen für Ihre freundliche Vermittlung in der Differenz über die Arbeiterzeitung und mit dem ständigen Ausschuß im Namen der Sache, der durch die Fortsetzung dieser Differenzen und durch einen Zwiespalt unter den Arbeitervereinen nicht gedient sein kann, aufrichtig danke, trage ich durchaus kein Bedenken, Ihnen auch schriftlich auszusprechen, was ich schon mündlich Ihnen ausgesprochen habe: daß ich zu jeder dem Interesse der Sache, wie dem Anspruch auf gegenseitige Achtung entsprechende Ausgleichung, der ganz gegen meinen Wunsch, und, wie ich aus Ihrer Mittheilung ersehe, durch eine Reihe gegenseitiger Mißverständnisse entstandenen Differenzen, jederzeit gern bereit bin.

„Da angenommen werden darf, daß auch auf der andern Seite nicht die Absicht bestanden haben und bestehen kann, einen unfruchtbaren Hader ohne Noth, zum Schaden der Sache fortzuführen, so meine ich, wird die Beilegung eine leichte sein.

„Ich meine auch, daß diese Differenz überhaupt nicht entstanden wäre, wenn vor oder bei der Ausschußsitzung vom 19. März d. Js. eine mündliche Verständigung möglich gewesen wäre, und ich bedauere umsomehr, daß ich nicht mindestens diesmal, wenn auch nicht eingeladen, mich zu der Ausschußsitzung begeben kann, um einen mündlichen Meinungsaustausch möglich zu machen. Sie haben sich aber selbst überzeugt, wie durch die dazwischenliegende, entscheidende Ständesitzung, die mich bis Morgen Nachmittag aufhält, mir dies unmöglich gemacht wird.

„Was die Arbeiterzeitung insbesondere betrifft, so will ich meine mündlich Ihnen gegebene Erklärung nicht unterlassen, auch hier zu wiederholen: daß ich gern bereit bin, sobald es im Interesse der Arbeiterbewegung für nöthig gehalten werden sollte, das Blatt in noch näher zu verabredender Weise an den bevorstehenden **Vereinstag deutscher Arbeitervereine** zu übergeben, an dem ich überhaupt eventuell appellire, falls wider Erwarten eine friedliche Ausgleichung der bestehenden Differenzen zur Zeit nicht erzielt werden sollte. Mit vollkommenster Hochachtung F. Streit."

Coburg, den 9 Juni 1865."

Da in der ernsten Arbeitersache nicht kleinliche Verdrossenheit und überhaupt nicht irgend welche persönliche Interessen, sondern lediglich das Interesse der Sache entscheiden kann, so haben wir danach Grund anzunehmen, daß auch von der anderen Seite, mindestens jeder Schritt zu weiterer Fortführung der bisherigen Streitigkeiten unterbleiben wird.

Inzwischen haben wir, geleitet lediglich von dem Motiv, nach bestem Wissen und Gewissen gerecht zu handeln, in Veranlassung der neulichen Erklärung des Hrn. **Bebel** die Gelegenheit unserer jüngsten Anwesenheit bei dem am 11. d. Mts. stattgehabten deutschen Journalistentag in **Leipzig** benützt, um bei ganz unparteiischen, mit den einschlagenden persönlichen und thatsächlichen Verhältnissen vertrauten Männern genaue

Erkundigungen einzuziehen und halten wir es hiernach für eine Pflicht der Gerechtigkeit, hiermit zu constatiren, daß uns übereinstimmend die Versicherung wurde, daß die in der Arbeiterzeitung ausgesprochenen Annahmen über das Verhalten des Hrn. Bebel in dieser ganzen Angelegenheit auf irrigen thatsächlichen Voraussetzungen beruhen, daß Hr. Bebel ein durchaus gesinnungstreuer, entschieden freisinniger und für die Arbeitersache mit aufrichtiger Hingebung wirkender Mann sei, und daß insbesondere seine Berichterstattung über die Angelegenheit der Arbeiterzeitung eine unparteiische gewesen sei, die nur in den darüber an die Arbeiterzeitung gelangten Correspondenzen nicht die entsprechende, zutreffende Darstellung gefunden habe, und daß sich letzteres wieder daraus erkläre, daß die Ansichten in dem Leipziger Verein selbst keineswegs übereinstimmend seien und daß die bisher der Arbeiterzeitung von dort zugekommenen Correspondenzen von einer, wenn auch vielleicht unbewußt, einseitigen Färbung nicht freizusprechen seien.

Nach dieser auf zuverlässigen Mittheilungen beruhenden anderen Information, ist es eine selbstverständliche Pflicht, dem Herrn Bebel volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und wir säumen hiernach keinen Augenblick, dieser Pflicht hiermit von freien Stücken um so lieber zu genügen, als wir in der ganzen Angelegenheit von anderen als rein sachlichen Motiven überhaupt nie geleitet waren. — Wir hoffen mit Grund, daß von jetzt ab von keiner Seite mehr, direct oder indirect feindselige Acte erfolgen werden; sollte es aber wider Erwarten doch der Fall sein, so würden dieselben von uns keine fernere Erwiderung finden und würde die Verantwortung dafür lediglich den Urhebern zufallen.

Die Redaktion.

Reichenberg in Böhmen. Arbeit ist die Grundlage des Wohlstandes, des Reichthums. Arbeit ist das Mittel, wodurch wir auf unserer kurzen Lebensbahn die nöthige Subsistenz finden, wodurch wir für uns und unsere Angehörigen Wohnung, Nahrung, Kleidung und alle übrigen Lebensbedürfnisse erhalten; ja noch mehr, Arbeit und Fleiß bewahrt nicht nur vor Armuth, Kummer und Sorgen, sondern erhebt den Menschen auch auf eine höhere Stufe der Vollkommenheit. Arbeit gewährt die Mittel, für das Alter und die Zeit der Arbeitsunfähigkeit einen sogenannten Nothpfennig zu ersparen und überdies größtentheils noch seinen Kindern zu ihrer bessern Subsistenz eine Erbschaft zu hinterlassen. Fleiß und Arbeit haben den Segen Gottes im Gefolge und nicht nur, daß hierdurch ein guter Ruf bewahrt wird, hat sich auch Mancher schon dadurch Ehrenämter erworben und diese auf seine Nachkommen übertragen.

Darum gebührt der Arbeit der Preis!

Von dieser Ueberzeugung ausgehend, hat es ein Theil des Arbeiterstandes in Reichenberg unternommen, diesem Stande auch die ihm gebührende Bedeutung zu geben; er hat es verstanden, daß auch der Arbeiterstand ein achtbarer Stand sei, der zu der menschlichen Gesellschaft gehört und zum Ganzen unentbehrlich ist; daß es aber auch zugleich nothwendig sei, daß der Arbeiter bei den Anforderungen, welche die Gegenwart an ihn stellt, nicht auf der bisherigen Stufe stehen bleiben kann, sondern auch bei ihm ein Fortschritt stattfinden muß.

Eine kleine Zahl gewöhnlicher Arbeiter faßte daher im Monate August 1863 den Entschluß, einen Arbeiterbildungsverein in Reichenberg zu gründen, und rasch wurde dieses Vorhaben ausgeführt, rasch ging die Constituirung vor sich, und rasch mehrte sich die Zahl seiner Mitglieder, die gegenwärtig auf ca. 700 angewachsen ist.

Der Verein besitzt eine eigene Bibliothek, einen eigenen Gesangverein, einen Unterstützungs- und Consumverein, und hält allwöchentlich eine gemüthliche Zusammenkunft, in welcher wissenschaftliche und lehrreiche Vorträge von den gebildetsten Männern (Lehrern, Professoren, Künstlern &c.) sowie Vorträge ernsten und scherzhaften Inhaltes gehalten werden, und erhalten die Mitglieder nebstdem an Sonn- und Feiertagen Unterricht im Rechnen, in der deutschen Sprachlehre, der populären Astronomie, im Zeichnen und Modelliren, in der deutschen, englischen und französischen Sprache und nächstens vielleicht auch im Turnen.

Die wöchentlichen Vereinsversammlungen bieten jedem Besucher ein besonderes Interesse und einen wahrhaft vergnügten Abend, weil die Zeit bei herz- und geiststärkenden, das Wissen und die Kunst fördernden, erheiternden und belehrenden Vorträgen schnell verfliegt. Es sitzt hier der Fabrikant und der einfache Handwerker, der Kaufmann wie der Arbeiter, der Beamte wie der Künstler, der Gelehrte wie der schlichte Bürgersmann, der Meister wie der Geselle in harmloser Brüderlichkeit neben einander, keinen Standesunterschied kennend; denn es sind ja alle Arbeiter, weil sich jeder durch Arbeit sein Brod verdienen muß, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß die Arbeit dem Einen mehr einbringt, als dem Andern.

Das ist's ja aber, was den Menschen ziert: „die Arbeit"!

Drum der Arbeit und dem Arbeiterstande ein „Hoch"!

II. Vortrag,

gehalten in der Versammlung des „Industriellen Bildungsvereins in Reichenberg in Böhmen von dem Vicepräses und Maschinenfabrikanten **Ferdinand Gerhard**, über die Frage: „Welchen Nutzen gewährt uns das Handwerkszeug und welchen die Maschine? Wo hört das Handwerkszeug auf und wo fängt die Maschine an?

Wo ist die Grenze zwischen Werkzeug und Maschine?

Ich will Ihnen, meine Herren, diese Grenze angeben; muß jedoch zugleich bemerken, daß die hier gezogene Grenzlinie nicht vollkommen hinreicht, um in jedem Falle das Werkzeug von der Maschine streng zu trennen. Es kommen Fälle vor, wo die Grenzen ineinanderlaufen, wie die Farben des Regenbogens; denken wir z. B. an den Pflug. Ist der Pflug ein Werkzeug, oder ist er eine Maschine? Im Allgemeinen gesprochen, ist jede Maschine ein Werkzeug, denn jede Maschine hat einen Zweck, erstrebt ein Werk und sie ist das Zeug zum Werke. Im Allgemeinen gesprochen, ist aber auch jedes Werkzeug eine Maschine. Wenn die Mechanik den Hebel, die schiefe Ebene, die Rolle, das Rad an der Welle und die Schraube als einfache Maschinen erkennt, weil alle Maschinen nur eine Verbindung dieser genannten einfachen darstellen, so nennen Sie mir, meine Herren, ein Werkzeug, welches nicht ebensfalls aus einfachen Maschinen bestände? Namentlich ist der Hebel und die schiefe Ebene in den Constructionen der Werkzeuge sehr vertreten. Von Seite der Construction also, von Seite der Zusammensetzung oder, wie man sagen könnte, aus inneren Gründen findet sich zwischen Handwerkszeug und Maschine keine Grenzlinie, keine Scheidung. Von dieser Seite betrachtet, ergibt sich, daß jede Maschine ein Werkzeug und jedes Werkzeug eine Maschine sei. Versuchen wir es aber doch, ob wie auf einem andern Wege etwas finden, das eine Grenzlinie abgeben könnte.

Wir dürfen vielleicht nur den Gang, den der Mensch in seiner Entwicklung genommen hat, noch einmal flüchtig durchgehen, und wir gelangen zu dem Begriffe „Werkzeug", zu dem Begriffe „Maschine". Fassen wir den Menschen lediglich nur von Seite seiner körperlichen Erscheinung ins Auge. Der Schöpfer gab ihm Bewegung, sein Körper enthält daher Theile, welche deshalb da sind, um bewegt zu werden, und deshalb bewegt werden, um einen Zweck zu erlangen oder zu verfolgen. Wir begreifen diese Theile des Körpers unter dem Ausdrucke „Gliedmaßen"; die Gliedmaßen bestehen wieder aus Gliedern. In der weiteren Betrachtung, wie diese Gliedmaßen construirt sind, wie sich die Glieder verbinden, auf welche Weise die Ausführung der mannigfaltigsten Bewegungen erreicht wird, drängt sich der Satz auf, daß der menschliche Körper die vollkommenste Maschine sei. Wenn nun der Mensch kein denkender Geist wäre, so lebte er sicher trotz jenes so vollkommenen Körperbaues das Leben der Thiere, d. h. er würde sich so gut, wie diese blos auf den Gebrauch seiner Gliedmaßen beschränken. Allein der Mensch ist ein denkendes Wesen, er verbindet, vergleicht, und darum strebt er immer mehr an zu schaffen und zu wirken. Indem er diesem natürlichen Triebe immer mehr nachging, lernte er gar bald einsehen, daß seine Gliedmaßen, trotz deren wundervollen Bauaet doch nicht zu allem Dem geschickt seien, zu dem es ihn hindrängt.

In die weiche Erde ein Loch zu drücken, um ein Samenkorn zu betten, das vermochte sein Finger; allein bald drängte es ihn, durch Leder, Holz, in Stein und Eisen Löcher zu drücken, das gelang seinem Finger nicht, was that er? Er nahm seine Zuflucht zu Holz, Eisen, Stahl u. s. w. und formte Finger daraus, die seinem Zwecke dienten und diese Finger leisteten in seiner Hand das, was die Natur seinen eigenen versagt hatte. Es entstanden Werkzeuge, wie z. B. die Nadel, die Pfrieme, die Ahle, der Bohrer u. s. w.

Wenn die Finger einen Gegenstand nicht umfassen konnten wegen dessen übermäßigen Größe oder auch übermäßigen Kleinheit, so gab es keinen andern Ausweg, als künstliche, zweckentsprechende Finger zu formen, welche in der Hand des Menschen zu einem dienlichen Werkzeuge wurden; es entstanden die so mannigfaltigen Zangen und Hallewerkzeuge, wie: Schraubstöcke, Hobelbank u. s. w.

Wo der Faustschlag nicht hinreichte, griff der Mensch zu einer hölzernen oder eisernen Faust mit einem starren Arm, und schwang nun in seiner Hand ein Werkzeug, den Hammer.

Um die Erde aufzugraben, zu durchwühlen, fand er seine Nägel zu schwach, er formte sich Nägel von Eisen und Stahl und daraus gingen die verschiedenen Grabwerkzeuge hervor; und was ist die Schaufel anders, als eine geschickt gemachte flache Hand, welche der Mensch der seinigen substituirt? — Ohne die Sache noch weiter zu verfolgen, läßt sich jedoch jetzt schon so viel erkennen: „Der Mensch in seinem Drange zu wirken, war genöthigt, eine Menge von künstlichen Gliedmaßen zu erfinden, welche die Unzulänglichkeit seiner eigenen in den bezweckten Fällen zu ersetzen hatten."

Wer anders, meine Herren, als die menschliche Hand, konnte diese künstlichen Gliedmaßen und Glieder gebrauchen, handhaben?

Mit diesem haben Sie nun den Begriff: „Werkzeug" und auch zugleich den Nutzen des Werkzeuges. Was der Mensch mit seinen Händen wirkt, das ist Handwerk, und alle Hülfsmittel, die er ersonnen hat, um das Werk seiner Hände immer vollkommener und mannigfaltiger zu machen, das sind Werkzeuge. Alle Werkzeuge der Erde haben keinen Zweck, sobald die kunstvolle menschliche Hand hinweggedacht wird; nur müssen wir unter dem Ausdrucke „Hand" die sämmtlichen Gliedmaßen verstehen, weil die Hand als das kunstvollste Glied derselben alle anderen Glieder repräsentirt.

Ist der Mensch bei der Handhabung des Werkzeuges angelangt, so hat er nur noch einen Schritt, um bei der Maschine anzukommen. Das Werkzeug, es sei noch so vollkommen, bedarf der Hand; ließe sich nicht etwas denken, was nicht nur Werkzeug, sondern auch Hand wäre? Da hätten wir ja den Begriff von der Maschine!

Eine Vorrichtung nämlich, welche irgend ein Werkzeug enthält, das nicht durch die menschliche Hand gehandhabt, sondern das durch die Vorrichtung selbst bewegt und geführt wird, ist eine Maschine. Das Werkzeug bedingt die Handhabung durch die kunstvolle menschliche Hand; der reine Begriff „Maschine" enthält aber die Bedingung dieser Handhabung nicht, weil, wie schon erwähnt, in jeder Maschine irgend ein Werkzeug mit der Hand im Verbande gedacht wird. Was ist das aber für eine Hand, diese der menschlichen Hand substituirte? Meine Herren! Es ist eine todte Hand, und sie bedarf einer äußeren bewegenden Kraft, um das zu leisten, was sie soll. — Unter den bewegenden Kräften, welche uns die Natur zum Dienste darbietet, lag dem Menschen keine näher, als seine eigene Kraft; für diese seine eigene bewegende Kraft hat er auch die ersten Maschinen erdacht; und zwar erdachte er jene Mischlinge, welche theilweise auf seine bewegende Kraft, theilweise auf den kunstvollen Bau der Hand und deren Geschicklichkeit berechnet waren; so z. B. der Pflug, der Schleiferkarren, die Drechslerbank u. s. f.

Niemand wird leugnen, daß der Schleiferkarren, die Drechslerbank an sich selbst eine Maschine sei, insofern das Bewegen des Steines und des Drehkörpers der letzte Zweck wäre; vollkommen als Maschine ist jedoch jene Drehbank, welche selbstthätig den Drehstahl führt, obgleich ihre Arbeiten äußerst beschränkt sind im Vergleich zu der Mannigfaltigkeit, welche ein geschickter Drechsler auf der sogenannten Handdrehbank entwickelt.

Also der reine Begriff von Werkzeug ist gegeben, so auch der reine Begriff von Maschine; allein Werkzeug und Maschine läßt sich vereinen, um irgend einen Zweck zu erreichen, und in diesen Fällen ist es immer mißlich, den Apparat entweder zum bloßen Werkzeuge oder zur reinen Maschine machen zu wollen; im Gegentheile soll das vermieden werden, und Alles, was gethan werden kann, ist streng und bewußtvoll zu sondern und zu klassifiziren.

Das, glaube ich, dürfte Ihnen, meine Herren, nach den gegebenen Erläuterungen nicht schwer fallen. —

Was aber ist der Nutzen der Maschine? Derselbe wie der des Werkzeuges! Das Werkzeug vervielfältigte und bereicherte das Wirken der Hand und die Maschine vervielfältigt die Hände und erweitert den Wirkungskreis derselben, weil sie die bewegenden Kräfte der Natur dem Menschen dienlich und nützlich macht, und so wie das Werkzeug der Hand meistentheils etwas möglich macht, was ihr allein nicht möglich war, ebenso erweitert auch die Maschine die Grenzen der menschlichen Thätigkeit. —

Der Mensch kann in seiner Entwicklung fortan in kein neues Feld übergehen; es gab einen Schritt vom Werkzeuge zur Maschine, von der Maschine gibt es keinen Schritt weiter; denn dieser weitere Schritt müßte von der todten Maschine zur lebenden führen, könnte nur von der Maschine, zu deren Bewegung eine äußere bewegende Kraft nothwendig ist, zu jener übergehen, welche die bewegende Kraft in sich selbst trüge; daher lebte. — Der Uebergang zu diesem Schaffen ist dem Menschen versagt; die Maschinen werden also immer von dem Geiste und Leben des Menschen abhängig bleiben; er muß ihnen Herr und Leiter sein, er, der lebende, der geistige, muß der todten Maschine als Leben und Geist entgegentreten, um im Vereine mit ihr das Angestrebte zu erzielen. Als Geist ist er der Herr und Leiter, als Leben ist er der Bediener oder vielmehr der Lebendigmacher der Maschine. — Von der Maschine ab führt weiter kein Schritt in ein neues Reich von Hülfsmitteln; aber wie unabsehbar, wie unendlich ist das Reich der Maschinen und das mag uns trösten im Interesse unserer fernsten Nachkommen.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Berlin. Am 7. Juni hat das Abgeordnetenhaus die Kosten der Reorganisation mit 207 Stimmen gegen 22 abgelehnt.

— Die Berliner Bürgerschaft bereitet eine riesige Zustimmungsadresse an Virchow vor. Der „Rhein. Ztg." wird unterm 8. Juni aus Berlin geschrieben: Der Abg Virchow ist seit heute früh unter polizeiliche Bewachung gestellt, angeblich um ihn an einem Duell zu hindern. Sie können sich das Aufsehen denken, das bald nach 10 Uhr entstand, als im Flur des Abgeordnetenhauses ein Criminalcommissär erschien, sich bei den Thürstehern erkundigte, ob der Abgeordnete Virchow schon im Hause sei und sich dann, nachdem diese Frage verneint war, mit einigen Polizeibeamten in Civilkleidern aufstellte. Um 12½ Uhr kam Virchow. Die Polizei ist aber vor dem Abgeordnetenhause geblieben bis zum Schluß der Sitzung und soll seitdem an Virchow's Wohnung Wache halten. Ob diese Maßregel bei Hrn. v. Bismarck getroffen ist, wissen wir nicht.

— In der Sitzung am 8. Juni weist der Abg. Twesten nach, daß die Befehlshaberstelle in den Marken mit 11,300 Thlr. angesetzt sei. Die Rang- und Quartierliste zeigt recht deutlich das Bestreben, die höheren Offiziere in Rang und Gehalt steigen zu lassen. 1841 habe man 50 Generale gezählt, 1861: 138, 1863: 160 und 1864: 179. So werde man bald die österreichische Armee einholen, die 195 Generale zähle. Dabei sei die Zahl der pensionirten Generale und Stabsoffiziere außerordentlich groß und dieselben bezögen nicht weniger als 2,234,000 Thlr. jährlich.

— Bei Ihrer letzten Durchreise durch Anklam nahmen Se. Majestät Gelegenheit, auf das verblendete Abgeordnetenhaus hinzuweisen, das seine für das Wohl des Landes getroffene Reorganisation nicht bewilligen wolle. Nach so staunenswerthen glorreichen Erfolgen sei das wirklich unbegreiflich, aber freilich werde das nicht anders werden, so lange man solche Leute in die Kammern schicke; da könne die Regierung sich noch sehr abmühen, das helfe aber nichts.

Leipzig, 7. Juni. Die allg. deutsche Lehrerversammlung ist heute Morgen eröffnet worden. Zu Vorsitzenden wurden die Herren Dr. Theod. Hoffmann aus Hamburg, Director Bornemann aus Leipzig und Herr Realschuldirector Kaiser aus Wien gewählt. Unter den Vorträgen war der des Herrn Rektors Fröhlich über die Volksschule der Zukunft besonders interessant; derselbe verbreitete sich hauptsächlich über folgende Punkte: „Die Volksschule der Zukunft erkennt 1) als ihre Hauptaufgabe, die fortschreitende Cultur und Civilisation unter die mittlern und untern Stände zu tragen. 2) Sie soll nicht bloß eine Kinderschule, sondern eine vollständige Volksschule sein. Sie wird dies durch Errichtung der Fortbildungsschule. 3) Sie muß in jedem Lande auf der Basis eines zeitgemäßen Unterrichtsgesetzes ruhen. Dasselbe wird allen bei dem Schulwesen Betheiligten nicht bloß Pflichten auferlegen, sondern auch ihre Rechte geben, d. i. es wird auch eine Schulverfassung in's Leben rufen. 4) Sie muß Staatsschule sein. Der Staat besitzt die Oberleitung der Volksschule unter gesetzlich geordneter Mitwirkung der Kirche und der Gemeinden. 5) Der Staat muß dafür sorgen, daß: a. die Volksschule von einem wissenschaftlich gebildeten Lehrerstande gehoben und gepflegt; b. ausschließlich von pädagogisch gebildeten Fachmännern technisch geleitet und beaufsichtigt werde. 6) Sie muß auch in Betreff ihrer äußern Werkzeuge und Mittel ihrem Ideale möglichst nahe geführt werden. 7) Sie ist in ihrem Innern im Geiste Pestalozzis, also nach den Grundsätzen der neueren Pädagogik, organisirt." — Wohlweislich hat man in den Verhandlungen den Unterschied zwischen konfessionellen und nichtkonfessionellen Unterricht unberührt gelassen, um nicht Zank und Staub in die Versammlung zu werfen. Bedeutsam war auch der Vortrag des Herrn Directors Budich über die Frage: Was hat die deutsche Erziehungs- und Unterrichtsweise von der anderer gebildeter Nationen noch zu lernen? Antwort: Der Deutsche kann von andern gebildeten Nationen lernen: 1) das Princip der Erhebung zur Selbstständigkeit; 2) die praktische Richtung; 3) den raschern Gang des Elementarunterrichts; 4) die kräftigere Ausbildung des persönlichen Selbstgefühls und des Nationalgefühls.

Eisenach bot in den letzten Pfingsttagen das Bild eines vielbewegten Lebens. Ungewöhnlich starker Zufluß von Fremden, welche gekommen waren, um an den herrlichen Umgebungen der Stadt sich zu erfreuen. Außerdem war eine namhafte Anzahl Studirender von beinahe allen deutschen Hochschulen, Mitglieder der verschiedenen Burschenschaften, erschienen, um am 6. Juni einen Burschentag zu halten. Desgleichen hielt am 7. Juni der Protestantenverein seine erste Versammlung. Von besonderem Interesse war Rothe's Vortrag „über die Mittel, durch welche die der Kirche entfremdeten Glieder für dieselbe wieder gewonnen werden sollen." Der Redner behandelte seine Frage in folgenden 5 Sätzen: 1) Die weitverbreitete Unkirchlichkeit begründet keineswegs den Schluß, daß die Christlichkeit unserer Zeitgenossen eine geringere sei als die Christenheit der früheren Jahrhunderte. Nichtsdestoweniger liegt in ihr eine große Gefahr, sowohl für die Unkirchlichen selbst als auch für die Kirche. Für die letztere um so mehr, da die Unkirchlichkeit vorzugsweise gerade in den geistig edelsten und zugleich einflußreichsten Klassen, unter den Gebildeten, herrscht. Es ist daher die unabweisliche Pflicht der Kirche, sich nach einer Abhülfe dieses Nothstandes umzusehen, die ja auch jedem rechtschaffenen Christenherzen ein dringendes Anliegen ist. 2) Des Uebels Ursache liegt nicht sowohl in einer ausnahmsweise tiefen moralischen Verderbniß der Zeitgenossen, als vielmehr in der Kirche selbst, die nicht die moralische Macht besitzt, die Herzen ihrer Angehörigen sich zu gewinnen und festzuhalten. 3) Diese Unkirchlichkeit beginnt schon im vorigen Jahrhundert mit dem großen Umschwunge unserer Cultur. Die Kirche verstand es nicht, sich zu dem neuen Culturleben die richtige Stellung zu geben, und zuletzt machte die in ihr vorherrschende Strömung ihm eine grundsätzliche Opposition. Die unausbleibliche Folge davon war eine tiefe Entfremdung aller derjenigen von ihr, die von dem Geiste der modernen Cultur ergriffen waren. Deshalb kann aber diese ihre Entfremdung auch nur dadurch überwunden werden, daß die Kirche aus ihrer jetzigen falschen Stellung zur modernen Culturentwickelung heraus- und in die richtige hineingerückt wird. 4) Im gegenwärtigen Moment sind die Bedingungen dazu ausreichend vorhanden, um mit Aussicht auf Erfolg einen Versuch hierzu zu machen. Gelingen kann derselbe jedoch nur dann, wenn beide Theile Hand an das Werk legen, die Kirche und die ihr Entfremdeten. Die Kirche muß ehrlich und mit klarem Bewußtsein mit dem modernen Culturleben Friede und Freundschaft schließen. Dies jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß das moderne Culturleben sich der erziehenden Einwirkung des Geistes Christi unterwerfe. Die Kirche muß selbst redlich mitbauen helfen an diesem Culturleben, zwar so, daß sie dabei durchgängig auf seine Reinigung und Heiligung bedacht ist. Sie muß ihre eigenen innern Verhältnisse in einer Weise ordnen, die den thatsächlichen Bedürfnissen der heutigen, d. i. der modernen Christen wirklich entspricht, namentlich in Lehre und Verfassung. Die der Kirche Entfremdeten müssen aus ihrer Theilnahmlosigkeit für die Kirche heraustreten. Sie müssen begreifen, daß das sittliche Gemeinwesen überhaupt ohne die Religion kein Fundament und keine Seele hat, das unserige aber insbesondere auf dem Christenthum als seiner Grundlage, ja vielmehr seiner Wurzel ruht. 5) Der Protestantenverein möge das Seine thun, damit diese dringliche Aufgabe der Zeit gelöst werde.

Gleichzeitig mit dem Protestantentage in Eisenach ward in **Gotha** die Bundesversammlung der freien religiösen Gemeinden gehalten. Es gehören zur Zeit 117 Gemeinden zum Bunde. Bemerkenswerth ist folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde: „Nur diejenigen Beschlüsse der Bundesversammlung haben bindende Kraft, welche die äußeren Angelegenheiten und Formen des Bundes betreffen, daß dagegen alle diejenigen Auslassungen der Bundesversammlung, welche sich auf innere, d. i. religiöse Angelegenheiten beziehen, nur die Geltung von Rathschlägen für die Bundesgemeinden haben." Eine weitere, tief ins Leben eingreifende Frage, welche zur Verhandlung kam, war folgende: Was können freie Gemeinden neben ihren allgemeinen Versammlungen und Veranstaltungen insbesondere zur Bildung des weiblichen Geschlechts thun, welches bei dem heutigen Bildungs- und Genossenschaftswesen der Männer unberücksichtigt zu bleiben pflegt?

Hamburg. In der Sitzung vom 7. Juni wurde der Bürgerschaft folgender Antrag übergeben: „Die Bürgerschaft wolle beschließen und den Senat ersuchen, es mitzugenehmigen, daß eine gemischte Commission niedergesetzt werde zur Erörterung der Ursachen des Mangels an Arbeiterwohnungen und Vorlage von Vorschlägen zur Abhülfe desselben." Fast täglich, bald am frühen Morgen, bald am späten Abend, finden noch Versammlungen oder „Spaziertouren" von Arbeitern in der Regel auf das Altonaer und auf noch darüber hinausliegendes holsteinisches Gebiet statt. Die Zahl der Theilnehmer beläuft sich auf mindestens mehrere hundert, zuweilen aber auch auf einige tausend Personen. In dieser Woche waren es besonders die Schneider-, außerdem aber auch die Tischler-, die Stuhlmacher- und die Instrumentenmachergesellen, die sich dabei betheiligten. Das gemeinsame Losungswort lautet: Erhöhung des Arbeitslohnes um 25 Procent. Wenn diese nicht von allen Meistern bewilligt werden sollte, so will man sich zur Niederlegung der Arbeit entschließen und zunächst die feiernden Arbeiter unterstützen; so weit und so lange als möglich wolle man sich nur gesetzlicher Mittel bedienen. Sehr unangenehm hat

es unter den Arbeitern gewirkt, daß die Hamburger Polizei drei dem Vorstande der Arbeiter-Unterstützungskasse angehörige Nichthamburger aus Hamburg gewiesen hat. (Nat.-Ztg.)

Schleswig-Holstein. Die oldenburgischen Erbansprüche wurden neuerdings wieder in Berlin mit auffallender Zärtlichkeit behandelt. Der ganze Schwindel hat offenbar nur den Zweck, einen Druck auf den Herzog von Augustenburg auszuüben und ihn zur Annahme der preußischen Forderungen zu bringen. Vorläufig legt man es darauf an, den Herzog aus Schleswig-Holstein hinauszukomplimentiren. Wegen der bevorstehenden Verhandlungen der Stände sei die Anwesenheit des Herzogs nicht statthaft. Bismarck'sche Lohnblätter stimmten auf Bestellung lange Klagelieder an über die entsetzlichen Umtriebe der augustenburgischen Partei. Die Kronjuristen haben plötzlich entdeckt, daß den augustenburgischen Ansprüchen jeglicher Boden fehlt. Die „Neue Freie Presse" sagt: „Aus Kiel wird uns berichtet, daß ein sehnlicher Wunsch des Berliner Kabinets in Erfüllung gehen soll. Von Wien aus wäre nämlich dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg der „freundschaftliche Rath" ertheilt worden, durch einen „freiwilligen Wechsel seines Aufenthalts die mancherlei Verlegenheiten seiner gegenwärtigen Stellung zu beseitigen."

Frankreich ist unterdeß auch nicht müßig. Die belgischen Blätter, welche ungern gesehene Nachrichten über Mexico bringen, werden an der Grenze in Verwahrsam gebracht. Nur allein am 1. Juni sind in Paris dreizehn englische Blätter von der Polizei in Beschlag genommen worden, „weil sie Dinge bringen, die französische Journale nicht bringen dürfen." Die deutschen und schweizerischen Zeitungen haben sehr oft das gleiche Schicksal.

Der Handels-Correr sagt beziehentlich der Anerkennung des Königreichs **Italien** durch die deutschen Bundesstaaten: Baden war bekanntlich verständig genug, Victor Emanuel als König von Italien anzuerkennen, während Würtemberg und Bayern sich einbilden, die Weltgeschichte halte vor den Stufen ihrer Thronsessel stille. Während sie aber dem Schicksale grollen, das ihre italienischen Vettern so ohne Umstände auf die Straße gesetzt hat, sehen sie nicht, daß ihnen dieselbe Gefahr droht, wenn sie in ihrem particularistischen Trotze und aufgeblasenen Machtgefühle verharren. Es geht lange, bis so ein kleinstaatliches Ministerium die Dinge richtig ansehen lernt. Haben sie doch noch vor Kurzem in Bayern den Studenten und Handwerksburschen den Besuch der Schweiz verboten, und wenig hätte gefehlt, so hätte die Polizei Quarantäneanstalten errichtet zur Ausräucherung der republikanischen Luft, welche aus der Schweiz kommende Reisende in das monarchische Deutschland hätten einschleppen können.

— Es geht nirgends wunderlicher her als in der Welt. Victor Emanuel bewirbt sich um eine persönliche Zusammenkunft mit dem Papste. Daß es so kommen müsse, hätte selbst Neumann nicht gedacht.

Ein Gnadenakt in **Spanien** macht viel Aufsehen. Derselbe trifft einen Verbrecher, der im ganzen zu 159 Jahren Galeerenarbeit verurtheilt war, einen gewissen Mil-Reales. Man erzählt von ihm Folgendes: „Er brandschatzte die Provinz Toledo in unerhörter Weise und ließ sich dabei die schändlichsten Grausamkeiten zu Schulden kommen. Jedermann wußte damals um sein verruchtes Treiben, allein er war so gefürchtet, daß Niemand gegen ihn einzuschreiten wagte, obgleich er alle Zeit, die ihm seine Raubzüge freiließen, ungestört bei seiner Familie verbrachte. Eines Tages ließ er 20 Männer, die eine Jagdpartie veranstaltet hatten, von seinen Leuten aufgreifen, nach einem entlegenen Hause bringen, und dann einen nach dem andern todtschießen bis auf 6, die sich um ein hohes Lösegeld freikaufen mußten. Ein anderes Mal nahm er einen jungen Lehrer gefangen und forderte von dessen greisem Vater ein verhältnißmäßig ungeheures Lösegeld. Der arme Mann brachte endlich mit den schwersten Opfern die verlangte Summe zusammen und eilte damit zu Mil-Reales. Dieser strich das Geld ein und drückte dann unter dem höhnenden Gewieher seiner Spießgesellen dem Unglücklichen sein Bedauern darüber aus, ihm seinen Sohn nicht zurückgeben zu können. Er sei am Tage vorher aus Versehen erschossen worden. Dies ist der Mann, der jetzt begnadigt worden und nun unbehelligt wieder nach seinem Dorfe zurückkehrt."

Bern. (Antwort der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten in der Schweiz auf die Adresse der polnischen Emigration.) Herr Fogg, Ministerresident der Vereinigten Staaten von Amerika, hat so eben an den Grafen Plater in Zürich folgende Antwort auf die Adresse der polnischen Emigration an Herrn Johnson, Präsidenten der Vereinigten Staaten, gerichtet:

Bern, 7. Juni 1865.

Herr Graf!

Mit wahrem Vergnügen melde ich Ihnen den Empfang der Adresse der polnischen Emigration an Se. Excellenz Herrn Johnson, Präsidenten der Vereinigten Staaten, durch Ihre Vermittelung, um ihm ihre Sympathie und ihren Glückwunsch bei den wichtigen Ereignissen, deren Schauplatz unsere große Republik eben gewesen ist, auszudrücken. Der Tod des Präsidenten Lincoln hat mit Bedauern und Trauer die Herzen aller Freunde der Freiheit in der ganzen Welt erfüllt. Daß ein solches Ereigniß von einem edlen, hochherzigen Volk, wie Ihre Landsleute, bedauert wird, versteht sich von selbst. Sein Tod war ein Verlust für sein Vaterland und für die Unterdrückten aller Länder.

Aber, obgleich der berühmte Chef und Liebling meines Vaterlandes todt ist, das Werk, dessen Held und Opfer er gewesen, ist nicht todt.

Es war Lincoln vergönnt, die ruhmvolle Mission zu erfüllen, eine ganze Race vom Joch der Sclaverei zu befreien, und die Freiheiten einer andern Race auf unzerstörbaren Grundlagen wiederherzustellen.

Ich bitte Sie, mein Herr, meinen aufrichtigen Dank für dieses Zeugniß von Sympathie für mein Vaterland in diesem Moment seiner großen Betrübniß und seines größten Triumphes selbst zu empfangen und Ihren Landsleuten auszudrücken.

Mit dem Versprechen, Ihre Adresse dem Präsidenten Johnson zu übersenden, bin ich, mein Herr, Ihr und Ihrer Landleute Freund und Diener

Georg G. Fogg.

Socialer Theil.

Aus Moritz Müller, die deutschen Frauenvereine und das Junkerthum.

Flugschrift Nr. 349.

Jenes Junkergeschwätz, das man so oft gegen unser Vorhaben (dem Weibe eine selbstständige Stellung in der Gesellschaft anzubahnen) hört und das Shakspeare einem Schuft in den Mund legt: „Schwachheit dein Name ist Weib!" hat auch seine Wahrheit. Allein nicht mehr als jenes Wort jenes sonst tüchtigen Naturforschers, der aber in der Beziehung zu oberflächlich forschte und der sagte: „Es lohnt sich nicht der Mühe, einen Blick in die Seele eines Negers zu werfen." Die Wissenschaft urtheilt jetzt doch anders. Es lohnte sich bis jetzt freilich nicht, Blicke in die Seelen des Negerstammes zu werfen, für den, welcher Großes darin suchte, wie es ja auch oft nicht der Mühe werth ist, solche Blicke in die Seelen mancher Europäer, namentlich der Junker, zu werfen, sogar nicht in die Seelen mancher Frauen — allein, die Wissenschaft wird immer mehr die Wahrheit verallgemeinern, daß von allen gemeinen Ausflüchten, womit man sich der Betrachtung entzieht, welche Wirkungen sociale und sittliche Einflüsse auf den Geist der Menschen haben, die gemeinste die ist, daß man die Verschiedenheit im Betragen und im Charakter inwohnenden natürlichen Unterschieden zuschreibt.

Das begreifen freilich die Junker nicht, bis die Wucht der allgemeinen Verhältnisse auch sie mit fortzieht, aber die Besseren sollten bedenken, daß man sich nicht zu lange bedenken sollte, und daß es mehr Ehre gewährt, **rechtzeitig** einer Idee gehuldigt zu haben, die nun einmal gut ist.

Daß aus dem Gebrauch der Freiheit auch gewisse Mißbräuche entstehen, wollen wir auch noch berühren. Aber so geschieht's ja in allen Dingen. So schrien seiner Zeit die Junker bei den Bestrebungen des Bürgerstandes und nicht ohne Grund. Alle Einwendungen, daß die Frauen nicht für das Leben gebildet werden sollten, sind nicht stichhaltig. Und in Bezug der Arbeit sollte es für die Frauen keine andere Schranke geben, als die Befähigung selbst. Alles was dagegen gesagt wird, schmeckt nach Junkerthum, nach Egoismus und Gewalt. Man behauptet, das öffentliche Leben sei zu rauh für das zarte Weib. Es wird aufhören an diesem Gebrechen zu leiden, wenn dem Weibe der ihm gebührende Einfluß darauf gestattet ist. Nur die Gewalt stellt die Frau auf die gleiche Linie mit den Unmündigen. Die Frauen haben nicht die volle Freiheit zu zeigen, was sie vermöchten, man muß sie zur wahren Freiheit erziehen. Das heißt nicht, es ihnen leichter machen, nein, das heißt ihnen mehr Arbeit zumuthen!! Nicht ihnen allein kommt dies zu gut, wie auch dies bei den Arbeitern und ihrem Streben gesagt wurde, sondern der ganzen Gesellschaft auch mit.

Sichtbare Erfolge wird man freilich lange nicht sehen. Sieht man denn diese sogleich bei anderem geistigem Wirken?

Wir machen uns keine Illusionen. Der ruhige Humboldt sprach das Wort aus, daß selbst die Deutschen ein Jahrhundert brauchten, um eine Idee in's Leben einzuführen, — wie sollten wir es da hoffen, wo die Vorurtheile so sehr tief wurzeln, in der Frauenfrage?! —

Briefkasten.

Einen ausführlichen Bericht aus **München** können wir leider erst in nächster Nummer bringen, da uns derselbe heute erst zuging, als die Nummer schon geschlossen war. Coburg, 13. Juni. D. Red.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 130. Dritter Jahrgang. Sonntag, 25. Juni 1865.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag. Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr., sowohl im Buchhandel als bei directem Bezug durch die Expedition hier; in letzterem Falle, bei Bestellungen unter 25 Exemplaren, unter Zuschlag des betreffenden Portos.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare. Es ist dies eine Vergütung, welche dem Sammler schon bei 100 Exemplaren jährlich 64 fl. 48 kr. einbringt.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen.

Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung.

Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens.

Die Redaction.

Abonnements-Einladung.

☞ Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal der **Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung**. Wir werden das Blatt **nicht** eingehen lassen, wenn die Arbeiter demselben ihre bisher, trotz der versuchten Anfeindungen, bewahrten Sympathien auch ferner bewahren. Der **Postdebit** ist vom neuen Quartal ab erlangt. Das Blatt kann nunmehr aller Orten durch die **Post** bezogen werden und bitten wir um zahlreiche, rechtzeitige Bestellung bei den betreffenden Postanstalten.

Für die Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses des Vereinstags und für die zu dem letzteren vorbereiteten Referate sind nach wie vor die Spalten des Blattes geöffnet. Unsere bewährten Mitarbeiter bleiben dieselben, eine übel angebrachte Ersparniß in diesem Punkte haben unsere Leser nicht zu befürchten. Format und Erscheinungsweise wie bisher. Das Blatt wird jetzt Freitags in die Presse gehen und Sonnabends mit den Frühzügen für die Postabonnenten versendet werden, denen es so am Sonntag, als Tag der Ausgabe, zu Händen kommt. Manuscripte für die nächste Sonntags-Nummer müssen vom 1. Juli ab bis längstens Donnerstag Mittag hier sein.

Der Abonnementspreis bleibt der bisherige, hier am Ort 42 kr., wozu nur der Postaufschlag hinzutritt, der übrigens in den verschiedenen Postgebieten verschieden und uns selbst noch nicht genau bekannt ist. Im ganzen Thurn- und Taxis'schen Postgebiet beträgt der Abonnementspreis bei den betreffenden Postanstalten 53 kr. Diejenigen, denen der Postbezug zu hoch kommt, und welche auf die frühzeitigere Lieferung durch die Post kein Gewicht legen, können das Blatt nach wie vor durch den Buchhandel beziehen. Ebenso werden wir allen denen, welche in Packeten von mindestens 25 Exemplaren das Blatt direct von uns beziehen, dieses auch ferner unter den bisherigen Bedingungen liefern, sofern sie die Bestellung durch die Post nicht vorziehen.

Die Inseratbedingungen (1 Sgr. für die dreispaltige Petitzeile) bleiben dieselben wie bisher.

Directe Bestellungen bei uns bitten wir zeitig zu erneuern.

Coburg, Ende Juni 1865. **Die Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.**

Den Arbeitern!

Das ist der erste Adelsbrief,
Um den die ersten grünen Halme,
Gefördert aus der Erde tief,
Verschlingen sich zur Siegespalme,
Er borgt den Glanz von keiner Krone,
Nicht Menschengunst hat ihn verlieh'n,
Die Arbeit scheint dem treuen Sohne
Auf die gebräunte Stirne ihn.

Das ist die erste Ritterschaar,
Die stolzen Muthes ohne Klage
Auf sich genommen immerdar
Der ganzen Menschheit Müh' und Plage,
Sie brach die Bahn uns unverdrossen,
Auf ihren Schultern kämpfen wir,
Was wir errungen und genossen,
Wir danken jede Habe ihr.

Und dieser Adel liegt im Staub,
In Ketten schmachten seine Ritter,
Der Willkür willenloser Raub,
Engt sie der Knechtschaft Kerkergitter,
Seit Arbeit an ihr Werk gegangen,
Hat sie der mächt'gen Feinde viel,
Die feige vor der Arbeit bangen:
Die Freiheit ist der Arbeit Ziel!

Und die so Großes schon vollbracht,
Soll, fremdem Drucke preisgegeben,
Aus Noth und Schande, Bann und Acht
Durch eig'ne Kraft nicht sich erheben?!
Noch rüttelt sie mit Zorngeberde
Umsonst am Joch der Sclaverei,
Auf denn, daß frei die Arbeit werde,
Arbeiter, macht Euch selber frei!

Der Kampf begann, mit Herz und Mund
Sollt Ihr der Allgemeinheit schwören,
Nicht laßt zu trügerischem Bund
Von falschen Mächten Euch bethören,
Sucht nicht in eigensücht'ger Regung
Abseits vom Ganzen Eure Bahn,
Dem breiten Strome der Bewegung
Vertraut auch Eures Glückes Kahn!

Dort, wo der Freiheit Banner fliegt,
Nehmt ein der Vorhut Ehrenplätze,
Ein einig Volk hat stets gesiegt
Im Kampf um seine höchsten Schätze,
Wie Freundesgruß hört Ihr erschallen
Der tapfern Streiter Feldgeschrei,
Erst wenn die Freiheit ward uns Allen,
Seid Ihr auch und die Arbeit frei!

Albert Traeger.

Vereinsangelegenheiten.

Die Sitzung des ständigen Ausschusses vom 10. Juni d. J.

Das neueste Flugblatt (3.) des ständigen Ausschusses bringt darüber sowie ferner die folgenden Mittheilungen.

„Ueber die am 10. Juni zu Magdeburg stattgefundene Sitzung des ständigen Ausschusses geben wir nach den Protokollen folgenden kurzen Bericht. Anwesend waren die Ausschußmitglieder Bebel, Hirsch, König, Lange, Martens, Sonnemann, Staudinger, Stultmann, Weithmann.

Entschuldigt waren Lachmann, Reinhard, Bandow. Ersterer konnte in Folge geschäftlicher Rücksichten sich nicht vom Hause entfernen; die beiden letzteren waren durch Unwohlsein verhindert.

Nach Erledigung der vom Vorsitzenden und von anderen Mitgliedern zu machenden geschäftlichen Mittheilungen wurde die Zeit und Tagesordnung für den dritten Vereinstag festgesetzt. Als Ort desselben war schon in der Sitzung vom 19. März Stuttgart bestimmt worden, und es konnte die erfreuliche Mittheilung gemacht werden, daß der in jeder Beziehung rührige Stuttgarter Verein bereits ein Localcomité gebildet und sonstige wichtige Vorbereitungen schon getroffen hat. Bei der Festsetzung der Versammlungstage mußte zunächst auf die vielseitig lautgewordenen Wünsche Rücksicht genommen werden, daß der Vereinstag nicht wieder so spät wie voriges Jahr abgehalten werden möchte. Anderseits waren auch die verschiedenen anderen im Herbste stattfindenden theilweise von unseren Mitgliedern besuchten Versammlungen, wie der Genossenschaftstag, der volkswirthschaftliche Congreß rc., endlich auch die speciell würtembergischen Verhältnisse zu berücksichtigen. Man einigte sich schließlich, den Vereinstag entweder am 26. und 27. August oder am 3. und 4. September abzuhalten und gab es dem Vorort des würtembergischen Gauverbandes anheim, die Wahl zwischen beiden Terminen zu treffen. Sowie dessen Entscheidung gefällt ist, werden wir Mittheilung davon machen.

Die Tagesordnung wurde nach einer drei bis vier Stunden dauernden sehr eingehenden Verhandlung festgesetzt, wie sie an einer anderen Stelle mitgetheilt ist. Nur sehr ungern hat sich der Ausschuß entschließen müssen, einige anfänglich für die Verhandlung bestimmten Gegenstände vorerst von derselben abzusetzen. Das Programm bleibt immerhin für die nur zwei Tage währende Versammlung eher zu reichhaltig als zu mager. Der Vereinstag wird nöthigenfalls wie dies bisher geschehen ist, die Verhandlungen nach seinem Ermessen abkürzen.

Um für die Folge nicht regelmäßig eine allzusehr überladene Tagesordnung anhäufen zu lassen, hat sich der Ausschuß dahin geeinigt, daß die schon discutirten Fragen, welchen der Vereinstag fortwährend seine Beachtung schenken muß, nur dann wieder zur mündlichen Verhandlung gestellt werden, wenn besonders wichtige neue Anträge zu stellen sind. Andernfalls sollen über solche Gegenstände nur gedruckte Berichte der Referenten erscheinen, so daß die Vereine fortwährend über die Entwicklung der betreffenden Gegenstände im Laufenden erhalten bleiben. So stehen schon in diesem Jahre die Consumvereine (Berichterstatter Stuttmann), Lehrplan und Lehrmittel (Berichterstatter Hirsch), Regelung des Arbeitsmarktes (Berichterstatter Franz Wirth), Lohnstatistik (Berichterstatter Lachmann) nicht auf der Tagesordnung. Dagegen werden gedruckte Berichte über diese Punkte von Seiten der Berichterstatter vor dem Vereinstage veröffentlicht werden.

Bezüglich der festgesetzten Tagesordnung selbst ist aus den Verhandlungen des Ausschusses noch folgendes zu ergänzen:

I. Anträge des ständigen Ausschusses auf Aenderung der Satzungen. Von verschiedenen Seiten sind dahin bezügliche Anträge eingegangen und auch von Ausschußmitgliedern sind solche gestellt worden. Besonders dringend wird eine andere Art der Beitragsentrichtung zu den Kosten der Centralisation verlangt. Statt des bisherigen von den großen wie von den kleinen Vereinen gleichmäßig erhobenen Jahresbeitrags von 2 Thlrn. wurde eine gerechtere Besteurung nach Verhältniß der Mitgliederzahl gefordert. Weitere Anträge betrafen das Verhältniß der Gauverbände zum ständigen Ausschuß. Die Antragsteller beabsichtigen den Gauverbänden eine geregelte Stellung als Mittelglieder zwischen den Vereinen und dem ständigen Ausschusse anzuweisen. Der Ausschuß hat im Allgemeinen einstimmig das Bedürfniß einer Aenderung der Satzungen anerkannt, ohne sich jedoch im Einzelnen allen geäußerten Wünschen anzuschließen. Es wurde der engere Ausschuß (König, Lachmann, Sonnemann, Stuttmann) beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten und denselben zur Meinungsäußerung an die übrigen Ausschußmitglieder zu versenden. So wie der Entwurf vom Ausschusse festgestellt ist, soll er veröffentlicht werden.

II. Coalitionsfrage und Verkürzung der Arbeitszeit. Berichterstatter über diese beiden im Zusammenhang stehenden Fragen ist Rudolf Hirzel aus Nürnberg. Der Jahresbericht des ständigen Ausschusses wird außerdem eine vom Vorsitzenden bearbeitete Zusammenstellung der in den verschiedenen deutschen Staaten noch bestehenden Coalitionsgesetze enthalten.

III. Genossenschaftswesen. Die Berichterstattung über Altersversorgungskassen verbleibt dem Vorsitzenden. Berichterstatter über die Baugenossenschaften ist Herr Dr. Lange. Derselbe legte dem Ausschusse eine von ihm veranstaltete Uebertragung der englischen Schrift „Jedermann Hauseigenthümer" vor, an welche sich der Bericht anreihen wird. Die Angelegenheit der Produktivgenossenschaften soll nach Ansicht des Ausschusses diesmal sehr eingehend erörtert werden. Zur Berichterstattung ist Herr Dr. Pfeiffer aus Stuttgart aufgefordert worden. Ueber die Speisegenossenschaften wird Bebel referiren. Von Staudinger aus Nürnberg ist ein ihm vom Ausschuß übertragenes Referat über eine Association der Sparvereine eingegangen, welche bezweckt, daß Mitglieder irgend eines Sparvereins ihr Guthaben auch bei allen anderen Vereinen ganz oder theilweise erheben können. Der Antragsteller beabsichtigt damit eine zeitgemäße und auf dem Prinzip der Selbsthülfe begründete Einrichtung an die Stelle der vom vorigen Vereinstage verworfenen Wanderunterstützungskassen treten zu lassen. Wir werden den Bericht in einem der nächsten Flugblätter veröffentlichen.

IV. Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist auf den Wunsch vieler Ausschußmitglieder zur Tagesordnung gestellt worden. Berichterstatter sind Dr. Hirsch und Hochberger (Eßlingen).

V. Abschaffung der Wanderbücher. Schon auf dem ersten Vereinstage sind die Ausnahmegesetze, durch welche der Arbeiterstand noch allen möglichen polizeilichen Plackereien unterworfen ist, von mehreren Seiten scharf verurtheilt worden. Diesmal ist ein sich auf diese Fragen beziehender Antrag vom Berlier Arbeiterverein eingegangen und es hat der Ausschuß die Herren Bandow und Weithmann mit der Berichterstattung beauftragt.

VI. Die Frauenarbeit. Berichterstatter sind Hr. Moritz Müller in Pforzheim und Hr. Dr. Fiebig in Leipzig. Der Bericht des erstgenannten Referenten ist bereits in dem heutigen Flugblatt enthalten.

VII. Anträge des ständigen Ausschusses in Betreff eines Vereinsorganes. Die Angelegenheit der Arbeiterzeitung und die von der Redaktion mit dem Ausschusse insbesondere mit einzelnen seiner Mitglieder geführte Polemik waren, wir nicht anders zu erwarten war, Gegenstand mehrstündiger Erörterung. Ein Antrag Weithmanns, nach welchem die ganze Angelegenheit bis zum nächsten Vereinstage beruhen, während inzwischen die frühere Verbindung zwischen dem Ausschuß der Arbeiterzeitung weiter bestehen sollte, wurde mit 8 Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt; dagegen der Antrag von Dr. Hirsch, dem nächsten Vereinstage die Gründung eines eigenen Vereinsorganes zu empfehlen, ebenfalls mit 8 gegen eine Stimme angenommen (vgl. Nr. 129 unseres Blattes. D. Red.)

Bis zum Vereinstage sollen die Berichte, Besprechungen und Mittheilungen in wöchentlich erscheinenden Flugblättern in den Vereinen verbreitet werden. Ueber die Motive, welche den Beschlüssen und Anträgen des Ausschusses in dieser Angelegenheit zu Grunde liegen, wurde die Veröffentlichung einer ausführlichen Erklärung beschlossen, welche demnächst erscheinen soll.

Dr. Hirsch berichtet ausführlich über die Erfolge der für die Burger Arbeiter veranstalteten Sammlungen. Deren Ergebniß war bis zum 10. Juni auf 379 Thlr. 3 Sgr. (663 fl. 25 kr.) angewachsen. Davon sind bereits 146 Thlr. 4 Sgr. nach Burg verabfolgt. Der Rest soll zunächst dazu dienen, die Strafen zu decken, zu deren Bezahlung die fremden Arbeiter verurtheilt worden sind. Wir theilen hier ein Schreiben mit, welches die Burger Arbeiter an den ständigen Ausschuß gerichtet haben."

Das Flugblatt enthält weiter die folgenden Mittheilungen:

„**An den ständigen Ausschuß der deutschen Arbeitervereine.**

Burg, 28. Mai. Um im Auftrage unserer hiesigen Mitarbeiter eine heilige, uns obliegende Pflicht gegen Euch, Ihr Verehrten, zu erfüllen, übersenden wir diese Zeilen. Nehmt unseren inniggefühltesten, heißesten Dank für die uns durch Hrn. Dr. Max Hirsch am 18 April d. J. zugegangene reichliche Unterstützung von 100 fl.,*) denn dieselbe hat uns in den Stand gesetzt, manches bange Vaterherz, das dem Verzagen nahe war, mit neuem Muth und neuer Hoffnung zu erfüllen und zu beweisen, daß ganz Deutschlands Arbeiter lieber hungern und darben, als sich zum Sklaven oder Leibeigenen, oder zur todten Maschine des Fabrikherrn oder Arbeitgebers herabwürdigen lassen. Wir hätten schon früher für die Liebesgaben, die uns so reichlich flossen, den herzlichsten Dank abgestattet, jedoch wollten wir erst sehen, daß Alles so ziemlich zu arbeiten angefangen habe, und dies ist bereits geschehen. Am dritten Osterfeiertage sind wir mit Vertheilen der uns zugegangenen Liebesgaben vorgegangen, und zwar in der Weise, daß

96 Familienväter von 1—3 Kinder pro Mann 10 Sgr.,
94 „ „ 2—4 „ „ „ 15 „
16 „ „ 4—7 „ „ „ 20 „
2 „ „ — „ „ „ 5 „

erhielten. Und auch mit später eingegangenen Unterstützungen ist auf diese Weise verfahren. Wie schon oben angegeben, sind Alle bis auf einige Wenige wieder in Arbeit, jedoch die Plackereien und Scheerereien der hiesigen Polizei und Gerichtsbehörden haben erst nach Beginn der Arbeit ihren rechten Anfang genommen, und täglich stehen Termine an, bald bei den Arbeitern dieser, bald bei denen jener Fabrik. Zu den stattfindenden Untersuchungen ist sogar ein fremder, hier unbekannter Richter bei dem hiesigen Kreisgericht stationirt, und nach Allem zu urtheilen ist es darauf abgesehen, die Mitglieder des Vorstandes der Tuchmacher-Krankenkasse, sowie die Mitglieder der in Berlin bei dem Minister des Innern gewesenen Deputation auf die Anklagebank zu bringen. Wir sehen dieser Zeit getrosten und freudigen Muthes entgegen, da wir uns nicht der geringsten Ungesetzlichkeit schuldig gemacht haben. Wir werden den Ausgang des Prozesses seiner Zeit veröffentlichen und schließen noch einmal herzlich dankend für die uns zu Theil gewordene kameradschaftliche Liebe. Mit brüderlichem Gruß und Handschlag." (Folgen die Unterschriften.)

*) Diese Gabe und die der Redaction der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung im Betrag von 80 fl. rhn. (s. Nr. 120, 121 unseres Blattes) gehören mit zu den ersten Gaben, welche den feiernden Arbeitern in **Burg** zugekommen sind.

Dritter Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Stuttgart.

Vorläufige Tagesordnung.

I. Antrag des ständigen Ausschusses auf Aenderung der Satzunges des Vereinstags.
II. Coalitionsfrage und Verkürzung der Arbeitszeit.
III. Genossenschaftswesen.
1) Altersversorgungskassen.
2) Baugenossenschaften.
3) Produktivgenossenschaften.
4) Speisegenossenschaften.
5) Association der Sparvereine.
IV. Das allgemeine und direkte Wahlrecht.
V. Abschaffung der Wanderbücher.
VI. Die Frauenarbeit.
VII. Anträge des ständigen Ausschusses in Betreff eines Vereinsorgans.

Stuttgart, 15. Juni. Der Vorort des würtembergischen Gauverbandes bestimmt den

3. und 4. September

zum Vereinstagstermin."

Magdeburg, 11. Juni. Veranlaßt durch die Anwesenheit des ständigen Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein gestern Abend eine außerordentliche Versammlung. Bei ihrem Erscheinen im dichtgefüllten, großen und geschmückten Vereinslokal wurden die Ehrengäste durch Erheben von den Sitzen begrüßt. Herr Sonnemann wies hin auf die Bedeutung, welche Magdeburg und Umgegend im Verlauf der jüngsten Arbeiterbewegung gewonnen hätten und zeichnete dann in kurzen Umrissen den verschiedenen Entwicklungsgang, den die englischen, französischen und deutschen Vereine gemacht haben. Als höchstes Ziel auf diesem Felde bezeichnete Redner die Produktivgenossenschaft. Herr Mühlenhaupt, Altgesell der Tuchmacher zu Burg, gab eine thatsächliche Darlegung der vielbesprochenen Arbeitseinstellung zu Burg. Diese Arbeitseinstellung sei nichts Anderes gewesen als ein Ausdruck tiefster Kränkung. Herr Dr. Hirsch über Produktivgenossenschaften. Herr Weithmann von Stuttgart erblickt, indem er an das Thema des Vorredners anknüpft, ein Haupthinderniß in der allzuängstlichen Scheu vor Staatshülfe. Er verlange die Hülfe des Staates, um schlechte, den Arbeiter beengende Gesetze fortzuschaffen. Der Staat sind wir, seine Bürger, und wenn auf ungeheure Staatskosten Kasernen für das Militär gebaut werden, warum denn nicht auch Wohnungen für die arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter, die Männer des Friedens? Herr Staudinger aus Nürnberg beklagt den Mangel an Einigkeit und brüderlichem Sinn als den mächtigsten Gegner der Produktivgenossenschaft. Es gebreche eben an der so nöthigen bewußten Unterordnung Aller unter den großen Zweck. Herr König von Hanau wünscht, daß die Arbeiter mehr und mehr erfüllt werden mögen mit sittlicher Kraft und frischem Muth. Als Herr Prediger Uhlich das Brechen des Eigenwillens betonte, entgegnete Herr Dr. Lange von Duisburg, daß gerade der berechtigte Wille wohl gepflegt und gestärkt werden müsse; der bisherige, ewige Druck sei es, der die Strebenden gehemmt habe; von Staatshülfe aber könne erst alsdann gesprochen werden, wenn wir einen Staat hätten. Herr Mühlenhaupt macht den Mangel an Kapital verantwortlich für bisheriges Mißlingen. Herr Martens aus Hamburg erblickt die sicherste Bürgschaft des Gedeihens in enggeschlossenen Bunde Gleichstrebender.

Ein Hoch ward den bisherigen, in der Hauptsache einigen Rednern dargebracht. Herr Brehmer, Mitglied des Magdeburger Vereins, entwickelte schließlich das Streben und die Ziele dieses Vereins. — Mit Chorgesang ward der unvergeßliche Abend eingeleitet und mit Chorgesang ward er geschlossen.

München, 4. Juni. Heute beging der Arbeiterbildungsverein sein drittes Stiftungsfest. Es entwickelte sich dasselbe in so schöner Weise, wie noch keines zuvor. Es wurde ausgefüllt in folgender Art: Nach einer gut ausgeführten Ouvertüre, Gesang: Deutscher Männerfestgesang von Baumann," vorgetragen von den Vereinssängern; dann Prolog, Festrede, Rechenschaftsbericht und die nachfolgenden Reden.

Prolog.

Seid uns willkommen werthe Gäste,
Die heute freundlich uns geehrt,
Und an dem heut'gen Ehrentage
In diesen Räumen eingekehrt.

Ihr wißt es längst schon was wir wollen,
Wonach wir ringen fest und treu:
Nur Bildung ist's, was wir erstreben;
Wir wissen: Bildung macht uns frei.

Wir wissen, daß uns viel noch mangelt,
Daß viel noch übrig ist zu thun,
Wir müssen's doppelt hart erkämpfen
Und dürfen rasten nicht noch ruh'n,
Doch eines macht uns wieder dreister,
Wenn Mancher uns auch höhnt', gleichviel
Wir denken, „Uebung macht den Meister",
Und frischer Muth gewinnt das Ziel.

So flieh'n uns Tage hin und Wochen
In brüderlicher Einigkeit,
Bei frischer Arbeit, rüst'gem Schaffen,
So findet immer uns die Zeit.
Ja, Arbeit nur ist uns're Zierde,
Ist unsers Lebens schönster Theil,
Wir dienen ihr, und rufen fröhlich,
„Der freien Arbeit ewig Heil".

Hierauf die nachstehende Festrede von Strohbach. „Sehr geehrte Anwesende, liebe Gäste und Vereinsmitglieder! Wir versammeln uns zum dritten Male zur Begehung des Stiftungsfestes. Wie die Geschichte gewisse Abschnitte im Leben der Völker verzeichnet und an wichtige Ereignisse knüpft, ebenso bildet der Zeitpunkt der Gründung der Arbeitervereine und ganz speciell unseres Münchener Vereins einen solchen Abschnitt in der Geschichte der Bewegung der Arbeiterklassen. Daß der Arbeiter endlich seine Lage erkannte, hatte wohl in der Zurücksetzung seinen Grund, die er allenthalben erfuhr, und zwar nur deshalb erfuhr, weil er zu weit zurück in der Bildung war; er mußte fühlen, daß seine Schulbildung zu gering sei, um den Anforderungen der Jetztzeit entsprechen zu können; es mußte ein Mittel gefunden werden, diesen drückenden Verhältnissen zu entfliehen. Man griff mit wahrer Gier zum Mittel der Vereinigung, um den ersten und wichtigsten Wahlspruch: „Bildung macht frei", zur Wahrheit werden zu lassen. Es konnte nicht fehlen, daß Böswilligkeit und Unkenntniß in diesen Vereinigungen einen Geist der Revolution und nichts anderes erblickte, als ein ungebührliches politisches Treiben. Nun ja! meine Herren, wir sind Revolutionäre, wir revoltiren gegen Rohheit, Unwissenheit und Gedankenlosigkeit, wir wollen aus rohen gebildete, aus unwissenden kenntnißreiche, aus gedankenlosen denkende Menschen bilden, wir können jenen Vorwurf also wohl mit Stolz aufnehmen; während wir den zweiten entschieden abgelehnt haben. Es waren der Kämpfe unzählige zu bestehen und es bedurfte des ganzen Mannesmuthes, den Stürmen, welche das mühsam emporgeführte Gebäude umzustürzen drohten, feitzustehen, aber es bewährte sich auch hier der alte Wahrspruch: „Einigkeit macht stark"; denn es liegt in ihm das Geheimniß der Kraft, die sich erkennen läßt in dem steten und unverrückten Fortschreiten auf dem Wege zum Guten. Es ist nun aus dem schüchternen Knaben ein recht stattlicher Jüngling geworden, der so viel Selbstbewußtsein besitzt, sein Ziel, das er erkannt hat, muthig zu erreichen strebt. Mit Stolz kann der Verein zurückblicken auf das Wirken der letzten drei Jahre, und ist er auch nicht stark an Zahl, so ist er doch stark im Wollen, in der Eintracht und in dem erhebenden Gefühle, daß wir den Kernspruch: „Uebung macht den Meister", nicht blos im Munde führen, sondern demselben treu und pünktlich nachleben. Als der schüchterne Knabe zum ersten Male das Morgenroth erblickte, mußte er sich erst allmälig an den schönen Lichtglanz gewöhnen; aber in seiner Natürlichkeit begriff er gar bald, daß nun auch für ihn der Tag kommen würde, wo er sich als Mensch fühlen dürfe und auch er, wenn er die Vorbedingungen erfüllt, ein Wort mitsprechen dürfe, ja es ihm sogar zum Verbrechen angerechnet werden würde, wenn er es unterließe, in seinen Angelegenheiten eine entscheidende Stimme abzugeben. Es standen der Männer viele uns zur Seite, welche mit erhebender Uneigennützigkeit den Schatz ihres Wissens uns erschlossen und in oft wahrhaft rührender Weise zum Bewußtsein brachten, was die Arbeiterbildungsvereine wollen und sollen; wir blicken daher mit Dankbarkeit auf jene Männer, und bitten dieselben, auch ferner ihren wohlwollenden Eifer für unsere Sache zu bewahren. — Der Mann denkt anders als der schüchterne Knabe, denn sein Verstand ist gereift, sein Urtheil geläutert, er ist praktisch geworden in seinem Wollen; er schreibt auf sein Panier: „Der freien Arbeit Heil!" — Es ist nun wohl bis zur Stunde der Grundsatz der freien Arbeit noch nicht zur Geltung gekommen, allein es ist die Zeit ganz nahe, wo die Arbeit im Hinblicke auf ihre Wichtigkeit die Fesseln brechen und die aufgebauten widernatürlichen Schranken niederreißen wird. Darum stehen Sie fest im Kampfe gegen Alles, was der Bildung hemmend entgegentritt; halten Sie fest zusammen, denn „Einigkeit macht stark"; verlieren Sie den Muth nicht, wenn Ihr redliches Streben oft verkannt wird, oder es nicht recht vorwärts gehen will, rufen Sie sich in solchen Stunden zu: „Uebung macht den Meister!" und Sie werden siegend ausrufen: „Heil der freien Arbeit!" Möge es Ihnen zum Troste gereichen, daß der Fortschritt wohl oft gehemmt werden kann, aber nie zum Stillstande gebracht wird, denn das Weltenrad dreht sich unaufhörlich und verhindert jede Stagnation. Rufen Sie es laut und ohne Rückhalt allen zu, die es hören wollen und allen Jenen, die Ihnen in den Weg treten möchten: „Die Erde, sie dreht sich doch!" — Nachdem hierauf Herr Professor Dr. Feistle im Hinblicke auf seine aufopfernde Mühe und Lehrthätigkeit im Vereine als erstes Ehrenmitglied ernannt und ihm ein schönes in Buchdruck mit den deutschen Farben ausgeführtes Ehrendiplom überreicht worden war, erstattete der Vorsitzende den nachstehenden Rechenschaftsbericht.

„Hochgeehrte Anwesende! Liebe Vereinsgenossen! Aus der mir vorangegangenen Festrede werden Sie entnommen haben, daß die Arbeiterbildungsvereine, welche die wahren Interessen des Arbeiters vertreten und dessen geistige Ausbildung zu fördern suchen, eine keineswegs zu unterschätzende Bedeutung im großen deutschen Vaterlande erlangt haben; aus diesem Grunde hält sich auch der Arbeiterbildungsverein München verpflichtet, als ein Theil des großen Ganzen, der Oeffentlichkeit Rechenschaft von seinem Wirken im verflossenen dritten Jahre seines Bestehens zu geben. In Ausführung dessen erlaube ich mir, meinem Auftrag gemäß, Ihnen nachstehend eine Uebersicht über die in den einzelnen Verwaltungszweigen des Vereins entwickelte Thätigkeit zu geben.

Als Hauptbildungsmittel für uns Arbeiter sind wohl die Vorträge zu betrachten, welche regelmäßig Samstags, mit seltenen Ausnahmen, abgehalten wurden. Es fanden deren 45 statt und zwar von unserem hochgeehrten Ehrenmitglied Hrn. Prof. Dr. Feistle: 1 Vortrag über Wärmemesser, 3 über Geographie und Geometrie, auch gibt derselbe wöchentlich einmal Unterricht in der französischen Sprache; von Hrn. Dr. Rubner: 3 Vorträge über Gesundheitspflege, 1 Vortrag in Zeidlers anthropologischen Museum; von Hrn. Dr. Zechmeister: 4 Vorträge über Gesundheitspflege; von Hrn. Dr. Knorr: 1 Vortrag übers Auge, 1 Vortrag über Elektrizität; von Hrn. Dr. Meier: 1 Vortrag über Ohrenleiden; von Hrn. Dr. Appel: 3 Vorträge über Erhaltung der Zähne; von Hrn. Dr. Dachauer: 1 Vortrag über atmosphärische Luft; von Hrn. Becchioni: 1 Vortrag über Sterblichkeitsverhältnisse; von Hrn. Schneidemühl: 1 Vortrag über Lebensversicherung; von Hrn. Dr. Rickert: 3 Vorträge über Genossenschaftswesen; von Hrn. Jul. Knorr: 1 Vortrag über Handels- und Verkehrswege; von Hrn. Recknagel: 1 Vortrag über Mechanik; von Hrn. Gastechniker Heß: 1 Vortrag über Leuchtgas; von Hrn. Rippeiller: 4 Vorträge über technische Chemie, 1 über Anilinfarben; von Hrn. Weber: 1 Vortrag über Deklamation, 1 über Schrift, 1 über das Zeitalter der Reformation, 1 über Shakspeare, 1 über Göthe's Faust; von Hrn. Lehrer Scheerer: 1 Vortrag über Entwicklung der Oper; von unserem geehrten Vorstand Hrn. Strohbach: 1 Vortrag über Volksmelodieen und Volksgesang, 1 über Entwicklung der deutschen Sprache; von Hrn. Kreutzmeier: 1 Vortrag über Sprüchwörter und Redensarten; von Hrn. Dr. Adler: 4 Vorträge über Coalitionsrecht, an welche sich höchst spannende Diskussionen anschlossen, von denen die letzte die Folge hatte, daß der Arbeiterbildungsverein in Betreff der Arbeitseinstellungen eine Resolution faßte und dieselbe veröffentlichte. Außerdem ertheilten Unterricht: Hr. Prof. Feustle: Französisch; Hr. Schultheß: Stenographie; Hr. Strohbach: deutschen Sprachunterricht und gewerbliche Buchhaltung, wöchentlich je eine Stunde. Die Gesangsstunde, welche vom Hrn. Gesanglehrer Baumann Dienstags und Freitags abgehalten wird, hatte im Laufe des Jahres eine Unterbrechung erlitten, veranlaßt durch den Austritt der meisten Sänger, welche persönlichen Zwecken huldigend, sich den Vereinsstatuten nicht fügen wollten; jedoch wurde durch die unermüdliche Thätigkeit unseres verehrten Gesanglehrers Hrn. Baumann bald wieder ein neues Sängerchor gebildet, welches zur größten Freude des Vereins im fortwährenden Aufblühen begriffen ist, und hängen die Sänger mit Lust und Liebe an ihrer Aufgabe. Ferner wurde von Hrn. Kalligraphen Ujheli in 2 Kursen für ein sehr mäßiges Honorar einer Anzahl Mitgliedern Unterricht im Schönschreiben ertheilt. — Durch Vereinsbeschluß wurden im Vereinslokale die Vorträge und Lehrstunden, welche in der Centralfeiertagsschule Sonntags abgehalten werden, durch Anschlag bekannt gegeben und werden davon hauptsächlich die Vorträge über technologische Chemie von Hrn. Prof. Dr. Mauritii und über Physik von Hrn. Rektor Alexander neuerdings zahlreicher denn je von den Mitgliedern besucht. Ein zweites Bildungsmittel, unsere Bibliothek, aus welcher die Mitglieder Bücher entlehnen können, besteht aus 564 Bänden, einer Anzahl Broschüren, Karten und Zeichnungsvorlagen. Davon sind 35 Bände technischen Inhalts, 51 Bände über Physik, Chemie, Geometrie und Naturgeschichte, 20 Bände volkswirthschaftlichen Inhalts, 65 Bände über Geographie, Geschichte, Statistik, 42 Bände über Rechtswissenschaft, Medizin, Religion und Mythologie, 132 Bände Classiker, 88 Bände erzählenden Inhalts, 31 Bände Lehr- und Uebungsbücher verschiedener Gattung, 100 Bände Zeitschriften und Schriften verschiedenen Inhalts. Dabei ist der Zuwachs dieses Jahres mit einbegriffen, welcher 69 Bände ausmacht, und zwar wurden aus Vereinsmitteln 25 Bände, mit einem Kostenaufwand von 59 fl. 40 kr., angeschafft, 44 Bände erhielt der Verein als Geschenk, nämlich 15 Bände meist volkswirthschaftlichen Inhalts von Hrn. Ignaz Zeus, von Hrn. Brockhaus in Leipzig durch Vermittlung unseres Vorstandes Hrn. Strohbach, das große Conversationslexikon in 12 Bänden, die wurden von Mitgliedern der Bibliothek geschenkt. — Vom 1. Juni 1864 bis 1. Juni 1865 wurden aus der Bibliothek, welche jeden Abend von 8—10 Uhr geöffnet ist, 2054 Bände entlehnt; auch wurden die aufliegenden Zeitschriften, 15 an der Zahl, eifrig gelesen und beträgt das Gesammtabonnement hierfür 47 fl. 34 kr. Es sind folgende: Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, welche außerdem noch 30 Abonnenten unter den Mitgliedern zählt, Arbeitgeber, Arbeiterbibliothek, Geschichtsblätter, Gewerbehalle, Ueber Land und Meer, Gartenlaube, Kirchenfackel, Neueste Nachrichten, Unterhaltungsblatt, Nürnberger Anzeiger, Sonntagsblatt, Fliegende Blätter, Stadtfraubas.

Die Diskussionsstunde, welche seit November v. J. wieder eingeführt wurde, findet gewöhnlich Samstag Abend nach dem Vortrag statt, dieselbe werde von einem jedesmal neu zu wählenden Diskussionsführer geleitet, und werden in derselben die dem Fragkasten entnommenen Fragen, welche sich nicht auf specielle Verwaltungszweige des Vereins beziehen, möglichst von den Mitgliedern selbst beantwortet. Diese Diskussionsstunden haben noch hauptsächlich den Zweck, die Mitglieder darin zu üben, ihre Gedanken in passende Worte und Redensarten zu kleiden.

Einen ferneren Theil der geistigen Thätigkeit des Vereins bilden dir Versammlungen, welche regelmäßig Montags abgehalten werden, und in welchen die Vereinsangelegenheiten, nachdem sie Donnerstags zuvor in der Ausschußsitzung vorbereitet worden, zur Verhandlung gebracht und darüber endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Außerdem findet gewöhnich Sonntags Abend gesellige Unterhaltung, dann und wann auch ein Tanzkränzchen statt, wovon ein Theil der hieraus entspringenden Einnahmen, laut Vereinsbeschluß dem Waisen-Fonds in Wriezen zu Gute kommt.

Im Uebrigen steht der Verein zu den auswärtigen Brudervereinen, soweit es das Vereinsgesetz zuläßt, im besten Einvernehmen, und ist jetzt der Ausschuß hauptsächlich damit beschäftigt, die bayerischen Arbeitervereine in einem Gauverband unter einander zu verbinden und sind bereits bei der königl. Regierung des Innern die nöthigen Schritte zur Einholung der Genehmigung gethan worden.

Ich füge hier noch die hauptsächlichsten Mittheilungen über die Verwendung der disponiblen Gelder und die Finanzlage des Vereins bei: Die Totalsumme der Einnahmen vom 1. Juni 1864 bis 1. Juni 1865 beträgt 646 fl. 19½ kr., die der Ausgaben 581 fl. 57½ kr., beibt ein Kassebestand von 64 fl. 22 kr. Davon wurden speciell ausgegeben: an Miethe 166 fl., an Lehrerhonorar 64 fl. 30 kr., zur Anschaffung von Mobilien 75 fl. 24 kr., für Bücher 59 fl. 40 kr., für Abonnement der Zeitschriften 47 fl. 34 kr. u. s. w. Der Verein zählt gegenwärtig ungefähr 200 Mitglieder und wurden im Laufe des verflossenen Jahres gegen 300 neue Mitglieder aufgenommen. Leider muß ich erwähnen, daß der Verein gegenwärtig numerisch schwächer ist, als in dem ersten Jahre seines Bestehens und ist der Grund hierfür am meisten wohl darin zu suchen, daß der Verein durch unangenehme Verhältnisse und böswillige Verdachtigungen aus einem Lokale in das andere gedrängt wurde, daß der

Verein durch einige seitdem ausgeschlossene Mitglieder in finanzieller Beziehung schändlich hintergangen wurde und Streitigkeiten und Uneinigkeit unter den Mitgliedern selbst hervorgerufen versucht wurden. Jetzt, nachdem er durch die aufopfernde Thätigkeit des ersten Vorstandes und einiger Mitglieder sein früheres Lokal wieder erhalten hat, ist der Verein wieder in sichtlichem Wachsen und Gedeihen begriffen, und durch manche bittere Erfahrung und Enttäuschung geläutert, herrscht im Verein jetzt Eintracht und Brüderlichkeit fast wie nie zuvor, und sind wohl alle sich des ernsten Strebens nach dem großen, erhabenen Ziele, das sich der Verein gesteckt, bewußt und durchdrungen. Da keines der innegehabten Lokale dem Zwecke des Vereins vollkommen entsprach, wurde bereits im Herbst die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, ein eigenes Haus als bleibende Stätte der Bildung für den Verein zu erwerben. Da jedoch der Verein ganz allein nur auf seine geringen Mittel angewiesen ist, so wurde vorläufig der Beschluß gefaßt, daß alles überflüssige Geld in der Vereinskasse als unantastbares Baukapital angelegt werden solle. Das sämmtliche Vereinsvermögen entziffert einen Werth von ca. 1400 fl. und ist mit 1100 fl. bei der Gesellschaft Phönix versichert. Auch eine Krankenunterstützungskasse wurde am 1. Februar neu begründet, aus welcher die Mitglieder bei wöchentlich 3 kr. Steuer im Erkrankungsfalle wöchentlich 2 fl. Unterstützung erhalten. Dieselbe zählt 29 Mitglieder und einen Kassenbestand von 18 fl. 17 kr. Unterstützung wurde seitdem an 6 fl. ertheilt. Das Hauptcontrolbuch weist 1860 eingeführte Gäste nach und wurden aus der Strafkasse, welche der Obercontroleur führt, 10 bedürftige durchreisende Angehörige auswärtiger Brudervereine mit je 24—30 kr. unterstützt.

Indem ich hiermit den Bericht schließe, spreche ich zugleich den obengenannten Herren, sowie allen jenen, welche den Verein im Laufe des Jahres selbst mit einer kleinen Gabe liebreich bedachten, im Namen des Vereins den herzlichsten Dank aus. Hauptsächlich aber unserer hochverehrten Lehrerschaft, und richte zugleich die Bitte an dieselben, sowie an alle Freunde und Gönner des Vereins, uns auch ferner Ihr gütiges Wohlwollen nicht zu entziehen und dem Verein in seinem Streben durch die Schätze ihres Wissens zu unterstützen. Möchte doch die Theilnahme an dem Verein eine immer allseitigere werden, damit es gelinge, die im Interesse des Arbeiterstandes angebahnten Bestrebungen ihrem Ziele täglich näher zu führen.

Diesem Bericht folgten noch die Reden dreier Ehrengäste. Zunächst ergriff Herr Cooperator Hörle das Wort und führte das Thema aus:*)

Die große Frage der Zeit ist die sociale, die sogenannte Arbeiterfrage; sie ist das Räthsel der Sphinx, dessen Lösung, an welcher die besten Kräfte des Jahrhunderts arbeiten, alsdann gefunden sein wird, wenn Recht und Würde des arbeitenden Menschen in ihrem ganzen Umfange anerkannt sein werden.

Diesem Redner folgte Ein Mitglied der Burschenschaft Algovia. Meine Herren! Gestatten Sie mir für die meiner Corporation so vielfach geschenkten Beweise Ihrer Aufmerksamkeit sowie speciell für Ihre Einladung zu dem heutigen Feste Ihnen hier Dank zu sagen, und lassen Sie mich der Vermittler sein der aufrichtigen Gefühle, welche die Burschenschaft Algovia an Ihren Verein bindet. Wenn es die Aufgabe der Burschenschaft ist, aus dem Studentenleben noch so manche Schäden auszuscheiden, so manchen übermüthigen Sinn zurückzudrängen, um dadurch allmälig eine Gleichstellung aller Studenten herbeizuführen; wenn die Burschenschaft sich zur Pflicht gemacht hat, ihre Mitglieder in religiösen und politischen Dingen aufzuklären und sie dadurch zu befähigen, dereinst nicht etwa als blinde Diener einer Regierung den Sold einzustreichen, sondern das Volk zu unterstützen auf dem Wege, dessen Endziel ist „Freiheit von allem geistigen und materiellen Drucke“, so liegt hierin die Beziehung zu Ihrem Verein und Ihrem Wirken. Die drückende Lage der Arbeiter ließ auf verschiedene Experimente und Mittel rathen, allein man mußte eingestehen, daß kein Erfolg sich eine Dauer versprechen konnte, wenn ihm nicht die Bildung als Hintergrund dient. So warfen die Arbeiter jene schwindelnden Theorien bei Seite, stellten sich auf ihre eigenen Füße und schufen die Bildung, die sie nunmehr berechtigt, mit größeren Forderungen an die Gesellschaft heranzutreten. Kein Wunder daher, wenn ein großer Theil der Arbeiter heute über politische und religiöse Dinge unbefangener und richtiger denkt als so mancher jener, welche angeborner Reichthum oder eine einflußreiche Stellung auszeichnet. Wenn sich so die Arbeiter mit gehöriger Bildung und persönlicher Tüchtigkeit ausgestattet haben, da vermag kein Mittel, länger mehr die Befriedigung ihrer rechten Forderungen vorzuenthalten. Und was man auch dagegen einwenden mag, dem Arbeiter wird der Staat der Zukunft gehören, nicht der Staat des todten privilegirten Eigenthums, sondern der Staat der intellektuellen Kraft. Wahrhaftig eine schwierige und zugleich erhebende Aufgabe, die sich der Arbeiterbildungsverein gestellt hat, und welch Wunder daher, wenn meine Corporation, die Burschenschaft Algovia, diesem Verein stets die wärmsten Sympathien bewahrt hat. In der festen Hoffnung, daß der hiesige Arbeiterbildungsverein seinem Ziele immer unverdrossener näher rücken möge und in der Hoffnung besonders darauf, daß er den Arbeiterstand immer mehr in seinen Kreis ziehen möge, lade ich alle Gäste ein, einzustimmen in das dreifach donnernde Hoch auf den Münchener Arbeiterbildungsverein. Er lebe hoch! — Zum Schluß sprach Studiosus Frank: Meine Herren vom Arbeiterbildungsverein! Schon vorhin ist Ihnen von einer Corporation die Anerkennung Ihres heutigen Festes geworden. Allein es gibt Hundert, ja Tausend, die nicht zu dieser Corporation gehören, und ich bin der Ueberzeugung, daß alle diese mir beistimmen aus vollem Herzen, wenn ich in ihrem Namen Ihnen meine volle Anerkennung, herzliche Freude und herzlichen Dank über das Fest, das Sie bereitet haben, ausspreche. M. H., Sie haben zu Ihrem Wahlspruch gewählt den wahren und kräftigen Spruch: „Bildung macht frei.“ Sie haben aber nicht blos diesen Spruch gewählt, sondern auch ausgeführt, darnach gehandelt. Jeder, der Sie nirgendwo gesehen, noch keinem Ihrer Feste beigewohnt hat, muß klar werden, wenn er dieser Versammlung beiwohnt; er muß klar werden, daß der Geist der Zukunft, der in dem Arbeiter wohnen soll, in Ihnen herrscht: der Geist Ihrer Vorträge, Ihrer Leistungen auf dem Gebiet des Gesanges, vor allem der Geist, der in dieser Versammlung herrscht, es ist der erhebende, der wahrhaft mächtige, der „patriotische Geist.“ — M. H., erlauben Sie mir nun auf ein anderes Feld zu kommen, was einigemale schon behandelt worden ist. Es ist eben das Feld, auf dem die Parteimeinungen sich begegnen. Es ist das Gebiet der Arbeiterfrage. Es sind ehrgeizige Männer aufgestanden, die in unserer Zeit die Arbeiter irre zu leiten versucht haben. M. H., auf den Arbeitern ruht ein großer Theil der Geschicke der Zukunft, ein wahrlich großer Moment, wenn er kommen wird für Deutschland, wenn er die Arbeiter, einen großen Theil der Arbeiter bewegen wird. Für diesen Augenblick gibt es viele ehrgeizige selbstsüchtige egoistische Männer, die Sie mißbrauchen möchten für ihre schlechten Zwecke. Ich sehe mit Vergnügen, daß Sie sehr wohl erkennen, welches die Zwecke dieser Herren sind.

Ihr Hoch auf Schulze-Delitzsch hat mir das deutlich bewiesen.

M. H., wir stehen am Anfangspunkt einer neuen Zeit und zwar am Anfangspunkt der Zeit der Genossenschaft. Es zieht sich in einer großen Kette durch unser Leben, die ganze Gestaltung der Dinge, die da kommen werden. Alle jene Vereine, mögen sie Juristen-, Lehrer-, Bienenwirth-Vereine, mögen sie heißen wie sie wollen, sie sind Genossenschaften und auf diesen Genossenschaften, auf diesen freien Genossenschaften, auf diesen freien Vereinen wird sich unser zukünftiges Staatenleben aufbauen. An den Arbeitern ist es zunächst, diese Idee zu verwirklichen, sie zu bewahrheiten, und das kann nur geschehen auf dem Wege, den ihnen Schulze-Delitzsch gezeigt hat. Darum meine Herren! meinen herzlichen Dank für das Hoch, das Sie Schulze-Delitzsch ausgebracht haben.

Erlauben Sie mir nur noch zuletzt auf das politische Gebiet zu kommen und erlauben Sie mir hier nicht blos zu dem Arbeitervereine, nicht blos zu den Freunden der Arbeiter, erlauben Sie mir als Norddeutscher zu Bayern zu reden. M. H., ich bin kein Preuße, ich bin Hannoveraner, aber ich kann Sie versichern, daß mein Herz erglüht hat, als ich diese wahrhaft patriotische Stimmung, diese Liebe zu Deutschland, diesen deutschen Zug in Ihnen Allen bemerkt habe. M. H., es ist nur eines nöthig, es ist nöthig, daß eben das Volk von Deutschland erkennt, daß es weder österreichisch noch preußisch ist, sondern daß es deutsch fühlt und deutsch denkt. Und darum m. H. kann ich Sie versichern, daß die Nordländer, daß auch sogar ein großer Theil von Preußen mit Ihnen ganz und gar übereinstimmt.

Lassen Sie uns denn dem hohen Ziele, zu dem wir Alle streben, mit großem, freudigen Muthe entgegengehen: Ans Vaterland, ans theure schließ Dich an. Das Vaterland, das deutsche, lebe hoch.

Frankenhausen i. Thür. den 17. Juni. Auch hier ist seit circa 1½ Jahren ein Arbeiterverein ins Leben getreten, derselbe führt den Namen: Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein.

Der Verein wurde im Anfange vorigen Jahres unter Leitung des seitherigen Vorsitzenden, des Fabrikarbeiters August Hohlstamm gegründet. Die Zahl der Mitglieder war bei der Gründung 16, und jetzt besteht der Verein aus 560 Mitgliedern, welche allen Klassen der Bevölkerung angehören.

Der Zweck des Vereins ist, Unterstützung in Krankheits- wie auch bei Sterbefällen zu gewähren, bei letztern sind die Frauen der Mitglieder auch betheiligt, auch werden, soweit die Vereinskasse zureicht, Vorschüsse an die Mitglieder gewährt. Es werden an erkrankte, resp. arbeitsunfähig gewordene Mitglieder täglich 5 Sgr. Unterstützung verabreicht, wenn dieselbe eine volle Woche krank gewesen sind, und dieses 26 Wochen lang fortgesetzt. Bei einem Sterbefalle werden 15 Thlr. ausgezahlt, außerdem kostenfreie Bestattung. An Krankenunterstützungssteuern zahlt jedes Mitglied 8 Pf. pro Woche, zur Sterbekasse wird nach Altersklassen gezahlt von 9 Pf. bis 2 Sgr. monatlich. Obgleich im letzten halben Jahr 140 Thlr. Krankenunterstützung gezahlt wurden und die Sterbekasse den 1. Januar 1865 erst gegründet ist, hat der Verein schon über 200 Thlr. Ueberschuß gemacht.

In den wöchentlichen Versammlungen werden wissenschaftliche Vorträge gehalten und die Vereinsangelegenheiten geregelt. Die Vorträge werden meistentheils von Dr. Bauer, früher Privatdocent in Halle, jetzt hier weilend, gehalten.

Seit Kurzem hat sich unter den Mitgliedern auch ein Consumverein nach Markensystem constituirt; ein Urtheil über denselben muß vorläufig noch vertagt werden. Es sind mit Bäckern, Metzgern und Kaufleute Verträge abgeschlossen, im Durchschnitt mit 6% Rabatt. Ein eingehender Bericht bleibt vorbehalten.

Zwickau, 20. Juni. Am vergangenen Sonntag den 11. Juni feierte der hiesige Bergknappen-Verein im Saale des Gasthauses zum Paradies sein erstes Stiftungsfest. Die Betheiligung war eine zahlreiche und waren dabei auch der hiesige Bergarbeiter-Verein, der hiesige Fortbildungsverein und Arbeiterverein, der Verein „Olympia“ zu Neudörfel und der Arbeiterverein zu Werdau vertreten. Zunächst begrüßte der Vorsitzende Herr Simon die Versammlung und namentlich die Gäste, gab sodann einen kurzen Abriß von dem Wirken des Vereins in dem ersten Jahre, (Zahl der Vereinsmitglieder von 50 auf 110 gestiegen; aus der Vereinskasse 24 Mitglieder in Krankheitsfällen mit 77 Thlr. unterstützt u. s. w.) und brachte schließlich dem König und dem Vaterland ein dreimaliges Glück auf! Als zweiter Sprecher trat das Vorstandsmitglied Herr Dietze auf, welcher sich über die vielen Gefahren und Beschwerden des Bergarbeiters und wie dieselben oft zu wenig gewürdigt würden, verbreitete. Hierauf ergriff der Vorstand des Fortbildungsvereins Herr Esche das Wort und bemerkte, daß zur Zeit jeder Verein seine Zwecke einzeln verfolge, daß aber die Zeit kommen werde, wo die einzelnen Vereine zu einem Ganzen vereint würden. Die Herren Fleischer und Schreiter vom hiesigen Arbeiterverein sprachen sich über das Ziel aus, welches das Comité des Bergknappen-Vereins verfolge. Der Vorstand des Vereins „Olympia“, Herr Kircheis munterte die Mitglieder zum festen Zusammenhalten auf. Der Vorstand des Werdauer Arbeitervereins, Herr Schubert, wies nach, wie das Wohl der Arbeiter mit dem Wohl der Arbeitgeber eng zusammenhänge und wie beide einander unentbehrlich seien, während Herr Oehmig von hier die Vertretung der Arbeiter auf dem Landtag als wünschenswerth und nothwendig bezeichnete. Zu Beginn und zum Schluß des Festakts wurden zwei eigens hierzu von einem Mitglied gedichtete Festlieder gesungen. Später folgte ein gemeinschaftliches Mahl, welches durch verschiedene Trinksprüche gewürzt wurde und den Schluß bildete ein Ball. — Das ganze Fest verlief in aller Gemüthlichkeit und ohne die geringste Störung.

Politischer Theil.

Der Sieg des Rechts in Nordamerika, zugleich ein Sieg des gesunden Menschenverstandes.

Die Berliner „Volkszeitung“ schreibt: Das Staunen der Welt über Abraham Lincoln, den Zimmermann und Andrew Johnson, den Schnei-

*) Leider hat uns die Mahnung des Setzers genöthigt, wegen Mangels an Raum, um den ganzen Bericht nicht abbrechen zu müssen, Kürzung eintreten zu lassen, zu der wir uns nur ungern entschlossen haben. D. Red.

der, ist in der That nichts anderes als das Staunen über den gesunden Menschenverstand, der die Ordnung großer umfassender Staatsverhältnisse besser handhabt, als all' die Vorurtheile alter Schulweisheit es jemals fassen oder zugeben mochten! Und dem ist in der That auch so.

Von welcher Vorbildung wähnen wir doch die Möglichkeit abhängig, auch nur die kleinste und unbedeutendste bürgerliche Angelegenheit zu leiten! Wie gar undenkbar ist es uns, irgend einen Mann an der Spitze einer Verwaltung zu sehen, der nicht all' die Vorstufen der Schulbildung durchgemacht, die wir so wohlgeordnet und geregelt haben, daß fast an der Pforte jedes Beginnens einer öffentlichen Wirksamkeit ein mächtiges Examen lauert, um uns zu vergewissern, daß der Geist regelmäßig zugeschnitten sei zur Brauchbarkeit! Haben wir ja sogar in der demokratischsten unserer Institutionen, in der gleichen Pflicht zum Militärdienst, ein sehr umfassendes Schulexamen hingestellt, wonach wir das Urtheil fällen, daß ein junger Mensch, der bis zur Sekunda des Gymnasiums die Reife der Schulbildung in sich aufgenommen, im Stande sei, in Einem Jahre ein so guter, ja noch ein besserer Soldat zu werden, als ein sogenannter Ungebildeter in drei Jahren! — Wie wenig traut unsere Sitte dem gesunden Menschenverstande zu, wenn wir es unerträglich finden, mit Menschen zu verhandeln, die der strengen Regelrechtigkeit unserer Sprache nicht gewachsen sind. Und dennoch können wir ohne Versündigung gegen die Wahrheit nicht leugnen, daß unter den Klassen, die wir die ungebildeten nennen, scharfer Verstand und klare Einsicht gar nicht seltene Naturgaben sind, und die sogenannte Bildung, die unsere Schulen erzeugen, gar wenig Garantie ist für die richtige Anschauung realer Verhältnisse, wie sie ein wirkungsreiches Eingreifen in die praktische Welt erfordert!

Da lehren uns denn die Beispiele, die von Amerika her ein leuchtendes Zeugniß über die alte Welt verbreiten, wie unter naturgemäßen Verhältnissen die höheren Begabungen sich die höchste Geltung verschaffen, wenn sie auch den Regeln, wonach wir geistige Größen vor Allem abmessen wollen, nicht entsprechen. Die zwei Männer, die gegenwärtig die vollste Aufmerksamkeit der Zeitgenossen auf sich lenken, sind nicht blos dem niederen Stand der Arbeiter entsprossen, sondern haben ihre Jugendjahre bis hinauf in die Mannesreife unter Verhältnissen verlebt, die ganz fern den Kreisen liegen, die wir als Bürgschaften der Bildung des Geistes ansehen. Abraham Lincoln, der Zimmermann, wird gefeiert als ein Staatsmann voller Einsicht und Klarheit, der an der Spitze des größten Staatswesens der Welt in vier Jahren mehr geleistet, als die Weisesten der Weisen vermocht haben. Was wir von seinem Nachfolger Andrew Johnson, dem Schneider hören, legt Zeugniß ab, daß wir es auch hier mit einem gleichgroßen Naturgenie zu thun haben, das den schwierigsten Regierungsakten und der feinsten Diplomatie Europa's in allen Wendungen gewachsen ist.

Diese großen Thatsachen, welche sonst nur aus den Zeiten des klassischen Alterthums Gegenstände unseres Staunens gewesen, treten mitten in einer bewegungsreichen Gegenwart auf, in welcher in Europa das demokratische Element sehr stark zur vollen politischen Gleichberechtigung aufstrebt, und eine Kraft gewonnen hat, die man unmöglich mehr als eine vorübergehende oder zufällige bezeichnen kann, und die man ganz sicher fortan in Rechnung ziehen muß, wenn man die Züge der zukünftigen Entwicklung richtig vorzeichnen will.

Und gerade solchen, dem Volksthum so ganz und gar in Bildungsgang und Geistesrichtung angehörenden Charakteren, wurde die Lösung einer Aufgabe zu Theil, welche die sogenannte gebildete Welt ungelöst gelassen hat. Diesen zwei Männern gelang und gelingt eine weitbewegende Reform, die weit und tief in die Geschicke und die Geschichte der Menschheit eingreift. Unter ihnen wird die Gewaltthat niedergeschmettert, die sich aller Künste und aller Niederträchtigkeit bedient hat, welche die sogenannte Macht der Intelligenz über ungebildete Massen ausübt. Sie sind die Hersteller des Gesetzes gegen Willkür. An ihren Namen erhebt sich die Menschenwürde gegen die Brutalität. Durch sie hat die Freiheit gegen die Sklaverei den Triumph erfochten und den Triumph gewahrt. Alles was wir sonst als Errungenschaften der Civilisation bezeichnen, Macht und Recht, Opferfreudigkeit im Kriege und schneller Aufschwung des Wohlstandes im Frieden, Autorität der Gesetzlichkeit und Zustimmung des Gesammtwillens eines großen Volkes, alles steht ihrem Winke bereit. Was Ideales und Reales das Wesen des Staates hebt und kräftigt, stellt sich ihnen zu Gebote, um ihre Namen und ihr Zeitalter zu verherrlichen und zu verewigen!

Diese Thatsache, dieser Sieg hoher Prinzipien, wonach die höchste Bildung der Menschen strebt, unter der Leitung so schlichter Volksmänner, die dem gewöhnlichen schulmäßigen Bildungsgang so fern stehen, diese Thatsache ist die größte Seite der neuesten Geschichte. Der Sieg des Edlen und Großen durch den Sieg des gesunden Menschenverstandes so ganz volksthümlicher Charaktere ist das bezeichnende Merkmal der Ereignisse. Darum wird auch dieser Sieg tief eingreifen in die Zukunft!

Politische Umschau.

Berlin, 18. Juni. Gestern, Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr, wurde die Session der beiden Häuser des Landtags geschlossen. Es geschah im Weißen Saale, in den Formen, die üblich sind, wenn die Schließung nicht durch den König persönlich erfolgt. Der Thronsessel war verhängt, die Minister erschienen in Uniform ohne Ordensbänder, auf den Tribünen befanden sich nur wenige Zuschauer, die ohne Karte Eintritt gefunden hatten. Die Versammlung bestand überwiegend aus Herrenhausmitgliedern, von den Abgeordneten waren nur Mitglieder der conservativen Fraction erschienen, außerdem bemerkte man Gneist und Lette. Die drei Präsidenten des Hauses der Abgeordneten wohnten dem Schließungsakt nicht bei. Der Ministerpräsident v. Bismarck verlas die Schlußrede mit lauter Stimme, worauf der Präsident des Herrenhauses, Graf zu Stollberg, das reglementsmäßige Hoch auf den König ausbrachte, das dreimal wiederholt wurde. Der ganze Schlußakt währte etwa 8 Minuten.

— Aus der langweiligen Schlußrede des pauklustigen Herrn v. Bismarck ist Folgendes als bezeichnend hervorzuheben: Das Abgeordnetenhaus hat Forderungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann. Statt mit der ersehnten Verständigung, schließt die Sitzung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte. Dem Herrenhause habe ich im Namen Sr. Majestät Allerhöchst dessen Dank für die auch in dieser Session bewiesene Treue und Hingebung zu sagen.

— Gegen die Phrase des Junkers bilden die Schlußworte des Präsidenten Grabow einen bedeutenden Abstand. Nachdem der Präsident Grabow zum Schluß eine Statistik der sehr umfangreichen Thätigkeit des Abgeordnetenhauses gegeben hatte, sprach er: In dieser langen Session ist ein düsteres Bild der inneren Lage des Landes vor Ihnen vorübergegangen, und die Wahrheit dessen, was ich beim Eintritt in die Session ausgesprochen, bestätigt. Zu Anfang hat man von Verständigung gesprochen; später verlangte man Unterwerfung. Im Andrängen gegen die beschworene Verfassung möchte die Reaktion den absoluten und Polizeistaat wieder herstellen. Aber sie wird scheitern an der Festigkeit des Volkes, welches erkennen gelernt hat, daß die Aufrechterhaltung seiner beschworenen Rechte durch seine Vertreter wichtiger ist, als sonstige Erfolge ihrer Thätigkeit. Schaaren wir uns mit dem standhaften Volke um die beschworene Verfassung, unter deren Schirm Preußen zur Größe emporblühen wird.

— Das preußische Kronsyndikat ist mit seinen Arbeiten, die das Recht, — das Recht! — in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit feststellen sollen, beinahe schon zu Ende gekommen; schneller, heißt es, als erwartet werden konnte. Wir haben das Ergebniß dieser Arbeiten noch nicht zu Gesicht bekommen, kennen es aber doch vollständig zum Voraus; denn das Kronsyndikat war fertig, ehe es nur angefangen. Oder konnte einem vernünftigen Menschen der Gedanke kommen, das Kronsyndikat würde andere Aussprüche von sich geben, als die ihm Hr. v. Bismarck eingegeben? es würde etwas Anderes sagen, als was der Minister zu seinen Planen braucht? Die preußischen Kronsyndici wurden von der Regierung zu dem Zwecke ernannt, zu dem jedesmaligen Willen der Regierung juristische Redensarten zu erfinden, und was als der politische Vortheil ausgegeben wird, mit den Farben des Buchstabenrechts zu schminken. Die Regierung befiehlt und das Kronsyndikat weist die Göttlichkeit dieses Befehls nach; es ist die Glocke, die gerade die Uhr angibt, welche der Minister schlagen hören will. (N. Fr. Z.)

— Schneidermeister Schulte, einer der tüchtigsten Geschäftsleute, zugleich Vorsteher der großen Schneider-Association von Potsdam, der größten Rohstoff-Association in Deutschland, ist am 15. Juni Abend am Schlagflusse gestorben. Schulte verdankte Alles nur sich selbst. Er war zu Derne bei Dortmund geboren, hatte bei einem Dorfschneider gelernt und war dann, ein blutarmer Waisenknabe, von seinem Dorfe in die Fremde geschickt, mit der strengen Weisung, der Gemeinde aber auch nicht weiter lästig zu werden.

In **Bayern** läßt der Kriegsminister bedeutende Beurlaubungen eintreten, so daß in größeren Garnisonen die Compagnien bis auf 15 Mann zusammenschmelzen.

Kurhessen. Erfreuliches Ereigniß! Den von den Ständen längst befürworteten Bau der Bebra-Witzenhäuser Bahn hat der Kurfürst endlich zu genehmigen geruht.

— Friedrich Oetker hat Bericht erstattet über die Verwendung des ihm vor etwa vier Jahren unter der Bezeichnung „Ehrengeschenk" von Anhängern der Rechtspartei in Deutschland als „Ersatz für Aufwendungen und erlittene Verluste" u. s. w. eingehändigten Fond von 6480 Thlrn. Der Fond ist in Staatspapieren angelegt und bei einem Kasseler Bankhaus in Verwahrung. Zu Anfang vorigen Jahres wurde davon der Betrag von 5000 Thlrn. an die Centralcasse für Schleswig-Holstein gezahlt. Von den Zinsen wurden dreimal 55 Thlr. an die Vaterlandscasse abgegeben. Die angekauften und hinterlegten Staatspapiere betragen zusammen in runder Summe etwa 2000 Thlr. Dieser Betrag nebst Zinsen ꝛc. fällt, sofern Oetker nicht noch anderweit zweckmäßig darüber verfügt, an die Casse des deutschen Nationalvereins.

Bremen. Die Gesammtzahl der vom 1. Jan. bis 6. Juni 1865 über Bremen beförderten Auswanderer beläuft sich auf 13,199, von denen

11,940 nach Newyork, 1240 nach Baltimore und 19 nach Buenos-Ayres gingen.

Paris, 15. Juni. Heute haben die Droschkenkutscher endlich ihr drohendes Wort erfüllt und die Arbeit eingestellt: 2800 Wagen kursiren weniger in den Straßen. Die Kutscher verlangen Erhöhung des Lohnes von 3 Francs auf 5 Frcs. Auch die Omnibusführer und Kondukteure hatten erhöhte Forderungen gestellt und haben ihr Verlangen durchgesetzt; sie erhalten 5 Frcs. 50 Cents. statt 3 Frcs. 50 Cents., die Arbeitszeit ist von 17 auf 13 Stunden herabgesetzt; dadurch wird die Gesellschaft genöthigt, für je einen ihrer 770 im Dienst befindlichen Wagen zwei Kutscher und zwei Kondukteure zu haben, denn der Omnibus muß die Fahrt Morgens um 7 Uhr beginnen und bis Mitternacht fortsetzen. — Es heißt, daß auch die Omnibuskutscher und die Kellner in den Kaffeehäusern und Speisewirthschaften die Arbeit einstellen wollen, um höheren Lohn zu erhalten. Wenn noch die Kaufmannsgehülfen, die Speisewirthe, die Aerzte und die Advokaten dem Beispiel folgen, so möchte die Frage, wen zuletzt die Folgen der höheren Zahlung aller Dienstleistungen treffen würden, sehr schwierig zu lösen werden. — Die Seidenfärber in Lyon sollen jetzt gleichfalls ihre Arbeit eingestellt haben.

— Ueber eine neue electrische Zerstörungsmaschine wird aus **Toulon** berichtet: In dem Augenblicke, wo alle Seemächte fabelhafte Summen verschwenden, um die Panzerschiffe unverwundbar zu machen, nebenbei sich aber auch nach einem System umsehen, vermittelst dessen dieselben auf die bequemste Weise pulverisirt werden könnten, hat man in Toulon eine neue elektrische Maschine erprobt, deren zerstörende Wirkungen allen Glauben übersteigen. Die gestern früh mit ihr angestellten Versuche waren entscheidend. Ein altes Schiff, 25 Meter lang und 10 Meter breit, wurde mittelst dieser Höllenmaschine in weniger als 1 Secunde auf ein einfaches Signal des Erfinders, der über die Wirkung selbst erstaunt war, auseinandergerissen und in den Grund versenkt. Was diese neue und diabolische Erfindung vor allen andern auszeichnet, besteht darin, daß das feindliche Schiff nicht erst an die Maschine anzustoßen braucht, um zu explodiren; sie überrascht unvermuthet und zerstört mit der Schnelligkeit des Blitzes.

C. **Mailand**, 13. Juni. Italienische Blätter citiren täglich Stimmen aus Bayern und Oesterreich über den mit Italien in Rede stehenden Handelsvertrag und fügen bei, daß es ihnen unerklärlich erscheine, daß deutsche Regierungen mittelst ihrer Organe sich vom blinden Hasse so sehr hinreißen lassen können, daß sie auf dem Wege stehen, die deutsche Industrie zu verkümmern. Sie sehen ein, daß ein Handelsvertrag mit Italien von hohem Nutzen für sie wäre, bemerken aber, daß demselben eine Anerkennung des Königreichs Italien vorangehen müsse, was aber nicht geschehen könne, so lange Italien keine Garantie darbiete, daß es von seinem Prinzip der Revolution abstehe. Das heißt mit andern Worten, der Handelsvertrag kann nie zu Stande kommen, denn Italien wird bis zum letzten Lebenshauche, treu seinem Prinzipe, die zwei noch fehlenden Glieder, Rom und Venedig, zu erlangen streben. Indessen verschwindet, nicht ohne Bedauern der Italiener, das deutsche, solide Fabrikat von den italienischen Plätzen, wo demselben ein so reicher Verschlußweg offen stand; mit ganz unbedeutendem Zoll gehen französische und englische Fabrikate über die Grenzen und überschwemmen das Land von Norden bis Süden. Was von Deutschland nicht mehr bezogen werden kann, bezieht man von anderen Ländern und nicht selten wohlfeiler; aber der natürliche Grund hiervon ist, daß deutsche Fabriken, die ausschließlich bis vor Jahren für Italien arbeiteten, die Arbeiten einstellten, und daß französische Fabriken in volle Blüthezeit traten, ihre Einrichtungen verbesserten und den Vorsprung für viele Jahre vor Deutschland haben. Während der deutsche Fabrikant und der deutsche Arbeiter unter der kurzsichtigen Anschauungsweise deutscher Regierungen leidet, gehen italienische Produkte nach wie vor in alle Welt, und Handel und Industrie gedeihen, denn Italiens Schwefel, Kupfer, Eisen, Blei, seine Südfrüchte, Oele und Reis, seine treffliche Seide, seine Salami und Käse gehen nach allen Richtungen. Die deutschen Teppichfabrikanten aber, die beinahe ausschließlich für Italien arbeiteten, sowie viele Andere gingen bereits zu Grunde, da im eigenen Lande kein Absatz zu finden ist. Obgleich nun die Vortheile einer Handelsverbindung auf deutscher Seite stehen, so erblickt Italien dennoch in jeder derartigen Verbindung Vortheile für die Völker im Allgemeinen und wäre geneigt, mit aller Welt Verträge abzuschließen, wohl wissend, daß die eigene Industrie, anstatt zu sinken, sich heben wird; aber die deutschen Regierungsmänner sollten nicht vornherein bösen Samen streuen und den guten Willen dieses Reiches zu ersticken suchen. Gestern schrieb die hiesige Perseveranza: Die deutschen Regierungen möchten sich gern hier Nußkerne suchen, ohne die Schaalen mit in den Kauf zu nehmen.

England. Der Londoner Kladderadatsch „die Eule" bringt eine „Unvollendete Komödie", betitelt „Preußen in den Herzogthümern", mit dem Motto: die Welt soll wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. (König Wilhelm I.) 1. Akt. „Christian IX. ist der alleinige legitime Souverän der Herzogthümer" (Rede des Herrn von Bismarck in der Kammer am 12. December 1863). 2. Akt. „Christian IX. hat nie Rechte auf die Herzogthümer besessen" (Erklärung der preußischen Bevollmächtigten auf den Londoner Conferenzen, 12. Mai 1864. Depesche Hrn. v. Bismarcks vom 15. Mai). 3. Akt. „Der Erbprinz von Augustenburg ist der Prinz, der die meisten Rechte auf die Succession in den Herzogthümern in sich vereinigt". (Erklärung des preußischen Bevollmächtigten, 28. Mai 1864). 4. Akt. „Der Großherzog von Oldenburg besitzt vielleicht mehr Rechte". (Circularnote vom 4. Juli 1864). 5. Akt. „König Christian IX. hat, wenn auch nicht Souveränetätsrechte, wenigstens Besitzrechte besessen" (Noten an Oesterreich vom Nov. und Dec. 1864). 6. Akt. „Preußen selbst besitzt vielleicht Rechte auf die Herzogthümer, begründet durch Titel vom 16. Jahrh." (Depesche vom 13. Oktober 1864). 7. Akt. „In der Herzogthümerfrage wird Alles dunkel bleiben, bis die Kronsyndici ihr Gutachten abgegeben haben. Früher wird sich die Regierung nicht aussprechen". (Thronrede des Königs, Jan. 1865). 8. Akt. „Preußen hat Souveränetätsrechte auf die Herzogthümer". (Erklärung des preußischen Bevollmächtigten in der Bundestagssitzung vom 6. April 1865). 9. Akt. „Christian IX. war vor dem Pariser Frieden der einzige legitime Souverän der Herzogthümer. Preußen und Oesterreich haben heute seine gesammten Rechte erlangt" (Denkschrift über die Kriegskosten, vorgelegt der Kammer am 13. Mai 1865). (Diese neunaktige Comödie steht keineswegs in Widerspruch mit dem Ausspruche des Königs Wilhelm. Sie beweist nur, daß Preußen, welches überall das Recht schützt, niemals weiß, was Rechtens ist, bis es — seine eigene Hand auf den Streitgegenstand legen kann.

Amerika. Das Schlußwort der Abschieds-Adresse, welche General Sherman unterm 30. Mai an seine Armee erlassen hat, lautet: „Denen von Euch, die im Militärdienste verbleiben, braucht Euer General nur in Erinnerung zu bringen, daß die erlangten Erfolge die Frucht harter Arbeit und strenger Zucht gewesen sind und daß dieselbe Arbeit, dieselbe Zucht in der Zukunft nicht weniger wichtig sein wird. Diejenigen, welche in die Heimath zurückkehren, sagt er nur, daß unser vielbegünstigtes Land so groß, so ausgedehnt, so verschiedenartig in Klima, Boden und Erzeugnissen ist, daß ein jeder sicher ist, einen Wohnsitz und eine Beschäftigung seinem Geschmacke gemäß zu finden, und Niemand sollte sich der natürlichen Nachlassung der Kräfte hingeben, welche aus einer Vergangenheit voller Aufregung und Abenteuer zu entspringen pflegt. Ihr werdet aufgefordert werden, neuen Abenteuern im Auslande nachzugehen; doch gebt der Versuchung nicht Raum, denn sie wird nur führen zu Tod oder Enttäuschung. — Euer General sagt Euch nun sein Lebewohl, in dem vollen Glauben, daß Ihr, wie Ihr im Kriege gute Soldaten gewesen, so im Frieden gute Bürger sein werdet; und wenn unglücklicher Weise in unserm Lande ein neuer Krieg ausbrechen sollte, so wird Shermans Armee die erste sein, den alten Harnisch anzulegen und hervorzuschreiten, die Regierung unseres Erbthums und unserer Wahl zu schützen und aufrecht zu halten."

Aus einem Brief Friedrich Hecker's vom 14. Mai d. J.

Bewundern Sie die Kraft und Machtentfaltung unserer republikanischen Institutionen. Ohne Waffen, ohne Heer, knapp an Geld, getheilt im Norden, Verrath und Verschwörung daselbst aller Arten. Den europäischen Mächten zum Trotze haben wir die colossalste Rebellion, die je über die Weltbühne schritt, niedergeworfen, das heilige Paladium der Freiheit von dem schwarzen Schand- und Blutfleck gereinigt, den Moloch der Sklaverei erwürgt; und die Sterne und Streife flattern rein und frei hoch am Maste, über den Bajonetten unserer wettergebräunten, stahlharten Veteranen und den Thürmen des Landes. Mit welcher Gelassenheit und Opferwilligkeit gab das Volk seine Kinder und sein Geld, wie freudig trägt es die gewaltige Steuerlast, und was steuerte es noch freiwillig in den manichfaltigsten Sammlungen für die Krieger im Felde, die Kranken im Lazarethe, die Krüppel daheim, die Frauen, Wittwen und Waisen. Halte ich die knauserischen Schleswig-Holstein-Sammlungen gegen die Millionen, welche freiwillig und rasch nur in den vier Sammlungen zu Newyork, Boston, Chicago und St. Louis gesteuert wurden, bedenke ich, daß ursprünglich nur ein Theil des nördlichen Volkes den Riesenkampf trug, wie kleinlich erscheinen, gegenüber diesem Kampf um die Freiheit und Befreiung der Unterdrückten, der Verachteten, dieses Vereineln, Schießen, Singen und Tanzen. Wir sind aus diesem furchtbaren Kampfe hervorgegangen als ein mächtiges Kriegervolk zu Land und zu Meer. Unsere Industrie hat sich in gewaltigem Maße entwickelt, Erfindungen, welche es ermöglichten, durch Greise und Knaben die Erzeugnisse der Urproduktion zu vermehren, während wir mit unseren Söhnen die Schlachten schlugen, folgten in rascher Aufeinanderfolge, und wir dürfen mit Stolz, wie vormals die Römer, das gewuchtige Wort aussprechen: „Ich bin ein Amerikaner!"

Verkennen Sie die Tragweite dieses Sieges republikanischer Institutionen nicht. Als Lincoln so schändlich ermordet war, besuchten mich sofort zwei Freunde, die besorgt waren um die Zukunft, da der Mord in der höchsten Krisis begangen wurde. „Das Volk lebt noch, das Volk ist nicht ermordet; seid unbesorgt um die Zukunft." Und so ist's gekommen. Welche Erschütterungen würde ein solcher Fall in Staa-

ten und Stätchen anderwärts hervorgerufen haben inmitten einer Krisis? Bedenken Sie nur, daß unsere Geldproduktion allein sich auf 60—68 Millionen beläuft, also allein unsere Staatsausgaben deckt, folglich Zölle und Steuern zur Verzinsung, Tilgung der Staatsschuld weit hinreichend sind. Und welche Reichthumsquellen in Petroleum. Rechnen Sie gefälligst die Staatsschulden Oesterreichs, Englands, Frankreichs und Italiens, von anderen Staaten und Stätchen nicht zu reden, zusammen, betrachten Sie die durch vieltausendjährige Cultur ausgebeuteten Hülfsquellen und vergleichen Sie damit diesen jungfräulichen Boden, wo die freie Thätigkeit des Einzelnen in schrankenloser Freiheit sich entfalten kann, heute im Gewühle von New-York, übermorgen in den wilden Thälern des Alleghany's, bald in den rauhen Fluren und unerschöpflichen Kohlenlagern des Mississippibeckens, oder den Gold- und Silberbetten Idaho's, Nevada's, auf und ab den Mississippi, den Columbia, den Rio Grande. Ich begreife den Haß der Aristokratie Europa's, ich begreife ihn; denn ich kenne den kecken Muth, das unerschütterliche Selbstvertrauen, die Lust an aller Wagniß unserer Jungen, und seit der Dampf die Oceane verbindet, ist Großbritannien keine Insel mehr, es ist dem Festlande annectirt.

Die Armee wird nun bis auf 160,000 Mann entlassen. Glauben Sie nur, sind erst die wetterbraunen Gesellen wieder zwei Monate daheim, mit wildem Hurrah griffen sie wieder zum Schwerte, gegen wen es auch sei. Und diese Männer sind nicht nach erschöpfendem Marsch beim Bauer, beim Städter einquartiert worden. Sie haben ein Bivouacleben der härtesten Art durchlebt. Im strömenden Regen, durch Sumpf und Wald und Fluß, haben sie sich heute Abend am Feuer hingelegt, ihre karge Ration verzehrt, und schon 4 bis 5 Uhr des folgenden Morgens bliesen die Hörner und rollten die Trommeln zum Aufbruch. Das ist ein Kriegsvolk wie kein anderes. „Bin bei Düppel mitgewesen", ist ein rühmendes Wort. Mein Gott, wenn die Herren erst wüßten, wo wir Alle dabei gewesen! Nehmen Sie mein 82. Illinois-Regiment und was auf seinen Fahnen steht.

Leben Sie wohl!

Socialer Theil.

Einige Worte über die Arbeit der Frauen im Allgemeinen und über Frauenarbeiten im Besonderen.

Bericht für den dritten Vereinstag von Moritz Müller.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine hat mich ersucht, das Referat über Frauenarbeit auf dem nächsten deutschen Arbeitertag zu übernehmen, und so will ich hiermit in diesem Aufsatz meine Meinung im Voraus aussprechen, da ich nicht weiß, ob ich jener Versammlung persönlich anwohnen kann. Die Wichtigkeit dieser Frage hat schon Reus aus Nürnberg in Frankfurt ausgesprochen; man lese den Schluß des Berichtes vom ersten Vereinstage.

In neuerer Zeit war es meine Aufgabe zu beweisen, daß es für die Frauen kein anderes Losungswort geben könne, als wie für die Männer, nämlich:

Bildung, Arbeit und vereinte Thätigkeit.

Es wäre nun somit eigentlich nicht viel weiter darüber zu sagen, denn was Bildung, Arbeit und vereinte Thätigkeit bedeutet, sollten die Arbeiter nun wohl wissen, da ja in den Vereinen schon so viel darüber geschrieben und gesprochen wurde. Ich denke jedoch, das was ich heute erwähne, sollte nicht überflüssig sein.

Die wahre Bildung veredelt auch den Begriff der Arbeit immer mehr. Je roher die Zeiten und Verhältnisse, desto mehr bedeutet auch die Arbeit nichts weiter als auf Zwang beruhende, gedankenlose, thierische Anstrengung. Wer nicht muß, der arbeitet nicht, und wer arbeiten muß, der ist verachtet. Aber so wie die menschliche Arbeit sich auch mehr zur Denkarbeit erhebt, so wie der Mensch mehr Herrschaft über die Natur gewinnt, so wie sich die Bildung verallgemeinert, veredelt sich auch die Arbeit und steigert sich die Achtung für die so arbeitende Welt. Ist doch jede menschliche Fähigkeit eigenthümlicher Art, und jeder, welcher sie in der rechten Weise ausbildet, sollte geachtet sein. Vernünftiger Weise sollte nichts mehr schänden als der Müssiggang und der unverdiente Lohn, der sichs von Anderer Arbeit wohl sein läßt.

Aber so weit sind wir noch lange nicht. Solcher Art Herren und Frauen, die derartig faullenzen und denen die Arbeit des Volkes unverdienter Weise zu gut kömmt, laufen noch zu hunderttausenden herum! Aber wo dies im Uebermaße geschieht, wird man auch finden, daß es da noch sehr viele solcher Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, deren Arbeit sich nicht über die gewöhnliche Lastthierarbeit erhebt. Und wo wir nun solche Merkmale, sei es mehr oder weniger, gewahr werden, nämlich wo das müssiggängerische Wohlsein der einen Klasse der thierischen Arbeitsanstrengung der anderen Klasse gegenüber steht, da ist es für Jeden eine Mahnung an noch zu thuende Arbeit in unserem Sinne, denn da herrscht noch mehr oder weniger Sklaverei oder Gewaltherrschaft. Aber je mehr die Freiheit vorherrscht, desto mehr finden wir, daß die menschliche Arbeit geistiger Natur ist. Menschenarbeit bedeutet hauptsächlich die Herrschaft, welche der denkende Geist über die an die Materie gebannte Naturkraft ausübt. Ein immer größerer Theil der Naturkraft, die nach blinden Gesetzen blind wirkt, bald planlos zerstört oder schafft, bald unbenützt daliegt, muß nun in Zukunft durch die rechte Arbeit immer reicher den bewußten Zwecken des Geistes dienen, und dies fördert immer mehr die Wohlfahrt der Menschen.

Aber leider sehen wir in Bezug dieses Fortschritts wie er sein soll, oft das Nächstliegende nicht, und wenn nun die besagten allgemeinen Bemerkungen dem ganzen Geschlecht gelten, finden wir, daß bei allem Vorwärtsschreiten der Männer, ein Theil der Menschheit, die Frauen nämlich, nicht mit gleichen Schritt hält.

Während wir uns in unseren civilisirten Ländern der Bestrebung für die Freiheit rühmen, bedarf es für den gesunden Menschenverstand keiner besonderen Gelehrsamkeit, um zu finden, daß in der Frauenwelt auch noch eine gewisse Sklaverei herrscht, welche die Arbeit, Gesinnung, Sitte und den Charakter verdirbt, und noch nicht den vollen Anspruch auf wahre Bildung machen kann. Oder ist es unter Anderem nicht Thatsache, daß viele Männer und Frauen eine Schande darin finden, wenn ihr Töchterchen arbeiten müßte?! — Ja, sehen wir selbst in die sogenannten höchsten und gebildeten Kreise, so müssen wie bei genauer Beobachtung doch oft fragen, was ist das Weib dieses Mannes anders als eine Art Sklavin oder Leibeigene — trotzdem, daß sie wohlgenährt und im schönsten Aufputz ist? — Und die arme Arbeiterin, die unter dieser wieder steht? — Oder — sollen wir die Misère der Fabrikbevölkerung schildern? Zwar zeigt der Herr der Arbeiterinnen, wenn man auf gewisse Krebsschäden in dieser Welt hinweist, oft lächelnd auf einen guten Lohn, den er bezahlt (im Fall dies wirklich der Fall ist); — als wenn das genügend wäre, als wenn der Mensch nichts weiter bedürfte als sein Leben zu fristen und hier und da zur Abwechslung einen sinnlichen Rausch zu genießen? —

Darum fragen wir die Erfahrung und Wissenschaft, ob ein großer Theil der Uebel nicht auch dadurch mitentstand, weil die Menschheit die Eigenthümlichkeit der weiblichen Menschenhälfte nicht genug schätzte und ob nicht eine Menge Fehler begangen wurden? Wir wollen ein wenig zu erörtern suchen, was uns Vernunft und Erfahrung in Bezug der noch zu thuenden Arbeit der Frauen im Allgemeinen und der Frauenarbeiten im Besonderen lehrt.

Sehen wir auf die rückständigsten Stufen der Menschheit, so finden wir, daß auch das Weib die schwersten Arbeiten wie ein Lastthier verrichten mußte, ganz abgesehen davon, daß ihr noch die Kinderlast zufiel, die sie ja zu Zeiten ganz hilflos macht. Die rohe Gewalt des Mannes war Meister, wie sie es oft noch ist. Wir finden in jenen Ländern, wo die Frauen noch die gröbsten Arbeiten verrichten mußten, auch den Standpunkt des Mannes auf einer noch sehr niederen Stufe, trotz seiner großen Herrschaft über das Weib, oder vielmehr weil er diese Herrschaft, die auf rohe Gewalt gegründet war, besaß. Denn sobald das Weib nicht mehr als Sklavin oder als Magd des Mannes dient, sobald sie Genossin desselben wird, beginnt auch für den Mann eine neue Aera.

(Fortsetzung folgt.)

Ueber die beabsichtigte Arbeiter-Industrie-Ausstellung in Wien

schreibt die „Neue freie Presse": „Nachdem die Frage zur Sprache gekommen ist, ob es nicht zweckmäßig sei, eine Arbeiter-Industrie-Ausstellung mit der im Mai künftigen Jahres im Prater stattfinden sollenden großen land- und forstwirthschaftlichen Ausstellung zu verbinden, und daher derzeit von der Ausführung einer Arbeiter-Industrie-Ausstellung — welche in den Localitäten der k. k. Gartenbau-Gesellschaft ihren Platz finden sollte — Umgang zu nehmen, erlauben wir uns Nachstehendes zu bemerken.

Die Arbeiter-Industrie-Ausstellung ist eine sozusagen ganz neue Art Ausstellung, welche sich objectiv und subjectiv, d. h. sowohl durch die Gegenstände, welche in derselben zur Anschauung gebracht werden können, als durch die Personen, welche in derselben ausstellen dürfen, von allen anderen Ausstellungen (die sogenannten Welt-Ausstellungen selbstverständlich ausgenommen) strenge unterscheidet, und eben deshalb nur als solche für sich stattfinden kann.

Die Verbindung (d. h. die gleichzeitige und gleichörtliche) einer Arbeiter-Industrie-Ausstellung mit irgend einer anderen, sei es eine landwirthschaftliche, sei es eine industrielle und dergleichen, würde offenbar dem Zwecke der Arbeiter-Industrie-Ausstellung geradezu widersprechen.

Während die bisherigen Ausstellungen den Zweck hatten, das Vorzüglichste, das Beste zur Ausstellung zu bringen, z. B. von Maschinen, von Industrie-Erzeugnissen u. s. w., und zwar ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit der hervorbringenden Kräfte, wird bei der Arbeiter-Industrie-Ausstellung die Persönlichkeit des Ausstellenden, z. B. dessen Alter, rücksichtlich dessen Jugend, dann ob derselbe eine besondere Vorbildung genoß oder außer seiner eigentlichen Beschäftigung aus besonderer Vorliebe, aus innerem Drange etwas verfertigte u. s. w. berücksichtigt.

Während daher die gewöhnlichen Ausstellungen vor Allem die Sache und den Betrieb im Auge haben, berücksichtigt die Arbeiter-Industrie-Ausstellung die Person und deren Talent.

Während bei den bisherigen Ausstellungen (sollen sie nicht ein gewöhnlicher Markt, nicht eine bloße Anhäufung verschiedenartiger Erzeugnisse sein) der einzelne Gegenstand eine Bedeutung haben, sich vor Aehnlichem auszeichnen muß, während hiebei selbstverständlich auf die Art und Weise, wie derselbe hervorgebracht wurde (ob durch Einzelne, ob durch Association, ob durch Handarbeit, ob durch Maschinen, ob durch Dampfkraft), ist die Arbeiter-Industrie-Ausstellung auf die Selbstproduction des Individuums beschränkt.

Wir hegen die Ueberzeugung, daß demnach eine Arbeiter-Industrie-Ausstellung, soll dieselbe überhaupt ihren Zweck erreichen, nur als eine selbstständige stattfinden kann, ja nur als solche ihre Berechtigung hat.

Die Absicht der Arbeiter-Industrie-Ausstellung ist: den Erfindungsgeist der sogenannten „kleinen Leute" besonders im Handwerkerfache, und eine zweckmäßige Verwendung der freien Stunden des Arbeiters anzuregen.

Es hat dieselbe somit, wenn man so sagen darf, einen materiellen Nutzen und eine moralische Bedeutung.

Der Einwurf, daß einer solchen Ausstellung in der nächsten Zeit der Mangel an Vorbereitung von Seite der Aussteller (rücksichtlich der ausstellen Wollenden und hiezu Berechtigten) entgegenstehe, entbehrt jeder Berechtigung, im Gegentheil, je kürzer diese Vorbereitung, desto besser.

Die in dieser Ausstellung zur Anschauung gebrachten Gegenstände können an Werth nur gewinnen, wenn selbe das Zeugniß ablegen, daß sie nicht aus Anlaß einer lange im vorhinein angekündigten Ausstellung, nicht (ja vielleicht nur) in der Anhoffung von Preisen oder aus Speculation auf den Absatz einer Dutzendwaare angefertigt worden sind. Die Resultate einer solchen Berechnung sind (mit Rücksicht auf die vorausgeschickten Bemerkungen) nicht hoch anzuschlagen, nicht in materieller Beziehung, nicht in moralischer Hinsicht.

Auf Eines möchten wir aber Jene, welche (wenngleich in nicht zu verkennender wohlmeinender Absicht) die Verbindung einer Arbeiter-Industrie-Ausstellung mit irgend einer anderen befürworten, aufmerksam machen: auf das Interesse des Ausstellers, auf das Interesse des Publikums. Während (wie die jüngst in London wiederholt stattgefundenen Ausstellungen

darthun*) bisher bei denselben die Kunst wie die Industrie und das Handwerk vertreten waren, so würde die Betheiligung (falls überhaupt irgend eine stattfände) wohl nur eine sehr geringe sein, wenn gleichzeitig auch Gegenstände zur Ausstellung kämen, die größtentheils nicht die **eigene** Arbeit des Ausstellers sind.

Dasselbe gilt — und vielleicht in einem noch viel höheren Maße — vom Publikum, was wohl einer weiteren Begründung nicht bedarf.

Wir können daher nur den Wunsch wiederholen, es möge bald, recht bald eine Arbeiter-Industrie-Ausstellung stattfinden.

Die beste Belehrung über Zweck und Ziel solcher Ausstellungen für Aussteller und Besucher ist eben die Ausstellung selbst, und schon darum plaidiren wir für die schleunige Veranstaltung eines ersten Versuchs.

Die deutsche Organisation

war der Name einer Organisation neueren Datums unter dem so lange wenig zusammengehaltenen deutschen Element in den Vereinigten Staaten von **Nordamerika**. Diese Organisation gewinnt jetzt immer festeren Bestand und heißt jetzt zufolge Beschlusses einer am 20. Mai zu Indianapolis abgehaltenen Convention von jetzt an „**Verein zur Verbreitung radikaler Prinzipien**“. Folgendes sind die für diesen Verein angenommenen Statuten:

§ 1. Der Verein stellt sich die Aufgabe, die Ausbreitung seiner Grundsätze in jedem Gebiet, namentlich dem religiösen, politischen und socialen, durch alle sich darbietenden Mittel, zunächst aber durch Verbreitung von Flugblättern und Schriften, zu fördern. Sein Programm ist im Allgemeinen Folgendes:

a) Auf religiösem Gebiet: Emancipation von allem Glauben, aller Autorität und aller Phantasie einer immateriellen Geisterwelt.

b) Auf politischem Gebiet: Absolute Gleichheit der Rechte aller Menschen, ohne Unterschied der Abstammung und des Geschlechts, möglichst directe Demokratie.

c) Auf socialem Gebiet: Gleiche, vom Staat Allen zu sichernde, Ausbildung der angeborenen Fähigkeiten; Schutz der Arbeit gegen Ausbeutung durch den Besitz: Staatshülfe in Fällen der **Unmöglichkeit oder Unzulänglichkeit** der Selbsthülfe.**)

Dies Programm entspricht dem bekannten Satz der Unabhängigkeits-Erklärung und der in der deutschen Revolution aufgestellten Forderung:

„Freiheit, Bildung, Wohlstand für Alle!“

§ 2. Mitglied des Vereins kann Jeder werden, der mit diesem Programm einverstanden ist und jährlich einen Beitrag von mindestens 100 Doll. zahlt. Die Unterlassung dieser Zahlung hebt die Mitgliedschaft auf. Der nächste Termin zur Erneuerung des Beitrags der bisherigen und der im Laufe dieses Jahres noch beitretenden Mitglieder beginnt und läuft ab mit dem Jahr 1866 und derselbe Termin gilt auch für die folgenden Jahre, so daß die Mitgliedschaft durch Erneuerung des Beitrags während des ersten Monats jedes Jahres gesichert wird.

§ 3. Jedes Mitglied verpflichtet sich für den Absatz der zu druckenden Schriften nach Kräften zu wirken und den Ertrag in die Vereinskasse abzuliefern. Für den bezahlten Beitrag erhält dasselbe von der in jedem Jahr zuerst publizirten Schrift mindestens **ein** Exemplar.

§ 4. Die Vereinskasse, bestehend in den Beiträgen der Mitglieder und dem Ertrag der verkauften Schriften, bildet nebst den etwa vorhandenen Drucksachen das gemeinsame Eigenthum des Vereins.

§ 5. Die Schriften können honorirt und durch Ausschreibung von Preisen beschafft werden. Die Verfasser derselben müssen, wenn sie in Amerika leben, Mitglieder des Vereins sein. Alle übrigen hierher gehörigen Bestimmungen bleiben dem Executiv-Comite überlassen.

§ 6. Die Geschäfte des Vereins werden besorgt durch ein, auf unbestimmte Zeit zu erwählendes Executiv-Comite von fünf Mitgliedern, welche nöthigenfalls an verschiedenen Orten wohnen können und berechtigt sind, eine beliebige Zahl von berathenden, nicht verantwortlichen Mitgliedern zu ernennen. Das Comite erstattet vierteljährlich einen öffentlichen Rechenschafts-Bericht über den Zustand des Vereins, dessen Wirksamkeit und Kassenbestand. Für die Kasse ist der Kassirer allein verantwortlich und hat derselbe den übrigen Mitgliedern der Executive eine ihnen genügend erscheinende Kaution zu stellen.

§ 7. Organe des Vereins sind alle radikalen Blätter, die sich für seinen Zweck interessiren; als feste Organe dienen einstweilen der „Pionier“ von Boston, die „Freie Presse“ von Indianapolis und „Unsere Zeit“ in Cincinnati.

§ 8. Da es nicht möglich ist, die Wünsche der auf weitem Gebiet zerstreut wohnenden Mitglieder in Versammlungen sich aussprechen zu lassen, so muß dazu der schriftliche Weg gewählt werden. Wenn mindestens 20 Mitglieder, sei es in einer Eingabe an das Executiv-Comite oder in einem Vereinsorgan, einen Antrag stellen, so muß derselbe zur Abstimmung, — die innerhalb vier Wochen zu erfolgen hat — publizirt werden und die Majorität der schriftlich eingehenden Namen pro und contra entscheidet über das Schicksal des Antrags.

§ 9. Wenn die Mittel es gestatten, soll es dem Executiv-Comite freistehen, gelegentlich auch durch Anstellung von Rednern die Zwecke des Vereins zu fördern.

§ 10. Der Verein als solcher ist von jeder Partei und Gemeinschaft durchaus unabhängig. Den einzelnen Mitgliedern wird die nämliche Stellung empfohlen.

Außer diesen Statuten wurde eine Reihe von Beschlüssen angenommen. Sie erklären sich für Negerstimmrecht, die Monroe-Doctrin, Religionsfreiheit und bessere Berücksichtigung der Arbeiterinteressen, sowie gegen das Institut der Präsidentschaft.

*) Die jüngste (West London Working Classes Industrial Exhibition, held at the Floral Hall, Covent Garden) wurde am 1. Mai 1865 eröffnet und soll erst am 31. Juli 1865 geschlossen werden.

**) In dieser Auffassung und Beschränkung einverstanden. D. Red.

Vermischtes.

Herr Rechtsanwalt **Holthoff** in **Berlin** hat die Redaction der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung im Auftrage des Baron **Heinrich von Fircks** aufgefordert, ihm den Namen des Verfassers zu nennen, welcher den vor der politischen Thätigkeit des genannten Barons warnenden Artikel in Nr. 122 dieses Blattes geschrieben hat, — „da er beauftragt sei, die Sache bei der Staatsanwaltschaft anhängig zu machen und um nicht in die Lage versetzt zu werden, die Redaction angreifen zu müssen.“ Die Redaction hat ihren Mitarbeiter nicht genannt, da sie bereit war, die Verantwortlichkeit für den betreffenden Artikel vor den zuständigen Coburg'schen Gerichten zu übernehmen, der **Verfasser indessen hat, sobald er von dem Verlangen des Herrn Rechtsanwalts Holthoff benachrichtigt wurde, sich diesem in einem recommandirten Schreiben vom 19. Juni Mittags 1 Uhr genannt** und ihm mitgetheilt, daß er, mit den Beweisen der Wahrheit in der Hand, seinen ferneren Schritten in dieser Sache entgegensehe. Uns gegenüber hat der Autor dieses Vorgehen, zu dem unsererseits keinerlei Aufforderung ergangen war, dadurch motivirt, daß er der Anstrengung einer Klage gegen die Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung bei einem **preußischen** Gerichtshofe und einer Verurtheilung des Blattes **in contumaciam** vorbeugen wollte, da wir voraussichtlich der Vorladung eines **preußischen** Gerichtshofes nicht Folge geleistet haben würden, so lange wir unser zuständiges Forum in Coburg-Gotha haben, eine Voraussetzung, die allerdings vollkommen richtig war. Dem Baron Heinrich von Fircks steht nunmehr die Wahl seiner gerichtlichen Schritte in der einen wie in der anderen Richtung frei.

Verschiedene Anzeigen.

Abonnements-Einladung

auf die bei C. W. Leske in Darmstadt erscheinende

Hessische Landes-Zeitung.

Organ der Fortschrittspartei.

Dieses Blatt, welches in **allen** Theilen des Großherzogthums stark verbreitet ist, kämpft für die Einigung Deutschlands durch ein deutsches Parlament mit kräftiger Centralgewalt, für die Begründung eines wahrhaft verfassungsmäßigen Lebens nach allen Richtungen hin, insbesondere in Hessen. Es liefert während der Sitzungen des Landtags **schnellste** und, je nach der Wichtigkeit, **ausführliche** Berichte über denselben und vertritt die Interessen der **Industrie** sowohl, wie die des **Handels** und der **Landwirthschaft**. Es gibt eine **vollständige**, mit der **größten Sorgfalt** aus **bester Quelle** geschöpfte **Uebersicht** der

Gerichts- und Verwaltungsanzeigen

und sucht gleichzeitig in dem mit ihm verbundenen **Feuilleton** durch **Novellen**, **Skizzen** und **Lebensbilder** aus den verschiedensten Kreisen, sowie durch **Kritiken literarischer Erzeugnisse**, durch **Theaterberichte** rc., den Wünschen seiner Leser zu entsprechen.

Ausgabe: Täglich (außer Montags). **Abonnementspreis** hier am Orte für das Vierteljahr: 2 fl. Bei allen Postämtern fl. 2. 12 kr. **Anzeigengebühr:** Die vierspaltige Petitzeile 3 kr., bei mehr als dreimaliger Aufnahme nur 2 kr.

Abonnements-Einladung

auf die

„Deutsche Gerber-Zeitung“,

das Organ des Vereins deutscher Gerber, redigirt mit Unterstützung einer Redactions-Kommission (bestehend aus Mitgliedern des deutschen Gerbervereins) vom **Vereins-Vorsitzenden F. A. Günther**. — Ihr Streben ist: die Wahrung der Vereinsinteressen, wie die der gesammten Lederindustrie, der Weißgerberei, Sattlerei, Schuhmacherei, Kürschnerei rc. Die Zeitung erscheint jeden Sonntag; das Abonnement beträgt pro Quartal innerhalb des deutschen Postvereins 20 Sgr. oder 1 Gulden Silber österr., oder 1 Gulden 10 kr. süddeutscher Währung. — Die Lederindustrie betreffende Inserate Seitens der **Abonnenten** werden, soweit es der jedesmalige Raum gestattet, gratis aufgenommen. Bestellungen auf die „Deutsche Gerber-Zeitung“ nehmen sämmtliche Postanstalten des deutschen Postvereins entgegen; für das Ausland auch der Buchhandel.

Die Expedition der „Deutschen Gerber-Zeitung“
in **Berlin, Neue Friedrichstr. Nr. 18.**

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die **siebente** Auflage, fortgeführt bis zum **Jahre** 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue **achte** Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist in der Vorbereitung begriffen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und **Vereine** erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des **freien Volksstaats**, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen **sieben Auflagen**, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für **wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit** im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 131.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 2. Juli 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Gera, Frage u. Bitte. Arbeiterfortbildungsverein in Augsburg, Einladung zum dritten Gründungsfest. Bielefeld, 2. Stiftungsfest. Das vierte Flugblatt des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstages. Anzeige aus Mainz. Aus Stuttgart, an die uns angeschlossenen Vereine. Aus Stuttgart, an die uns noch Antwort schuldenden Vereine. Stuttgart, Nachweisungsbureau für Arbeiter. Aus Cottbus, Haynichen, Glauchau, Gastspiel des Herrn Fritzsche. Gera, Faules und Frisches. Aus Gera, Erklärung und Aufforderung. — II. **Politischer Theil:** Nachträge zur Bewegung für Schleswig-Holstein oder gleiches Maaß und Gewicht in Deutschland. Politische Umschau: Preußen, wie die Liberalen in Preußen, der Handels-Courier und die Neue Frankfurterin über die preußische Zukunft denken. Zustimmungsadresse an Grabow. Wie Preußen seine Lehrer besoldet. Nürnberg, Seitengewehr. Mecklenburg-Schwerin, die Bürgerschaft Rostocks wider den Rath. Frankreich, gegen die stehenden Heere. Amerika, Davis hat sich besonnen. Explosion in Mobile. Jena, die Verhandlung über das Londoner Protokoll. III. **Socialer Theil:** Einige Worte über die Arbeit der Frauen im Allgemeinen und über Frauenarbeiten im Besonderen. Bericht für den dritten Vereinstag von Moritz Müller (Fortsetzung.) Berlin, Maurer-Gesellen. — IV. Briefkasten. V. Verschiedene Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen von jetzt an immer spätestens bis Donnerstag Abends hier sein müssen.

Vereinsangelegenheiten.

Gera, 21. Juni. Alle Arbeitervereine Deutschlands, die auch Sonntags Unterricht ertheilen dürfen, wollen gefälligst dem Unterzeichneten möglichst bald wissen lassen, in welcher Weise oder unter welchen Bedingungen dies ihnen gestattet ist. Aufschluß später! Herzlichen Gruß und Handschlag!

Der Fortbildungsverein für Handwerker &c. zu Gera.
Friedrich Hertrich, Vorsitzender.

Der **Arbeiterfortbildungsverein Augsburg** begeht am 9. Juli d. J. sein drittes Gründungsfest in den Sälen des Gasthofes zum „Mohrenkopf"; wozu er die Brudervereine, Freunde und Gönner, von Nah und Fern hiermit freundlichst einladet. Der Anfang ist auf 7 Uhr Abends festgesetzt und werden Musik, Gesang, Deklamation und Festvorträge in angenehmer Abwechselung folgen. —

Wir bitten alle diejenigen, welche uns mit freundlichem Besuche an diesem Feste zu beehren gedenken, rechtzeitige Anmeldung zu machen (bis zum 6. Juli), auf daß wir sie würdig empfangen und entsprechendes Unterkommen ihnen verschaffen können.

Der Arbeiterfortbildungsverein Augsburg.
Aug. Scharff, I. Vorstand.

Bielefeld, 26. Juni. Am Sonntag, den 2. Juli, feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein zweites Stiftungsfest auf dem schönen Johannisberge. Wir laden zu diesem Feste alle Brüder und Vereinsgenossen hiermit freundlichst und ergebenst ein, und zeichnen mit Brudergruß und Handschlag.

Der Arbeiterbildungsverein.

Das vierte Flugblatt des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstags,

enthält außer einer politischen Wochenschau den nachstehenden, vom Ausschußmitglied **Staudinger** in Nürnberg verfaßter Bericht für den bevorstehenden Vereinstag über den „Vorschlag zur Association der Sparvereine innerhalb der deutschen Arbeitervereine." Der Bericht lautet wie folgt:

„Die Geschichte aller Zeiten und Branchen lehrt uns den hohen Werth und die große Bedeutung des Prinzips der Verbrüderung durch Selbsthülfe erkennen; es ist zwar in dieser Beziehung schon manches Ersprießliche geleistet worden, allein noch viel bleibt zu thun übrig. Man kann bestimmt, ohne sanguinisch zu sein, auch einen großen Fortschritt im Princip der Selbsthülfe erblicken, wenn eine Verbindung aller Spar-Vereine durch alle Arbeiter-Vereine Deutschlands und allenfalls der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz herbeigeführt würde. Es würde wohlthätig für den Arbeiterstand wirken, da dadurch die Möglichkeit zur Organisation des Credits geboten wäre. Es könnte im Laufe der Zeit Consum-, Produktiv- und Wohnungs-Vereinen helfend unter die Arme gegriffen werden und der wandernde Arbeiter würde nicht nöthig haben, sein erspartes Eigenthum im Baaren bei sich führen zu müssen, er würde überhaupt die Gefahr einer Eigenthums-Beschädigung überhoben sein. Reist z. B. ein Mitglied nach einer andern Stadt, so wird ihm sein Quittungsbuch gleich einem Creditbrief ausgefertigt, ist es in einer andern Stadt angelangt, wo es in Arbeit treten wird, so kann es dort seine Einlagen fortsetzen; findet es keine Beschäftigung, so kann ihm ein Vorschuß im Verhältniß zu seinem Guthaben gewährt werden, was bei nächster Gelegenheit wieder abgetragen, sowie die Einlage fortgesetzt werden kann; zugleich könnten damit auch Arbeitsnachweise-Bureaus errichtet werden. Es ist nicht zu verkennen, daß eine derartige Einrichtung einen bedeutenden Einfluß auf die Person wie auf das Prinzip zur Geltung bringen würde; da ein solches Quittungsbuch eine bessere Empfehlung wäre, als alle die amtlich beglaubigten Zeugnisse, weil sich dadurch Fleiß und Geschicklichkeit nebst Solidität am Besten ausweisen.

Um diese Einrichtung praktisch durchführen zu können, werden folgende Punkte ins Auge gefaßt werden müssen;

1) Ertheilung einer General-Vollmacht an die Vorstandschaft.
2) Strenge Controlle durch die Arbeitervereine.
3) Einrichtung gleichmäßiger Bücher.
4) Anlegung gegenseitiger Contos und halbjährige Abrechnung.
5) Gegenseitiger Austausch der Handschriften der Vorstandsmitglieder und bei dem Wechsel derselben.
6) Bei Abreise eines Mitgliedes ist das Quittungsbuch vollständig abzuschließen, zu quittiren und anzuweisen, mit Vereins-Siegel und Namensunterschrift des Vorstandes und des Kassiers zu versehen.
7) Hat das Mitglied nach geschehener Ausfertigung des Quittungsbuches seine eigene Handschrift dem Bide beizusetzen, theils zur Bestätigung der Richtigkeit der Rechnung, anderntheils zur Beglaubigung über die Ausweisung des Inhabers, da, wenn derselbe irgend einen Vorschuß auf sein Guthaben in Empfang nehmen will, mit seiner Handschrift die Rechtheit seiner Person zu dokumentiren hat.
8) Alle mittheilenswerthen Ereignisse der einzelnen Vereine sollen schnellstens im Vereinsorgan bekannt gegeben werden.
9) Jeder Verein, der dieser Vereinigung beitritt, hat seine Vermögensverhältnisse, Stand der Mitglieder und Zeit seines Bestehens gewissenhaft bei dem Centralcomité anzugeben.
10) Das Centralcomité besteht aus dem ständigen Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine und bildet eine eigene Abtheilung desselben."

Zugleich hat der ständige Ausschuß dem Flugblatt eine längere Erklärung, (12 Seiten) über die Differenz in Betreff der Arbeiterzeitung beigelegt. Die Erklärung, aus der Feder des Ausschußmitglied's Dr. Lange aus Duisburg ist mit dem anerkennenswerthen Bestreben geschrieben, die Sache möglichst objectiv darzulegen. Ein Nachwort des Herrn Vorsitzenden des ständigen Ausschusses läßt dagegen diese objective Haltung schon wieder vermissen, spricht in unverkennbarer Gereiztheit von „Denunziation" u. dgl. und fühlt sich besonders dadurch verletzt, daß in der Arbeiterzeitung auf die Kosten der Flugblätter hingewiesen ist, welche umgangen werden könnten, da die Arbeiterzeitung die Kundgebungen und Berichte des ständigen Ausschusses ohnehin schon unverändert abdrucke.

Hätten wir damals schon gewußt, daß der ständige Ausschuß Aussicht auf fernere anderweitige pecuniäre Unterstützung hat, die ihm hoffentlich auch diesmal nicht versagt werden wird, so würde jenes Bedenken in Betreff des Kostenpunktes von uns gar nicht geäußert worden sein, da mit dem in Aussicht stehenden Zuschuß reichliche Deckung auch für diese Flugblätter erlangt wird. — Zu der Denkschrift haben wir nach erster Durchsicht vorläufig Folgendes zu erinnern.

1) Es ist weder erwähnt, noch motivirt, daß und warum unser Verleger zu der entscheidenden Ausschuß-

sitzung vom 19. März d. Js. nicht zugezogen worden ist, obwohl er früher, im Interesse allseitiger Verständigung den Wunsch hiernach ausgesprochen hatte, der um so leichter zu erfüllen war, als vorausgehend die Ausschußmitglieder bereits Gelegenheit erhalten hatten, die Sache untereinander vertraulich zu berathen und sie auch berathen hatten. Diese mündliche Besprechung hätte im Voraus jedes Mißverständniß beseitigen müssen und beseitigt; warum dem desfallsigen ausdrücklichen Wunsch unseres Verlegers nicht entsprochen worden ist, ist unaufgeklärt, und jedenfalls nicht seine Schuld und ist er für die daraus dann gefolgten Mißverständnisse nicht verantwortlich. An den Herrn Vorsitzenden des ständigen Ausschusses hat sich unser Verleger übrigens damals überhaupt nur gewendet, weil von vielen Vereinen auf den Ausschuß hingewiesen und direct und indirect dazu aufgefordert wurde; er hat dies gethan, weil er es hiernach der Sache schuldig zu sein glaubte. Dann aber, nachdem er bereits Jahre lang für die gemeinsame Sache mit der freudigsten Bereitwilligkeit mindestens ebenso große Opfer gebracht hat, — nicht etwa als Bittsteller, sondern als der Gleiche an die Gleichen und in der Hoffnung, das Organ der Arbeiter nicht blos zu erhalten, sondern im alleinigen Interesse der Arbeiter und zum alleinigen Nutzen der Sache mit Hülfe des ständigen Ausschusses **wesentlich zu vervollkommnen**. Darauf waren seine ganzen Darlegungen gerichtet und die völlige Verkennung dieses Standpunktes, des persönlichen wie des sachlichen, ist die Quelle der nachgefolgten Irrungen geworden, die aber bei auch nur einer einzigen rechtzeitigen mündlichen Besprechung durch gegenseitige Verständigung damals recht wohl im Voraus vollständig hätten vermieden werden können.

2) Es ist in der Denkschrift zwar erwähnt, daß unser Verleger sich zur regelmäßigen Aufnahme aller Bekanntmachungen, Berichte und Kundgebungen des Ausschusses bereit erklärt hat, es ist aber **nicht** erwähnt, daß die officiellen Actenstücke des Ausschusses auch stets unverändert in der Arbeiterzeitung abgedruckt worden sind, daß also dem Ausschuß hierin keinerlei Anlaß zur Beschwerde oder zu der Befürchtung einer Abweichung von diesem Brauch gegeben worden ist.

3) Es ist ein in der Denkschrift sich wiederholender Irrthum, gegen den wir übrigens auch früher bereits ausdrücklich verwahrt haben, daß von der Redaction oder von dem Verleger unseres Blattes (während der ganzen Differenz) der Ausschuß als solcher angegriffen worden wäre. Zwischen unseren Aeußerungen und der gegentheiligen Auffassung ist ein wesentlicher Unterschied.

4) Es ist in der Erklärungsschrift bemerkt, daß die Arbeiterzeitung weniger ausschließlich gegen andere Standpunkte sein sollte. Ist damit die Ausschließlichkeit gemeint, gegen Standpunkte, die **rückwärts** liegen, so lassen wir den Vorwurf, wenn es einer sein kann, gelten; nicht aber gegenüber von Standpunkten, die weiter nach **vorwärts** liegen, von denen uns mit Grund sicher nicht der Vorwurf einseitiger Ausschließlichkeit gemacht werden kann, die wir für ein Blatt, welches aufrichtig dem politischen und socialen Fortschritt dient, für eine unbegreifliche Verkehrtheit halten würden, so daß wir sogar der vollen Ueberzeugung sind, daß die Arbeiterbildungsvereine nicht im Stande sein werden, die sociale Aufgabe der ganzen Arbeiterbewegung zu erfüllen, wenn sie nicht, das Wahre von dem Falschen scheidend, die wahren und guten Ideen, welche bei richtigem Verständniß und rechter Selbstbeschränkung z. B. auch in den Lassalle'schen Bestrebungen liegen, sich zu eigen machen und danach bei ihren Bestrebungen sich richten. Am wenigsten gerechtfertigt aber würde dieser Vorwurf von Seiten des Herrn Verfassers der Denkschrift sein.

Was von unserer Seite und von Seiten unseres Verlegers zu einer gerechten und für beide Theile ehrenhaften Ausgleichung der Differenzen geschehen kann, ist, wie aus unserer Nr. 129 ersichtlich, geschehen und wird, soweit im Interesse der Sache erforderlich auch ferner geschehen. Von persönlichen Motiven wissen wir, die Redaction wie unser Verleger, uns auch in dieser Sache vollkommen frei und bürgt dafür ein mehr als zwanzigjähriges und noch immer fortdauerndes opfervolles und von jeglichen persönlichen Ansprüchen freies Wirken für die Sache der Freiheit und des politischen und socialen Fortschritts. Steht man, wie wir nicht zweifeln, auf Seiten des ständigen Ausschusses allseitig in derselben Weise auf der Höhe des alleinigen Interesses der Sache, so kann persönliche Gereiztheit ferner nicht mehr möglich sein und fällt die ganze Differenz damit in sich selbst zusammen.

Das Flugblatt bringt ferner die folgende Anzeige:

Zur Vermeidung von allen Irrthümern ersuchen wir alle Arbeiterbildungsvereine, so wie Private, Buchhändler &c., welche an uns Briefe, Papiere, Broschüren, Bücher, Zeitschriften, Flugblätter &c. &c. zu senden haben, gefälligst mit der Adresse:

J. B. Dunkel, Präsident des Arbeiter-Bildungsvereins in Mainz

der Post aufzugeben.

Der Vorstand
des Arbeiterbildungsvereins in Mainz.

An die uns angeschlossenen Vereine! *)

Liebe Kollegen!

Bis jetzt haben 16 Vereine, in der Mehrzahl Hauptvereine, den in unserem Aufruf vom 16. Mai 1865 enthaltenen Vorschlägen zur Hebung und Kräftigung unseres Vereinswesens zugestimmt.

Damit wir nun weitere Schritte thun können, bitten wir Euch, sowie Diejenigen, welche uns weiter zuzustimmen beabsichtigen, binnen 8 Tagen folgende Fragen zu beantworten, welche wohl alle Ausschuß-Mitglieder beantworten können, ohne vorher eine Versammlung zu veranlassen:

1) Wann und wo soll endlich nach langer Zeit einmal wieder der erste Vereinstag stattfinden?

Wir unsererseits schlagen **Heidelberg** oder **Stuttgart** selbst vor, weil wir so ziemlich den Mittelpunkt wählen müssen, der entfernteren Kasseler und Münchener wegen.

Zeit des Vereinstags wo möglich schon kommenden Monat oder längstens anfangs August. Stimmenmehrheit ist gültig und wir werden dann sogleich Zeit und Ort des Vereinstags, Mitgliederzahl und Namen der Vereine, Tagesordnung, sowie alle weiteren Vereinsangelegenheiten in der Arbeiter-Zeitung kund geben. Betreffs letzterer fragen wir

2) Wie steht es mit dem Abonnement auf dieselbe?

Wir bitten Diejenigen, die es noch nicht gethan, sich doch bis zum 1. Juli zu abonniren, denn dies ist das einzige Mittel unserer zweckdienlichen Verständigung; es wird gewiß kein Verein zu abonniren unterlassen, sonst wäre unsere Sache, schon der vielen Schreiberei wegen, nicht ausführbar.

Alles Andere sind ja bloß Berathungspunkte unsererseits, wie sie ja jeder Verein auch nach seinen Verhältnissen durch seine Abgeordneten bringen kann und zu bringen hat.

Wir wünschen nur noch, daß Ihr auch tüchtige Vertreter schicken möget, damit gute Beschlüsse gefaßt werden können und unser Bestreben gelingen möge, denn „Jetzt oder nie" sei unser Losungswort, somit gelobet mit uns:

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern;
Uns trennen nicht in Noth und in Gefahr." —

Mit deutschem Brudergruß und Handschlag.

Stuttgart, den 24. Juni 1865.

Namens des Cigarrenarbeiter-Unterstützungs-Vereins:

Schriftführer: **K. Frey.** Vorstand: **Franz Leib.**

An die uns noch Antwort schuldenden Vereine!

Liebe Kollegen!

Da es bis jetzt nur noch einzelne Vereine sind, die uns Ihren Beitritt noch nicht erklärt haben, so bitten wir hiermit nochmals, unsern Aufruf, den wir Euch schriftlich und gedruckt zugesandt haben, reiflich zu prüfen, und uns beizutreten, denn es bringt doch heutzutage weder Ruhm noch Ehre, so ganz phlegmatisch allein zu stehen, und zu den Schläfern zu gehören. Ueberhaupt will unsere Zeit Fortschritt, sie duldet keinen Stillstand; also wollen auch wir diese Zeit benützen und Gebrauch davon machen! Aber einzeln können wir nie einen Zweck erreichen. Einzeln sind die Starken schwach, aber einig, sind die Schwachen stark. Deßhalb bitten wir Euch nochmals, schließt Euch an, an das große Ganze, das wir bilden wollen. Wir meinen es mit dieser Mahnung gut, denn wir möchten nicht, daß es euch später gereuen sollte, den Weg des Gemeinwohls, der allein zum Ziele führt, nicht gemeinschaftlich gebahnt zu haben. Ihr seid zwar frei und ungebunden (d. h. was die Wahl anbelangt, ob Ihr Euch anschließen wollt oder nicht), deßhalb bitten wir Euch nochmals, uns innerhalb acht Tagen zu antworten, damit wir länger nicht aufgehalten sind. Schließlich möchten wir Euch noch Deutschlands größtes Dichterwort zurufen: Seid einig! einig! einig!

Mit freundlichem Brudergruß und Handschlag

Stuttgart, 24. Juni 1865.

Im Namen des Vereins:

Der Schriftführer: **Karl Frey.** Der derzeitige Vorstand: **Franz Leib.**

*) Wie die obige, so werden wir auch Ihre ferneren Bekanntmachungen gern aufnehmen. D. Red.

Stuttgart, 29. Juni. Mitte Juli wird das vom hiesigen Arbeiterbildungsverein ins Leben gerufene „**Büreau für Arbeit-Nachweis**", in der schmalen Straße Nr. 11, seine Thätigkeit beginnen.

Da die Leitung des Büreaus durch einen Ausschuß geschieht, der zur Hälfte vom hiesigen Arbeiterbildungsverein, zur Hälfte vom Gewerbeverein gewählt ist; da ferner von den Arbeitern eines jeden Gewerbes besondere Controleure gewählt werden, so ist jede Sicherheit geboten, daß stets die strengste Unparteilichkeit eingehalten und daß nichts versäumt werden wird, um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Für die hier zureisenden Arbeiter wird die neue Anstalt von großem Nutzen sein, indem sie hier sogleich erfahren können, ob und wo Arbeit für sie vorhanden ist, während bisher vielfach das beschwerliche und zeitraubende Umfragen bei den Meistern noch erforderlich war. Für die Benutzung des Büreaus für Arbeits-Nachweis wird von den Arbeitern nur die gewiß mäßige Gebühr von 3 Kreuzern verlangt und zwar nur in dem Falle, wo der Betreffende hier wirklich Anstellung gefunden hat.

Indem wir dies zur Kenntniß aller Brudervereine bringen, bitten wir sie zugleich für möglichste Bekanntmachung in ihren Kreisen zu sorgen, und laden ihre Mitglieder sowohl, wie alle übrigen hierher reisenden Arbeiter ein, unsere neugegründete Anstalt recht zahlreich zu besuchen.

Im Namen des Stuttgarter Arb.-Bild.-Ver.
Der Ausschuß.

Cottbus, 23. Juni 1865. Unser Arbeiter-Fortbildungsverein zeigt seit dem Beginne der schönen Jahreszeit eine weniger lebhafte Betheiligung als im Winter, und mag auch wohl die Gleichgültigkeit des Arbeiterstandes gegen seine einige Sache einen nachtheiligen Einfluß üben.

Herr Dr. th. Schrader aus Holzhausen sprach am 17. v. M. über die Arbeiterfrage und beantwortete am Schlusse mehrere Fragen aus dem Fragekasten. Es ist für Cottbus bezeichnend, daß fremde Gelehrte dem Vereine dienen, während sich die hiesige Gelehrtenwelt spröde gegen den Verein verhält.

Anfangs nächsten Monats wird der Verein das von ihm gemiethete Local (Roßstraße, im Boydischen Garten, nahe am Berliner Thore) beziehen, was hiermit unseren Brudervereinen kund gegeben sein möge. Es läßt sich wohl erwarten, daß dann der Verein in den für ihn ausschließlich zur Verfügung stehenden Lokalitäten seinen Arbeiten wird besser nachgehen können als bisher.

Die hiesige freireligiöse Gemeinde hatte an den Verein das Ansuchen gestellt, ihr das Local zur Abhaltung von Versammlungen zu überlassen, ohne jedoch den Verein sonst zu stören. Dieser Antrag, womit noch ein finanzieller Vortheil verknüpft war, mußte 3 mal zur Debatte gestellt werden und wurde schließlich angenommen. Eine oppositionelle Minorität suchte geltend zu machen, daß dies Verfahren dem Vereine nur nachtheilig sein könne, da die freie Gemeinde im Publikum zu viele Feinde habe und würde dann die feindliche Gesinnung noch mehr auf den Verein übertragen werden. Man müsse den herrschenden Vorurtheilen mit solchem Vorgehen nicht so schroff entgegentreten u. s. w. Zu beachten ist, daß der Verein aus der freien Gemeinde hervorgegangen ist und letztere fast gänzlich in ihren Mitgliedern im Verein vertreten ist. Nach Annahme des betreffenden Antrags legten zwei Vorstandsmitglieder, von der Opposition, das Amt nieder, nahmen aber ihre Erklärung zurück, als die freie Gemeinde, sich durch das feindliche Entgegentreten verletzt fühlend, ihren Antrag zurückzog.

Ein Verein, der dem vernünftigen Fortschritt huldigen will, hat wohl die heilige Verpflichtung, Vorurtheilen, die eben nur einseitige Menschen und das dem Fortschritt feindliche Spießbürgerthum hegen, mit **vernünftigen** Handlungen auf den Kopf zu treten. Vorurtheile sind nur dazu da, um abgeschafft zu werden.

Der jüngst gewählte zweite Vorsitzende Hr. Maurermeister Thiele, zu der eben bezeichneten Opposition gehörend, lehnte die Wahl ab und erklärte, mit dem ersten Vorsitzenden nicht zusammen wirken zu können, da er mit dessen Anschauungen und Tendenzen nicht einverstanden sei und auch den vom Verein eingeschlagenen Weg als unrichtig bezeichnen müsse. Der erste Vorsitzende legte hierauf sein Amt nieder und erklärte, dem Verein nicht hinderlich in seiner Entwickelung sein zu wollen. Es wurden dann gewählt zum ersten Vorsitzenden Hr. Maurermeister Thiele und zum zweiten Hr. Photograph Anforge.

Wünschen kann man aufrichtig, daß nun unter der neuen Leitung der Verein zu Kräften komme und daß die Bevölkerung von Cottbus sich die Sache mehr angelegen sein lasse. Zu bedauern wäre aber, wenn der Verein in die Bahnen so mancher Handwerkervereine einschlüge, die nur höchst einseitig das Ziel verfolgen.

Der aus dem Arbeiter-Verein hervorgegangene Consum-Verein besteht beinahe 3 Monate, konnte aber zu einem rechten Aufblühen noch nicht gelangen. Ob vielleicht auf die gegen alle wichtigen Fragen gleichgültigen Cottbuser der **Krebs** im Stadtwappen Einfluß haben mag?

Haynichen, 19. Juni. Dem Beispiele vieler anderer Orte unseres deutschen Vaterlandes folgend, haben es auch hier sich einige Männer angelegen sein lassen, einen **Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein** ins Leben zu rufen, welcher sich in sehr kurzer Zeit einer regen Betheiligung erfreut.

Der Verein constituirte sich am 3. Mai c. mit 22 Mitgliedern und zählt heute, den 18. Juni, bereits 65. Auch wird in ca. 8 Tagen mit einigen Lehrgegenständen der Anfang gemacht und zwar in Gesang und Stenographie, wozu sich bereits Lehrkräfte unter den Mitgliedern gefunden haben. Wir hoffen, daß auch recht bald andere zum Anfang nöthigere Lehrgegenstände eingeführt werden können.

nn. **Glauchau**, 25. Juni. Gestern Abend hatte Glauchau das Glück, eine Gastvorstellung des Herrn Fritzsche aus Leipzig zu genießen. Es ist schwer, genau zu sagen, worin eigentlich der Genuß bestanden habe; aber Jeder, der nicht an Witzsucht und Gallenschmerzen leidet, mußte sich gestehen, daß er nach beendigter Vorstellung mit weit mehr Humor von dannen ging, als er gekommen war. Wer verstände es auch so, wie Herr Fritzsche, Ernstes und Komisches, Weisheit und Thorheit, Wahrheit und Dichtung in so bunter Mischung der zahlreichen und wißbegierigen Zuhörerschaft auf ungescheuertem Präsentirteller zu bieten? Daß Hr. Fritzsche in zwei Stunden viel spricht und wenn er nach zwei Stunden mit der Bemerkung unterbrochen wird, auch andere Leute zum Wort kommen zu lassen, mit vollem Recht behauptet, — „daß er noch lange nicht fertig sei und die volle Redefreiheit in Anspruch nehme, — daß überhaupt außer ihm heute Niemand mehr zum Wort kommen könne, — daß er aber nicht durch Mißfallsbezeugungen, sondern durch Worte widerlegt sein wolle", — wer wird in diesem und vielem anderem nicht eine unerschöpfliche Quelle für Witz und Laune finden?

Um die Fischlein, die an solchem Köder anbeißen, darf wohl Niemanden der blasse Neid anwandeln. Höchstens müssen wir den tiefen Standpunkt der Bildung solcher bedauern, die sich von dergleichen Gewäsche bethören lassen, — deren Zahl übrigens immerhin, zur Ehre des deutschen Arbeiterstandes, eine unbedeutende zu nennen ist. — Der offizielle Skandal von Seite weniger blinder Anbeter fehlte übrigens auch diesmal nicht. Schließlich wurde Hrn. Fritzsche die unverdiente Ehre zu Theil, die Versammlung polizeilich aufgelöst zu sehen, — ich weiß nicht, ob wegen der bereits überschrittenen Polizeistunde oder ob aus sanitätspolizeilichen Rücksichten, da ein großer Theil der Versammlung sichtlich dem Verschmachten nahe war.

Die Rührigkeit dieser Partei mag übrigens Anderen die gute Lehre geben, auch ihrerseits die Schlafmütze von den Ohren zu ziehen! Mit Recht wird man ihnen sonst, wenn sie gegen solche Agitationen eifern, entgegenrufen: „Was thut denn Ihr? Was habt Ihr gethan?"

† **Gera**, 20. Juni 1865. Wenn unser **Fortbildungsverein für Handwerker** rc. seit einer langen Zeit nichts hat von sich hören lassen, so lag dies nicht etwa in einer Unthätigkeit oder Schlaffheit desselben, sondern vielmehr in Umständen, die außer dem Bereiche des menschlichen Willens liegen. So erlitt der Verein vor Allem eine bedeutende Störung durch die langdauernde (halbjährige) Krankheit unsers unermüdlichen Vorsitzenden, Herrn Lehrers **Herlrich**, dessen verschiedenfach eingeleiteten Reformen und neue Einrichtungen (z. B. Verbesserung des Unterrichtswesens, Arbeitsnachweise-Büreau, Anschluß an den Vereinstag der deutschen Arbeitervereine rc.) zum großen Theile in's Stocken geriethen. In diese Zeit fällt auch die durch egoistische und particularistische Gelüste herbeigeführte Abtrennung der Mitglieder der Gesangssection, die in ihrem geringen Sinn für die ernsten Arbeiterzwecke vor Kurzem, nachdem sie durch die Opfer des Vereins herangebildet worden sind, zu einer eigenen, zu einer Vergnügungs- und Gesangsgesellschaft unter der — diesen erhabenen Namen schändenden — Bezeichnung „Germania" zusammengetreten sind. (Es ist nothwendig und Pflicht, solch faules Treiben inmitten der Arbeiterkreise öffentlich an den Pranger zu stellen und Andere davor zu warnen!) Daß unser Fortbildungsverein durch den Austritt dieser früheren Genossen in keinerlei Weise einen Schaden erleidet, ist in Anbetracht des verwerflichen Gebahrens selbstverständlich. — Die noch gegen 160 betragende Mitgliederzahl hält in der Hauptsache treu zusammen, besucht die Versammlungen größtentheils regelmäßig und benutzt mit verständigem Sinn und Eifer die dargebotenen Unterrichtsstunden. Gelehrt wird: Rechnen, Buchführung, Projektion, Freihandzeichnen, Schönschreiben, Stylistik und praktische Pflanzenkunde, sowie auch Gesang. Im verflossenen Jahre kamen zum Vortrag: Mittheilungen aus dem Gewerbs- und Arbeiterleben, Vorträge über Kulturgeschichte und Volkswirthschaftslehre (Vorsitzender Hr. Hertrich), über Gesundheitslehre und praktische Chemie (Hr. Dr. Behr), über Physik (Hr. Lehrer Eim) und über Industriegegenstände (Hr. Techniker Wilhelm).

Bei Gelegenheit des im letztverflossenen Mai gefeierten Stiftungsfestes sprach Schriftsteller Herr Karl Wartenburg in längerer und glänzender Rede über die Arbeiterziele im Hinblick auf die dermalige Weltlage rc. — Am 18. d. M. beging der Verein eine von Männern und Frauen zahlreich besuchte Gedächtnißfeier des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln's. Der Saal war mit schwarzumflorten Bannern geschmückt und die Stimmung der Versammlung war eine sehr ernste und feierliche. Der Vorsitzende Herr Hertrich eröffnete dieselbe mit einer ergreifenden Rede über die Verhältnisse der Sclaverei, den Standpunkt Lincoln's — den er den Blutzeugen der Humanität, Gerechtigkeit und Freiheit nannte — zu ihr und über die Mahnungen dieser Feier an die Versammlung. „**Liebevolle Verehrung und Dankbarkeit**, diese beiden schönsten menschlichen Gesinnungen seien es vor Allem, die uns aus der heutigen Trauerfeierlichkeit hinaus in das monotone Gewühl des alltäglichen Lebens folgen mögen, folgen mögen für immer als **lebendige Denksteine**, als **bleibende Monumente** in unser Aller Herzen für den größten und edelsten Märtyrer der Neuzeit für Gerechtigkeit und Freiheit."

Redner schloß mit dem Worte Göthe's, das er auf Lincoln anwandte: „So feiert ihn! denn was dem Mann das **Leben** nur **halb** ertheilt, soll ganz die Nachwelt geben!" Hierauf forderte er die Versammlung auf, sich zu Ehren des Dahingeschiedenen von ihren Sitzen zu erheben, was denn auch still und einmüthig geschah. Nachdem der Gesangverein „Harmonie" noch ein feierliches Lied und der Lithograph Hr. Hören ein längeres Gedicht über die Sclaverei und die Arbeiter vorgetragen, bestieg der Schriftsteller Hr. K. **Wartenburg** die Tribüne, um in fließender und fesselnder Rede die Feierlichkeit auf den höchsten Punkt zu erheben. Anknüpfend an den 50jährigen Gedächtnißtag der siegreichen Schlacht bei Waterloo, die dem französischem Despotismus den vollständigen Garaus gemacht, schilderte er den Contrast von damals und heute und die Folgen des großartigen Siegs der Freiheit im Westen auf unsere europäischen drückenden Staatenzustände und schloß unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf **eine baldige allgemeine Völkerfreiheit**. Noch einige, dieser Feier angemessene Declamationen — u. A. ein Gedicht Abraham Lincoln's: „Was soll unser Geist doch voll Hochmuth sein?" — und würdige Gesänge vollendeten erst gegen Mitternacht die in ihrer Art einzig schöne Feier. —

Hoffentlich wird unsere Thätigkeit in ähnlicher Weise fortfahren können und in Zukunft keinerlei Störungen von Belang zu erleiden haben. —

Erklärung und Aufforderung.

Augsburg. Auf das am 12. Juni d. J. uns von Leipzig zugekommene anonyme Cirkular, aus welchem erhellet, daß die Arbeitervereine dahin wirken sollen, die Arbeiterzeitung deren jetzigen Herausgebern und Verleger zu entziehen, erklären wir: 1) daß wir der in Nr. 126 der Arbeiterzeitung ausgesprochenen Ansicht treu bleiben, und daß die in dem anonymen Cirkular angegebenen kleinlichen Anschuldigungen gegen das Blatt und seinen Verleger uns nicht irre machen können; 2) finden wir in den angeführten Stellen keinen genügenden Grund, dem Verleger und den Herausgebern des Blattes nur irgendwie Mißtrauen und überdies groben Undank für ihre vielen und großen Opfer entgegen zu setzen; glauben vielmehr, denselben für die bisher bewährte Gesinnung, entschiedene Haltung und die beschwerliche Arbeit für die Sache der Arbeiter, für die ohne Eigennutz und Selbstsucht geleistete Mühe und Aufopferung unsere vollste Anerkennung und Vertrauen aussprechen zu sollen, und glauben hierin die Zustimmung aller gleichgesinnten Vereine zu finden. Mißtrauen aber erregt es uns gegen Die, welche eine solche Agitation gegen die Leiter unseres Organs hervorgerufen und unbegründete Angriffe auf unser Organ und dessen Verleger richten, ohne auch nur selbst mit ihren Namen sich heraus zu wagen. Wir haben, Gott sei Dank! Verstand und Kräfte genug, um einsehen zu können, wer von beiden Theilen im Rechte ist, wer es ernst und aufrichtig mit uns meint, unsere Sache uneigennützig zu fördern und zu befestigen sucht. — Selbstständig, entschieden und ganz unparteiisch mit unserem Urtheil, bedürfen wir deshalb keines Gängelbandes, am wenigsten eines anonymen; 3) erklären wir: wir sind ganz entschieden dagegen, daß die Arbeiterzeitung in andere Hände übergehe, so lange der bisherige Verleger, den wir als einen ächt deutschen Mann von entschieden freiem Sinn und festem Charakter kennen gelernt haben, dieselbe fortzuführen gesonnen ist; er hat die Mühsale des **Anfangs** nicht gescheut, hat seine Aufgabe treulich und redlich erfüllt und große Opfer für das Blatt getragen, wir sehen nicht ein, warum auf einmal unser Organ in andere Hände übergehen soll; 4) grober Undank und Verkennung wäre es, wenn demselben die Zeitung aus den Händen entwunden werden sollte mit Zustimmung der Arbeitervereine. Seid auf Eurer Hut und seid wachsam! prüfet und das Beste behaltet! Jetzt wissen wir, was wir haben, was wir bekommen, wissen wir aber nicht! Ihr Arbeiter alle! Die Ihr seit 2 Jahren die Arbeiterzeitung leset, habt Ihr nicht den Verleger und die Herausgeber genau kennen gelernt; was habt Ihr für Anschuldigungen gegen diese hervorzubringen, für haltbare Gründe, um derentwillen demselben unser aus seinen Mitteln gegründetes Organ sollte für die Zukunft entzogen werden?!? 5) Soll die Angelegenheit am Vereinstage deutscher Arbeitervereine zu Stuttgart am 3. und 4. September d. Jrs. zur Sprache kommen, da der Verleger an denselben appelirt, so wollen wir hoffen und wünschen, daß die Arbeiter an diesem Tage einmüthig zu ihrem treuen Organ und dessen Leitern stehen, sich für Erhaltung der Arbeiterzeitung unter der bisherigen Leitung aussprechen, eben so entschieden wie wir! Wir halten dafür, daß unter den Arbeitern recht viele dankbare Herzen schlagen, die es auch anerkennen, mit welcher Hingebung Verleger und Herausgeber sich der Arbeitersache gewidmet haben und wir glauben darum nicht, daß die rege Betheiligung am Abonnement nur Schein war, vielmehr sind wir berechtigt, annehmen zu können, daß alle Vereine, jeder Arbeiter, der sich diese Zeitung verschaffte, die Ueberzeugung hatten, als vor einigen Monaten sie sich so lebhaft für die Erhaltung des Blattes unter seiner jetzigen Leitung aussprachen und zu dem Zwecke, auch in der That sich so zahlreich am Abonnement betheiligten, daß von seinen derzeitigen Leitern bisher nur gesunde und kräftige, geistige Nahrung geboten wurde! daß in freiem ächten deutschen Geiste durch dasselbe gewirkt wurde! Wir erachten ferner: daß Alle, welche damals so warm für die Erhaltung dieses Organs das Wort geredet haben, von dem aufrichtigen Wunsche durchdrungen waren, nicht nur das Organ sich zu erhalten, sondern auch seine Leiter und Mitarbeiter; daß jeder Einzelne, wie ganze Vereine, welche dieses Organ sich halten, es als Ehrensache betrachteten, ihrem Organ die nöthige Unterstützung zu gewähren und für die in die Schranken zu treten, die für sie schon so oft den Kampfplatz des Rechts und der Freiheit und Ehre betreten; wir haben die Zuversicht, daß, was damals richtig erkannt und erfaßt wurde, von den meisten Arbeitervereinen man jetzt nicht so leicht wird fallen lassen; so schnell werden sich die Arbeitervereine nicht ändern und ihre Ueberzeugung aufgeben; es gäbe dieses, wenn es so wäre, auf Grund dieser gegen die Arbeiterzeitung gerichteten Agitation, ein trauriges Zeugniß von Unentschiedenheit und Unselbstständig-

keit. Doch die Arbeitervereine werden dieses am Besten beim dritten Vereinstage in Stuttgart beweisen. — Soll also diese Angelegenheit da zur Sprache kommen und gültiger Entscheid und Beschluß hierüber, im wirklichen Interesse der die Arbeiterzeitung haltenden Vereine gefaßt werden, so ist es doch wohl zu wünschen, daß der größte Theil dieser Vereine dort vertreten sein muß, oder doch wenigstens ihre Erklärungen schriftlich dorthin zu senden haben! — Ist das nicht der Fall, so ist die Abstimmung hierüber nicht rathsam, oder wenn es doch geschieht, ungerecht und einseitig; wir werden in letzterem Falle uns weiteres vorbehalten! — Wir fordern daher alle Arbeiter und Arbeitervereine auf, welche die Arbeiterzeitung halten und lesen, durch die Arbeiterzeitung und am Vereinstage ihre Ansichten und Meinungen entschieden abzugeben in dieser Sache, wünschen, daß der Arbeitertag in Stuttgart von **Arbeitern selbst** recht zahlreich beschickt werden möge! Denn nur der Arbeiter selbst kennt seine Bedürfnisse am Besten, deßhalb ist es nothwendig, daß die Arbeiter selbst recht lebhaft an den Arbeitertagen sich betheiligen und ihre Stimmen abgeben, daß sie selbst ihre ernsten und wichtigen Angelegenheiten mitbesprechen und mitberathen und dann Beschlüsse darüber fassen; namentlich sollte in Angelegenheiten der Arbeiterzeitung jeder Verein, ja jeder Einzelne sich frei und offen aussprechen, daß man die Gesinnung und die Meinungen kennen lerne und sich keiner Täuschung hingebe! — Nochmals prüfet alles und sehet Euch wohl vor, seht auf die Thaten und nicht auf die schlauen Worte, denket über Alles genau nach, bevor Ihr Euer Urtheil abgebt und redet frei und recht das rechte Wort, zu rechter Zeit, am rechten Ort!

Der Arbeiterfortbildungs-Verein in Augsburg.
In dessen Namen:
August Scharff, I. Vorstand.

Politischer Theil.

Nachträge zur Bewegung für Schleswig-Holstein.

In früheren Nummern der Arbeiterzeitung, Nr. 83, 84 (Beiblatt) vom vorigen Jahr ist des Preßprozesses gedacht worden, welchen die Coburg-Gothaische Regierung auf mittelbare Veranlassung der Königl. sächsischen Regierung gegen den verantwortlichen Redacteur und Verleger der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung, F. **Streit**, und gegen G. **Struve** wegen eines Artikels in Nr. 53 dieses Blattes, vom 3. Januar 1864 eingeleitet hat, in welchem der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 und der Bundesbeschluß vom 3. Dezember 1863 wegen Preisgebung dreier deutscher Herzogthümer an das Ausland als Hochverrath bezeichnet worden war.

In der öffentlichen Gerichtsverhandlung, welche in erster Instanz vor dem Herzogl. Kreisgericht in Coburg stattgefunden hat, haben die Angeklagten und deren Vertheidiger nächst der Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts wegen mangelnder Verweisung vor die Geschwornen die Einrede der Wahrheit, daß in jenen Staatsactionen wirklich das Verbrechen des Hochverraths liege, durchgeführt. Diese erstinstanzlichen Verhandlungen sind dann unter dem Titel: „Sachsen und Coburg gegen Streit und Struve, oder: Oeffentliche Gerichtsverhandlung über die Frage: Ist es Hochverrath, den Feinden Deutschlands drei deutsche Herzogthümer in die Hände zu spielen?“ — in Druck erschienen, und haben in kürzester Zeit nicht weniger als vier Auflagen erlebt. Bei der vierten Auflage ist die Beschlagnahme verfügt worden. Als Grund wurde angegeben, daß der incriminirte Artikel in den Abdruck der Gerichtsverhandlungen aus der Anklageschrift wieder aufgenommen und so nochmals zum Abdruck gebracht worden sei. Die uns vorliegende fünfte Auflage dieser Verhandlungen enthält deshalb diesen Artikel nicht, sondern dafür die Verhandlungen über die Beschlagnahme. Inzwischen sind nun die nicht weniger interessanten Verhandlungen der Appellationsgerichtsinstanz als **zweites** Heft dieser Mittheilungen erschienen, unter dem theilweise veränderten Titel: „Oeffentliche Gerichtsverhandlung über die Frage: Ist es Hochverrath, drei deutsche Herzogthümer dem deutschen Bunde, der Bevölkerung und dem rechtmäßigen Thronfolger vorzuenthalten?“ — worauf wir nicht unterlassen wollen, unsere Leser aufmerksam zu machen. Aus diesen Verhandlungen entnehmen wir für heute aus der Entgegnung (Replik) der Angeklagten gegen die Oberstaatsanwaltschaft folgende Stellen.

Das Urtheil der ersten Instanz hatte zwar die von den Angeklagten angeführten Thatsachen als erwiesen angenommen und zugestanden, daß „mancherlei Aehnlichkeit der Thatsachen mit den gewöhnlichen Voraussetzungen eines Hochverraths“ vorliege, daß aber der verbrecherische animus die böse Absicht, welche zum Thatbestande jedes Verbrechens unerläßlich sei, aber streng bewiesen werden müsse, bei den Unterzeichnern des die Herzogthümer Schleswig-Holstein preisgebenden Londoner Vertrags und des Bundesbeschlusses vom 5. Dez. 1863, trotz dieser Beschaffenheit der Thatsachen **nicht** anzunehmen oder vorauszusetzen sei, daß dieser verbrecherische animus, die Absicht zu beleidigen, aber aus den gebrauchten Aeußerungen von selbst anzunehmen sei bei den beiden Angeklagten, obschon denselben zugestanden werden könne, daß sie nur in patriotischem Eifer gehandelt und den Artikel nicht veröffentlicht hätten, **um** zu beleidigen. Hiergegen und gegen die daran anschließenden Auseinandersetzungen der Oberstaatsanwaltschaft entgegnete nun der Angeklagte **Streit** u. A. Folgendes:

„Es wird von Seiten des herzogl. Kreisgerichts angenommen und auch von der herzogl. Oberstaatsanwaltschaft zugestanden, daß die Handlungen, welche von uns als Hochverrath bezeichnet worden sind, wirklich erwiesen seien. Das Londoner Protokoll, die Tendenz des Londoner Protokolls, insoweit es sich gegen die Integrität der Verfassung der beiden Herzogthümer und unmittelbar gegen den deutschen Bund richtet, wird zugestanden, ebenso wird zugestanden, der Beschluß vom 7. Dezember 1863 und die Tendenz desselben, wie solche im Zusammenhang steht mit dem Londoner Protokoll. Es wird aber gesagt, daß in diesen Handlungen und in diesen Beschlüssen, zu welchen von den hierbei in Frage kommenden gesetzlichen Organen, den betreffenden Volksvertretungen, — es gilt dieß namentlich auch von dem Londoner Protokolle — keinerlei Auftrag oder Genehmigung ertheilt ist, es wird gesagt, daß in diesen Handlungen das von uns behauptete Verbrechen des Hochverraths **nicht** liege. Es wird bestritten, sowohl weil ein allgemeines Gesetz fehle, als auch weil der verbrecherische animus nicht vorliege, daß hier von einer verbrecherischen Handlungsweise die Rede sein könne.

„Das allgemeine Gesetz fehlt nun allerdings nicht, denn der Bundesbeschluß vom 18. August 1836 ist das allgemeine Gesetz, in soweit es sich um die Integrität eines Bundeslandes und damit zusammenhängend, der Bundesverfassung selbst handelt. Der verbrecherische animus wird von Seiten des herzogl. Kreisgerichts und ebenso von der herzogl. Staatsanwaltschaft als nicht vorhanden angenommen und es wird in dem erstinstanzlichen Erkenntniß hervorgehoben, es kann kein Verbrechen angenommen werden, wenn nicht der verbrecherische animus bewiesen ist.

„Nun geht aus den von uns als Hochverrath bezeichneten Handlungen hervor, welche so verhängnißvolle Folgen für die wichtigsten und berechtigtsten Interessen der Nation und der betreffenden deutschen Länder und des deutschen Bundes gehabt haben, aus diesen Handlungen geht thatsächlich hervor, daß sie unmöglich in einer guten Absicht, um Deutschland zu nützen, das Interesse der deutschen Nation zu fördern, das Recht des deutschen Bundes und dieser Länder zu wahren, begangen worden sein können. Das kann Niemand behaupten und behauptet auch Niemand. Die Folgen aus jenen Handlungen liegen klar in der Geschichte der letzten 14 Jahre und des letzten Jahres vor den Augen Aller. Ein breiter Blutstrom nutzlos vergossenen Blutes zieht sich zwischen dem Londoner Protokoll —, dem daran anschließenden Beschluß vom 7. Dezember 1863 und dem in Wien geschlossenen Frieden hindurch.

„Dieser Blutstrom ist die stricte Folge jener Handlungsweise, für welche — der verbrecherische animus **nicht** angenommen wird. Nun wird dagegen gegen uns gesagt, die Thatsachen, die ihr behauptet habt, sind **wahr**, die verhängnißvollen Folgen, die sich daran geknüpft haben, sind **auch wahr**, es ist wahr, es sind heillose Handlungen; Ihr seid dagegen aufgetreten und habt diese Handlungen als Verbrechen bezeichnet, aber **das** ist **Euererseits** ein Verbrechen, denn Ihr habt damit die „Form“ überschritten, Ihr habt damit beleidigt. Nun meine Herren, auch die „Beleidigung“ ist ein „Verbrechen.“ Zur Beleidigung gehört nach der Annahme des herzogl. Kreisgerichts selbst, zweierlei, nicht blos der objektive Thatbestand, nicht blos die Aeußerung, sondern auch die verbrecherische Absicht, der animus, dieser muß nach Annahme des herzogl. Kreisgerichts **voll bewiesen werden**. Das herzogl. Kreisgericht aber und die herzogl. Staatsanwaltschaft sagen, in **diesem** Falle braucht der animus **nicht** bewiesen zu werden, der ist durch die **Thatsachen selbst** bewiesen!

„Nun sprechen bei den von uns behaupteten hochverrätherischen Handlungen alle begleitenden Umstände **für** den verbrecherischen animus; und bei den von uns gebrauchten Aeußerungen sprechen alle begleitenden Umstände, spricht die Strömung der Zeit, die Wärme des Augenblicks der damaligen Situation **gegen** die Annahme des Animus injuriandi, das herzogl. Kreisgericht selbst erkennt sogar die patriotische Absicht an — und der verbrecherische animus soll gleichwohl angenommen und wir sollen dennoch verurtheilt werden! Die **Handlungen** jener Personen, welche die Blutschuld auf ihren Herzen tragen, sind erlaubt, über **sie** kann nicht geurtheilt werden, **unsere Aeußerungen** dagegen, welche jene Handlungen in ihrer ganzen, wahren Bedeutung characterisiren — sind verbrecherisch, bei denen ist der verbrecherische animus vorhanden! Es wird gesagt: Ihr seid gar nicht befugt gewesen, Euch so zu äußern, überhaupt Euch öffentlich auszusprechen. Nun meine Herren, wir sind Vertreter der Presse, unter unserer Thätigkeit, unter meiner Leitung insbesondere, erscheinen mehrere Blätter. Die Aufgabe der Presse ist aber — sich nicht der Gewalt zu beugen, sondern kühn und muthig, ohne Rücksicht nach oben oder nach unten für das Recht und die Wahrheit einzutreten. Die Aufgabe der Presse ist darum allerdings sehr gefährlich, sehr ernst und inhaltschwer. In so brennenden Momenten, wie jener war, wo das Vaterland in Gefahr steht, ist es Pflicht der Vertreter der Presse nicht zu schweigen, es ist ihre Pflicht in der äußersten Avantgarde zu marschiren und nicht zu fragen, ob ihnen dabei Gefahr droht oder nicht. In jenem Momente war die höchste Gefahr vorhanden, daß das Londoner Protokoll wirklich und für alle Zeiten **ausgeführt** werde. Ich erinnere daran, daß unser Artikel am 3. Januar vor. Jrs. erschien und daß danach noch Thatsachen sich ereignen konnten, wie der Bundesbeschluß vom 14. Januar 1864. Da war es nothwendig für alle Organe der Presse, für jeden, der sich mit publizistischer Thätigkeit beschäftigt, für jeden Patrioten, offen aufzutreten, mit aller Energie, um die große, auf Jahrhunderte hinaus verhängnißvolle Gefahr von dem Vaterlande abzuwenden, und nur durch das Zusammenwirken der patriotischen Thätigkeit aller Einzelnen nur dadurch, daß den Machthabern ihre Verantwortlichkeit **in jeder Hinsicht und ohne alle Umhüllung** vor Augen geführt wurde, — ist der Erfolg erzielt worden.

„Im Jahre 1848 hat das deutsche Volk versucht, seine **innere** Politik zu reformiren, es ist daran gescheitert, weil die Nation nicht einig gewesen ist. In den Jahren 1863 und 1864 hat die Nation versucht, in der **auswärtigen** Politik eine Umkehr zum Recht, eine Umkehr zur Wahrung der Interessen der Nation herbeizuführen und nur ihrer Einmüthigkeit, diesem entschlossenen Zusammenwirken aller Einzelnen ist es zu verdanken, daß wir nicht den Verrath des Londoner Protokolls, welcher sich schon durch die ganze Kriegführung in den Jahren 1848, 1849 und 1850 hindurchzieht, daß wir diesen Verrath nicht wieder erlebt haben.

„Indem wir im vollen Gefühl unserer patriotischen Pflicht, gegenüber dieser drohenden brennenden Gefahr die Handlungsweise der Machthaber, welche abermals solche Folgen herbeizuführen im Begriff waren, indem wir diese bei dem rechten Namen bezeichnet haben, haben wir eine patriotische Pflicht erfüllt und nur im Gedanken daran haben wir gehandelt. Es ist schon hervorgehoben, die Personen sind uns nicht bekannt, wir stehen in keiner Beziehung zu ihnen, wir haben sie nicht einmal mit Namen genannt, wir haben nur ihre Handlungen, wir haben nur im Allgemeinen ihre Stellung bezeichnet. Und nun gegenüber dieser Sachlage, gegenüber diesen klar auf der Hand liegenden Motiven wird bei uns der Animus injuriandi als eo ipso erwiesen angenommen!

„Hier stützt man sich auf Formen, wo es sich um die heiligsten Güter der Nation, um das materielle, um das wirkliche Recht, um die Ehre der Nation gehandelt hat. Im Jahre 1863 ist bis zum Ueberdruß das Wort gebraucht worden: „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre.“ Für **uns** sind diese Worte keine Phrase gewesen, für **uns** waren sie eine Loosung zum Handeln, ein Programm der That! und soweit wir in der Lage waren, zu handeln, haben wir gehandelt. Auch die Bezeichnung des **wahren** Characters des Londoner Protokolls und der Handlungsweise seiner Verfasser **war eine That**. Und, allerdings **weil** sie eine solche war, — sitzen wir hier.

„Es ist von Seiten der herzogl. Oberstaatsanwaltschaft gefragt worden, in wie weit jeder von uns betheiligt gewesen sei. M. H.! Der Artikel ist, als er in mein Redaktionsbureau kam, von mir geprüft worden, er hat einer Redaktion von meiner Seite unter-

legen, aber jedes Wort, was ich stehen gelassen habe, das vertrete ich, für dieses betrachte ich mich als Miturheber, als selbsteigner Verfasser, als wenn ich es geschrieben hätte. Ich habe die Ausnahme des Artikels bewirkt, aus denselben Motiven, aus welchen der Verfasser den Artikel geschrieben hat.

„Und nun frage ich Sie meine Herren, ob gegenüber dieser Sachlage Sie erwarten können, daß ein formell und verurtheilender Richterspruch wirklich Anklang finden wird im öffentlichen Rechtsbewußtsein, daß man in diesem Falle wirklich den Einklang finden werde zwischen dem formalen und zwischen dem materiellen Recht? Und doch m. Hrn. Richter, ist das Ansehen, die Bedeutung, die Wirkung eines Richterspruches nur allein in dieser Harmonie gegründet."

Der Oberstaatsanwalt hatte, dies alles vornehm ignorirend, in seinem Schlußvortrag wiederholt alles Gewicht auf den angeblichen Exceß in der Form gelegt; die Thatsachen und Handlungen der von den Angeklagten in dem Artikel angeschuldigten Personen, also die wissentliche und geflissentliche Preisgebung dreier deutscher Länder an das Ausland, die gewaltsame Verletzung ihrer und des deutschen Bundes Integrität, wie ihrer Verfassung und Regierungsfolge, dahingestellt gelassen und wiederholt betont, wie dieses alles die Angeklagten noch nicht berechtigt und befugt habe, diese Personen deßhalb des „Hochverraths" zu beschuldigen, und das „nieder mit ihnen" gegen sie zu gebrauchen. Diese Form und Fassung des Artikels sei von Anfang an eine verfehlte gewesen. Der Angeklagte Struve hat gegen diese Auffassung u. a. auf die folgenden Stellen aus der bekannten, als Autorität angesehenen Schrift von Weber über „Injurien und Schmähschriften" Bezug genommen (S. 197): „Ein Mensch, sei er der erste oder der niedrigste im Staate, der sich nicht schämt, eine schlechte Handlung zu begehen, wird sich auch gefallen lassen müssen, daß sie wider seinen Willen bekannt gemacht werde. Gerade bei den Handlungen der Gerichte, der Obrigkeiten u. s. w. ist die Publicität äußerst nothwendig und heilsam in ihren Folgen, weil der Gedanke an Journale und Zeitschriften oft mehr Gutes wirkt, als alle Vorstellungen aus Moral und Recht nicht würden gethan haben." Weiter (S. 211): „Was darf ein Schriftsteller öffentlich beurtheilen und tadeln? Alles, was vorgeht und wobei er keine falsche Thatsachen anführt," und (S. 214): „Die Frage: wer hat dem Schriftsteller das Recht gegeben, über diese oder jene Staatsangelegenheit zu urtheilen? verräth allemal entweder den Unverstand des Fragenden oder seine schlechte Denkart. Den ersten, wenn er wirklich glaubt, es sei irgend eine Erlaubniß dazu erforderlich; die zweite, wenn er sklavisch und kriechend alles, was Könige und Minister thun, oder anordnen, für unfehlbare Götterschlüsse will gehalten wissen, weil er sich als Schmeichler persönlich wohl dabei befindet;" endlich Abth. II. S. 3: „Kann aber ein nachtheilig Beurtheilter die bestimmt angegebenen Thatsachen, worüber man geurtheilt hat, nicht ableugnen, so sind hämische und harte Ausdrücke, ironische oder spöttische Bemerkungen, ja selbst Grobheiten an sich noch nicht hinreichend, den Schriftsteller verantwortlich zu machen."

Zugleich nahm Struve hierbei Bezug auf ein Urtheil des Kammergerichts in Berlin gegen den Schriftsteller Gustav Rasch, welcher in einer Schrift einen mit Namen bezeichneten dänischen Pastor einen „Säufer und Betrüger" genannt hatte und welchen das Kammergerichtsurtheil freisprach, weil der Angeklagte Dr. Rasch die Einrede der Wahrheit dahin erbracht hatte, daß der genannte Pastor mehrfach betrogen und mehrfach sich betrunken habe. Allerdings läßt Struve dabei dahingestellt, ob Rasch ebenso freigesprochen worden sein würde, wenn der Kläger und Beleidigte kein dänischer Pastor, sondern ein hochgebietender deutscher Minister gewesen wäre. — Der Angeklagte Streit entgegnete dem Oberstaatsanwalt zum Schluß Folgendes: „Es stände allerdings besser um unser Vaterland, gegenüber seiner ganzen Geschichte und seiner ganzen Vergangenheit, wenn nicht gerade in den gebildeten Kreisen jene Gleichgültigkeit Platz griffe, welche nicht den vollen Manneszorn rückhaltlos entgegen treten läßt solchen Verbrechen, wie sie dort begangen worden sind, gerade in dieser schleswig-holsteinischen Frage, und welche nicht diesen Zorn zermalmend gegen die Verbrecher selbst sich richten läßt. Es war nothwendig, in diesem Falle so, — das ist unsere volle Ueberzeugung — so zu sprechen in jenem Moment, wie wir gesprochen haben. Es ist ein großer Unterschied zwischen damals und heute. Man kann sehr leicht heute, wo der Erfolg errungen ist, sagen: „Es ist zuweit gegangen in der Form." „Aber jener Moment muß in's Auge gefaßt werden, und daraus leite ich eine andere Beurtheilung ab. Daß wir diese Ausdrücke gebraucht haben, hat seinen guten Grund gehabt; denn wenn gewirkt werden sollte, war es nothwendig, daß man den Machthabern das wirkliche Bild ihrer Handlungsweise in seiner ganzen Grellheit entgegenhielt. Wenn dies von der ganzen deutschen Presse geschehen wäre, würde vielleicht die Bewegung noch rascher zu dem schließlichen Erfolge geführt haben. Dies sind die Motive gewesen, welche gerade zu dieser Fassung geführt haben und auch diese Motive waren durchaus patriotisch, waren durchaus von patriotischem Pflichtgefühle eingegeben. Wenn die Form eine „verfehlte" und darum von selbst wirkungslos gewesen wäre, wenn dadurch nicht die Stimme des bösen Gewissens in den Machthabern wachgerufen worden wäre und sie gemahnt hätte, daß hier ungeschminkt und kühn die volle Wahrheit gesagt und ihre Handlungsweise bei dem rechten Namen genannt sei, so würde vielleicht die Verfolgung gar nicht eingetreten sein. Aber darin liegt eben eine der Hauptursachen alles Uebels in unseren öffentlichen Zuständen, daß ein großer Theil der Gebildeten der Nation selbst die schwersten Rechtsbeugungen, die flagrantesten Verletzungen der heiligsten Interessen der Nation in vornehmer Blasirtheit widerstandslos hinzunehmen sich gewöhnt hat, und wenn das schwer verletzte Rechtsgefühl energisch dagegen reagirt, dies cavalièrement von oben herab als Formüberschreitung aburtheilt."

Das Appellationsgericht in Gotha hat übrigens das Urtheil der ersten Instanz verschärfend abgeändert und statt auf einen Monat, auf drei Monate Gefängniß gegen beide Angeklagte erkannt. Jetzt ist die Sache vor das Oberappellationsgericht in Jena in der Nichtigkeitsinstanz gelangt, indem die Angeklagten die Nichtigkeitsbeschwerde eingewendet haben, weil sie nicht vor ein Schwurgericht verwiesen worden sind, obschon die im Herzogthum Coburg ihrer Zeit gültig eingeführten Grundrechte des deutschen Volks die Aburtheilung durch Geschworne in Fällen wie der vorliegende ausdrücklich vorschreiben. Die öffentliche Verhandlung dieser Nichtigkeitsbeschwerde hat am 22. Juni 1865 vor dem Herzogl. Oberappellationsgericht im academischen Saale auf der Rose in Jena stattgefunden. Das Nähere darüber wo möglich noch in dieser Nummer. Es war in diesem Termin hiernach, wenn auch nur für ein kleines deutsches Land von dessen oberstem Gerichtshof die Frage zu entscheiden: ob die in legaliter Form zu Stande gekommenen Grundrechte des deutschen Volks, Angesichts der Bestimmung in deren Art. I.: „**Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können**" — in irgend einem Theil derselben einseitig, durch Gewalt oder Uebergriff verkümmert werden darf. Die im wahren Sinn des Wortes deutsche Bedeutung dieser Prozeßverhandlung ergibt sich hiernach von selbst. (Nach der uns so eben zugehenden Mittheilung ist die Frage entschieden. Vgl. unten die Correspondenz aus Jena. D. Red.)

Politische Umschau.

Preußen. In gewissen liberalen Kreisen hält man den trockenen Staatsstreich, der von anderer Seite her erwartet wird, geradezu für eine Unmöglichkeit. Die „Liberale Correspondenz" sagt: Erstens liegt bei uns die Gefahr eines Staatsstreichs ferner, wie in irgend einem anderen Lande, da bei uns in maßgebenden Kreisen viel zu viel Achtung vor Recht, Gesetz und Eidesschwur herrscht, um einen solchen Schritt auch nur als möglich erscheinen zu lassen, und zweitens sehen diejenigen, welche einen solchen Schritt vielleicht wünschen, selbst sehr wohl ein, daß augenblicklich gewiß kein geeigneter Zeitpunkt für Gewaltmaßregeln, welche alles Recht und alles Gesetz in Frage stellen, ist. Nicht nur die allgemeine Lage der Welt, der Sieg der Freiheit in Nordamerika, die hochgehenden Wogen in Frankreich, die kaum noch zu verheimlichende Spannung zwischen Oesterreich und Preußen lassen einen solchen Schritt für uns in diesem Augenblicke als unthunlich erscheinen, sondern vor Allem ist es die Haltung unseres preußischen Volkes, welche selbst den blindesten Verehrer eines Staatsstreiches stutzig machen muß. Gegenüber einem Volke, welches seit drei Jahren nicht nur in drei Wahlakten seine gleiche und unveränderte Gesinnung kundgegeben, sondern auch außerdem jede sich darbietende Gelegenheit benutzt hat, um öffentlich kundzugeben, daß seine Stellung zu den schwebenden Fragen eine unveränderte geblieben ist; einem solchem Volke gegenüber entschließt man sich nicht zu einem Staatsstreich. (Wir glauben auch, daß es zu einem Staatsstreich nicht kommt, aus dem einfachen Grunde, weil er unnöthig ist, da man schon jetzt in der That so ziemlich alles hat, was ein Staatsstreich bringen soll. Ob man die Verfassung aufhebt oder ändert, oder thatsächlich zu einem unwirksamen Stück Papier macht, bleibt sich ganz gleich. D. Red.)

Der „Handels-Courier" hingegen hält das Gerücht für erwähnenswerth, nach welchem die preußische Kabinetspartei mit dem Plane umgehe, das liberale Richterpersonal zu Boden zu maßregeln, da gerade die tüchtigsten Führer der freisinnigen Partei im Abgeordnetenhause dem Richterstande angehören. — Eine würdige Politik, der jedenfalls eine bedeutende Zukunft wird! Denn wenn das Rechtsbewußtsein im Richterstande, das Gewissen bei der Geistlichkeit und der unbefangene Verstand bei der Lehrerschaft in das Joch der Politik gespannt sind; so muß es entweder gehen oder brechen. — Uebrigens wundern wir uns gar nicht über den Ausgang dieses parlamentarischen Possenspiels in Preußen, da wir keinen anderen erwartet haben, und obschon er eine betrübende Erscheinung ist, so hegen wir doch die Zuversicht, daß seine heilsame Rückwirkung nicht ausbleiben wird. Für uns Republikaner ist es gewiß peinlich, zu sehen, daß einige Menschen, die wir sammt ihrem gekrönten Prinzipal nur als Diener des Staates betrachten, mit diesem wie mit einer willenlosen Domaine, und mit dem Volke wie mit einer Heerde von geduldigen Schafen nach Belieben schalten und walten dürfen. Aber es ist unseren Begriffen nach kaum denkbar, daß dieses Gebahren einst nicht seine Grenzen finden sollte. Die preußische Nation hat durch dreimalige Wiederwahl ihrer heutigen Vertreter deutlich bewiesen, daß sie volles Vertrauen auf die Ausdauer und Treue jener Männer setzt, die ungeachtet allen brutalen Ausrottungen des siechen Königthums und seiner gehorsamen Schweifwedler bis jetzt in ihrer Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe nicht wankend geworden und in dieser Richtung auszuharren gesonnen sind. Dieses Verhalten muß eines Tages seine Früchte tragen, denn der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht.

— Eine Correspondenz der „Neuen Frankf. Ztg." hält den Zeitpunkt für gekommen, wo Herr v. Bismarck der Welt den Beweis liefern werde, daß er nicht vergebens in der Lehre des Kaisers und Staatsretters Napoleon gewesen sei. Das genannte Blatt sagt: „Die Umgebung des Königs hält ihn so belagert, daß er von dem eigentlichen Zustand des Landes nichts erfährt. Darauf baut das Ministerium sein weiteres Verfahren. Es ist der Abgeordneten los, und wird die Zeit bis zum nächsten Zusammentritt des Landtags zu Maßregelungen schroffster Art benutzen, die Presse noch mehr als bisher knebeln, und unter dem Druck der allgemeinen Einschüchterung neue Wahlen ausschreiben. Verfassung und Wahlgesetz werden nicht geändert, weil der König sich von seiner Abneigung gegen solche Eidbrüche nicht abbringen läßt. Aber eine Haus- und Geschäftsordnung will man oktroyiren, weil man es dahin gebracht hat, daß dieses nicht für Verfassungsbruch gehalten wird. Und zwar so: das Ministerium ernennt den Präsidenten des Hauses; die Oeffentlichkeit wird zwar nicht aufgehoben, aber bis auf's Aeußerste beschränkt, so daß sie in Wirklichkeit wegfällt; die Protokolle werden ausschließlich durch das Präsidium redigirt, und es darf über die

Kammersitzungen kein Bericht außer diesen amtlichen Protokollen gedruckt werden."

Eine Adresse an den Präsidenten Grabow, welche augenblicklich in **Breslau** circulirt, schließt mit den Worten: Wir danken Ihnen und dem Hause der Abgeordneten aus vollstem Herzen dafür, daß Sie an den Ihrer Wahrung anvertrauten Rechten des Volkes unerschütterlich festgehalten und sie mit der Waffe des freien Wortes, welches die Verfassung Ihnen gewährleistet, in immer heißer werdendem Kampfe mit echtem Mannesmuth ohne Menschenfurcht vertheidigt haben. Auch seien Sie versichert, daß Sie und das Haus der Abgeordneten in diesem Kampfe für die heiligsten Güter des Vaterlandes nach wie vor nicht allein stehen werden. Mit Ihnen wird das Volk ausharren in dem Kampfe um sein Recht, denn noch lebt in diesem Volke die von den Vätern überlieferte Ueberzeugung, daß Recht zuletzt doch Recht bleiben muß."

Aus einer kürzlich veröffentlichten **preußischen Schulstatistik** ergibt sich Folgendes: Das Durchschnitts-Gehalt der Lehrer betrug in den Städten 281 Thlr., auf dem Lande 181 Thlr. Die Elementarlehrer an den öffentlichen Schulen Berlins hatten durchnittlich (incl. der Nebeneinnahmen) 413 Thlr. An 108 Berliner Privatschulen waren 805 Lehrer und Lehrerinnen beschäftigt. Die Durchschnittszahlen der Lehrergehalte in den einzelnen Provinzen betrugen: In Preußen 182, in Posen 167, in Brandenburg 247, in Pommern 180, in Schlesien 203, in Sachsen 253, in der Rheinprovinz 227, in Westfalen 216. Die Einnahmen vieler Lehrer bleiben aber so weit unter der Durchschnittszahl zurück, daß sie z. B. im Kösliner Regierungsbezirk in einzelnen Fällen unter 100 stehen. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Fruchtpreise ergibt sich, daß die Lehrer in den beiden westlichen Provinzen am allerschlechtesten gestellt sind. Die vielbesprochene Verbesserung der Lehrergehalte im Großen und Ganzen ist bisher eine so geringe gewesen, daß die Durchschnittszahl der Gehalte um ca. 70 resp. 50 Thlr. höher sein müßte, wenn die Lehrer jetzt wieder so gestellt sein sollten, wie sie es vor 30 Jahren waren.

Aus **Nürnberg** schreibt man: Vor Kurzem wurde hier ein junger verheiratheter Mann, Familienvater, in Folge eines Wortwechsels von einem Soldaten mit dem Seitengewehr tödtlich verwundet, und jetzt ist derselbe nach mehrtägigen schweren Leiden seiner Verletzung erlegen. Dieser Vorfall hat hier eine ungemeine Aufregung hervorgerufen, welche besonders bei der Confrontation des Schuldigen mit der Leiche und bei dem Begräbniß ihren Ausdruck fand.

Aus **Mecklenburg-Schwerin**, 21. Juni. Die Rostocker Bürgerschaft ist in großer Aufregung. In erster Linie richtet sich dieselbe natürlich gegen den begangenen Rechtsbruch, in zweiter aber auch gegen die Ausführung der Exekution und die übereilte Unterwerfung. Die Bürgerschaft hat auch in ihren beiden Quartieren einstimmig das Verhalten des Rathes in energischer Weise verurtheilt. In der Eingabe des aus den Deputirten der Zünfte bestehenden zweiten Quartiers, welche nur als der Abdruck der Stimmung der ganzen Bürgerschaft anzusehen ist, aber in der hiesigen Presse nicht veröffentlicht werden darf, wird das Bedauern ausgesprochen, daß der Rath der Zwangsexekution gewichen, daß er solchem Zwange und in der stattgehabten Weise sich gefügt habe.

Frankreich. Die Presse nimmt Partei für die Bestrebungen in den deutschen Landtagen, die stehenden Heere zu vermindern und durch eine tüchtige Bürgerwehr zu ersetzen. Sie behauptet u. A., daß in dem sechs- bis achtjährigen Kasernenleben die jungen Leute in sittlicher und gesundheitlicher Hinsicht Schaden litten. Die „Patrie" behauptet dagegen, daß das Heer die beste Schule für die französische Jugend sei. Schlimm genug, daß man für die niedere Klasse in Frankreich in der That keine besseren Schulen hat, daß ⅔ der französischen Soldaten überhaupt auch nie eine Schule gesehen haben.

Amerika. Davis wird in seinem Gefängniß in der Festung Monroe jetzt ebenfalls besser behandelt, seit er sich vernünftiger benimmt. Er wirft den Wärtern das Essen nicht mehr an den Kopf, greift nicht mehr nach den Gewehren der Wachen und insultirt die Offiziere nicht mehr. Sofort wurden ihm die Fesseln wieder abgenommen und selbst in der Kost seinen Wünschen einigermaßen Rechnung getragen.

Die Explosion in **Mobile** trug sich in dem Haupt-Artillerie-Depot der Vereinigten Staaten zu. Die Bestürzung, die der ganzen Stadt sich bemächtigte, war so groß, daß General Granger sich veranlaßt sah, eine specielle Ordre zu erlassen, in welcher die Bürger ersucht wurden, sich ruhig in ihren Häusern zu verhalten, und die Ausstellung von Posten zu ihrem und der Besatzung Schutz angeordnet wurde. Man ist im Zweifel, ob die Explosion durch Zufall, Fahrlässigkeit oder in verbrecherischer Absicht bewirkt worden ist. Eine strenge Untersuchung wird eingeleitet werden und schonungslose Strafe wird diejenigen treffen, welche einer solchen That überführt werden können. Gen. Granger und Oberst Shipley fanden sich unmittelbar nach der Explosion auf der Unglücksstätte ein und trafen Anordnungen, den Verwundeten und Verstümmelten Beistand zu leisten. Die ans Werk gesetzten Soldaten brachten eine beträchtliche Anzahl von unter Trümmern Begrabenen heraus. Den durch die Explosion verursachten Schaden schätzt man auf fünf bis zehn Millionen Dollars. Gegen 3000 bis 10,000 Ballen Baumwolle, die meistens Privatpersonen gehörte, gingen zu Grunde. Unter den zertrümmerten Gebäuden befinden sich auch die Officinen zweier Zeitungsblätter. Chaisen und Wagen in den Straßen wurden umgeworfen und die Pferde todt zu Boden geschlagen, als wenn sie von einem Schuß getroffen wären, durch den bloßen Druck der Luft. Viele Personen und Thiere, welche nicht niedergeschlagen wurden, waren gänzlich gelähmt. In einer Entfernung von einer halben Meile von der Stätte der Explosion wurden Leute zu Boden geschleudert. Der Inhalt des Depots bestand aus 200 Tonnen (mehr als 400,000 Pfund) Munition, darunter Musketen-Patronen, Kanonen-Pulver, geladene Bomben, Traubenschüsse, Kartätschen und Vollkugeln. Das Gewicht des Pulvers allein machte über 60,000 Pfund aus. Es wird außerdem bestätigt, daß Hunderte von Menschenleben zu Grunde gingen. Die Zahl der letzteren schätzt man mindestens auf 300. Im Depot selbst befanden sich fünf weiße, 30 farbige Soldaten und ein Offizier. Sie wurden sämmtlich getödtet. Mehrere Dampfer fingen Feuer und brannten nieder. Noch eine halbe Stunde nach der Explosion flogen die geladenen Patronen, Bomben und Kartätschen in allen Richtungen umher. Der Zahlmeister des Dampfers „Laura" wurde an seinem Schreibtisch durch einen gegen seinen Kopf geschleuderten Backstein getödtet. Dutzende von Gebäuden sind rein weggefegt; Hunderte von andern in Trümmern und Tausende beschädigt. Die Zahl der Menschen, die der Luftdruck getödtet hat, ist nicht gering, und die aus den Trümmern gezogenen Leichname sind bis zur Unkenntlichkeit verkohlt.

Jena, 28. Juni. Heute fand vor dem Ober-Appellations-Gericht zu Jena die öffentl. Verhandlung der von den Angeklagten eingewandten Nichtigkeitsbeschwerde in dem Preßprozeß statt, welcher gegen F. Streit und G. Struve von der herzogl. Coburgischen Regierung auf Antreiben der königl. sächsischen Anfangs vorigen Jahres um deßwillen anhängig gemacht worden ist, weil die Angeklagten in einem Artikel der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung" den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 und den Bundesbeschluß vom 7. Dez. 1863 wegen der intendirten Preisgebung dreier deutscher Herzogthümer an das Ausland einen „Hochverrath" an Deutschland und die deutscherseits Betheiligten „Hochverräther" genannt hatten. Die Angeklagten hatten außer zwei anderen Nichtigkeitsgründen, von denen der Eine namentlich in Beeinträchtigung der Befugnisse der Vertheidigung von Seiten des Gerichtshofs der zweiten Instanz bestand, insbesondere den der Incompetenz geltend gemacht, weil sie wegen dieses von Amtswegen verfolgten Preßvergehens nicht nach Maßgabe der im Herzogthum Coburg-Gotha ihrer Zeit zu unbestreitbarer Geltung gelangten „Grundrechte des deutschen Volkes" vor die Geschwornen verwiesen worden waren; sie haben diese Frage durch alle Instanzen verfolgt, weil, wie der Angeklagte Streit in der heutigen Verhandlung sagte, es die Pflicht jedes deutschen Mannes ist, immer und immer, in jedem anwendbaren Falle auf die unantastbare bill of rights des deutschen Volkes zurückzukommen, bis das nur durch die Gewalt und Willkür gebeugte Recht wieder zur Geltung gebracht sei. Daß die Angeklagten damit unter den jetzigen Umständen nicht durchdringen würden, daß man sich lediglich an formelle Rechtsbehelfe halten und der Entscheidung über das materiell unzweifelhafte Recht ausweichen werde, war von Anfang an vorauszusehen. Den **Zweck** aber, den Gegensatz des formellen und materiellen Rechts, welcher den Zustand unseres öffentlichen Rechts in Deutschland heute charakterisirt, in seiner ganzen Schärfe zum Ausdruck zu bringen, haben die Angeklagten in diesem Preßprozeß, der dadurch eine allgemeine Bedeutung gewonnen hat, vollkommen erreicht. Es hat sich dabei auch evident gezeigt, wie die Quelle dieser Zustände lediglich in den oberen Regionen liegt. Die Entscheidungen in diesem Preßprozeß, dessen letztinstanzliche Verhandlung in den nächsten Tagen ebenfalls im Druck erscheinen wird, zeigten in dieser Hinsicht eine sehr lehrreiche Steigerung durch die verschiedenen Instanzen hindurch bis zur jetzigen höchsten und letzten, welche in dieser Hinsicht eine Art Glanzpunkt bildet. In der zweiten Instanz hatten sich die Angeklagten schon über Beeinträchtigung der Befugnisse der Vertheidigung zu beklagen. Das Herzogl. Gesammt-Oberappellationsgericht in Jena aber hat nicht nur die Nichtigkeitsbeschwerde in allen Punkten verworfen, sondern es hat dem einen Angeklagten, G. Struve, der jahrelang Obergerichtsanwalt und im Jahre 1830 schon Richter gewesen, die Selbstausführung seines Rechtsmittels, obschon ein ausdrückliches Verbot der Strafprozeßordnung nicht entgegenstand, gänzlich versagt, während der Gerichtshof der ersten und zweiten Instanz doch das Recht der Selbstvertheidigung ihm zu entziehen Bedenken getragen hatte. Was vor bald 40 Jahren unter einem Karl X. in Frankreich der Cassationshof in Paris dem Nichtjuristen Paul Courier nicht versagt hat, die Selbstvertretung, das hat im Jahre 1865 das Herzogl. Coburgische Oberappellationsgericht in **Jena** gegen einen juristischen Schriftsteller von Namen zu thun keinen Anstand genommen, es hat ihn auf Antrag des Oberstaatsanwalts v. Holtzendorf selbst von den Schranken des Gerichts zurückgewiesen und selbst dem zur Praxis vor dem Oberappellationsgericht berechtigten Rechtsanwalt Streit, gegen den der Oberstaatsanwalt, weil er als Angeklagter erschienen sei, dasselbe beantragt hatte, das Recht der Selbst-

vertretung nur nach langer Ueberlegung noch gewährt. Was nach Erledigung dieser Vorfrage in der Hauptsache zu erwarten war, konnte nicht zweifelhaft sein. Dem Oberappellationsgericht gebührt das Verdienst, durch seine Entscheidung diesem Prozeß die letzte Weihe im Sinne der heute herrschenden offiziellen Rechtsanschauungen gegeben zu haben. Die beiden Angeklagten werden also demnächst drei Monate lang im Gefängniß nachzudenken haben über den Unterschied zwischen dem verbrecherischen animus eines Schriftstellers und dem eines Diplomaten und sonstiger Erdengötter.

Socialer Theil.

Einige Worte über die Arbeit der Frauen im Allgemeinen und über Frauenarbeiten im Besonderen.

Bericht für den dritten Vereinstag von Moritz Müller.

(Fortsetzung.)

Aber bei diesem Punkt beginnen die Kämpfe der Neuzeit. Wenn z. B. ein sonst gebildeter Mann und zwar einer der Fortschrittspartei, und einer der seine Frau gern hat, neulich sagte: „Mir sollte meine Frau auf mein Geschäftszimmer kommen und mir die Bücher visitiren wollen, ich wollte sie hinausbringen: Allez-Marsch in deine Haushaltung — alles Andere geht dich gar nicht an u. s. w.“ — so ist das zwar ein sehr abgeschwächter Tyrannismus, aber immer noch ein Standpunkt, der auf Gewaltherrschaft fußt und in seinem letzten Grunde die Sklaverei erblicken läßt. Es ist unwürdig, daß man die Frau von den Vermögensverhältnissen der Familie ganz in Unkenntniß erhalten will! Es mag Gründe geben, wo diese Vorsicht zu entschuldigen ist, dann aber liegen diese Gründe in der Dummheit oder Unsittlichkeit der Frau. Wo dies der Fall ist, mag diese Vorsicht gut angewandt sein, sonst nicht. Und ähnlich ist es in allen anderen Fällen. Denn wo Gerechtigkeit, wo wahre Liebe blühen soll, da muß es anders heißen als: Allez-Marsch, in deine Haushaltung“ — da muß dieses Bevormundungs- oder dieses Gewaltsystem aufhören, da muß Gleichberechtigung sein und volle Freiheit des Weibes! Freilich gebe ich es zu, daß es manche so moderne Sklavin oder Magd recht gut haben kann und daß es manche gar nicht besser wünscht, als wie sie es bei ihrem Mann hat. An solchen Geschöpfen wollen wir auch unsere Worte nicht verlieren, wir rechnen darauf, daß edle deutsche Frauen und Männer unsere Gedanken erwägen und mitsinnen, was wohl am zweckmäßigsten für Mittel zu ergreifen wären, um Reformen zu erzielen, ohne daß das Gemüth, das Herz, die Seele des Weibes vergiftet werde!

Es ist Thatsache, daß die Frauen schon die angestrengtesten und schwersten Arbeiten verrichten konnten, wenn ihre Auferziehung und ihr Leben danach war. Aber auch sonst sind sie keine Schwächlinge. Singt nicht mit Recht unser großer Dichterfürst Göthe:

„Und als Mutter fürwahr, bedarf sie der Tugenden alle:
Wenn der Säugling die Krankende weckt und Nahrung begehrt
Von der Schwachen, und so zu Schmerzen Sorgen sich häufen.
Zwanzig Männer verbunden ertrügen nicht die Beschwerde,
Und sie sollen es nicht; doch sollen sie dankbar es einsehn.“

Ja, sehen wir nur ein, daß wenn auch die Frauen nicht zu allen Arbeiten verwendet werden sollen, sie doch zu den härtesten Anstrengungen und größten Beschwerden geeignet wären, je nachdem die Erziehung ist, wie sie ja umgekehrt, durch eine verkehrte Erziehung so verzärtelt und verdorben werden können, daß sie weder zum Kindergebähren, noch zum Kindersäugen, noch zu einer rechten Kinderziehung tauglich sind und so dem Manne nur zum Vergnügen dienen, so lange es eben geht; wenn nicht gar der Geldsack geheirathet wurde, oder noch schlimmer, wenn man das Heirathen ganz bleiben läßt, und diejenigen weißen Sklavinnen benützt, die dem Herrn der Erde, dem Manne, en masse und um alle Preise zu Gebote stehen! Schmeckt das nicht nach modernem Sklavenleben?!

Was nun die Mittel zur Erlösung aus allen diesen Zuständen betrifft, so verlangen wir erstens, daß die Mädchen die ganz gleiche, gute und ausgedehnte Erziehung erhalten wie die Knaben; zweitens, daß ihnen eine gleich gute und geeignete Berufsbildung werde; drittens, daß sie gleiches Recht für alle Arbeiten erhalten, und viertens, daß ihnen ein gleicher Lohn für alle Arbeiten werde wie den Männern. Denn solche Ausreden, daß sie weniger brauchen und einfacher leben, können doch höchstens für dumm gelten, wenn das Gesagte noch so richtig ist.

Manchem Arbeiter mag es in Beziehung der Concurrenz da Angst werden, wenn die Frauen das Recht und die Gelegenheit erhalten Alles zu lernen, wozu sie Lust und Befähigung haben. Die Leipziger Buchdrucker z. B. können sagen: „war es nicht gut, daß die Buchhändler bei uns keine Frauen anstellen konnten, die hätten uns Alles verhunzt?“ Allein das ist für's Ganze und Große angewendet, unrichtig. In einzelnen Fällen und im Anfang haben z. B. auch die Maschinen oft geschadet; welcher vernünftige Arbeiter betrachtet sie aber noch als Feinde der Arbeit? — Und auf Grundsatz der göttlichen Wahrheit, daß jede menschliche Arbeitskraft so gut als möglich benutzt werden sollte, behaupten wir, daß das Weib, die Arbeiterin, bei ungehinderter Entfaltung ihrer Fähigkeiten der arbeitenden Welt eine Bedeutung und einen Werth verleihen wird, der noch gar nicht zu ermessen ist! Wie sogar die edelsten Männer des Alterthums nicht begreifen konnten, daß die Menschen ohne Sklaverei bestehen können, so geht es heutzutage manchem Fortschrittsmann in Bezug auf die Frauen. Wir, die wir die Freiheit lieben, warum wollen wir nicht volle Freiheit für die Frauenwelt? Man möge uns nicht mißverstehen. Woher hat denn der Mann überhaupt das Recht, dem weiblichen Geschlecht die Grenzen vorzuzeichnen, innerhalb welcher sich ihr Leben und Wirken bewegen soll? — Woher anders als aus der Gewalt? — Vernünftige Männer zeichnen dem Weibe einen höchsten Beruf vor: das Familienleben. Aber warum erfüllen ihn die Frauen so selten? — Wir sagen: wegen verkehrter Erziehung derselben. Wir Männer meinen: ein gewisser Grad von Freiheit gehöre den Frauen zwar eingeräumt, allein die gänzliche Entziehung der Bevormundung könne nur großen Schaden bringen! Dieser Annahme gemäß stellte der Mann durch alle Jahrhunderte hindurch die Erziehung des Weibes fest und zwar eine recht spärliche Erziehung! Wie viele meinten nicht vor alten Zeiten, daß für die Mädchen schon das Schreiben, Lesen und Rechnen schädlich sei! Auch für die Frauen mußte jeder Fortschritt mit großen Kämpfen errungen werden. Und so widersetzen sich heutige Gegner auch Schritt vor Schritt gegen die wahre und volle Emancipation des Weibes. Wie zur Zeit der Reformation z. B. die Mädchenschulen mehr in Aufnahme kamen, hörte man dasselbe Zetermordio schreien als jetzt, wo man Frauenvereine gründen will: Alles mit sammt der Familie soll in Gefahr sein!

Zu allen Zeiten hat es jedoch mehr oder weniger Männer und Frauen gegeben, welche ihre Stimme für die Ebenbürtigkeit des Weibes erhoben, namentlich seit 1848 wird die Frage dringender und die Einsicht tritt hervor, daß für die Frauen viel mehr geschehen müsse. Aber wie gesagt, man macht eine Menge Nota Bene, damit die Fesseln ja nicht ganz gelöst werden. Der Haupteinwand ist der, daß man das Familienleben in Gefahr glaubt. Wenn wir nun auch zugeben, daß das Familienleben die Krone alles Frauenlebens ist und bleiben wird, so können wir doch in keinem Fall zugeben, daß dieses Familienleben schon auf einem solchen Culminationspunkt angelangt sei, daß gar keine Vervollkommnung mehr möglich wäre. Im Gegentheil, wir vermissen noch manches. Und wir können gar nicht zugeben, daß am heutigen Familienleben wie es ist, etwas verloren gehen könne, wenn die Mädchen noch besser als heutzutage geschult und erzogen werden, und wenn sie dadurch einsichtsvoller, geschickter und berufsfähiger — mit Einem Worte gebildeter würden — und wenn sich die edelsten Frauen vornähmen: vereint mit gebildeten Männern für das weibliche Geschlecht nach Kräften zum allgemeinen Besten mitzuwirken! Wie kann es dem Familienleben schaden, wenn sich die Frauen überhaupt mehr um die großen und bedeutenden Fragen des Vaterlandes und der Menschheit bekümmern? — O, man schmeichelt den Frauen zu sehr auf der einen Seite, und auf der andern setzt man sie durch seine Opposition gegen Reformen auf's Tiefste herunter! Will man beim jetzigen Schlendrian in dieser Beziehung die Augen ganz verschließen vor dem immermehr allgemein werdenden cölibatärischen Leben und der überhandnehmenden Wildniß? Und was sagt die Statistik über das Glück und Unglück der Ehe selbst?!!

(Schluß folgt.)

Unterm 25. Juni wird der „Rhein. Ztg.“ aus Berlin berichtet: Heute Vormittag 11 Uhr hatten die hiesigen Maurer-Gesellen eine Versammlung, welche von ca. 2000 Gesellen besucht war. Der Zweck der Berathung war, eine Lohn-Erhöhung zu erzielen. Nach vorhergehender lebhafter Debatte wurde ohne Widerspruch beschlossen, an die Regierung in Potsdam — weil hier viele Regierungsbauten die Maurer beschäftigen — und an die Meister ihres Gewerbes folgendes Schreiben zu richten: „Eine hohe königl. Regierung zu Potsdam und die wohllöbl. Meisterschaft des Maurer-Gewerbes in Berlin ersuchen die unterzeichneten Maurer-Gesellen von Berlin, ihr bis jetzt übliches Tagelohn, welches bis jetzt pro Tag 22½ Sgr. betrug, auf einen Thaler, also 33⅓ Procent zu erhöhen, da die jetzigen Nahrungspreise im Verein mit den jetzt bestehenden Wohnungspreisen und den von anderen Gewerken bis jetzt schon beanspruchten Lohnerhöhungen nicht mehr Hand in Hand gehen.“ Dieses Schreiben wurde sofort von etwa 600 Anwesenden unterzeichnet, während viele, wegen des zu großen Andranges nach dem Bureau hin, aufgefordert werden mußten, im Laufe der Woche in der Wohnung des die Versammlung leitenden Maurer-Gesellen zu unterschreiben. Beschlossen wurde ferner, daß der zum Betriebe der Angelegenheit erwählte Ausschuß die Verpflichtung übernommen hat, in 14 Tagen über den Erfolg, den dieses Schreiben haben wird, zu berichten und daß, falls der Erfolg nicht den Wünschen der Gesellen entsprechen sollte, alle Unterzeichner unter Innehaltung der gesetzmäßigen Kündigungsfrist die Arbeit einstellen werden. Einen ähnlichen Beschluß haben die hiesigen Steinsetzer (Pflasterer) bereits vor einigen Tagen gefaßt.

Briefkasten.

Hrn. W. Z. in C. Versuchen Sie zunächst mit 1 Exemplar der Arbeiterzeitung die Bestellung bei der dortigen Post und theilen Sie uns mit, welchen Preis Ihnen dieselbe berechnet. Den Nachtrag zu G. Str. Weltgeschichte lassen Sie nur unter Rücksendung des irrthümlich gesendeten Bd. VI. durch Ihre Buchhandlung bestellen. Die „Horke“ haben auch wir von dem Verleger, obwohl wiederholt bestellt, nicht erhalten. Diesseits und Jenseits des Oceans bis Heft IV. bis jetzt erschienen. — Arb.-Bild.-Verein Göppingen: Bestellung erhalten und vorgemerkt. Wir glauben übrigens, daß bei Bestellung durch die dortige Post der Preis billiger kommt als mit dem Portozuschlag bei directer Bestellung, wir bitten bei dortiger Poststelle nachzufragen und uns mitzutheilen, wie das Exemplar von derselben berechnet wird. Günstigen Falls würden wir dann den eingesendeten Abonnementsbetrag zu Gunsten des Bezugs durch die Post zurücksenden. Im übrigen brüderlichen Gruß und Dank. — Hrn. M. M. in Pf. Abonnementsbetrag mit 3 Thaler dankend quittirt. Die neuliche Sendung wurde, so weit sie reichte, beigelegt. Der Bericht bereits in voriger Nr. begonnen und wird in dieser der Rest hoffentlich vollständig abgedruckt werden können; nur ungern haben wir abgebrochen! — Arb.-Bild.-Verein Großenhain: Brüderlichen Gruß! Bestellung vorgemerkt, Betrag folgt zum Zweck der Bestellung durch die Post zurück. — Arb.-Bild.-Verein in Zell im Wiesenthal in Baden und in Wattwyl in der Schweiz: wenn die Post Eure Bestellung nicht annimmt, so kann das nur auf Irrthum beruhen und haben wir bei der Post hier deshalb Nachfrage gestellt, von deren Ergebniß wir Euch in Kenntniß setzen werden. — ☞ Wir bemerken wiederholt, daß alle diejenigen, welche in einzelnen Exemplaren unter Kreuzband unser Blatt oder in Quantitäten von weniger als mindestens 25 Exemplaren, von wo an wir erst das Porto übernehmen können, — bisher bezogen haben, dasselbe jetzt, nach erlangtem Postdebit billiger durch die Post beziehen, als direct mit Portozuschlag.

Verschiedene Anzeigen.

Soeben ist erschienen und durch die J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Erneuerungen der Abonnements resp. neue Bestellungen auf die

Verlag von W. Kaulen & Cp., Düsseldorf, Breitestraße 15; Köln, Wolfsstraße 4, nahe der Richmondstraße.

täglich 2 mal erscheinende

Rheinische Zeitung

III. Quartal 1865. Abonnementspreis: bei allen Post-Anstalten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins Thlr. 1. 22. 6. oder Fl. 3. 3 Kr. Anzeigen: 1½ Sgr. die Petitzeile.

wolle man **möglichst frühzeitig bei der nächsten Post-Anstalt** machen, damit in dem regelmäßigen Empfange der Zeitung keine Unterbrechung eintrete.

Der

„Mannheimer Anzeiger"

erscheint auch im nächsten Quartale in einem Bogen Groß Royal als tägliche Zeitung Vormittags.

Der „Mannheimer Anzeiger" bekennt sich zu entschieden freisinnigen Grundsätzen, und behandelt von diesem Standpunkte aus, unterstützt durch zahlreiche Mitarbeiter, die politischen und socialen Verhältnisse in Leitartikeln, Correspondenzen und Auszügen aus den besten Blättern. Wichtige politische Nachrichten, sowie außer der üblichen Ausgabezeit einlaufende telegraphische Depeschen werden in Extrablättern mitgetheilt.

Dem politischen Theile schließen sich inhaltreiche Rubriken über Handel, Verkehr, Landwirthschaft u. s. w. belehrenden und anregenden Inhaltes an.

Der Unterhaltung dient ein gewähltes Feuilleton in Erzählungen, Biographien, Gedichten &c.

Mit dem „Mannheimer Anzeiger" ist das „Tägliche Straßenplakat" verbunden, welches hier an den öffentlichen Plätzen und den frequentesten Straßenecken wie auch auf den badischen und pfälzischen Bahnhöfen angeschlagen wird.

Anzeigen werden in beiden Blättern zusammen mit 2 kr. die gewöhnliche Petitzeile berechnet.

Bei seiner großen Verbreitung, gegenwärtig 3600 Exemplare, und dem reichen Inhalte, darf sich der „Mannheimer Anzeiger" zugleich als billigstes hiesiges Blatt, das seinen Leserkreis in einem weiten Umkreise zählt, sowohl zu Abonnements wie zu Insertionen bestens empfohlen halten. Der Abonnementspreis beträgt für die Monate **Juli, August und September** in Mannheim 1 fl., wozu auswärts noch der Postaufschlag kommt.

Als „Montags-Ausgabe" erscheint seit 1. Mai die

Mannheimer Montagszeitung

(illustrirt)

verbunden mit dem

Mannheimer Unterhaltungs-Blatt.

Preis vierteljährlich 18 kr. ausschl. Postaufschlag.

Einrückungsgebühr. die Petitzeile 2 kr. Adreß- und Empfehlungskarten: bei 1mal. Einrückung 18 kr., monatlich 1 fl., das ganze Jahr 10 fl.

Abonnements auf beide Blätter werden in Mannheim und der Umgegend bei der Expedition, sowie bei den Boten und Trägern, und auswärts bei allen Postämtern entgegen genommen.

Bestellungen auf die „Montags-Zeitung" bittet man, besonders zu machen. Der Verlag.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Sachsen und Coburg

gegen

Streit und Struve

oder

öffentliche Gerichtsverhandlung

über die Frage:

Ist es Hochverrath, den Feinden Deutschlands drei deutsche Herzogthümer in die Hände zu spielen?

I. Heft. V. Auflage.

Die öffentlichen Verhandlungen dieses vielbesprochenen, jetzt in der Nichtigkeitsinstanz vor dem Herzogl. und Gesammtoberappellationsgericht zu Jena schwebenden politischen Prozesses in der ersten Instanz enthaltend. Der Theil der Anklageakte, welcher den incriminirten Artikel der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" enthalt, und in den 4 ersten Auflagen mit abgedruckt war, ist in Folge des darüber neu eingeleiteten und noch schwebenden Preßprozesses in dieser in Folge vielfacher Nachfragen veranstalteten neuen fünften Auflage weggelassen und sind die Mittheilungen über die Beschlagnahme der IV. Auflage dafür eingeschaltet.

☞ **Von derselben Broschüre** hat soeben das II. Heft die Presse verlassen, enthaltend das Erkenntniß der ersten und der zweiten Instanz und die stenographirten, sehr lebhaften öffentlichen Verhandlungen der zweiten Instanz.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung, und werden deshalb alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neueintretende) ersucht, ihre Bestellungen sofort bei den betreffenden Postämtern anzugeben, damit keine Verzögerung in der Uebersendung stattfindet. Auch die preußischen Postämter nehmen Bestellungen an, da die Deutsche Allgemeine Zeitung in Preußen wieder erlaubt ist.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint außer Sonntags und Feiertags täglich Nachmittags 3 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Erscheinen jeder Nummer abgehenden Posten versandt.

Die Redaction wird es sich wie bisher angelegen sein lassen, das Blatt nach allen Seiten immer mehr zu vervollkommnen. Das tägliche Feuilleton wurde noch reichhaltiger und mannichfaltiger gestaltet und die Rubrik Handel und Industrie wesentlich erweitert.

Die Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung bleibt unverändert dieselbe wie bisher: als ein entschieden liberales und nationales, nach allen Seiten unabhängiges Organ wird sie ihrem Motto getreu „Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz" zur alleinigen Richtschnur ihres Auftretens nehmen.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2 Thlr. Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung; die Insertionsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile 1½ Ngr.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal der bei **Ernst Keil** erscheinenden beliebten Wochenschrift

150,000 Aufl. **Die Gartenlaube** **150,000 Aufl.**

Wöchentlich 2 Bogen in groß Quart **mit vielen prachtvollen Illustrationen.**

Vierteljährlich 15 Sgr., mithin der Bogen nur ca. 5½ Pfennige.

Ernst Keil in Leipzig.

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Abonnements-Einladung

auf die

Schleswig-Holsteinische Zeitung.

Die Schleswig-Holsteinische Zeitung hat trotz der Kürze der Zeit, welche seit ihrer Begründung verflossen ist, sich zum **Landesorgan** aufgeschwungen; dieselbe ist von einer Gesellschaft patriotischer Männer gegründet, um keinen Sonderzwecken, sondern stets **nur den wahren Landesinteressen** zu dienen. **„Herzog Friedrich VIII. und das Staatsgrundgesetz vom 15. September 1848"** unter dieser Fahne ist die Zeitung begründet und vor die Oeffentlichkeit getreten — dieser Fahne wird die Zeitung unverbrüchlich treu bleiben.

Dieselbe erscheint täglich (außer Montags) Morgens und wird mit den ersten Posten versendet.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 3 Sgr., excl. Zeitungsstempel. Bestellungen für das 3. Quartal werden von allen Postämtern entgegengenommen. Anzeigen aller Art (der Raum der Petitzeile 1½ Sgr.) finden durch die Schleswig-Holsteinische Zeitung die weiteste Verbreitung. **Die Expedition.**

Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG

erscheint, wie bisher, 13 Mal in der Woche (auch Montags früh), und zwar in ihrer Abend-Ausgabe als ein Central-Organ für die commerciellen und industriellen Interessen im ausgedehntesten Sinne und in ihrer Morgen-Ausgabe, als vollständige politische Zeitung. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir unsern Lesern sowohl aus dem Bereiche der Industrie und des Handels, wie in Beziehung auf die politischen Tagesereignisse bieten, die Promptheit unserer Nachrichten, die verschiedenen zur Zeitung gegebenen Beilagen, deren Zahl wir erst neuerdings wieder vermehrt haben, sind so bekannt, dass wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen.

Die Abonnementsbedingungen bleiben unverändert. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen auf die Zeitung an, in Berlin auch

Die Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung."

(Charlotten-Strasse No. 28.)

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 132. Dritter Jahrgang. Sonntag, 9. Juli 1865.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Aufruf an die Arbeitervereine Sachsens. Glauchau. Breslau, Rundschau. Cette, ein französischer Handschuhmacher (sollte heißen: ein Macher französischer Handschuhe) muß durch ein dreivierteljähriges Fegefeuer. Hannover, Arbeitergesangfest. — II. **Politischer Theil:** Die sächsische Amnestie, Stimme aus Orleans von einem Sohne Sachsens, der nicht amnestirt wurde, weil er es verschmähte, die königliche Gnade anzubetteln. **Politische Umschau:** Ein Musterfest in Köln. Preußen, was Johann Jacoby gesagt hat. Nassauische Gestaltenseherei. Ein Mann Gottes als Hetzer vor dem Herrn. München, Hr. v. d. Pfordten macht eine Faust. Kassel, neue Probe von Landesväterlichkeit. England, polnische Flüchtlinge, Kabel. Frankreich, Mordversuche eines Ministers. Newyork, Elend über Elend im Süden. Gustav Struve über deutsches Kerkerleben und die Röckel'schen Enthüllungen über Waldheim. — III. **Socialer Theil:** Bildung, der Weg zum Scepter der Welt. (An die Bürger und Arbeiter von Theodor Oelsner.) Einige Worte über die Arbeit der Frauen im Allgemeinen und über Frauenarbeiten im Besonderen, Bericht für den dritten Vereinstag van Moritz Müller (Schluß.) — Vortrag über die Arbeitskraft der verschiedenen Volker der Erde, gehalten von J. Deutsch. IV. Briefkasten. V. Verschiedene Anzeigen.

☛ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Die Arbeitervereine Sachsens

sind hiermit ersucht, im Bezug der Beschlüsse der Handels- und Gewerbekammern zu Dresden und Zittau (siehe Chemnitzer Industrie-Zeitung Nr. 19) Arbeiterversammlungen einzuberufen, die am 4. Juli d. J. in Leipzig gefaßte Resolution anzunehmen und an die sächsische Staatsregierung zu übermitteln.

Mit Gruß und Handschlag

Bebel. Germann.

Glauchau, im Juni. Nachdem der hier bestehende Arbeiter-Leseverein seit seinem Bestehen nicht nur unter dem eigentlichen Arbeiterstande, sondern auch in immer weiteren Kreisen sich eine allgemeine Achtung erworben hat, hat derselbe in einer seiner letzten Versammlungen beschlossen, unter dem Namen Arbeiterfortbildungs-Verein die Aufgabe, die er sich gestellt hat, fernerhin zu verfolgen. Der Zweck des Vereins besteht darin, wie auch schon der Name andeutet, die zeitgemäße Fortbildung seiner Mitglieder durch Lectüre und Vorträge aus allen Fächern der Wissenschaften und Unterricht in allen nöthigen Kenntnissen zu ermöglichen, überhaupt das geistige und materielle Wohl seiner Mitglieder zu heben und zu fördern. Es werden zu diesem Zweck nicht nur passende Zeitschriften gehalten, sondern es ist auch bereits eine Bibliothek im Entstehen begriffen, die großentheils durch eigene Mittel, aber auch durch Freunde der Sache geschaffen und viel benutzt wird. Außerdem unterhält der Verein eine Fortbildungsschule, in welcher bis jetzt von zwei Lehrern zwar nur Rechnen, deutsche Sprache (Orthographie, Stylistik) mit Schönschreiben gelehrt wird, welche aber bei sich herausstellendem Bedürfniß noch erweitert werden soll. Im Uebrigen wird an den Versammlungsabenden durch geeignete Vorträge das Interesse für Alles, was zur Bildung beiträgt, zu wecken und zu erhöhen gesucht, sowie durch Debatte und Erklärung über stattgefundene Vorträge oder eingegangene Fragen der Kreis der Kenntnisse allmälig erweitert. Ebenso finden von Zeit zu Zeit besonders veranstaltete Abendunterhaltungen oder sonstige Vergnügungen statt, bei welchen in anziehender Weise dem gesellschaftlichem Bedürfniß Genüge geleistet wird. Die Gründung einer Sparkasse für die Mitglieder ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen, und ist man überhaupt bemüht, nach allen Seiten hin den fortschreitenden Anforderungen, die namentlich an den Arbeiterstand herantreten, nach Kräften zu begegnen. Aus Allem läßt sich erkennen, daß der Verein die edle Aufgabe, die er sich gestellt, vollkommen begriffen hat, und mit Eifer nach ihrer Lösung strebt. Dieses Streben ist um so anerkennenswerther, als dasselbe in der Selbsterkenntniß der betheiligten Arbeiterkreise seinen Ursprung findet. Bereits haben sich über 200 meist dem unselbstständigen Arbeiterstande angehörende Mitglieder dem Vereine angeschlossen, und sind die an zwei Abenden in jeder Woche stattfindenden Versammlungen immer zahlreich besucht. Zu den letzteren kann jedes Mitglied beliebig Gäste einführen. Die von den Mitgliedern zu zahlenden Beiträge sind ebenfalls so gering, daß Jeder diese Ausgabe zu machen im Stande ist. Möge es nun dem Verein gelingen, bei Verfolgung seines Ziels das allseitig anerkannte Prinzip der Selbsthülfe seinerseits ebenfalls zur Wahrheit werden zu lassen. Mögen aber auch Diejenigen, die zwar ebenfalls Arbeiter sind, aber eine höhere Stellung in der menschlichen Gesellschaft einnehmen, einem solchem Streben nützlich und fördernd zur Seite stehen. Denn da jede geistige Arbeit erst durch Anwendung physischer Kraft wirklich productiv wird, so ist leicht einzusehen, daß von dem Wohl oder Wehe des sich im Besitz dieser physischen Kraft befindenden Arbeiters das Wohlbefinden des geistigen Arbeiters abhängt.

Der Vorstand
des Arbeiterfortbildungs-Vereins.
Gustav Börnig.
d. Z. Vorsitzender.

Breslau im Juni. Es scheint nun einmal dabei bleiben zu sollen, daß hier in Schlesien und in Breslau vor Allem, immer noch Morgenstunde ist, während die Leute überall anderwärts im Vaterlande schon an den Mittag denken. Und wenn es noch so rechte frische, muntere Morgenstunde wäre! Aber das ist ein Ziehen, Dehnen und Gähnen — man reibt sich den Schlaf aus den Augen und er will nicht weichen.

Wohlan, halten wir eine Rundschau! Da ist zuerst der Breslauer Vorschußverein — allerdings, dieser ist zu preisen in seiner Thätigkeit und in seinen Wirkungen; er steht jetzt am Ende seines sechsten Jahres, hatte im vorigen bereits an ½ Million Rthlr. Umsatz erreicht und führt seinen ausgedehnten, umfangreichen Geschäftsverkehr fast ganz bankmäßig. Er ist einer der frühesten in Schlesien (nur Glogau und Liegnitz sind meines Wissens älter) und hat eine zahlreiche Menge von Vorschußvereinen in den Orten der Provinz nach sich gezogen, die fast sämmtlich zu dem schlesischen Unterverbande gehören, der in Breslau seinen Centralpunkt hat; fortwährend entstehen noch neue, ja einige haben Breslau in Geschäftsumfang bereits überflügelt, so namentlich der kleine Ort Leubus, welcher auch einen Hypotheken-Creditverein auf Schulzeschen Grundlagen errichtet und weit über seine Umgegend ausgedehnt hat.

Hiermit sind wir aber auch am Ende der Freude! Lebensmittelsvereine? Davon zählt Breslau nur einige Leichname, meistens gestorben an schlechter Verwaltung, und an ein paar Orten der Provinz machte man ganz neuerdings einige schüchterne Versuche, zum Theil nur mit einzelnen Gegenständen, z. B. Brennmaterialien. (Hieraus erweist sich, beiläufig gesagt, was von der Wahrheit der Behauptung unserer Weber-Agitatoren zu halten: die Weber hätten mit den Schulze'schen Prinzipien Versuche gemacht, diese seien aber mißglückt!) Rohstoffvereine sind ebenfalls ganz neuerlich einige wenige im Entstehen. Der eine hier in Breslau (Schuhmacher) gedeiht sehr wohl, ohne größeren Umfang zu gewinnen oder anzustreben; der andere (ebenfalls Schuhmacher) läßt nichts mehr von sich hören. Die „vereinigten Schneidermeister", eine Art von Productiv-Genossenschaft, wirken löblich fort. Die Möbelhalle der „vereinigten Tischler-(Schreiner-)Meister" hat jahrelang in sich gekämpft, um nur erst die allereinfachsten Schulze'schen Grundsätze bei sich in Geltung zu bringen. Von eigentlichen Productiv-Genossenschaften, sowie von Vereini-

gungen der anderen so vielen dafür geeigneten Gewerke zum Behufe der Rohstoffeinkäufe oder der gemeinsamen Maschinenbenützung keine Spur. Fast wörtlich Dasselbe, was die Gründer der Berliner Buchdrucker-Association in ihrer Geschäftsankündigung aussprachen, — daß nämlich kaum irgend ein Betrieb sich besser zum genossenschaftlichen eigne, als die Buchdruckerei — dieses hat der Unterzeichnete den hiesigen Buchdruckern schon Jahr und Tag früher gesagt: fruchtlos. Gleichen Hinweis auf die Zweckmäßigkeit, sich genossenschaftlich zu associren, hat er immer wieder den Bauhandwerkern ertheilt, die hier zeitweilig in ganz ausnehmender Weise vom Bauschwindel ausgesogen werden; umsonst! Es bleibt Alles in dem alten Lirumlarum. Die Commune bietet eine überschüssige Wasserkraft zur Verpachtung an kleinere Gewerbtreibende aus; es ist im Gewerbevereine und im Gewerbeblatte wiederholt auf die Nützlichkeit hievon, wie sie z. B. in Nürnbergs „Schwabenmühle" sich zeigt, aufmerksam gemacht worden; und der Erfolg? daß **ein** Pächter sich meldete. Der **Gewerdeverein** ist recht rege; aber sobald er sich auf den Boden **praktischer Ausführungen** begeben will, stößt er mit dem Kopfe an die Wände der Trägheit und des Egoismus; nur Extrazüge und Besichtigungen von Fabriken &c. bilden hievon eine Ausnahme: dabei gibt es in der Regel ein geselliges Vergnügen und eine Bewirthung — das zieht! Aber die Pläne von polytechnischer Schule, Musterlager, Gewerbehalle, Vereinhaus u. s. w. winden sich mühselig in den dicken Actenstoßen, und alle Triebkraft ruht auf den Schultern Einzelner. Vom **Handwerkervereine** ist zu sagen, daß er in Vorträgen, Debatten, Fragenbeantwortung zweimal wöchentlich das Mögliche leistet, so wie in Pflege einer durch Gesang, Musik, Declamation und Schauspielversuche veredelten Geselligkeit; die Uebersicht in seinem kürzlich erstatteten 5jährigen Berichte zeugt hiefür auf das schlagendste. Aber vergrößert an Kopfzahl hat er sich in den 5 Jahren seines Bestehens noch nicht nennenswerth, er ist darin beschämt durch viel kleinere Orte; und einen ausdauerndauernden, fruchtreichen Besuch der **Unterrichtscurse** vermag er nicht zu erzielen — und ohne dieses ist doch das übrige Bestreben nur wie ein Dach ohne Haus; nur **ernste Arbeit** ist das **Fundament** der Bildung.

„**Katholische**" Gesellenvereine gibt es in Schlesien eine große Menge; von dieser Seltsamkeit ein ander Mal! **Handwerkervereine** nur wenige; deren einer, in Strehlen, ist sogar wieder entschlafen. In ziemlicher Regsamkeit, und auch steigend an Zahl, sehen wir die **Gewerbevereine**.

Jetzt hat man sich seitens der Gesellen und Fabrikarbeiter mit einiger Energie auf die **Lohnfrage** geworfen. Oeffentliche Versammlungen werden gehalten, und zwar zum Zwecke der **Lohnerhöhung**: die Gesellenschaften der Schneider, Schuhmacher, Maurer und Zimmerleute, Tischler, die Barbiergehülfen, die Maschinenbauer, Fabrik- und Werkstattarbeiter; zum Zwecke einer **Ermäßigung der Arbeitszeit**: die Gehülfen der Maler und Lackirer, der Tapezirer und die Klempnergesellen; für eine Regulirung in **beiderlei** Richtung: die Bäckergesellen. Von Meistern, obwohl sie meistens eingeladen waren, haben sich nur einzelne betheiligt. Die Versammlungen sind größtentheils in Ordnung und Zweckmäßigkeit vor sich gegangen; nur die Barbiere, Tischler und namentlich die Schuhmacher konnten es nicht über's Herz bringen, den Fortschritt, nach dem sie doch gewiß gelegentlich Alle schreien, auch in der Art und Weise einer gewerkschaftlichen Berathung zur Geltung zu bringen; sie tobten und durcheinanderten ein wenig.

Nun, mit der Lohnerhöhung allein wird man das Paradies nicht erobern! Wenn sie allgemein durchgreift, kann sie nur den Erfolg haben, daß alle Waaren theurer werden, und daß der Arbeiter binnen Kurzem ebensoviel, als er mehr **einnimmt**, auch mehr **auszugeben** hat. Damit wollen wir keineswegs die Lohnerhöhung ohne Weiteres verworfen haben. Was uns aber bei dieser ganzen Bewegung weit wichtiger ist, als jene, das ist die erwachende Selbstthätigkeit, Selbstsorge für die eigenen Interessen und das Streben nach **Vereinigung**. Das ist **Keim neuen Lebens**! Daß derselbe nicht nach abgemachter Sache und verflossenem Strohfeuer rasch wieder verdorre, sondern sich weiter entwickele, dafür ist zweckmäßig gesorgt, indem man die einzelnen Versammlungen benutzt hat, Vertreter für ein **bleibendes Comité** (auf je 500 Köpfe einen) wählen zu lassen, welches dann die weitere Förderung der Arbeitersachen pflegen wird. Dieses ist wesentlich der Unablässigkeit des Instrumententischlers Hrn. Hanke zu verdanken. Die Stadt wird wahrscheinlich ein Versammlungslocal gewähren. Dieses Comité kann dann auch zu einem Organ für amtliche Auskünfte und Vertretung sich entwickeln, wie es die Handelskammern für die Kaufmannschaft sind. **Th. Oelsner.**

† **Celle**, 29. Juni. (Gewerbefreiheit und Freizügigkeit). Das Endresultat, das in unserm Artikel vom 26. Februar d. Js., siehe Nr. 117 dieser Zeitung, erzählten Falles wollen wir den Lesern nicht vorenthalten.

Der französische Handschuhfabrikant und der Handschuhmachermeister, welche mit der Prüfung des in dem früheren Artikel bezeichneten jungen Mannes beauftragt waren, wollten sich damit nicht begnügen, daß derselbe bloß Fähigkeiten in der Handschuhfabrikation zeigen sollte, sondern sie verlangten, daß derselbe auch Leder färben sollte, was er natürlich nicht verstand. Auf Protestation erklärte der Magistrat, daß das Lederfärben nicht mit zum nothwendigen Wissen und Können gehören solle, wollte sich aber trotz dringlichen Vorstellungen nicht dazu verstehen, die Prüfung in einem andern Orte vornehmen zu lassen, obgleich derselbe darüber durchaus nicht zweifelhaft sein konnte, daß die Prüfung keineswegs unparteiisch sein werde.

Als nun endlich die Prüfung beginnen sollte, war der erste Act der, daß zwischen dem französischen Handschuhfabrikanten und dem zu prüfenden Gehülfen eine Schlägerei ausbrach, in Folge dessen dieser als Prüfungsmeister verworfen werden mußte, und da es hier nur einen Fabrikanten gab, so mußten jetzt zwei Handschuhmachermeister mit der Prüfung betraut werden. Diese erklärten aber, daß sie die Prüfung nicht vornehmen könnten, weil sie von der französischen Handschuhfabrikation nichts verständen und somit mußte endlich der Magistrat sich dazu verstehen, die Prüfung in Hannover ausführen zu lassen. Nachdem diese Prüfung nun die hinlängliche Fähigkeit ergeben, wurde der Bittsteller endlich nach ¾jährigem Petitioniren und nach Aufwande bedeutender Kosten, zur Gewinnung des Bürgerrechts zugelassen.

Zu welchem Zwecke ist nun unnütz Zeit und Geld verschwendet?

Hannover, im Juni. Das **Arbeitergesangfest**, welches während der Pfingsttage aus allen Gegenden des Königreichs Gäste in der Hauptstadt (Hannover) versammelte, war, so berichtet die „Deutsche Nordseezeitung", im Kreise der Feste, welche in den letzten 10 Jahren hier gefeiert worden sind, in socialer Beziehung vielleicht das interessanteste, das bedeutungsvollste. Es traten die Arbeiter da zu einer großen geselligen Vereinigung öffentlich auf, wo wir früher nur die höheren Volksklassen zu Versammlungen vereinigt sahen, sie traten auf als Jünger der Kunst, des Gesanges, eines Gebietes, welches seither die höheren Stände als ihre Domaine betrachteten. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie, was den guten Geist und Ton betrifft, den früheren hier erlebten Vereinigungen würdig sich anzuschließen verstehen; sie haben bewiesen, daß die Gesangskunst mehr und mehr eingedrungen ist in alle Schichten unseres Volkes.

Gewohnt, noch vor einigen Jahrzehnten aus jenen Kreisen mehr nur rohen Gesang und schlechte Lieder aus den Schenken und Herbergen herabtönen zu hören, hat Hannovers Bürgerschaft schöne deutsche Volkslieder und treffliche Compositionen neuerer Meister im vierstimmigen Gesange von Arbeitersängerchören aus allen Theilen des Landes vernommen, und zu einem großen, aus 600 Männern bestehenden Gesammtchore vereinigt, haben sie Abends vor dem Schlosse des Landesherrn und Morgens früh auf dem Marktplatze jene selben Lieder gesungen: „Die Eintracht" von Mozart, „Die Sabbathfeier" von Abt, „Der Männergesang" von Otto, „Dem Vaterlande" von Abt u. a., mit welchen unsere höheren Liedertafeln hinzureißen und zu begeistern pflegen. Die Arbeitsänger haben denselben Erfolg gehabt. In den kleineren Einzelchören hörte man zwar hie und da die geringere Ausbildung einzelner Stimmen hervortreten, in dem Gesammtchore aber verschwanden solche Unebenheiten, und wir fanden wirklich kaum einen Unterschied zwischen dem Chorgesange der Arbeiter und dem der Liedertafeln. Dieser Erfolg war um so anerkennenswerther, als die zahlreichen Gesangvereine zum ersten Male derartig vereinigt auftraten, um nach **Einer** Probe ihre Leistungen zu produciren. Ein großer Theil des Verdienstes gebührt gewiß dem Gesangdirector Mund, dem es wohl gelang, seine Leute zu elektrisiren und die Kräfte energisch zusammenzufassen.

Abgesehen von diesen Leistungen auf dem Felde der Kunst verdient das ganze Auftreten der versammelten Arbeiter die entschiedenste Anerkennung. Kein Mißklang hat das Fest und seine Ordnung gestört. Die zu einem förmlichen Volksfeste herangewachsene Feier auf Bella Vista hielt sich von Anfang bis zu Ende innerhalb derjenigen Schranken, welche gute Sitte und Anstand gebieten; und fühlte man auf dem buntbewegten Festplatze sich vollkommen so wohl und sicher vor Ueberschreitungen, als bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, wo die Liedertafeln, die Philologen, die Architekten und Ingenieure fröhlichem Zusammensein sich hingaben.

Frankfurt im Juni. Dem ständigen Ausschuß des Arbeitervereinstags sind auf sein Ansuchen weitere 500 Thlr. aus der Casse des Nationalvereins bewilligt worden.

Politischer Theil.

Die sächsische Amnestie.

Als sich im Jahre 1848 der deutsche Bund, diese bis dahin oberste politische Behörde Deutschlands, auflöste, erkannten die deutschen Fürsten schon dadurch thatsächlich an, daß die constituirende Macht an die Reichsversammlung gefallen war. Wenn man die aristokratischen privilegirten Stände ausnimmt, die in ihrer Selbstsucht nie ein Recht anerkennen, das ihre besonderen Vortheile beschränkt, so hatte auch die deutsche Nation damals nur Eine Meinung, die nämlich, daß die von der Reichsversammlung auszuarbeitende Reichsverfassung unbedingte allgemeine gesetzliche Kraft für Deutschland habe. Für das gesunde Rechtsgefühl steht dies noch heute fest. Hätten sich die deutschen Fürsten als das gefühlt, was sie eigentlich sind, als Glieder der deutschen Nation so gut wie der geringste Bürger, so hätten sie aus Patriotismus die friedliche gesetzliche Wiedergeburt des deutschen Reiches befördern sollen, indem sie die neugegebene Verfassung anerkannten und einführten. Aller Zwist vergangener Jahre wäre vergessen worden, die einzelnen Dynastien hätten sich durch ihre Hingabe für das allgemeine Wohl mit dem Volke versöhnt, sie wären mit ihm zu inniger Genossenschaft verwachsen und würden sich durch ihre Aufopferung stets den Rang oberster politischer Vertreter der Nation bewahrt haben. Aber sie wollten nichts von ihrer bisherigen unumschränkten Souveränetät dem Gemeinwohl opfern und weigerten sich die Reichsverfassung anzuerkennen. In Sachsen kam es darüber zum offenen Kampf, das Volk wollte die Regierung zwingen, die von den gesetzlich gewählten Reichstagsabgeordneten gesetzlich gegebene Reichsverfassung anzuerkennen und unterlag den stehenden Heeren. Zu allen Zeiten und in allen Staaten hat es Kämpfe über die obersten Regierungsgrundsätze gegeben und mußte es natürlich auch eine unterliegende und eine siegende Partei geben. Wer an einem solchen Kampfe Theil nimmt, setzt sich im Voraus der Gefahr aus besiegt zu werden, und unterliegt er, weil seine Idee noch nicht genug materielle Stärke gewonnen hatte, so wird er sich nicht zaghaft beklagen, er bescheidet sich mit dem männlichstolzen Bewußtsein, für das Recht gekämpft zu haben und überläßt seine Idee der Zeit und ihrer harten Prüfung zur Reife. Der Sieger befestigt sich unterdessen auf's Neue und beutet die neugewonnene Macht nach Kräften aus, seine Stellung dauernd zu machen. Das Leben ist nun einmal ein steter Kampf und jeder Fortschritt will errungen werden.

Ueber allen politischen Kämpfen und ihnen unerreichbar schwebt aber der Gedanke, daß wir alle, Freund und Feind, Menschen sind, Kinder Eines Gottes, wie wir ihn auch uns denken oder verehren mögen, Glieder und Brüder Einer großen Familie, und wie wir uns auch entzweien mögen, uns Allen gemeinsam bleibt ein menschliches Gefühl, das auch mit dem bittersten Feinde Erbarmen hat, wenn er wehrlos darniederliegt oder gar mit dem Unglück ringt. Mit jedem Feinde, der ein menschliches Herz zeigt, ist dann auch Versöhnung möglich; ja durch Milde unterwirft sich der Sieger oft noch dem grollenden Besiegten.

Ist nun die sächsische Amnestie solch linderndes Oel auf die brennenden Wunden der Besiegten? Für mich ist sie ein grausamer Spott.

Ich war in Leipzig als Schriftsteller und Volksredner für die Reichsverfassung thätig gewesen und habe sie zuletzt noch in Dresden vertheidigt. Am Morgen des 9. Mai 1849 verließ ich die Stadt mit Heubner und Bakunin, fuhr mit diesen und dem Kapellmeister Wagner bis nach Freiberg. Ein günstiges Geschick, die Hülfe treuer Freunde machten mir die Flucht nach Frankreich möglich. Selbstverständlich beschloß und erklärte ich, in dem Lande, das mir ein Asyl bot, allen politischen Kämpfen und Streiten fern zu bleiben; dem Fremden gebietet dies die Pflicht der Gastfreundschaft. Aber auch an der sächsischen Bewegung, wenn seitdem noch von Bewegung die Rede

sein konnte, habe ich keinen Theil mehr genommen; die heimischen Verhältnisse wurden mir ja auch nach und nach fremder. Indessen leerte ich den Becher des Elends bis auf die Hefe; ich hatte das namenlose Glück frei zu sein, aber keines der Leiden der Verbannung ist mir erspart worden: gänzliche Vereinsamung und Verlassenheit, Demüthigungen aller Art, die härtesten Entbehrungen, die in einer glücklicherweise kurzen Epoche mich auf's Krankenbett warfen; nun, was es heißt elend sein, ich habe es erfahren und segne mein Geschick für diese Prüfung. Wen das Unglück gereift hat, der ist stark; wer das Unglück gekannt hat, der allein auch weiß das Glück zu würdigen. Und das Glück lächelte zuletzt auch meiner Ausdauer zu; langsam nur erhob ich mich, aber doch immer sicherer, und meine Arbeit hat mir wieder den Genuß des Lebens errungen.

Dreizehn Jahre schon hatte ich im Exile zugebracht, alle Verurtheilten vom Mai 1849 waren schon aus den Gefängnissen entlassen. Da hegten meine alten Eltern Vertrauen in das Herz des Königs und wandten sich im Jahre 1863 an ihn mit der Bitte um meine Begnadigung. Der jetzt regierende König hätte schon längst, schon im ersten Jahre seiner Regierung, eine allgemeine Amnestie geben sollen, da ja der Aufstand nicht unter seiner, sondern der Regierung seines verstorbenen Bruders stattgefunden hatte. Ich will Alles übersehen und frage nur: war unter den gegebenen Umständen die Hoffnung meiner Eltern nicht natürlich, ihr Vertrauen nicht gerecht? Die königliche Macht war ja neu befestigt, Alles in das alte Gleis zurückgekehrt, alle Strafen waren abgebüßt oder erlassen, wie hätte der König, der doch ein Mensch ist und ein menschliches Herz hat wie Andere, so alten Leuten (mein Vater war 74, meine Mutter 81 Jahre alt) ihr flehendes Gesuch abschlagen sollen, ihren nun seit dreizehn Jahren verbannten Sohn wiedersehen zu dürfen? Und er hat es doch abgeschlagen! Allerdings war in der Antwort gesagt, ich solle selbst bei dem Könige um meine Begnadigung nachsuchen, doch war nicht erklärt, daß mir alsdann auch mein Gesuch gewährt werden würde.

Warum diese Bedingung? Bot meine Unterwerfung nur irgend welche Bürgschaft? Gewiß so wenig wie jedes abgezwungene Versprechen. Bedurfte die Regierung des Königs einer solchen Bürgschaft? Ebensowenig. Was kann ich Einzelner der festbegründeten königlichen Macht nur schaden? In den Jahren 1848 und 49 hatte ich einigen Einfluß, weil ich mich auf die bewegte Masse des Volkes stützte; aber jetzt, wo das Volk der Regierung so treu ergeben und, wie man mir sagt, der König so populär ist, was könnte ich thun? welche Gefahren könnte ich der Regierung bereiten? Mein Vater hat wohl den wahren Grund errathen; er sagte: „man will die armen Flüchtlinge nur demüthigen."

Meine Eltern hatten ihr Gesuch gänzlich ohne mein Wissen eingereicht; ich habe auf die Antwort der Regierung keinen Schritt gethan. So schmerzlich es für mich war, meine alten Eltern nicht noch einmal wiederzusehen, ihnen nicht noch einmal dankend die Hände zu drücken, es war mir unmöglich, dieses Glück durch eine Lüge, einen Verrath an meinem Gewissen zu erkaufen. Ich war kein Kind, als ich in den Kampf ging; ich habe Glück und Leben in die Schanze geschlagen, weil das, für was ich kämpfte, mir als das Recht der Nation erschien, gegen welches selbstsüchtige Einzelforderungen in den Hintergrund treten mußten. Für eine festbegründete Ueberzeugung habe ich gekämpft und nichts hat mich bisher überzeugt, daß ich im Irrthum war. Durch eine Unterwerfung aber, wie sie von mir verlangt wurde, hätte ich zugegeben, daß ich im Unrecht gewesen. Das kann ich nicht; ich kann nicht lügen. Und bräche mein Herz darüber, ich kann meine Ueberzeugung nicht verrathen. Meine Eltern ergaben sich auch darein; aber mein Vater schrieb mir: „ich bin empört über diese abschlägige Antwort, wenn ich an die rührenden Ausdrücke denke, in denen mein Gesuch abgefaßt war".

O Majestät, König Johann von Sachsen! Sie sind ein kenntnißreicher Mann, Sie haben bei Ihren literarischen Studien sicher viele Blicke in das Seelenleben gethan; wissen Sie nicht, wie sehr edle Herzen durch freiwillige Wohlthaten verpflichtet werden? Haben Sie nicht bedacht, daß ich Ihnen unwillkürlich dankbar sein mußte für die Milde, die Sie an meinen Eltern geübt hätten? Die Ueberzeugung des Staatsbürgers konnten Sie nicht ändern, aber das Herz des Sohnes konnten Sie sich gewinnen und damit den Staatsbürger sich verbinden. O die Staatsweisheit ist nicht die rechte Weisheit.

Noch im Dezember desselben Jahres, wo er sein Gesuch zurückgewiesen sah, starb mein Vater; im Januar dieses Jahres 1865 ist nun auch meine Mutter gestorben. Und nun, wenige Monate später, erscheint die Amnestie!

Nun sie gestorben sind, die mich allein noch an die Heimath fesselten, nun darf ich zurückkehren. Lebend sie wiedersehen, durfte ich nicht; aber an ihrem Grabe mit zerrissenem Herzen niederknieen, das erlaubt man mir.

Und welches Motiv hat den König zu diesem Gnadenacte getrieben? Die Freude über das ihm gewordene Familienglück. Also, königliche Majestät, Sie fühlen den Werth dieses Glücks? Ihr Vaterherz ist gerührt, wenn es in die Augen eines lieben Kindes schaut? Und Sie konnten meinem alten Vater die Bitte abschlagen, noch einmal vor seinem Tode in die Augen seines Sohnes zu blicken? Und meine Mutter! Nun die alten Leute mit Groll im Herzen gegen Sie gestorben sind, nun erlauben Sie mir heimzukehren! O diese Gnade treibt ein grausames Spiel mit meinem Herzen.

Für den Sohn kommt die Amnestie zu spät; bleibt nur noch der Staatsbürger. Ist mit der Amnestie auch die Rechtsfrage gelöst? Ich weiß wohl, daß jetzt leider nur Wenige noch an dieselbe denken, aber die Zeit wird sie mit eherner Nothwendigkeit wieder aufnehmen. Und was habt ihr denn gewonnen durch eure Härte? Ihr müßt doch einmal Antwort geben. Kann die jetzige Gesammtverfassung Deutschlands noch fortbestehen? Kann die volle Souveränetät der Einzelstaaten und ihrer Dynastien sich mit den unabweisbaren Forderungen der Gesammtinteressen vertragen? Müssen diese Einzelstaaten nicht einen Theil ihrer Souveränetät dem Gemeinwohl der deutschen Nation aufopfern? Ihr könnt eure Ohren diesen Fragen nicht verschließen. Wenn ihr nur halbwegs die Augen öffnet, so seht ihr die unvermeidliche Schwierigkeit eurer Zukunft. Das alberne Junkergeschwätz von Umsturz alles Bestehenden kann nur noch bei der gänzlichen Dummheit Gehör finden. Weit entfernt vom Umsturz, handelt es sich darum, die materielle Wohlfahrt der Einzelnen durch die Aufhebung veralteter Schranken zu vermehren, dem Nationalreichthum durch achtunggebietende Stellung der Nation nach außen freiere Entwicklung und Sicherheit zu verschaffen; der arbeitende und besitzende Bürgerstand hat nur zu gewinnen. Und was setzt ihr diesen im natürlichen Rechte wohlbegründeten Forderungen entgegen? Doch wahrhaftig nicht die Behauptung, daß die ganze deutsche Nation auf ewige Zeiten das unveräußerliche Eigenthum von dreißig Familien sei, deren Privatinteressen allein bei dem Geschicke Deutschlands maßgebend und entscheidend seien. Nein, im Ernste gesprochen, das behauptet ihr nicht, das könnt ihr nicht behaupten, denn es widerspricht zu sehr dem gesunden Menschenverstand. Ihr erkennt ja auch selbst nach euren Worten die euch von Gott auferlegte Pflicht an, für das Wohl der euch anvertrauten Völker zu sorgen; wenn nun aber dieses Wohl mit euren Privatinteressen in Streit geräth, wenn unbedingt eines zum Vortheil des andern leidet, was soll dann geschehen? Ihr habt ein Beispiel in diesem Augenblick vor Augen. Das Handelsinteresse der deutschen Nation verlangt unbedingt die Anerkennung des Königreichs Italien, das ohne eine solche keinen Handelsvertrag mit dem Zollverein abschließen wird. Drei oder vier Einzeldynastieen weigern sich, dies Königreich anzuerkennen, und handeln in ihrem Privatinteresse ganz logisch; denn durch diese Anerkennung gäben sie das Recht der ihnen verwandten kleinen italienischen Dynastieen preis, sie setzten das Recht und Wohl der Nation über die Ansprüche der Dynastieen und begäben sich folgerichtig in einem ähnlichen Falle ihrer eigenen bisherigen Ansprüche. Die geschichtliche Logik ist unerbittlich.

Und nun blickt zurück auf das Jahr 1849 und die am 28. März d. J. verkündete Reichsverfassung. Wie geringe Opfer verlangte dieselbe von euch! Wie vertraute euch die Nation! Wie war sie bereit, Hand in Hand mit euch ihrer Zukunft entgegenzugehen!

Für diese Reichsverfassung habe ich gekämpft, für sie habe ich leiden müssen. Ihr habt sie verworfen, die veränderten Zustände haben sie nun auch unbrauchbar gemacht; aber der Rechtsboden, auf dem sie erwuchs, ist derselbe geblieben. An diesem Rechte halte ich fest, wie jeder ehrliche gewissenhafte Mensch an dem festhalten soll, was er nach reiflicher Ueberlegung frei von eigennützigen Beweggründen für recht und wahr erkannt hat. Und ich finde ein Echo in der Brust jedes ehrlichen gewissenhaften deutschen Mannes, wenn ich mit Luthers Worten ausrufe: „So ihr mich nicht mit klaren unabweisbaren Gründen des Rechts widerlegt, so werde ich nicht widerrufen. Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Amen!"

Orleans, im Juni 1865.

Herman Semmig.

Politische Umschau.

Der Plan der **Kölnischen Bürger**, sämmtlichen Abgeordneten der liberalen Parteien ein Fest zu geben, um ihnen so einen Beweis zu liefern, daß das Vertrauen der Rheinprovinz zu der Mehrheit des Abgeordnetenhauses unerschütterlich fest steht, tritt der Verwirklichung immer näher. Als Festtage sind der 22. und 23. Juli gewählt, und soll nicht nur ein Bankett in Köln selbst, sondern auch eine Rheinfahrt stattfinden. Gegenüber den vielen Angriffen, welche die liberale Partei des Abgeordnetenhauses zu erfahren hat, ist ein solches Zeichen der Liebe und Verehrung, welche sie im Volke findet, gewiß höchst erfreulich.

Preußen. Die Königsberger Hartung'sche Zeitung berichtet aus Königsberg über den Empfang Johann Jacoby's. Auf ein beim Sommerfest des Handwerkervereins von Dr. Fallion auf ihn ausgebrachtes Hoch erwiderte Jacoby etwa Folgendes:

Dank, theure Freunde und Genossen! Nach so langer Trennung und Entbehrung ist es mir ein doppelter Genuß, wieder in eurer Mitte zu weilen, mit euch gemeinsam heute das schöne Sommerfest begehen zu können. Es gibt kein höheres Glück auf Erden, als treue Freunde zu besitzen, Freunde, die jegliche Freude liebevoll mit uns empfinden, die in Fährden und Nöthen fest, unerschütterlich bei uns ausharren. Wie auch unser Geschick sich wende, dies Gefühl, das beglückende Bewußtsein eines solchen Gutes tröstet, erhebt und ermuthigt in allen Wechselfällen des Lebens, — ermuthigt uns, trotz Hemmungen und Hindernissen, das Werk, das wir uns vorgesetzt, als gute Arbeiter zu einem guten Ende zu führen. Dem Vereine treuer Freunde und guter Arbeiter, unserm Handwerkerverein bringe ich ein Hoch!

Nassau. So ist man wohlgesinnt! Die „Nassauische Landesztg." brachte ganz kürzlich folgenden Artikel: Vom Main, 25. Juni. In der hiesigen Gegend ist es schon sehr weit gekommen: da wird die Republik ausgerufen und hochleben gelassen. In 4 Wochen geht es an: da wird gemordet, Hals abgeschnitten und gibt es keinen Pardon mehr; die öffentliche Sicherheit ist wirklich gefährdet. Da haben wir die Gewißheit, was der Fortschritt will, wie in den neunziger Jahren in Frankreich: Umsturz und Revolution, das größte Unglück, das sich nur auf Erden ereignen kann." — Die „Nassauische Landeszeitung" dient bekanntlich in Folge Befehls der Nassauischen Landesregierung allen Behörden als amtliches Organ für ihre Bekanntmachungen und muß von allen Staats- und Gemeinde-Behörden gehalten werden; sie allein liest auch der Herzog und zwar mit großer Sorgfalt und glaubt, was darin steht.

Der „Neuen Frankf. Ztg." wird aus **Wiesbaden** unterm 1. Juli berichtet: Eine in dem katholischen Wahlbezirk Hadamar ausgeschriebene Versammlung der Liberalen erregte, wie natürlich, das höchste Mißfallen der Pfaffen; sie sollte um jeden Preis gesprengt werden. Der katholische Pfarrer Vogt in Obertiefenbach forderte in seiner Predigt, von der die Zuhörer wortgetreue Aufzeichnung gemacht haben, hierzu auf. Nachdem der Mann Gottes aus allen Tonarten auf die liberalen Führer und die liberale Presse geschimpft hatte, forderte er seine Pfarr-Kinder auf, brave Männer zu sein und das gute Werk der Sprengung zu vollziehen, auch die Weiber möchten zum Besen greifen und die Volksverführer fortjagen; „denn", fügte der würdige Hirte hinzu, „durch diese schlechten Advokaten werden Euch Eure Männer entzogen; und wenn dieselben mit diesen gehen,

dann könnt Ihr Euch nach andern umsehen!" (Unglaublich, aber buchstäblich wahr.) Die mit dieser Kapuzinade beglückten Bauern gingen auf die liberale Versammlung, folgten aber nicht dem Rathe des guten Hirten, sondern kehrten als richtige Fortschrittsmänner nach Hause zurück.

München, 4. Juli. In der gestrigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe hat der Minister des Aeußern, Frhr. v. d. Pfordten, das gewichtige Wort gesprochen: „Für uns fragt es sich, wenn dem Herzogthum Holstein sein Bundesrecht nicht gewährt wird, ob es sich dann mit der Würde und Ehre Bayerns vereinbart, in Zukunft seinerseits an seine bundesmäßigen Pflichten sich gebunden zu erachten. Schön gesagt! Solche und ähnliche Worte aus Ministermund sind indeß häufig nur ein Gericht Kohl gewesen, das bekanntlich nicht so heiß gegessen zu werden pflegt, als es aufgetragen wird.

Kassel 2. Juli. Als in der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung der Landtagskommissar sich wiederum außer Stande erklärte, die Anfrage über die Gründe der Verzögerung einer Genehmigung der Baupläne für die abgebrannte Stadt Frankenau zu beantworten, äußerte der Abg. Bromm: „Die Erklärung des Herrn Landtagskommissars wird mit Staunen vernommen worden sein. Vielfach und weltbekannt sind die Klagen, welche man über das bei uns herrschende Regierungssystem geführt hat. Hr. Jungermann hat der Welt zu beweisen gesucht, wie gegründet diese Klagen bei uns sind, aber das ganze Jungermann'sche Sündenregister beweist nicht so viel als die Leidensgeschichte der verunglückten Stadt Frankenau. Immerhin hat es Leute gegeben, welche unsere Regierung vertheidigt haben, in dieser Sache wird aber Niemand es wagen, das Verfahren der Staatsregierung in Schutz zu nehmen. Unsere Staatsregierung handelt hier so, daß die Thränen und der Jammer dieser Unglücklichen gegen sie zum Himmel schreien. Der Gedanke ist mir zu furchtbar, um annehmen zu können, es sei Absicht, die Leute noch tiefer in's Unglück bringen zu wollen als sie bereits sind. Unsere Macht reicht nicht aus, um mit Gewalt den Frankenauern helfen zu können, aber wir müssen vor der ganzen civilisirten Welt constatiren, wie hier verfahren wird. Alles Drängen der Ständeversammlung in dieser Sache hat bis jetzt nichts geholfen. Sie wissen, daß wir erst in der vorvorigen Sitzung auf Antrag des Hrn. Trabert beschlossen, an die Staatsregierung das Ersuchen um baldige Abhilfe für Frankenau zu richten. Dem Vernehmen nach hat auch eine Abordnung von Frankenau gestern flehentlich um Zutritt beim höchsten Landesherrn gebeten: ihrem Wunsche soll nicht entsprochen worden sein. — Wir sind an einer Grenze angekommen, von der man zu sagen versucht ist, „hier hört die Menschlichkeit auf." Wie es ein Ministerium geben kann, das ein solches Verfahren zu verantworten gedenkt, begreife ich nicht."

England. Die Zahl der polnischen Flüchtlinge, welche auf englischem Boden ein Asyl gefunden haben, leider aber zum größten Theil in sehr bedrängten Verhältnissen leben, ist vor einiger Zeit durch die Ankunft einer Schaar von Polen, die in Oesterreich in Haft gewesen waren, noch vermehrt worden. Auf Anordnung der österreichischen Regierung waren sie über Hamburg nach England gebracht und in Hull hilf- und mittellos an's Land gesetzt worden. Die Unglücklichen standen so ohne einen Heller Geld und nicht einmal der Landessprache mächtig auf fremder Erde, und wären dem Hungertode verfallen, wenn sich nicht die Privatmildthätigkeit und die Polenvereine ihrer angenommen hätten. Außerdem hat das Schatzamt angezeigt, daß Unterstützung gewährt werden soll; jedoch seien nur diejenigen Ankömmlinge in Betracht zu ziehen, welche durch die Unterdrückung des letzten Aufstandes zur Uebersiedelung nach England gezwungen worden, nicht die schon vor dem Aufstande eingewandert seien; ferner müsse entweder die Unfähigkeit, eine Beschäftigung aufzufinden, oder Krankheit, Gebrechlichkeit, hohes Alter als Grund der Unterstützungsbedürftigkeit nachgewiesen werden. Das Schatzamt läßt die nöthigen Untersuchungen vornehmen.

Aus **London** wird gemeldet, daß das europäisch-amerikanische Kabel wahrscheinlich schon vor Ende des laufenden Monats dem öffentlichen Verkehr übergeben werden könne. Der Tarif enthält unter anderen folgende Bestimmungen: Von jeder Telegraphenstation Großbritanniens und Irlands nach einer Telegraphenstation in Amerika beträgt der Preis für die Beförderung einer einfachen Depesche (20 Worte oder weniger inclusive Adresse, Datum und Unterschrift, die im Ganzen nicht 100 Buchstaben überschreiten dürfen) 20 Pfund Sterling. Für jedes Wort mehr, das 5 Buchstaben nicht überschreiten darf, 20 Shilling das Wort. Die Buchstaben in allen Wörtern nach den ersten 20 werden zusammengestellt und durch 5 getheilt, je fünf Buchstaben werden als ein Wort gezählt, ebenso der bleibende Bruch. — Von jeder Telegraphenstation des Continents nach jeder Telegraphenstation Amerika's wird die einfache Depesche, für die dieselben Bestimmungen gelten, mit 21 Pfd. St., jedes Wort mehr (von je 5 Buchstaben) mit 21 Shilling berechnet. — Von den Telegraphenstationen Afrika's, Asiens und Indiens kostet die Beförderung der einfachen Depesche durch das transatlantische Kabel 25 Pfd. St., jedes Wort mehr 25 Shilling.

Frankreich. Der bekannte ehemalige franz. Generaladvokat **Sandon** hat in Brüssel eine Schrift erscheinen lassen, worin er die Geschichte seiner sechsjährigen Verfolgung durch den Minister Billault und seiner Einsperrung im Irrenhaus von Charenton erzählt. Ein erschreckendes Zeugniß von der in Frankreich waltenden Cabinetsjustiz. Sechzehn Mal war er zuerst 2—3 Tage verhaftet worden, um einen Widerruf seiner Artikel gegen den Minister Billault ihm abzupressen; dann auf längere Zeit, bis man ihn endlich für irrsinnig erklärte. Einmal ließ man ihn 3 Tage lang ohne alle Nahrung; ein andermal sperrte man ihn in den „Saal der Demokratie", wo er mit etwa 300 Menschen, die dem ruchlosesten Auswurf der Pariser Bevölkerung angehörten, zusammen leben und mit mehren auf einer Pritsche unter der gleichen Decke schlafen mußte. Kurz, es läßt sich keine raffinirte Qual erdenken, welche man dem Manne der unerschütterlichen Ueberzeugung nicht anthat. Die obersten Richter und die ersten Aerzte Frankreichs mußten als Handlanger in diesem abscheulichen Prozesse dienen. Man bot ihm Geld an, wenn er eine schriftliche Ehrenerklärung an den Minister unterzeichne. Man erklärte ihm, er werde im Bicetre „krepiren" müssen, wenn er nicht unterzeichne. Der Prinz Napoleon, von dem Vorfalle unterrichtet, begab sich persönlich ins Irrenhaus, um Sandon zu sprechen und sich zu überzeugen, ob er wirklich wahnsinnig sei. Der Verwalter hatte die Frechheit, ihm einen halb gelähmten Wahnsinnigen als den Gegenstand seiner Nachforschung vorführen zu lassen. Kurz es wird in dieser Schrift ein Gemälde von Verruchtheit und Schamlosigkeit der Stützen des Systems entworfen, das wenig seines Gleichen hat. (Dorfztg.)

Newyork. Ueber den Süden schreibt die „Newyorker Abendzeitung": Alle staatlichen und gesellschaftlichen Bande sind zerrissen, alle Bahnen des wirthschaftlichen Verkehrs durch Trümmerhaufen versperrt, die aus dem Wege zu schaffen es an Kraft, wie an Willen fehlt. Bitterer Groll und Haß gegen die Sieger ist die vorherrschende Stimmung bei den Bewohnern des Südens. Der Entschluß, durch zähe Beharrlichkeit und Fleiß die dem Wohlstande ihres Landes geschlagenen Wunden zu heilen, vermag in so oberflächlichen, leicht erregbaren, aber auch eben so leicht in dumpfe Hoffnungslosigkeit hinabgedrückten Naturen, wie die Südländer es sind, keine Wurzel zu fassen. Das starre Hinbrüten verbissener Wuth, eine gefühllose Gleichgültigkeit gegen Noth und Elend und unbezwinglicher Widerwille gegen eine wirthschaftliche Thätigkeit, welche die Freiheit der Sclaven zur Voraussetzung hat: — dies sind die Hauptbestandtheile der sogenannten Ergebenheit, welcher sich die besiegten Rebellen, d. h. drei Viertel der weißen Einwohner des Südens befleißigen. —

Hungersnoth starrt in Alabama wie im nördlichen Georgia den Bewohnern ins Gesicht, aber sie vermag nicht, den frechen Adelsstolz der ehemaligen Sclavenhalter zu beugen. In Lumpen gehüllt, sich von Abfällen ernährend, die sie in besseren Zeiten nicht ihren Hunden vorgeworfen haben würden, oder auch Nahrungsmittel bei den nächsten Militärposten erbettelnd, weigern sie sich doch zu arbeiten. Ihrem bitteren Haß gegen die „Yankees" machen sie bei jeder Gelegenheit Luft und weisen die Zumuthung, sich als Angehörige der Vereinigten Staaten zu betrachten, mit Entrüstung von sich. Selbst während sie von den Bundescommissaren ihr Brod erbetteln, schmähen sie die Regierung der Republik in den ungemessensten Ausdrücken. Nach ihrer Ueberzeugung hat die Regierung sie, ein freies Volk, an den Bettelstab gebracht und die Almosen, die sie ihnen ertheilt, sind nur ein winziger Theil des an ihnen verübten Charakters. Zu sehr gedemüthigt, um noch bewaffneten Widerstand gegen die Streitkräfte des Bundes zu versuchen, machen sie ihrer Wuth gegen die wehrlosen Neger Luft. Diese werden auf's Gräßlichste gemißhandelt, geprügelt, verstümmelt, auch wohl ermordet. So arg ist die Wuth der früheren Sklavenhalter, daß sie sich bei ihrer Heimkehr einen Spaß daraus machen, ihren ehemaligen Sklaven die Nasen, Ohren oder Lippen abzuschneiden. Das ist keine Phantasie, sondern gräßliche Wirklichkeit. In Montgomery kamen an einem Tage fünf fast nackte Neger an, denen die Ohren abgeschnitten waren. Andere kamen mit Schnittwunden am Halse und noch Andere, die am ganzen Körper die blutigen Spuren von Schlägen mit Stöcken oder Steinen trugen! In Georgia geschehen ähnliche Dinge. Ein in Atlanta erscheinendes Blatt meldet, daß kürzlich unter einem Haufen Treibholz die Leichname von fünfzehn Negern gefunden worden seien. Auf dem Mississippi ward eine Kiste aufgefangen, die voll Baumwolle war; in der Baumwolle aber fand man den Leichnam eines Negers. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Hunderte, wenn nicht Tausende von Negern während der chaotischen Gesellschaftszustände, die jetzt im Süden bestehen, als Opfer der bestialischen Wuth ihrer frühern Eigenthümer und jetzigen Gutsherren fallen werden."

Deutsches Kerkerleben.

Von Gustav Struve.

Die Gefängnisse eines Staates bieten uns immer ein mehr oder weniger treues Bild der Zustände desselben überhaupt. Sie machen uns anschaulich, welche Beweggründe nicht blos der Strafgesetzgebung, sondern auch der Strafrechtspflege zu Grunde liegen, und da ein Ministerium mit dem andern zusammenhängt, lassen sie immer auch einen folgerichtigen Schluß auf

den in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung herrschenden Geist zu.

Wo vollends gar, wie z. B. im Königreiche Sachsen, die Gefängnisse nicht unter dem Justizministerium, sondern unter dem Ministerium des Innern stehen, wo nicht ein Justiz-, sondern ein Polizei-Beamter die Gefängnisse leitet, da ist von vorn herein schon klar, welcher Geist überhaupt im Staate vorwaltet.

Wenn in einem Staate die hülflosen Gefangenen der Willkür ihrer Kerkermeister preisgegeben sind, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß ein ähnlicher Druck auch auf denjenigen Bürgern laste, welche zur Zeit noch nicht in den Kerker geschleppt worden sind. Denn waltete der Geist der Milde oder auch nur des strengen Rechtes in einem Staate, so könnten die Gefangenen keinem unmenschlichen Drucke preisgegeben werden.

Wenn wir von diesen leitenden Gesichtspunkten das Kerkerleben Deutschlands in's Auge fassen, so wird uns der trostlose Zustand unseres Vaterlandes anschaulich, sogar abgesehen von den Persönlichkeiten, welche in deutschen Kerkern so viele Jahre ihres Lebens zubrachten, den letzten Athemzug aushauchten, oder endlich demselben oder gar dem Tode nur durch die Flucht entgingen.

In unseren Tagen hat das Wort Zuchthaus eine ganz andere Bedeutung bekommen, als früher. Ein Haus, in welchem ein Kinkel, ein Wiggers, ein Röckel lebten, muß nothwendig ein Haus der Ehre, es kann nicht ein Haus der Schande sein.

Aber auch Diebe, Räuber und Mörder sind doch immer Menschen, welchen kein unnützer Schmerz bereitet, welchen keine erlaubte Erholung versagt werden soll.

Eine Strafanstalt erfüllt nur dann ihren Zweck, wenn sie die Gefangenen auf den Wiedereintritt in die menschliche Gesellschaft vorbereitet, wenn sie sich bemüht, dieselben gebessert, gehoben, gestärkt der Freiheit zurückzugeben.

Sehen wir dagegen die Berichte, welche uns ab und zu von gebildeten Gefangenen nach ihrer Befreiung zu Theil werden, so überläuft uns ein Schauder, und wir erkennen, daß das neunzehnte Jahrhundert dem deutschen Vaterlande in veränderten Formen noch immer den Geist der peinlichen Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. erhalten hat, d. h. daß nur dafür in unseren Strafanstalten gesorgt ist, den Gefangenen möglichst viel Schmerz, Herabwürdigung, Kummer und Noth zu bereiten, daß aber für ihre Besserung gar nichts geschieht.

Die Niedermetzelungen, welche auf Befehl der rothen Reaction zu Wien, Dresden, im Badischen und an anderen Orten stattfanden, selbst die Begnadigungen zu Pulver und Blei waren empörend genug. Allein die Periode derselben dauerte nicht länger, als etwa ein Jahr. Die trockenen Guillotinen Deutschlands waren aber dreizehn Jahre in Arbeit, und arbeiten noch immer fort, wenn auch diejenigen Opfer, für welche sie zunächst angeschafft wurden, die sog. politischen Verbrecher alle bereits abgethan sind.

Es ist ein unbestrittener Grundsatz des Criminalprozesses, daß einem Untersuchungsgefangenen nicht mehr Leiden bereitet werden dürfen, als der Zweck seiner Sicherung erfordert. Mir und tausend Gesinnungsgenossen wurden aber Ketten angelegt, wenn ganze Compagnien zu unserer Bewachung bereit standen, wenn uns Bewaffnete mit gezogenem Hirschfänger gegenüber saßen, welche die Weisung hatten, uns niederzustechen, sobald nur der geringste Versuch uns zu befreien gemacht werden sollte.

Es ist hart genug, der Freiheit beraubt zu werden. Warum dem armen Gefangenen den Anblick des Himmels durch Bestreichung der kleinen Fenster mit Farbe entziehen? Warum ihn peitschen, wie in den badischen Kerkern geschah, eine Maske zu tragen, damit er nicht erkannt werden könne? In einer Strafanstalt ist die physische Uebermacht so ganz auf Seite des Staates, warum dann doch noch Strafen auf Strafen häufen, neue Vergehungen schaffen, welche in der ganzen Welt außer dem Gefängnisse keine sind?

Derjenige Director einer Strafanstalt, wie derjenige Lehrer, welcher ohne schwere Strafen, ohne Ruthe, Prügel und Kantschu keine Ordnung halten kann, beweist dadurch nur, daß er seiner Stelle nicht gewachsen ist.

Die Grobheit, welche in deutschen Gefängnissen herrscht, ist allgemein bekannt. Sie ist nur ein schlagender Beweis des niedern Bildungsstandes unserer Kerkermeister. Warum soll ein Mann, welcher immer mit Sie angeredet wurde, im Gefängnisse mit dem unter Fremden nicht üblichen Du bedient werden? Der Zweck kann kein anderer sein, als einen moralischen Druck auf ihn auszuüben, ihm wehe zu thun.*) Denn wenn man Gleichmäßigkeit einführen wollte, könnte diese ebensowohl durch das Wörtchen Sie, als Du hergestellt werden.

Einen sehr wichtigen Beitrag zur Geschichte des deutschen Kerkerlebens bietet uns Röckel's neuestes Werk: **Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim.**

Es ist in unserem Vaterlande nichts ungewöhnliches, daß ein Verrückter herrsche und die ihm Untergebenen zwingt, ihm zu gehorchen. In der preußischen Armee fehlt es nicht an derartigen Fällen. Daß aber ein Verrückter, wie der Hauptmann Christ, ganz ungehindert seinen Wahnsinn an den Gefangenen auslassen durfte, bis er auf den Gedanken kam, den politischen Theil derselben freilassen zu wollen, ist neu. Ein anderes, als dieses Kriterium der gesunden Menschenvernunft scheint das königl. sächsische Ministerium des Innern nicht besessen zu haben.

Es ist schon schlimm genug, daß ein Verrückter Director einer Strafanstalt sein konnte, — daß aber die von ihm erlassenen Anordnungen auch nach seiner Entfernung, gleich als wären es Evangelien, aufrecht erhalten wurden, grenzt an's unbegreifliche, wenn überhaupt die rothe Reaction noch mit dem Maßstabe des gesunden Menschenverstandes gemessen werden konnte.

Was ist ein Solon gegen einen Gesetzgeber wie Christ, den Verrückten? Die Hausgesetze, welche dieser Director in Kraft hielt, geboten *Schweigsamkeit*, selbst den Aufsehern und sonstigen Beamten gegenüber, verboten Lachen, selbst alles *Lächeln*, verboten sich *umzusehen* in den Speise- und Arbeitssälen oder auf dem Hofe. Streng verboten war jedweder Tauschhandel, das Schenken sogar strenger als das Stehlen.

Natürlich wurde doch gesprochen, gelächelt, umgesehen, getauscht und geschenkt. Es fehlte daher der Direction nie an Gelegenheit zum Strafen.

Fluchtversuche waren mit 90 Stockhieben bedroht.

Nicht weniger als dreizehn verschiedene Strafarten sollten diesen Hausgesetzen Nachdruck verschaffen: einfacher Arrest, enger Arrest, Dunkel-Arrest, hartes Lager, Krankenkost dritter Classe, Springer, Krummschließen, Klotzsägen, Latten-Arrest, Ruthenstreiche, Stockhiebe, Kantschuhiebe.

Das alles in einem Lande, in welchem die Grundrechte des deutschen Volkes von dem Landesherrn anerkannt worden waren, welche im § 139 bestimmen:

„Die Strafe — der körperlichen Züchtigung — ist abgeschafft."

Auf Hauptmann Christ folgte Director Heink, welcher nicht für verrückt galt, weil er nie auf den Gedanken kam, die politischen Gefangenen frei lassen zu wollen, im übrigen aber sich von Christ nicht wesentlich unterschied.

In Waldheim betrug die Zahl der jährlich ausgetheilten Ruthen- und Stockhiebe bei einem durchschnittlichen Bestand von 800 bis 1000 Gefangenen zwischen 20000 und 25000. Von 100 bis 150 Frauen wurden in der Regel 60 bis 70 geschlagen!!

„Es gab Zeiten, wo der sog. Schimmel, auf dem die zu Hieben Verurtheilten festgeschnallt wurden, den ganzen Tag über nicht leer stand und die mit den Executionen beauftragten Aufseher, wozu man stets die kräftigsten nahm, des Abends klagten, daß sie sich wie gerädert fühlten.

„Ein guter Theil dieser Brutalität kam indessen auf Rechnung des unter König Johann noch verschärften Strafgesetzes, nach welchem jeder Rückfällige bei seiner Einlieferung zum „Willkomm" 60 Stock-, oder wenn es ein Weib war, Ruthenhiebe erhielt. Ja es kam vor, daß ein Mann, der bereits nach seiner Ankunft mit diesen 60 Hieben bewillkommnet worden war, einige Zeit später, als eine weitere über ihn noch schwebende Untersuchung entschieden wurde, auch für diese zweite Verurtheilung weitere 60 Hiebe zu erdulden hatte!"**)

Sehr richtig bemerkt hierzu Röckel:

„Unvergleichlich schwerer als auf den armen Aufsehern lastete jedoch die moralische Verantwortlichkeit für das Ganze auf den *höhern* Beamten, zumal auf dem obersten Leiter, und es ist einem geradezu unbegreiflich, wie heutzutage noch Menschen, die auf Bildung Anspruch machen, sich der Aufrechthaltung ebenso brutaler als frevelhafter Verhältnisse widmen können, wenn nicht jeder Tag neue Beispiele dafür lieferte, mit welchem Erfolg unser Staatswesen auf die sittliche Entmannung hinwirkt."

*) Sein Selbstgefühl und damit den festen Anker des Ehrgefühls zu brechen. D. Red.

**) Wie schade, daß in dem gegen *Streit* und *Struve* zu Gunsten der Unterzeichner des Londoner Protokolls von der Königl. Sächs. Regierung hier angeregten und jüngst mit Erkenntniß auf 3 Monate Gefängniß beendeten Preßprozeß die Königl. Sächs. Regierung nicht auch den Urtheilsvollzug hat. D. Red.

„Unsere socialen und politischen Verhältnisse haben den Deutschen so sehr der freien Selbstbestimmung und namentlich den Beamten alles Vertrauens in die eigene Kraft beraubt, daß die ungeheure Mehrzahl der letzteren nichts verzweifelteres zu denken vermag, als die Vorstellung außerhalb der Staatsversorgung und nur auf sich selbst beschränkt, den Kampf um die Existenz zu bestehen."

„Die schwere Schuld des Staates und seiner Lenker, die Schuld der großen Gesellschaft, die solches in ihrem Namen geschehen läßt, soll diese Schilderung darlegen.

„Aus sich selbst werden diese Anstalten sich nie reformiren, ebenso wenig von oben herab zum Bessern geführt werden, so lange unsere staatlichen Zustände dieselben bleiben; nur der Ausschrei und die nachhaltige Forderung der öffentlichen Stimme kann eine durchgreifende Umgestaltung derselben erzwingen. Die öffentliche Stimme aber, das ist die Stimme eines Jeden, unter Allen, und Alle, wie Jeder haben wir die Pflicht, sie zu erheben."

Von dieser allgemeinen Betrachtung zur Strafanstalt von Waldheim zurückkehrend, bemerkt Röckel:

„Ganz abgesehen von dem Widersinn unsers Strafgesetzes, welches den Menschen 10, 20, ja 30 Jahre der Gesellschaft vollständig entzieht, dennoch aber von ihm verlangt, daß er sich nach seiner Rückkehr in dieselbe ihr als ein nützliches Glied einfüge, schien die Strafanstalt Waldheim, wie so viele andere, eigens darauf angelegt, aus Menschen Teufel oder Blödsinnige zu machen. Alle bösen Leidenschaften wurden nach Möglichkeit aufgestachelt, keine gute konnte sich entfalten und kräftigen." (Fortsetzung folgt.)

Socialer Theil.

Bildung, der Weg zum Scepter der Welt.

An die Bürger und Arbeiter.

Es ist kein Zweifel: *euer* ist die Zukunft der Welt, euer nicht nur die *Mitherrschaft*, sondern fast die *alleinige*; denn ihr seid die ungeheure Mehrzahl, ihr seid die Grundlage, auf welcher überhaupt eine Gesellschaft, ein Staat, eine Cultur erst *möglich* sind. Aber nur *unter einer Bedingung* — **nur unter einer Bedingung!**

Diese Bedingung heißt: **Bildung.**

Werdet Diener der *Bildung*, und ihr werdet Herren der Welt! Werdet Besitzer der *Bildung*, und ihr seid Besitzer der Welt, die schon euer natürliches Eigenthum ist, die der Besitzergreifung harrt.

Was ist „*Bildung*"?

Ganze Bände möchten geschrieben werden, die Antwort auf diese Frage ausführlich zu geben. Im Wesentlichen aber auch, wie der Lateiner spricht: „in nuce" läßt es sich sagen, d. h. so kurz, daß es „in einer Nuß", in einer Nußschale Raum hat.

Bildung ist — die *Fähigkeit, sich zu bilden.*

Bildung ist die *Fähigkeit*, sich zu entwickeln, fortzuschreiten; die Fähigkeit, empfänglich, verstehend, mitempfindend über seine eigenen engen Geistesumgrenzungen hinauszugehen.

Lernen wir das Wort aus seinem *Gegentheile* recht verstehen: Der Gegensatz der Bildung ist „*Bornirtheit*". „Bornirt" ist ein Fremdwort, aber so heimisch bereits geworden, daß wir dieses Ursprungs kaum mehr gedenken; Jedermann weiß, was darunter zu verstehen. Bornirt heißt: beschränkt, begrenzt, eingeengt. Wessen Gesichtskreis mit Brettern vernagelt ist, daß er nicht über seine Nasenspitze hinaus zu sehen — und *einzusehen mitzuempfinden* vermag, der ist „bornirt".

„Bildung" ist das grade Widerspiel davon. Bildung weiß, daß es jenseits der vier Pfähle noch viel Dinge gibt, die geistigen Werth haben, daß „jenseits der Berge auch Leute wohnen", mit *anderen* Sitten, Meinungen, Vorstellungen, und *darum* keineswegs Unkräutern oder wilden Thieren gleich zu achten. Bildung trachtet zu lernen, zu verstehen, Fremdes in seinem Werthe zu würdigen, dadurch das eigene Selbst, ohne sein bestes Theil aufzugeben, doch immer mehr zu klären, zu vervollständigen, zu entwickeln, *auszubilden.*

Wenn wir z. B. *einsehen*, und *anerkennen*, daß Andere in Religionssachen freier, oder weniger frei, kurz *anders* denken können, als wir; daß die Einen mehr der nachdenklich betrachtenden Weise zugethan, die Andern von wärmerer Empfindung beherrscht, von rascher klopfendem Herzen, enthusiastischen Gefühles voll sind und sein können, ohne *darum* sittlich schlechter zu sein, sondern nur von einem heiligen Rechte ihrer

Freiheit und innerer Nothwendigkeit gebrauchmachend — so ist das schon ein *mächtiger Schritt auf dem Wege der Bildung.*

Ebendieses gilt von dem *politischen* Gebiete. Und Ebendieses gilt von *jeglichem* andern, von jeglicher Art, die äußere Welt und ihre Dinge, oder einen Theil derselben anzuschauen, zu erfassen, zu verstehen; von jeglicher Art, in der *inneren* Welt der Empfindungen sich zurecht zu finden und sich zu entwickeln.

Und was *erlangten* wir, wenn wir diesen Weg beschritten? O, sehr viel für uns und die kommenden Geschlechter: **Das Begräbniß der Tyrannei, die Auferstehung der Freiheit!**

Wenn wir die Geister um und neben uns würdigen, anerkennen in dem Rechte *ihrer* Art und *ihres* Daseins; wenn wir über unser enges Ich hinausgehend, immer mehr in ihnen verstehen und mitempfinden, uns in sie, in ihre Art hinein versetzen lernen — dann erlischt der Bruderhaß, wird der Kampf der Parteien nicht ein Kampf um den Tod und die Knechtschaft, sondern um die Wahrheit; dann gibt es niemals wieder Glaubenstribunale und Ketzerfoltern, niemals politische Kerker und Galgen, nie flammen die Scheiterhaufen wieder empor, und das Meer wird nicht wieder von Blutströmen der Märtyrer des Glaubens oder des Gedankens geröthet.

Wird nicht die Welt — die nach Frieden, Glückseligkeit und wahrhaftiger Freiheit hungernde und dürstende Welt mit Freuden, wenn sie sieht, daß es *Ernst* damit ist, einem *solchen* Scepter und Dem, der es bringt, sich zuwenden? Wird Der nicht ein Sieger sein ohne Schwertstreich? Wohlan: ergreifet es! und ihr *seid* dieser Sieger.

Breslau. Th. Oelsner.

Einige Worte über die Arbeit der Frauen im Allgemeinen und über Frauenarbeiten im Besonderen.

Bericht für den dritten Vereinstag von Moritz Müller.

(Schluß.)

Wir wollen annehmen, es sei übertrieben, was berichtet wird, allein es ist immer noch schrecklich genug. Darum — wir werden es immer und immer wiederholen — darum, erlangen wir Reformen durch die Mittel der Bildung und Arbeit und durch vereinte Thätigkeit der Frauen selbst! — Es ist Thatsache, daß die weibliche Erziehung im Allgemeinen 50 pCt. spärlicher ist als die männliche und hier und da fast ebenso die Bezahlung für weibliche Arbeit. Die Frauen müssen daher vorerst die persönlichen und socialen Zustände der menschlichen Gesellschaft besser kennen lernen; sie müssen mehr befähigt werden, für das Leben mitzuwirken. Betrachten wir doch einmal die für sie passenden Arbeiten, betrachten wir das Weib als Arbeiterin, wie es ist und noch werden sollte.

Wir sehen, daß die Frauen auf dem Lande sich mit Geschick um die Viehzucht bekümmern. Im Landbau selbst sind Gärtnerei und Blumenzucht vornämlich für sie geeignet und werden mit Vorliebe von ihnen betrieben. Es glückt in dieser Beziehung der Unermüdlichkeit der Frauen Manches, was den Männern mißlingt. Man kennt solche Frauen, welche das Geschäft der Kunstgärtnerei besser besorgen als ihre Männer, und so wäre es in tausend Dingen der Fall, wenn man den Frauen mehr Gelegenheit böte, arbeiten zu lernen. In Gewerben und Betrieben sind in großer Anzahl diejenigen für sie geeignet, welche Feinheit, Farbensinn und Unermüdlichkeit im Aufmerken auf Kleinheiten erfordern, wie z. B. die Uhrmacherei, Bijouterie, Anfertigung von Nadeln, Federn u. s. w. Ferner passen Weberei, Stickerei, das Sortiren gewisser Arbeiten ganz gut für sie. Tausende von Fällen beweisen es weiter, wie gut und exakt Frauen Betriebe und Arbeiter beaufsichtigen können. Außer den Arbeiten in Druckereien und im Buchbindergeschäft zeigen sich die des Lithographirens, der Holzschneidekunst, der Juwelierarbeit, Gravirung, sowie das Schleifen der Steine und optischer Linsen, als lauter passende Thätigkeiten, bei denen es sich mehr um Akkuratesse, um guten Geschmack, Zierlichkeit und Aufmerksamkeit handelt, als um körperliche Kraft. Photographie, Kupferstecherkunst, Stempel- und Steinschneiderei, die Verfertigung musikalischer Instrumente, alle diese und viele ähnliche Arbeiten schlagen in's Feld der Frauenarbeit ein. Kassenverwaltungen, Buchführung, Verkauf im Kleinhandel, Anfertigungen von Schriftsachen, Eisenbahn- und Telegraphendienste u. s. w., alles dies können Arbeiten für Frauen sein, ohne ihrer Würde und ihrem Gemüth zu schaden. Oder sind die Müßiggängerinnen oder Nichtskönnerinnen vielleicht die tugendhaftesten? — Kann man sich nicht weibliche Bäckerinnen oder Schuhmacherinnen u. s. w. denken, welche selbstständig ihr Geschäft mit Mädchen so gut besorgen können als Männer mit Arbeitern? Ist es vielleicht natürlicher, daß es männliche Schneider gibt oder gar männliche Köche mit weißer Kleidung und Zipfelkappe?

Und so stufenweise hinauf bis zu den höchsten Arbeiten. Hat man nicht schon von ausgezeichneten Frauen gehört, welche als Predigerinnen, Schriftstellerinnen und als Aerzte fungirten? — Gewiß. Darum sind den Frauen auch die höheren Zweige des Wissens zu eröffnen, der Lehrbereich, die Hochschule eingerechnet; ferner alle Wissenschaften der Beobachtung; die Naturkunde in allen Zweigen, zu deren Pflege ihre Gaben besonders befähigt sind. In den Künsten haben die Frauen schon viel Befähigung erwiesen; wenn man ihre Ausbildung darauf mehr hinleitete und ihnen Gelegenheit gibt, ihre Studien zu machen, werden sie auch in dieser Beziehung immer mehr leisten. Wenn ein Aesthetiker ausruft: „Durch die Frauen ist noch kein großes Kunstwerk geschaffen worden", so mag das wahr sein, allein wir wollen es doch nicht ganz verschwören, daß es nicht einmal geschieht; aber die Hauptsache liegt darin, daß wenn alle die Männer, welche der Kunst sich widmeten, deßwegen aufhören sollen, weil sie keine großen Kunstwerke schaffen können, so müssen alle jetzt ihre Kunst quittiren, bis vielleicht auf ein halb Dutzend. Das ist also lauter Unsinn. Wird so viel Mühe, Geld, Zeit und Fleiß darauf verwandt, die Frauen in der Kunst auszubilden, wie bei den Männern, so werden sie *manches Schöne* vollbringen und was nicht zu verachten ist: Dieses Arbeiten wird auch *ihnen nützlich sein.* — Erwähnen wir aus tausenden von Beispielen eines, wo man erstens der Frau auch gar nichts zutraute, etwas leisten zu können, zweitens wo man glaubte, wenn sie in anderer Weise wirkte, daß es der Familie schaden würde, um zu beweisen, wie alle diese Vorurtheile selbst in den besten Männern wurzeln. Eine Frau wünschte zu gerne ihrem Manne mit Anfertigung mikroskopischer Gegenstände auszuhelfen, weil er sich oft sehr damit plagen mußte. Aber ihre Bitten, diese Arbeit lernen zu wollen, wurden mit einem Lächeln lange Zeit abgeschlagen, ein Lächeln, das den Hintergedanken zeigte: Du bist zu einfältig, liebe Frau, das zu begreifen und zu lernen. Dann wurde noch das alte Lied angeschlagen, sie habe genug im Hause zu schaffen. Allein der Mann wurde endlich doch einmal geneigt, seiner Frau Unterricht darin zu geben, wie man es machen müsse, diese Gegenstände herzurichten, weil er öfter überhäufte Geschäfte hatte und kranke Augen bekam. Und siehe da, die Frau lernte es bald, und zwar noch besser als der Herr Gemahl selber. Sie half ihm später immer getreulich mit. Und die Familie, — litt diese Schaden? — Im Gegentheil. Denn die brave Frau ließ ihre Kinder vor wie nachher nie aus den Augen und für die geringeren Dienste hielt sie ein Mädchen (solche, ich meine für höhere Arbeiten unbefähigtere wird es immerfort geben wie bei den Männern) und das Geld, was mehr wie früher verdient wurde, *kam der Familie zu gut.* Es gibt nichts dummeres als gewisse Einwendungen, und gewisse Männer wären die ersten, die Frauen ihren Familien zu entziehen, wenn ihre Frauen *plötzlich* solche Künstlerinnen werden sollten, daß sie ihnen alle Tage so und so viel Thaler sicher verdienen könnten. Dann hörten alle Einwendungen gewiß bei vielen dieser Herren auf! Allein so liegt die Sache seltener. Es handelt sich nicht darum, den verheiratheten Frauen noch eine Berufsbildung angedeihen zu lassen, sondern darum, die Jugend in dieser Beziehung zur *Selbstständigkeit zu erziehen.* Der Vortheil liegt nicht so nahe bei der Hand. Und für eine *Idee*, für die Zukunft zu arbeiten und zu opfern, liebt Vetter Michel nicht. Hat er doch seiner Zeit mit allem Eifer behauptet: die Krankenpflege sei für die Frauen unschicklich! Dann sollte der Hebammendienst ungeeignet für sie sein! Diese Vorurtheile sind nun vorüber. Jetzt aber hält man es für schrecklich, daß man auch weibliche Aerzte für zweckdienlich findet. Auch da wird noch Rath werden. Aber glauben sollte man nicht, daß man sich für seine Vorurtheile noch so einfältig oder maliciös wehrt! So hörten wir neulich den Ausspruch eines angesehenen Mannes, der sagte: „Mir ist eben ein Chelius (das ist nämlich ein berühmter Arzt und Operateur) doch lieber als eine Hebamme und es ist eben nichts mit dem Weibsvolke!" Das ist freilich richtig, daß, wenn man die Wahl zwischen Chelius und einer gewöhnlichen Hebamme hat, man lieber jenen zur Geburtshilfe nimmt. Und doch ist es ein verkehrtes Geschwätz, so etwas zu sagen und solche Vergleiche anzustellen! Denn kann man dasselbe nicht auch bei hunderten von Aerzten anwenden und behaupten, daß Einem so zu sagen der Schmied lieber ist als der Schmiedle? Die Wahrheit ist die: Als unwissende oder ungebildete Frauen kamen der größte Theil derselben zur Erlernung des Hebammendienstes auf die Universität und verließen sie schon in sehr kurzer Zeit wieder. *Würde unter denselben Umständen ein Mann mehr lernen?* Das ist die Frage, die mit *Nein* zu beantworten ist. Ja, manche gewöhnliche Hebamme beschämt manchen studirten Arzt. Noch mehr: Es haben sich schon Frauen große Verdienste um die Entbindungskunst in der Wissenschaft erworben! Und genießen später Frauen dieselben Studien wie die Männer, so werden sie in jedem Fach tüchtige Arbeiterinnen werden, ohne so viel Kosten zu verursachen wie manche junge Herren, bei denen oft nicht allein die Eltern in Bezug dessen was die Söhnchen *verstudiren*, Jahr ein Jahr aus an der Nase herumgezogen werden, sondern auch das Publikum, das später in die Hände solcher Pfuscher fällt. Man unterschätze die hier angeführten Beispiele nicht, sondern mache in dieser Beziehung künftig selbst seine Beobachtungen, man kann sie täglich erweitern.

Ja, die Frauen haben in den schwierigsten Verhältnissen schon oft eine Ausdauer, Kraft und Standhaftigkeit offenbart, welche Männer in Erstaunen und Bewunderung versetzte! Darum behaupten wir: Ein unermeßlicher Schatz von Reichthümern des Gefühls und der That würde sich erschließen, sobald der weiblichen Menschenhälfte (denn sie bildet den einen Theil der Menschheit) gestattet würde ihre Eigenthümlichkeit zum Wohle der Gesammtheit auszubilden und unbeschränkt anzuwenden; sie würde in ihren vorgeschrittenen Mitgliedern nicht allein dem unergiebigen und drückenden Müßiggange entzogen, sondern die Frauen würden auch zum Gefühle des Werthseins und der Unabhängigkeit erhoben.

Man behauptet, daß heutzutage fast die Hälfte der Frauen unverheirathet bleibe, sollte dies auch übertrieben sein, so wäre es schon vom Uebel, wenn auch nur der vierte Theil ledig bliebe. Für diese aber wäre es jedenfalls eine große Wohlthat, wenn sie tüchtige Arbeiterinnen wären, und wenn sie eine vorzügliche Berufsbildung genossen hätten. Da man aber nicht voraus wissen kann, welche Mädchen ledig bleiben, so ist es gut, sie *vorher* und *rechtzeitig* zur Selbstständigkeit zu erziehen. Es kann dies übrigens ja auch der künftigen Hausfrau nur von Nutzen sein, wenn sie praktisch wird, d. h. erstens wenn sie recht viel Geschick hat und zweitens wenn sie in allen Fällen mit Sicherheit zu finden weiß, was zu thun oder zu lassen ist. Und gibt es nicht auch *Wittwen*, welchen eine solche Erziehung und solcher Unterricht sehr zu gut käme!? Lehrt das öffentliche Leben nicht täglich und stündlich, daß solche praktische Frauen nach dem Tode ihres Mannes das Geschäft desselben bestens fortleiten, wenn sie vorher die rechte Einsicht und Anleitung dafür hatten? Und daß im Gegentheil diejenigen, welche nur die Magd, wenn auch in verbesserter Auflage, machen mußten, oft mit sammt ihren Kindern Noth litten, weil sie ganz unfähig waren, das Rechte zu ergreifen? Die ausgebildete Befähigung der Frauen war ein Glück für sie und die ganze Familie. Es liegt also auf der Hand, **daß es für die Frauen keine andere Schranke geben sollte, als die Befähigung selbst.**

Freilich wird auch die beste Reform nicht allen Frauen helfen und nicht alle Uebel beseitigen, wie dies ja auch bei den Männern nicht der Fall ist. Hüben und drüben ist bei Vielen Hopfen und Malz verloren; aber besser wird es jedenfalls, wenn über beide Geschlechter volle Freiheit herrscht und die Gerechtigkeit es bewirkt, daß für jeden Menschen nach seiner Fähigkeit Alles gethan wird, was seine Wohlfahrt bezweckt.

Wir Männer müssen uns daran gewöhnen, die Frauen nicht nur als Mittel zum Vergnügen u. s. w. für uns zu betrachten, sondern als unseres Gleichen. Sie sind weder Engel, daß wir sie anzubeten haben, noch Kinder, daß sie in alberner Uebertreibung gehegt werden müßten, noch Sklavinnen, denen wir jede höhere Beschäftigung verschließen dürfen. Sie unterscheiden sich von uns in Eigenthümlichkeiten und besonderen Begabungen, stehen uns aber gleich an Fähigkeit und Menschenwerth; wir haben kein Recht, sie an deren Geltendmachung zu hindern, sondern die Pflicht, an die Stelle der Willkür oder des Zufalls, welcher jetzt herrscht, die *bestimmte Absicht* treten zu lassen, eine Reform für die Frauen ernstlich anzubahnen.

Wir constatiren schließlich, daß wir zwar für den höchsten Beruf des Weibes die Erziehung ihrer Kinder und die Sorge für die geistige und körperliche Gesundheit derselben betrachten, allein die Erziehung der Frauen ist einestheils noch lange nicht genügend, als daß das

Weib seinen höchsten Beruf recht erfüllen könnte, anderntheils sind die socialen Zustände der Art, daß viele Frauen diesen Beruf gar nicht erreichen, so daß es ihre Aufgabe gar nicht wird, Kinder zu erziehen, abgesehen davon, daß selbst viele verheirathete Frauen keine Kinder bekommen, oder daß die Kinder der Familie wieder entwachsen, indem sie wo anders eine Familie gründen ꝛc. — Durch unsere vorgeschlagenen Mittel und Reformen würden viel mehr Frauen Gelegenheit bekommen, ihren höchsten Beruf zu erfüllen!

Die Frauen also als Arbeiterinnen in unserem Sinne zu bilden, nützt Allen — und nicht allein allen Frauen, sondern der ganzen menschlichen Gesellschaft. Wir müssen mit Neus aussprechen: „Wir sind Glieder einer großen Kette, müssen alle wirken und streben und kein Mensch sollte mit leerer Hand ausgehen.“ Der Kampf um die Bedürfnisse des Lebens muß und soll durch Arbeit geführt werden, und diese beruht auf den Unterlagen der Kenntnisse, der Geschicklichkeit und des Charakters, mit einem Wort — auf wahrer Bildung und Freiheit. Die Resultate des Kampfes kommen den Männern und Frauen gemeinsam zu gute, also sollen sie auch vereint für Reformen arbeiten, und sie müssen dies inskünftige thun zu ihrer eigenen Wohlfahrt, zur Wohlfahrt der Familie, des Vaterlandes und der Menschheit!

Und nun noch einige Worte in Bezug der vereinten Thätigkeit, nämlich der noch zu thuenden Arbeit der Frauen selbst, einer Arbeit, welche sie im Verein mit Männern ins Auge fassen müssen. Ich kann dies nicht genug wiederholen, weil es so vielfach nicht recht verstanden wird. Alles, was den Frauen in Bezug der Bildung und der Arbeit nützen kann, sollte in „Deutschen Frauenvereinen“ berathen, gepflegt und befördert werden. Vereint mit Männern, welchen diese Sache am Herzen liegt, sollten sich solche Vereine in allen Städten Deutschlands ausbreiten und schließlich eine Organisation unter sich gewinnen, welche segensreich auf die Angelegenheiten und den Beruf der ganzen Frauenwelt einwirkt. Es ist purer Unsinn, in irgend einer Stadt zu sagen, bei uns gibt es in der Beziehung „nichts zu thun!“

Indem ich alle Arbeitervereine dringend bitte, diese Frage der Frauen und der Arbeiterinnen auf ihre Tagesordnung zu setzen und sie nie aus den Augen zu verlieren, wünsche ich, daß diese kurze Anregung überhaupt nirgends ihre Wirkung verfehlen möge, und bleibe mit Gruß und Handschlag!

Pforzheim, 1. Juni 1865. **Moritz Müller.**

Vortrag

über die **Arbeitskraft der verschiedenen Völker der Erde**, gehalten von J. Deutsch, Handelsmann, in der Versammlung des „Industriellen Bildungsvereins“ in Reichenbach am 23. Januar 1865.

Meine Herren! Die von mir zum Vortrag übernommene Frage über die Arbeitskraft der verschiedenen Völker kann auch füglich mit der Frage bezeichnet werden: Wovon hängt der größere oder geringere Erfolg der wirthschaftlichen Arbeit der Völker ab?

Wer nicht von einem großen Streben beseelt ist, der pflegt selten viel zu erreichen, und wie dieses von dem Einzelnen gilt, so gilt es auch von den Völkern im Ganzen; die Einen wie die Anderen wachsen mit ihren Zwecken. Es gibt kein größeres Hinderniß für die Erreichung einer höheren volkswirthschaftlichen Entwicklungsstufe, als jene Zufriedenheit ohne einen Mangel zu spüren und ohne auch nur die Ahnung in sich aufkommen zu lassen, daß es besser sein könnte.

Eine große Fülle von Genußmitteln, welche die Natur freiwillig darbietet, ist der Entwicklung der Produktion hinderlich, eine große Fülle von Erwerbsmitteln aber förderlich. Die Erfahrung bestätigt die Richtigkeit dieses Satzes. Die Völker der gemäßigten Zone sind die Träger des wirthschaftlichen Fortschrittes. Die Bewohner jener tropischen Länder, wo die Natur dem Menschen fast ohne Anstrengung Alles reicht, was er unmittelbar bedarf, sind in einer ewigen wirthschaftlichen Kindheit geblieben; andererseits sind auch jene Völker, welche unwirthbare und unfruchtbare Länder bewohnen, über eine sehr ärmliche Wirthschaftsstufe nicht hinausgekommen. Die Erklärung dieser Erscheinung liegt auf der Hand. Der Mensch ist von Natur träge, und je niedriger er noch steht, desto mehr hat diese Trägheit über ihn Gewalt. Dazu kommt, daß die nämlichen Umstände sich verstärken, welche den Thieren und Pflanzen zu üppigem Gedeihen verhelfen. Kein Wunder also, daß die üppige Natur der Tropen erschlaffend wirkt und die Menschen, wenn sie nicht von Außen angeregt werden, in ihrer naiven Genügsamkeit erhält, welche nur in der Gegenwart lebt und zufrieden ist, wenn ihr diese nur die Mittel zur Befriedigung der unmittelbarsten natürlichen Bedürfnisse gewährt. Der Fortschritt beginnt erst da, wo die freien Gaben der Natur für die wachsende Zahl der Menschen nicht mehr ausreichen, und wo, um zu bestehen, der Erwerb gesucht werden muß. Um jedoch diesen Weg unermüdet weiter zu verfolgen, bedarf der Mensch der Ermuthigung durch den Erfolg. Wo alle seine Anstrengungen nur eben hinreichen, um ihm die nackte Existenz zu fristen, wo jedes Streben, mehr zu erreichen, an der Ungunst der Natur scheitert, da erstarrt in diesem trostlosen Bewußtsein jene Kraft. Er thut, was absolut nothwendig ist, um nicht zu Grunde zu gehen, aber nicht mehr, wozu sollte er auch? — und gewinnt er ja einmal mehr, als er braucht, so nimmt er es stumpfsinnig als einen Glücksfall hin, den er nicht zu verwerthen weiß. Wenn dagegen die Natur zwar Anstrengungen von dem Menschen fordert, diese Anstrengungen aber durch ihre unterstützende Wirksamkeit mit einem reichlichen Erfolge belohnt, dann belebt sich die menschliche Kraft an dieser Aussicht und findet den Muth, immer weitere Ziele ins Auge zu fassen.

Dieses führt auf den Einfluß der Entwicklung der Bedürfnisse. Derselbe hängt mit der menschlichen Entwicklungsfähigkeit überhaupt aufs Innigste zusammen, denn alle Entwicklung beruht auf der Empfindung neuer Bedürfnisse, und wenn für jene keine Grenze angegeben werden kann, so heißt das zugleich, daß sich auch für die letzteren kein Punkt der absoluten Befriedigung bezeichnen läßt. Wie der Astronom mit jeder Verschärfung seiner Beobachtungsmittel immer neue Welten entdeckt, so eröffnen sich für die Völker mit jeder neuen Entwicklungsstufe neue Bedürfnisse. Je höher die Bildung der Völker gestiegen ist, je mehr sich ihre Sittlichkeit gefestigt hat, desto energischer wird das Streben nach weiterer Vervollkommnung auch in wirthschaftlicher Beziehung sich bei ihnen kund geben. Hoch entwickelte Völker stellen sich ihre Aufgabe viel umfassender, als wenig entwickelte. Die Erweiterung der wirthschaftlichen Bedürfnisse wird vornehmlich durch zwei Einflüsse vermittelt: die Ungleichheit des Vermögens und der Gaben und den Unternehmungsgeist. Der Letztere ist durch sein eigenes Interesse gerade darauf hingewiesen, auf die Erweckung neuer Bedürfnisse zu spekuliren; in manchen Fällen ist dieses eine wirkliche Lebensbedingung. Man denke nur an die eigentlichen Mode-Industrien. Es ist unter denselben ein unausgesetztes und vielseitiges Streben, der produktiven Thätigkeit neue Aufgaben zu stellen und mit der Lösung dieser Aufgaben das Gefühl neuer Bedürfnisse hervorzulocken. Jede Messe, jede Weihnachtszeit bringt allerhand Neuigkeiten, welche das Publikum, indem es dieselben kauft, als seinen Bedürfnissen wirklich entsprechend anerkennt, obwohl es auch nur einem der Käufer schwerlich eingefallen wäre, die Herstellung derselben, als ein fühlbares Bedürfniß zu verlangen.

Die Arbeitskräfte der Nationen zeigen nach Umfang und Art eine sehr große Verschiedenheit, und zwar um so mehr, je höher die Völker stehen. Mit der Bildung wächst die Einsicht in die, jeder Volkspersönlichkeit eigenthümlichen Vorzüge und folgeweise das Streben, diese auch möglichst zu entfalten; ja selbst solche nationale Eigenschaften, deren Werth mindestens ein zweifelhafter ist, werden vielfach mit Vorliebe gepflegt.

Uebrigens ist die fortschreitende Ausbildung der Arbeitskräfte unter allen Umständen wesentlich von der sittlichen Kraft einer Bevölkerung abhängig, denn die persönliche Ausbildung ist immer ein mühsames Geschäft. Wer keine sittliche Energie in sich hat, unterliegt in dieser Beziehung, sei es dem niederdrückenden Einflusse der Noth, sei es dem verweichlichenden des Ueberflusses. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Existenz starker, sittlicher Familienbande. Wo diese fehlen, da verkommt oder verlottert die heranwachsende Generation, und die nationale Arbeitsbefähigung geht von Geschlecht zu Geschlecht so lange zurück, bis das Bewußtsein dieses Elendes eine innere Reaktion hervorruft.

Bei der Beurtheilung der Arbeitskraft kommen vorzüglich folgende Punkte in Betracht:

1) Das Verhältniß der Zahl der Erwachsenen zu den Kindern und Greisen.

Nach einer Uebersicht über 11 europäische und 3 amerikanische Länder, als: Frankreich, Großbritannien, Irland, Niederlande, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg, Sardinien, Spanien, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Ober- und Unter-Kanada, ergiebt sich, daß überhaupt ein Dritttheil 33,66 %) der ganzen Bevölkerung auf die Individuen bis zum 15. Lebensjahre kommt. Das heißt, über ein Dritttheil der ganzen Bevölkerung besteht aus den Mitgliedern der Gesellschaft, welche noch nicht durch ihre Arbeit eine Compensation für ihren Unterhalt geben können. Ferner fällt beinahe ein Zehntel (9,72 %) auf die Altersklasse von 15—20 Jahre, in der Regel noch die Altersstufe des heranreifenden Alters und für Viele noch die Zeit der Ausbildung und Vorbereitung für einen bestimmten Lebensberuf. Nicht ganz die Hälfte (48,88 %) kommt auf die Periode der vollen Kraft und Thätigkeit, zwischen 20 und 60 Jahren. Auf die Altersklasse von 60 bis 70 Jahren, die Periode der meist schon abnehmenden Kräfte, fällt ungefähr nur ein Zwanzigtheil (4,92 %) und endlich auf die Klasse des hohen, in der Regel nicht mehr produktiven und schon mehr oder weniger hilflosen Alters kommt wenig über ein Vierzigtheil (2,81 %), also ein sehr geringer Theil der Bevölkerung im Vergleich mit der großen Proportion der Klassen des Kindesalters, mit welchem das hohe Alter insofern gleichsteht, als es ebenso unproduktiv zu sein und von der Gesellschaft nur Opfer zu fordern pflegt. Durchschnittlich kommt erst ein Uebersiebzigjähriger auf 12 Unterfünfzehnjährige.

Nationenweis ist die Verschiedenheit sehr bedeutend. Während in den europäischen Ländern unter 10,000 Einwohnern im Durchschnitt nur 3,179 Kinder bis zu 15 Jahren sich befinden, beträgt in den amerikanischen Ländern die Zahl der Unterfünfzehnjährigen unter einer gleichen Anzahl Lebender beinahe ein Dritttheil mehr, nämlich 4,130, wogegen dabei der Antheil von Personen im Alter von 20—60 Jahren in Europa ansehnlich größer ist, als in Amerika (5,019 zu 4,359). In Amerika muß also eine gleiche Anzahl Erwachsener für eine um reichlich ein Dritttheil größere Anzahl Kinder mitarbeiten, als in Europa, was offenbar in Bezug auf die Kraft der Bevölkerung und vorzüglich auf die Produktionskraft für Amerika ein viel ungünstigeres Verhältniß zeigt, als für Europa.

Unter den europäischen Staaten zeigt Frankreich die günstigsten, Preußen viel weniger günstige Verhältnisse. Auf 10,000 Lebende im Alter von

	— bis 40 Jahren	14—60 Jahren
kommen in Frankreich	2,554	6,431
in Preußen	3,506	5,904

Kein Verhältniß kann für die Produktivkraft eines Volkes ungünstiger sein, als eine große Anzahl von Kindern, welche vor dem Alter der Reife hinwegsterben, kein Fortschritt ist für die Hebung jener Kraft wesentlicher als eine Verminderung der Kindersterblichkeit.

Wie eine große Anzahl von Kindern, so ist anderseits auch eine große Anzahl von Greisen für die relative Größe der nationalen Arbeitskraft ungünstig! Allein abgesehen davon, daß diese Last ungleich weniger ins Gewicht fällt, als jene erstere, kann man sie als den schönsten Luxus einer Nation bezeichnen. Uebrigens tritt eine völlige Unfähigkeit zur produktiven Thätigkeit doch im Allgemeinen nur mit einem sehr vorgerückten Lebensalter ein. Eine Reihe von Jahren hindurch wird die Abnahme der körperlichen Kräfte und Fähigkeiten noch reichlich durch die größere geistige Befähigung, welche eine längere Erfahrung und Arbeitsgewohnheit verleiht, aufgewogen. Für civilisirte Völker ist eine große Zahl von Personen höheren Lebensalters nicht blos eine Zierde, sondern vermöge der Erfahrung und Urtheilsreife, welche sie zu den Geschäften bringen, geradezu ein Vortheil. Wer möchte die wichtigen Verdienste verkennen, welche z. B. den Engländern in allen höheren Berufszweigen, besonders aber auf dem Gebiete des Staatswesens ihre bejahrten Männer geleistet haben und noch leisten? Von selbst versteht es sich endlich, daß, wenn man aus der Vergleichung mehrerer Bevölkerungen nach ihrer verhältnißmäßigen Vertheilung auf die verschiedenen Altersklassen Schlüsse auf die Größe der nationalen Arbeitskraft ziehen will, auch die nationale Verschiedenheit in Bezug auf das Alter, bei welchem einerseits der Mensch zur vollen Entfaltung seiner Kräfte gelangt, und bei welchem andererseits diese Kräfte wieder abnehmen, und auf die Schnelligkeit, mit der sie sich verlieren, eine gehörige Berücksichtigung verlangt.

(Schluß folgt.)

Briefkasten.

Von dem Demokratischen Verein in Locle am 1. Juli 2 fl. 16 kr. für das II Semester erhalten. — Von dem Arbeiterverein in Winterthur am 1. Juli 4 fl 32 kr. für das I. und II Semester erhalten. — Von dem Arbeiterverein in Morges am 3. Juli 3 fl. 48 kr. erhalten, womit Ihr Conto bis Ende December d. J. ausgeglichen ist. — Von dem Deutsch demokratischen Arbeiterverein in Chaux de Fonds am 5. Juli 5 fl. 50 kr. pro 1865 erhalten. — Hrn. Fr. Leib in Stuttgart: die Poststellen in Calw und Heidenheim sind ebenso wie alle übrigen zur Annahme von Bestellungen verpflichtet. Aus der Schweiz von vielen Vereinen noch immer Klagen, daß die Poststellen wegen Annahme von Bestellungen noch keine Ordre haben. Wir werden uns bemühen zu ermitteln, wo das Hinderniß liegt.

Verschiedene Anzeigen.

Abonnements-Einladung.

Indem wir auf das seit Anfang April bei der unterzeichneten Expedition erscheinende „Wochenblatt des Nationalvereins" freundlichst einladen, bemerken wir, daß alle **Postämter und Buchhandlungen Deutschlands** Bestellungen auf dasselbe annehmen. Ebenso kann direkt bei der Expedition abonnirt werden.

Der Abonnementspreis beträgt mit Einrechnung der in der Freien Stadt Frankfurt bestehenden Stempel-Steuer bei directem Bezug von der Expedition (ohne das Porto) 45 kr. oder 13 Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 54 kr. oder 15½ Sgr. für das Quartal. Inserate werden mit zwei Silbergroschen für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

Frankfurt a. M., im Juni 1865.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.
(C. Adelmann, Gr. Eschenheimerstraße 43.)

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. Juli 1865 hat ein neues Abonnement auf die in **Oppenheim am Rhein** jeden Mittwoch und Samstag erscheinende

Landskrone

begonnen.

Dieselbe fährt fort wie seither die wichtigsten Nachrichten im Gebiete der Politik, der Land- und Volkswirthschaft in gedrängter Kürze zur Kenntniß ihrer Leser zu bringen. Den lokalen Angelegenheiten von Oppenheim und der Umgegend widmet sie besondere Aufmerksamkeit.

Das der Samstagsnummer beigegebene „Unterhaltungsblatt" sucht durch Erzählungen, Gedichte, Räthsel etc. den Wünschen seiner Leser gerecht zu werden.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für beide Blätter beträgt bei allen Postämtern 35 kr.

Inserate finden durch die „Landskrone" ausgedehnte Verbreitung und wird die 3spaltige Zeile in kleiner Schrift mit 2 kr. berechnet.

Oppenheim, im Juli 1865. **Die Expedition.**

Fränkischer Kurier
in Nürnberg.

Der Fränkische Kurier vertritt die Sache des entschiedenen Fortschrittes auf socialem, politischem und religiösem Gebiete und wird nach wie vor in der besonderen bayerischen, wie in der allgemein deutschen Frage das Banner der Freiheit und der nationalen Würde hoch halten. Er erscheint täglich in 1½ Bogen groß Folioformat (7 Blätter die Woche), sammt einem **Unterhaltungs-Blatte** für den Sonntag, dessen Inhalt den Tendenzen des Hauptblattes entspricht.

Abonnementspreis: vierteljährig 1 fl. 45 kr., bei außerbayerischen Postanstalten kommt dazu ein geringer Postaufschlag. Die ausgedehnte Verbreitung des Fränkischen Kuriers sichert auch Bekanntmachungen, Inseraten aller Art bei geringster Berechnung derselben (per dreigespaltene Petitzeile nur 3 kr.), den besten Erfolg. Für Nichtbayern besorgen Inserate die Herren: **E. Jllgen und Herm. Engler** in Leipzig, **Haasenstein u. Vogler** in Hamburg, **O. Mollen**, die Jäger'sche Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung und **G. L. Daube** in Frankfurt a. M., **A. Oppelik** in Wien.

Nürnberg, im Juni 1865.

Schwäbische Volks-Zeitung.

Redacteur: **Paul Hoffmann.**

Mit dem 1. Juli 1865 begann ein neues Vierteljahrs-Abonnement auf die „Schwäbische Volks-Zeitung".

Die „Schwäbische Volks-Zeitung" ist Organ für Jedermann aus dem Volk; sie dient keiner Cotterie, sondern dem Volk, und sind daher literarische Beiträge aus dem Volk und für das Volk stets willkommen.

Die „Schwäbische Volks-Zeitung" erscheint jeden Wochentag und kostet durch die Post bezogen in ganz Württemberg vierteljährlich 54 kr., im ganzen Postvereinsgebiet 1 fl. 29 kr. Einrückungsgebühr die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum 2 kr.

Man abonnirt gegen Vorausbezahlung bei den nächsten Postämtern und Eisenbahnstationen.

Stuttgart, im Juli 1865. **Die Redaction und Expedition.**

Die

Mitteldeutsche Volkszeitung
(Organ der Fortschrittspartei)

erscheint wöchentlich 6mal und bietet entschieden freisinnige Leitartikel, eine übersichtliche Mittheilung aller interessanten Tagesneuigkeiten, Besprechungen gemeinnütziger und nationaler Bestrebungen, der Arbeiterangelegenheiten etc. und für die Unterhaltung ihrer Leser und Leserinnen längere Erzählungen und ein reichhaltiges Feuilleton.

Die Mitteldeutsche Volkszeitung ist für den geringen Preis von 24 Ngr. pr. Vierteljahr durch alle Postämter Sachsens, Altenburgs etc. zu beziehen. An Orten, welche durch die Eisenbahn mit Leipzig verbunden sind, trifft die Zeitung regelmäßig am Morgen des Erscheinens ein.

Probenummern sind auf Verlangen bei jeder Postanstalt zu erhalten. Bestellungen auf das mit dem 1. Juli begonnene 3. Quartal bitten wir baldigst zu machen und zur Vermeidung der Verwechselung mit andern Zeitungen den Titel:

„Mitteldeutsche Volkszeitung in Leipzig"

genau zu bezeichnen.

Inserate sind bei der großen Verbreitung unserer Zeitung sehr wirksam und werden die Spaltzeile mit nur 8 Pf. [illegible] Ngr.) berechnet.

Leipzig, im Juli 1865.

Expedition [illegible] deutschen Volkszeitung.
[illegible] [illegible]ose.

Mit dem 1. Juli begann ein neues Abonnement auf das im Verlage von **J. Schneider in Mannheim** erscheinende

Deutsche Wochenblatt.

Herausgegeben von
Dr. Ludwig Eckardt.

Jeden Sonntag 1 Nummer groß Quartformat. Preis vierteljährig 45 kr. = 13 Sgr.

Das Blatt, ein Organ der entschieden freisinnigen Partei, wird auch ferner fortfahren, die politischen Vorgänge und Gestaltungen in unserem Gesammtvaterland und die Entwicklung der politischen Kämpfe in den Einzelstaaten einer eingehenden, durchaus volksthümlichen Besprechung zu unterziehen, wofür als Correspondenten eine Reihe der trefflichsten deutschen Publicisten gewonnen sind. Besondere Beachtung soll der Befestigung und Ausbildung der freisinnigen Reformen im badischen Lande zugewendet werden. Die neuesten Erscheinungen der politischen Literatur werden besprochen.

Bei der Verbreitung, die das Wochenblatt schon im 1. Halbjahre seines Bestehens gefunden, finden Inserate in demselben (Preis pro Petitzeile 3 kr. = 1 Sgr.) eine große Verbreitung.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen, durch welche auch die bisher erschienenen 2 Quartale, sowie Probe-Nummern, bezogen werden können.

Der „Wetterauer Bote"

erscheint auch in diesem Quartal dreimal wöchentlich, am Mittwoch, Freitag und Sonntag. Derselbe wird wie seither auch ferner bemüht sein, durch eine Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten im Sinne freiheitlichen und einheitlichen Fortschritts die nationalen Bestrebungen des Volkes nach seinen Kräften zu unterstützen. Leitartikel über unsere besonderen Landesangelegenheiten, sowie solche zur Orientirung über die allgemeinen politischen Zeitfragen, eine sorgfältig gearbeitete, kurze aber erschöpfende Uebersicht der politischen Tagesbegebenheiten, zahlreiche Correspondenzen aus allen Theilen unseres Landes, landständische Nachrichten, kleine und vermischte Mittheilungen, Berichte über Fruchtmärkte, Erndte, Handel und Gewerbe, sowie ein, Novellen, naturwissenschaftliche Aufsätze, Anekdoten enthaltendes Feuilleton, bilden den Inhalt des Wett. Boten.

Als Beilage zum Wett. Boten erscheint vierteljährig nach Bedürfniß wenigstens viermal nöthigenfalls mit Beilagen das

Mittelrheinische Turnblatt,
Organ des Mittelrhein-Kreises.

Der Preis mit dem Turnblatt beträgt vierteljährlich in Butzbach und dessen Umgebung 54 kr., durch die Post bezogen 1 fl., ohne das Turnblatt 42 kr., beziehungsweise 45 kr. Das Turnblatt allein 12 kr., bez. 15 kr.

Damit die Zusendung keine Unterbrechung erleidet, bitten wir die Bestellungen auf den Postexpeditionen oder bei den Landpostboten, bei welchen auswärts nur abonnirt werden kann, alsbald zu machen; den Abonnenten in hies. Stadt und Umgegend werden wir den Wett. Boten, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, in seitheriger Weise übersenden.

Inserate finden weite Verbreitung, da sich der Leserkreis des Wett. Boten nicht allein über die 3 Provinzen des Großherzogthums Hessen, sondern auch die angrenzenden kurhessischen, nassauischen, preußischen etc. Bezirke erstreckt. Wir berechnen die Petitzeile oder deren Raum zu 3 kr.

Butzbach, im Juli 1865.

Die Expedition des „Wetterauer Boten".
M. Kuhl'sche Buchdruckerei.

„Mainzer Anzeiger."

Dieses täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) im größten Formate erscheinende Blatt bringt, auf der Bahn des gemäßigten Fortschritts sich bewegend, eine übersichtliche Darstellung aller wichtigeren Ereignisse von politischer und volkswirthschaftlicher Bedeutung, eine Lokal-Chronik der Stadt Mainz, spannende (meist originale) Novellen und Erzählungen, Handels- und Verkehrs-Nachrichten, sowie Mittheilungen aus dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Annoncen, die bei der starken Auflage dieses Blattes (5500) eine große Verbreitung finden, werden für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum im Hauptblatte mit 3 kr. und im Beiblatte mit 2 kr. berechnet.

Vierteljähriger Abonnementspreis (ausschließlich des Bestellgeldes) bei den Postämtern des Thurn- und Taxis'schen Gebiets fl. 1. 8 kr., im übrigen deutschen Postvereinsgebiete fl. 1. 48 kr. rhein. oder fl. 1. 55 kr. österr.

Soeben ist erschienen und durch die **J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg**, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun
Plattdeutsche Göttergespräche.
(Mecklenburgische Mundart.)
Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Stade, 5. Juli.*) Am 16. Juli d. J. feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein 15. Stiftungsfest, zu welchem wir die Brudervereine hiermit freundlichst einladen.

Der Vorstand:
J. A.:
M. W. Schulze, Schriftführer.

*) Ist uns zu spät zugegangen und konnte deshalb mit Mühe nur noch am Ende der Nummer, statt unter der Rubrik Vereinsangelegenheiten, Aufnahme finden. D. Red.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
[illegible]girt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 133.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 16. Juli 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 2 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Der Vorort der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz an sämmtliche Arbeiterbildungsvereine in Deutschland. Waltershausen, Stiftungsfest. Erster Vierteljahrsbericht der Arbeiterbildungsvereine des oberbadischen Gauverbandes, nebst Gauvereins-Statuten. Einladung an sämmtliche Arbeiterbildungsvereine des Großherzogthums Baden. Berliner Arbeiterverein, Antrag auf Abschaffung der Arbeitsbücher. Cigarrenarbeiter-Angelegenheit. Der Arbeiterbildungsverein in Stuttgart an die Redaktion der Arbeiterzeitung. Erklärung des Arbeiterbildungsvereins zu Hameln die Allg. deutsche Arbeiterzeitung betr. — II. Politischer Theil: Politische Umschau: Alexander Herzen an Kaiser Alexander II. Köln, das Versammlungsrecht in Frage. Berlin, Twesten eröffnet den Reigen. Ein Schild für Franz II. Zustimmungsadresse aus Breslau an das Haus der Abgeordneten. Die Helden von Neumünster. Bayern, Abschiedsmahl der Linken. Die Weisheit des Fürsten Thurn und Taxis durch Kalb zu Schanden gemacht. Hamburg, Auswanderung. Noch immer blauer Montag. Oesterreich will reduciren. Frankreich, abermals die Seeschlange. Armeereduktion und Gemeindewahlen. Abd-el-Kader im Lande der „Hunde“. Herr Thiers prophezeit schlechtes Wetter, Unabhängigkeitsfest. Amerika, Stuart Mill für die Neger. — Deutsches Kerkerleben von Gustav Struve (Fortsetzung.) III. Socialer Theil: Vortrag über die Arbeitskraft der verschiedenen Völker der Erde, gehalten von J. Deutsch (Schluß). Leipzig, Bericht über eine allgemeine Arbeiterversammlung. Coburg, Webersache. — IV. Vom Büchertisch: Der Arbeiterfreund. Gewerbliches Leben von Dr. Carl Müller von Halle. — V. Vermischtes: Ein neuer Coburg'scher Preßproceß, scheinbar zu Gunsten des Vaterunsers, und wirklich zu Gunsten des Papstthums und der Jesuiten. VI. Briefkasten. VII. Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Der Vorort der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz an sämmtliche Arbeiterbildungsvereine in Deutschland.

Freunde, Brüder!

Durch Abhaltung der Centralversammlung der deutschen Arbeitervereine den 6. und 7. August d. J. in Luzern, drängt sich uns die ehrende Pflicht auf, Euch liebe Brüder, zu diesem Feste freundlichst einzuladen, eine Einladung, der Ihr so zahlreich als möglich folgen möchtet. Denn dadurch würde dieser Akt von Einheits- und Fortschrittsbestrebungen Eurer in der Schweiz lebenden deutschen Brüder feierlicher und schöner werden.

Einigkeit macht stark. Dies wahre Motto, es wurde stets seit Gründung unserer Vereine von seinen Mitgliedern tief erkannt; denn im Laufe von mehr als fünfundzwanzig Jahren einmal bereits der Auflösung nahe, haben sich unsere Brüder männiglich gegen die damalige auswärtige Reaktion gewehrt und statt der von letzterer beabsichtigten Auflösung, das Gegentheil errungen, einen festen, willensstarken Verband deutscher Herzen in 58 Vereinen, unter dem schönen, vielversprechenden Titel: „Deutscher Arbeiterbildungsverein“.

Mit größter Spannung und freudigster Erregung folgten gewiß nicht blos wir, sondern alle deutsche Herzen in jeglichem auswärtigen Staate, den heilbringenden, mit unwiderstehlicher Kraft dahinschreitenden Arbeiterbewegungen in unserem geliebten Vaterlande, dem wiedererwachenden Deutschland; doch auch keines dieser Herzen begrüßte freudiger die bereits dortselbst errungenen Erfolge, wie wir.

Eilet darum, liebe Brüder. Aug' in Aug' und Hand in Hand wollen wir unsere Gesinnungen, unser Streben einander mittheilen, und damit in erster Reihe dem großen, heiligen Ziele — der deutschen Einigkeit — zugleich um einen großen Schritt näher kommen.

Der Himmel verleihe unserem Feste einen schönen Tag, und gewiß sind wir überzeugt, daß unsere Brüder aus der Ferne dieses Fest stets in ehrender Erinnerung behalten, da überdies der Festverein Luzern Alles thut, um vereint mit der herrlichen Schweizer Natur, ihren lieben Gästen den Aufenthalt an den reizenden Ufern des Vierwaldstättersees so angenehm als möglich zu machen.

Die Verhandlungen finden Sonntag und Montag obigen Datums von $8\frac{1}{2}$ Uhr Morgens an statt. Wir ersuchen nun auch alle Diejenigen, die uns mit ihrem Besuche erfreuen werden, unterzeichnetem Vorstande längstens bis 30. Juli gefälligst Anzeige zu machen.

Mit deutschem Brudergruß und Handschlag im Namen des Gesammtvereins

Zürich, den 1. Juli 1865.

Das Central-Comité.

Der Präsident: A. Vorst. Der Vice-Präsident: J. Sährig.

Der Schriftführer: J. Sulzbach.

Natusch. Wellhausen. Fehrenbach, Redacteur.

Die Tagesordnung

der Centralversammlung besteht aus folgenden Tractanden:

1) Abänderung resp. Ergänzung einiger Paragraphen der Centralstatuten.

2) Erweiterung des Vereinsorgans (Felleisen).

3) Wie verhalten sich unsere Vereine gegenüber den Beschlüssen des vorjährigen deutschen Arbeitertages in Leipzig?

4) In nähere Verbindung mit den Arbeitervereinen in Deutschland zu treten.

5) Gründung einer Centralkrankenkasse.

6) Gründung einer allgemeinen Sparkasse.

7) Beschickung des deutschen Arbeitertages in Stuttgart.

8) Protest gegen den Centralbeschluß wegen Befreiung der verheiratheten Mitglieder von der Wanderunterstützung.

9) Protest gegen den Centralfonds.

10) Wie verhalten sich unsere Vereine gegenüber der internationalen Arbeiterverbindung, und ist es von Nutzen, derselben beizutreten?

11) Abfassung einer Petition gegen die hohen Aufenthaltsgebühren der Arbeiter in mehreren Kantonen der Schweiz.

12) Antrag des Vereins Yverdon, jedes Jahr ein Centralfest abzuhalten; das eine Jahr in der Ostschweiz, das andere Jahr in der Westschweiz.

13) Feststellung einer einheitlichen Auflage in der Centralisation.

14) Antrag des Vereins Chur, seinerseits doppelte Wanderunterstützung zu verabreichen.

15) Detaillirte Angabe über Abstimmungen der Vereine.

16) Feststellung zur Feier deutschnationaler Feste.

17) Diskussion über das Coalitionsrecht.

18) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

Waltershausen. Der hiesige Arbeiterverein feiert den 30. d. Mts. sein zweites Stiftungsfest, wozu wir hiermit die Brudervereine freundschaftlichst einladen.

Mit Gruß und Handschlag

August Ortlepp, Vorsitzender. Christian Fischer, Schriftführer.

Erster Vierteljahrsbericht der Arbeiter-Bildungs-Vereine des oberbadischen Gauverbandes.

Vom 1. Januar bis 1. April 1865.

(An sämmtliche Lokalvereine des Gauverbandes.) Lieben Freunde! Gemäß § 7 unserer Verbandsstatuten geben wir hiemit den ersten Vierteljahrsbericht über unser Vereinsleben heraus. Es ist aber nicht wohl thunlich, nur das Leben unserer Vereine während obgenannter Daten zu veröffentlichen, sondern wir werden, weil es der erste Vierteljahrsbericht ist, zugleich zurückgehen auf die Entstehung unseres Gauverbandes und speziell auf die Entstehung unserer Vereine; es sollen diese Vierteljahrsberichte ein Buch fortlaufender Geschichte unsers Vereinslebens sein.

Als in den Jahren 1861—1864 und heute noch an so vielen Orten unsers Vaterlandes die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen behufs geistiger und sitt-

licher Ausbildung des deutschen Arbeiters in die Hand genommen wurde, war es namentlich auch unser Baden, das sich in dieser Sache am rührigsten zeigte, so daß sich die Zahl derselben bei uns auf circa 30 beläuft, im Verhältniß die weitaus höchste in sämmtlichen deutschen Staaten.

Von diesen Vereinen verbanden sich in den Jahren 1863—64 vierzehn behufs gegenseitigen freien Eintritts und gegenseitiger Unterstützung ihrer auf der Reise befindlichen Mitglieder vermittelst Abreichung einer Wanderunterstützung; es waren dies die Vereine Freiburg, Emmendingen, Lahr, Staufen, Sulzburg, Müllheim, Kandern, Lörrach, Schopfheim, Zell i. W., Waldshut, Neustadt, Vöhrenbach und Furtwangen; der Verband nannte sich im Hinblick auf seine Lage „Oberbadischer Gauverband". Wie jedoch so manche junge Pflanze bei nicht gehöriger Pflege oder durch den Sturm eines Gewitters wieder verwelkt, so ging es auch den Vereinen Emmendingen, Kandern und Vöhrenbach, sie haben sich aufgelöst; hiefür ist jedoch ein dieses Frühjahr in Oberkirch gegründeter Verein auch unserm Verband beigetreten. Als solcher Verband sendete er im Juni 1863 Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach von Freiburg als Abgeordneten zum ersten Vereinstag deutscher Arbeitervereine nach Frankfurt a. M. Von hier ab bis im August 1864 fiel im Gauverband als solchem nichts Bemerkenswerthes vor. Auf den 21. August 1864 wurde endlich eine allgemeine Gauversammlung nach Müllheim einberufen, um über die Fragen sich zu verständigen, die auf der Tagesordnung zum zweiten deutschen Arbeitertag in Leipzig standen und einen Abgeordneten dahin zu wählen; ferner das etwas lose Band unsers Gauvereins durch bestimmtere Formen mehr zu befestigen. Als Abgeordneter nach Leipzig wurde wieder Herr Rechtsanwalt Fehrenbach von Freiburg gewählt und die ihm dahin mitzugebenden Instruktionen alle einstimmig gefaßt. (In Folge Verhinderung des Herrn Fehrenbach wurde dann später Schriftsetzer Stöckler, damaliger Vorstand des Vereins Waldshut, nach Leipzig geschickt.) Auf die Frage über bessere Organisation unseres Verbandes einzutreten, blieb in Müllheim keine Zeit mehr übrig und der Gegenstand wurde auf eine spätere Versammlung verschoben. Nach der Rückkehr des Abgeordneten theilte er die Leipziger Beschlüsse den einzelnen Vereinen durch ein Rundschreiben mit; von allen gefaßten Beschlüssen bedauern wir blos die Ablehnung der von uns so warm befürworteten Einführung der Wanderunterstützung in sämmtlichen Vereinen Deutschlands. Darauf hin wurde eine zweite Gauversammlung auf den 26. Dezember 1864 nach Freiburg einberufen. An Stoff zur Verhandlung fehlte es nicht. Dieselbe war wieder sehr zahlreich und namentlich auch von Freiburger Bürgern und Freunden des Arbeiterstandes stark besucht. Vorsitzender dieser Versammlung war Herr Kreisgerichtsrath Eimer. Nach Eröffnung derselben referirte der Leipziger Abgeordnete noch specieller über den zweiten deutschen Arbeitertag. Dem folgte die Frage über Errichtung von Herbergen, verbunden mit Arbeitsvermittlung. Die Diskussion war äußerst lebhaft und es betheiligten sich namentlich auch dabei die anwesenden Gäste Freiburgs. Beschluß: Die Versammlung erklärt es als ein dringendes Bedürfniß, daß von den einzelnen Vereinen je an dem betreffenden Ort für Errichtung von Herbergen für wandernde Arbeiter gesorgt werde. Der dritte Gegenstand der Tagesordnung war die Frage über Fortführung der bisher im Verbande gereichten Wanderunterstützung, nachdem dieselbe in Leipzig verworfen worden; der Beschluß ging dahin, die Unterstützung fortzuführen und auch andere auswärtige Vereine zum Beitritt einzuladen. Vierter Gegenstand: Besprechung über bessere Organisation unsers Gauverbandes; ein hiefür ausgearbeiteter Statutenentwurf wurde einstimmig angenommen. (Dieselben folgen unten.) Fünfter Gegenstand: „Blaumontagsmachen". Beschluß: Die Versammlung spricht sich dahin aus, daß das sogenannte „Blaumachen" entehrend für ein Mitglied eines Arbeiterbildungsvereins sei. Bei wiederholten Fällen sei ein solches Mitglied aus dem Vereine auszuschließen. Sechster Gegenstand: Die Errichtung von Sparkassen in den einzelnen Vereinen. Längere Diskussion zwischen den Ansichten, ob jedes Mitglied zu einer wöchentlichen Einlage in die Sparkasse gezwungen werden könne oder nicht. Beschluß: Es soll in jedem Verein die Errichtung von Sparkassen angeordnet und sollen die Mitglieder zu Einlagen dringend ermahnt werden. — Als Vorort für das laufende Jahr wurde Freiburg gewählt.

So weit unser Bericht über das Leben und den Stand des Gauverbandes bis zum 1. Januar 1865. Von hier ab beginnt die Thätigkeit des Verbandes nach der neuen Organisation und die Verwaltung desselben durch den Gauausschuß gemäß § 6 unserer Statuten, die wir hier folgen lassen.

Gauvereins-Statuten
der
Arbeiterbildungsvereine des badischen Oberlandes.

§ 1. Der Gauverein ist die Verbindung einer Anzahl Arbeiterbildungsvereine des badischen Oberlandes mit einem Vorort an der Spitze.

§ 2. Ein Lokalverein eignet sich zur Aufnahme in den Gauverein nur dann, wenn seine Satzungen dem allgemeinen Zwecke der Arbeiterbildungsvereine entsprechen, die Mitglieder geistlich sittlich auszubilden, in allen für das bürgerliche Leben überhaupt und insbesondere für den Arbeiter nützlichen Zweigen des Wissens zu unterrichten und sich gegenseitig zu unterstützen.

§ 3. Die Anmeldung eines Vereins zum Beitritt in den Gauverein geschieht beim Vorort, dem die betreffenden Statuten vorzulegen sind und welcher die Anmeldung den Lokalvereinen zur Kenntniß bringt. Die Aufnahme geschieht durch Abstimmung der Vereine binnen 4 Wochen.

§ 4. Bei Verhandlungen von Gauvereins-Angelegenheiten haben die Vereine verschiedene Stimmberechtigung, je nach ihrer Mitgliederzahl, und zwar haben

Vereine	von	10— 25	Mitgliedern	1	Stimme,
„	„	26— 55	„	2	„
„	„	56— 95	„	3	„
„	„	96—155	„	4	„
„	„	156—255	„	5	„
„	„	256—433	„	6	„

Alle Vereine von mehr als 433 Mitglieder haben 7 Stimmen.

§ 5. Jeder Lokalverein stattet dem Vorort vierteljährlich einen Bericht ab, in welchem anzugeben ist:
1) Mitgliederzahl am ersten Tage des abgelaufenen Quartals;
2) Rechnungsablage über Einnahmen und Ausgaben der Wanderkasse;
3) der Stand der Sparkasse;
4) die Unterrichtszweige, die gelehrt und die Vorträge oder Vorlesungen, die gehalten worden;
5) Namen der Vereinsschuldner oder solcher Mitglieder, welche wegen Zuwiderhandlung gegen die Statuten aus einem Lokalverein ausgeschlossen wurden (solche Mitglieder können ohne vorherige Rehabilitation in einen andern Lokalverein nicht wieder aufgenommen werden);
6) alle übrigen, während des abgelaufenen Vierteljahrs stattgehabten Vorfälle oder Ereignisse im Vereinsleben überhaupt.

Diese Berichte werden vom Vorort zusammengestellt und wieder als Ganzes zur Kenntniß der einzelnen Vereine gebracht.

§ 5. Zu diesem Zwecke, sowie überhaupt zur Besorgung der Gauvereins-Angelegenheiten wählt der Vorort alljährlich in einer General-Versammlung einen Ausschuß (Gau-Ausschuß) von 5 Mitgliedern, welche außerdem kein Amt im Vorort bekleiden dürfen.

§ 7. Der Gauverein versammelt sich alljährlich einmal, zu welcher Versammlung, wenn möglich, jeder Lokalverein einen Abgeordneten zu senden hat, an einem durch die Lokalvereine auf den Vorschlag des Vorortes zu bestimmenden Orte, in welcher Versammlung vom Gau-Ausschuß Rechenschaft über seine Thätigkeit während des abgelaufenen Jahres, sowie Bericht über den Stand der Wanderkasse und den Stand des gesammten Gauverbandes zu erstatten ist und die Neuwahl des Vorortes vorgenommen wird. Einzelne Anträge auf die Tagesordnung zu dieser Versammlung müssen dem Vorort spätestens 6 Wochen vorher mitgetheilt werden, der dann diese Tagesordnung 3 Wochen vorher den Lokalvereinen mitzutheilen hat.

§ 8. Der Gauverein errichtet eine auf Gegenseitigkeit beruhende Wanderunterstützungskasse, für welche eigene Statuten aufgestellt sind.

§ 9. Diese Statuten, genehmigt in der Gauversammlung zu Freiburg am 26. Dezember 1864 von den Vertretern der Lokalvereine in Lahr, Freiburg, Staufen, Sulzburg, Neustadt, Müllheim, Lörrach, Schopfheim, Zell und Waldshut, treten mit 1. Januar 1865 in Kraft und sollen in jedem Vereinslokale angeschlagen werden. (Fortsetzung folgt.)

Einladung an sämmtliche Arbeiterbildungsvereine des Großherzogthums Baden.

Der oberbadische Gauverband genannter Vereine und diejenigen von Constanz, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim und Donaueschingen beschlossen, sämmtliche Vereine (Arbeiter-) Badens in einen Gauverband zu vereinigen und findet zu diesem Zwecke am 23. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, im „grünen Hof" in Karlsruhe eine allgemeine Versammlung sämmtlicher Arbeiterbildungsvereine Badens statt, wobei noch folgende Fragen auf der Tagesordnung stehen: Coalitionsfrage; die Einführung von Herbergen, verbunden mit Arbeitsvermittelung; die Beschickung des dritten deutschen Arbeitertages u. s. w.

Zu dieser Versammlung laden wir sämmtliche Arbeiterbildungsvereine und Arbeiterfreunde Badens ein.

Freiburg i. Br., im Juli 1865.

Der Vorstand des oberbadischen Gauverbandes.

Im Berliner Arbeiterverein wurde am Montag, nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten, Verlesung des vierteljährigen Kassenberichts — nach welchem der Verein 18 Thlr. Vermögen besitzt — und Wahl einer Kassenrevisions-Kommission, ein Antrag: die Abschaffung der Arbeitsbücher an geeigneter Stelle zu beantragen, zur Diskussion gestellt. In den Motiven wurde besonders betont, daß es unter den gegenwärtigen staatlichen wie gesellschaftlichen Verhältnissen geradezu entwürdigend für den Arbeiterstand sei, ihn einer ähnlichen polizeilichen Aufsicht wie bestrafte Verbrecher und prostituirte Dirnen zu unterwerfen. Außerdem sei z. B. eine Massenausweisung der Arbeiter, wie sie an der Hand derartiger Polizeivorschriften bei etwa vorkommenden Arbeitseinstellungen denkbar werden könne, für die Arbeitgeber eben so besorgnißerregend wie für die Arbeitnehmer, da nach ausgeglichenem Conflikt die Arbeitseinstellung fortdauere, weil es alsdann an Arbeitern fehlen müsse. Es trete hier derselbe Uebelstand wie bei dem Gesinde ein, gegen das eine gleichartige Maßregel in Anwendung gebracht werde und wodurch hauptsächlich der gegenwärtige Mangel an Dienstpersonal herbeigeführt worden sei. Nun werde aber mit der Controle, die durch die Arbeitsbücher geführt werde, der beabsichtigte Zweck nicht einmal vollständig erreicht, indem sich stets Arbeitgeber in ihrem eigenen Interesse finden werden, die die Arbeitsbücher ausfüllen, ohne daß der Betreffende wirklich in Arbeit getreten sei. Hierzu komme noch, daß die Executivbehörde schon seit Langem diese Maßregel nur in besonderen Fällen und auch dann noch in humanster Weise zur Anwendung bringt, so daß es fast den Anschein gewinne, als sei die Regierung selber mit der Abschaffung der Arbeitsbücher eben so wie mit Beseitigung der Wanderbücher einverstanden. Da nun schon in der letzten Sitzung der Vorstand beauftragt worden, geeignete Schritte für Beseitigung dieser letzteren zu thun, so soll derselbe den gegenwärtigen Antrag damit verbinden und der Minister des Innern ersucht werden, der zur Berathung des Coalitionsrechtes zusammentretenden Kommission dieses Gesuch zur Begutachtung mit unterbreiten zu lassen, wodurch, falls dies resultatlos bliebe, der Petitionsweg an die Gesetzesfactoren nicht ausgeschlossen sei. Der Antrag wird mit dem Wunsche angenommen, daß der Vorstand in kürzester Frist ein derartiges Gesuch mit Zugrundelegung der ausgesprochenen Motive absenden möge.

Cigarrenarbeiter-Angelegenheit.

Stuttgart. Dem geehrten Herrn Correspondenten des Artikels der Allg. deutschen Arbeiterzeitung Nr. 128 über Cigarrenarbeiterentlassung aus Celle, diene hiermit zur freundlichen Nachricht, daß, als wir an dem Tage, wo die Zeitung erschien, sogleich folgendes Schreiben dorthin absendeten:

An den Vorstand des Cigarrenarbeiter-Unterstützungsvereins in Celle.

Soeben lesen wir in der in Coburg erscheinenden Allg. deutschen Arbeiterzeitung die Entlassung von 25—30 Mann aus der J. H. Brune'schen Fabrik, was uns zu diesem Schreiben Veranlassung gibt, Euch hiermit zu bemerken, daß, wenn Euere Sache eine gerechtfertigte ist und Ihr noch lange feiern müßt, ohne mit dem Prinzipal einig zu werden, so möget Ihr nur einen Aufruf zur Unterstützung an sämmtliche Unterstützungsvereine der Cigarrenarbeiter in obengenannter Zeitung erlassen, in welcher wir Euch zugleich auf unsern Aufruf zur Vereinigung der Süddeutschen Vereine vom 4. Juni Nr. 127 aufmerksam machen.

Hierbei können wir Euch bemerken, daß unser Bestreben im Wachsen begriffen ist, und sich uns schon viele Vereine angeschlossen haben, die alle auf obengenannte Zeitung abonniren, worin wir dann später gegenseitig unsere Vereinsangelegenheiten kundgeben werden und wir möchten nur wünschen, daß die Norddeutschen Vereine desgleichen thun, denn es wäre wohl an der Zeit, daß auch wir einmal festeren Fuß fassen,

und uns zusammenschaaren, um uns allmälig aus dem deutschen Sclaventhum emporzuraffen.

Wir haben auch hier schon eine Sammlung für feiernde Arbeiter veranstaltet und deshalb sagen wie Euch nochmals, wenn Eure Sache eine gerechtfertigte ist, so dürft Ihr auch von dem Recht Gebrauch machen und standhaft beharren bis an's Ende. Wir unsererseits werden thun was in unsern Kräften steht und desgleichen wohl auch die andern Vereine.

Solltet Ihr nun weitere Angelegenheiten an uns haben, womit wir Euch dienen können, so sind wir zu jeder Zeit bereit.

Namens des Vereins zeichnet achtungsvoll mit deutschem Brudergruß und Handschlag

Stuttgart, den 11. Juli 1865

Der Schriftführer: Karl Frey. Der Vorstand: Fez. Leib.

Der Arbeiterbildungsverein in Stuttgart an die Redaktion der Arbeiterzeitung.

Der Arbeiterbildungsverein in Stuttgart sieht in der Verbreitung der Flugschrift des ständigen Ausschusses den Willen, die Arbeiterzeitung zu verdrängen, und kann sich mit diesen Bestrebungen nicht einverstanden erklären, weil derselbe in dieser Zeitung die Interessen der Arbeiter sowohl als eine echt deutsche Politik vertreten findet, und ferner ist die Arbeiterzeitung das erwählte Organ sämmtlicher würtembergischer Vereine, die gewiß, wie Stuttgart, gesonnen sind, einem Blatte treu zu bleiben, das wie dieses bei seinen Mitgliedern die allgemeinste Anerkennung gefunden.

Stuttgart, 12. Juli 1865.

Der Ausschuß
F. Madaus.

Erklärung des Arbeiterbildungsvereins zu Hameln die Allg. deutsche Arbeiterzeitung betr.

Die Erklärung des Arbeiterfortbildungsvereins zu Augsburg in Nr. 131 dieser Blätter ist ganz aus unserer Seele gesprochen, und schließen wir uns den sämmtlichen, darin ausgesprochenen Sätzen an. Wohl wäre zu wünschen — in diesem Falle besonders — daß der Vereinstag in Stuttgart zahlreichst von Arbeitern besucht würde, da aber, der Kosten wegen, dieser Wunsch, wohl ein frommer bleiben wird, so ist es Pflicht eines jeden Vereins, hierüber offen und ohne Hehl seine Meinung auszusprechen. Noch ist die allgemeine deutsche Arbeiterzeitung unser Organ, noch steht sie Euch zu Gebote, benutzt sie! Zeigt nun auch, Ihr deutschen Arbeiter, daß Selbstständigkeit und Selbstdenken Euch eigen ist, daß Ihr das als gut anerkannte Bestehende, nicht dem Ungewissen opfern lassen wollt! Wir hoffen nicht, daß persönliche eigensüchtige Beweggründe die Triebfedern zur Unterdrückung dieser Zeitung sind; wir wissen aber, daß die deutschen Arbeiter nie den Flecken von sich abzuwischen vermögen, den sie durch Beseitigung ihrer, mit vielen Opfern von braven, patriotischen Männern ins Leben gerufenen Arbeiterzeitung sich zuziehen würden.

Deutsche Arbeiter, die Ihr den Vereinstag in Stuttgart nicht durch Deputirte beschicken könnt, versäumt es nicht, mit Eurer Meinung hervorzutreten! Seid wach! Glaubt nicht, daß es auf eine Stimme mehr oder weniger nicht ankäme: hier gerade muß die Stimmenmehrheit entscheiden, und ist diese auf unserer Seite, dann werden es gewiß Einzelne dieser gegenüber nicht wagen, eine Zeitung zu beseitigen, die von den Arbeitern als ihr Organ anerkannt ist und es durch ihre Erklärungen kund gegeben, daß sie dieselbe behalten wollen!

Im Namen des Arbeiterbildungsvereins zu Hameln.

Chr. Rüdiger, I. Vorsitzender. W. Schmidt, II. Vorsitzender.

Politischer Theil.

Alexander Herzen an Kaiser Alexander II.

Aus einem Briefe, den Alexander Herzen, der wohlbekannte und vielgenannte russische Verbannte, an Kaiser Alexander II. schrieb nach erfolgtem Tode des Thronfolgers.

Sire! Ein schrecklicher Schlag des Schicksals hat Sie grausam betroffen. Es hat Sie auf eine strenge Weise daran erinnert, daß, trotz der heiligen Salbung, weder Sie noch die Ihrigen ausgenommen sind von dem ewigen gleichen Gesetz.

Zu den Tausenden polnischen Familien, versunken in Schmerz und ihrer Söhne beraubt, hat sich eben eine trauernde Familie hinzugesellt, — das ist die Ihrige, Sire. Und doch ist diese Letztere noch glücklicher, als jene anderen, denn man beschimpft sie nicht in ihrem Schmerz. Unter uns, den Feinden Ihrer Gewalt, wird sich nicht Ein Herz finden, nicht Eine Seele wird hart genug sein, den Sarg Ihres Kindes zu verunglimpfen, seiner Mutter oder seiner Schwester die Trauerkleider abzureißen, seinen Körper seiner Familie und sein Grab ihren Thränen zu entziehen, mit einem Wort, alles das zu thun, was in Polen gethan haben und noch thun Ihre Murawieff's.

Es gibt im menschlichen Leben ernsthafte und feierliche Stunden, wo der Mensch sich losmacht von der täglichen Sorge, wo er sich wieder erhebt zu seiner ganzen Größe, den Staub abschüttelt, der ihn bedeckte und sich wieder verjüngt. Der gläubige Mensch betet dann; der Mensch, welcher keinen Glauben hat, denkt nach. Solche Stunden sind selten und kehren nicht wieder. Unglücklich der, welcher, zerstreuten Geistes, sie schwinden läßt, ohne sie zu nützen. Sie sind angelangt an einer dieser Stunden, Sire, — nützen Sie sie.

Wenn der Verlust eines Sohnes nicht im Stande ist, Sie zu erwecken und Sie mitten heraus zu reißen aus den Täuschungen, welchen Sie durch Ihre Geburt verfallen sind, — was sonst könnte Sie dann erwecken?

Mit welch' entsetzlicher Last haben Sie Ihr Gewissen beladen an dem Tage, an welchem Sie, einem panischen Schrecken gehorchend und hingerissen durch die Verleumdungen Ihre Umgebung, Sich den Blutweg eröffnet haben, an welchem Sie Ihren Generalen das Recht gegeben haben zum Blutvergießen!

Konnten Sie ruhig schlafen in den Nächten, welche folgten auf die vielen Hinrichtungen? Sie durften die Gewohnheit des Mordes nicht annehmen, durften nicht, mit einem Lächeln auf den Lippen, menschliche Existenzen auslöschen wie Carnevalslampen, — denn zwischen Ihnen und Peter dem Ersten liegt ein und ein halbes Jahrhundert.

Wer dahingeschieden ist, ist stumm geworden, und selbst der Herrscher von Gottes Gnaden kann ihn nicht zwingen, wieder zu sprechen. Man weckt die Todten nicht wieder auf. Machen Sie also Ihre Fehler wieder gut gegen die Lebenden und verzichten Sie über dem Grabe Ihres Sohnes auf die Blutgerichte! Geben Sie uns unseren Stolz wieder, machen Sie, daß wir sagen können, daß trotz des rohen Zustandes unserer Gesetzgebung, bei uns die Todesstrafe nicht existirt, und daß bei uns der Henker kaum ein oder zwei Mal in jedem Jahrhundert erscheint, wie eine Erscheinung wider das, was ganze Generationen mit Schmach und Schrecken erfüllt.

Denken Sie nach, wie sich Ihre Lage geändert hat seit dem Tage, an welchem Sie den Thron bestiegen. Damals durften Sie nur vorwärts gehen, und man folgte Ihnen freiwillig, damals haben Sie die Bauern frei gemacht und alle Welt erwartete nur Gutes von Ihnen — und Sie hatten die Vergangenheit begraben.

Heute ist Alles düster um Sie herum; die Geschäfte gehen schlecht, das Geld fehlt, der Bauer ist erschöpft, die Jugend geht in die Gefängnisse, die Erzieher des Volkes gehen in das Bagno, man hängt und erschießt auf den Wällen der Festungen, — und Sie begraben Ihre Zukunft.

Sie sehen klar und können es sich nicht mehr verheimlichen, daß die alte Maschine, verrostet und abgenutzt, von Peter I. nach einem deutschen Modell aufgeführt und durch Deutsche in Rußland in Gang gebracht, zu nichts mehr gut ist. Sie sehen, daß es nicht mehr möglich ist, ein Volk von 70 Millionen zu führen wie eine Abtheilung Infanterie. Rußland ist nicht mehr eine unbewegliche und schweigende Schlachtreihe. Es gibt Leute, welche sprechen, welche denken, welche mißvergnügt sind, und welche den Kopf geschüttelt haben mit einem Ausdruck des Zweifels bei dem Krimkriege. Es gibt Leute, welche wissen, daß an der Alma, bei Inkerman und der Tschernaja zwar nicht Rußland, aber das Petersburger Regiment unterlegen ist.

Wie sollten Sie es auch wissen, wonach Rußland seufzt? Die Presse ist nicht frei, und Sie lesen wenig anderwärts. Sie sehen nur Ihre Diener, die von Ihnen abhängen, und die Sie belügen. Sie schicken die unabhängigen Männer zum Tode, welche laut ihre Stimme erheben.

Klar ist es, daß es gewaltigerer, mächtigerer Stimmen bedarf, um das Geräusch der Trompeten und Trommeln zu übertönen, welches Sie umgibt, um sich hörbar zu machen über Ihre Garden hinweg. Warum also schaffen Sie die Wahrheit bei Seite? Warum gefällt es Ihnen, sich selbst zu täuschen, indem Sie Ihren Kopf darauf setzen, das auf den Sand getriebene Schiff Peters I. wieder flott zu machen ohne die Beihülfe des Volkes, ohne die Stimme des freien Wortes?

Thun Sie, was Sie wollen, erschießen Sie, oder vertheilen Sie Orden, schicken Sie Menschen auf die Galeeren, oder beschenken Sie sie, haben Sie Neigung für Murawieff und seine russischen Henker, oder für die Deutschen und ihre Civilisatoren in den Baltischen Provinzen, — Sie werden weder erhalten noch wiederherstellen eine Selbstherrschaft in jener Reinheit, welche sie unter Nicolaus besaß. Sie sind gewaltiger als Ihre Vorgänger, aber nur durch die Befreiung. Täuschen Sie sich nicht über einen Bund mit dem Volke. Die Kronen von Kornähren und Feldblumen, welche Ihnen die Aeltesten und Vorsteher der Dörfer bringen, bergen Dornen und Keime, welche der absoluten Gewalt gefährlich sind.

Ist es da nicht besser, nicht viel würdiger, alle Kräfte des Landes zu der Lösung des großen Problems heranzuziehen, durch ganz Rußland auserwählte Männer, ohne Unterschied der Klasse, zu versammeln und zu hören, was sie sagen? Sie würden seitens dieser Männer strenge Urtheile und freie Worte hören, aber Sie werden in deren Mitte sicherer sein, als Ihr großer Vater, umgeben von Gräben, Mauern, Wällen und Garden, mitten in dem servilen Schweigen des Palais Michael.

Indem der Tod Ihre Familie berührte mit seiner eisigen Hand, wollte er Sie anhalten. — Ziehen Sie Nutzen daraus. Sie waren im Begriff, auf dem schrecklichen Wege einen Schritt weiter zu thun, den Sie seit Mitte 1862 verfolgen. Nehmen Sie bei der Rückkehr von der Leichenfeier Ihres Sohnes Ihren alten Weg wieder auf. Nirgends ist die Reue leichter und die Reinigung vollkommener, als am Grabe eines Menschen, der Ihnen theuer war. Und diese Reue, diese Reinigung sind Ihnen nothwendig, um Sie zum großen Werke vorzubereiten.

Aber schleunigst halten Sie den Arm des Henkers auf, rufen Sie die Verbannten zurück und verjagen Sie die Unwürdigen, welche eine Mission der Rache, aber nicht der Gerechtigkeit erfüllt haben. Nicht für Ihre unschuldigen Schlachtopfer und nicht für die Märtyrer der Selbstherrschaft ist diese Amnestie nothwendig. Sie ist für Sie nöthig. Sie können nicht wieder einlenken in den Weg der Menschlichkeit, ohne von Jenen amnestirt zu sein. Sire, verdienen Sie sich das.

Genf, 2. Mai 1865.

Politische Umschau.

Köln, 11. Juli. Das Versammlungsrecht ist schwer verletzt. Das Abgeordnetenfest, auf das sich die Rheinprovinz vorbereitete, ist aufgehoben. Folgendermaßen lautet die Zuschrift des Polizeipräsidenten an die Comitémitglie-

der: „Zeitungsnachrichten zufolge beabsichtigen Sie mit anderen Personen am 22. und 23. d. M. im Regierungsbezirk Köln ein sog. Abgeordnetenfest zu veranstalten. Im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten eröffne ich Ihnen zur Nachachtung, daß das Fest nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht vom 11. März 1850 nicht geduldet wird."

gez. v. Geyger.

Berlin. Der „Börsenztg." zufolge ist der Anfang der strafgerichtlichen Verfolgung von Abgeordneten wegen ihrer in der Kammer gehaltenen Reden bereits mit dem Abg. Twesten gemacht. Der Staatsanwalt hat gegen denselben Anklage wegen Beleidigung des Obertribunals erhoben; die Anklageschrift befindet sich bereits in den Händen des Gerichts. Es soll eine ausgedehnte Verhandlung darüber gepflogen sein, ob das gewöhnliche Strafverfahren oder die Disciplinarverfolgung sich mehr empfehlen möchte; man hat sich für das erstere entschieden. Es tritt hierbei die interessante Frage ein, welches Gericht in diesem Falle als höchste Instanz zu erkennen haben wird, da das Obertribunal doch unmöglich Richter in eigener Sache sein kann. Auf diese Frage indeß wird aus gewissen Kreisen heraus die Antwort tönen: Warum denn nicht? Als man im vorigen Jahrhunderte in den gelobten Zeiten eines starken Königthums unsträfliche, aber mißliebige Leute zu Hunderten in die Bastille schleppte, da glaubte man solche Streiche hinlänglich rechtfertigen zu können, wenn man verkündete, dergleichen Verhaftungen Unschuldiger seien im höheren Interesse des Staates geschehen. Ebenso könnte ja auch Twesten im höheren Interesse des Staates vor das Obertribunal gestellt werden.

— Im Mai 1861 richteten erlauchte Mitglieder der conservativen Partei eine Ansprache an alle Anhänger und Bekenner des Königthums von Gottes Gnaden. Es handelte sich um nichts Geringeres, als dem Exkönige beider Sicilien, Franz II., eine Huldigung darzubringen. Diese Huldigung ist nun endlich fertig geworden in der Gestalt eines Schildes von Gold und Silber, verziert mit allerhand schönen und frommen Bildern. Zwei Engel steigen direct vom Himmel hernieder und tragen eigenhändig die neapolitanische Krone, besetzt mit Diamanten, Rubinen, Smaragden, Saphiren und Perlen, hinauf in den Himmel. Schöne monarchische Seelen werden das Bild reizend finden; gesunde Naturen werden dazu sagen: Pfui Deibel!

— Am 6. d. Mts. ist aus **Breslau** eine Zustimmungsadresse zu dem Verhalten der Majorität des Hauses der Abgeordneten an dessen Präsidenten, Hrn. Oberbürgermeister Grabow zu Prenzlau, mit 2311 Unterschriften versehen, abgegangen.

Neumünster, 1. Juli. Eine preußische Heldenthat berichten die „Alt. Nachr.": „Am 27. v. Mts. feierten die Knaben unserer Bürgerschulen ihr gewöhnliches Vogelschießen. Die Betheiligung daran war eine sehr starke. Durch die Taktlosigkeit des Festleiters, die nicht genug zu rügen und an allem Unglück Schuld ist, wurden die Vergnügungen viel zu lange ausgedehnt, und erst um 10 Uhr Abends, nachdem die Dunkelheit bei dem trüben Wetter schon fast vollständig eingetreten war, konnten die kleinen Schützen ihren neuen König in feierlichem Aufzug nach Hause bringen. Wie gewöhnlich war auch jetzt der Zug von einer zahllosen Menschenmasse umgeben, die sich auf dem Rückwege nach dem Gildehause noch immerfort vergrößerte. Dem Zuge kam nun eine sog. Ablösung entgegen. Statt nun auszuweichen und zur Seite zu gehen, ging dieselbe wie toll und blind auf den dicht gedrängten Haufen los, mit Kolben und blanker Waffe sich Bahn brechend. Das dem eigentlichen Zuge voraufgehende Publikum setzte dem tollen Beginnen der Soldaten keinen Widerstand entgegen, die Sache änderte sich jedoch, als die Soldaten auch auf die Musiker, die an der Spitze des Zuges marschirten, eindrangen. Hier warf sich ihnen der den Zug begleitende Polizeidiener entgegen, er ward jedoch mit Kolbenstößen empfangen. Auch den Musikern ging es nicht besser, einem wurden z. B. mit dem Kolben die Vorderzähne eingestoßen. Um das Unglück voll zu machen, betheiligte sich nun auch die gesammte Wachtmannschaft aus dem nahen Wachtlocal an dem Angriff gegen das wehrlose Publikum, und nicht allein, daß die Wuth der Soldaten sich gegen die Erwachsenen richtete, auch die Kinder blieben von ihnen nicht verschont. Man kann sich die Angst und Verwirrung der Menge denken."

Bayern. Die Linke hielt am 7. Juli ein Abschiedsmahl, bei welchem u. A. ein Toast auf den „Hort einer freieren Richtung, auf unsern jungen freisinnigen König" ausgebracht wurde. Derselbe scheint aber von Gegenströmungen beeinflußt zu werden; eine solche ist, wie die „M. N. N." mittheilen, bei der Frage hervorgetreten, ob, wie es Anfangs von höchster Stelle gewünscht war, der Landtag durch den König selbst geschlossen werden solle. Es sollen lebhafte Vorstellungen dagegen gemacht worden sein, da die Abgeordnetenkammer durch zu große Aufmerksamkeiten „übermüthig" gemacht werden könne! — Es soll auch eine Abschiedstafel beabsichtigt gewesen sein; ist von derselben vielleicht deßhalb abgerathen worden, weil man fürchtete, daß dabei dem Könige zu viel reiner Wein eingeschenkt werden könne?

(H. L. Ztg.)

— In der bayerischen Adelskammer hat kürzlich ein gewisser General Fürst Thurn und Taxis zu Gunsten der stehenden Heere die kindliche Ansicht geäußert, daß alles für das Heer verausgabte Geld ja im Lande bleibe, und daß kein Kreuzer davon verloren gehe. Dann hat der fürstliche General noch den Ausspruch eines Namenlosen angeführt und damit ohne Zweifel den Nagel auf den Kopf zu treffen gemeint. Der Ausspruch lautet: „Das, was das Militär kostet, wird genau durch das Militär wieder eingebracht. Die ganze Summe des Militärbudgets, die als Ausgabe des Volkes in der Staatsrechnung erscheint, erscheint ganz genau bis auf Heller und Pfennig wieder in den Einnahmen des Volkes. Es ist also dabei gleichgiltig, wer sie empfängt, denn Derjenige, der das Geld empfängt, behält es doch nicht; es fließt in tausend Kanälen durch das ganze Volk. — So wenig ich den Tropfen Thaues, der in der Quelle sich sammelt und dann zum Bach und zum Fluß wird, verfolgen kann, so wenig kann ich den Gulden verfolgen, den ich als Steuer zahle; aber ich zweifle dennoch keinen Augenblick, daß er dem großen Strome der Bewegung angehört und zu seiner Zeit und in seiner Form mir wieder nahe kommen wird; und das Militärbudget des Staates ist zunächst im Sinne der Volkswirthschaft nichts anderes, als eben ein solcher Kanal, der nach seinen eigenthümlichen Gesetzen seine eigenthümliche Funktion vollzieht." Dieser eigenthümliche volkswirthschaftliche Lehrsatz erfuhr freilich in der Abgeordnetenkammer eine nicht eben anerkennende Beleuchtung, indem der Abg. Kolb, nachdem er die obige Stelle angeführt, beifügte: Das, meine Herren, ist gewiß recht schön, recht poetisch; es ist nur Schade, daß die Wirklichkeit dem Bilde nicht entspricht. Man macht sich nicht klar, wie das Verhältniß ist. Nach dieser Anschauung würde es gar nichts zu bedeuten haben, wenn eine Million an neuen Steuern für das Militär ausgeschrieben und erhoben würde. Die Steuerbaren sind ja in dem Falle, diese Millionen wieder zurückzubekommen! Aber um welchen Preis bekommen sie dieselbe zurück? Wer von dieser Million etwas beziehen will, muß dafür weitere bestimmte Leistungen machen. Denken Sie sich einen großen Grundbesitzer, der mit einer Steuer von 100 fl. für das Militär betroffen wird. Er ist nachher in dem Falle, sein Getreide an das Militär zu verkaufen, ich will annehmen gerade wieder für 100 fl. Er hat also erst seine Steuer gegeben, und dann sein Getreide; er hat zweimal gegeben und dafür bekommt er ein Einzigesmal 100 fl. zurück. So ist das Verhältniß ganz einfach. Das Geld ist ihm wieder zugeflossen, aber der Speicher ist geleert! So verhält es sich mit dieser Theorie. —

Hamburg. Im vorigen Monat betrug die Gesammtzahl der Auswanderer, die in unserem Hafen sich einschifften, 4021, von denen 3470 direct ihr neues Vaterland zu erreichen suchten. Seit Anfang Januars bis Ende Juni wanderten im Ganzen über hier 15,609 Personen nach Amerika aus, gegen 12,718 im vorigen Jahr während desselben Zeitraums.

— Tischler, Stuhlmacher und andere Handwerker feiern noch und machen Lustfahrten. Für die allerdings arg gequälten Commis und Lehrlinge der sehr zahlreichen Krämer geht heute, 9. Juli, Mittags die Sonne der Gnade auf. Die Inhaber der meisten Gewürzwaarenhandlungen schließen Sonntags um 1 Uhr ihre Geschäfte. Wer dann noch um Pfeffer oder Syrup verlegen ist, kann sehen, wo er bleibt. Auch in der Woche sollen fortan Abends, mit alleiniger Ausnahme des wichtigen Sonnabends die Krämergeschäfte um 10 Uhr geschlossen werden.

Oesterreich ist endlich entschlossen, von der Phrase zur That überzugehen und eine ansehnliche Verminderung seines Heeres eintreten zu lassen. Während noch im Budget für das Jahr 1864 ein Bedarf von beiläufig 124 Millionen Gulden für die Landmacht (ohne Marine) aufgeführt war, soll nun die übrigens noch immer ungeheure Summe von 89½ Millionen genügen. Man sieht aber doch den guten Willen.

Frankreich hat, wie eine Londoner Depesche vom 10. Juli meldet, auf's Neue Unterhandlungen wegen eines europäischen Kongresses mit allen Mächten eröffnet und als Programm desselben die Prüfung der Verträge von 1815 und eine allgemeine Entwaffnung aufgestellt. Die Zustimmung des russischen Kaisers ist bereits erfolgt.

— Die Nachricht von einer beabsichtigten Armeereduction scheint auf die bevorstehenden Gemeindewahlen berechnet, bei denen es der Regierung nicht ganz wohl zu Muthe ist. Man prophezeiht ihr vielfache Niederlagen.

— Abd-el-Kader kommt auf Besuch zu seinem Freunde Louis Napoleon, den er für den einzigen Mann in Frankreich erklärt, die übrigen Franzosen seien „Hunde".

— Ist der kleine Thiers, der bekannte französische Staatsmann und Geschichtschreiber, ein Prophet? Die Napoleoniden werden ihn nicht als solchen anerkennen; denn er sagte neulich: „Das Kaiserthum sinkt; das geringste Ereigniß, die geringste Aufregung, der leiseste Anstoß kann es umwerfen." — und was kommt dann? fragte man ihn; werden Sie an's Ruder kommen? — Nein, antwortete er lächelnd, die Revolution geht auf die Straße und dahin folgen ihr die Orleanisten nicht. Die Republik allein ist möglich.

— Hr. Biegelow, der amerikanische Gesandte in Paris, hat am 4. d. M. ein großes Fest gegeben, zu dem er alle hier anwesenden Amerikaner, gleichviel ob dem Norden oder dem Süden angehörig, eingeladen hatte. Anfänglich hatte er beabsichtigt, alle französischen Familien einzuladen, von denen irgend ein Mitglied vor Zeiten an dem Unabhängigkeitskriege Theil genommen. Allein auf Ersuchen der Regierung unterließ man diese Einladungen und beschränkte sich nur auf diejenigen Franzosen, welche mit Amerikanerinnen verheirathet sind. An einem hohen Mastbaume (das Fest wurde im Freien gefeiert) wehten die amerikanische und französische Fahne. Es wurden verschiedene Reden gehalten, Erfrischungen gereicht und gegen Abend wurde auch getanzt. Das Fest sollte mit einer geistlichen Predigt eröffnet werden, allein der Geistliche kam zu spät.

Amerika. Amerikanische Blätter veröffentlichen einen Brief, welchen Herr Stuart Mill am 13. Mai an einen New-Yorker Freund gerichtet hat. Von einigem Interesse ist der nachstehende Schluß desselben:

„Jeder meiner Landsleute ist begierig, euch Milde und immer nur Milde anzurathen, als ob ihr euch geneigt gezeigt hättet, eine barbarische Rache zu nehmen. Ich bin nur vor einer Sache bange gewesen, daß ihr zu milde sein würdet. Es würde mir sehr leid thun, wenn nach Beendigung des Krieges noch irgend ein Leben genommen oder aus bloßer Rache irgend ein Uebel zugefügt würde; das eine aber, hoffe ich, werdet ihr als eine unbedingte Nothwendigkeit ansehen: die Macht der sclavenhaltenden Caste völlig zu brechen. Geschieht dies nicht, so bleibt die Abschaffung der Sklaverei nur ein leeres Wort. Behält eine Aristokratie von Sklavenhaltern die Oberhand in den Staatslegislaturen, so wird sie im Stande sein, einen großen Theil der mit dem Blute der freien Staaten so theuer erkauften Erfolge zu nichte zu machen. Die Sclavenhalter und ihre Creaturen müssen bei den Abstimmungen den Kürzeren ziehen; ein Resultat, welches sich nur durch Gleichstellung der Neger in Bezug auf politische Rechte und durch eine umfassende Uebersiedelung von Ansassen des Nordens nach dem Süden erreichen läßt, wenn zugleich beide durch Erwerb von Grundbesitz unabhängig werden. Unter diesen Bedingungen und mit dem constitutionellen Amendement — welches den obersten Gerichtshof in den Stand setzen wird, jedwede die Sclaverei unter irgend welcher Vermummung zurückzuführen strebende Gesetzgebung einzelner Staaten zu beseitigen — ist die Sache der Freiheit gesichert, und werden die Einleitungsworte der Unabhängigkeits-Erklärung aufhören, der durch sie gegründeten Nation ein Vorwurf zu sein."

Deutsches Kerkerleben.

Von Gustav Struve.

(Fortsetzung.)

Ein Mitgefangener, der in einem der großen Arbeitssäle lebte, sprach sich über die Wirkung dieses Systems auf die Gefangenen in folgender Weise aus: „Im Allgemeinen sind sie zu gar nichts mehr fähig, weder zur Bosheit noch zum Zorne, weder zum Haß noch zur Freundschaft. Sie sind völlig kindisch, an Leib und Seele zu nichte gemacht."

Das nannte man im Zuchthause niedergeführt. Das war das Ziel, zu welchem diese Anstalt alle Diejenigen brachte, welche, ohne die außerordentlichste Kraft an Körper und Geist, ihre Einwohner waren.

Ein anderer Gefangener sprach sich darüber in folgenden Worten aus:

„Hier kann man ja nicht besser werden. Zuerst behandeln sie einem, wie ein wildes Thier, dann fürchten sie sich vor einem, wie vor einem wilden Thiere und zuletzt wird man zum wilden Thiere, und zerreißt, was man kann."

Die Folgen eines solchen Verfahrens bleiben natürlich nicht aus.

In dem Jahrzehent von 1851 bis 1861 wurden — ohne die politischen Gefangenen — 2066 Männer in das Zuchthaus zu Waldheim eingeliefert. Davon waren früher schon in irgend einer Weise bestraft gewesen 1436, also ungefähr 70 Procent. Unter jenen 2066 hatten sich 1808 oder 87 Procent gegen das Eigenthum vergangen, von diesen waren bereits bestraft 1337 d. i. 74 Procent; unter diesen Eigenthumsverbrechern befanden sich 1381 Diebe, von denen nur 255 bis dahin unbestraft geblieben waren, also 1126 oder 81 Procent als Rückfällige betrachtet werden konnten. Noch schlimmer gestaltet sich das Verhältniß in Bezug auf Waldheim selbst, wenn man das Jahr 1860 als Maßstab nehmen darf. Es wurden in diesem Jahre aus dem Zuchthause entlassen: 220 Männer; frühere Züchtlinge aber wieder in verschiedenen Strafanstalten eingeliefert: 191, also nicht weniger als 87 Procent."

Sehr interessant ist auch, was Röckel über die Einwirkung der Geistlichkeit mittheilt. S. 282 bederselbe:

„Man darf es getrost als eine ziemlich allgemein gültige Regel annehmen, daß die Lieblinge der Geistlichen in unseren Strafanstalten gerade die allerverworfensten Subjekte sind, in denen alles Andere, als der niederste, raffinirteste Egoismus, vollständig erstorben ist. Mit einer vollendeten Virtuosität verstehen diese Menschen ihrem Seelenhirten vorzuspiegeln, was er nur immer bei ihnen zu finden wünscht." S. 284: „Es ist meine feste, auf mehr denn als 2 jährige Beobachtung gegründete Ueberzeugung, daß die Gefängnißgeistlichen unter den dermaligen Verhältnissen weit mehr noch zur Verschlechterung, als zur Besserung der Sträflinge dienen, und daß diese ungleich mehr Aussicht auf Selbsterhaltung haben würden, wenn sie der direkten wie indirekten Einwirkung Jener gänzlich entzogen wären."

„Welchen Eindruck muß es wohl in unserer geistig emancipirten Zeit auf einen Menschen machen, wenn er aus demselben Munde, der ihn zur Tugend ermahnt, vernehmen muß — wie ihm dazu in Waldheim öfters Gelegenheit ward, — daß wer nicht an Teufel und Zauberei glauben wolle, ein frevelhafter Gottesleugner und der ewigen Verdammniß theilhaftig sei?"

Ein langjähriger Insasse von Waldheim charakterisirte den Pastor trefflich durch die Worte:

„Wie rührend weiß er nicht von der Nächstenliebe zu sprechen, und wenn ihn Einer beleidigt, läßt er ihm gleich fünfundzwanzig aufzählen."

Wie es unter Director Heink im Zuchthause zu Waldheim herging, mögen folgende Stellen anschaulich machen:

„Der Director war völlig unbeschränkt in der Verhängung von Strafen und so ließ denn Heink für die unbedeutendsten Dinge den Stock in Bewegung setzen. Ich erinnere mich, daß ein Knabe neun Kantschuhhiebe bekam, weil er beim Reinigen des Gartens vom Ungeziefer eine abgefallene Stachelbeere vom Boden aufhob und aß. Ein alter höherer Bergbeamter, der für eine Unterschlagung verbüßte und dem Gärtner zugetheilt war, hatte eines Tages eine Birne aufgehoben und in die Tasche gesteckt. Er wurde von der Schildwache angezeigt und in Arrest gebracht, wo er sich in derselben Nacht noch erhängte, um der zu gewärtigenden Peinigung und Schmach zu entfliehen."

„Zuweilen veranstaltete Director Heink auch öffentliche Executionen. So waren einmal in den unteren Zellen zwei Gefangene belauscht worden, wie sie eines Abends — es wurde hier unten kein Licht gegeben — um der tödlichen Langeweile zu entfliehen, sich durch die Wand mit einander unterhielten. Sie wurden zu je 25 Stockhieben verurtheilt, doch sollten zugleich sämmtliche Bewohner des untern Geschosses Zeugen dieser Execution sein. Unsere Zellen wurden geöffnet und wir mußten unter die Thüre treten. Der „Schimmel" war in der Mitte des Ganges aufgestellt, das Urtheil wurde verlesen und die Bestialität ging vor sich. Mit aller Wucht holte der zum Folterknecht degradirte Aufseher aus, und nach jedem Streich wurde eine fast minutenlange Pause gemacht, um durch den zweiten Hieb die Nachwehen des ersten nicht abzukürzen. Ueber eine halbe Stunde währte dieser scheußliche Auftritt."

Besonders empörend war die Execution, welche an einem jungen Wenden vor sich ging. Derselbe sollte 60 Stockhiebe, und zwar in Gegenwart aller Gefangenen, mit Ausnahme der Isolirten, empfangen. Die Bank wurde im großen Speisesaale aufgestellt und vor den versammelten Bewohnern der Anstalt und den meisten Oberbeamten — auch der Direktor und selbst der Pastor (!) fehlten nicht — erprobten nach einander drei der stärksten Aufseher ihre Kraft an diesem Menschen. Als er endlich losgeschnallt wurde, blieb er mit geschlossenen Augen und ohne Lebenszeichen liegen. Da befahl Heink, ihm, wenn er binnen einer Stunde nicht aufgestanden sei, noch weitere 60 Hiebe zu geben. Dazu kam es jedoch nicht."

Ein anderer haarsträubender Fall ist der folgende:

„Unter den Correctionären befand sich ein, mit einer Art epileptischem Nervenzucken behafteter Schneider aus Leipzig, der in Folge seiner Krankheit erwerbsunfähig geworden, statt einer Versorgungsanstalt, immer wieder der Correctionsanstalt zugewiesen worden war. Tappelfritze oder Tappelschulze, wie er seines Zustands wegen genannt wurde, schien sich viel auf seine feinen Manieren zu Gute zu thun, und die nie ruhenden Zuckungen machten seine häufigen Complimente noch devoter. Dabei war er jedoch nach Art aller Nervenkranken zuweilen sehr leicht zu reizen und überhaupt als unzurechnungsfähig zu betrachten. Eines Tages nun, als er zum Spaziergang aus dem Hause trat, gerieth er in Folge einer groben Aeußerung eines Aufsehers, der kurz nachher wegen ähnlicher Krankhaftigkeit entlassen werden mußte, derart außer sich, daß er diesen anfiel, was jedoch keine Folgen hatte, da er von dem Aufseher selbst und den Hinzueilenden schnell überwältigt wurde. Tappelfritze sollte für dies Verbrechen durch zehntägigen Lattenarrest büßen. Der Arme ertrug in dünner Kleidung und bei ausnahmsweise strenger Winterkälte die über ihn verhängte Strafe, mußte aber nach Beendigung derselben gleich auf die Krankenstube gebracht werden, wo er am dritten Tag sein vielgequältes Leben endete."

Dieselbe traurige Nothwendigkeit, welche den Direktor Heinl nach dem Zeugniß seines eigenen Pastors so oft gezwungen hatte, Gefangene zu Tode martern zu lassen, zwang ihn auch, aus ökonomischen Gründen, sie in den Jahren 1855 u. 1856 zu Tode hungern zu lassen. Die Sterblichkeit der gesammten Anstalt erreichte in diesen Mißjahren die furchtbare Höhe von 9 bis 10 Procent jährlich, und zwar unter lauter Erwachsenen, deren große Mehrzahl sich in den besten Jahren befand. Wegen der herrschenden Theuerung wurde die Kost bei unvermindert anstrengender Arbeit, fast gänzlich nur auf die nahrungslosesten Pflanzen, wässerige Rüben, Kraut und etwas Kartoffel beschränkt, so daß die stärksten Männer sich völlig entkräftet fühlten und die schwächeren massenweise hinstarben. Erst als diese Menschenvertilgung bereits längst den höchsten Punkt erreicht hatte, drang die Kunde davon in die Oeffentlichkeit, und die Regierung — wenn ich nicht irre, durch die zweite Kammer dazu angeregt, — ordnete eine Untersuchung und Abstellung dieses mörderischen Sparsystems an!"

Minister von Friesen hatte dem Direktor Heink für sein neues Amt die eindringliche Lehre mitgegeben: sich schlechthin gar nichts aus der öffentlichen Meinung zu machen.

Nach dem Rücktritt dieses Ministers übernahm der Herr von Beust auch das Ministerium des Innern, welcher allen Klagen über Direktor Heink die Worte entgegensetzte: „Heink bleibt."

Die Ursache der wirksamen Unterstützung, welche Herr von Beust dem ihm persönlich — wie die Folge zeigte — sehr gleichgültigen Heink angedeihen ließ, suchte man allgemein in folgenden Verhältnissen.

Der König Friedrich August „der Gerechte" — dessen Gerechtigkeit ihn nicht verhindert hatte, den Garde-Major Agradol, der die Erklärung seiner Mutter, daß dieser Friedrich August ein von ihr selbst in Ehebruch gebornes Kind und demgemäß nicht der rechtmäßige Kurfürst sei, an den Reichstag in Regensburg bringen sollte, dreißig Jahre lang, bis an sein Ende im Jahre 1800 auf dem Königstein in einsamer, strenger Haft zu halten, — dieser Friedrich August hatte eine einzige Tochter, die Prinzessin Auguste hinterlassen, die als alleinige Erbin ihres Vaters für sehr reich galt und die Cousine und nächste Verwandte des jetzigen Königs ist, der für einen sehr sparsamen Wirth gilt. Diese hochbejahrte Dame nirgendwie unangenehm zu berühren, erschien demnach Herrn von Beust aus naheliegenden Gründen eine wichtige staatsmännische Sorge. Nun war Direktor Heink der Sohn des alten Hegereiters Heink, eines ehemaligen Leibjägers König Friedrich Augusts, der als vielleicht das letzte lebende Inventurstück ihres Vaters und überdies als eifriger Katholik bei der Prinzessin in hoher Gunst stand.

Um dem Könige nicht etwa die Erbschaft oder sich selbst die Stellung zu gefährden, mußte Heink, so lange die alte Prinzessin lebte, Direktor von Waldheim bleiben, mochten auch immer Tausende an Leib und Seele darüber zu Grunde gehen und gewissenhafte Beamte

den Verstand verlieren. Was dieser Erklärung die größte Wahrscheinlichkeit verleiht, ist die Thatsache, daß dem Tode der hochbejahrten Prinzessin vor einigen Jahren auch die Enthebung Heinls von seinem Posten unmittelbar folgte.

Der alte Hegereiter, falls er noch lebte, war fortan nicht mehr gefährlich. Um jedoch das begangene schwere Unrecht nicht einzugestehen, wurde Heinl mit dem Titel eines Regierungsraths von der Direktion Waldheim entfernt, was auch einer gewissen Billigkeit nicht ermangelte, denn die Verantwortung für die von ihm verübten Gräuel lastete weit weniger noch auf ihm selbst, als auf demjenigen, der ihn in voller Kenntniß seiner Unwürdigkeit dennoch in dieser Stelle erhalten hatte." (Fortsetzung folgt.)

Socialer Theil.

Vortrag

über die Arbeitskraft der verschiedenen Völker der Erde, gehalten von J. Deutsch, Handelsmann, in der Versammlung des „Industriellen Bildungsvereins" in Reichenbach am 23. Januar 1865.

(Schluß.)

2) Die Gesundheitsverhältnisse.

In dieser Beziehung kommt zunächst die Verhältnißzahl der durch körperliche oder geistige Gebrechen dauernd ganz oder größtentheils der Fähigkeit zur Arbeit Beraubten, also der Blinden und Taubstummen sowie der Geisteskranken, namentlich der Blödsinnigen in Betracht.

Man rechnet in den civilisirten Staaten:

	per Mill. der Einwohner überhaupt	zwischen 20—60 Jahren
Geisteskranke	$1^1/_3$,	etwas über 2,
Taubstumme	0,7,	0,7,
Blinde	0,9,	0,8.

Im Ganzen wird man also für diese Kategorien gegen 3 per Mill. der Einwohner annehmen dürfen. Im Allgemeinen scheint der Fortschritt des Wohlstandes und der Gesittung den körperlichen Gebrechen engere Grenzen zu setzen. Zweifelhafter ist dies in Bezug auf die Geisteskranken. Allein wenn das reichere und intensivere Leben der höheren Civilisationsstufen in mancher Beziehung die Gesundheit des Geistes größeren Gefahren aussetzt, so ist doch anderseits die größere Aufmerksamkeit, welche man Geistesstörungen schenkt, das raschere Eingreifen gegen dieselben und die größere Wirksamkeit der zu Gebote stehenden Schutz- und Heilmittel nicht zu übersehen.

Außer diesen dauernden Gebrechen wird aber fortwährend noch ein Theil der Bevölkerung durch vorübergehende Erkrankung, der Arbeit entzogen. In England werden hierauf durchschnittlich 2 Procent gerechnet. Doch müssen auch in dieser Beziehung erhebliche Verschiedenheiten von Zeit zu Zeit und von Volk zu Volk obwalten. Die Verbreitung einer zweckmäßigen Diät übt hier den günstigsten Einfluß aus. Bis zu einrm gewissen Grade hängt natürlich die Procentzahl der Kranken mit den Altersverhältnissen zusammen. Am günstigstrn scheinen in dieser Beziehung die ersten Jünglings- und die Mannesjahre von 30—40 Jahren gestellt zu sein. Man rechnet auf diese Altersklassen noch nicht 8 Tage im Jahre Krankheit. Dann aber nehmen die Krankheitstage immer mehr und immer rascher zu, sind im 60. Lebensjahre bereits mehr als verdoppelt und sollen vom 70. Jahre den fünften Theil der Existenz in Anspruch nehmen.

3) Maß der individuellen Kraft.

Hier ist zu unterscheiden Tragkraft und Hebekraft. Unter den europäischen Völkern gelten die Engländer als die körperlich kräftigsten. Der Vorzug, den diese voraushaben, zeigte sich unter Anderm beim Bau der Eisenbahn von Paris nach Rouen. Damals weigerten sich die französischen Arbeiter, die großen in England üblichen Karren, welche 3—400 Pfund Erde fassen, zu schieben; man ließ deshalb englische Arbeiter kommen, und obwohl diese den doppelten Tagelohn erhielten, ergab sich ihre Leistung doch als wohlfeiler.

Nächst der Stärke kommt aber auch die Ausdauer bei der Arbeit in Betracht, und sowohl extensiv, der Zeit nach, als intensiv, wo sie sich in Behendigkeit und Aufmerksamkeit zeigt.

Aus dieser Verschiedenheit der Ausdauer erklärt sich der Unterschied der Leistungen verschiedener Gegenden und Nationen noch weit mehr, als aus der Verschiedenheit der Muskelstärke.

Auf ihr z. B. wird es vorzugsweise beruhen, wenn, wie angegeben wird, mit den gleichen Maschinen täglich der englische Arbeiter 66, der französische nur 48 Pfund Garn liefert; wenn man im Osten unseres Vaterlandes zwischen deutschen und polnischen Feldarbeiten einen so bedeutenden Unterschied macht, und ähnliche mehr. Bei der Schätzung des durchschnittlichen Maßes der individuellen Kraft muß natürlich für die Schwächlichen, Gebrechlichen, Kränklichen ein verhältnißmäßiger Abzug gemacht werden. Die außerordentlich großen Verschiedenheiten, welche die einzelnen Länder in dieser Beziehung zeigen, sind jedoch mit großer Vorsicht aufzunehmen. Eben die Größe der Differenz, die z. B. so weit geht, daß von 1000 Militärdienstpflichtigen in Bayern 705, in Preußen dagegen nur 284, in Sachsen gar nur 259 dienstfähig sind, weist darauf hin, daß diese Zahlen auf verschiedenen Grundlagen beruhen müssen, und daher nicht wohl miteinander vergleichbar sind.

Je höher ein Volk sich entwickelt, je mehr es namentlich auch mechanische Naturkräfte benutzen lernt, und einen je geistigeren Charakter die Arbeit in Folge dessen annimmt, desto mehr verliert der Grad der rein physischen Kraft, der ihm zu Gebote steht, an Bedeutung, desto mehr aber tritt dagegen die geistige Energie und Regsamkeit in den Vordergrund. Hochstehende Völker unterscheiden sich vorzugsweise durch die Verschiedenheit der hervorstechenden Charakterzüge in ihrer Thätigkeit, durch welche wiederum der Charakter ihrer Produktion wesentlich bedingt wird. An Arbeitsenergie wird wohl kein Volk den Engländer und Amerikaner, an Arbeitspünktlichkeit den Deutschen, an Arbeitsgeschmack den Franzosen übertreffen. Das eine Volk zeichnet sich durch Besonnenheit und Genauigkeit, ein anderes durch Muth und Ausdauer, ein drittes durch Erfindungskraft, ein viertes durch die Gabe seiner Beobachtung aus, das eine durch geniale Ideen, das andere durch die Kunst, sie praktisch anzuwenden; bei dem einen herrscht der Gedanke vor, bei dem andern der Wille, bei dem dritten der Schönheitssinn. Dieses ist vielseitig in seinen Befähigungen, jenes einseitig, aber in seiner einseitigen Richtung um so hervorragender. Vielfach gehen mit großer Leistungsfähigkeit im Allgemeinen doch gewisse Beschränktheiten und Schwächen Hand in Hand. Der Engländer ist tapfer und ausdauernd, aber er verlangt eine reichliche substantielle Nahrung; er verträgt eine starke Hitze, aber nicht in geschlossenen Räumen, weshalb z. B. in den englischen Zuckerfabriken die deutschen Arbeiter noch nicht haben verdrängt werden können.

Für die Produktion kommt es indessen nicht blos darauf an, daß eine starke Arbeitskraft vorhanden sei, sondern auch darauf, wie viel oder wie wenig hiervon wirklich zur Verwendung kommt. In dieser Beziehung sind die Gewohnheiten der Völker so wie ihre positiven Einrichtungen von großem Einflusse. Wo in einem Volke die Einzelnen bereitwillig und ohne Schwierigkeit sich in ein wohlgegliedertes Ganze einzuordnen verstehn, wie die Engländer, wird ein größeres Maß von Arbeitskraft zu nutzbarer Verwendung kommen, als da, wo diese Einordnung in den Volkscharakter auf mannichfache Schwierigkeiten stößt, wie z. B. bei den Franzosen und einigermaßen auch bei den Deutschen. Eine fortschreitende Civilisation bringt die vorhandene Arbeitskraft immer vollständiger zu wirthschaftlicher Verwerthung. Zu den positiven Einrichtungen, welche die Ausnutzung der Arbeitskraft beeinflussen, gehören namentlich die Feiertage. Wenn in Ostindien fast die Hälfte des Jahrrs auf solche kommt, wenn in einer niederbayerischen Gegend, wo außerdem um 4 Uhr regelmäßig Feierabend gemacht wird, sogar 204 Feiertage bestanden, so läßt sich ermessen, wie viel von der vorhandenen Arbeitskraft unbenutzt bleibt oder blieb. Die strengkatholischen Länder, die auch nach der Reform Benedict XIV. noch etwa jeden vierten Tag feiern, sind in dieser Beziehung ungünstiger gestellt, als die protestantischen, die nur etwa 58 Sonn- und Festtage haben. Man schlägt den hieraus hervorgehenden Unterschied auf 10 Thlr. per Arbeiter, auf 100,000 Arbeiter also auf eine Million Thaler jährlich an.

Der Erfolg der menschlichen Arbeit ist endlich auch abhängig von den äußeren Vorbedingungen, welche theils natürliche, theils gesellschaftliche sind. Das Land, die Gewässer, die Atmosphäre sind natürliche Vorbedingungen; was die Naturkraft anbelangt, so kann sich der Mensch dieselben bei seiner Arbeit in doppelter Weise zu Nutzen machen, einestheils um die Menschenkraft sowohl zu verstärken, als auch um sie zu ersetzen, anderntheils aber lassen sich solche Kräfte wegen der Gleichheit ihrer Wirkungsart, sowohl mit der Menschenkraft, als unter einander vergleichen. Unter den mechanisch wirkenden Naturkräften sind es die Thiere, welche bis auf den heutigen Tag die wichtigste Stellung einnehmen. Die Benützung derselben ist für den Wohlstand und die Bildung eines Volkrs von so entscheidender Bedeutung, daß man weder in der Gegenwart, noch in der Vergangenheit irgend ein Volk findet, welches, ohne Thiere zum Ziehen und Tragen von Lasten gezähmt und gebändigt zu haben, in dem Gewerbe oder in der Kultur beträchtliche Fortschritte gemacht hätte. Die Natur hat aber auch überall dazu Gelegenheit gegeben; jede Zone hat ihre arbeitsfähigen Thiere, der Norden seine Rennthiere und Hunde, das gemäßigte Klima seine Pferde, Rinder, Esel; der Süden seine Kameele und Elephanten. Zwei andere wichtige Naturkräfte sind das Wasser und der Wind, und ihre Benutzung ist eine doppelte. Ferner der Dampf, chemische und physiologische Unterkräfte. Mit dem wirthschaftlichen Fortschritte nimmt die Benützung der Naturkräfte auch zu. Der Nutzen der durch die menschliche Thätigkeit entbundenen Naturkräfte wird durch die größere oder geringere Vollkommenheit ihrer Beherrschung bedingt.

Der Charakter der nationalen Produktion ist endlich mehr durch die Vorzüge, welche ein Land in Betreff der aneignungsfähigen, mit ganzen Ländern auftretenden Naturkräfte, als durch diejenigen, welche es durch Verwendung beweglicher Körper hervorgerufen, besitzt, beeinflußt.

In **Leipzig** fand am 4. d. eine **Arbeiterversammlung** statt, die in so fern von besonderem Interesse war, als sie zum ersten Male ein vernünftiges Zusammenwirken der sonst so feindlich gespannten Parteien erwies. Man schreibt darüber der „Magdeb. Presse": Heute fand die vom hiesigen Arbeiterbildungsverein anberaumte allgemeine Versammlung der Arbeiter von Leipzig und Umgegend im „Wiener Saal" statt. Hr. Bebel, der Vorsitzende des genannten Vereins, eröffnete dieselbe, indem er hervorhob, daß die Arbeiter Sachsens sich des gewiß nicht allzu reichlich bemessenen Maßes von Freiheiten, welches das neue Gewerbegesetz ihnen vor 4 Jahren gebracht hat, nur würdig gezeigt haben. Dessen ungeachtet wollte jetzt die Handels- und Gewerbekammer zu Dresden und neuerdings auch die in Zittau einen Passus aus dem Gewerbegesetz gestrichen wissen, welcher den Arbeiter davon entbindet, daß ihm sein Arbeitgeber ein Zeugniß in's **Arbeitsbuch** schreibt, wenn er dieß nicht ausdrücklich wünscht. Statt dessen, sollte es nach Antrag der beiden Kammern fernerhin heißen: Der Arbeitgeber ist verpflichtet: 1) Den Grund der Entlassung oder des Austritts aus der Arbeit, in so weit sich derselbe nicht auf die Qualification zu einem speziellen Gewerbe oder zu einer besonderen Arbeit bezieht, im Arbeitsbuche zu bemerken, so wie 2) während der Dauer der Arbeitszeit das Arbeitsbuch seines Arbeiters in Aufbewahrung zu nehmen. Der Arbeiterbildungsverein habe es für seine Pflicht gehalten, einen entschiedenen Protest gegen diese Beschlüsse der Kammern anzubahnen und deshalb die Versammlung berufen. Zunächst führte dann der Referent, Eisenbahnarbeiter Herrmann, aus: Was wohl die Gewerbekammer zu Dresden, von der jene Beschlüsse vornehmlich ausgingen, dazu sagen würde, wenn die ihr zur Seite stehende Handelskammer beschließen wollte, der Regierung zu empfehlen, daß die Handelshäuser fernerhin darüber Buch führen sollten, wie die Gewerbetreibenden, mit denen sie in Verbindung stehen, den an sie gerichteten Anforderungen gerecht würden? Die Meister und Arbeitgeber seien doch auch keine untäuschbaren, von menschlichen Leidenschaften nicht bewegte Personen und der Aussteller des Arbeitszeugnisses könne folglich niemals ganz unparteiisch sein. Ob es aber gerecht wäre, gesetzlich feststellen zu wollen, daß parteiische Zeugnisse geschrirben würden? — Es sei leider nur zu oft der Fall, daß die Arbeitgeber nicht vermöchten, klar und präcise ihre Gedanken schriftlich auszudrücken; wäre nun ein Zeugniß zweideutig ausgefallen, so würde es gewiß stets so gedeutet, daß Schaden für den Arbeiter daraus erwachse. Jedes Verbrechen werde durch das Erleiden der Strafe gesühnt, die politischen Ehrenrechte, wenn man sie verloren, erhalte man wieder, und wäre es auch nur bei einer allgemeinen Amnestie wegen einrs hohen Familienfestes; dem Arbeiter aber werde durch ein schlechtes Zeugniß ein unauslöschlicher Makel angeheftet, ein Schandflecken, von dem er sich schlechterdings nicht wieder zu reinigen vermöge. — Oft aber werde ein ungerechtes Zeugniß oder nur ein **unklar gefaßtes** Zeugniß der Grund des Verderbens für einen Arbeiter, denn er müsse zunächst arbeitslos deshalb umherlaufen, bis er **abgerissen** und heruntergekommen sei, dann aber finde er erst recht keine Arbeit. — Was nun den zweiten Punkt in dem Beschlusse der Kammern an-

lange, so begriffe er (Referent) die Hochherzigkeit nicht, mit welcher man hier den Arbeiter immer für die Zeit, wo er in Arbeit ist, von der Verantwortlichkeit entbinden will, die er gesetzlich dafür hat, daß seine Legitimation ihm nicht verloren geht; denn, meine Herren, wer steht uns dafür, wenn das Signalement zufällig paßt und gewisse Umstände eintreten, daß nicht gar der Arbeitgeber selber mit dem Buche seines Arbeiters durchbrennt?! (Wiederholter Beifall, sowohl im Verlauf des Referats, als auch am Schlusse desselben.) Der Referent schlägt folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß die Beschlüsse der Handels- und Gewerbekammer zu Dresden dem Geiste des Gewerbegesetzes zuwiderlaufen und den Arbeiter der Willkür des Arbeitsgebers Preis geben, erklärt sich die Versammlung gegen dieselben und fordert alle Arbeitervereine und Koporationen (Sachsens) auf, dieser Resolution beizutreten und dieselbe der Staatsregierung zu übermitteln." Herr Berghammer weist darauf hin, daß überhaupt die Standesunterschiede unter dem großen allgemeinen Arbeiterstande aufhören müßten. Warum braucht ein Arbeiter ein Arbeitsbuch, und warum der andere nicht? Die Arbeitsbücher, meine Herren, mssen überhaupt abgeschafft werden. Herr Hartwig findet, daß es, sollten die qu. Beschlüsse der Kammern ausgeführt werden, dann auch nothwendig sei, daß der Arbeitgeber ein Buch haben müßte, in welches hinwiederum der Arbeiter einschreibt, wie sich der Arbeitgeber betragen hat. Er (Redner) glaube, die beiden Kammern hätten wohl bessere Aufaben gehabt, die sie sich stellen konnten, als diese Beschlüsse zu fassen. Er erinnere daran, daß unsere Regierung sich gegen den Abschluß des Handelsvertrag mit Italien sträubt; da wäre es eine würdige Aufgabe der Handels- und Gewerbekammer, der Regierung klar zu machen, was dieser Handelsvertrag zu bedeuten hat, nicht aber jene Beschlüsse zu fassen, welche sich selbst verurtheilen. Hinsichtlich des Punkt zwei derselben bemerke er: der Arbeiter hätte sein Arbeitsbuch bezahlen müssen, und wenn man ihm dasselbe nehme, so sei dies eine Vorenthaltung des Eigenthums. Hr. Heintke führt nun die Beispiele von England und Belgien an, wo es keine Arbeitsbücher gibt, und wo die Arbeitgeber so gescheidt geworden sind, daß sie einsehen, wie wenig die Zeugnisse nützen, und daß sie besser thun, ihr eigenes Urtheil sich über den Arbeiter zu bilden, was ja in 2—3 Tagen geschehen kann. Alsdann konstatirt Redner, daß, wenn die Beschlüsse der Kammern zur Durchführung kämen, die Arbeiter mit ihren seit anno 61 eingeführten Arbeitsbüchern schlimmer daran sein würden, als mit den Wanderbüchern, wie sie anno 30 bestanden. Der Lassallianer-Präsident Hr. Fritzsche findet den Hauptubelstand darin, daß blos Arbeitsgeber, nicht auch Arbeitnehmer in den Handels- und Gewerbekammern sitzen; er findet die vorgeschlagenen Resolutionen gut; er findet aber auch, man müsse weiter gehen und das allgemeine, gleiche und direkte Walrecht wollen. — Darauf erwiderte Hr. Hartwig: Wenn vom Vorredner gesagt worden, man müsse einen Schritt weiter gehen, und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht wollen, so gehe er noch viel weiter und sage, man müsse die Grundrechte wollen 2c. — Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, erhält der Referent dasselbe, um das Resumé zu geben. Er hebt hervor, daß Niemand gegen die vorgeschlagene Resolution gesprochen habe und daß die ziemlich zahlreich anwesenden Arbeitgeber sogar, wenigstens durch Stillschweigen, ihre Zustimmung erklärt hätten. — Hierauf bringt der Präsident die Resolution zur Abstimmung, sie findet einstimmige Annahme und wird nun durch das Präsidium der Sächs. Staatsregierung übermittelt werden. — Die Versammlung, welche eines Umbaues halber nicht im Odeon, unserem größ en Saale für solche Zwecke, abgehalten werden konnte, dauerte von $8^1/_2$—$9^3/_4$ Uhr und umfaßte mehr als 1000 Personen, welche im Raum sehr beschränkt waren, ungerechnet die, welche sich außen vor den Thüren und Fenstern postirt hatten und die, welche wieder hatten fortgehen müssen.

Coburg, 10. Juli. Dem „Coburger Tagblatt" wird unter diesem Datum folgendes berichtet: „Gestern Nachmittag 3 Uhr fand die nach Ketschendorf im Ehrlicher'schen Gasthause ausgeschriebene Versammlung der Weber aus Stadt und Land statt. Dieselbe war etwa von 200—250 Mitgliedern besucht. Der eigentliche Zweck dieser Versammlung war derjenige, um sich über die Mittel und Wege zu berathen, wie eine Preisaufbesserung erzielt werden könne, da das an die hiesigen Herren Fabrikanten gerichtete Bittgesuch unberücksichtigt blieb. Nachdem mehrere Meister sich über den so sehr gedrückten und bis zum Bettelstab heruntergekommenen Weberstand in kräftigen Worten ausgesprochen, wurden mit großer Stimmeneinheit folgende Beschlüsse gefaßt:

1) den Herren Fabrikanten nochmals die äußerst bedrängte Lage der Weber zu schildern, mit der Bitte, die beanspruchte Lohnerhöhung (3 kr. mehr per Elle) zu gewähren, jedoch bis zum nächsten Donnerstag denselben Resolution ertheilen zu wollen, ob sie den gerechten Forderungen willfahren wollen oder nicht, in welchem letzteren Falle die Arbeit von nächstem Sonnabend ab eingestellt werden soll,

2) da nach solchen Arbeitseinstellungen gewöhnlich die Humanität der Herren Arbeitgeber ihr Ende erreicht, indem dann immer die Arbeit nicht gut genug ist, und somit der bewilligte höhere Lohn in indirekter Weise wieder in Abzug gebracht wird, eine Commission zu bilden, welche die Prüfung der Arbeit in solchem Falle vornehmen soll,

3) wurde zur größeren Einigung und stärkeren Verbrüderung beschlossen, einen Verein zu gründen, der alljährlich eine Generalversammlung hält, und wurde für nächstes Jahr Coburg zum Vorort gewählt.

Zum Ruhme der Herren Kaufmeister (Schnittwaarenhändler) muß aber constatirt werden, daß dieselben bei Ueberreichung des Bittgesuchs gleich 1 kr. mehr per Elle bewilligten, während bei den Herren Fabrikanten die Erscheinung zu Tage trat, daß der Eine seine Zustimmung von der des Andern abhängig machte.

Zu wünschen wäre es, daß endlich einmal die Herren Fabrikanten einsähen, daß der Weberstand der gedrückteste von allen Professionen ist. Man nehme nur an, ob eine Familie mit 200 fl. und noch weniger jährlich auskommen kann. Diese 200 fl. jährlich zu verdienen, bedarf es aber nicht bloß des Meisters Arbeitszeit von 14—15 Stunden, nein, es muß auch noch seine Frau und Kinder den ganzen Tag am Geschäft bethätigt sein, denn wenn der Meister die Arbeiten noch mitmachen sollte, welche die Frau macht, würde er vielleicht auf 24 kr. täglich zu stehen kommen, welches natürlich zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel ist.

Die Noth steigert sich aber mit jedem Tage, da alle Handwerker vorgehen und höheren Lohn beanspruchen und auch erhalten. Nun kann aber der Weber andere Handwerker auch nicht entbehren und muß somit Alles theurer bezahlen als früher, woraus sich natürlich ganz von selbst ergibt, daß er nicht zurückbleiben kann, wenn er nicht aus Verzweiflung des Lebens überdrüssig werden will.

Wir bitten deshalb Gott, daß er dieses Streben segnen möge."

Vom Büchertisch.

Vom dritten Jahrgange der unter dem Namen „**Der Arbeiterfreund**" bekannten Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen (Berlin, bei Otto Janke) ist das erste Heft etwas verspätet vor Kurzem erschienen. Professor Kalisch bespricht darin die neuerdings in Frankreich und Belgien wieder stark ventilirte Frage „vom Schulzwang." Dr. Friedrich Horn beschreibt die irische Armenpflege, welche von der englischen charakteristisch und zweckmäßig abweicht, und vergleicht mit beiden die deutsche Armengesetzgebung; geborner Mecklenburger, führt er uns namentlich die einschlägigen Zustände seines Heimathlandes in einem keineswegs erfreulichen Lichte vor. Eine Dame (Nahida St. — Sturmhöfel?) behandelt das moderne Kapitel der Frauenarbeit in einem Aufsatze, an welchen der Redakteur A. Brämer Bemerkungen über die Berufszweige der Frauen im preußischen Staate knüpft. „Aberglauben und Krankenpflege, Betrachtungen zu Nutz und Frommen des gemeinen Mannes," ist eine Abhandlung des auf hygieinischem Gebiete sehr fruchtbaren Schriftstellers K. Ruß betitelt. Einem Bericht über die bekannte Versammlung, welche sich am 1. März für die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer erklärte, folgt eine Anzahl kleiner Mittheilungen über sociale Angelegenheiten u. s. w. Dem Verzeichniß der Vereinsmitglieder entnehmen wir, daß 31 Körperschaften und Vereine (Magisträte, Gewerbevereine), sowie 107 in Berlin und 110 außerhalb dieser Stadt wohnhafte einzelne Personen dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen angehören; es befinden sich darunter die angesehensten Namen.

Gewerbliches Leben. Eine Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen für alle Freunde des Gewerbelebens, für Fabrikanten und Arbeiter, für Handwerker, Bildungs- und Gewerbevereine von Dr. Carl Müller von Halle.

Wie steht es denn bei uns mit der Würde der Arbeit? Lassen Sie mich ein Beispiel gebrauchen. Was würde man wohl dazu sagen, wenn der Sohn eines unserer vielen Geheimräthe einem Schuhmacher in die Lehre gegeben würde? Nichts Anderes, als daß ein Zetergeschrei von allen Tanten, Basen, Onkeln u. s. w. darüber erhoben werden, daß man von einer Herabwürdigung des Standes sprechen würde, obgleich man vielleicht innerlich davon überzeugt wäre, daß der vornehme Lehrling mit seinen guten Familienverbindungen und seinem etwaigen Kapitale als Schuhmacher ein unendlich besserer Staatsbürger werden könne, als wenn man ihn in eine gelehrte Laufbahn verwiese, für die er nach allen Anlagen nicht geschaffen sei. Das ist eben der mittelalterliche Kastengeist, der uns Deutschen noch in so vollem Maße anklebt. Wohl darf sich der Sohn eines Arbeiters zu einer höheren Lebensstellung erheben, wenn er Talent, Mittel oder Glück hat; und wir sehen, daß das eben alle Tage geschieht. Allein, daß der umgekehrte Fall eintrete, das wird unter allen Umständen ein großer Ausnahmefall sein. Was ist die Folge davon? Daß bei uns noch ein Vorurtheil auf dem Geldverdienen durch praktische Arbeit beruht; daß bei uns gewisse Stände, welche durch Bildung oder Reichthum vorzugsweise berufen gewesen wären, sich gleichzeitig dem Praktischen zuzuwenden, durch die Macht der öffentlichen Meinung von ihm ausgeschlossen waren. Während diese Fesseln schon lange für die Lordschaft Englands gefallen, durfte es noch kein Adliger in Deutschland wagen, eine andere Industrie zu treiben, als sie die Landwirthschaft mit sich brachte, weil sie, dem Grundbesitz angehörig, sein Privilegium war. Was würde man ferner in Deutschland dazu sagen, wenn der gelehrte Herausgeber einer weitverbreiteten, der Wissenschaft gewidmeten Zeitung mit dieser ein Anzeigeblatt verbände, in welchem, wie in den politischen Zeitschriften, Stiefelwichse und Zahnbürsten, Zündhölzchen u. s. w. von Heimann Levi u. Co. zum Verkaufe ausgeboten würden? Nun, man würde ihn sicher einen Spekulanten und Geldmacher, wenn nicht einen Schwindler nennen. Wie ganz anders in England! Dort hat es nicht überrascht, daß der große und populäre Dichter Dickens mit seinem Familienjournale ein solches Anzeigeblatt verband und Tausende dafür in die Tasche strich. Was war die Folge dieser Vorurtheile unserer öffentlichen Meinung? Daß man den Gelehrten streng an seinen Büchertisch, in sein Kabinet, in sein Laboratorium u. s. w. verbannte, schließlich auf die Ideen, welche von ihnen ausgingen und praktisch von großem Nutzen sein konnten, keinen Werth legte, dieselben aber für vogelfrei betrachtete, darum keinen Begriff von geistigem Eigenthum aufkommen ließ. Das ist ein Hauptgrund in Deutschland, warum sich die Gelehrten meist so streng von dem Gewerbe sonderten. Sie hatten eben keine Veranlassung, sich tiefer mit ihm einzulassen, weil sie nicht, wie in England, ihren Rath bezahlt erhielten, und dazu war ihnen ihre Zeit doch zu kostbar. In England nimmt der naturwissenschaftlich gebildete Gelehrte den Rang eines Arztes ein, den man um Rath befragt und welchem man dafür einen klingenden Lohn in die Tasche schiebt. Leben und Lebenlassen heißt die Grundregel des Engländers; darum findet es Jedermann in der Ordnung, wenn auch der Gelehrte Geschäfte mit seinen Kenntnissen macht. Als vor einigen Jahren der herrliche Männergesangverein von Köln am Rhein nach London kam und unentgeltlich, nur „der Ehre halber" singen wollte, erwiderte man ihm mit Recht, daß dies kein Engländer verstehe und folglich die hohe Aristokratie schwerlich ihre Vorträge besuchen werde.*) In England treibt eben Jeder sein Händelchen bis auf

*) Daran wäre am Ende auch nichts gelegen gewesen.

die Ministerstühle hinauf. Jeder weiß, daß man Geld verdienen soll, nicht um es in den Kasten zu legen und zu sagen, man wiege so und so schwer, sondern weil Geld unabhängig macht, weil Geld ein Mittel zu edlen Zwecken und vor Allem zur Selbstbildung ist. Geld bleibt in der Hand des wahrhaft Gebildeten nicht Geld, sondern wird zu Geist und Gemüth, indem ihm das Geld nur zu edlen Zwecken dient. Auf solche Weise ist das Geldverdienen für alle Kreise der Gesellschaft in England selbstverständlich, und das hat auch unendlich wohlthätig auf die Würde der Arbeit zurückgewirkt. In Nordamerika nicht anders. Darum mischen sich hier wie dort in höchst anregender Weise alle Schichten der Gesellschaft, weil sie alle ein gleiches Interesse verfolgen; umgekehrt sehen wir in Deutschland die beklagenswerthe Thatsache, wie sich der Gelehrte vom Volk trennt und lieber sich in einseitiger unfruchtbarer Gelehrsamkeit vergräbt, während der arbeitende Stand nach Bildung und Kenntnissen lechzt, ohne sie zu erreichen. Wo aber soll dann das Selbstgefühl herkommen, wenn der Arbeiter den Gebildeteren gegenüber alle Augenblicke an Mängel seiner Bildung erinnert wird? Daher kommt es eben zum großen Theile, daß der deutsche Handwerkerstand, dies fühlend, sich von selbst unterordnet und nicht jenes nationale Selbstgefühl besitzt, welches den Engländer und Franzosen so außerordentlich kennzeichnet.

Vermischtes.

(Ein Coburger Preßprozeß, scheinbar zu Gunsten des „Vaterunsers" und wirklich zu Gunsten des Papstthums und der Jesuiten.) Am 10. Juli fand vor dem Herzogl. Kreisgericht in Coburg die öffentliche Hauptverhandlung in einem neuen Preßprozeß statt. Diesmal gegen das Tagblatt und gegen den hier lebenden Schriftsteller L. Reinhardt aus Mecklenburg. Die Anklage bezog sich auf einen kurzen Aufsatz, welcher in einem kleinen Theil der Auflage der Nummer 47 des Tagblatts übergegangen und — von einer dritten Person eingesendet, von Reinhardt, dem Redacteur des Tagblatts, für welches der Verleger nur die Verantwortlichkeit führt,*) nach Ueberarbeitung unter persönlicher Verantwortlichkeit unter die Einsendungen des Inseratentheils des Blattes aufgenommen worden war. In diesem Aufsatz, welcher bald nach der berüchtigten Encyclica des Papstes Pius IX. erschien, war der „heilige Vater" in der Vaterunserform angeredet und der Unwille über das durch die Encyclica der Civilisation des ganzen Jahrhunderts ins Gesicht schlagende Papstthum und Jesuitenthum zum Ausdruck gebracht.

Mit einem Feuereifer, der selbst einer längstvergangenen Zeit werth gewesen wäre, suchte man in dem Angriff „eine Herabwürdigung der Gegenstände der Verehrung einer im Staate befindlichen Religionsgesellschaft" zu entdecken, eine Entdeckung, welche, zumal was das Jesuitenthum betrifft, unter den katholischen Glaubensgenossen in Coburg selbst ein lebhaftes Erstaunen hervorgerufen haben soll. Die Anklage stützte sich hiernach auf Art. 181 des Coburg. Str.-G.-B., welcher so lautet: „wer die Gegenstände der Verehrung einer im Staate befindlichen Religionsgesellschaft, oder ihre Lehren und Gebräuche durch Ausdrücke der Verspottung oder der Verachtung öffentlich herabwürdigt, es geschehe dies mündlich oder durch Verbreitung von Schriften oder bildlichen Darstellungen, oder durch beschimpfende Handlungen, soll Gefängniß bis zu 6 Monaten erleiden."

Staatsanwalt Oppermann führte in längerer Rede aus: der Aufsatz enthalte eine offenbare Nachahmung des Vaterunsers, dergestalt, daß die ehrwürdigen und tiefernsten Gedanken desselben auf eine leichtfertige und zum Theil in Witzelei ausartende Weise unter möglichster Beibehaltung der Form in einen Angriff auf den Papst und seine Herrschaft verwendet worden seien. Diese Nachahmung könne mit der Achtung vor der Gebetsform des den christlichen Religionsgesellschaften des Staates heiligen — Vaterunsers, in welchem die christliche Gebetslehre gegeben sei und an welches christliche Gebräuche des Hauses und der Kirche sich knüpften, welche mithin ein Gegenstand der Verehrung im Staat befindlicher Religionsgesellschaften sei, — nicht bestehen. Es sei sonach ein Ausdruck der Verachtung der bezeichneten Lehren und Gebräuche und als solcher das Mittel einer öffentlichen Herabwürdigung derselben.

Der Vertheidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Rückert führte aus, wie der Staatsanwalt sich zwar sehr ausführlich über die ihm vollkommen zugestandene Heiligkeit des Vaterunsers aber um so dürftiger darüber verbreitet habe, in wie fern denn der incriminirte Artikel einen Angriff auf das Vaterunser statt auf das Papstthum und die Jesuitenenthalte. Ganz offenbar sei der „heilige Vater" nicht in der Form des Vaterunsers angegriffen worden, — um damit diese Gebetsform, und mittelbar den Inhalt des Vaterunsers herabzusetzen, sondern die Form des Vaterunsers sei gebraucht worden, um mittelst des Contrastes den Papst um so wirksamer anzugreifen. Nicht eine Sylbe in dem Aufsatz richte sich gegen das Vaterunser. Wenn die Anklage wegen Verspottung des Papstes auch formell erhoben worden wäre, so würde sich dies zwar in der Lutherstadt Coburg eigenthümlich genug ausgenommen haben und er, der Vertheidiger, würde die Vertheidigung auch dann keineswegs aufgegeben haben; aber diese Anklage würde jedenfalls mehr Grund gehabt haben, als die Anschuldigung wegen Herabwürdigung des Vaterunsers. Eine solche sei in dem Aufsatz nicht enthalten und noch weniger beabsichtigt worden. Der Vertheidiger trug auf Freisprechung an.

Aus der Vertheidigungsrede des Angeklagten ergab sich, wie die Anklage zwar formell gegen die angebliche Herabsetzung des Vaterunsers sich richtet, thatsächlich aber auf die Inschutznahme des Papstes und seiner Helfer, der Jesuiten, hinausläuft. Der Angeklagte charakterisirte nun das Papstthum und die Römlinge, und deren in der Encyclika wie in einem Brennpunkt zusammengefaßte Tendenzen, und wies daraus die tiefsittliche Berechtigung des Angriffs dagegen nach. Er wies dann auf die Inconsequenz der Staatsanwaltschaft hin, welche eine Menge Nachahmungen solcher Gebets- und ähnlicher religiöser Formen, (welche letztere an sich überhaupt keine Gegenstände der Verehrung sind), — im gewöhnlichen Leben passiren lasse. Es gibt u. A. bekanntlich „10 Gebote" der Diätetik, der Landwirthschaft, der Zechgäste, man spricht im täglichen Leben vom elften Gebot „laß dich nicht erwischen"; im Studentenleben sind eine Menge Lieder im Brauch, welche auf solche Parodien hinauslaufen (z. B. die sog. Trinkmesse u. s. w.) und gedruckt in Commersbüchern verbreitet, während sonderbarerweise die Herzogl. Staatsanwaltschaft an diesen viel weiter verbreiteten Parodien nie Anstoß genommen, auf der Universität vielleicht sogar die eine oder andere einst selbst mitgesungen hat.

Der Strafantrag der Herzogl. Staatsanwaltschaft ging auf 6 Wochen Gefängniß. Das am 13. Juli publicirte Urtheil des Gerichts lautet: in mühsamer Begründung auf Schuldig und auf 3 Wochen Gefängniß.

*) Der Art. 24 des Preßgesetzes vom 6 Okt. 1851 bestimmt, daß für diesen Theil eines öffentlichen Blattes in erster Linie der nominell verantwortliche Redacteur überhaupt nicht, sondern zunächst der Einsender haftet, und erst wenn letzterer den inländischen Gerichten nicht zugänglich ist, die Haftung den nominell verantwortlichen Redacteur trifft.

Briefkasten.

Von dem Deutschen Verein in Bern am 6. d. Mts., 3 fl. 9 kr. zur Ausgleichung des Conto's pro 1865 erhalten. — Hrn. C. R. in Hameln: Auf dem Wege des Buchhandels kann der Bezug der Arbeiterzeitung nicht schneller vollzogen werden. — Hrn. P. in B.: Es wird um Fortsetzung des Berichts gebeten. Nur möglichst gedrängt, auf das Wesentliche beschränkt. D. Red.

Verschiedene Anzeigen.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Sachsen und Coburg
gegen
Streit und Struve
oder
öffentliche Gerichtsverhandlung
über die Frage:
Ist es Hochverrath, den Feinden Deutschlands drei deutsche Herzogthümer in die Hände zu spielen?
I. Heft. V. Auflage.

Die öffentlichen Verhandlungen dieses vielbesprochenen, jetzt in der Nichtigkeitsinstanz vor dem Herzogl. und Gesammtoberappellationsgericht zu Jena schwebenden politischen Prozesses in der ersten Instanz enthaltend. Der Theil der Anklageakte, welcher den incriminirten Artikel der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" enthält, und in den 4 ersten Auflagen mit abgedruckt war, ist in Folge des darüber neu eingeleiteten und noch schwebenden Preßprozesses in dieser in Folge vielfacher Nachfragen veranstalteten neuen fünften Auflage weggelassen und sind die Mittheilungen über die Beschlagnahme der IV. Auflage dafür eingeschaltet.

☞ Von derselben Broschüre hat soeben das II. Heft die Presse verlassen, enthaltend das Erkenntniß der ersten und der zweiten Instanz und die stenographirten, sehr lebhaften öffentlichen Verhandlungen der zweiten Instanz.

Weltgeschichte
von
Gustav Struve.

Die siebente Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue achte Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist in der Vorbereitung begriffen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und Vereine erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen sieben Auflagen, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE
von
Dr. Eduard Reich,
Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.

Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volks und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 134.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 23. Juli 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszuzahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Erster Vierteljahrsbericht der Arbeiterbildungsvereine des oberbadischen Gauverbandes (Schluß.) Kempten. Stuttgart. Gera. Cottbus. Berlin, der dritte Verwaltungsbericht des Berliner Handwerker-Vereins. Frankfurt, aus dem neuesten Flugblatt des ständigen Ausschusses. Aus Augsburg, eine Druckfehlerberichtigung und die Ablehnung einer Mißdeutung. — II. **Politischer Theil**: Deutsches Kerkerleben von Gustav Struve (Fortsetzung). Politische Umschau: Coburg, das vom neuen Landtag einstimmig im gleichen Sinne wie vom vorigen verabschiedete Preßgesetz wird von der Regierung abermals nicht sanctionirt; dagegen werden Abgeordnete auch während der Tagung des Landtags mit Preßprozessen verfolgt. Köln, das Vereinsrecht von oben herab gefährdet. Magdeburg, Eisenbahnunglück. Bremen, Jubel über Jubel. Königsberg, Joh. Jacoby. Berlin, Liebknecht ausgewiesen. Wie die Preußen in Apenrade hausen. London, Kabel. — Eine deutsche Nordfahrt. — III. **Socialer Theil**: Eine Rede gegen den Luxus. Berlin, große Dinge stehen vor der Thür. Ueber Lohnerhöhung und Strike-Bewegung, ein offener Brief an den Arbeiterverein in Gotha von Arnold Schloenbach. Würtemberg. — IV. **Vermischtes**: Vortrag über die ersten zweckmäßigen Hülfeleistungen bei Unglücksfällen. — V. Briefkasten. — Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Erster Vierteljahrsbericht der Arbeiter-Bildungs-Vereine des oberbadischen Gauverbandes.

Vom 1. Januar bis 1. April 1865.

(Schluß.)

Gemäß dieser Statuten lag nun dem Vorort vor Allem ob, einen Ausschuß von 5 Mitgliedern zur Besorgung der Gauvereins-Angelegenheiten zu wählen, was in der General-Versammlung am 1. Januar 1865 geschah.

Auf die Thätigkeit des Gauausschusses später übergehend, geben wir nun eine gedrängte Zusammenstellung der eingelaufenen Vierteljahrsberichte der einzelnen Vereine.

1) Der Verein Freiburg
(Vorort des Gauverbandes)

wurde gegründet im April 1861 und ist ihm gleich nach der Gründung der evangel. Gesellenverein beigetreten. Erster Vorstand: Hr. Kreisgerichtsrath Eimer, Stellvertreter: Hr. Rechtsanwalt Fehrenbach. Lokal: Kaufhaus, 1 Treppe hoch. Mitgliederzahl: Am 1. Januar d. J. 102, am 1. April 118. Monatlicher Beitrag 15 kr. Zahl der Ehrenmitglieder 64, die jährlich einen namhaften Beitrag in die Vereinskasse bezahlen. Unterrichtsstunden: Gesang, Zeichnen, Rechnen und Buchführung; ferner werden von hiesigen Professoren und Lehrern beinahe jede Woche wissenschaftliche Vorträge gehalten. Eine Sparkasse besteht seit 28. April 1861; eingelegt wurden von 66 Mitgliedern bis zum 7. Mai 1856 1508 fl. 42 kr. Die Einlagen werden, wenn sie den Betrag von 5 fl. erreichen, bei Herrn Banquier Metz dahier angelegt, mit 3 pCt. verzinst und auf jedes Verlangen zurückbezahlt. Kranke Mitglieder werden aus der Vereinskasse durch einen wöchentlichen Beitrag von 36 kr. unterstützt. Zeitschriften werden gehalten: Arbeitgeber, Allg. deutsche Arbeiterzeitung, Gewerbehalle, Gartenlaube, Deutsche Blätter, Ueber Land und Meer, Oberrhein. Courier, Freiburger und Breisgauer Zeitung. Die Bibliothek zählt 290 Bände und wird fleißig benützt. Die Wanderunterstützung wird bei Schneidermeister Enge (Bruderlingsgasse Nr. 346) ausbezahlt.

2) Der Verein Furtwangen

wurde im Jahr 1862 gegründet und hat wegen schwacher Theilnahme dortiger Einwohnerschaft mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Vorstand: Chr. Haller, Commissionär. Lokal: Gasthaus zur Krone mit jährlichem Miethzins von 15 fl. Mitgliederzahl am 1. Januar 54, am 1. April 46. Monatlicher Beitrag 9 kr. Unterrichtsstunden: Gesang, Buchführung, Rechnen und Correspondenz; im Winter noch Vorträge über Mechanik, Uhrenkunde, Chemie und Gesundheitslehre. Zahl der Ehrenmitglieder 7, wovon die meisten den Verein durch Vorträge unterstützen. Eine Sparkasse wurde kürzlich eingeführt und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Außerdem besteht noch ein Arbeiter-Krankenunterstützungs-Verein, welcher besonders verwaltet wird. Der Stand der Bibliothek ist zweckentsprechend. Zeitschriften werden gehalten: Allg. deutsche Arbeiterzeitung, Gartenlaube, Ueber Land und Meer, Oberrhein. Courier. Die Wanderunterstützung wird bei Karl Dorer, Kleidermacher, ausbezahlt.

3) Der Verein Lahr

wurde am 1. Februar 1836 gegründet. Vorstand: Eduard Zeller, Färber. Lokal: Gasthaus zum Löwen; Lokalzins jährlich 108 fl. Mitgliederzahl am 1. Januar 180, am 1. April 145. Monatlicher Beitrag 15 kr., incl. 3 kr. zur Krankenkasse. Ehrenmitglieder keine. Unterrichtsstunden: Gesang, Buchführung und schriftliche Aufsätze; ferner Vorträge: Chemie, Gesundheitslehre, Gewerbslehre, deutsche Geschichte, Gesetzgebung u. s. w. Die Bibliothek besteht aus 350 Bänden; Zeitschriften werden gehalten: Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Arbeitgeber, Felleisen, Karlsruher Zeitung, Landeszeitung, Berliner Volkszeitung, Lahrer illustrirte Dorfzeitung, Lahrer Wochenblatt, Gartenlaube, Gewerbehalle, Familien-Journal und Payne's Panorama. Eine Sparkasse tritt mit 1. Mai d. J. in's Leben. Eine Krankenunterstützungskasse besteht schon längere Zeit. Die Wanderunterstützung wird beim Vorstand verabreicht.

4) Der Verein Lörrach

wurde gegründet im Februar 1862. Vorstand: Friedrich Greiher. Lokal: Gasthaus zum Bären, mit jährlichem Zins von 24 fl. Zahl der Mitglieder, am 1. Januar 25, am 1. April 25. Monatlicher Beitrag 15 kr. Zahl der Ehrenmitglieder 8. Unterrichtsstunden: Gesang. Die Bibliothek ist ziemlich stark und wird fleißig benützt; Zeitschriften werden gehalten: Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Gartenlaube, Lahrer Dorfzeitung und Oberländer Bote. Eine Sparkasse besteht seit 1. Januar d. J., wurde jedoch so schwach benützt, daß man mit dem Gedanken umgeht, eine Zwangssparkasse einzuführen. Die Wanderunterstützung wird beim Vorstand ausbezahlt.

5) Der Verein Müllheim

wurde am 2. März 1864 auf allgemeines Verlangen dortiger Arbeiter nach Einigung gegründet. Vorstand: Friedrich Bühler, Schneidermeister. Das Lokal befindet sich im Gasthaus zum Rößle und ist unentgeldlich. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 27, am 1. April 34. Monatlicher Beitrag 15 kr., incl. Wanderunterstützung. Die Zahl der Ehrenmitglieder beträgt 7. Unterrichtsstunden: Gesang und Vorlesungen; in nächster Zeit werden noch andere Unterrichtszweige eingeführt werden. Die Sparkasse findet eine schwache Betheiligung. Die Bibliothek ist äußerst schwach. Zeitschriften werden gehalten: Allg. deutsche Arbeiterzeitung Frankfurter Journal, Gartenlaube und Oberrhein. Anzeiger. Die Wanderunterstützung wird ausbezahlt durch Josef Haug bei Schuhmacher Scholer.

6) Der Verein Neustadt

wurde im Jahr 1861 gegründet und hatte namentlich mit vielen Vorurtheilen zu kämpfen. Vorstand: Bonifaz Benetz, Schuster. Lokal bei Bierwirth Joh. Georg Böhrenbach unentgeldlich. Mitgliederzahl am 1. Januar 50, am 1. April 50. monatlicher Beitrag 9 kr. Die Zahl der Ehrenmitglieder beträgt 20. Unterrichtsstunden: Gesang, Schreiben, Rechnen, deutsche Sprache. Der Verein hat 50 fl. Kapital in der allgemeinen Sparkasse; außerdem besteht eine solche im Verein, wo kreuzerweise eingelegt wird. Die kranken

Vereinsmitglieder werden aus der Vereinskasse unterstützt. Die Bibliothek ist noch sehr arm. Zeitschriften gelesen: Arbeitgeber, Gartenlaube, Ueber Land und Meer. Die Wanderunterstützung wird bei Zuckerbäcker Max Engelsmann ausbezahlt.

7) Der Verein Oberkirch

wurde im März dieses Jahr gegründet und wird gegenwärtig circa 25 Mitglieder zählen; in den Gauverband wurde er vier Wochen später einstimmig aufgenommen. Der monatliche Betrag ist 16 kr. Nähere Berichte fehlen uns noch.

8) Der Verein Schopfheim

wurde am 16. Juli 1862 gegründet und findet von Seiten der Einwohnerschaft allgemeine Anerkennung. Am 30. August 1864 traf diesen Verein ein Unglück, indem sämmtliches Vereinseigenthum im Betrage von 600 fl. ein Raub der Flammen wurde. Doch blieb auch sofortige Hilfe von Seiten der Brudervereine Deutschlands und der Schweiz nicht aus, und besitzt der Verein gegenwärtig wieder ein Vereinsvermögen von 300 fl. Vorstand: F. Hug. Lokal: Gasthaus zur Sonne, unentgeldlich. Zahl der Mitglieder am 1. Januar d. J. 40, am 1. April 40. Monatlicher Beitrag 12 kr. Die Zahl der Ehrenmitglieder beträgt 9, die den Verein durch Vorträge unterstützen. Unterrichtsstunden: Gesang, im Winter Vorträge. Es besteht eine Zwangs-Sparkasse, in welche jedes Mitglied wöchentlich wenigstens 6 kr. einlegen muß. Eine Krankenunterstützungskasse besteht ebenfalls. Die Bibliothek zählt 100 Bände. Zeitschriften werden gehalten: Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Felleisen, Gartenlaube, Oberrheinischer Courier, Statthalter von Schopfheim, Ueber Land und Meer und Freya. Die Wanderunterstützung wird beim Vorstand ausbezahlt.

9) Der Verein Staufen

wurde am 15. November 1863 von 30 Mitgliedern gegründet. Vorstand: Leo Stoll. Vereinslokal bei F. H. Koch, wofür bis jetzt kein Zins gezahlt wurde. Zahl der Mitglieder am 1. Januar 50, am 1. April 54, welche monatlich je 12 kr. ordentlichen Beitrag und 2 kr. Wanderunterstützung zahlen. Hierbei 2 Ehrenmitglieder steuerfrei. (Zeichen- und Gesangslehrer.) Unterrichtsstunden bestehen: in Zeichnen, Rechnen, Schreiben und Gesang. Zur städtischen Krankenunterstützungkasse fließen die Gelder jedes Arbeiters. In der städtischen Sparkasse werden auch die sonstigen Gelder angelegt. Zeitschriften: Arbeiterzeitung, Ueber Land und Meer, Gewerbehalle; Bibliothek noch klein. Wanderunterstützung mit 12 kr. wird bei Kassier Chr. Groschupf ausbezahlt.

10) Der Verein Sulzburg

wurde am 1. Januar 1864 gegründet. Vorstand: Karl Zimmermann. Das Lokal ist im Gasthause zum Adler und kostet jährlich 10 fl. Mitgliederzahl am 1. Januar 17, am 1. April 25. Monatlicher Beitrag 9 kr.; Unterricht im Gesang, Rechnen und Schreiben, nebst wissenschaftlichen Vorträgen. Sparkasse ist noch nicht gegründet, ebenso keine Kranken- und Wanderunterstützungskasse. Vereinsorgan die Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung. Ueber Bibliothek kein Bericht. Die Zahlung der Wanderunterstützung aus der Vereinskasse mit 12 kr. geschieht im Vereinslokale.

11) Der Verein Waldshut

wurde am 15. October 1862 gegründet und hat bis jetzt mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen; durch unglückliche Wahlen der Vorstandsmitglieder sank der Verein bedeutend und lud sich eine schwere Schuldenlast auf, so daß er im Frühjahr 1864 als beinahe aufgelöst betrachtet werden konnte. Da nahmen sich einige tüchtige Männer seiner an; der Bruderverein Baden in der Schweiz schenkte ihm an Deckung der Schulden 20 Fr., Hr. v. Kilian „zur Bleiche" in Waldshut übermachte ihm gleichfalls ein Geschenk von 40 Fr., und unterstützt ihn sonst noch in jeder möglichen Weise; ferner veranstalten gegenwärtig die Mitglieder eine Lotterie, zu welcher jedes Mitglied ein Stück Arbeit im Werth von 1 — 5 fl. anfertigt, aus deren Erlös der Rest der Schuld gedeckt wird. Es darf hiernach dieser Verein wieder als würdiges Glied unseres Verbandes betrachtet werden. Vorstand: Karl Schupp, Hutmacher. Lokal: im obern Thurm, ein städtisches Gebäude, wofür Hr. v. Kilian jährlich 28 fl. Miethzins bezahlt. Mitgliederzahl am 1. Januar 14, gegenwärtig 20. Monatlicher Beitrag 15 kr. Die Zahl der Ehrenmitglieder beträgt 2. Unterrichtsstunden: Gesang und Zeichnen, im Winter auch Buchführung und Vorlesungen. Eine Sparkasse ist seit 1. Januar d. J. eingeführt. Die Bibliothek ist gut bestellt. Zeitschriften werden gehalten: Allgem. deutsche Arbeiterzeitung, Felleisen, Gartenlaube und Alp-Bote. Die Wanderunterstützung wird beim Vorstand ausbezahlt.

12) Der Verein Zell i. W.

wurde am 26. Dezember 1862 auf Veranlassung des Schopfheimer Vereins gegründet. Vorstand: Sütterle, Zimmermeister daselbst. Lokal im Ochsen, unentgeldlich. Mitgliederzahl am 1. Januar 30, am 1. April 34, hiezu 5 steuerfreie Ehrenmitglieder; monatlich Beitrag 12 kr. Unterrichtsstunden im Zeichnen, Gesang, Rechnen; Vorträge über Mathematik, Mechanik und Medicin. Jeder Arbeiter steuert zur Krankenkasse; eine Sparkasse wurde kürzlich gegründet. Bibliothek: im Emporkeimen. Zeitschriften: Arbeiterzeitung, Ueber Land und Meer, Kreuzzeitung, (?) Stadtglocke und Gartenlaube. Die Zahlung der Wanderunterstützung geschieht im Vereinslokale.

So weit der Bericht der einzelnen Vereine.

In Betreff der Rechnungsablage über die Ausgaben an Wanderunterstützung waren einzelne Berichte so unvollkommen, daß es uns nicht möglich ist, eine allgemeine Uebersicht hierüber zu geben. —

Von der ausgeschriebenen Sechskreuzer-Steuer sind bis jetzt eingegangen: 43 fl. 37 kr.; im Rest sind noch die Vereine Lörrach mit 2 fl. 30 kr., Furtwangen mit 4 fl. 36 kr., Staufen mit 3 fl. 45 kr. und Müllheim mit 2 fl. 50 kr. Wir erwarten binnen drei Wochen die Bezahlung dieser Beträge.

Der Verein Oberkirch, der sich Ende März zur Aufnahme gemeldet hat und dessen wir oben schon erwähnten, wurde einstimmig aufgenommen und es zählte hiemit unser Gauverband am 1. April d. J. zusammen 598 Mitglieder.

Wenn wir nun noch einen Ueberblick über das Gesammt-Ergebniß unserer Berichte werfen, so dürfen wir mit Recht dasselbe als ein günstiges bezeichnen. Wo vor wenigen Jahren noch der Arbeiter genöthigt war, sich Unterhaltung in Kneipen und anderswo zu suchen, da findet er heute einen Verein, ein Lokal, das ihn beherbergt und ihm die Mittel bietet, nicht nur in geselligen Zusammenkünften die Feierstunden zu verkürzen und sich Erholung nach angestrengter Tagesarbeit zu gönnen, sondern er findet einen Verein, in dem er sich geistig auszubilden im Stande ist, der ihm die Mittel bietet, sich zum tüchtigen Meister, zum wackern Hausvater, zum geistig und sittlich veredelten Menschen heranzubilden. Sind einmal erst unsere Vereine, die jetzt ja noch im Keimen liegen, allgemein geworden, besitzt erst jedes Städtchen, das Arbeiter zählt, einen Arbeiterbildungsverein, wie hoffnungsvoll wird sich die Zukunft gestalten!

Nun aber können wir nicht umhin, auf einige Uebelstände aufmerksam zu machen, welch da und dort in einzelnen Vereinen sich zeigen, wir meinen vor Allem das Vereinsschuldnerwesen. Unsere Schuldnerlisten sind gerade keine Zierde unseres Berichtes. Die Ursache scheint uns hier in der lauen Handhabung der Statuten zu liegen, deren die meisten vorschreiben, daß Mitglieder, welche mehr als zwei Monate ihre Beiträge schulden, auszuschließen seien. Nun finden sich aber Restanten mit 10 und noch mehr Monaten, welche nur wegen unvollkommener Handhabung der Statuten so lange Vereinsmitglieder geblieben sein konnten. Ebenso möchten wir dringend auf vorsichtige Wahl der Vorstandsmitglieder aufmerksam machen.

Vor Allem aber, und neben den Unterrichtsstunden und der Bibliothek als dringendstes Bedürfniß empfehlen wir — nicht nur die Einführung von Sparkassen — sondern die rege Betheiligung an denselben. Ein spezieller Bericht über den Stand derselben ist uns blos vom Verein Freiburg zugegangen. Es wird dies eines der wesentlichsten Mittel bilden, die Solidität eines Vereins zu prüfen und wird die Sparkassen-Frage auch auf dem nächsten allgem. deutschen Arbeitertag in Stuttgart zur Sprache kommen.

Was die Thätigkeit des Gau-Ausschusses betrifft, so bestand dieselbe theils in Correspondenzen mit den Lokalvereinen unseres Verbandes, theils in solchen mit auswärtigen Vereinen, in die deutsche Arbeiterzeitung u. s. w. Im Ganzen haben wir über hundert Briefe, lithographische Correspondenzen und Pakete spedirt und circa sechzig Briefe und Circuläre empfangen. Unser Hauptaugenmerk richteten wir auf die Erweiterung und Ausdehnung unseres Verbandes auf ganz Baden, wie z. B. für ganz Württemberg auch nur ein Verband existirt. Wir setzten uns in's Einvernehmen mit den größeren Vereinen Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Constanz, Donaueschingen und Radolfzell, und erhielten von sämmtlichen zusagende Antworten, indem sie sich zur Gründung eines „allgemeinen badischen Gauverbandes" bereit erklärten. Zur näheren Besprechung über diese Frage wird am 23. Juli nächsthin in **Karlsruhe** eine allgemeine Versammlung badischer Arbeiterbildungsvereine stattfinden, wozu die schriftliche Einladung mit der Tagesordnung dieser Tage an sämmtliche Arbeiterbildungs-Vereine Badens ergehen wird. Bei dieser Frage wird zugleich auch die Wanderunterstützungsfrage ihre Erledigung finden.

Am 20. Februar d. J. schickte der Verein Schopfheim nachstehenden Antrag an den Gau-Ausschuß: „Der Gauverband wolle beschließen, ein eigenes Organ herauszugeben, und zwar monatlich einmal. Dieses Organ soll neben Berichten und Correspondenzen aus den einzelnen Lokalvereinen des Verbandes namentlich auch zur Besprechung der vom ständigen Ausschuß gestellten Anträge dienen. Zur Deckung der Kosten sei jedes Mitglied des Verbandes verpflichtet, dieses Organ zu halten."

Bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes setzte sich der Gau-Ausschuß mit den Vorständen des Vereins Freiburg in's Vernehmen und nach eingehenden Berathungen kam man zu dem Schluß, daß es vorerst nicht räthlich sei, ein eigenes Blatt zu gründen, indem einerseits die Mitgliederzahl zu schwach und dadurch der Betrag für den Einzelnen zu hoch käme, anderseits und namentlich aber auf unsere „Arbeiterzeitung" Rücksicht zu nehmen sei, deren Existenz dadurch noch mehr geschmälert werden könnte; vielmehr sei darauf hinzuwirken, dieser „Arbeiterzeitung" möglichst große Verbreitung zu sichern.

Es hat sich nun vor einiger Zeit zwischen dem ständigen Ausschuß und dem Verleger der „Arbeiterzeitung" ein sehr bedauerlicher Zwist entsponnen, der wohl auf dem Arbeitertag in Stuttgart zur Sprache und hoffentlich zum friedlichen Ausgleich kommen wird. (Ist bereits thatsächlich erledigt. D. Red.) Je nachdem sich nun dort die Dinge gestalten, können wir obigen Antrag des Vereins Schopfheim immer wieder in Berathung ziehen.

Ehe wir unsern Bericht schließen, halten wir es noch für unsere Pflicht, den Vereinen Lahr und Schopfheim unsere Anerkennung auszusprechen für ihre immer sofortige pünktlichste Besorgung aller an sie gestellten Anforderungen.

An alle Mitglieder unseres Verbandes aber richten wir die ernste Aufforderung, mit redlichem Streben zum Gedeihen der Vereine beizutragen, indem wir ihnen die Worte des Dichters in's Gedächtniß rufen:

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst du ein Ganzes nicht werden,
Schließe als dienendes Glied liebend dem Ganzen dich an."

Mögen dadurch die Arbeiterbildungsvereine bald eine Zierde unseres Vaterlandes, der Stolz der deutschen Nation werden!

Indessen zeichnet mit deutschem Gruß und Handschlag

Freiburg, im Juni 1865.

Für den Ausschuß
zur Leitung der Gauverbands-Angelegenheiten:
Fr. Stöckler, z. Z. Vorsitzender.

Kempten, 15. Juli. Mit herzlicher Freude haben wir die Erklärung des Augsburger Arbeiterfortbildungs-Vereins, betreffend die Arbeiterzeitung gelesen und finden uns veranlaßt, uns derselben ihrem ganzen Inhalte nach anzuschließen. Die Motive hiezu sind Gerechtigkeit und Dankbarkeit. Gerechtigkeit, denn wir sind vollkommen zufrieden mit der bisherigen Haltung der Arbeiterzeitung, und der Charakter der Männer, die an der Spitze derselben stehen, bürgt uns dafür, daß dieselbe auch in Zukunft keine Aenderung erleidet. Es wäre daher undankbar von den deutschen Arbeitern, solche Männer auf die Seite zu schieben, denn es hat Arbeit, Mühe und Kosten verursacht, die Zeitung in's Leben zu rufen. Wir sind zwar nur einfache Arbeiter, aber so viel erkennen wir doch, daß es viel leichter ist, Etwas fortzusetzen und zu verbessern, als Etwas in's Leben zu rufen. Darum deutsche Arbeiter, sprecht es offen und ehrlich aus, daß Ihr fest zu Eurer Arbeiterzeitung halten wollt, und dieselbe wird gewiß jedem gerechten Wunsche mit Freuden entgegen kommen*). Zeigt also Euern Freunden, daß Ihr auch dankbar seid.

Wir fühlen uns zugleich gedrungen, unser Bedauern darüber auszusprechen, daß kaum die Spaltungsversuche von Seiten der Lassalleaner etwas beseitigt, wieder neue Störungen und Aufreizungen in die deutsche Arbeiterbewegung geschleudert werden, man scheint, den Spruch ganz vergessen zu haben: Eintracht macht stark. Deßwegen rufen wir allen deutschen Arbeiter-

*) Dazu wird sie wie bisher, so auch ferner stets bereit sein, da kein anderes Interesse sie leitet, als das aufrichtig von ihr gewollte, der Arbeiter selbst.
D. Red.

Vereinen und deren Führern aus dem Grunde unseres Herzens zu: Seid einig, einig, einig!

Im Namen des Arbeiterfortbildungsvereins Kempten:

Christian Engelhardt,
I. Vorstand.

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

Zu der unter obiger Ueberschrift vom Cigarrenarbeiterverein in Stuttgart in unserer vorigen Nr. 133 veröffentlichten Correspondenz vom 11. Juli d. Js. in Betreff der Arbeiterentlassung in Celle gehört noch ein Nachsatz, der aus Versehen dort weggeblieben ist, weil die Redaction denselben für zum privaten, nur für die Redaction bestimmten Theil gehörig gehalten hat. Der fragliche Nachsatz lautet dahin: daß über den in dem oben bezeichneten Artikel unserer vorigen Nummer erwähnten Brief des Stuttgarter Vereins an den Cigarrenarbeiterunterstützungsverein in Celle keine Antwort erfolgt, der Brief aber auch nicht retour gekommen sei, was um so unerklärlicher sei, als auch in der Arbeiterzeitung eine Notiz von dort nicht erfolgt sei, weshalb um näheren Aufschluß gebeten werde.

Gera, 18. Juli. Die in Nr. 131 Ihres geschätzten Blattes stehende, aus Gera vom 20. Juli datirte Correspondenz dürfte dahin zu vervollständigen sein, daß die unserm Verein gewidmete Thätigkeit zweier wackerer Männer in ein besseres Licht gestellt werde, als es in dem betreffenden Bericht jedenfalls absichtslos geschehen ist. Der erste dieser Männer, der bisher durch unausgesetzte regelmäßige Thätigkeit in Vorträgen (neuerdings besonders über Anthropologie) und sogar durch Geldopfer dem Vereine treu und unwandelbar zur Seite stand, ist der in anerkennenswerthester Weise der Arbeitersache huldigende Dr. med. **Behr**. Die andere Persönlichkeit, welche neben dem Unterzeichneten den Verein ganz besonders mit volkswirthschaftlichen Lehren bereichert, ist der in stenographischen Kreisen als einer der tüchtigsten Gabelsbergerianer und auch sonst als handelswissenschaftlicher Schriftsteller*) wohlbekannte hiesige Rathskämmerer Robert Fischer. Beiden Männern hätten wir in jener Correspondenz etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt gesehen; daher erlauben wir uns heute jene kleinen Lücken zu ergänzen.

Sollte Ihnen ein Bericht über unsern Beitritt zum allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereinstage noch nicht zugegangen sein, so nehmen Sie diese Thatsache gleich hiermit entgegen mit der Hinzufügung, daß wir beim diesjährigen Vereinstage in Stuttgart die Einladung der Mitglieder nach Gera für's nächste Jahr effectuiren werden.

Der in derselben Nr. 131 Ihres Blattes gekommenen Aufforderung oder Bitte unsererseits a. d. deutschen Arbeitervereine ist noch keiner der letztern nachgekommen, außer dem Arbeiterverein zu Mainz, dem wir hiermit unsern besten Dank aussprechen. Die Sache ist von Wichtigkeit und wir wiederholen unsere inständige Bitte! Herzlich grüßt

der Vorstand des Fortbildungsvereins:

Friedrich Herkrich.

(z.) **Cottbus**, 18. Juli. Der Arbeiterfortbildungsverein hat seine beiden letzten Versammlungen in recht bedauerlicher Weise verlebt. In der Versammlung vom 28. vor. Mts. wurde der frühere Vorsitzende Zimmermann von einem Vorstandsmitgliede, welches dadurch eine Frage beantwortete, hart angegriffen und beschuldigt, Schuld zu sein, zufolge seiner Tendenzen, daß sich ehrsame Bürger vom Verein fern halten und nicht Lust hätten, zuzutreten. Als der Beschuldigte sich das Wort erbat, wurde es ihm nicht gegeben und die Versammlung geschlossen, worauf eine nicht geringe Bewegung erfolgte. Der Vorstand ließ darauf einen Vereinsabend ganz ausfallen, ohne genügenden Grund zu haben, und wurde am 12. c. eine Generalversammlung anberaumt, welche der Vorsitzende Hr. Thiele damit eröffnete, daß er den Correspondenz-Artikel von Cottbus in Nr. 131 dieser Zeitung verlas und bemerkte, daß der Verfasser wohl durch die darin zur Schau getragene Tendenz zu erkennen sei. Der Schriftführer bemerkte, daß Z. nicht dazu befugt gewesen sei, die Brudervereine auf das gemiethete Local aufmerksam zu machen. (?)

Der Vorstand hatte 14 Tage vorher das vom Verein durch den Cassirer gemiethete Local, ohne den Verein nur irgendwie in Kenntniß zu setzen, abgegeben. (Nur bei oben erwähnter Verlesung bemerkte der Vorsitzende, daß das gemiethete Local nicht bezogen werde). Dieses, sowie daß ein Vereinsabend ausgesetzt wurde und sonstige heftige Oppositon, steigerte die Spannung zwischen einem Theil des Vorstandes und der Majorität des Vereins. Bei letzterwähnter Generalversammlung stellte der Gesammtvorstand den Antrag, den erwähnten Zimmermann auszustoßen und legte diesem mehrfache Vergehen gegen die Gesetze zur Last. Die darauf sich entspinnende Debatte füllte leider den ganzen Abend aus, wobei obendrein noch unangenehme persönliche Reibungen vorkamen. Die Versammlung lehnte mit großer Majorität den Antrag des Vorstandes ab, und erklärte hierauf der zweite Vorsitzende (der erste, Herr Maurermeister Thiele, legte während der Debatte sein Amt nieder) im Namen des Vorstandes außer Einem, daß der Vorstand zurücktreten müsse und eine Neuwahl veranstalten werde. Wie es den Anschein hat, wird der neue Vorstand nur aus Arbeitern und Handwerkern zusammengesetzt werden, was wohl auch am geeignetsten sein wird, da einem auf diese Weise zusammengesetzten Vorstande ein größeres Vertrauen, Seitens ihrer gewerblichen Collegen, entgegengetragen wird, während man die Erscheinung beobachten kann, daß der Arbeiter dem über ihm Stehenden mit, oft wohl unbegründetem, Mißtrauen entgegenkommt.

Es ist sonderbar, daß in Cottbus die Fortschritts-Ideen so schlechten Fuß fassen können, und ist es immer für uns betrübend, wenn wir Berichten von anderen Orten entnehmen müssen, daß dort für das Vereinsleben mehr Interesse herrscht. Hoffentlich können wir nächstens Erfreulicheres berichten.

± Der dritte Verwaltungsbericht des Berliner Handwerker-Vereins.

Der Bericht betrifft die Verwaltung vom 1. April 1863 bis 31. März 1865 und ist der dritte seit dem sechsjährigen Bestehen des Vereins. Schon die Einleitung weist auf den großen Fortschritt hin, den der Verein durch den Bau eines eignen, zweckentsprechenden Gebäudes gemacht habe. Aber der Verein hat auch eine Zeit schwerer Prüfungen zu überstehen gehabt. Der erste Vorsitzende (Steinert) ist seit Monaten krank und den zweiten Dr. Eduard Abarbanell hat ein frühzeitiger Tod aus seinem thatenreichen Leben hinweg gerafft (in Paris). Aber auch andere tüchtige Kräfte hat der Verein verloren: den Musikdirektor Mücke, Dr. Ed. Fischel, Oberlehrer Koppen, Oberlehrer Dr. Dölken, Schomburgk und Bisky (letztere beiden Mitglieder des alten Vereins, die zu den ältesten Vorkämpfern der Bildung im Handwerkerstande gehörten), Dr. Veit und endlich den Rektor Rother, an welchem die Mitglieder einen ihrer treuesten hingebendsten Freunde verloren haben. Dem Dr. Abarbanell und dem Rektor Rother sind in dem Bericht besonders ehrende Worte des Andenkens gewidmet. „Und so ist denn, schließt die Einleitung des Berichts, unser Verein ein rechtes Kind der Zeit, eine Stätte des Humanismus und der Bildung und Verfolgungen und Mißdeutungen werden ihn nicht stürzen, sondern kräftigen. Hat doch der Richterstand, soweit derselbe einzugreifen hatte in die Prüfung der Frage, ob der Verein Dinge betreibe, die irgend einem Staatsangehörigen nicht zustünden, bis jetzt diese Frage verneint und dem Verein ein Zeugniß ausgestellt, wohl geeignet, jenen Mißdeutungen einen endlichen Damm zu setzen.

Im Weiteren bespricht dann der Bericht die Hauptthätigkeit des Vorstandes, welche auf den Hausbau und die Hauseinrichtung gerichtet war. Unter den vielen Anschlägen, die dem Vorstande eingereicht wurden, wurde zuletzt der der Baumeister Kalscher und Lauenburg, welcher mit 44,000 Thlr. abschließt, einstimmig angenommen und der Bau denselben gegen 40,505 Thlr. in Entreprise gegeben. Die Anfertigung von Entwürfen, Bauplänen und Verbesserungen hat im Ganzen 212 Thlr. Unkosten gemacht. — Der Bau, im November 1863 begonnen, schritt rasch vorwärts, daß das neue Haus zum Stiftungsfeste 1864 eingeweiht werden konnte, worüber wir seiner Zeit berichtet haben. Dem Bericht ist ein Plan des Vereinshauses beigefügt und eine Beschreibung des Hauses und sämmtlicher Räumlichkeit gegeben, die wir hier folgen lassen: Eine in der Mitte der Vorderfront befindliche Glasthür von der Straße aus führt in die Souterrain-Etage. Ein großer Raum ist dem Oeconomen zum selbstständigen Betriebe einer Gastwirthschaft gewährt worden, namentlich darauf berechnet, Personen, welche eine Anhänglichkeit an das Haus gewinnen, die Möglichkeit zu gewähren, auch wenn der Verein nicht beisammen ist, in diesen Räumen ihre Mahlzeiten zu halten. Rechter Hand ist Küche, linker Hand Keller und in der Mitte führt geradeaus und unter dem Saale fort, ein unterirdischer Gang in den Garten, welcher dazu dient, denjenigen Personen, die im Garten zu thun haben, den Eingang zu verschaffen, ohne daß sie nöthig haben den Saal, welcher die ganze Breite des Grundstücks einnimmt, zu passiren und die dort befindlichen Gesellschaften zu stören.

Zum Hochparterre des Vorderhauses führt von dem linker Hand belegenen Hausflur eine kleine Treppe in einen mittleren quadratischen durch Oberlicht erleuchteten Vorraum, von welchem aus man wohl das ganze Gebäude, in dessen Axe man sich befindet, übersehen kann. Dann im Rücken und nach der Straße zu gelegen befindet sich der Lesesaal, verbunden mit der Bibliothek, dem Journalspinde, der Haupt-Controlle und der Kasse; gerade aus aber ist der Vorsaal, zu welchem einige Stufen hinabführen und welcher mit dem Flur und der Straße und dem dahinter befindlichen großen Saal in einem Niveau liegt. In den großen Saal führen 3 Portale und hinter demselben befindet sich der aus 2 symmetrischen Zugängen zu erreichende Garten. Der Saal selbst ist 80′ lang, 30′ hoch, 60′ tief und hat nach der Lichtseite zu fünf auf den Garten führende große Bogenfenster. An der Hinterwand und zu beiden Seiten laufen Gallerien von großer Breite und in mäßiger Höhe und tragen ein Holzwerk, an das sich die innere sichtbare Dachconstruction anschließt. Unter dem mittelsten Fenster befindet sich eine Erhöhung, auf welcher 40 Personen bequem sitzen können, so, daß sowohl die öffentlichen Repräsentanten-Versammlungen hier statthaben, als auch den Vereinssängern hier ein bequemer Platz zugewiesen werden kann. In der Mitte dieser Erhöhung ist die Rednerbühne, von allen Theilen des Saales sichtbar und in akustischer Beziehung an der vortrefflichsten Stelle angelegt, da die Worte des Redners überall wohlverständlich sind. Dem Zwecke des Ganzen entsprechend ist die so einfache als würdige Ausstattung. Die Architecten haben sich lediglich darauf beschränkt, durch die Zusammenstellung von Holz und Stein und durch die Farbe zu wirken und dieses Ziel erreicht, ohne zu den Mitteln des Luxus oder der Eitelkeit und Täuschung ihre Zuflucht zu nehmen. Stuck, Spiegel, Vergoldungen und dergl. sind weislich verschmäht, selbst die Kronleuchter aus einfachen mit dem Dachstuhl harmonirenden Holzconstructionen hergestellt worden. Man muß es den Baumeistern nachrühmen, daß sie es besonders verstanden haben, durch Anwendung der Farbe dem Gebäude Leben zu geben und, daß sie hierbei den baubeflissenen Mitgliedern mannichfaltige und vorbildliche Muster geliefert haben.

Geht man zurück in den mittleren Raum und zwar zunächst nach der linken Seite, findet man über dem Hausflur durch eine Treppe mit dem Souterrain verbunden, die Wohnung des Oeconomen. Auf der rechten Seite führt die Haupttreppe in das obere Stockwerk in eine Gallerie, welche um den mit Oberlicht versehenen vorher beschriebenen Vorraum herumführt und in fünf von ihr aus zugängliche, verschieden große Lehrzimmer. Das größte derselben ist ein mit Oberlicht versehener Zeichensaal mit 100 bequemen Sitzplätzen, belegen zwischen zwei Kammern, in welchen die Zeichner Raum für Aufstellung ihrer Reißbretter und sonstigen Apparate finden.“ Die nördliche Wand des Zeichensaales grenzt an den großen Versammlungssaal und eine Thür in derselben führt auf eine kleine über den Gallerien belegene Estrade, welche eintretenden Falls von einem kleinen Orchester benutzt werden kann. Durch das Oeffnen dieser Thür in Verbindung mit den gegenüberliegenden Saalfenstern und vier im Saaldache befindlichen Lufteinlassen ist eine vollständige Ventilation des großen Saales hergestellt, und obgleich derselbe über 2000 Personen faßt, ist doch niemals über drückende Luft geklagt worden. (Hier können wir doch nicht unterlassen zu bemerken, daß die Ventilation gerade nicht eine so gute ist. Schon oft ist von den Mitgliedern über drückende Hitze, Tabacksqualm u. s. w. geklagt und debattirt worden; auch von einzelnen Lehrern gewünscht, daß der Vorstand diesem Uebel, welches wie selbst von der Tribüne bemerkt wurde, an 200 Thlr. kosten würde, abhelfe).

In jedem Lehrzimmer, sowie in dem großen Saale, befinden sich Zufluß- und Abfluß-Becken der Wasserleitung und alle Räume sind mit Gas erleuchtet. Zur rechten Seite des Vorsaales und in symmetrischer Uebereinstimmung mit dem Hausflur, von der Küche nur durch eine kleine Treppe getrennt, ist ein Buffet errichtet, und, gleichfalls vom Vorsaal zugänglich, sind geräumige Oertlichkeiten für Garderobe und Retirade.

Geht man nun jetzt an einem Vereins-Abende durch die gesammten Räumlichkeiten, so gewinnt man ein erfreuliches Bild des Fortschritts und der fried-

---

*) Sein „Katechismus des Handelsrechts" bei Weber, Leipzig, ist den Arbeitern recht wohl zu empfehlen.

lichsten Thätigkeit auf den verschiedenen Gebieten der für die Handwerkerbildung gewonnenen Sphären. Während im Saal die große Menge dem Vortrage lauscht, finden sich im Vorsaale die um den Fortschritt und um die gute Ordnung besorgten Persönlichkeiten zusammen und pflegen Gespräche über Vereinswohl und Vereinsinteressen. Im Journalzimmer beschäftigt man sich in unheimlicher Stille durch die Zeitungsneuigkeiten und Weltereignisse. In der benachbarten Bibliothek findet der Wechsel der entliehenen Bücher statt, deren Leser jetzt so zahlreich sind, daß immer drei Bücher auf einen Leser kommen. In den oberen Sälen findet unterdessen der Unterricht statt und in dem Eckzimmer rechter Hand tagen die Vereins-Commissionen oder die kleineren im Schooße des Vereins entstandenen Spargesellschaften, Lebensversicherungen u. dgl.

Der Lesesaal, die Bibliothek und der Vorraum sind mit zahlreichen Wandverzierungen geschmückt, und die dort hängenden Landkarten, Bilder und Büsten bilden auch ihrerseits einen Theil der Vereinsgeschichte, indem sie theils an wohlwollende Freunde des Vereins, theils an erhebende gemeinschaftliche Abende, leider auch schon an heimgegangene Mitglieder erinnern. Obgleich es in Berlin gerade nicht an Räumlichkeiten fehlt, wird das Lokal viel zu Versammlungen, Abhaltung von Concerten u. s. w. benutzt.

Die Presse berichtete das bedeutsame Ereigniß, welches sich in der Gründung eines Vereinshauses erfüllt hatte, als einen erfreulichen Fortschritt des deutschen Handwerkerlebens, als eine Rückkehr von dem wüsten Herbergsleben zu dem geistigen Bunde der Berufsgenossen, welches die Hütte des Mittelalters gewährt hatte. (Fortsetzung folgt.)

Frankfurt, 12. Juli. Im Saale des Chausseehauses bei Darmstadt fand gestern Nachmittag der Arbeitertag der **Arbeiterbildungsvereine des Maingauverbandes** unter Vorsitz des Hrn. Lachmann aus Offenbach statt. Die Vereine von Darmstadt, Offenbach, Hanau, Rüsselsheim, Ober-Ramstadt, Reinheim, als dem Verbande angehörig, so wie Deputirte der Arbeitervereine zu Mainz und Mannheim, eine ziemliche Anzahl Mitglieder des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Frankfurt und endlich mehrere Mitglieder der Hessischen und Kurhessischen Kammern betheiligten sich an demselben. Nach Erledigung einiger von dem Vorort Offenbach gestellten Anträge, welche auf eine jährliche Prüfung der Schüler der Arbeitervereine, Anschluß an die Turnvereine zum Zwecke gemeinsamer turnerischer Uebungen 2c. abzielten, hielt Dr. L. Büchner einen Vortrag über die volkswirthschaftlichen Lehren Lassale's, die er im Ganzen genommen verwarf, während Hr. Prof. **Eckhard** aus Karlsruhe, welcher über dasselbe Thema sprach, in objectiver Weise Schulze-Delitzsch wie Lassale gleichmäßig würdigte und dadurch eine solch versöhnliche Stimmung in der zahlreichen Versammlung hervorrief, daß die **anwesenden Arbeiter beider Parteien einstimmig beschlossen**, bereitwillig die Hand zur **Wiedervereinigung** sich zu bieten und alle darauf abzielenden Schritte zu unterstützen. (?) Hierauf hielt Hr. Dr. Wolff aus Darmstadt einen Vortrag über die Arbeiterbewegung in der Gegenwart. Dr. Hoffmann, Mitglied der zweiten Hessischen Kammer, forderte zur Unterstützung der Kammer in ihrer Forderung nach Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auf.

Dem letzten **Flugblatt** des ständigen Ausschusses vom 14. d. Mts. entnehmen wir Folgendes:

Aus **Magdeburg**, 12. Juli wird dem Ausschusse gemeldet: „**Seit meiner Rechnungsablegung in Nr. 127** der Coburger Arbeiterzeitung (vom 4. Juni d. J.) über 312 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf. sind für die Nothleidenden in Burg noch bei mir eingegangen:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
von den Arbeitern der Maschinenfabrik Const. Pfaff in Chemnitz	4.	20.	—
vom Verein „Vorwärts" in Bremen	4.	—	—
vom Arb.-Verein in Heidenheim	5.	26.	—
vom Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg, durch Herrn Martens	40.	—	—
von Hrn. Martens, Mitglied des städt. Ausschusses	5.	—	—
vom Arb.-Fortbild.-Verein zu Cottbus	4.	19.	6.
vom Arb.-Bild.-Verein in Hameln (von einigen Mitgliedern)	1.	—	—
	65.	5.	6.
Hierzu obige	312.	11.	6.
Zusammen	377.	17.	—

Dr. **Max Hirsch**.

Ferner bringt das Flugblatt die Notiz, daß die Zahl der fest bestellten Flugblätter im Laufe der letzten Woche bis zum 14. Juli bis auf 310 im Ganzen gestiegen ist, und daß außerdem gratis an die Vereine 440 und an Zeitungen und Freunde der Arbeitersache ca. 150 gesendet werden und demnach der Gesammtversandt auf 900 Exemplare sich belaufe. — Wir können hieran die Bemerkung knüpfen, daß auch die Arbeiterzeitung bei dem Quartalwechsel nicht die geringste Minderung ihrer Abonnentenzahl erlitten hat. Es ergibt sich daraus die Thatsache, daß die beiden Unternehmungen nöthigenfalls sehr wohl auch neben einander fortbestehen können. Daß aber mit dieser Thatsache weder eine Spaltung, noch eine friedenstörende Polemik sich verknüpft, zeigt ein Blick auf den Inhalt der Arbeiterzeitung wie der Flugblätter. Wie von uns die früheren Differenzen nicht begonnen worden sind, sondern nur da, wo wir uns selbst und der Sache die Entgegnung und Vertheidigung schuldig waren, von uns, wenn auch mit Widerstreben dazu geschritten worden ist, so werden **wir** das auch ferner so halten und halten uns zu der Erwartung berechtigt, daß dies von anderer Seite ebenso geschehen wird. Sachliche Meinungsverschiedenheiten aber können und werden auch in sachlicher Weise ihre Erledigung finden.

Aus **Worms** berichtet das Flugblatt über den vierten Vereinstag der wirthschaftlichen Genossenschaften am Mittelrhein. Es ergibt sich daraus, daß der Verband in sehr erfreulicher Entwicklung begriffen ist. Während er 1862 mit 15 Vereinen 23,000 fl. Geschäftskapital und 700,000 fl. Umsatz begonnen, sind jetzt 65 Vereine beigetreten, wovon 42 auf Nassau, 21 auf Hessen, 3 auf Kurhessen, 1 auf Frankfurt a. M. kommen. (Die pfälzischen Vereine sind noch nicht förmlich beigetreten.) Außerdem existiren in dem Bezirke des Verbands noch mindestens 15 nicht beigetretene Vereine. Von den beigetretenen haben 33 ihre Rechenschaftsberichte eingesendet, aus denen hervorgeht, daß dieselben Ende 1864 9867 Mitglieder 286,878 fl. Stammkapital, 37,960 fl. Reservefond, 722,000 fl. Betriebskapital hatten. Im Jahre 1864 hatten sie ausgeliehen 4,550,000 fl.

Der Vereinstag hat die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1) „Es ist die Aufgabe der Vorschußvereine, zur Hebung und Kräftigung des Genossenschaftswesens in seinen weiter entwickelten Formen, also namentlich der Consumvereine, Rohstoff- und Produktivgenossenschaften dadurch möglichst beizutragen, daß die Vorschußvereine mit den anderen Genossenschaften in Geschäftsverbindung treten, nämlich: laufende Rechnungen und nach genauer Einsichtnahme der Verhältnisse auch Kredite eröffnen.

2) Der Geschäftsverkehr der Vorschußvereine mit den andern Genossenschaften wird in geeigneter Weise durch die Aufnahme der Genossenschaften als Mitglieder der Vorschußvereine geregelt.

Bei Ertheilung von Krediten ist die solidarische Haft der Mitglieder der Genossenschaft dem Vorschußvereine gegenüber für den gewährten Kredit erforderlich.

3) Der Verbandstag beauftragt seinen Vertreter zum allgemeinen deutschen Genossenschaftstag, die vorstehenden Erklärungen bei dem diesjährigen Vereinstage zu Stettin als Anträge des Mittelrheinischen Verbandes einzubringen."

Unter der Rubrik kleine Mittheilungen macht das Flugblatt auf die in französischen Blättern enthaltene Aufforderung des Comité's der „Internationalen Arbeiterassociation" aufmerksam, welche folgende Punkte als Tagesordnung für den nächsten internationalen Arbeitercongreß aufstellt: 1) Was muß der Zweck der internationalen Association sein? Welche praktische Mittel kann sie anwenden? 2) Die Arbeit, ihre Folgen in gesundheitlicher und moralischer Hinsicht; die Verbindlichkeit eines Jeden zu arbeiten. 3) Die Arbeit der Frauen und Kinder in den Fabriken in Ansehung der Gesundheit und der Moral. 4) Ueber Arbeitslosigkeit (Chômage) und die Mittel zu deren Abhülfe. 5) Ueber die Arbeitseinstellungen und ihre Folgen. 6) Ueber Associationen; ihr Princip, dessen Anwendung. 7) Der elementare und professionelle Unterricht. 8) Das Verhältniß von Kapital und Arbeit. 9) Ausländische Conkurrenz, Handelsverträge. 10) Stehende Heere vom Gesichtspunkte der Produktion betrachtet. 11) Ist die Moral von der Religion unterschieden? — Anfragen sind an Herrn Fribourg, rue des Gràvilliers Nr. 44 einzusenden.

Druckfehlerberichtigung.

In der „Erklärung und Aufforderung" aus Augsburg in unserer Nr. 131 vom 2. Juli d. Js. S. 691 3. Spalte Z. 17 von unten ist statt der Worte: daß Alle, welche damals „so waren" zu lesen: daß Alle, welche damals „so warm".

Aus **Augsburg** wird uns mit Bezugnahme auf die frühere Erklärung von dort in Nr. 126 unseres Blattes und auf den klaren Wortlaut der Erklärung in Nr. 131 geschrieben, daß die Worte der letzteren Erklärung: „Mißtrauen aber erregt es uns gegen Die, welche eine solche Agitation gegen die Leiter unseres Organs hervorgerufen und unbegründete Angriffe auf unser Organ und dessen Verleger richten, ohne auch nur selbst mit ihren Namen sich heraus zu wagen." — lediglich auf das namenlose aus Leipzig zur Verbreitung gelangte Flugblatt und in keiner Weise auf den ständigen Ausschuß zu beziehen sind. Wir sind darüber keinen Augenblick im Zweifel gewesen und begreifen nur nicht, wie ein solcher Zweifel irgend Jemandem hat beigehen können.

Politischer Theil.

Deutsches Kerkerleben.

Von Gustav Struve.

(Fortsetzung.)

„Eine der empörendsten Mißhandlungen, deren sich Heink schuldig machte, ist die folgende. Bald nach Entdeckung unseres Befreiungsversuches fand Heink eine neue Gelegenheit, seinen büreaukratischen Eifer im Dienste der deutschen Reaktion zu bewähren. Eines Morgens, am 27. Oktober 1851, ereignete sich der seltene, in diesem Hause vielleicht nie dagewesene Fall, daß ein höherer Offizier in glänzender Uniform als Correktionär eingeliefert wurde. Es war dies ein Pole, Major in der ungarischen Armee, der vor sechs Monaten auf seiner Durchreise in Leipzig verhaftet worden war, weil man daselbst von Wien aus die Weisung erhalten hatte, auf Mieroslawski zu fahnden, und ihn hier gefunden zu haben glaubte. — In dem Koffer des reichlich mit Geld und auch mit einem regelrechten, auf den Namen Badiczky lautenden Paß aus Warschau versehenen Polen, fand sich zu seinem Unglück ein Brief der Mutter Mieroslawski's an ihren Sohn, was begreiflicherweise als Bestätigung des Verdachts diente. Obwohl nun für Sachsen durchaus keine Vertragspflicht bestand, der österreichischen Regierung bei Verfolgung ihrer außerdeutschen Flüchtlinge behülflich zu sein oder dieselben auszuliefern (ein dahin gehender Vertrag wurde erst von Herrn v. Beust im Jahre 1856 und zwar ganz geheim abgeschlossen), so hatte doch die europäische Reaktion auch damals schon ihre Solidarität zu gut erkannt, um sich nicht gegenseitig nach Kräften behülflich zu sein. Alles Leugnens ungeachtet, galt der Verhaftete für Mieroslawski, zumal die polizeilichen Anfragen in Warschau ergaben, daß der in seinem Passe genannte Joseph Bodiczky jene Stadt gar nicht verlassen hatte. Da alle Bemühungen der Leipziger Polizeibehörde den Gefangenen nicht bewegen konnten, sich als Mieroslawski zu bekennen, so lieferte sie ihn nach sechs Monaten als „Vagabund" in die „Correktionsanstalt" zu Waldheim ein, wo man wirksamere Zwangsmittel hatte, ihn zum Geständniß zu bringen. Heink war ganz der Mann, diese Mittel in Bewegung zu setzen. Badiczky — wie ich ihn nennen will, da mir sein wirklicher Name unbekannt blieb — wurde von dem Direktor zuerst mit größter Artigkeit empfangen. Er mußte sich zwar bequemen, die Kleidung der Correktionäre zu tragen, doch wurde er isolirt und ihm der Gebrauch seiner Leibwäsche und seidenen Taschentücher gestattet. Als er aber nach einiger Zeit, trotz aller dieser Vergünstigungen und der steten Mahnungen Heink's ungeachtet doch nicht Mieroslawski sein wollte, wendete sich das Blatt: seine Wäsche wurde ihm entzogen und er selbst in die Wollschlägerei gebracht. Dort hatte er, ein sehr kleiner, an schwere Arbeit nicht gewöhnter Mann, den ganzen Tag durch 12 bis 13 Stunden, mit zwei Stöcken den Staub aus der rohen Wolle zu klopfen. Dabei wurde ihm gleich von vorneherein aufgegeben, das ganze Pensum, wie die tägliche Arbeitsaufgabe genannt wurde, zu liefern, wozu auch der stärkste und geübteste Mann alle seine Kräfte aufbieten mußte. Selbstverständlich vermochte er das nicht zu leisten. Er wurde vorgeschriebener Maßen von dem Aufseher

angezeigt und Direktor Heink dictirte ihm zur Strafe sechszig Stockhiebe, zugleich mit seiner grinsenden Höflichkeit ihm zuflüsternd: „Gestehen Sie doch, daß Sie Mieroslawski sind, und Sie haben keine Strafe zu erdulden und erfreuen sich sogleich wieder aller früheren Bequemlichkeiten.“ Badiczky zuckte mit den Schultern und sagte: „das kann ich nicht, es ist nicht wahr“. So erhielt er denn seine sechszig Hiebe und wurde in die Wollschlägerei zurückgebracht. Begreiflicherweise war er jetzt noch weniger im Stande, der absichtlich übertriebenen Aufgabe zu genügen. Nach acht Tagen stand er wieder unter gleicher Anklage vor dem Direktor. Ganz dieselbe Scene wiederholte sich: sechszig Stockhiebe, wenn er sich nicht als Mieroslawski bekennen wollte. Doch diesmal rettete ihn der Arzt, der jeden zu schwerer körperlicher Züchtigung Verurtheilten zu untersuchen hatte, ob er die Strafe ohne Gefahr würde ertragen können. Die Wunden Badiczky's von seiner ersten Mißhandlung waren noch offen und der Arzt legte Einsprache ein gegen eine so schnelle Wiederholung derselben. Die Lage des Armen besserte sich dadurch nicht: die Strafe wurde nur abgeändert und er erhielt statt der Hiebe Krankenkost dritter Klasse auf vier Wochen. Diese Strafe entkräftete den Unglücklichen derart, daß nach einigen Wochen der Arzt zu ihm gerufen wurde. Dieser fand ihn ausgestreckt auf seinem Lager, unfähig sich zu erheben und vor Schwäche zitternd. Er schlug die Hände zusammen über diesen Anblick, erklärte aber auf die Bitte des Gemarterten, ihm zu helfen, daß er leider Nichts vermöge: der Direktor habe unbeschränkte Macht, und erst wenn ein Gefangener in nachweisbarer Folge der Strafe das Leben eingebüßt habe, könne der Arzt sich mit einer Vorstellung an das Ministerium wenden. Es besagte dies mit anderen Worten: Verhungere doch nur, dann will ich für die nachfolgenden Leidensgenossen etwas thun. — Badiczky verhungerte nicht, und vielleicht trugen die Butterbrode, welche ich, in allen Theilen meiner dürftigen Kleidung versteckt, ihm in die katholische Unterrichtsstunde mitbrachte, dazu bei, ihn hinzufristen. Von dieser Qual erlöst, doch neuen Martern entgegensehend, kam er unter dem Druck des Leidens auf den traurigen Einfall, sich durch Aneignung eines falschen Namens vor weiteren Verfolgungen zu schützen. Was ihn verhinderte sich zu nennen, blieb mir unbekannt, allein jener ungeschickt ausgeführte Versuch brachte ihm neue sechszig Hiebe und zwar diesmal als „Lügner“ ein.

„Erbaulich war die Entrüstung und Verachtung sämmtlicher Oberbeamten und des Direktors selbst, als sie den fast zu Tode Gequälten in seiner Verzweiflung und halben Unzurechnungsfähigkeit auf falschem Wege ertappt. Es schien wirklich, als habe ihn diese Nothlüge in ihren Augen gänzlich vogelfrei gemacht. Er fand von dieser Stunde an gar kein Mitleid mehr.

„Indessen hatten die angestellten weiteren Nachforschungen mit der Zeit doch ergeben, daß er wirklich nicht der so grundlos gefürchtete Mieroslawski sein konnte, und damit wurde er den Behörden gleichgültiger. Ihn nach Erkenntniß des Irrthums freizugeben, war man jedoch weit entfernt. Unter der alten Anklage der „Legitimationslosigkeit“ blieb er nach wie vor in der Correktionsanstalt und hatte sogar bis an das Ende seines Aufenthalts in Waldheim den Klotz zu tragen.

„Am 1. März 1853, also nach einem Jahr und fünf Monaten, im Ganzen aber nach zweijähriger Gefangenhaltung, wurde er abgeführt, um, wie ich vernahm, an Rußland ausgeliefert zu werden. Auf dem Wege dahin, in Breslau, soll es ihm mit Hülfe von Freunden gelungen sein, zu entkommen. Ob die Mittheilungen über alle diese Vorgänge, bemerkt der Verfasser, (Röckel) dazu, welche ich zu verschiedenen Malen an den edlen Polenfreund, Lord Dudley Stuart und Andere gelangen ließ, etwas hiezu beigetragen haben, ist mir unbekannt geblieben. Ich habe nichts weiter von diesem Opfer der königl. sächsischen Politik und Menschlichkeit gehört.

Ein anderer Fall, welcher hervorgehoben zu werden verdient, ist der folgende:

„Mein Freund Moritz Kirbach, damals noch Rechtscandidat, der längere Zeit nach dem Maikampf auf freiem Fuße geblieben und später erst verhaftet wurde, kam im Jahre 1852, auf Lebenszeit verurtheilt, nach Waldheim. (Sogar im Jahre 1857 wurden noch 13 Maikämpfer gefangen in's Zuchthaus eingeliefert.) Er mußte spinnen. Um ab und zu etwas freie Zeit zum Lesen zu erübrigen, lieferte er, mit Bewilligung seines Aufsehers, täglich nur das vorgeschriebene Quantum Gespinnste ab und hob das Uebrige, was er zu Stande gebracht, auf, bis ihm diese Ersparnisse vielleicht einen halben Tag Arbeit decken mochten, den er mit seinen wenigen Büchern besser verwerthen konnte. Ein anderer Aufseher entdeckte diesen kleinen Vorrath Garn und zeigte die Sache dem Direktor an. Dieser erkannte darin einen ausgesprochenen Fluchtplan — obwohl Niemand im Stande gewesen wäre zu sagen, wiefern diese Fäden dabei dienlich hätten sein können, zumal unsere Fenster auf den mit Wachen besetzten Hof gingen. Ohne die wahrheitsgemäße Erklärung des Vorfalls irgend einer Beachtung zu würdigen, ließ Heink dem nach Geistesnahrung Lechzenden zur Strafe den sogenannten Springer anlegen, welches Instrument aus zwei schweren, durch eine Kette mit einander verbundenen eisernen Fußringen bestand und das Gehen sehr erschwerte, indem es nur ganz kurze Schritte zu machen erlaubte. Kirbach mußte diesen Springer tragen, bis die Eisen ihm die Haut abgeschunden und eine bis auf die Knochen reichende Eiterung erzeugt hatten, so daß der Arzt, den Eintritt des Brandes befürchtend, auf ihre Abnehmung drang. Kirbach trägt heute noch die Narben dieser ebenso unprovocirten als zwecklosen Mißhandlung.

Bei Gelegenheit einer Verurtheilung zu vierwöchiger Krankenkost, begleitet vom Klotztragen, welche Herrn Röckel selbst zu Theil wurde, schreibt derselbe folgende interessante Abhandlung über den Hunger.

„Die ersten Tage der sog. Krankenkost dritter Klasse, d. h. der Beschränkung auf sechs Loth Semmel des Tages vergingen ziemlich leidlich; bald aber stellte sich der Hunger ein, der von da ab in Folge des gänzlichen Mangels an Beschäftigung und Zerstreuung das Feld der Gedanken und Empfindungen ausschließlich beherrschte. Auch im Schlafe noch wußte er sich bemerkbar zu machen, indem er sogar die Träume beschäftigte. Doch war es seltsam, daß diese nie mit bloser Sättigung sich begnügen wollten — worauf doch allein das Bedürfniß ging — sondern stets nur in den ausgesuchtesten Leckereien schwelgten. Während mir wachend das kleinste Stückchen unseres Schwarzbrodes ein Labsal gewesen wäre, führten mich die Bilder meiner Träume zu den feinsten Pariser Restaurants, und selbst die Speisekarte von Very und den Frères provençeaux war mir noch nicht delikat genug und ich ließ mir, die Gier bezähmend, ganz besonders die raffinirtesten Genüsse bereiten. Die an mir selbst gemachten Beobachtungen bestätigen jedoch keineswegs jene Angaben, nach welchen der Hungernde im Traume wirklich ißt: ich kam in der Regel nicht über die Entwerfung der Speisekarte hinaus, die meinem wählerischen Gelüste viele Sorge machte; selten nur sah ich einige Gerichte, aber nie gelangte ich so weit, davon zu kosten — der Hunger war vielleicht zu stark, um sich durch solche Vorspiegelungen täuschen zu lassen. Die Feinschmeckerei der Träume übertrug sich jedoch auf die Wirklichkeit, als mir nach vier Wochen die gewöhnliche Kost wieder verabfolgt wurde: sie wollte mir durchaus nicht munden, und das Erste, nach dem ich verlangte, war meine Butterbüchse — unser Luxus — ganz vergessend, daß ihr Inhalt über einen Monat alt und daher wohl völlig ungenießbar war. Es mag sich diese Erscheinung vielleicht dadurch erklären, daß die Schwäche meiner Verdauungswerkzeuge instinktiv die kaum zu bewältigende schwere und nahrungsarme Kost verwarf, und jenes Verlangen nach feineren Genüssen erzeugte: Ich war auf's Aeußerste abgemagert und hatte als Nachwehen dieser Kur mit einem Heißhunger zu kämpfen, der sich erst nach Jahren gänzlich verlor. (Schluß folgt.)

Politische Umschau.

Coburg, 18. Juli. Heute beendete der Landtag die während fünf Tagen gepflogenen Berathungen über den Preßgesetzentwurf und nahm denselben mit den von der Commission (Köhler, Muther, Rückert, Schmidt II., Streit, Referent: Streit) vorgeschlagenen Aenderungen einstimmig an. Die Debatte ist eine sehr eingehende und zugleich würdige gewesen, und dem Bericht ist auch vom Ministertisch aus das Anerkenntniß einer gerechten und streng objectiven Darstellung nicht versagt worden. Die Differenz zwischen der Landesregierung ist unausgeglichen geblieben, hauptsächlich über diejenigen Punkte, welche den Inhalt der feierlichen Regierungszusage vom 22. Juni 1863 ausmachen, und hinsichtlich der Bestimmungen, welche einen Rückschritt hinter das Preßgesetz vom 8. April 1848 und selbst hinter das badische Preßgesetz vom Jahre 1831 bilden, dem das hiesige Preßgesetz von 1848 nachgebildet worden ist. Rückschritte, so äußerte am Schluß u. A. der Berichterstatter, welche einen Standpunkt vertreten, der selbst hinter den mehr als 30 Jahre zurückliegenden Anschauungen noch zurückbleibt, im Jahre 1865 noch aufrecht zu halten und zu fördern, sei nicht die Aufgabe der Vertreter eines, zumal liberal regierten Landes und könnten dazu dieselben nimmermehr die Hand bieten. Zwei verschiedene und sehr verschieden zusammengesetzte Landtage hätten in drei verschiedenen Tagungen einstimmig in dem gleichen Sinne sich ausgesprochen; wenn die Herzogl. Staatsregierung deren Stimme dennoch nicht beachte und so den Conflict fortführe, so könne die Landesvertretung darüber ruhig das Urtheil des Landes und ganz Deutschlands abwarten. Dem Antrag der Commission gemäß nahm der Landtag schließlich noch folgende Resolution an:

„Der Landtag ist durch die Erfahrungen, welche seit den letzten Jahrzehnten bis auf die neueste Zeit in den verschiedensten Theilen Deutschlands auf dem Gebiete der Preßgesetzgebung und Praxis gemacht sind, in der Ueberzeugung nur noch mehr befestigt worden, welche schon der vorige Landtag einmüthig zum Ausdruck gebracht hat und in welcher derselbe auch mit anderen deutschen Volksvertretungen, wie namentlich der preußischen, und mit der Gesetzgebung anderer deutscher Staaten, wie namentlich des Nachbarstaates Bayern, im Einklang sich befindet: daß die Sicherung der freien Meinungsäußerung durch die Presse gegen tendenziöse Verfolgung nur in der Ueberweisung der Aburtheilung der von Amtswegen zu verfolgenden Preßvergehen an die Geschworenengerichte liegt. Der Landtag spricht deshalb sein lebhaftes Bedauern aus:

daß die im Art. VI. der Grundrechte des deutschen Volkes gegebene Vorschrift, wonach über Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, durch Schwurgerichte geurtheilt werden soll, — im hiesigen Lande nicht zur Ausführung gebracht ist;

und es legt es der Landtag seinen bei dem gemeinschaftlichen Landtag betheiligten Mitgliedern wiederholt auf das Dringendste an das Herz,

bei dem gemeinschaftlichen Landtag auf die endliche thatsächliche Ausführung dieser Vorschrift hinzuwirken.“

Der Vertreter der Herzogl. Staatsregierung gab der offenbar inzwischen von Gotha eingetroffenen Instruction gemäß, zum Schlusse die Erklärung, daß auch diesmal in der jetzt (vom Landtag abermals einstimmig) dem Gesetz gegebenen Fassung demselben die landesherrliche Sanction nicht werde ertheilt werden. So war die fünftägige Mühe und Anstrengung der Vertreter des Landes abermals eine vergebliche.

Coburg, 20. Juli. Morgen steht in Gotha vor dem Appellationsgericht die öffentliche Verhandlung in dem seiner Zeit hier in erster Instanz gegen den verantwortlichen Verleger der deutschen Wehrzeitung, F. Streit, verhandelten, mit Freisprechung beendeten Preßproceß wegen Beleidigung der Junker in der preußischen Armee, da die Staatsanwaltschaft wegen der Freisprechung appellirt hat. Weder der Angeklagte noch dessen Vertheidiger können in Gotha erscheinen, da sie durch ihre Landtagsthätigkeit hier festgehalten sind. Eine Verlegung des Vereins ist vom Appellationsgericht nicht weiter genehmigt worden. Ebenso steht den 27. d. M. hier vor dem Herzogl. Kreisgericht ein öffentlicher Termin, gegen F. Streit als Verleger der Schrift, die „feudale Aera in Mecklenburg“ wegen Beleidigung der mecklenburgischen Junker. Der Angeklagte hat in diesem Proceß, durch die Landtagsthätigkeit seit Monaten ganz in Anspruch genommen, bereits die Frist zur Instruction seiner Vertheidigungsmittel versäumen müssen.

Nicht mit Unrecht wurde in einer der letzten Sitzungen des Landtags vom Abgeordneten Streit darauf hingewiesen, daß in England gegen Parlamentsmitglieder selbst Schuldklagen

während der Parlamentssession sistirt würden, daß es aber aller Orten unerhört sei, daß man Kammermitglieder, während sie mit den schwersten Opfern ihre ganze Zeit und Kraft den Interessen des Landes widmeten, während dessen mit Preßprocessen hetze. Dergleichen sei nur in Deutschland und nur unter einem System möglich, aus welchem Gesetze, wie das hiesige Preßgesetz, hervorgehen und so hartnäckig festgehalten werden könnten.

Köln, 17. Juli. Dem Vorsitzenden des Festcomité's für das Abgeordnetenfest, Herrn Classen-Kappelmann, ist nachfolgendes Schreiben zugegangen: „Da nach den mir zugegangenen amtlichen Mittheilungen das Banket auf dem Gürzenich am 22. d. Mts. nicht geduldet werden wird, so ersuche ich um Wegräumung der für dasselbe getroffenen Einrichtungen, die Stadtkasse wird zum Empfange der Miethe keine Anweisung erhalten. Der Stadtbaumeister ist in Kenntniß gesetzt, daß er alle Freistellung des Saales überwache. Der Oberbürgermeister Bachem."

Das vorbereitende Comité hat sich dafür entschieden das Fest in seinem vollen ursprünglichen Umfang, stattfinden zu lassen. In der desfallsigen Erklärung heißt es unter Anderem: Es gilt, der Welt zu beweisen, daß wir uns in der öffentlichen Ausübung der schönsten Pflicht der Gesittung nicht einschüchtern lassen, daß wir den Dank den Vertretern des Volkes zollen, den sie tausendfach verdient haben. Es gilt aber auch jetzt, zu beweisen, daß wir unser Recht und unsere bürgerliche Freiheit, wie sie uns durch die beschworene Verfassung und durch die Landesgesetze gewährleistet sind, hoch und heilig halten. Zeigen wir, daß wir der bewährten Vertreter würdig sind, die wir als Gäste geladen und die mannhaft unser Recht und unsere Freiheit vertheidigen. Kann durch eine einfache Zuschrift eines Beamten ein Artikel der Verfassung aufgehoben werden, so ist die gesetzliche Freiheit vernichtet. Jede gesetzwidrige, unlautere Absicht liegt uns fern, und wenn von oben Gewalt an Stelle der Gesetze treten soll, so mögen diejenigen die Folgen verantworten, die sie heraufbeschworen!

In der Rückantwort des Herrn Classen-Kappelmann an den Oberbürgermeister Bachem heißt es: Wir hätten lieber gesehen, daß Sie als gewählter Oberbürgermeister der ersten Stadt der Rheinprovinz sich auf Seite jener Bürger gestellt hätten, die ein unantastbares Recht der beschworenen Verfassung und ihre persönliche Freiheit, wie sie durch die Landesgesetze gewährleistet sind, vertheidigen. Die hohe Stellung, welche Sie durch das Vertrauen Ihrer Mitbürger einnehmen, legt Ihnen nach unserm Dafürhalten nicht blos die Pflichten einer guten, geregelten Verwaltung auf, sondern enthält auch die moralische Verpflichtung, als guter Hausvater an der Spitze des großen Gemeinwesens, Ihre Mitbürger soviel als möglich vor gesetzwidrigen Eingriffen in ihre Rechte zu schützen und den Sinn für Gesetzlichkeit und Freiheit zu pflegen, zum Wohle von Stadt und Staat. Man sollte glauben, daß Sie jede Mitbetheiligung von sich abgewiesen hätten, um den Vertretern des Volkes von 19 Millionen den städtischen Saal zu schließen und einem Feste Hindernisse in den Weg zu legen, das von den edelsten Sympathien der Nation getragen wird.

— Herr Frentzel, Abgeordneter für Gumbinnen und Insterburg, hat auf die an ihn ergangene Einladung ablehnend geantwortet. Er schreibt: „Verehrter Herr! Da ich wegen einer begangen haben sollenden Majestätsbeleidigung seit 14 Tagen, und zwar auf 2 Monate festgesetzt bin, so entschuldigt das mein Ausbleiben wohl hinlänglich.

— Wird die Regierung das Fest zu Ehren des Abgeordnetenhauses in Cöln verhindern oder nicht? Das ist in diesem Augenblick die brennende Frage, und sie ist allerdings auch von solcher Wichtigkeit, daß wohl alles Andere dagegen in den Hintergrund treten kann. Eine Anzahl von Männern, die zu den geachtetsten der ganzen Rheinprovinz, ja des ganzen preußischen Staates gehören, treten zusammen, um ein Fest zu veranstalten, bei dem sich die Mitglieder der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, also Männer, denen das Volk durch öffentliche Wahl sein Vertrauen ausgedrückt hat, vereinigen sollen, und dieses Fest wird von vornherein verboten, ohne daß ein stichhaltiger Grund zur Rechtfertigung dieses Verbotes angeführt wird. Auf jeden Fall zeigen diese Versuche, das Zustandekommen des Festes zu hintertreiben, deutlicher, als es der Regierung wahrscheinlich erwünscht ist, welche hohe Bedeutung man solchen Kundgebungen beilegt, die den besten Beweis liefern, wie sehr die Mitglieder der Mehrheit des Abgeordnetenhauses fort und fort das Vertrauen des Volkes genießen.

— Die „Kreuzzeitung" aber kann auch bei diesem Anlaß ihren edlen Grimm nicht zurückhalten. Sie sagt: „Wie weit muß man politisch abgenutzt und wie muthlos muß man sein, um nach einem solchen Aufruf ein Fest, welches als politische Kundgebung im größten Maßstabe geplant und gemeint war, vor Schreck und Rathlosigkeit zu einer bloßen freundschaftlichen Speisung herunterzudrücken, und nicht mit Unrecht wird deshalb auch die Frage aufgeworfen: aus welchem Grunde die königliche Regierung dies liberale Schwätzerfest mit dem Verbot belegte. Unzweifelhaft ist dies nicht aus politischer Besorgniß geschehen, vielmehr — wenn wir uns nicht täuschen — lediglich aus dem Grunde, um die verehrlichen Festgenossen als das zu enthüllen, was sie sind, und sie zu zwingen, sich der Löwenhaut mit eigener Hand zu entledigen."

Die „Rhein. Ztg." fügt hinzu: Die Unverschämtheit und Unfläthigkeit der feudalen Presse ist bekannt — sie sagt kein Wort darüber, wie sich das in Aussicht gestellte Verbot zu der Verfassung und dem Gesetz über das Versammlungsrecht stellt. Uebrigens werden alle die Maßregeln und Verunglimpfungen Seitens der Feudalen nur bewirken, daß dasselbe eine weitaus größere Betheiligung findet, als man vermuthet hatte. Bei dem Comité laufen die Zustimmungserklärungen der Abgeordneten so massenhaft ein, daß wir es uns versagen müssen, dieselben weiterhin zu veröffentlichen.

— Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Weisungen aus Berlin zufolge wird die K. Regierung zu Merseburg ebenso wie die zu Köln das Versammlungsrecht für „Abgeordnetenfeste" aufheben, weshalb die liberalen Wahlmänner, welche eine solche Feier zu Halle zu veranstalten dachten, ihren Gesinnungsgenossen in der Provinz Sachsen den Vorschlag machen werden, den Mitgliedern der Majorität unseres Abgeordnetenhauses in dem weimarischen Badeorte Sulza ein Bankett zu geben, zu welchem auch die der Fortschrittspartei angehörenden Sachsen-Weimarischen Landtagsabgeordneten eingeladen werden sollen. Die „Berliner Reform" aber meint: Zu so kindischen Neckereien wird sich hoffentlich kein preußischer Abgeordneter hergeben, das überlasse man den Raubstaaten, die nichts als Grenze sind. Der Sinn solcher Feste liegt nur darin, daß sie auf preußischem Boden, unter preußischem Gesetze gefeiert werden.

— Das Kultus-Ministerium hat unter dem 27. März d. J. ein Rescript dahin erlassen, daß die Entziehung der Concession für höhere Privatschulen im Wege des einfachen Widerrufs erfolgen kann.

Aus **Magdeburg** wird ein entsetzliches Unglück gemeldet: Sonntag früh hatte der hiesige Arbeiterbildungsverein in der Zahl von 1000 Personen eine Extrafahrt nach Thale gemacht, die glücklich verlief und wovon die Theilnehmer gegen 11 Uhr Abends gesund hierher zurückkehrten. Nachdem der Extrazug abgelassen, folgte um 9 Uhr der gewöhnliche Personenzug von Thale, in welchem noch mehrere der verspäteten Extrafahrer Platz gefunden hatten. Als derselbe, 60 bis 70 Axen stark, vielleicht etwas verspätet, in das südliche Ende des Buckauer Bahnhofes einfuhr, stieß er dort auf den aus Dortmund gekommenen, mit Kohlen, Schienen, Axen und anderen schweren Gegenständen beladenen Güterzug, der eben rangirt wurde und durch keine Weiche abgestellt war. Auf dem ankommenden Zuge war die Gefahr bemerkt worden und alle Bremsen wurden angezogen — doch zu spät und vergebens. Mit furchtbarer Heftigkeit fuhr die Locomotive des Personenzuges auf den letzten der Dortmunder Güterwagen, dessen Hinterräder tief in die Erde gedrückt wurden; der Tender warf vollständig um und der dahinter folgende Packwagen bäumte sich über die von den Schienen gekommene und nach rechts gebeugte Locomotive auf. Die vier folgenden Personenwagen stießen auf das Heftigste an einander und fielen zum Theil um, die Coupé's wurden auf die Hälfte zusammengequetscht, durchbrochen, zerrissen, entstellt. Dann folgte der Postwagen, dessen Kette riß und dadurch die weitere Rückwirkung des Stoßes auf die vielen nachfolgenden Wagen brach, so daß die in denselben sitzenden Personen mit dem Schreck und manchem harten Stoß davon gekommen sein mögen. Desto gräßlicher war das Unglück in den vordersten Wagen. Der Locomotivführer war auf der Stelle todt und so furchtbar in die Trümmer eingepreßt, daß sein schauderhaft verstümmelter Leichnam noch in den späten Morgen hinein einen Anblick des Entsetzens bot, ehe man zu ihm gelangen konnte. Ein Lehrling starb erst nach zwei Stunden an seinen schweren Verletzungen. Der Bremser des ersten Wagens war auch auf der Stelle todt und allmählich wurde ein Todter und Verwundeter nach dem andern aus den Wagen gezogen; unter den ersteren beklagt die „Magdeburger Presse" den Chef ihrer Expedition, den Herrn Kaufmann Simon Lücke, den der jähe Tod nach einer heiteren Spazierfahrt an der Seite seines 10jährigen Knaben ereilte, welcher mit einem ungefährlichen Stoße davon kam. Die Lage war fürchterlich. Ein Wunder ist es, daß das Feuer der Locomotive nicht die Waggons ergriffen hat; statt dessen waren in der finstern Nacht alle Laternen ausgelöscht und eine einzige mußte denen genügen, die zuerst Besinnung genug behielten, ihren unglücklichen Reisegefährten beizuspringen, während die bei Weitem größere Mehrzahl der mehr oder weniger wohl erhaltenen Reisenden eiligst den Ort des Schreckens verließ. Zu einigen Wagen zu kommen, war ganz unmöglich, zu anderen mußte mit Gefahr emporgeklettert werden, noch andere wurden später von dem Boden, der Decke oder der Seite geöffnet und noch um 11 Uhr Vormittags wurden Personen vermißt, von denen man nicht wußte, ob und in welcher Lage sie unter den Trümmern begraben sind. Man spricht von 11 bis 13 Todten. Verwundete, es sollen zwischen 26 und 40 sein, haben an verschiedenen Orten Aufnahme gefunden, bei theilnehmenden Mitmenschen, bei Verwandten, im Militärlazareth und im städtischen Krankenhause. Der Anblick der Unglücksstätte bot noch gegen Mittag, als die Todten und Verwundeten bereits fortgeschafft und die größte Verwüstung schon geordnet war, ein Bild der wildesten Zerstörung. Die Lokomotive stand noch aufgebäumt über den Trümmern eines Güterwagens des angerannten Zuges. Das ganze Vordertheil der Maschine war offen, der Rauchschornstein heruntergeschlagen, die Cylinder zerrissen, die Parallel- und Bleistan-

gen verbogen, das Geländer vom Hintertheil verschwunden. Auf der linken Seite neben den Schienen lag der umgestürzte Tender, dessen Bremskurbel und sämmtliche übrige Eisenverbindungen mit der Lokomotive glatt weggebrochen waren. Eisenstücke, Bankpolster und Holzwerk aller Art lagen weit umher gestreut, in dessen Mitte die Personen- und Güterwagen eine schwer entwirrbare Masse bildeten. Nach glaubhaften Ermittelungen sind drei Personenwagen mehr oder weniger zerstört. Von dem angerannten Zuge sind vier Kohlenwagen völlig zertrümmert.

Bremen, 15. Juli. Bremen hat es im Schmuck der Straßen Frankfurt mindestens gleich gethan. Haus an Haus wehen im Sonnenschein die festlichen Fahnen. Herab von den beiden grauen Thürmen der Ansgariikirche und des Doms flattern weit über die Stadt hin die Banner Bremens und Deutschlands. Extrazug auf Extrazug, mit bekränzten und beflaggten Locomotiven sind sie angelangt, in hellen Schaaren, mit fliegenden Fahnen, von Kanonenschüssen begrüßt, die deutschen Schützen aus allen Gauen des Vaterlands. Sie zählen nicht mehr nach Hunderten. Es war ein Bild, das ein deutsches Herz hoch aufschlagen machte. Den Glanzpunkt des heutigen Tages bildete der Empfang des Schweiz-Frankfurter Zugs. Er brachte die prachtvolle neue deutsche Bundesfahne, eine Schweizerfahne, die große stolze wiener Fahne, die sich schon in Frankfurt entfaltete, eine amerikanische (zu Lincolns Gedächtniß beflort), welche ebenfalls in Frankfurt gewesen war, und die Fahnen der Frankfurter und sonstiger Städte Süddeutschlands. Hervor that sich unter den letzteren die darmstädtische mit einer prachtvollen Germania auf der Wacht am Rhein (von 1865) und die zerrissene und zerschossene alte Fahne von Aschaffenburg, die schon den Bauernkrieg mitgemacht. Oesterreich hat bereits über hundert Schützen gesendet. Sie kamen in verschiedenen Zügen. Tyrol ist erst spärlich vertreten. (N. A.)

Königsberg. Am 13. d. M. hat Johann Jacoby die über ihn verhängte sechsmonatliche Freiheitsstrafe im Gefängnißlokale des hiesigen Stadtgerichts angetreten. Die „Rhein. Ztg." sagt: Unsere besten Wünsche für Erhaltung seiner Gesundheit begleiten ihn in das Gefängniß; daß ihm die Achtung aller seiner Mitbürger, selbst seiner ehrlichen politischen Gegner dorthin folgt — dürfen wir wohl nicht erst versichern.

— Der Schriftsteller, Liebknecht, der im Arbeitervereine vor Vereinigung der Arbeiter mit den Junkern gewarnt hat, also gegen den Lassaleschen Verein gewirkt, ist aus Berlin und aus dem Preußischen Staate ausgewiesen!

(Bürger- u. Bauernfreund.)

Dem Vorstande des Schleswig-Holstein-Vereins zu **Apenrade** ist von Seiten hoher preußischer Obrigkeit die Weisung geworden, daß der Verein als solcher aufgehört habe. Nach Angabe von fünf preußischen Soldaten war von den versammelten Mitgliedern des Vereins gesungen worden: Schleswig-Holstein stammverwandt, jagt die Preußen aus dem Land!

London, 15. Juli. Auf dem „Great Eastern", welcher heute die Themsemündung verlassen soll, um sich mit dem atlantischen Kabel vorerst nach Valentia (Irland) zu begeben; sind nach langem Verhandeln nun doch ein paar Zeitungsberichterstatter glücklich untergebracht. Außer diesen noch gegen 500 Personen. Darunter 150 Matrosen sammt ihren Offizieren, 179 Heizer und Maschinisten, 44 Traiteurs, Kellner, Diener 2c. und ungefähr 100 Arbeiter, sammt Aufsehern und Fachmännern, denen die Abwickelung des Kabels anvertraut ist. Das zarte Geschlecht ist gar nicht vertreten, dafür sind eine Unmasse von Gänsen und Hühnern, 13 Ochsen, mehrere Milchkühe, 100 Schafe, mehrere Schweine und große Gemüsevorräthe an Bord geschafft. Die Hauptsache ist, ob das Wetter dem Unternehmen günstig sein wird, denn was menschliche Vorsicht nur immer vermag, ist auf die zweckmäßige Ausrüstung des Schiffes verwendet worden. Die Leitungsfähigkeit des Kabels läßt bis jetzt nichts zu wünschen übrig und früh und Abend wird regelmäßig durch dessen ganze Länge (2500 Meilen) telegraphirt. Jedesmal wenn 50 Meilen Kabel abgewunden, und dann wieder wenn der „Great Eastern" 50 Meilen zurückgelegt hat, wird dies hierher telegraphirt werden, so daß wir dem Schiffe mittelst einer guten Seekarte genau zu folgen im Stande sein werden. Wenn alles gut geht, d. h. wenn das Schiff nicht durch widrige Winde in seinem regelrechten Curse gestört wird, dann werden wohl 20 Procent der Kabellänge erspart werden können (der Vorsicht wegen ist es um 33 Procent länger fabricirt worden, als die Entfernung zwischen Valentia und Neufundland beträgt), während bei ungünstigem Wetter vielleicht die letzte Elle verbraucht werden wird.

Eine deutsche Nordfahrt.

H. B. Frankfurt, 13. Juli. Die Erforschung eines Weges durch das Nordmeer ist seit einer Reihe von Jahren die Aufgabe vieler Seefahrer gewesen. Es galt dabei in erster Linie, den kürzesten Weg nach China und Japan wie nach Californien und den übrigen Küstenländern des stillen Meeres zu finden; es handelte sich aber auch um die Entdeckung neuer Jagdgebiete, der Heimath der großen Wallthiere, dann vorzüglich um die Erforschung der letzten Gründe unserer Meteorologie — Gründe genug, um immer und immer die Lust zu neuen Versuchen anzuregen. Professor Petermann in Gotha hat nun in seinen „Geographischen Mittheilungen" (3. 4. u. 5. Heft von 1865) nachgewiesen, daß alle bisherigen Versuche mit Recht scheitern mußten. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat er zugleich dargelegt, daß eine Fahrt, welche die Richtung des Golfstroms östlich von Spitzbergen weiter verfolge, zum gewünschten Ziel kommen müsse. Es gilt nun, diese geistige Entdeckung eines Mannes deutscher Wissenschaft auch zu einer faktischen, physischen durch deutsche Kräfte zu machen. Herr Petermann hat sich deshalb an das freie deutsche Hochstift zu Frankfurt gewandt, um einen Einigungspunkt zur Besprechung dieser großen nationalen Angelegenheit zu finden. Das Hochstift ist bereitwillig auf seinen Antrag eingegangen und hat zu einer Besprechung im Göthehaus die Männer der Erd- und Himmelskunde, die Seemänner von unsern Kriegs- und Handelsgeschwadern, Schiffbauer, Rheder und Großhändler, außerdem aber auch jeden Freund der Erdkunde und patriotischer Unternehmungen eingeladen. Die Versammlung findet Sonntag, 23. Juli, Vormittags 11 Uhr, statt. Ueber die Hauptfrage wird Herr Professor Petermann einen Vortrag halten, wobei er die verschiedenen Karten und Zeichnungen vorlegen wird. An diesen wird sich die Verhandlung knüpfen. Außerdem ist aber beabsichtigt, eine regelmäßige Versammlung von Freunden der Erdkunde (und speciell dieser Nordfahrt) zu verabreden. Ein weiterer Gegenstand der Besprechung soll die Gründung einer deutschen Seewarte sein. Der Versammlung soll der Entwurf eines gemeinsamen Log-Buchs vorgelegt werden, d. i. eines Buchs, in das nach einem bestimmten Schema die Schiffer ihre Wetterbeobachtungen 2c. eintragen und dann, zum Zweck wissenschaftlicher und praktischer Ausbeute, der Seewarte mittheilen können. Andere Gegenstände zur Tagesordnung mögen voraus angemeldet werden. Höchst wahrscheinlich wird auch Hr. v. Heuglin, der im Augenblick auf einer Reise in Holland ist, zur Versammlung kommen und einen Vortrag über seine Reise in Afrika halten. Nähere Mittheilungen hierüber im nächsten Bericht.

Falls die Besprechung in einer Sitzung nicht zu Ende geht, wird die Versammlung über eine zweite, am Montag, beschließen. Nach der ersten Sitzung ist freie Vereinigung bei gemeinschaftlicher Tafel. Auswärtige Besucher, welche allenfalls wegen einer Wohnung anfragen oder solche bestellen wollen, mögen sich an das Sekretariat des Hochstifts wenden. Bei diesem (im Göthehaus) kann man sich auch zur Theilnahme an der Versammlung anmelden. Als Beitrag zu den Kosten wird 1 Thaler gezahlt.

Socialer Theil.

Eine Rede gegen den Luxus.

Jüngst hielt der alte Dupin in einer geheimen Sitzung des franz. Senats bei Gelegenheit einer Petition gegen die Prostitution eine Rede gegen den Luxus. Herr Dupin, der die verderblichen Folgen des Luxus vor der Oeffentlichkeit besprochen haben wollte, ließ seine Rede drucken. Da der Ausfall, welchen derselbe bei dieser Gelegenheit gegen die Herrschaft der Krinoline machte, in Frankreich große Sensation erregt, so theilen wir nachstehend die Hauptstellen mit:

Die Polizei, ich glaube es, thut ihre Pflicht, und sie hat von oben bis unten viel zu thun (Heiterkeit), denn man spricht von den unteren Klassen, aber nicht von den oberen, die schwerer zu erreichen sind, die aber nicht die sind, welche zu erblicken am schwierigsten ist. Man spricht von Courtisanen, welche sich an öffentlichen Orten breit machen. Ja, diese würden im Stande sein, in einer glänzenden Karosse die Blicke auf sich zu ziehen. Was thut aber die hohe Gesellschaft? Sie richtet ihre Blicke auf dieselben, sie nimmt sie zum Muster, und es sind diese Dämchen, welche selbst den Weltdamen die Moden angeben; sie sind es, welche man copirt; dieses ist das Beispiel, welches die höchste Klasse der Gesellschaft gibt. Man hat Ihnen von einigen mehr oder weniger gut ausgeführten Photographien, zu 5 Sous das Stück, gesprochen. Gehen Sie in Ihre Theater: es gibt Stücke, die nur eine lebende Schaustellung von Anfang bis zu Ende sind, und welche die Typen von 200 Photographien darbieten, die Alles übersteigen, worüber Sie sich beklagen. Es gibt aber noch eine andere Ursache zur Prostitution — und hier wende ich mich ebenfalls mehr an die hohen, als an die niederen Klassen, weil das Beispiel von oben herab gegeben wird, und viel weniger von unten nach oben. Ist nicht eine augenscheinliche Ursache zur Prostitution die Uebertreibung des Luxus, der Exceß der Toiletten, welche Jedermann aus seiner Bahn wirft? Die großen Situationen werden dadurch sogar erschreckt, und jeden Winter, jede Saison kommen Mode-Rechnungen zum Vorschein, welche die beträchtlichsten Vermögen kaum bezahlen können, die zuweilen genöthigt sind, um Wartezeit zu bitten oder zu liquidiren. Dieses steigt durch Nachahmung, durch den Geist der Gleichheit in die unteren Klassen hinab. Jede will die nämliche Toilette haben wie die Andere. Lafontaine spottet in einer seiner Fabeln über den Frosch, der so stark sein wollte wie ein Ochs; aber mit den Moden der Jetztzeit würde es dem Frosch gelingen. Es ist für jedes Gänschen genügend, um seine Taille jene elastischen Dimen-

sionen zu schlagen, die es eben so dick machen, wie das Vorbild, das es erreichen will. Wenn man etwas Neues gesehen hat, oder auf ein Fest gehen soll, wo man eine Rolle spielen will, und die Mittel nicht dazu hat, so reißt die Eigenliebe hin; man will es dem Manne nicht sagen, die Kasse ist leer, man kleidet sich auf Kredit, man unterschreibt Wechsel, für welche man Indossenten sucht, und deren Verfallzeit immer verderblich für die Tugend ist. So ist, meine Herren, die Lage unserer Gesellschaft. Hier muß man zu verbessern suchen. Was nützen die Gesetze, wenn die Sitten nicht helfen? Es haben sich Mäßigkeitsvereine gebildet. Was mich betrifft, so wünsche ich, daß man einen Verein von Familienmüttern in's Leben rufen möge, die, ohne aufzuhören, sich mit Anstand und selbst mit dem Luxus zu kleiden und aufzutreten, der ihrem Vermögen und Stande zukommt, das Beispiel geben würden, den Ueberfluß unbarmherzig wegzuschneiden, und die dadurch zur Erleichterung der Lage der anderen Klassen beitragen würden, die allmählig durch Nachahmung immer einen Gipfelpunkt erreichen wollen, wohin zu gelangen ihnen nicht gegeben ist. Dieses, meine Herren, sind die einzigen vernünftigen Bemerkungen, zu denen, wie ich glaube, die Petition Anlaß geben kann. Ich unterstütze die von Herrn v. Boissy in Vorschlag gebrachte Tagesordnung." — Der Senat nahm dieselbe auch an. Was die Toiletten der Frauen anbelangt, so sind dieselben jetzt hauptsächlich deshalb so kostspielig, weil, seit die Krinoline erfunden wurde, man mehr als das Doppelte, und bei den großen Toiletten das Dreifache an Stoff gebraucht, als dieses früher der Fall war. Die Krinoline in ihrem jetzigen ungeheuren Umfange ist aber eine Erfindung der Kaiserin, die vor 10 Jahren, als sie sich in gesegneten Umständen befand, doch nichts von ihrer schönen Taille verlieren wollte. Seit jener Zeit blieb sie Mode, und die Vorwürfe, die Herr Dupin der Damenwelt machte, gehen also bis zur höchsten Spitze. Was aber die Prostitution in Frankreich anbelangt, so steht heutzutage das Maitressenwesen in seinem vergiftenden höchsten Flor, und General-Prokurator Dupin hat als Senator und Patriot wohl Ursache, die hohen und höchsten Klassen zu warnen, denn sie sind es in der That, welche den „Dämchen", die sich überall breit machen, ihre Toiletten, ihre Diamanten und ihre Karossen liefern.

Berlin, 17. Juli. Als in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses bei Berathung über die Coalitionsfrage der Handelsminister, Graf Itzenplitz, sich erhob und die Erklärung verlas: bei der hohen unverkennbaren Bedeutung der Sache halte es die Staatsregierung für ihre Pflicht, durch eine gründliche und allseitige Prüfung von ihr zu ergreifende gesetzgeberische Maßnahmen vorzubereiten, und zu diesem Behufe werde die Regierung eine Erörterung der einschlagenden Fragen durch eine besondere Commission veranlassen, zu welcher 1) Mitglieder der beiden Häuser des Landtages, 2) Sachverständige aus den Kreisen der Betheiligten, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeiter zugezogen werden sollten — erregte diese Erklärung mehr Verwunderung als Befriedigung, weil man sich leider Gottes von der praktischen Wirksamkeit einer derartigen Commission von vornherein nicht viel versprach. Alles, was man nun neuerdings über die Zusammensetzung dieser Commission gehört, ist wahrhaftig nicht geeignet, das früher ausgesprochene Mißtrauen zu beseitigen. Neben Namen, die des ungetheilten Vertrauens der arbeitenden Klassen genießen, begegnet man gewissen andern, welche diejenige sozial-politische Schattirung vertreten, die die Arbeitermassen durch Versprechungen, an deren Erfüllung sie selbst nicht glauben können, zu einem bestimmten politischen Parteiwerkzeuge gebrauchen wollen. Ob von einer so zusammengewürfelten Commission eine Einigung über die Vorfrage zum Gesetzentwurfe erhofft werden kann, scheint mindestens zweifelhaft und nur mit dem Interesse der Neugier getraut man sich den bevorstehenden Berathungen dieser Commission entgegen zu sehen. Noch im Laufe dieses Monats sollen diese Berathungen ihren Anfang nehmen. Die Commission, welche in der vom Minister angedeuteten Weise aus vierzig Personen (unter welchen sich Schulze-Delitzsch unseres Wissens nicht befindet!) zusammengesetzt ist, wird im — Herrenhause tagen.

Ueber Lohnerhöhung und Strike-Bewegung.

Ein offener Brief an den Arbeiterverein in Gotha von Arnold Schloenbach.

Meine lieben Freunde und Vereinsgenossen!

Sie haben, — gleich einigen anderen Vereinen, — die oben bezeichneten Gegenstände eifrig, redlich und tüchtig debattirt; aber ihnen nicht diejenige große Bedeutung zuerkannt, die sie in Wirklichkeit haben. — Als Ihrem altgetreuen Freunde erlaube ich mir daher, Ihnen meine Ansicht darüber auszusprechen und da Sie meine, in Ihrem Sinn und Geist ausgearbeiteten 25 Fragen und Antworten über das Wesen und die Aufgabe der Arbeitervereine (siehe Nr. 117 vom 26. März dieser Zeitung) zu Ihrem Eigenthum machten: glaube ich auch in dem Nachfolgenden mit Ihren Anschauungen in Einklang zu kommen. Sie geben Ihrer Meinung über oben erwähnte Gegenstände öffentlichen Ausdruck; so werde denn auch dieser Brief ein offener, und gibt derselbe auch wohl anderen Vereinen mindestens eine Veranlassung, jene wichtige Frage noch einmal ernstlich zu prüfen.

Die Strike-Bewegung ist eine historische oder organische Erscheinung; d. h. eine solche, die sich nach innerster Nothwendigkeit aus der Geschichte entwickelte, wie sich der Baum aus dem Keime entwickelt.

Sie lag schon lange, lange vorher im Instinkt oder im dunkeln Drang und Trieb der Arbeiter. Sie kam ihnen dann durch die neuen großen Strömungen der Zeit zum Bewußtsein und wurde endlich durch die wachsende Theuerung zur praktischen Thatsache.

Sie war und ist also nicht aufzuhalten und sie kann bei vernünftiger Behandlung so gefahrlos und fruchtbar werden, wie die regelmäßigen Ueberschwemmungen des Nil, ohne die Aegypten verdorren und sein Volk verhungern müßte.

Wie weit diese große historische Bewegung noch gehen wird; welche Folgerungen sich aus ihr ergeben können oder müssen: das kann jetzt schon unmöglich festgestellt werden und darüber zu theoretisiren und das praktisch Naheliegende und Nothwendige versäumen zu wollen, wäre höchst unfruchtbar und gefährlich, wenn auch wieder echt deutsch. Soviel aber darf und muß gesagt werden: auch die allgemeinste Lohnerhöhung kann nicht der letzte Ausgang der großen reformatorischen Bewegung, kann nicht das Endziel der Arbeiter sein.

Dies darf indessen durchaus kein Grund dafür sein: die Lohnerhöhung nicht eifrig und rastlos, mit allen Mitteln der Kraft und des Rechtes, und aller Orts in Gang zu bringen und zu erhalten. — Sie ist doch immerhin die erste reife Frucht jener großen Bewegung und es wäre thöricht, sie nicht brechen oder schütteln zu wollen, weil ihr Stamm für spätere Zeit noch reichere Früchte verspricht. — Man braucht nicht auf diese zu verzichten, wenn man jene jetzt nimmt und ein kleiner „Hab ich" ist immer besser wie ein großer „Hätt ich".

Daß die Lohnerhöhung mit der Zeit noch erhöhtere Theuerung herbeiführen und diese den Arbeiter dann wieder in dieselbe Bedürftigkeit wie jetzt zurückstellen werde, mag wahr sein. Es darf ihn das aber durchaus nicht abhalten, dasjenige resolut zu fordern und zu nehmen, was er jetzt haben muß und sich erringen kann. — Tritt der besorgte Fall ein, so fordert der Arbeiter auf's Neue seine Lohnerhöhung, bis der Arbeitgeber durch das große Publikum selbst gezwungen ist: diese Erhöhung redlich von seinem großen Gewinn und nicht mehr aus den Taschen der Bevölkerung zu zahlen. — Daß bei so gebotenem Zwang manche Arbeitgeber ihre Kapitale aus dem Geschäfte zurückziehen und lieber von den geringeren Zinsen desselben ohne selbsteigenes Arbeiten leben wollen, mag auch seine Richtigkeit haben, kann aber dem Arbeiter durchaus nicht schaden. — An ihre Stelle werden frischere, rührigere und einsichtsvollere Arbeitgeber treten und niemals wird es an Arbeit und Arbeitgebern fehlen. — Das ist die rein praktische Seite der Lohnerhöhung durch die Strike-Bewegung. — Sie hat aber auch noch ihre große moralische und politische Bedeutung.

Sie ist einerseits der vorzüglichste Kitt für die gemeinsame Thätigkeit der Arbeiter. In ihrem Interesse können sich die, sonst oft noch weit auseinander gehenden Meinungen und Richtungen zusammenfinden und dann auch wohl untereinander ausgleichen. — Sie ist aber auch andererseits das erste thatsächliche Handeln der Arbeiter, der erste Beweis für ihre Kraft und Macht, gegenüber der bisher allein herrschend gewesenen Macht des Geldes, der Polizei und der Herren „von Gottes Gnaden"; die erste sichere Bürgschaft für das später zu erringende höchste Ziel.

Es wäre also neben dem Thörichten und Unpraktischen ein Hochverrath an der großen reformatorischen Bewegung, — ein Hochverrath an der Kraft und Macht des souverän gewordenen Volkes und ein Hochverrath an seinem letzten Ziele: wollte man auch nur aus Theilnahmlosigkeit die Lohnerhöhung und Strike-Bewegung Seitens der Arbeitervereine zu hemmen suchen.

Würtemberg. Aus Nr. 95 S. 469 ff. unseres Blattes vom 18. October vor. Js. erinnern sich unsere Leser wohl noch der wohl motivirten Petition Würtembergischer Arbeiterbildungsvereine in Betreff der dort bestehenden Hindernisse für die Niederlassung und Verehelichung. Sehr erfreulich ist es nun zu berichten, daß die Würtembergische Kammer jüngst den folgenden Beschluß gefaßt hat:

„die Aufhebung sämmtlicher nicht aus dem bürgerlichen und kirchlichen Recht abzuleitenden Ehebeschränkungen.

2) Die bestehende Armengesetzgebung einer Revision und Abänderung unterwerfen und hierüber einen besonderen Gesetzesentwurf baldmöglich einbringen zu wollen."

Wir können hinzufügen, daß auch dem Coburg'schen Landtag ein aus dessen Mitte gestellter, voraussichtlich der einstimmigen Annahme sicherer Antrag vorliegt, der dahin gerichtet ist, die Staatsregierung zu ersuchen, bei dem in Aussicht gestellten neuen Gemeindegesetz, die Erleichterung der Niederlassung und Verehelichung mit ins Auge zu fassen. Ebenso wird im Coburgischen Landtag auf gleichzeitige Reform der Armengesetzgebung hingearbeitet.

Vermischtes.

Ein Theil der Gewinnlisten der Coburger Lotterie zum Besten nothleidender Schleswig-Holsteiner ist bereits erschienen und versandt, dem dieser Tage ein weiterer Theil und in acht Tagen der Rest folgen wird.

Briefkasten.

Von dem Arbeiterbildungsverein in Schopfheim am 18 Juli 2 fl. für Arbeiterzeitung pro II Semester erhalten. — Von dem Arbeiterverein in Amriswell am 18. Juli 4 fl. 32 kr. pro 1865 erhalten. Augsburg. zu lang und jedenfalls für diesmal nicht mehr möglich.

Verschiedene Anzeigen.

Soeben ist erschienen und durch die J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 135.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorausbezahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 3 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Sonntag, 30. Juli 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Einladung zum Vereinstag des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthülfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Bericht über Speisegenossenschaften für den 3. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Stuttgart von F. A. Bebel in Leipzig. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein Berlins und die Kölner Angelegenheit. Aus dem 8 Flugblatt des ständigen Ausschusses. Die Thätigkeit der Arbeitervereine Sachsens im Jahre 1864. Karlsruhe, Gründung eines allgemeinen badischen Landesverbandes nebst Landesvereins-Statuten. Vöhrenbach, Lebensbescheinigung. — II. **Politischer Theil:** Deutsches Kerkerleben von Gustav Struve. (Schluß.) Politische Umschau: Rettung nach der neuesten Mode. In Sachen des unterbrochenen Abgeordnetenfestes Köln, Herr Classen-Kappelmann. Oberlahnstein, nassauische Lorbeeren. Altona, Verhaftung. England, Sterblichkeitsverhältnisse. Amerika, das Stimmrecht der Neger. Johnson. — III. **Socialer Theil:** Frankfurt. Der Socialdemokrat und die Fortschrittspartei. Burg zum Coalitionsprozeß. IV. **Vermischtes:** Vortrag über die ersten zweckmäßigen Hülfeleistungen bei plötzlichen gefährlichen Erkrankungen.

☛ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor **Sonntags** herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und **Sonnabends** von hier für die **directen** wie für die **Postabonnenten** zur **Versendung** kommt und daß Correspondenzen für die **nächste** Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Einladung

zum Vereinstag des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthülfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften.

Gemäß dem auf dem vorjährigen **Vereinstage des Allgemeinen Verbandes** zu Mainz gefaßten Beschlusse, die Wahl des Ortes für den diesjährigen, **siebenten Vereinstag**, sowie auch die nähere Bestimmung der Zeit, soweit dieselbe nicht durch § 1 der Geschäftsordnung für den Vereinstag schon getroffen ist, der Anwaltschaft und dem engern Ausschusse zu überlassen, hat der unterzeichnete Anwalt sich mit dem Vorsitzenden des Creditvereins zu **Stettin** und derzeitigen Director des Genossenschaftsverbandes für Pommern und die angrenzende Neumark, Herrn Stadtrath E. H. Köppen in Stettin sowie mit sämmtlichen Mitgliedern des engern Ausschusses in Einvernehmen gesetzt und wird mit deren allseitiger Zustimmung, **Stettin** als Ort und der **20.—23. August** als Zeit für den diesjährigen Vereinstag des Allgemeinen Verbandes hiermit festgesetzt. — Demnach werden die oben bezeichneten Genossenschaften sowie insbesondere auch deren Landes- und Provinzialverbände von der Anwaltschaft ergebenst eingeladen, sich durch Abgeordnete aus ihrer Mitte möglichst zahlreich dabei vertreten zu lassen. Der Vorgang hinsichtlich der Berathungen wird so geordnet, daß:

a) **Sonntag** den 20. August Abends 8 Uhr die **Vorversammlung** stattfindet, zur Erledigung sämmtlicher formeller Fragen, Bestimmung der **Tages- und Geschäftsordnung**, Wahl des **Bureau's** u. dergl.;
b) **Montag** den 21. August Vor- und Nachmittags mit den Verhandlungen in den besondern Angelegenheiten der **Vorschuß- und Creditvereine** begonnen wird;
c) **Dienstag** den 22. August Vormittags die **gemeinsamen Angelegenheiten sämmtlicher Genossenschaften** und Nachmittags die besondern Angelegenheiten der **Consumvereine** an die Reihe kommen;
d) **Mittwoch** den 23. August die besonderen Angelegenheiten der **Rohstoff-, Magazin- und Productivvereine** den Schluß bilden.

Sämmtliche geehrte Theilnehmer werden freundlichst ersucht, sobald als möglich ihre Anmeldungen dem Herrn Stadtrath **Köppen** in Stettin brieflich zugehen zu lassen, welcher auf geäußerten Wunsch die **Wohnungen** besorgen wird.

Auch wird ein **Empfangs-Bureau** constituirt werden, welches den Ankommenden die nöthigen Karten einhändigt und über Wohnung, Ort und Stunde der Versammlungen jede wünschenswerthe Auskunft ertheilt. Das Local, wo dieses Empfangs-Bureau während der Vereinstagstage sich befindet, ist das Bureau des Creditvereins: große Oderstraße 11, nicht weit vom Bahnhofe.

Alle dem allgemeinen Verbande angehörigen Unterverbände und Vereine haben das Recht schriftliche Anträge zum Vereinstage einzubringen, welche jedoch, um auf die Tagesordnung kommen zu können, mindestens 8 Tage vor dem Vereinstage an die unterzeichnete Anwaltschaft eingesendet werden müssen, und erhalten seiner Zeit die Mittheilungen über die Berathungen und Beschlüsse des Vereinstags unentgeltlich zugesendet.

Hoffentlich wird auch diesmal, entsprechend der auch im vergangenen Jahr wieder bedeutenden Zunahme der Genossenschaften, besonders in den dem Orte des Vereinstags näher gelegenen Provinzen und Ländern der diesjährige Vereinstag eine noch stärkere Theilnahme finden als der vorige. Gewiß besitzt **Stettin** mit der See in seiner nächsten Nähe schon an sich Anziehungskraft genug, und die Abgeordneten der Vereine dürfen sich nach gemeinsamer Arbeit, auch der heitersten Genüsse, wie sie eine schöne Natur und die Geselligkeit mit Gleichgesinnten und Gleichstrebenden zu bieten vermögen, versichert halten.

Die Beiträge zu den Kosten des Vereinstages fallen für diesmal, sowie für später, gänzlich weg, da diese Kosten, in Gemäßheit der Mainzer Beschlüsse, aus den Eingängen der Anwaltschaft übertragen werden.

Der Anwalt des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften.
Schulze-Delitzsch.

Bericht über Speisegenossenschaften

für

den 3. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Stuttgart

von F. A. Bebel in Leipzig.

Die außerordentliche Entwickelung, welche das Genossenschaftswesen in den letzten Jahren erfahren, sowie die tägliche Erscheinung, daß man selbst in Kreisen, wo man sich bisher der Erörterung der einschlägigen Fragen fern hielt oder gar darüber lächelte, sich mit Eifer auf das Studium derselben wirft, sind genugsam Beweis, welche hohe Bedeutung die Associationen für unser ganzes Volks- und Staatsleben gewonnen haben.

Eine Erscheinung ist es jedoch, die in dieser großen Bewegung fast auffallend zu Tage tritt, nämlich die, daß die meisten Genossenschaften, wie Vorschuß-, Konsum-, Rohstoffvereine &c. zum großen Theil, wenn nicht ausschließlich nur demjenigen Theil der Arbeiter zu Gute kommen, welche sich bereits einen eigenen Haushalt gegründet oder in irgend einem kleinen Gewerbe selbstständig gemacht haben, während der nicht geringe Theil derjenigen Arbeiter, welcher diesen beiden Kategorien nicht angehört, durch die Verhältnisse weniger in der Lage ist, diese zu benutzen und in Folge dessen auch nur ein geringes Interesse für dieselben hat.

Man wird mir hierauf erwidern, man müsse doch selbstverständlich auch für diejenigen mehr thun, welche durch Familie oder eigenes Gewerbe größere Verpflichtungen zu erfüllen haben, ohne daß man sagen könnte, der Verdienst steigere sich in demselben Maße.

Es mag dies vollkommen richtig sein; dann ist es aber immerhin Pflicht, das Interesse für das Genossenschaftswesen so frühzeitig wie möglich bei den Arbeitern zu wecken und zu pflegen, und dies geschieht meines Erachtens am erfolgreichsten durch Einrichtungen, welche auch dem jüngeren Arbeiter die Betheiligung mit Aussicht auf materiellen Vortheil möglich machen.

Zu diesen Einrichtungen rechne ich namentlich die Sparvereine und Speisegenossenschaften.

Was die ersteren betrifft, so ist hier nicht der Ort mich näher darauf einzulassen; dieselben bestehen auch bereits so zahlreich und mit so gutem Erfolg, daß es wohl überflüssig sein dürfte, ein Wort weiter zu verlieren.

Etwas anderes ist es mit den Speisegenossenschaften. Diese haben bis jetzt noch eine verhältnißmäßig geringe Verbreitung gefunden und will ich mir daher erlauben, Wesen und Einrichtung derselben, so weit mir dies bekannt, in Kürze zu behandeln.

Die Speisegenossenschaften haben den Zweck, durch Ankauf von Lebensmitteln im Großen und durch Zubereitung derselben unter eigner Kontrolle der Betheiligten, denselben eine möglichst billige, dabei jedoch unverfälschte und gutzubereitete Kost zu gewähren.

Bezüglich des letzteren Punktes ist es eine bekannte Thatsache, daß an Orten, wo eine größere Arbeiterbevölkerung sich vorfindet, es auch in der Regel eine große Anzahl von Privat- und öffentlichen Speisehäusern gibt, in denen der Arbeiter oft selbst für billiges Geld speisen kann. Was aber die Zubereitung und Güte der Speisen betrifft, so ist diese fast ohne Ausnahme eine so schlechte und mangelhafte, daß man wohl sagen kann, das billigste Essen ist das theuerste, weil es dem Arbeiter nicht die zu seiner anstrengenden Thätigkeit erforderlichen Nahrungsstoffe zuführt und ihn so zwingt, will er nicht seinen Körper überanstrengen und dadurch einem frühzeitigen Siechthum entgegenführen, dies durch mehr Essen, also auch durch mehr Geldausgeben, einzubringen.

Die Einrichtung und Organisation der Speisegenossenschaften selbst anlangend, so sind es zunächst zwei Systeme, welche beide sich als praktisch bewährt und sich demnach empfehlen lassen.

Das erste dieser Systeme ließe sich in der Art durchführen, daß eine Anzahl Arbeiter, die zur Gründung einer Speisegenossenschaft zusammengetreten sind, sich zunächst einen Wirth oder Privatmann suchen, der die Herstellung der Speisen übernehmen will, und ist dieser gefunden, mit einem im Orte befindlichen Konsumverein um möglichst billige Ueberlassung der Nahrungsmittel abschließen. Der betreffende Wirth kann alsdann die Speisen um die entsprechenden Procente billiger ablassen als er die Zuthaten erhält. Es könnte hier bei Abschluß des Kontraktes die Vorkehrung getroffen werden, daß ein aus der Mitte der Betheiligten gewählter Ausschuß mit dem Wirthe allwöchentlich den Speisezettel vereinbart. Bestände nun in dem betreffenden Orte kein Konsumverein oder nur ein solcher, welcher wenige Artikel führt, so ließen sich durch Abschluß von Verträgen mit einzelnen Lieferanten immerhin auch namhafte Vortheile erreichen.

Die zweite Art der Speisegenossenschaften, welche schon eine festere Organisation bedingt, mehr Schwierigkeiten in der Ausführung bietet, dagegen auch wieder manches Vortheilhafte für sich hat, ist die, welche namentlich in den deutschen Arbeitervereinen der Schweiz vielen Boden gefunden hat und dort blüht und gedeiht.

Diese unterscheidet sich von der ersteren hauptsächlich dadurch, daß die Theilnehmer durch Einzahlung von unverzinslichen Aktien ein Betriebskapital sich verschaffen, das zur Miethung eines Lokals, Anschaffung von Mobiliar und Küchengeräthschaften verwendet wird.

Die Herstellung von Speisen wird durch einen Küchenverwalter besorgt, der unter strenger Kontrole der Gesellschaft steht und von dieser einen bestimmten Gehalt oder eine Tantième bezieht. Alle Einkäufe werden von einem aus den Mitgliedern der Genossenschaft gewählten Ausschuß abgeschlossen und dem Küchenverwalter nach Bedürfniß überwiesen.

In allmonatlich abzuhaltenden Versammlungen erfolgt die Rechnungsablage über den verflossenen Monat, Feststellung der Tantième für den Küchenverwalter, vorausgesetzt, daß derselbe keinen fixen Gehalt bezieht, Festsetzung des Kostgeldes für den folgenden Monat, welche bedingt wird durch die jeweiligen Preise der Lebensmittel, das Resultat der letzten Abrechnung und den vorhandenen Kassenbestand.

Allgemeine Anhaltepunkte für die Gründung einer Speisegenossenschaft nach letzterem System dürften sein:

1) Die Aktie, die jeder Theilnehmer einzuzahlen hat, muß mindestens die Höhe eines wöchentlichen Kostgeldes betragen. Sie ist unverzinslich, jedoch sofort zurück zu zahlen, wenn der Inhaber abreist, durch Krankheit oder sonstige Verhältnisse verhindert ist, an der Kost ferner Theil zu nehmen.

2) Besondere, jedoch nicht zu hohe Einschreibegebühren zu erheben, dürfte insofern nicht zu verwerfen sein, als der dadurch nach und nach angesammelte Fond zur weiteren Anschaffung von Inventar und zweckmäßigerer Einrichtung verwendet werden kann.

3) Ist ein größerer Procentsatz des wöchentlichen Kostgeldes für Erhaltung des Inventars abzuziehen.

Diese beiden letzten Punkte werden wesentlich überflüssig, wenn den Speisegenossenschaften, die sich innerhalb der Vereine bilden, durch letztere freie Benutzung des etwa vorhandenen Inventars gestattet wird.

4) Das Kreditiren des Kostgeldes ist strenge zu vermeiden. Jedenfalls darf ein derartiger Kredit niemals die Höhe des eingezahlten Aktienbetrages übersteigen, damit keinerlei Verluste nach dieser Richtung hin die Gesellschaft treffen.

5) Die Thätigkeit des Vorstandes, der öfters zu wählen ist und unter strenger Kontrolle der Mitgliedschaft steht, hat mehr eine ausführende zu sein, wohingegen alle wichtigeren Verhandlungen vor das Forum der Versammlung zu verweisen sind.

Es wird durch solche Maßnahmen das Interesse und gegenseitige Vertrauen wesentlich gestärkt und die noch so vielfach mangelnde Geschäftskenntniß verbreitet und gehoben.

Auf Grund der obigen Ausführungen nun erlaube ich mir dem Vereinstag folgende Resolutionen vorzuschlagen:

> Der Vereinstag erklärt: a) Die Gründung von Speisegenossenschaften, namentlich für jüngere Arbeiter, ist dringend zu empfehlen. b) Die innere Einrichtung derselben ist den jeweiligen lokalen Verhältnissen zu überlassen, der Vereinstag schlägt aber die oben aufgestellten Systeme zur Beachtung vor.

Der **Allgemeine Deutsche Arbeiterverein** hatte die Arbeiter **Berlins** zum Sonntag, den 23. Juli, Vormittags 10 Uhr, zu einer Besprechung und Beschlußfassung in der Kölner Angelegenheit in Schröder's Salon, Gr. Frankfurterstr. 74—75, eingeladen. Nachdem Hr. Becker die Versammlung eröffnet, werden die Herren Dittmann zum Vorsitzenden, Stephany zum Stellvertreter, und Roller zum Schriftführer gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende an den anwesenden Polizei-Hauptmann die Anfrage, ob auf seine Anordnung drei Polizei-Beamte zur Ueberwachung der Versammlung im Saale zugegen wären, obwohl nach § 4 des Vereinsgesetzes nur ein oder zwei Polizei-Beamte dazu befugt seien. Der Polizei-Hauptmann gibt als Antwort dem anwesenden Konstabler-Wachtmeister die Anweisung, den Saal zu verlassen und bleibt allein mit einem Polizei-Lieutenant zurück. (Bravo). Der Vorsitzende Dittmann hält darauf folgende Ansprache an die Versammlung: Ich ermahne die Versammlung zuvörderst zu einer leidenschaftlosen Besprechung der vorliegenden Angelegenheit, so sehr sie auch Aller Gemüther in Aufregung versetzt haben mag, und verlese Ihnen deßhalb den § 5 des Vereinsgesetzes, welcher die gesetzlichen Gründe enthält, welche allein zu einer Auflösung Anlaß geben können. (Verliest die betreffende Gesetzesstelle.) Sie sind, m. H., zu dieser Versammlung berufen worden zur Wahrung eines Ihrer heiligsten Rechte, des Palladiums bürgerlicher Freiheit, des Vereinsrechtes. Ohne das Vereinsrecht sind wir Arbeiter außer Stande, unsere politischen und socialen Rechte zu wahren, und nur auf dieses gestützt und mit diesem können wir erreichen und durchsetzen, was unsere Interessen erheischen. Der in Köln um das Vereinsrecht ausgebrochene Conflict wird vor dem Richter zur Entscheidung gebracht werden. Für uns handelt es sich dabei um die prinzipielle Frage, ob fernerhin durch einseitige Auslegungen das Vereinsrecht derart gefährdet werden soll, daß wir, von der gesetzlichen Bahn öffentlicher Besprechungen unsere Angelegenheiten zurückgetrieben, nur noch in geheimen Versammlungen, in Konspirationen, unser Heil würden suchen können. Wir wollen vielmehr unter den Augen der Obrigkeit offen und vor aller Welt auf dem Boden des durch die Verfassung garantirten Vereinsrechtes über unsere Angelegenheiten berathen und deßhalb mit allen durch die Gesetze uns zustehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung desselben eintreten. Da aber diese Versammlung allein von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein berufen ist, und die von ihr gefaßten Beschlüsse leicht den Schein einer einseitigen Agitation eines einzelnen Vereines an sich tragen könnten, so scheint es gerathener, heute nur die Vorbereitungen zu einer großartigen Massenversammlung der Berliner Arbeiter zu treffen, da alle Vereine und Arbeiter, ohne Unterschied ihrer socialen Färbung, in gleicher Weise für die Wahrung der Vereinsrechte interessirt sind und hierin alle einerlei Willens sein müssen. (Beifall.) Hr. v. Schweitzer stellt folgenden Antrag: In Erwägung, daß durch die in Bezug auf das Abgeordnetenfest in Köln ergangenen Maßnahmen der Polizeibehörden das durch die beschworene Verfassung allen Preußen garantirte Vereinsrecht in höchstem Grade gefährdet ist; in weiterer Erwägung, daß es Pflicht aller Staatsbürger ist, mit allen Kräften für die Wahrung des Vereinsrechtes einzustehen; aus diesen Gründen beschließt die Versammlung die Bildung eines Comités für Berlin für diese Angelegenheit und betraut dasselbe mit den weiteren etwa erforderlichen Schritten. In einer längeren Debatte über die Herbeiführung der beregten großen Massenversammlung wird besonders der Wunsch ausgesprochen, daß in das Comité aus den anwesenden Personen Mitglieder aller Arbeiter-Vereine und Korporationen jeglicher socialen Färbung gewählt werden, die dann das Recht haben sollen, sich durch Arbeiter aus den größeren Fabriken zu ergänzen. Der Antrag wird darauf angenommen, und es werden in das Comité außer dem Vorstande gewählt: die Herren Metzner (Allgesellen-Verein), Lamotte und Richter (Berl. Arbeiter-Verein), Becker und von Schweitzer (Allg. Deutsch. Arbeiter-Verein) Schilling (Buchdruckergehilfen-Verein. — Ein fernerer Antrag des Herrn von Schweitzer geht dahin, den Abgeordneten in Köln zu Händen des Abg. Stadtrath Roggen folgendes Telegramm überzusenden: Die am 23. Juli im Schröder'schen Lokale, Frankfurterstr. 74—75, in Berlin von dem Allg. Deutsch. Arb.-Verein berufene Arbeiter-Versammlung den wackren Vertheidigern des Vereinsrechtes zu Köln ein donnerndes Hoch! Zu diesem Antrage wird das Amendement gestellt, nur zu sagen: Die am 23. Juli im Schröder'schen Lokale, Frankfurterstr. 74—75, in Berlin „tagende" Arbeiter-Versammlung, weil es sich eben nicht um eine von einem einzelnen Vereine berufene, sondern um eine allgemeine Versammlung von Berliner Arbeitern handeln solle. Hr. v. Schweitzer bemerkt dagegen, daß er diesen Zusatz gemacht habe, um dadurch zu dokumentiren, daß der Allg. Deutsche Arbeiter-Verein unbeschadet seiner socialen Stellung in allen Fragen von allgemeinem politischen Interesse in der Fortschrittspartei keinen Feind sehe, vielmehr mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in solchen Fragen für dieselbe einzustehen und mit ihr zu gehen bereit sei. Im Uebrigen erklärte er sich aber mit dem gestellten Amendement einverstanden. Der amendirte Antrag wird darauf angenommen und der nächste Sonntag, Vorm. 11 Uhr, zu der in Aussicht genommenen Massen-Versammlung in einem noch zu bestimmenden Lokale festgesetzt!

(Aus dem 8. Flugblatt des ständigen Ausschusses.) Der ständige Ausschuß richtet an die Vereine wiederholt die Aufforderung, ihm über die Gründung und den Fortgang von Genossenschaften, welche aus den Arbeitervereinen hervorgegangen sind, als Sparvereine, Lebensversicherungs- und Konsumvereine, Produktivgenossenschaften u. s. w., regelmäßig Nachricht zu geben. Namentlich werden die Vereine ersucht, in der allernächsten Zeit einen Bericht über diesen Gegenstand an den Vorsitzenden gelangen zu lassen, damit die über die verschiedenen Zweige des Genossenschaftswesens für den Vereinstag bestellten Referenten von den bezüglichen Mittheilungen Gebrauch machen können.

Die Thätigkeit der Arbeitervereine Sachsens im Jahre 1864.

Den hierüber von Moritz Germann im Flugblatt 8 gemachten Mittheilungen entnehmen wir Folgendes:

„Um dem Zusammenwirken und solidarischen Interesse der Arbeitervereine immer erfolgreicher dienen zu können, hat sich in den verschiedensten Theilen Deutschlands eine Anzahl von Vereinen zu einem (Gau-) Verband zusammengethan.

„Die Zweckmäßigkeit solcher Einrichtung wird sich immer zweifelloser herausstellen, je mehr die einzelnen Verbände ihre Organisation vervollständigen und mittelst dieser, sowie ihrer zusammenwirkenden und sich gegenseitig ergänzenden Thätigkeit dem gemeinsamen Streben förderliche Resultate zeitigen.

„Wir sind weit entfernt zu glauben, unsere desfallsige Wirksamkeit ihrer besonderen Bedeutung halber der Oeffentlichkeit übergeben zu müssen; sondern vermuthen nur, daß es den Brudervereinen nicht ganz uninteressant ist, davon Kenntniß zu erhalten, wie es in eben angeregter Beziehung um unsere sächsischen Vereine steht, und theilen deshalb Folgendes mit:

„Nachdem sich die sächsischen Vereine in einer in Chemnitz abgehaltenen Conferenz über die Gründung eines Gauverbandes und dessen Zweck: „die geistig bildende und volkswirthschaftliche Thätigkeit der Arbeitervereine zu fördern", geeinigt,

suchten sie nach um die erforderliche Genehmigung der Regierung.

„Leider wurde ihr Gesuch abfällig beschieden, als einem solchen Vorhaben die Bundestagsbeschlüsse vom 13. Juni 1854 entgegenständen.

„Trotzdem haben die Vereine ihre gegenseitige Verbindung unterhalten und für ihr Vorhaben gearbeitet so gut es unter den gegebenen Verhältnissen ging, aber auch nach der veränderten Sachlage, welche dadurch eingetreten, daß die sächsische Regierung in einer Verordnung vom 30. März d. J. jene Bundestagsbeschlüsse für Sachsen aufgehoben, ein erneutes Gesuch in dieser Angelegenheit an die Regierung gerichtet.

„Wir haben aber von da ab nicht etwa hoffnungstrunken die Hände in den Schooß gelegt, sondern uns durch Aussendung von Fragebogen davon in Kenntniß gesetzt, wie es um die einzelnen Vereine steht, wo und wie dieselben in ihren Bestrebungen gefördert werden können.

„Wir sind der Meinung, wenn wir diese Gruppe von Vereinen in Bezug auf ihre Lehrmittel und Leistungen zusammenstellen, so wird am Besten herauszufinden sein, wo gründlich zu helfen ist und welche Wege zu diesem Behufe einzuschlagen sind.

„Wir geben in Nachstehendem solche Zusammenstellungen über die Vereine selbst, die Mittel zu ihrer bildenden und wirthschaftlichen Thätigkeit“.

Die Vereine selbst.

Lauf. Nr.	Ort und Name des Vereins.		Mitgliederzahl.	Monatsbeitrag. Ngr.	Vorsitzender: Name.	Stand.	Wohnung.	Genossenschaftliche Einrichtungen des Vereins.
1	Altenburg	Fortbildungsverein.	64	2	P. Staude	Schriftsetzer	Roßplatz.	Sparkasse.
2	Chemnitz	Arbeiterbildungsverein.	—	—	Rabius	Techniker	(ohne	Bericht.)
3	Crimitzschau	Arbeiterfortbildungsverein.	150	1	H. Sachse	Tuchmacher	Leipzigerstr.	Konsum-Bäckerei.
4	Dresden	Arbeiterbildungsverein.	134 M. 146 Schül	6 5	M. Hendel	Tischler	Wollstraße.	Sparkasse-Konsum-Verein.
5	Egidirn bei Lichtenstein	Arbeiter-Leseverein.	19	2½	Ag. Breitfeld	Musiker	—	— —
6	Frankenberg	Arbeiterverein.	226	1	Heinr. Pilz	Webermeister	Neubau 49	Konsum-Verein, Weberassociation.
7	Glauchau	Gewerbeverein.	330	1½	B. Kuhm, j.	Chemiker	Breite Straße.	— — —
8	„	Arbeiter-Leseverein.	150	1½	E. Barth	Schneider	Kirchgasse.	— — —
9	Großenhain	Arbeiterbildungsverein.	140	2	G. Ringpfeil	Wollsortirer	Dresd. Gasse.	Sparkasse, Krankenkasse Konsumverein.
10	Leipzig	Gewerblicher Bildungsverein.	320	5	Dr. Bryher	—	Langestraße.	Sparkasse.
11	„	Fortbildungsverein für Maurer.	88	1½	Müller	Maurerpolir	Weststraße.	—
12	„	Fortbildungsverein f. Zimmerleute.	70	1½	Neumann	Zimmerpolir	Nicolaistraße.	—
13	„	Verein „Vorwärts“.	100	2½	F. Klement	Graveur	—	Konsum-Verein, Vorschuß-Verein.
14	Löbau	Fortbildungsverein.	20	2½	Ferd. May	Schuhmacher	—	— —
15	Lichtenstein	Leseverein.	28	2	C. F. Kälz	Webermeister	—	— —
16	Lichtenstein-Allenberg	„	25	2½	E. Werner	Buchbinder	—	— —
17	Mülsen St. Niklas	Lese- und Bildungsverein.	25	1	Benj. Wagner	Webermeister	—	— —
18	„	Arbeiter-Leseverein.	16	1	A. F. Barth	Strumpfwbr.	—	Sparkasse.
19	„	Leseverein I.	27	1½	Carl Meyer	Webermeister	—	Spar-Kreditkasse.
20	„	„ II.	22	2½	C. Kähler	Ziegelmeister	—	—
21	Neudörfel bei Lichtenstein	Männer-Leseverein.	39	2	L. Reichelt	Mühlenbes.	—	—
22	Ortmansdorf	Niederer Leseverein.	20	1	Barth	Strumpfwbr.	—	—
23	Thurm Mülsengrund	Arbeiterverein.	238	1	C. G. Flechsig	—	—	—
24	Zwickau	Arbeiterverein.	400	1—3	J. G. Kraft	Buchhalter	Kleinstraße.	Krankenkasse, Begräbnißkasse, Altersversorgungskasse, Konsum-Verein.
25	„	Bergarbeiterverein.	225	6	J. Wagner	Bergarbeiter	N. Planitz b. Z.	Krankenkasse, Invalidenkasse.
26	„	Bergknappenverein.	103	1	Ernst Dietz	—	Schedewitz, Z.	— —
27	„	Fortbildungsver. f. Gewerbtreibende	125	5	Frd. Esche	Faktor	Schneebgrstr.	— —
28	„	„Germania“.	180	2	Heinr. Quaas	Wagenschieber	Brunnstraße.	Krankenkasse, Begräbnißkasse.
29	„	Vorschußverein.	1049	?	C. Th. Dittrich	—	—	Vorschuß-Verein.

Demnach würden s. Z. in allem dem Verband angehören können:

29 Vereine mit 4579 Mitgliedern

und

5 Sparkassen,
2 Vorschußvereine,
5 Konsumvereine,
1 Konsumbäckerei,
4 Krankenkassen,
2 Invalidenkassen,
2 Begräbnißkassen,
1 Weberassociation.

Zusammen 22 genossenschaftliche Institute.

„Wir können nicht unterlassen hieran einige Bemerkungen zu knüpfen. Zunächst haben sich in Leipzig der gewerbliche Bildungsverein und der Verein Vorwärts unter dem Namen Arbeiterbildungsverein vereinigt. Von Chemnitz sind wir ohne Bericht geblieben, haben aber nachträglich erfahren, daß der Verein aus Mangel an Betheiligung eingegangen sei nicht nur von Seiten der Arbeiter, sondern auch von Seiten derjenigen, welche den Verein durch ihre geistigen Kräfte unterstützen könnten. Und dies kann in Chemnitz vorkommen, welches Tausende von Arbeitern, viele technische Anstalten mit ausgezeichneten Lehrkräften, eine Menge von hierzu befähigten Technikern, die Redaktion einer Industriezeitung und gewiß auch einige Männer von unserer liberalen Partei hat. Großes Chemnitz, in dieser Beziehung doch so klein! — Aehnliches droht dem Verein in Löbau, nur haben dort die Arbeiter den guten Willen, obgleich sie unter dem Drucke der Verhältnisse nicht emporkommen können. Ihre Bitten um Vorträge und Unterricht bleiben unberücksichtigt und zwar aus Vorurtheilen gegen den Verein — armes Löbau!

„Endlich möge man in Zwickau, ganz besonders aber in Mülsen den Gedanken einer Vereinigung recht stark in's Auge fassen, und wohl beherzigen, daß an die Lösung ihrer hohen Aufgabe nur dann zu denken ist, wenn sie mit vereinten Mitteln und Kräften daran arbeiten.“

Aus zweien dem Bericht beigefügten Tabellen über den in diesen Vereinen ertheilten Unterricht und die gehaltenen Vorträge und über die Zeitschriften und Bibliotheken im Besitz der 29 Vereine ergiebt sich, daß in 13 Vereinen Unterricht und Vorträge, in einem Verein nur Unterricht, in 8 Vereinen nur Vorträge und in 11 Vereinen weder Unterricht noch Vorträge gehalten werden. Im Ganzen wurden in 29 Vereinen 396 Vorträge gehalten und in 46 Fächern Unterricht ertheilt. — Dabei theilen die Vereine, welche diese Bildungsmittel anbahnen, mit, daß ihnen Mittel und Gelegenheit dazu fehlen.

4 Vereine haben gar keine Zeitschriften und 13 Vereine gar keine Bibliothek;

6 Vereine eine Zeitschrift und 6 Vereine eine Bibliothek mit bis 25 Bände;

6 Vereine 2 Zeitschriften und 2 Vereine eine Bibliothek mit bis 50 Bände;

13 Vereine 3—20 Zeitschriften und 8 Vereine eine Bibliothek mit bis 50—600 Bände.

Die Vereine haben also in dieser Beziehung theilweise gar keine und theilweise sehr ungenügende Bildungsmittel. Die allerwichtigste Frage, welche sich daher die Arbeitervereine Sachsens vorzulegen haben, ist die, wie ist diesen Uebelständen abzuhelfen?

Wir glauben, sagt der Berichterstatter, die Antwort am sichersten im Kernpunkt unserer ganzen Bestrebungen selbst, in der eigenen Kraftanstrengung, in dem genossenschaftlichen Princip suchen zu müssen. In der eigenen Kraftanstrengung insofern, als die einzelnen Vereine ernstlich bestrebt sind, das noch Mangelnde anzuschaffen, Freunde und Förderer zu erwerben und die Vorurtheile gegen die Vereine zu bekämpfen, und wodurch? — durch die Lokalpresse, indem man hierin über die Thätigkeit der Vereine berichtet und zur Theilnahme anregt.

„Ferner aber durch das genossenschaftliche Princip, indem der Gauverband dahin wirkt, durch Zusammenfassen seiner Mittel und Kräfte den einzelnen Vereinen Lehrmittel und Lehrkräfte zu verschaffen, und in demselben Maße wie er erstarkt weiter thätig zu sein, regulirend und fördernd auf die in den Vereinen bestehenden Genossenschaften einzuwirken, den Engros-Bezug seiner Bedürfnisse anzustreben; endlich aber auch eine Agitation zur Beseitigung aller der Hindernisse in's Leben zu rufen, welche der genossenschaftlichen Entwicklung im Speciellen und der materiellen Hebung des Arbeiterstandes im Allgemeinen entgegen stehen“.

Am Schluß wird von dem Berichterstatter den Arbeitervereinen Sachsens empfohlen:

1) an allen den Orten, wo sich mehrere Vereine befinden, dieselben in einen einzigen zu vereinigen.

2) Die Beiträge auf mindestens 2½ Ngr. zu erhöhen.

3) Mindestens eine gute politische Zeitung und die Gartenlaube zu halten.

4) Dem Gauverband beizutreten.

„Immerhin bedürfen aber, so schließt der Bericht, unsere Arbeitervereine auch einer Unterstützung, und zwar einer geistigen Unterstützung von Außen. Es kann daher wohl keinen wohlgemeinteren und gerechtfertigteren Wunsch an unsere Volksfreunde und liberale Partei aller Orten geben, als diesen Instituten ihre Aufmerksamkeit zu schenken, ihnen dann und wann eine freie Stunde zu widmen, sie durch Unterrichtsertheilung und Vorträge fördern zu helfen.

„Man blicke nur auf die Feudalpartei und beobachte, was sie für ihre Pfleglinge der Jünglingsvereine thut und bedenke, wie viel würdiger und lohnender es ist, den Geist anzufachen und zu beleben, welcher den Arbeitervereinen innewohnt.

„Nur durch Verbreitung von Aufklärung und Bildung entstehen selbstbewußte Massen, die für zeitgemäße Reformen nicht nur reif und opferwillig sind, sondern auch wie ein Mann für dieselben einstehen. Man beherzige wohl, daß dieser Boden bearbeitet werden muß, wenn er der Freiheit-Saat goldne Früchte tragen soll.“

Statt dessen, fügen wir hinzu, werden von nicht wenigen Männern unzweifelhaft liberaler Richtung die Bildungsbestrebungen der Arbeiter nur sehr wenig, oft gar nicht, unterstützt. Das ist eine sehr schwere Unterlassungssünde. D. Red.

Karlsruhe, 23. Juli. Auf Anregung des oberrheinischen Gauverbandes der Arbeiterbildungsvereine fand heute in den Räumlichkeiten der Gewerbehalle eine größere öffentliche Versammlung von Abgeordneten ähnlicher Vereine unseres Landes statt. Nach Begrüßung derselben durch Herrn Dr. Nestler im Namen des Karlsruher Vereins wurde Kreisgerichtsrath Eimer aus Freiburg zum Vorsitzenden ernannt, an dessen Seite Professor Cantor aus Heidelberg und Fabrikant Becker aus Pforzheim als Schriftführer Platz nahmen.

Den Namensaufruf der vorhandenen Vereinsabgeordneten beantworteten: Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Mühlburg, Freiburg, Müllheim, Schopfheim, Konstanz. Außerdem hatten andere Vereine, wie Neustadt, Furtwangen, Kandern, Waldshut, Oberkirch, Staufen, Sulzburg, Lörrach, Zell, Tiefenbronn, Ueberlingen sich durch Mitglieder ande-

rer Vereine vertreten lassen. Auch Herr Sonnemann, Mitglied des Frankfurter Centralausschusses, und Herr Pfeiffer, Vorstand des schwäbischen Landesverbandes, waren gegenwärtig.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Gründung eines allgemeinen badischen Landesverbandes der Arbeiterbildungsvereine nach dem Muster des seitherigen oberrheinischen Gauverbandes, dessen Vorstand, Herr Fr. Stöckler, auch die Berichterstattung übernommen hatte. Da die Statuten dieses Verbandes den Berathungen zu Grunde gelegt wurden, so war das Resultat der sehr eingehenden und manche Satzungen verändernden Debatte in der Form wesentlich von jener Grundlage abhängig, und man überließ es dem Vororte, redaktionelle Veränderungen, wenn wünschenswerth erscheinend, eintreten zu lassen. Diese stylistischen Verbesserungen abgerechnet, lauten die Statuten des neu gegründeten Landesverbandes wie folgt:

Landesvereins-Statuten

der

Arbeiterbildungsvereine des badischen Landes.

§ 1. Die Arbeiterbildungsvereine des badischen Landes treten zum Zwecke der Förderung der allgemeinen Interessen und Rechte der Vereine in einen Landesverband mit einem Vorort an der Spitze.

§ 2. Ein Lokalverein eignet sich zur Aufnahme in den Gauverein nur dann, wenn seine Satzungen dem allgemeinen Zwecke der Arbeiterbildungsvereine entsprechen, die Mitglieder geistig-sittlich auszubilden, in allen für das bürgerliche Leben überhaupt und insbesondere für den Arbeiter nützlichen Zweigen des Wissens zu unterrichten und sich gegenseitig zu unterstützen.

§ 3. Die Anmeldung eines Vereins zum Beitritt in den Gauverein geschieht beim Vorort, dem die betreffenden Statuten vorzulegen sind und welcher die Anmeldung den Lokalvereinen zur Kenntniß bringt. Die Aufnahme geschieht durch Abstimmung der Vereine binnen 4 Wochen.

§ 4. Ein jeder Verein hat ohne Rücksicht auf seine Mitgliederzahl bei allen Abstimmungen je eine Stimme.

§ 5. Jeder Lokalverein stattet dem Vorort halbjährlich einen Bericht ab, in welchem anzugeben ist:

1) die Mitgliederzahl,
2) der Stand der Sparkasse,
3) die Unterrichtszweige, die gelehrt, und die Vorträge oder Vorlesungen, die gehalten werden,
4) die wichtigeren während des abgelaufenen Halbjahrs stattgehabten Vorfälle oder Ereignisse im Vereinsleben.

Diese Berichte werden vom Vorort zusammengestellt und wieder als Ganzes zur Kenntniß der einzelnen Vereine gebracht.

§ 6. Zu diesem Zwecke, sowie überhaupt zur Besorgung der Gauvereinsangelegenheiten wählt der Vorort alljährlich in einer Generalversammlung einen Landesausschuß von 5 Mitgliedern.

§ 7. Der Landesverein versammelt sich der Regel nach alljährlich einmal an Versammlungsorten, in deren Wahl ein gewisser Wechsel nach den einzelnen Landestheilen stattfinden soll. Jeder Lokalverein soll zu diesen Versammlungen wo möglich einen Abgeordneten senden. Stellvertretung findet nicht statt. In der Jahresversammlung erstattet der Landesausschuß Bericht über seine Thätigkeit während des abgelaufenen Jahres und den Stand des gesammten Landesverbandes. Auch wird die Neuwahl des Vororts vorgenommen. Einzelne Anträge auf die Tagesordnung zu dieser Versammlung müssen dem Vorort spätestens 6 Wochen vorher mitgetheilt werden, der dann diese Tagesordnung 3 Wochen vorher den Lokalvereinen mitzutheilen hat.

§ 8. Die Kosten des Landesvereins sollen alljährlich nach Kopfzahl der Mitglieder vertheilt werden. Zu den Kosten werden auch die Beiträge zum allgemeinen deutschen Arbeitervereine gerechnet, deren Uebersendung der Landesausschuß vermittelt.

An der Diskussion betheiligten sich Mannheim (Eichelsdörfer, Stein), Heidelberg (Siegel, Wundt, Wattenbach, Cantor), Bruchsal (Bauer), Pforzheim (Provence, Niemann, Kunzelmann), Karlsruhe (Kestler, Busch, Waldkirch, Holzheuser, Dittmar), Freiburg (Stöckler, Eimer), Schopfheim (Hug).

Zum Vorort wurde bei schriftlicher Abstimmung mit allen gegen eine Stimme Freiburg gewählt.

Zur Deckung der nächsten Kosten wurde eine Umlage von 3 kr. per Kopf beschlossen, aus welchen auch die Auslagen der Zusammenberufung der heutigen Versammlung zu decken sind.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung war die Frage der Wanderunterstützungskasse, über welche jedoch so weit auseinander gehende Meinungsverschiedenheit sich zeigte, daß beschlossen wurde, der Vorort solle über diese Frage sich noch mit den einzelnen Lokalvereinen in's Einvernehmen setzen. Im Allgemeinen war das Oberland mehr für sofortige Wanderunterstützung, während das Unterland noch manche Bedenken über die finanzielle Zulässigkeit dieser Einrichtung äußerte.

Sodann verlas Prof. Wundt das Gutachten des Heidelberger Arbeiterbildungsvereins für Aufrechterhaltung des Gewerbeschulzwangs und Ausdehnung desselben auf alle Gewerbe. Nachdem dieses Gutachten insbesondere von den Herren Busch, Provence, Waldkirch, Stöckler kräftig befürwortet worden, wurde es von der Versammlung einstimmig als Ausdruck ihrer Gedanken über den hochwichtigen Gegenstand angenommen.

Zum Schlusse war noch von der Beschickung des Stuttgarter allgemein-deutschen Arbeitertages am 2. Sept. d. J. die Rede. Herren Sonnemann und Pfeifer luden zu zahlreichem Besuche desselben ein.

Die Sitzung hatte mit einer Pause von nur 5 Minuten von 11 Uhr bis nach 3 Uhr gedauert. Nach der Sitzung vereinigten sich die Theilnehmer zu einem gemüthlichen Mittagsmahle im grünen Hofe, von wo die Eisenbahnglocke sie einzeln hinwegrief.

Böhrenbach, den 23. Juli 1863. Daß der Arbeiterbildungs-Verein zu Böhrenbach als junge Pflanze dem Sturme erlegen und sich aufgelöst hat, wie von dem oberbadischen Gauvorort Freiburg als Vierteljahrsbericht an die allgemeine deutsche Arbeiterzeitung zu Coburg eingesandt, und in Nr. 133, Seite 706 derselben zu lesen ist, dem muß der Wahrheit gemäß widersprochen werden.

Der Arbeiterbildungs-Verein zu Böhrenbach besteht heut zu Tage noch, nur, daß er seit 1863 u. 1864 an Mitgliedern zugenommen hat. Da aber derselbe, bei Constituirung des Gauverbandes unter dem Vorort Freiburg, sich mit der Wanderunterstützung nicht einverstanden erklärte, erging von besagter Stelle aus die schriftliche Erklärung, daß der Böhrenbacher Arbeiterbildungs-Verein als ausgeschlossen zu betrachten sei. Dieses zur Kenntniß. **Der Vorstand.**

Politischer Theil.

Deutsches Kerkerleben.

Von Gustav Struve.

(Schluß.)

Der Vollständigkeit wegen möge hier nochmals an den früher schon in diesen Blättern erwähnten, folgenden Vorfall erinnert werden. „Heinl nahm nicht den geringsten Anstand, aus eigener Machtvollkommenheit einem Gefangenen, dessen Strafzeit vorüber war, die Freiheit noch einige Tage länger vorzuenthalten. Das Gleiche geschah denn auch einem politischen Gefangenen, Schneidermeister Beyer aus Geyer, dessen Begnadigung am Neujahrstage 1853 eingegangen war und der, obwohl durch zweite Hand sogleich davon benachrichtigt, dennoch erst am dritten Tag die Ankündigung seiner Entlassung erhielt und darauf in eine Zelle gebracht wurde, um sich umzukleiden. Es war eingeführt, daß der Entlassene vor seinem Austritt aus der Anstalt sich noch, als gesetzlich Freier, von dem Geistlichen verabschiede. Das geschah auch hier. Pastor Dietrich aber, der seit Heinl's Amtsführung ganz besondere Fortschritte in der Loyalität gemacht, empfing Beyer mit einer Anrede, in welcher er ihm die gar nicht auszusprechende Schlechtigkeit der politischen Verbrecher zu Gemüthe zu führen suchte, als welche die einzelnen Gottlosigkeiten aller anderen Missethäter in ihrem Frevel zusammenfaßten und daher ungleich verruchter noch seien, als jene. Beyer entgegnete etwas erregt, daß er nur die zu Recht bestehende Reichsverfassung habe vertheidigen wollen, dagegen aber seinerseits sich über schwere Willkür zu beklagen habe, denn seit drei Tagen bereits sei er begnadigt, und doch noch nicht in Freiheit gesetzt. Pastor Dietrich verlor keine Minute, dem Director diese Klage mitzutheilen, und Heinl ersah hier die Gelegenheit, ein warnendes Exempel zu statuiren. Er ließ Beyer nochmals vorführen und verurtheilte ihn, den freien Mann, zu Stockhieben. Heinl selbst, in großer Uniform, nebst einigen Oberbeamten, wohnten der Execution bei, die öffentlich auf der Schneiderstube, welcher Beyer angehört hatte, stattfinden sollte. Beyer wurde auf die Bank geschnallt. Beim sechsten Hieb schon sprang das Blut hoch auf, und mit Wunden bedeckt wurde der Mißhandelte dann noch auf die Latten gelegt, wo er auf längere Zeit die Besinnung verlor. Erst den nächsten Tag erhielt er die Freiheit.

„Wem es unbegreiflich erscheinen mag, wie die anderen Beamten solche Abscheulichkeit dulden konnten, oder doch nicht nachträglich Klage darüber führten und die Regierung zu einem Einschreiten nöthigten, der wolle erwägen, daß es sich hier doch nur um einen politischen Entlassenen handelte und die Beamten nicht ohne Grund befürchten mußten, daß ein solcher Schritt bei Herrn von Beust doch nur ihnen selbst gefährlich werden konnte, wie denn auch der Nachfolger des Pastor Dietrich, weil er sich erlaubt, dem Director Heinl Vorstellungen wegen seiner Behandlung der politischen Gefangenen zu machen und sogar bei dem Ministerium auf größere Humanität anzutragen, sofort zur Strafe in das sogenannte sächsische Sibirien nach dem Erzgebirge versetzt wurde.

„Pastor Kohl, der diesem folgte, verstand sich besser in die Stellung zu schicken und war ein würdiger Ersatzmann für Pastor Dietrich. Er befleißigte sich der tadellosesten Orthodoxie und Loyalität, was ihn freilich nicht verhinderte, seinen eigenen Sohn einem politischen Gefangenen, der sich ihm selbst gegenüber offen als Atheist bekannt hatte, zum Unterrichte anzuvertrauen, weil er keinen bessern und zugleich wohlfeileren Lehrer hätte finden können. Um so standhafter bewährte Pastor Kohl seine Orthodoxie mir gegenüber. Er verweigerte mir hartnäckig die von meinem, dem katholischen Geistlichen, ausdrücklich gestattete. Aushändigung der Predigten des freisinnigen Pastor Steinacker in Weimar, die ich mir hatte kommen lassen, um die Anschauungen dieses Mannes, der sich aus Freundschaft längere Zeit dem Unterrichte meiner Kinder unterzogen hatte, kennen zu lernen. Der Vater durfte nicht erfahren, in welchen Ansichten seine Kinder herangebildet wurden! Freilich waren die Standpunkte dieser beiden Theologen sehr verschieden, denn Pastor Kohl bemühte sich, trotz seiner eigenen, aus jedem Worte hervorleuchtenden Glaubenslosigkeit, nach Kräften, die ihm Anvertrauten auf den Standpunkt des 16. Jahrhunderts zurückzuführen. Wunder und Zauberei wurden als unanfechtbare Thatsachen aufgestellt, an denen zu zweifeln Gottlosigkeit sei. Die Philosophie trug die Schuld an den Mißernten in den Jahren 1855 und 1856. Wenn im letzteren Jahre von gegen Tausend Gefangenen hundert starben, so waren nicht Mangel und Mißhandlung die Ursache, sondern Gott hatte sie zur Strafe ihrer Sünden hinweggenommen. Auch eine allein seligmachendende lutherische Kirche lernten wir durch ihn kennen; ebenso erfuhren wir, daß die Todesstrafe eine göttliche Anordnung und der Versuch ihrer Abschaffung Frevel sei, endlich noch erbaute er uns durch die Eröffnung, daß die Geistlichen und obrigkeitlichen Beamten „gleichsam einen Heiligenschein“ trügen, denn sie seien Gottes Stellvertreter auf Erden und seine Ehre gehe zum Theil auf sie über. Das persönliche Gebahren dieses Seelenhirten entsprach dem Lichte, welches er um sich zu verbreiten suchte. Die meiste Achtung und Liebe aber gewann er sich durch sein Verhalten den Kranken gegenüber. Pastor Kohl war sehr besorgt für sein Wohlergehen und hatte eine große Abneigung, die Krankenstube zu betreten, in welcher er sich denn auch nur selten sehen ließ. Als nun vollends im Jahre 1858 eine Art Epidemie in derselben ausbrach, war er kaum mehr hinzubringen und die wenigen Male, die er kam, durcheilte er die Säle, ein mit Essig getränktes Tuch vor dem Mund, ängstlich jeder Annäherung mit den Kranken ausweichend. Wahrscheinlich auf Grund seines hier bewährten Opfermuthes ernannte ihn die Regierung bei der Mobilmachung im Jahre 1859 zum Feldprobst, wie sie denn auch bald darnach seine Verdienste um Waldheim durch die Beförderung zum Superintendenten in Chemnitz belohnte. Der Amtsnachfolger des Pastor Kohl erreichte diesen vielleicht nicht in hochkirchlicher Orthodoxie, übertraf ihn dagegen noch im Vertrauen und in der Vorliebe für die Bekehrungsmittel der disciplinären Strafgewalt. Dieser war es, der sich nicht scheute, der geschilderten Zerfleischung des jungen Wenden als Dilettant beizuwohnen; alte Leute, die an heißen Sommernachmittagen in seinen Predigten sich des Schlafes nicht erwehren konnten, wurden auf seine Anzeige hin mit Stockhieben bestraft, und sein lebhafter Wunsch ging, wie er mir selbst sagte, dahin, daß sämmtliche Kinder und Erwachsene polizeilich gezwungen sein sollten, an Sonn- und Feiertagen die Kirche zu besuchen, was er ihnen durch ein ebenso strenges Verbot aller und jeder Vergnügungen an diesen Tagen zu erleichtern gedachte.

„Endlich nach langem Schlummer erwachte die öffentliche Meinung in Sachsen und ganz Deutschland und drang auf Amnestirung der politischen Gefangenen. Zu dieser, d. h. einem Abschlusse mit der Vergangenheit konnte sich die deutsche Regierungsweisheit nirgends erheben. Der Riß im Rechtsbewußtsein der Nation sollte erhalten bleiben. Man verstand sich nur zu einzelnen sogenannten Begnadigungen.

Röckel spricht sich darüber aus, wie folgt:

„Nichts wäre schwieriger gewesen, als die Norm zu entdecken, nach welcher bei diesen Begnadigungen verfahren wurde, weil es in der That gar keine Norm, keinen Maßstab dafür gab; Protektion, sowie die größere oder mindere Abneigung gegen die Einzelnen entschied allein. Die Höhe der ausgesprochenen Strafen war dabei von gar keinem Belang, wie denn manche, auf Lebenszeit oder auf zwanzig Jahre Verurtheilte schon nach zwei, drei Jahren frei gelassen wurden, während Andere, gegen welche auch mit dienstfeiriger Dehnung der Gesetze nur ein weit geringeres Strafmaß zu ermöglichen gewesen war, ihre Zeit bis zur letzten Stunde ausharren mußten. In der Regel ging jedoch den Freilassungen eine oder mehrmalige Strafverminderungen voraus; man konnte in dieser stückweisen Begnadigung seine Milde um so öfter leuchten lassen. Auch kam es nicht selten vor, daß die Direction angewiesen wurde, nach weiteren drei oder mehr Jahren, über diesen oder jenen „Bericht" zu erstatten, was so viel hieß, als daß er vor Ablauf dieser Zeit gar nichts zu hoffen hatte, auch kein Begnadigungsgesuch einreichen durfte, während es noch sehr zweifelhaft blieb, ob nach diesem Termine nicht wieder ein neuer, mehrjähriger anberaumt würde, wie dies mehrfach geschah. Wie schlecht die Regierung über die Vorgänge in Waldheim unterrichtet war, ergab sich aus mehreren dieser Begnadigungen. Ein auf Lebenszeit verurtheilter Schneidermeister aus Dresden, der sich bei einem Selbstmordversuch die Lunge verletzt hatte und an galloppirender Schwindsucht darniederlag, erhielt vier Monate vor seinem längst vorhergesehenen Tod die freudige Nachricht, daß seine Gefangenhaltung nur noch zehn Jahre währen solle. Die volle Begnadigung des Advokaten Bernhard, Mitglied der ersten Kammer, traf zwei Tage nach seinem Tode ein (man fährt in drei Stunden von Waldheim nach Dresden), und es erhob sich ein hartnäckiger, schließlich doch zu Gunsten der Familie entschiedener Streit darüber, ob seine Leiche ihr ausgeliefert werden, oder auf der Begräbnißstätte des Zuchthauses verbleiben müsse. Der Tod Bernhards war einer der ausgeprägtesten jener Fälle, in denen es den Aerzten schwer, wenn nicht unmöglich wurde, in dem körperlichen Zustand eine ausreichende Ursache dafür zu entdecken. Das Zuchthaus hatte für solche Erscheinungen seinen besonderen Ausdruck, und die Aufseher pflegten zu sagen: „Der Grimm hat ihm das Herz abgedrückt," wenn der Eintritt des Todes räthselhaft blieb. In Betreff des überaus weichen und edlen Bernhard, änderten sie das Urtheil in Etwas und sagten: „Der Gram hat ihn getödtet", und so war es auch. Gleich vom ersten Tag an schien er wie abgestorben, lediglich seinen Schmerz über die Trennung von seiner Familie nährend. All' unsere, nur leider sehr erschwerten Versuche, ihn aufzurütteln und zur Theilnahme an unseren Hoffnungen und Zerstreuungsmitteln zu bewegen; blieben erfolglos. Stumm, in sich gekehrt saß er in der Kirche oder wandelte er auf den Spaziergängen unter uns. Er starb eben, weil er im Kerker nicht zu leben vermochte. Manchen Andern noch von den 24 aus unserer Schaar und ungezählten sogenannten gemeinen Verbrechern, die in Waldheim ruhen, ward solcher Art die Gefängnißstrafe zur Todesstrafe.

„Es wäre arg genug gewesen, wenn alle diese Thaten an Räubern, Dieben und Mördern verübt worden wären. Allein zu Opfern derselben wurden nicht minder die hochherzigsten Freiheitskämpfer auserseben, welchen kein anderer Vorwurf gemacht werden konnte, als daß sie festhielten an der von der constituirenden Versammlung Deutschlands veröffentlichten und von 29 deutschen Landesherren anerkannten Verfassung vom 28. März 1849.

„Wohl ist der Gang der Geschichte langsam, wohl wird mancher Unschuldige von den Speichen ihres Rades zermalmt. Im Großen und Ganzen ist sie aber durchaus folgerichtig. Gemüthliche Menschen nennen diese Folgerichtigkeit Gerechtigkeit. Wir wollen mit ihnen über Worte nicht rechten.

„Es war kein Zufall, daß Karl I. enthauptet und Jakob II. verjagt wurde, kein Zufall, daß Ludwig XVI. enthauptet und Karl X. verjagt wurde, kein Zufall, daß Napoleon I. auf St. Helena und Ludwig Philipp in England starb; und so wird es auch kein Zufall sein, wenn ähnliche Ereignisse sich eines Tages in Deutschland zutragen sollten, sondern die klar nachweisbare Folge verübter Missethaten."

Politische Umschau.

Preußen. (Rettung nach der neuesten Mode.) So mancher schöne Plan, den die junkerlichen Staatskünstler ausgeheckt hatten, damit endlich eine Kammer werde, artig, gefügig, geschmeidig, ja — brüderlich, ist schon ins Wasser gefallen; dennoch ermüden die Edlen nicht in ihren Rettungsversuchen, unbeirrt durch Verfassung und Achtung vor dem Gesetz. Bald sollten nur solche Männer gewählt werden können, welche im Wahlbezirk selbst wohnten; bald sollten die Kandidaten durch die Regierung aufgestellt werden, und die Stimmen Aller, welche der Wahl sich enthielten, sollten zu Gunsten der Regierungskandidaten zählen, und was der guten Vorschläge sonst noch waren, die dem kranken Staatswesen wieder aufhelfen sollten. Eingedenk nun des alten Spruches: „Mit Geduld pflückt man Rosen", ist man neuerdings wieder mit einem Plan ans Tageslicht getreten, der alles Bisherige hinter sich läßt. Dieser neue Plan ist eigentlich so einfach, daß selbst der simpelste Junker schon längst darauf hätte verfallen sollen.

Nach der Ansicht dieser Klasse besteht ja der preußische Staat eigentlich nur aus einer großen Anzahl von Leuten, welche irgend eine ordnungsmäßige Prüfung durchgemacht haben, alle anderen Personen sind für sie ja nur Beigabe und Ballast. Der Arzt, der unseren Körper heilt, er muß sein Examen machen, der Richter, der Recht sprechen soll ohne Ansehen der Person, er muß zuvor ein Examen machen; der Schneider, der uns bekleidet, er muß zuvor eine Bescheinigung über seine Fähigkeit erlangen, der Schuhmacher, welcher unsere Stiefel macht, er darf es nicht, ohne eine Prüfung bestanden zu haben, ja der Schriftsteller, der eine gutgesinnte Zeitung redigirt, er müßte vorher ein Examen ablegen im Schmiegen und Biegen und in der Art, recht anstandsvoll den Mantel bald auf dieser und bald auf jener Schulter zu tragen. So wäre das Ideal eines Staates beschaffen, wie ihn sich jene Herren denken, was liegt also da näher, als die allgemeine Sitte des Examens auch auf die Wähler auszudehnen. Wer wählen will, der muß zuvor ein Examen machen! Das ist das große Geheimniß der allerneuesten Staatsrettung für Preußen. Man sieht sehr schnell das Vortheilhafte des Planes ein; die Prüfungs-Commissionen werden von der Regierung ernannt, und wer bei der Prüfung nicht zeigt, daß er das Staatsrecht und die Auslegung der Verfassung ganz so auffaßt, wie die Regierung, der ist nicht reif zum Wählen, der fällt durch und so behalten nur die Gutgesinnten das Wahlrecht. Da ist dann nicht mehr zu zweifeln, daß man endlich eine Kammer bekommt nach dem Sinn des Junkerthums. Außerdem aber verbindet der Plan mit dem Angenehmen, nämlich mit der Aussicht, eine recht gutgesinnte Kammer zu bekommen, auch das Nützliche, nämlich er macht die Anstellung von so und so viel Prüfungs-Commissären mit einem angemessenen Gehalt nothwendig. Deshalb war der Plan gut und er mußte schnell in die Welt hinaus gesendet werden, um zu sehen, ob er Beifall fände. Leider aber haben die Herren bei ihrem Jubel über die gute Idee ganz übersehen, daß der Ausführung derselben ein ganz kleines Hinderniß im Wege steht, nämlich die beschworene Verfassung. Ohne sie zu brechen, läßt sich die geistreiche Idee nun einmal nicht ausführen, also wird der Staat wohl wieder auf die von jenen Herren vorgeschlagene Weise nicht gerettet werden. (L. C.)

Der „Neuen Frankfurter Ztg." wird aus **Köln** unterm 23. Juli geschrieben: Nicht der Minister des Innern, der König selbst soll angeordnet haben, daß das Abgeordnetenfest unter allen Umständen zu verhindern sei. Wenn die officiösen Organe behaupten, die Kölner Behörden hätten von sich aus, aus eigener Bewegung gehandelt, so verdient das keinen Glauben. Sowohl der Stadtcommandant als der Polizeipräsident kennen genau ihr Publikum; sie mußten von vornherein sehr wohl, daß die später in Ausführung gekommenen Maßregeln der Regierung sehr schaden mußten und können sie daher nicht vorgeschlagen haben. Wenn sie dennoch zu ihnen übergegangen sind, so müssen höhere Weisungen vorgelegen haben, und zwar Weisungen von höchster Stelle, denen nicht widersprochen werden konnte. Interessant ist, daß bei der Räumung des zoologischen Gartens drei Personen verhaftet wurden, von denen nur eine Preußen angehörte; eine andere war ein französischer Offizier und eine dritte ein Russe, welche beide mit dem Fest nichts zu thun hatten. Wie man sagt, erklärte der Russe, welcher schließlich freigelassen ward, daß er sich in Preußen sehr heimisch fühle; bisher habe er geglaubt, daß dergleichen nur in seinem Vaterlande vorkomme. Daß die Maßregeln der Behörden allgemein verurtheilt werden, versteht sich von selbst; die Ultramontanen waren wohl etwas ungehalten, daß die Abgeordneten ihrer Farbe zu dem Feste nicht mit eingeladen worden waren, aber sie müssen jetzt für das Comité austreten, wollen sie nicht im Volk allen Boden verlieren. Und die Conservativen mißbilligen das Verfahren der Regierung meistens deßhalb, weil es sie bloßstellt und ihren Versicherungen, daß die Regierung streng gesetzlich handeln wolle, ins Gesicht schlägt. Das ist gewiß — die Behörden haben gestern und heute eine große Niederlage erlitten, sie haben es für die nächsten Jahre unmöglich gemacht, daß die beiden Provinzen Rheinland und Westphalen auch nur in engeren Kreisen conservativ wählen.

— Im genannten Blatt wird die Frage aufgeworfen: Hätte vor 20 Jahren ein ähnliches Verbot nicht ganz Deutschland elektrisirt? Wurde etwa früher mehr Politik getrieben? Kaum. Oder sind wir nun gleichmüthiger geworden? ist nur die erste Liebeszeit der Freiheit vorüber? Thatsache ist es, daß wir politisches Märtyrerthum, Verbote und Rechtsfrevel mit einem eigenthümlichen Gleichmuth hinnehmen und mit dem weggelegten Zeitungsblatte vergessen. Und doch ist die Reaktion deshalb nicht stärker; die öffentliche Meinung ist so mächtig und neben ihr wohl auch die Finanznoth, daß sich ihr Schmerlinge beugen und vielleicht auch noch — Nassau.

— Die „Berliner Reform" schreibt: Zu Ehren der Abgeordneten und zu Ehren des Vereinsrechts sind in Köln, Düsseldorf, Berlin u. A. Zeitungen confiscirt, in Magdeburg Versammlungen aufgelöst, in Deutz fremde Reisende aus den Betten complimentirt worden; in Köln, Koblenz, Bonn haben militärische Aufzüge stattgefunden, Dampfschiffe sind kriegsgerecht von Pionieren geentert und von Infanterie besetzt worden; der Kernbürgermeister einer großen Kommune ist in dauernden Conflikt mit einem großen Theile seiner städtischen Amtsgenossen versetzt und die Bürgermeister kleiner Gemeinden sind wehrlos kopfüber in die Weltgeschichte gestürzt worden; schließlich ist sogar auf Grund bundesfreundlichen Ersuchens die Nachbarmacht Nassau voll internationaler Großmuth zu Hilfe gekommen und hat am Nachtisch das zu glücklichem Ende gebracht, was in Köln an der Suppe begonnen worden war — und das Alles zu Ehren der Abgeordneten und zu Ehren des Vereinsrechtes. Allah ist groß und Bachem ist Pascha in Köln.

Köln, 24. Juli. Hr. Classen-Kappelmann begab sich heute früh um 10 Uhr zum Untersuchungsrichter, der auf vergangenen Sonnabend einen Erscheinungsbefehl gegen ihn er-

lassen hatte. Der Herr Untersuchungsrichter nahm über die freiwillige Gestellung desselben eine Verhandlung auf und verabschiedete ihn dann bis auf weitere Vorladung.

Der Wunsch des Herrn Classen, in Verviers einige Stunden der Ruhe zu finden, ist nicht erfüllt worden. Unmittelbar nach der Ankunft hatte er sich in einem Gasthofe auf ein Zimmer begeben, aber es hatte ihn doch Jemand erkannt. Sofort war er Gegenstand der allgemeinsten Aufmerksamkeit und die Deutschen vereinigten sich, ihm ein großes Ständchen zu bringen. Ehe es hierzu kam, reiste Hr. Classen-Kappelmann nach Aachen zurück und zog sich, um mit keinem Bekannten zusammenzutreffen, in eine Wirthschaft geringeren Ranges zurück; aber sofort war er verrathen und die Gäste brachten ihm ein donnerndes Hoch, so daß auch hier seines Bleibens nicht war. Um ohne Aufsehen in Köln einzutreffen, verließ er den Eisenbahnzug auf der Haltestelle Königsdorf, um in einem gewöhnlichen Wagen auf der Landstraße in die Stadt zu fahren. Aber diese Fahrt wurde auch zu einer stürmischen Triumphreise. Der Ruf, daß Classen-Kappelmann des Weges komme, flog ihm voraus und überall lief das Landvolk zusammen, um den braven Mann aus Köln zu begrüßen.

Oberlahnstein, 23. Juli. Es wäre gegen die Natur ihrer Art gewesen, wenn unsere nassauische Regierung den preußischen Maßregeln gegen das Abgeordnetenfest ihre Mitwirkung versagt hätte. Schon heute Vormittag ist von Wiesbaden allen Localpolizeistellen eine Verfügung zugegangen, daß, wenn die in Köln versprengten preußischen Abgeordneten versuchen sollten, sich irgendwo auf nassauischem Gebiete zu versammeln, sie nöthigenfalls mit Waffengewalt zu vertreiben seien. Demgemäß ist auf die Anzeige, daß die Gäste von Köln in Lahnstein angekommen seien, sofort eine Compagnie Wiesbadener Militär unter Leitung des Assessor Vonhausen in einem Extrazuge nach Lahnstein gebracht worden. Die bewaffnete Macht kam indessen zu spät, um nassauische Lorbeeren zu pflücken. Das Einrücken des Militärs unter Trommelschlag mit einem Regierungscommissär, Landjägern und Polizeidienern war nur ein Gegenstand des Gelächters für die Alten und der Neugierde für die Jugend. Ganz unverrichteter Dinge wollte der Herr Assessor aber nicht abziehen. Er hatte vielleicht schon von dem Walten des Consuls von Longerich im zoologischen Garten gehört und einen Garten mit fröhlichen Menschen fand er hier vor. Die Oertlichkeit und das Material war also gegeben. Ein ganz unbedeutender Wortwechsel unter Gästen wurde nach 6 Uhr, und nachdem auch die allermeisten Fremden abgereist waren, noch Vorwand, um das Local zu räumen. Lachend wichen die Gäste, die also fast lediglich aus Einheimischen bestanden, zurück. An Widersetzung dachte Niemand. Wie es nun überall einen gewissen Procentsatz von rohen Menschen gibt, so benutzten auch einige von unseren im Ganzen sonst recht manierlichen Soldaten die Gelegenheit, Tische und Stühle umzuwerfen und mit dem Gewehr auf die Abziehenden zu stoßen und zu schlagen. Das Einzige, das wir als denkbaren Gegenstand eines Conflicts zwischen den Gästen und den Organen der nassauischen Souveränetät haben ermitteln können, soll darin bestanden haben, daß Jemand noch einige von den gedruckten Festliedern vertheilt hat. Ein Herr aus Mainz, welcher gegen das brutale Vorgehen der Soldaten protestirte, bekam zwei Verwundungen an der Stirn. Im Garten waren vier Fremde an einem Tische [illegible] geblieben, nämlich der Herr Abgeordnete [illegible] dessen Sohn, ferner [illegible] berg und ein Neffe [illegible] aus London. An [illegible] welche die Mißhandlung Wehrloser für Heldenthaten halten, ihre Hauptbravour. Sie stießen sie mit dem Kolben von den Stühlen; außerdem gab Einer dem jüngeren Herrn Schmidt einen solchen Schlag mit dem Gewehr, daß diesem das Blut sofort über das Gesicht lief. Nun schritten aber die Offiziere gegen diese Soldaten ein und hinderten weitere Rohheiten. Drei Fremde, welche auf Befehl des Herrn Vonhausen in ein schlechtes Gefängniß gebracht waren, wurden gegen 8 Uhr gegen Caution wieder freigelassen, und nun fuhr die Compagnie Soldaten mit ihren Lorbeeren nach Wiesbaden zurück. Wir machten noch einen Ausflug nach Ems. Hier war offizieller Jubel. Morgen genießen wir Herzogs Geburtstag. Dafür hatte die Spielhöhle eine große Vorfeier arrangirt: Feuerwerk und Festmusik. „Heil, unserm Herzog Heil!" tönte es durch die linde Nachtluft. Wir sind eine reiche Nation, wir Deutschen, an Landesvätern. (Rh. Ztg.)

Altona, 24. Juli. Die in heutiger Frühe durch ein preußisches Miliärcommando ausgeführte Verhaftung des Redacteurs der Schleswig-Holsteinischen Zeitung, Hrn. Martin May bildet das Tagesereigniß. Hr. May wurde sofort nach der Festnahme per Eisenbahn nach Rendsburg transportirt, wo ihn eine hurrahrufende Volksmenge empfing und wo er vorläufig auf der Hauptwache internirt worden ist. Welches besondere Vergehen die Verhaftung veranlaßte, ist bis jetzt unbekannt. Die Verhaftung wurde von Seiten des Frhrn. v. Zedlitz, sicherm Vernehmen nach, aus dem Grunde durch ein Militärcommando in's Werk gesetzt, weil Hr. May im Besitz einer für den Herzog, wie auch für den Erbprinzen von Augustenburg compromittirenden Correspondenz gewähnt wurde. May's Kieler Freunde telegraphirten sofort nach Altona und Schleswig an die dortigen Parteigenossen, baten um nähere Auskunft und empfahlen die nöthigen Schritte zur Erlangung thunlichen Rechtsschutzes. Die preußische Telegraphie hat diese Depeschen zurückgeschickt wegen „Unzulässigkeit des Inhalts!" Man spricht schon von weitern polizeilichen Maßregelungen. Die Parteiführer sind auf alles gefaßt.

England. Die „Allg. Ztg." veröffentlicht einen interessanten Bericht über die Sterblichkeitsverhältnisse in England und Wales im Jahre 1863. Auf die Million der Bevölkerung kommen je 66 Selbstmorde, 20 Morde und eine Hinrichtung. Eine merkwürdige Stetigkeit zeigt sich unter der Rubrik der Selbstmorde in den verschiedenen Wegen, auf welchen der Lebensmüde sein irdisches Dasein verläßt. Von 1858 bis 1863 bietet jedes Jahr drei Selbstmorde durch Erschießung, sechs durch Vergiftung, 10 bis 12 durch Ertränkung, 11 bis 14 durch Stich- oder Schnittwunden, 27 bis 30 durch Erhängung, 3 bis 5 auf irgend eine andere Weise; welche Zahlen sich auf die im Verhältniß zu der Million der Bevölkerung stehenden 66 Selbstmorde beziehen. Man berechnet hieraus schon auf das Jahr 1866, daß sich z. B. 57 Personen in England und Wales erschießen werden. Das Verhältniß der Fälle von Mord oder Todtschlag steht seit 1858 zwischen den Zahlen 16 bis 21 auf die Million Einwohner. Durch Verbrennung oder Verbrühung fanden 2776 Menschen den Tod. Was die Statistik der Langlebigkeit betrifft, so wurde im Jahr 1863 der Tod von 213 Männern und 430 Frauen verzeichnet, welche das Alter von 95 Jahren und mehr erreicht hatten; 21 Männer und 62 Frauen hatten darunter mehr als ein Jahrhundert auf ihren Schultern; in Chelsea starb ein 109jähriger Greis, in Liverpool eine 112jährige Greisin. Zu dem Contingent der Alten stellte Wales den bei weitem größten Theil, nämlich 20 Hundertjährige auf 1,300,000 Bewohner; London mit seinen 3 Mill. hatte nur acht; der Nordwesten von England mit seinen 2,900,000 nur sieben, die Grafschaft York mit ihren 2 Mill. nur vier. In welchem Maß die Sterblichkeit eines Orts sich kontroliren läßt, veranschaulicht die Stadt Salisbury durch ein lehrreiches Beispiel. In dem Zeitraum von 1841 bis 1850 wies sie, „eine der ungesundesten kleinern Städte des Königreichs," eine Sterblichkeit von 28 auf Tausend auf. Im Jahr 1853 wurden Schritte gethan, um die Stadt von den vielfachen schädlichen Einflüssen auf ihre Gesundheit zu befreien, die offenen Abzugsrinnen, welche bisher die Luft verpestet hatten, wurden ausgefüllt, ein vollständiges Netz unterirdischer Abzugskanäle angelegt, und die Stadt reichlich mit Wasser versorgt. Das Resultat war, daß im Jahr 1863 das Sterblichkeitsverhältniß nicht mehr 28, sondern 15 auf das Tausend der Einwohner betrug.

Amerika. (N. F. P.) Die Frage, ob der Grundsatz der allgemeinen Stimmberechtigung, gleichviel welches die Hautfarbe des Stimmgebenden ist, durch Bundesbeschluß in die Verfassung der Vereinigten Staaten aufgenommen werden soll, beschäftigt fortwährend die entschiedensten, einsichtsvollsten Führer der Unionssache. General Buttler äußerte sich jüngst über diese Frage folgendermaßen: „Soll es kein Wort der Ermuthigung für den Negersoldaten geben, der dem weißen Soldaten zur Seite stand im Kampfe für das Land, welches bisher so ungerecht gegen ihn gewesen und für das er gleichwohl so tapfer gefochten hat?... Ich hoffe, das Land wird sich nie einer solchen Undankbarkeit schuldig machen; es wird unaufhörlich in die Regierung dringen, dem Neger Gerechtigkeit widerfahren zu lassen... Warum sollte der Mann, der die Patrontasche tragen kann, nicht fähig sein, an den Stimmkasten zu treten? Ist der Mann, der das Bajonnet zu handhaben weiß, nicht im Stande, ein kleines Stück Papier zu handhaben? Ich bin bereit, zuzugeben, daß der Neger Mangel an intellectueller Ausbildung hat, daß ihm die Civilisation fehlt. Ich leugne nicht, daß er unwissend ist; aber er wußte genug, um sich in diesem Kampfe auf die richtige Seite zu stellen und loyal zu sein, und darin hat er ganz anders und weit besser gehandelt, als sein Herr! Auch ist mir aus den von mir eingesehenen Listen von 100,000 Gefangenen aus der Rebellen-Armee wohl bekannt, daß unter acht Rebellen-Soldaten nur Einer seinen Namen zu unterschreiben vermochte. Bei der Reconstruction haben wir uns daher auf den Instinct und nicht auf die intellectuelle Ausbildung des Stimmgebers zu verlassen. Ich traue lieber dem loyalen schwarzen, als dem illoyalen weißen Instinct.... Ich verlange somit von der Regierung einfach, daß sie abwarte und sehe, wer ihre Freunde sind, daß sie nur mit den Männern unterhandle, die wirklich und im Herzen ihre Freunde sind, d. h. mit den Männern, welche für sie kämpften, und nicht mit denen, welche gegen sie kämpften, und daß sie die politischen Rechte denen verleihe, welche die Union vertheidigten, und nicht denen, welche sie zu stürzen suchten." Diese Worte Buttler's treffen den Nagel auf den Kopf. Wenn sieben Achtel der bekanntlich aus allen Bevölkerungsklassen zusammengesetzten Rebellen-Armee nicht unterzeichnen konnten, so ist die prinzipielle Ausschließung des Negers vom Stimmrecht auf Grund seiner Uncultur gewiß nicht gerechtfertigt. Der Umstand aber, daß so viele Farbige für die Union gekämpft und geblutet haben, und daß auch nicht ein einziges Beispiel von Verrätherei auf Seiten der zur Bundesarmee übergetretenen Neger vorgekommen ist, beweist sicherlich außerordentlich viel für ihre Berechtigung zur politischen Gleichstellung.

In amerikanischen Zeitungen macht folgende Erzählung aus dem Jugendleben des Präsidenten Johnson die Runde: Es lebt in Newark, im Staate Newyork, ein Jugendgefährte und früherer Mitarbeiter des Präsidenten Johnson. Es ist dies der ehrsame deutsche Schneider Peter Geimer auf dem Berg. Geimer lernte Johnson im Jahre 1832 in Nashville (Tennessee) kennen, wo sie zusammen gegen anderthalb Jahre in derselben Werkstätte als Schneidergesellen arbeiteten und in ein inniges freundschaftliches Verhältniß traten. Gegen Ende des Jahres 1833 wanderten die beiden Freunde nach Louisville, wo sie wieder über ein Jahr in der Werkstätte eines deutschen Schneiders, Namens Kressenbein aus Karlsruhe, arbeiteten, auf dem gleichen Schneidertische saßen, fleißig darauf los nähten und dabei Pläne über Glück und Zukunft machten. So ist aber der Weltlauf. Johnson ist Präsident der Vereinigten Staaten geworden und hat die schwierige, aber dankbare Aufgabe, den großen Riß in der Union zusammenzuflicken, während sein Freund und Jugendgefährte Peter Geimer Schneider in Newark geblieben ist und nach wie vor den Beruf hat, Risse in Bein- und anderen Kleidern auszubessern.

Socialer Theil.

Frankfurt, 19. Juli. Die „Neue Frankf. Zeitung" schreibt Folgendes: „Der „Social-Demokrat" und die „Nordd. Allg. Ztg." treiben ein Spiel mit dem Kölner Abgeordnetenfeste, das gekennzeichnet werden muß. Nachdem der „Social-Demokrat" (noch in seinem Blatte vom 6. Juli) das gedachte Fest als „Fortschrittliche Spielerei" verspottet, — nachdem er ausgerufen: „Glauben diese Herren wirklich immer noch, sie könnten die Regierung zu Grunde toastiren? Das sind die Mittel wahrhaftig nicht, Ernsthaftes durchzusetzen", — nachdem er früher schon (z. B. im Blatte vom 23. Juni) ausgerufen: „Gothaismus, elender Gothaismus ist es, was aus all' den endlosen Reden dieses preußischen Abgeordnetenhauses heraustönt", — ersieht man aus der edeln „Nordd. Allg. Ztg.", daß der nämliche „Social-Demokrat", in einem Blatte, welches (zu Erregung größerer Aufmerksamkeit) die Polizei confiscirt hat, nunmehr die Arbeiter in ganz Deutschland aufruft: „Fest und bestimmt, ohne jedes Zaudern und Schwanken, habt Ihr in dieser Sache für das liberale Festcomité (in Köln) gegen die preußische Behörde Partei zu ergreifen.... „Bedenkt, Arbeiter, daß es besser ist, es werde die reine Gewalt, der nackte Absolutismus in Preußen proklamirt, als daß das klare und deutliche Vereinsrecht, welches auch uns schon so oft verkümmert worden, in seiner Handhabung fürder von der Auslegung eines Polizeipräsidenten oder von der Gnade eines Ministers abhänge." — Sieht diese Expectoration dem Treiben eines Provocationsagenten so gleich wie ein Ei dem andern, so wird die Sache noch schöner dadurch, daß der Nordd. Allg. nun damit die erwünschte Gelegenheit geboten ist, die Behauptung ohne Scheu in die Welt zu schleudern: „Dieser Aufruf an die Arbeiter kann über die Ziele, welche das Festcomité verfolgt, keinen Zweifel übrig lassen." Während das Kölner Festcomité nie und nirgends sich mit dem „Social-Demokraten" identificirt hat, werden ihm jetzt dessen Provokationen als Enthüllung seiner Absichten beigemessen. — Es genügt, auf dieses Treiben aufmerksam zu machen, um zu einer richtigen Würdigung desselben zu führen."

Wir lassen die Auffassung des Frankfurter Blattes noch sehr dahin gestellt sein. Aber die Mahnung zur Vorsicht hatten wir doch jedenfalls für sehr geboten. Die Plötzlichkeit und Künstlichkeit der Wendung in der Taktik des „Social-Demokrat" läßt diese Mahnung sehr gegründet erscheinen und die vielfachen neuesten polizeilichen Confiscationen des „Social-Demokrat" und die Ausweisung Bernhard Beckers, des Nachfolgers Lassalle's im Präsidium des Allgem. deutschen Arbeitervereins, — ändern hieran vorerst noch nichts.

D. Red.

Magdeburg, 26. Juli. (Neuestes.) Die Magd. Presse bringt eine Polizeiverfügung, durch welche der hiesige Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aufgelöst wird, weil derselbe als politischer Verein zu betrachten und mit andern Vereinen in Verbindung getreten ist.

Burg, 19. Juli. In der heutigen öffentlichen Sitzung des hiesigen Kreisgerichts begannen die Verhandlungen in dem Processe wider 277 Tuchmacher-Gesellen resp. Spinner wegen Vergehens gegen § 182 der Allgem. Gewerbeordnung, so wie gegen den Kaufmann Dr. phil. Max Hirsch zu Magdeburg und den Stadtrath Fordemann von hier wegen Theilnahme an jenem Vergehen. Auf Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft ist war durch Beschluß des hiesigen Kreisgerichts gegen die Obengenannten die Untersuchung wegen Coalition (§ 182 Allgem. Gewerbeordnung) resp. wegen Theilnahme an derselben eröffnet. Wegen der großen Anzahl der Betheiligten wurde der Termin im Saale der hiesigen Harmoniegesellschaft abgehalten. Von den 279 Angeklagten waren nur 10 Fabrikarbeiter nicht erschienen. 6 davon halten sich entfernt von Burg auf, 3 waren nicht ermittelt und einer hatte sein Ausbleiben durch Krankheit entschuldigt. Die Erschienenen, mit denen sich auch die Rechtsanwälte Moritz und Dr. Lochte aus Magdeburg als Vertheidiger und mehrere Zuhörer eingefunden hatten, nahmen nach der Nummerfolge in der Anklage ihre Plätze ein und gaben dann zunächst nach gehöriger Ermahnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung Auskunft über ihre persönlichen und Familienverhältnisse. — Hierauf beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwalts gegen die nicht erschienenen Angeklagten, und zwar gegen die sechs unentschuldigt ausgebliebenen das Contumacialverfahren, gegen die vier andern Aussetzung der Verhandlung. Den übrigen Theil der Sitzung füllte die Verlesung der Anklage aus, wobei an mehreren Stellen Aeußerungen der Verwunderung von Seiten der Angeklagten laut wurden. — Auch gegen 27 Fabrikanten ist die Untersuchung auf Grund des § 181 der Allgem. Gewerbe-Ordnung eingeleitet und die Anklageschrift denselben bereits mitgetheilt. Wie die „Magdeb. Pr." vernimmt, ist dieselbe viel beweiskräftiger, als die gegen die Arbeiter, denn es gibt hier einen festen Fabrikantenverein, der über seine Berathungen und Beschlüsse Protokolle führt. Diese Protokolle sind das Hauptbeweismittel der Staatsanwaltschaft, wenn gleich die Fabrikanten ganz bona fide sind, da sie unter den Augen und mit der Stadt- und Polizeibehörde gemeinsam gehandelt haben. Man hatte geglaubt, daß beide Processe in einem Akte abgemacht werden würden, doch ist die Voruntersuchung gegen die Fabrikanten später geschlossen und ihr Termin auf den 9. August anberaumt.

Burg, 20. Juli. In dem jetzt hier verhandelten Coalitionsprozesse kam heute das Hauptverhör vor mit dem Tuchmacher-Altgesellen Mühlenhaupt hier, 1835 geboren, Wehrmann 1. Aufgeb., noch nicht bestraft. In der Untersuchung gegen diesen scheint sich das Gesammtgewicht des Prozesses zu concentriren: ihm ist es vorzüglich überlassen, in einem mehr als zweistündigen Verhör nach den vom Präsidium gestellten Fragen die Geschichte dieses in seiner Art ersten Prozesses in Preußen nach ihren einzelnen Momenten zu geben. Nach seinen Auslassungen waren bereits im vorigen Jahre Wünsche auf Lohnerhöhung von den in den hiesigen Tuchfabriken beschäftigten Arbeitern ausgesprochen worden, da die gestiegenen Lebensmittelpreise dazu drängten. Diese Wünsche, in aller Bescheidenheit den Fabrikbesitzern vorgetragen, wurden nichts desto weniger von den Herren nicht anerkannt, und wer mit dieser Abweisung nicht zufrieden war, erhielt seinen Abschied in der Form: „Auf Wunsch entlassen." Wer einen solchen Schein besaß, konnte nach allen folgenden Erfahrungen nicht darauf rechnen, je wieder bei den zu einem Verein zusammengetretenen Tuchfabrikanten Burg's in Lohn und Brot zu kommen. Die Arbeiter dagegen sahen in diesem gemeinschaftlichen Vorgehen wider sie eine Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen über das Verhältniß der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern; man denuncirte also ihrerseits dies Verfahren bei der Königl. Staatsanwaltschaft — jedoch vergeblich. Schon wollte man den Beschwerdeweg bei der Königl. Regierung deßhalb einschlagen, als allen Arbeitern unerwartet ein Fall eintrat, der diese Verhältnisse zwischen „Herren und Arbeitern" auf eine gefahrdrohende Spitze der Entwickelung hinaustrieb. Wie in allen Fabriken, so ward auch in der von Steinke und Wille, woselbst der Angeklagte ꝛc. Mühlenhaupt in Arbeit stand, jene Fabrikordnung angeschlagen, die durch ihre Strafbestimmungen bei vielen der davon Betroffenen den Vorsatz begründete: lieber noch so schwerer Arbeit sich unterziehen, als bei dieser so arg geknechteten allseitig zu Grunde gehen; So mußte das Wesen des Geschäfts leiden. Aber nicht genug, daß jene Strafbestimmungen vorgesehen waren, man hatte auch eine Kleiderordnung, angeblich zum Schutze des Eigenthums der Herren, entworfen, welche dem sittlichen Bewußtsein der Arbeiter schnurstracks entgegentrat. Der Angeklagte hatte als Vorsteher der Krankenkasse vielfach Gelegenheit, die Stimmung seiner Erwerbsgenossen kennen zu lernen: im vorigen Jahre hatte er „beim Vesper und Frühstück" den Wunsch nach Lohnerhöhung vernommen und für seine eigene Person getheilt, ohne damit einer strafbaren Coalition sich schuldig zu wähnen; ja er hatte, wie seine Genossen sammt und sonders auch bei der projectirten Beschwerde an die Königl. Regierung, nur die Besprechung, keineswegs aber Verabredung oder gar Ueberredung als nothwendiges Mittel erkannt. Bei der durch die Arbeitgeber eingeführten Fabrikordnung bedurfte es nun vollends, nach der Versicherung des Angeklagten, keiner Mittel der Coalition. Durch den Fabrikherren, im vorliegenden Falle den ꝛc. Wille, gegeben, habe sie bei jedem Einzelnen Widerspruch hervorgerufen, der noch dadurch gestärkt sei, daß eine von den Arbeitern angebahnte Verständigung von den Herren hinausgeschoben und endlich ganz abgebrochen sei. Da habe er, unbekümmert um Andere, für sich die Arbeit gekündigt. Noch mehr aber als mit den nächsten Fabrikgenossen müsse er die Coalition mit denen anderer Werkstätten in Abrede stellen. Nicht der Arbeiter sei es, der jene Bewegung geschaffen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der es für nöthig gehalten hatte, Militär nach Burg zu entsenden, habe sich später gewundert, die Arbeiter in so ruhiger und gemessener Haltung zu finden. Nachdem eine Unterredung zwischen dem Angeklagten und dem Oberpräsidenten resultatlos geblieben, sei bekanntlich am 27. Februar eine Deputation nach Berlin an das Ministerium gegangen, aber auch die Wahl dieser abgesandten Männer sei nicht von einer Allgemeinheit ausgegangen, sondern nur vom Vorstande und Ausschuß der Krankenkasse besprochen. Ebenso sei es mit der Kommission vom 1. März gewesen, die, als der Herr Minister auf ein Kommissariat als auf letzte Lösung des Streites hingewiesen, gewählt ward. Da sei Herr Regierungsrath Junker von Oberconraib in Burg erschienen und auf seine Veranstaltung sei die vermittelnde Kommission, also (wie dann auch die Vertheidigung besonders nachdrücklich betonte) diese erste Form der Coalition auf den besondern Wunsch der Regierung zusammengetreten. Noch in anderer Form sei das geschehen: der Regierungsrath Junker habe eine allgemeine Versammlung provocirt, und als Schwierigkeiten wegen der gesetzlich nothwendigen 24 Stunden-Frist entstanden, habe der Herr Bürgermeister selbst davon dispensirt. Auf dieser Versammlung sei dann vom Polizei-Kommissär Hering öffentlich ausgesprochen, daß die viel genannte Fabrikordnung erst nach vierzehn Tagen in Kraft trete — dann könne ja ein jeder Unzufriedene gehen. — Wo bleibe da also der Begriff der Coalition? Entschieden müsse er, Angeklagter, sich gegen die ihm insinuirten Ausdrücke verwahren, daß er gesagt habe: In der Vereinigung dieser (Burg'schen) Arbeiter liege die Kraft, wenn er auch den Satz, allgemein hingestellt, nicht bestreite. — Ebenso verwahre er sich gegen die Zumuthung, Briefe zur Beanspruchung von Unterstützungen an auswärtige Vereine geschrieben zu haben. Sein Verhältniß zu dem Mitangeklagten Kaufmann Dr. M. Hirsch zu Magdeburg bespricht der ꝛc. Mühlenhaupt folgendermaßen: Ich habe Dr. M. Hirsch vor diesem nicht persönlich gekannt, wenn ich auch gewußt, daß derselbe als Leiter des Magdeburger Bildungsvereins in großer Achtung steht. Am 25. März d. J. hörte ich, daß derselbe in Burg sei und nach mir verlangt habe; ich suchte ihn auf, führte ihn dann auf seinen Wunsch durch die Tuchfabrik von W. Schmelz, und zuletzt auch auf die Herberge; er warnte hier im gelegentlichen Zwiegespräch vor einer Arbeitseinstellung, die, anfangs leicht genommen, doch, je länger sie dauere, desto schwerer drücke, deßhalb möchten die Arbeiter eine Ausgleichung zu erstreben suchen. — Mühlenhaupt erklärte dann, auch seinerseits den Dr. M. Hirsch in Magdeburg besucht haben, und führte zur Würdigung

des letztern an, daß seinen Bemühungen die schließliche Beilegung des Burg'schen Arbeiterkonflictes zu verdanken sei. Durch seine Vereinbarung mit dem Fabrikanten Nikolai sei die Ausstellung von Reversen erreicht, durch welche die Arbeitgeber sich verpflichteten, alle durch ihre Schuld, d. h. durch zeitweisen Mangel an Material vorkommende Arbeits-Versäumnisse verhältnißmäßig vergüten zu wollen. Dadurch bewogen, sei die große Mehrzahl der Feiernden in die verlassenen Werkstätten zurückgekehrt. Wenn ihm, Mühlenhaupt, diese Reverse größtentheils überliefert seien, so habe dies seinen Grund wohl nur in dem Vertrauen, was er als Vorsteher der Kasse genieße. — Nach dieser länger denn zweistündigen Auseinandersetzung ward zur Vernehmung der anderen Angeklagten geschritten. Die 21 früheren Genossen des rc. Mühlenhaupt in der Fabrik von Steinle und Wille, und nach diesen 12 Angeklagte aus der Fabrik von Siegen, Fordermann, 4 aus der von G. Moebius, und endlich 19 aus der C. Günther'schen Fabrik gaben alle ihre einfachen oder zwiefachen Arbeitseinstellungen zu, verneinten aber sämmtlich dabei eine strafwürdige gemeinsame Verabredung und begründeten sie ohne Ausnahme mit ihrer Abneigung gegen die aufgedrungene Fabrikordnung. Zwei der Angeklagten hatten in der Voruntersuchung von „stiller Verachtung" und Furcht vor Anfeindung der Genossen gesprochen, falls sie früher, als die anderen die Arbeit wieder aufnehmen würden. Sie hielten auch heut' ihre Behauptungen aufrecht. — Eines Zwischenfalles muß schließlich noch Erwähnung geschehen. Bei dem in der Anklageschrift unter 51 aufgeführten „Spinner Andr. Schulz hier, 60 Jahre alt, nicht Soldat" war als Notiz hinzugefügt: „1860 hier wegen Diebstahls mit 14 Tagen Gefängniß bestraft." Der Angeklagte erhob dagegen Protest und nach aufgenommenem Beweise erklärte der Präsident des Gerichtshofs: Andr. Schulz ist noch nicht bestraft; jene Bemerkung der Anklageschrift ist in einem Versehen der Polizei begründet!

Burg, 21. Juli. Der Coalitionsproceß. Die heutigen Verhandlungen ergaben keine wesentlich neuen Momente; sämmtliche Angeklagte wollen ohne Verabredung mit anderen gehandelt und auch ihrerseits keinerlei moralischen Zwang auf andere ausgeübt haben. Bei einigen rast die Erinnerung an die entwürdigenden Bestimmungen der Fabrik-Ordnung noch heute die volle sittliche Entrüstung hervor. So sagt der Tuchmachergeselle G. Schilling aus der Fabrik von Steinle und Sohn: „Unter Strafbestimmungen bin ich nicht gewohnt, zu arbeiten — ich bin ein freier Arbeiter, und kein Sträfling; wenn ich etwas versäume, so bedarf es keiner von außen kommenden Strafbestimmung, ich strafe mich dann genugsam allein, indem ich nichts verdiene. . . ." Ein anderer aus der Fabrik von C. Piderit leitet seine Aussage mit den Worten ein: „Die Fabrik-Ordnung ist das Gesetzbuch der Sclaverei. . . ." Noch ein Anderer aus der Fabrik von A. Paasche hebt besonders das durchaus gesetzmäßige Verhalten der Arbeiter den sie entwürdigenden Bestimmungen, namentlich von § 4, der Fabrik-Ordnung gegenüber hervor; dies habe sich speciell bei ihnen gezeigt; als der Fabrikant die „Karte" (d. i. die Fabrik-Ordnung) vorgelesen, sei Jeder noch vor Beendigung derselben tief betrübt an seine Arbeit gegangen; dann aber sei von einem Jeden einzeln und ohne vorgängige Beredung, nach dem Rathe eines in das Lokal gekommenen Polizei-Commissärs, die 14tägige Kündigungsfrist innegehalten; jener Beamte habe sie ermahnt, nicht vom gesetzlichen Wege abzuirren, — und wenn die „Herren" einen Ochsenkopf zum Gruße vor ihnen aufhingen, so bliebe den Arbeitern immer der gesetzliche Weg, dem entwürdigenden Verlangen auszubeugen; — dem Rathe seien sie denn alle gefolgt, auch als die „Herren" durch Nichtbeachtung der nach des Regierungsraths Junker Vorschlag revidirten Fabrik-Ordnung eine nochmalige Arbeitseinstellung hervorgerufen hätten. Mehrfachen Auslassungen konnte man übrigens das entnehmen, daß die anfangs so bedeutende Höhe der Gegensätze zwischen den Herren und den Arbeitern sich im Laufe der Wochen bedeutend gemindert hatte; einige Fabrikbesitzer schickten Einladungen an Arbeiter, diese kamen — einzelne behaupteten, es sei ihnen „das Beste" ausgegangen — und die Fabrikanten gelobten, die harddünkenden Bestimmungen der „Karte" sollten gerade auf sie keine Anwendung finden. Den Arbeitern andererseits waren viele dieser Bestimmungen in Bewußtsein und Gefühl zurückgetreten; namentlich war dies der Fall, seitdem die durch die vereinten Bemühungen von Dr. M. Hirsch und den Fabrikanten Nicolai angebahnte Ausstellung von Reversen an die Arbeiter, daß sie für Versäumnisse, durch Mangel an Material entstanden, entschädigt werden sollten, größere Ausbreitung gefunden hatte. Seit dieser Zeit ist der Arbeiter-Konflict in Burg thatsächlich beendet. Nicht alle Herren ohne Ausnahme indeß haben solche Reverse ausgestellt; die es aber gethan — und das ist die Mehrzahl — haben ausdrücklich gewünscht, sie in die Hände vom Altgesellen Mühlenhaupt niederzulegen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Moritz, fand diesen Umstand so bedeutsam, daß er den Gerichtshof aufforderte, Act davon zu nehmen. — Die Arbeitseinstellung ist übrigens auf den verschiedenen Fabriken verschieden motivirt. Während von dem Fabrikanten C. Piderit seine Arbeiter aussagen, er sei am 24. Februar unter sie getreten mit den Worten: „Ich habe heut' die traurige Bestimmung, eine neue Fabrik-Ordnung vorzulegen," behaupteten die von Steinle und Sohn, ihr Arbeitgeber habe am Tage der Aushängung der „Karte" gesagt: „wenn sie unter dieser Fabrik-Ordnung nicht arbeiten wollten, so könnten sie gehen" — — deßhalb hätten sie denn auch die Kündigungsfrist nicht abgewartet. Ueber diese Angabe beantragt Herr Rechtsanwalt Moritz die Zeugenvernehmung der unverehelichten Caroline Mathias, in deren Gegenwart der Fabrikant Steinle sen. diese Aeußerung zu den betreffenden Arbeitern gemacht habe. Auch der Staatsanwalt sei damit einverstanden.

22. Juli. Wie ein rother Faden schlingt sich auch heute stets das Bekenntniß hindurch: — Ich habe mit Keinem vorher mich besprochen, und was ich gethan, geschah nach meinem eigenen Kopf und Sinn — hervorgerufen war mein Beschluß zur Arbeitsniederlegung einzig und allein durch die Ueberzeugung, daß die Bestimmungen der aufgedrängten Fabrik-Ordnung den Arbeiter unter die Menschen herabsetze, und daß namentlich die Strafandrohungen jeden Rest von Menschengefühl vernichten müßten. Auch heute wiederholte sich die Versicherung, daß den Angeklagten öfter von den Arbeitgibern freigegeben sei, nach ihrer Ueberzeugung zu gehen oder zu bleiben, doch hatte sich auch hier bei den meisten der gesetzliche Tact bewahrt und die vorgeschriebene Kündigungsfrist war von ihnen inne gehalten worden. Während der eingetretenen Feierzeit hatten sie wohl andere Arbeit unternommen, doch hatte es ebenso auch die meisten zu der altgewohnten Beschäftigungsart hingezogen, und als sie im gelegentlichen Zwiegespräch auf der Straße oder im Herbergslokal vernahmen, die „Herren" hätten sich bereit erklärt, Reverse an die Arbeiter darüber auszustellen, daß ihnen der durch Mangel an Material verursachte Arbeitsverlust angemessen ersetzt werden sollte — da begaben sich die meisten gern in die alten, liebgewonnenen Verhältnisse zurück. — Daß bei den meisten das Bewußtsein vorwaltet, die gesetzliche Form inne gehalten zu haben, geht aus allen Auslassungen hervor. So war von der Anlage hervorgehoben, daß auch die Arbeiter auf der Fabrik von Erx und Sohn gleichzeitig und gleichmäßig mit den Andern in der Aufhebung der Arbeit gehandelt hätten; nun ergab aber die heutige Verhandlung, daß die Angeklagten in gutem Glauben an ihr Recht so gehandelt. Auf ihrer Fabrik besteht nämlich der unangefochtene Brauch, daß die Spinner am Sonnabend Morgen für den Abend, die Tuchmacher aber auf Beendigung des angefangenen Stückes kündigen können. Nach Maßgabe dieses Brauchs haben sämmtliche heut' angeklagte Arbeiter jener Fabrik ihre Arbeitseinstellung bewirkt. Der gesammte Proceß dürfte allem Vermuthen nach sein Ende erst in den letzten Tagen der künftigen Woche erreichen.

Verschiedene Anzeigen.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Von den Hindernissen

einer

zweckmäßigen Heeresbildung und erfolgreichen Kriegsführung.

Von

W. Rüstow,

Oberst-Brigadier.

46 Bogen. Gr. 8. Preis 4 Thlr. oder 7 Gulden. Eleg. geb. 4 Thlr. 15 Sgr. oder 7 fl. 54 kr.

Das beste gemeinfaßliche Handbuch für alle, welche sich in das immer lauter und allgemeiner geforderte Milizsystem und über dessen Verhältniß zum stehenden Heerwesen einen klaren und umfassenden Einblick verschaffen wollen. In einer Zeit, in welcher die Ereignisse immer von Neuem zu ernsten kriegerischen Verwickelungen für Deutschland hindrängen und die Ueberzeugung immer allgemeiner wird, daß das stehende Heerwesen wirthschaftlich nicht länger mehr ertragen werden kann und militärisch seiner wahren Aufgabe nicht entspricht, darf das treffliche Werk jedem denkenden Patrioten mit doppeltem Grund empfohlen werden. In keinem Turnvereine, in keiner Volksbibliothek und in keiner Bibliothek eines Volksvertreters sollte das Werk ferner mehr fehlen. Bei Entnahme von Partien für alle diese Kreise wird die Verlagsbuchhandlung im Interesse der Sache gern die möglichst billigen Preisbedingungen stellen.

Sachsen und Coburg

gegen

Streit und Struve

oder

öffentliche Gerichtsverhandlung

über die Frage:

Ist es Hochverrath, den Feinden Deutschlands drei deutsche Herzogthümer in die Hände zu spielen?

I. Heft. V. Auflage.

Die öffentlichen Verhandlungen dieses vielbesprochenen, jetzt in der Nichtigkeitsinstanz vor dem Herzogl. und Gesammtoberappellationsgericht zu Jena schwebenden politischen Prozesses in der ersten Instanz enthaltend. Der Theil der Anklageakte, welcher den incriminirten Artikel der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" enthält, und in den 4 ersten Auflagen mit abgedruckt war, ist in Folge des darüber neu eingeleiteten und noch schwebenden Preßprozesses in dieser in Folge vielfacher Nachfragen veranstalteten neuen fünften Auflage weggelassen und sind die Mittheilungen über die Beschlagnahme der IV. Auflage dafür eingeschaltet.

☛ Von derselben Broschüre hat soeben das II. Heft die Presse verlassen, enthaltend das Erkenntniß der ersten und der zweiten Instanz und die stenographirten, sehr lebhaften öffentlichen Verhandlungen der zweiten Instanz.

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die siebente Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue achte Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist in der Vorbereitung begriffen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und Vereine erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen sieben Auflagen, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE

von

Dr. Eduard Reich,

Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.

Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volks und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 136. — Dritter Jahrgang. — Sonntag, 6. August 1865.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühe. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Stuttgart. Tagesordnung des dritten Vereinstags. Luzern, Programm zum Centralfest der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz. Furtwangen. Blaubeuern. Posneck. Frankenberg. Versammlung der Berliner Arbeiter in Sachen des gefährdeten Vereinsrechts. Berliner Handwerkerverein. Berichtigung. **II. Politischer Theil:** Vergesset die Blutzeugen Eurer Freiheit nicht. **Politische Umschau:** Preußen, wie die Berliner Reform über die Verhaftung des Herrn May denkt. Das Non possumus der preußischen Diplomatie. Ein preußischer Lieutenant als Hannibal vor den Thüren im Hotel Belle-Vue. Wenn die Abgeordneten in Köln Engländer gewesen wären. Aus Schleswig-Holstein das alte Klagelied. Merseburg, Friedrichsd'or-Gerassel. Schweinfurt, Denkmal für Friedrich Ruckert. Kassel, ein innerer Minister vor die Thür gesetzt. Heldenthat der kurhessischen Polizei. München, Nachklänge zur Kölner Oper. Gotha, zum Verständniß der Rechtsgleichheit. Italien, kein fauler Friede. Florenz, Wahlscrupel. Raub und Mord unter des heil. Vaters schützendem Privilegio. Zur nächsten Papstwahl. Paris, Unglaubliches. Frankreich spricht durch seine Gemeinderathswahlen. Newyork, General Howard ein Negerfreund. In Texas steigt ein Gewitter auf, das möglicherweise über Mexico sich entladen wird. Aus einer Biographie des Freiherrn Otto von Bismarck-Schönhausen. — **III. Socialer Theil:** Ueber Koalitionen und Abkürzung der Arbeitszeit. (Bericht für den dritten Vereinstag von Rudolph Hirzel in Nürnberg.) Aufruf des Vereins der Pariser Hutmacher. Leipzig. Burg. Naumburg. — **IV. Vermischtes:** Friedrich Rückert über Amerika. Vortrag über Hülfeleistungen bei Erkrankungen von Dr. Wilh. Herzig, gehalten am 12. December 1864 in Reichenberg. — Briefkasten. — Druckfehlerberichtigung. — Arbeitsvermittelung. — Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor **Sonntags** herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und **Sonnabends** von hier für die **directen** wie für die **Postabonnenten** zur **Versendung** kommt und daß Correspondenzen für die **nächste** Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Stuttgart, 31. Juli. Für den dritten Vereinstag deutscher Arbeitervereine, welcher nicht den 26. u. 27. August, sondern den 3. und 4. September hier stattfinden soll, ist vorläufig folgende Tagesordnung festgesetzt:

1) Statutenänderung. 2) Frage der Coalition und der Verkürzung der Arbeitszeit (Berichterstatter Rudolf Hirzel aus Nürnberg). 3) Genossenschaftswesen, und zwar: Altersversorgungskassen, Speise-, Bau- und Productivgenossenschaften und Association des Sparvereins (Berichterstatter Sonnemann, Bebel, Dr. Lange, Dr. Pfeiffer aus Stuttgart, Staubinger aus Nürnberg.) 4) Das allgemeine und directe Wahlrecht (Hochberger aus Eßlingen und Dr. Hirsch aus Magdeburg). 5) Abschaffung der Wanderbücher (Bandow aus Berlin und Weithmann aus Leipzig). 6) Frauenarbeit (Moritz Müller aus Pforzheim und Dr. Fiebig aus Leipzig. 7) Gründung eines selbstständigen Vereinsorgans, statt der Coburger Arbeiter-Zeitung. (Deutsche Allg. Ztg.)

Luzern. (Programm zum Centralfest der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz vom 6. bis 7. August 1865 in Luzern.)

1) Die ankommenden Abgeordneten werden vom Samstag den 5. August von Mittags an bis Abends bei allen ankommenden Zügen von 2 Mitgliedern des Festcomité's empfangen; es wird ihnen das Festband (30 Cts.) angeheftet, und es zieht sich jeder Träger einer Vereinsfahne ein Loos zur spätern Zugordnung.

2) Zum Festlokal ist das Schützenhaus bestimmt.

3) Im Festsaal ist ein Bureau errichtet, wo abwechselnd am Samstag Nachmittag und Abend einer der Sekretäre oder ein Bevollmächtigter anwesend ist. Jeder Abgeordnete kann sich daher in irgend einer auf's Fest bezüglichen Frage u. s. w. an das Bureau wenden, woselbst auch die Quartierzettel in Empfang zu nehmen sind.

4) Samstag Abend 8½ Uhr Versammlung im Festlokal, woselbst eine Vorbesprechung stattfindet.

5) Sonntag früh 6½ Uhr Versammlung der Abgeordneten und Vereine im Löwengarten zur Aufstellung des Festzuges, 7½ Uhr Festzug durch die Stadt nach dem Festlokale mit den Luzerner Sängern an der Spitze, Turner eröffnen und schließen den Zug, die Fahnenträger richten sich nach ihren Nummern, die andern Festheilnehmer und Vereine schließen sich dem Zuge an.

(Hier muß bemerkt werden, daß auf die angegebene Zeit genau zu achten ist, damit bei dem Festzuge von der Polizei wegen Störung des Gottesdienstes keine Schwierigkeiten entstehen.)

6) Im Festlokal angekommen, Begrüßung und Beginn der Verhandlungen mit Verlesung der Tagesordnung. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

7) Mittags 12½ Uhr gemeinschaftliches Festessen per Couvert 1 Franken ohne Wein. Um 2 Uhr Wiederaufnahme der Verhandlungen. Sollte es jedoch möglich sein, gegen Abend einige Stunden auszusetzen, was zwar bei der Menge von Traktanden wohl nicht der Fall sein kann, könnten dieselben zu einem Spaziergang benutzt werden; übrigens der Versammlung anheimgestellt.

8) Abends 9 Uhr Fackelzug vom Schützenhaus aus durch die Stadt, wobei sich die Abgeordneten und Vereine mindestens eine halbe Stunde vorher einfinden mögen. Die Zugordnung ist folgende: Eine Abtheilung Turner eröffnet den Zug, hierauf ein Musikcorps, dann die Ehrengäste u. s. w., den Schluß bilden ebenfalls Turner. Die Sänger nehmen in der Mitte Stellung; für die Ordnung und Eintheilung sind die Festordner verantwortlich; nach Zurückkehr in den Festsaal gemüthliche Unterhaltung unter Musik, Gesang und Deklamationen.

9) Montag den 7. August, Morgens 8 Uhr, Wiederaufnahme der Verhandlungen bis 12 Uhr Mittags; Fortsetzung der Verhandlungen um 2 Uhr. Sollten dieselben so weit vorgerückt sein, daß sie rechtzeitig geschlossen werden können, so findet ein gemeinschaftlicher Ausflug an den Ufern des Vierwaldstättersee's statt. Abends 6 Uhr Rückkehr in's Festlokal zu geselliger Unterhaltung.

Freunde, Brüder!

Indem wir Euch nochmals freundlichst einladen, werden wir bestrebt sein, unsern werthen Gästen Alles aufzubieten, was ihnen den Aufenthalt in unserer Mitte angenehm machen wird. Wir ersuchen die Abgeordneten und Vereine, uns spätestens bis den 31. Juli die Anzeige zu machen, wie viel Mitglieder erscheinen werden, um rechtzeitig den Anforderungen entsprechen zu können.

Luzern, den 4. Juli 1865.

Mit Brudergruß u. Handschlag im Namen des Vereins

Das Festcomité:

Der Präsident: M. Böthner. — Das Sekretariat: E. Seelos. B. Kant.

Wir bringen unsern Brudervereinen und denjenigen in Deutschland zur Kenntniß, daß wir uns in Hinsicht des Centralfestes an die hochlöblichen Direktionen der verschiedenen Schweizerbahnen um Bewilligung der Fahrt zu ermäßigten Preisen gewendet haben. Bereits haben 2 dieser Direktionen dem Gesuche entsprochen. Die Nord-Ostbahn gibt Hin- und Retourbillete zu folgenden ermäßigten Preisen auf 5 Tage Gültigkeit. Von Romanshorn hin und zurück II. Klasse 11. 10, III. Klasse 7. 85, Amrisweil 10. 60, — 7. 50, Frauenfeld 8. 15, — 5. 75, Schaffhausen 9. 29, — 6. 50, Winterthur 7, — 5, Baden 6, — 4. 50, Zürich 5, — 3. 50, Zug 3. 40, — 2. 20. Die Direktion der Centralbahn gewährt ebenfalls Retourbillete in gleicher Weise den an der Centralbahn liegenden Vereinen, sowie den mit Festkarten versehenen auswärtigen Gästen. Wir machen noch auf die Gesellschaftsbillete aufmerksam von wenigstens 16 Personen, auf eine Entfernung von mindestens 15 Stunden für die II. Klasse 40 Cts. per Bahnstunde, für die III. Klasse 30 Cts. hin und retour. Die andern Direktionen werden, wenn möglich, ebenfalls unserem Wunsche entsprechen. Wir richten daher an die Brudervereine die dringende Bitte, sowie an die Abgeordneten aus Deutschland, uns solches bis spätestens den 1. August anzuzeigen, wie viel auf der Nordostbahn die Fahrt mitmachen; die Vereine an der Centralbahn bitten wir, dem Bruderverein Basel die Anzeige bis zu obigem Datum zu machen, da der Verkehr mit der Direktion der Centralbahn erleichtert wird.

Mit Brudergruß und Handschlag

Das Central-Comité.

Der Arbeiterbildungsverein Furtwangen feiert am 13. August l. J. sein Fahnenweihfest. Die Fahne in deutscher Farbe wurde uns von hiesigen Frauen und Jungfrauen gestiftet. Wir laden deshalb alle Brudervereine in Nah und Fern freundlichst ein, sich an diesem Feste zu betheiligen.

Im Namen des Vorstandes:
Der Schriftführer J. Dorwarth.

Blaubeuren, 21. Juli. *) **(Der Arbeiterbildungsverein Blaubeuren an die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung in Coburg.)** In unserer letzten Versammlung hat unser Verein folgende Resolution angenommen. Der Arbeiterbildungsverein Blaubeuren kann sich mit dem Bestreben, die Allgem. deutsche Arbeiterzeitung zu verdrängen, nicht einverstanden erklären, weil er in dieser Zeitung die Interessen der Arbeiter sowohl, als eine echt deutsche Politik vertreten findet. Wir bleiben deshalb unserer Zeitung getreu und lassen uns nicht übertölpeln.

Mit deutschem Gruß
Schlungberger, Vorstand.

Pößneck, 22. Juli. **) In unserer vorgestrigen Vereinsversammlung wurde mit Stimmeneinhelligkeit der Beschluß gefaßt, der Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung die Erklärung abzugeben — was hierdurch geschieht —, daß wir durchaus keine Ursache haben, mit der Tendenz dieses Blattes unzufrieden zu sein, daß wir im Gegentheil dem Verleger und den Mitarbeitern für ihren warmen Eifer für die gute Sache unsere vollkommene Anerkennung zollen, daß wir auch ferner die Allgem. deutsche Arbeiterzeitung als unser Vereinsorgan ansehen werden, und daß wir bei nächster Generalversammlung in Stuttgart einen dahin zielenden Antrag zu stellen gedenken, daß dieselbe wieder in ihre früheren Rechte eingesetzt werde.

Der Arbeiterbildungsverein in Pößneck.

Frankenberg in Sachsen, 28. Juli. Der hiesige Arbeiterverein hat an das Königl. Sächs. Ministerium des Innern in Dresden folgende Petition und Protestation, die Führung der Arbeitsbücher betreffend, gerichtet:

„Aus öffentlichen Blättern ist die kaum glaubliche Nachricht zu entnehmen gewesen, daß in den Handels- und Gewerbekammern zu Dresden und Zittau Anträge eingebracht, discutirt und wohl gar zu Kammerbeschlüssen erhoben worden sind, welche direct gegen den, die vollständige Gewerbefreiheit anbahnenden Geist des Gewerbegesetzes vom 15. October 1861 gerichtet sind, und insbesondere darauf hinausgehen, daß den Arbeitgebern beim Eintrag der Austrittsbescheinigung in die von den Arbeitern zu führenden Arbeitsbücher auch eine Notiz über Qualification, Leistungen und Betragen des betreffenden Arbeiters hinzuzufügen nicht nur gestattet, sondern sogar geboten sein, sowie daß nicht mehr der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber zur Aufbewahrung des Arbeitsbuches während der Dauer des Arbeitsvertrags berechtigt sein soll.

Aus diesen Anträgen und Beschlüssen leuchtet so sehr der Rückschritt heraus und es liegt darin die Wahrnehmung, daß sich die ehemaligen Mitglieder von Zünften in das neue gewerbliche Leben, dessen Segnungen einerseits, dessen Schwingungen anderseits — letztere insbesondere gegenüber den neuesten Zeiterscheinungen — kaum erst halb entfaltet sind, noch gar nicht recht haben hineinfinden können, so offenbar vor, daß derartige Bestrebungen vor dem königlichen hohen Ministerium, welches auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten weiß, einer ernstlichen und umständlicheren Widerlegung gar nicht bedürfen.

Inzwischen wollen wir nicht unterlassen, gegen die erwähnten Anträge und Beschlüsse der Handels- und Gewerbekammern zu Dresden und Zittau ausdrücklich zu protestiren und das königliche hohe Ministerium gehorsamst zu bitten, derartige Vorlagen, dafern solche an hochdasselbe gelangen und nicht schon durch die Beschlüsse der übrigen Gewerbekammern, als dem Geist der Zeit und dem vernünftigen Fortschritt widersprechend, gekennzeichnet und verworfen worden sein möchten, zurückzuweisen und so die Stellung der Arbeiter geeignetst in nachdrücklicher Weise nicht nur vor einer Verkümmerung zu schützen, sondern vielmehr noch weiter aufbessern und fördern zu helfen.

Mit ꝛc.

Frankenberg, den 27. Juli 1865.

**Die Arbeiter daselbst
durch
den Vorstand des Arbeitervereins.“**

*) Unlieb verspätet. D. Red.
**) Unlieb verspätet. D. Red.

Die zum Sonntag, den 30. Juli, berufene **Versammlung der Berliner Arbeiter** in der Alhambra vor dem Rosenthaler Thore war sehr zahlreich besucht. Saal und Galerie waren dicht gefüllt, so daß sich die Versammlung auf mindestens 1500 Personen veranschlagen läßt. Der Vorsitz wird, wie in der vorbereitenden Versammlung vom 23. Juli, wieder Herrn Dittmann übertragen, so wie auch der damals gewählte Vorstand von Neuem bestätigt wird. Herr Dittmann fordert die Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung zu Mäßigung und Ruhe auf und hält dann etwa folgende Ansprache an die Versammlung: Ehe ich zur Sache selbst übergehe, muß ich einer Redaktions-Bemerkung Erwähnung thun, welche die „Volks-Zeitung“ zu dem Bericht über die vor 8 Tagen stattgehabte Versammlung gebracht hat, und die ich Ihnen deshalb vorlese. (Herrn Dittmann wird in dieser Redaktionsbemerkung bedenkliche Unklarheit vorgeworfen, weil er seine Freude über die Einigung des Schultze'schen und Lassalle'schen Arbeitervereins in dem gemeinsamen Kampf für das Vereinsrecht ausgesprochen hatte. Der Unterschied zwischen beiden Richtungen sei, sagt die „V.-Z.“ eben ein politischer. Beide Vereine können zwar in einzelnen Fällen ihr politisches Interesse auf gleiche Weise zu wahren für zweckmäßig halten, ein unbedingtes Zusammengehen in politischen Fragen sei aber bei der zu Grunde liegenden Verschiedenheit der Auffassung des Verhältnisses der Arbeiter zum Staate nicht recht thunlich.) M. H. In einem Augenblicke, da die Arbeiter im Begriffe sind, gemeinsam für ein Recht einzutreten, das allen Arbeitern ohne Rücksicht auf ihre sociale Richtung gleich nothwendig ist, in einem solchen Augenblicke Zwietracht (?) unter die Arbeiter ausstreuen zu wollen, ist höchst verwerflich. Mögen immerhin in der socialen Frage die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen, hier, wo es sich um das höchste politische Recht aller Arbeiter handelt, müssen alle gemeinsam vorgehen und zeigen, daß sie einig sind, wenn sie Eindruck bei den Behörden machen wollen. (Stürmischer Beifall.) Den speziellen Anlaß zu dieser Versammlung haben die Vorgänge in Köln gegeben. Allein schon lange vorher hat man kleine Formfehler benutzt, um da und dort eine liberale Versammlung aufzulösen. Mag man das! Achtung vor dem Gesetz muß von jedem verlangt werden; wir werden dann um so mehr nur solche Männer in den gesetzgebenden Körperschaften sehen wollen, die uns wahrhaft volksthümliche Gesetze bringen. (Beifall). Vor allem aber gleiches Maß und gleiches Gewicht im Staate für Alle! Während man die freisinnigen Vereine in ihrer Thätigkeit zu beschränken sucht, sehen wir den Handwerkerbund und preußischen Volks-Verein sich über den ganzen Staat verzweigen; sie haben allenthalben ihre Comité's und Ausläufer, die ungehindert mit einander korrespondiren, und ich will ihnen wünschen, daß es so bleiben möge, weil es zum wirklichen Leben der Vereine nothwendig ist, daß sie von einander Kenntniß haben. Aber das stärkt nicht den gesetzlichen Sinn des Bürgers, wenn dem Einen verboten ist, was dem Andern erlaubt wird. — Nach dem unglückseligen Attentat Sefeloge's auf den verstorbenen König, löste Hinkeldey nicht blos die politischen Vereine auf, sondern auch sogar die Kassenvereine. Ich erinnere Sie an die bekannte Auflösung der Altersversorgungs- und Unterstützungskassen. Die Gerichte erklärten diesen Eingriff später für ungerechtfertigt. Wer konnte die schweren Schäden aber repariren, die entstanden waren, wer hatte die Kranken derweilen unterstützt? Das sind die traurigen Folgen administrativer Eingriffe in das Vereinsrecht. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen das Comité die Annahme folgender Resolution:

1) Die Vereinsfreiheit ist für jeden Staatsbürger die unerläßliche Vorbedingung zu einer vernünftigen Ausbildung seiner politischen Rechte;

2) ohne die Vereinsfreiheit ist dem Arbeiter ein gesetzmäßiges Ringen nach der ihm gebührenden Stellung unmöglich;

3) der Verfassungsstaat selbst beruht auf der Vereinsfreiheit, seine Gesetzgebung wird in Versammlungen berathen und durch Majoritäten entschieden.

4) Jede unnütze oder willkürliche Beschränkung der Vereinsfreiheit ruft das Uebel der geheimen Verbindungen hervor, gegen das erfahrungsgemäß die strengsten Maßregeln der Abwehr nicht wirken;

5) in Erwägung dessen erachten wir es für Pflicht eines jeden Arbeiters, daß er für das Vereinsrecht durch thatkräftigen und unerschrockenen Gebrauch desselben eintrete, und die Versammlung fordert deßhalb die Staatsregierung auf, ihrer Pflicht gemäß, energisch dafür Sorge zu tragen, daß die Behörden solche Maßnahmen, wie sie in Betreff des Kölner Festes vorgekommen und jetzt von den zuständigen Gerichten für rechtswidrig erklärt sind, in Zukunft unterlassen.

(Anhaltender Beifall.)

Nach kurzer General-Diskussion wurde zur Debatte über die einzelnen Sätze der Resolution geschritten. Satz 1—3 gingen ohne Diskussion mit allen gegen eine Stimme durch, und die Debatte, welche sich an Satz 4 und 5 knüpfte, war nicht wesentlicher Natur, so daß auch diese mit allen gegen 3—4 Stimmen angenommen wurden. Um es nun aber mit dieser Resolution nicht abgethan sein zu lassen, schlägt Herr Dittmann vor, eine einzelne Person, resp. ein Comité zu ernennen, die, gewissermaßen auf der Wacht stehend, die Wahrung der Rechte und Interessen der Arbeiter sich zur Aufgabe machen und die Arbeiter in geeigneten Momenten zu Massenversammlungen nach Art der englischen Meetings zusammenberufen sollen. Nach einer längeren Diskussion darüber, ob es praktischer sei, eine einzelne Person oder ein Comité zu wählen, entscheidet sich die Versammlung zu letzterem und bestätigt sodann das bereits bestehende (Dittmann, Stephany, Roller, Metzner, Lamotte, Richter, v. Schweitzer, Schilling. Herr Becker, Präsident des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins, der ebenfalls Mitglied war, ist mittlerweile ausgewiesen worden). — Zum Schluß bringt Hr. Schilling nachstehenden Antrag ein: Die Versammlung erklärt ihr tiefstes Bedauern über die an die Zeiten der ärgsten Reaktion erinnernden Ausweisungen aus politischen Gründen, und erwartet von den Faktoren der Gesetzgebung, daß sie die bezüglichen, in einem nur einigermaßen freien Staate schlechterdings unzulässigen Gesetze baldigst beseitigen. Er motivirt den Antrag durch die in letzter Zeit kurz auf einander gefolgten Ausweisungen der Herren Liebknecht, Becker und von Hofstetten (welche übrigens noch nicht definitiv ist, vielmehr nach der Meinung des „Soc.-Demokr.“ zurückgenommen werden dürfte). Nach kurzer Debatte wird auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Herr Dittmann schließt sodann die Sitzung, indem er dabei die Hoffnung ausspricht, daß die Beschlüsse dieser großen, aus allen Arbeiterparteien zusammengetretenen Versammlung ihres Eindrucks auf die Behörden und Gesetzesfaktoren nicht verfehlen werde. (Berl. Ref.)

In Bezug auf den Vorwurf, welcher der „Volkszeitung“ in der vorstehend erwähnten Arbeiterversammlung gemacht worden, weist dieselbe in ihrer folgenden Nr. „die Insinuation, daß sie überhaupt gegen ein Zusammengehen der Arbeiter sei, mit der größten Entschiedenheit“ zurück. Wir sind, sagt sie, „fest davon überzeugt, daß das Ziel nicht erreicht werden kann, wenn man, wie das die Anhänger Lassalle's wollen, die Arbeiter in eine Abhängigkeit von der jeweiligen Staatsgewalt bringt. Die Arbeiterfrage muß als Arbeiterfrage und nicht als politische Frage gelöst werden.“

Diese Erwiderung der Volkszeitung enthält eine Wahrheit und einen Irrthum. Wahrheit ist es, daß das Ziel nicht erreicht werden kann, wenn man die Arbeiter in eine Abhängigkeit von der jeweiligen Staatsgewalt bringt. Insoweit dies Lasalle und seine Freunde gewollt haben, oder richtiger, sofern es die unvermeidliche Consequenz der von ihnen gewollten Staatshülfe war, haben auch wir dieselben bekämpft. Die Annäherung an das jetzt herrschende System in Preußen, die Verherrlichung Bismarcks, die Aufstellung des Grundsatzes: „man müsse das Gute nehmen woher es komme“, also auch aus den Händen der Feudalen, ohne Rücksicht auf die Gegenleistung, welche dafür gefordert wird, alle diese gefährlichen Verirrungen sind nur Consequenzen jenes Grundirrthums, bei denen zumal die dermaligen Führer der Lassalleaner sich so bloß gestellt und nach rechts so gebunden haben, daß die Warnungen, die auch wir nicht unterlassen haben: der plötzlichen Umkehr dieser Führer nicht vorschnell zu trauen, sehr wohl am Platze waren und noch sind. Daß die von ihnen geführten Arbeiter selbst es auch bei dieser neuen Wendung aufrichtig meinen, unterliegt für uns keinem Zweifel, denn es sind ja ihre eigenen Interessen und ein Zusammengehen der beiden Richtungen gegen die gemeinsamen Gegner, die willkürlich jedes verfassungsmäßige Recht mit Füßen treten, welches ihren Plänen unbequem ist, das war es, was wir von Bestehen unseres Blattes an fort und fort verlangt und weßhalb wir Lassalle und seine Freunde so entschieden bekämpft haben, als sie in arger Verblendung die unverbesserlichen Träger dieses Systems gegen die Fortschrittspartei unterstützt haben, für die uns gewiß Niemand blinder Freundschaft zeihen kann. Indessen ist es möglich, daß auch die dermaligen Führer der Lassalleaner endlich an den jetzt auch gegen sie zu Tage getretenen Früchten des von ihnen thatsächlich unterstützten Systems dessen Natur und ihren eigenen Irrthum erkannt haben mögen. Einen Vorwurf aber können sie Niemand machen, der ihrer Aufrichtigkeit nach den gemachten Erfahrungen unter allen Umständen nicht traut; oder wie will man z. B. vertrauen in dir eigene Aufrichtigkeit erwarten, wenn man Artikel in die Welt sendet, wie die heute von uns mitgetheilte Biographie des Herrn von Bis-

mark von Herrn J. B. von Schweizer, der heute diesen bekämpft, obschon der Mann und seine Politik noch immer ganz sich gleich geblieben ist! Doch wir kommen auf die Eingangs erwähnte Aeußerung der „Volkszeitung“ zurück und sagen: es ist eine Wahrheit, wenn sie behauptet, daß das durch die Arbeiterbewegung erstrebte Ziel nicht erreicht weeden kann, wenn man die Arbeiter in eine Abhängigkeit zu der jeweiligen Staatsgewalt bringt; — es ist dagegen abee ein Irrthum, wenn die Volkszeitung weiter behauptet: die Aebeiterfrage müsse als Arbeiterfrage gelöst und von der politischen Frage losgelöst werden. Die Arbeiterfrage ist freilich als ein wesentlicher Theil der socialen Frage, an sich keine politische Feage, aber wie die sociale Frage und deeen Lösung überhaupt der wesentliche Inhalt alles Fortschrittsstrebens ist, — da sie den Menschen und seine unveräußerlichen Rechte unmittelbar betrifft und da der Staat nur um der Gesellschaft und dee Menschen willen da ist, aus denen sie besteht, — so ist die Freiheit und sind alle damit zusammenhängenden politischen Fortschrittsbestrebungen, wenn sie nicht Sonderinteressen dienen und darum hohl und verwerflich sein sollen, nur die Form, in welcher jener wesentliche Inhalt zur Geltung kommen soll. In dieser Hinsicht müssen wir Lassalle Recht geben, dee die Arbeiterfrage in iheem vollen Zusammenhang mit der socialen und politischen Feage aufgefaßt wissen wollte. Die von der „Volkszeitung“ geforderte Isolirung der Arbeiterfrage ist nue ein Ausfluß jenes Systems von Schwäche und Halbheit, das von Jahrzehent zu Jahrzehent Fiasko macht, aber bei allen Halben und Schwachen leider immer wieder Anhänger findet. D. Red.

Berlin. Aus der Arbeiterversammlung am 30. wurde bekanntlich ein telegraphischer Gruß an die zum Abgeordnetenfeste Versammelten unter der Adresse des Abgeordneten Stadtrath Roggen abgesandt, die aber nicht angekommen ist. Der Absender verlangt jetzt, wegen nicht erfüllten Vertrages, die dafür gezahlten 1 Thlr 2 Sgr. zurück, die ihm aber von dem hiesigen Königl. Telegraphenamt deßhalb verweigert werden, weil die Depesche von hier abgesandt und auch ohne Störung rechtzeitig in Köln eingetroffen und nur die Absendung an den Adressaten von der dortigen Behörde verweigert worden sei. Wie man höet, will der Absender die Civilklage gegen die Behörde auf Herausgabe des Geldes anstrengen und bedauert, daß eine Schadensersatzklage nach preußischem Recht sich nicht bewerkstelligen lasse. (Berl. Reform.)

± **Berliner Handwerkerverein.** Das wichtigste in unserem Verein im Monat Juli ist nächst dem Stiftungsfest, welches am 8. Juli gefeiert wurde, die Wahl der Repräsentanten, welche am 29. Juli stattfand. Die statutenmäßige Vorwahl am 22. Juli schon zeigte nicht das Interesse der Mitglieder, wie in früheren Jahren, wie sich dies dann auch bei der Wahl kund gab, indem nur 345 Stimmzettel (darunter 7 ungültig) eingingen, während z. B. im Jahe 1860, als der Verein ein Jahr bestand, 1128 Stimmzettel abgegeben wurden. Abgesehen davon, daß der §. 10 des neuen Statuts vom Jahr 1861 Vielen das Wahlrecht nimmt, denn nur der kann wählen, welcher drei Monate hintereinander Mitglied ist, — sind die hauptsächlichsten Gründe wohl zu suchen in der den Deutschen anhängenden Schlaffheit, nicht von seinem Rechte Gebrauch zu machen und in der geoßen Lauheit, die seit lange im Vereine herrscht. Die Wahl fiel dies Mal mehr auf Handwerker, als auf Lehrer. Die meisten Stimmen (299) erhielt der Abg. Franz Duncker. Mögen die neuen Repräsentanten bei den berechtigenden Vorstands-Ersatzwahlen wohl überlegen, welche Männer sie mit einem so wichtigen Amte, als das eines Vorstandsmitgliedes eines so großen Vereins betrauen; einige Leheer gehören doch wohl auch dahin. Der oben angeführte Paragraph wird wohl einer Abänderung bedürfen, da im Sommee noch die Wahl stattfindet und Vielen die Arbeiten ihres Geschäfts oft nicht gestatten, drei Monate hinter einander Mitglied zu sein.

Berichtigung. In Nr. 134 unserer Zeitung hat sich in dem Artikel über den Bericht des Berliner Handwerker-Vereins durch Versehen des Setzers ein Fehler eingeschlichen: Nicht der Dr. Abarbanell, sondern Dr. Ed. Fischel verstarb in Paris.

Politischer Theil.

Vergesset die Blutzeugen Eurer Freiheit nicht.

H—, 14. Juli. Vor wenigen Tagen hat ein Werk die Presse verlassen, welches in doppelter Beziehung dem deutschen Volk theuer und werth sein soll. Wir meinen die Biographie H. Simon's von Joh. Jacoby. Der langjährige, unerschrockene Kämpfer für Volksrecht und Freiheit, den sein patriotisches Streben im 60. Jahre in den Kerker führt, hat hier einen Mann in das Gedächtniß des Volkes zurückgerufen, der von seiner frühesten Jugend an bis zu seinem Tod muthig und standhaft für die Sache der Freiheit, für die Rechte des deutschen Volkes gewirkt hat und als Lohn seines Strebens die Verbannung davontrug, wo ihn ein tragisches Schicksal in der besten Manneskraft aus den Reihen der Freunde entriß und dem Volk einen seiner tapfersten Vorkämpfer raubte. Hundert andere gleich ihm trieb zu jener Zeit die Reaktion in die Verbannung, Hunderte warf sie in die Zuchthäuser und zahlreiche Opfer fielen ihr im blutigen Kampf oder auf der Richtstätte. — Es ist an der Zeit, daß wir die Verdienste dieser Männer dem Volke in's Gedächtniß zurückrufen, welche Gut und Vaterland, Freiheit und Leben ihm geopfert haben. Sie haben die deutschen Farben hochgehalten in den Zeiten der wüthendsten Verfolgung, sie haben mit ihrem Herzblut dieselben rein gewaschen von dem Schmutz, mit dem die Reaktion sie beworfen; diese Bannerträger des deutschen Rechtes sollen daher auch nicht vergessen sein in der Verbannung, wohin die Volksfeinde sie getrieben, unter den Todtenhügeln, unter denen man sie verscharrt hat und für immer begraben glaubt.

Vergessen wir heute nicht, vor allen an einen dieser Märtyeer der deutschen Freiheit zu erinnern, der keinem nachgestanden hat an Liebe zu seinem Volk, an Opferfreudigkeit und Muth — ich meine Adolph von Trützschler! Bald sind es 16 Jahre, seit man ihn an den Ufern des Neckar am Morgen des 14. Augustes 1849 erschoß. Wir wollen heute nicht auf die Verdienste dieses treuen deutschen Mannes eingehen, wir wollen nur das Wort eines Zeitgenossen über ihn anführen: „die Reaction hat kein edleres Opfer aus unseree Mitte herausgeholt, als Trützschler und sie wird lange vergebens suchen, um ein edleres Opfer zu finden.“

Der Brief, den er eine Stunde vor seinem Tode an seine Gattin schrieb, schließt mit den Worten: „Es lebe die Freiheit! es lebe Deutschland!“ — Für beide ging er in den Tod. Unter Kürassierescorte führte man ihn Morgens 4 Uhr zur Richtstätte; von 7 Kugeln durchbohrt sank er zu Boden; auf dem Kirchhofe zu Mannheim haben sie ihn begraben! — Im Herzen des Volkes aber lebt er noch. Wäre es, so rufen wir namentlich auch den Arbeitervereinen zu, nicht an der Zeit: am 14. August des edlen Adolf von Trützschler zu gedenken?

Politische Umschau.

Preußen. Ueber die Verhaftung des Hrn. May, des Redacteurs der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“, bringt die „Berliner Reform“ einen sehr derben, aber auch sehr wahren Leitartikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die militärische Verhaftung des Herrn May zu Altona soll, wie es heißt, in Folge einer Rede erfolgt sein, die er zu Bremen beim Schützenfest gehalten. Ist dies der Fall, so wollen wir nur — ganz abgesehen natürlich von der schreienden Rechtsfrage, die sich an den Fall knüpft, — unserem Herrn Collegen ganz offen gestehen, daß wir's zu keinem recht durchdringenden Mitleid mit ihm bringen können.

Was wir von dem Bremer Schützenfeste gehalten haben, das erlaubten wir uns unseren Lesern durch ein Schweigen zu offenbaren, welches zugleich das der Schonung und das der Mißachtung war. Hol' nachgerade der Teufel diese idealen Verbrüderungen, die, sowie sie den Fuß auf die Erde setzen, auch ihn sofort an irgend einen Stein der Realität stoßen. Mag für die Schnurrpfeifereien, die sich da mit der „gemeinsamen Wacht am Banner des Vaterlandes“ — so lautete der telegraphische Gruß der Dresdener Sänger an die Bremer Schützen — mit Toasten und neuerdings sogar mit professionellen Reisebarden breit machen, welche die Schützenschaar jedes einzelnen deutschen Stämmleins, ja Zweigleins und Rüthleins begleiten, schwärmen wer da will: wir haben diese „gemüthliche“ Behandlung der deutschen Frage von Herzen satt und gönnen denen, welche neulich in Dresden die deutsche Einheit vom Himmel herunter grunzen und fistuliren wollten, den Hohn des Herrn v. Beust, daß das deutsche Lied auch noch einmal „eine Macht“ werden könne.

Aber der geistige Gewinn, wendet man uns ein, aus diesem traulichen Verkehr der Stämme und dem Austausche der in dem Einen, was uns Noth thut, sich findenden und versöhnenden Meinungen? Nun, auch darin hat Bremen recht bindende Beweise geliefert. Tostiren und buhurdiren: so nannte es ja wohl die alte nordische Poesie, wenn die ritterlichen Lanzen zum ernsthaften Spiele gegen einander eingelegt wurden und die Harnische splitterten — der Sieger aber war Herr über Leben und Tod. Heutzutage hat man für den Zusammenstoß manierlichere Formen erfunden, heute splittern nur noch die Gläser und der Besiegte schläft bis zum anderen Morgen sein Mißgeschick schon wieder aus — aber Toastiren nennt man's immer noch. Und ginge selbst in diesem harmlosen Zungenspiel es über den Spaß, dann ist wohl auch sofort ein sachverständiges Blatt, wie die „Weserzeitung“ diesmal, mit dem Rathe bei der Hand, die Herren Festredner thäten wohl, jeden Anstoß zu vermeiden, Nationalfeste könnten nur dazu dienen, im Allgemeinen das Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Nation zu stärken, nicht aber Parteifragen anzuregen. Nun, sie stärke sich einmal! Diesen Fehler aber hatte zu Bremen selbiger Herr May begangen. Er war als Festredner des schleswig-holsteinischen Schützencontingents mitgekommen und hatte eines heißen Abends, nachdem der für jedes dieser Essen unumgänglich als erster vorgeschriebene Toast auf das deutsche Vaterland glücklich vollbracht war, geglaubt, auch sein Theil daran reclamiren zu dürfen. Ob es vernünftig und gut ausgedrückt war, was er da getoastet, das haben die Festberichterstatter mit dem üblichen Takt verschwiegen, sie begnügen sich mit der Bezeichnung seines Auftretens als eines „rhetorisch-catilinarischen“, was kein schlechtes Anzeichen für das ist, was er gesagt, und mit dem „reizenden Bonmot des Redacteurs eines Bremer Blattes: Der May ist gekommen, die Reden schlagen aus“ — was allerdings zweifelhaften Geschmacks ist, besonders wenn man auf den May nichts Anderes, als einen Meyer zu setzen weiß — denn Meyer war es, der andern Tages das Gleichgewicht nach dem Recepte der „Weserztg.“ wieder herstellte. Genug, Herr May hatte Einiges vom „verrathenen Bruderstamm“ und vom „Angestammten“ gesprochen, was den Süddeutschen gefiel, den Preußen und Preußenfreunden nicht, und worüber er nun angeblich in Rendsburg nachzudenken haben wird, nachdem aus besagten Festberichten klar geworden, daß das à 36 Grote versammelte Deutschland in der Bremer Schießhalle den Redner einer solchen Züchtigung wohl für werth erachtet habe. Und die Leute hatten aus entgegengesetzten Gründen auch nicht so ganz Unrecht.

Es ist richtig, daß die Schleswig-Holsteiner vor 1848, wenn sie mit ihrem verhüllten Banner auf Sängerfesten oder bei dergleichen populären Festivitäten erschienen, damit keinen übeln Effect herausschlugen. Aber wir meinen, die Zeit sei vorüber. Wenn sie auch heute noch sich gar nicht anders zu helfen wissen, als wieder und wieder mit ihrem sentimentalen Bettel- und Thränensäckelein vom meerumschlungenen Liede, von „angestammten“ Treueschwüren und von verlassenen Bruderstämmen hausiren zu gehen, um eine tüchtige Tracht anonymer Bravo's einzuheimsen — so haben sie eben nichts gelernt und nichts vergessen. Ein Märtyrium aber, wie es jetzt Herrn May bevorsteht, ist doch wohl zu schlecht bezahlt mit dem Beifall des Schützenbruders Knuti und den Kalauern einiger annexionistischen Cheros.

— Die Berliner „Volkszeitung“ gibt über die jüngsten Errungenschaften der preußischen Diplomatie ihr Endurtheil in Folgendem ab: Wenn die Kunst der Diplomatie

darin besteht, durch friedliche Einwirkung vortheilhafte Ziele des Staates zu erreichen, damit man der kriegerischen Machtentfaltung nicht bedürfe; wenn ferner die Kunst darin besteht, Allianzen zu finden, die den Feind entwaffnen, und endlich Beziehungen anzuknüpfen, die dem Staatsinteresse dienen, ohne dasselbe gewaltsam erzwingen zu müssen, so ist von dieser Kunst bei uns sehr wenig zu spüren! — Wir sind trotz der Diplomatie in unausgesetzter Kriegsbereitschaft! Wir haben einen Allürten und müssen gegen ihn wie gegen einen Feind mit dem Säbel rasseln! Wir haben ein Land von seinem Feinde befreit und haben uns in Feindseligkeit zu demselben gesetzt, als ob es Feindesland wäre. Wo steckt da die Kunst der Diplomatie?

— Der Oberbürgermeister Bachem ist nachträglich als weiland Demokrat entdeckt worden. Vor 17 Jahren — was schrieben wir doch damals? — hielt Herr Bachem, der kürzlich mit Schnauben und Dräuen gegen preußische Abgeordnete wüthete, am Königstuhl bei Rhense eine Rede vor zahlreicher Volksversammlung. Damals hat Herr Bachem, indem er feierlich sein Glas zertrümmert, wörtlich gesagt: Wie dieses Glas an dem Steine zerschellt, so wird der Fürsten Wille zerschellen an der Macht des Volkes, wenn es einig ist.

Zu der Geschichte in **Köln** wird dem „Nürnb. Anz." aus München noch folgender Nachtrag geliefert: Der Erbprinz von Taxis übernachtete am 1. Festtage im Hotel Belle Vue. Plötzlich ertönte Nachts im Felde ein Hornsignal. Die Fremden sprangen aus ihren Betten, aus den Zimmern, weil viele fürchteten, es sei ein Brand entstanden. Plötzlich erschien auf dem Corridor ein junger Lieutenant mit einer Abtheilung Infanterie, steckte den Zwicker vor das Auge, wahrscheinlich um mit seiner Kurzsichtigkeit zu renommiren, befahl den auf dem Corridor befindlichen Personen, sich augenblicklich in ihre Zimmer zurückzuziehen, widrigenfalls er „Feuer jeben lasse", und verbot aus den Fenstern auf die Straße zu sehen, weil jeschossen werde. Ein Kellner machte den Herrn Lieutenant darauf aufmerksam, daß auf diesem Corridor der Erbprinz von Taxis nebst seiner Gemahlin k. Hoh. Prinzessin von Bayern wohne; allein der Herr Lieutenant erwiderte: „Das ist mir janz ejal", und beharrte auf seinem Befehle, dem sich auch alle fügen mußten, um nicht „jeschossen" zu werden.

Ein englisches Journal bemerkt über die Vorgänge in Köln: Wären die Abgeordneten in Köln Engländer gewesen, so hätten sie sich geweigert, auseinander zu gehen, bis die Polizei oder das Militär Gewalt gebraucht und einen oder mehrere von ihnen fortgeschleppt hätte. Dann würden sie bei den Gerichten wegen Angriffs und ungesetzlicher Verhaftung einen Prozeß anhängig gemacht haben, und die Gesetzlichkeit des ganzen Verfahrens wäre feierlich erörtert und förmlich verneint worden. Aber in Preußen kann gegen das Verfahren eines Beamten oder Soldaten kein Prozeß ohne die Erlaubniß seiner Vorgesetzten eingeleitet werden. Das gekränkte Individuum muß sich entweder fügen oder es mit der ganzen Macht des Staates aufnehmen. Dies ist ein sehr gefährliches System für den Staat, auf den die ganze durch das Mißverhalten einzelner Diener erzeugte Gehässigkeit fällt, aber es ist noch weit gefährlicher für die Freiheit, denn Armee und Bureaukratie werden Körperschaften, die über dem Gesetz stehen. Die preußischen Beamten sind politisch sehr liberal, aber doch gehorchen sie einem ungesetzlichen Befehl, weil der bloße Umstand seines Erlasses den untergeordneten Beamten seiner Verantwortlichkeit vor dem Gesetz enthebt.

Aus Schleswig-Holstein wird der „Neuen Frankf. Ztg." unterm 29. Juli geschrieben: Die preußische Politik ist hier jetzt wesentlich Polizei; die Soldaten werden zu Konstablern gemißbraucht, und während wir bisher in unserm wie in Preußens Interesse bedauerten, daß man die alten Truppen, die Sieger des vorigen Jahres, die mit dem Volke hier auf bestem Fuße standen, allmälig fast sämmtlich durch neue ersetzt hat, können wir uns jetzt nur freuen, daß es jenen Tapferen erspart worden ist, nun auch die Schergendienste zu verrichten, welche die Politik Bismarck-Zedlitz verlangt; die Hände, die bei Düppel und Alsen für uns gekämpft, waren zu gut, um „diese neuen Thaten zu besiegeln." In Plön kleine Prügelei preußischer Soldaten mit Bürgersleuten; nur zwei von den letzteren sollen geblieben sein. Dazu die polizeilich-militärische Verhaftung May's, die polizeilich-militärische Bedrohung des preußischen Abgeordneten Freese, dazu endlich die allgemein bekannte Thatsache, daß man der Post nicht mehr ganz traut, und die vielfach erprobte Thatsache, daß der unter preußischer Verwaltung stehende Telegraph für alle Mittheilungen, welche das schleswig-holsteinische Interesse direct oder indirect wahren, so gut wie nicht mehr vorhanden ist. Der ärgste Feind Preußens könnte keine Art der Behandlung ersinnen, die in unserm Lande unpassender, schädlicher wäre, als die jetzige Polizei-Politik. Wer es mit uns, mit Preußen, mit Deutschland gut meint, der helfe diese Sorte von Politik bekämpfen, so lange es noch Zeit ist. Von jetzt ab wird jede Unterstützung derselben zum Verrath an Recht und Freiheit und Frieden der Nation.

Merseburg, 26. Juli. Zu dem im September stattfindenden großen Manöver werden bereits Vorkehrungen zu einem festlichen Empfang des Königs getroffen. Der Graf Stolberg-Wernigerode hat zu dem Behufe eines großartigen Balles eine Subscription unter dem Adel und der Ritterschaft der Provinz mit dem Bemerken eröffnet, daß der geringste Betrag nicht unter zwölf Friedrichsd'or sein darf. Die Kosten dieser mit großem Pomp auszuführenden Festlichkeiten sind auf 20,000 Thlr. veranschlagt. Um der Sache das volle aristokratische Ansehen zu verleihen, wird jedes bürgerliche Element ferngehalten und, was vorzugsweise auffallen muß, es sind nicht einmal die Bürgermeister der größeren Städte zur Theilnahme aufgefordert worden. Es ist einleuchtend, daß gerade unter den gegenwärtigen traurigen Zuständen, in denen wir in Preußen leben, solche Empfangsfeierlichkeiten, die den Stempel eines dressirten Patriotismus an sich tragen, vollständig unpopulär und in der Bevölkerung mit großem Mißbehagen und Aergerniß aufgenommen werden.

Die Stadt **Schweinfurt** läßt zum Andenken des Dichters Friedrich Rückert ein lebensgroßes Reliefbild in Bronze an dessen Geburtshaus in Schweinfurt anbringen. Bildhauer Schäffer in Stuttgart ist mit der Ausführung beauftragt.

Kassel. Der 10monatliche Minister des Innern, Herr Rhode, ist ungnädigst entlassen worden, weil — jüngst auf dem Festplatze der Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins Kurhessens eine deutsche Fahne im kurhessischen Winde wehte.

— Herr Dr. H. Schoenfeld aus Wächtersbach (Kurhessen), welcher als ein Knabe von 15 Jahren vor 22 Jahren mit seinem Vater nach Amerika auswanderte, kehrte, angezogen von dem deutschen Schützenfeste, nachdem er vier Jahre in einem Ohioregimente als Arzt gedient, nach Deutschland zurück. In Bremen befiehl ihn eine Sehnsucht nach seinem Geburtsorte. Derselben folgend begab er sich in Begleitung eines Freundes dorthin. Hier wurde er Donnerstag Nachts von der kurhessischen Polizei wegen Nichterfüllung seiner Militärpflicht aus dem Bette geholt und nach Gelnhausen in das Gefängniß gebracht. Der Begleiter desselben, ein Hr. Wohlraber aus New-york, reiste sofort nach Frankfurt zu dem nordamerikanischen Generalconsul und trug diesem die Angelegenheit vor. Obschon der Verhaftete amerikanischer Bürger ist, erklärte der Consul doch, gar nichts thun zu können. Der Betreffende wandte sich hierauf an den amerikanischen Gesandten in Berlin.

München, 27. Juli. Mehrere Damen Münchens überschickten dem Abgeordneten Classen-Kappelmann in Köln einen prächtigen Blumenstrauß aus Alpenrosen und Edelweiß zum Zeichen ihrer Hochachtung. — In der „Rhein. Ztg." erbot sich der Advokat Dr. Zander in Köln, alle jene Entschädigungsklagen unentgeltlich zu vertreten, welche in Folge der neuesten Ereignisse in Köln erhoben werden könnten. Auch von München aus wurde dieser Advokat beauftragt, eine Klage von 10 Silbergroschen gegen den Fiskus anzustrengen, da der betheiligte Fremde (J. Knorr aus München) von dem bezahlten Billet für den zoologischen Garten durch die Maßregeln der Polizeibehörde keinen Gebrauch machen konnte.

Gotha, 28. Juli. Heute wurde in der Preßprozeßsache gegen den Rechtsanwalt und Abgeordneten Streit von Coburg, als verantwortlichen Verleger der „Deutschen Wehrzeitung", wegen Beleidigung der preußischen Armee, begangen durch Aufnahme eines gegen die preußische Junkerpolitik in der deutsch-dänischen Frage gerichteten Gedichts eines preußischen Soldaten, — vom hiesigen Appellationsgericht das zweitinstanzliche Erkenntniß gefällt. Dasselbe lautet dem Appellationsantrag der Staatsanwaltschaft gemäß auf Wiederaufhebung des freisprechenden Erkenntnisses des herzogl. Kreisgerichts in Coburg und auf Verurtheilung des Angeklagten in eine Geldstrafe von 50 fl. oder eventuelle Gefängnißstrafe von vier Wochen.

In Bezug auf diesen Prozeß sind folgende Thatsachen zu constatiren: 1) die Einleitung der Untersuchung wegen Beleidigung der preußischen Armee ist angeblich von dem vormaligen hiesigen Bataillonscommandeur Oberst v. Budritzki beantragt worden. Die Staatsanwaltschaft reclamirte zu ihrer Legitimation den Antrag des Obersten Budritzki bei dem herzogl. Staatsministerium in Gotha, von welchem der höchste Befehl zur Erhebung der Anklage aus Anlaß dieses Antrags ertheilt war. Das Staatsministerium verweigerte aber diese Mittheilung und ertheilte nunmehr als „vorgesetzte Dienstbehörde" (der preußischen Armee?) den Auftrag zur Anklageerhebung an die Staatsanwaltschaft. Nur darauf hin erfolgte nun die Anklage. Daß der Oberst Budritzki überhaupt einen Antrag gestellt hat, ist noch heute unerwiesen!

2) Der Untersuchungsrichter am herzogl. Kreisgericht in Coburg verweigerte die Einleitung der Untersuchung. Auf Recurs des Staatsanwaltes verweigerte auch das herzogl. Kreisgericht die Versetzung des Angeklagten in Anklagestand, wegen Mangels eines objectiven Thatbestandes, da das Gedicht nicht gegen die preußische Armee, sondern gegen die Politik gerichtet war, welche derselben damals eine unwürdige Stellung zugemuthet hatte und dem Unmuth darüber Ausdruck verlieh. Der Staatsanwalt appellirte nun an das herzogl. Appellationsgericht in Gotha und dieses erkannte auf Versetzung in den Anklagestand. Das Kreisgericht in Coburg brachte die Anklage nunmehr zur Verhandlung und sprach den Angeklagten wegen Mangels eines objectiven Thatbestandes

frei. Die Staatsanwaltschaft appellirte, höherer Weisung gemäß, hiergegen. Der Angeklagte lehnte das Appellationsgericht, welches in der Sache bereits sich präjudicirlich ausgesprochen hatte, als in der Sache befangen ab. Das Appellationsgericht verwarf jedoch diese seine Ablehnung.

3) Als das Appellationsgericht den Termin zur Appellationsverhandlung angesetzt hatte, beantragte der Angeklagte die Verlegung, weil er und sein Vertheidiger durch ihre Thätigkeit beim Landtag in Coburg vom Erscheinen abgehalten waren. Einmal verlegte das Appellationsgericht den Termin. Als nun die Sitzungen des Landtags noch länger dauerten, beantragte der Vertheidiger des Angeklagten die nochmalige Verlegung bis zu dem Ende der Tagung des Landtags. Das Appellationsgericht verwarf aber diesen Antrag und verhandelte nun die Sache ohne Gehör des Angeklagten und seines Vertheidigers, die an demselben Tage hier in öffentlicher Landtagssitzung thätig zu sein hatten, und verurtheilte den Angeklagten in der oben mitgetheilten Weise.

In dem mit 3monatl. Gefängniß beendeten Preßprozeß gegen den Abgeordneten Streit wegen Beleidigung der Unterzeichner des Londoner Vertrags vom 8. Mai 1852 sind fünf von einander abweichende amtliche Rechtsauffassungen über die Anklage zu Tage getreten. Die gegenwärtige Sache kann wohl jener Sache in dieser Hinsicht zur Seite treten.

Italien. Garibaldi und Mazzini haben, wie sich erwarten ließ, gegen jeden Versuch einer Versöhnung mit Rom protestirt. Mazzini hat einen Brief veröffentlicht, worin er die neapolitanische Jugend einladet, sich um Garibaldi zu schaaren, wenn der Tag der Action gekommen sein werde.

Florenz, 29. Juli. Privatbriefe aus der nächsten Umgebung des Papstes bestätigen bestimmt, die Zusammenkunft desselben mit dem Könige Victor Emanuel und dem Kronprinzen Humbert werde Ende August stattfinden. — Die bevorstehenden Wahlen erregen eine eigenthümliche religiöse Frage. Kann man mit gutem Gewissen, wenn man Freund der weltlichen Herrschaft des Papstes und der Feind der italienischen Einheit ist, sich an der Wahl betheiligen und Deputirte in's Parlament nach Florenz schicken? Heißt das nicht die Legitimität dieses Parlaments und selbst die Doctrine des einigen Italiens anerkennen? Diese Frage hat in der ultramontanen Welt eine große Aufregung hervorgerufen. Man hat den Papst zu Rathe gezogen, der aber darüber ebenso verlegen war, wie ein anderer Sterblicher. Als man ihn drängte, eine Entscheidung zu geben, erklärte er, das habe ein Jeder mit seinem eigenen Gewissen abzumachen. — Die „Italie" meldet einen Vorfall, der so recht zeigt, daß die jetzigen Verhältnisse in Mittel-Italien nicht lange mehr so ertragen werden können, wie sie unter dem Schutze der französischen Bajonnette durch die legitimistische Reaction gestattet werden. Aus Pasteua wurden mehrere notabele Personen, darunter der interimistische Bürgermeister, in der Gegend von Castro auf römischem Gebiete überfallen und in den Schlupfwinkel der Bande entführt; hier wurde der Bürgermeister-Sekretär Grossi und Antonio de Filippis ermordet, während Gregorio Dellals, Ginseppe de Filippis, der interimistische Bürgermeister de Lellis und Carmine Carpolunge gefangen gehalten werden. Die Räuber, die ein schweres Lösegeld verlangen, drohen, falls dies nicht eingezahlt wird, diese Personen zu Tode zu martern. Diese Entführung fand am 19. Juli auf päpstlichem Gebiete statt. Die „Italie" fügt hinzu: „Was den Fall noch schlimmer macht, ist der Umstand, daß die zahlreichen Banden, die auf römischem Gebiete an unserer Grenze wirthschaften und alle Augenblicke blutige Einfälle machen, in keiner Weise von den päpstlichen Behörden, oder von den Streitkräften, die dieser zur Verfügung stehen, belästigt werden. Es ist dies eine notorische Thatsache, die von allen Grenzbewohnern bezeugt wird.

— Die Pariser „Presse" veröffentlicht eine Reihe von Briefen aus der Feder des geistreichen Italienischen Deputirten Petruccelli de La Gattina, denen das Folgende auszugsweise entlehnt ist. Die Briefe haben vorzugsweise die Eventualität einer neuen Papstwahl im Auge. Das Kardinalscollegium zählt gegenwärtig 58 Mitglieder. Unter diesen sind 18 noch von Gregor XVI., die übrigen 40 von Pius IX. ernannt. 25 sind aus den ehemaligen und jetzigen Staaten der Kirche, 15 aus anderen Provinzen Italiens, 18 sind Nichtitaliener, darunter 8 Franzosen, 5 Deutsche, 3 Spanier, 1 Belgier und 1 Portugiese. Der Senior des Collegs ist Kardinal Mattey (1832 ernannt), das älteste Mitglied ist dagegen Kardinal Alameda y Brea (geb. 1781), die nächstältesten sind Ugolini, Villiet (geboren 1783) und Szczitowski (geb. 1785). Diese Kardinäle und einige derer, die ihnen im Alter am nächsten stehen, desgleichen ein Theil der abwesenden nichtitalienischen Kardinäle werden, im Fall der Papst plötzlich stiebt, nicht in dem Conclave sitzen und es werden, falls Pius nicht noch eine Anzahl neuer Kardinäle ernennt (er könnte nämlich allerdings noch 12—14 Hüte vergeben), etwa nur 40—44 Kardinäle sich an der Wahl des künftigen Papstes betheiligen. Der Charakter der beiden letzten Pontificate gibt Aufschluß über die Qualitäten der Kardinäle. Gregor XVI. hatte Furcht vor der Freiheit und bevölkerte das Kolleg mit reaktionären Mitgliedern; Pius IX. hatte diese Furcht in geringerem Grade, allein er ist mißtrauisch gegen die Capacitäten, und er hat es von jeher vorgezogen, schlichten frommen Priestern, oder solchen, die ihm dafür galten, den Hut zu geben. Wie das Paradies der Heiligen, hat er auch das Kolleg der Kardinäle mit „Armen im Geiste" zu bevölkern gesucht. Im 18. Jahrhundert begann das Cardinalscollegium sich zu demokratisiren; im 19ten hat es sich bureaukratisirt. Die politische Farbe desselben ist dermalen ein pronuncirtes Schwarz. Es ist so reactionär, daß Pius IX. in seinen Augen ein Revolutionär ist. Die Mehrzahl huldigt einem übertrieben religiösen Rigorismus. Die Specialitäten sind rar, etwa mit Ausnahme von Bofondi, der ein tüchtiger Jurist, Caterini und de Lucca, gelehrte Canonisten, Dom Pitra, Orientalist, und de Pietro, der ein sehr scharfer Kopf sein soll. Als die besten Bischöfe werden Corsi, Riario und de Angelis genannt. Der Beschränkteste von Allen ist Carafa; der am wenigsten Angesehene Grasselini, der seine Carrière in der Polizei begann. Bernabo und Guidi sollen in philosophischen Dingen bewandert sein. Antonelli gilt als der schlaueste Cardinal, aber von wissenschaftlicher Bildung ist bei ihm wenig vorhanden; d'Andrea ist bei seinen Collegen als närrisch verschrieen, weil er aus einer Familie von Narren hervorgegangen. Außer ihm werden Bofondi, Guidi, Pietro, Mertel, Pontini, Grasselini und Silvestri von ihren Collegen als „Progressisten" bezeichnet. Die meiste Aussicht auf die Nachfolge Pius IX. schreibt man de Angelis, Riario und Guidi zu. Der Allerreactionärste ist Altieri.

Paris. Das von Pariser Arbeitern redigirte Journal „La Tribune Ouvrière" stand unter der Anklage, sich mit National-Oekonomie beschäftigt zu haben (?), heute vor dem Zuchtpolizeigerichte. Der Gerant des Blattes, Limousin, wurde zu einem Monat Gefängniß und 100 Fr. Geldbuße, und der Drucker desselben zur nämlichen Strafe verurtheilt.

— Nicht viel Freude machten der Regierung die Gemeinderathswahlen. Mehr als irgend Jemand geahnet, ist dabei in allen Theilen des Reiches der Geist der Opposition gegen das waltende Regime hervorgetreten. Die offiziösen Berichte des „Constitutionel" über die Wahlergebnisse werden jeden Tag in Dutzenden von Fällen Lügen gestraft. Man begreift es nicht, daß ein Organ der Regierung sich solchen Widerlegungen, wie sie nun fortwährend gleichsam herabregnen, aussetzen mochte. Hier ein Beispiel statt einer ganzen Menge: Der „Constitutionel" hatte als Wahlergebniß in Dünkirchen angegeben: „Gewählt 16 von der Municipalliste, 3 von der Opposition, 8 nachzuwählen." In Wirklichkeit sind gewählt 16 Kandidaten der Opposition, 3 von der Municipalliste. Unter den Gewählten befinden sich zwei ehemalige Volksrepräsentanten. — An zahllosen Orten sind die bisherigen Maires und Adjunkten nicht einmal in den Gemeinderath gelangt. Im Kanton Nogent-sur-Seine (Aube-Departement) ist in 8 von den 15 Gemeinden die Oppositionsliste vollständig durchgedrungen; von den 15 Maires wurden nur 3 in die Gemeinderäthe gewählt, nicht weniger als 12 sind also selbst hierbei durchgefallen. Im Kanton Monteuq (Tarn) blieb die Opposition in 9 von den 16 Gemeinden vollständig siegreich; auch hier sind nur 7 Maires nicht durchgefallen. — Von den vormaligen Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers kennt man bereits vier, welche ihre bisherigen Stellen als Gemeinderäthe eingebüßt haben: de Campaigno, Maire von Toulouse; Curé aus Taillan; Paemard, Maire von Avignon; Baron Clary, Maire von Trouville. Der Eindruck, den die Wahlergebnisse hervorgebracht, ist im ganzen Lande ein mächtiger.

Newyork, 20. Juli. In Folge häufiger Streitigkeiten, die in Charleston zwischen der Einwohnerschaft und den Negern statt fanden, hat General Burnett einen Erlaß veröffentlicht, demzufolge die Einwohner alle ihre Waffen abzuliefern haben, sich nicht mehr auf der Straße versammeln und Abends nach 8 Uhr nicht mehr ausgehen dürfen. — Alle Berichte, welche Gen. Howard, der Chef des Emancipationsbureau, von seinen Unterbeamten empfängt, sind sehr traurig. Die Neger werden mit der größten Rohheit behandelt, und ihre ehemaligen Herren arbeiten systematisch darauf hin, sie verkommen zu lassen, um ihnen die Freiheit zu verleiden. Entweder wird ihnen jede Arbeit verweigert, und sie werden von ihren Heimstätten förmlich vertrieben, oder es wird ihnen die Arbeit so schlecht bezahlt, und sie werden dabei so mißhandelt, daß sie es nicht aushalten. Laufen sie dann weg, so wird höhnisch auf den angeborenen Widerwillen der Neger gegen die Arbeit hingewiesen. Einzelne Generale nehmen sich allerdings der mißhandelten Menschen energisch an; allgemein kann das leider aber nicht gesagt werden, vielmehr ist es, was man kaum für möglich halten sollte, nicht selten vorgekommen, daß Militärpersonen, welche sich von alten Vorurtheilen gegen die unglückliche Race immer noch nicht haben losiagen können, mit ihren Peinigern gemeinsame Sache gemacht haben. General Howard arbeitet eifrig an einem System der Fürsorge und Beschützung der Emancipirten, welches hoffentlich nicht ohne Früchte bleiben wird. Dessen Gelingen hängt übrigens mit der allgemeinen Politik unserer Regierung gegen den Süden auf's Engste zusammen. Wenn diese in irgend einer Hinsicht Schwäche zeigt, so wird das Loos der Emancipirten noch lange ein kaum minder beklagenswerthes sein, als es das der Sclaven war.

— Der „Courier des Etats Unis“ in Washington meldet, daß die Washingtoner Regierung eine Armee von 100,000 Mann in Texas concentrire, obgleich dieser Staat sich längst unterworfen habe und nur 400,000 Seelen zähle; auch General Halleck's Ernennung zum Militär-Gouverneur in San Francisco, von wo die Juaristen ihre Operations- und Proviantmittel bezögen, sei beachtenswerth, kurz, Alles deute darauf hin, daß es am Rio Grande del Norte zwischen den Kaiserlichen Truppen und den Nordamerikanischen Streitkräften bald zum Klappen kommen dürfte.

Aus einer Biographie des Freiherrn Otto von Bismarck-Schönhausen,

welche Hr. J. B. v. Schweitzer, der Redacteur des „Socialdemokraten“ in die „Ergänzungsblätter“ geliefert hat, die im „Bibliographischen Institut“ in Hildburghausen erscheinen, und deren betreffende Nummer uns so eben von Freundeshand zugesendet wird, entnehmen wir Folgendes:

„Hatte er die Aufmerksamkeit der Hofkreise bereits früher durch sein ultraroyalistisches Auftreten auf sich gelenkt, so waren jetzt die selbstständig gedachten, tiefgreifenden Pläne, welche man ihm in den preußischen Staatskreisen zuschrieb, ganz dazu angethan, jene Aufmerksamkeit zu erhöhen. Je deutlicher die inzwischen ausgebrochene Uneinigkeit zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause hervortrat, je mehr sich dieselbe zum offenen Konflikt steigerte, desto mehr richteten sich die Blicke der maßgebenden Kreise auf Herrn von Bismarck, den streng royalistischen, thatkräftigen, originellen Mann. Und so wurde er denn im Frühjahr 1862, als man mit dem Liberalismus der neuen Aera entschieden brechen wollte, nach Berlin berufen, um in das Ministerium von der Heydt-Roon einzutreten. Herr von Bismarck jedoch — offenbar, weil er kommen sah, daß das Königthum in Bälde eine noch festere und bestimmtere Position werde einnehmen müssen — lehnte ab, um, wenn die Dinge noch weiter gediehen, als „Retter in der Noth“ zu erscheinen. Und so kam es in der That: das bestehende Ministerium erwies sich sehr bald als ein bloßes Uebergangsministerium, und von dem freudigen Zuruf der conservativen, von Spott und Hohn der liberalen Partei begrüßt übernahm im September 1862 Herr von Bismarck-Schönhausen die preußische Ministerpräsidentur.

Die Aufgaben der Staatsmänner sind immer sehr concrete, und so fand also auch der neue Ministerpräsident eine sehr concrete Frage vor, an welcher er zunächst seine staatsmännische Begabung zu erproben hatte: den sogenannten „inneren Conflikt“.

Die Sachlage, wie er sie bei Antritt seines Amtes vorfand, war, kurz gesagt, diese:

Ein liberales Ministerium hatte durch die Gnade und den Willen des Königs liberal regiert, aber eben nur in so weit, als jene höchsten Faktoren es zuließen. Die Machtverhältnisse waren während der liberalen Aera in Preußen nicht geändert worden, nicht ein Titelchen der Macht war von der Krone hiernach an das Abgeordnetenhaus übertragen, die Verfassung somit keine Wahrheit geworden, sondern Schein geblieben. Ja, mehr noch: die Krone hatte sogar durch eigenmächtige Vermehrung des stehenden Heeres ihre Position befestigt. Dies war dem Abgeordnetenhause denn doch zu viel; man wollte die Verfassung, speciell das Budgetbewilligungsrecht, zur Wahrheit machen; die Gelder für die Armeeorganisation, welche man früher provisorisch bewilligt hatte, wurden verweigert. Die Krone aber — oder deutlicher und richtiger gesagt — der König beharrte auf seinem „selbsteigenen Werk“.

Dies der „innere Conflikt“, den Herr von Bismarck vorfand.

Nun rufe man sich ins Gedächtniß zurück, daß damals die Fortschrittspartei das ganze Land Jahre lang systematisch unterwühlt hatte, daß insbesondere die ganze Presse tagtäglich das Aeußerste that, um Oel ins Feuer zu gießen, daß durch den wahrhaft betäubenden Lärm, den die Fortschrittspartei in Verbindung mit dem Nationalverein ꝛc. hervorzurufen wußte, alle Wirthshauspolitiker, d. h. alle solche, welche sich in der Politik vom Schein bestechen lassen und nicht das Wesen der Verhältnisse zu erfassen vermögen, allen Ernstes glaubten, Preußen stehe am Vorabend einer großen Revolution. Man konnte nicht stark genug auftragen, um die Situation als eine höchst bedenkliche, kritische, staatsgefährliche erscheinen zu lassen.

Und da — unter solchen Umständen — kam der preußische Premier und sprach mit Ruhe jenes denkwürdige Wort: „Man muß diesen Conflikt nicht zu tragisch nehmen“. Wer dieses Wort fest hält, der hat den Schlüssel für die ganze bisherige Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit. Sie ließ sich nicht imponiren — sie schickte das Abgeordnetenhaus einmal nach dem andern Male wieder nach Haus —, sie ergriff einige kräftige Maßregeln, ohne zu fragen, ob sie gesetzlich seien oder nicht — und so ließ sie den vermeintliche Staatskrisis allmälig in einen chronischen idealen Streit ohne praktische Bedeutung aus. Das Abgeordnetenhaus hat damit bewiesen, daß es ihm entweder an politischer Fähigkeit, oder an politischem Muthe gebricht, um, nachdem einmal die wichtigsten Verfassungsrechte streitig geworden waren, die Dinge zum Biegen oder Brechen zu bringen und den Conflikt auf die Spitze zu treiben, auf der eine entscheidende Erledigung der Sache zur Nothwendigkeit wird. Bismarck aber kannte seine Leute — er wußte, daß, wenn er etwas wage, man ihm auf der andern Seite nicht mit einem Gegenwagniß, sondern nur mit passivem Aerger antworten werde. Und so war denn von Anfang an und ist auch in diesem Augenblicke kaum zu zweifeln, daß, wenn nicht unerwartete europäische Komplikationen von tiefgreifender Bedeutung dazwischentreten, das Abgeordnetenhaus aus seiner bisherigen Ohnmacht nicht herauskommen wird. Und zwar ist dies um so wahrscheinlicher, als der durch die Schuld des Abgeordnetenhauses neu befestigte preußische Absolutismus bisher eine glückliche äußere Politik verfolgte.

Die Operation war in Kürze diese:

Die preußische Regierung ging ohne den Bund, ja trotz desselben in der schleswig-holsteinischen Sache vor und wußte zugleich Oesterreich für diese Separataktion zu gewinnen. Man operirte nun zunächst in einer Weise, welche für die übrigen europäischen Mächte möglichst wenig Beunruhigendes hatte, und wirkte erst später auf eine völlige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark hin. Und so ist es denn schließlich dahin gekommen, daß Preußen das zufiel, was ihm bei glücklichem Ausgang der Sache der geographischen Lage nach zufallen mußte: der thatsächliche Besitz Schleswig-Holsteins.

Wenn es der preußischen Regierung gelingt, Schleswig-Holstein zu annexiren, so erreicht sie einen doppelten Vortheil: einmal kommt ihr der Umstand zu Gute, daß eine Regierung, welche nach außen glücklich ist, ja sogar als Mehrerin des Reichs erscheint, jederzeit auch im Innern fester Wurzel faßt; und ferner hat sie den Vortheil, daß sie der Fortschrittspartei, welche den Augustenburger auf den Schild gehoben hatte, eine bedeutende Schlappe beibringt. Sollten hingegen Annexion oder engerer Anschluß nicht erreicht werden, so dürfte das Ministerium Bismarck allerdings unmöglich werden. Bis jetzt aber ist demselben Alles gelungen. Dr. J. B. v. Schweitzer.“

Daraus ist wohl unzweifelhaft klar, was eigentlich von der neuesten Schwenkung des „Socialdemokraten“ zu Gunsten der preußischen Fortschrittspartei zu halten und daß die in unserer letzten Nummer gegebene Warnung sehr wohl zu erwägen ist. Oder wäre Herr von Schweitzer wirklich so kindlich naiv gewesen, von Hr. von Bismarck sich dessen nicht zu versehen, was jetzt unter seiner Leitung gegen die wichtigsten Volksrechte geschieht?

Unklar ist uns nur, wie dergleichen im Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen, der Schöpfung des nur zu früh verstorbenen Joseph Meyer, erscheinen kann.

Socialer Theil.

Ueber Koalitionen und Abkürzung der Arbeitszeit.

Bericht für den dritten Vereinstag von Rudolph Hirzel in Nürnberg.

In Folge der Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses und der bald darauf auftauchenden zahlreichen Arbeitseinstellungen an verschiedenen Punkten Deutschlands ist das Koalitionsrecht Gegenstand so eingehender Erörterungen von Seiten der gesammten deutschen Presse geworden, daß dem Berichterstatter, trotz dem Durchlesen eines sehr umfangreichen deutschen und englischen Materials sehr wenig Neues zu sagen blieb. Trotz der gewissenhaftesten Prüfung der gegnerischen Ansichten ist es demselben nicht möglich gewesen, eine andere Meinung von der Sache zu gewinnen, als wie er sie seit Jahren gehabt hat, und welche von dem größeren Theil der deutschen Presse verfochten wird, seit diese sich mit der Frage beschäftigt. Sollte sich daher auch Mancher durch das Nachfolgende in seinen Erwartungen getäuscht finden, so möge er versichert sein, daß der Berichterstatter seine wahre, innerste Ueberzeugung in diesen Zeilen niedergelegt hat; — und Wahrheit allein glaubt er dem Arbeitertage schuldig zu sein.

Ueber die erste Frage, welche bei dem Studium der Koalitionen an uns herantritt, über das Recht dazu, herrscht heut zu Tage bei allen intelligenten Männern nur eine Stimme. Das Koalitionsrecht ist ein Naturrecht, etwas Selbstverständliches. Die Verbote der Vereinigungen zum Zwecke der Lohnerhöhungen, welche Verbote in vielen Gesetzgebungen noch bestehen, in manchen erst kürzlich aufgehoben werden mußten, stammen theils aus der Zeit der traurigsten Reaktion, theils aus den alten Zeiten der Herrschaft der einen Klasse über die andere. Zu wundern, und ein trauriger Beleg für europäische Rechtszustände ist es, daß solche ungerechte Gesetze so lange bestehen, und z. B. in Frankreich, bis vor wenigen Jahren mit größter Strenge gehandhabt werden konnten. Warum in der That sollte es dem Arbeiter verwehrt sein, einestheils irgend welche Verbindung einzugehen, welche nicht verbrecherische Zwecke verfolgt, anderntheils mittelst dieser Verbindungen zu versuchen, der Arbeit, dem einzigen Gut, worüber er oft zu verfügen hat, einen möglichst hohen Preis zu verschaffen. Die Gesetze gegen Koalitionen sind gehässig, weil Ausnahmsgesetze; ungerecht, weil sie eine Klasse Menschen mit gebundenen Händen einer andern zu unterwerfen trachten; unmoralisch, weil sie den Haupthebel jeder sittlichen Fortentwickelung, die persönliche Freiheit, beeinträchtigen. Denn wie die Bildung frei macht, so bildet auch die Freiheit. „Bildung und Freiheit,“ sagt Emminghaus, „sind für die Arbeit, was Licht und Wärme für das Wachsthum der Pflanzen. Und diese beiden Bedingungen ergänzen sich einander in wunderbarer Weise: Die Bildung erzeugt Freiheit; sie zerbricht alle Fesseln und vernichtet alle Schranken, und die Freiheit erzeugt Bildung; denn sie spornt die edelsten Kräfte des Menschen zu fröhlichem Wetteifer an. Die Wirkungen der Freiheit in Betreff der Arbeit sind vornehmlich zwiefach verschieden. Sie gewährt nämlich der Arbeit die Unterstützung der sittlichen Motive, und die weitere Unterstützung der Hoffnung. Des sittlichen Antriebes zur Arbeit und der freudigen Hoffnung als stärkender Kraft entbehrt, wer nicht arbeiten kann, was er will, und wer nicht Herr des Resultates seiner Arbeit ist.“

Daß dem Arbeiter das Recht gebührt, und gegeben werden muß, Arbeitseinstellungen zum Zweck der Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit zu verabreden, erleidet keinen Zweifel. Anders aber verhält es sich mit der Frage, ob immer, oder auch nur in den meisten Fällen, diese Arbeitseinstellungen gerechtfertigt sind, mit andern Worten, ob sie zum Zwecke führen. Es mag als ein hartes Urtheil erscheinen, ein Unternehmen als ungerechtfertigt zu erklären, weil es nicht von Erfolg begleitet war. Allein nachdem die Erfahrung bewiesen hat, daß die meisten Arbeitseinstellungen selbst in England, wo sie absolut freien Spielraum haben, zum Nachtheile der Arbeiter ausschlugen, so ist es Pflicht des Arbeiters gegen sich und seine Familie, diese gefährliche Waffe mit großer Vorsicht zu gebrauchen.

Wir sagen: „mit Vorsicht zu gebrauchen;“ schließen also den Gebrauch nicht vollständig aus. Und allerdings gibt es Fälle, wenn auch wenige, wo eine Arbeitseinstellung am Platze ist. Wir möchten schon deßwegen nicht, daß der Arbeiterstand die Idee einer Koalition für höheren Lohn ein für allemal von der Hand weise, weil mancher Arbeitgeber nur durch die heilsame Furcht vor einem derartigen Unternehmen davon abgehalten werden kann, seine Leute einer ungerechten Behandlung zu unterwerfen. So kindisch die Vorstellungen von dem tugendhaften Volke waren, welche die Köpfe der französischen Socialisten erfüllten, ebenso kindisch wäre es zu leugnen, daß es Arbeitgeber gibt, welche noch nicht gelernt haben, den Arbeiter als einen Nebenmenschen zu betrachten, dem sie eben seine Arbeit abkaufen, der aber, von der zum Geschäftsbetrieb nöthigen Disciplin abgesehen, durchaus ihresgleichen ist. Burg hat uns hierin ein schlagendes Beispiel geliefert; darum war auch die gesammte Presse auf Seiten der Arbeiter.

Aber auch von einem andern Gesichtspunkt aus ist nicht jede Arbeitseinstellung zu verurtheilen. Mir scheint, daß im Großen und Ganzen allerdings zutreffende Gesetz von Angebot und Nachfrage werde oft zu sehr betont, besonders wo es sich um lokalisirte, auf eine

gewisse Gegend beschränkte Industrien handelt, wo also eine auswärtige Konkurrenz nicht zu fürchten ist. Allerdings wäre die Gefahr da, daß durch den erhöhten Preis der Waare der Absatz vermindert würde; allein es ist in diesem Fall nicht jedesmal die nothwendige Folge, daß die Gesammteinnahme kleiner werden muß. Ferner wird der Einfluß des obenerwähnten Gesetzes auf den Waarenpreis überall da gestört, wo künstliche Hindernisse den Verkehr hemmen, oder die natürliche Beschaffenheit des Landes den Producenten ausnahmsweise begünstigen. In beiden Fällen ist es möglich, daß der Arbeitgeber oder der Verkäufer seines Produkts den Preis gerade so hoch hält, weil er trotzdem mit Ausländer-Waare konkurriren kann und einen verhältnißmäßig großen Nutzen erzielt, von dem er dem Arbeiter sehr leicht einen Theil zukommen lassen kann, ohne Schaden zu leiden. Die vielen Beispiele von in wenigen Jahren erworbenen Reichthümern sind Beweise hiervon.

In seinem „Essay on (Aufsatz über) S rikes", vorgelesen in der britischen Gesellschaft zur Verbreitung socialer Wissenschaft im Jahr 1861, sucht Dr. John Watts zu beweisen, daß auch eine gelungene Arbeitseinstellung in sofern dem Arbeiter schädlich sei, als der Reichthum des Arbeitgebers, und mithin seine Fähigkeit, Leute zu beschäftigen, dadurch vermindert werde. Aehnlicher Weise entwickelten in letzter Zeit vielfach abgedruckte Artikel der Berliner Volkszeitung den Satz, daß eine Reihe von Lohnerhöhungen in den verschiedenen Gewerben einfach eine allgemeine Vertheuerung herbeiführen, mithin den arbeitenden Klassen nicht nur nichts nützen, sondern nur das kleine Kapital mehr und mehr von der Verwendung in der Industrie verdrängen würde. Beide Gründe scheinen mir die wahren Nachtheile der Arbeitseinstellung nicht erfaßt zu haben. Watts Argument, wie er es ausdrückt, würde zu dem Absurdum führen, daß je geringer der Lohn, desto besser sei es für den Arbeiter. Die allgemeine Vertheuerung kann ich für kein unbedingtes Unglück halten. Die Erfahrung spricht, daß in den Städten und Ländern, wo die Lebensmittel am theuersten sind, die Arbeiter (die Zeiten der Industriestockungen abgerechnet) besser stehen, als in wohlfeilen Gegenden. Für das kleine Kapital sind die Genossenschaften da. Beide Gründe liegen übrigens dem Arbeiter zu fern: sie sind ihm, möchte ich sagen, zu gelehrt. Die Hauptsache bleibt, daß in den meisten Fällen, welche die Vergangenheit uns aufweist, die Arbeitseinstellung zum unmittelbaren, empfindlichen Schaden der Arbeiter ausgeschlagen ist, und daß, aller Wahrscheinlichkeit nach, es auch in Zukunft so bleiben wird.

Und hier kann nun allerdings dem Arbeiter nicht oft genug klar gemacht werden, daß die oben berührten Ausnahmsfälle in ihrer Anzahl verschwindend klein sind gegen diejenigen, wo das unerbittliche Gesetz von Angebot und Nachfrage herrscht. In den seltensten Fällen sind die Arbeitgeber auch nur einigermaßen frei in den Preisen ihrer Waare. Gewöhnlich hat die Konkurrenz der Fabrikanten eines Landes und die der verschiedenen Länder unter sich den Nutzen so ziemlich auf das Minimum herabgedrückt. Allerdings zieht der Arbeitgeber, besonders in großen Fabriken, immer noch einen Nutzen, welcher zu dem Verdienst des einzelnen Arbeiters außer Allem Verhältniß zu stehen scheint. Allein erstens riskirt er sein ganzes Kapital und ist sein großer Antheil sowohl als Entschädigung hierfür, als auch als vorläufige Deckung möglicherweise zu erwartender Verluste anzusehen. Zweitens beläuft sich bei einer großen Arbeiterzahl eine verhältnißmäßig unbedeutende Lohnerhöhung zu sehr bedeutenden Summen. Nehmen wir eine Fabrik von 400 Arbeitern an, welche durchschnittlich 3 Thaler die Woche, also jährlich zusammen 60,000 Thaler verdienen, so machen z. B. 15 pCt. Lohnerhöhung schon eine Summe von 9000 Thalern aus. Wo soll der Arbeitgeber diese hernehmen, wenn, wie es gewöhnlich der Fall sein wird, die Waare keine Preissteigerung erleiden kann? Und sein Gewinnstantheil ist gewiß nicht so groß, daß 9000 Thaler als unbedeutender Abzug erscheinen könnten. Mit den Meistern des kleinen Gewerbes ist es ähnlich. Wenn auch da die Konkurrenz nicht so scharf ausgeprägt ist, wie in der Industrie; wenn auch ein theuerer Schneider oder Schlosser seine Kunden ebenso gut findet, wie ein wohlfeiler, so weiß doch jeder, wie weit er, den Kunden gegenüber, mit seinen Preisen gehen darf.

Wenn also bei solchen Umständen eine Arbeitseinstellung eintritt, was wird geschehen?

Entweder die Arbeitgeber halten aus. Das haben sie z. in England gewöhnlich gethan, und können es, da sie Kapital haben, immer besser und länger, als die Arbeiter, wenn sie auch durch den Geschäftsstillstand selbst Schaden leiden. Wenn nun noch gar der Arbeiterkoalition eine Arbeitgeberkoalition gegenübertritt, so können sie das um so besser, und sind sogar im Stande, die ungerechtesten Forderungen durchzusetzen. Denn daß eine gerechte Sache deswegen schon siegen müsse, weil sie gerecht ist, das ist eine schöne Phantasie, und weiter Nichts *).

Die Arbeiter in Burg haben nur deswegen gesiegt, weil den Fabrikanten der Geldsack schließlich doch lieber war, als das Vergnügen der Tyrannisirung. Die Eisenwerkbesitzer im Norden von England haben durch die unprovocirte Schließung ihrer Werkstätten die ungerechteste Sache ihren Arbeitern gegenüber lange aufrecht erhalten und thun es theilweise noch, und den Arbeitern bleibt Nichts, als der Schaden.

Jedoch abgesehen von der Ungerechtigkeit auf Seiten der Meister, also in dem Falle, wo sie wirklich nicht anders können, als widerstreben, treten für den Arbeiter die traurigsten Folgen ein. Erstens darbt er während der ganzen Zeit der Arbeitseinstellung mit seiner Familie, denn wenn auch, wie in England, Unterstützungskassen für solche Fälle bestehen, so sind diese natürlich nie im Stande, den Leuten ihren ganzen Verdienst zu ersetzen. Trotz der schmerzlichen Entbehrungen müssen die Ersparnisse des Mannes, beziehungsweise die Unterstützungskassen, zu Ende gehen, und er ist in der demüthigenden Lage, bei seinem Arbeitgeber wieder unter den alten Bedingungen einzutreten, ja oft unter geringeren; denn, es sei Gereiztheit der Arbeitgeber, sei es, daß diese wirkliche Verluste ersetzen wollen, sei es, daß die Arbeitereinstellung eine früher nicht dagewesene Konkurrenz hervorgerufen hat, — öfter vorgekommene Thatsache ist, daß die Leute mit schlechterem Lohn das mühsame Geschäft, sich zu einiger Unabhängigkeit emporzuschwingen, von vorne anfangen mußten. Der volkswirthschaftliche Verlust, den die größeren Arbeitseinstellungen in England verursachten, ist ungeheuer. Dr. Watts gibt folgende Zusammenstellung:

Ort der Arbeitseinstellung.	Feiernde Arbeiter.	Dauer der Wochen.	Wochenlohn.	Verlust. Pfd. St.	Nicht gem. Geschäft. 12½ Proc.	Unterstützungen. ½ Lohn.	Total.
Preston (Weber)	15,000	38	15 sh.	427,500	92,625	106,875	627,000
Blackburn "	40,000	3	15	90,000	19,500	22,500	132,000
Ashton (Spinner)	22,000	6	15	99,000	21,450	24,750	145,200
Bolton "	12,000	6	15	54,000	11,700	13,500	79,200
Colne (Weber)	1,500	50	15	56,250	12,187	14,062	82,499
London (Bauleute 1861)	10,000	26	1 Pfd. 5 sh.	325,000	53,125	81,250	459 875
				1,051,750	210,587	262,967	1,525,274

Was hätte mit dieser ungeheuren Summe gethan werden können! Und das sind nur wenige von den bedeutendsten Arbeitseinstellungen bis 1861. Seit 1842 haben die Leute der Kohlenwerke eine viertel, die Mechaniker im Jahr 1852 eine halbe Million weggeworfen. Besonders leichtsinnig war die Arbeitseinstellung in Colne, die zweitletzte der Liste. Die Leiter gingen von der ganz falschen Idee aus, der Lohn in Colne sei um mehrere Prozent geringer, als anderswo. Nach dem Preis der Länge-Elle war dies allerdings der Fall; allein in Colne werden schmälere und leichtere Stoffe gewoben, als in der Nachbarschaft, und es ist Thatsache, daß der nämliche Weber dort durchschnittlich 1⅔ pCt. mehr verdient, als z. B. in Blackburn. Die Leiter sahen zwar ihren Irrthum sehr bald ein, verheimlichten aber aus unverantwortlicher falscher Scham diese bessere Einsicht und ließen den unglückseligen Streit fünfzig lange Wochen dauern, bis das gräßlichste Elend und vollkommene Hoffnungslosigkeit eingerissen war. Aber die 82,499 L. St. oder 554,000 Thaler waren verloren, einige hundert Weber von Coventry eingewandert, Denjenigen, welche sich besonders bei den Arbeitseinstellungen hervorgethan hatten, blieben die Arbeitssäle für immer geschlossen, und ehe das Geschäft wieder seine frühere Lebhaftigkeit gewonnen hatte, ging noch ein anderes Jahr vorüber. Man muß sich hüten, die Hartnäckigkeit der Leute zu hart zu beurtheilen. Je länger der Konflict dauerte, je schmerzlicher er sich fühlbar machte, desto lebhafter mußte das Verlangen sein, vielleicht mit der letzten Woche des Widerstandes den Sieg noch zu erringen. Der Fehler war, daß der Conflict überhaupt begann.

(Schluß folgt.)

*) Ich mag hier ein- für allemal bemerken, daß in meiner ganzen Arbeit ich es nur mit der Zweckmäßigkeit des eingeschlagenen Weges zur Abhilfe von unleugbaren Mißständen, nicht aber mit der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der bestehenden Zustände zu thun habe. Thatsachen bekümmern sich leider sehr wenig um ihre Berechtigung, und wer bei Behandlung socialer Fragen nur die abstrakte Gerechtigkeit anerkennen wollte, bewegt sich im Gebiete der Träume, und sein Wirken könnte günstigen Falles nutzlos sein.

Folgender Aufruf des **Vereins der Pariser Hutmacher** zeigt deutlich die Natur der Productionsvereine, deren Zahl in Frankreich immer bedeutender wird. Das Publikum wird aufgefordert, zu zeichnen bei der Emission (des Pariser Hutmachervereins) von einer ersten Serie von 1000 Volks-Obligationen zu 20 Fr., lautend auf den Inhaber, verzinslich zu 5 Proc., heimzahlbar zu pari in sechs Jahren durch Loosziehung und Capital- und Zins-Garantie durch die Zahlungs-Kasse der Volksvereine. Das Capital der Gesellschaft der Pariser Hutmacher ist dargestellt durch eine Productionswerkstätte in voller Thätigkeit, die gegenwärtig 35 bis 40 Arbeiter beschäftigt und 50 bis 60 beschäftigen kann. Die Zahl der Geschäfte betrug im Mai und Juni ungefähr 3000 Fr. wöchentlich und muß sich in der Folge noch heben. Die durch die Schaffung der Volks-Obligationen verwirklichte Combination ist der Art, daß sie im Fall des Gelingens und der Weiterentwicklung zugleich bescheidenen Ersparnissen eine sichere, vortheilhafte und anständige Unterbringung und Industrien, die alles Interesse verdienen, reiche Hülfsquellen verschafft. Indem sie die Volksersparnisse und Volksarbeit in unmittelbare Verbindung bringt, demokratisirt sie auf die glücklichste Weise die fruchtbarsten Formen des Kredits, der bis jetzt dem ausschließlichen Gebrauch der Staaten, Gemeinden und großen Finanz-Gesellschaften vorbehalten, nothwendig auch den Arbeitervereinen nützen muß.

Leipzig, 29. Juli. Wie die „Leipziger Nachrichten" melden, hat die Arbeitseinstellung der Buchdruckergehilfen laut der Rechnungslage der Tarifkommission bis zum 6. Juni d. J. 10,238 Thlr. 5 Sgr. 8 Pf. gekostet; zu dieser Summe haben auswärtige Sammlungen 8977 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf. beigesteuert, den Rest haben die hiesigen aufgebracht. Die seit jenem Tage noch gezahlten Unterstützungen an Konditionslose sind jedoch in obiger Summe noch nicht mit inbegriffen.

Burg, 31. Juli. (Der Coalitionsproceß.) Die Beweisaufnahme ist heute beendet. Die letzten beiden Sitzungen waren ohne wesentliches Interesse, nirgends ergab sich, daß den Arbeitern eine Ueberredung nachzuweisen sei, oder daß ein Rädelsführer hervorgetreten wäre; ja in Bezug auf Dr. Hirsch in Magdeburg kam sogar zur Sprache, daß derselbe bei seinem letzten Besuch in Burg das zur Unterstützung der feiernden Arbeiter gesammelte Geld wieder habe zurücknehmen wollen, obwohl das Ende der Arbeitseinstellung nur erst in Aussicht gestanden. Dagegen trat die Frage immer mehr in den Vordergrund, welche Bewandniß es denn mit der Einführung der Fabrikordnung — wie die Fabrikanten zu ihr gekommen — ob sie aus einer vorhergegangenen verabredeten Einigung derselben hervorgegangen? — Ein von dem Vertheidiger direct darauf gestellter Antrag blieb ohne Erfolg, da der deßhalb befragte Zeuge, Werkmeister Alzschner, eine Beantwortung ablehnte.

Naumburg a. d. S., 30. Juli. (Zur Charakteristik.) Bekanntlich ist hier die am 22. Juli von Mitgliedern des Lassale'schen Arbeitervereins zum Behuf einer das Vereinsrecht wahrenden Resolution abgehaltene öffentliche Versammlung polizeilich aufgehoben worden. Gestern brachte nun das hiesige Kreisblatt folgende Bekanntmachung: „Hiermit setze ich ein geehrtes Publikum in Kenntniß, daß der Bevollmächtigte des naumburger Arbeitervereins, der Bürstenmachergeselle Karl Krall, am 26. d. M. aus meiner Arbeit entlassen ist. Louis Leine, Bürstenmachermeister."

Vermischtes.

Friedrich Rückert über Amerika.

Auswärtige Blätter bringen folgendes Gedicht von Friedrich Rückert, in welchem unser 76jähriger deutscher Barde dem Urtheile des

deutschen Volkes über Amerika treffenden dichterischen Ausdruck verleiht.

Amerika, das ist Dein Ruhm,
Den Niemand soll bestreiten:
Die Freiheit und das Bürgerthum,
Der neue Geist der Zeiten.

Ein Bürgersohn von niederm Stand
— Du weinst an seiner Bahre —
Hat durchgekämpft mit starker Hand
Den Bruderkrieg vier Jahre.

Und schöpft aus seinem Meuchelmord
Noch Hoffnung der Rebelle:
Es fiel ein Mann, es steht sofort
Ein andrer an der Stelle.

Er war kein Mann von hohem Geist,
Doch fest in Pflicht und Treue.
Was dort sein Volk als Höchstes preist
Und ich hier preis' auf's Neue.

Er wollte nichts für sich allein,
Die Eigensucht zu stillen,
Er wollte nur der Ausdruck sein
Von seines Volkes Willen.

Und gründlich hat er ausgeführt,
Was es ihm aufgetragen.
Vor solchem Lob, das ihm gebührt,
Verstummen alle Klagen.

Hat seinem Fall der Bau gebebt?
Ging Alles auf in Flammen?
Nein! Lincoln's Geist, der **Volksgeist** lebt,
Der Alles hält zusammen.

Wo in Europa wär' ein Thron,
Der unerschüttert bliebe
Von solchem Fall? es g'nügte schon,
Daß er in Trümmer stiebe.

Und wo ging ein Monarch zu Grab,
Dem solcher Achtung Pfänder
Freiwillig und aufrichtig gab
Sein Land und alle Länder?

Vortrag

enthaltend die **Belehrung über die ersten zweckmäßigen Hülfeleistungen bei plötzlichen gefährlichen Erkrankungen**, gehalten von Dr. **Wilhelm Herzig**, als Präses des „Industriellen Bildungs-Vereins in Reichenberg" in der Versammlung am 12. Dec. 1864.

Hierunter wollen wir vorzüglich diejenigen Fälle zählen, bei denen durch innere oder äußere häufig gewaltsame Ursachen ein plötzlich dem Leben gefahrdrohender Zustand von Ohnmacht oder scheinbarer Leblosigkeit hervorgerufen wird.

Die Ursachen, welche plötzlich heftige Erkrankungsfälle mit Ohnmacht oder Bewußtlosigkeit erzeugen können, liegen:

a) in einer Affektion des Gehirns oder Nervensystems, z. B. bei Apoplexien, Gehirnerschütterungen, epileptischen und hysterischen Anfällen, Bewußtlosigkeit durch den Blitzschlag;
b) in einer Störung der Cirkulations- und Respirationsorgane, so die Erscheinungen bei Herzkrankheiten, akute Lungenordeme und die mannigfaltigen Arten von Erstickung;
c) in einem raschen bedeutenden Verluste an Blut, Wärme u. s. w.;
d) in einer Vergiftung.

Je nachdem die Veranlassung für den plötzlichen gefahrdrohenden Zustand in dieser oder jener der obigen Gruppen zu suchen ist, sind auch die begleitenden Symptome verschieden und in der Mehrzahl der Fälle für die Erkrankungen im Gebiete gewisser Organe so charakteristisch, daß der Arzt alsbald über die Ursache des Zufalles ins Klare kommt. Ist dies aber nicht der Fall, ist eine äußere gewaltsame Einwirkung nicht bekannt, so wird eine genaue Besichtigung des Körpers und eine eingehende Untersuchung des Kranken nothwendig sein. Man hat dann zu sehen, ob sich nicht eine Verletzung am Kopfe vorfindet, hat die Färbung des Gesichtes, die Beweglichkeit der Gliedmaßen zu berücksichtigen, insbesondere ist niemals die sorgfältige Untersuchung der Mund- und Nasenhöhle zu versäumen, denn nicht selten entstehen plötzlich Anfälle von Erstickung und Bewußtlosigkeit durch fremde Körper, über deren Vorhandensein Niemand eine Ahnung hat. Ferner hat man die Art des Athmens zu beachten. Bei heftigen Abdomi[illegible]-Erscheinungen mit plötzlichem Collapsus ist nächst einer Vergiftung auch die Möglichkeit des Vorhandenseins eines unsichtbaren Bruches nicht außer Acht zu lassen. Auch dem Geruche des Kranken oder seines Athems, so wie etwaigen Flecken am Munde, an den Händen oder an den Kleidern ist Berücksichtigung zu schenken; endlich in Fällen, wo der Zustand des Kranken nicht allein unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, oder wir bereits eine Leiche vorfinden, ist auch auf die Umgebung, die verschiedenen im Zimmer befindlichen Gegenstände u. dgl. ein Augenmerk zu richten.

Hat man es mit einem Zustande von anscheinender Leblosigkeit zu thun, so handelt es sich zuerst darum, zu bestimmen, ob der Mensch todt sei oder noch Leben in sich habe. Dies geschieht jetzt wohl am sichersten und genauesten durch die Auskultation (Durchhören) des Herzens. Hört man bei einer aufmerksamen Auskultation durch 5—10 Minuten keinen Herzton mehr, so kann man wohl den bereits eingetretenen Tod mit Sicherheit annehmen. Im entgegengesetzten Falle schreite man alsbald zu den geeigneten Wiederbelebungsversuchen, welche mit um so größerer Ausdauer anzuwenden sind, als oft nach anscheinend vergeblicher Bemühung im Beginne, bei länger fortgesetzten Versuchen noch ein günstiges Resultat erzielt werden konnte.

Die Mittel, welche zur Wiederbelebung angewendet werden, sind:

a) Die künstliche Respiration. Diese wird am besten eingeleitet, indem man die beiden Hände flach an die vordere obere Bauchwand (Magengrube) des entkleideten und mit erhöhtem Kopfe am Rücken liegenden Kranken auflegt, und durch rasch sich steigernden, nach hinten und oben gerichteten Druck das Zwerchfell gegen den Brustraum in die Höhe zu drängen und diesen dadurch zu verkleinern sucht; dann aber wieder plötzlich mit diesem Drucke nachläßt. Zweckmäßig kann diese Manipulation noch durch einen Gehülfen unterstützt werden, welcher durch gleichzeitigen Druck auf beide Seiten des Brustkorbes, in der Gegend der unteren Rippen, die Verengerung des Brustraumes bewerkstelligt. Diese Bewegungen werden entsprechend der Ex- und Inspiration tactmäßig 16 bis 20 Mal in der Minute wiederholt. — Weniger zweckmäßig ist ein in neuerer Zeit angegebenes Verfahren, wobei man den Kranken auf die Brust legt und denselben, indem man einen Druck auf den Rücken ausübt, rasch nach einer Seite wendet, wobei mit den beiden Seiten abgewechselt wird. Die künstliche Respiration muß durch längere Zeit (20—30 Minuten und länger) fortgesetzt werden und darf man mit derselben nicht sogleich aufhören, wenn sich wieder einige spontane Athemzüge einzustellen beginnen. Man fühlt die rückkehrende Respirationsthätigkeit beim Auflegen der Hände durch die größere Prallheit des Zwerchfelles und dessen vermehrten Widerstand gegen die Compression.

b) Die Elektrizität wurde in neuerer Zeit gleichfalls zu Wiederbelebungsversuchen empfohlen und angewendet, theils um einen Reiz auf das Nervensystem überhaupt auszuüben, theils um insbesondere die Thätigkeit der Respirationsmuskeln anzuregen. Obwohl sich die Wirksamkeit der Elektrizität in geeigneten Fällen nicht in Abrede stellen läßt, so dürfte bei der Umständlichkeit, welche die Herbeischaffung und Instandsetzung eines elektrischen Apparates erfordert und bei der großen Eile, welche andererseits derartige Hülfeleistungen erheischen, dieselbe wohl nur in äußerst seltenen Fällen in Anwendung kommen.

c) Das Bespritzen und Begießen mit kaltem Wasser ist nächst den künstlichen Athmungsversuchen wohl das kräftigste Wiederbelebungsmittel, indem es am besten dazu beiträgt, auf dem Wege des Reflexes die Athemmuskeln und die Herzthätigkeit anzuregen. Man begießt den Kopf, Brust und Rücken oder besprengt blos das Gesicht und die Brust des Kranken. Beim Bespritzen ist es vom wesentlichen Vortheil, den Wasserstrahl mit einer gewissen Kraft einwirken zu lassen, wozu man sich entweder einer stärkeren Zinnspritze bedient, oder aber das Wasser aus der Hohlhand mit einer gewissen Schnelligkeit gegen Brust oder Gesicht des Patienten schleudert. Dabei ist auch darauf zu sehen, daß die besprengte nasse Haut sogleich und rasch mit einem Tuch abgetrocknet und abgerieben werde, damit der neuerliche Wasserstrahl wieder auf eine trockene Hautstelle treffe.

d) Der Aderlaß wurde früher in ausgiebiger Weise bei allen Zuständen von Ohnmacht und Bewußtlosigkeit in Anwendung gebracht, in neuerer Zeit aber auf ein sehr bescheidenes Gebiet begrenzt. Derselbe findet, neben bereits erwähnten wirksameren Wiederbelebungsmitteln, in solchen Fällen seine Anzeige, wobei blutreichen Individuen ein besonderer Zustand von Blutstauung die Ursache zu dem Ohnmachtsanfalle gegeben, oder sich gleichzeitig aus derselben Ursache, wie der Unfall selbst, eingestellt hat, und dem Leben gefahrdrohend wird. Wendet man den Aderlaß an, so ist es vortheilhafter durch eine ausgiebige Eröffnung der Vene rasch eine gewisse Blutmenge zu entleeren, als dieselbe aus einer kleinen Oeffnung langsam abträufeln zu lassen. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

Von dem deutschen Arbeiterbildungsverein in Schaffhausen erhalten 4 fl. 32 kr. für Arbeiterzeitung pro 1865. — Am 1. August von dem Arbeiterbildungsverein in Furtwangen erhalten 7 fl. für Arbeiterzeitung pro 1865 bleiben Rest 20 kr.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Aufsatz „Die sächsische Amnestie" Nr. 182 S. 698, dritte Spalte gegen Ende lese man: „durch Milde unterwirft sich der Sieger oft noch den grollenden Besiegten" (anstatt: dem).

Arbeitsvermittelung.

Für Gürtler.

In einem Berliner Fabrikgeschäft für Gas-Anlagen ist die Stelle eines

Werkführers

zur Anfertigung von Beleuchtungsgegenständen zu besetzen. Derselbe muß mit diesem Fache vollständig vertraut sein und über seine bisherige Wirksamkeit befriedigende Auskunft geben. Adressen nimmt die **Expedition der Berliner Reform in Berlin** an, jedoch nur franco.

Verschiedene Anzeigen.

Im Verlage von J. Schneider in Mannheim ist soeben erschienen und in **allen Buchhandlungen** zu haben:

Freie Stimmen
aus dem heutigen
Frankreich, England u. Amerika
über
Lebensfragen der Religion.
Gesammelt, übersetzt und herausgegeben
von
Carl Scholl,
Prediger der freireligiösen Gemeinde in Mannheim.

10 monatl. Lief. à 4—5 Bogen zum Preise von 24 Kreuzer = 7 Sgr.

Erste Lieferung.
Diese Lieferung ist durch jede Buchhandlung zur Einsicht zu erhalten.

Im Verlage von J. Schneider in Mannheim erschien soeben und ist in **allen** Buchhandlungen zu haben:

Gefallene Würfel
Novellen von
Ludwig Eckardt.
2. Band. Preis 2 fl. = 1 Thlr. 6 Sgr.
Der 1. Band ist zu gleichem Preise zu haben.

Drei Frauencharaktere.
Novellen von
Ludwig Eckardt.
25 Bogen. Min.-Format auf feinstem Velin-Papier. Eleg. geheftet. Preis 2 fl 42 kr. = 1 Thlr. 15 Sgr. Eleg. gebunden mit Goldschn. Preis fl. 3. 30 kr. = 2 Thlr.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 137.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 13. August 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Dritter Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Stuttgart am 3. und 4. Sept. 1865 (Vorläufige Tagesordnung). Stuttgart, dritter Vereinstag. Cigarrenarbeiter-Angelegenheit. Vom Centralfeste der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz. Gotha. Eßlingen. Cottbus. Varel. Heidelberg. II. **Politischer Theil**: Ein Fest und zwei Männer. Politische Umschau: Berlin, das alte Lied und das alte Leid. Früchte vom Baume Bismarck'scher Staatsreiterkunst. Gotha, ein ernstes Wort über Schwindel in Dresden und Darmstadt. Oesterreich in der Sackgasse. Frankreich, Stiergefechte. Amerika, frohe Botschaft über die Neger. — Offener Brief einer Frau an Herrn Generalprokurator und Senator Dupin über die Prostitution der Männer. — III. **Socialer Theil**: Ueber Coalition und Abkürzung der Arbeitszeit (Schluß.) Die Arbeiterbewegung im Wupperthal. Breslau, Organisation der arbeitenden Klassen. Burg, Coalitionsprozeß. Berlin. — IV. **Vom Büchertisch**: Tagebücher von Varnhagen von Ense. 8. Band. — V. **Vermischtes**: Danksagung. Vortrag über Hülfeleistungen bei Erkrankungen von Dr. Wilh. Herzig, gehalten am 12. December 1864 in Reichenberg. (Schluß.) — Verschiedene Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Nachstehend die offizielle Bekanntmachung des Ausschusses und des Stuttgarter Localcomité's über den bevorstehenden Vereinstag.

Dritter Vereinstag deutscher Arbeiter-Vereine zu Stuttgart

am 3. u. 4. September 1865.

Vorläufige Tagesordnung.

I. Antrag des ständigen Ausschusses auf Aenderungen der Satzungen des Vereinstags. Berichterstatter: Sonnemann und Stöckler.

II. Coalitionsfrage und Verkürzung der Arbeitszeit. Berichterstatter: Hirzel und Martens.

III. Genossenschaftswesen:

1) Alters-Versorgungs-Cassen. Berichterstatter: Sonnemann.

2) Baugenossenschaften. Berichterstatter: A. Lange.

3) Consum-Vereine. Berichterstatter: Stuttmann.

4) Productions-Genossenschaften. Berichterstatter: Eduard Pfeiffer.

5) Speisegenossenschaften. Berichterstatter: Bebel.

6) Association der Sparvereine. Berichterstatter: Staudinger.

IV. Das allgemeine und directe Wahlrecht. Berichterstatter: Hirsch und Hochberger.

V. Abschaffung der Wanderbücher. Berichterstatter: Bandow.

VI. Die Frauenarbeit. Berichterstatter: Moritz Müller.

VII. Anträge des ständigen Ausschusses in Betreff eines Vereins-Organs. Berichterstatter: A. Lange.

Unter Hinweis auf den Artikel III der Statuten des Vereinstages*) laden wir sämmtliche deutsche Arbeiter-Vereine ein, den Vereinstag durch ihre Abgeordneten zahlreich zu beschicken. Bestellungen von Wohnungen wolle man an den Schriftführer des Localcomités, Herrn Eduard Pfeifer in Stuttgart richten. Vom 2. September an ist das Bureau des Localcomités in der Liederhalle.

Die Vorversammlung beginnt am 2. September, Nachmittags 4 Uhr. Im Uebrigen verweisen wir auf das Programm des Localcomités.

Frankfurt a. M., den 1. August 1865.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeiter-Vereine:

Leopold Sonnemann, Vorsitzender. **Ferdinand Stuttmann**, Schriftführer.

---

*) Der Artikel III der Statuten lautet: „Zutritt zu den Versammlungen haben die Vertreter von deutschen Arbeiter-Vereinen, welche sich als solche auf dem Vereinstag durch schriftliche Vollmacht legitimiren. Ausnahmsweise können auch Vertreter freier Arbeiterversammlungen zugelassen werden, wenn der ständige Ausschuß, dem überhaupt die Prüfung der Vollmachten obliegt, sie zuläßt. Verweigert der Ausschuß die Zulassung, so ist Appellation an den Vereinstag gestattet. Jeder Verein kann einen oder mehrere bis zu fünf Abgeordneten senden, hat aber bei Abstimmungen nur Eine Stimme. Jeder Abgeordnete kann nur Einen Verein vertreten. Die Vereine, welche an einem Vereinstage Theil genommen haben, werden jedesmal brieflich eingeladen. Gleichzeitig wird die Einladung in möglichst vielen Blättern, jedenfalls aber in der „Deutschen Arbeiterzeitung" in Coburg und in dem „Frankfurter Arbeitgeber" veröffentlicht. Jeder Verein, welcher sich auf dem Vereinstage vertreten läßt, hat seinen Beitrag von 2 Thalern für jeden Vereinstag zu bezahlen. Denselben Beitrag haben diejenigen Vereine zu leisten, welche zwar keinen Vertreter entsenden, doch aber alle Berichte und Drucksachen zugesandt haben wollen."

Programm.

1) Samstag den 2. September, Abends 4 Uhr: Vorberathung der Vertreter deutscher Arbeiter-Vereine im Locale der Hack'schen Bierbrauerei. Von Abends 6 Uhr an im Garten dieser Brauerei Empfang der ankommenden Mitglieder.

2) Sonntag den 3. September, Morgens von 8—10 Uhr: Besichtigung des Musterlagers der Centralstelle für Gewerbe und Handel. Morgens 10 Uhr: Versammlung des Vereinstags in der Liederhalle. Abends 7 Uhr: Festbankett in der Liederhalle.

3) Montag den 4. September, Morgens 8 Uhr: Versammlung des Vereinstags in der Liederhalle. Abends 5 Uhr: gemeinschaftlicher Gang über die Uhlandshöhe auf das Schützenhaus. Festabend daselbst.

4) Dienstag den 5. September: für die noch anwesenden Mitglieder nach ihrer Wahl Besuch der land- und forstwirthschaftlichen Akademie Hohenheim und Besuch von Cannstatt.

Die Gäste werden am Bahnhof von Festordnern empfangen und zur Liederhalle geleitet.

Dieselben erhalten daselbst nach erfolgter Legimation Festschleife und Festkarte. Mitglieder deutscher Arbeiter-Vereine, welche nicht als Vertreter eines solchen erscheinen, legitimiren sich durch ihre Mitgliederkarte.

Für die erforderlichen Quartiere und nach Thunlichkeit für Freiquartiere ist von dem Localcomité Fürsorge getroffen. Den ankommenden Mitgliedern wird auf dem Bureau hierüber Auskunft ertheilt.

Wegen einer den Theilnehmern an der Versammlung zuzustehenden Ermäßigung des Eisenbahnfahrpreises sind die nöthigen Schritte eingeleitet und bleibt deren Ergebniß späterer Bekanntmachung vorbehalten.

Stuttgart, den 1. August 1865.

Das Localcomité für den dritten Vereinstag deutscher Arbeiter-Vereine:

J. Hölder, Vorsitzender. **Eduard Pfeiffer**, Schriftführer.

Cigarrenarbeiter-Angelegenheit.

Stuttgart. Laut unserem Aufrufe, den wir in Nr. 127 dieses Blattes an alle Cigarrenarbeiter-Unterstützungsvereine Süddeutschlands ergehen ließen, können wir die freudige Mittheilung machen, daß der Erfolg derart sich gestaltet hat, daß wir können in den damals aufgestellten 6 Sätzen den einen verwirklicht sehen, und zwar die Abhaltung einer Landesversammlung. Dieselbe findet durch Stimmenmehrheit der Vereine hier in Stuttgart, und zwar den 21. und 22. l. Mts. statt. Das Berathungslokal ist Rathebühlstraße bei Bierbrauereibesitzer Hoch.

Am 20. werden die Herren Abgeordneten durch eine Deputation am Bahnhof empfangen, kennbar an blauen Schleifen. Abends ist Vorberathung und durch unsere Sänger veranstaltete Unterhaltung.

Die Abgeordneten sind gebeten, sich mit Vollmachten zu versehen und über ihre Vereine genauen Bericht zu erstatten.

Indem wir uns hiemit noch des angenehmen Auftrags entledigen, auch unsere norddeutschen Brüder zu dieser Versammlung einzuladen, bitten wir dieselben, sich recht zahlreich dabei zu betheiligen, bitten aber auch zugleich diejenigen, welche außer denen, welche schon zugesagt haben, allenfalls noch kommen wollen, daß sie dies uns vorher anzeigen, damit auch für sie bestens gesorgt werden kann.

Die Tagesordnung wird gedruckt jedem Abgeordneten übergeben; außerdem sind die Vereine ersucht, weitere Anträge durch ihren legitimirten Vertreter zur Verhandlung zu bringen.

Und so seid uns denn Alle herzlich willkommen.

Im Auftrag des Vereins
das Comité
Leib, Dietrich, Trotter u. Frey.

Vom Centralfeste der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz,

welches den 6. und 7. August zu **Luzern** abgehalten wurde, will ich vorläufig nur in Kürze berichten, daß dasselbe in einer — für die Betheiligten höchst ehrenvollen und würdigen Weise durchgeführt wurde. Es verdiente viel eher den Namen eines „Arbeitercongresses“ oder „Arbeitertages“, als den eines „Festes“, obgleich die ersten und wichtigen Verhandlungen über die Interessen des deutschen Arbeiterstandes im Besonderen und des deutschen Vaterlandes im Allgemeinen allerdings dazu angethan waren, eine wahrhaft festliche, begeisterte Stimmung im Sinne des deutsch-nationalen Fortschrittes bei allen Theilnehmern hervorzurufen. Die deutschen Arbeiter bewiesen bei diesen Verhandlungen eine geistige Ausdauer und Kraft, die jeden wahren Volksfreund mit herzinniger Freude erfüllen müssen, und angesichts dessen können wir uns getrost sagen: „Noch ist Deutschland nicht verloren!“

Der deutsche Arbeiterstand arbeitet in der Schweiz und allenthalben, wie in Deutschland, rastlos an seiner geistigen Ausbildung und wird sich täglich mehr und mehr bewußt, daß dies das einzige Mittel sei, um die Hoffnungen des „jungen Deutschlands“ ihrer Erfüllung entgegenzuführen. Von diesem Centralfeste aus möge es durch alle Gauen Deutschlands so laut wiederhallen, wie es hier aus hunderten kräftigen Männerkehlen auf dem freien Boden der Republik ertönte: „Das einige freie Deutschland der Zukunft lebe hoch!“

(Einen ausführlichen Bericht sende ich Ihnen für's nächste Blatt.)
F. W.

Stuttgart, 5. August. Am 3. und 4. September d. Js. findet hier der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine statt. Die vom ständigen Ausschuß, Vorsitzender L. Sonnemann in Frankfurt a/M., festgesetzte Tagesordnung ist bereits in diesem Blatte mitgetheilt. Sämmtliche deutsche Arbeitervereine sind zur Beschickung des Vereinstags eingeladen; auch Vertreter freier Arbeiterversammlungen können durch den ständigen Ausschuß zugelassen werden. Jeder Verein kann bis zu 5 Abgeordneten mit zusammen 1 Stimme schicken. Das Hauptlokal des 3. Vereinstags ist die neuerbaute Liederhalle dahier mit ihrem geräumigen Festsaal und ihren schönen Gartenanlagen. Am Voradend, Samstag den 2. Sept., Vorversammlung der Delegirten in der Hack'schen Bierbrauerei, sodann festlicher Empfang sämmtlicher Gäste im Garten ebendaselbst. Am Sonntag den 3. Sept. und am Montag den 4. Sept. finden die berathenden Versammlungen des Vereinstages in der Liederhalle statt. Am Sonntag Abend Festbanket ebendaselbst, am Montag Festabend auf dem Schützenhaus. Besondere Anziehungskraft für Fremde dürfte die auf Sonntag früh vorgesehene Besichtigung des Musterlagers der Centralstelle für Gewerbe und Handel und der auf Dienstag angesetzte Besuch der land- und forstwirthschaftlichen Akademie Hohenheim üben. Für Freiquartiere und Preisermäßigung auf den Eisenbahnen ist das Lokalkomité dahier, Vorsitzender Abg. Hölder, nach Kräften bemüht. Die städtischen Körperschaften, sowie die K. Staatsregierung durch Vermittlung der K. Centralstelle für Gew. und H., sind der Veranstaltung des Vereinstags aufs Freundlichste entgegengekommen; der hiesige Arbeiterbildungsverein wird sein Möglichstes thun, seinen Genossen aus ganz Deutschland den Aufenthalt hier angenehm zu machen: so daß wir uns mit der Hoffnung schmeicheln, die Stadt Stuttgart mit ihren freundlichen Einwohnern, ihren reizend schönen Umgebungen werde dem deutschen Arbeitertag ein gleich werther Versammlungsort werden, wie sie dies für manche andere deutsche Versammlungen schon gewesen ist.

Gotha, 4. August. Die vom Arbeiterverein vor 2 Jahren gegründete Krankenunterstützungskasse hielt im vorigen Monat ihren zweiten Rechnungsabschluß. Nach demselben bestand die Mitgliederzahl aus 156 und es waren im letzten Rechnungsjahr an 42 Kranke 110 Thlr. 15 Sgr. ausgezahlt worden. Trotz dieser Ausgabe hatte die Kasse noch einen Einnahmeüberschuß von 226 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf. aufzuweisen.

Die Mitglieder zahlen wochentlich 1 Sgr. Beitrag und erhalten in einer Krankheit von jetzt an wöchentlich 1 Thlr. 10 Sgr. drei Monate lang, sodann $^2/_3$ davon noch drei Monate.

Auch der seit Neujahr vom Arbeiterverein ins Leben gerufene Arbeiter-Consum-Verein nach Markensystem hat gute Fortschritte gemacht. 31 Mitglieder begannen das Geschäft, und trotzdem jetzt erst 40 Mitglieder sind, so haben diese doch bis zum 31. Juli für 1009 Thlr. 19 Sgr. Marken entnommen. Eingelöst wurden für 998 Thlr. 25 Sgr. mit einem Gewinn von 70 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf. Consumirt wurden vom Bäcker für 261 Thlr., vom Fleischer für 277 Thlr., vom Kaufmann für 285 Thlr. und vom Mehl- und Victualienhändler für 175 Thlr. 25 Sgr.

Eßlingen a/N., 6. Aug. Wenn wir bisher sparsam waren mit Mittheilungen über unsern Verein, so ist die Ursache nicht unsere Unthätigkeit, im Gegentheil streben wir rüstig vorwärts zu kommen. Unser Verein zählt gegenwärtig 330 Mitglieder.

Unter den Vorträgen, die aber der heißen Witterung wegen in letzterer Zeit etwas seltener waren, sind besonders die über Geschichte der Neuzeit zu erwähnen. Der Unterricht wird auch erst mit Beginn kühlerer Temperatur seinen Anfang wieder nehmen. Der Gesang wurde bisher fleißig gepflegt.

Besondere Aufmerksamkeit wird der im raschen Zunehmen begriffenen Bibliothek geschenkt, die schon sehr schätzbare Werke enthält. Es werden derselben nur nützliche, zweckentsprechende Bücher einverleibt werden. Wir sind hierin ganz auf Selbsthilfe angewiesen.

Auch unsere Krankenkasse gedeiht gut, und hat schon sehr Bedeutendes geleistet. Leider haben wir viele Mitglieder, die nur dem Verein beigetreten sind, um diese Kasse benützen zu können, und da dieselben die Vereins-Abende fast nur besuchen, um den Beitrag zu zahlen, haben sie auch kein richtiges Verständniß für die jetzige Arbeiterbewegung, besser aber immer noch so, als gar keine Betheiligung, denn hie und da bleibt doch etwas hängen.

Bei unserem am 9. April d. J. ins Leben getretenen Marken-Consumverein, der gute Resultate verspricht, haben wir auch schon alle damit verknüpften sehr widerwärtigen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Dieselben entstehen hauptsächlich aus dem hier noch bestehenden mittelalterlichen Kastengeiste, der dem Arbeiter nicht gönnt, selbst etwas zu schaffen und zu erringen. Doch verzagen wir nicht. Auch steht uns Herr Dr. Pfeiffer aus Stuttgart mit wohlgemeintem Rathe treulich bei.

Der Consumverein hat 235 Mitglieder. Umsatz vom 9. April bis letzten Juli 7,360 fl. 30 kr. und ein Reingewinn von 541 fl. 11 kr. somit ein sehr günstiges Resultat. —

Was die vielbesprochene Angelegenheit der Arbeiterzeitung betrifft, so sind wir längst vollkommen der Ansicht wie Augsburg, Kempten, Stuttgart u. s. w. und glauben, daß eine Verbindung oder vielmehr Vermittlung zwischen Ausschuß und Vereinen ganz gut durch die Arbeiterzeitung geschehen könnte, und somit die kostspieligen Flugblätter entbehrt würden, welche doch nichts so Dringliches enthalten, als daß es nicht auch in genannter Arbeiterzeitung zu rechter Zeit erscheinen würde, es würde dann auch dem Beschlusse des letzten Arbeitertags in Leipzig bessere Rechnung getragen werden, wo der Antrag des Herrn Sonnemann und Dr. Hirsch angenommen wurde, daß der Ausschuß seine Mittheilungen und Berichte, so weit thunlich, in der Coburger Arbeiterzeitung zu veröffentlichen habe.

Mit deutschem Gruß und Handschlag im Auftrag des Vereins

Der Vorstand. Der Schriftführer.
Carl Merboth. C. Waldau.

z. **Cottbus**, 7. Aug. (Aus dem Arbeiter-Fortbild.-Verein.) Die in den Nr. 132/34 berichteten Vorgänge in unserem Vereine haben demselben tiefe Wunden geschlagen. Statt des ausgeschiedenen Vorstandes ist nun ein neuer Vorstand gewählt, und zwar aus Arbeitern und Handwerkern bestehend. Aus dem Verein sind mit dem letzten Vorstand eine Anzahl Mitglieder ausgeschieden, die, wie es scheint, den Umtrieben der Reaction erlegen sind und nun zur Bildung eines „Arbeiter-Vereins“ schreiten, welcher dem bestehenden Arbeiter-Fortbildungs-Verein Concurrenz machen, sich dabei aber höchst zahm verhalten soll und seine Arbeiten nur auf Unterrichtertheilen in den Elementarkenntnissen erstrecken will. In seiner ersten Versammlung verhielt sich die Mehrzahl der etwa 18 Mann starken Versammlung sehr lieblos gegen unsern Verein und kamen mitunter sehr häßliche Dinge zum Vorschein, so z. B. ein Gedicht und eine Grabrede, beide den Arbeiter-Fortbildungs-Verein beschimpfend.

Unser Verein hat sich nun reorganisirt und hält jetzt seine Versammlungen im Locale auf dem Neumarkt ab, wo auch Unterricht ertheilt werden wird.

Es ist auch jetzt eine regere Theilnahme bemerkbar und läßt sich die Hoffnung hegen, daß sich die besseren Arbeiter mehr und mehr im Verein concentriren werden.

Alle Vereine, die mit uns in Correspondenz stehen, werden hiermit ersucht, die Briefe, Sendungen u. s. w. an den jetzigen Vorsitzenden, Herrn Gust. Neumann, Tischlermeister, gefälligst zu adressiren.

In Cottbus sind es hauptsächlich die Fabrikanten, die sonst freisinnig sein wollen, welche im Arbeiter-Fortbildungs-Verein einen Feind erblicken und glauben, im Vereine werden die Arbeiter aufgereizt gegen ihre Arbeitgeber. Doch von der Thatsache sich zu überzeugen, ist noch keinem dieser Leute eingefallen und läßt sich wohl nur annehmen, daß eine ungegründete Furcht die meisten Fabrikanten treibt, feindselig gegen uns sich zu verhalten. Wenn die Bourgeoisie das Bestreben der unter ihr stehenden Classe, sich zu bessern anfeindet, so darf die vielgepriesene Freisinnigkeit der sog. Liberalen wohl nicht weit her sein.

Varel a. d. Jade. Unser Arbeiterverein wird nach einer mehr als einjährigen Pause demnächst seine Unterrichtsstunden wieder aufnehmen. Wie das commercielle Leben hier, so scheint auch das Leben und Streben nach dieser Richtung hin bedeutend erschlafft zu sein, und es ist auch wohl nicht zu leugnen, daß Eins zu dem Andern wenigstens in einiger Beziehung steht. Schon die geringe Zahl der Gesellen im Vergleich zu früher ist nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die Regsamkeit des Ganzen. Der Verein zählt gegenwärtig etwa 20 Mitglieder, während er sonst schon über 40 Personen stark war; in dem Maße hat hier die Zahl der Gesellen abgenommen.

Der Unterricht wird von mehreren Lehrern der hiesigen Bürger- und Volksschulen so wie von einigen Handwerkern gratis ertheilt und zwar in folgenden Gegenständen: Physik, Chemie, Geometrie, Rechnen, Deutsch, Schreiben, Zeichnen und Singen. Das sehr freundliche Vereinslokal wird auch Unterrichtslokal sein, und es steht zu hoffen, daß die Betheiligung eine rege und dauernde wird. Um den regelmäßigen Besuch zu fördern, hat der Verein wider Versäumnisse eine Brüche beschlossen, welche in die Vereinskasse fließt, und zwar per Stunde 1 Sgr. Wollen wir hoffen, daß diese Maßregel überflüssig sei.

Heidelberg, 25. Juli. Bei einer Zusammenkunft des Heidelberger und des Mannheimer Arbeiterbildungs-Vereins wurde die vom badischen Handelsministerium angeregte Frage: ob der bisher eingehaltene Gewerbschulzwang beizubehalten oder jedem Einzelnen der Besuch der Gewerbschule freizustellen sei, zur Besprechung gebracht.

Beide Vereine behandelten dieselbe und sprachen sich für die Beibehaltung des Zwanges aus.

Der Heidelberger Verein gab, veranlaßt durch eine vom dortigen Bezirksamte an ihn gerichtete Aufforderung hierüber eine motivirte Erklärung ab, welche letzten Sonntag auf der zu Karlsruhe stattgehabten Versammlung von Vertretern badischer Arbeiterbildungsvereine einstimmig Genehmigung und Zustimmung erhielt. Diese Erklärung, der die Beschlüsse einer ausschließlich von Arbeitern abgehaltenen Versammlung zu Grunde liegen, lautet:

Wir glauben uns für die Beibehaltung des Zwanges zum Besuch der Gewerbschule aussprechen zu müssen. Nach eigener Erfahrung sind wir der festen Ueberzeugung, daß eine Aufhebung des Gewerbschulzwangs alsbald eine beträchtliche Verminderung des Besuchs der Gewerbschulen nach sich ziehen würde, da bei den meisten Lehrlingen in dem Alter vom 14.—16. Jahre noch nicht diejenige Reife vorausgesetzt werden darf, die zu dem freiwilligen Besuch einer Schule erforderlich ist, und da nicht zu erwarten

steht, daß alle Eltern und Lehrherren ihre Kinder und Lehrlinge aus freien Stücken zum Besuch der Schulen anhalten werden. Abgesehen davon, daß hierdurch manche Gewerbschule in ihrer Existenz bedroht und damit selbst demjenigen jungen Handwerker, der gerne freiwillig die Schule besuchen möchte, die Möglichkeit zu seiner Weiterbildung benommen würde, scheint uns in diesem Fall ein Zwang um so gerechtfertigter, als er, ebenso wie der Schulzwang überhaupt, nur eine Schutzmaßregel für den Unmündigen solchen Eltern oder Vormündern gegenüber ist, die ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen. Wir glauben, uns deßhalb auch entschieden gegen jeden Vermittlungsvorschlag aussprechen zu müssen, der den Zwang zum Gewerbschulbesuch lediglich von dem Willen der Eltern oder von einem Vertrag zwischen Eltern und Lehrherrn abhängig machen will.

Das Institut der Gewerbschulen ist aus der Einsicht entsprungen, daß die in der Volksschule erworbenen Kenntnisse dem Bedürfniß des Gewerbetreibenden nicht vollständig genügen. Wir glauben nun, daß dieses Bedürfniß nicht kleiner, sondern, besonders in Folge der Gewerbefreiheit, durch die an den Gewerbetreibenden mehr als früher die Anforderung gewisser kaufmännischer Kenntnisse herantritt, weit größer geworden ist. Hiefür spricht namentlich auch das seit der Einführung der Gewerbefreiheit erfolgte Aufblühen der Arbeiterbildungsvereine. Gerade in den Arbeiterbildungsvereinen machen wir aber nur zu oft die Erfahrung, daß namentlich die Angehörigen solcher Gewerbe, für die ein Gewerbschulzwang bis jetzt nicht besteht, sich erst im reiferen Alter und oft mit großer Mühe die für den selbstständigen Geschäftsmann unerläßlichen Kenntnisse erwerben müssen. So sind gegenwärtig die Arbeiterbildungsvereine in der Lage, fast alle ihre Mittel auf den Unterricht in diesen unerläßlichen Vorkenntnissen verwenden zu müssen, während es doch die eigentliche Aufgabe dieser Vereine sein müßte, die Hülfsmittel zu einer Fortbildung zu bieten, die über jenes nothwendigste Maaß hinausgeht. Wir können deßhalb nicht dringend genug den Wunsch betonen, daß bei einer etwaigen Veränderung der die Gewerbschulen betreffenden Verordnungen der Gewerbschulzwang wenigstens in Bezug auf die für jeden Gewerbtreibenden nothwendigen Lehrgegenstände (wie Buchführung, Geschäftsrechnung, Geschäftsaufsätze) auf alle Gewerbe ohne Unterschied ausgedehnt werde.

Wir glauben, diesem Wunsche noch einen zweiten beifügen zu müssen, dessen Erfüllung uns für eine erfolgreiche Wirksamkeit der Gewerbschulen unerläßlich zu sein scheint. In den meisten Gewerbschulen wird der Unterricht an Werktagen in den Abendstunden ertheilt, in welchen der Lehrling durch vorausgegangene Tagesarbeit ermüdet ist. Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß nach allgemeiner Erfahrung der Unterricht weit mehr noch als die Handarbeit die volle, geistige und körperliche Frische erfordert, und wir wünschen daher, daß, wenn irgend thunlich, die Unterrichtsstunden in den Gewerbschulen auf eine frühere Tageszeit verlegt werden möchten.

Indem wir somit unbedingt uns für einen Zwang zum Besuch der Gewerbschule aussprechen müssen, verkennen wir nicht, daß ein Zwang in dem bisherigen Sinne, wonach für gewisse Gewerbe ein zwei- bis dreijähriger Gewerbschulbesuch zum Gewerbebetrieb die Vorbedingung war, mit der Gewerbefreiheit nicht mehr vereinbar ist. Wenn man dagegen die Gewerbeschulen lediglich als nach den Bedürfnissen des Gewerbestandes erweiterte und modificirte Fortbildungsschule betrachtet, zu deren Besuch ein Zwang nur bis zu einem gewissen Alter vorhanden ist, so wird dieser Zwang aus den nämlichen Gründen, aus denen er für die Volksschule besteht, gerechtfertigt und geboten sein.

Politischer Theil.

|| Ein Fest und zwei Männer.

Wir möchten nicht gern Böses von Männern sagen, die mit uns auf derselben Seite des Kampfes stehen, mit denen wir sogar hoffen, noch eine Weile zusammen zu bleiben, sofern sie nämlich vorwärts gehen und nicht zankend und hadernd die Zeit am Wege verlieren. Wir würden auch gänzlich zu den kläglichen, halbkomischen Vorfällen in der schönen Rheinebene von Köln bis Oberlahnstein schwegen, fürchteten wir nicht, das Gros der fortschrittlichen Armee hielte sich nachträglich wirklich für Helden und sähen wir nicht gerade in Norddeutschland andere Elemente, die uns denn doch eine ganz andere Berücksichtigung zu verdienen schienen, als jene Ungegessenen und Ungetrunkenen.

Der zuerst in Oberlahnstein glücklich angekommene Abgeordnete machte seinem Rettungsjubel in den Worten Luft: „Nicht nur die Augen von Deutschland, sondern von ganz Europa blicken auf uns!" Der Mann mochte Recht haben, denn voraussichtlich ging der Kölner Skandal durch die Zeitungen aller Länder und Sprachen; voraussichtlich mußte es die hundertzüngige Fama in alle Welt hinaus verkünden, daß der Geiger zu Köln, der über die dortige „Violine"*) disponirt, den Hrn. Classen-Kappelmann, der trotz seiner zwei Namen doch nur ein einziger Mann ist, für einen „politischen Verein" erklärt hatte, also wahrscheinlich von ihm verlangte, daß er sich in einen Classen und in einen Kappelmann „auseinander separire"; daß der Oberbürgermeister Bachem das Essen und Trinken als die staatsgefährlichste Handlung verpönte und den städtischen Gürzenich deshalb nicht zum Speise-Rütli hergeben wollte; daß den Abgeordneten und Festgenossen nicht einmal gestattet worden war, bei den wilden Thieren zu hausen, welche schon das Seume'sche Lied eingeübt hatten: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen"; daß ein Herr Eich mitten im Zoologischen die kühne Behauptung gewagt: „Ich bin der Bürgermeister von Longerich!" und auf das donnernde Bravo mit Infanterie und Cavallerie antwortete, welche die Festgenossen aus der Wildniß heraus wieder an die Luft — der Civilisation setzten; endlich, daß Dampfschiffe als hochverrätherische Möbel betrachtet wurden, auf die sich das „herrliche" oder vielmehr das „reorganisirte Kriegsheer" mit derselben Tapferkeit stürzte wie auf die Düppeler Schanzen und den Alsenstrand. Hinzufügen mußte unbedingt die Presse, daß die preußische Volksvertretung nicht nur vom Dönhofsplatze zu Berlin, sondern aus ganz Preußen verjagt worden und daß den Landboten, wie den Boten des Evangeliums einst, nichts Anderes übrig geblieben war, als „zu gehen in alle Welt und zu lehren alle Völker"; daß wenn Preußen sich der frohen Botschaft unwürdig erwiesen, den — Nassauern das Evangelium gepredigt werden sollte.

Die Augen Europa's sahen also allerdings nach Oberlahnstein; aber war es denn so ganz einerlei, was sie dort sahen? Und wenn die Augen Europa's dem Gehirn Europa's das Gesehene zugetragen, war es wiederum einerlei, was dieses Gehirn Europa's dazu dachte? Alcibiades hieb zwar einst seinem schönsten Hunde den Schwanz ab und die Augen von ganz Athen blickten auf die Stelle, wo einst jener Schwanz gesessen; aber Alcibiades nahm diese ganze chirurgische Operation nur für „Tröbel" und that nachher Dinge, bei denen die gebildetste Stadt des Alterthums sehr ernst wurde. Es hätte noch gefehlt, daß Alcibiades seine Heldenthat in einem böotischen Grenzdorfe verübte, oder daß er gar der Einladung der freien Hansestadt Korinth gefolgt wäre, um von dort der herrschenden Partei in Athen eine Nase zu drehen.

Werden wir ernst, so weit es die Dinge verstatten: Nach dem ausdrücklich erlassenen Verbot, für dessen Durchführung der Charakter der maßgebenden Persönlichkeit in Berlin Bürgschaft leistete, konnte das Abgeordnetenfest nur noch in Berlin selbst gefeiert werden. Reichten dazu der Muth und die Kraft nicht aus, die in deutschen Seelen flammen, so genügte ein energischer Protest, von vielen Tausenden unterzeichnet, und die Betretung des gerichtlichen Weges, der ohnedem der letzte Pfad geblieben ist, den wir in dem ganzen Labyrinth noch erblicken*). Entweder das Abgeordnetenfest nach der Hauptstadt des Landes verlegt und dann auch auf die Gefahr des Belagerungszustandes, durchgeführt — oder der Rest hieß Schweigen. Das Reformbanket zu Köln durfte Herr Braß von vorn herein verlachen.

Uebrigens, welcher Grund lag überhaupt zum Feiern vor, und war die Festfreude auch nur gestattet, so lange der beste Mann in Preußen hinter Kerkermauern saß? Den Einen, der es gesagt, wie der ganze Conflikt zu heben, wie die unerträgliche Lage zu lichten, wie der rhetorische Knoten zu durchhauen wäre, den hatten die Meisten allein voraufgehen — und im Stich gelassen. Das letzte Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will, das legale und doch heroische Mittel der Trockenlegung einer Staatskasse, welche sich jeder Controle entzieht, hatten sie verschmäht, weil sie es zu kühn gefunden, weil sie sich mit der Unreife des Volkes deckten, während es an ihnen gewesen wäre, 200 Mann hoch, dem Volke ein leuchtendes Beispiel zu geben. Sie wollten essen und trinken, während Johann Jakoby der Regierung Speise und Trank zu entziehen gedachte, daß sie nicht mehr gewußt hätte, womit ihre Geiger und Kürassiere und Pioniere am Leben erhalten!

Ein anderer Johann, der nur so eigensinnig ist, sich John zu nennen, vermuthlich weil er in der englischen Geschichte die Zähigkeit und den politischen Verstand gefunden hat, die in Deutschland fehlen, Hr. John Reitenbach-Plicken zu Gumbinnen, übt die Theorie des Königsberger Johann's seit längerer Zeit aus; er bezahlt keine Steuern mehr und hat in seiner Umgebung so verführerisch gewirkt, daß viele Andere auch nicht mehr zahlen, sondern sich regelmäßig pfänden lassen. Wenn ein solches Beispiel erst in Berlin, Königsberg, Breslau und Köln zündete! — Hr. John Reitenbach zu Gumbinnen ist ein durchaus praktischer Mann, sogar wenn er schreibt, und er schreibt recht gut und zwar alle Freitage, nämlich den Bürger- und Bauernfreund: worin er vor Kurzem die Steuerverweigerung in ihrer klassisch-historischen Erscheinung, in der Person des dritten Johann, des John Hampden, in schlagendster Weise erörterte. Lesen denn die Abgeordneten zu Berlin den „Bürger- und Bauernfreund" nicht, und bleibt ihnen vor lauter Commissionsberichten gar keine Zeit für die Geschichte, diese unbestechliche Lehrerin der Menschen, Völker und Abgeordneten?

Gerade während die „Augen von Europa" auf Geiger und Bachem und den Longericher und Schaute, auf Dampfschiffe, Eisenbahnen und Oberlahnstein gerichtet waren, setzte sich Hr. John Reitenbach zu Gumbinnen an seinen Schreibtisch, um seinen ostpreußischen Bürgern und Bauern die Geschichte von Karl I. Stuart, zeitlebens Königs von England und Irland, enthauptet pro populo anglicano (für das englische Volk) am 30. Januar 1649, vor seinem Palaste zu Whitehall, in allerverständlichster Weise zu erzählen. Ganz gewiß gibt es in dem „Lande der Schulen", in dem lesefertigen Preußen keinen sterblichen Menschen, der dieses Stück echter Geschichte, worin das „Unglück der Könige" vollendet wird, nicht durch und durch verstände, wenn er es nur — läse. Ohne allen und jeden Zweifel würde die Vertheilung von 100,000 Abdrücken dieser Geschichte Karls I. dem preußischen Volke unendlich gesunder sein, als sämmtliche Zeitungsberichte über das unterbrochene Opferfest von Köln bis Oberlahnstein, incl. einer „steilen Höh", die trotz alledem und alledem noch immer „gesichert" werden soll.

*) So heißt das Kölner Arrestlokal. Der Setzer.

*) Der letzte? Ich meine der vorletzte. Der letzte ist die Radikalkur. Der Setzer.

Politische Umschau.

Berlin. Allerwärts, sagt die Berliner „Reform“, ist man des besten Glaubens, daß es schließlich doch noch zwischen Wien und Berlin zur Verständigung kommen müsse, aber warum und in welcher Weise, davon schweigt Alles. Oesterreich — versichern die Wiener Blätter — kann die Einverleibung der schleswig-holsteinischen Soldaten in das preußische Heer nicht dulden; Preußen — antwortet die „Nordd. Allg. Ztg.“ — kann von dieser Forderung auch nicht um Haaresbreit zurückweichen. Es ist nicht mehr als billig — flüstert die „Kreuzztg.“ — daß Oesterreich einige Entschädigung dafür erhält, wenn es Preußen in dem ihm von der Vorsehung vorgezeichneten Vergrößerungsstreben nicht hindert. Gestern ist nun Gr. Blome in zweiter Sendung nach Ischl abgegangen (auch die Königin Wittwe ist gestern von hier eben dahin abgereist), sollte indessen daraus kein Verständniß erwachsen, so hat man in Wien sich bereits zu einer sehr bescheidenen Energie vorbereitet: man will dann das Provisorium in den Herzogthümern dauernd machen. Ein General soll dann als Civilkommissar nach Schleswig gehen, die österreichischen Truppen dort sollen verstärkt werden und natürlich bei dieser Gelegenheit auch ihre Unterordnung unter preußisches Commando aufhören. Ob die patriotischen Hotelbesitzer in Berlin sich wohl beeilen werden, auch diesen Waffenbrüdern beim Durchzuge wieder warme Empfänge mit kalter Küche zu bereiten? — Von dem Schicksale May's ist nichts Weiteres bekannt, dagegen bereitet die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf eine neue Enthüllung vor. Die Kampfgenossen-Vereine der Herzogthümer sollen sich auf eine bewaffnete Erhebung gegen Preußen rüsten und in Hamburg heimliche Waffenvorräthe ansammeln. Hoffentlich fehlen die „Handgranaten“ dabei nicht. — Nach Mittheilungen aus Brüssel seien Frankreich und England neuerdings in einen Schriftwechsel wegen des endgiltigen Looses der Herzogthümer getreten: bestätigt sich die Nachricht, so gewinnt dadurch das Gerücht an Bedeutung, Oesterreich wolle schließlich die Vermittlung Frankreichs in Anspruch nehmen. Der Patriotismus wird natürlich gewaltig darüber aufschreien; daß Rußland sich längst auf die offenkundigste Weise in den Streit gemischt hat, das ist freilich ganz etwas Anderes.

Die „Volkszeitung“ meint, die Politik des Hrn. v. Bismarck habe Preußen mit ganz Deutschland, sowohl mit den Völkern wie mit den Cabinetten, in Zwiespalt gebracht. Die Sympathie der Schleswig-Holsteiner sei dermaßen gegen Preußen gerichtet, daß preußische Truppen fast wie in Feindesland daselbst existiren. Mit unserm alliirten Mitbesitzer ständen wir im bittersten Conflikt, und nahezu seien wir darauf und daran, in einen Krieg einzutreten, dessen Ausgang niemand voraussagen könne. Das, und nichts anderes, seien für jetzt die sichtbaren Folgen der Bismarck'schen Politik.

Gotha, 6. August. Unter diesem Datum schreibt das „Gothaer Tagblatt“ sehr treffend: „Der Mißcredit, in welchen die s. g. deutschen National-Feste in den letzten Jahren gerathen, hat in diesem vorzugsweise festreichen Sommer in Folge der Vorgänge zu Dresden und Darmstadt neue Nahrung und bedeutenden Zuwachs erhalten. In Dresden, wo das Fest des deutschen Sängerbundes gefeiert wurde, entsendeten diese deutschen Sänger an die in Bremen ebenfalls versammelten deutschen Schützen einen telegraphischen Gruß, in welchem sie von „gemeinsamer Wacht am Banner des Vaterländes“ sprachen. Gleichzeitig aber brachten sie mit [illegible] ...mande ihrer deutschen Re[illegible] ...schen Premierminister Hrn. von [illegible] ...e Hoch's aus, als er sich dem [illegible] ...des k. Residenzschlosses [illegible] ...schaft elstatische Verzückung, als darauf der große deutsche Staatsmann, der in den 50er Jahren der rothesten Reaktion in Sachsen vorstand und dem der frühere Zuchthaussträfling Röckel ein so treffend bezeichnendes Monument in seiner Schilderung des Waldheimer Zuchthauses gesetzt, die begeisterte Menge höchstpersönlich anredete und ihr mit einer nur den Hochrusern unverständlichen Satyre die ministerielle Zusicherung gab, daß „der deutsche Gesang noch eine Macht werden würde.“ Später, — denn die überfluthende Begeisterung dürstete noch nach mehr — wurde dem Herrn von Beust von diesen s. g. deutschen Sängern ein Nacht-Ständchen gebracht; als Se. Excellenz dem Festplatze sich einmal nur von Weitem näherte, jubelten ihr die deutschen Sangesbrüder entgegen und als Excellenz gar in der Festhalle erschien, brach der Sängerbund in donnernde Hochrufe aus. In Darmstadt, wo bekanntlich Hr. v. Dalwigk in einer Weise den Ministerposten verwaltet, die ihm von der zweiten Kammer den Beschluß einer Versetzung in den Anklagestand zu Wege gebracht, waren in diesen Tagen viele hundert Turner auch zu einem Feste versammelt. Die landesüblichen Reden fehlten natürlich auch nicht und der hessen-darmstädtische Premier brach sich energisch Bahn zur Rednerbühne, von welcher herab er die turnerische Jugend „als Männer der That“ haranguirte und ihr die unerwartete Versicherung gab, daß keiner der Anwesenden das deutsche Vaterland mehr liebe als er, Herr von Dalwigk. Das schlug bei den gymnastischen darmstädtischen Jünglingen durch und den vornehmen Sprecher lohnte ein Beifall, der so stürmisch war, daß es den nachfolgenden weniger vornehmern Rednern schwer wurde, zum Worte zu kommen. Ob die großherzoglich hessischen Turner den Inhaber des Minister-Porteseuilles auf den begeisterten Achseln umhergetragen, da es keinen Wagen zu ziehen gab, wie vor Kurzem in dem Lande des „verrathenen Bruderstammes“, wird nicht mitgetheilt, jedenfalls würde aber, wäre dieses geschehen, die Feier einen noch potenzirteren haut goût erhalten haben. Die „Vossische Zeitung“ begleitet diesen turnerischen Beifalls-Erguß mit den Worten „wer noch ein zweites Land wie Deutschland kennt, der soll es in „Petermann's“ Mittheilungen beschreiben und die Karte beilegen“ und das „Frankfurter Journal“ bricht bei der Erwähnung des Dresdener Beustjubels in die Worte aus: wahrlich, das Herz zuckt und die Faust ballt sich, wenn man solche Beweise gedankenloser Jämmerlichkeit von einem Feste erhält, das unter dem anspruchsvollen Titel eines Nationalfestes aufgetreten ist.“ — G. —

„**Oesterreich in der Sackgasse**“ — lautet die Ueberschrift eines Leitartikels im „Deutschen Wochenblatt.“ Nach einem ausführlichen Krankenbericht schlägt der Verfasser dann folgendes einfaches Hausmittel vor, das ohne Zweifel auch anderswo vom besten Erfolg sein dürfte: Wenn einem Reiche, das in einem solchen Grade zerrüttet ist, wie Oesterreich, geholfen werden soll, muß der Fürst mit Umgehung Aller, die ihm mehr oder weniger nahe stehen, sich unmittelbar an das Volk wenden. So lange er seine Höflinge, die Junker, seine Soldaten, die Priester und seine Beamten fragt, wird er immer irregeleitet. So lange ihm nicht die Erkenntniß aufgeht, daß seine Stellung, sofern er sie als Aufgabe faßt, über Menschenvermögen geht, wird er desto unglücklicher sein, je besser sein Wille ist; faßt er sie nicht als Aufgabe, so kann ohnedies nicht von wahrhaft menschlichen Begriffen die Rede sein.

Das Erste ist, daß man das Herrschen, Befehlen, Bevormunden, Oktroyiren unbedingt und aufrichtig aufgebe. Daraus folgt ganz einfach, daß man sich entschließen muß, die Leute ihre Sachen selbst machen zu lassen. Sie verstehen es weit besser als alle Beamten. Wenn man nicht Minister finden kann, die sich des allgemeinen Vertrauens erfreuen, so verzichte man darauf, überhaupt Minister zu bestellen, so lange, bis das Volk der Männer, die es will, bezeichnet. Man hat ja in den Aemtern einen solchen Mechanismus eingeführt, daß es eines Amtsvorstandes eigentlich gar nicht bedarf; ein selbstständiger Amtsvorstand paßt gar nicht hinein, und ein unselbstständiger ist überflüssig. Werden dann alle Fesseln des Wortes und der Schrift gelöst, können die Menschen sprechen und schreiben, sich vereinigen und zusammenkommen, wie, wo und wann sie wollen, dann hat es ein Ende mit dem Reich der Lüge und aus den Reibungen des Geistes wird die Wahrheit schnell zu Tage kommen. Aber ihr müßt die Leute wirklich frei gewähren lassen, dürft sie weder überwachen noch hofmeistern, lasset sie gegenseitig sich aufregen, je mehr desto besser. Aufgeregt sind die Menschen regelmäßig besser, als in Eurer steifen und kleinlichen Zucht.

Frankreich. In Mont-de-Marsan, also auf dem Boden des hochcivilisirten Frankreichs, haben nun wirklich Stiergefechte stattgefunden. An beiden Tagen, Sonntag und Dienstag, war das 4000 Personen haltende Amphitheater vollständig besetzt, und wenn das Publikum auch nicht eine andalusische Leidenschaft und Begeisterung für diese edlen Spiele an den Tag legte, so schien es doch allgemein befriedigt zu sein. Es hatte auch allen Grund dazu, denn es wurden an diesen beiden Tagen 13 Stiere erlegt und 16 Pferde blieben auf dem Platze. Der erhabenste Moment war gekommen, als am Dienstag ein Prachtexemplar von einem Stier vier Pferde niedergeworfen hatte, und, mit den Vorderfüßen auf dem zuckenden Leibe seines letzten Opfers knieend, unter gewaltigem Schnauben seine feurigen Augen in dem weiten Kreis umherrollen ließ. Da wurde das Publikum zu stürmischem Jubel fortgerissen und brachte dem würdigen Veranstalter der Festlichkeit ein donnerndes Hoch aus.“ — Uebrigens protestirt bereits in den Blättern der Präsident eines Vereins wider Thierquälerei gegen die Einführung einer so barbarischen Unterhaltung.

Amerika. Von einem der zur Bereisung der Südstaaten ausgeschickten Agenten sind dem Kriegsministerium aus Memphis, Vicksburg und New-Orleans Berichte über die Verhältnisse der befreiten Neger und über den Zustand der Regierungsplantagen zugegangen. In der Nähe von Vicksburg haben sich 15,000 Farbige mit ihren Familien als Pächter angesiedelt. Zwei Drittheile derselben arbeiten auf eigene Rechnung, und haben sich seit dem vorigen Jahr so guten Erfolges zu erfreuen, daß es heuer sehr schwer hielt, einige von ihnen als Lohnarbeiter zu dingen. Die Erfahrung, sagt der Bericht, beweist es schon jetzt, daß der am ehesten zum Ziel führende Weg, den Negern Verdienst und die Mittel zum Selbstunterhalt zu verschaffen, darin besteht, daß man ihnen kleine Flächen Land zum Ackerbau anweist, und sie so lehrt, sich auf sich selbst zu verlassen. Diejenigen, welche in Lohn arbeiten, erhalten meist acht Dollars den Monat oder einen Antheil an der kommenden Ernte. Wo sie prompt bezahlt werden oder wenigstens Aussicht auf gute Bezahlung haben, arbeiten sie so fleißig wie nur je. In New-Orleans wurden die Schulen von 15,000 farbigen Kindern zwischen vier und zwölf Jahren, und die Abendschulen von 4000 erwachsenen Negern besucht.

Offener Brief einer Frau an Herrn Generalprokurator und Senator Dupin über die Prostitution der Männer.

(Auch in Deutschland zu lesen.)

Unsere Leser erinnern sich aus einer früheren Nummer dieser Zeitung der Rede des Herrn Dupin über den Luxus und die Gesunkenheit der

Frauen im heutigen Frankreich. Der Herr Senator und Generalprokurator, der seine heutige einflußreiche und wohldotirte Stellung der heutzutage nicht mehr ungewöhnlichen Eigenschaft, mit allen Winden zu segeln, verdankt, und der es in dieser Eigenschaft verstanden hat, im Laufe der letzten 40 Jahre den verschiedenen Regierungen Frankreichs und den verschiedensten Systemen zu dienen, Herr Dupin also hat von einer französischen Frau eine überaus lesenswerthe Zuschrift erhalten, die dem Herrn den Bibelspruch vom Splitter und Balken ungemein faßlich auseinandersetzt. Da auch unser Deutschland mit solchen Dupins zumal heute reich gesegnet ist, so halten wir es für recht nützlich, den Brief auch unseren Lesern nicht vorzuenthalten. Er lautet wie folgt.

„Herr Senator!

„Sie haben sich mit der Ihnen eignen Beredtsamkeit gegen den übertriebenen Aufwand der Frauen erhoben, als den Quell der weitverbreiteten Prostitution. Ich weiß nicht, ob Sie mit dieser Herleitung Recht haben; mir kommt es nämlich vor, daß eine Tugend, die sich verkauft, um damit eine Schneiderrechnung oder einen Wechsel zur Verfallszeit zu bezahlen, einerseits nicht werth ist, erhalten zu werden, andererseits nicht erhalten werden kann. Der maßlose Aufwand führt nur das Symptom des moralischen Verfalls herbei, erzeugt aber nicht den moralischen Verfall selbst. Dieser hat andere Factoren, die aufzufinden Sie sich wohl hätten sollen angelegen sein lassen. Bezüglich des Heilmittels, welches Sie gegen das Uebel angewendet wissen wollen, haben Sie sich ebenso geirrt — wie bezüglich der Ursache der Krankheit. Wie bescheiden die begüterte Hausfrau sich auch kleidet, es wird immer eine beträchtliche Anzahl von Frauenzimmern geben, die auch den gemäßigten Aufwand nicht erschwingen können und der gefährlichen Verlockung, von welcher Sie sprechen, ausgesetzt bleiben. Uebernähmen Sie es, zu bestimmen, wo das schlimme Beispiel anfängt und wo es aufhört?

„Der ungemessene Aufwand ist nicht der Grund, sondern das Produkt einer Demoralisation, auf die Sie, der edle Menschenfreund, in Ihrer Rede unausbleiblich hätten hinweisen müssen. Der übertriebene Aufwand hängt mit dem gemeinen Materialismus, mit der Jagd nach Geld und niedrigem Genuß, mit der Werthlegung auf Aeußerliches, mit der Spiel- und Gewinnsucht in unserm Lande aufs Engste zusammen, und all' diese Laster sind die natürliche Folge des Druckes, der auf dem sonst so sprungfertigen Geiste unserer Nation erstickend lastet. Mit beschnittenen Flügeln wird der Vogel zur Maus, zum Wiesel. Wo ist mein Frankreich, das ich kannte, liebte und verehrte!

„Die einreißende Prostitution der Weiber ist gewiß ein arger Schaden, der die Sorge des Patrioten erregen mag und sein Sinnen auf Abhilfe herausfordert. Allein dem Uebel ist insofern seine Grenze gezogen, daß die entwürdigten Geschöpfe, wie glänzend der Staat auch sein mag, in welchem Sie erscheinen, wie reich und kostbar der Schmuck sein mag, mit dem sie sich behängen, und überböten sie Fürstinnen an Prunk und Herrlichkeit, dennoch von der Gesellschaft ausgestoßen, geächtet sind und bleiben, und daß sie trotz allen Vorschubs, den ihnen eine entartete Literatur, die allgemeine Gesunkenheit des moralischen Gefühls und die Gesammtheit der Zustände leisten, daß sie trotz aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel die Kluft nicht übersetzen können, welche sie von der ehrbaren Gemeinschaft unerbittlich trennt. Der Eingenommenste für die Zügellosigkeit der entwürdigten Weiber ist bedacht, seines Hauses Altar vor der Entweihung durch ihre Nähe zu schützen. Der Sittenloseste zeichnet das ehrbare Weib vor der Gefallenen aus. Und in dieser strengen Ausscheidung und Absonderung findet das Uebel sein heilsames Gegengewicht. Weit verderblicher, weit unheilvoller als die Prostitution der Weiber ist aber die Prostitution der Männer, wie sie in unserem Lande um sich gegriffen hat. Sie wissen, mein Herr Senator, wie sollte es Ihrem Scharfblick entgehen, daß es Männer gibt, die, den feilen Dirnen gleich, ihre Ehre, ihren Glauben, ihre Ueberzeugung verkaufen. Der Unterschied des Preises, das erkennen Sie wohl, ändert nichts an der Feilheit, ob man sich für eine Anstellung oder eine Rente liefert, bleibt sich gleich. Gar Viele sind ihrer, die heute verleugnen, was sie gestern bekannt, die heute verrathen, was sie gestern geküßt, und heute vergöttern, was sie gestern verachtet; und diese Prostituirten, das ist das Schlimme, das Gefährliche, halten die Höhen der Gesellschaft besetzt; sie geben Gesetze, sie richten, sie entscheiden über die wichtigsten, die heiligsten Angelegenheiten. Sehen Sie, mein Herr, das ist ein Scandal, der ganz anders wirkt und demoralisirt, als das theaterhafte Auftreten der verworfenen Geschöpfe, dessen trostlose Kehrseite kaum Jemandem entgehen kann.

„Gegen diese Prostitution, gegen diesen Scandal sollte man Petitionen beim Senat einreichen, und Sie sollten dann das Wort nehmen, um zu verhindern, daß die ehrwürdige Versammlung über den Gegenstand zur Tagesordnung übergehe. Um dem hohen Hause ein getreues Bild eines Abtrünnigen vorzuhalten, das gewiß nicht ermangeln würde, auf die Väter eine tiefe Wirkung hervorzubringen, vergessen Sie ja nicht, den Mann als Beispiel anzuführen, der den Grundsätzen und der Dynastie von 1830 ergeben war, der von dieser Dynastie hoch emporgehoben, mit Ehren und Vortheilen überhäuft, mit Verwaltung ihrer Domänen betraut worden, der nach der Februar-Bewegung der Republik Liebeserklärungen gemacht und Treue geschworen, und der heute auf den Bänken des Senats sitzt und nicht einmal so viel Ehrfurcht vor der menschlichen Würde hat, um sich ein unabläßiges Schweigen aufzulegen.

„Genehmigen Sie die Versicherung meiner ausnehmenden Hochachtung Ihrer Talente.

Paris, 25. Juni 1865."

Socialer Theil.

Ueber Koalition und Abkürzung der Arbeitszeit.

Bericht für den dritten Vereinstag von Rudolph Hirzel in Nürnberg.

(Schluß.)

Wir kommen zur zweiten Möglichkeit. Der Arbeitgeber gibt früher oder später nach. Dazu kann er aus verschiedenen Gründen gezwungen sein: er hat Kapital in sein Unternehmen gesteckt, welches er nie wieder herausbringen würde, oder einen bedeutenden Auftrag übernommen, den er zu Ende führen muß, oder es liegt überhaupt in seinem augenblicklichen Interesse nachzugeben. Mag er nun den Preis seiner Waare erhöhen oder festhalten, Schaden wird er immer leiden, der, wenn auch nicht immer, doch gewöhnlich zum allgemeinen Schaden wird. Entweder kann er die Konkurrenz nicht mehr, wie früher mitmachen, oder sein Gewinn wird bedeutend verringert. In beiden Fällen wird er, oder die, welche ihr Geld bei ihm haben, das Kapital nach und nach zurückziehen und die Industrie läuft Gefahr, nach und nach zu verkümmern, ja, was auch schon da gewesen ist, ganz aus der Gegend oder aus dem Lande zu verschwinden. In jedem Falle aber wird er, wenn die Noth aufgehört hat, welche ihn zum Nachgeben zwang, Wiedervergeltung üben. Ein schlagendes Beispiel lieferten uns hiervon die Eisenwerkbesitzer im Norden Englands dieses Jahr. Diese waren gezwungen, in Folge fallender Preise die Löhne um einige Procente herabzusetzen und verständigten sich darüber mit ihren Leuten. Die betreffenden Gewerbegenossenschaften (Trades Unions) machten aber, von der Unmöglichkeit eines allgemeinen Widerstandes überzeugt, einen Versuch, das Verlorene nach und nach wieder einzubringen und beschlossen, den Hebel in Nord-Staffordshire einzusetzen, in der Hoffnung, die Löhne der übrigen Distrikte würden, wenn einmal die in Nord-Staffordshire hinaufgedrückt seien, nachfolgen müssen. Die Eisenpuddler dieses Distrikts wurden also aufgefordert, die Arbeit einzustellen, und folgten. Natürlich mußten die ganzen Eisenwerke stille stehen. Was geschah aber? Eines schönen Tages schlossen sämmtliche Meister in Süd-Staffordshire ihre Eisenwerke und erklärten, sie nicht wieder öffnen zu wollen, bis diejenigen ihrer Kollegen wieder in Gang seien, und alle Eisenwerkbesitzer im Norden von England folgten ihrem Beispiele. Die Gewerbegenossenschaften sahen den begangenen Fehler ein und befahlen den Puddlern Nord-Staffordshires, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wider Erwarten verweigerten diese ihren Führern den Gehorsam und beharrten auf ihrem Strike, die Meister ebenso fest auf ihrem Lock out (Ausschluß.) Arbeiterversammlungen verdammten den Ungehorsam ihrer Brüder, der Puddler, Presse und Publikum verdammten die Härte der Meister, Alles umsonst! Die Unterstützung der Puddler aus der Vereinskasse hörte natürlich sogleich auf; aber die Herren verlangten, daß diese zuerst wieder arbeiten sollen. Zwischen Arbeitern und Herren fanden in Newcastle und York Konferenzen statt, deren Studium sehr interessant ist, weil aus ihnen ein sonst ganz freundschaftliches Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervorleuchtet. Die Mehrzahl der Leute waren willig, zu arbeiten, die Mehrzahl der Meister willig arbeiten zu lassen; aber bei den Ersteren zeigte sich der Wille, die Puddler Nord-Staffordshires sich selbst zu überlassen, nicht fest genug, bei den Meistern dagegen mehr oder minder deutlich das Verlangen, den so unbequemen Trade Unions endlich einen tödtlichen Streich zu versetzen. Die Arbeiter erklärten sich bereit, zuzugeben, daß gepuddeltes Eisen nach Staffordshire gehe, damit wenigstens die Eisenwalzer, welche arbeiten wollten, so thun könnten, und verbürgten sich aus ihrer Vereinskasse keine Unterstützung hinzusenden; die Herren bestanden darauf, daß sich die Arbeiterdeputirten verbürgen, daß keiner ihrer Leute privatim Geld hinsende. So dauerte der Konflikt Monate lang und ist noch nicht ganz erledigt, zum großen Schaden des Wohlstandes der Gegenden und der Eisenindustrie.

Groß ist bei jeder Arbeitseinstellung der Verlust an Geld für den Mann selber; und auch bei vollständigem Gelingen derselben dauert es lange, (z. B. bei einer Erhöhung von 10 pCt. zehnmal die Zeit der Arbeitseinstellung) bis der Verlust wieder eingebracht ist. Gewiß wäre es in den meisten Fällen zweckmäßiger, wenn man sich doch einmal eine Zeit lang Entbehrungen aufzuerlegen bereit ist, während der Zeit fortzuarbeiten und eine Produktivgenossenschaft zu gründen.

Einiger Uebelstände, welche mit Arbeitseinstellungen, abgesehen von deren Erfolg oder Nichterfolg verknüpft sind, sei nur noch kurz gedacht. Die Hauptsache ist, daß durch den Stillstand eines Geschäfts, z. B. eines solchen, welches Rohprodukte liefert, hunderte von Leuten, welche die Rohprodukte bearbeiten, zu feiern gezwungen sind, wenn sie auch mit der Arbeitseinstellung gar Nichts zu thun haben wollen. Das war z. B. bei den Puddlern in Nord-Staffordshire der Fall: ohne gepuddeltes Eisen konnte weder Stangeneisen noch Blech fabricirt werden, und doch waren die Walzer ganz zufrieden, und wünschten Nichts als Wiederaufnahme der Arbeit, die aber durch die Hartnäckigkeit der Puddler unmöglich wurde. Eine eigenthümliche Seite der Sache ist auch die, daß gerade diejenigen Arbeiter, bei denen ein Strike am gerechtfertigtsten wäre, d. h. die am schlechtesten bezahlten, einen solchen nicht machen können. Wo sollen die schlesischen Weber, oder die Bewohner des bayrischen Waldes, welche die gewöhnlichen sogen. Nürnberger Spielwaaren verfertigen, die Ersparnisse, und (bei ihrer elenden Existenz) die Energie hernehmen, die dazu gehören?

Aus all dem Vorhergehenden muß man schließen, daß Arbeitseinstellungen weder der Weg, noch der beste Weg zur materiellen Hebung der arbeitenden Klassen sind. Was an deren Stelle zu setzen wäre, ist deßwegen schwer zu sagen, weil ihr Zweck, künstliche Steigerung der Löhne, an und für sich unmöglich ist. Für die Regulirung des Lohnes aber möchte eine Idee, welche allerdings eines ganz speciellen Studiums bedürfen würde, nicht ganz ohne Werth sein; nämlich aus Meistern und Arbeitern zusammengesetzte Schiedsgerichte. Von den schon versuchten Systemen haben jedenfalls die Konsum- und Produktivgenossenschaften den Vorzug. In weniger direkter Weise, aber in durchaus nicht unbedeutendem Maaße wirken die gewöhnlichen Arbeiterbildungsvereine. Das Bestreben, diese Wirkung auszudehnen und zu verstärken, führt

uns noch einmal auf den zweiten Theil dieses Berichtes, auf die Kürzung der Arbeitszeit.

Wir sagen darum „noch einmal," weil sich all das oben Gesagte eben so gut auf die Kürzung der Arbeitszeit beziehen kann, als auf Erhöhung des Lohnes, wenigstens in so ferne jene mit Beibehaltung des Lohnes geschehen soll. Von der Arbeitszeit an und für sich aber läßt sich sagen:

Unzweifelhaft ist es, und bedarf keiner näheren Erörterung, daß Arbeiterbildungsvereine ihre Thätigkeit nie in dem gewünschten Maaße werden entfalten können, so lange die Arbeitszeit eine so lange ist, wie wir sie in Deutschland meistentheils finden. Ebenso gewiß und leicht zu beweisen für den, der es hören will, ist es, daß bei einer mäßigen Arbeitszeit mehr geleistet wird, als bei zu langer, weil der Mann jeden Morgen vollständig ausgeruht, mit frischer Kraft an's Werk gehen kann.

Nächst seiner rationellen Nahrung hat der englische Arbeiter seine gesunde Konstitution und seine Leistungsfähigkeit gewiß dem Umstande zu verdanken, daß er die kürzeste Arbeitszeit, (nie über 10 Stunden) hat. Aber auch in England ist seit längerer Zeit die Agitation für 9 Stunden im Werke. Schwierig wird es aber sein, einer kürzeren Arbeitszeit Eingang zu verschaffen. Wenn auch der Arbeiter, was er schwerlich können wird, mit dem verhältnißmäßig verringerten Lohne zufrieden wäre, und der Meister immer einsehen würde, daß 11 Gesellen in 10 Stunden mehr leisten werden, als 10 in 11, so werden räumliche Schwierigkeiten sich der Anstellung eines eilften Gesellen oft in den Weg stellen. Ferner hat jedes Gewerbe Zeiten, wo über Hals und Kopf gearbeitet werden muß. Endlich ist in dieser Beziehung mancher Arbeiter selbst sein größter Feind, und drängt sich so zur Ueberzeitarbeit, daß der Meister unwillkürlich in die Versuchung kommt, die Arbeitszeit eher zu verlängern, als zu kürzen. Das sind alles Uebelstände, welchen weder durch Beschlüsse noch durch Gesetze abgeholfen werden kann. Was am leichtesten zum Ziele führen könnte, wäre die Einführung der Stück- und Accordarbeit in dem weitesten Umfange, den sie irgendwie erträgt. Mit gutem Willen läßt sie sich jedenfalls weit ausdehnen, auch auf viele Verrichtungen, die bis jetzt immer nur als Tagelohnarbeit betrachtet würden. Setzen dann die Stückarbeiter eines Geschäftes energisch eine kürzere Arbeitszeit durch, was wohl möglich sein wird, so wird der dadurch entstehende kleine Schaden, daß die wenigen auf Tagelohn Beschäftigten wahrscheinlich auf dem ganzen Lohn werden bestehen müssen, durch die erhöhte, durch bessere Bildung veredelte Arbeitskraft und den daraus erfolgenden höheren Gewinn des Meisters bald ausgeglichen sein.

So viel über diese Gegenstände. Ich kann jedoch nicht schließen, ohne noch auf die Grundbedingung hinzuweisen, ohne welche eine gedeihliche Lösung aller dieser Fragen gar nicht denkbar ist. Weder Koalitionen, so weit sie überhaupt wirken können, noch Produktivgenossenschaften, welche wir gerne an ihrer Stelle sähen, noch Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit, noch die Bildungsvereine, denen dadurch geholfen werden soll, werden sich bei den bestehenden Vereinsgesetzen gedeihlich entwickeln können. So lange jeder Verein, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt hat, als ein politischer erklärt werden kann und jeden Augenblick den Besuch des Herrn Polizei-Commissärs zu gewärtigen hat, solange in diesen politischen Vereinen die Theilnahme von Frauen untersagt ist, so lange die Verbindung von Vereinen zu gemeinschaftlicher Thätigkeit die Auflösung nach sich ziehen kann, so lange der Verein seine Existenz und seine Statuten von den Regierungen bewilligen lassen muß, mit diesen als Verein überhaupt zu thun hat, so lange wird sein Wirken immer gehemmt sein. Um auch an die Wurzel des Uebels die Axt zu legen, unterbreitet der Berichterstatter dem deutschen Arbeitertag folgenden Beschluß:

1. Das Koalitionsrecht ist ein natürliches Recht und darf daher unter keiner Bedingung irgendwie geschmälert werden.
2. Koalitionen zum Zwecke der Lohnerhöhungen oder zur Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn sind aber von dem Arbeiter nur mit äußerster Vorsicht und Erwägung aller Verhältnisse in's Leben zu rufen, weil unberechtigte, in den Verhältnissen unbegründete Arbeitseinstellungen sich an den Arbeitern selbst schwer rächen.
3. Eine Abkürzung der Arbeitszeit wäre für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von großem Nutzen. Einführung der Stückarbeit, so weit sie nur möglich ist, wäre der praktischste Weg dazu. Koalitionen zu jedem Zwecke [illegible] auf diesem [illegible]
4. Mehr zu empfehlen denn jegliche Koalition ist Gründung von Produktivgenossenschaften.
5. In keinem der ersten vier Punkte kann ohne vollständig freie Bewegung, und besonders ohne ein durch und durch freisinniges Vereinsgesetz irgend etwas Ersprießliches geleistet werden. Es ergeht daher an alle Arbeiter die Mahnung, so oft sie als Urwähler oder Wahlmänner ihre Staatspflicht zu erfüllen haben, auf solche Leute ihr Augenmerk zu richten, von denen ein Wirken für die Umgestaltung dieser mangelhaften Gesetze zu erwarten ist.

Rud. Hirzel.

Die Arbeiterbewegung im Wupperthal.

Nach der Affaire von Burg war es das gewerbreiche Wupperthal, in welchem die Arbeiterbewegung durch Arbeitseinstellung der **Färber** sich kund that. Obgleich die Färber durch mehrmalige Arbeitseinstellung in den fünfziger Jahren, durch die sie auch wirklich Lohnerhöhungen erlangten, darin geübt waren, so ist doch ihr Strike diesmal erfolglos geblieben. Sie verlangten eine Lohnerhöhung von 30 pCt. Der übliche Lohn betrug 4—5 Thlr., verlangt wurden 6½ Thlr.

Zu dem Entschluß, eine solche Forderung zu stellen, waren sie in Folge einiger Versammlungen gelangt. Wie es aber in solchen Versammlungen geht, in welchen die Mehrheit der Lassalle'schen Richtung huldigt und von den Leitern derselben elektrisirt und geführt wird, wird den faktischen Verhältnissen zu wenig Rechnung getragen, meistentheils phantasirt und ins Blaue hinein debattirt. So ist es auch gekommen, daß ein Beschluß gefaßt wurde, dessen Ausführung für jeden Verständigen nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse ohne jeglichen Erfolg bleiben mußte. — Erstens war der Umstand zu berücksichtigen, daß die Fabrikation noch nicht auf guten Füßen steht und daß ein sehr großer Theil Arbeiter noch seit vorigem Herbst und Winter ohne sichere Stellung und durch anderweitige Beschäftigung sich Unterhalt zu suchen gezwungen ist. Der Umstand, daß sich eben durch diese ungünstige Sachlage bewogen, ein großer Theil der Färber von der Ausführung der gefaßten Beschlüsse zurückhielt, mußte der zweite Grund sein, von weiteren Maßnahmen abzustehen, doch die Lohnforderung wurde gemacht — und abgeschlagen. Es erfolgte hierauf Kündigung von Seiten der Färber, und nachdem die Vermittlung der Behörde nachgesucht, auch angenommen, aber ohne Erfolg geblieben war, wurde richtig die Arbeit eingestellt.

Einige hundert Arbeiter feierten an dem betreffenden Montag und löschten nach Bedürfniß ihren Durst, bis dieser erste und letzte Tag des Strike und mit ihm das vorräthige Geld verschwand. Der nächste Morgen führte die meisten Feiernden zurück: aber nicht Alle waren so glücklich wieder, angenommen zu werden. Ein Theil derselben fand schon andere Collegen an ihrer Stelle, welche sogar in einigen Fällen noch weniger Lohn beansprucht hatten, als die, welche nun das Nachsehen hatten. Dies ist das traurige Ende des Färberstrike.

Zur selben Zeit wurden durch öffentliche Bekanntmachung die Weber, Wirker und Riemendreher zu einer Versammlung zur Besprechung der Lohnfrage eingeladen. Nachdem in einer ersten Versammlung durch lange Reden von Lassalleanern über die Prinzipien Lassalle's und Schulze-Delitzsch's, über die Thätigkeit der Abgeordneten und über die Fortschrittspartei die Lohnfrage gar nicht zur Verhandlung gekommen war, nahm man in einer zweiten den Vorschlag eines Arbeiters an, Kommissionen, und zwar für jede Branche eine, zu wählen, welche erst getrennt für sich die Uebelstände ihres Faches berathen, darauf in einer Plenarsitzung Mittel zur Abhilfe ausfindig machen und ihre Vorschläge einer dritten Versammlung zur Beschlußfassung vorlegen sollten. Es wurden 5 Weber, 5 Bandwirker und 5 Riemendreher gewählt. So steht die Sache gegenwärtig.

Was die Aussichten dieser Arbeiter anbetrifft, so sind sie für alle drei Branchen gegenwärtig ungünstig. Die **Seidenmanufaktur** liegt sehr im Argen, die Rohstoffe sind ungeheuer gestiegen, dagegen haben die Fabrikanten bis jetzt noch keinerlei höhere Preise für ihre Produkte erlangen konnten, und ziehen es vor, eher selbst zum Kostenpreise zu verkaufen als die Produktion einzustellen. Lyon, die Schweiz, Elberfeld und Crefeld klagen gleichmäßig über den Druck des ungünstigen Marktes und suchen durch gemeinsames Handeln höhere Preise zu erlangen. Wie sich bei solchen Verhältnissen von selbst versteht, ist die Produktion in diesen Artikeln nicht angestrengt; noch manche Arbeitskräfte sind vorhanden, welche unbeschäftigt bleiben. Dazu kommt noch die eigenthümliche Fabrikationsweise im Wupperthal, welche ein etwaiges Striken der Weber rein unmöglich macht. Die Seidencomptoire beschäftigen nicht etwa ihre Arbeiter in eigenen Fabrikgebäuden, sondern geben die Stoffe an selbständige Webermeister in Kommission, von welchen nur ein Theil in der Stadt wohnt. Die Uebrigen sind Landbewohner, die oft mehrere Stunden weit entfernt ihren Webstuhl aufgeschlagen haben. Diese Landbewohner sind keineswegs zu einem Strike zu bewegen und sind auch, da sie nebenbei Landwirthschaft treiben, in einer zu wenig drückenden Lage, um auf Lohnerhöhung zu dringen. Die Fabrikanten würden ohne Zweifel auch, wenn die Fabrikationsweise hier zu theuer wird, in andern Gegenden fabriciren lassen. — Dieser Umstand führte in der zweiten Versammlung zu dem Vorschlage, durch in ganz Deutschland zu verbreitende Druckschriften alle Weber zu höherer Lohnforderung aufzufordern. Leider kam man dabei wieder auf den Abweg, daß die Arbeiter sich an alle Regierungen um Erlangung gleichmäßiger Löhne wenden sollten.

Die **Bandwirker** haben schon etwas mehr Aussicht, wenn nur Einigkeit herrschte und die Sache verständig angefaßt würde. Doch kommt auch hier der Umstand hinzu, daß dieser Industriezweig noch die Wirkungen des Handelsvertrages abwarten muß.

Die Riemendreher haben ihrer Lage nach den meisten Grund, sich zu gemeinschaftlichem Handeln zu vereinigen. Diese Litzenarbeiter haben ihren Namen von den jetzt mit Dampf getriebenen Maschinen, die Riemengetaue genannt worden. Großentheils sind auch Frauenzimmer zur Bedienung angestellt. Diese Fabriken sind von Morgens 5 oder 6 Uhr bis Abends 9 Uhr ununterbrochen in Thätigkeit. Arbeiter und Arbeiterinnen haben 14—15 Stunden keine freie Minute, weder zum Essen noch zum Trinken und sind diese Geschöpfe um 9 Uhr ins Freie gekommen, müssen sie bis Mitternacht noch im Hause arbeiten. Trotzdem daß diese Litzenfabrikation das alleinige Privilegium des Wupperthals ist und hierin ungeheure Geschäfte gemacht werden, sind die Löhne sehr gering. Ein Arbeiter bekommt 3½, eine Arbeiterin höchstens 2½ Thlr. wöchentlich.

Endlich sind es noch die **Posamentierer** des Wupperthals, welche schon seit circa 5 Jahren eifrig zur Besserung ihrer Lage thätig sind, und damals eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Verbot der Beschäftigung von Strafgefangenen mit Posamentierwaaren richteten, wiewohl ohne Erfolg. Die Konkurrenz der Strafanstalten ist gerade bei so begrenzten Geschäften wie das Posamentiergeschäft wirklich sehr gefährlich, und daß diese Konkurrenz nicht nur eine örtliche ist, beweisen uns die Strafanstalten zu **Brieg** und **Breslau**, die einen sehr großen Theil ihrer Gefangenen mit Posamentierarbeiten beschäftigen und auf die Löhne im Wupperthal einen ungeheuren Druck ausüben. Nach den amtlichen Berichten beträgt der durchschnittliche Arbeitslohn pro Tag und Kopf in Breslau 2 Sgr. 9 Pf., in Brieg 4 Sgr. 4 Pf., das eiserne Gesetz des Angebots und der Nachfrage wird hierdurch eine haarscharfe Klinge, welche im Stande ist, den Arbeitslohn bis tief unter dem Minimum der Existenzfähigkeit abzuschneiden. In Breslau übersteigt die Ausgabe die Einnahme der Strafanstalt um 60,000, in Brieg um 40,000 Thlr. Auf diese Weise wird der Staat von Unternehmern und Kräften ausgebeutet, durch deren Konkurrenz eine große Anzahl steuerpflichtiger Bürger ruinirt wird.

Solchen Verhältnissen gegenüber strebten die Posamentierer eine Produktivgenossenschaft an, als das einzige durchschlagende Mittel zur Besserung ihrer Lage und haben, trotzdem daß sie zuvor zur Bildung eines Konsum- und Sparvereins schreiten zu müssen glaubten, noch immer dieses Ziel vor Augen.

(Aus d. Flugbl. d. ständ. Aussch. d. Arbeitervereinstages.)

Breslau, 7. Aug. Die Bewegung, welche vor einiger Zeit in Folge der Erörterungen über die Coalitionsfreiheit und die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitslöhne unter den hiesigen Arbeitern entstand, hat zu einer **Organisation der arbeitenden Classen** geführt, die sich mehr und mehr befestigt und an Ausbildung gewinnt. Während zuerst nur die Gesellenschaften einzelner Gewerke Versammlungen hielten, um in der Lohnerhöhungsfrage sich auszusprechen, schritt man bald zur Berufung allgemeiner Arbeiterversammlungen, um die gemeinsamen Interessen des Arbeiterstandes zu berathen. Hier wurde der Beschluß gefaßt, ein allgemeines Arbeiter-Comité zu bilden, zu welchem jede Gesellenschaft, sowie jede Fabrik und Eisenbahnwerkstatt je nach ihrer Stärke einen bis drei Vertreter wählen sollte. Jetzt wurde die Bewe-

gung eine allgemeine. Fast in allen Gewerken und ebenso von Seiten der meisten Fabrikarbeiter und der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten wurden Versammlungen gehalten und zunächst diejenigen Schritte berathen, die man zu thun habe, um durch friedliche Einigung mit den Meistern, resp. mit den Dirigenten der Fabriken die erwünschte Arbeitslohn-Erhöhung zu erlangen, zugleich aber auch die Vertreter für das allgemeine Arbeiter-Comité erwählt. Sobald eine Anzahl von Vertretern für das Comité erwählt war, schritt dieses zu seiner provisorischen und später, am 7. Juli, zur definitiven Constituirung. Es wurde ein Vorstand gewählt, der aus drei Vorstehern und 3 Schriftführern besteht. Die Wahl der ersteren fiel auf die Herren Haynke, Siegmisch und Horn, die der letzteren auf die Herren Goy, Scheil und Scholz. Der Vorsitzende ist Herr Haynke, der auch von der hiesigen Handelskammer für die vom Handelsminister zur Berathung der Arbeiter-Angelegenheiten zu berufenden Commission mit in Vorschlag gebracht worden ist. Dieses allgemeine Arbeiter-Comité hat nun zunächst namentlich 2 Fragen in Berathung genommen, nämlich die Lohnerhöhungs-Frage und die Begründung einer allgemeinen Kranken-, Invaliden- und Unterstützungskasse. Das Comité hält alle 14 Tage seine Sitzungen und hat sich zu denselben vom Magistrat ein städtisches Lokal zur unentgeltlichen Benutzung erbeten. Leider ist ihm bis jetzt ein derartiges Lokal noch nicht eingeräumt worden, was wohl zu wünschen wäre, da es den Arbeitern schwer fällt, die Kosten für die miethsweise Ueberlassung eines Lokals aufzubringen, zumal dem Comité aus seiner Geschäftsführung für Annoncen, Schreibmaterialien u. s. w. auch noch andere Ausgaben erwachsen. Der Vorstand war zunächst nur auf vier Wochen gewählt worden, da sich die Mitglieder des Comité's unter einander noch wenig kannten. In der letzten Sitzung des Comité's am 4. d. Mts. wurden die seitherigen Mitglieder des Vorstandes abermals und zwar auf ein Vierteljahr gewählt. Außerdem wurde in dieser Sitzung vom Vorstande der Antrag gestellt, daß jede Gesellenschaft und jede Genossenschaft von Fabrikarbeitern eine Denkschrift über die Verhältnisse ihrer seitherigen Kranken-Kasse ausarbeiten und in dieser Schrift zugleich ihre Wünsche in Betreff der allgemeinen Kranken-, Invaliden- und Unterstützungskasse aussprechen möchte. Aus diesen einzelnen Denkschriften soll dann eine allgemeine, umfassende zusammengestellt werden als Grundlage für die weiteren Berathungen und Beschlüsse und zur Uebermittelung an die vom Handelsministerium zu berufende Kommission. Der Schriftführer Herr Scheil hatte eine die Kranken-Kassen der Fabriken betreffende Denkschrift bereits ausgearbeitet und las dieselbe in der Sitzung vor. Der Antrag des Vorstandes fand allgemeine Zustimmung und wurde einstimmig angenommen. Die Denkschriften sollen in den nächsten vierzehn Tagen dem Vorstande übergeben werden. (Volkszeitung.)

Ueber den telegraphisch schon berichteten Schluß des Coalitionsprozesses schreibt man der „Magdeb. Pr." aus **Burg**, 7. Aug.: Wie verkündet war, begann heute gleich nach 9 Uhr die Schlußsitzung des Gerichtshofes im Coalitionsprozeß gegen die Arbeiter. Von den 277 des Vergehens Angeklagten waren 245 anwesend, von den beiden der Theilnahme beschuldigten nur Hr. Stadtrath Fordemann. Das Erkenntniß lautete (wie bereits durch ein Telegramm gestern mitgetheilt worden) für alle Angeklagte auf Freisprechung und Niederschlagung der Kosten. Der Präsident, Gerichtsdirektor Honigmann, entließ sie mit der herzlichen Mahnung, in Zukunft diese unglückseligen Zerwürfnisse gänzlich zu vergessen und dessen eingedenk zu bleiben, daß, indem sie ihren Fabrikherren dienen, sie sich selbst dienen würden. — Die „Magdeb. Pr." bringt gleichzeitig folgende Erklärung der angeklagten Arbeiter von Burg: Dank, innigen Dank den von uns erwählten Rechtsvertretern Herrn Rechtsanwalt Moritz und Herrn Rechtsanwalt Dr. Lochte zu Magdeburg für die uns gewährte Hülfe in dem wider uns angestrengt gewesenen Coalitionsprozeß! Das freisprechende Erkenntniß vom 7. August hat Ihre Vertheidigung gekrönt und Ihr Wort zu einem wohlwichtigen für den ganzen Arbeiterstand gemacht. Aber darüber hinaus liegt der Dank der Herzen! Die Arbeiter vergessen nicht derer, die ihnen Kopf und Herz gewidmet haben. Burg, den 7. August 1865. Im Namen der 277 angeklagten Arbeiter von Burg. Fr. Mühlenhaupt.

± **Berlin.** In einer der letzten Sitzungen des Verbandes der Consum-Vereine der Provinz Brandenburg ist beschlossen worden, in nächster Zeit eine große Versammlung zu berufen, in welcher von einer Autorität ein Vortrag über Versicherungswesen gehalten werden soll, besonders Feuer- und Lebensversicherung. Der Beschluß geschah zufolge eines von dem Agent C. Prager an den Verband gerichteten Gesuchs, sämmtliche Consumlage gegen Feuersgefahr zu versichern.

Vom Büchertisch.

„Tagebücher von Varnhagen von Ense. Achter Band". — Zürich: Meyer u. Zeller. 1865.

ch. Unter allen bisher erschienenen Bänden dieser berühmten und historisch wichtigen Tagebücher, ist der vorliegende achte Band durchaus der bedeutendste, merkwürdigste und fruchtbarste. Daß er noch nicht dasselbe Aufsehen machte, wie seine ersten Vorgänger, liegt wohl hauptsächlich daran: daß ihn nicht mehr der Nymbus des Neuen und Ueberraschenden umglänzt; daß ihn auch nicht die große journalistische Macht der früheren Verlagshandlung unterstützt, weil er „aus strategischen Rücksichten" über die deutsche Grenze flüchten mußte. Dann gehört auch schon ein gewisser Muth dazu, dieses verfehmte Buch so anzuerkennen, wie es dasselbe verdient und an diesem Muth ist man im Lager der Liberalen eben nicht sehr reich und da, wo er sich noch findet, wird er durch das Gensdarmen-Regiment der großen und kleinen Bismarcke bedräut. Es gehört dann auch wieder, — das ist nicht zu leugnen, — die vollste Hingabe an die Sache und an eine bedeutende Persönlichkeit, eine gewisse moralische Entschlossenheit, ein fester Wille und ein eifriges historisches Forschen dazu: nach den voran gegangenen Werken nun auch noch an dieses heranzutreten und unausgesetzt mit ihm hinzugehen durch all seine Katarakte und Feuerströme des Ingrimms, des Schmerzes und Zornes, hinzugehen durch den großen Sumpf jenes Hof-, Regierungs- und Polizei-Treibens vor 1851, der uns hier mit entsetzlicher und unerbittlicher Wahrheit aufgedeckt wird. — Wer aber das vermag, — und jeder tüchtige Mann soll es können, — dem wird die Persönlichkeit des Verfassers immer edler und größer, seine Empfindungen immer reiner und tragischer und das was er darbietet immermehr als das kostbarste Material zur zukünftigen „Geschichte der Republik" erscheinen; namentlich wenn er darin die Wahlverwandtschaft des Jahres 1851 mit dem von 1865 erkennt. —

Vermischtes.

Danksagung.

Meinen Freunden und Collegen in Carlshafen, Kassel und Mannheim sage ich hiemit den wärmsten Dank für die freundliche Unterstützung, die Sie mir haben zu Theil werden lassen, und wünsche, es Ihnen in ähnlichem Falle reichlich vergelten zu können. Zugleich bitte ich meine Carlshafener Freunde, meiner Familie bis zur Abreise hieher den nöthigen Beistand noch angedeihen zu lassen. Mit herzlichem Gruße.

Stuttgart, den 7. August.

Wilh. Gemming.

Vortrag

enthaltend die **Belehrung über die ersten zweckmäßigen Hülfeleistungen bei plötzlichen gefährlichen Erkrankungen**, gehalten von Dr. Wilhelm Herzig, als Präses des „Industriellen Bildungs-Vereins in Reichenberg" in der Versammlung am 12. Dec. 1864.

(Schluß.)

e) Das Reiben (Frottiren) der Haut mit Flanell, Bürsten u. s. w. ist zur Unterstützung der übrigen Wiederbelebungsmittel sehr schätzbar; allein man hat dabei Rücksicht zu nehmen, die Reibungen nicht mit zu großer Gewalt oder Rohheit vorzunehmen, indem dadurch nicht selten ausgebreitete Hautabschürfungen, selbst eine Dermatitis (Entzündung) erzeugt werden können, deren Nachtheile größer sein können, als die Vortheile, welche ein derartiges Reiben gewährt.

f) Riechmittel (Essig, Ammoniak, Cölner Wasser, Spirit. aromat. ꝛc.) sind bei leichteren Graden von Ohnmacht, oder wenn der Patient bereits wieder deutlichere Lebenszeichen von sich gibt, von Vortheil; nur sind dieselben bei allen Congestivzuständen gegen das Gehirn zu vermeiden und insbesondere bei der Anwendung von Salmiak der leichtschädliche übermäßige Reiz auf die Riechnerven zu berücksichtigen.

g) Hautreize: Sinapismen, heiße Krüge an die Füße, Meerrettig u. s. w. wirken in ähnlicher Weise wie das kalte Wasser oder das Frottiren, nur viel schwächer, weil ihre Wirkung stets nur auf einen geringen Bezirk peripherer Nerven beschränkt bleibt. Vortheilhaft sind unter Umständen Reize auf die Darmschleimhaut durch salzige Abführmittel oder gelinde reizende Klystiere.

Wir wollen nach diesen allgemeinen Bemerkungen jetzt noch speziell das Verfahren in einzelnen Fällen durchgehen, wobei wir die Erscheinungen im Verlaufe von Erkrankungen bestimmter Organe, z. B. bei Herz- und Lungenkrankheiten, welche ohnedies eine längere ärztliche Behandlung erfordern, unberücksichtigt lassen und auch von den Vergiftungen, als von einem Kapitel, welches an und für sich eine ausführliche Erörterung verlangt, Abgang nehmen.

1. Ohnmachten.

Zunächst ist für den Zutritt frischer Luft zu sorgen, überflüssige Personen aus dem Zimmer zu entfernen, der Kranke horizontal zu lagern und aller begrenzenden Kleidungsstücke zu entledigen. Man besprengt das Gesicht mit kaltem Wasser, wäscht dasselbe und die Schläfen mit Wasser und Essig, läßt Essig, Hirschhorngeist u. dgl. riechen und gibt leichte Analeptika etwa einige Tropfen Liquor, Hofmanni oder Aeth. sulphur.

2. Apoplexie (Schlaganfall).

Der Kranke wird mit etwas erhöhtem Kopfe gelagert, über den ganzen Kopf kommen fleißig zu wechselnde Umschläge von Eiswasser, oder man hängt über den mit einem feuchten Tuch belegten Kopf eine mit Eisstückchen gefüllte Blase auf. Man wendet Ableitungsmittel auf den Darm an, durch Verabreichung eines salinischen Abführmittels, um so mehr, wenn etwa Meteorismus vorhanden und größere Kothmassen angehäuft sind. An die kalten Extremitäten werden warme Tücher oder Krüge mit warmem Wasser gelegt. Ist der Kranke kräftig, das Gesicht und die Conjunktiva geröthet, die Halsvenen turgescirend, der Puls groß und voll, so ist ein Aderlaß vortheilhaft; dieser ist aber zu unterlassen, wenn der Kranke ein schwächliches Individuum, sein Gesicht blaß, der Puls klein ist.

3. Gehirnerschütterung.

Diese erfordert eine ähnliche Behandlung, wie die Apoplexie. Eine entsprechende Lagerung, Eisumschläge auf den Kopf, Ableitung auf den Darm sind hier gleichfalls angezeigt, eben so gelten dieselben Anzeigen für die Zweckmäßigkeit eines Aderlasses. Auch stärkere Hautreize, z. B. Sinapismen an die Waden, können angewendet werden. Niemals hat man bei den Erscheinungen der Gehirnerschütterung die genaue Untersuchung des ganzen Kopfes zu unterlassen, findet sich eine Wunde am Kopfe vor, so ist dieselbe genau zu untersuchen, und eine etwaige Verletzung des Knochens zu konstatiren, zu welchem Behufe es selbst nothwendig sein kann, eine vorhandene Wunde vorsichtig zu erweitern, oder eine durch Blutergießungen bedingte Beule zu eröffnen, um den darunter befindlichen Knochen besichtigen zu können. Ist am Knochen ein Eindruck, oder ein Bruch mit Eindruck des einen Knochenrandes vorhanden, so wird man das eingedrückte Stück zu heben oder zu entfernen suchen. Dasselbe gilt, wenn Knochensplitter oder irgend ein fremder Körper vorhanden und etwa in die Duramater oder in das Gehirn eingedrungen sind. In manchen Fällen gelingt dies durch einen Hebel, oft aber wird es nothwendig, sich hierzu noch mit einer Blattsäge oder einem Hohlmeißel vorsichtig Raum zu schaffen oder aber selbst zur Trepanation zu schreiten, um nach gebahntem Zugange mit einem Hebel eingehen und das deprimirte Knochenstück heben, oder einen Splitter oder fremden Körper ausziehen zu können.

4. Hysterische Anfälle

erheischen meistens nichts weiter, als die gewönliche Behandlung von Ohnmachtsanfällen; hier sind insbesondere stärkere Riechmittel, so wie der Gebrauch von Asafoetida und Castoreum sowohl innerlich als zum Geruch von Vortheil und gewähren oft rasch Erleichterung.

5. Epileptische Anfälle

werden, wenn der Arzt herbeigerufen wird, dessen Hilfe nur insofern erheischen, als er für eine Lage des Kranken zu sorgen hat, in welcher sich derselbe während seiner Krämpfe nicht zu beschädigen vermag. Alle eng anliegenden Kleidungsstücke werden gelockert und entfernt, das Einbeißen der Zunge durch Einführen eines mit einem Tuche wohlumwundenen Löffelstiels zwischen die Zahnreihen verhütet. Bei starker Röthung des Gesichtes und Schwellung der Halsvenen kann auch ein kalter Umschlag auf den Kopf, eventuell selbst ein kleiner Aderlaß angewendet werden.

6. Betäubung durch den Blitzschlag.

Der entkleidete und horizontal gelagerte Patient ist auf Kopf und Brust reichlich mit kaltem Wasser zu begießen; bei tiefem Sopore ist dieses Verfahren durch die Einleitung der künstlichen Respiration zu unterstützen. Die Extremitäten sind mit kalten feuchten Tüchern zu frottiren, und beginnt sich der Patient zu erholen, so gibt man Reizmittel. Ist ein Apparat zu haben, so dürfte in solchen Fällen der elektrische Strom am vortheilhaftesten anzuwenden sein, und es scheint, daß vor Allem eine der Richtung des Blitzschlages entgegengesetzte Stromrichtung (also von der Brust gegen die Wirbelsäule zugehend) von gutem Erfolge begleitet ist.

7. Erstickung.

a) Durch nicht athembare Gase. Insbesondere kommen die Erstickungsanfälle durch Kohlensäure, Kohlenoxyd und Schwefelwasserstoffgas in Betracht, welche bald absichtlich, bald unvorsichtiger Weise durch in geschlossenen Räumen brennende Kohlen veranlaßt werden, theils in Kellern, wo gährender Wein sich befindet, in alten lange nicht gelüfteten Gewölben, verschütteten Brunnen, Bergwerken, endlich beim Reinigen von Straßen, zu Stande kommen. Beim Betreten solcher verdächtiger Räume ist zunächst an geeignete Vorsichtsmaßregeln zu denken, welche auch insbesondere bei denjenigen nicht außer Acht zu lassen sind, welche an solchen Orten Verunglückte und Bestimmungslose herausbefördern sollen. Man muß möglichst rasch frische Luft herbei zu schaffen suchen und diejenigen, welche sich in solche Räume begeben, haben ein in Wasser oder Chlorkalk oder Pottaschelösung (für die Kohlensäure) getauchtes Tuch vor den Mund zu nehmen, und sind in geeigneten Fällen an einen Strick zu binden, um sie sogleich wieder aus den gefährlichen Räumen entfernen zu können, falls sie selbst gleichfalls von den schädlichen Gasen afficirt werden sollten. Die besinnungslosen Kranken sind in einen luftigen Raum zu bringen, rasch zu entkleiden und horizontal mit etwas erhöhtem Kopfe zu lagern, am ganzen Körper, insbesondere auf Kopf und Brust mit kaltem Wasser zu begießen, die künstliche Respiration einzuleiten, nebstbei der Stamm und die Extremitäten mit trockenen oder aber mit Branntwein und Essig befeuchteten Tüchern wohl zu waschen und zu reiben, Ammoniak, Essig ꝛc. riechen zu lassen und bei wiederkehrendem Leben Analeptika zu verabreichen. Bei Erstickungen durch Schwefelwasserstoff dient noch insbesondere Subchloras Calcis innerlich als Antidot, auch können Waschungen damit vorgenommen werden.

b) Durch fremde Körper in der Luftröhre. Solche sind: Speisen, Knochenstückchen, Fischgräten, Glasperlen, Nadeln u. s. w., welche theils beim Essen, theils von Kindern beim Spielen in den Mund genommen, in die Luftröhre gerathen. Oft bleiben solche Körper am Eingange des Kehlkopfes hängen und können dann nicht selten mit den Fingern gefühlt und mit diesen oder einer gekrümmten Zange entfernt werden. Seltener gelingt es, fremde Körper durch Husten oder durch künstlich erregtes Erbrechen aus der Luftröhre selbst herauszubringen und in der Mehrzahl der Fälle bleibt dann die einzige Rettung der Luftröhrenschnitt.

Auch fremde Körper in der Speiseröhre erzeugen, wenn sie groß sind, Athembeschwerden, oder bedingen durch ihre Form, Spitzen oder scharfe Kanten eine gefährliche Verletzung, selbst Zerreißung der Speiseröhre. Man untersucht die Speiseröhre, — vorausgesetzt, daß sich mit dem Finger in der Rachenhöhle nichts entdecken ließ — mit dem Schlundstoßer auf ihre Durchgängigkeit. Gelingt es nicht, die steckengebliebenen Körper durch Brechen, welches am Besten durch Kitzeln am Zungengrunde und am Gaumen angeregt wird, zu entfernen, so sucht man harte und längliche Körper aus der oberen Hälfte des Schlundes mit einer Schlundzange (die in neuester Zeit von Dr. Weil konstruirte empfiehlt sich durch ihre sinnreiche Combination der bisher im Gebrauche gestandenen zweierlei Schlundzangen), herauszubefördern, oder man versucht dieß mit dem Schlundhaken. Kleinere, mehr rundliche, nicht schädliche Körper, sucht man aus dem Schlunde in den Magen hinab zu bringen, indem man entweder durch Brod oder Gemüse u. dgl., dieselben mitzureißen sucht, oder indem man dieselben mit dem Schlundstoßer hinabstößt. Sind scharfkantige Körper, z. B. Glassplitter in den Magen gelangt, so sucht man dieselben durch Genießenlassen von breiigen Mehlspeisen oder öligen Substanzen u. dgl. einzuhüllen, und dadurch ihren Durchgang durch den Darmkanal weniger schädlich zu machen.

c) Durch Erhängen. Der Erhängte muß rasch und mit Vorsicht, damit er sich nicht beim zu Bodenfallen verletze, abgeschnitten werden. Man entkleidet ihn und bringt sogleich die künstliche Respiration in Anwendung, nebstbei werden kalte Bespritzungen, Reiben mit Tüchern, Riechmittel und Analeptika am Platze sein. Sind die Halsvenen stark geschwellt, zeigt sich eine bedeutende Anschwellung des Gesichtes, so kann ein Aderlaß gemacht werden.

d) Durch Ertrinken. Man reinigt zunächst die Nase und die Mundhöhle des Ertrunkenen von Sand, Schlamm und Speichel, entfernt dann die Kleider und bringt ihn in ein trockenes, erwärmtes Bett. Hierauf wird sogleich die künstliche Respiration eingeleitet und nebstbei insbesondere auf Erwärmung des Körpers gesehen, indem man Krüge mit warmem Wasser oder heiße Tücher an die Füße, die Achselhöhle und in die Magengrube des Patienten legt, ihn mit erwärmten Tüchern abreibt und ein warmes Klystier gibt. Gleichzeitig können Riechmittel und später Reizmittel angewendet werden.

8. Gefahrdrohende Blutungen.

a) Mutterblutflüsse nach Entbindungen fordern, wenn sie heftiger auftreten und eine bis zur Ohnmacht führende Schwäche erzeugen, zum entschiedensten Handeln auf. Man untersuche vor Allem genau, ob der Mutterkuchen bereits abgegangen oder ob er noch ganz oder theilweise im Uterus enthalten sei. In den letzteren Fällen muß er alsbald mit der Hand entfernt werden. Um den Uterus zu energischen Contractionen zu bringen, ist es am besten, denselben mit der Hand durch die Bauchdecken zu reiben und zu kneten. Man macht ferner kalte Umschläge auf den Bauch, kalte Einspritzungen in die Scheide, gibt innerlich Secale cornutum oder das Extract secal., nebstbei Wein, Suppe, Aetherarten. Die Compression des Uterus ist gleichfalls zweckmäßig und wird am besten ausgeführt, indem man sowohl an die Kreuzgegend als auf den Bauch mehrfach zusammengelegte Tücher legt und diese durch ein um den Unterleib geschlungenes Leintuch fest andrückt. Die Tamponade der Scheide ist in soferne gefährlich, als dadurch zwar die Blutung nach außen verhindert, dagegen eine Blutung in die Uterushöhle begünstigt wird. In extremen Fällen, besonders bei äußerster Gefahr durch öfter sich wiederholende Blutungen, wäre die in neuerer Zeit wiederholt mit Erfolg geübte Einflößung von Blut anzuempfehlen. Doch erfordert deren Anwendung die größte Genauigkeit und Gewandtheit.

b) Bei Blutungen aus Wunden oder Geschwüren ist zu unterscheiden, ob sie arterielle, venöse oder drüsige sind. Arterielle Blutungen erheischen die Unterbindung, Umstechung oder Torsion des spritzenden Gefäßes an Ort und Stelle, oder die Unterbindung in der Fortsetzung des Gefäßes über der Wunde. Ist man nicht im Stande, die Unterbindung auf der Stelle vorzunehmen, so muß man bis dahin die Blutung hintanzuhalten suchen. Dieß geschieht durch einen Druck auf das spritzende Lumen mit einem Schwamm, Charpiepfropf, selbst mit dem Finger an der Stelle der Blutung, oder durch Compression der Arterie oder ihres Hauptstammes im Verlaufe höher oben, indem man mit dem Finger, einem Tourniquet, einer fest anliegenden circulären Binde, unter welche man einen harten Gegenstand (mehrere Münzen, einen kleinen Stein) in Leinwand gewickelt, als Knäuel anbringt, so lange auf das Gefäß einen Druck ausübt, bis die zur Unterbindung nöthigen Instrumente oder Gehilfen herbeigeschafft sind. Viele Blutungen stehen vollkommen durch das Anpressen eines kalten gut ausgedrückten Schwammes durch 5—10 Minuten, durch Anwendung von Eiswasser oder Essig, oder durch Druck mit Charpiepfropfen, welche trocken oder in eine der eben erwähnten Flüssigkeiten getaucht sind. Man verwendet mit Vortheil wohlausgedrückte Schwämme zu einem Compressionsverband oder zur Tamponade, doch muß hierbei die Wunde mit einem feuchten Leinwandläppchen bedeckt werden, weil sich sonst die Schwämme mit den Geweben innig verfilzen und schwierig zu entfernen sind.

Hartnäckige Blutungen aus der Nase, welche sich durch Aufschnupfen von kaltem Wasser, Wasser mit Essig, kalte Umschläge auf den Kopf und Nacken nicht stillen lassen, erheischen die Tamponade der Nasenhöhle mit Hilfe der Belloque'schen Röhre. Hartnäckige Blutungen aus Blutegelstichen werden durch Betupfen mit Höllenstein, Liq. ferr. sesquichlorat. endlich durch das Anlegen einer umschlungenen Naht über die Stichöffnung, ähnlich wie bei der Hasenschartennaht, gestillt. Blutegel, welche verschluckt werden, oder in den Mastdarm gekrochen sind, werden im ersteren Falle durch innerlichen Gebrauch einiger Kaffeelöffel voll Salz, im Wasser gelöst, im letzteren Falle durch Klystiere mit Salzwasser getödtet und erbrochen oder abgeführt. Bedeutende Blutungen aus dem Loch eines gezogenen Zahnes erheischen die Ausfüllung des Loches mit einem Wachspfropf oder mit Charpie, in ferr. sesquichlorat. getaucht.

9. Erfrieren.

Ein durch Frost erstarrter, lebloser Mensch muß zunächst in einen geschlossenen aber nicht erwärmten Raum gebracht und daselbst entkleidet werden, was mit großer Vorsicht zu geschehen hat, um nicht eines der vom Froste starr und spröde gewordenen Gliedmaßen zu brechen. Man belegt dann den ganzen Körper mit Schnee und reibt ihn vorsichtig und ohne zu große Gewalt anzuwenden, mit Schnee ab, so lange, bis die Starrheit etwas nachzulassen beginnt, hierauf leitet man die künstliche Respiration ein, unterstützt diese durch Klystiere von lauem Wasser mit Salz, und läßt dabei die Einreibungen fortsetzen. Beginnt der Körper schmiegsamer zu werden, zeigen sich deutliche Lebenszeichen, beginnt die Körperwärme zurückzukehren, so überträgt man den Kranken in ein mäßig gewärmtes Zimmer, bringt ihn zu Bett und läßt die Abreibungen mit trockenen, allmälig mit erwärmten Tüchern fortsetzen, und flößt ihm etwas laues Getränk oder Wein ein.

Verschiedene Anzeigen.

Taubheit ist heilbar.

Seit länger als zwanzig Jahren litt ich an zunehmender Taubheit, wurde aber im verflossenen Jahr durch einen alten Seekapitain davon vollkommen befreit, so daß ich jetzt wieder ganz vorzüglich gut höre.

Im Interesse Mitleidender bringe ich dies mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß ich gegen Franko-Einsendung von 2 Thlr. Preuß. Courant bereit bin, das Verfahren mitzutheilen.

Louis Oetzner,
Berlin, Neue Schönhauserstraße Nr. 12.

Im Verlage von J. Schneider in Mannheim erscheint und nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten Subscriptionen entgegen:

Illustrirte Geschichtsblätter für Stadt und Land.

Unter Mitwirkung von
Dr. Louis Büchner, Dr. Ludwig Eckardt, Fr. Feelhold, Dr. J. Gihr, W. Hieronymi, Julius Kühlfeld, Louise Otto, A. Rüdel, Dr. W. Wägner, Carl Winterstein, Dr. W. Zimmermann u. A.
redigirt von
Karl Wörle.

Monatlich 1 Heft von 32 Seiten, gr. 8., in Umschlag geh. Preis 9 kr. = $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Die „Geschichtsblätter" wollen in allgemein verständlicher Sprache dem ganzen Volke sein eigenes Ich und in der Geschichte einen Spiegel vorhalten, der allein im Stande ist, es politisch reif zu machen und zu jener Selbstständigkeit heranzubilden, die zu jeder politischen That unumgänglich nothwendig, soll sie durch bleibenden Erfolg gekrönt werden.

Durch zahlreiche Mitarbeiter unterstützt, werden wir im ersten Theile der „Geschichtsblätter" die **Weltgeschichte** in zusammenhängender Darstellung bringen, welcher sich **biographische Darstellungen großer Männer, kulturgeschichtliche Abhandlungen, Zeitbilder, Schilderungen großer Ereignisse, Denkwürdigkeiten, Erklärung politischer Fremdwörter, Geistesblitze, Denksprüche** ꝛc. anreihen. Namentlich soll auf die **patriotische Bewegung der Gegenwart** in freisinniger Richtung Rücksicht genommen werden.

Indem wir zu recht zahlreicher Subscription einladen, bitten wir zugleich die Freunde der Geschichte und des Vaterlandes, durch Rath und That, durch Empfehlung und Verbreitung in Haus und Familie, in Lesegesellschaften, Vereinen ꝛc. unser gutgemeintes Unternehmen nach Kräften zu unterstützen.

Damit jeder von unsern Bestrebungen sich unterrichten kann, ist **jede Buchhandlung** in den Stand gesetzt, das soeben erschienene 1. Heft zur Einsicht zu liefern.

Bei der großen Verbreitung, welche die Geschichtsblätter schon jetzt gefunden haben, sind Ankündigungen aller Art, welche mit 3 kr. = 1 Sgr. die Petitzeile berechnet werden, stets von bedeutendem Erfolg. Für jedes folgende Heft sind dieselben bis zum 15. des vorhergehenden Monats an die Verlagshandlung einzusenden.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 138.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“. Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 20. August 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 2spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Aus dem neuesten Flugblatt des ständigen Ausschusses. Aus Pforzheim, eine andere Einrichtung hinsichtlich der Vorbereitungen für den allgemeinen Vereinstag; für die Arbeiterzeitung; kein Regierungsorgan schaffen. Aus Hannover, Einladung zum Stiftungsfest. Aus Saalfeld, für die Arbeiterzeitung. Aus Luzern, die Centralversammlung deutscher Arbeitervereine der Schweiz. Aus Frankenberg in Sachsen, gemeinschaftl. Versammlung der benachbarten Vereine. — II. Politischer Theil: Aus Varnhagen von Ense's Tagebüchern. Politische Umschau: Coburg. Postdebit der Arbeiterzeitung u. Wehrzeitung in Preußen wie zu erwarten wieder entzogen. Coburg und Mecklenburg im neuesten Preßprozeß zu Gunsten der Herren von Schröter, v. Oertzen und Genossen gegen F. Streit. Mecklenburg, Cholera gegen Hrn. von Schröter. Berlin, zur Geburt des österreichischen Olmütz. Die Kunst Preußens, sich verhaßt zu machen. Bonn, Graf Eulenburg, der Neffe, geruhten den Koch des engl. Prinzen Alfred, todtzuschlagen. Königsberg in Preußen, nur 33 Preßprocesse gegen ein einziges Blatt. Schleswig-Holstein: jetzt lieber dänisch als preußisch; Bremen, die Liebäugelei der Weserzeitung mit Hrn. von Bismarck findet Widerspruch in Bremen selbst. Oldenburg, ein glänzend zeitgemäßer Einfall. Rußland, Truppenverminderung. Marseille, Zeichen der Zeit gegen die Todesstrafe. Amerika, die Stellenjäger; gutes Beispiel für die herrlichen Kriegsheere anderwärts; Sieg der Monroedoctrin. III. Socialer Theil: Der Coalitionsproceß gegen die Fabrikherren in Burg. IV. Vermischtes: Die subalterne Telegraphenleitung. V. Briefkasten. VI. Druckfehlerberichtigung. VII. Arbeitsvermittlung. Verschiedene Anzeigen.

☛ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Aus dem Flugblatt 11 des ständigen Ausschusses.

△ Das Flugblatt enthält außer der bereits an der Spitze unserer vorigen Nummer 137 abgedruckten Mittheilung des ständigen Ausschusses über den bevorstehenden dritten Vereinstag deutscher Arbeitervereine und dessen Tagesordnung eine Ansprache des Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, Sonnemann, an die Arbeitervereine Deutschlands, worin derselbe, unter Hinweis auf die bis jetzt erzielten Erfolge, insbesondere zu zahlreichem Besuch des Vereinstags auffordert, und von kleinlichen Parteiungen abmahnt, indem er nachdrücklich betont, daß auf dem Vereinstag jede Meinung zum freien Ausdruck kommen könne; für die Wahl der Deputirten empfiehlt er Vorsicht und räth vorzugsweise, wirkliche Arbeiter zu wählen, was, wenn es für die allgemeine Leitung der Arbeiterangelegenheiten überhaupt gelten sollte, eine Selbstverleugnung wäre, die man anerkennen müßte.

Nächst einer politischen Umschau enthält das Flugblatt dann noch einen Bericht des Hrn. Vorsitzenden Sonnemann über die Centralversammlung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, dessen Spitze in die Mittheilung einer Resolution ausläuft, in welcher von der Centralversammlung der Schweizerischen Arbeitervereine den Vereinen in Deutschland „vor Allem“ — „die Gründung eines eigenen Organs, wie in der Schweiz,“ empfohlen worden sei, „welches jeder Arbeiter zu halten verpflichtet“ sei. Wenn, wie es scheint, der Hr. Berichterstatter dieser Resolution vorzugsweise seinen Beifall giebt, so ist darin ein erheblicher Fortschritt der Auffassung enthalten; denn noch vor wenigen Monaten, als es sich um die damals gefährdete, seitdem von selbst befestigte Existenz der „allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“ handelte, ist bekanntlich selbst die Garantie der Abnahme einer bestimmten Anzahl von Exemplaren durch die Vereine für ganz unausführbar gehalten worden, während jetzt für ein solches „eigenes“ Organ selbst die Verpflichtung jedes Arbeiters, d. h. wohl jedes Arbeitervereinsmitgliedes für möglich und ausführbar gehalten wird. Die uns zugegangene Originalcorrespondenz über die Centralversammlung in Luzern erwähnt übrigens einer solchen Resolution nicht. Der Vollständigkeit halber wollen wir jedoch auch die betreffende Mittheilung aus der Correspondenz des Hrn. Vorsitzenden des ständigen Ausschusses hier vollständig wiedergeben, dieselbe lautet wörtlich wie folgt:

„Schließlich faßte der Vorsitzende (der Centralversammlung in Luzern) den Inhalt der Debatte in eine Resolution zusammen, die einstimmig angenommen wurde. Dieselbe lautet „vorbehaltlich genauerer Redaction“ —:

> Die Centralversammlung der deutschen Arbeitervereine beschließt mit dem Vereinstage deutscher Arbeitervereine in nähere Verbindung zu treten. Sie empfiehlt den deutschen Vereinen vor Allem die Gründung eines eigenen Organs wie in der Schweiz, welches jeder Arbeiter zu halten verpflichtet ist. Die Versammlung spricht ihr Bedauern über die Beschlüsse des Leipziger Arbeitertages wegen der Wanderunterstützung aus, indem eine langjährige Erfahrung gezeigt hat, daß diese Einrichtung den günstigsten Einfluß auf die sittliche Haltung des Arbeiterstandes übt. Die Aeußerung des Abgeordneten Stöckler aus Freiburg, daß die Vereine unserer Centralisation nur wegen der Wanderunterstützung bestehen, muß die Versammlung tadeln. Die Versammlung erklärt es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, den Vereinstag in Stuttgart zu beschicken, und beauftragt ihre Deputirten, dafür Sorge zu tragen, daß die auf der Centralversammlung ausgesprochenen Ansichten zur Kenntniß unserer deutschen Brudervereine gelangen.“

In der Correspondenz ist noch hervorgehoben, daß das vom Vorort der Schweizervereine herausgegebene Felleisen, bei einem Preis von 17 Kreuzer oder 5 Sgr. jährlich, noch nie einen Zuschuß bedurft habe und bei einem Absatz von 2500 Auflage schon einen ansehnlichen Ueberschuß abwerfe. Dabei muß freilich eingestanden werden, daß das Felleisen ein sehr kleines Blatt sei, monatlich nur einmal erscheint und daß ein mehrmaliges Erscheinen ohne besoldeten Redacteur unmöglich sei.

Endlich enthält das Flugblatt, außer einigen kleinen Correspondenzen, noch einen „an die deutschen Arbeitervereine“ gerichteten Vorschlag „zur Organisationsfrage“, wonach die Mitglieder aller Arbeitervereine zu einer „allgemeinen deutschen Arbeitergenossenschaft“ — ähnlich dem „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ sich vereinigen sollen, mit zwei, mit den nöthigen Geldmitteln auszurüstenden Präsidenten, von denen der eine die „äußeren“ und der andere die „inneren Geschäfte“ leiten soll und in deren Händen eigentlich alle Macht dieser Genossenschaft sich concentriren soll, indem von diesem Präsidium wieder die „Landesagenten“ und von diesen, so durch das Präsidium ernannten Landesagenten wieder die „Localagenten“ ernannt werden sollen. Die Thätigkeit dieser „allgemeinen deutschen Arbeitergenossenschaft“, deren Zweck nur ganz allgemein dahin bestimmt wird: „anregend und fördernd auf die geistige und materielle Hebung der Mitglieder zu wirken“, soll geregelt werden:

1) durch einen nur alle zwei Jahre wiederkehrenden, allgemeinen deutschen Arbeitertag, wodurch die Macht des so auf zwei Jahre unumschränkten Präsidiums noch weiter bedeutend erhöht werden würde,

2) durch alljährlich stattfindende Landesversammlungen.

3) Durch ein von der Genossenschaft auf den Associationsweg zu gründendes Preßorgan,

4) durch die Geschäftsthätigkeit des Präsidiums,

5) durch die Thätigkeit der Landesagenten,

6) durch die Thätigkeit der Localagenten.

7) zu dem „allgemeinen deutschen Arbeitertag“ sollen nur je 1000 Mitglieder einen Abgeordneten wählen.

Der ganze Plan, auf 30,000 Mitglieder berechnet, ist für das „auf dem Associationswege zu gründende Preßorgan der Genossenschaft“ gar keine üble Speculation. Es sind für diese Mitgliederzahl 24 Landesagenten, 2 Präsidenten mit 6 unter der Leitung des Präsidiums und der Landesagenten zu wählenden Gehülfen für die Präsidialgeschäfte und 30 Deputirte, auf je 1000 Mitglieder Einer bestimmt, welche so den „allgemeinen deutschen Arbeitertag“ bilden und so unter dem übermächtigen Einfluß des Präsi-

diums und seiner Organe, der Landes- und Local-agenten, gewählt, dem Präsidium schwerlich viel zu schaffen machen werden.

8) Aus der Genossenschaftscasse sollen entschädigt werden:

a) das Präsidium mit einem Büreauaufwand von 1000 Thaler jährlich;

b) für die Reisekosten: das Präsidium (8 Personen), die Landesagenten (24 Personen) und die Deputirten (30 Personen), sowohl für die Reisen zum allgemeinen Arbeitertag (alle), als für die Reisen zu den Sitzungen des Präsidiums (die Landesagenten) und für die Reisen zu den Landesversammlungen die vom Präsidium hiezu ernannten Abgeordneten, — zusammen mit 2370 Thaler jährlich.

Zu diesem Aufwand, für diese Centralisation zur „Anregung und Förderung der geistigen und materiellen Hebung" der Mitglieder sollen diese letzteren jährlich **4000 Thaler**, (2 Sgr. = 7 kr. pro Kopf bei 30,000 Mitgliedern) jährlich aufbringen. Dem Einsender dieses will scheinen, daß dieser Organisationsvorschlag vielmehr auf den Vortheil der wenigen Personen, welche die ganze Organisation in die Hand bekommen, als zum wirklichen „geistigen und materiellen Wohl" der Arbeiter hinausläuft und im allerhöchsten Grade bedenklich ist. Das wäre ein unauflöslicher Rattenkönig von einigen wenigen Privilegirten, der mit dieser so organisirten Centralisation geschaffen werden würde.

Wenn wir nur **wirkliche Arbeiter** zum diesmaligen Vereinstag senden sollen, so hat Einsender dieses sein Bedenken, ob der Rath gut ist, da dieser sehr bedenkliche „Organisationsvorschlag" so ganz plötzlich und unmittelbar vor dem Vereinstag an die Luft kommt, wo man gar nicht mehr recht Zeit zur Vorberathung hat. Da gilt's also die Augen doppelt auf zu thun.

Pforzheim, 15. Aug. Für den dritten Vereinstag möchte Unterzeichneter den Arbeitervereinen Folgendes dringend ans Herz legen, damit eine feste Bestimmung getroffen werde. Ohne dem ständigen Ausschuß im Geringsten einen Vorwurf machen zu wollen, kann ich mich doch mit der jetzigen Art und Weise, Vorlagen oder Berichte auszugeben, nicht befreunden. Ich wünschte es so gehalten: Die Arbeitervereine senden bis höchstens 3 Monate nach dem Vereinstage diejenigen Fragen ein, die sie auf den nächsten Vereinstag gesetzt haben wollen. Der Ausschuß trifft seine Wahl nach einer in seinem Körper gehaltenen Abstimmung und gibt die Gründe an, warum er diese Fragen wählt und jene wegläßt. Die gewählten 4, 6 oder 8 Fragen hat er baldigst zu behandeln, so daß binnen höchstens 3 Monaten alle Vorlagen und Berichte in den Händen der Arbeitervereine sind, und also jeder Verein noch 6 Monate Zeit hat, um die Fragen zu behandeln. Sollte etwas vorkommen, das wegen seiner Wichtigkeit noch auf die Tagesordnung später muß, so sind das Ausnahmen, die der Ausschuß über sich nimmt. Dann muß fest bestimmt werden, daß **kein ständiger Ausschuß das Preßorgan** der Arbeitervereine in die Hände bekommt.*) Heiße der Ausschuß wie er wolle, er hat die Vorlagen und Berichte **zuerst** in der Allgemeinen Arbeiterzeitung zu bringen, mag diese nun in andere Hände kommen oder nicht.

Arbeiter! hört auf meinen Rath! Macht der jetzigen Arbeiterzeitung Eure bestimmten Bedingungen, **übergebt sie nie den Händen eines Ausschusses**; und haltet diesen an, daß er seine Mittheilungen zuerst in Euer Preßorgan bringt, gebt das, was ihr wollt, an den Ausschuß in den ersten drei Monaten ab, verlangt die Berichte darüber in den nächsten drei Monaten, und debattirt im letzten halben Jahr darüber, faßt Eure Beschlüsse, so daß um Gotteswillen am Arbeitertage keine langen Vorträge gehalten werden dürfen und nur **debattirt**, nur **berathen** und **beschlossen** wird.

Wenn der ständige Ausschuß Euch noch extra mit Flugschriften aufklären will, das ist seine Sache, das geht Niemand etwas an. Aber das, was ich da sage, wenn es befohlen, geübt und recht gehalten wird, ist zum Gedeihen der guten Sache!

Moritz Müller.

Hannover, 14. August. Sonntag, 27. August feiert der Arbeiter-Verein zu Hannover sein 21stes Stiftungsfest, wozu wir alle Bruder-Vereine aus Nah und Fern freundlichst einladen.

Im Namen des Festcomité's:
Wilh. Ahrens: Fest-Präsident.

Saalfeld, 15. August. In unsrer letzten Haupt-Versammlung vom 15. August 1865 wurde mit Majorität beschlossen:

Auch im Sturm der Zeit, der unsrer Führerin und alten Gefährtin, der allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung droht, werden wir derselben treu bleiben, und wünschen, daß der Fackelschein der Wahrheit und des Rechts, mit dem sie voranleuchtet, über die Berge auch zu uns noch lange herüber dringen und nicht erlöschen möge.

Der Arbeiterbildungs-Verein in Saalfeld in Thüringen.

Die Centralversammlung deutscher Arbeitervereine in der Schweiz, gehalten den 6. und 7. August zu Luzern.

Einunddreißig Stunden hatte, mit wenigen Unterbrechungen, das Rasseln und Keuchen, das Poltern und Pfeifen der Lokomotiven verschiedenartiger Vaterländer von Leipzig bis Luzern meine armen Ohren gemartert, und mit der Sehnsucht eines Schiffbrüchigen betrat ich endlich das Festland der Republik an dem reizenden Gestade des Vierwaldstädtersee's. Von dem Vorsitzenden des Festcomité's auf's Herzlichste empfangen und in mein Quartier geleitet, trug die freundliche Regentin-Wittwe des Gasthauses zum „Goldenen Schlüssel" alle mögliche Sorgfalt zur Erquickung ihres geräderten und gevierteilten Gastes, was ihr auch, Dank der vortrefflichen Küche und dem guten Keller, bald gelang. Aber die Rast sollte nur von kurzer Dauer sein; denn die Abgeordneten verschiedener Vereine, welche ebendaselbst einquartirt waren, forderten mich energisch auf, sie in das Festlokal zur Vorversammlung zu begleiten, und so setzte ich mich auf's Neue in Bewegung, da mir selbst daran gelegen war, auch nicht eine Viertelstunde diesen Verhandlungen ferne zu sein.

Der schöne und große Festsaal im „Schützenhaus" war geschmackvoll und reich dekorirt mit Guirlanden und Wappenfähnchen aller Kantone, an der bekränzten Rednerbühne war das Bild des um die Schweizer Vereine so verdienten Dr. Fein angebracht.

Einen besonders festlichen Anblick gewährten die vielen, meist sehr schönen Fahnen der sämmtlichen deutschen Vereine in der Schweiz, welche lustig aus allen Fenstern des Festsaales flatterten.

Der Centralpräsident A. Vorst begrüßte die Abgeordneten und dankte ihnen im Namen der Centralisation für ihr zahlreiches Erscheinen. Er ermahnte sie, zu den bevorstehenden wichtigen Verhandlungen den Geist deutscher Brüderlichkeit mitzubringen, damit ihr schweres Tagwerk ein gedeihliches werde. Zugleich hieß er den Abgeordneten von Leipzig willkommen, dessen Erscheinen aus so weiter Ferne den deutschen Vereinen in der Schweiz den Beweis dafür liefere, mit welcher ernsten Theilnahme die Brudervereine im Vaterlande auf ihre Brüder in der Schweiz blickten; hiefür spreche er im Namen der Centralisation seinen wärmsten Dank aus. (Lebhafter Beifall.)

Der Abgeordnete von Leipzig dankte für das herzliche Willkommen, das ihm zu Theil geworden, und entbot den begeisterten Brudergruß nicht allein im Namen Leipzigs, sondern auch im Namen aller Brudervereine Deutschlands, deren Herzen begeistert für den so erfreulichen Fortschritt der deutschen Vereine auf dem ihnen günstigen Boden der freundnachbarlichen Republik schlügen. Es sei eine erfreuliche Thatsache, daß die deutschen Arbeiter allenthalben in immer größerer Anzahl zur klaren Einsicht gelangten, wie **ihre Hoffnungen** und die **Hoffnungen Deutschlands** zumeist auf ihrer wachsenden Bildung und auf ihrem thatkräftigen Willen beruhen. Die Zahl der Feinde dieses Strebens, — theils aus Unverstand und grober Unwissenheit, theils aus Bosheit und niedriger Selbstsucht, — sei Legion. Um so fester und unverbrüchlicher müßten die Arbeiter zusammenhalten und jede Parteispaltung vermeiden. Letztere stamme vorzüglich von der unvernünftigen Vergötterung einzelner Namen. „Dieselben Leute, welche die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes lächerlich finden, schwören unbedingt — hier auf Schulze, dort auf Lassalle, da doch Jeder einmal etwas Gutes lehren, ein andermal sich irren kann. Also fort mit allem Götzendienst! Prüfet Alles und behaltet das Beste! Dienet nicht durch Zwiespalt euren lachenden Feinden! Haltet fest und brüderlich in allem Wesentlichen zusammen, wie auch in Nebenfragen die Geister auf einander platzen mögen; kämpfet mit eben so viel Mäßigung als Muth und Ausdauer; ehret allezeit die Beschlüsse der Majorität um des großen Zieles willen: und der endliche Sieg wird zur Freude aller wahren Patrioten, die mit euch stehen und fallen, euer Sieg, der Triumph des deutschen Vaterlandes sein!" (Begeisterter Beifall.)

Es folgten nun seitens mehrerer Redner längere Erörterungen über den Antrag des Vereins Glarus: „Gründung einer Centralkrankenkasse", und über den Antrag von Luzern: „Gründung einer allgemeinen Sparkasse". — Der Abgeordnete von Leipzig machte auf die mannigfachen Schwierigkeiten aufmerksam, welche der Centralisation solcher Kassen entgegenstehen. Wenn nicht gründliche Vorarbeiten von sachkundigen Männern vorlägen, so könnte die Versammlung einen ganzen Tag über diese Anträge debattiren, ohne zu einem Resultate zu gelangen. Er rathe daher den Antragstellern, im Hinblicke auf die ohnehin noch sehr reiche und wichtige Tagesordnung, ihre Anträge zurückzuziehen, wozu sich auch Beide sofort bereit erklärten. —

Der Abgeordnete von Fleury brachte nun einen neuen, noch nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrag ein: „daß ein und derselbe Verein nicht öfter als dreimal nacheinander zum Vorort gewählt werden könne und daß die Wahl zwischen der West- und Ostschweiz wechseln solle." Ueber diesen Antrag entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte zwischen den westlichen und östlichen Vereinen, welche überhaupt im Verlaufe der ganzen Verhandlungen als „die Linke" und „die Rechte", nach unsern parlamentarischen Begriffen, hervortraten. Aber nachdem man sich gehörig die Wahrheit gesagt hatte, kehrte man auf die Ermahnungen der ruhigeren Naturen wieder zur Ruhe zurück und der Abgeordnete von Fleury zog „um des Friedens willen" seinen Antrag zurück. (Lebhaftes Bravo.)

Der Abgeordnete von Freiburg interpellirte das Präsidium für Unterstützung der kleineren Vereine gegenüber den Umtrieben der Büreaukratie und des Pfaffenthums, was allseitige, lebhafte Zustimmung fand. Der Präsident berief sich auf die Thatsache, daß jene Unterstützung jeder Zeit stattgefunden habe, sofern die Mittel dazu vorhanden gewesen seien.

Zum Schlusse dieser langen Vorverhandlung sprach noch der Abgeordnete Winz von Stein a. Rh., ein geborener Schweizer und schon bejahrter Mann, schöne, eindringliche Worte, zur herzinnigen Eintracht ermahnend. (Allgemeines Bravo.)

(Im Laufe des Abends war auch der Abgeordnete von Stuttgart, gesendet im Namen des Würtembergischen Gauverbandes, mit den herzlichsten Grüßen und Gegengrüßen empfangen worden.)

Sonntag, den 6. August, stellten sich die Abgeordneten in der Nähe des Löwendenkmals zum Festzuge auf, begleitet von den Fahnenträgern mit den Fahnen sämmtlicher Vereine, voraus die gutgeschulten Sänger des Luzerner Vereins; den Zug eröffneten und schlossen die Turner. So marschirten wir unter dem Schalle vaterländischer Lieder durch die mit Zuschauern dichtbesetzten Hauptstraßen der Stadt dem Schützenhause zu. — Gegen 9 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Zuerst Gruß und Ansprache des Präsidenten des Festcomité's an die Abgeordneten und an die Gäste, dann ein Männerchor, hierauf Rede des Centralpräsidenten. Nach einem begeisterten Gruß an die Erschienenen aus nah und fern, berührte er den gewaltigen Fortschritt der Arbeiterwelt auf dem gesetzlichen Boden der Freiheit. „Immer vorwärts!" laute der Ruf des deutschen Arbeiters, und keine Macht der Erde sei mehr im Stande, ihn aufzuhalten. Mit ihm und ihm voran gingen die wahren Fortschrittsmänner, der Wissenschaft und Kunst angehörend, wie Brüder Hand in Hand. Als leuchtendes Beispiel, wie weit es der Arbeiter mit Fleiß und Ausdauer bringen könne, stehe uns A. Lincoln vor Augen. Wohl werde unsere Freude durch manche trübe Erscheinung gestört, wie sie die Zustände in Preußen, in Schleswig-Holstein gegenwärtig zeigten. Aber das müsse uns nur um so mehr auffordern zu festem Zusammenhalten, zu entschiedenem Vorwärtsgehen. Dazu finde der deutsche Arbeiter täglich neue Ermunterung in seinen Bildungs-

*) Es ist das ganz dasselbe, wie wenn für ein Land statt einer unabhängigen Presse nur eine officielle Regierungspresse geschaffen werden sollte. Die Kritik und freie Meinungsäußerung ist damit eben so beschränkt, wie die Macht und der Einfluß der Regierung über die Maßen gestärkt. D. Red.

ereinen, welche seine wahren Hochschulen seien. Diese Bildung zur Freiheit liege freilich nicht in dem Wunsche reaktionärer Regierungen, welche schon einmal bemüht waren, die Auflösung dieser Vereine auf dem freien Schweizerboden durchzusetzen. Dieses Unterfangen sei wenigstens in der Hauptsache an dem festen Auftreten und Zusammenhalten der Arbeiter gescheitert. Und von der freien Schweiz aus kehrten diese als Apostel der Freiheit in ihr Vaterland zurück. „Darum nur muthig und unermüdet vorwärts, dann werden wir das Ziel, das wir anstreben, auch sicher erreichen. Es lebe die Centralisation der deutschen Arbeitervereine!“ (Anhaltendes, stürmisches Bravo.)

Nach dieser Rede eröffnete der Centralpräsident die eigentlichen Verhandlungen. — Die Anträge bezüglich einer **Centralkrankenkasse** und einer **Centralsparkasse** wurden nun mit Zustimmung der Versammlung förmlich zurückgezogen. — Die Diskussion über die beantragten Aenderungen mehrerer Paragraphen der Statuten verlief manchmal so in's Breite, daß sie weit in den Nachmittag hineinreichte. Da aber sämmtliche Anträge angenommen wurden, so will ich sie gleich der Reihe nach aufführen:

1) Ein Verein, der in den Centralverband aufgenommen werden will, muß mindestens 15 (bisher 10) Mitglieder zählen.

2) Bei Erlassung von Rundschreiben, Aufrufen u. dgl. seitens eines Vereins an deutsche oder außerdeutsche Vereine ist die **Meldung** beim Vorort (bisher **Genehmigung** des Vororts) nothwendig.

3) Die Bestimmung: „Niemand kann zugleich zweien oder mehreren Vereinen als Activmitglied angehören“, — wird aufgehoben.

4) Der Zusatz zu S. II. §. 4: „Jeder Angeklagte hat das Recht, so oft das Wort zu verlangen, als es seine Vertheidigung verlangt“, — wird angenommen.

5) Zusatz zu S. III. §. 4: „Das Centralcomité soll eine Entschädigung für seine Mühen erhalten“, — wird angenommen.

6) Zu S. IV.: „Wenn ein Lokalverein auf dem Centralfest angeklagt ist, so sollen zwei Abgeordnete desselben auf der Versammlung so oft das Wort haben, als es nothwendig ist“, — wird angenommen.

7) Zu S. V.: „Der Redakteur soll eine entsprechende Entschädigung erhalten“, — wird angenommen.

Das **Festmahl** zählte wohl an zweihundert Theilnehmer und war von herzlicher Brüderlichkeit und Fröhlichkeit gewürzt. Unter den Toasten erwähne ich den „**auf die künftige deutsche Eidgenossenschaft**“ von Hrn. **Sonnemann** aus Frankfurt, welcher im Laufe des Vormittags eingetroffen war, und den „**auf den gesunden, kräftigen Boden, auf dem die deutschen Eichen wachsen und der die Republik der Zukunft in seinem Schooße verberge.**“ — — Nachmittag 3 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Von besonderem Interesse dürften für die Leser der „Allg. deutschen Arbeiterzeitung“ die Verhandlungen bezüglich des Vereinsorgans „**Felleisen**“ sein. — Es wurde verlangt, daß dasselbe doch etwas mehr enthalten solle, als ellenlange Berichte über Stiftungsfeste, Fahnenweihen u. s. w. Der Arbeiter wolle namentlich eine entschiedene, gesunde Politik darin vertreten wissen, gute Artikel über sociale Fragen u. dergl. — Darum hielt es „die Linke“ auch für zweckmäßig, daß eine bezahlte, bis zu einem gewissen Grade unabhängige Redaktion eingeführt werde. Auf solche Weise werde dann auch vorgebeugt, daß das Vereinsorgan nicht zum bloßen Regierungsorgan herabsinke, in welchem nur noch **das** Aufnahme finde, was den Herren von der Regierung beliebe. — Auf den vom Präsidium gegen diese Aeußerung erhobenen Protest erwiderte **Genf**, es sei nur von **Möglichkeiten** die Rede gewesen, gegen deren Eintreten noch keine Versicherung gegeben sei.

Die weiteren, bezüglich des „Felleisen“ gefaßten Beschlüsse sind: dasselbe soll, wie bisher, monatlich **Einmal**, aber in **erweiterter Form** erscheinen; die treffenden Mehrausgaben sollen der Felleisen-Kasse überbürdet, der Abonnementspreis nicht erhöht werden; der Redakteur soll eine Entschädigung erhalten; wenn sich nach 3 Monaten die bisherige Leitung ungenügend erweise, solle ein tüchtiger Mitarbeiter gewonnen werden. Eine Interpellation von Seite Genfs, für das Felleisen Artikel gratis zu liefern, beantworteten die Betreffenden wie folgt. **Prof. Wislicenus**: „Er bedauere, daß das Gebiet socialer Fragen gerade nicht sein specielles Fach sei.“ — **Sonnemann** aus Frankfurt: „Wir haben im eigenen Hause übergenug zu thun.“ — **Weithmann aus Leipzig**: „Was die Arbeiter wohl sagen würden, wenn er von ihnen eine regelmäßige Lieferung von Stiefeln und Hosen ꝛc. gratis verlangen wollte? Jeder Arbeiter sei seines Lohnes werth, und wo man ordentlich bezahle, könne man auch eine ordentliche Arbeit verlangen, das wüßten sie selbst am Besten.“ — —

„Der Protest gegen den Centralbeschluß wegen Befreiung der **verheiratheten** Mitglieder von der **Wanderunterstützung**“, — erhoben von **Zürich** und **Genf**, wurde mit 40 Stimmen gegen 9 zum Beschluß erhoben.

Die **Aufhebung des Centralfonds** wurde mit 34 gegen 14 Stimmen beschlossen.

Montag Vormittag bildete die Frage der Beziehungen nach auswärts, besonders zu den Vereinen in Deutschland, den Gegenstand sehr lebhafter Debatten; namentlich wurde die Frage der Wanderunterstützung mit vieler Wärme besprochen; man wünschte, daß die Vereine in Deutschland diese Sache auf gleichem Fuße behandeln, wie **die** in der Schweiz; man bedauerte lebhaft, daß auf dem Arbeitertag zu Leipzig kein anderer Beschluß hierüber erzielt wurde; man protestirte endlich auf's Entschiedenste gegen die dort von **Stöckler aus Waldshut** gemachte Aeußerung, daß die Arbeitervereine in der Schweiz „**nur wegen der Unterstützungskassen**“ zusammenhalten. Die Urtheile über Stöckler in dieser zahlreichen öffentlichen Versammlung, in Gegenwart der Abgeordneten aus Deutschland, waren überhaupt so stark, daß es zweifelhaft sein dürfte, ob derselbe je wieder in einer Versammlung von Vertretern deutscher Arbeitervereine erscheinen kann, ehe er sich gründlich gerechtfertigt hat, und würde ich ihm rathen, zu diesem Zwecke an den Vorort Zurich um nähere Aufschlüsse sich zu wenden. — Nachdem der Abgeordnete von Leipzig es vergebens versucht hatte, Stöckler zu vertheidigen, übernahm er es, zu beantragen, daß die Frage der **Wanderunterstützung** auf die Tagesordnung für den nächsten Vereinstag in Stuttgart gesetzt werde.

Den **Stuttgarter Arbeitertag** betreffend, wurde mit 41 gegen 6 Stimmen beschlossen, **zwei Abgeordnete** aus der Schweiz dahin zu schicken.

Bei dem Antrage, die Wahl dieser Abgeordneten sofort vorzunehmen, erhoben sich eine Menge „**Wenn und Aber**“, bis der Abgeordnete Bastine von Zürich sich gegen diese Bedenken erhob. „**Wenn**“ der Himmel herunterfällt, sind alle Spatzen gefangen“, — meinte er. — Unter allgemeiner Heiterkeit wurde sogleich zur Wahl geschritten; der Centralpräsident **Borst** und **Sauer** von Vivis wurden zu Abgeordneten, **Winz** von Stein a. Rh. und **Quick** von Genf zu Ersatzmännern gewählt. —

Die Frage über **internationale Arbeiterverbindung** wurde für diesmal von der Tagesordnung gestrichen.

Die **Diskussion über das Coalitionsrecht** war eine von tiefem Verständnisse und patriotischem Feuer durchdrungene. Allgemein war die Ueberzeugung, daß das Erste, was sich der Arbeiterstand erobern müsse, dieses Recht sei, und zwar ganz und ungeschmälert. Bismarck und Consorten erndteten bei dieser Gelegenheit gerade keine Komplimente.

Gegen den Antrag: „Eine Petition gegen die hohen Aufenthaltsgebühren der Arbeiter in einigen Kantonen abzufassen“, — wurde von der Majorität bemerkt, daß dies nutzlos wäre, daß in **Deutschland** die **indirekten Steuern**, die der Arbeiter bezahle, noch viel drückender seien, und daß es überhaupt nur Sache der deutschen Staaten wäre, Verträge mit der Schweiz abzuschließen, wie Baden, Würtemberg und Bayern gethan hätten, wodurch den Arbeitern dieser Länder der Aufenthalt in der Schweiz sehr erleichtert wurde. Es wurde beschlossen, eine Petition in diesem Sinne abzufassen.

Der letzte Beschluß diesen Vormittag war, das Centralfest jedesmal abwechselnd in der West- und Ost-Schweiz abzuhalten.

Wiederbeginn der Verhandlungen Nachmittag ½2 Uhr.

Der Antrag auf „eine einheitliche Auflage in der Centralisation“ wurde nach kurzer Debatte zurückgezogen.

Der Antrag des Vereins Chur, „seinerseits doppelte Wanderunterstützung zu verabreichen“, wurde wegen der besonderen örtlichen Verhältnisse mit 37 gegen 11 Stimmen angenommen.

Der Antrag auf „detailirte Angabe über Abstimmungen der Vereine“ wurde mit der Modifikation: „in wichtigen Angelegenheiten“ — einstimmig angenommen.

Der Antrag: „Feststellung zur Feier deutsch-nationaler Feste“ wurde zurückgezogen.

Der Antrag: „im Winterhalbjahr 75 Cent, im Sommerhalbjahr 50 Cent Wanderunterstützung zu gewähren, wurde mit 35 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zum Ehrenmitgliede der Centralisation wurde Dr. **Fein** ernannt.

Hitzige Erörterungen fanden schließlich noch statt über die Dissidien, die sich in der **Reusche**'schen Sache ergeben hatten. Aber nachdem man in männlich würdiger Weise Irrungen und Formfehler da zugestanden, wo sie stattgefunden, nahm auch hier wieder die Verständigung Platz, und so schloß diese höchst anstrengende Versammlung deutscher Arbeitervereine in der Schweiz in einer für den Arbeiter nur ehrenden und würdigen Weise.

Am Abend vereinigten sich die noch Anwesenden wieder zum fröhlichen Abschiedstrunk im Festlokale und trennten sich mit warmem Bruderkuß und dem Rufe: „Auf Wiedersehen, wenn das Vaterland ruft!“ F. W.

Frankenberg, 13. August. Unter obigem Datum hielten die Arbeiter-Vereine zu Frankenberg, Mittweida, Hainichen, Sachsenburg und Seifersbach im letztgenannten Orte eine gemeinschaftliche Versammlung ab, welcher folgende Tagesordnung zu Grunde gelegt war:

1) Bericht der einzelnen Vereine in ihrer Thätigkeit;
2) wie können sich die Vereine gegenseitig nützen,
3) Bericht der Glauchauer Beschlüsse Seitens der Vertreter der Arbeiter-Vereine Sachsens.

Die heutige Sitzung wurde von Franz Pilz aus Frankenberg eröffnet, und hierauf zur Wahl eines Präsidenten geschritten, und Pilz durch Acclamation dazu gewählt.

Derselbe berichtet hierauf über die im dortigen Verein gehaltenen Vorträge verschiedenen Inhalts, den Arbeiterstand betreffend. Richter und Fischer gaben in längerer Rede die Entwicklung, Gang und jetzigen Stand ihres Consumvereins, woraus hervorging, daß ein bedeutender, materieller Nutzen für die Mitglieder erzielt worden war.

Hierauf referirte Schneider aus Hainichen über den Stand des erst drei Monate alten, jetzt 190 Mitglieder zählenden Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereins dortselbst, wo bereits zur Hebung der sorglichen Verhältnisse des Arbeiterstandes auch Schritte zur Gründung eines Consumvereins gethan sind, und schon bei dem ersten Versuche ebenfalls ein sehr günstiges Resultat sich ergeben hatte.

Hingst aus Mittweida berichtete in kurzen Worten den Stand des dasigen **Consum-Vereins**, welcher ebenfalls ein erfreuliches Ergebniß lieferte. Krumbiegel aus Sachsenburg thut dasselbe bezüglich des Consum-Vereins zu Sachsenburg und Seifersbach, wo ebenfalls ein günstiges Resultat nachgewiesen ward.

Hiermit war der erste Punct der Tagesordnung erledigt, und war zum zweiten übergegangen.

Pilz aus Frankenberg beleuchtete in längerer Rede den Nutzen, welchen sich Vereine gegenseitig schaffen können, und hebt besonders hervor:

1) gemeinschaftliches Wirken in moralischer, wissenschaftlicher und politischer Bildung, und wie dieselbe zu erzielen sei.

2) Die Selbsthülfe, resp. die Gründung von Consum- und Productiv-Vereinen.

Es entspann sich über diese Punkte eine längere Debatte, welche besonders von Pilz, Richter, Schaarschmidt und Fischer aus Frankenberg, Hingst und Häußner aus Mittweida, Schulze, Heyne und Schneider aus Hainichen, sowie Krumbiegel aus Sachsenburg geführt ward.

Zur allgemeinen Befriedigung sämmtlicher Anwesenden ergab sich daraus, daß genannter Sprecher mit den von Pilz angeführten zwei Punkten völlig übereinstimmte, welche bis auf die geringsten Details erläutert wurden.

Ferner stellte Pilz den Antrag, daß die Vorstände der anwesenden Vereine von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte abhalten müssen, damit die Fort- und Ausbildung des Arbeiters, sowie der allgemeine Nutzen der Vereine herbeigeführt, und etwaigen Mängeln abgeholfen werde.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und Mittweida als Vorort gewählt, und soll die erste Versammlung in 4 Wochen stattfinden, worauf dem Vorstand dieses Vereins übertragen wurde, eine Tagesordnung zu diesem Zwecke festzustellen, die Vorstände der andern Vereine rechtzeitig davon in Kenntniß zu setzen, und jede Vereinigung einzuladen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung erledigte sich durch Berichterstattung über die Beschlüsse der Glauchauer Conferenz. (Berichterstatter Pilz aus Frankenberg). Hierauf folgte noch ein specieller Jahresbericht des Consum-Vereins Frankenbergs von Schadebrot daselbst; sodann ein Vortrag von Richter aus Frankenberg über den Consum- und Productiv-Verein zu Rochdale in England, welcher bekanntlich ein so außerordentlich günstiges Resultat geliefert hat.

Nachdem mehrseitig der gerechte Wunsch sich kund gab, nach allen Seiten hin ein einiges und festes Zusammenhalten in den angebahnten Bestrebungen zur Geltung zu bringen, um den wahren und ächten Nutzen des Arbeiterstandes zu fördern, wurde die heutige Sitzung nach Verlesen des Protocolls und Aufführung mehrerer Gesänge, sowie einem donnernden Hoch auf's Blühen und Gedeihen der Arbeiter-Vereine geschlossen.

Nachträglich sei noch erwähnt, daß diese Versammlung von 50—60 Mitgliedern aus Frankenberg, ca. 80 aus Hainichen, ca. 50 aus Sachsenburg und Seifersbach, und 10 Mitglieder aus Mittweida zusammengesetzt war.

Politischer Theil.

Aus Varnhagen von Ense's Tagebüchern.

Der siebente und achte Band der Tagebücher Varnhagen von Ense's, sagt G. Kolb in der N. Frankf. Zeitung, sind ein schätzenswerther Beitrag zur Zeitgeschichte. Die Wahrnehmungen des mit den Menschen und Dingen gleich vertrauten scharfen Beobachters, müssen auch dem Befangensten darüber die Augen öffnen, daß es sich bei den gegenwärtigen Bestrebungen in Preußen nicht um Vorübergehendes handelt, daß vielmehr das ganze Wesen des Staates auf Militärgewalt beruht, die Eroberungsgelüste weder durch das Prinzip der Legitimität noch durch die Bundesakte gehemmt werden können, und die Verfassung immer nur als ein abgedrungenes Zugeständniß gilt, dessen man zu gelegener Zeit sich wieder entledigen müsse. Die vorliegenden beiden Bände schildern die Zustände und die Entwicklung der Dinge während der Jahre 1850 und 1851; die Reaktion feierte damals ihre Saturnalien; Recht und Gesetz kamen dabei nicht in Betracht. Es war die Zeit, in welcher die Furcht vor dem rothen Gespenst die Gemüther schreckte. Viele fürchteten damals vom Socialismus und Kommunismus alle die Uebel zu erleiden, welche seitdem die Säbelherrschaft in so reichem Maße über sie verhängte: Unsicherheit des Vermögens und des Gewerbebetriebs durch ungeordnete, innere Zustände und durch auswärtigen Krieg. Der vollkommene Sieg der Militärgewalt in Frankreich hat mittlerweile die besitzenden und arbeitenden Klassen darüber belehrt, von welcher Seite her ihre besten Interessen geschädigt werden, und diesem Umstand mag es zuzuschreiben sein, wenn die Junkerherrschaft in Preußen, ohne ihre Ziele aus den Augen zu verlieren, nun vorsichtiger und darum weniger brutal auftritt, als sie Varnhagen während ihres Siegesrausches in den Jahren 1850 und 1851 schildert. Wir müssen uns natürlich auf einige Auszüge der schlagendsten Stellen beschränken, welche im Hinblick auf die Tagesereignisse von wesentlichem Interesse sind" (und fügen wir hinzu, nach unseren einheimischen Preßverhältnissen mittheilbar sind. D. Red.)

„Das jetzige Preußen", sagt Varnhagen *), „ist ein zerfressenes Ding, ein Ungeheuer aus roher Gewalt und Verfassungsschein zusammengesetzt, eine Mißgeburt zweier Richtungen, die beide verfehlt sind. Die preußische Geschichte zeigt, daß Preußen ohne einen kraftvollen kriegskundigen König nicht vermag, sich als Macht ersten Ranges zu behaupten; daraus erklärt sich alle diplomatische Jämmerlichkeit. Der jetzige König (Friedrich Wilhelm IV.) scheint außersehen, die Wahrheit an den Tag zu bringen, daß Preußen viel will und wenig kann. — Wenn man doch nur von unserer Regierung nichts für die deutsche Sache erwarten wollte! Sie nicht weniger, als Oesterreich, will das deutsche Volk unterdrücken, nur ist Oesterreich aufrichtig und bekennt das, Preußen aber heuchlerisch und arglistig dabei. Diese Regierung bedeutet die Willkür, die Gewaltsamkeit gegen Fürsten und Völker; sie ist der Feind des preußischen Volkes wie jedes andern deutschen. Wo nicht rohe Gewalt schaltet, da walten ...... Alles trägt zur Entsittlichung der Regierung bei, man verliert alle Achtung vor ihr und sieht sie wie ein böses Thier an, das man fürchten muß und bei Gelegenheit abschlachtet. Das will eine starke Regierung sein, die jeden Augenblick ihre Schwäche darthut! Der preußische Staat ist vergiftet und kein gesundes Glied mehr an ihm; die letzten dreißig Jahre waren eine schlechte Schule; alle die emporkamen, mußten heucheln und schmeicheln. Preußen war eine Kastriranstalt; wer einige Mannbarkeit bewahren wollte, mußte ausscheiden. Und dabei der Anspruch auf Geist und Bildung, von denen nichts vorhanden ist als die verächtlichste Ziererei."

„Nichts ist fest gegen den Eingriff der Regierung, alles unredlich, zum Scheine, halb! Der König wünscht das was er beschwören soll (die Verfassung) zu allen Teufeln. Solch .... Wirthschaft besteht auf Geld und Truppen gestützt, warum nicht? Seit Friedrich des Großen Tod war es nie anders, die kurze Frist von Stein und Hardenberg ausgenommen. Unser Kabinet ist eines der vielthuerischen, bringt aber am wenigsten zu Stande, nicht den dänischen Frieden, nicht die Bundessache mit Oesterreich, nicht den Frieden mit der katholischen Geistlichkeit. Unsere Minister sind zaghaft und unentschlossen, wenn sie auch noch so entschlossen sich anstellen. In großmäuligem Geschrei sind sie stark, und einig im .... Sie ruhen nicht, sie ziehen einen Nagel nach dem andern aus dem noch stehenden Brettergerüste, das sie den Staat nennen, sie ruhen nicht, bis der ganze Plunder auseinanderfällt. — Es gibt ein Mittel, das Auf- und Niederwogen zu stillen — Schaffen des Nothwendigen, des Richtigen, aber die — — — wollen das nicht, können das nicht. ...."

Ueber die bei diesen Zuständen mitwirkenden Personen, heißt es in dem Auszug der N. F. Ztg. weiter, läßt sich Varnhagen in so harten Worten vernehmen, daß wir ihm dabei oft nicht folgen können. Zunächst schildert er die Unentschlossenheit und den Widerwillen des Königs, die nach seinem eigenen Willen umgewandelte Verfassung zu beschwören, und sein Streben, auch nachträglich noch die seiner Souveränetät gesetzten Schranken zu durchbrechen. „Königliche Botschaft an die Kammern: — derselbe Sinn, wie beim vereinigten Landtage, bei den vereinigten Ausschüssen, dasselbe Verfahren! Alles fordern nach Laune, nichts nachgeben nach Vernunft und Recht. Leeres Vorgeben, gehässiges Andeuten, offene Hinterthüren, täuschendes Beschwatzen. Der König hatte den Ministern versprochen, das Steuerbewilligungsrecht der zweiten Kammer anzuerkennen, davon ist nichts da; er hat sie getäuscht. Sogar auf der Rechten ist geäußert worden, so was habe man nicht erwartet, das sei zu toll. Die Voranstehenden werden von den Hintenstehenden gedrängt in Sachen hinein, vor denen auch die Hinterstehenden schauderten, wenn sie voranstünden; das ist der ganze Unterschied. Lauter dummes Zeug, jeder will sein Gewächs anbringen; das Faß aber an dem gearbeitet wird, ist gar nicht für Wein bestimmt, sondern für Wasser oder für Essig, oder soll auch wohl gar leer bleiben. — Der König sagt ausdrücklich, daß er die Verfassung nur beschworen in der Hoffnung, daß sie anders werde, daß die Kammern es ihm möglich machen, mit ihr zu regieren. Der .... bruch kündigt sich förmlich an. Im Volke geht der Ausspruch umher, der König habe an der Verfassung vorbeigeschworen. Wir haben von Konstitution keinen Schatten, es ist der alte Absolutismus, verstärkt durch Parteihaß, Argwohn, Rachsucht unter der Heuchelei der Gesetzlichkeit. — Der König ist mit seinen staatsrettenden Ministern sehr unzufrieden, meint, sie hätten gar nicht nöthig gehabt, der Revolution so ungeheure Zugeständnisse zu machen, der Teufel habe sie geritten, uns die Verfassung auf den Nacken zu legen, sie durch ihn beschwören zu lassen; es sei zum Rasendwerden, daß man das verfluchte Zeug auf dem Leibe habe; nun sollten sie sorgen, daß man es wieder los werde u. s. w. Die Minister selbst haben vieles zu erdulden. Der König fährt Manteuffel übers Maul, daß er blaß und roth wird. Als dieser sich beim Vortrage des Ausdrucks bediente, „unsere Konstitution" fiel der König mit höhnischem, spitzem Tone ein: So, haben wir eine Konstitution? Ei, was Sie sagen, und lachte unmäßig. Sie sind ein Heuchler, Sie wollen sich beim Publikum beliebt machen. Zahlen sollen die Kanaillen, sie sollen merken, daß sie konstitutionell sind. Kriegsminister v. Stockhausen klagt, am schwersten sei es mit dem König fertig zu werden, der wolle immer Sachen, die nicht thunlich wären; auf die Verfassung nehme er keine Rücksicht. „Was geht mich die Verfassung an, thun Sie was ich befehle". — Ein anderer Minister äußerte, der König wolle sie mit Spielzeug, mit Orden abfinden; wenn er dankbar sein wolle, möge er ihnen nicht das Leben so sauer machen, nicht schimpfen und unartig sein."

Den Prinzen von Preußen soll der König als sich zum Unglück geboren ansehen, sich immerfort mit dessen Handlungen und Reden eifersüchtig beschäftigen. Die Kreuz-Zeitung nennt er ein verwünschtes Luder. — „Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg sagte zu Hänlein: Wenn Ihnen mein Bruder was verspricht, müssen Sie ihm nicht glauben, er hält nie Wort, das ist schon Regel bei ihm, und wenn er es noch so sehr betheuert, er vergißt oder ..... nachher Alles. Der König nannte diese Schwester nur immer ....; er hat mehr von Kotzebue, als von den Romantikern, Kotzebues Rührung, Kotzebues Schwung, Kotzebues eigenthümlichen Spaß. Er möchte nur immer seine Macht zeigen, und meint, wer ihm einmal angehört habe, müsse dies immer; er aber will die Leute nach Belieben wegwerfen. Dabei erleidet er immer die furchtbarste Demüthigung, und die kommt so leicht und glatt, als wenn es sich von selbst so verstände! Alles was er hindern wollte, muß er mitthun, und was er heimlich zu thun vermeinte, wird öffentlich. Alles Unheil, was er erfährt, kommt von ....; was er zu wollen vorgab, wollte er nicht, er hält sich für klüger, als alle andern Menschen, und meint, er könne ihnen etwas weiß machen; er sollte doch längst gesehen haben, daß er dies nicht kann. Neulich sagte er die Jagd ab, um Ministerrath zu halten, und äußerte dabei: Ich kann ja hier Böcke genug schießen. Es handelt sich um die Differenz mit Oesterreich über Kurhessen. Bei der Annexion der hohenzollernschen Fürstenthümer schilderte ein Spottgedicht den König als einen Souveränitätshändler, der fremde ..... kauft, eigene verkauft — nämlich an Rußland. Die 400,000 Goldgulden sind eben die Grundlage unseres: „Von Gottes Gnaden."

Auch von Majestätsbeleidigung zwischen Majestäten berichtet Varnhagen, fügt aber schon am 23. April 1851 entschuldigend hinzu: Die Leute sagen, der König leide an einer Gehirnerweichung und werde es nicht lange mehr machen. — Die ersten Symptome der Krankheit, welcher der König erlag, scheinen mithin schon damals sich gezeigt zu haben.

*) Es ist eine eigenthümliche, aber immer sich wiederholende Thatsache, daß Diejenigen, welche Preußen am genauesten kennen, wenn sie aufrichtig und nicht durch persönliche Interessen gebunden sind — am wenigsten davon wissen wollen. D. Red.

Politische Umschau.

Coburg, 17. August. Gegen Ende des vorigen Quartals haben wir dem wohl oder übelwollenden Andringen von verschiedenen Seiten für unser Blatt gleichwie für die „Deutsche Wehrzeitung" den Postdebit eintreten zu lassen, — nachgegeben und denselben für die bis dahin lediglich direct und im Wege des Buchhandels vertriebenen beiden Blätter eingeführt. Seit dem 1. Juli besteht der Postdebit für diese Blätter und wie wir voraus gesehen und voraus gesagt haben, sind die Folgen nicht ausgeblieben. Heute schon haben wir das Verbot beider Blätter in Preußen zu berichten, die bei freiwilligem Ausschluß des Postdebit's nun schon im 2. und 3. Jahre ohne Verbot bestanden haben. Dies nur zur beiläufigen Notiz für unsere Leser. Halten wir uns nicht weiter dabei auf. Auch diese Wolke geht vorüber, wie so manche andere. Preßprocesse, Gefängniß, Verbote. Alles schon dagewesen, durchgemacht und überwunden. Auf das Bestehen und die Haltung unseres Blattes hat auch dieses neue Erlebniß keinen Einfluß. Mit Befriedigung aber können wir aus dem allen entnehmen, daß die Haltung unserer Blätter eine correcte ist im Sinne der Volksinteressen. Hätten wir freilich uns herbeilassen können, uns zu Herolden, des „Ruhmes" des Herrn v. Bismark herzugeben und diesen, mit Fälschung der Geschichte, zum großen Staatsmann vor den Augen unserer Leser zu stempeln, so würde uns diese neue Fährlichkeit nicht betroffen haben. Indessen, zwischen diesen zweien Uebeln ist dieses letztere jedenfalls unbedingt das kleinere.

Coburg, 14. August. Am 10. d. M. fand hier gegen den Rechtsanwalt F. Streit hier die öffentliche Verhandlung des Preßprozesses statt, wegen „Beleidigung der großh. Mecklenburg-Schwerin'schen Minister", oder richtiger wegen Charakterisirung der mecklenburgischen Junkerpolitik, welche in einer, die „feudale Aera in Mecklenburg" betitelten, im Streit'schen Verlag im vorigen Jahre hier erschienenen Schrift, ihre Beleuchtung gefunden hat. Wir werden die nicht uninteressante Verhandlung noch nachbringen, in welcher der Angeklagte, welcher sich selbst vertreten hat, das Thema thatsächlich und juristisch ausführte, daß die incriminirten Aeußerungen, soweit sie auf die Kläger zu beziehen und diese sich dadurch verletzt fühlen könnten, reichlich verdient seien. Staatsanwalt Oppermann hatte 50 fl. Geldstrafe, event. 4 Wochen Gefängniß beantragt. Heute wurde das kreisgerichtliche Erkenntniß publicirt, in welchem der An-

Digitized by

geklagte für schuldig erkannt und zu 50 fl. Geldstrafe oder drei Wochen Gefängniß verurtheilt wird. Ein interessanter Zwischenstreit zwischen dem Angeklagten und dem Staatsanwalt fand dabei über das Maß der Sympathieen und gegenseitiger Gefälligkeit statt, welche zwischen der Coburg-Gothaischen Staatsregierung und der großherzogl. Mecklenburgischen obwalten, indem der Angeklagte auf ein auch zur Verlesung gekommenes Schreiben des Mecklenburgischen Staatsministeriums an das Coburg-Gothaische sich bezog, worin mit dürren Worten gesagt war: daß von der hiesigen Regierung der Mecklenburgischen (von Oertzen, Schröter und Genossen) der „**Wunsch**“ ausgesprochen worden sei, durch dasselbe zur Verfolgung dieses Preßprozesses in den Stand gesetzt zu werden, während der Staatsanwalt zwar dieses Schreiben des Mecklenburgischen Ministeriums und diese Bemerkung darin nicht in Abrede zu stellen vermochte, die fragliche Bemerkung aber anders zu deuten bemüht war.

Mecklenburg-Schwerin. Gerade in der Nacht vom 13. auf den 14. August, dem Tage, an welchem das verurtheilende Erkenntniß in Coburg gegen den Rechtsanwalt F. Streit, als Verleger der Schrift die „feudale Aera in Mecklenburg“, wegen Beleidigung der mecklenburg-schwerinischen Minister v. Schröter und Genossen publicirt worden ist, ist der von dem Angeklagten in der öffentlichen Sitzung hinreichend charakterisirte Minister v. Schröter, die Seele dieses Junkerministeriums, der Cholera erlegen. Die unter der Berliner Preßpolizei stehende Berliner „Reform“ bringt darüber folgenden Artikel: „Zu Ehren des in diesen Tagen gefeierten Burschenschafts-Jubiläums hat die Cholera einen der ärgsten Renegaten und Verräther an dem reinen und edlen Grundgedanken der deutschen Jugend von 1820 dahingerafft: den mecklenburgischen Minister v. Schröter. Die „Magdeb. Presse“ schreibt darüber aus Mecklenburg-Schwerin vom 14.: Der Tod hat eine bedeutende und fühlbare Lücke in das feudale Reactionsministerium Oertzen-Schröter gerissen, denn das tüchtigste, aber auch gefährlichste Mitglied dieses Ministeriums, der Minister der Justiz und des Cultus v. Schröter, ist in der verflossenen Nacht 12¼ Uhr an der Cholera gestorben. Der Tod dieses Mannes hat um so mehr Sensation gemacht, je unerwarteter derselbe gekommen ist; dennoch, die Wahrheit zu sagen, hat dieses Ereigniß keine traurige Stimmung erregt; denn gerade er ist es, an dessen Namen sich die Hauptactionen der politischen und religiösen Reaction knüpfen, jene Actionen, durch welche die klaffenden Uebelstände der mecklenburgischen Zustände immer mehr an's Tageslicht gefördert wurden und das Land in jenes beklagenswerthe Renommé gerieth, das jedem Mecklenburger wohl unangenehm fühlbar wird, wenn er die Grenze seiner Heimath überschreitet. Schröter vereinigte in sich so manche Eigenschaften, die ihn besonders befähigten, das Werk der Reaction mit Nachhaltigkeit zu leiten, denn gerade als Ueberläufer aus dem liberalen Lager mußte er stets bemüht sein, seine Antecedentien durch die große Energie auszulöschen und er hat dies auch mit dem ihm eigenen Eifer gethan. In seiner Jugendzeit war er einer der Wortführer der Jenenser Burschenschaft, im Jahre 1820 trat er auf einer Versammlung der Burschenschafter in Zürich in etwas exaltirter und theatralischer Weise mit einem gezückten Dolche als wuthschnaubender Republikaner auf, indem er allen Fürsten Deutschlands den Tod schwor. Andere Zeiten bringen aber andere Sitten. Er betrat anfangs die akademische Laufbahn, brachte es aber nur bis zu einer außerordentlichen Professur in Jena. Bei einer Vacanz im mecklenburgischen Oberappellationsgericht erhielt er eine Stelle als Rath in diesem Gerichte. (Er nahm sie unter der Bedingung an, daß Mecklenburg den angeblich alten Adel seiner Familie anerkenne, was allerdings nicht geschah, vielmehr wurde ihm nur persönlich der Adel verliehen). Während dieser Zeit muß eine wesentliche Veränderung mit ihm vor sich gegangen sein. Sowohl in politischer als religiöser Hinsicht trat er auf die Seite der conservativen Partei. Namentlich begünstigte er die Bestrebungen des Oberkirchenraths Kliefoth, die Orthodoxie im Lande zu befestigen. So war denn Schröter ganz geeignet, der Mittelpunkt der Reaktion in Mecklenburg zu werden. Ohne Scheu legte er 1850 Hand mit an's Werk, um die auch von ihm beschworene Verfassung zu beseitigen und darauf eine Reihe von Verfolgungen eintreten zu lassen, die in dem Hochverrathsprocesse ihren Gipfelpunkt erreichten. Es zeigten sich in allen seinen Maßnahmen, die in „44 Monate Untersuchungshaft“ und in der „feudalen Aera“ hinreichend gekennzeichnet sind, daß er vor keinem Acte büreaukratischer Willkür und souveräner Polizeiherrlichkeit zurückschreckte. Eine besonders rege Arbeitskraft und Sachkenntniß machten ihn in den 15 Jahren seines Amtes zu einem um so unentbehrlicheren und schwer zu ersetzenden Mitgliede des Ministeriums, weil in beiden Beziehungen weder Graf von Bülow noch auch sein Nachfolger von Oertzen irgendwie hervorragend sind. So hat denn Herr von Schröter gerade das Land besonders mit einer Reihe von Gesetzen beglückt, deren baldige Beseitigung nothwendig ist, bevor überhaupt an irgend einen Fortschritt zu denken ist; denn sie sind so recht eigentlich die Bollwerke des Feudalismus und Büreaukratismus in Mecklenburg.“ So die Berliner „Reform“ und „Magdeburger Presse.“

Aus **Berlin** vom 12. August wird berichtet: „Wie verlautet, ist Oesterreich jetzt bereit, auf die preußische Forderung, betreffs der Regelung der Presse und des Vereinswesens, und dann auf die Erörterung der dynastischen Frage einzugehen.“

— Die „Neue Frankfurter Zeitung“ will von keiner Verständigung zwischen den Höfen von Wien u. Berlin wissen. So lange ein Uebereinkommen nur auf Kosten der Volksrechte erstrebt wird, könnten wir uns eines Gelingens der Diplomatenkünste unmöglich freuen. Es gibt etwas, was der deutschen Sache noch schädlicher ist, als die Uneinigkeit zwischen Preußen und Oesterreich, — es ist deren Einigkeit.

— Das genannte Blatt sagt dann weiter: Wenn das preuß. Treiben dort noch einige Zeit in gleicher Weise wie bisher fortgeht, so wird sich das Preußenthum rühmen können, in dem deutschen Lande der nordelbischen Herzogthümer während weniger Monate einen Haß hervorgezaubert zu haben, wie ihn die österreichische Fremdherrschaft in der Lombardei erst nach Jahren erzeugte.

Die „Volksztg.“ berichtet aus **Bonn**, 11. August, von einem Sobbe-Putzki-Vorfall, der, da diesmal ein englischer Koch das Opfer wurde, wohl etwas mehr Folgen haben dürfte, als wenn der junkerliche Heldenmuth sich an ein paar deutsche Hausknechten oder Glogauer Mädchen vergriffen hätte. Die in geschicktester Diplomatensprache abgefaßte Mittheilung lautet: „Kürzlich kam es des Nachts zwischen mehreren Freiwilligen des Königs-Husaren-Regiments und einem Civilisten zu einem beklagenswerthen Conflicte. Bei dieser Gelegenheit hatte einer der ersteren, ein Graf zu Eulenburg aus Marienwerder, (Neffe des Hrn. Ministers des Innern, Grafen Eulenburg, des Zeitungsvertilgers), das Unglück (der Herr Graf geruhten das Unglück zu haben!), den Civilisten, welcher bei dem Prinzen Alfred von England als Koch in Diensten stand, dergestalt am Kopfe zu verletzen, daß er heute früh seinen Wunden erlegen ist.“ Es fehlt nur noch der Zusatz: Das hohe Befinden des unglücklichen Grafen ist ein erfreuliches.

— Die Anzahl der gegen die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ gegenwärtig schwebenden Prozesse beträgt 14, mit Ausnahme von 13 bereits rechtskräftig gewordenen und 6 von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten, von den richterlichen Behörden aber abgelehnten und daher nicht zur mündlichen Verhandlung gelangten Prozessen. Alle Achtung!

Schleswig-Holstein. Die Festung Friedrichsort ist mit acht schweren Geschützen ausgerüstet worden. „Die Confiscirung schleswig-holsteinischer Blätter wird fortgesetzt. Es verlautet, daß die schleswig-holsteinischen Vereine unterdrückt und der Beamtenstand vor augustenburgischen Umtrieben gewarnt werden soll. Man befürchtet die Verabschiedung der augustenburgisch-gesinnten Beamten; die Blätter führen trotz der Maßregelungen der Presse eine mannhafte Sprache. — Herzog Friedrich von Augustenburg erklärte, er werde das Vertrauen der Patrioten rechtfertigen und niemals freiwillig die Herzogthümer verlassen.“

— May's Gefangenschaft dauert unabsehbar fort. Man erfährt nichts von Verhören, nichts von irgend welchem gerichtlichen Verfahren. Inhaftirt wider Recht und Gesetz, gefangen gehalten ohne Recht und Gesetz — es ist der baare Hohn auf jeden Rechtszustand, es ist eine baare Schmach für ganz Deutschland. Und das dauert nun in die dritte Woche!

— Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Kiel über die gereizte Stimmung gegen Preußen: „Lieber wieder dänisch als preußisch!“ In diesen Worten faßt sich die augenblickliche Stimmung eines großen, des größten Theils des holsteinischen Volks zusammen. Man braucht nicht weit in Holstein zu reisen, um diese Stimmung zu erkennen. Schon in Altona schallen dem Preußen diese Worte in jedem Bier- und Weinhause entgegen; er vernimmt sie auf der Straße. Bringt er in einem Eisenbahnwagen die Sprache auf die politischen Verhältnisse des Landes, so ist er sicher, daß er sie aus dem Munde fast jedes Holsteiners hört. Besonders sind es die untern und Mittelklassen, welche in diesem Augenblick von einem heftigen Preußenhasse beseelt sind. Wagt man es, sich als Preuße zu zeigen und ein gutes Wort für Preußen einzulegen, so gerathen diese Leute in eine Aufregung, die grell gegen ihr sonst so ruhiges und kaltblütiges Wesen absticht.“

Bremen. Daß die mit Bismarck liebäugelnde Politik der „Weserzeitung“, welche bekanntlich noch immer von dem großen Staatsmann Alexander Meier aus Berlin, dem Redakteur der weiland Berliner Abendzeitung, des Organs der preußischen Altliberalen redigirt wird, — auch in Bremen selbst nicht den Anklang findet, dessen sie sich in ihrer bekannten Bescheidenheit schmeichelt, ergibt u. A. folgender Artikel des in Bremen erscheinenden „Courier“. Derselbe schreibt: „Die „Weser-Zeitung“ erklärt sich entschieden für Bismarck's Politik in der schleswig-holsteinischen Frage und meint, die nationale Partei müsse wünschen, daß Preußen mit seinen Forderungen durchdringe. Das abenteuerliche Beginnen des preußischen Ministerpräsidenten, der nach Außen eine agressive Politik verfolgen will, nach Innen die Reaction und die Verfolgung der freisinnigen Elemente auf die Spitze treibt, findet eine warme Vertheidigerin in der „Weser-Ztg.“ Wir protestiren aber gegen die Annahme, als ob die Ansichten, welche jetzt in Beziehung auf deutsche und preußische Politik in der „Weser-Ztg.“ vertreten werden, von Bremens Bevölkerung getheilt würden! In Bremen hält man daran fest, daß nur ein freisinniges, die Volksrechte achtendes Preußen die Führung Deutschlands übernehmen kann, — **man will hier nichts**

wissen von dem preußischen Junkerregiment, welches die Verfassung des Landes verletzt, die Volksrechte antastet und in Schleswig-Holstein willkürlich und gesetzlos verfährt! Will dies Preußen einen Bürgerkrieg hervorrufen, um seine Forderungen durchzusetzen, so werden des deutschen Volkes Sympathien nicht mit ihm sein und auch Bremen wird nicht auf der Seite Bismarck's stehen, trotz aller machiavellistischen Deductionen der „Weser-Zeitung." Wir wollen ein freies, einiges Deutschland, nicht ein feudales Großpreußen! Man rede uns nicht davon, daß auch die „Weser-Zeitung" sehr oft Schritte der preußischen Regierung tadle; sie wäscht den preußischen Machthabern den Pelz, ohne sie naß zu machen, und compensirt zugleich ihre scheinbare Liberalität durch Ausfälle gegen das verfassungstreue Abgeordnetenhaus.

„In dem Kampfe, den Bismarck und seine Genossen gegen das Recht und die Freiheit des Landes begonnen, hält sich keine Zwitterstellung! Bismarck, der dem preußischen Volke seine Rechte und seine Freiheit verkümmert, kann nur Bundesgenossen oder Gegner haben. Wir stehen nicht auf Seiten Oesterreichs bezüglich seiner äußern Politik, — wir sind nicht Freunde des deutschen Bundes, der sich schon lange überlebt hat. Aber wir leben der Ueberzeugung, daß, wenn in der schleswig-holsteinischen Frage Oesterreich und der deutsche Bund die Fahne des Rechts hoch halten gegenüber der unberechtigten Usurpation eines freiheitsfeindlichen Preußen, dann das deutsche Volk nicht für Bismarck und sein Junkerregiment einstehen werde, trotz seines Geldes und seiner Kanonen und — trotz der „Weser-Zeitung"!"

Die Mitglieder des Nationalvereins in **Oldenburg** haben den glänzend zeitgemäßen Einfall gehabt, sich wieder einmal zu versammeln und einstimmig zu erklären, daß sie eine Militärvereinigung mit Preußen, wonach die oldenburgische Wehrkraft sich als integrirender Theil dauernd der der preußischen anschließe, für dringend geboten halten. — Die Motive dieses wunderlichen Beschlusses lauten: 1) Sicherung der Verwendung unserer Wehrkraft im deutsch-nationalen Interesse: denn voraussichtlich wird der öffentliche Geist in Preußen Volk und Regierung stets dazu bestimmen, Deutschland mit Bewußtsein und Thatkraft zu beschützen. Es muß daher jeder deutsche Volksstamm dahin streben, daß auf den Kriegsfall seine Wehrkraft von Preußen in Mitbenutzung genommen werde. Eine Sicherheit hierfür gewährt die gegenwärtige Bundeskriegsverfassung, deren Aenderung nicht zu erwarten steht, nicht. 2) Anregung zur Beseitigung particularer Rücksichten in Betreff des Heerwesens in Deutschland. 3) Förderung des Volkswohlstandes für Oldenburg und Preußen. 4) Die gegenwärtige Machtstellung Frankreichs. Die Gesammtstärke der französischen Armee auf vollem Kriegsfuße stellt sich auf 757,725 Mann mit 143,238 Pferden. Zu einem Angriffskriege am Rhein können innerhalb 8 bis 10 Tagen 200,000 vollkommen kriegstüchtig ausgerüstete Truppen aller Art an dessen Ufern stehen, die 14 Tage später noch um 100,000 Mann und in 4 Wochen um abermals 100,000 Mann verstärkt werden können. — Ferner sprechen sie die Erwartung aus, daß die oldenburgische Staatsregierung und die Volksvertretung, welche sich von jeher durch politischen Gemeinsinn und nationales Selbstgefühl ausgezeichnet haben, sich der Sache förderiamst annehmen und die Ergreifung einer einsichtigen Initiative von Seiten Oldenburgs veranlassen werden. So lange der Landtag nicht versammelt ist, halten die hiesigen Mitglieder des Nationalvereins es für gerathen, durch besondere Kundgebung ihre Ansicht und die Erwartung auszusprechen, daß man sich an anderen Orten in gleicher Weise erkläre. — Wir würden, schreibt das „Coburger Tagblatt", danken, — wenn wir die Militärconvention nicht schon hätten.

Aus **Rußland** kommt die Nachricht von einer bedeutenden Truppenverminderung. — Nur in Deutschland will man von Reduktionen nichts wissen, geht wohl sogar, wie es in Preußen geschehen ist, auf noch weitere Vermehrung des die Länder im Frieden erschöpfenden und im Kriege doch nicht ausreichenden stehenden Heeres aus.

Zu **Marseille** sollte am 10. August eine Hinrichtung stattfinden. Die Ebene von St. Michel war zum Hinrichtungsorte bestimmt. Nun beschwerten sich aber die Bewohner dieses Quartiers auf's Entschiedenste dagegen. Der Maire verfügte hierauf die Errichtung des Schaffots auf dem Pharo. Der Pharo ist indeß ein Exercierplatz, und der die Division kommandirende General gestattete hier nicht das Aufschlagen der Guillotine. — So schwebt der Verurtheilte noch immer in seiner peinlichen Ungewißheit. — Wie gefällt diese Erscheinung den Vertheidigern der Todesstrafe? (N. F. Z.)

Amerika. Washington, 26. Juli. Präsident Johnson befindet sich gegenwärtig in einer wenig beneidenswerthen Gemüthsverfassung. Er hat die Plackerei der Aemtersucher, wie sie beim Beginn einer Präsidentschaft üblich sind, durchzumachen. Die Anstellungen aller Steuererheber, Postmeister und föderaler Beamten aller Art laufen um diese Zeit ab und für jeden Posten gibt es zum mindesten ein Dutzend Bewerber. Jeder Kandidat geht nach Washington, unterstützt von einer großen Deputation, welche seinen Ansprüchen Nachdruck geben soll, und die das „Weiße Haus" in ganzen Schwärmen belagern. Der Präsident hat lange Anreden anzuhören und schlecht geschriebene Briefe zu lesen, welche mit widrigem Lob und den übertriebensten Erzählungen von den früheren politischen Diensten des Kandidaten überfüllt sind. Er ist überall bestürmt und hat zu keiner Tages- oder Nachtzeit Ruhe, denn selbst die Diener, welche ihn umgeben, sind durch Trinkgelder bestochen, um beständig sein Gedächtniß an die unbelohnten Verdienste der Nachsuchenden aufzufrischen. Washington ist von diesen Stellenjägern förmlich überfluthet, und um zu zeigen, wie emsig sie in der Verfolgung ihrer Ansprüche sind, ist nur nöthig, anzuführen, daß die Aemter-Kandidaten für Baltimore vier und die für Philadelphia drei Deputationen gesandt haben, welche zusammen fast tausend Personen ausmachen, von denen Jeder erwartet, dem Präsidenten etwas ins Ohr flüstern zu können. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Anstellungen in Baltimore und Philadelphia den Präsidenten bereits drei Wochen gekostet haben. Da der Präsident genöthigt ist, jeden Besucher anzuhören, so ist es natürlich, daß er ganz erschöpft ist; die Frage wird daher vielfach verhandelt, wie er vor den Anfällen dieser aufreibenden Deputationen geschützt werden könne. Es ist leicht zu begreifen, daß Johnson zwar der erste Mann Amerika's, daß aber trotzdem seine Stellung wenig zu beneiden ist. (N. F. Z.)

— Im höchsten Grade erfreulich ist die geringe Nachwirkung der militärischen Vergangenheit auf die bürgerliche Gegenwart. Unter den Hunderten tapferer und begabter Kriegsführer, die in Europa ihr Lebelang von ihrem wohlerworbenen Kriegsruhm hätten zehren und die Dichter mit Mustern zu alten, theils grimmigen, theils gutmüthigen Haudegen hätten versehen können, ist kaum ein Dutzend, das sich noch besonderer Beachtung erfreut. Ein Grant, Sherman, Thomas und Sheridan können noch immer, wo sie sich sehen lassen, auf begeisterte Huldigungen rechnen. Aber Hunderte von tüchtigen Brigade- oder Divisionsgeneralen, Obersten, Majoren und Hauptleuten, deren Heldenthaten manche glänzende Seite in der Geschichte des Kriegs füllen, sind mit der liebenswürdigsten republikanischen Unbefangenheit in ihre bürgerlichen Berufskreise zurückgetreten, sind wieder Advokaten, Journalisten, Architekten, Ingenieure, Kaufleute, Fabrikanten, Bierwirthe — kurz Bürger, und betrachten ihre militärische Laufbahn nur als eine hinter ihnen liegende abgeschlossene Zwischenzeit, von der sie gar kein besonderes Aufhebens machen. In gewissen höheren militärischen Kreisen in Europa würde man sonderbare Augen machen, wenn man dort unsere Marschälle, deren Thaten man wohl oder übel den größten der geschulten Feldherren des 19. Jahrhunderts hat zur Seite stellen müssen, in ihrer bescheidenen, oft nichts weniger als stattlichen bürgerlichen Kleidung und mit ihren anspruchslosen „Civilisten-"Manieren als „Kameraden" begrüßen sollte. Aber sie geizen auch gar nicht nach solcher Ehre. Der Krieg ist ihnen nicht Geschäft, sondern nur zeitweilig durch die Gefahr des Vaterlands gebotene Bürgerpflicht gewesen. (N. F. Z.)

In **London** sind folgende neueste Nachrichten aus Washington, 30. Juli, eingetroffen: Der Einfluß des Präsidenten Johnson hat im Cabinete das Uebergewicht erlangt und in der Mexikanischen Frage die Entscheidung im Sinne der Monroe-Doctrin herbeigeführt. Das Tuilerien Cabinet soll hiervon durch eine Depesche verständigt werden. Dem in Fort Monroe gefangen gehaltenen J. Davis ist im Interesse seiner Gesundheit erlaubt worden, sich im Freien auf den Wällen des Forts zu ergehen. — Der Finanzminister erklärt, bis zum Zusammentritt des Congresses alle Ausgaben ohne Anleihe bestreiten zu können. Es wurde eine Commission niedergesetzt zur Sichtung und Aufbewahrung der Archive der Conföderirten. — Aus Mexico wird gerüchtweise gemeldet, die kaiserliche Regierung habe die Concentrirung von 35,000 Mann bei Matamoras beschlossen.

Sachsen und Coburg gegen Streit und Struve.

Der Preßprozeß, welcher gegen den verantwortlichen Verleger der „Allg. deutschen Arbeiterzeitung", Rechtsanwalt F. Streit und den Schriftsteller G. Struve auf Betreiben der Sächsischen Regierung von der Coburgischen seiner Zeit um deßwillen eingeleitet worden ist, weil die beiden Angeklagten in dem Artikel „An der Scheide des Jahres", in Nr. 53 der „Allg. deutschen Arbeiterzeitung" vom 3. Januar 1864 die Preisgebung der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg an das Ausland durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 und den hieran sich anschließenden, in seinen Folgen heute noch nicht überwundenen Bundesbeschluß vom 7. Dec. 1863 als Hochverrath und die dafür Verantwortlichen des Hochverraths vor dem Forum der öffentlichen Meinung angeklagt haben — dieser Preßprozeß hat, wie wir früher mitgetheilt haben, mit der zweitinstanzlich verschärften Verurtheilung jedes der beiden Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß sein Ende gefunden. Die Angeklagten haben dagegen die Nichtigkeitsbeschwerde, namentlich auch um deßwillen eingewendet, weil im Widerspruch mit den Art. IV. der Grundrechte des deutschen Volks die Aburtheilung nicht durch Geschworene erfolgt ist. Das soeben die Presse verlassende III. Heft der Verhandlungen dieses Preßprozesses enthält die interessanten Verhandlungen vor dem Oberappellationsgericht zu Jena in der Nichtigkeitsinstanz, einschließlich der durch Beschluß des O.-A.-G. ausgeschlossenen Vertheidigungsrede des Angeklagten Struve und des Schlußerkenntnisses. Auf die Broschüre selbst verweisend, entnehmen wir nur, zum Gegensatz gegen manche Erlebnisse der jüngsten Vergangenheit, aus dem letzten, den Abschluß des Ganzen bildenden Theil der Broschüre, Folgendes.

Während der bei der jüngsten Tagung des Coburger Landtags stattgefundenen Berathungen eines neuen Preßgesetzes, dem bekanntlich von der Regierung abermals die Sanction verweigert worden ist, hatte der Landtag auch offen seine Mißbilligung der seit Jahr und Tag im Lande betriebenen tendenziösen Preßprozesse aus-

gesprochen und es war in den Landtag selbst der Antrag eingebracht worden, die Regierung um Erlaß einer Amnestie zu ersuchen. Der Antrag war jedoch von dem Abg. Streit selbst, dem er mit zu Statten gekommen wäre, um deßwillen entschieden bekämpft worden, weil er mit unstatthaften Concessionen an die Regierung in Betreff des Preßgesetzes combinirt war, und war daraufhin auch wieder fallen gelassen worden, jedoch nicht ohne daß die übrigen Mitglieder des Landtags, im Einklang mit der öffentlichen Meinung im Lande, ihrer Meinung über diese Tendenzprozesse und darüber, daß deren Niederschlagung im öffentlichen Interesse liege, noch ganz unzweideutigen einstimmigen Ausdruck gaben. Als die Tagung des Landtags zu Ende war, hatte der Abg. Streit behufs des Haftvollzugs bei dem vollziehenden Gericht sich gemeldet, jedoch mit Rücksicht auf schweres häusliches Leid und darauf, daß ihm durch die mehrmonatliche Tagung des Landtags die schwersten Störungen und Versäumnisse in seinem umfangreichen Geschäft erwachsen seien, zu deren Ausgleichung er einiger Frist bedürfe, um eine Verlängerung der Frist zum Haftantritt bis zum Spätherbst gebeten. Die Entscheidung darüber schwebt noch. Inzwischen erhielt derselbe unerwartet Vorladung zu einer „Vernehmung" über ein ihm bis jetzt unbekannt gebliebenes, im Lauf des vorigen Herbstes, während der tödtlichen Erkrankung seiner inzwischen verstorbenen Mutter von seinem greisen Vater höchsten Ortes für ihn eingebrachtes Straferlaßgesuch. Nachstehend nun der Wortlaut der von rc. Streit hierüber unter dem 5. August l. J. schriftlich abgegebenen Erklärung:

„In vorbezeichneter Sache habe ich auf die Eröffnung des Herzoglichen Kreisgerichts vom 4. d. M. Folgendes zu erklären.

„Das darin erwähnte Straferlaßgesuch ist weder mit meinem Willen, noch mit meinem Wissen eingebracht worden.

„Ich weiß, daß meine Verurtheilung meinem Vater und meiner damals schon schwer krank darnieder gelegenen, nun dahingeschiedenen, geliebten Mutter ein Gegenstand großer Sorge, und daß es der Wunsch meiner Eltern war, die Folgen dieser Verurtheilung von mir abzuwenden. Allein, obschon von Jugend auf gewohnt, die Wünsche meiner theuern Eltern zu ehren, und obschon ich weiß, daß auch das von meinem guten Vater für mich gestellte Gesuch nur aus treuer, väterlicher Liebe und Besorgniß hervorgegangen ist, so gebietet mir doch eine höhere Pflicht, diesem Gesuche meinerseits den allerbestimmtesten und entschiedensten Widerspruch entgegen zu setzen.

„Was in dem verurtheilten Artikel gesagt ist, ist nach meiner vollen Ueberzeugung recht und wahr, und die inzwischen vom deutschen Volke und von dem hier besonders in Rede stehenden Stamm desselben mit dem deutschen Fürstenthum von Neuem gemachten Erfahrungen sind nicht geeignet, diese Ueberzeugung zu erschüttern.

„Das gegen uns erlangte formelle Recht kann das unmittäßliche, materielle nicht aufheben, dem in diesem Prozeß von uns nur Ausdruck verliehen worden ist.

„Gewiß wird mein greiser Vater, der sein lebhaftes Rechtsgefühl auf mich vererbt hat, bei unbefangener Erwägung mir schließlich beistimmen, wenn ich es ablehne, das nach meiner Ueberzeugung klare Recht, durch Anrufung der Gnade, unter die Macht zu beugen.

„Als jüngst in der Landesvertretung vom Standpunkt einer Anschauung aus, über die ich hier schweigen will, bei der Berathung des Preßgesetzes ein Nachgeben der Landesvertretung in den von zweien Landtagen als wahr erkannten Grundsätzen mit einer Amnestie in Verbindung gebracht werden wollte, welche auch mir zu Statten gekommen sein würde, habe ich erklärt, daß ich auch eine Amnestie unter solchen Bedingungen entschieden ablehne.

„Auch die Vertreter des Volkes und die Vertreter der Presse sind Lehrer des Volkes im höheren Sinne des Wortes. Verachtung demjenigen, der, in solcher Stellung, zumal in einer Zeit, wie unsere Gegenwart, in welcher das deutsche Fürstenthum in einem so unsühnbaren Gegensatz zu den unveräußerlichen Rechten des deutschen Volkes sich gesetzt hat, — es über sich vermöchte, um persönlicher Interessen willen das Recht und die Wahrheit durch Appell an die Gnade feige unter die Macht zu beugen, und so, unter den leider nur zu vielen, ein neues verderbliches Beispiel von Schwäche und Charakterlosigkeit zu geben.

„Wohl bin ich mir auch der Pflichten gegen meine Familie bewußt, wohl weiß ich, daß sie von meiner langen Abwesenheit durch die bevorstehende Haft schwer betroffen werden wird, und daß ich mein von schweren Körperleiden heimgesuchtes Weib vielleicht nicht wiederfinden werde, wenn ich das Gefängniß verlasse.

Aber auch diese Pflichten weichen zurück vor jenen anderen und mein todtkrankes Weib — mit Rührung und Befriedigung spreche ich es aus, — hat mir in freier Entschließung ihr volles Einverständniß mit dieser Auffassung erklärt.

Ich bitte:

das ohne mein Wissen und Willen eingebrachte Straferlaßgesuch meines Vaters als nicht gestellt zu betrachten.

Meiner persönlichen Vernehmung wird es hiernach wohl nicht mehr bedürfen.

Coburg, den 5. Aug. 1865.

Der Rechtsanwalt F. Streit.

Dieser Erklärung schloß sich nachträglich an demselben Tag noch die folgende weitere Eingabe Streit's an:

„Zu meiner Eingabe vom heutigen in vorbezeichneter Sache kann ich nicht umhin, noch Folgendes nachzutragen.

„Bei nochmaliger Vergleichung der Eröffnung des Herzoglichen Kreisgerichts vom Gestrigen ersehe ich, daß das Straferlaßgesuch meines Vaters für mich schon vom 28. November v. J. datirt.

„Es ist mir nicht möglich, den peinlichen Eindruck ganz mit Stillschweigen zu übergehen, den die Thatsache verursachen muß, daß man erst nach acht Monaten, und nachdem inzwischen meine gute Mutter mit ihrem mütterlichen Kummer vor die Stufen des Richterstuhls eines höheren, allgerechten Richters von hinnen gerufen worden ist, — auf dieses so lange bei Seite gelegte Gesuch heute zurückkommt und mich zu einer Aeußerung darüber veranlaßt in einem Augenblick, da die öffentliche Meinung des Landes durch die einstimmige Aeußerung der Landesvertretung sich gegen diese Verfolgungen ausgesprochen und der Regierung die Amnestie angerathen hat!

„Mich des Weiteren darüber enthaltend, kann ich doch eine Bemerkung nicht unterdrücken.

„Das Gesuch meines Vaters datirt, wie mir die kreisgerichtliche Eröffnung sagt, vom 28. November v. J., das ist der Geburtstag des Enkels des greisen Gesuchstellers, meines eigenen verstorbenen, reich begabten, hoffnungsvollen Sohnes. Es mag meinem eigenen väterlichen Gefühl verzeihlich sein, wenn ich dabei die Erinnerung an die folgende Thatsache nicht unterdrücken kann.

„Am 28. November 1852 ward mir der Knabe geboren.

„Die politischen Verfolgungen, denen ich damals ausgesetzt war und deren Motive schon die Gegenwart kaum mehr begreiflich finden würde, die damit verknüpften Alterationen, Kummer und Sorgen hatten ihre verhängnißvollen Wirkungen auf Mutter und Kind geäußert.

„In einem meiner damaligen Preßprozesse, in welchem ich für den Verfasser einer Brochüre, der meine wohlwollende Unterstützung frivol mißbrauchend der Ehrenpflicht der Selbstvertretung seiner Autorschaft, nachdem er sich erst dazu bereit erklart hatte*) — sich entzog, hatte ich gegen ein mich hartbeschwerendes Erkenntniß des Richters der I. Instanz**) vor dem Herzogl. Oberappell.-Gericht in Jena mich zu vertheidigen.

„Die Zeit bis zu dem auf Antrag der Staatsanwaltschaft wiederholt vertagten Oberappell.-Termin brachte ich mit meinen Angehörigen in Gotha zu.

„Während des mehrwöchentlichen Aufenthalts gedieh das anfangs schwächliche, erst wenige Monate zählende Kind unter dem günstigen Einfluß des Wechsels von Wohnung, Klima und Nahrung, zu unserer größten Elternfreude so auffallend, daß ich deshalb und nach ärztlichem Rath mich entschloß, um die Erlaubniß nachzusuchen, die mildernd in letzter Instanz mir zuerkannte 1½jährige Gefängnißhaft in Gotha erstehen zu dürfen.

„Ich richtete mein Gesuch an die höchste Stelle und war bereit, es persönlich zu übergeben.

„Der Staatsminister v. Seebach dies widerrathend beruhigte mich darüber, daß das Gesuch bei Höchster Stelle zuverlässig von ihm zum Vortrag werde gebracht werden, so daß es meiner persönlichen Befürwortung nicht bedürfe.

„In dem Vertrauen, daß der Mann selbst Vater sei, übergab ich ihm das Gesuch. — Kalt und herzlos ward es abfällig beschieden. Ich mußte mit den Meinigen nach Coburg zurück.

„Die für diesen Fall vorausgesehene schädliche Rückwirkung auf unser Kind blieb nicht aus; seine Gesundheit schwand fast ebenso rasch wieder, als sie unter den günstigen Einflüssen gediehen war und als ich Anfangs des Jahres 1855 das Gefängniß wieder verließ, fand ich den Knaben mit dem Keim des Leidens, dem er später erlag. Sechs Jahre später, am 16. Mai 1861, habe ich ihm die lieben Augen geschlossen.

„Von dem herrschenden System und seinen verantwortlichen und unverantwortlichen Trägern scheidet mich, nächst dem grundsätzlichen Gegensatz, die Kluft von zweien Gräbern, die vielleicht bald um ein drittes noch sich erweitern wird.

„Es ist menschlich begreiflich, daß diese Kluft nimmermehr sich schließen kann.

„Ich bitte:

für die Berichterstattung über das von mir abgelehnte Gesuch vom 28 Nov v. J. und über meine Erklärung vom heutigen auch die vorstehende Eingabe notiznehmend zu den Acten zu nehmen.

Coburg, 5. Aug 1865.

Der Rechtsanwalt F. Streit."

*) Die Actenstücke darüber liegen uns vor. D. Red.

**) Zwei Jahre Arbeitshaus, für Verbreitung einiger Exemplare einer Schrift jenes Verfassers, welche das „Recht des Volkes zur Revolution" theoretisch erörterte. D. Red.

Socialer Theil.

Der Coalitionsprozeß gegen die Fabrikanten in Burg.

Burg, 9. August. Vor demselben Gerichtshof, in demselben Saale, wo vor vier Tagen der erste Theil des Coalitionsprocesses gegen 277 Arbeiter mit deren Freisprechung beendet wurde, begann heute der zweite, der gegen die Fabrikanten gerichtete Theil. Es treten in demselben als Angeklagte 24 Tuchfabrikanten auf. Die Anklageschrift beginnt mit der schon bekannten Einführung der Fabrikordnung, die in 17 von 21 Fabriken statt hatte. Die Fabrikordnung enthält theils solche Bestimmungen, welche sich aus der Allgemeinen Gewerbeordnung von selbst ergeben, theils solche, die nur aus vorherigen Verabredungen entstanden sein können. Zu den letzteren gehören die Geldstrafen für das Zuspätkommen der Arbeiter, das Visitationsrecht der Fabrikherren und ihrer Stellvertreter und das Verbot der Taschen in den Kleidern, die Untersagung des Tragens von Mänteln und Körben und eine wesentliche Erweiterung der Bestimmung des § 140 Nr. 1 der Gewerbeordnung. (Entlassung ohne vorhergegangene Kündigung wegen Diebstahl, Veruntreuung, liederlichen Lebenswandel, groben Ungehorsam, beharrlicher Widerspenstigkeit). In der Aufstellung einer solchen Fabrikordnung erkennt die Anklage eine gegen den § 181 der allgemeinen Gewerbeordnung verstoßende Coalition der Angeklagten. Das gleichzeitige Aushängen der Fabrikordnung, ihr Gleichlaut, der Druck in derselben Druckerei, das Festhalten daran unter allen Umständen und mit großen Opfern sind äußere Zeichen, daß die Fabrikordnung nicht blos aus einer gemeinsamen Berathung hervorgegangen, sondern auch eine Verabredung da gewesen ist, welche die Einzelnen verpflichtend gebunden hat. Die Fabrikordnung wurde in einer Gesammteingabe der Burger Polizeiverwaltung eingereicht, von dieser aber mit dem Bedeuten zurückgegeben, die Bittsteller möchten sich in getrennten Eingaben an die Polizeibehörde wenden. Das geschah, worauf die Fabrikordnung das polizeiliche Visum erhielt und beschlossen wurde, die Fabrikordnung nunmehr in Ausführung zu bringen. Die Anklage hält es für unzweifelhaft, daß die Fabrikordnung einer Verabredung der Fabrikanten ihre Entstehung verdankt und sucht darzuthun, daß die Verabredung auch die Einführung der Fabrikordnung umfaßt hat, und zwar mit der Verpflichtung für jeden Einzelnen, unverbrüchlich an ihr zu halten, lieber den Gewerbebetrieb einzustellen, als von ihr abzugeben, die weigernden Arbeiter zu entlassen oder zurückzuweisen. Die Anklage gegen die 24 Fabrikanten wird dahin formulirt, „im Winter 1864—65 ihre Gesellen und Arbeiter zu gewissen Zugeständnissen dadurch zu bestimmen gesucht zu haben, daß sie sich mit einander verabredeten, die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gesellen und Arbeiter zu entlassen oder zurückzuweisen." Als Zeugen sind von der Anklage 16 Personen vorgeladen: Tuchfabrikanten, Werkmeister, Tuchmachergesellen und Spinner.

Als erster Angeklagter erscheint der Tuchfabrikant Stadtrath Steinle, Präsident des Fabrikanten-Vereins. Die Fabrikordnung ist nach der Auslassung des Angeklagten keineswegs als Frucht dieses Vereins anzusehen, „sie wurde eingeführt," so behauptet er, „weil die bestehende Ordnung durch die Uebergriffe der Arbeiter vernichtet war; und da die hiesigen Fabriken alle eine ziemlich gleiche Einrichtung besitzen, so machte sie sich ganz natürlich, noch dazu, da das Bedürfniß zu ihr allseitig anerkannt wurde." Nach ausgeführtem Druck habe man sie zuerst zusammen an die betreffende Behörde eingereicht, sie aber zurückerhalten, weil das eingeschlagene Verfahren gegen die Gewerbeordnung verstoße; danach habe man sie einzeln wieder eingereicht, und so die obrigkeitliche Genehmigung erhalten. „Ein Beschluß ist im Verein gar nicht über die Fabrikordnung gefaßt", sagt der Angeklagte, „es ist dort so viel über sie, wie eben in jeder Gesellschaft gesprochen worden." — Dann erzählt er, wie ihn, der die Fabrikordnung ohne Verabredung eingeführt habe, das Auftreten seiner Arbeiter veranlaßt habe, nun erst recht dabei zu verharren. Darin sei er auch durch die Aufforderung des Oberpräsidenten v. Witzleben bestärkt, nun, da die Fabrikordnung einmal gegeben sei, unter allen Bedingungen auch an ihr festzuhalten. Wiederholt und ganz entschieden lehnt er die Annahme einer vorausgegangenen Verabredung ab.

Nicht minder energisch spricht sich der Fabrikant Otto Fordemann aus. Auch er leugnet jede Art von Verabredung. Sein Verhältniß zu den Arbeitern bestimmt er dahin, daß er von ihnen verlassen sei,

nicht daß er sie entlassen habe, die Fabrikordnung soll nach seiner Auffassung ein Regulativ für die Verhältnisse der Arbeiter gegen etwaige Uebergriffe der Meister sein; er fühle sich um so mehr zu dieser Auffassung veranlaßt, da er glücklich genug sei, seit langen Jahren tüchtige und zuverlässige Arbeiter zu haben.

Die Auslassungen der folgenden Angeklagten bringen nichts wesentlich Neues. — Durchweg bestreiten sie jede Verabredung. So bekräftigt und vervollständigt z. B. Werner Haseloff die schon von Stadtrath Steinle angeführte Aeußerung des Ober-Präsidenten: „Meine Herren, auf Eines mach' ich Sie wiederholt aufmerksam — Sie haben das Ding (die Fabrikordnung) einmal eingeführt — nun stehen Sie auch fest und weichen Sie nicht!"

Schluß der heutigen Sitzung Mittags 2 Uhr. Fortsetzung derselben morgen, Sonnabend, 12. August, früh 8 Uhr.

Burg, 12. Aug. Heute fand die Vernehmung von ferneren 17 angeklagten Fabrikanten statt. Auch sie verneinen die Schuldfrage der Coalition mit großer Entschiedenheit. Der Angeklagte Oswald **Kretschmar** findet darin einen Beweis gegen die Verabredung, daß sie (die Fabrikanten) von der Polizei dazu aufgefordert worden. Fabrikant Jul. **Nicolai**, als er in Erfahrung gebracht, daß zur Abhilfe der entstandenen Differenzen eine Fabrikordnung in Angriff genommen sei, habe sich ein Exemplar vom Vorstande erbeten. Das habe er in vorschriftsmäßiger Weise ausgefüllt und demnächst polizeilich legitimiren lassen. Als nun in der Rathhausversammlung am 28. Februar der Oberpräsident geäußert, vom folgenden Tage ab sei die „revidirte Ordnung" auszuhängen, habe er sich dessen geweigert mit dem Zusatz, er wolle eine vollständig anerkannte und gedruckte, nicht theilweis gestrichene Ordnung für sein Local haben. Demnach habe er auch die Beibehaltung der alten, nicht revidirten Ordnung seinem Werkmeister zur Pflicht gemacht. In seiner Abwesenheit aber sei dieser durch den **Polizei-Commissar Hering gezwungen** worden, die alte zu cassiren und an deren Stelle die revidirte anzuschlagen. Auf seine deshalb eingereichte Beschwerde aber sei er abschläglich beschieden, mit dem Zusatze, daß die Behörde das ausgesprochene Verlangen nicht begreife, da den Fabrikanten der obrigkeitliche Schutz so nachdrücklich zu Theil geworden sei. Ein ähnliches Factum **polizeilicher Fürsorge** um die revidirte Fabrikordnung wird in der Aussage des heute zuletzt auftretenden Angeklagten W. **Möbius** betont: ein Polizeibeamter sei in seine Fabrik gekommen, eigens um nachzusehen, ob die revidirte Fabrikordnung auch ausgehängt sei. (Von alle den Coalitionsbeschuldigungen bleibt also eigentlich nur eine — gegen die Polizeibehörden selbst, vom Oberpräsidenten bis zum Polizeicommissär, zu erhebende übrig.)

Vermischtes.

Die subatlantische Telegraphenleitung.

Die letzten Nachrichten aus Valentia lassen besorgen, daß die Versenkung des transatlantischen Kabels wenigstens für dieses Jahr abermals als gescheitert zu betrachten sein dürfte.

Das nächste Jahr jedoch wird die Welt höchst wahrscheinlich nicht nur die Wiederaufnahme des nun bereits zweimal gescheiterten Versuchs, sondern auch ein zweites, aller Wahrscheinlichkeit nach besser gelingendes Unternehmen derselben Natur zu verzeichnen haben.

Im Jahre 1863 ging durch die Zeitungen die Nachricht von einem **internationalen Congresse**, der in Paris unter dem Vorsitze des Ministers Drouyn de Lhuys tagte. Aus den Gesandten Spaniens, Portugals, Brasiliens und, wenn wir nicht irren, auch Englands zusammengesetzt, unterzog er die verschiedenen Projecte einer subatlantischen Telegraphenverbindung der alten und neuen Welt einer aufmerksamen Prüfung, und entschied sich mit Stimmeneinhelligkeit zu Gunsten des von Herrn **Ballestrini** vorgelegten Projects. Der Congreß stellte ferner das Prinzip auf, daß diese Leitung als eine internationale, mithin neutrale zu betrachten und auf Kosten der Regierungen jener Länder herzustellen sei, deren Gebiet sie passire.

Gründe verschiedener Natur, wozu wahrscheinlich auch die neuerlich verunglückte Sendung des Great Eastern zählte, traten der Verwirklichung des Projects hindernd entgegen. Wie man aber vernimmt, gab Ballestrini sein Project nicht auf, sondern hält sich überzeugt, es im kommenden Jahre zur Ausführung bringen zu können. Es wird deshalb unsern Lesern nicht uninteressant sein, einige Details über diese beabsichtigte transatlantische Telegraphenleitung zu vernehmen.

Man kennt bis jetzt vier solcher Projecte. Das erste derselben war das eben zum zweiten Male gescheiterte und, wie es scheint, nunmehr vertagte Unternehmen einer direkten Verbindung zwischen Irland und Cap Race. Für dieses Project sprachen die Kürze der herzustellenden Leitung von nur 1700 Seemeilen, die ausgedehnten Beziehungen zwischen beiden Angelsächsischen Volksstämmen, und das eifersüchtige Streben Englands, diese so wichtige Verbindung für sich, wenn nicht zu monopolisiren, so doch monopolisirend auszubeuten. Der Ausführung aber steht ein wilder, zerklüfteter Meeresgrund, eine höchst stürmische See und der Umstand entgegen, daß auf der ganzen Strecke keine einzige Zwischenstation anzubringen ist. Nur ein außergewöhnliches Zusammentreffen von günstigen Umständen vermöchte die unverletzte Versenkung eines Kabels zu ermöglichen, dessen ungeheure Länge eine fehlerlose Herstellung nahezu illusorisch macht.

Der **zweite** Vorschlag, ebenfalls englischen Ursprungs, betraf eine Leitung von der nördlichsten Spitze Schottlands über die Faröer und Island nach Grönland, und dann längs der amerikanischen Küste nach Canada und Newyork. Ein **drittes** Project gehörte Frankreich an, und sollte Spanien mit der Azoren-Insel Flores, und diese mit der zur Neufoundlands-Gruppe gehörigen Insel Miquelon verbinden. Die beiden Projecte haben fast die gleichen Nachtheile wie das erste, und fügen denselben noch den eines bedeutenden Umweges hinzu. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß das **Project Ballestrini** so allgemeinen Beifall fand. Aber es würde auch neben würdigeren Concurrenten bestanden haben, denn seine Vortheile sind bedeutend. Die Leitung Ballestrini's würde am Cap St. Vincent in Portugal in den Ocean gelangen und ihre erste Station in Porto Santo, einer Insel nordöstlich von Madeira, erreichen. Diese Strecke beträgt 432 Seemeilen (60 auf den Grad). Die zweite Station würde auf der Insel Selvagem, halbwegs zwischen Madeira und den Canarien, in der mäßigen Entfernung von 176 Seemeilen, errichtet werden. Die bekannte Insel Ferro oder Hierro der Canarischen Gruppe, 187 Seemeilen von jener entfernt, würde die dritte Station bilden. Von hier aus soll das Kabel in kürzester Linie über Gran Canaria nach Grande Penha an der afrikanischen Küste, und von dort nach dem Weißen Cap laufen oder direkt nach dem letzteren (422 Seemeilen) geführt werden. Dann liefe der Draht entweder längs der Küste über das Cap Mirik, das Grüne Vorgebirge und die Insel Mayo, oder direkt vom Weißen Cap über die Salz-Insel (412 Seemeilen) zur Insel Brava (174 Seemeilen), beide zur Cap Verde'schen Gruppe gehörig. Der nächste Stützpunkt des Kabels wäre eine Sandbank nebst Klippen, welche unter dem 10.5. Grade nördlicher Breite und 29.55. Grade westlicher Länge von Paris liegen und auf den Seekarten mit A bezeichnet sind. Diese Bank, nach Einigen 17, nach Anderen 5 Klafter mit Wasser bedeckt, würde sich, wie man glaubt, zur Anlage einer künstlichen Insel zum Zwecke der Errichtung einer Station ganz gut eignen. Doch genügte bei der bekannten Stille jener Breiten ein dort gut verankertes Schiff als Telegraphen-Station. Der Raum zwischen A und der Insel Brava beträgt 313 Seemeilen. Von A aus liefe der Draht nach der Insel Penedo de S. Pedro, die längste Strecke auf der ganzen Linie, welche 561 Seemeilen beträgt. Man hat jedoch gegründete Hoffnung, daß sich auf dieser Strecke noch eine Zwischenstation finden lassen werde, denn einige Karten verzeichnen unter dem 5.15. Grade nördlicher Breite und 27.15. Grade westlicher Länge Klippen. Aber selbst angenommen, es müßte bei der Entfernung von 561 Seemeilen sein Verbleiben haben, so wäre dies keine unüberwindliche Schwierigkeit, da die Erfahrungen bei Legung des ersten transatlantischen und später des indischen Kabels zeigen, daß solche Distanzen mit verhältnißmäßiger Leichtigkeit überwunden werden können; hatte ja selbst der „Great Eastern" bis zu seinem letzten Unfall 1260 Meilen Kabel versenkt.

Von S. Pedro gelangt das Kabel nach einem Wege von 411 Seemeilen nach der brasilianischen Insel S. Fernando de Noronha; auch auf dieser Strecke hofft man noch eine Zwischenstation zu finden. Nach einer weiteren Strecke von 198 Seemeilen endlich erreicht die Leitung beim Cap. S. Roque die brasilianische Küste, und nach einer Gesammtsumme von 3286 See- oder 821½ geographischen Meilen das Ende ihres subatlantischen Laufs. Am Cap S. Roque vereinigt sich die Linie mit dem brasilianischen Telegraphen und setzt ihrerseits selbstständig ihren Weg nordwestlich nach Para fort. Hier stehen ihr zwei Wege nach dem Norden Amerika's offen: entweder längs der Küste von Guyana und Venezuela, oder den Amazon und Rio Negro aufwärts längs des Orinoco in den Karaibischen Meerbusen, über die Insel Trinidad, die kleinen Antillen und die Bahama-Inseln nach Florida. Die großen Vorzüge dieser Linie vor der englisch-neufoundländischen bestehen in der Menge der Zwischenstationen und in ihrer internationalen Eigenschaft.

Statt eines einzigen, 2300 Meilen langen Kabels, dessen Anfertigung so viele technische Schwierigkeiten entgegenstehen, genügen 9—13 kleinere Kabel, die im Hinblick auf die Fabrikation wie auf den Kostenpunkt unverhältnißmäßig leichter herzustellen, zu repariren und im Nothfalle zu ersetzen sind. Auch die elektrischen Batterien bedürfen keiner so kolossalen Dimensionen und geben eine bei Weitem größere Garantie ihrer fortdauernden Wirksamkeit. Findet wirklich eine Unterbrechung statt, so kann der fehlerhafte Theil leicht ermittelt und reparirt oder ersetzt werden, ohne daß die nur zwei Stationen betreffende Unterbrechung eine andere Folge hätte, als daß auf dieser Strecke einstweilen Dampfschiffe den Verkehr zu vermitteln hätten. Die internationale Eigenschaft der projectirten Ballestrini'schen Telegraphenleitung würde beiden Welten die ungestörte Fortdauer des Verkehrs verbürgen, sowie die nichtenglische Handelswelt vor dem englischen Depeschen-Monopole schützen. Die Kosten werden auf 15 bis 18 Millionen Francs veranschlagt.

(Berl. Reform.)

Briefkasten.

Aus Glauchau. Zu spät und zu lang für diese Nummer, folgt in der nächsten. Vom Rhein: verlegt gewesen, unter anderen Papieren im Arbeitsandrang. Bei dem zur Zeit gegen die gemeinsamen Gegner nothwendigen Zusammenstehen aber auch besser noch zurückzulegen. Sonstige Correspondenzen und Einsendungen willkommen. — Hrn. M in P. 1 Exemplar weiter besorgt. Die 6 Exemplare an die aufgegebene Adresse befördert. Eine Beilage des bezeichneten Umfangs würde 7 Thaler Alles in Allem kosten. Die beiden Sendungen erhalten. Einverstanden. Nur wegen Mangel an Raum nicht sofort zu bringen gewesen. — Am 14. d. M. von dem Arbeiterverein in Lüchow 2 fl. 20 kr. erhalten, damit Conto bis Ende III. Quartal ausgeglichen.

Druckfehlerberichtigung.

In der unter der Rubrik Büchertisch in unserer Nr. 137 S. 743 enthaltenen Besprechung der „Tagebücher von Varnhagen von Ense", im Text des Artikels, Zeile 4 von oben, ist statt „fruchtbarste" — „furchtbarste" zu lesen.

Arbeitsvermittelung.

Für Zinngießer.

Ein ordentlicher Gehülfe wird gesucht durch

Leonhard Frank,

80 Zinngießermeister in Coburg.

Verschiedene Anzeigen.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Das Papstthum

in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,

im Widerstreit mit den Lebensinteressen

Deutschlands und Italiens.

Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.
II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 139.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,
27. August 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Dritter Vereinstag deutscher Arbeiter-Vereine zu Stuttgart. Fulda, die Arbeiter-Zeitung als Vereinsorgan. Aus Süddeutschland, zur Tagesordnung des Vereinstags. Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. Glauchau, Versammlung von Vorständen sächsischer Arbeitervereine. II. **Politischer Theil**: Wo sitzt die Reaction? Hier, hier! Wien, was „Presse" und „Wanderer" erzählt haben über das in Gastein heimlich Gesponnene. Berlin bringt's an's Licht der Sonnen. Brief aus Kiel an den „Beobachter in Stuttgart. Gutachten des Beobachters, der Neuen Frankfurter Zeitung und eines französischen Blattes über die neuen Rechtslehren in Schleswig-Holstein. Berlin, Cholera. Blutiges Tanzvergnügen. Bonn, ein evangelischer Pfaff. Frankfurt, Deutschlands Nordfahrt. Aus Mannheim, eine Frage an die Leiter des National-Vereins. Italien, Fortschritt im Räuberwesen. Rußland, Feuersbrünste. Bucharest, Tumult. London, Kabel. New-York, Beurlaubungen im großen Stil. General Sheridan über die mexikanische Frage. Leipzig, Schriftstellereien. III. **Socialer Theil**: Noch Einiges über die Frauenfrage von Moritz Müller. Berlin. Coalitionscommission. IV. **Vermischtes**: Der Hahn und der Regenwurm. Grundzüge zu einem neuen allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch.

☛ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und **Sonnabends** von hier für die **directen** wie für die **Postabonnenten** zur **Versendung** kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Nachstehend nochmals die offizielle Bekanntmachung des Ausschusses und des Stuttgarter Localcomité's über den bevorstehenden Vereinstag.

Dritter Vereinstag deutscher Arbeiter-Vereine zu Stuttgart

am 3. und 4. September 1865.

Vorläufige Tagesordnung.

I. Antrag des ständigen Ausschusses auf Aenderungen der Satzungen des Vereinstags. Berichterstatter: Sonnemann und Södler.

II. Coalitionsfrage und Verkürzung der Arbeitszeit. Berichterstatter: Hirzel und Martens.

III. Genossenschaftswesen:

1) Alters-Versorgungs-Cassen. Berichterstatter: Sonnemann.

2) Baugenossenschaften. Berichterstatter: A. Lange.

3) Consum-Vereine. Berichterstatter: Stuttmann.

4) Productions-Genossenschaften. Berichterstatter: Eduard Pfeiffer.

5) Speisegenossenschaften. Berichterstatter: Bebel.

6) Association der Sparvereine. Berichterstatter: Staudinger.

IV. Das allgemeine und directe Wahlrecht. Berichterstatter: Hirsch und Hochberger.

V. Abschaffung der Wanderbücher. Berichterstatter: Bandow.

VI. Die Frauenarbeit. Berichterstatter: Moritz Müller.

VII. Anträge des ständigen Ausschusses in Betreff eines Vereins-Organs. Berichterstatter: A. Lange.

Unter Hinweis auf den Artikel III der Statuten des Vereinstages *) laden wir sämmtliche deutsche Arbeiter-Vereine ein, **den Vereinstag durch ihre Abgeordneten zahlreich zu beschicken.** Bestellungen von Wohnungen wolle man an den Schriftführer des Localcomités, Herrn Eduard Pfeiffer in Stuttgart richten. Vom 2. September an ist das Bureau des Localcomités in der Liederhalle.

Die Vorversammlung beginnt am 2. September, Nachmittags 4 Uhr. Im Uebrigen verweisen wir auf das Programm des Localcomités.

Frankfurt a. M., den 1. August 1865.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeiter-Vereine:

Leop. Sonnemann, Vorsitzender. Ferd. Stuttmann. Schriftführer.

*) Der Artikel III. der Statuten lautet: „Zutritt zu den Versammlungen haben die Vertreter von deutschen Arbeiter-Vereinen, welche sich als solche auf dem Vereinstag durch schriftliche Vollmacht legitimiren. Ausnahmsweise können auch Vertreter freier Arbeiterversammlungen zugelassen werden, wenn der ständige Ausschuß, dem überhaupt die Prüfung der Vollmachten obliegt, sie zulaßt. Verweigert der Ausschuß die Zulassung, so ist Appellation an den Vereinstag gestattet. Jeder Verein kann einen oder mehrere bis zu fünf Abgeordneten senden, hat aber bei Abstimmungen nur Eine Stimme. Jeder Abgeordnete kann nur Einen Verein vertreten. Die Vereine, welche an einem Vereinstage Theil genommen haben, werden jedesmal brieflich eingeladen. Gleichzeitig wird die Einladung in möglichst vielen Blättern, jedenfalls aber in der „Allg. deutschen Arbeiterzeitung" in Coburg und in dem „Frankfurter Arbeitgeber" veröffentlicht. Jeder Verein, welcher sich auf dem Vereinstage vertreten laßt, hat seinen Beitrag von 2 Thalern für jeden Vereinstag zu bezahlen. Denselben Beitrag haben diejenigen Vereine zu leisten, welche zwar keinen Vertreter entsenden, doch aber alle Berichte und Drucksachen zugesandt haben wollen."

Programm.

1) Samstag den 2. September, Abends 4 Uhr: Vorberathung der Vertreter deutscher Arbeiter-Vereine im Locale der Hack'schen Bierbrauerei. Von Abends 6 Uhr an im Garten dieser Brauerei Empfang der ankommenden Mitglieder.

2) Sonntag den 3. September, Morgens von 8—10 Uhr: Besichtigung des Musterlagers der Centralstelle für Gewerbe und Handel. Morgens 10 Uhr: Versammlung des Vereinstags in der Liederhalle. Abends 7 Uhr: Festbankett in der Liederhalle.

3) Montag den 4. September, Morgens 8 Uhr: Versammlung des Vereinstags in der Liederhalle. Abends 5 Uhr: gemeinschaftlicher Gang über die Uhlandshöhe auf das Schützenhaus. Festabend daselbst.

4) Dienstag den 5. September: für die noch anwesenden Mitglieder nach ihrer Wahl Besuch der land- und forstwirthschaftlichen Akademie Hohenheim und Besuch von Cannstatt.

Die Gäste werden am Bahnhof von Festordnern empfangen und zur Liederhalle geleitet.

Dieselben erhalten daselbst nach erfolgter Legitimation Festschleife und Festkarte. Mitglieder deutscher Arbeiter-Vereine, welche nicht als Vertreter eines solchen erscheinen, legitimiren sich durch ihre Mitgliederkarte.

Für die erforderlichen Quartiere und nach Thunlichkeit für Freiquartiere ist von dem Localcomité Fürsorge getroffen. Den ankommenden Mitgliedern wird auf dem Bureau hierüber Auskunft ertheilt.

Wegen einer den Theilnehmern an der Versammlung zuzustehenden Ermäßigung des Eisenbahnfahrpreises sind die nöthigen Schritte eingeleitet und bleibt deren Ergebniß späterer Bekanntmachung vorbehalten.

Stuttgart, den 1. August 1865.

Das Lokalcomité für den dritten Vereinstag deutscher Arbeiter-Vereine:

J. Hölder, Vorsitzender. Eduard Pfeiffer, Schriftführer.

Fahrpreisermäßigungen für die Besucher des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine.

Das Ergebniß der Schritte, welche wir bei den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen gethan haben, ist folgendes:

Gegen Lösung eines Billetes zur Hinfahrt (unter Vorzeigung der Mitgliedskarte eines Arbeitervereins) gewähren **freie** Rückfahrt:

Die Berlin-Anhaltische Eisenbahn, die K. Sächs. Staatseisenbahnen (westliche und östliche) und die Hessische Ludwigseisenbahn. (Die gelösten Fahrbillete sind alsdann natürlich bis zur Rückfahrt aufzubewahren.)

Eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Retourbillete vom 31. d. Mts. bis zum 6. September haben gewährt:

Die Main-Neckar-Eisenbahn (Frankfurt a. M. bis Heidelberg) und die K. Würtembergischen Staatseisenbahnen. (Als Legitimation ist im letzteren Falle nur das Vorzeigen der Festkarte bei der Rückfahrt nöthig.)

Stuttgart, den 23. August 1865.

Das Lokal-Comité für den dritten Vereinstag deutscher Arbeitervereine.

Der Vorsitzende: J. Hölder. Der Schriftführer: E. Pfeiffer.

z. **Fulda**, 22. Aug. In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Arbeiterfortbildungsvereins wurde sich einhellig dahin ausgesprochen, daß Ihr geschätztes Blatt nach wie vor das Organ der Arbeitervereine bleiben möge, um auch fernerhin die Interessen der letzteren, sowohl in politischer als auch in socialer Beziehung, in gleich gediegener Weise wie seither vertreten zu wissen. Jetzt ein anderes Organ für die Arbeitervereine zu gründen, nachdem es Ihrem Blatte nur mit großen Opfern gelungen ist, sich Bahn zu brechen und eine seiner Bedeutung entsprechende Verbreitung zu finden, würde der unverzeihlichste und schnödeste Undank den Männern gegenüber sein, welche das Blatt in das Leben gerufen und denen die Leitung desselben obliegt. Wenn irgend Jemand, so sind wir gerade diesen Männern Achtung und Ehre schuldig und wir erfüllen einfach blos unsere Pflicht, wenn wir die Anerkennung ihrer Verdienste, für welche sie fast nur Verfolgung zu erleiden hatten, auch öffentlich aussprechen. Daß man übrigens den Werth und die Bedeutung Ihres die wahren Volksinteressen vertretenden Blattes richtig erkannt hat, das beweist wohl am besten — das Verbot desselben in Preußen. —

Was die Verhältnisse des hiesigen Arbeiterfortbildungsvereins anbelangt, so gibt uns die Zusammensetzung des in der gestrigen Generalversammlung neugewählten Vorstands genügende Bürgschaft, daß sich in dem kommenden Wintersemester ein reges Leben in dem Vereine entwickeln wird.

Aus Süddeutschland, 23. August. Warum sind denn auf der Tagesordnung des diesjährigen Vereinstags in Stuttgart die Anträge des ständigen Ausschusses „in Betreff eines Vereinsorgans" ganz an die letzte Stelle gesetzt? Das scheint mir ein bedenklicher Zufall, der dahin führen kann, daß, wenn dieser Gegenstand zur Verhandlung kommt, ein großer Theil der Vereinsabgeordneten schon abgereist ist und eine Minderheit dann vielleicht ganz gegen die Wünsche der großen Mehrheit der Vereine über diesen wichtigen Gegenstand Beschlüsse fassen kann.

Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht.

Ein Beitrag
zu den Verhandlungen des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine über diese Frage, von **Fritz Bandow**, Vorsitzendem des Berliner Arbeitervereins.

Nächst der Verfassung selbst, hat wohl kein Theil der Gesetzgebung eine größere Wichtigkeit als das Wahlgesetz. Es ist seinem ganzen Wesen nach von den Verfassungsarbeiten nicht zu trennen, die Hauptbestimmungen, welche es enthält und im Einzelnen ausführt, werden regelmäßig den Verfassungsurkunden einverleibt, es ist selbst — und nicht ohne Wahrheit — gesagt worden: die Verfassung beruhe auf diesem Grunde, ihr Wesen und Charakter werde vor Allem hierdurch bestimmt. — Denn wenn es bei aller Staatsordnung hauptsächlich darauf ankommt, daß sie dem wahren Bewußtsein des Volks entspricht, und daß sie diesem in den Formen der Verfassung Ausdruck verleiht, so muß es von der größten Bedeutung sein, daß nämlich diejenigen Gewalten des Staates, welche bestimmt sind, unmittelbar die Gesammtheit des Staates zu vertreten, in angemessener Weise gebildet werden.

Die konstitutionelle Verfassung hat die Aufgabe zu lösen, daß nicht blos die verschiedenen Organe unter sich in Einklang stehen, sondern daß auch in ihnen der wahre Wille des Volks zur Anerkennung, zur Herrschaft gelangt. Auf verschiedenen Wegen wird dieser sich aussprechen können, in Versammlungen in Vereinen, in der Presse; eine unmittelbare Bethätigung aber kann derselbe allein in der verfassungsmäßigen Vertretung erlangen. In ihr muß deshalb der Schwerpunkt des politischen Lebens beruhen. Gibt man daher die beste Verfassung, und das Wahlgesetz taugt nichts, so wird auch die beste Verfassung nichts nutze sein.

Wenn durch die Bewegungen des Jahres 1848 Vieles in den politischen Ordnungen erschüttert und umgestaltet worden, so gewiß am meisten Alles, was auf die Vertretung des Volks Bezug hat. Man trat zwar damals in einen un- oder nur wenig vorbereiteten Zustand ein, man hatte sich nicht genugsam verständigt, welche materiellen Freiheiten dem Volke Noth thaten, aber darüber, was für ein Wahlgesetz das Volk im März annehmen wollte, hat ein Zweifel nicht geherrscht, Niemand hat darüber debattirt, das allgemeine Wahlrecht war eine Thatsache, die Niemand angefochten hat, es wurde auf der Stelle, ohne zu markten und zu handeln gegeben, als eine Nothwendigkeit, der man sich nicht entziehen konnte; denn — das allgemeine gleiche Stimmrecht war von dem deutschen Volke mit seinem Herzblut erkämpft.

Aus dem Drange des Volks, das sich mündig fühlte, sich von seiner Vormundschaft zu befreien, war die Umwälzung des Jahres 1848 hervorgegangen; daß dieser Drang alle Klassen ergriffen hatte, beweist der Umfang der Bewegung, die sich bis in ihre untersten Schichten verbreitete. Alle Volksklassen waren daher auch gleichberechtigt, an den Vortheilen dieser Bewegung Theil zu nehmen, und sie genossen dieselben denn auch.

Aber nicht lange sollten sie sich dieser Errungenschaft erfreuen. Die Regierungen, die dem Volkswillen sich beugen mußten, fügten demselben sich eben nur so lange, als sie mußten. Die ihnen eigenthümliche Gespensterfurcht, die überall Gespenster sucht, beschlich sie bald wieder; sie sahen Gestalten, die ihre Einbildungskraft dunkel und schauerlich ausmalte, sie sahen in den Wahlberechtigten die Dämonen und Verderber, bereit, mit dem Wahlrechte Mißbrauch zu treiben, um den Staat ins Verderben zu stürzen, und es wurde das Wahlrecht in enge Grenzen gebannt.

Das Geldprinzip, das verwerflichste und gefährlichste von allen, wurde dem neuen Wahlsystem zu Grunde gelegt. Man beruft sich bei demselben darauf, daß der, welcher wenig zu den Staatslasten beiträgt, auch eine geringere Theilnahme haben soll. Dies Klassensystem legt den Begüterten ein größeres Wahlrecht zu; ihren Aeckern, Häusern, Staatspapieren, Ochsen, Schafen wird unmittelbar ein Stimmrecht gegen die Nichtbegüterten eingeräumt. — Dies erinnert an einen Ausspruch Franklin's. Als die Rede davon war, einen Census in Amerika einzuführen, sagte Franklin: „Aber wenn der Census eingeführt wird, wie kann ich ihn bezahlen? so viel Steuern zahle ich nur; wenn ich ein Pfund für meinen Esel mitrechne, so werde ich Wähler, wenn nun dieser Esel stirbt, bin ich nicht mehr Wähler; wer war Wähler, ich oder der Esel?"

Man weiß nun wohl auch in den Finanzen, von wem man die Steuern erhebt, aber es ist niemals genau zu ermitteln, von wem sie eigentlich getragen werden. Die Höchstbesteuerten sind meistentheils nur eine Art Steuereinnehmer: Brauer, Bäcker, Fleischer 2c., rücken durch große Gewerbesteuer oft in die erste Klasse. Ihr Gewerbeumfang hängt aber zum größten Theil nur von der dritten Klasse ab. Man hat dem Armen die Steuer so zugemessen, daß er sie gar nicht berechnen kann, er zahlt sie in jedem Bissen Brod; es ist bekannt, daß gerade die niedrigste Steuerquote den höchsten Ertrag zur Staatseinnahme bringt. — Im Uebrigen ist die von einem Manne bezahlte Steuer nicht im Mindesten ein Maßstab für seine Bürgertugend oder für sein größeres Interesse am Staate.

Der Zweck des Staates ist, daß er alle Rechte der Bürger gleichmäßig und gerecht erhält, und daß er jedem Bürger gleichmäßige Rechte gibt. Nicht der Partikularismus soll vertreten sein, sondern das Volk, das Volk kann aber nicht gehörig vertreten sein, wenn nicht alle Stände gleich wahlberechtigt sind.

Es gibt in der socialen Bewegung zwei Worte, die so zu sagen das Gift in die Bewegung hineinbringen, diese Worte sind: „Kapital" und „Arbeit". Man hat viele Mittel versucht, Kapital und Arbeit mit einander in die innigste Verbindung zu bringen, Kapital und Arbeit zu verschmelzen; bei dem Klassensystem aber ist es nicht möglich, dem Kampfe seine Erbitterung zu nehmen und eine Versöhnung herbeizuführen. Wenn sich nicht Einer wie der Andere bei den Wahlen betheiligen soll, dann wird in ihm das Gefühl rege, er sei schlechter als seine Mitbürger und so ist die Beschränkung des Wahlrechtes das entschiedenste Hemmniß zur Lösung der socialen Frage. — Jede Arbeit bringt zwar nicht gleichen Lohn, der Staat sollte aber so eingerichtet sein, daß jede Arbeit auch gleiche Ehre und gleiche Rechte bringt. Ein gleiches Maß der Ehre und des Einflusses, der Selbstständigkeit und der Freiheit müssen Alle haben.

Nicht die Steuerquote, die der Mensch zahlt, darf also bei dem Wahlrecht in Betracht kommen, sondern der Mensch muß gelten in seiner abstrakten sittlichen Berechtigung, ohne Rücksicht auf seine Qualität, auf Bei- und Zuthat. Das Wahlrecht, das wichtigste politische Recht, darf nicht geknüpft werden an den Besitz statt an die Persönlichkeit. — Gerechtigkeit verlangt das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Anlangend nun die geheime Stimmgebung bei den Abgeordnetenwahlen, so hat zu jeder Zeit eine nicht geringe Verschiedenheit bei Auffassung dieser Frage geherrscht und auch heute noch gehen die Ansichten darüber weit auseinander.

Von den deutschen Staaten haben Oesterreich, Preußen, Bayern und Würtemberg, Braunschweig und Nassau öffentliche Abstimmung bei den Abgeordnetenwahlen. Sachsen, Hannover, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Oldenburg, Luxemburg, Hamburg, Lübeck, Bremen und Frankfurt dagegen geheime Abstimmung.

Nicht wohl zu bestreiten möchte sein, daß die geheime der öffentlichen Abstimmung bei Weitem vorzuziehen.

Die öffentliche Abstimmung macht die Wähler abhängig. — Der Gewerbetreibende läuft Gefahr, bei dem Wahlakte die Unzufriedenheit derjenigen zu erregen, von denen die Ertheilung von Concessionen oder Verdingung von Lieferungen und Arbeiten abhängen, ja sogar seine Privatkunden zu verlieren. — Den Beamten und Militärs geht es nicht besser, sie dürfen mindestens nicht gegen die stimmen, von denen das Avancement abhängt, wofern sie auf solches überhaupt nicht verzichten wollen. — Der Fabrikarbeiter hat seine Entlassung zu befürchten, wenn er anders als der Arbeitgeber stimmt. — Die öffentliche, namentlich die protokollarische Abstimmung vereitelt die Wahlfreiheit und demoralisirt die Wähler. Sie hält viele von der Ausübung des Wahlrechts ganz ab und entzieht so der Regierung die Möglichkeit, die wahre Meinung des Volkes kennen zu lernen, indem die Einen lieber gar nicht stimmen, die Anderen es stets nach dem Wunsche der jeweiligen Regierung thun; die öffentliche Abstimmung verfälscht also die Volksstimme.

Für die öffentliche Abstimmung machen ihre Freunde geltend, sie sei eine Förderin des Bürgermuthes, ein Appell an die unabhängige Gesinnung, sie allein sei eines freien und tüchtigen Volkes würdig, und der Natur der Verhältnisse angemessen und wenn sie auch Uebelstände mit sich führe, so liege gerade in der Oeffentlichkeit die beste und allein gründlich wirkende Heilung derselben. Von der öffentlichen Stimmgebung habe man eine Erziehung des Volkes, eine Kräftigung der politischen Gesinnung zu erwarten, eine Begründung von Wahrheit und Treue im öffentlichen Leben, ein Correctiv gegen den Einfluß der Volksagitatoren und Volksschmeichler. Wer das Ehrenrecht der Wahl empfange, müsse seine Stimme nach bester Ueberzeugung geben ohne Rücksicht auf persönlichen Nachtheil, wer nicht Unabhängigkeit genug zu offener Stimmgebung besitze, möge eben nicht wählen. Wenn überall der Grundsatz der Oeffentlichkeit und der Verantwortlichkeit ins staatliche Leben eingeführt werden solle, dann müsse sich auch der Wähler derselben unterwerfen.

Wir meinen, es überschreitet die berechtigten Ansprüche an die menschliche Natur, daß ein Wähler bereit sein solle, sich und seine Familie durch Ausübung eines politischen Rechtes für eine bürgerliche Gesellschaft zu ruiniren, die weder geneigt noch im Stande ist, sein Opfer zu ersetzen. — Männer von großem Vermögen haben oftmals ihre Meinung gewechselt, gegen ihre Ueberzeugung gehandelt, um einen Ministerposten nicht zu verlieren, und sicherlich ist es nicht in höherem Maße unsittlich, wenn die große Anzahl der Vermögenslosen in gleicher Weise handelt, um ihr Brod nicht zu verlieren. Bei diesen verwandelt sich der Verrath an ihrer eigenen Ueberzeugung zu einer vermeintlichen Pflicht gegen ihre Nächsten, die Sünde gegen die Gesellschaft zu einer vermeintlichen Tugend gegen ihre Familie.

So lange es nun einmal in einem Staate Mächtigere, so lange es Höhergestellte gibt, Andern gegenüber, die sich in einer untergeordneten gedrückten Lage befinden, und so lange es keine Gewähr dafür gibt, daß nicht die Höhergestellten ihren Einfluß mißbrauchen, um auf die Wahlen einzuwirken, so lange spricht es gegen die Natur, dem Niedriggestellten zuzumuthen, nach Befinden seine Existenz und noch mehr, die der Seinigen aufs Spiel zu setzen, indem er eine Stimme abgibt, die dem, von dem er abhängig ist, nicht zusagt. — Wenn wir einmal dahin gekommen sein werden, daß jeder Vornehme, Mächtigere aus Gründen der Moral sich enthält, einen Einfluß auf die Abstimmung der ihm Untergebenen oder niedriger Gestellten zu äußern, dann wird man auch, um die Unabhängigkeit des Wahlrechts zu sichern, der geheimen Abstimmung nicht mehr bedürfen. — Wenn man Oeffentlichkeit will, dann muß man sie auch wollen bei Allem, was auf

das öffentliche Leben einen Einfluß übt, wenn alle Handlungen und Ansichten, alle Pläne der Regierungen öffentlich auf den großen Markt gebracht werden, dann mag man sich auch dagegen wahren, daß die Ausübung des Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe erfolge.

Nur durch die Unmöglichkeit einer Controle wird die Abstimmung frei von ungesetzlichem Drucke und von Bestechung; das geheime Stimmrecht ist die einzige Sicherung der factischen Unabhängigkeit bei Ausübung des Wahlrechts.

Auch über die Frage, ob *direkte* oder *indirekte* Wahl, gehen die Meinungen vielfach auseinander.

Die Gründe, welche gegen die direkten Wahlen geltend gemacht werden, sind meistentheils nur Bequemlichkeitsgründe. Allerdings ist es auch richtig, daß sie weniger bequem sind, als indirecte Wahlen; der Verkehr der Wahlkandidaten mit den Wählern ist schwieriger, dieselben haben oft vor 10 bis 12 Volksversammlungen zu erscheinen, während es sonst mit einem Erscheinen vor den Wahlmännern abgemacht ist; aber die Kandidaten werden dadurch in dem Bezirk bekannt, während bei der indirekten Wahl es oft ganz in der Hand des Wahlcomité's liegt, wen sie durchbringen wollen. Sind die zugestandenen großen technischen Schwierigkeiten bei den direkten Wahlen anderwärts überwunden, so werden sie auch bei uns überwunden werden können.

Bei den indirekten Wahlen ist die größte Gefahr vorhanden, daß die wahre Volksstimme verfälscht werde und eine künstliche Majorität herauskomme. Das indirekte Wahlrecht ist nichts weiter als eine Bevormundung, es stellt den Wähler unter die Vormundschaft des Wahlmannes. Wenn man indirekt wählt, so ist das ebenso, als wenn man genöthigt ist, um satt zu werden, einen Andern für sich essen zu lassen.

Dagegen hat die Wahl unmittelbar durch die zur Wahl berechtigten, die *direkte* Wahl, unzweifelhaft vor jedem andern Verfahren große Vorzüge. Nur auf diesem Wege kann in klarer Weise das Vertrauen des Volkes denjenigen bezeichnen, der sein Vertreter sein soll, nur in dieser Weise ist es möglich, daß die Idee der Repräsentation, welche der constitutionellen, wie der rein demokratischen Staatsverfassung unentbehrlich ist, wenigstens annähernd zur Verwirklichung komme. Das Interesse und die Theilnahme der Wähler sind nothwendig größer, wenn Jeder unmittelbar und sofort zu dem endlichen Ausgang der Wahl beitragen kann, während die Ernennung einer Mittelperson in vielen Fällen als ein Act untergeordneter Bedeutung erscheint, dem sich Viele mit gleichgültigem Sinne entziehen.

Die indirecten Wahlen bieten der Einwirkung von Außen, der Bearbeitung, der Bestechung einen viel geeigneteren Spielraum als es bei den directen Wahlen möglich ist; die Zahl derer, die bei denselben zusammenstehen wird immer eine größere sein und in sich einen Halt gegen Einflüsse der einen oder der andern Art haben. Directe Wahlen müssen mit Nothwendigkeit dahin führen, daß nur solche Candidaten auftreten, oder doch berücksichtigt werden, welche eine mehr hervorragende Stellung im politischen Leben einnehmen, oder deren Name in einem größeren Theile des Landes mit Auszeichnung genannt wird. — Freilich wird es an Wahlkämpfen, Intriguen, selbst unberechtigter Einmischung, sogar an Bestechung nicht fehlen, aber solche Erscheinungen sind unvermeidlich, wo das politische Leben zu weiterer Entfaltung gelangt ist, und das Nachtheilige, ja Verbrecherische wird sich dabei niemals von dem Natürlichen und Erlaubten ganz trennen lassen. Immer aber werden die Uebelstände dieser Art hier einen weniger kleinlichen und gehässigen Charakter an sich tragen, als bei den Verhältnissen der indirecten Wahlen, und gewiß werden sie in fast allen Fällen einen viel geringeren Einfluß auf den Ausgang der Wahl haben, als es dort der Fall ist.

Endlich in Bezug auf die sociale Frage. Es ist klar, daß eine gleichmäßige Vertretung aller bei den Gewerbs- und Arbeiterfragen betheiligten Interessen bei indirekten Wahlen nicht stattfinden kann, denn bei indirekten Wahlen werden die arbeitenden Klassen in den Wahlkomités wenig oder gar nicht vertreten sein, sie werden also nicht in der Lage sein, ihre Interessen zu wahren. Wenn die Arbeiter aber nicht vertreten sind, so wird damit der Zunder schwerer Erbitterung ins Volk geworfen. Es gilt dies von der gewerblichen Bevölkerung der Städte sowohl als von der ackerbauenden des Landes. Bei den direkten Wahlen aber sind alle Interessen verhältnißmäßig vertreten, und *deshalb ist es ebenso politisch als gerecht, die direkten Wahlen den indirekten Wahlen vorzuziehen.*

Hiernach stelle ich nun den Antrag:

Der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine wolle beschließen:

Es ist Pflicht aller Arbeitervereine, für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten.

Glauchau. Am vergangenen Sonntag, den 30. Juli, fand eine Versammlung von Vorständen sächsischer Arbeitervereine im Kleindienst'schen Locale hier statt.

Es waren vertreten 18 Vereine aus Meerane, Glauchau, Zwickau, Werdau, Altenburg, Gera, Leipzig, Lichtenstein-Callnberg, Oelsnitz, Bernsdorf.

Die Versammlung wurde Vormittag 11 Uhr von dem Vorsitzenden des hiesigen Gewerbevereins Herrn B. *Kuhn* jun. eröffnet, welcher zunächst die erschienenen Vertreter der Vereine begrüßte und willkommen hieß.

Nachdem Herr Bebel aus Leipzig den Vorsitz übernommen, einigte man sich nach einiger Debatte dahin, daß man, weil noch einige Vertreter erwartet wurden, in den Vormittagsstunden blos Punkt 6 und 7 der Tagesordnung berathen und Nachmittag punkt 3 Uhr in die eigentliche Debatte und Beschlußfassung eintreten wolle. Hierauf ergriff Germann aus Leipzig das Wort und erklärte in kurzen, schlagenden Worten den Nutzen und die Vortheile, den die Sparkassenvereine ihren Mitgliedern gewähren. Solche Sparkassen seien als der erste Schritt zur Errichtung von Consum-, Credit- und Productivgenossenschaften zu betrachten. Redner schlägt vor, die Versammlung möge beschließen, einem Vereine die Abfassung von Normalstatuten und die Errichtung von Geschäftsbüchern zu übertragen, damit in den verschiedenen Vereinen womöglich ein gleicher Geschäftsgang ermöglicht werde. Es würde, wenn man dann sämmtliche Bücher und Statuten im Ganzen drucken ließe, auch ein namhafter Vortheil erzielt werden.

Knöfel aus Dresden meint, man möge überall die Gründung solcher Kassen empfehlen und unterstützen, ist aber nicht für den Germann'schen Antrag, da er denselben immer noch zu kostspielig findet.

Albrecht aus Altenburg ist für den Germann'schen Antrag und legt die Erfahrungen dar, die man in Altenburg gemacht.

Bebel aus Leipzig führt den Germann'schen Antrag weiter aus und betont hauptsächlich, daß durch Errichtung solcher Kassen dem Arbeiter Gelegenheit gegeben werde, mit der kleinsten Summe anzufangen und derselbe auch nicht nöthig habe, die Arbeit zu versäumen, wenn er Einlagen machen will, wie dies bei den städtischen Sparkassen der Fall sei.

Lippold von hier findet, daß solche Statuten ganz allgemein abgefaßt werden müßten, weil dieselben zumal in den kleineren Vereinen immer den Localverhältnissen angepaßt werden müßten, ist aber vollständig für Einführung gleicher Bücher u. s. w.

Rabius aus Chemnitz legte die Verhältnisse in Chemnitz dar. Besonders erwähnenswerth dürfte die Mittheilung sein, daß dort bereits über 100 Spar- und Consumvereine bestehen.

Nachdem noch Berthold aus Frankenberg, Dotzauer aus Zwickau, Albrecht aus Altenburg, Bebel aus Leipzig, Hertrich aus Gera für den Antrag gesprochen, Knöfel aus Dresden jedoch die Abfassung solcher Statuten den einzelnen Vereinen überlassen haben will, wurde Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Germann'sche Antrag angenommen und der Arbeiterfortbildungsverein zu Leipzig mit der Ausführung beauftragt. Schluß der Vormittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung referirt Bebel aus Leipzig über den jetzigen Stand der Angelegenheit des Gauverbandes, erwähnt namentlich, daß auf eine neuere Eingabe an die Regierung eine Antwort noch nicht erfolgt sei und schlägt vor, den Gauverband zu constituiren und dann der Regierung die erfolgte Constituirung anzuzeigen.

Der zweite Vorschlag ging dahin, die heute hier anwesenden Vertreter mögen sich unter dem Namen: „Verein zur Forderung und Unterstützung der geistigen und materiellen Interessen der Arbeitervereine" als besonderer Verein constituiren.

Knöfel aus Dresden und Germann aus Leipzig sprechen gegen den ersten und für den zweiten Vorschlag, worauf Bebel seinen ersten Vorschlag zurückzieht.

Bei der Abstimmung wurde der zweite Vorschlag Bebels einstimmig zum Beschluß erhoben, inzwischen aber Knöfel aus Dresden beauftragt, bei dem hohen Ministerium des Innern über das Schicksal der letzten Eingabe in dieser Angelegenheit Erkundigung einzuziehen.

Der Vorsitzende referirte den inzwischen neu hinzugekommenen Vertretern das Ergebniß der Vormittag stattgefundenen Berathung, dieselben geben den Beschlüssen der Vormittagsversammlung ihre Zustimmung.

Germann gab hierauf ein Referat über die von ihm zusammengestellte Statistik sächsischer Arbeitervereine (dieselbe ist vollständig in der Beilage zu Nr. 8 des Flugblattes vom ständigen Ausschuß der deutschen Arbeitervereine abgedruckt) und stellt den Antrag, auch für dieses Jahr eine Vereinsstatistik aufzustellen.

Nach einiger Debatte wurde dieser Antrag angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Besprechung über die Agitation der Lassalleaner, meint Hertrich aus Gera, man möge erst wichtigere Punkte der Tagesordnung erledigen.

Bebel glaubt, man würde schnell darüber weg kommen. Er beklage die Agitation der Lassalleanischen Partei durchaus nicht, denn dadurch wäre erst das rechte Leben in die Arbeiterbewegung gekommen. Wenn erst die heute beschlossene Vereinigung ihre Thätigkeit begonnen habe, werde deren Wirksamkeit das beste Mittel gegen die Bestrebungen jener Partei sein und schlägt vor: Man möge von einem officiellen Auftreten des projectirten Gauverbandes gegen jene Vereine absehen.

Baumann aus Meerane spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Da sich Niemand weiter zum Worte meldet, überhaupt Niemand gegen diesen Vorschlag gesprochen, so nimmt der Vorsitzende an, daß man seinem Vorschlage beitritt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Absendung von Reisepredigern bemerkt der Vorsitzende: Es würde gut sein, wenn sich da verschiedene Bezirke bildeten, denen von Zeit zu Zeit ein Vortragender zugesendet werden könnte.

Zugleich schlägt er Herrn Weilhmann aus Leipzig als Reiseprediger vor und fordert auf, noch andere Vorschläge zu machen.

Knöfel glaubt, man würde bessere Resultate erzielen, wenn man die Vereine veranlasse, möglichst oft gemeinschaftliche Versammlungen zu halten. Es würde dadurch erstens eine Excursion für die Mitglieder erreicht, zweitens würden die Vereine auch einmal andere als ihre gewöhnlichen Sprecher zu hören bekommen und dadurch eine viel regere Theilnahme erzielt werden.

Germann spricht gegen die Ansicht von Knöfel und betont besonders, daß dann sehr viele Vereine nicht in der Lage sein würden, irgend jemals Vorträge über Volkswirthschaft u. s. w. zu hören.

In gleichem Sinne sprechen Rabius und Baumann; Lippold glaubt, daß beide Mittel recht gut nebeneinander angewendet werden könnten, ebenso Werner aus Lichtenstein. Es wurde, nachdem noch der Vorsitzende gesprochen, beschlossen: 1) zeitweilig Reiseprediger abzusenden. 2) Auf Antrag Knöfels: Die anwesenden Vertreter erklären das öftere Abhalten von gemeinschaftlichen Versammlungen Seitens der benachbarten Vereine für ein vorzügliches Mittel zur Hebung und Förderung der Arbeitervereine.

Punkt 4 der Tagesordnung handelte von der gemeinschaftlichen Anschaffung von Zeitschriften und Büchern.

Der Vorsitzende erläutert zunächst, daß die gemeinschaftliche Anschaffung von Zeitschriften nicht gut thunlich sei. Ein Anderes sei es mit der Anschaffung von Büchern, welche er warm befürwortet. Redner empfiehlt das „Halten der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung" und des Flugblattes des ständigen Ausschusses und offerirt der Versammlung, daß er in der Lage sei, den Vereinen sowie deren Mitgliedern das Brockhaus'sche Conversationslexikon das Heft statt für 5 nur für 3 Ngr. übermitteln zu können, empfiehlt auch den Volksadvocaten. Ferner machte derselbe den Vorschlag, daß man sich von Seiten des Vorstandes mit dem in Preußen bestehenden Verein für das Wohl der arbeitenden Classen in Einvernehmen setzen, um durch dessen Vermittelung billiger Bücher zu beschaffen, ebenso mit Herrn Schulze wegen der Broschüre über die Verhandlungen über die Coalitionsfrage im preußischen Abgeordnetenhause.

Punkt 5 der Tagesordnung: Die Beschickung des Deutschen Arbeitertags in Stuttgart gab zu einer lebhaften Debatte Anlaß.

Albrecht aus Altenburg will erst Auskunft: was für Nutzen den einzelnen Vereinen aus der Beschickung des Arbeitertags erwachsen würde.

Hierauf antwortete Knöfel und erörtert, warum und weshalb es nützlich und nothwendig sei, daß sämmtliche Vereine Deutschlands sich verbänden. Er schlägt ferner vor, Bebel mit der Vertretung der sächsischen Arbeitervereine zu beauftragen. Lippold spricht gegen die Wahl Bebels, bevor nicht die Arbeiterzeitungsstreitfrage erörtert worden sei.

Dotzauer und Kraft aus Zwickau sprechen in ähnlichem Sinne und bitten Bebel besonders, von der Wahl zurückzutreten, da er in der erwähnten Streitfrage Partei sei.

Hertrich schlägt Lippold vor. Derselbe wurde mit Stimmenmehrheit gewählt.

Ueber Punkt 6 der Tagesordnung stellt Albrecht den Satz auf: Welche Mittel und Wege sind es, welche die Arbeitervereine einzuschlagen haben, um eine regere Theilnahme im Vereinsleben zu erzielen und die Vereine überhaupt zu heben? und schlägt seinerseits vor: Es möchten vom leitenden Verein von Zeit zu Zeit Fragen aufgestellt werden, welche in den Vereinen dann discutirt werden könnten.

Germann kann sich mit dieser Ansicht nicht einverstanden erklären und weist hauptsächlich auf die Benutzung der Presse hin.

Es sei in manchen Fällen auch Gesang, Turnen, Bälle u. s. w. gute Zugmittel, allein dieselben hätten auch ihre Schattenseiten, indem durch solche Einrichtungen sehr häufig der Hauptzweck in den Hintergrund trete, überhaupt, wie die Erfahrung lehre, leicht Spaltungen hervorgerufen würden.

Bebel erklärt, daß die Frage, die der Vertreter aus Altenburg gestellt, eigentlich durch die heutigen Verhandlungen beantwortet sei, indem die Beschlüsse, die man heute gefaßt, eben ausgezeichnete Mittel seien, um jenen Zweck zu erreichen.

Rabius gibt an, daß in Chemnitz, wenn keine Vorträge da seien, aus der Arbeiter- oder einer andern Zeitung einige Artikel vorgelesen und debattirt würden.

Dotzauer erkennt die Rede- und Sprechübungen als ein vorzügliches Mittel an.

Bebel gab hierauf ein Referat über die Differenzen zwischen der Redaction der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung und dem ständigen Ausschuß, sowie über seinen persönlichen Standpunkt in dieser Frage.

Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, um eine Debatte hierüber zu eröffnen, wurde die Versammlung 7 Uhr Abends geschlossen.

Politischer Theil.

|| Wo sitzt die Reaction? Hier, hier!

Ein französischer Demokrat hat gesagt, seit ~~1793 sei Alles in Europa Reaktion gewesen,~~ man müsse sich nur nicht durch den Schein irren lassen; Fortschritt und Rückschritt der Menschheit träten nur auf philosophisch-religiösem Gebiete hervor, es frage sich, ob der Geist des Menschen frei sei oder an der Kette liege.

Die Franzosen haben in den 90er Jahren recht sehr viel dummes Zeug gemacht und durch heillose Ueberstürzungen, durch den wildesten, jedes Zweckes entbehrenden Schrecken die Revolution selbst gelähmt und die Entwicklung zur Freiheit um fast ein Jahrhundert aufgehalten. Daraus macht kein aufrichtiger Kenner der Geschichte mehr ein Geheimniß, die Götzendienerei vor der „glorreichen Revolution“, der Hokuspokus, der mit diesem Fetisch getrieben worden, erstirbt allgemach sogar in Frankreich selbst. Die jetzige französische Opposition, in der Schule des Unglücks erzogen, durch Schmach gewitzigt, beginnt damit, das „Gewebe der großen Revolution“ wieder aufzutrennen und die Centralisation zu befriegen, in deren Maschen Geister wie Leiber der vergangenen Geschlechter sich fingen. Die bedeutendsten Männer von ganz Frankreich haben das Programm von Nancy unterzeichnet, welches Decentralisation, Herstellung der Gemeinde, Selbstthätigkeit der kleineren Kreise fordert — und unbedingt auf dem richtigen Wege ist.

Aber darin hat jener Franzose Recht: der Maßstab der Freiheit überhaupt ist der geistige Zustand eines Volkes, sein religiöses und philosophisches Denken. Ein Volk, das sich immer noch mit Weihwasser wäscht, sieht nicht klar aus den Augen; wenn die Marschälle mit geweihten Kerzen hinter Särgen hergehen, wird's stockfinster im Lande. Das Pantheon, die Ruhestätte der Denker und Dichter in Paris, in eine katholische Kirche verwandeln, heißt die Literatur herabwürdigen und die Thaten Voltaire's und Rousseau's aus der Geschichte streichen. Dem Clerus die Schlüssel zum öffentlichen Unterrichte anvertrauen, bedeutet so viel als die Jugend zur Unwissenheit und, was schlimmer ist, zum Falschwissen, zur historischen Lüge verurtheilen. Eine Confession officiell machen und ihren Cultus als Träger der absoluten Wahrheit hinstellen, ist die Sünde wider den heiligen Geist, der da wohnt wo er will und Jedweden in alle Wahrheit leitet. Bücher verbieten, verfolgen, einstampfen, weil sie die Wahrheit nicht in dieser abgestandenen Form erkennen wollen, sondern in dem ewigen Schatze der lebendigen Menschheit weiter suchen: das ist Mittelalter, Tortur, Geistesmord, Schändung des Allerheiligsten.

Mit vollstem Rechte können daher wir Deutschen sagen: seit 1848 im November ist Alles Reaction bei uns gewesen; jeder Fortschritt, noch so laut gepriesen, löst sich, beim Lichte der gesunden Vernunft betrachtet, in blauen Dunst auf; keine Anstrengung im Dienst des Volkes ist gründlich gewesen, keine Errungenschaft hält Stich vor dem untrüglichen Maße der Geistesfreiheit. Nationalverein, Arbeiterverein, Genossenschaften, Zollvereins-Erneuerung, französischer Handelsvertrag, gezogene Kanonen, Gußstahlkanonen, Panzerfregatten, Monitors, Verbreitung der Naturkunde: Alles das wird aufgewogen durch das Eine Wort: **Jesuiten!**

Der Ultramontanismus, der seit 1849 nichts anderes mehr ist, als der frechste Jesuitismus, als die offene und geheime Knechtung der Seelen, als die organisirte Erbschleicherei und der in ein System gebrachte Diebstahl, das ungeheure Wachsen der todten Hand, deren Finger Tausende von Meilen lang geworden sind, das Schreckenssystem, das über die Gewissen von Millionen in absoluter Weise herrscht, die Bekehrung des kirchlichen Protestantismus zum Jesuitismus, die galoppirende Schwindsucht, welcher die religiöse Gemeinschaft der Reformatoren nahezu erlegen ist, das Verstummen des Gedankens in den Hörsälen der Philosophie, die Gleichgültigkeit und vornehme Verachtung, mit der das deutsche Bürgerthum die Resultate der Forschung behandelt: Alles das deutet auf ein heruntergekommenes Volk, charakterisirt eine Nation, die ihr Erbtheil leichtsinnig verschleudert und sich, ächt türkisch, dem Verhängnisse blind in die Arme geworfen hat.

Im gewöhnlichen Laufe der Dinge, inmitten der täglichen Sorgen und Geschäfte, spürt natürlich das Volk den Teufel nicht, und wenn er es am Kragen hätte. Nur wenn er es in der Kravatte packt und zu schnüren beginnt, dann schreit es auf und ruft um Hülfe. Feiger Knecht, warum ließest du den Bösen bis dahin kommen, warum duldetest du, daß er dir an den Kragen kam?! Wie erbärmlich du dastehst, davon siehe nur dies Eine, wahrhaft massive Beispiel! Als der Preußenschwindel zerging, als die berühmte „Spitze“ sich als Helmspitze eines Gensdarmen enthüllte, als Schleswig-Holstein den Prügelknaben abgab, der einstweilen für ganz Deutschland gezüchtigt ward: wie viele richteten da ihr Augenmerk auf Oesterreich, wie viele klammerten sich an die Halbhuber, Mensdorff, Schmerling und Blome! Alle aber, die das thaten, riefen: „Samiel hilf! Satan steh' mir bei!“ Denn Oesterreich, nicht dieser oder jener Oesterreicher, sondern das ganze österreichische Wesen, die Seele des Kaiserstaates gehört den Jesuiten, es hat einen Packt mit der heiligen Hermandad geschlossen, und dieser Packt liegt unterschrieben und besiegelt vor und heißt **das Concordat.**

Die Junker und Pfaffen in Preußen, die tagtäglich in der „Kreuzzeitung“ den Kreuzzug wider jede freie Regung predigen, die Junker und Pfaffen, die Euch in der ersten Stunde so großen Abscheu und so grimmiges Entsetzen einflößten: sie sind nur ein Ableger, ein Schatten, ein Echo jenes österreichischen Wesens oder Unwesens; sie wären gar nicht ohne die österreichische Reaction; sie sorgen dafür, daß der Mutterkirche zu Wien der Fehdehandschuh nicht hingeworfen wird, sie würden im Nothfall sogar Herrn v. Bismarck festbinden, wenn dieser die Windbeutelei und den „Ulk“ gar zu weit treiben sollte.

Die preußische und die österreichische Reaction sind bis auf wenige Nebendinge einig, und um dieser Nebendinge willen führt man keinen Krieg. Schleswig-Holstein, das Recht jedes Bundesstaates, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu besorgen, das Recht des deutschen Volkes auf Einheit und Freiheit: diese werden die Zeche bezahlen, dafern Deutschland sich nicht ermannt, nicht in und bei sich selber einkehrt, nicht die Nebel vor seinen Augen verscheucht und sich nicht vor allen Stücken als so und so viele Millionen denkender, vernünftiger Wesen erfaßt und bethätigt. „Das Volk der Denker“ muß erst wieder zu denken wagen und den Muth bekommen, seine Gedanken frisch und unumwunden herauszusprechen.

Schönes „Volk der Denker“, in welchem soeben der „Aufruf adeliger Damen“ zur Gründung einer katholischen Universität erscheint, der durch alle Zeitungen geht und der in seiner albernen Fassung das bitterste Lachen und den sprühendsten Zorn hervorruft. Es sind diese „adeligen Damen“ eine ganze Compagnie, sie tragen die ältesten und stammbaumigsten Namen, und sie nennen sich „adelige Damen Oesterreichs und Deutschlands“. Wohl gemerkt, Oesterreichs, als des wahren Jesuitenstaates, Oesterreichs, als der Hauptsache, an das sich „Deutschland“ als Zugabe, als Mitläufer anhängt. Wie der Nationalverein von Deutschland und Oesterreich sprach, so sprechen die weiblichen Jesuiten von Oesterreich und Deutschland!

Diese Compagnie Jesuiten mit Crinoline und Schleppe vermißt in unserer Generation „feste Grundsätze, Gewissenhaftigkeit, moralischen Muth“ und fährt fort: „Die unerhörte Charakterlosigkeit der Masse der Männer in unsern Tagen haben eben dort (nämlich auf unsern jetzigen Universitäten) ihren Ursprung.“ — Wie viele von jenen Damen sich über studirte Jünglinge zu beklagen haben, wie viele von Prudelwitz und Strudelwitz sitzen gelassen und gegen Tänzerinnen und Opernsängerinnen vertauscht wurden, das stehe dahin; traurige Erfahrungen müssen sie gerade bei Männern ihrer Kaste gemacht haben. Aber das ist nicht die Hauptsache, für uns wenigstens nicht.

Hier ereignet sich die Merkwürdigkeit aller Merkwürdigkeiten, daß die Demokratie mit dem Jesuitismus im Endurtheil übereinstimmt, während sich sonst beide wie Feuer und Wasser fliehen. Auch wir erklären „die Masse der Männer in unseren Tagen“ für unerhört charakterlos, auch wir finden zum großen Theil die Quelle des Uebels in unsern Lehranstalten, nur freilich von den untersten bis zu den obersten; auch wir rufen nach Reform des Unterrichts und der Erziehung, wie der Hirsch nach frischem Wasser. Während aber unsere Partei spricht und nichts thut, rühren sich die Jesuiten im langen Rock, thun sie sich zusammen und, unzufrieden mit allen seit 1848 erlangten Resultaten, wollen sie dem Werk der Finsterniß die Krone aufsetzen, verlangen sie die Organisation des Unterrichts im absoluten Sinne ihres Systems, klopfen sie an die Geldschatullen, an die feuerfesten Schränke und begehren Geld, Geld und noch einmal Geld! Wer zweifelt daran, daß sie es bekommen werden!

Wo sind unsere bürgerlichen Frauen, unsere Demokratinnen mittlerweile? Wer hat von einer deutschen Frau den Ruf nach

Jugendwehr, nach Wehrturnen, nach Gründung einer nationalen Hochschule vernommen, wo es gälte, die höchsten Güter der Menschheit zu retten?!

Politische Umschau.

Wien, 22. August. „Presse" und „Wanderer" melden übereinstimmend, daß die in Gastein stattgefundene Vereinbarung Lauenburg endgültig Preußen zuspricht. Oesterreich erhält für das Aufgeben seines Mitbesitzes eine Geldentschädigung. Das Herzogthum Schleswig kommt unter preußische, Holstein unter österreichische Verwaltung. Preußen behält den Kieler Hafen, das Mitbesatzungsrecht in Rendsburg und das Recht, den Nordseekanal und die Eisenbahn von Lübeck nach Rendsburg zu bauen.

Berlin, 23. August, Nachmittags 3½ Uhr. Die Uebereinkunft von Gastein ist veröffentlicht. Sie lautet folgendermaßen:

Der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich haben durch den Artikel 3 des am 30. Oktober 1864 zu Wien abgeschlossenen Friedensvertrags auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein gemeinsame Rechte erworben, deren gemeinsame Ausübungen zu Schwierigkeiten führten. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten wurden zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen Unterhandlungen angeknüpft, mit deren Führung der Ministerpräsident v. Bismarck und der österreichische Bevollmächtigte Graf Bloome beauftragt waren. Die Verhandlungen endeten mit einem am 14. August in Gastein von den beiden Unterhändlern gezeichneten Abkommen, welches am 20. August in Salzburg von den Herrschern Preußens und Oesterreichs urkundlich genehmigt worden ist und dessen wesentlicher Inhalt in Folgendem besteht:

Die Ausübung der Rechte auf die Herzogthümer wird fortan geographisch derart getheilt, daß dieselbe in Bezug auf das Herzogthum Schleswig von dem Könige von Preußen, in Bezug auf das Herzogthum Holstein von dem Kaiser von Oesterreich bewirkt wird.

Die beiden Fürsten werden am Bunde die Herstellung einer deutschen (?) Flotte in Antrag bringen und für dieselbe den Kieler Hafen als Bundeshafen bestimmen. Bis dahin wird das Commando und die Polizei über denselben von Preußen ausgeübt, welches berechtigt ist, daselbst die nöthigen Befestigungen und Einrichtungen anzulegen und dieselben von preußischen Truppen besetzen und bewachen zu lassen.

Es wird beim Bundestage beantragt werden, Rendsburg zur Bundesfestung zu erheben. Bis dahin wird diese Festung eine Garnison von preußischen und österreichischen Truppen erhalten, der Oberbefehl über dieselben wird jährlich am 1. Juli wechseln.

Die preußische Regierung behält zwei Militärstraßen durch Holstein, die eine von Lübeck auf Kiel, die andere von Hamburg auf Rendsburg. Sie behält die Verfügung über einen Telegraphendraht zur Verbindung mit Kiel und Rendsburg, sowie das Recht, preußische Postwagen mit ihren eigenen Beamten auf beiden Linien durch das Herzogthum Holstein gehen zu lassen.

Die Herzogthümer sollen dem Zollverein beitreten.

Preußen ist berechtigt, den anzulegenden Nord-Ostseekanal durch das holsteinische Gebiet zu führen, sowie die Aufsicht über denselben und über seine Instandhaltung auszuüben.

Gegen Zahlung einer Abfindungssumme an die österreichische Regierung überläßt der Kaiser von Oesterreich seine Ansprüche an das Herzogthum Lauenburg dem Könige von Preußen, sodaß die alleinige Herrschaft über dieses Herzogthum endgültig auf den König von Preußen übergeht. Lauenburg zahlt keine Kriegskosten.

Das Herzogthum Holstein wird von den preußischen, Schleswig von den österreichischen Truppen geräumt.

Die infolge dieser Verabredungen zu treffenden Maßregeln (wozu auch die Auflösung der bisherigen gemeinsamen Landesregierung für die Herzogthümer gehört) werden voraussichtlich bis zum 15. Sept. d. J. ausgeführt sein. (Telegramm der Deutsch. Allg. Ztg.)

In einem Schreiben aus **Kiel,** 15. August an den Redacteur des „Beobachters" in Stuttgart wird gesagt: Selbsthilfe! Was heißt hier Selbsthilfe? Ihr könnt uns doch im Ernste nicht zumuthen, daß wir 12,000 Mann Preußen und 5000 Oesterreicher nebst der preußischen Flottenabtheilung im Kieler Hafen durch Waffengewalt aus dem Lande treiben sollen. — Als 1851 Preußen und Oesterreich uns die Waffen aus der Hand wanden und uns unsere Uniformen vom Leibe rissen und den Dänen auslieferten, machte das deutsche Volk den stummen Zuschauer. Jetzt sind wir ohne Waffen. — Es hat fast den Anschein, als wenn Oesterreich und Preußen sich gegen Deutschlands Interesse wieder verständigen werden. Ist es doch eine bekannte Sache, wenn es gegen Deutschland oder das deutsche Volk geht, daß Pilatus und Herodes wieder Freunde werden. Die habsburgische Politik hat der hohenzollern'schen in Schlechtigkeit noch nie nachgestanden. Was aber auch in Gastein oder Salzburg ausgebrütet werden mag, wir werden uns auch dadurch nicht beirren lassen, sondern uns nur um so steifer und zäher auf unser Recht stützen; viel Freude sollen die beiden Großmächte in dieser Beziehung an uns nicht erleben. Wir sind uns bewußt, einen guten Kampf zu kämpfen und vertrauen felsenfest, daß schließlich das deutsche Volk mit seiner ganzen Kraft uns beispringen werde. Wir haben Jahrhunderte hindurch den Kampf mit Dänemark um unsere Selbstständigkeit geführt, wo mehr als einmal selbst die mächtige Hansa uns gegenüber gestanden hat, aber immer, selbst nach zeitweiliger Unterdrückung haben wir den Kampf wieder aufgenommen und es zuletzt doch dahin gebracht, daß wir beim Tode Friedrichs VII. in Wahrheit uns sagen konnten, wir haben uns Deutschland erhalten. Mag kommen was da wolle, wir richten unbeirrt auch ferner unsern Blick nach Deutschland, zumal die Zeit zu nahen scheint, wo das deutsche Volk mit aller Kraft seine Rechte geltend machen wird. Ich meinestheils glaube fest und unerschütterlich, daß nur eine große Erschütterung uns zu dem langersehnten Ziele eines einigen Deutschlands führen wird; und dann werden wir zeigen, daß wir Deutschlands treue Söhne sind und bleiben wollen. Wie weit aussehend dies auch scheinen mag, vielleicht ist der Zeitpunkt näher als wir glauben.

Der „Beobachter" selbst gibt sein Gutachten über das Geschehene in Folgendem ab: So ist denn wieder einmal vor aller Welt bewiesen, daß die Deutschen von diesen Fürsten als eine Heerde Vieh betrachtet werden, über die sie verfügen dürfen wie sie wollen. Man schneidet da ein Stück Land ab mit sammt dem darauf weidenden Volk und dort eins und theilt sich in die Beute, ohne die dort lebenden Menschen auch nur zu befragen. Jetzt noch, nachdem die ganze Nation die Zusammengehörigkeit Schleswigs und Holsteins als unumstößlich ansieht, diese beiden zerreißen und trennen wollen, ist ein Faustschlag in's Gesicht des Volkes. Lauenburg ist ein kleines Land und sitzt so voll Junker, wie ein russischer Pelz voll Läuse; aber diese Landschaft einfach zu verkaufen und sammt ihrer Einwohnerschaft gegen 1 Million oder 2 halb geschenkt hinzugeben, ohne die letztere nur darum zu grüßen, das ist doch eine diplomatische Unverschämtheit, wie man sie nicht hätte erwarten sollen. („Warum denn nicht?" D. Red.)

— Die beiden Monarchen fügen durch so schmähliche Behandlung deutscher Länder und Ländchen dem ganzen deutschen Volke eine Beleidigung zu, die ihnen dieses niemals vergessen wird. Eine solche öffentliche Ehrenschändung ist seit der Annexion Krakau's keinem europäischen Volke mehr geboten worden. Das deutsche Volk wird sie wahrscheinlich jetzt nicht sofort durch eine Revolution blutig sühnen wollen, denn die Revolutionen lassen sich nicht provociren und abmachen wie Duelle zwischen Studenten oder Offizieren. Aber daß sich diese Sünde wider den Geist der Nation und wider die Menschenwürde an den hohen Herren, die sie begehen, und an ihren Häusern strafen wird, das unterliegt nicht dem mindesten Zweifel. Gewalt geht freilich jetzt über Recht, aber hinter der Gewalt ist noch immer wieder das Recht gekommen, und an einem Rechtsvollstrecker hat es der Geschichte auch nie gefehlt.

— Die „Neue Frankfurter Zeitung" macht gleichfalls aus ihrem Herzen keine Mördergrube, sondern läßt sich, noch dazu an der Spitze ihres Blattes, vernehmen, wie folgt: Also dahin sind wir wieder gekommen, daß ein Hof dem andern ein deutsches Land und Volk geradezu verkauft, wie einen Stall und eine Heerde! Auf diesem Wege soll die „Einigung" Deutschlands unter preußischer Herrschaft statt finden! Ob die Gesammtheit der Lauenburger den vollen Umfang der Schmach empfindet, der hierin liegt, oder ob das dortige Junkerthum sich wohl fühlt mit dem preußischen Junkerthume vereinigt zu werden, (während man der Masse der Bevölkerung jedes Stimmrecht versagt!) davon reden wir nicht. Aber daß heute noch ein solches Verhandeln und Verschachern in Deutschland stattfinden kann, dies ist das Bezeichnendste, — bezeichnend für die Gesammtsumme unserer politischen Zustände.

— Ein französisches Blatt meint: Wir nehmen an, daß eine solche Thatsache (die Abkartung von Salzburg) falls sie wahr ist, woran wir gern zweifeln möchten, nicht ohne einen Protest Frankreichs und Englands vor sich gehen werde. Es wäre an der Zeit, den Monarchen zu Salzburg, dem Kaiser wie dem Könige, zu zeigen, daß eine Nation etwas anderes ist als eine Heerde, und daß man nicht ein Volk verkauft wie das liebe Vieh.

Aus **Berlin,** 19. Aug., meldet die „Nat.-Ztg.": Mit Bezug auf die in der heutigen Morgenausgabe der „Berliner Börsenztg." enthaltene Mittheilung, „daß nach einer von kompetenter Seite derselben zugegangenen Nachricht in den letzten drei Tagen bereits 14 Fälle der wirklichen asiatischen Cholera in Berlin vorgekommen seien", macht das königl. Polizeipräsidium unter dem 19. d. bekannt, daß bisher nur zwei der Cholera verdächtige Fälle zur diesseitigen Kenntniß gelangt sind. Beide Fälle, welche allerdings mit dem Tode geendet haben, sind von den behandelnden Aerzten nicht als asiatische, sondern als einheimische Cholera bezeichnet worden. Die „Börsenztg." bemerkt hierzu: Wir bezweifeln keinen Augenblick die Wahrheit dieser Angabe. Da indeß das Polizeipräsidium nicht mit Allwissenheit ausgestattet ist, so steht der Umstand, daß diese Behörde nicht das gehört hat, was wir gehört haben, jedenfalls unserer Angabe nicht entgegen. Diese beruht auf der Mittheilung eines Arztes, eines sehr ernsten und bedächtigen Mannes, welcher versichert, daß ihm Cholerafälle sowohl in seiner eigenen Praxis vorgekommen, als von mehreren Collegen aus deren Praxis mitgetheilt seien. Derselbe forderte uns geradezu auf, die Thatsache zu veröffentlichen, weil er die dadurch wohl hier und da entstehende Furcht nicht für bedenklich, sondern für heilsam erachtet. In der That muß man nur auf dem Markte die dort feilgebotenen und rasch abgehenden Massen unreifen Obstes be-

trachten, um sich zu überzeugen, daß ein wenig Sorge im Publikum sicher nicht so viel Schaden anrichten kann, wie der herrschende Leichtsinn.

— Auch Berlin hat in seiner nächsten Umgebung wieder ein Beispiel für Nutzen und Annehmlichkeit des Waffentragens außer Dienst erlebt. Am 17. d. M. kam es in einem Vergnügungslocale am Plötzensee zwischen Civilisten, die sich dort mit Tanz vergnügten, und zwischen Soldaten, die auf einer Wasserpartie dort einkehrten und am Tanze theilnehmen wollten, zu einem Streit, der bald zur blanken Waffe auf der einen Seite, zum Gebrauch von Flaschen, Gläsern, Knütteln auf der anderen Seite führte, der zum Nachtheile der in der Minderzahl befindlichen Soldaten endete, aber auf beiden Seiten erhebliche Verwundungen hinterlassen haben soll. (Reform.)

Bonn, 20. August. Dem Grafen zu Eulenburg ist in Folge des Vorfalles mit dem Koch des Prinzen Alfred — hört! hört! — Stubenarrest auferlegt. Durch die Leichenschau ist ärztlich nachgewiesen worden, daß der Tod des Koches in Folge der erhaltenen Kopfwunden erfolgt ist. Die weitere Untersuchung ist in die Hände einer gemischten Commission gelegt, welche bereits zahlreiche Zeugenverhöre vorgenommen hat. Eine große Mißstimmung hat unter der ohnehin schon aufgeregten Bürgerschaft das Benehmen des evangelischen Pfarres Krabb (eines aus dem Wupperthale stammenden Strenggläubigen) bei dem Begräbniß des Unglücklichen hervorgerufen. Zunächst wollte es ihm nicht gefallen, daß der Leichenwagen mit vier Pferden bespannt war, noch weniger aber, daß der unabsehbare Zug seinen Weg durch einige belebtere Straßen am Markte vorbei, wie es auch sonst üblich ist, nehmen sollte; als ihm nicht nachgegeben wurde, zog er es vor, allein auf dem kürzesten Wege durch eine unbelebte Straße zu ziehen und die Leiche erst in der Nähe des Kirchhofes wieder in Empfang zu nehmen. Am Grabe endlich sprach er mit nicht mißzuverstehender Hindeutung auf den Verstorbenen einige Worte über die verderblichen Folgen des Trunkes, die, selbst wenn der Lebenswandel des Unglücklichen eine solche Anzüglichkeit gestattet hätte, doch an der heiligen Stätte nicht am Platz gewesen zu sein scheinen.

— Ein Herr Oudenne in Bonn dankt für die seinem Freunde, dem unglücklichen englischen Koch erwiesenen letzten Ehren. Er spricht dabei von einer „durch einen Säbelhieb" erhaltenen Schädelverletzung, während bekanntlich nach junkerlicher Darstellung nur eine Säbelscheide und eine Faust thätig gewesen sein sollen.

H. B. **Frankfurt**, 24. Aug. Die deutsche Nordfahrt kommt zu Stand; in diesem Jahre noch wird die Erforschungsfahrt ausgeführt. Herr Dr. Petermann wollte unter jeder Bedingung den Engländern den Rang ablaufen und schrieb einen Preis von 1—2000 Thalern aus für den Seemann, der in diesem Jahr noch von Hammerfest aus eine Erforschungsfahrt in nordöstlicher Richtung zwischen Spitzbergen und Nowaja-Semlja machte. Zugleich verhandelte er mit dem preußischen Corvetten-Capitän Reinhold Werner über die Sache. Dieser erklärte sich sofort bereit, wenn ihm die Regierung einen Urlaub von sechs Wochen gäbe. Capt. Werner that sogleich die nöthigen Schritte dazu; nach Besprechungen mit andern Seemännern fand er seine Annahme bestätigt, daß der Monat September (wo alles Eis fortgetrieben und noch kein neues angesetzt ist) die geeignetste Zeit sei. Seine Besprechungen mit Rhedern und Großhändlern bezüglich der Kosten führten indeß nicht so schnell zum Ziel. Er ließ sich aber dadurch nicht irr machen, sondern miethete auf eigne Faust in London einen Dampfer von 200 Tonnen, in der Absicht, nöthigen Falls die Kosten selbst zu bestreiten. Nach einer Mittheilung des Bremer Handelsblattes (das sich mit viel Eifer der Sache angenommen hat) ist das Schiff nach Hamburg gekommen, wo Werner am Montag von Kiel aus eintreffen wollte. Am Mittwoch wollte er nach Hammerfest segeln. Der Hamburger Senat hat indessen 2,000 Thaler für das Unternehmen verwilligt und unter den Hamburger und Bremer Kaufleuten sind Sammlungen im Gang; man hofft die Kosten in Kürze gedeckt zu sehen. So wäre durch raschen Entschluß eines unternehmenden Kopfes ein Schritt geschehen, den hoffentlich auch die deutsche Gründlichkeit später gut heißen wird! —

Mannheim. Das Deutsche Wochenblatt richtet nachfolgende Frage an den Nationalverein: „Eine Versammlung oldenburgischer Mitglieder des Nationalvereins hat unter andern Beschlüssen auch den des vollständigen militärischen Aufgehens Oldenburgs in Preußen gefaßt, wodurch dieses deutsche Land allen preußischen Anmaßungen gegenüber im Voraus lahm gelegt würde. Wir fragen nun die leitenden Männer des Nationalvereins: ob sie diesem Beschlusse beitreten oder ihn verwerfen, und erwarten ihre Antwort in der nächsten Nummer des „Wochenblatts des Nationalvereins." Jeder Deutsche ist berechtigt zu dieser Frage, weil der Nationalverein sich den Beinamen des „deutschen" beilegt. Wir bitten jedoch um eine runde und nette Antwort, nicht aber eine ausweichende: vor und nach Allem verbitten wir uns eine vornehme Abweisung unserer Frage. Auf Schweigen wird Wiederholung der Frage folgen, und wir hoffen, daß alle deutschgesinnten Blätter uns darin unterstützen werden. Weiteres behalten wir uns vor."

Italien. Der englische „Herald" tritt mit einer schweren Anklage auf gegen das Land, wo die Citronen blühn, im dunklen Wald die Goldorangen glühn; er sagt: „Während ein europäisches Cabinet nach dem andern dem neuen Königreich Italien die verlangte Anerkennung gewährt, befindet sich dieses Königreich in einem Zustand, der in vielen Bezirken nahe an Anarchie streift. Es sind einige Monate her, seit eine englische Reisegesellschaft angegriffen wurde auf einer Landstraße, welche die italienischen Behörden für sicher erklärt hatten. Wiederholt wurden dringende Vorstellungen an die Minister in Florenz gerichtet, und noch ist keine Genugthuung erlangt worden. Die Verwaltung entschuldigt sich mit dem schimpflichen, aber wahrheitgemäßen Grund ihrer Unmacht. Alle italienischen Blätter sind voller Klagen; nirgends, selbst nicht in den Umgebungen der Städte, gibt es für den Reisenden die geringste Sicherheit; die Straßenräuberei ist an der Tagesordnung, und der Süden ist im buchstäblichen Sinn des Wortes ein Banditennest." (Scheint von diesem überconservativen Blatt etwas allzu dick aufgetragen zu sein. D. Red.)

Aus **Rußland** kommen schon wieder massenhafte Brandberichte. In manchen Gegenden wiederholen sich die Feuersbrünste in schauerlicher Regelmäßigkeit Tag für Tag.

Aus **Bucharest** bringt die „Neue Freie Presse" zwei Berichte, denen das Folgende entnommen ist. Im ersten Bericht vom 15. August heißt es: Bereits seit mehreren Tagen verlauteten in der Stadt Gerüchte von einer bevorstehenden Empörung, von Revolution u. dgl., und wurden auch seitens der Regierung geeignete Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um einer etwaigen Volksbewegung nachdrücklich Einhalt zu thun. Am heutigen Napoleonstag in der Frühe drang ein bedeutender Haufe von theilweise bewaffneten Leuten in das Stadthaus. In einem Nu waren sämmtliche Fenster und Möbel in dem Gebäude zertrümmert, die Acten in Stücke zerrissen und zu den Fenstern hinausgeworfen. Als Infanterie heranzog, ward der Eingang verrammelt und dem anstürmenden Militär ein hartnäckiger Widerstand entgegengestellt, so daß das Gebäude erst nach vielen beiderseits gefallenen Schüssen mit dem Bajonnette erstürmt und geräumt werden konnte. Gefallene und Verwundete auf beiden Seiten. Um 11 Uhr waren bereits sämmtliche bedeutendere Plätze und Regierungsgebäude vom Militär besetzt; das Kleingewehrfeuer dauerte bis etwa 4 Uhr Nachmittags fort. Um diese Zeit wurde aus mehreren Häusern in der Belvedere-Gasse gegen vorüberziehendes Militär (darunter auch Artillerie) geschossen, wobei mehrere Soldaten getödtet und verwundet wurden. Der Major, welcher diese Abtheilung commandirte, ließ sogleich die Kanonen gegen die Häuser Front machen und diese buchstäblich zusammenschießen; die in den 4 Häusern befindlichen Ruhestörer, sowie die Bewohner derselben wurden unter den Trümmern begraben. Um etwa 5 ½ Uhr machte ein heftiger Sturm mit Donner und Blitz und starkem Regenguß dem Kleingewehrfeuer ein Ende. Die Volkshaufen sind, wie es scheint, nur dem Anstürmen der Elemente gewichen. Verhaftet wurden bis jetzt einige Hundert Personen, darunter mehrere Offiziere.

Nachschrift: Von glaubwürdiger Seite wird versichert, der Plan der Ruhestörer sei ursprünglich dahin gegangen, die in aller Frühe zur Feier des Napoleonsfestes in der katholischen Kirche versammelt gewesenen Minister und mehrere andere Mißliebige zu überraschen und gefangen zu nehmen. Dieser Plan mißlang jedoch, indem die betreffenden Persönlichkeiten rechtzeitig gewarnt waren.

Im zweiten Bericht vom 16. Aug. heißt es: Die Ereignisse des gestrigen Tages lassen sich bereits soweit übersehen, um mit Bestimmtheit zu sagen, daß die Cusa'sche Regierung einen Krawall, welcher möglicherweise auch von ihr selbst zu Stande gebracht wurde, benützte, um ein Schreckensregiment durch die zu dem Ende bereit gehaltene Soldateska herbeizuführen, welche denn auch nach Niederwerfung des Aufstandes ihren Hauptangriff auf die harmlose Bevölkerung richtete. Unglaublich ist die Rohheit und Brutalität, mit welcher das Militär gegen ruhig ihrer Beschäftigung nachgehende Menschen, gegen Weiber und Kinder verfuhr. Kurz, das durch Branntwein und aufreizende Reden der Offiziere zu kannibalischer Wuth gebrachte Militär erfüllte die ihm von seinen Vorgesetzten ertheilten Befehle so gut, daß in der Stadt die Ruhe des Schreckens und der Verzweiflung herrscht.

London, 22. Aug. Die Gesellschaften für Legung des Kabels beschlossen, die Rückgewinnungs- und Vollendungsversuche auf das Frühjahr aufzuschieben und zugleich ein zweites Kabel zu legen.

Newyork. Seit dem Monat Mai sind 700,000 Mann verabschiedet worden. Die Stärke des Unionsheeres beläuft sich jetzt auf 300,000 Mann. — Eine im Staate Maine abgehaltene republikanische Convention faßte Beschlüsse zu Gunsten des Stimmrechts der Neger.

— In einem Schreiben des Generals Sheridan heißt es: „Es nützt zu nichts, in dieser mexikanischen Angelegenheit um die Sache herumzugehen; wir müssen der Republik eine dauernde Regierung geben. Unsere Aufgabe, die Rebellion niederzuschlagen, wird nicht zu Ende kommen, bis dies gelingt. Die Ankunft Maximilians gehörte mit in die Rebellion

herein, und sein Sturz sollte mit der Geschichte der Rebellion verbunden sein. Die meisten mexikanischen Soldaten in Maximilians Armee würden ihre Waffen niederlegen, sobald wir nur den Rio Grande überschritten. Der französische Einfluß hat durch nichts als Unverschämtheit geherrscht."

Leipzig, 20. Aug. (Schriftstellerverein.) Nachdem bereits gestern Abend im Hôtel de Saxe die Theilnehmer am ersten deutschen Schriftstellertage zusammengekommen und vom Prof. Marbach Namens des hiesigen Schriftstellervereins begrüßt worden waren, auch bereits einige vorbereitende Berathungen gepflogen hatten, fand sich die deutsche Schriftstellerschaar heute Morgen 10 Uhr an gleichem Orte etwa 100 an der Zahl zusammen. Man berieth die Gründung eines Allgemeinen deutschen Schriftstellerbundes, verwarf die Statuten, welche vom hiesigen Schriftstellertage vorgelegt worden waren und nahm (unter Weglassung eines überflüssigen Paragraphen) wesentlich einen gestern ausgearbeiteten neuen Entwurf an, welcher nun lautet:

„§ I. Die auf Einladung der Leipziger Schriftsteller am 20. August in Leipzig versammelten deutschen Schriftsteller traten zusammen, um berechtigte Berufs- und Standesinteressen zu wahren oder zur Geltung zu bringen.

§ II. Als materielle Fragen, deren Erledigung ihnen zunächst liegt, wollen sie: a) auf Regulirung der Nachdruckfrage, b) auf Einsetzung eines rechtsgelehrten Ausschusses zum Verfolg von Rechtsstreitigkeiten vor Gericht hinzuwirken versuchen.

§ III. Es soll jährlich ein deutscher Schriftstellertag abgehalten werden.

§ IV. Die Geschäftsleitung übernimmt ein vom Schriftstellertage gewählter Vorstand von 7 Mitgliedern.

§ V. Mitglied des Vereins kann jeder deutsche Schriftsteller werden, welcher sich zur Zahlung eines jährlichen Beitrages von 2 Thalern verpflichtet."

Nachdem die Annahme dieses Statuts erfolgt war, constituirte sich die Versammlung zu einem „Deutschen Schriftstellerverein", jedes Mitglied des Schriftstellertages als präsumtives Mitglied betrachtend. Dann ließ man eine einstündige Pause eintreten und ging hierauf über zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der Frage vom geistigen Eigenthum. Prof. Wuttke, der als Präsident fungirt, gibt deshalb das Präsidium an den Vicepräsidenten ab und erstattet Bericht über diesen Gegenstand, dabei Bezug nehmend auf eine von ihm im Auftrage verfaßte Denkschrift. In der letzteren stützt man sich, und zwar nur ganz leise auf die „Grundrechte des deutschen Volkes", aber die anwesenden „deutschen Schriftsteller" verwahren sich dagegen, auf diese Weise den Regierungen sich mißliebig zu machen und der Berichterstatter Prof. Wuttke ist gern bereit, die betreffenden Sätze, auf die er kein Gewicht legt, zu streichen. (Merk auf deutsches Volk!!) Darauf wird folgender Antrag des Prof. Wuttke angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich für die Anerkennung des geistigen Eigenthums und für die Nothwendigkeit seines Schutzes". „Die Denkschrift des Prof. Wuttke wird dem Vorsitzenden des Schriftstellervereins mit dem Auftrage zugewiesen, dieselbe unverzüglich, nach prüfender Durchsicht in starker Auflage zu drucken, den Mitgliedern, den Landtagsabgeordneten und einflußreichen Männern zu übersenden."

Nach Erledigung dieses (zweiten) Gegenstandes ging man zu dem dritten über, welcher durch Herrn Dr. Feodor Wehl als Berichterstatter vertreten wird und von den Bühnendichtern handelt. Der Antrag des Referenten:

„Der Schriftstellerverein möge sich mit dem Dresdener Shakespeare-Verein ins Vernehmen setzen, um Material zu einer möglichen Regulirung Betreffs der Honorare für Bühnendichter zu beschaffen", findet einhellige Annahme.

Hiermit sind die regelmäßigen Gegenstände der Tagesordnung erledigt, und nachdem noch einige formelle Angelegenheiten erledigt sind, wird der Schriftstellertag vom Vorsitzenden geschlossen. Später findet ein gemeinschaftliches Essen statt.

Socialer Theil.

Noch Einiges über die Frauenfrage.

Da Unterzeichneter in Stuttgart am dritten Vereinstage der deutschen Arbeitervereine in Betreff eines Berichtes sehr kurz sein muß, und doch gern **vorher** den Arbeitern und überhaupt jedem, welchen die Frauenfrage interessirt, über dieselbe seine Ansicht sagen möchte, so lasse ich hier noch Einiges mit Verweisung auf meine **drei früheren** Flugschriften in dieser Sache, nachfolgen, und denke dadurch die Debatte darüber nicht allein zu erleichtern, sondern auch gründlicher zu machen.

Was mir leid thut, ist, daß ich in Betreff der Arbeiterinnen keine genauen **amtlichen** Berichte, auf ganz Deutschland anwendbar, erhalten konnte. Was hilft es zur Sache, wenn wir erfahren, daß z. B. in Sachsen 30,000 Dienstmädchen sind, wenn nicht in jeder Beziehung wissenschaftliche Erörterungen und Vergleiche angestellt werden können? Aber die Frauen- und Arbeiterinnenfrage ist ein Feld, das in Deutschland noch nicht so die Aufmerksamkeit auf sich zieht, als sie es verdiente. Aus Belgien erfahre ich z. B. aus amtlichen Berichten eine eingehende Schilderung der traurigen Lage der Arbeiterinnen und daneben Zahlenangaben. Z. B. vom Jahre 1856 heißt es, daß dort die Fabrikarbeiterzahl 248,457
beträgt, nämlich männliche 207,784
und weibliche 40,673
also 16 1/3 Procent.

Und für die einzelnen Geschäfte betrug die Zahl der Frauen:

50	Procent	beim Goldschlagen,
54	„	beim Zündholzfabriciren,
52	„	beim Cichorienfabriciren,
51	„	beim Handschuhfabriciren,
50	„	beim Papierfabriciren,
44	„	bei der Leinweberei,
40	„	bei der Strumpfwirkerei,
38	„	beim Strohhutfabriciren,
33	„	beim Hecheln,
32	„	beim Teppichfabriciren,
31	„	bei Wollwebereien,
26	„	beim Rübenzuckerfabriciren,
20	„	beim Posamentiren.

Leider sind auch in den Steinkohlenbergwerken 4,047 Frauen neben 31,502 Männern in Thätigkeit, also 11,4 Procent!! — u. s. w.

Eine solche Aufstellung nebst Darstellung der Verhältnisse kann ich für Deutschland nicht liefern, und wenn es eine gibt, habe ich wenigstens da, wo ich mich hinwandte, keine erhalten. So viel ist sicher, daß es auch in Deutschland der größte Theil dieser armen Mädchen zu keinem recht menschenwürdigen Dasein bringen kann, ja oft in trauriger Lage ist. Zur Verbesserung der Lage der weiblichen Arbeiterwelt habe ich meine Principien aufgestellt, und unter anderem deutlich genug entwickelt, daß es in Betreff der Arbeit für die Frauen keine andere Schranke geben sollte, als die Befähigung selbst. Diese Befähigung bedarf der möglichsten Ausbildung. Der Grundsatz muß gelten, daß jede rechte Arbeit ehrt. In den Händen einer anständigen Frau kann keine Arbeit unanständig werden. Jede menschliche Arbeitskraft soll möglichst benutzt werden für die Gesellschaft. Die Frauen müssen in den Stand gesetzt werden, für sich selbst zu sorgen, um sich für alle Fälle eine ehrenvolle Unabhängigkeit zu sichern. Die Knaben sollen nicht mehr allein bei der Erziehung bevorzugt werden. Die falsche Scham der meisten Eltern, Mädchen **Berufs- und Erwerbszweige** erlernen zu lassen, muß aufhören. Die Frauen, wie ich schon genügend erläuterte, eignen sich fast für alle Arbeiten, d. h. in demselben Sinn, wie es bei den Männern der Fall ist, wo der eine dieß oder jenes besser lernt oder dafür Geschick zeigt — hüben und drüben kann man dies auf wenige Ausnahmen sagen: diese oder jene Arbeit paßt durchaus für jeden, der sie erlernen will und kann, seien es Mädchen oder Knaben. Und die Anerkennung des Princips einer tüchtigen weiblichen Berufsbildung ist nothwendig. Daß die entgegengesetzte Gewohnheit oder Sitte so oder so alt sei, kann nichts gegen unsere Ansicht beweisen. Je länger eine Bornirtheit besteht, desto mehr macht es einem Volke Schande, sie zu behalten. Ich will nur auf ein Beispiel verweisen, wie bornirt man in manchen Gegenden bis in die vierziger Jahre handeln konnte. Da durfte es keine Frau wagen, Frauenkleider im Hause für Andere zu machen! Diese Arbeit machten nur die Herren Damenschneider! Diese Männer ließen sich zwar von Frauen helfen, allein diese durften sich nicht unterstehen auf eigene Rechnung etwas zu arbeiten, das doch eigentlich nur für sie paßte. Unterstanden sie sich dieß, so wurden sie von den Herren Damenschneidern verfolgt und obrigkeitlich bestraft! Wie bornirt! Nicht wahr? Aber ähnliche Bornirtheiten haben wir noch genug und es wird uns Ehre machen, dagegen anzukämpfen. Ich verweise auf eine weitergehende Bornirtheit, die Siebenachtel der Männer und Frauen theilen. Man setzt z. B. das allgemeine und direkte Wahlrecht mit auf die Tagesordnung. Ich will nichts dagegen sagen, ob ich mir gleich kleine goldenen Berge davon verspreche. Weiter hat es aber die Demokratie nicht gebracht in dieser Frage, als: „Jeder mündige Staatsbürger soll Wähler sein." Und die Frauen? An diese denkt Niemand. Das ist bornirt. Wenn jeder Proletarier wählen soll, sei er auch ein beschränkter Mensch (wie es aber auch genug reiche Männer, aber beschränkte Köpfe gibt), warum soll es eine tugendhafte, gebildete, wohlhabende, erfahrene und angesehene Frau nicht können? Warum sollte es z. B. eine **Bürgerin** nicht, welcher die herrliche Pflicht obliegt, Steuern und Abgaben gleich den Männern zu entrichten, und die alle Lasten, die der Staat seinen Bürgern auferlegt, mittragen muß?! *) — Daß diese Bürgerin von den Rechten ausgeschlossen bleibt, nimmt man als selbstverständlich an, es ist so durch das Herkommen geheiligt, daß es selbst den Fortschrittsmännern oft gar nicht einfällt, daß hier eine Bornirtheit vorliegt, wenn eine solche Bürgerin keine Stimme hat! Alles liegt klar vor Augen, daß so manche Frau alle Eigenschaften besitzt, die man von einem wahlfähigen Mann fordern kann, daß sie alles Interesse dabei hat, welche Grundsätze die Oberhand erhalten sollten — und doch soll es lächerlich sein, ihr eine Stimme zuzuerkennen. Ist das vernünftig? Denke man sich doch diese oder jene gebildete Frau gewissen Männern gegenüber, und frage man sich: warum sollen diese eine Stimme haben und jene nicht? und man wird das Bornirte einsehen, daß man die Frau als Unmündige behandelt! Gibt es doch noch deutsche Gesetze, welche vorschreiben, daß Kinder, Lehrlinge und Frauen in keine politische Versammlung dürfen! — Einzelne Stimmen in Frankreich, England und Deutschland sind für ein Wahlrecht schon laut geworden, ich nenne aus unserem Vaterlande nur einen Mann, der nicht allein einen staatsmännischen Seherblick hatte, sondern der auch als Märtyrer der Freiheit gilt, es ist unser Robert Blum. Er betonte, daß der Eintritt der Frauen in's öffentliche Leben seine Lösung verlangt. Freilich gibt es für alle Dinge einen scheinbar gewichtigen Einwand, nämlich: die Frauen sind selbst zu theilnahmlos. Ist das aber ein giltiger Grund?! — Gewiß nicht. Besehen wir die Sache beim Lichte, warum die Frauen zu wenig Sinn für alle diese Fragen und ihr eigenes Interesse haben, um die Erklärung zu finden. Wie verhält sich's in dieser Beziehung? — Die Frau der besseren Stände lebt im Durchschnitt frei und unabhängig. [illegible]

---

*) Man fordert von den Frauen Patriotismus, man verlangt, daß sie die ersten Keime der Vaterlandsliebe, des Gemeinsinns in die Herzen der Jugend legen, man klagt unter den Fortschrittsleuten über Lauheit, Gleichgültigkeit, Oberflächlichkeit, u. s. w. der großen Mehrheit der heutigen Frauenwelt in diesen ernsten und hochwichtigen Dingen, man verweist auf die Frauen unseres germanischen Alterthums und klagt dagegen die Frauen der Gegenwart an. Aber man vergißt oder will nicht wissen, daß unsere deutschen Vorväter, die hohe Bedeutung der Frauen für das Vaterland und seine Angelegenheiten erkennend, **den Frauen auch eine entsprechend würdige politische Stellung im Rathe der Männer eingeräumt hatten**, während die heutigen deutschen „Fortschrittsmänner" für die Frauen keine höhere Bestimmung kennen, als das Bett und die Speisekammer. Wie unendlich erbärmlich es in dieser Hinsicht in den Köpfen gewisser deutscher Fortschrittsmänner aussieht, dafür hat in diesen Tagen wieder die sogenannte „Volkszeitung" in Berlin eine Probe geliefert, in einem „ein Großhändler" überschriebenen Leitartikel gegen Professor Eckardt (Nr. 104 vom 20. August) worin unter anderem mit (wir müssen ohne Schminke reden) unvergleichlicher Ignoranz, Einfältigkeit und Gemeinheit die Frage des Stimmrechts der Frauen, das heißt der Rückkehr zu der altgermanischen Sitte, in folgender Weise abgethan wird: „. . . . Den Herrn Professor Eckardt wollen wir natürlich nicht weiter stören. Er hat das Universum im Auge; er richtet, wenn wir nicht ganz irren, gegenwärtig seinen Blick noch auf einige Meilen weiter hinaus und löst alle socialen Fragen durch das sehr beachtenswerthe Mittel, auch für die Frauen das allgemeine Stimmrecht zu fordern. Wann die Kinder herankommen, wissen wir noch nicht; aber wir dürfen gewiß sein, daß dann ein Universalhelfer auch nicht ausbleibt, der darthut, wie die sociale Frage erst vollkommen gelöst sein wird, wenn schwangere Frauen das doppelte Stimmrecht genießen." So die Berliner „Volkszeitung". In diesem Styl und Ton haben ohngefähr auch die Sklavenhalter des Südens von Amerika gegen die Emancipation der Neger geschrieben. Und das ist eines der bedeutendsten Organe der deutschen „Fortschrittspartei" und das nennt sich das „Organ für Jedermann im Volke." Wie traurig ist es um ein Volk bestellt, welches mit solcher Geistesspeise genährt wird.

Die Redaktion.

Digitized by Google

verhältnisse schaffen ihr entweder volle Befriedigung ihres Gemüthes oder sie findet in dem Glanze ihrer Umgebung, in dem tausendfältigen Flitter, mit dem das Leben der Reichen umgeben ist, ein Mittel, über die trüben Stunden ihres Daseins hinwegzutändeln und seine Mängel auszufüllen. In den unteren Schichten der Gesellschaft ist es wieder die Noth, die nackte Alltagsnoth, welche alles Sinnen und Denken in Banden hält. Die Sorge um die Existenz, die Pflichten der Gattin, der Mutter, ja oft Hunger, Elend und tausend Sorgen — Alles das dringt ohne Unterbrechung auf die Arme ein. Sie fühlt, wie öde, wie freudlos ihr Dasein ist, aber Millionen neben ihr ertragen das Gleiche. Sie ergibt sich in ihr Schicksal. Sie fühlt zwar den Fluch der Armuth; Gelegenheit aber, um über ihre eigene schiefe Stellung nachzudenken, findet sie nicht, wenn sie auch noch so hart unter dieser besonderen Fessel litte! Oder gehen wir eine Stufe höher. Lebt die Frau in erträglichen Verhältnissen, sieht ihre Kinder gedeihen und freut sich an den Erfolgen ihres Mühens und Schaffens, — so wird ihr die Stunde der Ruhe zu einer Stunde des Genusses, dem der Hauch trüber Betrachtung fern bleibt. Nach beiden Seiten, ja, auf allen Stufen der Gesellschaft, wirken die eigenen persönlichen Verhältnisse, Wünsche und Neigungen auf das weibliche Geschlecht zu sehr ein, als daß es für seine allgemeine Lage einen freien Blick übrig behielte. Das gleiche Loos, von Millionen getragen, — die Gewohnheit eines ganzen Lebens und vieler Jahrhunderte: das gibt die Kraft, sich mit dem Bestehenden abzufinden und die Regungen der Unzufriedenheit und des Unbefriedigtseins zu unterdrücken. — Nur wenige Frauen verbinden auch mit dem Gefühl ihrer unglücklichen und unabhängigen Stellung die rechte Erkenntniß von der Ungerechtigkeit und der Bevormundung, mit der die Gesellschaft sie behandelt. Nur wenige Frauen übersehen die Lage ihres Geschlechts in ihrem vollen Elend, wie dies auch bei den Sclaven, Leibeigenen und den durch Kasten- und Zunftgeist unterdrückten Arbeitern der Fall war — und weil es ebenso wenig Frauen sind, welche die rechte Einsicht in diese sociale Frage besitzen, und weil gegen diese hergebrachte und tiefeingewurzelte Ungerechtigkeit, Bevormundung und Bornirtheit sich nirgends ein Mittel der Abhilfe zeigte, ja, jede dem Spotte verfiel und dem Vorwurf der Unweiblichkeit, wenn sie darüber urtheilte oder gar handeln wollte, und weil auch in Betreff der Frauen-Emancipation wirklich viel [illegible] kam, deswegen tragen die Frauen ihre Gefühle in der Stille, ohne Muth und ohne Hoffnung herum. Allein an diese wenigen Frauen, welche die Nothwendigkeit einer Reform einsehen, knüpft sich unsere Hoffnung. Vereint mit den wenigen Männern, welche den gleichen Bestrebungen huldigen, wird die Wahrheit und das Recht immer mehr zu Tag kommen. Der Tropfen höhlt den Stein. Reif sein ist Alles! Wenn sich einst, wenn auch in noch später Zeit, ein Netz deutscher Frauenvereine in meinem schon vor Jahren hier angeregten und vor einigen Monaten hier und anderwärts auch in Ausführung gebrachten Sinn über unser ganzes Vaterland ausbreitet, — und dies wird geschehen trotz aller Hindernisse und trotz aller Gegner, — so wird die Sache nicht mehr so lächerlich erscheinen, als jetzt*). Man wird später dann gerade so erstaunen über die Vorurtheile der Jetztzeit, wie wir es thun über manche scheinbar ganz unbegreifliche Vorkommnisse der Vergangenheit. Es liegt eben an der geringen Einsicht vieler Menschen, wenn etwas nicht vorwärts geht und am bösen Willen anderer, die sich bei den schlimmeren Zuständen besser befinden. Das höchste Ideal, wozu man sich bis jetzt verstieg, war das, eine tüchtige Gattin und gute Hausfrau zu erziehen. Dies ist aber so wenig richtig, als wenn man sich **nur** die Aufgabe bei den Männern stellte, tüchtige Gatten und gute Hausväter zu bilden. Beides ist nothwendig und von hoher Wichtigkeit, allein der Mensch ist nicht allein für das Haus und die Familie und die Geselligkeit da, sondern sein Ideal steht höher und die rechte Aufgabe der Erziehung für alle Menschen, sowohl für das männliche als weibliche Geschlecht, besteht in „einer allseitig harmonischen Ausbildung seiner Kräfte und Anlagen, um zur höchstmöglichen Stufe sittlicher Freiheit zu gelangen" **). Der rein menschliche Zweck ist also auch bei dem weiblichen Geschlecht ins Auge zu fassen, nicht der einseitige fürs Haus- und Familienwesen. Auch die Frauen sollen dem Staate und dem öffentlichen Leben nicht zu entfernt stehen. Diese Uebel der weiblichen Erziehung werden, wie gesagt, jetzt auch von immer mehr Frauen eingesehen und in den Frauenvereinen sollen die Reformen angebahnt werden. Ein Preßorgan ist für diese Fragen auch gegründet worden in der Allgemeinen Frauenzeitung, die in Leipzig bei Priwer erscheint, und im Oktober soll in dieser Stadt sogar ein Frauencongreß stattfinden. Und daß die Arbeitervereine die Frage der Frauenarbeit auf ihre Tagesordnung setzen, ist auch ein Zeichen, daß man einsieht, daß es besser ist, wenn es weniger arme, müssiggängerische, gar leichtsinnige weibliche Geschöpfe gibt, und welchen großen Einfluß eine Reform auf die religiösen, politischen, sittlichen und socialen Verhältnisse hätte und wenn einige Millionen Frauen selbstbewußt und befähigter für die allgemeine Wohlfahrt mit eingriffen!

Der Werth der Frauen wird durch die rechten Reformen jedenfalls steigen. Ruft doch selbst eine gebildete Frau über die jetzige Nichtachtung der Frauen folgende Worte erzürnt aus *): Sei der Mann noch so gemein, noch so niedrig gesinnt, unwahr und lasterhaft und sei es auch bekannt, daß er seine Jugend im Schmutz der Liederlichkeit verbrachte, er scheut sich nicht, seine Hand nach der Schönsten und Lieblichsten unseres Geschlechts auszustrecken, und so viele Mädchen schaudern nicht davor zurück, die ihrige hineinzulegen, um nur unter die Haube zu kommen! Wann wird jener schöne Glaube zur Wahrheit werden, daß die höchste Gunst des Lebens die Gunst einer edlen Frau sei?" — Antwort: Streben wir darnach, mehr edle Frauen und Männer zu bilden und zu erziehen, aber vorerst suchen wir den alten Wahlspruch, welchen so viele Eltern im Sinne haben, nämlich: wir müssen vor allem suchen, unsere Töchter „„an den Mann"" zu bringen" — in den Wahlspruch umzuwandeln: **„wir wollen vor allem suchen, daß unsere Töchter etwas Tüchtiges arbeiten lernen!"** Ist das nicht besser? — —

Pforzheim, 16. August 1865.

Moritz Müller.

*) Man lese Hinrichs Emancipation der Frauen. (Posen bei Meseritz.)

) Es ist merkwürdig, die edelsten Männer vertheidigten diesen Satz von jeher — „alle Menschen", aber die Frauen schloß man aus. In alten Zeiten hieß es auch „alle Menschen", nur die Barbaren und Sclaven zählte man nicht mit. Unter allen Menschen verstand man nur alle Gleichen, heutzutage verstehen Manche unter allen Menschen nur alle **Männer!!

*) Die Frauen und ihr Beruf, von Louise Büchner.

Berlin, 22. Aug. Die sogenannte Coalitions-Commission ist gestern zusammengetreten und hat heute ihre Berathungen begonnen. Ob die Hoffnung, welche man von mancher Seite auf die Wirksamkeit dieser Commission gesetzt hat, in Erfüllung gehen wird, das wollen wir dahingestellt sein lassen. Uns erscheint die Zusammensetzung nicht so zu sein, daß man auf entschieden günstige Resultate rechnen darf. Wenn in einer solchen Commission ein Mann wie Schulze-Delitzsch, dessen Verdienst um die Hebung der Stellung der Arbeiter Niemand in Abrede stellen wird, fehlt; wenn Prince-Smith, der Vorkämpfer für die Anwendung des in jeder Beziehung richtigen wirthschaftlichen Grundsatzes der vollständigen Durchführung des freien Gewährenlassens nicht eingeladen ist, an den Berathungen Theil zu nehmen; wenn viele Andere, die in gleichem Sinne mit diesen Beiden wirken, und deren Namen gleich den genannten einen guten Klang im Volke haben, fern stehen müssen, wenn es sich um die Lösung von socialen Problemen handelt, so kann man mit Recht von vornherein viel Mißtrauen gegen die Resultate hegen, welche die Frucht der Berathungen sein werden. Oder sollten die wirthschaftlichen Grundsätze, welche die oben genannten Männer und ihre Freunde vertreten, von vornherein als richtig anerkannt worden sein, so daß man in der Commission eine Vertretung derselben gar nicht mehr für nothwendig hielt? Wenn das richtig ist, so scheint es uns, als ob die ganze Commission nicht mehr nöthig gewesen sei. Denn die Lehre, welche diese Männer predigen, gibt eine klare und deutliche Antwort auf alle die Fragen, welche die Commission beantworten soll. Diese Antwort lautet ganz kurz: Aufhebung jeder Beschränkung, welche nur einen Theil der Staatsbürger trifft und vollständig freie Bewegung der Staatsbürger in jeder Beziehung. Wir wollen sehen, ob in den Antworten, welche die Commission auf die vorgelegten Fragen ertheilen wird, dieser Grundsatz in jeder Beziehung wird zur Geltung gebracht sein.

Vermischtes.

Der Hahn und der Regenwurm.

Eine Fabel für die lieben Kleinen.

Die Thiere wollten einmal eine Zusammenkunft halten, um das Reich der Glückseligkeit zu stiften. Jedes wollte das Erste sein. Am meisten Aussicht hierauf hatte der Hahn wegen seiner großen Schritte.

„Guter Hahn" — rief ihm der Regenwurm zu — „nimm mich mit dir und beschütze mich vor meinen Feinden, den Seemöven; ich will dir auch dankbar dafür sein!"

„Wäre es denn nicht zweckmäßiger, daß ich dich verschluckte?" — entgegnete der Hahn nach einiger Ueberlegung. — „Auf diese Weise kämen wir Beide am schnellsten zum Ziel."

Der Regenwurm sah ihn verwundert an und antwortete nichts. „Nur nicht so verdutzt!" — sagte lächelnd der Hahn, der im Grunde ein gutmüthiges Thier war. — „Ich will dir noch einen anderen Vorschlag machen!"

„Laß hören!" — athmete der Regenwurm auf.

„Krümme dich so zusammen" — sagte der Hahn — „daß ich dich bequem vor mir herrollen kann wie einen Faßreifen; auf die Weise kommen wir ebenfalls rasch von der Stelle."

„Vor dir mich krümmen?" — meinte der Regenwurm. — „Das erlauben meine hohen Verwandten nicht. Denn du mußt wissen, daß ich durch meine Gestalt mit der großen Seeschlange verwandt bin."

Dieser nichtswürdige Hochmuth wurmte den Hahn; er ließ sich jedoch nichts merken und schritt verdrießlich neben dem glatten Thiere her, das sich gerade abwand, um über einen Ameisenhügel hinweg zu kommen.

„Hättest du es in meinem Magen nicht weit besser?" — bemerkte ihm der Hahn, ungeduldig die Sporen wetzend. — „Ich würde dir den Sitz und die Stimme eines Spuhlwurms darin einräumen und dir allezeit die mit dem Wurmtitel verbundenen Einkünfte lassen, wenn ich mich nur durch dich stärken könnte."

„Nicht zu eilig!" — rief der Regenwurm erblassend. — „Ehe ich meine Selbstständigkeit mit Füßen treten lasse, will ich mich lieber ein klein wenig krümmen!" — Und bei diesen Worten zog er das Schwanzende ein wenig ein.

„Deine Manöver können weder dir noch mir etwas helfen!" — krähte der Hahn endlich heraus, indem ihm der Kamm schwoll. — „Entweder krümme dich ganz oder laß dich verschlucken!"

„Lieber lasse ich mich von den Krähen zerhacken, als daß ich mich von dir verschlucken lasse!" — kreischte ganz außer sich der Regenwurm, starrhalsig langhin sich ausdehnend. Mein Hahn aber, nicht faul, erwischte ihn am hinteren Ende und fing an, ihn sanft anzuschlucken.

„Um Gotteswillen!" — jammerte da der Wurm, sich kläglich windend. — „Ich will mich ja krümmen, soweit du es nur haben willst!"

„Ist nicht mehr nöthig!" — gurgelte der Hahn und schluckte ihn herunter.

Grundzüge zu einem neuen allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch.

§ 1. Jeder Deutsche hat das Recht eingesperrt zu werden.

§ 2. Jeder Deutsche, der Recht hat, wird eingesperrt.

§ 3. Jeder Deutsche, der eingesperrt wird, hat Recht. (Kladderadatsch.)

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Nr. 140.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 3. September 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Stuttgart. Celle, 17. Stiftungsfest. Chemnitz, Berichtigung. An die Arbeitervereine Sachsens. Erste Landesversammlung der Oldenburger Arbeiterbildungsvereine. Göttingen. Bericht über die Arbeiterfrage (der 7. Versammlung des niedererzgebirgischen Lesebundes, erstattet vom Leseverein Lichtenstein-Callnberg). Bericht über die Wirksamkeit des Handwerkervereins zu Breslau. II. **Politischer Theil:** Schleswig-Holstein mehrumschlungen! **Politische Umschau:** Berlin, Man dankt für Regierungsobst. Wien, Weibliches Vollblut will die Welt vom Verderben retten. Leipzig, Feuerwehrtag. Hamburg, Nordpolfrage. Paris, Manifest von Nancy. London, ein Ehrenkranz auf ein Grab. III. **Socialer Theil:** Die Frauenfrage, Vorschlag von Moritz Müller. Das deutsche Elend in Paris. Pariser Weltausstellung. Londoner Ausstellung. Ueber Consumvereine. Die ersten zwei Sitzungen der preußischen Arbeiter-Commission. — Verschiedene Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt, jetzt, nach eröffnetem Postdebit, nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer von jetzt an immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Stuttgart, 30. Aug. Erst kürzlich aus der Schweiz zurückgekehrt, kam ich zu spät in den Besitz des Flugblattes, in welchem Freund Germann aus Leipzig seine Gedanken über Organisation einer „Allgem. deutschen Arbeitergenossenschaft" mittheilt und dabei auf meinen Namen Bezug nimmt, um früher meine Meinungsäußerung darüber abgeben zu können. Da nun diese Sache in wenigen Tagen Gegenstand der öffentlichen Verhandlungen auf dem hiesigen Vereinstage sein wird, so bitte ich das Urtheil darüber, wie weit jene Gedanken die meinigen seien oder nicht, so lange aufzuschieben, bis der Verlauf und das Resultat jener Verhandlungen veröffentlicht sein werden. Die Zeit vor meiner Abreise von Leipzig, in welcher ich und Germann unsere Gedanken über Statutenänderung austauschten, war zu beschränkt, als daß unsere gegenseitigen Mittheilungen hätten erschöpfend sein können, wenn wir in der Hauptsache auch einverstanden waren. Die Debatten werden diesen und manchen anderen Gegenstand aufklären und zur Reife bringen. Fr. Weithmann.

Celle, 30. August. Sonntag den 10. September feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein 17tes Stiftungsfest, wozu wir alle Bruder-Vereine freundlichst einladen. In der Hoffnung, daß wir mit einem recht zahlreichen Besuche von Nah und Fern beehrt werden, zeichnet mit Brudergruß und Handschlag

im Namen des Fest-Comité's

G. F. Lütze,
Fest-Präsident.

Chemnitz, 29. August. In der Statistik der sächsischen Arbeitervereine heißt es, daß der Arbeiter-Fortbildungs-Verein zu Chemnitz eingegangen sei wegen zu wenig Theilnahme der Arbeiterschaft, und zu wenig Unterstützung von Seiten der Arbeiterfreunde, denen eine höhere Bildung und freiere Zeit Mittel geben, einen solchen Verein zu unterstützen.

Leider ist das Letzte vollständig wahr. Chemnitz ist eine Stadt, in welcher sich Alles um den Handel und die Industrie dreht; daher ist auch hier die Wissenschaft viel zu sehr Dienerin derselben und die Träger dieser finden es theilweise wohl nicht lohnend, ein Treiben zu begünstigen, auf das die Fabrikanten argwöhnisch herabsehen. Von Fortschritts- oder National-Verein ist hier keine Spur, wohl aus demselben Grunde, also auch von da keine Stütze.

Was über die Betheiligung der Arbeiterschaft geschrieben, ist ebenfalls wahr, wenn man die, etwa 50, Mitglieder des Vereins als Ausnahme von der Arbeiterbevölkerung ansehen will. Diese Mitglieder halten aber, Gott Lob! gut zusammen, so daß vorläufig von einem Auflösen des Vereins keine Rede ist. Als sicherster Beweis dient wohl, daß wir unsere, auf dem Inventar und der Bibliothek lastende Schuld von circa 20 Rthlr. innerhalb eines Jahres, bis dato, vollständig getilgt haben, trotzdem, daß wir dieselben Zeitschriften rc. (6 Stück) wie früher, forthielten und sonst keine fühlbaren Einschränkungen eingetreten sind.

Daher ist die Todesnachricht eine verfrühte, deren Widerrufung wir hierdurch bewirken möchten.

Der Arbeiter-Fortbildungs-Verein zu Chemnitz.

Conrad Leupold, erster Vorsteher. August Radius, zweiter Vorsteher.

An die Arbeitervereine Sachsens.

In Ausführung der am 30. Juli d. J. von den Vertretern sächsischer Arbeitervereine in Glauchau gefaßten Beschlüsse, bringen wir Folgendes mit dem freundlichen Ersuchen zur Kenntniß, uns die darauf bezüglichen Antworten recht bald zukommen zu lassen.

I. Reiseprediger betreffend.

Da uns die von befreundeter Seite zur Verfügung gestellten Mittel in die Lage setzen, Anfang October mit der projectirten Aussendung von Reisepredigern zu beginnen, so fordern wir die Vereine auf:

1) den Unterzeichneten ihre Beitrittserklärungen zu diesem Vorhaben möglichst bald zukommen zu lassen,
2) die Einsendung der Beiträge*) bis ultimo September d. J. an Herrn Kuhn jun. in Glauchau zu bewerkstelligen.

Nur die Vereine, welche dieser Aufforderung rechtzeitig genügten, können bei Feststellung der Reihenfolge, in welcher sie mit Vorträgen bedacht werden sollen, Berücksichtigung finden.

II. Die Beschaffung billiger Bücher betreffend.

In Bezug hierauf haben wir zunächst für billige Beschaffung des Conversations-Lexikon von Brockhaus gesorgt, welches pro Lieferung mit dem Ladenpreis von 5 Ngr. verkauft und den Vereinen für 3 Ngr. franco Bestimmungsort geliefert wird.

In weiterer Ausführung dessen wollen die Vereine:

1) durch Auslegung von Listen die Anzahl der gewünschten Exemplare feststellen,
2) ihre Bestellungen an den von uns beauftragten Herrn Hermann Bickhart per Adresse E. Keil in Leipzig einsenden.

III. Die Vereins-Sparkassen betreffend.

Da wir beschlossen, daß für alle Vereine ein Normal-Sparkassenstatut und eine gleichmäßige Buchführung nebst Anleitung zu deren Handhabung beschafft werden soll, wollen die Vereine:

1) das unter A. beigefügte Normalstatut kaufen und uns mittheilen:
   a) ob in ihrem Vereine eine Sparkasse besteht oder gegründet werden soll,
   b) ob sie dem vorliegenden Statut beistimmen,
   c) ob sie von dem Normalstatut und der beabsichtigten Büchereinrichtung Gebrauch machen wollen.

Um baldige und präcise Rückantwort bittend, mit Gruß und Handschlag.

Leipzig, den 27. August 1865.

Bebel. Germann.

*) 1 Ngr. pro Kopf der Mitgliederzahl eines jeden Vereins für das laufende Jahr.

A.

Grundgesetz der Sparkasse
des
A . . . .
zu
B . . . .

§ 1.

Obengenannter Verein gründet für seine Mitglieder und deren Angehörige eine Sparkasse und garantirt für deren rechtmäßige Verwaltung durch sein Vereinsvermögen.

§ 2.

Die Angehörigen der Mitglieder erhalten durch letztere Sparbücher und können nur durch dieselben Ansprüche erheben.

§ 3.

Die Aufnahme zu dieser Kasse erfolgt durch Eintragung in die Register und Aushändigung eines Grundgesetzes, für welches letztere c . . . . Ngr. zu entrichten sind.

§ 4.

Die Theilnehmer d . . . . Zeiten e . . . . Beiträge zahlen, welche jedoch nicht unter einen und nur volle Neugroschen betragen dürfen.

§ 5.

Die Spareinlagen werden an einen näher zu bestimmenden Ort und zu bestimmten Zeiten von einem dazu bestellten Beamten entgegengenommen.

§ 6.

Die Bescheinigung geleisteter Spareinlagen erfolgt in einem dem Grundgesetz angehängten Quittungsbuche.

§ 7.

Die Sparer erhalten f . . . . Zinsen, wobei ausfallende Bruchtheilpfennige nicht ausgezahlt, sondern für Verwaltungsspesen zurückbehalten werden.

§ 8.

Zinsen werden nur berechnet und bezahlt, wenn die Einzahlung die Höhe von g . . . . Thaler erreicht haben und dann nur für jeden vollen Thaler und jeden vollen Kalendermonat.

§ 9.

Die für das abgelaufene Kalenderjahr auf jeden Sparer ausfallenden Zinsen müssen nach Jahresschluß baar erhoben werden *).

§ 10.

Die Quittungsbücher sind am Jahresschlusse und wenn es der Vereinsvorstand verlangt — gegen Recipisse — unweigerlich abzuliefern.

§ 11.

Die Rückzahlung gemachter Spareinlagen erfolgt nach h . . . . Kündigung. Abkürzungen dieser Frist sind dem Vorstand vorbehalten.

§ 12.

Der Vereinsvorstand, welchem die Verwaltung dieser Kasse hierdurch übertragen ist, hat alljährlich Rechnung abzulegen und deren genaue und sachgemäße Prüfung zu veranlassen.

§ 13.

Die Auflösung der Kasse erfolgt durch einen mittelst i . . . . Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß einer Generalversammlung des Vereins, deren Tagesordnung k . . . . Tage vorher öffentlich bekannt gemacht werden muß.

Zur Erläuterung

dieses Normalstatutes sei noch hinzugefügt, daß hier, wie selbstverständlich, nur diejenigen Grundsätze aufgenommen sind, welche bei allen Vereinen unbeschadet des Zweckes der Kasse dieselben sein können und welche sich zur Rechtssicherung des Sparers förmlich eines Dokumentes in deren Händen befinden müssen, wenn das Institut an Vertrauen gewinnen soll.

Alle anderen die lokalen Verhältnisse und die Ausübung der Verwaltung betreffenden Bestimmungen müßten, da sie an jedem Orte andere sein können, hier fortbleiben; können aber in jedem Verein als Geschäftsordnung mittelst Anschlag bekannt gemacht werden.

Im Statut selbst sind auch noch an verschiedenen Stellen Lucken gelassen, deren Ausfüllung sich nach den Vereinsverhältnissen und den von den Vereinen über die fraglichen Punkte gefaßten Beschlüssen richtet. Um auch hierin etwaigen Zweifeln vorzubeugen, sind diese Lücken mit Buchstaben versehen und sollen nachstehend Aufschlüsse über Ausfüllung der betreffenden Stellen gegeben werden.

Zu a. An diese Stelle kommt der Name des Vereins.

*) Es geschieht dies wegen der Rechnungsvereinfachung unbeschadet des Sparens, da Jeder die angerissenen Groschen vollmachen und gleich wieder einlegen kann.

Zu b. An diese Stelle kommt der Name des Ortes, an welchem der Verein domicilirt.

Zu c. Obgleich sich der an diese Stelle zu setzende Kostenbetrag für 1 Sparbuch bei allen Vereinen gleich herausstellt, so soll doch Jedem überlassen bleiben, ob er diese Bücher zu den Herstellungskosten abgeben oder einen Rabatt nehmen will.

Zu d. und e. Da es den Vereinen anheimgegeben bleiben muß, ob sie entweder im I. Falle unregelmäßige Beiträge zu beliebigen Zeiten oder im II. Falle regelmäßige Beiträge zu bestimmten Zeiten als Spareinlagen annehmen wollen, so sind auch hierzu Lucken gelassen, welche in folgender Weise auszufüllen sind *).

Im I. Falle zu d. „können zu beliebigen“,
„ „ „ e. „beliebige“.
Im II. Falle zu d. „müssen zu bestimmten“,
„ „ „ e. „bestimmte“.

Zu f. und g. Da sich der Zinsfuß ebenso wie der niedrigste Geldsatz, von welchem ab die Verzinsung beginnt, nach der Verwerthung des Geldes richten, so sind auch hier Stellen leer gelassen, welche entsprechend ausgefüllt werden können.

Zu h. Auch die Kündigungsfrist muß sich darnach richten, wie man an dem oder jenem Orte mehr oder weniger schnell das Geld flüssig machen kann und muß daher zur Ausfüllung offen bleiben.

Zu i. und k. Gleichfalls sollen die Vereine selbst bestimmen können, mit welcher Stimmenmehrheit sie auflösen wollen und wie lange vorher die Tagesordnung bekannt gemacht wird.

Sobald dieses Normalstatut von einer genügenden Anzahl Vereinen angenommen, werden einige tausend Exemplare gedruckt, für vielleicht 40 Vereine die Büchereinrichtung hergestellt, für jeden Verein eine Anweisung zur Buchführung aufgestellt, der Kostenpreis calculirt und jedem Verein Statuten in Büchereinrichtung billigst überlassen **).

Auch können außersächsische Vereine, welche sich rechtzeitig melden, berücksichtigt werden.

Erste Landesversammlung der Oldenburger Arbeiterbildungsvereine.

Der von dem Oldenburger Arbeiterbildungsverein ausgegangenen Einladung zu einer Landesversammlung sämmtlicher Oldenburger Arbeiterbildungsvereine wurde von den Vereinen in Jever, Varel und Brake Folge gegeben, und so hatten sich denn am vergangenen Sonntag in Varel, als dem vorgeschlagenen Ort der Versammlung, im Ganzen ca. 100 Mitglieder der genannten Vereine eingefunden. Nachdem im Lokale des dortigen Arbeitervereins die Begrüßung und der Zusammentritt der anwesenden Vorstände stattgefunden, und von denselben die Tagesordnung für die Hauptversammlung festgestellt worden, fand diese letztere am Nachmittage im Caffeehause statt. Herr Thorade, Vorsitzer des Oldenburger Vereins, eröffnete die Versammlung mit einer passenden Ansprache, welcher das Thema „Bildung für Alle“ zu Grunde lag. Der Redner wies auf die veränderten Zeitverhältnisse hin, die es nothwendig machten, daß auch dem Arbeiter eine würdige Stellung im socialen Leben angewiesen werde, daß sich derselbe deshalb emporraffen müsse aus der geistigen Beschränktheit, die ihn noch fast aller Orten fessele und binde, weshalb denn auch die Arbeitervereine ihre volle Berechtigung haben, indem es ihre Aufgabe sei, den Arbeiter zu jener berechtigten Stellung fähig und würdig zu machen. Der mit Begeisterung gehaltene Vortrag fand allseitigen Beifall und veranlaßte mehrere Vareler Bürger, sich sofort zur Aufnahme in den dortigen Verein anzumelden. Nach dem eröffnenden Vortrag stellte der Vorsitzende des Jever'schen Vereins folgende Resolution zur Debatte: „Die Arbeitervereine sind keine politischen Vereine. Sie haben zunächst den Zweck, die Fortbildung ihrer Mitglieder zu ermöglichen, vor Allem aber sich mit dem Genossenschaftswesen vertraut zu machen und dessen Resultate praktisch zu verwerthen.“ Nach Begründung der mitgetheilten Resolution und kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung mit der Resolution einverstanden. Es folgten sodann Berichte über die einzelnen vertretenen Vereine, und wurden namentlich die Mittheilungen aus dem Oldenburger und Jever'schen Vereine mit besonderem Interesse verfolgt. Bei Gelegenheit dieser Mittheilungen kamen verschiedene zweckmäßige Einrichtungen als Krankenkassen, Sparkassen zur Sprache. Ein von dem Lehrer Albers gestellter Antrag, die Vereine mögen allwöchentlich einige Stunden festsetzen, in welchen politische Blätter zum Vortrage und zur Erläuterung gebracht werden, wurde von dem Vorsitzenden des Jever'schen Vereins als für die Vereine bedenklich zurückgewiesen, indem diese Einrichtung leicht zu politischen Kannengießereien führen könne, außerdem erklärte Redner diesen Antrag im Hinblick auf die gefaßte Resolution (siehe oben) für unzulässig, worauf der Antrag Albers von dem Präsidenten zurückgewiesen wurde. Schließlich erklärte sich die Versammlung für regelmäßige alljährlich wiederkehrende Zusammenkünfte sämmtlicher oldenburgischer Vereine und wurde als Ort der nächstjährigen Zusammenkunft Brake bestimmt. Nachdem noch eine freundliche Zuschrift des Vareler Turn- und Wehrvereins der Versammlung mitgetheilt worden, wurde diese letztere geschlossen. Die Festtheilnehmer vereinigten sich sodann im Garten und wurde bei Bier und Gesang noch manches heitere und ernste Wort gesprochen. Mit geringen Erwartungen war Berichterstatter nach Varel gekommen, er schied indeß von dort mit voller Befriedigung und in der festen Ueberzeugung, daß die Aufgabe der Arbeitervereine im socialen und volkswirthschaftlichen Leben unserer Nation von nicht geringer Bedeutung, es werden indeß noch Jahre vergehen bis diese Aufgabe allseitig gewürdigt, bis namentlich so mancherlei Vorurtheile überwunden, die gegenwärtig der Entwicklung der gedachten Vereine gewaltige Hemmnisse bereiten.

*) In Leipzig hat sich der I. Fall bewährt.

**) Die vollendeten Arbeiten werden wir im Flugblatt bekannt machen, damit auch andere Vereine das davon brauchen können, was für ihre Verhältnisse paßt.

Göttingen, 17. Aug. In diesen Tagen hat sich ein neuer Arbeiterverein unter dem Namen Arbeiterverein „Vorwärts“ constituirt. Abgesehen von dem allgemeinen Zweck der Arbeitervereine will der neue Verein vorzüglich einen regeren, pünktlicheren und fleißigeren Besuch der Unterrichtsstunden erzielen, als bei ähnlichen Vereinen sonst wohl der Fall ist. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder soll mit größter Strenge verfahren werden. Der neue Verein will vorzugsweise auf ein sittlich gutes Betragen seiner Mitglieder gewissenhaft achten und, um alle Parteiungen zu vermeiden, etwa vorkommende Mißhelligkeiten durch ein Friedensgericht schlichten.

Bericht über die Arbeiterfrage.

„Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“

(Der siebenten Versammlung des niedererzgebirgischen Lesebundes erstattet vom Leseverein Lichtenstein-Callnberg.)

Was muß der Arbeiterstand thun, um sich eine bessere Zukunft zu gründen?

Eine tiefbewegte Periode der Weltgeschichte ist die Gegenwart. Ueberall gewahren wir das Streben nach Reformen. Tausenderlei Verhältnisse und Formeln, die nur in ihrem Alter ihre Würde finden, werden als dem Geiste der Neuzeit nicht entsprechend, erkannt; ebenso viel Entwürfe für Neugestaltung tauchen auf. Während dort die politischen und staatlichen Einrichtungen Anlaß zu Kämpfen geben, bedürfen hier die religiösen oder socialen Verhältnisse einer Veränderung. So wogt ein Kampf für Altes und Neues durch die Welt, und es hat den Anschein, als sei die Gegenwart dazu bestimmt, auf den Trümmern zerstörter Werke der Vergangenheit ein ganz verändertes neues Leben aufzubauen.

Auch wir, die wir heut versammelt sind, können diesem Kampf nicht als müssige Zuschauer fern stehen; denn eine Frage hat dieses Ringen nach besseren Zuständen geboren, deren endgültige Beantwortung tief, unendlich tief, in unser Aller zukünftiges Wohl oder Wehe eingreift, die Frage: „Wie kann sich der Arbeiterstand eine bessere Zukunft gründen?“ oder wie man sie heute kurzweg nennt, die Arbeiterfrage.

Daß diese Frage eine wichtige, bedeutungsvolle ist, ersehen wir daraus, daß nicht nur der größte Theil des Arbeiterstandes, sondern auch eine Achtung gebietende Anzahl anderer, ihr eigentlich ferner stehender Männer der richtigen Lösung derselben ihre Kräfte widmet. Sie ist aber auch eine Frage, die kein Mensch unberücksichtigt lassen darf; denn nur des Arbeiters mühevolle Thätigkeit schafft allen anderen Klassen erst die Mittel zu ihren Zwecken. Auf seinem Wohl ruht das Wohl der Gesammtheit.

In Erkenntniß des Gesagten hielten auch wir es für eine Pflicht, der Aufforderung der letzten Versammlung entsprechend, in Form eines Berichtes der heutigen Versammlung unsere Ansichten über die Arbeiterfrage und die Mittel und Wege zu einer nutzbringenden Lösung vorzulegen.

Wie aber nun ohne gründliche Erkenntniß der Ursache eine nutzbringende Wirkung nicht denkbar ist, so kann auch hier nur dann eine richtige, wahre Ent-

Digitized by Google

scheidung beziehentlich der Arbeiterfrage erfolgen, wenn die Ursachen der Verhältnisse, die den Arbeiter zu Klagen veranlassen, gründlich erkannt und erörtert werden. Gehen wir daher zunächst näher ein auf eine Untersuchung der Verhältnisse, in denen der Arbeiter lebt und wirkt, so werden wir wohl bald die daran haftenden Mängel und die Mittel zur Beseitigung finden.

Allem voran haben wir aber zu fragen: „Wer ist Arbeiter?“ Obgleich der einfache Wortlaut dieser Bezeichnung die Frage beantwortet, so ist diese Beantwortung doch nicht entsprechend für uns, wenn wir im Anschluß an die Arbeiterbewegung uns mit der Lösung der Arbeiterfrage beschäftigen; denn nach jener Bezeichnung sind alle Diejenigen Arbeiter, welche arbeiten, mithin alle Berufsklassen, der höchste Beamtete wie der Gassenlehrer, der Fabrikherr wie sein Tagelöhner. Was aber würde bei solchen Menschen eine Arbeiterbewegung bezwecken wollen, denen das Leben so viel bietet, als sie kaum verbrauchen können, die Noth oder Hunger nur aus Romanen kennen? Oder können Solche zu den Arbeitern gehören, die die ihnen gegebenen Kräfte und Stellungen dazu anwenden, um alle jene widernatürlichen Verhältnisse, wie solche auf den armen Arbeiter drücken, aufrecht zu erhalten, deren ganzes Streben gegen das Interesse des Arbeiters gerichtet ist, indem sie starr und fest an allen den Einrichtungen festhalten, die einer Besserung der Arbeiterlage hemmend im Wege stehen. Die Arbeiterbewegung ist ja nur ein Kampf gegen veraltete und naturwidrige Einrichtungen, die ebensowohl politischer, als auch kirchlicher und socialer Natur, den Aufschwung der Industrie hindern und dadurch das richtige Verhältniß der Zunahme zwischen Arbeit und Arbeitskräften stören, die aber auch dem Weltverkehr soviel seiner Mittel entziehen, als er nicht entbehren kann, wodurch wieder Mangel an Arbeit und Minderung des Verdienstes für den Arbeiter entsteht. Nun, Genossen, jedes Blatt in der Geschichte der Neuzeit lehrt uns deutlich, daß alle jene Mißverhältnisse, wie sie uns die Vergangenheit überlieferte, nicht selbst sich halten, sondern daß nur ihre Vertheidigung von gewissen Classen der Menschheit geführt wird, und diese können wir doch nicht zum Arbeiterstande zählen.

Andere Klassen jener Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes leiden zwar auch unter jenen Verhältnissen, und deren Beseitigung wird auch für sie von wohlthätigem Einfluß sein. Da jedoch der selbstständige Betrieb eines Geschäftes noch viele Wege und Mittel zu einer Verbesserung ihrer Lage bietet, die der Lohnarbeiter nicht betreten kann, so müssen jenen ganz andere Maßnahmen zur Hebung dienen. Wie häufig entschädigt sich der Fabrikant für Nachtheile, die ihm Arbeitsstockung oder Concurrenz bringen, an den Löhnen der Arbeiter, während diese eine Wendung zum Besseren nur bei plötzlich eintretendem Mangel an Arbeitskräften und auch dann nur in möglichst geringem Maße gewahr werden. Die unverkennbarsten Beweise für Letzteres finden wir bei unseren Webern, deren Löhne, trotz aller flotten Geschäftsperioden, immer mehr gesunken sind, während das zu fertigende Quantum ein größeres wurde. Während der Fabrikant und Geschäftstreibende Capital, Credit, Erfindungen, vortheilhaften Einkauf der Rohstoffe und Verkauf seiner Erzeugnisse, in Eröffnung neuer Absatzquellen Mittel zu seiner Hebung findet, hat der Arbeiter nur in höherem Lohn eine Beseitigung seiner Leiden zu erwarten. Diesen zu erreichen hat sich ja die Arbeiterbewegung zum Ziele gesetzt, indem sie uns die Produktiv-Genossenschaften empfiehlt, während sie in den Verbrauchs-Genossenschaften dem Arbeiter als Verbrauchendem Ersparnisse gewähren will.

Ein Streben Aller, die der weiteste Sinn des Wortes Arbeiter nennt, nach einer Verbesserung ihrer Lage kann nicht nur eine Arbeiterbewegung wie die jetzige sein, sie ist das Drängen nach Vorwärts, das von Anbeginn der Welt und noch heute die gesammte Menschheit bewegt. Unsere Arbeiterbewegung ist nur ein Theil jenes großen Ganzen, gleichwie es jede politische oder religiöse Bewegung war und ist. Ihr Dasein kann nur einer Classe der Menschheit unmittelbar dienen, der Klasse der Arbeiter im engsten Sinne des Wortes, derjenigen, die für Lohn arbeiten.

Werthe Genossen, haben wir auch Ihre Aufmerksamkeit schon viel in Anspruch genommen, nur um Erkenntniß darüber zu erlangen, mit wem sich die Arbeiterfrage beschäftigt, so dürfte es doch von besonderer Wichtigkeit sein, darüber vollständig Klarheit zu erlangen; denn nach dieser läßt sich erst ein Maßstab an Ursache und Wirkung legen.

Zu fragen oder zu erwägen, ob denn eine Arbeiterbewegung nöthig sei, wäre wohl mehr als Theorie, da nur ein einziger Blick in die Verhältnisse zur Genüge zeigt, daß Vieles nicht so ist, als es nach Maßgabe der Ordnung der Natur sein könnte. Die Lage mancher Arbeiter ist eine traurige. Wohl versuchen es Manche, Schwarzes weiß zu waschen, indem sie an die Lage des Arbeiters in früherer Zeit erinnern, die in mancher Beziehung eine weit schlimmere sein mochte. Dabei vergessen sie aber zu erwähnen, daß heute die Anforderungen weit höhere sind, die man an die Bildung und Geschicklichkeit des Arbeiters, die das Leben an den Mann als Mitglied der Gesellschaft und des Staates, als Familienvater macht, vergessen aber auch zu erwähnen, daß heute die Verhältnisse der gesammten Menschheit andere sind, als vor Jahrhunderten. Nicht der Vergleich der Lage einer Klasse gegen frühere Zeit ohne Rücksicht auf die anderen Klassen, sondern nur der Vergleich der Lage einer Klasse mit der anderen in der Gegenwart ist der Maßstab, mit dem sich die Verhältnisse bemessen lassen. Und gerade dieser Maßstab zeigt uns, daß die jetzige Arbeiterbewegung eine nothwendige Erscheinung ist.

Wenn wir uns nun über die Mittel und Wege belehren wollen, so müssen wir zuvörderst ergründen: Wo fehlt es dem Arbeiter und woher kommt es, daß er nicht hat, was ihm gebührt?

Lassen Sie uns zu diesem Behufe einen Blick in das Leben und Treiben einer Arbeiterfamilie thun, wie wir sie in nächster Nähe zu Tausenden haben.

Unter den armseligsten Verhältnissen beginnt das Kind des Arbeiters seine Lebensreise. Seine Pflege ist eine solche, wie sie nur eben der bitterste Mangel gestattet. Vater und Mutter haben nicht die nöthige Zeit, dem Kinde die gebührende Erziehung zu Theil werden zu lassen. Die Erwerbung des täglichen Brodes, oftmals nur im wahren Sinne des Wortes, nimmt alle ihre Zeit und Kräfte in Anspruch. Nachdem das Kind die ersten Jahre, in denen eine sorgfältige Pflege den sichersten Grund zu geistigem und körperlichem Gedeihen legen sollte, sich selbst überlassen durchlebt, betritt es die Schule, aber welche? Was kann ihm eine Schule bieten, deren Leitung in den Händen einer frömmelnden, rückwärtsschiebenden Geistlichkeit ruht? Bibelsprüche, Liederverse und kirchliche Formeln in Uebermaß, nicht aber das Maß von Elementarkenntnissen, welches der Mensch im Leben braucht. Zum Manne, zum deutschen Manne darf die Schule ihn nicht bilden. Sie erkennt in ihm nicht den zukünftigen Mann, nein, nur das Kind. Und dabei bleibt ihm nicht die Zeit, nach beendigter Schule das Gelernte richtig einzuprägen, es muß schon mit zur Erhaltung der Familie beitragen. Glücklich darf sich aber noch das Kind schätzen, das die Volksschule besuchen kann, während viele andere von frühester Jugend an die Eltern beständig in der Arbeit unterstützen oder gar in der Fabrik arbeiten müssen, um nur einen Beitrag zur kümmerlichen Ernährung der Familie leisten zu können. Wenn sie nun ihr Tagewerk verlassen haben, so ist die Armen- oder Fabrikschule ihr Bildungsmittel. Was ein Kind, dessen Kräfte die Arbeit forderte, mit ermattetem Körper und Geist in einer Schule lernen kann, die sich, bei der kurzen Schulzeit nur auf das Unentbehrlichste beschränken kann, brauchen wir nicht erst anzudeuten. Um nur einige Artikel um eine Kleinigkeit billiger fabriciren zu können, mußte man dazu greifen, dem armen Kinde noch die Erlangung seines einzigen, seines schönsten Vermögens, seiner Bildung zu erschweren oder gar unmöglich zu machen! Der großartige Aufschwung der Industrie einerseits und anderseits die Armen- und Fabrikschulen, welch gräßlicher Abstand! Doch, Genossen, wenden wir uns von diesem wunden Flecke unserer socialen Zustände, begleiten wir den Arbeiter weiter auf seiner dornenvollen Bahn durchs Leben. Der Schule entlassen, tritt er, um sich für seinen zukünftigen Beruf vorzubereiten, in die Lehre, die für Manchen eine zweckentsprechende sein mag. Leider sind dies nur Ausnahmen. In den bei Weitem meisten Fällen hält man Lehrlinge, um den Lohn für Arbeiter, Küchen- und Kindermädchen zu ersparen. Ist ein Lehrling nicht mit ganz besonderen geistigen Gaben ausgerüstet, so fühlt er keine Veranlassung, mehr zu lernen, als nöthig ist, um Prügel und Grobheiten zu vermeiden. Die Behandlung, die ihm zu Theil wird, ermuntert ihn nicht zu Mehrerem. Zu seiner geistigen Veredlung wird ihm selten gerne Zeit gestattet, noch weniger wird er dazu aufgefordert. Warum, muß man hier unwillkürlich fragen, kann sich die Welt nicht von jenem ganz zweckwidrigen Grundsatz trennen, nach welchem der Lernende nicht der zukünftige Arbeiter, sondern der dumme Junge ist? Und dann klagt man noch, wenn der Lehrling nicht allen Erwartungen entspricht, oder wenn er gar einmal sein Recht vertheidigt. Gewiß am leichtesten würde all diesen Uebeln vorgebeugt, wenn man den Lernenden als Arbeiter betrachtet und ihn nach seinen Fähigkeiten belohnt.

Er würde gewiß mit weit mehr Lust seiner schnellsten Ausbildung nachtrachten. Ist es wohl bei den derzeitigen Einrichtungen, die jedoch schon vielseitig in Folge der Zunahme der Industrie beseitigt sind, ein Wunder, daß so viele Arbeiter ihre Zeit und Aufgabe nicht verstehen? Noch gibt es sehr viele, die ohne Rücksicht auf ihre Zukunft, die ihnen verbleibende freie Zeit nicht zu ihrer geistigen Veredlung verwenden, sondern nur dem Vergnügen nachgehen, auf das gewöhnlich nur leerer Beutel und schwerer Kopf folgt. Indem sie mit Gleichgültigkeit die geistige Nahrung von sich weisen, die ihnen Vereinigungen besser gesinnter Genossen oder menschenfreundliche Männer bieten, zeigen sie, daß es ihnen unbekannt ist, wie nur der gebildete und geschickte Arbeiter höhere Ansprüche an das Leben machen kann.

Wie uns, so werden auch Ihnen Jünglinge und Männer vorgekommen sein, die eine Entwürdigung darin fanden, dem Schulbuben gleich, ihre Zeit zum Lernen zu verwenden. Und wahrlich die Zahl derselben übertrifft jene der Vorwärtsstrebenden weit. Die Wahrnehmung eines solchen Stumpfsinns muß das Herz des Menschenfreundes mit tiefster Wehmuth erfüllen, und doch darf man, damit das Urtheil nicht zu hart werde, nicht vergessen, wie das Leben und die Verhältnisse des Arbeiters ihn ohne Aufmunterung dazu ließen.

So ohne die nöthige Vorbereitung auf des Lebens Ernst und Erfordernisse gründet er sich seinen eigenen Heerd, mit dem auch zugleich Noth und Sorgen als immerbleibende Begleiter eintreten. Wie er, beginnen auch seine Kinder die Lebensreise. Noch preist sich der Arbeiter glücklich, wenn ihm sein kärglicher Erwerb bleibt. Tritt aber Arbeitsmangel ein, versiegt seine Erwerbsquelle ganz oder theilweise, dann steigert sich die Noth zum bittersten Mangel. Der Hunger zieht in seine engen Räume ein, und verzehrt seine wenigen Kräfte vollends. Ihm folgen Krankheiten, wie sie so häufig die Reihen der Arbeiter lichten, und findet sich auch wieder Arbeit, so ist doch der körperliche und geistige Ruin Thatsache.

Wird aber der Arbeiter alt und zur Arbeit untauglich, so ist nicht der, für den er seine Kräfte verbrauchte, zu seiner Unterstützung verpflichtet, nein, Bettelbrod ist die Hinterlassenschaft seiner lebenslänglichen Mühen und Plagen, oder der Staat sorgt mit Prügeln für ihn. Im Almosensarge macht er seine letzte Reise!

Dies das Bild, welches uns das Leben des Arbeiters, der ein besseres Loos verdient hätte, im Einzelnen gewährt, wahrhaft erschreckend aber ist ein Blick auf das Leben im Allgemeinen. Jede Statistik lehrt uns, wie sehr Hunger und Kummer die Zahl der Arbeiter verringert. (Schluß folgt.)

Bericht über die Wirksamkeit des Handwerkervereins zu Breslau seit der Gründung am 16. Oktober 1859 bis zum 31. Oktober 1864.

Die Zahl der Mitglieder des Vereins ist in den Jahren 1860 bis 1864 von 792 auf 1208 Namen gestiegen.

Durchschnittlich bildeten die eigentlichen Handwerker und Arbeiter immer etwa 80 Procent der Gesammtzahl der Mitglieder.

Seite 10 heißt es im Bericht: „Die Absichten der Gründer des Vereins zielten allerdings darauf, zunächst unter den Mitgliedern des Handwerkerstandes den Segen wissenschaftlicher und geselliger Bildung zu verbreiten; wir konnten uns aber — dies fortwährend als Hauptzweck im Auge behaltend — doch der Ueberzeugung nicht verschließen, wie durch Heranziehung von Mitgliedern anderer Berufszweige der Verein nicht nur an geistigen Kräften und innerer Rührigkeit gewinnen müsse, sondern durch persönliche Annäherung mannichfaltiger Berufsstände auch ein vortreffliches Mittel zur Ausgleichung hier und da etwa noch vorhandener gesellschaftlicher Vorurtheile, zur Förderung geselliger Bildung und gegenseitiger Achtung unter den verschiedenen Volksklassen gefunden werden könne. Der Erfolg hat uns nicht getäuscht. Unser Verein ist überall seiner Bestimmung als neutrales Gebiet für die verschiedensten Ansichten treu geblieben. Wo sich zum Zwecke des Gedankenaustausches, der Belehrung und Berichtigung entgegengesetzte Ansichten geltend machten, ist stets mit taktvoller Schonung verfahren und jener krankhaften Reizbarkeit, die sich schon bei der bloßen Erwähnung geschichtlicher Thatsachen oder Streitfragen verletzt fühlt, nirgend Spielraum gegeben worden. Der Vereinsfreund, der unsere Lehrstunden, Vortragsabende und geselligen Zusammenkünfte besucht, die, sich gegenseitig ergänzend,

den Sinn für das Schöne und Wahre zu beleben bestimmt sind, wird ein erfreuliches Bild des einmüthigen Zusammenwirkens von Männern aus allen bürgerlichen Kreisen vor seinen Augen aufgerollt finden."

Die Geschäfte des Vereins werden bearbeitet und vorbereitet durch 6 ständige Kommissionen, in welche sich die Mitglieder des Vorstands vertheilen. Es gibt nämlich eine Unterrichts-, Bibliothek-, Control-, Kassen-, Inventarien- und Vergnügungs-Kommission.

S. 14: Politische Debatten konnten selbstredend bei uns keine Stätte finden. An die Stelle wichtiger politischer Gedenktage mußten entsprechende Vorträge treten, in denen die Mitglieder in völlig parteiloser Weise über die Bedeutung der ersteren belehrt wurden.

S. 15: Es wurden bisher 404 Vorträge und Vorlesungen gehalten, nämlich 15 über Fragen der Erziehung und Sittenlehre, 158 aus den Gebieten der Naturwissenschaften, 13 betrafen Erdkunde und Reisen, 52 die Geschichte oder Lebensbeschreibungen, 32 die Kulturgeschichte, 42 behandelten Literatur und Kunst, 45 waren Gegenständen aus der Volkswirthschaftslehre, 35 der Gewerbekunde und 12 der Rechtskunde bestimmt.

S. 16: In hohem Grade anregend und oft erheiternd wirkte der **Fragekasten**. Tausende von beantworteten Fragen über alles Mögliche und Unmögliche zeugen von der Wißbegierde — wir dürfen wohl sagen, auch manchmal von der Neugierde — unserer lieben Mitglieder, wie von der Unermüdlichkeit unserer lehrenden Kräfte.

Der Begründer unserer gegenwärtig 600 Nummern zählenden **Bibliothek** ist Herr **Th. Oelsner**. Außerdem besitzt der Verein eine kleine Mineraliensammlung von 100 Nummern.

Der Besuch unserer Lehrstunden ist leider kein befriedigender. Zumeist wird Unterricht in fremden Sprachen verlangt, obgleich in den Gegenständen des Elementar-Unterrichts und in der Ausbildung der Muttersprache von Vielen noch Vieles nachzuholen wäre. Einzelne Kurse mußten wegen absterbender Betheiligung während der Sommermonate geschlossen und auf den Winter vertagt werden.

Politischer Theil.

Schleswig-Holstein mehr umschlungen!

‖ Das Maaß der despotischen Frevel, der deutschen Leiden und vor Allem der deutschen Schmach lief noch immer nicht über; unsere maßlose Geduld und unmäßige Bedientenhaftigkeit konnte noch mehr ertragen. Da schüttelte Pandora ihre Büchse und heraus fuhr die Gasteiner „Abmachung". Duldet nicht, daß der Greuel je einen andern Namen bekomme!

Oesterreich und Preußen machen darin ihren Hader ab, der jetzt schon hundert Jahre alt ist, und der erst mit den bekannten beiden Schwänzen endigen wird; sie machen die Vergewaltigung deutschen Bundesgebietes ab, sie machen und thun ab die Million schleswig-holsteinischer Bürger, als wenn diese Menschenvieh, amerikanische Nigger wären; sie machen und thun ab die Ansprüche Deutschlands, die Erbrechte der Fürsten wie das Wahlrecht der Völker. Und bei Lichte betrachtet, macht und thut sich Oesterreich selbst ab, es macht sich ab aus Deutschland, es läßt sich mit einem Trinkgelde vor die Thüre setzen. Herr v. Bismarck kann mit uns Uebrigen jetzt anfangen, was er will, Oesterreich wird sich nicht mehr rühren, und wir stehen ganz der Politique d'ivrogne gegenüber, wie der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Politik des Berliner Cabinets genannt hat.

Die Wiener Blätter, welche lauter Mißmuth und Unwillen athmen, haben Recht, und die Berliner Blätter, welche die Abmachung recht gern discutiren wollen, haben auch Recht. Die Wiener verheimlichen sich nicht die Schande des „Oesterreich, an Ehren und an Siegen reich"; die Berliner hüten sich, in den österreichischen Wunden zu wühlen, damit nicht in der zwölften Stunde Verzweiflung die Gedemüthigten ergreife und die große Abmachung noch vor ihrem Ende ins Stocken gerathe.

Denn Folgendes ist abgemacht und Folgendes soll abemacht werden: Der Wiener Frieden vom 30. Okt. 1864 ist von Oesterreich bis dahin **nicht** wörtlich genommen worden; Oesterreich hatte sich noch geschämt, die von Christian IX. abgetretenen Eigenthumsrechte auf die drei Herzogthümer im Sinne des **Privatrechtes zu verstehen**; Oesterreich hatte vielmehr bis 14. August gethan, als ob die beiden Vormächte lediglich ein **Verfügungsrecht** über Schleswig-Holstein und Lauenburg bekommen hätten, gerade wie Napoleon III. zu Villafranca ein Verfügungsrecht über die Lombardei erhielt, die er sofort an den König Victor Emanuel abtrat. Herr von Bismarck aber und seine Kronjuristen nahmen die Uebertragung wörtlich und waren der An- und Absicht, die Elbherzogthümer wie eine neu entdeckte Insel zu behandeln, die man durch Aufsteckung eines Fahnenstocks zum **Eigenthum** des Entdeckers erklärt, gleichsam als gäbe es weder fürstliche Erbfolge-Ansprüche, noch ein Selbstbestimmungsrecht des Volkes, noch deutsche Bundesrechte, noch die Verträge von 1815.

Am 14. August hat Graf Blome zu Gastein dem Herrn von Bismarck **zugegeben**, daß Schleswig-Holstein-Lauenburg die **Schaafheerde** sei, über die man sich abfinden könne, und am 20. August haben zwei Monarchen, deren Besitz einzig auf der **Legitimität**, auf dem historischen und pergamentenen Rechte beruht, erklärt, es gebe keine Geschichte, kein Herkommen und keine Pergamente mehr; man nehme, was man bekommen könne, und, wenn zwei solcher Rechtsverderber vorhanden seien, so fänden sie sich mit klingender Münze ab!

Diesen Grundsatz auf einmal, in seiner ganzen Ausdehnung anzuwenden, hielt man nicht für gerathen, nicht aus Angst vor Deutschland, sondern aus Rücksicht auf die europäischen Mächte, sintemal ja Schleswig **nicht** deutsches Bundesland ist. Man probirte daher das neue Staats- und Völkerrecht an **Lauenburg**, welches Preußen zugetheilt ward, wogegen Oesterreich 1,880,000 Thlr. einstrich. Europa mag sich einstweilen daran gewöhnen, daß Quadratmeilen und Seelen ge- und verkauft werden; Deutschland mag sich darein finden, daß Preußen und Oesterreich das Bundesrecht mit Füßen treten. Kommt Zeit, kommt Rath. Einstweilen erkennt Oesterreich die preußische Flottenstation zu Kiel, sammt der Armirung von Friedrichsort an; einstweilen bleibt Preußen in Rendsburg, der Festung; einstweilen ist die Aufnahme Schleswig-Holsteins in den Zollverein gestattet, die Grabung des Nord-Ostsee-Kanals und dessen Beaufsichtigung durch Preußen zugegeben.

Damit aber dem Vetter Michel die Pille verzuckert und Sand in die Augen gestreut werde, heißt es: Der Kieler Hafen wird „Bundeshafen" für die **künftige** „Bundesflotte"; Rendsburg wird „Bundesfestung" und Oesterreich bleibt in Holstein, während Preußen Schleswig besetzt. Wer jetzt Lust hat, sich etwas weiß machen zu lassen, der ist höflichst dazu eingeladen!

In der That aber bleibt Preußen auf dem kritischen außerdeutschen Boden **Schleswigs** stehen, wo es durch Abtretung der dänisch redenden Grenzen Frankreich, Rußland, England und Dänemark das Maul stopfen kann. In der That hat es diejenigen Punkte in Holstein erreicht, die es gewollt hat; ja sogar seine Beamten bleiben im Lande, und wenn diese Beamten der „Nebenregierung in Kiel" zu Leibe gehen, so wird der österreichische Militärcommandant artig genug sein, keinen Lärm zu machen. In der That ist Holstein in strategischer und commercieller Beziehung schon jetzt mit gebundenen Armen an Preußen **überliefert**, und das heillige Amt, Ruhe und Polizeistunde zu gebieten, ist den Preußen abgenommen und den Oesterreichern übertragen!

Die Abfindungssumme allein steht noch nicht fest, Oesterreichs finanzielle Noth wird diesen Punkt noch zu besorgen haben, und Herr von Bismarck, der mit den Geldern Preußens umgeht, wie Napoleon III. mit den Schätzen Frankreichs, ist sicher, im rechten Augenblicke 14—15 Millionen flüssig zu machen und Oesterreich abzuspeisen. Schleswig-Holstein ist **mehr** und **mehr** umschlungen, der Herzog Friedrich darf sich nur noch als „Privatmann" rühren; die Preß- und Vereinsfreiheit pfeift auf dem letzten Loche, und im 19. Jahrhundert wird ein ganzer Volksstamm am hellen lichten Tage erwürgt.

Die preußische Verfassung, wie man das zerrissene „Stück Papier" nennt, das „sich zwischen Mich und Mein Volk gedrängt hat, die preußische Verfassung gebietet, daß „die Grenzen des Staates nur durch ein **Gesetz** verändert werden können". Folglich müssen die Kammern den Ankauf Lauenburgs genehmigen. Wenn aber die Kammer der Abgeordneten wirklich die Abmachung von Gastein verwerfen sollte, ei, so erklärt Herr v. Bismarck, es bleibe vorläufig beim Status quo, es sei aber in der Verfassung eine „Lücke", da man den Fall nicht vorgesehen habe, wenn das preußische Volk sich absolut **nicht** vergrößern wolle! Und wenn die Kammer erklärt, ohne Einwilligung der Kammer könne der König „nicht zugleich Herrscher **fremder Reiche**" sein, so lächelt Herr v. Bismarck: Lauenburg sei ja gar kein „Reich", sondern eine kleine Domäne! Auch der Fall einer zu erwerbenden Domäne sei „nicht vorgesehen" — neue „Lücke" in der Verfassung!

Schleswig-Holstein, das Bundesrecht, Deutschland sind **mehr** und **mehr** umschlungen, und kein Mensch rührt sich zum Proteste, zur mannhaften, öffentlichen, lauten Verdammung solcher Abmacherei. Der Nationalverein ist von der Bühne verschwunden, der 36er-Ausschuß hüllt sich in tiefes Schweigen, keine Volksversammlung wird berufen, die Preußen selbst nehmen ihre neue Glorie mit tiefer Resignation hin. Noch niemals hat das deutsche Volk so erbärmlich, so „niederträchtig" dagestanden, noch niemals hat ihm der Untergang so nahe gedroht. Und von einem Napoleon vernichtet zu werden, war noch hohe Ehre, wenn man die Burschen ins Auge faßt, die jetzt dem Thiere der Wüste Fußtritte zu geben wagen!

Politische Umschau.

Berlin, 24. Aug. Die von der Regierung niedergesetzte Commission über die Arbeiterfrage hat die Aufhebung der Beschränkungen des Coalitionsrechts verworfen. Inzwischen hat der Berliner Arbeiterverein sich dahin erklärt: daß er die Commission als eine Vertretung der Arbeiterklassen nicht ansehe, sondern hiefür einzig und allein die Volksvertretung wolle gelten lassen. Die Arbeiter verlangten keine Einmischung der Regierung. Nur, was auch die Volksvertretung bereits forderte, die Vereinbarung eines Genossenschaftsgesetzes zwischen der Regierung und dem Landtag, welches den Genossenschaften corporative Rechte einräumte, wäre alles was seitens der Regierung für die Arbeiter zu leisten sei. Eine diesfällige Resolution zu erlassen, hat der Arbeiterverein für unnöthig erachtet. Auch der Genossenschaftstag zu Stettin, an dem sich etliche und siebenzig Genossenschaften, darunter auch solche aus dem Süden Deutschlands, betheiligten, hat einen gleichen Beschluß gefaßt.

Wien. Eine Anzahl adeliger Damen Oesterreichs und Deutschlands — Vollblut prima sorte — haben einen Aufruf zur Gründung einer katholischen Universität unterzeichnet. Eine Stelle des wunderlichen Schriftstücks lautet: „Im Allgemeinen, das ist ja eben die bittere Klage, die schwere Sorge, ist der Geist, der auf den Universitäten herrscht, kein christlicher. Und wie kann es anders sein, wenn die Lehrämter

vom Staat besetzt werden, der nach der neuen Lehre religionslos, also unchristlich sein soll. Geht aus dem Staatsexamen hervor, daß Jemand das Schablonenwissen besitze, welches der Staat für dies und das öffentliche Lehramt fordert, so sei er Jude oder Heide — dennoch wird er tüchtig befunden, an einer Universität für christliche Jünglinge zu wirken. Ja er wird nicht selten demjenigen Lehrer vorgezogen, der fest an das katholische Dogma glaubt; denn wo man es für eine höhere Stufe der menschlichen Entwicklung hält und einen glänzenden Fortschritt darin sieht, anstatt christlich — unchristlich zu sein, da muß man selbstverständlich dem unchristlichen Lehrer den Vorzug geben. Diese jammervolle, verderbliche Richtung macht sich überall mehr und mehr geltend und hat sich noch lange nicht bis zu ihren letzten Consequenzen entwickelt. Aber schon jetzt ist die Unchristlichkeit ein Miasma (ansteckender Stoff), das unter der studirenden Jugend — weil unter ihren Lehrern — grassirt. Unter solchen Einflüssen bildet man den Menschen nicht. Eine Masse von Geschöpfen — ja! aber Menschen? — nein, Menschen mit hohen Idealen von ihrer Bestimmung — Menschen mit großen Ideen über Wahrheit, Tugend und Pflicht — Menschen mit festen Grundsätzen, mit unerschütterlicher Gewissenhaftigkeit, voll unüberwindlicher Willenskraft und moralischem Muth — mit einem Wort: wie ihn das Christenthum verlangt und erzieht — o nein! die bildet man dort nicht. Die unerhörte Charakterlosigkeit der Masse der Männer in unseren Tagen hat eben dort ihren Ursprung." — So das Schriftstück, für dessen Aechtheit diejenigen Zeitungen bürgen mögen, die es zuerst in die Oeffentlichkeit gebracht haben. Mißtrauische Naturen könnten leicht auf den Gedanken kommen, das Schriftstück, diese Encyclica im Unterrock sei gefälscht und die Erfindung eines lustigen Kopfes. Aecht oder nicht ächt, gleichviel, dies hochadelige zweite Geschlecht hat sich um die Kleinigkeit von einigen Jahrhunderten in der Zeit versehen. Auch müssen diese hohen Herrschaften sich niemals mit Geschichte befaßt haben; sonst würden hochdieselben wissen, daß gerade die gläubigsten Zeiten die finstersten und sittlich faulsten gewesen sind, und daß die Summe des Lichts und des Fortschritts, dessen die Menschheit sich erfreut, nicht dem Glauben zu verdanken ist, sondern dem Unglauben d. h. dem Forschungsgeiste. — Der Verein führt den Namen der heiligen Catharina von Alexandrien und stellt sich unter den besondern Schutz dieser heiligen Patronin der Gelehrten, sowie des heiligen Thomas von Aquin, des großen Kirchenlehrers. Die Mitglieder des Vereins zerfallen in zwei Klassen: Einfaches Mitglied ist jeder katholische Christ, der täglich ein Ave Maria mit dem Ausrufe betet: Heilige Katharine und heiliger Thomas bittet für uns! — und der natürlich außerdem noch 5 Sgr. zahlt. Thätige Mitglieder sind nur katholische Frauen und Jungfrauen, die nebst jenen beiden Verpflichtungen auch die dritte übernehmen, nämlich neue Mitglieder zu werben.

Der jüngst in **Leipzig** versammelt gewesene Feuerwehrtag mag immerhin ein hocherfreuliches Zeichen der Zeit genannt werden. Achtung und Ehre dem mannhaften Streben deutscher Jugend, deren erhabener Gemeinsinn nicht allein für Rettung von Menschenleben, sondern auch für Hab und Gut der Betroffenen Leben und Gesundheit einsetzt. In der geschmackvollen Ausstellungshalle erblickte man eine seltene Auswahl von Steigergeräthschaften, sowie ein reiches Musterlager Spritzen, von der kleinen tragbaren Eimerspritze an bis zur vierräderigen Wagenspritze. Neue Rettungsgeräthe waren: ein „Rauchapparat zum Eindringen in Räume, in denen Rauch oder Gase durch ihre Wirkung auf Lunge und Auge den Aufenthalt ohne Apparat unmöglich machen;" derselbe bestand aus einem mittelhohen Filzhut mit einer schwarzen Tuchlappe nach vorn, in welcher runde Augengläser und eine mit Netzwerk ausgefüllte Mundöffnung zur Aufnahme eines mit Essig getränkten Schwamms angebracht waren. Ferner ein „Rettungsschlauch" von 50 Fuß Länge, ebenso zweckmäßig an den der Abnutzung besonders ausgesetzten Stellen verstärkt, aber mit einer leicht anzubringenden und sichern Befestigung am Fenster mittelst einer Eingangsöffnung aus starkem Holzwerk versehen. Beigaben zu der Ausstellung und dem Feste bildeten die Prüfungen der längst bewährten Bucher'schen Löschdosen (welche in geschlossenen Räumen brennendes Holz, Petroleum, Terpentinöl, Spiritus mit gleicher Sicherheit und Schnelligkeit löschen), sowie die Prüfung eines Kästner'schen Geldschranks, der im Brand eines Scheiterhaufens von sechs Klaftern Holz seinen Inhalt unbeschädigt und ungebräunt bewahrte.

Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Am 26. d. M. wird von **Hamburg** aus eine Rekognoscirungs-Expedition nach dem Nordpol abfahren. Zunächst ist diese Expedition ein opferwilliges Privatunternehmen des Herrn Reinhold Werner, königl. preußischen Korvetten-Kapitäns, und es steht zu hoffen, daß deutsche Städte und Staaten an diesem Nationalunternehmen sich mit Geld betheiligen werden, um so den Kapitän Werner in Bestrebungen zu unterstützen, die der Ehre der deutschen Nation und dem Aufblühen ihres Handels zugut kommen werden. Hamburg ist in dieser Hinsicht mit einem guten Beispiel vorangegangen und hat von Staats wegen 2000 Mark beigetragen; Bremen hat durch Privatsubscription 2200 Thlr. zugeschossen. Der Zweck der Expedition ist ein sehr wichtiger, namentlich in Betreff der für nächstes Jahr beabsichtigten eigentlichen Expedition, welche Dr. Petermann in großem Style zur Erforschung der Polargegend in's Werk zu setzen gedenkt. Jetzt sollen zuvörderst die bereits nachgewiesenen Spuren von Kohlen (ob Stein- oder Braunkohlen und in welcher Menge?) auf Spitzbergen näher geprüft werden und zwar dahin, ob dieselben bei der erwähnten späteren Expedition als Bezugsquelle dienen können. Alsdann soll die Nordwestküste von Nowaja-Semlja in Bezug auf die Mammuthanschwemmungen und Elfenbeinlager, die man daselbst vermuthet, dahin näher untersucht werden, ob etwa eine Ausbeute in größerem Umfange sich lohnen würde. Von dort soll die eigentliche Nordpolfahrt beginnen, um das von Herrn Dr. Petermann vorgeschriebene, noch nie befahrene Dreieck zwischen Spitzbergen und Nowaja-Semlja nach Norden auszukundschaften, für welche Rekognoscirung ein Preis von 2000 Thaler ausgesetzt ist. Die Rekognoscirungsfahrt wird etwa 2—3 Monate beanspruchen. Hier gilt es hauptsächlich, die etwaigen Grenzen des nördlichen festen Eises oder eine offene Fahrstraße festzustellen, da gerade von diesen Umständen die nächstjährige Expedition abhängt. Für die Untersuchungen ist insofern wenig Zeit gelassen, als am 23. September die sogenannte ewige Nacht im hohen Norden beginnt, welche nur wenige Dämmerungsstunden für die erforderlichen Arbeiten übrig läßt; andererseits soll aber für die nautischen Beobachtungen die jetzige Zeit gerade die geeignetste sein. Die Führung der Expedition wird, falls Hr. Kapitän Werner definitive Verweigerung des Urlaubs erhält, von den Herren Kapitänen Hagemann aus Bremen und Bernhard aus Berlin übernommen werden. Wir bemerken noch, daß sich von den berühmten früheren Nordpolexpeditionen die hier beabsichtigte dadurch wesentlich unterscheidet, daß sie ganz andere Punkte im Auge hat, als jene, welche sich überhaupt nur auf der westlichen Halbkugel bewegten.

Paris, 22. August. Das „Manifest von Nancy", wie die von dort ausgegangene Agitation zur Verwirklichung der Decentralisation bezeichnet wird, macht mehr und mehr von sich reden. Der Augenblick, die öffentliche Meinung dafür in Trab zu bringen, wurde vortrefflich gewählt: bei dem sichtbaren Mangel an politischen Ereignissen macht der Franzose sich gern über politische Gedanken her. In dem vorliegenden Falle haben die Agitatoren sich ein Thema gewählt, das allen Parteien genehm ist, zum Theil oder zum Schein wenigstens. Die Regierung, welche fühlt, daß sie freiheitliche Concessionen machen müsse, glaubte, nicht wohlfeiler als durch Erweiterung der Competenzen der Gemeinde- und Generalräthe abkommen zu können; die Klerikalen und Legitimisten erblicken in der Decentralisation eine Verstärkung des Lokalgeistes, den sie durch Geistliche, Bischöfe, Adelige u. s. w. für ihre Zwecke zu benutzen hoffen; die Fusionisten und Orleanisten spekuliren auf leichtere Durchsetzung von Candidaten ihrer Farbe; diese wie die Republikaner sind froh über jede Schwächung der Centralmacht, und die Masse ist für eine Sache leicht zu gewinnen, die, Alles in Allem gerechnet, in That und Wahrheit ein längst gefühltes Bedürfniß des Landes ist. Gelingt es den verschiedenen Parteien, die Decentralisation zum Feldgeschrei gegen das Kaiserthum zu machen, so wird dieses sich auf das alte Bollwerk des Imperialismus, die Centralisation, um so trotziger zurückziehen, je mehr Anhänger dieselbe noch in der Umgebung des Kaisers hat. Die „France" spricht heute bereits die Furcht aus, daß eine Coalition aller Gegner des Kaiserthums im Gange sei, welche den Lokalgeist und Individualismus auf Kosten der Freiheit steifen und die Idee der Decentralisation, die dem Programm des Kaiserthums von 1852 angehöre, gegen das Kaiserthum kehren wolle. Die „France" erklärt sich für eine franke Decentralistin, aber darum erst recht für eine Gegnerin der Verfasser der Varia von Nancy, welche allerlei Volk unter ihre Fahne rufen, nicht um der Sache willen, um die es sich handelt, sondern um ganz anderer Pläne willen. Die „France" fordert Carnot, Garnier-Pagès, Pelletan, Simon ꝛc. auf, vor Allem sich doch einmal darüber zu erklären, ob sie unter Decentralisation dasselbe verstehen, wie Montalembert, Falloux, Berryer, Guizot ꝛc., da diese letzteren bekanntlich, als sie etwas zu sagen hatten, nichts weniger als Liebhaber der Decentralisation waren.

Aus **London**, 26. Aug., wird dem kürzlich in Bad Ems verstorbenen Alexis Heintzmann ein warmer Nachruf gewidmet, in welchem es heißt: Durch den Tod Heintzmanns hat das deutsche Leben in London einen schweren Verlust erlitten. Es ist daher nur natürlich, daß die verschiedenen hiesigen Vereine, National-, Turn-, schleswig-holsteinischer Verein, die — wie so viele andere gemeinnützige und wohlthätige Unternehmungen der deutschen Colonie in England — dem Verstorbenen ihre Existenz und ihr Gedeihen verdanken, ihrem Schmerz durch Beileidsadressen an die Wittwe Ausdruck geben. Vor einigen Tagen ehrte der hiesige Turnverein das Andenken des Verstorbenen durch eine Gedächtnißfeier. A. Heintzmann war ein merkwürdiger Mann, der sich weniger durch glänzende Eigenschaften auszeichnete als durch die aufopfernde Gesinnungstreue, womit er die Gesinnungen und Grundsätze seiner Jugend ein ereignißreiches und wechselvolles Leben hindurch unbefleckt und ungeschändet mit ins Grab nahm. Dieselbe Sache, für die er schon als Student schwärmte und im Gefängniß zu leiden hatte, nahm seine politische Thätigkeit und seltene Aufopferungsfähigkeit bis zu seinem Tod in

Anspruch. Er verzweifelte nie an Deutschland, sowie denn in seinem Charakter sowohl als in seiner äußeren Erscheinung, in dem harten durchfurchten Gesicht, etwas starres, unbeugsames und energisches lag. Nur wo es sich um Grundsätze handelte, da wich und wankte er nicht um eines Haares Breite, während er im gewöhnlichen Leben wohl allzu schüchtern und bescheiden auftrat. Nachdem er in Folge des Elberfelder Mai-Aufstands Flüchtling geworden war, hielt er sich einige Zeit in Belgien auf, und siedelte dann nach Londdn über. Hier gründete er ein kaufmännisches Geschäft und brachte es in wenigen Jahren durch Energie, verständige Berechnung und Sparsamkeit dahin, daß seine Firma (Heintzmann u. Nochussen) zu den geachtetsten der City gehört, und daß er sich ein ziemlich bedeutendes Vermögen erwarb. Persönlich fast bedürfnißlos, war er bis zur Verschwendung freigebig, wenn es galt, die Noth seiner hiesigen Landsleute zu lindern, für gemeinnützige und vaterländische Zwecke beizusteuern. Sein geschäftlicher Erfolg flößte namentlich den Engländern Achtung ein, die nicht begreifen konnten, daß die verachtete deutsche Universitätsbildung sich so praktisch verwerthen lasse, und daß ein preußischer Staatsprokurator auf dem besten Wege war, ein Matador von London zu werden. Er war es, der den hiesigen Nationalverein vor den kleindeutschen Verirrungen, zu denen sich diese politische Association in Norddeutschland verführen ließ, bewahrte, und ihn an die Spitze des deutschen Lebens in England stellte. Zu bescheiden, praktisch und zurückhaltend, um ein glänzender Redner zu sein, verdankte er seinen bedeutenden Einfluß dem scharfen juristischen Verstand, seiner Gesinnungstreue, seinem liebenswürdigen Charakter und seiner allzeitigen Bereitwilligkeit Opfer zu bringen und zu helfen. Selbst G. Kinkel, der für einen entschiedenen Gegner des Verstorbenen galt, läßt seinem Streben und Charakter Gerechtigkeit widerfahren, indem er in einer Inschrift an den Turnverein sagt: „Auch da, wo ich in politischen Fragen von dem Verstorbenen abwich, habe ich stets seine Hingebung an die Sache des Deutschthums, seine Thätigkeit für die Freiheit des Vaterlandes, seine edle Opferfähigkeit für allgemeine Zwecke anerkannt."

(A. Z.)

Socialer Theil.

Die Frauenfrage

betreffend schlägt der Unterzeichnete dem Arbeitertag im Namen des deutschen Frauenvereins in Pforzheim folgende drei Erklärungen vor:

1) Der Arbeitertag erklärt, daß er aus nationalökonomischen Rücksichten die hohe Bedeutung der Entfesselung der weiblichen Arbeitskraft anerkennt, und indem er als geeignetes Mittel zur Nutzbarmachung der Frauenarbeit die Gründung von weiblichen Industrieschulen empfiehlt, die den Mädchen, welche sich dem Gewerbefach widmen wollen, die Gelegenheit verschaffen und die Pflicht auferlegen, die Gewerbe, die sich fürs weibliche Geschlecht eignen, gründlich und practisch zu erlernen, wünscht er der demnächst in Leipzig zusammentretenden Frauenconferenz der vereinigten deutschen Frauenvereine Glück, weil diese Frage dort in den Vordergrund gestellt wird.

2) Der Arbeitertag erklärt, daß er für das weibliche Geschlecht jene Befreiung für die rechte hält, welche zur Selbstständigkeit und ernsten Pflichterfüllung führt und damit zu jener Gleichberechtigung und Gleichstellung, welche ernste Arbeit unter ernsten Arbeitern erwerben muß.

3) Der Arbeitertag erklärt, daß es künftig die Aufgabe der Arbeitervereine mit sein muß, durch Belehrung und durch moralische und materielle Unterstützung die Arbeiterinnen zu veranlassen, im gleichen Sinne wie die Arbeiter Arbeiterinnenvereine zu gründen, nach den Principien der Selbsthülfe und Association.

Diese Resolutionen stützen sich auf folgende Hauptgrundsätze:

Die Frauen sind zu jeder Arbeit berechtigt, zu welcher sie fähig sind.

Die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse, welche der Ausübung der Frauenrechte im Wege stehen, sind zu beseitigen.

Die Fähigkeit der Frauen wird nicht durch die gesetzliche Erlaubniß, sondern durch die freie That erwiesen.

Es ist Pflicht der Familien, die natürliche Fähigkeit der Frauen durch die Erziehung möglichst auszubilden und die Aufgabe des Staates und der Gemeinde, für weibliche Bildungsanstalten zu sorgen.

Es ist Pflicht der Frauen, die Wohlfahrt ihres Geschlechts ganz besonders ins Auge zu fassen und durch vereinte Thätigkeit Mitsorge für geeignete Reformen zu tragen.

Es ist Pflicht der Arbeiter, sich in der Weise der Arbeiterinnen anzunehmen, daß diese nach denselben Principien wie sie auf dem Wege der Selbsthülfe und Association Arbeiterinnenvereine gründen.

Moritz Müller.

Das deutsche Elend in Paris.

Vor Kurzem berichtete die Allg. deutsche Arbeiterzeitung von den Versuchen in Würtemberg und Thüringen, eine Erleichterung des Niederlassungsrechtes sowie der Heirathen für die ärmeren Volksklassen zu erhalten. Es ist hohe Zeit, daß dem ärmeren Volk in Deutschland auch sein Menschenrecht werde; die Verkümmerung desselben hat dem deutschen Namen im Auslande keine Ehre gebracht. Zum Beweis dient folgender Auszug aus der Pariser „Presse"; der Bericht, worin die Stelle enthalten, ist wohl schon ein Jahr alt, die Sache aber ist dieselbe geblieben.

In der Nähe von Paris ist Montfaucon, an dessen Galgen der fanatische Pöbel nach der Bartholomäusnacht den Leichnam Coligny's hängte. Jetzt steht dort eine protestantische Kirche; man kann darin einen Act geschichtlicher Sühne sehen; da wo das Haupt der Protestanten in seinen irdischen Resten beschimpft wurde, feiern jetzt seine Glaubensgenossen öffentlich ihren Gottesdienst. Erkennen wir diesen Sieg der Glaubensfreiheit an. Wer aber füllt diese Kirche? Für wen ist sie zum großen Theile erbaut worden? Für die deutsche Armuth, die in dieser Gegend ihre Wohnstätte aufgeschlagen hat, weil sie zu Hause weder Brod noch häuslichen Herd fand. Die „Presse" schreibt bei Besprechung eines Buches (Montfaucon et ses souvenirs par Parrot): „Jedes Jahr kommen eine Menge arme Deutsche nach Paris, nicht nur um Arbeit und Brod, sondern auch das Recht zur Heirath zu suchen; denn in vielen Ländern jenseits des Rheins muß man, um sich zu verehelichen, die Mittel dazu haben, d. h. eine bestimmte Steuer bezahlen oder ein kleines Kapital besitzen. Arbeit und Brod finden diese armen Deutschen in der niedrigsten und härtesten Beschäftigung, die unsere eigenen Nothleidenden selbst nicht wollen, in dem Straßenkehren. Zwei Gesellschaften, eine katholische und eine protestantische, helfen diesen Auswanderern zur Legitimirung von Verbindungen, welche die Gesetze ihrer Heimath einzusegnen weigern, aber nicht zu hindern vermögen." Diese Thatsache war mir schon früher bekannt und ist schon längst von mir im „Deutschen Museum" besprochen worden; ich erfuhr sie auf dem Bureau des deutschen Hülfsvereins in Paris. Damals blieb sie, sozusagen, unter uns. Aber sie von Franzosen in französischen Blättern besprochen zu sehen, das treibt Einem die Schamröthe in's Gesicht. Was haben wir für Regierungen, was für Gesetze, daß solches Elend möglich ist?! Es gibt dreißig deutsche Gesandte in Paris, die von diesen Zuständen doch Kunde haben müssen; sind sie niemals roth geworden, wenn sie davon sprechen hörten? Es ist aber eine alte Geschichte; gerade die, deren Aufgabe es ist, den Namen Deutschlands im Ausland zur Achtung zu bringen, achten ihn selbst am wenigsten. Franzosen würden sich schämen, den Deutschen in Berlin ihre Gassen zu kehren, und unsere armen Landsleute sind froh, daß sie dafür in Paris noch die Erlaubniß bekommen, ihr deutsches Mädchen zu heirathen.

Möge uns aber diese Thatsache Frankreich gegenüber etwas bescheiden stimmen. Ich weiß nicht, wo die Deutschen, die an den Krebsschäden Mecklenburg und Nassau, Darmhessen und Bismarck u. s. w. leiden, noch den Muth hernehmen, über fremde Gebrechen zu eifern. Möge man doch ja bedenken, daß Frankreich eine radical durchgreifende Revolution schon sechzig Jahre hinter sich hat, deren Errungenschaften uns heute noch fehlen. Bringen wir es erst zu diesen!

Semmig.

Pariser Weltausstellung.

Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden bei dem Verbandtage in Darmstadt werden bei der 1867 stattfindenden Weltausstellung in Paris Veranstaltungen getroffen werden, daß auch die Arbeiter selbst ihre Produkte ausstellen können. In Offenbach werden bereits Vorbereitungen getroffen, in größerem Maßstabe von dieser zeitgemäßen Begünstigung Gebrauch zu machen. Ein talentvoller Arbeiter hat dadurch Gelegenheit, seine Fertigkeit auf die beste und leichteste Art den Fabrikanten bekannt zu machen und sich eine seinen Talenten angemessene Anstellung zu verschaffen.

Londoner Ausstellung.

Die Ausstellung der englisch-französischen Arbeiter im Krystallpalast wurde am 7. d. durch Hrn. Herbert Mandslay in sehr einfacher Weise eröffnet.

(Flugbl. des st. Ausschusses.)

Ueber Consumvereine.

Z. Als ein Weg, der das Volk zum Wohlstand und durch diesen zur Bildung und Freiheit führt, ist unter den volkswirthschaftlichen Genossenschaften als Vorschuß, Rohstoff-Vereine, Productiv- und andere Genossenschaften auch das Consum- und Sparwesen in erster Reihe mit anzuführen. Unter den bezeichneten Genossenschaften sind es wohl gerade Consumvereine, die sich am leichtesten demokratisiren lassen, da eine solche Genossenschaft vortheilbietend für jeden Theil der Bevölkerung zugänglich eingerichtet sein kann, während Vorschußvereine nur den sog. kleinen Handwerker begünstigen und die unter demselben stehenden Arbeiter sowie das größere Capital fast ausschließen, Rohstoff- und Productivgenossenschaften nur einzelnen Gewerblichen zu Gute kommen.

Der Einsender Dieses hält es für wichtig genug, daß die angeregte Consumfrage besonders in der Arbeiterzeitung besprochen wird und richtet an alle Arbeitervereine und alle einzelne Arbeiter die Bitte, diesen Gegenstand in den Bereich der Berathung zu ziehen und dahin zu wirken, daß einmal alle Arbeiter sich damit vertraut machen und auf diese Weise Hand ans Werk legen, besonders dem Theil der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, seine materielle Lage zu heben, welcher bis jetzt noch so vernachlässigt von der ganzen menschlichen Gesellschaft, wurde — dem 4. Stand oder der Arbeiterbevölkerung.

Unter den Consumvereinen sind hauptsächlich zwei Richtungen, die suchen, das Ziel zu erreichen: die Vereine nach dem Lagersystem und die nach dem Markensystem. Für diejenigen Vereine, die eine große Mitgliederzahl besitzen, ist es wohl leicht, durch eigenes Lagerhalten Erfolge zu erreichen. Doch hierzu gehört ein entsprechendes Betriebscapital und bedeutende Verwaltungskosten, und da die Theilnahmlosigkeit, namentlich unter den Frauen, es zu einer belebten Frequenz nicht kommen läßt, so wird oft der Nutzen gleich 0 sein. Dagegen haben Markensysteme diesen gegenüber den Vortheil, leichter populär zu werden, da hierbei die Waaren an verschiedenen Quellen entnommen werden können. Doch auch hier ist die Gleichgültigkeit und althergebrachte Bequemlichkeit so groß, daß besonders die Hausfrauen, die oft im Waareneinkauf ihre Eigenthümlichkeiten haben, sich mit dem Consumwesen nicht befreunden können. Vor Allem ist der Glaube vorherrschend und oft auch mit Recht, daß die Lieferanten, welche doch einen gewissen Rabatt gewähren müssen, die Waaren bei Verabfolgung von Marken leichter im Gewicht und geringer in Qualität liefern. Es wird daher für Marken-Consumvereine Aufgabe sein, recht viele Lieferanten für die Idee zu gewinnen, damit der Concurrenz freier Spielraum bleibe. Und einsichtsvolle Lieferanten heranzuziehen, dürfte nicht schwer fallen, wenn denen eine große Anzahl Consumenten überwiesen werden, wodurch die Ersteren einen rascheren und sicheren Umsatz erzielen und dadurch in den Stand gesetzt werden, ihren Kunden einen Rabatt zu bewilligen.

Die Geschäftsführung der Marken-Consumvereine ist eine sehr einfache: 1 Cassirer verkauft gegen baar

die Marken und löst solche von den Lieferanten wieder ein. Gewiß finden sich Freunde der Sache allerwärts, die, wenigstens in der ersten Zeit, einen großen Anspruch auf Besoldung nicht machen.

Bei richtiger Würdigung der Sache könnte es besonders in einer Fabrikstadt nicht fehlen, daß eine solche Genossenschaft recht nutzenbringend nach allen Seiten hin wirken kann und über die Handhabung der Geschäfte in einem Markenverein, um eben vortheilbringend zu arbeiten, einige Ideen den Vereinen und Arbeitern hier unterzubreiten, ist Absicht des Einsenders dieses. — Manche Consumvereine halten streng darauf, daß die Vereinsmarken nur von denjenigen Lieferanten als Zahlungsmittel angenommen werden, die Verträge mit demselben eingegangen sind. Dies ist wohl auch richtig, doch sollte ein Consumverein auch mit darauf sehen, daß seine Marken vom **größten** Theil des Publikums als baare Münze angesehen werden und unter dem Publikum coursiren. Daß dies von unberechenbarem Werth ist, möchte ich hier nachzuweisen suchen.

Ein Verein, der Marken gleich dem Berliner Consumverein unter Vorsitz des Herrn Dr. Mührer unter seinen Mitgliedern umlaufen läßt, schafft durch diese Einrichtung Etwas, was sonst nue als Privilegium zu erhalten ist — Banknoten; denn den Werth, den eine Note irgend einer monopolisirten und privilegirten Bank dem jedesmaligen Inhaber darstellt, hat auch eine Consummarke jeden Betrags, für ein Mitglied der Genossenschaft und zwar in noch höherem Grade. Der Inhaber einer Banknote ist nicht immer berechtigt, an der Verwaltuug und **Controlle** der Bank theilzunehmen und bietet ihm eine Note auch oft eine höchst unsichere Garantie, namentlich bei Banken, bei denen eine Staatsverwaltung dieselben zu politischen Zwecken auszubeuten und zu benutzen Gelegenheit nehmen kann. Dagegen ist der Inhaber einer Consummarke sicher, daß in der Casse der Genossenschaft der volle Werth hinterlegt ist und kann der Inhaber, insofern er Mitglied ist, sich selbst betheiligen an der Controlle und Verwaltung. Es liegt nun klar auf der Hand, daß je größer ein Consumverein ist, der Markenumlauf unter den Mitgliedern ein nicht unbedeutender sein kann und daher in die Genossenschaftscasse bedeutende Summen fließen, die erst wieder zu gewissen Zeiten gegen Marken herausgehen.

Da die Marken von den Mitgliedern im Voraus baar bezahlt werden und erst nach und nach von denselben verausgabt werden, so wird immer ein gewisser Baarvorrath sich in der Casse halten, der entsprechend nutzenbringend angelegt, für die Genossenschaft einen nicht unerheblichen Zinsgewinn bringen muß und welcher um so größer sein muß, je größer die Anzahl der Markenabnehmer (Lieferanten) einerseits und der Consumenten anderseits ist.

Auf diese Weise kann eine solche Consum-Genossenschaft zugleich ein Sparverein für einen Jeden ohne Ausnahme werden. Ein jeder Sparer hat auf diese Weise die Quittung (in Marken bestehend) in Händen mit dem Vortheil, seine Einlagen jederzeit umtauschen zu können.

Welch einen Umfang eine solche Genossenschaft nehmen kann, läßt sich leicht berechnen daraus, wenn man annimmt, daß nur 500 Familien als Mitglieder eines Consumvereins doch wöchentlich, durchschnittlich 2000 Thlr. zum Umsatz bringen, was pro Monat ca. 8000 Thlr. betragen würde. Es liegt klar vor Augen, daß eine so bedeutende Summe zinsbringend angelegt werden kann und würde sich besonders empfehlen lassen, daß die Consumvereine mit Vorschuß- und Creditvereinen in Verkehr treten. Statt daß die angenommenen 500 Silbermünzen bei sich führen, würden an deren Stelle die Consummarken treten, die als Circulationsmittel angesehen werden könnten. Den Verkehr unter sich muß es allerdings erleichtern, wenn für den Verein Gewerbtreibende jeglicher Art gewonnen werden, sowie die verschiedenen Handwerker, die die Verpflichtung eingehen, die Marken des Vereins als jedes andere Zahlungsmittel anzunehmen und bleibe es jedem anheimgestellt, gewissen Rabatt zu bewilligen.

Ist eine auf diese Weise eingerichtete Genossenschaft ziemlich stark an Mitgliedern, so kann dieselbe schon Anfangs das Lagersystem mit in ihren Wirkungskreis ziehen, ohne die betr. Kapitalien durch Beiträge ansammeln zu lassen. Das Lagerwesen müßte sich allerdings nur auf solche Waaren erstrecken, die einen raschen Umsatz voraussehen lassen und bei denen eine große Geschäftskenntniß nicht absolut erfordert wird und welche der Conjunctur und Speculation nicht unterworfen sind. Da die Marken im Voraus bezahlt werden, so gibt dies Mittel an die Hand, je nach sich herausstellendem Bedürfniß Waaren einzukaufen und solche gegen Marken oder baar an die Vereinsmitglieder wieder abzugeben unter Hinzurechnung des zu erzielenden Nutzens. Solche Waaren würden hauptsächlich Backwaaren, Mehl, Bier, Seife, Tabak und Cigarren, Oel, Holz, Kohle und auch gangbare Hülsenfrüchte, Kartoffeln u. s. w. sein können. Daß eine Genossenschaft in der Höhe der hier fingirten Mitgliederzahl, welche für eine mittlere Fabrikstadt gar nicht zu hoch gegriffen ist, mit diesem System Erfolge erlangen kann, kann man berechnen, wenn man annimmt, daß von dem vorstehend angenommenen durchschnittlichen Markenumsatz von 8000 Thlr. pro Monat, welche Summe das durchschnittliche Einkommen, resp. den durchschnittlichen Consum der fingirten 500 repräsentiren würde, nur $^{5}/_{8}$, also 5000 Thlr. einen Rabatt abwerfen, der doch mindestens 8% betragen könnte, so würde dies einen Ueberschuß von monatlich 480 Thlr., jährlich 5760 Thlr. ergeben. Und rechnet man den Zinsgewinn mit ca. 440 Thlr., so würde dies einen Nutzen von 6200 Thlr. abzüglich 200 Thlr. Geschäftsspesen, also netto 6000 Thlr. ergeben. Die angenommenen 8% Rabatt dürften nicht zu hoch angesetzt sein, wenn man erwägt, daß doch Bäcker auf ihre Waaren mitunter 10% gewähren, ebenso Fleischer und auch Materialisten geben ja an vielen Orten 6% Rabatt, und das eigene Geschäft des Vereins dürfte 8% abwerfen, d. h. wenn die Waaren nach den ortsüblichen Marktpreisen verkauft werden.

Auf diese Weise eingerichtete Vereine können ferner im Stande sein, diejenigen jüngeren unselbstständigen Leute den Nutzen mitgenießen zu lassen, dadurch daß der Consumverein Speiseanstalten und Bierstuben errichtet. Durch den Einkauf, den der Consumverein einmal für sein Lager besorgt, wird er in den Stand gesetzt, für die Speiseanstalt doch billig und gut einzukaufen und überhaupt einen raschen Umsatz zu erzielen.

Wenn eine Genossenschaft von 500 schon so bedeutende Erfolge erzielen kann, wie groß müssen dann erst Genossenschaften dastehen können, die sich z. B. über die ganze Bevölkerung einer mittleren Fabrikstadt erstrecken, und wie würde sich hierbei der Arbeiterstand, ginge er in geschlossener Reihe mit Thatkraft vor, in eine bessere Lage bringen und sich eine Unabhängigkeit schaffen helfen.

Es wird von kurzsichtigen Leuten gegen Consumvereine der Einwand erhoben, daß durch diese die freie Concurrenz mit ihren Vortheilen aufgehoben werde. Dies ist jedoch keineswegs der Fall, denn der Handel an und für sich wird trotz der Consumvereine bestehen, und ist nur der Verkehr zwischen Consumenten und Producenten bei Consumvereinen directer als durch Kleinhändler. Diese auch nur allein würden da, wo Consumvereine weit ausgebreitet sind, benachtheiligt werden und müßten unter Verhältnissen zu Grunde gehen.

Das Prinzip der vernünftigen Arbeitstheilung liegt jedoch in dem Consumverein, und dieses besagt wohl, daß die Arbeit des Detaillirens der Waaren vereinfacht werden muß, wodurch ein wirthschaftlicher Vortheil entspringt. Ueberdies ist dee Nachtheil der allzu großen Concurrenz im **Detailhandel** wohl immer auf Seiten der Consumenten. Denn die Detaillisten, vorzüglich in Materialwaaren, wo der Nutzen allerdings nicht allzu groß ist, werden, um der Concurrenz zu begegnen, ihren Nutzen durch die Kundschaft zu ziehen suchen, indem sie geringere Qualität und Quantität führen und auf Kosten ihrer Gläubiger existiren.

Die Consumvereine haben in Deutschland gewiß eine Zukunft und bedarf es nur der Betheiligung der dabei interessirenden einsichtsvollen Arbeiter. Den Sinn für diese Ideen zu wecken, wird Aufgabe der Arbeitervereine sowie aller Menschenfreunde sein.

Mögen diese Zeiten Veranlassung geben, daß sich über diesen Gegenstand Fachmänner mehr und mehr vernehmen lassen.

Die ersten zwei Sitzungen der preußischen Arbeiter-Commission.

Erste Sitzung. Berlin, 21. August. Von den zweiunddreißig Mitgliedern der Commission und den sieben außerdem noch zur Berathung eingeladenen Personen waren im Ganzen achtundzwanzig erschienen, doch werden die fehlenden nach Annahme des Ministers v. **Itzenplitz**, der die Sitzung gegen halb zwölf Uhr in einem Berathungszimmer des Herrenhauses mit einem kurzen Gruß an die Anwesenden eröffnete, in den nächsten Tagen vermuthlich eintreffen In dee Einleitungsrede machte der **Minister** im Allgemeinen mit dem bekannt, womit die Commission sich zu beschäftigen haben werde. Die wichtigste von allen Fragen, die hier zur Erörterung kommen sollen, werde sich allerdings auf das **Coalitionsrecht** beziehen, doch habe man sich darauf allein nicht beschränken wollen. Da sei zunächst die Forderung der völligen **Freizügigkeit**, die im Prinzip im preußischen Staate vorhanden sei, während in der Praxis die Zahlung von Einzugsgeld gerade den Arbeiter drücke, in Erwägung zu ziehen, ferner, ob die gegenwärtig üblichen oder gesetzlichen **Kündigungsfristen** zu verlängern, um die Erwerbsmöglichkeit geringeren Schwankungen auszusetzen. Auch die von Einigen erhobene Fordeeung der **Organisation der Arbeit**, deren Begriff in solcher Allgemeinheit schwer faßlich sei, lasse sich vielleicht präcisiren und dann Weiteres daran knüpfen.

Die Fragen, welche die Regierung zur Beantwortung vorlegt, sind die folgenden:

1) Ist die Aufhebung der in den §§ 181 u. 182 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 vorgesehenen Beschränkungen der Coalitionsfreiheit nothwendig oder nützlich?

2) Würde bejahenden Falls die Aufhebung der analogen Bestimmung im § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, einzutreten haben?

3) Bedarf es, im Falle der Aufhebung, des Erlasses besonderer Bestimmungen zum Schutze derjenigen, welche an der Verabredung, die Arbeit einzustellen, nicht Theil nehmen wollen, und gegen welche Handlungen und Unterlassungen würden die Strafbestimmungen vornehmlich zu richten sein?

4) Empfiehlt es sich, für den Fall der Aufhebung, auf die Bildung von Schiedsgerichten Bedacht zu nehmen, welche die aus dem Arbeitsverhältniß hervorgehenden Streitigkeiten gütlich oder durch Schiedsspruch beizulegen haben würden?

5) Ist mit der Aufhebung der §§ 181 und 182 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung das Fortbestehen der Bestimmungen in den §§ 47 und 48 und in den §§ 31 u. 32 der Verordnung vom 9. Februar 1849, welche die Arbeitgeber in der Wahl der Arbeitskräfte beschränken, verträglich?

6) Können alsdann die Vorschriften aufrecht erhalten werden, welche dieselbe Verordnung in den Abschnitten II u. III über die Prüfungspflicht der Handwerker und die Vorbedingungen zur Ablegung der Prüfungen getroffen hat?

7) Macht die Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen die Beseitigung von Hindernissen nothwendig, welche der Freizügigkeit bez. freien Niederlassung entgegenstehen? Bildet insbesondere das von den Gemeinden erhobene Einzugsgeld eine die freie Bewegung der Arbeiter erheblich deengende Schranke?

8) Bedingt diese Aufhebung eine Aenderung des § 139 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung? Erscheint eine solche Aenderung namentlich dahin erforderlich, daß die subsidiäre Kündigungsfrist verlängert werde?

9) Ist der § 184 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung, wonach Gesellen, Gehülfen und Fabrik-Arbeiter, welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen, oder ihren Verrichtungen sich entziehen, oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen, mit Strafe belegt werden, nach Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen beizubehalten?

10) Was kann geschehen, um die auf Selbsthülfe beruhenden Genossenschaften (Vorschuß- und Credit-Vereine, Vereine zur Beschaffung von Rohstoffen, Consum-Vereine, Productiv-Associationen) zu fördern?

11) Welche dieser Associationen können auch unter Fabrik-Arbeitern Eingang finden, und auf welchem Wege würde dies zu erreichen sein?

12) Welche Mittel bieten sich dar, um dem bestehenden Mangel an billigen und gesunden Arbeiter-Wohnungen abzuhelfen?

Zu den gedruckt vertheilten Fragen gibt noch einige Erläuterungen Geheimer Rath **Herzog**, Stellvertreter des Ministers. Die Sitzungen werden täglich in denselben Lokalitäten von 10 bis 3 Uhr stattfinden.

Zweite Sitzung. Berlin, 22. August. Der Vorsitzende, Regierungsrath **Herzog** eröffnete die Sitzung mit dee ersten Frage: „Ist die Aufhebung der in den §§ 181 und 182 der Allg. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 vorgesehenen Beschränkung der Coalitionsfreiheit nothwendig oder nützlich?“ Er gibt einige Erläuterungen über deren Entstehung und einen ausführlichen Bericht über die bisher zur Kenntniß der Behörden gekommenen strafbaren Verabredungen, um die Arbeitgeber zu Zugeständnissen zu zwingen, so wie über die energischen Maßregeln, welche die Behörden dagegen ergriffen haben.

Die Diskussion eröffnet hierauf

Herr **Hasselbach**: Bevor man sich über die Abschaffung oder Beibehaltung der betreffenden Paragraphen entscheiden könne, werde man genöthigt sein,

den Sinn derselben klar zu legen. Bei näherer Besichtigung werde man sich überzeugen, daß sie nicht blos ein Verbot von Verabredungen, um die Obrigkeit oder die Arbeitgeber zu Zugeständnissen zu zwingen, enthielten, sondern auch das eben so wichtige Verbot von Verrufserklärung einzelner Arbeitsgeber; letztere, eine verwerfliche und unmoralische Handlung zugleich, würde bei Aufhebung der Paragraphen bestätigt.

Herr Dittmann: Zunächst müsse er seine Verwunderung aussprechen. Ein Vorsitzendee, der keineswegs aus dem Vertrauen der Versammlung hervorgegangen, leite, ohne nach den Wünschen derselben in Betreff der Behandlung der Vorlage zu fragen, den Gegenstand nach seinem Gutdünken ein. Es sei wohl möglich, daß er glaube, in dieser Weise dasjenige Material zu erhalten, was der Kgl. Staatsregierung genügend erscheine, allein einzelne Mitglieder geriethen dadurch möglicherweise in eine schiefe Lage. Redner habe sich gedacht, es werde zunächst eine General-Diskussion über die Gesammtvorlage eröffnet werden. Sei man erst über die Prinzipien einig, so wären die Spezialfragen nur noch Nebensache und die Beantwortung auf Grund der angenommenen Grundsätze sehr erleichtert. So wie jetzt beliebt worden, werde Jeder das Für und Wider zu vertheidigen haben, und zu häufigen Wiederholungen gezwungen sein. Zur Sache selber könne er sich nur für die Aufhebung der in Rede stehenden Paragraphen aussprechen, da dies das einzige Mittel sei, gleiches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen; denn es sei außer allem Zweifel, daß, wenn auch beide Theile im Falle von Verabredungen mit Strafe bedroht seien, den Ersteren es stets möglich sein werde, Coalitionen einzugehen, ohne daß die Behörde den Nachweis davon werde führen können. Im Jahre 1848, als die Behörden jede Einwirkung auf die öffentlichen Angelegenheiten verloren, habe sich Niemand um die Coalitionen der Arbeiter gekümmert und weder der Staat noch die Industrie seien darüber zu Grunde gegangen; erst mit der werkthätigen Reaction und gestützt auf diese habe die Verfolgung der Arbeiter begonnen und seien Freiheitsstrafen gegen dieselben ausgesprochen worden, während die gegen die Arbeitgeber eingegangenen Beschwerden, als nicht zur Verfolgung geeignet, zurückgewiesen wurden. Wenn aber schon zur Zeit der ersten Coalitionsversuche die Industrie keinen Nachtheil dadurch erlitt, so werde jetzt, wo eine weit größere Besonnenheit bei den Arbeitern herrsche, noch weniger davon zu befürchten sein.

Herr Memminger (Zimmergesell aus Quedlinburg, ein so junger Mensch, daß seine Jugend Aufmerksamkeit erregt) spricht sich gegen die Aufhebung der Paragraphen aus, weil dies das einzige Mittel sei, die Löhne auf ihr richtiges Maß herabzudrücken, auch würde die Beseitigung dieser Strafvorschriften von den Arbeitern mißbräuchlich ausgebeutet werden.

Herr Wagener (Justizrath, Mitglied des Abgeordnetenhauses) ist für Aufhebung der Paragraphen, doch müsse er sich seine Ansicht darüber, ob statt deren anderweite Vorsichtsmaßregeln zu verordnen, vorbehalten.

Hr. Hasselbach (Oberbürgermeister von Magdeburg, Mitglied des Herrenhauses): Ehe er sich entscheiden könne, müsse er das ganze System kennen lernen; er würde daher auch eine General-Diskussion vorziehen.

Reg.-Commissar führt aus, daß erwartet worden, es werde jeder Redner so weit gehen, wie ihm beliebe; er werde keine Einwendungen machen, nur dürfe man den Standpunkt der Commission nicht verkennen. Sie habe nur eine berathende und keine beschließende Stimme. Die Regierung habe gerade den Wunsch, Einzelheiten über die örtlichen Vorkommnisse kennen zu lernen, um aus den praktischen Erfolgen bei Arbeitseinstellungen &c. die in den Kammerverhandlungen vorgeführten theoretischen Gründe prüfen zu können.

Hr. Haynke (Tischlergeselle aus Breslau, Vorsitzender des dortigen Arbeiterbildungsvereins) findet auch in der öffentlichen Besprechung der Arbeitnehmer das beste Mittel für die Arbeitgeber, übertriebenen Forderungen entgegen zu treten. Uebergriffe seitens der Arbeiter würden durch die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs in die nothwendigen Schranken zurückgewiesen. Jede Beschränkung schade der Industrie, die nur unter der vollen Gewerbefreiheit gedeihe.

Dr. Müller (Buchdruckereibesitzer aus Berlin, Mitglied des Abgeordnetenhauses): Die Arbeiterfrage steht schon so lange in Vereinen und in der Presse auf der Tagesordnung, daß es nicht erst dieser Commission bedurfte, wenn die Regierung sich unterrichten wollte; sie wird gegenüber den Aussprüchen der größten Nationalökonomen schwerlich noch etwas Neues zu Tage fördern. Redner sieht in der Beibehaltung der Paragraphen eine Beschränkung der Industrie. Auch sieht er eine Ungerechtigkeit darin, da noch vor Kurzem hier in Berlin eine Coalition der Arbeitgeber stattgefunden habe, ohne daß diese zur Kenntniß der Behörde resp. zur Bestrafung gekommen sei. Die Streichung sei daher aus Gründen des gesunden Rechts nöthig, die Arbeitgeber aber müßten schon aus Humanität darauf bedacht sein, ihren Arbeitern gerecht zu werden.

Herr Borsig (Kommerzienrath aus Berlin) will nicht die Coalitions-, sondern jede gewerbliche Freiheit, weil er darin allein die Bedingungen für denjenigen Aufschwung der Industrie gegeben sieht, welcher die Konkurrenz auf dem Weltmarkt behaupten kann.

Herr Engels (Kommerzienrath zu Barmen, Mitglied des Herrenhauses) bestreitet die Nothwendigkeit der Aufhebung. Was die Nützlichkeit betreffe, so hätten wir selber gar keine Erfahrung, müßten uns diese vielmehr aus dem Auslande verschaffen, und was man dort höre, sei wahrlich nicht verlockend. Er halte zur Schlichtung von Differenzen Schieds- oder Gewerbegerichte, namentlich wenn man ihre Kompetenz auch auf Lohnstreitigkeiten ausdehnen möchte, für die geeignetste Hülfe und bei Weitem besser als die Aufhebung der betreffenden Paragraphen.

(Hier schlägt der Vorsitzende eine Pause von einer halben Stunde vor.)

Um 1 Uhr wurde die Berathung wieder aufgenommen. Der erste Redner ist Herr Dittmann. Derselbe sucht aus der vorangegangenen Diskussion den Nachweis zu führen, wie wenig förderlich es den Gegenständen sei, die zur Besprechung vorgelegt werden, wenn auf dem eingeschlagenen Wege fortgeschritten werde. Man sehe von einer Seite in der Coalitionsfreiheit ein furchtbares Gespenst auftauchen, das nur auf die Welt gekommen, um das Kapital zu ruiniren, während man auf der andern nichts weiter als ein natürliches Recht erblicke, um jeder Art von Uebergriffen, deren sich hier oder da Arbeitgeber bedienen möchten, mit Nachdruck entgegen zu treten. Daß es sich nicht blos um Lohnerhöhung handele, hätten die neuesten Vorgänge in Burg bewiesen. Die Zeit, wo der Arbeiter unter der väterlichen Obhut seines Arbeitgebers stand, sei vorüber. Vermöge der gesellschaftlichen Stellung, die jener sich durch Bildung und Gesittung erworben, sei er ein gleichberechtigtes Mitglied in der Staatsbürgerschaft geworden und habe als solcher gleiches Recht mit allen übrigen zu beanspruchen. Man möge sich noch so sehr gegen die Aufhebung der Paragraphen und gegen die Einführung gewerblicher und bürgerlicher Freiheiten wehren: es sei dies doch nur noch eine Zeitfrage. Wolle die Staatsregierung Auskunft über Einzelfragen, so möge sie für jede Provinz einen Sachverständigen-Rath aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammensetzen, der zugleich beauftragt werden könnte, die Wünsche der Gewerbetreibenden entgegen zu nehmen und an die zuständige Adresse, mit den nothwendigen Begutachtungen versehen, zu senden.

Als Gegner des Coalitionsrechts treten noch auf die Herren Turk (Vorsitzender der Handelskammer zu Lüdenscheid) und Anders (Schneidermeister zu Magdeburg). Der Erstere meint: Die Coalitionsfreiheit werde das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern völlig untergraben und Beide feindlich einander gegenüberstellen. Jedenfalls sei die Frage, so wie sie gestellt, noch nicht reif zur Entscheidung. Der Letztere will die Erfahrung gemacht haben, daß, je mehr Lohn die Arbeiter erhielten, je unzufriedener und fauler würden sie. (!)

Nachdem noch Dr. Müller geäußert, daß es ihn unangenehm berühre, den Abg. Schulze-Delitzsch, hier zu vermissen und Herr Störring (Eisenhüttenarbeiter aus Hagen) bemerkt hat, daß er Namens der 12,000 Arbeiter in der Gegend von Hagen hervorheben müsse, wie dort beide Theile bisher zufrieden gewesen und deshalb keine Arbeitseinstellungen vorgekommen seien, er aber nicht dafür einstehen wolle, daß nicht, falls man ihnen und ihren Forderungen nicht gerecht werde, Ereignisse eintreten könnten, die wiederum eine große Anzahl von Arbeitern in's Verderben stürzten, nimmt nochmals das Wort zur Entgegnung mehrerer Vorredner Herr Wagener: Es handele sich nicht blos um die Bildung des Arbeiters allein, diese sei mehr eine Schulfrage und umfasse ein gar weites Gebiet, das man besser in diesem Kreise nicht berühre. Die theoretische Belehrung müsse, wenn sie nutzenbringend wirken solle, einen praktischen Boden finden. Das hier als nutzenbringend bezeichnete Schieds- oder Gewerbegericht müßte, wenn es allen an dasselbe zu richtenden Anforderungen genügen sollte, mit ganz besonderer Machtvollkommenheit ausgerüstet sein. Es sei ja aber nur von gewerblicher Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit die Rede; nur so verstehe er die Coalitionsfreiheit, die hier fort und fort mit Arbeitseinstellung verwechselt werde. „Wir dürfen vor dem bevorstehenden Konflikt die Augen nicht verschließen: Der in den Julitagen in den Straßen begonnene Kampf der Arbeit gegen das Kapital ist durch die Kartätschen nur vertagt, nicht beendet!" Schluß der Sitzung um 3 Uhr.

Verschiedene Anzeigen.

Geschäftsveränderung.

Unseren geehrten Geschäftsfreunden zeigen wir hiermit an, dass wir unser, unter der Firma

F. Streit's Buchdruckerei

dahier betriebenes Buchdruckereigeschäft in freundschaftlicher Uebereinkunft an Herrn

L. Schweigert

hier, *ohne Activa und Passiva*, käuflich abgetreten haben. Indem wir für das uns bisher bewiesene Wohlwollen und Vertrauen bestens danken, bitten wir, dasselbe in gleichem Maasse auch auf unseren Nachfolger im Geschäft zu übertragen.

Während unser obenbezeichnetes Geschäft von dem neuen Inhaber unter neuer Firma für eigene Rechnung fortgeführt werden wird, bleibt das bisher damit verbunden gewesene, unter der Firma F. Streit's Verlagsbuchhandlung hier betriebene Geschäft, im Besitz des *bisherigen* Inhabers beider Geschäfte, des Herrn Rechtsanwalt und Notar F. Streit und wird von demselben unter Beibehaltung dieser Firma gesondert fortgeführt.

Coburg, den 28. August 1865.

F. Streit's Buchdruckerei.

Bezugnehmend auf Obiges empfiehlt der Unterzeichnete die von ihm käuflich übernommene Buchdruckerei und wird bemüht sein, das derselben bisher bewiesene Wohlwollen und Vertrauen auch seinerseits zu rechtfertigen.

Zugleich bittet derselbe, davon freundlichst Notiz zu nehmen, dass das Geschäft nunmehr auch auf den Steindruck ausgedehnt ist und unter der Firma: Schweigert's Buch- und Steindruckerei von Unterzeichnetem fortgeführt werden wird.

Coburg, den 28. August 1865.

L. Schweigert.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Digitized by Google

Nr. 141 u. 142.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Freitag, 15. September 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franklirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Die Verhandlung des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine: Vorbemerkung, die Vorversammlung, die Hauptversammlung (erster Sitzungstag). **Beilage: Fortsetzung und Schluß der Verhandlungen des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine (zweiter u. dritter Sitzungstag). Vereinscorrespondenzen aus Waldshut und Osnabrück. Cigarrenarbeiterangelegenheit:** erster Vereinstag süddeutscher Cigarrenarbeiter-Unterstützungsvereine. **II. Politischer Theil. III. Socialer Theil. IV. Vermischtes.**

☛ Um unseren Lesern den Bericht über die Verhandlungen des Vereinstags ohne Abbrechung bringen zu können, geben wir diesmal in einer Doppelnummer die Nummern 141 und 142 für den 10. und 17. d. Mts. auf einmal und lassen davon überdies je ein Exemplar allen Vereinen direct unter Kreuzband zugehen. Die nächste Nr. (143) wird wieder wie gewöhnlich erscheinen.

Die Expedition.

Vereinsangelegenheiten.

Dritter Vereinstag deutscher Arbeitervereine.

(Stuttgart, den 2., 3., 4., 5. September d. Js.).

Die Tage des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine liegen hinter uns. Indem wir uns daran begeben, die Verhandlungen und Ergebnisse, deren Zeugen wir gewesen, in einem Gesammtbild, so weit bei der Mannichfaltigkeit des Stoffes und dem uns zu Gebote stehenden Raum möglich, zusammenzufassen, wollen wir nicht zurückhalten mit dem Gesammteindruck, den uns diese Tage im Großen und Ganzen zurückgelassen haben. Wir sagen es gern, es war der des Vertrauens in die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit dieser jungen Bewegung, zu der auch die Arbeiterzeitung und deren Redaction, indem sie der Bewegung den ersten geistigen Sammelpunkt geschaffen, zu ihrem Theil von Anfang an, wenn auch von unmittelbar persönlichem Hervortreten dabei ohne allen Anspruch gern sich fernhaltend, redlich mitgewirkt hat. Die Arbeiterbewegung, zeitgemäß wie sie war, ist in der kurzen Zeit ihres Bestehens überraschend erstarkt. Von jedem Unbefangenen muß es anerkannt werden: diese Bewegung und diese Arbeitertage beginnen eine Macht zu werden, nicht im schlimmen, sondern im besten Sinne, eine geistige und sittliche Macht, welche durch ihr Beispiel schon weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus wirkt. Es zeigt sich, daß das Mißtrauen, mit welchem die besitzenden Klassen so lange auf die arbeitenden im engeren Sinne geblickt haben, ein vollkommen ungegründetes war, nur in Vorurtheilen oder vielleicht mehr noch im Bewußtsein eigenen Unrechts wurzelnd. Noch ist der Arbeiterstand nur zum allerkleinsten Theil zum vollen Bewußtsein seiner Aufgabe erwacht; wo immer aber dies der Fall ist, da zeigt sich ein treu ausdauerndes, redliches Ringen nach Wahrheit, nach geistiger und sittlicher Erhebung und Hand in Hand damit, Hand in Hand mit dem wachsenden Bewußtsein des eigenen Menschenwerthes dennoch kein anmaßendes Hervordrängen, kein muthwilliges Uebergreifen in die Rechtssphäre anderer, sondern bescheidenes, aber männlich festes und beharrliches Streben nach gerechter Gleichberechtigung und nach der Schaffung eigener menschenwürdiger Existenz, für die der Arbeiter nur das „Bahn frei" verlangt. Es ist wahr, es liegt ein gewaltiger Kern in dieser ganzen Arbeiterbewegung, aber im wahren Sinne des Wortes sittlich und demgemäß ihrer Natur nach wahrhaft freiheitlich, ist sie eben deshalb nicht inhaltsleer verneinend, sondern durch und durch positiv, selbstthätig schaffend, mit ameisenhaftem Fleiße aufbauend, — und darum wirklich im wahren und ethischen Sinne des Wortes — conservativ. Nicht an dem Arbeiterstand, nicht an der innersten Natur seiner Bewegung, sondern an etwaigen, thörichten Versuchen, durch Maßregelung und Mißbrauch der Macht sie in ihrem gesunden Verlauf zu stören, an den Versuchen, vor dem entwickelten Geiste der Zeit Unhaltbares, mit Menschenrecht und wahrem Menschenthum Unvereinbares eine kurze Spanne Zeit noch aufrecht zu halten, statt zu gegenseitiger Verständigung in wohlverstandenem, höherem gemeinsamem Interesse rechtzeitig und weise entgegenkommend die Hand zu bieten, nur daran wird es liegen, wenn je dieser conservative Charakter der Arbeiterbewegung in einen revolutionären sich umwandeln sollte. Auch in dieser Hinsicht haben die Arbeitertage eine nicht genug zu beachtende Bedeutung. Denn indem sie die Forderungen, welche nach und nach aus der Bewegung heraus sich geltend machen, in gegenseitiger Verständigung der Fordernden formuliren und zum gemeinsamen Ausdruck bringen, fördern sie das klare Verständniß der Lage nach beiden Seiten hin und wirken am erfolgreichsten gegen die thörichten Gespensterfurcht entgegen, welche in diesen Dingen eines der schlimmsten Hemmnisse ist und das meiste Unheil stiftet. Nur das Unbestimmte, von dem die klare Vorstellung fehlt, fürchtet man und auf der anderen Seite läuft man nur so lange Gefahr, die eigenen Forderungen in's Nebelhafte, Unerreichbare hinaus sich verlieren zu lassen, so lange man nicht dazu kommt, dieselben zu formuliren, und nach ihrem wahren inneren Werth an dem Bestehenden und Wirklichen, wie an den entgegenstehenden Hindernissen zu messen*). Damit wollen wir freilich nicht gesagt haben, daß diese Bewegung von der banalen Phrase sich leiten lassen solle, nur das „Mögliche" und „Erreichbare" zu wollen im Sinne derer, die alles für „unerreichbar" und „unmöglich" halten, was nicht mit den Interessen ihrer Herrschaft und Eigensucht im Einklang steht. Die ganze Weltgeschichte ist in diesem Sinne die fortgesetzte Durchführung des „Unerreichbaren" und „Unmöglichen". Forderungen, die auf Wahrheit, auf Gerechtigkeit und Billigkeit, auf echter Menschlichkeit beruhen, werden, mögen, wie groß und lange dauernd auch die Schwierigkeiten sein mögen, mit denen sie zu kämpfen haben, durch ihren schließlichen Sieg immer ihre Möglichkeit und Erreichbarkeit erweisen. Auch die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Sklaverei galt bei den „Herren" als eine unmögliche und unerfüllbare Forderung und ihre Erfüllung hat sich dennoch als möglich erwiesen. In diesem Sinne freilich wird die Arbeiterbewegung, je mehr sie sich ihrer Aufgaben bewußt wird, um so mehr „Unmögliches" zu fordern haben. Denn was man auch sagen und wie man auch sich scheuen mag, es auszusprechen, es ist in der That der durch die Vorrechte der anderen noch bestehende sog. vierte Stand, welcher der natürliche Träger dieser Bewegung ist; der Stand, hinter welchem kein anderer mehr sich befindet und kommen kann**), auf welchem, als dem letzten von allen, darum die ganze Last des Bestehenden, soweit es auf Unvernunft und Unrecht beruht, vorzugsweise noch lastet, der Stand also, der seiner Stellung nach keine Herrschaftsinteressen zu verfolgen hat und verfolgt, sondern von den anderen nur den zum Nachtheil des ganzen wie seiner selbst noch gebundenen Rest von Freiheit, die Gleichberechtigung, die Brüderlichkeit, oder wenn man das lieber hört, die Menschlichkeit, fordert, auf deren Mangel und Vorenthaltung die noch bestehenden Vorrechte der anderen beruhen und durch deren Gewährung die vollste Entwicklung aller in der Gesellschaft, der Summe aller Einzelnen, schlummernden Anlagen und Kräfte, damit aber die Erfüllung des höchsten und letzten Zweckes von Staat und Gesellschaft, die harmonisch sich fördernde gemeinsame Wohlfahrt aller durch alle bedingt ist; einer Wohlfahrt, von welcher der alte Staat und die alte Gesellschaft auch nicht die fernste Ahnung haben und deren wesenloser Schatten von dem Standpunkt der alten politischen und socialen Anschauung aus nur in der Herrschaft der Einen und der Unterthänigkeit der anderen, d. h. der bewußten oder unbewußten theilweisen, wenn

*) Es begreift sich hieenach die gegen das eigene conservative Interesse wüthende Beschränktheit von selbst, die Arbeitervereine und ihre Organe zu verfolgen und zu verbieten

**) Die gegentheilige Behauptung von der Möglichkeit eines fünften Standes beruht auf einer vollkommen unklaren und irrigen Vorstellung.

nicht gänzlichen, Entsagung auf ihr Menschenthum von Seiten der letzteren, damit aber in der Brachlegung und Ertödtung eines unermeßlichen Reichthums an Kräften aller Art zum Nachtheil aller, — gesucht wird *). So wird dieser Stand, welcher der Träger der hier in Frage stehenden Bewegung ist, indem er für seine Befreiung und Gleichberechtigung kämpft, naturgemäß zum Träger der höchsten Ideen von Staat und Gesellschaft, des ganzen und vollen Menschenthums überhaupt.

Nach dem allen ist die hohe Bedeutung der mit dieser Arbeiterbewegung begonnenen socialen Bewegung, danach zugleich freilich auch die Größe ihrer Aufgabe zu bemessen, die von Stufe zu Stufe, von Forderung zu Forderung bis zu der Höhe der Gesammtaufgabe sich erhebt, welche wir oben zu bezeichnen versucht haben. Daß indessen das Verständniß für diese Aufgabe in dem Arbeiterstand bereits lebendig geworden ist, das hat uns die Tagesordnung und haben uns die Verhandlungen dieses dritten Vereinstages und darunter besonders zwei Gegenstände bewiesen, welche, nach dem offenen Bekenntniß der Leiter, nicht willkürlich auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, sondern mitten aus der Bewegung heraus die Behandlung sich gleichsam erzwungen haben, wir meinen die Frage des **allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts** **) und die Frage der **socialen Gleichberechtigung der Frauen**. Mit der Entscheidung für das allgemeine Wahlrecht und mit dessen Erhebung zur **gemeinsamen Forderung der gesammten Arbeiterbewegung**, ist das gemeinsame Augenmerk und die gemeinsame Thätigkeit auf das **Mittel** gerichtet, mit dessen Hülfe im friedlichen, gesetzlichen Entwicklungsgang alle anderen berechtigten Forderungen der ganzen Bewegung schließlich zum Sieg gelangen müssen. Der andere Gegenstand war von den Leitern mit nicht geringerer Bedenklichkeit nur in den engen Grenzen der „Frauenarbeit" auf die Tagesordnung gebracht worden. Aber die Verhandlung erhob ihn sofort auf die ganze Höhe des Prinzips und der Idee. Mit einer gar manchen gelehrten Herrn und viele unserer berufenen Politiker beschämenden Klarheit der Auffassung erkannten schlichte Arbeiter, daß in der socialen Gleichberechtigung der Frauen, in ihrer Erhebung zu der ihrem eigentlich humanitären (menschheitlichen) Beruf entsprechenden würdigen Stellung, durch entsprechende Ausbildung und durch die Gewährung der Möglichkeit zur Sicherung **selbstständiger Existenz**, die sociale Frage in einem ihrer wichtigsten Theile ihrer Lösung zugeführt werde; daß damit der verhängnißvollste sociale Krebsschaden, die **Prostitution** an der Wurzel gefaßt; daß die Möglichkeit der Verehelichung mehr nach Neigung als nach äußerlichen Rücksichten, sowie durch Veredelung des Verkehrs von Mann und Weib in Folge **beiderseitiger** gesunder Bildung und endlich durch in Folge dessen veredelte, naturgemäßere Kindererziehung — das **Familienleben zur Höhe seiner Aufgabe** erhoben werde; daß ferner mit der ihrer socialen Gleichberechtigung entsprechenden Ausbildung der **Frauen** die Männer von einem der hartnäckigsten, lediglich in der nur zu oft noch von fanatischem Pfaffenthum und anderen gegnerischen Einwirkungen mißleiteten Unwissenheit und Beschränktheit ihrer Frauen wurzelnden **Hemmniß öffentlichen Wirkens befreit werden**; und daß endlich selbst die vielgefürchtete Concurrenz der Frauenarbeit im eigentlichen Geschäftsleben aufhören müsse von Nachtheil zu sein, sobald diese nicht mehr genöthigt sein werden, nur einigen wenigen Geschäftszweigen ihre Thätigkeit zuzuwenden und sobald sie durch ihre sociale Gleichberechtigung, durch ihre bessere Ausbildung und durch ihre ganze davon bedingte würdigere sociale Stellung in die Lage versetzt sind, für ihre Arbeit (wie dies im Lande der Freiheit, **Amerika**, längst der Fall ist) — auch einen preiswürdigen Lohn beanspruchen zu können. Dies alles ist rasch und klar erkannt und gegen einige wenige gegentheilige Stimmen mit Erfolg geltend gemacht worden. Damit hat sich der Arbeitertag und hat sich die Arbeiterbewegung zum Verständniß der ganzen Höhe ihrer Aufgabe erhoben, während durch eine Reihe anderer Beschlüsse der Beweis geführt worden ist, daß daneben auch die unmittelbar praktischen Ziele nicht aus den Augen verloren werden. Unermüdet hämmert so die junge Bewegung auf die immer brüchiger werdende Umhüllung von Vorurtheil und Vorrecht, von Unwahrheit und Unsitte, womit heute noch der glockenreine Kern vollen und wahren Menschenthums umgeben ist. So schwingt, Gesellen, denn den Hammer, schwingt ihn, schwingt, bis der Mantel springt!

Wir gehen nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen, die wir uns nicht versagen konnten, nunmehr zu den Verhandlungen selbst über und zwar zunächst zu den der **vorberathenden Versammlung** vom 2. September. Im Laufe des Tages hatten sich schon die meisten Vereinsabgeordneten eingefunden, so daß die schon bei der Einladung bestimmte Vorberathung in dem dazu außersehenen Saal der Hack'schen Brauerei gegen 5 Uhr Nachmittags begonnen werden konnte. Das Büreau wurde, wie in diesen Vorversammlungen üblich, vom ständigen Ausschuß gebildet und zwar von **Sonnemann** als Vorsitzendem und von **Staudinger (A.)** *) aus Nürnberg und **Stuttmann** aus Rüsselsheim als Stellvertretern.

Vertreten waren in der Vorversammlung Eßlingen, Stuttgart (Arbeiterbildungsverein und Guttenbergverein), Kempten, Augsburg, Gotha, Biberach, Ravensburg, Jöny, Laichingen, Göppingen, Hall, Magdeburg, Glauchau, Frankenberg, Hainichen, Oldenburg, Crimmitschau, Frankfurt, Hamburg, Heidelberg, Mannheim, Leipzig (3 Vereine), Reutlingen, Nürnberg, Fürth, Coburg, Waltershausen, Duisburg, Oberrammstadt, Hanau, Offenbach, auch von den Schweizer Vereinen waren zwei Abgeordnete da: Borst (A.) aus Zürich und Sauer (A.) aus Vevey. Später mit dem Remsthalzug kamen noch viele Deputirte hinzu von Aalen u. s. w. Die Mitglieder des hiesigen Lokalcomite's, die Herren Hölder, Dir. Steinbeis, Dr. Pfeiffer u. A. waren ebenfalls anwesend.

Der Vorsitzende eröffnete mit kurzen Worten die Versammlung, ermahnte zu möglichster Kürze und zur Fernhaltung aller Bitterkeiten und bezeichnete Namens des ständigen Ausschusses als Zweck der Vorverhandlung, die Verständigung über die Tagesordnung der Hauptversammlung, da hinsichtlich dieser Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten seien; über die Zusammensetzung des Bureau's für die Hauptversammlung, welches statutengemäß von der Versammlung gewählt werden muß; und endlich vorläufigen Meinungsaustausch und möglicherweise Verständigung über einzelne Hauptpunkte der Tagesordnung, namentlich über die auf die inneren Angelegenheiten bezüglichen, wie die Statutenänderung und die Frage des Vereinsorgans, hinsichtlich deren vielleicht die Meinungen am weitesten auseinandergingen, um zu verhüten, daß die vor einem großen Publikum stattfindende Hauptversammlung nicht das Bild der Zerrissenheit und bittern Haders statt einträchtigen Zusammenwirkens gebe und so der Sache selbst Schaden bringe. Diese vorläufige Berathung solle und werde überdies auch die Zusammensetzung der Commissionen, namentlich aber die beiden bestrittensten Gegenstände der Tagesordnung erleichtern. Der Vorsitzende stellte hierauf die Feststellung der Tagesordnung für die Hauptversammlung zunächst zur Berathung aus. **Weithmann** von Leipzig beantragte: auf die T.-O. zuerst die Organisationsfrage (Statutenänderung) und dann in zweiter Stelle die Frage des Vereinsorgans zu setzen. **Eichelsdörfer (A.)** von Mannheim wollte dagegen die Coalitionsfrage **) und das allgemeine Stimmrecht zuerst behandelt wissen. An der Debatte betheiligten sich, für den Weithmann'schen Antrag, außer dem Antragsteller selbst, **Engelhard (A.)** aus Kempten, **Streit** aus Coburg, **Lippolt (A.)** aus Glauchau; gegen denselben und für den Antrag von Eichelsdörfer, außer diesem selbst, Dr. **Lange** aus Duisburg, **Wenzel (A.)** von Stuttgart, Dr. **Hirsch** aus Magdeburg, **Bebel (A.)** von Leipzig, **Stuttmann** von Rüsselsheim. Die Debatte drehte sich nicht um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, sondern um Zweckmäßigkeitsrücksichten. Für den Eichelsdörfer'schen Antrag wurde angeführt, daß das Coalitionsrecht und das allgemeine Stimmrecht zwei brennende Tagesfragen von wichtigem Interesse für den ganzen Arbeiterstand seien, und daß es deßhalb am Platze sei, mit denselben die Verhandlungen des Vereinstages zu eröffnen und so zu zeigen, daß derselbe die Gesammtinteressen der Arbeiter wahrzunehmen wisse; zugleich sei es passend und werde von vornherein einen günstigen Eindruck auf das anwesende voraussichtlich zahlreiche Publikum machen, wenn mit diesen beiden Fragen allgemeiner Natur, bei denen wohl kaum irgend eine Meinungsverschiedenheit zu erwarten sei, begonnen werde, statt mit den das Publikum weniger interessirenden inneren Fragen, bei denen wesentliche Meinungsverschiedenheiten zu erwarten seien und so ein falsches Bild von dem im Großen und Ganzen einigen Streben der Vereine geben könnten. Hiergegen und für den Weithmann'schen Antrag wurde geltend gemacht, daß es praktisch erscheine, erst sein Haus zu bestellen, ehe man seine Aufmerksamkeit den wenn auch noch so wichtigen allgemeinen Fragen zuwende, die, wie die vorliegende (Coalitionsfrage) theils thatsächlich bereits entschieden, theils (allgemeines Stimmrecht) vorerst von mehr demonstrativem, als unmittelbar praktischem Charakter seien; und daß es für die Entscheidung der von beiden Seiten als wichtig anerkannten inneren, sog. Organisationsfragen, wenn diese Entscheidung im Interesse der Sache und einer dem entsprechenden Verständigung ausfallen solle, sehr bedenklich sei, wenn dieselben mehr gegen das Ende der Versammlung hin erst zur Berathung gelangten, wo die Versammlung nicht nur abgespannt, sondern auch nicht mehr vollzählig sein werde, so daß dann leicht ein Beschluß erzielt werden könne von einer Majorität, die eigentlich keine Majorität sei und mindestens nicht mit der großen Mehrzahl der vertretenen Vereine sich im Einklang befinde. Nach der mit großer Unbefangenheit und Unpartheilichkeit geführten Debatte entschied sich aus den allgemein sachlichen Gründen die Majorität der Vorversammlung zunächst für den Eichelsdörfer'schen Antrag. Hierauf wurde dann in allseitigem Einverständniß und in Berücksichtigung der für den Weithmann'schen Antrag geltend gemachten Gründe die Tagesordnung wie folgt, festgestellt.

Für den **ersten** Versammlungstag (3. Sept.):

I. Nach den Eröffnungsformalitäten Wahl des Bureau's und Wahl der beiden Commissionen über die Statutenänderung (Organisationsfrage) und über das Vereinsorgan.
II. Die Coalitionsfrage und Verkürzung der Arbeitszeit. Berichterstatter **Hirzel** und **Martens (A.)**.
III. Das allgemeine Stimmrecht. Berichterstatter Dr. **Hirsch** und **Hochberger (A.)**.
IV. Das Genossenschaftswesen, soweit die Zeit für diesen Tag noch ausreicht. (6 verschiedene Berichte).

Für den zweiten und eventuell dritten Versammlungstag (4. und 5. Sept.).

V. Die Organisationsfrage (Statutenänderung).
VI. Die Anträge des ständigen Ausschusses in Betreff eines Vereinsorganes.
VII. Der vom ersten Sitzungstage etwa übrig gebliebene Rest der Berichte über das Genossenschaftswesen.
VIII. Die Abschaffung der Wanderbücher. Berichterstatter **Bandaw** aus Berlin.
IX. Die Frauenarbeit. Berichterstatter Moriz **Müller (A.)** von Pforzheim.
X. Die Lehrmittel. Berichterstatter Dr. **Hirsch** von Magdeburg.

Nach dieser Erledigung des ersten Gegenstandes der Vorberathung wendete man sich nunmehr zum vorläufigen Meinungsaustausch über die Statutenänderung und Organisationsfrage überhaupt, sowie über die Ausschußanträge in Betreff der Gründung eines Vereinsorgans

---

*) Auch die nun seit Jahrzehenten sich fortspinnende politische Bewegung in unserem Vaterland wird, immer und immer von der Willkür der Machthaber im Kreise herumgetrieben, vergeblich sich abmühen, bis sie durch die neben ihr sich entwickelnde sociale Bewegung den gesunden Kern erhält, der die Massen in Fluß bringt. D. Red.

) Selbstverständlich mit **geheimer Stimmgebung! Von dem nächsten Vereinstag hoffen wir übrigens, daß er auch der Ueberzeugung klaren und bestimmten Ausdruck geben und deren Geltendmachung zur Pflicht machen wird: daß ohne **gründliche Umgestaltung und Hebung des Volksunterrichts** und ohne **vollständige Trennung der Schule von der Kirche** das allgemeine Wahlrecht, bei allem seinen prinzipiellen Werth und Nothwendigkeit, doch in der Hand der Machthaber zum wirksamsten Mittel der Knechtung des Volkes durch sich selbst, d. h. durch seine eigene Unwissenheit werden muß, und daß deshalb im Interesse des **rechten Gebrauchs** die gründliche Umgestaltung und Hebung des Volksunterrichts und die vollständige Trennung der Schule von der Kirche, als die wichtigste Vorbedingung mit allen Mitteln erstrebt werden muß. D. Red.

*) Ein für allemal mag hier bemerkt werden, daß der in Parenthese beigefügte Buchstabe (A.) bei den einzelnen Namen, zur Unterscheidung von den anderen Berufsklassen angehörigen Theilnehmern, **Arbeiter** im engeren Sinne bedeutet, übrigens gleichgiltig, ob der Betreffende, wie oben Staudinger, Meister, oder ob er Gehülfe ist.

**) Coalition, d. h. Verbündung, Coalitionsrecht also Verbündungsrecht, d. h. das Recht, die geschäftlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Verbündung der einen wie der andern unter einander zu regeln, wobei die Verbündung (Coalition) der Arbeitnehmer unter anderem auch Arbeitseinstellung in Masse, die Coalition der Arbeitgeber dagegen unter anderem auch zur Arbeiterentlassung in Masse führen kann, um so die eigenen Forderungen durchzusetzen. Die Red.

und zwar auf Antrag Prof. Eckardts von Mannheim in getrennter Debatte zunächst zur Organisationsfrage. Der Vorsitzende Sannemann trat während der Besprechung dieser beiden Angelegenheiten den Vorsitz an seinen ersten Stellvertreter Staudinger ab. Die Debatte über die Organisationsfrage betraf 1) die Vorschläge des ständigen Ausschusses, der die Statuten hauptsächlich hinsichtlich der Beitragspflicht der Vereine von 2 Thlr. für das Jahr, auf eine bestimmte jährliche Abgabe von etwa 1 Sgr. oder 3 kr. für jedes Vereinsmitglied, sowie hinsichtlich der bereits thatsächlich nicht mehr beobachteten Bestimmung, wonach die Sitzungen des ständigen Ausschusses nur am Wohnort des Vorsitzenden statt finden sollen, geändert wissen wollte; 2) die im Flugblatt des ständigen Ausschusses Nr. 11 mitgetheilten und in Nr. 138 der Arbeiterzeitung besprochenen Vorschläge von Germann und 3) die im Flugblatt Nr. 13 und 14 gemachten Vorschläge von Bebel (A.), der sich im Allgemeinen gegen den Germann'schen Organisationsvorschlag aussprechen und nur die Verlängerung des Zeitraums für den Zusammentritt des Arbeitertags auf 2 Jahre statt 1 Jahr, ferner die Kopfbesteuerung statt der gleichmäßigen Besteuerung nach Vereinen billigt, dagegen die directe Wahl des Vorsitzenden durch den Vereinstag, die Honorirung desselben mit einem festen jährlichen Gehalt von 300 Thlr., die Verminderung der Ausschußmitglieder auf 10, die Vertretung der Vereine nach Höhe ihrer Beitragspflicht, im übrigen aber die vorläufige Beibehaltung der anderen Bestimmungen des alten Statuts empfehlen. An der Debatte betheiligten sich Germann aus Leipzig, für seinen Vorschlag *), Bebel (A.) aus Leipzig für seine Vorschläge und gegen die Germann'schen; Hochberger (A.) aus Eßlingen gegen die Honorirung des Präsidenten, für gleiches, nicht nach der Mitgliederzahl und Beitragspflicht bestimmtes, Stimmrecht der Vereine; Lippolt (A.) aus Glauchau für das gleiche Stimmrecht der Vereine, für Steuer nach der Mitgliederzahl und für Honorirung des Vorsitzenden und zwar vom demokratischen Standpunkte aus, um jedem, auch dem unbemitteltsten Arbeiter, wenn er fähig dazu sei und das Vertrauen dazu besitze, die Annahme der auf ihn fallenden Wahl möglich zu machen, sowie endlich (wenn wir nicht irren) auch für die directe Wahl des Vorsitzenden durch den Arbeitertag; eben so Engelhardt (A.) aus Kempten; Streit aus Coburg für die directe Wahl des Vorsitzenden und das gleiche Stimmrecht der Vereine; Weithmann aus Leipzig für die Honorirung und directe Wahl des Vorsitzenden und für die Besteuerung nach der Kopfzahl; Sannemann für die Ausschußanträge und gegen die directe Wahl und Honorirung des Vorsitzenden, der nichts vor den übrigen Ausschußmitgliedern voraus haben solle, gegen diese aber eine Art Uebergewicht erlangen würde, wenn er ebenso wie sie direct von der Versammlung, statt vom Ausschuß, zum Vorsitz berufen werde; endlich noch Vogel aus Hamburg (wenn wir nicht irren) für die Ausschußanträge und die beiden Schweizer Gäste, Vorst (A.) aus Zürich, Vorsitzender des Centralverbands der Schweizer Arbeitervereine und Sauer (A.) aus Vevay über ihre Einrichtungen. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte hierüber von der Versammlung angenommen worden war, ging man zur Besprechung der Frage des Vereinsorgans über. Die Angriffe gegen die Arbeiterzeitung hatte Hartung (A.) aus Frankfurt eröffnet, welcher meinte, daß das Blatt um deßwillen kein Arbeiterorgan sein könne, weil ein Parteimann an dessen Spitze stehe und weil die Redaction gleich bei Beginn der Lassalle'schen Bewegung sich gegen Lassalle ausgesprochen habe, ehe noch die Arbeiter sich ein eigenes Urtheil darüber hätten bilden können. Einen gleichfalls principiellen Angriff richtete gegen das Blatt Wenzel (A.) von Stuttgart, Mitglied des Guttenbergvereins, welcher, nicht aus eigener Wahrnehmung, sondern auf Grund einer Aeußerung des in Leipzig erscheinenden Buchdruckerorgans, des „Correspondent", die Behauptung des letzteren mittheilte, daß die Arbeiterzeitung den Buchdruckerstrike in Leipzig fast gänzlich todtgeschwiegen und nur eine thatsächlich unrichtige und gegen die Gehülfen gerichtete Mittheilung gebracht und daß sie ferner aus Hamburg eine großgedruckte Anzeige, worin 500 Schuhmachergesellen nach Hamburg bestellt worden seien, unter die Anzeigen aufgenommen habe. Beiläufig wies dieser Redner noch darauf hin, daß die Arbeiterzeitung, nachdem sie in Preußen verboten sei, nicht mehr als allgemeines Arbeiterorgan wirken könne. In der Reihenfolge der Angriffe folgten nun die aus Leipzig, hauptsächlich vertreten von Germann, welcher die aus den früheren Mittheilungen der aus der Arbeiterzeitung selbst bereits bekannten Anklagen gegen die Redaction nochmals zusammenfaßte, die im Wesentlichen dahin gehen: daß das Blatt seiner Zeit gegen die Abhaltung des zweiten Vereinstags in Leipzig sich ausgesprochen habe, nachdem der ständige Ausschuß sich bereits für Leipzig entschieden gehabt und früher schon eine Aufforderung zu Gunsten Leipzigs an die Redaction gesendet worden sei; daß das Blatt ferner einzelne Wortführer des dortigen Vereins des „Beustianismus**)" und dabei Bebel insbesondere der unrichtigen Berichterstattung über die Verhandlungen der in Betreff der Arbeiterzeitung stattgehabten Sitzung des ständigen Ausschusses vom 19. März fälschlich beschuldigt habe. — Es folgte dann der Vertreter des ständigen Ausschusses, Stuttmann, bisheriges Ausschußmitglied, dessen Vortrag sowohl auf die Rechtfertigung des Verfahrens des Ausschusses gegenüber der Arbeiterzeitung, und deren Verleger als auf die Beschwerden gegen Redaction und Verleger gerichtet war. Das hierüber Gesagte faßt sich kurz dahin zusammen: Der Ausschuß habe sofort, als die Existenz der Arbeiterzeitung in Frage gestellt gewesen sei, Einleitungen zu deren Erhaltung getroffen und den Verleger aufgefordert, Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge seien aber nicht annehmbar gewesen, das dabei berechnete Deficit von circa 800 fl. vierteljährlich sei zu groß gewesen und die zu dessen Deckung erforderliche Garantie von 2—3000 Exemplaren Absatz habe der Ausschuß für die Vereine nicht leisten, ebensowenig eine Erhöhung des Abonnements von 12 auf 16 Sgr. vierteljährlich empfehlen und hauptsächlich nicht den vorgeschlagenen Vorschuß von 3000 Thaler auf eigene Verantwortung nehmen können; der Vertreter des damaligen Coburger Ausschußmitglieds, der zugleich die Vorschläge des Verlegers zu vertreten gehabt habe, habe in der entscheidenden Ausschußsitzung aber erklärt, daß er zu anderen Vorschlägen nicht instruirt sei und der Ausschuß habe danach die einfache Ablehnung der Vorschläge des Verlegers beschlossen, zugleich aber auch weiter beschlossen: die Zeitung weiter fortzuführen, wenn sie der Verleger eingehen lassen sollte und dem Verleger selbst, wenn er sie an den Ausschuß abtrete, den Vorschlag gemacht, ihm den etwaigen Reinertrag des dann in die Hände des Ausschusses übergehenden Blattes, der nach einer im Ausschuß aufgestellten Berechnung schon bei 2000 Exemplaren eingetreten sein würde, so lange zu überlassen, bis die gehabten Verluste des Verlegers gedeckt seien; diese Vorschläge habe der Verleger aber zurückgewiesen und habe nun den Ausschuß in leidenschaftlicher Weise angegriffen und des Intriguirens gegen das Blatt beschuldigt; unter diesen Umständen habe der Ausschuß seine Veröffentlichungen in der Arbeiterzeitung nicht mehr erscheinen lassen können und habe dazu nun die Form von Flugblättern gewählt; derselbe empfehle nunmehr die Gründung eines eigenen Vereinsorgans in Händen des Ausschusses. — Es folgten noch die Ausschußmitglieder Dr. Hirsch von Magdeburg und Bebel (A.) von Leipzig.

Bebel führte, die schon von Germann hervorgehobenen Angriffe des Blattes gegen ihn nochmals scharf zusammenfassend, aus, daß dieselben um so weniger gerechtfertigt gewesen seien, als die Redaction durch Erkundigung leicht hätte erfahren können, daß er früher bereits und namentlich noch nachdem die Existenz des Blattes in Frage gestellt gewesen sei, energisch für dasselbe gewirkt habe, zugleich aber erkannte er an, daß die der Arbeiterzeitung aus dem Leipziger Verein eine Zeit lang zugegangenen Berichte eine schiefe Auffassung möglich gemacht hätten und daß ihm von dem Blatt, nach der nur zu spät eingezogenen genaueren Erkundigung, eine volle Ehrenerklärung im Blatte selbst gegeben worden sei.

Dr. Hirsch, für den Ausschußantrag und gegen die Arbeiterzeitung sich aussprechend, bemerkte, daß er eigentlich bis zuletzt, nachdem man Streit selbst noch gehört habe, sich das Wort habe reserviren wollen, und interpellirte Streit, warum er noch nicht selbst gesprochen und ob er noch sprechen werde. Nachdem Streit hierauf sofort erwidert hatte, daß er von ganz demselben Wunsch geleitet, nicht eher sprechen werde, als bis er alle Anklagen gehört, da der Vertheidigung das letzte Wort gebühre, fuhr Dr. Hirsch weiter fort; er bemerkte, daß er im Wesentlichen auf demselben politischen Standpunkt stehe, wie Streit, also nicht etwa vom Parteistandpunkt aus gegen die Arbeiterzeitung spreche und führte dann aus, daß es Pflicht des Ausschusses sei, auch ganz abgesehen von den von anderen Rednern heute gegen das Blatt bereits gemachten Einwendungen, ein anderes Organ für die Arbeiterbewegung zu schaffen, da die Arbeiterzeitung jetzt in Preußen verboten, den preußischen Arbeitern also nicht mehr zugänglich sei und diese sonst, wenn ein anderes Organ nicht geschaffen werde, eines Organs ganz entbehrten. —

Wir haben vorstehend die gesammten Angriffe und Anklagen gegen die Arbeiterzeitung der besseren Uebersicht wegen in unmittelbarer Reihenfolge zusammengestellt. Wir bemerken jedoch dazu, daß abwechselnd immer ein Redner dagegen und einer dafür das Wort erhielt. Dafür sprachen Hochberger (A.) aus Eßlingen, Eckardt aus Mannheim, Hirzel aus Nürnberg, Weithmann von Leipzig, Lippolt (A.) aus Glauchau, Greulich (A.) aus Reutlingen, Engelhardt (A.) aus Kempten und schließlich über die Angriffe und Anklagen insgesammt Streit selbst. Es mag hierbei im Allgemeinen bemerkt werden, daß nach allen Mittheilungen, die uns geworden, überhaupt die große Mehrzahl der Vertreter von ihren Vereinen instruirt gewesen zu sein scheint, für Beibehaltung der Arbeiterzeitung als thatsächliches Vereinsorgan zu stimmen, insbesondere auch die sächsischen, mit Ausnahme zweier Leipziger Vereine und namentlich der ganze sächsische ebenso wie der würtembergische Gauverband; aus den Kreisen der Arbeiter selbst heraus verlangte man, daß in einem Arbeiterorgan auch eine gesunde Politik vertreten sei und anerkannte die politische Haltung des Blattes; man sprach dabei aus, daß dasselbe in den Vereinen von den meisten gern gelesen werde, daß es schwer sei, ein neues Blatt zu schaffen und zu befestigen und daß es ebenso sehr eine Ungerechtigkeit und Unbilligkeit, als unpraktisch und gegen das Interesse der Arbeiter und der Bewegung selbst sein würde, um untergeordneter Differenzen willen, welche die Arbeiter selbst gar nicht berührten, das Blatt eben jetzt im Stiche zu lassen, nachdem es mit so viel Mühen und Opfern ins Leben gerufen und bereits mehrere Jahre hindurch und soweit fortgeführt worden sei, daß es endlich festen Boden gefaßt habe, bloß weil es nun von oben theilweise Verfolgung erleide; wenn die Arbeiterzeitung aber hie und da einmal scharfe Erwiderungen gemacht habe, so müsse man nur bedenken, daß es auch an sie gebracht worden sei u. s. w. In diesem und ähnlichem Sinne sprachen die Redner, welche für die Arbeiterzeitung das Wort ergriffen. Wir heben daher nur noch einzelne besondere Bemerkungen einiger Redner dafür hier heraus. Hochberger (A.) aus Eßlingen bemerkte, die Frage liege ganz einfach so: hat die Arbeiterzeitung wirklich das Interesse der Arbeiter und der Arbeiterbewegung fest und entschieden vertreten, oder hat sie es nicht vertreten? wenn sie es nicht vertreten, so müsse man sie fallen lassen, wenn sie es aber vertreten habe, so sei es Pflicht der Arbeiter, fest zu ihr zu halten; er habe das Blatt von Anfang an gelesen und finde, daß sie das Interesse der Arbeiter wirklich vertrete und darum müsse man sie halten; die vorgekommenen Differenzen seien untergeordnet, rein persönlicher Natur, berührten die Arbeiter im Ganzen gar nicht und könnten deshalb bei der Frage gar nichts entscheiden. Eckardt von Mannheim, zunächst, mit einem Appell an das Gefühl, auf die langjährige und mit schweren Opfern verknüpfte patriotische Wirksamkeit des Verlegers und verantwortlichen Redakteurs des Blattes hinweisend, entgegnete dem Vorwurf, daß derselbe „Parteimann" sei — mit der Gegenfrage, wer in der ganzen Versammlung denn nicht Parteimann sei? unter den Führern gewiß Niemand; wenn aber einzelne es noch nicht wären, so sollten sie nur sich befleißigen, es bald

*) Germann, ein denkender und eifriger Freund der Arbeiter, aber bei übrigens gemäßigter Richtung, dennoch allem Anscheine nach sehr reizbar und empfindlich, hatte auch in der in der Arbeiterzeitung (Nr. 138) aufgenommenen Kritik seiner Vorschläge persönliche Angriffe und Unterstellungen finden wollen, die namentlich darauf sich stützen sollten, daß diese Vorschläge von Leipzig seien, bis ihm von Streit aus derselben Nr. der Arbeiterzeitung nachgewiesen wurde, daß aus der Kritik, um derselben selbst jeden Schein der Persönlichkeit nach jeder Seite hin zu nehmen, jede Namens- und Ortsbezeichnung von der Redaction ganz weggelassen sei! Von Seiten eines Theils der Ausschußmitglieder war dagegen gerade diese Weglassung jeder Namens- und Ortsbezeichnung wieder — als eine Verdächtigung des Ausschusses angesehen worden! Wir bemerken dies nur als weiteren Beleg dafür, wie sehr zur Beseitigung einer Menge vorgefaßter Meinungen ein gründlicher persönlicher Meinungsaustausch nothwendig war.

*) Dieser Vorwurf muß uns wahrhaft wohl thun. Wie klar und scharf muß sich das Urtheil über den betreffenden Staatsmann in seinem engeren Vaterland im Volke festgestellt haben, wenn es als eine schwere Beleidigung und Verleumdung gilt: der Anhängerschaft an diesen Staatsmann und der Sympathie für seine Regierungsgrundsätze beschuldigt zu werden.
D. Red.

zu werden; denn das sei eben das Uebel, daß so Manche noch sich scheuten, Parteimänner zu sein und lieber gar keine Partei ergriffen; der Vorwurf, ein so scharf ausgeprägter Parteimann zu sein, wie der Gründer der Arbeiterzeitung, sei vielmehr ein Vorzug statt ein Mangel. Hirzel aus Nürnberg, sprach vermittelnd: die Differenz mit Bebel habe durch die freimüthige Ehrenerklärung, welche die Redaction Bebel im Blatte selbst gegeben habe, ihre Erledigung gefunden; wenn es immerhin unangenehm sei, einen ungerechten Angriff zu erleiden, so müsse doch eine so vollständige Ehrenerklärung, wie sie von der Redaction der Arbeiterzeitung gegeben worden sei, vollkommen genügen, mehr lasse sich nicht thun; er meine übrigens, daß die Correspondenzen aus Leipzig gegen die Arbeiterzeitung selbst, welche eigentlich den Hauptanlaß zu den entstandenen Differenzen gegeben, von der Redaction gar nicht hätten aufgenommen werden sollen; er wolle indessen nicht verkennen, daß die Redaction dabei in einer üblen Lage und daß es schwierig für sie gewesen sei, diese Correspondenzen, da sie von einem Vereinscorrespondenten gekommen seien, zurückzuweisen und daß es der Redaction dann aber auch nicht zuzumuthen gewesen sei, wenn sie dieselben einmal aufgenommen, ganz dazu zu schweigen, ob die Erwiderung mehr oder weniger scharf hätte sein sollen, wolle er hier nicht entscheiden; es habe ihn dies alles aber zu einem Vorschlag geführt, durch den, wie er glaube, solchen Schwierigkeiten für die Zukunft, aus dem Weg gegangen werden könne und den er deßhalb der Erwägung anheim geben wolle: die Arbeiterzeitung solle zunächst in einen offiziellen und einen nichtoffiziellen Theil getheilt werden, in den ersteren sollten die Erlasse und Kundgebungen des ständigen Ausschusses, unverändert, ungekürzt und ohne alle Bemerkungen von Seiten der Redaction aufgenommen, der zweite nichtoffizielle Theil dagegen der Redaction für die Politik, für das sociale und wirthschaftliche Gebiet und für das Vereinsleben zur freien Verfügung überlassen und unter der letzteren Rubrik der Kritik der Einzelnen und der Vereine der freieste Spielraum gegeben werden; aus dem ständigen Ausschuß aber solle eine engere Commission von drei oder fünf Mitgliedern bestellt werden, welche einerseits zur Ueberwachung des offiziellen Theils des Blattes und andererseits dazu bestimmt sei, gewissermaßen die Recursinstanz in den Fällen zu bilden, in welchen die Redaction eine ihr zukommende Einsendung oder Correspondenz im Interesse der Sache und zur Vermeidung ähnlicher Differenzen, wie die stattgehabten, beanstanden zu sollen glaube und doch sich nicht ermächtigt halte, auf eigene Faust dieselben zurückzuweisen; er glaube, daß ein solches Abkommen, auf Grund dessen dann die Arbeiterzeitung auch formell zum Vereinsorgan werden würde, von beiden Seiten angenommen werden könne und nach Privatäußerungen zu schließen, habe auch der Verleger dasselbe seinerseits bereits als annehmbar bezeichnet. Engelhardt (A.) aus Kempten äußerte sich gegen die Gründe, welche von dem in Preußen ergangenen Verbot hergeleitet worden und bemerkte dabei insbesondere: Das Verbot spreche gerade für das Blatt, daß es das Wahre und Rechte vertreten und mache es den Vereinen um so mehr zur Pflicht, dasselbe zu halten. — Streit selbst äußerte sich über die gegen die Arbeiterzeitung erhobenen Angriffe und Anklagen insgesammt und über den Ausschußantrag im Wesentlichen wie folgt: Die im Laufe der Versammlung ausgesprochene Befürchtung, daß diese Frage zu heftigen und bitteren Erörterungen Anlaß geben und so für die bevorstehende Hauptversammlung und für deren Würde gefährlich werden könne, theile er nicht; er für seinen Theil wenigstens stehe dieser Frage sehr kühl und ruhig gegenüber; liege doch sogar das völlige Eingehen des Blattes nur in seinem eigensten Interesse, während die Fortführung von ihm nur neue, fortgesetzte Opfer aller Art in Anspruch nehme; wenn er dennoch das Wort und zwar gegen den auf Beseitigung der Arbeiterzeitung gerichteten Ausschußantrag und demgemäß auch gegen die Angriffe und Anklagen, auf welche der letztere sich gründe, das Wort ergreife, so geschehe dies lediglich im Interesse der Sache, welches hier allein entscheiden könne, da in solchen Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Personen und persönliche Interessen, als von ganz untergeordneter Bedeutung, gar nicht in Betracht kommen dürften und werde er demgemäß, wenigstens sich selbst gegenüber, auch heute wie in solchen Fällen stets, verfahren; dadurch werde es ihm zugleich möglich, auch die hier fraglichen Differenzen ganz unbefangen und rein sachlich zu beleuchten.

Dem Redner, welcher seinem bescheidenen Wirken eine so warme Anerkennung ausgesprochen habe, danke er zwar für die wohlwollend freundschaftliche Gesinnung, er sei sich aber nur bewußt, während seines nun bald 20jährigen öffentlichen Wirkens lediglich gethan zu haben, was unter allen Umständen und auch wo es Opfer gelte, jeder zu thun schuldig sei: nach Kräften seine Pflicht für seine Ueberzeugung. Dafür habe man weder auf Anerkennung noch auf Dank Anspruch und er habe diesen Anspruch auch nicht erhoben. Dank sei überhaupt nicht immer eine Tugend in öffentlichen Angelegenheiten und wenn er auch sich bewußt sei, die Arbeiterzeitung, ohne Rücksicht auf die möglichen und wirklichen Opfer an Zeit, Arbeit und Vermögen, lediglich gegründet zu haben, um der jungen Arbeiterbewegung in deren eigenstem Interesse mit ihrem Entstehen einen ersten geistigen Sammelpunkt und ein vollkommen unabhängiges und treues Organ zu geben, so wolle er doch der Versammlung dringend rathen, sich durch den wohlwollenden Appell jenes Redners an ihr Gefühl im Entferntesten nicht bestimmen zu lassen, sondern ganz kühl zu prüfen, ob das Blatt seine Schuldigkeit gethan, ob es im Interesse der Arbeiter und ihrer Bewegung das geleistet habe und leiste, was nach Lage der Verhältnisse und Mittel zur Zeit zu leisten möglich sei oder nicht, und im letzteren Falle möge man sich unbedingt und rücksichtslos gegen das Blatt entscheiden. Was nun die gegen das Blatt erhobenen Anklagen betreffe, so seien sie theils principieller, theils persönlicher Natur, er werde sie deßhalb auch getrennt beantworten. Prinzipiell seien die Angriffe von Hartung und Wenzel. Der Vorwurf von Hartung, daß er „Parteimann“ sei, habe schon von einem Vorredner seine Entgegnung gefunden, daß er aber als Parteimann auch die Pflicht der Gerechtigkeit kenne und gegen jeden anders Gesinnten zu üben bemüht sei, dessen sei er sich bewußt; den Vorwurf aber, daß er sich gleich bei Beginn der Lassalleschen Agitation gegen dieselbe ausgesprochen, verstehe er nicht. Ob ein Arbeiterorgan in so wichtigen Fragen etwa keine Meinung haben solle und wie denn das Urtheil der Arbeiter sich klären könne, wenn ein berufenes Organ derselben in solchen Fragen kein Urtheil äußere? Er habe sich gegenüber der Lassalleschen Bewegung gegen den Mißbrauch der Staatshülfe und gegen den ebenso charakterlosen als gefährlichen Grundsatz ausgesprochen, „daß man das Gute nehmen müsse, woher es komme“. Es habe die Arbeiterzeitung aber auch ebenso offen anerkannt, worin Lassalle Recht gehabt habe, und von anderer Seite werde ihr gerade zum Vorwurf gemacht, daß sie zu gerecht gegen Lassalle gewesen sei! Das sei vielleicht der beste Beweis, daß sie die rechte Mitte gegenüber dieser Bewegung eingehalten habe. Was den Vorwurf von Wenzel anlange gegen die Haltung der Arbeiterzeitung gegenüber dem Leipziger Buchdruckerstrike, so beruhe derselbe auf vollständigem thatsächlichem Irrthum. Daß die Arbeiterzeitung im Interesse der Sache und der Arbeiterbewegung selbst bei solchen Strikes sehr sich vor thatsächlich unrichtigen Mittheilungen nach beiden Seiten hin zu hüten habe, liege auf der Hand; auf die Berichte anderer Zeitungen könne sich dieselbe deßhalb in solchen Fällen nicht verlassen, sondern bedürfe zuverlässiger Originalcorrespondenzen, mit solchen aber sei sie gerade in dem Leipziger Fall von ihrem gewöhnlichen Correspondenten ganz im Stiche gelassen worden; dann aber habe sie von einem anderen Correspondenten einen ganz objectiv gehaltenen, den Gehülfen durchaus nicht ungünstigen Bericht erhalten (in Nr. 120 vom 16. April d. J. S. 622 abgedruckt), der die Entstehung des Conflicts und dessen Verlauf bis dahin sachgetreu mittheile. Im Uebrigen habe die Arbeiterzeitung für das Coalitionsrecht von Anfang an entschieden und offen Partei genommen, habe darüber durch eine Reihe von Nummern hindurch Artikel und Correspondenzen gebracht, und sei namentlich auch für die Arbeiter in Burg (nicht nur mit Worten, sondern auch in der That mit namhaftem Beitrag vgl. Nr. 120 S. 628) eingetreten. Wie Redner selbst aber, als Prinzipal, zu der Frage sich stelle, ergebe sich wohl am besten daraus, daß er gleich bei Beginn der Coalitionsbewegung den Gehülfen seiner Offizin den festen Wochenlohn um 1 fl. rhn. pro Woche von freien Stücken erhöht habe, und daß erst jüngst in der Hauptversammlung des Thüringischen Buchdruckervereins in Gotha (20. Aug. d. J.), wohin er als Prinzipal (von dem Zweigverein Coburg, Hildburghausen, Meiningen, Suhl) nebst einem Gehilfen, als Vertreter der sämmtlichen Buchdrucker dieser Städte deputirt gewesen, mit diesem für dasselbe Recht der Selbstverwaltung und freien Wahl mit aller Entschiedenheit zu Gunsten der Gehilfen eingetreten sei, über welches auch der Leipziger Conflict entstanden sei. Daß dies und die weitere Thatsache, daß sie dabei durch Schuld der betheiligten Gehilfen selbst in der Minorität geblieben, — in dem „Correspondent“ ganz mit Stillschweigen übergangen worden sei, beweise, daß es dem letzteren mit seinen Correspondenten zuweilen ebenso zu gehen scheine, wie hie und da der Arbeiterzeitung mit den ihrigen. Ob ferner die fragliche Annonce aus Hamburg unter den Anzeigen der Arbeiterzeitung gestanden habe, wisse er selbst nicht und müsse sich darüber erst informiren; die Aufnahme der Annoncen sei lediglich Sache der Expedition, um die sich die Redaction nichts bekümmere;*) daß in Hamburg ein Schuhmacherstrike gewesen sei, sei ihm übrigens bis heute noch unbekannt; jedenfalls aber sei in solchen Fällen es Sache der Leiter, die Redaction der Arbeiterzeitung in Kenntniß zu setzen. Dies sei überhaupt noch nicht geschehen. Die principiellen Anklagen erledigten sich nach dem allen vollständig von selbst. — Die persönlichen zerfielen in zwei Gruppen: diejenigen, welche sich auf die Differenz mit einzelnen Leitern des Leipziger gewerblichen Bildungsvereins und diejenigen, welche sich auf die Differenz mit dem ständigen Ausschuß bezögen. Er werde dieselben auch hiernach getrennt behandeln. Die Leipziger Differenz führe sich weit zurück auf die Opposition, welche die Arbeiterzeitung gegen die Abhaltung des zweiten Arbeitertags in Leipzig gemacht habe. Man betone, daß zuvor, und vor der Entscheidung des ständigen Ausschusses darüber, von dem Leipziger Verein eine Aufforderung nach Coburg ergangen und in der Arbeiterzeitung nicht erörtert worden sei. Das sei wahr. Allein die Leipziger Aufforderung sei an den Coburger Verein und darauf gerichtet gewesen, für Leipzig zu stimmen; dieser Aufforderung sei nicht entsprochen worden und da die Redaction die Wahl Leipzigs nach Lage der Verhältnisse überhaupt nicht für wahrscheinlich gehalten habe, so habe sie geglaubt, die unerquickliche Erörterung ganz umgehen zu können. Der Verein und die Redaction habe dann in der Sache keine weitere Mittheilung erhalten als die schließliche Notiz, daß der Ausschuß Leipzig doch noch als Versammlungsort gewählt habe. Da sei es denn Pflicht gewesen, die Bedenken gegen diese Wahl nicht zu verschweigen und so wenigstens zur Vorsicht zu veranlassen. Ein Land, in welchem die Jesuiten die Beichtväter an höchster Stelle seien, und in welchem ein Beust an der Spitze der Regierung stehe, unter welcher die Octroyirungen und Waldheim möglich gewesen seien, sei unter allen Umständen, welches Gewand diese Regierung auch annehmen möge, für keinerlei volksthümliche Bestrebung ein wirklich fruchtbarer Boden und es sei geradezu gefährlich, dahin irgendwie den Schwerpunkt einer Bewegung von einer ganz Deutschland umfassenden Bewegung zu verlegen. In diesem Sinne, nicht anders, habe pflichtgemäß sich damals die Arbeiterzeitung ausgesprochen und sie habe dabei sogar mit ganz ausdrücklichen Worten ihre Achtung vor dem sächsischen Arbeiterstand und gegenüber den Leitern des dortigen Vereins, mit denen sie bis dahin in freundlichem Verkehr gestanden, betont und sich dagegen verwahrt, daß man ihre Opposition auf diese beziehe. Wenn dies nun gleichwohl geschehen, wenn man mit einer merkwürdigen Zähigkeit und Hartnäckigkeit seitdem immer und immer wieder auf diesen Vorwurf zurückgekommen, so sei das, er könne es nicht anders bezeichnen, noch ein Stück Partikularismus, der sich auch mit einem selbst mißbilligten Regierungssystem im Falle eines Angriffs auf dasselbe identificire, — nur weil es das einheimische sei und der Angriff von Außen komme. Daß dies im vorliegenden Fall auch in Leipzig geschehen, sei die Quelle aller weiteren Differenzen; den Vorwurf des „Beustianismus“ habe man dadurch selbst provocirt. Die Differenz mit Bebel und der Vorwurf gegen diesen, daß er über die fragliche Frankfurter Ausschußsitzung seinem Verein unrichtig referirt habe, sei durch die Correspondenzen des Leipziger Vereinscorrespondenten hervorgerufen worden, die Bebel nachträglich selbst als nicht ganz zutreffend bezeichnet habe; nach diesen habe es vollständig den Anschein genommen, als sei das Bebel'sche Referat wirklich auf den Vorwurf hinausgelaufen: daß die Arbeiterzeitung nur eine „Buchhändlerspeculation“ sei. Daß ein derartiger Vorwurf im wahren Sinne des Wortes indigniren müsse, bei einem Unternehmen, welches wie die „Arbeiterzeitung“ mit so großen Opfern an Zeit, Arbeit und Vermögen gegründet sei und bis zur Stunde fortgeführt werde, — das sei wohl ohne weiteres für jeden Unbefangenen einleuchtend. Den Correspondenzen des Leipziger Vereinscorrespondenten habe die Redaction aber, eben weil er der offizielle Vereinsreferent für das Blatt gewesen

*) Die Expedition hat übrigens von Anfang an die Weisung, keine Schwindelannoncen und ebenso hatte dieselbe die Weisung, während des Leipziger Strike keine Gesuche um Zuzug von Gehulfen aufzunehmen. D. Red.

sei, glauben müssen; daß im Leipziger Verein selbst verschiedene Strömungen beständen und daß dies auf diese Correspondenzen, er wolle gern glauben, unabsichtlich von Einfluß gewesen sei und so den Correspondenzen eine schiefe Richtung gegeben habe, habe die Redaction nicht wissen können. Aus demselben Grund aber habe die Redaction sich auch nicht ermächtigt halten können, diesen als officiell zu betrachtenden Correspondenzen die Aufnahme zu versagen.

Daß der Redaction aber nicht zuzumuthen gewesen sei, zu denselben zu schweigen und damit dieser im eigenen Blatt gegen sie gerichteten ungerechten Vorwürfe sich schuldig zu bekennen, sei schon von einem anderen Redner anerkannt worden. Diese Leipziger Differenzen seien, mit der nach erhaltener Aufklärung gern gegebenen Ehrenerklärung für Bebel abgeschlossen; dieselben seien aber fataler Weise zusammengefallen mit der Differenz mit dem ständigen Ausschuß und hätten dadurch diese selbst wieder verschärft. —

Diese letztere, die übrigens nur sehr uneigentlich auf den Ausschuß als solchen bezogen werde und lediglich eine solche mit dem Herrn Vorsitzenden desselben sei, deren sich der Ausschuß nur angenommen habe, führe sich zurück auf den sogenannten „Nothschrei“ der Arbeiterzeitung. Als beim letzten Jahresabschluß die Bilanz der Arbeiterzeitung abermals ein sehr bedeutendes Deficit ausgewiesen habe, sei die Darlegung dieser Lage des Unternehmens im Blatte selbst erfolgt. Nachdem das Blatt nach und nach thatsächlich zum Organ fast aller Vereine geworden, nachdem es sich, wie vielfach von den Vereinen selbst anerkannt worden sei, einiges Verdienst um die Arbeitersache und um die Arbeiterbewegung bereits erworben, sei es nicht mehr als billig gewesen, den Vereinen, von denen die meisten und darunter solche von starker Mitgliederzahl das Blatt nur in je einem Exemplar gehalten hätten, offen zu sagen, daß die, mit dem Prinzip der Selbsthülfe im Widerspruch stehenden, Opfer für ihre Sache nicht ferner mehr Einem zugemuthet werden könnten und zwar sei es am Platze gewesen, dies im Blatte selbst, öffentlich auszusprechen, da der Weg der privaten Correspondenz in solchen Dingen selten ausreichend sei. In Folge des Artikels seien der Redaction eine Menge Zuschriften und Aufforderungen zugegangen, das Blatt nicht eingehen zu lassen, verbunden mit Versprechungen, für bessere Verbreitung desselben zu wirken, zugleich aber vielfach auch mit ausdrücklichem Hinweis auf den ständigen Ausschuß, als die geeignetste Stelle, von der aus etwas für das Blatt geschehen könne. Unter diesen Umständen habe er, Redner, sich geradezu verpflichtet gehalten, um sich keiner Unterlassung schuldig zu machen, bei dem ständigen Ausschuß anzufragen, ob und was derselbe im Interesse des Blattes thun könne und wolle. Die ganze darüber geführte Correspondenz habe er im Original und Abklatsch gegenwärtig und könne sie erforderlichen Falls vorlegen. Der Herr Vorsitzende Sonnemann habe auf diese Anfrage in einem Briefe vom 24. Januar laufenden Jahres erwidert, daß er nach reiflicher Erwägung den Fortbestand der Arbeiterzeitung allerdings auch für höchst wünschenswerth halte, daß er den Gegenstand in der auf den 26. Januar d. Js. anberaumten Ausschußsitzung vorbeingen werde, und daß der Verleger „sich versichert halten dürfe, daß alles wohl erwogen und aufgeboten werden solle, um dem befürchteten Ergebniß entgegenzuarbeiten“. Auf das gleichzeitige briefliche Erbieten des Verlegers (Streit), sich im Interesse leichterer Verständigung mit dem ständigen Ausschuß zu einer Besprechung mit demselben persönlich einzufinden, habe der Herr Vorsitzende in demselben Antwortschreiben (vom 24. Januar d. Js) wörtlich wie folgt erwidert: „Sie zur Theilnahme an der ebenerwähnten Ausschußsitzung persönlich einzuladen, halte ich indessen für verfrüht und behalte mir deshalb vor, Sie zunächst von dem Ergebniß unserer bevorstehenden Berathung in Kenntniß zu setzen und alsdann Sie oder eventuell Herrn Reinhardt (damaliges Coburger Ausschußmitglied) zur Beiwohnung einer noch näher zu bezeichnenden Sitzung zu veranlassen“. In einer weiteren Zuschrift des Hrn. Vorsitzenden an ihn (Streit) vom 31. Januar d. Js. sei dann als Ergebniß der Sitzung des engeren Ausschusses vom 26. desselben Monats mitgetheilt worden, daß ohngefähr auf Ende Februar eine Sitzung des gesammten ständigen Ausschusses zur definitiven Erledigung dieser Angelegenheit einberufen werden solle und sei mit dieser Notiz gleichzeitig die Aufforderung verbunden gewesen, zur Vorbereitung der geeigneten Unterlagen für diese Sitzung, „genaue Angabe über den Stand der Arbeiterzeitung, über die Abonnentenzahl, die Unkosten, den etwa erforderlichen Zuschuß, sowie überhaupt über alles dasjenige zu machen, was auf die Berathung dieses wichtigen Gegenstandes von Einfluß sein könne“. Diese unter dem 17. Februar nochmals erinnerte, ausführliche Vorlage habe er, Redner, unter dem 21. Februar für den ständigen Ausschuß an den Herrn Vorsitzenden gerichtet. Darin sei im Hinblick auf die umfassende Aufgabe des Blattes dessen weitere Vervollkommnung als nothwendig bezeichnet, ein muthmaßlicher Kostenüberschlag für diesen Fall aufgestellt und dazu vorgeschlagen worden: 1) Uebernahme einer Garantie von 3000 Exemplaren Absatz, welche auf die 200 Vereine nach Verhältniß ihrer Mitgliederzahl zu vertheilen gewesen und wie sich später bei einer Reihe von Vereinen gezeigt habe, bei gleichzeitigem directem Vertrieb durch die Vereine selbst und bei nur einiger Bemühung für die Verbreitung ohne alles Risiko für dieselben gewesen sein würde. Für das jetzt in Aussicht genommene, vom ständigen Ausschuß selbst zu gründende officielle Organ werde sogar vielfach von einer Verpflichtung jedes Vereinsmitgliedes zur Haltung eines Exemplars gesprochen, also von einer Garantie von 30—40,000 Exemplaren. 2) Tragung des die Einnahmen des Blattes stark, (bis auf 8 Sgr. pro Exemplar und Quartal) verkürzenden Rabattes der Buchhändler zu 4 Sgr. pro Exemplar durch die Abonnenten, also Erhöhung des Abonnements von 12 auf 16 Sgr. Da diese Erhöhung des Abonnementspreises sich später allerdings nicht als ausführbar gezeigt habe, so sei später der Buchhändlerrabatt von 4 Sgr. auf 3 Sgr. pro Quartal herabgesetzt und dadurch die Nettoeinnahme pro Exemplar von 8 Sgr. auf 9 Sgr. pro Quartal thatsächlich erhöht worden. 3) Der bei einem garantierten Absatz von 3000 Exemplaren berechnete beträchtliche Reinertrag habe zu 1/4 dem ursprünglichen Vertrag mit dem Coburger Verein gemäß an diesem, zu 1/4 an den ständigen Ausschuß überwiesen, und zu dem Rest für die Deckung der bisherigen Verluste des Verlegers und nach deren Deckung zur weiteren Vervollkommnung des Blattes selbst verwendet werden sollen; einen Gewinn habe er, Streit, als Verleger dabei nicht in Anspruch genommen; die jährliche Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben des Blattes habe dabei nach seinem Vorschlag unter Controle des ständigen Ausschusses erfolgen sollen. 4) Endlich sei in seiner Darlegung zuletzt noch die Aufnahme eines Betriebsvorschusses von 3000 Thaler, rückzahlbar in fünf Jahresraten, für das Blatt in Vorschlag gebracht worden. Nachdem er, Streit, als Verleger selbst bereits für das Unternehmen so beträchtliche Summen aufgewendet habe, sei für den Fall des ganzen obigen Arrangements, zu Gunsten dessen er hiernach selbst auf jeglichen Gewinnantheil verzichtet habe, ihm es nicht zuzumuthen gewesen, neue Capitalanlagen für die dabei in Aussicht genommene weitere Vervollkommnung des Unternehmens zu machen. Bei der gleichzeitig in Aussicht genommenen Garantie von 3000 Exemplaren Absatz aber, deren Durchführung durch den Vorschuß allerdings auch wieder mehr gesichert gewesen wäre, und bei dem dadurch sichergestellten beträchtlichen Reinertrag des Blattes sei die Rückzahlung schon allein dadurch gesichert gewesen; er, Streit, habe aber überdies noch selbst seine eigene persönliche Garantie unter allen Umständen dafür offerirt. Das seien die Vorschläge gewesen, die er, vorbehältlich der weiteren Vereinbarung mit dem Ausschuß über die innere Einrichtung des Blattes, diesem auf die erhaltene Aufforderung des Hrn. Vorsitzenden gemacht habe. Dieser habe darüber an die Ausschußmitglieder schriftlich berichtet und dieselben zu einer entscheidenden Ausschußsitzung auf den 19. März nach Frankfurt eingeladen, zu welcher er aber ihn, Streit, seines früheren Ersuchens ungeachtet, nicht, sondern das damalige Coburger Ausschußmitglied, Hrn. Reinhardt, eingeladen habe, der durch die Redactionsgeschäfte für das Blatt abgehalten dann seinerseits wieder einen Stellvertreter geschickt habe. Ihm, Streit, selbst sei es bei dieser ausdrücklichen Uebergehung moralisch unmöglich gemacht gewesen, in dieser entscheidenden Ausschußsitzung persönlich sich einzufinden, obschon durch solche von ihm selbst ausdrücklich begehrte persönliche Verständigung mit dem Ausschuß alle späteren Differenzen unfehlbar hätten verhütet werden können. Der Stellvertreter des Hrn. Reinhardt habe allerdings keine andere Information gehabt, als die obigen Vorschläge, allein wenn, wie geschehen, dieselben dem Ausschuß unannehmbar geschienen, so habe andere Information oder sein, Streit's, eigenes persönliches Erscheinen sehr leicht, nöthigenfalls telegraphisch noch veranlaßt werden können. Man habe indessen, ohne ihn weiter zu hören, seine Vorschläge einfach abgelehnt und für den Fall des Eingehens des Blattes dessen Uebernahme durch den Ausschuß beschlossen und ihm, Streit, für diesen Fall die Deckung seiner bis dahin gehabten Verluste aus dem Reinertrag des Ausschußorgans angeboten. Dies sei ihm officiell, ohne Möglichkeit weiterer Verständigung, als definitiver Beschluß des Ausschusses von dem Hrn. Vorsitzenden mitgetheilt worden und unter diesen Umständen sei ihm selbst nichts weiter übrig geblieben, als die einfache Ablehnung, und zwar um so mehr, als er abgesehen von Allem Anderen principiell die Herausgabe eines Blattes durch den Ausschuß selbst für bedenklich halte. Da gleichzeitig aber die Vereine erhöhte Anstrengungen für die Verbreitung des Blattes gemacht hätten, und er fortgesetzt Aufforderungen erhalten habe, das Blatt nicht eingehen zu lassen, so habe er sich geradezu verpflichtet gehalten, wenn auch mit neuen persönlichen Opfern, das Blatt vorerst noch weiter fortzuführen. Auch das sei ihm dann wieder zum Vorwurf gemacht worden. — In der ganzen Art der Behandlung habe etwas unverkennbar Verletzendes gelegen; man habe mit ihm nicht, wie unter Gleichen üblich, sondern gleichsam wie mit einem Bittsteller verhandelt, den man gar nicht persönlich zu hören brauche; man habe ganz ignorirt, daß er bereits selbst bis dahin, von freien Stücken, für das anerkannt im Interesse der Arbeiter und der Bewegung liegende Blatt bedeutende persönliche Opfer jeder Art gebracht und lediglich und in Folge vielfacher Anregung aus den Vereinen selbst an den Ausschuß die Anfrage gerichtet habe, was dieser denn nun seinerseits für das Arbeiterorgan zu thun Willens sei. Dagegen habe man den für das Unternehmen selbst, zu dessen weiterer Vervollkommnung und überdies aus gutem Grunde unter den Vorschlägen ganz in letzter Stelle vorgeschlagenem und deshalb am leichtesten wieder fallen zu lassenden Betriebsvorschuß von 3000 Thaler gewissermaßen als die Hauptsache und als etwas persönliches behandelt und mit der angebotenen Uebernahme des Blattes in den Betrieb des Ausschusses, unter Anerbieten seiner, Streit's, bisheriger Verluste für das Blatt, der ganzen Sache ein Ansehen gegeben, als ob ihm (Streit) diese Deckung und nicht das Blatt selbst und dessen Fortführung und Vervollkommnung die Hauptsache gewesen sei. Das Verletzende dieser Sachbehandlung sei für jeden Unbefangenen von selbst ersichtlich. Es werde ihm nun von dem Vertreter des Ausschusses, der vorhin gesprochen, zum Vorwurf gemacht, daß er in Folge dieses Ausschußbeschlusses den Ausschuß „leidenschaftlich und mit gehässigen Verdächtigungen“ angegriffen habe. Als bester Beleg zur Beurtheilung dieser Anklage diene wohl der Artikel der Arbeiterzeitung, in welchem er in Verbindung mit dem Coburger Verein das Scheitern der Verhandlungen mit dem ständigen Ausschuß zuerst angezeigt habe. Derselbe sei in Nr. 118 der Arbeiterzeitung vom 2. April d. Js. abgedruckt, in welcher zugleich die Ankündigung der Herausgeber, daß und warum das Blatt noch forterscheine und eine Bekanntmachung des Ausschusses selbst enthalten sei, an deren Schluß die spitze Notiz enthalten gewesen sei, daß die Schwierigkeiten für die Arbeiterzeitung „gehoben“ zu sein schienen, da der Verleger das Forterscheinen ankündige. In einer Anmerkung dazu laute der Artikel wie folgt:

„Wie aus der am Kopf der heutigen, wie der vorigen, am 22. vor. Mts. (März d. Js.) an das Präsidium des ständigen Ausschusses eingesendeten Nummer unseres Blattes ersichtlich ist, sind die Schwierigkeiten, welche dem Forterscheinen des Blattes entgegenstehen, noch keineswegs beseitigt. Daß und warum wir gleichwohl die Flinte nicht in's Korn werfen, ist oben (in der Abonnementseinladung) bereits ausgesprochen. Wir hatten dem ständigen Ausschuß eine ausführliche Darlegung gegeben und demselben verschiedene Vorschläge gemacht, durch welche das Forterscheinen des Blattes vollständig gesichert sein würde. [Folgt sachgetreu der wesentliche Inhalt der vorhin bereits mitgetheilten 5 Vorschläge.]

„Der ständige Ausschuß des Arbeitervereinstags hat indessen Bedenken getragen, irgend einen dieser Vorschläge den Vereinen zur Berücksichtigung zu empfehlen, sondern hat unter Ablehnung derselben beschlossen:

„1) die Arbeiterzeitung auch für den Fall selbst fortzuführen, falls dieselbe eingehen sollte;

2) dem Verleger für den Fall des Eingehens der Zeitung folgende Vorschläge zu machen: „In so fern derselbe in der letzten Nummer zur Anzeige bringt, daß die Zeitung in den Verlag des Ausschusses übergeht und auch sonst alle zur Erhaltung der Abonnenten und Mitarbeiter erforderlichen speciellen Nachweise liefert, demselben so lange die Hälfte des Reingewinns

aus der Arbeiterzeitung zuzuwenden, bis die Summe von 3000 Thaler bezahlt ist.

Frankfurt a. M., den 19. März 1865.

Im Auftrag des Ausschusses

Leopold Sonnemann, d. Z. Vorsitzender."

Hierzu werde nun in dem Artikel der Arb.-Ztg. weiter bemerkt:

„Wir verkennen nun zwar nicht, daß bei Annahme dieser Vorschläge unsere und unseres Verlegers Mühen, Anstrengungen und Opfer für die Gründung und bisherige Ausbreitung des Blattes in keiner Hinsicht umsonst aufgewendet sein und mindestens dem neuen Verlag des Blattes zu Gute gekommen sein würden; allein da der Ersatz seiner Opfer und überhaupt die pecuniäre Seite des Unternehmens für den bisherigen Verleger des Blattes von Anfang an und bis zur Stunde nicht der maßgebende und entscheidende Gesichtspunkt war und ist, wenn sie auch für die Erhaltung des Blattes nicht außer Augen gelassen werden darf, und da ferner der unterzeichnete Verein als Herausgeber der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung" sowie deren Gründer und bisheriger Verleger in bestimmtem, hierbei in Frage kommendem Vertragsverhältniß zu einander stehen, so hat der Verleger die von dem Herrn Vorsitzenden des ständigen Ausschusses in dessen Auftrag gemachten Vorschläge abgelehnt.

„Um aber bei dem von den meisten Vereinen für das Forterscheinen des Blattes an den Tag gelegten warmen Interesse denselben die Möglichkeit nicht abzuschneiden, die Erhaltung des Blattes durch thätige Förderung noch möglich zu machen, läßt der Verleger dasselbe zunächst für dieses Quartal noch forterscheinen.

Der Coburger Arbeiterfortbildungsverein als Herausgeber und die Redaction der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung".

Das sei der „leidenschaftliche" und „gehässig verdächtigende Angriff", welcher unmittelbar nach dem Beschluß des Ausschusses vom 19. März d. Js. gegen den letzteren erfolgt sei. — Darauf habe der Herr Vorsitzende des Ausschusses das „vertrauliche Rundschreiben" vom 10. April d. Js. erlassen, in diesem seinerseits eine Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen über die Arbeiterzeitung und mit deren Verleger gegeben, und habe gleichzeitig brieflich die Redaction ersucht, diese Angelegenheit, wo möglich nicht weiter öffentlich zu besprechen und jetzt — auch eine persönliche Besprechung in Aussicht gestellt. Allein die letztere sei nach den definitiven Beschlüssen des Ausschusses nutzlos gewesen und deshalb darauf von ihm, Redner, nicht eingegangen worden. Zugleich sei aber in dem vertraulichen Rundschreiben der Thatbestand der Verhandlungen in einem wesentlichen Punkte irrig dargestellt gewesen. Er unterstelle hierbei durchaus keine Absichtlichkeit und lasse den Erklärungsgrund dafür ganz dahingestellt sein. Es sei in dem „Rundschreiben" nicht nur ebenfalls irrthümlich die Frage des Betriebsvorschusses für das Unternehmen als eine persönliche Angelegenheit und als die Hauptsache dargestellt, sondern es sei dabei eben so irrig auch bemerkt worden: daß der Verleger selbst bei Gewährung dieses Betriebsvorschusses und bei Garantie von 3000 Abonnenten sich nur auf ein Jahr zur Fortführung des Blattes habe verbindlich machen wollen. Das sei vollkommen unrichtig und im Widerspruch gewesen mit seinen damals schriftlich dem Ausschuß gemachten Vorschlägen, die er zur eventuellen Vorlage im Abklatsch ebenfalls hier gegenwärtig habe; im Falle der Garantie von 3000 Exemplaren Absatz habe das Blatt überhaupt fortgeführt werden sollen und für den Fall, daß der Betriebsvorschuß gewährt worden, die Garantie für den Absatz aber nicht gleichzeitig erlangt worden wäre, habe er sich verbindlich gemacht, das Blatt dennoch mindestens auf ein Jahr fortzuführen, weil in der Zwischenzeit dasselbe recht wohl noch zu weiterem Forterscheinen durch die Bemühungen der Vereine habe erstarken können und gleichzeitig habe er auch für den Fall, daß dann das Blatt dennoch eingehen müsse, den Betriebsvorschuß als eine in 5 Jahresraten auch in diesem Fall rückzahlbare Schuld auf sich persönlich übernehmen, seine eigenen gehabten Verluste von gleicher Höhe also unter allen Umständen selbst und allein tragen" und den Vereinen nicht aufhelfen wollen. Die Darstellung des „vertraulichen Rundschreibens" lasse in diesem Punkt aber das gerade Gegentheil als das Verlangen des Verlegers erscheinen. Das hätte das ganze, lediglich im Interesse der Sache begonnene und fortgeführte Unternehmen als eine Angelegenheit von rein persönlichem Interesse und in der That als „Buchhändlerspeculation" erscheinen lassen und mit den Thatsachen im geradesten Widerspruch die ganze moralische Grundlage des Unternehmens vernichten müssen. Zu einer so irrthümlichen und thatsächlich unrichtigen Darstellung des gedruckt versendeten „vertraulichen Rundschreibens" habe der Verleger trotz des gleichzeitigen brieflichen Ersuchens des Herrn Vorsitzenden: die Sache nicht weiter öffentlich zu besprechen, — unmöglich und um so weniger schweigen können, als gleichzeitig in den Leipziger Vereinscorrespondenzen die vorhin schon besprochenen Angriffe, welche die Arbeiterzeitung wirklich als eine „Buchhändlerspeculation" bezeichnet hätten, erfolgt seien. Darauf seien denn (in Nr. 122 S. 635 der Arbeiterzeitung vom 30. April d. Js.) die gesammten Verhandlungen mit dem Herrn Vorsitzenden veröffentlicht worden. Man erhebe den Vorwurf, daß der Ausschuß darin leidenschaftlich angegriffen und verdächtigt worden sei; er müsse das aber entschieden bestreiten; es seien nur Thatsachen gegeben worden, die überdies den Ausschuß selbst nicht berührten. Ob dagegen aber die Beschuldigung, daß das Unternehmen überhaupt nur eine „Buchhändlerspeculation" sei, keine Verdächtigung gewesen sei, überlasse er der billigen Beurtheilung. Er mache indessen auch dem Hrn. Vorsitzenden durchaus keine Unterstellung der Absichtlichkeit; aber die Thatsachen, daß derselbe seine, des Verlegers, persönliche Verhandlung mit dem Ausschuß für die entscheidende Ausschußsitzung vereitelt habe; daß das gedruckt versendete „vertrauliche Rundschreiben" einen so wesentlichen Punkt, wie den vorhin erwähnten, thatsächlich unrichtig dargestellt habe; und daß gleichzeitig damit und mit dem brieflichen Ersuchen um Todtschweigen der Sache, die verdächtigenden Angriffe in den Leipziger Vereinscorrespondenzen erfolgt seien, — für die er übrigens keines der Mitglieder des Ausschusses verantwortlich mache, — diese Thatsachen hätten die ganze Differenz und die dabei untergelaufenen Mißverständnisse sehr verschärft und, er verhehle es nicht, auf ihn selbst einen peinlichen Eindruck gemacht. Er habe übrigens seinerseits diese Differenzen schon im Laufe dieses Frühjahrs definitiv abgeschlossen, und in einer auch (in Nr. 129 der Arbeiterzeitung vom 18. Juni abgedruckten) brieflichen Erklärung vom 9. Juni an das Ausschußmitglied, Hrn. Weithmann, der damals einen privaten Versuch der Beilegung dieser Differenz gemacht habe, sich „zu jeder dem Interesse der Sache wie dem Anspruch auf gegenseitige Achtung entsprechenden Ausgleichung" dieser Differenzen bereit erklärt *). Und ebenso habe er sich schon privatim zur Annahme der Hirzel'schen Vorschläge, die er für ausführbar halte, bereit erklärt und wolle dies auch hier nochmals erklären. Unter diesen Umständen fehle dem Antrag, auf Gründung eines neuen Vereinsorgans, wenigstens soweit er sich auf die stattgehabten Differenzen stütze, aller Grund. — Es sei indessen auch aus allgemeinen und prinzipiellen Gründen in keinem Falle, wie man auch sonst sich entscheiden möge, nicht räthlich, eine Art Regierungsorgan innerhalb der Vereine zu gründen, geradeso wie es verkehrt sei, in einem Staate die unabhängige Presse zu verbieten und nur eine officielle Presse zu gestatten.

Zum Schluß wolle er nur mit einem Wort noch einen Einwand gegen die Arbeiterzeitung berühren, über den er wirklich erstaunt sei: daß die Arbeiterzeitung um deßwillen aufgegeben werden müsse, weil sie in Preußen verboten sei; abgesehen davon, daß die Betheiligung der preußischen Vereine an den Vereinstagen überhaupt keine starke sei (unter 60 Vereinen diesmal zwei preußische, Berlin und Magdeburg); daß die Arbeiterzeitung nur mit im Ganzen 250 Exemplaren in ganz Preußen verbreitet gewesen und ein Ersatz keineswegs unausführbar sei, sei es doch wahrhaft unerhört, ein sonst als gut anerkanntes Blatt um deswillen in allen deutschen Staaten freiwillig aufzugeben, weil es in einem reactionär regierten Staate verboten sei! Eine wirksamere Einladung zum Verbot jedes neuen, nicht reactionär und junkerlich preußisch redigirten, Blattes, überhaupt der ganzen übrigen, liberalen deutschen Presse, — könnte an Hrn. v. Bismarck wohl nicht gerichtet werden. Mit Recht sei von einem der Vorredner das gerade Gegentheil den Vereinen zur Pflicht gemacht worden. —

Nachdem so auch die Frage des Vereinsorgans durch die Besprechung nach allen Seiten vorläufig erschöpft war, wurden noch für die Büreauwahlen zur Hauptversammlung und für die Wahlen zu den Commissionen über die Statutenänderung und über das Vereinsorgan von beiden Seiten vorläufige Vorschläge gemacht und dann die Vorberathung geschlossen, durch welche die Hauptversammlung über manche unerquickliche und andernfalls unvermeidliche Erörterung vorweg hinausgebracht war. In den gegenseitigen Aufklärungen hatten die alten Differenzen mindestens ihre Schärfe verloren. Inzwischen war von dem Localcomité, das durch seine gastfreundlichen Anordnungen in echt schwäbischer Gemüthlichkeit und Liebenswürdigkeit allen Theilnehmern der Versammlung den Aufenthalt in Stuttgart zu einer lieben Erinnerung gemacht hat, — im Garten der Hack'schen Brauerei ein schönes Gartenfest eröffnet worden, bei dessen Beginn die Gäste von dem Comité-Mitglied Hrn. Widmann mit einer kernigen, von dem Vorsitzenden des ständigen Ausschusses beantworteten, Rede empfangen wurden und das bis gegen Mitternacht in fröhlichem Verkehr, abwechselnd mit Musik und Gesang, in den festlich erleuchteten Gartenräumen fortdauerte.

Hauptversammlung.

(Erster Berathungstag, Sonntag, den 3. September.)

Die ersten Morgenstunden des Sonntags wurden von den Theilnehmern des Arbeitertags dazu benützt, die Sammlungen der K. Centralstelle für Gewerbe und Handel (Musterlager) zu besichtigen. Nicht leicht werden die Räume des Musterlagers eines so zahlreichen und sachverständigen Besuchs sich zu erfreuen gehabt haben, als an diesem Morgen, an welchem Hunderte von Arbeitern aus ganz Deutschland die Musterstücke, die Werkzeuge, die in Gang gesetzten Maschinen u. s. w. prüfend beaugenscheinigten. Direktor v. Steinbeis und die übrigen Beamten der Centralstelle begleiteten die Gäste durch die verschiedenen Säle. — Um 11 Uhr Vormittags begannen die Verhandlungen im großen Saale der Liederhalle. Der Saal war durch den Stuttgarter Arbeiterbildungsverein festlich geschmückt worden. Im Hintergrund der Tribüne prangte von deutschen Fahnen umgeben ein Bild der Germania; an den Gallerien waren unter Laubgewinden die Farben der verschiedenen deutschen Staaten, in der Mitte der Adler des alten deutschen Reichs, umgeben von den Farben Frankreichs und Italiens, angebracht. Ordnungs- und Führerdienst versahen während der Versammlung und durch die Festtage hindurch die braven Turner des Stuttgarter Arbeiterbildungsvereins. Bei Beginn der Verhandlungen war der Saal mit Einschluß der Gallerien

---

*) Der betreffende Brief an Weithmann mag hier seinem ganzen Wortlaut nach nochmals Platz finden. Er lautet:

„Geehrter Herr! Indem ich Ihnen für Ihre freundliche Vermittlung in der Differenz über die Arbeiterzeitung und mit dem ständigen Ausschuß im Namen der Sache, der durch die Fortsetzung dieser Differenzen und durch einen Zwiespalt unter den Arbeitervereinen nicht gedient sein kann, aufrichtig danke, trage ich durchaus kein Bedenken, Ihnen auch schriftlich auszusprechen, was ich schon mündlich Ihnen ausgesprochen habe: daß ich zu jeder dem Interesse der Sache, wie dem Anspruch auf gegenseitige Achtung entsprechenden Ausgleichung, der ganz gegen meinen Wunsch, und, wie ich aus Ihrer Mittheilung ersehe, durch eine Reihe gegenseitiger Mißverständnisse entstandenen Differenzen, jederzeit gern bereit bin.

„Da angenommen werden darf, daß auch auf der andern Seite nicht die Absicht bestanden haben und bestehen kann, einen unfruchtbaren Hader ohne Rath, zum Schaden der Sache fortzuführen, so meine ich, wird die Beilegung eine leichte sein.

„Ich meine auch, daß diese Differenz überhaupt nicht entstanden wäre, wenn vor oder bei der Ausschußsitzung vom 19. März d. Js. eine mündliche Verständigung möglich gewesen wäre, und ich bedauere umsomehr, daß ich nicht mindestens diesmal, wenn auch nicht eingeladen, mich zu der Ausschußsitzung begeben kann, um einen mündlichen Meinungsaustausch möglich zu machen. Sie haben sich aber selbst überzeugt, wie durch die dazwischenliegende, entscheidende Standesitzung, die mich bis Morgen Nachmittag aufhält, mir dies unmöglich gemacht wird.

„Was die Arbeiterzeitung insbesondere betrifft, so will ich meine mündliche Ihnen gegebene Erklärung nicht unterlassen, auch hier zu wiederholen: daß ich gern bereit bin, sobald es im Interesse der Arbeiterbewegung für nöthig gehalten werden sollte, das Blatt in noch näher zu verabredender Weise an den bevorstehenden Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu übergeben, an den ich überhaupt eventuell appellire, falls wider Erwarten eine friedliche Ausgleichung der bestehenden Differenzen zur Zeit nicht erzielt werden sollte. Mit vollkommenster Hochachtung F. Streit."

Coburg, den 9. Juni 1865."

In derselben Nummer (129) der Arbeiterzeitung ist auch die Ehrenerklärung für Bebel abgedruckt, die wir, nachdem wir Bebel auch persönlich kennen gelernt haben, jetzt nicht mehr nach dem Zeugniß anderer, sondern auch nach unserem persönlichen Urtheil gern bestätigen. Wir haben in Herrn Bebel nicht nur einen Mann von Intelligenz und Rednergabe, das würde wenig sagen, sondern auch von festen Grundsätzen und Charakter kennen gelernt.

Kopf an Kopf gefüllt. Die Schweiz hatte 2 Gäste, Frankreich, theils aus Paris theils aus dem Elsaß, etwa 10 Gäste geschickt. Von Namen aus dem Ausland, welche durch Wirksamkeit für die Zwecke der Arbeitervereine zum Theil bereits allgemein bekannt sind, nennen wir, ohne vollständig sein zu können, folgende: die Schriftsteller Horn und Block, Advokat Tachard, Maler Heppach aus Paris, Dr. Dufardin aus Mühlhausen, Prof. Macé aus Beblenheim, Advokat Lauth und Kaufmann Röderer aus Straßburg, Seinguerlet und de Lordae-Cabral, beide Mitarbeiter des Pariser Temps; Harding aus England. Sonnemann aus Frankfurt a. M. erklärt als Vorsitzender des ständigen Ausschusses den dritten Vereinstag für eröffnet, und ertheilt dem Präsidenten des Lokalkomités, Rechtskonsulent Hölder, das Wort. Hölder heißt den Verein im Namen des Lokalkomités, und im Namen der Stadt Stuttgart, in hiesiger Stadt herzlich willkommen. Dem Beispiele so vieler anderer Berufsgenossen folgend, seien auch die Arbeiter zusammengetreten, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen und zu fördern. Die Hebung der ökonomischen, socialen, intellektuellen und sittlichen Zustände des Arbeiterstandes sei das hohe Ziel, welches diese Versammlung sich gesetzt habe. Der Staat selbst sei dabei in hohem Grade betheiligt, daß ihre Bestrebungen von Erfolg begleitet seien. Die Arbeiter haben es aber erkannt, daß der Staat unmittelbar nicht Hülfe schaffen könne. Sie verlangen von ihm jedoch die Hebung der Hindernisse, welche der Entwicklung der freien Thätigkeit der Arbeiter noch im Wege stehen. Dabei haben die Arbeiter erkannt, daß sie auf die eigene Kraft angewiesen seien, haben den germanischen Grundsatz der Selbsthülfe zum Leitstern genommen. In politischen Dingen theilen sich die Parteien nicht nach Ständen, sondern nach Ueberzeugungen; die Bestrebungen der großen freisinnigen Partei seien solidarisch mit den Bestrebungen der Arbeiter. Nach Hölder erhält Direktor v. Steinbeis das Wort: Meine Herren! Auch ich, nicht nur als Mitglied des Arbeiterbildungsvereins und des Komités, sondern auch als ein berufener Vertreter des großen Arbeitsvereines, der sich den würtemb. Staat nennt, halte es für meine Aufgabe, Sie in diesem Saale willkommen zu heißen, denn was ist der Staat unserer Tage anderes, als die große Arbeitsgenossenschaft am Baue der Gegenwart und der Zukunft? Und das fleißige Würtemberg hat gewiß ein besonderes Anrecht darauf, sich ein Land der Arbeit zu nennen, nachdem es durch dieselbe seine ganze gegenwärtige Blüthe sich erworben hat, und nachdem seine Arbeitsleistungen beim großen Wettkampfe der Völker, ich meine die allgemeinen Gewerbeausstellungen, so schöne Anerkennung gefunden haben. Im großen staatlichen Arbeitsvereine vertreten Sie, meine Herren, ein weites Feld derjenigen Arbeit, bei welcher man im Schweiße des Angesichts sein Brod ißt. Diese Arbeit zu ehren und zu pflegen, ist eine der schönsten Aufgaben des Staats, welche auch in diesem Lande vollständig begriffen wird. Indem ich Sie, meine Herren, willkommen heiße, habe ich anzufügen, daß Se. Majestät der König das lebendigste Interesse für das Wohl und die berechtigten Bestrebungen des Arbeiterstandes und die besten Wünsche für einen gedeihlichen Erfolg dieser Berathungen hegt, welche wir zu beginnen im Begriffe sind, und daß die betreffenden Regierungsbehörden diesen Berathungen mit Aufmerksamkeit folgen und bemüht sein werden, den hier laut werdenden Wünschen zu entsprechen, soweit sie im Wohle der Gesammtheit begründet sind. M. H.! Wir haben eine Reihe wichtiger Fragen auf der Tagesordnung. Erlauben Sie mir als einem aus der Werkstätte hervorgegangenen und in einer wechselvollen Laufbahn ergrauten Manne Sie zu bitten, daß Sie diese Fragen mit derjenigen Rücksichtnahme auf die berechtigten Ansprüche aller Stände besprechen, welche ebenso die Klugheit wie die Billigkeit fordert, und alle Stände werden dann bereit sein, Ihnen zum Ziele zu verhelfen. Meine Herren, ich betrachte es als eine gute Vorbedeutung für diese Versammlung, daß sie hier eingeführt ist durch die Arbeiterbildungsvereine des Landes. In der fortschreitenden Bildung, m. H., liegt die Zukunft aller Stände, liegt die Zukunft der Welt. Streben wir als Männer der Arbeit die Bildung an, so sind wir auf dem Wege zur tüchtigen Arbeit und dadurch zu unserem Wohlstand, zum allgemeinen Wohlstand und durch diesen zum Ansehen bei allen Völkern, und dadurch, und dadurch allein, m. H., zur Macht. Wie das anzugreifen ist, darüber werden auch die Verhandlungen, die wir beginnen, weitere Fingerzeige geben. Was aber die Bildung der Arbeiterstandes insbesondere anbelangt, so kann ich als ein berufener Leiter der Arbeiterschulen dieses Landes, die wir so gerne zu wahren Hochschulen für den Arbeiterstand ausbilden möchten, nicht unterlassen, den Wunsch auszusprechen: daß Behörden und Arbeiterstand hiezu sich überall freundlich die Hand reichen möchten! Mit diesem meinem herzlichen Wunsche, m. H., heiße ich Sie nochmals willkommen! Meier, Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiterbildungsvereins,*) dankt Namens dieses Vereins den Versammelten, daß sie die Einladung nach Stuttgart angenommen haben, und weist zugleich hin auf den guten Zweck und den unzweifelhaften Erfolg dieser Vereine. Sonnemann: An den äußeren Verhältnissen haben wir ein getreues Bild des inneren Fortgangs unserer Vereine: in Frankfurt wurden wir nicht verstanden; in Leipzig ging es schon besser durch die Betheiligung der städtischen Behörden; in hiesiger Stadt Stuttgart hat uns das gesammte Bürgerthum aufs Herzlichste empfangen; dieß beweist, daß man versteht, was uns zusammenführt. Der Redner spricht den Dank dem Lokalkomité und dem Vertreter der Regierung aus, ebenso den Dank für Se. Maj. den König, welcher sein lebhaftes Interesse für die Vereinsangelegenheiten habe kundgeben lassen, und begrüßt die Gäste aus der Schweiz und Frankreich. Er verweist auf den Rechenschaftsbericht und drückt die Hoffnung aus, daß auch dieser Vereinstag seine guten Früchte hinterlassen werde. Der Verein wolle keinen vierten Stand schaffen, wohl aber die Arbeiterklasse zur Gleichberechtigung bringen mit dem gesammten Bürgerthum, er verfolge einen ernsten, wenn auch langsamen Weg und werde zum Ziele gelangen, indem er volkswirthschaftliche Erkenntniß wecke und fördere. Der von Sonnemann Namens des ständigen Ausschusses erstattete Jahresbericht führt aus, daß das abgelaufene Geschäftsjahr im Allgemeinen ein belebtes und zu manchen Zeiten stürmisch war. Nach wie vor habe der Ausschuß die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes sich als eine Hauptaufgabe gestellt und es an nichts fehlen lassen, um neue Arbeiterbildungsvereine hervorzurufen, die bestehenden besser zu organisiren und zu unterstützen, sowie ihnen Bildungsmittel zuzuführen. Die Zahl der Arbeitervereine beträgt 186, hievon haben 106 ihre Mitgliederzahl bereits mitgetheilt, die sich auf 23,593 beläuft. Nimmt man an, daß die Vereine, welche mit ihren Angaben noch im Rückstande sind, nach gleichem Verhältnisse etwa 17,800 Mitglieder zählen, so würden die besagten Vereine 41,400 Mitglieder zählen. Die ländliche Bevölkerung ist in den Kreis der Bildungsvereine hineingezogen und namentlich in Hessen hierin ein guter Erfolg zu Tage getreten. Zu den bestehenden Gauverbänden kam in diesem Jahre der sächsische mit 29 Vereinen und 4579 Mitgliedern hinzu. Der oberbadische Verband mit 30 Vereinen erweiterte sich zu einem badischen Landesverband. In Gotha sind Schritte zur Gründung eines thüringischen, von Nürnberg und München aus zur Herstellung eines bayrischen Verbandes geschehen; gleiches Streben gab sich in Oldenburg, im Rheinland, sowie in Westphalen kund. Im Ganzen sind bis jetzt sechs Gauverbände in Wirksamkeit: der Maingauverband, der hannoverische, der würtembergische, der mittelrheinische, der sächsische und der badische Verband. Die Coalitionsfrage nahm in reichem Maße die Kräfte des Ausschusses in Anspruch, nicht minder die Herstellung einer Lohnstatistik; mannigfaltig war die Thätigkeit in Bezug auf das Genossenschaftswesen und förderte die Gründung von Spar- und Consumvereinen. Die Zahl der im Laufe des Jahres aus den Arbeitervereinen heraus entstandenen Consumvereine übersteigt die Ziffer 50. Fast sämmtliche Anstalten arbeiten mit gutem Erfolge. Eine größere Anzahl Speise-Genossenschaften wurde gegründet, während die Altersversorgungskassen bis jetzt noch durch die Abneigung der großen Industriellen keinen Schritt vorwärts gekommen sind; die Produktivgenossenschaften beginnen an Boden und Ausdehnung zu gewinnen, und es bestehen solche bereits mit Erfolg in Berlin, Stuttgart, Chemnitz, Mainz. Anfänge sind gemacht im Wupperthale, Offenbach und Frankfurt. Dem Ausschusse sind 1230 fl. für die Zwecke des Vereinstages, darunter 875 fl. vom Nationalverein, zugekommen.

Eine weitere Agitation sei begonnen hinsichtlich der Paß und Wanderbücher. Das schwerste Hinderniß sei der militärische Frohndienst im stehenden Heer. Ueberall wo eine Bewegung gegen dieses aufgetaucht, haben sich die Arbeitervereine angeschlossen. (Bravo!) Der Arbeitertag sei ein populärer volkswirthschaftl. Congreß. — Der Redner weist darauf hin, wie unter den verschiedenen Gegenständen der Tagesordnung auch solche sich befänden, über innere Fragen der Organisation, welche zu Meinungsverschiedenheiten führen konnten, daß, wie aber auch die Entscheidung getroffen werden möge, es Pflicht für alle sei, sich der Majorität zu unterwerfen und schließt mit der Mahnung, keine Spaltungen aufkommen zu lassen und der Stadt Stuttgart kein Bild deutscher Zerrissenheit zu geben.

Folgt dann die Prüfung der Vollmachten.

Während dieser Operation erhält das Wort der Nationalökonom Horn aus Paris. Er grüßt die deutschen Arbeiter im Namen der französischen Arbeiter. Es handle sich aber nicht um eine bloße internationale Höflichkeit. Er skizzirt den gegenwärtigen Stand der Arbeiterfrage und Vereine in Frankreich. Man gestehe dort allgemein, daß der Anstoß aus Deutschland gekommen sei. Die deutsche sei das Vorbild der französischen Arbeiterbewegung. Indem man diesen Impuls anerkenne, dürfen auch die Deutschen zugeben, daß die erste Idee doch aus Frankreich gekommen.*) Schon vor 1848 sei dort die Association aufgetaucht. Sie sei dort wieder unterlegen, weil man in der Staatsunterstützung eine Nothwendigkeit gesehen (Hört!) und einzelne Ungeschicklichkeiten seien dazu gekommen. Gerade in dieser Beziehung habe das deutsche Vorbild der Selbsthilfe belehrt. Diese sei jetzt das entscheidende Merkmal der neuen Bewegung. Er werde sich in den Debatten erlauben, französische Erfahrungen einzustreuen. Credit-, Productions- und Consumgesellschaften blühen nach deutschem Muster in Paris und in vielen Städten. Die französischen Arbeiter verlangen nicht nur nichts vom Staat, sondern weisen seine Hilfe zurück. Als der Staat die Idee hatte, ein eigenes Gesetz über Arbeiter-Genossenschaften zu geben, wurde sie von den Arbeitern zurückgewiesen. Während in Deutschland die Decentralisation sich erst nach und nach centrale Organe schuf, ging in Frankreich der Anstoß von Paris aus und begann mit Schaffung centraler Organe. Aber die Bewegung sei doch eine decentralisirende. Aehnlich dem in Berlin geschaffenen Organ bestehe auch ein centrales Blatt, l'association. Ein dritter Versuch sei eine internationale Ausstellung von Arbeiterproducten. Als Mitbegründer der Centralbank und als Mitredacteur des genannten Journals und als Mitglied dieser Ausstellung versichere er, daß die deutschen Bestrebungen von den französischen Brüdern mit aller Liebe begrüßt werden. Es könne nur noch eine französische Invasion geben, um in Deutschland zu lernen. Der französische Arbeiter wolle seine Regierung nur drängen, den Fuß auf deutschen Boden zu setzen, um dort Freiheit zu lernen. (Bravo.) In Frankreich sei oft die Idee einer internationalen Verbindung der Arbeitervereine angeregt. Die englische und französische Arbeiterbewegung haben sich in dem Versuch der jetzt in London eröffneten internationalen Ausstellung von Arbeiterproducten bereits in Zusammenhang gesetzt und die letztere biete gerne auch nach Deutschland herüber die Hand. Die Idee wolle er noch nicht bitten auf die Tagesordnung zu setzen, aber der deutsche Ausschuß solle sich zwischen heut und der nächsten Versammlung mit diesem Gedanken beschäftigen. (Allg. Beifall.)

Borst (A.) aus Zürich beginnt mit einem Schweizer Gruß in Versen und mahnt dann an die jüngste deutsche Arbeiterversammlung in Luzern. Er preist sich glücklich, im Vaterland selbst die Brüder grüßen zu können, und gibt einen Rückblick auf den 25jährigen Bestand der deutschen Vereine in der Schweiz, schildert die schweizerische Gastfreundschaft, die in den Reactionsjahren besonders werthvoll gewesen. Die Hindernisse haben die dortigen Deutschen gelehrt, selbstständig aufzutreten. Das jetzige Vorgehen der deutschen Vereine betrachte er als einen Triumph. Der Redner erhebt sich zu schwungvoller Vorstellung des unausbleiblichen Siegs des Fortschritts und preist das Bewußtsein der Würde, das jetzt den ganzen Arbeiterstand durchdringe. Er mahnt an das Beispiel des Arbeiters Lincoln. Den Feinden der Arbeitervereine ruft er zu, sich in diesen Hochschulen des Arbeiterstandes umzuschauen und ihre Vorurtheile abzulegen, und schließt mit den Worten: Seid einig, einig, einig. Am Ende der Bahn winkt uns des Sieges Preis.

Staudinger (A.) meldet, daß 60 Vereine vertreten seien: Oldenburg, Offenbach (2 Vereine), Constanz, Pforzheim, Magdeburg, Leipzig (Gesellenverein), Leipzig (Arbeiterbildungsverein), Fürth, Heidenheim, Carlsruhe, Freiburg, Lahr, Aalen, Jény, Gotha, Gießen, Augsburg, Gauverband Würtemberg, Kempten, Biberach, Ravensburg, Berlin, Frank-

---

*) Karl Mayer der „Beobachter" sitzt am Journalistentisch.

*) Nur aus gastfreundlicher Artigkeit ist hiergegen wohl die Erinnerung unterblieben, daß das Genossenschaftswesen, in den verschiedensten Formen ein uralt germanisches Institut ist, und in den französischen Associationen vor 1848 nur eine neue, wenn auch damals nicht glückliche Anwendung gefunden hat.

furt a. M., Heidelberg, Bremen (Vorwärts), Oberrammstadt, Darmstadt, Nürnberg, Mannheim, Leipzig (Maurerges.-Bild.-Ver.), Coburg, Schorndorf, Laichingen, Duisburg, Hanau, Oppenheim, Stuttgart (Cigarrenmacher), Blaubeuren, Ulm, Reutlingen, Hamburg (1. Arbeiterbildungsverein), Wallershausen, Göppingen, Eßlingen, Kirchheim, Berg, Hamburg (2. Arbeiterbildungsverein), Tuttlingen, Hall, Maingauverband, Verband sächsischer, Crimmitzschau, Thurn, Glauchau, Zwickau, Glauchau (Gewerbever.), Frankenberg, Stuttgart (Guttenbergverein).

Hierauf wird die Geschäftsordnung des 2. Vereinstags mit Acclamation angenommen und dann zur Präsidentenwahl und Vicepräsidentenwahl geschritten. Vorgeschlagen sind zum Präsidium: Hirzel, Bandow, Hochberger. Vorschläge für die Vicepräsidenten sind: Dr. Pfeiffer, Eckhard, Sannemann, Eichelsdörfer, Staudinger, Bredehorst.

Gewählt wurde zum Präsidenten Herr Bandow, Schriftsteller aus Berlin, mit 31 Stimmen. Der nächste in der Zahl war Hochberger (A.) mit 19. Zu Vicepräsidenten werden erwählt Dr. Pfeiffer aus Stuttgart und Sonnemann. Der Präsident ernennt zu Schriftführern Will aus Darmstadt, Stuttmann, Vaget und Beck aus Stuttgart.

Nun geht es an die Wahl der gestern besprochenen Commissionen.

Nach der Pause von einer Stunde wurde die Verhandlung fortgesetzt und erst das Wahlresultat verkündet. In die Commission für Statutenänderung sind gewählt: Hochberger (A.), Eichelsdörfer (A.), Streit, Sonnemann, Lippolt (A.). In die für das Vereinsorgan wurden gewählt: Hirzel, Wellhmann, Dr. Lange, Stuttmann und Moriz Müller (A.). Beide Commissionen werden sich nach Schluß der Sitzung konstituiren. Es wird mitgetheilt, daß 837 Mitglieder von Vereinen und viele Ehrengäste anwesend sind. Hirzel, Berichterstatter über die Coalitionsfrage, bezieht sich auf seinen gedruckten Bericht. Die Frage über Abkürzung der Arbeitszeit sei in diesem etwas stiefmütterlich behandelt, Martens von Hamburg werde über diese Seite sprechen. Im Allgemeinen mahnt Hirzel von Arbeitseinstellungen ab. Als besonders merkwürdig führt er an, daß in England die Arbeitseinstellungen bisweilen ihren Kreislauf zum Zunftwesen zurück genommen haben. Er hält für möglich, gemischte Commissionen von Arbeitgebern und Arbeitern über Fälle von Lohnerhöhungsbegehren entscheiden zu lassen und verweist als auf einen vielleicht rettenden Gedanken auf die Betheiligung der Arbeiter am Gewinn. Hinsichtlich der Arbeitsabkürzung verweist er auf die Erscheinung, daß die Arbeiter gewöhnlich um die Ueberstunden reißen und empfiehlt Stückarbeit oder Zahlung nach den Leistungen. Die von Hirzel beantragte Resolution lautet:

1) Das Coalitionsrecht ist ein natürliches Recht und darf daher unter keiner Bedingung irgendwie geschmälert werden.

2) Coalitionen zum Zweck der Lohnerhöhungen oder zur Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn sind aber von dem Arbeiter nur mit äußerster Vorsicht und Erwägung aller Verhältnisse ins Leben zu rufen, weil unberechtigte, in den Verhältnissen unbegründete Arbeitseinstellungen sich an den Arbeitern selbst schwer rächen.

3) Eine Abkürzung der Arbeitszeit wäre für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von großem Nutzen. Einführung der Stückarbeit, soweit sie nur möglich ist, wäre der praktischste Weg dazu. Coalitionen zu jenem Zweck hätten sich hauptsächlich auf diesem Felde zu bewegen.

4) Mehr zu empfehlen, als jegliche Coalition ist die Gründung von Produktivgenossenschaften.

5) In keinem der ersten 4 Punkte kann ohne vollständig freie Bewegung und besonders ohne ein durch und durch freisinniges Vereinsgesetz irgend etwas Ersprießliches geleistet werden. Es ergeht daher an alle Arbeiter die Mahnung, so oft sie als Urwähler oder Wahlmänner ihre Staatspflicht zu erfüllen haben, auf solche Leute ihr Augenmerk zu richten, von denen ein Wirken für die Umgestaltung dieser mangelhaften Gesetze zu erwarten ist.

Der treffliche Martens (A.) von Hamburg hält die Frage des Coalitionsrechtes und der Arbeitszeitabkürzung auseinander und hält die letztere für so wichtig, als die andere. Er spricht als ein in Handelsgeschäften wohlerfahrener Hanseate; wie sich die Kaufleute auf der Börse coalisiren und die Preise bestimmen, so müsse es auch dem Arbeiter zustehen. Er gibt Beispiele an den Verhältnissen seiner Vaterstadt und erzählt von den letzten Fällen der Lohnerhöhungsbegehren, der Zimmerleute z. B. und der Tischler, die zu viel verlangt und daher so gut wie nichts erreicht haben. Die Lassallianer haben auch da geschürt, aber die Arbeiter von Erfahrungen belehrt, seien zu vernünftigen Grundsätzen zurückgekehrt.

Was die Arbeitszeit betreffe, so solle der Arbeiter eben aus der rohen Mechanik heraus und ein denkender Mensch werden, in kürzerer Zeit mehr leisten. — Es werde mit dieser Frage gehen, wie mit anderen, die vor wenigen Jahren noch so angestoßen haben, daß die aus der Schweiz und Frankreich zurückkehrenden Arbeiter ins Gefängniß geworfen worden und die jetzt durchgeführt seien. Eine Schlußmahnung in diesem Sinne an die Arbeiter wurde mit großem Beifall aufgenommen.

German von Leipzig (bei schwacher Stimme schwer verständlich) erörtert die Frage an der Hand der lehrreichen Leipziger Vorgänge und begründet das von ihm und Bebel gestellte Amendement:

„Es ergeht daher an alle Arbeiter die Aufforderung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine Umgestaltung der bestehenden mangelhaften Vereinsgesetze zu Stande komme."

Der Präsident unterbricht die Verhandlung und verliest einen aus Luzern telegraphirten Vers.

Hochberger ergänzt den Bericht Hirzels und hebt hervor, daß das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Nehmer ein Vertragsverhältniß sei und gehören daher Arbeitseinstellungen einfach vor den Civilrichter. Er stellt den Antrag:

„Alle Coalitionsbeschränkungen sind aufzuheben. Streitigkeiten, welche in Vollzug der Coalition zum Nachtheil des einen oder andern Theils entstehen, sind wie alle Streitigkeiten im bürgerlichen Leben der Entscheidung der Civilgerichte zu unterstellen."

Hinsichtlich der Verminderung der Arbeitszeit will er keine Intervention des Staates und stellt den Antrag, auszusprechen, es sei Sache freier Vereinbarung, sich über die Arbeitszeit zu verständigen.

Vaget knüpft an die letzten Worte an und schildert die üblen Folgen allzulanger Arbeitszeit. Häufig haben die Arbeiter Abkürzung der letztern verlangt, Lohnerhöhung statt ihrer erhalten und sich dabei beruhigt. Er stellt mit Dr. Will, Martens, (A.) Dr. Lange und Lippolt (A.) den Antrag:

„Eine Abkürzung der Arbeitszeit ist nicht nur für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer von großem Nutzen, sondern auch für die letzteren durchaus nothwendig, um die Erlangung derjenigen politischen und sittlichen Bildung zu ermöglichen, welche im Prinzip der Arbeitervereine liegt."

Der Redner erklärt, daß sich das Hochberger'sche Amendement leicht damit vereinigen lasse.

Sannemann stellt die Coalitionsfreiheit so hoch als die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und will nicht, wie Hirzel, die Unterlassung der Arbeitseinstellung so im Allgemeinen anempfehlen. Er empfiehlt die Annahme des Amendements Bebel-German; man solle die jetzige Strömung benützen, wo selbst ein Bismarck und ein Ketteler der Arbeiterbewegung günstig seien. Aengstlich in der Ertheilung von Rathschlägen empfiehlt doch auch er die Stückarbeit. Von der Leibeigenschaft sei man zum Tagelohn übergegangen und jetzt gehe man vom Tagelohn zur Stückarbeit. Der Tantieme-Vertrag komme dann von selbst, der nur eine Art von Commanditegesellschaft sei. Er beantragte eine aus den verschiedenen Anträgen combinirte Zusammenstellung anzunehmen.

Nachdem Bebel (A.) nun noch gesprochen, erklärt Dr. Pfeiffer, seine Meinung solle zusammen mit Hochbergers. Ueber die Hauptfrage seien keine zweierlei Meinungen möglich, das Coalitionsrecht sei unbestritten. Was aber die zweite Frage betreffe, so solle man sich nicht streiten über den Gebrauch des Coalitionsrechts. Er warnt vor jeder Empfehlung, die nach einer polizeilichen Regelung schmecke. Gegen Sonnemann führt er an, daß der Tantieme-Vertrag nur eine Art Productivgenossenschaft sei.

Eichelsdörfer ist für den Vogel'schen Antrag, aber in der Voraussetzung, daß die Ordnung nicht durch Polizei eintrete. Er ist auch für den Hochberger'schen Antrag. Das Coalitionsrecht sei eins von denen, die man, wie Lassalle sage, nicht mehr diskutire, sondern dekretire.

Wenzel: Zum erstenmal stehe hier der deutsche Buchdruckerverein, der einverstanden sei mit der Richtung der Arbeitervereine. Das Coalitionsrecht sei ein selbstverständliches. Der Redner geht dann in die besonderen Verhältnisse des Druckereigeschäftes ein und zeigt sich als ein ebenso geschickter als selbstbewußter Vertheidiger seiner Standesinteressen. Einer für Alle, Alle für Einen, sei der von seinem Verein befolgte Grundsatz. Erst müssen sich die Arbeiter eines Gewerbes unter sich organisiren, dann erst könne die Coalition für sie von Erfolg sein.

Dr. Hirsch bespricht die Coalition von Burg, wo die Arbeitseinstellung nicht von Lohnerhöhung, sondern von Zurückweisung einer octroyirten, ehrverletzenden Fabrikordnung ausgegangen sei. Die Coalition umfasse mithin das ganze Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. — Gestützt auf die Statistik über die Lebensdauer behauptet er, daß die Arbeit überhaupt viel zu lang daure. Der Vereinstag solle darum eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern. Redner kommt dann auf die Arbeitszeit der Kinder und Frauen und verlangt besonders zu deren Schutz eine solche Resolution und Mahnung an die Arbeiter. Er erzählt von Burg, daß nach Herabsetzung der Arbeitszeit von 14 auf 13 Stunden die Arbeiter mehr producirt haben; sodann führt er an, daß die dortigen Arbeiter von der Coalition gleich zur Gründung einer Productivassociation übergegangen seien. Er schloß unter dem Beifall der Versammlung mit seinem Dank an die deutschen Arbeiter Namens der Arbeiter von Burg.

Der Präsident verliest hierauf den Antrag, auf den sich die verschiedenen Antragsteller vereinigt haben.

Lippolt macht noch auf den Unterschied der Stückarbeit aufmerksam in der Fabrik und im Haus. Im Hause könne sie zum Fluche der Arbeiter werden; es gebe Arbeiter, die vom Geizteufel besessen, sich überarbeiten und dann den Lohn der anderen drücken. Man solle nicht nur den Arbeitgebern, auch den Arbeitern hier die Wahrheit sagen. (Allgemeiner Beifall)

Hirzel rechtfertigt die vom Präsidenten verlesene Zusammenstellung. Diese lautet:

1) Das Coalitionsrecht ist ein natürliches Recht und darf daher unter keiner Bedingung geschmälert werden.

2) Eine Abkürzung der auf freier Vereinbarung beruhenden Arbeitszeit ist für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer von großem Nutzen und für die letzteren durchaus nothwendig, um ihnen die Erlangung derjenigen politischen und sittlichen Bildung zu ermöglichen, welche die Arbeitervereine anstreben. Einführung der Stückarbeit, so weit sie nur möglich ist, wäre der praktische Weg dazu.

3) Mehr zu empfehlen, denn jegliche Coalition ist die Gründung von Productivgenossenschaften.

4) In keinem der ersten drei Punkte kann ohne vollständig freie Bewegung und besonders ohne ein durch und durch freisinniges Vereinsgesetz irgend etwas Ersprießliches geleistet werden. Es ergeht daher an alle Arbeiter die Aufforderung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine Umgestaltung der bestehenden mangelhaften Vereinsgesetze zu Stande kommt.

Diese Punkte werden angenommen, sowie ein weiterer Antrag von Dr. Hirsch:

„In Erwägung, daß notorisch viele Fabrikordnungen die Ehre und das Interesse der Arbeiter beeinträchtigen, beauftragt der Vereinstag seinen ständigen Ausschuß, bis zum nächsten Vereinstag möglichst viele deutsche Fabrikordnungen zu sammeln und einen Bericht darüber zu veranlassen."

(Fortsetzung und Schluß in der Beilage.)

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 143. Dritter Jahrgang. Sonntag,

Coburg. 24. September 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 25% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

☞ Für das am 1. Oktober d. Js. beginnende neue Quartal bitten wir das Abonnement zeitig zu erneuern. Das Blatt kann nach wie vor, sowohl direct bei der Expedition hier, als durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, und, — mit Ausnahme von Mecklenburg und Preußen, — auch in allen Staaten durch die Post bezogen werden. Der Abonnementspreis beträgt hier am Platz und im Buchhandel 12 Sgr. oder 42 kr., bei dem Bezug durch die Post in ganz Deutschland, mit Ausnahme der oben genannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch die Post, in den Staaten, in welchen dies gestattet ist, ist jedenfalls der Weg, auf welchem die Leser am raschesten in Besitz des Blattes kommen und deshalb als der einfachste und zweckmäßigste am meisten zu empfehlen und überdies billiger als der Einzelbezug unter Kreuzband. Der directe Bezug empfiehlt sich nur bei Bestellungen von 25 Exemplaren und mehr unter einem Packet. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, leider aber unvermeidlich auch der langsamste.

Nachdem das Blatt jetzt thatsächlich das Organ aller Arbeiterbildungsvereine und der Vereine gleicher Richtung geworden ist, und da ihm aus den Vereinen fortgesetzt ermuthigende Zustimmungen zukommen, darf wohl mit Zuversicht erwartet werden, daß die Vereine in ihren Kreisen für die immer weitere Verbreitung des Blattes im Interesse der eigenen Sache, die in dem Blatte ihre treue Vertretung findet, und damit zugleich dafür sorgen werden, daß die mit dem Prinzip der Selbsthülfe nicht vereinbaren, fortgesetzten Opfer des Verlegers für das gemeinsame Organ ihr Ende finden. Bei 40,000 Vereinsmitgliedern sollte das nicht schwer sein. Von Seiten der Redaction und des Verlags wird nach wie vor gern alles aufgeboten werden, um das Blatt immer mehr zu fördern und zu vervollkommnen.

Die Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Mittags hier sein.

Inseratbedingungen wie oben an der Spitze des Blattes bemerkt ist.

Coburg, Ende September 1865. Die Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Bekanntmachung des Vororts der hannoverschen Arb.-Vereine in Harburg. Einladungen zu den Stiftungsfesten in Oppenheim, Pößneck und Zwickau. Aus Bielefeld, Beschwerde in Betreff der Wanderunterstützung; Zustimmung für die Arbeiterzeitung. Berichte aus Gera und Dresden. Bericht über die Arbeiterfrage, der siebenten Versammlung des niedererzgebirgischen Lesebundes erstattet vom Leseverein Lichtenstein-Callnberg. II. Politischer Theil. Ein offener Brief des armen Conrad an Hrn Generallieutenant von Manteuffel über das „Schwarz-gelb-weiß" und „Schwarz-roth-gold" Aus Süddeutschland: für Schleswig-Holstein und Deutschland. Preußen, der Vertrag von Gastein und das Ausland. Hamburg, wie Hr. Generallieutenant von Manteuffel die deutsche Fahne beschmutzt. Würtemberg, auch A. Seeger todt. Amerika, Schneidermeister Johnson, der Präsident der vereinigten Staaten, über die Pflichten eines Staatslenkers. Der faule Fleck in Europa. III. Socialer Theil. Vortrag über die Frauenfrage, gehalten am dritten deutschen Arbeitertag in Stuttgart, von Moritz Müller. Ein Arbeiter gegen die Volkszeitung und das Schönfärben. Briefkasten. Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Aufforderung.

Diejenigen Arbeiter-Bildungs-Vereine des Königr. Hannover, welche erst neu gegründet sind, sowie diejenigen Vereine, welche noch nicht an dem Arbeitervereinstage Theil genommen haben, werden gebeten, ihre Beitrittserklärung der Vorortscommission in Harburg, wo im nächsten Jahre der Vereinstag abgehalten wird, baldigst einzuhändigen.

Im Namen der Vororts-Commission

Th. Behstedt, Vorsitzender der Vorortscommission. H. F. Vollbrecht, Schriftführer.

Arbeiterbildungsverein Oppenheim.

Sonntag den 1. Oktober begehen wir unser II. Stiftungsfest und laden alle Brudervereine hierzu herzlich ein.

Programm:

Samstag den 30. September 1865 Abends 8 Uhr im Vereinslokal Vorfeier.

Sonntag den 1. Oktober Morgens 9 Uhr Vorversammlung ebendaselbst. Mittags ½3 Uhr Zusammenkunft im Festlokal bei Herrn Ritter.

Empfang der Brudervereine.

3 Uhr unter Mitwirkung des hiesigen Gesangvereins Harmonie und der Turngemeinde Oppenheim Festzug nach der auf dem Berge gelegenen Ruine „Landeskrone.".

½4 Uhr (bei günstiger Witterung) gesellige Unterhaltung unter der Mitwirkung der Kapelle des königl. preuß. 32. Infanterieregiments, geleitet von Herrn Musikdirektor Teschner. Den Gesang leitet Herr Director Jost. Spezielle Berichterstattung über unser Vereinsleben durch Herrn Koch. Die Festrede hält Herr Heisenbein. Zugesagt haben bereits die HH. Hyronimi und Wörte aus Mainz, Kertler aus Offenbach und Edinger aus Worms.

7 Uhr Feuerwerk auf der Landeskrone. Darauf Rückzug nach dem Ballsaale bei Hrn. Ritter.

½9 Uhr Festball.

Indem wir einem zahlreichen Besuche entgegen sehen, empfangen Sie Gruß und Handschlag.

Der Vorstand.

Der Präsident W. Weber. Der Schriftführer. H. Maurer.

Pößneck, 17. Sept. Sonntag den 8. October feiern wir unser Stiftungsfest und laden Brudervereine hierzu herzlich ein.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.

R. Eberlein. F. Walther.

Einladung.

Zu seinem den 8. October d. J. von Nachmittags 3 Uhr an in den Räumen des Schwanenschlosses stattfindenden zweiten Stiftungsfeste ladet hierdurch alle Brudervereine in Nah und Fern ergebenst ein.

Zwickau, den 19. Sept. 1865.

Der Arbeiterverein.
Kraft, Vors.

Bielefeld, 3. Sept. (Unlieb verspätet). Geehrte Redaktion! Im vorigen Jahre waren die Aufforderungen der Badner und Schweizer Arbeitervereine zu einem Verbande behufs Wanderunterstützung die Ursache, daß auch unser Verein sich dem Verbande anschloß, und mit dem Freiburger im Breisgau in Unterhandlungen trat; seit jener Zeit haben wir Wanderunterstützung an alle sich legitimirende Mitglieder der Schweizer und Badener Vereine im Betrage pro Mann 4 Sgr. gezahlt und denken Sie unser Staunen, heut erhalten wir einen Brief von einem früheren Mitgliede unsers Vereins, der schreibt, und macht unserm Vorstande Vorwürfe über unnütze Geldausgaben, da er trotz seiner Legitimation, wo noch speziell die Vereine angegeben sind, welche dem Verbande beigetreten, keine Wanderunterstützung in keinem Vereine erhalten habe. — Wir ersuchen deßhalb um Veröffentlichung von Obigen in der Allg. d. Arbeiterzeitung, damit sich obengenannte Vereine verantworten mögen.

Der Vorstand
des Bielefelder Arbeiterbildungs-Vereins.
D. Stehr i. A.

Bielefeld, 3. Sept. Der Bielefelder Arbeiterbildungs-Verein erklärt sich ganz einverstanden mit dem Streben und Wirken der Allg. d. Arbeiterzeitung und wird auch ferner nach Kräften sich bemühen, zu deren Erhaltung beizutragen. Treu und fest müssen wir

halten an dem was gut ist, denn wir wissen nicht was wir wiederbekommen.

Der Vorstand
des Arbeiterbildungs-Vereins zu Bielefeld.
O. Stehr i. A.

—n. **Gera** im Septbr. Die Vereinsversammlungen, die wöchentlich einmal und zwar Mittwochs stattfinden, sind durchgängig regelmäßig besucht und erhalten von Woche zu Woche mehr Theilnehmer.

Die Hauptvorträge (über Volkswirthschaftslehre, Naturwissenschaft und Culturgeschichte) hält unser außerordentlich thätiger verehrter Vorsitzender Hr. F. Hertrich, Lehrer an der hiesigen Real- und Töchterschule, und der um das Volkswohl äußerst bemühte Dr. med. Behr, (über Gesundheitslehre und Anthropologie); auch Hr. Rathskämmerer R. Fischer (über Handelslehrgegenstände).

Vor Kurzem sprach Hr. Lehrer Eichelrath zweimal über Geschichte der christlichen Lehre und freie Auffassung der Bibel.

Verflossenen Donnerstag feierte der Verein den Geburtstag Alex. v. Humboldt's. Das Portrait des großen Mannes war mit Blumen und Guirlanden umschmückt und die Stimmung der Mitglieder war eine durchaus würdige und feierliche. Ganz besonders trug dazu die längere begeisterte Festrede unsers Hrn. Vorsitzenden über das Leben und Wirken des berühmten Naturforschers, und seine Bedeutung für die Arbeiterbildungsvereine bei. Herr Eichelrath und Herr Erbe trugen noch einige interessante, auf den Gefeierten Bezug habende Gegenstände vor, und unter dem Beifall der durchweg befriedigten Zuhörer ward die Versammlung gegen 11½ Uhr geschlossen.

Von besonderer Bedeutung für unsere Stadt und speciell für unsern Verein dürfte die gestern erfolgte Wahl des neuen Bürgermeisters in der Person des Hrn. Assessor Weber aus Berlin sein. Letzterer ist in Ihrer Zeitung mehrmals (in den Berichten vom Berliner Handwerkerverein) genannt worden, und unser Vorstand hegt manch günstige Erwartungen von ihm für unsern Verein.

Hoffentlich wird der Mann von unserer Regierung bestätigt und nicht, wie unsere Bitte um Gestattung des Sonntagsunterrichts, abschläglich beschieden.

Dresden. Das in den Mauern Dresdens abgehaltene erste deutsche Sängerbundesfest, ließ, wie wohl zu erwarten war, in unserm Arbeiterbildungsverein betreffs der Lehrstunden und Vorträge, eine längere Pause eintreten. Jetzt ist jedoch Alles wieder im alten Gleise. Der herannahende Herbst und Winter führen uns wie alljährlich zahlreiche neue Mitglieder zu, in den länger werdenden Abenden entwickelt sich ein höchst erfreuliches Vereinsleben und wenn uns die Freunde des Vereins nicht mit Vorträgen im Stiche lassen, können wir einem nutzbringenden Winterhalbjahre entgegensehen. Um dem längst gefühlten Bedürfniß eines separaten Lese- und Bibliothekzimmers abzuhelfen, haben wir in der, über unserem Local befindlichen, 1. Etage, zwei Zimmer zur ungestörten Abhaltung von Lehrstunden gemiethet. Wird auch durch die bedingte höhere Miethe und die Einrichtungskosten manche Sorge erwachsen, so glauben wir dennoch diesen „Schritt vorwärts" nur zu unserm Vortheil gethan zu haben. Gegenwärtig hält der als Sprachlehrer bekannte Professor Loid Wollen, interessante und ansprechende Vorträge über hervorragende englische und amerikanische Staatsmänner, und über die Entwicklung der Verfassungen beider Staaten.

Der Verlust, den wir durch den Tod des Herrn Dr. Schlimper erlitten, ist jetzt doppelt fühlbar, zumal die Aussicht geschwunden, eine andere derartige Kraft für den Verein zu gewinnen. Am meisten empfinden wir dies bei Besprechung socialer Fragen, worin überhaupt bei uns eine gewisse Flauheit vorherrscht, die unbedingt nicht länger mehr geduldet werden soll. Der vor ohngefähr zwei Jahren, aus unserm Verein sich herausgebildete Consumverein (auf das Markensystem gegründet) ist leider eingegangen, trotzdem am 1. Jahresschluß der Gewinn 6⅔ % betrug. Hauptschuld hieran war, das Zerstreutwohnen der Mitglieder, wodurch der Zeitverlust beim Einkauf seitens des Einzelnen, den Gewinn nicht aufwog. Vor kürzerer Zeit hat sich jedoch in Dresden ein neuer Consumverein gebildet, der bei einer immer mehr steigenden Mitgliederzahl, meistens Arbeiter der Fabriken von dem Freiberger Schlage, mehrversprechender als der unsere ist. Auch auf dem Gebiete der gewerblichen Bildung können wir von einem Fortschritt berichten. Der vor einem halben Jahre ins Leben getretene Fortbildungs-Verein für Maurer und Zimmerleute, erfreut sich eines gedeihlichen Aufschwunges, bis jetzt verfolgt derselbe zwar nur die spezielle Fachbildung des Bauhandwerks, doch wird er sich auf die Länge der Arbeiterbewegung nicht verschließen können und bald wohl selbst Etwas von sich in diesem Blatte hören lassen. Wir sind mit diesem Verein in ein gegenseitiges Verhältniß zum Besuch der beiderorts stattfindenden Vorträge getreten.

M. Hendel.

Bericht über die Arbeiterfrage.

„Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!"

(Der siebenten Versammlung des niedererzgebirgischen Lesebundes erstattet vom Leseverein Lichtenstein-Callnberg.)

Was muß der Arbeiterstand thun, um sich eine bessere Zukunft zu gründen?

(Schluß.)

Genossen, man wird uns den Vorwurf machen, die vorstehende Zeichnung sei zu schwarz aufgetragen; man wird uns gelehrte Rechnungen entgegenhalten, wie viel Pfund Fleisch, Gemüse ꝛc. der Arbeiter vor hundert und noch mehr Jahren gegessen hat, wie laut Nachweis von Ein- und Ausfuhrtabellen über Production und Consumtion die Industrie im Aufblühen begriffen ist, u. s. w. Trotz alledem ist das Loos des Arbeiters gegenwärtig ein sehr trauriges und unsere Pflicht ist es, dies offen auszusprechen. Jene Tausende, die auf Irlands fruchtbarem Boden den Hungertod erlitten, Englands Arbeiter, die Weber Schlesiens und der Lausitz, unsere Weber und Strumpfwirker sind ein beredtes Zeugniß für die Wahrheit des Obengesagten. — Auch das würde man uns entgegenhalten, daß ein großer Theil der Arbeiter lustig und zufrieden ist, daß er noch Geld und Zeit für Vergnügungen hat. Aber wie viele jener Arbeiter werden den Druck ihrer Verhältnisse so recht und ganz empfinden, nachdem sie von Jugend auf an Noth und Entbehrungen gewöhnt sind? Was hilft es denn, wenn der Arme nur über seine Armuth nachdenken wollte; um sich nur das Leben nicht ganz zur Qual zu machen, muß er auch einmal lustig sein. Lassen wir ihm eine Zeit lang das, was ihm von Gott und Rechtswegen gebührt, der erste Schritt zur Rückkehr in sein altes Leben wird ihm das volle Bewußtsein seines Elendes einprägen.

Welches aber sind die Ursachen jener Leiden des Arbeiterstandes? Schon viele und verschiedene Untersuchungen sind von begabten Männern angestellt worden. Alle haben gefunden, daß der Verdienst einem berechtigten Lebensbedürfnisse nicht entspricht. Hat der Arbeiter den gehörigen Verdienst, so wird er auch der Mann sein, der er sein soll. Das Maaß des Verdienstes wird jedoch nur darnach geregelt, ob viel Arbeit oder wenig ist. Gehen Handel und Wandel flott, so werden viele Arbeitskräfte gebraucht und müssen die vorhandenen gut bezahlt werden. Liegen aber alle Geschäfte lahm, so muß der Arbeiter mit Wenig vorlieb nehmen. Dem Arbeitgeber bieten sich Arbeitskräfte in Ueberfluß an, wodurch er die Auswahl hat. Will der Eine nicht für geringen Lohn arbeiten, so thut es ein Anderer, um nur nicht gar brodlos zu sein.

Ebenso tragen auch, und zwar in sehr hohem Grade, die staatlichen Einrichtungen dazu bei, daß das Loos des Arbeiters ein beklagenswerthes ist.

Der Staat, der doch nur eine Vereinigung des Volkes zur Besorgung seiner gemeinsamen Angelegenheiten sein soll, kann durch seine Einrichtungen und Gesetze Handel und Verkehr fördern, er kann diesen aber auch Hindernisse machen. Er kann, da er die Schule beaufsichtigt, wahre Geistesbildung pflegen; er kann aber ebenso nach Rückwärts drängen, wie er auch dem Arbeiterstande das gebührende Recht zur Mitwirkung am Staate verleihen, ihm volle Freiheit zur Verwerthung seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten verleihen kann. Leider auch das Gegentheil. Und wie war der Staat der jüngsten Vergangenheit und wie ist er jetzt? Sein bureaukratisches System, seine stehenden Heere entziehen der Industrie jährlich ungeheure Capitalien; seine Schutzzölle legen dem Verkehr den Hemmschuh an. Der Lehrer darf nicht nach seiner Ueberzeugung, er muß nach Befehl unterrichten und Vieles mehr. Dabei ist der Arbeiter, der mit seiner Arbeit Alles erhalten muß, ohne Geltung, nur die Pflicht zum Geben, nicht aber das Recht mitzurathen und mitzuthaten hat er. Kurz, das Sündenregister unseres Staates ist ein ungeheures.

Freilich hat auch unser sociales Leben seinen Theil Schuld an der Noth der Arbeiter, doch würde es zu weit führen, alle die Ursachen zu besprechen, die vorzüglichsten sind in Kürze folgende:

1) Geringer Arbeitslohn, eine Folge von
2) Stockungen im Handel und Verkehr,
3) Mangel an Berufs- und Weltbildung,
4) Widernatürliche Einrichtungen im Staatsleben.

Wie aber nun jene Uebel- und Mißstände beseitigen?

Zunächst muß wohl der Arbeiter eine gründliche Kenntniß seiner Rechte und Pflichten, sowohl in seinem Verhältniß zu seinen Nebenmenschen als auch zur Gemeinde und zum Staate zu erlangen suchen. Er muß eine möglichst hohe Stufe der Bildung zu erklimmen suchen, die ihn befähigt, den an ihn zu stellenden Anforderungen gerecht zu werden. Kenntniß der Natur und ihrer Gesetze; denn bei der geringsten Arbeit hat er Erzeugnisse der Natur zu bearbeiten und muß deshalb deren Eigenschaften genau kennen, um mit möglichst leichter Mühe schöne und gute Producte liefern zu können. Kenntniß seines eigenen Ichs, sowohl des körperlichen als auch des geistigen, um einerseits vorhandene Kräfte nicht unbenutzt zu lassen, andererseits sie nicht zu überschätzen. Außerordentlich viele Fehler mögen aus Unkenntniß des menschlichen Körpers, seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse zu Krankheiten führen. Kenntniß von den Lehren der Volkswirthschaft, die ihn mit seiner Zugehörigkeit zur thätigen und schaffenden Menschheit, mit den Bedingungen des Wohlseins bekannt machen. Kenntniß endlich vom Staate und seinem Zwecke, von Rechten und Pflichten in demselben, dies sind die ersten Erfordernisse für die Bildung eines Arbeiters. Mag nun deren Erlangung mit außerordentlichen Mühen und Anstrengungen verbunden sein, unmöglich ist sie nicht und der Preis ist der rastlosesten Mühe werth. Gelegenheit gibt es genug. Nicht nur die Billigkeit guter, zweckentsprechender Lectüre bietet die Hand, auch Sonntags-, Feierabend- und Gewerbschulen, deren fast jede Stadt, ob klein oder groß, besitzt, sind eine wohl zu beachtende Gelegenheit zur Ausbildung. Außerdem haben es sich noch eine bedeutende Anzahl von Arbeiter-, Lese- und Fortbildungsvereinen, in richtiger Erkenntniß ihres Zweckes, zur Aufgabe gemacht, in Beschaffung guter, Bildung befördernder Bücher und Zeitschriften, in Ertheilung von Unterricht, in guten Vorträgen u. s. w. ihren Mitgliedern den Weg zu geistiger Veredlung zu bahnen. Dabei haben die genannten Vereine noch den Vortheil, daß die Geselligkeit, welche in ihren Kreisen herrscht, auch veredelnd auf Sitte und Gemüth einwirkt, während zugleich der Austausch der Lebens- und Berufserfahrungen von älteren Mitgliedern einen reichen Schatz von Belehrungen für Jüngere darbringt.

Aber noch ein Mittel für Ausbildung sowohl für das Leben als auch den Beruf gibt es, das zwar oft und von vielen Seiten verkannt und verschrien, doch von hohem Werthe ist. Es ist dies das Wandern. Der Wandernde sieht verschiedene Gegenden, er lernt verschiedene Menschen kennen und mit ihnen umgehen. Seine Thätigkeit in verschiedenen Werkstellen macht ihn mit mancherlei Methoden und Vortheilen in seinem Beruf bekannt. Immer unter fremden Menschen muß er sich an ein selbstständiges Handeln gewöhnen. Dies alles bietet ihm Erfahrungen, die ihm für das praktische Leben recht zu Statten kommen, sein ganzer Charakter wird selbstständiger, sein geistiger Gesichtskreis um Vieles erweitert. Nur muß eben der Arbeiterstand Einrichtungen treffen, die der Stromerei und jenem Schandfleck des Wanderns, dem Fechten, Einhalt thun. So gibt es der Mittel und Gelegenheiten zur Ausbildung genug, nur ist es die Pflicht des Arbeiters, sie zu suchen und fleißig zu nützen. Erst diese Pflicht erfüllt und die übrige Zeit der Erholung oder dem Vergnügen gewidmet. Jedes Vergnügen, sei es noch so schön, dauert nur kurze Zeit, die Bildung aber ist ein Vermögen, das nur der Tod rauben kann, mit ihr werden auch jene Mängel der heutigen Gesellschaft beseitigt werden; denn sie wird und muß dem Arbeiter auch die Kreise eröffnen, die ihm jetzt noch verschlossen sind. Leider ist in dieser Beziehung noch Vieles zu wünschen. Noch gibt es eine ungeheure Zahl von Arbeitern, die es für lächerlich oder beschämend halten, mit dem Hefte in die Schule oder in den Verein zu gehen, die all ihre Zeit und Mittel im Vergnügen vergeuden. Es ist daher Pflicht, heilige Pflicht aller Besserdenkenden, jene Unbesonnenen allmählig heranzuziehen. Auch uns liegt diese Pflicht ob, und dies umsomehr, als gerade in hiesiger Gegend die Zahl der Stumpfsinnigen eine verhältnißmäßig sehr bedeutende ist; denn wenn es vorkommt, daß Gewerbeschulen, Sonntagsschulen und Vereine nicht bestehen konnten, weil es an Schülern fehlte, so ist dies doch gewiß ein trauriger Beweis für die Wahrheit des Obengesagten.

Wenn es nun, um eine bessere Zukunft zu gründen, erste Pflicht des Arbeiters ist, das zu sein, was er sein soll, so ist es seine nächste Aufgabe, die Ver-

hältnisse um sich herum so zu gestalten, daß sie Segen für ihn sowohl, als auch für seine Mitmenschen bringen. Fast alle, und auch die wichtigsten Verhältnisse, welche für ihn von Nutzen oder Schaden sein können, sind öffentliche, einen größeren Menschenkreis betreffende, weshalb deren Regulirung der Gesammtheit eines solchen Kreises, der Gemeinde, und in höherer Potenz dem Staate zufällt. Daß die vom Staate getroffenen Einrichtungen von außerordentlicher Wirkung wie auf alle Staatsangehörigen, so auch auf den Arbeiter sind, ist ein Satz, dessen Richtigkeit die Erfahrungen von Jahrtausenden bestätigen. Darum muß der Arbeiterstand nach solchen Einrichtungen streben, die den Gesetzen der Gleichheit aller Menschen, wie denen der Volkswirthschaft nicht entgegenstehen. Das Erste, was nun der Arbeiter vom Staate zu verlangen hat, ist, daß er gleiche Rechte mit allen Anderen genieße, umsomehr als er schon jetzt gleiche Pflichten zu erfüllen hat. Das allgemeine und directe Stimm- und Wahlrecht muß ihm gewährt sein, damit er bei den Organen des Staates sein Interesse vertreten kann. Man entgegne nicht, daß man von diesem Rechte nicht satt wird, ebensowenig als von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit; dennoch dienen solche Einrichtungen dazu, die Existenz des Arbeiters zu verbessern. Ebensowenig als die Arbeit ohne Kapital bestehen kann, ebensowenig ist das Kapital ohne Arbeit zu verwerthen, beide können nicht ohne einander sein und sind deshalb von gleichem Werthe für die Gesammtheit eines Volkes, und sonach gebühren beiden gleiche Rechte. Das Recht mitzurathen und mitzuthaten ist ja nichts, als das allgemeine und directe Stimm- und Wahlrecht. Nenne man es: „Gleichstellung Aller im Staate", oder wie man sonst will, immer bleibt es das Gleiche. Ferner sind unbeschränkte Freiheit zum Gebrauch der geistigen und körperlichen Kräfte, soweit dies ohne Nachtheil für den Nebenmenschen geschieht, Handels- und Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Lehr-, Rede- und Preßfreiheit unerläßliche Bedingungen für das öffentliche Wohl. Ein besonders scharfes Augenmerk muß aber der Arbeiterstand darauf haben, daß der Haushalt des Staates ein möglichst ökonomischer sei; denn ein kostspieliger Staatshaushalt entzieht der Industrie viele ihrer Mittel und schwächt sie, während er andererseits eine Masse unproductiver Kräfte schafft. (Stehende Heere. D. Red.) Dabei soll die Besteuerung dem Vermögen und dem Verdienste angepaßt sein. Indirecte Steuern sind eine Last für den Arbeiter, da er bei seiner angestrengten Thätigkeit viel braucht und die indirecte Steuer sich ja nach dem Verbrauche richtet. Er wird sonach mehr zahlen müssen, als der Wohlhabende. Auch die Schule muß in bestem Zustande sein; denn sie baut das Wohl der Zukunft. Ist der Staat erst das, was er sein soll, so werden auch jene Hindernisse und Stockungen in Handel und Verkehr wegfallen und der Verdienst des Arbeiters wird ein besserer und sicherer werden. Soviel Stockungen und Rückschläge die Industrie bisher erlitt, immer waren sie die Folgen politischer Stürme, die alle durch falsche Einrichtungen im Staatsleben erzeugt waren. Freilich wird die Beseitigung aller derselben die Anstrengung noch mancher Jahrzehnte, ja Jahrhunderte erfordern, der Kampf gegen Altes ist ein furchtbarer und schwerer und nur die unermüdlichste Ausdauer kann zum Siege führen.

Und doch darf der Arbeiterstand vor den Mühen und Gefahren, die ein solcher Kampf erfordert, nicht zurückschrecken. Es gilt das Wohl unserer Nachkommen zu gründen. Hätten unsere Vorfahren nicht für uns gekämpft und gelitten, so stünde es noch viel schlimmer mit uns. Ihnen sind wir es schuldig, daß wir das edle Werk, das sie begonnen, fortführen. Als Menschen, als Christen sind wir es unsern Mitmenschen und Mitchristen schuldig, daß wir muthig eintreten für sie. Genossen, gar Manche mögen unter Ihnen sein, auf denen Noth und Armuth schwer lastet, wollen Sie, daß Ihre Kinder und Enkel ebenso leiden und darben sollen? Gewiß nicht, nun dann gibt es kein anderes Mittel, als thätig mitzubauen an dem Werke einer besseren Zukunft.

In Vorstehendem haben wir es versucht, die geistige Thätigkeit vorzuzeichnen, die der Arbeiterstand zu seinem Wohle aufbieten muß. Noch bleibt ihm übrig, sich materiell zu heben. Wie dies zu bewerkstelligen ist, brauchen wir nicht weiter zu erörtern, da uns der Gründer und Vater des deutschen Genossenschaftswesens, Herr H. Schulze-Delitzsch, den richtigen Weg deutlich genug vorgezeichnet hat. Spar-, Kranken- und Consumvereine sind Mittel dazu, *) nur halten wir es für besser, wenn solche Vereine zu gemeinsamem Wirken sich einander mehr näherten, wie dies z. B. die Vorschuß- und Creditvereine gethan haben, indem sie die deutsche Genossenschaftsbank in Berlin gegründet haben. Erlauben Sie ein Beispiel. Hier und in der Umgebung befänden sich 20 Consumvereine. Jeder derselben bezieht seine Waaren für sich. Dadurch entstünden nun eine Menge von Ausgaben für Frachten, Emballage rc., die eine Vereinigung jener 20 Vereine beseitigen würde. Diese könnte die Waaren in großen Partien und somit billiger kaufen und viele Vortheile gewähren. Mit dem Wegfall des Zwischenhändlers würden Rabatte an jeden Verein zurückfallen. Ein Gleiches würde dies mit Kranken-, Sterbe- und Lebensversicherungs-Vereinen sein, denen eine Vereinigung, die sich über ganz Deutschland erstreckte, nur nutzbar sein müßte. Sind nun auch die Resultate, die mit jenen Genossenschaften zu erzielen sind, im Verhältniß zu den Mühen, die sie erfordern, nicht so glänzend, so dienen sie doch einestheils dazu, den Arbeiter vor weiterem Zurückkommen zu bewahren, andererseits bilden sie ihn aus für einen selbstständigen, soliden Geschäftsbetrieb. Da jedoch einmal der Kampf mit der außerordentlich zahlreichen Concurrenz, der alle Mittel und Vortheile zu Gebote stehen, ein ander Mal aber die geringen Mittel, die der Arbeiter solchen Genossenschaften zur Verfügung stellen kann, ein außerordentlich thätiges Antheilnehmen der Zugehörigen, auch wo noch nicht pecuniäre Vortheile für den Einzelnen zu erzielen sind, sowie die umsichtigste und solideste Betreibung und Leitung solcher wirthschaftlichen Geschäfte erfordern, so hat der Arbeiter auch in dieser Beziehung alle zu Gebote stehenden Kräfte aufzubieten, um das Gedeihen derselben zu ermöglichen. Auch wenn es ihm noch so schwer wird, muß er doch die erforderlichen Opfer bringen. Durch Consum-, Spar-, Kranken- und Lebensversicherungsgesellschaften wird dem Arbeiterstand ein Capital zufließen, das ihm später die selbstständige Geschäftsbetreibung, wenn auch auf genossenschaftlichem Wege ermöglicht. Sei es daher unsere Aufgabe, sowohl in unserer Gesammtheit, als auch im engeren Kreise, darauf hinzuwirken, daß solche Genossenschaften zu Stande kommen; denn nur durch solche können wir zu finanziellen Kräften gelangen, die uns zu weiteren schwierigen Unternehmungen befähigen.

Bei allen den Mitteln und Wegen, die den Arbeiterstand zu einer besseren Zukunft führen können, ist ein Erforderniß wohl zu beachten. Einiges Zusammenwirken aller Arbeiter nur kann zum Ziele führen. Nur wenn Alle für Einen und Einer für Alle stehen, wird das Resultat ein gutes sein.

Und so sei auch unser ganzes Wirken eine Frucht innigsten Einverständnisses. Keine Macht der Welt kann dem Arbeiter helfen, nur er sich selbst. Ihm gegenüber steht die Macht, der Besitz, die höhere Bildung, der der Einzelne unterliegen muß. Vereint mit weiser Benutzung der ihm zu Gebote stehenden Kräfte wird er das erlangen, was ihm gebührt. Aber selbstständig muß er handeln, nicht blos dem Gängelbande des Gelehrtenstandes folgen. Wohl ist die Wissenschaft die Mutter der Arbeiterbewegung, aber die Tochter ist mündig, und als solche soll sie, jedoch eingedenk der guten Lehren der Mutter, wirken.

Nun, geehrte Anwesende, noch einmal treten Sie mit ein in den Kampfplatz, ringen Sie standhaft mit jenen Tausenden und Abertausenden deutscher Arbeiter. Vor uns eine Bahn, nur mit Mühe, mit Entbehrung gangbar, aber ein edles, ein erhabenes Ziel winkt uns. Fordern wir nicht den Dank unserer Mitmenschen, nein das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung sei der Lohn. Möge dereinst, wenn wir vielleicht schon längst zu Staub geworden, das Wohl unserer Nachkommen unser Denkmal sein. Nur wenn wir heute den festen Entschluß zu reger Thätigkeit fassen, werden wir der heutigen Versammlung des Niedererzgebirgischen Lesevereins ein Erinnerungsmal errichten, auf dem mit goldenen Lettern unvergänglich geschrieben steht:

„Bildung macht frei!"

*) Die Productivgenossenschaften nicht zu vergessen. D. Red.

Politischer Theil.

Schwarz-Roth-Gold!

An den Gouverneur des Herzogthums Schleswig, den Generallieutenant und General-Adjutanten Sr. Majestät des Königs von Preußen, Hrn. v. Manteuffel auf Schloß Gottorp.

Wie die „Hamburger Zeitung" berichtet, haben Sie das in Kiel einrückende österreichische Militär an die Siege vom vorigen Jahre und an das damals gestiftete Schwarz-Gelb-Weiße Band erinnert, „vor welchem die 1848 und 49 durch Rebellion und Eidbruch beschmutzte Tricolore Schwarz-Roth-Gold hätte in den Staub sinken müssen." Es scheint darnach Hr. Generallieutenant, als ob Sie mit dem Stiere wenigstens eine Aehnlichkeit hätten, als ob Ihr Nervensystem gegen gewisse Dinge sehr empfindlich wäre. Wie der Stier vor der rothen Farbe ganz fuchswild wird, so bäumen Sie sich vor der deutschen Tricolore Schwarz-Roth-Gold, die Ihnen in Holstein und Schleswig so verschwenderisch entgegenweht, die Sie sehen müssen, wenn Sie Ihren Feldherrnblick nur auf eine beliebige Straße werfen.

Hr. Generallieutenant! die Farben, welche Ihren höchsten Grimm hervorrufen, sind die Farben einer großen, wenngleich noch tief gedemüthigten Nation, die eine große Geschichte hinter sich hat, von der Sie nie etwas gelernt haben, und der eine große Zukunft bevorsteht, von der Sie nichts ahnen. Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann von der Zukunft nichts wissen; er ist eine Eintagsfliege, die Morgens entsteht und Abends vergeht, nachdem sie ein wenig Zucker oder Syrup genascht hat. Die Syrupschale oder die Zuckerdose, auf der Sie sich niedergelassen haben, heißt Schleswig, welches natürlich bestehen wird, wenn Sie längst zu den Vergangenen und Vergessenen gehören. Also „darum keine Feindschaft nicht", wie es in Ihrer Nationalsprache heißt. Hüten Sie sich nur, daß Sie nicht geschnappt werden, wie das den Fliegen bisweilen passirt.

Ihre „Nation" hat eine Geschichte, die noch keine 200 Jahre alt ist, während die Geschichte Deutschlands ihre 1000 Jahre zählt. Von Ihrer Nation ist die Rede seit der Schlacht bei Fehrbellin, 1675, seit dem Churfürsten Friedrich Wilhelm, der die erste „Lücke" in der Verfassung fand und die Landstände abschaffte. Von da an lautete das Motto Ihrer Nationalgeschichte: die Volksrechte beseitigen und Soldaten pressen! Deßhalb tragen Sie auch die Nationalkokarde Schwarz-Weiß; schwarz, weil alles Leben bei Ihnen abgeschafft und in den Sack gesteckt wird; weiß, weil auf dem Blatte der volksthümlichen Rechte nichts geschrieben steht. Wie könnten Sie also etwas von dem großen Deutschland wissen, von der großen Wahl- und Weltmonarchie des Mittelalters, von jenen Riesen des Hohenstaufenstammes, unter denen Friedrich II. Ihren „alten Fritz" in jede beliebige Tasche steckt?

Sie wissen und kennen natürlich nichts, als die militärische Domäne der Hohenzollern, auf welcher der Mensch zu der edeln Bestimmung heranwächst, Steuern zu zahlen und Soldat zu werden und mit dem allgemeinen Ehrenzeichen auf der Brust zu sterben. Wie sollten Sie je erfahren haben, daß Schwarz-Roth an die stolzesten Zeiten der Christenheit mahnt und daß die goldenen Fransen das mächtige Reichssiegel verbrämten?

Sie verstehen sich so schlecht auf Farben und Farbenpoesie, daß Sie die beiden häßlichsten Zusammenstellungen, die nur ein Hottentote erfinden könnte, lobpreisen und die Verbindung zweier Geschmacklosigkeiten als das höchste Produkt des Schönheitssinnes betrachten. Schwarz-weiß ist Leichenbitter- und Pastoralfarbe; schwarz-gelb ist Schmutz auf dunkeln Hintergrunde. Aber nun erst Schwarz-gelb-weiß! Das ist die Dunkelheit und Nichts, durch den Schmutz verbunden! Gehen Sie doch einmal in eine Bildergalerie, Hr. Generallieutenant, und beobachten Sie, ob irgend ein Gemälde Ihnen diese drei Farben zeigt! Der Künstler, der diese Coloratur gewagt hätte, wäre vermuthlich von den farbenreibenden Buben gesteinigt worden.

Doch was geht Sie die Malerei, der künstlerische Sinn an? Schwarz-roth-gold ist 1848 und 49 „durch Rebellion und Eidbruch beschmutzt" worden. Was war das, Hr. Ge-

nerallieutenant? Doch nicht etwa in Frankfurt, wo man das Parlament auseinanderriß und die Reichsverfassung für null und nichtig erklärte? Ei ja doch, dann war es in Frankfurt, wo „Rebellion und Eidbruch“ an der Tricolore verübt wurde! — Oder in Stuttgart, wo die Reste der deutschen Volksvertretung auf höheren Befehl unter den Hufschlag der Pferde geworfen wurden? Ei ja doch, dann erlag die deutsche Tricolore der „Rebellion“ und dem „Eidbruch“ von Oben! — Oder war's in Schleswig-Holstein, wo man ein deutsches Gebiet sammt Waffen und Munition an den Nationalfeind auslieferte? Ei ja, dann wurde freilich gegen die schwarz-roth-goldne Fahne „rebellirt“ und das Banner der Nation „beschmutzt“! Freilich mußte dort und damals die Tricolore vor Schwarz-Gelb und Schwarz-Weiß „in den Staub sinken“, und diese Schmach ist zur Stunde noch nicht vergessen, ja so eben durch bittern Hohn aufgefrischt worden; denn allerdings hat seit dem Wiener Frieden vom vorigen Jahre Schwarz-Gelb-Weiß gegen Schwarz-Roth-Gold „rebellirt“ und die doppelt heilige Verpflichtung, Holstein als freien Bundesstaat herzustellen und Schleswig-Holstein als „ewig ungetheilt“ anzuerkennen, diese Verpflichtung ist gebrochen worden! Ob die „beschmutzte“ Tricolore das jemals vergessen wird, Hr. Generallieutenant, ob sie je wieder, auch nur für einen Augenblick sich der Täuschung hingeben dürfte, Schwarz-Gelb-Weiß gleiche, auf die größte Entfernung, dem Schwarz-Roth-Gold, das ist eine wohlaufzuwerfende Frage, für deren Verneinnung ich Ihnen stehen möchte.

Sehen Sie, Herr Generallieutenant, Sie glauben vielleicht ich sei ein Tiffteler, so ein haarspaltender Sophist, der das Gras wachsen sieht und die Flöhe Concert halten hört. Sie täuschen sich, ich verlange keinen Nachwächterposten in Schleswig und kein Thürsteheramt im Schlosse zu Gottorp. Farben sind am Ende Wirkungen des Lichts, das sich so oder so bricht, so oder so fällt. Es gibt Leute, die in rothe Augen verliebt sind und in Katzenaugen die schönsten Spiegel der Seele erblicken. Ein schwarzes Kleid steht sehr schön zu der weißen Unschuldsfarbe eines lieben Mädchens. Aber Eines will ich Ihnen sagen, niemals wird Ihre Fahne die Fahne des deutschen Volkes, niemals wird ein ehrliches deutsches Herz dafür schlagen, daß Schwarz-Weiß sich über Schwarz-Roth-Gold erhebe. Es genügt an der Politik, die Sie vertheidigen und der Sie dienen, um das Tischtuch zwischen uns für ewig zu zerschneiden, **für ewig**, hören Sie?

Ja, die schwarz-roth-goldne Tricolore ist „beschmutzt und in den Staub gezogen“; ja, „Rebellion und Eidbruch“ sind an ihr begangen worden. Sie bedarf einer glänzenden Wiederherstellung, sie lechzt nach Genugthuung. Und geben Sie wohl Acht — Sie könnten es noch erleben — wenn diese Tricolore die Rebellen und Eidbrüchigen heimsucht, so wird sie sich das Haupt bedecken und ihre Schleppe aufschürzen, sie wird ihre beiden Enden einschlagen und für gewisse Zeit werden Sie nur die mittlere Farbe, das Roth, erblicken.

Mit aller Achtung, die Ihnen gebührt,
der **arme Konrad.**

Politische Umschau.

* **Aus Süddeutschland.** (Für Schleswig-Holstein und Deutschland.) Die volkstreue Presse erinnert jetzt von Neuem an jene Tage, die noch frisch in Jedermanns Gedächtniß leben, wo in allen Städten und Städtchen zahlreiche Versammlungen gehalten, und in noch zahlreicheren warmen, oft vielleicht überschwänglichen Reden der Regierung „Gut und Blut“ zur Verfügung gestellt wurde, um Schleswig-Holstein für Deutschland zu retten. Die Regierungen aber gaben, so oft die diplomatische Regel es gestattete, stets die beruhigendsten Zusicherungen über ihre ehrlichen Absichten, von Schleswig-Holstein keinen Schuh breit für Deutschland verloren gehen lassen zu wollen. Es wurde hie und da sogar gerüstet, es wurden Pferde aufgekauft und Alles schien noch gut werden zu wollen. Nur der Bund, hinter den man sich immer verschanzte, schwieg von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, einfach weil die Todten nicht sprechen können. Indessen aber führten Preußen und Oesterreich den Krieg auf eigene Faust und führten ihn zu Ende, aber nicht für Schleswig-Holstein, nicht für Deutschland, sondern einzig und allein für sich, zur Befriedigung ihrer deutschfeindlichen Hauspolitik. Sie haben die eroberten Länder unter sich getheilt, wer weiß, ob nicht gar in Gastein darum gewürfelt; sie haben Deutschland ein Stück vom Leibe gerissen und dem ganzen Volke zum Hohn von Neuem getrennt, was seit Jahrhunderten in Brudertreue und Einigkeit zusammengehalten. Und dies alles im Angesichte von ganz Deutschland, unbekümmert um Recht und Gesetz, nicht achtend die Völkermoral, die den Seelenhandel verflucht, in bismarckischem Uebermuthe der öffentlichen Meinung trotzend, die vor Jahr und Tag für Schleswig-Holstein das Selbstbestimmungsrecht gefordert hat! Wo sind jetzt all die kühnen und feurigen Redner von damals, wo ist der Glaube an die Macht der öffentlichen Meinung hingekommen? Wenn irgend je, so ist es jetzt an der Zeit, wieder laut die Stimme zu erheben, laut zu protestiren gegen diesen Anfang der Theilung Deutschlands, gegen diesen zweiten Act der Geschichte Polens in Deutschland. Jetzt, ihr Volksvereine, ihr Männer der Volkspartei und Ihr Alle, denen der Zorn über die uns angethane Schmach noch das Blut in's Gesicht treibt, versammelt euch wieder aller Orten, protestiret und prediget das Evangelium deutscher Verbrüderung. Vergeßt vor allem Eines nicht: **nur weil Ihr Euch habt einschläfern lassen, ist alles so gekommen.** Wie marschirte in den Cabineten alles so eifrig nach dem Willen des Volkes, als die ganze Nation noch wachsam auf dem Plan stand? Als sie aber einschlief, da machten die Herren plötzlich alle wieder Kehrt, vom Recht des Volkes ab zu den Vortheilen und Interessen der Dynastien. Daraus zieht Euch die Lehre für die Zukunft. In Gastein ist das **Großpreußen und Großösterreich bis zur Mainlinie** vorbereitet worden und da droben am Meer arbeitet man jetzt am Ende Deutschlands. Wollt Ihr's dulden? Es **wird so, wenn Ihr fortschlaft.** Die Abgeordneten der Landesvertretungen von ganz Deutschland sind jetzt auf den 1. October nach Frankfurt zusammenberufen. Auch sie werden nichts ausrichten, viele werden vielleicht gar nicht kommen, wenn — **das Volk nicht hinter ihnen steht.** Vergeßt das nicht, reibt den Schlaf Euch aus den Augen! es **steht Gefahr auf dem Verzug,** man würfelt um Eure Zukunft, während Ihr schlaft! Aber Eines vor Allen laßt Euch gesagt sein: traut nicht den heuchlerischen, feigen Abwieglern, den verschämten, um so verächtlicheren Freunden des Großpreußen- und Großösterreicherthums, den verkappten Helfershelfern des Bismarckthums. Die helle Lohe des Volksgrimms endlich gegen sie. Seht, als im December 1863 die ganze Nation auf der Wacht stand und die deutschen Großmächte noch nicht gerüstet waren, — als da die Abgeordneten aus ganz Deutschland in Frankfurt zusammenkamen, da war es für jeden treuen Patrioten mit gesundem Menschenverstand und entschlossenem Willen klar: daß die schleswig holsteinische Frage mit der, unzertrennlich mit ihr verbundenen, deutschen Frage gelöst werden mußte und konnte, wenn dies nur die versammelten Vertreter der 18 Millionen Deutschen des nicht großmächtlichen Deutschlands mit männlicher Entschlossenheit fordern wollten. Meint Ihr wohl, es wäre diesen Regierungen damals die Weigerung möglich gewesen, wenn die deutsche Abgeordnetenversammlung von ihnen die sofortige Einberufung des Parlaments gefordert und ihnen erklärt hätte, wir bleiben so lange beisammen, bis das Parlament zusammengetreten und damit der Krystallisationskern von Deutschland geschaffen ist? Meint Ihr, daß damit, bei der damaligen Stimmung in Deutschland, die Dinge nicht in Fluß gekommen und daß sie nicht anders verlaufen wären, als sie nun verlaufen sind? Und glaubt Ihr, daß heute noch die Lösung anders möglich ist, als auf solchem Wege? der überdies noch lange keine Revolution ist. Aber da waren es dieselben Menschen und einige verrannte Doctrinäre der preußischen Spitze, die mit allerlei Vorwänden verhindert haben, den rechten Augenblick beim Schopf zu fassen und dafür gesorgt haben, daß alles im Sande verlief. Preußen und Oesterreich mußten Zeit gewinnen, um Deutschland und das deutsche Volk vom Plan zu treiben. Es gelang, das deutsche Volk ließ sich bethören, es ließ die beiden gefährlichsten Vertreter des gefährlichsten Partikularismus, die beiden Erzfeinde Deutschlands, auf den Plan rücken und die von den redlichen und einsichtigen Patrioten vorausgesagten Folgen liegen nun vor uns. Die Theilung Deutschlands hat begonnen, der Kaufpreis, „Seele“ für „Seele“, Stück für Stück, ist bereits zu einem Theil festgesetzt, das Großpreußen „bis zur Mainlinie“, das Programm, mit welchem Hr. v. Bismarck seinen Posten übernommen hat, und **das ein einiges Deutschland für immer unmöglich macht,** beginnt verwirklicht zu werden. In dieser Noth, freilich unter viel ungünstigeren Umständen, ungünstiger durch die Schuld derselben Abwiegler von 1863, treten die Abgeordneten aus demselben, nicht großmächtlichen Deutschland jetzt abermals zusammen und wieder sind es dieselben Menschen, welche schon im Voraus von neuem abwiegeln und in Blättern, die sich „national“ nennen, jeden Gedanken der Ermannung zum Handeln begeifern und verhöhnen. Nieder mit ihnen und ihrem Gelichter! Ihr aber, Männer des Volks, wacht auf aus Eurem Schlafe, steht hinter Euren Vertretern, ermuthigt sie zu männlichen Entschlüssen und sorgt für deren Vollziehung.

Preußen. Seit den Tagen von Jena ist noch nie einer Regierung von einer anderen eine so großartige Beleidigung in's Gesicht geschleudert worden, wie der preußischen durch das französische Rundschreiben. Ein solches Rundschreiben ist bereits die vollständige Einmischung. Und nun bekennen selbst preußische Blätter, daß die Note Englands noch viel verletzender sei. Die Frage drängt sich auf: Was thut nun die Großmacht Preußen auf die ihr in's Angesicht versetzten Faustschläge? Ruft sie etwa ihre Gesandten von Paris und London zurück? bricht sie ihre diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und England ab? rüstet sie die Regimenter des herrlichen Kriegsheeres zu einem demnächst beginnenden Feldzuge? — O nein, von dem Allen keine Spur! Stark und übermüthig gegen die Schwachen, schwach und demüthig gegen die Starken scheint man zu Berlin die Miene anzunehmen, als sei gar nichts vorgefallen und stehe das herzlichste Einvernehmen noch in schönster Blüthe. Man steckt geduldig die Schmach ein und sinnt nach Auskunftsmittelchen, um die bösen Fremden in der Stille zu beschwichtigen. Mehr als je taucht in den preußischen Blättern wieder der klägliche Plan auf, Nordschleswig den Dänen zurückzuliefern und damit die auswärtigen Kabinette so weit zu begütigen, daß sie die unrechtmäßige Aneignung des Restes durch Preußen geschehen lassen sollen. —

(N. F. Z.)

Hamburg, 16. Sept. Laut einer Kieler Correspondenz der „Hamb. Ztg." hat der General v. Manteuffel gestern, indem er das einrückende österreichische Militär begrüßte und dabei an die vorjährigen Siege erinnerte, zu deren Andenken die alliirten Truppen die neu gestiftete Tricolore, das schwarz-weiß-gelbe Band trügen, gesagt: Vor dieser neuen Tricolore sei die schwarz-roth-goldene, welche in den Jahren 1848 und 1849 durch Rebellion und Eidbruch beschmutzt worden sei, in den Staub gesunken.

Stuttgart, 16. Sept. Der Abg. Seeger ist gestern Abend 7 Uhr gestorben. Er war zu Wildbad 1815 geboren, und studirte zu Tübingen die Rechtswissenschaft; bereits in den Studentenjahren nahm Seeger in der Tübinger Burschenschaft eine hervorragende Stelle ein. Nach Vollendung der Studien wandte sich Seeger der richterlichen Laufbahn im Staatsdienste zu; seine Kenntnisse, sein feiner Verstand, seine ganze überwiegende Begabung waren so bedeutend, daß schon vor 1848 der damalige Minister des Innern, Schleyer, Adolf Seeger, wie seinen Freund Schoder, ohne Rücksicht auf die bekannte, den Grundsätzen der herrschenden Bureaukratie zuwiderlaufende entschieden liberale Gesinnung der beiden Freunde, als Räthe ins Ministerium des Innern berief, in welcher Stellung beide ihre Grundsätze nie verleugnet haben. Im Jahr 1848 wurde vom Märzministerium Seeger auf den damals außerordentlich schwierigen Posten des Stadtdirectors in Stuttgart berufen; zugleich entfaltete dieser als Abgeordneter auf dem langen Landtage eine sehr bedeutende Thätigkeit in den politischen wie in den Gesetzgebungs-Fragen, z. B. bei Berathung des Schwurgerichtsgesetzes. Eine Wahl in die Nationalversammlung anzunehmen, hinderte ihn das seine Anwesenheit in jenen Tagen erheischende Amt. Es war klar, daß mit dem Wechsel der Ministerien der freisinnige Mann, der die ganze seinem Charakter entsprechende Entschiedenheit seines Wesens auch als Beamter und Abgeordneter nie verleugnet und deshalb manche Collision durchgemacht hatte, im Staatsdienste sein Verbleiben nicht länger behalten konnte. Eine Versetzung nach Ludwigsburg gab ihm 1850 den Anlaß, aus dem Staatsdienste auszuscheiden und sich der Advocatur zuzuwenden. Der tiefe Kenner unseres Rechtes, der feingebildete Jurist mit dem eindringenden Verstande ergriff die neue Laufbahn mit dem entschiedensten Erfolge. Bald nachher gründete Seeger mit dem ihm im Tode vorangeeilten Dr. Stockmeyer die Lebensversicherungsbank, welcher er bis an sein Ende als Rechtsrath seine Dienste zuwandte. Dem öffentlichen Leben des engeren wie weiteren Vaterlandes widmete fortwährend Seeger seine besten Kräfte. Er vor allen unter den schwäbischen Politikern sah und bekämpfte im Particularismus der einzelnen Staaten den schlimmsten Feind Deutschlands. Wiederholte Wahlen riefen ihn in die Ständekammer. Versammlungen, wie die der würtembergischen Fortschrittspartei, dann der deutschen Abgeordneten und des Nationalvereins, dessen Ausschuß er angehörte, haben seine eminente Begabung, die Kraft seiner Rede kennen gelernt, welche, schwungvoll und geistreich, in vielen Fällen wahrhaft zündend wirkte. Seeger war nach Schoders Tod der durch seine Bedeutung berufene Führer der liberalen Partei Würtembergs. Wenn er nicht in vollem Maaße diesem Berufe der Begabung nachkam, so waren jahrelange schwere Lungenleiden, welche oft schon einen frühzeitigen Tod hatten ahnen lassen, die Ursache. Uebrigens wagte er aufopferungsvoll oftmals das eigene gefährdete Leben, wenn es galt, bei einer entscheidenden Debatte vom Krankenlager aus zum Versammlungssaale zu kommen, um das Vollgewicht seiner Persönlichkeit einzusetzen. Seine umfassenden Kenntnisse, sein durchdringender Verstand, sein warmes, dem Wohle des Vaterlandes ergebenes Gemüth werden den Mann in den kommenden Kämpfen des deutschen öffentlichen Lebens noch oft vermissen lassen. — Adolf Seeger war, wie schon erwähnt, erstmals 1848/49 auf dem langen Landtag Abgeordneter, damals für Neuenburg, ebenso auf den 3 Landesversammlungen 1850, zugleich auch Mitglied des ständigen Ausschusses. 1851 wurde er in Tübingen und Stadt Ulm gewählt und entschied sich für Ulm. Dem Landtage von 1856—61 blieb Seeger fern, der jetzigen Kammer gehörte er für Freudenstadt an. (Schw. M.)

Ein Brief des Präsidenten der **Vereinigten Staaten** Andrew Johnson bildet sowohl seiner Form als seinem Inhalt nach einen erfreulichen, man möchte sagen erquickenden Gegensatz zu den nebelhaften und volksfeindlichen Ergießungen europäischer Staatslenker. Die nähere Veranlassung zu dem Schreiben des Präsidenten Johnson waren Aeußerungen, welche einer der bekanntesten Demagogen Amerika's bei seiner Anwesenheit in Berlin gethan hatte. Er prophezeite mit kühner Zuversicht, daß die Pläne der Demokraten, den Präsidenten zu umstricken, zu sorgsam angelegt seien, als daß er ihren Netzen entgehen könne. Einige bei diesen Aeußerungen gegenwärtige Herren aus dem Süden stimmten warm ein und meinten, „sie seien vollkommen überzeugt, der Süden werde mit den Demokraten (das Parteiwort im amerikanischen Sinne verstanden) gemeinsame Sache machen und das Land in Zukunft ebenso regieren, wie er es vor dem Kriege gethan habe." Einer der gleichfalls anwesenden loyalen Amerikaner, Hr. Geo. T. Comfort, Professor, hielt es für geeignet, dem Präsidenten Johnson direkt von diesen Aeußerungen Mittheilung zu machen, und mit umgehendem Dampfer erhielt Herr Comfort den nachfolgenden Brief, dessen Veröffentlichung er freundlich gestattete:

Washington, Juli 20, 1865.

Herrn George T. Comfort rc. rc.

Mein theurer Herr!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 30. Juni. Ich werde mit meinen besten Kräften streben, meine Verwaltung, ohne Partei-Begünstigung, zu einer nationalen zu machen. Macht und Einfluß zu Parteizwecken zu mißbrauchen, ist kaum weniger verbrecherisch, als ein Angriff auf das Leben der Nation.

Aus vierjährigem Kampfe um ihr Bestehen ist unsere Nation gekräftigt und geläutert hervorgegangen — einer Blüthe in der Zukunft fähig, mit der sich nichts in der Geschichte vergleichen läßt.

Ich freue mich, von einem so intelligenten Beobachter, wie Sie, zu hören, wie die Thatsache, daß unsere Regierung eine Volksregierung ist, deren ganze Macht allein auf dem Volke beruht, eine Regierung, welche nur für das Volk besteht — allmälich auch in Europa gewürdigt wird.

Ich hege das Vertrauen, daß unser nationaler Sieg den Sieg volksthümlicher Grundsätze in der ganzen Welt sichert.

Ich bin aufrichtig Ihr

Andrew Johnson.

Europa's fauler Fleck.

Der Handel von Gastein mit Allem, was darum und daran hängt, worauf stützt er sich? Auf das Recht? Auf die öffentliche Meinung? Auf die Zustimmung der betreffenden Bevölkerungen und Landesvertretungen? Keineswegs. Die beiden Mächte haben weder das Völkerrecht des modernen Europa's, das heißt, die Zustimmung der betreffenden Bevölkerungen, noch das Völkerrecht des alten, legitimistischen Europa's, das heißt, das dynastische Erbrecht, noch die öffentliche Meinung des deutschen Volkes oder die Zustimmung der schleswig-holsteinischen, lauenburgischen und preußischen Volksvertretung für sich gehabt, als sie jenen Vertrag abschlossen. Aber sie hatten dafür etwas Anderes für sich. Sie haben die Gewalt für sich, und diese Gewalt ist verkörpert in ihren Soldaten. Das öffentliche Recht Europa's wird gegenwärtig nicht von dem Willen der Völker gebildet, sondern es wird von den stählernen Bajonetten der großen Armeen geschrieben. Wer die Macht hat, der hat auch das Recht. Das ist der heut zu Tage geltende Grundsatz in den öffentlichen Angelegenheiten Europa's. Wer das noch leugnen will, den verweisen wir auf den Handel wegen Lauenburgs. Gleich einer erbeuteten Schafheerde werden die fünfzigtausend Deutsche in Lauenburg von Oesterreich und Preußen zum Gegenstand eines Kaufvertrags gemacht. Man fragt weder die Lauenburger, noch irgend Jemand, der ein Wort mit drein zu sprechen hätte, wozu doch von Rechtswegen auch die preußischen Abgeordneten gehörten.... Ein solcher Zustand ist in hohem Grade gefährlich. Denn er ist die ewige Quelle der großen Hauptübel, an welchen die modernen Völker kranken. Er hebt nicht nur den öffentlichen Rechtszustand auf, er unterjocht nicht nur die Nationen dem Willen einiger mächtiger Potentaten, sondern frißt auch unaufhörlich an dem Wohlstand, dem Glücke der Einzelnen, wie der Völker. In der Bibel lesen wir von einem Moloch, dem die Mütter ihre Kinder in die glühenden Arme warfen, um den Zorn des Götzen zu besänftigen. Israels Propheten zerstörten den Moloch und den Molochsdienst. Aber noch heute opfern die europäischen Nationen einem Moloch, der noch unersättlicher ist, als Jener, welcher auf den Höhen von Judaea stand. Nur heißt unser moderner Götze nicht Moloch, sondern Militärbudget, Militärstaat. Ihm müssen die Eltern ihre Kinder, der Bürger seine Steuern, die Söhne des Landes ihre gesunden Knochen und ihr Blut, ihre Zeit, ihre Kraft opfern, die sie im Dienste friedlicher, segensreicher Arbeit verwenden könnten.... Dieser Götzendienst wird bei allen Nationen Europa's getrieben, mehr oder minder; die einzige Schweiz ist vielleicht davon auszunehmen. Und je eifriger eine Nation ist: das Militärbudget zu füttern und Millionen über Millionen für Zwecke der Zerstörung zu verschwenden, desto begieriger sucht die Nachbarnation der Nebenbuhlerin es nicht nur gleich zu thun, sondern sie zu übertreffen.... Die großen stehenden Heere sind die gefährlichsten Feinde aller Volkswohlfahrt. Wenn eine wilde Kriegernatur den Thron einer großen Militärmonarchie besteigt, so gleicht das stehende Heer eines solchen Kriegsherrn dem spitzen, vergifteten Dolch in der Hand eines Wahnsinnigen.... Aber auch ohne eine so wilde Natur zu haben, ist ein solches zur Anwendung stets bereites und gehöriges Gewaltwerkzeug eine starke Versuchung für kühne und lebhafte Naturen.... Zumal da die schlimmen und verhängnißvollen Folgen eines Krieges von Denen, die den Krieg führen, von den Königen, am wenigsten empfunden werd.n. Für den Kriegsherrn einer Armee von Hunderttausenden findet sich auch in den schlimmsten Fällen eine Mittagsmahlzeit und ein Bett, in welchem er schlafen kann, während die Völker nicht nur durch Feuer und Schwert, sondern noch mehr durch Hunger und Elend zerfleischt und gepeinigt werden.... Wir wissen das wohl, es sind das lauter schon oft gesagte Wahrheiten, aber diese Wahrheiten können nicht oft genug wiederholt werden. An dem Tage, an welchem die Parlamente und Volksvertretungen Europa's die Mittel zur Erhaltung jener ungeheuren Heeresmassen verweigern und die Völker diese Verweigerung unterstützen und dadurch den Gewaltinhabern es unmöglich machen, immer

bereite Werkzeuge ihrer egoistischen Pläne sich zu halten, an dem Tage wird die Freiheit der Völker dauernd gegründet sein. (Hess. Lds.-Z.)

Socialer Theil.

Vortrag über die Frauenfrage,

gehalten am dritten Arbeitertage in Stuttgart von Moritz Müller.

Meine Herren!

Es ist meine feste Ueberzeugung, daß es in späterer Zeit dem ständigen Ausschuß des Vereinstages zur höchsten Ehre gereichen wird, daß er die Frauenfrage mit besonderer Beziehung zur Frauenarbeit auf die Tagesordnung setzte, weil sie mir als eine der allerwichtigsten und zwar in allen Beziehungen des Lebens und des Fortschritts erscheint. Ob der Ausschuß Ehre einernten wird, daß er die Aufgabe einen Bericht zu erstatten meiner Person anvertraute, ist eine andere Sache. Ich versuche nun diese Arbeit zu lösen und um so leichter, da ich ja schon 3 Flugschriften an alle Vereine sandte, wovon wenigstens die eine, welche der Ausschuß Ihnen schon vor 3 Monaten vorlegte und welche noch besonders die Arbeiterzeitung abdruckte, in Ihren Versammlungen, wie es der Gebrauch ist und sein soll, vorgelesen und debattirt worden sein wird. Die Hauptkunst besteht bei meiner Aufgabe nicht darin, heute Vieles oder Etwas zu sagen, denn die Masse des mir Vorliegenden und nothwendig Erscheinenden bietet ein unerschöpfliches Thema, sondern die Schwierigkeit ist diese, daß ich in der Kürze der Zeit das Nothwendigste treffe und vor Ihrem Geist und Gemüth in klarer Weise vorübergehen lasse. Jedenfalls wird das bei einigem Nachdenken anerkannt werden, daß es nicht nöthig ist, Ihnen ein Langes und Breites über jede einzelne Arbeit, welche ich für Frauen geeignet halte, vorzutragen; ebenso, daß es keiner historischen Uebersicht bedarf, wie, wann und wo diese Arbeiten mehr oder weniger schon ausgeübt wurden und werden oder werden dürfen. Es handelt sich heute um die Kernpunkte der Frauenfrage überhaupt, und zwar mit besonderer Beziehung auf die Arbeit; das ist auch die Meinung verständiger und edler Frauen. Sind wir einmal in den Prinzipien einig, so werden wir auch eher die Gegner, Hindernisse und Vorurtheile in Bezug der Frauenarbeit besiegen; so lange jedoch sogar ein großer Theil der Fortschrittsmänner verkehrte Ideen in Bezug der Aufgabe des weiblichen Geschlechtes hat, kommen wir nicht vorwärts. Es handelt sich daher vor Allem um Klarheit in Bezug der Prinzipien, denen wir huldigen. Ich bin des Glaubens, daß die Ideen von jeher das Agens aller geschichtlichen Entwicklung gewesen sind, daher bitte Sie im Namen der guten Sache und im Namen meines in Pforzheim gegründeten Deutschen Frauenvereins, mir in dieser Beziehung einige Aufmerksamkeit zu schenken. Sollte ich einiges übergehen, was Ihnen wichtig dünkt, bin ich gern bereit, im Verlauf der Debatte Rede und Antwort zu stehen.

Meine Herren! So weit ist bei uns die Einsicht freilich unter gebildeten Männern gewonnen worden, daß es mit als einer der ersten Culturgradmesser gilt, zu messen, wie es mit der Achtung gegen die Frauen in einem Volke aussieht. Je nachdem das Weib bei den Völkern hoch oder niedrig in Achtung steht, je nachdem ist es mit der Bildung und Freiheit derselben beschaffen. Ein Geschichtschreiber sagt deswegen: „Zu jeder Zeit haben die Frauen mitgewirkt an dem Gewebe der Weltgeschichte, am förderlichsten jedoch dadurch, daß sie, indem sie rechte Frauen waren, die Männer befähigten, rechte Männer zu sein.“ M. H.! Das Rufen und Sehnen nach mehr freien Männern, wie wir es jetzt oft vernehmen, bedingt vorerst die Erlösung der Frauen aus ihrer Unfreiheit. Der Kampf um diese Befreiung ist so alt als die Menschheit, wie ja überhaupt die Culturgeschichte der Menschheit ein ewiger Kampf ist und sein wird, und zwar in jeder Zeit unter anderen Formen.

Meine Herren! Welches ist der Haupteinwand wirklich braver Männer, die aber bei aller Liebe zum Fortschritt, doch unserer Idee — nämlich der jetzt angestrebten Befreiung der Frauen — entgegen sind oder sich ganz passiv verhalten? — Sie sagen: „Der ganze Organismus der Frau ist ein anderer als der des Mannes, deswegen ist auch ihr Beruf ein anderer. Ihre ganze Natur beruht auf einem ruhigen, gemüthlichen und sinnigen Sein, ihr gehört das Haus, eine theilweise Erziehung der Kinder und wenn die Frauen und Mädchen da arbeiten wollen, haben sie genug zu arbeiten, — sie brauchen sich nicht auf besondere Facharbeiten zu legen oder gar sich in öffentliche Angelegenheiten zu mischen, für welche Reformen und gemeinsame Thätigkeiten sie gar kein Talent besitzen. Trotz ihres eingeschränkten stillen Berufskreises steht das Weib in höchster Achtung und der beste Beweis ist der, daß sie die Poesie zu allen Zeiten verherrlicht hat.“ Das, meine Herren, sind, kurz gesagt, die triftigsten Einwendungen. Ich erwidere diesen Gegnern gegenüber folgendes:

Was die Verherrlichung des Weibes durch die Poesie betrifft, so ist es allerdings Wahrheit, daß einzelne große Dichter ausnahmsweise das Weib auf die rechte Weise besungen haben und aber ich glaube, wenn diese Männer hier wären, würden sie mir heute Recht geben, nämlich, daß anderntheils neben dieser Verherrlichung zugleich eine Erniedrigung und Heruntersetzung des Weibes nebenhergelaufen ist, die oft ins Gemeinste überging; ferner, daß der größte Theil der Poesie selbst nichts als ein Preisen und Feiern der Sinnlichkeit war. Selbst das „hohe Lied“ in der Bibel findet mehr in den Haaren und Wangen, Augen und Lippen, dem Busen und dem Schooß des Weibes Gegenstände der Verehrung, als daß es die Bildung, Würde und Freiheit desselben besingt. Solche morgenländische Poeten mit ihrer abgöttischen Verehrung oder mit ihrer klagenden Winselei finden wir leider heutzutage noch genug und man kann bis jetzt behaupten, daß im allgemeinen die poetische Verehrung den Frauen wenig nützte. — Was nun die Organisation des Weibes betrifft, so leugnen wir in physischer und in psychischer Hinsicht einen Unterschied der beiden Geschlechter durchaus nicht, müssen es aber doch beinahe als Bosheit oder arge Beschränktheit erklären, daß man immer behauptet, wir wollten die Frauen dem Bilde des Mannes gleich machen, — wir wollen sie nur den Männern gleich stellen. Ein himmelweiter Unterschied! Das Weib soll dem Manne vollkommen ebenbürtig in allen höhern Angelegenheiten des Lebens sein. Eine Versündigung nicht nur am Weibe, sondern auch an der ganzen Menschheit ist's, die Frauen nur auf den engen Kreis des Hauses zu beschränken und somit auszuschließen von den andern Zwecken des Menschenthums. Das Weib muß im Allgemeinen, und für das Allgemeine, sowie für die eigene Ausbildung mit derselben Freiheit wirken können wie der Mann.

Die Vorsteherin des Leipziger Deutschen Frauenvereins, Frau Dr. Louise Otto Peters, sagt in dieser Beziehung: „Bei dem Kampf für die Befreiung des Weibes kommt es aber gerade darauf an, sie von dem Weibischen, das ihnen so vielfach anklebt, zu erlösen, und das wahrhaft Weibliche, ihre Hauptzierde, an ihnen zu retten oder auszubilden; das Weib frei zu machen von einem einseitigen Verstandesdespotismus, wie er nach und nach von den Männern ausgebildet worden, und worunter nun das weibliche Geschlecht nicht allein, sondern das ganze bessere Theil der Menschheit leidet. Was dem Weibe als sein natürliches Erbe zukommt, in seiner ganzen Macht und Heiligkeit zur Geltung zu bringen, gegen die Uebermacht einer entweder kalten oder rohen Kraft — dies ist das eigentlich erhabene und schöne Ziel, um das es sich bei allen Bestrebungen für das Frauenwohl handeln sollte. Nichts Größeres aber auch nichts Geringeres ist zu fordern.“ Indem ich Sie bitte, meine Herren, diese gerechten Forderungen edler Frauen ins Auge zu fassen, wollen wir nun in Bezug der Gegner noch auf einige Erscheinungen des Lebens blicken, wie sie sich im menschlichen Dasein offenbaren, wenn diese Forderungen außer Acht gelassen werden.

Sehen wir vorerst auf die religiösen Erscheinungen, so finden wir, daß diejenigen Herren, welche wir zu keiner geistigen Reform gebrauchen können, den größten Einfluß auf die Frauenwelt ausüben. Versuchen Sie es in meinem Sinne einen Frauenverein zu gründen, ob Sie die schlimmsten Pfaffen nicht am ärgsten auf den Hals bekommen. Leider kann ich heute diesen Punkt nur andeuten, bin aber gerne bereit zu beweisen, daß es sehr traurige Folgen für jedweden Fortschritt hat, daß der größte Theil der Frauen auf dem Gebiete der religiösen Bildung weit zurück ist! Unsere großen Denker sind für sehr viele Frauen so gut wie noch gar nicht dagewesen! Daher feiern der Aberglaube und die religiösen Vorurtheile in der Frauenwelt ihre reichste Erndte! Und was soll man zu solchen Thatsachen sagen, wenn die Frauen mancher Fortschrittsmänner, die außerm Hause Freiheit predigen, auch religiöse Freiheit — unter den Pietisten stecken und im Hause mit ihrer Heuchelei die Kinder anstecken und vielleicht des Nachts beten, daß ihren Mann wegen seiner Bestrebungen nicht der Teufel holen möge?! —

Gehen wir, so ungern ich in diesem Punkte abbreche, auf eine zweite Erscheinung über, die politische. Daß die Frauen offene Partei-Politik treiben sollen, das wollen auch wir nicht, denn wir geben den Gegnern Recht, daß das Familienleben immer die Krone alles Frauenlebens ist und sein soll. Allein, wenn man glaubt, daß die Frauen für die vaterländischen Angelegenheiten nur da sind um bei gewissen Gelegenheiten Charpie zu zupfen oder Fahnen zu sticken, da ist man übel berathen! Das Charpiezupfen wäre oft gar nicht nöthig, oder es würde segensreicher angewendet und würde bessere Früchte tragen, wenn die Frauen in diesen ernsten Fragen gründlichere Einsicht hätten und ihren Einfluß auf die Männer ausüben könnten, namentlich wenn die Mütter ihren Söhnen jenen wahren Patriotismus einzuflößen vermöchten, welcher den wackern Bürger zieren soll. Allein es kann nicht genug betont werden, daß es eines der größten Uebel unserer Zeit ist, daß der größte Theil der Frauen gar kein Interesse an den wichtigen Angelegenheiten des Vaterlandes nimmt und daß sie für die ernste Zeit ohne alles Verständniß sind! Die Folgen sind schlimm genug!

Betrachten wir eine dritte Erscheinung, das geistige Leben des Weibes. Hier will ich unter dem Vielen, was sich sagen läßt, nur kurz auf Eines verweisen, auf die Ehe. Es ist eine traurige Thatsache, daß die Frauen vielfach in ihrem Denken im Verhältniß zu den Männern zurückstehen. Das macht sogar oft ziemlich glückliche Ehen mit der Zeit schlechter. Der Gesichtskreis der Frau ist durch ihre geringere geistige Bildung und namentlich durch ihre spätere Abgeschlossenheit ein beschränkter, und sie kann daher in vielen Fällen dem Manne nicht die förderliche Beräthin, nicht die rechte Freundin und Genossin sein. Aber wo in der Ehe das rechte geistige Element fehlt, da kann sie weder wahre Sittlichkeit noch das wahre Glück fördern. Deswegen die vielen unglücklichen oder nicht glücklichen Ehen. Man nimmt an, daß es (nach Jules Simon) unter 100 Ehen 10 recht glückliche, 40 Gewohnheitsehen, 30 mehr oder weniger unglückliche und 20 ganz unglückliche Ehen gibt, letztere im ewigen Kampf begriffene, wo der eine Theil dem andern Tod wünscht, wo der Haß statt die Liebe vorherrscht.

Mag dies Manchem übertrieben dünken, so ist es doch Thatsache, daß es sehr viele unglückliche und nicht glückliche Ehen gibt. Ich weiß es wohl, der Ursachen sind mannichfaltige, allein, keine der geringsten ist die, daß die Frauen oft nur eine vegetirende Existenz haben, und weil geistig Beschränkte nur eine sehr geringe Erkenntniß ihrer Pflichten besitzen, so stehen sie beim Manne nicht in der rechten Achtung. Allein es ist noch ein anderer Punkt zu erwähnen, worauf wir ein großes Gewicht legen, und der mit dem vorigen auch in engem Zusammenhange steht, ich meine die sittliche Erscheinung. Sie gestehen wohl Alle zu, meine Herren, daß die Frauen den Werth und die Bedeutung der Priesterinnen der Sitte und Zucht haben sollten — allein ich frage: üben sie wirklich allgemein solchen Einfluß? — Meinen manche Herren vielleicht wie beim Charpiezupfen und Fahnensticken, es sei genug, wenn sie bei Schützen-, Turner- und Sängerfesten Preise vertheilen, Kränze aufsetzen? Und zwar an Männer, die sie oft gar nicht kennen und wo sich die Sache nur um eine mechanische oder körperliche oder künstlerische Geschicklichkeit handelt? Soll das genügen? — Nein, es handelt sich um das Auftreten der edelsten Frauen gegen die das Sittengesetz verletzenden Männer, und nur wenn die Frauen mehr Unabhängigkeit erlangen, die ihnen gestattet, daß sie ihr sittliches Bewußtsein walten lassen, wie sie es ihren verirrten Schwestern gegenüber thun, nur dann können durch die Frauen sittliche Zustände geschaffen werden. Wenn Sie aber, meine Herren, einen kleinen Einblick in die unsittlichen Zustände unserer Zeit bekommen wollen, so lesen Sie ein bei Otto Wiegand erschienenes, von Polizeiarzt Professor Dr. Streuber in Leipzig geschriebenes Schriftchen, — scheuen Sie die kleine Ausgabe nicht — ein Schriftchen, das betitelt ist: „Wie hat sich der Staat der Prostitution gegenüber zu verhalten?“ — Meine Herren! Es ist haarsträubend, einen Blick in diese Fäulniß inmitten unserer gepriesenen Civilisation zu thun!

Die Einwendung der Gegner, daß der Organismus der Frau ein ganz anderer sei, als der des Mannes und ihre Natur auf ein gemüthliches und sinniges Sein hindeutete, nimmt sich bei einer solchen Betrachtung recht sonderbar aus“. Wir sagen, das hilft Euch und Euren Frauen nicht allein, wenn ihr eure Kinder in den Familien auch auf's Beste erzieht und zwar deswegen nicht, weil die Wucht der allgemeinen Zustände auch den Einzelnen ihr Gepräge aufdrückt. Auch die Besten leiden mit dadurch! Diese Zustände wuchern lustig fort und wenn nicht gründliche Hülfe geleistet wird, spritzen sie ihr Gift auch in

die besseren Familien. *Daß die vielen ehelosen Mädchen auch eine betrübende Erscheinung der Zeit sind, will ich jetzt nur nebenbei erwähnen!*

Mit einem Worte, meine Herren, auf welche Erscheinungen im menschlichen Leben wir noch blicken, finden wir einen Mahnruf zur Arbeit, um die Frauen zu einer ehrenvollen Unabhängigkeit, sowie zur Bildung, Würde und Freiheit zu erziehen. Die Frauen werden durchaus nicht, wie die Gegner meinen, aus den Schranken ihres Geschlechts treten, wenn sie in religiöser und politischer Beziehung klarer und richtiger denken, schärfer und bestimmter urtheilen lernen, wenn sie geistig befähigter werden und diese Aufgabe, *das*, meine Herren, das ist die vernünftig-sittliche, und darum die einzige gründliche und richtige Befreiung des Weibes! Und gegen solche Befreiung haben wir seiner Zeit dieselben Einwendungen der Aristokratie dem Bürgerstand gegenüber gehört, wir hören sie ebenso von der Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber. Man will mit Gewalt den oder jenen Stand oder in unserem Falle, dem andern Geschlecht die Sphäre vorschreiben, in der es verharren soll. „Doch wer verharrt, der bleibt ein Knecht“, sagt Faust.

„Wissen Sie nicht“, hat mir gestern noch ein Fortschrittsmann in Stuttgart zugerufen, „wissen Sie nicht, daß nach einem alten Spruch die Frau am besten ist, von der man am wenigsten spricht und Sie wollen die Frauen mehr in die Oeffentlichkeit ziehen?! — Ich kenne diesen alten Spruch wohl, er ist vor circa 4000 Jahren oder noch länger ausgesprochen worden, und zwar in einer Zeit, wo man in Griechenland es für eine Ehre schätzen mußte, wenn von der Hausfrau wenig gesprochen wurde, weil die Hetären, auf französisch Concubinen oder Maitressen, auf deutsch Freudenmädchen, eine öffentliche Rolle spielten und weil von ihnen viel gesprochen wurde, war es gut, von den Hausfrauen wenig zu reden, damit jene nicht auch in Verruf kämen, aber jetzt und in der Zukunft, wo diese Art Frauen und Mädchen immer weniger werden sollen und wo umgekehrt das sociale und das staatliche Leben auch von den Frauen erfaßt und verstanden werden soll, weil sie durch größere geistige Befähigung dann auch ihre höchste Aufgabe, die Erzieher und Bildner ihrer Kinder zu sein, vollkommner erfüllen können, — jetzt wird die Frau nicht mehr als die beste gelten können, von welcher man am wenigsten spricht, sondern diejenige, *von welcher man am meisten Gutes sagen kann und welche nicht nöthig hat, die volle Beleuchtung zu scheuen.* Dem Einwurf gegenüber, daß die Frauen jene beliebte Zartheit verlieren würden, ist das zu berichtigen, daß es keine Stellung des Lebens gibt, in welcher nicht das Weib Zartsinn und Zurückhaltung bethätigen könnte, wenn es solche besitzt. Derwegen verlangen wir auch ein Zusammenwirken der Frauen für die Reformen des weiblichen Geschlechtes. Mögen diejenigen Männer, welche ihre Frauen für zu beschränkt halten, oder meinen, sie würden verdorben, oder welche glauben, daß sie mitwirkend nur Schlimmes zu Wege brächten und daß dadurch die Welt Schaden leide, ihre Frauen auf ihre Weise bevormunden, aber ich glaube, der Arbeitertag sollte der Aufforderung edler Frauen nachkommen und ein Prinzip in einer Erklärung heute aussprechen, daß auch bei den Frauen keine Entwicklung gedeihen kann ohne freie Entfaltung aller ihrer Eigenthümlichkeiten, und daß das Geistige, das Menschliche, das unabhängig ist vom Geschlecht, bei den Frauen wie bei den Männern, die gleiche Berechtigung finden muß. Darauf gründet sich unser *Prinzip*, daß es Pflicht der Familien sei, die natürliche Fähigkeit der Frauen durch die Erziehung möglichst auszubilden und Aufgabe des Staates und der Gemeinden für weibliche Bildungsanstalten zu sorgen.

Meine Herren! Es tritt nun eine zweite Frage an uns heran, nämlich, was können wir außer dieser unserer Erklärung am Arbeitertag noch Praktisches zur Lösung im Sinne unserer Idee in den Arbeitervereinen selbst anstreben? — Ich antworte: *Den Arbeitern stehen die Arbeiterinnen am nächsten.* Die Aufgabe der Arbeitervereine wäre demnach, die Arbeiterinnen zuerst zu belehren, sie von Zeit zu Zeit einzuladen in ihre Versammlungen, aber nicht allein zur Unterhaltung, zu Tanz, Musik, Declamation und Gesang, sondern um in allen den Punkten Aufklärung zu ertheilen, welche auch für die Arbeiter nützlich sind und zwar mit besonderer Beziehung auf das weibliche Geschlecht. Ich habe derwegen für die Vereine das Halten der Frauenzeitung empfohlen, welche Hauptmann Korn in Leipzig bei Priber herausgibt. Hier werden diese Fragen behandelt und auf die besten Schriften, welche darüber erscheinen, aufmerksam gemacht. Daß die Frauen auch in den volkswirthschaftlichen Fragen Belehrung sehr nöthig hätten, das hat schon Schulze-Delitzsch seiner Zeit gewünscht. Ein zweites wäre, die Arbeiterinnen zu veranlassen, bald *einen selbstständigen Weg* zu betreten. Daß ich dafür heute auch am Arbeitertag eine Erklärung ausgesprochen wünsche, gründet sich auf die zwei Cardinalsätze:

Es ist Pflicht der Frauen, die Wohlfahrt ihres Geschlechts ganz besonders in's Auge zu fassen und durch vereinte Thätigkeit Fürsorge für geeignete Reformen zu tragen.

Es ist Pflicht der Arbeiter, sich der Arbeiterinnen in der Weise anzunehmen, daß sie nach denselben Principien, wie die Arbeiter, auf dem Wege der Selbsthülfe und Association *Arbeiterinnenvereine* gründen.

Und nun, meine Herren, bin ich schließlich bei der eigentlichen auf die Tagesordnung gestellten Frauenarbeit angelangt. Aber ich kann nun wohl kurz sein. Ich zähle Ihnen vorerst alle die Arbeiten auf, welche ich für die geeignetsten halte für Mädchen, und welche einen guten Verdienst abwerfen. Mit Fleiß lasse ich manche Beschäftigungen weg, z. B. das Cigarrenmachen. Nicht, daß ich hier ein Verbot erlassen oder die freie Arbeit hindern möchte, nein, ich meine die Arbeiterinn solle als eine natürliche Feindin dieses Luxusartikels lieber alles Andere wählen, als dieses Geschäft. Ich sagte, natürliche Feindin: Ja, meine Herren, ich bin der Ansicht von Dr. Löwe, von Calwe und von Professor Virchow, welche recht schön erklärten, wie schädlich dieses Kraut den Arbeitern sei. Und noch die Hauptsache: Für manchen Arbeiter, der die Woche für 1 fl. oder 1 Thlr. verraucht, wäre es besser, dafür seiner Frau und seinen Kindern bessere Nahrung und bessere Kleidung anzuschaffen u. s. w. Kurz, ich übergehe manche Arbeit und halte einstweilen folgende für die passendsten: Bäckerei, Bijouteriearbeiten, Bildhauerkunst in Holz und Stein, Blumenmachen, Buchbinder- und Galanteriearbeit, Buchhaltung, Bürstenmachen, Chocoladefabrikation, Conditorei, Cravattenmachen, Drechslerei in Holz, Horn und Metall, Droguistengeschäft, Emmaillirkunst, Etuimachen, Färberei, Formstecherkunst, Fournirenschneiden, Franzen- und Bordenfabrikation, Geometrische Zeichnungen, Glaserarbeit, Gold- und Silberschlagekunst, Gold- und Silbersticken, Gravirkunst, Guttlerei, Haarkünstlerei, Handschuhmachen, Holzschneidekunst, Instrumentenmachen, auch chirurgische, Kartenfabrikation, Kammmachen, Kleidermachen, Knopfmachen, Korbflechten, Kunst- und Handelsgärtnerei, Kunst- und Musikalienhandel, Kupferstecherkunst, Ladiren, Lithographiren, Malerei, auch Zimmer- und Tapetenmalen, Möbelpoliren, Möbelhandel, Musterzeichnen, Nadelarbeit, Notenstechen, Optikerkunst, Oelfarbenfabrikation, Papierhandel, Parfümerie- und Toilettenseifenfabrikation, Posamentirarbeit, Portefeuillefabrikation, Schriftsetzen, Schuhmachen, Seidenwirken, Seifensieden, Siebmachen, Stenographie, Spezereiwaarenhandel, Saiteninstrumentenmachen, Strohhutfabrikation, Tapezier- und Decorateurkunst, Tischlerei, Tuchmachen, Tuchstopfen, Tuchscheeren, Uhrmachen, Uhrgehäusmachen, Vergolden, Wachswaarenfabrikation, Wattenfabrikation, Zahnkünstlerei, Zinngießen, Zubereiten naturwissenschaftlicher Gegenstände, z. B. mikroscopischer Präparate, Schulherbarien u. s. w. —

Wie gesagt, meine Herren, übergehe ich manche Einwendungen, z. B. die der Concurrenz. Ich übergehe es, um aus der Debatte die Arbeiter zu hören, welche sich aus egoistischen und schlechten Motiven gegen die freie Entwicklung der Frauenarbeit erklären. Ich glaube, die Uhr, welche Sie besitzen, wird nicht schlechter dadurch, weil sie eine Frau gemacht hat. Es kann Ihnen einerlei sein, wer sie gemacht hat. Ferner: wird es der Kunst der Uhrmacherei überhaupt schaden, wenn die Uhren auch mit durch Frauen fabricirt werden? Ich glaube auch nicht. Sollen wir derwegen einen Fortschritt, eine Gerechtigkeit nicht wollen, weil sie einzelnen und zwar den ungeschicktesten Uhrmachern schadet? Das wäre eine gewaltige Ungerechtigkeit und ein großer Rückschritt!!

Meine Herren! In meinen Flugschriften, namentlich in meinem gedruckten Bericht über die Frauenarbeit, den Ihnen der ständige Ausschuß der vereinigten Arbeitervereine übersandte, habe ich schon manches berührt gegen eine Menge Einwendungen und ich würde erst in der Debatte näher darauf eingehen, wenn Jemand gegen folgende Hauptsätze etwas einzuwenden hätte:

Die Frauen sind zu jeder Arbeit berechtigt, zu welcher sie fähig sind.

Die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse, welche der Ausübung der Frauenrechte im Wege stehen, sind zu beseitigen.

Die Fähigkeit der Frauen zur Arbeit wird nicht durch gesetzliche Erlaubniß, sondern durch die freie That erwiesen.

Wir glauben, je mehr werthvolle Arbeiterinnen erzogen werden, desto mehr Ehen können geschlossen werden und desto glücklichere Ehen wird es geben.

Wir glauben, daß es einer Familie gar nicht schadet, wenn ein Mädchen gute Arbeiterin ist, ihre gelernte Facharbeit aber wegen ihren Hausgeschäften in der Ehe nicht verwerthen kann, wir glauben aber, daß wenn dem Manne durch Krankheit oder Unglück die Fähigkeit zur Ernährung der Familie verloren geht, oder die Frau vorzeitig Wittwe würde, ihr die erlernte Fähigkeit zur selbstständigen Ernährung mit sammt ihren Kindern zu gut käme.

Wir glauben, daß es der wahre Stolz eines Mädchens sein sollte, zu sagen: ich kann mich nun selber ernähren, ich habe meine Versorgung durch mich selbst und brauche nicht meiner Familie zur Last zu fallen oder auf eine Versorgung durch einen Mann zu warten.

Ja wir glauben sogar, daß manche Kränklichkeit und manche Uebel verschwinden werden unter den Mädchen, wenn sie recht arbeiten könnten und würden, weil die Noth oder der Müßiggang aller Uebel und Laster Anfang ist.

Das wären unsere Grundsätze in Bezug der Frauenarbeit. Eines Punktes muß ich noch erwähnen. Es sind nämlich schon gewichtige Einwendungen in Bezug des Fabriklebens der Mädchen erhoben worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß es für Mütter in Bezug der Kinder eine üble Sache ist, wenn dieselben am Tage der Mutterpflege entbehren. Allein wir müssen die Sache bei Lichte betrachten, das Gute und Schlimme gegen einander abwägen und letzteres möglichst zu beseitigen suchen, wenn die Nothwendigkeit sich dafür ausspricht, daß es eben doch unter gewissen Bedingungen besser ist, die Mütter geben einstweilen noch ferner zum Besuche der Fabrik. Bei genauer Betrachtung sehen wir, daß diese Mädchen meistens doch keine rechten Pflegerinnen der Kinder sind, wenn sie nun zu Hause die Woche mit einigen Gulden weniger Verdienst die Kindsmädchen spielen, so sehe ich keinen besonderen Nutzen für die Familie und dem Manne wird gewöhnlich die Frau vor der Zeit alt. Nein, da kommen wir auf eine andere wichtige Frage, die ich aber jetzt nicht weiter besprechen kann. Gewöhnlich sind die Kindsmädchen der Art, daß sie sonst nirgends zu brauchen sind und man meint, zum Kinderhüten sei die Einfältigste gut genug. Da es aber umgekehrt sein sollte, so müßten für dieses Geschäft auch die Mädchen besser unterrichtet werden. *Dazu eignen sich besonders die Kindergärten im Fröbelschen Geiste.* Das wäre die Gelegenheit, arme Mädchen auch diese Arbeit, nämlich sich recht mit Kindern abzugeben, recht lernen zu lassen. Die Arbeiterin könnte dann ihren guten Verdienst mitnehmen, ihre Kinder wären gut aufgehoben und sie kann sich außer der Arbeitszeit ihrer immer noch widmen. Doch kehren wir zu unserem Thema zurück. Es handelt sich jetzt vorerst hauptsächlich darum, *gute Gelegenheit zu bieten*, die Mädchen etwas *lernen zu lassen*. Denn es ist anzunehmen, wenn diese Gelegenheit geboten würde, sie auch viele Mädchen benutzen würden. Die praktische Lösung ist derwegen schwierig, weil man die Mädchen nicht gut mit den Männern zusammen arbeiten lassen kann. Freilich wenn die Mädchen lauter solche *Kernmädchen* wären, wie sie Göthe in seiner Dorothea (in Herrmann und Dorothea) uns dargestellt hat, die nöthigenfalls dem Arbeiter oder auch dem Arbeitgeber, wenn er ihr unanständig begegnet, Eine ins Gesicht feuert, so hätte es keine so große Gefahr, aber vorerst ist dies Zusammenarbeiten bei Vielen gewagt. Und doch wird für die Zukunft, wie ich schon erörterte, es mit eine Hauptaufgabe sein, den rechten sittlichen Gehalt zu schaffen wo er fehlt. Oft traut man den Mädchen auch zu wenig zu.

Unter diesen schwierigen Umständen in Bezug der Lehre in diesen Erwerbszweigen und Berufsthätigkeiten ist es wohl mit Freude zu begrüßen, statt mit Spott, wie Viele thun, daß die vereinigten deutschen Frauenvereine für ihren ersten Frauentag diese Frage mit auf die Tagesordnung gestellt haben und nicht allein die Errichtung von Industrieschulen empfehlen, sondern wie ich hörte, zugleich eine gründen wollen. In diesen Industrieschulen sollen dann nicht allein, wie es bis jetzt größtentheils in den Gewerbeschulen der Fall war, Rechnen, Schreiben, Buchhaltung, Geometrie, Zeichnen u. s. w. gelehrt werden, sondern es sollen auch Werkzeuge und Material vorhanden sein, um hier den

Mädchen in diesen Werkstätten die passenden Industriefächer und Handwerke wirklich praktisch zu erlernen. Der Gedanke ist gut, empfehlungswerth, aber die lieben Frauen und Mädchen werden einen schweren Standpunkt in Bezug der Ausführung bekommen. Doch würde es jedenfalls diesen Muthigen eine Freude machen, wenn sie ihres Bestrebens in Ihrer heutigen Erklärung gedächten.

Meine Herren! Das ist mein Bericht. Daß die Frauen bei diesen Reformen dem Irrthum ausgesetzt sein werden, daß sie und wir dafür büßen müssen, ja, daß sie häufig auch ihre Fähigkeiten schädlich verwenden und neue Uebel hervorgerufen werden, das ist sicher, aber der Gewinn wird größer sein als der Verlust, der Fortschritt wird das Rückbildende übertreffen, wenn wir nur jene große Idee nie aus den Augen verließen, daß wir die Frau zur würdigen Gehilfin des Mannes und zum vollgültigen Mitgliede der Menschheit erheben wollen!

Es würde sich demnach heute um drei Erklärungen handeln, erstens in Bezug der auf die Tagesordnung gestellten Frauenarbeit; zweitens in Bezug der Frauenfrage selbst; drittens in Bezug der Arbeiter, d. h. Arbeiterinnen, den Arbeiterinnen gegenüber.

Indem ich Sie ersuche, diese Erklärungen laut der von mir dargestellten Principien zum Beschlusse zu erheben, erlaube ich mir Ihnen diese drei Erklärungen nun schließlich vorzulesen:

1) „Der Arbeitertag erklärt, daß er aus nationalökonomischen Rücksichten die hohe Bedeutung der Entfesselung der weiblichen Arbeitskraft anerkennt, und indem er als geeignetes Mittel zur Nutzbarmachung der Frauenarbeit die Gründung von weiblichen Industrieschulen empfiehlt, die den Mädchen, welche sich dem Gewerbefach widmen wollen, die Gelegenheit verschaffen und die Pflicht auferlegen, die Gewerbe, die sich fürs weibliche Geschlecht eignen, gründlich und praktisch zu erlernen, wünscht er der demnächst in Leipzig zusammentretenden Frauenconferenz der deutschen Frauenvereine Glück, weil diese Frage in den Vordergrund gestellt wird.

2) Der Arbeitertag erklärt, daß er für das weibliche Geschlecht jene Befreiung für die rechte hält, welche zur Selbstständigkeit und zu ernster Pflichterfüllung führt und damit zu jener Gleichberechtigung und Gleichstellung, welche ernste Arbeit unter ernsten Arbeitern erwerben muß.

3) Der Arbeitertag erklärt, daß es künftig die Aufgabe der Arbeitervereine mit sein muß, durch Belehrung und durch moralische und materielle Unterstützung die Arbeiterinnen zu veranlassen, im gleichen Sinne wie die Arbeiter Arbeiterinnenvereine zu gründen nach den Principien der Selbsthilfe und Association."

Die Darstellung fand bis auf 2 Stimmen allgemeinen Beifall, da aber während der Debatte es für gut erachtet wurde, die Frage noch einmal wegen der Kürze der Zeit auf die Tagesordnung des nächsten Arbeitertags zu bringen, so zog der Berichterstatter seine Anträge in Bezug seiner aufgestellten Erklärungen zurück und war mit folgender Erklärung, die von Herrn Professor Eckhardt gestellt wurde, einverstanden, welche auch bis auf die besagten 2 Stimmen angenommen wurde.

„Der Arbeitertag erkennt die Wichtigkeit des Gegenstands an und erklärt sich mit den in dem Bericht ausgesprochenen Grundsätzen über die Frauenarbeit im Allgemeinen einverstanden und beauftragt den ständigen Ausschuß, die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstags zu setzen."

Berlin. Die „Reform" enthält unter dem Strich folgenden Brief an die Redaction:

„Herr Redacteur! Als ich am Sonntag Vormittag über die Lage des Arbeiterstandes so mißmuthig vor mich hinbrütete und mir meine freie Verwerthung meiner freien Arbeitskraft am Herzen wurmte und mir all die schönen Sachen von Angebot und Nachfrage und Leistung und Gegenleistung und Arbeitercoalitionen durch den Kopf zogen, da besuchte mich ein Werkstattsgenosse und zeigte mir die „Volkszeitung" vom Sonntag. Und da lasen wir Beide, wie die „Volkszeitung" mit sattem Behagen uns erzählt, wie es uns hier in Berlin doch so schön gehe auf Erden, wie wir so schön wohnen, ja wie selbst die Almosenempfänger es sich jetzt behäbig an ihrem Heerd hier einrichten, wie die Löhne steigen, wie die Armuth immehr abnimmt u. s. w. Und als wir das gelesen hatten, sahen wir uns Beide eine Zeit lang schweigend an und faßten uns dann an den Kopf und wußten nicht, wie wir belehrt waren. Und wir fragten uns, wie es möglich ist, daß man uns Arbeitern mit dieser unvergleichlichen Unbefangenheit dergleichen erzählen könne. Ich weiß zwar nicht, was in dem städtischen Verwaltungsberichte steht. Wenn aber wirklich Alles das darin enthalten sein sollte, was die „Volksztg." herausliest, dann behaupte ich, daß die Resultate der Volkszählung, statt der Wissenschaft zu dienen, zu tendenziösen Zwecken ausgebeutet sind, daß sie, statt der Bevölkerung an den Puls zu fühlen, um die gesellschaftlichen Mißstände und Krankheitssymptome zu entdecken, in der Absicht, wenn möglich, dafür Heilung zu finden, nur zur Vertuschung derselben gemißbraucht ist, und es wäre Pflicht der „Volkszeitung" gewesen, die sich so oft das Amt eines öffentlichen Wächters für Gesittung und Volkswohl zueignet, erst zu prüfen und das Wahre vom Falschen zu scheiden, ehe sie uns eine so fabelhafte Darstellung unserer Lage gibt, die von vornherein für jeden Unbefangenen den Stempel der Entstellung an der Stirn trägt.

Das maßgebende Zeugniß für den Wohlstand des Volkes sind doch wohl die Lohnverhältnisse. Die „Volkszeitung" möge es einmal nachzuweisen, daß die Lohnverhältnisse seit dem Jahre 1861 in so erstaunlichem Maße, wie aus ihr zu schließen wäre, gestiegen sind. Sie mag immerhin einzelne Arbeiterklassen vorführen, wie z. B. die Buchdruckergehilfen, deren Löhne sich gehoben haben, überwiegend aber sind sie seitdem günstigen Falls sich gleich geblieben, wenn sie nicht gesunken sind. Ich erlaube mir deshalb, einen kleinen Belag unserer jetzigen Lage beizubringen, und erwarte von der „Volkszeitung" den Gegenbeweis.

Ich bin Maschinenbauer und arbeite seit einer Reihe von Jahren hier in einer großen Fabrik, deren technische Leitung vielleicht die anerkannt beste Berlins ist, deren mangelhafter kaufmännischer Betrieb aber der Fabrik nicht den Aufschwung gibt, den sie vielleicht verdient. Daher kommt es, daß der Betrieb ein sehr ungleicher, bald sehr angespannter, bald matterer ist. Letzteres ist jetzt der Fall. Der Accord in den Fabriken ist, wie jedem Arbeiter zur Genüge bekannt, ein sehr elastisches Ding. Er wird nicht etwa bei jedem Stück Arbeit verabredet, sondern ist ein hergebrachter. Wir Arbeiter können im Allgemeinen die Accordsätze überrechnen, danach unsern Verdienst. Darin liegt aber zugleich der Grund vieler Willkürlichkeiten, denen wir ausgesetzt sind. Man kann freilich sagen, es liegt ja im Willen des Arbeiters, den Accordsatz vorher zu bedingen. Das sagen aber nur Leute, welche die Arbeitsverhältnisse nicht kennen, wovon Folgendes als Beweis dienen mag. Vor drei Wochen erhielt ich einen Lohnzettel, der zu meiner Ueberraschung 20 Sgr. zu wenig enthielt. Ich ging deßhalb in das Comtoir, um mich zu beschweren. Dort wurde ich an meinen Meister verwiesen. „Ja", sagte dieser mir auf meine Vorstellungen, „sa mögen Sie rechnen, ich rechne anders." Dasselbe wiederholte sich am zweiten Sonnabend. Am dritten, als am vergangenen Sonnabend, erhielt ich gar über einen Thaler nach meiner Berechnung zu wenig. Ich beschwerte mich von Neuem. „Ich kann Ihnen nicht mehr geben", sagte der Meister, „und wenn Ihnen das nicht ansteht, wissen Sie ja, was Sie zu thun haben." Nun, wird man einwenden, das ist ja auch ganz richtig, suche Dir anderswo Arbeit! — Ich bin aber 43 Jahre alt, und Ihr wißt nicht, Ihr Herren, die Ihr mir so zuruft, daß es in den größeren Fabriken, wie z. B. bei Borsig, wenn auch nicht im Reglement ausgesprochenes, aber faktisches Prinzip ist, Leute, die über 40 Jahre alt sind, nicht in Arbeit zu stellen. Die Herren Arbeitgeber nehmen eben an, daß der Arbeiter mit 40 Jahren ausgedient hat und mürbe geworden ist, und sagen zur Beschönigung: ein Arbeiter, der bis zum vierzigsten Jahre nicht selbstständig geworden ist oder eine bleibende Stätte gefunden hat, ist nicht brauchbar. Man erzählt sich, daß Arbeiter, die aus diesem Grunde ihr Alter verleugnet haben, als sich herausgestellt, daß sie über 40 Jahre, entlassen sind. Und dabei warnt man uns vor der Staatshilfe, die ich keineswegs hiermit vertreten will. Fest steht aber, daß der Menschenwerth in Königlichen Fabriken mehr Anerkennung findet als in privaten. In der Königlichen Eisengießerei z. B. werden die Arbeiter nach der Ancienneität in drei Klassen getheilt und rücken je nach ihrem Alter und nachdem sie der Anstalt ihre Dienste geleistet, in die höhere Stufe ein, so daß die ältesten Arbeiter neben freier Wohnung, sich auf ca. 600 Thlr. stehen. Will man dagegen andrerseits in Privatinstituten das Prinzip zur allgemeinen Geltung bringen, daß man Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr in Arbeit stellt, nachdem sie vielleicht 25 Jahre den Arbeitgebern gedient und 50—100 pCt. ihres Lohnes — so viel rechnet man auf einen Arbeiter — ihnen eingebracht haben, nun so tritt mit dem 40. Jahre der Moment ein, wo jeder Arbeiter allerdings wenigstens so viel zurückgelegt haben muß, daß er sich einen Strick kaufen kann.

Das, Herr Redacteur, waren die Betrachtungen, denen ich mich am Sonntag Vormittag hingab, als ich auf Weib und Kind sah. Sie wissen ja recht gut, die Herren Arbeitgeber, daß der Arbeiter, wenn er 40 Jahre alt ist und seine Knochen mürbe gearbeit hat, so leicht seine Stelle nicht verläßt, aber hart ist es und bis in's Mark geht's, wenn die Ausbeutung der freien Arbeitskraft — ein Ausdruck, der, ich weiß es wohl, mit dem Banne belegt ist — zum offenen Prinzip erhoben wird. Lassen Sie, Herr Redacteur, was ich gesagt, widerlegen, der Erfolg kann ja für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur ein vortheilhafter sein. Entweder ist, was ich gesagt, wahr, und dann wird diese Streitfrage eine offene, oder wir Arbeiter sind im Irrthum, und dann dient diese öffentliche Anregung nur zur Herstellung des Vertrauens und eines vielleicht durch Zufälligkeiten hervorgerufenen Mißverständnisses.

Briefkasten.

W. F. in K. In nächster Nummer. J. R. in St. Ihre Bedenken gegen die Gleichberechtigung der Frauen in nächster Nummer. Um für vorkommende Meinungsverschiedenheiten unter den in der Hauptsache doch Gleichstrebenden den Meinungsaustausch und die gegenseitige Verständigung zu fördern, werden wir in der Arbeiterzeitung eine besondere Rubrik „Aus der Werkstätte" einführen, in welcher wir, ohne eigene Verantwortlichkeit dafür, die abweichenden Ansichten sich selbst vertreten lassen und ihnen so die Möglichkeit gegenseitiger Verständigung gewähren. Ihre Einsendung wird unter dieser Rubrik in nächster Nummer ihren Platz finden. Es kann nur nützlich sein, wenn die wichtige Sache von allen Seiten ihre Beleuchtung findet. D. Red.

Verschiedene Anzeigen.

Der

„Mannheimer Anzeiger"

erscheint auch im nächsten Quartale in einem Bogen Groß Royal als tägliche Zeitung Vormittags.

Der „Mannheimer Anzeiger" bekennt sich zu entschieden freisinnigen Grundsätzen, und behandelt von diesem Standpunkte aus, unterstützt durch zahlreiche Mitarbeiter, die politischen und socialen Verhältnisse in Leitartikeln, Correspondenzen und Auszügen aus den besten Blättern. Wichtige politische Nachrichten, sowie außer der üblichen Ausgabezeit einlaufende telegraphische Depeschen werden in Extrablättern mitgetheilt.

Dem politischen Theile schließen sich inhaltreiche Rubriken über Handel, Verkehr, Landwirthschaft u. s. w. belehrenden und anregenden Inhaltes an.

Der Unterhaltung dient ein gewähltes Feuilleton in Erzählungen, Biographien, Gedichten etc.

Mit dem „Mannheimer Anzeiger" ist das „Tägliche Straßenplakat" verbunden, welches hier an den öffentlichen Plätzen und den frequentesten Straßenecken wie auch auf den badischen und pfälzischen Bahnhöfen angeschlagen wird.

Anzeigen werden in beiden Blättern zusammen mit 2 kr. die gewöhnliche Petitzeile berechnet.

Bei seiner großen Verbreitung, gegenwärtig 3600 Exemplare, und dem reichen Inhalte, darf sich der „Mannheimer Anzeiger" zugleich als billigstes hiesiges Blatt, das seinen Leserkreis in einem weiten Umkreise zählt, sowohl zu Abonnements wie zu Insertionen bestens empfohlen halten. Der Abonnementspreis beträgt für die Monate **Oktober, November und Dezember** in Mannheim 1 fl., wozu auswärts noch der Postaufschlag kommt.

Als „Montags-Ausgabe" erscheint seit 1. Mai die

Mannheimer Montagszeitung

verbunden mit dem

Mannheimer Unterhaltungs-Blatt.

Preis vierteljährlich 18 kr. ausschl. Postaufschlag.

Einrückungsgebühr. die Petitzeile 2 kr. Adreß- und Empfehlungskarten: bei 1 mal. Einrückung 18 kr., monatlich 1 fl., das ganze Jahr 10 fl.

Abonnements auf beide Blätter werden in Mannheim und der Umgegend bei der Expedition, sowie bei den Boten und Trägern, und auswärts bei allen Postämtern entgegen genommen.

Bestellungen auf die „Montags-Zeitung" bittet man, besonders zu machen.

Mannheim, 1865. **J. Schneider.**

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schwelgert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 144. Dritter Jahrgang. Sonntag,
Coburg. 1. October 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franco an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die dipoltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

☞ Für das am 1. Oktober d. Js. beginnende neue Quartal bitten wir das Abonnement zeitig zu erneuern. Das Blatt kann nach wie vor, sowohl direct bei der Expedition hier, als durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, und, — mit Ausnahme von Mecklenburg und Preußen, — auch in allen Staaten durch die Post bezogen werden. Der Abonnementspreis beträgt hier am Platz und im Buchhandel 12 Sgr. oder 42 kr., bei dem Bezug durch die Post in ganz Deutschland, mit Ausnahme der oben genannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch die Post, in den Staaten, in welchen dies gestattet ist, ist jedenfalls der Weg, auf welchem die Leser am raschesten in Besitz des Blattes kommen und deshalb als der einfachste und zweckmäßigste am meisten zu empfehlen und überdies billiger als der Einzelbezug unter Kreuzband. Der directe Bezug empfiehlt sich nur bei Bestellungen von 25 Exemplaren und mehr unter einem Packet. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, leider aber unvermeidlich auch der langsamste.

Nachdem das Blatt jetzt thatsächlich das Organ aller Arbeiterbildungsvereine und der Vereine gleicher Richtung geworden ist, und da ihm aus den Vereinen fortgesetzt ermuthigende Zustimmungen zukommen, darf wohl mit Zuversicht erwartet werden, daß die Vereine in ihren Kreisen für die immer weitere Verbreitung des Blattes im Interesse der eigenen Sache, die in dem Blatte ihre treue Vertretung findet, und damit zugleich dafür sorgen werden, daß die mit dem Prinzip der Selbsthülfe nicht vereinbaren, fortgesetzten Opfer des Verlegers für das gemeinsame Organ ihr Ende finden. Bei 40,000 Vereinsmitgliedern, sollte das nicht schwer sein. Von Seiten der Redaction und des Verlags wird nach wie vor gern alles aufgeboten werden, um das Blatt immer mehr zu fördern und zu vervollkommnen.

Die Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Mittags hier sein.

Inseratbedingungen wie oben an der Spitze des Blattes bemerkt ist.

Coburg, Ende September 1865.

Die Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Freiburg. Aus dem Hannoverschen, Celle. Aalen. München. Osnabrück. — II. **Politischer Theil.** Der deutsche Wirrwarr. **Politische Umschau:** Coburg betheiligt sich am Abgeordnetentag, Gotha nicht. Frankfurt, ein Auferstandener. Darmstadt, Organisation einer deutschen Volkspartei. Baden, Herr v Roggenbach am Scheidewege. Berlin, Enthüllung. Baden lau und flau. Was die Europe aus dem Gasteiner Gebräu destillirt. Recept für Oesterreich. Italien, Alp auf dem Volksunterricht. Florenz, guter Anfang. Amerika, General Schimmelpfennig †. — Glückliche Wandlung der Verhältnisse und Personen. III. **Socialer Theil.** Bildung, der Weg zum Scepter der Welt. Die Arbeitsbücher. Die französischen Industrieausstellungen. — IV. **Vermischtes:** W. Bauer über seine Tauchermethode. Orden, Menschen und Affen. — V. **Aus der Werkstätte:** Die Frauenfrage, Frauenarbeit oder Fabrikantenspekulation. — Arbeitervermittelung. Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Freiburg, 21. Sept. Schriftsetzer Stöckler, früher Abgeordneter des oberbadischen Gauverbandes in Leipzig und nachheriges eifriges Mitglied des hiesigen Arbeiterbildungsvereines, soll in Waldebul, seinem nunmehrigen Aufenthaltsorte, schwer erkrankt sein. Es wird dies von seinen Freunden um so mehr bedauert, als er deshalb gehindert ist, die ungerechtfertigten Angriffe zu bekämpfen, denen er besonders in dem Berichte der Arbeiterzeitung über die Centralversammlung der deutschen Arbeitervereine in Luzern ausgesetzt wurde.

Der hiesige Arbeiterbildungsverein hat darum in einer Ausschußsitzung sich darüber geeinigt, die einstimmige Erklärung zu veröffentlichen,

„einmal, daß die angebliche Erklärung des Herrn Stöckler, die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz bestünden nur der Wanderunterstützung wegen, recht wohl der Ausdruck seiner innern Ueberzeugung sein konnte und darum etwa eine Widerlegung mit Gründen veranlassen könne, solch' ungebührliche Angriffe aber in keiner Weise zu rechtfertigen vermöge und dann, daß sein ehrenhafter Character und seine einsichtsvolle, unermüdliche Thätigkeit im Interesse der Arbeiterbildungsvereine ihn als eine ganz geeignete Persönlichkeit zur Vertretung von Arbeiterbildungsvereinen erscheinen lasse, daß derselbe darum auch für die Vereine des badischen Oberlandes zum Abgeordneten für den Arbeitertag in Stuttgart erwählt, allein wegen seiner schweren Erkrankheit gehindert wurde, diesem ehrenvollen Auftrage zu entsprechen."

Wir versehen uns zum Rechtsinne der Redaction der Arbeiterzeitung, daß sie nun auch diese Erklärung in ihr Blatt aufnehme.

Aus dem Hannover'schen.

Celle, 27. Sept. Bezüglich des im Juni d. J. in Hannover abgehaltenen Sängerfestes hannoverscher Arbeitervereine ist uns mitgetheilt, daß das Festcomité ziemlich lodee mit den Einnahmen umgegangen und für die Revisoren des hannoverschen Vereins soll es sehr schwer, ja fast unmöglich sein, in der gegebenen Abrechnung des Festcomités klar zu sehen.

Verfasser dieses war Theilnehmer des Festes, muß aber dem Comité wie den Mitgliedern des Vereins, die zur Arrangirung beigetragen, das Lob geben, daß sie ihr Möglichstes geleistet, um das Fest so zu gestalten, wie es unter dem mannigfachsten Schwierigkeiten möglich war.

Das Fest war ein recht schönes.

Wir wollen dahin gestellt sein lassen, ob der Festbeitrag von 15 Sgr. nicht zu hoch bemessen war, da man uns sagt, es sei ein sehr bedeutender Ueberschuß entstanden.

Es ist am Ende besser, als wie es dem Festcomité in Dresden ergeht, aber für die Folge möchten wir die gemachte Erfahrung zur Richtschnur sehr empfehlen.

Was wir nun über die Abrechnung gesagt, ist sehr fataler Art, aber wir können im Interesse der Sache nicht darüber schweigen und wünschen, der hannoversche Verein möge uns recht bald an dieser Stelle eine unerbittlich streng geführte Abrechnung geben.

Bemerkenswerth ist noch, die etwa 32 vertretenen Vereine constituirten sich zu einem Sängerbund, um gleichzeitig sich gemeinsame Lieder zu beschaffen und zu singen, welches für Arbeiterbildungsvereine von außerordentlichem Nutzen ist, da in den Vereinen der stete Wechsel der Mitglieder beim Gesange sehr störend wirkte.

Aug. Reuter,
Vorsitzender des Arbeiterbildungs-Vereins.

Aalen, 24. Sept. Letzten Sonntag begrüßte unser Verein den Herausgeber der „Deutschen Arbeiter-Bibliothek", Herrn Fr. Weithmann aus Leipzig, als Gast in seiner Mitte. Außer der Sängergesellschaft „Harmonia" waren auch viele Nichtmitglieder als Gäste erschienen. Nach einem trefflich vorgetragenen vaterländischen Liede hielt der Vorstand des Vereins, Herr Goldarbeiter Simon, eine kurze Ansprache

an die Versammlung. „Die vollgedrängten weiten Räume, — sagte er unter Anderem, — sind das sprechendste Zeugniß dafür, wie sehr der Arbeiter die Anwesenheit eines Gastes schätzt, welcher als ein echt deutscher Mann seit einer Reihe von Jahren seine ganze Kraft dem Dienste des Volkes, des Arbeiters weiht und ungeachtet aller gerichtlichen Verfolgungen und Gefängnisse unerschütterlich seiner Fahne treu geblieben ist. In seinen schönsten Mannesjahren sehen Sie in Folge einer Festungshaft, die ihm das freie Manneswort zugezogen, seine Haare gebleicht und noch weilt er als ein von seiner Heimath Geächteter unter uns; aber Alles das hält ihn nicht ab, treu zu uns, treu zur Sache des Volkes zu stehen. Ehre solchen Männern! Sie haben die Feuerprobe bestanden und durch die That sich als wahre Volksmänner bewiesen, während noch Viele kein anderes Zeugniß für sich haben, als ihre schönen Worte und Reden." — Ein stürmisches Hoch der Versammlung begrüßte hierauf den Gast. Nach einem zweiten Liede nahm Herr Weithmann das Wort zu einem längeren Vortrage, in welchem er mit seiner klaren, fließenden Beredtsamkeit das mühevolle Ringen und Streben schilderte, in welchem die unterdrückten und ausgebeuteten Massen wenigen Privilegirten gegenüber ihre Menschenrechte und Menschenwürde seit Jahrhunderten sich zu erobern bemüht sind. Die Früchte dieser Bestrebungen seien bis jetzt deshalb nur so spärlich gewesen, weil dem Volke, dem Arbeiter, die klare Einsicht, die nothwendige Bildung gefehlt habe. Von diesem Standpunkte aus zeigte nun der Redner die Wichtigkeit der Arbeiterbildungsvereine, welche unsere Zeit ins Leben gerufen habe. Was der deutsche Arbeiter auf diesem Gebiete anstrebe und erreiche, das thue er nicht nur für sich und die Seinigen, er thue es auch für sein gerade jetzt so tief erniedrigtes deutsches Vaterland. Darum möge der Arbeiter mit Muth und Ausdauer an seiner geistigen Ausbildung schaffen, damit er die Rechte und Freiheiten, nach denen er ringt, auch weislich zu benützen wisse zu seinem und seines Vaterlandes Heil. Hand in Hand mit diesem Streben müsse das Ringen nach materieller Wohlfahrt gehen, die ihm dieses Leben zu einem wünschenswerthen Dasein mache; Fleiß und Sparsamkeit, Pflege der Consum- und anderer Vereine werden ihn mit der fortschreitenden geistigen Bildung zu diesem Ziele führen." — Ein rauschender Beifall folgte der Rede. Im Laufe des Abends sprach man sich noch vielfach für treues Festhalten an der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung" und für lebhafte Betheiligung an der „Deutschen Arbeiter-Bibliothek" aus, zwei Organe, in denen der ständige Ausschuß und alle wohlmeinenden Arbeiterfreunde Alles niederlegen können, was dem Arbeiter wissenswerth und seiner Bildung förderlich sei.

Zum Schlusse verlas Herr Simon noch die Resolution des Gmünder Volksvereins zu Gunsten Schleswig-Holsteins, welche von der Versammlung mit dem lebhaftesten Beifalle einstimmig angenommen wurde. Noch würzte manches schöne Lied, manche heitere und ernste Deklamation den uns unvergeßlichen Abend, und erst spät trennte man sich mit deutschem Händedruck und dem Rufe: „Auf Wiedersehen!" M. P.

München. Wie im Sommer überall, so ist hier die Theilnahme noch vielmehr eine geringe gewesen; — denn unsere Mitglieder rekrutiren sich meistentheils aus Fremden, welche im Sommer dann wieder den Wanderstab in die Hand nehmen, um sich anderwärts umzusehen. Die Vorträge haben keine oder doch nur seltene Unterbrechung erlitten; obwohl die Vortragenden oft vor fast leeren Bänken docirten.

Die Lehrstunden — Französisch, Buchhaltung, deutsche Sprache — sind fast ganz während des Sommers eingeschlafen; doch wird jetzt eine Einrichtung getroffen werden, welche den Besuch regelmäßiger herbeiführen wird.

Ueber die Fortschritte der Krankenkasse sowie der Spar- und Darlehenskasse werden Sie nach Schluß der Rechnungsstellung Bericht erhalten. — Ein bezeichnendes Faktum für die Benützung gemeinnütziger Anstalten, an welchen München, wie wohl keine zweite Stadt, fast überreich ist, von den Münchenern selbst, ist die kürzlich hier erschienene Statistik der Modellirschule — in welcher 4 — sage vier Münchener, Unterricht genossen; und diese Theilnahmlosigkeit zeigt sich überall — nur nicht gegenüber der Bierconsumtion. — Aber auch etwas Erfreuliches will ich Ihnen zum Schlusse melden: die hiesigen Buchdrucker sind hier in 2 Parteien getheilt — die eine — der Gutenbergverein — ist ausschließlich Gesangverein, — die andere — die Typographia — war bis vor Kurzem noch bloße Vergnügungsgesellschaft — hat sich aber jetzt als Fortbildungsverein für Buchdrucker umgebildet und macht sehr erfreuliche Fortschritte — 60 Mitglieder — und der Arbeiterverein trägt nicht den geringsten Antheil an dieser Umbildung.

Osnabrück, 30. Aug.*). In der am 28. d. M. abgehaltenen Hauptversammlung unseres Vereins wurde der allgemeine Wunsch laut, daß die Allgem. deutsche Arbeiterzeitung unter der bisherigen Redaktion fortzuerscheinen möge und beschlossen derselben für die Zukunft alles Gedeihen wünschend, unsere Unterstützung nach Kräften angedeihen zu lassen.

Daß diese Zeitung unter der Redaction des ständigen Ausschusses erscheine, ist nicht der Wunsch unseres Vereins.

Vor einigen Tagen ist von einer Actien-Gesellschaft, eine Anzahl hiesiger achtbarer Bürger, ein sehr passendes Haus für uns angekauft worden; dasselbe hat eine derartige Lage und solche Räumlichkeiten, daß es allen Wünschen genügend entspricht.

Der Arbeiterbildungsverein zu Osnabrück.
Für denselben mit aller Achtung:
Friedrich Meyer, Präsident. J. C. F. Röhmeyer, Schriftführer I.

*) Unlieb verspätet. Wurde unserm in der ersten Hälfte des Monats September von hier abwesend gewesenen Chefredacteur nachgesendet und hat diesen verfehlt. D. Red.

Politischer Theil.

Der deutsche Wirrwarr.

Arbeiter, Ihr seid glückliche Leute! Ihr nehmt Euer Material zur Hand, gebt ihm eine neue Gestalt, fügt am Ende den Geschmack, den glatten Schliff hinzu, und sehet dann an, was Ihr gemacht habt. Könnt Ihr sagen: Siehe da, es ist sehr gut! so seid Ihr heiter und zufrieden; fehlt noch etwas, aber habt Ihr etwas verdorben — „das wird besser gemacht, das nächste Mal soll's anders kommen!"

Das ist ein praktisches, gesundes Leben, bei dem keine Melancholie, kein Zwiespalt im Innern, keine Verzweiflung aufkommen kann. Der Schweiß rinnt von der Stirn, die Hände zeigen Schwielen, die Sorge ist Euch wahrlich nicht geschenkt; „doch schmeckt dafür das Essen, schmeckt die Ruh!" — Ihr habt sechs Werktage und nur einen Feiertag; Euer Leben scheint eine große Eintönigkeit zu haben und hat sie auch in denjenigen Kreisen, welche wie mechanisch arbeiten, welche der Maschine Concurrenz machen. Höher hinauf ist Euer „Wirken" ein wahres Erzeugen des Neuen, Ueberraschenden, Staunenswerthen. Für Alle also gilt der Spruch: „Saure Wochen, frohe Feste!" und für einen Theil von Euch das höchste Wort Jean Pauls: „Das Genie (die Erzeugungskraft) hat jeden Tag Feiertag", d. h. Fest- oder Freudentag.

Arbeiter, wie glücklich seid Ihr ferner, wenn Ihr nach Neuigkeiten aus dem Schicksale der Völker ausschaut. Ihr nehmt Eure Zeitung zur Hand, die „Arbeiterzeitung", welche die trübseligsten Zustände durch das Licht des Humors erblicken läßt, die drohendste Gefahr fürs Vaterland durch beißende Laune in ihre Nichtigkeit auflöst, das Ende der Dinge stets im Frührothscheine der ächten Menschlichkeit zeigt, wo die ganze Welt aus Arbeitern bestehen und der Müßiggang gleichmäßig vertheilt sein wird. Welche Mühe und Zeit, und vor allen Stücken welchen Aerger erspart Euch dieses Blatt, Euer „Moniteur" oder „Staatsanzeiger!"

Glaubt Ihr, es wäre ein Spaß, täglich ein Dutzend Zeitungen zu lesen und all den Klatsch und Tratsch aus Norden und Osten kauen zu müssen? Meint Ihr, die Organe des Hrn. von Bismarck, des Hrn. von Ketteler und der HH. von Gotha sammt den Verherrlichungen der kaiserlichen Manifeste von Wien beförderten Verdauung und Heiterkeit? Erst wenn Ihr diese Sachen in der „Arbeiterzeitung" lest, dann sind sie verdaut und völlig heiter.

Die deutsche Frage und der deutsche Streit sind nun vollends in ein Stadium getreten, daß selbst dem Scharfsinnigsten Hören und Sehen vergeht. Die deutsche Frage ist jetzt zur glänzendsten Rechtfertigung des französischen Witzes une querelle d'allemand (ein deutscher Zank) geworden; der Artikel „Deutschland" könnte füglich überschrieben sein: „Wirrwarr". Wir wollen versuchen, den Knäuel zu lösen und ohne Scheere den ganzen Faden herauszuziehen. Gebt ein klein wenig Acht, wie Ihr es so vortrefflich zu thun versteht!

Im Jahre 1849 war die deutsche Frage „gelöst" — durch die Reichsverfassung, so meinte man. Aber gleich darauf stürzte Deutschland in die wildeste Reaction und Anarchie, weil die Lösung falsch war, weil der Preußenkönig nicht deutscher Kaiser sein konnte. Er sagte es selbst und da mußte es Jeder glauben. — Im Jahre 1859 war die deutsche Frage abermals „gelöst" — durch die „preußische Spitze" oberhalb eines Parlamentes, so meinte man. Gleich darauf verfiel Deutschland in vollständige Auflösung, in den vollendetsten Wirrwarr, weil Krone und Spitze sich verhielten wie trockenes Gras und Heu, wie faules Stroh und Mist. Nur mit dem Unterschiede, daß die preußische Regierung und allerlei Volk in Preußen heuer meinen, Heu sei dennoch etwas Anderes als trockenes Gras und Mist sei nicht ohne Weiteres nasses Stroh.

Den größten deutschen Staat an die Spitze Deutschlands stellen, Preußen für den Grundstock von Deutschland erklären, das ist gerade, als wenn Einer saurn Wein mit Essig verbessern wollte — es ist leider schon zu viel Essig darin! Das ist gerade, als wenn die Schifffahrt über Sandbänke dadurch flott gemacht werden sollte, daß man den Sand von der Küste oder aus der Mark auch noch ins Meer schüttete — auf dem Sande fuhren ja die Schiffe bereits früher auf! Das ist gerade, als ob der Streit in einer Gesellschaft so zu schlichten wäre, daß man den ärgsten Friedensstörer zum Schiedsrichter machte! Solche tollen Versuche haben zum naturnothwendigen Resultat, daß Alles — Essig, Sand und Skandal wird! Ein Kind begreift das. Das Unglück des römischen Reiches deutscher Nation war ja gerade, daß der Mächtigste allmächtig werden, der Kaiser nicht mehr der Richter, sondern der Unterdrücker der Herzogthümer werden, daß er keine Gerechtigkeit, sondern Sklaverei einführen wollte. Und das, wogegen die Besten und Tapfersten unserer Vorväter zu Felde lagen, wogegen der ganze Reformationskampf, der Schmalkaldische Krieg, der Krieg vor dem Passauer Vertrag, der ganze 30jährige Krieg geführt wurden: das preisen uns gegenwärtig eine Reihe von Bütteln, Schlaubergern und Tappsen als das Ideal, als das Himmelreich auf Erden, als das tausendjährige Reich an! Wie viel dummer sind wir doch geworden als unsere Vorfahren, wie wenig hat uns eine gründlichere Kenntniß der Geschichte und der Ueberblick über einen längeren Zeitraum den Kopf aufgehellt!

Nachdem Preußen sich von 1849—1862 wie ein Verzweifelter gegen die „Führerschaft" Deutschlands gewehrt, nachdem es sich vorsichtig hinter die „moralischen Eroberungen" zurückgezogen hatte, steht plötzlich ein verzweifelter Minister in Berlin auf, der, um die preußische Verfassung und den Rechtsstaat zu beseitigen, die Augen des Volks auf unmoralische Eroberungen richtet, ihm Flottenwasser und Dünensand in die Augen wirft. Und siehe da! das Volk wird wirklich irre. Und die Schlauberger und Tappse im übrigen Deutschland schreien und quäken: „Nur zu, so werden wir wenigstens unter Einen Hut gebracht, so kommen wir doch endlich zur Einheit des großen deutschen Vaterlandes!" Anstatt, daß sich der allgemeine Schrei der Entrüstung, die allgemeine Lache des Hohnes erheben sollte: „Hr. v. Bismarck ein Cavour! Hr. v. Bismarck im Heckerhut! Hr. August Braß als Garibaldi! Rasch auf's Marionettentheater damit!" — Anstatt dessen finden unsere Neunmalweisen, unsere kurzdärmigen Gothaer, unsere dummen Doctrinäre: Das Ding sei doch wohl zu überlegen, und es sei am Ende einerlei, wer uns die Einheit bringe, ob der Herzog von Mölln oder der Freiherr von Stein, ob Prinz Friedrich Karl oder Scharnhorst! So tief sind wir heruntergekommen!

Als Preußen und Oesterreich im Spätjahr 1863 Miene machten, sich nicht um Schleswig-Holstein zu bekümmern, als die Wogen des deutschen Patriotismus hochgingen: da kamen die Preußen nach Frankfurt auf den Abgeordnetentag und votirten die „Befreiung" des „verlassenen Bruderstammes", seine Selbständigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht. Sobald Preußen verrathen hatte, daß es den „Bruderstamm" selbst zu schlucken beabsichtige, da hielten die Preußen still, und auf dem diesjährigen Abgeordnetentage werden sie nicht erscheinen! Die gothaische und fortschrittliche Presse, die so furchtbar gegen Dänemark und für Deutschlands Rechte gedonnert, sie begnügt sich heuer mit einem gelinden Wispern der Verlegenheit, mit lächelndem Achselzucken, wo sie nicht gar laut und offen Hrn. v. Bismark auf seinem Raubzuge unterstützt. Da seht Ihr des Pudels Kern: wenn sie früher Deutschland sagten, so meinten sie Preußen, sie kannten nie unser Deutschland; wenn sie Einheit sagten, so meinten sie Eroberung; sagten sie Recht, so dachten sie an Gewalt; das Wort Freiheit bedeutete in ihrem Munde Zwang und Unterwerfung!

Das Ding wirkt sogar ansteckend und verbreitet sich richtig bis an die **Mainlinie.** In Kurhessen ist die Seuche bereits ausgebrochen, zehn sog. Volksvertreter haben sich im herbstlichen „Nebelthau" versammelt, um den großartigen Beschluß zu fassen, **nicht** nach Frankfurt zu gehen — zu wagen! Und auf der letzten Station diesseits des Mains, zu Frankfurt selbst, im „Frankfurter Journal" erhebt sich eine Unkenstimme: „Am 21. Dez. 1863 waren wir alle **einig** in der schleswig-holsteinischen Frage, und darum war es gut, „daß der Abgeordnetentag das laut und feierlich **verkündete**; heute sind wir **nicht mehr einig**, und darum hätte der Abgeordnetentag **nicht** berufen werden sollen." Ein halbverständiger Mensch schließt umgekehrt: Als wir **einig** waren, brauchten wir **nicht** zusammen zu kommen; jetzt da wir uns **nicht mehr verstehen**, müssen wir uns **verständigen**. Aber das Motto der borussischen Tappse lautet:

„Des Lebens Unverstand
Mit Wehmuth zu genießen,
Ist Tugend und Begriff
Und höchste Seligkeit."

Der **Unverstand** wird aber eine Zeile später zum blühendsten **Unsinn**, denn es heißt, hört Arbeiter: „Im Dez. 1863 handelte es sich darum, ob Schleswig-Holstein **deutsch** werden sollte, und darum war Niemand im Zweifel; heute handelt es sich darum, ob Schleswig-Holstein **preußisch** werden soll, und **darüber sind wir sehr im Zweifel**." — — Wir auch, wir sehr, wir noch mehr! Der borussische Tapps will nämlich sagen: „Darüber herrscht Zwiespalt, darüber theilen sich die Meinungen." Da er aber als **Undeutscher** natürlich auch die Sprache seines Volkes nicht versteht, so schreibt er: „darüber sind wir sehr im Zweifel!" Solchen Federn ist die Bildung und Aufklärung der öffentlichen Meinung anvertraut!

In jedes Menschen Brust liegt das unüberwindliche Gefühl, das unausrottbare Verlangen nach Selbstbestimmung, nach Selbstverantwortlichkeit, nach **sittlicher Freiheit**. Dasselbe Gefühl und Verlangen beseelt die menschlichen Gesellschaften, welche wir **Staaten** nennen; im 19. Jahrhundert kann sich kein Volk seine Existenz mehr erträglich denken ohne die **politische Freiheit**. Nach ihr gehen alle Seufzer, von ihrem Altar ist **Menschenblut** geflossen und wird das Edelste, das Kostbarste fließen, der Saft unserer Adern.

Nun, derselbe Leithammel des „Frankfurter Journals", der sich als borussischer Tapps bereits enthüllt hat, ließ etliche Tage vorher drucken:

„Die Freiheit ist der Güter Höchstes nicht!"

Das Höchste ist ihm vielmehr die — Bismarck'sche Vergewaltigung Deutschlands, der preußische Kolben auf der Brust deutscher Bürger und Bauern, die dreijährige Militärknechtschaft von der Königsau bis an den Main, die Erhöhung des Eroberers von Rastadt über halb Deutschland! Wenn uns morgen Attila oder ein Mongolen-Khan unter den **einen** Hut der Despotie bringen will, so muß dieser borussische Tapps jubeln und einen Hymnus auf den großen Khan anstimmen. Der Schluß dieses Hymnus wird wahrscheinlich lauten:

„Des Khans zu werden, und der Teufel!
Darüber sind wir sehr im Zweifel."

Arbeiter! den Kopf in die Höhe und Acht gegeben! Seht Euch klaren Blickes die Burschen an, die das Wort im Namen der Nation führen! Ihr könnt nicht **Gedächtniß** und nicht **Spott** genug haben für diese Deutschverderber und Deutschlandverderber. Wenn Alles faul wird, bleibt Ihr nur gesund! Je dummer die Gothaer, je reactionärer die Fortschrittler, je unverschämter die Borussen werden: desto näher rückt Eure Zeit. Denn schließlich, wenn das Donnerwetter in den Wirrwarr schlägt, dann ist Euer das Reich, Euer die Macht und Euer die Herrlichkeit!

Politische Umschau.

Coburg, 27. Sept. Von hier werden, wie wir hören, die Abgeordneten Ronge und Streit zum Abgeordnetentag nach Frankfurt gehen, Letzterer als Mitglied des 36er Ausschusses, auch zu der am 30. Sept. Morgens in Frankfurt stattfindenden Sitzung des 36er Ausschusses. An einen Collegen des Gothaer Landtags entnehmen wir folgende Bemerkungen: „Hoffentlich wird der Abgeordnetentag doch noch von einigen Collegen aus dem gothaischen Landtag besucht werden. Es wäre ein verhängnißvoller politischer Fehler, wenn die Abgeordneten aus dem nicht großmächtlichen Deutschland den Abgeordnetentag nicht zahlreich besuchten. In der Verwerfung des Salzburg-Gasteiner Länder- und Menschenhandels sind wohl alle einig. Allein qui tacet consentit. Die Stimme der Vertreter der 18 Millionen Deutschen des übrigen Deutschlands ist, wie die Dinge nach Innen und Außen liegen, keineswegs ohne Gewicht und erlangt solches um so mehr, je mehr feste Entschlossenheit man daraus entnimmt. Nur die Zaghaftigkeit des übrigen Deutschlands gibt den beiden Vormächten Muth, deren eigene Lage nichts weniger als sehr ermuthigend ist und die nur so lange stark sind, als die anderen schwach sein wollen. Ich für meinen Theil möchte die Verantwortlichkeit nimmermehr auf mich nehmen, in diesem ernsten Augenblick meine Pflicht als Volksvertreter, wenn auch eines noch so kleinen Theils von Deutschland nicht nachgekommen zu sein. Mit ꝛc. F. Streit." — Ueber die Gründe nun, weshalb unter den gothaischen Abgeordneten keine Geneigtheit herrscht, den Abgeordnetentag zu besuchen, entnehmen wir brieflichen Mittheilungen von dort Folgendes: „Man zweifele, daß die in Frankfurt gefaßten Resolutionen irgend einen auch nur moralischen Eindruck auf die Politik der Großstaaten äußern werde, und man traue selbst der Mehrzahl der preußischen Abgeordneten nicht so viel Selbstverläugnung zu, um eine Politik (die Bismarck'sche) zu verdammen, welche schließlich dem specifischen Preußenthum zu Gute kommen oder wenigstens auf diesen Ausgangspunkt berechnet sei. Nicht ohne Einfluß auf die Haltung der gothaischen Abgeordneten sei auch der Beschluß der 10 (altgothaischen) kurhessischen Abgeordneten, welche sich für Nichtbetheiligung entschieden haben." Das ist der Standpunkt, der jeder Gewalt ohne auch nur den Versuch des Widerstandes zu machen, sich unterwirft, der Standpunkt, der auch in den Landesangelegenheiten in Gotha dem Hrn. von Seebach das Regieren so unendlich leicht macht, der Standpunkt, dem wir überhaupt alle bisherigen Erfolge der Bismarck'schen Politik zu danken haben und noch ferner zu danken haben werden, wenn sich das deutsche Volk noch länger von dieser Seite magnetisiren läßt.

Aus **Frankfurt**, 24. Sept., schreibt die „Postzeitung": Heute fand im Englischen Hofe eine Sitzung des Ausschusses des deutschen Reformvereins statt, an welcher fast alle Mitglieder Theil nahmen. Das Resultat war eine Ansprache an die Mitglieder des Vereins (s. unten). (Der Ausschuß besteht bekanntlich aus den HH. Dr. Adam in Ulm, Dr. Bärens in Hannover, Stadtschultheiß Bayrhammer in Ellwangen, Professor Dr. Brinz in Prag, O. v. Dahmen in Karlsruhe, Frhr. v. Dobblhof-Dirr in Weckersdorff bei Baden (Oesterreich), Professor Dr. Edel in Würzburg, Dr. Julius Fröbel in Wien, F. J. Frommann in Jena, Geh. Rath Dr. Goldmann in Darmstadt, Dr. Großmann, Obergerichtsprokurator, und Dr. Heydenreich, Medicinalrath in Wiesbaden, Frhr. v. Lerchenfeld in Bamberg, Dr. Petsche, Advokat in Leipzig, Professor Dr. Pözl in München, Landrath Frhr. v. Rössing in Hannover, Professor Dr. Schäffle in Tübingen, Dr. v. Wänker, Obergerichtsadvokat in Freiburg (Baden), A. Wiener, Handelsconsul in Darmstadt, Dr. Witte, Obergerichtsdirektor in Hannover, Frhr. v. Zehmen auf Stauchitz (Sachsen), Fr. Graf v. Zeppelin zu Aschhausen (Würtemberg.) — Die Ansprache lautet: „An die Mitglieder des deutschen Reformvereins. Das Recht Schleswig-Holsteins auf volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, auf seinen legitimen Herzog Friedrich VIII. und auf die Geltung seiner Landesvertretung wird neuerdings durch die Uebereinkunft von Gastein auf's schwerste beeinträchtigt. Ueberdies ist die Rechtssicherheit und die Freiheit deutscher Staatsbürger durch die Verhaftung und Gefangenhaltung des Dr. May in empörender Weise verletzt. Die Bestrebungen des Reformvereins, welcher die Umbildung des deutschen Bundes auf legalem Wege sich zur Aufgabe gestellt hat, sind gelähmt, so lange Fürsten- und Volksrecht in einem deutschen Lande von deutschen Regierungen selbst, in solcher Weise hintangesetzt und gebeugt wird. Aus diesem Grunde glaubt der Ausschuß im Sinne sämmtlicher Vereinsmitglieder zu handeln, wenn er heute beschlossen hat, von einer General-Versammlung des Vereins — — „bis weiter abzusehen". Verdienstlicher wäre „für immer".

Darmstadt, 20. Sept. Zum Zweck der Organisation der **deutschen Volkspartei** ist hier am 18. Sept. eine größere Zahl von Gesinnungsgenossen aus Bayern, Schwaben, Baden, beiden Hessen, Frankfurt, Nassau, Sachsen, Schleswig-Holstein und dem diesmal in besonderer Abordnung vertretenen Deutschösterreich zusammengetreten, unter ihnen bekannte Namen der Kammern oder der Presse. Der Vorsitz war Eckardt aus Mannheim, Hofmann I. von Darmstadt und Reergardt von Kiel übertragen worden. Preußen war durch Briefe und Telegramme vertreten. Die Partei constituirte sich als solche; die Feststellung des Programms, das in seinen Hauptpunkten eigentlich selbstverständlich ist, wurde der nächsten Zusammenkunft überlassen, damit die Presse und die Vereine der Berathung noch vorarbeiten können. Meinungsverschiedenheit schwebte nämlich über die von Büchner und Eckardt beantragte Aufnahme der „socialen Frage" in das Programm und die von Oesterlen befürwortete „Conföderation der Mittel- und Kleinstaaten" gegen Preußen und Oesterreich. Einig, vollkommen einig war man im demokratischen und föderalistischen Prinzip. — In Bezug auf die Organisation, und das ist wohl das Wichtigste, wurde beschlossen: 1) Diejenigen, welche zu der gegenwärtigen Versammlung einluden, sind als provisorischer Ausschuß bestellt und mit der Einberufung ähnlicher Zusammenkünfte beauftragt. 2) Sammlung und Organisation der Partei in den einzelnen Staaten. 3) Veranstaltung periodischer Zusammenkünfte der Parteimitglieder in den einzelnen Ländern, zwischen den benachbarten Staaten und der Gesammtpartei. 4) Gründung und Unterstützung aller der Beförderung der Volksinteressen gewidmeten Verbindungen, wie Arbeiter-, Vorschuß-, Turn-, Wehr- und Volksvereine. 5) Bezeichnung des in Mannheim erscheinenden „Deutschen Wochenblattes" als „Organ der deutschen Volkspartei". 6) Anbahnung von Zusammenkünften der Leiter der Parteiblätter zum Zwecke eines übereinstimmenden Vorgehens. — Endlich wurde auf den Antrag Nürnbergs beschlossen: Es möchte durch Volksversammlungen und die Presse den Mitgliedern des am 1. Oktober zusammentretenden Abgeordnetentags der Volkswunsch zu erkennen gegeben werden, daß die schleswig-holsteinische Frage nicht gesondert, sondern im Zusammenhange mit der von ihr untrennbaren deutschen Frage behandelt werde. Wir bringen darüber noch ausführlichere Mittheilungen.

Die „deutsche Allgem. Zeitung", welche einige Namen von Theilnehmern an der Versammlung nennt, bemerkt dazu: „Für uns **Sachsen** ist an dieser Mittheilung das Eine besonders interessant, daß Herr **Petermann** aus Dresden — (früher (ob noch jetzt, wissen wir nicht) in der **Redaction des Dresdner Journal** angestellt, jedenfalls als **dermaliger Leiter des Statistischen Bureau im Ministerium des Innern in einer amtlichen Stellung**) — an jener Versammlung theilgenommen hat." Diese Notiz wird die volkstreuen Leiter dieser Versammlungen wohl für die Zukunft zu vorsichtigerer Auswahl veranlassen. Unter der Maske des Liberalismus, der mitthun will, hat Hr. von Beust seine Nase überall und bleibt gut „informirt".

Aus **Baden** wird der Rücktritt des Hrn. v. Roggenbach gemeldet. Die letzte Abstimmung Badens am Bundestag war der Beleg dafür, daß Baden die deutsche Sache **verlassen** und unter dem Einflusse der Häußer und Consorten in das **preußische** Lager übergegangen ist; es war nur die Frage, ob Herr v. Roggenbach mit übergegangen und seine politische Zukunft mit preisgegeben habe, oder ob er zurücktreten werde. Das Letztere ist nun der Fall und eine Beruhigung für jeden Patrioten, der Hrn. v. Roggenbach hochgeschätzt hat. Kein Staatsmann von Character, kein **deutscher** Staatsmann, der an der Borussificirungspolitik des Hrn. v. Bismarck sich betheiligt. Baden hat mit dieser Schwenkung seine deutsche Mission in Süddeutschland aufgegeben und mag mit der Politik des Hrn. v. Bismarck auch das Schicksal der-

selben theilen und dafür bei den Heidelberger Professoren sich bedanken. Die Zahl der Staaten, deren Regierungen das deutsche Volk noch vertrauen kann, schrumpft immer mehr zusammen. Das vereinfacht die Situation und schützt die Volkspolitik für künftige Mißgriffe.

Berlin. Der „Publicist“ ein dem Bismarck'schen Regiment ganz ergebenes Blatt, enthält folgende, dem deutschen Volke zum Verständniß der Tendenzen in diesem Lager ernstlichst zu empfehlende, offenherzige Aeußerungen: „Woran wir festgehalten haben in diesen 7 Jahren (das Bestehen des Blattes), das ist folgendes: Preußen muß in Deutschland herrschen bis zur Maingränze. Heute liegt die Frage so: Deutschland mit oder ohne Oesterreich. Mit dem „deutschen Parlamente“ und dem „deutschen Volke“ ist genau so wenig los, wie mit dem deutschen Bundestage. Will Preußen seine Grenzen, sei es unmittelbar oder mittelbar, an den Main vorschieben, so hat es dabei nichts zu erwarten weder von einem deutschen Parlamente noch von einem deutschen Volke. Ob wir auch einer landläufigen Phrase damit ins Gesicht schlagen, so sagen wir doch: es gibt kein „deutsches Volk.“ Nun denn: Preußen darf sich an diesen Widerstand der allezeit zungenfertigen aber niemals opferwilligen Opposition in den klein-deutschen Parlamenten nicht kehren. Es muß die Grenzen mindestens seiner militärischen Herrschaft bis an den Main verlegen; es muß dies, wenn mit Oesterreich darüber keine Einigung zu erzielen ist, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Oesterreich thun. Mit einem Worte: unsere Politik ist das Aufgehen Deutschlands in Preußen und damit die Umgestaltung Preußens zu Deutschland.“ So das Berliner Blatt.

Aus Baden, 23. Sept. Sonst beobachtet die Krlsr. Ztg., die noch vor einem Jahre reichlich officiöse Artikel „Zur Lage“ brachte, ein konsequentes Stillschweigen über die inneren Verhältnisse unseres Landes und seine Beziehungen nach Außen. Die officiösen Federn scheinen abgeschrieben, und dies seit Hr. v. Roggenbach mit dem Gedanken sich näher beschäftigte, den badischen Staatsdienst zu verlassen. In den übrigen Verwaltungszweigen geht es weniger lebhaft zu, wie denn der mit der neuen Aera betretene Weg der Reformen nachgerade ein solcher mit „Hindernissen“ geworden ist.

— Von unseren Kammermitgliedern werden nur wenige den Abgeordnetentag besuchen, da die Regierung zu diesem nicht so freundlich stehen dürfte wie zu demjenigen vom 21. December 1863. Jedenfalls darf als sicher angenommen werden, daß diesmal der Prinz Wilhelm den Verhandlungen des Abgeordnetentags nicht anwohnt, und daß nicht so viele Depeschen von Frankfurt nach Karlsruhe gehen, als dies am vorigen Abgeordnetentag der Fall war.

Das in Frankfurt erscheinende französische Blatt Europe bringt einen großen Leitartikel über die Consequenzen der Gasteiner Convention. Als nothwendige, unabweisbare Folge dieser Uebereinkunft bezeichnet das auf deutschem Boden erscheinende französische Blatt bereits ganz rückhaltlos die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich. Die Sache werde das Gehirn mehr als Eines Nationalen erhitzen, allein wer die Dinge mit ruhigem Blut betrachte (wie es den „Realpolitikern“ so gut ansteht!) werde anerkennen, daß dies logisch, raisonnabel und allein möglich sei. Nach allen Argumenten, die sich aus der Geschichte, der geographischen Nothwendigkeit, der Oekonomie und der Politik ergäben, habe die preußische Monarchie mehr zu gewinnen als zu verlieren, indem sie sich gütlich und gegen Entschädigung (auf Kosten Deutschlands) der linksrheinischen Lande begebe. Die Veränderung lasse sich ausführen, ohne daß ein Schuß abgefeuert zu werden brauche, „selbst unter den enthusiastischen Acclamationen eines in geschickter Weise offiziell organisirten Suffrage universel, welches es übernehmen würde die Annexion der Rheinprovinzen an Frankreich durch die Bevölkerungen votiren zu machen.“ — So wird bereits alles Ernstes geschrieben. — Nun, da ja die „Freiheit“ der Güter höchstes nicht ist, so wird es das linke Rheinufer auch nicht sein, und für die nämlichen „Patrioten“ der „preußischen Führung“ wohl sich darnach Alles in Güte abmachen lassen. — Indessen — soweit sind wir eben doch noch nicht.

Der „Stuttgarter Beobachter“ verordnet dem kranken Mann, wie man das „glückliche“ **Oesterreich** füglich nennen kann, folgende Mixtur: Erstlich: Venedig schleunig an Italien zu verkaufen. Das gibt Geld und entwaffnet einen Feind. Zweitens: Versöhnung mit Ungarn! Das gibt Geld und Soldaten. Drittens: Aufhebung des Concordats und Einziehung des Kirchenvermögens. Das gibt wieder ein schön Stück Geld und bringt die Sympathieen Deutschlands. Viertens: Einberufung einer constituirenden Reichsversammlung. Fünftens: Wiederaufnahme des deutschen Reformprojects, aber statt mit den Fürsten, diesmal mit dem Volk, d. h. mit einem verfassunggebenden deutschen Parlament. (Gemüthlicher Schäfer. Der Habsburger mit dem deutschen Volk! D. Red.)

Italien. Auf dem Unterrichtsministerium wird eine Uebersicht des Verhältnisses der Geistlichkeit zum Schulunterricht ausgearbeitet, welche einen Begriff von dem ungeheuren Einfluß gibt, den die Geistlichkeit naturgemäß auf alle Klassen der Gesellschaft ausüben muß. Die Anzahl der der Geistlichkeit und den religiösen Genossenschaften anvertrauten Schulen beträgt 1112, wovon 189 männliche, 795 weibliche, 128 gemischte (meist Kleinkinderbewahranstalten). Nur 63 dieser Anstalten dienen für Secundarunterricht, alle übrigen für Primarunterricht. Sicilien und die Lombardei besitzen deren am wenigsten; bezeichnend ist es, daß die meisten von Geistlichen geleiteten Schulen sich in Ligurien und Piemont befinden. 9007 Geistliche stehen dem Unterricht vor, den 97,440 Schüler, worunter 62,901 weibliche, empfangen. Den Töchterunterricht versehen zu meist die Benedictinerinnen, denen sich einige andere Orden angeschlossen haben. In dieser Aufstellung ist die große Anzahl geistlicher Privatdocenten nicht einbegriffen. Die große sociale Frage ist nun die: was mit allen diesen Lehrern geschehen soll, wenn ihnen der Unterricht entzogen wird, zumal ja auch gleichzeitig die Klöster aufgehoben werden sollen.

Florenz, 21. Sept. Man schreibt der „N. Frkf. Ztg.“ aus Mailand, 20. Sept.: Die Schritte, welche von Seiten des Barons Natoli geschehen, um den religiösen Genossenschaften den Schulunterricht gänzlich aus den Händen zu winden, machen auf die öffentliche Meinung von ganz Italien den erfreulichsten Eindruck und geben dem Einflusse der katholisch-reactionären Partei den Gnadenstoß. Kanzel, Beichtstuhl und Schule war deren letzter Hoffnungsstrahl. Die erstere wird überwacht, der zweite verliert nach und nach seinen Nimbus und letztere wird dem verderblichsten Einfluß der Geistlichkeit entrückt. Der einst so stolze Bau, den der Klerus seit so vielen Jahrhunderten in Italien aufgerichtet, ist sehr morsch geworden und wenn im Süden der öffentliche Unterricht weiter gut fortschreitet, so stürzt der Bau in wenigen Jahren gänzlich zusammen. Von verschiedenen Seiten wird ebenso auf alle Klassen der Bevölkerung gewirkt, damit der frühere Mißbrauch, die zweiten Söhne dem geistlichen Stand zu widmen, wie er namentlich in Central-Italien und besonders in der Romagna eingeführt war, aufhöre, und die desfallsigen Bemühungen tragen auch schon gute Früchte. Der Widerstand geht zumeist noch von den Frauen aus, die sich dem Einflusse der Geistlichkeit bis jetzt noch schwer entwinden konnten; allein die vielen Verbrechen und Schandthaten, die in letzter Zeit von Mitgliedern des Klerus begangen wurden und die jedesmal von der Presse gebührend aufgedeckt werden, hat auch die Frauenwelt theilweise schon der Geistlichkeit entfremdet. Noch 10 Jahre eifrigen und energischen Strebens im Gebiete des öffentlichen Unterrichts und der Aufklärung, und das clericale Element ist ganz über den Haufen geworfen. Zu Ehren der Lombardei kann man es sagen, daß sie an der Spitze dieser anticlericalen Bewegung steht und daß die illiberale Geistlichkeit hier eine traurige Existenz zu führen hat. Ueberall gemieden und verachtet, ward der reactionäre Geistliche hier zum Paria der Gesellschaft. — Von 724 Attentaten gegen die öffentliche Sittlichkeit, welche seit einem Jahre in Italien begangen wurden, rühren 85 von Geistlichen her und etwa 50 derselben sind gegenwärtig wegen dieser Verbrechen im Gefängniß, 30 unter Prozeß. — Der weibliche Unterricht ist fast ganz in den Händen der Geistlichkeit, wodurch der überaus große Einfluß, den dieselben gewinnen, erklärlich wird. Von 1112 Instituten, deren Leitung der Geistlichkeit anvertraut ist, sind 795 dem weiblichen Unterricht gewidmet. Nicht weniger als 18 verschiedene Frauenorden befassen sich mit dem Schulunterricht und nebenbei wirken 19 weibliche Genossenschaften in den Instituten. Alle diese Lehrerinnen gehorchen blindlings den geistlichen Obern. Die Kontrole der Staatsregierung erwies sich bisher als ganz nutzlos. Es liegt in der Absicht der Regierung, den Mönchen und Nonnen den Unterricht theilweise weiter zu belassen, wenn sie sich gänzlich den weltlichen Lehrern gleichstellen, und dies wäre eine Maßregel, die der projectirten Aufhebung der Klöster und religiösen Genossenschaften einen bedeutenden Vorschub leisten könnte. Rom wird natürlich einer solchen Konvertirung einer Unzahl von Ordensbrüdern und Schwestern den größten Widerstand entgegensetzen und mit schweren Kirchenstrafen drohen; schließlich wird die Mehrzahl aber sich in das Unvermeidliche fügen müssen.

Amerika. General Schimmelpfennig ist am 7. d. M. in Wernersville, Pensylvanien, gestorben. Er litt an einem auszehrenden Brustübel, das er sich im Felde zugezogen hatte. Als er aus dem Heere austrat, bekleidete er den Posten des Commandanten von Charleston. Ehre dem Andenken des Braven!

„Glückliche Wandlung der Verhältnisse und Personen“.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Deutsche Wehrzeitung“ folgenden bemerkenswerthen Artikel:

„Die Berliner Reform berichtet: „Bei den militärischen Festlichkeiten in **Merseburg** hielt der Militärgouverneur der Provinz Sachsen, General v. Schack, eine Anrede Namens des 4. Armeecorps an den König, in der es u. A. heißt: „Es ist nicht blos die taktische Ausbildung, die einer Truppe, einer Armee das volle Vertrauen, die völlige Sicherheit und inneren festen Halt verleiht. Ein anderes, ein wichtigeres Element muß in derselben walten, es ist das Entscheidende! — Der Geist der Unterwerfung, des unbedingten Gehorsams und der Disciplin, der Treue und Hingebung für seinen König und Herrn! Ja, Ew. Maj., dieser Geist wohnt auch im vierten Armeecorps. In dem Armeecorps wurzelt das klare Bewußtsein, daß es, wie die ganze Armee, nur das **willenlose Werkzeug in der Hand seines Meisters und Herrn ist**, und niemals wird auch nur ein Glied desselben sich dem Willen seines Meisters und Herrn versagen! Niemals! Niemals!“

Dem Manöver und diesen Festlichkeiten hat als preußischer General auch beigewohnt und ist, mit Herrn v. Bismarck, Zeuge dieser Rede des General v. Schack gewesen — Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha, dessen Contingent allerdings in Folge der bekannten Militärconvention an Preußen übergegangen ist, durch welche jedoch für den deutschen Souverän eine Verpflichtung, an den Schaustellungen des heutigen Preußen Theil zu nehmen, unseres Wissens nicht begründet worden ist. Es wird übrigens gleichzeitig

bemerkt, daß Se. Hoheit Herzog Ernst von Coburg-Gotha die Ehre gehabt habe, von Sr. Majestät dem König, seinem „Herrn und Meister“, wie Hr. von Schack sich auszudrücken beliebt, mit bemerkenswerther Huld und Gnade ausgezeichnet zu werden und daß die, Sr. Majestät dem König unangenehme, Erinnerung an das Frankfurter Schützenfest durch die „glückliche Wandlung der Verhältnisse und Personen“ vollständig getilgt zu sein scheine.“

— Der „Reform“ entnehmen wir ferner die folgende Mittheilung:

„Bei Gelegenheit eines Festes, welches der hohe Adel der Provinz dem Könige in **Merseburg** gab, wurde demselben auch eine Deputation der Patriotischen Vereinigung zu Erfurt vorgestellt. Dem Berichte des „Magdeb. Corr.“ zufolge sprach Se. Maj. der vom Grafen v. Stollberg geführten Deputation „Anerkennung und Dank für die Wirksamkeit der conservativen Vereine in der Provinz aus und forderte zu kräftigem Fortschreiten auf dem betretenen Wege auf. Während der Vorstellung der Provinzialstände, unter denen sich auch der Ministerpräsident Graf Bismarck befunden, in Merseburg äußerte Se. Majestät bei der Präsentation des Ministers mit weit hin tönender Stimme: „Diesem Manne verdanken Ich und das Vaterland sehr viel!“ Gewiß, gewiß Majestät! Wenn Sie erst wüßten, wie viel **wir** dem Manne verdanken, wie hoch würden Sie denselben schätzen.

Socialer Theil.

Bildung, der Weg zum Scepter der Welt.

Es ist kein Zweifel, der Arbeit gehört die Zukunft der Welt, und den Prinzipien, welche der vierte Stand naturgemäß zu vertreten berufen ist, die Herrschaft über dieselbe. Man würde sich jedoch irren, wenn man glauben wollte, jede Hand voll Schwielen sei berufen, das Scepter zu führen, nichts sei dazu weiter nöthig, als gerade nur die Schwielen. Die Herrschaft wird immer und immer wieder an die „Intelligenz“, die „Bildung“, zurückfallen. Daß aber die Schwielen, die harte Arbeit, die „Bildung“ nicht ausschließen, das können wir an Tausenden von Beispielen nachweisen, die eclatantesten der Neuzeit finden wir bei unseren Brüdern über dem Ocean, nicht allein bei Männern des Friedens, wie Lincoln und Johnson, sondern auch manch tapferer General und tüchtiger Stratege, Grant an der Spitze, hat den Beweis geliefert, daß man ein tüchtiger Gerber und, wenn es gilt, auch ein allseitig anerkannter Oberfeldherr sein kann. Was wir hier nur kurz berühren wollen, ist, daß sich die sog. Gebildeten nicht mit Nasenrümpfen, Achselzucken über die wegsetzen wollen, die vielleicht nur praktisches Wissen und das vielleicht nur in einem industriellen Zweige besitzen; dem Arbeiterstande geben wir auf, seine welthistorische Bedeutung zu begreifen, sich nicht bei jeder Gelegenheit nur seiner Rechte in der menschlichen Gesellschaft zu erinnern, sondern vor Allem seiner Pflichten; nur der, welcher seine Pflichten treu und gewissenhaft erfüllt, ist berufen, Rechte zu verlangen. Zu den ersten Pflichten des Arbeiters rechnen wir aber, daß er sich herauswage über den engen Kreis seiner Berufsgeschäfte, daß er die ihm frei bleibende Zeit nicht mit Tändeleien und nichtssagenden Beschäftigungen ausfülle, sondern dieselbe zur Bereicherung seines Wissens, in richtiger Folge, zur Ausbildung seines Geistes und, was damit Hand in Hand geht, seines Herzens verwende, mit einem Worte, daß er sich „Bildung“ auch wirklich erwerbe. Sei der Mann noch so fleißig und in seinem Fach ein noch so großer Meister, er wird es nicht weiter bringen, als vielleicht zum vermögenden Mann; derjenige aber, der sich über seine Berufsgeschäfte hinaus unterrichtet, der bestrebt ist, gesittetes und anständiges Benehmen sich anzueignen, der nicht nur seinen Ruhm darin sucht, ein in seinem Fache ausgezeichneter Arbeiter zu sein, sondern auch für allgemeines Wissen für allgemein Nützliches die nöthige Sorge trägt, nur der wird ein geachtetes Mitglied der menschlichen Gesellschaft sein, nur der wird sich unter seinen Mitbürgern eines guten Rufes erfreuen, nur solchem wird einst die „ehrende Stellung“ gehören, die wir oben andeuteten. Der Stand der „Arbeiter mit der Hand“ bildet in den Städten die überwiegende Mehrzahl, verbinden diese sich mit den Bewohnern des Landes, so kann ihnen nichts widerstehen, damit ihr Wirken aber zum Nutzen und Frommen des Staates sei, muß in den Gedanken und Zielen Klarheit und Vernunft herrschen, sonst fallen sie oft dem ersten Schwindler zu, und unabsehbares Elend kann über ein Volk hereinbrechen. Sehen wir nur nach Westen, nach Frankreich, Revolution auf Revolution, Blutvergießen über Blutvergießen, und warum für das wahre Wohlergehen des Volkes so fast gar kein Erfolg? Weil die Massen unwissend sind, absichtlich von den herrschenden Kasten in Unwissenheit erhalten werden. Und so wird es in dem schönen Frankreich fort und fort gehen, wenn nicht mit rücksichtsloser, eiserner Energie den Dunkelmännern das Handwerk gelegt wird, und allenthalben Pflanzstätten wahrer „Bildung“ ihr Licht leuchten lassen vor dem Volke. Daß dieses der Despot auf dem Throne Frankreichs nicht will, ist natürlich, denn Wissen, „Bildung“ macht wirklich frei, weil durch sie die Kraft und Macht des Volkes erst wirksam wird; er aber ist der größte Feind wahrer, menschenwürdiger, allgemeiner Freiheit. Deshalb deutsche Arbeiter, Männer, die Kopf und Herz auf dem rechten Flecke haben, nehmt ein abschreckendes Beispiel an jenen Zuständen, arbeitet, bildet Euch nach allen Seiten und Eure Stimme wird endlich die gewünschte Geltung im Staate erlangen, den Eure Mehrheit hauptsächlich bildet und erhält.

K. W. F.

Die Arbeitsbücher.

Die Dresdener Handels- und Gewerbekammer hat beschlossen, die sämmtlichen Handels- und Gewerbekammern Sachsens zu ersuchen, mit ihr gemeinschaftlich bei der Regierung eine Abänderung des Gesetzes über Führung der Arbeitsbücher zu beantragen, welche dahin gerichtet ist, daß der Arbeitsgeber verpflichtet sein soll:

1) Den Grund der Entlassung oder des Austrittes aus der Arbeit, insoweit sich derselbe nicht auf Qualification zu einem speciellen Gewerbe oder einer besonderen Arbeit bezieht, im Arbeitsbuche zu bemerken,
2) während der Dauer der Arbeitszeit das Arbeitsbuch seines Arbeiters in Aufbewahrung zu nehmen.

Diese Beschlüsse der Handels- und Gewerbekammer in Dresden sind ganz geeignet, die vollste Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen und zwar nicht nur in Hinsicht des Inhaltes, sondern auch in Hinsicht der Form. Was die Form anbelangt, so ist hervorzuheben, daß die Antragsteller sammt und sonders Arbeitsgeber sind. Sie glauben seit Einführung der Arbeitsbücher erkannt zu haben, daß es ihren Interessen wesentlich dienen dürfe, wenn die Arbeitsbücher in wirkliche Dienstbotenbücher umgewandelt würden. Nun ist Niemanden zu verdenken, daß er alle Anstrengung macht, auf gesetzlichem Weg seine sociale Stellung zu sichern und zu bessern, weßhalb denn den Handels- und Gewerbeherren auch nicht zu verdenken ist, wenn sie darnach trachten, ihre Wünsche in ein Gesetz für Jedermann zu verwandeln. Fordern aber kann man von denselben, daß sie dann das Kind bei dem richtigen Namen nennen, welchem sie die gesetzliche Taufe geben lassen wollen, und das haben sie nicht gethan. Sie reden bei ihren Anträgen von Auferlegung einer Verpflichtung, wo sie ein Recht für sich fordern. Ich vertraue den sächsischen Handels- und Gewerbekammern, daß sie den Formfehler der Dresdener Kammer verbessern, wenn sie überhaupt die Anträge derselben zu den ihrigen machen sollten und anstatt: „Die Arbeitsgeber sind verpflichtet“, setzen, „die Arbeitsgeber sind berechtigt.“ Wäre dies aber nicht der Fall, so haben die Arbeiter die Verpflichtung, dahin zu wirken, daß jenes Verlangen der Handels- und Gewerbekammern als ein Recht und nicht als eine Verpflichtung im Gesetz bezeichnet würde, damit nicht etwa ein Arbeiter zweifelhaft ist, ob er sich bei einem Arbeitsgeber noch besonders zu bedanken hat, wenn er ihm gleich einem Dienstboten ohne sein Verlangen eine Censur ins Arbeitsbuch einzeichnet.

Der Inhalt aber dieser Anträge der Dresdener Handelskammern ist bedeutungsvoll für die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter. Wie schon erwähnt, will man durch die gestellten Anträge die Arbeitsbücher zu Gesindebüchern machen. Dieses Wollen der Arbeitsgeber kennzeichnet auf das Charakteristischste unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände. Während von Seiten des großen Bürgerstandes und besonders von dem Handels- und Fabrikantenstand der Ruf nach Aufhebung des privilegirten Adels- und Priesterstandes, des Zunftzwanges erhoben worden ist und der Ruf nach Gleichheit vor dem Gesetz erschallte, (z. B. Aufhebung der Militär- und Universitätsgerichte) ist man stolz darauf, durch das neue Gewerbegesetz besondere Gerichte für den Handels- und Gewerbestand erlangt zu haben und will nun die Gesindeordnung in ihren wesentlichsten Bestimmungen auf die unselbstständigen Arbeiter (der Begriff ist ungemein weitfassend) ausgedehnt wissen, d. h. für sich wieder ein neues Privilegium erobern.

Man scheint einerseits diese tief einschneidenden Widersprüche nicht zu sehen oder sehen zu wollen, andererseits aber auch die Tragweite dieser Anträge für Beförderung oder Verhinderung des eigenen Wohlbefindens nicht zu erkennen.

Es ist jedenfalls Thatsache, daß es in dem industrie- und handelsreichen Sachsen immer schwerer wird, die Dienstboten in ausreichender Zahl und zu billigem Lohn zu erlangen. Da mißt man die Schuld der Industrie und dem Handel bei, und das mit Recht. Warum aber drängen sich die unselbstständigen Arbeiter in die Fabrik- und Handelsorte? Einfach deßhalb, weil sich die Arbeiter bei dieser Arbeit freier und selbstständiger bewegen können, als nach den Bestimmungen der Gesindeordnung. Der sogenannte Dienstbote muß sich auf dem Lande ein ganzes Jahr, in den Städten auf einen bis drei Monate fest verdingen und sich gefallen lassen, daß die Dienstherrschaft durch Censuren in dem Dienstbuche ihm sein späteres Fortkommen erschwert, durch Censuren, welche in den meisten Fällen blos aus der Nichtharmonie der Charaktere der Dienenden und der Dienstgebenden hervorgehen, gegen deren Unwahrheit der Dienende kaum mit irgend welchem Erfolg gegen die Herrschaft auftreten kann. Der Dienstbote kann außerdem den Dienst nur dann ohne Kündigung verlassen:

1) Wenn er durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens und der Gesundheit gekommen ist,
2) wenn die Herrschaft denselben auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender, oder ungeachtet vorgängiger obrigkeitlicher Ermahnung, beharrlich mit großer Härte behandelt hat u. s. w.

Sind das etwa Bestimmungen, welche den unselbstständigen Arbeiter verlocken können, einen Dienst zu suchen; durch gesetzliche Bestimmungen, die einer moderirten oder civilisirten Sclavenordnung entnommen zu sein scheinen?

Der Handels- und Gewerbestand wolle ja die Tragweite solcher Anträge prüfen, welche die Freiheit und Selbstständigkeit der Arbeiter beschränken sollen. Jede solche Beschränkung wird die Industrie- und Handelsdistrikte Sachsens von Arbeitern entvölkern und sie den industriellen Nachbarstaaten oder auch der Landwirthschaft zuführen, wenn in Beiden gelindere Bestimmungen über das Verhältniß der Arbeitsgeber zu den Arbeitsnehmern eingeführt sind oder werden. Selbst wenn auch keine solche Entvölkerung zu befürchten wäre, so möge der Handels- und Gewerbestand bedenken, daß solche Beschränkungsanträge ganz geeignet sind, die Arbeiter der gemeingefährlichen Agitation von Lasalle und Consorten in die Arme zu führen, eine Agitation, welche das ganze Zeug in sich hat, die Culturvölker wieder in Barbarenvölker umzuwandeln, das von der Natur in die Menschheit gelegte persönliche Eigenthumsrecht antasten oder in Frage stellen zu wollen.

Was haben aber die Arbeiter diesen Bestrebungen gegenüber gethan? Sie haben Versammlungen abgehalten und darin Resolutionen angenommen, in welchen entweder die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Regierung dieser Forderung entgegentreten werde, oder aber protestirt wird. Das ist, gegenüber den Angriffen auf die persönliche Freiheit der Arbeiter, so gut wie gar nichts gethan. Man kann sich diese zuwartende Stellung der Arbeiter, auch derjenigen, welche sich die Zeit von ihren Vergnügungen oder ihrer Arbeit abmüssigen, um eine Versammlung der Arbeiter zu besuchen, nur dadurch erklären, daß sie noch nicht zu dem Bewußtsein gekommen sind, was die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates zur Verbesserung ihrer Lage beitragen kann, trotz den Predigten der beiden Arbeiter-Evangelisten Schulze und Lassalle. Vielleicht aber sind gerade die beiden genannten Herren an diesem Verhalten der unselbstständigen Arbeiter Schuld. Der Eine, weil er die Selbsthilfe allzusehr auf Arbeit und Sparsamkeit beschränkt wissen wollte und das Politisiren für sich und diejenigen in Anspruch nimmt, die genug verdienen, um mehr als den Hunger und Durst stillen zu können. Der Andere, weil er nur Staatshilfe predigte, die den Arbeitern durch Einfüh-

rung des allgemeinen und unmittelbaren Stimmrechts zu sichern sei; dem sagt er: „Tausend leere Taschen der Arbeiter machen keine volle Tasche, und nur volle Taschen (das Capital) sichern dem Arbeiter den sogenannten Unternehmergewinn. Der Staat aber beherrscht das Capital, sagt Lassalle, folglich wird der Arbeiter das Capital zu seiner Verfügung haben, wenn er durch das allgemeine Stimmrecht die Herrschaft im Staat erlangt hat. Letztere Ansicht ist schon bei vielen Arbeitern zur fixen Idee geworden, wie man jüngst wieder in einer Versammlung in Dresden horen kaunte, in welcher verlautete, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien höchstens den Fabrikanten, aber nicht den Arbeitern Vortheil bringen könne.

Da nun aber sicher ist, daß noch verschiedene Menschenalter vergehen durften, ehe das allgemeine Stimmrecht eingeführt wird, mit Einführung desselben aber in keinem Falle zugleich ein Paradies der Arbeiter aus der Erde wachsen wird, wie in Frankreich zu ersehen, ebensowenig das bloße Arbeiten und Sparen den Arbeitern eine bessere Stellung in der Gesellschaft verschaffen kann, zum wenigstens lehrt die Geschichte, daß die Leibeigenschaft der Bauern nicht blos durch arbeiten und sparen beseitigt worden ist, so dürfte es an der Zeit sein, daß die unselbstständigen Arbeiter scharfe Umsicht hielten, was die Gesetzgebung und die Verwaltung eines Staates schon jetzt für die Verbesserung ihrer Lage thun können, unter Benutzung der ihnen zustehenden gesetzlichen Rechte.

Ich will nur auf drei Ziele aufmerksam machen, welche die Arbeiter zunächst erreichen müssen, um ihre Lage zu verbessern und welche sie auch bald erreichen können, zum wenigsten in Sachsen, wo Regierung und Stände den durch Industrie im Handel herbeigeführten Veränderungen der Lebensgewohnheiten und Ernährungsarten der Bevölkerung Rechnung tragen müssen, wenn sie nur mit zäher Ausdauer das Petitions- und Versammlungsrecht und die Presse benutzen, um auf die Gesetzgebungsfactoren Sachsens einzuwirken.

Die Arbeiter mussen vor allen Dingen fordern, daß ihnen das **Recht des freien Vertrages** mit den Arbeitsgebern, Dienstherren u. s. w. wird, wie sonst Jedermann, welcher nicht für eigene Rechnung und Gefahr arbeitet. Dieses Recht wird ihnen, wenn

1) die Gesindeordnung und Polizeiverordnung vom 10. Januar 1835 vollständig aufgehoben wird.

2) Diejenigen Bestimmungen aus dem Gewerbegesetz entfernt werden, welche den Arbeitern die Entnahme von Arbeitsbuchern auferlegen.

Mit der Entfernung der vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen aus den Gesetzbüchern Sachsens fällt **die Bevormundung des Staates über die Arbeiter**, sie stehen dann allen anderen Bürgern hinsichtlich der Abschließung von Verträgen gleich. Arbeits- und Dienstherren einerseits und Arbeiter und Dienstboten anderseits haben dann vollkommen freie Hand, Lohn- und Dienstverträge nach vorliegenden Bedürfnissen abzuschließen.

Die Gewährung dieser Forderung wird aber nur dann einen unschätzbaren Werth für den Arbeiter und die Dienstboten erhalten, wenn nicht wieder Ausnahmebestimmungen über Legitimationszeugnisse für dieselben eingeführt werden. Das Paßkartenrecht muß ungeschmälert Allen werden, welche aus irgend einem Grunde einer Legitimation bedürfen. Die Arbeiter und Dienstboten müssen von dem Gensdarm und dem Polizeirichter das gleiche Recht als jeder andere Bürger genießen.

Ferner müssen die Arbeiter fordern, daß diejenigen Bestimmungen aus dem Gewerbegesetz entfernt werden, welche dem Arbeiter die Benutzung des allgemeinen Vereins- und Versammlungsrechts zur Anbahnung eines höheren Arbeitslohnes oder zur Berathung gemeinsamer Schritte gegen Forderungen der Arbeitsgeber erschweren. Obwohl Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer von den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen gleichmäßig berührt werden, so steht doch unzweifelhaft fest, daß gerade darin eine Ungerechtigkeit liegt, weil 10—15 Fabrikarbeiter ohne alles Aufsehen sich privatim über Maßnahmen gegen die Arbeiter einigen können, während Hunderte oder Tausende von Arbeitern dies nur unter Benutzung des Versammlungsrechtes auszuführen vermögen. Die wirkliche Gleichheit vor dem Richter kann deßhalb nur durch Beseitigung der oben angedeuteten gesetzlichen Bestimmungen herbeigeführt werden.

Endlich dürfte es unerläßlich sein, daß die Arbeiter auf vollkommene Freiheit des Hausirhandels hinarbeiten. Die neuere Gesetzgebung will wo möglich die Beseitigung des Hausirhandels, und Stimmen werden von verschiedenen Seiten laut, welche dasselbe Ziel befürworten. Man sagt zur Begründung dieser Ansicht: der Hausirhandel dient als Deckmantel der Bettelei, verführt zu einem liederlichen Lebenswandel u. s. w. Es wird deßhalb schwer fallen, diese Forderung der Arbeiter durchzuführen. Welches Interesse haben nun die Arbeiter, trotzdem diese Forderung zu stellen? Sie haben Ursache dazu, weil der Hausirhandel den leichtesten Erwerbszweig darbietet, wenn Geschäftsstockungen eintreten, oder Unfähigkeit zur Ausübung der gewohnten Berufsbeschäftigung den Arbeiter überkommt. Niemand als der unselbstständige Arbeiter wird so schwer von diesen beiden Kalamitäten getroffen, denn es wird ihnen dadurch die Möglichkeit der Ernährung für einige Zeit oder für immer genommen. Nur die Freiheit des Kleinhandels im Umherziehen vermag die überkommene Noth am leichtesten zu lindern, da hierzu besondere Geschicklichkeiten nicht gehören, und nur schon producirte Waaren und noch dazu meist sogenannte uncourante Artikel zum Verkauf gelangen.

Wenn die Arbeiter und Dienstboten diese drei Forderungen und mit Andern im Bunde das kostenfreie Niederlassungsrecht mit allen gesetzlichen Mitteln durchzusetzen suchen, so ist das eine That der Selbsterhaltung und ein Ziel was erreicht werden kann, und zwar in einer hinreichend kurzen Zeit, wo sie selbst noch die Früchte davon genießen können. Darum frisch ans Werk. S. v. F.

Das sind die drei speciellen Ziele, welche unselbstständige Arbeiter und Dienstboten zu erreichen suchen müssen. Außerdem haben sie aber ein allgemeines Ziel im Auge zu behalten, an dessen Erlangung der gesammte unbemittelte selbstständige Handwerker ein mindestens ebenso großes Interesse zu nehmen hat, und das ist das kostenfreie Niederlassungsrecht in ganz Sachsen, da nun einmal noch kein Deutschland existiet. Das einfache Staatsbürgerthum muß zugleich das Recht der kostenfreien Niederlassung enthalten, sonst hat nur der Wohlhabende, der Reiche die volle Freiheit der Niederlassung wo und wann er will, während jetzt der Arme an den Boden gebunden ist wie der Baum und verkümmern muß wie dieser, wenn der Boden, wo der Baum wächst, keine Nahrung mehr für ihn abgeben kann.

In **Paris** wird bekanntlich im Jahre 1867 abermals eine internationale Industrieausstellung stattfinden. Die Vorbereitungen zu derselben werden von der französischen Regierung, nachdem sich dieselbe der Zustimmung der auswärtigen Regierungen versichert, mit gewohntem Eifer betrieben. Schon vor einigen Monaten wurde eine Commission behufs der Ermittelung des besten Bauplatzes für das Ausstellungsgebäude zusammengesetzt, welche den berühmten Chemiker (Senator und ehemaligen Unterrichtsminister) J. Dumas zum Berichterstatter ernannte. In dem Bericht, welcher bereits veröffentlicht ist, findet sich eine Uebersicht über die Entwicklung der französischen Industrie-Ausstellungen. Die erste derselben fand erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts — 1798 — statt und vereinigte 110 Aussteller. Die zweite Ausstellung, im Jahre 1801 durch den ersten Consul eröffnet, zählte schon das Doppelte an Ausstellern. Darauf die dritte Ausstellung — 1802 — mit 540 Ausstellern. In der vierten Ausstellung — 1806 — war die Zahl der Aussteller schon auf 1422 gestiegen. Nach des Kaisers Willen sollten sich die Ausstellungen in dreijährigen Zeiträumen wiederholen; die für 1809 mußte jedoch der kriegerischen Ereignisse wegen vertagt werden und fand erst 10 Jahre später — 1819 — ihre Ausführung mit 1500 Ausstellern. Die folgenden Ausstellungen zeigten eine immer wachsende Betheiligung der französischen Industriellen, nämlich 1823: 1648 Aussteller, 1827: 1795 A., 1834: 2447 A., 1839: 3381 A., 1844: 3960 A., 1849: 4532 A. War bis dahin die Zulassung nur auf inländische Aussteller beschränkt gewesen, so verschloß sich doch Frankreich nicht gegen die Lehre, welche ihm England 1851 durch die Weltausstellung gab. Die auf Anregung des Prinzen Albert im genannten Jahre abgehaltene internationale Industrie-Ausstellung zählte bereits 14,837 Theilnehmer, welche Summe sich auf der Pariser Weltausstellung — 1855 — auf 24,000, auf der letzten allgemeinen Londoner Ausstellung — 1862 — auf 27,466 Aussteller erhöhte. Man rechnet, daß die Zahl der Aussteller im Jahre 1867 auf mindestens 30,000 kommen werde.

Vermischtes.

Bei der nun geschlossenen **Naturforscherversammlung in Hannover** trat, mit lebhaftem Beifalle begrüßt, auch der Submarine-Ingenieur **W. Bauer** auf, um seine **Tauchermethode** zu erläutern. Die an Enttäuschungen reiche Geschichte seiner Erfindungen, die Widerwärtigkeiten, welche Bauer zu bekämpfen hat und hatte, sind unserem Publikum bereits durch Zeitschriften bekannt. Bauer erläuterte an Modellen seine Taucher-Apparate, mit denen er bekanntlich auf- und niedersteigt und nach allen Richtungen hin sich bewegt. Es sei ihm nun darauf angekommen, mit seinem Schiffe ein Geschütz so zu verbinden, daß es beim Abfeuern durch galvanische Zündung keinen Rückstoß auf den Apparat ausübe. Auch das Problem habe er in möglichster Vollkommenheit gelöst, allein in Preußen habe man dann gemeint, die Erreichung höchster Vollkommenheit durch Versuche nicht abwarten zu können, da man Genie's genug habe, die das erfänden, was man vor der Hand brauche. (?) Er sei überzeugt, daß Apparate seiner Art genügen würden, Schiffe 20 Meilen vom Lande abzuhalten. Die Anerkennung sei da, aber die Mittel nicht. Erst jetzt habe der Großherzog von Baden und der König von Bayern Naturalbeiträge gewährt für erneute Versuche auf dem Bodensee, Oesterreich aber habe gemeint, 300 Baumstämme nicht liefern zu können, ohne eigene forstwirthschaftliche Intentionen zu kreuzen. Es käme nun darauf an, seine Idee, wenn nicht für den Krieg, doch für Schifffahrt und Handel und für die Wissenschaft nutzbar zu machen. Sodann verbreitete sich Redner noch über die Anwendung seiner Apparate auf den transatlantischen Telegraphen. Beim Legen auf den Meeresboden würde ein solcher stets ob seiner eigenen Schwere reißen. In einer Tiefe von 200 Fuß müßte er an Taucherschiffen aufgehängt werden. Sei das gelungen, so würden sich bald verschiedene Telegraphenkabel unter Wasser kreuzen, und an solchen Punkten könnten dann nach Maßgabe seiner Taucherapparate Telegraphenstationen errichtet werden, die sich bei annäherndem Sturm versenken, um von ihm nichts zu befürchten zu haben.

Orden, Menschen und Affen.

L. K. schreibt in seinen „Pariser Briefen" an die „Kölnische Zeitung", „der Orden der Ehrenlegion, der seit dem 15. August wieder sehr reichlich vertheilt wurde, erzeugt unter den Berufenen und Auserwählten noch immer große Aufregung, eine freudige unter diesen, eine bittere unter jenen. Die Auserwählten stolziren mit den funkelnagelneuen rothen Bändchen umher, während diejenigen, welche leer ausgegangen, ihrem Unwillen auf alle mögliche Weise Luft machen. Es wird versichert, daß viele Schriftsteller, denen der Napoleonstag keine Decoration gebracht, am nächsten Eugenientage damit überrascht werden sollen. Man hat **Georges Sand** am 15. August zur Ritterin ernennen wollen und es sind deshalb von hoher Seite manche Schritte geschehen. Man hat sogar, nachdem die berühmte Schriftstellerin die Ehre abgelehnt, eine sehr hochgestellte Persönlichkeit auf ihren Landsitz nach Palaiseau abgesandt. Georges Sand blieb aber fest bei ihrem Entschlusse. Sie sehen, daß es noch Männer gibt — unter den **Frauen**. Es ist in der That unglaublich, wie stark der Heißhunger nach Decorationen, selbst nach ausländischen, hier geworden. Früher legte man den fremden Orden gar keinen Werth bei; jetzt ist man froh, wenn man irgend ein Bändchen von irgend einem Fürsten irgend eines kleinen Ländchens erschnappen kann. Ich weiß nicht, wie viel Ritter jetzt in Paris herumlaufen; ihre Zahl ist indessen ungeheuer. Die Börse, wo es häufig so unritterlich hergeht und wo man nicht selten Ohrfeigen wechselt, ohne nachher die Karten zu wechseln — die Börse wimmelt von Rittern aller Confessionen und Nationalitäten. Von den ausländischen Decorationen sind diejenigen am gesuchtesten, deren Band roth ist, weil diese

Farbe von dem Rocke sehr absticht und dem der Ehrenlegion ähnlich ist. Der Belgische Leopolds-Orden ist daher sehr beliebt, noch beliebter aber der Portugiesische Christ-Orden, dessen Band dem des Ordens der Ehrenlegion vollständig gleicht. (Alles so wie bei uns — im Lande der Denker. D. Red.). Doch werfen wir den Menschen die kleinen Eitelkeiten nicht allzu sehr vor. Wir armen Sterblichen sind eben nur Affen, von denen wir, den neuesten wissenschaftlichen Forschungen zufolge, in directer Linie abstammen sollen. Schon Linné hat gesagt, daß er, trotz eines vierjährigen Studiums, nicht habe herausbringen können, wodurch der Mensch sich vom Affen unterscheide, und jetzt führt Wilfried de Fonville in seinem Werke „L'homme fossile" unseren Ursprung auf das Affengeschlecht zurück. Welche Demüthigung für die arme Menschheit! Welche Niederlage besonders für die hochadeligen Geschlechter! Die Urahnen der berühmtesten adeligen Häuser Europa's sind vielleicht Orang-Utangs gewesen, die mit den possierlichsten Geberden auf den Zweigen herumkletterten und sich gegenseitig Kokosnüsse an die Schädel warfen; ja, vielleicht springen jetzt in dem sogenannten Palais des Singes des hiesigen Pflanzengartens noch geschwänzte und ungeschwänzte Seitenlinien vieler gräflichen und fürstlichen Häuser herum! Könnten diese Vierhänder reden, sie würden uns vielleicht in's Gesicht sagen, daß wir unserem Ursprunge keine Ehre machen, daß sie in uns Menschen — nur ein entartetes Affengeschlecht sehen." Und wer will behaupten, daß sie Unrecht haben?

Aus der Werkstätte.*)

Die Frauenfrage, Frauenarbeit, oder Fabrikanten-Spekulation.

Da in dieser Zeit so viel von den Arbeitervereinen verlangt wird, scheut man sich auch nicht, etwas zu verlangen, was den Arbeiter, namentlich den Fabrikarbeiter ruinirt, und den Herren Fabrikanten Vortheil bietet. Ich glaube, es wäre nicht nöthig, die Arbeiter auf diese Bahn zu führen, daß sie ihre Hand dazu reichen, damit sich die Frauenzimmer den verschiedenen Geschäften widmen sollen. Das heißt sich das Grab selbst graben. Man spricht wohl von dem Nutzen, aber nicht von dem Schaden. Das macht freilich nichts, der Reiche hat eben den Vortheil und der Arbeiter den Nachtheil, was liegt den Herren daran. Man will, daß die Frauen gebildet werden, aber das dient natürlich nur zum Vorwand. Sage mir doch ein ehrlicher Mann: werden die Frauen durch die Arbeit, welche man ihnen empfiehlt, gebildet? Ich glaube man kann davon keine Beweise geben. Das Gegentheil kann man alle Tage deutlich genug sehen. Es ist jetzt ja schon, und schon lange, in den Fabrikstädten so eingeführt, daß mehr Frauen dort arbeiten als Männer, betrachten wir nun diese Frauen, diese jungen Mädchen, welche in einem solchen Geschäft arbeiten; wenn sie das Glück haben Frauen zu werden, wie sollen sie einer Haushaltung vorstehen und ihre Kinder heranziehen? Sie können nichts, sie verstehen nichts vom Familienleben, sie können ihren Kindern keine rechte Mutter und ihren Gatten keine rechten Hausfrauen sein. Der Mann ist angeführt, und es entstehen dadurch die schlimmsten Ehen.

Wo soll auch die Frau dieses alles gelernt haben, vielleicht in einer Fabrik oder in einem sonstigen Geschäft? Diese Herren, welche sich so viel Mühe darum geben, sollen sich doch nur einmal in so ein Familienleben hineindenken! aber sie sprechen von etwas, was sie nicht kennen und nicht verstehen. Und wie geht es den Kindern, den Töchtern? Auch diese werden ebenso wie ihre Mütter nur zur groben, mechanischen Arbeit gestempelte Geschöpfe, die leichtere verrichten sie jetzt schon; sie können keiner Haushaltung vorstehen. Man wird wohl sagen, daß ja Frauenvereine bestehen, wo diese Mädchen und Frauen auch gebildet werden können, aber das ist leicht gesagt; denn durch diese Vermehrung der Arbeitskräfte werden die Löhne so herabgedrückt, daß diese Frauen und Mädchen keinen Kreuzer für die Auflagen zu Vereinen übrig haben, die Beweise hat man ja jetzt schon selbst an vielen Arbeitern. Und was können denn die Frauen in den Vereinen lernen, doch gewiß auch nicht viel, wenigstens nichts, was für die Haushaltung Werth hat. Auch sagt man, es ist gut, wenn die Frau ein Geschäft versteht, sie ist doch nicht ganz abhängig von ihrem Mann, es kann ihrem Mann ein Unglück befallen, und da ist es gut, wenn die Frau etwas verdienen kann. Aber das ist ja gerade das schlimmste auf der Welt, daß gerade der Arbeiter so wenig verdient, daß wenn ihm ein Unglück zustößt, seine Familie am Hungertuche nagen muß.

Woher kommt wohl diese verzweifelte Einrichtung, daß der Mann nicht allein so viel verdient, als was seine Familie zur größten Noth braucht? Nun will man auch noch die Frau dazu haben, zuletzt kommt man auch noch an die Kinder, wie es in England jetzt schon der Fall ist.

Lasset uns den Schaden zuerst abhelfen; denn das ist die Hauptsache, daß der Mann — Mann und die Frau — Frau bleibt; dann können wir unsere Frauen selbst bilden. Darum Ihr Herrn, wenn Ihr es ehrlich mit uns Arbeitern meint, macht dieses Elend, mit Eurer Frauenarbeit, nicht noch größer.

Wir wollen einmal die Sache näher betrachten, was die Frauenarbeit im Allgemeinen für den Arbeiter für einen Vortheil hat. Früher konnte ein fleißiger Mann allein so viel verdienen, als er brauchte für seine Familie, später hat man in vielen Geschäften Frauenzimmer zugelassen, und der Lohn wurde bedeutend geschmälert, weil die Frauen viel billiger arbeiten konnten, und so geht es immer fort, je mehr Arbeitskräfte, desto weniger Lohn. Wer hat nun den Vortheil, der Arbeiter oder der Fabrikherr?

Ich bin von Herzen dafür, daß die Frauen gebildet werden, denn es thut ihnen sehr nothwendig, es gibt sehr wenig gebildete Hausfrauen, namentlich auch unter den höheren Ständen, wenn man nicht die Putzsucht und Vergnügungssucht für „Bildung" halten will. Aber wenn diese Bildung bei den Frauen im Arbeiterstand durch die Arbeit kommen soll, so geht es den Frauen, wie es jetzt noch vielen Männern geht, die vor lauter Nahrungssorgen, nicht Zeit haben, nur ein Blatt zu lesen, viel weniger sich sonst zu bilden. Diese Herren haben gut sprechen, ihre Frauen brauchen nicht zu arbeiten, aber die Frauen der Arbeiter sollen arbeiten, damit die Arbeiter noch mehr gedrückt werden und die Fabrikherrn ihre Taschen besser füllen können. Darum lasset dem Mann sein Geschäft und der Frau die Haushaltung und Erziehung der Kinder.

J. R.

*) Wie wir im Briefkasten unserer vorigen Nr. bereits mitgetheilt, eröffnen wir diese Rubrik als Sprechsaal, zur Erörterung und gegenseitigen Verständigung über abweichende Ansichten im Kreise der Arbeiter

D. Red.

Arbeitsvermittelung.

Ein **Mechanikus** oder **tüchtiger Gürtler** wird zum 1. October d. J für die mechanische Werkstatt des Landes-Industrie-Comptoirs in Weimar gesucht. — Bei guter Arbeit, gutem Lohn und bleibender Stellung.

Weimar, den 26. September 1865.

Landes-Industrie-Comptoir.

(Anerbietungen direkt nach Weimar.) 37.

Verschiedene Anzeigen.

Abonnements-Einladung

auf die

„Deutsche Gerber-Zeitung",

das Organ des Vereins deutscher Gerber, redigirt mit Unterstützung einer Redactions-Kommission (bestehend aus Vorstandsmitgliedern des deutschen Gerbervereins) vom Vereins-Vorsitzenden F. A. Günther. — Ihr Streben ist: die Wahrung der Vereinsinteressen, wie die der gesammten Lederindustrie, der Weißgerberei, Sattlerei, Schuhmacherei, Kurschnerei rc. Die Zeitung erscheint jeden Sonntag; das Abonnement beträgt pro Quartal innerhalb des deutschen Postvereins 20 Sgr. oder 1 Gulden Silber österr., oder 1 Gulden 10 Kr. süddeutscher Währung. — Die Lederindustrie betreffende Inserate Seitens der Abonnenten werden, soweit es der jedesmalige Raum gestattet, gratis aufgenommen. Bestellungen auf die „Deutsche Gerber-Zeitung" nehmen sämmtliche Postanstalten des deutschen Postvereins entgegen; für das Ausland auch der Buchhandel.

Die Expedition der „Deutschen Gerber-Zeitung" in Berlin, Neue Friedrichstr. Nr. 18.

Mit dem 1. October beginnt ein neues Abonnement auf das im Verlage von **J. Schneider** in **Mannheim** erscheinende

Deutsche Wochenblatt.

Herausgegeben von

Dr. Ludwig Eckardt.

Jeden Sonntag 1 Nummer groß Quartformat. Preis vierteljährig 45 kr. = 13 Sgr.

Das Blatt, Organ der deutschen Volks-Partei, wird auch ferner fortfahren, die politischen Vorgänge und Gestaltungen in unserem Gesammtvaterland und die Entwicklung der politischen Kämpfe in den Einzelstaaten einer eingehenden, durchaus volksthümlichen Besprechung zu unterziehen, wofür als Correspondenten eine Reihe der trefflichsten deutschen Publicisten gewonnen sind. Besondere Beachtung soll der Befestigung und Ausbildung der freisinnigen Reformen im badischen Lande zugewendet werden. Die neuesten Erscheinungen der politischen Literatur werden besprochen.

Bei der Verbreitung, die das Wochenblatt schon im 1. Jahre seines Bestehens gefunden, finden Inserate in demselben (Preis pro Petitzeile 3 kr. = 1 Sgr.) eine große Verbreitung.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen, durch welche auch die bisher erschienenen Quartale, sowie Probe-Nummern, bezogen werden können. 34.

Im Verlage von J. Schneider in Mannheim erscheint und nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten Subscriptionen entgegen:

Illustrirte

Geschichtsblätter für Stadt und Land.

Unter Mitwirkung von

Dr. Louis Büchner, Dr. Ludwig Eckardt, Fr. Freiheid, Dr. J. Gitze, W. Hieronymi, Julius Mühlfeld, Louise Otto, A. Röckel, Dr. W. Wagner, Carl Winterstein, Dr W. Zimmermann u. A.

redigirt von

Karl Wörle.

Monatlich 1 Heft von 32 Seiten, gr. 8°, in Umschlag geh. Preis 9 kr. = 2½ Sgr.

Die „Geschichtsblätter" wollen in allgemein verständlicher Sprache dem ganzen Volke sein eigenes Ich und in der Geschichte einen Spiegel vorhalten, der allein im Stande ist, es politisch reif zu machen und zu jener Selbstständigkeit heranzubilden, die zu jeder politischen That unumgänglich nothwendig, soll sie durch bleibenden Erfolg gekrönt werden.

Durch zahlreiche Mitarbeiter unterstützt, werden wir im ersten Theile der „Geschichtsblätter" die Weltgeschichte in zusammenhängender Darstellung bringen, welcher sich biographische Darstellungen großer Männer, kulturgeschichtliche Abhandlungen, Zeitbilder, Schilderungen großer Ereignisse, Denkwürdigkeiten, Erklärung politischer Fremdwörter, Geistesblitze, Denksprüche rc. anreihen. Namentlich auch soll auf die patriotische Bewegung der Gegenwart in freisinniger Richtung Rücksicht genommen werden.

Indem wir zu recht zahlreicher Subscription einladen, bitten wir zugleich die Freunde der Geschichte und des Vaterlandes, durch Rath und That, durch Empfehlung und Verbreitung in Haus und Familie, in Lesegesellschaften, Vereinen rc. unser gutgemeintes Unternehmen nach Kräften zu unterstützen.

Damit jeder von unsern Bestrebungen sich unterrichten kann, ist jede Buchhandlung in den Stand gesetzt, das soeben erschienene 1. Heft zur Einsicht zu liefern.

Bei der großen Verbreitung, welche die Geschichtsblätter schon jetzt gefunden haben, sind Ankündigungen aller Art, welche mit 3 kr. = 1 Sgr. die Petitzeile berechnet werden, stets von bedeutendem Erfolg. Für jedes folgende Heft sind dieselben bis zum 15. des vorhergehenden Monats an die Verlagshandlung einzusenden. 35.

Abonnements-Einladung

auf die bei **C. W. Leske** in **Darmstadt** erscheinende

Hessische Landes-Zeitung.

Organ der Fortschrittspartei.

Dieses Blatt, welches in allen Theilen des Großherzogthums stark verbreitet ist, kämpft für die Einigung Deutschlands durch ein deutsches Parlament mit kräftiger Centralgewalt, für die Begründung eines wahrhaft verfassungsmäßigen Lebens nach allen Richtungen hin, insbesondere in Hessen. Es liefert während der Sitzungen des Landtags schnellste und, je nach der Wichtigkeit, ausführliche Berichte über denselben und vertritt die Interessen der Industrie sowohl, wie die des Handels und der Landwirthschaft. Es gibt eine vollständige, mit der größten Sorgfalt aus bester Quelle geschöpfte Uebersicht der Gerichts- und Verwaltungsanzeigen und sucht gleichzeitig in dem mit ihm verbundenen

Sonntagsblatt

und Feuilleton durch Novellen, Skizzen und Lebensbilder aus den verschiedensten Kreisen, so-

wie durch Kritiken literarischer Erzeugnisse, durch Theaterberichte zc., den Wünschen seiner Leser zu entsprechen.

Ausgabe: Täglich (außer Montags). Abonnementspreis hier am Orte für das Vierteljahr: 2 fl. Bei allen Postämtern fl 2. 12 kr. Anzeigengebühr: Die vierspaltige Petitzeile 3 kr., bei mehr als dreimaliger Aufnahme nur 2 kr.

Auch im nächsten Quartale erscheint im Verlage von J. Schneider in Mannheim und nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten Bestellungen an:

Kurze Berichte

über die neuesten Erfindungen, Entdeckungen und Verbesserungen

im Gebiete des Gewerbewesens, des Handels und der Landwirthschaft.

Herausgegeben von

Dr. J. Burger,

Lehrer der Naturwissenschaften an dem Gymnasium und der Realschule zu Worms.

Monatlich 1 Bogen 4°. Preis vierteljährlich 18 kr. oder 5 Sgr.

Unsere Zeitschrift hat den Zweck, allen Denjenigen, die weder Zeit noch Geld haben, um die in Büchern und Fachjournalen zerstreuten Fortschritte der Wissenschaft sich zu eigen zu machen, dieselben kurz und bündig mitzutheilen. Wir werden allmonatlich alles das Neue bringen, was für jeden Gebildeten, namentlich für den Kaufmann, Gewerbetreibenden, Landwirth, Angestellten zc. irgendwie von Interesse ist und vor der Kritik Stand gehalten hat.

Der billige Preis macht die Anschaffung Jedem, auch dem weniger Bemittelten, möglich und machen wir, außer den Obengenannten, namentlich noch die Lehrer und Vorsteher von Handels-, Gewerbs- und Fortbildungsschulen auf diese Zeitschrift aufmerksam.

Ankündigungen von Gegenständen der Gewerbe, des Handels, der Landwirthschaft, sowie literarische Anzeigen, sind erwiesener Maßen vom besten Erfolg. Die gespaltene Petitzeile wird mit 3 kr. = 1 Sgr berechnet.

Probenummern sind in jeder Buchhandlung zu haben.

Die

Preußisch-Littauische Zeitung

(Königsberger Morgenblatt),

Redacteur B. Stein,

wird auch in dem mit dem 1. October c. beginnenden neuen Quartale täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen zu gleicher Zeit Morgens 7 Uhr hier und in Königsberg erscheinen.

Ungeachtet der immer schwieriger werdenden Preßverhältnisse in unserer Provinz wird sie fortfahren die Grundsätze der demokratischen Partei zu vertreten und alle wichtigen Tagesfragen in Leitartikeln und Original-Correspondenzen in diesem Sinne zu besprechen.

Wichtige Nachrichten werden wir stets telegraphisch so schnell wie jede andere Zeitung bringen; die Marktberichte und Course von Berlin und Königsberg so wie von den anderen bedeutenden Plätzen der Provinz täglich.

Unsere Zeitung ist das in Littauen und Masuren bei Weitem verbreitetste Blatt und eignet sich deshalb ganz besonders zu Annoncen, die in ihr den größten Leserkreis finden.

Man abonnirt auf die Zeitung bei allen Postämtern mit 1 Thlr. 15 Sgr. vierteljährlich.

Gumbinnen, im September 1865.

Die Verleger:

Fr. Krauseneck & Sohn.

Die

Mitteldeutsche Volkszeitung

(Organ der Fortschrittspartei)

erscheint wöchentlich 6mal und bietet entschieden freisinnige Leitartikel, eine übersichtliche Mittheilung aller interessanten Tagesneuigkeiten, Besprechungen gemeinnütziger und nationaler Bestrebungen, der Arbeiterangelegenheiten zc. und für die Unterhaltung ihrer Leser und Leserinnen längere Erzählungen und ein reichhaltiges Feuilleton.

Die Mitteldeutsche Volkszeitung ist für den geringen Preis von 24 Ngr. pr. Vierteljahr durch alle Postämter Sachsens, Altenburgs zc. zu beziehen. An Orten, welche durch die Eisenbahn mit Leipzig verbunden sind, leistet die Zeitung regelmäßig am Morgen des Erscheinens ein.

Probenummern sind auf Verlangen bei jeder Postanstalt zu erhalten. Bestellungen auf das mit dem 1. October beginnende 4. Quartal bitten wir baldigst zu machen und zur Vermeidung der Verwechselung mit andern Zeitungen den Titel:

„Mitteldeutsche Volkszeitung in Leipzig“

genau zu bezeichnen.

Inserate sind bei der großen Verbreitung unserer Zeitung sehr wirksam und werden die Spaltzeile mit nur 8 Pf. ($\frac{8}{10}$ Ngr.) berechnet.

Leipzig, im September 1865.

Expedition der Mitteldeutschen Volkszeitung.

Robert Friese.

Mit dem 1. October beginnt das 4. Quartal der bei **Ernst Keil** in Leipzig erscheinenden beliebten Wochenschrift:

150,000 Aufl. **Die Gartenlaube** **Aufl. 150,000**

Wöchentlich 2 Bogen in groß Quart mit vielen prachtvollen Illustrationen.

Vierteljährlich 15 Sgr., mithin der Bogen nur ca. $5\frac{1}{2}$ Pfennige.

Trotz der mannigfachen Nachahmungen und trotz der Gegner, welche unserm Blatte neuerdings erstanden sind, haben wir die Genugthuung, daß seine Verbreitung sich abermals um Tausende gesteigert hat. Diese nachhaltige Theilnahme des Publikums ist der beste Beweis, daß wir auf dem rechten Pfade geblieben sind, den wir auch künftig unbeirrt und treu unserm Banner — Volksbildung und Humanität — verfolgen werden.

Die als trefflich anerkannten Beiträge eines Bock, Beta, Brehm, Schulze-Delitzsch, K. Vogt, L. Storch, Fr. Gerstäcker, G. Hiltl, L Schücking, J. Scherr, Temme, G. Hammer, Schmidt-Weißenfels, Wallner, R. Benedix, A. Schloenbach, G. Rasch, L. Ernesti, L. Steub, L. Walesrode u. s. w. werden auch das neue Quartal zieren und unter vielen anderen ausgezeichneten Aufsätzen zunächst die nachverzeichneten interessanten Artikel zum Abdruck kommen: Der Dorfcaplan. Von Herm. Schmid. — Eine Novelle von L. Schücking. — Erzählungen von Melchior Meyer. — Erinnerungen an Heinrich Zschocke. Von dessen Schwager Rüspeli. Mit Illustration von Paul Thumann. — Goethe in Leipzig. Mit Illustration. Die Hirschjagd in den Hochalpen. Von H. Ros. Mit Illustration v. L. Fux. — Ein deutscher Mann in der Fremde: Prinz Albert von Sachsen-Coburg — Aus dem rauhen Hause zu Horn. Ein Schattenbild. — Die Falschmünzer am Prägstocke. Mit Illustration von Litschauer. — Anatomische Leiden und Freuden. Von Alfred Meißner. — Ein preußischer General und sein Gamaschenheld. Mit dem Porträt Pfuel's. — Im Crocodil. Mit Illustration von Th. Pixis. — Ein Bahnbrecher im Kampfe für die Zukunftsgestaltung. Von Ludwig Storch — Beim alten Truchseß. Literaturbild aus dem Anfange unseres Jahrhunderts. — Die Edelkoralle und ihre Fischer. Von Karl Vogt. Mit Abbildungen. — Kleine Ursachen, große Wirkungen. Von Bock, u. s. w. — Daß wie immer den

Tagesereignissen und Zeiterscheinungen

besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden wird, bedarf keiner ausdrücklichen Betonung.

Ernst Keil in Leipzig.

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Die **BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG**

erscheint, wie bisher, 13 Mal in der Woche (auch Montags früh), und zwar in ihrer Abend-Ausgabe als ein Central-Organ für die commerciellen und industriellen Interessen im ausgedehntesten Sinne, und in ihrer Morgen-Ausgabe, als vollständige politische Zeitung. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir unsern Lesern sowohl aus dem Bereiche der Industrie und des Handels, wie in Beziehung auf die politischen Tagesereignisse bieten, die Promptheit unserer Nachrichten, die verschiedenen zur Zeitung gegebenen Beilagen, deren Zahl wir erst neuerdings wieder vermehrt haben, sind so bekannt, dass wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen.

Die Abonnements-Bedingungen bleiben unverändert. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen auf die Zeitung an, in Berlin auch

Die Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung.“

(Charlotten-Strasse No. 28.)

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Deutschlands

Errettung aus tiefster Schmach.

Programm der Zukunft.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hatte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Product doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die weltliche Herrschaft der Päpste.

Beurtheilt von der französischen Diplomatie.

Eine Sammlung von höchst interessanten diplomatischen Aktenstücken vom 17. Jahrhundert bis auf die Gegenwart.

Von M. E. Aubaine,

Privat-Secretär des Prinzen Napoleon.

Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.

Preis $12\frac{1}{2}$ Sgr oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Verurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

(Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche, Thl. 1. S. 489 u. 492.)

Für die italienische Sache

an die katholischen Bischöfe.

Vertheidigungsschrift eines katholischen Priesters.

Von P. Passaglia.

Deutsche vom Verfasser autorisirte Ausgabe.

In 8. Preis $7\frac{1}{2}$ Sgr. oder 27 kr.

Der erste Kirchenlehrer Italiens, der Stolz der katholischen Theologie, eines der bedeutendsten Mitglieder der Gesellschaft Jesu, der er angehört hat, läßt hier, sich selbst jeder Meinungsäußerung begebend, lediglich nur die höchsten kirchlichen Autoritäten, die heilige Schrift, die Kirchenväter und die Päpste selbst, das Urtheil sprechen in der großen Streitfrage über und gegen die weltliche Herrschaft des Papstes, die jetzt Italien und die ganze katholische Welt so tief erregt.

Hierzu eine Extra-Beilage: „Literarische Anzeigen für die Arbeitervereine“ von Moritz Müller.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schwelgert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 145.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,
8. October 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis
vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr
6 kr. oder 2 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten**: Festeinladungen aus Osnabrück und Elze. Mittheilungen vom Rhein, aus Berlin, Heidenheim, Danzig und Leipzig. — II. **Politischer Theil.** Der Abgeordnetentag in Frankfurt. Braun, der Bär als Reinecke, oder: „reinlich und zweifelsohne." Politische Umschau: Deutschland ein österreichisch-preußischer Begriff. Lauenburg und so weiter verrathen und verkauft. Annäherung Preußens an Frankreich; Belgien und Piemont an Frankreich, Venetien und Triest an Italien, Schleswig-Holstein sammt Anhang an Preußen, d. h. die deutschen Interessen sind gesättiget. Frankfurt a. M.: die Beschlüsse des Abgeordnetentags, und was man unter „Ehrlichkeit im Parteikampfe" zu verstehen hat; eine Lösung der socialen Frage, oder wie die Bourgeoisie die Arbeiter auf den Händen trägt. Dresden, eine Berichtigung. — III. **Aus der Werkstatt**: über die Frauenfrage. — IV. Briefkasten.

Vereinsangelegenheiten.

Osnabrück, 2. Okt. Am Sonntag, den 22. Okt. feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein siebenzehntes Stiftungsfest, wozu alle Brudervereine hierdurch freundlichst eingeladen werden.

Im Auftrage des Festcomite's
Carl Etzold, Festpräsident.

Elze, 4. Oct. Sonntag den 22. October feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein 7. Stiftungsfest, wozu wir alle Brudervereine freundlichst einladen.

H. Luther, Präsident. F. Hohnschopp, Schriftführer.

Vom Rhein, 2. Okt. Gestern feierte der Arbeiterbildungsverein in Oppenheim das zweite Stiftungsfest. Mehrere auswärtige Vereine waren dabei vertreten. Die ankommenden Fremden wurden am Bahnhof abgeholt und in das Vereinslokal geführt. Etwa gegen 4 Uhr zog man mit Musik und dem Vorantragen zweier Fahnen in den Ritter'schen Saal, welcher zur Abhaltung des Festes bestimmt war. Der Präsident des Oppenheimer Vereins begrüßte alle Anwesenden und hielt eine längere Rede über Arbeit und Bildung. Herr Helfenbein sprach hierauf über Schul- und Heerwesen, sowie über Genossenschaften und mahnte schließlich diejenigen, welche bis jetzt noch nicht diesem Verein beigetreten sind, auch bald in ihre Reihen, thatkräftig wirkend, sich einzufinden, damit das schöne und edle Streben, Bildung unter den Arbeitern zu verbreiten, sich immer mehr ausdehne. Hr. Hessemer aus Mainz schilderte in seiner Rede die Entwicklung des Consumvereins in Mainz. Er zeigte, wie derselbe sich allmälig entwickelt habe, und wies dessen Gedeihen durch Zahlen nach. Der monatliche Umsatz dieses Vereins ist von 150 fl., welches die erste monatliche Einnahme war, bis auf 3700 fl. gestiegen, obgleich der Verein noch nicht ganz zwei Jahre in Thätigkeit getreten sei. Herr Nolae Lippold, Präsident des Oppenheimer Kranken- und Sterbekasse-Vereins, ergriff hierauf das Wort und setzte die Wirksamkeit und Resultate, welche sie durch diesen Verein erzielt hätten, auseinander. Er betonte in seiner langen Rede besonders das Vereinswesen als eine der schönsten Einrichtungen, die uns durch unsere Verfassung garantirt sei. Der Oppenheimer Gesangverein Harmonia trug abwechselnd mit Musik die schönsten Volkslieder vor.

Berlin, 3. Okt. Am Sonntage hielt der Abg. Schulze-Delitzsch in dem Saale der „Alhambra" vor dem Rosenthaler Thore vor dem Berliner Arbeitervereine und einem sonstigen geladenen Publikum einen Vortrag über Prinzip und Werth der freien Arbeit. Der große Sieg, den dieses Prinzip neuestens in Nordamerika errungen, gab ihm Anlaß und Material zu dem Vergleiche amerikanischer Zustände der Gegenwart mit der mühseligen und verkümmerten Entwicklung der freien Arbeit in der alten Welt. Er betonte es, daß die sozialen Errungenschaften der großen französischen Revolution als bleibendster Gewinn, auch unter der Herrschaft des zweiten Kaiserreiches, sich erwiesen hätten, und sprach gleiche Erwartungen auch von den Früchten des amerikanischen Sieges aus. Die Gewerbefreiheit bezeichnete er demgemäß als denjenigen Zielpunkt, dem sich die Bestrebungen auch in Deutschland zunächst zuzuwenden hätten. Hand in Hand damit gehe die Entwicklung der Selbstverantwortlichkeit des Arbeiters und dies führe zur Forderung allgemeiner Bildung. Für letztere bedürfe es vor Allem neben der Erhöhung der Löhne einer Ermäßigung der Arbeitszeit. Nur Eine Gleichheit, fuhr er fort, ist nothwendig — die Rechtsgleichheit Aller vor dem Gesetz, nicht aber die socialistische Gleichmacherei, die nur zu hohlen, unfruchtbaren Träumereien führt. Es ist Jedes Pflicht, sich seine Existenz selber zu schaffen und zu erhalten, und dazu muß ihm das Recht der freien Benutzung seiner Kräfte gewährt werden, Niemand aber hat ein Anrecht darauf, zu fordern, daß ihm seine Existenz gleichsam auf dem Präsentirteller fertig entgegengetragen werde. Sehen wir unsere große Lehrmeisterin, die Natur, an. Sie legt allerdings allen Menschen die gleiche Bestimmung auf, alle ihre Kräfte und Anlagen zur höchstmöglichen Entwicklung zu bringen, aber die Kräfte und Gaben theilt sie ungleich aus, und von dem dadurch bedingten ungleichen Können gegenüber dem gleichen Sollen wird immer der äußere Erfolg abhängen. Oder wollen wir es vielleicht hindern, daß unter allen Verhältnissen der Starke, Kluge, der Sittlich-Tüchtige größere Erfolge, größere Anerkennung erntet, als der Schwache, Haltlose oder Leichtfertige? — Das wird sich nun und nimmermehr ändern lassen. Allgemeine Rechtsgleichheit ist natürlich, aber der Gebrauch seiner Fähigkeiten unter dem Schutze dieser Rechtsgleichheit ist jedes Einzelnen Sache. Das ganze Leben ist nicht ein bloßes Sein, sondern ein stetiges Werden, und zwar ein Werden durch eigene Thätigkeit, und wie sollte eine Entwicklung möglich werden, wenn Alle mit gleichen Kräften und Gaben ausgerüstet wären, oder Allen gleicher Erfolg gesichert würde? — Mit dem allen Klassen gebührenden Anspruch auf volle Rechtsgleichheit im öffentlichen und Privatleben ist aber unbedingt auch der auf allgemeines gleiches Wahlrecht eng verknüpft, und durch weisen Gebrauch dieses Rechtes können wir wohl eine Annäherung von gleichem Lebensgenuß erreichen, nie aber dürfen wir Gleichmachen von Staatswegen fordern! — Der Redner richtete demnächst an die nicht speziell dem engern Arbeiterstande angehörigen Zuhörer die Mahnung, der Erreichung der vorher als nothwendig geschilderten Ziele der Bewegung nicht hindernd entgegenzutreten, denn durch Verkürzung der natürlichen Rechte zwinge man die Verkürzten auf jenen falschen, unheilbringenden Weg der Gleichmacherei; keine Macht, keine Gewalt der Bajonnete würde übrigens auch die Bewegung aufhalten, die bei ruhigem Verlaufe nur dahin führen könne, die Wohlthaten aller Civilisation allen Menschen zugängig zu machen. — Lebhafter Beifall krönte den Vortrag, eine Erörterung desselben soll, wie der Vorsitzende des Vereins schon vorangeschickt hatte, erst später in öffentlicher Besprechung stattfinden. (Reform)

S. **Heidenheim**, im Oct. Den 20. vor. Mts. wurde unser Verein von einem Besuche des Herausgebers der Deutschen Arbeiterbibliothek, Herrn F. Weithmann aus Leipzig, überrascht. Aber schnell verbreitete sich die Kunde davon von Mund zu Mund, und der Abend fand ein von Mitgliedern und Gästen überfülltes Vereinslokal. Unser Verein war bisher ausschließlich auf die Kräfte und die Thätigkeit des eigentlichen Arbeiterstandes angewiesen; Mißverständnisse und Vorurtheile von beiden Seiten hatten eine gewisse Spannung zwischen den Arbeitgebern und den Lohnarbeitern, die unserem Vereine angehören, hervorgerufen. Davon unterrichtet, setzte sich unser Gast die Aufgabe, in einem fast einstündigen Vortrage durch eine klare und gründliche Aufklärung über die Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsvereine dieses gespannte Verhältniß in ein freundliches umzuwandeln. Zu diesem Zwecke waren mehrere der Herren Fabrikanten und auch der uns wohlgesinnte Herr Oberamtmann eingeladen worden und wirklich erschienen. Herr Weithmann stellte an die Spitze seines Vortrages das Thema: „Durch Eintracht gedeihen kleine Dinge zum Großen, durch Zwietracht zerfällt auch das Größte in nichts". In einer schönen und Allen verständlichen Sprache zeichnete der Redner das Bemühen, durch welches die Völker in den vergangenen Jahrhunderten von den Ketten der mannigfachsten Sclaverei sich zu befreien suchten, in welche der Eigennutz und die Arglist Weniger sie zu schmieden wußten. Aber diese Bemühungen seien zumeist an der Halbheit, Unentschiedenheit und Uneinigkeit der Massen selbst gescheitert, sowie an dem Mangel eines klaren Verständnisses

ihrer Aufgabe, an dem Mangel wahrer Bildung und Aufklärung. Selbst die schöne, die wahrhaft göttliche Lehre des Christenthums, daß wir Alle Kinder Eines Vaters, also Brüder und Schwestern seien, habe nur unvollständig, nur bruchstückweise die wahre Freiheit, die Gleichberechtigung Aller anzubahnen vermocht; denn nur zu bald habe sich da und dort ein gewissenloses Pfaffenthum der reinen Christuslehre bemächtigt, habe die falsche Münze der Irrlehre statt des echten Gepräges der Wahrheit ausgegeben, um im Bunde mit den Hoch- und Höchstgeborenen die betrogenen Völker auszubeuten.

Wenn der Druck von Oben alles Maß überschritten habe, wenn die Last unerträglich geworden sei, dann seien die Völker gegen ihre Peiniger aufgestanden; so in den Bauernkriegen, so in der ersten französischen Revolution u. s. w. Aber Mangel an klarer Einsicht, Mangel an Bildung und Einigkeit habe sie niemals dauernde Früchte ihrer Bemühungen erringen lassen. Wie ein wilder Strom, der aus seinen Ufern getreten, mehr verwüstend als segensreich, seien bisher die Revolutionen verlaufen, und der kurzen Freiheit sei fast immer wieder die Sclaverei, wenn auch in veränderter, milderer Form gefolgt.

Der Redner zeichnete nun in lebhaften Farben den rohen, unwissenden, verkommenen Arbeiter von ehemals, und den strebsamen, nach Bildung und Aufklärung ringenden Arbeiter von heute und fragte, welchen von beiden ein verständiger Arbeitgeber wohl vorziehen werde? Der eigene Vortheil müsse ihn für den Letzteren entscheiden heißen; denn nur mit diesem werde er in segensreicher Eintracht die Früchte des gemeinsamen Fleißes erzeugen; zwischen ihnen werde es nie zum Kriege kommen wegen Lohn, Arbeitszeit u. s. w., denn man werde von beiden Seiten das Gesetz der Billigkeit gelten lassen. Es liege daher im Interesse der Arbeitgeber selbst, den Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsvereine sich anzuschließen, sie zu fördern, zu unterstützen. So sollten Arbeitgeber und Arbeiter in Eintracht zusammenwirken, um von dem, was heut zu Tage noch Staat heiße, die wahre Staatshülfe zu erlangen, nämlich Befreiung von übermäßigen Lasten und schädlichen Leistungen, wie z. B. die Dienste in stehenden Heeren seien, und vollkommene Freiheit für die Entfaltung jeder Arbeitskraft. Durch Fleiß und Sparsamkeit, durch eifrige Pflege der Consumvereine, Sparvereine, Produktivgenossenschaften u. s. w. müsse der Arbeiter seine materielle Lage zu verbessern suchen; das sei die unentbehrliche Grundlage für seine höhere geistige Bildung. So werde er sich nach und nach von Allem frei machen, was noch zur Sclaverei gehöre. Das sei auch der sicherste Weg zur Herstellung eines einigen, mächtigen Deutschlands, welches uns einen dauernden Frieden und damit den Segen jeder Arbeit allein zu verbürgen im Stande sei.

In diesem Sinne schloß Hr. Weithmann mit einem dreimaligen Hoch auf das Deutschland der Zukunft!

Der stürmische Beifall, welcher seiner Rede folgte, zeigte deutlich, daß der geschätzte Gast uns Allen aus dem Herzen gesprochen hatte, und seine Worte werden für unseren Verein ein guter Samen sein, der gewiß seine Früchte bringt.

Auch Herr **Simon**, der thätige Vorstand des Vereins in **Aalen**, welcher mehrere wackere Bürger zu seinen eifrigsten Mitgliedern zählt, war an diesem Abend gegenwärtig und verlas die Resolution des Gmünder Volksvereins zu Gunsten von Schleswig-Holstein; sie wurde einstimmig und mit großem Beifalle angenommen.

Unsere braven Sänger leisteten Vortreffliches, und so trug Alles dazu bei, uns diesen Abend zu einem festlichen zu machen. Der Herr Oberamtmann versprach uns für den nächsten Winter Vorträge über Volkswirthschaft, und die Herren Fabrikanten verließen uns mit den freundschaftlichsten Versicherungen und mit dem Versprechen, öfter zu kommen. Zum Schlusse rufen wir unserem geschätzten Gaste noch den wärmsten Dank in die Ferne nach!

Auf der letzten Versammlung der volkswirthschaftlichen Vereine der Provinz Preußen, in **Danzig**, kam auch die Arbeiterfrage und insbesondere die Ausdehnung des **Coalitionsrechtes** auf die **ländliche** Bevölkerung zur Sprache. Keiner bestritt die Berechtigung derselben, wenn man gleich hervorhob, daß die Coalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter weniger Werth habe, als für die städtischen, indem jene meistens auf jährliche oder wenig kürzere Contracte engagirt werden. Die Versammlung erhob folgende 2 Punkte zum Beschluß: 1) es ist zweckmäßig, in der Provinz Preußen für die ländlichen Arbeiter statt des Tagelohns möglichst den **Stücklohn** einzuführen; 2) es ist wünschenswerth, den ländlichen Arbeitern unter Aufhebung des Gesetzes vom 24. April 1854 (Gesetz-Samml. S. 215) die unbedingte Coalitionsfreiheit zu gewähren.

In **Leipzig** haben die **Kürschnergesellen** folgenden Antrag gestellt: Die Arbeitszeit soll, mit Einschluß der gewöhnlichen Mahlzeitspausen, im Sommer von früh 6 bis Abends 7, im Winter von früh 7 bis Abends 8 Uhr festgesetzt, Mehrarbeit, die besonders während des Winters häufig nothwendig wird, aber als Extrastunden nach einem zu vereinbarenden Satze bezahlt werden.

Politischer Theil.

Der Abgeordnetentag zu Frankfurt.

Braun der Bär als Reinecke.

Am 1. October trat zu Frankfurt a. M. der deutsche Abgeordnetentag oder die Versammlung von Mitgliedern deutscher Ständekammern zum andern Male zusammen. Am 21. Dez. 1863 waren ihrer 491 gewesen, welche **einstimmig** die **sofortige Selbstständigkeit** und **ungetrennte Verbindung** der **Elbherzogthümer** unter ihrem **erbberechtigten Herzog Friedrich** forderten und hierfür das bekannte „Gut und Blut" zusagten. Hr. Prof. **Edel** von Würzburg wollte gar „bis zum letzten Hauche aushalten." Das hat der Hr. Professor ritterlich gehalten, nur daß er vorzieht, auf **bayerischer** Erde zu athmen, anstatt im „Saalbau" am **Main**! Von der Fortschrittspartei am Dönhoffsplatze an der Spree hatten sich gerade 6 Mitglieder eingefunden, von denen 5 dem Präsidium schriftlich erklärten, daß sie anwesend = abwesend sein würden, da sie sich bei der Abstimmung nicht betheiligen könnten, was übrigens mit der speculativen Philosophie völlig stimmt, nach welchem Ich = **Nicht ich** gesetzt wird. Ein siebenter Preuße (vom Rhein) war **incognito** vorhanden, er ließ sich nämlich nicht einmal **einschreiben**. Derselbe soll zu Leipzig im 36er Ausschuß erklärt haben, die **Rheinlande interessirten sich nicht sonderlich für Schleswig-Holstein**. — Aus dem deutsch-österreichischen Gebiet war der Hr. **Brinz** aus Prag gegenwärtig, der von der Versammlung des großdeutsch-ultramontanen **Reformvereins** in Frankfurt übrig geblieben war.

Der alte Erzherzog Johann hatte also doch Recht, als er in dem berühmten Toast ausrief: „**Kein Oesterreich, kein Preußen mehr!**" Wir wollen uns daher das „einige Deutschland" ansehen, „fest und stark wie seine Berge," welches die anwesenden 271 Volksvertreter proclamirt haben. Zunächst setzten sich die 271 Abgg. zusammen aus 79 Bayern, 37 Frankfurtern, 26 Würtembergern, 22 großherzoglichen Hessen, 21 Nassauern, 19 Schleswig-Holsteinern, 18 Badensern, 10 Hannoveranern, 9 königl. Sachsen, 6 Kurhessen, 3 Braunschweigern, 2 Meiningern, 2 Weimaranern, 2 Hamburgern, 2 Coburgern, je Einem aus Altenburg, Lübeck, Lippe-Detmold, nebst den 8 Männern aus dem Gebiete der „Vormächte". Der ganze Norden Deutschlands war demnach vertreten durch 46 Abgg., während der Süden 235 Landboten entsendet hatte. Da 6 Preußen sich für mundtodt erklärten, so zählte Preußen wie Oesterreich je Einen Vertreter, ganz Norddeutschland aber 40. Die Mittel- und Kleinstaaten zählten zusammen 269 gegen 2 aus den Großstaaten!! Wer etwas von der Philosophie der Zahlen versteht, der kann aus diesen Verhältnissen etwas lernen; der sieht auf den ersten Blick, daß die **Großmächte Deutschland preisgeben**, daß vom gemeinsamen Vaterlande und dessen bundesstaatlicher Einrichtung nur noch in den **Mittel- und Kleinstaaten**, und eigentlich nur noch in **Süddeutschland** die Rede ist. Hätten **Staatsmänner** im 36er Ausschuß gesessen, hätte es in der Hand einsichtiger Patrioten gelegen, die Anträge zu formuliren, so mußte die bezeichnete Sachlage scharf ins Auge gefaßt und darnach verfahren werden. Ob das „bitter" und „schmerzlich" war, darauf konnte es nicht ankommen.

Keinenfalls durfte die Sachlage vom 21. Dez. als **fortdauernd** vorausgesetzt, keinenfalls ein Beschluß gefaßt werden, der die **neue Wendung der Dinge** ignorirte, keinenfalls durfte der Abgeordnetentag mit einem Schlage ins Wasser ausgehen. Das aber that der Ausschuß mit seinen Anträgen: er erkennt das „Selbstbestimmungsrecht" der Herzogthümer an, welches **nicht mehr existirt**; er verwirft den **Gasteiner Vertrag**, der bereits **ausgeführt** ist; er spricht vom „Rechtsbruch," ohne **Maßregeln zur Herstellung des Rechtes** auch nur vorzuschlagen. Er thut noch viel weniger oder noch viel mehr im Interesse der eigenen — Lächerlichkeit: er **beschränkt** das **Selbstbestimmungsrecht** Schleswig-Holsteins durch die „höheren Interessen **Deutschlands**" und **bestätigt** die „Concessionen", welche unter **andern** Verhältnissen, unter **Voraussetzung** des **Lokal**- wie des **Bundesrechtes** die Schleswig-Holsteiner an **Preußen** zu machen sich **erbötig** zeigten, ehe noch der „Rechtsbruch" jedes rechtliche Verfahren **beseitigt** hatte! Er appellirt an die **preußischen Volksvertreter**, welche sich von Deutschland **losgesagt** haben, welche alle zusammen nur noch ein „Großpreußen" kennen und anerkennen, welche, den radikalen Schwätzer G. Jung zu Köln an der Spitze, ihre radikale **Undeutschheit**, ihre radikale **Ignoranz in der deutschen Frage** an den Tag legen. Er appellirt an das **Ausharrungs-Vermögen** der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, welches zum Glück ebenso groß ist wie die politische Unfähigkeit der Antragsteller, und auch ohne diese und trotz dieser vorhanden ist. Er schlägt endlich ein Mittel vor, welches in sich selbst zerfällt; er will nämlich, daß „Steuern und Anlehen, welche die bisherige Politik der Vergewaltigung fördern **könnten**, keiner Regierung zu verwilligen" seien. Solche Steuern sind aber gerade **alle**, directe wie indirecte; **alle können** sie die bisherige Misère fördern, das ganze Kriegsbudget voraus; da aber **sämmtliche** Steuern **nicht** verweigert werden, so werden eben **keine** Steuern verweigert. Anlehen könnte höchstens die **preußische** Regierung in Sachen Schleswig-Holstein's machen, und bei der **Abmachung** mit der **Köln-Mindener Bahn** hat man erlebt, wie der **Name** eines „Anlehens" vermieden werden kann, während die **Millionen** in den Kasten und von dort in die österreichische leere Truhe springen. — Endlich soll **Deutschland** die schleswig-holsteinischen Kosten decken, „**wenn** die Sache der Herzogthümer im Sinne des Rechts erledigt wird." Werden daher die Herzogthümer vergewaltigt, so haben sie erstens den Spott und zweitens den Schaden dazu. Vorzüglicher Ausschuß!

Gegen diese schiefen und schielenden Anträge brachten die Abgg. **Trabert** (Hanau) und **Oesterlen** (Stuttgart) zwei Gegenanträge ein, welche die ganze, gründlich verfahrene Angelegenheit auf einen anderen Karren laden sollten. Trabert wollte ein **Manifest** an die Nation, welches drei Punkte enthalten sollte: 1) Verdammung der preußisch-österreichischen Politik als einer widerrechtlichen, antinationalen, aus welcher keinerlei Recht erwachsen könne; 2) **Vereinigung** der übrigen deutschen Staaten zu einem **engeren Bündnisse**, mit **Volksvertretung** und **verantwortlicher Regierung**, zum Widerstande gegen die Vergewaltigung und als Einleitung zum **deutschen Bundesstaate**; 3) die Erklärung, daß im Falle der **Weigerung** der betreffenden Regierungen nichts anderes übrig bleibe, als die Gründung der **deutschen Föderativ-Republik** durch das **Volk** selbst.

Oesterlen war in der Form etwas milder, er verlangte von den übrigen deutschen Regierungen die **sofortige Anerkennung** des **Herzogs Friedrich**, im Falle der **Auflehnung** Preußens und Oesterreichs aber die **Auflösung** des **Bundes** und die **sofortige Bildung** eines **neuen Bundes** mit **gemeinschaftlicher Volksvertretung**.

Ein neuer Gedanke wird stets Mühe haben, sich in einer viertelstündigen Rede zum klaren Ausdruck zu bringen, namentlich allen Einwürfen zu begegnen und der Sophisterei den Weg zu verlegen. Herr **Trabert** that daher das Mögliche, vorbehaltlich der weiteren Diskussion. Er protestirte dagegen, die Schleswig-Holsteiner dem verrotteten Junkerthum an der Spree, das gar keinen Sinn und kein Verständniß für Deutschland habe, zu überliefern. Er warnte vor der neupreußischen Eßlust, die durch Verzehrung der Herzogthümer leicht wieder gereizt werden könne. Er warnte vor der in diesem Falle unvermeidlichen Einmischung des Auslandes, wie sie sich in dem Rundschreiben des Herrn Drouyn de l'Huys bereits angemeldet habe. Er erklärte feierlichst, der Süden Deutschlands wolle nicht von Preußen verschlungen sein, nicht einmal von einem **liberalen**. Offenbar sei die deutsche Bewegung ins Stocken gerathen, Zeuge dessen die leeren Tribünen! Wo denn jetzt das dichtgedrängte Volk sei? Das Volk müsse also in **anderer** Weise herbeigerufen, es müsse angeregt werden. Uebrigens sei sein Plan **keineswegs** die **Trias** oder die Constituirung der „dritten deutschen Gruppe", sondern der **Anfang** eines **wirklichen** Deutschlands, die **erste Grundlegung** zu einem **Bundesstaate**, in welchen Preußen und Deutsch-Oesterreich jeden Augenblick eintreten können. Wenn freilich die Regierungen der

Mittel- und Kleinstaaten auf diesen Vorschlag zu ihrer Selbsterhaltung nicht eingingen, dann sei ihnen nicht zu helfen. Wenn die meisten Fürsten fortfahren, wie bisher zu regieren, so müsse nothwendigerweise „das Ende mit Schrecken kommen“; daß er, Redner, kein Vertrauensvotum für die Herren v. d. Pfordten, Beust, Dalwigk abgeben wolle, sei selbstverständlich; die Wahl aber zwischen diesen Herren und dem Herrn von Bismarck sei schwer!

Oesterlen erblickt in der schleswig-holsteinischen Frage die ganze deutsche Frage; der Zumuthung des Ausschusses, parteilos zu bleiben, sei daher unmöglich zu entsprechen. Wir bedürfen der Reichsverfassung, um Schleswig-Holstein definitiv zu constituiren. Die Einheit an und für sich bedeute nichts; sie habe nur Werth als das Produkt der Freiheit. Vor Allem aber kein vergrößertes Preußen! Entweder löst den Bund auf und constituirt Euch, oder verzichtet auf jeden Widerstand und seid die Vasallen von Preußen und Oesterreich!

Der vielfache Beifall, den die Kraftstellen der beiden Redner auch im Zuhörerraum hervorgerufen hatten, beängstigte die Leiter der Majorität, und da sie die Rednerliste zu arrangiren, folglich das Wort zu vergeben hatten, so schien es ihnen passend zu sein, mitten in der Haupt- und Staatsaction, in der schon so viel Gemetzel stattgefunden, plötzlich das bekannte Kasperle erscheinen zu lassen, das bei einem abgespannten Publikum niemals seine Wirkung verfehlt.

Gravitätisch bewegt sich zur Rednerbühne Braun der Bär aus Wiesbaden, der Politiker der nassauischen Ständekammer und vielbeschrieene „Volkswirth“. Braun sah zwar ganz so zottig aus wie immer, geberdete sich aber auffallend zahm, und als man seine Physiognomie aufmerksam betrachtete, gewahrte man die Maske Reinecke des Fuchses, etwa wie er sich eben zum Buß- und Betgange nach Rom anschickt. „Zufällig“ kam Braun-Reinecke des Weges daher, er hatte „gar nicht sprechen“ wollen; da er aber so vaterlandsbedrohende Reden gehört, trieb ihn der lautere Patriotismus, „etliche Worte zu sagen“. Und so zog denn Braun-Reinecke sein „zufälliges“ Brevier aus der „zufälligen“ Tasche, um die HH. Trabert und Oesterlen zu persifliren, was der Majorität ein angenehmer Ohrenschmauß wurde.

Die Constituirung der Mittel- und Kleinstaaten, des ganzen Deutschlands, welches dem Rechte noch treu geblieben ist, nannte Braun-Reinecke — die Wiederholung des „Rheinbundes“! Die Vaterlandsliebe, das Rechtsgefühl, den Opfermuth für Recht und Freiheit — fand er im Vaterlandsverrath, in der Schweifwedelei vor dem corsischen Eroberer wieder! Trotz des Geschichtskalenders, den Braun-Reinecke aus der Tasche so „zufällig“ hervorzog, beginnt seine Geschichtskenntniß doch erst — bei der Auflösung Deutschlands und bei den Vergewaltigungsversuchen des schnödesten Partikularismus! Er, der über die Legitimität so selbstgefällig spottet, der einmal irgendwo gelesen hat, „legitim seien in Deutschland eigentlich nur Kaiser und Reich“, sieht gar nicht, wo „Kaiser und Reich“ augenblicklich sind, merkt gar nicht, daß Kaiser und Reich allemal da vorhanden sind, wo gegen den Partikularismus protestirt wird! Er merkt nicht, oder will der Doctrin zu Liebe nicht merken, daß die Träger dieses Partikularismus in seiner schnödesten und gefährlichsten Gestalt eben jetzt wieder die beiden „deutschen Vormächte“ sind!

Nachdem statt der Herstellung eines Kerndeutschlands der Wechselbalg „Rheinbund“ vorgeschoben worden, was mit einem allgemeinen Pfui hatte begrüßt werden sollen, ergeht sich Braun-Reinecke moralisch-patriotisch in Aufzählung aller Erbaulichkeiten und Schwachseligkeiten, welche seit dem Herbst 1863 von den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten begangen worden sind, gleichsam als habe irgend ein Mensch jene Regierungen als die Ideale des zukünftigen Deutschlands ausposaunt, als habe Trabert nicht in den schärfsten Ausdrücken gegen die v. d. Pfordten, Beust, Dalwigk losgedonnert! Und als sei es nicht die brutalste Gewaltpolitik der beiden Vormächte gewesen, welche das übrige Deutschland zur Zeit lahm gelegt hat und gegen welche dasselbe aus seiner Erlahmung jetzt, in der Stunde der äußersten Gefahr zur Ermannung aufgerufen werden sollte.

Braun-Reinecke lächelt: Deutschland wird immer kleiner; erst streicht man Oesterreich, jetzt auch Preußen! — Wer hat denn Oesterreich gestrichen? Die Cumpane von Braun-Reinecke, die Herren von der Fortschrittspartei, die gothaischen Doctrinäre, die den Nationalverein nach und nach zur preußischen Spitzenhandlung herabgewürdigt haben, aus der Niemand mehr etwas beziehen will.

Wer hat Preußen gestrichen? Doch hoffentlich Niemand als Preußen selbst, erst die Regierung, jetzt auch die Abgeordneten und die ungeheure Majorität der Presse! Das Alles sind lediglich die Folgen der Politik Brauns des Bären und seiner Cumpane, der jetzt als Reinecke diejenigen anfällt, welche die Consequenzen dieser Politik ziehen!

Einerlei, die Majorität lacht, der Publikus amüsirt sich, der Streich ist gelungen. Siegesfroh schlägt Reinecke den Schweif und verliert sich unter dem sonstigen Hofhalt Nobels des Königs. Wenn Braun ebenso „ehrlich“, ebenso „einsichtsvoll“, ebenso „volksthümlich“ in der Volkswirthschaft wie in der Politik arbeitet, so mögen sich die Arbeiter vor ihm hüten und jedesmal erst nach der Maske sehen, unter welcher er etwas vorträgt.

Als nun die Angegriffenen und förmlich Beleidigten, die HH. Trabert und Oesterlen das Wort zur Abwehr verlangen, brüllt die Majorität: „Schluß, Schluß!“ Weder hat die Mehrheit so viel Ehrgefühl, die Gegenantrag-Steller sich von der schmählichsten Verleumdung reinwaschen zu lassen, noch hebt das Präsidium hervor, daß hier „persönliche Bemerkungen“ am Platze seien. „Schluß“ heißt es und donnert es „Schluß“!

Natürlich ziehen die HH. Trabert und Oesterlen ihre Anträge zurück, da sie „nicht verurtheilt sein wollen, ehe man sie gehört hat“. Und ebenso natürlich empfängt die Majorität diesen Ausdruch gerechten Unwillens mit „Bravo“, ob aus Hohn oder aus — Naivität, vermögen wir nicht zu sagen. Allah ist nämlich groß, aber Gotha noch viel größer. Alles das, nachdem bei Beginn der Debatte der Berichterstatter des Ausschusses, Hr. Völl die „Ehrlichkeit“ im Parteikampf angerufen hatte.

Die Anträge des Ausschusses gehen mit großer Majorität durch; am stärksten war die Minorität, als es sich um den von Herrn Streit aus Coburg beantragten Strich der „Concessionen an Preußen“ und Beseitigung der Confusion preußischer mit deutschen Interessen (Ausschußantr. I. 2 u. 3) handelte; hier erhob sich ein gutes Viertel der Versammlung. Ein fanatischer Mehrheits-Mann rief dagegen ganz heroisch: „Ein Zwölftel“! Viele behaupten, es sei ein Statistiker gewesen; das ist unmöglich.

Und das war Alles. Nicht doch: badische Abgeordnete forderten den Zusatz: „Einberufung eines deutschen Parlaments“ — wahrscheinlich vom Herzoge von Mölln berufen! Großmüthig bewilligte die Majorität des Ausschusses und der Versammlung diesen harmlosen Wunsch. Harmlos, weil er nicht erfüllt wird; wir unsereriens wurden im Augenblicke gegen ein allgemein deutsches Parlament protestiren.

So ward die Majestät des deutschen Volkes am 1. October zu Frankfurt a. M. von Braun dem Bären im seltsamen Bunde mit Reinecke Fuchs gefoppt und genarrt. Wir sind um eine große Enttäuschung — reicher.

Politische Umschau.

Der alte Fürst Metternich — ungesegneten Andenkens — pflegte Deutschland einen geographischen Begriff zu nennen; gegenwärtig ist Deutschland auf dem besten Wege, ein österreichisch-preußischer Begriff zu werden.

Der hohe deutsche Bund, bisher das lügnerisch-trügerische Band, durch welches dreißig und einige theils große, theils mittlere, theils kleine und kleinste Staaten zusammengehalten wurden, hat aufgehört zu existiren. Gott sei dem Sünder gnädig! Der deutsche Bund hätte heuer sein 50jähriges Jubelfest feiern können, wenn nur der geringste Anlaß zur Freude und Jubel vorhanden gewesen wäre. Dafür leider desto mehr Anlaß zu Scham und Schande. Der Bundestag hat sein trauriges Dasein mit einer bezeichnenden sinnbildlichen Handlung beschließen wollen; denn gerade in dem Augenblick, wo es alle Hände voll für ihn zu thun gab, machte er Ferien und ging auf Reisen, um sich von all der sauren Arbeit zu erholen, die er unterlassen hatte.

Die beiden Vormächte haben nun die Vormundschaft über das große Kind, Deutschland genannt, thatsächlich angetreten; ihre Mittel erlauben ihnen das. Die Mittel- und Kleinstaaten, vor nicht gar langer Zeit noch so gründlich deutsch, muksen nicht, höchstens nach Innen. Selbsterhaltungstrieb.

Verrathen und verkauft, das ist das Loos der Herzogthümer. Lauenburg ist verkauft. Wer weiß, ob nicht über ein Kleines auch Holstein den kaiserlich-königlichen Ansprüchen abgekauft wird? So wird Beiden geholfen: Preußen braucht Land, um sein Gebiet zu vergrößern und seine Grenzen abzurunden; Oesterreich braucht Geld, um seine Taschen aufzurunden und den Staatsbankerott sich vom Leibe zu halten. Den moralischen Theil des Geschäfts besorgen die Kronsyndici, die alsbald nachweisen werden, daß nach dem altehrwürdigen „Up ewig ungedeelt“ auch Holstein in preußischen Besitz übergeben müsse.

Gegenwärtig nun weilt der preußische Staatswagen-Lenker in Paris bei seinem Lehrherrn. Es ist aber eine alte politische Wetterregel: Wenn zwei oder drei Staatslenker die Köpfe zusammenstecken, bedeutet es Unwetter, gleichwie der Regen nicht weit zu sein pflegt, wenn der Esel die Ohren schüttelt. Annäherung Preußens an Frankreich — natürlich kann es nicht fehlen, daß sich an die Möglichkeit eines solchen Bündnisses auch gleich Vermuthungen knüpfen über den Preis, welchen Louis Napoleon für etwaige Gebietsvergrößerungen Preußens in Deutschland verlangt, und schon werden allerlei Befürchtungen laut wegen einer „Regulirung der Rheingrenze“. Glaube das, wer mag; wahrscheinlicher ist, daß es sich um Belgien und Piemont handle, welche beiden Länder Frankreich sich sehr gern erwerben möchte. Bei beiden Erwerbungen ist Deutschland betheiligt: bei Belgien ganz direkt, indem die Neutralität dieses Staates ein wichtiger Schutz für die deutsche Nordgrenze war, und bei Piemont in sofern, als der Preis, welchen das Königreich Italien für Piemont verlangt, nicht blos in der Regelung der Römischen Frage und in der Losreißung Venedigs von Oesterreich besteht, sondern Italien fordert außerdem noch Triest, welches allerdings durch Oesterreichs Verschuldung einen stark italienischen Charakter angenommen hat. Trotzdem aber ist Triest und seine Umgebung deutsches Land, welches für Deutschland von der größten Bedeutung ist, indem es die Verbindung Deutschlands mit dem Mittelmeer vermittelt. Wird Triest zum Königreich Italien geschlagen, so ist Deutschland von dem direkten Verkehr mit dem Mittelmeer abgeschnitten, wozu nie und nimmer Deutschland Ja und Amen sagen darf.

Frankfurt a. M., 2. Oct. In der Versammlung von Mitgliedern deutscher Ständekammern, welche gestern hier stattgefunden hat, sind von dem „Sechsunddreißiger-Ausschuß“ nachstehende Anträge zur Annahme vorgeschlagen worden:

„In Hinblick auf den Beschluß vom 21. December 1863, worin 491 Mitglieder deutscher Landesvertretungen einstimmig die sofortige Herstellung der Selbstständigkeit und unzertrennten Verbindung der Herzogthümer unter ihrem unzweifelhaft erbberechtigten Herzog Friedrich forderten und hierfür ihre thatkräftige und opferwillige Mitwirkung gelobten, —

unter Bezug auf die Erklärungen von nahezu 300 auf Ostern 1864 in allen Theilen Deutschlands abgehaltenen Volksversammlungen, wornach jede Entscheidung wider den Willen des Volkes der Herzogthümer als rechtlose Gewaltthat null und nichtig erklärt wurde, —

mit Rücksicht auf die Rechtsverwahrung von 1388 Mitgliedern deutscher Landesvertretungen, welche die Entscheidung über die etwa bestrittenen Erbrechte des Herzogs Friedrich dem Volke und seinen Vertretern vindicirte und gegen jede Verfügung über die Herzogthümer ohne und wider ihren Willen vor Deutschland und Europa protestirte, —

in Erwägung, daß es gegen Bundes- und Freundesland ein Recht der Eroberung nicht gibt und daß die nackte Gewalt kein Recht begründet, daß ebenso der Kauf und Verkauf eines deutschen Landes und seiner Bevölkerung Seitens der zwei deutschen Großmächte dem Rechte Hohn spricht, —

unter Hinweis auf den zweifellosen Grundsatz, daß zwar das Wohl des Ganzen den einzelnen Theil zu Opfern verpflichtet, daß aber unter dem Vorwande der Förderung deutscher Interessen oder wegen angeblichen eigenen Interesses kein einzelner deutscher Staat den anderen zur Bewilligung einseitiger beliebiger Ansprüche zwingen kann und daß ein verfassungsmäßiges Organ des Willens der deutschen Nation zur Zeit nicht besteht, —“

stellt der Sechsunddreißiger-Ausschuß folgende Anträge an die Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen:

„I. Die Versammlung beschließt, unter Aufrechthaltung der einstimmigen Erklärung vom 21. December 1863:

1) Das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volks schließt jede Vergewaltigung desselben und jede Entscheidung über sein Schicksal ohne freie Zustimmung der Landesvertretung aus. Der Gasteiner Vertrag verletzt auf's Tiefste alle Rechtsordnung und Rechtssicherheit in Deutschland, und droht der in jeder Form verderblichen, und unter allen

Umständen abzuwehrenden Einmischung des Auslands in rein deutschen Fragen einen Vorwand zu geben. Er wird als Rechtsbruch von der Nation verworfen, und ist namentlich für die Herzogthümer in keiner Weise rechtsverbindlich und gültig.

2) Das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer ist nur beschränkt durch höhere Interessen Deutschlands.

3) Die vom engern Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine am 26. März 1865 in Berlin zu Gunsten Preußens gebotenen und in der Delegirtenversammlung vom 19. April bestätigten Zugeständnisse, sowie die in der Eingabe der holsteinischen Ständemitglieder an den deutschen Bund am 6. September 1865 ausgesprochene Geneigtheit zu Concessionen an Preußen sind ein unbestreitbares Zeugniß für die Opferwilligkeit der Herzogthümer.

II. Gegenüber dem bisherigen Vorgehen der Regierungen Oesterreichs und Preußens erklärt die Versammlung als heilige Pflicht der deutschen Volksvertretungen, insbesondere des preußischen Abgeordnetenhauses, für die verletzten Rechte der Herzogthümer, für Berufung ihrer Vertretung und für sofortige staatliche Constituirung Schleswig-Holsteins entschieden und ohne Verzug einzutreten, und damit ihre eigenen verfassungsmäßigen Rechte zu wahren. Die Versammlung vertraut auf den bewährten Rechtssinn der Bevölkerung der Herzogthümer, daß sie fest und muthig ausharre. Sie erwartet und fordert, daß das ganze deutsche Volk den bedrängten Schleswig-Holsteinern treu und kräftig zur Seite stehe und alle Gegensätze der Parteien und Meinungen schweigen lasse, welche die Kraft der nationalen Kundgebungen nur lähmen, die Sache der Herzogthümer gefährden, und statt zur Kräftigung des gemeinsamen Vaterlands nur zu dessen Zwietracht und Zerrissenheit führen würden.

III. die Versammlung erklärt es für Pflicht der deutschen Volksvertretungen:

1) Anlehen oder Steuern für die bisherige Politik der Vergewaltigung sind keiner Regierung zu verwilligen.

2) Dagegen ist es, wenn die Sache der Herzogthümer im Sinne des Rechts erledigt wird, gerecht und billig, daß die Kosten des ebensowohl für Deutschland, als für die Herzogthümer geführten Kriegs nicht den letztern allein aufgebürdet, sondern von ganz Deutschland verhältnißmäßig getragen werden.

IV. Die Versammlung bestellt abermals einen sechsunddreißiggliederigen Ausschuß, um im Sinne der am 21. December 1863 und heute gefaßten Beschlüsse ferner thätig zu sein. Dieser Ausschuß ist befugt, sich nach Bedürfniß weiter zu ergänzen, eine engere geschäftsleitende Commission aus seiner Mitte zu bestellen, und nach seinem Ermessen eine abermalige Versammlung zu berufen."

Diese Anträge sind in dieser Fassung sämmtlich von einer großen Mehrheit angenommen worden und dazu noch der von badischen Abgeordneten, Gerwig und Genossen gestellte Zusatz-Antrag zu III.: „Der Abgeordnetentag hält es auch bei diesem Anlaß für eine heilige Pflicht, das rechtlich begründete Verlangen der Nation nach einem deutschen Parlament zu wiederholen." Der Ausschuß hatte erklärt, daß er diesem Antrag „keinen Widerspruch" entgegensetzen werde. Zu mehr als diesem nutzlosen Verlangen vermochte die unbelehrte Majorität der Verehrer der „preußischen Spitze" sich nicht zu erheben; ja nachdem dieselbe Majorität einen ihrer parlamentarischen Harlekins gegen die Gegner ins Treffen geschickt und durch diesen mit der unwürdigsten und illoyalsten Sophistik die Gegner hatte verdächtigen lassen, — schnitt sie den Gegnern das Wort der Entgegnung und Vertheidigung gegen diese Erbärmlichkeiten ab und begrüßte mit Bravo: als die so mißhandelten Gegner mit unzweifelhaftem Ausdruck der Indignation und Verachtung ihrer Anträge zurückzogen, „weil ihnen das Wort der Vertheidigung für dieselben abgeschnitten worden sei," das zu hören die Leiter dieser Majorität allerdings nicht den Muth zu haben schienen. — Abends, im Laufe der s. g. „geselligen" Zusammenkunft, mit welcher der Abgeordnetentag schloß, soll, wie von Augenzeugen versichert wird, zum würdigen Schluß ein namhaftes Mitglied der preußischen Partei des Abgeordnetentags und der „geschäftsleitenden Commission des 36er Ausschusses", in demselben Saal, in welchem am Tage die Versammlung stattgefunden hatte, sich durch ein Handgemenge mit Lassallianern und mit Hinauswerfen, nach anderen Augenzeugen mit Hinaustragen derselben, vergnügt haben. Es soll das derselbe Mehrheitsmann gewesen sein, der Vormittags in der Versammlung, als sich gut ein Viertheil gegen die, deutsche mit preußischen Interessen vermischenden, Concessionen an Preußen erhob, mit stoischer Selbstverleugnung „eine Zwölftheit" verkündet hatte. Ob die Thätlichkeiten von den Lassalleanern absichtlich provocirt worden sind, wie die einen sagen, oder ganz auf der „Politik der freien Hand" und dem freien Entschluß beruhten, gleichviel! Diese abendliche Lösung der „socialen Frage" behält so oder so ihren bleibenden Werth. Der Abend hat sich übrigens nur consequent dem Tage angeschlossen. Am Tage schneidet man nach einem illoyalen, um nicht zu sagen gemeinen, Angriff den politischen Gegnern das Wort der Vertheidigung ab und Abends majorisirt man die socialen Gegner mit „geselligen" Fäusten zur Thüre hinaus. Eines so würdig wie das andere. Nehmen wir Arbeiter ein abschreckendes Beispiel an dieser Art von „Bildung".

Dresden, 1. Oct. (Herr v. Beust und die deutsche Volkspartei.) Das Organ der Regierung, das Dr. J., erläutert die Angabe der D. A. Z. über die Betheiligung eines Minister-Beamten an der Versammlung der Volkspartei in Darmstadt; dasselbe schreibt: „der im statistischen Bureau — nicht im Ministerium des Innern — angestellte, in früherer Zeit bei der Redaction des „Dresdener Journals" betheiligte Secretär Dr. Petermann hat gelegentlich einer Urlaubsreise einer in Darmstadt erhaltenen Einladung zur Theilnahme an gedachter Versammlung Folge gegeben, allerdings ganz ohne Wissen seiner vorgesetzten Behörde."

Aus der Werkstätte.

Pforzheim, 3. October. Der in Nr. 144 Ihres Blattes enthaltene Aufsatz über die „Frauenfrage, Frauenarbeit, oder Fabrikantenspeculation" — scheint mir fast von einem Spaßvogel geschrieben zu sein, der zu recht viel Anregen in besagten Fragen Anlaß geben will, sonst müßte ich schlimmer von dem Manne denken. Denn wenn er meine Flugschriften und Aufsätze aufmerksam gelesen hat, welche die Arbeiterzeitung brachte und welche ich den Vereinen zusandte, so müßte er gerade gefunden haben, daß die Vorschläge, welche ich in Bezug der Reformen in der Frauenwelt machte, gerade den schlechten Fabrikanten, welche aus schlimmen Motiven speculiren, am meisten zu Leib geht. Er kann meine Gedanken, die zugleich diejenigen ausgezeichneter Männer und Frauen sind, nicht recht gelesen haben, und bitte dies mit Aufmerksamkeit zu thun, zumal ich ihn versichere, daß ich aus einer reichen und langen Lebenserfahrung spreche und mir kein Mensch in der Stadt böse Absichten und Beweggründe unterschieben wird, obgleich ich so viele Feinde habe, worunter nicht wenige Fabrikanten sind, die so speculiren, als wie Herr Z. R., es darstellt. Curios, gerade diese schlimmsten Herren, sind meinen Reformvorschlägen am gehässigsten entgegen! Warum? — Es ist ihnen lieber, wenn die Sache bleibt wie sie ist. Da stehen sie sich hier und überall besser. Jetzt kann man, wenn es so bleibt, wie es ist, immer besser speculiren, es soll aber so werden, wie ich es andeutete. Die Sätze in dem besagten Artikel sind lauter allgemeine Bemerkungen — wenn der Mann genau und sachlich auf meine Darstellungen eingeht, so werde ich ihm folgen, auf anonyme Verdächtigungen lasse ich mich nicht ein, ich liebe offenes Visir und verachte alle geheimen persönlichen Angriffe.

Die Hauptsache ist, unser Ziel und unsere Principien, die wir aufstellten, sind gut — die kann kein vernünftiger Mann bekämpfen wollen, auch daß Reformen nöthig sind, wird Niemand bestreiten wollen, — die Frage bleibt: wie ist zu helfen?

Vorerst müssen sich die besseren Frauen und Mädchen aufraffen und für ihr eigenes Geschlecht selbst etwas thun wollen, und zwar vereint mit den besseren Männern, wer hat da etwas dagegen? —

Ferner muß Alles, was die Arbeiter von den Begriffen der Bildung und Arbeit gelten lassen, auch für die Frauen, (bezüglich auch die Arbeiterinnen) gelten, — oder soll es da heißen: „Halt Bauer, das ist etwas anderes?!"

Könnte man nicht ebenso verdächtigen und sagen, nur Arbeiterspeculationen, d. h. Arbeiter, welche keine Frauen und keine Schwestern haben, und welche in ihrem Egoismus fürchten, daß ihnen die besseren Arbeiterinnen schaden könnten, wehren sich gegen eine Reform, die ihnen freilich keinen Nutzen bringt. Thatsache ist es, daß es nicht allein schlechte und bornirte Arbeitgeber, sondern auch solche Arbeiter gibt — es kommt nun darauf an, wie es sich gestalten wird, ob in meinem Sinne diese oder die besseren auf unserer Seite stehen? —

Wenn der Verfasser jenes Artikels in meine aufgestellten Cardinalsätze und Beispiele näher eingehen wird, bin ich bereit, weiter zu antworten.

Schließlich ein Brief von einer Frau, welchen ich erhielt und der hiermit folgt, aus der Gewerbehalle, in welcher es abgedruckt wurde:

„Die Frauenarbeit.

„Intelligenz und Humanität interessiren sich täglich mehr für diese Frage und auch keine Frau, welche einen offenen Geist und ein offenes Herz für die allgemeinen menschlichen Entwickungen in sich trägt, kann es sich länger verhehlen, daß die jetzige weibliche Erziehung eine unzweckmäßige ist und daß das weibliche Geschlecht mehr als bisher der Arbeit als Lebensberuf entgegengeführt werden muß. Nachdem uns England, als das Land zweckmäßigen Angreifens, hierin schon lange ein gutes Vorbild gegeben, nachdem dasselbe jetzt die umfangreichsten Unterrichtsanstalten auf Aktien für das weibliche Geschlecht in's Leben gerufen hat, nachdem ferner Schweden seit 1858 eine Industrieschule besitzt, welche 1861 unter ca. 800 Schülern 300 Frauen und Mädchen zählte, nachdem endlich die in Paris schon länger bestandenen Musterschulen auch nach Belgien verpflanzt worden sind, haben nun auch Brüssel, Antwerpen, Lüttich und Verviers in letzter Zeit durch Vereine Unterrichtsanstalten für weiblichen Fachunterricht der verschiedensten Art erhalten und zwar wird in denselben nicht nur Gelegenheit zum Erwerbe gewerblicher und kaufmännischer, sondern zugleich haushälterischer allgemeiner Bildung geboten. Ja! selbst die Schweiz hat einige wenn gleich auf Privatinteresse gegründete gewerbliche Bildungsanstalten dieser Art für sich aufzuweisen. Nur in Deutschland haben wir bis jetzt bloß kaufmännisch-gewerbliche Fortbildungsanstalten für Mädchen, so in Stuttgart, Leipzig und Chemnitz, in allerneuester Zeit vielleicht auch in Berlin."

„Das Gewerbeblatt aus Würtemberg vom 23. und 30. Juli d. J. enthält nun einen Aufsatz, der — Reclam's Werk über Gesundheit und Schönheit des Weibes entnommen — von unberechenbaren Folgen in der vorliegenden Frage sein kann, wenn die dort vertretenen Gedanken allgemeine Unterstützung und Förderung finden sollten. Ist auch die Betheiligung der Männer, namentlich des gebildeteren Gewerbestandes, mit Kopf und Herz, ja selbst mit dem Geldbeutel für die Sache erforderlich, vor Allem müssen doch die Frauen und Töchter dieses Standes von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Anstalten für allseitige Bildung des weiblichen Geschlechts durchdrungen sein. Entschieden und bestimmt müssen sie es bethätigen wollen, daß die Arbeit, selbst die Arbeit um Lohn, die Frau — so gut wie den Mann — ehrt und erfreut; alsdann, wenn diese Grundsätze zur allgemeinen Geltung gekommen sind, wird die rechte und wahre Blüthezeit für das weibliche Geschlecht zu Tage treten. Die Redaktion des Gewerbeblattes kann nur wünschen, daß diese trefflichen Worte im Kreise seiner Leser und Leserinnen recht lebhaften Anklang finden und das Verlangen nach zweckmäßigem Frauen-Unterrichte wecken und zum Ausdruck bringen mögen. Wo die Nachfrage nach Unterricht, die Aussicht auf einen wenn auch nur einigermaßen lebhaften Besuch weiblicher Fortbildungsschulen vorhanden ist, da werden, hoffen wir, besonders in Schwaben, wo man so gerne das Nützliche mit dem Schönen verbindet, gewiß auch Leute sich finden, die solche Anstalten in's Leben rufen, wozu Unterstützung aus Staatsmitteln ja überall in Aussicht steht! — Haben ja doch bereits einzelne Städte des Landes begonnen, hierin mit gutem Beispiele voranzugehen."

Moritz Müller.

Briefkasten.

Von Hrn. W. F. in Kaiserslautern erhalten am 28. Sept. 1 fl. für's IV. Quartal der Arbeiterzeitung. — Von Hrn. H. G. in Marburg erhalten am 3 d. Mts. 42 kr., wonach Sie noch 18 kr für Porto zu entrichten haben, die Sie uns entweder in Briefmarken oder bei Erneuerung des nächsten Quartals mit einsenden wollen. — F. L. in St: Die Denkschrift in nächster Nr — H. Schw in G. Für diese Nr. zu spät, in nächster Nr. — Hr H in Nbg Wir bitten um Nachricht auf unsere neuliche, private Anfrage Die gedruckten Verhandlungen des Vereinstags in Stuttgart noch immer nicht erhalten. — Exped. des W. d. R.-B. Zu spät für diese Nr. Einsendungen müssen stets bis Donnerstag Mittags hier sein, wenn sie noch Aufnahme in die nächste Nr. finden sollen. D. Red.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 146.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag,

15. October 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Bekanntmachung des Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, die Bestellungen auf die „Arbeiterbibliothek" betreffend. Aufforderung an die Arbeitervereine Sachsens, den Beitritt zum Gauverband und die Annahme des Normal-Sparkassenstatuts betreffend. Vom Arbeiterbildungsverein in Cottbus, Stiftungsfeier. Vom Berliner Handwerkerverein; vom Berliner Schuhmachergesellenverein. Aus Göttingen, Arbeiterverein Vorwärts. II. **Politischer Theil.** Der Herzog von Mölln und die französischen Schreibmaschinen. Aus Coburg, neuer Preßproceß zu Gunsten der Unterdrücker Schleswig-Holsteins. Aus Wiesbaden, Belohnung Reinecke Brauns, wenn nicht reinlich, doch zweifelsohne. Frankfurt, was die Soldschreiber des Berliner Preßbüreaus dem deutschen Volke schwarzweiß machen möchten. Vom Rhein, ein männliches Wort gegen die verschämten und unverschämten Annexionisten. Eine noch nicht corrumpirte democratische Stimme aus Preußen. Köln, Robert Blums Mutter todt. Aus Hamburg, zweideutige Rathgeber des Herzogs Friedrich. Die Kölnische Zeitung, Hr. v. Treitzschke und die Stimmung in Schleswig-Holstein. Aus Dänemark, von einem Bündniß Skandinaviens, Deutschlands und Englands. Aus Norwegen, Storthing eröffnet. Aus Ischl, was ein Häkchen werden will, krümmt sich bei Zeiten. — Die katholische Universität und die hochadeligen Damen. — Paris, ein anständiger Franzose über die unanständigen Liberalen in Deutschland; was die „Liberté" über die politische Lage sagt. Aus Spanien, die Dinge kommen ins Rollen. Aus Italien, Garibaldi zu den Wahlen. Aus Rom, was der Bombenkönig mit den „Ehrenschild" der deutschen Junker anfangen wird. — Auch in Sibirien die Ruhe und Ordnung gestört. — Programm der deutschen Volkspartei. III. **Socialer Theil.** Aus Leipzig, vom ersten deutschen Frauentag. Aus der Schweiz, Gesetz zum Schutz der Fabrikarbeiter in Glarus, vom Jahre 1864. Aus London, Ruskin gegen die Manchestertheorie. Aus Paris, die Arbeiterbewegung in Frankreich, Uebergang vom Lohnverhältniß zum Tantièmevertrag. Aus Stuttgart, Cigarrenarbeiterangelegenheit: Denkschrift über die Nachtheile der Cigarrenfabrikation in den Strafanstalten, von F. W. Fritzsche. IV. **Vermischtes:** Der deutsche Handelstag über die Reformen im Postwesen. V. Vom Büchertisch. VI. Briefkasten. VII. Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Anfragen über, und Bestellungen auf die „Arbeiter-Bibliothek" bittet der Unterzeichnete direct an den Herausgeber, Herrn **Weithmann**, per Adresse des Verlegers, Herrn **E. Keil** in **Leipzig**, zu richten.

Staudinger,
Vorsitzender des ständigen Ausschusses.

An die Arbeitervereine Sachsens.

Nach wiederholter Aufforderung, uns die Beitritts-Erklärung zum Gauverband und Antwort wegen Annahme des Normal-Sparkassenstatuts zukommen zu lassen, sind es nur wenige Vereine gewesen, welche unseren dringenden Bitten Folge geleistet haben.

Unsere Zuschriften, die zu dreißigen von hier abgehen und von Seiten der Vereine nur **einer** Antwort bedürfen, sind zum großen Theil unerledigt geblieben, und die Folge eine Geschäftsstockung geworden, die, wenn sie sich nicht in eine präcise Abwicklung unseres gegenseitigen Verkehrs umgestaltet, unseren gemeinsamen Bestrebungen nichts weniger als förderlich sein kann.

Vor Erledigung der von uns gestellten Fragen sind wir nicht in der Lage mit der Aussendung von Reisepredigern zu beginnen und das Normalstatut drucken zu lassen; wir ersuchen deshalb die Vereine, welche mit ihrer Antwort noch im Rückstand sind, dieselbe innerhalb 8 Tagen, von unten gestelltem Datum an gerechnet, zu bewirken.

Es ist uns eine ernste Pflicht, die Brudervereine dringend aufzufordern, an Stelle dieser Lauheit eine rührige Thätigkeit zu setzen; wir hoffen aber auch, daß diese im Interesse der Sache wohlgemeinte Aufforderung überall günstige Aufnahme und Gehör finde.

Mit Gruß und Handschlag.

Leipzig, den 15. October 1865.

Bebel. **Germann.**

Cottbus, 7. Oct. Sonnabend, den 21. d. Mts. feiert unser Verein sein erstes Stiftungsfest, zu welchem Brudervereine von Nah und Fern herzlich eingeladen werden. Ist unser Verein auch klein an Zahl, im Verhältniß zum Ort, so sind **unsere** Mitglieder jetzt, da sie lediglich auf Selbsthülfe angewiesen sind, desto eifriger. In einigen Lehrstunden besonders (welche lediglich von Vereinsmitgliedern aus dem Arbeiterstande ertheilt werden, bis auf den Gesang) zeigt sich ein recht erfreulich reger Geist. Wir Alle sind fest überzeugt, daß Selbsthülfe stets die beste Hülfe sei. Wir Alle sind auch fest entschlossen, treu unserer Gesinnung als Männer auszuhalten; ob auch unsere zahlreichen Feinde nichts unversucht lassen, das gute Unternehmen in seinem Entstehen schon zu zerstören und Haß und Zwietracht zu säen. Jesuiten gibt's an allen Orten, jedoch ihr Reich geht seinem Untergange immer mehr zu. Nach Nacht folgt Licht.

Der Vorstand des Arbeiterfortbildungsvereins.

G. Neumann. I. Vorsitzender. **Alex. Schulze.** II. Vorsitzender.

± **Berliner Handwerkerverein.** In unserem jüngsten Bericht theilten wir das Ergebniß der stattgehabten Repräsentantenwahlen mit und knüpften daran die Bemerkung, daß die neugewählten Vertreter bei der Vorstandsersatzwahl auch die richtigen Männer wählen mögen. Dies ist zum Theil geschehen. In der am 2. September stattgehabten öffentlichen Repräsentantenversammlung sind für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Walter, Platau, Hausknecht und Thier, der Abg. Franz **Duncker**, Uhrmacher **Baumgarten**, Bäckermeister Thier und Buchhändler **Haase** (auf 3 Jahr) und Assessor **Weber** (auf 1 Jahr) (inzwischen zum Oberbürgermeister in Gera berufen) gewählt. Als Stellvertreter wurden gewählt Dr. **Rosenthal**, **Plátau**, **Borck**, **Oppenheim**, **Hausknecht** und **Walter**. Ebenso wurde in dieser Sitzung, wie wir bereits in unserem letzten Bericht Erwähnung thaten, der § 10 des Statuts in Betreff des Wahlrechts dahin abgeändert, daß dasjenige Mitglied das Recht zu wählen habe, welches überhaupt 6 Monate im Jahre Mitglied gewesen und nicht 3 Monate vor der Wahl ununterbrochen wie es bisher war. Der letztere Beschluß wurde von der alten Repräsentantenversammlung, welche vorher Sitzung hatte gefaßt, während wir schon oben angedeutet, die Vorstandsersatzwahl von den neuen Repräsentanten vollzogen wurde. — Ein wesentliches Ereigniß in unserem Verein ist das, daß der bisherige erste Vorsitzende Stadtverordnete **Steinert** sein Amt am 1. October aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt, ein Ereigniß, was für den Verein ohne Frage zu beklagen, da derselbe den Verein Dienste geleistet, die nicht zu unterschätzen sind. Auf der anderen Seite ist es jedoch erfreulich, daß die sogenannte Handwerkerpartei unterlegen ist. — Vom October ab finden jetzt Sonntags keine Concerte mehr statt, sondern musikalische deklamatorische Unterhaltungen unter Leitung **Mohrs**. Mittwochs finden laufende Vorträge über Gesundheitspflege von Dr. **Sclarek** statt. — Einen Verlust hat der Verein durch das Ausscheiden des Baumeister **Keßler** aus unbekannten Gründen erlitten, und durch den Tod des in der Nacht vom 17. zum 18. Sept. in Reichenhall verstorbenen Literaten **Ernst Roth**. Des Letzteren zu angestrengte Thätigkeit war leider mit die Folge seines frühen Todes. Roth war einer von denjenigen Lehrern, die, wie der verstorbene Rother auf den er selbst die Gedächtnißrede gehalten, immer da eintrat, wo andere fehlten. Er war geboren am 21. October 1825. Eine kurze Gedächtnißfeier fand bereits am 23. Sept. im Vereine statt.

± **Berlin.** Am 2. October fand hier eine Versammlung von Schuhmachergesellen statt, zur Besprechung der Gründung eines Vereins. Es wurde beschlossen: unter dem Namen **Berliner Schuhmachergesellen-Verein**, in Verbindung mit einem Sparverein einen Verein zu gründen zum Zweck der Förderung der geistigen und materiellen Interessen. Ein von dem Comité vorgelegter Statutenentwurf wurde vorläufig angenommen. Der Beitrag beträgt monatlich $2\frac{1}{2}$ Sgr. wofür 1 Sgr. für die Verwaltung des Vereins verwendet werden und $1\frac{1}{2}$ Sgr. als Spareinlage für die betreffenden Mitglieder. Es meldeten sich gleich 32 als Mitglieder, die auch sofort ihren Beitrag zahlten. Eine weitere Versammlung zu end-

gültiger Feststellung des Statuts wird am nächsten Montag stattfinden.

Ω Aus Göttingen. Daß sich hier am 12. Aug. d. J. ein neuer Arbeiterverein unter dem Namen Arbeiterverein „Vorwärts“ constituirt hat, ist durch die Zeitungen wohl den meisten benachbarten Vereinen bekannt geworden; ob aber auch die Gründe, weshalb sich ein neuer Arbeiterverein daselbst gebildet hat, in den betreffenden Kreisen ebenso bekannt sind, das ist die Frage. Es dürfte daher vielleicht nicht unwichtig sein, diese Gründe und Ursachen in das rechte Licht zu stellen und dadurch irrige Ansichten zu berichtigen. — In Göttingen besteht bereits seit 6 Jahren ein Handwerkerbildungsverein, wenn nun daneben noch ein anderer Verein sich bildet, der ähnliche Zwecke erstreben will, so muß das doch für manchen, der die Verhältnisse nicht näher kennt, befremdend sein, da er wahrscheinlich denken wird, weshalb in einer Stadt, wie Göttingen, die beiden Vereine sich nicht vereinigt haben oder noch vereinigen. — Unter den vorwaltenden Umständen aber ist eine Vereinigung nicht möglich; es hat sogar eine Trennung statt gefunden, da die Gründer des neuen Vereines früher Mitglieder des Göttinger Handwerkerbildungsvereins waren. Um falschen Ansichten und Vorurtheilen zu begegnen muß hier nun zunächst hervorgehoben werden, daß ein unbefangener Beobachter nicht verkennen kann, daß im Göttinger Handwerkerbildungsvereine nicht der Geist des deutschen Arbeiters herrscht, daß das Leben im Vereine nicht dem Sinne der Arbeitervereine entspricht. Jeder erwartet doch, daß in einem Bildungsvereine die Mitglieder danach streben, sich in jeder Beziehung auszubilden, daß der Einzelne nach Kräften sich der Ordnung und Eintracht befleißigt und keine Partheiungen und Umtriebe genährt und angeschürt werden, daß keine Grobheiten vorfallen, sondern das Betragen aller, sowohl vom Schüler, wie vom Lehrer stets zeige, man befinde sich in einem Bildungsvereine, daß nicht Privatinteressen und Vortheile als Triebfedern die Ansichten und Gesinnungen Einzelner und die Beschlüsse Vieler beeinflussen, daß nicht einige wenige oft allein über wichtige Sachen beschließen und so ein oligarchisches Regiment führen, daß ferner der Vorstand aus solchen Männern besteht, die das Vertrauen des Vereines nicht mißbrauchen, Recht und Gerechtigkeit handhaben und ihr Amt zu verwalten auch fähig sind; daß endlich über den Unterricht eine genaue Controle geführt wird, so daß die Lehrer nicht vor leeren Tischen und Bänken Unterricht zu ertheilen nöthig haben und so ihre Mühe, vorzüglich wenn sie den Unterricht gratis geben, noch obendrein mit Undank belohnt sehen; daß schließlich hauptsächlich die Grundlagen, auf denen jeder Verein beruhen muß, die Statuten, consequent durchgeführt werden. Das sind die Mängel und Uebelstände, die Jemandem, der tiefer in die innern Verhältnisse des Göttinger Handwerkerbildungsvereines hineinblickt, nicht unbemerkt bleiben können, und noch viele andere fallen bei einer genauen Betrachtung dem Beobachter auf, daß z. B. bei der Aufnahme neuer Mitglieder nicht streng genug verfahren und eben auf den Punkt gar keine Rücksicht genommen wird, daß nur unbescholtene Leute Aufnahme finden können. Nicht einmal ein Friedensgericht ist vorhanden, welches doch für vorkommende Fälle so nothwendig ist. Aus all diesem wird jedem klar hervorgehen, wie eine Trennung möglich war, zumal da von dem größern Theile des Vorstandes offenbar partheiisch verfahren und eine Abhülfe der Uebelstände, weshalb ein Theil der Mitglieder Beschwerde führte, absichtlich nicht statt fand; man sogar die Beschwerdeführenden als Unruhestifter u. dgl. zu bezeichnen sich Mühe gab. In Folge dessen traten dann über 20 Mitglieder, darunter 5 vom Vorstande aus, und den Nutzen der Arbeitervereine erkennend, beschloß man, sich aus eignen Mitteln das wieder zu schaffen und zu erringen, was man durch den Austritt aufgegeben, und einen neuen Verein zu bilden, der auf strengeren und besseren Prinzipien beruhe mit Vermeidung aller Uebelstände, wie sie vorhin erwähnt sind. Den in Bremen bestehenden und glänzend aufblühenden Arbeiterverein „Vorwärts“ sich zum Muster nehmend, trat man unter demselben Namen zusammen und entwarf nach den vorliegenden Statuten des Hamburger und Hannoverschen Vereines die Vorlagen zu den neuen Statuten, welche dann nach längerer mehrmaliger Berathung und Debatte den 12. August angenommen wurden. Zum Präsidenten wählte man den Herrn Buchdruckereibesitzer Hofer und zum Vicepräsidenten den ebenfalls ausgetretenen Vicepräsidenten des Handwerkerbildungsvereins Herrn Lehrer Niebecker. Als Hauptpunkte der Statuten des neuen Vereines mögen im Gegensatz zu denen des alten folgende hervorgehoben werden. Die Aufnahme von neuen Mitgliedern findet nur durch Ballotement sämmtlicher Mitglieder in der gewöhnlichen monatlichen Generalversammlung statt, und eben nur solche Personen können aufgenommen werden, gegen deren Lebenswandel auch nicht der geringste Tadel vorliegt, zugleich wird monatlich von den Cassirern Rechnung über Einnahme und Ausgabe abgelegt, sowie über die Anzahl der Mitglieder im verflossenen Monat Bericht abgestattet. Jedes Mitglied muß sich bei seiner Aufnahme von vornherein verpflichten, wenigstens an einem Unterrichtszweige Theil zu nehmen, die Controle über den Besuch der Unterrichtsstunden liegt den Ordnern ob und haben dieselben ein Versäumniß der Säumigen zu führen; dieselben sollen dann, wenn sie Unterrichtsstunden, zu deren Besuch sie sich verpflichtet haben, ohne genügenden Entschuldigungsgrund (Krankheit, Abwesenheit, sehr dringende Arbeit) versäumen 1 Sgr. und für Verspätungen, welche eine ½ Stunde den Anfang des Unterrichts überschreiten, ½ Sgr. als Strafe in die Hauptcasse zahlen. Ein Friedensgericht schlichtet die etwa vorkommenden Streitigkeiten und Differenzen unter den Mitgliedern; wer sich den Anordnungen desselben durchaus nicht fügen will, wird vom Verein ausgeschlossen. Daselbe soll ferner möglichst darüber wachen, daß das Betragen und der Lebenswandel aller Mitglieder nirgends Anstoß errege und innerhalb wie außerhalb des Vereinslocales stets dem Geiste des Vereines entspreche. Der Vorstand macht nur die Vorschläge und führt die Beschlüsse der Generalversammlung aus, in deren Händen allein die beschließende Gewalt liegt. —

Nicht wie wohl von gewissen Seiten die Ansicht ausgesprochen wird, daß dem Arbeiter Alles fertig in den Mund gesteckt werden muß, und er zum Essen nur zuzuschnappen braucht; nein er soll ein selbstständiger deutscher Arbeiter werden; das ist ein wesentlicher Zweck dieses neuen Vereines. Daß sich dem neugeborenen Kinde, ehe es auf eignen Füßen fest steht und gehen kann, noch manche Hindernisse in den Weg stellen und schon jetzt oft von eigennütziger Seite in den Weg gelegt werden, ist klar; möchten nur die edlen Bestrebungen den gewünschten Erfolg haben und der neue Verein in der Weise emporblühen, wie sein Bruderverein in Bremen. Schließlich wird aber noch Jeder, der es mit dem Wohle der Arbeitervereine gut meint, mit uns den Wunsch aussprechen müssen, ob es nicht gut wäre, wenn der Handwerkerbildungsverein in Göttingen dem Arbeitervereine „Vorwärts“ näher trete und nach Beseitigung der vorhin erwähnten Uebelstände und gegenseitigen Versöhnung dem neuen Verein die Hand böte, um sich mit ihm zu vereinigen; — denn Eintracht gibt Macht. Sollte das aber nicht der Fall sein oder vielleicht der Wille dazu fehlen, so können wir nicht umhin, alle gleichgesinnten Arbeitervereine darauf hinzuweisen, dem neuen Verein ihre Unterstützung, sei sie welcher Art sie wolle in Rath und That, möglichst zu Theil werden zu lassen, damit das so löblich begonnene Werk nicht durch Mangel an Mitteln zur Ausführung schließlich zu Grunde gehen möge. —

Politischer Theil.

‖ Der Herzog von Mölln und die französischen Schreibmaschinen.

Der Herzog von Mölln ist nach Paris und Biarritz gereist, um zu sehen, wie er sich aus der Schlinge ziehe, die er sich in Schleswig-Holstein um den Hals gezogen. Er hat aus der Befreiung der Herzogthümer eine preußische Privatsache gemacht, die nationale Frage in eine Machtfrage für den Partikularismus verwandelt, und da er nicht das deutsche Volk hinter sich hat, muß er fremden Großmächten nach den Augen sehen und fragen, was die Bildung Großpreußens kostet!

Es hilft ihm nämlich nichts, daß Oesterreich augenblicklich nach Buda-Pesth zurückgedrängt ist und zwischen dem Bankerott, Italien und dem „herrlichen Kriegsheere“ in der Mitte keine Klaue rühren kann. Es hilft ihm auch nichts, daß die Mittelstaaten in ihrer jetzigen Verfassung zu jedem Widerstande unfähig sind. Sobald nicht mehr das deutsche Volk, sondern die Großmacht Preußen die Elbherzogthümer beansprucht, mischt sich Europa ein und läßt Frankreich voraussichtlich die Gelegenheit nicht vorübergehen, kategorisch auf einer „Grenzberichtigung“ nach Osten hin zu bestehen.

Man erzählt sich, der Herzog von Mölln sei dadurch keineswegs überrascht, sondern habe schon im Jahre 1862 als Gesandter zu Paris die heutige Lage vorbereitet. Schon damals sei er mit dem Dezemberkaiser dahin übereingekommen, daß Preußen sich bis an den Main arrondiren dürfe, wogegen Frankreich bis an den Rhein vorrücken und Belgien mit Holland theilen werde; so zwar, daß Frankreich die wallonischen Theile, Holland aber die vlaemischen erhalte. So weit sei man damals schon gegangen, als gerade der „Nestor der Könige“ zu Brüssel sehr bettlägerig gewesen.

Heute nun verlange Frankreich für Schleswig-Holstein die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814, also die Festung Landau, die Festung Saarlouis und das Kohlenbecken von Saarbrücken, einen Streifen Landes in der Eifel und die belgischen Städte Philippeville und Marienburg. Wolle aber Preußen bis an den Main in Deutschland zugreifen, so bedinge sich Frankreich die Ausführung der Absprache von 1862 aus, nämlich die Rheingrenze und halb Belgien. Der „Nestor der Könige“ zu Brüssel treibt's nämlich keinenfalls mehr lange und die Popularität des Thronfolgers ist gleich Null.

Kaum war die Reise des Herzogs von Mölln nach Paris und Biarritz eine ausgemachte Sache, als in der pariser Presse wie auf Commando ein allgemeines Feuern losging. Die Rollen waren folgendermaßen vertheilt: Die katholische liberale (der Leser wolle gefälligst nicht erschrecken!) „Liberte“ pustet beständig mit vollen Backen: „Rheingränze, die natürlichen Gränzen;“ sie thut's gar nicht darunter, alles oder nichts! Der Gegensatz dazu kommt im „Siècle“, der blauen imperialistischen Republik (der Leser wolle abermals nicht umfallen!) zu Tage. Mit ausgesuchter Schamhaftigkeit runzelt dieses Blatt die Stirn über die rechtlosen Zustände in Preußen, über die Unmöglichkeit für das (freie!) Frankreich, mit einem so regierten Lande gemeinsame Sache zu machen. Und was dann dieses Preußen wolle, wie es etwas verschenken könne, was ihm gar nicht gehöre! — Hier sollte man meinen, „Siècle“ habe wirklich einen Begriff von einer Nation und zwar diesmal von der deutschen, welche die wahre Eigenthümerin des linken Rheinufers ist. Aber bewahre! nach dem „Siècle“ gehört das linke Rheinufer Frankreich, welches dasselbe schon früher besessen habe und seine Ansprüche folglich nur geltend zu machen brauche!

Das „Journal des Debats“, orleanistisch, imperialistisch (der Leser wird zum dritten Male vor Schlaganfällen gewarnt), faßt die Sache wieder anders auf; er fragt die deutschen Vormächte, mit welchem Grunde sie in Deutschland so willkürliche Veränderungen vornähmen? Europa habe doch bekanntlich die „deutsche Bundesakte“ gutgeheißen und unter seinen Schutz genommen; ohne europäische Zustimmung könne an dieser Akte auch nichts verändert werden. Dieser Wink ist somit ein indirecter; denn Europa ist natürlich nur der Kaiser der Franzosen, und seine Zustimmung nichts anderes als seine Abfindung. Ganz direct läßt sich dagegen die „Patrie“ (kaiserlich-liberal-national) aus „Frankfurt a. M.“ schreiben, Herr von Bismarck sei der populärste Mann in Deutschland und ein wahrer Cavour II.; man müsse sich mit Preußen alliiren und für die deutsche Einheit (lies Großpreußen) Compensationen fordern. In Biarritz werde die Sache abgemacht werden, es werde sich jedoch dort weit weniger von der Elbe, als vom Main handeln und von dem „Strome, mit welchem der Main seine Wellen mische.“ „Patrie“ ist die Poesie des „Empire“, das Wort: Rhein ist ihr zu prosaisch bedenklich, aber der „Strom, mit dem der Main seine Wellen mischt“, das ist ungefähr, wie „die Welle, in welcher sich der französische Kaiser und der deutsche Cavour zugleich baden!“

Es sei um so nothwendiger, meint das kaiserlich-liberal-nationale Blatt, daß die Dinge gleich im Großen abgemacht würden, als man doch nicht alle Tage von Compensationen reden könne; also z. B. heute für Schleswig-Holstein, morgen für Mecklenburg, Hannover, übermorgen für Sachsen, Thüringen &c. Das heißt man den Stier bei den Hörnern fassen und ohne Umschweife reden. Großpreußen von der Königsau bis an den Main, Frankreich bis zu Frau Hartig und Herrn v. Ketteler! Belgien geht in den Kauf und England wird schweigen, da ja Antwerpen an den König von Holland kommt!

So wird in der französischen Presse um uns gewürfelt, dahin haben's die machtsüchtigen Fortschrittler gebracht, das darf man den HH. Mommsen, Twesten, Kerst, Jung bieten und: „Ihr habt's ja gewollt!“ kann man ihnen obendrein zurufen. Wem Preußens Macht „über Alles“ geht, der muß jetzt auch mit den preußischen Machthabern durch Dick und durch Dünn waten; die deutschen Schiffe sind ja verbrannt, Deutsch-

land ward a mit Füßen fortgestoßen: so seht denn zu, wohin Euch Eure Großmannssucht bringt und schleppt!

Der einzige Trost, den wir bei solcher bedrohlichen Sachlage auftauchen sehen, wird — in der Person des Königs von Preußen gesucht, der die Erinnerung an die Befreiungskriege nicht so leicht von sich abstreifen werde, der zu solchen Abmachungen nimmermehr Ja und Amen sagen könne. Wir gestehen, daß ein monarchischer Trost so wenig auf uns wirkt als das monarchische System überhaupt und daß wir Hrn. von Bismarck in dieser Beziehung das Unglaublichste zutrauen. Er hat bisher bekanntlich immer Einen Menschen in Deutschland überzeugt und den preußischen Staatswagen mit sämmtlichen Insassen dahin geführt, wohin er wollte, sollte auch Niemand gewußt haben, was der Kutscher eigentlich beabsichtigte.

Die HH. Mommsen, Twesten, Kerst und Jung werden den verfahrenen Wagen nicht aus dem Morast herausziehen; die übrigen Preußen und Deutschen können aber nimmermehr zugeben, daß ein Zollbreit vom deutschen Boden verschachert werde. Sobald daher die geringste Bestätigung jenes Länderschachers erfolgt, wird es Zeit sein, die nöthigen unumwundenen Maßregeln zu ergreifen und in einer Weise zu demonstriren, welche die Blinden sehend macht. Es wird schon jetzt hin und wieder von einem Sturme gesprochen, der sich erheben würde, wenn Graf Cavour von Berlin aus carikirt werden sollte. Wir glauben, daß dann der Moment gekommen wäre, den „deutschen Tag" zu berufen, der in einer jüngst erschienenen Schrift als Heilmittel für die deutschen Schäden anempfohlen wurde *).

Ein „deutscher Tag", eine Versammlung von echt deutschen freiheitsliebenden Männern, ein Tag, der die schwarze Nacht umher blitzähnlich erleuchte, der erste Tag deutscher Mannhaftigkeit nach all dem Phrasengeklingel und der trostlosen Dintevergeudung seit 1849: das wäre das Mittel wider den herandrohenden Hoch- und Landesverrath. Auf diesen Tag müßte und würde dann auch zur Sprache kommen, weshalb uns solche Schmach eingebrockt werden konnte und was zu thun ist, damit Schmach und Ursache der Schmach gleichmäßig und für immer von uns abgethan werden.

Ob eine Vorbereitung zu diesem „deutschen Tage" nicht schon jetzt zu treffen wäre, damit Ursache und Wirkung sich unmittelbar folgen könnten: das überlassen wir dem Ermessen der Patrioten.

*) „Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach". Coburg, F. Streit's Verlag. 1865.

Politische Umschau.

Coburg, 4. Okt. Herr Oberstaatsanwalt von Holtzendorf hat soeben eine neue Anklage gegen den Rechtsanwalt F. Streit und den Schriftsteller G. Struve erhoben, in dem bis jetzt liegen gebliebenen Preßprozeß wegen Veröffentlichung der erstinstanzlichen Verhandlungen desjenigen Preßprozesses, welcher gegen die beiden Angeklagten wegen unliebsamer Beurtheilung der Unterzeichner des Londoner Protokolls in der schleswig-holsteinischen Sache vor Jahr und Tag geführt und mit deren Verurtheilung zu drei Monaten Gefängniß beendet worden ist. Der damals incriminirte Artikel war in den ersten Auflagen der Broschüre über diese Gerichtsverhandlungen nochmals aus der Anklageacte, in die er wörtlich aufgenommen war, abgedruckt. Dadurch soll das Vergehen wiederholt worden sein. Es ist bemerkenswerth für die darüber bestehende Meinungsverschiedenheit, daß diesmal die Anklageacte vom Oberstaatsanwalt, Hrn. v. Holtzendorf in Gotha, nicht vom Staatsanwalt Dr. Oppermann hier, erhoben ist. Es ist dies die Antwort auf die Aeußerung des Landtages, wonach derselbe eine Amnestie wegen aller dieser dem Lande nicht zum Ruhme gereichenden Preßprozesse für angemessen gehalten hat.

Aus Wiesbaden. (Wenn nicht reinlich doch zweifelsohne.) Braun-Reinecke hat seinen Lohn gefunden, wie er jeder guten That zu gönnen ist. Das Organ des Herzogs von Mölln, die „Nordd. Allg. Zeitung", lobt ihn zwei Spalten lang wegen seines Verhaltens auf dem Abgeordnetentage zu Frankfurt. Er habe die Fassung praktisch-positiver Beschlüsse in Frankfurt hintertrieben, er sei das „ausgezeichnetste" Mitglied der Nassauischen Ständeversammlung und der wahre „Führer" des Abgeordnetentags! Da hat's nun Braun-Reinecke, der doch nicht Reinecke genug war, um nicht seine Bärennatur zu verrathen. Wir gratuliren aufrichtig zu dem Posten eines Präfecten von Nassau, den Großpreußen seinem geistreichen Vertheidiger schuldet. Die Tugend wird belohnt und die Tugend Braun's in specie, von der seine nähere Umgebung stets überzeugt war, erhält den verdienten Kranz — aus den Händen des Hrn. Aug. Braß!!

Auch darin hat die Zeitung des Herzogs v. Mölln vollkommen Recht, daß Braun's Rede „selbst auf diejenigen einen großen Eindruck machte, an die sie gerichtet war." Ja, dieser Eindruck war der der unfreiwilligen Komik, das Kasperle wider Willen, ein Eindruck, der dem Urtheile der „Nordd. Allg. Zeitung" vollkommen entsprach!

Wieder Einer gründlich beseitigt. Vivat sequens!

Frankfurt. Die „Neue Frankf. Ztg." schreibt: „Die Organe des Berliner Preßbureaus geben sich in der jüngsten Zeit alle Mühe, glauben zu machen: 1) in den Elbherzogthümern: daß man im übrigen Deutschland gleichgiltig in Bezug auf ihre Sache werde, weßwegen sie klug thun würden, sich ohne jede fernere Widersetzlichkeit Preußen zu unterwerfen; 2) im übrigen Deutschland: in Schleswig selbst verschwinde der frühere Widerspruch gegen die Annexion gewaltig, es sei also wenig daselbst fest zu halten; 3) im Auslande überhaupt: auch die Fortschrittspartei in Preußen sei ganz einverstanden mit den Bismarck'schen Vergrößerungsplanen, wie das Entferntbleiben der Volksvertreter vom Abgeordnetentag beweise. — Es wäre nun sehr leicht, die Grundlosigkeit aller dieser Behauptungen darzuthun. Die beiden ersten Punkte sind ganz erdichtet, und was die Ursache des Entferntbleibens der preußischen Abgeordneten von der Frankfurter Versammlung betrifft, so genügt eine Hinweisung auf den Umstand, daß diejenigen dieser Abgeordneten, welche zu den leicht vorauszusehenden Beschlüssen mitgewirkt hätten, sich den entschiedensten Verfolgungen ausgesetzt haben würden, ohne, wie leider die Meisten glaubten, der guten Sache durch dieses persönliche Opfer nützen zu können. — Die französischen Organe aber finden es vortheilhaft, sich das Ansehen zu geben, als seien sie von der Wahrheit jener Behauptungen völlig überzeugt. So entspricht es ihrem Interesse!

Der ganze Gang der Dinge ist übrigens nur allzusehr geeignet, die längst von uns ausgesprochene Ansicht zu bestätigen: die preuß. Politik ist außer Stand, eine Einigung Deutschlands zu bewirken; sie kann höchstens ein bis zur Mainlinie reichendes Großpreußen herstellen, somit Deutschland vollständig zerreißen, und selbst diese Vergrößerung ist nur möglich — um den Preis des linken Rheinufers! — Rhein- und Mainlinie nennt denn auch die „Patrie" in untrennbarer Verbindung! — Dies das Ergebniß eines Strebens, welches durch die jahrelange unverantwortliche Verbreitung der Theorie von der preußischen Führerschaft oder Annexion nicht wenig sich erleichtert sieht. — Hier entfällt uns die Feder!"

Vom Rhein. (Ein männliches Wort gegen die verschämten und unverschämten Annexionisten.) Es gibt verschiedene Arten von Muth. Hr. Twesten hat nicht nur die Courage gehabt, sich mit Herrn v. Manteuffel zu schießen, sondern die noch größere, sich unmittelbar darauf von seinem Gegner attestiren zu lassen, daß er sich dabei „wie ein Ehrenmann" benommen. Herr Mommsen hat den Ungestüm, einem Jeden mit „Flammenschrift" ins Gesicht zu springen, der heute noch, wie vor'm Jahre, die Nichtaugustenburgischen für „Lumpen" erklären möchte, und doch weiß der Herr Professor, dieser „ewig junge Chidher" noch nicht, wie er selbst in wiederum einem Jahre darüber denken wird. Herr Kerst endlich hat die Verwegenheit, sich vielleicht nicht, aber desto mehr Andere, an den Muth zu erinnern, mit dem er im Mai 1849 in Frankfurt die Reihe der Parlamentsausreißer eröffnete. Da hat denn der alte Harkort sich nun ebenfalls Muth gefaßt zu einem kurzen und bündigen Protest. Er schreibt in der „Rhein. Zeitung":

Die Erklärungen der Herren Twesten, Mommsen und Kerst nöthigen zum Reden, damit Schweigen nicht als Zustimmung gedeutet werde!

Ich war nicht in Gotha, bin kein Mitglied des Nationalvereins und der Fortschrittspartei und stehe außer Beziehung zum 36er Ausschusse. Die Frankfurter Versammlung besuchte ich nicht, um den nächsten Beschlüssen der preußischen Volksvertretung nicht vorzugreifen; ich erwarte, daß das Haus sich treu bleibt.

Die politischen Wandlungen der genannten Herren, welche die Kluft zwischen Bundesstaat und Annexion so leicht überspringen, zu beurtheilen, überlasse ich dem Richterstuhle der deutschen öffentlichen Meinung. Auch ich halte die Machtstellung meines näheren Vaterlandes so hoch, wie die Herren Twesten und Genossen, allein höher das Recht.

Kant sprach die scharfen Worte aus: „Wehe dem, der eine andere Politik anerkennt, als diejenige, welche die Rechtsgesetze heilig hält." Dem pflichte ich bei.

Wer das Selbstbestimmungsrecht Anderer nicht achtet, untergräbt die eigene Freiheit. Nie werde ich der staatenverderblichen Lehre huldigen, daß Macht über Recht gehe, und sicherlich nicht dem Manne, der in frivoler Weise dieselbe aussprach.

Der Wahlspruch Wellesley's: „Die höchste Rechtlichkeit ist die höchste Klugheit" scheint den Staatsmännern der Gegenwart abhanden gekommen zu sein!

Die Lohnschreiber mahne ich an die frühere Einverleibung Hannovers und die schweren Folgen; Frankreich gibt, um doppelt mehr zu nehmen. Die Tage von Leipzig und Belle-Alliance stehen noch im Schuldbuche, nachdem mit Oesterreich und Rußland bereits abgerechnet ist! Cäsar vergißt nicht und versteht zu warten! Friedrich Harkort, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Preußen. Die „Preuß.-Litt. Zeitung", eines der Organe der preußischen Demokratie, schreibt aus Anlaß der Aeußerungen des Borussenthums, die von den Herren Twesten, Mommsen und anderen Mitgliedern der sog. „deutschen Fortschrittspartei" des preußischen Abgeordnetenhauses jüngst ausgegangen sind — Folgendes:

„Auch die N. A. Z. theilt an der Spitze ihrer heutigen Abendnummer den vorstehenden Brief Twestens und außerdem einen Bericht über die in Wolfenbüttel stattgefundene Versammlung braunschweigischer Landtagsabgeordneten mit, welche mit der Resolution geschlossen hat, daß die Stellung, welche Preußen im Interesse Deutschlands in den Herzogthümern einnehme, keine Veranlassung zu einem Protest darböte, wenn auch die Mittel Preußens zur Erreichung seiner Ziele nicht gebilligt würden. Das officiöse Organ leitet aus diesen Kundgebungen Symptome für den Umschwung her, den nach ihrer Meinung die Politik der Thatsachen (d. h. die Politik des Herrn Grafen v. Bismarck) in Preußen und in den übrigen Theilen Deutschlands hervorgebracht habe, und fährt dann mit folgendem Satze fort: „Es wäre voreilig, hieraus auf unsere innere Politik Schlußfolgerungen ziehen zu wollen, obgleich auch da in manchem Bewußtsein die Ueberzeugung heraufdämmern muß, daß die Hand, welche die äußeren Angelegenheiten so folgerichtig und glücklich lenkte, auch in den inneren Angelegenheiten nicht Unrecht haben kann; (!) jedenfalls aber steht fest, daß die Reihen unserer Gegner auf der ganzen Linie durchbrochen sind."

Wir können dagegen versichern, daß Schlußfolgerungen aus den in der demokratischen Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die deutsche, insbesondere die schleswig-holsteinische Frage, welche das offiziöse Organ andeutet, auf ihre Haltung in der inneren Politik wirklich voreilig sind. „Jene Meinungsverschiedenheiten haben schon vor zwei Jahren bestanden und haben damals so wenig als jetzt das gemeinsame Prinzip der gesammten deutschen Demokratie auch im Entferntesten alteriren können:

„Nur durch die Freiheit kann Deutschland zur Einheit gelangen."

Die Freiheit des deutschen Volkes aber steht höher als die Machtstellung jedes Staates — so lange er nicht durch seine Macht der Freiheit dient."

Unter dem vielen Blödsinn und Verrath, der jetzt in Preußen colportirt wird, thut es einem wohl, auch einmal ein vernünftiges und ehrliches Wort, wie dieses, zu hören.

Robert Blum's Mutter ist 83jährig im Bürger-Hospital zu Köln am 8. October gestorben. Sie lebte in demselben auf eigenen Wunsch, weil sie eine Capelle sehr nahe hatte. Die Greisin lebte und starb als gute Katholikin, aber trotzdem sie in der Zeit der deutschkatholischen Bewegung oft vom Beichtvater wegen des Wirkens ihres Sohnes interpellirt wurde, verlor sie nie den Glauben an denselben. In ihren naiv-herzlichen Briefen findet sich oft die Stelle: „ich verstehe zwar nicht, was Du schreibst, aber mein Robert kann nichts Böses thun." Ihres Sohnes Tod erfuhr sie in der Kirche, da sie zur Frühmesse kam. Als sie die Kirche schwarz ausgeschlagen fand, frug sie, wer gestorben und wem das Requiem gälte. Einem Kölner Kinde — Robert Blum, war die Antwort. Mit dem Schmerzensrufe: „es war mein Kind!" brach sie vor der entsetzlichen Nachricht zusammen. Noch später wurde ihr manche Qual bereitet; als ihre Tochter sich an einen Protestanten verheirathete, verweigerte ihr Beichtvater der fast verzweifelnden Greisin wochenlang

die Absolution. Obgleich sie sonst im Spital gute Behandlung und Pflege genoß, durfte sie doch — und daran erkennt man die Herzlosigkeit katholischer Fanatiker! — in ihrem Stübchen kein Bild ihres einzigen, hingemordeten Sohnes, nicht einmal ein von ihrem Enkel gezeichnetes, haben. Blum's Mutter hat in den letzten Wochen viel leiden müssen, um so sicherer ist ihr nun der ewige Friede, der auch ihr heißes Sehnen stillen wird.

Hamburg, 10. Oct. (Zweideutiger Rath.) Aus Kiel meldet eine Correspondenz der heutigen „Hamburger Nachrichten" als durchaus zuverlässig, daß die „Rathgeber" (Francke?? Sammer?) des Herzogs von Augustenburg auf Entbindung der Bevölkerung von deren im Jahre 1863 unter dem unmittelbaren Eindruck ihrer Befreiung durch die deutschen Bundestruppen — dem Herzog geleisteten Gelöbnisse dringen sollen, um — hierdurch den Einwand der Annexionspartei, die Bevölkerung fühle sich nur noch durch ihren Eid an das Augustenburg'sche Princip gefesselt, zu entkräften und das letztere „moralisch zu bekräftigen". (Der Rath steht auf derselben Linie wie das unmittelbar nach dem Tode des Dänenkönigs aus diesen Kreisen erhobene, Feldgeschrei: „Nur keine Freiwilligen! Nur mit moralischen Mitteln!" Bis dann die Herren v. Bismarck und Graf Rechberg Zeit gewonnen hatten, mit unmoralischen Mitteln sich in Besitz zu setzen. Dergleichen ist nur in den Köpfen von Urgothaern möglich. D. Red.).

Während verschiedene Organe des Berliner Preßbureaus, schreibt die „N. F. Ztg.", die Behauptung nach allen Richtungen ausstreuen, die Schleswig-Holsteiner seien bereits erkaltet in ihrem Eifer gegen das Preußenthum und für den Augustenburger, legt ein Correspondent der Köln. Ztg. aus dem Holstein'schen folgendes Bekenntniß ab:

„Das weiß Jedermann in den Herzogthümern, daß in nächster Zeit die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Herzogthümer und eine zu diesem Behufe einzuberufende Ständeversammlung identisch sein würde mit der Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg und möglichster Beschränkung der Preußen zu gewährenden Zugeständnisse." Der Verfasser anerkennt ferner ausdrücklich, „daß die augustenburgische Partei unläugbar die öffentliche Meinung in Holstein noch immer in der entschiedensten Weise beherrscht und auch im südlichen und westlichen Schleswig noch großen Einfluß besitzt."

Auch Herr v. Treitschke, der einen schrecklich langweiligen, von den Gothaern aber nichts desto weniger gepriesenen Artikel in den „Preuß. Jahrbüchern" veröffentlicht hat, stimmt schwere Klagen an, daß man die vergangene Zeit nicht besser benutzt habe zur Bearbeitung des Volkes der Elbherzogthümer für das Preußenthum. „Man hatte Monate vor sich", so ruft er (S. 385) aus, „um durch die Presse und persönlichen Zuspruch die Versöhnung vorzubereiten. Diese unabweisbare Pflicht ist nicht erfüllt worden." Er bemerkt auf (S. 384): „Ueberall fanden nur Wenige den Muth, sich den einsichtigen und entschlossenen Männern der nationalen Partei anzuschließen", und anerkennt (S. 386): „in den letzten Monaten habe sich" — was Er die schwere sittliche Krankheit unseres Volkes zu nennen beliebt, die Abneigung gegen das Borussenthum, — „schrecklich verschlimmert."

Dänemark. Aus Kopenhagen vom 9. Oct. wird der „Neuen Freien Presse" berichtet: „Großes Aufsehen erregt hier eine in der officiellen Zeitung „Stockholmer Post" erschienene Abhandlung, worin die Nothwendigkeit des Zusammengehens von Skandinavien, Deutschland und England nachgewiesen wird, um ein wirksames Gegengewicht gegen die russisch-französische Machtentwicklung zu bilden."

Christiania, 2. Oct. Hier wurde die (18.) ordentliche Session des norwegischen Storthing eröffnet. Unter den Gesetzvorlagen sind die wichtigsten: Einführung von Geschwornengerichten, neues Steuergesetz, Handelsvertrag mit Frankreich, jährliche Einberufung des Storthing und die Armee-Reorganisation.

Das Salzburger Kirchenblatt berichtet aus Ischl, es habe „einen tiefen Eindruck" auf die Menschenmenge gemacht, als der Kronprinz von Oesterreich zu Wagen einem Priester mit der Monstranz begegnet, ausgestiegen sei, niedergekniet und das Zeichen des Kreuzes gemacht habe. Dieser Kronprinz ist ein Kind von sieben Jahren.

Die hochadeligen Damen, welche kürzlich mit dem Plan einer katholischen Universität hervortraten, erhalten jetzt eine Abfertigung von einer Seite, von welcher sie es wohl am wenigsten erwartet haben. Die papstfreundlichen „Kölnischen Blätter" richten gegen das Project einen Artikel, dessen Sinn kurz folgender ist: Weiber hätten sich in diese Angelegenheit der Kirche nicht hineinzumischen, da sie nichts davon verständen. — Als Verfasserin des von den Damen erlassenen Aufrufs gilt die im Alter zur Betschwester gewordene Gräfin Ida Hahn-Hahn.

Paris. Im „Temps" spricht sich Herr Seinguerlet folgendermaßen über die zu Herrn v. Bismarck abgefallenen Liberalen aus: „Blätter, die bis jetzt geachtet waren, wie die „Weserzeitung" und das „Frankfurter Journal", sind zum Feind übergegangen, und sprechen den Schleswig-Holsteinern das Recht ab, ihr Geschick selbst zu bestimmen. Als ob es nicht einem deutschen Parlament allein zustände, der Einheit ihre endgiltige Form anzuweisen! Besonders muß man erstaunen, aus dem Munde angeblicher Liberalen eine Sprache zu hören, deren man sonst nur bei entschiedenen Rückschrittlern gewohnt war. Die Gothaer predigen offen eine Zweckmäßigkeitspolitik, und in ihren Augen rechtfertigt der Zweck die Mittel. Die Achtung vor dem Recht, das Streben nach Freiheit, jedes sittliche Mittel der Nation wird mit Füßen getreten, weil es Hrn. v. Bismarck gelungen ist, durch Anwendung der brutalen Gewalt allein einige anscheinende Erfolge zu erlangen. Mit dem heftigen Eifer, der Neubekehrte auszeichnet, überlassen sich die (sogenannten) gemäßigten Liberalen der Anbetung des Säbels. Allerdings muß ein Politiker die Lage des Augenblicks in Betracht ziehen; allein die liberale Partei tödtet sich selbst, wenn sie Mittel braucht, die von der Sittlichkeit gebrandmarkt sind; ihre Redlichkeit macht ihre Stärke aus, und entsagt sie ihrem Ideal, so ist sie nur noch ein Anhängsel der Rückschrittspartei. Börne sagte einst in einem Anfall böser Laune: Deutschland wird erst dann eine große Nation, wenn die Deutschen Spitzbuben werden. Man möchte beinahe glauben, der gemäßigte Theil der freisinnigen Partei habe Börne's Ausfall ernst genommen. Die Presse ist demoralisirt, der Nationalverein im Verfall, und das deutsche Volk, das geschworen, Gut und Blut für die Herzogthümer einzusetzen, trat gänzlich in's Dunkel zurück, sobald Oesterreich und Preußen sich mit Waffen der Sache annahmen; die Entmuthigung überwältigte Alles. Früher hieß es: Einheit in der Freiheit; jetzt zerreißt man den Spruch in zwei Theile, trennt die Einheit von der Freiheit, verschleiert das Bild der Letzteren und läßt der ersteren seine Gedanken nachlaufen. Welche Verblendung! Die ganze Nation hätte sich entrüstet erheben müssen bei dem Gedanken, ihr höchstes Gut aus den Händen des Verletzers der Verfassung zu empfangen. Italien konnte sich mit Cavour verbinden; Deutschland kann sich nicht zum Mitschuldigen der Bismarckischen Plane machen.... Der Abgeordnetentag wird nicht vergeblich gewesen sein, wie die von Hrn. v. Bismarck gewonnenen Blätter sagen. Wenn seine Beschlüsse weiter kein Verdienst haben, als die öffentliche Meinung über die wahrhafte Bedeutung der Lage aufzuklären, und die falschen Brüder, die liberal maskirten Rückschrittler, die zum Rückschritt übergegangenen Liberalen zu entlarven, und die Würde der deutschen Nation vor den Augen des entrüsteten Europa wieder zu erheben, so sind seine Bestrebungen nicht erfolglos gewesen. Und welches auch der Ausgang, und welches die deutsche Zukunft sei, die demokratische Partei Deutschlands wird selbst im Unglück den Spruch Franz des Ersten wiederholen können: „Alles ist verloren, nur die Ehre nicht."

Paris, 7. Oct. Die „Liberté" schildert die politische Lage Europa's mit folgenden Worten: „Frankreich betrachtet das Schauspiel und jammert sich. Der liberalen Bewegung in Oesterreich von Natur günstig, übermacht es Preußen, welches seinen ersten Minister nach Paris und Biarritz schickt, um zu versuchen, den Gedanken zu erforschen, welcher in der Tiefe dieses Stillschweigens ausgebildet wird. Rußland wartet ab, indem es nach dem Augenblick späht, wo der Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich und die inneren Zwistigkeiten Deutschlands ihm die Gelegenheit bieten werden, einen neuen Schritt gegen den Westen zu thun, die Straße von Konstantinopel für seine Waffen vorzubereiten oder sich die skandinavischen Staaten anzueignen. Einstweilen erobert es Centralasien. — So ist die Lage Europa's der Krisis gegenüber, die in Deutschland beginnt und welche, indem sie einen größeren Maßstab annimmt, binnen Kurzem neue und unvorhergesehene Ereignisse herbeiführen wird."

In **Spanien** ist seit längerer Zeit der Gang der politischen Entwicklung ein solcher, daß man sich auf das Herannahen eines Umsturzes gefaßt machen muß. Thron und Altar haben um die Wette das Ihrige dazu beigetragen. In drittehalb Jahrhunderten ist Spanien ein einziges Mal das Glück eines einsichtigen, wohlwollenden Herrschers zu Theil geworden, der die außerordentliche Macht des katholischen Königs zum Besten der Nation wirken ließ. Außer Carl III. haben seit dem Beginn des siebenzehnten Jahrhunderts sieben Könige den Thron bestiegen, und von diesen muß die mildeste historische Beurtheilung vier als ungewöhnlich schwach, zwei als vollkommen regierungsunfähig und einen als ungewöhnlich schlecht bezeichnen.

Italien. Garibaldi hat bezüglich der bevorstehenden Wahlen folgendes Schreiben veröffentlicht: „Caprera. Ich mische mich nicht, will mich nicht mischen in die Wahlen. Das italienische Volk ist nun majorenn. Ihm steht es zu, zu wählen. Um so schlimmer für dasselbe und wir müßten es beklagen, wenn es schlecht wählt. G. Garibaldi."

Der **Exkönig von Neapel**, der edle königliche Dulder, dem kürzlich aus der Hand deutscher Junker ein Ehrenschild zu Füßen gelegt wurde, ist sicherlich über das werthvolle Geschenk hoch erfreut gewesen, um so mehr, als damit augenblickliche kleine Geldverlegenheiten, in denen er sich sehr oft befinden soll, durch das Leihamt leicht beseitigt werden können. Die Heldenthaten des Kartätschenkönigs in Gaeta sind auf dem Schilde wahrscheinlich durch eine Reihe Champagnerflaschen dargestellt — denn wie damals von seinen eigenen Soldaten versichert wurde, beschäftigte sich Bombino während der Belagerung von Gaeta fast ausschließlich mit Champagnertrinken in einer bombenfesten Casematte.

In **Sibirien** eine Verschwörung entdeckt. Zahlreiche Verhaftungen in Irkutsk und Omsk, sowie in Petersburg. Der Charakter der Verschwörung ein politischer; die Mitglieder Polen und Russen, in der Verbannung lebende.

Deutsche Volkspartei.

Unter dieser Ueberschrift berichtete ohnlängst der „Nürnberger Anzeiger" Folgendes:

„In Gemäßheit der in Darmstadt am 19. September stattgehabten Besprechung haben die anwesenden Würtemberger es übernommen, das Programm für die deutsche Volkspartei zu entwerfen.

Das Comité tritt nun mit dem folgenden Programm hervor, dem wir einen Auszug aus der Motivirung voranstellen.

Die schleswig holsteinische Angelegenheit wird nur im Zusammenhange mit der deutschen Verfassungsreform definitiv geordnet werden.

Der Reformverein und der Nationalverein scheinen ihrer Auflösung nahe zu sein. Die Ueberzeugung verbreitet sich, daß auf den eingeschlagenen Wegen das Einheitsstreben der Nation nicht sowohl befriedigt, als im Interesse der Machtvergrößerung des einen und andern Großstaats benutzt werden soll. Die Einigung zwischen Preußen und Oesterreich gestattet dem Bunde nur ein Scheinleben und gefährdet, wenn sie Bestand haben sollte, die Zukunft Deutschlands mehr als ihr Zwiespalt.

Die geschichtliche Aufgabe unserer Zeit ist, den einmal nicht wegzuleugnenden Sondergeist, anstatt gewaltsam zu unterdrücken, mit der Idee der politischen Einheit der Nation zu versöhnen. Diese Versöhnung ist nur in der föderativen Verfassung Deutschlands möglich; sie allein entspricht der Eigenart der deutschen Nation und gestattet eine Vereinigung wenigstens derjenigen einzelnen Glieder, welche das Bedürfniß, einem größeren politischen Ganzen anzugehören, fühlen, ohne es durch ihr Aufgehen in einem mächtigen Einzelstaat befriedigen zu wollen.

Wenn die Herstellung der Einheit Deutschlands in der Form der Unterordnung unter einen mächtigen Einzelstaat nur im Wege der Gewalt versucht werden kann, so kann die Einheit in föderativer Form nur auf dem — dem demokratischen Geiste der Zeit allein entsprechenden Wege der Freiheit und der Selbstbestimmung der einzelnen Bundesglieder verwirklicht werden. Der demokratische Fortschritt in den Verfassungs- und Verwaltungszuständen der deutschen Einzelstaaten ist daher nicht blos Zweck für sich, sondern das wichtigste Mittel zur Erreichung des großen nationalen Ziels selbst. Es gibt kein Mittelding zwischen dem vergrößerten preußischen Einzelstaate des Herrn von Bismarck und dem Föderativstaat der Demokratie; die Entscheidung für und wider kann nicht zweifelhaft

sein. Die **Einheit ist ohne Dauer und Werth, wenn sie nicht das Produkt der Freiheit ist.**

Es ist an der Zeit, daß die unheilvolle Zerfahrenheit endige, welche die Parteien des Fortschritts in Deutschland so lange beherrscht.

Die deutsche Volkspartei stützt sich auf das Volk, nicht auf die Kabinette. So wünschenswerth ihr zur Abwehr der Gewalt die Uebereinstimmung zwischen Volk und Regierung in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten erscheint, so kann sie eine andere Grundlage jener Uebereinstimmung doch nicht anerkennen, als den demokratischen Fortschritt und die Erkenntniß der Wahrheit, daß die bedrohten Regierungen sich um ihrer selbst, wie um Schleswig-Holsteins willen vereinigen müssen, den Anfang mit einer deutschen Conföderation zu machen. Gestützt auf die Macht des Volksgeistes kann dieselbe den Vorwurf einer beabsichtigten Anlehnung an das Ausland mit Ruhe zurückweisen.

Ereignisse, welche sich weder voraussehen, noch herbeiführen lassen, werden ihren Einfluß auch auf die Bestrebungen der deutschen Volkspartei äußern; diese wird in der deutschen Verfassungsangelegenheit eine Initiative von Seiten der Regierungen im Sinne des demokratischen Fortschritts und der föderativen Vereinigung eintretenden Falls nicht ablehnen; aber es wäre nach den gemachten Erfahrungen **nicht** richtig, abermals ein Programm aufzustellen, welches eine solche Initiative wesentlich zur **Voraussetzung** hat. Ebenso wäre verwerflich, in der Erwartung kommender Dinge in Unthätigkeit zu beharren, während die Ereignisse der Gegenwart, wie die Eventualität der Zukunft gebieten, daß man Partei nehme und sich nicht blos des fernen Ziels, sondern auch der möglichen, dahin führenden Wege bewußt werde.

Die deutsche Volkspartei wird, ihrem Wesen entsprechend, nicht in der Form eines centralistisch organisirten und dirigirten Vereins nach dem Muster des Nationalvereins, sondern, unter dem Vorbehalt von Versammlungen der Parteigenossen aus den verschiedenen Ländern, vorzugsweise durch die Thätigkeit derselben im eigenen Lande, in der daselbst statthaften und angemessenen Weise, mittelst Versammlungen und Vereinen, Presse und Landesvertretung auf die Beseitigung der Hindernisse hinwirken, welche in den Einzelstaaten den freiheitlichen wie den nationalen Fortschritt hemmen.

Die deutsche Volkspartei wird ihre politische Richtung im Wesentlichen in folgendem

Programm-Entwurf

bezeichnet finden:

1) Demokratische Grundlage der Verfassung und Verwaltung der deutschen Einzelstaaten; allgemeines und direktes Wahlrecht, parlamentarische Regierung; Selbstverwaltung des Volkes in den Gemeinde- und Bezirksverbänden; Volksbildung, Trennung der Schule von der Kirche; Freiheit der Presse, der Versammlungen und der Vereine; Beseitigung der in Bezug auf die arbeitenden Klassen noch bestehenden gesetzlichen Ungleichheiten und der Hindernisse einer freien volkswirthschaftlichen Entwicklung; Reform des Militärwesens, allgemeine Wehrpflicht.

2) Föderative Verbindung der Einzelstaaten unter sich mit einer über den Regierungen derselben stehenden Centralgewalt und Parlament. Keine preußische, keine österreichische Spitze!

3) Gegenseitige Anerkennung der Prinzipien der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechts, der Freiheit und Gerechtigkeit im Verkehr mit anderen Nationen.

Weiterer Besprechung in Darmstadt gemäß veröffentlicht das Comité vorstehenden Entwurf, zum Behuf der Berathung desselben im Kreise der Parteigenossen in den einzelnen deutschen Ländern und ersucht dieselben, deren Ergebniß, Zustimmung oder Abänderungsvorschläge an das Comité der Volkspartei in Nürnberg einzusenden. (per Adr. C. Crämer in Doos bei Nürnberg.)

Dieser wird unter Rücksprache mit dem vorläufigen Comité, welches zur Versammlung in Darmstadt eingeladen hat, eine weitere allgemeine Versammlung in Nürnberg veranstalten."

Socialer Theil.

* **Leipzig.** Der erste deutsche Frauentag wird seine Verhandlungen nächsten Sonntag beginnen; bis heute sind 200 Theilnehmer aus Leipzig und vielen Städten Deutschlands angemeldet; Anmeldungen zur Mitgliedschaft bei dem zu gründenden allgemeinen Deutschen Frauenverein gehen massenhaft ein und zeigt es sich, daß in allen Schichten der Gesellschaft derselbe Zug schon längst verborgen lebte, der nun dem Streben nach Verwirklichung des tiefgefühlten Bedürfnisses warm entgegenschlägt. Um so bedauerlicher sind manche Vorschläge, die in der nicht anders zu deutenden Absicht gemacht werden, um die Sache von vorneherein durch Lächerlichkeit unmöglich zu machen. Wir meinen z. B. die Vorschläge eines Hauptmann K., weibliche Orden zu gründen.

Gesetz zum Schutz der Fabrik-Arbeiter im Kanton Glarus, vom Jahre 1864.

Das nachstehende Gesetz ist im vorigen Jahre von der Landgemeinde zu Glarus angenommen und jetzt publizirt worden.

Das Gesetz selbst lautet:

§ 1. Als Fabriken, auf welche sich die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes beziehen, sind alle gewerblichen Anstalten (Etablissements) anzusehen, in denen gleichzeitig und regelmäßig Arbeiter außerhalb ihrer Wohnung in geschlossenen Räumen beschäftigt werden. Auf Handlanger, Mechaniker und Bleicher finden jedoch die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

§ 2. Alltagsschulpflichtige Kinder dürfen in keiner Fabrik zur Arbeit verwendet werden.

§ 3. Repetirschulpflichtige Kinder dürfen an den wöchentlichen Repetirschultagen (§ 5 des Gesetzes über das Schulwesen) weder vor, noch während der Unterrichtsstunden in der Fabrik beschäftigt werden.

In Gemeinden, wo für die Repetirschule wöchentlich ein ganzer Schultag bestimmt ist, dürfen die Kinder auch nach der Unterrichtszeit nicht mehr für Fabrikarbeiten in Anspruch genommen werden.

§ 4. Die wirkliche Arbeitszeit in den Fabriken darf nicht mehr als 12 Stunden täglich betragen. In dieser Zeit ist die Freistunde für das Mittagsessen, sowie eine allfällige Rast zur Vesperzeit nicht inbegriffen.

§ 5. An allen Sonnabenden des Jahres ist die Fabrikarbeit spätestens um 6 Uhr, an den Vorabenden zu den drei heiligen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnacht) aber um 4 Uhr zu schließen.

§ 6. Zur Nachtzeit, d. h. von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens, darf nicht in den Fabriken gearbeitet werden.

§ 7. Frauenspersonen sollen vor und nach ihrer Niederkunft, im Ganzen während 6 Wochen nicht in der Fabrik arbeiten.

§ 8. Jeder Fabrikbesitzer ist verpflichtet, bei der Einrichtung und dem Betriebe seiner Fabrik die erforderlichen Vorkehren im Interesse der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeiter zu treffen, insbesondere bei mechanischen Werken alle nach dem jeweiligen Stande der Technik möglichen Schutzmittel anzubringen, und für die Aufrechthaltung der Ordnung, der Reinlichkeit und der guten Sitten in den Fabriklokalen zu sorgen.

§ 9. Landammann und Rath ist beauftragt, zeitweise Inspektionen durch Sachverständige in allen Fabriken des Kantons vornehmen zu lassen, um sich davon zu überzeugen, inwiefern den Bestimmungen dieses Gesetzes nachgelebt werde.

Die Inspektoren werden dem Rathe schriftlichen Bericht und Anträge vorlegen und der Rath wird hierauf diejenigen polizeilichen Anordnungen treffen und mit Strafandrohungen begleiten, welche er für die Gesundheit, Sicherheit und Sittlichkeit der Fabrikarbeiter für nothwendig erachtet.

§ 10. Uebertretungen dieses Gesetzes werden vom Polizeigerichte mit einer Geldbuße von Fr. 20—500. bestraft. In Wiederholungsfällen kann die Buße verdoppelt und in schweren Fällen selbst auf Gefängnißstrafe gegen den oder die Fehlbaren erkannt werden.

§ 11. Mit der Annahme dieses Gesetzes treten außer Kraft:

a. das Gesetz von 1848 über das Arbeiten in den Spinnmaschinen;

b. das Gesetz von 1856, betreffend die Verwendung schulpflichtiger Kinder in den industriellen Etablissements.

§ 11. Landammann und Rath ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes, sowie mit der Erlassung allfällig hiefür nöthiger Verordnungen beauftragt.

London, 9. Okt. Der „Augsb. Allg. Ztg." schreibt man: Von den wenigen Männern, die hier noch den Muth haben, sich offen als **Gegner der Manchester-Lehren** zu bekennen, und mit ihrer nationalökonomischen Ketzerei der orthodoxen Heerde furchtlos gegenüberzutreten, ist wohl der geistreiche, Kunstkritiker Herr **Ruskin**, der konsequenteste und unversöhnlichste. Der Erfolg seiner Gegner ist bereits eine so festgegründete Thatsache, daß sie sich erlauben können, seine Angriffe hochmüthig zu ignoriren, und dies ist auch in der That das Räthlichste, denn Hr. Ruskin ist, wenn auch nicht der schärfste Logiker, doch wohl der größte Stylist des heutigen Englands, und kämpft in diesem Falle mit einem Fanatismus, der Angesichts der gegnerischen Uebertreibungen sich auch nicht an Maß und Rücksichten zu binden pflegt. Sein Raisonnement ist kurz folgendes: Wenn der Grundsatz, auf **dem billigsten Markt einzukaufen und auf dem theuersten zu verkaufen** alle eure Gedanken, Gefühle und Handlungen beherrscht; wenn ihr also rechtgläubige Schüler der Manchester-Weisheit sein wollt, so dürft ihr euch durchaus nicht wundern, daß die Gesellschaft aus Fug und Banden springt, daß Kunst, Philosophie, Bildung, Familienleben, Nächstenliebe, Redlichkeit, alle höheren und edleren Interessen des Menschenlebens im Schmutz der Gemeinheit verkommen, und Schwindel, Liederlichkeit, Rohheit, Verbrechen und alles Schändliche, was sich durch Geld erkaufen oder für Geld begehen läßt, an ihre Stelle treten. Auf diesen einen Satz führt er alle sozialen und politischen Gebrechen unserer Zeit zurück, die Existenz des zweiten Kaiserreichs, den Amerikanischen Bürgerkrieg, ja selbst die neueste Wendung der Schleswig-Holsteinischen Frage, wie er neulich den Mitgliedern des „Mechanic Institute" von Camberwell in einer geistreichen Vorlesung entwickelte, die sittliche Fäulniß, welche in den Scandalen des Ehescheidungsgerichtshofes, in den landesüblichen Mordthaten und Verbrechen so überreich an den Tag tritt, die grauenhafte Lage, in der sich der Englische Arme befindet, den Ausschluß der arbeitenden Klasse vom Wahlrecht u. s. w. Dabei ist natürlich so viel Uebertreibung, daß die Angeklagten berechtigt sind, das Körnchen Wahrheit zu übersehen, aus dem diese Saat maßloser Angriffe so üppig hervorwuchert. — Neulich wurde in einem hiesigen Blatt die **Dienstbotenfrage** angeregt — einer der stereotypen Discussionsgegenstände, wie sie hier alljährlich von den Zeitungen aufgetischt werden, um während der todten Jahreszeit zur Füllung der Spalten zu dienen. In zahlreichen Zuschriften „An den Editor" schütteten gesinnungstüchtige Hausfrauen und gestrenge Hausherren ihr Herz aus, und machten ihrer lange verhaltenen Entrüstung Luft. Laut und einförmig waren die Klagen über die Entartung der dienenden Klasse, die Crinolinen der Köchinnen, die seidenen Kleider der Stubenmädchen, die Naseweisheit der Kammerzofen, die Betrügereien der Hausmeister, die Unterschleife der Kutscher, die Insolenz der gepuderten Flunkeys (Diener in Livrée), über die beiden Geschlechtern eigene Trägheit, Trunksucht und Unzuverlässigkeit. Die Küche blieb die Antwort nicht schuldig, klagte über die Entartung der Herrschaften und bürdete diesen alle die Fehler auf, für welche die armen Dienstboten verantwortlich sein sollten. So schleppte sich die Discussion philiströs und langweilig durch eine Reihe von Nummern. Plötzlich kam Leben hinein; Herr Ruskin griff die Sache auf und hob gleich mit seinem ersten Brief die Discussion über den beschränkten Gesichtskreis der bisherigen Disputanten; der Fall war jetzt nicht mehr Dienstherr contra Dienstbote — sondern Ruskin gegen die ganze Welt! Voll Sympathie für die Leiden der geplagten Hausfrauen, gab er von vornherein zu, daß alle ihre Klagen über die Entartung ihres Dienstpersonals gegründet sein **müßten**; er selbst könne zwar nicht aus Erfahrung sprechen, denn er gehöre zu einer andern Welt, und sei daher ohne Ausnahme vortrefflich bedient; aber er habe sich just die Fähigkeit erhalten, zu denken, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu begreifen, und müsse daher seinen Zeitgenossen, die diese Fähigkeit längst auf dem theuersten Markt verschachert hätten, mittheilen, daß sie alle Verantwortlichkeit für die Schlechtigkeit der Dienstboten trügen und durchaus unberechtigt seien, über einen Zustand der Dinge zu klagen, den sie selbst durch ihre Gesetze von „Angebot und Nachfrage", durch ihre unmenschliche Markttheorie und Praxis geschaffen. Herr Ruskin sagte dies alles in vier langen Briefen mit beißenden Sarkasmen und glänzender Dialektik. So unvermittelt, wie wir hier seine Schlußfolgerung geben, klingt sie absonderlicher als in den beredten Worten des Meisters im Styl. Von den Vorwürfen, die er, wie gewöhnlich, auch bei dieser Gelegenheit wieder gegen die herrschende ökonomische Schule schleuderte, verdient einer besonders hervorgehoben zu werden. „Prinzip", sagte er, „nun wohl, so lang es sich **gegen Andere** verwenden läßt und Geld einbringt, seid ihr prinzipielle Fanatiker, unbeugsam und consequent bis auf den letzten Pfennig, den ihr damit heraus zu locken vermögt; aber sobald sich das Prinzip

gegen euch selbst wendet, ist eure Verehrung des Prinzips zu Ende!"

Es ist wiederholt von der großen **Arbeiterbewegung** in **Frankreich** und besonders in Paris, sofern sich dieselbe vor Allem in der Gründung von Produktionsgesellschaften äußert, die Rede gewesen. Es ist gegenwärtig eine große Zahl solcher Arbeitervereine in den verschiedenen Vierteln der Hauptstadt in Thätigkeit, und noch im letzten Vierteljahre sind solche Vereine unter den Hutmachern, Weißgerbern, Papiermachern, Drehern, Steinschneidern, Tischlern, Steindruckern &c. gegründet worden. Namentlich zur Gründung der letzteren Vereine hatten die bekannten großen Arbeitseinstellungen Anlaß gegeben. Mit ungemeiner Raschheit breitet sich diese Bewegung aus, und alle Anstrengungen der Arbeiter sind darauf gerichtet, die Art und Weise der industriellen Produktion gründlich zu ändern. Eine ganz eigenthümliche Erscheinung ist nun, daß sich neben diesen eigentlichen Arbeitervereinen einige gemischte Vereine gebildet haben, Vereine, die einestheils aus Geschäftsleitern, anderntheils aus Arbeitern bestehen. Man spricht bekanntlich stets von der Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, von der Unterdrückung der Anlässe zu Streitigkeiten zwischen Beiden. Daß davon aber nur die Rede sein kann bei wesentlicher Umgestaltung des seitherigen Verhältnisses zwischen Beiden, haben verschiedene Geschäftsinhaber in Paris wohl begriffen. Dieselben gehen nun dadurch, daß sie den Arbeitern einen ansehnlichen Theil am Reingewinn der Arbeit einräumen, darauf aus, ihre eigenen und die Interessen ihrer Arbeiter zu wahren. Und zwar ist es zu diesem Zwecke gar nicht nöthig, große Opfer zu bringen. Im Gegentheil hat sich erwiesen, daß die Arbeitgeber, die sich hierzu aus freien Stücken entschlossen haben, ihre Einnahmen nicht unbedeutend steigern, trotzdem, daß sie ihre Arbeiter jetzt besser bezahlen als früher. Dies hat am Ende seinen ganz einfachen Grund. In den gewöhnlichen Werkstätten und Fabriken bekümmern sich bekanntlich die Arbeitgeber ziemlich wenig um die Interessen der Arbeiter und diese dafür eben so wenig um die ihrer Arbeitgeber, die sie oft nicht einmal kennen. Diesem Umstande sind vielfach die Verluste an Material, Werkzeug u. s. w. zuzuschreiben, die oft empfindlich genug sind. Bei dem neuen Verfahren dagegen stellen sich überall als die natürlichen Ergebnisse heraus: Ersparniß an Material und der Dauer der Arbeit, beträchtliche Vermehrung des Arbeitslohns und der Einnahmen der Arbeitgeber. (Eine selbstverständliche Erfahrung, die von beiden Seiten hoffentlich auch bei uns bald mehr gewürdigt werden wird. D. Red.)

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

Stuttgart, 4. Oct. Löbliche Redaktion wird ersucht, die nachstehende, auch im Socialdemocrat abgedruckte Denkschrift, auch in der Arbeiterzeitung abzudrucken. (Wie hiermit geschieht. Gerechten Beschwerden, wenn sie in würdiger Form geltend gemacht werden, steht unser Blatt jederzeit offen. Uebrigens würde der Abhülfe noch gar mancher drückenden Zustände in den verschiedenen Arbeitszweigen vorgearbeitet werden können, wenn die dabei interessirten Arbeiter sich die Mühe gäben, die einschlagenden Verhältnisse durch dergleichen Denkschriften nach oben wie nach unten in das rechte Licht zu stellen. D. Red.)

Denkschrift

über die Nachtheile der Cigarrenfabrikation in den Straf-Anstalten.

Von F. W. Fritzsche, Cigarrenarbeiter,

im Auftrage des Central-Comités der Cigarrenarbeiter für Deutschland in Leipzig.

Der schädliche Einfluß, den die Cigarrenfabrikation in den Strafanstalten auf die Corporation der Cigarrenarbeiter ausübt, ist die eigentliche Ursache, weshalb wir uns eingehend seit Jahren mit der Frage beschäftigten, ob die Cigarrenfabrikation in solchen Anstalten auch der Gesammtheit nachtheilig sei. Denn nur dann, wenn es uns gelang eine bejahende Antwort, unterstützt durch unumstößliche Beweise, zu geben, hatten wir ein Recht, für die Aufhebung oder doch Beschränkung dieser uns so unendlich bedrückenden Fabrikationsweise etwas zu unternehmen. Wir geben in Folgendem das Resultat unserer Beobachtungen und appelliren damit nicht nur an das Gerechtigkeitsgefühl derer, denen das Wohl der Gesammtheit von Staatswegen zur Pflicht gemacht wird, sondern hoffen auch, die Gesammtheit des Volkes selbst von der Gerechtigkeit unserer Forderung, die wir in Form einer Petition der zuständigen Behörde unterbreiten, zu überzeugen. Leihen aber Regierung wie Volk unsern Auseinandersetzungen williges Ohr, so hegen wir die bestimmte Hoffnung, daß eine Aenderung des jetzigen Beschäftigungs-Systems in den Strafanstalten zum Wohle der Gesellschaft die Folge unserer Anstrengungen sein wird.

Wie alle Gewerbe, welche der kaufmännischen Spekulation anheimgefallen sind, so ist auch die Cigarrenfabrikation nicht im Stande, allen denen, welche sich als Lohnarbeiter mit ihr beschäftigen, eine stets gesicherte, wenn auch nur nothdürftige Existenz zu gewähren, da oft durch die Verkettung unberechenbarer Umstände, die sogenannte Conjunctur, Handelskrisen eintreten, deren verderblichem Einfluß auf die materielle Existenz des Arbeiters dieser mit keiner andern Waffe entgegentreten kann, als mit dem Muth der Ergebung in das Unvermeidliche und der Energie des Entbehrens. Wir halten dafür, daß dieser Uebelstand bei der heutigen gesellschaftlichen Ordnung im Allgemeinen nicht zu beseitigen ist, und daß, da es allen derartigen Gewerben in gleicher Weise ergeht, es außerdem auch ungerecht wäre, zu Gunsten einer Geschäftsbranche die Intervention des Staates zu beanspruchen, weil durch den Vortheil, welcher dieser einen Erwerbsart zu Theil würde, durch Privilegien &c. die andern Gewerbe benachtheiligt werden müßten. Aus diesem Grunde würden wir, indem wir uns bei Allem, was wir thun, von dem Grundsatze leiten lassen: „Es ist höchst unsittlich, sein Glück auf den Ruin seiner Nebenmenschen gründen zu wollen", nie eine Forderung, wie die oben angeführte, zu stellen gewagt haben; wären wir nicht der Ueberzeugung, daß der Staat dadurch, daß er in den Straf-Arbeits- und Correctionsanstalten alle verfügbaren Arbeitskräfte vorzüglich zur Cigarrenfabrikation verwenden läßt, uns in der Gleichheit gegenüber den andern Gewerben beeinträchtigt.

Da aber nach unserer Ansicht die öffentliche Sittlichkeit, dieses reinste Band aller humanen, civilisirten Völker, durch den schädlichen Einfluß des seitherigen Beschäftigungssystems in den Strafanstalten gelockert wird, so ist es nicht nur der Trieb der Selbsterhaltung, nicht nur das Bestreben nach Gleichstellung mit andern Gewerken, nein, es ist vor Allem die Pflicht, welche jedem Menschen obliegt, für die gefährdete Sittlichkeit und öffentliche Sicherheit in die Schranken zu treten, welche uns zu unserer Forderung berechtigt.

Diese Behauptungen zu begründen, soll die Aufgabe sein, die wir nun zu lösen versuchen wollen.

Alle Nationalökonomen stimmen darin überein, und Niemand, der nur mit den Anfangsgründen der Volkswirthschaftslehre vertraut ist, wird ihnen zu widersprechen wagen, daß Angebot und Nachfrage den Arbeitsmarkt regeln und zwar so, daß die Arbeiter immer nur so viel für ihre aufgewendete Arbeitskraft erhalten, als zur Produktion neuer Arbeitskraft nöthig ist. Das Gesagte ist mit kurzen Worten der Extract der hierauf bezüglichen Lehrsätze aller Autoritäten auf dem Gebiete der Nationalökonomie, z. B. Adam Smith in seinem Werke I. Thl. 1. Bch., 8. Cpt., J. B. Say, Ricardo, Prof. Rau §. 190 seiner volkswirthschaftlichen Grundsätze, John Stuart Mill 2. Bch., 11. Cpt. §. 2. Prof. Zachariae, 40 Bücher vom Staat Bd. 5, pag. 156 &c., Prof. Roscher, System der Volkswirthschaft, 1858, pag. 308.

Ein anderer Satz, der nicht umzustoßen sein dürfte, ist folgender: Zur Hervorbringung einer bestimmten Summe Erwerbserzeugnisse ist eine bestimmte Quantität Arbeitskraft erforderlich, gleichviel von wie viel Individuen diese Arbeitskraft repräsentirt wird. Wenn man nun die Arbeitskraft, die zur Gewinnung eines gewissen Produktes erforderlich ist, auf eine so große Anzahl Individuen vertheilt, daß der Arbeitslohn, welcher vom Arbeitsertrag den betheiligten Individuen zufällt, unter das Niveau der zur nothdürftigen Erhaltung des Lebens erforderlichen Lohnsatzes herabgedrückt würde, so müßte nach dem, bei unsern heutigen socialen Zuständen natürlichen Gesetze von Angebot und Nachfrage, das, wie wir oben angeführt, den jetzigen Arbeitsmarkt regelt, durch verringertes Angebot und erhöhte Sterblichkeit der betreffenden Arbeiter der Lohn endlich wieder steigen und somit eine theilweise Besserstellung der Arbeiter herbeigeführt werden.

Um diese Sätze auch den Arbeitern, welche sich noch wenig mit der Volkswirthschaft beschäftigten, verständlicher zu machen, geben wir nachstehendes Beispiel:

Es soll ein Stein, 20 Ctr. schwer, in 12 Stunden bis zu einem bestimmten Platze fortgewälzt werden, wofür 10 Thlr. Arbeitslohn ausgeworfen sind; ob hierzu nun 10 oder 20 Mann verwendet werden, bleibt sich für die Fortschaffung des Steines gleich; anders verhält es sich jedoch mit dem Lohn; dieser wird bei 10 Mann 1 Thlr., bei 20 Mann aber nur 1/2 Thlr. per Mann betragen; hieraus ergibt sich: jemehr Individuen zu einer Arbeit bei gleicher Zeit verwendet werden, um so geringer wird der Lohnantheil eines jeden ausfallen.

Betrachten wir das Exempel nun auf andere Weise. Derjenige, welcher den Stein fortgeschafft wissen will, macht, um etwas zu ersparen, bekannt, daß er gesonnen ist, die Arbeit an den Mindestfordernden zu vergeben. Daraufhin melden sich zwei Unternehmer A und B. Der Unternehmer A verfügt über eine Arbeitskraft gleich 20 Ctr., vertheilt auf 10 Mann und verlangt beim ersten Gebot 9 Thlr. Dem B dagegen steht dieselbe Kraft zu Gebote, nur vertheilt sie sich bei ihm auf 12 Mann, trotzdem erbietet er sich den Stein für 8 Thlr. an Ort und Stelle zu bringen. A gab seinen Arbeitern bis dahin einen Tagelohn (12 Stunden) von 21 Sgr. = 10 Mann 7 Thlr.; B dagegen nur von 15 Sgr. = 12 Mann 6 Thlr. Nehmen wir nun der Verständlichkeit halber an, zur Erhaltung oder richtiger zur Wiedererzeugung der zu verwendenden Arbeitskraft gleich 20 Ctr. seien 6 Thlr. erforderlich, so kann A ebenfalls auf 8 Thlr. herabgehen; um aber sich das Geschäft nicht entgehen zu lassen, fordert er nur 7 Thlr., so daß jeder seiner Arbeiter nur 15 Sgr. erhalten kann. Damit sind die 10 Arbeiter nun nicht mehr im Stande, ihre Arbeitskraft wieder völlig zu ersetzen; es geht ihnen 1/6 Theil derselben verloren; B unterbietet den A wieder und dies fortwährende Unterbieten, die Concurrenz, dauert, wenn wir uns das gegebene Exempel auf alle Unternehmungen des A und B ausgedehnt denken, so lange bis die Kräfte der Arbeiter so weit zusammengeschmolzen sind, daß sie vereint nicht mehr im Stande sind, die vorhandene Arbeit zu bewältigen. Nun werden die Arbeitgeber genöthigt, höhere Löhne zu zahlen, um neue Arbeitskräfte heranzuziehen.

Solche Wechselwirkungen müssen sich die Arbeiter bei unsern heutigen gesellschaftlichen Zuständen gefallen lassen, weil sie eben unter solchen Verhältnissen natürlich sind.

Wendete sich nun aber einer der Unternehmer an den Staat, der in den Strafanstalten eine große Summe Arbeitskraft aufgespeichert hat, und dieser liehe demselben, in unrichtig aufgefaßtem staatsökonomischem Interesse, die geforderte Arbeitskraft zum halben durchschnittlichen Arbeitslohne deshalb, damit er, der Staat, diese Arbeitskraft nicht völlig ohne Verwerthung zu erhalten brauche, so würde er dadurch nur bewirken, daß die Arbeiter des A und B, um nicht sofort zu verhungern, ebenfalls für den halben Lohn arbeiten müßten und an eine Steigerung des Lohnes unter solchen Umständen nicht zu denken wäre, weil der Staat mit seinen, von ihm zur Hälfte der Erhaltungskosten zur Verfügung gestellten Arbeitskräften als unüberwindlicher Faktor bei der Concurrenz aufgetreten ist.

Die traurigen Zustände, welche sich aus solcher Concurrenz entwickeln, bis in ihre Consequenzen zu verfolgen, ist dem beabsichtigten Umfang gegenwärtiger Denkschrift nicht angemessen. Wir müssen uns darauf beschränken, nur das Urtheil des französischen Volkswirthes Bastiat, über die Concurrenz unter den Arbeitern im Allgemeinen, anzuführen. Er sagt Harm. oeconom. pag. 362:

„Es folgt hieraus, daß der Arbeitslohn die Tendenz hat, sich auf das Niveau dessen zu stellen, was unerläßlich nöthig zum Leben ist; und in dieser Lage der Dinge ist das Eintreten des geringsten Zuwachses von Concurrenz unter den Arbeitern eine wahrhafte Calamität; denn es handelt sich für sie nicht um ein verringertes Wohlbefinden, sondern um ein unmöglich gemachtes Leben!" —

Wenn also Jemand, wie bei der Cigarrenfabrikation der Staat, unbekümmert darum, ob vermehrte oder verminderte Nachfrage in einem Geschäftszweige eingetreten ist, fortwährend neue Arbeitskräfte producirt (hier das Anlernen der Sträflinge zur Cigarrenarbeit) und auf den industriellen Kampfplatz wirft, so muß unabweisbar der Lohn für die gesammten Arbeitskräfte dieser Branche auf ein Minimum herabgedrückt werden, ohne daß je eine Periode der Prosperität für solche bedauernswerthe Individuen in dem Schooße der Zukunft läge. Und hier gelten die Worte über dem Eingange der Hölle des Dante Alighieri: „Die Ihr hier eintretet, laßt jede Hoffnung hinter Euch!"

Vielleicht meint man aber, die Widerlegung des Angeführten darin zu finden: „Wenn der Lohn zur Befriedigung der nöthigen Bedürfnisse nicht mehr ausreicht, werden sich keine neuen freien (?) Arbeitskräfte anbieten und so wird der Uebelstand größtentheils nur die zwangsweise Angelernten treffen." Die Möglichkeit zugegeben, würde dann aber der Staat den Zweck, den er mit diesem Beschäftigungssystem in den Strafanstalten verbindet, erreichen, da derselbe doch nicht blos um eine Erwerbsquelle zu theilweiser Selbsterhaltung der Sträflinge zu haben, oder gar zur Strafe

die Cigarrenfabrikation eingeführt hat; sondern, und dies wohl in erster Linie, deshalb, damit die ihrer Haft entlassenen Individuen sich eine ehrliche, genügende Existenz verschaffen können und nicht die Noth sie wieder zum Verbrechen treibe?

Außerdem gibt es, nach unserer Ueberzeugung, nur noch wenige Arbeiter, die sich aus freiem Antriebe zur Cigarrenarbeit wenden; vielmehr werden auch die sogenannten freien Arbeiter zu diesem Geschäfte gepreßt. Um dies beweisen zu können, müssen wir die Cigarrenfabrikatian im Allgemeinen etwas näher beschreiben, weil wir bei ihr Eigenthümlichkeiten begegnen, die sich bei keinem andern Industriezweige wiederfinden.

Zu einem namhaften Industriezweig bildete sich die Cigarrenfabrikation in Deutschland eigentlich erst in den dreißiger Jahren aus. Obgleich also der Anfang der großartigen Entwickelung, welche die Cigarrenfabrikation bis heute erlangt hat, in die Zeit fällt, wo Zünfte und Innungen noch bestanden, mit Zunftzwang, Privilegien ꝛc. waren doch alle Bestrebungen der Cigarrenarbeiter, und wie wir selbst gestehen müssen, zum Vortheil der Arbeit, vergeblich, Innungsrechte zu erlangen. Dadurch abee, daß dieses Gewerbe inmitten der Innungen und Zünfte so völlig frei dastand, kam es, daß sich alle diejenigen, welche sich im eigenen, früher erlernten Geschäfte nicht wohl ernähren konnten, diesem Industriezweige zuwandten. Es hatte dies aber auch zur Folge, daß dasselbe nicht blos von denjenigen ausschließlich selbstständig betrieben wurde, die es praktisch erlernt hatten, wie in andern Gewerben die Meister, sondeen es wurde sofort durch Kaufleute fabrikmäßig betrieben.

Wenn schon der Kleingewerbtreibende mit der Concurrenz so zu kämpfen hat, daß es ihm schwer wird, auf Preis zu halten, so ist der Großindustrielle geradezu gezwungen, die Concurrenz mit ihrem eigenen Kinde zu bekämpfen, d. h. er muß seinen Erzeugnissen die Billigkeit als Waffe mit auf den Weg geben, um sich Absatz zu erzwingen, indem sich die Produktion nicht nach dem Bedürfniß richtet, sondern die Produkte das Bedürfniß so zu sagen erst hervorzaubern müsse. Die Cigarre ist ein Artikel, welcher durch längeres Lager erst recht gangbar wird; der Bedarf ist also kaum zu ermessen; die Versuchung zur Ueberproduktion liegt so nahe, daß es zu verwundern ist, daß sich bis jetzt die Krisen in diesem Geschäft noch nicht gewaltiger fühlbar gemacht haben, als es schon geschehen. Eines aber bewirkten diese Krisen; man mußte immer billigere Arbeitskräfte heranziehen. Diese erhielt man sehr leicht. Jeder Cigarrenarbeiter war zu gleicher Zeit Arbeiter und Arbeitgeber; er beschäftigte einen Zuarbeiter (Wickelmacher), den er, zu Gunsten des Unternehmers, auszubeuten gezwungen war. Der Zuarbeiter aber strebte danach, so bald als möglich aus dieser doppelten Abhängigkeit herauszukommen und selbstständiger Fabrikarbeiter zu werden. Das war nun auch mit keinerlei Schwierigkeiten verbunden; er bedurfte ja kein Werkzeug, Betriebskapital u. dgl.; außerdem aber, da es, wie schon angeführt, im Nutzen des Fabrikanten lag, war ihm dieser hiezu in jeder möglicher Weise behilflich und so erzog sich jeder Cigarrenarbeiter einen Concurrenten, der sofort wieder dasselbe that.

Die Krisen kehrten wieder; die Concurrenz, die sich die Fabrikanten machten, wurde immer folgenschwerer. Außerdem waren die Miethe so wie alle nothwendigen Lebensbedürfnisse theurer geworden; das Arbeitsmaterial aber hatte sich in Folge der gesteigerten Consumtion verschlechtert. Auch die in die Cigarrenfabrikatian nicht Eingeweihten werden dies sofort erkennen, wenn wir ihnen sagen, daß es im Jahre 1840 circa 200, heute aber gegen 1500 Cigarrenarbeiter in und um Leipzig gibt, dies Verhältniß aber fast durch ganz Deutschland dasselbe ist. In jener Zeit ward der bei weitem größte Theil des Tabacks zu Rauchtabad verwendet, wozu man die Blätter wählte, die sich zur Cigarrenfabrikation nicht gut eigneten; heute aber ist man gezwungen, auch diese von Qualität wohl eben so guten, in Bezug ihrer Verwendbarkeit zu Cigarren aber fast untauglichen Blätter dennoch zu Cigarren zu benutzen, indem sich dieselben alsdann bedeutend billiger stellen. Alle diese Umstände zwangen nun, da der Arbeitslohn dem erhöhten Preise der Lebensbedürfnisse nicht analog in die Höhe gegangen war, den Arbeiter, ein Auskunftsmittel zu suchen und seinen Verdienst wenigstens so weit zu erhöhen, daß er sich und seine inzwischen durch Verheirathung entstandene Familie, wenn auch unter vielfachen Entbehrungen, nothdürftig ernähren könne. Was lag ihm näher, als daß er Weib und Kind zu seiner Unterstützung heranzog? Was ist aber diese Errungenschaft, dieser Vortheil, den uns die Mithülfe von Weib und Kind gewährt? Die Concurrenz, die sie uns machen!

Früher ernährte der Vater Weib und Kind; jetzt muß er sein Kind, das in die Schule und auf den Spielplatz gehört, ins Joch Geist und Körper tödtender Arbeit spannen, weil er sanst zu befürchten hat, daß er untee der Last der Arbeit erliegen, seine Lieben zu früh verwaisen lassen und sie in den Kampf ums Leben stoßen muß. — Und so muß das Kind den Vater miternähren. Wie weit aber dieses naturwidrige Verhältniß getrieben werden kann, dafür mögen Zahlen sprechen. Laut Bericht des englischen Parlaments von 1835, alsa vor 30 Jahren, betrug die Zahl der erwachsenen Arbeiter in den Webereien Englands 190,710, die Zahl der Kinder in denselben von 8—13 Jahren 56,455, und die Zahl der Kinder von 13—18 Jahren 108,208, zusammen 164,663 Kinder auf 190,710 erwachsene Arbeiter. Daß dies dazu beitragen muß, den Lohn der Erwachsenen zu verringern, ist unbestreitbar. Hören wir aber auch, was der königl. preuß. Statistiker, der Wirkliche Geheimrath Hoffmann, (Nachgelassene Schriften S. 224) sagt: „So schlich sich (durch die Arbeit der Kinder) ein Mittel zur Minderung des Lohnsatzes für die Handarbeit ein, dessen Falgen Gräuel der Entsittlichung wurden, welche allerdings in solchem Umfange nur der neuesten Zeit angehören."

Man wird hier sagen: in andern Geschäften ist dies auch der Fall und so würden durch die billigere Produktion alle Artikel sa billig, daß sie Allen zugänglich werden. Doch dies ist nicht völlig richtig; denn so lange noch neue billige Arbeitskräfte zu produktiver Arbeit herangezogen werden kännen, wird durch die Menge dieser neuen Arbeitskräfte ein gesteigertes Angebot von Arbeiterhänden auf den Arbeitermarkt gewarfen und dadurch der Arbeitslohn so tief herabgedrückt, daß der Arbeiter wenig oder gar keinen Nutzen von der billigen Massenproduktion hat. Jeder vernünftige Mensch, der nicht darauf ausgeht, die Arbeiter im Interesse der Arbeitgeber in Unwissenheit zu erhalten, wird eingestehen müssen, daß die Frauenarbeit in Fabriken nur nachtheilige Folgen für den Arbeiterstand, ja für die Gesammtheit haben muß, wenn er erwägt, daß sich der größte Theil solcher Frauen eben duech angestrengte Arbeiten Bleisucht, Lungenkrankheiten, Verkrümmung des Beckens, unregelmäßige Menstruation u. s. w. zuzieht; daß als nothwendige Folge dieser Krankheiten jede kommende Generation schwächlicher und scrophulöser wird und deshalb die Arbeitskraft in gleichem Maße abnimmt, von der Intelligenz, die doch bei der Produktion mit in Rechnung gebracht werden muß, gar nicht zu sprechen; daß endlich, wollte man auch absehen von der durch jene Krankheiten hervorgerufenen traurigen Existenz des Arbeiterstandes, — schon dadurch der Nutzen der Frauenarbeit für die Gesellschaft illusorisch wird, daß zwei so entnervte, kranke, schwache Individuen keineswegs mehr produciren können, als ein gesundes, starkes, mit valler Arbeitskraft ausgerüstetes. Auch muß das mit produktiver Lohnarbeit beschäftigte Weib ihren Haushalt vernachlässigen. Wir haben nicht zu schwarz geschildert, hören wir die Worte eines der neuesten Bevölkerungsstatistiker, Prof. Wappaeus in Göttingen. Er sagt (Allgemeine Bevölkerungsstatistik. 1858. Band I., pag. 318: „Aus diesen musterhaften Untersuchungen — er spricht von denen des Dr. Villermé — geht unter Anderem hervor, daß unter den Fabrikarbeitern, die in Spinnereien und Webereien beschäftigt sind, in allen Lebensperioden die größte Sterblichkeit sei. Während nach den Daten der 12jährigen Periode von 1823—34 die Hälfte dee Kinder der Fabrikanten das 29. Jahr erreicht hat, hat die Hälfte der Kinder der Spinner und Weber, — man wagt es kaum zu glauben — vor dem beendigten 2. Lebensjahre zu existiren aufgehört. Diese furchtbare Sterblichkeit ist dem Elende der Eltern zuzuschreiben und besonders demjenigen der Mütter, welche ihrem Säuglinge jeden Tag nur während der geringen Zahl der Stunden, die sie bei ihnen zubringen, die Brüste geben können und sie während der übrigen Zeit ohne alle Pflege lassen." Dr. Gasselet, einer der ersten Aerzte von Lille in Nordfrankreich, ruft verzweifelt aus: „Gibt es denn bei uns etwas Anderes, als das Elend, was solche Todesfälle am Beginne des Lebens herbeiführt? Man muß dieser Geißel ein Ende machen! Man muß nicht mehr in Frankreich sagen können, daß daselbst von 21,000 Kindern 20,700 gestorben seien, bevor sie das 5. Jahr erreicht haben!" Die Frauen werden aber auch dadurch, daß sie produktive Arbeit verrichten müssen, ihrer natürlichen Bestimmung, Erzieherinnen kommender Geschlechter zu sein, entzogen, da ihnen alsdann die nöthige Zeit fehlt, sich für den hohen Beruf einer Muttee geistig auszubilden; sie können auch nicht belehrend, ermahnend, besänftigend, aufmunternd und mit der ganzen Hingebung edler Mutterliebe die sittliche Bildung ihrer Kinder überwachen, wenn sie sich auch die erforderlichen Kenntnisse hätten aneignen können; und so wird dadurch, daß sie mit ihrer Arbeitskraft ihrem Gatten Concurrenz gemacht, wofür sie der Hunger mit eherner Kette an die Arbeit gefesselt hält, diese ihre Arbeit zum Fluche für die Menschheit.

Ein anderer Nachtheil, der wohl kaum in so hohem Grade bei einem andern Gewerbe vorhanden, ist die narkotische Ausdünstung des Tabacks, wodurch die Gesundheit der ganzen Familie untergraben wird. Daß dieses der Fall, geht z. B. auch aus den Mittheilungen des Hrn. Geheimrath Engel in Berlin hervor. Er veröffentlicht in den Zeitschriften des statistischen Bureaus, Jahrgang 1862, eine Tabelle über die in den Jahren 1855—1860 Gestorbenen und berechnet dann das Durchschnittsalter, das in den verschiedenen Berufsklassen erreicht wurde. Demnach erreichen die Rentiers und Particuliers durchschnittlich ein Alter von $69^1/_2$ Jahren, die Maschinenbauer nur eins von $37^1/_2$, die Buchbinder nur von 35 und die Tabackspinner und Cigarrenmacher sogar nur ein Alter von 31 Jahren. Außer diesem erwähnen wir nur noch des Urtheils des Professors Dr. Weber, jetzt in Halle: „Fast in allen Familien der Cigarrenarbeiter", erklärte er uns einst persönlich, „habe ich gefunden, daß die Kinder mehr odee weniger an Lungenkrankheiten leiden." Jeder Arzt aber verbietet den Brustkranken, sich in einem Lokal aufzuhalten, in welchem sich Taback befindet.

Vielleicht wirft man hier die Frage auf: In welcher Beziehung steht dies Alles mit der Cigarrenfabrikation? Nun, wir wollten eben beweisen, daß unter solchen Umständen, bei der Fabrikation in den Strafanstalten, von freiem Angebot der Kräfte nicht mehr die Rede sein kann; denn die Kinder müssen, so gering auch ihre Kräfte sein mögen, durch ihre Beihülfe im Geschäft der Eltern die Familien mit erhalten, so lange bis sie selbstständig für sich selbst sargen können und dann ist es zu spät, sich zu einem andern Geschäft zu wenden, weil die Mittellosigkeit sie darin hemmt. Auf diese Weise werden, durch die Macht salcher zwingendee Umstände, die Rekruten zum Cigarrengeschäft gepreßt.

Um das Maaß aber gerüttelt voll zu machen, wird durch die Verwendung der in den Arbeitshäusern Detinirten zur Cigarrenfabrikation die Corporation der Cigarrenarbeiter carrumpirt und die Sittlichkeit im Allgemeinen untergraben. In seiner „Motivirung zu dem am 14. Juni 1865 in einer Versammlung der Dresdener Cigarrenarbeiter gestellten Antrag: Die Versammlung Dresdener Cigarrenarbeiter wolle beschließen: sich in einer Petition an die hohe Staatsregierung zu wenden, und wolle dieselbe ersuchen, die Fabrikation in den Zucht-, Arbeits- und Correktionshäusern baldmöglichst zu beschränken", sagt mit vollem Recht der Cigarrenarbeiter Richter: „Durch die Fabrikation in grassem Maaßstabe auf benannten Anstalten wird man so lange Cigarrenarbeiter erzeugen, bis es zuletzt soweit kommt, daß dem entlassenen Sträfling nichts übrig bleibt, wenn er, was in vielen Fällen schwer hält, keine andere Beschäftigung finden kann, als von neuem sich dem Verbrechen in die Arme zu werfen, um var dem Verhungern in den Strafanstalten gesichert zu sein. Und möchte doch Jeder bedenken, Hunger thut weh und gar Manchen hat die Noth zum Verbrecher gemacht."

„Auch wir haben dies bedacht und haben immer salche vor der Welt Gebrandmarkte ruhig neben uns arbeiten lassen. Wir haben es Keinem gerügt, daß er die Bahn des Gesetzes verlassen hat. Wir haben sie in unsere Unterstützungskassen aufgenommen. Und was ist der Lohn für diese unsere Humanität?"

„Wir, die Corporation der Cigarrenarbeiter, wurden auf alle mögliche Art und Weise compromittirt. Man schob uns Sachen in die Schuhe, von denen wir in den meisten Fällen nichts wußten. Und so kam es, daß das weniger unterrichtete Publikum in uns eine förmliche Verbrecherbande erblickte."

Suchen wir dies etwas näher auszuführen. Der Sträfling, gleichviel ob er sich zu dieser Beschäftigung qualificirt oder nicht, wird dennoch in die Cigarrenfactur eingestellt, ob er dabei sein früher erlerntes Gewerbe verlernt, kommt hier nicht in Anschlag. Es ist aber ein alter Erfahrungssatz, daß der Mensch das, was er gezwungen thun muß, niemals mit Lust und Liebe verrichtet, und so wird der Sträfling an die Erlernung des Cigarrengeschäfts mit innerem Widerstreben gehen; außerdem muß aber das Cigarrenmachen in der Jugend, wo alle Muskeln noch bildungsfähig und plastisch sind, erlernt werden, weil die Hauptsache bei dieser Arbeit auf einer immensen mechanischen Fähigkeit und einem ausgebildeten feinfüh-

lenden Tastsinn beruht. Diese Eigenschaften besitzt der Mensch aber im vorgerückten Alter nicht mehr in so hohem Grade, wie es hier nöthig ist; und so kommt es denn auch höchst selten vor, daß ein früherer Sträfling in der Freiheit durch die in der Gefangenschaft erlernte Beschäftigung sich ehrlich ernähren kann; er wird rückfällig. Vor den Schranken des Gerichts wird nun ein solches rückfälliges Subject, ob es sich auch vielleicht nie in der Freiheit mit der Cigarrenarbeit beschäftigt hat, dennoch als Cigarrenmacher characterisirt.

Alle Welt ist nun erstaunt, schon wieder einen Cigarrenmacher, sogar als rückfälligen, vielleicht schon zum 10. Mal rückfälligen Verbrecher zu sehen, und da sich dies, in Folge des Anlernens in den Strafanstalten, oft, leider sehr oft wiederholt, sieht man in uns die Parias der modernen Gesellschaft.

Hat der frühere Sträfling vor seinem Rückfalle in einer Fabrik gearbeitet, wie wirkt dies auf die Mitarbeiter ein? Können sich die ihm untergeordneten minderjährigen Zuarbeiter den verderbenden Einflüssen des bösen Beispiels und der Verführung entziehen? Und nun bedenke man, hunderte, ja in ganz Deutschland tausende von Sträflingen werden zur Cigarrenarbeit angelernt und alsdann in die Cigarrenfabriken verpflanzt!

Wäre es da zu verwundern, wenn solche Fabriken zum Progymnasium der Verbrecher würden? Man gibt ihnen ja die Lehrkräfte, die auf der Universität des Verbrechens, in der Strafanstalt, ihre höhere theoretische Ausbildung erhielten, zu hunderten und tausenden.

Die Regierung mag mit noch so guten Absichten das jetzige System in den Strafarbeitshäusern eingeführt haben und in diesen Anstalten auf Besserung der Gesunkenen hinarbeiten, der sittliche Geist, der unter den Cigarrenarbeitern herrscht, mag von der Intelligenz, die in dieser Corporation vertreten ist, in seinem Kampfe gegen die Demoralisation noch so kräftig unterstützt werden, — wo die Saat des Verderbens so dicht gesäet wird, da muß endlich das Verbrechen emporschießen. Wie wäre es auch anders möglich? Der stärkste Charakter wird endlich ermatten, um ein Gut zu erringen, dessen Besitz, obgleich er ihn thatsächlich sein nennt, ihm doch immer und immer von der Mehrheit abgeleugnet wird. Alle Welt hält uns ja, wie Richter in der angezogenen Stelle sehr wahr bemerkt, für eine Verbrecherbande.

Sollen wir aber im Laufe der Zeiten das nicht werden, für was man uns hält, sollen wir nicht, aus Rücksicht für Verbrecher, selbst zu Verbrechern ausgebildet werden, so lasset uns Gerechtigkeit widerfahren und verpflanzt nicht mehr Verbrecher unter unsere unmündigen Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern, als aus der Corporation selbst hervorgehen, und drückt uns durch die Concurrenz der Strafanstalten nicht noch unter den irischen Weber hinab! Nicht Betlelei, nicht niedriger Egoismus ist es, die uns diese Worte in den Mund legen. Nein! Es ist ein Hülferuf aus geängsteten Herzen. Das Edelste, das Höchste des Menschen steht auf dem Spiele! Hart vor dem bodenlosen Abgrunde rufen wir: Gerechtigkeit! —

Vermischtes.

Die Reformen im Postwesen betreffend.

1. Es gereicht den Interessen des Handels und der Industrie zum Nachtheil, daß der Postbetrieb die Privatconcurrenz ganz oder theilweis ausschließt und für bestimmte Gegenstände mittelst Strafandrohungen dem gewerbtreibenden Publikum aufgenöthigt wird.

Es ist daher an der Zeit, das Postmonopol, desgleichen den Postzwang, soweit solche noch bestehen, aufzuheben.

2. Die Staatspost ist keine Anstalt, um finanzielle Ueberschüsse zu erzielen, sie soll vielmehr dem allgemeinen Verkehr dienen.

Für den Preis ihrer Leistungen sollen daher die eigenen Kosten, sowie eine verständige Rücksicht auf den fortgesetzten Aufwand, welchen Reformen verursachen, den natürlichen Maaßstab bilden.

3. Für die Briefpost empfehlen sich insbesondere folgende Reformen:

a. das sog. Distanzensystem ist zu verlassen und der einfache Brief mit höchstens 1 Sgr. (3 kr.) zu taxiren;

b. die Gewichtsprogression ist auf zwei Stufen zu beschränken, dergestalt, daß bei einem Gewicht von 1 Loth und darüber das zweifache Porto als Maximum erhoben wird;

c. der Frankirungszwang ist auf alle solchergestalt ermäßigten Briefpostsendungen auszudehnen; jedoch ist das sog. Straf- oder Zuschlagsporto auf höchstens 1 Sgr. für jeden unfrankirten Brief zu ermäßigen;

d. das Porto für Waarenproben und Muster ist auf 4 Pfennige für je $2^1/_2$ Loth, resp. mit einem mäßigen Zuschlag im Verkehr mit dem Postvereinsausland zu ermäßigen;

e. die Recommandationsgebühr ist auf 1 Sgr. herabzusetzen;

f. das Briefbestellgeld ist, wo solches noch besteht, abzuschaffen.

4. Im Fahrposttarif ist das Porto

a. für Pakete wenigstens auf weite Entfernungen,

b. für Geld- und Werthsendungen aber durchweg zu ermäßigen.

5. Das Institut der Postanweisungen ist für den Landes- und Postvereinsverkehr möglichst auszubilden, insbesondere ein billiges, einstufiges Porto bei demselben einzuführen, die Einzahlung bis zu wenigstens 100 Thalern zu gestatten und für prompte Auszahlung Sorge zu tragen.

6. Die Postanstalt unterliegt in Ansehung der Haft- und Ersatzpflicht den allgemeinen Vorschriften über das Frachtgeschäft; es sind daher alle zu Gunsten der Post und zum Nachtheil des Publikums auf Grund des Postvereinsvertrages, resp. partikularrechtlich bestehenden Einschränkungen dieser Verbindlichkeiten aufzuheben.

7. Auch für die Regelung des internationalen Postverkehrs erscheint es nachgerade an der Zeit, auf eine geeignete Vertretung der Interessen des verkehrenden und handeltreibenden Publikums Bedacht zu nehmen.

8. Für den Verkehr mit dem Postvereinsauslande ist auf thunlichste Vereinbarung gleichmäßiger billiger Tarife, insbesondere für Briefe, Druck-, Kreuzband- und Mustersendungen hinzuwirken.

Vom Büchertisch.

„Der Zollverein, Zeitschrift für Handel und Gewerbe, zugleich Organ des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westphalen". Dies ist, schreibt der Arbeitgeber, der Titel einer neuen Mitbewerberin auf dem Felde der Industrie, die wir mit Achtung und Freude begrüßen müssen, wenn wir das tüchtige Programm derselben und die Mitarbeiterliste betrachten, da letztere die besten Namen aus der Zahl deutscher Volkswirthe umschließt. Dieses Programm lautet: 1) Ermittelung und Einführung praktischer Grundsätze in Handel, Gewerbe und Volkswirthschafts-Politik, namentlich in Betreff der Zollsätze und der öffentlichen Verkehrstarife; 2) materielle und sittliche Hebung der arbeitenden Klasse; 3) Anregung und Unterstützung gemeinnütziger Anstalten und Unternehmungen, soweit sie Handel und Gewerbe betreffen; 4) Förderung der Handels- und Gewerbestatistik der beiden Provinzen Rheinland und Westphalen. Das neue Unternehmen fand auf dem Handelstage lebhafte Anerkennung und Empfehlung, welche es durch den Inhalt der ersten Nummer schon rechtfertigt. Dieselbe enthält außer einer wöchentlichen Uebersicht mehrere gediegene Aufsätze: Der Gedanke des deutschen Zollvereins von Professor Aegidi in Hamburg. — Aus dem Handels- und Gewerbeverein: Dubliner Ausstellung. Gladbach, die Eisenbahnen Rheinlands und Westphalens. — Correspondenzen: Paris, Gewerbthätigkeit und Arbeitslohn. — Notizen und Vermischtes. — Coursübersichten. — Anzeigen. Die Zeitung erscheint einmal wöchentlich.

Briefkasten.

Aus Mainz erhalten. Dank, wir bitten aber, Kreuzbänder künftig zu frankiren, Porto für dieses würde 1 kr. gekostet haben und kostete uns 7 kr. — G. in L. Gedrängter Bericht würde uns angenehm sein. — F. L. in St. Bericht aus L. ist uns anderweit zugesagt. Die Denkschrift, wie Sie sehen, im Interesse der Sache aufgenommen.

Verschiedene Anzeigen.

Abonnements-Einladung.

Indem wir auf das seit Anfang April bei der unterzeichneten Expedition erscheinende „Wochenblatt des Nationalvereins" freundlichst einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf dasselbe annehmen. Ebenso kann direkt bei der Expedition abonnirt werden.

Der Abonnementspreis beträgt mit Einrechnung der in der Freien Stadt Frankfurt bestehenden Stempel-Steuer bei direktem Bezug von der Expedition (ohne das Porto) 45 kr. oder 13 Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 54 kr. oder $15^1/_2$ Sgr. für das Quartal. Inserate werden mit zwei Silbergroschen für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

Frankfurt a. M., im September 1865.

Die Expedition
des Wochenblatts des Nationalvereins.
(C. Adelmann, Gr. Eschenheimerstraße 43.)

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Deutschlands
Errettung aus tiefster Schmach.
Programm der Zukunft.
Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die weltliche Herrschaft der Päpste.
Beurtheilt von der französischen Diplomatie.
Eine Sammlung von höchst interessanten diplomatischen Aktenstücken vom 17. Jahrhundert bis auf die Gegenwart.
Von M. E. Hubaine,
Privatsecretär des Prinzen Napoleon.
Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.
Preis $12^1/_2$ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Beurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wie das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.
(Die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche. Thl. I. S. 489 u. 492.)

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE
von
Dr. Eduard Reich,
Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.
Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volkes und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 147.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorausezahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 22. October 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expdition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Sitzung des ständigen Ausschusses des Arb.-Vereinstags in Gotha. Waldshut, Stöckler todt. Bericht aus Zwickau und Stettin, Offenbach, Wiesbaden. Leipzig, norddeutscher Cigarrenarbeitertag. II. **Politischer Theil:** Die Stille am 18. Oktober, ein Zeichen der Zeit. In Schleswig Befestigung der Ordnung im Sinne der Herren Twesten, Mommsen und Consorten. Frankfurt, die preuß.-österreich. Drohnoten; eine seltsame Selbsttäuschung des Wochenblatts des „Nationalvereins". Das österreichische Pumpwerk stockt. Kuno Hahn'sches aus Würtemberg. Berlin, Gegensatz zwischen Militärbudget und Volksunterrichtsbudget. London, ein frivoler Staatsmann todt. Newyork, Schurz über die Zustände in den Südstaaten. III. **Socialer Theil:** Versuch einer Antwort auf sociale Fragen I. Leipzig, der erste deutsche Frauentag. Paris, officielle Bemühungen zu Gunsten der Arbeiter. Berlin, Project einer großen Arbeiterversammlung zur Erörterung der Frage: ob Staatshülfe, ob Selbsthülfe. Augsburg, Arbeiterversammlung zu Gunsten der Abkürzung der Arbeitszeit. Kempten, ein braver Patriot, Rechtsrath Waibel, todt. IV. Briefkasten. V. Anzeigen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt nach dem jetzt eröffneten Postdebit nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am **Freitag** vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer deshalb immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Vereinsangelegenheiten.

Gotha, 13. Oct. Am 5. November d. J. findet eine Sitzung des ständigen Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine hier im „Thüringer Hof" statt, woran sich eine große Arbeiterversammlung anreihen wird.

Todesanzeige.*)

Am 3. October starb dahier nach mehrwöchentlicher schwerer Krankheit der in den Arbeiterkreisen wohlbekannte und für das Wohl der Arbeiter unermüdlich thätige

Schriftsetzer Friedrich Stöckler,
Präsident des früheren oberbadischen Gauverbandes.

Wenige Tage nach seiner Ankunft hier wurde er von einer Krankheit heimgesucht, von der er leider nicht mehr genesen sollte, und am 5. d. M. begleiteten wir ihn zu seiner letzten Ruhestätte.

Möge ihm ein dankbares Andenken bewahrt bleiben.

Waldshut, den 9. October 1865.

Der Arbeiterbildungsverein.

*) Leider erst am 13. d. eingetroffen, als die Nr. 146 bereits in die Presse gegangen war. D. Red.

† **Zwickau**, 10. Oct. Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Arbeiterverein sein zweites Stiftungsfest im Saale des Schwanenschlößchens. Der Feier, die zunächst aus einem Festactus bestand und mit Instrumental- und Gesangsvorträgen eingeleitet wurde, wohnten ein großer Theil der Vereinsmitglieder nebst Frauen, sowie mehrere Ehrenmitglieder und Gäste bei; auch waren mehr oder weniger zahlreich der Arbeiterfortbildungsverein zu Crimmitzschau, die Arbeitervereine zu Glauchau, Mülsen, St. Micheln und St. Jacob, sowie der hiesige Fortbildungs- und der Gewerbeverein, vertreten. Die mit vielem Beifall aufgenommene Festrede des Vereinsvorstandes, Herrn Kraft, verbreitete sich in eindringlicher, der ernsten Sache entsprechender Weise über die Zwecke des Vereins, nannte als solche die Verbesserung und Sicherung der materiellen Lage und die geistige Hebung und Fortbildung des Arbeiters, begründete Beides durch Hinweis auf die jetzige Beschaffenheit und die mehr und mehr wachsende Bedeutung des Arbeiterstandes, hob hervor, daß Ersteres als das Nothwendigere bis jetzt mehr im Auge behalten worden sei, wies auf die durch innere Theilnahmlosigkeit, Nichtbeachtung oder Gegenwirkung von außen erwachsenden Hindernisse hin, und sprach schließlich Wunsch und Hoffnung dahin aus, daß dies überwunden und das vorgesteckte Ziel zum eigenen und des Ganzen Wohl erreicht werde. Hieran knüpfte der Vorstand einen kurzen Bericht über das letzte Vereinsjahr, aus welchem folgendes hervorzuheben ist: der Verein, den Verbänden sächsischer und deutscher Arbeitervereine rc. angehörend, ist im letzten Jahr von 280 bis auf 410 Mitglieder gestiegen, hat im verflossenen Jahr den Consum reorganisirt, eine Sterbecasse ins Leben gerufen und einen Fond zur Altersversorgung gebildet. Aus der Krankencasse wurden 510 Thlr. auf 206 Krankenscheine ausgezahlt und ein Ueberschuß von ca. 120 Thlr. erzielt. Mit Tod sind 9 Personen, 4 Männer und 5 Frauen, abgegangen und für diese 9 Fälle 108 Thlr. ausbezahlt, sowie 60 Thlr. dem Fond überwiesen worden. Zur Altersversorgungscasse haben sich bis jetzt 322 Thlr. 9 Ngr. angesammelt. Am Consum betheiligte sich etwa der vierte Theil des Vereins, doch wurden immerhin 4000 Thlr. in 9 Monaten umgesetzt und damit ein Gewinn von 220 Thlr. oder durchschnittlich $5^1/_{10}$% erzielt. — Für die geistige Bildung ist durch mehrfache Vorträge, durch Beginn von Unterrichtsstunden im Schönschreiben, Lesen, Rechnen, Orthographie und Stylistik, sowie durch Begründung einer Bibliothek gesorgt worden. — Nach dem Vorsitzenden sprach der als Gast anwesende Herr Dr. Eras aus Chemnitz über die Bedeutung der Arbeitervereine, die er eine edle Burschenschaft der Zukunft nannte, verbreitete sich über die Bildung des Arbeiters, als Bedingung der ihm gebührenden Achtung und äußerte dabei den Wunsch, daß die Männer der Intelligenz mehr als bisher geschehen, sich des Arbeiterstandes annehmen sollten und schloß mit einem Hoch auf die einigenden, bildenden und fortschreitenden Bestrebungen der Arbeitervereine. — Herr Buchhalter Moteller aus Crimmitzschau sprach in feurigen Worten über den höheren Beruf der Frauen, der darin bestehe, uns zu begeistern und in unsern Kindern den Funken der Liebe zum Vaterland und zur Freiheit anzufachen. — Sollten aber die Frauen diesen Beruf erfüllen, so müsse ihnen auch die ihnen gebührende Stellung eingeräumt werden. Ein Mitglied des hiesigen Vereins, Herr Dotzauer, verbreitete sich in längerer Rede über die Arbeiterbewegung als ein Produkt der Zeit und nahm hierbei Bezug auf die Vorgänge in Rußland, in Nordamerika und in Italien. Mit einem Hoch auf Schulze-Delitzsch und auf die Gäste schloß der Vorstand den Festact. — Den zweiten Theil des Festes bildete ein Ball. — Der Charakter des ganzen Festes war ein durchaus würdiger, was von allen Gästen gern anerkannt wurde.

Stettin, 15. Oct. In der gestrigen Versammlung des hiesigen Arbeitervereins beendigte der Vorsitzende, Herr R. Leuschner, seinen zusammenstellenden Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der folgenden, in diesem Jahre stattgehabten allgemeinen Versammlungen, resp. Vereinstage und Congresse: der sogenannten Socialcommission (Berlin), des deutschen Genossenschaftstages (Stettin), des volkswirthschaftlichen Congresses (Nürnberg), des Vereinstages deutscher Arbeitervereine (Stuttgart) und des internationalen Congresses (Bern). „Was von nationalem und wirthschaftlichem Interesse" — so schloß Herr Leuschner — „in diesen Versammlungen verhandelt und beschlossen worden ist, es bekundet, Angesichts der Trostlosigkeit des Augenblicks und trotz alledem, eine höchst erfreuliche Thatsache, nämlich die, daß gegenwärtig durch alle Schichten der Bevölkerung unseres Vaterlandes und der gesammten civilisirten Gesellschaft auf dem klaren Grunde des Prinzips der wirthschaftlichen Freiheit und Selbsthülfe eine Bewegung vor sich geht, die mit naturgesetzlicher Nothwendigkeit immer breiter und tiefer fluthet und allmälig Alles in sich begräbt, was von den Trümmern des auf Unrecht und Vorrecht basirten Feudal- und Privilegienstaates noch übrig ist. Registriren wir diese Erscheinung als ein Produkt der Arbeit des nach Selbst-

ständigkeit ringenden Volksgeistes; lassen wir uns nicht beirren durch irgend welche Erfolge der Gegner des Geistes der Freiheit; helfen wir bei uns und überallhin, soweit unser Einfluß reicht, die Erkenntniß von den Segnungen der wirthschaftlichen Freiheit und Selbsthülfe fördern; vergessen wir besonders Eins nicht, was vor Allem Noth thut: das Fortschreiten in der Bildung! Denn nur in der fortschreitenden geistigen und sittlichen Bildung ist das Mittel gegeben, durch das allein die Zukunft der arbeitenden Classen und der gesammten Gesellschaft sich so gestalten kann, wie wir es zu unserem und zum Heile des Vaterlandes wünschen. Dies ist wohl zu beherzigen und dann noch dies, daß das wirthschaftliche Befinden und die sociale Stellung eines jeden Berufs- oder Gesellschaftskreises lediglich abhängig ist von dem Maße der Bildung, über das er zu verfügen hat. Bildung, man kann es nicht oft genug sagen, Bildung ist eben Alles: ist Wohlstand, Macht, Ansehen, Freiheit! Ohne Bildung auch keine Gleichstellung!"

(B.-Ztg.)

Offenbach, 16. Oct. Unter dem Vorsitz des Hrn. Freundschuh fand gestern hier im Saale des Gasthauses zum grünen Baum ein zahlreich von Hanauer, Frankfurter und Offenbacher Arbeitern besuchter Arbeitertag statt und der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf den § 2 der hessischen Fabrikordnung. Nach angezogenem § ist nämlich jeder Arbeitnehmer, wenn er seine Arbeit in einer Werkstätte einstellen will, gezwungen dem Arbeitgeber 14 Tage vorher zu kündigen, während Letzterer den Arbeiter jederzeit ohne irgend eine Entschädigung aus der Arbeit entlassen kann. Diese Ungleichheit hatte schon oft zu vielen Klagen und Beschwerden namentlich bei verheiratheten Arbeitern Anlaß gegeben und wurde das Kreisamt bereits zum öfteren um Beseitigung dieses § gebeten. Der Arbeitertag beschloß einstimmig das großherzogl. hessische Kreisamt um Streichung des § 2 des Fabrikregulativs vom 20. August 1857 event. um völlige Gleichstellung der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern zu ersuchen; sollte dieser Schritt ohne Erfolg bleiben, so wurde das Comité weiter beauftragt, Schritte bei dem Ministerium zu thun. — Hierauf folgte eine Besprechung der Lage der Arbeiter und über die Mittel zur Besserung derselben. Allseitig wurde anerkannt, daß nur durch rechte Betheiligung aller Arbeiter an dem politischen Leben und den ihr Interesse berührenden Fragen eine Aenderung ihrer Verhältnisse herbeigeführt werden könne. (N. Frkf. Ztg.)

Wiesbaden, 18. Oct. Hier ist ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden. (N. Frkf. Ztg.)

Am 15. Oct. hat in **Leipzig** der **Vereinstag deutscher Cigarrenarbeitervereine** seine Berathungen begonnen. Die Gegenstände der Verhandlungen des ersten Sitzungstages waren die Centralisation der sämmtlichen Kranken- und Unterstützungscassen, sowie die Beseitigung der Cigarrenfabrikation in den Strafanstalten. Einen uns von Leipzig aus zugesagten, aber noch nicht eingetroffenen Bericht hoffen wir in nächster Nummer bringen zu können.

Nach den vorliegenden Zeitungsberichten bestand die Versammlung nur aus 22 Mitgliedern. Vertreten waren folgende Städte: Altenburg, Bautzen, Berlin, Braunschweig, Dessau, Zerbst, Döbeln, Dresden, Eilenburg, Großenhain, Herford, Köln, Leipzig, Lucka, Meißen, Nordhausen, Rochlitz, Roßwein, Waldheim, Wolfenbüttel, Wurzen und Zeitz. Süddeutschland scheint demnach gar nicht vertreten gewesen zu sein. Erster Vorsitzender war Cigarren-Arbeiter Fritzsche aus Leipzig, zweiter Vorsitzender Cigarren-Arbeiter Richter aus Dresden, beide Lassalleaner. Beide wurden ermächtigt, das zu bildende Centralcomité durch Cooptation selbst zu bilden. Zum „Vereinsorgan" wurde auf Vorschlag von Fritzsche der „Socialdemocrat" auf solange bestimmt, bis die Cigarren-Arbeiter Deutschlands sich ein eigenes Preßorgan würden gründen können.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Der letzte 18. **October** ist am deutschen Volke still und geräuschlos vorübergegangen, als hätte er eben weiter nichts zu bedeuten, als die Lücke zwischen dem 17. und 19. auszufüllen. Wenn auch hie und da ein abendliches Feuer vom Berge leuchtete und stellenweise ein bescheidener Aufwand von Pulver gemacht wurde, so weiß man hinlänglich, was die liebe Gewohnheit thut, die Mutter der Gedankenlosigkeit. Dem denkenden deutschen Bürger ist der 18. October schon längst zu einem Tage geworden, an welchem Festgeläute, Freudenschüsse und Gläserklang übel angebracht sein würden. Der denkende Bürger fragt sich, ob denn all das kostbare deutsche Blut, von welchem Leipzigs Gefilde getränkt wurden, nicht besser hätte verwandt werden können, als um eine Anzahl angestammter Throne und Thrönchen aus ihrem wackelnden Zustande zu erlösen. Und weiter denkt er an die Verheißungen und Gelübde deutscher Landesväter und an all den Lug und Trug, womit die Gelübde bezahlt wurden bis auf den heutigen Tag. Nimmer aber möge unser Volk die Lehren aus dem Gedächtniß verlieren, welche ihm der schmachvolle Abschnitt unserer Geschichte von 1815 bis 30 auf allen Blättern predigt, damit es nicht irgendwelchen Segen von oben, vielmehr alles Heil von sich selbst erwarte und der selbsteigenen Kraft.

In **Schleswig** geht die Herstellung preußischer Ordnung ihren Gang ungestört weiter. Die Schleswig-Holstein-Vereine werden aufgelöst. Die Presse Holsteins wird zur Mäßigung ermahnt: entweder Mäßigung von der einen, oder Maßregelung von der andern Seite. „Wehe den Besiegten!" lautet das Wort eines alten Haudegens, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machte; in Schleswig-Holstein könnte man sagen: „Wehe den Befreiten!" und: Schütze mich, Gott, vor meinen „deutschen Freunden"; gegen die Dänen will ich mich schon allein schützen!"

Wenn das Gerücht mehr ist als Gerücht, so hätten **Preußen** und **Oesterreich** dem hochwohlweisen Senate der freien Stadt Frankfurt aufgegeben, dem dort mitunter sich zeigenden politischen Treiben förderſamst das Handwerk zu legen, und der Frankfurter Senat hätte auf solche Zumuthung keine andere Antwort gewußt, als: Gehorsamer Diener! Das schöne, stolze Wort: Mein Haus ist meine Burg! hat freilich nur in England was zu bedeuten. Der Frankfurter Senat wird es vorziehen, den Starken zu spielen, welcher bekanntlich einen Schritt zurückweicht. So die eine Lesart.

Frankfurt a. M. Nach einer neueren Notiz der „Köln. Ztg." gelten die beabsichtigten Maßregeln Oesterreichs und Preußens gegen „die Agitation" in Frankfurt dem Abgeordnetentag. Die Kabinette von Berlin und Wien haben hiernach an den Frankfurter Senat eine identische Note gerichtet, in welcher über die auf dem vor Kurzem in Frankfurt abgehaltenen Abgeordnetentage gegen den Vertrag von Gastein, gegen die Politik und die Regierungen der beiden deutschen Großmächte gerichteten Angriffe Beschwerde geführt und die Erwartung ausgesprochen wird, „daß der Senat ähnliche Ausschreitungen ferner nicht dulden werde." Derselbe Vorwurf wird gegen die Frankfurter Presse erhoben, oder wenigstens gegen einen Theil derselben, natürlich mit Ausnahme des „Frankfurter Journals". Die beiden Kabinette stellen für den Fall, daß der Senat sich nicht stark genug fühlen sollte, gegen diese „Maßlosigkeiten" einzuschreiten, demselben „ihren Beistand" zu Gebote, ja sie lassen sogar durchblicken, „daß sie erforderlichen Falls selbst die nöthigen Maßregeln zur Anwendung bringen würden." Eine Abschrift dieser Depesche ist auch den Vertretern Preußens und Oesterreichs bei den anderen deutschen Regierungen zugegangen, mit dem Auftrage, deren Inhalt zur Kenntniß derselben zu bringen, und die Erwartung hinzuzufügen, daß sie, die deutschen Kabinette, die Schritte der beiden Großmächte bei dem Frankfurter Senate unterstützen würden. Zugleich sind die Gesandten angewiesen, auch über die „maßlosen Angriffe der Presse der Mittel- und Kleinstaaten gegen Oesterreich und Preußen" Beschwerde zu führen. Man hält in unseren politischen Kreisen dafür, daß die Anregung zu diesem Schritte zunächst von Berlin ausgegangen und die Zustimmung des Wiener Kabinetts erlangt worden sei.

Die „Neue Frankf. Ztg." fügt bei, daß der Frankfurter Senat bis jetzt nur beschlossen habe, die Angelegenheit fürs Erste dem Polizeiamte zur Berichterstattung zu überweisen. Wie die Entschließung ausfallen werde, lasse sich nicht vorhersagen; allzu großes Vertrauen auf eine dem Recht günstige Entschließung scheint das Blatt selbst aber auch nicht zu hegen. Nach weiteren Nachrichten hat der gesetzgebende Körper deßfallsige Anfrage an den Senat gerichtet und die Erwartung ausgesprochen, er werde die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Frankfurts kräftigst wahren. Der Senat selbst soll sich wegen der preußisch-österreichischen Drohnote beschwerend an den Bund gewendet haben. Ein Extrablatt des „Wochenblatts des Nationalvereins" spricht die sehr irrige Befürchtung aus, daß die Drohnoten Preußens und Oesterreichs — dem Nationalverein gälten. Herr v. Bismarck hat, zumal seit der vorjährigen Generalversammlung des Nationalvereins, durchaus keinen Grund, dem Nationalverein gram zu sein!

Oesterreich sucht auf dem längst nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Pumpens zu Geld zu kommen, aber das Saugwerk scheint nicht mehr in Ordnung zu sein, es zieht nirgends. — Ungarn will noch immer nicht in Oesterreich aufgehen, sondern besteht auf seinem alten Recht.

In **Würtemberg** ist kürzlich in Gestalt eines Armeebefehls ein Schwabenstreich bester Sorte gemacht worden. In dem Armeebefehl wird den Offizieren und Soldaten eingeschärft, wann und wie sie ihre allerunterthänigste Ehrfurcht vor höchsten und allerhöchsten Personen, sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts, an den Tag legen, und wie sie des Guten lieber zu viel als zu wenig thun sollen. Wie schrecklich, wenn die Wache einmal versäumte, vor einer vorbeifahrenden Hofkutsche in's Gewehr zu treten und zu präsentiren, und wenn auch keine Katze darin säße. Der Stuttgarter „Beobachter", welcher besagten Armeebefehl in die Oeffentlichkeit brachte, hat sich um den lachlustigen Theil der Menschheit verdient gemacht.

Der „Allg. Ztg." wird aus **Berlin**, 12. October geschrieben: Der Winter steht vor der Thür, die diplomatische Campagne ruht, der Kriegsminister soll zehn Panzerschiffe bei französischen Schiffsbauern auf einmal bestellt haben, und für die Volksschullehrer, die in Preußen verhältnißmäßig schlechter gestellt sind als im ganzen übrigen Deutschland, ist noch immer nichts Nennenswerthes geschehen. Bevor die Regierung ernstlich Hand anlegt an die Beseitigung dieses schreienden Mißverhältnisses zwischen Heer und Volksschule, zwischen einem um Millionen vermehrten Militärbudget und einem um Jahrzehnte zurückstehenden Unterrichtsbudget, helfen alle Erfolge der äußern Politik nichts, und man hat sich nur darüber zu wundern, daß sich immer nur Minister finden, die vor sich selbst die Verantwortlichkeit für eine solche Lage geduldig übernehmen. — Der Verlauf der nächsten Kammersitzung wird ein um so kürzerer und stillerer sein, als der Ruf: „Keine nochmalige Budgetberathung!" immer mehr Anhänger unter den Abgeordneten selbst findet. In der That ist nicht abzusehen, wozu der fruchtlose Streit noch einmal durchgefochten werden soll; der Grundsatz ist hinlänglich gewahrt, ohne daß das Abgeordnetenhaus nöthig hätte, das Land zu langweilen und vom Ausland sich verspotten zu lassen.

London, 18. Oct. Lord Palmerston ist heute Vormittags nach 10 Uhr gestorben.

Newyork, 1. Oct. Die bei der Flucht des Jefferson Davis weggenommenen Gelder wurden beim Schatzamte abgeliefert und betrugen 87,000 Dollars in Gold und 9000 Dollars in Silber, meistens mexikanisches Geld alten Gepräges, und dreißig Stangen ungemünztes Silber, so daß der Betrag der Beute im Ganzen etwas über 100,000 Dollars beträgt. — Der in Deutschland als Mitstifter freireligiöser Gemeinden bekannte Dowiat ist endlich „überdrüssig der nutzlosen Jagd nach politischen Phantomen, müde des ekeln, schalen und unersprießlichen Treibens dieser Welt" — in den Schooß der katholischen Kirche zurückgekehrt. — Schurz hält es für eine gute Idee, daß die Bundesregierung Negersoldaten nach dem Süden verlegte. „Diese schwarzen Kerle mit ihren Musketen und martialischen Gesichtern", sagte er, „erinnern die Herren Südländer daran, daß ihre Sclaven frei sind, wenn sie anders vergessen sollten, und dann sind diese schwarzen bewaffneten Leute ein ganz vortreffliches lebendes „Was ist das oder wie verstehest du das?" zu Lincoln's Emancipations-Proclamation." Die Neger, behauptete außerdem der General, seien die einzigen Menschen, welche im Süden Geld hätten, denn sie seien die einzigen, welche arbeiteten. Auf den Märkten träfe man nur Neger, die ihre Früchte zum Verkauf brächten, und in den Feldern und Gärten sähe man nur Neger arbeiten. Der weiße Mann thäte positiv gar nichts, und seine berühmte Ritterlichkeit ginge darauf hinaus, daß er mit seinem Revolver den erschösse, der keinen Revolver habe. Die Staatsbehörden thäten natürlich Alles, das alte Regiment und Unwesen wieder einzuführen, und kürzlich habe sogar der

Gouverneur von Mississippi den Einfall gehabt, die Milizen bewaffnen zu wollen. General Slocum habe ihm jedoch zu verstehen gegeben, daß er nicht nur jeden Mann, der sich gestelle, entwaffnen, sondern sogar beistecken lassen werde. Natürlich, fuhr Schurz fort, wird sich der Herr Gouverneur in Washington beklagen; ich habe aber bereits dem Präsidenten geschrieben, daß, wenn er dem Gouverneur Recht und Erlaubniß zur Milizen-Reorganisation geben würde, das einer Ausweisung der Unionsmänner aus Mississippi gleichkäme. Ueber den Süden im Allgemeinen bemerkte der General, daß derselbe auch physisch sehr herunter sei und sich erst wieder mit der nächsten guten Baumwollen-Ernte etwas erholen werde. Die großen Städte machten noch immer den Eindruck von Provinzialstädten, und die Bevölkerung stände geistig tief unter dem gesunden Menschenschlage im Norden. Gute Zeitungen, Theater und leidliche Musik seien nirgends anzutreffen, wohl aber eine große Theuerung und noch weit größere Unreinlichkeit in den Gasthöfen.

Socialer Theil.

= Versuch einer Antwort auf sociale Fragen.

I.

Wenn die „Allg. Arbeiterzeitung" in einem national geeinigten, politisch aber noch so gedrückten und tyrannisirten Lande erschiene — man kann versichert sein, sie wäre längst ihrer wahren Bestimmung in den Augen Vieler näher gerückt, sie hätte längst ein schärfer ausgeprägtes Programm in der Arbeiter- und Nothfrage an die Mauer geschlagen. Es ist aber von unserem Standpunkt aus für die Lösung der socialen Aufgabe durchaus nicht gleichgültig, welchen Weg die Nationalangelegenheit nimmt, wie Deutschland, ja ob auch nur ein Deutschland aus dem Hexenkessel von liberalen Phrasen, reactionärer Unverschämtheit, lauwarmer Protestiererei und allgemeinem Schwachmatismus herauskommt.

Mit Prinzipien läßt sich nicht markten, da hängt Faden an Faden, Wurzel an Wurzel und wie Schiller sagt: „Alles ist Frucht und Alles ist Samen." Wird ein Großpreußen gebildet, so weit es mag und so weit man ihm nicht die Brunnen vergiftet, so ist ein militarisirter Einheitsstaat auf dem Plan, groß genug, das Franzosenthum seit 1793 nachäffen und zum andern Male zu erfahren, daß auf solcher Bruststätte nur centralistische Socialtheorien auskriechen können, daß die wärmsten Freunde der Arbeiter auf den Staats-Socialismus oder Communismus hinauskommen müssen, mit dem dann die vereinte Macht des Militärs und des Geldes in blutiger Stunde fertig wird.

Es scheint, daß Lassalle selbst seinen ewig wiederholten Ruf nach „Staatshülfe" nur aus dem Gefühl eines Großpreußen, jedenfalls eines Centralisten heraus erhoben hat; denn die Umgebung und tägliche Angewöhnung übt zuletzt selbst auf ungewöhnliche Geister ihren ganz natürlichen Einfluß. Wäre Lassalle ein Thüringer, ein Franke, ja nur ein Rheinländer gewesen, so würde — Zehn gegen Eins — sein freierer politischer Horizont ihm auch die Arbeiterfrage in anderem Lichte gezeigt haben. Er lud sich daher ganz nothwendig eine doppelte Feindschaft auf: einmal die Feindschaft derer, welche im großpreußischen Staat die Arbeiter nicht emanzipiren wollten, und dann die Feindschaft derer, welche überhaupt kein Großpreußen wollten und sich für eine „Staatshülfe" bedanken, welche eben nur der centralisirte Großstaat leisten kann, nämlich die Dotation von ungezählten Millionen.

Die Spaltung Deutschlands in ein Großpreußen und ein anderweitiges Deutschland, welche die unmittelbare Folge einer glücklichen Bismarck'schen Politik wäre, ist ein neuer furchtbarer Uebelstand, der sich vor den Augen aller Einsichtsvollen aufthut und der für die Arbeiterfrage um so verhängnißvoller sein würde, als es in solchem Falle gar keine deutsche Arbeiterfrage mehr gäbe, als die durch Abstammung, Bildung, Sprache und Sitte streng auseinander angewiesenen capitallosen Erwerbskräfte einem heillosen Gegensatze verfallen müßten, der sich auf ganz anderem Gebiete, als auf dem der Genossenschaft und Verbrüderung vollziehen würde. Ein Bürgerkrieg ist schwerlich der günstige Augenblick für Productiv-Associationen und Organisation sämmtlicher Productionszweige, weder in der einen noch in der andern Hälfte Deutschlands, noch in beiden Hälften zugleich!

Man hat nun zwar, und auch von Seiten des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins", gegen dieses politische und sociale Unglück die Une et indivisible, die Eine und untheilbare Republik in Bereitschaft, d. h. man setzt das Wünschelhütchen auf, schlägt mit der Zauberruthe auf das gesammte Deutschland, und macht im Nu aus diesem das — Frankreich vom September 1792. Da erhebt sich aber sofort die große weitschichtige Frage nach der Möglichkeit, nach der historischen Anlage, nach der Naturbeschaffenheit germanischer Nation, und diejenigen, welche die deutsche Geschichte am Gründlichsten studirt haben und welche, durch die Erfahrung belehrt, nicht extemporiren oder aus dem Aermel schütteln wollen, behaupten: Deutschland sei nicht Frankreich, und Frankreich sei nicht einmal gut dabei gefahren, daß es — Frankreich gewesen! Und es ist wahrlich wenig ermuthigend, wenn ein großes geistreiches Volk, 60 Jahre nach Proclamirung der „Einen und Untheilbaren", bei Louis Napoleon, Hrn. v. Morny und dem General Magnan ankommt!

Geschichtlich flüchtete sich dagegen germanische Freiheit im 14. Jahrhundert in die Alpen und schuf dort die bundesstaatliche Republik der Schweiz, bei allen Mängeln und eigensüchtigen Philistereien doch immer der gelungenste Staatsbau in Europa. Geschichtlich zweigte sich germanische Freiheit im 16. Jahrhundert im Burgundischen Reichskreise an der Nordsee ab, um nach 80jährigem Kampfe die Vereinigten Staaten von Holland zur Anerkennung zu bringen, deren Fortsetzung, das heutige Königreich der Niederlande, aus der königlichen Person nicht einmal so viel macht als das vielgepriesene England, und dessen Freiheiten dem constitutionellen „Musterstaate" Belgien durchaus nichts beneiden. Geschichtlich schlug germanische Freiheit während des abscheulichen 30jährigen Krieges ihr Zelt in England auf und wanderte von dort, als sie ein Compromiß mit dem Königthum und dem Adel machen sollte, über den atlantischen Ocean, wo sie sich als föderative Republik auf einem halben Erdtheil constituirte. Man kann sagen, von Nordamerika aus schaut jetzt germanische Freiheit nach dem Mutterlande im Herzen Europas, um zu sehen, ob man sie hier versteht.

Mit Einem Worte, wir betrachten die föderative oder bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht nur als die einzige Möglichkeit der Einheit Deutschlands überhaupt, sondern auch als die unerläßliche Bedingung für die glückliche und prompte Lösung der socialen Frage. Der Begriff der „Herrschaft" muß nicht nur in jedem einzelnen Theile oder Kreise Deutschlands vollständig getilgt sein, sondern es darf auch nicht im Entferntesten die Rede sein von der Herrschaft eines Kreises über den andern, von einer „Leitung" oder „Führung" Deutschlands durch Irgendwen, von einer Spitze, mit der wir nun seit sechs Jahren wundgestochen werden. Die „Leitung" setzt einen Leiter und Geleitete, die „Führung" einen Führer und Ge- oder Angeführte, die „Spitze" eine Basis voraus, welche auf dem Boden liegt: lauter Dinge, die der Freiheit Aller absolut widerstreben. Ein Bund, dafern er nicht ein Rhein- oder Spreebund sein soll, beruht auf der vollkommenen Gleichheit Aller, auf der Selbstregierung und Selbstherrlichkeit sämmtlicher Mitglieder, und es fallen eigentlich die Begriffe von „Regierung" und „Herrlichkeit" nach Innen zu weg, um sich lediglich gegen jede Drohung und Gefahr von Außen her zu wenden.

Daß diese bundesstaatliche Verfassung nicht im Sinne des heutigen „deutschen Bundes" zu verstehen ist, liegt auf der Hand und ist überdies durch die Hinweisung auf die Schweiz, die Vereinigten Staaten von Holland und Nordamerika zur Genüge klar gemacht worden. Die Souveränetät in allen wirklich gemeinsamen Anliegen geht an's Ganze, an die Tagsatzung, an die Generalstaaten, an den Congreß; nur die cantonalen oder Kreisangelegenheiten sollen dem Moloch der Centralregierung, dem hundertköpfigen Schreibungeheuer, dem willkürlichen Telegraphendraht eines einzigen Ministers des Innern und der Polizei nicht geopfert werden. Gemeindefreiheit ist das A und O aller Freiheit überhaupt und das französische Departements-Schachbrett nur der liniirte Friedhof aller erschlagenen Selbstbestimmung.

Es ist uns kaum begreiflich, wie ein Socialist etwas Anderes in der Politik wollen kann, wie ein Socialist in der föderativen Ordnung des Nationalverbandes nicht das wahre Vorbild und den Rahmen für seine Zwecke und Absichten erblickt; denn die Productiv-Genossenschaft ist ja nichts Anderes als die Föderation frei zusammentretender Kräfte, als das ausgeführte Recht der Einzelnen, sich Existenz, Wohlstand, Bildung zu erwerben, und der Zusammenschluß aller Genossenschaften zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung: das ist die Gesellschaft, wie wir sie anstreben, grade wie die politischen Cantone oder Kreise oder Staaten sich ihre gemeinsame Selbstherrlichkeit, ihre Sicherheit gegen Alle und Jeden durch den Bundesstaat verbürgen wollen und müssen.

Glaube indeß Niemand, wir wiesen unter dem Namen der „Staatshülfe" jede Förderung der gesellschaftlichen Zwecke von Seiten der Gemeinde, des Cantones oder der Gesammtheit zurück, wir adoptirten den bekannten Satz: „Sehe Jeder wie er's treibe, sehe Jeder wo er bleibe!" Der Verfolg unserer Untersuchungen wird diese falsche Meinung hinlänglich beseitigen, er wird zeigen, daß der bisherige Gegensatz von Staats- und Selbsthülfe, wie er zweien Parteien als Stichwort gedient hat, eine ganz willkürliche Begriffsbestimmung in sich schließt, bei der die Einen so wenig Recht und so sehr Unrecht hatten als die Andern.

Es gibt gar kein gesellschaftliches Verhältniß, hat nie eins gegeben, bei welchem die Selbsthülfe von der Staatshülfe zu trennen wäre. Wenn man die Staatshülfe von sich weist, indem man auf den Pascha von Aegypten und seine Fellahs deutet, so kann die abstrakte Selbsthülfe, angesichts unseres socialen Lebens seit 1789, mit fast noch größerem Rechte verworfen und verlacht werden; denn das Motto unserer Gesellschaft ist leider Gottes seit dem Ausgange des 18. Jahrhunderts geworden:

„Mir geht in der Welt nichts über mich,
Denn Gott ist Gott und Ich bin Ich!"

Leipzig, 16. Oct. Die erste Deutsche Frauenconferenz trat am gestrigen Abend im Saale der Buchhändlerbörse zu einer Vorversammlung zusammen, welche sehr zahlreich (von etwa 150 Frauen) besucht war. Nach einer Begrüßung der Versammlung durch einen Gesang der Sänger des Arbeiterbildungsvereins eröffnete Frau Luise Otto-Peters als Vorsitzende des hiesigen Frauenbildungsvereins und des Comités für diese Conferenz die Versammlung und dankte in Anerkennung für das Erscheinen hiesiger und auswärtiger Frauen und für die mannichfache Unterstützung, welche das Unternehmen gefunden. In längerer, wohlangelegter Rede schilderte Frl. Auguste Schmidt die Aufgabe, welche man sich stellen müsse, um der Frauen Stellung im Leben zu reformiren. Die Reformation, das Glück der Frauen müsse aber jedenfalls das eigene Werk derselben sein, die Aufgabe eines verständigen, ruhigen, dennoch muthigen Wirkens. Zu streben sei namentlich danach, die Kluft zwischen dem Geistesleben des Mannes und der Frau auszufüllen, der Frau eine höhere Auffassung ihres Familienberufs einzuflößen. Die Sprecherin betonte weiter das Recht der Arbeit, dessen Uebung freilich eine allgemein menschliche, nicht nur eine weibliche Bildung vorausgehen müsse. Eine würdigere Stellung der Frau würde auch das Mittel sein, unsinnigem Luxus und blasirtem Haschen nach Vergnügen ein Ziel zu setzen. Zum Schluß ermahnte die Rednerin, welcher verdienter Beifall lohnte, zum Ausharren auf dem betretenen Pfade, sollte er auch sehr dornenvoll sein. Hauptmann Korn entwickelte nach einer Einleitung, die nur das Bekannte in eigenthümlichem Styl bot, einen Plan zur „Mobilmachung der weiblichen Arbeitskraft". Die Frage, ob durch ausgedehnte weibliche Arbeit nicht der Lohn für die Arbeit überhaupt gedrückt werden würde, verneinte der Redner kurzhin, sich stützend auf die richtige Organisation der Arbeit, welche jede Ueberproduction abschneiden müsse. Als Aufgaben der Conferenz bezeichnete der Sprecher die Gründung von Industrieschulen, Ausstellungen ꝛc. Nachdem Frl. Auguste Schmidt nun noch die Tagesordnung für die Verhandlungen vom 16. und 17. October bekannt gegeben, schloß die Versammlung um 8 Uhr. (Deutsch. Allg. Ztg.)

Leipzig, 17. October. Die ersten Verhandlungen der Frauenconferenz, schreibt ein Correspondent der „Magdeburger Presse", boten eine Menge interessanten Stoffes, und gelangten in musterhafter Ordnung zu dem einstimmigen Ziel einer bestimmten Resolution über die nächsten und nothwendigsten Zwecke des zu bildenden allgemeinen Frauenvereins. Wir wollen nur kurz die Gegenstände der reichen und ziemlich schnell verfließenden Tagesordnung berühren. Nachdem der Redactionsausschuß für den Statutenentwurf ernannt war, referirte Hauptmann a. D. Korn über „Frauenarbeit", für welche er eine Industrieausstellung forderte, über Jugendgärten, Mädchenherbergen ꝛc. Die Versammlung nahm dabei folgenden von Prof. Eckardt gestellten Antrag an:

„Die erste Deutsche Frauenconferenz erklärt die Arbeit, welche die Grundlage der ganzen neuen Gesellschaft sein soll, für eine Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts, nimmt dagegen das Recht der Arbeit in Anspruch und hält es für nothwendig, daß alle der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse entfernt werden."

Frau Korn referirt über Industrieschulen, die zu errichten wären, um Mädchen für Gewerbe vorzubereiten, von denen sich eine ganze Reihe auch für Frauen eigneten. Neben den Industrieschulen wird auch die Association zu Gewerben empfohlen und beides nach längerer Debatte für ausführbar und wünschenswerth erklärt. Ein Angriff auf die Berechtigung der Frauenarbeit, wegen Ueberbürdung des Arbeitsmarkts, ward entschieden zurückgewiesen, wohl aber Einigung der Frauen mit den Männern für nothwendig erkannt, damit die Preise nicht verschlechtert werden. Für die Associationen werden Creditkassen vorgeschlagen: die Association würde auch die Vereinzelung und die damit verbundene Scheu des Vorurtheils beim Einzelheraustreten aus gewohnten Kreisen beseitigen. Herr Hauptmann Korn referirt wegen Begründung von Handelsschulen, Fräulein Schmidt aus München sprach über Oekonomieschulen, Fräulein Auguste Schmidt über Fortbildungsanstalten. Sie empfiehlt für die Fortbildung der Frauen kein noch so kleines Körnchen außer Acht zu lassen, theilt mit, wie schöne Resultate der Leipziger Frauenbildungsverein mit geringen Mitteln erzielt, der jetzt auch eine Sonntagsschule gründet und empfiehlt gerade solche Institute, die viel nützen und von den Vereinen aus sich heraus gebildet werden können. Herr Korn schließt daran, daß es heilige Pflicht der Hausfrauen sei, den dienenden weiblichen Wesen Gelegenheit und Zeit zur Benutzung solcher weiblichen Fortbildungsanstalten zu geben und empfiehlt die allgemeine Gründung von Frauenbildungsvereinen. Hr. Prof. Eckardt spricht über weibliche Hochschulen — freilich vorläufig Ideale, die in der Zukunft reifen müssen. Die philosophischen Wissenschaften würden die nächstliegenden sein, außerdem die Medicin. Näher liegen die Ausbildung von Lehrerinnen, von denen eine von ausgezeichnetem Wissen und Beredsamkeit eben gesprochen habe, von welchem Werth für Deutschland müßte eine Reihe solcher Lehrerinnen werden. Fr. L. Otto-Peters und Herr Korn wünschen den ärztlichen Beruf für die Frauen nicht so weit hinausgeschoben, für den die Frauen sich besonders eignen; Fr. Peters theilt mit, daß Fr. Aug. Herz in Meißen nur noch ein Examen zu bestehen habe, um dann in Sachsen das Recht ärztlicher Praxis üben zu dürfen. Der Weg, den Mädchen die Hochschulen zum Besuch zu öffnen, wünscht Herr Korn sofort betreten zu sehen. An den öfters lebhaften Debatten betheiligten sich besonders die Damen: Frau Otto-Peters, Frau Schönwasser, Frl. Auguste Schmidt, Frl. Hirsch, Frau Grans, Frau Dux-Uhlich und die Herren Eckardt, Heinrichs, Korn und Germann. Die schließlich einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Die Frauenconferenz hält es für ein unabweisbares Bedürfniß, die weibliche Arbeit von den Fesseln des Vorurtheils, die sich von den verschiedensten Seiten gegen sie geltend machen, zu befreien. Sie hält in dieser Hinsicht, neben der Agitation durch Frauenbildungsvereine und die Presse, die Begründung von Productiv-Associationen, welche den Frauen vorzugsweise empfohlen werden, die Einrichtung von Industrie-Ausstellungen für weibliche Arbeitserzeugnisse, die Gründung von Industrieschulen für Mädchen, die Einrichtung von Mädchenherbergen, endlich aber auch die Pflege höherer wissenschaftlicher Bildung für geeignete Mittel, dem Ziele näher zu kommen. Die Conferenz beauftragt, den demnächst zu ernennenden ständigen Ausschuß des Frauenvereins sich mit diesen Punkten eingehend zu beschäftigen, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen und der nächsten Frauenversammlung das Material vorzuführen, auf Grund dessen definitive Beschlüsse zur Ausführung der angedeuteten Maßnahmen erfolgen können."

Heute morgen wurden die vom Redactionsausschuß revidirten Statuten berathen, angenommen und der Verein constituirt. Der Verein soll den Namen „allgemeiner Deutscher Frauenverein" führen. Die aus der Redaction der dazu niedergesetzten Commission sehr vereinfacht hervorgegangenen Statuten lauten wie folgt:

1) Der Allgemeine Deutsche Frauenverein hat die Aufgabe, für die erhöhte Bildung des weiblichen Geschlechts und die Befreiung der weiblichen Arbeit von allen ihrer Entfaltung entgegenstehenden Hindernissen mit vereinten Kräften zu wirken; 2) Frauen und Mädchen, welche die Großjährigkeit erreicht, erlangen die Mitgliedschaft durch Eintrittserklärung, eine einmalige Eintrittsgebühr von ½ Thlr., und einem jährlichen Beitrag von 2 Thlrn. Jüngere Mädchen können gegen einen Jahresbeitrag von 1 Thlr. als Zuhörerinnen ohne Stimmrecht zugelassen werden und an allen Vortheilen der Vereinigung theilnehmen. Männer, welche sich für die Zwecke des Vereins interessiren und dies bethätigen, können vom Vorstand als Ehrenmitglieder mit berathender Stimme aufgenommen werden. Mit der Ehrenmitgliedschaft können auch Frauen, die sich um den Verein Verdienste erworben, ausgezeichnet werden, ebenso solche Frauen im Auslande, welche für die Frauensache in rühmlicher Weise thätig waren; 3) die Einnahmen bestehen a) aus den Jahresbeiträgen der Mitglieder, b) aus freiwilligen Beiträgen der Männer, c) aus den Erträgen von Abendunterhaltungen, Concerten, Lotterien; 4) die Mitglieder, welche an einzelnen Orten in größerer Zahl wohnen, sind dringend eingeladen, Localvereine zu bilden, welche mit dem Vorstande in engem Verkehr zu bleiben haben; 5) mit der Leitung wird ein Vorort beauftragt, der jedes Jahr neu erwählt wird, aber auch wiederernannt werden kann. Am Vorort wird ein Vorstand, welcher die laufenden Geschäfte zu besorgen hat, aus fünf Mitgliedern bestehend, bestellt. Der Vorstand kann auch männliche Ehrenmitglieder beiziehen. Sie haben berathende Stimmen. Der Vorstand bildet mit 10 auswärtigen Mitgliedern den weitern Ausschuß, der in wichtigen Fragen zusammenberufen wird und andere Mitglieder cooptiren kann. Der Vorstand und Ausschuß werden jedes Jahr neugewählt; 6) womöglich tritt jedes Jahr ein vom Vorort einberufener Frauentag zusammen, der Sitz desselben wechselt jährlich. Die Localvereine sind gehalten, zu dem Frauentage Vertreter zu schicken, doch steht die Theilnahme jedem einzelnen Mitgliede des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins frei. 7) Eine Revision dieser Statuten kann, wenn sie wünschenswerth erscheint, an jedem Frauentage vorgenommen werden, jedoch sind zu jeder Aenderung zwei Drittel der Stimmen der Anwesenden erforderlich.

Die „allgemeine deutsche Frauenzeitung" von Korn, in deren Redaction Frau L. Otto-Peters und Frl. Jenny Heinrichs eintreten, wird vorläufig das Preßorgan des Vereins, das sobald der Verein 120 Mitglieder zählt, mit 150 Thlr. Subsidien bedacht wird. Zum Vorort wurde Leipzig für das nächste Jahr ernannt.

Bei der Wahl des engeren Vorstandes fielen 25 Stimmen auf Frl. Auguste Schmidt, 24 auf Frau Luise Otto-Peters, 18 auf Frl. v. Steyber, 17 auf Frau Advocat Winter, und je 11 auf Frau Hirschel und Frl. Vogt. Für den weiteren Ausschuß wurden durch Acclamation ernannt: Frau Elise Polko in Minden, Frau Professor Eckardt in Karlsruhe, Frau Dr. Bolthausen in Hamburg. Frau Schönwasser in Düsseldorf, Frau Dux-Uhlig in Magdeburg, Frau Grans in Weimar, Frau Bertha Heine in Braunschweig, Frl. Luise Büchner in Darmstadt, Frl. Löhn in Dresden, Frl. Hirsch in Berlin. Zum Orte der nächsten Versammlung ward Frankfurt a. M. vorgeschlagen, dessen Goethehaus freundlichst zur Verfügung gestellt worden ist; die schließliche Bestimmung des Orts wurde jedoch dem Vorstande überlassen.

Mit einigen weihevollen Worten, in denen sie die Frauen zum muthigen Vorwärtsschreiten auf der betretenen Bahn, die Männer aber zur Duldung der gewiß gerechten Bestrebungen der Frauen ermahnte, schloß Frl. Aug. Schmidt Namens der Präsidentin die Deutsche Frauenconferenz. — Somit hat denn auch die große geistige Bewegung unter den Frauen ihre Organisation gefunden und nach diesem ersten Anfang, bei dem gerade die Frauen mit sicherem Tact alle Ungeschicktheiten einzelner Männer beseitigt haben, läßt sich Gutes von deren so organisirten Bestrebungen erwarten. Wir schließen uns, bemerkt die „Magdeburger Presse", dem am Schluß der Conferenz ausgesprochenem Wunsche von Herzen an und leben der festen Erwartung, daß diese Frauenconferenz einen Wendepunkt in der Geschichte der Frauenwelt bezeichnet, daß von ihm aus die wahre Frauen-Emancipation, welche die volle Gleichberechtigung der Geschlechter zum Ziel hat, sich siegreich vollzieht zum Heil der Menschheit. — Auch die „Deutsche allgemeine Zeitung" schließt ihren Bericht über die Conferenz mit folgenden, nicht minder anerkennenden Worten: „Wir können nicht umhin, schließlich auszusprechen, daß die Versammlungen dieses ersten Frauentags in allen ihren Theilen durchweg den Stempel des Ernstes und der Würde trugen, welche der hochwichtigen Aufgabe, die er sich gestellt, vollkommen entsprachen und nicht nur manche vorurtheilsvolle Befürchtung glänzend widerlegten, sondern auch die Erwartungen vieler günstig gestimmten Freunde der Frauensache in der That übertrafen. Die Leitung zeigte sich straff und bündig, die Damen, welche sich an den Verhandlungen selbstthätig betheiligten, bewiesen einen imponirenden Takt, in ihren Reden eine wohlthuende Kürze und eine große Vollendung der Form, wie sie nicht in jeder Versammlung angetroffen werden."

Paris. Der Französische Handelsminister hat eine neue Commission ernannt, um die Frage der Arbeitervereine ihrer Lösung näher zu bringen. Bekanntlich hatte der Kaiser in seiner letzten Thronrede versprochen, die (legalen) Hindernisse wegzuräumen, welche sich der Bildung von Arbeitervereinen entgegenstellen, und ein Gesetzesvorschlag wurde deshalb der Kammer vorgelegt. Allein dieser Vorschlag, der übrigens in der Presse sowohl als in der Arbeiterwelt ungünstig aufgenommen worden ist, ist nicht zur Berathung gelangt, und deshalb wird die Sache einem weiteren Studium unterworfen werden.

Berlin. Von dem bestehenden Ausschuß für Ueberwachung der Arbeiter-Interessen wird beabsichtigt, eine große Arbeiterversammlung zur Besprechung der socialistischen Ideen anzuberaumen, zu der die Herren v. Schweitzer und Schulze eingeladen werden sollen.

In **Augsburg** hat eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung einen Antrag auf Abschaffung der Arbeitszeit von Morgens 5—6 Uhr angenommen und eine hierauf bezügliche Eingabe an das Staatsministerium unterzeichnet.

In **Kempten** starb am 15. Oct. Abends der quiescirte Rechtsrath Balthasar Waibel im 70. Lebensjahre. Der Verstorbene ist durch seine langjährige Wirksamkeit als Redakteur der Kemptener Zeitung und durch die Kämpfe, welche er in der Reactionsperiode nach 1848 durchzumachen hatte, in weitern Kreisen bekannt. Auch war er 1849 Landtagsabgeordneter. Er gehörte unter allen Verhältnissen zu den bravsten, ehrenhaftesten Männern, der vor keinem wenn auch noch so schweren Opfer zurückschreckte, wenn es Wahrung der Ueberzeugung galt.

Briefkasten.

Hrn. H. in Nbg. Die Verhandlungen des letzten Vereinstags in Stuttgart noch immer nicht erhalten. — J. R. in St. Wegen Mangels an Raum in nächster Nummer. — Hrn. Fr. Leib in St. Für diese Nummer Cirkular zu spät; nächste Nummer.

Verschiedene Anzeigen.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Das Papstthum

in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,

im Widerstreit mit den Lebensinteressen

Deutschlands und Italiens.

Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.

II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Soeben ist erschienen und durch die J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)

2. Auflage.

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 148.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III, Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 29. October 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 2 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten:** Aufruf des Arbeiter-Vereins in Gotha. Cigarrenarbeiterangelegenheit aus Stuttgardt. Erklärung aus Heidenheim. Berichte aus Gera. Rottweil II. **Politischer Theil.** Eine feudale Dankadresse an die Berliner Mitglieder des Nationalvereins, Beitritt der Herren Gödsche, Panse, Wagner, Wantrup zum Nationalverein in Aussicht. Politische Umschau: Berlin, Bismarck'sche Resolutionen der Berliner Nationalvereinsmitglieder, belohnt mit rühmender Anerkennung durch Hrn. Braß, Redakteur des Bismarck'schen Leiborgans. Frankfurt, ehrenhafter Widerstand des Senats gegen die preußisch-österreichischen Drohnoten. Oesterreich, hatter noch immer kein Geld. Im Welfenlande neue „Diener" für den alten Reactions-Dienst. In Kurhessen, die Stände nach Erledigung des Hunde- und Rehgaisgesetzes wieder heimgeschickt. In Bayern, neue Hoffnungen der Kuttenfreunde. Karlsruhe, der Ministerwechsel amtlich bestätigt. Aus Schleswig-Holstein, Gustav Rasch über die Stimmung des „verlassenen, verrathenen und verkauften" Bruderstammes. Beherzigenswerthes aus einem Privatbrief aus den Herzogthümern. Rom, Merode, des heiligen Vaters Brigantenminister mit 1 Million Schulden und 200,000 Cassendefect entlassen. Amerika, eine Rede des Präsidenten Johnson an heimkehrende Negersoldaten. Gerüchte vom Abzug der Franzosen aus Mexiko. — Nachträgliches aus den Verhandlungen des Abgeordnetentags in Frankfurt a/M., gewissenlose Parteitaktik. III. **Socialer Theil.** Genf, der internationale Arbeiter-Congreß. Schweiz, eine Preisaufgabe, über die Ernährungsweise der arbeitenden Classe. München, der Arbeiterbildungsverein über die Frauenarbeit. Stettin, Baugenossenschaft. England, aus dem Congreß des Vereins zur Beförderung der socialen Wissenschaften, über die Krankheit der Feilenhauer und Schleifer. IV. **Aus der Werkstätte.** Aus Stuttgardt u. Lorsch über Frauenarbeit. Horn aus Paris über denselben Gegenstand. V. **Vermischtes.** Todte und aussterbende Sprachen. VI. **Briefkasten.** VII. **Anzeigen.**

Vereinsangelegenheiten.

Aufruf.

An die deutschen Arbeiter und Arbeiter-Bildungsvereine.

Die Stadt Waltershausen in Thüringen ist am 21. October von einem schweren Unglück heimgesucht worden.

Eine furchtbare Feuersbrunst hat dort der menschlichen Wohnungen viele in Asche gelegt, und hat manche Arbeiterfamilie in's Elend, an den Bettelstab gebracht.

Auch mehrere Mitglieder des dortigen Arbeitervereins (Familienväter) sind um ihre geringe Habe gekommen. Der Arbeiterverein zu Gotha, der dem Unglücksorte zunächstliegende, hat bereits zur Unterstützung der heimgesuchten Vereinsbrüder, eine Sammlung veranstaltet, er hält es aber auch für Pflicht, sämmtliche Vereine in Deutschland zu bitten, ein gleiches zu thun, um ihren verunglückten Brüdern ihr Loos zu erleichtern, und um den außer den Vereinen stehenden deutschen Arbeitern zu zeigen, daß wahr ist die Loosung der Vereine: Alle für Einen und Einer für Alle.

Den Erlös der Sammlungen bitten wir an den Vorsitzenden des Arbeitervereins zu Waltershausen, Herrn Aug. Ortlepp, einzusenden, welcher dann nach Ermessen die Gaben unter die Verunglückten gewissenhaft vertheilen wird.

Der Arbeiterverein zu Gotha.
Aug. Hirschfeld, Schriftführer. Stellvertr.

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

Stuttgart, 25. Sept. Geehrte Brudervereine! Laut Beschlusses des in Stuttgart abgehaltenen Vereinstages (s. Arbeiterzeitung vom 17. September) sind wir unter Anderem autorisirt, von den Vereinen, resp. deren Mitgliedern, welche der Verbindung beigetreten sind, zur Bestreitung der Centralleitungskosten eine Kopfsteuer zu erheben. Das Comité in Frankfurt schlug in Uebereinstimmung mit uns einen Beitrag von 9 kr. pro Mitglied vor, welchen Betrag uns bald möglichst einzusenden wir die uns zugetheilten verehrl. Vereine dringend ersuchen, zumal sich die Kosten schon ziemlich hoch belaufen.

Im Interesse der kleineren Vereine wird es gerathen sein, wenn dieselben ihre Briefe und Geldsendungen durch die ihnen nächstgelegenen größeren Vereine an uns gelangen lassen; es wird hierdurch, abgesehen von der Kostenersparniß, den größeren Vereinen ein entsprechender Wirkungskreis, etwa als Hauptvereinen, zugewiesen werden.

Die Rechnungsablegung erfolgt nach ¼ Jahr, vom Vereinstag an gerechnet.

Diejenigen Vereine, welche noch mit Einsendung ihrer Statistik im Rückstande sind, ersuchen wir um möglichst baldige Einsendung derselben.

Für das Grundstatut auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, das beim zweiten Vereinstag endgiltig festgestellt werden soll, schlagen wir vor, schon jetzt in den Vereinen folgende Fragen zu besprechen und uns das Resultat mitzutheilen:

1) die Lehrlingsfrage;
2) Organisation unseres Vereinslebens;
3) Beschickung des zweiten Vereinstags;
4) Sittlichkeit und Moral;
5) Frauen- und Zuchthausarbeit, soweit sie unser Geschäft alterirt;
6) Ausschluß und Wiederaufnahme von Mitgliedern.

Beschwerden und Klagen gegen Mitglieder oder Vorstände, sofern sie ihre gerechte Erledigung nicht in den betreffenden Vereinen selbst finden, sollen in einer von den Vereinen in Bayern, Württemberg und Baden abzuhaltenden Gauversammlung endgiltig entschieden werden.

Gleichzeitig benachrichtigen wir die verehrl. Vereine, daß wir noch im Besitze mehrerer Nummern der Arbeiterzeitung sind, in welcher der Vereinstagsbericht abgedruckt ist, und ersuchen diejenigen, welche Exemplare wünschen, solche von uns zu verlangen.

Schließlich ermahnen wir die Vereine: die gefaßten Beschlüsse treu zu halten; sie mit Umsicht und Energie im Vereinsleben zur Geltung zu bringen, vor Allem aber Gerechtigkeit ohne Leidenschaft und persönliches Interesse mit brüderlicher Liebe walten zu lassen.

Mit freundlichem Gruß.

Das provisorische Central-Comité für die Cigarrenarbeiter-Unterstützungsvereine.
Baden, Bayern und Würtemberg.
In dessen Auftrag:
Vorstand: Leib.

Heidenheim a. d. Brenz. Der unterzeichnete Verein hat die in Coburg erscheinende „Allg. d. Arbeiterzeitung" wiederholt angeschafft und empfiehlt dieselbe allen Brudervereinen zur Anschaffung hiermit angelegentlichst.

Der Arbeiterverein.
Schlierer, Vorsitzender. Ernst, Schriftführer.

—n. **Gera**, 22. Oct. Die Feier des Festes aller Deutschen, wie Vater Arndt die Feier des 18. October nennt, ist bei uns diesmal recht lebhaft und anregend vorübergegangen. Unser Fortbildungsverein hielt eine mit patriotischen Gesängen und Reden ausgefüllte öffentliche (dem allgemeinen Besuch zugängliche) Versammlung in den freundlichst überlassenen Sälen der hiesigen Bürgererholung, besucht von mindestens 700 Zuhörern. Um 8 Uhr Abends eröffnete der Vorsitzende, Hr. Hertrich, dieselbe mit Begrüßung der Theilnehmer und dem Wunsche glücklicher und erfolgreicher Ausführung der Feier, deren Berechtigung er in kurzen Zügen darlegte.

Hierauf geißelte er in scharfen und unverblümten Worten die Gleichgültigkeit und Theilnahmlosigkeit des hiesigen Publikums unserem Verein gegenüber, wobei er besonders dem Geraer Philisterthum stark zu Leibe ging, das diesen Abend zufälligerweise (jedenfalls mehr aus Neugierde) ziemlich zahlreich vertreten war. Wer den echten Spießbürger, den socialen Philister in seiner ganzen Originalität, Universalität und Genialität kennen lernen wolle, brauche nur hierher zu kommen, um nach kurzer Zeit mit einer reichen Ausbeute seiner Studien wieder fortgehen zu können.

Daß die ausgestreute, bittere Wahrheit den rechten Boden gefunden, beweisen die seit jener Stunde gemachten diversen Expektorationen seitens jener wohlgetroffenen Classe gegen den offenherzigen Sprecher.

Letzterer schloß mit der Erwartung, daß man nicht nur die erste, sondern auch die zweite Hälfte der Uhland'schen Verse auf die Versammlung anwenden können:

„Nicht rühmen kann ich's, nicht verdammen,
Untröstlich ist's noch allerwärts;
Doch sah ich manches Auge flammen,
Und klopfen hört ich manches Herz!" —

Herr Rabbiner Dr. Goldschmidt aus Leipzig, der von unserem Vorstande zu dieser Gelegenheit eingeladen war, hielt hierauf die Festrede. Gleich beim Besteigen der Tribüne mit reichstem Beifalle empfangen, ward er in seinem einstündigen Vortrag oftmals von lebhaftesten Bravo's unterbrochen und schloß unter langem dauerndem Jubel mit einem dreifach donnernden Hoch auf das auf Recht und Freiheit gegründete deutsche Vaterland. Redner schilderte nämlich die bei den kriegführenden Mächten obgewalteten sittlichen Momente und entwickelte hierauf die Errungenschaften der Völkerschlacht in politischer, socialer und religiöser Beziehung, wobei er näher auf den Arbeiterstand und die Judenfrage einging; wo er mit hinwies auf die Reihen jener Kämpfer, unter denen so viele seiner Glaubensgenossen gestanden für die gute gemeinsame Sache des Vaterlandes, unter denen so viele seiner Glaubensbrüder Gut und Leben gelassen, für dessen Beweis man nur ihre Gotteshäuser zu besuchen brauche, wo uns auf großen Gedenktafeln die Namen derer begegneten, die für deutsche Freiheit gefallen. Und doch zähle das deutsche Vaterland unter seinen Gauen noch so manchen, der dem Israeliten keine bleibende Stätte vergönnte. (Die Rede wird zum Besten unseres Vereins gedruckt und für 2 Sgr. allen unsern Gesinnungsgenossen zugänglich gemacht. Wir bitten deshalb um recht zahlreiche, directe Bestellungen).

Nach einigen deutschen Gesängen sprach dann noch Herr Schriftsteller Dr. Wartenburg über die nationale Freizügigkeit, deren Mangel er in scharfen Auslassungen beklagte. Es klänge wie der bitterste Hohn, bei nationalen Festen auf die Gesangesfrage: „Was ist des deutschen Vaterland?" die stolze Antwort hervorjauchzen zu hören: „So weit die deutsche Zunge klingt" — wenn man mit dieser gesungenen Ueberschwenglichkeit die nackte prosaische Wirklichkeit vergleiche. Wir Deutsche wären nur Sclaven der Scholle, auf der wir geboren, und wenn wir wirklich ein großes Vaterland haben wollten, müßten wir uns ein solches erst in fremden Ländern gründen. Die Zauberformel der deutschen Einigung und Einheit wäre, wie vor fünfzig Jahren, noch heute nicht gefunden, die Minister des sog. kleinsten Deutschlands seien in Würzburg, Bamberg und wo sonst, so und so oft zusammengekommen, trotz aller Berathungen seien sie aber auf die Verschmelzung der sogenannten dritten Gruppe deutscher Staaten durch Freizügigkeit noch nicht gekommen. Die verrotteten Zustände unserer Niederlassungsgesetze wären oft noch viel ärger als die der französischen Centralisation. Der Franzose könne sein Geschäft überall, heute in Paris, morgen in Toulon, übermorgen in Nantes betreiben, aber wir Deutschen seien Sclaven der Scholle. Diese Beschränkung der deutschen Arbeiterbewegung drücke auf Deutschland schlimmer, als irgend ein Druck. Redner schließt mit einem Hoch auf die freie deutsche Arbeit unter lautem und anhaltendem Bravo.

Nachdem noch Hr. Dr. Goldschmidt in einem schönen Gleichnisse die Zerrissenheit und den Wunsch der allgemeinen Einigung Deutschlands besprochen, schloß der Vorsitzende in kurzen Worten Nachts 11 Uhr die Versammlung.

Wir können nicht umhin, hinzuzufügen, daß unser Verein seit seinem Bestehen eine glanzvollere und erhebendere Zusammenkunft, die zugleich von allen Ständen gleich stark besucht war, nicht gesehen, und wollen wir nur wünschen, daß daraus auch eine kräftige und dauernde Frucht hervorgehen möge! —

Rottweil a. N. Anfangs des vorigen Monats wurde auch hier — nach dem Vorbilde anderer industrieller Orte — ein Arbeiterbildungsverein gegründet.

Derselbe erfreut sich bereits einer sehr regen Theilnahme Seitens der jüngeren Arbeiter, und es verdient dieser Umstand um so mehr Anerkennung, als hier noch nie ein Verein mit gleicher Tendenz existiete und daher die örtlichen Verhältnisse demselben nicht günstig waren.

Insbesondere gereicht es den hiesigen Arbeitern zur Ehre, daß der Impuls zur Bildung dieses Vereins aus deren Mitte hervorgegangen, und auch die bisherige Thätigkeit desselben bereits Zeugniß davon abgelegt hat, daß der wahre Geist der Sache und deren sittliche Bedeutung von den meisten Mitgliedern in richtigem Verständniß gewürdigt wird.

Politischer Theil.

Dankadresse an die Berliner Mitglieder des National-Vereins.

Berlin, 24. Oktbr. (Rheln. Ztg.) Die heutige Versammlung der Berliner Mitglieder des National-Vereins hat sich durch ihre Resolutionen (s. unten deren Wortlaut) die Anerkennung unserer Junkerpartei erworben. In einem Conventikel der Ritter, welcher aus Mitgliedern des „patriotischen" und „Volksvereins" besteht, wurde der Vorschlag gemacht, eine Dankadresse an den Berliner National-Verein zu erlassen und durch eine Deputation der Versammlung in der Tonhalle zu überreichen. Wir sind in die Lage gesetzt, den Adreß-Entwurf mitzutheilen. Er lautet:

„An die Mitglieder des Berliner National-Vereins.

„Bürger! Mit der Gemeinsamkeit jener warmen Gefühle, welche alle unsere Brüste für die hohen Interessen des Vaterlandes erfüllt, haben wir die Resolutionen gelesen, welche vom reinsten Patriotismus diktirt, jeden aufrichtigen Bekenner der Machtpolitik Preußens und seines genialen Staatsmannes enthusiasmiren müssen. Lassen Sie uns diesen hehren Gefühlen in einigen Worten des Dankes Ausdruck leihen, damit in den weitesten Kreisen, ja bis zu den Stufen des Thrones Ihre patriotische Haltung dringe.

Wir theilen mit Ihnen die freudige Forderung der ersten Resolution für ein deutsches Parlament mit einheitlicher Exekutivgewalt. Die Größe und Zukunft unseres deutschen Vaterlandes hängt von der Erfüllung dieses Programmes ab. Wir unterscheiden uns von Ihnen nur in der unwesentlichen Reihenfolge dieser beiden Forderungen; wir wünschen nämlich, daß die einheitliche Exekutivgewalt der Krone Preußens vorher zufalle und wenn dies geschehen, werden weder Opportunitätsrücksichten, noch die allgemeine Lage Europas die Einberufung des deutschen Parlamentes hindern können.

Die staatsmännische Klugheit und wahrhaft politische Weisheit, welche Ihre zweite Resolution birgt, hat uns in eben so hohem Grade überrascht, als erfreut. Sie rufen den National-Verein deshalb zur festen Beharrlichkeit im inneren Verfassungskampfe auf, damit die Annexion Schleswig-Holsteins zur vollendeten Thatsache werde. Sie wählen jene populäre Ausdrucksweise, um zu sagen, daß Preußen nach Außen endlich „geschickt" gemacht werden soll. Aber Sie bleiben nicht dabei stehen. Mit jenem mannhaften Muthe, mit dem wir Düppel erstürmt haben, schreiten Sie gegen das übrige Deutschland und den von uns Allen gehaßten Partikularismus vor, indem Sie verlangen, daß die historischen Thatsachen und der Beruf Preußens von der deutschen Nation nicht verkannt werden.

Bürger! Es gereicht Ihnen nicht wenig zur Ehre, diesen schönen Standpunkt heute einzunehmen, den wir schon vor mehr als Jahresfrist in der Excellenz Graf Arnim'schen Adresse an Se. Majestät den König eingenommen haben. Der denkende Mensch trägt den historischen Thatsachen Rechnung, beugt sich vor dem Erfolge und dreht den Mantel nicht gegen den Sturm. Indem Sie den Verfassungskampf nur deshalb führen wollen, um Preußen „geschickt" für die Annexion zu machen, so entzieht sich diese politische Combination allerdings der Würdigung des revolutionären Plebejers; aber die hohe Diplomatie wird sie verstehen und mit uns Ihnen Dank wissen.

Bürger! Zur höchsten Höhe der patriotischen Gesinnung und des loyalen Eifers für die Politik Sr. Excellenz des Ministerpräsidenten rc. Grafen Bismarck-Schönhausen gipfelt sich Ihre dritte Resolution. Sie schmettern mit diesem Programme für den National-Verein und das deutsche Volk zur Constituirung Schleswig-Holsteins alle jene revolutionären Tendenzen zu Boden, welche sich bisher der Majorität des Abgeordnetenhauses und der übrigen Vertretungen Deutschlands bemächtigt haben. Sie verdammen mit dieser Resolution den Gottlob beseitigten Abgeordnetentag, die süd- und westdeutsche Demokratie und die nicht existirenden Cirkulardepeschen der Westmächte. Dank Ihrer Begeisterung für die Annexion Schleswig-Holsteins bestimmen Sie die Selbstbestimmung dieses Volksstammes so, daß er sein Staatswesen nach eigenem Ermessen und mit allen Mitteln einrichte. Ohne Zweifel wird die anarchisch europäische Presse diese wahre staatsmännische Deduction als vollständig unlogisch schildern; aber die vom Preßbüreau in Kiel dictirte Augustenburgische Agitation wird Ihrer Definition des Selbstbestimmungsrechtes nicht zu schaden vermögen, denn jeder ächte Preuße weiß, was er von den Schleswig-Holsteinern zu halten hat.

Die Krone des Ganzen bildet der erhabene Schlußpassus der dritten Resolution, worin Sie erklären, daß eine deutsche Centralgewalt nicht besteht und darum Preußen das Recht und die Pflicht obliegt, die Centralgewalt zu übernehmen. Mit diesen Aussprüchen weisen Sie dem Berliner National-Verein eine Stelle im Pantheon der Unsterblichen an, und der Geifer der Particularisten, sowie der rothen Umsturzmänner, wird solche Beschlüsse nicht zu berühren vermögen.

Bürger! Ihr seid mit dem schönsten Beispiel politischer Tugend, mit der Verleugnung Euerer frühern Prinzipien, in unsere patriotischen Reihen getreten, um für die territoriale Erweiterung Preußens unter der Leitung des Hrn. v. Bismarck zu kämpfen. Habet Dank für diese edle Selbstaufopferung. Eure drei Resolutionen, von Euren Besten in die General-Versammlung des National-Vereins nach Frankfurt oder Sonstwohin getragen, werden mit Flammenschrift der kosmopolitischen Revolution die Entschlüsse des preußischen Volkes verkünden.

Und haben wir uns auf der glänzenden Bahn der auswärtigen Politik Preußens gefunden, so steht der Fusion aller jener politischen Parteien, welche die innere Wohlfahrt Preußens wünschen, nichts mehr im Wege. Bitten wir den Allmächtigen, daß er die Herzen der Bethörten und Verführten erleuchten möge und daß zum Heil des Vaterlandes seine gegenwärtigen Lenker demselben lange erhalten bleiben. (Nach dem Vorschlag zu unterzeichnen und zu überreichen durch die Herren: Gödsche, Wagner, v. Olfers, Beuthner, Panse, Wantrup.)

Politische Umschau.

In der am 24. Okt. in Berlin stattgefundenen Versammlung der Berliner Mitglieder des Nationalvereins sind von den Einladenden (den Herrn Franz Duncker und Löwe-Calbe) folgende Resolutionen vorgeschlagen und von der Versammlung fast einstimmig angenommen worden: „Die Berliner Mitglieder des Nationalvereins erklären mit Rücksicht auf die bevorstehende Generalversammlung des Vereins:

1) Der Verlauf der Ereignisse in den letzten Jahren, die thatsächliche Annullirung des deutschen Bundes in seiner bisherigen Verfassung, die Ersetzung desselben nicht durch nationale Einrichtungen, sondern durch eine einseitige Aktion der beiden Großmächte müssen den Nationalverein bestimmen, um so entschiedener festzuhalten an seiner Forderung eines deutschen Parlaments mit einheitlicher Executivgewalt, wie solche in der Reichsverfassung am 28. März 1849 rechtsgiltigen Ausdruck gefunden hat. (Die freilich bei dem Bestehen deutscher „Großmächte" und bei der traditionellen Politik Preußens ewig eine Chimäre bleiben wird. Die Red.)

2) Wenn es die Pflicht der preußischen Mitglieder des Nationalvereins sowie des gesammten preußischen Volkes ist, durch feste Beharrlichkeit in dem inneren Verfassungskampfe Preußen nach Außen endlich geschickt zu machen, seine ihm im nationalen Programme zugewiesene Aufgabe zu erfüllen; so dürfen sie nach der anderen Seite erwarten, daß die deutsche Nation und insbesondere der Nationalverein nicht wegen vorübergehender (?) Zustände die Gewalt historischer Thatsachen (?) und den durch dieselben festgestellten (??) Beruf Preußens verkennen werde.

3) In Bezug auf Schleswig-Holstein muß der Nationalverein auch ferner bestrebt sein, die Geltendmachung des „Selbstbestimmungsrechtes" dieses Volksstammes, sein Staatswesen nach eigenem Ermessen einzurichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Geltung zu bringen. Dieses Selbstbestimmungsrecht findet aber seine — Begrenzung in den Pflichten der Schleswig-Holsteiner gegen „Deutschland" (welches so viel als Großpreußen bedeutet. Die Red.). Da zur Zeit eine bundesstaatliche Centralgewalt nicht besteht, Preußen aber die Hauptpflicht einer solchen, den Schutz der Herzogthümer zu Lande und zur See übernehmen muß (?), so ist Preußen so berechtigt als verpflichtet (??), in den Herzogthümern diejenigen Rechte in Anspruch zu nehmen, welche nach der Reichsverfassung der definitiven Centralgewalt übertragen sind." — (Welche Sophistik! Erst vernichtet Preußen die Reichsverfassung und Centralgewalt (1849), dann entwaffnet es Schleswig-Holstein und macht sie dem Reichsfeind gegenüber vollständig wehrlos (1850—51), der seinerseits sie nicht hatte überwinden können, und nun sagt dasselbe Preußen und seine Wortführer von der „deutschen Fortschrittspartei": — „weil keine deutsche Centralgewalt da ist, die

wir beseitigt haben, und weil wir Euch zu Gunsten des Reichsfeindes geknebelt haben und wehrlos erhalten, so — müssen wir Euch schützen und muß wegen dieses Schutzes Euer „freies Selbstbestimmungsrecht" beschränkt werden. So wills das Interesse „Deutschlands" dem Ihr Euch unterordnen müßt. Für solche Logik und Politik gibt es keine andere Kritik mehr als faule Eier und Pflastersteine. D. Red.)

Diese Resolutionen haben denn auch sofort ihren wohlverdienten Lohn erhalten.

Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." (Hr. Braß) erklärt sich für **befriedigt von der Haltung des Nationalvereins.** Sie sagt: „Wir werden es den Nationalvereinsmitgliedern Dank wissen, wenn sie uns unterstützen, die berechtigten Forderungen Preußens in den Herzogthümern zur Geltung zu bringen. Und wenn sie sich damit trösten, daß das gegenwärtige System in Preußen ein vorübergehendes sei, so trösten **wir** uns wieder mit der Hoffnung, daß das System bestehen, die gegenwärtige Opposition aber ihrerseits eine vorübergehende sein werde, wie sie ja eben — in der Schleswig-Holsteinischen Frage vorübergehend gewesen ist. Wir erachten es sogar als einen weiteren Grund zur Berechtigung dieser Hoffnung, daß überhaupt auch von den Nationalvereinsmitgliedern die Berechtigung und die Verpflichtung Preußens anerkannt wird, die Herzogthümer eng mit dem preußischen Staatskörper zu verbinden. Ob die Mitglieder des Nationalvereins dies aus der Reichsverfassung oder aus einem anderen Grunde herleiten, ist in der Sache selbst gleich, und wird diese Verschiedenheit der Meinung auf einem anderen Felde seine Ausgleichung finden."

Das Erfreulichste, was die letzte Woche gebracht hat, ist der einmüthige Widerstand, mit welchem die freie Stadt **Frankfurt** auf die Drohbriefe der beiden Großmächte geantwortet hat. Wünschen wir, daß auch die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die in ähnlicher Weise entweder schon bemuttert worden sind, oder noch bemuttert werden sollen, hinter dem guten Beispiel, mit welchem Frankfurt vorangegangen ist, nicht zurückbleiben. Jedenfalls ist den deutschen Regierungen eine unschätzbare Gelegenheit geboten, der Welt zu beweisen, daß sie es endlich müde geworden sind, nach allen möglichen Tönen und Tonarten der Hohenzollern-Habsburgischen Pfeife zu tanzen. Freilich ist binsenartiges Schwingen und Biegen gewissen deutschen Staatslenkern bereits zur andern Natur geworden, und tapfere Entschlüsse wachsen nicht aus dem Boden fürstlicher Kabinette; trotz alledem jedoch und weil wir noch nicht so verkommen sind, daß alle Hoffnung aufhörte, wäre es denkbar, daß diese jüngste preußisch-österreichische Drohung die Schwachen stark, die Zaghaften muthig, die Uneinigen einig machte. Die nächste Zeit wird ja Alles enthüllen. Darüber aber täusche man sich nicht: diese Drohnoten sind Zukunftsmusik, so eine Art Einschüchterungswalzer, so ein Schlummerlied, mit welchem Vereinsrecht und Presse in Schlaf gesungen werden sollen. Es ist wieder eine Zeit gekommen, wo Wachsamkeit zur ersten deutschen Bürgerpflicht wird.

So löst sich denn der Gedanke einer preußischen Spitze, der leider lange genug manchem deutschen Biedermann den Sinn verwirrt und den Kopf verdreht hat, immer mehr in Nebel und blauen Dunst auf. Einzelne Unverbesserliche mögen den Traum noch weiter träumen, daß im Preußenstaate ein Umschwung möglich sei und eine Wendung zum Bessern; es könne ja nicht immer so bleiben hier unter dem wechselnden Mond, und Graf Bismarck werde ja nicht ewig leben u. s. w. Sonderbare Träumer, die da wähnen, es könnten an einem Baume, der im Despotismus wurzelt und im Despotismus wipfelt, Fortschritt und Freiheit als Früchte wachsen. Der Hohenzollern Wahlspruch, der Wahlspruch des gesammten stockpreußischen Junkerthums und Beamtenthums, des weltlichen wie des kirchlichen, hat noch stets gelautet: „Des Königs Wille ist das höchste Gesetz", trotz Verfassungsparagraphen und Abgeordnetenhause. So ist es, mag nun Graf Bismarck am Steuer stehen oder Graf Schwerin.

Das Verfahren, wie die beiden großmüthigen Befreier die Herzogthümer als gute Beute unter sich theilten, schien auf den ersten Blick ganz klug und weise zu sein: Holstein, das preußenfeindliche für Oesterreich, das verdaute Schleswig für Preußen. Der Erfolg hat gezeigt, daß die Rechnung ohne den Wirth gemacht worden ist. Der neuliche Empfang des Herzogs von Augustenburg in Eckernförde, also auf schleswigschem Grund und Boden, ist ein dicker Strich durch jene Rechnung. Dieser Empfang war frei und freiwillig, er geschah nicht auf Drängen und Treiben eines wohlgesinnten und wohlgeschulten Landraths. Außerdem thut das preußische Regiment in Schleswig sein Mögliches, die unvergessene dänische Wirthschaft noch zu überbieten. Welche Ernte wird aus solcher Saat unausbleiblich kommen?

Oesterreich, das nach Noten vor fremden Thüren zu kehren versteht, kann in seinem eignen Hause noch immer nicht aufs Reine kommen. Kein Geld daheim, kein Kredit draußen, die ganze Wirthschaft aus dem Leim. Ungarn, das steuerpflichtige, war schon am Ende des Monats Juni im Rückstand mit kleinen 18 Millionen. Wie viele Herzogthümer Lauenburg müßten feil sein, um diese Lücke auszufüllen.

Im **Welfenlande** wird es trotz der neuen Minister, oder, wie es auf Hannöversch heißt, trotz der neuen „königlichen Diener", die an das Steuer des Mittelreichs berufen sind, erst recht beim Alten bleiben und wo möglich noch rückwärtser gehen, denn zuvor. Die Vergangenheit dieser neuen Minister ist theils noch unentdeckt, theils übel beleumundet.

Die Stände **Kurhessens** sind durch allergnädigsten Zwangspaß wieder nach Hause zu Muttern visirt. Das schon vor Monat und Tag niedergebrannte Städtchen Frankenau kann noch immer nicht wieder aufgebaut werden, weil der neue Plan zum Wiederaufbau, freilich längst vorgelegt, bis heute noch nicht die allerhöchste Genehmigung hat erhalten können. Das Schreiben ist eben wie der Glaube nicht Jedermanns Ding. Wenn unsere Stammesvettern drüben in Amerika von solchen Dingen hören, nach denen in Deutschland weder Hund noch Hahn kräht, was mögen sie wohl sagen zu solchen Geheimnissen von Kurhessen, die höher sind als alle Vernunft?

In **Bayern** scheinen die Pfaffen die unter König Max theilweise verlornen Kräfte wiederzufinden. Die Jesuiten fangen bereits an, manche Ortschaften durch ihre Kanzelvorträge unsicher zu machen und den Gesundheitszustand zu bedrohen. Gesunder Menschenverstand und gesundes Denken sind treffliche vorbeugende Hausmittel gegen die vom ewigen Rom aus fort und fort in Deutschland eingeschleppte Jesuitenpest.

Karlsruhe, 21. Okt. Der Großherzog hat den Präsidenten des Ministeriums des großh. Hauses und der ausw. Angelegenheiten, Frhrn. v. Roggenbach, auf sein Ansuchen seines Dienstes enthoben, und den außerord. Gesandten und bevollm. Minister am österr. und sächs. Hofe, Frhrn. v. Edelsheim, unter Abberufung von diesem Posten zum Staatsminister des großh. Hauses und der ausw. Angelegenheiten ernannt. So wird jetzt amtlich bekannt gemacht.

Altona, 19. October. Dr. Gustav Rasch giebt als Ergebniß seiner vierwöchentlichen Rundreise in Schleswig-Holstein zur Erforschung der Zustände und der Stimmung des Landes folgenden Bericht: „Die nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen und nach der Einnahme der Insel Alsen überall im Lande lebendigen Sympathien für Preußen sind vollständig geschwunden und stehen auf dem Punkte, in bittern Haß umzuschlagen, falls die Preußische Regierung mit ihren politischen Maßregelungen und mit ihren Annexionsversuchen noch weiter fortfährt. Die sog. Nationalen, deren Programm die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen ist, bestehen aus höchstens 80 Männern, welche vollkommen isolirt stehen, ohne jeden Einfluß auf die Bevölkerung sind, und jetzt ungefähr ebenso gehaßt werden, wie früher die Werkzeuge der Dänischen Mißregierung. Ihre Zahl ist im Abnehmen begriffen, die Zahl der Abonnenten ihrer Blätter verringert sich täglich. Die „Angler Zeitung" hat noch 12 Abonnenten, die Abonnentenzahl der „Norddeutschen Zeitung" in Flensburg war im vorigen Quartal nach und nach von 2300 auf 749 gesunken, die „Schleswig'schen Nachrichten" sind nur im Stande, sich als Anzeigeblatt der Stadt Schleswig auf der Höhe von einigen hundert Abonnenten zu erhalten. Eine Einverleibungs**partei** zu Gunsten Preußens gibt es also in Schleswig-Holstein gar nicht, das ganze Land ist gegen die Annexion, weil man den Untergang der freiheitlichen Selbständigkeit, die Vernichtung der im Lande hochausgebildeten Selbstverwaltung, die Vergewaltigung und die politische Maßregelung der freiheitsfeindlichen Preußischen Regierung, die dreijährige Dienstzeit und aller momentan in Preußen herrschenden politischen Uebelstände mit Recht fürchtet. Trotz alledem habe ich aber eine sogenannte kleinstaatliche oder particularistische Richtung nirgends im Lande gefunden; überall ist man zu einem Anschluß an Preußen und Deutschland in allen maritimen und volkswirthschaftlichen Beziehungen, überhaupt zum Aufgeben der particularen Selbstständigkeit zu Gunsten einer kräftigen, **Deutschen** Centralgewalt bereit; man will sich nur nicht vergewaltigen lassen. Eine sehr große Erbitterung hat die Reise des Prinzen Hohenlohe hervorgerufen, der nur mit Dänen verkehrte und sich die Beschwerden der Dänen über Deutsche Beamte vortragen ließ, diese Erbitterung ist vergrößert worden durch die kürzlich versuchte und theilweise auch durchgeführte Absetzung beliebter Beamten und die Anstellung früherer Dänischer Werkzeuge. Die jetzt begonnenen Maßregelungen der Schleswig-Holsteinischen Vereine dienen nur dazu, dieser Erbitterung neue Nahrung zu geben. Auch die Sympathien für Oesterreich sind seit dem Verkauf von Lauenburg sehr geschwunden. Man sieht nun ein, daß man sich nur auf sich selbst verlassen muß. Ganz unwahr sind die Berichte annexionistischer Blätter, welche von Apathie, von Mattigkeit, von Ergebung in das Unvermeidliche in Schleswig reden. Ich habe im Gegentheil von der Königsau bis zur Eider, in Nordschleswig, in Friesland, in Angeln, in Eiderstedt, in Dithmarschen, in den Städten sowohl wie auf dem Lande den festen Willen gefunden, sich nicht vergewaltigen zu lassen, und diesen Willen mit Zähigkeit und Consequenz durchzusetzen. Selbst die Bauern in den Marschen, welche im Kampf gegen Dänische Maßregelungen ziemlich gleichgültig geblieben sind, werden Alles daran setzen, sich gegen Preußische Incorporationsversuche zu wehren. Mit ihrer kürzlich im Lande eingeschlagenen Politik, mit der Beförderung materieller Interessen wird die Preußische Regierung eben nicht weiter kommen, wie mit politischen Maßregelungen. Wer die Leidensgeschichte Schleswig-Holsteins seit den letzten fünfzehn Jahren kennt, weiß, daß die Dänen dieselben Mittel ebenfalls und ganz erfolglos versucht haben. Die Schleswigsche Bevölkerung ist nicht allein kampfbereit, sie ist, im Vertrauen auf ihre Zähigkeit, auch siegesbewußt und zum äußersten Ausharren bereit."

Schleswig-Holstein. Einem Privatbrief eines trefflichen Patrioten aus den Herzogthümern entnehmen wir folgende beherzigenswerthe Stellen.

„Es gilt dahin zu wirken, daß die Gegensätze, Gewalt und Eroberung — oder friedliche Einigung aller nationalen Factoren, äußeres Agglomerat — oder geistige Gemeinschaft, ein ephemerer Schein — oder dauerhaftes Dasein, zur klaren Scheidung gelangen und damit endlich wieder ein Allen bewußter Boden für **praktisches** Eingreifen gewonnen werden wird, ein Ausgang aus diesem wirren Durcheinander. Aber uns hier will es beinahe vorkommen, als wenn Deutschlands politische Führer nicht Verständniß dafür haben, daß wir Schleswig-Holsteiner den schärfsten, an Kräften ungleichsten Vorpostenkampf schon zu lange allein aushalten, um bürgerliche wie politische Freiheit des **ganzen** Deutschlands; um einen handgreiflichen, in den Wirkungen weittragendsten Sieg der Selbstbestimmung der **Nation,** — oder aber um die unvermeidliche Rückkehr einer Periode maßlosester, asiatischer Despotie und politischer, internationaler Schande und Ohnmacht Deutschlands. Sollen wir „**Particularisten**" die Einzigen bleiben, die um die höchsten Güter der Nation ringen, unter täglicher Anschwellung der gegnerischen Gewalt und Intrigue? —

„Einzelne Versammlungen, Vereine, Resolutionen, Preßerzeugnisse thun's nicht; — ganz Deutschland muß, und energischer noch als im Winter $18^{63}/_{64}$, einmüthig wieder auftreten, selbst für seine eigene Zukunft! und **davon** darf kein politische Mann, will er noch zur nationalen und nur halbwegs liberalen Richtung gezählt werden, sich zurückhalten aus Sonder-Ansichten über diese oder jene specielle Frage."

England. Lord **Russell,** den die Königin mit der Bildung des Cabinets betraut hat, berief für nächsten Donnerstag eine Conseils-Sitzung. Morning Post sagt, wenn Lord Russell im Parlamente geschlagen werden sollte, würden zunächst die Tories zur Regierung gelangen, nach ihnen aber **Gladstone** erster Minister werden. Man glaubt in London, daß Russell das Portefeuille des Auswärtigen an Clarendon abgeben werde. Morning Star sagt, daß Lord Palmerston das einzige Hinderniß der Parlamentsreform gewesen sei, und daß Graf Russell sofort eine Reformbill einbringen müsse, da sonst sein Cabinet nicht bis Ostern dauern würde.

In **Rom** hat der Kriegsminister des heil. Vaters, Herr von Merode, plötzlich seinen Abschied bekommen, und zwar nicht aus den sonst so beliebten Gesundheitsrücksichten, sondern weil's faul war in der Kasse und 200,000 Thaler durch ihre Abwesenheit

glänzten. Herr von Merode mag sich vorläufig des alten Sprichworts getrösten, nach welchem man wohl die kleinen — hängt, die großen aber laufen läßt. Außerdem hat der Mann nur 1 Million Wechselschulden im Umlauf. — Dem heiligen Vater, der vor Kurzem Alles, was Freimaurer heißt, bis in die siebente Hölle verfluchte, will man nächstens einen wohlverdienten Possen spielen; man will nämlich das Protokoll veröffentlichen, das vor Jahren aufgenommen wurde, als der jetzige Stellvertreter Gottes, damals noch Graf und Soldat, feierlichst in den Orden der Freimaurer aufgenommen wurde.

Amerika. Präsident **Johnson** hat vor Kurzem an ein nach Washington heimkehrendes Negerregiment treffliche Worte gerichtet. Der Präsident hat es den schwarzen Söhnen, weiland Stiefkindern der großen Republik so recht eindringlich zu Gemüth geführt, wie sie der jungen Freiheit sich würdig zu zeigen hätten, und wie kein anderer Weg zur Selbstständigkeit und bürgerlichen Unabhängigkeit führe als der Weg der Arbeit und der Ordnung.

Es geht die Rede, daß ebenso wie aus dem Kirchenstaat auch aus **Mexico** die Franzosen sich zum allmäligen Abzug rüsten sollen. Und wenn über's Jahr vielleicht keine rothe Hose mehr auf mexikanischen Boden mehr zu erblicken ist, wie oder was dann? Dann hilf dir selber, oder mach deine Rechnung mit dem Himmel, Max!

Aus den Verhandlungen des Abgeordnetentags in Frankfurt.

Wir haben früher die in der Versammlung des Abgeordnetentags von der Majorität angenommenen Ausschußanträge ihrem Wortlaute nach mitgetheilt. Dieselben haben vielfach eine scharfe Kritik in der deutschen Presse erfahren und nicht mit Unrecht. Nicht als ob dieselben gegen die Salzburg-Gasteiner Abmachungen, gegen den Handel zu scharf sich geäußert hätten, der ganze Länder sammt ihren menschlichen Bewohnern als Eigenthums- und Kaufobjecte betrachtet und in seinen Consequenzen die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der ganzen deutschen Nation zu Gunsten von ein paar mächtigen Dynastien in Frage stellt, — sondern weil die mit dieser Politik um der lieben „preußischen Führung" willen liebäugelnden Elemente des Ausschusses des Abgeordnetentages allerlei bedenkliche Wendungen in die demselben vorgelegten Resolutionen gebracht haben, welche dazu geeignet waren, dem Protest gegen diese antinationale und antifreiheitliche Politik die Spitze abzubiegen und weil in den Ausschußanträgen von allen practischen Vorschlägen, jener Politik Einhalt zu thun und die Volkskraft in den bedrohten Theilen des übrigen, noch nicht bismarckisirten Deutschlands zum Widerstand zusammenzufassen, — ganz Umgang genommen war. In letzterer Beziehung wurden in der Versammlung selbst die Ausschußanträge namentlich bekämpft von den Abgeordneten Trabert aus Kurhessen und Oesterlen aus Würtemberg; in ersterer Hinsicht wegen ihrer schillernden, nach dem Bismarckischen Lager schielenden und mit dessen Erfolgen liebäugelnden Wendungen und Krümmungen durch den Abgeordneten Streit aus Coburg. Es handelte sich in letzterer Hinsicht insbesondere um den ersten Theil des Ausschußantrags, der unter dem Gewande einer entschiedenen Wendung gegen die großmächtliche Gewaltspolitik diese gefährlichen Widersprüche verdeckt. Dieser Theil des Ausschußantrags, der ganz auf dem Niveau der in unserer gestrigen Nummer mitgetheilten Berliner Nationalvereins-Resolutionen steht, lautete:

„I. Die Versammlung beschließt, unter Aufrechthaltung der einstimmigen Erklärung vom 21. December 1863:

1) Das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volks schließt jede Vergewaltigung desselben und jede Entscheidung über sein Schicksal ohne freie Zustimmung der Landesvertretung aus. Der Gasteiner Vertrag verletzt auf's Tiefste alle Rechtsordnung und Rechtssicherheit in Deutschland, und droht der in jeder Form verderblichen, und unter allen Umständen abzuwehrenden Einmischung des Auslands in rein deutschen Fragen einen Vorwand zu geben. Er wird als Rechtsbruch von der Nation verworfen, und ist namentlich für die Herzogthümer in keiner Weise rechtsverbindlich und giltig.

2) Das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer ist nur beschränkt durch höhere Interessen Deutschlands.

3) Die vom engern Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine am 26. März 1865 in Berlin zu Gunsten Preußens gebotenen und in der Delegirtenversammlung vom 19. April bestätigten Zugeständnisse, sowie die in der Eingabe der holsteinischen Ständemitglieder an den deutschen Bund am 6. September 1865 ausgesprochene Geneigtheit zu Concessionen an Preußen sind ein unbestreitbares Zeugniß für die Opferwilligkeit der Herzogthümer.

Hierzu stellte der Abg. Streit das Amendement, die beiden Absätze 2 und 3 zu streichen und begründete dies in nachstehendem, von uns der offiziellen Ausgabe der Verhandlungen des Abgeordnetentags entnommenen Vortrag:

„Ich hatte mich verpflichtet, die Bedenken, welche mir ebenfalls gegen die beiden letzten Alinea's des ersten Theils des Ausschußantrags beigehen, zum Ausdrucke zu bringen, obschon ich selbst Mitglied des Ausschusses bin. Die Bedenken, welche mir gegen die Alinea's 2 und 3 des ersten Theils des Ausschußantrags beigehen, habe ich in Gesprächen mit verschiedenen Mitgliedern der Versammlung bestätigt gefunden; ich glaube, daß diese beiden Sätze im Interesse der Stellung, welche diese Versammlung zum deutschen Volke einnimmt, wie im Interesse der Bewegung selbst fallen müssen. Meine Herren, es ist vorhin in beredten Worten und mit männlicher Festigkeit von dem Herrn Berichterstatter des Ausschusses die Pflicht betont worden, gegen den Akt rechtloser Gewalt, der in dem Vertrag von Gastein liegt, den energischen Protest des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Die Berechtigung des Ausschusses, diese Versammlung einzuberufen, lag in eben dieser Pflicht, damit nicht diesem Gewaltakt gegenüber der Satz Anwendung finde: qui tacet consentit, wer schweigt gibt zu. Wenn wir aber den Protest, den wir erheben müssen, damit bei denen, welche den Rechtsbruch begangen haben, keine Täuschung über den Willen der Nation möglich sei, wenn wir diesen Protest nicht abschwächen wollen, so müssen wir die Alinea's 2 und 3 streichen. Es ist vorhin von dem Herrn Berichterstatter des Ausschusses mit Recht beklagt worden, daß wir heute in unserer Mitte die Vertreter aus einem großen Staate Deutschlands vermissen, aus dem Staate, dessen Volk so oft vertrauensvoll die Führung von Deutschland von vielen Deutschen zugedacht worden ist. Meine Herren! Diese neue Thatsache, wie so manche andere Erfahrung dieser Art aus letzter Zeit, erscheint leider geeignet, den Glauben zu erschüttern, daß das preußische Volk für den deutschen Gedanken gewonnen werden könne, daß es ihm möglich sei, sich zu erheben über seine partikularistischen Interessen zur Höhe der Interessen des deutschen Vaterlandes; es gewinnt den Anschein bei diesen Thatsachen, als wenn man im preußischen Volke mit der Vergewaltigung des Rechts der Nation sympathisire und sich deshalb um den Protest dagegen herumdrücken wolle. Ich will keinen persönlichen Vorwurf aussprechen, keine Motive den einzelnen Personen unterstellen, ich spreche nur von den Thatsachen und von den Folgerungen, welche daraus sich ableiten. Um so mehr sollen wir uns hüten, auch nur scheinbaren Grund zu der Annahme zu geben, als billigten wir versteckt doch jene Tendenzen, als theilten wir dennoch jenen Standpunkt, der in den letzten Tagen erst wieder von Mitgliedern einer norddeutschen Ständeversammlung im Widerspruch mit ihren für Schleswig-Holstein übernommenen Pflichten zu einem unglaublichen Ausdruck gekommen ist; ich spreche von Mitgliedern der braunschweigischen Ständeversammlung, welche in einer Versammlung zu Wolfenbüttel gegenüber der preußischen Vergewaltigung der Herzogthümer in dem Satz sich geeinigt haben: „Wir mißbilligen die Mittel, aber wir billigen den Zweck!"

Meine Herren, was ist denn der eigentliche Grund, weshalb die Bewegung, welche im Dezember 1863 und in den folgenden Monaten so hoch gegangen, wieder zurückgegangen ist? wodurch ist ihre Energie gelähmt worden? Es ist die Unklarheit, welche in dieselbe gebracht wurde, die Unklarheit darüber, ob die Interessen, in deren Dienste die beiden Großmächte in die Herzogthümer eingerückt sind, irgendwie identisch wären mit den Interessen der deutschen Nation. Die Götzendiener des Erfolgs, die Anbeter der Gewalt und feile Federn waren ununterbrochen bemüht, diese Confusion der Begriffe hervorzurufen und so die Bewegung zu lähmen. Hüten wir uns, dieser gefährlichen Begriffsverwirrung Vorschub zu leisten. Wir würden dies aber thun, wir würden den Schein erwecken, als ob wir mit dem, wogegen wir im Satz 1 protestiren, verschämt doch sympathisirten, wenn wir Satz 2 und 3 annehmen.

Im letzten Satz der motivirenden Einleitung zu dem Ausschußantrag ist hingewiesen

> „auf den zweifellosen Grundsatz, daß zwar das Wohl des Ganzen den einzelnen Theil zu Opfern verpflichtet, daß aber unter dem Vorwande der Förderung deutscher Interessen, oder wegen angeblichen eigenen Interesses kein einzelner deutscher Staat den andern zur Bewilligung einseitiger beliebiger Ansprüche zwingen kann und daß ein verfassungsmäßiges Organ des Willens der deutschen Nation zur Zeit nicht besteht",

und unter der ersten Ziffer des ersten Theils der Ausschußanträge wird dann die praktische Auslegung für den von Ihnen im Dezember 1863 gefaßten Beschluß über das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volkes gegeben, gegenüber den neuen Gewaltakten, welche in flagranter Weise dieses Selbstbestimmungsrecht in Frage stellen. Was hat es nun in diesem Zusammenhang für eine praktische Bedeutung, unter Ziffer 2 nochmals den Satz auszusprechen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer den höheren Interessen Deutschlands sich unterzuordnen habe und nur durch diese beschränkt sei, — gegen welche die Herzogthümer sich gar nicht in Widerspruch gesetzt haben?

Dieser Satz, an sich unbedenklich und selbstverständlich, steht in einem innern Zusammenhang mit Satz 3, und dieser spricht nicht von den Interessen Deutschlands, sondern von „Zugeständnissen zu Gunsten Preußens". Das muß die Vorstellung erwecken, als ob die spezifisch partikularistischen Interessen Preußens, für die Preußen in die Herzogthümer eingerückt ist, doch identisch seien mit denen Deutschlands. Ich sage nicht, daß dies der Wille des Ausschusses ist, aber der Ausschuß und diese Versammlung hat sich selbst vor dem Scheine zu wahren, als theilten sie die heillose Begriffsverwirrung, welche die Bewegung gelähmt hat und die Scheidung in die bisher verbundenen Parteien gebracht hat. Darum ist es nothwendig, daß diese beiden Alinea's fallen und vor Allem das Alinea 3, in welchem dem schleswig-holsteinischen Volke, welches nur den Interessen Deutschlands Opfer bringen soll, ein Lob, eine Art erster Censur dafür ertheilt wird, daß es unter dem Druck der Gewalt, gegen die wir protestiren, Opferbereitwilligkeit an den Tag gelegt hat zu Gunsten der spezifischen Interessen eines Einzelstaates, welcher in diesem Falle so flagrant das Recht der Nation verletzt. Aus der Befreiung der Herzogthümer darf und soll überhaupt Niemand besonderen Vortheil ziehen als die Herzogthümer und dadurch die Nation selbst: das ist das Interesse Deutschlands, das Interesse der Nation.

Lassen Sie also nicht uns selbst verleiten, jener Unklarheit über diese Interessen, die so großes Unheil gestiftet hat, hier wieder Raum zu geben. Meine Herren, die Bewegung kann zu ihrer alten Energie nur wieder gehoben werden durch die vollste Klarheit über ihre Ziele. Wenn das Volk hinter unseren Beschlüssen stehen und ihnen die Wirksamkeit sichern soll, so darf es keinen Augenblick in Zweifel gelassen werden über das, was es hier zu thun hat. Durch die beiden Sätze verhindern wir diese Klarheit und ruiniren die Bewegung. Deshalb beantrage ich, diese beiden Sätze zu streichen."

Aus dieser Rede hat eine der Augsburger „Allgemeinen Zeitung", der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" und anderen Blättern zugegangene, gleichlautende Original-Correspondenz aus einer, jenen Elementen der Majorität des 36er Ausschusses sehr nahestehenden Feder, Anlaß genommen, den Abg. Streit als einen Vertreter der „Triasidee" zu denunciren, die überhaupt von Niemandem in der Versammlung, und namentlich weder von Trabert noch von Oesterlen, wenn man nicht geflissentlich Sinn und Wortlaut ihrer Reden verdrehen will, — vertreten worden ist. Jeder der nicht mittelbar oder unmittelbar die beliebte „preußische Führung" selbst auf Kosten der Ehre, des Rechts und der wirklichen Interessen Deutschlands förderl, scheint von den Anhängern dieser Doctrin — zur Triaspartei gezählt zu werden, wobei sie in ihrem blinden Eifer ganz übersehen, daß dabei ihre eigene Partei verdientermaßen immer mehr zusammenschrumpft. Solche Parteitaktik, welche **gewissenlos** genannt zu werden verdient, bildet eine sonderbare Illustration zu der Mahnung zur Ehrlichkeit im Parteikampf, welche der derselben Partei angehörige Berichterstatter des Ausschusses, Abg. Völk, in der Versammlung an die Gegner der Ausschußanträge gerichtet hat!

Socialer Theil.

Eine Pariser Zeitung berichtet speciell über die Conferenz, die Ende des verflossenen Monats September zwischen englischen, französischen, deutschen, belgischen und schweizerischen Arbeitern in **London** zu dem Zweck stattgefunden hat, um den Arbeitercongreß vorzubereiten, der 1866 zu Genf abgehalten werden soll und sich die Aufgabe stellt, die internationale Genossenschaft der Arbeiter (association internationale des travailleurs) zu gründen. Als leitende Gedanken der angestrebten Verbrüderung aller nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt existirenden Arbeiter und Arbeitervereine stellte die Conferenz folgende Grundsätze auf:

„Die Basis unseres Verhaltens gegen alle Menschen ist die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Moral, ohne Unterschied der Farbe, des Glaubens oder der Nationalität."

„Wir fordern Menschen- und Bürgerrechte nicht nur für uns, sondern für Jeden, der seine Pflichten

erfüllt. — Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte."

Von diesem Programm ausgehend stellte die Conferenz nach mehrtägiger Debatte eine Reihe von Fragen auf, die meist volkswirthschaftlicher Natur sind, aber auch in das Gebiet der Politik und Philosophie hinüber spielen, und über welche der projectirte Congreß Resolutionen zu formuliren haben wird. Wir greifen die vorzüglichsten nachstehend heraus.

1. Die Arbeit, ihre Wirkungen auf Gesundheit und Moral, ihre Verbindlichkeit für Alle.
2. Die Arbeit der Frauen und Kinder in den Fabriken, ihre moralischen und gesundheitlichen Wirkungen.
3. Der Arbeitsstillstand und die Mittel der Abhülfe.
4. Arbeitseinstellung und ihre Folgen.
5. Die Genossenschaft, ihre Grundsätze und ihre Anwendung.
6. Die Volks- und Gewerkschulen.
7. Das Verhältniß zwischen Capital und Arbeit.
8. Conkurrenz und Handelsverträge.
9. Die stehenden Heere und ihre Einwirkung auf die Produktion.
10. Sind Religion und Moral unter sich verschieden und getrennt?
11. Können und sollen die Arbeiter eine internationale Bank mit Notenemission gründen?
12. Die direkten und indirekten Steuern.
13. Die Verminderung der Arbeitsstunden; Zweck, Tragweite und moralische Folgen derselben.
14. Der Grundsatz der Nationalitäten.
15. Rührt der Grundsatz der Gerechtigkeit vom Menschen selbst, oder von einem über dem Menschen stehenden Prinzip her?
16. Ist dem Vordringen Rußlands durch die Wiederherstellung Polens Einhalt zu thun?
17. Welche Mittel kann die internationale Genossenschaft zur Verwirklichung ihres Zweckes anwenden?

Wie man aus Vorstehendem ersieht, wird der Genfer Arbeitercongreß sich an die Beantwortung der schwierigsten Fragen wagen, welche auf dem Gebiet der Volkswirthschaft und der Philosophie aufgeworfen worden sind. Die Politik nimmt einen untergeordneten Rang in obigem Programm ein. Der kurze Umriß der künftigen Congreßarbeiten beweist, welch' tiefe, radikale Bewegung die Massen ergriffen hat. Sie bauen keine Barrikaden mehr, um ein Ministerium oder eine Dynastie zu stürzen, aber sie rücken in den großen Kampf der Geister, um die Schranken niederzureißen, die ihrer freien Entwicklung entgegenstehen. Wie die Theologen Concilien abhielten, um das religiöse Dogma festzustellen, so veranstalten die Arbeiter jetzt Congresse, um Klarheit, selbstbewußtes Denken in ihren Reihen zu verbreiten und das Dogma der socialen Wissenschaft auf der Basis der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Moralität aufzubauen.

Schweiz. (Ernährungsweise der arbeitenden Classe.) Hr. RR. Kurz hat als Präsident im Namen mehrerer zu diesem Ende vereinigter Gesellschaften des Kantons Bern, nämlich der gemeinnützigen, der ökonomischen, der medicinisch-chirurgischen Gesellschaft, des Pastoralvereins und der Vorsteherschaft der Schulsynode, eine Preisaufgabe ausgeschrieben, auf welche wir hiermit alle Freunde des Volkes aufmerksam machen. Das bezügliche Schreiben lautet:

„Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß die Ernährungsweise eines großen Theiles der arbeitenden Classe in unserem Lande eine unzweckmäßige ist, und daß hierin eine der vielen Ursachen der eben so verbreiteten als tief eingewurzelten Branntweinpest liegt. Die Gesellschaften, welche sich zur gemeinsamen Bekämpfung dieses Uebels vereinigt haben, erkennen es deshalb als ihre Pflicht, soweit dies in ihrer Macht steht, dahin zu wirken, daß die gegenwärtige Ernährungsweise der ärmeren Bevölkerung durch eine dem körperlichen und geistigen Wohle derselben zuträglichere ersetzt werde.

„Es frägt sich aber, welcher Weg zur Erreichung dieses Zieles einzuschlagen sei. Die genannten Gesellschaften glauben, im Interesse der Sache zu handeln, wenn sie die eben so wichtige als schwierige Frage zum Gegenstande einer Preisaufgabe machen. Sie wünschen, daß bei Lösung derselben hauptsächlich folgende Punkte eine eingehende Darstellung und Erörterung finden:

„1) Welches ist die zum Gedeihen der arbeitenden Bevölkerung nothwendige Ernährungsweise? 2) Welches ist die bei unserer arbeitenden Bevölkerung vorherrschend übliche Ernährungsweise? 3) Entspricht dieselbe den bei Beantwortung der ersten Frage gestellten Anforderungen? wenn nicht: welche Mittel sind zu ergreifen, um sie durch eine bessere zu ersetzen?

„Für den Fall, daß hiebei an die Errichtung von Anstalten gedacht wird, bei welchen sich die arbeitende Bevölkerung gute und wohlfeile Nahrung verschaffen kann, wird gewünscht, daß die Frage sorgfältig untersucht werde, ob diese Anstalten so eingerichtet werden können, daß das Familienleben nicht darunter Schaden leidet.

„Beigefügt wird, daß es sich nicht sowohl darum handelt, das Volk über die ihm zuträgliche Ernährungsweise aufzuklären, als vielmehr diejenigen, welchen die sittliche und materielle Hebung der untern Volksclassen am Herzen liegt, über die Mittel und Wege zu belehren, durch welche diesem Theile der Bevölkerung zu einer bessern und gesundern Nahrung verholfen werden kann.

„Zu Beurtheilung der einlangenden Arbeiten wird ein Preisgericht niedergesetzt werden. Für diejenige Arbeit, welche nach dem Urtheil des Gerichts die Aufgabe am besten löst, wird ein erster Preis von 600 Fr. ausgesetzt. Falls noch andere preiswürdige Arbeiten einlangen, kann für Accessite eine weitere Summe von 400 Fr. verwendet werden.

„Die Preisschriften sind bis zum 31. März 1866 dem Präsidenten der gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons einzusenden. Sie sind mit einem Motto zu versehen, und es ist denselben ein versiegelter Zettel beizufügen, in welchem der Name des Verfassers angegeben ist, und der als Aufschrift das nämliche Motto trägt, wie die Arbeit.

„Die genannten Gesellschaften behalten sich das Recht vor, über die gekrönten Preisschriften zu verfügen und dieselben durch den Druck bekannt zu machen."

—r. Nach längeren, mehrere Sitzungen ausfüllenden, höchst interessanten Debatten faßte der **Arbeiterbildungsverein Münchens** bezüglich der Frage der Frauenarbeit folgende Resolution:

„Die Frauenarbeit bietet in doppelter Richtung zu Reformbestrebungen Anlaß; während nämlich einerseits zur Erleichterung der wirthschaftlichen Selbstständigkeit und der daran sich knüpfenden socialen Besserstellung der Frauen eine Vermehrung der weiblichen Berufszweige geboten erscheint, sind auf der anderen Seite in der besonderen Richtung des Fabrikgroßbetriebs die Grenzen des weiblichen Arbeitsgebiets auf Unkosten der Familienpflichten und der ökonomischen und moralischen Interessen der weiblichen wie der männlichen Arbeiter offenbar schon allzuweit hinausgerückt worden. Bei allem Vorgehen zu Gunsten der Frauenarbeit ist daher Bedacht darauf zu nehmen, daß möglichst nach diesen beiden Seiten hin Abhilfe geschafft werde. Unter diesem Gesichtspunkte erscheinen Ausdehnung der Gewerbefreiheit auf das weibliche Geschlecht und erweiterte Bildungsgelegenheit für dasselbe allerdings als geeignete Abhilfsmittel; nur werden solche Bildungsanstalten, welche wie diejenigen des Fröbelvereins in Hamburg, die natürlichsten weiblichen Berufszweige zunächst ins Auge fassenden, speziell vorgeschlagenen weiblichen Industrieschulen an die Seite zu setzen und wird in diesen letzteren selbst die Frauenarbeit vorzüglich auf das noch weite Feld der Klein-Industrie hinzulenken sein, welche wenigstens mit häuslichem und selbstständigem Betrieb noch vereinbarlich und so gegen die verderblichsten Uebelstände des weiblichen Fabrikarbeiterthums besser gesichert ist. Weitere Abhilfe aber, wenn sie keine einseitige und in einer oder der andern Richtung verfehlte sein soll, möchte wohl nur von einer Besserstellung der arbeitenden Klassen überhaupt zu erwarten sein. Der Münchener Arbeiterbildungsverein glaubt demnach den auf Gewerbefreiheit und erweiterte Bildungsgelegenheit für die Frauen gerichteten Bestrebungen sich ohne alle selbstsüchtigen Rückgedanken anschließen zu sollen, hält aber eine volle durchgreifende Lösung der weiblichen Arbeiterfrage nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Arbeiterfrage für möglich, wie diese selbst wieder seines Erachtens nur im Zusammenhang einer gesammtwirthschaftlichen Entwicklung ihre gedeihliche Lösung finden kann, daher er die auf diesem weitern Gebiet in Fluß gerathene Bewegung vor Allem beharrlich weiter geführt sehen möchte.

Stettin, 14. Oct. An der Lösung einer Frage, welche die Freunde des Arbeiterstandes seit längerer Zeit beschäftigt, ist auch hiesigen Orts, aber ganz in der Stille und zwar lediglich in den Kreisen der Arbeiter selbst, seit zwei Jahren gearbeitet worden, so daß noch keins der hiesigen Blätter ein Wort davon hat verlauten lassen. Es ist dies die Frage wegen Errichtung von Baugenossenschaften. Wahrscheinlich haben die auf dem letzten hier im August abgehaltenen Deutschen Genossenschaftstage über diesen Gegenstand stattgehabten, freilich noch ziemlich dürftigen und planlosen Erörterungen den hiesigen Bemühungen für die Sache einen neuen Sporn gegeben. Die Sache ist nunmehr hier so weit gediehen, daß man mit derselben in wenigen Wochen vor die Oeffentlichkeit zu treten gedenkt. Gleichzeitig soll auch über die Frage verhandelt werden: „Wie sind die im Winter großen Theils feiernden Arbeiter dauernd, zweckdienlich und lohnend zu beschäftigen?" Was ich bis jetzt über das von der zu bildenden Genossenschaft aufzustellende Programm erfahren habe, ist folgendes: Man will Actien à 25 Thlr. ausgeben und zunächst außerhalb der Stadt, wo verschiedene größere Grundbesitzer für bedeutende Länder-Complexe Bebauungspläne entworfen, Grund und Boden ankaufen, und auf diesem mit Erbauungen kleinerer Häuser für eine oder zwei Arbeiterfamilien vorgehen. Die Miethsüberschüsse sollen fort und fort so lange zu neuen Bauten angewandt werden, als sich das Bedürfniß für solche herausstellt, oder sie werden, je nach Abkommen, den Miethern als Amortisation eines vereinbarten Kaufpreises angerechnet, bis der Preis für das betreffende Haus bezahlt und der Miether Eigenthümer desselben geworden ist. Es sollen zur Theilnahme an diesem Unternehmen nicht allein viele Arbeiter ihre Bereitwilligkeit erklärt, sondern auch Grundbesitzer sich erboten haben, Actien in Zahlung für Grund und Boden anzunehmen, auch sollen verschiedene Bauhandwerker sich bereit erklärt haben, ihren ganzen Verdienst an den zu übernehmenden Bauten in Actien anzulegen. In den auf diese Weise in's Leben zu rufenden „Arbeiter-Colonien" sollen gleichzeitig „Bazars" eingerichtet werden, in denen die verschiedenen der Colonie angehörenden Handwerker ihre Produkte zum Verkaufe ausstellen.

Aus den Verhandlungen des Congresses des „nationalen Vereins zur Beförderung der socialen Wissenschaften in England", entnehmen wir für heute die folgende Notiz, welche die Gesundheitspflege in einem zahlreichen Arbeitszweige, dem der **Feilenhauer** angeht.

„Die Ursache der Krankheit der Feilenhauer, welche so viele in der Blüthe der Jahre hinwegrafft, ist die Bleivergiftung. Die Feile ruht auf einer Unterlage von Blei während des Prozesses des Hauens und der freie Bleistaub erhebt sich jedesmal in die Luft so oft der Meißel vom Hammer getroffen wird. Die Feilenhauer haben die thörichte Gewohnheit häufig Finger und Daumen, welche den Meißel halten, an die Zunge zu bringen, um sie anzufeuchten. Sie essen ohne ihre Hände zu waschen und nehmen ihr Mittagsessen gewöhnlich in den Werkstätten ein — als wenn das Emporsteigen des Bleistaubs beim Schlagen und das Lecken der Finger nicht bereits Gift genug in ihren Körper führte. Dr. Hall sah in einer Werkstatt einen Arbeiter seine ungewaschenen, mit Bleistaub bedeckten Finger in ein Papier stecken, welches Salz enthielt, um damit sein Mittagsessen zu würzen. Ein Arbeiter sagte: „Ich habe 1000 Feilenhauer gekannt, aber nur einen, welcher vor dem Essen seine Hände wusch; die meinen wasche ich nie." Die Arbeiter waschen sich überhaupt nicht eher als bis sie nach Hause kommen, „manchmal auch dann nicht." Ist es da noch ein Wunder, wenn die Arbeiter an der Bleikolik dahin siechen und in solch übergroßer Anzahl hinsterben.

Ebenso schädlich für die Gesundheit ist das Geschäft der Schleifer. Der Staub, welcher durch das Schleifen erzeugt wird, könnte durch Vorrichtungen leicht verhindert werden, in die Lungen zu treten, aber die Arbeiter sind zu gleichgiltig, um Vorsichtsmaßregeln, wie Schirme oder ein Taschentuch vor Nase und Mund anzuwenden. Auf die Frage, welche Dr. Hall in den Werkstätten an Arbeiter richtete, wie sie sich so sorglos und unnöthigerweise Gefahren aussetzen möchten, welche sicher bald Krankheiten hervorrufen würden, die einen frühen und elenden Tod im Gefolge hätten, erhielt er Antworten, wie die folgenden: „Wir wissen das alles, Doktor, aber wir kümmern uns nicht darum." Ein Anderer antwortete auf die Frage, warum er keinen Schirm gebrauche: „es sei nicht der Mühe werth einen solchen für die kurze Zeit, welche man zu leben habe, anzuschaffen." Ein anderer Arbeiter sagte: „es beschäftigen sich so Viele mit unserem Gewerbe, daß wenn die Leute länger lebten, es bald so überfüllt sein würde, daß man nicht mehr davon leben könnte." Und diese Nachlässigkeit, verbunden mit engen, schlecht ventilirten Räumen, ist die Ursache, daß die Arbeiter durchschnittlich nur 28 bis 30 Jahre leben. Wenn aber selbst Kinder von 8 bis 10 Jahren in diesen Werkstätten des Todes zur Arbeit angehalten werden, so ist das eine Grausamkeit, gegen welche das Gesetz einzuschreiten hat."

Aus der Werkstätte.

Stuttgart, 15. Oct. Frauenfrage, Frauenarbeit, oder Fabrikantenspekulation. Ich glaube, daß das Wort „Fabrikantenspekulation" unangenehm berührt hat und muß deshalb auf den Art. in Nr. 145 d. Bl. von Hrn. M. erwidern, daß es mir ganz gleich ist, ob mich H. M. für einen Spaßvogel halten oder sonst etwas von mir denken will. Ich bin ein Arbeiter und als solcher nehme ich mir das Recht, auch meine Ueberzeugung auszusprechen. Diese Frauenfrage ist nicht so kleinlich. Glaubt wohl H. M. es wäre mir recht, wenn es so bliebe wie es jetzt ist? Da sage ich nein, es sollen sogar die Frauen, welche bis jetzt schon in den Fabriken arbeiten, daraus wegkommen, eher wird es nicht besser mit dem Lohne der meisten Fabrikarbeiter. Was wir wollen, ist, daß der Mann soviel allein verdienen soll, daß er seine Frau und Kinder ordentlich ernähren und für ihre Bildung sorgen kann; daß die Frau nicht nöthig hat, Kinder, Haushaltung und alles stehen zu lassen und in die Fabrik zu eilen. Die Hauptaufgabe der Arbeiter ist jetzt, die Lohnverhältnisse besser zu reguliren. Werden aber dadurch, daß die Arbeiter die Frauen in die Fabriken einführen, die Löhne verbessert? Sie werden verschlechtert. Kann wohl Hr. M. das Gegentheil beweisen. In Nr. 143 d. Bl. sagt Hr. M.: Ich glaube die Uhr, welche Sie besitzen, wird nicht schlechter, weil sie eine Frau gemacht hat. Da hat Hr. M. ganz Recht, die Uhr ist nicht allein nicht schlechter, sie ist auch nicht mehr so theuer für den Fabrikanten; aber was der Uhrmacher (Arbeiter) dazu denkt, das ist wieder eine andere Frage. In derselben Nummer sagt Hr. M.: Ich zähle Ihnen alle die Arbeiten auf, welche ich für die besten halte für Mädchen, und welche einen guten Verdienst abwerfen. Mit Fleiß lasse ich manche Beschäftigung weg, z. B. das Cigarrengeschäft u. s. w. Ich meine, die Arbeiterinnen sollen als Feindinnen dieses Luxusartikels lieber alles andere wählen, als dieses Geschäft. Wenn die Cigarre wirklich ein Luxusartikel ist, so gibt es wohl noch mehr Geschäfte, z. B. die Goldwaaren, was ein noch viel theurer Luxusartikel ist, wenn auch freilich der Gesundheit nicht schädlich wie die Cigarren, doch aber dem Geldbeutel. Aber soll überhaupt aller Luxus abgeschafft werden? Gerade in einem solchen Cigarrengeschäft, was Hr. M. soweit hinwegwirft (was aber nicht nöthig wäre, denn die Frauen konnten dort nicht besser vertreten sein, als sie es leider bereits sind), könnte Hr. M. die besten Beweise finden, wie hinderlich, wie schädlich und verderblich die Arbeiterinnen den Arbeitern im Wege stehen in einem Geschäft; der **Fabrikant** hat viel lieber die weiblichen Arbeiter als die männlichen. Jedenfalls ein Beweis, daß er an den ersten mehr Vortheil hat, als an den letztern, und so glaube ich, daß das Wort Fabrikantenspekulation ganz richtig ist. Wenn Hr. M. sagt, daß er viele Fabrikanten zum Feinde hat, so hat er sie nur jedenfalls deshalb, weil sich Hr. M. sehr viel um die Arbeiterangelegenheit angenommen hat, wofür ihm auch alle Arbeiter von Herzen dankbar sein werden, denn es gibt sehr selten einen Fabrikanten, der sich so der Arbeitersache annimmt. Aber ich glaube, daß durch **diese** Frauenreform, die Feinde wieder alle gute Freunde werden. In Nr. 143 d. Bl. sagt Hr. M., es läßt sich nicht leugnen, daß es für Mütter in Bezug der Kinder eine üble Sache ist, wenn dieselben am Tage der Mutterpflege entbehren, und anempfiehlt die Kindsmädchen, die ja einige Gulden weniger bekommen würden als die Frau in der Fabrik verdient; das wäre auch recht, wenn es wirklich so ginge und die Kindsmädchen nichts essen und trinken würden und auch keinen Lohn haben wollten; aber so lange dies nicht der Fall ist, werden die Frauen nicht allein nichts profitiren, sondern die Haushaltung und die mütterliche Liebe, Pflege und Ordnung für die Kinder geht ihnen verloren. Hr. M. weiß vielleicht recht wohl, daß die Frauen, welche in den Geschäften sind, so wenig verdienen, daß sehr viele ihr Brod noch auf eine andere Art verdienen müssen, und schlechter stehen als eine Kindsmagd. Man wird mir wohl vorwerfen, daß ich gegen den Fortschritt sei, ich kann deshalb nur erwidern, daß nicht gerade alles gut ist, was vielleicht der eine oder andere für Fortschritt ansieht. Das ist z. B. kein guter Fortschritt, wenn man die Frauen anhalten will, gegen ihre Männer und gegen sich selbst zu arbeiten, sich selbst Concurrenz zu machen, zu Gunsten der Fabrikanten; dies doch für Bildung und Fortschritt zu halten, will mir nicht einleuchten. Ich habe die Flugschriften gelesen und thut es mir nur leid, daß es mir die Zeit nicht erlaubt, weil ich für Frau und Kinder zu sorgen habe, sonst würde ich viel darüber schreiben. Ich kann zu dem Gesagten nur noch hinzufügen, daß ganz richtig und gut hier am Arbeitertag bemerkt wurde, daß zuerst der Arbeiter emancipirt sein und eine gesicherte Existenz haben müsse, dann erst werde die Frage an die Emancipation der Frauenwelt kommen können, und dann glaube ich, können wir Männer unsere Frauen und Kinder selbst bilden, ohne daß sie in den Fabriken arbeiten. J. N.

Die Frauenfrage.

Lorsch, 19. Oct. Auf dieses Thema eingehend, erlaube ich mir aus dem bereits in diesem Blatte gelesenem und eigener Erfahrung folgende Bemerkungen: Die Idee, welche Hr. M. Müller versucht, verdient wohl Beachtung; aber sie ist zu hochgehend für unsern Stand und deshalb wenn überhaupt nur sehr schwer und jedenfalls jetzt noch nicht durchzuführen. Denn erstens müßte schon die beabsichtigte Reform auf Kosten der männlichen Arbeiter und zwar nicht auf Einzelner sondern Aller geschehen, und wäre deshalb schon nicht als eine Verbesserung, sondern als Verschlimmerung des Arbeiterstandes zu betrachten. Die klaren Beweise hierfür sind zu finden in den Geschäften, worin schon Frauen mit thätig sind. Stelle man eine Lohnstatistik auf, so wird man bei gleichen Produkten die enormen Unterschiede finden zwischen den Löhnen in den Fabriken, in welchen solche gemischte und denen, in welchen ungemischte Arbeit stattfindet. Ferner ist es eine große doppelte Schwierigkeit, in einem solchen Geschäft mit gemischtem Arbeiterpersonal irgend eine Verbesserung zu erstreben, aber ist dieselbe meist gar nicht zu erreichen. Dieses hat sich schon hundertfach bewiesen, hier nur ein Beispiel. Diesen Sommer stellten hier in L. alle männlichen Arbeiter die Arbeit ein, in Folge eines Fabrikantenbundes, mit einer die Ehre und Rechte der Arbeiter verletzenden Fabrikordnung, ganz geschaffen zum Nachtheil aller Arbeiter. Was geschah? Die Arbeiterinnen blieben, trotzdem sie einsahen und begriffen, so gut wie die Arbeiter, daß es hier den ernsten Kampf galt zwischen Habsucht auf der einen und Ehre und Recht der Existenz auf der andern Seite. Es erklärt sich das daraus, weil die Arbeiterinnen nicht reisen können und wollen und deshalb selbst bei der kümmerlichsten Existenz an die Scholle sich gefesselt sehen. Das wissen die Herren Fabrikanten. Das Reisen und Wandern ist gerade das, was die Geschäfte für die Arbeiter flott erhält. An eine Coalition zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen bei Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten der Fabrikanten ist nicht zu denken. So kam es denn auch hier in eben besagtem Falle, daß die männlichen Arbeiter, über 150 an Zahl, um sich nicht in das Sclavenjoch beugen zu müssen, den Ort verlassen mußten, was eine förmliche Krisis hervorrief, welche aber, wenn die Frauen auch Männer gewesen, sicher in zehn Tagen ihr Ende erreicht hätte, während sie **unter diesen Umständen**, zum großen Schaden der ganzen Bevölkerung, sieben volle Wochen dauerte, bis endlich die Herren einsahen und gezwungen waren, um die nöthigen Arbeiter wieder zu erhalten, ihren eigenen Bund wieder aufzuheben und die Arbeiter wieder zurückzuberufen. Wäre die Mehrzahl Arbeiterinnen gewesen, so wäre dagegen der Sieg den Fabrikanten unzweifelhaft gewesen. Gleiche Fälle kommen immer und überall vor in allen Geschäften, wo das Arbeiterpersonal gemischt ist. Hieraus wird genügend erhellen, daß wenn in den Fabriken die Frauenarbeit überall durchgeführt wird, die Herren Fabrikanten, bei deren Mehrzahl, nach dem Satz, mit dem Essen wächst der Appetit, die Habsucht ohne Grenzen ist, die gebotene Gelegenheit benützen werden, um mit dem schwächern Theil der Arbeiter, den Arbeiterinnen, den stärkeren, die Arbeiter, darnieder zu halten, zu züchtigen, und ihnen alle Möglichkeit zu nehmen, ihre Lage zu verbessern; mit einem Wort, die Lage des Arbeiterstandes wird durch diese Reform nur verschlimmert werden. Der andere Zweck, die Bildung, d. h. die wahre sittliche Bildung, ist ebenfalls durch die Einführung der Frauenarbeit in den Fabriken nicht zu erzielen. Hierfür sind genügende Beweise vorhanden, daß in gemischten Arbeitssälen wenig vorkommt, was die sittliche Bildung fördert, im Gegentheil finden wir, daß die vorhandene noch verloren geht. Weder sind die Arbeiter selbst, noch sind gar manche Fabrikanten schon so weit herangebildet, um durch den Verkehr mit den Arbeiterinnen deren sittliche Bildung zu fördern. Es liegen auch hinreichend Beweise vor, daß sich gerade in den Fabrik-Städten die meisten leichtfertigen, weiblichen Individuen vorfinden, weshalb sich schon manch wohlgesittete Mädchen scheuen, solche Etablissements zu betreten, wenn sie nicht die äußerste Noth dazu zwingt. Es finden sich da eine Masse Frauenzimmer, welche gute Dienste verlassen, um die volle Freiheit zu genießen, dem Vergnügen und den Ausschweifungen sich hingeben zu können; während wieder andere in den Fabriken als Maitressen der Herren und der Vorgesetzten fungiren, dadurch gewisse Gunst erlangen, wodurch wieder die besseren, gesitteten gedrückt und verhöhnt werden, bis sie durch böses Beispiel aller Art, wenn sie nicht ganz starke Charaktere sind, selbst in den Strudel des Verderbens mit fortgerissen werden. Der geringe Arbeitslohn und die dadurch erzeugte Noth thut bei vielen hierzu auch das Ihrige. Dieses sind Thatsachen, welche sich nicht leugnen lassen und wir stellen darum die Frage: ist hier Verbesserung der Arbeiterzustände, ist hier Bildung, Humanität gefördert? Und wie ist da zu helfen?

Die Schwierigkeit der Beantwortung dieser Frage und noch mehr der Ausführung, so daß es dem Ganzen frommt und somit seinem Zwecke wirklich entspricht, ist freilich sehr groß, aber dennoch, wie wir glauben, nicht unmöglich.

Wir sind der Ansicht, daß hierin Manches geschehen könnte, ohne daß es den einen Theil beeinträchtigt.

I. Durch Verbesserung der Löhne der männlichen Arbeiter, der Familienväter. Hierin liegt schon ein Hauptpunkt der Verbesserung, der auch den Frauen zu Gute kommt. Denn verdient einmal der Familienvater so viel, daß nicht auch das Weib gezwungen ist, der mechanischen Arbeit ohne Aufhören obliegen zu müssen, so ist es ihr als Mutter möglich, ihre Kinder und namentlich ihre Töchter in jeder Art zu bilden; denn gerade in der Erziehung der Töchter liegt der Kernpunkt alles späteren Wohlergehens, aller wahren Bildung in den Familien, das wichtigste Mittel, eine wahre Hausfrau zu bilden wie sie der Arbeiter braucht. Dieses liegt dagegen nie und nimmer darin, daß man bestrebt ist, die Frauen statt **aus** den Fabriken noch **in** dieselben zu verpflanzen. Dieses ist der direkte Weg zur weißen Sclaverei.

II. Durch Verbesserung des weiblichen Dienstbotenwesens; denn hier finden sich hauptsächlich die künftigen Hausfrauen für die Arbeiter. Der Dienst ist deren Bildungsweg. Aber hier ist noch Vielem abzuhelfen; z. B. hinsichtlich guter Behandlung seitens der Dienstherrschaften, die so häufig fehlt, wie es den Dienstherrschaften und namentlich den Frauen selbst noch an der rechten, namentlich höheren sittlichen Bildung und an der Fähigkeit, recht zu befehlen, mangelt. Bessere Ersparnißanstalten, gewissenhaftere Sorge der Dienstherrschaften für die Förderung der Bildung ihrer Dienstboten durch gutes eigenes Beispiel sowohl als auf andere Weise. Die Dienstherrschaften müssen endlich einsehen, daß ihre Dienstboten nicht ihre weißen Sclaven, sondern in gewissem Sinne ein Theil, wenn auch nur der dienende Theil der Familie (im weiteren Sinne) sind, für dessen geistige und sittliche Verwahrlosung die Herrschaft mit verantwortlich ist. Würden die Dienstherrschaften dies immer bedenken, so würde das ewige, gedankenlose Lamenta über schlechte Dienstboten bald aufhören; die Dienstboten sind in der Regel nicht schlechter — als die Herrschaft. Dazu gehört dann freilich auch die nöthige Freiheit für die Dienstboten, zum Besuch von zum Zweck rechter Bildung für sie, zur Erlernung nothwendiger weiblicher Arbeiten gegründeten Anstalten u. s. w.

III. Endlich durch Gründung eben solcher Anstalten und Förderung von eigentlich weiblichen Industriezweigen ohne gemischtes Personal, welche der Hebung der weiblichen Bildung und der Verbesserung der Lage des weiblichen Geschlechts förderlich sind und nicht in die Fächer der männlichen Arbeiter schädlich eingreifen und Besserung der Löhne darin, namentlich für die Nadelarbeiten. J. Sch.

Frauenarbeit.

M. M. Anbei übersende der Redaction folgende aus Frankreich kommende Stimme:

Die durch letzten Beschluß des Ausschusses der typographischen Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung gebrachte Frage der „Frauenarbeit" macht die Runde in der Tagespresse. Selten sah man bei einer ökonomisch-socialen Frage von solcher Wichtigkeit ähnliche Einstimmigkeit sich kundgeben. Die Blätter der verschiedensten Meinungen sind einig, den dictatorischen Beschluß, der die Setzerinnen auf die Straße wirft, zu tadeln; auch alle drücken ihr schmerzliches Erstaunen aus, daß ein Staatskörper einen solchen, einem Rückschritt gleichen „unzeitgemäßen" (um den gelindesten Ausdruck zu gebrauchen), Beschluß gegen die, die mit Recht als die Elite der arbeitenden Classe, bezüglich Intelligenz, betrachtet werden, gefaßt hat.

Diese Maßregel, sagten wir noch kürzlich in einem Artikel, ist durchaus gegen alle Vernunft. Es sind,

Digitized by Google

beim Licht betrachtet, die Arbeiter selbst, die die Folgen dieses leidigen Beschlusses zu fühlen haben. Die genauen Mittheilungen, die die „Revue nationale“ eben in die Oeffentlichkeit gebracht hat, beweisen vollkommen, daß sich obengesagtes bewahrheitet.

Der Entlassungsbeschluß, den die Druckerei Crété in Corbeil gegen ihre Setzerinnen zur Ausführung bringen mußte, trifft in erster Linie 13 Frauen, deren Männer in demselben Etablissement beschäftigt sind. Wir glauben nicht, daß die letzteren für diese Begünstigung, die der Ausschuß der Männerarbeit bewilligt, warme Erkenntlichkeit fühlen werden.

Ein einziger mildernder oder erklärender Umstand könnte hier angeführt werden: das besondere Verhältniß, unter dem die Druckerinnen bestehen.

Indem man gewaltsam Anwendung und Anfrage wegen Arbeit beschränkt, scheint dieses Verhältniß als Folgesatz um Gegengewicht die künstliche Beschränkung des Angebots zu erheischen.

Die Einführung der Frauen in Druckereien gab ein ausgezeichnetes Beweismittel ab, um die Freiheit der typographischen Industrie zu verlangen.

Jemehr eine Industrie einer großen Personenanzahl Lebensunterhalt zu gewähren verspricht, desto gerechter ist das Verlangen, desto gebieterischer wird die Nothwendigkeit, ihr alle Freiheit einzuräumen. Denken wir uns die Typographie wieder unter das gleiche Recht gestellt, sie könnte von heute auf morgen in Paris allein die dreifache Zahl des männlichen und weiblichen Personals, die sie heute ernährt, beschäftigen.

Nach diesem Ziele sollten alle Anstrengungen der Pariser typographischen Gesellschaft streben.

Wir haben schon gesagt, die Frage berühre nicht nur die Typographie. Die Anforderung, welche heute die Setzer stellen, können morgen in jedem andern Zweig der bezahlten Thätigkeit sich erneuern, wo die Frauen mit den Männern sich bewerben. Man kann nicht genug zum Wohl des Arbeiters selbst gegen ein derartiges Streben wirken. Es macht seinen Gefühlen und seinem Urtheil wenig Ehre.

Diese Unduldsamkeit ließ sich allenfalls noch begreifen, wenn der Eingriff von Seiten der Frauen begannen hätte. Aber dem ist nicht so.

Wenn die Frauen sich genöthigt sehen, ihren Lebensunterhalt auf einem seiner Zeit von den Männern allein oder beinahe allein ausgebeuteten Feld zu suchen, so ist die Hauptursache folgende: Das Eindrängen der Männer hat die Frauen von mehr als einem „Platz“ wohin sie die Natur der Sache, die Gewohnheit, die Sitten früher alleinherrschend gestellt hatte, verdrängt.

Der „Dienst“ war eine der gewöhnlichsten und natürlichsten Beschäftigungen der Frau, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit gewinnen mußte.

Jetzt, in einer Masse Häuser ist der Flederwisch in die Hände des Bedienten übergegangen. In unzähligen Gasthäusern, Kaffeehäusern, Speisewirthschaften, mit denen das moderne Babylon angefüllt ist, sind nur die feine Bäckerei und Kochkunst der Aenderung entkommen, der Dienst wurde von den Männern an sich gerissen.

Kräftige Männer, die tüchtige Arbeiter abgeben würden, ziehen vor, sich in schwarzem Frack und weißer Cravatte an der Thüre eines Kaffeehauses oder Restaurants aufzupflanzen und die Kundschaft abzuwarten, der sie die schwere Last der Tasse oder Speisen zutragen; während ihre Schwestern, Töchter sich vielleicht physisch und moralisch tödten, indem sie ohne Unterlaß 12 oder 14 Stunden pr. Tag in der Werkstätte oder Fabrik arbeiten. Sehr glücklich ist die Arme, wenn sie nicht so weit kommt, das Trottoir vor dem Kaffeehaus machen zu müssen, wo ihr Bruder ihre Stelle eingenommen hat, oder sich dem Kunden zu verkaufen, den sie durch den Bruder verhindert wird, zu bedienen.

Und die Commis, die die Mode-, Kurz- und Weißwaarenmagazine bevölkern, greifen sie nicht in den natürlichen Wirkungskreis der Frauen ein? Es ist empörend, wenn man gesunde und starke Männer ihr Leben damit zubringen sieht, wie sie Band messen, Faden wickeln, den Damen Mantillen anprobiren, indem sie dieselben mit ihren stehenden faden Redensarten überhäufen. Betrachten wir auch die Damenschneider, Friseure, die Corsettenmacher: Männer!

Es ist mehr als ungerecht, wenn sich der Mann einer Beschäftigung bemächtigt, die unter seinen Fähigkeiten ist, und der Frau eine Arbeit überläßt, die über ihre Kräfte geht.

Er handelt doppelt Unrecht, einmal durch Nichtanwendung seiner Kräfte, ein andermal durch Vernichtung der Kräfte seiner Gefährtin durch Mißbrauch der Ueberladung.

Wir sehen hierdurch, welches Ziel der Arbeiter sich setzen muß, wenn ihm das Wohl seiner Gefährtin am Herzen liegt. Weder das Gesetz noch die Gewalt können hier etwas thun. Dem jungen Burschen der niedern Gesellschaft steht es frei, entweder Kellner oder Commis zu werden, oder ein Handwerk zu wählen, oder nichts zu thun, statt zu arbeiten. Dem Geschäftsinhaber steht es auch frei, sein Personal zu wählen. Aber die öffentliche Meinung kann viel.

Wenn die Arbeiter zum Besten der Moral, des Lebens, der Gesundheit, der Ehre ihrer Mütter, Schwester, Töchter Einwendungen machen, sich gegen die Mißbräuche verbinden, wird ihnen die kräftige Unterstützung aller Menschen, die wohl denken, in der Presse und sonst gewiß bei einer so gerechten und vernünftigen Forderung nicht fehlen.

Indem der Arbeiter die Arbeiterin auf diese vernünftige und ritterliche Art schützt, schützt er seine eigene Arbeit viel wirksamer, als er es durch Entlassungsbeschlüsse und Verbote thun wird.

Indem er Beschäftigungen aufnimmt, die für ihn besser passen, wird die Frau weniger nöthig haben, sich nach neuen umzusehen. Die eigentlichen Arbeiten des männlichen Geschlechts, um die sich die Männer allein bewerben werden, werden nicht mehr Lohnverringerungen, welche solche durch Mitbewerbung der Frauen befürchten, ausgesetzt sein.

Suchen wir also der Frau diejenigen Arbeiten zuzuwenden, die ihr anstehen, suchen wir ihr den größten Theil des Lebensunterhalts durch den Dienst zu sichern, Hausdienst und was drum und dran hängt, Dienst in öffentlichen Anstalten, in Magazinen, Bureaux, um dem Mann soviel als möglich das zu erhalten, was eigentlich Arbeit heißt: Selbstständigkeit und Brauchbarkeit bei speciellen Fällen.

Suchen wir die Frau durch Entwicklung ihrer allgemeinen und gewerblichen Kenntnisse zu Geschäften tauglicher zu machen und sie bis zu den höchsten Stufen zu bringen (als Cassiererinnen, Buchhalterinnen).

Indem wir indeß die Erfolge unserer Anstrengungen erwarten, verschlimmern wir nicht die schon so traurige Stellung der armen Frauen und vergrößern wir nicht unser Unrecht durch Maßregeln der Unduldsamkeit.

Wir schließen und können nicht oft genug wiederholen: die ganze arbeitende Klasse würde an ihrer Ehre und Vortheil den traurigen Rückschlag fühlen.

Horn aus Paris.

Vermischtes.

Todte und aussterbende Sprachen.

Aus dem veröffentlichten zweiten Jahresberichte des „Vereins für Erdkunde“ in Dresden entnehmen wir folgende interessante Mittheilungen und Berichte über todte und aussterbende Sprachen:

Als ausgestorben sind unter Andern förderst zu betrachten: die griechische, die oskische, die sabellische, die lateinische und die phönicische Sprache; im Aussterben begriffen sind die kottische, die friesische, unter specieller Erwähnung des bereits ausgestorbenen Dialektes auf der Insel Wangeroog, dagegen ist anzunehmen, daß die nordfriesische Sprache, da sie neuerdings grammatikalisch behandelt worden, der Wissenschaft wenigstens länger erhalten bleiben wird.

Ebenfalls im Aussterben sind begriffen die beiden, in Italien vorkommenden germanischen Idiome der tredeci und der sette communi, ferner die preußische und die lettische Sprache, nicht minder auch die von den Kumanen in Ungarn, in welcher ein türkischer Dialekt vermuthet wird, ferner der celtische Dialekt in Cornwallis und die zum finnischen Sprachstamme gehörige Sprache der Kotten in Sibirien, endlich auch die Gaunersprache, welch letztere in Spanien eigenthümlicher Weise lengua germana *) genannt, von den Deutschen hingegen mit dem Namen „Rothwelsch“ belegt wird.

Gewöhnlich geht die Sprache eines Volkes zugleich mit dem Volke selbst unter, oft aber geht auch die Sprache eines Volkes verloren, wenn dasselbe unterjocht wird und fortbesteht; dann nimmt es die Sprache seiner Unterdrücker an und nur in seltenen Fällen nimmt das siegende Volk die Sprache des besiegten an, wenn nämlich das Letztere ein höher cultivirtes ist, was z. B. mit den Römern in Griechenland und mit den Mandschu in China der Fall gewesen.

*) Es ist damit von den Spaniern nur an die deutschen Diplomaten gedacht worden. D. Red.

Da sich in höheren Gebirgen die Rechte unterdrückter Völker stets am längsten halten, so sind solche Gebirge für den Linguisten höchst interessant.

Den Todescandidaten unter den Sprachen sind ferner beizuzählen die polynesischen, welche mit den Völkern zugleich aussterben werden, so wie sämmtliche amerikanische; auch das Gaelische verschwindet mehr und mehr, das Catalanische wird sogar von der Regierung unterdrückt; aber auch mehreren in Deutschland bestehenden Dialekten, wie dem altenburgischen und dem Plattdeutschen steht das Aussterben bevor und die wendische Sprache wird kaum noch von langer Dauer sein, da sämmtliche von dem Hochdeutschen immer mehr verdrängt werden; nicht minder dürften in Italien durch die erfolgte Einigung verschiedene Dialekte nach und nach verloren gehen.

Die Frage, ob auch neue Sprachen entstehen, ist mit Ja zu beantworten, es kommt dieß besonders da vor, wo Völker, die von einander gänzlich verschieden sind, mit einander in Berührung kommen; so haben sich eine chinesisch-englische und mehrere Sprachen im Verkehre mit Negern gebildet; in einer der letzteren, dem Neger-holländischen ist bereits eine Uebersetzung des neuen Testamentes erschienen.

Von neugebildeten Sprachen ist ferner zu erwähnen der Nägerjargon in Surinam, die Kreolensprache auf Haiti und der bereits wieder im Aussterben begriffene Oregon-Jargon, welcher letztere eine Onomatopoie (unausgebildete Sprache), im Verkehre von französischen und englischen Pelzhändlern mit den Indianern gebildet, — ist. Bei solchen Contactsprachen (Berührungssprachen) geben gewöhnlich die Europäer den Stoff und die Eingebornen die Aussprache, was seinen Grund darin hat, daß der Erstere den Begriff mitgebracht und der Letztere die Ausdrucksweise gefunden hat. Doch ist die Zahl der neu entstehenden Sprachen im Verhältniß zur Zahl der Aussterbenden eine sehr geringe.

Nicht selten kommt es auch vor, daß eine Sprache in gewissen Theilen in die andere übergeht und dieses geschieht sowohl aus Bequemlichkeit durch Abschleifung oder Kürzung der Worte u. s. w. als aus dem Bedürfnisse in Folge der Bildung neuer Begriffe.

Auch der gaelischen Sprache wird, da sie nur im Innern des Landes, meist bei alten Leuten vorkommt, von Büchern aber nur solche religiösen Inhalts in gaelischer Sprache gedruckt werden, auch in den Schulen Englisch gelehrt wird, keine lange Lebensdauer vorausgesagt, durch die Eisenbahnen wird sie vollends verdrängt, denn Handel und Wandel ist doch englisch.

Auch die sassisch-niederdeutsche Sprache in Braunschweig ist im Rückgehen begriffen, in Livland, Esthland und Kurland aber, wo sie früher bestanden, bereits ausgestorben.

So wie es vorkommt, daß niedriger kultivirte Völker die Sprache von höher kultivirten angenommen haben, liegt auch der entgegengesetzte Fall vor, für welchen als Beispiel angeführt wird, daß in der Republik Paraguay die eingewanderten Spanier die Sprache der eingebornen Guarani angenommen, jedenfalls weil diese weich und mundgerecht ist, nur ein officielles Blatt erscheint noch in spanischer Sprache zu Assumpcion.

Eine eigenthümliche Sprache ist die der Eustomer Krämer, die meist aus kaukasischen Wörtern mit russischen Formen besteht.

Endlich wird noch bemerkt, daß die maltesisch. Sprache ein Gemisch von Italienischen und Arabischene das Pensylvanier-Deutsch eine Zusammensetzung aus Deutschem, Holländischen und Englischen ist und daß der deutsche Einwanderer seine Sprache überall einführt, aber anpaßt, und daß die Creolensprache, welche auf den Inseln am grünen Vorgebirge von Afrika gesprochen wird, ein auf den einzelnen, obschon nicht weit auseinanderliegenden Inseln im Dialekte sehr verschiedenes Gemisch aus europäischen und afrikanischen Sprachen ist, welche in ähnlicher Verstümmlung höchst eigenthümlicher Weise auch auf den liparischen Inseln angetroffen wird; eine Literatur dieser Sprache existirt nicht.

Briefkasten.

C. P. in B. zu spät für diese Nummer. — C. E. in R. Der Bezug durch den Buchhandel kommt allerdings billiger als der durch die Post, ist aber unvermeidlich langsamer. Gerade 8 Tage Unterschied. — D. in C. Zu spät für diese Nummer.

Verschiedene Anzeigen.

38. Bei W. Levysohn in Grünberg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Jüngstdeutsche Lyrik
und ihre
hervorragendsten Charaktere.
Randzeichnungen zur Literaturgeschichte
von
Dr. Arthur Levysohn.

Zweite vermehrte und veränderte Auflage.
Eleg. geh. Preis 7½ Sgr.

In kaum 8 Monaten war die erste Auflage dieses Schriftchens völlig vergriffen, das von den angesehensten Organen der deutschen Presse in überaus anerkennender Weise beurtheilt wurde. Grenzboten, Europa, Familienbuch des österr. Lloyd, Blätter f. literar. Unterhaltung, Vossische, National-, Breslauer, Kölnische Zeitung, Magazin f. Literatur des Auslandes, Neue freie Presse, Hamburger Nachrichten ꝛc. ꝛc. empfehlen das Werkchen in gleich warmer Weise. Es dürfte kaum eine irgend bedeutsame Individualität unter den lebenden Dichtern Deutschlands geben, welcher nicht Erwähnung und ihrem Werthe entsprechend gerechte Würdigung, sowie scharfe Charakteristik hierin zu Theil geworden.

---

40. Bei W. Levysohn in Grünberg ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schiller und seine Räuber
in der
französischen Revolution.
Ein
historisches Bild
von
Dr. Karl Richter.

Preis eleg. geh. 7½ Sgr.

Dieses Supplement zu allen Schiller-Biographien enthält in origineller Darstellungsweise höchst interessante, auf selbstständigen und neuen Forschungen beruhende Aufklärungen über das Bekanntwerden von Schillers Räubern in Frankreich zur Zeit der großen Revolution von 1789 und die Ertheilung des Bürgerdiploms der franz. Republik an unseren größten deutschen Dichter. In einem Anhange wird ein wortgetreuer Abdruck der betreffenden Diplome und Decrete mitgetheilt.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Das Papstthum
in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,
im Widerstreit mit den Lebensinteressen
Deutschlands und Italiens.

Inhalt:
I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.
II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Deutschlands
Errettung aus tiefster Schmach.
Programm der Zukunft.
Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die weltliche Herrschaft der Päpste.
Beurtheilt von der französischen Diplomatie.
Eine Sammlung von höchst interessanten diplomatischen Aktenstücken vom 17. Jahrhundert bis auf die Gegenwart.
Von M. E. Hubaine,
Privatsecretär des Prinzen Napoleon.
Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.
Preis 12½ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Verurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

Von den Hindernissen
einer
zweckmäßigen Heeresbildung und erfolgreichen Kriegführung.
Von
W. Rüstow,
Oberst-Brigadier.

46 Bogen. Gr. 8. Preis 4 Thlr. oder 7 Gulden.
Eleg. geb. 4 Thlr. 15 Sgr. oder 7 fl. 54 kr.

Das beste gemeinfaßliche Handbuch für alle, welche sich in das immer lauter und allgemeiner geforderte Milizsystem und über dessen Verhältniß zum stehenden Heerwesen einen klaren und umfassenden Einblick verschaffen wollen. In einer Zeit, in welcher die Ereignisse immer von Neuem zu ernsten kriegerischen Verwickelungen für Deutschland hindrängen und die Ueberzeugung immer allgemeiner wird, daß das stehende Heerwesen wirthschaftlich nicht länger mehr ertragen werden kann und militärisch seiner wahren Aufgabe nicht entspricht, darf das treffliche Werk jedem denkenden Patrioten mit doppeltem Grund empfohlen werden. In keinem Turnvereine, in keiner Volksbibliothek und in keiner Bibliothek eines Volksvertreters sollte das Werk ferner mehr fehlen. Bei Entnahme von Partien für alle diese Kreise wird die Verlagsbuchhandlung im Interesse der Sache gern die möglichst billigen Preisbedingungen stellen.

Zwei Vorträge
über die
gegenwärtigen freien Gemeinden
in Deutschland
und über
Alt und Neu in der Religion.
Von
Prediger Uhlich aus Magdeburg.
Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.
Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.
In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris
von
Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Weltgeschichte
von
Gustav Struve.

Die siebente Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue achte Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist bereits begonnen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und Vereine erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen sieben Auflagen, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE
von
Dr. Eduard Reich,
Privatdocent der Medicin an der Universität Bern.

Preis 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr. rheinisch. Eleg. geb. 2 Thlr. 14 Sgr. oder fl. 4. 18 kr.

Der geistig sittliche, wie der politische Fortschritt einer Nation und selbst ihre Machtstellung nach Aussen, sind wesentlich bedingt durch den Grad der leiblichen Gesundheit aller Klassen des Volks und das Maass seiner physischen Kraft und Ausdauer. Ein Buch, welches, wie das obige, für unser Volk mit dieser Aufgabe sich beschäftigt, dabei gleich ausgezeichnet durch die Gründlichkeit wie durch die Klarheit und Fasslichkeit seiner Darstellung, sollte darum in Jedermanns Händen sein.

☛ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt nach dem jetzt eröffneten Postdebit nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am Freitag vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer deshalb immer spätestens bis Donnerstag Abends hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Hierzu eine Extra-Beilage: „Literarische Anzeige von Toussaint-Langenscheidt.“

Redaction unter Verant... — ...rlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
...Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 149. Dritter Jahrgang. Sonntag, 5. November 1865.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Mittheilungen aus den Vereinen in Eßlingen und Magdeburg. Berichte aus Weimar (Gründung eines Arbeiterbildungs- und eines Frauenbildungsvereins), aus Nürnberg (Ausstellung von Gewerbserzeugnissen des Arbeiterbildungsvereins), aus Ravensburg und Berlin (vom Berliner und vom Friedrichstädter Handwerker-Verein). **II. Politischer Theil.** Frankfurt, aus der Generalversammlung des Nationalvereins, Unvereinbares abermals vereinbart; Stimmen der einheimischen und der auswärtigen Presse darüber. Frankfurt, eine Nachricht über den 30er-Ausschuß und deren Berichtigung. Aus Berlin, über die eigentliche Bedeutung der preußischen Drohnote. — Der „Stuttgarter Beobachter" stellt eine zeitgemäße Gewissensfrage von wegen des „vorläufigen" Verhältnisses Schleswig-Holsteins zu Preußen. Berlin, über den Häusereinsturz. Aus Celle, über den Hannoverschen Ministerwechsel und die durch Rücksichten gelähmte Opposition. In Schleswig noch immer die deutsche Berufswirthschaft Preußens; im übrigen Deutschland Lauwärme. Oesterreich läßt noch immer Preußen die erste Flöte in Deutschland und dafür Ungarn die erste Violine in Oesterreich spielen; Aufleben des bürgerlichen Elements in Ungarn. Aus der freien Schweiz, ein Flecken auf ihrem Ehrenschild, die Nutzanwendung davon. Aus Frankreich, die Decentralisations-Bestrebungen und die Umwandlung des öffentlichen Geistes, was Napoleon davon erwartet. Paris, zur großen Industrieausstellung. Aus Petersburg, die Eröffnung des ersten Provinziallandtags. **III. Aus der Werkstätte:** Ein Maschinen-Arbeiter über die Abkürzung der Arbeitszeit. Zur Frauenfrage, eine letzte Erwiderung. **IV. Vermischtes:** Ein Meisterstück deutschnationaler Kochkunst. **V. Anzeigen.**

Vereinsangelegenheiten.

Eßlingen, 29. Oct. (Arbeiterverein.) Letzten Samstag hielt Hr. Hochberger einen mit großem Beifall aufgenommenen freien Vortrag, vor zahlreicher Versammlung des Vereins, über politische und sociale Verhältnisse der Gegenwart, welche er mit Schärfe und tiefem Verständniß, zu schildern wußte. — Heute Mittag hielt Hr. Dr. Robert Haas im Arbeiterverein ebenfalls einen Vortrag, über Kirchen- und Schulreform im 19. Jahrhundert; nachher fand Generalversammlung des Consumvereins, der sich immer mehr entwickelt, statt. Mit diesem Verein soll nun auch eine Sparkasse verbunden werden.

Der Arbeiterverein, welcher sich stets in erfreulicher Weise fortentwickelt, wird in 14 Tagen sein Stiftungsfest feiern. (Beobachter.)

Magdeburg, 27. Oct. Der „Arbeiterbildungsverein" fährt trotz der Verlegung seiner Vereinsabende auf den Mittwoch fort, der regsten Theilnahme seiner Mitglieder und auch wohl vieler durchreisenden Fremden, wenn sie nur seinem Geiste verwandt sind, sich zu erfreuen. — Die vorletzte Versammlung (Mittwoch, den 18. October) ward durch einen Vortrag von Herrn Pred. Uhlich über die von ihm in Bayern und Tyrol gewonnenen Reise-Eindrücke, dann durch Verhandlungen und Mittheilungen über Vereinsangelegenheiten ausgefüllt. Die wichtigsten unter diesen betrafen die in Aussicht genommene Einrichtung einer Krankenunterstützungskasse wie die eines wöchentlich zweimal zu eröffnenden Lesezimmers. — In der letzten Versammlung (Mittwoch, 25. d. M.) setzte Herr Lehrer Kuhrts einen früher von ihm begonnenen mit allgemeiner Theilnahme aufgenommenen Vortrag „über das Licht" fort. Leider mußte verkündet werden, daß die beiden Vorsteher des Vereins ferngehalten seien: Herr Dr. Hirsch durch noch fortdauernde Krankheit und Herr Pred. Uhlich durch Abwartung eines Termines vor dem königlichen Obertribunal zu Berlin; — noch weher durchdrang Alle die Nachricht von der Verurtheilung des letzteren zu dreiwöchentlichem Gefängniß wegen Verspottung der Religion". — Von den eingereichten Fragen erregten allgemeines Interesse die nach dem Begriff der Religion und nach dem Leben von Sokrates und Cicero; unter den technischen Mittheilungen aber die von der Fabrikation gefälschter Kaffeebohnen (aus Mehl und Cichorie bereitet), ebenso die Nachricht eines Vereinsmitgliedes über ein durch ihn begründetes Arbeiter-Vermittelungs-Bureau. Zuletzt ward noch mitgetheilt, daß das vom Verein begründete Lesezimmer Dienstag und Donnerstag Abend zu allseitiger Benutzung geöffnet sei, sowie daß am nächsten Montag die längst beabsichtigte Krankenunterstützungskasse in besonderer Versammlung gegründet werden solle. (M. P.)

Weimar, 31. Oktbr. Im Laufe dieses Monats traten mehrere Personen zusammen, um einen Arbeiter-Verein auch hier ins Leben zu rufen. Es wurde ein Statut entworfen, welches in seinen hauptsächlichsten Paragraphen dem des Gothaer Arbeiter-Vereins gleichkommt, und welches am 30. Oktober die obrigkeitliche Genehmigung erhielt.

Hauptzweck ist: Allgemeine Bildung, Hebung des geistigen und materiellen Wohles des Arbeiterstandes. Man beschloß, sobald als möglich eine Bibliothek anzuschaffen; wenn jedoch da nicht Freunde des Arbeiter-Vereins das Beste thun, wird es langsam gehen, denn der Verein ist noch nicht so gestellt, um große Ausgaben machen zu können.

Ferner hat man auch beschlossen, so bald als thunlich eine Krankenkasse zu errichten, was allerdings sehr löblich wäre, und was manche Person bewegen würde, diesem Verein beizutreten. Jedoch alles läßt sich nicht auf einmal erzwingen.

Der Verein wird allerdings noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, da ihm hauptsächlich von einer Seite entgegengearbeitet wird; und es blos der Taktfestigkeit der Mitglieder des Arbeiter-Vereins zu danken ist, daß es vergangenen Sonntag nicht zu Thätlichkeiten in dem zur Versammlung bestimmten Lokale des Arbeiter-Vereins kam.

Jedoch hoffen auch wir, daß nach einer schweren Probezeit der Sieg unser werden möge, und daß auch mit der Zeit sich Gelehrte für den Verein interessiren werden. Bis jetzt besteht wöchentlich eine Schreib- und eine Rechnenstunde.

Zuschriften an den Verein sind zu richten an Hrn. Kretschmar, Schillerstraße, Vorsitzender, oder an H. Tell, Scherfgasse E. 127, Schriftführer.

Weimar, 1. Novbr. Dieser Tage findet hier eine Versammlung von Frauen und Jungfrauen statt, welche jedenfalls eine Errichtung eines Frauen-Bildungs-Vereins bezweckt. Im Publikum hat man die Ansicht, daß da nur recht tüchtige Hausfrauen erscheinen möchten, damit die Mädchen zu solchen tüchtig gebildet würden.

Nürnberg, 28. Oct. Nachdem der hiesige Arbeiterverein lange mit geringem Erfolg seine Gegner durch Worte zu überzeugen suchte, er sei keine Gesellschaft von Thunichtguts, deren Zweck kein anderer sei, als für schlechte Arbeit und faules Leben sich hohen Lohn zu erpressen, hat er beschlossen, seine Vertheidigung auch einmal von der praktischen Seite aufzufassen, und zu zeigen, welche Arbeiter sich in diesen Verein aufnehmen lassen. Er hat zu diesem Zwecke eine Ausstellung von Gegenständen veranstaltet, welche von seinen Mitgliedern selbst in ihren freien Stunden verfertigt worden sind. Dieselbe ist seit ungefähr 14 Tagen eröffnet und wird nächsten Sonntag geschlossen werden. Sie enthält wenig Gegenstände; aber wir können nichts desto weniger Jedem empfehlen, die kurze Zeit zur Besichtigung derselben noch zu benützen, denn das Wenige ist durchweg von musterhafter Arbeit. Da es uns an Raum gebricht, alle 36 Aussteller, von denen gut ²/₃ Gesellen sind, zu berücksichtigen, müssen wir uns auf die hervorragendsten Gegenstände beschränken. Gleich beim Eintritt in den allein schon sehenswerthen schönen Saal des genannten Vereines (Tetzelgasse 702) steht rechts die auf Holz und Eisen eingerichtete, tadellos gearbeitete Drehbank des Herrn Mechaniker Stark (Preis 100 fl.). Derselbe hat noch ausgestellt einen Apparat zum Holzschleißen, eine für Köchinnen sehr werthvolle Maschine, welche sie der Unannehmlichkeit überhebt, sich beim Spähnemachen zum Anschüren in die Finger zu schneiden (6 fl.), und eine Kräuselmaschine für Wäsche (25 fl.). Herr Jäger, Gerbergeselle, hat zwei schön gegerbte Felle geliefert (7 fl. 20 kr.). Daneben liegen Zeichnungen, technische und von freier Hand, Resultate des Unterrichtes des Hrn. Maler Köhler, und kaufmännische Arbeiten von Schülern des Hrn. Lehrer Stieglitz. Hr. Balß, Drahtzieher, tritt mit 1500' haarfein gesponnenem Eisen- und Messingdraht auf (4 fl.). In der Nähe befindet sich die mit sinnreichen Verbesserungen versehene kleine Handnähmaschine von Hrn. Ziegler,

nebenbei bemerkenswerth durch ihren billigen Preis von 25 fl. Der nämliche hat mit Hrn. Leidinger zusammen eine größere Nähmaschine mit zwei Fäden und Tretwerk zu 100 fl. hergestellt. Von ausgezeichneter Arbeit ist das Schachspiel des Hrn. Drechsler Kratzer (24 fl.); auch die aus Elfenbein geschnitzten Lorgnettenschalen des Hrn. Vogel (1 fl. 12 kr.). Hr. Knie, langjähriges Mitglied des Vereins, und angehender Meister weist 9 Stück Reißzeuge auf, die sich durch genaue Arbeit auszeichnen. (Sämmtliche Zirkeleinsätze passen in beide Zirkelschenkel vollkommen genau.) Als Muster für die Bearbeitung des Holzes können die prächtig ausgeführten Krystallfiguren des Herrn Braun, Ehrenmitglied des Vereines, gelten (7 fl. 30 kr.). Hr. Hösch, Kassier des Vereins, hat eine Uhr gefertigt, die, an einer Zahnstange nach und nach herabgleitend, durch ihr eigenes Gewicht in Bewegung gesetzt wird (14 fl.). Daneben steht eine Thurmuhr von Conrad Hohlweg (Werth 300 fl.). Ein polirter Tisch (15 fl.) von Herrn Spörl, 1 Toilettenspiegel (18 fl.) von Herrn Glaser Rieß), die blecherne Abbildung einer Burg (15 fl.) verdienen ebenfalls erwähnt zu werden. Die Galanterie-, Portefeuillegegenstände u. dgl. sind zu zahlreich, um alle aufgezählt zu werden. Kurz, wer sehen will, kann sich durch Besichtigung der Ausstellung hinreichend überzeugen, daß der Arbeiterverein Leute in sich schließt, welche tüchtig in ihrem Geschäfte sind und ihre freie Zeit besser anzuwenden wissen, als, wie noch fort und fort das einfältige Jammerlied zu hören ist, Complotte gegen ihre Meister zu schmieden.

Ravensburg, 23. Oct. Gestern feierte der hiesige Arbeiterbildungsverein sein erstes Gründungsfest in sehr gelungener Weise. Nachdem sich um 3 Uhr der große Saal des Gasthofs zum Dreikönig mit Mitgliedern und Gästen — es waren außer hiesigen Freunden des Vereins die Vereine Helvetia und Gesellenverein von hier, sowie eine Deputation des Arbeiterbildungsvereins von Wangen erschienen — gefüllt hatte, eröffnete ein trefflicher Chor und die Begrüßungsworte des Vorstands die Feier. Hierauf wechselten Reden, Gesänge und Deklamationen fast ununterbrochen mit einander ab und versetzten die Anwesenden in die schönste Stimmung. Aus der Geschäftsübersicht des ersten Jahres, welche ein einfacher Arbeiter in seine wirkliche treffliche (selbstverfaßte) Rede verflochten, ersehen wir, daß der Verein sein edles Ziel, die Fortbildung seiner Mitglieder, unter freundlicher Beihülfe hierzu geeigneter Kräfte, mit Ernst, Eifer und deshalb auch mit sichtlichem Erfolge, verfolgt. Außer den fast regelmäßigen an den wöchentlichen Geschäftsabenden von Herrn Sprachlehrer Kurtz, den der Redner mit Recht den Vater des Vereins nannte, gehaltenen lehrreichen Vorträgen in Ernst und Scherz, haben an besonderen Abenden ebenso lehrreiche als unterhaltende Vorträge gehalten, die Herren Oberreallehrer Heß: über den Telegraphen; Hr. Präceptor Her: über die Grundrente; Hr. Reallehrer Wette: über das Eisen und dessen Gewinnung, und im zweiten: über Luft und Luftdruck; Hr. Diacon Steudel: über die Verhältnisse Nordamerika's; Hr. Zeichnenlehrer Ebinger: Schilderung seiner Reise zur großen Weltindustrieausstellung in London. Außerdem gab letzterer seit Gründung des Vereins einer Anzahl Mitgliedern unentgeldlichen Zeichnenunterricht in allen Fächern. Auch ertheilten die Herren Kurtz u. Schumann jun. insbesondere an den Sonntagen französischen Unterricht, wobei einige ganz gute Fortschritte machten. Rechnen wir die Pflege des Gesanges, des schriftlichen Gedankenausdruckes durch Fertigung von Aufsätzen, sowie des mündlichen durch theatralische Vorstellungen hinzu, so müssen wir gestehen, eine solche Verwendung der Freistunden der Arbeiter kann nicht ohne Gewinn und Segen für dieselben bleiben. Auch für die materiellen Verhältnisse seiner Mitglieder sorgte der Verein; es wurde schon in diesem ersten Jahre eine Krankenunterstützungscasse gegründet, die jetzt 70 Mitglieder mit einem Fonds von 50 fl. zählt, und wöchentlich 1 fl. Unterstützung reicht; ein Consumverein mit Markensystem zeigte bei der ersten halbjährigen Abrechnung einen Umsatz von 1000 fl. und einen Reingewinn von 60 fl.; eine Sparcasse ist in der Bildung begriffen. Nachdem Redner allen vorgenannten Herren, namentlich aber den ungemein thätigen Vorstand des Vereins, Herrn Schneidermeister Knöll, herzlich für ihre Bemühungen gedankt hatte, schloß er unter allgemeinem Beifall mit einem Hoch auf den Gründer der Arbeiter[illegible]. Nachdem noch ein [illegible]gedicht vorgetragen, [illegible] und [illegible] in kräftigen Zügen [illegible] die Grundsätze des Vereins dar. Er sagte unter anderem: Obgleich der Verein zwar die Politik aus seinen Statuten fern gehalten habe, werde derselbe doch keine „fanatischen Bürger der Ruhe" bilden, sondern halte es für seine Pflicht, durch Besprechung wichtiger politischer Vorkommnisse Gemeinsinn und Liebe zum engeren wie weiteren Vaterlande zu pflegen. Ebenso sei dem Verein Jeder ohne Unterschied der Confession willkommen, wenn er nur von dem redlichen Streben, an der Weiterbildung seines Wissens und Veredlung seines Herzens zu arbeiten, beseelt sei, denn hier seien Humanität und allgemeine christliche Liebe maßgebend. Ferner ermahnte er die Mitglieder zu immer größerer Selbstthätigkeit, ohne welche alle noch so nützlichen und lehrreichen Vorträge nicht viel nützen. Er zeigte an Belegen, wie einige eifrige Mitglieder, die vor einem Jahr mit Mühe einen Brief schreiben konnten, jetzt gut stylisirte Aufsätze, ja sogar Abhandlungen über ihre Geschäftsbranchen vorgelegt haben. Er schloß unter rauschendem Beifall. Die Helvetia erfreute die Versammlung durch den Vortrag hübscher Schweizerlieder und einige Mitglieder des Gesellenvereins durch Deklamationen. Ueber dies war es Abend geworden und das deutsche Vaterlandslied von Arndt, schwungvoll und präcis von dem gut geleiteten Männerchore des Vereins vorgetragen, schloß den ersten Theil der Feier. Der zweite Theil, ein zahlreich besuchter Ball, dem wir leider nicht anwohnen konnten, soll fröhlich und ohne alle Störung der Feier würdig verlaufen sein.

Einem Vereine, der von solchem Streben beseelt ist und schon in dem ersten Jahre seines Bestehens so schöne Resultate aufzuweisen hat, ist gewiß das beste Gedeihen zu wünschen. So mögen denn auch die Förderer des Vereins ferner nicht müde werden, ihr Scherflein hierzu beitragen, mögen aber namentlich Herr Kurtz als gleichthätiges Ehrenmitglied und Herr Knöll als aufopferungsvoller Vorstand dem Vereine noch recht lange erhalten bleiben.

± **Berliner Handwerker-Verein.** Eine ernste Feier versammelte am Sonnabend die Mitglieder des Vereins außergewöhnlich zahlreich in dem großen Saale des Vereinshauses. Es galt die Gedächtnißfeier des verstorbenen Lehrers und Freundes des Schriftstellers und Dichters Ernst Roth an seinem Geburtstage zu begehen. Mit dem Vereinstrauerliede: „Manche Hoffnung, manche Wunde", gesungen von der ganzen Versammlung, begann, nachdem der zweite Vorsitzende Abg. v. Hennig um 8½ Uhr die Sitzung eröffnet hatte, die Feier. Nach den letzten Klängen des Liedes betrat Hr. Knotz die Tribüne, um eine von Baumgarten gearbeitete Dichtung auf den Verstorbenen vorzutragen. Die Gedächtnißrede, halte der Abgeordnete Herr Assessor Lasker übernommen und in wahrhaft lieben Worten verstand er es, ein Bild von dem Leben und Wirken Roths zu geben. Wir entnehmen dem Vortrage das Folgende. Der 21. Oct., der Geburtstag Ernst Roths, habe jährlich einen Kreis engerer Freunde versammelt, um denselben festlich zu begehen. Heute nun, wo derselbe nicht mehr unter den Lebenden weilt, sei es der ganze Verein, welcher in ernster Stimmung diesen Tag durch Vorführung seines Lebensbildes feiere, um noch einmal den, der so schön an dieser Stelle gewirkt, recht kennen zu lernen. Ernst Roth, am 21. October 1821 zu Lübben geboren, studirte in Berlin und Breslau Jura. Schon in der Schule erhielt er belobigende Zeugnisse in der Poesie und Literatur. Kurz vor seinem dritten juristischen Examen gab er dieses Studium auf, um sich ganz der Literatur zu widmen. Auf den Reisen, die Roth machte, lernte er auch in Oldenburg den leidenden Dichter Julius Mosen kennen. Hier reifte in ihm der Entschluß, für den Dichter einzutreten, ihm mehr Anerkennung zu schaffen, was er denn auch treulich durchgeführt; denn nur seinem Wirken ist es zu danken, daß im Jahre 1863 eine Gesammtausgabe der Mosen'schen Werke erschien. Aber nicht nur durch Schriften, wie er es bisher gethan, sondern auch durch Worte der That wollte er bethätigen, wie er es mit dem Volke meine. So trat er denn 1861 als Lehrer im Handwerker-Verein auf, wo sich ihm ein reiches Feld bot. Seine Vorträge und öffentlichen Vorlesungen waren immer zahlreich besucht und fanden vielen Beifall; als praktischer Lehrer der Literatur wirkte er segensreich. Leider konnte sein schwacher Körper das nicht vertragen, wozu er sich geistig berufen fühlte. Mit seinen Vorträgen mußte er innehalten, eine reinere Luft suchen. Er ging erst nach Charlottenbrunn, dann nach Reichenhall, immer noch arbeitend, wo ihn der Tod ereilte und am 18. August früh 2 Uhr sanft in seine Arme nahm, um daran bald zu den Dichtergrößen seines Vaterlandes gezählt zu werden. Nach Gesang, Vortrag eines Epilogs von Hrn. Walther, Schüler Roth's, schloß mit einigen Worten der Vorsitzende Hennig diese Feier, einen tiefen Eindruck zurücklassend für den verewigten Roth. — Ein neues Mitglied der Lehrerschaft, Herr Dr. Klebs, hielt am 23. October einen Vortrag über Epidemie und Seuchen insbesondere über Cholera, bei welcher es sich vor Allem darum handele, die Furcht vor derselben, vor dem bloßen Worte Cholera zu beseitigen. Der Redner ging dann auf die Geschichte der Cholera ein. Als den Entstehungspunkt nehme man die Ostindische Halbinsel, die Ufer des Indus u. Ganges an, wo dieselbe durch die vielen frommen Pilgerfeste, überhaupt durch den Zusammenfluß vieler Menschen und die dabei herrschenden Unregelmäßigkeiten veranlaßt werde. Ueberhaupt werde die Seuche bei verweichlichten Menschen, wie die Indier und Asiaten, immer einen gefährlichen Charakter annehmen. Die Verpflanzung nach Deutschland habe im ersten Theil des vorigen Jahrhunderts von Rußland und Italien aus stattgefunden. Im großen Umfange trat sie 1830 auf. Hier in Deutschland werde sie schwer den Charakter annehmen, wie in anderen Gegenden, besonders da hier vor der Seuche herrschende Furcht fast beseitigt sei, was nicht gering anzuschlagen sei. In Zeiten, wo sie heranrücken könne, sorge man für eine regelmäßige Behandlung des Körpers, sowohl im Erhalten des bestimmten Wärmegrades als im Schutz für Erkältung, wie auch in der Diät; man sorge in Räumen, wo Viele versammelt sind, für Beseitigung der Dünste, reinige und lüfte dieselben, was am Besten durch Chlor geschehe und es werden die vorkommenden Fälle nie so groß werden, wie bei jeder anderen Krankheit. An der darauf stattfindenden Fragebeantwortung betheiligte sich auch Hr. Assessor Weber, welcher zufolge seiner Berufung nach Gera als Oberbürgermeister den letzten Abend anwesend, Abschied von dem Verein nahm. Durch Erheben von dem Platze wurde Hrn. Weber der Dank für seine Thätigkeit ausgesprochen. Der Geraer Handwerker-Verein wird durch Hrn. Weber gewiß eine tüchtige Lehrerkraft erhalten und noch mehr wie sie der hiesige Verein gehabt hat, da Hr. Assessor Weber hier nach jedem Vortrage, den er gehalten, von seinem Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen wurde.

Berichtigung. In unserem letzteren Referate über den Handwerker-Verein muß das nicht wieder in den Vorstand gewählte Mitglied nicht Plateau sondern Flateau heißen, der nur als Stellvertreter gewählt ist.

± **Friedrichstädtischer Handwerkerverein.** Den 28. October c. feierte unser Verein seinen 18. Stiftungstag, der durch die bewegte Zeit des Jahres 1848 bis heute sich erhalten. Der Rudolph'sche Salon war einfach aber geschmackvoll decorirt. Die ausgesteckten Fahnen, von denen die eine in schwarz-roth-gold, die andere in weißer Seide die Ziffer 1848 trug, mit dem Motto: Eintracht und Liebe sei unser Hort, waren Zeugen, daß der Verein diesem Motto treu geblieben. Mit dem Liede: „Heil dem schönen Handwerksbunde", begann in dem von Damen und Herren, so wie von Deputirten und Gästen anderer Vereine angefüllten Räumen das Fest; ein Prolog, gedichtet von Schelblich, gesprochen von Schröder, dann eine von Dr. Frig gesprochene Festrede, deren Inhalt einen guten Eindruck machte, indem sie von den vielen Mißständen in den kleineren Vereinen ausgehend, ausführte, wie gemeinsames Streben nach vorwärts, ausgestattet mit tüchtiger Bildung, für den Handwerker und Arbeiter die rechten Grundlagen, für eine gute, gediegene Selbstverwaltung in allen Kreisen geben und geeignet seien, das sittliche Bewußtsein zu heben und zu fördern. Dem folgte der Jahresbericht des früheren Vorsitzenden, Herrn Schulvorsteher Hoffmann, aus welchem ersichtlich, daß das Wirken des Vereins in seinem kleinen Kreise ein erfreuliches zu nennen ist. Am Schluß hob derselbe hervor, wie das Schwinden seiner Kräfte, bei seinem hohen Alter (70 Jahre) ihm nicht mehr gestatte, diesem Amte vorzustehen und daß jüngere Kräfte in der gemeinsamen Aufgabe weiter wirken müßten. Er stellte darauf Herrn Herms, den zeitigen Vorsitzenden, der Versammlung vor, und übergab ihm die bisher von ihm getragenen Insignien. Herr Herms richtete seinerseits ernste Worte an die Mitglieder des Vereins. Eine Begrüßungsrede an die anwesenden Deputirten der erschienenen Vereine: des Berliner Arbeitervereins, Berliner Handwerkervereins, Vorstädtischen, Louisenstädtischen, Moabiter, Bernauer, Spandauer und Potsdamer Handwerkervereins reihte sich dem an, und antworteten die Deputirten als: Müller, Steinitz, Rosenacker, Lehrer Schumacher, Mübe (Bernau), Lehrer Wagner (Potsdam) in kräftiger, guter Aus-

führung. Der Vorsitzende, Herr Herms, dankte den Deputirten in warmen kräftigen Worten. Den ernsten Reden folgten dann noch in heiterem Wechsel Declamationen, Gesänge und ein Ball schloß das ganze Fest.

Politischer Theil.

Frankfurt a. M., 29. Oct. Von etwa 400 Mitgliedern, vorzugsweise aus Frankfurt und Umgebung besucht, hat die Generalversammlung heute ganz den Verlauf genommen, der vorauszusehen war. Der nachstehende Antrag von Neergaardt in Kiel und Bürgers in Köln ist gegen 50 Stimmen abgelehnt worden. Der Antrag lautet:

„In Erwägung:
daß die preußische Regierung durch ihre innere, wie durch ihre deutsche Politik den nationalen Beruf Preußens verkennt und demselben zuwider handelt, erklärt der Nationalverein:

1) Es ist gegen das Interesse Deutschlands, der preußischen Regierung irgend welche Befugnisse einer deutschen Centralgewalt auch nur vorläufig und in beschränktem Umfange zuzugestehen.

2) Die nationale Partei hat die antinationalen Bestrebungen Preußens und Oesterreichs unbedingt zu bekämpfen, und es ist namentlich die Pflicht des preußischen Abgeordnetenhauses, die Opposition, welche es gegen die innere Reaction erhoben hat, auch auf dem Gebiete der deutschen Politik Preußens zu bethätigen.

3) Die nationale Partei hat ihre Kraft dahin zu richten, daß die particularistischen Tendenzen sämmtlicher deutschen Regierungen, welche der Reform der deutschen Bundesverfassung entgegenstehen, beseitigt werden;

4) ihre Aufgabe bleibt, auf die Einberufung eines deutschen Parlaments hinzuarbeiten, welches die volle Macht habe, Deutschland eine den Bedürfnissen der Nation entsprechende Verfassung zu geben."

Dagegen ist der nachstehende Ausschußantrag angenommen worden, der in gewohnter Weise nach rechts wie nach links nach dem Mund redet, im übrigen aber nach wie vor im Gebiet der Phrase bleibt, was man „staatsmännische Auffassung" nennt. Der Ausschußantrag, gegen 50 Stimmen von der Versammlung angenommen, lautet:

I. „Der Nationalverein hält fest an seinem Statut, wonach er gleichzeitig die Einheit und Freiheit Deutschlands anstrebt und am Programm von 1860, worin er den deutschen Bundesstaat mit einheitlicher Centralgewalt und Parlament, sowie am Programm von 1862, wodurch er die Reichsverfassung als Ziel festgestellt hat.

„Der Nationalverein beharrt auch auf dem Satz seines Programms von 1860, wonach unter der Bedingung, daß auch das preußische Volk sich der der deutschen Centralgewalt und Volksvertretung unterzuordnen bereit sei, und daß die preußische Regierung Deutschlands Interessen nach jeder Richtung thatkräftig wahrnehme und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit thue*), die Uebertragung der Centralgewalt an das Oberhaupt des größten rein deutschen Staates Seitens des deutschen Volkes erfolgen werde, sowie gleichzeitig an seinem in Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung gefaßten Beschlusse von 1864, wonach die Entscheidung über den Träger der Centralgewalt der im Parlament vertretenen gesammten Nation zusteht**).

„Der Nationalverein wiederholt endlich den Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß zu einer gedeihlichen Lösung der deutschen Frage im Wege der Reform der baldige Sieg eines wahrhaft freisinnigen und nationalen Systems in Preußen die erste Bedingung ist***).

*) Daß die preußische Regierung dies nirgends thut, im Gegentheil lediglich das particularistische Interesse eigener Machtvergrößerung verfolgt und dabei stillschweigend vom preußischen Volke unter Leitung seiner Führer unterstützt wird, darüber schweigen die Herren so lange, bis das Preußen von heute Deutschland bis zur Mainlinie in der Tasche hat, ohne die Bedingung erfüllt zu haben. D. Red

**) Was natürlich bei dem Gang der Dinge in Preußen, wenn man die Ernennung des übrigen Deutschlands stets verhindert, nie möglich wird. D. Red.

***) Dies wird dadurch zu erreichen gesucht, daß man das jetzt herrschende Regiment in Preußen mit Worten bekämpft und thatsächlich unterstützt. Nicht einmal von der Pflicht, auf ein solches „wahrhaft freisinniges und nationales" System in Preußen hinzuwirken, — wagen die Herren mehr zu sprechen! D. Red.

II. „In Uebereinstimmung mit dem Beschlusse vom 1. Nov. 1864 erklärt der Nationalverein es wiederholt als eine Pflicht des deutschen Volkes, zu wachen über dem Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins". Nur die Interessen „Deutschlands" dürfen es beschränken. (Was heißt „Deutschland" bei Euch Ihr Herren? D. Red.).

„Bei dem Mangel einer deutschen Centralgewalt kann nur Preußen zur Zeit die Vertheidigung der deutschen Küsten und Grenzen im Norden wirksam und nachhaltig durchführen. (Gegen wen denn? Gegen Dänemark genügt die Kraft Schleswig-Holsteins, sobald man diese nur endlich entfesselt. D. Red.).

„Mit Rücksicht darauf erkennt der Nationalverein die zwischen preußischen Abgeordneten und dem engeren Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine getroffene Berliner Vereinbarung vom 26. März l. J. als eine genügende Basis zur beiderseitigen Verständigung und zur Befriedigung der „nationalen" Interessen, soweit solche vor Durchführung der deutschen Reichsverfassung möglich ist. (Zur Illustration dazu hat die preußische Regierung die Schlesw.-Holst.-Vereine aufgelöst! (D. Red.)

„Nicht länger darf die Einberufung der Landesvertretung der Herzogthümer verzögert werden. Unerträglich lastet seit dem Wiener Frieden und dem Gasteiner Vertrage auf dem von dänischer Willkürherrschaft befreiten Lande die Vergewaltigung durch deutsche Bundesgenossen, welche die Herzogthümer vollkommener Rechtlosigkeit Preis gibt, ja nicht einmal vor der gänzlichen Zerreißung der alten Verbindung Schleswig-Holsteins zurückgeschreckt ist." (Und was wollen die Herren thun, um dieser Vergewaltigung ein Ende zu machen? Immer dieselben — Worte! D. Red.). Zu diesen Resolutionen hatte der Ausschuß 2 Tage und 1 Nacht gebraucht.

Nach Annahme dieser Beschlüsse erstattet Fries bei sehr gelichteten Bänken Bericht über den Prozeß gegen die Rostocker Mitglieder des Nationalvereins, und verliest folgende Ausschußanträge:

1) Die Versammlung erklärt:
In der Cassation des von dem Rostocker Magistrat ertheilten freisprechenden Erkenntnisses und der Wiederherstellung des aufgehobenen Bescheides des Polizeiamtes liegt ein Akt der Kabinetsjustiz, welcher nicht nur allgemein anerkannte, in den Grundrechten des deutschen Volkes und in der Mecklenburgischen Verfassung vom 11. Oct. 1849 gewährleistete Rechtsgrundsätze, sondern auch ausdrückliche Bestimmungen des Bundesrechts, ja sogar die in Mecklenburg thatsächlich bestehenden älteren Rechtszustände schwer verletzt.

2) Die Versammlung erklärt es als Pflicht des Nationalvereins, die Rostocker Mitglieder wegen der ihnen widerrechtlich angesonnenen Strafen und Kosten schadlos zu halten, und beauftragt den Ausschuß mit der Ausführung,

welche von der Versammlung einstimmig angenommen werden. Es folgt die Wahl der Revisions-Commission. Als Mitglieder werden die Herren Knorr (München), Gutheil und Kumpenhans gewählt. Fries eröffnete hierauf die Diskussion über die Wehrfrage, bezüglich deren der Ausschuß folgende Anträge stellte:

Die Versammlung erklärt:
Die allgemeine Wehrpflicht, welche ohne übermäßige Belastung des Volks, nur in Verbindung mit sehr kurzer Präsenzzeit durchgeführt werden kann, erfordert die militärische Vorbildung der noch nicht dienstpflichtigen Jugend. Dieselbe hat mit dem Turnen zu beginnen und ist möglichst bis zur feldmäßigen Ausbildung der Kompagnie durchzuführen.

Der Nationalverein fordert seine Mitglieder auf, zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken:
Zunächst ist insbesondere anzustreben:

1) Die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts an allen Schulen, auch den Volksschulen.
2) Die Gründung von freiwilligen Jugendwehren, besonders in den Städten, welche sich entweder an die Schulen anzuschließen haben, oder, wo es möglich ist, die Unterstützung des Militärs in Beziehung auf den Unterricht gewinnen sollten.

II. 3) Ferner die Anstellung vom Staat besoldeter Offiziere als Jugendwehreinstruktoren.
4) Ueberlassung von Exerciergewehren an die Jugendwehren vom Staat.
5) Herabsetzung der Präsenzzeit im Frieden für die in der Jugendwehr Ausgebildeten.
6) Erleichterung der Schießübungen für die Jugend in den Schützenvereinen.

Blum aus Heidelberg begründet dieselben und empfiehlt schließlich deren Annahme. In gleichem Sinne sprechen die HH. F. Wirth (Frankfurt) und Eichholz (Hannover), welcher Letztere bei dieser Gelegenheit der Verdienste der deutschen Wehrzeitung und der an derselben betheiligten Offiziere rühmend gedenkt, was sonst von den Männern der „hohen" und „höchsten" Politik ganz vergessen worden wäre. Die Ausschußanträge fanden einstimmige Annahme.

Die Versammlung ging hierauf zur Wahl der Ausschußmitglieder über. Während der Stimmzählung erstattete Dunker Bericht über die Verwendung der Zinsen des Flottenfonds, bezüglich deren der Ausschuß folgende Anträge stellte:

Der Ausschuß des Nationalvereins beantragt:
Die Generalversammlung wolle beschließen, daß von den vorhandenen Zinsen aus dem Flottenfonds von 11,363 fl. folgende Unterstützungen für maritime Einrichtungen gewährt werden, als:
1) eine Beihilfe von 7000 fl. wird den Rettungsvereinen Schiffbrüchiger an den deutschen Küsten gewährt.
2) der Restbetrag wird zur Erweiterung der Lokalitäten und Verstärkung des Lehrerpersonals der Seemannsschule in Hamburg überwiesen.

Von Mitgliedern des Nationalvereins zu Leipzig, Oldenburg, Dresden und Wolfenbüttel sind dagegen Anträge eingelaufen, welche den größeren Theil der Zinsen des Flottenfonds als Unterstützung für die Erfindung des Submarine-Ingenier's Bauer (unterseeische Geschütze) verwendet wissen wollen. Fries beantragte Verwilligung eines Beitrags von 1000 fl. rhn.

Diese Anträge, für die Bauer selbst, in berechtigtem Selbstgefühl das Wort ergriff, wurden von Dunker und Lang, zum Theil höhnend bekämpft. Dafür sprachen noch Venedey, H. Becker und Dr. Reinganum. Die von sittlicher Entrüstung durchdrungene, zum Theil mit beißender Ironie gewürzte, Rede des letzteren schlug durch. Auf ein Amendement von Hohenemser, Bürgers und Genossen wurde beschlossen: An die Rettungsvereine für Schiffsbrüchige, statt 7000 fl. nur 3500 fl. und 3500 fl. an Bauer zu geben. Nachdem hierauf noch das Resultat der Wahlen mitgetheilt worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Ausschuß war diesmal vertreten durch folgende Mitglieder: Bennigsen, Fries, S. Müller, Schulze-Delitzsch, Löwe-Calbe, Franz Dunker, Lüning, Cetto, v. Rochau, Brater, Gölte, Jessen, Lang, Metz, Jungermann, Preetorius und Nagel. Das Bureau der Generalversammlung bestand aus: v. Bennigsen als Vorsitzenden, Fries, als dessen Stellvertreter, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Rückert von Coburg und Dr. Humser von Frankfurt a. M. als Schriftführern.

In den neuen Ausschuß, zu dessen Wahl von den Theilnehmern der Versammlung 208 ihre Stimmen abgegeben haben, sind gewählt worden: Benningsen mit 208 Stimmen, Müller mit 201, Metz mit 208, Schulze 153, Brater 151, Fries 206, Lang 207, Löwe 151, Wiggers 151, Rochau 148, Miquel 142, van Unruh 135 Stimmen. Diese haben sodann noch folgende Mitglieder cooptirt: v. Hoverbeck, Dr. Joh. Jacoby (Königsberg), Lorenz (Leipzig), Friedrich Oetker, Dr. Pickford (Constanz), Rechtsanwalt Dr. Ludwig Rückert (Coburg), Classen-Kappelmann und Gölte (Hamburg). Letzterer hat jedoch mit Rücksicht auf Ueberhäufung mit Geschäften die Beiwahl nicht angenommen. Ferner hat Schulze-Delitzsch aus gleichen Gründen erklärt, seine Wahl in den Vorstand nicht annehmen zu können, und ist an seiner Statt Dr. Otto Lüning gewählt worden, so daß der Vorstand dermalen aus folgenden acht Mitgliedern besteht: v. Benningsen, Fries, Nagel, v. Rochau, S. Müller, Metz, Lang, Lüning.

Die Mitgliederzahl des Nationalvereins ist von nahe an 30,000 Mitgliedern auf 17,852 herabgesunken. 64 Agenten mit 3160 Mitgliedern sollen noch nicht abgerechnet haben. (Anderer Ausdruck für diesen Ausfall?) Die Zahl der Agenten beträgt 367. Von den Mitgliedern kommen 8355 auf Preußen, der Rest von 9506 auf das übrige Deutschland, davon 1383 auf Großherzogthum Hessen; 1157 auf Hannover, 802 auf Hamburg, 752 auf Baden, 708 auf Bremen, 493 auf Nassau, 454 auf Sachsen, 342 auf Frankfurt a. M., 326 auf Schleswig-Holstein, 306 auf Coburg-Gotha, 278 auf Kurhessen, 265 auf Oldenburg, 264 auf Bayern, 261 auf Reuß ä. u. j. L., 235 auf Weimar, 224 auf Braunschweig, 183 auf Lübeck, 143 auf Anhalt, 113 auf Schwarzburg, 109 auf Meiningen, 100 auf Waldeck, 87 auf Mecklenburg, 82 auf Würtemberg, 58 auf Altenburg, 1 auf Luxemburg, 1 auf Oesterreich und 380 auf das Ausland.

Das Vermögen des Vereins beläuft sich alles in allem auf 24,487 fl., das Flottenconto auf 117,911 fl.

Bei der Versammlung anwesend waren: 164 Mitglieder aus Hessen-Darmstadt, 115 aus Frankfurt, 54 aus Nassau, 16 **aus Preußen**, 9 aus Hannover, 14 aus Baden, 6 aus Kurhessen, 3 aus Bayern, 4 aus Schleswig-Holstein, 2 aus Sachsen, 1 aus Würtemberg, 5 aus Weimar, 8 Diverse, Summa 401. — Also 333 aus Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden, d. h. aus dem Sitzungsort und aus den „Revieren der Herren Metz und Braun", wie der Stuttgarter Beobachter sich ausdrückt. Der Rest 68, sage 68, Nationaldeutsche aus dem übrigen Gesammtdeutschland!

Nach einer Mittheilung, die aus dem „Frankfurter Journal" in verschiedene Blätter übergegangen ist, hat der Nationalvereinsausschuß an die sämmtlichen Bundestagsgesandten und den Polizeisenator Dr. Jäger sowie an die übrigen Polizeibeamten Frankfurts eine Einladung zur Theilnahme an den Verhandlungen der Generalversammlung gerichtet, — um sich von der Unschädlichkeit der letzteren zu überzeugen!

Es mögen nunmehr noch einige Stimmen der Presse hier Platz finden.

Die „Independance belge" theilt die Beschlüsse des Nationalvereins mit und kommt dann zu folgendem Urtheile darüber: „Das Recht dem Interesse — einem egoistischen und zweifelhaften Interesse — unterzuordnen, das ist das Ergebniß, zu welchem der große Verein gelangt, welcher den Anspruch erhebt, die liberale Bewegung in Deutschland zu leiten. Es lohnt wahrhaftig nicht der Mühe, daß zwei Großmächte wie Oesterreich und Preußen Zwangsmaßregeln ergreifen, um solche Revolutionäre auf die gute Bahn zurückzuführen."

Die „Berliner Reform" gebraucht von den Beschlüssen mit ebenso viel Zurückhaltung als Ironie die Worte Heine's: „Wir kennen das Lied, wir kennen den Text, wir kennen die Herren Verfasser."

Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" bricht sonderbarer Weise in folgenden Jubelruf aus: „Der alte Gott lebt noch; Deutschland verläßt uns nicht; das Großpreußenthum und was sonst noch zur Politik der Vergewaltigung schwört, hat eine neue gründliche Niederlage erlitten. Der Nationalverein hat beschlossen, seinem alten preußisch-deutschen Programm genau so treu zu bleiben, wie wir Schleswig-Holsteiner es immer gewesen sind und noch sind."

Die Berliner „Volkszeitung", das Organ des Ausschußmitgliedes, Herrn Franz Duncker, gießt den Schwärmern sofort einen ganzen Eimer kalten Spreewassers über den Kopf mit folgenden, allerdings vollkommen zutreffenden Worten: „Nach den heftigen Angriffen, welche gerade die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" gegen die Resolutionen der Berliner Mitglieder des Nationalvereins geschleudert, scheint uns jener Jubel mehr eine kluge Wendung, um eine kleine Schlappe in einen glänzenden Sieg zu verkehren. Wie gering der sachliche Unterschied zwischen den Berliner Resolutionen und den Frankfurtern ist, folgt schon aus dem Umstand, daß ja dieselben Mitglieder des Ausschusses, welche die Berliner Resolutionen einbrachten, in Frankfurt für die dortigen Resolutionen sprechen und stimmen konnten. Und daß sie in Frankfurt in derselben Richtung gesprochen, wie in Berlin, beweist die Opposition, welche gerade die Ausführungen Löwe's und Duncker's von Seiten der dichtbesetzten Gallerien fanden. Aber um jeden Zweifel zu heben, sehe man sich die Resolutionen im Einzelnen an." Und nun weist das treffliche „Organ für Jedermann" schlagend nach, daß die Frankfurter Resolutionen im Wesentlichen auf ein Haar dieselben sind, wie die Berliner, nur andere Worte für denselben Sinn und Zweck. Die „Volkszeitung" beginnt hiernach mit Recht ihren Leitartikel derselben Nummer mit den Worten: „Der Eindruck der Generalversammlung des Nationalvereins ist im Ganzen ein so günstiger, daß selbst die „Kreuzzeitung" nicht einmal im Stande ist, sich dem ganz zu entziehen."

Die „Magdeburger Presse" bringt in dem einen Athemzug ihres Leitartikels über die Generalversammlung folgende, über die herrschende Auffassung und Logik in der „liberalen" Partei sehr aufklärende, und zugleich unfreiwillig eine vernichtende Kritik enthaltende Sätze: „In den Beschlüssen des Nationalvereins ist das Bismarck'sche Regiment schlechter weggekommen, als in denen des Abgeordnetentags." „Der Verein ist kein Parlament mit geregelten Functionen, sondern nur ein Organ der Volksstimme. Wir haben daher nicht zu prüfen, mit welchen Mitteln der Verein seinen Beschlüssen Nachdruck geben will. Es genügt zu constatiren, daß er seinem alten Programm treu bleiben will und auf demselben [illegible] will. Damit hat der Verein die Verpflichtung übernommen, der antipreußischen Stimmung in Mittel- und Süddeutschland entgegenzutreten und Preußen als die deutsche Vormacht in Schutz zu nehmen." In der „zweiten Schleswig-Holstein angehenden Resolution wird den Satz: daß bei dem Mangel einer deutschen Centralgewalt nur Preußen zur Zeit die Vertheidigung der deutschen Küsten und Grenzen im Norden wirksam und nachhaltig durchführen könne, — Hr. v. Bismarck nicht ungern annehmen, um sich statt des liberalen Preußens als den Träger einer populären Mission unterzuschieben." „Bei dem Abgeordnetenhause war ein Satz wie dieser entweder selbstverständlich oder mußte Prätensionen einleiten, welche die Unterdrückung Schleswig-Holsteins bezweckten, bei dem Nationalverein hat er die unverkennbare Tendenz, — die liberale Partei in Preußen zu stärken." (?!)

Die „Rheinische Zeitung", registrirt zur Characteristik der Bedeutung der gefaßten Beschlüsse einige Thatsachen in folgender Correspondenz:

„**Berlin**, 31. Oct. (Zur Characteristik der Versammlung des Nationalvereins.) Dem gestrigen Berichte der Nat.-Ztg. über die Generalversammlung des Nationalvereins entnehmen wir wörtlich folgende Stellen: „Metz erhält wiederholten Beifall, während er für die preußische Spitze spricht. Bürgers bekämpft heftig die neuesten Beschlüsse des Berliner Nationalvereins (preußische Spitze) und erntet dabei großen Beifall. Schulze-Delitzsch erklärt sich für Aufrechthaltung des bisherigen Programms (preußische Spitze) — großer Beifall.

Braunfels: Preußen habe überhaupt keinen Beruf für die deutsche Spitze — am Schluße „nicht endenwollender Beifall."

Das ist die beste, die einfachste Characteristik der vorgestrigen Versammlung. Stürmischer Beifall für und nicht enden wollender Beifall gegen die preußische Spitze. Bei der Abstimmung aber immense Majorität für das unentwirrbare Knäuel von Widersprüchen, das der Ausschuß als seinen Antrag der Versammlung vorgelegt hat. Sie klatschen, wenn ein Redner erklärt, daß Preußen den Beruf für die deutsche Spitze gar nicht habe, und stimmen ganz gemüthlich für ideelle Uebertragung der Centralgewalt an Preußen, wenn es heißt: abstimmen. Eine solche Versammlung von Einheitsmännern weckt den alten „Rothbart lobesam" nicht aus dem Schlafe. Es wäre besser, der alte Herr erwachte und andere Leute legten sich schlafen."

Dagegen faßt Herr v. Rochau im „Wochenblatt des Nationalvereins" die Erfolge der Versammlung emphatisch in folgenden Sätzen zusammen.

> „Genug, der Nationalverein ist den innern und äußeren Schwierigkeiten seiner gegenwärtigen Lage mit der Taktik einer gut geschulten Partei entgegengetreten und aus den Gefahren des Augenblickes nicht allein unversehrt, sondern auch sichtlich gekräftigt hervorgegangen. In seinen Freunden hat er den Glauben an sich selbst und in seinen Widersachern ohne Zweifel die Ueberzeugung gestärkt, daß sie es mit einem Gegner zu thun haben, der sich weder einschüchtern läßt, noch — Blößen gibt. Den weiteren Kämpfen gegen die Machthaber des Tages, die uns allem Anscheine nach bevorstehen, dürfen wir nach der vorgestrigen Versammlung mit gesteigertem Selbstvertrauen und mit dem Wahlspruch entgegengehen: Zeit gewonnen, Alles gewonnen.

Aus **Frankfurt a. M.** war der „Hess. Landeszeitung" von einer offenbar diesem Blatt wie dem 36er Ausschuß nahestehenden Hand telegraphirt worden, daß der letztere verschiedene auf Belebung seiner Thätigkeit gerichtete Beschlüsse neuerdings gefaßt habe. Hiergegen enthält nun die „Neue Frankf. Ztg." folgendes Dementi: „Auswärtige Blätter enthalten ein von hier vom Gestrigen datirtes Telegramm, worin von „Maßregeln", welche die geschäftsleitende Commission des Sechsunddreißiger Ausschusses „zu ergreifen beschlossen habe" geredet wird, und wonach „die nationale Organisation für Gesammtdeutschland neu belebt und erweitert" werden soll. — Nach eingezogenen Erkundigungen sind wir im Falle zu berichten, daß weder am 26. noch am Tage zuvor die gedachte Commission auch nur versammelt, daß dieselbe vielmehr überhaupt nach dem 1. Oktober (Abgeordnetentage) nur einziges Mal zusammengetreten und daß bei diesem letzten Zusammentritte weder von groß- [illegible] Maßregeln" noch von einer „nationalen Organisation" für Gesammtdeutschland" die Rede war, sondern daß die gefaßten Beschlüsse wesentlich ein paar Unterstützungsgesuche für Nothleidende aus der Zeit des Krieges und eine deutsche Schule im sog. dänischen Theile Schleswigs betrafen. — Es wäre unter den obwaltenden Verhältnissen doppelt zu wünschen, daß die Verbreitung von Nachrichten wie die oben bezeichneten unterlassen werden möchte." So die Neue Frkf. Ztg.

Der „Allgem. Zeitung" wird aus **Berlin** geschrieben: „Nach den Resolutionen, welche gestern Abends in der von etwa 1000 Personen besuchten Versammlung des hiesigen Nationalvereins gefaßt worden sind, und mit denen auch die in Leipzig gefaßten Beschlüsse übereinstimmen, lag für die preußische Regierung kaum noch ein Grund vor, von dem Frankfurter Senat, die Unterdrückung der auf den 29. d. nach Frankfurt berufenen Versammlung zu fordern. Denn im wesentlichen bewegen sich beide Resolutionen im Geiste der Bismarck'schen Politik, und deshalb hält man es auch in unsern politischen Kreisen nicht für wahrscheinlich, daß die preußische Regierung auf die Inhibirung einer Versammlung hinwirken wird, die ihr in der schleswig-holsteinischen Politik leicht ein Relief geben kann, welches sie bisher vergebens bei der eigenen Landesvertretung gesucht habe. Ueberdies wird unserer Regierung eine Duldung der Nationalvereinsversammlung noch dadurch wesentlich erleichtert, daß nach der wiederholten Versicherung der Officiösen die mehrerwähnten Noten an den Frankfurter Senat keineswegs mit Rücksicht auf die bevorstehende Versammlung des Nationalvereins erlassen sein sollen." Dies wird denn auch von allen Seiten bestätigt. Dagegen taucht bei Vergleichung des inneren Zusammenhanges der Berliner Nationalvereins-Resolutionen mit dem Geiste der Drohnoten bereits mehrfach die Andeutung auf, daß der Zeitpunkt für diese Noten im Einverständniß mit gewissen Elementen des Nationalvereins gewählt worden sei, im Interesse der Neubelebung des Interesses für den Nationalverein, dessen Auseinanderfallen, nach der von demselben eingeschlagenen Richtung, durchaus nicht im Interesse der jetzigen preußischen Politik liege! Letzteres unterliegt wohl keinem Zweifel, Ersteres wollen wir nicht eher glauben, als bis es bewiesen ist.

Treffend bemerkt zu dem Satz der vielbesprochenen, wunderbaren **Berliner Nationalvereins-Resolutionen**: „daß in Ermangelung einer bundesstaatlichen Centralgewalt Preußen so berechtigt als verpflichtet sei, in den Herzogthümern diejenigen Rechte in Anspruch zu nehmen, welche nach der Reichsverfassung der definitiven Centralgewalt übertragen sind" — der Stuttgarter Beobachter: „Darüber sprechen sich die Berliner Mitglieder des Nationalvereins, die Herren Löwe, Duncker und Genossen, nicht aus, ob nach ihrer Ansicht Preußen, im Fall des Zustandekommens einer deutschen Centralgewalt, dieser die ihr nach der Reichsverfassung zukommenden Rechte in den Herzogthümern wieder abzutreten habe, und welche Garantien sie dafür bieten, daß diese Abtretung Seitens der preußischen Regierung auch ganz gewiß erfolgen wird." Haben wirs nur erst, dann mag sich's wieder holen, wer kann!

± **Berlin.** Eine große Aufregung herrscht in unserer Stadt durch die wiederholt vorgekommenen Unglücksfälle bei Bauten, Einsturz von Häusern u. s. w. Den höchsten Grad hat diese Aufregung erreicht durch den am 20. October erfolgten weiteren Einsturz des Hintergebäudes in der Wasserstraße (Nr. 279), wobei ca. 60 Menschen verschüttet und 23 Menschen entweder todt hervorgegangen oder nachträglich gestorben sind. Das Haus war erst zum October bezogen und und soll das schlechte Baumaterial der Grund des Einsturzes gewesen sein, vielleicht dürfte aber auch das Nichtaustrocknen des Gebäudes sehr stark mit in Betracht kommen, denn während nach der Baupolizeiordnung ein Haus nach Vollendung des Rohbaues 9 Monate unbezogen stehen soll und nur in Ausnahmefällen nach 3—4 Monaten, geschieht dies meistentheils schon gleich nach Beendigung des Rohbaues. In jenem Hause befanden sich 3 Tischlerwerkstätten über einander. An demselben Tage stürzte noch ein anderes Haus vor dem Königsthore ein, wobei 3 Menschen den Tod fanden. Man fragt sich hier mit Recht, ob es wirkliche Behörden gibt oder nur Behörden den Namen nach. Eben so groß wie die Aufregung über diese unverantwortlichen Unglücksfälle ist aber auch die Theilnahme des Publikums für die Hinterbliebenen der Verunglückten. Es sind bereits über 20,000 Thlr. für diese gesammelt. Das Leichenbegängniß der Verunglückten am 25. Oct. fand unter großer Theilnahme und in sehr feierlicher Weise statt.

† **Celle**, 26. Oct. Graf v. Borries, welcher während der stärksten Reactionsperiode von 1855 bis 1862 im hiesigen Welfenreiche das Staatsruder führte und 1862, während des Katechismusstreites, anscheinend nicht gnädig entlassen wurde, ist kürzlich zum Präsidenten des Staatsraths ernannt und somit wieder in der Lage, seinen unheilvollen Einfluß geltend zu machen. Diese Beförderung des Grafen v. Borries, hat denjenigen Ministern, welche 1862, nach Aufhören des Borries'schen Ministeriums, in das Cabinet eintraten: v. Hammerstein, Windhorst, Erxleben und Lichtenberg, Veranlassung gegeben, ihre Entlassung zu fordern, welche ihnen auch bereitwillig ertheilt worden ist. Der Rücktritt dieser Minister, ja vielmehr die pure Unmöglichkeit, noch länger in ihrer Stellung auszuharren, wird ziemlich allgemein bedauert, wenn gleich den Ministern nichts zu verdanken ist, als daß sie die, übrigens in vollständiger Geltung gebliebenen Borries'schen Reactionsgesetze und Octroyirungen in milderer Weise gehandhabt haben. Als höchstes Verdienst scheint ihnen angerechnet zu werden, daß sie die Bestätigung dreier Anwälte, welche zur entschieden freisinnigen Partei gehörten, zu den gewählten hohen städtischen Verwaltungsämtern, nämlich Miquél zum Bürgermeister in Osnabrück, Albrecht zum Stadtsyndicus in Hannover und Lauenstein zum Stadtsyndicus in Lüneburg durchzusetzen gewußt haben. Wir anerkennen dieses Verdienst ebenfalls nicht wenig, glauben auch, daß diese Bestätigung im Borries'schen Ministerium nicht geschehen wäre, würden solches Verdienst jedoch nur höher anschlagen können, wenn die Minister sich hätten entschließen können, das ganze System, nach welchem freisinnige Männer nicht befördert oder mit Concession versehen werden, zu stürzen, wenigstens da nicht zur Anwendung gebracht hätten, wo sie unmittelbar allein zu entscheiden hatten. Dieses ist aber nicht geschehen, sondern man hat auf Grund von Polizeiberichten stets, selbst bei den unbedeutendsten Fällen, von der Nichtbestätigung Gebrauch gemacht. Noch kürzlich wurde uns mitgetheilt, wie einem Kaufmann, welcher im Geruche der Freisinnigkeit steht, die Concession zur Uebernahme einer Versicherungsagentur, sowohl von der Landdrostei wie von dem vielgepriesenen Minister Hammerstein versagt wurde, obgleich demselben die besten Empfehlungen, selbst von königlichen Dienern, zur Seite standen und die Versicherungsgesellschaft sich alle Mühe gab, die Bestätigung zu erreichen. Ein solcher Agent steht nun aber in gar keiner Beziehung zu der Regierung, sondern nur zu der Gesellschaft, welche er vertritt.

Auch in gewerblicher und socialer Beziehung hat das Ministerium nichts gethan, sondern ist dem Handelsvertrag mit Frankreich und der Verlängerung des Zollvereins erst in zwölfter Stunde beigetreten, nachdem dem Handelsstande schon viel Nachtheil entstanden; hat die lästige und unbrauchbar gewordene Gewerbeordnung bestehen lassen und ist für den Ruf nach Gewerbefreiheit und Freizügigkeit völlig taub geblieben; ja sogar als bei einer Versammlung der Vorschußvereine des Landes in hiesiger Stadt Schulze-Delitzsch ein telegraphischer Gruß gesandt wurde und dieser in seiner Erwiderung den Wunsch aussprach, daß die hannover'schen Vereine der Anwaltschaft und der allgemeinen Vereinigung deutscher Genossenschaften beitreten möchten, drohte das Ministerium mit Auflösung der Vereine, falls sie sich nur dazu geneigt zeigen sollten u. dgl. m.

Mögen die abgetretenen Minister nun auch immerhin guten Willen gehabt haben, solchen aber in Folge höheren Willens nicht haben ausführen können, so können wir ihren Rücktritt doch nicht bedauern, und ist es uns lieber, ein Ministerium zu haben, was wir als ein entschieden gegnerisches kennen, weil wir dann wissen, mit wem wir es zu thun haben und weil dann hoffentlich nicht ferner die Kammer zu so lahmer Haltung, aus leidiger Rücksichtnahme auf den nie praktisch werdenden guten Willen der Minister, sich verleiten lassen wird.

In **Schleswig** wenden die preußischen Behörden fort und fort Gewaltmittel an, um sich beliebt zu machen. Die Wirkung wird unausbleiblich erfolgen. Aus einer harmlosen Freudenbezeugung, dem Herzog von Augustenburg in Eckernförde dargebracht, wird ein Verbrechen geschmiedet mit Zubehör einer weitschweifigen Untersuchung und dickleibiger Protokolle, sowie Amtsentsetzungen und sonstiger Maßregeleien. Dem Herzog von Augustenburg wird mit Verhaftung gedroht, falls er wieder auf schleswigschem Boden sich betreten lasse. Wenn nun freilich in derartigen Dingen die Bevölkerung der Herzogthümer schon unter dem dänischen Regiment eine tüchtige Schule durchgemacht hat, so bleibt doch ein großer Unterschied. Der Däne galt einmal als des Landes Erbfeind, von dem jeder deutsche Mann in Schleswig sich nur Schlimmes versah; der Preuße dagegen galt als Retter, als Befreier, jagte den Dänen über das Meer, nahm das dänische Joch von den Schultern des lange und über alle Gebühr beschwerten Volkes, um — — — ja, um an die Stelle des dänischen Joches das preußische zu bringen. Joch aber ist Joch, es sei nun dänisch rothweiß, oder preußisch schwarzweiß angestrichen. — Außerdem birgt die Sache noch einen Kern voll Bitterkeit und Galle. Ein Volk verzeiht und vergißt wohl Vieles, niemals aber vergißt und verzeiht es Denen, durch welche es, so nahe bereits dem ersehnten Ziele, in seinem theuersten Hoffen betrogen worden ist. Die Herren Preußen müssen sich schlecht auf Menschenkenntniß verstehen, wenn sie auf dem eingeschlagenen Wege ihre Zwecke erreichen zu können wähnen. Vielleicht aber auch lassen Herr v. Zedlitz und der siebenfüßige Manteuffel sich von dem Grundsatz jenes römischen Kaisers leiten: Hassen mögen sie, wenn sie nur fürchten! Diese jüngste Geschichte, die in Schleswig spielt, kann als Warnung dienen allen Völkern unter der Sonne, die in der Stunde der Gefahr sich in die noch größere begeben und preußischen Schutz anrufen.

Im übrigen Deutschland tiefe Stille rings umher, kein Athemzug öffentlichen Lebens. Es ist aber nicht jene Stille, von welcher die Erwartung bedeutender Dinge begleitet zu sein pflegt, oder wie sie wohl dem Gewitter vorausgeht; es ist leider die Stille der Verzagtheit, welche unbemerkt bleiben will. Graf Bismarck ist zur Zeit die einzige handelnde Person auf der deutschen Bühne; über den Titel, welcher seiner Rolle beizulegen sein wird, sind die Gelehrten der Gegenwart noch nicht einig und die darüber einig sind, schweigen noch.

Oesterreich, sonst so eifersüchtig, wenn es sich darum handelt, wer in Deutschland obenan sitzen soll, läßt seinem Bruder Berliner freies Spiel; Oesterreich hofft und harrt des Tages, an welchem die Ebbe seiner Finanzen ein Ende nehme mit Freuden.

In **Ungarn** nach langem Schlafe frisches Erwachen. Lebhafte Betheiligung an den Wahlen. In Ungarns Hauptstadt ist sogar — unerhört! — in deutscher Zunge zu einer Versammlung von Tausenden ein kräftiges Wort zu seiner Zeit geredet worden, und heller Jubel hat dem Redner geantwortet. Man solle, hat der Redner gemeint, sich nicht länger von den Edelleuten bevormunden und vertreten lassen, sondern bürgerliche Männer in den Reichsrath schicken. Ein löblicher Anfang wenigstens; bisher hat das Junkerthum in Ungarn in üppigster Blüthe gestanden.

In der **Schweiz** hat leider ein Stück gespielt, das für alle Zeiten als ein dunkler Fleck auf dem Namen des Kantons Uri haften bleiben wird. Ein Schriftsetzer in Uri, Namens Ryniker, hatte eine Schrift verfaßt und drucken lassen über kirchliche und bürgerliche Fragen. Was Ryniker gesagt hat, ist anderswo schon hundertmal gesagt worden, nämlich daß gar Vieles faul sei in Staat und Kirche. Was geschieht? Wegen Gotteslästerung — haben denn etwa in Uri verbohrte Priester zu Gericht gesessen? — wird Ryniker zu 20 Ruthenstreichen verurtheilt und die Strafe durch Henkershand, öffentlich in nächster Nähe des Schandpfahls, an ihm vollstreckt. Durch alle Kantone grollt die gerechte Wuth über den Schimpf und die Schande, welche durch Uri dem Namen der Bundesrepublik, dem Jahrhundert und seinem Geiste angethan ist. Eine mächtige Volksversammlung in Bern hat an das gesammte Schweizervolk einen Aufruf erlassen, wie ein Mann sich zu erheben gegen solche Ungebühr und Wandel zu schaffen. Recht so! denn die Mißhandlung eines einzigen Bürgers ist Mißhandlung des ganzen Volkes. Lassen wir darüber einen Schweizer selbst zu Wort kommen.

o. **Aus der Schweiz.** Nirgends herrscht wohl das Pfaffenthum schamloser, als in den Urkantonen der Schweiz. Das neueste Pröbchen dieses schwarzen Regiments ist ein Urtheil, welches gegen den Schriftsetzer Ryniker aus Aargau im Kanton Uri gefällt und vollzogen worden ist. Ryniker hatte ein Schriftchen „Garantien des allgemeinen Wohls" geschrieben, in welchem die urnerischen Ketzerrichter, Gotteslästerung und Beschimpfung der christlichen Lehre im Allgemeinen, sowie der katholischen Kirche und deren Oberhaupts im Besonderen, fanden, und der Verfasser Ryniker wurde demgemäß zu — 20 Ruthenstreichen durch den Scharfrichter, achttägiger Gefangenschaft mit abwechselnd schmaler Kost, lebenslänglicher Kantonsverbannung, Ehrentsetzung und Bezahlung der Atzungs- und Gerichtskosten verurtheilt. Dieses wahnsinnige Urtheil wurde trotz eingelegter Appellation vollzogen — Angesichts der Tellsstatue. Was sagen dazu wohl die Herren, die auf den Schützenfesten und Arbeitertagen regelmäßig ein Hoch ausbringen auf die Schweiz, „die Hochschule der Freiheit"? Ein radikales Blatt „der freie Berner" äußert sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen: „Als wir gestern in den Nationalrathssaal, d. h. auf die Tribüne desselben traten und über den § 41 der Bundesverfassung und dessen Revision diskutiren hörten, trat unwillkürlich das Urtheil der urnerischen Gerichte gegen Ryniker vor uns hin und wir dachten: wie lange werden unsere eidgenössischen Landesväter in unserem Zeitalter der Aufklärung sich in diesem Saale noch mit gelehrten Unterscheidungen herumschlagen müssen, bis sie nur zu dem Grundsatze gelangen, den die alten Römer hatten, nämlich daß kein römischer Bürger gepeitscht werden dürfe. Das „Civis romanus sum" sicherte den Römer vor diesem Schimpf; der „Freie Schweizer" hingegen braucht nur eine Flugschrift, welche der Geistlichkeit mißfällt, nach Uri hinein zu tragen, so verurtheilt ihn das Gericht wegen Gotteslästerung in unterer und oberer Instanz zu Ruthenstreichen und der Scharfrichter übernimmt das Belehrungswerk. Obschon eine gesetzliche Vorschrift hierüber im Canton gar nicht besteht.

Im nämlichen Amtsblatte, wo das mittelalterliche Urtheil des Stiers von Uri erscheint, prangt denn auch die so und so vielste Ziehung der Muheimischen Lotterie*), dieser kunstreichen Eskamotirmaschine, dieser von frommen Männern gehandhabten Beutelschneiderscheere, mit welcher man den leichtgläubigen Eidgenossen den Geldsäckel in christlicher Liebe erleichtert und die protestantischen, wie die katholischen Fünklein sammelt auf gut christlich-katholischen Boden, wo die Lotteriezettel blühen und die Ochsenziemer gerathen und das Wappenthier Uri's (ein Stier) in den Physiognomien der Richter und Schriftgelehrten zu schauen ist. — (Der schmachvolle Justizact, durch welchen vor allen Kantonen der Schweiz wieder einmal Uri sich ausgezeichnet hat, beweist nur, daß auch in einem Freistaat der Unsinn zuweilen siegen kann. Das Tröstliche dabei ist nur, daß das da die Ausnahme bildet, was anderwärts die Regel ist. Ob man jemand für seine Ueberzeugung mit Ruthen züchtigt, oder einsperrt, ist im Prinzip gleich. Und nun frage man in Deutschland, in Frankreich um, wie vielen dies geschieht? Es ist etwas so Gewöhnliches, daß gar keine Worte mehr darüber verloren werden. Vergleichen wir dagegen die Freiheit der Presse in Nordamerika selbst unter den ärgsten Stürmen der Rebellion! Allein auch in Amerika ist, in den Südstaaten, in den Negern und vielfach in der armen weißen Arbeiterbevölkerung dort unter dem das ganze öffentliche Leben beherrschenden Sclavereiprinzip Generationen hindurch die Menschheit geschändet worden. Das beweist, daß ein Volk nur dann glücklich sein kann, wenn bei demselben die Prinzipien der Freiheit auf allen Gebieten, im Staat wie in Kirche und Gesellschaft, zur vollen und consequenten Herrschaft gelangt sind. Jedes Ueberbleibsel der alten Weltanschauung wird auch überall, wo es sich erhalten hat, nur immer neues Unrecht und neuen Unsinn als Frucht hervortreiben.)

Paris, 25. Okt. Während Deutschland vor lauter Mannichfaltigkeit und Zersplitterung nicht zu sich selber kommt, wird Frankreichs politische Entwickelung durch ein verkehrtes Einheitsstreben gehemmt, das unter dem Namen der Centralisation hinlänglich bekannt ist. Erst in neuerer Zeit haben französische Patrioten begonnen, dem genannten Uebel ihres Vaterlandes mit vereinten Kräften zu Leibe zu gehen, weil es ihnen klar geworden ist, daß eben die Centralisation es ist, unter welcher die Entwicklung des Gemeindelebens zur Selbstständigkeit ein Ding der Unmöglichkeit wird. Das Wort, das diese Patrioten auf ihre Fahne geschrieben haben, heißt Decentralisation; die hervorragendsten Geister der Nation kämpfen unter dieser Fahne und klären das Volk in Schriften über das Erbübel Frankreichs und seine Heilung auf. Bei Hofe sieht man solche Arbeiten natürlich nicht gern; man liebt es bei Hofe nicht, daß die Geister und Federn sich mit den inneren Zuständen Frankreichs beschäftigen; man hemmt und hindert wo man kann. Und doch verfängt das Alles nicht gegen die immer mächtiger hervorbrechende Umwandlung des öffentlichen Geistes in Frank-

*) Wenn die Zeitungen Recht haben, so ist der Inhaber dieser Lotterie der Vorsitzende des urnerischen Appellgerichts, welches diese Strafe gegen Ryniker bestätigt hat!

reich, welche in Deutschland, besonders von den liberalern Politikern, noch viel zu wenig beachtet wird, obwohl in ihr ein bedeutsamer Bundesgenosse erwächst. Dieses Wiedererwachen des öffentlichen Geistes in Frankreich, schreibt man der Wiener „Presse“, wird von den allgemeinen Wahlen von 1863 datirt, deren Ergebniß bekanntlich die oppositionellen Parteien selbst überrascht hat. Es fand seitdem fast regelmäßig in der Urne des allgemeinen Stimmrechts seinen Ausdruck; die Provinz, bis dahin der getreue Verbündete der gegenwärtigen Regierung, folgte in Süd und Nord, in Ost und West dem Beispiele der Hauptstadt, und selbst im Weichbilde einer kaiserlichen Residenz konnte kürzlich von einer Regierungscandidatur nicht mehr die Rede sein. Mächtig hat seither der Verlauf der Ereignisse in dem nordamerikanischen Freistaate dazu beigetragen, die Sehnsucht der Franzosen nach der Wiederherstellung ihrer politischen Freiheiten zu steigern. Das tragische Ende Lincoln's sprach zu der Phantasie der unteren Klassen und weckte die Theilnahme jener selbst, die gegen die politische Tagesgeschichte stumpf geworden waren, oder ihr nicht das richtige Verständniß entgegenbrachten. In einer Pariser Arbeiterwohnung wird man heute eher das Bild des Heilands, als das Porträt des Märtyrers von Washington vermissen. Einer seiner vertrauten Freunde, welcher heute nicht mehr unter den Lebenden weilt, erzählte einmal dem Kaiser Napoleon den Ausspruch nach: das Jahr 1869 habe für ihn eine dreifache Bedeutung, es bezeichne den hundertsten Geburtstag des Gründers der Dynastie, es mache den Thronerben großjährig, es rufe endlich das allgemeine Stimmrecht wieder zu den großen Wahlen, — dieses Jahr werde über den Bestand seiner Dynastie entscheiden! Der Ausspruch hat einen tiefen Sinn, und vor Jahren gethan, da die Lorbeern des Kaiserreichs noch in frischem Grün prangten, beweist er auf's Neue den ungewöhnlichen politischen Instinct Napoleons III. Auch ist es, als ob die ganze Nation ihn gehört hätte, und von Stunde an sich auf den Richterspruch vorbereite, den es an jenem großen Tage über seinen Erwählten fällen solle.

Paris. Der Ausschuß für die 93. Klasse der großen Ausstellung von 1867 bringt einen Gedanken in Anregung, der allerseits beherzigt und unterstützt zu werden verdient. Er macht nämlich bekannt, daß in dem großen das Ausstellungsgebäude umgebenden Parke ein entsprechender Flächenraum für die Errichtung von städtischen und ländlichen Arbeiterwohnungen reservirt werden wird. Es sollen aber diese Gebäulichkeiten womöglich in ihrer natürlichen Größe aufgebaut werden. Da, wo die Dimensionen zu bedeutend sind: genügt auch ein einzelner Theil, der eine befriedigende Vorstellung von dem Ganzen gibt. Außerdem sollen sie in wirklichem Baumaterial und nicht zum äußeren Scheine ausgeführt, und mit allen Vorrichtungen für Ventilation, Heizung und Wasserleitung, wie sie bereits an verschiedenen Orten vorhanden sind, versehen werden. Die Kommission spricht sogar den lebhaften Wunsch aus, daß aus den Gegenden, in denen sich bereits solche Arbeiterwohnungen befinden und praktisch bewährt haben, je eine Familie herangezogen werden soll, welche während der Dauer der Ausstellung das betreffende Mustergebäude bewohnt. Auch sollen der Kauf- oder der Miethpreis solcher Wohnungen, sowie die Abzahlungsbedingungen jedesmal angegeben werden. Auf diese Weise hofft man dem europäischen Publikum ein Material, wie es vollständiger noch nicht auf einem Punkte vereinigt war, für die fernere Behandlung dieser wichtigen Tagesfrage bieten zu können. Der Ausschuß wird nach den ihm vorzulegenden Plänen diejenigen Musterwohnungen aussuchen, welche in dem Ausstellungspark ausgeführt werden können. Gleichzeitig wird man sich zur Einrichtung dieser Häuser an die Aussteller wohlfeiler Hausgeräthe und Heizapparate wenden, so daß auch diesen die beste Gelegenheit geboten wird, das Publikum von dem praktischen Werthe ihrer Fabrikate zu überzeugen. Sowohl für die Häuser als für die Hauseinrichtungen wird eine Anzahl Belohnungen ausgesetzt werden. Selbstverständlich sind einfache Modelle und Zeichnungen derartiger Wohnungen hierdurch von der Ausstellung nicht ausgeschlossen.

St. Petersburg, 26. October. Laut einer heute erfolgten Veröffentlichung des Civilgouverneurs werden die Abgeordneten des St. Petersburger Gouvernements sich am 27. November (9. Dezember) zum ersten Male versammeln, und werden die Sitzungen durch den Generalgouverneur eröffnet werden. Ueberblickt man die Liste jener Vertreter, so gewahrt man wie sehr selbst in dieser Haupt- und Handelsstadt, ebenso wie in den umliegenden Kreisen, das adelige, militärische, bureaukratische Element vorwiegend ist. Einige wenige „Ehrenbürger“ (Kaufleute) und noch wenigere Bauern ausgenommen, finden wir nur Adelsmitglieder, Offiziere, Hof-, Staats- und Geheimräthe. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß eine ziemliche Anzahl dieser Herren den aktiven Staatsdienst seit längerer Zeit verlassen und somit Muße genug, ja nöthigenfalls sogar auch die erforderliche Unabhängigkeit haben können, um sich mit allgemeinen Interessen zu beschäftigen; wenn man aber bedenkt, in welcher Schule die meisten dieser Herren sich ausgelebt haben, so wird man vorläufig an ihr Wirken nur bescheidene Hoffnungen knüpfen. Insofern das Repräsentativ-System dessen Anfangselemente wir nun besitzen, eine Schule ist, in welcher eine Nation nicht nur etwas lernt, sondern auch sich selbst kennen lernt, gibt uns diese Selbsterkenntniß nach den bisher stattgehabten Versammlungen, Anlaß genug zur größten Bescheidenheit.

Aus der Werkstätte.

Am diesjährigen Erntedankfeste predigte der Diakonus Dr. Peter zu Chemnitz:

„Es mag ja wahr sein: die Auflösung des kleinen Einzelgewerbes in dem großen Fabrikbetrieb ist ein unwiderstehliches Naturgesetz dieser Zeit. Aber wehe, wehe, wenn sie so fortfährt, das Heiligthum der Familie zu gefährden, daß der vom frühesten Morgen bis zum späten Abend angespannte Mann seinem eigenen Hause völlig entfremdet wird; daß er nicht einmal zwei freie Mittagsstunden hat, wo er in Muße heimgehen und mit Weib und Kind Gottes tägliches Erntebrod in herzstärkender Liebesgemeinschaft genießen kann. Das ist nicht wohlgethan, geliebte Gemeinde! Die tiefe Zerrüttung in hunderten von Arbeiterehen; der wilde, liebelose, trunk- und spielsüchtige Fleischesgeist der Männer; die Thränen und blutigen Stirnen gemißhandelter Weiber; die frühreife Bosheit verwahrloster Kinder — diese herzzerreißenden Wahrzeichen unserer blühenden Fabrikstadt, sie bezeugen uns unwiderleglich, daß hier ein Schaden vorliegt, daß über dem Trachten nach Geld und Gewinn das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit Schiffbruch an seinem köstlichen Erdengute, an der Treue und Liebe christlichen Familiensinnes, gelitten hat. Darum wäre das, wie mich däucht, auch ein würdiger Erntedank, wenn die Könige der Arbeit hier in unserer Stadt, wie es in andern Ländern schon geschieht, mit einem geopferten Stündlein Mittagszeit dem gefährdeten Familienleben ihrer Arbeiter zu Hülfe kämen und dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit in tausend Häusern freiere Bahn brechen wollten. Denn die Tischgemeinschaft, das erfahren wir alle täglich, das ist eine alte urchristliche Wahrheit, die Tischgemeinschaft ist die Erhalterin der Liebe. Darum hat sie unser Herr und Heiland gewürdigt, das Gedächtniß seiner Liebe fortzupflanzen...“

Das ist ein Wort jenes echt christlichen Geistes, der die Liebe nicht blos predigt, sondern auch übt, und das nicht nur in Chemnitz sondern auch in Magdeburg und überall, wo zum Werk der Arbeit Männer vereinigt sind, gehört und ausgeübt zu werden verdient. — Wenn der Arbeiter von Morgens 6 Uhr oft bis Abends 9 Uhr mit Unterbrechung einer einzigen Stunde Mittagszeit an Werkstätte und Fabrik gebunden sind, wo bleibt ihm da Zeit zur Erfüllung seiner ersten und heiligsten Menschenpflicht: der Erziehung seiner Kinder? — Es ist viel gesprochen über die Erhebung der untern Stände — ich glaube der Diakonus zu Chemnitz hat mit seiner Forderung von zwei freien Mittagsstunden für den Arbeiter, damit er Vater seiner Kinder sein könne, den Nagel auf den Kopf getroffen. — Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Ein Maschinenarbeiter.

Zur Frauenfrage.

Eine letzte Erwiderung.

Hiermit will ich in Bezug des Herrn J. R. eine letzte Erwiderung in der Frauenfrage bringen. Schon im Eingang unterscheide ich mich in Bezug der Gesinnung vollständig von ihm. Mir ist es nicht gleich, was man von mir denkt, denn ich möchte gern den Besten meiner Zeit genug thun, und nur von schlechten Menschen aus kann es mir gleich sein, ob sie mich loben oder tadeln. Dem Herrn Anonymus ist es gleich, was ich von ihm denke, an ihn oder gegen ihn richte ich daher kein Wort mehr. Auch schreibt er mir zu sehr in den Tag hinein, und mit solchen Menschen wird man mit den besten Gründen nicht fertig. Da habe ich Wichtigeres zu thun. Um nur Einiges heute zu berühren, mache ich die vernünftigen Arbeiter auf Folgendes aufmerksam. Das Wort „Fabrikantenspekulation“ hat freilich „unangenehm berührt, weil es unangenehm berühren muß. Einen schlechten Fabrikanten, deren es ja so gut gibt, wie schlechte Arbeiter, würde es gar nicht unangenehm berühren, weil er nur seinen Vortheil im Auge hat. Er würde sich überhaupt gar keine Mühe geben, die „Frauenarbeit“ auf's Tapet zu bringen, denn er braucht die Frauen nur zu wollen und er hat sie. Die Spekulation ist da, man hat sie nicht erst zu machen. Meine Aufgabe ist aber die, der Spekulation entgegen zu arbeiten. Ich müßte z. B. vollkommen vernagelt sein, wenn ich auf meine angegebene und eingeleitete Weise eine Spekulation machen wollte! O sancta simplicitas! Ich setze zwei Anzeigen in's hiesige Tageblatt und bekomme in meine Fabrik zehnmal mehr Mädchen, als ich nur beschäftigen könnte, was hätte ich da für Unsinn gemacht, mir solche Arbeit, solche Opfer, solche Unannehmlichkeiten wie jetzt aufzuerlegen und zu bereiten! Um mit den Arbeiterinnen mit der Zeit einen gleichen Standpunkt einzunehmen, wie mit den Arbeitern, lege ich fl. 100 baar aus, sammle in der Stadt bis jetzt noch fl. 200 dazu ein ꝛc., und habe bis jetzt höchstens Spott damit eingeerntet. Welche Spekulation! Wenn die Arbeiterinnen besser belehrt werden, vielleicht belehrt, daß sie alles Andere lernen sollten, um nur **nicht** in die Fabriken zu gehen, welche Spekulation!! Doch genug über diese Art zu schreiben. Und so ist es mit den anderen Einwendungen. Wo habe ich das Cigarrengeschäft als solches weit hinweggeworfen, wie mir Herr J. R. vorwirft? Wo habe ich mich in Bezug des Luxus auf so verkehrte Weise geäußert, wie mir von ihm untergeschoben wird? Der Luxus ist ein durchaus relativer Begriff. Das Cigarrenmachen wie die Goldwaarenarbeit hat für's Allgemeine seinen großen Nutzen. Aber während bei den Einen das Rauchen und das Goldwaarentragen sogar als eine Unsittlichkeit betrachtet werden kann, z. B. wenn es übertrieben wird, und wenn die Ueberflüssigkeiten des Leibes den Nothwendigkeiten der Seele vorgezogen werden, oder wenn die Frau und Kinder hungern und der Mann raucht und trägt Ringe an den Fingern, so kann in einem anderen Fall, je nach Umständen, das, was bei dem Einen eine sträfliche Vergeudung war, bei dem Anderen ein heilsamer Lebensgenuß werden. So ist es auch mit dem Beispiel der Uhr. Der Menschheit nützt es, gute **und** wohlfeile Uhren zu bekommen. Leiden einige, d. h. die ungeschickten Arbeiter dadurch, daß Arbeiterinnen mitarbeiten, so kann der Fortschritt dadurch nicht aufgehalten werden. Ueberhaupt ist bei der Anbahnung des Guten allemal auch einiges Schlimme mitzuerwarten, gegen das dann wieder auf's Neue operirt werden muß. Die Thatsache ist die, daß wenn auch wahr wäre, was Herr J. R. in Bezug des Familienlebens vorbringt, (es ist aber oft auch nicht so) doch so und so viel Millionen Mädchen rufen können: wir hätten es viel besser, wenn wir recht arbeiten könnten! Und wenn wir (was zur Arbeit gehört), wenn wir recht gebildet und erzogen wären — das ist die Frage. Und die Antwort, die ich darauf zu geben habe, habe ich gegeben, und es ist das Beste, daß mit der Zeit darnach gehandelt werden wird, auch wenn die Herren J. R. und Genossen dagegen sind.

Ich wiederhole: es ist vorerst Pflicht der Arbeitervereine auch die Arbeiterinnen besser zu belehren über alle Erscheinungen des Lebens, aber ihr hohes Prinzip darf für die Arbeiterinnen kein anderes sein als Freiheit in allen Beziehungen, auch in der Arbeit. Die rechte Freiheit wird aber durch Bildung erlangt. Ist die rechte Einsicht, das rechte Geschick und der sittliche Wille gewonnen, kommt die Selbstständigkeit von selbst, und vereint können die Arbeiter und Arbeiterinnen allen schlimmen Einflüssen und Spekulationen nur um so besser entgegenstehen. In Bezug der rechten Volksbildung und Aufklärung überhaupt, habe ich mich des Näheren in einer Schrift ausgelassen, die demnächst in Leipzig erscheinen wird, und welche ich allen Vereinen dringend ans Herz lege. Es gibt noch viele Punkte die noch nie erörtert wurden, und ich darf sagen, daß in besagter Weise noch nichts erschienen ist in der Literatur. Der Titel der Schrift ist

Ein Vortrag
über die Vorträge
oder
welche Prinzipien, welche Lehrmethode, welcher Lehrplan, welche Mittel, sind anzuwenden um der Volksbildung am besten zu dienen?

Hier sind meine Gedanken, Ideen und Vorschläge näher entwickelt und auch das zu finden, daß das

ein Unsinn ist, wenn man meint, erst einen Theil der Menschen zu emancipiren und dann wenn's gefällig ist, mit dem andern zu beginnen. Wenn man nicht das Ganze und das Höchste ins Auge faßt, kommt die Menschheit nicht voewärts. Uebrigeas ist es eine ungeheuer beschränkte Ausicht, immer nur von der Fabriksarbeit zu eeden! Alle Zweige und Felder der Arbeit sind für die Frauen frei zu geben! Denn es ist Thatsache, daß wenn man auch die Arbeit der Frauen in den Fabriken als ein Uebel erkennea will oder muß, daß es doch ein noch größeres Uebel wäre, wenn man die Mädchen und Frauen auf einmal aus den Fabriken nehmen wollte und könnte und nun diese in Bezug ihrer Arbeit und Existenz wartea sollten, bis die Arbeiter alle selbst emancipirt wären! Da könnte der letzte Arbeiter der noch nicht mit der Emancipation zufrieden wäre, immer noch rufen: Es ist noch nicht Zeit. Wie gesagt, und damit schließe ich: die Sache ist vorerst zu berathen und kann nur mit Segen berathen werden, unter den von mir vorgezeichneten Grundsätzen und im Dienste der von mir dargestellten Idee, nemlich die Frauen zu würdigen Genossinnen des Mannes und za vollgiltigen Mitgliedern der Menschheit zu erziehen! Und mein Wahlspruch bleibt auch für die Frauen heute wie vorher:

Arbeit, Bildung und vereinte Thätigkeit!

Großes Fortschritts-Zweckessen

in Frankfurt a. M.

Drei Abtheilungen.

Erste Abtheilung.

Die Speisekarte.

Heiliger Foetschritt, gebenedeit seiest du unter den Schritten! Unaufhaltsam durchwanderst du das 19te Jahrhundert, ia vier Wochen bist du vom Abgeordnetentage bis zur Nationalvereinsversammlung gekommen; wo wirst du rasten und endlich dein müdes Haupt betten?

Du hast Strapazen auszustehen, wir wissen es, aber groß wie deine Thaten sind deine Wirkungea und selbst auf gewöhnlicher Menschen unerleuchtetes Haupt wirfst du einen födernden Strahl. Auch wir, großer Fortschritt, kommen mit der Zeit hinter die unergründlichen Geheimnisse der Ausschüße und lüften ahnungsvoll die Zipfel des Vorhanges am Allerheiligsten — der „Abmacherei."

Deutschland ist aus dem Leim, nicht nur geographisch-statistisch, sondern der Gesinnung und den innersten Gefühlen nach; kaum daß sich noch ein halbes Dutzend Seelen im großen weiten Vaterlande verstehen. Der Nationalverein theilt dieses Loos in seiner ganzen Ausdehnung und Schwere.

Die 17000 Seelen, die von dieser Neubelebung des deutschen Geistes übrig geblieben sind, wüeden wild auseinander fahren, wenn man sie auf irgend einer grünen Wiese zusammenbrächte. Da kommt aber der Ausschuß, der sich eben so wenig versteht und schreibt all die verschiedenen Meinungen, Gedankenunterschiede und Katzbalgereien in seinem Schooße auf Ein und dasselbe Stück Papier, und dieses Stück Papier erklärt er für das Heiligthum der Nation, für das Palladium des Fortschritts, für das Dogma, auf das man zu schwören habe!

Und siehe da, der Versuch wird gemacht und — gelingt. Von 400 nationalen Seelen erheben 350 ihee Hand gen Himmel, schwörend, an das Papier zu glauben und Jeden für einen Ketzer zu halten, der ein anderes Stück Papier zwischen die Versammlung und den Ausschuß beingen wüebe. Kein Wunder! man betrachte sich auch dieses Papier, ob je eine mannigfaltigere Speisekarte niedergeschrieben worden, ob selbst der sonderbarste Appetit Ursache hatte, unbefriedigt vom Tische wegzugehen! Der Ausschuß des Nationalvereins präsentiete seinen 400 Gästen folgendes Menü:

„Große deutsch-schleswig-holsteinische Gasterei im Saalbau zu Frankfurt a. M.

29. Oct. 1865, Mittags 12 Uhr.

Suppe: Einheit und Freiheit Deutschlands à la 1860.

Pastetchen: Reichsverfassung à la 1862.

Rindfleisch: Das preußische Volk hat sich der Centralgewalt und Volksvertretung zu unterwerfen.

Saure Gurken: Die preußische Regierung nimmt die deutschen Interessen nach jeder Richtung thatkräftig wahr.

Schweinebraten mit weißen Rüben: Die Centralgewalt wird dem Oberhaupte des größten rein deutschen Staates übertragen.

Süße Schüssel: Die Entscheidung übee den Träger der Centralgewalt steht der im Paelament vertretenen Nation zu.

Krebse: Der baldige Sieg eines wahrhaft freisinnigen und nationalen Systems in Preußen.

Schnepfendreck in Anschluß-Sauce: Das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins, durch die Interessen Deutschlands beschränkt.

Windbeutel: Bei dem Maagel einer deutschen Centralgewalt kann nur Preußen die deutschen Küsten und Grenzen vertheidigen.

Kapaun mit Pisse-en-lit-Salat: Berliner Vereinbarung vom 26. März l. J. zwischen dem 36er Ausschuß und dem Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine (militärische, maritime und handelspolitische Annexion).

Senf nach dem Mittagsessen: Sofortige Einberufung der Landesvertretung der Herzogthümer, Aufhören der preußisch-österreichischen Vergewaltigung und Willkürherrschaft.

Torte: Up ewig ungedeelt.

Das weitere Dessert wird zur Ueberraschung reservirt."

An diesem Menü haben die Köche des Ausschusses zwei ganze Tage und die ganze Nacht vom 28. auf den 29. October, von Abends 9 bis andern Morgens 3 Uhr geaebeitet und geschwitzt. Müde, blaß und matt, wie ihre weißen Servietten, tragen sie's Mittags um 12 Uhr auf.

Hr. Guggenbühl läutet: Meine HH., es ist angerichtet. Setzen Sie sich mit „Freiheits- und Rechtsgefühl" zu Tische! „Den Kopf klar, das Herz fest in der Brust!" „Den Behörden dieser freien Stadt verdanken wir es," daß wir noch einmal unsern nationalen Appetit befriedigen können. Greifen Sie zu, nur mäßigen Sie sich im Interesse Ihres Magens! Mein Freund Hafner wied Ihnen die einzelnen Gerichte, so wie die Zusammengehöeigkeit derselben eeklären.

Hr. Hafner *): M. HH. Hier sehen Sie eine reich besetzte Tafel vor sich, Einiges kennen Sie schon von früher, Anderes drückt die neuesten Fortschritte der Kochkunst aus; aber vergessen Sie nicht, alles gehört zusammen, alles zusammen bildet erst das wahre Foetschrittsmahl. Essen Sie von Allem verhältnißmäßig und Sie werden mit Vergnügen das einige freie Deutschland im Magen spüren. „Bis drei Uhr diese Nacht" ist der Ofen nicht kalt geworden. — Die Suppe kennen Sie seit 1860, die Pastetchen sind eine liebe Coburger Erinnerung. Beim Rindfleisch finden Sie außer den bekannten Sauren Gurken eine Masse von Zuthaten: Mostart, rothe Rüben, Preißelbeeren, Eingemachtes 2c. Alles das trägt die Etikette „Wenn"; wenn Preußen sich der Centralgewalt unterwirft, wenn Preußen anerkennt daß . . ., wenn Preußen ein Engel wird . . ., so wird es auch „Centralgewalt". Wie kann Rindfleisch schmackhafter sein? „Es gibt zwar Leute, die überhaupt kein Rindfleisch mögen, aber meine HH., das Rindfleisch ist „nun einmal da," es ist gekocht, Sie müssen es essen: Oder wollten Sie so verwegen seia auszurufen: „niemals"? Ein wohlerzogenes Mitglied des Nationalvereins sagt niemals: „Niemals", sondern speist immer zu. Behandela Sie doch Rindfleisch nicht schlechter als jedes andere Fleisch, als Kalb- oder Hammelfleisch! Das Rindfleisch hat sich in den letzten Zeiten bestrebt, immer schmackhafter zu werden und ich für meine Person schwöre, Rindfleisch zu lieben „bis in mein kühles Grab." Was die Verdauung anbetrifft, so verlasse ich mich auf die Sauren Gurken.

Gehen wir zum Schweinebraten über; es ist keine leichte Schüssel, aber sie ist ein „Machtmittel", sie hält Leib und Seele zusammen. Schweinebraten ist was die Franzosen une pièce de resistance nennen, eine Speise, die im Magen widerhält. Auch ist „Widerstand" kein schlechter Witz, denn man kann auch sagen: Eine Speise widersteht mir. Nun, meine Herrn, Sie kennen mich, ein guter Witz widersteht mir nicht, und wenn der Schweinebraten wirklich hautgôut haben sollte, ich wäre im Stande, ihn abtragen zu lassen. Für den äußersten Fall der Ungenießbarkeit behalte ich mir „freie Hand" vor. Vor der Hand erwägen Sie aber wohl, es folgt die Süße Schüssel: das deutsche Volk hat in letzter Instanz auch über den Schweinebraten abzuurtheilen. Wer aber den Appetit gänzlich verloren haben sollte, der ruht sich bei den Krebsen aus, zerpflückt etliche Scheeren, trinkt etwas französischen Handelsvertrags-Wein dazu und stärkt so seine Magenwände zu weiterer Thätigkeit.

Aber nun, m. Hrn., kommt etwas Ausgesuchtes, ganz delinquentes, das Edelste der gefiederten Natur, die Quintessenz aller geflügelten Verdauung, ächt humoristisch unter garstigem Namen versteckt: Schnepfendreck. Das ist das „Selbstbestimmungsrecht des Schleswig-Holsteinischen Volkes." Guggenbühl, ich und die übrigen nationalen Köche haben diese Speise seit 1864 bereitet, „wir erkannten den Herzog Friedrich an", „wir waren gegen die Annexion." Nun was bieten wir Ihnen heute? Immer denselben Schnepfendreck, aber in maritimer, militärischer, handelspolitischer Anschluß-Sauce. Oder wollen Sie etwa Welfenbrühe dazu, oder Mecklenburger Hasel-Decoct, oder Hamburger Rauchfleisch-Sauce? (Heiterkeit) Es ist eben keine andere Brühe da, Schnepfen aber wollen nicht trocken gegessen werden! Diese Sauce ist am 26. März l. J. in Berlin einem auserwählten Publikum zuerst aufgetragen worden und hat allgemeinen Beifall gefunden.

Auch lassen wir jetzt die Windbeutel folgen, eine gar leichte angenehme Zwischenschüssel, im Sinn auf die verschnittene Kapaune mit Löwenzahn-Salat vorzubereiten, welchen die Franzosen in ihrer Frivolität Pisse-en lit nennen. Wem aber etwa bisher der Senf entgangen sein sollte, dem wird er hier extra präsentiet. Er kommt zwar nach dem Mittagsessen, aber Sie sollen nicht sagen können, bei Hafner und Guggenbühl vermisse man etwas. Dann aber, m. Hrn. greifen Sie zur Torte, sie trägt, wie Sie sehen, einen Zuckergruß, der die gewichtigen Worte ausspricht: „Up ewig ungedeelt." Ich bitte Sie, m. Hrn., schützen Sie nicht etwa die Ueberladung Ihrer Magen vor, machen Sie nur die Torte nicht zum Schaugericht! Wenn Sie nicht Alles oder doch von Allen essen, so können Sie unsere gastronomische Kunst nicht erproben. „Wir haben bis 3 Uhr gekocht", das ist wahrlich aller Anerkennung werth.

Uebrigens beeeitet Ihnen mein Gehülfe aus Wiesbaden einen Extra-Spaß zum Kaffee vor.

Jetzt läßt sich die mißvergnügte Stimme des Gastes, eines Büegers aus Köln, vernehmen. „Wie oft wird man uns das Rindfleisch präsentiren, gibt's denn gar keine Abwechslung in Euver Küche? (Murrende Zustimmung). Zudem ist es niemals gar (Bravo). Mit allen Euren Zuthaten von Eingemachtem wied nichts ausgemacht (Große Heiterkeit). Wir wissen wohl, woher die Sauren Gurken, der Schweinebraten sammt den strobernen Rüben, die süßen Rosinensaueen, die Windbeutelei, das verschnittene Geflügel und der unanständige Salat kommen. Von Berlin, immer von Berlin. Laßt doch endlich einmal die wahren Sachverständigen, das ganze hungrige und durstige Volk zusammenkommen, und die Speisezettel selbst bestimmen! Gerade die Köche, welche den Beruf hätten, füe ein schmackhaftes, verdauliches Essen zu sorgen, welche zu Hause ihr Geschirr putzen, ihre Vorrathskammer lüften, für reines Wasser sorgen sollten, grade diese kommen hieher nach Frankfurt und verderben und versalzen den Brei. Ihr stört durch Eueren Mischmasch von Sudelköcherei jede gesunde Verdauung. Was ist Schnepfendreck mit Anschluß-Sauce? Was soll Senf nach dem Mittagsessen? Eure Torte tragt nur wieder ab, ich glaube sie ist gemaltes Holz mit welßem Sande oben drauf. (Große beifällige Heiterkeit). Bringt uns ein selbstständiges Austerngericht, einen herzhaften Holsteinischen Lendenbraten, Wasserhühner und wilde Enten! Der Kapaun ist vergangen, der Salat zu Essig geworden. Werft die Krebse in die Suppe und zerstampft sie! Ihr seid schlechte Köche. Künftig wollen wir selbst sagen, was gekocht werden soll! (Lebhafteste Zustimmung unter Gästen und Zuschauern).

Man setzt sich in sehr gedrückter Stimmung nieder. Trinksprüche beginnen. Von diesen im zweiten Kapitel.

---

*) Durch eigene Erfahrung belehrt, rathe ich dem geneigten Leser, die „Speisekarte" selbst nicht aus dem Auge zu verlieren. D. Setzer.

Digitized by Google

Verschiedene Anzeigen.

42. Im Verlage der C. H. Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Löfflad, Taschenliederbuch für Gesellen- und Arbeitervereine. Eine Sammlung der bewährtesten Volks- und Vaterlandslieder für den 2- und 4-stimmigen Männerchor. 160 S. kl. 8. Preis 24 kr.; in Parthieen 21 kr.

Neben einer reichen Auswahl der bewährtesten Volks- und Vaterlandslieder im 2- und 4-stimmigen Satz finden sich hier auch die edelsten Blüthen des deutschen Männerchorrs von Mozart und Beethoven, Kreuzer, Weber, Mendelssohn, Abt rc. Das Büchlein dürfte sich außer den bezeichneten Vereinen auch den Herren Lehrern, kleineren Gesang- und Bürgervereinen und andern geselligen Kreisen seiner gelungenen Auswahl, seiner handlichen Form und seines ungemein billigen Preises wegen empfehlen.

Briefmarken!!!

Für gebrauchte Briefmarken werden die höchsten Preise bei mir gezahlt, auch werden Continental-Marken gegen Brittische Colonial-Marken eingetauscht bei

James Gerrard,
18 Clare Street Dublin.

Briefe und Packete franco. 44.

---

39. Bei W. Levysohn in Grünberg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Jüngstdeutsche Lyrik

und ihre

hervorragendsten Charaktere.

Randzeichnungen zur Literaturgeschichte

von

Dr. Arthur Levysohn.

Zweite vermehrte und veränderte Auflage.

Eleg. geh. Preis 7½ Sgr.

In kaum 8 Monaten war die erste Auflage dieses Schriftchens völlig vergriffen, das von den angesehensten Organen der deutschen Presse in überaus anerkennender Weise beurtheilt wurde. Grenzboten, Europa, Familienbuch des österr. Lloyd, Blätter f. literar. Unterhaltung, Vossische, National-, Breslauer, Kölnische Zeitung, Magazin f. Literatur des Auslandes, Neue freie Presse, Hamburger Nachrichten rc. rc. empfehlen das Werkchen in gleich warmer Weise. Es dürfte kaum eine irgend bedeutsame Individualität unter den lebenden Dichtern Deutschlands geben, welcher nicht Erwähnung und ihrem Werthe entsprechend gerechte Würdigung, sowie scharfe Charakteristik hierin zu Theil geworden.

---

41. Bei W. Levysohn in Grünberg ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schiller und seine Räuber

in der

französischen Revolution.

Ein

historisches Bild

von

Dr. Karl Richter.

Preis eleg. geh. 7½ Sgr.

Dieses Supplement zu allen Schiller-Biographien enthält in origineller Darstellungsweise höchst interessante, auf selbstständigen und neuen Forschungen beruhende Aufklärungen über das Bekanntwerden von Schillers Räubern in Frankreich zur Zeit der großen Revolution von 1789 und die Ertheilung des Bürgerdiploms der franz. Republik an unseren größten deutschen Dichter. In einem Anhange wird ein wortgetreuer Abdruck der betreffenden Diplome und Decrete mitgetheilt.

Schroth's Naturheilmethode.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, in Coburg durch **Mensel & Sohn:**

Kypke, Dr. M., Die diätetische Heilmethode, ohne Arznei und ohne Wasserkur. I. Theil: Heilung der chronischen oder langwierigen Krankheiten. 30. Auflage. 20 Sgr. = 1 fl. 12 kr. rh. II. Theil: Heilung der acuten oder hitzigen Fieberkrankheiten. 22. Auflage. 15 Sgr. = 54 kr. rh.

Gerke, Fr. El., Die Naturheillehre des Joh. Schroth:

1. Krankheiten der Kinder. 4. Auflage. 20 Sgr. = 1 fl. 12 kr. rh.
2. Krankheiten der Frauen und Jungfrauen. 25 Sgr. = 1 fl. 30 kr. rh.
3. Geschlechtskrankheiten oder dreifache Syphilis. 20 Sgr. = 1 fl. 12 kr.

Schroth's naturgemäßes reinliches Heilverfahren ist ohne Arzt, fast ohne Kosten, zu jeder Jahreszeit und in jeder Wohnung anzuwenden. Es verbürgt unzweifelhaft die vollständige Wiederherstellung der Gesundheit. Man prüfe vertrauensvoll!

43. Verlag von Theobald Grieben in Berlin.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Zwei Vorträge

über die

gegenwärtigen freien Gemeinden

in Deutschland

und über

Alt und Neu in der Religion.

Von

Prediger **Uhlich** aus Magdeburg.

Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.

Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Das Papstthum

in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,

im Widerstreit mit den Lebensinteressen

Deutschlands und Italiens.

Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.
II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die siebente Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue achte Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist bereits begonnen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und Vereine erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen sieben Auflagen, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Neue Unterhaltungs-Lectüre.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken zu haben:

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt,
Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Deutschlands

Errettung aus tiefster Schmach.

Programm der Zukunft.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Soeben ist erschienen und durch die J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)

2. Auflage.

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Wichtig für Bruchleidende!

Wer sich von der überraschenden Wirksamkeit des berühmten Bruchheilmittels, von dem Bruch-Arzt Krüsi-Altherr in Gais, Kanton Appenzell in der Schweiz, überzeugen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit vielen hundert Zeugnissen unentgeltlich in Empfang nehmen.

☞ Wir machen darauf aufmerksam, daß unser, nach wie vor Sonntags herauskommendes Blatt nach dem jetzt eröffneten Postdebit nicht mehr wie bisher am Dienstag vorher, sondern erst am Freitag vorher in die Presse geht und Sonnabends von hier für die directen wie für die Postabonnenten zur Versendung kommt und daß Correspondenzen für die nächste Nummer deshalb immer **spätestens bis Donnerstag Abends** hier sein müssen. Einsendungen, die erst am Freitag hier ankommen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Dritter Jahrgang.

Nr. 150. Coburg.

Sonntag, 12. November 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 2spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten: Zirkular des ständigen Ausschusses an die deutschen Arbeiter in Betreff der Verhandlung des letzten Vereinstags und der Vereinsstatistik. Bericht über die jüngste Ausschußsitzung. Cigarrenarbeiterangelegenheit: aus Stuttgardt, Zirkular an die süddeutschen Cigarrenarbeitervereine; aus Leipzig, Nachträgliches vom norddeutschen Cigarrenarbeitertag; aus Stuttgardt, über die Auflösung des Handwerkervereins, Berichte aus Celle über den Lebensversicherungsverein, aus Reichenbach in Böhmen, über den industriellen Bildungsverein. **II. Politischer Theil. Politische Umschau.** Ungeheuere Thätigkeit des Bundestags. Wachsende preußische Liebenswürdigkeit in Schleswig und entsprechende Zuneigung der Bevölkerung. In Preußen Hoffnung auf einen Winterfeldzug gegen die öffentliche Meinung. Außerordentliches Wohlbefinden der Junkerschaft. Fortschritte im Hundedeutsch. Worms, der Gemeinderath für die Jugendwehr. Aus Baden unheimliche Nachrichten über den Gesundheitszustand des Großherzogs. In München, die Reaction im Anmarsch. Berlin, Graf Bismarck von Paris zurück, Borries und Bismarck sind Zweierlei. Kurhessen, des Teufels Gevatter, Herr Vilmar, soll Minister werden. Aus der Schweiz, gesunde Reaction gegen das Pfaffenthum, die Jesuiten haben vergebens an die Thüre der Schweiz gepocht. Amerika, Zusammentritt des Congresses. Noch Einiges von der letzten gemäßigten Fortschrittsgasterei in Frankfurt a/M. **III. Aus der Werkstätte.** Zum 10. November, von Arbeiter Wilde in Leipzig. **IV. Briefkasten. V. Anzeigen.**

Vereinsangelegenheiten.

Der ständige Ausschuß an sämmtliche deutsche Arbeitervereine.

Nürnberg, 9. Nov. Von den Berichten über den Arbeitertag in Stuttgart, welcher die Aufmerksamkeit der deutschen, französischen und englischen Presse erregte, ist noch ein bedeutender Vorrath an dem derzeitigen Vororte Nürnberg vorhanden. Da eine eingehende Darstellung der dortigen Verhandlungen für jedes Mitglied eines Arbeitervereins nur von großem Interesse sein kann, bitten wir die Vereine und einzelnen Mitglieder, welche solche Berichte noch zu erhalten wünschen, ihre Bestellungen im Interesse einer baldigen, ordnungsgemäßen Abrechnung möglichst bald an die Adresse des Unterzeichneten (Nürnberg, Füll) gelangen zu lassen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir alle Vereine, welche bis jetzt in den Verband deutscher Arbeitervereine noch nicht aufgenommen sind, ihren Namen, Adresse des Vorsitzenden und Mitgliederzahl an die obige Adresse zu schicken, und die ihnen hierauf zugesandten statistischen Fragebogen möglichst genau ausgefüllt zurückzuschicken.

Mit Gruß und Handschlag.

Im Namen des ständigen Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine.

Staudinger.

Am Sonntag fand in **Gotha** eine Versammlung des ständigen Ausschusses des Vereins deutscher Arbeiter-Vereine statt, um über die Ausführung der dem Ausschusse auf dem Stuttgarter Vereinstage gewordenen Aufträge sich weiter zu verständigen. Nachdem zunächst Sonnemann (Frankfurt) einen kurzen Kassenbericht erstattet, wonach ein Bestand von 550 fl. vorhanden, wird beschlossen, die Vereine aufzufordern, ihre Beiträge mit 1 Sgr. pro Kopf ihrer Mitgliederzahl nunmehr recht bald zur Vereinskasse abzuführen. Für die Höhe derselben soll die in der jährlich im ersten Quartal zu erstattenden Vereinsstatistik angegebene Kopfzahl maßgebend sein. — In Bezug auf die von dem Ausschusse den Vereinen zu machenden Mittheilungen wird hiernächst beschlossen, solche sowohl, in erster Linie durch die Arbeiterzeitung, als auch durch eine größere Anzahl (30) anderer Zeitungen zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen. Weiter wird in einer demnächst im Verlag von L. Sonnemann in Frankfurt und unter Redaction von R. Hirzel in Nürnberg, den Interessen der Arbeitervereine gewidmeten Monatsschrift ein bestimmter Raum der uneingeschränkten Disposition des Ausschusses offen gelassen werden. Dieser dagegen wird das neue Unternehmen durch Entnahme von 300 Exemplaren unterstützen, welche zur Vertheilung an die Vereine bestimmt sind. Endlich soll, um Kenntniß über die Arbeiterbewegung in möglichst viele Kreise zu verbreiten das Wissenswertheste aus dem Vereinsleben in ganz Deutschland in einer lithographirten Correspondenz den gelesensten Zeitungen unentgeltlich zur beliebigen Benutzung mitgetheilt werden. Die Correspondenz soll so oft als es erforderlich erscheinen. Die Redaktion ist Bandow (Berlin) übertragen und werden sämmtliche Vereine aufgefordert werden, demselben entsprechende Mittheilungen zugehen zu lassen. Dr. Hirsch (Magdeburg) wird mit Abfassung eines Aufrufs an die Männer der Wissenschaft zur Unterstützung der Bildung in den Arbeitervereinen beauftragt; derselbe wird auch mit Verlegern in Verbindung treten, um einen billigern Bezug von für die Vereine empfehlenswerthen Schriften zu erlangen. Bandow wird die Berichterstattung über Fabrikordnungen übertragen, Dr. Lange (Duisburg) soll ein Statut für Häuser-Bau-Genossenschaften entwerfen. Sonnemann wird eine populäre Darstellung der Bestimmungen des deutschen Handels-Gesetzbuches veranlassen und Schmidt (Frankenberg) soll das Referat über die Frage übernehmen: ist für Vorschußvereine das Prinzip der Dividendenvertheilung, oder das Prinzip der Amortisation zweckmäßiger? Zum Referenten über Frauenarbeit wird Moritz Müller (Pforzheim), zum Referenten über Kranken-Unterstützungssachen Hochberger (Eßlingen) bestellt. — Den für die Tagesordnung des nächsten Vereinstages schon bestimmten Gegenständen, werden die „Schulfrage" und die „Militärfrage" hinzufügt, und soll versucht werden, für erstere Uhlich, für letztere Kolb (bayerischer Abgeordneter) zu Referenten zu gewinnen. — (Die Original-Correspondenz über die Arbeiterversammlung in Gotha, welche sich an diese Ausschußsitzung angereiht hat, mußte wegen Mangels an Raum für die nächste Nummer zurückgelegt werden. D. Red.)

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

Stuttgart, 7. Nov. Wir theilen hiermit unsern Vereinen mit, daß bis zum 27. November in Frankfurt eine Comitésitzung, beschickt von sämmtlichen Comité's Deutschlands, stattfinden soll, die den Zweck hat, die Vorarbeiten zu machen und die Geschäfte zu ordnen, für den dann einzuberufenden deutschen allgemeinen Cigarrenarbeitertag. Da dies eine dringliche und wichtige, mit größeren Kosten verbundene Sache ist, so bringen wir es Euch hiermit zur öffentlichen Kenntniß und nehmen an, daß diejenigen Vereine, welche nicht damit einverstanden sind, daß wir einen Vertreter auf Centralkosten zu der allgemeinen Comitésitzung schicken, spätestens bis zum 18. d. Mts. ihre Reklamationen einsenden müssen, widrigenfalls sie nicht berücksichtigt werden können. Dabei wollen wir auch noch die letzte Mahnung an nachgenannte Vereine ergehen lassen, doch endlich ihre Vereinsstatistik nebst Kopfsteuer innerhalb 8 Tagen an uns ergehen zu lassen, widrigenfalls wir annehmen müssen, daß sie für die schöne gemeinnützige Sache kein Interesse haben.

Die Vereine, welche noch fehlen, sind folgende: Heidelberg, Bruchsal, Freiburg i. Br., Lahr, Aschaffenburg, Nürnberg.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Im Auftrag des provisorischen Comité's
für
Bayern, Baden u. Würtemberg.
Der Vorstand: Franz Leib.
(Ludwigsstraße 4, 1. Tr.)

Stuttgart. Anfang Nov. Da der in Nr. 147 der Arbeiterzeitung in Aussicht gestellte Originalbericht über den in Leipzig stattgefundenen norddeutschen Cigarrenarbeitertag bis jetzt nicht erschienen ist*), so ersuchen wir die Redaktion zur Ergänzung des dortigen vorläufigen Berichts, noch den nachstehenden ausführlicheren, auch im „Socialdemocrat" enthaltenen, Bericht aufzunehmen.

(Cigarren-Arbeitertag.) Der Anfangs der zweiten Hälfte des October hier abgehaltene Cigarrenarbeitertag begann am 14. Oct. Abends 8 Uhr mit einer Vorversammlung der Delegirten im Versammlungslokale, dem Saale des Hotel de Saxe, in welcher man vorläufig über den Geschäftsgang berieth. Die erste Versammlung fand Sonntag, Vormittags von 10—12 Uhr, statt. Als Vorsitzender wurde Herr

*) Leider ist uns der zugesagte Originalbericht nicht zugegangen. D. Red.

Fritzsche von hier, als Vicevorsitzender Hr. Richter aus Dresden gewählt, während für diesen Tag Hr. Hörig aus Berlin das Schriftführeramt übernahm. Vertreten waren durch anwesende fremde Delegirte die Städte Berlin (durch 2), Braunschweig und Wolffenbüttel (durch 1), Köln, Herford, Dessau, Zerbst, Altenburg, Lucka, Dresden, Leipzig (durch 2), Zeitz, Döbeln, Bautzen, Großenhain, Wurzen, Meißen, Roßwein, Rochlitz, Waldheim, Nordhausen; Frankfurt a. M. hatte seine Vertretung Hr. Fritzsche mit übertragen, ebenso Frankenberg, während eine Anzahl Städte Zustimmungsschreiben zu den Beschlüssen eingesendet hatten. Die Tagesordnung enthielt zehn verschiedene Gegenstände. Der erste derselben war, die Petitionirung um Abschaffung der Cigarrenarbeit in den Strafanstalten und Zuchthäusern, worüber des Längeren debattirt und der betreffende Antrag angenommen wurde. Die Nachmittagsverhandlung wurde hauptsächlich durch die Debatte über den Richterschen Antrag auf Wahl einer Commission zur Prüfung der Kranken- und Sterbekassen-Angelegenheit in Anspruch genommen, an welcher sich die Herren Schaar und Hörig aus Berlin, Richter aus Dresden, Fritzsche aus Leipzig betheiligten und welche durch einstimmige Annahme des Antrags ihren Abschluß fand. Die Berathung des dritten Gegenstandes der Tagesordnung, des Statuts für Begründung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, konnte Sonntag nicht mehr zu Ende geführt werden und wurde Montag Vormittag dadurch zu Ende geführt, daß der Beschluß gefaßt wurde, das ausgelegte Statut zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit der einzelnen Deputirten zur Bekanntgebung an ihre Wähler behufs der Einzelberathung schriftlich auszuhändigen, wogegen etwaige Abänderungen dem zu ernennenden Centralcomité schriftlich einzureichen seien. Der Vorsitzende Fritzsche begründete die Nothwendigkeit einer solchen Versicherung, indem er hervorhob, wie der Arbeiter dem Arbeitgeber bei ungerechtfertigten Zumuthungen entgegenzutreten im Stande sein müsse, solle der Arbeiter nicht völlig zum Sklaven des Capitals werden. Der vierte Gegenstand der Tagesordnung war die Gründung eines Vereinspreßorgans, und es wurde, da zur Zeit die Mittel hierzu nicht vorhanden, beschlossen, den „Socialdemokrat" als Vereinsorgan bis auf Weiteres anzuerkennen. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich über den fünften Gegenstand, die Gründung von Produktiv-Associationen. Hr. Richter, als Referent hierüber, hob hervor, daß man in Dresden unter allen Umständen eine solche begründen werde; gerade bei den Cigarrenarbeitern würden sich die mindesten Schwierigkeiten einem solchen Unternehmen entgegenstemmen. Herr Fritzsche führte dabei aus, daß die Gründung auf nach und nach einzuzahlende Actien à 10 Thlr. erfolgen sollte, verwahrte sich jedoch dagegen, als ob er damit das Zugeständniß machen wolle, daß der Arbeiter im Stande sei, Ersparnisse machen zu können; so lange der Arbeiter sich solche Ausgaben an andern Bedürfnissen abdarben müsse, könne man auch nicht von Ersparnissen sprechen. Hr. Hörig aus Berlin wies darauf hin, daß in Berlin bereits eine Produktiv-Association bestehe, die durch Wochenbeiträge gegründet, gegenwärtig 12 Mitglieder stark sei und wozu er dermalen selbst gehöre; auf die Idee von Aktieneinrichtung sei man in Berlin noch nicht gekommen. Er betonte die Nothwendigkeit von Baarkapital und kaufmännischem Betriebe, erbot sich zu Vorarbeiten und erkannte in der Gründung von Produktiogenossenschaften eine wesentliche Aufhülfe für den Arbeiter. Hr. Fritzsche setzte sodann in längerer Rede das Wesen der Produktiogenossenschaften nach Lassalle'schem System auseinander, worauf der Antrag: „das zu wählende Centralkomité wolle sich die Aufgabe stellen, ein Statut für Produktiogenossenschaften auszuarbeiten und dem nächsten Cigarrenarbeitertag dasselbe vorlegen," Annahme fand. Hiermit war die Vormittagsberathung beendet und die noch übrigen vier Gegenstände der Tagesordnung, als: Einführung von Wittwen- und Invalidenkassen, Anschaffung von gesunden Arbeitslokalen seitens der Arbeitgeber, Beschränkung der Hausarbeit als Ursache der Verschlechterung der Lohnverhältnisse, Abschaffung des Nachschusses und der Prämienarbeit, endlich Beseitigung der Frauen und Kinder aus den Arbeitslokalen im Interesse der Moral und Sittlichkeit, wurden Montag Nachmittag erledigt. Zu Punkt 6, Wittwen- und Invalidenkassen, wurde Vertagung bis nächsten Vereinstag beschlossen, zu Punkt 7, die Beschaffung gesunder Arbeitslocale, der Antrag angenommen, „daß die Regierungen in sanitäts-polizeilicher Hinsicht diese Frage in Obacht nehmen möchten." Zu Punkt 8, die Hausarbeit betreffend, genehmigte man den Antrag: „das Entgegentreten gegen das Umsichgreifen der Hausarbeit, wo es wünschenswerth, den Lokalvereinen zu überlassen." Ebenso faßte man Resolutionen gegen Nachschuß und Prämienarbeit und wegen Beseitigung der Frauen und Kinder aus den Arbeitslokalen. Schließlich wurden als Central-Comité die Hrn. Fritzsche aus Leipzig und Richter aus Dresden mit dem Rechte der Cooptation nach eigenem Ermessen gewählt. Als Beitrag zu den Kosten wurden per Wähler ½ Sgr. Steuer festgesetzt und dem Deficit des Stuttgarter Cig.-A.-Vereinstags Berücksichtigung zugesagt. Die Bestimmung von Zeit und Ort des nächsten Vereinstages wurde noch offen gelassen, doch sollte als Ort Leipzig empfohlen werden, definitive Mittheilung darüber aber im „Socialdemokrat" erfolgen. Hiermit war der Vereinstag geschlossen, doch blieben die Delegirten im Sitzungslokale bei Sang und Spruch noch ein paar Stunden heiter bei einander. Die Delegirten Dresdens, Berlins und Leipzig hielten heute noch eine vertrauliche Berathung.

Stuttgart, 28. Oct. Dieser Tage dekretirte ein hiesiger Verein seine Selbstauflösung, dessen Entstehung und Ende wohl einiger Worte werth ist. Es ist dies der hiesige Handwerkerverein. Derselbe entstand zu der Zeit, 1862, als die gesetzgebenden Faktoren sich anschickten, die Gewerbefreiheit einzuführen. Er zählte fast alle Meister der alten Zünfte unter seinen Mitgliedern und bestand nur aus solchen. Sein Streben ging dahin, von der alten Zunftverfassung noch so viel als immer möglich zu retten. Daß er hierbei und beim gänzlichen Mangel aller wissenschaftlichen Elemente zu einseitige Wege einschlug, ist klar, und so kam es, daß er als reaktionär und zopfig im höchsten Grade verschrieen war. Daß dem doch nicht so war, das zeigte sein Auftreten auf dem großen Handwerkertag in Frankfurt im Jahre 1863, wo er offen und kühn den Machenschaften der preußischen Zünftler und Junker entgegentrat. Die Berichte der „N. Fr. Ztg." nahmen damals ausdrücklich Akt davon. Nachdem die Zunftschranken in Würtemberg gefallen waren, nahm der Verein das Princip der Gewerbefreiheit offen und ehrlich an, und bemühte sich nur im Wege der Petition einzelne krasse Uebelstände des neuen Gewerbegesetzes zu entfernen. Daß er hierbei, d. h. in den rein praktischen Fragen des Handwerkslebens schärfer sah als reine Theoretiker, weil die vorhandenen Uebelstände seine Mitglieder täglich drückten, ist klar, und es war kein geringer Triumph für ihn, als auf seinen Anstoß eine Agitation dafür begann, daß Minderjährige in solchen Streitigkeiten, die aus dem Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen, persönlich Recht zu geben und Recht zu nehmen haben. — Das Princip der Gewerbefreiheit ist nun in Würtemberg bekannt und beliebt geworden, mit dem Gewerbegesetz hat sich der Meister bekannt gemacht, wenn er es in manchen Theilen auch nicht liebt. Die Agitation ist zu Ende. So wurde das Bestehen des Handwerkervereins gegenstandslos und er hat sich wie ein alter Römer selbst mittelst des Auflösungsbeschlusses das Schwert durchs Herz gebohrt. Er ruhe in Frieden! Dieser Ausgang darf gewiß mit Recht ein Zeichen der Zeit genannt werden.

† **Celle**, 5. Nov. Der auf Anregung einiger Mitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins im vorigen Jahre begründete Lebensversicherungsverein, welcher mit dem Registrator Kaufmann, als Agent der Leipziger Versicherungsgesellschaft, einen Contrakt abschloß, ist nicht zu der Blüthe gelangt, welche bei der ersten anscheinend regen Theilnahme, die sich dieser wohlthätige Verein zu erfreuen hatte, vorauszusetzen war und sehr zu wünschen gewesen wäre. Wie es uns scheinen will, hätte der Vorstand kräftiger wirken müssen, als geschehen ist; jedoch wird dieses Unterlassen wohl hauptsächlich darin seinen Grund haben, daß man eher einen definitiven Vorstand wählte, ehe man einen definitiven Verein hatte. Von den Vorstandsmitgliedern sind einige gar nicht von der Versicherungsgesellschaft aufgenommen, andere haben ihren Antrag auf Versicherung ganz zurückgezogen, wozu auch der Vereinspräsident gehört, welcher es vorziehen soll, statt sein Leben zu versichern, sich der zu gründenden deutschen Altersversorgungsanstalt für Arbeiter anzuschließen, welche Anstalt übrigens noch längst nicht existent geworden, auch von der Lebensversicherung grundverschieden sein wird. Daß unter solchen Umständen blutwenig zur Erweiterung des Vereins gethan werden konnte, ist selbstverständlich. In diesen Tagen wird eine Neuwahl der Vorstandsmitglieder, welche auf wirkliche Vereinsmitglieder fallen muß, stattfinden, und steht zu hoffen, daß der neue Vorstand thätiger sein, auch die Thätigkeit des Agenten anspornen wird.

Der **„Industrielle Bildungsverein" in Reichenberg** feierte am 30. September d. J. die zweite Jahresversammlung seines Bestehens. Dem Berichte des Vereins-Präses Herrn Dr. Wilhelm Herzig über die Thätigkeit des Vereins folgte der des Kassirers A. E. Heutschel über die Kassagebahrung und des Bibliothekars Karl Weiß über den Stand der Bibliothek.

Diesen Mittheilungen entnehmen wir, daß vom 19. September 1864 bis 25. September 1865 in 50 Wochenversammlungen 107 Vorträge gehalten wurden und zwar aus dem Gebiete der Volkswirthschaft 12, aus jenem der Naturwissenschaften 27, aus dem der Medicin und Gesundheitslehre 13, aus dem der Rechtswissenschaft 37 und aus dem der Geographie, Geschichte und Statistik 16. Besonderer Unterricht wurde ertheilt: in der deutschen Sprache, im gewerblichen Rechnen, in der Kulturgeschichte, in der Technologie, im Modelliren, in der Stenographie, in der englischen und französischen Sprache.

Gesellige Unterhaltungen zumeist in Gesellschaft von Frauen und ausgefüllt durch Vorträge des Gesangvereins sowie Deklamationen ernsten und heiteren Inhaltes fanden 8 statt. Ein gemeinschaftlicher Ausflug wurde am 21. August nach Hammerstein unternommen. Der Stand der Mitglieder beträgt 480 und 18 Ehrenmitglieder. Die Einnahmen des Vereins betrugen 850 Fr., die Ausgaben 459 Fr. 40 kr. und das Vereinsvermögen beläuft sich mit dem Schlusse des Vereinsjahres auf 853 fl. 38 kr. Dazu kommt das Vermögen der Herzig-Stiftung, bestimmt zur Unterstützung der Vereinsmitglieder, deren Wittwen und Waisen in unverschuldetem Unglücke, im Betrage von 223 Fr. 60 kr. Der Consumverein wurde von 153 Mitgliedern benützt und bezogen diese durch ihn vom 1. Oktober 1864 bis 1. September 1865: 2933 Centner Kohle, 6845 Pfund Mehl, 65 Pfund Gries, 574 Pfund Reis, 64 Pfund Petroleum und 1845 Laib Brod à 4 und 6 Pfund. — Mit Schulprämien bestehend in Sparkassa-Einlagen zu je 5 Gulden für Knaben und 3 Gulden für Mädchen wurden 5 Kinder betheilt.

Am Schlusse jenes Berichtes stattete der Vereinspräses im Namen des Vereins dem k. k. Herrn Bezirksvorsteher, als landesfürstlichem Commissär, sowie allen jenen Herren, welche durch das Halten von Vorträgen und durch das Ertheilen von Unterricht sich um das Gedeihen desselben verdient gemacht haben, den herzlichsten Dank ab; worauf von dem Schriftführer das Resultat der vorgenommenen Neuwahlen mitgetheilt wurde, in Folge dessen sich der Verwaltungsrath für das Vereinsjahr 1865/66 constituirte.

Hierauf folgte eine kleine musikalisch-deklamatorische Unterhaltung. Gegen 10 Uhr kündigte der Vereinspräses in einer kurzen Ansprache die Eröffnung der von einigen Mitgliedern des Vereins veranstalteten Ausstellung ihrer Gewerbeerzeugnisse in der an das Vereinslokal anstoßenden Veranda an und lud die Versammelten zum Besuche derselben ein. Der Eindruck, den die Ausstellung auf die Besucher machte, war ein überraschender und freudiger, so daß sich bald der allgemeine Wunsch aussprach, es möge die Ausstellung, welche ursprünglich nur von Mitgliedern des Vereins und den von ihnen eingeführten Personen besucht werden sollte, auch dem allgemeinen Publikum zugänglich gemacht werden.

Von 59 Ausstellern waren 260 diverse Gegenstände vertreten, welche dem Publikum durch die nächstfolgenden 3 Tage zur Besichtigung zugängig gemacht wurden. Der Besuch war ein äußerst reger und wird gewiß die Vereinsmitglieder zu einer noch größeren Betheiligung für das nächste derartige Unternehmen anspornen.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Endlich nach lieber langer Zeit ist in jener Versammlung, welche die vereinigten Staaten unseres Vaterlandes zu bedeuten hat, — die durchlauchtige Bundesversammlung ist gemeint — die Sache der Herzogthümer einmal wieder in Anregung gebracht worden. Die drei Mittelstaaten Bayern, Sachsen und Darmhessen haben am 4. Nov. den Antrag gestellt, an die

Vormächte das Ersuchen zu richten, daß sie baldigst eine aus freien Wahlen hervorgehende allgemeine Vertretung des Herzogthums Holstein berufen, um zur Herstellung fester Zustände mitzuwirken; daß ferner auch der deutsche Staat Schleswig in den Rang eines deutschen Bundesstaates erhoben werde. Angefügt ist der Wunsch, daß in einer der nächsten Sitzungen der hohen Bundesversammlung über den genannten Antrag abgestimmt werde. Und siehe da, man beschloß — „ahnungsgrauend, todesmuthig" — daß am 18. Nov. abgestimmt werden solle. Ueber den Antrag etwa? Nein, über die „geschäftliche Behandlung" des Antrags. Und bis man sich über die geschäftliche Behandlung geeinigt haben wird, — auch der Kühnste verstummt bei dieser Frage, die jenseits aller menschlichen Berechnung liegt. — Eigentlich war der am 4. Nov. eingebrachte Antrag nichts weiter, als ein aufgewärmtes Gericht, um nicht Kohl zu sagen. Schon am 27. Juli d. J. hatten die nämlichen Staaten das Nämliche beantragt. Damals wanderte der Antrag in den zuständigen Ausschuß, wo er also vom 27. Juli bis zum 4. Nov. in Gedanken liegen blieb. Und am nächsten 18. Nov. wird man zweifelsohne den vom Tode erstandenen Antrag wieder in seinen Ausschuß zurückossiziren, damit er dort schlafe bis zum Tage der Posaune. Ist es ja doch noch immer der alte Bund, der seine volksfeindliche Natur von Anfang an bis auf den heutigen Tag niemals verleugnet hat, und dem schon vor 24 Jahren Varnhagen in seinen Tagebüchern (Bd. I. S. 253) folgendes Leumundszeugniß ausgestellt hat: „Wofür der Bundestag Ohren hat? Für jedes Ungemach der Fürsten, für jede Klage der Standesherren! Wofür keine? Für kein seufzendes Land, für keine Klage des Volkes, für kein Geschrei der verletzten Geringen! Und ein Hunds" ... Halt! Vorgesehen!

Unterdeß arbeiten sich die Herren Preußen in Schleswig immer unverdrossener in eine gesellschaftliche Stellung hinein, wie sie in früherer Zeit die Dänen in Holstein, zumal in Kiel, einnahmen, und wie sie noch heute die Oesterreicher in der Lombardei einnehmen.

Im durch und durch deutschgesinnten **Sundewitt** nimmt die Erbitterung gegen Preußen täglich zu. In Sonderburg und Augustenburg verkehrt Niemand mit dem preußischen Militär, und die Offiziere sind in geselliger Beziehung nur auf sich selbst angewiesen.

Entschiedenes Unglück hat die preußische Regierung in der Wahl fast aller ihrer Beamten für Schleswig. Abgestandene reactionäre Waare aus Preußen und unter den Schleswigern, die mit Amt und Würden betraut werden, befinden sich nicht wenige, die noch aus der Dänenzeit her in üblem Geruch stehen.

Die schleswigschen Beamten haben als Ehrenmänner sich geweigert, die von Herrn v. Zedlitz ihnen vorgelegte eidliche Verpflichtung zu unterzeichnen. Sogar die schleswigschen Geistlichen weigern sich, zu den preußischen Zumuthungen ihr Amen zu sprechen.

In **Preußen** selbst macht man sich darauf gefaßt, daß mit der Rückkehr des Grafen Bismarck die Lage sich mehr und mehr klären, d. h. verdunkeln werde. Es soll endlich einmal alles Ernstes gegen die Schürer und Wühler in Worten und Werken, gegen die rothe Presse, gegen die zuchtlosen Vereine eingeschritten werden. Als ob das nicht in Preußen schon seit Jahr und Tag geschehen wäre. Jemand hat vor Kurzem behauptet, und bis jetzt ist nicht widersprochen worden, daß im Königreich Preußen allein während der letzten Jahre mehr Preßprozesse in Scene gegangen seien als im ganzen übrigen Europa. Und nun geht man gar damit um, den Bogen noch straffer zu spannen und neue Ketten zu den alten zu schmieden.

Den Junkern freilich ist in dieser trüben Zeit so wohl, so kanibalisch wohl, wie jenen fünfhundert Kreaturen, deren Schirmherr der heil. Antonius ist.

Graf Bismarck ist den Junkern der große Prophet von Schönhausen, erhöhet über alle Staatsmänner der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. In einer kürzlich an diesen Spiegel aller Junker gerichteten Adresse heißt es wörtlich: Seit dem Eintritt Ihres Ministerii athmet Preußen wieder auf in alter Lebenslust — — — und in dieser Hundesprache geht es dann weiter.

Von schauerlicher Beredtsamkeit ist der in diesem Jahre ungewöhnlich stark angeschwollene deutsche **Auswanderungsstrom.** Aus Mecklenburg wandern die Leute zu Tausenden aus, aber auch in Baden, Franken, Würtemberg, Altbayern, Rheinbayern und Rheinhessen wird es Vielen zu eng und zu dumpf.

Der Gemeinderath in **Worms** hat beschlossen, der Bürgerschaft die Bildung einer Jugendwehr durch einen Wehrverein zu empfehlen. Die militärische Erziehung der Jugend, im rechten Sinne geleitet, ist sicherlich der geradeste Weg, der zur Volksbewaffnung führt.

Aus **Baden** kommen unheimliche Nachrichten über den Gesundheitszustand des Großherzogs, und zwar über den leiblichen wie geistigen. Tausende werden den Wunsch theilen, daß das Uebel, von welchem der brave Fürst befallen (man spricht von einem Nervenleiden) sich anderswo ein fürstliches Quartier hätte suchen mögen. Man erinnert sich des eigenthümlichen Zufalls, daß auch sein verstorbener Bruder, Erbgroßherzog Ludwig, ein hochbegabter und trefflicher Prinz in auffallender Weise leidend geworden ist. Sollte die von ultramontanen und reaktionär-aristokratischen Nebeln beschwerte badische Luft etwa für gute Fürsten besonders ungesund sein?

In **München** scheinen dieselben Einflüsse, denen die Gesundheit des Großherzogs von Baden erlegen ist, zunächst sich gegen die liberalen Elemente des Ministeriums zu wenden. Der freisinnige Minister des Innern, Hr. v. **Neumaier** ist hierdurch nun doch genöthigt gewesen, „aus Gesundheitsrücksichten" seine Entlassung anzubieten. Gelingen die reaktionär-jesuitischen Pläne nicht, so haben wir vielleicht bald auch von einem tieferen Leiden des Königs zu melden. Der Zweck heiligt die Mittel.

Berlin, 9. Nov. Graf v. **Bismarck** ist von seiner Conferenz mit Kaiser Napoleon über die deutsche Frage nach Berlin zurückgekehrt. — Es sind nun fünf Jahre her, daß der Hannöversche Minister, der Edle von **Borries**, als der Landtag seine Maßregeln gegen den Nationalverein tadelte, in der Vertheidigung derselben sich also äußerte: „Der Nationalverein wolle die Herstellung einer preußischen Centralgewalt; darin liege eine Mediatisirung der Deutschen Fürsten, zu der es, so lange das Recht noch heilig sei, nicht kommen dürfe, und welcher entgegenzutreten die Deutschen Staaten genöthigt würden, sich unter einander oder mit auswärtigen Mächten zu verbinden, die sehr zufrieden sein werden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen." Diese Erklärung erregte allgemeine Entrüstung. In allen Staaten wurden nicht nur von einzelnen Bürgern, sondern auch von Volksvertretungen bald mehr, bald minder scharfe Resolutionen gegen Borries veröffentlicht. Auch Berlin blieb nicht zurück, man sprach es hier aus, daß diejenige Deutsche Regierung, welche zu einem Vertrage oder Abkommen mit auswärtigen Mächten in eigenem Interesse und auf Kosten anderer Volksstämme die Hand biete, ihrem Schicksal als Verräther am Vaterlande verfallen ist. So urtheilte mit Ausnahme des Welfenkönigs, der Hrn. v. Borries mit einer Grafenkrone tröstete, das ganze Deutsche Volk — vor fünf Jahren! Jetzt nennt man das den „deutschen Beruf" Preußens.

In **Kurhessen** scheint das großmächtliche Vorgehen gegen Frankfurt seine erste Frucht zu tragen; der Kurfürst soll den berüchtigten **Vilmar** in Marburg wieder in's Ministerium rufen wollen, einen Mann, dem selbst die „Kreuzzeitung" als revolutionär gilt und der den Teufel zu seinen näheren Bekannten zählt. (Berl. Reform.)

Den Beschlüssen der großen Volksversammlung, die am 5. Nov. zu **Bern** in Sachen der Urner Prügeljustiz abgehalten wurde, sind an zehntausend Schweizer Bürger aus allen Kantone beigetreten. Gelegentlich des Ryniker'schen Prügelfalls kommt jetzt an den Tag, daß sowohl in Uri als in Unterwalden auch Geständnißprügel (also Tortur) noch im Gebrauch sind. — Ein vor den Nationalrath gebrachter Antrag, das Verbot des Jesuitenordens in der Schweiz aufzuheben, ist verworfen, leider mit nur 61 gegen 13 Stimmen. — Als kürzlich über die Frage verhandelt wurde, ob es nicht im Sinne der Freiheit und Gleichheit wohlgethan sei, wenn in Zukunft auch Männer geistlichen Standes in den Nationalrath gewählt werden dürften, ward diese Frage verneint, und die Schweizer Patrioten werden wohl gewußt haben, warum.

Der **amerikanische Congreß** ist verfassungsmäßig am ersten Montag des November zusammengetreten. Die Hauptaufgabe der Versammlung wird sein, die Lage der Schwarzen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit zu ordnen. Hoffentlich ist es eine Ente gewesen, die in manchen Zeitungen ein Geschnatter erhoben hat, als ob Präsident Johnson den Satz aufgestellt hätte, daß nur derjenige Neger, welcher lesen und schreiben könne, stimmberechtigt sein dürfe. Der erste Bürger des ersten Staates der Welt wird keinen Platz haben in seinem Gemüthe für einen so kalten Hohn, für einen so schneidenden Spott.

Noch Einiges von der letzten gemäßigten Fortschrittsgasterei in Frankfurt a. M.

Einige Trinksprüche.

Folgende Weine werden servirt: Naumburger Saalwein 1864, Grüneberger 1864, Rauenthaler 1861, Markgräfler 1862, Brandenburger Auslese 1860, Bergsträßer (Zwingenberg) 1860, Aechter Nordhäuser.

Nachdem eine Weile nur die Sprache der Messer und Gabeln vernommen worden war, man auch allerhand mißfällige Bemerkungen über die unerhörte Speisekarte vernommen hatte — ein anwesender Franzose nannte sie un véritable Salmigondis, einen wahren Mischmasch von aufgekochtem Zeuge — erhob sich ein Redner der einst mehr gewesen, der dann lange Jahre in Amerika lebte, dem Präsidenten Lincoln „die Hand drückte" und sich bei dessen Tode „vor solch' einfacher Größe beugte." Die Gäste und Zuschauer begrüßen alle diese Erinnerungen lebhaft. Der Löwe des Tages spricht: M. Hrn.! ich trinke auf das alte Programm des Nationalvereins, auf die „preußische Spitze" (Große Verwunderung); ein Pereat den Neuerern, auch meinem „Freunde, dem Bürger aus Köln", der in Hrn. v. Bismarck nicht die „vorläufige deutsche Centralgewalt" erblicken will. Ein Doppelpereat ihm, weil er leugnet, daß das preußische Abgeordnetenhaus das englische lange Parlament und die französische Nationalversammlung von 1789 an Thatkraft und Energie bei Weitem übertrifft, weil er uns gewissermaßen zu sagen wagt: Kehrt doch erst vor Eurer partikularistischen Thür, ehe Ihr Euch um Deutschland bekümmert! Hat dieser Kölnische Bürger nicht grade gethan, als ob Deutschland eines neuen Parlamentes zur Ordnung seiner Einheit und Freiheit bedürfe? Wie heißt „Parlament?" Wenn Jemand etwas vom Parlamente verstehen kann, so doch gewiß ich. (Unter den Zuschauern: „Schon oft dagewesen, alter Witz!*) Der Nationalverein ist eine so schöne harmonische Gesellschaft, die man unter keinen Umständen in ihrem gemüthlichen Treiben stören darf. Daß die heutige Speisekarte durchaus nach dem Geschmack des Herrn v. Bismarck ist, kann doch wahrlich kein Grund für uns sein, sie nicht vortrefflich zu finden! Deutschland wird nun einmal nichts ohne Preußen, Preußen allein hat die „Machtmittel" zur Einigung Deutschlands. In Italien sind leider die Dinge verkehrt zugegangen; denn eigentlich mußte, nach den wahren Grundsätzen der **Realpolitik**, **Oesterreich** oder doch **Neapel** die Einigung der Halbinsel übernehmen, diese beiden besaßen die „Machtmittel." Glauben Sie nicht, ich rede für die Annexion, ich bin nur der Ansicht, daß Preußen fürder nicht mehr Alles allein thun soll, daß auch Andere die großen Lasten der Armee und des Küstenschutzes mitzutragen haben. Mit Schleswig-Holstein wird der Anfang gemacht, dann kommen die Andern dran; „die Einzelstaaten müssen „befreit" werden." (Hin und wieder Laune zum Beifall). Im Namen der „Weltgeschichte, die nicht still steht," im Namen der „Sonne, die auch nicht still steht," trinke ich in edlem **Naumburger** auf die Fortdauer unseres nationalvereinlichen Stillebens und auf Beseitigung jedes „revolutionären" **Bürgers**! —

Man kostet den Saalwein, findet ihn aber nicht besonders. Ein Malcontenter: Ist der Herr Redner nicht Arzt? — Ein Anderer: Er ist auch Wundarzt. — Ein Dritter: Das nennt man in Frankfurt Bader. Der „Beobachter": **Bader von der Saale**, also — („der Beobachter" schreibt). Ein anderer Redner, der von seinen culinarischen Anstrengungen selig entschlafen war, erwachend: Wenn ich darüber nachdenke, weßhalb man jetzt unser altes gutes bequemes Programm antastet, so melden sich bei mir wunderliche Gedanken über die Verderbtheit der Menschen. Das alte Programm will die Kleinstaaten aufheben, nicht wahr? Die Kleinstaaten sind eine „Entwürdigung." Sehen Sie sich den mächtigen Einheitsstaat Ludwigs XIV. an, und vergleichen Sie damit die erbärmliche Republik der Niederlande! Oder vergleichen Sie das stolze russische oder das unendliche chinesische Reich mit den lumpigen 23 Cantönlein der Schweiz! Die Wahrheit ist, daß die „Einheit" die nothwendige Bedingung der „Freiheit" ist, wie unter Louis Napoleon, daß die

---

*) Ueberdies eine Taktlosigkeit, da es dem letzten Präsidenten des gewaltsam zersprengten deutschen Parlaments, an das sich die Hoffnungen einer ganzen Nation geknüpft haben, **sehr schlecht** ansteht, an solche Erinnerungen Witze zu knüpfen. D. Red.

„Freiheit" erst auf dem Polster der „Einheit" ausruhen kann, wie im alten Griechenland, wo erst Alexander der Große die Griechen wahrhaft befreite. Deßhalb hat auch das Programm die „Einheit" stets als die Mutter betrachtet und die „Freiheit", welche ohne die „Einheit" eben nicht die „einheitliche Freiheit" wäre, ohne „freiheitliche Einheit" nicht gedacht werden dürfen.... Wir sind „Realpolitiker", wie der Radicale Carey in Amerika, wie der Engländer Hobbes, wie der holländische Jude Spinoza und der große Kölner Kruse. Die preußische „Nation" steht fest gegen jede Verführung und deßhalb huldigt sie dem großen „Realpolitiker" Bismarck. „Preußen kämpft immer für Deutschland, seit dem großen Churfürsten." Es war ein Irrthum meines Collegen Braun, als er jüngst die deutsche Geschichte mit dem Rheinbund anfing. M. Hrn.! Die deutsche Geschichte beginnt realpolitisch mit der Schlacht bei Fehrbellin, im Jahre 1675; vorher zogen die Franken, Sachsen, Allemannen und Gothen wild durch die deutschen Gauen und konnten es nicht zu einem geordneten Staatsleben bringen. „Ich stelle anheim, daß Sie sich klar machen", wie damals dieser edle Grüneberger noch im barbarischen Auslande wuchs und daß Sie mit mir in diesem realpolitischen Rebensaft auf das „Interesse Schleswig-Holsteins" an der unfreiwilligen deutschen Politik Preußens ein Hoch ausbringen. (Allgemeine Bestürzung.) So hatte dieser Redner nie gesprochen.

Ein gewesener preußischer Professor (schenkt sich einen ächten Nordhäuser ein): M. Hrn.! ich constituire mich hier als königl. preuß. Märtyrer (blickt weit in die Gesellschaft hinein). Ich war kgl. preuß. Gymnasiallehrer (schlenkert die Arme); weil ich aber zum Nazzenal-Verein gehöre (schlenkert den Fuß), so hat die kgl. preuß. Regierung mich abgesetzt (fragender Blick). M. Hrn.! ich konnte es mit meinem kgl. preuß. Gewissen nicht .... Unterbrechung: „Zur Sache!" — M. Hrn.! das war die „Einleitung", nun komme ich zum „Zweck." Ich bin durch diese Behandlung der kgl. preuß. Regierung „nicht mißmuthig geworden", ich denke ... Unterbrechung: „Zur Sache!" — M. Hrn! (schlenkert mit allen vier Extremitäten) „Jetzt spreche ich meine Meinung aus" (Haha!). „Der Nazzenal-Verein darf seine ursprüngliche Idee nicht aufgeben", der Nazzenal-Verein steht unter der „Führung Preußens". Darauf thue ich Ihnen Bescheid in diesem alten ächten Nordhäuser! (Geht mit triumphirendem Schlenkern ab.)

Der unzufriedene Bürger aus Köln: Ihr Herren! ich meine die von Berlin; wenn Ihr so mächtig in Preußen seid, wenn Ihr die Majorität so tapfer zusammenhaltet, ei, „so tretet doch den falschen Ideen in den Weg!" Warum sagt und schreit Ihr nicht: „Deutsches Blut darf nicht Land und Leute auf deutschem Boden einbringen!" So „gebt Euch doch nicht den Schein, der Macht nachzugeben!" Sagt: „wir sind schwach und — furchtsam!" Seid doch wenigstens „ehrlich!" Darauf diesen Humpen Ranenthaler! (Bravo).

Bürger Jacob vom Oberrhein: Ihr Berliner! Geld gebt Ihr Euerm Ministerium nicht, aber Schleswig-Holstein wollt Ihr ihm geben! Ihr tragt Hrn. v. Bismarck die Schleppe und hernach gibt er Euch einen Fußtritt! Dies trink' ich Euch in Markgräfler 1862er zu! (Bravo).

Nach einigen Zwischenreden erhebt sich eine wundersame Erscheinung, die aus einiger Entfernung gesehen, das Bild einer aufrechtstehenden ungekämmten Hyäne gewährt; die ziemlich starke Stimme verhallt mehr hinter den Kiefern, im hohlen Gaumen, als daß sie draußen Luftwellen in Bewegung setzte. Man sagt uns, es sei auch ein Berliner, wir spitzen daher wiederum die Ohren. Dumpf dröhnt es: M. HH. „Unser unsterblicher Dichter Schiller sagt einmal in Prosa": Preußen sei ein Rad in der deutschen Maschine, das man nicht zur Reparatur herausnehmen könne. Was bleibt uns also übrig? Wir müssen das Rad „reformiren". (Großes Erstaunen über diese Grobschmieds-Technik). Wir haben in Preußen Sobbe und Putzki, die Glogauer Ofenklappe und ähnliche Unannehmlichkeiten; aber bedenken Sie wohl, ohne Sobbe und Putzi, ohne die Glogauer Lieutenants hätte Blücher die Franzosen nicht an der Katzbach, und bei Waterloo erst recht nicht geschlagen. Sobbe, Putzki, Graf Eulenburg und die Glogauer haben „seit 200 Jahren die Schlachten Deutschlands geschlagen". (Ohoooo! Ohoooo!) Die „realpolitische" Geschichte Deutschlands fängt also am 29. October 1665 an! Wir haben in Preußen gegen den Militärstaat „nur das feierlich beschworene Wort", aber dagegen führt man die Gloire in's Feld, so daß Sie sehen, der Militärstaat ist mächtiger als wir, und deshalb müssen die Kleinstaaten verschwinden, wo uns der Nationalverein behülflich sein soll. Sehen Sie, m. HH., das geht über den gesunden Menschenverstand; aber auf Metaphysisch-Berlinisch heißt man das: „Die Macht der historischen Thatsachen", die „Nothwendigkeit der geographischen Lage". Verstandez-vous? Wenn Sie uns, m. HH., das berühmte „Präcipuum" vom Schützenfest gutwillig geben, so gelobe ich Ihnen, daß das preußische Volk die Freiheit zum Fressen lieben wird, so daß kein Knöchelchen von ihr übrig bleibt. Geben Sie es uns nicht, fassen Sie „unüberlegte Beschlüsse", so bilden wir das Reich Großpreußen allein und Sie mögen vor Neid bersten!

Heil Borussia, Heil! Dir weih ich dieses Glas Brandenburger Auslese 1864er! (Einige Tischgenossen stoßen verschämt mit dem Redner an).

Hafner: Meine Herren, ich komme auf die Speisekarte zurück. Sie müssen sie gutfinden, Sie müssen sie allgemein approbiren; nur die Feinde des Schweinebratens und der Rüben sind anderer Meinung. Man hat von selbstständigen Austern und urwüchsigem Lendenbraten gesprochen; aber Sie haben gesehen, wie herzhaft die Schleswig-Holsteiner in's Rindfleisch, in den Schweinebraten und den Schnepfendreck eingehauen haben. Wollen Sie sich stören lassen, wollen Sie Zwiespalt und Keilerei hervorrufen? O nein, o nein, o nein, o nein (mit einem wahren Muttergottes-Antlitz) Ihr Nationalvereins-Gemüth muß größer sein! — Also hebet, „Ihr Männer von Offenbach, von Hanau, aus Nassau und sonstwoher", blicket auf dies Glas Zwingenberger, und stimmt wie Ein Mann! Glaubt Ihr, wäre die Küche nicht wirklich gut, ich könnte nicht anderswo zu Mittag essen? Vorwärts marsch, zur Händeschau!"

Noch viel hätte ich aus meinen Erlebnissen bei dieser wunderbaren Gasterei den Lesern dieser Blätter zu erzählen, z. B. von der Kaffeevisite, bei welcher der College aus Wiesbaden eine loyale Gastrolle gegeben und das geflügelte Wort gesprochen hat: „Ich weiß wirklich nicht, ob es die Aufgabe des Nationalvereins ist, Werkzeuge der Zerstörung zu fördern." Ich denke aber, die Leser werden gerade genug haben. Mit einem Wort:

„Das war ein Fest, sag: Alles nur in Allem,
Ihr werdet nimmer seines Gleichen sehn."

Druckfehlerberichtigung. Im ersten Kapitel, Nr. 149, S. 831, 3. Sp. lese man bei den „Windbeuteln", nach „Zwischenschüssel": „um Sie auf den verschnittenen Kapaun", st. „im Sinne auf" rc.

Weiter unten: „Sudelköcherei", st. „Suselköcherei".

Aus der Werkstätte.

W. Leipzig, 8. Nov. Der 10. Nov. wird von dem hiesigen Arbeiterbildungsverein in dem großen Saale der Centralhalle auf eine wahrhaft glänzende Weise begangen werden; nach Ablauf der Feier werde ich Ihnen ausführlichen Bericht mittheilen. Von allgemeinem Interesse dürfte folgendes höchst gelungene Festlied um so mehr sein, als es von einem schlichten Arbeiter und Mitgliede des Vereins, Herrn Karl Wilde gedichtet ist:

Lobpreiset laut den hohen Geist,
Der durch die Zeiten schreitet,
Die Fesseln blinden Wahns zerreißt,
Für Menschenrechte streitet!
Ob auch geächtet und verbannt
Von feindlichen Gewalten:
Er schreitet kühn von Land zu Land
In wechselnden Gestalten.
Bald lockt er mit der Harfe Ton
Des Liedes mächt'ge Wogen;
Doch vor des Zwingherrn argem Droh'n
Hält er das Schwert gezogen.
Er schlug mit des Gedankens Blitz
Den finstern Geist zu Boden,
Der einstens auf Sanct Peters Sitz
Ihm drohend Halt geboten.
Und Männer, die das Lied uns preist,
Heroen ihrer Zeiten,
Beseelte dieser hohe Geist:
Für Recht und Licht zu streiten.
Auch jene Männer, denen heut'
Wir uns're Achtung zollen,
Hat er zu seinem Dienst geweiht,
Der Freiheit galt ihr Wollen!
Dem Geist der Freiheit, der mit Gluth
Sich einst in Scharnhorst regte,
Als uns des Corsen Uebermuth
In knecht'sche Fesseln legte.
Das Lutherlied und Schillers Sang
Klingt nach in unsern Tagen,
Weil sie den heil'gen Freiheitsdrang
Des Volkes in sich tragen!
Er sei des Volkes Schirm und Schutz!
Sein heilig Recht zu hüten,
Wenn Schelmenwitz und Eigennutz
Es will in Fesseln schmieden.
Er schweb' um's theure Vaterland
Als Engel mit dem Schwerte!
Umschling' es mit der Eintracht Band,
Daß groß und stark es werde!

Brieflasten.

G. G. in Gr. H. Mußte wegen Mangels an Raum für nächste Nummer zurückgelegt werden und wird überhaupt etwas gekürzt werden müssen. o. in der Schweiz, folgt in nächster Nr. Aus Gotha, Bericht über die Arbeiterversammlung wegen Mangels an Raum erst in nächster Nr.

Verschiedene Anzeigen.

„Deutsche Arbeiter-Bibliothek."

Dieselbe erscheint nun im Verlage von Ernst Keil, hier, und können Bestellungen darauf bei allen Buchhandlungen gemacht werden. Bei Abnahme von je 10 Exemplaren haben Vereine Anspruch auf 1 Freiexemplar. Jene verehrlichen Vereine, welche das Werk bisher durch mich bezogen haben, werden auch die Lieferungen 9 u. 10 (Heft 3 des I. Theils) in direkter Sendung erhalten; von da ab wollen auch sie der Einfachheit und Billigkeit wegen ihre Bestellung durch eine solide Buchhandlung ausführen lassen. Der Preis bleibt dabei derselbe, wie bisher: 2 Ngr. oder 7 kr. rhn. per Heft.

Leipzig, 7. Nov. 1865.

Der Herausgeber:
Fr. Weithmann,
Tauchaerstraße Nro. 21, 1.

Pforzheim, im Nov. Auswärtigen Freunden und Gesinnungsgenossen mache hier bekannt, daß ich keine Flugblätter mehr per Kreuzband versende.

Wer solche ferner beziehen will, mag sich an den Verleger des hiesigen „Beobachters" wenden, oder dies Blatt selbst halten. **Moritz Müller.**

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Zwei Vorträge
über die
gegenwärtigen freien Gemeinden
in Deutschland
und über
Alt und Neu in der Religion.
Von
Prediger **Uhlich** aus Magdeburg.
Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.
Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Sechs Vorträge
aus der
Volkswirthschaft.
Von
W. Röhrich.

1. Die Arbeit. 2. Ueber Gewerbegesetzgebung. 3. Handwerks- und Fabrikbetrieb, Arbeit und Kapital. 4. Schutzzoll und Freihandel. 5. Der deutsche Zollverein. 6. Ueber Staatswirthschaft.

In 8. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 159.

Coburg.

Vierter Jahrgang.

Sonntag,
14. Januar 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Percent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten.** Rundschreiben des ständigen Ausschusses. Saalfeld, Einladung zum Stiftungsfest. Waltershausen, Empfangsbescheinigung für die Abgebrannten. Correspondenzen aus Hainichen; Ersuchen an die Consumvereine um Mittheilung über die Art der von ihnen angefertigten Marken. Correspondenzen aus Göttingen, Kempten, aus dem Berliner Arbeiterverein, aus Rottweil, Dresden, Leipzig. Mittheilungen aus Stuttgart und Nürnberg. II. **Politischer Theil.** Rundschreiben des Ausschusses der Schleswig-Holstein-Vereine in den Elbherzogthümern, ein Riechpulver für „Liberale" und „Nationale", so mit dem annexionistischen Borussenthum liebäugeln. Aus Schleswig, gute Zuversicht beim Jahreswechsel. Berlin, wie man die Thronfolger zubereitet; wie die Echternacher Majorität der Fortschrittspartei sich den unbequemen Abgeordneten Jacoby noch auf einige Wochen vom Halse zu halten sucht; Gegen einen Reactionär ein Revolutionär von 1848 von der Republik der Vereinigten Staaten zum Consul in Berlin ernannt. Frankfurt, Darmhessisches über die Volkspartei. Spanien, wie der Kreislauf der Revolution wieder im äußersten Westen beginnt; Aussichten und bisheriger Verlauf des ausgebrochenen Aufstands; die Regierung kann nur wegen „Rebels" die Aufständischen nicht verfolgen; Verlegenheit für Ihn; Aussichten eines Coburgers auf den Thron des Königreichs Iberiens. Italien, Einheit der Gesetzgebung zur Thatsache geworden, Einführung der Civilehe. Nord-Amerika findet Gnade bei dem Staatsanzeiger; unaufhaltsame republikanische Propaganda in Deutschland durch den wachsenden deutschamerikanischen Briefwechsel; Zwiespalt zwischen dem Präsidenten Johnson und dem nordamerikanischen Congreß über die Frage der Reorganisation der Rebellenstaaten; Hoffnung auf dessen glücklichen Ausgang. III. **Socialer Theil.** Besprechung der neuesten Schrift von Schulze-Delitzsch gegen den verstorbenen Lassalle. — Gegen den Schulze'schen Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes. — Reglements-Entwurf der internationalen Arbeiter-Association. IV. Briefkasten. V. Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages an die deutschen Arbeitervereine.

Das zum Theil schon aus dem „Boten vom Niederrhein" von uns entnommene und soweit auch bereits in unserer Nr. 157 vom 31. Dez. vor. Js. abgedruckte, jüngste Circular des ständigen Ausschusses an die Arbeitervereine, geht uns soeben auch direct zu und entnehmen wir daraus dessen übrigen Theil:

„Beiliegend übersenden wir Ihnen die Formulare für die Vereinsstatistik und die Statistik der Lehrgegenstände, und ersuchen Sie, den Bogen möglichst in den ersten Tagen Januars, und zwar nach dem Bestande des 31. Dez. ausgefüllt, an uns zurückkommen zu lassen.

Von den Zeitungen, an welche das Ersuchen ging, die Bekanntmachungen des ständigen Ausschusses aufzunehmen und die lithographirte Correspondenz des Herrn Bandow zu benützen, haben bis jetzt folgende in zustimmender Weise geantwortet: Magdeburger Presse, Nürnberger Anzeiger, Fränkischer Kurier (Nürnberg), Neue Frankfurter Zeitung, Freischütz (Hamburg), Allg. deutsche Arbeiterzeitung, Fürther Abendzeitung, Schleswig-Holsteinische Zeitung (Altona), Breslauer Zeitung, Hessische Morgenzeitung (Kassel), Mitteldeutsche Volkszeitung (Leipzig), Beobachter (Stuttgart), Preuß. Litthauische Zeitung (Gumbinnen), Bote vom Niederrhein (Duisburg), Rheinische Zeitung (Düsseldorf und Köln), Kemptener Zeitung. — Sollten, was wahrscheinlich ist, noch andere Blätter, an welche ebenfalls geschrieben wurde, nachträglich noch in zustimmender Weise antworten, so werden sie Ihnen im nächsten Circular bekannt gegeben werden. Einstweilen laden wir Sie ein, in Ihrem Vereinslocal wenigstens eine dieser Zeitungen zu halten.

Für den ständigen Ausschuß:
R. Staudinger, Vorsitzender.

Saalfeld, 7. Jan. An die deutschen Brudervereine! Zu unserem 1. Stiftungsfeste, das am 21. Januar im Hellmuth'schen neuerbauten Saale stattfindet, laden wir alle Brudervereine herzlich ein.

Mit Gruß und Handschlag.
Der Arbeiterbildungsverein zu Saalfeld.

Für die abgebrannten Mitglieder des Arbeitervereins hier ist eingekommen:

Vom Arbeiterverein aus Coburg	5 Thlr.	20 Sgr.
Vom Arbeiterverein aus Nürnberg	6 „	— „
Vom Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein aus Frankenhausen	11 „	— „
Vom Arbeiterverein aus Gotha	8 „	10 „
Vom Arbeiterverein aus Eschenbernen	3 „	— „
Vom Allgemeinen Arbeiterverein aus Harburg	3 „	— „
Vom Arbeiterverein aus Waltershausen	3 „	3 „
Summa	40 Thlr.	3 Sgr.

Wofür hiermit Namens der Unterstützten öffentlich bescheinigt und den Gebern herzlich gedankt wird.

Waltershausen, den 3. Januar 1866.
Mit Gruß und Handschlag.
August Ortlepp,
Vorsitzender des Arbeitervereins daselbst.

Hainichen. Am 2. Weihnachtsfeiertag (Abends 5 Uhr) beging der hiesige Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein eine Feier, welche beweist, daß derselbe in jeder Beziehung seinen Namen zu entsprechen sucht. Diese betraf die Christbescheerung 15 armer, Vereinsmitgliedern gehörenden Kinder, welche zusammen im Werthe von ca. 18 Thlr. in verschiedenen Gegenständen erhielten, was ebenfalls durch die Vereinsmitglieder durch Einsammlung aufgebracht worden war. Die übrige Feier bildeten abwechselnd Ansprachen und geistliche Gesänge, letztere theils vom Sängerchor, theils von allen Anwesenden, wobei ein Christbaum seine Strahlen gleich einer Sonne über die Versammlung verbreitete, was durchgehends eine andächtige Stimmung hervorrief und gewiß in der Brust eines jeden Anwesenden eine freudige Erinnerung an diese Stunde bleiben wird.

Ferner haben wir zu berichten, daß seit dem 1. November vorigen Jahres der Consumverein, als ein Zweig des Arbeiterbildungs- und Unterstützungsvereins, seine Thätigkeit unter Leitung eines Verwaltungscomité's (die wirkliche Vorstandswahl soll erst später stattfinden) begonnen und bis Ende December, trotz der noch schwachen Betheiligung der Mitglieder, ca. 400 Thlr. umgesetzt hat. Unsere Marken werden bereits von 30 Materialisten, Fleischern, Bäckern ꝛc. als Casse angenommen, welche sämmtlich einen angemessenen Rabatt gewähren. Wir hoffen später von noch günstigeren Resultaten berichten zu können.

Die **Consumvereine** werden bei dieser Gelegenheit freundlichst ersucht, über Stoff, Anfertigung und Preis ihrer Marken einen kurzen Bericht einzusenden, damit derselbe in der „Allg. deutschen Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht, und so den im Entstehen begriffenen Vereinen Gelegenheit geboten werde, zu prüfen und zu wählen, nebenbei aber auch die mit allem Experimentiren verbundenen Kosten zu sparen.

Dirtlingen, 3. Jan. Wenn auch nach vieler Mühe, so fängt doch endlich der hiesige Verein an, sich lebenskräftig zu entwickeln, und werden wir baldigst unsern Anschluß an den Landesverein in Vollzug bringen. Die Zahl unserer Mitglieder beläuft sich auf 50; zumeist sind es solche Arbeiter, die erst Abends 7 Uhr in Pforzheim Feierabend und alsdann noch einen über eine Stunde fordernden Heimweg haben. Trotzdem fehlen diese jungen Männer in keiner Versammlung. Was Vorträge anbetrifft, so sind wir lediglich auf uns selbst angewiesen. Eine aus 25 Mann bestehende Abtheilung von Sängern ist vom besten Willen beseelt. Am 15. Februar werden wir auch einen Consumverein in's Leben rufen.

Göttingen, 7. Jan. In der zur Neuwahl des Vorstandes am 17. Dezbr. v. J. abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins wurde mit großer Majorität zum Präsidenten der Pastor der reformirten Gemeinde, Herr Brandes, zum Vicepräs. der Schriftsetzer Ehrenstein gewählt. — Wer den Herrn Pastor Brandes nach Wort, Schrift und That kennen zu lernen Gelegenheit hatte, wird ihm das Zeugniß eines in jeder Hinsicht freidenkenden Mannes nicht versagen können; er wird aber auch zugeben müssen, daß er kein an altem Herkommen oder verrosteten Gebräuchen klebender, sondern ein in jeder Beziehung mit der Zeit fortschreitender Geist ist, welcher jedoch auf religiösem sowohl als politischem Gebiete stets den gemäßigten Mittelweg einzuschlagen ver-

steht endlich wird er aber auch nicht unterlassen, dem Vereine zu einer solchen Wahl von ganzem Herzen Glück zu wünschen, und im Voraus der Ueberzeugung leben, daß der einen solchen Mann zu seinem Präsidenten wählende Verein weder herunter und in Unordnung gekommen sein kann, noch, wenn nicht ein ungewöhnlicher Umstand dazwischen tritt, künftig kommen wird, daß es vielmehr sein eifrigstes Bestreben sei, seine Mitglieder immer mehr der einem selbstständigen Arbeiter unbedingt nothwendigen Bildung theilhaftig werden zu lassen. Dafür spricht denn auch der wöchentlich 14 Lehrstunden aufweisende Stundenplan für dieses Winterhalbjahr, welche — mit Freuden berichten wir dies — so benutzt werden, daß die Lehrer vor leeren Bänken zu stehen nicht nöthig haben! — Gegenwärtig zählt der Verein nahe an 130 ordentliche Mitglieder — im Juli vorigen Jahres nicht voll 60 — eine Höhe, welche er in den beinahe 7 Jahren seines Bestehens noch nicht erreichte, und dennoch scheint der unter den, fast alle Gauen Deutschlands repräsentirenden jungen Leuten herrschende Geist ein Friedensgericht durchaus überflüssig zu machen, weshalb man auch auf die Herstellung eines solchen verzichtet, etwa vorkommende Streitigkeiten vielmehr dem Vorstande zur Entscheidung anheimzustellen gesonnen ist. — Möge daher der Verein auf dem bisher verfolgten Pfade rüstig weiter schreiten, dann läßt sich hoffen, daß er hinter andern, dasselbe Ziel erstrebenden, nicht zurück bleiben werde, und dennoch wird er sich rühmen können, daß seine Mitglieder ohne jeden Zwang, selbst moralischen nicht ausgenommen, das ihnen zu ihrer Fortbildung Gebotene möglichst zu nützen wissen! —

Kempten, 8. Jan. In Folge des Beschlusses des allgemeinen Arbeiter-Vereinstags in Stuttgart, das allgemeine direkte Stimm- und Wahlrecht betreffend, wurde vom Vorstand des hiesigen Arbeiter-Vereins Samstag, den 6. ds. Abends eine allgemeine Arbeiter-Versammlung abgehalten.

Den Hauptgegenstand dieser Versammlung bildete die Nürnberger Petition*), welche an den Social-Gesetzgebungs-Ausschuß der bayrischen Kammer gelangen soll. Diese Petition enthält neben Gewerbefreiheit und Freizügigkeit hauptsächlich die Bitte um das allgemeine direkte Stimm- und Wahlrecht, ferner Befreiung von der Bevormundung über das Vereins- und Genossenschaftswesen. Nach eingehender gründlicher Berathung wurde dieselbe einstimmig und unverändert angenommen und mit zahlreichen Unterschriften versehen.

Es wurde besonders hervorgehoben, daß sämmtliche Wünsche, die in der Petition enthalten, nichts Neues enthalten, sondern schon im Jahr 1848 als Rechte der Deutschen verbrieft wurden. Mit einer warmen Ansprache an die Versammlung, sie möge auch in Zukunft ein reges Interesse bei allen öffentlichen Angelegenheiten, besonders was den Arbeiterstand betrifft, kundgeben und nicht denken, daß gleich alle Bitten und Wünsche auf dem Präsentir-Teller geboten werden, deswegen aber auch muthig auszuharren und denken, daß kein Baum auf den ersten Hieb fällt, — schloß der Vorsitzende Engelhardt die Debatte.

± **Berliner Handwerkerverein.** Am 9. Dezbr. erstattete der Vorsitzende Abgeordnete Franz Duncker den üblichen Monatsbericht. Aus demselben entnehmen wir, daß der Etat 1. Oktober 1865 bis 31. März 1866 festgestellt ist und die Statistik eine geringere Mitgliederzahl aufweise als in vergangenen Jahren. Die Bibliothek sei im Wachsen und werden die Bücher 2 Mal in der Woche gewechselt. Die Bibliothek hat 3200 Bände und durchschnittlich 700 Leser. Am gelesensten sind belletristische Werke, über Technologie, über preußische Geschichte. Der Vorsitzende der Unterrichtscommission, Hr. Assessor Lasker, gab dann einen Bericht über den Unterricht, in der Literatur sei für Ernst Roth als Lehrer noch kein Ersatz gefunden. — Von der Frau des Dichters Julius Mosen war von diesem ein Gedicht eingegangen, betitelt: „Seinem Ernst Roth zur Erinnerung“, welches verlesen wird. — Am 18. Dezbr. sprach Professor Dr. Virchow über Pfahlbauten, welches im Wesentlichen eine Wiederholung des am 14. Dezbr. gehaltenen Vortrages zum Besten der Bibliothek gewesen. Den größten Theil der eingegangenen Fragen betrafen die Trichinen, welche der [illegible] Gut gekocht und [illegible] unter keinen Umständen [illegible] Am 23. [illegible] Vortrag über die [illegible] die Ar- [illegible]

beiterfrage und das Christenthum“. — Am 30. Dezbr. hielt Dr. Grothe einen volkswirthschaftlichen Vortrag und forderte derselbe, indem er darauf hinwies, was in England für die Industrie gethan wird im Gegensatz zu Deutschland, am Schlusse desselben auf, aus der Mitte des Vereins ein Comité zu bilden, welches ihm durch Mittheilungen behülflich sei bei der Herausgabe einer Broschüre zu Gunsten eines großen Industrie-Museums für Berlin, wie das Kensington-Museum in London. — Der Sylvester wurde, nachdem Professor Hafert einen Vortrag mit Experimenten seines Hydro-Oxygen-Mikroskop gehalten, in üblicher Weise verlebt. Beim Beginn des neuen Jahres hielt der Vorsitzende Abgeordnete Duncker eine Ansprache an die Versammelten und blieb man bei Gesang und Fröhlichkeit bis gegen Morgen beisammen. — Der Neujahrstag wurde durch die allsonntäglich stattfindenden musikalisch-deklamatorischen Unterhaltungen in Anwesenheit der Damen ausgefüllt. Den Hauptvortrag hielt der zweite Vorsitzende Abgeordnete A. Heunig über die Niebelungen. In nächster Nummer folgt der Lectionsplan des laufenden Vierteljahrs.

Rottweil. Am Neujahrsabend feierte der hiesige Arbeiterbildungsverein ein kleineres Stiftungsfest. Nach Beendigung der Festrede, in welcher sich der Vorstand insbesondere über die Vorzüge des Grundsatzes der wirthschaftlichen Freiheit und Selbsthülfe, gegenüber der Staatshülfe (als Volksbevormundung), eingehend verbreitete, wechselten Gesang, Vorträge und Deklamation — ernsten sowie heitern Charakters — in ansprechender Weise ab. Den Schluß bildete eine Verloosung von Gegenständen, welche die Vereinsmitglieder zu diesem Zwecke gestiftet hatten. Wenn hiebei des Eifers der Mitglieder — welcher auch für den Bestand des Vereins bürgt — lobend erwähnt werden darf, so ist dagegen andererseits die flaue Betheiligung der hiesigen industriellen Bevölkerung umsomehr zu bedauern. Möchte es doch jedem Patrioten verständlich sein, daß das politisch und social aufgeklärte Volk die sicherste Gewähr gegen jede Willkür darbietet.

Dresden. Daß sich die Arbeiterbildungsvereine zu wohl zu beachtenden Faktoren in der Volksbildung emporgeschwungen, beweist uns die zahlreiche Benutzung unserer sämmtlichen Unterrichtsfächer, namentlich des Englischen und Französischen, des Schönschreibens und der Buchführung. Der für diesen Winter eröffnete perspectivische Zeichnenunterricht hat bis zu 30 Theilnehmer herangezogen. An den Vortragabenden war unser Lokal stets vollständig besetzt, mehrere Vorträge des Herrn Noak über die geschichtliche Entwicklung Ungarns bis zur gegenwärtigen Zeit, ebenso über Spanien, fanden allseitigen Anklang. Der Vortragende ging von der frühesten Geschichte Ungarns aus, hob dessen Glanzperiode unter König Stephan, sowie die Gründe des Verfalles des Reiches besonders hervor. Erläuterte die alte Adelsverfassung und die 48. Verfassung, auf welche letztere in neuester Zeit aller Augen gerichtet seien. Ueber Spanien hielt der Vortragende eine historische und geographische Umschau, schilderte in lebhaften Farben die Eigenthümlichkeit des Volkscharakters, die scheußliche Wirthschaft der über Spanien regierenden Könige, Königinnen und Pfaffenbrut, die zahlreichen Revolutionen, deren Folgen, sowie zum Schluß den mit Chili ausgebrochenen Krieg.

Ein anderer Vortrag der hier Erwähnung finden möge, waren Reiseerinnerungen aus der Schweiz seitens eines unserer Mitglieder und Lehrer Herrn Schlaghahn. Er führte uns durch die Jura-Alpen nach Genf. Sein schlichter Vortrag zeigte uns so recht, wie auch ein Handwerksbursch mit Verständniß reisen könne.

Für nächste Zeit sind uns eine reichliche Anzahl Vorträge zugesagt, so daß wir, was schon lange gewünscht, deren wöchentlich zwei gehalten werden können, Sonnabends und Donnerstags. Letzteren Tages glauben wir am zweckmäßigsten eine Besprechung socialer Fragen anzuschließen. Unser Socialausschuß hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß er die Tagesordnung des zu Stuttgart abgehaltenen dritten Vereinstages einer deshalb berufenen außerordentlichen Hauptversammlung zur Beschlußfassung vorlegte. Die Resolutionen betreffs des Coalitions- und allgemeinen direkten Wahlrechts fanden einstimmige Annahme, ebenso die der Consum- und Baugenossenschaften. In Bezug auf die Beschlüsse der Statutenabänderung, bevorwortete der Dresdener Verein, daß schon ⅓ nicht ⅔ der Vereine einen außerordentlichen Vereinstag einberufen könne. Die Solarbestimmung des [illegible]ten wurde für dringend nöthig gehalten. Der Groschenbeitrag, die Abänderung der Vorversammlungen, sowie die Wahl des Präsidenten durch den Ausschuß erhielten Zustimmung.

Die weitere Berathung mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden, deshalb Weiteres später.

Zum Schluß sei erwähnt, daß auch wir im November eine, allerdings nicht öffentliche, Schillerfeier begingen, die, trotzdem sie nur von Arbeitern ausgeführt wurde, allseitigen Anklang fand. Unsere Neujahrsfeier mit der bekannten Industrieverloosung war recht belebt und ergab den für uns recht nöthigen Ueberschuß von ca. 40 Thlr.

W. **Leipzig**, 10. Jan. Unser Arbeiter-Bildungsverein feierte letzten Sonnabend seine Christbescheerung. Anfangs waren die Gemüther etwas kühl, wie die Räume des Festsaales zum „Kuhthurm“. Aber je mehr die sinnigen Festlichkeiten sich entfalteten, desto mehr erwärmten sich auch die Herzen, und bei der, mit außerordentlich viel Humor zur Aufführung gebrachten Kinder-Symphonie, welche einen wahren Beifallsturm hervorrief, steigerte sich die Wärme der Theilnehmer bereits bis zum Enthusiasmus. Das war aber erst der Anfang! Unsere Festordner aber lieferten, wenn es ja noch nothwendig gewesen wäre, abermals den Beweis, daß sie es verstehen, uns mit überraschenden Ergötzlichkeiten vollständig zu überschütten. Nachdem die Polonaise durchgeführt und die Menge der Theilnehmer in einem weiten Kreise aufgestellt war, wurde in einem kurzen humoristischen Vortrage auf die Fülle der gebotenen Gaben und Freuden hingewiesen, mit dem Bemerken: „wenn auch noch nicht Alles an unseren Christbäumen hänge, was wir aufgehangen wünschten, so werden wir als unendlich geduldige deutsche Kinder doch auch niemals die Hoffnung verlieren, bis in der Zukunft erreicht zu sehen, was uns die Vergangenheit oder die Gegenwart verweigert.“ Hierauf wurden die Genien des Glückes beschworen, zu erscheinen, — und siehe da, durch eine der Pforten bewegte sich langsam unter dem Jubel der Anwesenden der Wagen Fortunas, von lieblichen Feen und Genien eingenommen und gezogen; erstere vertheilten die Loose und warfen niedliche Blumensträußchen unter die haschende, fröhlich bewegte Schaar. So wechselten heitere Scenen, Musik, Gesang und Tanz bis weit in die Nacht hinein, ohne daß auch nur ein Hauch der leisesten Störung vorgekommen wäre, und gewiß allen Theilnehmern ohne Ausnahme wird dieser schöne Abend unvergeßlich sein.

Eine gar liebliche Scene war es auch, als drei ganz kleine Jungen, in Weiß (als Bäcker) gekleidet, ein riesiges Backwerk auf ihren Schultern durch den Saal trugen und dasselbe unserem Vorstande überreichten: es war ein Geschenk der erst kürzlich in's Leben getretenen Bäckergenossenschaft an den Vereinsvorstand. Das Gebäck wurde auch ex officio verzehrt und vortrefflich befunden. Um die Gründung dieser Genossenschaft erwarb sich besonders unser Freund Germann höchst anerkennenswerthe Verdienste, und, wie man hört, machen die Leutchen auch sehr gute Geschäfte.

Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß uns bei dieser Gelegenheit auch Hr. Dr. Stein aus Frankfurt a/M. besuchte und ein selbstverfaßtes ächt deutsches Gedicht vortrug. Derselbe wohnte auch einer gestern Abend im Odeon stattgehabten Volksversammlung bei, die wohl von 4000 bis 5000 Männern besucht war. Stein hatte sich das Thema gewählt: „Unsere Zukunft, ein Wort zur Erkräftigung des Volkes und zur Befestigung unserer nationalen Hoffnungen und Bestrebungen“. Redner zeigte mit klaren und überzeugenden Worten in einem Rückblicke auf unsere deutsche Geschichte bis herab auf unsere Tage, daß wir keinen Grund zu verzagen haben; die germanische Urkraft habe die größten Schwierigkeiten immer am Freudigsten und Muthigsten überwunden, und das werde auch fürderhin geschehen, um so sicherer, je mehr wir an der Bildung, an der Aufklärung des Volks arbeiten, damit dieses selbst erkennen lerne, was ihm noththue, und mit eigener Kraft alle Fesseln zerbreche, die ihm unwürdiger Weise angelegt werden. — Die Zuhörer zollten stürmischen Beifall. — Herr Richter aus Dresden betonte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, und Herr Kaufmann Findl von hier die Preußische Spitze (ohne besonderen Beifall der Anwesenden) worauf der Vorsitzende Herr Dr. Heyner, dem Gaste im Namen Aller herzlichst dankend, die Versammlung schloß und zum geselligen Beisammensein einlud, wobei es natürlich nicht an den üblichen Toasten fehlte.

Stuttgart. Gestern wurde der Verein wieder durch einen äußerst gediegenen und anziehenden Vor-

trag erfreut. Herr Moritz Hartmann sprach über die beglaubigten Irrthümer in der Geschichte und erzählte in sehr lehrreicher Weise die Entstehung einiger solcher Irrthümer, welche nun durch alle möglichen Geschichtsbücher laufen und von Alt und Jung so gut wie ein Evangelium geglaubt werden. Am schlagendsten zeigte der Redner die Kühnheit solcher geschichtlichen Lügen an dem Beispiele Carl V. und namentlich an dessen Verhalten nach seiner Abdankung, das meistens als ein Leben voller Buße und Entsagung geschildert wird, das aber, in Wirklichkeit von ausgesuchtem Luxus umgeben, mit einer für die damalige Zeit raffinirten Ueppigkeit geführt wurde. (Beob.)

Nürnberg, 8. Jan. Unter den hiesigen Vereinen, welche praktische Zwecke verfolgen, wirkt mit am segensreichsten der Gewerbeverein. Derselbe hat auch bei einem Rückblick auf das Jahr 1865 die Genugthuung, sein Bestreben durch geistige und materielle Hülfsmittel zur Förderung der gewerblichen Zustände Nürnbergs mitzuwirken, durch die mannigfachsten Erfolge belohnt zu sehen. Sein Kohlenmagazin bot den Gewerbetreibenden Gelegenheit, sich ihren Bedarf an Holzkohlen jederzeit, auch in kleineren Quantitäten, zu einem mäßigen Preise zu verschaffen. Die Holz-Vorschußkassa bewährte sich wie in den Vorjahren als eine sehr wohlthätige Schöpfung. Zur Anschaffung von Nähmaschinen wurde im vergangenen Winter eine besondere Vorschußkasse geschaffen, aus welcher weniger Bemittelte, gegen sichere Bürgschaft und 4 Proz. Verzinsung, die nöthigen Summen entlehnen können, um sie dann ratenweise wieder abzutragen. Die Leih- und Unterstützungskasse entfaltet fortwährend eine segensreiche Wirksamkeit. In einer Mädchen-Industrie-Schule wird im Sommer wöchentlich in 10, im Winter in 6 Stunden Unterricht im Stricken und Nähen ertheilt. Die Bibliothek und das Lesezimmer erfuhren eine wesentliche Erweiterung. Zur allgemeinen Benützung sind den Mitgliedern mehrere Pressen u. dgl. zur Verfügung gestellt, zu chemischen Versuchen zwei Laboratorien. Einer regen Theilnahme hatten sich die im verflossenen Winter regelmäßig alle 14 Tage abgehaltenen allgemeinen Versammlungen zu erfreuen. In denselben kamen die verschiedensten Gegenstände in längeren oder kürzeren, meist durch Experimente unterstützten Vorträgen zur Besprechung. Die Gesammtmittel des Vereins belaufen sich auf 95,467 fl., darunter 43,000 fl. aus Staatsfonds. (Nürnb. Anz.)

Politischer Theil.

Rundschreiben des Ausschusses der Schleswig-Holsteinvereine in den Elbherzogthümern an die Zweigvereine.

Dem annexionistischen Borussen- und Hohenzollernthum und den mit demselben liebäugelnden „liberalen“ und „nationalen“ Elementen mag das nachstehende Rundschreiben zur Lehre dienen. Es lautet:

„Bei der Theilung der Verwaltung, welche der Vertrag von Gastein herbeigeführt hat, ist Schleswig leider das traurige Loos zu Theil geworden, dem preußischen Gouvernement völlig unterstellt zu werden. Eine ganze Reihe von Maßregeln, welche seitdem in Schleswig ergangen ist, hat die schwere Bedeutung dieser Wendung einleuchtend gemacht. Während Holstein, wenn es auch noch immer einer verfassungsmäßigen Regierungsweise entbehrt, doch zum wenigsten eines wohlwollenden Regimentes sich erfreut, hat das preußische Gouvernement in Schleswig es sich zur Aufgabe gemacht, wenn nicht das Rechtsbewußtsein des Volkes, so doch mindestens jede Manifestation desselben mit Gewalt zu ersticken. Der Unterdrückung der schleswig-holsteinischen wie der Kampfgenossenvereine, dem Verbot der gesinnungstreuen holsteinischen Presse, den Maßregelungen in Eckernförde und an anderen Orten, ist in jüngster Zeit ein Akt gefolgt, der in brutaler Unterdrückung jeder politischen Regung bis an die äußerste Grenze geht. Durch eine Bekanntmachung vom 1. d. M. hat der Gouverneur des Herzogthums Schleswig den berüchtigtesten Paragraphen der von der dänischen Regierung zur Zeit der rücksichtslosesten Gewaltherrschaft oktroyirten Verfassungsverordnung in einer Weise wieder eingeschärft, die selbst das Maß dessen übersteigt, was das dänische Regime gegen die Bevölkerung Schleswigs in Anwendung zu bringen versucht hat. Nicht genug, daß man preußischerseits ohne Scheu die Geltung für eine Verfassungsverordnung beansprucht, über deren rechtswidrigen Charakter seitens der deutschen Regierungen selber laut Beschwerde geführt worden ist; vielmehr scheint man auch nur diejenigen Bestimmungen dieser Verfassungsverordnung als in Kraft stehend erachten zu wollen, welche dazu dienen können, der Unterdrückung eine Handhabe zu bieten. Denn während im offensten Widerspruch zu den feierlichsten Zusicherungen, welche der Bevölkerung Schleswigs beim Einrücken der alliirten Armee von Seiten des Oberkommandirenden ertheilt worden sind, völlig abgesehen wird von jenen Bestimmungen der Verfassungsverordnung, welche das fortdauernde Bestehen einer Ständevertretung erheischen, die Einberufung einer ordentlichen Ständeversammlung in jedem dritten Jahre gebieten, so wie den Erlaß selbst von provisorischen Gesetzen anders als unter persönlicher Verantwortlichkeit eines Ministers in bestimmtester Weise ausschließen, ist die bloße Thatsache, daß Mitglieder der letzten schleswigschen Ständeversammlung zu einer privaten Besprechung der Landesangelegenheiten sich zusammengefunden haben, schon als ein genügender Anlaß angesehen worden, um auf das strengste jene Bestimmung des § 8 der Verfassungsverordnung von 1854 wieder einzuschärfen, durch welche jede Zusammenkunft behufs Unterzeichnung einer gemeinsamen Petition oder Adresse als strafbar erklärt wird.

In dieser Ausdehnung und in solcher rücksichtslosen Weise hat selbst das dänische Gouvernement zu keiner Zeit die Bethätigung des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten zu verhindern versucht.

So hat die kurze Zeit von kaum 3 Monaten bereits zur Genüge herausgestellt, in welcher Weise das preußische Gouvernement die Regierung in einem Lande zu führen gedenkt, dessen Rechte zu schützen nach der Proklamation des Kommandirenden der alliirten Armee der einzige Zweck sein sollte, zu welchem die Großmächte die Waffen ergriffen.

Wie schwer indessen auch diese Maßnahmen das Herzogthum Schleswig treffen, wie tief wir es auch beklagen mögen, daß der Bevölkerung Schleswigs nach so harten Prüfungen statt der verheißenen Freiheit nur neue Bedrückungen zu Theil werden, und wie bitter wir es namentlich empfinden müssen, daß das Ansehen Deutschlands in schwerster Weise geschädigt wird durch solche unwürdige Verkehrung des Zwecks, für welchen unter begeisterter Zustimmung der ganzen deutschen Nation der Krieg gegen Dänemark begonnen worden, so wird es doch immerhin als ein Gewinn erachtet werden müssen, daß nunmehr zum mindesten über die Zwecke wie über die Mittel der preußischen Politik irgend welche Täuschung nicht mehr abwalten kann.

Wenn dennoch nicht die wenigsten preußischen Preßorgane, und unter ihnen selbst solche, welche im Uebrigen der Sache der Freiheit und des Rechts zu dienen behaupten, sich alles Pflichtgefühls bereits soweit entschlagen zu haben scheinen, daß sie die beregten Akte des preußischen Gouvernements hinnehmen, ohne sich auch nur gemüssigt zu finden, die Ehre des preußischen Volks gegen jede Mitverantwortlichkeit nachdrücklich zu wahren, so dürfen wir uns um so mehr der Hoffnung getrösten, daß die demnächst wieder zusammentretende preußische Volksvertretung an ihrer Stelle einer Aufgabe sich nicht entziehen wird, die nunmehr mit größter Dringlichkeit an sie herantritt, und daß gleichzeitig im übrigen Deutschland man sich nicht an einer bloßen Verurtheilung der preußischen Politik genügen lassen, sondern auch die Nothwendigkeit erkennen wird, uns nach Kräften zu unterstützen in dem Kampfe gegen eine Gewalt, deren freiheitsfeindlicher Charakter bereits jetzt so offen zu Tage tritt.

Es kann nicht fehlen, daß die Bevölkerung Holsteins sich der Pflicht immer mehr bewußt wird, im Kampfe für das Recht nicht allein mit aller Zähigkeit auszuharren, sondern auch durch erhöhte Anstrengungen zu ersetzen, was durch die Unterdrückung Schleswigs jetzt der Landessache an thätiger Förderung entzogen werden mag. Mangelt es auch Holstein zur Zeit noch immer an der Gelegenheit durch seine gesetzmäßigen Organe der Stimme und den berechtigten Forderungen des Landes in nachdrücklichster Form Ausdruck zu geben, so ist doch bei der gegenwärtigen Lage die Nothwendigkeit der Berufung einer Landesvertretung eine so dringliche, daß, sie noch ferner hinauszuschieben, selbst der weitest gehenden Bedenklichkeit als eine Unmöglichkeit wird erscheinen müssen.

Ihrerseits wird die Bevölkerung Schleswigs, wie sie dies schon einmal in schwerer Zeit bekundet hat, weit entfernt, sich vor der Gewalt zu beugen oder ihren Rechtssinn brechen zu lassen, um so treuer ausharren, als ihr ja gegenwärtig kein Zweifel mehr bleiben kann über die Zukunft, die sie sich durch eine Unterwerfung unter das dermalige Regime bereiten würde. Zahlreiche Zeugnisse, die uns fortdauernd aus Schleswig zugehen, lassen über die patriotische Gesinnung und den guten Muth der Schleswiger auch keinen Zweifel aufkommen.

So dürfen wir denn am Schlusse eines Jahres, das mit den drohendsten Anzeichen begonnen hat und in dessen Verlauf uns die schwersten Prüfungen und Erfahrungen nicht erspart geblieben sind, um so mehr getrost in die Zukunft blicken, als die Standhaftigkeit und Ausdauer, welche insbesondere die schleswig-holsteinischen Vereine bekundet und durch ihre Wirksamkeit auch in demjenigen Theile des Volkes wesentlich gekräftigt haben, der sich bisher außerhalb derselben gehalten, auf das lebendigste gezeigt haben, wie die alte Holstentreue noch immer Probe besteht, selbst dann noch, wenn Versprechungen und Verlockungen zum Abfall sich in ein Gewand kleiden, darauf berechnet, das Auge zu blenden durch den falschen Schein, als ob die Untreue und Rechtsverachtung die nationale Zukunft und die freiheitliche Entwicklung Deutschlands zu fördern vermöchten.

Die schwere Gefahr, der die Vereine und mit ihnen das Land vor Jahresfrist so nahe standen, sich durch Uneinigkeit und Parteiung selber die Möglichkeit jedes gedeihlichen Wirkens abzuschneiden, so die Landessache würdelos preiszugeben und zu einer Beute der Umstände werden zu lassen, diese Gefahr darf gegenwärtig mit vollem Fug als beseitigt angesehen werden. Ist auch der Zweck, zu welchem die Vereine gegründet worden, zur Zeit noch nicht erreicht, so hat uns das vergangene Jahr doch dargethan, daß eine Politik, welche in dünkelhaftem Uebermuthe die Wege des Rechts und der Ehre verschmäht, bei allem Machtgepränge nur immer mehr ihre Ohnmacht bloslegt, und daß ein festes mannhaftes Rechtsgefühl auf die Dauer eine Macht wird, die früher oder später auch den thatsächlichen Erfolg verbürgt.

Altona, den 31. December 1865.

Der engere Ausschuß
der schleswig-holsteinischen Vereine.

Politische Umschau.

Schleswig, 3. Jan. „Das Jahr 1865 haben wir hinter uns, und wir haben es ohne Sang und Klang in aller Stille zu Grabe getragen. Das neue Jahr haben wir, wie wohl allenthalben im Lande, mit sehr ernsten Gedanken begonnen; allein die feste Hoffnung, daß in diesem Jahre das Schicksal unsers so schwer geprüften Landes endgültig zu dessen Wohl und im Sinne der Landeswünsche entschieden wird, hat uns mit frischem Muth in die dunkele Zukunft schauen lassen, die für uns Schleswiger vielleicht noch manche schwere Prüfung birgt. Auch wir haben warten gelernt so gut, wie die preußische Regierung, und des guten Ausganges sicher, werden wir im Vertrauen auf die weltregierende Gerechtigkeit die über uns zum zweiten Male hereingebrochene schwere Zeit ruhig ertragen. Eine solche Reihe von Ereignissen und Maßregelungen, wie das Jahr 1865, wird das neue Jahr uns jedenfalls kaum bringen können; Zerreißung der eben verbundenen Lande, Entsetzung der bestpatriotischen Beamten, Einsetzung von Beamten, die sich zur Landessache feindlich gestellt hatten, Lähmung der Presse, Einführung der das Petitionsrecht verbietenden alten dänischen Bestimmungen, Auflösung der Vereine rc.; Alles Maßregeln, die Preußen auf dem Gebiet der moralischen Eroberungen nicht weiter bringen und in keinem andern deutschen und nichtdeutschen Lande vorgekommen sind. Ob man in diesem Jahre Gelegenheit finden wird, gegen die „zähen“, aber leider sehr ruhigen Schleswiger das bekannte Radicalmittel „Blut und Eisen“ anzuwenden, wollen wir abwarten.

Berlin. Jedenfalls mit dem nächsten oder nächstfolgenden Thronwechsel in Preußen wird der langersehnte Systemwechsel eintreten. So lautet die feststehende Beruhigungsphrase der Fortschrittsleute, wenn Preußen von Jahr zu Jahr ein absolutistisch reactionärer Militärstaat bleibt. Wie begründet nun diese Hoffnung ist, und wie derselben schon durch die Erziehung des nächstkünftigen Thronfolgers vorgearbeitet wird, dafür zeugt u. a. folgende Notiz der „Volkszeitung“: „Prinz Wilhelm, der, noch im zarten Kindesalter stehende, älteste Sohn des Kronprinzen, hat bereits einen Militär-Gouverneur erhalten und dürfte demnächst wohl der Leib-Compagnie des ersten Garderegiments zu Fuß als Seconde-Lieutenant zugetheilt werden.“ Für den Denkenden genug!

Die **Berliner Volkszeitung** enthält folgenden Artikel, welcher den Standpunkt der Echternacher Majorität der „Fortschrittspartei“, die vom Volksmann Jacoby womög-

licht wenig genirt sein möchte, getreu charakterisirt. „In Bezug auf die Frage, ob das, auf Mitte des Monats wieder einberufene Abgeordnetenhaus befugt sei, die **Freilassung des Abgeordneten Dr. Johann Jacoby** zu verlangen, führt die „Magdeburger Zeitung" aus, daß die Strafhaft zum Strafverfahren gehöre, und daß deshalb auf Grund der Alin. 4 des Artikels 84, welcher bestimme, daß „jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied . . . . aufgehoben wird, wenn die betreffende Kammer es verlangt", die Freilassung zu verlangen sei. Wir würden natürlich sehr gerne uns dieser Anschauung anschließen, aber so viel wir wissen, endet das Strafverfahren mit dem Moment, wo das Urtheil rechtskräftig wird, und ist die Vollstreckung des Urtheils nicht mehr Sache der Justizbehörden. Wenn in der „M. Z." gesagt wird, daß in dem angezogenen Artikel das Prinzip niedergelegt sei, daß Befreiung von der Haft die Regel bilde, und der Zweck dieser Verfassungsbestimmung sei schlechtweg der Schutz eines vollen und freien constitutionellen Lebens, der Schutz des Anspruches des Volkes in seiner Gesammtheit, unbehindert bei den Verhandlungen des Landtages vertreten zu werden, und speziell, was die Mitglieder des Abgeordnetenhauses anbelangt, der Schutz des besonderen Anspruchs des betreffenden Wahlkreises, unbehindert durch die von ihm Gewählten vertreten zu werden, so stimmen wir dem vollständig bei. Auch wir sind der Ansicht, daß die Freilassung des Dr. Joh. Jacoby, sobald das Abgeordnetenhaus es verlangt, dem Geiste der Verfassung entsprechen würde, aber wir vermissen zu unserem Leidwesen an dem Art. 84 — die „präcise Fassung", welche ein solches Recht der Kammer auch dem Wortlaut nach als ganz unzweifelhaft erscheinen läßt. Unter solchen Umständen scheint es uns „nicht zweckmäßig", wenn die Kammer sich der Möglichkeit aussetzt, daß der Minister ihrem desfallsigen Beschlusse mit Hinweis auf den Wortlaut der Verfassung entgegentritt. Möglich, daß die Regierung einem Antrag des Hauses auf Freilassung des Abgeordneten Jacoby Folge geben würde, aber so wie wir den Abgeordneten Dr. Joh. Jacoby kennen, dürfte ihm selbst mit einer vorläufigen Freilassung, sobald solche nicht streng durch den Wortlaut des Gesetzes geboten ist, am allerwenigsten gedient sein." So das liberale „Organ für Jedermann im Volk", die „Volkszeitung". Damit soll offenbar zugleich Jacoby selbst die Annahme der Freilassung moralisch unmöglich gemacht werden! Die Absicht ist zu plump verdeckt, um nicht gemerkt zu werden.

Berlin. Zum Consul der vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin war ein Sohn des gewesenen Ministers von der Heydt präsentirt worden. Derselbe hat von dem Senat der Republik die Bestätigung nicht erhalten und ist vom Präsidenten nunmehr ein anderer Deutscher, und jetziger Bürger der vereinigten Staaten, Hr. Kreismann, zum Consul in Berlin ernannt worden. Derselbe ist deutscher Flüchtling aus dem Jahre 1848. Es fragt sich nun, ob die preußische Regierung den Muth haben wird, demselben das Exequatur zu versagen.

Aus **Frankfurt** schreibt die „Hessische Landesztg." von Ende Dezember: „Die in den letzten 8 Tagen stattgehabte Versammlung der „Volkspartei" in Bamberg hat zur Verlegung des Vororts von Nürnberg nach Stuttgart geführt. Es scheinen also die Ideen des „Beobachters" gesiegt zu haben. Im Uebrigen wissen wir aus guter Quelle, daß der frühere Parlamentsabgeordnete Titus in Bamberg seine Mitwirkung ablehnte(?). Ueber die neuere Stellung Crämers von Doos zu diesen Vorgängen wissen wir noch nichts Genaues." — D. h. aus dem Hessischen in's Deutsche übersetzt: Nichts Gewisses weiß man nicht, aber etwas darüber schreiben muß man doch! Wartets nur ab.

Spanien. (Die Revolution.) Wir haben bereits unseren Lesern wiederholt Mittheilungen gebracht über die Gespanntheit der politischen Zustände in Spanien und über die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines jener politischen Gewitter, die man Revolutionen nennt, und die im Süden Europa's so häufig sind. Unter der Herrschaft des Pfaffenthums, des Absolutismus und eines nur heuchlerischen Constitutionalismus sind auch deren schroffste Gegensätze gereift und es scheint der Augenblick des Zusammenstoßes gekommen zu sein. Der auffallend unfreundliche, fast feindselige Empfang der Königin von Seiten des Volkes bei ihrem Einzug in Madrid und bei ihrer jüngsten Ausfahrt bei Eröffnung des Parlaments (der Cortes) war bereits unheilverkündend. Das spanische Königshaus ist der letzte Zweig des Bourbonenthums auf den Thronen im Süden und Westen Europa's. Die Bourbonen sind mit ihren absolutistischen Tendenzen und ihrer Hinneigung zum Pfaffenthum in seiner schlimmsten Gestalt, mit ihren Ausschweifungen und schlechten Leidenschaften aller Art vom Geist der Neuzeit längst zum Untergang bestimmt. Nachdem dieselben in Frankreich und Italien gestürzt, war ihr Sturz auf der pyrenäischen Halbinsel nur noch eine Frage der Zeit. Die Zeit dazu scheint erfüllt zu sein. Die Parteien haben sich gruppirt, die Partei der Progressisten, der Männer des entschiedenen Fortschritts, in Spanien hat sich organisirt, sie hat republikanische Tendenzen und strebt nach Vereinigung Spaniens und Portugals zu einem lebenskräftigen Ganzen, welches bei den reichen Hülfsmitteln des Landes wieder ein Gewicht in die Waagschaale der großmächtlichen Politik Europa's, und zwar im Sinne der Freiheit, legen würde. Ohnlängst hat der greise Held Espartero, der spanische Garibaldi, mit den Progressisten sich ausgesöhnt und seine Erklärung überging, wie die Zeitungen berichteten, die Dynastie mit Stillschweigen, der er trotz seiner freiheitlichen Richtung bisher immer noch zugethan war. Für den Kundigen war dies ein Zeichen, daß unter dieser Partei, der eigentlich lebenskräftigen auch in Spanien, bereits das Schicksal der Dynastie entschieden ist. Republik oder eine einheitliche Monarchie auf demokratischer Grundlage unter dem freisinnigen König von Portugal, das ist für das Volk Spaniens allein noch die Frage. Der jüngste Besuch des Königspaars von Portugal an verschiedenen Höfen, namentlich in Florenz und in Paris, war von politischer Bedeutung und ihr freundlicher Empfang von Seiten des Volkes in Madrid nicht minder. Des Beistands Englands wäre der König ohnehin sicher. Der drohende Conflikt ist inzwischen ausgebrochen. Die Zeitungen berichten den Ausbruch der Revolution. General Prim, der entschiedene Führer der Progressisten und beliebte tapfere Soldat, steht an der Spitze, und der Ruf der Aufständischen lautet Espartero und Prim. Das charakterisirt die antidynastische Richtung des Aufstandes. Ob er Boden fassen wird, muß sich bald zeigen. Die Regierung verheimlicht den Umfang und die Bedeutung desselben. Der Verlauf der spanischen Revolution ist immer ein ziemlich regelmäßiger. Der zur Zeit an der Spitze der spanischen Regierung stehende O'Donnell weiß dies aus eigener Erfahrung, auch er hat 1854 die Fahne des Aufstandes nach scheinbarem Rückzug siegreich nach Madrid geführt, ganz in derselben Weise und auf demselben Wege, auf welchem sich jetzt Prim befindet. Er ist aber auch ein energischer Gegner, mit welchem die Aufständischen einen harten Stand bekommen werden. — Die Revolution begann mit der Erhebung zweier Reiterregimenter, denen verschiedene andere, insbesondere auch die Besatzung von Aquilo, inzwischen gefolgt sind, so daß Prim sich bereits an der Spitze von 6 bis 7000 Mann befinden soll, die in zwei Abtheilungen operiren. Die „Haltung des Volkes" und der gegen die Insurgenten operirenden Regierungstruppen, nach officiellen Berichten „der Rebel", verhindere die energische Verfolgung der Insurgenten. Militäraufstände in Spanien muß man etwas anders betrachten, als anderwärts. Die spanische Armee, deren Tapferkeit anerkannt ist, fühlt mit dem Volke, aus dem sie hervorgeht; jenen Kastenunterschied, den das deutsche Junkerthum und der deutsche Absolutismus zwischen Thron und Volk fertig gebracht hat, haben selbst die schlechtesten Regierungen in Spanien nicht zu Wege bringen können; der Grund liegt zum Theil wohl auch darin, daß der zahlreiche, in der Armee als Führer befindliche Adel nicht so verkommen ist, wie das deutsche Junkerthum. Die politische Strömung, von welcher die Nation ergriffen ist, pulsirt daher auch in der Armee Spaniens und diese ergreift dann in der Regel die Initiative. Ein solcher Aufstand siegt in der Regel, sobald er wirklich mit der vorherrschenden politischen Strömung im Volke im Einklang ist und der Regierung die augenblickliche Unterdrückung nicht gelingt. Dann krystallisirt sich die Bewegung um diesen Kern und wenig Wochen genügen, um ihr den siegreichen Einzug in die Hauptstadt zu sichern. Nach allen Indicien, trotz der fleißigen Telegramme der Regierung, nach denen der Aufstand fortwährend im Erlöschen ist und doch nicht erlöscht, wird dies auch diesmal der Verlauf sein. Bereits ist Barcelona, die zweite Hauptstadt des Landes mit 10,000 der Bewegung zugethanen Arbeitern „unruhig", Prim hat Zuzüge aus der bürgerlichen Bevölkerung erhalten und nach neuesten Nachrichten hat er sogar bereits einen der gegen ihn ausgerückten Regierungsgenerale, Concha, geschlagen, zu dessen Verstärkung Marschall Serrano, einer der Liebhaber der Königin, nachgerückt ist. Madrid, Barcelona, Saragossa, die Provinz Arragonien, nach anderen Berichten auch Catalonien, sind in Belagerungszustand erklärt. Warum denn, wenn die Regierung nichts zu fürchten hätte? — Sehr in Verlegenheit ist Er in Paris. Den faulen bourbonischen Thron in Spanien stützen helfen, wäre sein eigener Untergang und das ansteckende Beispiel eines siegreichen freiheitlichen Aufstands an der Grenze Frankreichs ist nicht minder gefährlich. Er ist zum Abworten genöthigt, was dem Aufstande zu gute kommt, und er wird offenbar dann lieber die Vereinigung Spaniens und Portugals (als Königreich Iberien) unter dem liberalen Coburger Dom Luiz auf dem portugiesischen Thron, einem Schwiegersohn Victor Emanuels, unterstützen, der ihm die Hoffnung einer nicht zu verachtenden Allianz gewährt, die er wieder für seinen eigenen Einfluß in Europa und für den „Ruhm Frankreichs" verwerthen kann. — Soviel ist gewiß, die Folgen des Umschwungs der Dinge in Spanien, wenn er gelingt, werden nicht gering sein, wenn sie auch nur allmählich sich fühlbar machen. Die Wagschale des Absolutismus in Europa sinkt dann wieder um ein Gewicht tiefer.

Mit dem 1. Januar ist als schönes Neujahrsgeschenk die Einheit der **italienischen Gesetzgebung** eine Wahrheit geworden. Mit der Einheit im Civilrecht, Civilprozeß, Strafprozeß, Handelsrecht, tritt auch die Civilehe und somit ein mächtiger Schritt zur Emanzipation des bürgerlichen Lebens von der Kirche in's Leben. Der Klerus ist damit wiederum eines seiner ausgiebigsten Einflußmittel auf die Bevölkerung beraubt.

Amerika. Selbst aus dem Munde des „Königl. Preußischen Staatsanzeigers" ertönt Anerkennung und Lob der Union. „Den Sklaven ist die Freiheit gegeben," heißt es „die Union hat über den Particularismus gesiegt; Institutionen, welche dem Genius der europäischen Völker nicht zusagen, (der Königl. Preußische Staatsanzeiger spricht) haben auf dem Boden, auf dem sie erwachsen, eine oft bezweifelte Kraft bewährt; der Störung der Arbeit, der Unterbrechung des Handels, der Vernichtung unermeßlicher Werthe ungeachtet sind die Zahlungsmittel beschafft worden, für einen Kostenaufwand, der in einem so kurzen Zeitraum ohne Beispiel ist, und die Regierung, welche die materiellen Mittel fand, in vier Jahren 2½ Millionen Soldaten in das Feld zu stellen, hat die Kraft gefühlt, in etwa eben so viel Monaten das Heer bis auf ein Fünftel zu entlassen." — Ein Berliner Correspondent der „Allg. Ztg." fügt hinzu: Kürzlich ist von verschiedenen Seiten gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht worden, in welchem Umfang die englische, französische, deutsche Demokratie gerade in den unteren Schichten des Volks durch die jährlich zunehmende Menge der Briefe genährt wird, welche die Auswanderer, des Lobes der jenseitigen Institutionen voll, in die alte Heimath senden, und mit welcher Spannung die Thaten Grants und Shermans beobachtet, mit welchem Jubel der Sieg der Union aufgenommen, und mit welcher Aufmerksamkeit die Botschaft des Präsidenten Johnson in ganz Deutschland erwartet und gelesen worden ist. Abraham Lincoln ist in Deutschland gegenwärtig so populär, wie irgendein Fürstenname unter den lebendigen oder todten Potentaten. Es ist ganz richtig, was ein Rückblick auf die letzten Ereignisse Nordamerika's im „Ausland" hervorhebt: daß nämlich den republikanischen Institutionen von der öffentlichen Meinung Deutschlands zugeschrieben wird, was vielmehr in der allgemeinen Tüchtigkeit des nordamerikanischen Volks, in seinem Verständniß politischer Ziele, in seinem opfermuthigen Sinn für die Größe der Nation den Grund hat, alles freilich wieder Früchte der trefflichsten Schulung, welche diese Institutionen dem Volke geben, um es in politischer Gesundheit zu erziehen. — Neuere Berichte lassen allerdings wieder manche Befürchtungen aufkommen. Zwischen der den Südstaaten allzufreundlichen Politik des Präsidenten Johnson und des Staatssekretärs Seeward, seiner rechten Hand und dem republikanisch radicalen Congreß ist ein starker Zwiespalt im Entstehen über die Reorganisation der Rebellenstaaten. Allein wir sind der festen Zuversicht, daß der gesunde Organismus der größten transatlantischen Republik auch diese neue Krisis glücklich überwinden wird.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 151. | Dritter Jahrgang. | Sonntag, 19. November 1865.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnementssammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten.** Aus Gotha, die jüngste Arbeiterversammlung. Bekanntmachungen aus Hameln und Zürich. Berichte und Mittheilungen aus Großenhain, Dresden, Magdeburg, Berlin, Leipzig und Cottbus. II. **Politischer Theil.** Politische Umschau. Aus Preußen, Meister Reinecke der Fuchs im Gewande der Unschuld; was der König dem zum Verkauf ausgesetzten Bruderstamm alles versprochen hat. Aus Schleswig, zur Steuer gegen die Stimmungslügenberichte. Dänische Antipathieen gegen die Preußen. Aus Flensburg, preußische Bilderjagd; den eidgetreuen Handwerkern wird von den Preußen die Arbeit entzogen. In Baiern, Jesuitenmissionen aus Preußen. Frankfurt, Adresse der Bürgerschaft an den Senat für seine unverblüffte Haltung gegen die Drah- jetzt Drehnaten; die Trauerfahnen am Todestage Robert Blum's. Wiesbaden, reiche Erndte der Spielgauner. Aus Homburg, der Sohn des König Menschenschlächters von Dahomey will beim Spielpächter das Halsabschneiden im Detail lernen. Aus München, die geheimen Jesuiten. Aus Nürnberg, über die politischen Jesuiten und Ehrabschneider. Anerkennungsadresse an Crämer in Doos; ein treffendes Wort über die jüngsten National-Vereins-Beschlüsse. Aus Würtemberg, Freund Beobachter über die Sommerlogik der Einheitsfanatiker. Aus Preußen, Albert Träger, für Freiligrath wider das „Daheim" und die literarische Ehrabschneiderei. Aus Baden, Berichtigung über den Krankheitszustand des Großherzogs. Aus der Schweiz, Volksstimmung gegen die Mecklenburg'schen Tendenzen des Nationalraths. Frankreich, Ersparnisse im Heer. England, die Aussichten auf Parlamentsreform. In Schweden die Junker und Privilegirten wider Volk und König. Vom Rhein, Correspondenz. III. **Socialer Theil.** Versuch einer socialen Antwort II. — Vom Rhein über den langen Credit der Handwerker. IV. Büchertisch, das zweite Quartalheft des Arbeiterfreundes. Der illustrirte Gewerbekalender von Max Wirth. V. Aus der Werkstätte. VI. Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Gotha. Am 5. November dieses Jahres hatte sich eine Anzahl der Mitglieder des ständigen Ausschusses, nämlich die Herren Sonnemann aus Frankfurt, Staudinger aus Nürnberg, Dr. Hirsch aus Magdeburg, Bebel aus Leipzig, Lippold aus Glauchau, Bandow aus Berlin und Sauerteig von hier zu einer geschäftlichen Berathung in unserer Stadt eingefunden und die Gelegenheit benutzt, eine Arbeiterversammlung im Beisein des ständigen Ausschusses abzuhalten.

In Folge der unzulänglichen Bekanntmachung der Versammlung von Seiten des Vorstandes des Gothaer Arbeitervereins und eines mehrjährigen bedauerlichen Zerwürfnisses zwischen diesem und dem hiesigen Gewerbeverein sowohl, als auch in Folge des schlechten Wetters, welches die ländlichen Arbeiterverbindungen abhielt, Deputationen zu schicken, war die Versammlung nur spärlich besucht.

Das Mißvergnügen darüber war auf den Gesichtern der gastirenden Herren zu lesen, aber zur Freude der Anwesenden zögerten diese trotzdem nicht, ihre beabsichtigten Vorträge auch vor dem kleinen aber gespannten Zuhörerkreise abzuhalten.

Nachdem der Präsident des Ausschusses, Herr Staudinger, einige einleitende Worte gesprochen, setzte Herr Sonnemann die politischen und socialen Bestrebungen des Vereinstages der Deutschen Arbeitervereine auseinander, indem er darauf hinwies, daß der Vereinstag nicht, wie der Nationalverein und die Partei der Lassalleaner, zwei entgegengesetzte Ziele, ersterer die deutsche Einheit und die preußische Spitze, letztere das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und die Staatshülfe — vor Augen habe, sondern immer in einer klaren Richtung, Schritt für Schritt, vorwärts gehe. Der Vereinstag wolle das allgemeine und direkte Wahlrecht auch, aber vorerst die politische Bildung des Volkes und zu diesem Zwecke Arbeiterbildungsvereine; ferner vollständige Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Coalitionsfreiheit und Beseitigung der Last der stehenden Heere, welch' letztere die materielle Wohlfahrt des Volkes fast noch weit mehr als alles Andere benachtheiligte. Der Vereinstag wolle endlich die Ausbildung des Genossenschaftswesens; was der Einzelne nicht könne, das vermöchten Viele, Großes sei nur vermittelst großer Massen zu erreichen.

Hierauf wurde von einigen Mitgliedern des Gothaer Arbeitervereins der von Herrn Sonnemann bedauerte, unter den beiden in Gotha existirenden Vereinen herrschende Zwiespalt, als vom Vorstande des Gewerbevereins verursacht, zu erklären versucht.

Herr Dr. Hirsch hält die Trennung des Arbeitervereins vom Gewerbeverein für einen Fehler, da der Arbeiterverein dadurch der Vorträge gelehrter Männer verlustig geworden sei und da es kein besseres Bildungsmittel als lehrreiche Vorträge gebe, durch welche der Arbeiter zur Erkenntniß seiner Lage und der Mittel, dieselbe zu verbessern, gebracht würde. Der Redner stellt hierauf den Magdeburger Verein als Muster hin, der Alles mit Hülfe solcher gelehrter Männer erreicht habe.

Herr Hirsch legt hierauf, da er erfahren habe, daß man hier den ständigen Ausschuß für nicht radikal genug halte, sein politisches und sociales Glaubensbekenntniß ab, indem er erklärt, daß seine politischen Grundsätze so entschieden seien, daß er dieselben, selbst auf Coburg-Gothaischem Boden, wohl nicht ungestraft aussprechen dürfe, — obwohl er von den Ausschußmitgliedern noch lange nicht der radikalste sei. In socialer Beziehung erstrebe er, wie seine Collegen im Ausschusse, Zustände, unter denen der Gegensatz von Arbeitgeber und Arbeiter nicht mehr existire, — die vollständige wirthschaftliche Selbstständigkeit aller Arbeiter, wohin allein die Productivgenossenschaften führten.

Herr Hirschfeld aus Gotha ist der Meinung, daß vor allen Dingen die politische Reaktion besiegt werden müsse, wenn auch auf socialem Gebiete ein wesentlicher Fortschritt erreicht werden solle.

Herr Bebel aus Leipzig spricht noch einmal die Ansicht des Herrn Dr. Hirsch aus, daß die Sorge für die Bildung neben den politischen Fragen nicht vergessen werden dürfe.

In einem längeren Vortrage vertheidigt dann der Redner das Prinzip der Selbsthülfe gegenüber dem der Staatshülfe und fügt hinzu, daß es aber trotzdem verschiedene Dinge gäbe, welche der Staat darbieten müsse, dieses seien: Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, unentgeldlicher Unterricht. Der Redner betonte am Schlusse seines Vortrages die Nothwendigkeit der Trennung der Kirche von der Schule.

Herr Heyn aus Coburg bezweifelt, daß jener von Herrn Dr. Hirsch vorgemalte ideale Zustand der wirthschaftlichen Selbstständigkeit Aller lediglich auf dem Wege der Association nach Schulze-Delitzsch und durch das Anhören belehrender Vorträge gelehrter Männer im Wintervierteljahre zu erreichen sei. Wenn es in einzelnen Fällen gelungen, unter der Mitwirkung allerhand günstiger Umstände, so sei damit noch keineswegs bewiesen, daß diese Mittel genügen würden, die sociale Umgestaltung im Ganzen und Großen herbeizuführen. Ueberhaupt sei es mit den belehrenden Vorträgen eine eigene Sache. Die Erfahrung lehre, daß die große Masse der Arbeiter, — welche nur so viel verdiene, als sie zur Fristung des Lebens brauche und des Abends, durch die Tagesarbeit körperlich ermüdet, Feierabend mache, alsdann nichts mehr ersehne als Ruhe und gemüthliche Erholung, und daß derselben mit Naturnothwendigkeit nichts ferner liege, als der Ausbildung des Geistes und der Vermehrung der Kenntnisse obzuliegen, selbst wenn der Sinn für geistige Fortbildung vorhanden sei.

Sogar Schulze-Delitzsch, dessen sociale Prinzipien der ständige Ausschuß doch theile, habe in einem neuerdings im Berliner Arbeiterverein gehaltenen Vortrage ausgesprochen, daß noch andere Mittel, als Bildung und Sparsamkeit, zur Hebung der arbeitenden Klassen nothwendig seien. Wie Herr Bandow mit angehört haben werde, zähle Herr Schulze, ausgesprochener Maßen, jetzt auch Lohnerhöhung, Kürzung der Arbeitszeit und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hinzu, (mit dessen Durchführung auch nicht gewartet werden soll, bis jeder Arbeiter die erforderliche Bildung erlangt hat, sondern das vielmehr selbst durch seine Uebung zum politischen und socialen Bildungsmittel wird, wie der das Schwimmen lernt, der in's Wasser geht. D. Red.)

Diese Zweifel bekämpfte Herr Sonnemann in einem längeren Vortrage, indem er unter Anderem daran erinnerte, daß der jetzige nordamerikanische Präsident ein Schneider, also auch ein Arbeiter sei, aber dennoch Zeit gehabt hätte, sich so weit geistig heranzubilden, daß er die oberste Stelle im Staate auszufüllen vermöge. Uebrigens strebe ja der Vereinstag nach Kürzung der Arbeitszeit, wie er überhaupt weder

Schulze noch einem Andern bedingungslos anhänge, sondern aus den Theorien das „Gute nehme, woher er es bekomme," wodurch er auch schon öfters mit Schulze-Delitzsch in Conflikt gerathen sei.

Herr Tschache, Schreinergeselle aus Gotha, erklärt die geringe Betheiligung an der Versammlung aus dem Umstande, daß man in Gotha in allen Kneipen freier reden könne (?) als anderswo in den Vereinen; fände in unserer Stadt ein größerer Druck statt *), so würde sicher die Versammlung zahlreicher geworden sein. Aus demselben Grunde sei auch hier keine freie Gemeinde zu Stande gekommen, trotzdem Ublich hier sehr viele Anhänger habe. Die Minderheit, welche hier versammelt sei, bestehe aber aus Leuten, welche mit Leib und Seele bei der Sache seien und die zum Ausschusse stehen würden, wenn er dereinst sein Banner entfalten und sie rufen sollte.

Herr Bandow aus Berlin bemerkt, daß man den Verein, dessen Vorsitzender er sei, von gewissen Seiten so gern einen Schulze'schen nenne, daß man aber nur insofern ein Recht habe, ihn so zu nennen, als derselbe es des ehrlichen Arbeiters würdiger halte, sich durch Selbsthülfe emporzuschwingen, als Almosen, selbst wenn vom Staate, anzunehmen.

Der Berliner Arbeiterverein sei vor Allem ein politischer Verein, weil er politische Bildung für das dem Arbeiter Nothwendigste erachte, den politischen Fortschritt für die Vorbedingung des socialen halte.

Herr Lippold nennt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ein zweischneidiges Schwert, welche auch von den volksfeindlichen Elementen ausgebeutet werden könne und in Frankreich von Bonaparte und den Pfaffen bereits mit Erfolg benutzt worden sei. Die Hauptaufgabe der Arbeiter sei die Erlangung der Bildung und deshalb sei die Verbesserung des Volksschulwesens nothwendig (Beseitigung alles unnützen Auswendiglernens) und unentgeltlicher Unterricht.

Herr Bockrodt, Schuhmacher von hier, hält ebenfalls die Hebung des Volksunterrichts für die Hauptsache; dieser Unterricht gehöre der Gemeinde, und wer die Schule hebe, hebe das Volk. Der Redner theilt bei dieser Gelegenheit mit, daß er wegen einer Aeußerung auf einer Arbeiterversammlung über die Mängel des Religionsunterrichts mit einem Prozesse — wegen Religionsverspottung bedroht sei!

Herr Hirschfeld erklärt offen, daß seine anfänglichen Vorurtheile gegen den ständigen Ausschuß gefallen seien.

Herr Staudinger spricht seine Freude darüber aus, daß die Versammelten sich so lebhaft an den Debatten betheiligt, mit Herz und Kopf den Vorträgen gefolgt seien. Er empfahl vor Allem das Denken, da es eine geistige Revolution sei, welche die Arbeiter begonnen hätten und welche durch Muth und Ausdauer auch siegreich durchgeführt werden würde.

Die Versammlung schloß mit einem von Dr. Hirsch ausgebrachten Hoch auf den Arbeiterstand und dessen Bestrebungen.

Hameln. In Nr. 144 der Allg. d. Arbeiter-Zeitung ist aus Celle eine Correspondenz enthalten, der wir vollständig beipflichten. Nur erlauben wir uns über den Schlußsatz der Correspondenz etwas Näheres zu sagen. Von den 32 Deputirten ist der Sängerbund nur mit Vorbehalt und Genehmigung der betreffenden Vereine constituirt. Es sei auch bemerkt, daß sich die Arbeitervereine wohl vorsehen mögen, einem Sängerbunde beizutreten, da durch Beitritt zum Sängerbunde den Sängern eine besondere Bevorzugung gewahrt werden muß. Der Gesang wird zur Hauptsache und es würden die Sänger sich dadurch zu einer Corporation einigen und dadurch leicht Zersplitterungen im Vereine entstehen.

Um solches nun zu verhüten, und dem rechten Ziele, der Arbeiterbildung ungehindert entgegen gehen zu können, finden wir es für richtig, dem Sängerbunde nicht beizutreten, wie wir denn in Hameln den Beitritt schon abgelehnt haben. Für Gesangvereine wäre ein Sängerbund ganz gut, wie auch die Arbeitervereine Gauverbände gebildet haben, denn durch das Zusammenhalten kann nur etwas Ordentliches bezweckt werden. Was das anlangt, daß durch den Beitritt zum Sängerbunde das Einüben gleicher Lieder bezweckt werden sollte, so sei bemerkt, daß solches durch Beschluß des Vereinstages durch den Vorort geschehen kann.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins zu Hameln.

H. Meyer, Präsident. — G. Helm, Schriftwart.

---

*) Dem Manne kann geholfen werden. Ob wohl Herr Bockrodt damit einverstanden ist? D. Red.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein in Hameln hat beschlossen, dem nächsten Vereinstage die Frage vorzulegen:

> Was ist zur Hebung kleinerer Vereine Segenbringender: die Abhaltung von Vereinstagen oder die Beschickung der Stiftungsfeste durch geeignete Deputirte?

Da es nun gewiß zweckmäßig ist, alle etwa beim Vereinstage gestellten Anträge vorher durch unser Organ zu veröffentlichen, das heißt mit Hinzufügung der Gründe, worauf der Antrag gestützt wird, so haben auch wir nicht unterlassen, mit diesem Beispiele voranzugehen. Es werden dadurch die Debatten auf dem Vereinstage um ein Bedeutendes erleichtert. Wir ersuchen alle Vereine, besonders aber diejenigen, die zu der Zahl der kleineren gehören, unsern Antrag in ihrem Verein der Berathung zu unterziehen und ihr Für und Wider in diese Zeitung einrücken zu lassen. —

Nachdem die Vereinstage in's Leben gerufen, ist die Beschickung von Deputirten nach kleineren Vereinen zur Seite geschoben. Und doch wenn wir die Fragen in ernstere Erwägung ziehen: Ist es besser, Vereinstage abzuhalten oder die Kosten zur Unterstützung für kleinere Vereine bei ihren festlichen Angelegenheiten (Stiftungsfesten) durch geeignete Deputirte zu verwenden? so können wir der letzteren nur den Vorzug geben. Wenn bei Gründung der Vereinstage man den Zweck gehabt hat, die Vereine zu heben und zu fördern, so wird man jedenfalls die kleineren Vereine hauptsächlich hierbei in's Auge gefaßt haben, indem größeren Vereinen es nicht an Kräften und Mitteln fehlt, sich selbst in die Höhe zu schwingen. Welchen Nutzen gewähren nun aber die Vereinstage kleinerer Vereine? Wenn wir die Berichte von den in Hannover und Göttingen abgehaltenen Vereinstagen lesen, so verkennen wir den Zweck der Berathungen nicht, für kleinere Vereine aber haben sie nicht den Werth, um dafür die Beschickung von geeigneten Deputirten bei ihren Stiftungsfesten fallen zu lassen.

Der zweite Antrag am zweiten Vereinstage wurde dahin beantwortet: man solle intelligente, wissenschaftliche Persönlichkeiten aus dem Orte heranziehen 2c. Die Erfahrung aber hat es uns gezeigt und lehrt es uns täglich, daß solches eine schwere Aufgabe ist und wohl bei den meisten kleineren Vereinen ein frommer Wunsch bleiben wird. Wer in einer kleinen Stadt gelebt, wird den Geist, der in ihr herrscht, wird das sociale Verhältniß in derselben kennen und wissen, wie kaum die demüthigste Kriecherei — die doch jedem Verein fern bleiben soll, — oft wenig hilft, wissenschaftlich gebildete Männer zur Hebung, zur thätigen Mitwirkung durch Vorträge 2c. heranzuziehen.

Ebenso können wir die Beantwortung des siebenten Antrages in derselben Sitzung: daß die Beschickung der Stiftungsfeste zu theuer käme, und die Vereinstage dieselbe ersetzen sollen, keineswegs als richtig bezeichnen, weil Letzteres nicht dem Ersteren an practischem Werthe gleichkommt und es doch immer besser ist, wenn das zu solchen Zwecken aufgebrachte Geld auf das Segenbringendste verwendet wird. — Wir erlauben uns nun, an alle kleineren Vereine die Frage zu richten: Haben die Vereinstage Euch Nutzen gebracht, mehr genutzt als Deputirte, die Euch bei Euren Festen unterstützt haben? Wir haben z. B. in unserem Vereine keine Kräfte, um öffentlich ein Fest veranstalten zu können, und ehe wir uns dem Mitleide oder der Lächerlichkeit aussetzen, lieber bleiben wir zu Haus. Wohl aber ist es etwas anderes, wenn uns von befreundeten Vereinen geeignete Deputirte zugeschickt werden! Dann wird es uns schon möglich, ein Programm aufzustellen und Einladungen ergehen zu lassen, und wie wir es hier schon erlebt, bleibt der Segen eines solchen öffentlichen Festes nicht aus. Der Verein gewinnt Boden in der Bürgerschaft, und viele, die früher dem Verein ferne standen, nähern sich ihm und Manches wird gewonnen! Nichts trägt mehr dazu bei, kleinere Vereine zu heben als solche Feste! Daß nun aber ein Verein nicht verlangen kann, daß alle Jahre bei Begehung des Stiftungsfestes ihnen Deputirte zugeschickt werden, indem die Kosten zu bedeutend, liegt auf der Hand, und müßte, wenn der Antrag die Majorität erlangte, dieser Punkt „die Feststellung der Zusendung von Deputirten" von dem nächsten Vereinstage näher in's Auge gefaßt und deshalb der allgemeinen Berathung unterzogen werden.

Der Vorstand des Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Das Centralcomité der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz an die Brudervereine in Deutschland.

In Nr. 144 der Allg. d. Arbeiterzeitung erschien von Seiten des Vereins Freiburg i. Br. eine Verwahrung, worin derselbe, gegenüber dem Mißtrauensvotum, welches von der Centralversammlung unserer Vereine in Luzern einstimmig gefaßt wurde, Herrn Stödler, früher in Freiburg, zu rechtfertigen sucht.

Nachdem wir unsererseits eine ausführliche Darstellung der Gründe schon verfaßt hatten, welche uns zu jenem Schritte bewogen haben, stehen wir jedoch von weiteren öffentlichen Schritten ab, da wir erfahren, Herr Stödler sei in Waldshut gestorben. Jedoch verwahren wir uns auf's Entschiedenste gegen das von dem Vorstande des Vereins Freiburg unserem Gesammtverein zugefügte Mißtrauen.

Dies unsere Erklärung Namens des Gesammtvereins.

Das Centralcomité.

I. Präsident: A. Vorst. — II. Präsident: J. Sährig.

Vorort Zürich, den 10. November 1865.

Großenhain, 11. Nov. Auf den 9. Nov. wurde unser Verein zu einer außerordentlichen Versammlung eingeladen, zu Robert Blum's Todtenfeier. Nachdem der Vorsitzende auf die hohe Bedeutung dieses Tages hingewiesen hatte, gab er einen Ueberblick über das Leben und Wirken des Märtyrers der deutschen Freiheit und verdammte die feige Rachsucht der Reaction, welche, alles Recht mit Füßen tretend, den Theuren hinmordete. Dann ermunterte er die Anwesenden, sich Blum zum Vorbilde dienen zu lassen und seiner nie zu vergessen; vielmehr sei es heilige Pflicht des Volkes, Robert Blum's Tod zu rächen. Darauf wurde noch vorgetragen „Die drei Kugeln vom 9. Nov.", „Der Delinquent der Wahrheit" und „An Seume's Grabe". Mit dem Liede „Das treue deutsche Herz" schlossen unsere Sänger die ernste Feier.

Der Vorstand des Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Im Auftrage:

G. Ringpfeil.

Nachschrift: In unserem sonstigen Vereinsleben steht es zwar jetzt etwas besser, als früher; jedoch geht die Entwicklung sehr langsam von statten. Der Verein zählte über 100 Mitglieder, wovon sich 80 am Consum, 65 an der seit einem Jahre gegründeten Krankencasse und 25 an dem Gesang betheiligten. Männer der Wissenschaft betheiligten sich sehr flau an unserer gemeinnützigen Sache. Die Versammlungen finden regelmäßig alle Sonnabende statt, Gegenstand der Besprechung sind hauptsächlich die socialen und politischen Tagesfragen. Der Verein hält fest und treu zur „Arbeiterzeitung", mit deren Tendenz er vollständig einverstanden sich erklärt, und mißbilligt die kleinlichen Ränke, die hie und da noch immer gegen dieselbe gerichtet werden.

G. R.

Dresden. Unser Arbeiterbildungs-Verein war leider in Folge ungünstiger Finanzlage auf dem dritten Vereinstage in Stuttgart nicht vertreten. Doch haben die durch die Presse veröffentlichten Berichte im Allgemeinen uns befriedigt.

Die Ursache unserer Geldklemme liegt hauptsächlich in dem bedeutenden Sinken der außerordentlichen Einnahmen. Z. B. brachte die alljährlich per Dampfschiff veranstaltete sogenannte Schweizerparthie im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 101 Thaler, dieses Jahr haben wir jedoch 25 Thaler zusetzen müssen. Solche Vorkommnisse erheischen natürlich eine strenge Sparsamkeit. Im Laufe des Sommers wenden wir uns daher, durch Leipzig's Vorgehen ermuthigt, an den hiesigen Stadtrath mit einer Eingabe, worin wir den Zweck des Vereins, den Lehrplan, die Lehrmittel und die Geschäftsverwaltung auseinandersetzten und schließlich um eine Beisteuer von Seiten der Gemeinde baten. Nach langem Harren ist uns endlich eine abschlägige Antwort zugekommen, mit der Begründung: daß sich der Stadtrath noch nicht klar sei über die Tendenzen des Arbeiterbildungs-Vereins. Wir werden natürlich nicht verfehlen, in einer andern Eingabe diese Unklarheit aufzuhellen. Vorerst aber werden die 62,000 Thaler Deficit des Sängerfestes wohl unser Vorhaben noch auf längere Zeit hinausschieben. —

Von besonderer Wichtigkeit für die Zukunft des Vereins war die am 5. November abgehaltene Hauptversammlung, in der zuerst ein Antrag des Endesunterzeichneten auf Einsetzung eines Socialausschusses allseitige Annahme fand. Dieser Ausschuß, der sofort gewählt wurde, soll die socialen Tagesfragen einer Berathung unterziehen und dem Verein unter Umständen zur Beschlußfassung vorlegen. So glaubt der Antragsteller der im Verein betreffs socialer Fragen herrschenden Flauheit zu steuern, die soweit ging, daß man nicht einmal die Tagesordnung des dritten Ver-

einstages besprach und vom sächsischen Gauverband kaum Kenntniß nahm. Ferner wurde eine Commission zur Revision der Statuten gewählt. Eine nicht kleine Arbeit, indem unsere Statuten einer gründlichen Aenderung bedürfen. Der für alle Mitglieder gleich hohe Beitrag von 6 Ngr. hemmt den Beitritt Vieler, möchte also auf 3, höchstens 4 Ngr. herabgesetzt werden, dagegen die Theilnahme an Lehrstunden einem besonderen Beitrag unterliegen. Die Zahl der regelmäßigen Hauptversammlungen möchte verringert, die Zahl der Vorstandsmitglieder aber erhöht, an Stelle der Lehrerconferenz ein Unterrichtsausschuß ins Leben gerufen werden. Die Bestimmungen der Hauskasse bedürfen ebenfalls dringend einer Aenderung, kurzum, es möchte nur durch eine Radicalcur wieder frisches Leben erblühen.

Von den im Monat October gehaltenen Vorträgen mögen zwei hier Erwähnung finden. Herr Lehrer Schadenberg sprach über die Sinnesorgane, namentlich über das Auge und wies in humoristischer Weise nach, daß Alles was wir sehen „Lüge" sei. Herr Dr. Rentsch erläuterte die verschiedenen Arten des Versicherungswesens. Die speciell für die Kranken- und Lebensversicherung vorgelegten statistischen Nachrichten und Zahlen trugen bedeutend zum Verständniß bei.

M. Hendel.

Magdeburg, 4. Nov. Die letzte Versammlung des Arbeiterbildungsvereins (Mittwoch, 1. November) war nicht minder durch den von Herrn Lehrer Edeling mit vielem Humor gewürzten Vortrag über einige Vögel interessant, als durch die an jenem Abend besonders zahlreich hervortretenden Nachrichten über innere Angelegenheiten des Vereins. Zunächst betrafen dieselben die früher angeregte Ausstellung von Arbeiten von Vereinsmitgliedern; leider hatte sie, obgleich bei ihrer Ankündigung lebhaft begrüßt, doch bisher nicht die gewünschte Theilnahme gefunden; der Termin derselben ward deshalb bis auf Ostern l. J. hinausgeschoben, auch erklärte sich Herr Köhler bereit, noch ferner Anträge in Bezug auf dieselbe entgegenzunehmen. — Ebenso bot das am Tage vorher zum erstenmale geöffnete Lesezimmer Gelegenheit zur Empfehlung, aber auch zur Klage über die gering hervorgetretene Theilnahme an dieser zur eigenen Weiterbildung vor allem wirksamen neuen Einrichtung des Vereinslebens, und nochmals ward zur regen Betheiligung an diesen, Dienstag und Donnerstag geöffneten Leseabenden dringend aufgefordert. — Danach ward Nachricht von der in Angriff genommenen Krankenunterstützungskasse wie von einer beabsichtigten Baugenossenschaft gegeben und eine Besprechung der letztern auf Montag, 6. November, in das Parterre-Local von Robert's Gesellschaftshaus angemeldet. — Die Nähe des 10. November mahnte außerdem an Schillers Geburtstag und vom Vorsitzenden ward mit Bezug auf diesen ein Vortrag von Herrn Dr. Liebinger in Aussicht gestellt, besonders erfreulich war dabei noch die Mittheilung, daß an diesem Festabende auch Frauen und Jungfrauen der Zutritt gewährt werden solle. — Für die Mitglieder des Consumvereins zeigte Herr Assessor Richter die Eröffnung eines zweiten Magazins in der Weinfaßgasse wie eine am Donnerstag, 10. November ebenfalls in Robert's Local abzuhaltende besonders wichtige Generalversammlung an. — Von den eingelaufenen Fragen erregten einige von religionsgeschichtlichem und eine vom populär-medicinischen Felde (die Cholera betreffend) ganz besonderes Interesse und durch Herrn Uhlich ihre belehrende Antwort. (Magdeb. Pr.)

Magdeburg. In dem mit Fahnen, Blumen und Schiller's lorbeerbekränzter Büste festlich geschmückten Robert'schen Saale feierte der Arbeiterbildungsverein in Gegenwart der Frauen und Töchter der Mitglieder und zahlreicher Gäste den Geburtstags Schiller's. Nachdem der Vorsitzende, Herr Dr. Hirsch, die anwesenden Damen mit einigen einleitenden Worten begrüßt und der Gesangverein mehrere Lieder vorgetragen hatte, erhielt Herr Dr. Liebinger als der vom Vorstande bestimmte Festredner das Wort. Derselbe schilderte in einer Darstellung der Lebensgeschichte Schiller's bis zum Jahre 1785 den Sieg des Genius über die Schwierigkeiten des äußeren Lebens und beantwortete dann die Frage, wodurch Schiller zum gefeiertsten Dichter des deutschen Volkes geworden sei. Nicht durch die populäre Form seiner Werke, — es haben andere populärer als Schiller gedichtet — nicht durch seine äußeren Lebensschicksale — dieselben seien der Masse des Volkes nicht genügend bekannt gewesen — nicht weil er Deutschlands größter Dichter sei — diesen Ruhm mache ihm Göthe streitig — habe er wie kein anderer vor ihm dauernd die Begeisterung des gesammten deutschen Volkes erweckt, sondern durch die Idealität der in seinen Dichtungen kundgegebenen Gesinnung. (Das können unsere „Realpolitiker" unmöglich zugeben. D. Red.) Als das höchste seiner Ideale habe Schiller selbst die politische Freiheit hingestellt. In den Briefen „über die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts" heißt es: „Das Leben steht über der Kunst; die Schönheit ist nur der Weg, den man zur Freiheit wandert, der Bau einer wahren politischen Freiheit ist das vollkommenste aller Kunstwerke." Durch die Verkündigung dieser Lehre sei Schiller zum Propheten seines Volkes geworden, und an ihm hätten sich seine eigenen Worte bewahrheitet: „Ehe noch die Wahrheit ihr siegendes Licht in die Tiefen der Herzen sendet, fängt die Dichterkraft ihre Strahlen auf und die Gipfel der Menschheit werden glänzen, wenn noch feuchte Nacht in den Thälern liegt." Der politischen Freiheit sei Schiller treu bis zum Tode geblieben, in seinem Schwanengesange „Wilhelm Tell" habe er sie am schönsten verherrlicht. Er sei nicht der Ansicht gewesen, daß, wie man fälschlich aus einem seiner Gedichte geschlossen, die Freiheit nur in das „Reich der Träume" gehöre, denn er sage in der Geschichte der Niederländischen Rebellion: „Die Kraft, mit der das Niederländische Volk handelte, ist unter uns nicht verschwunden; der glückliche Erfolg, der sein Wagestück krönte, ist auch uns nicht versagt, wenn ähnliche Anlässe uns zu ähnlichen Taten rufen." Auch den Weg, auf welchem die Freiheit allein errungen werden könne, habe er gezeigt, die Worte des sterbenden Attinghausen:

„Drum haltet fest zusammen — fest und ewig —
Kein Ort der Freiheit sei dem andern fremd —
Hochwachten stellet aus auf euren Bergen,
Daß sich der Bund zum Bunde rasch versammle —
Seid einig — einig — einig"

seien das Vermächtniß des sterbenden Dichters an das deutsche Volk. Bei der hundertjährigen Geburtstagsfeier Schiller's im Jahre 1859 sei das Volk diesem Rufe gefolgt, möchte die Zeit nicht mehr fern sein, in der wir die Einigkeit nicht nur in der Erinnerung an unsere Dichter bewähren. Dem unsterblichen Dichter könnten wir unsern Dank nur dann würdig abstatten, wenn wir in seinen Wegen wandelten. Mit der Vorlesung des herrlichen zur Schillerfeier der Deutschen Arbeitervereine in London von Freiligrath verfaßten Gedichtes schloß der Festredner seinen Vortrag. Die gespannte Aufmerksamkeit und die lebhafte Theilnahme, mit welcher derselbe in tiefster Ruhe von der etwa 1200 Personen starken Versammlung angehört wurde, mag zum Beweise dienen, daß gerade in unseren Arbeiterkreisen der Sinn für das Ideale nicht verschwunden ist. (Wie trostlos für unsere „Realpolitiker"! D. Red.).

Durch Gesang und Declamation wurde die Feier in würdigster Weise geschlossen. (M. Pr.)

Berlin. In einer am 6. d. M. stattgehabten Versammlung der hiesigen Cigarrenarbeiter wurde ein Comité gewählt, um die Statuten für einen allgemeinen Berliner Cigarren-Arbeiterverein zu entwerfen und demnächst eine neue Versammlung zu fester Gründung des Vereins einzuberufen.

W. **Leipzig, 14. Nov.** Die Feier des 10. November von Seite des hiesigen Arbeiterbildungsvereins fand in dem großen Saale der Centralhalle in so glänzender und gelungener Weise statt, wie wohl kaum von einem anderen Vereine. Saal und Gallerien waren gedrängt voll und die Zahl der Anwesenden, durch welche alle „Stände" (wenn man schon so sagen soll) vertreten waren, mochte leicht an zweitausend betragen. — Die Musik unserer Communalgarde, unter Direction des Herrn Hiller, verdient für ihre vortrefflichen Leistungen öffentliche rühmende Anerkennung um so mehr, als dies in hiesigen Blättern unterlassen wurde. Ueberhaupt scheinen unsere Journalisten und Demokraten in Glacéhandschuhen stets „verhindert" zu sein, wo's am Platze wäre, die versammelten Arbeiter „mit ihrer hohen Gegenwart zu beehren". Hat nichts zu sagen: wir können im Nothfalle auch ohne sie leben und handeln! — —

Der Saal war reich mit Fahnen, vorherrschend schwarz-roth-goldne, geschmückt, die Büsten der Gefeierten waren mit Lorbeerkränzen geziert. Nachdem die „Ouvertüre zu Tell" und das „Lied an die Freiheit" vorgetragen waren, sprach Fr. Weihmann in kräftigem Vortrag den folgenden, von Dr. Roderich Benedix gedichteten

Prolog.

Wenn der Eroberer mit seinen Schaaren
Mit tückischem, tyrannischem Gebahren
Des Vaterlandes Grenzen überschreitet
Und einem Volke Fesseln zubereitet:
Dann nimmt der Mann die Büchse und das Schwert
Und streitet kühn für seinen heim'schen Heerd;
Und ob er siegt, ob in der Schlacht er fällt,
Es ehrt das Volk ihn mit dem Namen Held.

Doch nicht allein vor Lanz' und Säbelblitzen,
Wo laut der Donner brüllt aus den Geschützen, —
Kampf gibt es auch mit anderen Gewalten,
Und Muth kann sich auch anderswo entfalten.

Verdummung, Unterdrückung freier Regung,
Das Fesseln jeder geistigen Bewegung,
Unwissenheit und Lüge, Aberglauben —
Sind Feinde, die den Menschengeist berauben.
Die kann man nicht mit Kriegesvolk bekämpfen,
Nicht mit dem Schwerte ihren Einfluß dämpfen;
Hier tritt das kühne Wort dann in die Schranken, —
Die Waffen nicht — hier kämpfen die Gedanken!

Wenn Lieder uns von großen Feldherrn melden,
Kennt die Geschichte doch auch Geisteshelden;
Der Lorbeer schmückt nicht nur den großen Krieger,
Auch im Gedankenkampfe gibt es Sieger!
Drei solcher Helden wollen wir heut' feiern,
Ihr Angedenken unter uns erneuern.

Martinus Luther ist der erste Held,
Der kämpfte auf der Geistesfreiheit Feld.
Die Welt lag unter schnödem Pfaffendruck
Und unter blinden Aberglaubens Spuck,
Das freie Denken — streng war es verpönt,
Die menschliche Vernunft — sie ward verhöhnt;
In todte Formeln war der Geist gebannt,
Und wer die Fesseln brechen wollte, ward verbrannt!
Vergebung, ach das Göttlichste der Welt —
Das üpp'ge Rom — es übte sie für Geld.
Gebunden lag das Volk in Geistesnacht,
Und triumphirend stand die Pfaffenmacht.

Da stand Herr Luther auf und brach die Bande,
Und Freiheit gab er wieder seinem Lande,
Und durch die Völker drang sein feurig Wort
Und jagte alle Nachtgespenster fort,
Und als er stand vor Kaiser und vor Reich,
War er nicht zagbaft eben oder feig;
Er sprach: „Bei meinem Worte bleib' ich steh'n,
„Ist es von Gott, so wird's nicht untergeh'n".

Das war der Held, der muthig kämpft' und litt,
Und der die Wahrheit seinem Volk erstritt.

Und Friedrich Schiller ist der zweite Held,
Deß hohen Namen preist die ganze Welt.
Was Luther nur zur Hälfte hat vollbracht,
Ergänzte er mit seines Geistes Macht.
Denn hatte Luther Rom auch widerstanden,
Noch lag das Volk in dumpfen Geistesbanden.
Engherzig Vorurtheil beherrschte noch das Leben,
Nicht konnte frei die Seele aufwärts schweben.
In Kasten war das ganze Volk gespalten,
Kein freies Leben konnte sich gestalten.

Gefesselt waren Wort noch und Gedanken
In unverständ'ger Sitte rohen Schranken.
Da schickt er seine Räuber in die Welt —
Mit einem Schlage jede Fessel fällt.
Fiesko dann für Völkerfreiheit spricht,
Kabal' und Liebe hält ein streng Gericht
Ob Schurkerei und feilem Hofgeschmeiß,
Jungfrau von Orleans und Tell in schönem Kreis,
Sie öffnen uns des Vaterlandes Pforten —
Von da an erst sind Deutsche wir geworden.

Wenn Luther uns die Wahrheit hat gebracht,
So zeigte Schiller uns der Schönheit Macht.
Und unser Leben in der Schönheit Kranze
Entfaltete sich stets zu höherem Glanze.

Scharnhorst, der letzte ist er von den Drei'n,
Denen wir des heut'gen Abends Feier weih'n.
Wahrheit und Schönheit g'nügen nicht allein
Einem großen Volke — frei auch muß es sein.
D'rum, wenn's nach Streit den Nachbar einst gelüstet,
Nothwendig ist's: das Volk sei dann gerüstet.
Der Freiheit Lieb' hat Schiller uns gelehrt,
Scharnhorst gab, sie zu schützen, uns das Schwert;
Die Landwehr schuf er, die, bereit zur Schlacht,
Den fränk'schen Kaiser hat zu Fall gebracht.
„Das ganze Volk, es sei des Landes Herr."
„Das ganze Volk, es führe Büchs' und Speer!"
So sprach der Held und hat es ausgeführt; —
Der Dank für unsere Freiheit ihm gebührt!

So laßt uns denn die Geisteshelden preisen,
Und für ihr Wirken unsern Dank beweisen.
Martinus Luther hat die Wahrheit uns gebracht,
Es zeigte Schiller uns der Schönheit Pracht,
Scharnhorst gab uns die Kraft — und so die Macht.

Nachdem die Musik die „Ouverture zu den Hugenotten" gespielt hatte, bestieg Herr Dr. Fr. Friedrich die Rednerbühne und zeigte der lauschenden Menge in trefflicher Rede, wie innig das Leben der drei großen Männer, deren Andenken wir heute feiern, mit dem Leben und mit dem Geiste des Volkes verwachsen sei. Sie hätten, jeder in seiner Art, für die Freiheit des Volkes gewirkt, gekämpft und gelitten; sie hätten uns gelehrt, zu protestiren gegen jede Vergewaltigung, sei es auf dem Gebiete geistiger oder politischer Freiheit, und so lange das deutsche Volk noch den Muth habe, im Geiste der großen Todten Protest zu erheben, lauten, thätigen Protest gegen jede Gewaltthat, woher sie auch komme oder drohe, so lange könnten wir getrost der Zukunft entgegen gehen. Der Redner schilderte nun im Einzelnen die besonderen Verdienste von Luther, Schiller und Scharnhorst. Bei den dazu passenden Stellen öffnete sich der Vorhang des im Vordergrunde angebrachten kleinen Theaters und zeigte folgende drei lebende Bilder, von Mitgliedern des Vereins in sehr anerkennenswerther Weise ausgeführt:

1) Dr. M. Luther verbrennt die Bannbulle zu Wittenberg, den 1. Dezember 1520.
2) Schiller, im Kreise einiger seiner Mitschüler die Räuber lesend.
3) Scharnhorst empfängt die vor dem Schlosse zu Breslau vorüberziehenden ersten Freiwilligen.

Der geehrte Redner sowohl, wie die Darsteller der lebenden Bilder fanden die verdiente Anerkennung in stürmischen Beifallsbezeugungen. Das Festcomité hatte den Beweis geliefert, daß es, — behält man den Standpunkt schlichter Arbeiter im Auge, — Vortreffliches zu leisten im Stande sei. Es reihten sich noch einige Musikstücke und Declamationen von den Mitgliedern, HH. Wilde, Silberberg und Köhler an, sämmtlich mit viel Beifall aufgenommen; den Schluß bildete das schon kürzlich mitgetheilte Festlied von K. Wilde.

Nach der offiziellen Feier begannen die Toaste, und zwar in trefflichen Worten von Herrn Bebel: auf die Gefeierten! — von Fr. Weißmann: „auf den gesammten prangenden Blumenstrauß deutscher Geistesgrößen, insbesondere aber auf jene Blume, die zu nennen da und dort noch verboten sei; das deutsche Volk lasse sich seine Lieblinge nicht vom Herzen reißen und allen Verboten zum Trotz juble es ihnen bei jeder passenden Gelegenheit sein Hoch zu!" — Der liebenswürdige blinde Arbeiterfreund Dr. Burkhart spricht in ähnlichem Sinne und gedenkt des „verdienstvollen Todten in der Brigittenau" und Aller, die in seinem Geiste wirkten und wirken. — Dann wechselten ermunternde Toaste zwischen den Arbeitern und den zahlreich anwesenden Burschenschaftern zu gemeinschaftlichem Vorwärtsschreiten, wenn's gelte, für's Vaterland!

Zum Schlusse meines Berichtes über diese wahrhaft erhebende Feier, von der Alt und Jung nur ungern erst nach Mitternacht sich trennte, füge ich noch den gelungenen Toast von Dr. Fr. Hoffmann an. Er lautete:

„Von vielen Worten bin ich Feind;
„Nehmt's kurz an, redlich ist's gemeint:
„Die Hände, die das Land erhalten,
„Die emsig schaffen und gestalten,
„Bei schwerer Arbeit nie erkalten;
„Die nimmer vor Gewalt erbeben,
„Stark für die Freiheit sich erheben
„Die braven Männer sollen leben!"

Cottbus, 15. Nov. (Arbeiter-Fortbildungs-Verein.) Unser Verein feierte am 21. v. M. sein 1. Stiftungsfest, welches in einfacher Weise verlief und mit einem Ball endigte. Aus dem dabei gegebenen Berichte ging hervor, daß schon in dem ersten Jahre Anfänge zu weiteren Fortschritten gemacht sind, man konnte aber dennoch die Wahrnehmung machen, daß uns diejenige Thatkraft mangelt, die uns entgegengesetzten Richtungen eigen ist. Wir können in dieser Beziehung ein Beispiel nehmen, an dem in unserer Stadt schon lange bestehenden pietistischen, evangelischen Jünglingsverein unter Protection der eifrigsten Mucker. Dieser Verein hat mit Hülfe unserer tonangebenden Fortschrittsmänner eine Herberge zur Heimath gegründet. Warum ist unsere Partei nicht im Stande, etwas Derartiges zu schaffen, und warum verdächtigt unsere Cottbuser Fortschrittspartei unseren Arbeiterverein? Außer dieser pietistischen Bestrebung scheint man auch jesuitischer Seits thätig zu werden, denn es entsteht soeben ein kath. Gesellenverein (obgleich hier wenig Katholiken existiren) welcher bereits 40 Mitglieder zählen soll und schon ein großes Local mitten in der Stadt gemiethet hat. Ist etwa hier der Bonifacius-Verein hülfreich?

Unser Verein ist in der Nieder-Lausitz außer Forst der einzige, welcher das Ziel der Arbeitervereine mit Ausdauer verfolgt. Dagegen ist der Spremberger Handwerkerverein, sowie der in Peitz sehr zurückhaltend. In letzterem Vereine scheint es jüngst zu Differenzen gekommen zu sein. Vorsitzender war bisdang in dem an Mitgliedern zahlreichen Vereine der großen Einfluß auf die Peitzer Bevölkerung habende Demokrat Berger. Derselbe schied darum aus, weil in diesem Sommer der Cottbuser Verein den Peitzer besuchte und dieser Besuch erwidert wurde. Aus servilen Anschauungen fürchtete der „Demokrat" die heilige Polizei, wenn Peitz mit Cottbus bekannt würde. Noch unerklärlicher ist uns das Benehmen eines Mannes, der sonst als freisinnig und politischer Märtyrer gelten will, des Hrn. Rector Gerlach von Cottbus nämlich, der seine Kräfte nach Auswärts trug, und in Peitz gegen anständiges Honorar Vorträge hielt. Nach seinem letzten Vortrage erklärte er nun, daß er darum keine Vorträge in Peitz mehr halten werde, denn die dortige freie Gemeinde (3 Männer) suchte Einfluß auf den Handwerkerverein auszuüben, und ebenso könne er in Cottbus selbst dem Arbeiterverein nicht dienen, da in demselben das freireligiöse Element überwiegend sei. Außerdem ließ sich Hr. G. in einer Weise über das freireligiöse Wesen aus, die bewies, daß er davon gar nichts versteht oder verstehen wollte. Wahrscheinlich kommt man in Peitz zur Einsicht und lernt die Feinde der Volkssache kennen. Denn es ist nicht Alles — liberal was — schreit.

Dagegen scheint Forst, welches einen großen Arbeiterbildungsverein hat, geweckter zu sein. Leider sind von Forst noch keine Nachrichten in die Oeffentlichkeit gekommen. Dieser Verein besitzt einen ansehnlichen Consumverein auf Lagerhalterei und hat derselbe schon tüchtige Erfolge erzielt. Von Cottbus aus werden die benachbarten Vereine eingeladen werden, zu einem Gauverbande zusammenzutreten, und es läßt sich wohl erwarten, daß wenigstens Forst der Aufforderung nachkommen wird. Bei heutiger Gelegenheit muß Referent Veranlassung nehmen auf die Weithmann'sche Arbeiterbibliothek aufmerksam zu machen. Dieses Werk wird in unserm Kreise in mehreren Exemplaren bezogen und kann nur jedem Vereine und jedem einzelnen Arbeiter angerathen werden, zur Unterstützung dieses Unternehmens das ihrige beizutragen. Denn gerade diese Arbeiterbibliothek ist so mannigfaltig und reichhaltig an Lesestoff, die beizutragen im Stande sind, den Arbeiter auf das hinzubringen, was so sehnlich von allen Volksfreunden erstrebt wird.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Gleichwie Meister Fuchs unerschöpflich ist an Wendungen und Sprüngen, um den süßen Weintrauben beizukommen, bevor er entweder mit einem entsagenden Blick nach oben sein Non possumus spricht, oder mit blasirtem Achselzucken sich abwendet und die Trauben für sauer erklärt; so haben großpreußische Staatsweise neuerdings wieder eine Zauberformel ausgeheckt, durch welche die Herzogthümer mit unwiderstehlicher Gewalt in die preußischen Arme getrieben werden. In den sonstigen Vorwänden nämlich, unter welchen man die Herzogthümer, vorläufig Schleswig, in preußisches Eigenthum verwandeln zu können meint, hat sich noch ein neuer eingefunden, welchem gegenüber alle Einrede verstummen muß. Man sagt: Lassen wir diese Gelegenheit entschlüpfen, Preußen durch die Herzogthümer zu vergrößern, so würden wir damit einen Zunder in den Schooß des Königreichs werfen, der über ein Kleines unfehlbar zur hellen Flamme aufschlüge und Thron und Altar verzehrte. Ein Verzicht würde eine Schmälerung des „preußischen Ruhmes" (gloire prussienne) bedeuten und den Zorn des preußischen Volkes aufstacheln. Mit dieser Volte, macht man aus der Noth eine Tugend, fügt sich in Geduld den „zwingenden Verhältnissen", schiebt alle Schuld in den großen Schuh des Volkes, macht das Volk zum Sündenbock und umkleidet das nackte Vergrößerungsgelüste mit dem Mantel der Selbsterhaltung. Das Weitere besorgen die Kronsyndici und sonstige Lohndiener eines starken Königthums.

Die „Berliner Reform" erinnert an mehrfache Aeußerungen, welche Se. Majestät der König in der Sache der Herzogthümer gethan hat, und welche vor der Vergessenheit bewahrt zu werden verdienen. Es ist der König gewesen, welcher auf der Reise nach Düppel den Holsteinern sagte:

„Ich bin hergekommen, Euch frei zu machen; Ihr werdet einer glücklichen Zukunft entgegengehen und Euren rechtmäßigen Herrscher bekommen."

Der König ist es gewesen, welcher bei Uebergabe der letzten Adresse des Abgeordnetenhauses, im Jahre 1864, erwiderte:

„Das Haus der Abgeordneten kann nicht von Mir erwarten, daß Ich willkürlich und ohne Beachtung der internationalen Beziehungen Preußens von dem 1852 geschlossenen europäischen Verträgen zurücktrete. Die Successionsfrage wird durch den deutschen Bund unter Meiner Mitwirkung geprüft, und dem Ergebniß dieser Prüfung kann ich nicht vorgreifen."

Der König ist es gewesen, welcher auf die Vorstellung der Kieler Universitätsdeputation äußerte:

„Mein eifriges Bestreben ist darauf gerichtet, die Rechte beider Herzogthümer und die alte Verbindung derselben unter einander, welche so würdig durch die gemeinsame Universität repräsentirt wird, durch dauernde Bürgschaften sicher zu stellen. Ueber die dynastische Frage, welche in dem Mir überreichten Schreiben berührt wird, kann Ich, wie Sie selbst erkennen werden, Mich nicht aussprechen, so lange sie Gegenstand schwebender Verhandlungen ist. Für Schleswig wird die Entscheidung nicht ohne die Theilnahme der europäischen Mächte erfolgen können. Bei den Conferenzen, welche voraussichtlich darüber zusammentreten werden, wird die Rücksicht auf begründete Rechte und internationale Verpflichtungen mit der Sorge für das Wohl und Interesse der Herzogthümer Hand in Hand gehen."

Der König ist es gewesen, der einer Deputation Schleswig'scher Notabeln antwortete:

„Es ist unser fester Wille, Bürgschaften zu gewinnen, durch welche die Rechte und Interessen der Herzogthümer auch für die Zukunft sicher gestellt werden. Dieses Ziel unserer Bestrebungen hoffen wir zu erreichen, welches auch die Entscheidung über die dynastische Frage, die Ihre Adresse berührt, sein möge. Daß diese Entscheidung nicht ohne Verhandlung am Bunde und mit europäischen Mächten erfolgen kann, liegt in der Natur der Verhältnisse und vermag Ich dem Ergebnisse nach beiden Richtungen nicht einseitig vorzugreifen."

Endlich ist es, nach des Grafen Bismarck ausdrücklicher Betonung im Abgeordnetenhause, der König selbst, der die auswärtige Politik einzig und allein bestimmt und leitet. Bis heute aber ist kein Wort des Königs bekannt, das eine Aenderung der Ansichten bekundete, welche in dem oben Mitgetheilten wiederholt so festen und so klaren Ausdruck gefunden haben.

In der „Mitteldeutschen Volkszeitung" ist ein Protest aus Schleswig zu lesen gegen die vielen Unwahrheiten, die in den deutschen Blättern über die Stimmung in Schleswig verbreitet werden. Der Protestant schreibt: Seit beinahe zwei Jahren im Lande anwesend, bin ich mit den Verhältnissen ziemlich bekannt. Verschiedene Blätter haben in letzter Zeit die Nachricht gebracht, die Schleswiger seien mit dem neuen preußischen Regiment sehr zufrieden. Das ist einfach eine Unwahrheit; denn die Stimmung ist nur gedrückter und mißmuthiger geworden. Und wie könnte dies auch anders sein? Volksbeliebte Beamte sind und werden entlassen, verhaßte treten an ihre Stelle, und diese sind natürlich Werkzeuge Bismarck'scher Zwecke. Die Vereine werden gemaßregelt, die Presse scharf bewacht u. s. w.

Aus Schleswig, 8. Nov. Der „Hamb. Ztg." schreibt man: Aus der Stadt Apenrade kann ich folgenden praktischen Beleg geben, daß die Dänen nichts weniger wollen, als mit den Preußen in Verkehr zu treten. Einige jüngere Offiziere der dortigen Garnison, vielleicht nicht ganz zufrieden mit dem Aufenthalt der deutschen Gesellschaft, beschlossen, sich in den stockdänischen Club zur Aufnahme zu melden. Man verstand die Sache dort aber anders und ließ die Herren — durchfallen; gewiß bezeichnend für den „Wunsch" der Dänen — „preußisch zu werden!"

Flensburg, 8. Nov. In welcher Weise die Preußen in Schleswig gegen Herzog Friedrich verfahren, beweist der glaubwürdig erzählte Vorfall, daß an einem der jüngsten Tage ein preußischer Offizier in dem Laden eines Kunsthändlers erschien, um ihn, angeblich im Auftrage des Militärcommando's, zu veranlassen, aus seinem Schaufenster die Büste des Herzogs Friedrich wegzunehmen. Als der Kaufmann darauf sich erkundigte, ob ihm die Entfernung obrigkeitlich befohlen werde, entgegnete der Offizier, es sei vorläufig nur eine freundliche Zumuthung, im Weigerungsfalle würde aber ein Befehl nicht ausbleiben. — Die Büste hat fast Jahr und Tag im Fenster Stand gehabt.

Den schleswig'schen Handwerkern, welche sich an Augustenburgischen Adressen und Deputationen betheiligt haben, bleiben Seitens ihrer neuen Regierung die Arbeiten entzogen.

Bayerische Blätter richten an die Regierung die Frage, warum sie das Gesetz, wonach die Jesuiten in Bayern nicht geduldet werden sollen, nicht anwende. Zur Zeit ziehen als Bußprediger Jesuiten aus Preußen durch's Land.

In **Frankfurt** war man Willens, mittelst eines großartigen Fackelzugs dem Senat die Anerkennung der Bürgerschaft für seine unverblüffte Haltung gegenüber den österreichisch-preußischen Schreckschüssen auszusprechen. Die Behörde hat sich jedoch eine derartige Kundgebung verbeten. Dafür wird jetzt eine Dankadresse, die sich bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt und noch unter den Bürgern umläuft, nächster Tage dem älteren Bürgermeister durch eine Deputation überreicht werden.

Der „Magdeb. Presse" wird unterm 10. Nov. aus **Frankfurt** geschrieben: Wie alle Jahre am Todestage Robert Blum's, so sind auch gestern wieder an verschiedenen Stellen der Stadt Trauerfahnen angebracht worden. Dieses Mal war auf dieselben das Wort „Freiheit" geschrieben. Es hat innerhalb der 17 Jahren, seit diese Kundgebung mit Erfolg versucht wird, der Polizei noch nicht gelingen wollen, die Thäter zu ermitteln. Die deutschen Vormächte hätten also wohl Ursache gehabt, diese wühlerische Greuelthat in ihren Drohnoten ebenfalls zu erwähnen.

Die heurige Ernte der Spielpächter in **Wiesbaden** wird von der „Kasseler Zeitung" auf 2,300,000 fl. angegeben.

Aus Homburg berichtet man von einem seltenen Gaste: ein Sohn des Königs von Dahomey, des bekannten Massenschlächters, soll sich dort zum Besuch eingefunden haben. Der Spielhauspächter hat ihm aus einem während der letzten Saison hinter dem Kurhause gesprengten Schädel den Willkommen zugetrunken und sein herzliches Bedauern ausgesprochen, daß der Prinz bei dem spärlichen Winterbesuche nur schwache Anklänge an die Nationalfeste seiner Heimath finden werde. Der Prinz will an der Spielbank, wie Kladderadatsch sagt, das Halsabschneiden en detail erlernen.

Aus München brachte jüngst der „Fr. Kurier" folgende Correspondenz: „Der vor einigen Wochen geschehene förmliche Eintritt des vormaligen österreichischen Ministers v. Bach in den Jesuitenorden verdient alle Beachtung. Der Jesuitenorden hat nicht blos eigentliche, an ihrer Tracht kenntliche Mitglieder geistlichen Standes, sondern auch weltliche, äußerlich nicht kenntliche Theilnehmer, sogenannte Coadjutoren (sonst fratres carnales genannt). Zu solchen suchen die Jesuiten vornehmlich hohe und einflußreiche Beamte zu gewinnen, und eben durch diese hochgestellten „Coadjutoren" wird es ihnen möglich, so großen Einfluß im Staatswesen zu üben. Während dergleichen Beamte die Interessen der Jesuiten im Geheimen auf alle Weise fördern, zeigt sich auf der andern Seite der Orden wieder dankbar, indem er dem Beamten durch alle möglichen Mittel zu hohen und einträglichen Stellen verhilft. Nicht blos Katholiken sind unter diesen Coadjutoren, sondern auch Protestanten, die sich aber im Geheimen zur katholischen Confession bekennen müssen, während sie äußerlich den protestantischen Kultus fortüben dürfen. (Hier wird das Beispiel des 1816 zu Darmstadt verstorbenen Oberhofpredigers, Consistorialraths und Freiherrn Stark citirt). — Nun möchte sich, bei dem Beispiele des Ministers Bach, wohl die Frage rechtfertigen, ob es nicht vielleicht auch unter den bayerischen Beamten solche jesuitische Coadjutoren gibt? Der Jesuitenorden ist in Bayern zwar verboten; aber die Zeichen sind deutlich genug, daß er gleichwohl im Lande existirt. Ist doch der Orden, mit Ausnahme von Oesterreich, nirgends in Deutschland erlaubt, und gleichwohl erklärt das in Rom im Jahre 1863 erschienene offizielle Verzeichniß, daß es in Deutschland 584 Jesuiten gibt, wobei die „Coadjutoren" wahrscheinlich noch nicht gerechnet sind; Oesterreich wird mit 362 Ordensmitgliedern besonders aufgezählt. Das kleine Belgien hat 576 Jesuiten, Holland 270, Spanien 868, Frankreich 2266. Im Ganzen sind, nach dem genannten im Jahre 1863 erschienenen offiziellen römischen Verzeichniß, 7529 Jesuiten über Europa zerstreut; ein hübsches Corps von Finsterlingen, die, wohl organisirt und mit großen Reichthümern ausgestattet, durch Volksverdummung die Welt zu beherrschen suchen, während ihnen die wenigen Kämpfer für den Fortschritt und die Aufklärung vereinzelt und ohne äußere Hilfsmittel gegenüber stehen. Sie haben sich Europa in 19 Provinzen getheilt, von denen 5 auf Deutschland kommen, und deren jede ihre besondere Direction hat, bei welcher die Correspondenzen aus den einzelnen Ortschaften zusammenfließen und die wiederum an den Jesuitengeneral in Rom berichten, von welchem die obersten Befehle ausgehen.

Nürnberg. Die Gegner der Volkspartei verrathen ihren Aerger über Crämers Austritt aus dem Ausschusse der bayerischen Fortschrittspartei durch fortgesetzte Angriffe der allertreulosesten Art. Die autographirte Erlanger Correspondenz klammert sich an den Wortlaut der Crämer'schen Austrittserklärung, um einen Satz zu beweisen, von dessen Unwahrheit der Verfasser der Correspondenz selbst vollkommen überzeugt ist, nämlich Crämer habe sich von den folgenden Sätzen des Programms der Fortschrittspartei losgesagt: „Wir verlangen für Deutschland die Machtstellung nach Außen und die gesicherte Freiheit im Innern, worauf eine große und gebildete Nation nicht verzichten kann. Wir verlangen deshalb die bundesstaatliche Einigung Deutschlands und vor Allem die Wiederherstellung des deutschen Parlaments." Aus dem Quartier der Erlanger Correspondenz sind wir an solche Hinterlist gewöhnt; daß aber ein hiesiges Blatt, dem der wahre Sachverhalt ebenso gut bekannt ist als uns, die schmähliche Insinuation abdruckt, ist nicht sehr ehrenvoll. (Nbg. Anz.). — (Wir sammeln an einer Blumenlese von derartigen Niederträchtigkeiten und gedenken sie sammt ihren intellektuellen und physischen Urhebern zu rechter Zeit zu enthüllen. Es steht sehr schlimm um eine Partei, wenn sie, um ihre Sache zu halten, zu Lüge und Verläumdung greifen muß, und wenn überdies ihre Wortführer dies aus dem feigen Versteck der Anonymität thun. D. Red.).

— An Herrn Crämer in Doos ist eine mit über 200 Unterschriften versehene Adresse nachstehenden Inhalts gelangt: „Die unterzeichneten Mitglieder des Nürnberger Arbeitervereins und des Nürnberger Volksvereins erklären sich mit der politischen Stellung, welche Sie und Ihre Meinungsgenossen in neuester Zeit eingenommen haben, für ganz einverstanden und weisen die Ihnen von der gegnerischen Presse zugefügten Beleidigungen und Verdächtigungen mit Entrüstung zurück. Genehmigen Sie, hochverehrter Herr und Freund, diese wenigen Worte als einen Ausdruck unserer freien und unabhängigen Ueberzeugung und zählen Sie, als derzeitiger Führer, auch uns zur deutschen Volkspartei." (N. K.)

Nürnberg, 10. Nov. In einer Versammlung des Volksvereins zu Fürth erinnerte Dr. Morgenstern bezüglich der Beschlüsse des Nationalvereins an jenen Landrichter, welcher nicht allein jeder der beiden sich entgegenstehenden Parteien nach einander Recht gab, sondern auch zu einem Dritten, der die Richtigkeit dieses Spruchs bezweifelte, sagte: Jetzt hast Du auch Recht!

Nürnberg, 16. Nov. Die Leipziger Sektion der deutschen Volkspartei hat folgendes Programm aufgestellt: 1) Einheit und Freiheit, Einigung Gesammtdeutschlands auf dem Wege der Freiheit. 2) Gleichberechtigung aller Glieder mit Ausschluß jeder Hegemonie und Vergewaltigung; 3) Centralisation gegen Außen, Föderalismus und Selbstregierung im Innern; 4) Einberufung einer Volksvertretung Gesammtdeutschlands auf breitester Grundlage; 5) Oberhaus und Unterhaus, entsprechend dem Reichswahlgesetze von 1849, Bundes- und Reichsgericht. — Mit Ausnahme des Oberhauses in Punkt 5 vollkommen einverstanden! Eine Adelskammer ist der Hemmschuh alles Fortschrittes und gehört nicht in ein demokratisch organisirtes Deutschland. (Nürnb. Anz.)

Aus Würtemberg. Der **Stuttgarter Beobachter** fertigt ein jetzt häufiger zu hörendes sogenannt politisches Raisonnement in ein paar recht drastischen Worten ab. Aus der Frankfurter Nationalvereins-Versammlung her schreibt er nämlich: Ein Chorführer der Nassauer äußerte im Saalbau zu Frankfurt in ziemlich lautem Privatgespräche: „Wenn nur der Bismarck uns Alle mit einander fressen wollte, ich wüßt's ihm Dank! Mit dem Einen wollten wir hernach schon fertig werden!" Vorzügliche Logik: Die Nassauer werden mit ihrem „Einen" nicht fertig, die Preußen mit dem Ihrigen erst recht nicht; nun wollen sie sich mit den Preußen an denselben Wagen spannen und denken die Gesammtlast fortzuschleppen! Was soll nun daraus werden, wenn die Chorführer und Leithämmel dem Volke solches Zeug vorschwatzen, wenn das als Resultat der Nationalvereins-Begeisterung herauskommt? Wollen wir uns nicht Alle dem Napoleon unterwerfen, um nachher mit den Franzosen zusammen die vierte Dynastie zu stürzen? Erst macht man „Einen" groß, stark, „allezeit Mehrer des Reichs", und wenn der Nimbus wie ein Karrenrad um seinen Kopf strahlt, dann stürzt man ihn!! Die Leute wissen den Teufel, was Freiheit heißt, sie haben Alle Einheitspillen mit Bilsenkraut geschluckt.

Aus Preußen. Der treffliche Thüring. Dichter Albert Träger geißelt in der „Mgdb. Pr." mit gebührendem Ernste die schandbare Art und Weise, in welcher das obrigkeitlich empfohlene „Daheim" (wie wir schon neulich erwähnt) einen der dem Volke liebsten deutschen Dichter, Freiligrath, herunterreißt. Träger sagt am Schlusse seines Artikels: Mancher wird gewiß vermeinen, daß wir in den ernsten Kämpfen der Zeit Wichtigeres zu vollbringen haben, als einen derartigen Journalartikel zu beleuchten oder zu widerlegen. Er täusche sich nicht. Dieser Artikel ist ein erster Versuch, dem noch viele andere, vielleicht auch geschicktere und glücklichere folgen werden, die Meinungen Argloser oder Unklarer zu verwirren, er ist ein Attentat auf die unveräußerlichsten und heiligsten Schätze des Volkes und der Familie, zu denen bei uns Deutschen die Werke unserer Dichter und Denker vor allen gehören. Kein Verständiger wird dem andern die entgegengesetzte Parteirichtung oder ein abweichendes literarisches Urtheil zum Vorwurf machen, jeder Anständige aber darf und muß verlangen, daß auf der Zinne der Partei nur mit ehrlichen Waffen gekämpft werde. Das thut aber jener Aufsatz nicht, dessen Verfasser bei jeder Zeile gegen sich selbst auf der ängstlichsten Hut ist, ja nicht etwa unwillkürlich Freiligrath zu viel Würdigung und Ehre widerfahren zu lassen; das thut das „Daheim" nicht, wenn es seinen Lesern Schilderungen echter und großer deutscher Dichter verspricht und diese Firmen zunächst dazu mißbraucht, einen der volksthümlichsten Namen mit Schmutz zu bewerfen. Damit wird das „Daheim" weder seine Beschützer befriedigen, noch der Richtung, die es trotz aller Proteste zu verfolgen scheint, wahre Dienste erweisen, ein derartiges Verfahren beseitigt alle Garantien für „Veredlung und Beförderung des deutschen Familienlebens". Diesem Aufsatze gegenüber erinnere ich mich mit großer Befriedigung der Pietät, mit welcher bei Uhland's Tode die „Kreuzzeitung" das Andenken des Heimgegangenen in eingehendster Weise geehrt, nicht ihr zur Schande, obgleich sie ihren Charakter als Parteiblatt noch niemals verleugnet hat, wie es das „Daheim" bisher so energisch gethan. Jetzt ist ein Zweifel nicht mehr möglich.

Baden. Der „Beobachter" corrigirt seine neulichen Angaben über den Krankheitszustand des Großherzogs als zu schwarz sehend. Der Aufenthalt am Genfer See, sagt er, soll nur einige Wochen dauern und wurde von den Aerzten nicht wegen nothwendig befundener Entfernung von den Staatsgeschäften, sondern nur zu dem Zwecke angerathen, um durch die Einwirkung der milden Luft in jener Gegend die schon eingetretene Reconvalescenz von einem vorübergehenden Uebel zu befördern, welches bei der kräftigen Constitution des Großherzogs von Anfang an nichts Besorgniß Erregendes hatte.

In der **Schweiz** macht sich allgemeine Entrüstung darüber laut, daß der Nationalrath trotz Massenpetitionen und trotz dringlichen Anträgen bei vorgenommener Abstimmung die Prügelstrafe aufrecht erhalten hat. Zum Glück hat das Schweizervolk die Mittel in den Händen, um einen Nationalrath, der so faule Elemente in sich birgt, bei erster Gelegenheit zu beseitigen. Auch die Schweiz hat es also erfahren, daß im Volke selbst mehr Gefühl für Ehre und Würde lebt, als in den Spitzen.

Frankreich macht endlich Ernst mit der längst angekündigten theilweisen Entwaffnung. Die auf diesem Wege erzielten Ersparnisse zählen nach Millionen.

In **England** wird die neue Regierung voraussichtlich an einem alten Schaden das Messer legen und der längst gewünschten Parlamentsreform freie Bahn machen. Palmerston ist todt, es lebe die Parlamentsreform.

In **Schweden** begibt sich jetzt das seltene Schauspiel, daß König und Volk in schönster Eintracht mit einander gehen. Des Königs Wille ist, daß die bisherige in der Wurzel nichts taugende, nach Ständen gegliederte Landesvertretung einem aus freien Wahlen erstandenen Parlamente Platz mache. Die Masse des Volkes will, wie der König will; aber Adel, Geistlichkeit und Grundbesitzer, von denen jeder einzelne Stand sagt: „Der Staat bin ICH!“ sträuben und sperren sich aus allen Kräften gegen einen Gedanken, bei dessen Verwirklichung alte Sonderrechte in die Luft fliegen würden. Es ist ein großer Unterschied, ob Jemand singt: Freiheit, die ich meine, oder ob er singt: Freiheit, die Ich meine.

F. **Vom Rhein.** Der Tod der Mutter Robert Blum's und die demselben folgenden Zeitungsartikel haben manche schmerzliche Betrachtung in uns wach gerufen, die wir nicht verschweigen dürfen. Wer diese Artikel in Umlauf gesetzt hat, wollen wir nicht untersuchen, aber jedenfalls war es Jemand, der die Verstorbene nicht so genau kannte, wie der Schreiber dieser Zeilen. Zunächst müssen wir aber constatiren, daß das Kölner Bürgerhospital unter einer Verwaltung steht, deren Mitglieder sehr verschiedenen Glaubensbekenntnissen angehören und es würde sicher Niemanden eingefallen sein, falls die alte Frau ein Portrait ihres Sohnes hätte in ihr kleines Zimmer hängen wollen, dies zu hindern. Die Mutter Robert Blum's gehörte zu dem schlichten Menschenschlag der untersten, alleruntersten Volksschichten, sie hatte von ihres Sohnes Wirksamkeit nicht die entfernteste Ahnung und besaß nicht die leiseste Fähigkeit sie zu begreifen. Geliebt mag sie ihn wohl haben, wenngleich wir bezweifeln, daß dieses in einer Weise der Fall war, wie es heutzutage Modesache ist. Sie liebte ihn als ihr Kind mit dem ehrlichen, biederen Sinne einer Mutter aus dem Volk, ohne Empfindelei und Phrase. Ob dagegen nicht von Seiten der Familie Robert Blum's Etwas mehr für die alte Mutter hätte gethan werden können, wollen wir der Beurtheilung aller derjenigen überlassen, welche die betreffenden Verhältnisse kennen. Die einzige Schwester Robert Blum's von demselben Vater, die selbst in sehr bedrängten Verhältnissen in Köln lebt, ohne daß es einem Freunde des Patrioten oder sonst ihnen und ihr nahestehenden Personen einfiele, ihr eine Hülfe angedeihen zu lassen, war es, die mit ihren beiden Kindern die Sorge für die alte Mutter übernommen hatte, wobei sie nach Kräften von der in Bonn wohnenden Stiefschwester Blum's unterstützt wurde. Außer diesen beiden Frauen hat sich Niemand um die alte Mutter bekümmert, die nicht wenig erstaunen würde, wenn sie noch lebte und es fände sich Jemand, der ihr in Kölner Plattdeutsch — denn Hochdeutsch verstand sie weder, noch sprach sie es — erzählte, daß sie plötzlich in allen Zeitungen geschildert wird und sogar Stellen aus Briefen citirt werden, die sie geschrieben haben soll. Möge die arme, harmlose, alte Frau trotzdem im Frieden schlafen. Aber wir dürfen nicht schließen, ohne einige Worte über die Verehrung berühmter Männer überhaupt hinzuzufügen. Ebenso leicht, wie man in Deutschland wahres Verdienst verkennt, ebenso leicht überschätzt man auch. Robert Blum's ganzer Ruhm ist sein Märtyrerthum. Aber war Trützschler nicht auch ein Märtyrer? Und die Andern bei Rastatt und in Wien Erschossenen? Gerade wir achten das Märtyrerthum sehr hoch und geben gern dem Mann, der seine Ueberzeugung mit dem Blute besiegelt, den besten Platz im Andenken des Volkes. Aber Autoritäten gibt es in der Politik nicht und darf es nicht geben, also auch keinen Autoritätsglauben. Selbst der größte Mann bleibt Kind seiner Zeit und wird von der Zeit überholt, auf der Höhe der Zeit sich erhalten, gelingt nur sehr wenigen. Uns wenigstens imponirt man nicht, wenn man uns sagt, diese oder jene Ansicht habe das berühmte Mitglied X des ehemaligen deutschen Parlaments ausgesprochen oder der verdiente Abgeordnete Z. des preußischen Abgeordnetenhauses. Wir wünschen, daß Jeder und namentlich jeder Arbeiter sich sein eigenes Urtheil bilde. Also darin besteht die Verehrung großer Männer und berühmter Namen sicher nicht, daß man ihnen nachbetet, sondern man erkenne ihr Wollen und Wirken an, wahre sich aber jede Selbstständigkeit. Ganz ungereimt ist nun aber gar das Uebertragen des Ruhmes des Mannes auf seine Familie. Was Jemand wird, wird er durch sich selbst und kein Glied seiner Familie hat ein Recht, etwelche von den Strahlen des Ruhmes des Vaters, Bruders oder Sohnes aufzufangen und auf sich selbst überzuleiten. Am Lächerlichsten ist dies bei den Kindern berühmter Männer. Mögen unsere Gedanken hier und da Anklang finden, damit wir nicht etwa demokratische Adelsgeschlechter und ganze Parlamentsfamilien mit erblicher Anwartschaft auf Berühmtheit entstehen sehen. Wir wollen berechtigter Pietät nicht ihr Recht bestreiten, aber wir wollen dieselbe auch nicht ihre Schranken überschreiten lassen auf Kosten unantastbarer Principien. (Diesen letzteren Gesichtspunkt festgehalten, der jede Verletzung einer berechtigten Pietät ausschließt, tragen wir kein Bedenken, obigen Artikel aufzunehmen. D. Red.).

Socialer Theil.

— Versuch einer socialen Antwort.

II.

So war die eigentliche Ueberschrift unseres ersten Artikels in Nr. 147 der „Allg. deutschen Arbeiterzeitung“, die uns vermuthlich aus Mißverständniß ihrer Bedeutung und Tragweite geändert worden ist. (Nur in Folge einer Manuscriptverwechslung, die noch in einem Theil der Auflage bemerkt und berichtigt worden ist. D. Red.) Wir meinten, in Erinnerung an das brennende Thema des 19. Jahrhunderts, welches die „sociale Frage“ heißt, eine sociale Antwort — nicht zu geben, sondern sie zu versuchen. Wer wäre vermessen genug, auf einem Gebiete, welches geradezu Alles umfaßt, welches Erwerb, Wohlstand, Bildung, politische Gestaltung des Vaterlandes, Europa's und der Welt, Kirche, Schule, Cultur, Wissenschaft und Kunst in sich begreift, das letzte, entscheidende, gesetzgeberische, dictatorische Wort zu sprechen, der Menschheit ihren Gang, der Geschichte ihren Weg vorzuschreiben; wer wäre so anmaßend, alle Zweige des menschlichen Wissens als sein persönliches Eigenthum auszugeben; wer erzitterte nicht vor der Verantwortung, durch ein hingeworfenes Wort, das wie ein Urtheil aussähe, die persönlich betheiligten, nicht immer urtheilsfähigen Massen der Arbeiter in wilde Gährung zu versetzen? Aber einen „Versuch“ darf und soll jeder ehrliche, denkende Mann wagen, dafern ihm jahrelanges Studium und unausgesetzte Beobachtung der Thatsachen zur Seite stehen.

Mit Recht blickt sich ein solcher Mann nach seinen nächsten Vorgängern um, prüft unparteiisch und gewissenhaft ihre Erörterungen und Resultate und setzt so einleitend Gesichtspunkte fest, auf die er im Verlauf seiner eigenen Untersuchungen stets zurückkommen wird. Am liebsten wird er auf solche Männer und Schriften eingehen, die gleich ihm fern von wildem Parteieifer stehen, die der Leidenschaft blindlings zu huldigen verschmähen, die, anstatt fanatischer Glaubenssätze zu predigen, umsichtige Kritik üben und nur in dem Einen fest und unerschütterlich sind, daß es gilt, die Lage der arbeitenden Klasse grundsätzlich zu verbessern und ihre jetzige Stellung nicht als eine genügende, nicht als eine dauerhafte zu betrachten. Wir beginnen daher unsere Erörterung der großen Frage mit der Besprechung eines Büchleins, welches im Laufe des Jahres das Licht der Welt erblickt hat. Das Büchlein heißt: „Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, beleuchtet von Dr. Fr. A. Lange. Duisburg 1865. (12½ Ngr., 45 Kreuzer). Hr. Dr. Lange hat auf uns den Eindruck eines ächt humanen, wissenschaftlich gebildeten und dabei verträglichen Mannes gemacht, dessen Ansichten unter allen Umständen der Beachtung und der Diskussion werth sind. Er hat namentlich den großen Vorzug vor andern in der jüngsten Zeit aufgetretenen Anwälten der Arbeiter, daß er nicht mit Reitpeitsche und Kruzifix ins Zimmer stürzt und ausruft: „Bete mein Dogma nach, oder ich haue dich.“ Ein entschieden sittlicher Geist spricht aus seiner Schrift; tiefer Ernst, feste Ueberzeugungstreue paaren sich mit Milde und Schonung gegen Andersdenkende.

Zweierlei müssen wir jedoch sofort an der interessanten Schrift aussetzen; einen Tadel haben wir im Allgemeinen auszusprechen, einen zweiten in Bezug auf uns, d. h. auf die „Allg. deutsche Arbeiterzeitung.“ Hr. Lange glaubt für Arbeiter zu schreiben, nicht nur für die Interessen der Arbeiter, sondern auch für ihre Lectüre. Wir bezweifeln, daß 5 Prozent der arbeitenden Welt im Stande ist, seine „Arbeiterfrage“ ohne Weiteres zu verstehen, und bekanntlich ist nichts schlimmer und verderblicher, als den Arbeitern zu hoch Geschriebenes in die Hand zu geben, weil sie alsdann leicht, bestochen durch die ihnen bezeigte Sympathie und durch die verstandenen Einzelheiten „auf die Worte des Lehrers schwören“ und zu ebenso bigotten als unbelehrbaren Gläubigen werden. Gerade die jüngste Zeit hat abschreckende Beispiele eines solchen wüsten Fanatismus geliefert. Nun behaupten wir, daß jeder Abschnitt, ja fast jede Seite der Lange'schen Schrift von einem Durchgebildeten erklärt und erörtert werden müßte, wenn die darin enthaltenen Gedanken wirklich verdautes Gemeingut des „vierten Standes“ werden sollen. Uebrigens sind wir gerne bereit, was die Gemeinfaßlichkeit und populäre Darstellung betrifft, für die „Arbeiterzeitung“ ein Sündenbekenntniß abzulegen; es ist eben außerordentlich schwer, über die höchsten Fragen der Menschheit Allen verständlich zu reden. Wir lernen jeden Tag und Keiner darf sich für vollkommen erklären. So bedürfte in der Schrift die höchst interessante Entwicklung der Darwin'schen Theorie von der Entstehung und Erhaltung der Art, oder des naturwissenschaftlichen Kampfes um's Dasein, einer Reihe von vorbereitenden Vorträgen, von einem Naturkundigen gegeben, ehe in Arbeiterkreisen auf ein solches Fundament weiter gebaut werden könnte. Der zweite Punkt betrifft uns selbst, d. h. die „Arbeiterzeitung.“ Hr. Lange hatte den Plan, eine „Rheinisch-Westphälische Arbeiterzeitung“ zu gründen und in einer „Vorbemerkung“ zum „Programm“ äußert er sich dahin: „Die beständigen Klagen der Coburger Arbeiterzeitung über Zersplitterung auf diesem Gebiete konnten uns deßhalb wenig rühren, weil wir nicht nur in mancher Hinsicht eine abweichende Richtung verfolgen, sondern auch einem wesentlich verschiedenen Kreise dienen wollten. Während jenes Blatt die schärfste Vertretung einer zwar ehrenwerthen, aber durchaus individuell gefärbten Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten in den Arbeiterkreisen Deutschlands geltend zu machen suchte, sollte das unsrige auf das tägliche Leben bestimmter lokaler Kreise eingehen.“ Am Schlusse seiner Schrift wird Hr. Lange noch absprechender, indem er erklärt, „es existire kein einziges Blatt, welches seine Berichte im Sinne der Arbeiter abfasse und nöthigenfalls ihre Partei ergreife.“

Wir möchten Hrn. Lange in aller Freundschaft fragen, was eine „durchaus individuell gefärbte Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten“ heißen und besagen soll, und ob er etwa der Ansicht ist, seine eigene Auffassung sei ohne „individuelle Färbung;“ er, Dr. Lange, könne aus seiner Haut heraus? Wir fürchten, die „individuelle Färbung“ gehört nicht uns, den Mitarbeitern der „Allg. Arbeiterzeitung,“ die wir zu dem Mehrere und Viele sind, sondern ihm selbst, der sich eine „individuelle Ansicht“ von uns gebildet hatte. Oder welches „Interesse der Arbeiter“ wäre bei uns nicht zum Aus- und Abdruck gekommen, welche Frage hätten wir im Gegensatz zum „Interesse der Arbeiter“ behandelt? Hat Herr Lange schon versucht, seine Ansichten über Arbeit und Arbeiter bei uns zur Geltung zu bringen, und wann hätte er verschlossene Thüren bei uns gefunden?

Wir wissen wohl, was uns bisher geschieden hat und was die Veranlassung zu der „individuellen Färbung“ gegeben hat. Man kann nämlich die Arbeiterfrage rein und abstrakt für sich, als blos wirthschaftliche Frage betrachten und behandeln; man kann aber auch ferner die politische Frage, namentlich die Frage nach der Gestaltung Deutschlands, mit der Arbeiterfrage in den engsten Zusammenhang bringen und je nach Umständen und Bedürfniß die politische Frage stark, ja sogar allzu stark betonen. Wir sind soweit von jedem Unfehlbarkeits-Dünkel entfernt, daß wir herzlich gern zugeben, das Letztere möge bisher bei uns hin und wieder der Fall gewesen sein. Es geschah dies aber aus dem redlichen (oder „ehrenwerthen,“ wie Hr. Lange sagt) Bestreben, auf dem politischen Gebiete aufzuräumen, gewisse Zielpunkte ein für alle Mal festzustellen, um später der weitern Polemik überhoben zu sein, wahrlich nicht aus Lust an dem Gebahren ohnmächtiger Parteien und todtgeborner Programme.

Ehe der Arbeiter zur Verwirklichung auch der gemäßigtsten Ansprüche gelangt, ehe Arbeit und Lohn, das Verhältniß des Kapitales und Besitzes zur Arbeit ernstlich und folgenreich discutirt werden können, muß die deutsche Frage in ihren Grundzügen gelöst sein, muß eine gewaltige Aenderung der Herrschafts-

verhältnisse in Europa vorgegangen sein. Wir meinen, die Socialisten der 40er Jahre hätten in dieser Beziehung bittere Erfahrungen gemacht und kein ächter Freund der Arbeiter könnte die geringste Lust verspüren, noch einmal etliche Centner idealen Pulvers zu verschießen, um nachher von einem Windischgrätz, Wrangel und Hirschfeld in den Sack der Grabesruhe gesteckt zu werden, ganz abgesehen von der standrechtlichen Behandlung der Persönlichkeiten!

Nach diesen nothwendigen Vorbemerkungen, die schwerlich für überflüssig erachtet werden, gehen wir nunmehr zu den Resultaten der Lange'schen Schrift über, mit denen wir so glücklich sind, im Wesentlichen übereinzustimmen. Ja, die Hauptsache ist die **Erlösung des Arbeiters und der Arbeit aus dem Banne des persönlichen Egoismus und vom Privileg der „aufgehäuften Arbeit.“**

Vom Büchertisch.

„**Der Arbeiterfreund**, Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Classen“. Das zweite Vierteljahrs-Heft des laufenden Jahrgangs dieser Zeitschrift hatte eine Abhandlung des Professors **Kalisch** „über den Schulzwang“ nach den Verhandlungen der internationalen Association für den Fortschritt der Socialwissenschaften eröffnet, während fast der ganze übrige Raum den „geeignetsten Maßregeln zur Abhülfe der Wohnungsnoth“ gewidmet ist. Wir finden darunter zunächst einen Ueberblick über die Frage vom Professor Dr. **Huber** zu Wernigerode, sodann eine Abhandlung über „gesundheitsgemäße Einrichtungen ländlicher Arbeiterwohnungen“ von Dr. med. **Senftleben** (früher zu Waldau in Ostpreußen), eine bautechnische Abhandlung vom Architekten **Klette** zu Holzminden, endlich Betrachtungen „über den Einfluß der Baupolizei-Vorschriften auf das Entstehen von Arbeiterwohnungen“ von den Baumeistern **Ende** und **Böckmann** zu Berlin.

Im dritten, soeben ausgegebenen Hefte beschreibt der Redakteur **A. Brämer** die Benefit Building Societies (nützlichen Baugenossenschaften) Englands und gibt die Statuten einer der bedeutendsten Genossenschaften dieser Art, wogegen der Abgeordnete **Parisius**-Gardelegen „die in Deutschland bestehenden Baugenossenschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften“ schildert, den Grundsatz der Selbsthülfe auf die Wohnungsfrage anwendet und diejenigen Gesichtspunkte erörtert, welche bei der Gründung von Baugenossenschaften zu beachten sind. Abgesehen von einigen kleineren Mittheilungen über allgemein-sociale und besondere Vereinsangelegenheiten, bildet den Schluß des Heftes ein lehrreicher Aufsatz des Assessors Dr. **Fischer** über den Unterricht im Berliner Handwerkerverein und dessen neu angelegte Baugewerkschule.

Sämmtliche obengenannte Aufsätze über die **Wohnungsfrage** sind in besonderem Abdrucke, über 10 Bogen stark und von Bauplänen begleitet, bei Otto Janke in Berlin erschienen. Sie haben zum Theil veranlaßt durch die ständige Deputation des Congresses deutscher Volkswirthe, dem letzteren vorlegen und den Stoff für seine Beschlüsse in dieser Angelegenheit gegeben. Wir bemerken dabei, daß einschlägige Mittheilungen auch fernerhin dem Vorsitzenden des Centralvereins, Präsidenten Dr. **Lette**, willkommen sind, sowie daß die Baugewerkschule zu Holzminden Pläne für Arbeiterwohnungen unentgeldlich zu liefern sich erboten hat.

Wir weisen unsere Leser auf ein Unternehmen hin, welches vor Kurzem an die Oeffentlichkeit getreten ist, und das von großem Vortheil für den Gewerbestand zu werden verspricht. Es ist ein **illustrirter deutscher Gewerbskalender, herausgegeben von Max Wirth** und einer Anzahl der bedeutendsten Männer in der Mechanik, Technologie, technischen Chemie, kurz in allen den Zweigen der Wissenschaft, welche für die Gewerbe von Bedeutung sind. — Zweck ist, die Fortschritte, Erfindungen und Entdeckungen in den genannten Erfahrungswissenschaften in klarster und gedrängtester Form jährlich den Gewerbetreibenden, Fabrikanten und Kaufleuten vorzuführen, damit sie im Stande sind, ihr Geschäft bei Zeiten der veränderten Lage der Verhältnisse anzupassen; zugleich auch der jüngeren Generation als Vorbilder zur Nachahmung Männer vorzuführen, welche mit nichts als ihrer Arbeit und ihrem Verstande vom einfachen Arbeiter bis zum großen Industriellen sich emporgerungen; überhaupt den Gewerbestand mit Allem bekannt zu machen, was ihm frommen kann. — Schon der Inhalt dieses ersten Jahrganges ist sehr reich ausgefallen. Es finden sich darin außer dem Kalendarium, zwei Erzählungen: „das Nürnberger Ei“ und „zwei Jugendgefährten“ mit Illustrationen; — Biographien von Krupp, Borsig, Richard Hartmann, König und Bauer, mit Porträts; eine Beschreibung der berühmten Alpacca-Wolle-Fabrik Saltaire bei Bradford; Aufsätze über die Mittel zur Rettung des Gewerbes vor der Conkurrenz der Großindustrie; über die englischen, französischen und deutschen Genossenschaften mit Statutenentwurf; die Entdeckungen der letzten Jahre im Gebiete der Metall-Chemie; die Maschinen und die Gewerbe; Uebersicht der neuesten Fortschritte der Naturwissenschaften; Anleitung zur gewerblichen Buchführung; die Wirthschaft in der Werkstätte; vermischte gewerbliche Mittheilungen; Münzen, Maaße und Gewichte; Zinsenberechnungstabellen; Verzeichniß von 1000 Jahrmärkten u. s. w.

Aus der Werkstätte.

Einige nachträgliche Bemerkungen zu dem Aufsatz in Nr. 144 der Allg. deutschen Arbeiter-Zeitung: Die Frauenfrage, Frauenarbeit oder Fabrikantenspekulation.

Frauenarbeit in Fabriken ist kaum abzuwenden. Zu mancher Arbeit, eben ihrer Leichtigkeit und ihres geringen Lohnes wegen, ist die Frau geeigneter als der Mann. Bei der mechanischen Weberei z. B. werden Mädchen und auch junge Bursche von 14 bis 18 Jahren verwendet. Starke und ausgelernte Männer würden hier auf keinen ihren Verhältnissen entsprechenden Lohn kommen, indem hier nur der dritte oder gar der vierte Theil von dem bezahlt wird, was dem Handweber gebührt. Außerdem leistet der mechanische Webstuhl ungleich mehr als der Handstuhl. Der Lohn ist daher nicht durch die Frauen herabgedrückt, sondern durch Einführung der mechanischen Webstühle, die noch dazu immer mehr und mehr verbessert und bald vielleicht das Feld allein behaupten werden.

Was die sonstigen Arbeiten betrifft, die nach Ansicht des Herrn Moritz Müller durch Frauen verrichtet werden sollen, so dürften die gemachten Vorschläge vor der Hand noch unausführbar sein. Zu leugnen ist indeß nicht, daß schon vor mehr denn 40 Jahren in Kattundruckereien Mädchen neben Männern arbeiteten, wenn auch nur leichte Waare wie die Lehrlinge. Der dem männlichen Arbeiter erwachsende Schade ward ihm auch hier nicht durch die Conkurrenz der Mädchen gebracht, sondern durch die Maschinen und deren Verbesserung.

Die Arbeit der Damenkleider, früher in den Händen der Männer, ist schon längst in Frauenhände übergegangen. Trotz dieser unleugbaren Thatsache und trotz den so häufig angewandten Nähmaschinen kann doch gar oft der Schneidermeister keinen Gesellen bekommen. Es darf also der durch Frauenarbeit veranlaßte Schaden nicht zu hoch angeschlagen werden.

Wenn aber der Verfasser behauptet, daß Fabrikmädchen nie gute Hausfrauen oder Mütter werden können, so sagt mir eine lange und reiche Erfahrung das Gegentheil. Die große Mehrzahl dieser Mädchen habe ich als brav und sittlich erfunden. Wenn man Gelegenheit hat, täglich über 30 Arbeiterinnen zu beobachten, so ist man schon zu einem Urtheil berechtigt. Ausnahmen gibt es in allen Ständen, warum nicht auch im Arbeiterstande? An den schlechten Ehen tragen nur allzuhäufig die Männer die Schuld.

Es ist ferner gesagt, daß die Frauen in Vereinen nicht viel lernen würden. Nun, es käme darauf an, was den Frauen in den Vereinen geboten würde. Die Betheiligung der männlichen Arbeiter an den Vereinen ist bekanntlich äußerst schwach, an Vergnügungen dafür desto stärker.

Schließlich ist es nicht fein, einen Ehrenmann wie Moritz Müller, der überall, und auch in der Frauenfrage, durch die Motive der Menschenliebe geleitet wird, so ohne Weiteres der Unkenntniß und Parteilichkeit zu beschuldigen. Ein edles Streben verdient Achtung, aber nicht Unglimpf. G. G.

Vom Rhein, 5. Nov. Wider das längere Creditgeben der Handwerker, namentlich aber die sog. Jahresrechnungen, ist schon manche Stimme laut geworden und gewiß mit Recht. Es ist bekannt, daß ein großer Theil der Handwerker seine Rohstoffe schon nach 3 Monaten, bei längerem Credit aber um so theurer bezahlen muß; ist er unbemittelt, wird er in diesem Falle mit seinen besser situirten Collegen nicht concurriren und oft beim angestrengtesten Fleiß, bei der größten Geschicklichkeit nicht vorwärts kommen. Wie oft fällt nicht ein derart bedrängter kleiner Meister Wucherern in die Hände, die dann erst recht seinen Ruin herbeiführen. Daß auch das Publikum bei sog. Jahresrechnungen, die sich kaum genau mehr prüfen lassen, nicht besonders gut steht, ist bekannt genug und brauche nicht weiter erörtert zu werden. Man hat den Handwerkern schon öfters vorgeschlagen, sich dahin zu vereinigen, daß sie nur gegen vierteljährige Bezahlung arbeiten; viele Meister indeß haben sich, aus Furcht ihre Kunden zu verlieren, geweigert, einer solchen Vereinigung beizutreten. Aussicht auf Besserung ist aber nur zu erwarten, wenn sich die Handwerker zu einem solchen Schritte entschließen. (Rh. Z.)

Briefkasten.

Zürich. Herrn A. B. Das Verheißene willkommen. Die betr. Nr. des „Felleisens“ nicht mehr in Händen, wird erbeten. — Aus St. u. C. für die Werkstätte, wegen Mangels an Raum in nächster Nummer. — Hrn. Schl. in Hbm. 10 Procent Rabatt erhalten die Vereine bei **directem** Bezug, d. h. wenn keinerlei Vermittelung der Bestellung durch einen Dritten, Reisenden oder Buchhandlung nöthig ist, wofür ja die Ausgabe besonderer Vergütung der Verlagshandlung erwächst. In Ihrem Falle können Sie also die 10 Procent Rabatt nicht erhalten. Uebrigens besten Gruß.

Arbeitsvermittelung.

40. Ein in meteorologischen Arbeiten geübter Glasbläser findet bei Nachweis seiner Befähigung eine gute Stelle in **Stockholm**. Adresse und Bedingungen wolle derselbe frankirt an Herrn **Conström & Co.**, Behrenstraße 12 in **Berlin** einsenden.

Verschiedene Anzeigen.

45. **Briefmarken.**

Für gut erhaltene gebrauchte Briefmarken zahlen wir die höchsten Preise, gleichzeitig tauschen wir alle Continental-Briefmarken ein gegen Englische Colonial-Marken. Briefe und Packete werden franco erbeten.

Alle Aufträge für gebrauchte und ungebrauchte Briefmarken aller Länder zu den billigsten Preisen, werden mit umgehender Post effectuirt bei

A. Strong & Co.

6 Upper Newington Mount Pleasant Liverpool.

Soeben ist erschienen und durch die **J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg**, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)

2. Auflage.

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

In **F. Streit's** Verlagsbuchhandlung in Coburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Sechs Vorträge

aus der

Volkswirthschaft.

Von

W. Röhrich.

1. Die Arbeit. 2. Ueber Gewerbegesetzgebung. 3. Handwerks- und Fabrikbetrieb, Arbeit und Kapital. 4. Schutzzoll und Freihandel. 5. Der deutsche Zollverein. 6. Ueber Staatswirthschaft.

In 8. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg sind ferner die nachstehenden Schriften erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Von der zweckmäßigen

Heeresbildung

und erfolgreichen

Kriegführung u. ihren Hindernissen.

Zur Frage des Uebergangs vom stehenden Heerwesen zum Milizsystem.

Mit einem Anhang:

Die stehenden Heere und der arme Konrad.

Von

W. Rüstow,
Oberst-Brigadier.

Zweite vermehrte Auflage. **Volksausgabe.**

48¼ Bogen. gr. 8. Preis 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl. 40 kr. S. W.

Während bei dem Erscheinen der ersten Auflage das Interesse an der Frage der Heeresreform noch sehr wenig lebendig war, hat dieses in Folge dessen und der daran anschließenden fortgesetzten öffentlichen Besprechung dieser Fragen in immer weiteren Kreisen Wurzel gefaßt und es wurde die Frage der Wehrreform, sowohl in der Richtung nach Außen als Machtfrage, wie in der Richtung nach Innen als Frage des Schutzes der Freiheit und des Rechtes, und bei dem in Folge des stehenden Heerwesens immer mißlicher sich gestaltenden Stande der Budgets der meisten Staaten, von allen denkenden Politikern als die brennendste Frage der Gegenwart betrachtet. Der berühmte, in seinem Fach längst als Autorität anerkannte Verfasser des obigen Werkes hat in der neuen Ausgabe in noch präciserer und schlagenderer Zusammenfassung nicht nur die ganze Unhaltbarkeit und Verwerflichkeit des stehenden Heerwesens, sondern ebenso auch die praktische Möglichkeit eines allen Anforderungen entsprechenden, wahrhaft volksthümlichen Milizsystems und dessen Fundamentalsätze, auf Grund seiner reichen Sachkenntniß und Erfahrung, vom theoretischen wie vom praktischen Standpunkt; für den Sachverständigen wie für den Laien gleich überzeugend dargethan. Das Buch ist für Militärs wie für Nichtmilitärs, namentlich für alle Mitglieder gesetzgebender Körperschaften, wie überhaupt für jeden, der sich über die einschlagenden Fragen volle Klarheit verschaffen will, ein ganz unentbehrliches Hand- und Hülfsbuch, die „Bibel der Wehrreform“, wie ein sachverständiger Beurtheiler das Werk genannt hat. Die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung ist bei dieser Volksausgabe, in welcher der Herr Verfasser auch die wirthschaftliche und sociale Seite des Gegenstandes scharf beleuchtet und dadurch das Werk auch den weitesten Volkskreisen, namentlich den Arbeiterkreisen doppelt interessant gemacht hat, bemüht gewesen, soweit irgend möglich durch Billigkeit des Preises das bedeutende Werk auch den weitesten Kreisen zugänglich zu machen und hatten wir uns bei dem erwachten und täglich wachsenden Interesse für den Gegenstand des Werkes einer der großen Bedeutung der Sache und dem bleibenden Werthe des Werkes entsprechenden Verbreitung auch dieser neuen Volksausgabe versichert.

VOLKS-GESUNDHEITS-PFLEGE

von

Dr. Eduard Reich,
Privatdocent der Medicin.

Zweite, vermehrte Auflage. 22¾ Bogen. gr. 8.

Preis 1 Thlr. 10 Sgr. oder 2 fl. 20 kr. s. W.

Die Cholera-Epidemie, von welcher viele Theile Europa's abermals heimgesucht worden und von der auch Deutschland nicht ganz verschont geblieben ist, hat durch den Hebel der Furcht endlich wieder ein lebhaftes Interesse für das fast überall noch allzusehr vernachlässigte Gebiet der Volksgesundheitspflege erweckt, deren rechte, in diesem Buche gelehrte, Uebung allein im Stande ist, auch solchen Epidemien immer erfolgreicher entgegen zu wirken. Indem wir diese zweite von dem bereits durch viele Schriften auf dem Gebiete der Gesundheitskunde rühmlichst bekannten Verfasser revidirte und durch mehrere sehr interessante und lehrreiche Abschnitte — („das Verhältniß des Staats und der Einzelnen zur öffentlichen und privaten Gesundheitspflege“; „das eheliche Leben“; „über die Erkrankungen der Gesellschaft“) — vermehrte Ausgabe des obigen Werkes veranstalten, kommen wir einem öffentlichen Interesse der ernstesten Art entgegen. Das Buch, welches bereits in erster Auflage eine zahlreiche Verbreitung gefunden hat, darf wohl auch in dieser wesentlich vermehrten zweiten Ausgabe und um so mehr eben jetzt auf die weiteste Verbreitung rechnen, die es im vollen Maße verdient. Es wird sich das Werk in der Hand jedes denkenden öffentlichen Beamten, in Staat und Gemeinde, jedes Ständemitglieds, Geistlichen, Lehrers, wie überhaupt jedes, der dem gesunden Fortschritt auch auf diesem wichtigen, die leibliche Wohlfahrt, ja das Leben aller so wesentlich berührenden Gebiete zugethan ist, als sehr nützlicher Rathgeber erweisen, der vielfach neue Gesichtspunkte eröffnet. Um das Werk auch den Volkskreisen gerade jetzt zugänglich zu machen, ist auch bei dieser zweiten, obschon wesentlich vermehrten Auflage, nur der Subscriptionspreis der ersten Auflage für die nächste Zeit ausgesetzt, an dessen Stelle jedoch später der erhöhte Ladenpreis treten wird.

Das Papstthum

in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit;

im Widerstreit mit den Lebensinteressen

Deutschlands und Italiens.

Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.

II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die siebente Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue achte Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist bis zum 3. Bande gediehen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und Vereine erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen sieben Auflagen, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Zwei Vorträge

über die

gegenwärtigen freien Gemeinden

in Deutschland

und über

Alt und Neu in der Religion.

Von

Prediger **Uhlich** aus Magdeburg.

Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.

Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Religiös politische Enthüllungen

von

Johannes Hospe,
vormals katholischen Priester und Caplan zu Hambach in der bayer. Rheinpfalz.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Deutschlands

Errettung aus tiefster Schmach.

Programm der Zukunft.

Zweite, durchgesehene Auflage.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die erste Auflage war in wenig Wochen vergriffen. In Preußen hat man durch sofortiges Verbot den Werth der Schrift anerkannt.

Dunkle Häuser in Paris

von

Gustav Rasch.

Inhalt: Pariser Spaziergänge. — Der Friedhof der Guillotinirten. — Der Kerker der Deportirten und zum Tode Verurtheilten. — Das Haus zum heiligen Lazarus. — Das Haus der Invaliden. — La prison des jeunes détenus. — Les Madelonettes. — Ein Revolutionsgefängniß zur Zeit Robespierres. — Das Zellengefängniß Mazas. — Das Irrenhaus in Charenton. — Das Schuldgefängniß. — Ein Findelhaus. — Die Conciergerie. — Der Palast des Römischen Kaisers. — Das Haus der Armen und Elenden.

Gr. Octav, 236 Seiten, broschirt.

Preis 1 Thlr. Pr. Crt.

Die weltliche Herrschaft der Päpste.

Beurtheilt von der französischen Diplomatie.

Eine Sammlung von höchst interessanten diplomatischen Aktenstücken vom 17. Jahrhundert bis auf die Gegenwart.

Von **M. E. Hubaine,**
Privatsecretair des Prinzen Napoleon.

Nach der 2ten französischen Originalausgabe übersetzt und herausgegeben von M. E. 7 Bgn. in 8.

Preis 12½ Sgr. oder 45 kr.

Eine in hohem Grade lehrreiche und interessante Sammlung von offiziellen Urtheilen der diplomatischen Vertreter Frankreichs in Rom, über die weltliche Herrschaft der Päpste, vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit reichend. Zugleich eine Beurtheilung dieser Herrschaft und Mißregierung, wie sie vollkommener und vernichtender nicht ausgesprochen werden kann. Und dies aus dem Munde von guten Katholiken, von warmen Freunden der Kirche und des Papstthums. Indem wir noch auf einen am Schluß der Broschüre enthaltenen Brief aufmerksam machen, welchen Prinz Louis Napoleon Bonaparte, jetzt als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, im Jahre 1831, während seiner Betheiligung an dem Aufstand gegen die päpstliche Regierung, an den Papst Gregor XVI. gerichtet hat, empfehlen wir das Buch allen Freunden des religiösen wie des politischen Fortschritts, zumal jetzt, mit allem Grund auf das Beste.

Großbritaniens Männer aus dem Volke.

1863. In 8. **Preis 10 Sgr. oder 36 kr.**

In anziehender Darstellung eine Reihe von aus dem Leben bedeutender, aus dem Volke emporgestiegener Männer Großbritaniens gegriffener Belege für die tiefsittliche Wahrheit des Satzes „hilf Dir selbst, so wird Gott Dir helfen“, den die Schrift als Motto an der Spitze trägt. Darunter insbesondere eine kurzzusammengefaßte, echt volksthümlich geschriebene Biographie des großen Erfinders der Eisenbahnen, **Georg Stephenson.**

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 152. Dritter Jahrgang. Sonntag,

Coburg. 26. November 1865.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis
vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Anbaltsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr
4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. **Die Redaction.**

Inhaltsverzeichniß.

1. **Vereinsangelegenheiten.** An die Arbeitervereine Sachsens von M. Germann. An die Thüringischen Arbeitervereine, vom Arbeiterverein in Pößneck. Eine Bitte an die deutschen Arbeitervereine, von Anton Schilcher in Wr. Neustadt. Cigarrenarbeiterangelegenheit: Cassebericht des Vorstands des süddeutschen Cigarrenarbeiter-Verbands. Berichte aus Gera, Frankenberg, Magdeburg, München, Wiesbaden, Leipzig, Glarus. II **Politischer Theil.** Ruhende Activität des Bundestags. Herr von Bismarck eröffnet die Aera der „sauern Trauben." Das süße Einverständniß der „deutschen Großmächte" wird ebenfalls sauer. Gefühlscensur in den Herzogthümern. Der Siebenfuß-Recke im Kampfe mit drei Zeitungen. Flensburg, Vereinsauflösungen. Landvogt Geßler, soll heißen Manteuffel, schickt Schreibebriefe an Herrn Friedrich von Augustenburg. Die Bremer Nationalvereinsmitglieder stimmen für Einverleibung Bremens — nein Schleswig-Holsteins in Preußen, „auch wider den Willen der Bevölkerung." Dazu ein zeitgemäßer Wunsch des „Beobachters." Den Mittelstaaten geht plötzlich ein Licht auf über Italien. Aus Florenz eine Thronrede nach neuem Styl. In England bricht das Eis. Spanischer Bettelstolz gegen Chili. Englische Bluthochzeit in Jamaika. — Aus Gera, die Einführung eines neuen Bürgermeisters. III. **Socialer Theil.** Versuch einer socialen Antwort. III. Mittheilungen aus Berlin (Spaltungen in der Partei des Socialdemocrat). — **Beilage:** Einiges über Centralisation. — Ueber die Stellung der Frauen, Rede von R. Hirzel. — **Aus der Werkstätte:** Zur Frauenfrage. — Ansichten eines Arbeiters über Zeitungen und deren Werth. — Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

An die Arbeitervereine Sachsens.

Das Normal-Sparkassen-Statut kommt im Laufe nächster Woche zur Versendung und kosten 100 Exemplare 25 Ngr.

Was die Ausfüllung der leeren Stellen des Statuts anlangt, welche den lokalen Verhältnissen entsprechend sein muß, so verweise ich auf meine Mittheilungen in Nr. 140 der Allg. d. Arbeiterzeitung und in den Flugblättern.

Auch diejenigen Vereine, welche dem sächsischen Verband nicht angehören, können solche Normal-Statuten erhalten.

Alle fernerweite Bestellungen sind an Hrn. Kühn j. in Glauchau zu machen, der Rechnungsbetrag wird, wenn er nicht baar eingesandt, bei der Sendung der Bücher nachgenommen.

Leipzig, den 15. Nov. 1865.

Mit Gruß und Handschlag.

M. Germann.

Aufforderung an die Thüringischen Arbeitervereine.

Auf unser Rundschreiben vom 23. September an alle uns bekannten Thüringischen Arbeitervereine, die Gründung eines Gauverbandes betreffend, ist uns bis heute nur von wenigen Seiten Antwort zugekommen. Die Sache ist jedenfalls wichtig genug, daß sie in den Vereinen durchsprochen werde, und daß wir über das Ergebniß baldmöglichst Kenntniß erhalten, wozu wir hiermit wiederholt auffordern wollen.

Pößneck, den 16. Nov. 1865.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins das.

Bitte.

Der zu Wr. Neustadt zu gründende Arbeiterverein wendet sich an alle Brudervereine im deutschen Vaterlande, mit der Bitte um Zusendung der Statuten, besonders solcher über Unterstützungskassen. Redaktionen solcher Blätter, welche die Bedeutung der Arbeitervereine würdigen, werden ersucht, diesen Zeilen durch wiederholten Abdruck möglichste Verbreitung zu geben. Die Einsendungen und allfälligen Vergütungsansprüche sind an den Vertrauensmann der Arbeiter unter nachstehender Adresse zu richten:

Anton Schilcher zu Wr. Neustadt.

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

Der zugesagte Cassenbericht des provisorischen Centralcomité's (siehe Arbeiterzeitung Nr. 148) lautet wie folgt.

Einnahmen haben wir erhalten von nachbenannten Vereinen:

1. Oct.	Heidenheim	20 Mitgl.	3 fl.	— kr.	
10. "	Ansbach	" "	3 "	— "	
10. "	Rastatt	13 "	1 "	57 "	
15. "	Heilbronn	21 "	3 "	9 "	
16. "	Vaihingen a.E.	12 "	1 "	48 "	
16. "	Offenburg	30 "	4 "	30 "	
16. "	Calw	15 "	2 "	15 "	
18. "	Gundelsheim	15 "	2 "	15 "	
20. "	München	25 "	3 "	45 "	
24. "	Würzburg	10 "	1 "	30 "	
1. Nov.	Kochendorf	17 "	2 "	33 "	
1. "	Hochdorf	23 "	3 "	30 "	
1. "	Speier	27 "	4 "	3 "	
1. "	Karlsruhe	9 "	1 "	21 "	
5. "	Rheinfelden	13 "	1 "	57 "	
8. "	Mannheim	60 "			
	(abzüglich 14 kr. Porto)		6 "	— "	
10. "	Nürnberg	19 "	2 "	51 "	
14. "	Heidingsfeld	28 "	4 "	12 "	
17. "	Bruchsal	10 "	1 "	36 "	
18. "	Aschaffenburg	15 "			
	(abzüglich 7 kr. Porto)		3 "	— "	
18. "	Stuttgart	100 "	15 "	— "	
		Summa	73 fl.	12 kr.	

Ausgaben hatten wir:

Für Drucksachen, Briefporto bis zum 20. Mai	15 fl.	14 kr.
Dergleichen nach dem 22. Mai . .	24 "	24 "
Für Verwaltungskosten	17 "	29 "
Summa	57 fl.	7 kr.

Vergleichung:

Einnahme	73 fl.	12 kr.
Ausgabe	57 "	7 "
Kassenbestand	16 fl.	5 kr.

Für die Richtigkeit haftet

Stuttgart, den 20. Nov. 1865.

Der Centralcassier und Vorstand:

Friedr. Dieterich. Franz Leib.

NB. Sollten allenfalls mit obigem Rechenschaftsbericht einzelne Vereine nicht zufrieden sein und einen specielleren wünschen, so mögen dieselben dies an das Comité berichten. **Die Obigen.**

—n. **Gera**, 12. Nov. Bewogen durch örtliche Rücksichten beging unser Fortbildungsverein seine diesjährige Schillerfeier schon am 8. Nov., und zwar unter zahlreicher Betheiligung mit angemessenen Gesängen und Vorträgen. Besonderer Erwähnung verdienen der einleitende Vortrag (Arbeiter Hören) über die Bedeutung der allgemein gewordenen Schillerfeier, — dann die Festrede (Vorsitzender Hertrich), die den Gefeierten als prophetischen Seher in politischer und socialer Hinsicht schilderte, mit kräftiger Zeichnung der dramatischen Personen des Dichters, — ferner das Lied „An die Freude" (Chorgesang), Tell's Monolog (Hören), die Jungfrau von Orleans (Fräulein Sturm), Erklärung einer Schiller'schen Ballade (Lehrer Schimmel), endlich „Der Taucher" (Hertrich). Schluß der Feier Nachts 12 Uhr. (Wir erinnern alle Vereine nochmals an die zum Besten unseres Vereins gedruckte Rede vom Rabbiner Dr. Goldschmidt, die bei direktem Bezug für 1½ Sgr. das Exemplar abgelassen wird.)

Frankenberg, 13. Nov. In der gestern Nachmittag im Wagner'schen Saale abgehaltenen Versammlung des hiesigen Arbeitervereins, welcher auch Freunde desselben als Gäste beiwohnen durften, sprach Herr Redacteur Dr. Eras aus Chemnitz über das Thema: „Die Arbeiter, ihre Bestrebungen und ihre Vereine". In mehr als einstündigem fließenden und klaren Vortrage behandelte er dasselbe in gründlicher Weise. Davon ausgehend, daß die erste Tagesfrage der Jetztzeit die „Arbeiterfrage" ist, erklärte er das Wort „Arbeiter", „Arbeit oder Arbeitsleistung", sprach sich nebenbei für Verkürzung der Arbeitszeit aus, schilderte die verschiedenen Zwecke der Arbeitervereine und bezeichnete als die Hauptpunkte, welche die Arbeiter durch diese ihre Vereine zu erzielen suchen müssen, 1) die Hebung des geistigen Fonds jedes Einzelnen durch Bildung und Aufklärung über die beste Art

und Weise der Selbsthülfe; 2) mit letzterer durch Gründung von Produktivgenossenschaften und Consumvereinen den Mitgliedern materielle Vortheile zu verschaffen; weiter aber 3) das Bestreben, durch Einführung der Freizügigkeit und freien Niederlassung vollkommene Gewerbefreiheit eintreten zu lassen. Die Lassalle'schen Ansichten beleuchtete der Redner dabei und wies nach, daß dieselben für die Arbeiter nur Trugbilder seien, hinzufügend, wie jetzt auch die Führer der betreffenden Partei ihren Anhängern anempfehlen, so lange die Staatshülfe noch nicht beschafft sei, sich durch Gründung von (durch Schulze-Delitzsch vorgeschlagenen) Associationen **selbst** zu helfen. Mit einem Hoch auf die Arbeitervereine und ihre Bestrebungen, in das die Versammlung kräftig einstimmte, schloß der Redner seinen interessanten Vortrag, der allgemein mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden war. — Herr Franz **Bilz**, Vorsitzender des hiesigen Arbeitervereins, legte hierauf dar, wie der letztere bestrebt ist, dem von Herrn Dr. Eras als Hauptzielpunkte der Arbeitervereine Bezeichneten nachzukommen durch den Arbeiterverein, dessen Losung „Bildung" ist, und durch den aus demselben hervorgegangenen Consumverein, der seinen Mitgliedern materielle Vortheile gewährt (beim Einkauf der Lebensbedürfnisse ꝛc.); erklärt, daß der hiesige Verein entschiedener Gegner der Lassalle'schen Lehren ist, und wünscht, daß auch die besser situirten Stände dem Verein Mitglieder zuführen. — Herr Fabrikant Friedrich **Schmidt** entschuldigte verschiedene diesen Kreisen Angehörige, bezeichnete ihr Fernbleiben als keineswegs Theilnahmlosigkeit und sprach seine Freude aus, daß der Verein aus sich selbst zu so schöner Blüthe gelangt sei. — Herr Kaufmann Gustav **Schiebler** äußerte sich anschließend in gleichem Sinne und sicherte dem Verein seine Unterstützung zu. — Nachdem noch mehrere Erläuterungen über Arbeiter-Altersversorgungscassen gegeben worden, auch Herr Dr. Eras nochmals zur Ergänzung und Erläuterung das Wort ergriffen, wurde die Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen. Wir glauben, daß Jedermann dieselbe befriedigt verlassen hat und hoffen und wünschen, daß durch dieselbe dem Verein, der sich bisher durch seine taktvolle Haltung ausgezeichnet hat, manch neues Mitglied gewonnen sein möge und erhöhte Theilnahme sich ihm zuwende.

Magdeburg, 18. Nov. Die letzte Wochenversammlung des „**Arbeiterbildungs-Vereins**" bot zunächst einen Vortrag von Hrn. **Uhlich**: „Philosophisches über die Natur." Er bot eine Fülle der überraschendsten Erscheinungen des Naturlebens aus täglicher Erfahrung und führte sie in bekannter Weise auch dem einfachen Begriffsvermögen klar und deutlich vor, so daß es sich zum Denken erhoben fühlte. Herr Uhlich versprach diesem ersten Vortrage seines „Philosophirens über die Natur" bald einen zweiten folgen zu lassen. — Sodann nahm der Vorsitzende Herr Dr. **Hirsch** von einer im Berliner Handwerkerverein am 21. October d. Js. gehaltenen Gedächtnißfeier Ernst Roth's Gelegenheit, über die Verdienste dieses Mannes zu reden, der, einer von den modernen Lehrern des Volkes in den Bildungsvereinen, sich unmittelbar vom Herzen zum Herzen wandte und seinem erhabenen Streben zu früh entrissen ward; Herr Dr. Hirsch empfahl die von Eduard Lasker dem früh Vollendeten an jenem Tage gehaltene Gedächtnißrede. (Berlin, 1865). Dann machte derselbe auf die aus dem Bildungsverein hervorgegangenen Associationen zur geistigen und materiellen Hebung des Volkes aufmerksam und forderte zu weiterer Theilnahme auf. Zunächst ist der **Spar- und Vorschußverein** zur Einlage von kleinen Summen gegründet; derselbe zahle höhere Zinsen als die städtische Sparkasse und halte fest an der gesteckten Aufgabe, dem Nutzen der arbeitenden Klasse und nicht dem der Geldmänner zu dienen. Für die Sicherheit der eingezahlten Summen bürge ausreichend das Grundkapital. Eine ebenfalls von Mitgliedern des Bildungsvereins angeregte **Baugenossenschaft** sei Angesichts der Zeitverhältnisse und namentlich der projectirten Stadterweiterung bis dahin vertagt, daß diese zu einem bestimmten Abschlusse gekommen wäre. In stetigem Wachsthum dagegen und darum fortgesetzter Aufmerksamkeit zu empfehlen sei der **Consumverein**, dessen Statut in der letzten Woche einer gänzlichen Umarbeitung unterzogen worden, und der von seiner inneren Erstarkung durch die Anlage eines zweiten Magazines Zeugniß ablege. Ein neuer Zweig unseres blühenden Genossenschaftswesens sei endlich der vor kurzem ins Leben gerufene **allgemeine Krankenunterstützungsverein**, dessen Statut der Behörde gegenwärtig vorgelegt sei. — Einen eigenthümlichen Gegensatz zu dieser rein sachlich gehaltenen Darstellung vom Wesen des hiesigen Bildungsvereins, bildete die Vorlage eines „Eingesandt" in der Beilage des Mittwochstückes vom „Magdeburger Correspondent." Es wird in demselben auf die schon oft auch anderseitig gerügte Rohheit hingewiesen, die in der Zerstörung von öffentlichen Anlagen, von jungen Bäumen und Ruhebänken der Promenaden sich darthut und schließt dann wörtlich: „Die Thatsachen sprechen laut, daß die in Magdeburg bestehenden sogenannten Bildungsvereine sehr wenig oder vielmehr gar keinen Einfluß auf Veredlung des Publikums geübt haben." So allgemein auch der Unwille der Versammlung gegen diese hämische Verdächtigung eines feindlichen Parteigeistes war, so stimmte man doch dem Herrn Vorleser darin zu, daß solche böswillige Auslassung weiter nicht zu beachten sei, da jene gerügte Rohheit in den Reihen anderer Leute als der Mitglieder des Bildungsvereines zu suchen sei, daß aber jene von Unbildung und Sittenlosigkeit zeugenden Uebelstände gerade ein Zeugniß für die Nothwendigkeit der Bildungsvereine öffentlich ablegten. (M. P.)

München, 20. Nov. Der **Arbeiterbildungsverein München** nimmt hiermit Gelegenheit, sämmtlichen Brudervereinen das Resultat der letzten Ausschußwahl bekannt zu geben. Es wurden I. Präsident: Reuter, Anton, Buchbinder aus München; II. Präsident: Tugendhat, Philipp, Kunstformer aus Galizien; I. Schriftführer: Keyling, Louis, Schlosser aus Berlin; II. Schriftführer: Mila, Johann, Schriftgießer aus Brünn; III. Schriftführer: Hiller, Julius, Schlosser aus Stuttgart; Cassier: Heißinger, Franz, Kunstgärtner aus München; Rechnungsführer: Fenisch, Hanauer, Photograph aus München; Bibliothekar: Bartels, Friedrich, aus Aalfeld in Hannover; Verwalter: Roos, Peter, aus Frankenthal in der Pfalz.

Um Ihnen ferner ein glaubwürdiges Bild der bestehenden Verhältnisse in unserem Verein vorzuführen, so citire ich hier einen Artikel der Neusten (Münchener) Nachrichten. Derselbe lautet wörtlich folgendermaßen:

„Der Arbeiterbildungsverein hat gestern im schön decorirten Vereinslokale „zu den drei Rosen" eine ernste Feier, die des Geburtstages Schillers, würdig begangen. Es wurde ein von R. Genée verfaßtes auf diesen großen Gedächtnißtag bezügliches Gedicht vorgetragen, der Vereinschor sang ein paar kräftige deutsche Lieder und von Vereinsmitgliedern wurden verschiedene Gedichte, darunter „Schillers Lied von der Glocke und mein Deutschland" mit einer Fertigkeit und einem Verständniß deklamirt, die den strebsamen Dilettanten alle Ehre machen. Der Verein verspricht überhaupt eine recht erfreuliche, lediglich den Bildungszweck im Auge habende Thätigkeit zu entwickeln. Eine solche erfreuliche Wahrnehmung ist es für uns, daß sich der Verein von einem gewissen Phrasenkultus, der statt wirklich zu bilden nur verwirrt und überspannt, immer mehr losmacht und sein Auge auf praktische Dinge richtet. So ist hervorzuheben, daß z. B. die Sonntagsvorträge an der hiesigen Gewerbeschule über Chemie und Physik gerade von den Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins am fleißigsten besucht sind."

Schließlich ruft der Verfasser obigen Artikels uns die wohl zu beherzigenden Worte zu: „Möge der Verein auf dem betretenen Wege fortfahren, nur wahre Bildung macht frei!"

Die Mitglieder, welche in der jüngsten Generalversammlung mit überwiegend großer Mehrheit zur Vorstandschaft berufen worden, werden das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen wissen.

Das Vereinslocal ist in den drei Rosen am Rindermarkt.

Im Auftrage des Ausschusses:
L. **Keyling**, I. Schriftführer.

Bei Mittheilung der Notiz, daß ein **Arbeiterbildungsverein** in **Wiesbaden** gegründet worden, gibt der „Arbeitgeber" mit Recht sämmtlichen Arbeiterbildungsvereinen Deutschlands und der Schweiz zu erwägen, ob es nicht im Interesse der Solidarität der Arbeiterinteressen aller Länder gerathen wäre, eine öffentliche Erklärung an Lord **Brougham** zu erlassen, um einer Aeußerung desselben entgegen zu treten, welche er bei dem letzten Socialcongreß zu Sheffield that. Seine Lordschaft erklärte es nämlich für **lächerlich**, die Mußestunden der Arbeiter zu deren Ausbildung benützen zu wollen; sie seien nur zur Erholung bestimmt.

W. **Leipzig**, 22. Nov. In unserem Arbeiterbildungsverein hat der Unterricht in den gewöhnlich für die Wintermonate bestimmten Lehrgegenständen seit einigen Wochen wieder begonnen und wird im Allgemeinen, namentlich aber für Buchführung, Zeichnen, Stenographie und Turnen fleißig besucht. Ueberfüllt ist unser Lokal regelmäßig Mittwochs und Sonnabends, an welchen Tagen uns von den schätzenswerthesten Kräften Vorträge aus den verschiedensten Gebieten des Wissens geboten werden.

Einiges Aufsehen erregte die gänzlich unrichtige Beurtheilung, welche in der „Allg. Zeitung" entweder von einem Unfähigen oder von einem Böswilligen niedergelegt wurde, betreffs des Vortrages, den Herr Prof. Eckardt aus Mannheim im Vereinslokale gehalten hatte. Ja, in tugendhafter Entrüstung forderte das „biedermännische Blatt" **den Verein** schließlich auf, über seine **socialen Anschauungen** ein offenes Bekenntniß abzulegen. Aber bei unseren sämmtlichen Mitgliedern scheint gerade kein übermäßiges Verlangen nach der „Beichte" vorhanden zu sein; denn fast einstimmig (gegen 1 Stimme) wurde eine Erklärung abgegeben, welche ungefähr dahin lautete, „daß es die Leipziger Allg. Zeitung eigentlich gar nichts angehe, welche Stellung die Mitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins zur socialen Frage einnehmen, daß zu ihrem Troste übrigens hinzugefügt werden könne, daß besagter Verein **für keine der bestehenden Parteien** sich zum gehorsamen Schleppenträger hergeben werde."

Damit war die Rittergeschichte auch zu Ende. Aber es freut mich, bei dieser Gelegenheit konstatiren zu können, wie die Arbeiter mehr und mehr zu der besseren Ueberzeugung kommen, daß **alle Parteimacherei**, die sich **an Namen hängt**, thörichter Selbstmord sei, — wie dagegen die Mehrheit an dem Grundsatze festhält: „Prüfet Alles und behaltet das Beste!"

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgen die Mitglieder unseres Vereins den vortrefflichen Vorträgen, welche unser liebenswürdiger blinder Dichter und Arbeiterfreund Dr. **Burckhart** über die erste französische Revolution hält, ein gewaltiges Zeitgemälde, das in lebendigen Farben und mit objektiver Wahrheit vor unsern Augen entrollt wird. — Mit vielem Beifalle sprach neulich Dr. Benzler über sociale Zustände in Deutschland, namentlich in Sachsen, zur Zeit der Reformation. — Dr. Liebknecht schilderte jüngst in einem längeren Vortrage den **englischen Constitutionalismus und Parlamentarismus**, welcher uns mit Unrecht so häufig als ein Muster entgegen gehalten werde, da gerade hier das Wahlrecht auf die ungerechteste Weise beschränkt, ganz ungleichmäßig vertheilt ist und in der korruptesten und korrumpirendsten Weise in Ausübung kommt. Herr **Liebknecht** war um so mehr im Stande, seine Behauptungen mit den lautest redenden Thatsachen zu belegen, als er viele Jahre in England gelebt und die geschilderten Vorgänge Augenzeuge miterlebt hat; er hat uns versprochen, über denselben Gegenstand eine Reihe weiterer Vorträge folgen zu lassen.

Ich kann meinen Bericht nicht schließen, ohne eines Artikels zu gedenken, welcher an der Spitze der heutigen „Mitteldeutschen Volkszeitung" erschienen und, nach seinem Zeichen (R.) zu schließen, ohne Zweifel aus der Feder des verehrten Arbeiterfreundes, Professor Roßmäßler, geflossen ist. Allen Respekt vor dem Namen! aber — wie ich oben sagte — wir haben verlernt, uns an Namen zu binden, und halten uns nur noch an die Sache. In genanntem Artikel nun ist, neben mancher trefflichen Ansicht, auch die Meinung ausgesprochen: „daß der Magistrat der Stadt Leipzig Unrecht thue, indem er dem Arbeiterbildungsvereine jährlich 500 Thaler zuweise, während 3 oder 4 andere hier bestehende Arbeitervereine von derselben Behörde nichts bekommen." — Aber Wer in aller Welt hält denn die **Zimmerleute**, die **Maurer**, die **Buchdrucker** und andere Arbeiter ab, Mitglieder unseres Vereins zu werden und damit an jener magistratischen Schenkung den Mitgenuß sich zu sichern? Wessen Schuld ist es denn, wenn nicht ihre eigene, wenn diese Herren einem partikularistischen Geiste folgen, anstatt uns brüderlich die Hand zu reichen und so durch Einigkeit stark zu sein? — — — Wir zweifeln übrigens daran, daß der Rath der Stadt Leipzig durch einen Trugschluß sich bewegen lassen wird, dem hiesigen Arbeiterbildungsvereine jene 500 Thaler in Zukunft zu entziehen!

Vom Verein Glarus.*) Sonntag, den 24. Sept., brachte der 12 Uhr Zug die deutschen Arbeitervereine von Schwanden, Mollis, Glarus, und einen Gast, Sulzbach vom V. Zürich, nach Mühlehorn, welche sich vereinigt hatten, dem Denkmale und dem Andenken ihres verbannten Mitbürgers H. Simon einen Tribut

*) Aus dem Felleisen auf Wunsch der Einsender.
D. Red.

der Anhänglichkeit und Vaterlandsliebe zu zollen. Von der schönsten Herbstsonne begünstigt, hatte man den Weg von Mühlehorn nach Murg bald zurückgelegt, sammelte sich dann im Gasthof zum Schiff, um in geordnetem Zuge zur Simonsstätte zu wallen. Um 2 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung, voran die deutschen Fahnen, nebst einem Eichenkranze, welcher am Fuße des Denkmals feierlich niedergelegt werden sollte. Am Denkmale angekommen, eröffneten die Sänger die Feier mit dem Liede: „Wenn sich der Geist auf Andachtsschwingen"; hierauf ergriff der Präsident des deutschen Vereins von Glarus, Bürger Bedinus, das Wort und schilderte in längerer Rede die Verdienste, die sich H. Simon um Deutschland erworben, wie er stets für des Volkes Recht und Freiheit gekämpft, und wie er in allen Zeiten und Umständen seinen Lebensspruch: „Und wenn der Weg der Wahrheit mitten durch mein Herz geht, ich werde ihn einschlagen und ich darf es sagen, ich habe ihn eingeschlagen" — so treu bewährt hat. Er schloß mit den Worten:

„Der Wallensee ist ein tiefes Grab,
In Freiheit liegt er begraben;
Die Kurfürsten blicken traurig herab,
Auf ihn, den gekürt wir haben.
Den Hutten beherbergt der andere See
Mit einsamen Inselborden:
Die Brüder in Gedanken und Weh,
Sind nun Nachbarn geworden!

Nun wollen wir glauben, daß es so kommt,
Daß sich beide nächtlich besprechen,
Was Deutschland, ihrem theuern, frommt,
Und wie die Fesseln zu brechen;
Ihr Wort, von Wind und Wellen belauscht,
Wird weiter heimwärts getragen,
Bis es empor in Deutschland rauscht,
In Auferstehungstagen."

„So nimm denn du, Denkstätte unseres H. Simon, nimm den Kranz auf, den deutsche Söhne ihrem Vorkämpfer für ihres Volkes Recht und Freiheit weihen. Mögen wir deiner würdig werden!" Worauf die Sänger in feierlicher Weise sangen: „Vergiß ihn nicht." Herr Lehrer Henseler von Ennenda gedachte in begeisterten Worten der freien Schweiz als Geburtsstätte der Freiheit und dankte dem Lande, das so vielen braven deutschen Männern ein schützendes Asyl gewährt hatte; er geißelte mit scharfen Worten die Zustände Preußens, wo die Willkürherrschaft und Ehrlosigkeit bereits ihren höchsten Grad erreicht hätte. Mit allgemeinem Beifall wurden seine Worte aufgenommen und es ertönte das Lied: „O Schutzgeist". B. Schuler sprach dann den Gründern dieses Denkmals seinen Dank aus und schloß mit einem Hoch auf dieselben. Nachdem auf diese Weise das Andenken an jenen tüchtigen Patrioten gefeiert wurde, kehrten die Vereine Abends spät mit dem Bahnzuge in ihre engeren Kreise zurück; jedem aber wird dieser feierliche ernste Tag in steter Erinnerung bleiben.

Vom Verein Schaffhausen.

Am hiesigen eidgenössischen Schützenfeste beehrte uns eine deutsche Schützengesellschaft aus Frankfurt mit ihrem Besuch, welche uns jetzt ein Geschenk von 69 Bänden der nützlichsten Bücher machte, welches unser Ehrenmitglied Herr Professor Dr. Pfaff noch um 5 Bände vermehrte. Wir können uns nicht enthalten, unsere Freude darüber im Felleisen zu äußern und sagen nochmals diesen unsern Vereinsfreunden unsern herzlichsten Dank.

Der Präsident: Weber.
Der Schriftführer: Ramm.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Sowenig die Katze das Mausen läßt, sowenig kann der **Bundestag** von seiner bereits zur andern Natur gewordenen Gewohnheit lassen, wichtige Dinge zu verschieben, zu verschleppen, zu beseitigen. Dieses Loos hat denn auch der bekannte Dreistaaten-Antrag gehabt auf Einberufung einer aus freien Wahlen geschaffenen holsteinischen Volksvertretung, sowie auf die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund. Mit 8 gegen 7 Stimmen ward in der berühmten Sitzung am 18. Nov. der Antrag an den betreffenden Ausschuß verwiesen. Sanft ruhe seine Asche! Für sofortige Abstimmung ohne Ausschußbericht stimmten: Bayern, Sachsen, Großherzogthum Hessen, Baden, die großherzogl. und herzogl. sächsischen Häuser, Braunschweig nebst Nassau, und die 16. Curie, d. h. Liechtenstein, Reuß, beide Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Summa: 7 Stimmen.

Die Reise des Herrn v. **Bismarck** nach **Frankreich** ist zum guten Glück verunglückt. Statt einer Anweisung auf 2 schöne deutsche Herzogthümer hat der edle Graf den Aerger über eine kläglich getäuschte Hoffnung heimgebracht. Und mit jenem sauersüßen Lächeln, das dem Heuchler so sehr zu Gebote steht, verkündigt die Kreuzzeitung Allen, die es glauben wollen, daß der große preußische Staatsmann nicht entfernt daran gedacht habe, in Frankreich etwas zu suchen, vielmehr sei der einzige Zweck der Reise nur Erholung gewesen. Gewiß der Mann, welcher die Gesundheitsrücksichten erfunden hat, war nicht dumm. Gesundheitsrücksichten sind ein Mantel für alle Blößen, ein Verlegenheitsvertilgungsmittel, ein Schönheitspflaster.

Die Besorgniß, als ob Frankreich in der Herzogthümerfrage mit Preußen unter einer Decke spiele, wäre denn bis auf Weiteres glücklich beseitigt.

Das herzogliche Einvernehmen zwischen den beiden **deutschen Großmächten** das seit den Tagen von Gastein wie ein unheimliches Gewölk über Deutschland schwebte, ist in allerschönster Auflösung begriffen und droht sogar in sein altes Gegentheil umzuschlagen. Zwischen der beiderseitigen Presse wenigstens ist die Fehde schon in vollem Gange; von beiden Seiten, an der Donau nicht minder wie an der Spree, sucht man in diesem Zankduett den Gegner an Grobheit und Gehässigkeit zu überbieten. Die Kreuzzeitung droht sogar schon mit Krieg, andere preußische Junkerblätter werfen dem Kaiserstaat seinen Ueberfluß an Geldmangel vor und seine Schlaffheit, die er in Holstein zeige. Die Wiener Presse dagegen weist mit Schadenfreude auf die einsame und verlassene Stellung Preußens hin und spottet über die nutz- und brodlosen Annektirungskünste.

Der 16. **November**, als der zweite Jahrestag der herzogl. Verkündigung, ist von allen namhaften Städten der Herzogthümer festlich begangen worden. In Holstein hat man an jenem Tage den mancherlei Kundgebungen nichts in den Weg gelegt; im Herzogthum Schleswig dagegen ist man desto eifriger gewesen, Flaggen und Fahnen, deutsche und schleswig-holsteinische, die stillberedten Dolmetscher des politischen Gedankens, verschwinden zu machen. Censur der Gefühle! Eitles Beginnen.

Außerdem hat das preußische Faustrecht durch seine Werkzeuge, genannt **Manteuffel** und **Zedlitz**, drei holsteinische Zeitungen mit einem Schlage getroffen, weil sie mannhaft und unbeirrt eintreten für des Landes gutes Recht und keinen Finger breit abwichen vom Wege der Ueberzeugung: Die „Kieler Zeitung", die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" und die „Itzehoer Nachrichten." Drei Zeitungen auf einmal! Die Itzehoer Nachrichten sind der Meinung, daß ein Recht durch das ergangene Verbot durchaus nicht verletzt sei, in dem zur Zeit ein Recht gar nicht existire, sondern nur nackte Willkür. Nun die verbotenen Blätter werden schon heimliche Wege und Stege über die Eider zu finden wissen, so gut wie zur Zeit der berüchtigten Kontinentalsperre die englischen Waaren den Weg ins Herz Deutschlands fanden, allen Grenzwächtern, Häschern und sonstigen Spürhunden zum Trotz.

Das Polizeiamt in **Flensburg** hat auf höhere Fügung den dortigen Schleswig-Holstein-Verein, sowie den Kampfgenossen-Verein aufgelöst.

Der Briefwechsel zwischen dem **regierenden Landpfleger** und der Privatperson **Friedrich von Augustenburg**, veranlaßt durch den bekannten Empfang in Eckernförde, wird sich vermuthlich noch weiter fortspinnen. Herr v. Manteuffel muß sich eigne Begriffe von Milde und Schonung halten, wenn er die Form seines ersten Schreibens an den Herzog, in welchem er hoch auf einem trojanischen Pferde sitzt, eine milde und schonende nennt. Schier knabenhaft aber nimmt sich Manteuffel's weitere Behauptung aus, daß der Herzog von Augustenburg „über die eigentliche Stimmung der Bevölkerung des Herzogthums Schleswig unvollkommen unterrichtet sei." Fehlt es denn etwa dem Herrn v. Manteuffell an der nöthigen Fertigkeit im Lesen? Ist denn nicht bereits vor 2 Jahren die eigentliche Stimmung der schleswigschen Bevölkerung schwarz auf weiß im Druck erschienen?

Zu diesen und andern Vorgängen stimmt es denn gar seltsam, wenn in einer Versammlung „deutscher" Männer die Meinung ausgesprochen und vertheidigt wird, daß kein anderes Heil für die Herzogthümer sei als die Einverleibung in Preußen und daß der gemaßregelte Bruderstamm auch wider seinen Willen unter das preußische Joch gebeugt werden müsse. Solche Meinung ist ausgesprochen und vertheidigt in der freien Stadt **Bremen** am 18. November in einer Versammlung des, weiland deutschen, — **Nationalvereins**. Dem Leser wird's dabei schwarz-weiß vor den Augen. Wir empfehlen Einverleibung Bremens in Preußen „auch wider Willen der Bremer".

Der „Beobachter" wünscht sich einmal wieder eine Revolution nur auf 24 Stunden, wie im Jahre 1848. Dann werde das Volk sehen, in welche Mauslöcher sich auf einmal wieder die großpreußischen Großsprecher, die breitspurigen Resolutionsmatadore, Professoren, „Realpolitiker" und Consorten verkriechen würden, die jetzt in Zeitungen, Vereinen und Versammlungen das große Wort führen. Wer einmal erlebt hat, wie feig und charakterlos diese Sorte ist, die jetzt Land und Leute an Preußen und ihre eigne Muthlosigkeit für Staatsweisheit verkauft, der weiß für alle Zeit, wie er mit ihnen daran ist. Es bleibt immer ein widerwärtiger Anblick, wenn Hasen die Löwen spielen.

Als frohe Botschaft muß es jedem deutschen Ohr erklingen, daß **Bayern**, **Sachsen** und **Würtemberg** endlich einmal eines guten Entschlusses geworden sind und das junge Königreich Italien anerkannt haben. Warum geschah das nicht früher? Die Nachwelt wird staunen, wenn sie den Grund erfährt: weil die Herrscherhäuser der genannten deutschen Länder mit den von Rechts wegen weggejagten italienischen Herrscherhäusern irgendwie verschwägert, veronkelt, vervettert waren. Das Rachegelüste gegen Oesterreich für den Vertrag von Gastein hat jedenfalls das Seinige beigetragen, um diesen volkswirthschaftlichen Fortschritt ins Leben zu rufen. Gleichviel, es ist nicht das erste Mal, daß eine niedrige Leidenschaft der Dünger gewesen ist für eine segensreiche That. Bayern hat bereits Ernst gemacht und den politischen Flüchtling und Exkönig von Neapel aufgefordert, seinen Gesandten aus München abzurufen. Der Abschluß eines Handelsvertrags mit der Schweiz wird die nächste weitere praktische Folge sein.

Das Parlament in **Florenz** ist durch den König in Person eröffnet worden. Die Thronrede stellt sich nicht, wie sonstige Thronreden thun, auf die morschen Trümmer der Vergangenheit, sondern tritt muthig hin vor das geöffnete Thor einer hoffnungsreichen Zukunft. Der König selbst empfiehlt den Volksvertretern die Berathung über die Trennung der Kirche vom Staat und über die Aufhebung der geistlichen Körperschaften. Damit wird denn einerseits ein lang gehegter Wunsch des italienischen Volks befriedigt und anderseits das Messer an eine Schmarotzerpflanze gelegt, welche einer gedeihlichen Entwicklung bisher allen Saft und alle Kraft entzogen hat. Italien hat bisher ein stehendes Heer von Pfaffen zu füttern gehabt. Fort mit ihnen!

In **England** verkündet nach Palmerston's Tod das Frühroth einen helleren Tag. „Parlamentsreform" wird die Losung sein. In England verschließt selbst das Ministerium sich nicht den Forderungen der Zeit. Es verlautet bereits, daß mit John Bright, dem Haupte der Reformpartei, — allerdings noch nicht der radicalen, das allgemeine Stimmrecht verfechtenden Fraction, — wegen seines Eintritts ins Ministerium verhandelt werde. Immerhin ein erheblicher Fortschritt, zu dem die Wendung der Dinge in Amerika ihr gutes Theil beigetragen haben wird.

Spanien, den Traum träumend von der Macht, die es in früheren Jahrhunderten besessen, machte gerade Anstalt, die südamerikanische Republik Chile zu drangsaliren und sämmtliche Häfen des Landes zu sperren, als noch zu guter Stunde die Westmächte ein ernstes Wort darein redeten.

In **Jamaika** hat die englische Pflanzeraristokratie unter den „freien" Negern wieder einmal eine Bluthochzeit gehalten.

—n. **Gera**, 12. Nov. Unser neuer Oberbürgermeister, Hr. W. Weber aus Berlin, ist am 6. d. M. unter massenhaftem Zudrange auf hiesigem Rathhause in sein Amt eingesetzt worden. In seiner Antrittsrede hob Herr Weber ganz besonders hervor, wie er bei Beginn seines Amtes nicht sowohl um künftige Nachsicht bitte, als vielmehr um strenge Prüfung aller seiner Handlungen, vor allen Dingen aber um volle Gerechtigkeit. Behörde und Gesammtheit müßten zusammengehen, geleitet durch möglichst gleiche Anschauungen und Bestrebungen. Nur durch Erkenntniß der Uebelstände werde dem Bessern die Bahn bereitet. Jahrhunderte hätten dazu gehört, die Abhängigkeit der Gewerbe, die Unfreiheit der Arbeit zu beseitigen. Bei Mangel an Luft und Licht sei keine natürliche Entwicklung des Menschen und menschlichen Strebens möglich. Auch der Hochgestellte müsse Achtung haben vor berechtigtem Tadel. Gleichgiltigkeit der Gemeindemitglieder gegen den Gang der Verwaltung sei das Gefährlichste. Wie mit dem Gemeinderath, so hoffe Redner auch mit der Staats-

regierung, welche das Recht der Gemeinde ja anerkennen werde, in Einklang zu kommen. Die wichtigste Aufgabe der Gemeindeverwaltung bestehe in der Beseitigung der Hindernisse, welche der Entfaltung der Kräfte entgegenstehen. „Helfen Sie Alle“, schloß der Redner, „die Steine hinwegräumen, welche auf diesem Wege noch liegen! Ich werde hinter den eifrigsten Arbeitern nicht zurückbleiben. So helfe mir Gott!“ —

Socialer Theil.

= Versuch einer socialen Antwort.

III.

Sehr verständlich ist allerdings folgende Stelle bei Dr. Lange: „die Wissenschaft läßt kaum einen Zweifel mehr darüber bestehen, daß der Mensch in grauer Vorzeit Hunderttausende von Jahren hindurch mit allen größeren und stärkeren Thieren im Mitbewerb um das Dasein stand. Als er mit den jetzt ausgestorbenen Geschlechtern des Höhlenlöwen, des Höhlenbären und der Höhlenhyäne zusammenwohnte (?), mochte er vielleicht einen unermeßlichen Zeitraum hindurch nur im Stande sein, durch die Flucht sich vor den Zähnen und Krallen jener Bestien zu retten, und die Ausbreitung der (menschlichen) Art wurde schon durch die begrenzte Zahl der sichern Schlupfwinkel in Schranken gehalten. Mit der Gewinnung des Feuers und der ältesten rohesten Steinwaffen begann eine Umwälzung auf Erden, welche in wissenschaftlichem Sinne als die erste wahre Schöpfung des Menschengeschlechts betrachtet werden kann. Der Kampf gegen die Thierwelt wurde zur Jagd und die Denkkraft begann sich höheren Aufgaben zuzuwenden. Dies Werk gab eine reichliche Nahrung und Völker über Völker verbreiteten sich über den Erdboden; der Kampf um's Dasein aber verlor nur seinen früheren Charakter, nicht seine Bedeutung.“

Nach Darwin (so heißt der Begründer dieser ganzen Anschauungsweise; er ist Seefahrer und Naturforscher) streiten sich Pflanzen und Thiere nicht nur um den Boden überhaupt, sondern auch um den günstigsten Boden. So thaten die Menschen: das üppige Kleinasien, das milde Italien wurden Gräber ganzer Völkerschaften. Dann kammt der Racenkampf. Der Europäer bringt Christenthum und Tod in die fernsten Länder und Inseln; Millionen Neger werden nach Amerika verschleppt, um ausgebeutet und gezüchtet zu werden. In Europa thaten Pest, Krieg, Inquisition, Folter das Ihrige, in Hungersnöthen starben die Menschen wie die Fliegen, ausgehungerte Kinder wurden heerdenweise auf die Weide getrieben.

In neueren Zeiten hat die Vernichtung der Menschen mildere Formen angenommen, und gerade jetzt kommen die Massen selbst auf den Gedanken, daß ihnen grundsätzlich und dauernd geholfen werden müsse. Das tyranische Prinzip, das Volk unter einem Druck zu halten, bei dem es nicht zur Besinnung komme, will seine Dienste nicht mehr leisten. Das Volk, dem man den kleinen Finger bietet, will die ganze Hand haben; und es hat eben die ganze Hand nöthig. Die verhältnißmäßig größere Ruhe des öffentlichen Lebens, die Möglichkeit nachzudenken, endlich die Ab- und Ausschließung, in welcher die arbeitende Classe lebt: gerade diese Umstände rufen den Schrei nach Reform hervor.

Der Kampf um's Dasein ist in der mächtigsten und entscheidensten Schicht, von den Arbeitern der Industrie, aufgenommen; die Wissenschaft, namentlich die revolutionäre Statistik, steht ihnen zur Seite — sie beweist in schwertscharfen Durchschnittszahlen, daß das Elend vorhanden sein muß, und wollte es auch kein Mensch sehen.

Die Nothwendigkeit des Elendes der Massen zuerst auf eine wissenschaftliche Formel gebracht zu haben, ist das Verdienst des englischen Geistlichen Malthus, welcher den Satz aufstellte: die Menschen streben sich in geometrischer Progression zu vermehren, während die Nahrungsmittel sich nur arithmetisch steigern, oder ganz verständlich gesprochen: die Menschen wachsen wie: 1. 2. 4. 8. 16. 32. 64; die Nahrungsmittel wie: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. Bestreite man die mathematische Richtigkeit dieser beiden Reihen, sage man: weder hat sich die Menschheit je in geometrischer Progression vermehrt, noch ist der Ertrag des Bodens in jeder Generation genau um einen bestimmten Prozentsatz gewachsen, noch endlich sind beide Vermehrungen jemals genau im angegebenen Verhältnisse vor sich gegangen: immerhin hat Malthus das Gesetz offenbart, daß die Menschen sich einen stets hartnäckigeren Kampf um's Dasein liefern; immerhin hat er die Lenker der Gesellschaft auf die Nothwendigkeit hingewiesen, Radikalmittel gegen das regelmäßig erfolgende und regelmäßig sich steigernde Elend ausfindig zu machen. Regulär gesprochen: Wenn jede Ehe nur zwei lebensfähige Kinder erzeugt, so muß alle 30 Jahre der Boden das Doppelte hervorbringen, oder das Brod wird unerschwinglich. Also entweder weniger Kinder, oder so viel Korn mehr; das letztere ist unmöglich, sagt Malthus, folglich Erschwerung der Ehen, und in der Ehe — Enthaltung, moralischer Zwang, moral restraint.

Hr. Lange gibt sich nun die überflüssige Mühe, den von Max Wirth in den „Grundzügen der Nationalökonomie“ beigebrachten Gegenbeweis wider die Malthus'sche Lehre weitläufig zu erörtern und zu widerlegen. Wirth meint nämlich: „die Arbeit oder vielmehr die Arbeitskraft vergrößert sich vollkommen in demselben Maße wie die Bevölkerung (findet diese vermehrte Arbeitskraft denn auch Bethätigung, Verwendung?); es frägt sich nur; ob das Kapital eben so in geometrischer Progression sich vermehren kann. Nun verdoppelt sich das Kapital, zu 5%, mit Zinseszins gerechnet, in 14 Jahren; in neuen Ländern, wo der Gewinn höher ist, aber noch weit rascher.“ In Nordamerika verdoppelt sich die Bevölkerung in 25 Jahren, das Kapital in 10, — folglich ist Malthus widerlegt!

Seltsame „Grundzüge der Nationalökonomie“! Das gesparte und zur Ausleihung auf Zinsen bestimmte Geld-Kapital wird mit dem gesellschaftlichen Gütervermögen, wovon jenes „Kapital“ nur ein Theilchen ist, verwechselt. Ei, darnach müßte sich in der Türkei das Nationalvermögen in 3—4 Jahren verdoppeln, da der Zinsfuß für geliehenes Geld dort noch viel höher steht, als in Amerika! Darnach müßte unter dem römischen Kaiserreich bei 40—80% Zinsen das gesellschaftliche Vermögen sich im Handumdrehen, verdoppeln! Die Sache ist doch einfach die, daß der Wucherer, der solche Zinsen nimmt, anderer Leute Arbeitsertrag verschlingt, und daß man mit Zins und Zinseszins eine Gesellschaft todtrechnen kann.

Ganz richtig legt Hr. Lange den Schwerpunkt in die Arbeit, statt ins Kapital; Arbeitskraft ist ja mögliches künftiges Kapital. Nur darin weichen wir von ihm ab, daß Arbeit und Kapital ihre Grenze fänden, wenn der Boden besetzt sei, und daß der Ertrag desselben Quantums von Arbeit und Kapital immer kleiner würde, je mehr man sich jener Grenze nähere. Diese „Grenze“ ist lediglich eine Illusion, nicht nur wegen des eingeführten Kornes, welches jetzt auf der ganzen Erde für jedes einzelne Land gesäet und geärntet wird, sondern auch in jedem einzelnen Lande selbst; denn noch nirgends ist der Bodenbau im großen Ganzen auf der Höhe der Wissenschaft angelangt, noch wird in keinem Staate dem Boden auch nur annähernd das abgerungen, was er zu tragen fähig ist. Herr Lange sagt: der Mangel sei aber doch thatsächlich vorhanden! Das heißt: der Einzelne und Millionen von Einzelnen haben Mangel an Subsistenzmitteln; sie hungern zur Hälfte, zu zwei Dritteln. Ja, aber warum? Weil sie nicht kauffähig sind, weil das Quantum des Angebots sich ganz genau nach dem gewissen Quantum der Nachfrage richtet. Man fordere und garantire einmal das Doppelte des bisherigen Kornumsatzes: zweifelt man, daß jenes Doppelte beschafft werden würde? Jenes Doppelte wird um so sicherer auf den Markt kommen, als die Mehrforderung naturnothwendig eine allmählig sich steigende sein wird, als die soziale Reform nicht aus dem Aermel herausgeschüttelt, das Glück nicht „decretirt“ werden kann.

Darin ist ja auch Herr Lange mit uns einig; übrigens lassen wir diese Cardinalfrage nach dem Boden und dessen Bebauung für jetzt auf sich beruhen. Wir werden in eingehender Weise darauf zurückkommen müssen.

Sehr brav characterisirt sodann Herr Lange die Nationalökonomen oder volkswirthschaftl. Schriftsteller von Fach, wie sie alle um das von Malthus aufgegebene Räthsel herumgehen, über die Sache sprechen, praktische Rathschläge ertheilen, ohne der Sphinx auf den Leib rücken. Da soll der Branntweingenuß beschränkt, der Volksunterricht gebessert, da sollen Religion oder Aufklärung verbreitet werden; Sterblichkeitsverhältnisse der Armen und Reichen werden erörtert, die Gesundheitspflege untersucht und reformirt, Getreidepreise und mittlere Lebensdauer berechnet. Am Albernsten sind die Schönfärber und Verherrlicher des Bestehenden: die wachsende Bevölkerung vermehre die Macht des Staates, eine blühende Kultur erhebe sich auf der Basis der Industrie; die Auswanderung trage die Keime der Kultur in fremde Weltgegenden. „Ganz als ob noch heute die Massen, gleich den Sclaven des Alterthums, nur dazu da wären, die Folie zu bilden für die Entfaltung der Blüthen des höheren Lebensgenusses!“

Daher auch die Furcht vor der Revolution, weil diese das „höhere Ganze“, die „Macht“, den „Staatswillen“, dessen Apostel und Lakaien jene Scribenten sind, einfach in Frage stellt, um „neues Leben aus den Ruinen hervorblühen“ zu lassen. —

! **Berlin**, 22. Nov. Unter den Führern der im „Social-Demokrat“ vertretenen Partei droht eine Spaltung auszubrechen, die unschwer erkennbar in dem Kampf um das Präsidium ihren Grund hat und wobei der aus seinen Briefen an die Gräfin Hatzfeld und sonstwie bekannte Abubecker, als jetziger Präsident, pro domo zu kämpfen und der ihm jedenfalls an Kenntnissen, Thätigkeit und Verstand weit überlegene Hr. v. Schweizer der gefährliche Rivale zu sein scheint. Abubecker hat, offenbar den Einfluß Schweizer's fürchtend, gegen alle sonst für Leipzig sprechende sachliche Gründe die Generalversammlung des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ in einem, den Berliner Vorstandsmitgliedern des Vereins verheimlichten, Circular nach Frankfurt einberufen, wo Herr von Schweizer allerdings von seiner Mannheimer Affaire her unmöglich ist. Herr von Schweizer, bekanntlich seiner Zeit in einer Jesuitenanstalt erzogen, polemisirt mit der dort erlernten Dialectik sehr gewandt gegen das Decret des allgemeinen Präsidenten der Menschheit mit rein sachlichen, seinen eigentlichen Zweck klug verhüllenden Gründen und plädirt für Leipzig, während Abubecker, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, weiter vorgeht und statt selbst zu antworten, wozu er zu faul und zu ungeschickt ist, durch einzelne ihm noch anhängende Vereine, wie z. B. durch den in Barmen mit Zustimmungen antworten läßt. In der heutigen Nummer des „Social-Demokrat“ setzt Herr von Schweizer seine Polemik mit vielem Geschick fort und schließt seine Redactionsbemerkung zu dem Beschluß der Barmer Vereinsgemeinde mit folgenden, die Situation bezeichnenden Worten:

„Es ist möglich, daß man auf Grund des formellen Rechts, welches in unserm Vereine gilt, auf den Wortlaut der Statuten hin, eine Versammlung in Frankfurt abhält. Aber wir wissen auch, daß diese Versammlung nur eine weitere Versammlung nöthig machen würde. Denn diese Frankfurter Versammlung würde nichts weiter bewirken, als den Zwiespalt in unsere Reihen zu werfen. Man vergesse nie — es ist nur allzuviel vergessen worden! —: daß die von Lassalle geschaffene Parteiorganisation nur dann gedeihlich sein kann, wenn sie innerlich durch und durch gesund ist.

„Gestehen wir es offen und schrecken wir nicht zurück vor dem traurigen, aber wahren Worte: Diese Organisation ist im Augenblick innerlich krank.

„Nur einer großen, einer sehr stark besuchten Versammlung, einer solchen, auf der alle Theile Deutschlands vertreten sind, und auf der es in jeder Beziehung offen und ehrlich, streng und gewissenhaft hergeht, nur einer derartigen Versammlung, nicht einer Schein-General-Versammlung an einem Orte, der von allen Hauptgegenden des Vereins weit ab liegt, kann es gelingen, wieder Gesundheit in die äußere Structur, die jetzige Form der Partei, zu bringen. Durch Vertuschung und Hintanhaltung wird nichts bewirkt.

„Die Partei selbst ist gesund, weil ihre Grundsätze gut sind und auf „felsenfestem“ Grunde ruhen — ihre an sich vortreffliche dermalige Organisation aber ist innerlich erlahmt.

„Es gilt diese Organisation neu zu befestigen und zu stärken, fast könnte man sagen: zu retten.“ — Also ein Schmerzensschrei in bester Form.

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von A. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 153.

Coburg.

Dritter Jahrgang.

Sonntag, 3. December 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 16 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten. Aufruf des Leipziger Arbeiterbildungsvereins zu Gunsten der Nothleidenden in Werdau. Mittheilungen des ständigen Ausschusses durch das Ausschußmitglied F. Bandow. Einladung vom Arbeiterbildungsverein in Carlsruhe. Cigarrenarbeiterangelegenheiten: Berichtigung zum Cassenbericht aus Stuttgardt; Mittheilungen aus dem Centralcomité von F. Leib; Bericht über Arbeitseinstellung in Stuttgardt. — Vereinskorrespondenzen aus Carlsruhe, Pösneck, Berlin. Berichtigung aus Dresden. Entgegnung vom Gewerbeverein in Gotha. **II. Politischer Theil.** Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach, ein Programm der Zukunft. Politische Umschau: Neunzehn Landtage versuchen ihre Künste, um ein einiges Oesterreich zu schaffen. In Schleswig noch immer schwarzweiße Paschawirthschaft. Preußischer Landtag. Die Kreuzzeitung unter den Propheten. Die Regierung von Mecklenburg versucht, den Auswanderungsstrom an der Mündung zu verstopfen, statt an der Quelle. Was wird die Schweiz am 14. Januar thun? Was die Linke des italienischen Parlaments will. Washington. Strafgericht über Wirz. Was man sich in Rom über die Jesuiten erzählt. **III. Socialer Theil.** Versuch einer socialen Antwort IV. Rundschreiben der deutschen Abtheilung des Centralcomité's der internationalen Arbeiterassociation für die Schweiz an die Arbeiter. Berlin, der Red. des Socialdemokrat J. B. v. Schweitzer gemaßregelt; vorsichtiges Urtheil der Berliner Staatsbürgerzeitung; der Allgem. deutsche Arbeiterverein hauptlos geworden; Schneider „Leidenitz's" Nachfolger. Victor Emanuel an die Abgeordneten der Arbeitervereine in Neapel. Turin, der König von Portugal und die Arbeiter. **IV. Aus der Werkstätte:** An die deutschen Arbeiter. — Zur Frauenfrage, von Moritz Müller. — Erklärung des Turnvereins in Weimar. **V. Briefkasten.** Arbeitsvermittelung. Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

☛ Aufruf. ☚

Bei dem allgemeinen Elend, welches in Folge der Cholera auf den Bewohnern Werdau's lastet, sind unsere Brüder, die Arbeiter am Schwersten betroffen. Wir haben uns nach genauen Erhebungen überzeugt, daß das Unglück und der Jammer grenzenlos ist. So viele Liebesgaben auch bisher von allen Seiten geflossen sind: sie reichen noch lange nicht hin, um nur die bittersten Thränen zu trocknen, um nur der schreiendsten Noth abzuhelfen, um nur den Hunger der vielen hilflosen Waisen und Wittwen nothdürftig zu stillen und sie gegen die immer näher drohende Winterkälte zu schützen.

Der unterzeichnete Verein hält es als Vorort des sächsischen Gauverbandes für seine Pflicht, bei so namenlosem Leiden seiner Brüder und deren Angehörigen sich mit der inständigsten Bitte an sämmtliche deutsche Arbeitervereine zu wenden, durch schleunige Sammlung freiwilliger Beiträge die Noth unserer Brüder abwenden zu helfen, soviel es in ihren Kräften steht. Kann der Einzelne auch nur wenig geben, so vermögen wir doch viel in der Gesammtheit!

Darum frisch auf zur guten That, eingedenk der Wahrheit: „Wer schnell gibt, gibt doppelt". Beweiset der Welt, daß wenigstens der **deutsche Arbeiter** in sich fühlt, was es heiße, zu sein **„ein einig Volk von Brüdern!"**

Gefällige Sendungen wollen adressirt werden an Herrn Max Epstein, Firma: S. Frenkel sen. in Leipzig.

Die Empfangsbestätigung über sämmtliche Einläufe wird in der Coburger „Allg. deutschen Arbeiterzeitung" erfolgen.

Leipzig, 28. November 1865.

Der Arbeiter-Bildungsverein.

M. Epstein, Cassier. Aug. Bebel, I. Vorsitzender. A. Dolge, II. Vorsitzender.

☛ Nachschrift. Die **verehrlichen Redactionen aller Zeitungen** werden freundlichst gebeten, diesen Aufruf in die Spalten ihrer Blätter gefälligst aufzunehmen. D. O.

Berlin, Nov. (Lithogr. Correspondenz des ständ. Ausschusses, herausgeg. von F. Bandow.) Die Stuttgarter Handels- und Gewerbekammer hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Wanderbücher beschäftigt. Man war allgemein der Ansicht, daß die bestehende Einrichtung der Wanderbücher mit dem Geiste der neuen Gewerbegesetzgebung nicht mehr verträglich erscheine; es wurde der Vorschlag gemacht, dieselben durch sogenannte Arbeitsbücher zu ersetzen, doch erklärte sich die Handelskammer nach Beiziehung motivirter Gutachten auch hiergegen, hielt es vielmehr im Geiste der neuen Gewerbeordnung und durch die heutige Reiseart, wenn nicht das Wandern der Gesellen und Gehilfen erschwert werden wollte, geboten, daß dieselben in Beziehung auf Reisedocumente allen übrigen Reisenden gleichgestellt und die Wanderbücher aufgehoben werden. — Dies Votum der Handelskammer halten wir auch für das allein richtige, und freuen uns, darin eine erste Wirkung der von dem Stuttgarter Arbeitertag in dieser Frage gegebenen Anregungen zu erblicken. Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß in der neuen Paßconvention, welche zwischen Bayern, Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baden und Oldenburg abgeschlossen ist, die Beibehaltung besonderer Reisepapiere für arbeitsuchende Gesellen festgesetzt ist, während alle anderen Reisenden derselben nicht mehr bedürfen. Die Paßconvention sollte bereits am 1. Nov. c. in Kraft treten, der Termin ist jedoch auf Antrag Bayerns verschoben worden; in Sachsen wird dieselbe am 1. Juli 1866 in Kraft treten. Die Bestimmungen des Art. 8, nach welchem der Arbeiter mit den umumherziehenden Orgelspielern, Seiltänzern, Taschenspielern ꝛc. in eine Linie gestellt wird, ist geradezu entwürdigend. Es ist hier ein dringender Anlaß für die Arbeitervereine gegeben, in Ausführung des in Stuttgart gefaßten Beschlusses durch Petitionen an die betreffenden Staatsregierungen und Kammern auf Beseitigung dieser Beschränkungen hinzuwirken.

Vom 1. Januar 1866 ab wird unter dem Titel: „Die Arbeit" in Frankfurt a. M. eine **Monatsschrift** erscheinen, welche größere Aufsätze im Interesse der Arbeiter bringen, außerdem aber auch zu Mittheilungen des ständigen Ausschusses an die Arbeitervereine dienen wird. Die meisten Mitglieder des Ausschusses werden an der Zeitschrift mitarbeiten.

In diesen Tagen wird hier eine Broschüre erscheinen, welche in rein objectiver Form sich über „die Nachfolger von Ferdinand Lassalle" verbreitet. Von derselben sollen Exemplare den Arbeitervereinen zugehen, doch wird die Schrift auch käuflich zu haben sein.

Der ständige Ausschuß hat 50 Thlr. (87½ fl.) zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Arbeiter in der von der Cholera schwer heimgesuchten Stadt **Werdau** votirt, der Art, daß er diesen Betrag der Werdauer Krankenunterstützungskasse (eine zum dortigen Fortbildungsvereine gehörige Anstalt) überwiesen hat.

In Riga ist auf Veranlassung des von Herrn Eduard Pfeiffer in Stuttgart herausgegebenen Büchleins „die Consumvereine, ihr Wesen und Wirken" ein Consumverein gegründet worden. Ferner in Saalfeld, Wiesbaden, Kempten, Wasseralfingen, Carlsruhe. Alle diese Vereine fangen mit Marken an und wollen erst nachdem einiges Capital gebildet ist zum Ladensystem übergehen. In Stuttgart hat sich dieses Verfahren trefflich bewährt. Nachdem der dortige Verein in Jahresfrist mit dem Markensystem circa 1400 fl. (800 Thlr.) verdient hat, geht er jetzt zum Ladensystem über durch Eröffnung eines Colonialwaarenlagers und eines Brennmaterialiengeschäfts. Das letztere hat im ersten Monat seines Bestehens 4000 fl. umgesetzt.

Neue Arbeiterbildungsvereine sind gegründet in **Besigheim** und in **Rottweil** (Würtemberg) und in der Bildung begriffen in **Heilbronn** und **Cannstadt**.

Der Augsburger Wander-Unterstützungs-Verein, welcher sehr wohlthätig wirkte, soll der Auflösung nahe sein; es wäre in der That bedauerlich, wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte.

Carlsruhe, 23. Nov. Der hiesige Arbeiterbildungsverein, welcher am 14. Februar 1866 sein 4. Stiftungsfest feiern wird, hat sich während dieser Zeit*) ein eigenes Haus gebaut, und ladet zu seiner Hauseinweihung, welche am 3. Dezember d. J., Vormittag ½11 Uhr, stattfindet, die Freunde aus den Arbeiterbildungsvereinen freundlichst ein. (Leider erst nach Druck der vorigen Nummer eingegangen. D. Red.)

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

Stuttgart, 28. Nov. (Berichtigung des provisorischen Centralcomités des süddeutschen Cigarrenarbeiterverbandes zu Stuttgart). In den in der Nr. 152 der Arbeiterzeitung erschienenen Rechenschaftsbericht hat sich in der Berechnung der Einnahmen ein Fehler eingeschlichen, indem der Verein zu Mannheim mit 9 fl. verzeichnet werden muß.

Es ändert sich also die Totaleinnahme auf die Summe von

	76 fl. 12 kr.
Ausgabe	57 fl. 7 kr.
Somit Kassenvorrath	19 fl. 5 kr.

Frankfurt a. M., 29. Nov. Den nachfolgenden Vereinen habe ich Folgendes mitzutheilen: Dem Vereine Speier: Das Comité versendet Alles franco an die Vereine und Mitglieder, nur schien es uns bei der Statutenentwurfs-Versendung für die schwache Centralkasse zu kostspielig, die Packete zu franciren. Die Wünsche, betreffs Bekanntmachung einiger Mitglieder in der Arbeiterzeitung erscheint uns zu compromittirend. Dies ist nur möglich, wenn wir ein eigenes Organ besitzen für unsere Corporation, allem übrigen so viel wie möglich entsprochen. Dem Verein Nürnberg: Sie mögen sich nicht so hart äußern, über einen Verein, besonders wenn Sie ihn auch noch nicht näher oder doch nur einseitig kennen; es fördert dies nicht die Brüderlichkeit. Es scheint auch, als hätten einige Vereine unsere gedruckten Kreuzbandversendungen nicht erhalten, indem Nürnberg sich darauf beruft, sonst nichts erhalten zu haben, als die Nachricht in der Arbeiterzeitung und dem Social-Demokrat behufs der Kopfsteuer. Warum Sie dieselben nicht erhalten, ist uns unbekannt. Schließlich gebe ich noch vorläufig das Resultat der am 28. d. M. in Frankfurt a. M. stattgefundenen Sitzung der zeitherigen provisorischen Comité's Frankfurt, Leipzig und Stuttgart. Es haben dieselben sich zu einem einheitlichen provisorischen Centralcomité vereinigt; dasselbe besteht jetzt aus den Collegen Leutenmayer, Frankfurt; Richter, Dresden; A. Hörig, Berlin; F. Leib, Stuttgart; Louis Dörffel, Leipzig, und den zum Vorsitzenden gewählten F. W. Fritzsche, Leipzig. Alle Briefe an das „Vereinigte provisorische Centralcomité" sind zu adressiren: F. W. Fritzsche, Hôtel de Saxe, Leipzig.

Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Frz. Leib.

Stuttgart, 24. Nov. Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Louis Fröhlich'schen Cigarrenfabrik hierselbst, haben ihre Arbeit verlassen. Der Grund dieser Arbeitseinstellung beruht lediglich auf Unconsequenzen des Fabrikanten sowohl als seines Geschäftsführers gegenüber den Arbeitern. Geraume Zeit schon eine drückende und abstoßende Behandlungsweise, die hauptsächlich in dieser Fabrik der Arbeiter zu erdulden hatte, nebenbei eine hie und da gröbliche Mißhandlung von Lehrlingen durch den Fabrikmeister, gab Veranlassung, die Entfernung des Letzteren zu verlangen. Diesem gerechten Wunsch, welchen die Arbeiter und Arbeiterinnen Herrn Fröhlich nachdrücklich und mit allem Ernste zu ermessen gaben, mit der Versicherung, daß wenn dieß geschehe, sie alle ihre frühere Arbeit wieder aufnehmen werden, — wurde nicht entsprochen.

Um so anerkennenswerther ist das Benehmen anderer hiesiger Fabrikanten, die, da unter den Arbeitern Familienväter sich befanden, solche wo es thunlich war, in ihrem Geschäfte unterbrachten. Die ledigen Arbeiter, unterstützt von Collegen und mit Reisegeld versehen, ergriffen den Wanderstab. Die Fabriklocale sind nun öde und leer, und von c. 70 Arbeitern nur noch wenige beschäftigt.

*) Der Hausbau ist ermöglicht worden durch die Anlegung einer Hausbaukasse durch die Arbeiter, welche zugleich von Freunden des Vereins, hauptsächlich aber durch die Munificenz Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs Friedrich und der großherzogl. Familie reich bedacht worden ist. Dieselbe erhielt vom Großherzog 1000 fl. rhein., von Markgraf Max 240 fl., Frau Großherzogin Sophie (Wittwe) 200 fl., Markgraf Prinz Wilhelm 150 fl. Ferner von der hiesigen Maschinenfabrik 200 fl. u. s. f.

Carlsruhe. (Arbeiterbildungsverein.) Der Einzug in das Vereinshaus, Querstraße von der Bahnhof- zur Schützenstraße, hat den 23. Oktober stattgefunden. Die Einweihung wird Sonntag den 3. Dezember, Morgens ½11 Uhr gefeiert werden.

Das Programm des Unterrichts und der sonstigen Zusammenkünfte ist folgendes:

Montag Abends 8 Uhr: Allgemeine Mitgliederversammlung mit belehrenden Vorträgen über Naturwissenschaften, Geschichte, Gesetzeskunde u. s. w., Beantwortung der Fragen des Briefkastens. Besprechung über Vereinsangelegenheiten. Gesangs- und Declamationsaufführungen. **Dienstag** Abends 8½ Uhr: Populäre Mechanik, Herr Professor Meyer; Correspondenz, Herr Kaufmann Schwaab; Abends 9¼ Uhr: Gesang, Herr Mosetter. **Mittwoch** Abends 8½ Uhr: Französisch, Herr Sprachlehrer Haas; Schönschreiben, Hr. Mosetter. **Donnerstag** Abends 8½ Uhr: Chemie und Physik in Anwendung auf Gewerbe, Herr Dr. Neßler; Abends 9¼ Uhr: Gesang, Herr Mosetter. **Freitag** Abends 8½ Uhr: Buchführung, Herr Kaufmann Finkh; Abends 9½ Uhr: Rechnen, Herr Mosetter. **Samstag** Abends 8½ Uhr: Französisch, Herr Sprachlehrer Haas; Abends 9½ Uhr: Vorlesungen klassischer Dramen und Gedichte. Unterweisungen im freien Vortrag, Hr. Hoftheatersecretär Schütz. **Sonntag** Früh 9 Uhr: Zeichnen, Herr Zeichnenlehrer Kiefer; Abends 7 Uhr: Gesellige Unterhaltung.

Zur Unterhaltung und Belehrung stehen jeden Abend den Mitgliedern 10 Zeitschriften und eine Bibliothek von etwa 300 Bänden zur Verfügung.

Pößneck, 28. Nov. Bei gestern hier stattgefundener Gemeinderathswahl wurden für die erledigten 3 Stadtverordneten- und 2 Stellvertreter-Stellen mit einer einzigen Ausnahme sämmtlich Mitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins gewählt.

± **Berliner Handwerkerverein.** Die Sonntagsvergnügen haben einen wesentlich anderen Charakter angenommen, während früher rauschende Orchestermusik die Hauptunterhaltung war, ist es jetzt Hr. Mohr, welcher in anderem Sinne einwirken will durch musikalisch deklamatorische Abendunterhaltungen, welche den 1. und 3. Theil in Anspruch nehmen. Der 2. Theil ist ein Vortrag, welchen am 29. October der zweite Vorsitzende Abg. v. Hennig hielt über Herkulanum und Pompeji, dann am 4 Novbr. fortsetzte. Nach dem Vortrage gedachte der Vorsitzende noch Diesterwegs, welcher am Morgen zu seinem 75. Geburtstage durch eine Deputation des Vorstandes habe gratuliren lassen. — In der Sitzung am 4. Novbr. gab der Vorsitzende Franz Duncker den üblichen Monatsbericht, welcher jetzt regelmäßig am ersten Sonnabend des Monats gegeben wird. Aus demselben entnehmen wir, daß die Einnahmen des letzten Quartals 1908 Thlr., die Ausgaben 2063 Thlr. betrugen. Der entstandene Ausgabenüberschuß von 155 Thlr. ist der geringen Mitgliederzahl der letzten Monate und dieses der Krankheit des früheren Vorsitzenden Steinert zuzuschreiben. Jetzt ist der Verein neu organisirt und zählte Ende October 2440 Mitglieder. Das Vermögen des Vereins war Ende October 35,268 Thlr., in diesem Jahre 35,241 Thlr. Die Commissionen sind neu geordnet und bei der Finanzcommission ist ein vollständiges Budget eingerichtet. Der Etat wird voraus festgestellt, damit die Ausgaben nicht erst bewilligt werden, wenn sie schon verausgabt sind. Die Bibliothek ist im Wachsen. — Zum Besten derselben finden übrigens vom 9. November ab an den Donnerstagen acht öffentliche Vorträge statt, welche zu halten die HH. Professoren v. Holtzendorf, Red. A. Bernstein, Dr. Jul. Rodenberg, Schulze-Delitzsch, Prof. Virchow, Dr. Löwe (Calbe), Berth. Auerbach und Fr. Spielhagen übernommen haben. Ueber einzelne dieser Vorträge werden wir berichten. — Am 11. Novbr. hielt Hr. Salomon einen Vortrag über den Wechsel, bei welchen er bis auf den Tausch zurückgehend die Entstehung des Geldes als Tauschmittel, des Papiergeldes und Wechsels erörterte, und zeigte wie nützlich ein Wechsel als Werthpapier und Credit befördernd und wie gefährlich derselbe sei bei nicht pünktlicher Einlösung, und wie man wohl überlegt handeln müsse, ehe man einen Wechsel unterschreibe, denn oft kenne man die wahre Bedeutung eines solchen nicht. — Mit den Zusammensein am Sonntag den 12. November verband der Verein die Feier von Schillers Geburtstages. Bei dem gewählten Programm wirkten tüchtige Kräfte, als: Domsänger Schmock, Kammermusikus Zürm, Pianist v. Osten u. A. mit. Den Vortrag hielt Herr Franz Duncker über Schiller, dessen Einfluß und Wirken auf den Geist und die Bildung des Volkes. — Der diesjährige Cursus der Baugewerkschule ward am 13. November, Vormittags 10 Uhr, bei einer Schülerzahl von 64 eröffnet. Es unterrichten acht Lehrer an 3 verschiedenen Abtheilungen. Am 27. November hielt Dr. Löwenstein einen Vortrag.

Dresden, 29. Nov. In meinem letzten Bericht über unsern Arbeiterbildungsverein (Nr. 151 dieses Blattes) sind einige Worte Betreffs des 3. Vereinstages und des sächsischen Gauverbandes gefallen, durch welche sich der Vorstand verletzt fühlt. Da ich nun längst über jene Periode des Vereinslebens hinaus bin, in welcher entstehende Differenzen recht breit ausgetragen werden, auch die im Bericht abgedruckten Worte mit dem Manuscript nicht übereinstimmen*), so füge ich zu meiner und des Vorstandes Rechtfertigung bei, daß eine Verletzung der Thätigkeit des Vorstandes nicht beabsichtigt worden, indem ich wohl weiß, daß derselbe bei Behandlung obiger Angelegenheiten durch die eigenthümlichen Verhältnisse des Vereins behindert war, eine alle Mitglieder befriedigende Lösung herbeizuführen. Auf besondere Veranlassung setze ich noch hinzu, daß der Vorstand für den 3. Vereinstag und den sächsischen Gauverband, Alles in seinen Kräften stehende glaubt gethan zu haben, deshalb eine Vernachlässigung seinerseits zurückweist und die im Bericht gebrauchten Worte theilweise als entstellend bezeichnen muß.

M. Hendel.

An die Redaction der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung.

In der directen Uebersendung Ihres Blattes vom 19. Nov. d. Js. liegt wohl die Mahnung, den Vorstand des hiesigen Gewerbvereins gegen die in dem ersten Artikel enthaltenen Anschuldigungen zu vertheidigen. Insofern diese Anschuldigungen von Mitgliedern des hiesigen Arbeitervereins, bezüglich von dem Vorstande desselben ausgehen, verschmäht der Vorstand des Gewerbvereins im Allgemeinen eine solche Vertheidigung, wie das Schweigen desselben in Bezug auf die in den hiesigen Localblättern zu wiederholten Malen enthaltenen Anfeindungen beweist. Der Grund dieses Schweigens liegt theils in dem Umstande, daß der dabei interessirte Theil des hiesigen Publikums die Verhältnisse zur Genüge kennt, um den Werth jener Anschuldigungen beurtheilen zu können, theils in dem Wunsche, jeden unnützen Scandal zu vermeiden und ruhig auf dem für richtig erkannten Wege der Hebung des Arbeiterstandes vorwärts zu schreiten, es Andern überlassend, andere Bahnen zu wandeln, ohne seinerseits die Wege derselben zu kreuzen. Der Uebergang jener Anschuldigungen in Ihr geschätztes Blatt zwingt jedoch den Unterzeichneten zu nachstehender Erklärung.

Ein Zwiespalt zwischen dem Gewerbvereine und dem Arbeitervereine existirt nur insofern, als beide Vereine das gemeinschaftliche Ziel der intellectuellen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes auf verschiedenem Wege anstreben. Ist es den Leitern des Arbeitervereins nicht gelungen, bei der projectirten Vereinigung beider Vereine ihren Ansichten über den einzuschlagenden Weg zur Erreichung des obengenannten Zieles den Sieg zu verschaffen, und scheiterte hieran wesentlich die berührte Verschmelzung, so mögen sie sich immerhin in ihrer Eitelkeit verletzt fühlen, sind aber sicher nicht berechtigt, daraus einen Vorwurf für den Gewerbverein, bezüglich dessen Vorstand abzuleiten, der seinerseits den Bestrebungen des Arbeitervereins in keiner Weise hinderlich entgegentritt und des Guten, was durch denselben hervorgerufen wird, sich aufrichtig freut, ohne jedoch anerkennen zu können, daß der Weg der socialen und politischen Agitation, welchen der Arbeiterverein eingeschlagen hat, allein zu einer gedeihlichen Lösung der brennenden Fragen der Gegenwart führen wird.

Die Annäherung an eine solche Lösung erfordert nach der Ansicht des Gewerbvereins vor allen Dingen eine Erweiterung und Vertiefung der allgemeinen Bildung, welche dem größten Theile des Arbeiterstandes lediglich durch die Volksschulen in durchaus unzureichender Weise vermittelt wird. Daher sind in erster Linie die Bestrebungen des Gewerbvereins auf dieses Ziel gerichtet und verwendet derselbe einen großen

*) Sollte mit obiger Andeutung gemeint sein, daß an den auf den Vereinstag und den Gauverband bezüglichen Worten etwas geändert, geschweige hinzugefügt worden, so kann dies nur auf einem Irrthum beruhen. Obschon uns das Manuscript leider nicht mehr vorliegt, erinnern wir uns doch bestimmt, daß in dem Bericht aus Dresden in Nr. 151 lediglich redactionell, unbeschadet der thatsächlichen Mittheilung, gekürzt worden ist, und zwar im Eingang, in den auf die Eingabe an den Gemeinderath bezüglichen Stellen. D. Red.)

Theil seiner Mittel auf Lectüre, Unterricht und populär wissenschaftliche Vorträge. Während des Winterhalbjahrs sind seine Räume jeden Abend geheizt und beleuchtet und liegen in dem Lesezimmer die besten technischen und belletristischen Zeitschriften in großer Auswahl auf. Zweimal wöchentlich ist die (wie der beiliegende Katalog nachweist) reichhaltige Bibliothek des Vereins geöffnet und wird dieselbe von den Mitgliedern desselben eifrig benutzt. Unterricht wurde im Winter 1864/5 in deutscher Sprache, im Rechnen und in der gewerblichen Buchhaltung ertheilt, während im laufenden Wintersemester zunächst ein Cursus in der Stenographie begonnen wurde, dem sich, sobald sich das Bedürfniß zeigt, weitere Unterrichtszweige anschließen werden. Regelmäßige wöchentliche Vorträge werden über Physik, Chemie, neuere Geschichte und deutsche Litteratur gehalten. Außerdem finden an einem Tage der Woche die Gesangübungen des circa 100 Mann starken Sängerchors, an einem andern Tage die geschäftlichen Sitzungen des Vereins Statt, welche letzteren gleichzeitig benutzt werden, um die Fortschritte der gewerblichen Technologie zu besprechen, neue Erfindungen vorzuzeigen und Fragen allgemeinerer Natur zu discutiren.

Daß diese Einrichtung dem Bedürfniß der hiesigen Bevölkerung entspricht, dafür dürfte zur Genüge der Umstand sprechen, daß die Zahl der Mitglieder unmittelbar nach der am Schlusse des Jahres 1864 erfolgten Reorganisatian des Vereins in der angedeuteten Richtung trotz des Ausscheidens einer größeren Anzahl namentlich älterer Mitglieder von etwa 300 auf über 600 anwuchs und sich bis jetzt auf dieser Höhe erhalten hat. Die Einrichtung bezweckt gleichzeitig, die Vereinsmitglieder van dem mehr und mehr um sich greifenden verderblichen Kneipenleben abzuziehen, indem sie denselben jeden Abend geistige Nahrung in mannichfacher Auswahl darbietet, ohne ihnen den gewohnten Genuß eines Glases Bier und einer Cigarre oder Pfeife zu verkürzen, welche nur während der, in einem besonderen Saale abgehaltenen Vorträge verpönt sind. Der zahlreiche Besuch des Lesezimmers, der Unterrichtsstunden und der Vorträge dürfte wohl zugleich die beste Widerlegung der in Ihrem Blatte angeführten Aeußerung enthalten, „daß die große Masse der Arbeiter nach dem Feierabend, körperlich ermüdet, nichts mehr ersehne als Ruhe und gemüthliche Erholung, und daß derselben mit Naturnothwendigkeit nichts ferner liege, als der Ausbildung des Geistes und der Vermehrung der Kenntnisse obzuliegen, selbst wenn der Sinn für geistige Fortbildung vorhanden sei;" welche Behauptung übrigens schon a priori aus physiologischen und psychologischen, durch die Erfahrung hinreichend bestätigten Gründen durchaus unhaltbar ist. Körperliche Thätigkeit, wenn sie nicht bis zur vollständigen Erschöpfung andauert, erheischt zur erholenden Ausgleichung geistige Beschäftigung, sowie umgekehrt der andauernd geistig beschäftigte Mensch die entsprechende Erholung in körperlicher Thätigkeit findet. —

Der Zutritt zu dem Vereine steht, wie die ebenfalls beiliegenden Statuten ausweisen, Jedermann frei, insofern nicht wesentliche Bedenken, namentlich moralischer Art, zur Geltung gebracht werden. So kommt es, daß der Verein Mitglieder aus allen Ständen umfaßt, obwohl die Mehrzahl, den Bevölkerungsverhältnissen entsprechend, dem eigentlichen Handwerkerstande angehört. Die frühere statutenmäßige Bestimmung, nach welcher nur selbstständige Handwerker Mitglieder des Vereins werden konnten, ist bei der Reorganisation beseitigt worden. Zwar hat diese Beseitigung eine Anzahl früherer Mitglieder zum Austritt bewogen und ist wohl auch die Ursache, daß eine größere Anzahl anderer älterer Mitglieder sich vom Besuche des Vereins fern hält; dagegen hat sie demselben eine große Zahl jüngerer Leute aus dem Gehülfen- und Lehrlingsstande zugeführt, welche, um den treu gebliebenen Stamm älterer Mitglieder sich scharend, die ihnen durch den Verein gebotenen Bildungsmittel eifrig benutzen. Da die Zukunft der Jugend gehört, so legen wir auf diesen Umstand großes Gewicht. Uebrigens suchen wir unsere Wirksamkeit noch über die angegebenen Grenzen hinaus auszudehnen, indem wir einerseits den Kindern der Vereinsmitglieder die Theilnahme an dem Unterrichte und an den Vorträgen, sowie an der Benutzung der Bibliothek gestatten, andererseits zu bestimmten Reihen von Vorträgen auch die weiblichen Angehörigen der Mitglieder heranziehen, sowie wir überhaupt die durch die Verhältnisse der Gegenwart gebotene Ausbildung des weiblichen Geschlechts sorgfältig im Auge behalten. Beweis dafür, daß wir bereits im vorigen Sommer Frauen und Mädchen zur Theilnahme an einem Cursus über Buchhaltung aufforderten, welcher freilich nicht zu Stande kam, was hauptsächlich unseren stagnirenden gewerblichen, socialen und politischen Verhältnissen zuzuschreiben sein dürfte.

Der Beitrag der Mitglieder beträgt vierteljährlich 7½ Ngr. (ca. 26 kr.), gewiß in Berücksichtigung dessen, was geboten wird, eine sehr mäßige Summe, deren Erhöhung aber unthunlich erscheint, wenn nicht der Kreis der Theilnehmer wesentlich beschränkt werden soll. Die Beiträge allein würden um so weniger ausreichen, die Kosten des Vereins zu decken, als wir Vorträge und Unterricht im Allgemeinen anständig honoriren, um nicht allein von der Gefälligkeit Einzelner abzuhängen. Dieser Umstand hat uns bewogen, die Regierung um eine Unterstützung aus Staatsmitteln zu ersuchen, welche uns bereitwillig gewährt worden ist. Ich würde dieses Umstandes nicht erwähnt haben, wenn derselbe nicht zu den Differenzpuncten zwischen dem Gewerbvereine und dem Arbeitervereine zählte, indem die Leiter des Arbeitervereins in unklarer Auffassung der Verhältnisse in der Annahme jener Staatsunterstützung einen Verstoß gegen das Princip der Selbsthülfe und eine Bethätigung Lassalle'scher Grundsätze erkennen zu müssen glauben.

Discussionen über politische, sociale und volkswirthschaftliche Fragen sind, wie unsere Statuten ausweisen, von unserem Programme nicht ausgeschlossen. Auch practische, direct auf die materielle Hebung des Arbeiterstandes gerichtete Bestrebungen sind demselben nicht fremd, wie neben unserer Krankenunterstützungs-Casse der Umstand beweist, daß ein Theil unserer Mitglieder gleichzeitig dem hiesigen Gewerbebankvereine, ein anderer aber einem Lebensversicherungsvereine angehört. —

Nach dieser Characterisirung der Einrichtung und Thätigkeit unseres Gewerbvereins wird es möglich sein, die wesentlichen Differenzpunkte zwischen demselben und dem Arbeitervereine dahin zu präcisiren:

1) Der Gewerbverein nimmt Mitglieder aus allen Ständen auf — der Arbeiterverein recrutirt sich im Allgemeinen nur aus den Reihen des im engeren Sinne sogenannten Arbeiterstandes.

2) Der Gewerbverein hat es nicht verschmäht, zur Erreichung seiner Zwecke um eine Unterstützung aus Staatsmitteln nachzusuchen — der Arbeiterverein findet darin eine Verletzung des Princips der Selbsthülfe, hat es aber seinerseits nicht verschmäht, die Unterstützung von Privatpersonen nachzusuchen, welche mit ihm in keiner Verbindung stehen.

3) Der Gewerbverein sucht in erster Linie durch Erweiterung und Vertiefung der allgemeinen Bildung die Hebung des Arbeiterstandes anzubahnen — der Arbeiterverein beschäftigt sich fast ausschließlich mit den brennenden Tagesfragen und sucht das Heil des Arbeiterstandes vorzugsweise in agitatorischer Thätigkeit.

4) Der Gewerbverein erkennt das von dem Arbeitervereine geleistete Gute bereitwillig an und läßt denselben unbehindert gewähren — der Arbeiterverein, bezüglich dessen Vorstand sucht bei jeder Gelegenheit die Thätigkeit des Gewerbvereins, bezüglich dessen Vorstandes in gehässiger Weise zu verdächtigen.

Letzterer Umstand mag wesentlich seinen Grund in der verletzten Eitelkeit gewisser Persönlichkeiten haben, wie sich durch Illustrationen aus der Geschichte des hiesigen Vereinslebens zur Evidenz nachweisen ließe, wenn es der Unterzeichnete nicht verschmähte, Vorgänge an das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen, die im Interesse der Sache und der Personen besser verschwiegen bleiben.

Dies sind die wesentlichen Differenzpuncte zwischen beiden Vereinen. Von einem Zwiespalte, von einem Zerwürfnisse zwischen denselben kann sonach nicht die Rede sein, da beide Ausdrücke auf eine Gegenseitigkeit der Gesinnungen hindeuten, die factisch nicht vorhanden ist. Noch weniger aber kann dem Vorstande des Gewerbvereins die Verschuldung jenes angeblichen Zerwürfnisses imputirt werden, da derselbe bei Berathung über die Vereinigung der genannten Vereine lediglich seine und des Gewerbvereins Ansicht der entgegengesetzten Ansicht der Vertreter des Arbeitervereins gegenüber vertheidigt und derselben zum schließlichen Siege verholfen hat. Ueber eine solche Niederlage zu grollen und diesem Grolle bei jeder Gelegenheit gehässigen Ausdruck zu geben, dürfte weder klug, noch moralisch gerechtfertigt sein. Am wenigsten dürfte es aber gelingen, durch derartige Verdächtigungen auf die Länge die eigne Schwäche nach Außen zu decken.

Allerdings ist der Versuch, die spärliche Betheiligung an der am 5. Nov. in Gotha abgehaltenen Arbeiterversammlung wenigstens zum Theil aus „einem mehrjährigen bedauerlichen, vom Vorstande des Gewerbvereins verursachten Zerwürfnisse zwischen diesem Vereine und dem Arbeitervereine" abzuleiten, nicht ohne Geschick gemacht, da der Vorstand des Arbeitervereins einen Theil der Schuld zunächst auf seine eignen Schultern nimmt, indem er „unzulängliche Bekanntmachung der Versammlung" als ersten Grund des sparsamen Besuchs an die Spitze stellt. Unter solchen Umständen war es um so leichter, den mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertrauten Mitgliedern des ständigen Ausschusses den zweiten Grund plausibel zu machen, als man aus der Mitte der Versammlung weder eine Widerlegung, noch auch nur eine sachgemäße und wahrheitsgetreue Erläuterung zu fürchten hatte. Freilich hat man dabei nicht gedacht, daß, was man in seinen vier Pfählen ungestraft thun kann, nicht immer in die weitere Oeffentlichkeit treten darf, ohne auf die nöthige Abwehr zu stoßen.

Des Pudels Kern dürfte folgender sein. Zugegeben, daß das schlechte Wetter die ländlichen Arbeiterverbindungen abgehalten hat, die Versammlung durch Deputationen zu beschicken, so war zunächst zu erklären, warum die Mitglieder des in der Stadt Gotha domicilirenden Arbeitervereins, dessen Vorstand zu der Versammlung eingeladen hatte, nicht in größerer Zahl erschienen waren. Ob die betreffende Bekanntmachung in dem hiesigen Tageblatt unzulänglich war, mag dahin gestellt bleiben; den Mitgliedern des Gewerbevereins mindestens war sie zur Genüge bekannt, was die Spannung beweist, mit welcher man dem Resultate der Versammlung entgegen sah. Es scheint auch nicht, als ob die Leiter des Arbeitervereins diese Ansicht sämmtlich getheilt haben, da nach einem, leider nicht in Ihr geschätztes Blatt übergegangenen Passus in dem ausführlichen Referate des hiesigen Tageblatts Herr Hirschfeld die Ueberzeugung ausspricht, daß die Aussicht auf eine Bratwurst und ein Glas Bier die Räume der Versammlung mit Arbeitern gefüllt haben würde, eine Ueberzeugung, die ein sonderbares Streiflicht auf den, dem Herrn Hirschfeld als Mitglied des Vorstandes jedenfalls sehr genau bekannten Verein wirft, deren Vertretung übrigens naturgemäß dem Hrn. Hirschfeld anheim gegeben werden muß. Das Erscheinen der Mitglieder des Gewerbevereins aber hatten jedenfalls die Leiter des Arbeitervereins selbst weder erwartet, noch erwarten können, da nach ihrer wiederholt ausgesprochenen Ansicht der Arbeiterverein allein den wirklichen Arbeiterstand Gotha's repräsentirt, während der Gewerbverein nach ihrer Auffassung wohl eine geringe Anzahl wirklicher Arbeiter enthält, die sich aber von einer, dem Arbeiterstande feindlich gesinnten Anzahl von Arbeitgebern, Beamten und dergl. in's Schlepptau nehmen und hinter das Licht führen lassen. Sie hätten also, ihrer Ansicht treu bleibend, die Abwesenheit der Gewerbvereinsmitglieder gut heißen oder mindestens ignoriren, etwaige darauf bezügliche Fragen der auswärtigen Mitglieder des ständigen Ausschusses aber entweder in dem angedeuteten Sinne beantworten oder die Fragsteller an den Gewerbverein selbst um Auskunft verweisen sollen. Diese Auskunft würde damals so bereitwillig wie jetzt gegeben worden sein. Hier ist sie. Wäre die Aufforderung zu der Versammlung von dem ständigen Ausschusse ausgegangen, so würde der Gewerbverein, in welchem die große Mehrzahl der Gothaischen Arbeiter vertreten ist, in richtiger Erwägung der Wichtigkeit der Organisation der Arbeiterbewegung, derselben Folge geleistet haben, Trotz des Umstandes, daß der ständige Ausschuß einen der Vorstände des Arbeitervereins zu seinen Mitgliedern zählt, dessen Stellung zu dem Gewerbverein oben näher charakterisirt wurde. Da aber die Einladung zu der Versammlung von dem Vorstand des Arbeitervereins ausging, so konnte der Gewerbverein nach dem oben Gesagten sie gar nicht auf sich beziehen; würde aber auch dann, wenn sie direkt an ihn ergangen wäre, sich nicht betheiligt haben, da er bei der bekannten Gesinnung und bei der leidenschaftlichen Erregtheit der Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins nicht auf eine ruhige, auch abweichenden Ansichten gerecht werdende Leitung der Verhandlungen rechnen konnte. Zwar fürchtet sich der Gewerbverein keineswegs weder vor der Dialektik, noch vor den Ausbrüchen der Leidenschaft seiner Gegner, wie die Vorstandsmitglieder des Arb.-Ver. zur Genüge wissen; allein der Gewerbverein glaubt, daß die Wiederholung drastischer Scenen, wie er sie wiederholt erlebt hat, mehr dazu beiträgt, die Gemüther zu verwirren und zu verbittern, als sie aufzuklären und zu beruhigen und glaubt daher der guten Sache einen besseren Dienst zu erweisen, wenn er die Herbeiführung neuer Collisionen vermeidet und ruhig eine Klärung der Verhältnisse abwartet. —

Ich schließe mit der Bitte, Vorstehendes ungekürzt in Ihr geschätztes Blatt aufzunehmen.

Gotha, den 28. Nov. 1865.

Prof. Dr. Kühne,
Vors. des Gewerbvereins.

Politischer Theil.

„Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach. Ein Programm der Zukunft."

„So lautet der Titel einer vor wenig Wochen in erster und jetzt bereits in **zweiter Auflage** erschienenen Broschüre *), welche auf der Grundlage geschichtlicher Thatsachen mit unerbittlicher Kritik die Ursachen der verhängnißvollen heutigen Lage Deutschlands blos legt und auf die Mittel der Rettung hinweist. Die Politik der beiden sog. deutschen Großstaaten, die selbst keine natürlichen staatlichen Gebilde, sondern nichts als die künstlichen Produkte einer durch und durch unvolksthümlichen und freiheitsfeindlichen, rein dynastischen Politik und deren beide letzte Träger in Europa sind, die Politik keiner dieser beiden Staaten, deren Dualismus ebenso natürlich als unheilbar ist, kann je die Grundlage für die nationale Neugestaltung und gesunde Entwicklung Deutschlands werden, so wenig als die dermalige Ohnmachtspolitik der übrigen, mittleren und kleinen Staatengebilde des übrigen Deutschland. Immer von Neuem muß deshalb das deutsche Volk die traurigsten Erfahrungen machen und die bittersten Täuschungen erleben mit allen den Parteien, wie in neuerer Zeit wieder mit dem Nationalverein, welche an das eine oder das andere dieser beiden dynastischen Staatengebilde sich anlehnen und die Zukunft Deutschlands auf dieser faulen, corrumpirten und corrumpirenden, aller gesunden Volkspolitik Hohn sprechenden Grundlage aufbauen wollen. Die Schrift verlangt vollständiges Absehen von diesen alten Parteien und fordert, daß endlich die **wirklich deutschen**, nicht großpreußischen oder großösterreichischen und mit diesen Richtungen liebäugelnden Elemente aus dem **gesammten** Deutschland zu einem, wie die Schrift es ausdrückt, „deutschen Tag" zusammentreten, zur Wirksamkeit im Sinne einer **wahrhaft deutschen Volkspolitik** sich organisiren und für diese durch solche Organisation in allen Einzelstaaten, vor allen in denen, in welchen dies bei richtiger Zusammenfassung der volksthümlichen Elemente am leichtesten möglich, — im nichtgroßmächtlichen Deutschland, — endlich den gebührenden, wirklichen Einfluß zu gewinnen suchen sollen, dem jetzt aller Orten, und auf jede Weise durch jene alten Parteien bald im Dienste der einen, bald in dem der anderen der beiden Vormächte entgegengewirkt werde.

„In diesem Zusammenhange und unter solcher Constellation darf auch der todtgejagte Gedanke eines **Parlaments** wieder aufathmen, hört es auf, Floskel und Phrase zu sein, wenn man von Berufung einer **deutschen Volksvertretung** redet." — Am Schluß der geschichtlichen und politischen Erörterungen führt die Schrift aus, daß, wenn der Gedanke eines wirklichen, aus der Initiative des Volkes hervorgehenden Deutschlands zunächst im nichtgroßmächtlichen, im wirklichen „Klein"- oder „Rein-Deutschland" für seine Verwirklichung sich ein Asyl suchen müßte, dazu selbst in diesem, nach Abzug der als preußische Vorposten zu betrachtenden Staaten, nur etwa noch 13 Millionen umfassenden „Kleindeutschland", durchaus nicht die erforderliche Macht fehlen würde, — bei rechter **Organisation der Wehrkräfte**. „Kein Heil für Deutschland, überhaupt **kein Deutschland** ohne **allmähliche, aber sofort zu beginnende Umgestaltung des Heerwesens** und des eng damit zusammenhängenden Erziehungswesens. Mit dem bestehenden Wehrsystem rennen oder schleichen wir direkt in die Central-Uniformitäts-Gasse hinein. Wie unser erster Akt, die deutsche Staatsidee zu proklamiren, ein Akt des Willens, ein moralischer Akt sein wird, so muß im Gebiete des Willens und der Moral das Rüstzeug gesucht werden, um diese **Staatsidee** in einen **Staatskörper** zu verwandeln. Wir bedürfen der ganzen wehrfähigen Mannhaftigkeit unserer 13 Millionen „Reindeutscher", wir bedürfen der allerallgemeinsten Wehrpflicht, nicht auf dem Papier, sondern in Blouse, Filzhut und Stiefeln, den Stutzen in der Hand, des ganzen Heerbannes ohne irgend eine Ausnahme, des **Volkes in Waffen**. Da wir aber die Geschäfte des Friedens im Frieden nicht ruhen lassen wollen und können, da wir zur militärischen Einübung nur eine möglichst kurze Frist in Anspruch nehmen dürfen, so ist es erste und höchste Pflicht, die Einführung des **Volkswehrsystems** zu betreiben. **Unsere Armee muß verdreifacht, ja vervierfacht werden und doch weit weniger Zeit und Geld kosten als das jetzige Drittel oder Viertel.**"

Die Schrift führt diesen Gedanken näher aus und weist dann in einem Schlußcapitel mit gutgewählten geschichtlichen Beispielen auf die Macht der Anziehung jenes so zu schaffenden deutschen Crystallisationskerns hin.

„Deutschland", schließt die Schrift, „ist nicht da, wo man es bisher gesucht hat, und das Suchen auf falscher Spur befördert sowohl die Komik als die Langeweile. Mittel- und Süddeutschland empfinden diese Langeweile schmerzlich, ohne, wie gesagt, breitgeredet, ohne eine Diversion gemacht zu haben.

„Für sehr viele Preußen wird unsere Anschauung etwas Störendes, ja Beleidigendes und Verletzendes haben; man kann bedauern, brave Leute aus dem Traume ihrer Illusion zu wecken. Aber die Geschichte ist eine unaufhörliche Reihe solcher Beleidigungen, Verletzungen und Schlafstörungen. Und die nothwendige Verwundung wird um so leichter heilen, je mehr Inhalt in dem gestörten Bewußtsein vorhanden ist, je **mehr Deutschthum in Preußen steckt**. Kein Deutscher ist auf das **Preußenthum** vereidigt; wer die Mittel mit dem Zwecke verwechselt, der ist überhaupt kein Politiker, oder doch ein schlechter. Wem es in Preußen Ernst war mit dem „deutschen Bundesstaat", der muß sich rasch fassen und rufen: Pereat Borussia, vivat Germania! Der deutsche Zukunftsstaat wird auf unserer oder auf analoger Bahn erreicht, oder aber wir erreichen ihn niemals.

„Es gilt einen Kern von Deutschland, ein Kerndeutschland zu gründen, das **möglicherweise** unter großer Schonung der bestehenden Rechte in's Dasein treten kann. Der eigensinnige Widerstand müßte natürlich die Anwendung der entsprechenden Nothmittel hervorrufen. In Preußen und gegen das offizielle Preußen haben wir längst **jeden Widerstand** für vollkommen berechtigt gehalten.

„Kerndeutschland, auf parlamentarische Einheit gegründet, ohne die einzelnen Kreise — nicht Stämme! von „Stämmen" zu reden ist seit der Reformation an Unsinn gränzend — in ihren Kreisangelegenheiten zu behelligen; eins ferner in der bewaffneten Volksmacht, könnte z. B. recht gut in weiterem Bunde mit Preußen und Oesterreich verbleiben und seinerseits Frieden mit ihnen halten. Wollten die beiden Großmächte diesen Frieden nicht, so müßte man freilich anders mit ihnen reden, so wäre der Augenblick der Nothwehr gekommen.

„Aber dieses **Kern**- das heißt **Volks**deutschland wäre der **Anziehungspunkt**, der aus den benachbarten Staatsschiffen einen Nagel nach dem andern herauszöge, ein Stück nach dem andern von ihnen losbröckelte und so die wahre „Arrondirung", die vernünftige „Annexion" ausübte. Im Laufe der Zeit würde sich von selbst ergeben, was **deutsch** ist, was rettungslos **undeutsch**. Gegen den Strom der natürlichen Bestimmtheiten läßt sich nicht schwimmen. Das ist das Weltgericht über den österreichischen und den preußischen Partikularismus.

„Eigentlich aber sollten wir nicht die fadenscheinigen corrupten Ausdrücke „Arrondirung" und „Annexion" in den Mund nehmen; Deutschland wird vielmehr einen **Crystallisations-Prozeß** durchmachen, es wird von Innen, vom festen Kern aus, nach Außen wachsen. Der Schweizer Bund der Eidgenossen begann zu Anfang des 14. Jahrhunderts mit **drei** Waldstädten: Uri, Schwyz und Unterwalden. Dann traten nach einander Luzern, Zürich, Glarus, das **mächtige** Bern und Zug bei, so daß 1353 bereits „acht Orte" zusammenstanden, welche 1386 die Schlacht bei Sempach lieferten und das österreichische Junkerthum zu Schanden machten. Dann folgten Freiburg und Solothurn, 1481; Schaffhausen, 1501; Appenzell, 1513: die Schweiz hieß jetzt „der Bund der 13 Orte". Erst um 1800 traten bei: St. Gallen, Thurgau, Aargau, Waadt, Graubündten, Tessin; zuletzt 1815 Wallis, Genf und das zwiespaltige Neuenburg. Wir haben selbst erlebt, wie die Neuenburger den letzten Rest monarchischer Zugehörigkeit abschüttelten.

„Von 1308 bis 1857 ist freilich eine lange Zeit; aber die heutige Geschichte fährt auf Dampfwagen und redet durch den elektrischen Draht. Uebrigens haben wir ein anderes Vor- und Beispiel, welches unendlich kürzere Zeit zu seiner Verwirklichung gebraucht hat.

„Am 4. Juli 1776 proclamirten 13 englische Colonialprovinzen Nordamerika's ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande. Von den New-England-Staaten fehlten sogar noch Maine und Vermont; die Atlantischen Staaten waren vollzählig, mit Ausnahme von Florida; diesseits und jenseits des Mississippi nichts, vom merikanischen Busen und vom stillen Ocean keine Rede. Die junge Republik zählte 2,380,000 Seelen, während Großbritannien $7\frac{1}{2}$ Mill. Einwohner zählte. Erst 1791 trat der Staat Vermont bei, dann in 1, 2, 4, 6, höchstens 10jährigen Zwischenzeiten, bis zum Jahre 1822, 12 neue Staaten.

„Nach 15 Jahren erst kam Michigan an die Reihe, 1837; 8 Jahre später Texas; hierauf folgten rasch hinter einander 7 Staaten bis 1859. Im großen Bürgerkriege trennte sich West-Virginien als neuer Staat vom Süden los, und zuletzt verwandelte sich das Gebiet Nevada jenseits des Mississippi in den 36sten Staat.

„36 Sterne schmücken das siegreiche Banner der größten demokratischen Republik, welche die Weltgeschichte gesehen; das siegreiche Banner, welches den größten Prinzipienkampf der Jahrtausende durchgefochten, welches den **Spartacus** in seine **Menschenrechte** eingesetzt — und über den **Spartacus** war das allmächtige Rom zu Grunde gegangen! Das ist das leuchtende Vorbild für den ganzen germanischen Stamm, der faktische Beweis seiner Leistungsfähigkeit, das Alpenglühen unserer Idealität, die für ein Hirngespinnst zu erklären der Fluch unserer Drücker und Dränger sein wird. Damit ist das Wort „Unmöglichkeit" aus unserem Wörterbuche gestrichen; denn in 89 Jahren ward das „Unmögliche" **wirklich!**

„32 Millionen Menschen regieren sich selbst, ohne geniale Staatsmänner; vertheidigen sich, ohne stehende Armee; hatten vor dem Kriege und werden in zehn Jahren wieder haben die größte Tonnenzahl unter allen Handelsflotten der Erde; besitzen die größte Kriegsflotte der Welt; und überdauerten thatkräftig die größte Krisis, die noch über ein Volk hereinbrach!

„Wir sind 13 Millionen gegen jene 2,380,000 von 1776; wir haben den Wurm der Sklaverei nicht im Herzen; wir rekrutiren uns nicht aus allerlei Volk, Irländern, Bankerotteuren, Gesetzflüchtigen, Verbrechern; wir sind die directen Erben und Stammhalter jener **Kultur**, die nur in Bruchstücken und mit Schlacken versetzt ihren Weg über den Ocean suchte; wir haben die Geschichte und deren Beispiele vor uns; wir können, ja wir müssen, ein **gesitteteres** Gemeinwesen bilden, als es den gährenden Elementen des Amerikanismus **bisher** möglich war. Wir haben die Wissenschaft und die Lebenserkenntniß zu der technischen Befähigung und der „gottlosen Arbeitsamkeit", welche Urwälder in blühende Städte verwandelt. Wir haben keinen neuen Continent zu schaffen, sondern einen alten, herrschaftsmüden, freiheitsdurstigen, mit dem belebenden Worte zu entzünden und in's Reich der menschlichen Selbstbestimmung zu berufen. Wir ziehen die Consequenzen unserer Reformation, vollenden die englische wie die französische Revolution, und erlösen endlich, endlich aus dem ehernen Banne des Mittelalters wie des modernen Egoismus die **Arbeit** und den **Arbeiter**.

„Europa ist in wilder Anarchie, Europa entbehrt jeglicher Organisation. England will Europa nur **ausbeuten**, wie es seine eigenen Lohnsklaven ausbeutet. Frankreich hat die Freiheit der Völker auf der Spitze der Bajonnette colportirt, es stottert von großen Friedenscongressen: Alles nur, um Europa zu beherrschen und von seiner weltlichen Ecke aus den Großmogul zu spielen. Rußland brütet über dem Panslavismus und träumt von einer Ueberfluthung Deutschlands, mindestens bis an die Oder; der Kampf zwischen Germanen und Slaven steht im Programm der kommenden Geschichte. Dieser Kampf könnte leicht die Feuertaufe des geeinigten Deutschlands werden: dann wird es Zeit, ernstlich von einer **Reconstituirung Polens** zu reden.

„Habsburg hat Deutschlands Bestimmung seit 400 Jahren **verkehrt**; Hohenzollern **hält** sie seit 100 Jahren **auf**. Was wiegt schwerer in der Wage des Geschicks, zwei Dynastieen oder ein **großes**, ja das **größte Kulturvolk** der bekannten Geschichte?"

So schließt die Broschüre, die wir jedenfalls in ihrem gesammten Inhalt, wenn wir auch Einwendungen in einzelnen Punkten uns wahren, der vollen Aufmerksamkeit und dem gründlichen Nachdenken unserer Leser sehr angelegentlich empfehlen.

*) **Koburg. F. Streit's** Verlag. Auch die zweite ist bereits vergriffen und eine **dritte** unter der Presse, wie wir hören. Ueber die Autorschaft hat jüngst Eckardt's „Deutsches Wochenblatt" eine weit fehlgeschossene Vermuthung ausgesprochen. D. Red.

Politische Umschau.

Neunzehn, schreibe **neunzehn** österreichische Landtage — theils deutsche, theils undeutsche, theils gemischte — sind gegenwärtig versammelt, um das bekannte Sprichwort von den vielen Köchen und dem Brei aufzuführen. Im Vordergrunde aller 19 Versammlungen steht die Verfassungsfrage. Der Kaiser Franz Joseph hatte bekanntlich auf eigne höchste Faust durch Erlaß vom 20. Sept. d. J. die bis dahin zu Recht bestehende Verfassung in activen Ruhestand gesetzt oder „sistirt." In England, in Belgien und andern geordne-

ten Staaten würde eine derartige Sistirung wie Sturmglocke und Lärmkanone gewirkt und alles Volk in allen seinen Schichten in Bewegung und Aufruhr versetzt haben; in Oesterreich rührten sich höchstens Zungen und Federn. Dies beiläufig. Die österreichische Regierung selbst hat den einzelnen Landtagen die Sistirungsurkunde vom 20. Sept. zugeben lassen; ein deutlicher Wink, über das Geschehene sich auszusprechen. Nun, der Würfel ist geworfen, die lange unterdrückte Gährung verlangt ihr natürliches Recht, der alte Hader bricht auf's Neue hervor. Woher sollte auch der Geist der Eintracht und des Einverständnisses kommen über Völker und Stämme, welche man seit Menschengedenken getrennt, verfeindet, wider einander gehetzt hat? Um so erfreulicher ist die Wahrnehmung, daß inmitten der tobenden Zwietracht die Deutschen wenigstens einmüthig, Schulter an Schulter, zusammenstehen und wie aus **einem** Munde das Verlangen nach Widerherstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes kund geben. Damit ist denn zugleich das Urtheil gesprochen über die That, oder, deutsch gesagt, über den Rechtsbruch vom 20. September. — Die beiden Häuser des ungarischen Landtages werden noch in der ersten Hälfte des Dezembers durch den Kaiser persönlich eröffnet werden. Ohne Versöhnung mit Ungarn kein Heil für Oesterreich. Das Haus Habsburg geht einen schweren Gang.

In **Schleswig** fährt der königl. preußische Statthalter unverdrossen fort, den schwarzweißen Pascha zu spielen. Nicht genug, daß er Zeitungen und Vereine verbietet, er ist in jüngster Zeit auch als Bilderstürmer aufgetreten. Am 26. Nov. ist in Friedrichstadt auf höhere Verfügung das Bild des Herzogs von Augustenburg aus sämmtlichen öffentlichen und Wirthslokalen abgeführt worden. Das einzige Ergebniß, das durch solche Maßregeln bewirkt wird, ist — böses Blut. Neuerdings versperrt man sogar in Schleswig den verbotenen holsteinischen Zeitungen den Durchgang nach Jütland, ja es sind von Berlin aus Drohungen gefallen, daß man die Grenze Südschleswigs sperren müsse. — Man nennt bereits den 13. Januar als den Tag, an welchem der preußische Landtag wieder versammelt sein wird. Es wird schwer halten, Worte der Beschönigung oder gar der Rechtfertigung zu finden, wenn Auskunft begehrt wird über die im „befreiten" Herzogthum Schleswig verübten Gewaltschritte. Vielleicht aber auch — und das wäre ministerielle „Realpolitik" — wird man im Hochgefühle der Unverantwortlichkeit das Gold des Schweigens dem Silber des Redens vorziehen. — Die Raben der Kreuzzeitung haben dem bevorstehenden Landtag schon eine baldige Auflösung verkündigt. Für den Fall, daß eine solche Weissagung mehr zu bedeuten haben sollte als einen blinden Schreckschuß, würde darin zugleich ein Ehrenzeugniß liegen, das der Charakterfestigkeit der Volksvertretung dargebracht würde. Das Hoffen und Harren aber auf ein regierungsfreundliches Ergebniß der Neuwahlen wird selbst für märkische und pommersche Junker schon ein überwundener Standpunkt geworden sein. — Ob die Großmacht Preußen, nach den in Frankreich verunglückten Anknüpfungsversuchen, sich um Rußlands und Italiens Freundschaft beworben habe, mag vorläufig offene Frage bleiben. In Petersburg sowohl wie in Florenz wird man bei dieser Werbung an das bekannte Wort Wallensteins gedacht haben: Der Teufel traue!

In **Mecklenburg** trifft die Regierung jetzt, nachdem das Kind ertrunken ist, hochwohlweise Anstalten, den Brunnen zu schließen. Dem jetzt eröffneten Landtage ist ein Antrag vorgelegt, der zunehmenden Entvölkerung des Landes durch Errichtung kleinen Grundbesitzes vorzubeugen. Dieser Antrag enthält ein Eingeständniß schwerer Sünden; denn die Regierung hat bisher stets beide Augen zugedrückt, wenn die Ritter die kleinen Bauerngüter ihres Bereichs einzogen und dadurch die Besitzer derselben über den Ocean trieben. („Bauern einschlachten" lautet der junkerliche Kunstausdruck). Zugleich ist dem Landtage Vorlage gemacht über strammere Handhabung — des Sonntagsgesetzes. Der Mecklenburgische Landtag beschäftigt sich überhaupt schon seit Jahren damit, Flicken zu schneiden und sie hübsch neben das Loch zu setzen.

Die **Schweiz** bereitet sich im Stillen vor auf einen tüchtigen und mächtigen Fortschritt. Bekanntlich ist die Bundesverfassung vor Kurzem einer umfassenden Prüfung unterzogen und mit mancherlei Verbesserungsanträgen ausgestattet worden. Man bedauert, man ist entrüstet, daß bei dieser Gelegenheit nicht den Volksrechten ein breiterer Boden geschaffen wurde. Dennoch sind die Vaterlandsfreunde einig in dem Wunsche, daß das Schweizervolk am 14. Januar, dem Tage der Volksabstimmung, zu den vorgeschlagenen Aenderungen sein Ja und Amen sagen und alsdann auf der Bahn der Weiterentwicklung rüstig vorwärts schreiten möge. Viel Gutes sei auch durch die so wie so revidirte Verfassung in Aussicht gestellt: die Glaubensfreiheit sei endlich gewährleistet und damit ein dunkler Fleck vom guten Namen der Republik getilgt; ein erweitertes Niederlassungswesen werde jedem ehrenfesten Schweizer gestatten, im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft sich als Schweizer Bürger zu fühlen; Lotterien, Spielhöllen, Prügelstrafe seien abgethan. Diejenigen Fortschritte, welche jetzt noch nicht erreicht seien, mögen einer zukünftigen Revision vorbehalten bleiben.

Die Fortschrittspartei im **italienischen Parlament** verlangt die volle Einheit Italiens mit Rom als Hauptstadt, Beseitigung der künstlich geschaffenen Provinzen und wohlgeordnete Gemeindeverfassung, Beschränkung der Steuern auf das unumgänglich Nothwendige, möglichst baldigen Krieg mit Venedig um Venedig.

Washington, 11. Nov. Ueber die am 9. d. vollzogene Hinrichtung des Capitän Wirtz, des ehemaligen Aufsehers im Gefängniß zu Andersonville, erzählen amerikanische Blätter folgendes: Noch am 9. Morgens hatte sich ein Vertheidiger des Wirtz zum Präsidenten begeben, um die Begnadigung des Verurtheilten zu erwirken. Aber während er sich noch beim Präsidenten aufhielt, war die Hinrichtung schon vollzogen. Der Präsident erklärte, keinen Grund zu einer Aenderung des Urtheils zu haben; denn der Vertheidiger sei der Einzige gewesen, der sich ernstlich um die Begnadigung des Verurtheilten bemüht habe. Die Scenen bei der Hinrichtung waren fürchterlich. Die Gefängnißmauern, die Thürstufen der benachbarten Häuser, alle Fenster und Bäume in der Nähe waren schwarz besäet von Männern und Weibern, die letzteren alle von gemeinem und zurückstoßendem Aeußern. Auch stimmten diese Damen in die Verwünschungsrufe der Männer wacker ein. Zwei Weibsbilder, welchen der Eintritt in die Umzäunung verwehrt worden, hatten sich auf dem Dache eines Hauses aufgestellt und schüttelten ihre Fäuste gegen den Sterbenden. Der Galgen, welcher bereits für sieben andere Hinrichtungen gedient hatte, war 22 Fuß hoch. Als Scharfrichter fungirte ein gemeiner Soldat, welcher über seine Uniform einen schwarzen Rock gezogen hatte und schwarze Handschuhe trug. Wirtz erschien auf dem Schaffot eingehüllt in eine Art schwarzen Musselinsacks. Seine Wunde am Ellbogen war auf's neue aufgebrochen und er schien sehr zu leiden. Seine letzten Worte waren: „Ich bin unschuldig (??) an den Verbrechen, welche mir vorgeworfen werden. Ich trete nun vor Gott, er wird richten zwischen mir und meinen Anklägern." Er küßte das Crucifix, worauf die Menge in Verwünschungen ausbrach und zu zischen begann. Die Soldaten verhöhnten ihn, indem sie riefen: „Du wirst keinen Unionsgefangenen mehr aushungern. Gedenke an **Andersonville**!" Andere in dem Haufen schrieen: „Henkt den Schurken schnell!" Als dem Verurtheilten die Mütze über den Kopf gezogen wurde, jubelte die Menge, und einige riefen: „Hinunter mit ihm, laßt ihn baumeln!" Als endlich das Fallbrett fiel, da brach ein wildes Beifallsgeschrei aus. Eine so furchtbare Scene ward in diesem Lande noch nicht gesehen. Ein Photograph nahm die Ansicht des hängenden Körpers auf. Als der Gerichtete abgenommen ward, wurde der Strick zerschnitten, und der Pöbel raufte und stritt sich um die einzelnen Stücke. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß der Hals des Gehenkten gebrochen war. Was mit dem Körper geschehen soll, ist bis jetzt vom Kriegsministerium noch nicht entschieden." Einige Blätter erwähnen des kaum glaubwürdigen Gerüchts, daß dem Verurtheilten eine Begnadigung unter der Bedingung in Aussicht gestellt wurde, die Theilnahme des Ex-Präsidenten Davis an den Greuelthaten zu Andersonville zu gestehen. Wirtz soll sich standhaft geweigert haben, dies zu thun, da die Behauptung nicht wahr sei, und wenn sie auch wahr wäre, er (Wirtz) nicht, um sein Leben zu retten, irgend Jemanden verrathen würde. Ist ja so wie so so gut als erwiesen.

Was man sich in Rom über die Jesuiten erzählt.

Während meiner letzten Anwesenheit in der Metropole des Ultramontanismus, war man eben damit beschäftigt, die japanischen Märtyrer selig zu sprechen; ein wiederholter Triumph für die Söhne Loyola's; ein Theil des heiligen Collegiums war nicht damit einverstanden, doch die Furcht vor dem allmächtigen Orden, die Mittel, die ihm zu Gebote stehen, um seine nichtswürdigen Zwecke zu erreichen, gestatten ihm, auch das Unglaublichste durchzusetzen. Ohne diese Furcht vor ihrer Rache wäre höchst wahrscheinlich auch die unbefleckte Empfängniß der Mutter unseres Heilandes niemals zum Dogma erhoben worden. Daß diese Furcht vor ihrer Rache keine illusorische, daß die Jesuiten wie in früheren Jahren, so auch heute im innigsten Bündnisse mit dem Brigantenthum stehen, mögen Sie aus folgender Erzählung entnehmen, die ein in Amt und Ehren stehender Römer in einer Privatgesellschaft mittheilte. „Von dem Tage an, sagte Cavalier N., wo Papst Clemens XIV. dem allgemeinen Verlangen der katholischen Fürsten Europa's nachgab und den Jesuitenorden aufhob, war sein Untergang beschlossen. Der heil. Vater war hievon so fest überzeugt, daß er zu seinem Schutz alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln traf. Wie bekannt, war Clemens XIV. den Tafelfreuden nicht ergeben, nur für Obst, vorzüglich aber für frische Feigen hatte der hohe Herr eine besondere Liebhaberei. Sein Freund und Diener Fra Francesco war daher immer darauf bedacht, ihm die schönsten und reifsten Früchte herbeizuschaffen und kaufte diese selbst auf dem Markte bei einer Gärtnerin, die, als sie in Erfahrung brachte, daß ihre Feigen für den heiligen Vater bestimmt, sich nicht enthalten konnte, das hohe Glück ihren Nachbarinnen zu erzählen. Der Vigilanz, dem Spionirsystem der Jesuiten blieb dies nicht lange unbekannt; schon nach wenigen Monaten wurde das Feld, auf dem die Feigenbäume standen, von einem Unbekannten um theures Geld gekauft, der den Verschleiß auf dem Markt angeblich durch die Schwester der früheren Gärtnerin besorgen ließ. Der Mann dieser letzteren stand im Sold der Jesuiten, suchte jeden Morgen die schönsten Feigen, die für den heiligen Vater bestimmt waren, aus: bevor dieselben jedoch in das hiefür bereitstehende Körbchen gelegt wurden, stach man in jede einzelne Frucht mit feinen Nadeln, deren Spitze zuvor in ein höchst giftiges Quecksilberpräparat getaucht worden. Da der Papst täglich 10 bis 12 Stück dieser Frucht aß, so ließen die Folgen nicht lange auf sich warten; nach wenigen Monaten stellten sich die fürchterlichsten Coliken ein, sein ganzer Körper bedeckte sich mit ekelhaften Ausschlägen. Unter höllischen Qualen, die ihn zuweilen dem Wahnsinn nahe brachten, unterlag Clemens XIV., einer der edelsten und geistreichsten Kirchenfürsten, den 22. September 1774. Gedrängt von den europäischen Fürsten, beabsichtigte er Anfangs den Jesuitenorden umzugestalten, zu verbessern; als er sich jedoch im Verlauf der Untersuchung von dessen Schädlichkeit überzeugte, hob er ihn nach langen Kämpfen auf durch seine Bulle vom 21. Juli 1773 Dominus ac redemptor noster, nachdem zuvor das Pariser Parlament die Erklärung abgegeben, daß der Jesuitenorden eine pepinière de fanatiques scélérats sei. Und diesen Orden bemüht man sich neuerdings wiederum in unser liebes Bayern einzuschmuggeln, wo Katholiken und Juden, Protestanten und Baptisten in Ruhe und Frieden neben einander leben, sich gegenseitig achtend! — Das ist es eben, was den Schwarzen ein Dorn im Auge ist, setzt der **Nürnb. Anz.** hinzu, dem wir die vorstehende Geschichte entnehmen. Unbegreiflich ist nur, mit welcher blasirten Gleichgültigkeit alle diese Verbrechen von der öffentlichen Meinung Europas hingenommen werden; statt mit aller Energie auf die Ausrottung dieses Krebsübels in der ganzen civilisirten Welt hinzuarbeiten.

Socialer Theil.

— Versuch einer socialen Antwort.

IV.

Wir kommen zu der wichtigsten und furchtbarsten aller sozialen Fragen: Ist das Elend und dessen Zunahme wirklich nothwendig, d. h. geht es aus der statistischen Betrachtung unserer bisherigen Gesellschaften als ein **unleugbares Faktum** hervor? Wiederum geben wir zunächst diejenige Antwort, welche die Schrift des Hrn. Dr. Lange enthält.

Lassalle hatte bekanntlich aus den Schriften des englischen Oekonomen **Ricardo** das „eherne Gesetz", das „Naturgesetz" abgeleitet: „Der Arbeitslohn richtet sich nach dem **Angebot** und der **Nachfrage**; sobald die **Nachfrage** steigt, wird der **Arbeiterstand wachsen** und damit den Lohn wieder auf das **Minimum** der landesüblichen Existenz herabdrücken." Daß sich dieses „Gesetz" seit Ricardos Zeit (eigentlich seit **Adam Smith**) in allen sog. Syste-

men der Volkswirthschaft findet und aus den bedeutendsten Schriften dieser jungen Wissenschaft ohne Zwang herauslesen läßt, hat seine volle Richtigkeit und wird erst von den Sophisten geleugnet, deren Kirchenvater der Gascogner Bastiat ist. Nur macht Hr. Lange sofort die richtige und wichtige Bemerkung: die Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterkinder könne doch unmöglich so plötzlich wirken, wie es nach Lassale den Anschein habe. Wenn es dem Arbeiter gut geht, so heirathet er leichter, und positiver in größerer Anzahl; aber er hat doch nicht sofort erwachsene Kinder, die ihm Concurrenz machen und den Lohn herabdrücken. Wahr aber sei, und das beweise die Statistik mit Zahlen, daß bei Verminderung der Lohnsätze die Sterblichkeit sich steigere und umgekehrt bei besserem Lohne Sterblichkeit und Krankheiten abnehmen. Sonach wäre „nicht das zufällig eintretende, sondern das beständig bestehende Elend, der aus dem Kampf um das Dasein stammende Druck auf die Lebensfähigkeit der gesammten Bevölkerung" erst die „wahre Quelle des Ricardo'schen Gesetzes."

Mit andern Worten: Ricardo beweist nicht die Nothwendigkeit des Elends, sondern er beschreibt nur die Schwankungen von Mehr zu Minder, von Minder zu Mehr innerhalb dieses Elendes. Die Quelle des Elendes nennt Hr. Lange den „Kampf ums Dasein"; was aber heißt volkswirthschaftlich der „Kampf ums Dasein?" Das werden wir später nach besten Kräften zu sagen versuchen.

Hr. Lange erschwert, und zwar mit Recht, die ganze Frage noch durch das Geständniß, daß im Laufe der Zeit nicht blos der Geldlohn der Arbeiter gestiegen sei, d. h. daß die Quantität des Edelmetalls für gewisse Dienste und Leistungen in der That zugenommen habe, sondern daß auch der Reallohn ein größerer geworden sei. Mit mehr Silber und Gold kauft man bekanntlich heuer nicht immer mehr Verbrauchsgegenstände als früher; aber daß wirklich größere Kaufkraft doch die Lebensstellung des heutigen Arbeiters nicht besser stellen soll, das scheint unbegreiflich und ist vielen neueren Rechenmeistern wirklich über den Horizont gegangen.

Darob schreibt nun Hr. Lange seine interessante Betrachtung über die „Lebenshaltung", über die Gewöhnung und Mode der Existenz, was die Engländer standard of life nennen. Er sagt, wenn die allgemeine Sitte es mit sich bringt, daß eine größere Zahl von Bedürfnissen befriedigt wird und befriedigt werden muß, damit der Mensch noch zu seiner Zeit gehöre und nicht dem Höhlenbewohner gleiche, wenn der Arbeiter sich mehr Industrie- und Manufakturgegenstände anschafft als früher, wenn er sogar an diese Gegenstände herankann, da sie relativ billiger geworden sind: so fragt es sich immer, ob er die unentbehrlicheren Dinge: Brod, Fleisch, Wohnung in größerer Quantität und besserer Qualität beschaffen kann? Wenn es daher wahr wäre, was nicht untersucht werden soll, daß nach dem „Arbeiterkatechismus" von Schultze-Delitzsch (S. 41) der Baumwollenarbeiter in England im Jahre 1804 wöchentlich 62½ Pfund Fleisch oder 177 Pfund Weizenmehl, 1850 aber wöchentlich 85 Pfund Fleisch oder 320 Pfund Weizenmehl haben konnte: so folge daraus in keiner Weise, daß derselbe Arbeiter in der That nur eben so viel Fleisch und Brod wirklich gegessen habe, noch viel weniger, daß er eben so gut habe wohnen können!

Nach statistischen Angaben müsse man es z. B. als hoch anrechnen, wenn das gesammte Quantum der durch das Rind gelieferten Nahrung an Fleisch, Milch und Milchwaaren in Preußen sich gleich geblieben sei. Und es entstehe daher jetzt die neue Frage: ob auch die Vertheilung dieses Quantums sich gleich geblieben sei? Der steigende Wohlstand einer gewissen Klasse der Bevölkerung verbiete schlechthin die Bejahung dieser Frage. Wenn also in Preußen der Durchschnitt des Fleischverbrauches nach der höchsten Annahme 60 Pfund per Kopf betrage, so würden doch in wohlhabenden Familien sicher 150 Pfund jährlich auf den Kopf kommen, bei Höchststehenden zuverlässig noch mehr. Nimmt man nun 200 und 150 Pfund jährlich für Reiche und Wohlhabende an, und setzt eine dritte schon etwas genirte Schicht auf 100 Pfund: was bleibt dann für die Uebrigen, für die Masse der Kopfzahl?

Und hier streift Hr. Lange an eine der wenigst gekannten ökonomisch-statistischen Wahrheiten, in welcher ein sehr großes Stück sozialer Antwort verhüllt liegt: Nicht nur der Besitz, folglich die Kauf- und Verzehrfähigkeit, der Wohlhabenden hat sich seit 1816, dem epochemachenden Jahr des industriellen Aufschwungs in Europa, vermehrt, sondern auch die Zahl der Wohlhabenden. Das Zehntel, welches die Wohlhabenden annahmsweise im Jahre 1816 ausmachten, verzehrt also von der vorhandenen Quantität heute vielmehr als damals; und so bleibt den 9 Zehnteln selbstredend weniger, etwa 50 Pfund per Kopf statt 60. Die 10 Prozent Wohlhabenden haben sich aber auf 15 Prozent gesteigert, und so bleiben den übrigen 85 Prozent nur noch 44 Pfund auf den Kopf!

Die oberflächlichen Prediger der „besten Welt" werden nun zwar gleich bei der Hand sein: da seht Ihr den leibhaftigen Fortschritt, der Wohlstand hat um sich gegriffen, es sind um die Hälfte mehr Glückliche entstanden. Laßt uns nur so fortmachen, so werden am Ende Alle glücklich! — Blöder Traum, ihr Herren! Das „Glück" jener 10 und 15 Prozent beruht auf dem Elende der 90 und 85 Prozent; sie sind gar nicht mehr, weder „glücklich" noch überhaupt, wenn jene 90 oder 85 Prozent aufgehört haben zu existiren. Ihr seid eben heillos verrannt in dem Bastiat-Schwindel vom „Austausch der Dienste und Leistungen" unter den heutigen Produktionsverhältnissen; Ihr schreibt Romane oder übersetzt sie; vom Wesen der Gesellschaft versteht Ihr — nichts!

Woher wäre denn auch der Nothschrei der 40er Jahre in Frankreich und Deutschland gekommen; woher die plötzlich sich aufbäumende soziale Frage, welche eigentlich mit ihrem krummen Haken den Bürgerkönig vom französischen Throne gezerrt hat? Daß diese soziale Bewegung in Deutschland wesentlich von der Philosophie ausging (der hauptsächlichste Anreger in Frankreich, Proudhon, ist gleichfalls wesentlich als Philosoph zu fassen), mag in der Praxis seine Unzuträglichkeiten gehabt haben; aber es gereicht immerhin der ganzen Bewegung zur Ehre, daß sie aus dem interesselosen Gedanken hervorging, daß sie die Noth des Lebens und die mangelnde Abhülfe für unwürdig des Menschen erklärte und einstweilen die Köpfe für verdreht ausgab, bis die Statistik die Ungeheuerlichkeit der Thatsachen nachwies.

Meint Hr. Lange es zu beklagen, daß damals „die am Weitesten gehenden politischen Führer im Ganzen auch geneigt waren, die sozialen Fragen in Angriff zu nehmen, und daß die Sozialisten die äußerste Linke bildeten;" oder sieht er heuer diejenigen noch für „freisinnig" an, welche den Dichter Freiligrath des „Einverständnisses mit der Reaction beschuldigen" würden, wenn er jetzt die Noth Irlands und der schlesischen Weber schilderte?

Wir unsererseits gestehen offen, daß wir mit solchen „Freisinnigen" nichts zu schaffen haben, daß wir auf eine Partei hinarbeiten, welche die staatliche Unmündigkeit auf gleiche Linie mit der systematischen Be- und Unterdrückung der „zahlreichsten und interessantesten Volksklasse" stellt. Nur können wir nicht wollen, und wehren uns hartnädig dagegen, daß Einer, aus Ekel an sog. Fortschrittsbewegungen und liberalen Phrasen, das Kind mit dem Bade ausschütte, Pfui auf die politische Freiheit mache und den Verdacht aufbringe, daß man für die Arbeiter schreiben und reden könne und doch zugleich mit den albernsten und tollbreistesten Reactionären kokettiren dürfe.

Wir wollen eben reine Bahn, nach allen Seiten hin. Der Arbeiter soll uns keine Sekte bilden, nicht mystischen Geheimsprüchen huldigen, sich nicht über Freiheit und Nation erhaben dünken, nicht zur elenden Sophisterei herangezogen und in jesuitischer Zweckmäßigkeitslehre unterrichtet werden, so daß der bestdenkende, aufopferungswilligste Mann nicht fürder mit ihm zu verkehren vermag, weil ihm sofort die groben Stichwörter: „Bourgeois, liberales Gesindel" ꝛc. an den Kopf geworfen werden.

Ein Mann wie Dr. Lange könnte hier grade aufklärend und heilend einwirken; uns dünkt, er müßte nach beiden Seiten hin gehört werden. An uns hat es nicht gefehlt und soll es wahrlich auch nicht fehlen. —

Rundschreiben der deutschen Abtheilung des Centralcomité's der internationalen Arbeiterassociation für die Schweiz an die Arbeiter.

Arbeiterbrüder!

Es ist jetzt die Arbeiterfrage, welche in mahnenden Zeichen auf der Tagesordnung der Weltgeschichte steht. Sie wird nicht nur von tausenden von Arbeitergesellschaften in den Vereinslokalen und Werkplätzen, sondern auch in den andern Kreisen der Gesellschaft, auf den Geldmärkten und in den Rathssälen, auf den Kathedern und Kanzeln besprochen. Der herkömmliche Staat, die altersschwache Kirche, die Geld- und Geburtsaristokratie, jede dieser Kategorien nach ihrer Art, buhlen heutigen Tages um die Freundschaft der bisher mißachteten Arbeiterklasse, um die große durch geschichtliche Thatsachen getragene Bewegung auf das Fahrwasser separater und selbstsüchtiger Interessen zu lenken.

Die Arbeiterfrage ist eine politische und ökonomische und daher die socialdemokratische Frage.

Dieselbe kann nur von der Arbeiterklasse selbst gelöst werden, nicht nur weil diese Klasse am besten weiß wo sie der Schuh drückt, sondern, weil ihre Interessen mit den Principien der Gerechtigkeit und Humanität — mit der Aufgabe der Kulturgeschichte in Uebereinstimmung sind.

Es gilt nicht dem Kapital den Krieg, sondern dem durch die Kapitalherrschaft in der „freien Conkurrenz" erzeugten Krieg Aller gegen Alle ein Ende zu machen. Es gilt dem Kapital, dieser Frucht gemeinsamer Arbeit, die Wirkung der Allgerechtigkeit und allgemeinen Beglückung zu verschaffen.

Weil aber die Kapitalherrschaft nicht lokaler und nationaler, sondern internationaler — weltbürgerlicher Natur ist, so kann sie auch nicht auf lokalem und nationalem, sondern nur, durch Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, **auf internationalem** Wege überwunden werden.

Wie die Kapitalmacht nicht nur allmächtig, sondern auch allgegenwärtig ist, so muß auch die Arbeiterklasse — die große Mehrheit der Bevölkerung aller Staaten durch innige Vereinigung und einheitliche Wirksamkeit allmächtig und allgegenwärtig werden — **muß endlich überall an die Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag, an die Stelle der Kapitalherrschaft, die Herrschaft der geistigen und materiellen Arbeit treten.**

Die vielen tausende lokaler Arbeitervereine, die zum großen Theile zu nationaler Centralisation gelangt sind, waren in ihrer Organisation die nothwendigen Vorarbeiten zum großen Emanzipationswerke der Arbeiterklasse und sollen sie nun die Tragpfeiler bieten, über welchen durch die vereinigte Anstrengung der Arbeiter aller Länder das weite und breite Dach zum Schutze und Schirme Aller aufgerichtet werden soll.

Und zu dieser Mitarbeit seid Ihr brüderlich von uns eingeladen.

Die „Internationale Arbeiterassociation" **ist die in Form und Wirksamkeit zeitgemäß verjüngte, lebensfrische Freimaurerei der Arbeiterklasse.**

Daß unsere Gesellschaft trotz ihrer kurzen Existenz, dies in Wirklichkeit ist und in größerem Maße werden wird, könnten wir hier mit Thatsachen beweisen, wäre uns für ein Rundschreiben der Raum nicht zu enge vorgezeichnet. Auch die vom 25. bis 29. September jüngst in London abgehaltene internationale Arbeiterconferenz, deren offizieller Bericht demnächst erscheint, wird Zeugniß dafür ablegen.

Auch haben wir die nöthigen Vorkehrungen getroffen, um in nächster Zeit eine Monatsschrift, „**der Vorbote**", Organ der internationalen Arbeiterassociation, (in deutscher Druckschrift) erscheinen zu lassen, und sollen darin unsere politisch-ökonomischen Grundsätze näher beleuchtet, unsere Klasseninteressen bündig begründet, kurz unsere theoretische und praktische Wirksamkeit genauer beurkundet werden. Ein gleiches Organ wird hier auch in französischer Sprache erscheinen.

Ferner haben wir auch die Vorarbeiten zur Errichtung gegenseitiger Unterstützungs- und Versorgungsanstalten für kranke, altersschwache, invalide Arbeiter, Wittwen und Waisenkinder der Associationsmitglieder in Angriff genommen.

Soll aber unser Werk für Alle von Segen werden, so muß es auch Aller Arbeit sein.

Jede Arbeitergesellschaft kann nach Belieben ihre bisherige Organisation beibehalten; sie hat uns nur die Bereitwilligkeit ihrer Mitwirksamkeit anzuzeigen und über weiteres gegenseitiges Verhalten in geordneten Verkehr mit uns zu treten.

Arbeitergesellschaften, welche eine Centralisation besitzen, mögen, außer ihrem speciellen Beitritt, an ihrer Centralstelle den Gesammtbeitritt aller ihrer Sectionen anstreben.

Wo an irgend einem Orte drei Arbeiter zur Gründung einer direkten Section (Abtheilung) der internationalen Arbeiterassociation die Initiative ergreifen, da steht ihnen, wie allen schon bestehenden Arbeitergesellschaften, unser ganzes Material von Drucksachen, Reglementen, schriftlichen Vorarbeiten und überhaupt alle wünschbare Auskunft zur Verfügung.

Ueberall wo sich eine Section der internationalen Association gebildet hat, können die am gleichen Orte

schon bestehenden Arbeitergesellschaften beitreten und kann laut den Reglementsvorschriften jede derselben einen Vertreter in das Associationscomité senden, wie dies hier in Genf von Seiten des Grütli- und Deutschen-Arbeiter-Bildungs-Vereins bereits geschehen ist.

Schließlich bringen wir Euch noch zur Kenntniß, daß der erste **internationale Arbeitercongreß** künftigen Monats Mai in **Genf** stattfinden wird, und daß sich also hier, wie auf der Londoner Conferenz, die Arbeiter aller Länder jedoch in größerer Masse zu immer festerem Bunde vereinigen, vor den Augen Europa's die Grundsätze, Interessen und Lebensansprüche ihrer Klasse diskuliren und aller Welt verkündigen werden.

So säumet auch Ihr nicht länger uns die Bruderhand zu reichen, Euer Steine und Euer Holz, Euer Eisen und Euer Licht zum großen Allen nützlichen und jedem geistig und sittlich erhebenden Bauwerke beizutragen.

Unser Wahlspruch ist:

Tod der Noth!
Krieg dem Müssiggang!
Friede und Arbeit, Brod und Gerechtigkeit!

Genf, den 1. November 1865.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Das Comité:

Verwaltungs-	Correspondenzcommission.
Becker, Präsident.	Kuchenbäcker.
Brechtel, Sekretär.	Prügel.
Nagel, Kassier.	Mathisen, Mitglied des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins.
Sack.	
Zipp } Mitglieder	
Pfeiffer } des deutschen	Fricker.
Huthula } Arb.-Bild.-V.	Forster, Delegirter des Grütli-Vereins.

Initiativ-	Überwachungscommission.
Weiß.	Dietz } Mitgl. d.
Schoch.	Hauck } d. Arb.-
Breitenstein.	Hoppenworth } Bild.-V.
Beckmann.	Bettinger.
Heinemann, Delegirter d. deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins.	Schmidt.
	Stutzmann } Mitglieder
	Steinmann } d. Grütli.-V.

Adresse: **J. P. Becker**, rue du Môle, 6, Genf. (Nicht zu verwechseln mit B. Becker vulgo „Abubecker". D. Red.)

Berlin. Der „Socialdemokrat" schreibt: „Zum Criminalprozeß gegen den „Socialdemokrat", resp. gegen den verantwortlichen Redacteur desselben, J. B. v. Schweitzer, haben wir unsern Lesern mitzutheilen, daß der Gerichtshof, dem Strafantrage des Staatsanwalts gemäß, auf ein Jahr erkannt und einem weiteren Antrage des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung Folge gegeben hat. (Diese Verhaftung vor rechtskräftigem Urtheil ist eine Brutalität. Die Lassalleaner lernen daraus die Natur der feudalen Freundschaft erkennen. D. Red.).

Die Berliner „Staatsbürgerzeitung" bringt die rechte Bezeichnung dieses Verfahrens der dortigen Gerichte in folgender, für die feudal-preußischen Preßverhältnisse charakteristischen Baumwollenumhüllung: „Da das erflossene Erkenntniß, welches überdies alle Merkmale eines angreifbaren trägt, nicht rechtskräftig, eine Vollstreckung der Strafe also gesetzlich nicht gerechtfertigt ist, so kann die über den Angeklagten verhängte Haft nur in die Kategorie der Untersuchungshaft gehören. — In dieser Hinsicht aber gibt die Maßregel zu gerechten Bedenken Anlaß, und zwar in einer Weise, welche die Rechtssicherheit bezüglich der persönlichen Freiheit wesentlich erschüttern und die öffentliche Meinung mit großer Besorgniß für dies höchste aller Güter erfüllen muß. — In wie weit die Maßnahme des betreffenden Gerichts mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen harmonirt oder divergirt, werden wir dieser Tage an dem geeigneten Orte unserer Zeitung sehen."

! **Berlin, 26. Nov.** Der „Socialdemocrat" bringt in seinem Vereinstheil heute folgende Mittheilung: „Die Generalversammlung des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins betreffend, geht uns von verschiedenen Seiten Material zu. Wir sehen uns jedoch, da dasselbe zu erneuten Erörterungen und Zuschriften Veranlassung geben würde, veranlaßt, dieses Material ohne Ausnahme unveröffentlicht zu lassen.

„Jedoch haben wir etliche wesentliche Bemerkungen zu machen:

„Von befreundeter Seite wird uns ein Circular des Vereins-Präsidenten **B. Becker vom 18. d.** zugeschickt; auch dieses Circular ist gegen alle Ordnung nicht nach Berlin gekommen.

„Zweitens geht aus eingelaufenen Briefen hervor, daß Herr Becker zu dem Mittel persönlicher Verdächtigung und Verkleinerung auch uns gegenüber gegriffen hat. Unsere Vereinsgenossen werden wissen, was sie hiervon zu halten haben.

„Endlich beantworten wir die mehrfach an uns ergangene Anfrage, ob ein Vertreter des „Socialdemocrat" in Frankfurt a. M. erscheinen würde, mit nein. —

„Das Präsidium und die General-Versammlung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins betreffend, geht uns soeben von verschiedenen Seiten die Nachricht zu, daß der Vereinspräsident Bernh. Becker durch Circular vom 21. d. Mts. das Präsidium niederlegt und die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt hat. Vicepräsident Fritzsche, welcher bis auf Weiteres das Präsidium führen wird, ist im Begriffe, nach Frankfurt abzureisen, um dort die Vereinsacten in Empfang zu nehmen."

Vicepräsident Fritzsche erläßt nachstehende Ansprache:

„An die Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins.

Durch Verfügung des zeitherigen Präsidenten, Hrn. Bernh. Becker, welcher am 21. d. Mts. sein Amt niedergelegt hat, ist mir die interimistische Leitung des Vereins übertragen worden. Ich brauche wohl nicht erst die Bitte an die Herren Bevollmächtigten des Vereins zu richten, mit gleicher Gewissenhaftigkeit wie bisher ihrem durch das Vertrauen der Mitglieder ihnen übertragenen Amte auch unter den obwaltenden Verhältnissen vorzustehen. Auch bürgt mir der bewährte feste Charakter der Mitglieder unseres großen Vereins dafür, daß Alles seinen gewohnten Gang auch während des Provisoriums gehen wird. Und somit mache ich Ihnen nur bekannt, daß ich so schnell als thunlich den geehrten Vorstandsmitgliedern Vorschläge zur Regelung der innern Angelegenheiten unterbreiten und die Beschlüsse des Vorstandes unverzüglich den Mitgliedern mittheilen werde. Bis dahin, Freunde, werfen Sie Sich mit doppelter Kraft in den Kampf für unser heilige Sache! Mit social-demokratischem Gruß!

F. W. Fritzsche, prov. Präsident."

(Nach einer neuesten Notiz hat eine provisorische Generalversammlung in Frankfurt a. M. doch noch am 30. November stattgefunden. D. Red.)

— Man erinnert sich des ergreifenden deutschen Lebensbildes, das der Stadtrath Zelle von dem Schneider Leidemit gezeichnet hat; seltsamer Weise sollte, wie die „Ref." mittheilt, dem Verfasser desselben, als Vorsitzenden des Centralcomités für die am 20. October Verunglückten, in dem am Sonntag beerdigten Tischlergesellen Helms ein volles Seitenbild zu jenem vor die Augen kommen. Auch Helms war heimathlos und als er in der Wasserthorstraße verunglückte, brauchte ihn die Polizei nicht in ihren Einwohnerlisten zu streichen. Mit der Mutter seiner drei Kinder war er nicht getraut und dieses Verhältniß stellte sich seinem Ansässigwerden als Hinderniß entgegen. Wollte er dies beseitigen und suchte er die Trauung nach, so wurde ihm diese verweigert, weil er nicht ansässig sei. In diesem trostlosen Zirkel ist er geblieben, bis die Steine der Wasserthorstraße sich über die gesetzlichen Hindernisse hinwegsetzten und ihm wenigstens ein Berliner Grab verschafften. Wir freuen uns, beifügen zu können, daß das Centralcomité einstimmig (incl. des Konsistorialraths Bachmann) beschlossen hat, Weib und Kinder des Unglücklichen in gleicher Weise wie die ehelichen Angehörigen seiner Schicksalsgefährten zu unterstützen.

Bemerkenswerth ist die Rede, die der König **Victor Emanuel** bei seinem letzten Aufenthalt in **Neapel** an die Abgeordneten der Arbeitervereine richtete, die er nebst den Abgeordneten anderer Körperschaften bei sich empfing. Der König sagte, nachdem er jedem der Abgeordneten der Arbeiter die Hand gegeben hatte, buchstäblich folgende Worte: Meine Freunde, ich empfange Ihre Wünsche. Was das nationale Werk betrifft, so werde ich es selbst vollenden oder dabei meinen Namen verlieren. Wir sind auf dem Wege nach Rom. Für Venedig muß noch Geld und Blut geopfert werden. Sie so wie ich werden das eine wie das andere zu geben wissen." Diese wenigen Worte, welche mehr als zwanzig Personen gehört haben, haben einen sehr tiefen Eindruck hervorgerufen und wurden überall in der Stadt wiederholt.

Turin. Am 12. Nov. empfing der hier auf Besuch anwesende König von Portugal eine Deputation des hiesigen großen mehr als 12,000 Mitglieder zählenden Arbeitervereins, welche dem lusitanischen Königspaar ihren Dank überbrachte für die vielseitigen Beweise der Theilnahme an dem Geschick der arbeitenden Classe der Turiner Bevölkerung, das sie durch den Besuch so vieler größeren Fabriken und Werkstätten und die in ihnen gemachten umfangreichen Bestellungen bekundeten. König Luiz war erstaunt, als er aus dem Munde des Syndikus das segensreiche Wirken des Vereins vernahm, der jährlich über 150,000 Fr. Unterstützungsgelder an brodlose Arbeiter und an Wittwen und Waisen verstorbener Genossen spendet, und dessen bester Ruhm darin besteht, daß seit seinem 17jährigen Bestehen kein einziges seiner Mitglieder durch ein gerichtliches Urtheil bestraft wurde.

(A. Z.)

Aus der Werkstätte.

An die deutschen Arbeiter.

In einem Vortrage habe ich einmal die Bemerkung gehört, daß in ernsten Zeiten der Witz mager werde, und daß Witzblätter nur auf dem Sumpfboden des Stillstandes gedeihen können. Darnach ist's also ein gutes Zeichen, wenn wir nicht mehr so viel lachen und die Carikaturen nicht mehr so eifrig betrachten. Ist das nun wohl der Grund, weshalb wir hierorts den „Kladderadatsch" nicht mehr mögen und ihn gar nicht vermissen, seit er im Arbeiterverein abgeschafft wurde? Wir wenigstens haben die Schleswig-Holstein'sche Sache für baren und bittern Ernst genommen, uns war es um ein freies und blühendes Stück Deutschland zu thun; nie hätten wir uns für den Dänenkrieg begeistert, wenn wir gewußt hätten, daß ein Manteuffel und ein Zedlitz die Brüder im Norden der Elbe dahin bringen sollten, zwischen Dänen und Preußen Vergleiche anzustellen. „Kladderadatsch" aber ist so arm geworden, daß er die Schleswig-Holsteiner zu verhöhnen, seine Lieblingsbeschäftigung sein läßt, daß er ohne den Herzog Friedrich, welcher den Willen der Herzogthümer bedeutet, regelmäßig in halber Nummer herauskommen würde. Auf die Mittelstaaten zu hauen und die HH. Beust, Dalwigk, v. d. Pfordten spöttisch zu behandeln, das ist sehr leicht und das thun andere Blätter viel besser als das Berliner Witzblatt. Aber jene andern Blätter vergessen dabei den preußischer Minister Bismarck nicht, geben ihm vielmehr regelmäßig sein Fett, während dieser Mann für „Kladderadatsch" die unverstandene Größe, der weltkluge energische Staatsmann der Gegenwart ist, den er von allen Seiten beleuchtet, dem er beständig schmeichelt. Mit Einem Wort, „Kladderadatsch" ist urpreußisch geworden und seine Witze sind nur noch Berliner Witze, nicht deutsche Hiebe.

Solches Zeug zu bezahlen, mit solcher Vaterlandsspötterei uns für unser gutes Geld langweilen und ärgern zu lassen, dazu haben wir keine Lust mehr, und wir fragen daher bei unsern Genossen im ganzen Umkreise der „Arbeiterzeitung" an, ob wir nicht recht haben und ob sie unserm Beispiele nicht folgen wollen. Vielleicht sind uns Manche schon zuvorgekommen und das zu hören, wäre uns eine wahre Genugthuung. Keine „preußische Spitze", aber auch kein Geld mehr für preußische Witze!

Ein Arbeiter aus Franken.

Zur Frauenfrage.

Dem Herrn Adolph Brockmann will ich umgehend erwiedern, weil ich die Seiler besonders gern habe, denn ich meine, sie sollten nun bald die Stricke drehen, mit denen man alle schlechten Junker, Pfaffen, Philister, Phrasenmacher, Geldbrotzen und Frauenfeinde aus Deutschland zum Teufel jagt, wenn sie nicht fortwollen. Die erste Bitte ist: Geduld, denn ich habe viel Werk auf meiner Kurbel. Die zweite Bitte ist: Man lese doch gefälligst das schon Geleistete oder Geschriebene: denn wenn nun Jeder aufs Neue immer anfragen wollte, und dabei sich entschuldigte, er hätte nicht gelesen, was schon geschrieben ist, so müßte ich mehr Secretäre halten als Deutschland Gesandte hat, was beinahe zu viel ist. Also lese man die 5—6 Aufsätze, um vorerst zu finden, daß die Frauen dieselbe Freiheit in allen Beziehungen genießen sollten, als die Männer; das glaube ich für alle Diejenigen bewiesen zu haben, deren Gehirn nicht noch

kleiner ist, als das eines kleinen Mädchens. Das andere was draus folgt, kommt noch. Die dritte Bitte ist die, daß Herr Brodmann die Faselei mit den kleinen Gehirn der Frauen nicht zu hoch anschlägt, und zwar deswegen: weil die größere Feinheit und eine künftige Ausbildung manches ausgleichen wird. Herr Streit soll das abdrucken, was C. Radenhausen in der Isis III. S. 99—100 darüber schreibt." Da mag es manchen Männern freilich Angst werden, aber uns, die wir keine Concurrenz fürchten, gewiß nicht. Aber noch eins empfehle ich allen Arbeitern, es ist das von Herzen herausgegebene Schriftchen: „Ueber die Rechte und Stellung der Frauen!" (Neustadt a. S. bei Weilshäuser.) Herzen ist auch nicht unfehlbar, aber bitte: lest es! Es ist billig. Wer da noch nicht überzeugt wird, in Bezug der Reform — der hat weder Hirn noch Herz und dem gehört — nein, er ist zu bedauern, der armselige Weiberfeind! Und nun schließlich noch eine Bitte: Wäre es nicht gut zu bedenken, daß in Bezug meiner Flugschriften etwas Geordnetes einträte? Könnten sie nicht in einigen Exemplaren in jeden Verein sein? — Könnte man nicht erwägen, was der alte Müller von Zeit zu Zeit zu sagen hat? — So ist z. B. der letzte Aufsatz in der Arbeiterzeitung von mir in der Flugschrift Nr. 366 und 368: „Ein Vortrag über die Presse," besprochen. — Hr. A. Bielefeld, Buchhändler in Carlsruhe, liefert um einen Groschen das Exemplar — ich habe nur die Arbeit und Opfer, der Buchhändler will aber etwas für seine Mühe — es wäre mir lieb, mich mit den Arbeitervereinen ferner zu unterhalten, aber Vieles ist zu lang für die „Arbeiterzeitung", und jedem Verein Flugschriften zuzusenden, geht auch nicht. Einstweilen wird die Bilefeld'sche Buchhandlung die geschickteste Vermittlung sein. In der Hoffnung, daß ein solcher geistiger Verkehr eintrete, hoffe ich nun auch bald die Meinung über Herzens Schrift von dem Herrn Seiler zu hören. Diese Hinweisungen und Bitten mögen für heute genügen.

Moritz Müller.

Erklärung.

Die Nr. 49 der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung" enthält die Anzeige von der Gründung eines Arbeitervereins in Weimar, welche mit folgendem Passus schließt:

> „Der Verein wird allerdings noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, da ihm hauptsächlich von einer Seite entgegengearbeitet wird; und es blos der Taktfestigkeit der Mitglieder des Arbeitervereins zu danken ist, daß es vergangenen Sonntag nicht zu Thätlichkeiten in dem zur Versammlung bestimmten Lokale des Arbeitervereins kam."

Nach der Privaterklärung des Vorsitzenden des Arbeitervereins ist unter dieser einen Seite, welche den Bestrebungen des Arbeitervereins entgegengearbeitet, der hiesige Turnverein und hauptsächlich der unterzeichnete Vorstand gemeint, und sieht sich derselbe deshalb zu der Nothwendigkeit gedrängt, den ihm gemachten Vorwurf, als einen durchaus unberechtigten, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Als ebenso grundlos muß die weitere Angabe bezeichnet werden, „daß es blos der Taktfestigkeit der Mitglieder des Arbeitervereins zu danken ist, daß es in dem zur Versammlung bestimmten Lokale nicht zu Thätlichkeiten kam."

Es liegt uns natürlich fern, den jener Verdächtigung zu Grunde liegenden Vorgang hier speziell zu erörtern; konstatiren müssen wir jedoch, daß derselbe sich nicht in „dem zur Versammlung bestimmten Lokale des Arbeitervereins, sondern in einem nach Angabe des Wirths, Jedem zugänglichen Zimmer sich zutrug, und daß eben gerade die Frage über die Berechtigung zur Benutzung dieses Zimmers es war, welche einen Wortwechsel zwischen Mitgliedern beider Vereine herbeiführte.

Uebrigens ist dem Vorsitzenden, Herrn Kretschmar, der schon längere Zeit unserm Vereine angehört, recht wohl bekannt, daß Ausschreitungen und Ungehörigkeiten der Mitglieder statutenmäßig stets die strengste Ahndung finden und wäre es jedenfalls taktfester resp. taktvoller gewesen, Beschwerden, wenn solche wirklich gegen einzelne Mitglieder vorlagen, zur Kenntniß des Vorstandes zu bringen, als eine derartige, allgemeine Verdächtigung gegen eine Corporation, die sich der allgemeinsten Achtung hier zu erfreuen hat, in die Welt hinauszuschleudern.

Nach Vorstehendem dürfen wir wohl überzeugt sein, daß der Vorstand des Arbeitrrvereins entweder die anonyme Anschuldigung zurücknehmen oder dieselbe begründen wird.

Weimar, den 21. Nov. 1865.

Der Gesammt-Vorstand des Turnvereins.

Carl Jerwin, Kleidermacher, d. Z. Sprecher. C. Hausmann, Seminarlehrer, II. Sprecher. Dr. phil. Th. Leidenfrost, d. Z. Turnwart. Carl Zobler, d. Z. Turnwart. Jul. Krippendorf, Unionsbeamter, d. Z. Kassenwart. A. Alberts, Beamter der Union, d. Z. I. Schriftwart. A. Hauck, Kreisgerichts-Copist, d. Z. II. Schriftwart. E. Leidenfrost, Schuhmachermeister. Johann Saalfeld, Großherzogl. Geometer. G. Meyer, Kaufmann. Carl Hartmann, Zeugwart, Factor im Landes-Industrie-Comptoir u. geographischen Institut. Th. Reineck, Zeugwart, Lithograph. Heinreich Jäde, Schriftsteller und Corrector, d. Z. Bücherwart. Dr. E. Stegmann, Architekt. Carl Kirsche, Schriftsetzer, d. Z. II. Bücherwart.

Briefkasten.

W. in Leipzig leider für diese Nr. nicht mehr möglich gewesen, wir verweisen auf die Notiz in unserer heutigen Nummer über die späteste Frist für die einzusendenden Correspondenzen; die Druckerei kann sonst die Nummer nicht rechtzeitig liefern und die Ordnung in der Versendung wird anders nicht möglich. Wir empfehlen in letzterer Hinsicht übrigens wiederholt dringend den **Postbezug**, wo er möglich ist. — Aus Stuttgardt und Cassel für die „Werkstatte" in nächster Nummer. Mußte, weil zu lang, immer wieder zurückgestellt werden.

Arbeitsvermittelung.

☛ Zwei solide, erfahrene „**Klempner-Gehülfen**" finden **sofort** gegen hohen Lohn dauernd Beschäftigung, je nach Umständen wird ein entsprechendes Reisegeld gezahlt.

51. **Friedrich Hinterthür in Siegen.**

Verschiedene Anzeigen.

47. **Briefmarken.**

Für gut erhaltene gebrauchte Briefmarken zahlen wir die höchsten Preise, gleichzeitig tauschen wir alle Continental-Briefmarken ein gegen Englische Colonial-Marken. Briefe und Packete werden franco erbeten.

Alle Aufträge für gebrauchte und ungebrauchte Briefmarken aller Länder zu den billigsten Preisen, werden mit umgehender Post effectuirt bei

A. Strong & Co.
6 Upper Newington Mount Pleasant Liverpool.

Ein Handels- und Gewerbe-Briefsteller nach neuestem Bedarf ist der bei E. L. Kling in Tuttlingen neu erschienene:

Deutsch-französische Briefsteller
für Handel und Gewerbe sowie für Schulen.
Hervorgerufen durch den Handelsvertrag mit Frankreich.
Mit einer Anleitung zur Behandlung der Schuldforderungen in Frankreich und einer Vergleichung der Maaße und Gewichte nach metrischem System.
Bearbeitet von **Theodor Beger**, Lehrer an der Fortbildungsschule in Stuttgart.
8. broch. 42 kr. = 12 Sgr.

Der Handelsvertrag mit Frankreich eröffnet dem Gewerbsverein ein neues Feld seiner Thätigkeit. Dieses zu benützen, ist ihm vor Allem nöthig, sich in der Sprache, seiner neuen Geschäftsfreunde auch geschäftsmäßig ausdrücken zu können. Dem Verfasser war es nun möglich, durch seinen langjährigen Aufenthalt in Frankreich sich diese Kenntniß zu sammeln und in obiger Schrift durch eine Sammlung von allen möglichen Geschäftsbriefen praktisch anzuwenden und zum großen Nutzen der Gewerbsleute herauszugeben. Eine Anleitung zur Erwerbung von Erkundigungen über die Verhältnisse der neuen Geschäftsfreunde, um nicht in die Hände von Schwindlern zu gerathen, sowie zur Führung von Schuldforderungsklagen in Frankreich, erhöht den Werth der Schrift ungemein. Auch für Schulen ist diese Sammlung durch ihre geschäftsmäßigen Ausdrücke und den auf zwei Seiten nebeneinanderstehenden deutschen und französischen Text zum dictiren und Auswendiglernen von großem praktischen Werth.

Preis-Rebusse. Unter den geistigen Exercitien ist die Anlegung von Rebussen und deren Entzifferung wohl eine der angenehmsten und geistschärfendsten. Um dieses edle Vergnügen nun noch anregender zu machen, hat die Redaction der Allgemeinen Illustrirten Zeitung in Leipzig Preis-Rebusse veranstaltet, und somit den Freunden dieses Sports gleichzeitig Gelegenheit geboten, für ihre **Bemühungen** auch einen materiellen Ersatz zu haben."

Der Preis für eine richtige Lösung oder eine gute Antwort ist gewöhnlich 2 Louisdor.

Aufforderung.

Sollte Jemandem der derzeitige Aufenthaltsort des Buchbinders Franz Mannock, gebürtig von Boll bei Möslirch im badischen Seekreis bekannt sein, so wird in seinem Interesse um freundliche Mittheilung durch die Expedition der Arbeiterzeitung gebeten.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Deutschlands
Errettung aus tiefster Schmach.
Programm der Zukunft.
Zweite, durchgesehene Auflage.
Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverläßiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die erste Auflage war in wenig Wochen vergriffen. In **Preußen** hat man durch sofortiges **Verbot** den Werth der Schrift anerkannt.

Das Papstthum
in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,
im Widerstreit mit den Lebensinteressen
Deutschlands und Italiens.
Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.
II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Zwei Vorträge
über die
gegenwärtigen freien Gemeinden
in Deutschland
und über
Alt und Neu in der Religion.
Von
Prediger **Uhlich** aus Magdeburg.
Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.
Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

☛ Wir müssen unsere Herren Correspondenten bitten, ihre Correspondenzen so abzusenden, daß sie **spätestens Donnerstag Morgens** schon hier sind, da die Aufnahme in die nächste Nummer sonst nicht zugesichert werden kann. Für die **nächste** Nummer 154 insbesondere aber müssen wir um Einsendung der bezüglichen Correspondenzen schon bis **Mittwoch** den 8. Dezember Morgens bitten, da wegen inzwischen fallenden Feiertags (Bußtag) die Druckerei am nächsten Freitag nicht arbeitet und die Nummer deßhalb schon am Donnerstag gedruckt werden muß.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von A. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 154. Dritter Jahrgang. Sonntag,

Coburg. 10. December 1865.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franklrt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 4. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr, in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 2spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. Vereinsangelegenheiten. Leipzig. Vortrag Roßmäßler's. Berlin, in Sachen der Consumvereine. Worms, gleichfalls. Angelegenheiten der Cigarrenarbeiter, Leipzig. II. Politischer Theil. Wie der deutsche Reichsapfel allmälig immer kleiner geworden ist, und warum. Politische Umschau: Der entdeckte Bismarck. Es leben die Blaubücher! Schleswig-Holstein. Keine Bundestagssitzungen. Oesterreichische Landtage und abenteuerliche Anleihe. Belgien. III. Socialer Theil. Versuch einer socialen Antwort. V. Briefkasten. Verschiedene Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

W. **Leipzig**, 29. Nov. Letzten Sonnabend war Hr. Liebknecht leider durch einen in seiner Familie eingetretenen Krankheitsfall verhindert, seine so interessanten und lehrreichen Mittheilungen über den englischen Parlamentarismus in unserem Arbeiterbildungsvereine fortzusetzen, und an seiner Stelle erfreute uns Herr Professor Roßmäßler mit einem Vortrage, dessen Gehalt ich in Kürze wiedergeben will, da so manche gewichtige Wahrheit darin niedergelegt ist.

Meine Herren! Als ich im Mai 1848 nach Frankfurt zum Parlament reiste, steckte mir mein damals zwölfjähriges Töchterlein ein Abschiedsbriefchen in die Tasche, das mit den Worten begann: „Mein lieber Vater! Obgleich Deine Familie Dir sehr am Herzen liegt, höher noch stehen jetzt für Dich die Pflichten gegen das Vaterland!" So war in kindlicher Herzenseinfalt das große Wort ausgesprochen: Vergiß über die Pflichten gegen einzelne Menschen, mögen sie dir auch noch so nahe stehen, die Pflichten gegen die gesammte Menschheit nicht! — Dieß soll gleichsam das Programm meines heutigen Vortrages sein, in welchem ich von dem Verhältnisse der Fortschrittsmänner zum Arbeiterstande sprechen will. — Was ist denn die Fortschrittspartei? — Ist etwa sie und der Arbeiterstand zweierlei? oder gar etwas sich feindlich Gegenüberstehendes? — M. H., ich verstehe unter Fortschrittspartei nicht die des preußischen Abgeordnetenhauses, obgleich sie sich von Anbeginn die deutsche Fortschrittspartei hieß, während sie doch in der That nur eine preußische war und ist. — Die wahre Fortschrittspartei ist humanistisch, d. i. allgemein menschlich zu fassen; die wahren Fortschrittsmänner begreifen, daß die Wohlfahrt der ganzen Menschheit, die Wohlfahrt des Vaterlandes höher steht, als das Glück weniger, wenn auch ihnen noch so Nahestehender.

Nur solche sind des Ehrennamens „Fortschrittsmänner" werth!

Für sich allein fortzuschreiten, ist Aufgabe eines Jeden; die Thätigkeit des Fortschrittsmannes aber gilt dem Fortschritte der Gesammtheit. Dieser Aufgabe im Hinblicke auf die ganze Menschheit können sich natürlich nicht Alle, sondern nur wenige bevorzugte Geister unterziehen; aber wenn wir das eigene Volk, das Vaterland in's Auge fassen: da erscheint es als Pflicht Aller und eines jeden Einzelnen, mitzuwirken und mitzuarbeiten am gemeinsamen Fortschreiten. Der Arbeiterstand, das wissen wir ja, bildet die überwiegende Mehrheit des Volkes. Wir sprechen hier vom Arbeiterstande im engeren Sinne, von Denen, die ihr tägliches Brod durch ihrer Hände Arbeit verdienen, nicht von Denen, deren Arbeit im Couponsabschneiden besteht, obgleich auch sie möglicher Weise bei ihrer Beschäftigung Schwielen an den Händen bekommen können.

Welches sind nun dem Volke, dem Arbeiterstande gegenüber die Verpflichtungen eines Fortschrittsmannes, wenn wir ihn als Freund, als Führer des Volkes in's Auge fassen? Wahrlich, von diesem Gesichtspunkte aus haben wir sehr viel Ursache, mit den sogenannten Fortschrittsmännern unzufrieden zu sein; gerade hier können wir uns der Worte Uhland's bedienen: „Trostlos ist's noch allerwärts!" Denn jenen Verpflichtungen, im Umgange mit dem Volke dieses zu bilden, aufzuklären, emporzuziehen, wird fast überall gleich schlecht nachgekommen!

Was berechtigt den Fortschrittsmann zu seiner Thätigkeit? Woher leitet er seinen Beruf? Wie vermag er sich über seine Befähigung auszuweisen? Das sind ernste Fragen, die sich jeder Fortschrittsmann vor Augen zu halten verpflichtet ist!

Es gibt leider nur zu Viele, die den Volksmann spielen wollen, und denen doch das Zeug dazu abgeht; sie haschen nach dieser Rolle aus Sucht nach Volksdank, wenn nicht aus noch viel schlimmeren Ursachen. Die Thoren bedenken nicht und wissen nicht, daß sich Niemand mehr verrechnet, als Der, welcher auf Volksdank rechnet! — Hieher gehören nur Männer, welche Bildung, Befähigung und Zeit dazu haben, und den Muth dazu besitzen, ohne Rücksicht auf Dank oder Undank von Seite des Volkes, nur um des Fortschrittes willen für den Fortschritt wirken und arbeiten, und zwar im steten, innigen Verkehr mit dem Volke.

Freilich, die meisten dieser Herren kommen nur, wenn gerade Etwas nach ihrem Sinne durchgesetzt werden soll, wenn sie die Stimme der Massen mit ihrer Stimme vereinigt wissen wollen, damit man sie besser höre. — Wie mühsam ringen die Arbeiter in ihren Vereinen nach Bildung und Aufklärung! Aber wie viele von jenen Herren kommten dann, um sie in diesem Ringen zu unterstützen durch Vorträge, durch belehrende Gespräche u. dergl. m.? — Die schroffen Gegensätze in der Bildung der sog. niederen und höheren Stände eines Volkes sind eine Schande und ein Unglück zugleich. Denn gerade dadurch wird der politische und sociale Fortschritt am Meisten gehindert. Das Streben nach Bildung ist daher die höchste Aufgabe für beide Endpunkte!

M. H.! Wenden Sie sich deshalb, weil ich den Fortschrittsmännern gerechte Vorwürfe machte, nicht von ihnen ab. Aber wo Sie mit ihnen zusammen kommen, halten Sie ihnen immer wieder die Frage entgegen: „Ob sie das Volk ohne das Volk frei machen wollen?" Hier vor Allem gilt es, daß das Volk sich selbst helfe, sich selbst zu helfen wisse und auch das Verlangen dazu in sich erwecke."

Am Schlusse seines Vortrages gab Herr Professor Roßmäßler noch die Erklärung ab, daß er bezüglich seines neulichen Artikels in der „Mitteld. Volkszeitung" mißverstanden worden sei, wo er von den 500 Thalern gesprochen, die der Verein vom Magistrate jährlich beziehe. Er habe nur sagen wollen, daß die Stadtbehörde nicht einseitig geben solle, daß er aber im Uebrigen viel mehr verlange, nämlich die Ueberlassung oder Herstellung der nothwendigen Räumlichkeiten ꝛc. — Herr Bebel, I. Vorsitzender, machte darauf die erfreuliche Mittheilung, daß auch in dieser Richtung bereits einleitende Schritte geschehen und Unterhandlungen in der Schwebe seien. So lächelt dem Vereinswesen im „deutschen Reiche" überall freundlich die Sonne, während von Berlin her ein böses Gewitter sich über demselben zusammen zu ziehen droht! Was fragen wir darnach? Wir halten fest an dem Grundsatze: „Thue recht und scheue Niemand!" — selbst den schlimmsten der bösen Geister, den Reactions-Teufel nicht!

Für unsere armen Freunde und Brüder in Werdau entwickelt der Verein eine große Thätigkeit. Der Aufruf an die Brudervereine Deutschlands wird Ihnen zugekommen sein? Wir hoffen, daß er nicht ohne Wirkung bleibt. — Nächsten Montag findet auf Veranlassung des Vereins eine dramatische Vorlesung von Fr. Weithmann statt zu Gunsten der Wittwen und Waisen, welche an der Cholera verstorbene Mitglieder des Werdauer Arbeiterbildungsvereins hinterlassen haben. Glück auf!

± **Berlin.** Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung (am 29. Nov.) des Vereins der Stadtbezirke 5—8 fand eine Besprechung über Consumvereine statt. Der Referent in dieser Angelegenheit war

Herrn Kaufmann Hemitz. Der von der Versammlung gefaßte Beschluß ging dahin: sich gegen die Gründung eines Consumvereins von Seiten des Vereins der genannten Bezirke zu erklären. Die Herren Stenograph Emil Prager, Schneidermeister Belling und Kaufmann Wiesenthal befürworteten warm die Gründung von Consumvereinen, während die Herren Dr. Seemann, Kaufmann Hemitz, Kaufm. Mattern, Köppen und Kaufm. Misch als Gegner auftraten, welche ausführten, daß die Consumvereine die Zeit, welche die Handwerker dabei versäumen müßten, nicht lohnen, auch in diesen Bezirken ein Consumverein keinen Bestand haben werde, wie denn solche Vereine auch mehr für kleine Städte als wie große Städte (?) seien. Die Consumvereine würden die Concurrenz nicht aushalten mit den Kaufleuten, überhaupt, meinte Hr. Köppen, machen die Consumvereine den Kaufleuten Concurrenz, was man doch auch nicht wolle. Von den ersten Rednern wurden diese Gründe widerlegt. So meinte Herr Prager, daß die Zeit, die der Handwerker dem Consumverein widme, die Abendzeit in Anspruch nehme, und daß diese verwendete Zeit den Handwerkern bei der großen Zukunft dieser Consumvereine, die die Vorstufe der Productio-association seien, gewiß nie leid thun werde. Sie arbeiten in erster Zeit doch für's Allgemeine und könnten doch nicht hier auf materiellen Vortheil sehen, daß auch ein Consumverein hier in diesem Bezirke, wo übrigens der Mittelstand stark vertreten, Bestand haben würde, könnte man wohl annehmen; da der Consumverein Schulze-Delitzsch, welcher in einer der feinsten Gegenden in der Potsdamerstraße sei, ganz gut bestehe, während u. A. Herr Wiesenthal hervorhob, daß was ein solcher Consumverein bezwecke, daß die Waare bei den Kaufleuten besser und billiger wäre, auch von Vortheil sei. Trotz der Widerlegung wurde der obige Beschluß angenommen. Es scheint also, daß die Zwecke und Nutzen der Consumvereine in Berlin noch nicht genügend bekannt seien. — Da die Versammlung sehr wenig besucht war, so nahm Herr Dr. Seemann Gelegenheit, zum Schluß noch auf die Schlaffheit, die jetzt in Vereinen herrscht, aufmerksam zu machen, und forderte auf, ein regeres Interesse durch besseren Besuch an den Tag zu legen. So lange wie man noch einige Rechte des Vereinsrechts besitze, denn ganz sei es wohl nicht mehr vorhanden, wie das Kölner Abgeordnetenfest bewiesen hat, solle man es benützen, sonst höre jedes politische Leben, jede politische Freiheit auf.

Worms a. Rh. 30. Nov. In der Wollengarnspinnerei dahier wurde vorgestern Abend eine Arbeiterversammlung abgehalten. — Herr J. Nett entrollte in eingehender Rede ein Bild der verschiedenen, gegenwärtig in Deutschland, England und Frankreich wirkenden Consumvereine, in ihren Beziehungen zu den genossenschaftlichen Bestrebungen der Jetztzeit und ihren Wirkungen bezüglich Hebung des Arbeiterstandes und möglicher Aufbringung der Mittel zu dessen Bildung. — Theilweise betrieben diese Consumvereine, die Hülfe und Mittel der Arbeitgeber in Anspruch nehmend, von vorn herein Ein- und Verkauf auf eigene Rechnung, was nicht räthlich sei, weil es dem Princip der Selbsthülfe entgegenlaufe, und leicht die ohnehin so sehr abhängigen Arbeiter in eine Hörigkeit bugsire, welche nichts weniger als erwünscht wäre. —

An andern Orten wieder, zu seiner Freude könne er es sagen, an vielen, hätten die Arbeiter ihre wenigen übrigen Groschen zusammengeschossen, dafür Marken geschlagen und dann mit ehrlichen Bäckern, Metzgern, Kaufleuten, Wirthen &c. abgeschlossen, von denen sie, die bedeutende stetige Kundschaft des Vereins ihnen sichernd, einen ziemlich hohen Rabatt empfingen.

Auf beiden Wegen habe der Arbeiterstand Geld verdient; entweder sei dann der Nutzen gleich gezogen worden, indem man sofort billigere Waaren verlangt hätte, oder man habe, was ihm das Bessere dünke, die Waaren wie gewohnt bezahlt, die dem eigenen Umsatz gebührenden Gewinnantheile hingegen, während eines bestimmten Zeitraumes in einem Sparbüchlein zu einem compacten Sümmchen auflaufen lassen.

Das Markensystem, gepaart mit vierteljährlicher Verrechnung des Gewinns, also sparen, sei seiner Ansicht nach das heilsamste, sich selbst helfend gewänne der Arbeiter nach und nach ein kleines Kapital, lerne die Möglichkeit des Sparens begreifen, ja es kämen da Mittel zusammen, mit denen man dann selbstbewußt und im Zusammenstehen geschult, zum eigenen Geschäft übergehen könne.

Die Versammlung beschloß hierauf einstimmig einen Consumverein nach dem Marken- und Sparsystem zu gründen, man adoptirte das vorgelegte Vereinsstatut und beschloß, am 30. Dezbr. l. J. das Geschäft aufzunehmen. — Nahezu 100 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte meldeten sofort ihren Beitritt, die Zahl wird sich wohl schnell verfünffachen, da alle Angehörigen der in der Spinnerei beschäftigten Hunderte beitreten können.

Der in demselben Etablissement gegründete Lebensversicherungsverein zählt gegenwärtig 90 Mitglieder, mit einem Versicherunskapital von 33,000 fl., und ist sicher manchem armen Arbeiter eine Beruhigung, der sonst nur mit Bangen daran dachte, was wohl aus seinen Kindern, seinem Weibe werden würde, wenn der Tod ihn, den Ernährer, davon geraff.

Angelegenheiten der Cigarrenarbeiter.

Leipzig, 4. Dec. Die zeitherigen Comité's der Cigarrenarbeiter, welche in Frankfurt a. M., Stuttgart und Leipzig bestanden, haben sich als solche aufgelöst und sind in Folge gepflogener Berathungen zu Frankfurt a. M., am 28. und 29. November c., zu einem einheitlichen Central-Comité zur Einberufung eines beschlußfähigen Cigarrenarbeitertages zusammengetreten. Sitz des Comité's ist Leipzig und es besteht das Comité aus den Herren F. Leib aus Stuttgart, A. Leutenmayer aus Frankfurt a. M., E. Richter aus Dresden, A. Hörig aus Berlin, L. Dörsel aus Leipzig und dem Unterzeichneten als derzeitigen Vorsitzenden.

F. W. Fritzsche.

Laut einstimmiger Beschlüsse des Centralcomite's findet der „Allgemeine deutsche Cigarrenarbeitertag" am 25. Dezember und folgende Tage in Leipzig Statt. Sonntag, den 24. December, Vorversammlung.

Tagesordnung:

I. Berathung und Beschlußfassung über die Statuten zu einer Krankencassen-Versicherungs-Gesellschaft.

II. Endgiltige Beschlußfassung über die Gründung der Versicherungscasse gegen Arbeitslosigkeit &c.

III. Genossenschaftsfabriken.

IV. Definitive Bestimmung über das Organ.

V. Rechnungsabschluß.

Bis spätestens 8 Tage vor dem Cigarrenarbeitertag erhalten die Betheiligten die noch fehlenden Unterlagen, damit sie einer vorherigen Berathung unterzogen werden können.

Das Versammlungslokal wird noch bekannt gemacht werden.

Geldbriefe sind an Louis Dörsel, Webergasse 10, alle anderen Briefe aber per Adr. F. W. Fritzsche poste restante Leipzig zu richten.

F. W. Fritzsche.

Politischer Theil.

Wie der deutsche Reichsapfel allmählig immer kleiner geworden ist und warum.

I.

Deutschland hat noch immer die Aussicht, dem Sonderinteresse einer seiner herrschenden Dynastien einen Theil des Reichsgebiets zum Opfer zu bringen. Das Haus Hohenzollern streckt die Hand nach Schleswig-Holstein aus und das „friedlich gestimmte", durchaus nicht eroberungssüchtige Haus Bonaparte, wir lasen es jüngst in dem bonapartischen Organ der „France", stellt für diesen Fall seine Bedingung; wenn das Haus Hohenzollern neue Provinzen des deutschen Reichs unter seinen Scepter bringt, verlangt das Haus Bonaparte dasselbe seinerseits, und während so das Reich Hohenzollern um ein Stück größer, soll das deutsche Reich wieder um ein paar Stück kleiner werden! Unsere „Nationalen" nennen das den „deutschen Beruf Preußens" und die „Wahrung der militärischen und maritimen Interessen Deutschlands." Bei diesen Ansichten ist es ganz nützlich, einen Rückblick auf die Vergangenheit zu werfen, um zu sehen, was wie für den „deutschen Beruf" unserer verschiedenen Herren von Gottesgnaden und für deren von ihnen „deutsch" genannte „maritime und militärische Interessen" bereits verloren haben und **wie** wir es verloren haben. Es ist eine lange, alte Geschichte, doch bleibt sie, wie wir heute wieder sehen, ewig neu. Wir folgen bei diesem Rückblick der gedrängten Darstellung in Struve's „Diesseits und Jenseits des Oceans"*) (Heft III S. 76 ff.); dort finden wir über dieses traurige Thema einen Abschnitt: „Wie Deutschland seine Provinzen verloren hat", der folgendes Sündenregister enthält: „Schweiz, Ostsee-Provinzen, Niederlande, Elsaß, Lothringen, Helgoland, das linke Rheinufer" und dem wir folgendes entnehmen:

„Wie groß war Deutschland zur Zeit, da Rudolph I. von Habsburg den deutschen Thron bestieg und wie klein ist es seitdem geworden! Es sind dieses zwar alte Geschichten, allein die Gegenwart drängt uns, einen Rückblick auf die Vergangenheit zu thun, damit nicht ähnliche Fehler, welche die deutsche Nation sich in der Vorzeit zu Schulden kommen ließ, in unseren Tagen neue Verluste zur Folge haben möchten.

Der Fehler der deutschen Nation, auf welchen sich alle diese Verluste zurückführen lassen, bestand in ihrer Unselbstständigkeit, welche ihren Ausdruck in dem blinden Vertrauen fand, das sie ihren Machthabern schenkte. Die Nation ließ diese gewähren und die Herrscher bekümmerten sich nur um die Größe ihrer Familie, nicht um die Rechte und um die Interessen der deutschen Nation. Alle Länder, welche nur Kaiser und Reich über sich erkannten, sollten unter die Gewalt der herrschenden Dynastie gebeugt werden. Wenn sie sich dieses nicht gefallen lassen wollten, wurden sie mit Krieg überzogen. Nirgends schritten die Kaiser zu Gunsten des unterdrückten Volkes ein. Dieses mußte sich selbst helfen, oft im Kampfe mit der zu Familienzwecken mißbrauchten kaiserlichen Gewalt. Kam Deutschland in Krieg mit dem Auslande, so sorgten die deutschen Kaiser nur dafür, daß ihre Hausmacht nicht litt, und traten, um diese zu vergrößern, nicht selten die wichtigsten Provinzen an die Feinde Deutschlands ab. Als vollends gar die Reformationskämpfe über Deutschland hereinbrachen, da standen die römisch-katholischen deutschen Kaiser mit Pabst und Jesuiten, mit Spanien und allen katholischen Reichen in viel innigerer Beziehung, als mit den protestantischen Ländern Deutschlands. Im Interesse der Religion, d. h. um ein protestantisches Land unter die Herrschaft eines katholischen Fürsten zu bringen, rissen sie mit Vergnügen im Osten und Westen Deutschlands die wichtigsten Provinzen vom Mutterlande los. So kam es denn, daß eine lange Reihe von Ländern, wie sie die Ueberschrift unsers Paragraphen bietet, allmälig dem deutschen Vaterlande verloren ging. Es sind bei weitem nicht alle, welche zur Zeit der Hohenstaufen zu Deutschland gehörten. Es würde zu weit führen, wenn wir alle unsere Verluste hier zusammenfassen wollten. Allein es sind doch die wichtigsten. Einst waren sie wesentlich deutsch, und bis auf den heutigen Tag konnten sie trotz den Bemühungen der Feinde Deutschlands, ihren germanischen Charakter nicht ganz abstreifen.

Wir beginnen mit der

1) Schweiz.

Zur Zeit Rudolph's I. von Habsburg bildete die Schweiz einen ebenso festen Bestandtheil Deutschlands, als das Elsaß, oder irgend ein anderes deutsches Land. Rudolph I. hatte als wenig begüterter Ritter in der Schweiz gelebt und in vielen Fehden vergeblich gesucht, sein väterliches Erbe zu vermehren. Kaum hatte er die kaiserliche Gewalt erlangt, so benutzte er diese, um seine Besitzungen in der Schweiz zu vergrößern. Unter dem Vorwande, die Raubschlösser zu zerstören und den Landfrieden mit Gewalt aufrecht zu erhalten, entwaffnete er seine persönlichen Gegner und zwang sie, sein Gesetz anzunehmen. Er demüthigte zuerst den Abt Wilhelm von St. Gallen aus dem Hause Montfort, warf sich dann mit 15,000 Mann auf die Stadt Bern (1288), konnte sie aber nicht nehmen. Im folgenden Jahre machte er einen zweiten Versuch gegen Bern, welcher aber wiederum an der Wachsamkeit der Stadt scheiterte. So drückend auch das Joch gewesen war, welches Rudolph I. einem Theil der Schweiz auferlegt hatte, traten doch erst zur Zeit seines Sohnes Albrecht die herrschsüchtigen Pläne der Habsburger ihrem ganzen Umfange nach zu Tage.

So schlimm Rudolph von Habsburg die Schweizer mißhandelt hatte, so verfuhr doch sein Sohn Albrecht noch grausamer gegen sie. Die Schweizer erkannten rasch, daß es noth thue, gegen diesen fluchwürdigen Tyrannen auf ihrer Hut zu sein. Schon in der siebenten Woche nach Rudolphs Tode versammelten sie sich. Nicht blos die Hirten der Waldstädte, auch viele Grafen, Bischöfe und Städte der Schweiz fürchteten für ihren Besitzstand, als sie die Nachricht erhielten, daß Albrecht an die Spitze des Hauses Habsburg getreten sei. Zum Glück für die Schweiz folgte der Sohn aber nicht dem Vater auf dem deutschen Kaiserthron und so lange Kaiser Adolf lebte, wagte Albrecht nicht gegen die Schweiz mit seinen herrschsüchtigen Plänen hervorzutreten. Nachdem er sich aber auf den mit dem Blute seines Vorgängers befleckten Thron hinangeschwungen hatte, that er sich nicht länger Ge-

*) Coburg, F. Streit's Verlag.

walt an. Als die Vorsteher der Waldstädte zu Straßburg die Bestätigung ihrer uralten Rechte verlangten, entblödete Albrecht I. sich nicht, ihnen zu antworten: „er gedenke ihnen nächstens eine Veränderung ihres Zustandes antragen zu lassen.“ Die Schweizer merkten wohl, daß es auf ihre Reichsfreiheit abgesehen sei, und bereiteten sich zum Kampfe vor. Im Jahre 1299 zog Albrecht I. mit einem zahlreichen Heere zunächst gegen die Stadt Bern. Am Donnerbühl bei Oberwangen kam es zur Schlacht. Albrecht wurde auf's Haupt geschlagen und mußte mit Schimpf und Schande aus dem Lande ziehen. Er versuchte es nun mit der Stadt Zürich, gegen die er nach dem Reichstage zu Nürnberg zog. Er fand jedoch auch diese Stadt wohl vorbereitet und wagte es nach der von Bern empfangenen Lehre nicht, sie anzugreifen.

Da er gegen die großen Städte der Schweiz nichts hatte ausrichten können, versuchte er es mit den Hirten von Schwyz, Uri und Unterwalden und setzte diesen die verruchten Vögte Geßler und die beiden Landenberg.

Vergeblich waren alle Klagen der Schweizer, denn der Kaiser, der sie hätte schützen sollen, war es ja selbst, welcher ihnen die Vögte gesetzt hatte, um sie ihrer alten Reichsfreiheit zu berauben und sie dem Hause Habsburg dienstbar zu machen. Eine Zeit lang trugen die Schweizer, wenn auch mit Widerstreben, das ihnen auferlegte Joch. Dann aber erhoben sie sich mit Macht. Wilhelm Tell schoß dem Wütherich Geßler den Pfeil in's Herz. Die Zwingburgen der Habsburger wurden gebrochen am Neujahrstage (1308) und bevor Albrecht I. hatte Rache nehmen können, fiel er unter der Hand seines Neffen Johann (Mai 1308).

Die Schweizer hofften nun endlich, vom Hause Habsburg in Ruhe gelassen zu werden. Allein sie irrten sich sehr. Unter dem Vorwande, den Mord des Kaisers zu strafen, zogen Herzog Leopold von Oesterreich und die Königin Agnes von Ungarn, die Kinder Albrechts, nach der Schweiz, und obgleich die Theilnehmer am Morde des Kaisers längst entflohen waren, zerstörten sie viele Burgen, mordeten, sengten und brannten, vergaßen dabei aber die ihnen angeborene Habgier nicht, und rissen die Besitzungen aller derjenigen an sich, deren sie habhaft werden konnten.

König Heinrich VII. aus dem Hause Luxemburg duldete zwar alle diese Schandthaten der Habsburger, allein er bestätigte die Reichsunmittelbarkeit der Schweizer und deren Unabhängigkeit von fremden Gerichten. Er erklärte, daß die Eidgenossen nicht unrecht gethan hätten, sich der tyrannischen Vögte der Habsburger zu entledigen.

Alles dieses hielt jedoch die Habsburger nicht ab, ihre Eroberungspläne gegen die Schweizer fortzusetzen. Mit einem zahlreichen Heere zog Herzog Leopold gegen sie. Am 15. des Wintermonats 1325 kam es bei Moorgarten zur Schlacht. Die Habsburger verloren mehr als 10,000 Mann und zogen in wilder Flucht aus dem Lande. Nur 1350 Männer waren ihnen gegenüber gestanden. Doch diese waren entschlossen, zu siegen oder zu sterben. Sie waren freie Männer, keine fürstlichen Schergen.

Nach so vielen Niederlagen hätte man denken sollen, wären die Habsburger des Kampfes müde geworden. Dieses war aber keineswegs der Fall. Geschlagen in Schwyz, Uri und Unterwalden, versuchten sie sich jetzt einmal wieder gegen die Stadt Bern. Am 31. Juni 1339 kam es zur Schlacht bei Laupen. Rudolph Erlach führte die Berner und deren Bundesgenossen und brachte dem stolzen Feinde eine Niederlage bei, welche der Schlacht von Moorgarten würdig zur Seite steht.

Als die Habsburger merkten, daß sie in offenem Kampfe den Schweizern nicht gewachsen seien, versuchten sie, ihre Zwecke auf anderen Wegen zu erreichen. Sie organisirten die Mordnächte von Luzern (in der Nacht von Sct. Peter und Paul am letzten Juni 1333), die Mordnacht von Zürich (1350), die Mordnacht von Solothurn (Sct. Martinstag 1382) und die Mordnacht von Wesen (vom 21. auf den 22. Februar 1388), die drei ersten scheiterten an der Wachsamkeit und Tapferkeit der freien Bürger. Die Mordnacht von Wesen aber kostete der ganzen Besatzung der Stadt ihr Leben. Nur 22 Männer retteten sich, indem sie von der Mauer herabsprangen und über den See nach Glarus flüchteten.

Zwischen diese Mordnächte hinein fielen dann wieder verschiedene feindliche Ueberfälle.

Ewig denkwürdig bleibt die Schlacht bei Sempach (im Sommer 1387), in welcher Arnold Strußhahn von Winkelried den Ausschlag gab, als er von beiden Seiten so viele Spieße, als er erreichen konnte, in seiner Brust begrub und dadurch der Freiheit eine Gasse machte.

Besonders empörend war das Benehmen der Habsburger gegen den Canton Glarus. Gebeugt durch die schreckliche Mordnacht von Wesen baten die Glarner um Frieden. Das Haus Habsburg ließ ihnen entbieten:

„Ihr sollt Alle Euerm natürlichen Herrn, dem Herzoge von Oesterreich, erblich dienen, gleichwie ein leibeigener Mann seinem Herrn.“

Dazu wollten sich die freien Männer von Glarus nicht verstehen. Sie rüsteten sich zum Kampfe und siegten am 9. April 1388 in der Schlacht bei Näfels. Die Sache des Rechtes und der Freiheit errang dadurch einen neuen Triumph. Die Habsburger erlitten wieder eine schimpfliche Niederlage.

Allein man kann sich wohl denken, daß die Schweizer, welche während dieser ganzen Zeit von 80 Jahren vom deutschen Reiche keinen Schutz erhielten, sich von demselben in ihren Gemüthern abwandten und eine Verbindung, welche ihnen nur Gefahren brachte, mehr und mehr zu lösen suchten.

Im fünfzehnten Jahrhundert mußten sich die Schweizer mit den Franzosen und mit den Burgundern herumschlagen. Es kam zu den Schlachten von St. Jakob (1444), Grandson (3. Mai 1476), Murten (22. Juni 1476) und Nancy (5. Januar 1477). Alle diese Kämpfe fochten die Schweizer allein aus, ohne Hülfe von Seiten des deutschen Reiches. Sie vertrauten der eigenen Kraft. Diese ließ sie nicht im Stiche.

Ungeachtet das deutsche Reich zwei Jahrhunderte hindurch den Schweizern gegenüber niemals seine Pflichten erfüllt hatte, wollte der Habsburger Maximilian I. sie zwingen, sich, gleich jeder anderen Provinz, dem Reichskammergerichte zu unterwerfen. Hätten sie es gethan, so wäre es um ihre Freiheit bald geschehen gewesen. Denn die vom Kaiser und Reich ernannten Richter hatten ganz andere Begriffe von Recht und Freiheit, als die Schweizer. Daher kam es im Anfange des Jahres 1499 noch einmal zum Kampfe, und dieses Mal mit dem deutschen Reiche selbst. Doch Kaiser Maximilian konnte gegen die freien Schweizer ebenso wenig, als seine Vorfahren etwas ausrichten. Bei Bregenz, Frastenz und bei Dornach (22. Juli 1499) erlitt der Kaiser furchtbare Niederlagen. Im Laufe von acht Monaten verlor er 20,000 Mann. Endlich schloß er, im September 1499 zu Basel Frieden, in welchem er die Unabhängigkeit der Schweiz anerkannte.

So ging der deutschen Nation die Schweiz verloren, wahrlich nicht durch die Schuld der wackeren freiheitsliebenden Schweizer, sondern durch die Herrschsucht der Habsburger und die Schwäche der deutschen Nation, welche derselben kein Ziel setzte.

Politische Umschau.

Alles geht jetzt per Dampf. Wie in früheren Zeiten erst die Kinder und Enkel erfuhren, was zu den Zeiten ihrer Väter Heimliches und Geheimes unter den Trägern der Gewalt abgemacht und abgekartet worden war, so wird in unsern Tagen jedes Staatsgeheimniß, oft noch brühwarm, schon den Zeitgenossen verrathen. Und doch klagt so manche ungeduldige Seele über den Bummelzug der Geschichte.

Kaum sind wenige Wochen verstrichen, seitdem Graf **Bismarck** über den Rhein flog und über den Rhein wieder heimkehrte, so wird der Welt auch schon der ganze Handel verrathen, den der preußische Staatskanzler in Paris abzumachen gedachte. Nicht allein Schleswig, auch Holstein sollte die Großmacht Preußen vergrößern helfen; Oesterreich sollte durch Moses und die Propheten abgefunden werden, d. h. durch 80 Millionen Thaler, und Holstein wäre nach dem alten Wort „Up ewig ungedeelt“ mit Schleswig wieder vereinigt worden. Man hätte schließlich die holsteinischen Stände einberufen, um sie von dem schönen Rechte, Ja zu sagen, ausgedehntesten Gebrauch machen zu lassen. Den auswärtigen Mächten sollte über das Geschehene eine kurze Anzeige gemacht werden nebst Bitte um Anerkennung.

Französische und englische Zeitungen sind so freundlich gewesen, die Dinge aufzudecken, welche Hr. v. Bismarck in seinem gräflichen Schilde führte. Es ist überhaupt nichts Seltenes, daß die Deutschen über den Stand ihrer häuslichen Angelegenheiten von Paris oder London aus aufgeklärt werden. Ein dankenswerther Dienst, solange wir nicht auch Blaubücher haben wie die Engländer. Die englischen Blaubücher, welche bekanntlich dem Parlamente vorgelegt werden müssen, bringen die nachträgliche Auskunft über den Gang und Verlauf der Betheiligung Englands an jedwedem geschichtlichen Ereigniß, sei die Betheiligung eine schriftliche gewesen oder zunächst von Mund zu Mund geschehen. Unser Vetter John Bull quält sich deshalb nicht mit Vermuthungen und Zweifeln, das Blaubuch löst ihm alle öffentlichen Räthsel, und die vertrauten englischen Staatsmänner wissen, daß alles, was sie mit auswärtigen Mächten rathen und handeln, vor den Richterstuhl der Oeffentlichkeit kommen wird. Aber, wie gesagt, Deutschland erfreut sich noch nicht des Segens der Blaubücher; höchstens hat es schwarze Bücher, in welchen mißliebige Männer dem wachsamen Auge der Polizei, soweit die deutsche Zunge klingt, empfohlen werden.

Während in **Schleswig** die obersten Behörden sich alle erdenkliche Mühe geben, die Bevölkerung sich zu verfeinden, wissen die Berichte aus **Holstein** nur von dem guten Einvernehmen zwischen Regierung und Volk zu erzählen. Das Wort des Herrn v. **Gablenz**, daß er nicht wie ein Pascha schalten und walten wolle, macht seinem Herzen sowohl, als auch seinem Verstande Ehre und ist zugleich ein scharfer und wohlverdienter Hieb auf die Herren Mitbesitzer. Anstatt nun daß die Preußen ihre bösen Sitten an dem guten österreichischen Beispiele verbessern sollten, verlautet es gar, daß sie in Wien Klage führen wollen über die Schlaffheit des Herrn v. Gablenz und über die dreiste Sprache der holsteinischen Presse. Es wäre hübsch, wenn zu gleicher Zeit Oesterreich in Berlin sich beschwerte über die heidnisch vielen Ausschreitungen und über die maßlosen Aufreizungen zum Mißvergnügen, welche Preußen sich in Schleswig zu Schulden kommen läßt. Es wäre Humor in der Sache.

Was **Gesammtdeutschland** betrifft, so scheint die saure Gurkenzeit sich nimmer enden zu wollen. Die Sitzungen des Bundestags scheinen zu keiner anderen Bestimmung in der Welt zu sein, als daß sie ausfallen.

Die anderthalb Dutzend **österreichischen Landtage** machen in Erwägungen, dreschen das Wenn und Aber und schreiben Adressen. Mit wenigen ehrenhaften Ausnahmen ducken sie sich. Nebel ringsum. — Ueber die **österreichisch-französische Anleihe** könnten selbst einer Perrücke die Haare zu Berge stehen. Die „Wiener Sonntagszeitung“ vom 3. Dez. bringt über diese allerneueste Probe höherer Staatsweisheit eine längere Betrachtung, aus welcher hier wenigstens das Wesentlichste mitgetheilt werden möge. Sie sagt: die Gesellschaft österreichisch-französischer Patrioten, welche die 90 Millionen uns zusendet, besteht aus 45 Köpfen. Wenn sich 45 Personen in einen Betrag von 90 Millionen theilen, so macht dies, genau nach Adam Riese, 2 Millionen Gulden per Kopf. Nun sind bei der Subscription per Obligation 10 fl. in Silber einzuzahlen, macht wieder im Durchschnitt für jeden einzelnen Theilnehmer eine baare Anzahlung von 100,000 Gulden. Also genau 100,000 Gulden oder 250,000 Fr., nicht einen Deut mehr oder weniger macht der Betrag, den durchschnittlich jeder einzelne Theilnehmer dieser 45köpfigen Gesellschaft von Haus aus auf die österreichische Anleihe riskirt. Dagegen vertheilt sich unter diese 45köpfige Finanzgenossenschaft sofort ein Reingewinn von 9 Millionen Gulden, der aus dem Coursunterschiede zwischen dem Kostenpreise und dem Ausgabepreise der neuen Anleihe sich ergibt. Dieser Betrag gibt wieder im Durchschnitt für jeden einzelnen Theilnehmer an diesem Gewinn die runde Summe von 200,000 Gulden oder 500,000 Fr., somit gerade das Doppelte seines gezeichneten Einsatzes. Die 45 Staatsretter können daher, wenn sie eben eine solche Laune haben, ihre Subscriptions-Ausweise verschenken oder beliebigen Falles sogar zum Fenster hinauswerfen — und es bleibt ihnen dann noch immer ein Nettoprofitchen von $4^1/_2$ Millionen Gulden zur gemeinschaftlichen Vertheilung unter sich. Ueberdies gewinnt noch jeder Einzelne von ihnen Anspruch — hört! auf einen Orden!

Das Leiden des greisen Königs der **Belgier** währt fort. Leider fehlt die Hoffnung auf Genesung. Man hat früher wiederholt Besorgnisse über die Folgen des Ablebens des Königs Leopold geäußert. Unter gewissen Umständen konnten diese Besorgnisse keineswegs als völlig unbegründet bezeichnet werden. In früherer Zeit, namentlich in einer Periode wie jene des vergrößerungssüchtigen „alten Fritz“ war, wäre ein solches Ereigniß ohne eine tiefe Erschütterung des ganzen Erdtheils wohl schwerlich vorübergegangen. Heute berechtigen sowohl die allgemeinen europäischen als auch die besonderen napoleonischen Verhältnisse zu der Erwartung, daß blos ein gewöhnlicher Thronwechsel erfolgen werde. — Von der Verständigkeit und dem Konstitutionalismus des belgischen Kronprinzen wird es aber wesentlich abhängen, inwieferne das von ihm zu regierende Land in der bisherigen glücklichen Bahn der Entwicklung fortschreiten kann. Die Zustände Belgiens sind nicht ohne Schwierigkeiten. König Leopold war oft im Falle, bei diesem großentheils papstfreundlich gesinnten Volke seine Besonnenheit praktisch zu erproben.

Für ihn, den Protestanten und den Fremden, bot die Lage noch besondere Schwierigkeiten dar. Sorgsame Beachtung der verfassungsmäßigen Stellung eines wahrhaft konstitutionellen Fürsten bildete das Mittel, welches ihm über alle Anstände hinweghalf und ihm die „konstitutionell-parlamentarische Dornenkrone“, wie das Bismarck'sche Preßorgan, die Nordd. Allg. Ztg., sie bezeichnet, weit leichter und sorgenloser tragen ließ, als die unkonstitutionell-unparlamentarische absoluter Fürsten.

In dieser Beziehung dürften viele Staatsoberhäupter ihn als Muster ansehen. Gerade der Erfolg Leopolds sollte sie auf die gleiche Bahn leiten. Die Ergebnisse, welche dieser Fürst erzielte, können manchem von ihnen zeigen, wie sehr sie sich das Regieren selbst erschweren. Die Geschichte hat die merkwürdige Thatsache in ihre Tafeln eingezeichnet, daß, während in Paris ein Thron zusammenbrach, und während in Wien und Berlin der Aufstand siegte, König Leopold seine Bereitwilligkeit, die Krone niederzulegen, offen erklären konnte, falls das belgische Volk die republikanische Regierungsform annehmen wolle, und daß — sein Thron dadurch nicht erschüttert, sondern befestigt ward. — Das Verhältniß des Kronprinzen ist in mancher Beziehung von vornherein ein günstigeres: er ist Katholik und im Lande geboren. Möge es ihm aber gelingen, sich von klerikalen Einflüssen frei zu halten, denn in solchen liegt für ihn die Gefahr einer weniger glücklichen und ruhigen Regierung als die seines Vaters war. (N. F. Z.)

Socialer Theil.

Versuch einer socialen Antwort.

V.

Wir kommen zum großen Gegensatz unserer augenblicklichen Gegenwart, das Heute, welcher hoffentlich Morgen nicht mehr sein wird, zum Gegensatz von „Selbsthülfe“ und „Staatshülfe.“ Es gereicht Hrn. Lange zur Ehre, daß er, obgleich der Lassalle'schen Anschauung unendlich näher stehend, so anständig und anerkennend von Schulze-Delitzsch redet. Schulze wird genug mit der eigentlich sozialen Wissenschaft zu thun bekommen, sein ganzer Standpunkt erträgt zu wenig die tiefere Kritik, als daß der gerechte Beurtheiler nicht freudig die heilsamen Anregungen und praktischen Förderungen dieses Mannes begrüßen und schätzen sollte. „Schulze, ein Mann, der schon vor 1848 als Freund der leidenden Volksklassen thätig gewesen, später ein entschiedener, aber niemals extremer Stimmführer in den parlamentarischen Kämpfen von 1848 u. 49, stiftete während der Reaction zuerst in seiner Vaterstadt Delitzsch einen Rohstoffverein und einen Vorschußverein, und aus diesem kleinen Anfang ging ein Netz von ähnlichen Vereinen hervor, welches sich jetzt über ganz Deutschland erstreckt und in den Nachbarländern Aufsehen erregte und Nachahmung findet.“

Hierauf setzt Herr Lange das Nähere über „Organisation und Verbreitung dieser segensreich wirkenden Vereine“ als bekannt voraus, macht aber dann sofort die durchaus richtige Bemerkung, durch Schulze sei für den Handwerkerstand etwas geleistet worden, nicht aber für den eigentlichen Arbeiterstand. Die öffentliche Meinung verwechsle noch sehr häufig die Schulze'schen Genossenschaften mit den englischen und sehe in den letzteren einen Ausfluß des freien Wettbewerbes, des englischen Freihandelswesens. Daher rühre das sog. Prinzip der Selbsthülfe: Der Staat soll sich nicht in soziale Fragen mischen, die Einzelnen müssen sich selbst helfen; wenn sie kein Kapital haben, so müssen sie zusammenlegen und durch Genossenschaften stark werden. Die Sache habe nun leider ihren Haken, und dieß führt Herr Lange folgendergestalt wörtlich aus:

„Die englischen Genossenschaften sind wirkliche Arbeitergenossenschaften. Sie streben mit Bewußtsein nach dem Ziel einer Emancipation der arbeitenden Klassen von der Herrschaft des großen Kapitals. Ueber den „socialen Frieden“ werden nicht viel Worte verloren. Der Engländer ist zu praktisch, um nicht zu wissen, daß es zunächst ein socialer Kampf ist, welchen die Genossenschaften zu bestehen haben. In dem Organ derselben, dem „Cooperator“, das übrigens, als bloßes Vereinsorgan, mehr Aehnlichkeit mit der „Innung der Zukunft“ hat, als mit einer deutschen Arbeiterzeitung, wird der Widerstand der Arbeitgeber, wie das Grollen der Materialisten, die ebenfalls ihr Organ besitzen, offen besprochen. Nicht selten finden sich Artikel über das Verhältniß der arbeitenden Klassen zu den Unternehmern, nach welchen sich bei uns sofort eine confiscirende Hand ausstrecken würde. Die Vereinigung ist den Trägern der Genossenschaftsidee kein bloßes Mittel, um Kapital zu bekommen, sondern ein Anfang zur Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Genossenschaftlichkeit ist ihnen eine Religion, ein Prinzip der leiblichen und geistigen Erneuerung des Menschen. Als der wichtigste Vortheil der Genossenschaften wird es angesehen, daß sie einen Anfang der Organisation des Arbeiterstandes bilden, daß sie das Mißtrauen unter denjenigen aufheben, welche auf Zusammenhalten gegen Ausbeutung und Unterdrückung angewiesen sind. Durch die genossenschaftlichen Fabriken will man der schmachvollen Augendienerei, dem Neid, der hündischen Unterwürfigkeit entgegenwirken, welche als eben so viele Krebsschäden des Charakters gehaßt werden. Der Consumverein dient nur als Vorschule zur Unternehmergenossenschaft. Ein großer Fehler ist freilich, daß diese Unternehmergenossenschaften oft wieder zu reinen Aktiengesellschaften werden, welche andere Arbeiter gegen Lohn bei sich arbeiten lassen. Man hätte deshalb nicht gerade die Pioniere von Rochdale so außerordentlich rühmen sollen, da diese eben den Weg mit freilich großartigem Erfolg betreten haben, der vom eigentlichen Geist des Genossenschaftswesens wieder ablenkt. In diesem Fehler gerade ist gewiß eine störende Einwirkung volkswirthschaftlicher Grundsätze zu entdecken, während der ursprüngliche Impuls zur Genossenschaftsbildung frei aus den Tiefen des Volkslebens hervorgedrungen ist.

„Man vergleiche nun damit einmal unser Genossenschaftswesen, so weit es auf die Arbeiterfrage von Einfluß ist! Der ganze Jahresbericht der Anwaltschaft enthält auf seinen 72 Quartseiten nur wenige Zeilen, welche den eigentlichen Arbeiterstand berühren. Die Vorschußvereine sind schon ihrer Idee nach für Leute bestimmt, welche mit einem nicht bloß in persönlichen Eigenschaften bestehenden Betriebskapital arbeiten. Gewiß ist es vortrefflich, daß dem Handwerkerstande durch diese Vereine die Mittel zum Geschäftsbetrieb mit so überraschendem Erfolg geboten werden; aber was hat der Tagelöhner, der Fabrikarbeiter, der Handlanger davon? Freilich werden auch die Handwerker-Genossenschaften mit der Zeit aus dem Stadium der Credit-Gesellschaften in das der gemeinsamen Produktion mit Benutzung von Maschinenkräften übergehen müssen, und dann sind sie in Folge ihres Vorsprungs schneller da angelangt, wohin eine Arbeiter-Genossenschaft nur mit großer Mühe kommen kann. So lange jedoch das Genossenschaftswesen in seinem jetzigen Stadium ist, muß man den Vorschußverein eher als einen direkten wirthschaftlichen Gegensatz gegen den Consumverein betrachten; denn sehr häufig wird mit den Mitteln des ersteren demselben Unternehmergewinn Vorschub geleistet, welchen der letztere bekämpft. Von einem reformatorischen Princip der Brüderlichkeit ist in unseren meisten Genossenschaften weiter keine Rede; das kann auch der Natur der Sache nach nur unter den Gliedern des gedrücktesten Standes Wurzel schlagen. Wie wenig aber das deutsche Genossenschaftswesen von diesem Geiste in sich hat, beweisen gerade unsere Consumvereine noch mehr als alle anderen Genossenschaften. Wie hätte man sonst ernsthaft darüber streiten können, ob das Markensystem oder der eigene Laden Vorzug verdiene? Ja, es wird sogar von den Freunden der Sache bei uns oft gar kein Unterschied dazwischen gesehen, ob ein Consumverein von den Fabrikherren gestiftet und geleitet wird, oder von den Arbeitern selbst, und doch ist dieser Unterschied so wesentlich, daß die sociale Wirkung beider Fälle geradezu eine entgegengesetzte genannt werden darf. Man zählt auch ruhig beiderlei Unternehmungen zu den Anstalten der Selbsthülfe, als ob Alles diesen Namen verdiente, was nur nicht eben von der Polizei angeordnet wird. Wenn man von vornherein blos auf den Gegensatz gegen Maßregeln des Staates sieht, so mag die Anwendung des Begriffes der Selbsthülfe ihren Sinn haben; es zeigt sich dann eben, daß man nicht auf dem socialen Boden steht, welcher keine Selbsthülfe kennt, die nicht vor allen Dingen auch das Selbstgefühl des Gedrückten belebt und die Bande der Abhängigkeit, unter denen er seufzt, verringert. Dies ist denn nun auch ganz und gar nicht der Fall, wenn der Arbeiterstand in solchen Vereinen mit einer Ueberzahl von Genossen aus andern Ständen, oder auch nur mit einer Minderheit zusammengebracht wird, welche durch die Ueberlegenheit ihrer formalen Bildung die Leitung des Ganzen an sich reißt.“ —

„Daß solche Vereine doch einen großen Nutzen nach anderer Seite haben können, bleibt unbestritten. Es ist die Reform des Detailgeschäftes, oder vielmehr die Abschaffung des Wuchers und der Vergeudung der Arbeitskraft im Betrieb der Lebensbedürfnisse, worin solche Vereine Großes leisten können. Eine allgemeine Preiserniedrigung freilich wird an sich nur vorübergehend helfen, da sie eben, so lange nicht ganz andere Faktoren auftreten, nach der Ricardo'schen Regel zur Erniedrigung des Arbeitslohnes führen muß.“

Darin liegt unbestritten so viel Richtiges, daß wir für den Augenblick davon absehen, kritische Randbemerkungen zu Diesem und Jenem zu machen. Ein wenig anders ist es mit der Art und Weise, in welcher Herr Lange die Betheiligung der „Gebildeten“ und Bessergestellten bei der Arbeiterbewegung — unterschätzt, um nicht zu sagen geringschätzt.

Wir möchten wissen, wer überhaupt dem Arbeiterstande das Bewußtsein von seinen Ansprüchen und seiner Berechtigung beigebracht, ganz besonders aber wer es scharf formulirt und so in die Arena des Staatslebens geworfen hat? Doch schwerlich der Arbeiter selbst, oder auch alle Arbeiter zusammengenommen. In der leidenden Schicht oder Klasse der Gesellschaft selbst wird in der Regel zunächst der Druck und die Sehnsucht nach Befreiung empfunden; zu Advokaten der Gedrückten werfen sich meistens Individuen einer bessergestellten Klasse oder Schicht auf. So erhuben sich Adelige und Städte zu Führern der Bauern im Anfang des 16. Jahrhunderts; so meldeten Grafen und hohe Geistliche die Opposition des dritten Standes in Frankreich an. Die Gedrückten selbst müssen erst wissen, was sie wollen und lernen was sie sollen, ehe sie sich selbst an die Spitze der Ihrigen stellen können.

Der Graf St. Simon war doch kein Proletarier; Karl Fourier war zum Kaufmann erzogen; Cabet war Advokat; Louis Blanc ein angesehener Schriftsteller. Erst in Proudhon erwachte das französische Arbeiterbewußtsein zu selbstständigem Thun. Der Engländer Owen war gleichfalls kein Proletarier und mußte als „gebildeter“ Gründer des Cooperative-System, dem heutigen „Cooperator“, vorausgehen. Schulze-Delitzsch war Gerichts-Assessor und Abgeordneter, Lassalle zählte sich stets mit starker Betonung zu den „Besitzenden“ und „Vermögenden“; Herr Lange wird sein Doctor-Diplom schwerlich an der Hobelbank erlangt haben. Es sei an diesen Namen genug, um es deutlich zu machen, daß in der Menschheit wenigstens „Art“ nicht nur „Art“ befehdet und zu vernichten bestrebt ist, sondern auch schützen und heben kann.

Phrasen- und Maulhelden sind innerhalb Troja's und draußen, auf Seiten der Selbst- wie der Staatshelfer, und es ist noch nicht ausgemacht, wer den Arbeitern schädlicher ist und sie weiter von ihrem Ziele ablenkt, ob die Doctrinäre des Kleinkrams, die vom „Arbeiter“ sprechen und den „Handwerker“ meinen, oder die Arroganten mit den großen Schlagworten mit wenig Witz und desto größerem Selbstbehagen? —

Verschiedene Anzeigen.

48. **Briefmarken.**

Für gut erhaltene gebrauchte Briefmarken zahlen wir die höchsten Preise, gleichzeitig tauschen wir alle Continental-Briefmarken ein gegen Englische Colonial-Marken. Briefe und Packete werden franco erbeten.

Alle Aufträge für gebrauchte und ungebrauchte Briefmarken aller Länder zu den billigsten Preisen, werden mit umgehender Post effectuirt bei

A. Strong & Co.

6 Upper Newington Mount Pleasant Liverpool.

Briefkasten.

Von dem Deutschen Arbeiterverein in Wattwyl erhalten am 29. November 2 fl. 12 kr. für Arbeiterzeitung pro II. Semester 1865. Rest 4 kr. — Hrn. C. B. in B. Wir bitten um leserliches Manuscript. — Von S. in Gotha und T. in Weimar, wegen Mangels an Raum in nächster Nummer. — W. in Leipzig, neueste Correspondenz zu spät für diese Nummer, die wegen des Buß-, Bet- und Fasttags hier diesmal um einen Tag früher gedruckt werden muß.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 155.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 10 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 8. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Sonntag, 17. December 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 10% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten.** Vom Arbeiterverein in Leipzig Empfangsbescheinigung für Werdau. Aus Heidenheim Einladung. Correspondenzen aus Leipzig, Eschenbergen, Berlin, Weimar, Gotha. Erklärungen aus Weimar und Gotha. II **Politischer Theil.** Wie der deutsche Reichsapfel immer kleiner wurde und warum. III. **Politische Umschau:** Berlin, Mainliniengelüste in anderer Form. Der Tod des Königs der Belgier. In Kopenhagen wird Besuch aus Griechenland erwartet. Stockholm, Sieg der Reform. Es ist noch Vieles faul im Staate Schweden. Italien. Ratazzi und die französische Partei durchgefallen. Newyork, gute Aussichten — Centralisation oder Was? III. **Socialer Theil.** Aus Celle: Ein Beitrag zur Würdigung der Todesstrafe. Berlin, der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Classen über die Frauenfrage. Berlin: der allgemeine deutsche Arbeiterverein und einzelne seiner Führer. IV. **Aus der Werkstätte.** Aus Thüringen gegen den Kladderadatsch. Aus Cassel und Stuttgardt über die Frauenfrage. V. Briefkasten. VI. Anzeigen.

☞ **Wir müssen unsere Herren Correspondenten und Mitarbeiter bitten, ihre Correspondenzen und Artikel so abzusenden, daß sie spätestens Donnerstag Morgens schon hier sind, da nach der Erklärung der Druckerei, die Aufnahme in die nächste Nummer sonst nicht zugesichert werden kann.**

Vereinsangelegenheiten.

An die Redaction der Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung in Coburg.

In Folge unseres Aufrufes für die Nothleidenden in Werdau sind bei uns eingegangen:

Von Banquier Mumm in Frankfurt a. M. . . . . 10 fl. =	5 Thlr.	21⅙	Ngr.
Von M. v. H. in Leipzig . . .	1 „	—	„
„ M. W. in Heidelberg . . .	3 „	—	„
Von der Redaction der Allgem. d. Arbeiterzeitung	5 „	—	„
Durch dieselbe, aus dem von ihr beim dortigen Vorschußverein angelegten „Arbeiterpfennig" (vgl. Nr. 3. 23. S. 144. Nr. 120. S. 628. Nr. 121. S. 629. der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung.)	5 „	—	„
Von Max Fränkel in Leipzig 1 Paquet Kleidungsstücke und	1 Thlr.	—	Ngr.
Vom Drucker- und Formstecher-Personal in Gera	5 „	—	„
Vom Arbeiterverein in Gotha .	2 „	—	„
Sammlung durch Hrn. Dr. Selzer in Gera	25 „	10	„
Vom Arbeiterbildungsverein zu Forste i. L.	15 „	—	„
Vom Arbeiterbildungsverein zu Leipzig	15 „	—	„
Summa	83 Thlr.	1⅙	Ngr.

Leipzig, den 11. December 1865.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.

M. Epstein, Cassier. A. Bebel, I. Vorsitzender.
A. Dalge, II. Vorsitzender.

Heidenheim, 11. Dec. Der Arbeiterbildungsverein von Heidenheim feiert am 31. December sein erstes Stiftungsfest, wozu wir alle Brudervereine einladen.
Schlierer, Vorstand.

W. **Leipzig**, 6. Dec. Wenn die Partei-Zersplitterung in unserm lieben deutschen Vaterlande dem wahren Vaterlandsfreunde nur zur größten Betrübniß, nicht selten auch zum Ekel gereicht, so ist es auf der anderen Seite ein doppelt erfreuliches Zeichen, wenn man das Volk, den Arbeiterstand, mehr und mehr nach Einigung und Einheit ringen sieht. Einen Beleg für diese Thatsache den befreundeten Arbeitervereinen mitzutheilen, finde ich mich heute in der glücklichen Lage. Wer weiß es nicht, daß die **Maurer- und Zimmergesellen** fast allenthalben in Deutschland bis zur Stunde sich mehr oder weniger schroff gegenüber standen. Jener Zwiespalt nun zwischen zwei Gewerken, von denen eines ohne das andere gar nichts fertig machen kann, offenbarte sich auch (und vielleicht nicht in der mildesten Form) hier in Leipzig. Wie hätte es sonst geschehen können, daß selbst die Intelligenteren der beiden Baugewerke, welche das Bedürfniß fühlten, einem Arbeiter-Bildungsvereine anzugehören, — ich will nicht sagen, dem schon bestehenden Vereine dieser Art nicht beitraten, — nein, nicht einmal einen „**Fortbildungsverein für Baugewerke**" gründeten, sondern sich damit begnügten, (ich will mit dieser „**unglückseligen Genugsamkeit**" die bescheidenste Form des gerechten Tadels gebrauchen) einerseits einen „**Fortbildungsverein der Maurergesellen**", andererseits einen „**Fortbildungsverein für Zimmergesellen**" zu gründen.

Doch, seien wir gerecht! Müssen wir nicht in diesem, wie in tausend anderen Fällen sagen:

„Aber wie soll man die Diener loben?
„Kommt das Unheil doch von Oben!"

Je lieber man es „**von Oben**" sieht, wenn „**das Volk**" unter sich uneins ist, und je mehr jesuitische Schliche und Kniffe angewendet werden, um die Uneinigkeit und den Zwiespalt unter dem Volke zu erhalten und zu nähren, desto erfreulicher ist es, zu sehen, wie den **Männern aus dem Volke** dieser Standpunkt allmälig klar wird, wie sie die Schlingen und Netze allmälig zerreißen, welche Niederträchtigkeit und Schurkerei um die Masse zu ziehen jederzeit bemüht waren. Auf diesem erfreulichen Standpunkte stehen heute auch die Mitglieder der beiden hiesigen Vereine für Maurer- und Zimmergesellen. Schon seit einiger Zeit halten die Vorstände beider Vereine gemeinschaftliche Ausschußsitzungen, nach neuestem Beschlusse versammeln sich auch die Mitglieder beider Vereine alle drei Wochen in einem der beiden Vereinslokale zur Anhörung eines Vortrages und zur Berathung und Beschlußfassung in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, und letzten Donnerstag begann auch der Gesangunterricht für die dazu sich meldenden Mitglieder beider Vereine.

Für diesen Abend war auch Hr. Fr. **Weithmann** zu einem Vortrage erschienen. Er zeichnete mit kräftigen Zügen und in lebhaften Farben den Unterschied der **wahren Bildung** und der **Schein-Bildung**, und wies darauf hin, wie Diejenigen, in deren Interesse die Verdummung des Volkes gelegen, immer bemüht gewesen seien, statt der echten Münze wahrer Bildung die falsche Münze der Scheinbildung zu verbreiten. Natürlich! im Trüben sei gut fischen! Je unwissender das Volk, je voller von überschwenglicher Ehrfurcht gegen eine Anzahl privilegirter Sterblicher, desto leichter sei es auszubeuten und am Gängelbande zu führen. Wo und solange solche Zustände dauerten, könne von dem Vorhandensein **wahrer Bildung** nicht die Rede sein.

Zu allen Zeiten und unter allen Völkern sei es **das Bündniß des Pfaffenthums mit den Gewalthabern** gewesen, welches die Einführung wahrer Bildung und Aufklärung bei dem Volke hintertrieben habe, und das sicherste Merkmal einer **reaktionären Regierung** sei es immer, wenn man die Lenker des Staates im Bündnisse mit dem Pfaffenthum sehe. Es solle hiermit keinem religiösen Bekenntnisse zu nahe getreten werden und Redner mache gerne den Unterschied zwischen wahren Priestern, die als wohlmeinende Lehrer des Volkes im Dienste der Wahrheit stünden, und zwischen Pfaffen, die sich Verdummung des Volkes und Ausbeutung desselben im Bunde mit den Gewalthabern zur Aufgabe machen. Aber die Zahl jener Wohlmeinenden sei jedenfalls **nicht Legion**! Man brauche nur auf die Schulen zu blicken. Wie werden die armen Kinder geplagt mit Auswendiglernen einer Masse frommer Sprüche und Verse, deren Verständniß weit über ihren Horizont gehe, aber die Kenntniß dessen, was uns am nächsten liege, der Natur und ihrer Kräfte, der wahren (nicht mit Lügen zur Verherrlichung der „Großen" aufgestutzten) Geschichte,

u. s. w. werde äußerst selten verbreitet und gepflegt. Wenn die Arbeiter-Bildungsvereine eine große Aufgabe zu erfüllen haben, so sei es diese, daß sie mit aller Macht für Verbesserung unserer Schulen, für Trennung und Befreiung derselben von dem Einflusse des Pfaffenthums wirkten. Denn Alles, was in den Arbeitervereinen noch für Bildung geleistet werden könne, sei nur ein schwacher Nothbehelf, und hoffentlich werden in zwanzig oder dreißig Jahren diese Vereine ihre Aufgabe in einer ganz anderen Weise zu lösen haben, als heute. Die jungen Staatsbürger seien von ihrer Geburt an Mitglieder des Staates, und darum habe dieser ebensowohl die Pflicht wie das Recht, für ihre möglichste geistige und körperliche Bildung und Vervollkommnung Sorge zu tragen.

Redner kam nun auf die Erziehung und Bildung der Jugend in den alten Republiken, namentlich in Griechenland, in Sparta zu sprechen, wo dem jungen Staatsbürger mit gesundem Geiste im gesunden Körper vor Allem die glühende Liebe zu einem starken glücklichen Vaterlande von seinen Lehrern eingepflanzt wurde. — Es könne nicht genug betont werden, daß nur in einem starken, mächtigen, nach Außen geachteten Vaterlande auch die bürgerliche und sociale Wohlfahrt ihr Gedeihen finden könne, und es sei darum eine Thorheit, wenn man die Frage der Politik in einem Arbeiter-Bildungsvereine ausschließen wolle; denn diese Frage hänge mit der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes, mit der man sich so eifrig beschäftige, unzertrennlich zusammen. Ein wahrhaft geeinigtes, starkes Deutschland, — das sei ja von allen Parteien anerkannt, — habe keine Störung des europäischen Friedens mehr zu fürchten; stark, wie der Löwe unter den Thieren, werde es nach jeder Seite hin mit einem ernsten Blicke Ruhe gebieten können und damit die Segnungen des Friedens, das Gedeihen der Industrie, die Früchte der Arbeit zu hüten im Stande sein. Die Erfüllung dieser großen, schönen Hoffnung beruhe bei der — leider! — fast allgemeinen Zerrissenheit und Verworrenheit der Begriffe und Anschauungen in Deutschland zumeist auf der anzustrebenden besseren Erkenntniß im deutschen Arbeiterstande, die — zu unserem Troste sei es gesagt — auch mehr und mehr Wurzel fasse, und so dürften wir denn mit freudiger Zuversicht der Zukunft des deutschen Vaterlandes ein Hoch bringen.

An diesen Vortrag schloß sich eine Debatte, welche das Vertrauen des Vortragenden in die wachsende Einsicht des deutschen Arbeiters bezüglich der vaterländischen Angelegenheiten und Hoffnungen vollkommen rechtfertigte. In noch erfreulicherer Weise offenbarte sich diese bessere Einsicht, als Hr. Weithmann darauf zu sprechen kam, daß es wünschenswerth und zeitgemäß sein dürfte, wenn die beiden Vereine der Maurer- und der Zimmergesellen als Ein Verein sich konstituiren würden.

Nach einer lebhaften Debatte, in welcher die meisten Redner im Sinne des Antragstellers sich aussprachen, wurden folgende zwei Anträge fast einstimmig angenommen:

I. Es ist wünschenswerth, daß die beiden Vereine in Einen Verein zusammentreten.

II. Die Vorstände beider Vereine werden beauftragt, die Mittel und Wege zu dieser Vereinigung zu berathen, und das Resultat ihrer Berathungen den beiden Vereinen vorzulegen.

Glückauf! brave Vereinsgenossen der Baugewerke im schönen Leipzig! Gebt Euren Brüdern in ganz Deutschland ein erhebendes Beispiel und traget so einen neuen Baustein herbei zur Herstellung der deutschen Einheit durch Eure eigene friedliche und brüderliche Einigung!

Eschenbergen, 27. Nov. Gestern tagte hier eine sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlung. Der Arbeiterverein zu Gotha, sowie die umliegenden ländlichen Arbeitervereine, waren durch Deputationen vertreten.

Zunächst wurde über Consumvereine verhandelt, und den Gotha zunächst liegenden Ortschaften anempfohlen, sich dem Arbeiterconsumverein zu Gotha anzuschließen, Herr Sauerteig erbot sich, die dazu benöthigten Einrichtungen zu besorgen.

Der zweite Gegenstand der Verhandlung betraf die Lohnfrage. Die ländlichen Arbeiter nahmen an der sich hieran knüpfenden lebhaften Debatte mehrfach Theil.

Herr Ludwig aus Eschenbergen bedauerte, daß in einer so freien Zeit es noch Sitte sei, daß die Arbeiter von ihren Arbeitsherrn auf ein volles Jahr gedungen würden, daß dadurch dem Arbeiter die freie Regung genommen und er öfters besseren Verdienst im Stiche lassen müsse. Man müsse darauf hinwirken, daß diesem Uebelstande abgeholfen, daß dieser aus dem Mittelalter herstammende Zopf abgeschnitten werde, dann, glaube er, werde die Lohnfrage auf dem Lande eher und besser ihrer Lösung entgegenschreiten.

Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, darauf hinzuwirken, daß das aus dem Mittelalter stammende Hörigkeitsverhältniß beseitigt, und unserer Zeit Rechnung getragen werde. —

Ein Mitglied des Arbeitervereins zu Burgtonna bemerkte noch Folgendes: In ihrem Orte habe die Lohnerhöhungsfrage unangenehme Folgen mit sich gebracht. Die Herren Arbeitgeber seien auf eigenthümliche Weise der Gefahr entronnen, ihren Arbeitern den geforderten bescheidenen höheren Lohn zu gewähren. Sie hätten sich an die Direction des naheliegenden Zuchthauses gewandt und sich die Züchtlinge zur Anfertigung ihrer Arbeiten erbeten. Ihrem Verlangen sei sofort nachgekommen worden. Das Merkwürdigste dabei sei, daß für einen Sträfling täglich 9 Sgr. nebst Mittagskost bezahlt würden, während die Arbeiter des Dorfes nur 6 Sgr. ohne Kost erhalten hätten.

Die Arbeiter des Ortes seien hierüber in bitterster Erregung, und der Arbeiterverein beabsichtige, sich nächstens mit einer gemessenen Petition an die herzogl. Staatsregierung zu wenden, er hoffe, daß alle Arbeitervereine des gothaischen Landes ihm zur Seite ständen, um eine Abhülfe der derzeitig in unserem Dorfe bestehenden Verhältnisse zu erkämpfen.

Nachdem man sich in erregter Weise über die Herren Oekonomen und über die Direction des Zuchthauses ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

± **Berlin.** Den hiesigen Maurergesellen, welche in mehreren Versammlungen die Lohnfrage besprochen und sich bestrebt haben, auf gesetzlichem Wege einen höheren Lohn zu erzielen durch Petitionen an die Meisterschaft, an die Königl. Regierung, an die Königl. Ministerial-Baucommission ist nun endlich von der letzteren der befriedigende Bescheid zugegangen, daß die Königl. Ministerial-Baucommission gegen den Lohnsatz von 1 Thlr. pro Tag (bisher 22½ Sgr.) den jetzigen Zeitverhältnissen Rechnung tragend, nichts einzuwenden habe. Im Uebrigen es aber nach § 134 der allgemeinen Gewerbeordnung der freien Vereinbarung der Gesellen und Meister überlassen bleibe, den Lohn zu regeln. Was die von ihr zu vergebenden Bauten und Maurerarbeiten betreffe, so werden dieselben auf dem Wege der Submission vergeben und könnten die Meister dabei auf den Lohn der Gesellen Rücksicht nehmen. — In einer Versammlung am 10. December beschlossen nun die Maurergesellen, mit Beifügung dieses Schreibens an die Meister nochmals wegen Feststellung eines bestimmten Normalsatzes von 1 Thlr. pro Tag für nicht vorher verabredeten Lohn ein Gesuch zu richten und zur Verständigung in dieser Angelegenheit eine Versammlung der Meister mit dem Comité (der Maurergesellen) im Beisein des fungirenden Stadtraths anzubieten. — In derselben Versammlung wurde auch beschlossen, sich wegen ungesetzlichen Verfahrens des Ladenmeisters bei der Altgesellenwahl beschwerdeführend an den Magistrat zu wenden.

Weimar, 4. Dec. In der heute Abend stattgehabten Versammlung des Arbeitervereins wurde beschlossen, auf die vom Turnvereinsvorstand zu Weimar erlassene Erklärung in Nr. 153 dieser Zeitung folgende Antwort zu erlassen, und der Schriftführer des Vereins, H. Tell, beauftragt, dieselbe baldigst an die Redaktion der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung abzusenden. Sie lautet wie folgt:

„In Nr. 153 d. Bl. hat sich der Turnvereinsvorstand zu Weimar veranlaßt gesehen, eine Erklärung zu erlassen, wegen eines Correspondenz-Artikels in Nr. 49 dieser Zg. (soll wohl heißen Nr. 149). — Die hauptsächlich angegriffene Person, Hr. Kretschmar, wird seinerseits eine Gegenerklärung erlassen, zur Beleuchtung des wirklichen Sachverhaltes. Der Arbeiterverein erklärt aber als solcher folgendes: Daß sich hauptsächlich der Vorstand des Turnvereins beleidigt sieht, ist uns nicht gut erklärlich, denn der Angriff konnte doch nur Solchen gelten, resp. sich nur auf Diejenigen beziehen, welche sich unanständig betrugen. Wer sich unter diesen befand, dafür kann doch der Arbeiterverein nichts! Oder will der Gesammtvorstand des Turnvereins für die Ungebührlichkeiten eines einzelnen Vorstandsmitgliedes in die Schranken treten und dieselben zu vertheidigen suchen? Dieses glauben wir von der großen Mehrheit des Turnvorstandes doch nicht annehmen zu können. Daß sich der Turnverein bis jetzt eines recht guten Namens erfreute, wird Niemand bestreiten, aber der Vorstand kann auch nichts dafür, wenn nicht immer jedes Mitglied dessen eingedenk sein sollte.

Warum wir gesagt haben, von einer Seite her, und diese Seite nicht nannten, das geschah mit gutem Grund, wir wollten eben damit den hiesigen Turnverein nach Außen nicht blosstellen. Das hieße nicht human gehandelt; wir achteten stets das Institut des Turnvereins.

Daß man verlangt, man solle die anonyme Anschuldigung zurücknehmen, so sollten wir doch meinen, daß die geehrten Vorstandsmitglieder des Turnvereins wohl wissen werden, daß die Correspondenz-Artikel in einer Zeitung fast niemals mit der Unterschrift der Einsender geschmückt sind, und man möchte fragen, ob nicht schon Mancher von den Herren auch Artikelchen in irgend eine Zeitung geschickt hat, wo selbiger seinen Namen auch nicht der Oeffentlichkeit zur Schau ausstellte. Ueberhaupt sind aber in dem betreffenden Artikel zwei Namen am Schluß verzeichnet, wo man wohl ganz genaue Auskunft erhalten konnte, wie der Sachverhalt war. — Der Vorstand des Arbeitervereins wird stets mit dem größten Vergnügen dem Vorstand des Turnvereins über irgend einen gewünschten Punkt Antwort geben. — Einen Ruhm glaubt aber doch der Arbeiterverein sich errungen zu haben durch seine Gründung; denn seit unserem Bestehen regt sich auch der Turnverein; es sollen Vorträge gehalten, Unterricht im Schreiben, Rechnen, Buchführen, Stenographie, im Zuschneiden für Schneider, Schlosser und Klempner ertheilt werden. Warum kommt man jetzt erst auf diese so herrliche Idee? Wir glauben fast annehmen zu können, es wäre manches unterblieben, wenn sich kein Arbeiterverein gegründet hätte.

Den auswärtigen Arbeitervereinen die erfreuliche Nachricht, daß wir zur Gründung einer Bibliothek geschritten sind, und wir auch von der Verlagsbuchhandlung B. F. Voigt hier eine Anzahl Bücher, im Werthe von ca. 30 Thlrn., desgl. mehrere werthvolle Bücher vom Buchhändler Kühne und von einigen Vereinsmitgliedern Bücher als Geschenk erhalten haben, was wir hiermit dankend der Oeffentlichkeit übergeben. — Da wir baldigst zur Errichtung einer Krankencasse schreiten wollen, so bitten wir um Zusendung von Krankencasse-Statuten. — Der Verein zählt bis jetzt nahezu 60 Mitglieder.

Gotha, 5. Dec. In der gestrigen Hauptversammlung des Arbeitervereins wurde beschlossen, die vom dritten Vereinstag beschlossene Kopfsteuer von jährlich 1 Sgr. von jedem Mitglied im I. Quartal des nächsten Jahres zu erheben.

Auf Antrag des Hrn. Hirschfeld wird noch beschlossen, die ländlichen Arbeitervereine aufzufordern, dem allgemeinen Verband beizutreten, damit auch diese durch Zusendung der Drucksachen Nachricht vom Fortschritt der Arbeiterbewegung erhielten.

In Veranlassung des Aufrufs wegen der unglücklichen Arbeitsbrüder in Werdau wurde ein Beitrag aus der Vereinskasse beschlossen abzusenden.

Der Vorsitzende Sauerteig forderte noch zu größerer Betheiligung am Consumverein auf, welcher bis zum 30. Novbr. einen Markenumsatz von 1532 Thlr. mit einem Gewinn von 103 Thlr. 21 Sgr. gemacht habe.

Herr Rüger bringt noch folgenden Antrag ein:

„In Erwägung, daß die von dem Vorsitzenden des hiesigen Gewerbevereins Professor Kühne in der Arbeiterzeitung in Bezug auf das Verhältniß des Arbeiter- und Gewerbevereins gemachte Erklärung zum Theil entstellte Thatsachen enthält, erklärt der Arbeiterverein: Daß der Vorstand des Arbeitervereins bei der Vereinigungsfrage das Interesse des Vereins sowie der Arbeiter treu gewahrt hat und daß nicht der Vorstand in seiner Eitelkeit, sondern sämmtliche Arbeiter in ihrer Würde sich tief verletzt gefühlt haben."

Hr. Sauerteig tritt den Vorsitz an seinen Stellvertreter Bockerodt ab; es entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Hr. Bockerodt erklärt, daß sich in der Erklärung von Prof. Dr. Kühne mehrere Puncte befinden, welche sich anders verhielten und daß Hr. Kühne gerade manche Hauptpunkte von der Vereinigungsfrage ganz unerwähnt gelassen. In der ersten und zugleich letzten Versammlung der drei Vereine hatte Hr. Kühne einen sehr ausgedehnten Lehr- und Unterrichtsplan vorgelegt, der sehr anerkennenswerth war, aber weder eine theilweise noch eine totale Vereinigung enthielt und jede Aussicht auf Vertretung der Arbeiterinteressen versagte. Unsere uns lieb gewordene Gewohnheit nicht allein zu hören, sondern auch zu debattiren, wäre bei den vielen gelehrten Vorträgen uns entrissen

worden. Man hätte sich hierüber gewiß noch verständigt, wenn nicht Hr. Kühne plötzlich erklärt hätte, der Bildungsverein habe einstimmig beschlossen, sich mit dem Arbeiterverein nicht ganz zu vereinigen. Jetzt waren wir nur noch geduldete Gäste und wir hätten unsere Selbstständigkeit verloren, wenn wir auf den Kühne'schen Plan eingegangen wären. Dies der wahre Sachverhalt.

Beide Vereine haben wohl dabei beobachtet, daß die Zeit wo der Arbeiter im engern Sinne mit andern Ständen gemischt und umgekehrt, sich wohl fühlt, für Gotha noch nicht gekommen ist. Es mag jeder Verein auf seine Weise des Guten so viel wirken, als er vermag, dann hat Jeder seine Aufgabe erfüllt.

Wir wollen einander nicht gehässig gegenüber stehen, sondern uns gegenseitig achten. Dies unser letztes Wort.

Schließlich wird der Rügersche Antrag einstimmig angenommen, wobei sich Hr. Sauerteig der Abstimmung enthielt.

Wir lassen nachstehend noch einige persönliche Erklärungen folgen, die durch vorausgegangene Correspondenzen in den letzten Nummern unseres Blattes veranlaßt sind und zu deren Aufnahme wir uns im Interesse der Gerechtigkeit, den Betheiligten und den von ihnen vertretenen Vereinen gegenüber, verpflichtet halten. Wir bitten aber dringend, diese Differenzen damit abzuschließen und es uns nicht zu verübeln, wenn wir künftig, zur Verhütung solcher Differenzen von unserem Redactionsrecht bei Prüfung aller Einsendungen einen möglichst strengen Gebrauch machen, damit der Raum des Blattes der Sache, den Prinzipien und Ideen, für die es kämpft und deren unerläßlicher Erörterung immer möglichst ungeschmälert erhalten bleibe.

Weimar, 5. Dec. Der Erklärung des hiesigen Turnvereins zufolge sehe ich mich veranlaßt, die „anonyme Anschuldigung" zu begründen. Vor Allem bemerke ich aber: hätte sich wohllöbl. Turnvorstand direkt an mich gewendet, würde er mir eine Veröffentlichung erspart haben, welche derselbe von mir zu verlangen sich gezwungen hält und ich sonach zu geben gezwungen bin.

Gleich nach Gründung unseres Vereins wurde eine Turnvereinsversammlung ausgeschrieben, in welcher der Vorstand nicht unterlassen konnte, uns als Mitglieder des Turnvereins, da wir auch zu gleicher Zeit dem Arbeiterverein angehören, zur Rechenschaft zu ziehen, aus welchen Gründen wir Mittel zu Bildung außer dem Verein suchten, welche uns doch im Turnverein zur Verfügung gestellt werden müßten; ich muß hierbei bemerken, daß wir bei dem Unterzeichnen der Satzungen auch den Paragraph mit unterschrieben haben, der Verein sorgt für geistige Bildung; es ist jedoch bis jetzt diesem Paragraphen so wenig wie möglich Rechnung getragen worden.

Da ich gerade keiner von den säumigen Mitgliedern bin, sondern mich stets bei Allen mir vom Turnverein auferlegten Pflichten gern und pünktlich betheilige, glaube ich wohl am ersten berechtigt zu sein, die ungerechten Vorwürfe des Turnvereins ganz entschieden zurückzuweisen, da sich selbst Vorstandsmitglieder nicht an dem ihnen zu Gebote stehenden Mitteln betheiligen, um dieselben wenigstens zu fördern.

Was den höchst bedauerlichen Vorgang in dem uns zur Verfügung gestellten Lokale betrifft, erkläre ich Folgendes.

In Nr. 298 der Zeitung „Deutschland" erließen wir Sonntag, den 29. October, eine Annonce, worin die Mitglieder des Arbeitervereins aufgefordert wurden, sich in dem uns vom Wirth zur Verfügung gestellten Lokale einzufinden. Noch am selbigen Tage kam ich durch Zufall mit mehreren meiner Turngenossen zusammen, worunter sich auch das Vorstandsmitglied Reineck befand. Ohne nur eine Veranlassung von meiner Seite, äußerten meine Turngenossen den Wunsch, uns diesen Abend besuchen zu dürfen, worauf ich sie schon im Voraus herzlich willkommen hieß. Auf dem Wege nach unserem Lokale traf ich ebenfalls Obengenannte und wurde abermals mit derselben Anrede begrüßt, wie einige Stunden zuvor. Als ich unser Lokal betrat war dasselbe schon ziemlich mit Mitgliedern des Arbeitervereins gefüllt und kurz darauf erschienen auch Reineck und Genossen, ließen mich vor das Lokal befordern und verlangten noch einmal die Erlaubniß, an unserem geselligen Beisammensein Theil nehmen zu dürfen, worauf es ihnen auch gestattet wurde, betrugen sich doch bald darauf der Art, daß ich mich genöthigt sah, uns vom Wirth ein anderes Zimmer einräumen zu lassen.

Gebe ich zu, daß das für diesen Abend uns zur Verfügung gestellte Zimmer nicht unser Vereinslokal war, so glaube ich dennoch berechtigt zu sein, zu behaupten: daß diese Ungebühr eine vorsätzliche war, da erstens ein jedes Turnvereinsmitglied durch die Annonce, und zweitens durch meine eigene Person in Kenntniß gesetzt worden war. Jedoch der deutlichste Beweis ist, daß ich im Turnvereinslokale gezwungen war, meine Erklärung abzugeben, also nicht privatim, indem besagter Reineck offen erklärte: er sei von Allem unterrichtet gewesen und bedauere blos, daß ich nicht bemerkte, daß er mich blos habe lächerlich machen wollen, wie ich ihm ohnedies jedesmal schon beim Begegnen auf der Straße lächerlich erscheine. Das Urtheil darüber zwischen uns beiden überlasse ich getrost einem Jeden, vor Allem aber meinen Turnbrüdern. Was den Punkt anbetrifft, „dem Arbeiterverein würde von Seiten des Turnvereins entgegengearbeitet", so wird der wohl auch ganz der Wahrheit gemäß sein. Denn wenn in öffentlichen Turnversammlungen dem Arbeiterverein zur Last gelegt wird, sein Aushängeschild sei blos die Bildung und der eigentliche Zweck Vergnügungen, so brauchen wir uns wohl nicht erst zu fragen, ob wir angefeindet werden oder nicht.

Kretschmar.

Gotha, 4. Dez. Die von Professor Dr. Kühne gemachte Erklärung veranlaßt mich, da ich hauptsächlich darin angegriffen bin, einige Punkte zu entgegnen, obgleich mir zu unnützen Federkriegen wegen meiner Berufsgeschäfte und den Arbeiten, welche mir die Arbeiterfrage verursacht, keine Zeit verbleibt.

Es hat mich mit Staunen erfüllt, als ich las, daß der hiesige Gewerbeverein die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes zum Zweck habe, während nach seinen Statuten, die Hebung und Förderung des „gewerblichen Lebens" der Zweck dieses Vereins ist. Ob er dies durch einen 100 Mann starken Sängerchor erreichen will, mag der Gewerbeverein selbst beurtheilen.

Wie aber Professor Kühne behaupten kann, bei der projectirten Vereinigung habe der Gewerbeverein mit seinen Ansichten über die Mittel zur Verbesserung der arbeitenden Klassen gesiegt, das ist wahrhaft wunderbar.

Vom Arbeiterverein wurde die Vereinigung mit dem damals bestehenden Bildungsvereine — welchen ich ebenfalls vor 8 Jahren zur Verbesserung der Lage der Arbeiter gründete — zuerst angestrebt. Hr. Kühne zog den Gewerbeverein mit zur Verhandlung und die im Bildungsverein heraufgewachsene Gewerbearistokratie fand es unter ihrer Würde sich mit dem Arbeiterverein zu vereinigen, weil unter uns einige Holzspalter (brave Männer, welche im Schweiße ihres Angesichts ihr Brod essen) waren, mit denen weder Professor Kühne, noch die sich fühlenden Handwerker verkehren wollten. Die Frage, wie das gemeinsame Ziel erreicht werden solle, ist auch nicht im mindesten discutirt worden, da ja Herr Kühne erklärte, daß der Bildungsverein die vollständige Vereinigung mit dem Arbeiterverein einstimmig abgelehnt habe und es kann also von einem Sieg des Gewerbevereins nicht die Rede sein.

Weil aber auch die Frauen der behäbigen Handwerker — welche durchaus keine Arbeiter sein wollen — nicht mit den Frauen der Arbeiter in Concerten zusammen kommen wollen, ließ man den Arbeiterverein ganz ruhig mit seiner dargebotenen Hand stehen und Professor Kühne vereinigte mit Hülfe des Schuhfabrikanten Irrgang den Bildungsverein mit dem Gewerbeverein, und die einst so mühsam für den Arbeiterstand Gotha's geschaffene Bibliothek wanderte damit in die Hände einer Anzahl Handwerker, welche zu stolz waren, den Arbeitern die Hand zu reichen.

Und uns Vertretern des Arbeitervereins wirft nun Professor Kühne Eitelkeit vor!

In wie weit die Einrichtung des Gewerbevereins dem Bedürfnisse der hiesigen Bevölkerung entspricht, will ich dahin gestellt sein lassen.

Ob eine Betheiligung von 30 Mitgliedern bei 600 (?) (Gew.-Ver.) und eine Betheiligung von 70 Mitgliedern bei 140 (Arb.-Ver.) den Verhältnissen entsprechend ist, das mag Jeder selbst beurtheilen.

Inwiefern es von der Regierung gerecht ist, einen aus Capitalisten bestehenden Verein Unterstützung aus Staatsmitteln zu verwilligen, will ich hier ebenfalls nicht weiter besprechen.

Wenn Professor Kühne sagt, der Arbeiterverein rekrutire sich aus den Reihen des Arbeiterstandes im engeren Sinne, so hat er Recht, wenn er dazu den kleinen Handwerker rechnet; übrigens sagt sein Statut: daß Jeder ohne Unterschied der Person und Beschäftigung Aufnahme finden kann, wozu jedoch ein ehrenwerthes Betragen und ein guter Name erforderlich ist. Haben sich nun bis jetzt blos Arbeiter im engeren Sinne angeschlossen, nun so ist dies wohl kein Unglück.

Daß der Arbeiterverein Unterstützung von Privatpersonen nachsucht, welche mit ihm in keiner Verbindung stehen, ist mir nicht bekannt und es würde mir angenehm sein, zu erfahren, wo dies geschehen ist, außer bei Heranziehung von Lehrkräften, woraus aber hervorgeht, daß der Arbeiter, ebenfalls nach geistiger Bildung strebt und also nicht blos agitatorische Thätigkeit entwickelt.

Wie Professor Kühne die letztere Behauptung, daß nämlich der Arbeiterverein blos agitatorische Thätigkeit entwickelt, aufstellen konnte, begreife ich nicht, da er doch zugeben muß, daß der Arbeiter zuerst die Vereinigung mit dem Bildungsvereine anstrebte, also theilnehmen wollte an den Vorträgen und an der Benutzung der Bibliothek. Da ihm dies nicht gelang, so ist ihm nichts weiter übrig geblieben, als sich mit Lectüre, Gesangunterricht, Unterricht im Buchführen und Berathung der Tagesfragen resp. Hervorrufen von Genossenschaften zu begnügen.

Wenn irgend ein Mitglied des Arbeitervereins privatim — im blinden Eifer — gegen den Vorstand des Gewerbevereins Verdächtigungen ausgesprochen hat, so ist es wohl nicht gerechtfertigt, darunter die Sache leiden zu lassen; es sind ja eben die Zustände, welche den Arbeiter geistig vernachlässigen, wie Herr Kühne selbst zugesteht, und deßhalb darf man auch nicht den Arbeiter verdammen, der vielleicht eine Aeußerung im Privatzirkel abgibt, welche nicht gerechtfertigt ist, am aller Wenigsten aber darf man die Sache darunter leiden lassen. Mir ist davon nichts bekannt, daß der Vorstand des Gewerbevereins vom Vorstand des Arbeitervereins in gehässiger Weise verdächtigt wurde.

Was die schwach besuchte Versammlung betrifft, bei welcher der ständige Ausschuß zugegen war, bemerke ich, daß ich um deswillen eine Vertheidigung gegen den Vorwurf der zu wenigen Bekanntmachung unterlassen habe, weil an jenem Tage dem ständigen Ausschuß die Minuten zugezählt waren und ich diese Sache nicht weiter erörtern wollte. Da aber Herr Kühne ein großes Gewicht darauf legt, nun so muß ich hiermit erklären, daß von mir die Versammlung im Arbeiterverein mündlich bekannt gemacht, resp. im Verein besprochen wurde, daß ferner in der Woche vorher zweimal im hiesigen Tageblatt ein Inserat mit der Ueberschrift „Arbeiterversammlung" gestanden und dabei bemerkt war, mehrere Mitglieder des ständigen Ausschusses würden Vorträge halten, daß ferner die ländlichen Arbeitervereine und der Verein in Arnstadt und Waltershausen schriftlich von der Versammlung benachrichtigt waren. Ich sollte meinen, ich hätte als Vorstand meine Schuldigkeit gethan.

Uebrigens hat Herr Kühne vollkommen Recht, daß man eine Betheiligung vom Gewerbeverein gar nicht erwartet hat; es war nur von Herrn Dr. Hirsch aus Magdeburg, der von einem Zwiespalt zwischen zwei Arbeitervereinen gelesen hatte, die Sache angeregt, um bei dieser Gelegenheit noch einmal die Vereinigung in Erinnerung zu bringen, sie war aber abgemacht, als ich erklärte, daß es jetzt gar nicht mehr zwei Vereine mit gleichem Zwecke gäbe, denn der Gewerbeverein habe die Förderung der Gewerbe zum Zweck, während der Arbeiterverein die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes zum Zweck habe und daß diese Frage erledigt sei, indem sich der frühere Bildungsverein hinter das Medusenschild des Gewerbevereins geflüchtet habe.

Wie überhaupt der ganze Artikel aufzunehmen ist, kann jeder Arbeiter aus der persönlichen Haltung beurtheilen und wie wenig Herr Kühne mit dem Gewerbeverein geneigt ist, die Arbeiter als ebenbürtige Glieder in der Gesellschaft aufzunehmen, das beweisen seine eigenen Worte, indem er sich über den Arbeiterstand hinstellt und von oben herabblickend, die Wichtigkeit der Organisation (damit sind wir lange fertig!) der Arbeiterbewegung anerkennend, erklärt, daß er erschienen sei, wenn er vom ständigen Ausschuß dazu wäre eingeladen worden. Ein demokratischer Grundzug liegt darin nicht. — Wenn aber die größere Mehrzahl der Gothaischen Arbeiter im Gewerbeverein vertreten ist, wie Herr Kühne behauptet, so fragt es sich, warum der Gewerbeverein der deutschen Arbeiterbewegung noch nicht beitrat.

Warum aber Herr Kühne von wiederholten drastischen Scenen spricht, während blos eine einzige Versammlung zur Vereinigung stattfand, worin die Arbeiter sich nicht terrorisiren lassend, Herrn Kühne offen und ehrlich ihre Meinung sagten, nachdem dieser Persönlichkeiten als Vorsitzender hervorgerufen, also die offene und ehrliche Debatte verschmäht hatte, das

begreife ich nicht. Eine Debatte, welche offen und ehrlich durchgekämpft wird, kann jedenfalls blos aufklären, niemals aber die Gemüther verwirren und verbittern und so sind wir jeder Zeit bereit, ohne Rücksichten offen und ehrlich unsere Meinung zu sagen und sie auch offen und ehrlich von anderen hinzunehmen.

Gegentheilige Ansichten haben sich in jener Versammlung am 5. November auch ohne Gewerbeverein geltend gemacht und ich appellire darüber, daß von mir die Leitung der Versammlung ruhig und ohne jede Erregtheit geführt worden ist, an meine Freunde vom ständigen Ausschuß, welche zugegen waren.

Ob sich Herr Kühne, resp. der Gewerbeverein vor unsern offenen und ehrlichen Debatten nicht fürchtet, will ich dahin gestellt sein lassen; die Antwort auf die Frage: warum sich Bildungs- und Gewerbeverein nicht mit dem Arbeiterverein vereinigten, während Letzterer dies gerade wollte, ist Herr Kühne wenigstens heute noch schuldig und wir würden gern in einer Versammlung die wichtigen Gründe entgegennehmen.

Auf die weiteren Angriffe gegen mich und den Arbeiterverein gehe ich nicht ein, weil mir hierzu die Zeit mangelt; ich will nur noch Herrn Kühne daran erinnern, daß ich schon vor 8 Jahren das wollte, was die deutschen Arbeitervereine jetzt anstreben. Meine schwachen Kräfte sind soweit, als ich kann, mit mehrjähriger Unterbrechung jetzt wieder seit 3 Jahren der Arbeitersache gewidmet und ich habe stets erkannt, daß nur vereint etwas Großes geleistet werden kann. Auch die letzte Arbeiterversammlung wollte nichts weiter aussprechen, statt aber ein Gehör dafür zu finden, kommt eine Antwort, welche die Sache gar nicht behandelt, sondern nur Persönlichkeiten im Auge hat. Wollte Herr Kühne sein Vorurtheil einmal fallen lassen, er würde der Sache vielmehr nützen, welcher er so wohl mehr schadet; ja ich weiß aus sicherer Quelle, daß er selbst mit seinen gehässigen Verfolgungen gegen mich nicht die Mehrzahl der Gewerbevereinsmitglieder für sich hat.

Ob mich Herr Kühne für einen eiteln, ehrgeizigen Menschen erklärt, kann mir gleichgültig sein und mich durchaus nicht bestimmen, die Flinte in's Korn zu werfen; wenigstens bin ich dies so lange nicht gewillt, so lange meine Thätigkeit der Beförderung der Arbeiterfrage nützlich ist und mir die Arbeiter mit Vertrauen entgegen kommen.

Emil Sauerteig,
Vorsitzender des Arbeitervereins.

Aus Gotha. (Entgegnung auf den in Nr. 153 der Allg. deutschen Arbeiterzeitung, vom Vorsitzenden des Gewerbevereins Prof. Dr. Kühne eingesendeten Artikel)

Nicht zum ersten Male, schon mehrfach hat sich der hiesige Arbeiterverein in der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung über die zwischen ihm und dem Gewerbeverein bestehenden Differenzen ausgesprochen. Die Redaction wird dies bezeugen können.*)

Sehr richtig ist, daß wir auf dem Wege der politischen und socialen Agitation eine gedeihliche Lösung der Arbeiterfrage erkämpfen wollen, ebenso erkennen wir auch, daß eine Vertiefung und Verallgemeinung der Bildung bei den Arbeitern noch sehr vonnöthen ist, diese Bildung wird auch in dem Arbeiterverein, wenn auch nicht in einer so großartigen Weise gepflegt, auch auf unserem Banner steht: Bildung macht frei!

Auch bei uns werden, hauptsächlich zur Winterzeit belehrende Vorträge gehalten, und namentlich stellt es sich da unser verehrtes Mitglied, der treue Kämpfer für Volksfreiheit, Herr Dr. Schönbach zur Aufgabe, die Arbeiter über ihre ernste Stellung in der vergangenen Geschichte, im Staat und der Gesellschaft aufzuklären. Herr Dr. Schönbach hat dieses mit der Aufopferung seiner wankenden Gesundheit und seine Vorträge und Mittheilungen aus seinen eigenen trefflichen Werken sind dazu angethan, den Arbeiterstand für das Wahre und Rechte zu begeistern. Dieser Arbeiterfreund thut dieses, trotzdem er nicht zu den „Besitzenden“ gehört, herzlich gern umsonst, und er muß das Zeugniß geben können, daß er stets das Local dichtgedrängt voll aufmerksamer Zuhörer gefunden hat, was wohl am besten gegen die behauptete Theilnahmlosigkeit der Arbeiter spricht.

Der Arbeiterverein ist über Lassalle's und Schulzes Prinzipien vollständig im Klaren, ja er billigt heute auch unter Umständen die Staatshülfe.

Bei der Anschaffung von Bildungsmitteln verschmäht er aber die Staatshülfe, hier hält er sich selbst, wie er auch in materieller Beziehung fest an der Selbsthülfe hält.

Er hat dies erst jetzt, bei der Gründung einer Productivgenossenschaft (Ziegelei) bewiesen.

Hier hat die Selbsthülfe einen glänzenden Sieg gefeiert.

Denn da der Arbeiterverein, wie Herr Dr. Kühne ganz wahr sagt, nur aus Arbeitern, im engern Sinne, also aus Mittellosen, zusammengesetzt ist, so hat dies Institut in's Leben zu rufen, nicht wenig Arbeit gekostet.

Dagegen würden wir in einer, für den Arbeiterstand freieren, unbeschränkteren Gesetzgebung, und in einer zum Theil besseren Landesvertretung (zumal in den Fürstenthümern) die bei der Berathung mehr die Interessen des Arbeiterstandes im Auge hätte, — freudig eine Staatshülfe begrußen.

Der Vorstand des Arbeitervereins wundert sich sehr, daß die große Mitgliedschaft des Gewerbevereins, dessen angegebene Zahl übrigens bei der genauen Kenntniß der Verhältnisse, sehr in Zweifel gezogen wird, außer Stande ist, ohne Staatshülfe sich die nöthigen Bildungsmittel anzuschaffen.

Der Arbeiterverein hat in seinen Statuten keine Clausel, die den Zutritt zu denselben andern Ständen verwehrt, durch seine rastlose agitatorische Thätigkeit hat er sich aber bei manchen Elementen aus den sog. „besseren Ständen“, die den Arbeitern heute noch nicht die Luft gönnen, verhaßt gemacht, auch gibt der Vorstand sich keine Mühe mehr, wie früher, die Gegenwart mancher gelehrter Herrn vergebens zu erbitten.

Hätte Herr Dr. Kühne, seine große Abneigung gegen den Arbeiterverein nur einmal überwinden können und eine unserer Versammlungen besucht, so würde er gefunden haben, daß wir mit Ruhe und Besonnenheit, aber offen und ehrlich, den socialen und politischen Schäden unserer Tage entgegentreten. Daran findet freilich die im Gewerbeverein so stark vertretene sogenannte Gothaische Partei wenig Gefallen.

Nicht im Geringsten ist uns etwas von einer Niederlage bewußt, die der Arbeiterverein bei dem Verfechten seiner Tendenzen gegen die des Gewerbevereins erlitten haben soll.

Im Gegentheil sind wir uns bewußt, aus der im vorigen Jahre abgehaltenen Versammlung der drei Vereine siegreich hervorgegangen zu sein, indem wir uns nicht von Leuten in's Schlepptau nehmen ließen, die von der Lösung der Arbeiterfrage so wie sie Schulze-Delitzsch und wie sie die deutsche Arbeitercentralisation wollen, nichts wissen wollen.

Von drastischen Scenen, die bei der besagten Versammlung vorgekommen sein sollen, wissen wir nichts, es sei denn, daß es jemanden drastisch vorgekommen wäre, als wir, gänzlich der Gewohnheit des Gewerbevereins zuwider, den Gegenstand auf die Tagesordnung verlangten, der darauf gehörte: die vollständige Vereinigungsfrage nämlich.

Dann dürfte es freilich auch als unmoralisch gehalten werden, daß ich als Arbeiter es gewagt habe, einem Professor und Landtagsabgeordneten gegenüber, die ganze damalige Verhandlung aus demselben Grunde eine unparlamentarische zu nennen, was ich allerdings auch zu beweisen im Stande war.

Herr Dr. Kühne hätte in seinem Artikel nicht vergessen sollen, daß er auf meine Frage, warum man sich nicht vollständig vereinigen wolle? — damals geantwortet hat: der Bildungsverein habe einstimmig beschlossen, sich mit dem Arbeiterverein nicht zu vereinigen. Die Gründe dafür hütet er sich aber anzugeben, sie berührten persönliche Verhältnisse, um deren Willen die gute Sache hintangesetzt wurde. Dies zu widerlegen, dürfte Hrn. Dr. Kühne schwer fallen.

In einer sehr gekünstelten Weise hat es derselbe Herr verstanden, die Abwesenheit des Gewerbevereins in der betreffenden Versammlung bei Anwesenheit des ständigen Vereinstags-Ausschusses zu entschuldigen, hat aber dabei eines jüngeren Vorfalles nicht gedacht.

Als wir nämlich den Geburtstag Schiller's feierten, und dabei die Glocke declamatorisch-theatralisch aufführten, da waren die Mitglieder des Gewerbevereins in einer sehr beträchtlichen Zahl vertreten.

In beiden vorgesagten Fällen hatten wir aber dieselben nicht erwartet. — —

Ganz richtig habe ich in der genannten Versammlung mein Bedauern über die schwache Betheiligung ausgesprochen, und habe bemerkt, daß die Aussicht auf materiellen Genuß würde die Räume mit Arbeitern gefüllt haben. Ich habe damit sagen wollen, daß allerdings der größte Theil der Arbeiter heute noch so sehr an diesen Genüssen hängt. Ich habe dabei weder die außenstehenden Arbeiter, weder die Mitglieder des Arbeitervereins, noch die des Gewerbevereins ausgeschlossen, und Herr Professor wird schwerlich im Stande sein, mir zu widerlegen, daß von den angeblich 600 Mitgliedern des Gewerbvereins höchstens 30 bis 40 die Vorträge besuchen, ja es ist im vergangenen Winter vorgekommen, daß nicht 10 da waren, während seine Concerte und Bälle, fast von der ganzen Mitgliedschaft besucht werden! —

Wäre Herr Dr. Kühne nur in jene Versammlung gekommen, er würde inne geworden sein, daß wir eben so offen und wahr gesprochen und leidenschaftslos, aber freilich auch ohne Rücksicht auf seine Stellung, seine Entgegnungen bekämpft hätten.

Der Arbeiterverein kann sich mit Recht rühmen, den Arbeiterstand in Gotha und des ganzen Landes, natürlich den Arbeiterstand im engeren Sinne, der einer Verbesserung seiner materiellen Lage bedarf, zu repräsentiren.

Er hat sich bei seiner agitatorischen Thätigkeit allerorts stets einer zahlreichen Theilnahme zu erfreuen gehabt und hauptsächlich haben die ländlichen Arbeiter seine Prinzipien als die richtigen erkannt, sie haben sich uns angeschlossen und werden auch der deutschen Arbeitercentralisation sich anschließen.

Gehe der Herr Dr. Kühne in der Zukunft getrost seine Bahnen, wir bleiben unsern Prinzipien getreu.

Wir wollen die hartbedrängte Lage der großen Arbeitermasse zu bessern suchen, wir glauben dies am Besten zu bewirken, wenn wir eben die brennenden politischen und socialen Tagesfragen unserer Zeit in ernste Berathung ziehen, dabei unermüdlich agitiren, und das Genossenschaftswesen soviel wie möglich einzubürgern versuchen.

Unser Wirken hat schon Früchte getragen, denn über 10 Arbeitervereine haben wir schon in unserem kleinen Gothaischen Ländchen in's Leben gerufen, von denen mehrere mit unserem Beirath schon vieles Gute geschaffen haben.

Freilich haben wir auch unsere harten Gegner, aber diesen bieten wir muthig die Stirn. Unsere Losung ist die des treuen und tapferen Arbeiterreformators, Philipp Becker in der Schweiz, sie heißt:

„Tod der Noth, Krieg dem Müssiggang,
Friede und Arbeit, Brod und Gerechtigkeit!“

August Hirschfeld,
Arbeiter.

Politischer Theil.

Wie der deutsche Reichsapfel allmählig immer kleiner geworden ist und warum.

II.

Die Ostsee-Provinzen.

In ganz ähnlicher Weise, wie die Schweiz, gingen der deutschen Nation auch die Ostsee-Provinzen verloren, d. h. die Reichsgewalt wachte nie darüber, daß die Machthaber mit den ihnen zustehenden Befugnissen keinen Mißbrauch trieben, schützte niemals den Schwächern gegen die Mißhandlungen der Stärkern und begründete daher nirgends Achtung und Liebe. Die deutsche Nation regte sich nie, wenn ihre Machthaber auch noch so große Verbrechen begingen. Die Herrschaft der Deutschen in Curland, Liefland und Esthland blieb daher eine Gewaltherrschaft ohne sittliche Grundlage. Als dann durch die Reformation ein neues Lebens-Element in den Kampf der Zeit geworfen wurde, wollten die katholischen deutschen Kaiser weit lieber, daß die deutschen Grenzprovinzen in polnische, d. h. überwiegend katholische Gewalt fallen sollten, als in diejenige von deutschen Protestanten. So oft es galt, durch kräftige That eine Provinz zu retten und fester an das deutsche Vaterland zu knüpfen, geschah von Seiten des deutschen Reiches entweder nichts oder gerade das Gegentheil von demjenigen, was zum Schutze der Marken hätte geschehen sollen.

Während des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts erlangte der deutsche Ritterorden eine große Macht im Nordosten Europa's. Von der Elbe bis nach Nowgorod und Grodno und von der Ostsee bis nach Posen und Schlesien erkämpften sich die deutschen Ritter ein Reich, welches eine Zeit lang den mächtigsten Staaten Europa's die Spitze bot. Von Marienburg aus herrschte der Heermeister, welchem ein Generalkapitel sämmtlicher Ritter zur Seite und unter welchem mehrere Großcomthure und Comthure standen.

Ladislaus Loktiek von Polen mußte (1330) zu Gunsten des Deutschherrnordens seinen Ansprüchen auf Pommerellen (Westpreußen) entsagen. Vergeblich suchte sich Kasimir der sog. Große, von Polen, durch päpstliche Entscheidungen gegen den Orden zu schützen.

---

*) Es wurde seiner Zeit über die behufs der Vereinigung der dortigen Vereine stattgehabte gemeinsame Versammlung von [illegible] ausführlich berichtet. D. Red.

Im Kalischer Frieden (1343) mußte der König von Polen außer Pommerellen auch Kulm und Michelau als rechtmäßige Besitzungen der Ritter anerkennen und sich mit der Rückgabe von Cujavien und Dobrin begnügen. Kaum hatte aber der Orden mit Polen Frieden geschlossen, so war er schon darauf bedacht, in anderen Gegenden seine Eroberungen auszudehnen. Esthland stand seit längerer Zeit unter dänischer Oberherrschaft, obgleich die Deutschen die eigentlichen Herren des Landes waren. Sie hatten in den Städten alle Aemter inne und übten als Gutsbesitzer, Ritter und Geistliche einen schweren Druck auf die Eingeborenen des Landes aus. Den Deutschen war die Oberherrschaft des Königs von Dänemark, welche mehr Schein als Wirklichkeit besaß, durchaus erwünscht, weil sie ihnen keine Schranken zog. Sie erkauften sogar (1329) von Christoph II. eine Urkunde, in welcher dieser versprach, seine Oberherrschaft über Esthland nie aufzugeben. Lange trugen die Esthen die Ketten deutscher Ritter, Geistlicher und Spießbürger. Endlich erhoben sie sich aber, im Jahre 1343, erschlugen über achtzehnhundert Ritter mit Dienern, Weibern und Kindern und belagerten die Hauptstadt Reval. Mit Vergnügen ergriffen die Ritter des deutschen Ordens die Gelegenheit, welche ihnen diese Wirren boten. Auf die Einladung der esthnischen Ritterschaft zog der Heermeister mit siebenhundert Reisigen nach Esthland. Vergebens erklärten die Esthen, sich dem Orden unterwerfen und demselben Tribut zahlen zu wollen, vorausgesetzt, daß sie von den Edelleuten befreit würden, deren Hochmuth und Tyrannei sie nicht länger ertragen könnten. Die stolzen Ritter ließen sich mit den Bauern in keine Unterhandlung ein. Sie begannen den Kampf und hieben die unkriegerischen und schlecht bewaffneten Landleute, beiläufig zehntausend nieder. Die Stifter des Freiheitskampfes, welche die Ritter lebendig fingen, wurden unter furchtbaren Martern getödtet. Der dänische Statthalter zu Reval und die Deutschen in Esthland konnten sich aber dieses Sieges nicht freuen. Der Orden machte für seine Hülfe eine Kostenberechnung, welche so hoch ausfiel, daß der König Waldemar (1346) Esthland lieber abtrat, als daß er die ihm unerschwingliche Summe bezahlte.

Inmitten des Gebietes des deutschen Ritterordens hatte sich die Stadt Riga ihre Freiheit erhalten. Allein auf die Dauer konnte sie dem mächtigen Orden nicht widerstehen, um so weniger als die Hansa, auf welche sie sich verließ, ihr die versprochene Hülfe nicht leistete. Riga mußte sich den Rittern ergeben, mußte diesen erlauben, eine Burg zu erbauen, von welcher aus die Bewohner der Stadt geschreckt und in Unterwürfigkeit gehalten wurden und verlor so seine Unabhängigkeit und freie Verfassung. Eben so glücklich, als gegen Polen, Esthland und Riga kämpfte der Orden mit den Litthauern, von denen er (1404) Samogitien eroberte. Von dieser Zeit an nahm aber die Macht der deutschen Ritter ab. In der Schlacht bei Tannenberg (1410) erlitten sie eine furchtbare Niederlage, in welcher der Hochmeister Ulrich von Jungingen mit vielen Rittern das Leben verlor. Im Frieden (1436) mußte der Orden Samogitien und Sudauen abtreten.

Wie gewöhnlich war die Folge dieser Verluste dem äußern Feinde gegenüber innerer Zwiespalt. Der Orden zerfiel in zwei feindliche Parteien, deren eine sich vom goldenen Schiffe, die andere vom goldenen Vließe nannte. Die Ritter übten einen so harten Druck, daß die Städte und der Adel von Preußen gegen sie die Waffen ergriffen (1440) und lieber unter polnischem Schutze (1454), als unter der Herrschaft des deutschen Ordens leben wollten. Nach einem zwölfjährigen Bürgerkriege, in welchem die Ritter erlagen, mußten sie, im Frieden von Thorn (1466), nicht blos an Polen wieder abtreten, was sie im Frieden zu Kalisch gewonnen hatten (Kulm, Michelau und Pommerellen), sondern auch für Ostpreußen die polnische Lehensherrschaft anerkennen. Doch auch nach diesen Verlusten war der Orden noch stark genug, dem russischen Reiche die Spitze zu bieten. Walter von Plettenberg, der Landheermeister von Liefland, schlug den Großfürsten Iwan III. Wassiljewitsch, in zwei Schlachten, bei Maholm (1501) und Pleskow (1502) und setzte dadurch dessen auf Liefland gerichteten Eroberungsgelüsten ein Ziel. Im Jahre 1511 erwählte der deutsche Orden den Markgrafen von Brandenburg-Culmbach zum Hochmeister, welcher, nachdem die Reformation dem Mönchswesen den Todesstoß gegeben hatte, den von dem Orden bisher beherrschten Ländern eine neue, weltliche Verfassung ertheilte.

In dieser Beziehung wurde er jedoch von Kaiser und Reich nicht unterstützt, sondern im Gegentheil bekämpft. Kaiser Karl V. verhängte über ihn die Reichsacht. Polen bot dem Ordensmeister einen freundlicheren Anhaltspunkt, als Deutschland. So kam es denn, daß er im Frieden zu Krakau (8. April 1528) die Oberlehensherrlichkeit dieses Reiches anerkannte, welche Deutschland folgeweise verlor.

Das von dem Hochmeister Albrecht in Preußen gegebene Beispiel, ahmte (1561) der Groß- oder Heermeister Gotthardt Kettler nach, indem er Kurland zu einem weltlichen Herzogthum machte. Er vererbte dasselbe bis in's achtzehnte Jahrhundert auf seine Nachkommen, hielt es aber, gleich dem Markgrafen Albrecht, für räthlich, sein Herzogthum von Polen zu Lehen zu nehmen. Esthland fiel unter schwedische, Liefland, in welchem Walter von Plettenberg, der ruhmgekrönte Besieger der Russen, früher schon die Reformation eingeführt hatte, unter polnische Herrschaft. Blutige Kriege zwischen den drei mächtigen Nachbarstaaten, Schweden, Rußland und Polen, welche alle diese Küstenländer zu gewinnen suchten, dauerten mit geringen Unterbrechungen fort. Auch Dänemark streckte eine Zeit lang seine Hand nach Liefland aus. Im Vertrage zu Altmark mußten die Polen Liefland an Gustav Adolph von Schweden nebst mehreren Städten in Preußen abtreten.

Die unglücklichen Bewohner der Ostsee-Provinzen gewannen durch die Veränderungen, welche sich im Laufe dieses Zeitabschnittes zutrugen, wenig. Die mit unerhörter Grausamkeit geführten Kriege verwüsteten das Land, die Bauern blieben nach wie vor leibeigen. Die Ritter herrschten mit großer Härte und die Städte hielten fest an ihren mittelalterlichen Privilegien. Die glücklichste Zeit war für Esthland und Liefland diejenige, da sie unter schwedischer Herrschaft standen, indem die schwedischen Könige ihnen doch einigen Schutz gegen die Bedrückungen des Adels gewährten, ihren Handel und ihre Schifffahrt hoben und die Bildung des Volkes beförderten.

Die Stammesverschiedenheit zwischen den herrschenden Deutschen und den unterdrückten Bauern lettischer Abkunft erschwerte die Annäherung zwischen beiden Theilen. Die Bauern blieben unzufrieden mit ihren Herren, diese konnten nie auf den guten Willen der Masse des Volkes rechnen und waren daher der Willkür ihrer übermächtigen Nachbarn preisgegeben. Sie mußten von den Russen sich plündern und morden lassen, sich bald den Polen und bald den Schweden unterwerfen, bis sie am Ende der despotischste aller ihrer Nachbarn, der russische Czaar, verschlang.

Das deutsche Reich ließ es geschehen, ohne sich zu rühren. Wie es früher dem Uebermuth der Ritter keine Schranken gezogen hatte, trat es im entscheidenden Augenblicke demjenigen der russischen Czaaren nicht entgegen. Ohne Schwertstreich gingen für Deutschland drei Provinzen verloren, welche für seine Grenzen im Nordosten und für die Herrschaft zur See nicht minder wichtig waren, als die Schweiz für die Grenzen im Südwesten und für die Herrschaft zu Lande. (Aus „Diesseits und jenseits des Oceans“ von G. Struve).

Politische Umschau.

Berlin, 13. Dec. Nach einer Berliner Correspondenz der Wiener „Debatte“ hätte der Plan Preußens, gemeinsam mit Oesterreich in Sachen des in Spanien einigermaßen unklarer Weise um's Leben gekommenen Prof. Hoffmann aus Nürnberg diplomatisch zu interveniren, in seinem weiteren Gefolge zu einem Gedankenaustausch über eine diplomatische Gesammtvertretung Deutschlands geführt, welche fortan von den beiden Vormächten allein zu übernehmen sei. Soll Preußen den einen Theil Deutschlands unter seine Fittiche nehmen, Oesterreich den andern, so ist das nichts Anderes, als ein Stück Mainlinie; sollen sie beide gemeinsam wirken, so wird in allen wichtigeren Fragen der Gegensatz der beiden Mächte sich geltend machen und jede durchgreifende Wirksamkeit neutralisiren.

Das wichtigste Ereigniß der hinter uns liegenden Woche ist **der Tod des Königs der Belgier.** Alle Zeitungen aller Länder sind darin einig, daß Leopold I. mit seltenen Regentengaben geschmückt gewesen sei; selbst solche Blätter, denen Republik und Musterstaat eins und dasselbe bedeutet, beeifern sich, den Zoll aufrichtigster Anerkennung auf den Sarg des todten Königs zu legen. Hören wir 2 Stimmen aus 2 entgegengesetzten deutschen Lagern und beginnen wir mit der „Allgemeinen Zeitung.“ Dieselbe sagt: „Seit dem Tode Abraham Lincolns wird keine Trauerkunde die politische Welt tiefer bewegen als die Nachricht vom Hinscheiden des Königs Leopold. Bei der Ermordung des Präsidenten der Vereinigten Staaten war, neben dem großen Volke der Nordamerikaner, die gesammte gebildete Welt durch das Verbrechen empört und durch den Verlust eines großen und edlen Mannes erschüttert. Indem König Leopold im hohen Greisenalter dem Gesetz der Natur verfällt, trauert zunächst nur ein Volk von wenigen Millionen an seiner Bahre; aber auch dies wird wieder die für politische Tugend empfängliche Menschheit mit Wehmuth erfüllt. Wohl dürfen wir Abraham Lincoln und König Leopold neben einander nennen. Ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Stellung und Thätigkeit haben beide aufrichtig der Freiheit gedient, der Völkerfreiheit, Abraham Lincoln war der erwählte Lenker einer mächtigen Republik; König Leopold das ebenfalls aus Volkswahl hervorgegangene Oberhaupt eines kleinen Staats. Abraham Lincoln hatte so eben sein Gemeinwesen durch einen furchtbaren Bürgerkrieg hindurchgeführt, den auf einem großen Theil seiner Staaten lastenden Schandfleck der Sklaverei getilgt, und dem weiten Gebiet den Frieden wieder gegeben. König Leopold hatte eine friedlichere und stillere Aufgabe, indem er vor vier und dreißig Jahren die Leitung eines sich aus erzwungener Verbindung durch Revolution losreißenden Volksstamms übernahm, um den Beweis zu liefern, daß verfassungsmäßig beschränktes Königthum und verfassungsmäßig beschränkte Volksfreiheit das Gedeihen eines Volks begründen können, wenn der Fürst sich klug und das Volk sich politisch reif beweist. Beide Todte haben sich nicht bloß um das ihnen zunächst anvertraute Land und Volk verdient gemacht, ihr Name gehört der Weltgeschichte an, weil er der Culturgeschichte angehört.“

Der „Nürnberger Anzeiger“, den auch sein ärgster Feind nicht der Kriecherei und Wedelei vor Königsthronen zeihen wird, sagt: „König Leopold von Belgien, nicht von Gottes Gnaden, sondern durch des belgischen Volkes freie Wahl auf den Fürstenthron gehoben, nimmt das Lob in die Geschichtsblätter der Zukunft mit hinüber: ein Musterfürst. Wohl, er war ein solcher durch die Treue, mit welcher er an der beschworenen Constitution festhielt, durch seine hohe staatsmännische Einsicht, seinen festen, über Parteieinflüsse erhabenen Charakter und seine hervorragende Regentenbefähigung; er verdiente sich dieses Lob redlich im Verlauf einer 34jährigen Regierung, während welcher er unablässig das Wohl seines Volkes zu fördern, dessen Freiheiten zu erweitern und zu befestigen bestrebt war. Dank seinem entschiedenen und umsichtigen Walten in dieser Zeit ist Belgiens Staatswesen, wie ungünstig auch seine Stellung im Verhältniß zu andern Staaten sein mag, so befestigt, daß der Regentenwechsel ohne die mindeste Anfechtung vor sich geht. Wie alle Parteien des belgischen Landes mit Ehrfurcht vor der Leiche dieses Fürsten stehen, so blicken alle Nationen freudig auf seine staatlichen Schöpfungen. Es hält schwer die Menge wohlthätiger Gesetze und Einrichtungen aufzuzählen, welche Belgien der 34jährigen Regierungszeit Leopolds verdankt. Die Gemeinden erfreuen sich der größten Selbstständigkeit. Die dem Staat untergebenen Unterrichtsanstalten wirken sichtbar segensreich. Es sind Ackerbau- und Gewerbeschulen, Musterwerkstätten, Volksbibliotheken zu nennen, die Rückzugskassen der Arbeiterassociation, die Fabrikgerichte, die Nationalbank. Kaum kann sich ein anderes Eisenbahnnetz mit dem Belgiens vergleichen. Die Handelsverträge mit Frankreich, dem Zollverein, England ꝛc. haben sämmtlich die Anerkennung der Zweckmäßigkeit. Die Schulden sind nicht übermäßig und in steter Abnahme begriffen. Vom 1. Mai 1864 bis 30. April 1865 allein wurden gegen 7 Millionen Franken abgetragen. Die Steuern betragen gegen 6 Fr. für den Kopf weniger als in Frankreich. Der Kriegsdienst ist nicht drückend ꝛc.

Und was befähigte den Mann, trotz der innern Parteizerklüftung und der geringen äußern Macht des Staats, all' diese bürgerbeglückenden und wohlthätigen Maßregeln durchzuführen? Was sicherte ihm, als er nach der Proclamirung der französischen Republik ruhig auf den Balkon des Schlosses von Brüssel trat und zu der erregten Menge die Worte sprach: „Wollt auch ihr die Republik, dann bin ich bereit, freiwillig abzudanken und es soll kein Tropfen Bürgerblut fließen“ — was sicherte ihm die tausendstimmige Antwort: „Es lebe der König Leopold!“?

Es war die Hochachtung und die Liebe des Volks, errungen seinerseits durch die gewissenhafteste Achtung der Verfassung, durch die Harmonie, in welche der König sich stets mit dem Volkswillen setzte, den er in der Majorität der Kammer ausgesprochen sah, und die hierauf gegründete souveräne Festigkeit, mit der er den dunkelhaften Zumuthungen der Parteien gegenübertreten konnte, welche ihn so manchmal zu mißbrauchen suchten.

Kopenhagen, 11. Dec. Die gesammte Tagespresse spricht die Befürchtung einer eventuellen Vertreibung des Königs von Griechenland aus. Die letzten Berichte Sponneck's haben, wie gerüchtweise verlautet, die königliche Familie sehr entmuthigt.

Stockholm, 8. Dec. Der Priesterstand hat heute das Reformgesetz ohne Abstimmung angenommen. Demselben haben mithin alle vier Stände zugestimmt. Im Volke herrscht große Befriedigung. Es werden Kundgebungen vorbereitet.

Die **Schweden**, unser stammverwandtes Brudervolk, haben endlich einen tüchtigen Schritt vorwärts gethan, um ein neues staatliches Leben zu beginnen. Bürger und Bauern, Adel und Geistlichkeit haben Ja gesagt zu den von der Regierung gestellten Anträgen auf eine vernunftgemäße Volksvertretung. Während das benachbarte Norwegen durch seine volksthümlichen Einrichtungen gerechte Ansprüche hat auf den Namen eines Musterstaats, ist im Staate Schweden bisher noch Vieles faul gewesen. Eine andere Volksvertretung wird auch andere Zustände schaffen. Namentlich auf den Bauern lastete bisher ein unerträglicher Druck. Die Bauern müssen 1/3 der Staatslasten tragen, einen ansehnlichen Theil des Heeres unterhalten und die Straßen bauen. Die Theilbarkeit der großen Güter, in Norwegen längst eingeführt und wohlthätig wirksam, ist in Schweden so gut wie nicht vorhanden. Ein schwedisches Blatt hat einmal gesagt: „Ein ärgeres Schimpfwort als „Bauer" kennt der Schwede nicht. Er wird von Jedermann mit einem verächtlichen Du angeredet, und er selbst hält Jedermann für berechtigt dazu. Der stolze schwedische Adel, so stolz wie in keinem Lande, hält den Bauer nicht höher als man im Mittelalter die Leibeigenen hielt. Neun Zehntel der Volkszahl Schwedens bestehen aus Bauern, und diesen ist nicht ein Viertel der gesetzgebenden Macht zugefallen. Die Stimmenzahl der andern Stände auf dem Reichstage ist dreimal größer, und sonach sind die Bauern niemals im Stande, irgend etwas selbstständig durchzusetzen, und werden bei allen Gelegenheiten überstimmt. Daher denn auch die gesteigerte Anzahl der Auswanderungen." Der Ritterstand (1,666 Familienhäupter) zählt 50 Vertreter; der Priesterstand (2,232 Familienhäupter) zählt deren 60; der Bürgerstand mit 13,366 Familienhäuptern gleichfalls 60; der Bauernstand endlich mit 394,610 Familienhäuptern wird durch 100 Deputirte vertreten. Es kommt also je ein Vertreter: beim Adel auf 33 Familienhäupter, bei der Geistlichkeit auf 37, beim Bürgerstande auf 222, bei den Bauern auf 3,946. Dabei bildet jeder der 4 Stände eine getrennt von den andern berathende und beschließende Kammer.

Als wichtiges Ergebniß der Präsidentenwahl der Abgeordneten in **Italien** ist noch das Durchfallen Rattazzi's speciell zu bezeichnen, weil damit die Niederlage der französischen Partei beurkundet ist.

Newyork. Die Politik des Präsidenten Johnson, die südlichen Staaten unverzüglich in die Union zurückzuführen, ist besiegt. Die öffentliche Meinung, eine Zeitlang irre geführt, ist wieder zu sich selbst gekommen, und die öffentliche Meinung ist in den Staaten der Union das Volksgericht. Der Präsident, sonst der gütige Patron des Südens hat endlich den Undank der Südstaaten und deren feindselige Stellung gegen den Norden erkannt. Der Kongreß hat das Recht, die Abgeordneten der Rebellenstaaten vorläufig auszuschließen, d. h. auf so lange als sie die Bedingungen, an welche ihre Zulassung geknüpft ist, noch nicht anerkannt haben. Diese Bedingungen lauten in Kurzem: Die in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochene Gleichberechtigung aller Menschen auf Freiheit, Sicherheit der Person und Streben nach einer glücklichen Existenz, ohne Unterschied der Geburt und Race, wird als das Gesetz der Union anerkannt. Die Farbigen dürfen nicht mehr „Befreite", sondern müssen „freie Menschen" genannt werden und es wirklich sein. — Die neuen Verfassungen der südlichen Staaten müssen von dem Volke anerkannt werden, damit sie nicht später als blos gezwungen angenommene wieder abgeschafft werden können. — Der Eid der Treue muß von den südlichen Abgeordneten geleistet werden, und keiner, der durch seine Betheiligung an der Rebellion daran verhindert ist, darf zugelassen werden. Der Senat ist in seiner Majorität radical; wenn derselbe auch nicht das Negerstimmrecht als eine unerläßliche Bedingung der Zulassung der südlichen Staaten aufstellen wird, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß er die persönlichen Rechte der Farbigen durch Bundesgesetze schützen will. Das Haus der Repräsentanten, neu gewählt im vergangenen Jahre, hängt von der augenblicklichen Stimmung der öffentlichen Meinung ab; diese aber ist jetzt wieder im Steigen. Ein Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Congreß über die Zulassung der südlichen Abgeordneten ist bei der gegenwärtigen Gestaltung der Zustände nicht wahrscheinlich, da selbst der Präsident dieselbe verlangen oder doch billigen muß, um die Südländer für den ihm gebotenen Trotz zu bestrafen. Bei der offenbaren Absicht des südlichen Adels, die Emancipirten zu einer Kaste von Parias zu machen, wird der Congreß das Nationalprincip der menschlichen Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze im Süden einführen und sichern müssen. Mit weniger kann die öffentliche Meinung des Nordens nicht befriedigt werden. Ohne harten Kampf wird dieses aber nicht geschehen.

Centralisation oder Was?

K. Will man sich über „Centralisation" und „Decentralisation", über „Einheitsstaat" oder „Föderalismus" verständigen, so ist, wie in allen Dingen, das Erste und Nöthigste die Klarheit über die Begriffe selbst. „Mit Worten läßt sich trefflich streiten", — wenn es nämlich blos auf den Streit ankommt. Der geehrte Verfasser des Artikels in der Beilage zu Nr. 152 der „Allgem. Arbeiterzeitung" sagt: „Centralisation der ganzen Gesetzgebung und Verwaltung eines Landes in Einer Hand oder in Einem Regierungscollegium führt stets zum nackten Despotismus, dafür ist Frankreich der beste Beweis."

Eine solche Centralisation führt nicht nur zum nackten Despotismus, sie ist der Despotismus bereits; was zum Despotismus „führen" kann, das könnte viel unverfänglicher lauten und in viel liberalerem Gewande auftreten. Zum Despotismus „führt" jede Verfassung, welche das gesammte politische Leben eines Landes nach dem Mittelpunkt desselben drängt, so daß die Pulsschläge des allgemeinen Interesses matter werden, je mehr man sich den Gränzen oder der Peripherie nähert. Der wirkliche Volksstaat muß überall leben, oder er ist bald überall todt.

„Der Föderalismus in der Schweiz hat dahin geführt, daß die in der Bundesverfassung garantirte Freizügigkeit durch cantonale Gesetze ganz illusorisch gemacht werden konnte, so daß in Folge von Handelsverträgen mit Frankreich, Amerika u. s. w., der Ausländer besseren Rechtes wurde als der Schweizer; er hat dahin geführt, daß die wichtigsten Reformen, z. B. die Einführung eines allgemeinen schweizerischen Handelsgesetzbuches zur Unmöglichkeit geworden sind."

Aber mit Verlaub! Das ist keine „Decentralisation", kein „Föderalismus", wenigstens nicht in demselben Staatsganzen; das ist Excentralisation, das ist Bundesgenossenschaft statt Bundesstaat, oder Alles was man will, nur nicht das Richtige.

„Für Deutschland betrachten wir eine Bundesverfassung nach schweizerischem oder amerikanischem Muster geradezu für ein Unglück." Gemach! — „oder nach amerikanischem Muster" — lassen wir Amerika für den Augenblick bei Seite; wir müßten sonst die vom Verfasser nicht erwähnten Unzuträglichkeiten der Unionsverfassung erst herbeiholen und prüfen. Bleiben wir bei der Schweiz!

Wer hat denn jemals gesagt, die Schweiz solle für Deutschland das Muster oder die Schablone werden, nach welcher unser künftiger Bundesstaat zuzuschneiden wäre? Man hat von Beispielen gesprochen, von Vorgängen, die unserer ganzen Aufmerksamkeit würdig seien, von dem historischen Beweise, daß man in der laxeren Einheit besser lebe und sich die Zukunft glücklicher wahre, als in der allzu strammen. Deutschland ist doch nicht die Schweiz, Deutschland wird erstens nach seiner Eigenthümlichkeit handeln und zweitens die warnenden Zeigfinger der Geschichte nicht übersehen.

Was die Existenz von „Nassau, Lichtenstein und Hessen-Homburg" betrifft, die den Verfasser so sehr erschreckt, so ist das wahrlich unsere geringste Sorge. Wenn diese Bereiche das Unglück haben sollten, ihre Fürsten zu verlieren, so würden sie vermuthlich ihrer Selbstständigkeit zuerst satt werden. Dieses Unglück droht ja bekanntlich für Homburg schon heran.

Aber die idealste Ausmalung eines „souveränen Nationalparlamentes" und der „lediglich ausführenden Executivbehörde" hilft uns über gewisse Schwierigkeiten und Bedenken nicht hinweg, namentlich wenn wir mit dem Verfasser die Freiheit, „das höchste, edelste Ziel der Menschheit" nennen und im Staate die „Erziehung und Entwicklung der Menschheit zur Freiheit" erblicken. Denn diese Freiheit will eben allenthalben im Staate geübt sein, sie ist damit nicht erreicht und fertig, daß einmal alle paar Jahre Wahlen für das Volkshaus vorgenommen werden; sie bedarf nicht nur der Universität der „Nationalversammlung", sondern auch der Elementarschule der „Gemeinde" und der Mittelschule des „Kreises" oder der „Gruppe."

J. J. Rousseau war bekanntlich der Ansicht, die demokratische Republik lasse sich nur in kleinen Gemeinwesen verwirklichen, wo jeder Bürger auf den Markt kommen könne; sobald ein größeres Ganze die Repräsentation oder Vertretung nothwendig mache, gehe ein Theil der ursprünglichen Freiheit verloren. Man hat das paradox, wunderlich, unrichtig gefunden. Es liegt dieser Behauptung aber eine tiefe, unverkennbare Wahrheit zu Grunde. Was ist nun zu machen, wenn man mehrere kleine Gemeinwesen in Eins organisiren soll und muß, wenn ein Kreis, eine Gruppe demokratisch eingerichtet sein will? Man gibt demokratische Communalverfassungen, in denen jeder Bürger über das Gemeindewohl mitzureden hat, und man macht eine auf Repräsentation beruhende demokratische Kreis- oder Gau-Verfassung.

Hat dann ein zur Einheit hinstrebender, von Natur durch Sprache und Sitte auf einander angewiesener Volkscomplex eine solche Ausdehnung, daß er 10 oder 12 Gruppen umfaßt: so entsteht in höchster Instanz die demokratische Gesammt- oder National- oder Bundesverfassung, wiederum auf breitester Grundlage und mit schärfster Abmessung der Befugnisse der Executive und der Legislative. Will man obendrein die Freiheit bis ins Einzelne gewissenhaft hüten und alle unberechtigten Uebergriffe der Gesammtheit abhalten oder abwehren: so schafft man neben der Nationalvertretung noch ein zweites Haus, ein Staaten- oder Ständehaus, auch Senat genannt, welches bei gewissen Fragen gehört werden muß. Dann haben wir Freiheit im Ganzen wie im Einzelnen, dann schädigt die Einheit die Freiheit nicht, die Freiheit artet nicht in Eigensinn und Behinderung des Gesammtinteresses aus.

Ein ganz praktischer Grund tritt fürsprechend für solche „Theilung der Arbeit" auf. Was hätte ein Gesammtparlament Alles zu thun, wie unleidlich und unbezwingbar würde seine Thätigkeit, wenn es neben den Gesammtinteressen auch noch die Spezialanliegen der einzelnen Regionen, ja die Lokalbedürfnisse der zahllosen Gemeinden erledigen und befriedigen sollte? Wie langweilig werden nicht Parlamente und Nationalversammlungen durch diese Detailwirthschaft, und wie tief hat längst jeder Zeitungsleser instinktiv gefühlt, daß solche Dinge nicht dahin gehören!

Die Schwierigkeit, das wissen wir wohl und sind durchaus nicht gewillt, sie zu leugnen, — die Schwierigkeit liegt in der Abmessung der Competenzen, in der Absteckung der Gränzen zwischen den verschiedenen Functionen. Aber theils hat der Deutsche die Erfahrung anderer Länder vor sich, und zwar im Guten wie im Schlimmen; theils steht ihm die eigene Erfahrung bevor, ohne die noch kein Volk klug geworden ist. Nur wäre es, nach der geschichtlichen Erfahrung Deutschlands, jedenfalls räthlich, die Zügel der Centralisation — die ja ein nothwendiges Element der staatlichen Einheit bildet — nicht zu französisch anzuziehen, damit die Völker nicht jenen Bruderkrieg beginnen, um welchen die Fürsten bisher herumlavirt haben.

Im Nothwendigen die Einheit, im Nützlichen die Gliederung, überall aber und in alle Wege die Freiheit. Wollen wir weiter discutiren, so laßt uns untersuchen, was das Nothwendige ist, ohne welches wir auseinanderfallen, und dann, welchen Grad von Freiheit, von Thätigkeit im Einzelnen wir beanspruchen müssen, um wir selbst zu bleiben. Zwischen dem Auseinanderfallen als Nation und dem Aufgeben unserer selbst, muß sich ein Mittleres finden, welches diesmal die „richtige Mitte" sein würde.

Socialer Theil.

Ein Beitrag zur Würdigung der Todesstrafe.

† **Celle**, 3. Dec. Vor einigen Tagen wurde ein junges Mädchen aus Eisenrode, hiesigen Obergerichtsbezirks, im Binnenhofe des hiesigen Gefangenhauses mittelst Fallbeiles enthauptet. Dieselbe hat ihr 1¼jähriges uneheliches Kind in einem Wassereimer ertränkt, und war nicht zur Besinnung gekommen,

als das Kind sich zum ersten Male aus dem Eimer herausarbeitete, sondern die wahre Rabenmutter hatte dasselbe zum zweiten Male mit den Armen in den Eimer gesteckt, damit es sich nicht herausarbeiten sollte, und außerdem noch so lange an den Beinen festgehalten, bis sie von dem Tode ihres Kindes sich überzeugt hatte. Es ist dieses eine entsetzliche, eine empörende That, und man sagt, daß auch der König gerade deshalb jede Begnadigung abgelehnt und die Hinrichtung befohlen, obgleich Seitens des Vertheidigers der Delinquentin vor dem Schwurgerichte und des Seelsorgers im Gefangenhause noch einige Tage vor Vollziehung der Execution ein motivirtes Gnadengesuch an Se. Majestät den König abgegangen war.

Wenn man hierbei von der Streitfrage der Berechtigung der Todesstrafe überhaupt absieht, so wird mancher unserer Leser sagen: „das Mädchen hatte den Tod doppelt und dreifach verdient!“ und doch fühlen wir uns geneigt, ein milderes Urtheil über die Unglückliche auszusprechen, ja wir sind der Ansicht, daß, wenn wir andere Domicilgesetze gehabt hätten, dieser Doppelmord (wir sind nämlich der Ansicht: Mord ist Mord, ganz gleich, von wem er verübt wird) unterblieben wäre.

Das unglückliche Mädchen, welches den unteren, ungebildeten Ständen unserer Haidegegend angehörte, hatte früh unehelich geboren, und befand sich zum zweiten Male unehelich schwanger. Der letzte Schwängerer wollte das Mädchen heirathen, erhielt auch hierzu von der Gemeinde Fallersleben, wo er wohnberechtigt war, die Erlaubniß, jedoch mit der Einschränkung, daß das erste uneheliche Kind der Braut Heimathsrechte in Fallersleben nicht erwerben solle. Da nun nach unsern Gesetzen uneheliche Kinder ihr Domicil an dem Orte erhalten, wo die Mutter wohnberechtigt ist, aber dann, wenn die Mutter anderswo Heimathsrechte erwirbt, auch stillschweigend ebenfalls dort Wohnrechte erwerben, so mußte die Gemeinde Essenrode, woher die Mutter gebürtig war, einen Schein ausstellen, daß das uneheliche Kind trotz der Verheirathung der Mutter nach Fallersleben, Wohnrecht in Essenrode behalten solle. Die Gemeinde Essenrode weigerte sich, diesen Schein auszustellen, und alle Versuche, die beiden Gemeinden von ihren Beschlüssen abzubringen, blieben trotz der Verwendungen der Behörden erfolglos, weil dieselben gesetzlich nicht gezwungen werden können.

Das unglückliche Kind war also das Hinderniß, daß eine eheliche Verbindung nicht zu erreichen war, und das Mädchen sah sich in der Gefahr, zum zweiten Male unehelich ein Kind zur Welt bringen zu müssen, und jede Aussicht auf eine spätere Verheirathung gänzlich schwinden. In diesem hoffnungslosen Zustande faßte sie den wahnsinnigen Entschluß, ihr Kind aus dem Wege zu schaffen und führte solchen Entschluß, wie oben angegeben, aus.

Weit entfernt, diese finstere traurige That irgendwie beschönigen zu wollen, sind wir doch der festen Ueberzeugung, daß da die Hauptursache hierzu durch unser veraltetes, jedem vernünftigen Verhältnisse hohnsprechendes Domicilgesetz hervorgerufen ist, eine Begnadigung der Unglücklichen am Platze gewesen wäre.

Sollte dieser traurige Fall wohl endlich Veranlassung zu einer Gesetzesreform werden? Wir müssen leider daran zweifeln, und zwar gerade deshalb daran zweifeln, weil diese Verhältnisse höheren Orts wenig Eindruck gemacht haben.

Die obige Hinrichtung ist die zweite in unserer Stadt, die zehnte im Königreiche gewesen, welche nicht mehr öffentlich, sondern im verschlossenen Raum, nur in Gegenwart der Kronanwaltschaft und 12 Bürger der Stadt geschehen ist. Bei der vor einigen Monaten stattgehabten ersten Hinrichtung hatte es sich die Mehrzahl unserer **Bürgervorsteher** nicht nehmen lassen, dem Acte als **Ehrenzeugen** beizuwohnen; bei dieser letzten Hinrichtung haben dieselben jedoch davon abgestanden und andere Bürger in Vorschlag gebracht. Traurig genug, wenn man solcher Hinrichtung noch als Ehrenperson beiwohnt, ohne dazu verpflichtet zu sein. (**Wann wird unsere Zeit die letzte dieser Brutalitäten sehen**, die man Acte der „Gerechtigkeit“ nennt. Nur im idealen Staat, der seiner Aufgabe für das geistig-sittliche und materielle Wohl seiner Bürger in jeder Hinsicht genügt, ließe sich für die dann dennoch vorkommenden todeswürdigen Verbrechen eine Berechtigung zur Todesstrafe denken, dann aber würde sie aus Mangel an Verbrechen und Verbrechern nicht nöthig sein. Unser an dem Druck unvernünftiger Einrichtungen (Ueberbleibsel längst vergangener Zeiten und Verhältnisse) laborirender heutiger Staat und Gesellschaft machen den Einzelnen erst zum Verbrecher, und dann — tödten sie ihn! Und diesen doppelt brutalen Mord nennt man sodann in wahrer Blasphemie „Todesstrafe“ nach den Geboten „göttlicher Gerechtigkeit“, bei der die orthodoxen Glaubenseiferer und modernen Pharisäer salbungsvoll die Augen nach dem Himmel verdrehen. D. Red.)

Berlin. Der „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ hat die Frage der „Frauenarbeit“ auf seine Tagesordnung gesetzt. Seine vorberathende Commission ist hiefür zu folgenden Resolutionen gelangt:

1) Obschon das Wirken der Frauen in der Familie die ursprünglichste und wichtigste Aufgabe des weiblichen Berufs ist und bleibt, so dürfen dem weiblichen Geschlecht doch gewerbliche Berufsthätigkeiten nicht verschlossen werden.

2) Das weibliche Geschlecht, welches in Deutschland zur Zeit weniger als in anderen Ländern gewerblich beschäftigt ist, eignet sich vollkommen zur gewerbsmäßigen Beschäftigung bei den meisten Handels- und technischen Verrichtungen.

3) Da sich der Lohn nach den Leistungen zu richten hat, so ist es nicht gerechtfertigt, die Arbeit der Frauen bei gleichen Leistungen niedriger, als die der Männer zu bezahlen.

4) Um diejenigen Mädchen, welche auf Grundlage einer vollständigen Schulbildung sich einem gewerblichen Berufe widmen wollen, dazu geschickter und ihre Leistungen einträglicher zu machen, wird die Errichtung von Fortbildungs (Fach-) Schulen für dieselben empfohlen.

5) Die Theilnahme der Schülerinnen an dem auf die nothwendigen Lehrgegenstände zu beschränkenden Unterricht bleibt bezüglich der verschiedenen Gegenstände dem Bedürfnisse und freien Ermessen überlassen. Zur Erlangung von Kenntnissen, welche nicht zum eigentlichen Unterrichtsplan gehören, hat die Schule — so weit nöthig — nur Gelegenheit zu bieten.

6) Neben dem Unterricht empfiehlt sich für die Vorbildung der Schülerinnen die praktische Unterweisung in kaufmännischen und industriellen Geschäften, deren Inhaber dazu bereit und befähigt sind.

7) Sehr wünschenswerth zur Herbeiführung des beabsichtigten Erfolges ist die Gründung von Vereinen, insbesondere von Frauenvereinen, welche unter Beistand gewählter Männer die oben angedeuteten Mittel und Wege zur Erweiterung und Verbesserung der Erwerbsgebiete der Frauen weiter verfolgen.

! **Berlin,** 13. Dec. Vorläufig haben in dem Zerwürfniß unter der Partei, deren Organ der „Socialdemokrat“ ist, die Jünger Abubeckers formell den Sieg davongetragen. Die „Generalversammlung“ des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ freilich nicht von allen Gemeinden besucht, hat dennoch in Frankfurt a. M. stattgefunden und die vom „Socialdemokrat“ gegen Abubecker geübte Kritik mißbilligt. Die nächste Nummer des Socialdemokrat brachte an der Spitze des Vereinstheils die nachstehende Erklärung des Vorsitzenden der „Generalversammlung“:

Erklärung.

Die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins spricht ihre entschiedene Mißbilligung über das Verfahren der Redaction des Socialdemokrat in den Nummern 200, 201 und 202 des Blattes, bezüglich der Kritik des Verfahrens des damaligen Präsidiums in der Anordnung der Generalversammlung, aus, indem sie, abgesehen von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit und Zulässigkeit einer Kritik, dieselbe doch unter den vorliegenden Umständen nur als eine dem Verein schädliche ansehen kann, die von dem Vereinsorgan vor Allem unterlassen werden mußte. Sie erkennt gleichzeitig hiermit das Verfahren des damaligen Präsidiums in der Anordnung der Generalversammlung als gerechtfertigt an.

Frankfurt a. M., den 1. December 1865.

Hugo Hillmann, Vorsitzender.

Gleichzeitig enthielten jedoch dieselbe und die folgenden Nummern des „Socialdemokrat“ geharnischte Erklärungen verschiedener Vorstandsmitglieder des Vereins, die der thatsächlichen Begründung für die darin gegen Abubecker und sein ganzes Verhalten in den Angelegenheiten des Vereins und speciell in dieser Sache durchaus **nicht** zu entbehren scheinen. **Recht hatte** der „Socialdemokrat“ offenbar, Abubecker aber ist gewandter in der Intrigue. Im übrigen macht es einen guten Eindruck für den unbefangenen Beobachter, daß die Masse der Partei sich über diese persönlichen Kämpfe der Führer erhebt und den innern Zusammenhang zu erhalten bemüht ist. Gelingt es derselben, sich von unlauteren Elementen zu reinigen, so kann das ihr von anderer Seite prophezeite Auseinanderfallen ins Gegentheil umschlagen. Ueber die Wege zum gemeinsamen Ziel ist unter den Arbeitern selbst, bei dem unter ihnen vorherrschenden redlichen Wollen, eine Verständigung, mit wachsender Klarheit und Reife der Einsicht, sehr wohl möglich.

Die L. C. schreibt: „**Eine Broschüre gegen die social-demokratische Partei** ist gestern hier ausgegeben worden. Sie führt den Titel: „Die Geschichte der social-demokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalle's“. (Zusammengestellt und actenmäßig belegt aus den beiden Organen der Partei, dem „Socialdemokrat“ in Berlin und dem „Nordstern“ in Hamburg.) Die Broschüre beginnt mit dem Streite um Lassalle's Leiche, gibt sodann biographische Notizen über diejenigen Männer, die Lassalle's Erbschaft als Agitator für die social-demokratische Partei angetreten, hauptsächlich über die Herren Bernhard Becker (vulgo Abubecker) und J. B. v. Schweitzer, über ihr Verhältniß zu Gräfin Hatzfeld, ihre Streitigkeiten unter einander und mit der Redaction des „Nordstern“. Die Broschüre verbreitet sich sodann über die Streitigkeiten im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die dadurch hervorgerufen, daß sich ein Theil der Mitglieder mit der Reaktion eingelassen, gibt eine Geschichte der Entstehung des „Socialdemokrat“ und sucht zu beweisen, daß dieses Blatt resp. seine Redacteure oder Mitarbeiter im Zusammenhange mit der Reaktion stehen. — Für die betreffenden Behauptungen sind fast durchgängig Citate aus den beiden Organen der „social-demokratischen“ Partei und Briefe der Hauptführer derselben beigebracht. Am Schlusse beschäftigt sich Schrift speciell mit der hiesigen Arbeiterbewegung und gibt eine Charakteristik der letzten hier stattgefundenen Arbeiterversammlungen und der dort als Hauptredner aufgetretenen Männer. Der Grundgedanke der Schrift ist der, zu beweisen, daß die Bestrebungen der social-demokratischen Partei wenigstens theilweise mit der Reaktion in Verbindung gestanden haben und noch stehen.“ — So die Lithogr. Correspondenz, deren Richtigkeit wir so lange dahin gestellt sein lassen müssen, als wir nicht selbst die Broschüre zu Gesicht bekommen und von der Richtigkeit der darin enthaltenen Behauptungen durch die dafür beigebrachten Nachweise wirklich überzeugt sind.

Aus der Werkstätte.

Der Kladderadatsch.

Ich bin ganz mit dem „Arbeiter aus Franken“ in Nr. 153 dieses Blattes einverstanden, der nichts mehr von dem Kladderadatsch wissen will. Die Sache der Arbeiter ist eine viel zu ernste, als daß dieselben ihre Zeit mit dem Lesen der oft sehr gewöhnlichen Witze, die das gedachte Blatt liefert, verschwenden sollten. Ein Witzblatt muß auf der Höhe der Zeit gleichsam über den Parteien stehen, und einschlagen wie der Blitz, der auch von der Höhe herabfährt, wenn die verpestete Atmosphäre gereinigt werden soll. Ein Blatt aber, wie Kladderadatsch, das aus sicherem Versteck auf „die Kleinen“ losschießt, vor „den Großen“ in nächster Nähe aber schweifwedelt, würdigt sich zum bloßen Possenreißer herab, und ist deshalb nicht werth, in anständiger Gesellschaft geduldet zu werden. Will man übrigens in den Arbeitervereinen gern ein Witzblatt lesen, so würde ich anstatt des „Kladderadatsch“ die „Frankfurter Laterne“ anrathen.

Ein Arbeiter aus Thüringen.

Kassel, im Nov. Es sei gestattet, einige Worte zu sagen über des Herrn Moritz Müller Vorträge und Brochüren, Frauenbildung und Frauenarbeit betreffend.

Einem Käufer, der sich in den Besitz einer guten und billigen Uhr setzen will, gilt es selbstverständlich gleich, ob dieselbe von Mannes- oder Frauenhand verfertigt ist. Daß aber nur ungeschickte Arbeiter darunter leiden, wenn der Arbeitskreis der Frauen sich erweitert, ist ein Irrthum. Gerade tüchtige Arbeiter werden durch die Concurrenz der Frauen zu Schaden kommen, indem es ihnen unmöglich sein wird, in den Lohnverhältnissen mit den Frauen zu concurriren. Auch wird auf dem von Herrn M. M. bezeichneten Wege die Bildung der Frauen nicht angebahnt.

Herr M. M. zählt in Nr. 143 d. Bl. etwa 80 verschiedene Geschäfte auf, welche ihm als geeignet für Frauen erscheinen. Ist denn aber die männliche Arbeitskraft so erschöpft, daß sie durch Frauenarbeit abgelöst werden müßte? Oder soll der männliche Arbeiter zurückstehen, damit das Kapital der Herren Arbeitgeber um so üppiger wachse? In welcher Weise soll denn aber der Mann sein Leben fristen?

Und nun wo bleibt die so sehr betonte Bildung der Frauen? Ich habe, um ein Beispiel aufzustellen,

Digitized by Google

Bestens empfohlen

Industriellen, Gewerbtreibenden sowie allen Freunden deutschen Gewerbfleisses.

Verlag von Otto Spamer in Leipzig.

Stätten des Gewerbfleißes.

Kleine und große Industrien, als:

Herstellung kleinerer Metallwaaren (Schlösser, Stahlfedern, Näh- und Stecknadeln, Drahtstifte, Nägel), Pumpen, Spritzen und hydraulische Pressen, Pianofortefabrikation, Drehkunst, Wagen- und Kutschenbau, Mahlen und Backen, Buchbinderei, Seil- und Taufabrikation, Lederbereitung, Kautschuk und Gutta-Percha, Bereitung der Seifen, Kerzen, Parfümerien, Tapeten- und Wachstuchfabrikation, Bleichen, Färben und Bedrucken der Zeuge.

Mit 150 Text-Abbildungen und drei Tondruckbildern.

Die neuesten Fortschritte

auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens und der Fabrikation.

Enthaltend:

Chemische Fabriken und Produkte, Feuerzeuge und Phosphor, die gezogenen Feuerwaffen in ihrer neuesten Vervollkommnung, Aufgußgetränke und Gewürze: Kaffee, Thee, Cacao und Chokolade, Pfeffer, Zimmet, Muskat u. s. w., der Tabak, seine Geschichte und Industrie, die neuesten Fortschritte in der Photographie und Stereoskopie, die Nähmaschine, die kohlensauren Getränke.

Mit 150 Text-Abbildungen und fünf Tondruckbildern.

Preis jedes Bandes 1 Thlr. = 1 Fl. 48 Kr. rh.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes. 53

= Nicht zu übersehen. =

Das Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien,

= Prachtausgabe in etwa 50 Lieferungen, =

mit ungefähr 2500 erklärenden Illustrationen, vielen Ton- und Extrabildern, à 5 Sgr. pro Heft,

ist bereits bis zum 39. Hefte, dem Schlusse des vierten Bandes gediehen. Es kann nunmehr die Vollendung dieses nationalen Unternehmens für das erste Halbjahr 1866 bestimmt zugesagt werden. An diejenigen Abnehmer, welche auf dieses überaus billige und nützliche Buch erst während der letzten Zeit subscribirten, insbesondere aber an solche, welche auf dasselbe nicht bei einer Buchhandlung abonnirten, ergeht die ergebene Aufforderung, auf dessen Vervollständigung recht bald Bedacht zu nehmen, da nach Vollendung des Werkes leicht einzelne Lieferungen nicht mehr beschafft werden könnten. — Bestellungen auf dieses ausgezeichnete „wahre Prachtbuch", wie die Kölnische Zeitung es nennt — werden fortwährend in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes angenommen.

Verlagsbuchhandlung von Otto Spamer in Leipzig. 54

Einladung zum Abonnement
auf das

Mannheimer Journal,

redigirt von Dr. Wilhelm Koffka.

Mit dem 1. Januar 1866 beginnt ein neues Abonnement auf das Mannheimer Journal, zu welchem wir hiermit ergebenst einladen. Wie seither, wird es das Bestreben unserer Zeitung sein, die Leser von dem Gang der Weltereignisse und deren Zusammenhang in unbefangener Anschauungsweise unterrichtet zu erhalten und dabei überall die Prinzipien des Fortschritts und freisinniger staatlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zur Richtschnur zu nehmen. Für die möglichste Schnelligkeit der Mittheilungen ist durch den Bezug von Telegrammen Sorge getragen, die uns in den Stand setzen, für einen weiten Umkreis alle wichtigen politischen Nachrichten zuerst zu bringen. In besonders dringenden Fällen werden dieselben durch Extra-Blätter befördert.

Das mit dem „Mannheimer Journal" verbundene Feuilleton, bringt Erzählungen, Novellen rc. rc., und ist stets bemüht, der Unterhaltung einen möglichst weiten Spielraum zu bieten.

Der halbjährige Abonnementspreis beträgt im Großherzogthum Baden 3 fl. 33 kr., im deutschen Postverband 4 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 18 Sgr. pr. S.

Der großen Verbreitung wegen eignet sich das Mannheimer Journal vorzüglich zu Anzeigen und wird der Raum der vierspaltigen Petitzeile mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder erbitten wir franco. Auswärts nehmen Inserate für uns entgegen: Das Bureau Central de publicité étrangère, rue des bons enfants 28 und Herren Laffite, Bullier u. Comp., 8 place de la bourse zu Paris, Herr G. A. Alexandre in Strasburg, Herr H. Nijgh, Verleger des Nieuwe Rotterdamsche Courant in Rotterdam, Herr E. Schlotte in Bremen, Herr W. Greven, Buchhändler in Cöln, die Jaeger'sche Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung und Herren G. L. Daube u. Co. in Frankfurt a. M., Herren Haasenstein u. Vogler in Wien, Altona, Hamburg und Frankfurt a. M., Herr A. Retemeyer Breitestraße 1 in Berlin, Herr L. Stangen in Breslau, Herren Illgen u. Fort und Herr H. Engler in Leipzig, Herr L. W. Jörg in Augsburg, Herr A. Necknagel in Nürnberg und Herr Fr. Schultheß in Zürich.

Mannheim, im December 1865. **Die Expedition.**

Der

„Mannheimer Anzeiger"

erscheint auch im nächsten Quartale in einem Bogen Groß Royal als tägliche Zeitung Vormittags.

Der „Mannheimer Anzeiger" bekennt sich zu entschieden freisinnigen Grundsätzen, und behandelt von diesem Standpunkte aus, unterstützt durch zahlreiche Mitarbeiter, die politischen und socialen Verhältnisse in Leitartikeln, Correspondenzen und Auszügen aus den besten Blättern. Wichtige politische Nachrichten, sowie außer der üblichen Ausgabezeit einlaufende telegraphische Depeschen werden in Extrablättern mitgetheilt.

Dem politischen Theile schließen sich inhaltreiche Rubriken über Handel, Verkehr, Landwirthschaft u. s. w. belehrenden und anregenden Inhaltes an.

Der Unterhaltung dient ein gewähltes Feuilleton in Erzählungen, Biographien, Gedichten rc.

Mit dem „Mannheimer Anzeiger" ist das „Tägliche Straßenplakat" verbunden, welches hier an den öffentlichen Plätzen und den frequentesten Straßenecken wie auch auf den badischen und pfälzischen Bahnhöfen angeschlagen wird.

Anzeigen werden in beiden Blättern zusammen mit 2 kr. = ⅔ Sgr. die gewöhnliche Petitzeile berechnet.

Bei seiner großen Verbreitung, gegenwärtig 3600 Exemplare, und dem reichen Inhalte, darf sich der „Mannheimer Anzeiger" zugleich als billigstes hiesiges Blatt, das seinen Leserkreis in einem weiten Umkreise zählt, sowohl zu Abonnements wie zu Insertionen bestens empfohlen halten. Der Abonnementspreis beträgt für die Monate Januar, Februar und März 1866 in Mannheim 1 fl., wozu auswärts noch der Postaufschlag kommt.

Als „Montags-Ausgabe" erscheint die

Mannheimer Montagszeitung

verbunden mit dem

Mannheimer Unterhaltungs-Blatt.

Preis vierteljährlich 18 kr. ausschl. Postaufschlag.

Einrückungsgebühr, die Petitzeile 2 kr. = ⅔ Sgr. Adreß- und Empfehlungskarten: bei 1 mal. Einrückung 18 kr., monatlich 1 fl., das ganze Jahr 10 fl.

Abonnements auf beide Blätter werden in Mannheim und der Umgegend bei der Expedition, sowie bei den Boten und Trägern, und auswärts bei allen Postämtern entgegen genommen.

Bestellungen auf die „Montags-Zeitung" bittet man, besonders zu machen.

Mannheim, Dez. 1865. **J. Schneider.**

In Stuttgart erscheint:

Süddeutsches Sonntagsblatt.

Herausgegeben von **Dr. Johannes Gihr.**

Abonnementspreis in Stuttgart monatl. 21 kr., durch die Buchhandlungen u. Postämter bezogen vierteljährl. 40 kr., unter Kreuzband 43 kr.

Auf Grund der Reformation, die ein Segen geworden ist für die Katholiken nicht minder als für die Protestanten, sucht das „Süddeutsche Sonntagsblatt" für deutsche Bildung zu wirken und in der Literatur und Zeitgeschichte zu orientiren. Außer einem gewählten unterhaltenden Theil bringt es fortwährend Artikel von allgemeinem Interesse, läßt keine bedeutende literarische Erscheinung unbeachtet und nimmt von jedem Fortschritt auf dem großen Gebiete menschlichen Strebens und Schaffens Notiz.

Von Urtheilen über das „Süddeutsche Sonntagsblatt" führen wir hier nur folgende an:

„Der Beobachter", Volksblatt aus Schwaben, schreibt: „Das „Süddeutsche Sonntagsblatt" unterscheidet sich von ähnlichen Zeitschriften, die einer massenhaften Abonnentenzahl zu lieb gerade die wichtigsten Bildungsfragen umgehen und den Lesern weder Ernst des Denkens, noch Streben nach Wahrheit zutrauen, dadurch, daß es seine Aufgabe auf durchaus bestimmte Weise faßt, daß es Charakter hat und für charaktervolle Bildung zu wirken strebt. Die deutsche Bildung ist nicht denkbar ohne die Reformation, die ihr Leben immer reicher und befruchtender entfaltet hat in unserer Literatur und Philosophie, in Schule und Haus, und die ein Segen geworden ist für Katholiken nicht minder als für Protestanten. Von dieser Wahrheit geht das „Süddeutsche Sonntagsblatt" aus, daß sich durch die Mannigfaltigkeit seines Inhalts, durch würdevolle, allgemein verständliche Sprache für Jedermann von gesundem Urtheil empfiehlt." Der „Beobachter" lenkt die Aufmerksamkeit aller Derjenigen auf das „Süddeutsche Sonntagsblatt", „welchen die Beschäftigung mit den Bildungsfragen unserer Zeit ein Weg zum Ziele ihrer Menschenbestimmung ist."

Im **„Schwäbischen Merkur"** läßt sich ein aufmerksamer Leser folgendermaßen über das „Süddeutsche Sonntagsblatt" vernehmen: „In einer Zeit, wie die unsrige, wo von der einen Seite kirchlicher Zelotismus und confessionelle Unduldsamkeit die Geister trennen, von der andern religiöser Indifferentismus und gänzliches Versunkensein in die materiellen Tagesinteressen unter der Mehrzahl der „Gebildeten" immer weiter um sich greift, während zugleich die meisten unserer Unterhaltungsblätter, statt diesem entmannenden Geiste entgegenzutreten, aus Charakterlosigkeit oder um des äußeren Vortheils willen ihm schmeicheln und zum Munde reden: in einer solchen Zeit verdient es den Dank und die wirksame Unterstützung eines jeden Einsichtigen und Wohldenkenden, wenn er unter unsern Unterhaltungsblättern einzelne Ausnahmen findet, Ausnahmen zugleich, welche mit Absicht und in beharrlicher Ausdauer den entgegengesetzten Weg einschlagen. Unbedenklich können wir zu diesen Ausnahmen das „Süddeutsche Sonntagsblatt" rechnen, welches Herr Dr J. Gihr seit zwei Jahren in Stuttgart erscheinen läßt. Seit dieser Zeit erfreut es sich immer steigender Theilnahme in Schwaben und in den benachbarten Ländern Süddeutschlands, so daß sein Bestehen gesichert scheint. Nicht deßhalb geschieht es also, daß wir das Wort zu seiner nachdrücklichen Empfehlung ergreifen, sondern aus dem allgemeinen Grunde, weil wir wünschen, daß seine Wirkung in immer weitere Kreise dringe, namentlich auch zu denen, welchen eigentlich gelehrte Bildung fremd ist, und die dennoch in jedem Gebiet der Forschung von den wichtigsten allgemein menschlichen Ergebnissen derselben Kunde erhalten sollten. Dazu bietet nach unserer vollen Ueberzeugung das Sonntagsblatt sich als geeignetes Organ. Unterhaltend, belehrend, aufklärend im besten Sinne, bringt es nur gesunde und wohlgewählte geistige Nahrung. Religiöser Ernst bei voller Toleranz gegen alle Religionsformen ist zugleich die erfreulichste Seite des in ihm herrschenden Geistes!"

Die **„Badische Landeszeitung"** schreibt: „Es gehört das kleine und wohlfeile Sonntagsblättchen zu dem Besten seines Zeichens. Unterhaltend, belehrend, aufklärend, erfrischend wirkt das Sonntagsblatt auf seine Leser. Größere Erzählungen suchen den Leser durch geistvolle Schilderungen meist von socialen Zuständen und Seelenkämpfen des Tages zu unterhalten und aufzuklären; Literaturberichte besprechen die neuesten Erscheinungen der schönen Wissenschaften; „Notizen" schildern die hervortretenden Erlebnisse des Tages. Religiöser Sinn bei voller durchgreifender Toleranz gegen alle Religionsformen, und ebenso volle und durchgreifende Bekämpfung aller unberechtigten Anmaßungen im Namen der Religion zeichnen das Blatt vor sehr vielen andern aus."

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Nr. 157.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis
vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franklrt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Dritter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben
vom
Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag,
31. December 1865.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr
4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. Januar k. Jahres beginnt die „**Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung**“ ihren **vierten** Jahrgang. Indem wir zu dem neuen Abonnement freundlichst einladen und um möglichst baldige Aufgabe der Bestellungen bitten, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das Blatt aller Orten — mit Ausnahme von Preußen und Mecklenburg — bei den betreffenden **Postanstalten**, und ebenso durch alle Buchhandlungen, sowie direct von der Expedition hier bezogen werden kann. Der Abonnementspreis beträgt **hier** am Platz 12 Sgr. oder 42 kr., der **Postbestellpreis** durch ganz Deutschland, mit Ausnahme der obengenannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, der Bezug durch die **Post** dagegen der **schnellste** und billiger als der directe Einzelbezug unter Kreuzband, welchen der Portozuschlag erheblich vertheuert. Der directe Bezug empfiehlt sich nur bei Bestellungen von 25 Exemplaren und mehr unter einem Packet, welchenfalls die Expedition portofrei liefert.

Zu Insertionen, namentlich für Arbeitsvermittelung, ist das Blatt, da es in den meisten Arbeitervereinen Deutschlands und der Schweiz gelesen wird, besonders geeignet.

Drei Jahre hat das Blatt bereits auf seinem mühe- und opfervollen Posten, trotz aller Schwierigkeiten ausgehalten. Seine Gründer sind entschlossen, pflichtgetreu diesen Posten auch ferner nicht zu verlassen; sie beanspruchen dafür nichts, als diejenige Förderung von Seiten der Vereine und der Einzelnen, welche erforderlich ist, um dem Blatt die Erfüllung seiner Aufgabe ganz und voll möglich zu machen. Das Maß der Opfer, welche die Herausgeber hierfür zu bringen haben, ist etwas geringer geworden, allein noch immer ist es nicht ganz erfüllt und das Mißverhältniß von Leistung und Gegenleistung noch nicht und zumal so lange noch nicht ausgeglichen, als es noch immer eine große Anzahl zur Organisation gehöriger Vereine gibt, welche bei einer Anzahl von mehreren hunderten und selbst von 1000 Mitgliedern und darüber sich begnügen, das Blatt in 1 Exemplar oder wenig mehr zu halten.

Von Anfang an einen geistigen Sammelpunkt inmitten der in den letzten Jahren von Neuem in Fluß gekommenen Arbeiterbewegung bildend, ist die **Arbeiterzeitung** thatsächlich zum Organ fast aller Arbeiterbildungsvereine und der Arbeitervereine gleicher Richtung und ein Förderungsmittel gegenseitigen Strebens und gegenseitiger Verständigung, einer der geistigen Hebel der Bewegung geworden, dessen Bedürfniß erst recht hervortreten würde, wenn das Blatt nicht mehr bestände. Es ist aus den Verhandlungen des letzten Vereinstags allen Theilnehmern noch erinnerlich, daß die Nothwendigkeit eines offiziellen, vom Vereinsausschuß herauszugebenden Organs des Vereinstags von der überwiegenden Mehrzahl der Vereine gerade um deswillen verneint worden ist, weil in der Arbeiterzeitung thatsächlich ein mit Mühen und Opfern erlangtes Organ aller bei dieser Organisation betheiligten Vereine bereits vorhanden ist. Es ist auch, wie uns von zuständiger Seite fest versichert worden, die vom 1. Januar ab in Frankfurt a. M. erscheinende, und aus Mitteln des Vereinstags unterstützte, sociale Monatsschrift weder dem Beschluß des Vereinstags entgegen als offizielles Organ des Vereinsausschusses zu betrachten, noch zur Concurrenz gegen die Arbeiterzeitung irgendwie bestimmt, wie dies auch zur Zeit schon aus der verschiedenen Erscheinungsweise sich von selbst ergibt.

Nachdem es so durch dreijährige Anstrengungen gelungen ist, in der Arbeiterzeitung allen gleichstrebenden Vereinen ein Organ für die regelmäßige Vermittelung ihres geistigen Verkehrs und zur Förderung ihrer Vereinszwecke, wie der von ihnen getragenen Bewegung zu schaffen, darf von den Vereinen billig erwartet werden, daß nach und nach alle das Ihrige dazu beitragen, daß zwischen ihnen und ihrem Organ endlich das richtige Verhältniß von Leistung und Gegenleistung hergestellt und so die seit drei Jahren angestrebte, aber nur den vereinten Kräften mögliche, vollständige und würdige Erfüllung der Aufgabe dieses Organs erreicht werde. Bei mehr als 40,000 Vereinsmitgliedern trifft an dieser Pflichterfüllung die Einzelnen ein kaum bemerkbares Minimum. Sollten die Vereine und die Einzelnen zur Erfüllung eines solchen Minimums sich nicht entschließen können, während die Herausgeber des Blattes seit 3 Jahren weit über das Maximum in ihren Pflichten gegen die Sache zu erfüllen bestrebt sind?

Die Bekanntmachungen des **ständigen Ausschusses**, deren Mittheilung laut Ausschußbeschluß in erster Linie in der Arbeiterzeitung erfolgen soll, werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Morgens hier sein.

Inseratbedingungen wie oben an der Spitze des Blattes bemerkt ist.

Coburg, Ende December 1865.

Die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

I. **Vereinsangelegenheiten.** Kundmachung des ständigen Ausschusses an die Vereine. Aus Leipzig, an die Arbeitervereine Sachsens, die Conferenz der Vertreter Sächsischer Arbeitervereine betreffend. Vom Arbeiterbildungsverein in Leipzig weitere Eingänge für die nothleidenden Arbeiterfamilien in Werdau. Correspondenz aus Celle, die Unreife zu rechter Selbstregierung in manchen Vereinen. II. **Politischer Theil.** Wie der deutsche Reichsapfel allmählich immer kleiner geworden ist und warum. IV. Elsaß. **Politische Umschau.** Eine Mahnung Friedrich Harkorts. Magdeburg, Uhlich wieder frei. Berlin, das Organ Bismarck's bellt die Republik der vereinigten Staaten von Nordamerika an. Nassau, ein Act geistlicher Intoleranz und eine Volksantwort darauf. Bayern, Volksversammlungen in Nürnberg, Fürth und Augsburg gegen das Cabinetssecretariat und die Ultramontanen. Aus Italien, die neue französische Auslegung des Septembervertrags; Befürchtung von einem Staatsstreich. Amerika, eine achtungswerthe parlamentarische Kundgebung freier Neger; die Unionsregierung, Frankreich und die mexikanische Frage. Der französische Gesandte hat von Paris Instruction in dieser Frage erbeten; im Congreß Resolutionen gegen Frankreich bevorstehend. III. **Socialer Theil.** Berlin, die volkswirthschaftliche Gesellschaft über die Frauenfrage. IV. Vom Büchertisch. V. Anzeigen.

Vereinsangelegenheiten.

Der Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine an sämmtliche Vereine.

Sie wissen, daß der Vereinstag in Stuttgart es den Arbeitern zur Pflicht gemacht hat, mit allen gesetzlichen Mitteln das allgemeine und directe Wahlrecht anzustreben. Das erste und fast einzige Mittel, welches dem Arbeiter hierin zu Gebote steht, sind aber Petitionen, und diese sind nur dann von durchschlagendem Erfolge, wenn mit denselben mit möglichster Einheit und in möglichst imposanten Massen vorgegangen wird. Die Arbeiter in Duisburg haben nun unter der Leitung des Ausschußmitgliedes Dr. Lange*) die Agitation begonnen. Es ist eine Commission zur Abfassung einer Petition niedergesetzt, und es wäre sehr wünschenswerth, wenn die Arbeiter anderer Gegenden sich diesem Schritte anschlössen. Wir laden daher alle Vereine ein, wo die Verhältnisse es nur einiger Maßen zulassen, die Sache ernstlich in Erwägung zu ziehen und Petitionen, vielleicht die Duisburger selbst, die wohl bald veröffentlicht werden wird, unterzeichnen zu lassen. Wo die Vereine, aus Gründen der Gesetzgebung, die Sache nicht officiell in die Hand nehmen können, könnte es indirect durch Berufung von Arbeiterversammlungen geschehen.

Selbsthülfe soll unsere Losung auch auf politischem Gebiete sein; wenn wir uns nicht um unsere Rechte rühren, wird man sie uns nimmermehr entgegentragen.

Nürnberg. P. Staudinger.

(Die vorstehende Bekanntmachung, die uns zur Zeit noch nicht direct zugekommen ist, entnehmen wir dem in Duisburg erscheinenden „Boten vom Niederrhein", welcher uns von dort unter Kreuzband zugegangen ist. D. Red.).

Der vorläufige Entwurf der Duisburger Petition an das preußische Abgeordnetenhaus lautet:

Die Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 hat durch die Bestimmungen der §§ 5 und 89 einen Census aufgestellt, durch welchen weitaus die Mehrzahl der selbstständigen und mündigen Männer vom Bürgerrecht ausgeschlossen ist. Nicht so verhält es sich mit den Gemeindelasten, zu welchen Jeder herangezogen wird, der zu den Staatslasten beiträgt. In diesem Verhältniß erblicken wir eine offenbare Ungerechtigkeit gegen alle diejenigen, welchen durch die Schranke des Census das Recht genommen ist, sich an den Wahlen zur Gemeindevertretung zu betheiligen.

Wir betrachten es als ein natürliches und unbestreitbares Recht, daß jeder Staatsbürger auch Bürger in seinem Wohnorte sei.

Wir glauben, daß die Beseitigung des Bürgerrechtes der großen Mehrheit der Ortseinwohner einen in moralischer und materieller Beziehung gleich beklagenswerthen Zustand geschaffen hat. Die große Masse der Einwohner kann nicht das rechte Zutrauen zu einer Vertretung haben, bei deren Wahl sie nicht mitgewirkt hat; sie kann nicht das wünschenswerthe Interesse für das Gemeinwohl und die zu seiner Förderung getroffenen Einrichtungen haben, wenn ihr jeder Einfluß auf die Art, wie die gemeinsamen Interessen geleitet werden, versagt bleibt; sie kann keine hinlängliche Beruhigung darüber haben, daß auch die Interessen der ärmeren Ortsangehörigen immer zum Worte kommen, wo es Noth thut, so lange sie nicht wählen darf.

Die Gerechtigkeit des Wunsches nach einer Abänderung dieses Zustandes kann dem hohen Hause der Abgeordneten gewiß nicht verborgen bleiben und wir geben uns deshalb der Zuversicht hin, daß das hohe Haus von der ihm zustehenden Initiative Gebrauch machen und einen Gesetzentwurf aufstellen werde, durch welchen allen Klassen der Bevölkerung das volle Bürgerrecht ertheilt wird.

*) Die erste Idee zu dieser Agitation ist, wie so oft schon das Richtige, von schlichten Arbeitern ausgegangen.

An die Arbeitervereine Sachsens.

Die für diesen Monat in Zwickau beabsichtigte Conferenz der Vertreter sächsischer Arbeitervereine, hatten wir bis auf Weiteres vertagt. Dieselbe soll nunmehr den 20., spätestens den 27. Januar, in Zwickau stattfinden und möchten wir schon jetzt sämmtliche Vereine ersuchen, sich dabei durch einen oder mehrere Deputirte vertreten zu lassen. Wir halten eine solche Vertretung um so nothwendiger, als die auf der Tagesordnung der Versammlung stehenden Gegenstände Fragen sind, die das Wohl und Wehe der Arbeitervereine wie der Arbeiter überhaupt ganz direct berühren. Auch ist es wünschenswerth, ja nothwendig, daß dem nächstes Jahr zusammentretenden Landtage von möglichst vielen Seiten Anträge und Petitionen um Verbesserung, resp. Einführung verschiedener Gesetze zugehen.

Die vorläufige Tagesordnung bildet:

1. Bericht der Verwaltung und die Antwort des Ministeriums auf unser Gesuch zur Gründung eines Gauverbandes.
2. Berathung und Beschlußfassung über gemeinsame Schritte zur Umänderung, resp. Einführung folgender Gesetze in Sachsen:
   a. volle Freizügigkeit und Gewerbefreiheit,
   b. ein freisinniges Vereinsgesetz.
   c. Aufhebung der Arbeits- und Dienstbücher und Beseitigung aller Paßbeschränkungen.

Vereine, welche noch andere Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt zu sehen wünschen, bitten wir uns hiervon rechtzeitig in Kenntniß setzen zu wollen, damit wir diese Anträge bei dem Druck der Cirkulare mit aufnehmen können.

Ferner erlauben sich die Unterzeichneten, die anwesenden Vertreter nach Erledigung der officiellen Verhandlungen zu einer Privatbesprechung über gemeinsame Schritte zur Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts einzuladen.

Mit Gruß und Handschlag.

Leipzig, den 25. Dec. 1865.

Bebel. Germann.

Für **Werdau** sind bis heute weiter eingegangen:

83 Thlr.	1½ Ngr.		Uebertrag aus Nr. 155 d. Bl.
5 „	—	„	vom Arbeiterverein in Großenhain.
6 „	15	„	vom Arbeiterbildungsverein in Dresden.
4 „	22	„	vom Personal der Schriftgießerei von Schelter und Giesecke in Leipzig.
5 „	—	„	Ertrag einer dramatischen Vorlesung von Hrn. Fr. Welthmann im Arb.-Bild.-Ver. in Leipzig.
6 „	20	„	Ladenpreis für 20 Exemplare „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim", eingesandt von Hrn. A. Nödel in Frankfurt a. M.
11 „	25	„	2te Sammlung von Hrn. Dr. Seltzer in Gera und zwar: 3 Thlr. 15 Ngr. von den Arbeitern der Porzellan-Fabrik in Roschütz bei Gera, 3 Thlr. 9½ Ngr. von den Arbeitern der Fabrik von H. Cärner in Gera, 2 Thlr. vom Gesangverein Liederkranz in Gera, 3 Thlr. von der Gesellschaft Union in Gera.
4 „	—	„	vom Arb.-Bild.-Ver. in Hanau.
			1 Packet Kleider von Frau Emerdine Epstein in Leipzig.
22 „	20	„	vom Gewerbl. Fortbildungsverein zu Gera.
149 Thlr.	13½ Ngr.		in Sa.

Leipzig, den 26. December 1865.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.

M. Epstein, Cassier. A. Bebel, I. Vorsitzender.

A. Dolge, II. Vorsitzender.

† **Celle**, 22. Dec. Die Arbeiterbildungs-, Vorschuß-, Consum- und dergleichen Vereine und Genossenschaften sollten Bildungsstätten sein, in welchen der Arbeiter und Handwerker durch fleißige und thätige Theilnahme an den Verhandlungen in den Generalversammlungen, durch Ueberwachung der Vorstandsmitglieder und Gesellschaftsbeamten u. s. w., das Zeug erwerben und sich aneignen soll, um später an Gemeinde-, Staats- und Kirchenleben selbstständig mitarbeiten und mitwirken zu können, damit dem Beamtenbüreaukratismus entgegengearbeitet und die Selbstverwaltung in Kirche, Gemeinde und Staat endlich eine Wahrheit werde. Daß der hauptsächliche Begründer und Beförderer des Genossenschaftswesens Schulze-Delitzsch diesen großen Zweck im Auge hatte und noch hat, erscheint unverkennbar, wenn man die Normalstatuten durchsieht, welche von ihm zur Begründung der hier fraglichen Vereine entworfen sind.

So klar es auf der Hand liegt, daß dieser große Zweck in unsern Vereinen, wo jedes einzelne Mitglied mit Andern gleiche Rechte hat, gefördert und endlich völlig erreicht werden könnte, so betrübend ist es, wenn man sich sagen muß, daß in diesem Sinne und in dieser Beziehung in den Vereinen fast gar nichts geschieht. Die Versammlungen werden äußerst schwach besucht und um die Verwaltungsangelegenheiten bekümmern sich die meisten Mitglieder gar nicht, bei Wahlen und Beschlußfassungen wählt und stimmt man nach dem unterthänigst eingeholten Wunsche des Vorstandes, hilft durch Verwerfung und Bekämpfung der von einzelnen Mitgliedern eingebrachten, oftmals nothwendigen Reformanträgen thätige Mitglieder niederdrücken und den Schlendrian befördern, wählt aus Bequemlichkeit stets die alten Vorstandsmitglieder, ohne sich um deren Befähigung zu kümmern, wieder, und thut überhaupt alles Mögliche, um in den genossenschaftlichen Vereinen eine Vorstands- und Gesellschaftsbeamten-Büreaukratie zu schaffen und zu erhalten, wie solche im Staats-, Gemeinde- und Kirchenleben bereits vorhanden ist.

In unserm Vorschußverein, einem der bedeutendsten Deutschlands, hielt man früher jährlich zwei Generalversammlungen ab, jetzt hat der Vorstand beschließen lassen, daß eine Versammlung jährlich genügte, weil doch niemals Stoff zur Verhandlung vorliege. In dieser einen Versammlung findet Rechnungsablage und theilweise Neuwahl der Vorstandsmitglieder statt; zur Besprechung anderer Vereinsangelegenheiten bleibt somit keine Zeit, was dem Vorstande, dessen Mitglieder schon fast sämmtlich seit dem Bestehen des Vereins im Amte sind, sehr zweckmäßig erscheinen wird.

Auch unser Consumvereins-Vorstand hat sich veranlaßt gefunden, diesem Beispiele zu folgen und beschließen lassen, daß statt der sonst jährlich abzuhaltenden 4 Generalversammlungen für die Zukunft nur eine Versammlung abgehalten werden soll. Daß dieses das beste Mittel ist, die Mitglieder dem Vereine zu entfremden und dieselben von allem Mitsprechen und Mitbestimmen in Vereinsangelegenheiten fern zu halten, mithin die Machtvollkommenheit der Vorstandsmitglieder und Gesellschaftsbeamten auf den höchsten Punkt zu heben, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung, sondern offenbart sich täglich klar genug und nicht so selten gegen das Vereinsinteresse.

Es scheint, als ob unsere Generation noch nicht zur Selbstregierung entwickelt ist, mögen daher die Bildungsvereine ihre Schuldigkeit thun und die jüngern Mitglieder zur Thätigkeit ausbilden.

Politischer Theil.

Wie der deutsche Reichsapfel allmählig immer kleiner geworden ist und warum.

(Aus „Diesseits und Jenseits des Oceans" von G. Struve.)

IV.

Elsaß.

Bei Gelegenheit der Besprechung des Verlustes der Ostsee-Provinzen und der Niederlande haben wir schon gesehen, wie verderblich die fanatische katholische Haltung der deutschen Kaiser auf die Gränzen Deutschlands einwirkte.

Kaiser Ferdinand II. machte kein Hehl daraus, daß er lieber Deutschland zu Grunde gehen lassen, als Religionsfreiheit bewilligen wolle. In diesem Geiste handelten mit wenigen Ausnahmen sämmtliche Habsburger seit Carl V. Alle die Verluste, welche Deutschland seit dem Beginne der Reformation erlitt,

lassen sich auf die fanatische Glaubenswuth der Habsburger zurückführen. Den Protestanten, welche für Glaubensfreiheit kämpften, kann es kein Freund des Rechts und der Freiheit zum Vorwurfe machen, daß sie beim Auslande Hülfe gegen die Bedrückungen inländischer Despoten suchten. Wenn keine andere Wahl ist, als zwischen Freiheit und Vaterland, so steht die Freiheit höher auf der Stufenleiter der Güter.

Der Verlust von Metz, Toul und Verdün, welchen Deutschland in Folge des Bündnisses protestantischer Fürsten mit Frankreich erlitt, muß daher gleichfalls auf die Unduldsamkeit der Habsburger zurückgeführt werden. Der ganze dreißigjährige Krieg mit allen seinen Schrecken floß aus derselben Quelle. Im Laufe desselben wurde das Elsaß wiederholt von französischen Truppen überschwemmt. Allein es war durchaus kein Grund vorhanden, auch nur den geringsten Theil desselben an Frankreich abzutreten. Genau genommen geschah dies auch nicht im westphälischen Frieden, vielmehr wurde nur ein Theil desselben für 3 Millionen Franken an Frankreich verkauft. Der Kurfürst Maximilian von Bayern machte den Mittelsmann. Allerdings konnte der damalige Besitzer der Landgrafschaft Ober- und Niederelsaß Erzherzog Leopold von Oesterreich die ihm nicht gehörigen Besitzungen des Bisthums Straßburg, der Stadt Straßburg, zehn anderer Reichsstädte, der vier Aebte, mehrerer Reichsgrafen und Reichsritter in Elsaß nicht mit verschachern. Allein durch jenen schändlichen Verkauf wurde der Verlust des ganzen Elsaß vorbereitet. Was einmal dem deutschen Reich verloren gegangen war, kam nicht wieder zurück und jeder Verlust legte den Grund zu neuen Einbußen. Ludwig XIV. hatte in den Kriegen, welche er nach dem Westphälischen Friedensschluß, zuerst gegen Spanien und dann gegen die Niederlande geführt, die Schwäche der deutschen Nation und die Erbärmlichkeit ihrer Kaiser und Fürsten kennen gelernt. Sein dritter Krieg galt daher dem deutschen Reiche, unserem noch aus tausend Wunden blutenden Vaterlande.

Seine Operationen begann der französische Despot damit, daß er unter dem Titel von Reunions-Kammern Behörden, die keinen Schein von Selbstständigkeit besaßen, niedersetzte und durch diese beschließen ließ, eine ganze Reihe von Landstrichen und Städten, welche im unbestrittenen Besitze des Reiches oder der spanischen Niederlande waren, seien Zubehörungen der vor nahezu anderthalb Jahrhunderten an Frankreich abgetretenen Bisthümer Metz, Toul und Verdün. Die Reunions-Kammer von Metz sprach nicht weniger, als achtzig im Auslande belegene Lehen Frankreich zu. Die Kammer von Breisach ging in ihrer Frechheit soweit, die im westphälischen Frieden dem deutschen Reiche ausdrücklich vorbehaltenen zehn elsässischen Reichsstädte für Zubehörungen Frankreichs zu erklären. Das Parlament von Besançon verfügte über Mümpelgard, das unter dem Herzoge von Würtemberg stand. Dem Könige von Schweden ließ Ludwig XIV. das Herzogthum Zweibrücken, dem Könige von Spanien mehrere Fürstenthümer und Städte absprechen.

Die angegriffenen Fürsten waren schwach genug, sich durch die französische Gerichts-Komödie abhalten zu lassen, sofort zu den Waffen zu greifen. Ludwig nahm die ihm von feilen Dienern zuerkannten Städte und Landstriche mit Heeresmacht in Besitz. Mit Hülfe des verrätherischen Bischofs Franz Egon von Fürstenberg und eines erkauften Stadtrathes gewann der französische Despot (1681) Straßburg. Die übrigen Reichsstädte des Elsasses hatte er schon früher (1673) in Besitz genommen.

An Unterhandlungen ließen es die deutschen Fürsten nicht fehlen. Verträge wurden zahlreich abgeschlossen. Allein Jahre vergingen, bevor aus denselben eine nennenswerthe That hervorging. Auf Anregung des Statthalters von Holland, des Prinzen Wilhelm von Oranien kam im Juli 1686 der sogenannte große Augsburger Bund zu Stande, an welchem der Kaiser für das Reich und die habsburgischen Länder, der König von Spanien für den burgundischen Kreis (Belgien), der König von Schweden für seine deutschen Besitzungen, der Kurfürst von Bayern und andere deutsche Fürsten Theil nahmen. Ludwig fürchtete alle diese Machthaber sehr wenig. Er ließ (1688) die Pfalz besetzen, erklärte Deutschland den Krieg und begann den Kampf mit den empörendsten, alles Kriegsrecht und allen Kriegsgebrauch verhöhnenden Grausamkeiten. Heidelberg und dessen Umgegend mußten zuerst erfahren, daß der gerühmte und gepriesene Ludwig XIV. ein ärgerer Wütherich war, als Attila. Denn die Franzosen verfuhren nicht in der Aufwallung gereizter Leidenschaft, sondern planmäßig, mit der kalten Berechnung systematischer Mordbrenner. Mannheim, Speier, Worms und der ganze Landstrich bis nach Trier hatten dasselbe Schicksal (1689).

Ludwig XIV. hatte fast ganz Europa wider sich aufgereizt, er erlitt schwere Niederlagen, namentlich in Italien und zur See. Deutschland war aber eben so schlecht im Kriege als bei den Unterhandlungen vertreten. Zwar konnte Ludwig XIV. nicht seinen ganzen Raub behaupten. Doch blieben ihm im Frieden von Ryswick (30. October 1697) sämmtliche Eroberungen, die er auf Kosten Europa's und auf Kosten Deutschland's im Elsaß gemacht hatte. Straßburg wurde ausdrücklich an Frankreich abgetreten. Zwar blieben dem deutschen Reiche, dem Namen nach, noch einige Besitzungen und Rechte im Elsaß, doch waren sie nicht der Rede werth und gingen überdies im Sturme der französischen Revolution unter.

Politische Umschau.

Der Abgeordnete **Friedrich Harkort** hat ein Schreiben an seine Wähler gerichtet, in welchem er u. A. sagt: Wir sind berufen, zäh und fest auf dem Standpunkte des beschworenen Rechtes auszuharren; der Tag der Schlußrechnung wird sich finden!

Auch die Frage über die Herzogthümer darf uns nicht trennen. Die öffentliche Meinung Europa's gestattet nicht mehr, die Volksstämme gleich Heerden anzukaufen, die Stimme der Bewohner muß, wie versprochen und rechtens ist, gehört werden; das Abgeordnetenhaus, so wie es heute besteht, kann ohne Schmach seine Vergangenheit nicht verleugnen.

Dem Grundsatze der Machthaber: „Theile und herrsche“ stelle ich den Bündel Pfeile mit der Devise „Eintracht gibt Stärke“ gegenüber und hoffe, mit der Mehrzahl meiner Wähler einverstanden zu sein!

Magdeburg, 23. Dec. Prediger **Uhlich** wurde heute früh nach Verbüßung seiner dreiwöchentlichen Gefängnißstrafe aus der Haft entlassen. Freunde aus seiner Gemeinde, dem Arbeiterbildungs- und Bürger-Verein, erwarteten ihn bei dem Austritt aus dem Gefängnisse, begrüßten ihn herzlich und geleiteten ihn zu dem Wagen, der zur Rückkehr in sein Haus nach der unfreiwilligen Abwesenheit bereit stand. Ein freundlicher Empfang war ihm dort bereitet; Deputationen der freien Gemeinden von hier und Buckau und aus dem Bildungsverein dieser Nachbarstadt begrüßten ihn, in Briefen und telegraphischen Depeschen zeigten entfernte Freunde und Vereine, daß sie dem Schicksal des Gefangenen von der Stunde der Einkerkerung bis zu der der Befreiung gefolgt waren, und dieser selbst war in der glücklichen Lage, in ungeschwächter Gesundheit und ungebrochenem heiteren Gemüth alle diese Bezeugungen entgegenzunehmen und sich sogleich zur Wiederaufnahme seines Berufes zu rüsten, der in den Feiertagen hier wie außerhalb erhöhte Anforderungen an ihn stellt.

Berlin. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“, die Zunge des Ministeriums, quält sich schlechte Witze ab über die Botschaft Johnson's. Gerechten Aerger hat das Blatt über die Stelle der Botschaft, worin der Präsident erklärt, daß die amerikanische Regierung ihren Ursprung im Volke habe, daß die Regierung für das Volk geschaffen sei, nicht das Volk für die Regierung. „Wo liegt denn eigentlich der Staat“, ruft die „Norddeutsche“ aus, „in welchem die Regierung nicht für das Volk gemacht ist?“ Darauf bleibt die „Neue Frankfurter Ztg.“ die Antwort nicht schuldig; sie sagt: Da, da liegt dieser Staat, wo die Regierung über Gut und Blut des Volkes ohne Einwilligung seiner abgeordneten Vertreter verfügt, und wo eine kleine mächtige Partei durch materielle Gewalt ihrem Willen gegen den Volkswillen Geltung verschafft; wo die kleine Zahl befiehlt und die unendliche Mehrheit nur zu gehorchen hat.

Aus Nassau, 18. Dec. wird der „Mittelrhein. Ztg.“ geschrieben: Gestern sah die hiesige Stadt ein Leichenbegängniß, wie es in ihren Mauern bisher noch nicht vorgekommen ist. — Es war nämlich ein junger 32jähriger Mann mit Hinterlassung einer Wittwe und fünf unmündiger Kindern ganz unerwartet rasch gestorben, der in gemischter Ehe erzeugt, katholisch geworden war, aber wieder in gemischter Ehe gelebt hatte. Der katholische Pfarrer von Winden verweigerte die Beerdigung, weil er nicht kirchlich gewesen sei, und die hiesigen protestantischen Geistlichen gleichfalls, weil sie hierzu der Erlaubniß des katholischen Pfarrers bedurften, welche dieser wiederum verweigerte. — Es entschloß sich darauf Dr. Haupt, gerührt durch den Schmerz der Hinterlassenen, die Leichenrede zu halten; der Leichenzug wurde von den Turnern eröffnet und von einer unabsehbaren Menschenmenge aus Nah und Fern begleitet, wie sie der hiesige Kirchhof auch nur annähernd niemals gesehen hatte.

Bayern. Die Bewegung, welche durch den Streit zwischen den beiden Günstlingen des Königs, dem Komponisten Wagner und dem Kabinetssecretair Pfistermeister bewirkt ist, hat ihren Höhepunkt in Nürnberg gefunden. Auf einer großen Massenversammlung, in der eine energische Stimmung herrschte, wurde das System der Kabinetsregierung, durch welche die Ministerverantwortlichkeit und so der ganze Constitutionalismus zu einem leeren Schein wird, auf das Stärkste verdammt. Weder die Redner in der Versammlung, noch die Resolutionen, welche dieselbe angenommen hat, drücken eine besondere Sympathie für Wagner aus. Wagners Verhältniß zum König betrachten sie als ein reines Privatverhältniß, das sich der Beurtheilung des Volkes vollkommen entzieht und das auch gar nicht einmal ein besonderes Interesse für dasselbe habe. Der eigentliche Sinn der Versammlung war vielmehr ein Protest gegen die ultramontane Intrigue, durch welche die Stimmung der Münchener Bierhäuser, welche bei dem guten Bier der Franziskaner im kleinen Klub vorbereitet wird, als öffentliche Meinung des Landes ausgegeben werden soll. Die Versammlung verlangt Beseitigung des königlichen Kabinets und verfassungsmäßige Regierung unter der verfassungsmäßigen Ministerverantwortlichkeit.

Fürth, 24. Dec. Der Ausschuß des Volksvereins, die Wahlmänner und außerdem noch eine große Anzahl patriotischer Männer hiesiger Stadt haben sich geeinigt, einen Aufruf zu einer am 26. December in der Turnhalle abzuhaltenden Volksversammlung zu erlassen, um der in unserer Stadt herrschenden Stimmung die Möglichkeit einer öffentlichen und gemeinsamen Kundgebung zu gewähren. Auch in Augsburg findet am Mittwoch den 27. Dec. im Saale des Gasthofs zum Mohrenkopf eine Volksversammlung statt; in dem desfallsigen öffentlichen Aufruf heißt es unter Anderm: „Vielbesprochene Vorkommnisse, welche sich in letzterer Zeit in München ereignet haben, sind der Gegenstand lebhafter Bewegung im Volke geworden und haben die schon früher vorhandene Besorgniß gesteigert, es möge der freiheitlichen Entwicklung und dem gedeihlichen Ausbau unseres Staatswesens ein Hemmschuh angelegt und zu jenen Zuständen zurückgekehrt werden, welche König Maximilian II. zum Heile des Landes vor sechs Jahren aufgegeben hatte. Es ist nothwendig, daß der König über die herrschende Stimmung im Lande sichere und unwiderlegliche Kunde erhalte, um so mehr, als die jüngsten Vorgänge in der Residenzstadt den Beweis geliefert haben, daß das Partei-Interesse selbst zu Täuschungen des Königs zu schreiten nicht verschmäht.“

Nach einem **Wiener** Telegramm der „Allgemeinen Zeitung“ vom heutigen Tag würde einem zwischen dem päpstlichen Stuhle und Frankreich getroffenen Uebereinkommen gemäß ein französisches Corps von 10,000 Mann in päpstliche Dienste treten. Das wäre also die napoleonische Auslegung des italienisch-französischen Septembervertrags. — Man hegt in Italien die Befürchtung eines Staatsstreichs, den Prinz Napoleon dem König Victor Emanuel gerathen haben soll. Von anderer Seite wird diese Befürchtung als grundlos bezeichnet.

Amerika. Aufsehen und vielfach freudige Ueberraschung hat der echt parlamentarische Ton der in Charleston vom 13. bis 25. Nov. versammelten Neger-Convention erregt. Die Schwarzen des Staates Süd-Carolina, die daselbst die Majorität bilden (das Verhältniß ist: 296,302 Weiße gegen 407,406 Farbige), waren zusammen gekommen, um eine Petition an den Congreß, eine Eingabe an die Süd-Carolinische Legislatur, eine Adresse an die Weißen und eine „Erklärung der Rechte“, wie auch eine „Darstellung der Beschwerden“ der farbigen Bevölkerung aufzusetzen. Selbst mehrere der Negersache feindlich gesinnte amerikanische Blätter sprechen ihr Erstaunen über die Geschicklichkeit aus, mit der sich die ehemaligen Sklaven auszudrücken und in parlamentarischen Formen zu bewegen wußten. Die Convention erklärte, keinen Groll gegen die früheren Sklavenhalter im Herzen zu tragen, vielmehr von Grundsätzen der Brüderlichkeit erfüllt zu sein. Das Verlangen wurde gestellt, daß nicht bloß in bürgerlicher, sondern auch in politischer Hinsicht die Hautfarbe keinen Rechtsunterschied begründen, daß den Farbigen das Ableisten von Zeugniß vor Gericht, wie auch das Waffentragen zustehen, und daß das Stimmrecht für die Weißen wie für die Schwarzen gelten solle. Bis zur Festsetzung dieser Grundsätze durch eine

Akte der Staatslegislatur solle das „Unions-Bureau für die Freigelassenen" in Wirksamkeit verbleiben. Die Ruhe und Würde, mit welcher diese Forderungen gestellt worden sind, macht offenbaren Eindruck. Der radikalen Partei im Norden kommt diese Demonstration sehr zu statten; sie spricht beredter als alle prinzipielle Argumentationen.

Der „Bund" schreibt: In Wien macht man sich trübe Gedanken wegen Mexiko. Einmal wirft man dem Kaiser Napoleon vor, er habe den österreichischen Prinzen erst zur Annahme der Dornenkrone gepreßt, und jetzt lasse er ihn einfach im Stich wegen der Drohungen von Washington her. Dann spricht man auch die Befürchtungen aus, Napoleon werde die riesige Schlappe in Mexiko auf Kosten des Friedens in Europa wieder gut zu machen suchen. — In einem sehr herben Artikel äußert sich die „Neue freie Presse": „Eine spätere Zeit wird die Mittel enthüllen, welche die Tuilerienpolitik in Bewegung setzte, um in Miramar die Annahme der Krone von Mexiko durchzusetzen. Man wird erfahren, daß es damals einen Augenblick gab, wo Frankreich von der unverweilten Abreise des Erzherzogs Maximilian nach Mexiko die Aufrechthaltung der guten Beziehungen mit Oesterreich abhängig machte. Und jetzt? Nun, jetzt steht man auf dem Punkte, den damals erpreßten Fürsten im Stiche zu lassen, auf das Geheiß derselben Washingtoner Regierung, deren aufstrebender Macht man mit der Begründung der Monarchie in Mexiko den Todesstoß zu versetzen großsprecherisch angekündigt hatte". — Einstweilen verhält sich die Regierung Johnsohn's Mexiko gegenüber bekanntlich noch neutral; doch läßt sie es nicht an kleinen Nadelstichen fehlen. Als General Logan seine Mission bei Juarez nur annehmen wollte, wenn man der Republik Mexiko materielle Hülfe verspreche, lehnte der Präsident dies mit dem Bemerken ab, daß in der mexikanischen Politik der Regierung vorderhand keine Veränderung eintreten werde. Dagegen erhielt der Kommandant der amerikanischen Flottenabtheilung im Hafen der Insel St. Thomas Befehl, den dort weilenden, von den Franzosen verbannten General der Republik Mexiko, Santa Anna, zur Besichtigung seiner Schiffe einzuladen, wobei er mit 21 Kanonenschüssen salutirt wurde. — Juarez hat von El Paso aus ein Dekret erlassen, kraft dessen er, da die französische Invasion eine Präsidentenwahl unmöglich gemacht habe, seine eigene Präsidentschaft der Republik verlängert erklärt, bis eine Neuwahl stattfinden könne.

Nach Berichten aus **Newyork** vom 16. Dec. hat der französische Gesandte in Washington, Graf Montholon einen Gesandtschaftssecretär mit dem Auftrag nach Paris geschickt, um in der mexikanischen Frage Instruktionen einzuholen. Graf Montholon soll erklärt haben, daß er abreisen werde, wenn die Union einen Gesandten bei Juarez beglaubigen lasse. — Im Congreß zu Washington sind sehr entschiedene Resolutionen gegen die französische Einmischung in Mexiko eingebracht und haben alle Aussicht, angenommen zu werden.

Socialer Theil.

Berlin, 10. Dec. (Volkswirthschaftliche Gesellschaft.) Gleichlautenden Berichten der Berliner Blätter darüber entnehmen wir folgendes. In der letzten Sitzung sprach Hr. Prince-Smith zur Tagesordnung über die „Frauenarbeit", d. h. die auftauchende Agitation für erweiterte Beschäftigung des weiblichen Geschlechts in der Werkstätte für den Markt. Dies Bestreben indeß, sagte er, finde nicht den ungetheilten Beifall der Volkswirthe. Denn der Beruf des Weibes sei allein der, Mutter und Hausfrau zu sein, in dem Hause für das Haus zu schaffen. Zur Erziehung für diesen eigensten Beruf gehörten allerdings Ausbildung im praktischen Denken, Rechnen, Zeichnen, Buchführen — kurz in allen denjenigen Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche das wirthschaftliche Wirken der Frau in und für das Haus fördern. Verheirathe sich ein Mädchen nicht, so habe es seinen Beruf verfehlt. Der Volkswirth aber habe sich nicht die Aufgabe zu stellen, Maßregeln und Einrichtungen zu finden für verfehlte, sondern nur für erreichte und zu erfüllende Berufe. Es sei wahr, die Ausbildung eines Mädchens bis zu ihrer Verheirathung mache Kosten; aber darin liege nicht das Uebel, sondern vielmehr darin, daß die Familienväter zu wenig erwerben, um jene Kosten leicht zu tragen. Nach dieser Richtung hin habe der Volkswirth Abhilfe zu suchen. Nicht in dem einzelnen Menschen, sondern in der Haushaltung liege die volkswirthschaftliche Einheit; der Volksstaat habe zu rechnen mit dem Arbeiter und seiner Familie, dessen Erwerb für seinen Haushalt ausreichen muß. Die Familie sei unentbehrlich als sittliche Grundlage für den Menschen. Ermüdet von dem Jagen nach Erwerb im öffentlichen Verkehrsleben, sehne der Mann sich nach einem Orte, wo es keine Concurrenz gibt, wo Eintracht und Gemeinschaft herrschen, nach seiner Familie, zu Weib und Kind. Dort schöpfe er neue Kraft aus dem Bewußtsein, daß sein Wirken sich überträgt auf das Wohl und Glück seiner Familie, und sich in ihr fortsetzt als ein Kapitalstock im Besitze seiner Kinder und zum Nutzen der Gesellschaft. Verbesserung der Lage der männlichen Arbeiter, durch die Steigerung fester eingewurzelter Lebensbedürfnisse, das sei das Problem, gegen welches alle anderen verschwinden. Die sittliche Wurzel seiner Kraft finde der Arbeiter aber nur in dem Familienleben. Man lehre also den Arbeiter nicht, wie er die Kosten einer Familie von sich abwälze, indem er die Häuslichkeit auflöst, denn dahin führe die zu weit geführte gewerbliche Beschäftigung des weiblichen Geschlechts. — sondern man lehre ihn, wie er genug erwerbe um die Kosten einer Häuslichkeit nicht drückend zu finden. (Soll wohl heißen: man mache es ihm möglich. D. Red.). Dr. Maron: Die vorhandene Noth der weiblichen Arbeiter deute hin, daß eine falsche Arbeitstheilung vorhanden sei, die nur in der vollendeten Freiheit ihre Beseitigung finden werde. Es dürfe nicht übersehen werden, daß durch Dampfmaschinen und technische Einrichtungen im Haushalt den Frauen viele Arbeitsgebiete entzogen seien. Würden die hierdurch frei gewordenen Arbeitskräfte zu anderen Erwerbsarten des Mannes verwendet, so würde dadurch auch das häusliche Wohlergehen, das Wohlergehen der Frauen gefördert werden. Herr Born: Nachdem der Mann nicht das Nöthige zum Unterhalte der Familie verdiene, warum solle man da nicht die weibliche Arbeitskraft hinzunehmen. Die häuslichen Pflichten der Frau seien nicht so schwer zu erfüllen, als daß ihr nicht noch Zeit übrig bliebe für die Erwerbsthätigkeit, ohne dadurch eine schlechte Hausfrau zu sein, nur müsse das weibliche Geschlecht von Jugend auf für gewisse Berufskreise erzogen werden. Hr. Kaufmann sieht keinen Vortheil für die Frauen in der Erweiterung des weiblichen Arbeitsmarktes. Die Frauen, die in England im Telegraphendienst und in der Schweiz auf Postämtern beschäftigt seien, verdienten nicht mehr als unsere Nähmädchen. Wolle man indessen für diejenige weibliche Klasse, die ihren Beruf verfehlt habe, etwas thun, so möge man dieser den erforderlichen Erwerb nachweisen. Hr. Michaelis: Durch die Maschinen sei den Frauen nicht Beschäftigung für das Haus entzogen, sie seien vielmehr auf mehr durchgeistigte Beschäftigung für das Haus hingewiesen. Manche Arbeiter bekämpften die Verwerthung der weiblichen Arbeit für den Markt, weil sie besorgten, daß diese die Löhne drücke. Diese Anschauung sei falsch in der Theorie und grausam in der Praxis. Falsch in der Theorie, — denn die Arbeit der Frauen, welche so wie so ernährt werden müßten, vermehre die Summe der Befriedigungsmittel, welche der Markt biete; der Arbeitslohn aber bilde die Quote dieser Summe, die auf jeden Hausstand je nach seinen Leistungen für den Markt falle; und mit der Summe steige auch die Quote. Grausam in der Praxis, — denn sie verschließe den Frauen einen Weg, sich redlich zu nähren. Eben so falsch und kulturwidrig sei aber die Ansicht, die Frauenarbeit für den Markt sei productiver als die Frauenarbeit für das Haus. Die Frauenarbeit für das Haus erzeuge Arbeitskraft, Arbeitslust und Energie des Strebens bei dem Mann, und das sei das Productivste. Die Frauenarbeit für das Haus sei in der leiblichen und geistigen Erziehung der Kinder die Trägerin des Kulturfortschritts und die Gründerin der Zukunft. Herr Dr. Neumann: Es könnte den Anschein haben, als sollte die Agitation für Erweiterung der weiblichen Arbeitsgebiete eine vollständige Revolution auf dem industriellen Arbeitsmarkte hervorrufen. So stehe die Sache aber thatsächlich nicht. 70—80,000 Arbeitern stünden in Berlin ca. 40,000 weibliche Dienstboten gegenüber, innerhalb deren eine so geringe Konkurrenz vorhanden sei, daß sie den Hausfrauen Gesetze diktirten. Außerdem seien hier 8—10,000 Fabrikarbeiterinnen, die im Stande der Schlafburschen figuriren und für den Markt arbeiten. Alle übrige weibliche Industrie in Berlin sei Hausindustrie. Die Agitation könne sich also nur auf ein beschränktes Arbeitsgebiet eines beschränkten Kreises von Frauen beziehen. Herr Dr. Hoen meint, industrielle Thätigkeit und häuslicher Beruf des Weibes ließen sich in vieler Beziehung mit einander verbinden. Es empfehle sich, Erwerbsschulen für das weibliche Geschlecht zu gründen, und zwar für das Alter von 12 bis 15 Jahren, und nicht erst nach Vollendung der Schulzeit. Herr Dr. Maron erklärt sich mit dem von Prince-Smith aufgestellten leitenden Grundsatze einverstanden. Wenn auch die gewerbliche Beschäftigung weiblicher Arbeit zu den Ausnahmefällen gehöre, so müsse doch auch für diese Ausnahmen Abhülfe beansprucht werden. Herr Michaelis: Es sei hier constatirt, daß der Lohn der Frauenarbeit für den Markt überall sehr niedrig, der Lohn der weiblichen Dienstboten, eines Zweiges der Frauenarbeit für das Haus, verhältnißmäßig hoch sei. Diese Beobachtung gebe zu denken. Hierauf Schluß der Sitzung.

Vom Büchertisch.

Hausmannskost für Geist und Herz. Illustrirtes Volks- und Unterhaltungsblatt zu Lust und Lehre für Leser aller Stände. Herausgegeben von Otfrid Mylius. Stuttgart 1865.

Die illustrirte Zeitschrift „Hausmannskost für Geist und Herz" führt ihren Titel mit vollem Recht; denn ihre Köche scheinen die schwierige Aufgabe gelöst zu haben, um wenig Geld eine nahrhafte, wohlschmeckende, pikante Nahrung für Geist und Gemüth zu bereiten, und das Unternehmen, das nach Text und Bildern ganz auf eigenen deutschen Füßen steht, verdient das Prädikat eines wirklichen Volksblatts, das für jedermanns Tasche erschwinglich ist, im vollsten Maße. Diese Monatsschrift erscheint in Stuttgart in Heften von 32 Seiten mit sehr schönen Bildern, und kostet das Heft nur 3 Sgr. oder 9 kr., 18 Nkr., 35 Centimen.

Briefkasten.

Von Hrn. H. G. in Marburg 1 fl. 17 kr. erhalten. — Von dem Arbeiterbildungsverein in Rottweil 1 fl. 9 kr. erhalten. — Alle nicht eiligen Einsendungen haben wir für nächste Nummer zurückgelegt, da wegen der Feiertage die diesmalige Nummer auf einen halben Bogen beschränkt werden mußte.

Verschiedene Anzeigen.

Der

Bürger- und Bauernfreund

beginnt mit dem 1. Januar 1866 ein neues Vierteljahr. Er wird in der alten Form fortgesetzt, gedruckt bei Fr. Krauseneck u. Sohn in Gumbinnen, redigirt von John Reitenbach, wird auch in fast jeder Nummer ein Bild bringen.

Unwissenheit und Mangel an Grundsätzen ersticken im Volke jeden Begriff von Freiheit und Selbstgefühl und schwächen die Kraft zum Widerstande. Der Bürger- und Bauernfreund hat es sich zur Aufgabe gestellt, in volksthümlichster Sprache das Fehlende schaffen zu helfen. Zu diesem Zweck widerlegt er regelmäßig die Artikel der Provinzial-Correspondenz, bringt eine politische Rundschau mit Erklärungen und Unterhaltendes immer mit politischer Spitze.

Wer sich für freisinnige politische Bildung des Volkes interessirt, wird dringend gebeten, dem Bürger- und Bauernfreund den Weg in jede ländliche Hütte bahnen zu helfen. Er wird weiter kämpfen, bis er in jedem Hofe durch eine größere freisinnige Zeitung verdrängt sein wird. Dann hat er seine Aufgabe erfüllt und wird anderen den Platz räumen. Ohne Unterstützung von Parteigenossen kann er seinen Zweck nicht erreichen, also Freunde helft!

Um zeitige Bestellung bei den nächsten Postämtern mit Einsendung von 4 Sgr. 6 Pf. für das Vierteljahr bei eigener Abholung von der Post — von 7 Sgr. mit Bestellgeld auf dem Lande frei in's Haus durch den Postboten — wird dringend gebeten, da bei verspäteten Bestellungen oft die ersten Nummern nicht nachgeliefert werden können.

Inserate finden die weiteste Verbreitung durch ganz Deutschland und wird die gespaltene Zeile mit drei Silbergroschen berechnet.

Die Herausgeber:

Büttler-Maeienhöhe. Th. Käswurm-Puspern.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.